

# DEUTSCHE REICHSTAGSAKTEN

Jüngere Reihe XIV. Band

**HiKo**  
HISTORISCHE  
KOMMISSION  
BEI DER BAYERISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

# DEUTSCHE REICHSTAGSAKTEN

JÜNGERE REIHE  
VIERZEHNTER BAND

HERAUSGEGEBEN  
VON DER HISTORISCHEN KOMMISSION BEI DER  
BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
DURCH EIKE WOLGAST

# DEUTSCHE REICHSTAGSAKTEN

UNTER KAISER KARL V.

DER REICHSTAG ZU NÜRNBERG 1543

ERSTER TEILBAND

BEARBEITET VON  
SILVIA SCHWEINZER-BURIAN

MIT VORARBEITEN VON  
FRIEDRICH EDELMAYER

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

ISBN: 978-3-11-064004-5

Library of Congress Control Number: 2021930505

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Satz: Historische Kommission, München

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

# INHALTSVERZEICHNIS

## Erster Teilband

Vorwort des Abteilungsleiters .....	47
Vorwort der Bandbearbeiterin .....	49
Abkürzungen und Siglen .....	51
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	55
Archivalische Quellen .....	55
Gedruckte Quellen .....	63
Darstellungen und Nachschlagewerke .....	67
Liste häufig zitierter Akten aus anderen Bänden der Reichstagsakten Jüngere Reihe .....	78

## EINLEITUNG

1. Bearbeitungsgrundsätze und Bandgenese .....	79
2. Bandaufbau .....	82
3. Aktenüberlieferung .....	87
4. Gedruckte Quellen und Darstellungen .....	90
5. Vom Nürnberger Reichstag 1542 zum Nürnberger Reichstag 1543	93
5.1 Schmalkaldische Politik im Vorfeld des Reichstags .....	93
5.2 Das lange Warten auf die Eröffnung des Reichstags .....	95
6. Habsburgische Interessen und Positionierung alt- und neugläubiger Reichsstände bei Eröffnung des Reichstags .....	102
6.1 Proposition König Ferdinands und Vortrag des Generalators Nicolas de Granvelle .....	102
6.2 Reichsständische Instruktionen .....	102
7. Verlauf der Verhandlungen .....	109
7.1 Der Problembereich „Friede und Recht“ als Streitpunkt zwischen alt- und neugläubigen Reichsständen und die Vermittlerrolle König Ferdinands und der kaiserlichen Räte .....	109
7.2 Verhandlungen der altgläubigen Reichsstände mit König Ferdinand über die Türkenhilfe .....	120
7.3 Versammlungen der Reichskreise .....	122
7.4 Verhalten des Städtecorpus .....	124
7.5 Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Herzog Wilhelm von Jülich und dem Haus Habsburg um das Herzogtum Geldern .....	125
7.6 Verhandlungen über die Causa Braunschweig .....	127
7.7 Verhandlungen der Schmalkaldener .....	128
7.8 Sessionsstreitigkeiten, Supplikationen, Varia .....	129
8. Reichsabschied, Protestationen und Ergebnisse des Reichstags ....	131

## QUELLENEDITION

I.	Vorbereitung, Organisation und Eröffnung des Reichstags	135
I.A	Habsburgische Kommunikation am Vorabend des Reichstags .	135
Nr. 1	Kg. Ferdinand an Karl V. – Wien, 1542 Sept. 27 .....	136
Nr. 2	Kg. Ferdinand an die Kreisfürsten wegen Prorogation des Reichstags – Wien, 1542 Okt. 20 .....	140
Nr. 3	Kg. Ferdinand an die Kurfürsten und Fürsten wegen Prorogation des Reichstags – Wien, 1542 Okt. 20 .....	142
Nr. 4	Kg. Ferdinand an den präsidenten Reichstagskommissar Pfgf. Friedrich wegen Prorogation des Reichstags – Wien, 1542 Okt. 20 .....	144
Nr. 5	Ks. Karl V. an Kg. Ferdinand – Barcelona, 1542 Okt. 31 .....	144
Nr. 6	Instruktion Kg. Ferdinands für eine Werbung seines Rates Dr. Andreas von Könneritz bei Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen – Wien, 1542 Nov. 8 .....	148
Nr. 7	Kf. Johann Friedrich von Sachsen an Kg. Ferdinand: Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag – Lochau, 1542 Nov. 11 ..	153
Nr. 8	Kg. Ferdinand an den sächsischen Rat Georg von Carlowitz betr. die Themen des künftigen Reichstags und die Teilnahme Hg. Moritz' – Preßburg, 1542 Nov. 14 .....	155
Nr. 9	Kg. Ferdinand an Karl V. – Preßburg, 1542 Nov. 18 .....	157
Nr. 10	Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen auf die Werbung des kgl. Rates Dr. Andreas von Könneritz (Nr. 6) – Lochau, 1542 Nov. 29 .....	159
Nr. 11	Bericht des kursächsischen Rates Erasmus von Könneritz an Kf. Johann Friedrich von Sachsen über ein Gespräch mit dem kgl. Rat Hans Hofmann im Vorfeld des Reichstags – o.O., o.D. (Wien, 1542 Nov./Dez.) .....	163
Nr. 12	Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen an Kg. Ferdinand: Bitte um Geleit für die Räte der Schmalkaldischen Bundesstände zum Reichstag – 1542 Dez. 7.	165
Nr. 13	Hg. Wilhelm von Jülich an Kg. Ferdinand: Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag, Bitte um Geleit für seine Räte – Düsseldorf, 1542 Dez. 10 .....	166
Nr. 14	Bf. Konrad von Würzburg an Kg. Ferdinand: Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag – Schloss Aschach, 1542 Dez. 13 ..	167
Nr. 15	Kg. Ferdinand an Dr. Andreas von Könneritz: Auftrag für eine nochmalige Werbung bei Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Wien, 1542 Dez. 21 .....	168
Nr. 16	Kg. Ferdinand an Pfgf. Friedrich: Übersendung der ksl. Bestellung zum Reichstagskommissar – Wien, 1542 Dez. 26 ..	169

Nr. 17	Kg. Ferdinand an Karl V. – Wien, 1542 Dez. 29 . . . . .	170
Nr. 18	Hg. Moritz von Sachsen an Kg. Ferdinand: Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag – Dresden, 1543 Jan. 2. . . . .	172
Nr. 19	Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen auf die abermalige Werbung von Dr. Andreas von Könnertitz (Nr. 15) – Torgau, 1543 Jan. 6 . . . . .	172
Nr. 20	Kg. Ferdinand an Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen wegen des Geleits für die Schmalkaldischen Bundesstände – Eferding, 1543 Jan. 7 . . . . .	174
Nr. 21	Geleit Kg. Ferdinands für den Kf. von Sachsen, den Lgf. von Hessen und andere Schmalkaldische Bundesstände für die Reise zum und vom Reichstag – Peuerbach, 1543 Jan. 8. . . . .	175
Nr. 22	Geleit Kg. Ferdinands für die Gesandten Hg. Wilhelms von Jülich – Nürnberg, 1543 Jan. 19 . . . . .	176
Nr. 23	Nochmalige Aufforderung Kg. Ferdinands an verschiedene Reichsfürsten zum persönlichen Besuch des Reichstags – Nürnberg, 1543 Jan. 20 . . . . .	177
Nr. 24	Kg. Ferdinand an Lgf. Philipp von Hessen: Nochmalige Aufforderung zum persönlichen Besuch des Reichstags – Nürnberg, 1543 Jan. 20 . . . . .	178
Nr. 25	Kg. Ferdinand an Bf. Konrad von Würzburg: Antwort auf Nr. 14, nochmalige Aufforderung zum persönlichen Besuch des Reichstags – Nürnberg, 1543 Jan. 20 . . . . .	179
Nr. 26	Ausschreiben Kg. Ferdinands an die Kreiseinnehmer auf den 12. Febr. 1543 zur Rechnungslegung über die Türkenhilfe – Nürnberg, 1543 Jan. 20 . . . . .	179
Nr. 27	Lgf. Philipp von Hessen an Kg. Ferdinand: Antwort auf Nr. 24, Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag – Kassel, 1543 Jan. 31 . . . . .	180
Nr. 28	Kg. Ferdinand an den ksl. Kommissar Bf. Christoph von Augsburg: Aufforderung zu raschem persönlichen Erscheinen auf dem Reichstag – Nürnberg, 1543 Febr. 3 . . . . .	182
Nr. 29	Kg. Ferdinand an Hg. Moritz von Sachsen: Antwort auf Nr. 18, abermalige Aufforderung zum persönlichen Besuch des Reichstags – Nürnberg, 1543 Febr. 9 . . . . .	183
I.B	Organisatorische Durchführung des Reichstags . . . . .	184
Nr. 30	Kg. Ferdinand an Bgm. und Rat von Nürnberg: Abfertigung des kgl. Quartiermeisters Hans Kinsler nach Nürnberg – Schloss Preßburg, 1542 Nov. 17 . . . . .	184
Nr. 31	Mandat von Bgm. und Rat von Nürnberg: Verhaltensmaßregeln für den Reichstag – Nürnberg, 1542 Dez. 8 . . . . .	184

Nr. 32	Kg. Ferdinand an Bgm. und Rat von Nürnberg: Vollmacht für Kammerfurier Leopold Heuberger zur Vorbereitung der Quartiere in der Burg – Wien, 1542 Dez. 16 . . . . .	186
Nr. 33	Verzeichnis des Reichserbmarschalls Wolfgang von Pappenheim über die Vorbereitungen für den Reichstag – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan.) . . . . .	187
Nr. 34	Reichstagsordnung – Nürnberg, 1543 Jan. 24 . . . . .	188
Nr. 35	Konflikt betr. das Judengeleit zwischen Reichserbmarschall Wolfgang von Pappenheim und Bgm. und Rat von Nürnberg . .	189
35a	Überblick über die Verhandlungen der Reichserbmarschälle von Pappenheim mit Bgm. und Rat von Nürnberg betr. den Geleitschutz für Juden auf den Reichstagen 1542 und 1543 . . . . .	189
35b	Bericht des Reichserbmarschalls Wolfgang von Pappenheim über die Verhandlungen mit Bgm. und Rat von Nürnberg betr. das Geleitrecht für die Juden – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Febr. 7 bis April 27) . . . . .	191
I.C	Abrechnungen einzelner Reichsstände über den Besuch des Reichstags . . . . .	194
Nr. 36	Rechnungsbücher über Reise- und Aufenthaltskosten der kursächsischen Räte, zusammengestellt von Hans Linck – 1542 Dez. 19 bis 1543 April 29 . . . . .	194
Nr. 37	Abrechnung über Reise- und Aufenthaltskosten von Dr. Christoph Welsing, dem Gesandten des Bf. von Straßburg – 1542 Dez. 26 bis 1543 April 30 . . . . .	195
Nr. 38	Abrechnung des Sekretärs der Wetterauer Grafen, Heinrich Steindecker, über die Bezahlung von Botendiensten im Vorfeld und während des Nürnberger Reichstags – o.D. (1542 Nov. bis 1543 April) . . . . .	197
Nr. 39	Abrechnungen von Bgm. und Rat von Nürnberg über die Kosten des Reichstags . . . . .	197
39a	Weingeschenke Nürnbergs an Kg. Ferdinand bei seinem Eintritt in die Reichstagsstadt – 1543 Jan. 17 . . . . .	197
39b	Ausgaben Nürnbergs für Lebensmittelgeschenke an Kg. Ferdinand und andere Reichstagsteilnehmer sowie Kosten für Trompeter und Heerpauker . . . . .	198
39c	Kosten für Instandsetzungsarbeiten im Nürnberger St. Egidienkloster, der Herberge des ksl. Kommissars Bf. Christoph von Augsburg . . . . .	198
39d	Nach Tagen gegliederte Zusammenstellung der Kosten für Mahlzeiten der Reichsstände in den verschiedenen Stuben des Rathauses – Nürnberg, 1543 Jan. 13 bis März 5 . . . . .	199



Nr. 40	Abrechnungen der Augsburger Gesandten.....	199
40a	Ausgabenbuch von Klaus Reich, dem Einkäufer der Augsburger Gesandten – Nürnberg, 1543 Jan. 25 bis April 28 .....	199
40b	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Augsburger Gesandten, zusammengestellt von Sekretär Gabriel Engelhart.....	199
40c	Abrechnung des Augsburger Gesandten Jörg von Stetten .	200
40d	Abrechnung von Dr. Lukas Ulstett über die Ausgaben während seines Aufenthalts in Nürnberg – 1543 Jan. 3 bis Febr. 25 .....	201
I.D	Eröffnung des Reichstags.....	203
Nr. 41	Der Nürnberger Ratsschreiber Ulrich Vendenheimer an Jakob Sturm – Nürnberg, 1542 Dez. 18.....	203
Nr. 42	Anwesenheit der Reichsstände – Nürnberg, 1542 Dez. 17 bis 1543 März.....	204
42a	Aufzeichnung des kursächsischen Rates Eberhard von der Thann über die bei seiner Ankunft in Nürnberg anwesenden Reichsstände – Nürnberg, 1542 Dez. 17....	205
42b	Verzeichnis der bis 5. Jan. 1543 in der Mainzer Kanzlei akkreditierten Gesandten – Nürnberg, 1543 Jan. 5.....	206
42c	Verzeichnis der bei der Eröffnung des Reichstags anwesenden Reichsstände und Gesandten – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan./Febr.) .....	207
42d	Verzeichnis der anwesenden Reichsstände, getrennt nach Konfessionen – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Febr./März)	210
Nr. 43	Proposition Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare – actum Nürnberg, 1543 Jan. 30/vorgetragen 1543 Jan. 31 .....	211
II.	Vollmachten und Instruktionen.....	217
II.A	Haus Habsburg .....	219
Nr. 44	Ks. Karl V.....	219
44a	Karl V.: Kredenz für fünf ksl. Kommissare – Monzón, 1542 Okt. (9).....	219
44b	Karl V.: Vollmacht für die drei ksl. Kommissare Bf. Christoph von Augsburg, Pfgf. Friedrich und Dr. Johann von Naves – Monzón, 1542 Okt. 9 .....	220
44c	Karl V.: Abfertigung der ksl. Kommissare zum Reichstag – Monzón, 1542 Okt. 9 .....	221
44d	Kredenz Karls V. für Nicolas Perrenot de Granvelle als ksl. Generalorator in Italien und Deutschland – Barcelona, 1542 Okt. 20 .....	222

44e	Gutachten von Nicolas de Granvelle betr. seine Entsendung nach Italien und Deutschland – o.O., o.D. (1542 Okt.).....	223
44f	Nicolas de Granvelle an Karl V.: Ersuchen um klare Richtlinien für die Verhandlungen mit den Reichsständen – Roses, 1542 Nov. 6.....	225
44g	Karl V. an Nicolas de Granvelle: Antwort auf Nr. 44f, Richtlinien für den Reichstag – Barcelona, 1542 Nov. 7..	228
Nr. 45	Kgn. Maria von Ungarn, Statthalterin der Niederlande: Instruktion für Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen – Löwen, 1542 Okt. 21 .....	229
II.B	Kurfürsten .....	233
Nr. 46	Kf. Joachim II. von Brandenburg: Kredenzschreiben für Leonhard Keller und Jakob Schilling zur Berichterstattung vor den Reichsständen – Cölln an der Spree, 1543 Jan. 31 .....	233
Nr. 47	Kf. Johann Friedrich von Sachsen .....	233
47a	Kf. Johann Friedrich von Sachsen an seine Gesandten auf dem Schweinfurter Bundestag: Weisungen für die Verhandlungen über die Türkenhilfe – Lochau, 1542 Nov. 15 .....	233
47b	Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Vollmacht für Dr. Melchior von Ossa, Eberhard von der Thann und Mag. Franz Burkhard zu Verhandlungen mit Kg. Ferdinand, den ksl. Kommissaren und den Reichsständen – Lochau, 1542 Dez. 9 .....	237
47c	Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Instruktion für Dr. Melchior von Ossa, Eberhard von der Thann und Mag. Franz Burkhard zum Reichstag – Lochau, 1542 Dez. 9 ..	238
47d	Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Instruktion für Dr. Melchior von Ossa und Mag. Franz Burkhard zu Verhandlungen mit dem ksl. Generalorator Nicolas de Granvelle und dem kgl. Rat Hans Hofmann betr. die Königswahl und den Konflikt zwischen Jülich und Habsburg – Torgau, 1543 Febr. 18.....	256
47e	Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Kredenz für Dr. Melchior von Ossa und Mag. Franz Burkhard für eine Werbung bei Nicolas de Granvelle und Hans Hofmann – Torgau, 1543 Febr. 20.....	258

II.C	Geistliche Fürsten und Stände . . . . .	259
Nr. 48	Pfgf. Heinrich, Bf. von Freising, Adm. von Worms, Propst von Ellwangen: Instruktion für den Wormser Kanzler Dr. Werner Koch betr. die Ringerung der Anschläge und die Doppelanlage – Freising, 1543 Febr. 17 . . . . .	259
Nr. 49	Äbtissin Anna von Quedlinburg: Vollmacht für Michael Meyenburg – o.O., 1543 März 20 . . . . .	263
Nr. 50	Ebf. Ernst von Salzburg: Instruktion für Bf. Hieronymus von Chiemsee, Eberhard von Hirnheim und Eustachius von der Alben zum Reichstag – Salzburg, 1543 Febr. 14. . . . .	264
Nr. 51	Bf. Erasmus von Straßburg: Vollmacht für Dr. Christoph Welsinger – Zabern, 1542 Dez. 7 . . . . .	272
Nr. 52	Bf. Konrad von Würzburg . . . . .	273
52a	Bf. Konrad von Würzburg: Vollmacht für Martin von Ussickheim, Heinrich Truchsess und Dr. Georg Farner zum Reichstag – o.O., 1542 Dez. 13 . . . . .	273
52b	Würzburger Instruktion für Martin von Ussickheim, Heinrich Truchsess und Dr. Georg Farner zum Reichstag – o.O., o.D. (Würzburg, 1542 Dez. 13) . . . . .	274
II.D	Weltliche Fürsten und Stände . . . . .	281
Nr. 53	Mgf. Ernst von Baden-Durlach . . . . .	281
53a	Mgf. Ernst von Baden-Durlach: Vollmacht für Dr. Johann Marquardt zum Reichstag – Pforzheim, 1543 März 14 . .	281
53b	Mgf. Ernst von Baden-Durlach: Instruktion für Dr. Johann Marquardt zum Reichstag – o.O., o.D. (Pforzheim, 1543 März 14) . . . . .	282
Nr. 54	Mgf. Georg von Brandenburg-Ansbach . . . . .	285
54a	Mgf. Georg von Brandenburg an Endres von Hausen: Kredenz für Rechenberg und Hausen bei Kg. Ferdinand – Cadolzburg, 1543 Jan. 19 . . . . .	285
54b	Mgf. Georg von Brandenburg: Kredenz und Vollmacht für Balthasar von Rechenberg zum Reichstag – Cadolzburg, 1543 März 4 . . . . .	285
Nr. 55	Hg. Ernst von Braunschweig-Lüneburg . . . . .	286
55a	Braunschweigisch-lüneburgischer Rat: Instruktion für Dr. Nikolaus Holstein zum Reichstag und zu Verhandlungen mit den Schmalkaldenern – actum Celle, 1542 Dez. 16. .	286
55b	Braunschweigisch-lüneburgischer Rat: Zusatzinstruktion für Dr. Nikolaus Holstein in Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes – Celle, 1542 Dez. 27. . . . .	291
Nr. 56	Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel, Dompropst von Köln und Bremen. . . . .	292

56a	Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel: Kredenz für Dr. Ludwig Falkenberg bei den Gesandten der Schmalkaldischen Bundesstände – Köln, 1543 Febr. 16. . . . .	292
56b	Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel: Instruktion für Dr. Ludwig Falkenberg zu einer Werbung bei den Schmalkaldischen Bundesständen – o.O., o.D. (Köln, 1543 Febr. 16) . . . . .	292
56c	Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel: Memorial für Dr. Ludwig Falkenberg als Ergänzung zu seiner Instruktion (Nr. 56b) – o.O., o.D. (Köln, 1543 Febr. 16)	294
Nr. 57	Lgf. Philipp von Hessen . . . . .	296
57a	Lgf. Philipp von Hessen: Instruktion für die Räte zu den Schmalkaldischen Bundesversammlungen in Schweinfurt und Nürnberg und zum Reichstag – o.O., o.D. (1542 Ende Okt./Anfang Nov.) . . . . .	296
57b	Lgf. Philipp von Hessen: Zusatzinstruktion für die Räte in Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes – Fürstenberg, 1542 Dez. 6 . . . . .	300
Nr. 58	Gf. Ernst von Hohnstein: Vollmacht für Lic. Friedrich Spedt zu Verhandlungen mit den Reichsgrafen – Lohra, 1543 März 18/verlesen Nürnberg, 1543 April 2. . . . .	303
Nr. 59	Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve . . . . .	303
59a	Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve: Vollmacht für Johann von Vlaten, Werner von Hoesteden, Johann von Wytenhorst, Gotthard von Wilach, Dr. Gotthard Gropper und Dr. Johann Faltermeyer bei Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren – Jülich, 1543 Febr. 20/übergeben Nürnberg, 1543 März 14 . . . . .	303
59b	Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve: Instruktion für eine Werbung seines Gesandten Dr. Johann Faltermeyer vor den Schmalkaldischen Bundesständen in Schweinfurt – Angermont, 1542 Nov. 3 . . . . .	304
Nr. 60	Gf. Wilhelm von Nassau-Dillenburg . . . . .	305
60a	Gf. Wilhelm von Nassau: Vollmacht für Lic. Gregor von Nallingen – (Dillenburg), 1542 Dez. 8 . . . . .	305
60b	Gf. Wilhelm von Nassau: Instruktion für Lic. Gregor von Nallingen – Dillenburg, 1542 Dez. 8 . . . . .	306
Nr. 61	Pfgff. Ottheinrich und Philipp von Pfalz-Neuburg . . . . .	308
61a	Pfgff. Ottheinrich: Vollmacht für Georg Ludwig von Seinsheim und Gabriel Arnold – Neuburg, 1543 Jan. 24. . . . .	308
61b	Pfgff. Ottheinrich und Philipp von Pfalz-Neuburg: Instruktion für Georg Ludwig von Seinsheim und Gabriel	

	Arnold zum Reichstag – actum Neuburg, o.D. (1543 Jan. 24) .....	309
Nr. 62	Pfgf. Ruprecht von Pfalz-Zweibrücken-Veldenz als Vormund Pfgf. Wolfgangs von Zweibrücken: Instruktion für Jakob Schorr zum Reichstag und zu den Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände – o.O., o.D. (1542 Nov./Dez.) .....	312
Nr. 63	Hg. Barnim IX. von Pommern-Stettin und Hg. Philipp I. von Pommern-Wolgast .....	314
63a	Bericht der pommerschen Räte über die Zusammenkunft von Wollin: Vorberatungen für den Reichstag – Wollin, 1542 Okt. 9 .....	314
63b	Hgg. Barnim und Philipp von Pommern: Vollmacht für Dr. Jakob Philipp Ösler und Jakob von Zitzewitz zu Verhandlungen mit den Reichsständen, den Schmalkaldischen Bundesständen und den Augsburger Konfessionsverwandten – Altenstettin, 1542 Nov. 19. ....	317
63c	Hgg. Barnim und Philipp von Pommern: Instruktion für Dr. Jakob Philipp Ösler und Jakob von Zitzewitz zum Reichstag – Altenstettin, 1542 Dez. 21 .....	317
63d	Hgg. Barnim und Philipp von Pommern: Instruktion für Dr. Jakob Philipp Ösler und Jakob von Zitzewitz zu Verhandlungen mit den Schmalkaldischen Bundesständen – o.O., o.D. (Altenstettin, 1542 Dez. 21)	328
63e	Hgg. Barnim und Philipp von Pommern: Instruktion betr. das Verhalten gegenüber den Gesandten Hg. Heinrichs von Braunschweig – Altenstettin, 1542 Dez. 21	331
Nr. 64	Hg. Albrecht von Preußen: Instruktion für Ahasver von Brandt und Hieronymus Schürstab für die Verhandlungen zur Aufhebung der preußischen Acht – Friedland, 1542 Dez. 26 ..	331
Nr. 65	Hg. Moritz von Sachsen .....	334
65a	Hg. Moritz von Sachsen: Vollmacht für Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramberger – Dresden, 1543 Jan. 1 .....	334
65b	Hg. Moritz von Sachsen: Instruktion für Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramberger – Dresden, 1543 Jan. 4 .....	334
Nr. 66	Schwäbische Grafen: Abschied des schwäbischen Grafentages mit Entsendung des fürstenbergischen Kanzlers Dr. Matthias Rast zum Reichstag – Mengen, 1542 Okt. 26. ....	339
Nr. 67	Gf. Günther XL. von Schwarzburg-Arnstadt-Sondershausen: Vollmacht für Philipp Kropfgans und Lic. Friedrich Spedt zum Reichstag – o.O., o.D./reg. Nürnberg, 1543 April 16 .....	341

Nr. 68	Wetterauer und oberrheinische Grafen . . . . .	342
68a	Überlegungen des Gesandten der Wetterauer und oberrheinischen Grafen, Lic. Gregor von Nallingen, zum künftigen Reichstag in Nürnberg – o.O., o.D. (ad 1542 Sept. 14) . . . . .	342
68b	Abschied des Wetterauer und oberrheinischen Grafentages mit Entsendung Gregor von Nallingens zum Reichstag – Höchst am Main, 1542 Nov. 7. . . . .	344
68c	Instruktion der Wetterauer und oberrheinischen Grafen für Lic. Gregor von Nallingen zum Reichstag und zu den Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände – actum Höchst am Main, 1542 Nov. 7 . . . . .	346
68d	Die Wetterauer und oberrheinischen Grafen an Gf. Albrecht von Mansfeld wegen der Ausübung des gräflichen Stimmrechts auf Reichstagen – Höchst am Main, 1542 Nov. 8 . . . . .	350
Nr. 69	Hg. Ulrich von Württemberg. . . . .	352
69a	Hg. Ulrich von Württemberg: Vollmacht für Christoph von Venningen und Dr. Philipp Erer zum Reichstag – Urach, 1542 Dez. 9 . . . . .	352
69b	Hg. Ulrich von Württemberg: Instruktion für Christoph von Venningen und Dr. Philipp Erer zum Reichstag und zu Verhandlungen mit den schwäbischen Kreisständen – actum Urach, 1542 Dez. 9 . . . . .	352
69c	Hg. Ulrich von Württemberg: Nebeninstruktion für Christoph von Venningen und Dr. Philipp Erer zu Verhandlungen betr. den Konflikt mit Esslingen – o.O., o.D. (Urach, 1542 Dez. 9) . . . . .	363
Nr. 70	Gf. Jakob von Zweibrücken-Bitsch-Lichtenberg: Vollmacht für Dr. Christoph Welsing zum Reichstag – o.O., 1542 Dez. 15 . . . . .	364
II.E	Reichsstädte . . . . .	366
Nr. 71	Bgmm. und Rat von Augsburg . . . . .	366
71a	Bgmm. und Rat von Augsburg: Instruktion für die Gesandten zu Verhandlungen im Reichsrat und im Städterat sowie Ergänzungsartikel zur Instruktion – Augsburg, 1542 (Nov./Dez.) und Augsburg, 1543 Jan. 20 . . . . .	366
71b	Bgmm. und Rat von Augsburg: Instruktion für die Gesandten betr. Session und Stimme der Städte und die Rekusation des Reichskammergerichts – actum (Augsburg), 1543 Jan. 25 . . . . .	369
Nr. 72	Bgm. und Rat von Esslingen . . . . .	372

72a	Bgm. und Rat von Esslingen: Instruktion für eine Werbung der Gesandten bei den Schmalkaldischen Bundesständen betr. den Konflikt mit Hg. Ulrich von Württemberg – actum Esslingen, 1543 Jan. 2/vorgetragen vor den Schmalkaldenern 1543 Febr. 18 . . . . .	372
72b	Bgm. und Rat von Esslingen: Instruktion für eine Werbung der Gesandten im Städterat betr. den Konflikt mit Hg. Ulrich von Württemberg – actum Esslingen, 1543 Jan. 2/vorgetragen im Städterat in Nürnberg, 1543 Febr. 24 . . . . .	373
Nr. 73	Bgm. und Rat von Frankfurt: Instruktion der Gesandten zu Verhandlungen im Städterat – actum Frankfurt, 1542 Nov. 9. .	374
Nr. 74	Bgm. und Rat von Hildesheim: Kredenz für Hans Leist und Henning Blome bei den Schmalkaldischen Bundesverwandten – (Hildesheim), 1543 Febr. 22. . . . .	376
Nr. 75	Bgm. und Rat von Memmingen . . . . .	377
75a	Bgm. und Rat von Memmingen: Instruktion für Christoph Zwicker zum Reichstag – o.O., o.D. (Memmingen, 1543 Jan./Febr.) . . . . .	377
75b	Bgm. und Rat von Memmingen: Instruktion für Christoph Zwicker zu Verhandlungen mit den Schmalkaldischen Bundesverwandten – o.O., o.D. (Memmingen, 1543 Jan./Febr.) . . . . .	380
Nr. 76	Bgm. und Rat von Nördlingen: Instruktion für die Gesandten Konrad Gundelfingen und Wolf Graff zum Reichstag – actum (Nördlingen), 1543 März 28 . . . . .	381
Nr. 77	Vorberatungen von Bgm. und Rat von Ravensburg zum Reichstag auf Basis der Abschiede der Reichstage und der Städtetage von Speyer und Nürnberg 1542 – o.O., o.D. (Ravensburg, 1542 Nov./Dez.) . . . . .	382
Nr. 78	Bgm. und Rat von Schlettstadt: Vollmacht für Stadtschreiber Gervasius Gebwiller zum Reichstag – (Schlettstadt), 1543 Jan. 20/lectum in consilio statuum Nürnberg, 1543 April 5 . . .	384
Nr. 79	Bgm. und Rat von Straßburg . . . . .	384
79a	Bgm. und Rat von Straßburg: Instruktion für die Gesandten zu Verhandlungen mit den Reichsständen und den Reichsstädten – Straßburg, 1542 (Dez. 11) . . . . .	384
79b	Bgm. und Rat von Straßburg: Instruktion für die Gesandten zu Verhandlungen mit den Schmalkaldischen Bundesständen – actum (Straßburg), 1542 Dez. 11 . . . . .	391

III.	Protokolle.....	395
III.A	Geistliche Fürsten.....	396
Nr. 80	Bf. von Hildesheim: Protokollnotizen des Bf. von Hildesheim, Dr. Valentin von Teteleben, über die Verhandlungen der Reichsstände – Nürnberg, 1543 Febr. 19 bis April 23.....	396
Nr. 81	Bf. von Würzburg: Berichtsprotokoll der Gesandten Bf. Konrads von Würzburg über die Reise nach Nürnberg und die Verhandlungen am Reichstag – 1542 Dez. 26 bis April 26.....	408
III.B	Weltliche Fürsten.....	420
Nr. 82	Pfgff. Ottheinrich und Philipp von Pfalz-Neuburg: Berichtsprotokoll der pfalz-neuburgischen Gesandten Gabriel Arnold und Georg Ludwig von Seinsheim über den Reichstag – 1543 Febr. 24 bis März 23.....	420
Nr. 83	Hg. Albrecht von Preußen: Bericht des preußischen Gesandten Ahasver von Brandt, über seine Mission bei den Kff. von Bran- denburg und Sachsen sowie am Reichstag in Nürnberg – 1543 Jan. 11 bis 1543 April 3.....	429
Nr. 84	Hg. Ulrich von Württemberg.....	443
84a	Berichtsprotokoll der württembergischen Gesandten über den Reichstag – 1542 Dez. 17 bis 1543 April 28.....	443
84b	Berichtsprotokoll der württembergischen Gesandten über die Beratungen der Schmalkaldener und die Verhandlungen der evangelischen Stände mit Kg. Ferdinand und den altgläubigen Reichsständen – 1542 Dez. 24 bis 1543 April 29.....	456
III.C	Reichsstädte.....	470
Nr. 85	Esslingen: Berichtsprotokoll des Esslinger Gesandten Lic. Johann Machtolf über die Verhandlungen der Reichsstände, der Reichsstädte, der Schmalkaldischen Bundesstände und der schwäbischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 Jan. 21 bis April 13.....	470
Nr. 86	Frankfurt.....	478
86a	Berichtsprotokoll des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb über die Verhandlungen der Reichsstände – Nürnberg, 1543 Jan. 31 bis April 23.....	478
86b	Berichtsprotokoll des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb über die Beratungen im Städterat – Nürnberg, 1543 Febr. 10 bis April 26.....	490
86c	Berichtsprotokoll des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb über die Beratungen der	



	Schmalkaldener und der evangelischen Reichsstände – Nürnberg, 1543 Jan. 6 bis April 28 .....	491
Nr. 87	Goslar: Berichtsprotokoll des Goslarer Gesandten Johann Koch über die Verhandlungen der Reichsstände und der Schmalkaldischen Bundesstände – Nürnberg, 1543 März 19 bis April 23 .....	527
Nr. 88	Heilbronn: Berichtsprotokoll des Heilbronner Gesandten Dr. Jakob Ehinger von den Verhandlungen der Reichsstände, der Reichsstädte, der Schmalkaldener und der schwäbischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 Febr. 5 bis April 14 .....	527
Nr. 89	Nürnberg .....	546
	89a Berichtsprotokoll der Nürnberger Gesandten über die Verhandlungen im Städterat – Nürnberg, 1543 Febr. 10 bis April 26 .....	546
	89b Aufzeichnungen der Nürnberger Ratsbücher über die Beschlüsse des Rates von Nürnberg zu den Verhandlungen und zur Organisation des Reichstags – Nürnberg, 1543 Jan. 30 bis Mai 17 .....	575
Nr. 90	Städtereigistratur zu den Verhandlungen der Reichsstände und der Reichsstädte – 1543 Jan. bis April .....	583
IV.	Verhandlungen über die Türkenhilfe .....	591
IV.A	Verhandlungen Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare mit den altgläubigen Reichsständen über die Türkenhilfe .	594
Nr. 91	Bericht des pfalz-neuburgischen Gesandten Gabriel Arnold an Pfgf. Ottheinrich über den von Kg. Ferdinand verkündeten Beginn der Verhandlungen zur Türkenhilfe – Nürnberg, 1543 März 22 .....	594
Nr. 92	Antwort der altgläubigen Reichsstände auf die Proposition Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare betr. die Türkenhilfe – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Ende März) .....	595
Nr. 93	Von Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren erstelltes Verzeichnis der gegen die Türken zu befestigenden Orte an der Donau und entlang der Militärgrenze – verlesen Nürnberg, 1543 April 1 .....	601
Nr. 94	Triplik der altgläubigen Reichsstände an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare mit endgültiger Beschlussfassung zur Türkenhilfe – Nürnberg, 1543 April 11/übergeben 1543 April 14 .....	603
Nr. 95	Vorbehalt der Gesandten der Bff. von Bamberg, Würzburg und Eichstätt gegen die Beschlüsse in der Türkenhilfe – actum Nürnberg, 1543 April 14 .....	616

Nr. 96	Quadruplik Kg. Ferdinands und des ksl. Kommissars Dr. Johann von Naves auf die Triplik der altgläubigen Reichsstände zur Türkenhilfe (Nr. 94) – Nürnberg, 1543 April 16 . . . . .	617
Nr. 97	Mündliche Quintuplik der altgläubigen Reichsstände auf die Quadruplik Kg. Ferdinands (Nr. 96) – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 nach April 16) . . . . .	621
IV.B	Ansuchen um Unterstützung im Kampf gegen die Türken	623
Nr. 98	Ungarische Stände . . . . .	623
98a	Ansuchen der ungarischen Stände an die Reichsstände um Türkenhilfe – Preßburg, 1542 Nov. 30/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 19 . . . . .	623
98b	Antwort der Reichsstände an die ungarischen Stände auf ihr Ansuchen (Nr. 98a) – Nürnberg, 1543 April 21 . . . . .	623
Nr. 99	Niederösterreichische Erblande und Grafschaft Görz . . . . .	625
99a	Kredenz der fünf niederösterreichischen Erblande und der Grafschaft Görz für ihre Gesandten am Reichstag – Wien, 1542 Dez. 5/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 19 . . . . .	625
99b	Instruktion für eine Werbung der Gesandten der fünf niederösterreichischen Erblande und der Grafschaft Görz bei den Reichsständen um Türkenhilfe – Wien, 1542 Dez. 5/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 19 . . . . .	626
99c	Antwort der Reichsstände an die Gesandten der fünf niederösterreichischen Erblande und der Grafschaft Görz auf ihre Werbung um Türkenhilfe (Nr. 99b) – actum Nürnberg, 1543 April 22 . . . . .	630
Nr. 100	Die Reichsstände an den Dogen von Venedig, Pietro Lando, wegen Bekämpfung der Türken zur See – Nürnberg, 1543 April 17 . . . . .	631
Nr. 101	Die Reichsstände an Papst Paul III.: Bitte um Entsendung päpstlicher Hilfstruppen zur Abwehr der Türken in Ungarn – Nürnberg, 1543 April 21 . . . . .	633
IV.C	Verweigerung der Türkenhilfe durch die Reichsstädte. . . . .	635
Nr. 102	Protestation der Gesandten der Reichsstädte Worms, Rottweil, Speyer, Ravensburg und Hagenau samt den Städten der Landvogtei gegen die Beschlüsse der oberen Reichsstände zur Türkenhilfe – reg. Nürnberg, 1543 April 1 . . . . .	635
Nr. 103	Supplikation der Gesandten der Reichsstädte Worms, Rottweil, Speyer, Ravensburg und Hagenau samt den Städten der Landvogtei an die Reichsstände wegen der Türkenhilfe – verlesen Nürnberg, 1543 April 14. . . . .	637

IV.D Verweigerung der Türkenhilfe durch einzelne Reichsstände und Proteste gegen die Veranlagung als Reichsstand . . . . .	641
Nr. 104 Die Eidgenossen . . . . .	641
104a Die Gesandten der Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft an Ks. Karl V.: Beschwerde wegen der Mandate des Reichskammergerichts zur Bezahlung von Türkenhilfe und Kammerzielern – Baden im Aargau, 1543 Febr. 14/verlesen Nürnberg, 1543 (März 6) . . . . .	641
104b Antwort Kg. Ferdinands an die eidgenössischen Gesandten (auf Nr. 104a) – Nürnberg, 1543 März 13 . . .	643
104c Antwort der Gesandten der Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft am eidgenössischen Versammlungstag an Kg. Ferdinand (auf Nr. 104b) – Baden im Aargau, 1543 April 18 . . . . .	644
Nr. 105 Die niedersächsischen Kreisfürsten, Mgf. Johann Albrecht von Brandenburg, Koadjutor des Erzstiftes Magdeburg, und Hg. Ernst von Braunschweig-Lüneburg, an die Reichsstände wegen Verpflichtung der Hansestädte zur Zahlung der Türkenhilfe an die Kreisfürsten – datum 1542 Nov. 14/verlesen Nürnberg, 1543 April 2 . . . . .	646
Nr. 106 Die Gesandten Kgn. Marias von Ungarn an Kg. Ferdinand: Entschuldigung wegen Nichtbezahlung der Türkenhilfe für das Hochstift Utrecht und für den Burgundischen Kreis – verlesen Nürnberg, 1543 April 20 . . . . .	648
Nr. 107 Gf. Dietrich von Manderscheid . . . . .	650
107a Supplikation Gf. Dietrichs von Manderscheid an die Reichsstände wegen Exemtion von den Reichsanlagen – übergeben Nürnberg, 1543 April . . . . .	650
107b Befehl Kg. Ferdinands an den ksl. Fiskal wegen Stillstand der Prozesse des Reichskammergerichts gegen Gf. Dietrich von Manderscheid – Nürnberg, 1543 April 20 . .	652
Nr. 108 Die Hochstifte Metz, Toul und Verdun . . . . .	653
108a Supplikation der Gesandten der Hochstifte Metz, Toul und Verdun an Kg. Ferdinand und die Reichsstände wegen Exemtion von den Reichsanlagen – Nürnberg, 1543 Febr. 3 . . . . .	653
108b Resolution der Reichsstände zur Supplikation der Hochstifte Metz, Toul und Verdun (Nr. 108a) – actum Nürnberg, 1543 April 16 . . . . .	654
Nr. 109 Vortrag der Gesandten Hg. Karls III. von Savoyen vor den Reichsständen: Bitte um Aussetzen der Türkenhilfe wegen der Bedrohung Savoyens durch Frankreich – o.O., o.D./verlesen Nürnberg, 1543 (April 4) . . . . .	655

IV.E	Supplikationen wegen Ringerung der Anlagen .....	657
Nr. 110	Supplikation Hgn. Elisabeths von Braunschweig-Calenberg an Kg. Ferdinand wegen Ringerung der Anlagen – Schloß Münden, 1542 Dez. 27/übergeben Nürnberg, (1543) .....	657
Nr. 111	Instruktion Gf. Wilhelms von Nassau-Dillenburg für eine Supplikation seines Gesandten Lic. Gregor von Nellingen betr. die Ringerung der Anlagen – o.O., o.D./übergeben Nürnberg, (1543) .....	657
Nr. 112	Supplikation von Bgm. und Rat der Stadt Rottweil an die Reichsstände wegen Ringerung der Anlagen – o.O., o.D./übergeben Nürnberg, (1543) .....	658
Nr. 113	Supplikation des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb im Namen der Stadt Wetzlar an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare wegen Ringerung der Anlagen samt Beschluss des ksl. Fiskals – o.O., o.D./übergeben Nürnberg, (1543) .....	660
Nr. 114	Instruktion Gf. Jakobs von Zweibrücken-Bitsch für eine Werbung seines Gesandten Dr. Christoph Welsing bei den Reichsständen und bei den oberrheinischen Kreisständen wegen Ringerung der Anlagen – actum o.O., 1542 Dez. 15/übergeben Nürnberg, (1543) .....	661
IV.F	Verhandlungen der Reichskreise während des Reichtags und Rechnungslegung über die Türkenhilfe .....	663
Nr. 115	Zusammenfassung der Verhandlungen der fränkischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 Jan. 19 bis Jan. 20 .....	663
Nr. 116	Protokoll des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb über die Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 Jan. 20 bis Febr. 21 .....	664
Nr. 117	Die schwäbischen Kreiseinnehmer an Bgm. und Rat von Ulm wegen der Rechnungslegung über die Türkenhilfe in Nürnberg – o.O., 1543 Febr. 10 .....	666
Nr. 118	Rechenschaftsbericht der schwäbischen Kreiseinnehmer an die in Nürnberg versammelten schwäbischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 (Febr./März) .....	667
Nr. 119	Bericht der Gesandten der Stadt Ravensburg Gabriel Krötlin und Konrad Goltrich über die Verhandlungen der schwäbischen Kreisstände und der Reichsstände – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 nach März 12) .....	670
Nr. 120	Die Gesandten der oberrheinischen Kreisstände an verschiedene ungehorsame Kreisstände – Nürnberg, 1543 März 8 .....	672
Nr. 121	Lgf. Philipp von Hessen an seine Räte in Nürnberg: Instruktionen für die Verhandlungen mit den oberrheinischen	

	Kreisständen – Kassel, 1543 April 1/praes. Nürnberg, 1543 April 6 .....	674
Nr. 122	Die Gesandten der gehorsamen Stände des Oberrheinischen Kreises an die Kreiseinnehmer: Befehl zur Bezahlung der Reiter des Türkenzuges 1542 – Nürnberg, 1543 April 9.....	675
Nr. 123	Lgf. Philipp von Hessen an die Gesandten der oberrheinischen Kreisstände in Nürnberg – Kassel, 1543 März 24/praes. Nürnberg, 1543 April 18 .....	677
IV.G	Türkenhilfe 1541: Abrechnungen, ausstehende Besoldungen	679
Nr. 124	Hg. Moritz von Sachsen an die Reichsstände: Aufforderung zur Zahlung der ausstehenden Besoldung aus dem Türkenzug 1541 an den sächsischen Musterherrn Andreas Pflug – Dresden, 1543 Januar 18/verlesen Nürnberg, 1543 April 2.....	679
Nr. 125	Relation des Rechnungsausschusses zur Abrechnung des Pfennigmeisters Wolfgang Schutzbar über die eilende Türkenhilfe 1541 – verlesen Nürnberg, 1543 April 15/abgeschrieben April 16 .....	680
Nr. 126	Drei Verzeichnisse über die Beteiligung der Reichsstände an der Finanzierung des Türkenzuges 1541 – o.O., o.D. (vorgelegt Nürnberg, 1543 April 15) .....	684
	126a Verzeichnis der Reichsstände, die nichts oder nicht ausreichend zahlten – o.O., o.D. (vorgelegt Nürnberg, 1543 April 15) .....	684
	126b Verzeichnis der Reichsstände, die mehr als drei Monate erlegten – o.O., o.D. (vorgelegt Nürnberg, 1543 April 15)	685
	126c Verzeichnis der eximierten Reichsstände – o.O., o.D. (vorgelegt Nürnberg, 1543 April 15) .....	686
IV.H	Türkenzug und Türkenhilfe 1542: Berichte, Abrechnungen, ausstehende Besoldungen .....	687
Nr. 127	Supplikation Wolf Dietrichs von Pfirt, Oberstleutnant über das Fußvolk im Türkenzug 1542, an Kg. Ferdinand, die ksl. Kommissare und die Reichsstände: Bezahlung der ausstehenden Besoldung der hohen Ämter und Ersatz der Unkosten – Nürnberg, 1543 Febr. 4/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 12 ....	687
Nr. 128	Relation der kurbrandenburgischen Gesandten im Auftrag Kf. Joachims von Brandenburg über den Türkenzug 1542 – actum Cölln an der Spree, 1543 Jan. 25/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 19/20 .....	690
Nr. 129	Verzeichnis der gehorsamen und ungehorsamen Reichsstände bei der Bezahlung der Türkenhilfe 1542, geordnet nach	

	Reichskreisen – o.O., o.D./übergeben Nürnberg, 1543 Febr. 19/20 .....	696
Nr. 130	Verzeichnis der monatlichen Bestallung und Besoldung der hohen Ämter im Türkenzug 1542 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 vor März 16) .....	707
Nr. 131	Bericht des Rechnungsausschusses zur Abrechnung der hohen Ämter von 1542 durch die Oberbefehlshaber (ad Nr. 130) – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 März 16 .....	710
Nr. 132	Vorschlag des Oberstleutnants Wolf Dietrich von Pfirt zu den Modalitäten der Bezahlung des ausstehenden Soldes für die Inhaber der hohen Ämter im Türkenzug 1542 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 6) .....	718
Nr. 133	Bericht des Rechnungsausschusses über die modifizierte Abrechnung der hohen Ämter im Türkenzug 1542 (ad Nr. 130-131) – Nürnberg, 1543 April 6/verlesen April 7 .....	720
IV.I	Winterlager der Truppen in Ungarn und Kundschafterberichte über die Türken 1542/1543 .....	724
Nr. 134	Urkunde Kf. Joachims von Brandenburg und der Kriegsräte betr. das Winterlager des Kriegsvolks in Ungarn – Wien, 1542 Okt. 28/verlesen Nürnberg, 1543 Jan. 31 .....	724
Nr. 135	Kundschafterberichte zum Vorrücken der Türken – verlesen Nürnberg, 1543 März 6/März 7 .....	725
Nr. 136	Aufstellung Kg. Ferdinands über die Kosten des Winterlagers in Ungarn von Oktober 1542 bis April 1543 – verlesen Nürnberg, 1543 April 20 .....	728
IV.J	Organisation der Türkenhilfe 1543 .....	733
Nr. 137	Mandat Kg. Ferdinands an alle Reichsstände zum Verbot der Annahme fremden Kriegsdienstes – Nürnberg, 1543 März 10 .	733
Nr. 138	Die Reichsstände an die Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft: Verbot der Annahme fremden Kriegsdienstes – Nürnberg, 1543 März 30 .....	735
Nr. 139	Generalmandat Kg. Ferdinands an die Reichsstände zur Verkündigung des Reichsanschlags – Nürnberg, 1543 April 22.	737
Nr. 140	Anschlag zur Türkenhilfe nach Reichskreisen – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 22) .....	740
Nr. 141	Ersuchen der Reichsstände an Kf. Ludwig V. von der Pfalz und Bf. Pankraz von Regensburg um Bestellung eines Kriegskommissars – Nürnberg, 1543 April 23 .....	742
Nr. 142	Entwurf der Reichsstände für die Bestallungsurkunde des Kriegskommissars – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 23) ....	743

Nr. 143	Kg. Ferdinand an die Mgff. Georg und Albrecht von Brandenburg: Bitte um Vorstreckung aller drei Raten der bewilligten Türkenhilfe – Nürnberg, 1543 April 23 .....	745
IV.K	Verhandlungen Kg. Ferdinands mit den bischöflichen Gesandten über die Doppelanlage .....	747
Nr. 144	Bericht aus der Kanzlei des Ebf. von Salzburg über die Verhandlungen zur Doppelanlage auf den Reichstagen 1542 und 1543 .....	747
Nr. 145	Der Passauer Gesandte Christoph Kirchbichler an Bf. Wolfgang von Passau: Bericht über die Verhandlungen zur Doppelanlage – Nürnberg, 1543 März 2 .....	752
Nr. 146	Supplikation von Dr. Werner Koch, Gesandter und Kanzler des Bf. von Worms und Freising, an Kg. Ferdinand wegen der Doppelanlage – übergeben Nürnberg, 1543 März 27 .....	753
Nr. 147	Erweiterter Vertragsentwurf Kg. Ferdinands zur Doppelanlage des Ebf. von Salzburg und der Bff. von Bamberg, Regensburg, Freising und Passau – actum Nürnberg, 1543 April 11/praes. Nürnberg, 1543 April 13 .....	756
Nr. 148	Replik der Gesandten des Ebf. von Salzburg und der Bff. von Regensburg und Passau auf den erweiterten Vertragsentwurf Kg. Ferdinands zur Doppelanlage (Nr. 147) – Nürnberg, 1543 April 13 .....	759
Nr. 149	Ebf. Ernst von Salzburg an seinen Rat Dr. Nikolaus Ribeisen wegen des widerrechtlichen Vorgehens der niederösterreichischen Landstände gegen Salzburger Besitzungen – Salzburg, 1543 April 20 .....	761
Nr. 150	Kg. Ferdinand an die Landstände von Österreich ob der Enns: Bei Annahme des kgl. Vertragsentwurfs (Nr. 147) Rücknahme von Pfändungen der bischöflichen Besitzungen – Nürnberg, 1543 April 22 .....	762
V.	Verhandlungen zu Friede und Recht .....	765
V.A	Schriftwechsel zu Friede und Recht zwischen Kg. Ferdinand und den Reichsständen sowie Beschlüsse und Gutachten der Reichsstände .....	765
Nr. 151	Eingabe der Schmalkaldener an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare wegen Suspension der Prozesse des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 Jan. 25 .....	767
Nr. 152	Erste Eingabe der Augsburger Konfessionsverwandten an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare zu Friede und Recht – übergeben Nürnberg, 1543 Febr. 2/verlesen 1543 Febr. 3 .....	771

Nr. 153	Mündliche Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die erste Eingabe der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 152) – Nürnberg, 1543 Febr. 3 . . . . .	785
Nr. 154	Stellungnahme der altgläubigen Reichsstände zur ersten Eingabe der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 152) und zur mündlichen Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 153) – verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 14 . . . .	786
Nr. 155	Schriftliche Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die erste Eingabe der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 152) – Nürnberg, 1543 Febr. 16/verlesen Nürnberg 1543 Febr. 26 . . . . .	789
Nr. 156	Gutachten des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten zur Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 155) – Nürnberg, 1543 (nach 1543 Febr. 16) . . . . .	794
Nr. 157	Replik der Augsburger Konfessionsverwandten auf die Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 155) – verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 26 . . . . .	805
Nr. 158	Duplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die Replik der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 157) – actum Nürnberg, 1543 März 3/verlesen 1543 März 4 . . . . .	826
Nr. 159	Triplik der Augsburger Konfessionsverwandten auf die Duplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 158) – verlesen Nürnberg, 1543 März 7 . . . . .	834
Nr. 160	Quadruplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die Triplik der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 159) – actum Nürnberg, 1543 März 8/verlesen 1543 März 9 . . . . .	842
Nr. 161	Votenprotokoll der hessischen Gesandten zu den Beratungen der Augsburger Konfessionsverwandten über die Quadruplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 160) – actum Nürnberg, 1543 März 9 . . . . .	844
Nr. 162	Quintuplik der Augsburger Konfessionsverwandten auf die Quadruplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 160) – verlesen Nürnberg, 1543 März 9 . . . . .	847
Nr. 163	Mündliche Antwort Kg. Ferdinands auf die Quintuplik der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 162) und deren mündliche Replik an den König – actum Nürnberg, 1543 März 10 . . . . .	850
Nr. 164	Lgf. Philipp von Hessen an Kg. Ferdinand: Verhandlungen über Friede und Recht als Vorbedingung für die Bewilligung der Türkenhilfe – Kassel, 1543 März 18 . . . . .	854



Nr. 165	Fürstenratsbeschluss der altgläubigen Reichsstände: Beginn der Verhandlungen über die Türkenhilfe ohne vorherige Beratungen über Friede und Recht – Nürnberg, 1543 März 24	857
Nr. 166	Vortrag des Mainzer Kanzlers Dr. Jakob Jonas im Namen der altgläubigen Reichsstände vor den Augsburger Konfessionsverwandten – Nürnberg, 1543 März 26	861
Nr. 167	Gutachten des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten für den Fall von Verhandlungen mit den altgläubigen Reichsständen – datum Nürnberg, 1543 März 27/verlesen März 29	865
Nr. 168	Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten auf den Vortrag des Mainzer Kanzlers von 1543 März 26 (Nr. 166) – Nürnberg, 1543 März 29	868
Nr. 169	Mündliche Entgegnung des Mainzer Kanzlers Dr. Jakob Jonas im Namen der altgläubigen Reichsstände auf die Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 168) und deren Erwiderung – Nürnberg, 1543 März 29	875
Nr. 170	Vortrag Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare zu Friede und Recht vor den Augsburger Konfessionsverwandten – Nürnberg, 1543 April 2	877
Nr. 171	Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten auf den Vortrag Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare von 1543 April 2 (Nr. 170) – übergeben Nürnberg, 1543 April 3/verlesen im Reichsrat April 4	880
Nr. 172	Stellungnahme der altgläubigen Reichsstände zur Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten von 1543 April 3/4 (Nr. 171) – Nürnberg, 1543 April 6	882
Nr. 173	Zusammenfassung eines mündlichen Vorschlags Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare zu Friede und Recht durch die evangelischen Reichsstände – Nürnberg, 1543 April 7	884
Nr. 174	Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten auf den mündlichen Vorschlag Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 173) – Nürnberg, 1543 April 7/April 8	885
Nr. 175	Gutachten Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare zu einzelnen Paragraphen des Reichsabschieds – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 April 14	888
Nr. 176	Beratungen der altgläubigen Reichsstände zu einigen Paragraphen des Reichsabschieds (ad Nr. 175) – Nürnberg, 1543 April 15	892
Nr. 177	Stellungnahme der altgläubigen Reichsstände zum Gutachten Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare zum Reichsabschied (Nr. 175) – o.O., o.D. (übergeben Nürnberg, 1543 April 18/verlesen, 1543 April 20)	893

Nr. 178	Änderung und Ergänzung der altgläubigen Vorschläge zu Friede und Recht durch Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissar Naves (ad Nr. 177) – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 18) . . . . .	896
Nr. 179	Zusammenstellung der Artikel zu Friede und Recht für den Reichsabschied durch die altgläubigen Reichsstände – Nürnberg, 1543 April 18 . . . . .	898
Nr. 180	Vortrag Kg. Ferdinands vor den Augsburger Konfessionsverwandten anlässlich der Übergabe der Beschlüsse der altgläubigen Reichsstände zur Türkenhilfe (Nr. 94) und zu Friede und Recht (Nr. 179) – Nürnberg, 1543 April 18/ April 20 . . . . .	902
Nr. 181	Gutachten des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten zu den von Kg. Ferdinand und dem ksl. Kommissar Dr. Naves übergebenen Artikeln zu Friede und Recht (ad Nr. 178–179) – Nürnberg, 1543 April 19/April 20 . . . . .	904
Nr. 182	Kurze Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten auf den Vortrag Kg. Ferdinands von 1543 April 18 (Nr. 180) und die von ihm übergebenen Beschlüsse (Nr. 94, Nr. 179) – Nürnberg, 1543 April 20 . . . . .	905
Nr. 183	Ausführliche Stellungnahme der Augsburger Konfessionsverwandten zu den von Kg. Ferdinand und dem ksl. Kommissar Dr. Naves übergebenen Artikeln zu Friede und Recht (ad Nr. 179) und zur Türkenhilfe (ad Nr. 94) – Nürnberg, 1543 April 20 . . . . .	907
Nr. 184	Antwort Kg. Ferdinands auf die beiden Eingaben der Augsburger Konfessionsverwandten von 1543 April 20 (Nr. 182-183) – Nürnberg, 1543 April 22 . . . . .	913
Nr. 185	Letzte Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten an Kg. Ferdinand (ad Nr. 184) und Erwiderung des Königs – Nürnberg, o.D. (1543 April 22) . . . . .	915
V.B	<b>Berichte und Weisungen evangelischer Reichsstände zu den Verhandlungen über Friede und Recht . . . . .</b>	<b>916</b>
Nr. 186	Bericht Jakobs von Zitzewitz über die mündliche Aufforderung des Mainzer Kanzlers zur Teilnahme der pommerschen Gesandten an den Beratungen der Reichsstände – o.O., o.D. (Nürnberg, ad 1543 Febr. 14) . . . . .	917
Nr. 187	Bericht Jakobs von Zitzewitz über die Antwort der pommerschen Gesandten auf die Aufforderung des Mainzer Kanzlers (Nr. 186) und über die Verhandlungen der altgläubigen Reichsstände mit den pommerschen Gesandten im Reichsrat – o.O., o.D. (Nürnberg, ad 1543 Febr. 24) . . . . .	918

Nr. 188	Bericht der kursächsischen Gesandten an Kf. Johann Friedrich über eine Unterredung mit Kg. Ferdinand und Nicolas de Granvelle betr. Friede und Recht und die Causa Jülich – Nürnberg, 1543 März 11 . . . . .	922
Nr. 189	Bericht der hessischen Gesandten Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp über ihre Unterredung mit Kg. Ferdinand und Nicolas de Granvelle zu Friede und Recht – Nürnberg, 1543 März 11 . . . . .	932
Nr. 190	Bericht der hessischen Gesandten Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp über ihre Unterredungen zu Friede und Recht mit Granvelle bzw. mit Naves am 11. und 12. März 1543 – Nürnberg, 1543 März 12 .	935
Nr. 191	Protokoll der Verhandlungen im Reichsrat am 12. März 1543 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 März 12) . . . . .	938
Nr. 192	Zwei Berichte des Straßburger Gesandten Jakob Sturm an Bgm. und Rat von Straßburg über die Verhandlungen zu Friede und Recht von 20. bis 30. März 1543 – Nürnberg, 1543 März 20 und 1543 (März 31) . . . . .	941
Nr. 193	Bericht von Jakob von Zitzewitz, Gesandter Hg. Philipps von Pommern-Wolgast, über die Verhandlungen der altgläubigen und der evangelischen Reichsstände zu Friede und Recht – o.O., o.D. (Nürnberg, ad 1543 März 29/30) . . . . .	945
Nr. 194	Bericht des Gesandten der Stadt Nördlingen über die Verhandlungen zu Friede und Recht im Reichsrat von 29. bis 31. März 1543 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Anfang April) . . .	947
Nr. 195	Weisung Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an seine Räte betr. die Verhandlungen zu Friede und Recht und andere Reichstagsmaterien – Torgau, 1543 April 14. . . . .	950
Nr. 196	Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen und Lgf. Philipps von Hessen auf die Werbung von Dr. Andreas von Könneritz: Beharren auf den Forderungen zu Friede und Recht, abermalige Ablehnung der Türkenhilfe – Kassel, 1543 Mai 18 . . . . .	951

## Zweiter Teilband

VI.	Konflikt des Hauses Habsburg mit Frankreich und Jülich	959
VI.A	Der Konflikt mit Kg. Franz I. von Frankreich . . . . .	959
Nr. 197	Rede des ksl. Orators Nicolas de Granvelle im Reichsrat mit der Bitte um Unterstützung gegen Kg. Franz I. von Frankreich und Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Febr. 5) . . . . .	959

Nr. 198	Rechtfertigungsschreiben Kg. Franz' I. von Frankreich an die Reichsstände – Magnigeste, 1543 Jan. 9/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 28 .....	968
Nr. 199	Entgegnung auf das Rechtfertigungsschreiben des Kg. von Frankreich (Nr. 198) durch Granvelle und die ksl. Kommissare im Reichsrat – verlesen Nürnberg, 1543 März 6 .....	977
Nr. 200	Antwort der oberen Reichsstände auf die Rede des ksl. Orators Nicolas de Granvelle (Nr. 197) – Nürnberg, 1543 April 23 ....	982
Nr. 201	Mündlicher Austausch zwischen den Gesandten der oberen Reichsstände und der Reichsstädte betr. die Antwort auf die Rede Granvelles (Nr. 200) – Nürnberg, 1543 April 23 .....	983
VI.B	Der Konflikt mit Hg. Wilhelm von Jülich um Geldern .....	985
Nr. 202	Vortrag der Gesandten Kgn. Marias vor den Reichsständen – verlesen Nürnberg, 1543 Jan. 31 .....	988
Nr. 203	Die jülichischen Räte an Hg. Wilhelm: Bericht über den Vortrag der Gesandten Kgn. Marias vor den Reichsständen (Nr. 202) und die von den Räten ausgearbeitete Rechtfertigung (Nr. 204) – Nürnberg, 1543 März 4.....	995
Nr. 204	Rechtfertigung der jülichischen Räte vor den Reichsständen als Antwort auf den Vortrag der Gesandten Kgn. Marias (Nr. 202) – verlesen Nürnberg, 1543 März 12 .....	996
Nr. 205	Drei von den jülichischen Räten übergebene Supplikationen – verlesen Nürnberg, 1543 März 12.....	1002
205a	Klage Hg. Wilhelms von Jülich wegen des Überfalls burgundischer Truppen auf sein Land – verlesen Nürnberg, 1543 März 12 .....	1002
205b	Klage der Mutter Hg. Wilhelms, Hgn. Maria von Jülich-Kleve, über den burgundischen Überfall auf ihre Witwenbesitzungen – Nürnberg, 1543 März 12 .....	1004
205c	Klage des jülichischen Rittmeisters Franz von Hanxler und anderer adeliger Teilnehmer am Türkenzug 1542 über den Landfriedensbruch durch die burgundischen Truppen – verlesen Nürnberg, 1543 März 12 .....	1005
Nr. 206	Rechtfertigung der Gesandten des Bf. Franz von Münster vor Kg. Ferdinand, den ksl. Kommissaren und den Reichsständen gegenüber den Anschuldigungen Kgn. Marias von Ungarn (Nr. 202) – verlesen Nürnberg, 1543 März 12 .....	1006
Nr. 207	Die jülichischen Räte an Hg. Wilhelm: Bericht über ihre Erwiderung auf den Vortrag der burgundischen Gesandten (Nr. 202) – Nürnberg, 1543 März 14 .....	1007

Nr. 208	Mündlicher Bericht der jülich-schen Räte an die Reichsstände über das Scheitern der Verhandlungen der kurrheinischen und hessischen Vermittler für eine Lösung des Konflikts zwischen Burgund und Jülich – Nürnberg, 1543 März 17 .....	1010
Nr. 209	Ausschussgutachten der Augsburger Konfessionsverwandten zu Friede und Recht und zur Teilnahme an den Verhandlungen in der Geldernfrage – Nürnberg, 1543 März 19/verlesen 1543 März 20 .....	1014
Nr. 210	Gegenbericht der Gesandten Kgn. Marias auf die Rechtfertigung der jülich-schen Räte (Nr. 204) – verlesen Nürnberg, 1543 März 21 .....	1017
Nr. 211	Replik der jülich-schen Räte auf den Gegenbericht der Gesandten Kgn. Marias (Nr. 210) – Nürnberg, 1543 März 21 .	1019
Nr. 212	Initiative der Reichsstände bei Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren zur Vermittlung eines Friedens im Geldernkonflikt – Nürnberg, 1543 (März 22) .....	1021
Nr. 213	Bericht der jülich-schen Räte über die Verhandlungen der Reichsstände in der Geldernfrage von 22. bis 24. März – Nürnberg, 1543 März 24 .....	1023
Nr. 214	Stellungnahme des ksl. Orators Nicolas de Granvelle und der burgundischen Gesandten zur Initiative der Reichsstände im Geldernkonflikt (Nr. 212) – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 März 28 .....	1025
Nr. 215	Bericht der jülich-schen Räte über die Verhandlungen in der Geldernfrage am 28. und 29. März – Nürnberg, 1543 März 29	1027
Nr. 216	Die jülich-schen Räte an Hg. Wilhelm über den Vorschlag der Reichsstände zur Sequestration Gelderns – Nürnberg, 1543 März 31 .....	1034
Nr. 217	Berichte über die Verhandlungen in der Geldernfrage – Nürnberg, 1543 April 5 .....	1035
217a	Antwort Kg. Ferdinands an die Reichsstände: Bedingungen der burgundischen Seite für Verhandlungen – Nürnberg, 1543 April 5 .....	1035
217b	Vortrag der Reichsstände vor den jülich-schen Räten: Bedingungen Granvelles und der Gesandten Kgn. Marias für gütliche Verhandlungen – Nürnberg, 1543 April 5 ...	1036
217c	Antwort der jülich-schen Räte an die Reichsstände mit Darlegung ihrer Rechtsposition in der Geldernfrage – Nürnberg, 1543 April 5 .....	1037
Nr. 218	Weisung Lgf. Philipps von Hessen an seine Räte mit Vorschlägen zur Lösung des Geldernkonflikts – Gudensberg, 1543 April 6 .....	1041

Nr. 219	Antwort Hg. Wilhelms von Jülich an seine Räte (ad Nr. 216): weitere Instruktionen für die Geldernverhandlungen – Roermond, 1543 April 7 . . . . .	1043
Nr. 220	Denkschrift der Reichsstände über die Notwendigkeit eines Waffenstillstands zwischen Burgund und Jülich, vorgetragen vor Kg. Ferdinand, Nicolas de Granvelle und den ksl. Kommissaren – Nürnberg, 1543 April 7 . . . . .	1046
Nr. 221	Bitte der kurfürstlichen Räte an Nicolas de Granvelle um Unterstützung bei der Beilegung des Geldernkonflikts – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 8) . . . . .	1047
Nr. 222	Antwort Kg. Ferdinands, des ksl. Orators Nicolas de Granvelle und der ksl. Kommissare auf die Denkschrift der Reichsstände (Nr. 220) – verlesen Nürnberg, 1543 April 9 . . . . .	1050
Nr. 223	Bericht der jülichischen Räte über einen mündlichen Vortrag der Reichsstände zum Stand der Geldernverhandlungen – Nürnberg, 1543 April 9 . . . . .	1052
Nr. 224	Die jülichischen Räte an Hg. Wilhelm: Bericht über Verhandlungen in der Geldernfrage – Nürnberg, 1543 April 11	1053
Nr. 225	Resümee eines mündlichen Vorschlags des Geldernausschusses gegenüber Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren: Geldern als brabantisches Aferlehen – Nürnberg, 1543 April 13 . . . . .	1057
Nr. 226	Stellungnahme des ksl. Orators Nicolas de Granvelle und der Gesandten Kgn. Marias zum Vorschlag des Geldernausschusses (Nr. 225) – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 April 18 . . .	1058
Nr. 227	Hg. Wilhelm von Jülich an die Reichsstände wegen des Geldernkonflikts – Roermond, 1543 April 8/verlesen Nürnberg, 1543 April 18 . . . . .	1062
Nr. 228	Neuerliche Vorschläge des Geldernausschusses zur Herstellung eines Friedens zwischen Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve und Ks. Karl V. – Nürnberg, 1543 April 20 . . . . .	1064
Nr. 229	Bericht der jülichischen Räte über ihre Verhandlungen mit dem Geldernausschuss von 21. bis 23. April – Nürnberg, 1543 April 23 . . . . .	1065
Nr. 230	Vorschlag für einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich – Nürnberg, 1543 April 24 . . . . .	1076
Nr. 231	Nicolas de Granvelle an Karl V.: Bericht über die Verhandlungen des Geldernausschusses am 24. und 25. April – Nürnberg, 1543 April 25 . . . . .	1077
Nr. 232	Der Geldernausschuss an Hg. Wilhelm von Jülich: Scheitern der Verhandlungen über einen Waffenstillstand – Nürnberg, 1543 April 26 . . . . .	1078

Nr. 233	Die jülichschen Räte an Hg. Wilhelm von Jülich: Verlauf der Verhandlungen über einen Waffenstillstand nach dem Ende des Reichstags – Nürnberg, 1543 April 28 . . . . .	1080
Nr. 234	Bericht der jülichschen Räte über die Verhandlungen zur Unterzeichnung des Waffenstillstands von 26. bis 28. April – Nürnberg, 1543 April 28 . . . . .	1083
Nr. 235	Waffenstillstand, abgeschlossen zwischen Nicolas de Granvelle und den Räten Hg. Wilhelms von Jülich – Nürnberg, 1543 April 28 . . . . .	1087
Nr. 236	Die in Nürnberg verbliebenen Vertreter des Geldernausschusses an Hg. Wilhelm von Jülich: Bitte um Zustimmung zum Waffenstillstand – Nürnberg, 1543 April 28 . . . . .	1092
Nr. 237	Die in Nürnberg verbliebenen Vertreter des Geldernausschusses an verschiedene Reichsfürsten: Abschluss eines Waffenstillstands nach dem Ende des Reichstags, Notwendigkeit weiterer Verhandlungen und Werbung beim Kaiser – Nürnberg, 1543 April 28 . . . . .	1094
Nr. 238	Nicolas de Granvelle an Karl V. : Bericht über den Abschluss eines Waffenstillstands mit den Räten Hg. Wilhelms von Jülich – Nürnberg, 1543 April 28 . . . . .	1096
Nr. 239	Hg. Wilhelm von Jülich an seine Räte (Antwort auf Nr. 229): Ablehnung der bisherigen Vorschläge für einen Waffenstillstand – Roermond, 1543 Mai 1 . . . . .	1099
Nr. 240	Die Räte am Hof Hg. Wilhelms von Jülich an Propst Johann von Vlatten und Hofmeister Werner von Hoesteden (Antwort auf Nr. 229) – Roermond, 1543 Mai 3 . . . . .	1100
Nr. 241	Werbung der jülichschen Räte bei Kgn. Maria: Bericht über den Reichstag, Ablehnung des Waffenstillstands durch Hg. Wilhelm – Brügge, 1543 Mai 8 . . . . .	1101
Nr. 242	Kgn. Maria von Ungarn an Bgm. und Rat von Straßburg: Klagen über Hg. Wilhelm von Jülich wegen der Ablehnung des Waffenstillstands, Bitte um Unterstützung des Kaisers – Brüssel, 1543 Mai 19 . . . . .	1102
VII.	Verhandlungen zur Regelung der Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel nach dem braunschweigischen Feldzug von 1542 . . . . .	1107
Nr. 243	Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für eine Antwort an die württembergischen Räte betr. Unterhandlung in der Causa Braunschweig – Nürnberg, 1543 Febr. 19 . . . . .	1109

Nr. 244	Protokoll der Verhandlungen des Ausschusses der Schmalkaldener mit den bayerischen Unterhändlern über die Causa Braunschweig – Nürnberg, 1543 Febr. 21 bis März 10 ..	1112
Nr. 245	Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener zum Vermittlungsvorschlag der bayerischen Unterhändler vom 1. März 1543 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 zwischen März 1 und März 10) .....	1126
Nr. 246	Gutachten der Straßburger Gesandten Jakob Sturm und Michel Han zum Vermittlungsvorschlag der bayerischen Unterhändler vom 1. März 1543 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 zwischen März 1 und März 10) .....	1130
Nr. 247	Supplikation des braunschweigischen Kanzlers Dr. Johann Stopler an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare wegen Restitution Hg. Heinrichs von Braunschweig – verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 27/März 3 .....	1132
Nr. 248	Supplikation Bf. Valentin Tetelebens von Hildesheim an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare – dem König übergeben Nürnberg, 1543 Febr. 25/verlesen im Reichsrat Febr. 27/abgeschrieben Febr. 28/März 1 .....	1136
Nr. 249	Gutachten der katholischen Reichsstände und Stellungnahme Kg. Ferdinands zur Supplikation Bf. Valentin Tetelebens von Hildesheim (Nr. 248) – actum Nürnberg, 1543 März 9 .....	1142
Nr. 250	Kg. Ferdinand an Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen: Suspension der Reichskammergerichtsprozesse und Ausschreiben einer Tagsatzung nach Nürnberg in der Causa Braunschweig – Nürnberg, 1543 März 10 .....	1143
Nr. 251	Antwort Hg. Heinrichs von Braunschweig auf das Ausschreiben Kg. Ferdinands zur Tagsatzung nach Nürnberg am 1. April 1543 (ad Nr. 250) – o.O., 1543 März 15 .....	1144
Nr. 252	Antwort der Schmalkaldischen Bundesstände auf die Werbung Dr. Ludwig Falkenbergs (Nr. 56), des Gesandten Hg. Georgs von Braunschweig-Wolfenbüttel – actum Nürnberg, 1543 März 14/verlesen 1543 März 15 .....	1145
Nr. 253	Die Schmalkaldischen Bundesstände an Statthalter und Räte zu Wolfenbüttel betr. die Werbung Dr. Ludwig Falkenbergs (Nr. 56) – Nürnberg, 1543 März 14/verlesen 1543 März 15 ...	1147
Nr. 254	Mandat Kg. Ferdinands an das Reichskammergericht wegen Suspension der Reichskammergerichtsprozesse in der Causa Braunschweig – Nürnberg, 1543 März 25 .....	1148
Nr. 255	Antwort der kursächsischen und hessischen Räte auf das Ausschreiben Kg. Ferdinands zu einer Tagsatzung in der Causa Braunschweig (ad Nr. 250) – Nürnberg, 1543 April 1 .....	1148



Nr. 256	Gutachten des Frankfurter Rechtsgelehrten Dr. Johann Fichard zur Restitution Hg. Heinrichs von Braunschweig – (Frankfurt), o.D. (nach 1543 März 18)/empfangen Nürnberg, 1543 April 3	1151
Nr. 257	Supplikation Hg. Georgs von Braunschweig-Wolfenbüttel, Dompropst zu Köln und Bremen, an Kg. Ferdinand und die Reichsstände wegen seines erbrechtlichen Anspruchs auf die braunschweigischen Besitzungen – reg. Nürnberg, 1543 April 11	1156
Nr. 258	Instruktion Kg. Ferdinands für eine Werbung Lorenz von Streitbergs bei den Hgg. von Bayern und Hg. Heinrich von Braunschweig wegen des Aufschubs der Verhandlungen in der Causa Braunschweig bis zur Ankunft des Kaisers – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 vor April 23)	1156
VIII.	Verhandlungen der Schmalkaldischen Bundesverwandten	1159
VIII.A	Die Schmalkaldener und das Reichskammergericht	1159
Nr. 259	Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für ein Schreiben der Bundeshauptleute an die Gff. von Hohenlohe: Austragung der Streitsachen mit Schwäbisch Hall vor unparteiischen Richtern – o.O., o.D (Nürnberg, 1543 Jan. 10 bis 12)	1161
Nr. 260	Bericht von Dr. Lukas Ulstett an Bgmm., Baumeister und geheime Räte von Augsburg über einen Vorschlag der Schmalkaldener vom 12. Jan. 1543 zur Durchführung der Rekusation des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 Jan. 13	1163
Nr. 261	Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für eine Bevollmächtigung der Gesandten zu einer Werbung am Reichskammergericht – o.O., o.D (Nürnberg, 1543 Jan. 13)	1165
Nr. 262	Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für eine Instruktion der Gesandten zu einer Werbung am Reichskammergericht – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan. 13)	1166
Nr. 263	Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für ein Schreiben an Kammerrichter und Beisitzer des Reichskammergerichts – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan. 13)	1168
Nr. 264	Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für ein Revokationsschreiben an die evangelischen Prokuratoren am Reichskammergericht – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan. 13)	1171
Nr. 265	Bericht der Frankfurter Gesandten Ogier von Melem und Dr. Hieronymus zum Lamb an Bgm. und Rat von Frankfurt betr. die Verhandlungen über die Rekusation des	

	Reichskammergerichts und das Problem von Friede und Recht – Nürnberg, 1543 Jan. 15.....	1172
Nr. 266	Vom Ausschuss der Schmalkaldener beratene Artikel zur Rekusion des Reichskammergerichts – o.O., o.D. (lectum Nürnberg, 1543 Jan. 22/23).....	1178
Nr. 267	Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für eine Rekusionsschrift der Befehlshaber des braunschweigischen Feldzuges an das Reichskammergericht – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan. 22).....	1180
Nr. 268	Weisung von Hans Welser und Mang Seitz, Bgmm. von Augsburg, an die Gesandten in Nürnberg betr. die Rekusion des Reichskammergerichts durch Augsburg – (Augsburg), 1543 Jan. 26.....	1182
Nr. 269	Bericht von Dr. Claudius Pius Peutingen an Hans Welser und Mang Seitz, Bgmm. von Augsburg, über die Haltung der evangelischen Reichsstädte zur Rekusion des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 Jan. 29.....	1183
Nr. 270	Stellungnahme von Dr. Claudius Pius Peutingen im Städterat zur Rekusion des Reichskammergerichts im Auftrag von Bgmm. und Rat von Augsburg – Nürnberg, 1543 Jan. 28/Jan. 29.....	1184
Nr. 271	Kf. Johann Friedrich von Sachsen an verschiedene Schmalkaldische Bundesstände wegen des gemeinsamen weiteren Vorgehens in Fragen der Rekusion des Reichskammergerichts – Torgau, 1543 Jan. 29.....	1186
Nr. 272	Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener für den Fall der Fortführung der Prozesse durch das Reichskammergericht – Nürnberg, 1543 Febr. 16.....	1188
Nr. 273	Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener zur Nichtannahme von Mandaten des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 Febr. 16.....	1192
Nr. 274	Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener auf eine Anfrage der Augsburger Gesandten zur Rekusion des Reichskammergerichts – o.O., o.D. (Nürnberg, ca. 1543 Febr. 22).....	1193
VIII.B	Vorrangigkeit der Forderungen zu Friede und Recht gegenüber der Türkenhilfe.....	1196
Nr. 275	Endgültiger Beschluss der Schmalkaldener, die Türkenhilfe nur nach Erledigung der Artikel zu Friede und Recht zu bewilligen – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 14).....	1196

Nr. 276	Aufforderug der Schmalkaldischen Bundesverwandten an Bgmm. und Rat von Augsburg, sich dem gemeinsamen Vorgehen anzuschließen – Nürnberg, 1543 April 17.....	1198
Nr. 277	Antwort von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Schmalkaldener (ad Nr. 276) – (Augsburg), 1543 April 21 ....	1201
VIII.C	Werbung der Schmalkaldener bei Karl V.....	1202
Nr. 278	Die Schmalkaldener an Bgmm. und Rat von Augsburg: Bitte, einen städtischen Gesandten zu Karl V. abzufertigen – Nürnberg, 1543 April 24 .....	1202
Nr. 279	Antwort von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Schmalkaldener (ad Nr. 278): Weigerung, die Gesandtschaft zu Karl V. zu übernehmen – (Augsburg), 1543 April 25 .....	1203
Nr. 280	Entwurf für eine Schreiben der Schmalkaldischen Bundesstände an Karl V.: Gründe für die Ablehnung des Reichsabschieds – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 23/April 25) .....	1204
Nr. 281	Entwurf für ein Schreiben der Schmalkaldischen Bundesstände an Karl V.: Rechtfertigung wegen des braunschweigischen Feldzugs – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 25/April 26) ....	1208
VIII.D	Interne Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes...	1211
VIII.D.1	Aufforderung der Bundeshauptleute zur Entsendung bevollmächtigter Gesandter nach Nürnberg.....	1211
Nr. 282	Aufforderung der Bundeshauptleute Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen an verschiedene Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, ihre Gesandten mit ausreichenden Vollmachten für die Verhandlungen in Nürnberg auszustatten – o.O., 1543 Febr. 10 .....	1211
Nr. 283	Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen an die Hgg. Barnim und Philipp von Pommern wegen ausreichender Bevollmächtigung ihrer Gesandten für die Verhandlungen in Nürnberg – o.O., 1543 Febr. 10.....	1212
Nr. 284	Antwort von Bgm. und Rat von Goslar auf die Aufforderung Kursachsens und Hessens wegen ausreichender Bevollmächtigung der Gesandten (ad Nr. 282) – Goslar, 1543 März 11 .....	1213
Nr. 285	Antwort von Bgmm. und Rat von Augsburg auf die Aufforderung Kursachsens und Hessens wegen ausreichender Bevollmächtigung der Gesandten (ad Nr. 282) – (Augsburg), 1543 März 12 .....	1214

VIII.D.2 Konflikt der Hgg. von Pommern mit Kg. Christian III. von Dänemark um Rügen .....	1215
Nr. 286 Eingabe der pommerschen Gesandten zum Konflikt der Hgg. von Pommern mit Kg. Christian III. von Dänemark um Besitzrechte des Bistums Roeskilde auf Rügen – Nürnberg, 1543 (Jan. 29) .....	1216
Nr. 287 Antwort der Schmalkaldener auf die Eingabe der pommerschen Gesandten betr. den Konflikt mit Dänemark (ad Nr. 286) – actum Nürnberg, 1543 Febr. 4 .....	1219
Nr. 288 Mündliche Replik der pommerischen Gesandten auf die Antwort der Schmalkaldener von 1543 Febr. 4 (ad Nr. 287) – Nürnberg, 1543 Febr. 8 .....	1220
Nr. 289 Antwort des Ausschusses der Schmalkaldener auf den von den pommerschen Gesandten übergebenen Bericht zum Konflikt zwischen den Hgg. von Pommern und dem Kg. von Dänemark – Nürnberg, 1543 Febr. 10 .....	1223
Nr. 290 Kf. Johann Friedrich von Sachsen an Hg. Philipp bzw. an Hg. Barnim von Pommern wegen Teilnahme der pommerschen Gesandten an den Verhandlungen der Schmalkaldener – Torgau, 1543 Febr. 14 .....	1225
Nr. 291 Antwort der Hgg. Barnim und Philipp von Pommern auf das Schreiben Kf. Johann Friedrichs von Sachsen vom 14. Febr. 1543 (ad Nr. 290) – Stettin, 1543 März 1 .....	1227
Nr. 292 Bitte des pommerschen Gesandten Jakob von Zitzewitz an die Schmalkaldischen Bundesstände um eine Deklaration zum Konflikt der Hgg. von Pommern mit dem Kg. von Dänemark – Nürnberg, 1543 April 12 .....	1227
Nr. 293 Protestation Jakobs von Zitzewitz wegen der nicht erfolgten Deklaration zum Konflikt Pommern gegen Dänemark – Nürnberg, 1543 April 25 .....	1229
IX. Sessionsstreitigkeiten .....	1233
Nr. 294 Sessionsstreit Sachsen-Pfalz .....	1234
294a Hg. Moritz von Sachsen an Kg. Ferdinand betr. die Session der sächsischen Räte – Dresden, 1543 Febr. 16 ..	1234
294b Die sächsischen Räte Dr. Johann Stramburger und Christoph von Carlowitz an Hg. Moritz betr. den Sessionsstreit zwischen Sachsen und Pfalz – Nürnberg, o.D. (1543 nach Febr. 19) .....	1234
294c Die sächsischen Räte Dr. Johann Stramburger und Christoph von Carlowitz an Hg. Moritz betr. den Sessionsstreit zwischen Sachsen und Pfalz – Nürnberg, 1543 Febr. 28 .....	1236

294d	Hg. Moritz von Sachsen an Kf. Johann Friedrich von Sachsen betr. den Sessionsstreit zwischen Sachsen und Pfalz – actum Dresden, 1543 März 5 . . . . .	1237
294e	Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an Hg. Moritz von Sachsen (ad Nr. 294d) wegen des Sessionsstreits mit Pfalz – Torgau, 1543 März 9 . . . . .	1238
Nr. 295	Sessionsstreit der Mgff. von Brandenburg mit Hg. Heinrich d. J. von Braunschweig-Wolfenbüttel: Bericht von Dr. Augustin Megersheimer an Mgf. Georg von Brandenburg – Nürnberg, 1543 Febr. 14 . . . . .	1240
Nr. 296	Sessionsstreit Österreich-Salzburg: Urkunde des ksl. Kommissars Dr. Johann von Naves zum Wechsel der Session zwischen Österreich und Salzburg – Nürnberg, 1543 April 16 . . . . .	1242
X.	Supplikationen . . . . .	1245
X.A	Reichsstandschaft und eximierte Stände . . . . .	1246
Nr. 297	Bf. Konrad von Würzburg und die reichsrechtliche Stellung von Stift Comburg. . . . .	1246
297a	Supplikation der würzburgischen Räte an Kg. Ferdinand wegen unrechtmäßigen Vorgehens des ksl. Fiskals gegen Stift Comburg – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543) . . . . .	1246
297b	Supplikation der würzburgischen Räte an den Kurfürstenrat bzw. an den Reichsrat wegen unrechtmäßigen Vorgehens des ksl. Fiskals gegen das von Würzburg eximierte Stift Comburg – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543) . . . . .	1247
Nr. 298	Supplikation Jakobs von Zitzewitz, des Gesandten Hg. Philipps von Pommern, an Kg. Ferdinand betr. die Reichsstandschaft des Bistums Cammin – Nürnberg, 1543 April 18 . . . . .	1248
X.B	Zwischenständische Konflikte . . . . .	1250
Nr. 299	Konflikt zwischen Bgm. und Rat von Frankfurt und dem altgläubigen Klerus der Stadt: Supplikation der Frankfurter Gesandten an Kg. Ferdinand wegen Ablöse der Ewigzinsen der drei Frankfurter Stifter – übergeben Nürnberg, 1543 Febr. 14 . . . . .	1250
Nr. 300	Konflikt zwischen Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Bf. Julius Pflug um das Hochstift Naumburg . . . . .	1251
300a	Supplikation von Bf. Julius Pflug an Kg. Ferdinand um Unterstützung bei der Inbesitznahme des Bischofsamtes in Naumburg – (Mainz), 1543 Jan. 6/verlesen Nürnberg 1543 Febr. 27 . . . . .	1251

300b	Erste Supplikation von Bf. Julius Pflug an die Reichsstände um Hilfe bei der Inbesitznahme des Hochstiftes Naumburg – verlesen Nürnberg, 1543 März 2	1252
300c	Beschluss Kg. Ferdinands zu den beiden Supplikationen Bf. Julius Pflugs von Naumburg (ad Nr. 300a-b) – actum Nürnberg, 1543 März 9	1253
300d	Die altkirchlichen Reichsstände an Karl V.: Bitte um Einsetzung des rechtmäßig gewählten Bf. Julius Pflug in Naumburg – datum Nürnberg, 1543 April 6	1254
300e	Zweite Supplikation von Bf. Julius Pflug an die Reichsstände betr. die Übergriffe Kf. Johann Friedrichs von Sachsen gegenüber dem Domkapitel des Hochstifts Naumburg – o.O., o.D. (Mainz, 1543 April 10)	1254
Nr. 301	Konflikt zwischen Hoch- und Deutschmeister Walther von Cronberg und Hg. Albrecht von Preußen um den Ordensstaat Preußen	1256
301a	Kf. Johann Friedrich von Sachsen an Hg. Albrecht von Preußen: Zusicherung von Unterstützung in der Frage der preußischen Acht, Türkenhilfe – Lochau, 1542 Dez. 1	1256
301b	Entwurf für ein Schreiben Mgf. Georgs von Brandenburg an Kg. Ferdinand wegen Suspension der preußischen Acht und Bestellung von Kommissaren für gütliche Verhandlungen – Schloss Cadolzburg, 1543 März 5	1257
301c	Dr. Reinhard von Hausen, Gesandter des Hoch- und Deutschmeisters, an Kanzler Gregor Spieß – (Nürnberg), 1543 März 25	1258
301d	Schriftlicher Bericht des preußischen Gesandten Ahasver von Brandt über den Stand der preußischen Angelegenheit – o.O., o.D. (übergeben Nürnberg, 1543 März 31)	1259
301e	Memorial Ahasver von Brandts für eine Werbung einiger Reichsstände bei Kg. Ferdinand wegen gütlicher Verhandlungen im Konflikt um Preußen – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Ende März)	1261
301f	Bericht Dr. Reinhard von Hausen, Gesandter des Hoch- und Deutschmeisters, über die Verhandlungen in der Frage der preußischen Acht – Nürnberg, 1543 April 18/April 20	1262
301g	Protestation des Gesandten des Hoch- und Deutschmeisters, Dr. Reinhard von Hausen, vor Kg. Ferdinand und den Reichsständen gegen die Suspension der preußischen Acht – Nürnberg, 1543 April 18/April 23	1264

301h	Urkunde Kg. Ferdinands zur einjährigen Suspension der preußischen Acht – Nürnberg, 1543 April 23 .....	1266
301i	Der kursächsische Gesandte und Kanzler Dr. Melchior von Ossa an Hg. Albrecht von Preußen wegen einjähriger Suspension der preußischen Acht – Nürnberg, 1543 April 26 .....	1267
X.C	Jurisdiktion des Reichskammergerichts .....	1268
Nr. 302	Der Streit um das Appellationsrecht der Stadt Maastricht an das Reichskammergericht und die Causa Vrentz .....	1268
302a	Gegendarstellung der Gesandten Kgn. Marias zur Supplikation der Erben von Dionysius und Helwig Vrentz – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 Febr. 20 .	1268
302b	Vortrag der Gesandten Kgn. Marias vor den Reichsständen bei Übergabe der Gegendarstellung in der Causa Vrentz (ad Nr. 302a) – Nürnberg, 1543 Febr. 20 ..	1271
302c	Der Verweser des Kammerrichteramtes und die Beisitzer des Reichskammergerichts an die Reichsstände in der Causa Vrentz – Speyer, 1543 März 6/verlesen Nürnberg, 1543 März 18 .....	1272
302d	Entgegnungk der Vrentzen Erben auf die Darstellung der Gesandten Kgn. Marias (ad Nr. 302a) – Nürnberg, 1543 April 1 .....	1273
302e	Stellungnahme der Gesandten Kgn. Marias zum Schreiben des Reichskammergerichts (ad Nr. 302c) und zur Replik der Vrentzen Erben (ad Nr. 302d) vor Kg. Ferdinand und den Reichsständen – Nürnberg, 1543 April 10 .....	1274
302f	Resolution der Reichsstände im Maastrichter Jurisdiktionsstreit der Erben Vrentz – actum Nürnberg, 1543 April 21 .....	1276
302g	Supplikation der Gesandten Kgn. Marias an Kg. Ferdinand um Aufhebung des Achturteils gegen Maastricht – Nürnberg, o.D. (1543 nach April 21) .....	1277
302h	Memorial der Gesandten Kgn. Marias zur Resolution der Reichsstände in der Causa Vrentz – Nürnberg, o.D. (1543 nach April 21) .....	1278
Nr. 303	Supplikation des Kammerrichters Gf. Johann von Montfort und der Beisitzer am Reichskammergericht an die Reichsstände: Zurückweisung des Vorwurfs der Parteilichkeit, Forderung nach Unterhalt – Speyer, 1543 Febr. 14/actum Nürnberg, 1543 Febr. 27/28 .....	1279

Nr. 304	Konflikt zwischen Mgf. Ernst von Baden-Durlach und der Vormundschaftsregierung der jungen Mgf. von Baden-Baden .	1283
304a	Supplikation Dr. Johann Marquardts, Gesandter Mgf. Ernsts von Baden-Durlach, an die Reichsstände: Bitte um Kopie der vom Gesandten der badischen Vormünder übergebenen Schrift – praes. Nürnberg, 1543 März 15 ..	1284
304b	Die Reichsstände an das Reichskammergericht wegen baldiger Urteilsverkündung in Sachen der badischen Vormundschaft – Nürnberg, 1543 März 19 .....	1285
Nr. 305	Die würzburgischen Räte an den Fürstenrat: Bitte, den Bf. von Würzburg mit der Funktion eines Kommissars bei der Visitation des Reichskammergerichts zu verschonen – reg. Nürnberg, 1543 April 14 .....	1286
XI.	Varia .....	1289
Nr. 306	Resümee der kursächsischen Kanzlei zum Stand der kursächsisch-hessisch-bayerischen Bündnisverhandlungen zu Beginn des Reichstags – o.O., o.D. (1543 Jan.) .....	1289
XII.	Korrespondenzen .....	1293
XII.A	Habsburgische Korrespondenzen: Berichte des ksl. Generalators Nicolas de Granvelle und Kg. Ferdinands an Karl V. und Kgn. Maria .....	1294
Nr. 307	Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 Febr. 5 .....	1294
Nr. 308	Nicolas de Granvelle an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Febr. 6.	1296
Nr. 309	Kg. Ferdinand an Karl V. – Nürnberg, 1543 Febr. 18 .....	1298
Nr. 310	Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 Febr. 19 ...	1299
Nr. 311	Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 März 22 ...	1302
Nr. 312	Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 April 4 .....	1307
Nr. 313	Nicolas de Granvelle an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 April 8.	1308
Nr. 314	Kg. Ferdinand an Karl V. – Nürnberg, 1543 April 22 .....	1310
Nr. 315	Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 April 24 ...	1311
XII.B	Berichte der burgundischen Gesandten Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria ...	1319
Nr. 316	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1542 Dez. 22 .....	1319
Nr. 317	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Jan. 18 .....	1321
Nr. 318	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Jan. 29 .....	1322



Nr. 319	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Febr. 1 .....	1323
Nr. 320	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Febr. 17 .....	1325
Nr. 321	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 März 2 .....	1326
Nr. 322	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 März 26 .....	1328
Nr. 323	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 April 13 .....	1329
Nr. 324	Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 April 24 .....	1331
XII.C	Korrespondenzen altgläubiger Reichsstände .....	1332
Nr. 325	Dr. Christoph Welsing an Bf. Erasmus von Straßburg – Nürnberg, 1543 Jan. 6 .....	1333
Nr. 326	Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht von Mainz – Nürnberg, 1543 Jan. 24 .....	1335
Nr. 327	Weisung der Hgg. Wilhelm und Ludwig von Bayern an Dr. Leon- hard von Eck, Dr. Georg Stockhammer, Dr. Georg Sigmund Seld und Dr. Johann Weissenfelder – München, 1543 Jan. 27 .	1337
Nr. 328	Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht von Mainz – Nürnberg, 1543 Jan. 29 .....	1339
Nr. 329	Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht von Mainz – Nürnberg, 1543 Jan. 30 .....	1343
Nr. 330	Dr. Christoph Welsing an Bf. Erasmus von Straßburg – Nürnberg, 1543 Febr. 8 .....	1345
Nr. 331	Dr. Georg Stockhammer an Hg. Wilhelm von Bayern – Nürnberg, 1543 Febr. 9 .....	1347
Nr. 332	Notizen der bayerischen Räte zur Verhandlungsführung auf dem Reichstag – o.O., o.D. (1543 ad Febr. 28) .....	1349
Nr. 333	Dr. Werner Koch, Kanzler des Bf. von Worms, an Bf. Philipp von Speyer – Nürnberg, 1543 März 14 .....	1350
Nr. 334	Weisung Bf. Philipps von Speyer an Dr. Werner Koch – Udenheim, 1543 März 24 .....	1352
Nr. 335	Weisung Bf. Erasmus' von Straßburg an Dr. Christoph Welsing – Zabern, 1543 März 25 .....	1353
Nr. 336	Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht von Mainz – Nürnberg, 1543 März 31 .....	1356
Nr. 337	Dr. Werner Koch an Bf. Philipp von Speyer – Nürnberg, 1543 April 3 .....	1358
Nr. 338	Dr. Johann Katzmann an Bf. Valentin von Hildesheim nach dessen Abreise aus Nürnberg – Nürnberg, 1543 April 23 .....	1359

XII.D	Korrespondenzen der Schmalkaldischen Bundeshauptleute Kursachsen und Hessen . . . . .	1363
Nr. 339	Die hessischen Räte an Lgf. Philipp von Hessen: Uneinigkeit innerhalb des Schmalkaldischen Bundes – Nürnberg, 1543 Febr. 2 . . . . .	1364
Nr. 340	Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 Febr. 26 . . . . .	1366
Nr. 341	Bericht Mag. Franz Burkhardts an Dr. Gregor Brück über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Ende Febr./Anfang März) . . . . .	1370
Nr. 342	Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp von Hessen: Bericht über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle und mit Dr. Leonhard von Eck – Nürnberg, 1543 März 1/2 . . . . .	1373
Nr. 343	Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 März 7 . . . . .	1376
Nr. 344	Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 März 18 . . . . .	1379
Nr. 345	Die hessischen Räte an Lgf. Philipp von Hessen – Nürnberg, 1543 März 23 . . . . .	1382
Nr. 346	Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp von Hessen: Bericht über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle – Nürnberg, 1543 März 25 . . . . .	1387
Nr. 347	Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp von Hessen: abermaliger Bericht über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle – Nürnberg, 1543 März 27 . . . . .	1391
Nr. 348	Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 März 29 . . . . .	1393
Nr. 349	Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp von Hessen: Bericht über eine Unterredung mit dem ksl. Kommissar Johann von Naves – Nürnberg, 1543 März 30 . . . . .	1395
Nr. 350	Weisung Lgf. Philipps von Hessen an Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer betr. eine Geheimdeklaration für die Protestanten (ad Nr. 346) – Kassel, 1543 März 30 . . . . .	1398
Nr. 351	Weisung Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an seine Räte betr. die Türkenhilfe – Torgau, 1543 März 30 . . . . .	1401
Nr. 352	Weisung Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an seine Räte, ohne Sondervereinbarungen auf Friede und Recht zu bestehen – Weidenhain, 1543 April 5 . . . . .	1405
Nr. 353	Weisung Lgf. Philipps von Hessen an seine Räte betr. die Absetzung des Kammergerichtspersonals – Kassel, 1543 April 11 . . . . .	1408

Nr. 354 Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 April 23 .....	1409
Nr. 355 Die hessischen Räte an Lgf. Philipp von Hessen – Nürnberg, 1543 April 26 .....	1411
Nr. 356 Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 April 29 .....	1414
XII.E Korrespondenzen anderer evangelischer Reichsfürsten ....	1416
Nr. 357 Dr. Augustin Megersheimer an Mgf. Georg von Brandenburg – Nürnberg, 1543 Febr. 7 .....	1416
Nr. 358 Der pfalz-neuburgische Gesandte Gabriel Arnold an Pfgf. Ottheinrich – Nürnberg, 1543 Febr. 19 .....	1417
Nr. 359 Dr. Jacob Philipp Ösler an Hg. Barnim von Pommern – Nürnberg, 1543 Febr. 25 .....	1418
Nr. 360 Die württembergischen Räte an Hg. Ulrich von Württemberg über ihre Unterredung mit Kg. Ferdinand am 11. März 1543 – Nürnberg, 1543 März 12 .....	1419
Nr. 361 Der pfalz-neuburgische Gesandte Gabriel Arnold an Pfgf. Ottheinrich – Nürnberg, 1543 März 26 .....	1421
Nr. 362 Hans Beuser von Ingelheim an Pfgf. Ottheinrich von Pfalz-Neuburg – Nürnberg, 1543 April 7 .....	1423
Nr. 363 Die württembergischen Räte an Hg. Ulrich von Württemberg – Nürnberg, 1543 April 16 .....	1424
Nr. 364 Balthasar von Rechenberg an Mgf. Georg von Brandenburg – Nürnberg 1543 April 26 .....	1427
XII.F Der Sonderfall Sachsen: Weisungen Hg. Moritz' von Sachsen und Berichte der Gesandten Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger .....	1430
Nr. 365 Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543 Jan. 31 .....	1430
Nr. 366 Weisung Hg. Moritz' von Sachsen an seine Räte – Dresden, 1543 Febr. 7 .....	1431
Nr. 367 Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543 Febr. 14 .....	1432
Nr. 368 Christoph von Carlowitz an seinen Onkel Georg von Carlowitz – Nürnberg, 1543 Febr. 14 .....	1434
Nr. 369 Christoph von Carlowitz an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543 Febr. 14 .....	1437
Nr. 370 Weisung Hg. Moritz' von Sachsen an seine Räte – Dresden, 1543 Febr. 16 .....	1438

Nr. 371	Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543 Febr. 27 .....	1439
Nr. 372	Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543 April 17 oder 18 .....	1441
XII.G Korrespondenzen konfessionsneutraler Reichsstände .....		1445
Nr. 373	Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 Febr. 16....	1446
Nr. 374	Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 Febr. 24....	1449
Nr. 375	Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 März 5....	1450
Nr. 376	Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 März 13 ...	1453
Nr. 377	Dr. Johann Marquardt an Mgf. Ernst von Baden – Nürnberg, 1543 März 20 .....	1455
Nr. 378	Dr. Johann Marquardt an Mgf. Ernst von Baden – Nürnberg, 1543 März 26 .....	1457
Nr. 379	Dr. Johann Marquardt an Mgf. Ernst von Baden – Nürnberg, 1543 März 30 .....	1460
Nr. 380	Lic. Gregor von Nellingen an die in Mainz versammelten Wetterauer Grafen und die Rheingrafen – Nürnberg, 1543 März 30 .....	1463
Nr. 381	Weisung der Wetterauer Grafen und ihrer Gesandten am Grafentag an Lic. Gregor von Nellingen – Mainz, 1543 April 7	1466
Nr. 382	Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 April 26....	1468
XII.H Korrespondenzen evangelischer Reichsstädte .....		1470
Nr. 383	Ogier von Melem und Dr. Hieronymus zum Lamb an Bgm. und Rat von Frankfurt: Seuchengefahr in Nürnberg – Nürnberg, 1543 Jan. 5 .....	1471
Nr. 384	Auszüge aus den Augsburger Ratsbüchern zum Nürnberger Reichstag – 1543 Jan. 11 bis März 27 .....	1472
Nr. 385	Dr. Jakob Ehinger an Bgm. und Rat von Heilbronn – Nürnberg, 1543 Jan. 14 .....	1478
Nr. 386	Dr. Lukas Ulstett an Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz und an Baumeister und geheime Räte von Augsburg – Nürnberg, 1543 Jan. 16 .....	1480
Nr. 387	Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Räte in Nürnberg – (Augsburg), 1543 März 15 .....	1481

Nr. 388	Dr. Claudius Pius Peutingering und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg – Nürnberg, 1543 März 19 . . . . .	1482
Nr. 389	Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg an Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingering – (Augsburg), 1543 März 21 .	1485
Nr. 390	Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingering an Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz von Augsburg; Bericht über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle – Nürnberg, 1543 März 24 . . . . .	1486
Nr. 391	Weisung der Bgmm. von Augsburg, Hans Welser und Mang Seitz, an Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingering – (Augsburg), 1543 März 26 . . . . .	1489
Nr. 392	Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingering an Bgmm. und die Dreizehn des Rats von Augsburg – Nürnberg, 1543 März 27	1491
Nr. 393	Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingering an Bgmm. und die Dreizehn des Rats von Augsburg – Nürnberg, 1543 März 30	1493
Nr. 394	Weisung der Dreizehn des Rats von Augsburg an Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingering – (Augsburg), 1543 März 30 .	1494
Nr. 395	Weisung der Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz von Augsburg an Dr. Claudius Pius Peutingering und Sebastian Seitz – (Augsburg), 1543 März 31 . . . . .	1495
Nr. 396	Bericht von Dr. Claudius Pius Peutingering an Bgmm. und Rat von Augsburg über eine Unterredung mit Kg. Ferdinand – Nürnberg, 1543 April 2 . . . . .	1496
Nr. 397	Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg an Dr. Claudius Pius Peutingering – (Augsburg), 1543 April 5 . . . . .	1497
Nr. 398	Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Räte in Nürnberg – (Augsburg), 1543 April 10 . . . . .	1498
Nr. 399	Dr. Claudius Pius Peutingering und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg – Nürnberg, 1543 April 15 . . . . .	1499
Nr. 400	Dr. Claudius Pius Peutingering und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg – Nürnberg, 1543 April 23 . . . . .	1503
Nr. 401	Schlussrelation der Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb und Ogier von Melem vor Bgm. und Rat von Frankfurt über die Verhandlungen der Reichsstände, der Schmalkaldener, der Reichsstädte und der oberrheinischen Kreisstände – Frankfurt, 1543 Mai 8 . . . . .	1504
Nr. 402	Schlussrelation des Straßburger Gesandten Jakob Sturm vor Bgm. und Rat von Straßburg über die Abschiede zu Ende des Reichstags – vorgetragen Straßburg, 1543 Mai 9 bis Mai 18 . . .	1514
XII.I	Korrespondenzliste . . . . .	1518
Nr. 403	Korrespondenzliste . . . . .	1518

XIII.	Abschiede und Protestationen .....	1535
XIII.A	Reichsabschied .....	1536
Nr. 404	Abschied des Reichstags – Nürnberg, 1543 April 23 .....	1536
Nr. 405	Resümee des Reichsabschieds durch die sächsischen Gesandten und Gründe für die Ablehnung desselben – o.O., o.D. (Nürnberg, ad 1543 April 23) .....	1558
XIII.B	Protestationen gegen den Reichsabschied .....	1561
Nr. 406	Vermerk der Gesandten des Ebf. von Salzburg betr. die Protestationen gegen den Reichsabschied – o.O., o.D. (Nürnberg, ad 1543 April 23) .....	1561
Nr. 407	Entwurf für eine Protestation der Reichsstädte durch Dr. Claudius Pius Peutinger – o.D. (Nürnberg, 1543 vor April 23) .....	1561
Nr. 408	Notarielles Protestationsinstrument der Reichsstädte: Gründe für die Ablehnung des Reichsabschieds – Nürnberg, 1543 April 23 .....	1567
Nr. 409	Protestation der Augsburger Konfessionsverwandten: Gründe für die Ablehnung des Reichsabschieds – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 23) .....	1576
Nr. 410	Protestation der Gesandten des Oberrheinischen Kreises wegen der Rückkehr zu den alten Anschlägen an Stelle des Gemeinen Pfennigs – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 23) .....	1579
Nr. 411	Protestation Pfgf. Ottheinrichs wegen zu hoher Veranlagung – Nürnberg, 1543 April 23 .....	1581
Nr. 412	Protestation der würzburgischen Räte gegen die Einsetzung Bf. Konrads als Visitator bei der zukünftigen Visitation des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 April 21 .....	1582
XIII.C	Abschiede anderer reichsständischer Versammlungen neben dem Reichstag .....	1583
Nr. 413	Abschied des Fränkischen Kreises – Nürnberg, 1543 Febr. 26 ..	1583
Nr. 414	Abschied des Nürnberger Bundestags – actum Nürnberg, 1543 März 21 .....	1584
Nr. 415	Abschied des Oberrheinischen Kreises – Nürnberg, o.D. (1543 April 23) .....	1588
Nr. 416	Abschied des Schwäbischen Kreises – Nürnberg, 1543 April 24	1591
Nr. 417	Abschied der Reichsstädte – actum Nürnberg, 1543 April 24 ..	1595
Nr. 418	Abschied und Nebenabschied der Schmalkaldischen Bundesstände – Nürnberg, 1543 April 28 .....	1602
Register	.....	1619

## VORWORT DES ABTEILUNGSLEITERS

Mit Band 14 der Deutschen Reichstagsakten Jüngere Reihe hat Frau Dr. Silvia Schweinzer-Burian, bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand im Oktober 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Edition der drei 1542/43 abgehaltenen Reichstage abgeschlossen. Der Verlauf des Reichstags Nürnberg 1543 spiegelt die zunehmende Belastung der Reichsinstitutionen durch vielfältige Konflikte – erstmals zeigte sich jetzt, dass der Konsens- und Kooperationsvorrat fast aller Beteiligten nahezu aufgezehrt und die konfessionsübergreifende Solidarität der Reichsstände auf ein Minimum gesunken war. Die evangelischen Stände machten die Bewilligung der Türkenhilfe von der vorherigen dauerhaften Sicherung ihres religiösen Sonderstatus abhängig; da sie dies nicht erreichen konnten, verweigerten sie sich den Reichstagsverhandlungen und boykottierten auch deren Ergebnisse.

Dieser Konstellation musste sich die Edition der Materialien zu Band 14 stellen. Nachdem die Vorlagen zu einem beträchtlichen Teil von Herrn Friedrich Edelmayer, wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Reichstagsakten zwischen 1983 und 1992, gesammelt worden waren, hat Frau Schweinzer-Burian die Aktenmengen mit großem Verantwortungsbewusstsein sorgfältig bearbeitet, auf einen vertretbaren Umfang kondensiert, ohne dabei Substanz preiszugeben, sie einsichtig in Sachkomplexe zusammengeführt und lege artis ediert. Jedem Kapitel sind als Leitfaden durch die mitgeteilten Texte kurze Einleitungen beigegeben. Als Abteilungsleiter danke ich Frau Schweinzer-Burian für die großartige Leistung, die sie mit diesem Band vollbracht hat; alle künftigen Benutzerinnen und Benutzer werden sich diesem Dank gewiss anschließen. Zugleich sei der Editorin an dieser Stelle auch Dank gesagt für ihre jahrzehntelange sorgfältige und stets sachbezogene Tätigkeit als Mitarbeiterin an der Abteilung Jüngere Reichstagsakten und für die immer reibungslose und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Frau Schweinzer-Burian kann mit Genugtuung auf ihr wissenschaftliches Lebenswerk blicken.

In der Jüngeren Reihe fehlt jetzt nur noch Band 9 (Reichstag zu Augsburg 1530), für dessen Bearbeitung gegenwärtig unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Anuschka Tischer die Vorbereitungen getroffen werden.

Heidelberg, im November 2019

Eike Wolgast





## VORWORT DER BANDBEARBEITERIN

Dem Andenken an  
Erwein Eltz gewidmet.

Band 14 der Jüngerer Reihe der Reichstagsakten zum Nürnberger Reichstag 1543 steht in engem thematischen und zeitlichen Zusammenhang zu den beiden Reichstagen des Jahres 1542 in Speyer und Nürnberg (Band 12 und 13) und schließt die Reihe der von mir bearbeiteten „kleineren“ Reichstage ab. Seit 1978 gehörte ich dem unter der Leitung von Prof. Dr. Heinrich Lutz arbeitenden Historikerteam zur Edition der Reichstagsakten unter Kaiser Karl V. an. In ausführlichen Gesprächen wurden damals die Grundprinzipien der Edition festgelegt, wobei es dem Abteilungsleiter mit großem Elan gelungen ist, in uns die Begeisterungsfähigkeit und das Interesse für das Projekt „Reichstagsakten“ zu wecken und dadurch ein grundlegendes Quellencorpus der Reichs- und Reformationsgeschichte für weiterführende Forschungen zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Tod von Heinrich Lutz 1986 und interimistischen Abteilungsleitungen übernahm Herr Prof. Dr. Eike Wolgast im Jahr 1989 die Leitung der Jüngerer Reihe der Reichstagsaktenedition. Für seine dreißig Jahre währende engagierte Betreuung danke ich ihm sehr herzlich. Er ermunterte mich stets, als ich angesichts des zu bewältigenden Aktenmaterials entmutigt war, stand mir mit fachlichem Rat zur Seite und unterstützte mich bei sinnvollen Kürzungsprozessen. Vor allem danke ich ihm für das in mich gesetzte Vertrauen, dass ich die mir übertragene Aufgabe auch nach meiner Pensionierung zu Ende führen würde.

Da ich nun nach einundvierzigjähriger Editionstätigkeit als letzte Mitarbeiterin der ehemaligen Wiener Arbeitsstelle der Reichstagsakten meine Arbeit abschließe, ist es mir ein Bedürfnis, meinen Kolleginnen und Kollegen, die mich in dieser Zeit ein Stück des Weges begleitet haben, von Herzen zu danken. Es sind dies Dr. Rosemarie Aulinger, Prof. Dr. Friedrich Edelmayer, Dr. Martina Fuchs, Prof. Dr. Alfred Kohler, Prof. Dr. Albrecht Luttenberger und Dr. Ursula Machoczek. Ein Name fehlt in dieser Aufzählung leider, da der von uns allen besonders geschätzte Kollege Dr. Erwein Eltz im Jahr 2017 verstorben ist. An dieser Stelle möchte ich in freundschaftlicher und dankbarer Verbundenheit seiner gedenken. Er war von Anfang an eine prägende Persönlichkeit in unserem Reichstagsaktenteam. Seine humanistische Bildung, seine Gesprächskultur, sein analytischer Verstand, der es nie an Humor missen ließ, seine Herzlichkeit und seine Fähigkeiten im Umgang mit anderen Menschen sind unvergesslich.

Das Arbeitsklima im Reichstagsaktenteam war stets ein kollegiales und freundschaftliches, wobei häufig lebhaftere Diskussionen über Auswahl und beste Präsentationsmöglichkeit der Quellen geführt wurden. Dieser befruchtende Gedankenaustausch und die Loyalität innerhalb der Arbeitsgruppe kamen der Edition zugute. Besonders erwähnen möchte ich meine Kollegin Rosemarie Aulinger. Mit ihrem seit ihrer Dissertation gesammelten Wissen über die Reichs-

tage unter Karl V. stand sie mir von Anfang an in allen Fragen hilfreich zur Seite. Unsere fruchtbare Zusammenarbeit erstreckte sich nicht nur auf die Zeit ihrer Tätigkeit für das Editionsunternehmen, sondern sie war auch nach ihrer Pensionierung bereit, mir mit ihrer langjährigen Erfahrung regelmäßig als Gesprächspartnerin zur Verfügung zu stehen, was vor allem den Arbeiten an Band 14 zugute kam. Dafür danke ich ihr sehr herzlich. Meinem Kollegen Friedrich Edelmayer danke ich für die reibungslose Übergabe der von ihm gesammelten und bearbeiteten Materialien zum Reichstag 1543. Frau Dr. Christiane Neubert ist für ihre verlässliche Hilfe bei der redaktionellen Arbeit zu danken.

Allen Damen und Herren der besuchten Archive und Bibliotheken, die mir ihre Unterstützung zukommen ließen, sei an dieser Stelle generell gedankt.

Meine jahrzehntelange Tätigkeit als Editorin verlangte Ausdauer und Durchhaltevermögen, die mir durch den Rückhalt und das Verständnis meiner Familie ermöglicht wurden. Zwischen den 1978 mit mechanischer Schreibmaschine angefertigten ersten Transkriptionen und dem 2019 mit Computer erstellten Band 14, der auch im Internet zugänglich sein wird, liegt eine technische Entwicklung, die mich ohne die Hilfe meines Mannes Dr. Herbert Schweinzer überfordert hätte. Ich danke ihm, einem Pionier der digitalen Entwicklung, für seine große Geduld, mit der er sich all die Jahre meinen EDV-Problemen bei der Edition widmete. Meine Töchter Claudia und Tina waren von Anfang an daran gewöhnt, ihre Mutter mit den Reichstagsakten teilen zu müssen. Ihre Zuneigung und Lebendigkeit hat mich im Hier und Jetzt verankert, mir Kraft gegeben und den nötigen Ausgleich für die auf weite Strecken einsame Editionstätigkeit geschaffen.

Wien, im Dezember 2019

Silvia Schweinzer-Burian

## ABKÜRZUNGEN UND SIGLEN

Die in der folgenden Liste nicht enthaltenen Abkürzungen sind dem Duden zu entnehmen. Der Plural wird, wenn nicht anders angegeben, durch Verdoppelung des letzten Buchstabens angezeigt. Die Abkürzung „kgl. Mt., fstl. Gnn. und G.“ bezieht sich auf König Ferdinand und die drei kaiserlichen Reichstagskommissare, während „(chur- und) fstl. (Gnn.), Gnn. und Gg.“ die Reichsstände im Allgemeinen bezeichnet.

Abt.	Abteilung
Abschr.	Abschrift
Adm.	Administrator
AD	Archives Départementales
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AG	Archives Générales
AM	Archives Municipales
Anm.	Anmerkung
AP	Archiwum Państwowe
Art.	Artikel
AS	Aufschrift
aud., ausd., auxd.	audit, ausdit(e)s, auxdit(e)s
Ausf.	Ausfertigung
AV	Aktenvermerk
AVat	Archivio Segreto Vaticano
b.	Batzen
Bd., Bde.	Band, Bände
Bearb.	Bearbeiter(in)
Bf.	Bischof
Bgf.	Burggraf
Bgm.	Bürgermeister
BSB	Bayerische Staatsbibliothek
CA	Confessio Augustana
chiffri.	chiffriert
d.	Denarius, Pfennig
dat.	datiert, datum
dechiffri.	dechiffriert
desd.	desdits
DomstiftsA	Domstiftsarchiv
Dr.	Doktor
Dt.	Durchlaucht
DV	Dorsalvermerk
ebd.	ebenda
Ebf.	Erzbischof
Ehg.	Erzherzog
eighd.	eigenhändig
Erg., erg.	Ergänzung, ergänzt
F.	Fürst
Fasz.	Faszikel
fl.	Gulden, florin
fol.	folio

franz.	französisch
Frh.	Freiherr
fstl.	fürstlich
Ft.	Fürsichtigkeit
G.	Gunsten
gedr.	gedruckt
gest.	gestorben
gestr.	gestrichen
Gf., Gfn.	Graf, Gräfin
Gn.	Gnaden
gr.	Groschen
h.	Heller
H., Hn.	Herr, Herren
HAB	Herzog August Bibliothek
Hd.	Hand
Hg., Hgn.	Herzog, Herzogin
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv
HistA	Historisches Archiv
hl.	heilig
Hl. Röm. Reich	Heiliges Römisches Reich
Hlt.	Heiligkeit
Hrsg.	Herausgeber(in), herausgegeben
HStA	Hauptstaatsarchiv
ill <sup>mus</sup>	illustrissimus (alle Casus)
ISG	Institut für Stadtgeschichte
Jhdt.	Jahrhundert
JR	Jüngere Reihe
Kard.	Kardinal
Kf.	Kurfürst
kfl.	kurfürstlich
Kg., Kgn.	König, Königin
kgl.	königlich
Konv.	Konvolut
Konz.	Konzept
Kop.	Kopie
Korr., korr.	Korrektur(en), korrigiert
kr.	Kreuzer
Ks.	Kaiser
ksl.	kaiserlich
L.	Liebden, Lieb
LA	Landesarchiv
LAV NRW	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen
lat.	lateinisch
lb.	Pfund
led., lad., lesd.	ledit, ladite, lesdit(e)s
leurd.	leurdit, leurdit(e)s
Lgf.	Landgraf
LHA	Landeshauptarchiv

Lic.	Licentiat
Loc.	Locat
Mag.	Magister
Marg., marg.	Marginalie(n), marginal
Mgf., Mgfñ.	Markgraf, Markgräfin
Mons <sup>r</sup>	Monseigneur
Mt.	Majestät
M <sup>tas</sup>	Maiestas (alle Casus)
M <sup>té</sup>	Majesté
nachgetr.	nachgetragen
nachtr.	nachträglich
NB	Nuntiaturberichte
nosd.	nosdit(e)s
notred.	notredit(e)
o.D.	ohne Datum
om.	omisit
o.O.	ohne Ort
Pfgf., Pfgfn.	Pfalzgraf, Pfalzgräfin
praes.	praesentatum
Protok.	Protokoll
PS	Postskriptum
r	recto
RAb	Reichsabschied, Reichstagsabschied
reg.	registratum
Reinkonz.	Reinkonzept
Reinschr.	Reinschrift
rev <sup>mus</sup>	reverendissimus (alle Casus)
RKG	Reichskammergericht
röm.	römisch
RT	Reichstag
RTA	Reichstagsakten
sanct <sup>mus</sup>	sanctissimus (alle Casus)
serm <sup>us</sup>	serenissimus (alle Casus)
sond., sad., sesd.	sondit, sadite, sesdit(e)s
S <sup>r</sup>	Seigneur
St.	Sankt
StA	Staatsarchiv
StaBi	Staatsbibliothek
StadtA	Stadtarchiv
S <sup>tas</sup>	Sanctitas (alle Casus)
StiftsA	Stiftsarchiv
teilw.	teilweise
u.a.	und andere, unter anderem
UB	Universitätsbibliothek
unfol.	unfoliert
US	Unterschrift
ÜS	Überschrift
v	verso

v.a.Hd.	von anderer Hand
v.d.Hd.	von der Hand
vgl.	vergleiche
votred.	votredit(e)
W.	Weisheit
Wd.	Würde
---	bewusste Auslassung in der Vorlage
[...?]	Vorlage nicht lesbar, keine Ergänzung des Editors möglich
[...]	Auslassungen des Editors bei Floskeln, Titulaturen und für den Reichstag unerheblichen Materien
[abc]	Ergänzungen des Editors bei Verderbtheit, Unlesbarkeit oder offensichtlichen Auslassungen der Vorlage, Datumsauflösungen
[= abc]	Wörterklärungen des Editors, Identifizierung von Personen- und Ortsnamen
[!]	ungewöhnliche Schreibweise oder Irrtum
[Nr. 1]	Hinweis auf ein im Band ediertes Aktenstück
[RTA JR Bd. XI, Nr. 1]	Hinweis auf ein Aktenstück aus einem anderen Band der RTA JR (vgl. die Liste S. 78).

# QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## Archivalische Quellen

In der Zusammenstellung der *Archivalischen Quellen* sind die Archivalien aller besuchten Archive verzeichnet, die sich im engeren oder weiteren Sinn auf den Reichstag beziehen oder dessen Vorbereitung betreffen, auch wenn diese Akten im vorliegenden Band nicht zitiert werden. Die kursiv in Klammern gesetzten Erläuterungen zu einzelnen Aktenbeständen dienen als Zusatzinformationen, die jedoch nicht Bestandteil des Archivzitats sind.

StA Amberg (Staatsarchiv Amberg)  
Reichssachen 94, 98, 99, 100.

StA Augsburg (Staatsarchiv Augsburg)  
Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105.  
Reichsstadt Nördlingen, Münchner Bestand, Lit. 52, 53, 773.  
Fürststift Kempten, Archiv Bände 972 (früher: München HStA, Fürststift Kempten, Neuburger Abgabe, Lit. 2952).

StadtA Augsburg (Stadtarchiv Augsburg)  
Lit. 1542, Lit. 1543.  
Ratsbuch 17.  
Schwäbische Kreisakten 2 (1531–1569).  
Schwäbische Kreisakten 3 (1539–1551).

StA Bamberg (Staatsarchiv Bamberg)  
B 33a, I. Reihe, Nr. 30 (*Hochstift Bamberg RTA*).  
B 41 I, Nr. 4 (*Bamberger Kreisakten 1541–1545*).  
B 48, Nr. 58 (*Bamberger Kriegsakten 1542–1545*).

StA Basel (Staatsarchiv Basel)  
Fremde Staaten Deutschland B 1.  
Fremde Staaten Deutschland B 2.1.  
Fremde Staaten Deutschland C 2.  
Politisches L 2.1.

UB Basel (Universitätsbibliothek Basel)  
C VIa 51.

GStAPK Berlin (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin)  
I. HA (*Brandenburg*), Rep. 10, Nr. D, Fasz. A-F.  
I. HA, Rep. 11, Nr. 275a, Fasz. 2 und 3.  
XX. HA, StA Königsberg, HBA A 1 (Kasten 5 und 6).  
XX. HA, StA Königsberg, HBA A 2 (Kasten 28).  
XX. HA, StA Königsberg, HBA A 3 (Kasten 144).  
XX. HA, StA Königsberg, HBA A 4 (Kasten 208 und 209).

- XX. HA, StA Königsberg, HBA Ha (Kasten 867).  
 XX. HA, StA Königsberg, HBA Konz. H (Kasten 1267).  
 XX. HA, StA Königsberg, Ostpr. Fol. 80 und 86.
- StaBi Berlin (Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin)  
 Handschriftenabteilung, Ms. germ., Fol. 212.
- StA Bern (Staatsarchiv Bern)  
 U.P. 67, Nr. 125-Nr. 132.
- StadtA Braunschweig (Stadtarchiv Braunschweig)  
 B III 5, Bd. 8, Bd. 10, Bd. 11.  
 B IV 2a Nr. 21
- AG Brüssel (Archives Générales du Royaume/Algemeen Rijksarchief Bruxelles/Brüssel)  
 Papiers d'Etat (= Papiers du Conseil d'Etat et de l'Audience) 51, 53, 54, 92, 120,  
 122, 124.  
 Secrétairerie d'Etat allemande 775 und 776.  
 Manuscrits divers 176 A.
- AM Colmar (Archives Municipales Colmar)  
 AA 76/1, AA 76/2, AA 76/3, AA 76/4.
- StA Darmstadt (Hessisches Landesarchiv, Dienststelle Hessisches Staatsarchiv Darmstadt)  
 D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2.  
 E 1 G, Konv. 1, Fasz. 2.  
 E 1 G, Konv. 3, Fasz. 1.  
 E 1 H, Konv. 7, Fasz. 1.
- StadtA Dinkelsbühl (Stadtarchiv Dinkelsbühl)  
 Akten A 1, 1543 März 6.  
 Akten A 2, 1543 April (mehrere Akten).
- HStA Dresden (Sächsisches Staatsarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Dresden)  
 10024, GA (*Geheimer Rat, Geheimes Archiv*), Loc. 7873/5, Handlung zu Zerbst (...) 22. Mai 1542.  
 10024, GA, Loc. 8498/11, Allerlei Fürstenbriefe an Hg. Moritz 1542–1553.  
 10024, GA, Loc. 8498/12, Kg. Ferdinandi Schreiben an Hg. Moritz 1543–1573.  
 10024, GA, Loc. 9024/17, Allerley Reichstags-Händel (...) 1541–1543.  
 10024, GA, Loc. 9046/13, Sekundogenitur Naumburg-Zeitz. Briefe an Bf. Julius Pflug zu Naumburg und Briefe Julius Pflugs, die Differenzen mit Kf. Johann Friedrich zu Sachsen betr. 1536–1564.  
 10024, GA, Loc. 9074/2, Irrungen zwischen Kf. Johann Friedrich zu Sachsen und Bf. Julio zu Naumburg 1542.  
 10024, GA, Loc. 9136/22, Hg. Moritzen Kriegszug wider Frankreich belangend 1543–1544.  
 10024, GA, Loc. 10184/5, Schreiben über den gehaltenen Reichstag zu Nürnberg 1543, darin Irrung der Session halber (...).  
 10024, GA, Loc. 10184/6, Erster und anderer Teil der Reichshandlung zu Nürnberg 1543.



10024, GA, Loc. 10184/7, Dritter und vierter Teil der Reichshandlung zu Nürnberg 1543.

10024, GA, Loc. 10184/8, Abschied des gehaltenen Reichstags zu Nürnberg 1543.

10024, GA, Loc. 10674/3, Zweites Buch: Handlung zwischen röm. kgl. Mt., Ferdinando und dem Kf. Hg. Johan Friderichen zu Sachsen und erfolgter Vertrag, vornemlich die kgl. Wahl betr. anno 1541–1544.

LAV NRW R Duisburg (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland = ehemals HStA Düsseldorf)

Jülich-Berg II 2274, 2275, 2276, 2277, 2746, 2748, 2749, 2750, 2752.

Niederrhein.-westfäl. Kreisarchiv IX/4.

StadtA Esslingen (Stadtarchiv Esslingen am Neckar)

Reichsstadt Fasz. 283, RTA (*Reichstagsakten*) 1543.

Reichsstadt Fasz. 336 (*Verhandlungen mit Württemberg*).

Ratsprotokolle 3 (1540–1546).

Missivenbuch 31 (1541–1550).

ISG Frankfurt (Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main = ehemaliges Stadtarchiv)

RTA 52, RTA 53, RTA 54.

Reichssachen II, Nr. 954, Nr. 958, Nr. 960, Nr. 960a, Nr. 962, Nr. 963, Nr. 964, Nr. 965.

Ratschlagungsprotokoll Bd. 3 (1534–1544).

StadtA Goslar (Stadtarchiv Goslar)

B unverzeichneter Bestand, Paket 872, Reichssachen 702, 709, 731, 732.

StA Hamburg (Staatsarchiv Hamburg)

111–1, Senat, 89 (alte Signatur: Cl. I Lit. Mc 1–2).

NLA Hannover (Niedersächsisches Landesarchiv, Standort Hannover)

Calenberg Br. (*Briefbuch*) 11, Nr. 39

Celle Br. 1, Nr. 22, Nr. 23.

Celle Br. 3, Nr. 20 I, Nr. 20 II.

Celle Br. 38, Nr. 148.

Hildesheim Br. 1, Nr. 80.

Hildesheim Br. 1, Nr. 784.

FÖWA Harburg (Fürstl. Oettingen-Wallersteinsches Archiv Harburg = ehemals Fürstl. Oettingisches Archiv in Wallerstein)

I.19.1.

StadtA Hildesheim (Stadtarchiv Hildesheim)

Bestand 50, Bd. 75.

GLA Karlsruhe (Landesarchiv Baden-Württemberg [LABW], Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe)

50/59, 50/60, 51/I/27, 51/I/29, 51/II/5 (*Baden*).

225/736.

HistA Köln (Historisches Archiv der Stadt Köln)

Bestand 50 (*Köln und das Reich*), A 219, A 223.

Bestand 50 (*Köln und das Reich*), A 77/6.

Bestand 10B (*Ratsprotokolle*), A 11.

StadtA Konstanz (Stadtarchiv Konstanz)

G 17, G 20, G 21, G 22 (Reformationsakten).

RA Kopenhagen (Rigsarkivet København/Kopenhagen)

TKUA (*Tyske Kancellis Udenrigske Afdeling = Deutsche Kanzlei Äußere Abteilung*) Alm.

Del 1 indtil 1676, Fasz. 21.

TKUA Spec. Del, Sachsen A I 2.

TKUA Spec. Del, Rigsdagen A II 2.

TKUA Spec. Del, Jülich-Cleve-Berg 1, A I-III.

StadtA Lindau (Stadtarchiv Lindau)

35, 7.

III/5/6 Reichssteuer 1543/44–68.

StadtA Lübeck (Stadtarchiv Lübeck)

Rep. 17, Niedersächs. Kreistagsakten, Kreisabschiede vol. I 1542–1556.

StA Ludwigsburg (Landesarchiv Baden-Württemberg [LABW], Abt. Staatsarchiv Ludwigsburg)

B 189 I (*Heilbronn*), Bü. 33, Nr. 22–24.

B 189 II (*Heilbronn*), Bü. 50, Bü. 54.

B 299, Bd. 1 (*Deutscher Orden: Fränkischer Kreis*).

StA Luzern (Staatsarchiv Luzern)

Akten Archiv 1, Fach 1/Fasz. 3.

Akten Archiv 1, Fach 1/Fasz. 19 und Fasz. 20.

LASA Magdeburg (Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Magdeburg)

Rep. A 1, Nr. 311.

Rep. A 20, I Nr. 1 (*Reichsakten 1508–1598*).

StA Marburg (Hessisches Landesarchiv, Dienststelle Hessisches Staatsarchiv Marburg)

PA 641–645, 650–655, 1398, 1455.

Hanau 81 A, Nr. 181½ 2.

Hanau 81 A, Nr. 181½ 4.

Hanau 81 A, Nr. 207/3 II.

StadtA Memmingen (Stadtarchiv Memmingen)

A Bd. 320.

Privatarchiv Mirbach-Harff (Grevenbroich-Ingenfeld: Benutzung über die Landschaftsverband Rheinland Archivverwaltung in Pulhaim-Brauweiler)

Bestand Vlatten II, Akte 36.

BSB München (Bayerische Staatsbibliothek München)  
Cod. Germ. Man. 1357.

HStA München (Bayerisches Hauptstaatsarchiv München)  
KBÄA (*Bayern*) 1760, 2030, 2094, 3158, 3159, 3576, 3577, 4248.  
Staatsverwaltung (*Bayern*) 3593.  
Kasten blau 271/4 (*Pfalz-Neuburg*).  
Kasten schwarz 2583.  
Hochstift Freising, Kasten blau 200/11, 200/12, 200/19, 201/20a, 204/6a, 220/3, 221/6a.  
Hochstift Passau, Blechkastenarchiv 4/29, 4/31.

LAV NRW W Münster (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Westfalen)  
Fürstbistum Münster Landesarchiv, Reichssachen B 473,1, Reichssachen D 476,4.

DomstiftsA Naumburg (Domstiftsarchiv Naumburg)  
Tit. I (*allgem. Stiftssachen*), Nr. 8, Nr. 10.

StadtA Nördlingen (Stadtarchiv Nördlingen)  
Missivenbuch 1543 (*Kop.*).  
Missivenkonzepte 1543 (*Konz.*).

StA Nürnberg (Staatsarchiv Nürnberg)  
Fürstentum Ansbach, RTA 23.  
Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, RTA 655.  
Reichsstadt Nürnberg, Kreistagsakten 2.  
Reichsstadt Nürnberg, Ratsbücher 21.  
Reichsstadt Nürnberg, Stadtrechnungsbelege Nr. 93, Rep. 54a II.  
Reichsstadt Nürnberg, Mandate Bd. A.  
B-Laden-Akten, S I L 205 Nr. 2, Nr. 3.  
E-Laden-Akten, Nr. 136.  
Herrschaft Pappenheim, Reichserbmarschallamt, Akten A I 4/1, Akten A I 7/8.

Germanisches Nationalmuseum Nürnberg  
Archiv Mandat Nr. 243, Nr. 245.

AM Oberehnheim (Archives Municipales Obernai/Oberehnheim)  
AA 46.  
CC 6, CC 9.

StadtA Ravensburg (Stadtarchiv Ravensburg)  
Bü. 152a/2.2, 152a/3.1, 152a/3.2, 152b/1.1 bis 1.7, 152b/2.8 bis 2.12, 152c/1.13 bis 1.15, 152c/2.16 bis 2.19.

AVat Rom (Archivio Segreto Vaticano Roma/Rom)  
Nuntiatura di Germania 60 (*Kop.*).  
Lettere di Principi 12 und 14.  
AA Arm. I-XVIII, 6526.  
Miscellanea Arm. II, vol. 58.

StadtA Rothenburg (Stadtarchiv Rothenburg ob der Tauber)  
A 1389.

LA Salzburg (Landesarchiv Salzburg)

Geh. Archiv IV/4 1/2, IV/4 1/3, IV/4 1/5, IV/4 1/6.

Geh. Archiv IV/7, 3 ad 48 bis 7 ad 48.

Geh. Archiv IV/7, 22.

Geh. Archiv IV/7, 30.

Geh. Archiv IV/7, 41 bis 51.

Geh. Archiv IV/7, 56.

Geh. Archiv IV/9, 1.

Geh. Archiv XVI/3,2, XVI/3,3.

StadtA Sankt Gallen (Stadtarchiv Sankt Gallen = Vadiana)

Tr. VII, Nr. 1.44, Nr. 7.32, Nr. 8.9, Nr. 8.13, Nr. 8.14.

StiftsA Sankt Gallen (Stiftsarchiv Sankt Gallen)

Aktenarchiv, Rubr. 3, Fasz. 1.

Bd. 305.

StadtA Schwäbisch Hall (Stadtarchiv Schwäbisch Hall)

4/470, 4/5250.

StadtA Speyer (Stadtarchiv Speyer)

I A 160, I A 171 II.

StadtA Stade (Stadtarchiv Stade)

Rep. 6, Fach 1, Nr. 1.

AP Stettin (Archiwum Panstwowe w Szczecinie/Stettin)

AKS (*Stettin*) I/9, I/10, I/11, I/113, I/114, I/116, I/2085.

AKW (*Wolgas: neue Signaturen*) Sign. 9, 13, 14, 32, 94, 95, 97.

AM Straßburg (Archives de la Ville et de l'Eurométropole de Strasbourg/Straßburg = ehemals Archives Municipales)

AA 501, AA 503, ad AA 503, AA 504, AA 505, AA 506, AA 509, AA 510, AA 511.

I R 5, 1542 (*Ratsprotokolle 1542*).

I R 5, 1543 (*Ratsprotokolle 1543*).

AD Straßburg (Archives Départementales du Bas-Rhin Strasbourg/Straßburg)

15 J 16/2, 15 J 17, 15 J 18.

HStA Stuttgart (Landesarchiv Baden-Württemberg [LABW], Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart)

A 262 (*Reichstagsakten Württemberg*), Bd. 13, Bd. 21 bis Bd. 24.

A 141 (*Reichsstadt Esslingen*), Bü. 24.

B 515 (*Abt von Weingarten*), Bd. 78.

B 571 (*Schwäbisches Grafenkollegium*), Bü. 31.

H 55 (*Schmalkaldischer Bund*), Bü. 49, Bü. 50, Bü. 78.

## StadtA Ulm (Stadtarchiv Ulm)

A 627, A 630, A 714, A 1154, A 1218/470 bis 480.

## ASt Venedig (Archivio di Stato Venezia/Staatsarchiv Venedig)

Capi del Consiglio dei Dieci, Lettere di ambasciatori, Germania 1501–1550, Busta 12, Nr. 123–131.

## HStA Weimar (Landesarchiv Thüringen [LATH], Abt. Hauptstaatsarchiv Weimar)

EGA (*Ernestinisches Gesamtarchiv*), Urkunde Nr. 940, Nr. 1627, Nr. 1630.

EGA, Reg. E, Nr. 148, Nr. 149, Nr. 150, Nr. 218, Nr. 219.

EGA, Reg. H pag. 401–403, Nr. 150.

EGA, Reg. H pag. 418–421, Nr. 153.

EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/1–4.

EGA, Reg. H pag. 444–449, Nr. 159.

EGA, Reg. H pag. 458–463, Nr. 162.

EGA, Reg. H pag. 463–466, Nr. 163.

EGA, Reg. H pag. 467–470, Nr. 164.

EGA, Reg. H pag. 519–525, Nr. 175.

EGA, Reg. H pag. 525–529, Nr. 176.

EGA, Reg. H pag. 530–535, Nr. 177.

EGA, Reg. H pag. 536–541, Nr. 178.

## StA Wertheim (Landesarchiv Baden-Württemberg [LABW], Abt. Staatsarchiv Wertheim)

F 103–114/K 17.

G 33/2, G 47/40, G 47/41.

## StadtA Wetzlar (Stadtarchiv Wetzlar)

Urkunde Nr. 127.

Akten Va 51.

## HHStA Wien (Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien)

Allgemeine Urkundenreihe, 1543 IV 23.

MEA RTA 8/Konv. 1–2.

RK RTA 9/Konv. 6.

RK RTA 10/Konv. 1–2.

RK RTA 11/Konv. 1–4, Konv. 6.

RK RA i.g. 11/Konv. 3.

RK RA i.g. 13e/Konv. 4.

RK RA i.g. 13f/Konv. 1–4.

RK RA i.g. 13g/Konv. 1.

RK Zeremonialakten 39.

Kriegsakten 8/Konv. 2.

Staatenabt. Frankreich, Berichte und Weisungen 10.

Belgien PA (*Politisches Archiv*) 4/3, PA 6/6, PA 7/1, PA 11/3, PA 11/4, PA 34/1, PA 34/3, PA 35/1–4, PA 36/1–4, PA 37/1–3, PA 38/3, PA 42/1, PA 48/1.

Belgien Rep. DD, Abt. B, Abschr. Fasz. 61 (alte Abt. 89 und alte Abt. 90).

Hs. (*Handschriften*) blau 595, 596/1, 597/2.

DOZA Wien (Deutscher Orden Zentralarchiv Wien)

Preu 396/2, Preu 410/2.

Ex 108, Ex 110/1, Ex 115/4.

Ri 441, Nr. 2078.

HStA Wiesbaden (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden)

Abt. 131 (*Nassau*) IVa 41, IVa 621.

Abt. 150 (*Nassau*) IVa 1453, IVa 1690, IVa 1691.

Abt. 171 (*Nassau*) R 400, R 401, R 474.

HAB Wolfenbüttel (Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel)

Cod.-Guelf. 52 Aug. Fol.

StA Würzburg (Staatsarchiv Würzburg)

Wzbg. RTA 21.

Wzbg. Kreisakten 2 und 3.

Schweinfurter RTA 2/6.

Reichssachen 906.

## Gedruckte Quellen

- Eugenio ALBÉRI (Hrsg.), *Relazioni degli ambasciatori Veneti al senato*, Serie I/Bd. 1–6: Europäische Staaten (Florenz 1839–1855).
- Johannes von ARNOLDI (Hrsg.), *Aufklärungen in der Geschichte des Deutschen Reichsgrafenstandes aus ungedruckten Quellen* (Marburg 1802).
- Rosemarie AULINGER (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, Band V/VI: Der Reichstag zu Augsburg 1525, der Reichstag zu Speyer 1526, der Fürstentag zu Esslingen 1526 (= *Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. V/VI*, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften durch Eike WOLGAST, München 2015. Kurzzitat: RTA JR Bd. V/VI).
- Rosemarie AULINGER (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, Bd. X/1–3: Der Reichstag in Regensburg und die Verhandlungen über einen Friedstand mit den Protestanten in Schweinfurt und Nürnberg 1532 (= *Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. X*, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Göttingen 1992). Kurzzitat: RTA JR Bd. X.
- Rosemarie AULINGER (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, Bd. XVI/1–2: Der Reichstag zu Worms 1545 (= *Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. XVI*, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2003). Kurzzitat: RTA JR Bd. XVI.
- Rosemarie AULINGER (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, Bd. XVII: Der Reichstag zu Regensburg 1546 (= *Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. XVII*, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften durch Eike WOLGAST, München 2005). Kurzzitat: RTA JR Bd. XVII.
- Rosemarie AULINGER, Erwein H. ELTZ, Ursula MACHOCZEK (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.* Bd. XX/1–4: Der Reichstag zu Augsburg 1555 (= *Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. XX*, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften durch Eike WOLGAST, München 2009). Kurzzitat: RTA JR Bd. XX.
- Georg von BELOW (Hrsg.), *Landtagsakten von Jülich-Berg 1400–1610*, Bd. 1: 1400–1562 (= *Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde 11*, Düsseldorf 1895).
- Günter Ernst BERS (Hrsg.), *Die Allianz Frankreich-Kleve während des Geldrischen Krieges (Jülich'sche Fehde) (1539–1543)*. Urkunden und Korrespondenzen (phil. Diss., Köln 1969).
- Adalbert BEZZENBERGER (Hrsg.), *Die Berichte und Briefe des Rats und Gesandten Herzog Albrechts von Preußen Asverus von Brandt nebst den an ihn ergangenen Schreiben in dem königlichen Staatsarchiv zu Königsberg*, 1. Heft: 1538–1545 (Königsberg 1904).
- Erich BRANDENBURG (Hrsg.), *Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen*, Bd. 1: Bis zum Ende des Jahres 1543 (Leipzig 1900).
- Ludwig CARDAUNS (Hrsg.), *Berichte vom Regensburger und Speierer Reichstag 1541, 1542. Nuntiaturen Verallios und Poggios. Sendungen Farneses und Sfondratos 1541–1544* (= *Nuntiaturberichte aus Deutschland 1533–1559*, Abt. I, Bd. 7, Berlin 1912). Kurzzitat: L. CARDAUNS, *Nuntiaturberichte*, Abt. I, Bd. 7.
- Ernest CHARRIÈRE (Hrsg.), *Négociations de la France dans le Levant ou correspondances, mémoires et actes diplomatiques des ambassadeurs de France à Constantinople*

- (= Collection de documents inédits sur l'histoire de France, Première Série : Histoire Politique, Part XXVII, tome 1: 1515–1547, Paris 1848).
- Die **CHRONIKEN** der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert Bd. XI (= Die Chroniken der fränkischen Städte: Nürnberg Bd. 5, Leipzig 1874, Nachdruck Göttingen 1961).
- Karl **DESCHWANDEN** (Hrsg.), Die Eidgenössischen Abschiede aus dem Zeitraum von 1541 bis 1548 (= Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede, Bd. IV/ Abt. 1d, Luzern 1882).
- Stephan **EHSES** (Hrsg.), Concilii Tridentini actorum pars prima: Monumenta concilium praecedentia, trium priorum sessionum acta (= Concilium Tridentinum. Diariorum, actorum, epistularum, tractatum nova collectio, Bd. 4, Teil 1, Freiburg/Breisgau 1904). Kurzzitat: S. **EHSES**, Concilium Tridentinum, Bd. 4, Teil 1.
- Erwein **ELTZ** (Bearb.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. XV/1–4: Der Speyrer Reichstag von 1544 (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. XV, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Göttingen 2001). Kurzzitat: RTA JR Bd. XV.
- Erwein **ELTZ** (Bearb.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. XIX/1–2: Der Reichstag zu Augsburg 1550/51 (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. XIX, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften durch Eike **WOLGAST**, München 2005). Kurzzitat: RTA JR Bd. XIX.
- Ekkehart **FABIAN** (Hrsg.), Urkunden und Akten der Reformationsprozesse am Reichskammergericht, am Kaiserlichen Hofgericht zu Rottweil und an anderen Gerichten, Bd. 1: Allgemeines 1530–1534 (= Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte 16/17, Tübingen 1961).
- Louis Prosper **GACHARD** (Hrsg.), Collection des Voyages des Souverains des Pays-Bas, Tome 2: Journal des voyages de Charles-Quint de 1514 à 1551 par Jean de Vandenesse (Brüssel 1874).
- Lothar **GROß**/Robert von **LACROIX** (Hrsg.), Urkunden und Aktenstücke des Reichsarchivs Wien zur reichsrechtlichen Stellung des Burgundischen Kreises, Bd. 1 (= Veröffentlichungen des Reichsarchivs Wien, Wien 1944).
- Herbert **GRUNDMANN** (Hrsg.), Valentin von Tetleben. Protokoll des Augsburger Reichstages 1530. Herausgegeben und eingeleitet von Herbert Grundmann (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Schrift 4, Göttingen 1958).
- Árpád **KÁROLYI** (Hrsg.), Kiadatlan levelek a német birodalom magyarországi nagy hadi vállalatának történetéhez 1542 (= Unedierte Briefe zur Geschichte des großen Krieges des deutschen Reiches in Ungarn 1542), in: Történelmi Tár (Budapest 1880), S. 490–540.
- Hans-Joachim **KÖHLER** (Hrsg.), Flugschriften des späteren 16. Jahrhunderts (Mikroforme-Edition, laufend erscheinende Serien, Leiden ab 1990).
- Johannes **KÜHN** (Bearb.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Band VII/1–2 [Reichsständische Tagungen 1527–1529, Beilagen], (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. VII, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Stuttgart 1935, Nachdruck Göttingen 1963). Kurzzitat: RTA JR Bd. VII.
- Theodor Joseph **LACOMBLET** (Hrsg.), Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins oder des Erzstifts Cöln, der Fürstenthümer Jülich und Berg, Geldern, Meurs,



Cleve und Mark, und der Reichsstifte Elten, Essen und Werden, Bd. 4 (Düsseldorf 1858).

Karl LANZ (Hrsg.), *Correspondenz des Kaisers Karl V. aus dem königlichen Archiv und der Bibliothèque de Bourgogne zu Brüssel*, Bd. 2 (Leipzig 1845).

Karl LANZ (Hrsg.), *Staatspapiere zur Geschichte des Kaisers Karl V. aus dem königlichen Archiv und der Bibliothèque de Bourgogne zu Brüssel* (= Bibliothek des Literarischen Vereins zu Stuttgart 11, 1845).

Max LENZ (Hrsg.), *Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmüthigen von Hessen mit Bucer*, 3 Teile (= Publicationen aus den königlich preußischen Staatsarchiven 5, 28, 47, Leipzig 1880–1891).

Albrecht P. LUTTENBERGER (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, Bd. XI/1–4: *Der Reichstag zu Regensburg 1541* (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. XI, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften durch Eike WOLGAST, München 2018). Kurzzitat: RTA JR Bd. XI.

Ursula MACHOCZEK (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, Bd. XVIII/1–3: *Der Reichstag zu Augsburg 1547/48* (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. XVIII, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften durch Eike WOLGAST, München 2006). Kurzzitat: RTA JR Bd. XVIII.

Christian Gotthold NEUDECKER (Hrsg.), *Merkwürdige Aktenstücke aus dem Zeitalter der Reformation mit Anmerkungen. Erste und zweite Abtheilung* (Nürnberg 1838).

NUNTIATURBERICHTE siehe Ludwig CARDAUNS (Hrsg.).

J. V. POLLET (Hrsg.), *Julius Pflug. Correspondance* Bd. 2 (1539–1547) und Bd. 5 (Leiden 1969–1982).

RTA JR = *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.* = *Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe*.

RTA JR Bd. III: siehe Adolf WREDE (Bearb.).

RTA JR Bd. IV: siehe Adolf WREDE (Bearb.).

RTA JR Bd. V/VI: siehe Rosemarie AULINGER (Bearb.).

RTA JR Bd. VII: siehe Johannes KÜHN (Bearb.).

RTA JR Bd. X: siehe Rosemarie AULINGER (Bearb.).

RTA JR Bd. XI: siehe Albrecht P. LUTTENBERGER (Bearb.).

RTA JR Bd. XII: siehe Silvia SCHWEINZER-BURIAN (Bearb.).

RTA JR Bd. XIII: siehe Silvia SCHWEINZER-BURIAN (Bearb.).

RTA JR Bd. XV: siehe Erwein ELTZ (Bearb.).

RTA JR Bd. XVI: siehe Rosemarie AULINGER (Bearb.).

RTA JR Bd. XVII: siehe Rosemarie AULINGER (Bearb.).

RTA JR Bd. XVIII: siehe Ursula MACHOCZEK (Bearb.).

RTA JR Bd. XIX: siehe Erwein ELTZ (Bearb.).

RTA JR Bd. XX: siehe Rosemarie AULINGER, Erwein ELTZ, Ursula MACHOCZEK (Bearb.).

Neue und vollständigere SAMMLUNG der Reichs-Abschiede, siehe: Heinrich Christian SENCKENBERG (Hrsg.).

Gustav Klemens SCHMELZEISEN (Hrsg.), *Polizei- und Landesordnungen*, 2 Bde. (Köln 1968/69).

Silvia SCHWEINZER-BURIAN (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, Bd. XII/1–2: *Der Reichstag zu Speyer 1542* (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere

- Reihe Bd. XII, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2003). Kurzzitat: RTA JR Bd. XII
- Silvia SCHWEINZER-BURIAN (Bearb.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. XIII: Der Reichstag zu Nürnberg 1542 (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. XIII, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften durch Eike WOLGAST, München 2010). Kurzzitat: RTA JR Bd. XIII.
- Heinrich Christian SENCKENBERG (Hrsg.), Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, welche von den Zeiten Kayser Conrads des II. bis jetzo auf den Teutschen Reichs-Tagen abgefasst worden, sammt den wichtigsten Reichs-Schlüssen, so auf dem noch fürwährenden Reichs-Tage zur Richtigkeit gekommen sind, Bd. 2 (Frankfurt/Main 1747, Nachdruck Osnabrück 1967). Kurzzitat: SENCKENBERG, Reichsabschiede, Bd. 2.
- Anneliese SPRENGER-RUPPENTHAL (Bearb.), Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts, Bd. 7, II. Hälfte, 2. Halbbd.:1. Teil (Tübingen 1980).
- STATE PAPERS published under the authority of Her Majesty's Commission, vol. IX: King Henry the Eighth, part V continued: Foreign Correspondence 1542–1544 (London 1849).
- VD 16 = Verzeichnis der im deutschen Sprachbereich erschienenen Drucke des XVI. Jahrhunderts, Abt. I: Verfasser-Körperschaften-Anonyma, Bd. 17, Stuttgart 1991).
- Charles WEISS (Hrsg.), Papiers d'Etat du Cardinal de Granvelle d'après les manuscrits de la Bibliothèque de Besançon (1519–1565), Bd. 2: 1533–1543 (Paris 1843).
- Otto WINCKELMANN (Hrsg.), Politische Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, Bd. 3: (1540–1545) (Straßburg 1898).
- Adolf WREDE (Bearb.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Band III [Die Reichstage zu Nürnberg 1522/23], (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. III, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Gotha 1901, Nachdruck Göttingen 1963). Kurzzitat: RTA JR Bd. III.
- Adolf WREDE (Bearb.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Band IV [Der Reichstag zu Nürnberg 1524], (= Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe Bd. IV, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Gotha 1905, Nachdruck Göttingen 1963). Kurzzitat: RTA JR Bd. IV.

## Darstellungen und Nachschlagewerke

- Jakob AMSTADT, Die k.k. Militärgrenze 1522–1881 (phil. Diss., Würzburg 1969).
- Inge AUERBACH (Hrsg.), Reformation und Landesherrschaft. Vorträge des Kongresses anlässlich des 500. Geburtstages des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen vom 10. bis 13. Nov. 2004 in Marburg (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landgrafen Philipp des Großmütigen, Bd. 9, Marburg 2005).
- Rosemarie AULINGER, Reichsstädtischer Alltag und obrigkeitliche Disziplinierung. Zur Analyse der Reichstagsordnungen im 16. Jahrhundert, in: Alfred KOHLER/Heinrich LUTZ (Hrsg.), Alltag im 16. Jahrhundert (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 14, Wien 1987), S. 258–291.
- Rosemarie AULINGER, Das Bild des Reichstages im 16. Jahrhundert. Beiträge zu einer typologischen Analyse schriftlicher und bildlicher Quellen (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Schrift 18, Göttingen 1980).
- Rosemarie AULINGER, Johann von Naves, in: NDB 19 (1999) S. 1–2.
- Rosemarie AULINGER, Die Verhandlungen zum Nürnberger Anstand 1531/32 in der Vorgeschichte des Augsburger Religionsfriedens, in: Heinrich LUTZ/Alfred KOHLER (Hrsg.), Aus der Arbeit an den Reichstagen unter Kaiser Karl V. (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 26, Göttingen 1986), S. 194–227.
- Rosemarie AULINGER, Ein treuer Diener seines Herrn. Magister Franz Burkhard als Gesandter des Kurfürsten von Sachsen auf dem Wormser Reichstag 1545, in: Friedrich EDELMAYER u.a. (Hrsg.), Plus ultra. Die Welt der Neuzeit. Festschrift für Alfred Kohler zum 65. Geburtstag (Münster 2008), S. 85–102.
- Rosemarie AULINGER, Ursula MACHOCZEK, Silvia SCHWEINZER-BURIAN, Ferdinand I. und die Reichstage unter Kaiser Karl V. (1521–1555), in: Martina FUCHS/Alfred KOHLER (Hrsg.), Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens (= Geschichte in der Epoche Karls V., Bd. 2, Münster 2003). S. 87–121.
- Annette BAUMANN, Die Prokuratoren am Reichskammergericht in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens, in: Bernhard DIESTELKAMP u.a. (Hrsg.), Das Reichskammergericht. Der Weg zu seiner Gründung und die ersten Jahrzehnte seines Wirkens (1451–1527) (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 45, Köln/Weimar/Wien 2003), S. 161–196.
- Hermann BAUMGARTEN, Karl V. und der katholische Bund vom Jahre 1538, in: Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6 (1891), S. 273–300.
- Karlheinz BLASCHKE (Hrsg.), Moritz von Sachsen. Ein Fürst der Reformationszeit zwischen Territorium und Reich. Internationales wissenschaftliches Kolloquium vom 26. bis 28. Juni 2003 in Freiberg (Sachsen) (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Bd. 29, Leipzig 2007).
- Gundmar BLUME, Goslar und der Schmalkaldische Bund 1527/31–1547 (= Beiträge zur Geschichte der Stadt Goslar 26, Goslar 1969).
- Ernst BÖHME, Das fränkische Reichsgrafenkollegium im 16. und 17. Jahrhundert. Untersuchungen zu den Möglichkeiten und Grenzen der korporativen Politik minderständiger Reichsstände (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Bd. 132, Stuttgart 1989).
- Emile de BORCHGRAVE, Histoire des rapports de droit public qui existèrent entre les provinces Belges et l'empire d'Allemagne (= Mémoires couronnés et mémoires des

- savants étrangers publiés par l'Academie Royale des sciences, des lettres et des beaux-arts de Belgique Bd. 36, Brüssel 1871).
- Ursula BRAASCH-SCHWERSMANN u.a. (Hrsg.), Landgraf Philipp der Großmütige 1504–1567. Hessen im Zentrum der Reform. Begleitband zu einer Ausstellung des Landes Hessen (Marburg/Neustadt a.d.Aisch 2004).
- Erich BRANDENBURG, Herzog Moritz von Sachsen, Bd. 1: Bis zur Wittenberger Kapitulation (1547), (Leipzig 1898).
- Hans BRANIG, Geschichte Pommerns, Teil I: Vom Werden des neuzeitlichen Staates bis zum Verlust der Selbständigkeit 1300–1648 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V, Band 22/I, Köln/Weimar/Wien 1997).
- Bettina BRAUN, Die Eidgenossenschaft und das Politische System Karls V., in: Christine ROLL u.a. (Hrsg.), Recht und Reich im Zeitalter der Reformation. Festschrift für Horst Rabe (Konstanz 1995), S. 257–278.
- Bettina BRAUN/Wolfgang DOBRAS, St. Gallen: eine Stadtrepublik zwischen Reich und Eidgenossenschaft, in: Christine ROLL u.a. (Hrsg.), Recht und Reich im Zeitalter der Reformation. Festschrift für Horst Rabe (Konstanz 1995) S. 397–416.
- Karl Heinz BURMEISTER, Jakob Jonas, in: NDB 10 (1974), S. 593.
- Ludwig CARDAUNS, Von Nizza bis Crépy. Europäische Politik in den Jahren 1538 bis 1544 (= Bibliothek des Preußischen Historischen Instituts in Rom 15, Rom 1923).
- Rüdiger CONRAD, Der Bayerische Reichskreis im 16. Jahrhundert (Die Entwicklung seiner Verfassung von 1530–1580), (jur. Diss., Köln 1974).
- Wilhelm CRECELIOUS, Der Geldrische Erbfolgestreit zwischen Kaiser Karl V. und Herzog Wilhelm von Jülich, Berg und Cleve (1538–1543) mit Beilagen, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins, Bd. 23 (1887), S. 50–155.
- Bernhard DIESTELKAMP (Hrsg.), Das Reichskammergericht. Der Weg zu seiner Gründung und die ersten Jahrzehnte seines Wirkens (1451–1527) (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 45, Köln/Weimar/Wien 2003).
- Stephan DOLEZEL, Das preußisch-polnische Lehnsverhältnis unter Herzog Albrecht von Preußen (1525–1568), (= Studien zur Geschichte Preußens Bd. 14, Köln/Berlin 1967).
- Josef DOLLE (Hrsg.), Niedersächsisches Klosterbuch – Verzeichnis der Klöster, Stifte, Kommenden und Beginenhäuser in Niedersachsen und Bremen von den Anfängen bis 1810, 4 Bde. (Bielefeld 2012)
- Heinz DOPSCH/Hans SPATZENEGGER, Geschichte Salzburgs. Stadt und Land, 2 Bde., Bd. 2: Neuzeit und Zeitgeschichte/Teil 1 (Salzburg 1988).
- Hans Jürgen DORN, Die Deutschordensballei Westfalen von der Reformation bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1809 (= Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 26, Marburg 1978).
- Winfried DOTZAUER, Die deutschen Reichskreise (1383–1806). Geschichte und Aktenedition (Stuttgart 1998).
- Heinz DUCHHARDT, Das Tunisunternehmen Karls V. 1535, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 37 (1984), S. 35–72.
- Friedrich EDELMAYER, Philipp II. Biographie eines Weltherrschers (Stuttgart 2009).
- Friedrich EDELMAYER, Kursachsen, Hessen und der Nürnberger Reichstag von 1543, in: Erich MEUTHEN (Hrsg.), Reichstage und Kirche (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 42, Göttingen 1991), S. 190–219.

- Friedrich EDELMAYER u.a. (Hrsg.), *Plus ultra. Die Welt der Neuzeit. Festschrift für Alfred Kohler zum 65. Geburtstag* (Münster 2008).
- Erwein ELTZ, *Die Reise zum Reichstag*, in: Alfred KOHLER/Heinrich LUTZ (Hrsg.), *Alltag im 16. Jahrhundert* (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 14, Wien 1987), S. 195–222.
- Erwein ELTZ, *Zwei Gutachten des Kurfürstenrates über die Wormser Matrikel und den Gemeinen Pfennig. Ein Beitrag zur Reichssteuerproblematik vom Reichstag in Speyer 1544*, in: Heinrich LUTZ/Alfred KOHLER (Hrsg.), *Aus der Arbeit an den Reichstagen unter Kaiser Karl V.* (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 26, Göttingen 1986), S. 273–301.
- Rudolf ENDRES, *Der Fränkische Reichskreis*, in: K. G. A. JESERICH u.a. (Hrsg.), *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. 1 (Stuttgart 1983), S. 599–615.
- Rudolf ENDRES, *Der Fränkische Reichskreis* (= Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur 29, Augsburg 2003).
- Ekkehart FABIAN, *Die Entstehung des Schmalkaldischen Bundes und seiner Verfassung 1524/29–1531/33. Brück, Philipp von Hessen und Jakob Sturm* (= Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte 1, Tübingen 1962).
- Thomas FELLNER/Heinrich KRETSCHMAYR, *Die österreichische Zentralverwaltung, I. Abt.: Von Maximilian I. bis zur Vereinigung der österreichischen mit der böhmischen Hofkanzlei (1749)*, Bd. 2: *Aktenstücke 1491–1681* (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 6, Wien 1907).
- Jakob FRANCK, *Jakob Jonas*, in: ADB 14 (1881), S. 491f.
- Heinz F. FRIEDERICH, *Johann von Fichard*, in: NDB 5 (1961), S. 120f.
- Peer FRIEB, *Die Außenpolitik der Reichsstadt Memmingen in der Reformationszeit (1517–1555)*, (= Memminger Forschungen Bd. 4, Memmingen 1993).
- Martina FUCHS/Alfred KOHLER (Hrsg.), *Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens* (= Geschichte in der Epoche Karls V., Bd. 2, Münster 2003).
- Erwin GATZ (Hrsg.), *Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches 1448 bis 1648. Ein biographisches Lexikon* (Berlin 1998).
- Andreas GÖßNER, *Weltliche Kirchenhoheit und reichsstädtische Reformation: die Augsburger Ratspolitik des „milden und mitleren weg“ 1520–1534* (Berlin 1999).
- Antjekathrin GRABMANN, *Preußen und Habsburg im 16. Jahrhundert* (= Studien zur Geschichte Preußens Bd. 15, Köln 1968).
- Jakob und Wilhelm GRIMM (Hrsg.), *Deutsches Wörterbuch*, 33 Bde. (Leipzig 1854–1887, Neudruck Gütersloh 1991).
- Irene HAAS, *Reformation – Konfession – Tradition. Frankfurt am Main im Schmalkaldischen Bund 1536–1547* (= Studien zur Frankfurter Geschichte 30, Frankfurt 1991).
- Mark HÄBERLEIN, *Wolfgang Rehlinger*, in: NDB 21, S. 281f.
- Angelika HAMETNER, *Die niederösterreichischen Landtage von 1530–1564* (phil. Diss., Wien 1970).
- Peter Claus HARTMANN, *Der Bayerische Reichskreis (1500 bis 1803). Strukturen, Geschichte und Bedeutung im Rahmen der Kreisverfassung und der allgemeinen institutionellen Entwicklung des Heiligen Römischen Reiches* (= Schriften zur Verfassungsgeschichte Bd. 52, Berlin 1997).
- Peter Claus HARTMANN, *Der Bayerische Reichskreis zur Zeit Karls V.*, in: Friedrich EDELMAYER u.a. (Hrsg.), *Plus ultra. Die Welt der Neuzeit. Festschrift für Alfred Kohler zum 65. Geburtstag* (Münster 2008).

- Thomas Felix HARTMANN, Die Reichstage unter Karl V. Verfahren und Verfahrensentwicklung 1521–1555 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 100, Göttingen 2017).
- Fritz HARTUNG, Geschichte des fränkischen Kreises. Darstellung und Akten, Bd. 1: Die Geschichte des Fränkischen Kreises von 1521–1559 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe 2, Bd. 1, Leipzig 1910).
- Adolf HASENCLEVER, Johann von Naves aus Luxemburg, Reichsvizekanzler unter Kaiser Karl V., in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung Bd. 26 (1905), S. 280–328.
- Adolf HASENCLEVER, Johann von Naves, in: ADB 52 (1906) S. 598–605.
- Gabriele HAUG-MORITZ, Reich und Konfessionsdissens im Reformationszeitalter. Überlegungen zur Reichskonfessionspolitik Landgraf Philipps des Großmütigen von Hessen, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 46 (1996), S. 137–159.
- Gabriele HAUG-MORITZ, Der Schmalkaldische Bund (1530–1541/42). Eine Studie zu den genossenschaftlichen Strukturelementen der politischen Ordnung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation (= Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 44, Leinfelden-Echterdingen 2002).
- Gabriele HAUG-MORITZ, Johann Friedrich I. und der Schmalkaldische Bund, in: V. LEPPIN u.a. (Hrsg.), Johann Friedrich I. – der lutherische Kurfürst (= Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 204, Heidelberg 2006), S. 85–100.
- Gabriele HAUG-MORITZ, Philipp und der Schmalkaldische Bund 1530/31–1547, in: U. BRAASCH-SCHWERSMANN u.a. (Hrsg.), Landgraf Philipp der Großmütige 1504–1567. Hessen im Zentrum der Reform. Begleitband zu einer Ausstellung des Landes Hessen (Marburg/Neustadt a.d. Aisch 2004), S. 59–66.
- Gabriele HAUG-MORITZ, Widerstand als „Gegenwehr“. Die schmalkaldische Konzeption der „Gegenwehr“ und der „gegenwehrliche Krieg“ des Jahres 1542, in: R. VON FRIEDEBURG (Hrsg.), Widerstandsrecht in der frühen Neuzeit (Berlin 2001), S. 141–161.
- Gabriele HAUG-MORITZ, Der Wolfenbütteler Krieg des Schmalkaldischen Bundes (1542), die Öffentlichkeit des Reichstags und die Öffentlichkeiten des Reichs, in: Maximilian LANZINNER/Arno STROHMEYER (Hrsg.), Der Reichstag 1486–1613. Kommunikation – Wahrnehmung – Öffentlichkeiten (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 73, Göttingen 2006), S. 259–280.
- Johannes HECKEL, Die evangelischen Dom- und Kollegiatstifter Preussens, insbesondere Brandenburg, Merseburg, Naumburg, Zeitz. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung (= Kirchenrechtliche Abhandlungen 100/101, Stuttgart 1924).
- Franz HEDERER u.a. (Hrsg.), Handlungsräume. Facetten politischer Kommunikation in der Frühen Neuzeit. Festschrift für A. Luttenberger zum 65. Geburtstag, (München 2011).
- Paul HEIDRICH, Karl V. und die deutschen Protestanten am Vorabend des Schmalkaldischen Krieges, Teil 1: Die Reichstage der Jahre 1541–1543 (= Frankfurter Historische Forschungen, Heft 5, Frankfurt/Main 1911).
- Paul HEIDRICH, Der geldrische Erbfolgestreit 1537–1543 (= Beiträge zur deutschen Territorial- und Stadtgeschichte, I. Serie, 1. Heft, Kassel 1896).
- Georg HEILINGSETZER, Studien zu den Verträgen des Jahres 1535 zwischen Salzburg und Österreich (Staatsexamensarbeit am Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Wien 1971).

- Otto HEINEMANN, Geschichte von Braunschweig und Hannover, Bd. 2 (Gotha 1886).
- Reinhard HELING, Pommerns Verhältnis zum Schmalkaldischen Bunde, in: Baltische Studien, Neue Folge 11 (1907), S. 23–67.
- Johannes HELMRATH, (Humanisten) Edieren in den Deutschen Reichstagsakten, in: Humanisten edieren. Gelehrte Praxis im Südwesten in Renaissance und Gegenwart (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen Bd. 196, Stuttgart 2014), S. 209–244.
- Axel HERRMANN, Der Deutsche Orden unter Walter von Cronberg (1525–1543). Zur Politik und Struktur des „Teutschen Adelsspitals“ im Reformationszeitalter (= Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 35, Bad Godesberg 1974).
- Johannes HERRMANN, Moritz von Sachsen (1521–1553): Landes-, Reichs- und Friedensfürst (Beucha 2003).
- Ludwig Friedrich HEYD, Ulrich, Herzog zu Württemberg. Ein Beitrag zur Geschichte Württembergs und des deutschen Reichs im Zeitalter der Reformation, 3 Bde. (Tübingen 1841–1844).
- Hellmuth HEYDEN, Zur Geschichte der Reformation in Pommern, insonderheit politische Motive bei ihrer Einführung in den Jahren 1534/35, in: Neue Aufsätze zur Kirchengeschichte Pommerns (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V, Heft 12, Köln 1965), S. 1–34.
- Hellmuth HEYDEN, Untersuchungen und Anmerkungen zur Kirchengeschichte der Insel Rügen, in: Neue Aufsätze zur Kirchengeschichte Pommerns (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V, Heft 12, Köln 1965), S. 205–239.
- Josef HOPFENZITZ, Kommende Oettingen Deutschen Ordens (1242–1805). Recht und Wirtschaft im territorialen Spannungsfeld (= Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 33, Bad Godesberg 1975).
- Irmgard HÖB, Das Reich und Preußen in der Zeit der Umwandlung des Ordenslandes in das Herzogtum, in: Heinrich LUTZ/Alfred KOHLER (Hrsg.), Aus der Arbeit an den Reichstagen unter Kaiser Karl V. Sieben Beiträge zu Fragen der Forschung und Edition (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 26, Göttingen 1986), S. 130–157.
- Walther HUBATSCH, Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Deutschordens-Hochmeister und Herzog in Preußen 1490–1568 (Köln/Berlin 1960).
- Simon IBLEIB, Philipp von Hessen, Heinrich von Braunschweig und Moritz von Sachsen 1541–1547, in: Jahrbuch des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig, Bd. 2 (1903), S. 1–80.
- Ralf G. JAHN, Geldern und Frankreich, in: Johannes STINNER und Karl-Heinz TEKATH (Hrsg. im Auftrag des Historischen Vereins für Geldern und Umgegend), Gelre – Geldern – Gelderland. Geschichte und Kultur des Herzogtums Geldern (2001), S. 129–134.
- Sigrid JAHNS, Frankfurt, Reformation und Schmalkaldischer Bund. Die Reformations-, Reichs- und Bündnispolitik der Reichsstadt Frankfurt am Main 1525–1536 (= Studien zur Frankfurter Geschichte 9, Frankfurt 1976).
- Rudolf JUNG, Biographischer Abriss über Dr. Johann Fichard, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 3. Folge, 2. Bd. (1889), S. 209–259 (bzw. Elektronische Edition Speer 2016).

- Bent JÖRGENSEN, Konfessionelle Selbst- und Fremdbezeichnungen. Zur Terminologie der Religionsparteien im 16. Jahrhundert (= Colloquia Augustana Bd. 32, Berlin 2014).
- August von KLUCKHOHN, Leonhard von Eck, in: ADB 5 (1877), S. 604–606.
- Gerhard KÖBLER, Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien vom Mittelalter bis zur Gegenwart (München 2007).
- Alfred KOHLER, Karl V. 1500–1558. Eine Biographie (München 1999).
- Alfred KOHLER, Ferdinand I. 1503–1564. Fürst, König und Kaiser (Wien 2003).
- Alfred KOHLER, Antihabsburgische Politik in der Epoche Karls V. Die reichsständische Opposition gegen die Wahl Ferdinands I. zum römischen König und gegen die Anerkennung seines Königtums (1524–1534) (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Schrift 19, Göttingen 1982).
- Alfred KOHLER, Zur Bedeutung der Juristen im Regierungssystem der „Monarchia universalis“ Kaiser Karls V., in: Roman SCHNUR (Hrsg.), Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates (Berlin 1986), S. 649–674.
- Alfred KOHLER, Wohnen und Essen auf den Reichstagen des 16. Jahrhunderts, in: Alfred KOHLER/Heinrich LUTZ (Hrsg.), Alltag im 16. Jahrhundert (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 14, Wien 1987), S. 222–258.
- Alfred KOHLER, Karl V., Ferdinand I. und das Reich. Bemerkungen zur Politik der habsburgischen Brüder, in: Europäische Herrscher (Weimar 1988), S. 58–70.
- Alfred KOHLER u.a. (Hrsg.), Karl V. 1500–1558. Neue Perspektiven seiner Herrschaft in Europa und Übersee (= Zentraleuropa-Studien Bd. 6, Wien 2002).
- Alfred KOHLER/Heinrich LUTZ (Hrsg.), Alltag im 16. Jahrhundert (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 14, Wien 1987).
- Armin KOHNLE, Kleine Geschichte der Markgrafschaft Baden (Leinfelden-Echterdingen 2009).
- Heinrich KRETSCHMAYR, Das deutsche Reichsvizekanzleramt, in: Archiv für österreichische Geschichte 84 (1898), S. 381–502.
- Christopher F. LAFERL, Sprache – Inhalt – Hierarchie unter Brüdern. Zum Verhältnis zwischen Karl V. und Ferdinand I. in der Familienkorrespondenz Ferdinands I. (1533/1534), in: Alfred KOHLER u.a. (Hrsg.), Karl V. 1500–1558. Neue Perspektiven seiner Herrschaft in Europa und Übersee (= Zentraleuropa-Studien Bd. 6, Wien 2002), S. 359–371.
- Maximilian LANZINNER, Leonhard von Eck (1480–1550), in: Katharina WEIGAND (Hrsg.), Große Gestalten der bayerischen Geschichte, (München 2012), S. 183–204.
- Maximilian LANZINNER/Arno STROHMEYER (Hrsg.), Der Reichstag 1486–1613: Kommunikation – Wahrnehmung – Öffentlichkeiten (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 73, Göttingen 2006).
- Ernst LAUBACH, Der Reichsvizekanzler Georg Sigmund Seld (= Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte Bd. 212, Heidelberg 2010).
- Joachim LAUCHS, Bayern und die deutschen Protestanten 1534–1546. Deutsche Fürstenpolitik zwischen Konfession und Libertät (Neustadt/Aisch 1978).
- Adolf LAUFS, Der Schwäbische Kreis. Studien über Einungswesen und Reichsverfassung im deutschen Südwesten zu Beginn der Neuzeit (= Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Neue Folge 16, Aalen 1971).



- LEDEN van de Duitse Orde in de balije Biesen. Historisch Studiecentrum Alden Biesen (Bilzen 1994).
- Leonhard LENK, Leonhard von Eck, in: NDB 4 (1959), S. 277–279.
- Alfred H. LOEBL, Landanlage und Kirchengut im 16. Jahrhundert, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 13 (1916), S. 477–554.
- Johann LOSERTH/Franz Freiherr VON MENSİ, Die Prager Ländertagung von 1541/42. Verfassungs- und finanzgeschichtliche Studien zur österreichischen Gesamtstaatsidee, in: Archiv für österreichische Geschichte 103/2. Hälfte (1913), S. 435–546.
- Albrecht P. LUTTENBERGER, Glaubenseinheit und Reichsfriede. Konzeptionen und Wege konfessionsneutraler Reichspolitik (1530–1552) (Kurpfalz, Jülich, Kurbrandenburg), (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Schrift 20, Göttingen 1982).
- Albrecht P. LUTTENBERGER, Karl V., Frankreich und der deutsche Reichstag, in: Heinrich LUTZ (Hrsg.), Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V. (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 1, München/Wien 1982), S. 189–221.
- Albrecht P. LUTTENBERGER, Landstände, Kaiser und Reichstag, in Maximilian LANZINNER/Arno STROHMEYER (Hrsg.), Der Reichstag 1486–1613: Kommunikation – Wahrnehmung – Öffentlichkeiten (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 73, Göttingen 2006), S. 163–193.
- Heinrich LUTZ/Alfred KOHLER (Hrsg.), Aus der Arbeit an den Reichstagen unter Kaiser Karl V. (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 26, Göttingen 1986).
- Traugott MALZAN, Geschichte und Verfassung des Oberrheinischen Kreises von den Anfängen bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges (phil. Diss., Mainz 1951).
- Jean Yves MARIOTTE, François I<sup>er</sup> et la ligue de Smalkalde. De la trêve de Nice à la paix de Crespy 1538–1544, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 16. Jahrgang (1966), S. 206–242.
- Klaus MENCKE, Die Visitationen am Reichskammergericht im 16. Jahrhundert. Zugleich ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Rechtsmittels der Revision (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 13, Köln 1984).
- Franz Freiherr VON MENSİ, Geschichte der direkten Steuern in Steiermark bis zum Regierungsantritt Maria Theresias, Bd. 1 (= Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark 7, Graz/Wien 1910).
- Georg MENTZ, Johann Friedrich der Grossmütige 1503–1554, Teil 2: Vom Regierungsantritt bis zum Beginn des Schmalkaldischen Krieges, Teil 3: Vom Beginn des Schmalkaldischen Krieges bis zum Tode des Kurfürsten. Der Landesherr. Aktenstücke (= Beiträge zur neueren Geschichte Thüringens Bd. 1/Teil 2 und Teil 3, Jena 1908).
- Edelgard METZGER, Leonhard von Eck (1480–1550). Wegbereiter und Begründer des frühabsolutistischen Bayern (phil. Diss., München 1980).
- Erich MEUTHEN (Hrsg.), Reichstage und Kirche (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 42, Göttingen 1991)
- Stefan MÜHLHOFER, Die Politik der fränkischen Reichsstände auf den Reichstagen von 1521–1555 (= Historische Studien 487, Husum 2006).

- Peter NEU, Manderscheid und das Reich. Untersuchungen zur Entwicklung der Reichsunmittelbarkeit der Eifelterritorien in der beginnenden Neuzeit, in: Rheinische Vierteljahresblätter 36 (1972), S. 54–70.
- Helmut NEUHAUS, Reichstag und Supplikationsausschuß. Ein Beitrag zur Reichsverfassungsgeschichte der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (= Schriften zur Verfassungsgeschichte 24, Berlin 1977).
- Helmut NEUHAUS, Reichsständische Repräsentationsformen im 16. Jahrhundert. Reichstag – Reichskreistag – Reichsdeputationstag (= Schriften zur Verfassungsgeschichte 33, Berlin 1982).
- Helmut NEUHAUS, Römischer König im Schatten des kaiserlichen Bruders, in: Alfred KOHLER u.a. (Hrsg.), Karl V. 1500–1558. Neue Perspektiven seiner Herrschaft in Europa und Übersee (= Zentraleuropa-Studien Bd. 6, Wien 2002), S. 345–358.
- Albert NEUKIRCH, Der Niedersächsische Kreis und die Kreisverfassung bis 1542 (= Quellen und Darstellungen aus der Geschichte des Reformationsjahrhunderts 10, Leipzig 1909).
- Jean Daniel PARISSET, Ambassades françaises en Allemagne sous François I<sup>er</sup>, in: Charles Quint, le Rhin et la France. Actes des Journées d'Études de Strasbourg (Straßburg 1973), S. 23–45.
- Jean Daniel PARISSET, Les relations entre la France et l'Allemagne au milieu du XVI<sup>e</sup> siècle d'après des documents inédits (= Publications de la Société savante d'Alsace et des Régions de l'Est. Série Grandes Publications Bd. 19, Straßburg 1981).
- Hans PATZE/Walter SCHLESINGER (Hrsg.), Geschichte Thüringens, Bd. 3: Das Zeitalter des Humanismus und der Reformation, 1. Kap. von Irmgard HÖB, 2. Kap. von Thomas KLEIN (Köln/Graz 1967).
- Franz PETRI, Herzog Heinrich der Jüngere von Braunschweig-Wolfenbüttel. Ein niederdeutscher Territorialfürst im Zeitalter Luthers und Karls V., in: Archiv für Reformationsgeschichte 72 (1981), S. 122–158.
- Ernst D. PETRITSCH, Zur Problematik der kontinentalen Osmanenabwehr, in: Alfred KOHLER u.a. (Hrsg.), Karl V. 1500–1558. Neue Perspektiven seiner Herrschaft in Europa und Übersee (= Zentraleuropa-Studien Bd. 6, Wien 2002), S. 667–683.
- Volker PRESS, Die Bundespläne Kaiser Karls V. und die Reichsverfassung, in: Heinrich LUTZ (Hrsg.), Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V. (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 1, München/Wien 1982), S. 55–106.
- Volker PRESS und Dieter STIEVEMANN (Hrsg.), Martin Luther: Probleme seiner Zeit (Stuttgart 1986).
- Horst RABE (Hrsg.), Karl V. Politik und politisches System (Konstanz 1996).
- Christine ROLL, Das Zweite Reichsregiment 1521–1530 (= Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte Bd. 15, Köln/Konstanz 1996).
- Christine ROLL, Die „kaiserlosen Zeiten“ im Reich – zu einigen Aspekten der Reichsregierung Karls V. absente imperatore, in: Alfred KOHLER u.a. (Hrsg.) Karl V. 1500–1558. Neue Perspektiven seiner Herrschaft in Europa und Übersee (= Zentraleuropa-Studien Bd. 6, Wien 2002), S. 263–291.
- Christine ROLL u.a. (Hrsg.), Recht und Reich im Zeitalter der Reformation. Festschrift für Horst Rabe (Konstanz 1995).
- Maria Barbara RÖSSNER, Konrad Braun – (ca. 1495–1563) – ein katholischer Jurist, Politiker, Kontroverstheologe und Kirchenreformer im konfessionellen Zeitalter (= Reformationsgeschichtliche Studien und Texte 130, Münster 1991).

- Friedrich ROTH, Augsburgs Reformationsgeschichte, Bd. 3: 1539–1547 (München 1907).
- Martti SALOMIES, Die Pläne Kaiser Karls V. für eine Reichsreform mit Hilfe eines allgemeinen Bundes (= *Annales Academiae Scientiarum Fennicae*, Serie B, Bd. 83/1, Helsinki 1953).
- Hans-Otto SCHEMBS, Johann von Fichard, in: *Frankfurter Personenlexikon* (Onlineausgabe).
- Anton SCHINDLING/Walter ZIEGLER, Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung: Land und Konfession 1500–1650, Bd. 5: Der Südwesten (Münster 1993), dort: L. CHÂTELLIER, Lothringen, Metz, Toul, Verdun, S. 106–110.
- Klaus SCHLAICH, Maioritas – protestatio – itio in partes – corpus Evangelicorum. Das Verfahren im Reichstag des Hl. Römischen Reichs Deutscher Nation nach der Reformation (1978), in: Klaus SCHLAICH, *Gesammelte Aufsätze. Kirche und Staat von der Reformation bis zum Grundgesetz*, hrsg. von Martin HECKEL und Werner HEUN (Tübingen 1997), S. 68–134.
- Klaus SCHLAICH, Die Mehrheitsabstimmung im Reichstag zwischen 1495 und 1613 (1983), in: Klaus SCHLAICH, *Gesammelte Aufsätze. Kirche und Staat von der Reformation bis zum Grundgesetz*, hrsg. von Martin HECKEL und Werner HEUN (Tübingen 1997), S. 135–178.
- Gabriele SCHLÜTTER-SCHINDLER, Der Schmalkaldische Bund und das Problem der causa religionis (= *Europäische Hochschulschriften*, Reihe III, Bd. 283, Frankfurt 1986).
- Peter SCHMID, Reichssteuern, Reichsfinanzen und Reichsgewalt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Heinz ANGERMEIER (Hrsg.), *Säkulare Aspekte der Reformationszeit* (= *Schriften des Historischen Kollegs*, Kolloquien 5, München 1983), S. 153–216.
- Georg SCHMIDT, Die Freien und Reichsstädte im Schmalkaldischen Bund, in: Volker PRESS/Dieter STIEVERMANN (Hrsg.), *Martin Luther: Probleme seiner Zeit* (Stuttgart 1986), S. 177–218.
- Georg SCHMIDT, Der Städtetag in der Reichsverfassung (= *Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz* 113 = *Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des Alten Reiches* Nr. 5, Stuttgart 1984).
- Georg SCHMIDT, Reichsstadt und Territorialstaat. Esslingen, Württemberg und das Städtecorpus um die Mitte des 16. Jahrhunderts, in: *Esslinger Studien* 21 (1982), S. 71–104.
- Georg SCHMIDT, Der Wetterauer Grafenverein. Organisation und Politik einer Reichskorporation zwischen Reformation und Westfälischem Frieden (= *Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen* 52, Marburg 1989).
- Andreas SCHNEIDER, Der Niederrheinisch-Westfälische Kreis im 16. Jahrhundert. Geschichte, Struktur und Funktion eines Verfassungsorgans des Alten Reiches (= *Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens* 16, Düsseldorf 1985).
- Roman SCHNUR (Hrsg.), *Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates* (Berlin 1986).
- Winfried SCHULZE, Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer äußeren Bedrohung (München 1978).

- Silvia SCHWEINZER, Das Ringen um Konzil und Kirchenreform. Die Mission des Nuntius Giovanni Morone auf dem Speyerer Reichstag 1542, in: Erich MEUTHEN (Hrsg.), Reichstage und Kirche (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 42, Göttingen 1991), S. 137–189.
- Silvia SCHWEINZER, Die Vorgeschichte des Reichstags von Speyer 1542 im Spiegel der politischen Korrespondenz Kaiser Karls V., in: Heinrich LUTZ/Alfred KOHLER (Hrsg.), Aus der Arbeit an den Reichstagen unter Kaiser Karl V. (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 26, Göttingen 1986), S. 228–272.
- Eustach SCHWEND, Entwicklungsgeschichte der bayrischen Kreisverfassung von 1531 bis 1542 (München 1919).
- Jörg SEILER, Der Deutsche Orden in Frankfurt (= Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 61, Marburg 2003).
- Rudolf SMEND, Das Reichskammergericht. 1. Teil: Geschichte und Verfassung (= Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit IV/3, Weimar 1911, Neudruck 1965).
- Erhard SPRENGEL, Biographische Skizze des Asverus von Brandt, in: Die Berichte und Briefe des Rats und Gesandten Herzog Albrechts von Preußen Asverus von Brandt nebst den an ihn ergangenen Schreiben in dem Kgl. Staatsarchiv zu Königsberg, hrsg. von A. BEZZENBERGER, 5. Lieferung: 1556–1559 (bearb. von E. SPRENGEL, Hameln 1953), S. 771–778.
- Wolfgang STEGLICH, Die Reichstürkenhilfe in der Zeit Karls V., in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 11 (1972), S. 7–55.
- Johannes STINNER und Karl-Heinz TEKATH (Hrsg. im Auftrag des Historischen Vereins für Geldern und Umgegend), Gelre – Geldern – Gelderland. Geschichte und Kultur des Herzogtums Geldern (2001).
- Roderich von STINTZING, Johann von Fichard, in: ADB 6 (1877), S. 757–759.
- Max von STOJENTIN, Jacob von Zitzewitz, ein Pommerscher Staatsmann aus dem Reformationszeitalter, in: Baltische Studien, Neue Folge Bd. 1 (Stettin 1897), S. 143–288.
- Heide STRATENWERTH, Aktenkundliche Aspekte der politischen Kommunikation im Regierungssystem Karls V., in: Horst RABE (Hrsg.), Karl V. Politik und politisches System (Konstanz 1996), S. 41–70.
- Sándor TAKÁTS, Jargalás és jargaló, in: Magyar Nyelv (= Ungarische Sprache) 1 (1905), S. 204–213.
- Gustav TURBA, Über den Zug Kaiser Karls V. gegen Algier, in: Archiv für Österreichische Geschichte Bd. 76 (Wien 1890), S. 27–108.
- Gerhard TÖTSCHINGER, Die Donau: Geschichte und Geschichten vom großen Strom (Wien 2013).
- Hermann TRAUT, Kurfürst Joachim II. von Brandenburg und der Türkenfeldzug vom Jahre 1542 (Gummersbach 1892).
- Johannes VOIGT, Geschichte des Deutschen Ritterordens in seinen zwölf Balleien in Deutschland, Bd. 2 (Berlin 1859).
- Hermann WATERSTRAAT, Der Caminer Bistumsstreit im Reformationszeitalter, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 22 (1901), S. 586–602.
- Johannes Volker WAGNER, Graf Wilhelm von Fürstenberg 1491–1549 und die politisch-geistigen Mächte seiner Zeit (= Pariser Historisch Studin Bd. 4, Stuttgart 1966).

- Martin WEHRMANN, Geschichte von Pommern, 2 Bde., Bd. 1: Bis zur Reformation (1523), Bd. 2: Bis zur Gegenwart (= Allgemeine Staatengeschichte, 3. Abt.: Deutsche Landesgeschichten, 5. Werk, Gotha 1906, Nachdruck Augsburg 1992).
- Martin WEHRMANN, Geschichte der Insel Rügen, 2 Teile, 1. Teil: Bis zum Ausgang des Reformationszeitalters (= Pommersche Heimatkunde Bd.1–2, Greifswald <sup>2</sup>1923).
- Siegrid WESTPHAL, Die Entwicklung des Schmalkaldischen Bundes im Spiegel seiner Bundesabschiede, in: Der Schmalkaldische Bund und die Stadt Schmalkalden. Seminar am 13./14. Oktober 1993 in Schmalkalden (1996), S. 19–63.
- Eike WOLGAST, Hochstift und Reformation: Studien zur Geschichte der Reichskirche zwischen 1517 und 1648 (= Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit 16, Stuttgart 1995).
- Eike WOLGAST, Die Wittenberger Theologie und die Politik der evangelischen Stände. Studien zu Luthers Gutachten in politischen Fragen (= Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 47, Gütersloh 1977).
- Eike WOLGAST, Deutsche Reichstagsakten, in: „... für deutsche Geschichts- und Quellenforschung“. 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (München 2008), S. 79–120.
- Eike WOLGAST, Die Einführung der Reformation und das Schicksal der Klöster im Reich und in Europa (= Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte Bd. 89, Heidelberg 2014).
- Eike WOLGAST, Juden als Subjekt und Objekt auf den Reichstagen Karls V. (1521–1555), in: F. HEDERER u.a. (Hrsg.), Handlungsräume. Festschrift für A. Luttenberger zum 65. Geburtstag, (München 2011), S. 165–194.

## Liste häufig zitierter Akten aus anderen Bänden der Reichstagsakten Jüngere Reihe

1. RTA JR Bd. X:
  - Nr. 303: Abschied des Reichstages – Regensburg, 1532 Juli 27.
  - Nr. 549: Abschied der Nürnberger Verhandlungen – Nürnberger Anstand – Nürnberg, 1532 Juli 24.
  - Nr. 557: Bestätigung des Nürnberger Anstandes durch Karl V. – Regensburg 1532 Juli 31/Aug. 2.
  - Nr. 559: Mandat Karls V. für einen allgemeinen Frieden im Reich – Regensburg, 1532 Aug. 3.
  
2. RTA JR Bd. XI:
  - Nr. 204: Resolution der Reichsstände über die beharrliche Türkenhilfe – Regensburg, (1541 Juli 28).
  - Nr. 400: Vertrag zwischen Karl V., Kg. Ferdinand und Lgf. Philipp von Hessen – Regensburg, 1541 Juni 13.
  - Nr. 941: Reichsabschied – Regensburg, 1541 Juli 29.
  - Nr. 949: Deklaration Karls V. zum Reichsabschied für die protestantischen Stände – Regensburg, 1541 Juli 29.
  
3. RTA JR Bd. XII:
  - Nr. 59: Urkunde Kg. Ferdinands für den Ebf. von Salzburg und die Bff. von Bamberg, Regensburg, Freising und Passau zur Befreiung von der Doppelveranlagung – Speyer, 1542 Febr. 20.
  - Nr. 148: Deklaration Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare für die evangelischen Stände – Speyer, 1542 April 10.
  - Nr. 285: Abschied des Reichstags – Speyer, 1542 April 11.
  - Nr. 287: Protestation der Reichsstädte gegen den Reichsabschied – Speyer, 1542 (April 12).
  - Nr. 298: Abschied des Schmalkaldischen Bundestages – Speyer, 1542 April 14.
  - Nr. 299: Abschied des Städtetages – Speyer, 1542 April 14.
  
4. RTA JR Bd. XIII:
  - Nr. 98: Vorschlag Kg. Ferdinands für einen Vergleich mit dem Ebf. von Salzburg und den Bff. von Regensburg, Freising, Bamberg und Passau betr. die Doppelanlage – (Nürnberg, 1542 Aug. 16).
  - Nr. 138: Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen und Lgf. Philipps von Hessen auf die Werbung der Reichsgesandtschaft – datum im Feldlager vor Wolfenbüttel, 1542 Aug. 11/(verlesen Nürnberg, 1542 Aug. 20).
  - Nr. 141: Friedenszusicherung Kg. Ferdinands für die schmalkaldischen Kriegsfürsten und ihre Verbündeten bei Einstellung der Kriegshandlungen – Nürnberg, 1542 Aug. 24.
  - Nr. 199: Notarielles Protestationsinstrument der Reichsstädte gegen den Reichsabschied – Nürnberg, 1542 Aug. 26.
  - Nr. 209: Abschied der Reichsstädte – Nürnberg, 1542 Aug. 28.

# EINLEITUNG

## 1. Bearbeitungsgrundsätze und Bandgenese

Die Bearbeitung und Darbietung des Aktenmaterials des Nürnberger Reichstags von 1543 basiert auf den unter der Leitung von Heinrich Lutz bis 1986 erarbeiteten Regeln, die in Bd. X der Reichstagsakten Jüngere Reihe erläutert sind<sup>1</sup>. Dieses Regelwerk wurde unter der Leitung von Eike Wolgast (ab 1989) auf Grund der im Laufe der Editionsarbeit gemachten Erfahrungen modifiziert. Die in den vierziger Jahren des 16. Jahrhunderts sprunghaft angestiegenen Aktenmengen machten es unmöglich, den geplanten Umfang der Bände und die vorgesehene Bearbeitungszeit einzuhalten. Deshalb wurde die Zahl der zu besuchenden Archive reduziert, eine Beschränkung bei der Sammlung des Aktenmaterials eingeführt und das Editionskonzept gestrafft<sup>2</sup>.

Der vorliegende Band hat eine lange Entstehungsgeschichte. Vor der genauen Kenntnis des vorhandenen Quellenmaterials firmierte der Nürnberger Reichstag von 1543 gemeinsam mit den Reichsversammlungen von 1542 in Speyer und Nürnberg als „kleinerer Reichstag“, weshalb Heinrich Lutz 1978 die Bearbeitung der drei Reichstage von 1542/1543 durch eine Bearbeiterin innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens für möglich hielt. Daher erfolgte die Sammlung und Verzeichnung der Quellen im HHStA Wien und in den anderen für die Reichstagsakten relevanten in- und ausländischen Archiven durch mich in den ersten Jahren für alle drei Reichstage gemeinsam nach dem Prinzip möglicher Vollständigkeit. Im Zuge der Recherchen stellte sich heraus, dass vor allem für den Nürnberger Reichstag von 1543 die Bezeichnung „kleinerer Reichstag“ auf Grund der vorhandenen Aktenfülle nicht zutreffend war. Deshalb wurden die Reichstagsakten des Jahres 1542 vorrangig behandelt und das gesammelte Quellenmaterial zu 1543 blieb liegen, bis Friedrich

---

<sup>1</sup> RTA JR Bd. X, Einleitung S. 67–69: Ausführungen über die Transkriptionsregeln betr. 1. frühneuhochdeutsche ungedruckte Quellen, 2. fremdsprachige ungedruckte Texte (lateinisch, französisch, italienisch), 3. gedruckte Quellen.

<sup>2</sup> Straffung durch Konzentration auf die Hauptverhandlungsakten „strictissimo sensu“, Kollationierung der Textgrundlage mit höchstens zwei bis drei weiteren Überlieferungen, Reduzierung der im Volltext edierten Aktenstücke, Darbietung bestimmter Quellengruppen (vor allem Korrespondenzen und Supplikationen) in Listenform statt im Volltext, knappe Gestaltung der Anmerkungen, kurze Einleitungen, Wegfall des Sachregisters: siehe RTA JR Bd. XVI, Einleitung S. 51–54. Zur Modifizierung des Bandkonzepts: E. WOLGAST, Deutsche Reichstagsakten, S. 79–120. Siehe auch die kritisch methodische Reflexion zum Edieren von Reichstagsakten im Allgemeinen, der sich alle Mitarbeiter dieses Editionsprojekts zu stellen haben, durch J. HELMRATH, (Humanisten) Edieren in den Deutschen Reichstagsakten, S. 209–244.

Edelmayer die Arbeit an Band XIV der Jüngerer Reihe der Reichstagsakten als hauptamtlicher Mitarbeiter übernahm. Er führte mehrere Archivreisen durch (u.a. nach Weimar, München, Stettin, Krakau, Warschau, Mühlhausen in Thüringen, London, Florenz, Salzburg), recherchierte in diesen Archiven auch für andere Mitarbeiter der Edition und fertigte auf Basis der gesammelten Unterlagen Transkriptionen und Kollationierungen der Hauptverhandlungsakten, der Protokolle<sup>3</sup>, der Supplikationen und fast aller Korrespondenzbestände an. Nach dem Ausscheiden Edelmayers ruhte die Arbeit an den von ihm transkribierten Akten zu 1543 bis zur Fertigstellung der von mir bearbeiteten Editionsbande der Reichstage von Speyer und Nürnberg 1542<sup>4</sup>. Deren Abschluss ermöglichte mir die Weiterführung der Arbeit an den Akten des Nürnberger Reichstags von 1543.

Nach Anfertigung von noch ausständigen Transkriptionen, wie des Reichstagsprotokolls Bischof Valentins von Hildesheim (Nr. 80) und des französischsprachigen habsburgischen Briefwechsels zum Reichstag (Kap. XII.A und XII.B)<sup>5</sup>, galt es, das in seinem Umfang ausgeuferte Aktenmaterial redaktionell in den Griff zu bekommen und den modifizierten Editionsrichtlinien anzupassen, außerdem den Anmerkungsapparat herzustellen. Nicht nur bei den Supplikationen und Korrespondenzen, sondern auch bei den Hauptverhandlungsakten (vor allem in Kap. VI.B: Konflikt mit Herzog Wilhelm von Jülich um Geldern) waren eine rigide Auswahl der Akten und Kürzungen durch Nutzung von Regesten statt Vollabdrucks für eine gestraffte Textdarbietung erforderlich. Das dabei angewandte Vorgehen ist in den kurzen Einleitungen zu den insgesamt dreizehn Kapiteln des Bandes, in der Bandeinleitung und in den Anmerkungen beschrieben.

Da sich die archivalische Sammelarbeit anfänglich nicht nur auf Reichstagsakten „strictissimo sensu“ erstreckte, sondern auch die Vorbereitungsphase und das Umfeld des Reichstags berücksichtigte, kamen diese Informationen dem darstellenden Teil der Einleitung zugute. Die vor Eröffnung des Reichstags (31. Januar 1543) während des Monats Januar in Nürnberg stattfindenden Beratungen der Schmalkaldener über das Reichskammergericht beeinflussten die nachfolgenden Verhandlungen der Protestanten mit König Ferdinand zu Friede und Recht; diese Beratungen fanden ihren editorischen Niederschlag in Kap. VIII.A (Die Schmalkaldener und das Reichskammergericht). Es gilt generell, dass die parallel zum Reichstag stattfindenden Tagungen der Schmal-

<sup>3</sup> *Besonders hervorzuheben ist die Transkription der schwer lesbaren Protokolle des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb von den Beratungen der Reichsstände, der Reichsstädte und der Schmalkaldener durch Friedrich Edelmayer (Nr. 86).*

<sup>4</sup> *RTA JR Bd. XII und Bd. XIII.*

<sup>5</sup> *Zur brieflichen Kommunikation der habsburgischen Brüder und zur Verwendung der französischen Sprache in ihrem Briefwechsel siehe: C. F. LAFERL, Sprache – Inhalt – Hierarchie unter Brüdern, S. 359–371, hier S. 360–364.*



kaldener, der Reichsstädte und der Reichskreise auch Auswirkungen auf die Reichstagsverhandlungen hatten und dass daher die Grenzen zwischen diesen Akten und den Reichstagsakten „strictissimo sensu“ fließend sind.

Um die Ergebnisse der umfangreichen Archivrecherchen den Benutzern zugute kommen zu lassen, wurden im Verzeichnis der *Archivalischen Quellen* (S. 55-62) sämtliche besuchte Archive und deren Aktenbestände, die sich im engeren oder weiteren Sinn auf den Reichstag und dessen Umfeld beziehen, aufgelistet, selbst wenn diese Akten im Band nicht ediert oder zitiert werden. Informationen aus den transkribierten Korrespondenzen, die nur zu einem kleinen Teil im Volltext im Band erscheinen, sind in Überblicksform – mit Angaben zu Anzahl und Inhalt der Schreiben – in der Korrespondenzliste (Nr. 403) festgehalten.

Zur Entlastung des Anmerkungsapparats wurde noch mehr als in früheren Bänden mit Kurzhinweisen im laufenden Quellentext gearbeitet, die kursiv in eckige Klammern gesetzt sind. Es betrifft dies Datumsauflösungen, Richtigstellung der Schreibweisen schwer identifizierbarer Personennamen, kurze Erläuterungen heute nicht mehr gebräuchlicher Ausdrücke, Querverweise auf Aktenstücke im vorliegenden Band (Angabe der Nummer des Aktenstücks) und Verweise auf Aktenstücke in anderen Bänden der Reichstagsakten (Angabe der Bandnummer und der Nummer des Aktenstücks: z.B. RTA JR Bd. XI, Nr. 941). Da im vorliegenden Band auf bestimmte Akten früherer Reichstage (meist zu den Themen Friede und Recht) häufig Bezug genommen wird, werden diese in einer *Liste häufig zitierter Akten aus anderen Bänden der Reichstagsakten Jüngere Reihe* (S. 78) mit Angaben zu Titel und Datum des Aktenstücks angeführt. In Anbetracht der genannten Liste sind die in Klammern gesetzten Kurzhinweise ausreichend und es erübrigen sich ausführliche Erläuterungen bei jeder Erwähnung des betreffenden Aktenstücks. Die Tatsache, dass mit Ausnahme von Band IX zum Reichstag in Augsburg 1530 alle Bände der Jüngeren Reihe bereits im Druck erschienen sind, erlaubt es, durch Verweise problemlos Verbindungen zwischen den einzelnen Reichstagen herzustellen und Entwicklungen von „Dauerthemen“ wie Türkenhilfe, Friede und Recht, Fragen der Religion, Folgen der Reformation und Supplikationsangelegenheiten über den gesamten Zeitraum der Regierung Karls V. zu verfolgen.

Bei den textkritischen Anmerkungen wurde Zurückhaltung geübt, d.h. es wurden ausschließlich Varianten von inhaltlicher und entstehungsgeschichtlicher Relevanz berücksichtigt. Die Sachanmerkungen enthalten die für das Textverständnis nötigen Zusatz- und Hintergrundinformationen (z.B. Identifikation von Personen- und Ortsnamen, Erläuterung von Vorgängen). Längere Zitate aus Briefen in den Sachanmerkungen der Hauptverhandlungsakten dienen zur Verdeutlichung der Genese und zum besseren inhaltlichen Verständnis der Akten.

Die weiterführenden Literaturangaben in den Sachanmerkungen sollen helfen, konkrete Sachverhalte zu klären; sie sind punktuell. Auch die Literaturzitate

in der Einleitung beziehen sich im Wesentlichen auf den konkreten Reichstag und seine Problemstellung. Es wird keinerlei Vollständigkeit im Sinne eines bibliographischen Überblicks über die stetig wachsende Zahl von Arbeiten zur Reichs- und Reichstagsgeschichte angestrebt. Deshalb enthält auch das Verzeichnis der *Gedruckten Quellen* und jenes der *Darstellungen und Nachschlagewerke* im Gegensatz zu der nach möglicher Vollständigkeit strebenden Liste der *Archivalischen Quellen* im Wesentlichen nur die im Band zitierten Werke.

Wie in den früheren Bänden wurden formelhafte Wendungen am Beginn und am Ende der Aktenstücke (Anrede, Höflichkeits- und Schlussfloskeln) ohne weitere Kennzeichnung weggelassen. Das Datum wird im „Kopf“ der Aktenstücke wiedergegeben, wobei Datierungen nach Festtagen aus den Quellen übernommen wurden. Die heute übliche Datumsform und erschlossene Datierungen stehen in runden Klammern. Nur bei zusätzlichen Informationen der Datumszeile und der Unterschrift werden diese am Ende des Aktenstücks im originalen Wortlaut wiedergegeben. Bei Akten, die zwei Daten tragen, handelt es sich meist um das Abfassungsdatum und um das Datum der Übergabe bzw. Verlesung des Aktenstücks am Reichstag (verlesen, übergeben, actum). Die chronologische Einordnung der Aktenstücke erfolgte nicht nach dem Entstehungsdatum, sondern nach dem Datum der Behandlung am Reichstag.

Die Zahl der im „Kopf“ der Aktenstücke angegebenen Archivfundorte bzw. Überlieferungen wurde in den meisten Fällen auf zwei bis drei beschränkt. Nur bei Vorhandensein eines Konzepts und/oder mehrerer Fassungen ein- und desselben Aktenstücks erhöhte sich diese Zahl. Die endgültige Fassung diente fast immer als Textgrundlage, wobei die Abweichungen vom Konzept oder von einer früheren Fassung des Aktenstücks dem textkritischen Apparat zu entnehmen sind. Die Genese solcher Aktenstücke wurde in einer Vorbemerkung oder in einer Sachanmerkung erläutert.

Die Aktenstücke des Bandes sind durchgehend nummeriert; einige Aktennummern weisen eine Untergliederung auf (a, b, c etc.). Innerhalb der einzelnen Bandkapitel ist die Anordnung chronologisch.

## 2. Bandaufbau

Der Band umfasst dreizehn Kapitel von der Vorbereitung des Reichstags bis zum Reichsabschied und den ihn begleitenden Abschieden jener Versammlungen, die parallel zum Reichstag stattfanden. Die Kapitel sind folgendermaßen aufgebaut:

Kap. I (Vorbereitung, Organisation und Eröffnung des Reichstags) ist in vier Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt (Kap. I.A) behandelt die im Vorfeld des Reichstags stattfindende Kommunikation König Ferdinands mit seinem in Spanien weilenden Bruder Karl V., die sich wegen Hindernissen

auf dem Postweg durch Unwetter und Kriegsvorkommnisse schwierig gestaltete und alle Hoffnungen Ferdinands auf persönliche Präsenz des Kaisers am Reichstag zerstörte (Nr. 1, Nr. 5, Nr. 9, Nr. 17). So musste König Ferdinand eigenständige Entscheidungen treffen, wie z.B. die Prorogation des Reichstags vom 14. November auf den 14. Dezember 1542 (Nr. 2–4). Die kaiserlichen Vollmachten und Abfertigungen für den Reichstag wurden auf Grund der widrigen Umstände erst spät an die drei kaiserlichen Reichstagskommissare weitergeleitet (Nr. 16). Wie vor jedem Reichstag erhielten die Reichsfürsten Aufforderungen, persönlich zu erscheinen (Nr. 8), was die meisten von ihnen ablehnten (Nr. 13–14, Nr. 18). Für den König galt es, die Haltung Kursachsens und Hessens zum Konflikt des Kaisers mit Herzog Wilhelm von Jülich zu sondieren, weshalb er seinen Rat Dr. Andreas von Könneritz zwei Mal zu Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen und einmal zu Landgraf Philipp von Hessen entsandte (Nr. 6, Nr. 15), die ihr Kommen nach Nürnberg aus mehreren Gründen nicht in Betracht zogen (Nr. 7, Nr. 10–11, Nr. 19), sondern um Geleit für ihre Räte ersuchten (Nr. 12). Die Geleitwünsche der Schmalkaldener und der übrigen evangelischen Stände wurden vom König erfüllt (Nr. 21–22), während die Fürsten den nochmaligen königlichen Aufforderungen zu persönlichem Erscheinen (Nr. 23–25, Nr. 28–29) nicht nachkamen (Nr. 27). Da die Kreiseinnehmer ihre Abrechnungen über die Türkenhilfe 1542 vorlegen sollten, erging ein Ausschreiben des Königs an sie (Nr. 26).

Kap. I.B ist der organisatorischen Durchführung des Reichstags gewidmet, wozu Fragen der Quartierbeschaffung (Nr. 30, Nr. 32), Mandate von Bgm. und Rat von Nürnberg zum Verhalten während des Reichstags (Nr. 31), die Reichstagsordnung (Nr. 34) und der Konflikt um das Recht des Judengeleits zwischen Reichserbmarschall Wolfgang von Pappenheim und dem Rat von Nürnberg gehören (Nr. 35).

In Kap. I.C findet man die Abrechnungen verschiedener Reichsstände und Reichsstädte über die in Zusammenhang mit dem Besuch des Reichstags entstandenen Reise- und Aufenthaltskosten, darunter auch die Ausgaben der Malstatt Nürnberg (Nr. 36–40).

Das Warten auf die sich verzögernde Eröffnung der Reichsversammlung, das langsame Eintreffen der Reichsstände, die geringe Präsenz der Reichsfürsten (Anwesenheitslisten) und die zur Eröffnung des Reichstags am 31. Januar 1543 vorgetragene Proposition König Ferdinands bilden den vierten Abschnitt des Vorbereitungskapitels (Kap. I.D, Nr. 41–43).

In Kap. II ist eine große Anzahl von Vollmachten und Instruktionen der Reichsstände und des Hauses Habsburg zusammengestellt, denen für diesen Reichstag eine besondere Bedeutung zukommt, da nur wenige Kurfürsten, Fürsten und Stände die Reichsversammlung persönlich besuchten. Die Instruktionen bieten Einblick sowohl in die reichs- und religionspolitischen Absichten des Kaisers, Königin Marias und der konfessionell gespaltenen Reichsstände als auch in ihre jeweils partikularen Interessen. Den Gesandten wurde in ihren

Anfangsinstruktionen aufgetragen, wie sie sich in den zur Beratung stehenden Fragen verhalten sollten; diese Richtlinien änderten sich in den meisten Fällen im Verlauf des Reichstags kaum, sondern sie wurden höchstens entsprechend dem Gang der Verhandlungen leicht modifiziert oder ergänzt. Da im Korrespondenzkapitel (Kap. XII) nur wenige Weisungen an die Gesandten abgedruckt wurden, geben die anfänglichen Instruktionen über die Haltung der habsburgischen oder reichsständischen Auftraggeber zu den Verhandlungsthemen Aufschluss. Sie wurden daher alle mit einer eigenen Aktennummer versehen und zumeist in extenso abgedruckt, wobei auch Instruktionen für die Versammlungen der Schmalkaldener und der Reichsstädte Berücksichtigung fanden. An erster Stelle finden sich die habsburgischen Weisungen (Nr. 44–45), denen jene der Kurfürsten (Nr. 46–47), der geistlichen und weltlichen Fürsten und Stände (Nr. 48–70) sowie der Reichsstädte (Nr. 71–79) folgen.

Kap. III enthält die während des Reichstags im Auftrag der geistlichen Fürsten Bischof von Hildesheim (Nr. 80), Bischof von Würzburg (Nr. 81), der weltlichen Fürsten Pfalzgraf Ottheinrich von Pfalz-Neuburg (Nr. 82), Herzog Albrecht von Preußen (Nr. 83), Herzog Ulrich von Württemberg (Nr. 84) und der Reichsstädte (Nr. 85–90) verfassten Protokolle. Das Fehlen bzw. der Verlust von Votesprotokollen aus dem Kurfürsten- oder Fürstenrat erschwerte es, das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fürsten bei den zur Verhandlung kommenden Themen festzustellen. Diese Lücke konnte leider nur zum Teil durch den Abdruck relevanter Korrespondenzen geschlossen werden. Die Protokollanten berichteten nicht nur über die Beratungen des Reichsrates, sondern auch über jene der Schmalkaldener, der Reichsstädte und der Reichskreise. Ihre Aufzeichnungen wurden zumeist in extenso wiedergegeben, außer bei starken Überschneidungen der Protokolle. In einem solchen Fall wurde der Wortlaut des aussagekräftigeren, ausführlicheren Protokolls für den Abdruck ausgewählt.

Kap. IV umfasst die Akten zur Türkenhilfe, deren Beratung von Seiten des Königs und der altgläubigen Reichsstände als Hauptaufgabe des Reichstags betrachtet wurde. Da die Protestanten Verhandlungen über die Türkenhilfe vor den von ihnen geforderten Beratungen über Friede und Recht ablehnten, waren nur die Altgläubigen in die Beratungen mit dem König und den kaiserlichen Kommissaren eingebunden. Ihr Schriftwechsel mit dem König und den Kommissaren und die endgültige Formulierung der Beschlüsse zur Türkenhilfe ist in Kap. IV.A zusammengefasst (Nr. 91–97). Wie schon auf früheren Reichstagen wurde ein Ansuchen der ungarischen Landstände und eines der niederösterreichischen Landstände und der Grafschaft Görz an die Reichsstände übergeben mit der Bitte um Unterstützung im Kampf gegen die Türken (Kap. IV.B, Nr. 98–99), während die Reichsstände ihrerseits Schreiben an den Dogen von Venedig und an den Papst (Nr. 100–101) verfassten, um sie zur Beteiligung an der Türkenabwehr zu veranlassen. Die Reichsstädte stellten als Bedingung für die Leistung der Türkenhilfe die Ringerung der Anlagen und die Teilnahme an den Beratungen und Beschlüssen der Reichsstände (Kap. IV.C, Nr. 102–103).

In Zusammenhang mit der Türkenhilfe wurden verschiedene Gründe für deren Verweigerung vorgebracht, wie Proteste gegen die Veranlagung als Reichsstand, Exemption von den Reichsanlagen, Kriegereignisse in Burgund oder in Savoyen (Kap. IV.D, Nr. 104–109) und die bisher unterbliebene Ringerung der Anlagen (Kap. IV.E, Nr. 110–114). Die Reichskreise wurden auf Grund der Beschlüsse des Nürnberger Reichstags von 1542 aufgefordert, die Abrechnungen der Kreiseinnehmer über die Türkenhilfe 1542 vorzulegen. Dieser Aufforderung kamen jedoch nur wenige Kreise nach (Kap. IV.F, Nr. 115–123). Abrechnungen und ausstehende Besoldungen aus den Türkenhilfen 1541 und 1542 beschäftigten die Reichsstände in Form von Supplikationen der Befehlshaber der Türkenzüge 1541 und 1542, Relationen des Rechnungsausschusses oder der Gesandten Kurfürst Joachims II. von Brandenburg über den Türkenzug 1542 (Kap. IV.G und IV.H, Nr. 124–133). Die Bezahlung des Winterlagers der reichsständischen Truppen in Gran 1542/1543 wurde für die Reichsstände einstweilen von König Ferdinand vorgestreckt. Die Türken ließen sich aber durch all diese Maßnahmen vom abermaligen Vorrücken Richtung Ungarn nicht abhalten, wie die Verlesung zahlreicher Kundschafterberichte deutlich machte, welche die Stände zu rascher Bewilligung der Türkenhilfe motivieren sollte (Kap. IV.I, Nr. 134–136). Vorkehrungen zur Organisation der Türkenhilfe 1543 mussten getroffen werden, u.a. Verbote zur Annahme fremden Kriegsdienstes, die Verkündigung des Reichsanschlags zur Türkenhilfe gegenüber den Reichsständen, die Bestellung eines Kriegskommissars (Kap. IV.J, Nr. 137–143). Die auf den vergangenen Reichstagen geführten Verhandlungen König Ferdinands mit den Bischöfen zur Vermeidung der Doppelanlage wurden fortgesetzt (Kap. IV.K, Nr. 144–150).

In Kap. V sind die Verhandlungen mit den Protestanten zu Friede und Recht zusammengefasst. Diese Verhandlungen zwischen König Ferdinand und den kaiserlichen Kommissaren einerseits und den Schmalkaldenern bzw. den evangelischen Reichsständen andererseits betr. Fragen des Reichskammergerichts und dessen Besetzung, des Landfriedens und der freien Religionsausübung begannen bereits vor der Eröffnung des Reichstages, nämlich am 25. Januar 1543, und erstreckten sich bis zum 22. April 1543, dem Vorabend des Reichsabschieds. Die altgläubigen Reichsstände bezogen mehrmals Stellung zu den Eingaben der Protestanten und gaben dem König ihre ablehnende Haltung gegenüber den protestantischen Forderungen zu verstehen. Trotz intensiver Verhandlungen reichte die Kompromissbereitschaft auf habsburgischer, alt- und neugläubiger Seite für eine die verschiedenen Interessen befriedigende Lösung der Probleme nicht aus (Kap. V.A, Nr. 151–185). Mehrere Gesandte der evangelischen Reichsstände berichteten ihren Auftraggebern über den unbefriedigenden Verlauf der Verhandlungen zu Friede und Recht. Die Reaktion der Schmalkaldischen Bundeshauptleute war stets gleichbleibend: Sie forderten alle bündischen Gesandten auf, an der anfangs geforderten Priorität der Fragen zu Friede und Recht vor der Türkenhilfe festzuhalten (Kap. V.B, Nr. 186–196).

Der in Kap. VI dokumentierte Konflikt des Hauses Habsburg mit König Franz I. von Frankreich und Herzog Wilhelm von Jülich dominierte die reichsständischen Verhandlungen mit den burgundischen und jülichischen Gesandten und beherrschte die im Interesse des Kaiserhauses gepflogenen Kontakte im Hintergrund des Reichstags, für die vor allem der kaiserliche Generalorator Nicolas de Granvelle verantwortlich zeichnete. Es wurde aber weder eine Unterstützung der Reichsstände im Krieg gegen Frankreich erreicht noch wurde der von Granvelle unter Vermittlung der Reichsstände mit den jülichischen Gesandten ausgehandelte Waffenstillstand von Herzog Wilhelm von Jülich anerkannt, wie die in Kap. VI. A (Nr. 197–201) und VI.B (Nr. 202–242) edierten Akten zeigen.

Kap. VII beschäftigt sich mit den Folgen des braunschweigischen Feldzugs von 1542, nach welchem eine Regelung für das weitere Vorgehen in dem von den Schmalkaldenern okkupierten Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel gefunden werden musste. Die bayerischen Räte boten sich als Vermittler bei den Verhandlungen an, bei denen die Reichsstände ihre unterschiedlichen Interessen ins Spiel brachten. Eine von Herzog Ulrich von Württemberg, Kursachsen und Hessen favorisierte Lösung zu Gunsten der Kinder Herzog Heinrichs von Braunschweig wurde von den Bayern schließlich zu Fall gebracht, da sie auf einer Rückkehr Herzog Heinrichs in sein Fürstentum bestanden. Die Verhandlungen endeten ergebnislos und wurden bis zur Ankunft des Kaisers im Reich aufgeschoben (Nr. 243–258).

Kap. VIII über die Verhandlungen der Schmalkaldischen Bundesverwandten zeigt, wie stark die Rekusation des Reichskammergerichts und deren Folgen mit der auf dem Reichstag behandelten Thematik von Friede und Recht verflochten war (Kap. VIII.A, Nr. 259–274). Die internen Beschlüsse Kursachsens und Hessens, unter allen Umständen „für einen Mann zu stehen“ und keine Absonderungstendenzen oder partikularen Vereinbarungen der Bündner (z.B. der Reichsstadt Augsburg) mit dem König oder anderen Reichsständen zu dulden, beeinflusste den Ausgang des Reichstags maßgeblich (Kap. VIII.B, Nr. 275–277). Die Schmalkaldener waren bestrebt, den braunschweigischen Feldzug und die Ablehnung des Reichsabschieds von 1543 gegenüber Karl V. zu rechtfertigen, weshalb sie Werbungen beim Kaiser nach seiner Ankunft aus Spanien planten (Kap. XVIII.C, Nr. 278–281). Der letzte Abschnitt von Kap. VIII ist internen Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes gewidmet und betrifft Aufforderungen zur Beschickung des Schmalkaldischen Bundestages in Nürnberg (Kap. VIII.D.1, Nr. 282–285) und Bemühungen der pommerschen Gesandten, mit Hilfe der Bundesverwandten eine Beilegung des innerschmalkaldischen Konflikts zwischen den Herzögen von Pommern und König Christian III. von Dänemark zu erreichen (Kap. VIII.D.2, Nr. 286–293).

Sessionsstreitigkeiten zwischen den sächsischen Gesandten und jenen von Pfalz-Simmern sowie zwischen den Vertretern der Markgrafen von Branden-

burg und jenen Herzog Heinrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel und der urkundlich bestätigte Sessionswechsel zwischen Österreich und Salzburg bilden den Inhalt von Kap. IX (Nr. 294–296).

Supplikationen zu den Betreffen Reichsstandschaft und eximierte Stände (Kap. X.A, Nr. 297–298), zwischenständische Konflikte (Kap. X.B, Nr. 299–301) und Jurisdiktion des Reichskammergerichts (Kap. X.C, Nr. 302–305) sind in Kap. X zusammengefasst.

Kap. XI (Varia) ist ein Exkurs zu den Verhandlungen der bayerischen, kursächsischen und hessischen Gesandten über ein geplantes Bündnis zur Erhaltung „fürstlicher Libertät“, die jedoch ergebnislos verliefen (Nr. 306).

Die in Kap. XII getroffene Auswahl an Korrespondenzen ist untergliedert in Schreiben der Habsburger und ihrer Räte (Kap. XII.A, Nr. 307–315), Berichte der burgundischen Gesandten (Kap. XII.B, Nr. 316–324) und der nach ihrer Konfessionszugehörigkeit unterschiedenen Reichsstände und Reichsstädte (Kap. XII.C bis XII.H, Nr. 325–402). Nähere Informationen zum Inhalt der Korrespondenzen befinden sich in den Einleitungen zu Kap. XII und dessen Unterkapiteln. Die Korrespondenzliste (Kap. XII.I, Nr. 403) bietet einen Gesamtüberblick über die in den besuchten Archiven vorgefundenen Korrespondenzen.

Kap. XIII enthält den Reichsabschied (Kap. XIII.A, Nr. 404–405) und die Protestationen gegen diesen, sowohl durch einzelne Reichsstände und die oberrheinischen Kreisstände als auch durch die Gesamtheit der Reichsstädte und der Augsburger Konfessionsverwandten (Kap. XIII.B, Nr. 406–412). Die Abschiede anderer reichsständischer Versammlungen, die neben dem Reichstag stattfanden (Kap. XIII.C, Nr. 413–418), beschließen den Band.

### 3. Aktenüberlieferung

Das HHStA Wien besitzt mit den Reichstagsaktenserien des Mainzer Erzkanzlerarchivs (MEA RTA 8) und der kaiserlichen bzw. königlichen Reichskanzlei (RK RTA 10 und RTA 11) zwei weitgehend vollständige Überlieferungen der Hauptverhandlungsakten des Nürnberger Reichstags von 1543. Zusätzlich zu diesen beiden Überlieferungen, die aus reichsständischer bzw. aus habsburgischer Provenienz stammen, beherbergt das HHStA Wien als „Schmalkaldische Aktenbeute“ aus dem braunschweigischen Feldzug auch die hessischen Reichstagsakten, die sich im Bestand Reichskanzlei, Reichsakten in genere (RK RA i.g. 13f und 13g) befinden. Die Reichstagsakten aus dem Mainzer Erzkanzlerarchiv<sup>6</sup> und aus der Reichskanzlei bilden in fast allen Fällen die Textgrundlage der Hauptverhandlungsakten. Zur Kollationierung dienten Bestände verschiedener

<sup>6</sup> *Es befinden sich darunter einige eigenhändige Konzepte des Mainzer Kanzlers Dr. Jakob Jonas bzw. Akten mit Vermerken, Korrekturen und Ergänzungen von seiner Hand.*

anderer reichsständischer Archive, die eine mehr oder weniger komplette Überlieferung besitzen, wie z.B. München (Herzöge von Bayern, verschiedene Pfälzer Linien), Weimar (Kurfürst von Sachsen), Dresden (Herzog von Sachsen), Duisburg (Herzog von Jülich-Kleve-Berg), Hannover (Bischof von Hildesheim, verschiedene Linien der Herzöge von Braunschweig), Stuttgart (Herzog von Württemberg), Nürnberg (Markgrafen von Brandenburg, Reichsstadt Nürnberg) oder Würzburg (Bischof von Würzburg).

Die Tatsache, dass aus mir nicht bekannten Gründen im Mainzer Erzkanzlerarchiv in Wien kein Votenprotokoll aus dem Kurfürstenrat erhalten ist und dass weder die Gesandten der Kurfürsten von Sachsen, Brandenburg, Trier, Köln oder Pfalz, von denen sich manche nur zeitweise in Nürnberg aufhielten, noch jene der Fürsten ein Sitzungsprotokoll (mit Aufzeichnung der Voten) hinterließen, macht es schwierig, Entscheidungsprozesse der oberen Reichsstände im Reichsrat nachzuvollziehen. Einen gewissen Ersatz bieten die Korrespondenzen bzw. die Berichtsprotokolle aus der Provenienz der Bischöfe von Hildesheim und Würzburg, Herzog Ulrichs von Württemberg, Pfalzgraf Ottheinrichs, Herzog Albrechts von Preußen und diverse Protokolle reichsstädtischer Gesandter.

Neben den oben genannten Reichstagsaktenserien befindet sich im HHStA Wien die Überlieferung der habsburgischen Familienkorrespondenz (Belgien Politisches Archiv: Ausfertigungen; Handschriften blau 595 und 597: zeitgenössische Kopien) und ein großer Teil der Berichte der burgundischen Gesandten an Königin Maria. Dieser Briefwechsel gibt Aufschluss über die von den Habsburgern und ihren Räten intendierte Reichstagspolitik, die vor allem von König Ferdinand und vom kaiserlichen Generalorator Nicolas de Granvelle getragen wurde.

Die dichteste Dokumentation schmalkaldisch/evangelischer Reichstagspolitik, die von Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen maßgeblich bestimmt wurde, befindet sich im HStA Weimar, im StA Marburg und im HHStA Wien (Schmalkaldische Aktenbeute). Von reichsstädtischer Seite enthalten die städtischen Archive von Frankfurt (ISG), Augsburg (StadtA) und Straßburg (AM) weitgehend komplette Überlieferungen der Hauptverhandlungsakten des Reichstags. Im HStA Weimar, auf dessen Bestände sich die Edition vielfach stützt, befindet sich auch der Briefwechsel zwischen den Bundesobersten Kursachsen und Hessen sowie ihre Korrespondenzen mit den habsburgischen Herrschern und anderen Reichsständen.

Geschlossene Korrespondenzreihen protestantischer Reichsstände beherbergen auch das HStA München (Überlieferung Pfalzgraf Ottheinrichs in Kasten blau 271/4), das StA Stuttgart (Herzog Ulrich von Württemberg) und das StA Nürnberg (Markgrafen von Brandenburg, Bestand Fürstentum Ansbach RTA). Ausführliche reichsstädtische Gesandtenberichte an den städtischen Rat und regelmäßige Weisungen des Rates an die Gesandten liegen im ISG Frankfurt, im StadtA Augsburg und im StadtA Memmingen. Die Korrespondenz des städtepolitisch äußerst aktiven Gesandten von Straßburg, Jakob Sturm, ist in



Straßburg (AM) leider nicht erhalten, weshalb auf die Auszüge der Briefe in den Ratsbüchern zurückgegriffen werden muss.

Unter den konfessionsneutralen Reichsständen, die eine vermittelnde Position einnahmen und sich möglichst wenig exponierten, sind vor allem Markgraf Ernst von Baden und die Wetterauer Grafen zu nennen, deren Korrespondenzen im GLA Karlsruhe bzw. im StA Marburg (Bestand Hanau) liegen. Zwischen den radikalen Positionen der Alt- und Neugläubigen bewegte sich auch Herzog Moritz, wie zahlreiche Schreiben der sächsischen Gesandten an den Herzog und seine Weisungen an die Räte im HStA Dresden zeigen, die sein distanzierendes Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund und seine Nichtanpassung an die von den Schmalkaldischen Bundeshauptleuten vorgegebenen Richtlinien dokumentieren.

Generell gilt, dass über die Verhandlungen des Nürnberger Reichstags durch die evangelischen Gesandten häufiger und ausführlicher berichtet wurde als durch die altgläubigen Stände. Der einflussreichste Rat der katholischen Aktionspartei, Dr. Leonhard von Eck, scheint von den bayerischen Herzögen weitgehend freie Hand für die am Reichstag zu verfolgende Verhandlungslinie erhalten zu haben, denn es gibt keine Hinweise auf eine Reichstagsinstruktion für die bayerischen Gesandten. Es sind nur einige wenige Berichte Ecks vom Reichstag im HStA München auffindbar; die Schreiben sind kurz gehalten und schwer zu entziffern. Die wichtige Rolle Ecks erhellt aus den Berichten anderer Gesandter, die seine Dominanz in den Verhandlungen beschreiben. Den besten Eindruck altgläubigen Agierens in der Vorbereitungsphase des Reichstags vermitteln die im LASA Magdeburg (Bestand A1, Nr. 311) erhaltenen Berichte des Kurmainzer Kanzlers Dr. Jakob Jonas. Mehrere bischöfliche Gesandte berichteten über die Verhandlungen im Reichsrat aus altgläubiger Perspektive, u.a. Dr. Christoph Welsing an Bischof Erasmus von Straßburg (AD Straßburg), die Würzburger Gesandten an Bischof Konrad (StA Würzburg), Konrad Junge und Dr. Werner Koch an Bischof Philipp von Speyer (AM Straßburg)<sup>7</sup>.

Von ausländischen Archiven ist vor allem das AP Stettin zu nennen, das sowohl eine dichte Überlieferung der Reichstagsakten und der Schmalkaldischen Bundesakten in Hinblick auf den Konflikt Pommern-Dänemark als auch zahlreiche Berichte der pommerschen Gesandten an die Herzöge von Pommern-Stettin und von Pommern-Wolgast besitzt. In den AG Brüssel befinden sich Teile der Aktenüberlieferung Königin Marias und jene Gesandtenberichte im Original, die nicht im HHStA Wien (Belgien PA) aufbewahrt werden. Die in den AVat Rom (Germania 60) in Kopialüberlieferung liegenden Berichte des päpstlichen Nuntius Verallo und des päpstlichen Gesandten Otto Truchsess von Waldburg sind in der Edition der Nuntiaturberichte gedruckt.

---

<sup>7</sup> *Weshalb die Berichte an den Bischof von Speyer in den AD Straßburg liegen, war nicht zu klären.*

#### 4. Gedruckte Quellen und Darstellungen

Der Nürnberger Reichstag von 1543 beschäftigte die Forschung bisher kaum. Es gibt weder eine nennenswerte Anzahl gedruckter Verhandlungsakten noch ist eine Monographie zum Reichstag aus jüngerer Zeit vorhanden. Allerdings bedienten sich bereits die Zeitgenossen im Rahmen der Austragung des Konflikts zwischen dem Haus Habsburg und Herzog Wilhelm von Jülich nicht nur militärischer Mittel, sondern auch der damaligen Printmedien in Form von Druck- und Flugschriften. Der die habsburgischen Ansprüche bekräftigende Vortrag der burgundischen Gesandten vor den Reichsständen vom 31. Januar 1543 (Nr. 202), die am 12. März 1543 übergebene Verteidigungsschrift (Defensio) Herzog Wilhelms von Jülich gegenüber den in Regensburg 1541 vorgebrachten kaiserlichen Ansprüchen und die Widerlegung (Confutatio) der Ausführungen der jülichischen Räte durch die burgundischen Gesandten am 21. März 1543 (Nr. 210) zirkulierten in Nürnberg während des Reichstags sowohl in deutscher als auch in lateinischer Sprache als Druckschriften.

Auch Texteditionen des 19. und 20. Jahrhunderts nahmen das Thema des Konflikts um Geldern und die damit für Herzog Wilhelm und Königin Maria in ihren jeweiligen Herrschaftsgebieten verbundenen Probleme auf. Es handelt sich dabei um die Editionen von Wilhelm Crecelius<sup>8</sup>, Georg von Below<sup>9</sup> und Günter Ernst Bers<sup>10</sup>. Der burgundisch-klevische Konflikt ist als Thema auch im Briefwechsel der habsburgischen Geschwister und ihrer Räte omnipräsent, wovon manche der von Karl Lanz<sup>11</sup> und von Lothar Groß und Robert von Lacroix<sup>12</sup> edierten Schreiben zeugen. Das zwischen den habsburgischen Brüdern Karl und Ferdinand zu Spannungen führende Problem der Türkenabwehr in Ungarn und im Mittelmeer ist aus den von Árpád Károlyi<sup>13</sup> edierten Schreiben ersichtlich. Die für den Nürnberger Reichstag relevanten Briefeditionen stammen von Erich Brandenburg für Herzog Moritz von Sachsen<sup>14</sup>, Otto Winckelmann für die Stadt Straßburg<sup>15</sup>, Adalbert Bezenberger<sup>16</sup> für den preußischen Gesandten Ahasver von Brandt, Christian Gotthold Neudecker<sup>17</sup> und Max

<sup>8</sup> W. CRECELIUS, *Der Geldrische Erbfolgestreit*, S. 50–155.

<sup>9</sup> G. BELOW, *Landtagsakten von Jülich-Berg*, Bd. 1: 1400–1562.

<sup>10</sup> G. E. BERS, *Die Allianz Frankreich-Kleve während des Geldrischen Krieges (Jülich'sche Fehde) (1539–1543)*.

<sup>11</sup> K. LANZ, *Correspondenz des Kaisers Karl V.*, Bd. 2.

<sup>12</sup> L. GROB/R. VON LACROIX, *Urkunden und Aktenstücke des Reichsarchivs Wien zur reichsrechtlichen Stellung des Burgundischen Kreises*, Bd. 1.

<sup>13</sup> Á. KÁROLYI, *Kiadatlan levelek*, S. 490–540.

<sup>14</sup> E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen*, Bd. 1.

<sup>15</sup> O. WINCKELMANN, *Politische Correspondenz der Stadt Straßburg*, Bd. 3.

<sup>16</sup> A. BEZENBERGER, *Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft.

<sup>17</sup> C. G. NEUDECKER, *Merkwürdige Aktenstücke aus dem Zeitalter der Reformation*, Abt. 1.

Lenz<sup>18</sup> für Landgraf Philipp von Hessen und für die bayerisch-kursächsisch-hessischen Bündnispläne.

Die den Auftrag des päpstlichen Nuntius Verallo und des päpstlichen Konzilsbeauftragten Otto Truchsess von Waldburg betr. Akten wurden von Stephan Ehses<sup>19</sup> und Ludwig Cardauns<sup>20</sup> ediert, die kurzen Berichte der englischen Gesandten sind in den State Papers<sup>21</sup> zu finden.

Einzelberichte wie jene des Augsburger Gesandten Dr. Claudius Pius Peutingen und des Wetterauer Gesandten Gregor von Nellingen finden sich in den unten angegebenen Editionen<sup>22</sup>.

Zwei Darstellungen beschäftigen sich explizit mit dem Nürnberger Reichstag von 1543. Für die Schilderung der Verhandlungszusammenhänge und den Verlauf des gesamten Reichstags ist nach wie vor die Abhandlung von Paul Heidrich über die Reichstage der Jahre 1541–1543 heranzuziehen<sup>23</sup>. Die zweite Darstellung ist ein Aufsatz von Friedrich Edelmayer<sup>24</sup>, in welchem er die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen auf Basis der kursächsischen und hessischen Korrespondenzen analysiert und die Ziele der schmalkaldischen Reichstagspolitik in den Mittelpunkt rückt, die sich mit den altgläubigen und den kaiserlich/königlichen Intentionen trotz mühevoller Verhandlungen nicht vereinbaren ließen.

Der Nürnberger Reichstag wird auch mehr oder weniger ausführlich im Rahmen der Biographien jener Fürsten behandelt, die, vertreten durch ihre Räte, Protagonisten der Reichsversammlung waren, wie Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen<sup>25</sup>, Herzog Moritz von Sachsen<sup>26</sup>, Landgraf Philipp von

<sup>18</sup> M. LENZ, *Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmüthigen von Hessen mit Bucer, Teil 2 und 3*.

<sup>19</sup> S. EHSSES, *Concilium Tridentinum, Bd. 4, Teil 1*.

<sup>20</sup> L. CARDAUNS, *Nuntiaturreportagen aus Deutschland 1533–1559, Abt. I, Bd. 7*.

<sup>21</sup> STATE PAPERS, *vol. IX, part V continued: Foreign Correspondence 1542–1544*.

<sup>22</sup> F. ROTH, *Augsburgs Reformationsgeschichte, Bd. 3: 1539–1547*; J. VON ARNOLDI, *Aufklärungen*.

<sup>23</sup> P. HEIDRICH, *Karl V. und die deutschen Protestanten, Teil 1. Auf Grund der Reichstagsberichte zahlreicher Reichsstände rekonstruierte Heidrich detailgetreu den Verlauf des Reichstags und stellte die Verhandlungen zu Friede und Recht zwischen Kg. Ferdinand und den Protestanten und jene der altgläubigen Stände zur Türkenhilfe in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen*.

<sup>24</sup> F. EDELMAYER, *Kursachsen, Hessen und der Nürnberger Reichstag von 1543, S. 190–219. Edelmayers Beschäftigung mit den Reichstagsakten von 1543 auf Basis seiner Mitarbeit beim Editionsprojekt und seine Kenntnis der gesamten umfangreichen kursächsischen und hessischen Korrespondenzen (zum Reichstag und zu den zeitgleich stattfindenden schmalkaldischen Beratungen) ermöglichen einen fundierten Einblick in das Taktieren aller Parteien und in die spezifischen Interessen der verschiedenen Reichsstände*.

<sup>25</sup> G. MENTZ, *Johann Friedrich der Großmütige 1503–1554, Teil 2, hier S. 357–373*.

<sup>26</sup> E. BRANDENBURG, *Herzog Moritz von Sachsen, Bd. 1, hier S. 232–247*; J.

Hessen<sup>27</sup>, die Herzöge von Bayern bzw. ihr wichtigster Ratgeber Dr. Leonhard von Eck<sup>28</sup>. Auch in reichsstädtischen Monographien, wie z.B. über Augsburg<sup>29</sup>, Frankfurt<sup>30</sup> oder Memmingen<sup>31</sup> und in den Arbeiten von Georg Schmidt über die Reichsstädte<sup>32</sup> ist dem Reichstag von Nürnberg ein Abschnitt gewidmet. Allgemeine Abhandlungen über Verfahren und formalen Ablauf der Reichstage unter Karl V. nehmen u.a. auch Bezug zum Reichstag von 1543<sup>33</sup>.

Zu einzelnen Aspekten der Nürnberger Verhandlungen sind Literaturangaben im betreffenden Bandkapitel zu finden. Es handelt sich dabei um folgende Themenkomplexe: die Modalitäten der künftigen Türkenhilfe; Abrechnungen der vergangenen Türkenzüge; Fragen der Rekusation, Reform, Visitation oder Neubesetzung des Reichskammergerichts; Forderungen der Reichsstädte nach Session, Stimme und Vergleich der Anschläge; die Rolle der Reichskreise bei Einhebung und Abrechnung der Türkenhilfe; der Konflikt um Geldern und die Bemühungen um einen Waffenstillstand; der innerschmalkaldische Konflikt zwischen Pommern und Dänemark; Regelung der Verhältnisse im eroberten Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel.

---

HERRMANN, *Moritz von Sachsen (1521–1553)*, hier S. 66–68. Einzelaspekte zu Leben und politischem Wirken Hg. Moritz' beleuchten die Beiträge eines 2003 abgehaltenen internationalen Kolloquiums: K. BLASCHKE (Hrsg.), *Moritz von Sachsen. Ein Fürst der Reformationszeit zwischen Territorium und Reich*.

<sup>27</sup> Eine mit den oben zitierten Werken vergleichbare Biographie Landgraf Philipps von Hessen, die modernen Ansprüchen genügt, steht noch aus. Es kann allerdings auf zahlreiche Arbeiten aus jüngerer Zeit zurückgegriffen werden, die Einzelaspekte von Philipps Politik, vor allem seine Rolle als einer der beiden Führer des Schmalkaldischen Bundes beleuchten: G. HAUG-MORITZ, *Der Schmalkaldische Bund 1530–1541/42*, passim; G. HAUG-MORITZ, *Reich und Konfessionsdissens im Reformationszeitalter, Überlegungen zur Reichskonfessionspolitik Landgraf Philipps des Großmütigen von Hessen*, S. 137–159; G. HAUG-MORITZ, *Philipp und der Schmalkaldische Bund 1530/31–1547*, S. 59–66; I. AUERBACH (Hrsg.), *Reformation und Landesherrschaft. Vorträge des Kongresses anlässlich des 500. Geburtstages des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen vom 10. bis 13. Nov. 2004 in Marburg*.

<sup>28</sup> J. LAUCHS, *Bayern und die deutschen Protestanten 1534–1546*, hier S. 242–257; E. METZGER, *Leonhard von Eck (1480–1550)*.

<sup>29</sup> F. ROTH, *Augsburgs Reformationsgeschichte*, Bd. 3, hier S. 92–102.

<sup>30</sup> I. HAAS, *Reformation – Konfession – Tradition. Frankfurt am Main im Schmalkaldischen Bund 1536–1547*, hier S. 194–209.

<sup>31</sup> P. FRIEB, *Die Außenpolitik der Reichsstadt Memmingen in der Reformationszeit (1517–1555)*, hier S. 191–193.

<sup>32</sup> Siehe vor allem G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, passim.

<sup>33</sup> T. F. HARTMANN, *Die Reichstage unter Karl V. Verfahren und Verfahrensentwicklung 1521–1555*, hier S. 78–81; R. AULINGER, *Das Bild des Reichstages im 16. Jahrhundert*, passim.

## 5. Vom Nürnberger Reichstag 1542 zum Nürnberger Reichstag 1543

### 5.1 Schmalkaldische Politik im Vorfeld des Reichstags

Der Abschied des Nürnberger Reichstags vom 26. August 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 198) legte die Verhandlungsthemen der nächsten, für 14. November 1542 geplanten Reichsversammlung fest: am 1. Dezember 1542 Vorlage der Abrechnungen der Kreiseinnehmer über die Ein- und Ausgaben der zu Speyer 1542 beschlossenen Türkenhilfe (Gemeiner Pfennig), Vergleich der Anlagen zwischen den Kreisen, Ringerung der Anschläge, Vollziehung der Mandate zum Verbot fremden Kriegsdiensts, Winterlager in Ungarn, Münz- und Polizeifragen, möglichst rasche Durchführung der 1542 suspendierten Visitation und Reformation des Reichskammergerichts. Wie so oft verzögerte sich auch in diesem Fall der Beginn des Reichstags, den König Ferdinand wegen Abhaltung des ungarischen Landtags auf 14. Dezember prorogierte (Nr. 2–3). Doch auch dieser Termin war nicht zu halten, wie die schließlich erst am 31. Januar 1543 stattfindende Eröffnung der Reichsversammlung zeigte.

Zu Ende des Nürnberger Reichstags von 1542 waren wesentliche Ereignisse noch nicht absehbar, die den Verlauf der künftigen Versammlung beeinflussen sollten: 1. Die Belagerung von Pest durch die Truppen des Reichsheeres missglückte und der Sturm auf die Stadt schlug fehl. So wurde die Offensive gegen die Türken am 7. Oktober 1542 abgebrochen; die Reste des Reichsheeres zogen sich ungeordnet aus Ungarn zurück. 2. Die Folgen des braunschweigischen Feldzugs vom Sommer 1542 waren für die Schmalkaldener gravierend, da Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel eine Zitation seiner Gegner zum 17. November 1542 vor das Reichskammergericht erwirkt hatte, wo ihnen wegen Landfriedensbruchs und Einmischung in die Hoheitsrechte des Herzogs (Einführung der Reformation im Herzogtum) das höchstmögliche Strafmaß, die Reichsacht, drohte. Diese für die Mitglieder des Bundes bedrohliche Entwicklung war Thema ihrer zwischen den beiden Nürnberger Reichsversammlungen stattfindenden Zusammenkünfte, bei denen sie u.a. auch über die Verhandlungstaktik auf dem künftigen Reichstag berieten<sup>34</sup>.

Drei Tagungen sind besonders hervorzuheben: 1. Der Schmalkaldische Bundestag in Braunschweig diente in erster Linie der nachträglichen Anerkennung

---

<sup>34</sup> Zu den folgenden Ausführungen betr. die Tagungen der Schmalkaldener zwischen den beiden Reichstagen und Fragen der Rekusation des Reichskammergerichts siehe: I. HAAS, *Reformation – Konfession – Tradition*, S. 192–197; G. SCHLÜTTER-SCHINDLER, *Der Schmalkaldische Bund und das Problem der causa religionis*, hier S. 227–236; S. WESTPHAL, *Die Entwicklung des Schmalkaldischen Bundes im Spiegel seiner Bundesabschiede*, hier S. 32–35.

des von den Bundeshauptleuten initiierten braunschweigischen Feldzugs als Bundessache; die meisten Bündner mussten erst von der Notwendigkeit des kriegerischen Vorgehens der Hauptleute überzeugt werden, um den Schutz des Bundes zuzusagen und die religiöse Ursache der Auseinandersetzung anzuerkennen. Kursachsen und Hessen erklärten sich bereit, sich einer rechtlichen Erörterung des Kriegs gegen den Herzog vor unabhängigen Richtern – nicht vor dem Reichskammergericht – zu stellen. Außerdem wurde eine Gesandtschaft an Kaiser und König beschlossen, die das Vorgehen gegen Herzog Heinrich von Braunschweig rechtfertigen sollte. Auch die Verwaltung des eroberten Landes, die Aufteilung der Kosten des Feldzuges und die Schleifung der Festungsanlagen waren Beratungsgegenstand<sup>35</sup>.

2. Der oberländische Städtetag in Ulm sollte die auf dem Braunschweiger Bundestag offen gebliebenen Fragen klären und die Position der Städte auf dem für 3. November 1542 nach Schweinfurt ausgeschriebenen nächsten Bundestag ausloten. Es wurde abermals über die Behandlung des eroberten Herzogtums und dessen Verwaltung beraten, auch über die Schleifung der Festungen und die auf die Mitglieder zukommende Bezahlung der Kriegskosten<sup>36</sup>.

3. Der Schmalkaldische Bundestag von Schweinfurt war vor allem mit der Frage befasst, wie auf die Zitation der Schmalkaldener vor das Reichskammergericht zu reagieren sei. Eine Rekusation des Gerichts in allen weltlichen und geistlichen Angelegenheiten war innerhalb des Bundes umstritten. Jene Stände, die als Kläger Prozesse am Reichskammergericht anhängig hatten, wollten sich den Rechtsweg nicht versperren. Die Städte betrachteten das Kammergericht als das Verfassungsorgan, das neben dem Kaiser der wichtigste Garant ihrer Freiheiten gegenüber landesherrlicher Willkür war. Angesichts der von den Bundeshauptleuten vom Zaun gebrochenen „braunschweigischen Defension“<sup>37</sup> standen mehrere Bündner vor der Entscheidung, ob sie sich an einem über die religiösen Belange hinausgehenden Bündnis beteiligen wollten oder nicht. Die Städte zeigten ihre Bedenken zwar an, konnten sich aber gegen die fürstlichen Räte nicht durchsetzen. Es wurde der Beschluss gefasst, alle Kammergerichtspersonen in allen geistlichen und weltlichen Angelegenheiten zu rekusieren, mit der Begründung, dass die mehrfach verschobene Visitation und Reformation des Gerichts gemäß der kaiserlichen Geheimdeklaration von Regensburg<sup>38</sup> bisher nicht stattgefunden habe. Nähere Beratungen über die

<sup>35</sup> *Schmalkaldischer Bundesabschied von Braunschweig, 1542 Sept. 12, in: Straßburg AM, AA 500, fol. 3r–35v (Kop. mit US der anwesenden Bundesstände).*

<sup>36</sup> *Abschied des oberländischen Städtetages, Ulm, 1542 Okt. 28, in: Augsburg StadtA, Lit. 1542, unfol. (Kop. mit US der anwesenden oberländischen Städtegesandten).*

<sup>37</sup> *Zur ablehnenden und kritischen Haltung der oberländischen Städte gegenüber dem braunschweigischen Feldzug siehe: G. SCHMIDT, Die Freien und Reichsstädte im Schmalkaldischen Bund, hier S. 203–205.*

<sup>38</sup> *Zur Regensburger Geheimdeklaration des Kaisers vom 29. Juli 1541, auf die von den Protestanten auf den folgenden Reichstagen immer wieder Bezug genommen wurde,*

Art der Rekusation und die Verabschiedung weiterer Punkte wurde wegen eines Pestausbruchs in Schweinfurt auf die künftige Versammlung in Nürnberg verschoben<sup>39</sup>. Am 13. November 1542 fertigte die Bundesversammlung von Schweinfurt aus eine Gesandtschaft zum Reichskammergericht nach Speyer ab, die am 4. Dezember 1542 das von Kursachsen und Hessen ausgearbeitete Rekusationslibell<sup>40</sup> übergab. Am 13. Dezember 1542 wurde der Antrag der Gesandtschaft wegen nicht ausreichender Vollmacht und Verweigerung des Eids mit Anrufung der Heiligen vom Gericht als unstatthaft abgelehnt.

Das war der Stand der schmalkaldischen Angelegenheiten zum nominellen Beginn des von König Ferdinand auf 14. Dezember 1542 verschobenen Reichstags. In Schweinfurt war vereinbart worden, dass sich die Bündner zu diesem Datum für eine Fortsetzung der Beratungen in Nürnberg treffen sollten. Da man keine Nachrichten über den Aufenthaltsort des Königs und sein voraussichtliches Ankunftsdatum hatte, ließen sich die Schmalkaldener ebenso wie alle anderen Reichstagsteilnehmer mit ihrem Erscheinen in Nürnberg Zeit.

## 5.2 Das lange Warten auf die Eröffnung des Reichstags

In der Korrespondenz zwischen den habsburgischen Brüdern finden sich Überlegungen zur Vorbereitung des Reichstags von 1543 bereits im Anschluss an den Nürnberger Reichsabschied vom 26. August 1542. Angesichts der Tatsache, dass die nächste Reichsversammlung bereits elf Wochen später eröffnet werden sollte, drängte Ferdinand den Bruder, so wie bei den beiden vorangegangenen Reichstagen von Speyer und Nürnberg 1542, persönlich zu erscheinen oder sich zumindest in Italien aufzuhalten, um von dort der Erledigung der deutschen Angelegenheiten mit seiner Autorität Nachdruck zu verleihen. Sollte das nicht möglich sein, so wären geeignete Persönlichkeiten als kaiserliche Kommissare mit weitreichenden und klaren Vollmachten und Instruktionen auszustatten<sup>41</sup>. Wie der König seinem Bruder am 27. September 1542 schrieb (Nr. 1), hoffte er auf das Engagement Karls im Reich, da die von den Altgläubigen nicht

siehe RTA JR Bd. XI, Einleitung S. 195f.; Text der Geheimdeklaration in RTA JR Bd. XI, Nr. 949. Zu den Folgen der Regensburger Deklaration: A. P. LUTTENBERGER, *Glaubenseinheit und Reichsfriede*, hier S. 254f.

<sup>39</sup> Die Verhandlungen der Schmalkaldener in Nürnberg stellten eine direkte Fortsetzung der Schweinfurter Beratungen dar, was sich auch daran erkennen lässt, dass die Instruktionen für die kursächsischen und auch für die hessischen Räte für beide Tagungen gedacht waren (Nr. 47a, Nr. 57a).

<sup>40</sup> Rekusation der Reichskammergerichts durch die Schmalkaldener, übergeben in Speyer 1542 Dez. 4, in: Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 103r–113v (zeitgen. Druck).

<sup>41</sup> Ferdinand an Karl V., Nürnberg, 1542 Aug. 26, gedr. in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 158, hier S. 767.

anerkannte kaiserliche Regensburger Geheimdeklaration für die Protestanten (RTA JR Bd. XI, Nr. 949) und der braunschweigische Feldzug neue, bisher nicht gelöste Probleme auf dem Gebiet von Religion, Friede und Recht geschaffen hatten. Die mit 9. Oktober 1542 datierte Kredenz, die Vollmacht und die Abfertigung für die Kommissare wurden vom Kaiser in zwei Varianten an seinen Bruder übersandt, sowohl für fünf als auch für drei Kommissare (Bischof Christoph von Augsburg, Pfalzgraf Friedrich und Dr. Johann von Naves) (Nr. 44a–c)<sup>42</sup>. Diese Aktenstücke erhielt König Ferdinand erst am 25. Dezember 1542 in Wien und leitete sie umgehend an die Adressaten weiter (Nr. 16), verzichtete aber auf deren Instruktion, die der Kaiser vorgeschlagen hatte.

Die Kommunikation zwischen Karl und Ferdinand gestaltete sich im Vorfeld des Nürnberger Reichstags von 1543 besonders schwierig, da Stürme im Mittelmeer und der Krieg gegen Frankreich den Posttransport erheblich verzögerten und die beiden Brüder länger als zwei Monate keine Nachrichten voneinander erhielten, was Ferdinand in seinem Schreiben an Karl vom 18. November 1542 beklagte (Nr. 9)<sup>43</sup>. Granvelle, der sich am 7. Dezember 1542 wegen des Schlechtwetters, das seine Überfahrt nach Italien verzögerte, noch in Spanien aufhielt, äußerte dem Kaiser gegenüber sogar die Befürchtung, dass alle für den Reichstag vorbereiteten Aktenstücke erst nach Ende der Reichsversammlung in Nürnberg ankommen würden (Nr. 44f, Anm. 3). Diese Gegebenheiten verschafften dem König einen großen Handlungsspielraum bei der Vorbereitung des Reichstags<sup>44</sup>, den er nur teilweise nützte, da er die Ankunft des kaiserlichen Generalators Granvelle abwarten wollte.

Die von Ferdinand gewünschte persönliche Teilnahme Karls am Reichstag, die Leitung des für Frühjahr 1543 neuerlich geplanten Türkenzugs oder die Entsendung von Reitern und Fußknechten nach Ungarn kamen für den Kaiser wegen des Krieges mit Frankreich nicht in Betracht<sup>45</sup>. Allerdings erforderten die

<sup>42</sup> *Der Kaiser gab in einem Schreiben an Ferdinand aus Barcelona vom 31. Okt. 1542 (Nr. 5) der sparsameren und einfacheren Variante von drei Kommissaren den Vorzug. Ansonsten überließ er die Abfassung der Instruktion für die Kommissare dem Ermessen seines Bruders.*

<sup>43</sup> *Zur Kommunikation zwischen den habsburgischen Brüdern im Vorfeld und während des Reichstags siehe: R. AULINGER, U. MACHOCZEK, S. SCHWEINZER-BURIAN, Ferdinand I. und die Reichstage unter Kaiser Karl V. (1521–1555, hier S. 107–112.*

<sup>44</sup> *Zur eigenständigen Position Ferdinands als Römischer König, der alle drei Reichsabschiede der Reichstage von 1542/43 absente imperatore in seinem Namen erließ, siehe: C. ROLL, Die „kaiserlosen Zeiten“ im Reich – zu einigen Aspekten der Reichsregierung Karls V. absente imperatore, hier S. 282f.; H. NEUHAUS, Römischer König im Schatten des kaiserlichen Bruders, S. 345–358.*

<sup>45</sup> *Zu den unterschiedlichen Prioritäten der habsburgischen Brüder, was die Stoßrichtung der Türkenabwehr betrifft (Karl im westlichen Mittelmeer, Ferdinand in Ungarn), siehe: A. KOHLER, Karl V., Ferdinand I. und das Reich. Bemerkungen zur Politik der*



Vorbereitung des Konzils, die Sammlung kaiserlicher Truppen gegen Frankreich und die schwierige Situation im Reich, dass Karl V. seinen premier ministre Nicolas de Granvelle mit einer Generalvollmacht nach Italien und Deutschland entsandte<sup>46</sup>, wo dieser nach der Überfahrt von Spanien und nach seiner Reise durch Italien erst am 26. Januar 1543 in Nürnberg ankam. Er sollte den Reichsständen die Intentionen Karls V. klar machen und gemeinsam mit dem König den Reichstag abhalten. Als Nachfolger des Großkanzlers Mercurino di Gattinara hatte er in seiner Funktion als führender Minister Karls V. zwischen 1530 und 1550 großen Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Kaiserhofes, da ihm die Leitung der Geschäfte in den Niederlanden, im Reich, in Frankreich, England und den nordeuropäischen Staaten unterstand. Sein Einfluss auf den Gang der Verhandlungen des Nürnberger Reichstags von 1543 ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. In seiner Rede vor den Reichsständen zu Anfang des Reichstags (Nr. 197) und in zahlreichen Sonderverhandlungen mit vielen alt- und neugläubigen Reichsständen war er mit Verlockungen, Drohungen und taktischem Geschick bestrebt, die kaiserlichen Interessen durchzusetzen, pragmatisch zwischen den Konfessionsparteien zu vermitteln und die partikularen Interessen mächtiger Reichsstände (Kursachsen, Hessen, Bayern, Braunschweig-Wolfenbüttel) im Sinne habsburgischer Machterweiterung zu nützen. Sein umfangreicher Briefwechsel mit dem Kaiser und Königin Maria, (Kap. XII.A) gibt Einblick in sein einflussreiches Wirken als wichtigster Protagonist habsburgischer Reichstagspolitik neben dem König<sup>47</sup>.

Ferdinand war bestrebt, möglichst viele Fürsten zum Besuch des Reichstags zu motivieren. Ein besonderes Anliegen war ihm das persönliche Erscheinen des Kurfürsten von Sachsen und des Landgrafen von Hessen, nicht nur wegen der Finanzierung des Winterlagers und wegen ihrer Beiträge zur Türkenhilfe, sondern auch um die Haltung der Bundeshauptleute im Konflikt mit dem König von Frankreich und dem Herzog von Jülich zu sondieren. Deshalb instruierte er seinen Rat Dr. Andreas von Könnertitz am 8. November 1542 für eine Werbung bei Kursachsen und Hessen (Nr. 6). Auch am Erscheinen Herzog Moritz' von Sachsen in Nürnberg zeigte der König großes Interesse,

---

*habsburgischen Brüder, hier S. 62f., S. 67f.; E. D. PETRITSCH, Zur Problematik der kontinentalen Osmanenabwehr, hier S. 675–678.*

<sup>46</sup> *Kredenz Karls V. für Granvelle vom 20. Okt. 1542 (Nr. 44d). Granvelle gab dem Kaiser in einem Gutachten zu verstehen, was angesichts der Situation in Italien und Deutschland zu beachten sei und bat ihn um klare Instruktionen für die Verhandlungen mit den Reichsständen (Nr. 44e–f). Dieser Bitte kam der Kaiser nach (Nr. 44g).*

<sup>47</sup> *Nicolas Perrenot de Granvelle, auch Granvelle der Ältere genannt (1486–1550), war ein angesehener Kronjurist und seit 1528 Mitglied des „Consejo de Estado“. Sein großer Einfluss auf die Reichspolitik Karls V. kam ab 1530 voll zum Tragen, nicht zuletzt durch die regelmäßige Abfassung politischer und juristischer Gutachten oder Verträge. Siehe dazu: A. KOHLER, Karl V., S. 126–128; A. KOHLER, Zur Bedeutung der Juristen im Regierungssystem der „Monarchia universalis“ Kaiser Karls V. hier S. 663–666.*

wie er dem sächsischen Rat Georg von Carlowitz schrieb (Nr. 8). Aber alle Bemühungen des Königs um persönliche Präsenz der Fürsten, u.a. des Bischofs von Würzburg (Nr. 14), blieben vergeblich. Selbst eine zweite Werbung des Rates Dr. Könnertitz bei Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen (Nr. 15) und eine am 20. Januar 1543 datierte nochmalige königliche Aufforderung an verschiedene Reichsfürsten (Nr. 23), darunter auch Landgraf Philipp von Hessen (Nr. 24), den Reichstag zu besuchen, brachten nicht das gewünschte Ergebnis. Die schmalkaldischen Bundeshäupter zögerten offenbar, in einer für sie unsicheren Situation, bedroht vom Achtspruch des Reichskammergerichts und einem Vergeltungsschlag Herzog Heinrichs, ihr Territorium zu verlassen und nach Nürnberg zu reisen.

Im Dezember kam nur ein kleiner Teil der reichsständischen Gesandten in Nürnberg an, allen voran am 1. Dezember 1542 der kaiserliche Vizekanzler und Reichstagskommissar Dr. Johann von Naves<sup>48</sup> gemeinsam mit den burgundischen Räten. Sie hatten auf dem Weg nach Nürnberg Kurfürst Ludwig von der Pfalz in Heidelberg aufgesucht, um sich seiner Unterstützung gegen Frankreich und Kleve zu versichern und ihn um persönliches Erscheinen oder eine geeignete Vertretung am Reichstag zu bitten<sup>49</sup>. Das langsame Ankommen der Reichsstände setzte sich im Januar 1543 fort, wie den verschiedenen Anwesenheitslisten (Nr. 42a–d) und den vor Eröffnung des Reichstags verfassten Berichten aus Nürnberg zu entnehmen ist (Nr. 41, Nr. 316, Nr. 325, Nr. 383). Im Januar 1543 war Valentin von Teteleben, Bischof von Hildesheim, der einzige persönlich anwesende geistliche Reichsfürst vor Ort. Die Anwesenheit des kaiserlichen Kommissars Pfalzgraf Friedrich ist für die zweite Januarhälfte bezeugt<sup>50</sup>, der dritte Kommissar, Bischof Christoph von Augsburg, musste von König Ferdinand am 3. Februar nochmals aufgefordert werden, endlich in Nürnberg zu erscheinen (Nr. 28).

Von den Schmalkaldenern kamen als erste ab Mitte Dezember 1542 die Gesandten Kursachsens, Hessens und Frankfurts in Nürnberg an, es folgten im Laufe des Monats Januar die oberländischen Städte Straßburg, Schwäbisch Hall, Augsburg, Esslingen, Ulm und Heilbronn, da sie die in Schweinfurt

<sup>48</sup> *Der aus dem Herzogtum Luxemburg stammende Dr. Johann von Naves (= Jean de Messancy) hatte sich bereits auf den Reichstagen des Jahres 1542 in Speyer und Nürnberg als kaiserlicher Vizekanzler und Reichstagskommissar bewährt und aktiv engagiert. Zu Naves siehe: A. HASENCLEVER, Johann von Naves aus Luxemburg, Reichsvizekanzler unter Kaiser Karl V., hier S. 312–321; A. HASENCLEVER, Johann von Naves, in ADB 52 (1906) S. 598–605; A. KOHLER, Karl V., S. 131f.; R. AULINGER, Johann von Naves, in: NDB 19 (1999) S. 1–2.*

<sup>49</sup> *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria, Nürnberg, 1542 Dez. 1 (irrtümliche Datierung: Nov. 1), in: Brüssel AG, Papiers d'Etat 120, fol. 125r–126v (Ausf.). Siehe auch Nr. 316, Anm. 1.*

<sup>50</sup> *Siehe das Schreiben der hessischen Räte an Lgf. Philipp, Nürnberg, 1543 Jan. 25, in: Marburg StA, PA 650, fol. 68r–69 (Ausf.).*

begonnenen Beratungen fortsetzen wollten. Sie nutzten die lange Zeit bis zum Beginn des Reichstags und danach, um sich mit den Problemen, welche die Rekusation des Reichskammergerichts geschaffen hatte, auseinanderzusetzen<sup>51</sup>.

Auch die Altgläubigen, allen voran der Führer der katholischen Aktionspartei, der bayerische Rat Dr. Leonhard von Eck, waren bis zur Eröffnung des Reichstags nicht untätig. Die führende Rolle Ecks im Lager der Altgläubigen während des Reichstags ist ähnlich hoch einzuschätzen wie jene des Generalorators Nicolas de Granvelle als Proponent habsburgischer Interessen. Obwohl Eck einfacher Rat in Diensten Herzog Wilhelms IV. und nicht Kanzler war und seinen Ratskollegen formal nicht übergeordnet, spielte er ihnen gegenüber gerne seine Überlegenheit aus, indem er sich über ihre Meinung hinwegsetzte und dabei auch die Politik der Herzöge nach seinem Gutdünken in die ihm genehme Richtung lenkte. Er hatte einen beispiellosen Einfluss auf alle Entscheidungen und war in seiner Eigenmächtigkeit als Minister in der bayerischen Politik des 16. Jahrhunderts einzigartig<sup>52</sup>. In zahlreichen Berichten von Reichstagsgesandten aller politischen Lager und Kurien werden seine Überheblichkeit und die taktischen Winkelzüge seiner Verhandlungsführung am Reichstag geschildert und kritisiert.

Eck plante, am 15. Januar nach Nürnberg aufzubrechen und kam am 21. Januar 1543 an der Malstatt an<sup>53</sup>. Seine Gefühle in Hinblick auf den kommenden Reichstag waren ambivalent bis skeptisch, besonders was die Person des kaiserlichen Generalorators Granvelle betraf, den er äußerst kritisch beurteilte<sup>54</sup>. Am 24. Januar 1543 beriet sich Eck mit dem Mainzer Kanzler Dr.

<sup>51</sup> Zu diesen Beratungen im Jan. und Febr. 1543 siehe die Einleitung zu Kap. VIII.A (Die Schmalkaldener und das Reichskammergericht).

<sup>52</sup> E. METZGER, *Leonhard von Eck, passim*; M. LANZINNER, *Leonhard von Eck*, S. 183–204; L. LENK, *Leonhard von Eck*, in: NDB 4 (1959), S. 277–279; A. KLUCKHOHN, *Leonhard von Eck*, in: ADB 5 (1877), S. 604–606.

<sup>53</sup> Siehe M. LENZ, *Briefwechsel Lgf. Philipps, Teil 3*, S. 242; E. METZGER, *Leonhard von Eck*, S. 273.

<sup>54</sup> *So schrieb er an Hg. Wilhelm am 12. Jan. 1543, o. O.: [...] Von dem röm. konig hore ich nichts. Ich wil mich aber auf Montag schirsten [1543 Jan. 15] erheben und auf Erichtag danach [Jan. 23] gewislich zu Nurnberg ankomen und sehen, wie sich Granvella anlassen, den[n] ich gedecht, er werde sich understen, mit mir zu practicirn und sein sachen mit mir zu verrichten. [...]. In: München HStA, KBÄA 2094, fol. 142r–143v, hier fol. 142r (Ausf. v.d.Hd. Ecks). Zwei Tage später, am 14. Jan. 1543, berichtete Eck an Hg. Wilhelm von Bayern: [...] Nun bedenckt mein gnediger herr, Hg. Ludwig, desgleichen ich, das aus vilen ursachen ain vast [= sehr] unrichtiger reychstag sein wirdet, wie eur fstl. Gn. wissen und in jungster beratschlagung vernomen haben. Zum andern, so wirdet zu besorgen sein, der Granvella mocht ainen großen unwillen pey vilen chur- und fursten machen und das sy die kopf mer dan vor zusammenstoßen und von Spaniern und Franzosen nit geringert [= geringer geachtet] werden wolen. So mochte auch sein, das er villeicht des kaysers sachen gegen den Franzosen mer dan*

Jakob Jonas<sup>55</sup> über die Situation im Reich, vor allem über das Vordringen der Reformation im Erzbistum Köln und die Lage in Braunschweig, wobei Eck ein militärisches Eingreifen zu Gunsten Herzog Heinrichs ablehnte und die geplante Vermittlerrolle Bayerns ansprach. Das Misstrauen gegenüber Granvelle betonten sowohl der bayerische Rat als auch der Mainzer Kanzler<sup>56</sup>. Eck pflegte in dieser Vorphase des Reichstags auch Kontakt mit den hessischen Räten, mit denen es in Anschluss an das Gespräch mit Dr. Jonas zu einer ersten Unterredung kam. Die hessischen Gesandten legten ihm die bei der Eroberung Wolfenbüttels erbeuteten Akten aus der Kanzlei Herzog Heinrichs vor, welche die kriegerischen Absichten Herzog Ludwigs von Bayern, seines Rates Weissenfelder und des Kaisers gegen die Schmalkaldener enthüllten. Das konterkarierte die Pläne Ecks, der sich ungeachtet aller religiösen Differenzen um ein Bündnis mit Kursachsen und Hessen bemühte, um fürstliche Machtansprüche gegenüber Habsburg durchzusetzen<sup>57</sup>.

---

gegen den Turken furdern wollt. Zum dritten, das man nit wissen mag, ob er, der Granvell, [in] der religionsachen etwas zu thun furnemen werde. Und mochte velleicht pesser sein, das man zum ersten sehe und erfare, wie sich des Granvels bevelh und die sachen allenthalben anlassen, wer auch sonst von churfursten und fursten personlich erscheinen wolten, und zum dritten, wes sich die fursten und stede erstlich vergleichen wolten. Dan solten in dem allen irrung oder beschwerliche sachen vom kayser oder den kayserlichen beschehn, deme nit volg thun. Mochte pesser sein, euer fstl. Gn. hetten sich mitler zeyt anheims enthalten, doch in alweg darnach gericht, so man sehe, das sich die sachen recht und also verhoffenlich anlassen und sich ains guten beschluss zu verhoffen were, alsdann were gut und eurn fstl. Gn. rhuemlich, das ier fstl. Gnn. pede oder doch ainer uß eurn Gnn. personlich an disem ort und reychstag erschienen. [...] In: *München HStA, KBÄA 3158, fol. 60r–61v (Ausf. v.d.Hd. Ecks)*.

<sup>55</sup> Dr. Jakob Jonas war von 1541 bis 1543 Mainzer Kanzler, danach von 1544 bis zu seinem Tod 1558 Vizekanzler Kg. Ferdinands. Er hielt sich während des gesamten Reichstags in Nürnberg auf und war bei den Reichsratssitzungen anwesend. Mehrere Konzepte der Mainzer Kanzlei sowie zahlreiche Korrekturen und Ergänzungen zu Verhandlungsakten stammen von seiner Hand. Zu seinen biographischen Daten siehe: K. H. BURMEISTER, *Jakob Jonas*, in: *NDB 10* (1974), S. 593; J. FRANCK, *Jakob Jonas*, in: *ADB 14* (1881), S. 491f; A. KOHLER, *Ferdinand I.*, S. 145f.; H. KRETSCHMAYR, *Das deutsche Reichsvicekanzleramt*, S. 22–25.

<sup>56</sup> Sowohl Eck als auch Jonas berichteten am 24. Jan. 1543 aus Nürnberg an ihre Auftraggeber über ihre an diesem Tag stattgefundenene Unterredung: 1. Jonas an Kf. Albrecht von Mainz (Nr. 326). 2. Eck an Hg. Wilhelm von Bayern, in: *München HStA, KBÄA 2030, fol. 174r–175v (Ausf. v.d.Hd. Ecks)*.

<sup>57</sup> Leonhard von Eck an Hg. Wilhelm von Bayern, Nürnberg, 1543 Jan. 24, in: *München HStA, KBÄA 2030, fol. 174r–175v, hier fol. 174v (Ausf. v.d.Hd. Ecks)*. Siehe auch E. METZGER, *Leonhard von Eck*, S. 273.

Die zu Weihnachten 1542 bestehende Unsicherheit über das Ankunftsdatum des Königs (Nr. 41), die mehrmalige Verschiebung seiner Ankunft<sup>58</sup>, die vom Türkenfeldzug 1542 in Ungarn mit ansteckenden Krankheiten in die oberländischen Städte heimkehrenden Soldaten, über welche die Frankfurter Gesandten in alarmierender Weise berichteten (Nr. 383), und Gerüchte über Rüstungen, von denen man nicht wusste, wem sie zugute kommen sollten<sup>59</sup>, ließen die meisten Reichsstände mit der Abfertigung ihrer Gesandten zuwarten.

König Ferdinand brach am 2. Januar 1543 von Wien in Richtung Nürnberg auf. Auf der Reise traf er laut einem Bericht der kursächsischen Gesandten<sup>60</sup> mit den Herzögen von Bayern und einigen Bischöfen in Schärding zusammen, wahrscheinlich um über Angelegenheiten des Nürnberger Bundes und das Vorgehen auf dem künftigen Reichstag zu beraten und die Herzöge zum Besuch des Reichstags aufzufordern. Es dauerte bis zum 17. Januar 1543, bis er mit seinen beiden Söhnen, den Erzherzögen Maximilian und Ferdinand, feierlich in Nürnberg einzog (Nr. 81, Nr. 84). Die ersten Tage in der Reichstagsstadt verbrachte der König damit, partikuläre Verhandlungen mit einzelnen Reichsständen und den Kommissaren zu führen. Die Schmalkaldener wollten mit ihren Klagen über die Verfolgung durch das Reichskammergericht die Eröffnung des Reichstags nicht abwarten und machten bereits am 25. Januar 1543 eine Eingabe bei König Ferdinand und den kaiserlichen Kommissaren wegen Suspension der Prozesse des Reichskammergerichts (Nr. 151). Nachdem sich Ferdinand mit Granvelle, der am 26. Januar 1543 mit seinem Sohn Antoine, Bischof von Arras, in Nürnberg eingetroffen war, über die anstehenden Probleme und die kaiserlichen Direktiven beraten hatte (Nr. 309), ließ er am 31. Januar 1543 den Reichstag mit Verlesung der königlichen Proposition eröffnen.

---

<sup>58</sup> *Die Frankfurter Gesandten berichteten am 30. Dez. 1542 an Bgm. und Rat von Frankfurt: [...] Biß anher ist weder von den gemeinen reichs- noch den vereynigten stenden oder auch den stetten einig versammlung oder rath nit gehalten noch sunst ichtzit gehandelt worden anders, dan das die kgl. Mt. sich durch einen irer rethe, Dr. Ilsung, so alhie ligt, bei etlicher stende gesanthen deß vertzugs hat entschuldigen und darbei begeren lassen, die gesanthen wolten alhie verharren, ir Mt. wolte ir ankunfft befordern etc. [...] In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf.).*

<sup>59</sup> *Zu den Kursachsen und Hessen beunruhigenden Gerüchten über Rüstungen des Söldnerführers Christoph von Landenberg siehe das CA-Protokoll Lambs Nr. 86c, Anm. 11.*

<sup>60</sup> *Die kursächsischen Gesandten an Kf. Johann Friedrich von Sachsen, Nürnberg, 1543 Jan. 16, in: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 138r–145r, hier fol. 139v (Ausf.).*

## 6. Habsburgische Interessen und Positionierung alt- und neugläubiger Reichsstände bei Eröffnung des Reichstags

### 6.1 Proposition König Ferdinands und Vortrag des Generalorators Nicolas de Granvelle

Die Hoffnungen der Protestanten<sup>61</sup>, dass der König auf die ihm vorgetragenen Bitten (Nr. 151) in der Proposition eingehen werde, erfüllten sich in keiner Weise. König Ferdinand widmete sich ausschließlich dem Thema der Türkenhilfe und berührte die offenen Fragen zu Religion, Friede und Recht überhaupt nicht. Er ersuchte die Reichsstände, mit der Zahlung der in Speyer 1542 bewilligten beharrlichen Türkenhilfe fortzufahren und, da „das vergangen jar vast die halb hilf zu roß und fueß abgangen, auch die hilf an ir selbst über das halb jar nit gelaist worden, das demnach sy, die stende, in bedengkhung desselben die continuation der turggenhilf auf diss jar umb so vil mer ansechlicher und statlicher in das werckh richten“ (Nr. 43). Die Kreiseinnehmer, die er für 12.

<sup>61</sup> Die in der modernen Forschung neutral verwendete Bezeichnung „alt- und neugläubig“ zur Unterscheidung zwischen altkirchlichen und evangelischen (protestierenden) Reichsständen wurde bereits im Rahmen der konfessionellen Auseinandersetzung des 16. Jhdts. verwendet, allerdings entsprach dieser seit den frühen 20er Jahren auftauchende Begriff nicht der Selbstwahrnehmung der Evangelischen und wurde von ihnen nicht gebraucht, während „altgläubig“ von den Anhängern der altkirchlichen Lehre als ehrenvoller Titel empfunden wurde. Die von den Protestanten verwendeten Begriffe „Augsburger Konfessionsverwandte“ und „Stände der alten Religion“, auch als „andere Stände“ bezeichnet, während sie sich selbst „diese Stände“ nannten, etablierten sich seit Beginn der 40er Jahre des 16. Jhdts. Der Oberbegriff „Augsburger Konfessionsverwandte“ schloss dabei alle evangelischen Stände ein, also auch jene, die sich der Reformation zugewandt hatten, ohne gegen den Augsburger Reichsabschied von 1530 protestiert zu haben oder dem Schmalkaldischen Bund beigetreten zu sein. Diese Terminologie erfüllte für das Selbstverständnis der Religionsparteien und für ihre Kommunikation untereinander eine wichtige Funktion, wobei die Unterscheidung von Fremd- und Selbstbezeichnung grundlegend ist. Die Schwierigkeit der Übertragung der aus den Quellentexten übernommenen, unterschiedlich konnotierten Begriffe in die Terminologie moderner Forschung ist ein stets präsent Problem bei der Edition der Reichstagsakten. Siehe dazu die grundlegenden Ausführungen von B. JÖRGENSEN, *Konfessionelle Selbst- und Fremdbezeichnungen. Zur Terminologie der Religionsparteien im 16. Jahrhundert*, hier S. 11–14, S. 244. Jörgensen unterzog sich u.a. der verdienstvollen Aufgabe, die bisher erschienenen Bände der Reichstagsakten Jüngere Reihe an Hand von Schlagwortforschung und klassischer Begriffsgeschichte zu analysieren (vor allem in Kap. 5 und 6, S. 169–314), was interessante Einblicke in die Mechanismen politischer Kommunikation erlaubt. Siehe auch die Rezensionen zu Jörgensen von H. ZIEGLER, in: *sehpunkte* 14 (2014), Nr. 11 (15.11.2014), und von A. BEUTEL, in: *Theologische Literaturzeitung, Jahrgang 140* (April 2015), Nr. 4, Spalte 406–407.

Februar zum Erscheinen in Nürnberg aufgefordert hatte (Nr. 26), sollten ihre Abrechnungen vorlegen und den finanziellen Ausgleich unter den Reichskreisen durchführen. Ferdinand erklärte sich bereit, die Bestallung und Finanzierung des von den Reichsständen bewilligten Winterlagers der Truppen in Ungarn (Nr. 134) einstweilen zu übernehmen und sich mit seinen Erbländen an der Türkenhilfe zu beteiligen. Angesichts des für Frühjahr erwarteten Vorrückens des Sultans nach Ungarn beschloss er die Proposition mit einem Appell an die Hilfsbereitschaft der Reichsstände.

Der völlig anders gelagerte Schwerpunkt kaiserlicher Politik kam in der lateinischen Rede Granvelles vor den Reichsständen am 5. Februar 1543 (Nr. 197) zum Ausdruck. Ähnlich wie der Kaiser in den Briefen an seinen Bruder Ferdinand erklärte und entschuldigte der kaiserliche Minister das fehlende Engagement seines Herrn bei der kontinentalen Türkenabwehr damit, dass Karl V. durch das Parieren der Angriffe des französischen Königs, der mit dem Sultan und dem klevischen Herzog im Bunde stehe, okkupiert sei. Er legte den Reichsständen die Unterstützung des Hauses Habsburg im Krieg gegen Frankreich und Kleve als vordringlich ans Herz, da diese indirekt auch der Türkenabwehr diene. Seine Rede im Namen des Kaisers hatte keine Erfolgsaussichten bei den Reichsfürsten, die sich nicht zu Gunsten habsburgischer Machtvergrößerung gegen ihren Standesgenossen, den Herzog von Jülich, wenden wollten. Die Reichsstädte ihrerseits befürchteten von militärischer Hilfe gegen Frankreich eine Schädigung ihrer Handelsinteressen. Die Protestanten waren an einer Stärkung des Kaisers nicht interessiert, sie wollten im Gegenteil die habsburgische Bedrängnis an allen Fronten für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu Friede und Recht nutzen<sup>62</sup>. Der Machtpolitiker Granvelle war sich dieser schwierigen Situation durchaus bewusst und wollte durch die Reaktion der Reichsstände auf seine Werbung Aufschluss über vorhandene Parteiungen und die im Reich vorherrschende Stimmung erhalten.

## 6.2 Reichsständische Instruktionen

In den reichsständischen Instruktionen sind neben den partikularen Anliegen der verschiedenen Stände jene Konfliktfelder vorgezeichnet, welche den Verlauf des Reichstags bestimmten und den von habsburgischer und altgläubiger Seite formulierten Zielen zuwiderliefen. Für die Schmalkaldener war die Behandlung der Problematik von Religion, Friede und Recht eine *conditio sine qua non* für Beratungen über die Türkenhilfe<sup>63</sup>, während die Altgläubigen, allen voran die Hgg. von Bayern, die Hauptaufgabe der Reichsversammlung in der Organi-

<sup>62</sup> P. HEIDRICH, *Karl V. und die deutschen Protestanten, Teil 1*, S. 118.

<sup>63</sup> Siehe z.B. die Instruktionen Kf. Johann Friedrichs von Sachsen (Nr. 47a, Nr. 47c), Lgf. Philipps von Hessen (Nr. 57a) oder der Hgg. von Pommern (Nr. 63a). Von den Schmalkaldenern schien Hg. Ulrich von Württemberg am ehesten bereit, auch ohne Beharren auf

sation einer möglichst effektiven Türkenabwehr und in der Aufrechterhaltung ihrer fürstlichen Prärogativen sahen<sup>64</sup>. Vorausgesetzt die Erfüllung ihrer Forderungen, waren die Neugläubigen bereit, Türkenhilfe zu leisten und setzten sich in ihren Instruktionen in ähnlicher Weise wie die anderen Reichsstände mit der auf dem Speyerer Reichstag 1542 auf Basis des Gemeinen Pfennigs beschlossenen beharrlichen Türkenhilfe auseinander. Die altgläubigen Stände wiesen auf ihre bisher erbrachten Leistungen für die Türkenhilfe hin, sie äußerten Kritik, brachten Verbesserungsvorschläge ein und stellten Bedingungen für die vom König in der Proposition verlangte Fortsetzung der Hilfe. Unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit finden sich folgende Forderungen: Vergleich der Reichskreise nach Vorliegen der Abrechnungen über die eingehobenen Anlagen, danach Ringerung der Anschläge auf Basis dieses Vergleichs; Heranziehen der ungehorsamen Stände zur Zahlung der ausstehenden Beiträge; Klagen über die Exemption von Reichsständen, vor allem durch Österreich; Bezahlung des Kriegsvolks aus dem in den Kreistruhen vorhandenen Geldern des Gemeinen Pfennigs statt Aufbringung einer neuerlichen Türkensteuer auf Grundlage der

---

*den Forderungen zu Friede und Recht über die Türkenhilfe zu verhandeln (Nr. 69b). Der dem Schmalkaldischen Bund distanziert gegenüberstehende protestantische Hg. Moritz von Sachsen sprach sich gegen das Junktum zwischen Türkenhilfe und Friedstandsproblematik aus und war sogar bereit, im Fall des persönlichen Erscheinens des Sultans in Ungarn doppelte Türkenhilfe zu leisten. Er hielt dabei die Anwesenheit von Kaiser oder König beim Türkenzug für unerlässlich (Nr. 65b).*

<sup>64</sup> *Siehe dazu die Weisung der Hgg. von Bayern an ihre Räte in Nürnberg, 1543 Jan. 27 (Nr. 327). Eine umfassende bayerische Instruktion zum RT wurde nicht ausgestellt bzw. ist in den entsprechenden Aktenbeständen des HHStA München nicht auffindbar. Die wesentlichen Ziele der bayerischen Politik, die auch in Nürnberg zum Tragen kamen, sind einem nicht datierten bayerischen Gutachten (1543 Jan.) zu entnehmen, welches als Grundlage für die Bündnisverhandlungen des bayerischen Kammermeisters Kaspar Perndorfer mit dem württembergischen Erbmarschall Hans Konrad von Thumb diente. Dort werden vier Problembereiche der politischen Situation im Reich skizziert: 1. Türkengefahr. 2. Bedrohung fürstlicher Herrschaft durch habsburgische Machtambitionen am Beispiel des Hg. von Jülich. 3. Machtzuwachs der Städte auf Kosten der Fürsten und unzulässige städtische Forderung nach Sitz und Stimme im Reichsrat. 4. Mangelndes Engagement und Interesse des Kaisers für Reichsangelegenheiten auf Grund anderer Prioritäten: [...] Zum vierten sehe man augenscheinlich, das die ksl. Mt. sich deß Reichs sachen und teutschen handlungn wenig bekhomert, auch mit irn aigen sachen diser zeit groß und beschwerlich beladen. So hett die kgl. Mt. mit irm selbs obligen so vil zu thun, das sy merers nicht wol mecht ausrichten, dardurch dann die beschwerden sich von tag zu tag hauffen und grosser wurden, daraus noch vil ergers zu besorgen, wo nicht guet rat dagegen gesucht wirdet. Über das alles weren Franckreich, Engenlandt, Schotten und vast alle christenliche khonig und potentatn aufrurig und in krigsrustung, das von langen jarn her die leuff sich nie sorgclicher erzaigt hetten. [...]. In: München HStA, KBÄA 3159, fol. 503r–506r, hier fol. 504rv.*



Matrikel<sup>65</sup>; Ablehnung des vom König geforderten Zuzugs der von den Türken am meisten bedrohten fünf Reichskreise<sup>66</sup>.

Landgraf Philipp von Hessen (Nr. 57a) und Herzog Ulrich von Württemberg (Nr. 69b) argumentierten, dass die Auseinandersetzung zwischen dem Haus Habsburg und dessen Feinden im Reich und in Europa Reichsstände wie Burgund, Jülich oder Utrecht hindere, Kriegsvolk gegen die Türken zu senden. Deshalb sei das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens die Voraussetzung für eine wirksame Türkenhilfe. Diese Auffassung wurde von einem großen Teil der Reichsstände geteilt, die auf die vorherige Erledigung von Frieden und Recht drängten und lediglich bereit waren, für die Befestigung der Grenzen und Pässe gegen die Türken aufzukommen. Nicht zuletzt wurde von Philipp von Hessen<sup>67</sup> und Pfalzgraf Ottheinrich<sup>68</sup> im Falle eines nochmaligen Beschlusses zur Einhebung des Gemeinen Pfennigs vor Aufständen und Unruhen der Untertanen gewarnt. Vermögende Reichsstädte wie Straßburg sprachen sich eindeutig für eine Veranlagung auf Basis des Gemeinen Pfennigs und gegen die Matrikularanschläge der Reichsstände aus, da sie sich wie die meisten Reichsstädte im Vergleich zu anderen Reichsständen als zu hoch angeschlagen beurteilten. Für das Jahr 1543 waren sie bereit, zu einer einfachen Türkenhilfe beizutragen; bei Beschluss einer Verdoppelung der Hilfe wollten sich die Städteboten auf Befehlsangel berufen (Nr. 79a).

Für die Reichsstädte waren Session und Stimme im Reichsrat<sup>69</sup>, der finanzielle Ausgleich unter den Kreisen, die Beseitigung der bestehenden Mängel bei der

<sup>65</sup> Hg. Moritz lehnte im *obersächsischen Kreistagsabschied von Zerbst (1542 Mai 22)* die Errichtung einer Kreistrube in seinem Kreis ab.

<sup>66</sup> Vor allem der Bf. von Würzburg sprach sich als fränkischer Kreisstand gegen die von den Kreisständen zu finanzierende zusätzliche Hilfe aus (Nr. 52b).

<sup>67</sup> Siehe Nr. 57a, 3. Absatz: [...] Und im fall, da gleich solich ding all erstattet und versichert wurden und man sollt weittere hulf thun widder den Turcken, so dunckt uns doch, das den stenden des Reichs soliche hulf, wie sie itzo gethan haben, unmuglich zu tragen sey, und so man wurd mit einer solichen anlag vortfaren, das es on ein gemeinen ufstandt in landen nit abgeen werde. So ist auch uns gantz und gar nicht gelegen, dises jans uns oder unsere unterthanen mit einer neuen turckenanlag belegen zu lassen. [...].

<sup>68</sup> Siehe Nr. 61b: [...] ob wol wider ain anlag des gemainen pfennings furgenomen und bewilligt, die doch on emporung der underthanen nit leichtlich zu erhalten sein, es wurde bey weitem sovill nimmer gefallen und erlegt werden, als das nehner [= vorige] mal beschehen wer. [...].

<sup>69</sup> Obwohl diese Forderung der Reichsstädte von den Kurfürsten und Fürsten zurückgewiesen wurde, instruierte Ebf. Ernst von Salzburg seine Gesandten, sich für die Hinzuziehung von Städtevertretern in die verschiedenen Ausschüsse einzusetzen, sie über die Beschlüsse der oberen Stände zu informieren und ihnen im Notfall sogar eine Stimme im Reichsrat zuzugestehen, um ihre Zustimmung zur Türkenhilfe zu erhalten: Nr. 50, Punkt 7.

Einhebung der Anlagen und eine in Relation zu den anderen Ständen gerechte städtische Besteuerung samt Ringerung der Anlagen die zentralen Anliegen.

In den Fragen von Religion, Friede und Recht beriefen sich die altgläubigen Reichsstände auf die Bestimmungen des Speyerer Reichsabschieds von 1542 und waren nicht bereit, darüber hinaus Zugeständnisse zu machen. Die Schmalkaldischen Bundesstände pochten in ihren Instruktionen auf die Gültigkeit der Regensburger Deklaration des Kaisers (RTA JR Bd. XI, Nr. 949) und wiesen die parteiische Rechtsprechung des Reichskammergerichts zurück, das von den Bundeshauptleuten in allen weltlichen und geistlichen Angelegenheiten reku­siert worden war. Die rigide Haltung Kursachsens und Hessens gegenüber dem Reichskammergericht bewirkte unterschiedliche Stellungnahmen der Bundesgenossen in dieser Frage. Die Möglichkeiten reichten vom Drängen auf rasche Durchführung der mehrfach verschobenen Visitation und Reform des Reichskammergerichts bis zur Forderung nach Abberufung des Gerichts und Neubesetzung mit „unparteiischen Richtern“, eine Lösung, die von Kursachsen und Hessen befürwortet wurde. Hessen schlug vor, dass sich die Schmalkaldener „unterdes, da die verordnung eines neuen, unpartheyischen chambergerichts nicht so baldt erfolgte“, bei Konflikten innerhalb der Bundesgenossen vor gemeinsam ausgewählten Vertrauenspersonen rechtlich verantworten sollten, während Rechtsstreitigkeiten mit allen anderen Ständen vor kaiserlichen Kommissaren auszutragen wären (Nr. 57b, Punkt 6). Speziell die Reichsstädte hatten Bedenken wegen der Rekusation in weltlichen Angelegenheiten und wegen der Neubesetzung des Gerichts, da sie durch den Wegfall einer konfliktregelnden Ordnungsin­stanz einen für sie bedrohlichen rechtlosen Zustand im Reich befürchteten<sup>70</sup>.

Die Haltung der Reichsstände zum Konflikt des Hauses Habsburg mit dem König von Frankreich und dem Herzog von Jülich war von der Forderung nach einem allgemeinen beständigen Frieden im Reich gekennzeichnet. Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen schlug in seiner Instruktion (Nr. 47c) die Entsendung einer schmalkaldischen Gesandtschaft zu Karl V. und König Franz I. von Frankreich zur Friedensvermittlung vor. Das änderte aber nichts daran, dass sich der Kurfürst immer wieder mit Vorwürfen von habsburgischer und altgläubiger Seite konfrontiert sah, in diesem Konflikt Partei zu sein und seinen Schwager Herzog Wilhelm von Jülich militärisch zu unterstützen, während Landgraf Philipp von Hessen sich wegen seines mit Karl V. in Regensburg am 13. Juni 1541 abgeschlossenen Vertrags (RTA JR Bd. XI, Nr. 400) an den Kaiser gebunden fühlte und eine neutrale Haltung an den Tag legte (Nr. 57a, Punkt 8). Eine aktive Unterstützung des Hauses Habsburg in der militärischen Ausein-

---

<sup>70</sup> Bericht von Dr. Claudius Pius Peutinger über die Haltung der Reichsstädte zur Rekusation des Reichskammergerichts: Nr. 269. Zur Lähmung der Reichsjurisdiktion durch die Auseinandersetzung um die Religionsprozesse am Kammergericht siehe: A. P. LUTTENBERGER, *Glaubenseinheit und Reichsfriede*, S. 35–37.

andersetzung mit Frankreich und Jülich wird in den meisten reichsständischen Instruktionen nicht in Betracht gezogen; das Thema wird nur insofern berührt, als diese Kriege als Hinderungsgrund für die Leistung der Türkenhilfe durch die Reichsstände betrachtet werden. Herzog Moritz von Sachsen wollte die Lösung der Konflikte in Braunschweig-Wolfenbüttel, Jülich und Dänemark nicht mit der Bewilligung der Türkenhilfe junktimiert sehen. In seinen Augen sollten sich die Evangelischen mit einem Religionsfrieden oder mit dem Speyerer Friedstand von 1542 begnügen und sich bei Beschlüssen zur Türkenhilfe der Mehrheit anschließen (Nr. 65b, Punkt 2).

Was die Reaktion auf das von Granvelle vorgebrachte kaiserliche Hilfeeuchen betrifft, empfahl lediglich Markgraf Ernst von Baden in seiner erst Mitte März 1543 ausgestellten Instruktion (Nr. 53b) seinem Gesandten explizit, einem Beschluss des ungeteilten Reichsrates zur Unterstützung des Kaisers gegen Frankreich mit einer einfachen Reichshilfe zuzustimmen, falls nicht ein türkischer Einfall drohe. Der Rat von Augsburg instruierte seine Gesandten, sich in der habsburgischen Auseinandersetzung mit dem Herzog von Jülich „gut kayserisch“ zu verhalten (Nr. 71a, Punkt 3). Andere Reichsstände waren nicht bereit, in machtpolitischen Konflikten des Hauses Habsburg oder anderer Reichsfürsten Stellung zu beziehen bzw. einzugreifen. So lehnte Erzbischof Ernst von Salzburg eine Positionierung seiner Gesandten in den Auseinandersetzungen rund um den Braunschweiger und den Jülicher Herzog ab und wollte diese Fälle an den Kaiser oder das Reichskammergericht delegiert sehen<sup>71</sup>. Bischof Konrad von Würzburg instruierte seine Räte, im Falle eines kaiserlichen Ersuchens um Reichshilfe gegen Frankreich und Jülich diese Hilfe abzulehnen, da es sich um eine das Reich nicht betreffende Angelegenheit handle, in welcher die Reichsstände niemals gefragt noch einbezogen worden seien (Nr. 52b).

Die Verwaltung des von Kursachsen und Hessen okkupierten Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel, die Aufteilung der Kosten für den braunschweigischen Feldzug sowie zukünftige Lösungen für das Herzogtum finden naturgemäß in den Instruktionen der Schmalkaldischen Bundeshauptleute breiten Raum. In allen Fällen geht es darum, dass die Schmalkaldener nicht bereit waren, Herzog Heinrich nach der Vertreibung im Zuge des braunschweigischen Feldzugs wieder in seinem Herzogtum zu restituieren, während sie sich eine Übergabe des Landes an die Kinder des Herzogs unter bestimmten Bedingungen vorstellen konnten<sup>72</sup>. Die bayerischen Gesandten, die sich als Vermittler in

<sup>71</sup> *In seiner Instruktion für die Gesandten (Nr. 50, Punkt 9) heißt es dazu: [...] Dieser zwayen sachen halben sollen unser gesandten sich vernemen lassen, dieweil dieselben an alles mittl reichssachen und furnemblich die röm. ksl. und kgl. Mtt. betreffend wären, so achteten sy fur das ratsamist, das dieselben an hochgedachte ir Mtt. oder aber an das ksl. camergericht, an welchem dann gedachter unser vetter sein sach (wie wir bericht) schon anhengig gemacht haben sol, gewysen wurden. [...].*

<sup>72</sup> *Siehe die kursächsische (Nr. 47c) und die hessische Instruktion (Nr. 57a, Punkt 3–5), in welcher Landgraf Philipp fünf unterschiedliche Vorgehensweisen vorschlägt.*

dieser Frage anboten, favorisierten jedoch – entgegen anderen Erwartungen der Schmalkaldener – die Rückkehr Herzog Heinrichs<sup>73</sup>.

Bei der kompromisslosen Haltung beider Konfessionsparteien in den Fragen von Friede und Recht war bereits vor Reichstagsbeginn abzusehen, dass es kaum zu gemeinsamen Beratungen der Reichsstände in den gemischt-konfessionellen Kurien und im Reichsrat kommen würde. Einzelne Reichsstände, die als konfessionsneutral oder nicht eindeutig der Reformation anhängig zu betrachten sind, instruierten ihre Gesandten, nur an Verhandlungen im „unzertrennten Rat“ aller Reichsstände teilzunehmen; von den nach Konfessionen getrennten Beratungen sollten sie sich fernhalten, keine Beschlüsse fassen, sich der Parteinahme enthalten und auf weitere Weisungen ihrer Herren warten<sup>74</sup>.

---

<sup>73</sup> *Siehe das Protokoll der Verhandlungen des Ausschusses der Schmalkaldener mit den bayerischen Unterhändlern (Nr. 244).*

<sup>74</sup> *Diese Haltung wird aus den Instruktionen Markgraf Ernsts von Baden (Nr. 53b), Graf Wilhelms von Nassau-Dillenburg (Nr. 60b, Punkt 8), der Wetterauer Grafen (Nr. 68c) oder Pfalzgraf Ruprechts von Zweibrücken-Veldenz, des Vormunds von Pfalzgraf Wolfgang von Zweibrücken (Nr. 62), ersichtlich.*

## 7. Verlauf der Verhandlungen

### 7.1 Der Problembereich „Friede und Recht“ als Streitpunkt zwischen alt- und neugläubigen Reichsständen und die Vermittlerrolle König Ferdinands und der kaiserlichen Räte

Von den Zielsetzungen der kursächsisch-hessischen Reichstagspolitik (Religion, Friede und Recht)<sup>75</sup>, die sich in der Supplikation der Augsburger Konfessionsverwandten vom 2. Februar 1543 (Nr. 152) ausdrückten, wurden Fragen der Religion<sup>76</sup> (Nr. 152, Art. 14 und 15) vom König auf das Trienter Generalkonzil verwiesen (Nr. 153, Art. 2). Das Thema „Religion“ kam während des Reichstags nur mehr in Verbindung mit der Kritik der Evangelischen am Konzilsbegriff der Altgläubigen zur Sprache. Hingegen beschäftigte der Themenkomplex „Friede und Recht“ die Konfessionsparteien und den zwischen ihnen vermittelnden König und die habsburgischen Räte vom Anfang bis zum Ende der Reichsversammlung und führte schließlich auch zu deren Scheitern.

Die Verhandlungen fanden auf drei verschiedenen Ebenen statt<sup>77</sup>:

1. Schriftwechsel und mündlicher Austausch König Ferdinands und der kaiserlichen Kommissare mit Vertretern der Schmalkaldener bzw. der evangelischen Reichsstände.

2. Sonderverhandlungen von habsburgischer Seite (König Ferdinand, Nicolas de Granvelle, Dr. Johann von Naves, Pfalzgraf Friedrich) mit Gesandten der führenden schmalkaldischen Fürsten (Kursachsen, Hessen, Württemberg)<sup>78</sup> oder der Reichsstädte (Nürnberg, Augsburg etc.)<sup>79</sup>.

3. Verhandlungen im Reichsrat zwischen den Konfessionsparteien<sup>80</sup>.

Ad 1: Bereits vor Eröffnung des Reichstags, nämlich am 25. Januar 1543, verlangten die Schmalkaldener in einer an König Ferdinand und die kaiserlichen Kommissare gerichteten Eingabe (Nr. 151) die Einstellung der Prozesse am Reichskammergericht. Ihre Forderung nach unparteiischer Rechtsprechung sowie Visitation und Reform des Gerichts auf Basis der Regensburger Deklaration (RTA JR Bd. XI, Nr. 949) wurde in ihrer von der Gesamtheit der Augsburger Konfessionsverwandten befürworteten ersten Supplikation (Nr. 152) mit Ver-

<sup>75</sup> F. EDELMAYER, *Kursachsen, Hessen und der Nürnberger Reichstag von 1543*, S. 195f.

<sup>76</sup> *Eintreten für ein papstfreies Konzil, Forderung nach freier Ausübung der evangelischen Religion, Erlaubnis der protestantischen Predigt des Evangeliums.*

<sup>77</sup> *Siehe Kap. V.A und V.B.*

<sup>78</sup> *Nr. 188–189, Nr. 346–347, Nr. 349–350, Nr. 360.*

<sup>79</sup> *Nr. 89a, Anm. 12, Nr. 396.*

<sup>80</sup> *Nr. 91, Nr. 166–169, Nr. 192–194 Nr. 345, Nr. 361, Nr. 377–379, Nr. 392–393.*

weis auf die Zusicherungen vorangegangener Reichstage näher ausgeführt und mit dem Verlangen nach einem beständigen Frieden verknüpft. Als Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Ziele diente den Protestanten die Junktimierung ihrer Forderungen mit der Türkenhilfe, welche vor einer befriedigenden Erledigung der Probleme von Friede und Recht nicht in Angriff genommen werden sollte. In seiner am 16. Februar 1543 erfolgten schriftlichen Antwort (Nr. 155) orientierte sich der König im Wesentlichen an der in der Zwischenzeit eingeholten Stellungnahme der Altgläubigen (Nr. 154), die keinerlei Entgegenkommen gegenüber den Andersgläubigen an den Tag legten. In Hinblick auf den Frieden wollte er nicht über die Friedstandsregelungen der vergangenen Reichstage hinausgehen; der braunschweigische Feldzug wurde den Schmalkaldenern als Landfriedensbruch zur Last gelegt, die Reform oder Neubesetzung des Gerichts im protestantischen Sinn abgelehnt; sein Entgegenkommen bestand lediglich in einer Bestätigung der in Speyer zugesagten Suspension der Kammergerichtsprozesse (RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 130).

Die mangelnde Kompromissbereitschaft von königlich/kaiserlicher und altkirchlicher Seite förderte den Zusammenhalt im Lager der Augsburger Konfessionsverwandten, zu denen die Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes<sup>81</sup> als führende Teilgruppe zählten, welche die politische Taktik am Reichstag vorgab und für den Zusammenhalt der Konfessionspartei sorgte. Auf Grund unterschiedlicher Partikularinteressen war es für einige protestantische Reichsstände (z.B. Herzog Moritz von Sachsen, die Markgrafen von Brandenburg, die Reichsstädte Nürnberg, Regensburg und Augsburg) mitunter nicht leicht bzw. unmöglich, sich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen<sup>82</sup>. Umso wichtiger waren die Appelle der Bundesobersten, „für einen Mann zu stehen“ und sich ohne Zugeständnisse in den Fragen von Friede und Recht nicht für die Leistung der Türkenhilfe vergattern zu lassen<sup>83</sup>. Als die Protestanten in ihrer

<sup>81</sup> *Zu dem mit Vertrag vom 27. Febr. 1531 gegründeten Schmalkaldischen Bund (18 Reichsstände siegelten den Bundesgründungsvertrag) kamen bis 1546 immer wieder neue Mitglieder dazu. Sie nannten sich u. a. „Stände des christlichen Vereins“ oder auch „Einungsverwandte“. Siehe B. JÖRGENSEN, *Konfessionelle Selbst- und Fremdbezeichnungen*, S. 235–237; G. HAUG-MORITZ, *Der Schmalkaldische Bund 1530–1541/42, passim. Allgemein zur Gründungsgeschichte des Bundes*; E. FABIAN, *Die Entstehung des Schmalkaldischen Bundes und seiner Verfassung 1524/29–1531/33*.*

<sup>82</sup> *Über Uneinigkeit und Spaltungstendenzen innerhalb des protestantischen Lagers informiert der Bericht der hessischen Räte von 1543 Febr. 2 (Nr. 339) und des markgräflich-brandenburgischen Gesandten Dr. Augustin Megersheimer von 1543 Febr. 7 (Nr. 357).*

<sup>83</sup> *Der Memminger Gesandte Christoph Zwicker berichtete am 18. Febr. 1543 über die Versammlung der Schmalkaldener vom 12. Febr.: [...] Also sind nun die aynungsverwandten nach verlesung solcher suplication [Wolf Dietrich von Pfirt: Nr. 127] zuainander gangen und sich des entschlossen, [sich] hierin nicht einzulassen mit den andern reychsstenden, bis zuvor diese puncten fridens und rechtens halber verglichen werden. Die stett, so der augspurgischen confessyon und unser ubergeben suplication*

Antwort vom 26. Februar 1543 (Nr. 157) die Argumente der Supplikation gegenüber König Ferdinand in etwas veränderter Form wiederholten, fügten sie die Bitte hinzu, einen von beiden Konfessionsparteien gleichermaßen beschickten Ausschuss zur Beratung der strittigen Fragen einzusetzen<sup>84</sup>. Das Ersuchen nach einem Ausschuss wurde ihnen in der königlichen Antwort vom 3. März (Nr. 158, Art. 3) als zu zeitraubend abgeschlagen; mit der Verlängerung des Friedens verwies Ferdinand auf das baldige Kommen des Kaisers ins Reich; die Absetzung des Kammerrichters und der Beisitzer lehnte der König kategorisch ab; die Regensburger Deklaration des Kaisers erwähnte er mit keinem Wort. Da den Protestanten damit nicht gedient war, verhärteten sich die Fronten zusehends<sup>85</sup>. Dazu kam eine immer näher rückende Bedrohung durch die Türken, wie die Kundschafterberichte (Nr. 135) den Reichsständen deutlich vor Augen führten. Unter diesen Umständen kündigte der König an, mit den im Reichsrat erscheinenden Ständen die Verhandlungen über die Türkenhilfe beginnen zu wollen (Nr. 158, Art. 8). Es folgte ein weiterer ergebnisloser Schriftwechsel in Form von Triplik und Quadruplik (Nr. 159–160), wobei Ferdinand anbot, die Bestimmungen zu Friede und Recht nicht nur auf Basis der bisherigen Reichsabschiede, sondern auch gemäß der kaiserlichen Deklaration von 1541 (RTA JR Bd. XI, Nr. 949) zu deuten. Das königliche Angebot rief die von den Bundeshauptleuten gefürchtete Spaltung unter den Schmalkaldenern nicht hervor, wie sich aus dem hessischen Votenprotokoll vom 9. März 1543 (Nr. 161) ergibt. Nicht nur die Schmalkaldischen Bündner, sondern auch die meisten anderen Reichsstände der Augsburger Konfession blieben bei ihrer Ablehnung der königlichen Vorschläge (Nr. 162, Anm. 1). Nur die Gesandten Herzog Moritz' von Sachsen, des Markgrafen Georg von Brandenburg, des Markgrafen Hans von Brandenburg-Küstrin und der Städte Nürnberg und Regensburg stimmten der Forderung nach völliger Neubesetzung des Kammergerichts nicht zu und wollten sich mit der Visitation auf Grund der Deklaration begnügen<sup>86</sup>.

---

nit anhengig werden [!], an die hand nemen, dieweyl man der stym und session noch nit verglichen, werden sy sich auch widern, so lang sy mügen. [...]. In: *Memmingen StadtA, A Bd. 320, S. 517–520, hier S. 517 (Ausf.)*.

<sup>84</sup> Siehe Nr. 157, Art. 3, letzter Absatz.

<sup>85</sup> Die kursächsischen Räte spekulierten bereits am 26. Febr. 1543 in einem Bericht an Kf. Johann Friedrich über eine frühzeitige Abreise aus Nürnberg (Nr. 340).

<sup>86</sup> Bericht der Frankfurter Gesandten von 1543 März 9 an Bgm. und Rat von Frankfurt, in: *Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Lambs)*. Siehe auch P. HEIDRICH, *Karl V. und die deutschen Protestanten, Teil 1, S. 127. Die Gesandten des Hg. Moritz von Sachsen und jene der Hgg. von Pommern schlossen sich der von den anderen protestantischen Ständen mitgetragenen Rekusation des Reichskammergerichts nicht an: siehe das Schreiben der Frankfurter Gesandten an Bgm. und Rat von Frankfurt, Nürnberg, 1543 März 18, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Lambs)*.

Der König gab den Protestanten darauf am 10. März in einer mündlichen Antwort zu verstehen, dass er keine weiteren Zugeständnisse machen könne; er lehnte die Absetzung des Kammergerichtspersonals ohne vorherige Anhörung ab (Nr. 163, Art. 3), verwies abermals auf die baldige Ankunft des Kaisers im Reich und forderte die Evangelischen auf, gemeinsam mit den anderen Ständen die Beratungen über die Türkenhilfe zu beginnen (Nr. 163, Art. 4). In ihrer kurzen Erwiderung beharrten die Augsburger Konfessionsverwandten auf ihren mehrmals vorgebrachten Forderungen, ohne deren Erfüllung sie – den Befehlen ihrer Auftraggeber entsprechend – zu keinen Verhandlungen über die Türkenhilfe befugt wären. Die daraus entstehende Blockade der Verhandlungen beendete zunächst die Verständigungsversuche zwischen den Konfessionsparteien, die auf anderer Ebene weitergeführt wurden (siehe unten ad 2 und ad 3).

Erst am 2. April nahm der König die direkte Kommunikation mit den Neugläubigen wieder auf, nachdem die Sonderverhandlungen der kaiserlichen Räte und die gemeinsamen Beratungen der Konfessionsparteien im Reichsrat gescheitert waren und die Altgläubigen alleine über die Türkenhilfe verhandelten. Sie hatten Ende März in ihrem ersten Gutachten zur Türkenhilfe (Nr. 92) den König ersucht, nochmals die Vermittlerrolle zu übernehmen und die Evangelischen zur Teilnahme an den Beratungen zu überreden. Da Ferdinand den Protestanten außer der raschen Festsetzung eines Visitationstermins und der Schlichtung eventueller Streitigkeiten durch den Kaiser nichts substantiell Neues anzubieten hatte (Nr. 170), forderten diese die explizite Erwähnung der Regensburger Deklaration (RTA JR Bd. XI, Nr. 949) im Reichsabschied, um auf dieser Basis zu einer Übereinkunft über Friede und Recht zu kommen. Die Regelung der braunschweigischen Angelegenheit sollte erst nach der Ankunft des Kaisers stattfinden und die Kammergerichtsprozesse sollten bis zum Ende der Visitation suspendiert werden (Nr. 171). Jener Teil der Schmalkaldener, die unbeirrbar an der Neubesetzung des Kammergerichts festhielten, veranlasste nach Übergabe des Aktenstücks offenbar die Nachreichung eines „Zettels“, auf welchem die Absetzung der von ihnen nicht akzeptierten Kammergerichtspersonen verlangt wurde<sup>87</sup>. All diese Forderungen wurden von den Altkirchlichen in ihrer Stellungnahme (Nr. 172) dezidiert abgelehnt: Sie gestanden lediglich eine Suspension der Kammergerichtsprozesse für vier Monate zu. Auf eine vom König angebotene Nebenversicherung zum Reichsabschied (Nr. 173) wollten sich die Augsburger Konfessionsverwandten erst recht nicht einlassen, da die Erfahrungen in Regensburg 1541 und in Speyer 1542 gezeigt hatten, dass eine solche Deklaration ohne Anerkennung durch alle Reichsstände wertlos war (Nr. 174).

Trotz der verfahrenen Situation gab der König seine Vermittlungsversuche nicht auf. Da die Protestanten auf der Aufnahme der kaiserlichen Deklaration von 1541 in den Reichsabschied bestanden, ließ Ferdinand den altgläubigen

<sup>87</sup> Siehe Nr. 171, letzter Absatz, Anm. a–a, und P. HEIDRICH, *Karl V. und die deutschen Protestanten*, Teil 1, S. 127.



Ständen durch Naves am 14. April 1543 ein Gutachten für die Formulierung der Artikel zu Friede und Recht im Reichsabschied übergeben (Nr. 175), in welchem das Bemühen spürbar wird, die Protestanten nicht völlig vor den Kopf zu stoßen. In dem Entwurf wird die Deklaration zwar nicht erwähnt, sie konnte aber – so die Befürchtungen der Altgläubigen – unter dem unscharfen Begriff „reichsabschied und handlungen“ von den Protestanten darunter verstanden werden. Nach Beratungen der Altgläubigen über den königlichen Entwurf und ihrer anschließenden kritischen Stellungnahme (Nr. 176–177) kam es zu einigen Ergänzungen und Korrekturen der umstrittenen Artikel durch den König und Naves (Nr. 178), was am 18. April schließlich zur Einigung der Altgläubigen mit König Ferdinand über die Artikel zu Friede und Recht führte (Nr. 179). Diese Artikel übergab der König gemeinsam mit den Beschlüssen über die Türkenhilfe (Nr. 94) den Protestanten und forderte sie auf, sich angesichts der Notlage des Reichs an der Türkenhilfe zu beteiligen (Nr. 180). Dabei wies er darauf hin, dass durch seine Vermittlungsbemühungen die Altgläubigen einer Regelung von Friede und Recht zugestimmt hätten, die „aller erbarkeyt und pilligkeyt nit ungemess“ sei; außerdem bot er abermals eine königliche Nebenversicherung zum Reichsabschied an. Doch allen Überredungskünsten Ferdinands zum Trotz fiel das Gutachten des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten zu den vom König übergebenen Artikel (Nr. 94, Nr. 179) vernichtend aus. Die evangelischen Reichsstände folgten dem Ausschussgutachten (Nr. 181) und lehnten sowohl die Türkenhilfe als auch die Bestimmungen zu Friede und Recht ab (Nr. 182–183).

Am 22. April machte Ferdinand einen letzten Versuch, mit den Protestanten zu einer Einigung zu gelangen. Er schilderte ihnen nochmals seine Bemühungen, die Differenzen zwischen den Parteien beizulegen, die sich vor allem um die Anerkennung der kaiserlichen Deklaration von Regensburg drehten, und forderte sie auf, die Beschlüsse der anderen Reichsstände mitzutragen (Nr. 184). Doch an ein Einlenken war nicht mehr zu denken. Die Augsburger Konfessionsverwandten lehnten den königlichen Vorschlag noch am selben Tag ab, worauf Ferdinand das Scheitern seiner Bemühungen eingestehen, „mit gedult annemen und di sachen diser zeit bei dem jetzigen ersuchen beruhen“ ließ. Ein gemeinsamer Beschluss aller Reichsstände zur Türkenhilfe war nicht zu erreichen, und dem König blieb nur die Hoffnung auf die christliche Hilfsbereitschaft der protestantischen Reichsfürsten in Form einer partikularen Hilfszusage in der Not (Nr. 185).

Ad 2: Den Reigen der Sonderverhandlungen mit den Evangelischen eröffnete der kaiserliche Generalbevollmächtigte Nicolas de Granvelle bereits am 3. Februar 1543. Während der Monate Februar/März fanden mehrere Unterredungen der hessischen Räte mit Granvelle bzw. dem kaiserlichen Sekretär und Begleiter Granvelles in Nürnberg, Gerhard Veltwyk, statt, die um eventuelle Angriffspläne Herzog Heinrichs von Braunschweig und die in Wolfenbüttel gefundene Aktenbeute, ferner um den Konflikt zwischen Königin Maria und

Herzog Wilhelm von Jülich und nicht zuletzt auch um die Problematik von Friede und Recht kreisten. Dabei machte Granvelle keinerlei Zugeständnisse, vor allem was die öffentliche Anerkennung der kaiserlichen Deklaration betraf, sondern verschob die Lösung aller Probleme auf das Kommen des Kaisers ins Reich<sup>88</sup>. In der Unterredung vom 2. März wurden die Einschüchterungsversuche des kaiserlichen Ministers massiver. Er beschuldigte die hessischen Räte, den anderen Schmalkaldenern mit schlechtem Beispiel voranzugehen und es an Kompromissbereitschaft und gutem Willen fehlen zu lassen, denn ihr Herr, Landgraf Philipp von Hessen, hätte die Bündner in der Hand, wenn er nur wolle (Nr. 342).

Parallel zu den Gesprächen Granvelles mit den hessischen Räten liefen die Bemühungen des Königs, die Reichsstädte vom kompromisslosen Festhalten am schmalkaldischen Forderungskatalog abzubringen. Er berief am 3. März die Losunger der Stadt Nürnberg<sup>89</sup> zu sich, um sie zum Einlenken zu bewegen, und ersuchte sie, auch die Gesandten von Straßburg, Augsburg und Ulm entsprechend zu informieren. Manche Städtegesandte waren durch die königlichen Vorhaltungen verunsichert, da sie ohnedies nicht überzeugt waren, dass alle Forderungen der Schmalkaldischen Bundeshauptleute (z.B. nach Auflösung und Neubesetzung des Reichskammergerichts) dem Interesse der Städte entsprächen<sup>90</sup>.

Nach einem weiteren Monat erfolgloser Verhandlungen äußerte der König in einer Unterredung mit dem Vertreter Augsburgs, Dr. Claudius Pius Peutingen, am 2. April deutlich seine Missbilligung über die Haltung der Städte, aber

<sup>88</sup> *Siehe mehrere Berichte der hessischen Räte über ihre Unterredungen mit Granvelle, z.B. von 1543 Febr. 4, Febr. 8, Febr. 10, Febr. 20, in: Marburg StA, PA 650, fol. 92r–97r, fol. 125r–128v, fol. 131r–139r, fol. 154r–160r (alles Ausf.). Am 28. Febr. schrieb Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp über den Tenor der Aussagen Granvelles: [...] Dieweil wir wüßten ksl. Mt. gemuet zum friden und gleichmessig rechten gantz geneigt, hetten auch das bis doher anderst nit befunden, derhalben sollten wir uns billich des bis zu der ksl. Mt. ankunfft benuegen lassen und zu den handeln, die keinen vertzug leiden konnten [gemeint ist die Türkenhilfe], neben andern stenden greiffen, damit die ksl. Mt. unsern gutten willen gegen irer Mt. auch sehen könnten. Und wurden die sachen des fridens und rechten stattlicher und bestendiger nit verricht werden mögen, dann in ksl. Mt. gegenwurtigkeit. Dann wann schon die andern stendt uns ein fridt geben one den keiser, so were er doch nit bestendig. Sollten wir nun über dises alles uff unserm vorhaben beharren, so wurde es bey der ksl. Mt. ein sollich ansehen haben, das wir ire Mt. dahin muessigen wollten, die begerte hulf von uns zu kauffen. Und derhalben sollten wir die handlung in irem standt lassen und des geneigten ksl. Mt. willens bis uff ir Mt. ankunfft in das Reich begnuegig sein. [...]. In: Marburg StA, PA 650, fol. 191r–194v, hier fol. 192r (Ausf.).*

<sup>89</sup> *Christoph Tetzl und Leonhard Tucher.*

<sup>90</sup> *Aus dem Bericht der Augsburger Gesandten Jörg von Stetten und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg vom 6. März 1543 lässt sich erkennen, in welcher Weise der König auf die Nürnberger Losunger einredete: Nr. 89a, Anm. 12.*

Peutingen blieb trotz der Vorwürfe des Königs bei der von den Schmalkaldenern vorgegebenen Taktik der Verweigerung der Türkenhilfe (Nr. 396), wobei er Rückendeckung vom Rat der Stadt Augsburg erhielt (Nr. 397)<sup>91</sup>.

Eine neue Reihe von Sonderverhandlungen wurde von kaiserlich/königlicher Seite nach dem Scheitern der Beratungen zwischen dem König und den Protestanten vom 10. bis zum 12. März aufgenommen. Diesmal wurden nicht nur die hessischen (Nr. 189), sondern auch die kursächsischen (Nr. 188) und die württembergischen Gesandten (Nr. 360) in langen Gesprächen von Ferdinand und von Granvelle zu beeinflussen gesucht, um sie von der Forderung nach Neubesetzung des Reichskammergerichts und nach Erwähnung der kaiserlichen Deklaration im Reichsabschied abzubringen<sup>92</sup>. Das Hauptziel dieser neuerlichen Initiative war es, die Verhandlungen über die Türkenhilfe in Gang zu bringen.

Die Reichsratssitzung am 12. März zeigte jedoch, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Der Aufforderung der drei kaiserlichen Kommissare, die Trennung der Stände zu beenden und gemeinsam im Reichsrat über den Vollzug der Hilfe zu beraten, wurde von den Schmalkaldenern nicht Folge geleistet, während die Katholiken ihre Verhandlungsbereitschaft erklärten (Nr. 188, Nr. 190–191). Naves gab den hessischen Räten nach der Reichsratssitzung zu verstehen, dass sie nicht auf der Bildung eines gemeinsamen Ausschusses der Stände zu Friede und Recht bestehen sollten, da der König ihnen ohnehin schon zugesagt habe, die Visitation des Kammergerichts auf Basis der kaiserlichen Deklaration durchführen zu lassen<sup>93</sup>.

Die weiterhin fortbestehende Blockade der Verhandlungen über die Türkenhilfe wollte Ferdinand durchbrechen, indem er die altgläubigen Reichsstände am 15. März ersuchte, seine gesamten bisher mit den Protestanten geführten Verhandlungen, unter denen sich auch sein Vorschlag vom 9. März zur Visitation auf Basis der kaiserlichen Deklaration befand (Nr. 160, Art. 3), urkundlich zu billigen. Damit wollte er das Misstrauen der Evangelischen gegenüber den Altgläubigen zerstreuen, die zu Recht verdächtigt wurden, die Zusicherungen des Königs nicht zu akzeptieren. Außerdem schlug Ferdinand den Altkirchlichen vor, gemeinsam mit ihm und den kaiserlichen Kommissaren

<sup>91</sup> Auch Nicolas de Granvelle versuchte, in einer gesonderten Unterredung mit den Vertretern Augsburgs am 23. März, die Stadt für die kaiserlichen Interessen zu mobilisieren. Er kritisierte, dass sich Augsburg für die Vermittlung eines Friedens mit Hg. Wilhelm von Jülich einsetze anstatt den Kaiser zu unterstützen. Gleichzeitig ersuchte er die städtischen Vertreter Augsburgs, die Stadt möge dem Kaiser unter äußerster Geheimhaltung Schießpulver gegen Barzahlung zur Verfügung stellen. Siehe den Bericht der Augsburger Gesandten über das Gespräch mit Granvelle (Nr. 390).

<sup>92</sup> Bei den Gesprächen mit den kursächsischen Gesandten ging es neben Friede und Recht auch um die Parteinahme des Kurfürsten von Sachsen für seinen Schwager Hg. Wilhelm von Jülich.

<sup>93</sup> Siehe die letzten Absätze des hessischen Berichts vom 12. März 1543 (Nr. 190).

ein Schreiben an das Reichskammergericht zu adressieren wegen der Suspension der Prozesse in allen weltlichen und Religionsangelegenheiten. Die katholische Aktionspartei war aber nicht gewillt, die königlichen Vorschläge zu akzeptieren und weigerte sich, die königlichen Verhandlungsergebnisse betr. die Gültigkeit der kaiserlichen Deklaration von 1541 anzuerkennen<sup>94</sup>.

Das kurze Intermezzo von gemeinsamen Verhandlungen der Alt- und Neugläubigen im Reichsrat zwischen 20. und 29. März 1543 (siehe unten ad 3) wurde von weiteren Sonderverhandlungen der hessischen Räte mit Granvelle (Nr. 346–347) und Naves (Nr. 349) begleitet. Um die Schmalkaldener für die Leistung der Türkenhilfe zu gewinnen, verstieg sich der Generalorator sogar zu der Aussage, dass der König gemeinsam mit ihm und den kaiserlichen Kommissaren bereit wäre, die Absetzung der den Protestanten missliebigen Beisitzer des Reichskammergerichts, eine Regelung des Landfriedens und die Reform des Gerichts auf Basis der kaiserlichen Deklaration von 1541 zuzusichern, allerdings unter der Bedingung der einstweiligen Geheimhaltung, um Schwierigkeiten mit den Altgläubigen zu vermeiden (Nr. 346, Anm. 1). Dass es sich bei diesem Versprechen lediglich um einen taktischen Schachzug des gewandten Politikers Granvelle handelte, sahen die hessischen Räte spätestens, als sie Granvelle um eine schriftliche Beurkundung der geheimen Deklaration baten und dieser unwirsch ablehnte und lediglich eine mündliche eidesstattliche Zusicherung einräumte (Nr. 347). Mit einer solchen mündlichen Versicherung wollte sich der Landgraf, der sich des Widerstands der katholischen Aktionspartei, vor allem Dr. Ecks, durchaus bewusst war<sup>95</sup>, nicht zufrieden geben. In einer Weisung an seine Räte vom 30. März (Nr. 350) ließ er sie wissen, dass die Deklaration nicht nur von königlich/kaiserlicher Seite, sondern auf jeden Fall auch von den Kurfürsten Köln, Pfalz und Brandenburg, wenn möglich auch von Trier, sowie von den Reichsfürsten Herzog Moritz von Sachsen, Pfalzgraf Friedrich und von einigen geistlichen Fürsten (Münster und Augsburg) bestätigt werden sollte.

In den Verhandlungen zwischen dem hessischen Rat Dr. Johann Fischer, gen. Walter, und dem kaiserlichen Vizekanzler am 29. März 1543<sup>96</sup> äußerte sich Naves ausgesprochen optimistisch in Hinblick auf die Erfolgchancen der protestantischen Forderungen: Pfalz und Köln würden der Aufnahme der kaiserlichen Deklaration von 1541 in den Reichsabschied zustimmen, von den anderen Reichsständen, selbst von Mainz, sei keine Anfechtung zu erwarten, vor allem der Kaiser stehe auf Seiten der Protestanten und habe sich durch

<sup>94</sup> Zu den Verhandlungen Ferdinands mit den Altgläubigen siehe das Protokoll des Bf. von Hildesheim zum 15. März (Nr. 80, fol. 783r) und das Protokoll des pfalz-neuburgischen Gesandten Georg Ludwig von Seinsheim zum 15. März (Nr. 82, fol. 16v). Nähere Erläuterungen auch bei P. HEIDRICH, *Karl V. und die deutschen Protestanten*, Teil 1, S. 127f.

<sup>95</sup> Siehe Nr. 350, Anm. 1.

<sup>96</sup> Siehe den ausführlichen Bericht von Dr. Johann Fischer an Lgf. Philipp von Hessen vom 30. März 1543: Nr. 349.

die Regensburger Deklaration viele Feinde im altgläubigen Lager zugezogen. Die von Naves tendenziös geschilderte Situation veranlasste Dr. Fischer – vorausgesetzt eine befriedigende Lösung von Friede und Recht –, eine einfache Türkenhilfe des Landgrafen in Form einer Geldsumme in Aussicht zu stellen; außerdem würde Philipp die anderen Bündner zur Hilfeleistung motivieren (Nr. 349). Die im April stattfindenden Verhandlungen zwischen dem König und den Protestanten (siehe oben ad 1) verliefen dann aber ganz anders als von den kompromissbereiten Vertretern aller Parteien erhofft.

Ad 3: Da weder der Schriftwechsel zwischen König und Protestanten noch die Sonderverhandlungen mit einzelnen Reichsfürsten und Reichsstädten über Friede und Recht bis Mitte März 1543 zu einem positiven Ergebnis geführt hatten, waren die Chancen auf gemeinsame Beratungen aller Reichsstände über die Türkenhilfe im Reichsrat äußerst gering. Erst das während des ganzen Reichstags präsen- te Thema des jülich-schen Kriegs brachte Bewegung in die festgefahrenen Fronten. Die Räte Herzog Wilhelms von Jülich ersuchten sowohl die gesamte Reichsversammlung als auch die Schmalkaldener im Besonderen am 17. bzw. 18. März um Beistand und Vermittlung in diesem Konflikt (Nr. 208). Nach kontroversen Beratungen<sup>97</sup> entschied der Ausschuss der Augsburger Konfessionsverwandten am 19. März, dass ohne Beilegung des Jülicher Konflikts, zu der sie beitragen wollten, keine Türkenhilfe möglich sei. Die Evangelischen sollten daher an der vom Reichserbmarschall für 20. März 1543 einberufenen Sitzung des Reichsrates<sup>98</sup> in ihrer jeweiligen Kurie teilnehmen, ihre altbekannte Position zur Priorität von Friede und Recht vertreten und gleichzeitig die Bereitschaft kundtun, sich in der Jülicher Angelegenheit zu engagieren (Nr. 209). Die protestantischen Reichsstände setzten diesen Beschluss des Ausschusses am 20. März in die Tat um und erschienen – überraschend für alle anderen – im Reichsrat, wo die Altgläubigen über die Türkenhilfe zu verhandeln beginnen wollten<sup>99</sup>. Wegen der protestantischen Präsenz ergaben die Umfragen in allen drei Kurien (Kurfürsten-, Fürsten- und Städterat) durch das Votum mehrerer „gutherziger Stände“<sup>100</sup> einen Mehrheitsbeschluss<sup>101</sup> im Sinne der Evangeli-

<sup>97</sup> Die hessischen Räte waren wegen der ungelösten Thematik von Friede und Recht und ihren anders lautenden Instruktionen nicht der Meinung, dass die Schmalkaldener im Reichsrat erscheinen sollten. Schließlich fügten sie sich aber dem Mehrheitsbeschluss der Konfessionsverwandten: hessischer Bericht vom 23. März 1543: Nr. 345.

<sup>98</sup> In dieser Reichsratssitzung sollte über eine Antwort auf die königliche Proposition (Nr. 43) und auf die Rede Granvelles (Nr. 197) beraten werden: siehe das Nürnberger Städteratsprotokoll zum 20. März (Nr. 89a, fol. 22v–23r.)

<sup>99</sup> Bericht des badischen Gesandten Dr. Johann Marquardt über die Reichsratssitzung am 20. März (Nr. 377).

<sup>100</sup> Zitiert aus dem Bericht der hessischen Räte vom 23. März (Nr. 345). Gemeint sind damit konfessionsneutrale Stände und jene, die die starren altgläubigen Positionen Bayerns und einiger geistlicher Fürsten nicht teilten.

<sup>101</sup> Im Städterat kam es zu einem einstimmigen Beschluss für die Priorität von Friede und Recht vor der Türkenhilfe (Nr. 392, 2. Absatz).

schen, d.h. für die Priorität der Behandlung von Friede und Recht vor der Türkenhilfe. Die Jülicher Frage sollte als Bestandteil der Friedensfrage vor der Türkenhilfe erörtert werden, wobei die Protestanten gemeinsam mit den anderen Reichsständen beim König und den kaiserlichen Räten am 22. März um Vermittlung in diesem Konflikt ansuchen wollten (Nr. 212)<sup>102</sup>. König Ferdinand unterstrich erneut die Dringlichkeit einer gemeinsamen Hilfe aller Reichsstände gegen die Türken, da bei Verlust Ungarns an die Türken Österreich, Bayern und Schwaben höchst gefährdet seien<sup>103</sup>. Trotz dieser Appelle blieb es beim Mehrheitsbeschluss aller Kurien, den jülich-klevischen Konflikt prioritär vor der Türkenhilfe zu behandeln, die während andauernder Kriegshandlungen ohnedies nicht geleistet werden könne. Neben der klevischen Vermittlung sollte auch über Friede und Recht im Allgemeinen beraten werden<sup>104</sup>.

Diese Entwicklung konterkarierte die Absichten der katholischen Aktionspartei, die nun alles daran setzte, den gegen ihren Willen durchgesetzten Mehrheitsbeschluss zu durchkreuzen. Bischof Valentin von Teteleben berichtete von einer Versammlung der altgläubigen Vertreter der Kurfürsten und Fürsten am 23. März, in welcher über den am Vortag gefassten Mehrheitsbeschluss der Kurfürsten beraten wurde. Der Vertreter Österreichs im Fürstenrat, Hans Gaudenz von Madruzzo, erklärte, dass im Fürstenrat der Beschluss zur sofortigen Fortsetzung der Türkenhilfeverhandlungen gefallen sei<sup>105</sup>, was nicht der Wahrheit entsprach und einem simplen Ignorieren der Mehrheitsinteressen zur Durchsetzung der eigenen Ziele gleichkam<sup>106</sup>.

<sup>102</sup> *Um einen Frieden in Jülich zu vermitteln, wurde ein reichsständischer Ausschuss gebildet, zu dem auch zwei Städtevertreter beigezogen wurden (Straßburg, Nürnberg).*

<sup>103</sup> *Siehe die drei Berichte Dr. Johann Marquardts an Mgf. Ernst von Baden über die Verhandlungen der Konfessionsparteien im Reichsrat zwischen 20. und 29. März 1543 (Nr. 377–379).*

<sup>104</sup> *Über diese Vorgänge in den wenigen Reichsratssitzungen, in welchen die konfessionelle Trennung der Stände aufgehoben war, berichteten mehrere Gesandte, wie der pfalz-neuburgische Gabriel Arnold (Nr. 91, Nr. 361) die Augsburger (Nr. 392) und die hessischen Räte (Nr. 345).*

<sup>105</sup> *Pfalz-neuburgisches Protokoll zu der von den Kurfürsten einberufenen Versammlung des 23. März (Nr. 82, fol. 19r, letzter Absatz). Auch das Schreiben der hessischen Räte vom 23. März schildert die Falschaussage Madruzzos über die Beschlüsse des Fürstennrates in ähnlicher Weise (Nr. 345, S. 1382), mit dem Hinweis, dass sich die hessischen Gesandten nicht vom Mehrheitsbeschluss abbringen lassen würden. Ähnlich lautet das CA-Protokoll Lambs zum 23. März (Nr. 86c, fol. 238r).*

<sup>106</sup> *Zur Bedeutung von kurialen Mehrheitsbeschlüssen siehe K. SCHLAICH, *Maioritas – protestatio – itio in partes – corpus Evangelicorum*, S. 68–134; K. SCHLAICH, *Die Mehrheitsabstimmung im Reichstag zwischen 1495 und 1613*, S. 135–178. In seiner Argumentation weist Schlaich darauf hin, dass dem Mehrheitsbeschluss des Reichstags die Sicherheit der Exekution fehlte (S. 86) und dass die Mehrheit für die Durchführung des*

Der Kampf mit unlauteren Mitteln wurde von Dr. Eck am 24. März fortgesetzt, indem er die altgläubigen Stände des Fürstenrates ohne Wissen der Protestanten einberief. In gesonderten Beratungen der Altgläubigen kam es zu einem Beschluss in der Frage der Türkenhilfe, demgemäß dem König nach einem Vergleich der Anschläge für dieses Jahr die geforderte Hilfe bewilligt werden sollte<sup>107</sup>. In den Fragen von Friede und Recht blieb die Haltung der Altgläubigen intransigent wie seit Anfang des Reichstags; von einer vorherigen Erledigung der von den Protestanten geforderten Punkte und einer Befolgung der Mehrheitsbeschlüsse im Kurfürsten- und Fürstenrat war keine Rede. Das Vorgehen Ecks kam einer Überrumpelung gleich, die in der für den 26. März einberufenen Reichsratssitzung jedoch geschickt verschleiert wurde, damit die Schuld für die gescheiterten Verhandlungen nicht den Altgläubigen angelastet werden konnte. In einem mündlichen Vortrag im Namen der altgläubigen Reichsstände (Nr. 166) anerkannte der Mainzer Erzkanzler formal den Mehrheitsbeschluss von Kurfürsten- und Fürstenrat für die Priorität von Friede und Recht und übermittelte den Schmalkaldenern infolgedessen all jene altgläubigen Vorschläge zu Friede und Recht, die für sie bekanntlich unannehmbar waren<sup>108</sup>. Da mit einer Akzeptanz der Vorschläge durch die Evangelischen von altgläubiger Seite offenbar gar nicht gerechnet wurde, beendete Dr. Jakob Jonas seinen Vortrag mit der Ankündigung, dass die Reichsstände in einem solchen Fall die Beratungen über die Hilfe ohne die Protestanten fortsetzen würden.

Da auch die Konfessionsverwandten die Schuld des Scheiterns der gemeinsamen Beratungen nicht auf sich sitzen lassen wollten, berieten sie im Ausschuss über eine Reaktion auf die Rede des Mainzer Kanzlers (Nr. 167)<sup>109</sup>. Das Karussell altbekannter Argumente mit der kaiserlichen Deklaration von 1541 als größtem Stolperstein begann sich wieder zu drehen. Die Sitzung des Reichsrates vom 29. März stellte mit den Wechselreden zwischen den Evangelischen und dem Mainzer Kanzler (Nr. 168–169) die letzten gemeinsamen Verhandlungen der Konfessionsparteien dar und endete mit der Ankündigung der Altgläubigen, die Beratungen über die Türkenhilfe am nächsten Tag alleine fortzusetzen, was von der Gegenpartei zur Kenntnis genommen wurde.

---

*Mehrheitsbeschlusses auf die Minderheit angewiesen war, was dem Reichstag den Zwang zum Kompromiss auferlegte (S. 88).*

<sup>107</sup> *Siehe dazu den Bericht Gabriel Arnolds vom 26. März 1543 (Nr. 361) und jenen der hessischen Räte vom 25. März (Nr. 346, 1. PS). Es gibt keine offizielles Aktenstück zu diesem Beschluss der Altgläubigen vom 24. März in der Türkenhilfe.*

<sup>108</sup> *Es handelte sich dabei um die Vorschläge König Ferdinands aus seiner ersten schriftlichen Antwort an die Protestanten vom 16. Febr. (Nr. 155), die von diesen schon damals zurückgewiesen worden waren: 1. Berufung auf den Landfrieden als ausreichende Garantie für einen Friedstand. 2. Visitation des Reichskammergerichts ohne vorherige Neubesetzung.*

<sup>109</sup> *Es kam in diesen Ausschussberatungen zu äußerst kontroversen Meinungen, wie die Augsburger Gesandten am 27. März 1543 berichteten (Nr. 392).*

Somit wurde auf keiner der drei geschilderten Kommunikationsebenen ein erfolgreicher Kompromiss erzielt, weder in den Verhandlungen König Ferdinands und der kaiserlichen Kommissare mit den Protestanten noch in den Sonderverhandlungen der habsburgischen Protagonisten mit einzelnen Reichsständen noch in den gemeinsamen Beratungen der Konfessionsparteien im Reichsrat. Die Verbindlichkeit von Mehrheitsentscheidungen wurde nicht nur von den Protestanten unter dem Aspekt der freien religiösen Gewissensentscheidung in Frage gestellt (seit 1529), sie wurde im Fall des Reichstags von 1543 auch von den Altgläubigen aus pragmatischen, machtpolitischen Gründen nicht anerkannt. Außerdem verringerte die wachsende Polarisierung zwischen Alt- und Neugläubigen die Erfolgsaussichten der Vermittlungstätigkeit des Königs und der kaiserlichen Räte und beeinträchtigte die Funktionsfähigkeit der Reichsordnung<sup>110</sup>.

## 7.2 Verhandlungen der altgläubigen Reichsstände mit König Ferdinand über die Türkenhilfe

Im Vergleich zu den Fragen von Friede und Recht, um deren Lösung zwischen den Konfessionsparteien und den Habsburgern während des ganzen Reichstags gerungen wurde, nahmen die eigentlichen Verhandlungen zur Türkenhilfe (Kap. IV.A) nur wenig Zeit in Anspruch. Sie wurden im Kurfürsten- und im Fürstenrat von den altgläubigen Ständen geführt, manchmal auch in Anwesenheit der Konfessionsneutralen und einzelner protestantischer Stände, die den Beratungen folgten, aber nicht an der Beschlussfassung beteiligt waren. Obwohl der König in der Proposition vom 31. Januar 1543 (Nr. 43) die Reichsstände ersucht hatte, für die Realisierung der 1542 beschlossenen beharrlichen Türkenhilfe „erschließliche mittel und weg“ zu bewilligen, verzögerte sich durch die kontroversiell diskutierte Friedens- und Rechtsproblematik der Beginn der Beratungen über die Türkenhilfe um sieben Wochen. Erst in der vom König einberufenen Reichsratssitzung vom 22. März wurde die Türkenhilfe von den Altgläubigen langsam in Angriff genommen, ohne Teilnahme der Protestanten<sup>111</sup>. Erste schriftliche Vorschläge zum Thema Türkenhilfe wurden Ende März 1543 fertiggestellt und am 30. März vor den altgläubigen Reichsstädten verlesen, die an diesem Beschluss nicht mitgewirkt hatten (Nr. 92, Nr. 102–103). Es stellte sich heraus, dass die Reichsstände nicht bereit waren, dem König als Kompensation für die zum Teil noch immer ausstehenden Zahlungen der Türkenhilfe von 1542 beträchtliche Mittel zur Abwehr der Türken zur Verfügung zu stellen. Sie wollten lediglich eine Defensivhilfe bewilligen unter der Bedin-

<sup>110</sup> A. P. LUTTENBERGER, *Glaubenseinheit und Reichsfriede*, S. 32–35.

<sup>111</sup> Siehe den Bericht von Gabriel Arnold vom 22. März 1543 an Pfgf. Ottheinrich über den Beginn der Verhandlungen zur Türkenhilfe: Nr. 91.



gung eines vorherigen finanziellen Ausgleichs unter den Reichskreisen und der Ringerung der Anschläge. König Ferdinand und die kaiserlichen Kommissare lieferten ein Verzeichnis der zu befestigenden Orte entlang der Donau und an der Militärgrenze (Nr. 93). Im Zuge längerer Beratungen durch einen altgläubig besetzten Ausschuss zur Türkenhilfe unter der Führung Dr. Ecks entstanden in den beiden ersten Aprilwochen zwei Fassungen eines Gutachtens (Nr. 94), welches in seiner sukzessive erarbeiteten Form größtenteils mit den entsprechenden Paragraphen des Reichsabschieds identisch ist. Die Reichsstände beschränkten sich demnach auf eine Geldhilfe in der Größe der Romzughilfe für sechs Monate, die König Ferdinand für defensive Aufgaben (Besatzung zum Schutz der Grenzen und Pässe, Sicherung der Befestigungen) zugesagt wurde<sup>112</sup>. An der Aufbringung der Hilfe wurden die Kreise – im Gegensatz zu 1542 – nicht mehr beteiligt. Man griff wieder auf das Matrikularsystem zurück, wobei die von den Reichsständen dringend geforderte Moderation der Matrikel den Kreisen übertragen wurde<sup>113</sup>. Auf den Gemeinen Pfennig, dessen wiederholte Erhebung 1542 beschlossen, aber nicht durchgeführt worden war, stützte sich der Beschluss zur Türkenhilfe nur insofern, als den Ständen die Möglichkeit eingeräumt wurde, durch Erhebung des Gemeinen Pfennigs die Untertanen einen Teil der Anlage zahlen zu lassen (Nr. 404, § 24)<sup>114</sup>. Die Gesandten der Bischöfe von Bamberg, Würzburg und Eichstätt nahmen die Beschlüsse zur Türkenhilfe nur unter dem Vorbehalt des Hintersichbringens an (Nr. 95). Der König fügte in seiner Antwort dem Gutachten noch einige Ergänzungen hinzu und bedauerte das Ausbleiben einer Offensivhilfe (Nr. 96). Die altgläubigen Reichsstände ergänzten in ihrer letzten Antwort an König Ferdinand vom 16. April noch einige Details zur Türkenhilfe (Nr. 97).

Von einem Sonderproblem der reichsständischen Veranlagung zur Türkenhilfe, das schon mehrere Reichsversammlungen beschäftigt hatte, war König Ferdinand als Landesherr betroffen. Es handelte sich dabei um die Beschwerden des Erzbischofs von Salzburg und der Bischöfe von Freising, Bamberg, Regensburg und Passau über die Doppelveranlagung zur Türkenhilfe im Reich und in den österreichischen Erblanden. Trotz einer in Speyer 1542 ausgestellten königlichen Urkunde (RTA JR Bd. XII, Nr. 59) und weiteren Bemühungen um eine vertragliche Regelung in Nürnberg 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 98) rissen die Klagen über die Doppelveranlagung nicht ab und die Suche nach

<sup>112</sup> W. STEGLICH, *Die Reichstürkenhilfe in der Zeit Karls V.*, hier S. 53.

<sup>113</sup> Zur Gegenüberstellung von Matrikularabgabe und Gemeinem Pfennig siehe: E. ELTZ, *Zwei Gutachten des Kurfürstenrates über die Wormser Matrikel und den Gemeinen Pfennig*, S. 273–301; P. SCHMID, *Reichssteuern, Reichsfinanzen und Reichsgewalt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts*, S. 153–216.

<sup>114</sup> A. LAUFS, *Der Schwäbische Kreis*, S. 191f.; W. DOTZAUER, *Die deutschen Reichskreise (1383–1806)*, S. 56f.

einer befriedigenden Lösung war Thema der Verhandlungen zwischen König Ferdinand und den betroffenen Bischöfen (Nr. 146–150).

Zu weiteren Themen, die sich unter den Oberbegriff der Türkenhilfe subsumieren lassen und die Reichsversammlung beschäftigten, zählen: Ansuchen um Unterstützung im Kampf gegen die Türken; Rechnungslegung der Reichskreise über die vergangenen Türkenhilfen (Einleitung Punkt 7.3); Verweigerung der Türkenhilfe durch die Reichsstädte (Einleitung Punkt 7.4), Berichte und Abrechnungen über die Türkenhilfen 1541/1542; finanzielle Forderungen der Hauptleute der Türkenkriege 1541/1542 wegen ausstehender Besoldung; Supplikationen wegen Ringerung der Anlagen; Winterlager der Truppen in Ungarn 1542/1543; Kundschafterberichte; Mandate und Aktenstücke zur Organisation der Türkenhilfe 1543.

### 7.3 Versammlungen der Reichskreise

Eines der erklärten Ziele des Reichstags wurde bereits im Nürnberger Reichsabschied von 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, § 36) und in der Proposition König Ferdinands (Nr. 43) formuliert: Die Einnehmer der Reichskreise sollten die Abrechnungen über die auf Basis des Gemeinen Pfennigs erhobene Türkenhilfe des Jahres 1542 vorlegen, um den finanziellen Ausgleich unter den Kreisen zu ermöglichen. Das an die Kreiseinnehmer adressierte Ausschreiben König Ferdinands, am 12. Februar 1543 in Nürnberg zu erscheinen und die Abrechnungen vorzulegen (Nr. 26), war aber nur mäßig erfolgreich. Lediglich die Einnehmer des Bayerischen, des Oberrheinischen, des Fränkischen und des Schwäbischen Reichskreises hatten sich auf ihre Aufgabe rechtzeitig vorbereitet, während die anderen Kreise in Nürnberg nichts vorlegten. Deshalb wurde die allgemeine Verrechnung der Kosten für den Türkenkrieg 1542 und der verabredete Finanzausgleich zwischen allen Reichskreisen nicht in Angriff genommen. Die Reichsstände verwiesen die zur Rechnungslegung bereiten Steuereinnehmer an das Forum ihres jeweiligen Kreises. Dort wurden die von den Kreiseinnehmern und dem Kreiszahlmeister vorgelegten Aufzeichnungen kontrolliert, Belege geprüft, der Inhalt der Kreistruhen endgültig abgerechnet und um Entlastung der Amtsträger ersucht. Die schwäbischen Kreisvertreter weigerten sich, ihre Amtsträger zu entlasten und beriefen sich dabei auf fehlende Bevollmächtigung durch ihre Auftraggeber und auf die große Zahl nicht anwesender Kreisstände<sup>115</sup>.

<sup>115</sup> Siehe den *Rechenschaftsbericht der schwäbischen Kreiseinnehmer* (Nr. 118), den *Abschied der schwäbischen Kreisstände* (Nr. 416) und die *Aufzeichnungen der schwäbischen, oberrheinischen und fränkischen Kreisvertreter über ihre Zusammenkünfte während des Nürnberger Reichstags* (Nr. 115–116, Nr. 119). Zu den *Aktivitäten der schwäbischen Kreisvertreter*: A. LAUFS, *Der Schwäbische Kreis*, S. 193f.

Bei den Versammlungen des Oberrheinischen Kreises stellte sich bei Vorlage der Abrechnungen der Kreiseinnehmer heraus, dass die Einnahmen aus dem Gemeinen Pfennig bei weitem nicht ausreichten, um die Besoldungsrückstände zu decken. So wurden die ungehorsamen Reichsstände aufgefordert, die fehlenden Beträge einzuzahlen (Nr. 120); aus den noch vorhandenen Restmitteln des Gemeinen Pfennigs sollten die Reiter aus dem Türkenzug 1542 bezahlt werden (Nr. 122). Landgraf Philipp von Hessen instruierte seine Räte, wie auf Geldforderungen der oberrheinischen Kreisvertreter an Hessen zu reagieren sei (Nr. 121), und wandte sich deshalb auch direkt an die oberrheinische Kreisversammlung (Nr. 123). Die finanzielle Misere des Kreises lag in der nicht durchgeführten Moderation der Matrikel begründet. Die Rückkehr zur Matrikelbesteuerung anstelle des Gemeinen Pfennigs, der im Reichsabschied beschlossene Zuzug<sup>116</sup> von fünf Reichskreisen und die dadurch befürchteten zusätzlichen Kosten für alle Reichsstände veranlassten die oberrheinischen Kreisvertreter, gegen den Reichsabschied zu protestieren (Nr. 410)<sup>117</sup>.

Auch andere Kreisstände hatten ihre Probleme mit dem Reichsabschied, weil dieser durch eine große Zahl von Reichsständen abgelehnt wurde und zahlreiche Protestationen vorlagen. Deshalb weigerten sich die weltlichen fränkischen Kreisstände, die zur Durchführung der Nürnberger Beschlüsse angesetzten fränkischen Kreisversammlungen zu besuchen<sup>118</sup>. Bei den bayerischen Kreisständen gab es – mit Ausnahme der bayerischen Herzöge – Bedenken gegen den Zuzug der Reichskreise, da die geistlichen Stände zum Teil noch mit der Türkensteuer des Vorjahres im Rückstand waren, außerdem bestanden zwischen Bayern und Salzburg Meinungsverschiedenheit, wie die Kreishilfe zu leisten sei. Dazu kamen die Forderungen der geistlichen und der meisten kleinen weltlichen Stände nach Verringerung der Matrikularschläge und die Beschwerden gegen die nicht beseitigte Doppelanlage<sup>119</sup>.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Reichsstände zu Ende des Reichstags – trotz einiger Versammlungen der Kreisstände und der kreisinternen Vorlage und Prüfung der Abrechnungen von vier Reichskreisen – vom geplanten finanziellen Ausgleich aller Reichskreise und der Ringerung der Anschläge genauso weit entfernt waren wie am Anfang.

<sup>116</sup> *Besondere zusätzliche Hilfe im Falle akuter Bedrohung durch die Türken (Reichsabschied Nr. 404, §§ 12–13).*

<sup>117</sup> T. MALZAN, *Geschichte und Verfassung des Oberrheinischen Kreises*, S. 66f.

<sup>118</sup> F. HARTUNG, *Geschichte des Fränkischen Kreises*, Bd. 1, S. 194.

<sup>119</sup> E. SCHWEND, *Entwicklungsgeschichte der bayrischen Kreisverfassung von 1531 bis 1542*, hier S. 43–47; R. CONRAD, *Der Bayerische Reichskreis im 16. Jahrhundert*, S. 43–48; P. C. HARTMANN, *Der Bayerische Reichskreis (1500 bis 1803)*, hier S. ??; P. C. HARTMANN, *Der Bayerische Reichskreis zur Zeit Karls V.*, hier S. 161.

## 7.4 Verhalten des Städtecorpus

Der Nürnberger Reichstag von 1543 war für die Reichsstädte in zweifacher Hinsicht bedeutsam<sup>120</sup>:

1. Sechs Ratschläge von fünf Städten (Ulm, Frankfurt, Nürnberg, Straßburg, Augsburg; zwei Ratschläge) zu Stand, Stimme und Session, über deren Ausarbeitung man sich bereits 1542 geeinigt hatte, lagen vor. Diese Ratschläge wurden von den städtischen Juristen Dr. Hieronymus zum Lamb (Frankfurt) und Dr. Ludwig Grempe (Straßburg) in Zusammenarbeit mit einem städtischen Ausschuss<sup>121</sup> zu einem umfangreichen Gutachten zusammengefasst und dem Städterat am 21. April 1543 übergeben. Die wesentliche Aussage, mit ausführlicher historischer Argumentation untermauert, bestand darin, dass sich die Reichsstädte als gleichrangigen Verhandlungspartner der anderen Reichsstände betrachteten, dem Sitz und Mitberatung im Reichsrat zustand. Die ausführliche Diskussion des Gutachtens, das in einer Auflage von 100 Exemplaren gedruckt werden sollte, blieb einem künftigen Städtetag vorbehalten<sup>122</sup>.

2. Die religiöse Spaltung innerhalb der Städtekurie wurde durch das gemeinsame Bemühen um Session und Stimme und die städtischen Forderungen in Zusammenhang mit der Türkenhilfe in den Hintergrund gedrängt. In solidarischer Einigkeit wandten sich die Städte gegen die Bevormundung und Nichtbeachtung durch die oberen Kurien. Die altgläubigen Reichsstädte ließen sich von ihren Glaubensgenossen unter den Reichsfürsten nicht vereinnahmen, sondern unterstützten die Forderung der evangelischen Städte nach Priorität der Beratungen zu Friede und Recht vor der Türkenhilfe. Auch Bemühungen des Königs und der kaiserlichen Räte, mit einzelnen Reichsstädten partikuläre Abmachungen zu treffen (siehe Kap. 7.1 ad 2) und sie aus der Phalanx des Schmalkaldischen Bundes herauszubrechen, scheiterten. Aspekte konfessioneller Zugehörigkeit zählten für die altgläubigen Mitglieder des Städtecorpus weniger als ihre so oft vorgebrachten Beschwerden über die als ungerecht empfundene Höhe der Veranlagung zur Türkenhilfe und über ihren Ausschluss von den Beratungen. Bereits am 13. Februar 1543 wurden nur die Mitglieder der altgläubigen Kommunen zur allgemeinen Ständeversammlung geladen, um ihnen die Beschlüsse der Fürsten mitzuteilen. Das wiederholte sich am 20. März, als bei der angekündigten Reichsratssitzung zur Beratung

<sup>120</sup> Über alle Vorgänge im Städterat gibt das Nürnberger Protokoll detailliert Auskunft: Nr. 89a, *passim*. Zu den reichsstädtischen Gutachten über Stimme und Session siehe den Abschied der Reichsstädte: (Nr. 417, Anm. 1 und 2).

<sup>121</sup> Dem städtischen Ausschuss zur Abfassung eines einheitlichen Gutachtens über Stand, Stimme und Session gehörten Vertreter der Städte Straßburg, Speyer, Frankfurt, Regensburg, Augsburg, Nürnberg und Esslingen an. Siehe das Nürnberger Protokoll zum 14. Febr. 1543 (Nr. 89a, fol. 16r).

<sup>122</sup> Zu den städtischen Gutachten über Stand, Stimme und Session siehe: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 251–253, S. 281–283.

über die königliche Proposition und über den Vortrag Granvelles die städtischen Delegierten nicht zugelassen wurden. Auch am 30. März wurde den altgläubigen Reichsstädten erst nach langer Wartezeit ein erster Entwurf zur Türkenhilfe (Nr. 92) mitgeteilt; ihrer Bitte um Abschrift des Aktenstücks wurde nicht stattgegeben<sup>123</sup>. Auf Grund all dieser Erfahrungen erstaunt es nicht, dass die altkirchlichen Reichsstädte gemeinsam mit den evangelischen gegen den Reichsabschied protestierten (Nr. 408) und in diesem Protest – ähnlich wie in ihrer Protestation vom 1. April (Nr. 102) und in ihrer Supplikation vom 14. April (Nr. 103) – noch einmal ihre Kritik und die Bedingungen für die Türkenhilfe formulierten: Forderung nach Sitz und Stimme im Reichsrat, nach Ringerung der Anlagen und nach einem finanziellen Ausgleich unter den Kreisen; Kritik an den zu hohen Kosten für den geplanten Zuzug einzelner Reichskreise und an der Höhe der neu beschlossenen Türkenhilfe, die von den Städten aus den Einnahmen des Gemeinen Pfennig nicht gedeckt werden könne; Ablehnung der für die Städte ungünstigen Matrikelbesteuerung; Kritik an der Ablieferung der Steueranlagen der Domkapitel an die Bischöfe statt an die Städte; Forderung nach ausreichenden Versicherungen zu Friede und Recht.

### 7.5 Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Herzog Wilhelm von Jülich und dem Haus Habsburg um das Herzogtum Geldern

Sowohl Königin Maria von Ungarn, die Statthalterin der Niederlande, als auch Herzog Wilhelm nützten das Forum des Reichstags, um den Reichsständen ihre Sicht der Dinge auf den militärischen Konflikt darzulegen, der im Juli 1542 zwischen der Königin und dem mit Frankreich verbündeten Herzog von Jülich um Geldern ausgebrochen war<sup>124</sup>. In langen, polemischen Vorträgen und Supplikationen vor den Reichsständen, die zum Teil auch als Druckschriften verbreitet wurden (Nr. 202, Nr. 204–206, Nr. 210–211), rechtfertigten beide Seiten im Dienste der Kriegspropaganda ihr Vorgehen mit historischen und rechtlichen Argumenten. Parallel zu den Auftritten der burgundischen und jülichschen Räte in Nürnberg fanden im Januar und Februar 1543 in Aachen und Maastricht unter Vermittlung der vier rheinischen Kurfürsten und des Landgrafen von Hessen Unterhandlungen zwischen den burgundischen und jülichschen Räten statt, die jedoch auf Grund der unvereinbaren Forderungen beider Parteien scheiterten. Die Reichsstände und die Schmalkaldischen Bündner wurden von

<sup>123</sup> Zum Ausschluss der Reichsstädte von den Verhandlungen siehe die entsprechenden Passagen des Nürnberger Städteratsprotokolls Nr. 89a. zum 13./14. Febr. fol. 14rv, zum 20. März fol. 23r, zum 30./31. März fol. 24v–25r.

<sup>124</sup> Zu Vorgeschichte und Verlauf des Konflikts siehe: P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit 1537–1543*; G. E. BERS, *Die Allianz Frankreich-Kleve*; W. CRECELIUS, *Der Geldrische Erbfolgestreit*; R. G. JAHN, *Geldern und Frankreich*, S. 132f.

den jülichischen Gesandten in Nürnberg vom Misserfolg dieser Unterhandlungen am 17./18. März informiert und um ihre Unterstützung gebeten (Nr. 208). Das löste die Blockade in den festgefahrenen Reichstagsverhandlungen, da die Protestanten wegen der Jülicher Friedensfrage ihre Verweigerungstaktik aufgaben, wieder im Reichsrat erschienen (siehe Kap. 7.1 ad 3) und gemeinsam mit den anderen Reichsständen bei König Ferdinand und Granvelle am 22. März wegen einer Friedenslösung für Jülich intervenierten (Nr. 212). Diese Initiative war der Beginn der gemeinsamen Verhandlungen zur Lösung des Geldernkonflikts, an welchen die Reichsstände, der König, die kaiserlichen Kommissare, Granvelle und die Gesandten der beiden Kriegsparteien teilnahmen. Die am 28. März erfolgte Stellungnahme Granvelles und der burgundischen Räte (Nr. 214) ließ keinerlei Entgegenkommen gegenüber dem Herzog erkennen, da von ihm die Abtretung Gelderns und Zütphens an den Kaiser gefordert wurde, was dieser vehement ablehnte. Auch ein Vorschlag zur einstweiligen Sequestration Gelderns durch die Reichsstände oder die Aufgabe der beiden Länder für die Dauer der rechtlichen Verhandlungen über die Streitfrage kamen für Herzog Wilhelm nicht in Frage<sup>125</sup>. Eindringlich machten sowohl die Reichsstände als auch die kurfürstlichen Räte dem König, den Kommissaren und Granvelle die Dringlichkeit eines Waffenstillstands klar (Nr. 220–221), doch die kaiserlich/königliche Seite beharrte auf ihrer ursprünglichen Position: Übergabe Gelderns und Zütphens an den Kaiser (Nr. 222). Auch der Vorschlag der Reichsstände, Wilhelm solle Geldern und Zütphen vom Kaiser zu Afterlehen annehmen (Nr. 225), und weitere Vorschläge des Ausschusses vom 20. April (Nr. 228) führten zu keiner Einigung<sup>126</sup>. An diesem Punkt drohten die Verhandlungen zu scheitern, als sie durch den Druck der militärischen Ereignisse wieder in Gang gebracht wurden.

Die Niederlage der Truppen Königin Marias gegen die Soldaten Herzog Wilhelms in der Schlacht von Sittard am 24. März 1543 setzte die burgundische Seite unter Zugzwang und ließ einen kurzen Waffenstillstand als dringend geboten erscheinen. Der von den Reichsständen übergebene Vorschlag für einen Waffenstillstand vom 24. April (Nr. 230) wurde von Seiten der Jülicher abgelehnt, da sie nicht bereit waren, Sittard den Burgundern als Pfand für die Dauer der Waffenruhe zu übergeben. Die kompromisslose Haltung Granvelles und die Abreise einiger Mitglieder des Geldernausschusses aus Nürnberg führte zum Abbruch der Verhandlungen, wie die Ausschussmitglieder dem Jülicher Herzog am 26. April berichteten (Nr. 232). Die wenigen in Nürnberg verbliebenen Vertreter des Geldernausschusses ließen jedoch nicht locker und einigten sich mit Granvelle auf einen Anstand, den die Räte Herzog Wilhelms, zermürbt

<sup>125</sup> *Berichte der jülichischen Räte vom 24. März bis zum 5. April an Hg. Wilhelm über die Verhandlungen in der Geldernfrage (Nr. 213, Nr. 215–217) und die Instruktion Hg. Wilhelms für weitere Verhandlungen seiner Räte vom 7. April (Nr. 219).*

<sup>126</sup> *Bericht der jülichischen Räte vom 23. April: Nr. 229.*

durch lange Überredungsversuche des Ausschusses, wider besseres Wissen und entgegen den Instruktionen ihres Herrn akzeptierten<sup>127</sup>. Die zwischen dem kaiserlichen Minister und den jülichischen Räten abgeschlossene Vereinbarung über eine Waffenruhe (Nr. 235) sollte am 10. Mai 1543 beginnen und ab der Ankunft des Kaisers in Trient zwei Monate Gültigkeit haben; währenddessen war Sittard an Königin Maria zu übergeben und die reichsständischen Vertreter des Geldernausschusses und Jülichs sollten sich beim Kaiser um eine friedliche Verständigung oder die Verlängerung des Anstands bemühen (Nr. 237). Wie zu befürchten, tadelte Herzog Wilhelm seine Gesandten, die ihre Vollmachten bereits bei früheren Verhandlungen überschritten hatten, für ihr eigenmächtiges Vorgehen (Nr. 239). Er verweigerte seine Zustimmung zu dem von seinen Räten ausgehandelten Waffenstillstand<sup>128</sup>. Damit steuerte der Konflikt um Geldern einer endgültigen gewaltsamen Entscheidung zu, die mit dem Kommen des Kaisers ins Reich verknüpft war.

### 7.6 Verhandlungen über die Causa Braunschweig

Die Folgen der Eroberung des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel durch die Schmalkaldener wirkten sich direkt und indirekt auf die Verhandlungen in Nürnberg aus:

1. Zwischen 21. Februar und 10. März 1543 führte ein Ausschuss der Schmalkaldener mit den als Vermittler fungierenden bayerischen Räten Gespräche über eine künftige Lösung für das Herzogtum (Kap. VII)<sup>129</sup>. Die Verhandlungen scheiterten an der Frage der von Bayern geforderten Restitution Herzog Heinrichs im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel und endeten mit der Verschiebung der Angelegenheit bis zur Ankunft des Kaisers<sup>130</sup>.

2. Die wegen des braunschweigischen Feldzugs am Reichskammergericht gegen die Schmalkaldener angestregten Prozesse und die darauf folgende Rekusation des Gerichts waren nicht nur Hauptthemen der schmalkaldischen Beratungen in Nürnberg (Kap. VIII.A), sondern sie kamen auch in den Verhandlungen der Reichsstände und des Königs zu Friede und Recht immer wieder zur Sprache, sei es nun in Form der Auseinandersetzungen über die Reform und Visitation bzw. Neubesetzung des Gerichts oder in der Forderung nach Suspension der Prozesse und nach einem beständigen Frieden (Kap. V.A).

<sup>127</sup> *Berichte der jülichischen Räte über die letzte Phase der Verhandlungen mit dem Ausschuss zwischen dem 26. und 28. April: Nr. 233–234.*

<sup>128</sup> *Darüber berichteten die jülichischen Räte an Kgn. Maria bei ihrer Mission an den burgundischen Hof am 8. Mai 1543: Nr. 241.*

<sup>129</sup> *Die Argumente beider Seiten sind durch ein Protokoll der Schmalkaldener ausführlich dokumentiert: Nr. 244.*

<sup>130</sup> *Die Causa Braunschweig und alle damit zusammenhängenden Verhandlungen werden in der Einleitung zu Kap. VII behandelt.*

## 7.7 Verhandlungen der Schmalkaldener

Die Tatsache, dass das hauptsächlich altkirchlich besetzte Reichskammergericht im Zuge der härter werdenden konfessionellen Auseinandersetzung zu Ungunsten der Neugläubigen agierte, stand bei den Schmalkaldenern und den Protestanten außer Streit. Wie auf diese rechtliche Benachteiligung und die Bedrohung mit der Reichsacht zu reagieren sei, wurde innerhalb des protestantischen Lagers allerdings kontrovers diskutiert. Es hing von der Stellung innerhalb der ständischen Hierarchie, vom politischen Einfluss und von den wirtschaftlichen Interessen der betroffenen Reichsstände ab, wie sie sich zu der von den Bundeshauptleuten im Namen der gesamten Einung ausgesprochenen Generalrekusation in weltlichen und geistlichen Angelegenheiten stellten<sup>131</sup>. Daraus ergaben sich Fragen der Form, der Gültigkeit oder der Zustimmung zur Rekusation für jeden einzelnen evangelischen Reichsstand, städtische Obrigkeiten, Stadtgemeinden, Privatbürger, Befehlshaber des braunschweigischen Feldzugs oder die Untertanen. All diese durch die Generalrekusation entstandenen ungelösten Probleme wurden im Rahmen der Schmalkaldischen Bundessitzungen im Januar und Februar 1543 in Nürnberg beraten und wirkten ihrerseits auf die reichsständischen Verhandlungen über Friede und Recht zurück<sup>132</sup>.

Eng verknüpft mit den reichsständischen Verhandlungen zu Friede und Recht war auch die von Kursachsen und Hessen von Beginn des Reichstags an ausgegebene taktische Vorgabe an alle Bündner, in diesen Fragen „für einen Mann zu stehen“ und sich vor deren Erledigung nicht in die Türkenhilfe einzulassen (Kap. VIII.B). Immer wieder begegnen in den Korrespondenzen entsprechende Ermahnungen der Bundeshauptleute und Zusicherungen der Bündner, sich an die vorgegebene Linie zu halten. Als Fazit des gescheiterten Kompromisses mit dem König und den Altgläubigen wird am Ende des Reichstags in einem endgültigen Beschluss der Schmalkaldener noch einmal die einmütige Haltung aller Mitglieder des Bundes beschworen (Nr. 275) und jeglichen partikularen Abmachungen und Sondervereinbarungen mit dem König, die man im Falle Augsburgs befürchtete, eine Absage erteilt (Nr. 276–277).

Es galt für die Schmalkaldener aber auch, sich gegenüber dem Kaiser von dem Vorwurf des Landfriedensbruchs im braunschweigischen Feldzug und von der Verantwortung für die Nichtbewilligung der Türkenhilfe rein zu waschen. Die zu diesem Zweck verfassten Schreiben (Nr. 280–281) wurden nach längerer Suche nach einem geeigneten Überbringer dem Kaiser durch den Straßburger Rechtsgelehrten Dr. Kopp nach seiner Ankunft in Italien im Juni übergeben (siehe Kap. VIII.C).

Weitere Beratungen der Schmalkaldener betrafen vor allem interne Angele-

<sup>131</sup> Zum Verhältnis der Schmalkaldener zum Reichskammergericht siehe: G. SCHLÜTTER-SCHINDLER, *Der Schmalkaldische Bund*, hier S. 227–245; I. HAAS, *Reformation – Konfession – Tradition*, hier S. 177–209.

<sup>132</sup> Siehe dazu die Einleitung und die Aktenstücke in Kap. VIII.A.



genheiten des Bundes (Kap. VIII.D). Deren Ergebnisse sind im Schmalkaldischen Abschied vom 28. April 1543 zusammengefasst (Nr. 418). Außer den oben erwähnten Themen handelt es sich um folgende Fragen: Termin und Ort des nächsten Schmalkaldischen Bundestages; Abrechnungen über die ordentlichen und außerordentlichen Bundesanlagen und Erlegung ausstehender Beiträge; Abrechnungen des braunschweigischen Feldzugs; Hilfeersuchen des Bundesmitglieds König Christian III. von Dänemark an den Bund im Konflikt mit Burgund; Gesuche um Aufnahme in den Bund (König von Schweden, Pfalzgraf Ottheinrich, Bischof Franz von Münster, Graf Ludwig von Oettingen d.J.); Maßnahmen gegen befürchtete Truppenwerbungen Herzog Heinrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel; Supplikationen an den Bund<sup>133</sup>. Viele dieser Fragen blieben ungelöst und wurden auf den nächsten Bundestag oder das Kommen des Kaisers ins Reich verschoben.

Besondere Wichtigkeit kam dem innerschmalkaldischen Konflikt zwischen den Herzögen von Pommern und König Christian III. von Dänemark um Besitzrechte an geistlichen Gütern des Bischofs von Roeskilde auf Rügen zu<sup>134</sup>. Dieser seit Jahren ungelöste Streit ließ die pommerschen Räte, die eine eindeutige Stellungnahme der Schmalkaldener zu ihren Gunsten erwarteten, auf Distanz zu den Bündnern gehen und gemäß ihren Instruktionen deren Sitzungen anfänglich meiden. Trotz aller Bemühungen, diese Differenzen innerhalb des Bundes für ihre Interessen zu nützen, gelang es den Altgläubigen nicht, die Pommern zur Teilnahme an den Reichsratssitzungen und zu den Beratungen über die Türkenhilfe zu bewegen.

### 7.8 Sessionsstreitigkeiten, Supplikationen, Varia

Sessionsstreitigkeiten (Herzog von Sachsen mit Pfalz-Simmern, Markgrafen von Brandenburg mit Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel, Erzbischof von Salzburg mit Österreich) nahmen in Nürnberg 1543 keinen breiten Raum ein (Nr. 294–296). Sie wurden in Abhängigkeit vom Einzelfall durch Wechsel in der Session zwischen den Streitparteien, durch Nichtteilnahme an den Reichsratssitzungen oder „gesellige“ Session gelöst, immer in dem Bemühen, kein Präjudiz zu schaffen. Endgültige Entscheidungen wurden auf den künftigen Reichstag verschoben<sup>135</sup>.

<sup>133</sup> Zu anderen schmalkaldischen Beratungspunkten, die im Bundesabschied keine Erwähnung fanden, wie z.B. das Aufnahmegesuch der evangelischen Bürger und des Schöffensmeisters von Metz, die von den Bündnern in Nürnberg abschlägig beantwortet wurden, siehe: E. WOLGAST, *Die Wittenberger Theologie*, hier S. 269–272; F. EDELMAYER, *Kursachsen, Hessen und der Nürnberger Reichstag von 1543*, S. 201f.

<sup>134</sup> Nähere Erläuterungen zu diesem Konflikt in der Einleitung und bei den Aktenstücken von Kap. VIII.D.2.

<sup>135</sup> Näheres in der Einleitung und bei den Aktenstücken von Kap. IX.

Was die Supplikationen betrifft, so handelt es sich dabei um Themen wie Reichsstandschaft und eximierte Stände, Konflikte zwischen den Ständen, Jurisdiktion des Reichskammergerichts, Verweigerung der Türkenhilfe durch einzelne Reichsstände, Proteste gegen die Veranlagung als Reichsstand oder Bitten um Ringerung der Anlagen. Die Supplikationen sind nicht nur im einschlägigen Kapitel X zu finden, sondern in Abhängigkeit von ihrem Gegenstand auch in anderen Kapiteln des Bandes (siehe die Einleitung zu Kap. X). Viele der Supplikanten sind von früheren Reichstagen bekannt, wo eine Erledigung ihrer Anliegen aus verschiedenen Gründen nicht stattgefunden hatte. Auch auf dem Nürnberger Reichstag von 1543 erging es ihnen nicht anders, denn die Existenz eines Supplikationsausschusses ist nicht dokumentiert; reichsständische und königliche Bescheide zu den Supplikationen blieben aus bzw. wurden bis zur Ankunft des Kaisers im Reich oder bis zum nächsten Reichstag aufgeschoben. Die Liste der Supplikationen, die bereits auf früheren Reichstagen mit ähnlichen Argumenten vorgetragen wurden, ist lang: 1. Bischof Julius Pflug von Naumburg gegen Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen wegen Inbesitznahme des Hochstifts Naumburg (Nr. 300). 2. Hoch- und Deutschmeister Walther von Cronberg gegen Herzog Albrecht von Preußen wegen Suspension der preußischen Acht (Nr. 301). 3. Bischof Valentin Tetteleben von Hildesheim wegen Restitution der Güter des Stifts, Klagen über die Einführung der Reformation in Hildesheim (Nr. 248). 4. Der braunschweigische Kanzler Dr. Stopler wegen Restitution Herzog Heinrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel (Nr. 247). 5. Die Causa Vrentz, Königin Maria und der Streit um das Appellationsrecht der Stadt Maastricht an das Reichskammergericht (Nr. 302). 6. Eximierung von Stift Comburg durch den Bischof von Würzburg (Nr. 297). 7. Eximierung des Bischofs von Cammin durch die Herzöge von Pommern (Nr. 298).

Unter „Varia“ (Kap. XI) finden sich Beratungen im Hintergrund der offiziellen Reichstagsverhandlungen, die bereits auf dem Speyerer Reichstag von 1542 ihren Anfang nahmen. Es handelt sich um die Bündnispläne zwischen Bayern, Hessen und Kursachsen zur Wahrung ihrer machtpolitischen Interessen gegenüber dem Haus Habsburg über konfessionelle Grenzen hinweg (Nr. 306). Neben Fragen der freien Religionsausübung, der Bewahrung der „fürstlichen Libertät“, dem Verhalten im Konflikt mit dem Herzog von Jülich und der Dringlichkeit der Türkenhilfe ging es vor allem um eine Regelung der Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel und den zukünftigen Verbleib Herzog Heinrichs von Braunschweig und seiner Kinder (siehe Kap. VII).

Unter den Partikularangelegenheiten einzelner Reichsstände, welche diese in Verhandlungen mit dem König in ihrem Sinne zu betreiben hofften, ist die Frage der Anerkennung der Königswahl Ferdinands durch Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen zu erwähnen. Wie schon auf früheren Reichstagen wurden bei den Verhandlungen keine Ergebnisse erzielt<sup>136</sup>.

<sup>136</sup> *Instruktion Kf. Johann Friedrichs für seine Räte Dr. Melchior von Ossa und Mag.*

## 8. Reichsabschied, Protestationen und Ergebnisse des Reichstags

Als alle Bemühungen des Königs, eine Einigung zwischen den Religionsparteien zu erzielen und die Zustimmung der Protestanten zur Türkenhilfe zu erreichen, nichts fruchteten, blieb ihm nichts anderes übrig, als am Nachmittag des 23. April den Reichsabschied (Nr. 404) in der Reichsversammlung ohne die Zustimmung der Protestanten verlesen zu lassen. Der Straßburger Gesandte Jakob Sturm machte in seiner Schlussrelation interessante Beobachtungen rund um die Verlesung des Reichsabschieds<sup>137</sup>. Er berichtete, dass der König die Versammlung rasch verlassen habe, um die Rede und Protestation des kursächsischen Kanzlers nicht anhören zu müssen; vielmehr riet er ihm zur schriftlichen Übergabe des Aktenstücks. Nach dem Abgang des Königs wurden dem Mainzer Kanzler Dr. Jonas die Protestationen der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 408), aller alt- und neugläubigen Reichsstädte (Nr. 407), der oberrheinischen Kreisstände (Nr. 409) und einiger anderer Reichsstände überreicht. Bemerkenswert ist, dass sich die Namen mehrerer Reichsstände, die den Abschied nicht bewilligt und dagegen protestiert hatten, unter dem Reichsabschied finden. Laut dem Bericht Sturms legten die Gesandten Nürnbergs und Ulms gegen dieses Vorgehen Beschwerde beim Mainzer Kanzler ein. Dieser gab ihnen die Auskunft, dass er die Namen aller in der Mainzer Kanzlei akkreditierten Reichsstände unter den Reichsabschied gesetzt habe<sup>138</sup>. Auf die Frage Sturms an den Kanzler, warum er die Namen von Ständen bzw. Gesandten in den Reichsabschied aufnehmen würde, die diesen ablehnten, antwortete Dr. Jonas, man könne nicht wissen, wann die Stände wieder gehorsam würden. Darauf merkte Sturm an, dass ein „unpillich, ungleich“ Reichsabschied, der früheren Abschieden widerspreche, von den Protestanten nicht angenommen werden könne und nicht verbindlich sei, weshalb die Nichtannahme eines solchen Abschieds keinen Ungehorsam darstelle.

---

*Franz Burkhard zu Verhandlungen mit Granvelle und dem königlichen Rat Hans Hofmann betr. die Königswahl: Nr. 47d.*

<sup>137</sup> *Die Schlussrelation Sturms vor dem Rat von Straßburg fand zwischen dem 9. und 18. Mai 1543 statt. Am 14. Mai berichtete Sturm über die Geschehnisse bei der Verlesung des RA: Nr. 402, fol. 193rv.*

<sup>138</sup> *Dazu berichtete der Heilbronner Gesandte Dr. Jakob Ehinger am 5. Febr. 1543 an Bgm. und Rat von Heilbronn: [...] Daneben will ich doch euer fürsichtig W. nit verhalten, daß sich die gsanten der verstentnus zugewanten stett in der mentzischen cantzlei nit ansgagt haben, auch, sovil ich vermerck, nit thun werden. [...]. Bgm. und Rat von Heilbronn merkten dazu marginal an: Deß anzaigens halb in der meintzischen cantzley wer gut, daß geschehe, wa ursach, dweil man da sei als reichsstend. Da aber sie alß verwanten sich nit antzeigten, soll er sich auch von Hailpronn wegen nit antzeigen, allein von wegen der stat Wimpffen antzeigen. In: Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, Nr. 7, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ehingers).*

Aus dem Bericht Sturms geht deutlich hervor, wie weit der durch die Reformation in Gang gesetzte Prozess der konfessionellen Spaltung das tradierte Verständnis von Recht, Ordnung und Billigkeit verändert und zu einer anderen Rechtsauslegung geführt hatte, wodurch die Rechts- und Friedensordnung des Reiches in Frage gestellt wurde. Die namentliche Nennung der Reichsstände und ihrer Gesandten zu Ende des Reichsabschieds ist im Falle des Reichstags von 1543 nicht gleichbedeutend mit der Zustimmung zum Reichsabschied, da sich mehrere Protestierende unter den Subskribenten befinden. Vermutlich in dem Bestreben, eine größere Akzeptanz des Reichsabschieds vorzutäuschen, ließ der Mainzer Kanzler die Namen der in der Mainzer Kanzlei Akkreditierten in den Abschied setzen, unabhängig davon, ob sie diesem zugestimmt hatten oder nicht. Eine einheitliche Linie bei der Auswahl der im Abschied angeführten Reichsstände ist nicht zu erkennen. So scheint Jakob Sturm trotz seines Protests im Nürnberger Reichsabschied von 1542 auf, während sein Name 1543 fehlt. Die Oberhäupter des Schmalkaldischen Bundes, die den Protest gegen den Reichsabschied anführten, sowie einige andere Bündner fehlen hingegen unter dem Abschied.

Eine weitere Besonderheit des Reichsabschieds von 1543 ist, dass wegen der geschlossenen Ablehnung durch die Protestanten und durch alle Reichsstädte kein offizieller zeitgenössischer Druck dieses Dokuments vorhanden ist, wie in der Städteregeistratur festgehalten<sup>139</sup>.

Der Reichsabschied war nicht nur für die Protestanten, sondern vor allem auch für König Ferdinand eine Enttäuschung. Die erwartete Offensivhilfe zur Aufstellung eines Heereszuges gegen die Türken hatte er von den altgläubigen Reichsständen nicht erhalten. Die bewilligte Defensivhilfe von 20 000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern sollte zur Befestigung der Grenzen und Pässe dienen. Im Notfall war der weitere Zuzug von fünf Reichskreisen geplant, über dessen Finanzierung durch Vertreter der Reichskreise und der ferdinandischen Erbländer und Königreiche auf einer Versammlung in Passau am 15. Juni beraten werden sollte. Der Papst sollte von den Reichsständen um eine Unterstützung in Form der Entsendung von 5000 Soldaten gebeten werden (Nr. 101). Der König selbst sagte eine entsprechende Hilfe seiner Erbländer zu. Da die Ringerung der Anschläge und der finanzielle Ausgleich unter den Reichskreisen in Nürnberg wieder nicht zustande gekommen war, sollten die Reichskreise bis spätestens 15. Juli Versammlungen abhalten und danach den

<sup>139</sup> *Dazu heißt es in der Städteregeistratur (Nr. 90, Überlieferung A): [...] Und wiewoll solcher abschied weitleiffige außfuerung thut, welchermassen alhie gemaine stende die ferrer hilf wider den Türckhen, auch zuzug, besatzung der fleckhen und anders bewilligt haben sollen, so ist doch derselb gar nit in wirklichkeit noch auch in truckh khommen, dann [...] der augspurgischen confession verwandten stendt, auch gemeine stett denselben gar nit, auch sonst vil stende ungeru darein gewilligt. [...]. Siehe auch den Bericht des Lic. Gregor von Nallingen an Heinrich Steindecker: Nr. 382.*

Reichsständen Bericht erstatten. Von jedem Reichsstand sollten ab 15. Mai drei Raten von jeweils zwei Römermonaten in den Legstätten erlegt werden. Damit die Reichsstände die Türkenhilfe nicht aus den Erträgen ihrer Kammergüter bestreiten mussten, waren sie befugt, ihre Untertanen auf Basis des Gemeinen Pfennigs zu besteuern. Nach weiteren Bestimmungen über die Leistung der Türkenhilfe folgen in den §§ 32–38 des Reichsabschieds geringfügig modifiziert die Artikel zu Friede und Recht und zur Causa Braunschweig, auf die sich der König mit den Altgläubigen am 18. April geeinigt hatte (Nr. 179).

Betrachtet man die Ergebnisse zusammenfassend, so kann der Reichstag als gescheitert betrachtet werden. Ein Kompromiss zwischen Alt- und Neugläubigen erwies sich trotz mehrfacher Vermittlungsversuche des Königs und der kaiserlichen Räte wegen der zunehmenden Radikalisierung und Starrheit der Konfessionsparteien als unmöglich. Der in Regensburg 1541 und in Speyer 1542 beschrittene Weg der geheimen Nebenversicherung zum Reichsabschied war für die Protestanten nicht mehr gangbar, da sie auf der Aufnahme der Regensburger Deklaration in den Reichsabschied bestanden. Die altgläubigen Reichsstädte fühlten sich in ihren Beschwerden über die Türkenhilfe, in ihren wirtschaftlichen Interessen und in ihrem Kampf um Session und Stimme weit- aus mehr den evangelischen Städten verbunden als der konfessionellen Solidarität mit den altgläubigen Reichsfürsten; sie trugen daher den Protest gegen den Reichsabschied mit. Probleme wie der Konflikt um Geldern oder die Causa Braunschweig blieben ungelöst und wurden bis zur Ankunft Kaiser Karls V. vertagt. Die Protestanten waren mit ihrer Taktik absoluter Geschlossenheit zwar erfolgreich, erreichten aber trotzdem nicht die gewünschten Konzessionen im Bereich von Friede und Recht. Die kompromisslose Haltung beider Religionsparteien trug dadurch weiter zur Spaltung und Polarisierung im Reich bei, die bald darauf nicht nur zum Krieg in Jülich führte, sondern in weiterer Folge auch den Weg für den Religionskrieg Karls V. gegen die Protestanten ebnete.



# QUELLENEDITION

## I. Vorbereitung, Organisation und Eröffnung des Reichstags

*Das Kapitel ist in vier Abschnitte mit folgenden Themen gegliedert: die habsburgische Kommunikation rund um den Reichstagsbeginn (I.A), die organisatorischen Vorbereitungen in der Reichstagsstadt Nürnberg (I.B), die Abrechnungen der Reichsstände über den Reichstagsbesuch (I.C) und die Eröffnung des Reichstags (I.D).*

### I.A Habsburgische Kommunikation am Vorabend des Reichstags

*In § 36 des Nürnberger Reichsabschieds vom 26. Aug. 1542 war der 14. Nov. 1542 als Termin für den Beginn des nächsten Reichstags festgelegt worden, der abermals in Nürnberg stattfinden sollte. Kg. Ferdinand befand sich in einer schwierigen Situation, da er auf Grund beträchtlicher Verzögerungen beim Posttransport – bedingt durch Schlechtwetter und den wieder aufflammenden Krieg zwischen Habsburg und Frankreich – keine Nachrichten und Instruktionen für den Reichstag von seinem Bruder aus Spanien erhielt. So drängte er Karl V. am 27. Sept. 1542, wegen der Wichtigkeit der anstehenden Probleme den Reichstag persönlich zu besuchen oder möglichst bald ksl. Kommissare zu ernennen und deren Vollmachten und Instruktionen zu übersenden (Nr. 1). Erst am 31. Okt. 1542 ließ Karl V. seinen Bruder endgültig wissen, dass er wegen der französischen Bedrohung an den Grenzen seines Reiches nicht zum Reichstag kommen und stattdessen Granvelle entsenden werde, um den Reichsständen die ksl. Intentionen darzulegen. Die Instruktionen für die ksl. Kommissare überließ er dem Ermessen seines Bruders (Nr. 5).*

*Kg. Ferdinand sah sich wegen der Verhandlungen über das Winterlager der Truppen in Ungarn und wegen der Beratungen über die Türkenhilfe mit seinen Erbbländen genötigt, den Reichstagsbeginn vom 14. Nov. auf den 14. Dez. 1542 zu prorogieren. Er ersuchte die Kreisfürsten und andere Fürsten, persönlich und pünktlich in Nürnberg zu erscheinen (Nr. 2–3). Ebenso teilte er dem präsumptiven ksl. Kommissar Pfgf. Friedrich die Prorogation des Reichstags mit (Nr. 4). Am 18. Nov. 1542 beklagte sich Ferdinand bei seinem Bruder über fehlende Instruktionen für den Reichstag (Nr. 8). Erst Ende Dez. 1542 kamen die von Granvelle aus Genua übersandten lange erwarteten Vollmachten für die ksl. Kommissare in Nürnberg an und der König gab seiner Freude über das baldige Kommen des ksl. Generalators Ausdruck, mit dem er den Reichstag vorbereiten wollte (Nr. 17). An Pfgf. Friedrich übersandte er umgehend die ksl. Bestellung zum Reichstagskommissar (Nr. 16).*

*Um den Kf. von Sachsen und den Lgf. von Hessen nachdrücklich zum persönlichen Besuch des Reichstags aufzufordern und sie von einer Unterstützung des*

*Hg. von Jülich abzuhalten, entsandte Kg. Ferdinand seinen Rat Dr. Andreas von Könneritz am 8. Nov. 1542 zu den beiden Fürsten (Nr. 6). Kf. Johann Friedrich hatte dem König schon vor dem Eintreffen Könneritz' seine Bedenken wegen des Reichstagsbesuchs dargelegt (Nr. 11), die er in der Antwort an Könneritz wiederholte (Nr. 10). Auch das Drängen des kgl. Rates Hans Hofmann auf ein persönliches Erscheinen des Kurfürsten blieb ohne Erfolg (Nr. 11). Am 21. Dez. 1542 beauftragte der König Dr. Andreas von Könneritz abermals mit einer Werbung bei Kursachsen (Nr. 15), die Johann Friedrich wieder negativ beantwortete (Nr. 19). Die Schmalkaldener waren bestrebt, wegen des sich verschärfenden bewaffneten Konflikts zwischen Jülich und Burgund von Kg. Ferdinand Geleitbriefe für sich und ihre Anhänger für die Reise zum Reichstag zu erhalten (Nr. 12). Auch Hg. Wilhelm ersuchte um sicheres Geleit für seine Räte (Nr. 13) und lehnte mit Hinweis auf die burgundischen Angriffe sein Kommen nach Nürnberg ab. Kg. Ferdinand replizierte auf das Geleitansuchen Kursachsens und Hessens (Nr. 20) und stellte Geleitbriefe für die Räte der Schmalkaldischen Bundesstände (Nr. 21) und für die jülichischen Gesandten aus (Nr. 22).*

*Nach Erhalt des kgl. Prorogationsschreibens begründeten und entschuldigenden Bf. Konrad von Würzburg (Nr. 14) und Hg. Moritz von Sachsen (Nr. 18) ihr Fernbleiben vom Reichstag. Angesichts der zahlreichen Absagen der Reichsfürsten wandte sich Kg. Ferdinand drei Tage nach seiner Ankunft in Nürnberg nochmals in einem allgemein gehaltenen Schreiben an mehrere Fürsten, um sie zum persönlichen Besuch des Reichstags zu bewegen (Nr. 23). Nochmalige spezielle Ersuchen um persönlichen Reichstagsbesuch ergingen an Lgf. Philipp von Hessen (Nr. 24), der kurz darauf seine Absage bekräftigte (Nr. 27), an Bf. Konrad von Würzburg (Nr. 25) und an Hg. Moritz von Sachsen (Nr. 28). Die Kreiseinnehmer beschrieb der König für den 12. Febr. 1543 nach Nürnberg wegen Rechnungslegung für einen Vergleich der Kreise über die Türkenhilfe von 1542 (Nr. 26).*

## 1 *Kg. Ferdinand an Karl V. – Wien, 1542 Sept. 27*

A Wien HHStA, Hs. blau 597/2, fol. 62r–68v (Kop.).

B Wien HHStA, Belgien PA 6/6, fol. 125r–129v, 131r–135v (Ausf. z.T. chiff. u. marg. dechiff., eighd. PS); DV fol. 135v: Du roy des Romains du 27<sup>e</sup> de septembre, receues à Barcelone le premier décembre 1542.

C Wien HHStA, Belgien PA 6/6, fol. 137r–145r (extra liegendes Dechiff. der chiff. Passagen von B).

*Teihu. Druck: A. KÁROLYI, Kiadatlan levelek, Nr. 16, S. 533–535.*

*Ferdinand bestätigt Empfang der Schreiben Karls vom 11. und 16. Aug. 1542 und hofft, dass der Kaiser seine Berichte vom Reichstag in Nürnberg vom 27. Juli und*



*vom 26. Aug. empfangen hat*<sup>1</sup>. *Kommunikation Ferdinands mit dem Oberbefehlshaber des Reichsheeres, Kf. Joachim von Brandenburg, und den Kriegsräten über Vorkehrungen in Ungarn und die Bezahlung der Armee.*

Et auez, Mons<sup>r</sup>, entendu les causes pour lesquelles est indicté la prouchaine diette au my-novembre, si comme pour continuacion de l'ayde contre le Turc et que pour wuyder les difficultez de la visitacion de la chambre impériale, déclaration baillée aux protestans [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] et différent des villes avec les princes quant aux voix et autres difficultez. Que pour estre de si grant poix et qu'en dépend la pacification de la Germanie et conséquament de la chrestienté, j'espère, Mons<sup>r</sup>, qu'avez regard à ce que vous ay escript et supplie de vous y trouver en personne ou de moins que à faulte d'icelle, que toutesfois seroit la plus convenable, envoyer de bonne heure povoir et commission à ceulx que de votre part vouldriez que comparent à lad. diette avec instructions, contenans clerement et absolument votre finale et entière résolution et ce à quoy en tous advénemens et sans plus de renvoy ou dilay l'on se devra arrester, tenant pour maxime et chose assehurée que les estatz, comme de plusieurs d'eux ay entendu, ne laisseront plus différer ces choses ny les remectre à autre diette, comme ilz ont fait jusques à maintenant, mais en vouldront à toute force avoir une fin et d'en prendre résolution icy ou en dresser informations, comme dictes par voz lettres se debvoir faire, pour austant que n'avez personnaige par delà du langaige sur qui l'on se puist reposer. Ces affaires, Mons<sup>r</sup>, ne permettent que l'on le face, car elles dépendent principalement de la puissance absolue, libre vouloir de votre Mté et de la déclaration et recèz cydevant faiz et baillez par votre Mté et autres traictez, tant concernant la foy que autres. Et scavez aussi bien et mieulx que moy toutes circumstancedes de ces difficultez. Parquoy, Mons<sup>r</sup>, est nécessaire d'avoir votre finale et résolue détermination pour à ceste fois mectre à fin non seulement les difficultez susd., mais aussi, si faire se peult, celluy de la religion dont tous autres dépendent. Car combien que le concille est indict[é], vous povez bien considérer quelle assehurance l'on en doit espérer et que en faillant icelluy, comme est fort à craindre, et que l'on n'en est asseuré, il fault que votre Mté y pourvoie par autre voye et moyen. Et si cecy ne se fait à ceste fois, ne fault, Mons<sup>r</sup>, actendre autre fois la totale perdition et destruction de tous affaires, tant publicques que particuliers, de la chrestienté au desestime et desréputacion de l'auctorité de votre Mté et myenne en votre absence. Parquoy est de tant plus besoing y pourveoir de bonne heure de remède convenable, à quoy vous supplie, Mons<sup>r</sup>, très humblement avoir bon regard et y satisfaire le plustost que possible sera, affin que par trop longue dilation inconvenient n'adviegne ès affaires.

*Ferdinand ist durch die ksl. Schreiben auf dem Laufenden, in welcher misslicher Situation sich sein Bruder wegen der französischen Angriffe gegen die Niederlande,*

<sup>1</sup> Briefwechsel zwischen Karl V. und Kg. Ferdinand während des Nürnberger RT 1542, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 155–156, Nr. 158.

*Roussillon und Navarra befindet, die ihn daran hindern, ins Reich zu kommen und am Türkenzug in Ungarn teilzunehmen oder diesen zu unterstützen. Ferdinand informierte die Reichsstände am vergangenen Reichstag in Nürnberg über die Notsituation des Kaisers; die meisten Stände hatten Verständnis für die Notlage des Kaisers und verurteilten das Verhalten des französischen Königs.*

Toutesfois ce nonobstant sera, Mons<sup>r</sup>, besoing que à lad. prouchaine diette vous faictes vosd. commis déclarer quelle assistance voudrez faire l'année prouchaine contre le Turc, car les estatz – nonobstant les grandes charges qu'avez contre le roy de France, considérans et se fondans sur la grandeur de votre Mté et la puissance d'icelle et non congnoissans votre nécessité, laquelle aussi ne leur voudroye donner à congnoistre, aussi principalement qu'ilz n'ont encoires veu que votre Mté a fait quelque chose contre le Turc par mer ny aussi satisfait à ce qu'elle s'estoit offert et que monte son contingent du circle de Bourgogne – y persisteront sans faulte précisément et ne prendront lesd. excuses pour souffisantes. A quoy sera aussi besoing que votre Mté se resoulde et en face déclarer sa voullenté ausd. estatz en lad. prouchaine diette, affin que autres ne cherchent occasion de rompre l'ayde accordée, prenans excuse sur votre Mté, dont s'en ensuyvroit l'inconvénient que povez, Mons<sup>r</sup>, penser. Aussi, Mons<sup>r</sup>, reprenant ce que tant de fois vous en ay escript et pour les causes contenues en mes lettres, je vous supplie que l'ayde qu'il vous plaira faire et envoyer soit d'Espaignolz ou du moins la pluspart pour estre les plus ydoines et à propoz pour emploier contre cestuy ennemy et dont de rechief très humblement vous supplie.

J'ay, Mons<sup>r</sup>, jointement vosd. lettres aussi receu l'instruction pour traicter des différens avec l'électeur de Saxe<sup>2</sup> et entendu les causes pour lesquelles avez retardé la envoyer, plustost alléguant entre autres le scrupule à l'endroit de notre cousin, le duc Frédérick palatin, dont, Mons<sup>r</sup>, par mes précédentes du 27 de juillet [RTA JR Bd. XIII, Nr. 155] aurez entendu comme notred. cousin s'est en lad. diette de Nuernberg et depuis si bien conduit que tiens l'on ne doit avoir plus de scrupule sur luy, car certes je le treuve fort changé et mieulx ordonné au service de votre Mté et bien de ses affaires que oncques.

*Während des vergangenen Reichstags in Nürnberg bemühte sich Kg. Ferdinand gemeinsam mit Naves um eine Beilegung des Geldernkonflikts. Si feust-il, Mons<sup>r</sup>, esté bien à propoz, si quelcun fut comparu en lad. diette des Pays d'embas en votre nom ou celluy de la royne régente, M<sup>me</sup> notre seur, pour plus imprimer*

<sup>2</sup> Gemeint ist die Instruktion Karls V. für Pfgf. Friedrich und Dr. Johann von Naves zu Verhandlungen mit den kursächsischen Gesandten in der Frage der Königswahl, die ursprünglich schon für den RT Nürnberg 1542 gedacht gewesen war. Da die Instruktion in Monzón erst am 11. Aug. 1542 ausgestellt worden war, erhielt sie Kg. Ferdinand erst nach Ende des RT am 5. Sept. 1542 in Wien. Siehe: Wien HHStA, Staatenabt. Frankreich, Berichte und Weisungen 10, fol. 2r–3v (Ausf. chiffri., marg. dechiffri.). Das Thema der Königswahl wurde daher auf den Nürnberger RT 1543 verschoben.

ausd. estatz les manières de faire dud. de Clèves, mais il ny est personne comparu. *Wegen der verspäteten Ankunft des burgundischen Gesandten Dr. Viglius van Zuychem kam es zu keinen weiteren Verhandlungen im Geldernkonflikt<sup>3</sup>; diese mussten auf den kommenden Reichstag verschoben werden.*

*Ferdinand berichtete dem Kaiser bereits über den Feldzug der Schmalkaldener gegen Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, dem die Missachtung der Reichsabschiede von Regensburg 1541 und Speyer 1542 teuer zu stehen kam.* Toutesfois d'austant qu'aurez veu iceulx de Saxen et lantgrave sont contens, veu que les ducz de Bavière se meslent pour entendre à l'appointement du différent, votre Mté pourra envoyer commission sur lesd. de Bavière, leur adjoustant quelque autre personnaige, si bon vous semble, et pour traicter dud. différent non seullement avec les filz dud. duc Henry, comme ilz offrent, mais que l'on puist aussi bien traicter pour le père, si faire se peult. Et en cas que non veu qu'ilz se offrent d'en laisser la congnoissance par voye de justice à votre Mté, moy et les estatz dud. Empire, il me semble, Mons<sup>r</sup>, en cas que l'on ne puist riens traicter par lesd. de Bavière que ceste seroit la plus convenable voye. Et pour ce sera besoing que à faulte de la présence de votre Mté elle envoie en cest endroit commission pour congnoistre dud. affaire. Et par ce moyen la charge ne tomberoit sur votre Mté et seront de tant plus tenuz les estatz mectre à exécution ce qu'ilz trouveront juste et raisonnable et qu'ilz auront sentenciez. *Hg. Heinrich plant, zum Reichstag nach Nürnberg zu kommen.* Et povez, Mons<sup>r</sup>, bien considérer que le duc fera grande instance et poursuyte à lad. diette, principalement pour avoir déclaration de l'ayde de la ligue catholicque. Et pour ce, si l'affaire se povoit traicter par moyen susd. ou que lesd. estatz en eussent la congnoissance et judicature, ce seroit le plus convenable et à notre plus grande descharge [...].

*Bezugnahme des Königs auf ein soeben erhaltenes Schreiben Karls vom 28. Aug. 1542<sup>4</sup>, in welchem er Ferdinand drängt, den Reichsständen die Bedrohung durch den französischen König vor Augen zu führen und sie zur Parteinahme für Habsburg zu bewegen. Ferdinand rät, den kommenden Reichstag für diese Initiative abzuwarten.* Et faisant lad. instance sans fruit, ce redonderoit à la desréputation de votre Mté et dont les ennemis en estans advertis (comme ssavez que telles choses ne demeurent longuement secrètes) en pourroient prendre grand cueur et en faire lever prouffit [...].

*Ferdinand muss die geplante Reise nach Ungarn verschieben, da die böhmischen Stände bisher die versprochenen Steuern von 200 000 fl. nicht zahlten, die er dringend für die Armee in Ungarn benötigt. Um die Zahlung zu beschleunigen*

<sup>3</sup> Zur verspäteten Ankunft des Gesandten Kgn. Marias in Nürnberg siehe RTA JR Bd. XIII, Nr. 22b, Anm. 1, S. 182f.

<sup>4</sup> Karl V. an Kg. Ferdinand betr. die Bedrohung des habsburgischen Territoriums durch den franz. König, Monzón, 1542 Aug. 28, in: Wien HHStA, Hs. blau 596/1, fol. 42v–44v (Kop.).

*und den Unterhalt des Kriegsvolks zu gewährleisten, bleibt er daher in Wien und reist einstweilen nicht nach Ungarn<sup>5</sup>. Kf. Joachim von Brandenburg, der oberste Feldherr, bat um Verstärkung durch große Artillerie. Schwierigkeit der Schifffahrt auf der Donau wegen starken Sturms. Belagerung von Pest steht bevor. Unsicherheit über das persönliche Erscheinen des Sultans, der angeblich in Adrianopel überwindern will, um im kommenden Jahr in Ungarn vorzürücken. Ein Angriff des Sultans im Mittelmeer ist für den Moment nicht zu erwarten, was dem Kaiser freie Hand gegen den Kg. von Frankreich giebe. [...].*

**2 Kg. Ferdinand an die Kreisfürsten wegen Prorogation des Reichstags – Wien, 1542 Okt. 20<sup>1</sup>**

- A München HStA, KBÄA 3158, fol. 57r–59v (Ausf. an Ebf. Ernst von Salzburg und an die Hgg. Wilhelm und Ludwig von Bayern); AV fol. 59v: Erstreckung des reichstags zu Nurmberg auf den 14. Decembris negstkunftig. Praes. in der Gasstein, 29. Octobris 1542.*
- B Bamberg StA, B 48, Nr. 58, unfol. (Ausf. an Bf. Weigand von Bamberg); AV: Erstreckung des reichstags.*
- C Weimar HStA, EGA., Reg. E 149, fol. 465r–467v (Ausf. an Kf. Johann Friedrich von Sachsen); AV: Der röm. konige erstreckt den reichstagk biß uff den 14. Decembris gein Nurmbergk 1542.*
- D Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 9r–11r (Reinkonz.); ÜS fol. 9r: An die kraisfürsten. Erströckhung des angesetzten reichstags belangendt.*

Wiewol wir auf die handlung und beschluß des jungsten zu Nurmberg gehalten reichstags, sonderlich in ansehung und bedengkung, das sich der röm. ksl. Mt., unsers lieben brueders und herrn, ankunft in teutsche nation von wegen derselben beschwerlichen kriegßobligen etwas verlengern mochte, entlich entschlossen gewest, auf den 14. tag des monats Novembris schieristen zu Nurmberg als den negst angesetzten und publicierten reichstag anzekhomen, damit in den hochbeschwerlichen des Hl. Reichs sachen und obligen umb sovil mer zeitlicher und statlicher furgangen und gehandelt werden mogen, so ist aber

<sup>5</sup> *Am 17. Okt. 1542 berichtete Ferdinand an seinen Bruder Karl aus Wien: Et quant à mon allée à lad. prouchaine diette, il ne me sera possible m'y pouvoir trouver au commencement, car, comme votre Mté scet, il me fault faire assembler les estatz de mes pays pour traicter pour l'ayde, tant pour mectre gens où il sera requis ès garnisons pour cest yver que aussi pour l'avenir. Mais aiant ce achevé et mis ordre partout le mieulx qu'il me sera possible, ne faudray m'y trouver au plustost que pourray, espérant, Mons<sup>r</sup>, suyvant que vous ay escript parcy devant, que desia aurez fait dépescher toutes lettres et instructions nécessaires pour lad. journée si qu'elles puissent estre à heure pour évictier confusion. [...]. In: Wien HHStA, Hs. blau 597/2, fol. 68v–71r, hier fol. 70v (Kop.).*

<sup>1</sup> *In manchen Überlieferungen (z.B. in B) ist die Prorogation auf 21. Okt. 1542 datiert. D ist nicht datiert.*

das kriegßwesen in Hungern noch zur zeit dermassen gestallt und geschaffen, also das die unvermeidlich notturft erfordern will, demselben – und furnemblich von wegen statlicher beratschlagung des winterlegers, auch besatzung der stet und ortflegken gegen dem Thurcken und das wir uns auch zum tayl mit unsern landen zu kunftiger continuierung der beharrlichen bewilligten turggenhilf in verfassung schickhen – noch etlich zeit in der nächne beyzewonen, und uns deßhalben nit muglich, auf obbestimbte zeit, wie genediglich und gern wir sollichs genaigt gewest, zu erscheinen. Wir wellen uns aber in den sachen sollichermassen furdern, das wir mit der hilf und gnad des Allmechtigen auf den 14. tag des monats Decembris schieristen gewislich zu Nurmberg ankhomen wellen.

Und dieweyl nun auf obvermeltem jungstem nurmbergischen reichßtag fur notwendig bedacht und angesehen worden, das die röm. ksl. Mt. aigner person und – im fall, so ir ksl. Mt. daran verhindert – wir, dergleichen alle chur- und fursten des Hl. Röm. Reichs zu negstem reichßtag persondlich erscheinen sollen, und wir dann nit gern sehen wollten, das die erscheinenden chur- und fursten von wegen der ksl. Mt. oder unsers abwesens ainiche zeit vergebens verliern, dergleichen den costen on nutz und frucht aufwenden sollten, so haben wir demnach nit underlassen wellen, eure L. die obbestimbtten ursachen und verhinderungen unsers lengern ankhomens gen Nurmberg zu erinnern und zu berichten, damit die dess fur sich selbst ain wissen empfaen und daneben ire kraißverwandten fursten und stende derhalben auch unverzogenlich verwarnen, sich mit irem persondlichen ankhomen gen Nurmberg auch darnach haben und wissen ze richten. Doch wellen wir eure L. zum hochsten vermant haben, die wellen auf obbestimbtten 14. tag Decembris auch gewislich und in aigner person zu Nurmberg ankhomen und sich in sollichem nichts irren noch verhindern lassen noch darin ainichen verzug oder verlengerung gebrauchen, sollichs auch bey derselben kraißverwandten fursten und stenden gleicherweiß bestes und muglichists vleiß furdern, damit durch verlierung der zeit, auch das ungleich und spat ankhomen, wie dann hievor zu vilmalen bescheen, in den hochsten des Reichs obligen nichts verabsaumbt, sonder darin zeitlich furgangen und gehandelt werde. Alßdann sollichs ytzo nit allain von wegen des kriegßwesens in Hungern, besonder der andern hochwichtigen haubtpunct und artikgel halben, so auf disem reichstag erledigt werden sollen, mer dann vor ye die hoch und gantz unvermeidlich notturft erfordert. Und wir uns desselben, in bedengkhung, was gemainen reichsstenden gantzer teutscher nation und gemainer christenhait daran gelegen ist und was derselben fur unwiderbringlicher nachtayl, schaden und verderbung darauf steet, zu euer L. gentzlich und unzweiflich versehen wellen.

Geben in unser stat Wien, den 20. tag Octobris anno etc. im 42., unsrer reiche des röm. im 12. und der andern im 16.

[US:] Ferdinandus, Gienger Dr. vicecantzler, Neuner.

3 *Kg. Ferdinand an die Kurfürsten und Fürsten wegen Prorogation des Reichstags – Wien, 1542 Okt. 20*<sup>1</sup>

- A *Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 468r–470v (Ausf. an Kf. Johann Friedrich von Sachsen); AV fol. 470v: Der röm. konig erstreckt den reichstagk biß uff den 14. Decembris gein Nurmbergk und ermanet, daß ihr kfl. Gn. ihn persönlich oder ire rethe denselben auch besuchen wolten etc.*
- B *Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 1v–3r (Kop. an Bf. Konrad von Würzburg).*
- C *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 11v–14v (Reinkonz.); ÜS: An die chur- und andere nachgemelte fursten obbemelter erstrockhung halben.*

Wir setzen in dhainen zweiff, dein L. trage der handlung und besluß des jungst nurmbergischen reichstags [1542] und furnemblich, daß auf den negsten reichstag, so auf den 14. tag des monats Novembris schieristen widerumb daselbsthin geen Nurmberg furgenommen und publiciert worden ist, die röm. ksl. Mt. etc., unser lieber brueder und herr, aigner person und – im faall, da ir ksl. Mt. daran verhindert – wir, dergleichen alle chur- und fursten des Hl. Röm. Reichs persönlich erscheinen sollen, guet wissen, damit [in] den hochbeschwerlichen des Hl. Reichs sachen und obligen umb sovil mer zeitlicher und statlicher furgangen und gehandelt werden mog. Auf welchen besluß und handlung wir dann, sonderlich in bedenckung, das sich hochgedachter ksl. Mt. ankunfft in theutsche nation von wegen derselben beswerlichen kriegsobligen etwas verlengern mochte, entlich entslossen gewest, auf obbestimpte zeit gewislich zu Nuermberg antzekhomen. Dieweil aber das kriegswesen in Hungern noch zur zeit dermassen gestalt und geschaffen ist, das die unvermeidlich notturft ervordern will, demselben und furnemblich von wegen statlicher beratschlagung des winterlegers, auch besatzung der stett und ortfleckten gegen dem erbfeind gemainer cristenhait, dem Turggen, und das wir uns auch zum thail mit unsern landen zu kunftiger continuierung der beharlichen bewilligten turckhenhilf in verfassung und beraitschaft schicken, noch etlich zeit in der nahne beizewonen, deshalb uns nit muglich, auf obbestimbte zeit, wie genedigclich und gern wir solches genaigt gewest, zu erscheinen. So wellen wir uns doch in den sachen dermassen furdern, das wir mit der hilf und gnad des Almechtigen auf den 14. tag des monats Decembris schieristen gewislich zu Nurmberg ankhomen wellen.

Nachdem wir nun nit gern sehen wolten, das die erscheinenden chur- und fursten von wegen der ksl. Mt. oder unsers abwesens ainiche zeit vergebens verlieren, dergleichen den costen one nutz und frucht aufwenden sollten, so haben wir demnach nit underlassen wellen, dein L. die obbestimpten ursachen und verhinderungen unsers lengern ankhombens geen Nurmberg zu erinnern und sy hierin zu verwarnen, damit sich die mit irem persönlichen ankhomen da-

<sup>1</sup> In manchen Überlieferungen ist die Prorogation auf 21. Okt. 1542 datiert. C ist nicht datiert.

selbsthin geen Nurmberg zu verhuetzung unnoddurftigs costens und verlierung der zeit auch darnach haben und wissen zu richten.

<sup>a</sup>-Und dieweil dann die mallstat diß reichstags auf deiner L. und anderer kfl. rethe rath und guet ansehen geen Nurmberg angesetzt und ernennt worden, welchen wir uns, wiewol uns derselb aus vielen beweglichen ursachen gantz ungelegen und persönlich zu ersuechen nit wenig beswerlich ist, genediglich gefallen lassen, damit dein L., auch andere chur- und fursten nit ursach nemen oder beswerd tragen mogen, solchen reichstag als ainen gelegnen platz zu besuechen ze waigern, und durch dero persönlich erscheinen umb sovil mer die notdurft in disen hoch obligenden sachen gehandelt werden moge<sup>a</sup>, so wellen wir uns zu deiner L. gantzlich und untzweifelich versehen, dein L. werde – in ansehung der unvermeidlichen hohen und grossen notdurft, wie die dann laider yetzo mer dann vor ye offenbar vor augen ist, und das wir uns mit grossen unstaten und merckhlicher unserer ungelegenhait persönlich auf disen reichstag begeben – unbeswert sein, solchen reichstag gleicherweiß in aigner person zu besuechen und sich in solchem nichts irren noch verhindern ze lassen noch darin uber obbestimbte zeit dhainen verzug oder verlengerung zu gebrauchen, damit dem unraat und unwiderbringlichem verderben, welches nit allain gemainen reichsstenden und gantzer teutscher nation, sonder gemainer cristenhait bevorsteet, zeitlich furkomen und durch verlierung der zeit, auch das ungleich und spat ankhomen, wie dann hievor zu vielmalen bescheen, nichts verabsaumbt oder vernachtailt und daneben in den hochwichtigen haubtpuncten und articlñ, so auf disem reichstag zue erledigen furgenomen sein, statlich und austraglich gehandelt werden moge.

An dem werden dein L. ir selbs und derselben land und leuten, neben dem das solches dein L. aus angebornen cristlichen und fstl. gemuet schuldig ist, zu wolfart, nutz und guetem handeln und die ksl. Mt. wierdet solches gegen derselben in gnaden und freuntschaft erkennen, wie wir dann gleicherweiß genaigt sein.

[US:] Ferdinandus, Gienger Dr. vicecantzler, Neuner<sup>b</sup>.

<sup>a-a</sup> Diese Passage fehlt in den Schreiben an die Fürsten (B); sie ist nur für die Kurfürsten bestimmt. In C (Reinkonz. fol. 14rv) steht sie mit dem Vermerk: In der churfursten brieff.

<sup>b</sup> In C findet sich eine Liste aller Adressaten am Ende des Prorogationsschreibens: An alle chur- und fursten: Kf. von Sachssen, Kf. von Cöln, Kf. von Maintz, Kf. Phaltz, Ff. von Bayern, Mgff. G[eorg] und A[lbrecht] von Brandenburg. Hg. Ulrich von Wirtemberg, Mgf. Ernst von Baden, Lgf. von Hessen, Hg. Otthainrichen, Pfgf. Friderich. Bischoven: Saltzburg, Freysing, Wormbs, Elwang, Wirtzburg, Baumberg [= Bamberg], Speyr, Aichstätt, Augspurg, Straßpurg, Passaw.

4 *Kg. Ferdinand an den präsidenten Reichstagskommissar Pfgf. Friedrich wegen Prorogation des Reichstags – Wien, 1542 Okt. 20*

*Amberg StA, Reichssachen 94, Prod. 1 (Ausf.); DV: Röm. kgl. Mt. acht, das mein gnediger herr Hg. Friderich etc. von wegen der ksl. Mt. commissarien werdt. Bit, den 14. Decembris zu Nurmberg zu erscheinen etc. Praes. uff Donerstag, den 23. Novembris anno etc. 42.*

Wiewol wir auf den besluß des jungstgehalten reichstags zu Nurmberg entlich entslossen gewest, auf den 14. tag Novembriß schieristn als den negstangesetzten reichstag daselbs zu Nurmberg zu erscheinen, so ist aber das kriegswesen in Hungern noch zur zeit dermassen gestallt und geschaffen, das die unvermeidlich notturft ervordern will, demselben und furnemblich von wegen statlicher beratslagung des winterlegers, auch besatzung der stet und ortfleckhen gegen dem Turggen und das wir uns auch zum tail mit unsern landen zu kunftiger continuierung der beharrlichen bewilligten turggenhilf in verfassung schickhen, noch etlich zeit in der nehne beytzwonen. Wir wöllen uns aber in den sachen solchermassen furdern, das wir mit der hilf und gnad des Almechtigen auf den 14. tag des monats Decembris schieristn gewislich zu Nurmberg ankomen wöllen.

Dieweil wir uns dann untzweiflich versehen, die röm. ksl. Mt., unser lieber brueder und herr, werde dein L. auf solchen reichstag, dieweil sich irer L. und ksl. Mt. ankhonft in teutsche nacion von wegen derselben beschwerlichen kriegsobligen etwas verlengern möchte, neben andern von irer L. und ksl. Mt. wegen zu comissarien verordnen, wie dann solches nach gelegenhait des kriegswesens in Hungern, auch von wegen der andern hochwichtign haubtpunctn und artiggl, so auf disem reichstag erledigt werden sollen, die unvermeidlich notturft erfordert, so haben wir demnach nit underlassen wöllen, dein L. der ursachn und verhinderungen unsers lengern ankomens geen Nurmberg zu erinnern und vermanen daneben dein L., damit sich dieselb gefasst und bereit mache, auf obbestimbtn 14. Decembriß auch gewislich und in aigner person zu Nurmberg antzekhomen, alda die sachen sambt und neben andern der ksl. Mt. verordenten comissarien ze handln zu verhelfen.

5 *Ks. Karl V. an Kg. Ferdinand – Barcelona, 1542 Okt. 31*

A *Wien HHStA, Hs. blau 596/1, fol. 46v–49v (Kop.); AV fol. 46v: Datées à Barcelonne le dernier d'octobre. Présentées à Vienne le jour du Noël 25 de décembre. Respondu à Vyenne le 29 ensuivant.*

B *Wien HHStA, Belgien PA 4/3, fol. 124r–127v, 144rv (Konz. v.d.Hd. Baves).*

C *Wien HHStA, Belgien PA 4/3, fol. 131r–138r (Kop. chiff. mit beiliegendem Dechiff.).*

D *Wien HHStA, Belgien Rep. DD, Abt. B, Abschr. Fasz. 61 (alte Abt. 89), Nr. 43 (Wynants Kop.).*



*Das Schreiben Kg. Ferdinands aus Nürnberg vom 26. Aug. 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 168)*<sup>1</sup> traf wegen Transportproblemen auf dem Seeweg (Unwetter) erst am 7. Okt. in Monzón ein; die Schreiben Karls V. an Kg. Ferdinand, Kgn. Maria und die ksl. Minister in Italien konnten aus demselben Grund nicht aus Spanien abgesandt werden. Aussi ne pouvoye-je déterminer sur ce que m'avez escript touchant la diette assignée au mois prouchain dont le lieu est au blanc<sup>2</sup> par le recèz de la dernière diette de Nuereberg, et n'en font autre spécification vosd. lettres ny celles du conseiller de Naves. Actendu les termes où j'estoie avec les François, lesquelz, combien qu'ilz se soient retirez rièrre France, toutesfois selon que j'entens journallement ilz s'arrestent en la frontière et le roy mesmes allant d'ung lieu à l'autre soubz couleur de faire fortiffier. Et m'est besoing pour ceste cause tenir et mectre gens de pied et de cheval, tant en Perpignan que autres villes et places du cousté de Rossillon. Et encoires ne puis-je à ceste cause – et pour non avoir lettres ny nouvelles quelconques de la royne, notred. seur, sont passé trois mois, ny de l'estat des choses en ce coustel-là, ny de ce que y est succédé, ny aussi en la Lombardie dois le mois d'aoust – me déterminer ny achever de résouldre de ce que je pourray faire sur l'instance que faictes touchant mon passage en Ytalie et Allemaingne. Et mesmes actendu les grans fraiz que j'ay supporté tant en ce coustel que en lad. Lombardie et aultres mes royaumes et pays et les deniers que j'ay furny par change pour mes Pays d'embas, en quoy se sont quasi anticipé du tout et consumé les aydes que j'ay eu de ceulx de par deçà, tant de la couronne de Castille que d'Arragon, et qu'il me fault regarder nouveaulx et extraordinaires moyens pour finer argent d'iceulx que, comme vous povez considérer, sera très difficile et qu'il en fault peu ou riens espérer des autres susd. que tous sont extrêmement en arrière, oultre ce que pour me déterminer conviendrait scavoir, ce que aussi sera esté exploicté ou coustel de Hongrie et ce que les estatz de l'Empire voudront faire l'année prouchaine et assentir les desseings du Turc et du roy de France.

Et me retrouvant en ces termes et aiant beaucoup pensé et consulté de dessus, je me suis enfin résolu faire repasser le S<sup>r</sup> de Grantvelle en Ytalie soubz couleur du concille<sup>3</sup>, excusant la tardance sur la guerre et difficulté du passage. *Granvelle, ausgestattet mit Vollmachten für die ksl. Befehlshaber in Italien, soll sich über Rom nach Trient begeben und dort die Chancen für den Konzilsbeginn*

<sup>1</sup> Als Beilage zu diesem Schreiben übersandte Kg. Ferdinand an Karl eine Kopie des Nürnberger Rab von 1542, aus welcher der Ort des künftigen Reichstags nicht ersichtlich war. Außerdem ersuchte er seinen Bruder, persönlich zum nächsten Reichstag zu kommen oder zumindest rechtzeitig geeignete Vertreter – unter Umständen die ksl. Kommissare des Nürnberger RT 1542 – mit Instruktionen zu entsenden.

<sup>2</sup> Siehe die Vollmacht Karls V. für die drei ksl. Kommissare, 1542 Okt. 9 (Nr. 44b, Anm. 2).

<sup>3</sup> Der Termin für die Konzilsöffnung in Trient war von Papst Paul III. für den 1. Nov. 1542 festgesetzt worden. Tatsächlich wurde das Konzil jedoch erst am 13. Dez. 1545 eröffnet.

*sondieren. Danach soll er nach Deutschland weiterreisen* pour vous advertir plus expressément de l'estat de mes affaires, tant en ce cousté que de lad. Ytalie et aussi entendre ceulx du cousté delà et de mesd. Pays d'embas et, en conférant le tout avec vous, regarder ce que se pourra faire mesmes avec les estatz de l'Empire, en quoy il m'emporte tant plus regarder et <sup>a</sup>-le sonder<sup>a</sup> jusques au bout, actendu le recomencement de guerre depuis succédé et la despence et dommaige que j'en ay supporté et soustenu en tant de coustez, lors que je debvoye estre assehuré par la tresve de Nyce [1538] et que j'entendoye employer ma personne et toutes mes forces contre le commun ennemy, non seulement de la Germanie, mais de toute la chrestienté. Quoy actendu la raison veult bien que je saiche desd. estatz ce qu'ilz voudront fere pour moy all'encontre dud. roy de France que à bien considérer la chose et comme il a usé l'année passée au contempt et mesprisement dud. Saint Empire ilz le doibvent tenir austant leur ennemy que le myen. Et si debvroient entendre au chastement du duc de Clèves quant aussi à ce qu'il a fait all'encontre de moy par le moyen de Martin van Rossem, dont il ne se scauroit excuser, ny de la détention de la duché de Gheldres.

Et vous escriptz ce que dessus pendant l'allée dud. Sr de Grantvelle pour regarder ce que vous semblera s'en debvoir encheminer en lad. prouchaine diette. Et si vous y estes desia, en usez selon ce ou sinon en baillez telle instruction à ceulx que je commectz pour estre de ma part en lad. diette, car vous povez par ce que dessus entendre mon intention<sup>4</sup> qu'est de préalablement que me resouldre ny obliger à passer en Ytalie et aller en lad. Germanie scavoir ce que lesd. estatz voudront faire, tant pour mon assistance et asseurance de mes pays et estatz contre led. France que de la restitution dud. Gheldres, aussi quelle emprinse se debvra faire contre led. Turc. *Der Kg. von Frankreich und der Hg. von Kleve müssen daran gehindert werden, das dringend notwendige Unternehmen gegen die Türken zu gefährden.*

Et pource que vous congnoissez ce que dessus emporte à vous et à moy, vous remectz d'y faire selon le temps et disposition, en actendant la venue dud. Grantvelle, ce que verrez plus convenir et de temporiser le progrèz de lad. diette jusques à la venue dud. Grantvelle ou de commencer et entamer les affaires d'icelle pour gaingner temps, tenant toutesfois pour maxime de non me obliger à riens – ny de ma personne, ny d'autre chose – jusques je saiche ce que lesd. estatz voudront faire, comme dit est. Et pourrez regarder si ce point principal se pourra différer jusques à la venue dud. Grantvelle et qu'il ait communicqué

<sup>a-a</sup> *Aus BCD, in A irrtümlich*: les bouter.

<sup>4</sup> *Obwohl der Kaiser seinem Bruder keine formale RT-Instruktion zukommen ließ, teilte er ihm in mehreren Schreiben vor und während des RT immer wieder seine Pläne und Intentionen in Hinblick auf das Reich und die Reichsstände mit. Für die konkrete Durchsetzung dieser als Leitlinie formulierten Intentionen sollte Ferdinand wenn möglich Granvelles Ankunft in Nürnberg abwarten, da dieser am besten über die ksl. Vorstellungen Bescheid wüsste.*

avec vous en traictant sur les autres choses remis à lad. prouchaine diette que, si se pouvoit faire convenablement, seroit le plus sehur et ce que je vouldroie, affin que estant bien informé par led. Grantvelle de mon intention puissiez regarder plus meurement ce que se debvroit faire à lad. diette.

Et pour satisfaire à ce que m'en escripvez, vous envoye deux pouvoirs, en l'ung desquelz sont dénommez les cinq commis, qui ont esté en la précédente [Nr. 44a], et ung autre où sont seulement les duc Frederich palatin, évesque d'Augsburg et conseillier de Naves [Nr. 44b]. Et semble que cestuy souffiroit pour évictier plus de despence et que les affaires communément se traictent mieulx par moings de gens, vous remectant toutesfois d'en faire comme mieulx vous semblera et de leur bailler telle charge et instruction que vous verrez estre à propoz de mon intention déclairée cy dessus, et ne leur en scauroie bailler autre ny à vous plus d'avertissement.

Et led. S<sup>r</sup> de Grantvelle fera toute la meilleure dilligence qu'il pourra de soy trouver devers vous. Et dois qu'il arrivera à Genues dépeschera courrier exprès devers notred. seur, affin qu'elle envoie quelque bon personnaige exprès en lad. diette, informé de l'estat de tous les affaires généraulx et particuliers de ce costel-là et pour estre en lad. diette et faire en icelle pour lesd. Pays d'embas ce que sera advisé et pouvoir mieulx délibérer et resouldre, le tout conféré et examiné, ce que se pourra et debvra faire [...]. Et sera bien que advertissez led. S<sup>r</sup> de Grantvelle où plus convenablement il pourra vous aller trouver, vous priant tenir regard qu'il emporte de gagner et avancer le temps, tant pour la bonne direction de ce que l'on aura à faire que pour m'en advertir.

*Baldiger Aufbruch Karls aus Monzón und Weiterreise nach Valencia und Kastilien geplant, wo er Geld von den Cortes aufreiben muss. Die Zeit drängt in der momentanen Notsituation, wo er von allen Seiten bedrängt ist.* Et en remectant le surplus à la venue dud. S<sup>r</sup> de Grantvelle, je respondray au surplus aux aultres particularitez de vosd. lettres: Et premièrement quant à l'instance que lesd. estatz ont faicte en lad. dernière diette pour la visitation de la chambre impériale<sup>5</sup>. Je suis très content qu'elle se face et ce que je l'avoie suspendu estoit selon l'advis que m'en avez donné, et y pourrez faire procéder en vertu des pouvoirs et commissions qu'en sont desia esté envoyez. Mais je ne scauroye sans avoir sur ce aultre advis de vous et scavoir sur quoy envoyer plus particulière instruction dès icy, sinon de vous remectre d'en user comme verrez plus convenir au bien des affaires et satisfaction desd. estatz.

*Bezahlung des Kammerrichters Gf. Johann von Montfort, der seines Amtes enthoben werden will. Als Nachfolger käme der nicht so gut qualifizierte Mgf. Ernst von Baden in Frage. Gleich nach der Ankunft Granvelles in Nürnberg soll mit Montfort darüber gesprochen werden. Der Kaiser ließ zwei Kommissionen vorbereitet: eine für Mgf. Ernst von Baden, die andere blanko.*

<sup>5</sup> Karl V. suspendierte die für 16. Juni 1542 angesetzte Visitation des RKG am 7. Mai 1542. Siehe dazu RTA JR Bd. XIII, Einleitung S. 71f.

*Ferdinand möge Karl über den geplanten Verkauf der Güter Hg. Ottheinrichs wegen dessen Schulden berichten. Vollmachten für die Verhandlungen mit dem Kf. von Sachsen in der Wahlfrage wurden bereits übersandt. Beitragszahlungen des Kaisers zum Nürnberger Bund sind eine sinnlose, abzulehnende Ausgabe, da der Papst nicht beabsichtigt, dem Bund beizutreten. Für die Bezahlung Gf. Hugos von Montfort, der nicht mehr Bundesrat des Nürnberger Bundes sein will, hat der Kaiser Vorkehrungen getroffen; Gf. Friedrich von Fürstenberg wäre ein guter Ersatz für Montfort.*

**6** *Instruktion Kg. Ferdinands für eine Werbung seines Rates Dr. Andreas von Könnertitz bei Kf. Johann Friedrich von Sachsen<sup>1</sup> und Lgf. Philipp von Hessen – Wien, 1542 Nov. 8<sup>2</sup>*

*Wien HHStA, RKRTA 11/Konv. 1, fol. 15r–24v (Kop.); ÜS fol. 15r: H. Anndreen von Kienritz instruction an Kf. von Sachssen und Lgf. von Hessen. Instruction auf den ersamen, gelerten, unsern getreuen, lieben Dr. Anndreen von Kienritz, unsern rathe, was der auf beiligende unsere credentzbriefe mit den hochgebornen Johans Friderichen, Hg. zu Sachssen [...], und Philipssen, Lgf. zu Hessen [...], unsern lieben oheimen, churfurstn und fursten von unsern wegen handeln solle.*

*Teilw. Druck: L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 289, S. 198f.*

*Zuerst solle sich Könnertitz zum Kf. von Sachsen begeben und diesem sein Kredenzschreiben überreichen. Aus den Prorogationsschreiben (Nr. 2–3) wisse der Kf. von Sachsen, dass der Beginn des Reichstags auf den 14. Dez. 1542 verschoben sei und dass der König angesichts der Notlage des Reiches auf das persönliche und pünktliche Erscheinen der Fürsten Wert lege. Und wiewol wir auf solch unser schreiben des ungetzweifelten versehens warn, sein L. wurde auß den ertzelten notwendig ursachen solchen reichstg auf obbestimpte zeit und malstat als ainen seiner L. wol gelegnen platz zu besuechen khainsweegs waigern, nochdann hettn wir nit underlassen mogen, ine, unsern rath, derhalben zu seiner L. abtzeförtigen und ze schickhen<sup>a</sup>.*

<sup>a</sup> *Es folgt ein gestr. Absatz mit einem marg. Vermerk, der darauf hindeutet, dass Könnertitz im Namen Kg. Ferdinands auch eine Werbung bei den rheinischen Kurfürsten vorbringen sollte: Nota: In der vier Kff. am Reyn instruction. Und wiewol wir irn Ll. den tag unsrer ankunfft geen Nuermberg alß obsteet auf den 14. diß monats zugeschriben, so mochte sich doch dieselb treffenlicher unserer gescheft halben umb*

<sup>1</sup> *Siehe auch den kursächsischen Bericht über die Werbung von Dr. Könnertitz, o. O., o.D. (ca. 1542 Nov. 29), in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 463–466, Nr. 163, fol. 23r–29v (Kop.).*

<sup>2</sup> *Dr. Andreas von Könnertitz scheint seine Werbung am oder kurz vor dem 29. Nov. 1542 bei Kf. Johann Friedrich vorgetragen zu haben, denn die schriftliche Antwort des Kurfürsten ist mit 29. Nov. 1542 datiert (Nr. 10).*

[*Persönlicher Besuch des Reichstags*] Und soll darauf derselb unser rath bei seiner L. mit allem vleiß vermanen, anhalten und begeren, das sein L. vilgemeltn reichstag auf obbestimte zeit, da wir uns dann mit der hilf und gnad des Almechtigen aigner person gewißlich antzekhomen verhofftn, persönlich zu Nurmberg besuchen wolle, und furnemlich auch darumb, damit auf sollichem reichstag neben den andern wichtigen sachen zu hinlegung und erörterung des irthumbes unser röm. kgl. waal belangendt in der zeit des gemachten anstands furfarn und gehandelt werden mochte, dann wir denselben irthumb je gnädiglich und gern erörtert sehen wolten, wölcher auch, wie sein L. selbs ermessen könnte, nit fruchtparlicher oder erschießlicher dann durch unser beeder personen gegenwurtigkhait hingelegt werden mochte. Deßhalb wir uns neben den vor außgefuerten notwendigen ursachen zu seiner L. gnediglich und freuntlich vertrustn und versehen wölten, sein L. wurde umb sovil mehr angetzaigten reichstag persönlich zue besuchen willen und naigung tragen.

[*Türkenhilfe*] Ferrer soll unser rath seiner L. antzaign, das wir khainen zweyfel truegen, sein L. were nunmehr durch derselben kriegßrath des sachssischen krayß erinnert und bericht, wie und was von wegen des winterlegers in Hungern gehandelt und beschlossen worden<sup>3</sup>, nemlich das biß auf nechstn reichstag und ferrer der reichsstende handlung und fursehung 1000 geruste und 2000 geringe pherdt und 4000 zue fueß in des Reichs costen und betzalung erhalten werden sollen. Darauf solle unser rath bei seiner L. vermanen, anhalten und begeren, daß sein L. fur sich selbs an der underhaltung solches kriegsfolgkhs khainen abgang oder mangl lassen, dergleichen auch bei derselben mitverwantn stenden des sachssischen krayß jetzo und dann auf dem khunftigen reichstag alle mugliche hilf und furdrung thuen wolte, damit solch kriegßvolckh in den besatzungen die wintertzeit hinumb, wie dann solches nach gestallt und gelegenheit des veindts stärckhe und macht, so er in Hungern hette, die höchst

---

etlich wienig tag verlengern, yedoch seyen wir entschlossen, auf N. tag diß monats mit der hilf und gnad des Almechtigen gewißlich zu Nuermberg antzekhomen. Und soll darauf unser rat bei irn Ll. mit allem vleiß vermanen, anhalten und begern, das ire Ll. auf obbestimte zeit auch gewißlich zu Nurmberg ankomen und solche ir ankhoft lenger nit anstölln, sich auch derohalb nichtzit verhindern lassen wolten, damit in den hochwichtigen des Hl. Reichs und gantzer teutscher nation beschwerlichen obligen desto statlicher und bei guetter zeit furgangen und gehandelt werden, welches sonst, so ire Ll. persönlich nit entgegen sein, so ansehenlich und furtreglich nit beschehn mochte. Daran werden ir Ll., neben dem das solches irer Ll. selbß und gemainer reichsstende hochste notturft ervorderte, röm. ksl. Mt. sonder annemigs und freuntlichs gevallen ertzaigen, welches auch ir L. und ksl. Mt. ungetzweifelt gegen iren Ll. in freuntschaft und gnaden bedenckhn werde. Und was ime, unserm rath, von bemelten churfursten und yedem in sonderhait in antwurt begegnet, das soll er uns unverzogenlich berichtn. An dem allem thuet er unsern willen und mainung.

---

<sup>3</sup> *Siehe Nr. 134.*

und unvermeidlichst notturft ervorderte, underhalten werden und sein gewisse betzalung haben muge.

[*Werbungen und Rüstungen Kursachsens und Hessens*] Dann alß uns anlangt, wie etliche stendt im Reich, und furnemlich der Kf. von Sachssen und Lgf. von Hessen, widerumb in etwas bewerbung und kriegßrüstung sein sollen, soll er, unser rath, in seinem zug allenthalb guete khundschaft, nachfrag und erkhandigung haben, wie die leuf gestalt und geschaffen und ob ainiche kriegßgewerbung, auch von wem die vorhanden und wohin dieselb gewendt werden solle. Und so er also an seinem zug oder in der handlung bei dem Kf. von Sachssen oder Lgf. von Hessen erfarn und befinden wurde, das ainiche kriegßbewerbung vorhanden were, alßdann soll er den churfurstn erinnern des vorstenden unraths, nachthail und verderbung, so bei disen gegenwirtigen, beschwerlichen leuffen und zeitten nit allain gemainen reichßstenden, sonder gantzer theutscher nation und der christenhait auß solchem kriegßgewerb und tatlichen vorhaben volgen und fliessen, was auch dem erbfeindt gemainer christenhait solches gegen theutscher nation, die one das gegen disem erbveindt in merckhlicher gefar und unsicherhait stuende, so die mit inwendigen krieggen beladen sein solten, fur ain hertz und throst machen. Was auch auß solchem tatlichen vorhaben fur hochnachtailige weiterung, abfall und zertrennung under den stenden des Hl. Reichs entsteen und auf yetzigem reichßtag in allen handlungen fur zerruttung geben wurde, das hette sein L. alß der hochverstendig selbß zue ermessen und zu bedenckhen, wolchen unrath, nachtail und verderbung sein L. alß ain churfurst und der furnembsten mitglieder ains im Hl. Reiche vil mehr zu verhuetten und zu furkhomen schuldig, dann das dieselb dartzu ainiche furdrung oder ursach geben sollte.

[*Ladung vor das Reichskammergericht wegen des braunschweigischen Feldzugs*] Und ob sich aber sein L. beschwären oder zu ainer ursach des kriegßgewerbs antziehen wurde, das von wegen einnehmung des furstenthumbs Braunschweig gegen seiner L. und derselbn mitverwanten vom ksl. camergericht ain citation und ladung außgangen were, solle unser rath sein L. entgegen berichtn, das sich gleichwol der ksl. camergerichtsprocuratorfiscal one unsern bevelch, wissen und willen ambtßhalber bei dem camergericht in diser sach eingelassen, und das aber solches [*ohne*] ainen bestendigen grundt. So hetten wir, alßpald solches an uns gelangt, bemeltn ksl. fiscal ernstlich mandiert und gebotten, ambtshalben diser sach im rechtn ferrer nit antzehangen, sonder sich derselben zue entschlagen. Das wir aber Hg. Hainrichen von Braunschweig seine spruch und vordrung abstrickhn oder im derhalben das recht sperren solten, hetten sich sein L. selbßverstendiglich zu erinnern, das uns solches nit geburn wollte, wie wir dann neben den ksl. commissarien dasselb seiner L. und des landtgraven rätñ in der handlung zu Nurmberg [1542] genuegsamlich ertzelen und außfueren lassen<sup>4</sup>.

<sup>4</sup> Siehe die *Nürnbergger Verhandlungen im Juli/Aug. 1542 betr. das durch Kursachsen*

[*Konflikt Habsburgs mit Jülich und Frankreich*] Ob dann unser rath vom churfürsten oder sonst vermerckhn wurde, das sich sein L. des Hg. von Gulch annemmen und sich darumb in kriegßbewerbung und tatliche handlung begeben wolte, soll er, unser rath, im, dem churfürstn, nachvolgend bericht thuen: Nemlich das sein L. hievor ungetzeweyfelt bericht emphanen, was gerechtighait und guetten fueg die röm. ksl. Mt., unser lieber brueder und herr, zu dem hetzogthumb Geldern und der graffschaft Zutphen hette, wie dann ir ksl. Mt. solche ir wol begründte habende gerechtighait auf jungstgehaltenem reichßtag zu Regenspurg [1541] vor gemainen reichßstenden offenlich in schriften und muntlich furbringen und volgends im thruckh außgeen lassen. Aber des alleß unbedacht und unangesehen hette der Hg. von Gulch irer ksl. Mt. solch hertzogthumb und graffschaft nun lange zeit here aigens gewalts unbillicherweise auf- und vorgehalten. Und wiewol ir ksl. Mt. genuessame ursach, auch guetten fueg und recht gehabt, sich solches hertzogthumbs und grafschaft zu undertziehen, nochdann so hab ir ksl. Mt. allem fridlichn wesen im Hl. Reich zu wolfart, nutz und guettem auf demselben regenspurgischen reichßtag ainen gemainen fridstandt gemacht und irenthalb in denselben fridstandt auch bewilligt, wolcher fridstandt zu nachgeenden reichßtägen widerumb erholt worden. Wie dann ir ksl. Mt. sollichen fridstandt gegen dem Hg. von Gulch gestrackhs und unverpruchlich gehalten und demselbn zuwider mitnichten gehandelt, wie sich aber der Hg. von Gulch solchem fridstandt entgegen und zuwider gehalten, das wäre offenbar und hette sich kurtzlich im werckh und mit der that augenscheinlich ertzaigt: Nemlich das er, der hertzog, nach solchem fridstandt, auch uber die außgegangen ernstlichen gebott und mandat, das niemands hochs oder nider stands dem Kg. von Frannckhreich zuetziehen noch ainiche hilf oder furschub thuen solle, persönlich in Frannckhreich getzogen, sich zum Kg. von Frannckhreich verbunden und seidhere sein bottschaft bei bemeltem Kg. in Frannckhreich gehapt und ime daneben mit volgkh zu roß und fueß hilf und beistandt gethan. Darauß dann gevolgt, das bemelter Kg. von Frannckhreich die ksl. Mt. gantz unentsagt und uber das ir Mt. von dem Kg. von Frannckhreich fridens versichert gewest, an mer orten gewaltiglich angegriffn und ubertzogen und dardurch ir ksl. Mt. mit irer person und statlichen hilf zu dem christlichen hör in Hungern verhindert, auch danebn der Thurckh wider gemaine christenhait und theutsche nation geraytzt wordn. Zu was grossem unwiderbringlichem schaden und nachthail solches gantzer theutscher nation und gemainer cristenhait geraicht, das mög sich sein L. alß der verstendig leichtlich erinnern.

Und wiewol solch des Hg. von Gulch unbillichen praticckhn und handlungen durch ine, den hertzen, vernaint und widersprochen werden mocht, so ist doch entgegen das widerspil offenbar, nemlich das seine aygne amptleut, diener und underthanen bei dem ein- und ubertzug in das land Lutzburg gegenwurtig

---

und Hessen eroberte Herzogtum Braunschweig, in: RTA JR Bd. XIII, Kap. VI, S. 669–738.

geweßt, und ob sy der ksl. Mt. das gantz Nederland abdringen helfen mögen, das wäre an irem willen und fursatz nit erwunden. Zudem das unser freuntliche, liebe schwester, Kgn. Maria, gubernantin im Nederland, durch niderwerfung etlicher brieff vom Hg. von Gulch seine unbilliche praticckhn offentlich befunden. Ob nun dawider irer kgl. Mt. in namen der ksl. Mt. nit billicherweise zu der gegenwähr ze greiffen und sich gegen der ksl. Mt. widerwertigen, die wider den angenommen und bewilligt gemainen fridstandt gehandelt, auch in die peen und straffen der obvermelten außgegangen mandaten gefallen sein, ze raichn geburt habe, des mög sein L. bei ir selbß abnehmen und ermessen.

Und dieweil nun die sachen an ime selbs dermassen gestalt und geschaffen, so wollen wir uns demnach anstatt und in namen der ksl. Mt. und fur uns selbs zu seiner L. freuntlich und gnädiglich versehen, sein L. werde sich über disen unsern gegrundtn bericht des Hg. von Gulch mitnichtn beladen noch annehmen, demselben khain beilag [= *Begünstigung*], hilf noch furschub thuen und noch vil wieniger sich in ainiche kriegß- oder tatliche handlung begeben, angesehen das auß solchem seiner L., auch derselbn landt und leutn neben dem unrath, der wie hievor gemelt zu besorgen, beschwerlicher nachthail und schaden entsteen und volgen möchte, den wir seiner L. zu gnaden und guttem vil lieber vermittn sehen wolten.

Und darauf von unsern wegen bei bemeltn churfurstn mit allem ernstlichen vleiß anhaltn und begern, das sein L. zu abstöllung und verhuettung des hochnachthailig unraths und verderben[s] solchen irn kriegßgewerb und tatlichn furnemmen gantzlich ab- und zu ruee stöllen oder doch zum wienigstn damit biß zu endtschaft deß khunftigen reichßtags, dieweil derselb gleich an der hand wäre, stilsteen wolte, des ungetzweifelten versehens, so wir und sein L. persönlich zusammenkhömen, das mittl und weeg gefunden, dardurch seiner L. habende beschwerdt on ainich tatlich furnemmen oder handlung hin- und abgelegt und dardurch friden, ruee und ainigkhait im Hl. Reich erhalten werden mochte, wie wir dann nit zweyfeltn, sein L. solchen friden furdern ze helfen fur sich selbs auch genaigt und willig seye. An dem werden sein L. röm. ksl. Mt. sonder annamigs, gehorsambs und freuntlichs wolgefallen ertzaigen, nebn dem daß sollichs sein L. wie obgemelt zue erhaltung fridens, ruee und ainigkhait im Hl. Reich zu thuen schuldig seye.

Und so er, unser rath, die sachen bei dem Kf. von Sachssen verricht hat, solle er sich von dannen zum Lgf. von Hessen veruegen und nach uberantwortung unsers credentzbrieffs seiner L. unsern gnädigen und freuntlichen willen antzaigen und furter die sachen in allen vorbeschribnen artickheln, ausserhalb deß was unser kgl. waal, dergleichn den Hg. von Gulch belangt, nachdem wir nit achtn khunnen, das der landtgrave ainiche ursach hab, sich deß Hg. von Gulch wider die ksl. Mt. antzenemmen, bestes vleiß handlen und außrichtn. Und ob aber er, unser rath, von im, dem landtgraven, vermerckhn wurde, das sich sein L. deß Hg. von Gulch gleichermassen beladen wolte, soll er alßdann dem landtgraven den bericht vorgehörter massen thuen und bei ime gleicherweiß



wie bei dem Kf. von Sachssen umb abstöllung des kriegßbewerbs und tatlichen handlung anhalten oder daß doch die sach biß auf unser und irer L. persönlich zusammenkhomen auf nechstem reichstag gentslich ein- und zu ruewe gestölt werde.

*Könneritz möge die Ergebnisse seiner Werbung bei Kursachsen und Hessen dem König möglichst rasch per Post zusenden.*

7 *Kf. Johann Friedrich von Sachsen an Kg. Ferdinand: Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag – Lochau, 1542 Nov. 11*

A *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 2, Nr. 1 (Kop.)*<sup>1</sup>.

B *Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 471r–478v (Konz.)*<sup>2</sup>; *DV fol. 478v*: Antwort dem röm. konig uff sein schreiben des erstreckten reichstags halben gein Nurmbergk. 1542 Lochau.

Mir seint auf den 8. Novembris zway schreiben von euer kgl. Mt. [Nr. 2–3] sambtlych und zugleich zuekhomen vast ainer substandts, allein daß euer kgl. Mt. in der andern den negst zu Nurmberg auf den 14. gemelts monats Novembris wider angesatztn reichstag bis auf den 14. des monats Decembris erstreckhen, mit beger, nachdem euer kgl. Mt. auf denselben tag gewislichen aigner person geen Nurmberg zu khumen erbuttig, das ich mich auf di zeit daselbst personlich und one alle ver hinderung zu sein darnach auch achten und solchs bey meinen craißverwanten in gleichnuß zu thuen auch furdern wolte etc. So verhoff ich sunder ruemb, euer kgl. Mt. haben bisheer bey mir nit anderst gespurt, dann daß ich nach meinem vermugen der cristenhait, auch des Reichs teutscher nation wolfart zu furdern und an mir nicht mangl zu sein lassen ye und alweg genaigt gewesen. Derhalben ich auch meer dann einsten meinen sachen des mißverstands, die beschehen waal anlangende, auf euer kgl. Mt. gegebne assecuration unvergreifliche ruge gegeben, furnemblich umb merer und richtiger furderung willen der christenhait und des Reichs händl, inmassen dann demnach ein sunderlich abrede khurtz nach khunftigen weinachten ain jar verlauffen durch den edln euer kgl. Mt. gehaimen rat, H. Hannsen Hofman, Frh. zu Gruenpuhl, meinen besondern lieben, gemacht<sup>3</sup>, so durch euer kgl. Mt. genedigist bewilligt und mir under irer Mt. aufgedruckhten sigel und handtzaichen zugeschickht worden ist. *Entgegen den Torgauer Vereinbarungen von Jan. 1542 wurden die Territorien Hg. Wilhelms von Jülich von den Burgundern angegriffen und zum Teil eingenommen als Racheaktion Kgn. Marias gegen den*

<sup>1</sup> *Beilage: Lateinische Kurzfassung des Schreibens.*

<sup>2</sup> *Die Foliierung ist z. T. fehlerhaft.*

<sup>3</sup> *Verhandlungen Hans Hofmanns mit Kf. Johann Friedrich und seinen Räten von 7. bis 9. Jan. 1542 in Torgau, bei denen ein Stillstand in allen Streitpunkten (u.a. in der Wahlfrage und im Konflikt mit Jülich) vereinbart wurde, der bis Fastnacht 1543 (Febr. 6) dauern sollte. Siehe dazu G. MENTZ, Johann Friedrich der Großmütige, Teil 2, S. 310ff.*

*mit Frankreich kooperierenden geldrischen Marschall Martin van Rossem. Die Beschwerde über dieses nicht zu rechtfertigende Vorgehen gegenüber dem Hg. von Jülich teilte Kf. Johann Friedrich auch Kgn. Maria mit.*

*Klage Kf. Johann Friedrichs über das parteiische Verhalten des Reichskammergerichts gegenüber Kursachsen und Hessen im braunschweigischen Konflikt trotz der in Nürnberg gemachten Friedenszusicherung Kg. Ferdinands (RTA JR Bd. XIII, Nr. 141). Das Kammergericht habe verfügt, uns allen bey peen der acht zu mandiern, Hg. Hainrich, so sich den jungern von Braunschweig nennet, das angewonnen landt wider einzuantworten etc. oder auf dem 17. Novembris schieristen zu Speyr vor inen zu erscheinen, zu sehen und horn, <sup>a-</sup>die acht wieder uns ergehen zu lassen etc.<sup>-a</sup> Und wiewol gedachter landtgrave und ich sambt unsern verwanten des einmal entslossen, uns aus beruertem euer kgl. Mt. friden khainsweegs fuern zu lassen, zudeme daß auch unser erbieter, daß wir zu verhör der sachen, vor ksl. und euer kgl. Mtt., auch Kff., Ff. und stenden des Reichs gethon, auf das beruerte nichtige, verdecktge und parteyische, auch meermals recusierte und unreformierte camergericht gantz nit gemaint gewesen, uns auch demselben uber so vilfeltige beschehne protestation und gegenfurwendungen in rechtfertigung oder erkhenntnuß einzulassen gar nicht gemaint sein, als wir dann allen rechten und der vernunft nach nit schuldig. Uber das wir gedrunge werden, dasselbe chammergericht noch einsten und zum uberfluß baide in religion- und prophansachen zu recusiern und die ursachen offentlich am tag auszugeen lassen. So wierdets doch von mir und meinen mitverwanten wol dafür gehalten, so euer kgl. Mt. anstatt ksl. Mt. ernste verschaffung bey demselben chammergericht gethan oder furderlich thuen werden, in den und allen andern sachen wider uns alle bis zu der bedachten visitation und reformation gentzlich stiller zu steen, so wierdet es aus verbitterung des gemuets, ungeachtet wie beschwärlich sonst alle sachen steen, vortschreiten.*

*Wie nun ich und vilgemelte meine mitverwanten uns darnach achten und richten sollen, den erstrekhten reichstag aigner person zu besuechen oder auch durch rette und potschaften zu beschickhen, solchs khunen euer kgl. Mt. selbst wol und leichtlich bedenken. Dann wiewol wir gotlob wissen und versteen, daß solhe des chammergerichts acht und proceß gantz nichtig und unchreffig und da von iemandts darauf gehandelt wolt werden, daß solchs meer fur ainen landtfridtpruchigen frevel, plakherey und rauberey dann fur ain execution muesste geschetzt werden, dannocht wolte es allerlay bedenken haben, wie euer kgl. Mt. selbst khunen genedigkhlich ermessen, auf solchen reichstag daruber zu erscheinen oder auch daselbst von ainer turggenhilf mit zu handln und zu sliessen helfen und sich seins vermugens, des er zu seiner selbst rettung, schutz und defension wol bedurftig, ferrer zu entplossen. Zudeme daß di nehere hilf auch von villen, die sy doch one alle protestation gewilligt, gar ungleich und*

---

<sup>a-a</sup> *Aus B, A om.*

gar nicht gelaistet, dartzue mit derselbigen hilf dem Reich und der teutschen nation nit zu wenig nachtail und beschwerung nichts ausgericht ist worden.

So wil auch nit allain myr, sonder one zweiff andern meer Kff., Ff. und stenden des Reichs nicht wenig bedenklichen sein, den reichstag zu besuechen und solhen gewaltigen werenden khrieg und khriegsubung und rustung unabgeschafft zu wissen, so wider meinen ohmen und schwager von Gulich als einem und nit den wenigisten fursten des Reichs uber seiner L. billiche erbietten, dieweil sy sich ires volckhs durch die turkhenhilf irer selbst und andrer stende halben etwas entplöst, fur und fur gefuert werden, und sonderlich uber und zuwider dem obberuerten durch Hannsen Hofman gemachten anstand<sup>4</sup>. Zudeme daß euer kgl. Mt. mir negst von dem reichstage zu Speyr durch mein rat und diener, Mag. Franntzen Burkarten, genedigkhlich haben zu erkennen geben lassen, das ir damals di röm. ksl. Mt. auf der post aus Hispanien neben andern geschriben, das ir Mt. ir dieselbe abrede auch liessen gefellig sein, darauf ich dann dester lieber mein turkhenhilf auf die vergangne sechs monat gelaistet.

Das ich mich nun aus denselben ertzelten ursachen nichts gewises auf euer kgl. Mt. begern, geen Nurmberg in sonderhait personlich zu khumen, khan vernemen lassen, darumb werden euer kgl. Mt. mich sonder zweifel nit verdenckhen, sonder selbst betrachten, wie beschwerlich es myr, auch andern, und zuvorderst meinen mitverwanten sein wollte. Wo aber euer kgl. Mt. sich genedigkhlich underfahren wurden, di beruerten beschwörungen furderlich zu erledigen und abzuwenden und die dinge dahin zu richten, das ain yeder unbefart solichen reichstag besuechen und seine lande und leutte hinder sich lassen möchte, so wil ich an meinem underthenigen und muglichen vleiß auch nichts erwinden lassen, mich auch alles geburlichen gehorsams und unverweislich zu halten wissen. Ich wil auch den andern meinen craißverwanten, wie euer kgl. Mt. <sup>b</sup>begeren, schreiben, was euer kgl. Mt. <sup>b</sup> mir denselben zu erkennen zu geben bevolhen. Solchs welle euer kgl. Mt. nit anderst dann meiner hohen, unvermeidlichen notturft versteen. Das bin ich umb euer kgl. Mt. in underthenighait zu verdienen gantz willig.

8 *Kg. Ferdinand an den sächsischen Rat Georg von Carlowitz betr. die Themen des künftigen Reichstags und die Teilnahme Hg. Moritz' – Pressburg, 1542 Nov. 14*

Wien HHStA, RK RA i.g. 11/Konv. 3, fol. 36r–41v (Kop.).

Druck: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 408, S. 503–506.

---

<sup>b-b</sup> Aus B, A om.

---

<sup>4</sup> Siehe oben Anm. 3.

*Er dankt Georg von Carlowitz für sein Schreiben<sup>1</sup>, dessen Themen er Punkt für Punkt beantworten will. Da er Einigkeit und Frieden in Ungarn als Voraussetzung für einen erfolgreichen Widerstand gegen die Türken betrachte, habe er sich vor und nach dem Tod Kg. Johannis I. Zápolya von Ungarn stets um eine vertragliche Regelung bemüht, sei bisher aber noch nicht erfolgreich gewesen.*

Dieweil aber die sachen des Turckhen halben nun aufs hochst khomen und derhalben sich die Hungern numaln miteinander veraint und in unser gehorsam begeben, gedenckhen wir, die chron Hungern mit unser hilf, sovil unß ymmer menschlich und muglich, nicht zu verlassen, sonder wollen ferrer alles das an die handt nehmen und befurdern, das zu erhaltung der chron Hungern und stattlichen widerstand des Turckhen fur nutz und dienstlich angesehen wirdet.

Dann so erwegen und betrachten wir bey uns selbs auch gnediglich, all-dieweil und so lang die irrung und unainighait in der religion weret, daraus nichts anders als, wie du vermeldest, allerlai mißvertrauen, zerruttlichait und aller unrat erfolgt, das khain handlung weder in kriegs- noch andern obligenden sachen iren glucklichen furgang erreichen mug. *Ferdinand bemühte sich auf allen Reichs- und Versammlungstagen bei Kaiser, Papst und Reichsständen um die Beilegung des Religionskonflikts. Schließlich gelang es, den Papst zur Ausschreibung eines Generalkonzils nach Trient zu bewegen, das der König mit allen Kräften unterstützen wolle, um die religiöse Einheit wieder herzustellen.*

Was dann belangen die frantzosisch, gulchisch, auch denmarckhisch handlungen, haben wir nicht gern gehort, das der hochgeborn Wilhelm, Hg. zu Gulch [...], sich so weit mit dem Franzosen in handlung eingelassen und die ksl. Mt. zu dieser thattlichen handlung so hoch verursacht hat, dann wir unß hievor und im anfang, wie sich die irrung des hertzogthumbs Geldern zwischen der röm. ksl. Mt. und dem von Gulch zuegetragen, gantz gueter wolmeinung in die handlung geschlagen und die sach guetlich hinzulegen, wie wir uns des auf den von Gulch selbst ziehen wellen, zum hochsten und treulichsten bemuet. *Er habe sich auch im Konflikt um Dänemark oder um das Herzogtum Braunschweig stets um Frieden bemüht und schätze Hg. Moritz von Sachsen als Unterhändler an seiner Seite.*

Nachdem aber unsers erachtens solich handlungen mindert bequemer noch mit pessern fuegen als auf negstkhonftigen reichstag zu Nuernberg in personlicher gegenwart Kff. und Ff. furgenomen und gehandelt werden mogen, wellen wir nicht underlassen, der ksl. Mt. derhalben zue schreiben, der ungetzweifften hoffnung, ir L. und ksl. Mt. werden sich hieruber gegen unß auf demselben reichstag mit gnediger antwurt vernemen lassen.

Und dieweil wir dann, wie yetzt vermeldet, solich sachen auf bemelten reichstag personlich zu handeln bedacht sein, wir auch nicht zweifln, obbemelter Hg. Moritz, dein herr, wird solich handlungen zu der ainighait helfen zu

<sup>1</sup> *Georg von Carlowitz an Kg. Ferdinand, o.D. (1542 Anf. Nov.), gedr. bei: E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 405, S. 498–501.*

befürdern auch nicht ungenäigt sein, so ist unser sonder gnedigs ansynnen und begern an dich, du wellest sein L. mit pesstem fuegen dahin vermanen, vermogen und bewegen, das sein L. unbeschwert sein welle, solichen furgenommen reichstag aigner person auch zu besuechen, auch dich zu befurderung der sach mit sich neme und daselbst soliche und ander obligende sachen und handlungen zu guettlicher verainigung zu handeln verhelfen. [...].

## 9 Kg. Ferdinand an Karl V. – Pressburg, 1542 Nov. 18

A Wien HHStA, Hs. blau 597/2, fol. 75v–79r (Kop.).

B Wien HHStA, Belgien PA 6/6, fol. 157r–160v (Ausf. chiff. u. dechiff.); DV: Du roy des Romains du 18 de novembre. Receus en Madrit le 17 de janvier en 42<sup>1</sup>.

Beilagen: gedr. von A. KÁROLYI, *Kiadatlan levelek*, Nr. 19–20, S. 538–540.

1. Wien HHStA, fol. 79r–80r: Hg. Moritz an Kg. Ferdinand (Übersetzung ins Französische), o.D. (ca. 1542 Nov. 10).

2. Wien HHStA., fol. 80r–82v: Georg von Carlowitz an Kg. Ferdinand (Übersetzung ins Französische), o.D. (ca. 1542 Nov. 10).

*Der Kaiser wurde von Ferdinand bereits über das Misslingen der Belagerung von Pest, den Abzug des Reichsheeres und die Errichtung des Winterlagers unterrichtet<sup>2</sup>. Die Verhandlungen Ferdinands mit Kf. Joachim von Brandenburg, den Kriegsräten und den Inhabern der hohen Ämter über das Winterlager führten zur Bewilligung einer Reichshilfe von 4000 Fußknechten, 2000 leichten Pferden und 1000 bewaffneten Pferden, deren Bezahlung der König allerdings bis zum nächsten Reichstag vorstrecken sollte. Um die benötigten Geldmittel aufzutreiben, berief Ferdinand eine Versammlung der ungarischen Stände in Pressburg ein, tant pour leur donner plus de cueur et consolation et mectre ordre aux affaires d'icelluy, comme aussi pour adviser d'assistance pour cestuy yver et asseurance des frontières pendant que l'on pourra obtenir et dresser autre ayde en la prouchaine diette de Nuernberg. Der Ausgang der ungarischen Ständeversammlung ist bis jetzt ungewiss.*

*Lobende Beurteilung des Hg. Moritz von Sachsen und seines Rates Georg von Carlowitz, deren Berichte über die aktuelle politische Situation beiliegen. Ferdinand bietet sich als Mediator für die Einheit der Christenheit an. Karl möge seine Wünsche bez. des künftigen Reichstags Ferdinand bekanntgeben.*

*Der Fiskal zitierte die Protestanten wegen des braunschweigischen Feldzugs infolge der Klage Hg. Heinrichs vor das Reichskammergericht, während sich der König für einen Aufschub des Gerichtsverfahrens einsetzte; er konnte den Herzog jedoch nicht von seinem Vorgehen gegen die Protestanten abhalten. Et pour ce ne nous*

<sup>1</sup> *Stilus gallicus*; es handelt sich um den 17. Jan. 1543.

<sup>2</sup> Über den misslungenen Sturm des Reichsheeres auf Pest und den Rückzug der Armee nach Gran siehe den Bericht des obersten Feldherrn Kf. Joachim von Brandenburg von 1542 Okt. 9, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 85, S. 546f.

peult, Mons<sup>r</sup>, à ceste cause estre plus riens imputé ny en doibvent lesd. estatz recevoir raisonnable mescontentement, puisque ce leur a esté déclairé et sur ceste condition aient accepté la paix. Ce nonobstant toutesfois et pour plus asseurer les affaires, j'ay envoié homme propre<sup>3</sup> vers lesd. de Saxen et lantgrave, tant pour les requérir eulx trouver en personne à lad. prouchaine diette impériale, affin de tant plus facilement povoir parvenir à la bonne conclusion de tous affaires, comme aussi pour leur déclairer la provision qu'avoye faicte quant aud. fiscal et que pour ce n'ont aucune occasion de ressentment ny se debvoir doubter ou mettre en armes. Aussi quant à assister le duc de Clèves, qu'ilz devoient bien regarder ce qu'ilz feroient et considérer les grans torts si évidents et manifestes que icelluy de Clèves avoit de votre M<sup>te</sup> et de tout l'Empire, aiant sans occasion quelconque enfrainct et contrevenu si ouvertement à la commune paix et recèz des diettes impériales de Spire [1542] et Nuernberg [1542]. Et auray, Mons<sup>r</sup>, néantmoins tousiours bon regard et advertence pour entendre ce à quoy ces assemblées tendent pour à tout obvier le plus que possible me sera.

Et à la vérité, Mons<sup>r</sup>, je ne suis sans grande perplexité et estre bien ébay que de si longtemps, mesmes dois le 28 d'aoust dernier, je n'ay eu de voz nouvelles ny responce sur ce que pieça vous ay escript, mesmes concernant votre résolution sur ce que se debvra traicter en lad. diette. Et n'estoit la prolongation d'ung mois que y est mise pour cause de ceste retraicte de Hongrie et que craindoie ceste tardivité de votre résolution et autres considérations, je ne scay, Mons<sup>r</sup>, par quel boult nous eussions peu commencer ung affaire de si grant importance sans avoir ny commissaires ny instructions, lettres ou ordonnances en votre nom<sup>4</sup>. Si suis-je, Mons<sup>r</sup>, en espoir qu'il y a quelque chose de chemin, parquoy me dépescheray icy pour m'y trouver le plustost que possible me sera.

<sup>3</sup> *Dr. Andreas von Könnertitz: siehe seine Instruktion für die Werbung bei Kursachsen und Hessen (Nr. 6).*

<sup>4</sup> *Granvelle führte die vom König dringend erwarteten Vollmachten und Instruktionen für den RT auf dem Seeweg von Barcelona nach Genua mit sich und sandte sie gleich nach seiner Ankunft in Genua an Ferdinand. Die große Verspätung entschuldigte er mit dem Schlechtwetter, das seine rechtzeitige Überfahrt von Spanien nach Italien verzögert hatte: Granvelle an Kg. Ferdinand, Genua, 1542 Dez. 17, in: Wien HHSStA, Belgien PA 34/1, fol. 158r–163v, hier fol. 159r und fol. 163r (Kop. z.T. chiff. u. dechiff.):* Et pour ce dépesche ce courier exprès avec aussi les povoir[s] et lettres pour la prouchaine diette pour en ordonner suivant les lettres de sad. M<sup>te</sup> impériale ce qu'elle verra convenir et estre plus expédient. [...]. Sire, votre M<sup>te</sup> trouvera les lettres de l'empereur et le dépesche que j'envoyeraï pour les estatz de vieille date, mais il ny a heu remède de pouvoir plustôt passer ny les envoyer pour avoir esté – dois mon partement de Barsellonne – tousiours le temps contraire et pour lequel les galères sont esté rebouttées.

10 *Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen auf die Werbung des kgl. Rates Dr. Andreas von Könnertitz (Nr. 6) – Lochau, 1542 Nov. 29*

- A *Wien HHSzA, RK RTA 11/Konv. 2, Nr. 2, unfol., (Kop.); ÜS: Unser von Gottes genaden Johans Friderichen, Hg. zu Sachsen, des Hl. Röm. Reichs ertzmarschalch und Kf., Lgf. in Durringen, Mgf. zu Meissen und Bgf. zu Magdeburgkh antwort dem vesten und hochgelerten H. Anndresen von Khonneritz Dr. auf seine werbung, so er von röm. hungerischer und behemischer kgl. Mt., unsers allgenedigsten herrn, wegen an uns gethan, gegeben.*
- B *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 463–466, Nr. 163, fol. 30r–47r (Kop.).  
Teilw. Regest: L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 290, S. 199.*

*Dankt für Werbung des Dr. Könnertitz (Nr. 6). Bereitschaft, zum Wohl der Christenheit und der deutschen Nation zum Frieden beizutragen.*

*[Persönlicher Besuch des Reichstags] [...] Und sonderlich wären wir auf bemelten reichstag darumb persondlich zu khumen dest meer genaigt, dieweil wir aus beschehner werbung vernomen, das ire kgl. Mt. genedigkhlich genaigt, in der vorabschiedeten handlung, di kgl. waall betreffendt, daselbst zu Nurnberg vortzufarn, nachdem wir selbst auch bedenkhnen, daß solhe handlung nit pesser geschehen khunt, dann do ire kgl. Mt. und wir persondlich zur stette und gegenwertik wären. Wegen des Krieges in Jülich kann Kf. Johann Friedrich sein persönliches Kommen zum Reichstag jedoch einstweilen nicht zusagen, wie er in einem Schreiben an Kg. Ferdinand (Nr. 7) begründete und gegenüber Könnertitz wiederhole. So wierdet er [= Könnertitz] one zweifl bey ime selbst unser gelegenhait dest baß auch wissen hierin zu ermessen, wie wir uns noch zur zeit derwegen anders und weitters khonnen vernemben lassen, auch was unser persondtliche gegenwurtickheit, sovil in sonderhait die turggenhilf belanget, meer nutzlich oder dienstlich auf berurtem reichstag sein wollte. Dann so wir unsere rette mit gewalt und volmacht, als wir dann in alweg durch gotliche verleihung zu thun bedacht sein, dahin schickhen und nit allein den reichshändlen mit ob zu sein, sonder auch beruerter handlung di waall und anders, davon der abschidt, so nunmeer ain jar zwischen ir kgl. Mt. rat und diener, den edln H. Hansen Hofman, Frh. zu Gruenenpuhl etc., unsern besondern lieben, mit uns zu Torgaw<sup>1</sup> abgeret und durch ir kgl. Mt. volgendts genedigkhlich bewilligt, zu gewarten und sy von unserntwegen widerumb vernemben zu lassen.*

*[Türkenhilfe] Aber die weittere antzaigung belangendt, daß wir durch den khriegßrat des sechsischen craiß solten bericht sein worden, wie und was von wegen des winterlegers in Hungern gehandelt und beslossen worden sein soll, nemblich daß 1000 wolgeruster und 2000 geringer phärt sambt 4000 zu fueß bis auf den khunftigen reichstag und der stende ferrer vorsehung in des Röm. Reichs costen underhalten sollen werden, derhalben kgl. Mt. begern, daß wir an unser gebur gemelts unchosten halben nit wolten mangl*

<sup>1</sup> *Siehe Nr. 7, Anm. 3.*

sein noch ychtwas abgeen lassen, solches auch in gleichnuß bey den andern stenden des obersechsischen craiß befurdern etc., so mugen wir mit bestendigen grunt antzaigen, daß uns von gemeltem khriegßrat noch khain bericht bis auf den heuttigen tag davon beschehen, und one zweiff auß deme, das er zu solhen handlungen nit wierdet getzogen worden sein. Ist er aber dabey gewest, so wollen wir uns versehen, gemelter khriegßrat werde nit underlassen, uns nochmals davon antzaigen zu thuen, welchen wir auch darnach gerne an di andern unsere khrayßstende wellen gelangen. Dann fur uns selbst allain uns darauf dismals vernemben zu lassen, khan darumb nit beschehen, das wir bißhere, wie auch andere meer, khain weitere turgggenhilf in Hungern auf die verschine sechs monat gewilligt, welche wir underthenighklich und gehorsamblich gelaistet und unsers thails sunder ruem khainen mangl haben sein lassen. Zudeme haben wir auch dem Kf. zu Brannenburg als des Reichs oberstem hauptman 2000 fl. auf die speierische reichshandlung furgesetzt und dartzue den vierden monat zu der eillenden reichshilf vorm jare, welcher vierder monat doch mit bewilligung gemainer reichsstende gefallen und abgekhurtzt worden, getuppelt erlegt. Solch gelt uns noch alles unbetzalt aussensteet. Über das wissen wir auch nicht, ob beruerte underhaltung von andern Kff., Ff. und stenden des Reichs in gleichnuß wil gewilligt werden, desgleichen wievil ainem curfursten dartzue zu erlegen geburn soll.

[*Reichskammergericht*] Und im faall, daß es gleich sölhe ursachen und einrede unsern halben nit hat, so wierdet doch uns und unsern cristlichen einungs- verwanten bedenklich sein und schwär fallen, in ainiche underhaltung oder weitere turgggenhilf zu bewilligen, es sein dann zuvor di vermainten und nichtigen proceß an dem chamergericht gentzlich und wurklich abgeschafft. Dann weiß sich dasselbe chamergericht gegen uns und gemelten ainungsverwanten des braunschweigischen defensionzugs halben yetzt auch thuet anmassen, sölchs haben unser freundlicher, lieber vetter und brueder, der Lgf. zu Hessen, und wir kgl. Mt. vor langst durch unser sambtlich schreiben zu erkennen gegeben. Darauf uns noch zur zeit auch khain antwort von ir kgl. Mt. gefallen.

[*Werbungen und Rüstungen Kursachsens und Hessen*] Die Bedenken Kg. Ferdinands bez. der Aufrüstung der Schmalkaldener werden durch das Schreiben Johann Friedrichs von 1542 Nov. 11 (Nr. 7) und durch ähnliche Ausführungen des sächsischen Kurfürsten gegenüber Kgn. Maria entkräftet. Diese Ausführungen sind dem kgl. Gesandten Dr. Könnerritz vorzulesen.

[*Konflikt im Herzogtum Jülich*] Als Kf. Johann Friedrich von dem Angriff der Burgunder gegen den Hg. von Jülich erfuhr, bemühte er sich, die rheinischen Kurfürsten<sup>2</sup> und einige Fürsten<sup>3</sup> als Vermittler in diesem Konflikt zu gewinnen. Obwohl sich der Kf. von Köln und der Lgf. von Hessen zur Vermittlung bereit erklärten, setzte das burgundische Heer die kriegerischen Angriffe gegen Jülich fort. Und solichs

<sup>2</sup> Die Kff. von Köln, Trier, Pfalz und Mainz.

<sup>3</sup> Lgf. Philipp von Hessen, die Gff. von Nassau und die Gff. von Neuenahr.



zaigen wir kgl. Mt. geschickhten auch hierumb genedigkhlich an, daß wir uns aller unbillichen verursachung solher und dergleichen beschwörung, wie yetzt gemelt, und so sich die, daß Gott wende, zutragen soldt, gotlob gentslich entschuldigt wissen.

*Hätte Hg. Wilhelm von Jülich kriegerische Absichten gegen die Niederlande gehabt, so hätte er nach dem Ende des braunschweigischen Feldzugs das frei gewordene Kriegsvolk für seine Zwecke verwendet, was jedoch nicht der Fall war. Er leistete stattdessen seinen Beitrag an Reitern und Fußvolk zur Reichstürkenhilfe.*

Dartzue halten wir es auch darfur, wie unser vetter und brueder, der landtgrave, und wir fur uns selbst und von wegen unser ainungsverwanten gegen kgl. Mt., auch Kff., Ff. und stenden des Reichs auf negstgehaltne[m] reichstag zu Nurmberg [1542] nach beschehner gegenweer im landt zu Braunschweig durch unsere räte und gesanten underthenige, freundliche, auch genedige erbietung thuen lassen<sup>4</sup>, vorberuert khriegsfolckh von uns oder mit unserm zuthuen in ksl. Mt. oder des Reichs widerwertigen handen nit khumen zu lassen, so sey desselben volckhs vil dem burgundischen [*Kriegsvolk*] zuekhomen. Und so wir es bey uns dafur hetten achten oder versteen mugen, daß unser schwager meergemeltem einfaall in Burgundien verwant [= *zugetan, daran beteiligt*] gewest und heten sein L. furschube darinn thuen wellen, so hetten wir nach beruerter eroberung des landes zu Braunschweig di wege wol finden khonnen, daß sein L. desselben volckhs auch ein guetter thail zuekhomen wäre, welches doch nicht beschehen, auch uns mit grunde nit mag aufgelegt werden. Und dieweil dann derselbe unser schwager, in vertrauen seiner L. bewissen<sup>a</sup> unschuldt, so gar ploß [= *ungeschützt*] funden, als sein L. durch der khunigin und regentin khriegsfolckh ubertzogen, so mueß dennoch solhs bey menigkhlich nit ein geringe vermuettung und antzaigung unsers erachtens derselben seiner L. unschuldt machen.

*Kf. Johann Friedrich dankt Kg. Ferdinand, dass dieser ihn durch Dr. Könnertitz über den Stand der Verhandlungen im Konflikt um Jülich benachrichtigte. Der Kurfürst kennt die Rechtsposition des Kaisers und jene des Hg. von Jülich in diesem Streitfall. Er ließ die kursächsischen Rechtsgelehrten dazu Stellung nehmen; sollten sie in ihrem Bericht zum Schluss kommen, dass der Herzog im Unrecht sei, so wolten wir seiner L. denselben [*Bericht*] auch nit verhalten und seiner L. freundliche und notturftige undersagung darauf gethan haben. Der Herzog werde sich dann der Billigkeit nach verhalten.*

*Hoffnung Kf. Johann Friedrichs, dass der König sich im jülichischen Konflikt um gütliche Verhandlungen zwischen den Parteien oder um einen rechtlichen Austrag der Angelegenheit bemühen werde. Johann Friedrich nimmt an, dass der burgundische Angriff gegen Hg. Wilhelm von Jülich nicht mit Wissen und Einverständnis des*

<sup>a</sup> In B: bewusten.

<sup>4</sup> Siehe die verschiedenen Rechtfertigungen Kursachsens und Hessens wegen des braunschweigischen Feldzugs: siehe RTA JR Bd. XIII, Nr. 134, Nr. 137–138.

*Kaisers erfolgte, sondern dass es sich um einen Racheakt für den im Sommer 1542 erfolgten Überfall auf die Niederlande handelte. Die Gesandten Hg. Wilhelms von Jülich legten auf dem Reichstag in Nürnberg 1542 den Reichsständen die Unschuld ihres Herrn an diesem Überfall dar (RTA JR Bd. XIII, Nr. 122). Hg. Wilhelm wird seine Gesandten zur weiteren Klärung der Angelegenheit auf den kommenden Reichstag nach Nürnberg abfertigen und wird den König und einige Reichsfürsten um sicheres Geleit für seine Räte ersuchen.*

Achten es derhalben dafür, auf gemelten reichstag werde sich über die entschuldigung, die sein L. [= Hg. Wilhelm von Jülich] auf negstgehaltenem reichstag zu Nurnberg bereittan und sonst haben thuen lassen, seiner L. fueg und unfueg, wo sein L. solche vergeleithung der iren halben erlangt, clar und genuesam befinden, desselben zu iren fromben zu geniessen oder schaden zu entgeltn.

*Über die gegen den Hg. von Jülich vorgebrachten Anschuldigungen soll auf dem künftigen Reichstag verhandelt werden. Der sächsische Kurfürst bestreitet, dass Jülich mit dem Kg. von Frankreich eine Allianz gegen die ksl. Niederlande eingegangen sei und sich des offenen Landfriedensbruchs schuldig gemacht habe. Hingegen sei der Angriff der Burgunder auf Jülich offenkundig und unrechtmäßig. Auch beklage sich die Mutter des Hg. von Jülich über die Brandschatzung ihres Wittums durch die burgundischen Streitkräfte.*

*Wilhelm von Jülich sei 1541 in Frankreich gewesen, um seine Heiratspläne mit Jeanne d'Albret III. zu verwirklichen<sup>5</sup>. Diese Verheiratung, nicht die geheime Unterstützung des Kg. von Frankreich gegen die burgundischen Niederlande, sei der Grund, weshalb Wilhelm einen ständigen Gesandten am französischen Hof (= Dr. Hermann Cruser) habe. Alle Vorwürfe, dass der Herzog seine Untertanen dem Kg. von Frankreich zuziehen lasse, seien haltlos, vielmehr stünden jülichsche Amtleute im Dienst der Burgunder gegen Frankreich; sie hätten auch Hg. Heinrich von Braunschweig gedient. Martin van Rossem, der geldrische Marschall, sei entgegen dem Willen des Hg. von Jülich in den Dienst des französischen Königs getreten. Zu den von Kgn. Maria abgefangenen Briefen, die des Herzogs Kooperation mit Frankreich beweisen sollen, werden der Herzog bzw. seine Gesandten am Reichstag Stellung nehmen. Die Rechtfertigung des Herzogs hätte vor dem Angriff der Burgunder auf Jülich gehört werden müssen.*

*Der Kurfürst hofft, es werde dem Kaiser und Kg. Ferdinand nicht missfallen, dass er dem mit ihm verwandten Hg. von Jülich aus den oben angeführten Gründen seine Unterstützung zugesagt hat. Außerdem hoffe er, dass das burgundische Militär wieder aus Jülich abgezogen werde, bevor es zu weiteren kriegerischen Ereignissen komme. So werde die kgl. Mt. mit genedigem ernst und vleiß die dinge also underfahen, damit di sachen aller zu ainem bestendigen friden und entlichen guetlichen vertrag oder rechtlichen erkhanntnuß obgemelter Kff., Ff. und stende*

<sup>5</sup> Zur Reise Hg. Wilhelms von Jülich nach Frankreich im April 1541 und zur dortigen Feier seiner Vermählung mit Jeanne d'Albret, Nichte Kg. Franz' I. von Frankreich und späte Kgn. von Navarra, am 14. Juni 1541 siehe: P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 52f.

des Reichs fürderlichen gericht werden. Dann was wir für unser person dartzue vermogen zu thuen und thuen sollen, dartzue wollen wir uns sovil möglich underthenigkhlich und guetwillig hiemit und in alweg erbotten haben.

*Gerade in Zeiten der Bedrohung durch die Türken solle das Reich vor inneren Kriegen verschont bleiben; Jülich solle dem Herzog wieder zurückgegeben werden und ein Vergleich zustande kommen.*

So ist auch ane not, das wier uns der krigsrustung halben, so uns bei kgl. Mt. aufgelegt worden, entschuldigen, dan das wir in keiner krigsrustung sein, zeigt an der offentliche augenschein in unsern landen und furstenthumben. Darumb uns auch wenig entschuldigung gegen kgl. Mt. dawider vonnotten, allein das wier ertzliche unserer hauptleute uff unsers ohmen und schwagers freuntliche bitt und ansuchung – vor dieser zeit als das burgundisch krigsvolck noch im lande zu Gulich gelegen – abgefertigt, unserm ohmen und schwager zu rettung seiner L. lande und zu derselben gegenweer aus meergemeltn ursachen ain antzal khnecht anzunemen und sein L. zutzefuern.

*Für Johann Friedrich hänge der persönliche Besuch des Reichstags von der Antwort Kg. Ferdinands auf die Bedenken und Beschwerden des Kurfürsten ab (Nr. 7).* Nachdem wir auch aus des gesanten von Khonneritz werbung vermerkhen khonnen, daß wir durch unsere widerwärtigen bey kgl. Mt. etwas beschwärllicher und weitter, dann sich die dinge im grunt erhalten, sein angetragen worden, so wil unser notturft sein, den sachen weitter nachzugedenkhen. *Falls nötig, werde Johann Friedrich dem Kaiser und dem König weiteren Bescheid zukommen lassen.*

11 *Bericht des kursächsischen Rates Erasmus von Könneritz an Kf. Johann Friedrich von Sachsen über ein Gespräch mit dem kgl. Rat Hans Hofmann im Vorfeld des Reichstags – o.O., o.D. (Wien, 1542 Nov./Dez.)*

*Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 463–466, Nr. 163, fol. 88r–92v (Kop.); DV fol. 92v: Köneritz werbung von wegen H. Hansen Hofmans etc. belangend 1. die turckenhulf, 2. besuchung persönliche deß reichstags zu Nurmberg, 3. und des chamergerichts fiscals proceß wieder diese stende der braunschweigischen defension halben, derwegen euer kgl. Mt. sich entschuldigen thut. 1542.*

*Hans Hofmann brachte im Gespräch folgende drei Punkte im Auftrag des Königs vor:*

1. *Notlage in Ungarn durch den Mißerfolg des Reichsheeres im Kampf gegen die Türken bedeutet Gefahr für das gesamte Reich, nicht nur für die kgl. Erblande. Wenn den Ungarn nicht geholfen werde, wofür nicht zuletzt die Reichsstände Verantwortung trügen, könnten sie sich den Feinden anschließen. Lob für Kf. Johann Friedrich, der seine Truppen im Türkenzug 1542 korrekt und rechtzeitig bezahlte.*

2. *Persönliche Gegenwart des Kurfürsten auf dem künftigen Reichstag ist unerlässlich: Und wiewol ytzt abermals ain reichstag in kurtzer zeyt alda eintzukomen bestimbt were, daselbs von der beharlichen turckenhilf vermuge des*

speyrischen abschiedes und andern anhengigen artigln und sachen, die bisher nicht haben ir endtschaft erlangen mugen, und zuvorderst des christlichen glaubens halben, damit der one lengern vertzug zu christlichem, rechtem verstandt gepracht werde, besliesliche handlung zu phlegen und furzunemen, so konnte doch er, H. Hans Hofman, nicht achten, wie man wol zu aynicher beslieslichen abhandlung und gueter vergleichung komen mochte, do eur kfl. Gn. in aigner person nicht gegenwurtig sein wurde, dieweil diese großwichtige sachen durch botschaften, gesandte und räte auf ir abgefertigte instructionen, die doch gemeinlichen, do etwas neues fuerfiele, auf hindersichpringen gestellt sein, nicht können expediert noch erledigt werden. Daraus dann verlengerung der sachen und verhinderung vil guts werckhs erfolgte. So dann eur kfl. Gn. vor augen sehen, in was obligenden beschwerden gemeine christenheyt, furnemblich deutsche nation, stuende und das disen dingen durch Gottes gnedige mittl können geratten werden, wo eur kfl. Gn. in aigner person den reichstag besuechten und neben andern stenden des Reichs die expedition mit ernst fur die handt nemen, so were demnach H. Hansen Hofmans underthenige bit, dieweil an eur kfl. Gn. gegenwurtigkheyt so vil gelegen, das auch one das auf dem angesetzten reichstag nictes fruchtbarlichs könne gehandelt oder beslossen werden, eur kfl. Gn. wollten nicht underlassen, gemainer christenheyt zu wolfart, furnemblich deutscher nation zum pesten, den ernenten reichstag in aigner person zu besuechen und die obligenden des Reichs beschwerden neben andern stenden des Reichs zu furkomung des drauenden unrats zu guter endtschaft und erledigung furdern und bringen helfen, wie er dann nicht zweyfft, alle sachen sollten alsdann zu guter expedition landen und leuten zu trost komen. *Sollte der Kurfürst nicht persönlich am Reichstag erscheinen, würde nichts erreicht werden. Hofmann überlegt in diesem Fall, den König nicht zum Reichstag nach Nürnberg zu begleiten, da er ohnedies Anspruch auf Urlaub habe. Ein Nichterscheinen Johann Friedrichs am Reichstag wäre laut Hofmann ein Verstoß gegen die bei den Torgauer Verhandlungen (1542 Jan. 7 bis 9) getroffenen Vereinbarungen, als der Kurfürst versprach, einen in Nürnberg abgehaltenen Reichstag persönlich besuchen zu wollen.*

3. *Eingeständnis Kg. Ferdinands, dass die Vorladung der Schmalkaldener vor das Reichskammergericht wegen des braunschweigischen Feldzugs gegen die Friedenszusicherung vom Nürnberger Reichstag 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 141) verstoße und ohne Zustimmung des Königs erlassen wurde, weshalb er sich entschuldige.*

Solches alles hat mir H. Hanns Hofman aufgelegt, eurn kfl. Gn. von seinetwegen undertheniger vertrauter maynung zu berichten. Damit er sich auch eurn kfl. Gn. undertheniglich thete bevelhen.

12 *Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen an Kg. Ferdinand: Bitte um Geleit für die Räte der Schmalkaldischen Bundesstände zum Reichstag<sup>1</sup> – 1542 Dez. 7*

Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 479r–481v (Konz.)<sup>2</sup>; DV fol. 481v: An röm. konigk umb das gleit uff den reichstag gein Nurmbergk. 1542 Lochau, in meines gnädigsten herrn und des landgraffen namen.

*Nach Erhalt der Prorogationsschreiben (Nr. 2–3) mit der Aufforderung Kg. Ferdinands, den Reichstag persönlich zu besuchen, haben wir und unserer jeder sonderlich euer kgl. Mt. darauf antwort [Nr. 7] gegeben, auch ich, der churfurst, mich gegen eur kgl. Mt. radt, Dr. Andreßn von Konneriz, <sup>a</sup>-den eur kgl. Mt. hernacher zu mir geschickt<sup>a</sup>, vornhemen lassen [Nr. 10], wie eur kgl. Mt. nuhmer darauß werden vorstanden, auch von ime, dem Konneritz, notdurftigen bericht empfangen haben. Und wiewol wir darauf eur kgl. Mt. widerantwort gewertigk sein, darnach wir uns auch unsers personlichen besuchens halben berurts reichstags wollen weiter zu vornhemen lassen wissen, so seind wir doch bedacht und entschlossen, denselben reichstagk durch etzliche unsere rethe statlich zu beschicken, weil wir dann keinen zweivel haben, die andern fursten, graven, stende und stedte, so unserer christlichen aynunge vorwandt, werden in gleichnus nit underlassen, bestimpten reichstage durch ire rethe, gesandten und potschaften etc. auch zu beschicken und zu besuchen.*

So will die notdurft sein, das dieselben unsere, auch der andern fursten, graven, stende und stedte rethe, gesandten und potschaften, <sup>b</sup>-sonderlich die, so zu unser aynung und doch zum teil sonsten zum Reich ane mittel nit gehören<sup>b</sup>, mit notdurftigem, auch sicherm, vhelichem [= *sicherem*] und ungeverlichem gleit fur sich selbst, auch alle ire diner, di sie bei sich haben und mit uff den reichstage bringen, zu und abe von demselben reichstage biß in ir gewarsame

<sup>a-a</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>b-b</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>1</sup> *Im Abschied des Schmalkaldischen Bundestages von Schweinfurt (1542 Nov. 15) war beschlossen worden, dass die Bundeshauptleute für sich und andere Bundesmitglieder, auch für die nicht reichsunmittelbaren Bundesstädte, bei Kg. Ferdinand um Geleit zum Reichstag ansuchen sollten: Und pitten die stendt untertheniglich, das der Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen etc. fur sich und irer mitverwanten stende dahin furdern, das sie und ire mitverwanten, sonderlich die, so zu dem Reich nit gehörig, uff dem reichstag gehn Nurmbergk vergeleitet komen mögen. In: Wien HHStA, RK RA i.g. 13e/Konv. 4, fol. 13r–27v, hier fol. 23v (Kop.). Kg. Ferdinand stellte die Geleitschreiben am 8. Jan. 1543 aus (Nr. 21), verlangte von Kursachsen und Hessen jedoch angesichts der Bedrohung des Reiches eine nähere Spezifizierung jener Stände, die Geleitschreiben benötigten und keine unmittelbaren Reichsglieder waren (Nr. 20). Zur Bedeutung des Geleitrechts für die Reise zum Reichstag siehe E. ELTZ, *Die Reise zum Reichstag*, S. 195–221, bes. S. 207–212.*

<sup>2</sup> *Ein ausgefertigtes Exemplar dieses Geleitansuchens ist im HHStA Wien weder in der Mainzer Erzkanzlei noch in der Reichskanzlei auffindbar.*

vorsehen werden, wie eur kgl. Mt. ane tzweifel solch gleith nit waigern, sonder dieselben rethe und botschaften gnediglich damit vorsehen werden.

Wan sich dan vieler derselben rhete und botschaften ankunfft jegen Nurmbergk etwas vertzihen mocht, wo inen solch gleit nit und furderlich zukeme, szo ist hirumb an euer kgl. Mt. unser underthenige biet, euer kgl. Mt. wolle solich gleit zum furderlichsten lassen vorfertigen und gegenwertigen boten, der es an uns zu bringen bevelh hat, zustellen lassen, also das obgemelte unsere, auch der andern fursten, stende und stedte rethe, gesandten und potschaften sampt iren dinern uff dem reichstag zu Nurmbergk sich desselben fur meniglich, niemandt ausgenommen, auch aller sachen halben sicher, vhelich, unbefart wie obstehet mogen zu geprauchten und sich zu getrosten haben. Das seind wir umb eur kgl. Mt. in underthenigkeit zu vordinen gantz willigk.

13 *Hg. Wilhelm von Jülich an Kg. Ferdinand: Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag, Bitte um Geleit für seine Räte – Düsseldorf, 1542 Dez. 10*

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748, fol. 39r–41v (Reinkonz.).*

*Regest: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 116, S. 447f.*

*Bestätigt Erhalt des kgl. Prorogationsschreibens (Nr. 2)<sup>1</sup>, das er auch den Kreisständen zukommen ließ.* Demnach, genedigister herr, hab ich nit underlassen wollen, meinen mitkreisverwandten fursten und stenden sollichen euer kgl. Mt. bevelch zu eroffnen, mit begeren und erinnerung, wie dan das euer Mt. schreiben ferner ausfueren thuet. Zweiffel nit, dieselben werden sich entgegen der ksl. und eur kgl. Mtt. aller schuldiger gebur und gehorsam wissen zu ertzeigen.

Dan sovil mich belangt, were ich ganz begierig, in gegenwertigen euer Mt. und des Reichs hochsten anliggen und gescheften mich eigner person uff den angesetzten tage zu verfuegen und daran nichts verhindern zu lassen. Dieweil aber euer kgl. Mt. bewußt, welchermaßen die burgundischen wider den uffgerichteten und verpflichteten landfriden, des Reichs gemeine abscheith, ingereumpte und bewilligte fridstende, auch wider recht und pillichkeit mit hereskraft und gewaltiger that mich und mein furstenthumb Gulich unabgesagt und unverursacht ubertzogen, meine stet, schlosser und flegken unversehenlich eingenomen, dero viel geplundert, verhört [= *verheert*] und verprand, den meinen vom adel ire heuser verwußtet, die underthanen allenthalben erbarmblich verbrand und gebrandschatzt, des ich mich mitnichten versehen, in ansehung das ich solliches nit verschuld, auch dartzu kein ursach gegeben, sonder jhe und alwegen mich, als einem gehorsamen stand des Reichs woll ansteht und geburt, ertzeigt und gehalten. So haben euer kgl. Mt. genedigist abzunemen, das mir

<sup>1</sup> *Laut Hg. Wilhelm von Jülich ist das kgl. Schreiben auf den 23. Okt. datiert, während die Prorogationsschreiben für die meisten anderen Reichsstände auf 20. Okt. 1542 datiert sind.*

in diesen hochbeschwerlichen leuffen von meinen fürstenthumben und landen ab tzu sein nit ratsam, in sonderheit nachdem mir diese gewaltsame handlung in zeit des fridstandts und die weil ich die meine[n] gehorsamblich in dienst euer Mt. und dem Reich, auch gantzer christenheit zu guethem zu meinem grossen unstaten hab abfertigen, auch sunst die meine[n] vhasst vielen stenden des Reichs zu derselbigen cristenlichen expedition volgen lassen und also mich und meine land zum hochsten entbloßt begegnet.

Damit aber durch mein abwesen in euer Mt., des Reichs und gemeiner christenheit hochbeschwerlichen anligen nichts gesaumt und auch euer Mt. und gemeine Kff., Ff. und stende des Reichs waren und bestendigen bericht empfangen mogen, mit was unfugen unordenlicher und hochbeschwerlicher weiß mit mir und den meinen wider recht und des Hl. Reichs ordnung, abscheit und verpflichten landfriden gehandelt, und durch euer Mt. gemeine Kff., Ff. und stende die hochwichtigkeit des beschwerlichen verlaufs und mein, auch meiner land und unschuldiger underthanen verderben mit warheit bericht vernemen und darinnen geburlichs einsehens thuen mogen, so ist an euer kgl. Mt. mein underthanigs bitten und begern, euer kgl. Mt. wollen mein persönlich außpleiben nit anders dan mein und meiner landen hochsten notturften nach ufnemen und genedigist verschaffen und verfuegen lassen, das meinen gesandten, so ich uff bestimpten tag zu Nurmberg in des Reichs und andern meinen nottwendigen sachen abfertigen werde, gnugsame schriftliche versicherung und geleit, ab und an und doselbst in zeit des reichstag zu verharren und meine notturften furtzudragen, von der röm. ksl., auch eurer kgl. Mt. wegen gegeben und, wie sich geburt, versichert werde, und dasselbig mit gegenwertigem meynem diener mir zum genedigisten und furderligisten ervolgen zu lassen. Das will ich umb euer kgl. Mt. in schuldiger underthenigkeit zue beschulden altzeit geneigt sein.

14 *Bf. Konrad von Würzburg an Kg. Ferdinand: Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag – Schloss Aschach, 1542 am St. Lucientag Dez. 13*

Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 14v–15v (Kop.); ÜS fol. 14v: Entschuldigung an die röm. kgl. Mt. unsers gnedigen herren von Wirtzburgs etc. niterscheinens halben ufen reichstage zu Nurmberg.

*Obwohl der Bf. von Würzburg willens sei, den prorogierten Reichstag persönlich zu besuchen, so stehen doch mir und meinem stiefte etzliche sachen fur, durch welche ich alsobalde uf disen angesatzten tag zu komen verhindert wurd. Und nemlich hab ich mit dem hochgeborn meinem freunde, Gf. Wilhelmen von Hennenberg, ein wechsel und kauf gethan umb schlos und ampt Mainberg und mich verschriben, ime, Gf. Wilhelmen, hiezzwischen Petri Cathedra schirstkonftig [1543 Febr. 22] 135 000 fl. – zum thail an barem gelt, zum theil mit zinsverschreibungen – gegen seinen, Gf. Wilhelms, glaubigern gwisse*

vergnugung und außrichtung zu thun<sup>1</sup>. Und wiewoll ich, als der durch vil und manigfaltig außgabe, auch meines stiefts zugestanden mercklichen und khuntbaren unrath an barschaft gar emplot, mich nahe und fern umb anlehen vleissig umbgethan, auch in hoffnung und vertroistung gestanden, sollich gelt nunmer fast beieinander sein sollte, so hab ich doch dasselbig bishere bei weitem nit gar zusammenpringen mogen, sonder stehe noch in embsiger, stetter arbeit, sollichs vor angereger zeit zu verrichten, welchs alles aber on mein persönlich gegenwart gar nit beschehen khan, ich wollte dann meinen versetzten trauen und glauben, auch brieff und sigel ungeledigt verstehen lassen, das euer kgl. Mt. mir on zweifel nit gonnen wurdet.

Und ist demnach an euer kgl. Mt. mein demutigste bitte, die geruchen, mich des nottwendigen, unvermeidlichen persönlichen aussenpleybens aus angezaiten ursachen gnedigst entschuldigt zu haben. Sobalde ich dan obberurte mein geschafft vericht und zu ent gefuert habe, das zum wenigsten vor ostern nit geschehen kann, und uber meiner räthe personliche erscheynung und volkomne abfertigung meiner gegenwart je vonnötten sein sollt oder wurde, wil ich mich, sofern es mir immer muglich, alsdann gein Nurmberg auch fugen und mit anderen chur- und fursten in den sachen, darumb bestimpter tag außgeschriben, mit allem treuem vleiß handeln helfen. Und damit meinethalben nit mangel erscheine, hab ich meine treffenliche rathe mit notturftigen, volkomenem gewalt abgefertigt, mich zu vertreten. Das umb euer kgl. Mt., meinen allergnedigsten herren, in aller unterthenigkeit zu verdienen, sollen sie mich alzeit berait, willig und unvertrossen finden.

15 *Kg. Ferdinand an Dr. Andreas von Könneritz: Auftrag für eine nochmalige Werbung bei Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Wien, 1542 Dez. 21*

*Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 463–466, Nr. 163, fol. 68r–71v (Kop.); DV fol. 71v:* Nach dieser copey hat Dr. Konneritz an mein gnedigsten herrn weiter werbung gethan.

*Kg. Ferdinand lobt den Bericht und das Verhalten von Könneritz anlässlich seiner Werbung bei Kursachsen und Hessen (Nr. 6). Nach Verrichtung seines Auftrags hat sich Könneritz nach Meissen begeben, um weitere Befehle Kg. Ferdinands abzuwarten. So haben wir [= Kg. Ferdinand] auch aus des Kf. von Sachsen gegeben schriftlichen anthwort [Nr. 10] die ursachen und bewegungen, warumb sein L. den angesetzten reichstag gehn Nurmberg persönlich zu besuchen etwas in tzweifel stellen und furnhemlich die ausfhrung der kriegsubung betreffend das furstenthumb Gulich nach der leng gehort und verstanden. Da Kg.*

<sup>1</sup> *Amt und Schloss Mainberg befanden sich ursprünglich im Besitz der Gff. von Henneberg-Schleusingen und gelangten 1542 im Tausch gegen die dem Hochstift Würzburg unterstehende Stadt Meiningen an Bf. Konrad von Würzburg.*



*Ferdinand dem Kf. von Sachsen auf sein jüngstes Schreiben (Nr. 7) schriftlich antwortete (fehlt), ist ein weiteres Replizieren unnötig. Aus der kgl. Antwort konnte der Kurfürst ersehen, dass Ferdinand an einer gütlichen Beilegung der Konflikte um Braunschweig und Jülich interessiert ist. Deshalb gebe es für den Kurfürsten keinen Grund, dem Reichstag fernzubleiben. Könnerritz solle sich nun wieder zum Kf. von Sachsen begeben und ihn auf das jüngste Schreiben Kg. Ferdinands hinweisen, in welchem er seine Bereitschaft zu gütlicher Beilegung der Kriegshandlungen im Rahmen des künftigen Reichstags bekundete. Der Reichstag biete Möglichkeiten für einen Vergleich, weshalb Könnerritz auf ein persönliches Erscheinen des Kf. von Sachsen in Nürnberg drängen solle. Ferdinand selbst wird um die Weihnachtszeit von Wien aufbrechen und sich Richtung Nürnberg begeben.*

*Der König will nicht näher auf die Antwort des Kf. von Sachsen vom 29. Nov. 1542 (Nr. 10) eingehen, da er auf das persönliche Erscheinen Johann Friedrichs in Nürnberg zähle, wo über alle Fragen verhandelt werden könne. Er nimmt an, dass Kf. Johann Friedrich vom Kriegsat des Obersächsischen Kreises über die Verhandlungen Kf. Joachims und der Kriegsrate betr. das Winterlager in Ungarn informiert wurde. Der Kurfürst möge sich an die am letzten Reichstag in Nürnberg gefassten Beschlüsse der Reichsstände bez. Errichtung und Erhaltung des Winterlagers erinnern, seinen Beitrag dazu leisten, gegenüber den anderen Kreisfürsten darauf dringen und auf dem Reichstag alles zur Förderung des christlichen Werks tun.*

*Sobald Könnerritz seine Werbung bei Kf. Johann Friedrich angebracht habe, möge er sich nach Nürnberg begeben und die Ankunft des Königs erwarten.*

## 16 *Kg. Ferdinand an Pfgf. Friedrich: Übersendung der ksl. Bestellung zum Reichstagskommissar – Wien, 1542 Dez. 26*

*A Amberg StA, Reichssachen 94, Prod. 2 (Ausf. an Pfgf. Friedrich); DV: Kgl. Mt. zaigt an, das mein gnediger her von ksl. Mt. uff jetzigen reychsttag gein Nurnberg zu commissarien verordent und schickht di commission mit. Praes. Neu[markt], uff Montag den 15. Januarij anno etc. 43.*

*B Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105, unfol. (Ausf. an Bf. Christoph von Augsburg); DV: Datum 26. Decembris 1542. Ferdinandus, Kg. in Ungern und Beheim, begeren an bischoffen, das er alß ksl. Mt. commissarius bei den reichsstenden zue Nurenberg seinen vleiß haben wölle. Praes. 12. Januarij etc. 43.*

Wir geben deiner L. gnediger und frundtlicher mainung zu erkennen, das uns an gestern von der röm. ksl. Mt., unserm lieben brueder und herrn, ain curier mit beyligendem schreiben [Nr. 44c] zuekhomben und daneben anzaigt worden ist, das ir L. und ksl. Mt. dein L. zu irem comissari auf yetzigen reichstag zu Nurnberg gnedigklich furgenhomben haben. Demnach übersenden wir deiner L. solh schreiben hiemit und ist in namen und anstat irer L. und ksl. Mt. und fur uns selbs unser gnedigs und freuntlichs ansinnen und begern an dein

L., die wolle sich irer ksl. Mt. und uns zu underthenigem, angenemben gefallen zum fürderlichsten erheben und zu besuechung yetzbemelts reichstags gen Nurmberg verfuegen und daselbst in ansehung der sorglichen, beschwerlichen und gefערlichen leuf das pest handln verhelpen. Dann wir deiner L. gnediger und fruntlicher mainung nit verhalten wöllen, das wir gnedigklich entschlossen sein, alsbald nach verscheinung diser hl. zeit und noch dise wochen uns von hinnen zu erheben und unser rayß demnegsten zu besuechung des reichstags gen Nurmberg zu nemben. [...].

17 *Kg. Ferdinand an Karl V. – Wien, 1542 Dez. 29*

A *Wien HHStA, Hs. blau 597/2, fol. 82v–85v (Kop.).*

B *Wien HHStA, Belgien PA 6/6, fol. 163r–166v (Ausf. z. T. chiff., marg. dechiff.).*

C *Wien HHStA, Belgien Rep. DD, Abt. B Abschr. Fasz. 61 (alte Abt. 89), Nr. 48 (Wynants Kop.).*

*Am 25. Dez. kamen die von Granvelle aus Genua übersandten Depeschen an. Darunter waren mehrere Schreiben Karls (u.a. Nr. 5) sowie Unterlagen für den künftigen Reichstag. Ferdinand war wegen des verspäteten Eintreffens der für den Reichstag benötigten Akten bereits besorgt; nun wisse er, dass Schlechtwetter die Überfahrt Granvelles aus Spanien verzögerte.*

*Der König drängte schon mehrmals vergeblich auf das persönliche Erscheinen des Kaisers im Reich. Toutesfois puisque selon qu'escripvez il n'en a pour ceste fois peu estre autrement, votre Mté s'est très bien advisee faire repasser led. S<sup>r</sup> de Grantvelle selon et à la fin contenue en vosd. lettres, d'austant que comme très entendu et expérimenté en tous affaires ilz pourront avec participation de son bon conseil et advis estre tant mieulx conduictes et menées, principalement [en] ce que concerne lad. diette impériale qu'estoit indictée à Nuernberg au 14<sup>e</sup> du passé et depuis prolonguée au 14<sup>e</sup> du présent, comme aurez, Mons<sup>r</sup>, entendu. Bien congnois-je, Mons<sup>r</sup>, par vosd. lettres la faulte qu'a esté commise de n'avoir inséré en la copie du recès que vous a esté envoie le lieu<sup>1</sup>, laquelle provient seullement à cause que pour gagner temps l'on avoit fait lad. copie avant que led. lieu estoit déterminé, et aud. recès se référoient mes lettres et celles du conseiller de Naves. Et est ceste prolongation venue très bien à point pour le retardement dud. S<sup>r</sup> de Grantvelle et depesches, d'austant que l'on n'eust scieu par quel boult commencer. Et cecy est<sup>a</sup> en partie cause que ne me suis encoires peu partir pour lad. journée et pour empeschement où suis continuellement pour délaisser ordre et toute provision possible en mes pays et places de frontière.*

<sup>a</sup> *Aus BC, A om.*

<sup>1</sup> *Die Angabe der Malstatt des künftigen Reichstags fehlte in der Kopie des Nürnberger Rab von 1542, die dem Kaiser übersandt worden war. Siehe dazu die Vollmacht Karls V. für die drei Kommissare (Nr. 44b, Anm. 2).*

Toutesfois j'espère au plaisir de Dieu partir sans faulte le second jour de l'an prouchain pour estre à Nuernberg le 16<sup>e</sup> ou 17<sup>e</sup> jour après mond. partement, comme l'escriptz aussi aud. Sr de Grantvelle, affin que selon ce il conduyse sa venue devers nous pour adviser et consulter par ensemble ce que se trouvera duyre pour le bon progrez et effect de lad. diette, suyvant votre intencion et la charge que luy avez baillée. Et jusques avoir communiqué avec led. Sr de Grantvelle, je ne vous scauroye, Mons<sup>r</sup>, escrire chose desd. affaires, seulement votre M<sup>te</sup> peut estre assésurée que ne tiendra à tout bon debvoir et dilligence de mon cousté que les choses ne succèdent le plus conforme à son désir et intencion et sans y perdre le moins de temps que fere se pourra.

*Auf die weiteren vom Kaiser angesprochenen Punkte<sup>2</sup> wird der König erst nach Beratung mit Granvelle eingehen. Die ksl. Instruktion betr. die Verhandlungen mit dem Kf. von Sachsen in der Wahlfrage hat er bereits erhalten.*

Toutesfois ayant ces jours entendu qu'il [= Kf. von Sachsen] se vouloit mesler de l'affaire du duc de Clèves et qu'il le vouloit assister en ses emprinses, aussi qu'il entendoit faire quelque motion à cause de la citation du camergericht, j'envoyay devers luy ung mien conseiller<sup>3</sup> soubz couleur de le requérir de comparoir à la prouchaine diette en personne, mais bien avoit led. conseiller charge, s'il veoit les autres affaires venir en termes<sup>b</sup>, d'en assentir l'intencion et voulenté dud. duc et l'en admonester de ma part de ne se vouloir mesler dud. affaire de Clèves, veu l'évident tort qu'il a de votre M<sup>te</sup> et du Saint Empire, ce qu'il a fait. Et a esté la responce dud. duc électeur telle qu'il vous plaira veoir par la copie cy jointe [Nr. 10], par où congnoistrez, Mons<sup>r</sup>, la bonne voulenté que tousiours il a eu et a encoires et le bon office qu'on doit espérer de son cousté en ceste diette et à la promotion des affaires publicques conforme à votre désir.

[...] *Abbruch der Belagerung von Pest durch das Reichsheer.* Seulement l'on congnoist journellement de plus en plus que la seule tardance de l'armée de l'Empire qu'elle a faicte, tant auprès ceste ville que de chemin, a esté la cause que riens n'a esté exploicté, car comme disent tous ceulx qui s'en entendent et le confessent les Turcz mesmes, s'ils se fussent hastez, ilz eussent pour le moins emporté Pesst et ne fust esté Bude hors du dangier. [...].

*Ferdinand hielt wegen der Türkenhilfe eine Versammlung der ungarischen Stände in Pressburg ab und legt den Abschied der Tagung bei.[...].*

<sup>b</sup> Aus BC, in A: taille.

<sup>2</sup> Siehe die letzten drei Absätze des Schreibens Karls V. an Kg. Ferdinand von 1542 Okt. 31 (Nr. 5).

<sup>3</sup> Dr. Andreas von Könnertitz; siehe dazu die Instruktion Nr. 6.

18 *Hg. Moritz von Sachsen an Kg. Ferdinand: Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag – Dresden, 1543 Jan. 2*

Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 2r–3v (Konz. v.d.Hd. Komerstads); DV fol. 3v: Hg. Moritz zu Sachssen entschuldiget sich bei der röm. kgl. Dt., das ire fstl. Gn. den angestellten reichstag persönlich nicht besuchen kann. 1543.

Druck: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 416, S. 526f.

*Trotz der Aufforderung Kg. Ferdinands kann Moritz den Reichstag nicht persönlich besuchen, da er seit dem Tod seines Vaters Heinrich mit Regierungsgeschäften ausgelastet ist und im vergangenen Sommer (1542) am Türkenzug in Ungarn teilnahm. Er ist jedoch bereit, zum Kampf gegen die Türken eine doppelte beharrliche Hilfe zu bewilligen und hat seine Gesandten entsprechend instruiert. Moritz hält die persönliche Teilnahme des Kaisers oder Königs am Türkenzug für wichtig, ebenso das Vorhandensein guter Kundschafter. Der König soll das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens im Reich und die Reform des Reichskammergerichts fördern. Sollte das gelingen, werden die Reichsstände die Zahlung der Türkenhilfe nicht verweigern. Kg. Ferdinand möge dafür sorgen, dass die hohen Kosten für den Türkenkrieg Früchte tragen.*

19 *Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen auf die abermalige Werbung von Dr. Andreas von Könnerritz (Nr. 15) – Torgau, 1543 Jan. 6*

Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 463–466, Nr. 163, fol. 78r–83v (Kop.); DV fol. 83v: Copey der antwort Dr. Konneritzen gegeben.

*Der Kf. von Sachsen antwortet auf die am 6. Jan. 1543 in Torgau erfolgte Werbung des kgl. Rates Dr. Andreas Könnerritz kurz gefasst wie folgt:*

Erstlich haben sich sein kfl. Gn. kgl. Mt. zuentbottenen freuntlichen und gnedigen willens, auch das ire Mt. in baiden kriesghandelungen, als der braunschweigischen und gullichischen, gutliche vorgeleichung uff diesem reichstag zu Nurmberg zu furdern gneigt, undertheniglich bedanckt.

*Nach wie vor sei der Kf. von Sachsen nicht zum persönlichen Besuch des Reichstags entschlossen, da die von ihm angeführten Beschwerden (Prozess des Reichskammergerichts wegen des braunschweigischen Feldzugs, Feindseligkeiten gegen den Hg. von Jülich) keineswegs behoben seien, vor allem hätten die Gesandten des Hg. von Jülich, deren Erscheinen auf dem Reichstag essentiell sei, noch kein kgl. Geleit Schreiben erhalten<sup>1</sup>. Da ein neuer Angriff der Burgunder gegen den Herzog drohe, ist zu befürchten, dass es ohne einen vorherigen Friedstand nicht zu gütlichen Verhandlungen auf dem Reichstag kommen werde.*

<sup>1</sup> Der Geleitbrief Kg. Ferdinands für die jülichischen Gesandten wurde erst am 19. Jan. 1543 ausgestellt (Nr. 22).

Dieweil dan auch gemeltem Hg. zu Gulich sonder zweivel bedencklich sein wolt, ir botschaft ausserhalb berurts glaits uff den reichstag zu schicken, dieweil sein fstl. Gn. von den burgundischen will uffgelegt werden, das mit seinem rath, wissen und willen die brabandische underthanen durch das frantzosische kriegsvolck in vorgangenem sommer [1542] sollten ubertzogen worden sein, des sich aber sein fstl. Gn. zum hochsten entschuldigen, auch uff itzigem reichstag zu vorantworten lassen gnaigt, so hat derhalben der Kf. zu Sachssen an den von Könnerritz gnediglich gesonnen: Weil sein kfl. Gn. vormarckt, das er [= Könnerritz] sich zu kgl. Mt. gegen Nurmberg wurde verfügen, bey irer Mt. doselbst undertheniglich zu furdern helfen, domit des Hg. zu Gulich botschaft berurte sicherung und gleith furderlich mocht bekommen. Und nachdem seiner kfl. Gn. rethe vor dreyen wochen abgefertigt, deren auch letzliche zeitlich vor den negsten weinachten zu Nurmberg gewest<sup>2</sup>, so wollte sein kfl. Gn. denselben schreyben und bevelhen, umb solich gleith bey kgl. Mt. in gleichnus undertheniglich anzuregen, und wo das gegeben wehre ader wurdet, seinen kfl. Gn. solchs furderlich uff der post zu berichten und zu wissen zu thuen.

*Weitere Gründe, die gegen das Kommen Kf. Johann Friedrichs nach Nürnberg zum Reichstag sprechen: Verhandlungen mit seinen Landständen; auch in der Nachbarschaft des Kurfürsten beabsichtige kein Reichsstand, den Reichstag persönlich zu besuchen; der Lgf. von Hessen wird auch nicht persönlich zum Reichstag kommen, ebensowenig die anderen Kurfürsten. Deshalb entschuldigt sich Johann Friedrich beim König nochmals wegen seines Nichterscheinens in Nürnberg und verweist auf die stattliche Gesandtschaft, die er zum Reichstag abgefertigt habe.*

*Was die Besatzung und Unterhaltung des am vergangenen Reichstag beschlossenen Winterlagers betreffe, so wurde der Kurfürst vom Kriegsrat des Obersächsischen Kreises, Cuntz Gotzmann, davon nicht unterrichtet, da der auf der Heimreise von Ungarn verstorbene Gotzmann zu dem entsprechenden Beschluss offensichtlich nicht hinzugezogen worden sei. Kg. Ferdinand wisse aber, dass der Kurfürst und einige seiner Mitverwandten gegen diesen Artikel des Nürnberger RA von 1542 protestiert hätten (RTA JR Bd. XIII, Nr. 200). Deshalb befahl Johann Friedrich seinen zum jetzigen Reichstag abgefertigten Räten, sich mit den anderen Schmalkaldischen Bundesverwandten in dieser Frage zu beraten und gemeinsame Entscheidungen zu treffen, doch seinen kfl. Gn. die ausstendigen rest, davon sich sein kfl. Gn. in voriger antworth gegen dem von Konneritz [Nr. 10] hette vornehmen lassen, in alwegen hierin und auch sonsten furbelhalten [...].*

---

<sup>2</sup> Eberhard von der Thann kam bereits am 16. Dez. 1542 in Nürnberg an, Mag. Franz Burkhard am 19. Dez.

20 *Kg. Ferdinand an Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen wegen des Geleits für die Schmalkaldischen Bundesstände – Eferding, 1543 Jan. 7*

Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 9r–10v (Ausf.); DV: Kg. Ferdinand schickt das gleith uff den reichstag ghen Nurmberg, den christlichen stenden gegeben.

*Bezugnahme auf das Ansuchen um Geleit von Kursachsen und Hessen (Nr. 12), das Kg. Ferdinand soeben erhielt.* Und wiewol wir uber den besluß des jungstn reichstags, auch den gemachtn fridstandt, von unnötn geachtet, eurn L., auch derselbn mitverwandtn stendn zu besuchung des angesetzt n reichstags ainich glait ze gebn, dieweil alle reichsstend nach vormög solchs reichsabschids und fridesstands auf bestimbtn reichstag frey, sicher und unbefart komen mögen<sup>1</sup>, nichtsweniger ubersendn wier eurn L. und derselbn mitverwandtn stendn, so dem Reiche zugethan und underworfn sein, hiemit ain frey, sicher glait [Nr. 21], wie eur L. vernemen werdn.

Das wir aber solh glait auf die, so dem Reiche nit underworfn sein, ze stelln underlassen, ist darumb beschehn, das diser reichstag allain von wegen zusammenkunft der gemainen reichsstende furgenomen und angesetzt wordn ist und das wir auch danebn wissen tragen, das diser zeit vil frembder potentatn der röm. ksl. Mt., unserm lieb n brueder und herrn, und dem Hl. Reiche widerwertig sein, die etwo in den vorhabenden reichshandlungn mer zerruttung oder vorhinderung dann furderung verursachn möchtn. So uns aber von euren L. dieselbn personen oder stend, die dem Reich nit underworfen und euer L. und derselbn stendn verwandt sein, unterschiedlich angezaigt werdn, wölln wir uns alßdann des begert n glaitß halben mit rat der ksl. comissarien und der reichsstende unverweißlich erzaign und halt n<sup>2</sup>. Und wolln uns darauf ungezweifelt versehn,

<sup>1</sup> *Kg. Ferdinand hielt die Ausstellung von Geleitbriefen für unnötig, da mit dem Ausschreiben zum Reichstag oder einem persönlich gehaltenen Einladungsschreiben des Kaisers oder Königs an die Reichsstände de facto das freie Geleit verbunden war, außer es handelte sich um in Acht und Bann stehende Stände. Siehe dazu: E. ELTZ, Die Reise zum Reichstag, S. 208.*

<sup>2</sup> *Eine nicht datierte Notiz eines hessischen Rates gibt Aufschluss über die am RT erfolgte kgl. Antwort auf das Geleitansuchen: Daß gleidt belangende hath die röm. kgl. Mt. durch den vicecanczler meineß behaltenß ungeferlich dise antworth geben lassen: Daß ire kgl. Mt. solch gleidt uff die stat Goslar, alß die dem Reich ane mittel underworfen undt zugethan, gentslich undt in all weg gezogen undt vorstanden haben wöll. Diewyl aber die andern sehe- undt handtstett den chur- und fursten vorwanth undt zugethan, wie sie sich deß, alß man von der turkenhulf gehandelt, klerlich haben vornhemen lassen, so achteten ihr kgl. Mt. von unnötn, dieselben zu disem reichstag zu vorgleiten. Hetten sich auch nicht vorsehen, das die chur- und fursten zu Sachsen undt Hessen bei seiner Mt. derhalben hetten ansuchung thuen sollen aber [= oder] inen solches auch zu thuen geburt. In: Wien HHStA, RK RA i.g. 13ffKonv. 2, fol. 13rv (Kop.)*

euer L. werdn sich auf vorgethan unser schreiben und handlung unerwartet dises glaits, nachdem euer L., dergleichen derselben mitverwandten stend, dem Reiche unterworfen, desselben auß oberzelteln ursachn nit bedurfn, erhebt habn und disen reichstag nit allain durch ire räte und potschaften, sonder in aigen personen besuchn und sich darin nichts verhindern lassn, auch derselben ankonft, dieweil wir im zug und in wenig tagen zu Nurnberg anzekomen verhoffn, furdern, angesehen das auf dem verzug und verlengerung der vorhabenden handlung grosser und beswerlicher nachtl steet, auf das in den hoch obligenden, trefflichen [angelegenheiten] zeitlich, auch dester statlicher und fruchtparlicher furpringen und gehandelt werdn mog. Das woltn wir euer L. zu antburt [!] gnediger und fruchtlicher mainung nit verhaltn.

21 *Geleit Kg. Ferdinands für den Kf. von Sachsen, den Lgf. von Hessen und andere Schmalkaldische Bundesstände für die Reise zum und vom Reichstag – Peuerbach<sup>1</sup>, 1543 Jan. 8*

Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 29r–30v (Reinkonz.); ÜS fol. 29r: Röm. kgl. Mt. etc. glayt, dem Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen sambt irn ainungsverwanten auf ir beger, den reichstag zu Nuernberg zue beschickhn, gegeben.

Wir Ferdinand etc. bekennen und thuen kundt allermeniglich, das wir anstat und in namen der röm. ksl. Mt. etc., unsers lieben brueders und herrn, und fur uns selbs den hochgebornen etc. [...] Kf. Sachssen und landtgraven und iren aynungsverwandten stenden, so dem Hl. Röm. Reich zugethan und unterworfen sein, hochgedachter ksl. Mt., unser und des Reichs frey, gestrackh, sicher glayt gegeben haben, wissentlich in kraft ditz brieffs, also das ire L., auch bemelte ire mitverwandten und alle die, so sy zue besuechung deß angesetzten reichstags geen Nuernberg mit inen nemben oder sy von iren wegen daselbsthin verordnen und schickhen werden, frei, sicherlich zue bestimmtem reichstag ziehen, daselbst beleiben, den sachen außwarten und sich von dannen widerumb an ir gewarsame verfuegen und sich under sollichem obervermelter ksl. Mt., unser und des Reichs sicherhayt und glayt gegen meniglich geprauchen, freyen und geniessen sollen und mogen, wie andere, so mit gleichem der ksl. Mt., unserm und des Reichs sicherhait und glayt versehen sein, sich gebrauchen und geniessen, on meniglichs verhindrung.

Und gebietten darauf von hochgedachter ksl. Mt. wegen, auch fur uns selbß, allen und jeden churfursten etc. mit disem brieff ernstlich und wollen, das sy obgedachten Kf. von Sachssen und Lgf. zue Hessen und alle ire mitverwandte stende alß obsteet sampt den irigen bei disem der ksl. Mt., unsers und des Reichs

<sup>1</sup> Stadt in Oberösterreich im Bezirk Grieskirchen. Vgl. dazu das auf 7. Jan. 1543 in Eferding datierte Schreiben Kg. Ferdinands (Nr. 20), in welchem er das erbetene Geleit für die nicht dem Reich unterstehenden Stände an deren namentliche Nennung knüpfte.

sicherhait und glayt vestiglich handthaben, schutzen, schirmen und gentzlich beleiben lassen, sy dawider mitnichten anfechten, aufhalten noch in ainichem wege beschweren, solches auch niemandts anderm gestatten, bei vermeidung ksl. Mt., unser und deß Reichs ungnad und straff. Das meinen wir ernstlich mit urkhundt etc.

22 *Geleit Kg. Ferdinands für die Gesandten Hg. Wilhelms von Jülich – Nürnberg, 1543 Jan. 19*

*Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 30v–32v (Reinkonz.); ÜS: Glait für des Hg. von Gulch gesandten auf obbemelten reichßtag.*

Wir Ferdinand etc. bekennen und thuen kundt meniglich: Alß sich der hochgeborn Wylhalm, Hg. zu Gulch, Clef und Berg, unser lieber oheim und furst, seines personlichen ankommens halb auf disen gegenwirtigen reichßtag gegen uns schriftlich entschuldiget und daneben angesuecht und gebetten hat, seiner L. gesandte zue besuechung sollichs reichstags mit glayt und sicherhait zu versehen, das wir demnach anstat und in namen der röm. ksl. Mt. etc., unsers lieben brueders und herrn, auch für uns selbß alß röm. khunig, obbemelts Hg. Wylhalmen gesandten, so sein L. zu bestimptem reichßtag verordnen wirdet, yetzgedachter ksl. Mt., unser und deß Reichs frey, gestrackh, sicher glayt gegeben haben, wissentlich in kraft ditz brieffs, also das sy auf obbestimpten reichßtag ziehen und in namen ired herrn den reichßhandlungen außwarten und sonst desselben ired herrn notturft geburlich furbringen und sich volgends von solchem reichßtag biß widerumb an ired gewarsame verfuegen und sich under solchem allem hochgedachter ksl. Mt., unser und des Reichs sicherhait und glait gegen allermeniglich freyen, geniessen und geprauchen sollen und mogen, wie andere, so mit gleichmässiger sicherhait und glayt versehen sein, sich gebrauchen und geniessen, on meniglichs verhindrung.

Und gebietten darauf von obermelter ksl. Mt. wegen und für uns selbß allen und yeden churfursten etc. mit disem brieff ernstlich und wöllen, daß sy obbenants Hg. Wylhelmen von Gulch gesandte bei disem der ksl. Mt., unserm und deß Reichs sicherhait und glayt vestiglich handthaben, schutzen, schirmen und gentzlich pleiben lassen, sy dawider mitnichtn betreiben, anfechten noch aufhalten noch solliches niemandts anderm gestattn in kain weiß, bei vermeidung ksl. Mt., unser und des Reichs ungnad und straff. Das maynen wir ernstlich mit urkhundt etc.



23 *Nochmalige Aufforderung Kg. Ferdinands an verschiedene Reichsfürsten<sup>1</sup> zum persönlichen Besuch des Reichstags – Nürnberg, 1543 Jan. 20*

- A *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 25r–26v (Reinkonz.); ÜS: An die nachgemelten fürstn, den erstrockhten reichstag persönlich zu besuechn.*
- B *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 54r–56v (Ausf. an Hg. Ulrich von Württemberg)<sup>2</sup>; ÜS: Röm. kgl. Mt. beschreibt meinen gnädigen fürsten und herrn Hg. Ulrichen etc., aigner person auf disen reichstage zu kommen.*
- C *Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 17rv (Ausf. an Hg. Moritz von Sachsen).*
- D *Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 8 (Ausf. an Mgf. Ernst von Baden).*

Alß wir<sup>a</sup> khurtzlich die ursachen, darumb diser reichßtag etwas lenger erstrockht wordn, schriftlich verkhöndt [*Nr. 2–3*] und die stende daneben gnediglich und freuntlich vermant haben, das die in ansehung und bedenckung des hohen und treffenlichen obligens, damit das Hl. Röm. Reich theutscher nation diser zeit in mer weege beladen, unbeschwert sein wolten, solchen reichßtag in aigner person zue besuechen, wie dann solches auf jungstem alhie gehaltenem reichßtage von gemainer reichßversammlung fur hoch notwendig bedacht, angesehen und beschlossen worden ist. Dieweil wir dann diser tagen gleichwol nit mit klainer unser ungelegenhait alhie ankhommen sein und die zeit, darinn zu abstöllung und furkhomung gemainer reichsstende und gantzer theutscher nation vorstenden unraths stattliche beradtschlagung und fursehung beschehen sollte kurtz, also das die höchst notturft ervordern will, die sachen, sovil inndert möglic ist ze furdern, so ersuechen wir demnach dein L. anstat und in namen der röm. ksl. Mt., unsers lieben brueders und herrn, und fur uns selbs gnediglich, freuntlich und ernstlich begerend, die wöllen in erwegung der hochbeschwerlichen obligen und zu gnuegthueung angeregt jungsten reichsabschids nochmalen unbeschwert sein, sich persönlich auf disen reichßtag hieher zu verfuegen und sich zum ehisten erheben und an solchem irm hertzug furdern, damit in deiner L., auch anderer chur- und fursten personlichn gegenwirtigkhait in den wichtigen, treffenlichen, vorstenden handlungen umb sovil mehr ansehenlicher, auch

<sup>a</sup> *In C folgt danach: in alle kraiß des Hl. Röm. Reichs.*

<sup>1</sup> *Siehe die Liste der Adressaten am Ende des Aktenstücks.*

<sup>2</sup> *Hg. Ulrich dachte nicht an einen persönlichen Besuch des Reichstags und begründete dies gegenüber dem Kf. von Sachsen am 23. Jan. 1543 mit seinem schlechten Gesundheitszustand: Hiruff wollen wir euer L. freuntlicher meynung nit verhalten, das wir solichen reichstag aigner person noch zur zeit zu besuchen nit gesinnet, es sey dan, das sich die gelegenheyt unsers leibs in ander weg schicken wurd, dan uns der Kg. von Cippern [mundartlich für: Zipperlein, Gicht] dermassen überfallen, das uns dohin zu khumen nit thuenlich sein will. So köndten wir auch der geprengs und anders halb, dasjenig uns nach erheyschung ze thun gepürte und zustünd, keynswegs erstatten. In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 72rv (Ausf.).*

statlicher und zum furderlichstn furgangen werden möge, das sonst, wo dein L., auch ander chur- und fursten persönlich nit gegenwurtig sein, nit beschehen möchte.

Und damit auch die erscheinenden chur- und fursten und stende sich nit zu beschwern haben, das die mit verlust der zeit und vil uncosten unnotturftiglich aufgehalten werden, darumb so wöllen sich dein L. hierin nichts irrn noch verhindern lassen noch derselben aigen sachen dem gemainen obligen, so allen reichsstenden gantzer theutscher nation und gmainer christenhait vorsteet, nit fursetzen, wie wir uns dann desselben, in betrachtung der hohen und grossen notturft, zu deiner L. untzweifelich und gentzlich versehen wollen. Und dein L. thuet an solchem der ksl. Mt. sonder annemigs und gehorsambs wolgefälln.

[*Liste der Adressaten*]: Ebf. zu Saltzburg, Hg. Mauritzn zu Sachssen, Hg. Ulrichn von Wirtemberg, Mgf. Ernst von Baden, theutschmaister, Bff. zu Aychstätten, Bamberg, Freysing.

**24 *Kg. Ferdinand an Lgf. Philipp von Hessen: Nochmalige Aufforderung zum persönlichen Besuch des Reichstags – Nürnberg, 1543 Jan. 20***

*Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 519–525, Nr. 175, fol. 82r–83v (Kop.); DV fol. 83v: Copey an Lgf. zu Hessen.*

Uns hat der ersam, gelert, unser getreuer lieber Dr. Andree von Kunritz, unser rath, auf sein handlung, so er inhalt unserer instruction [*Nr. 6*] mit deiner L. gepflogen, erinnert und bericht die ursachen, darumb dein L. diesen gegenwurtigen reichstag so palt nit besuchen moge, furnemblich das dein L. vorhab, in der handlung, die röm. ksl. Mt., unsern lieben bruder und hern, und seiner L. und unser freuntliche liebe schwester Kgn. Maria von wegen des hertzogthumbs Gulch betreffendt, in kurzte ainen rit in das Nidderlandt ze thun. Dieweil nun dein L. hivor gnugsamen bericht, auch fur sich selbst gut wissen hat, was an den handlungen dises gegenwurtigen reichstags gelegen und was furderung dein L., auch andere chur- und fursten, so si personlich gegenwurtig sein, in solchen wichtigen handlungen thun mögen, wir auch daneben bedenckhen, das sich die handlung im Nidderland nit so lang oder uf sovil zeit erstrecken, das dein L. an besuchung diß reichstags verhindert werde, so ersuchen wir demnach dein L., gnediglich begerenth, di wollen sich nach solcher verrichten handlung im Niderland zu erster irer gelegenheit personlich hieher verfuegen und alda sampt und neben andern chur- und fursten und stenden in den hohen, wichtigen und trefflichen des Reichs obligen das best und nutzlich rathen und handeln helfen und sich an solchem nichts anders verhindern noch irren lassen, damit umb sovil mehr ansehlicher und statlicher in allen sachen furgangen und gehandelt werden moge. Daran ertzeigen dein L. ksl. Mt. und uns sonder annemigs und gehorsambs wolgefallen neben dem, das solches di hoch und unvermeidliche notturft erfordert.

25 *Kg. Ferdinand an Bf. Konrad von Würzburg: Antwort auf Nr. 14, nochmalige Aufforderung zum persönlichen Besuch des Reichstags – Nürnberg, 1543 Jan. 20*

Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 15v–16v (Kop.); ÜS: Die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, erfordert und beschreibt zum andern mall den hochwirdigen fursten und herren, unsern gnedigen herren von Wirtzburg etc., uber die obgethane entschuldigung den reichstage zu Nurmberg aigner person zu besuchen.

Wir haben deiner Andacht schreiben mit außfuerung der ursachen, darumb sich dieselb auf disem gegenwurtigen reichstag diser zeit personlich nit verfuegen moege, nach lenges vernomen. Und setzen in keinen zweiffel, dein Andacht hab sich auß jungstem reichsabschiede und sunst gutter massen zu erinnern, was gemeinen reichsstenden, auch gantzer teutscher nation und gemainer christenheit an den vorhabenden handlungen dises reichstags gelegen, und furnemlich, das die sachen, sovil indert muglich ist, gefurdert werden, damit durch verlust der zeit nichts verabseumbt, auch die erscheinenden chur- und fursten und andere stende sich nit zu beclagen oder zu beschweren haben, das si in notturftigen chosten komen und durch die nit erscheinenden unaußgerichter sachen aufgehalten werden. Dieweil dan diser reichstag deiner Andacht zu besuchen gantz woll und zu achten an der hand gelegen und dieselb ire aigne sachen, davon sie in irem schreiben meldung thun, unsers erachtens alhie zu Nurmberg nichts wenigens als weren dein Andacht zu Wirtzburg in wirkung bringen mogen, so ersuchen wir demnach dein Andacht anstatt und in namen der röm. ksl. Mt. und fur uns selbs gnediglich und ernstlich begerendt, dein Andacht wollen in ansehung und betrachtung grosse und wichtigkait der sachen und handlungen, so auf disem reichstag verricht werden sollen, unbeschwert sein, solchen reichstag mit dem ehisten personlich zu besuchen und ire aigne gescheft und sachen darnach richten und schicken, damit si disem gemeinen christlichen werck sampt und neben andern chur- und fursten und stenden personlich beywonnen und das best und nutzlichst hierin ratschlagen und handeln helfen möge. Daran erzaigen dein Andacht ksl. Mt., neben dem das solches die notturft hochlich erfordert, sonder annemigs und gehorsams gefallen.

26 *Ausschreiben Kg. Ferdinands an die Kreiseinnehmer auf den 12. Febr. 1543 zur Rechnungslegung über die Türkenhilfe – Nürnberg, 1543 Jan. 20*

Wien HHSStA, RK RTA 11/Konu. 1, fol. 26v–28v (Reinkonz.); ÜS fol. 26v: An die kraiseinnehmer, auf bestimbte zeit rechnung ze thuen.

Wiewol der jungst alhieig reichsabschid under anderm clerlich mit sich bringt, das sich alle krayßstende mit eintziehung der hievor bewilligten turckhenhilf und neuen anlage befurdern, die auch vor yetzigem reichstage in die krayßtruchen erlegen und die crayßseinnehmer auf den ersten tag Decembris zu Nuernberg bei gemainer reichsversammlung durch etliche auß inen gewißlich erscheinen, geschickht und gevaßt, alßpald ired einnehmen und außgebens erbare, richtige antzaig, bericht und rechnung ze thuen, darauf auch solliche rechnung und bericht on allen vertzug von inen aufgenommen und furter zu der bewilligten vergleichung furgeschritten werd und dem unvermöglichen durch den vermöglichen erstattung und widerlegung beschehen solle etc. [RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, §§ 29–30], so haben wir doch zu unserer ankunfft von euers krayß wegen niemandts alhie gefunden, wölliches villeicht auß dem gevolgt sein möchte, das diser reichsttag auß etlichen beweglichen ursachen etwas lenger, dann derselb erstlich ernennet, erstrockht worden ist, wie wir dann solche erstreckung mit ertzehlung der ursachen in alle krayß verköndden und außschreibn lassen [Nr. 2].

Dieweil wir aber nun persönlich alhie ankomen, wir uns auch der Kff., Ff. und stende ankommen gleicherweise in kurtz verhoffen und vor allen dingen die höchst und unvermeidlichst notturft ervordern wil, das furnemlich auß allen kraysn durch die verordneten krayßseinnehmer, wie obsteet, ired einnehmens und außgebens halb unverzogenliche rechnung und antzaigen beschehe, damit darauf nach vermog des jungstn reichsabschids mit der vergleichung in den kraysen furgeschritten und in andern des Reichs beschwerlichen obligen gehandelt werden moge, so ersuechen wir euch demnach anstat und in namen der röm. ksl. Mt. etc., unsers lieben brueders und herrn, und fur uns selbs, gnädiglich und ernstlich begerendt, ir wöllet etliche auß euerm mittl des N. krayß verordnen und denselben auflegen, das sy auf Montag nach dem Sonntag Invocavit [1543 Febr. 12] schieristen gewißlich und on allen lengern vertzug alhie zu Nuernberg ankomen und alda nach außweysung obberuerts jungsten reichsabschids von allem einnehmen und außgeben erbare, richtige antzaig, bericht und rechnung thuen. Und in sollichem kainswegs seymig seyete noch damit ainichen langern vertzug gebrauchet, auf das durch verlust der zeit in den threffenlichen und wichtign des Hl. Reichs ob- und anligen nichts verabsaumpt und euch in dem faal kain schuld zuegewiessn werden moge. An dem thuet ir ksl. Mt., neben dem das solches der sachen grosse notturft ervordert, annemigs und gehorsams gefalln. Und wir wölle uns desselben zu gnuethueung deß jungstn reichsabschids zu euch gentzlich und untzweyfenlich versehen.

27 *Lgf. Philipp von Hessen an Kg. Ferdinand: Antwort auf Nr. 24, Gründe für sein Fernbleiben vom Reichstag – Kassel, 1543 Jan. 31*

Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 519–525, Nr. 175, fol. 84r–85v (Kop.); DV fol. 85v: Antwort uf kgl. Mt. schreiben.

Euer kgl. Mt. an mich gethanes schreiben, welchs gegeben ist zu Nurmberg am 20. diß monats Januarij [Nr. 24], hab ich mit gepurlicher reverentz entpfangen, erprochen und inhalts verlesen. Und ist nit weniger, ich hab di ridt in die Nidderlandt zur underhandlung in den beschwerlichen thatlichen sachen, welche sich zwischen der ksl. Mt., unserm allergnedigsten hern, und irer nidderlendischen regirung eins- und dem Hg. von Gulich andersteils zutragen, beneben andern erheblichen und unvermeidlichen ursachen, darumb ich aigner person bis anhero und nach nicht kont oder mocht zum reichstag gein Nurmberg khommen, gegen euer kgl. Mt. rath, den von Koneritz, vorgewendet, wie es dan noch darauf stehet, das ich in eigner person zur selbigen underhandlung beneben meinem lieben hern und freunt, dem Ebf. zu Collen Kf. etc., furderlich khomen mocht<sup>1</sup>, dan ich derowegen deglichs von meinen rethen, welche bey derselben underhandlung sein, schreibens, das ich in aigner person zur handlung khomen sol, gewertig bin.

Zudeme will euer kgl. Mt. ich nit pergen, das ich etzlicher grosser bewerbung zu roß und fueß, welich umb mich her vorhanden sein sollen, bericht werde, di zum theil durch mein furstenthumb und gepiet iren zug nehmen mochten. Darumb mir nicht gepurlich sein will, das ich und auch meine rethe so gentzlich aus meinem land weren, sondern es thut mein und der meinen notturft erfordern, inwendig landes zu sein und mit uf alle handlung und was verlaufen mocht ein gutes ufsehens zu haben, sonderlich auch dieweil das angemaste chammergericht uber gescheene meine und meiner in der religion zugewanten gegrunte und hoch verursachte recusation so geschwindt wider den Kf. zu Sachssen, meinen freuntlichen, lieben vettern und brudern, mich und di andern unsere zugeeinigte religionsstende vortferet. Daraus sich allerley und mehr unlustes dann raths oder guts zu vermutten ist.

Dem allem nach ist an euer kgl. Mt. mein underthenig bitt, sie wolle uß itzt ertzelten und andern treflichen ursachen, die ich hie zu vermelden umgehe und doch euer kgl. Mt. wol antzutzeigen wuste, mich des, das ich biß anhero nit hab mugen gein Nurmberg khomen und noch nicht kann, gnediglich

<sup>1</sup> Hg. Wilhelm von Jülich hatte sich im Okt. 1542 anlässlich des Einfalls burgundischer Truppen in Jülich an Kf. Hermann von Köln und Lgf. Philipp von Hessen mit der Bitte um Hilfe gewandt. Dieser Bitte kamen beide Fürsten nach und fertigten eine gemeinsame Gesandtschaft zu Kgn. Maria ab, welche die Vermittlung der Fürsten in diesem Konflikt anbieten sollte. Die erste Phase der Vermittlungsverhandlungen, die einen viermonatigen Waffenstillstand ab 1. Nov. 1542 zum Ziel hatten, scheiterten jedoch Ende Okt. 1542, und der bewaffnete Konflikt wurde von beiden Seiten fortgesetzt. Auf Grund der von ihm angebotenen Vermittlung rechnete der Landgraf während der Fortdauer des Konflikts ständig mit einer Reise in die Niederlande, um neben dem Kf. von Köln an den Verhandlungen persönlich teilzunehmen. Damit entschuldigte er auch sein Fernbleiben vom Reichstag. Siehe dazu: G. BELOW, *Landtagsakten von Jülich-Berg*, Bd. 1, S. 434 und S. 439, Anm. 1; P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 71–73; W. CRECELIUS, *Der Geldrische Erbfolgestreit*, S. 54f.

entschuldigt halten. Dan wan mein aussenpleiben nit sonderlich treffliche und mergliche, erhebliche ursachen hette, so wolt euer kgl. Mt. ich nit allein diesen, sondern einen vil grossern weg zu gefallen sein und reisen. Aber ich hab mein stadtliche rethe daselbsthin gein Nurmberg mit dermassen bevelh abgefertigt, das – ab Got will – meines nit personlich ankomens halben nichts, so zur wolfart gemeiner christenheit und des Hl. Reichs gelangen und ersprießen mag, erwinden wurdet. Das hab also gantz undertheniger meynung euer kgl. Mt. ich hinwidder nit wollen verhalten, dero ich mich zu gnaden hiemit dienstlich bevelhe.

28 *Kg. Ferdinand an den ksl. Kommissar Bf. Christoph von Augsburg: Aufforderung zu raschem persönlichen Erscheinen auf dem Reichstag – Nürnberg, 1543 Febr. 3*

*Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105, unfol. (Ausf. mit Siegel); DV: Ferdinandus, röm. könig, ermahnet herrn bischoffen alß ksl. Mt. commissarius, unverlengt auf den reichstag nach Nurnberg zu erscheinen. Praes. 6. Februarij.*

Als wir deiner Andacht kurtzlich der röm. ksl. Mt., unsers lieben brueders und herrn, bevelch [*Nr. 44c*], das sich dein Andacht zu disem gegenwurtigen reichstag neben andern irer ksl. Mt. verordenten comissarien veruegen solle, ubersendt und uns aber darauf von deiner Andacht khain antwort zuekhomen, haben wir geachtet, dein Andacht seye underwegen im zug disen reichstag zu besuchen. Dieweil sich aber deiner Andacht ankhonft so lang verzogen und wir sambt den andern ksl. comissarien den reichstag angefangen, auch die hoch notturft erfordern will, das dein Andacht bei solcher reichshandlung als ain verordenter ksl. comissari gegenwurtig seye, so ersuchen wir demnach dein Andacht in namen der ksl. Mt. und fur uns selbs, gnediglich begerendt, dein Andacht wolle sich der ksl. Mt. zu annemigem und gehorsamen gefallen zu solchem reichstag furdern und derselben ankhonft lenger nit anstellen, wie sich dann deß die ksl. Mt. und wir in namen derselben zu deiner Andacht untzweifflich versehen wollen. Das wurdet die ksl. Mt. gegen deiner Andacht in gnaden erkennen und bedenckhen, inmassen wir solches nit weniger gnediglich genaigt sein.

[*US:*] Ferdinandus, Gienger Dr. vicecantzler, Neuner.

29 *Kg. Ferdinand an Hg. Moritz von Sachsen: Antwort auf Nr. 18, abermalige Aufforderung zum persönlichen Besuch des Reichstags – Nürnberg, 1543 Febr. 9*

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 26rv (Ausf.); DV: Auf diesen briff hat mein gnediger herr kgl. Mt. noch kein antwort geben.*

*Der König hat aus Hg. Moritz' Schreiben (Nr. 18) die Gründe für dessen Fernbleiben vom Reichstag vernommen. Und das wir deiner L. auf solch ir schreiben bisher dhein antburt gegeben, ist auß dem ervolgt, das wir uns etlicher chur- und fursten ankonft in kurzem hieher versehen. So sich aber derselben ankommen so lang verzogen, haben wir dein L. one antwurt nit lenger lassen wollen und nemen darauf deiner L. gethane entschuldigung, neben dem das dieselb ire räte mit so statlichem und volkomen bevelh und gwalt auf gegenburtigen reichstag abgevertigt hat, sambt deiner L. gehorsamen und trostlichn erpieten zu dem vorhabendn cristlichn werckh wider gemainer cristenhait erbvheind, den Turggen, zu sonder gnedigem und fruntlichem gefalln an und wollen dein L. dessen, auch ires hievor erzaigten gehorsamen cristlichen erzaigens und trostlichen wolhaltens bei der röm. ksl. Mt., unserm liebkn brueder und herrn, zum hochstn beruemen, solhs auch neben ir L. und ksl. Mt. gegen deiner L., auch deren landen und leuten in allen gnaden erkennen und zu guetem nit vergessen. Und dieweil wir aber noch in handlung stehen, etliche chur- und fursten auf disen reichstag zu bewegen, so ersuechen wir dein L. nochmaln, gnediglich und fruntlich begerend, dein L. wolle derselbn sachen und handlungen in irem furstenthumb darnach richten und schickhn, wann bemelte chur- und fursten hie ankommen wurden, das sich dein L. alßdann allem wesen zu wolfart und guetem auch personlich hieher verfuengen moge, damit in dem vorsteenden hochnotwendigen werckh, daran gemainer cristenhait so trefflich und vil gelegen umb sovil mer statlicher gehandelt werde. Das wollten wir deiner L. zu antburt gnediger und fruntlicher mainung nit verhalten.*

## I.B Organisatorische Durchführung des Reichstags

*Die Maßnahmen und Vorbereitungen der Reichsstadt Nürnberg und des Reichserbmarschalls Wolfgang von Pappenheim vor und während des Reichstags waren vielfältig: Quartiere für die Reichstagsteilnehmer waren bereitzustellen und herzurichten (Nr. 30, Nr. 32), ein Mandat von Bgm. und Rat der Reichsstadt mit Bestimmungen für die geordnete Abhaltung des Reichstags (Nr. 31) und die Reichstagsordnung (Nr. 34) wurden erlassen. Wolfgang von Pappenheim war in Zusammenarbeit mit der Reichsstadt mit allen Vorbereitungen für den Reichstag betraut und erstellte ein Verzeichnis der nötigen Maßnahmen (Nr. 33). Über das Recht des Judengeleits kam es während der gesamten Versammlungsdauer zu Zwistigkeiten zwischen dem Erbmarschall und der Reichsstadt Nürnberg (Nr. 35).*

### 30 *Kg. Ferdinand an Bgm. und Rat von Nürnberg: Abfertigung des kgl. Quartiermeisters Hans Kinsler nach Nürnberg – Schloss Pressburg, 1542 Nov. 17*

*Nürnberg StA, B-Laden-Akten, S I L 205 Nr. 2, unfol. (Ausf.); DV: Ir Mt. will den angesetzten reichstag alhie persönlich besuchen und demselben beywonen. E[mpfg. Nürnberg], 22. Novembris 1542.*

Nachdem wir gnediglich bedacht und entschlossen sein, den furgenommenen reichstag zu Nurnberg auf den 14. tag schieristkhomenden monats Decembris allem wesen zu wolfart und gutem aigner person zu besuchen, haben wir unsern getreuen, lieben Hannsen Kinsler, unsern quartiermaister, hiemit gnediglich abgefertigt und ime aufgelegt und bevolhen, fur uns, unsere räte und hofgesindt herberg zu verfahren [= organisieren] und zu bestellen, wie ir von ime vornemben werdet. Und damit er nun solhen seinen habenden bevelh dest statlicher und one verhindrung verrichten mug, so ist unser gnedigs ansinnen und begern an euch, ir wollet bemeltem unserm quartiermaister die verfassung der herbergen bey euch und euren burgern seinem anzaigen und begern nach guetwillig zuelassen und gestatten und ime hierinn alle hilf, furdrung und furschub thuen und beweisen, wie wir uns dann des gegen euch gnediglich versehen. Daran thuet ir unsern gefelligen willen und mainung, gegen euch und gmainer stat in gnaden zu erkennen und zu bedengkhen.

### 31 *Mandat von Bgm. und Rat von Nürnberg: Verhaltensmaßregeln für den Reichstag<sup>1</sup> – Nürnberg, 1542 Dez. 8*

*A Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, Mandate Bd. A, fol. 173r–174r (Druck).  
B Nürnberg Nationalmuseum, Archiv Mandat Nr. 243 (Druck).*

<sup>1</sup> Zu den städtischen Vorbereitungen für einen Reichstag siehe R. AULINGER, *Das Bild des Reichstages*, S. 183–190.



[*Kurzfassung der Mandatsbestimmungen fol. 173r:*]

Den frembden potschaften und hofgesindt, so uf dem reichstag allhie seien, soll man reverentz beweisen, ihnen in den kirchen aus den stülen weichen. Mit waßer gefaßt machen. Bei der nacht liecht tragen. Über zehene der cleinern uhr bei der nacht in den wirthsheüsern nit zu sitzen. Kein harm [= *Harn*] oder nachtwaßer uf das pflaster, sonder in die Pegnitz zu gießen. Kein geplüt anderstwo auß dann allein in die Pegnitz zu gießen. 8. Decembris 1542.

[*Gedruckter Mandatstext fol. 174r:*]

Dieweyl yetzo abermaln ein gemayner versamblung- und reychstag allhie in diser des Hl. Reychs stat Nürnberg zu halten beschlossen und fürgenommen ist, darauf röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, auch röm. ksl. Mt. comisarien, chur- und fürsten und andere stende persönlich oder durch ire rätthe und potschaften erscheynen werden, so läßt demnach ein erber rat diser stat allen iren burgern, unterthanen und verwandten, auch allen denselben dienern und zugehörigen hie zu Werde<sup>2</sup> und Gostenhoffe<sup>3</sup> bey ernstlicher straff gepieten, sich bey tag und nacht auf den gassen und an andern enden gegen der höchstgenannten röm. kgl. Mt., auch der röm. ksl. Mt. ankommenden comissarien, Kff., Ff. und stende, dero gesandten potschaften, hoffgesinde, dienern und verwandten mit aller eererpietung und reverentz zu erzeygen, auch in kirchen zu den predigen und andern zeytten auß den stülen zu entweychen und sich also zu halten, wie sie das zu thun schuldig, damit einem erbern rath und inen selbs darauß kein nachrede ervolgt. Des will sich ein rath zur pillicheynt versehen und ob yemand hierinnen ubertreten würde, iren schuldigen mißfallen dargegen mit gepürlicher straff erzaygen.

Und nachdem bey so grosser versamblung sich feuers halben nit unpillich zu besorgen, so läst ein erber rath hiemit abermaln ernstlich gepieten, das ein yegklicher eins raths unterthan verwandter und angehöriger ime selbst und dem andern zugut in zeyt dises reichstags sich in seiner haußwonung oben auf den pöden und herunten in heusern und wonungen zu eines yeden gelegenheyt in vässern, kuffen, scheffern oder andern geveßen, sovil und wie sichs fürfallenden gefrösts halben erleyden kan, mit wasser gefaßt mach, versorg und versehe, ob sich ayniche prunst und feuer, das Gott gnedigklich verhütten wöll, ereugnen würde, das ein yeder dem andern darmit zu stat kummen und geprauchten müge, wie dann in solcher gehe und eyle ein aymer wassers mer dann hernach vil erspriessen mag. Das würdet von einem rath gemayner burgerschaft und sunst menigklich allhie zum besten gemaynt.

Und nachdem auch die nächt diser zeyt etwas lang, so läßt ein erber rath menigklichen allhie warnen, mit feuer und liechten gewarsam umbzugeen, darneben auch bey nächtlicher weyl auf den gassen liecht zu tragen und sich alles schreyens und singens zu enthalten, sunderlich aber sich über die geordnet

<sup>2</sup> *Wöhrd/Weerd: östliche Vorstadt Nürnbergs.*

<sup>3</sup> *Gostenhof: südwestliche Vorstadt Nürnbergs.*

zeyt zehen urn des klein zaygers in wirtß- oder zechheusern nicht finden zu lassen, alles bey eins raths ernstlicher straff.

Es solle auch hinfuro biß auf weyter eins erbern raths zulassen ein yeder burger, underthan oder verwandter allhie weder bey tag oder nacht aynich harm oder nachtwasser noch ander dergleichen stinckende, schedliche unsauberkeyten auf die gassen von oben herab auf das pflaster nit mer giessen oder schuten, sunder das alles in die haimlichen gemach oder in das wasser der Pegnitz oder Vischbachs bey nacht tragen lassen, alles bey peen von einer yeden uberfahren fart zwey pfundt neuer haller.

Dergleichen soll auch aynicher balbierer, bader oder wundtartzt allhie hinfuro kein geplut, so von den menschen gelassen wirdet, weder in die privatheuser oder auf die gemaynen gassen niderschuten, lauffen noch kummen lassen, sunder sollich geplut on mittel und nyendert anderßwohin wann in die Pegnitz zu tragen und zu schuten schuldig sein, bey peen von einer yeder uberfahren fart vier pfundt neuer haller, von wellichem allem dem angeber yedes mals sein geburnus volgen und werden soll.

Decretum in senatu 8. Decembris 1542.

32 *Kg. Ferdinand an Bgm. und Rat von Nürnberg: Vollmacht für Kammerfurier Leopold Heuberger zur Vorbereitung der Quartiere in der Burg<sup>1</sup> – Wien, 1542 Dez. 16*

*Nürnberg StA, B-Laden-Akten, S I L 205 Nr. 2, unfol. (Ausf.); DV: Ir kgl. Mt. wolle mit zweyen iren geliebten sonen den yetzigen alhie angesetzten reichstag eigner person besuchen. E[mpfg. Nürnberg] 20. Decembris 1542.*

Nachdem wir gnediglich endtgeschlossen sein, sambt unsern zweyen eltisten geliebten sonen<sup>2</sup>, Ehgg. zu Österreich, den furgenommen reichstag zu Nuernberg zu besuechen und gar in wenig tagen unser raiss von hinnen den negsten hinaufwerths zue tzu nemen und aber erinnert werden, das wir in der veste zu Nuernberg fur unser person und bemelte unsere geliebte sone, unser officier und hoffgesind, so wir bey uns bedurftig, mit zuegerichten zimmern nicht gneugsamblich versehen sein, haben wir unsern getreuen lieben Lewpolden Heyperger, unsern chamerforier, in aller eil abgefertigt und ime aufgelegt und bevolhen, die zimmer daselbst fur uns und bemelte unser geliebte sone nodturtfiglich zuerichten ze lassen<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> *Zur Quartierfrage auf den Reichstagen siehe: A. KOHLER, Wohnen und Essen auf den Reichstagen, hier S. 234–243 und R. AULINGER, Das Bild des Reichstages, S. 131f., S. 173, S. 183–186.*

<sup>2</sup> *Ehgg. Maximilian und Ferdinand.*

<sup>3</sup> *Quartiere mussten natürlich auch für alle anderen RT-Teilnehmer bestellt werden. So übernahm z.B. der Nürnberger Patrizier Martin Pfinzing von Henfenfeld auf Ersuchen des sächsischen Rates Christoph von Carlowitz die Quartierbestellung für die sächsischen*

Und ist darauf unser sonder gnedigs ansynnen und begern an euch, ir wellet gemeltem unserm chamerfurier in seiner werbung volkommenlichen glauben geben und euch darauf dermassen guetwillig und wilfarig ertzaigen, halten und verordnung thun, das die gepeu und zuerichtung der zimer bemelts unsers chamerfuriers anzaigen nach in aller eil und noch vor unser ankunft geen Nuernberg beschehe, wie wir dann nicht zweifl tragen, ir solichs uns zu underthenigistem gefallen gantz guetwilligclich zu thun genaigt sein werdeth. Das wellen wir gegen euch und gemainer stat in gnaden erkennen und bedenckhen und ir thuet daran unsern gefelligen willen und maynung.

33 *Verzeichnis des Reichserbmarschalls Wolfgang von Pappenheim über die Vorbereitungen für den Reichstag<sup>1</sup> – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan.)*

Wien HStA, RK RTA 10/Konv. 1, fol. 69rv (Kop.).

Erstlich bey den von Nurnberg anzuhalten, ime [= dem Marschall von Pappenheim] leut zu ordnen, die in rumoren oder feursnotten auf in warten thetten. Und das dieselbigen aufs erst in seyne beherberg in beschuchten [!].

Weytter, wo sich solchs zutrueg, das Gott verhueten wolle, wo er doch aller sachen gelegenhayt erfarn mochte, solchs die röm. kgl. Mt., auch Kff., Ff. und stende des Reichs im fhald der notturft genugsamen bericht zu thun.

Item das die von Nurnberg verordnen wolten, ob die zugeordneten ine nit weytters volgen mochten oder sunst auß ursachen merer bedorfen, das die vurtelmaister oder rotmeyster dem erbmarschalkh auf seyn begeren und ansinnen andere oder mehr zu ordnen bevelh hetten.

Item die zu Nurnberg zu bitten, das sye bey den thoren, auch statwachtern verschaffen wollen, jedem von dem erbmarschalk unvergleytten juden gefencklich anzunemen und dem erbmarschalkh anzuzaiigen, darmit sich der erbmar-

---

*Räte. Am 18. Jan. 1543 berichtete Pfinzing aus Nürnberg an Hg. Moritz: [...] Und fueg demnach eurn fstl. Gn. undertheniglich zu wissen, das hochgedachtem meinem gnedigen fursten und herrn, Hg. Augusto etc. [= Bruder von Hg. Moritz, im kgl. Hofdienst], seiner fstl. Gn. vorige herberg alhie dermassen bestellt, das die denselben sein fstl. Gn., wann sy ankomen, allermassen wie zuvor wirdt eingerheümbt werden. So hab ich auch euer fstl. Gn. rächen ein vhost gelegne herberg am marckt alhie und zunechst bei dem rathauß uf zwölff pferdt, nach lauth ermelten Carlewitz schreiben beschlagen und eingenomen, das sy also zu baiden thailn meins versehens dißvhalß versorgt und wol zefrieden sein soln. [...] In: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 14r–16v, hier fol. 14rv (Ausf. v.d.Hd. Pfinzings).*

---

<sup>1</sup> *Es handelt sich um eine Beilage zum Bericht Wolfgangs von Pappenheim über die Verhandlungen mit dem Rat von Nürnberg betr. das Judengleit während des RT (Nr. 35b). Das Verzeichnis wurde von Wolfgang von Pappenheim erstellt, der seinen Untermarschall Sixtus Sommer damit zum Nürnberger Ratsmitglied Paul Grundherr abfertigte, um die RT-Vorbereitungen gemeinsam mit den städtischen Organen in Angriff zu nehmen.*

schalh der billichhayt und altem gebrauch nach zu erzaigen wysse. Darvon sollen die gewacht jederzeyt ainen fachgulden [= *Fanggulden, Fanggeld*] haben von einem.

Item bey der röm. kgl. Mt. anzuhalten zu der ordnung, wie es auf yetzigen reichstag alhie zu Nurnberg soll gehalten werden, zu ordnen lassen, nemlich irer Mt. hoffmarschalk<sup>2</sup> oder ander, der irer Mt. gevellig, und eine oder zwen des raths zu Nurnberg neben einem erbmarschalch. Und demnach dieselbig beschlossen, das ihr Mt. yetzliche aigner handt unterschreib, dieselbigen an die gebreuche ort anzuschlagen und derselbigen unterschribne behabt der erbmarschalckh<sup>3</sup>.

Item, wo sich der Kff., Ff. und stende des Hl. Reichs und derselbigen abwesenden potschaften diener bey tag oder nächtlicher weyl sich ungebürlich zu hauß oder gassen hielten und darumb von irn statdienern in gefengknuß gebracht, das sie es dem erbmarschalch anzeigen wollen, damit sich der erbmarschalch der röm. kgl. Mt. bevelch nach vermog der ordnung gegen ubertrettern wissen zu erzaigen.

Item zu verordnen der kgl. Mt. stuel und die stuben und bancksession und alles, was auf das rathhauß gehorig: gemeiner rath stuben, churfursten stuben, fursten und stet stuben, protestirenten stuben, auschus stuben, steedt stuben, session fur die ksl. commissarien.

### 34 Reichstagsordnung – Nürnberg, 1543 Jan. 24

A Salzburg LA, Geh. Archiv IV/4 1/5, unfol. (Druck); ÜS: Ordnung und satzung, wie es auf yetzigem reychstg zu Nürnberg soll gehalten werden.

B Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 3r–4r (Druck); ÜS wie in A.

*Die gedruckte Reichstagsordnung<sup>1</sup> entspricht wörtlich jener vom Nürnberger Reichstag 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 14). Der einzige Unterschied zu 1542 besteht in den Preisangaben für die Mahlzeiten<sup>2</sup>:*

<sup>2</sup> Mit dem Obersthofmarschall ist wahrscheinlich Melchior von Lamberg gemeint, der auch für den Nürnberger RT 1542 in dieser Position bezeugt ist: RTA JR Bd. XIII, S. 167. Im Hofstaatsverzeichnis Kg. Ferdinands I. bei: T. FELLNER/H. KRETSCHMAYR, *Die österreichische Zentralverwaltung, I. Abt., 2. Bd.: Aktenstücke 1491–1681*, S. 156–160, scheint Lamberg in den Jahren 1539 und 1541 in dieser Funktion auf.

<sup>3</sup> Ein von Kg. Ferdinand unterzeichnetes und gesiegeltes Exemplar der Reichstagsordnung war nicht auffindbar. Es handelt sich ausschließlich um gedruckte Exemplare ohne Unterschrift (Nr. 34).

<sup>1</sup> Zu den Reichstagsordnungen siehe ausführlich: R. AULINGER, *Reichsstädtischer Alltag und obrigkeitliche Disziplinierung*, S. 258–290; R. AULINGER, *Das Bild des Reichstages*, S. 174–183.

<sup>2</sup> Zu den Preisregelungen für die Mahlzeiten siehe: A. KOHLER, *Wohnen und Essen auf den Reichstagen*, hier S. 231.

[...] Zum fünften, auf disem reychßtag durch die von Nürnberg mit der zerung gehalten werden, wie hernach volgt: Von erst soll ein yeder gast macht haben, sich mit seinem wirt nach beder gelegenheyt und willen zu vergleychen umb die mal in höherem oder minderm gelt dann hernach gemelt wirdet. Wo sie sich aber keins sundern geding gebrauchten, so soll ein yeder wirt und gasthalter denen vom adel und andern ein flayschmal von dreyen gutten gerichten und zymlichen getranck umb 42 d. und ein zymlich gut vischmal umb 50 d. zalen [= zählen, in Rechnung stellen]<sup>3</sup>. [...].

Und ist ir kgl. Mt. vorbehalten, diese ordnung und satzung allezeyt nach gelegenheyt der sachen zu endern, zu mindern und zu meren.

Geschehen und geben zu Nürnberg, den 24. tag Jenner [im] 1543. jar.

### 35 *Konflikt betr. das Judengeleit zwischen Reichserbmarschall Wolfgang von Pappenheim und Bgm. und Rat von Nürnberg*

#### 35a *Überblick über die Verhandlungen zwischen den Reichserbmarschällen von Pappenheim<sup>1</sup> und Bgm. und Rat von Nürnberg betr. das Geleitrecht für Juden<sup>2</sup> auf den Reichstagen 1542 und 1543*

Nürnberg StA, Herrschaft Pappenheim, Reichserbmarschallamt Akten A I 4/1, unfol. (Kop.); DV: Verzeichnuß, was sich anno 1542, 43 und 44 zwischen H. Wolfen, H. zu Bappenhaim, deß Hl. Röm. Reichs erbmarschalkhen, und dan dem ksl. hofmarschalkhen, auch der statt Nürnberg strittigs verlossen der juden verglaitung halb.

<sup>3</sup> In der Reichstagsordnung von Juli 1542 betrug der für eine Fleischmahlzeit angenommene Preis 36 d., jener für eine Fischmahlzeit 48 d., während ein halbes Jahr später diese Mahlzeiten bereits 42 d. bzw. 50 d. kosteten.

<sup>1</sup> Georg von Pappenheim, Vertreter des Reichserbmarschalls Wolfgang auf dem Nürnberger RT 1542, und der in Nürnberg 1543 anwesende Wolfgang von Pappenheim.

<sup>2</sup> Zur Rolle der Juden auf den Reichstagen Karls V. siehe: E. WOLGAST, *Juden als Subjekt und Objekt auf den Reichstagen Karls V.*, S. 165–194. Dem Reichsmarschall von Pappenheim war das Geleit jüdischer Kaufleute für die Dauer eines Reichstags gestattet. Die meisten Reichsstädte betrachteten das Recht des Marschalls, Juden in die Stadt zu geleiten, jedoch äußerst kritisch, da sie häufig um die Ausweisung und Vertreibung der Juden aus ihrem Stadtgebiet gekämpft hatten. Während andere Städte sich mit dem Recht des Marschalls auf den Geleitschutz für die Juden während des Reichstags scheinbar arrangierten, kam es in Nürnberg 1542 und 1543 zum offenen Konflikt der Stadtregierung mit den Marschällen von Pappenheim. Zu diesen Zwistigkeiten siehe ausführlich R. AULINGER, *Reichsstädtischer Alltag und obrigkeitliche Disziplinierung*, S. 285f.; R. AULINGER, *Das Bild des Reichstages*, S. 127–132, S. 177, S. 182.

[...] Es hat sich auch uff gehaltenem reichstag zue Nürnberg des 42. jars zuge-  
tragen, als Wolff marschalkch auß erforderung des churfursten am thurckhen-  
zug in Ungarn gewest, das Jorg marschalckh und Sixtus Hegele [= *Hegelein*]<sup>3</sup>,  
stattschreiber zu Bappenheim, auß bevelch sein, Wolff marschalckhs, dozumal  
das erbmarschalckhambt verwaltet und verwesen von seinen wegen. Da hat  
Jorg marschalckh und er, stattschreiber, von denen von Nürnberg 60 goldfl.  
genommen und ine zugesagt, uff solchen reichstag gein Nürnberg khain juden  
zu verglaitten<sup>4</sup>, das doch weder [= *wider*] unsere alt hergebrachte gerechtighait  
und freyhait gewest, auch von Wolff marschalckhen khain bevelch gehabt, auch  
in irer macht nicht gestanden.

Darauff ervolgt ist, das die herrn des rats zu Nürnberg auf gehaltenem reichstag  
auch zue Nürnberg des 43. jars solches vor ain gerechtighait angezogen  
und Wolff marschalckhen auch ain solche summa gelts geben wollen, das  
er soll khain juden in ir statt verglaiten, welches aber Wolff marschalckh  
nit annemmen wollen, sunder nach altem gebrauch und gerechtighait des  
erbmarschalckhambts die juden verglait. Aber ain rath zue Nürnberg im etlich  
juden darab gefanckhlich angenommen, des sich Wolff marschalckh von stundt  
an gegen des churfursten [*von Sachsen*] gesanten rethen, die alda gewest, beclagt  
und angezaigt. Darauf durch dieselbe churfursten gesante rethen von stundt an  
bei ksl. [!] Mt. dahin gehandelt worden, das die von Nürnberg solch juden  
one alle entgeltung wiriden ledig geben muessen und nachvolgendt Wolffen  
marschalckh an sollicher verglaitung der juden in die statt unverbindert lassen  
muessen<sup>5</sup>. [...].

<sup>3</sup> *Beiname von Sixtus Sommer, Sekretär und Untermarschall des Reichserbmarschalls Wolfgang von Pappenheim.*

<sup>4</sup> *Im Gegenzug für den Verzicht auf das Recht des Judengeleits erhielt Georg von Pappenheim von Bgm. und Rat von Nürnberg einen Revers, 1542 Aug. 2, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 15.*

<sup>5</sup> *Kf. Johann Friedrich von Sachsen erteilte in seiner Funktion als Reichserzmarschall im Konflikt zwischen dem Reichserbmarschall Wolfgang von Pappenheim und der Stadt Nürnberg folgende Weisung an seine Gesandten, 1543 dinstags nach Letare (März 6): [...] Aber betreffende, was Wolf von Pappenheim, erbmarschal, an euch gelanget von wegen ainer offenen schrift, so vom ratt zu Nurmbergk ausgangen, vergleitung halben der juden und judin. Dieweil dan in solcher schrift undter anderm verleibt, das es mit euerm und gedachts von Pappenhaims wissen gescheen, do wir doch vermercken, das ir dorumb von denen von Nurmbergk nit angesprochen worden seit, so hetten wir uns zu inen, denen von Nurmberg, nit versehen, dan solche gerechtikeit uns als des Reichs ertzmarschal und dem von Pappenheim als des Reichs erbmarschal und sonsten nimand anders zustehet. Do sich aber die von Nurmbergk durch berurte schrift solcher gerechtikeit antzumassen vermeynen, welchs uns aber nit leidlich ist, dorumb begeren wir, ir wollet den von Pappenheim zu euch erfordern und ime solches antzaigen, mit diesem bevhel: Dieweil es an dem, das dieser zeit sorglich ist des Turcken halben und sonst, juden oder judin zu vergleiten, das er es undterlasse und das solches von ime*

**35b** *Bericht des Reichserbmarschalls Wolfgang von Pappenheim über die Verhandlungen mit dem Rat von Nürnberg betr. das Geleitrecht für die Juden – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 Febr. 7 bis April 27)*<sup>1</sup>

Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 1, fol. 65r–67r (Kop.); ÜS fol. 65r: Verzeichnus der handlung, so ich, Wolff zu Bappenhaim, des Reichs erbmarschalkh, mit etzlichen verordneten des raths zu Nuremberg, als Grundtherr und anderer etwan ine zugeben seyn worden, von wegen jetzgehalten reichstags des erbmarschalhampts und judengelaytzs halb, so ich als der eltest von meinem gnedigisten herren, dem Kf. zu Sachsen, zu lehen trag und verwesen solte.

Beilage: ebd., fol. 68rv (Reinkonz.); DV fol. 72v: Revers derer von Nürnberg die judische vergläittung belangendt<sup>2</sup>.

Item als ich erstlich uff disen reichstag herein geen Nurnberg khumen, habe ich meinem untermarschalh und diener bevelh und etliche verzaichnuß, was sich dan der amptsverwaltung diß wessenden reichstags die notturft geburen hat wollen, zu dem Grundtherren<sup>3</sup> geschickt, fursehung und ordnung ze machen laut hiebeyligendts zetls [Nr. 33] und weyters mundtlichs berichts.

chraft seines ampts und nit uff der von Nurmbergk bedencken, die des nit zu thun haben, geschee. Aber der straf halber muste denen von Nurmberg nichts eingereumbt werden des gefenglichen eintziehens halbe noch sonsten, dann dieweil das amt nit ir ist, konnen sie auch die straff nit haben. Und das es derselben straff halben also gesetzt werde, welcher jude oder judin doruber wurden ubertreten, so solte durch den von Pappenhaim widder sie mit straff verfahren werden, wie die Gulden Bulle vermöchte und solches herkommen where. [...]. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 164r–170v, hier fol. 166v–167r (Ausf.).

<sup>1</sup> Zur Datierung und zum Verlauf der Verhandlungen, die zwischen Wolfgang von Pappenheim und dem Rat von Nürnberg während des RT immer wieder stattfanden, siehe die Aufzeichnungen der Nürnberger Ratsbücher (Nr. 89b, fol. 167v–168r, fol. 185v).

<sup>2</sup> Der nicht datierte Entwurf dieses auf Wolfgang von Pappenheim ausgestellten Reverses ist laut Nürnberger Ratsbüchern (Nr. 89b, fol. 167v) Kg. Ferdinand am 9. Febr. 1543 vorgelegt worden. Mit Ausnahme einer Passage entspricht der Revers wörtlich jenem vom 2. Aug. 1542 für Georg von Pappenheim, der damals seinen Vetter Wolfgang in allen Funktionen vertrat. Die im Vergleich zum Revers text von 1542 geänderte Passage betrifft die Dauer der Gültigkeit der Abmachung: [...] in zeyt dises jetzigen reichstags und so lang derselb weren oder, wo der nicht zu ende abgehandelt, sonder erstreckt oder von neuem hieher angesetzt wurde, keynen juden oder judin, jung oder alt, in diese stat zu verglaytten bewylliget [...]. Letztendlich wurde der Revers 1543 nicht ausgefertigt, da Wolfgang von Pappenheim – im Gegensatz zu seinem Vetter Georg 1542 – nicht auf das Geleitrecht für die Juden verzichtete. Durch Vermittlung der kursächsischen Gesandten wurde erreicht, dass die Stadt Nürnberg alle gefangen genommenen Juden ohne finanzielle Abgeltung frei lassen musste und dass der Erbmarschall in der Ausübung seines Geleitrechts nicht behindert werden durfte: siehe Nr. 35a.

<sup>3</sup> Paul Grundherr, Nürnberger Ratsherr.

Unter sollicher ordnung und handlung hat sich zugetragen, das mein generiger furst und herr, Hg. Friderich Pfgf. etc., von wegen aines juden an mich, als jetz des erbmarschalkhampts eltister verweser, [*herangetreten*], solchen juden – wie byßhere gebreuchig und lang hergebracht freyhayt – zu verglaytten, wie ich dan solches thon. Auf das ist Grundtherr zu mir komen und unter andren auß bevelh aines erbarn raths mir angezaigt, ain erber radt were deß uß vyll und allerlay bedenckhens, unradt und pratica zu verhieten, so durch die juden beschehen mochten, danerhin [!] gesindt, das sie sich mit mir fur solch judenverglayttung ditzs reichstags und derselben nutzperkayt vergleichen und abtrag thun, damit kayn jude diß wesenden reichstags in ihr stat komen, wie sie dan sollichs nehers reichstags vergangen meinem vhettern, dem Jorg marschalckh, so in abwesen mein solich ampt verwesen, auch gethan und geschehen sey<sup>4</sup>.

Auf sollichs habe ich gemeltem Grundtherr die antwurt geben, es were mir die sach nicht sonders zuwider, ich wolte als mehr ayn samethaft gelt nemen miteinander als also aintrechtig nacheinander, aber ich werde und khunde [*mich*] an vorwyssen meins genedigen herrn, des Kf. zu Sachsen, als ertzmarschalh und lehensfursten meines tragenden erbmarschalhampt oder derselben meines genedigsten herrn kfl. verordneten rethen, so yetzt alhie erscheinen, entlich mit antwurt aussenthalb ires vorwyssens und wyllens nicht einlassen und dergleichen worten mehr<sup>5</sup>.

Und also auf solche gepflegne rede und handlung ist die sachen etlich tag verharret und weytters mit mir nicht gehandelt worden. In dem etlich mehr juden komen, gelaydts an mich als den erbmarschalck begert, deß ich inen auß lang alter, hergeprachter freyhayt und gebrauch, auch amptgerechtigkayt gewilligt und gegeben hab. Über das seyn der von Nurnberg diener zugefaren und mir zwen verglayt juden fenglich angenommen und hertigklich eingelegt, deß mir unbewyst gewesen. Sobald ich aber solchs erfahren, habe ich zu Grundtherren meinen untermarschalckh geschickt, mit beger, mir die verglaytten juden on alle entgeldtnuß ledig zue geben. Uff das Grundther geantwurt, es solle gleich geschehen. Über solich antwurt haben die zwen juden noch dieselben nacht in solcher fengkhnuß ligen bleyben und erst am morgens ledig mit ainer beschwerlichen urphede und anhängen beladen schweren, unangesehen mein verglayttung gleich der stat verwysen und enteussern muessen. Deß zuvor meynem genedigsten herrn chur- und lehensfursten, auch mir und meinen vhettern an unserem lehens erbmarschalckhampt und derselben gerechtigkayt gantz beschwerlich und nachtayllig etc.

<sup>4</sup> *Revers von Bgm. und Rat der Stadt Nürnberg für Georg von Pappenheim betr. dessen Verzicht auf das Judengeleit für die Dauer des Reichstags, Nürnberg, 1542 Aug. 2, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 15, S. 153f.*

<sup>5</sup> *Wolfgang von Pappenheim erbat während des RT 1543 in einem Schreiben an Kf. Johann Friedrich von Sachsen weitere Instruktionen, wie er sich in der Frage des Geleitrechts für die Juden gegenüber dem Rat von Nürnberg verhalten solle. Das Schreiben liegt lediglich als nicht datiertes Konz. vor, in: Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 1, fol. 73r–74v.*



Und aber uber solche gepflogene und auch beschehne handlung seyn die von Nurnberg zugefahren und an die kgl. Mt. geschwinder [= *listiger*] weyß begert, ihr Mt. wolle mit mir handeln lassen, damit die juden diser weylen in die stat zu disem reichstag nit glaydt solten werden, mit darthun vilerlay ursachen der practica des Turcken etc. Darauf durch ihr kgl. Mt. hoffmayster, H. Linhart von Fels, mit mir gehandelt und auf maynungen, solcher verglayttung dißmals uß vilerlay bewenden ursachen etc. zu verbleyben lassen, doch sey ihr kgl. Mt. maynung und wylle, sie, die von Nurenberg, umb solchen abgang und nutzberkayt gepurender weyß zu vertragen.

Darauf ich wider gleichermasen an ihr kgl. Mt. hoffmayster mit antwort begegnet, wie hievor ich Grundtherren gegeben, an vorwyssen und wyllen meines genedigsten herren verordnete rethe nicht in handlung einzulassen. Deß dan abermals ain zeyt etlicher tag in rue gestanden. Darauf aber sie, die von Nurnberg, mir derweylen ain coppey aines revers, wie die hiebei liegt<sup>6</sup>, zugeschickt, mich darinnen haben zu ersehen, deß sich dan aber etwan ain zeyt verlenget. In mitler weyle habe ich meinen diener undt untermarschalkh zu Grundtherrn geschickt und doch an ine begert, mich deß abtrags und ergetzlichayt der suma namen zue geben und auch, das ich meines genedigisten herren deß churfursten verordnete rethe selbs auch [*benachrichtige*], wie hievor meermalen von mir an sie, die von Nurnberg, durch Grundtherren furgeschlagen und begert sey worden. Deß nun aber auf jetz beschehnen mein anbegeer ainen tag oder etlich mich one antwort verbleyben lassen.

Und wie angeregt etzlich tag verschinen, ist vilgemelter Grundtherr sampt noch aynem verordneten deß raths, aber derselb mir nicht bekannt, zu mir khummen und mir uff hie negst mein anbegere die antwort gegeben: Dieweyl ich deß abtrags gern der suma wyssen wolten, so ferr dan der revers inmassen der copey lautter verfertigt, haben sie von wegen deß raths zu Nurnberg bevelh mir anzuzagein, das sie mir 64 fl.<sup>7</sup> fur sollichs, wie hievor nehers reichstags meinem vhettern auch uberlyffert worden, darlegen und liffern. Und so vil belangen die kfl. rethe auch zu ersuchen, gedencken sie, nicht zu thun, dan sollich von unnöten sey. Wolle ich solchs annemen, habe seyn maß; wo nicht, muge ich die juden verglaytten, doch mit disem betroglichen anhang, wo auch nachtayl und schaden uß disem ervolgt, wysten sy sich wol zu erinnern, wo sie solichen schaden wider erholen wolten.

Darauf ich wider mit antwort begegnet und anzaigt, das ich solche summa geltz der 64 fl. nicht gedencke zu nehmen, ich wolle aber ir von wegen eines erbarn raths gegeben antwort an meines genedigsten herren verordnete reth lassen gelangen. Also, gunstige, liebe herren und freunde, ist dise handlung in somarien verloffnen, darauf es ditzmals noch beruedt etc.

<sup>6</sup> Siehe oben die Beilage zu Nr. 35b sowie Anm. 2.

<sup>7</sup> Georg von Pappenheim waren auf dem Nürnberger RT 1542 vom Rat der Stadt 60 fl. für den Verzicht auf das Recht des Judengeleits angeboten worden, seinem Sekretär (Sixtus Sommer) 4 fl. als „verehrung“: siehe RTA JR Bd. XIII, S. 146.

## I.C Abrechnungen einzelner Reichsstände über den Besuch des Reichstags

*Es sind mehrere Abrechnungen erhalten, die die Kosten dokumentieren, welche einzelnen Reichsständen durch den Besuch des Reichstags entstanden. Auf die Wiedergabe dieser Kostenaufstellungen im Volltext wird auf Grund ihres Umfangs verzichtet, stattdessen werden die wesentlichen Posten der Abrechnungen kurz charakterisiert und zusammengefasst und gegebenenfalls Zwischen- oder Endsummen für Reise- oder Aufenthaltskosten angegeben. Die Bandbreite der Abrechnungen reicht von den Kurfürsten (Kursächsische Räte: Nr. 36) über die Fürsten (Dr. Welsing, Gesandter des Bf. von Straßburg: Nr. 37) und Grafen (Heinrich Steindecker, Sekretär der Wetterauer Grafen: Nr. 38) bis zur Malstatt Nürnberg, die wegen der Abhaltung des Reichstags besondere Kosten zu tragen hatte (Nr. 39), und zur Reichsstadt Augsburg (Nr. 40).*

### 36 *Rechnungsbücher über Reise- und Aufenthaltskosten der kursächsischen Räte, zusammengestellt von Hans Linck<sup>1</sup> – 1542 Dez. 19 bis 1543 April 29<sup>2</sup>*

*Weimar HStA, EGA, Reg. E 218, fol. 1r–12v und Reg. E 219, fol. 1r–126r; AS unfol.: 1542 Reth zerung uffm reichstage zu Nurmberg.*

*Es handelt sich um zwei getrennte Rechnungsbücher, wobei das erste (Reg. E 218) Rechenzettel und Kostenaufstellungen verschiedener Personen enthält, während das zweite (Reg. E 219) ein detailliertes Verzeichnis der täglichen Ausgaben in Nürnberg umfasst. Dazu gehören die Kosten für den täglichen Lebensmittelbedarf (küche), für Vorräte an Wein (keller) und Lebensmitteln (speiskammer) sowie für die Beleuchtung der Zimmer (cammer). Ebenso aufgegliedert sind Extrakosten, zu denen u.a. Boten- und Fuhrlohn, Bezahlung für diverse Dienstleistungen und Besuche beim Arzt (bader) und beim Bartschneider (barbirer) zählen, sowie Ausgaben für den Transport der Post.*

*Das zweite Rechnungsbuch (Reg. E 219, fol. 1r) hält die Geldsumme fest, die der Kanzleischreiber zur Abdeckung der Kosten des Reichstags 1543 empfing: Nachvertzeicht gelt hab ich, Hanns Linck, zu der herrn rethe zerung entpfangen [...]. Sumarum der einnahm 4710 fl. 11½ gr.*

<sup>1</sup> *Kursächsischer Kanzleischreiber, der die Räte nach Nürnberg und wieder zurück nach Torgau begleitete. Seinen Rechnungsbüchern liegen z.T. auch detaillierte Abrechnungen einzelner Räte bei.*

<sup>2</sup> *Die Daten beziehen sich auf die Aufenthaltsdauer der kursächsischen Räte in Nürnberg. Auch die Kosten der Reise von Torgau nach Nürnberg (Aufbruch aus Torgau am 11. Dez. 1542) und jene der Rückreise von Nürnberg nach Torgau (Aufbruch aus Nürnberg am 29. April 1543) sind festgehalten. Wann die Räte wieder in Torgau ankamen, geht aus den Abrechnungen nicht hervor.*

*Zur Ankunft der Räte in Nürnberg wird auf fol. 2r berichtet:* Dienstag nach Lucie anno 1542 [Dez. 19] seindt meins genedigsten herrn rethe, Eberhart von der Thann<sup>3</sup>, Mag. Franntzischcus Burckhartus, wolffenputtellischer kantzler, Hanns Linck, Lamprecht Richter, bayde cantzleyschreyber, ankumen und nachvolgend Melchior von Ossa, kantzler [...].

*Zu Ende des Reichstags heißt es fol. 116r:* Sonnabents nach Cantate 43 [April 28] und nachvolgent den sonntags Exaltationis cruisis [!]<sup>4</sup> die fruematzeit mit eingeschlossen und abgereiset [...].

*Die Reisekosten der Räte von Torgau nach Nürnberg und wieder zurück finden sich auf fol. 121v–123r. ÜS fol. 121v:* Zerung und außgabe der rethe Dr. Melchior von Osse, cantzler, mit 6 pferden, Mag. Frantz 3 pferde, Hans Linck 4 pferde fur 1 wagen und Lamprecht Richter mit 1 pferd nach lauth irer begelegten vortzeignus 42 [...]. *Die Summe der Reisekosten laut fol. 123r:* Suma sumarum der herrn rethe zerung von Torgau auß nach Nurmberg und dadhannen widderumb anher nach lauth und inhalt Hans Lincken und der andern hie begelegte vertzeignus darauß zu befinden ist, thuet in gelde 546 fl. 19 gr. 2 d.

*Die Gesamtkosten für den Reichstagsbesuch der kursächsischen Räte (Reise von Torgau nach Nürnberg und zurück, 19-wöchiger Aufenthalt in Nürnberg, Kosten für Post) belaufen sich laut fol. 126r auf:* Summarum aller ausgabe an barem gelde der rethe zerung uff dem reichstage zu Nurmberg auf 19 wochen und die zerung von Torgaw dohin und widder nach Torgaw, auch was uff die posten, wie unterschiedlich angetzaigt, gangen die zeit des werenden reichstages thut allenthalben 4554 fl. 5 gr. 1½ d., ausgeschlossen die post zu Coburg, ist noch unentrichtet.

### 37 *Abrechnung über Reise- und Aufenthaltskosten von Dr. Christoph Welsingers, dem Gesandten des Bf. von Straßburg – 1542 Dez. 26 bis 1543 April 30*

*Straßburg AD, 15 J 17, unfol. (Kop.); AS:* Rechnung des andern reichstags zu Nurnburg gehalten anno etc. 1543.

*Es werden die Überschriften zu den einzelnen Abschnitten der Kostenabrechnung Dr. Welsingers sowie einzelne Zwischen- und Endsummen wiedergegeben. Wegen des Umfangs der Abrechnung wird auf den Abdruck der einzelnen Ein- und Ausgabenposten verzichtet. Die ausgelassenen Passagen sind mit [...] gekennzeichnet.*

<sup>3</sup> *Tatsächlich kam Eberhard von der Thann vor den anderen kursächsischen Räten bereits am 16. Dez. 1542 in Nürnberg an, wie seinem Schreiben an Kf. Johann Friedrich von Sachsen vom 17. Dez. zu entnehmen ist, in: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 69r–75v (Ausf.).*

<sup>4</sup> *Irrtümlich; gemeint ist wohl der Sonntag Vocem jocunditatis (1543 April 29).*

Innam auf diesem reichstag. [...]. Summa aller innam thut 532 fl., alles zu 15 b.

Hernach volgt Dr. Cristoffs zerung [= *Reisekostenabrechnung von Zabern*] ghen Nurnberg. [...]. Summa lateris 14 fl. 7 b.

Volgt hernach Hieronymus, des schreybers, zerung von hinnen auß bitz ghen Nurnberg salbdritt [= *zu dritt*] [...]. Uff das morgenmal donnerstags post Circumcisionis Domini [1543 Jan. 4] ist obgenanter schreyber selbdrit zu Nurnberg ankommen. Item am Montag darvor nach Circumcisionis Domini [1543 Jan. 1] ist Dr. Cristoff zu Nurnberg salbänder [= *zu zweit*] mit zweyen pferden ankommen.

*Ausgaben Dr. Welsingers und seines Gefolges für Kost, Quartier und Stallmiete von 4. bis 27. Jan. 1543:*

Suma aller vorgeschribner mall bitz uff heut sambstags [von 4. bis 27. Jan. 1543], alß man abgerechnet, thunt alle zusammen 32 fl. 1½ b. Suma obgeschribner stalmut [= *Stallmiete*] thunt 2 fl. 3 b. 10 d. Sumarum alles, was zu Nurnberg in obbermelter zeit verzert worden und von item zu item zusammengerechnet, thut 47 fl. 12 b. 15 d.

Volgt hernach, was nach beschehener rechnung uffgangen: Item den 20. Januarij, alß Dr. Cristoff ghen Aidtstet und Dillingen zu beeden bischoffen geritten deß concilii halben, verzert 8 fl. 2 b.

*Ausgaben für Kost, Quartier und Stallmiete von:*

28. Jan. bis 3. Febr. 1543: 12 fl. 7 b. 3 kr.

4. Febr. bis 10. Febr. 1543: 11 fl. 1 b. 1 kr.

11. Febr. bis 17. Febr. 1543: 12 fl. 14½ b.

18. Febr. bis 24. Febr.: Diß wuch hat man bitz zu nachvolgender wuchen unverrechnet gelassen.

25. Febr. bis 3. März 1543: Sumarum baiden wuchen alles zusammen thut 19 fl. 7 b. 2 kr.

4. März bis 10. März 1543: Ist diß wuch auch bitz zu hernachvolgender wuchen unverrechnet plieben.

11. März bis 17. März 1543: Sumarum beyder wuchen alles zusammengerechnet thunt 21 fl. 2½ b.

18. März bis 31. März: Sumarum beyder wuchen thut alles zusammengerechnet 18 fl. 3 b. 3 kr.

1. April bis 14. April 1543: Sumarum beyder wuchen alles zusammengerechnet thut 19 fl. 12½ b.

15. April bis 21. April 1543: 10 fl. 5½ b.

22. April bis 25. April 1543: 5 fl. 11 b.

Item fur 16 wuchen haußzins entricht und bezalt 64 fl.

Volgen hernach gemaine außgaben zu Nurnberg: *Kosten für Dienstleistungen aller Art, Kauf verschiedener Druckschriften, Schreibmaterial, Geschenke* (= verehrungen) etc.

Hernach vermerckt die zerung von Nurnberg widerumb heimzuziehen: [...] 10 fl. 5 b. 7 kr.

Summarum der [= aller] ausgab thut 365 fl. 4 b. 2 d.

Also innam und ausgab gegeneinander verglichen, so ubertrifft die innam die ausgab 166 fl. 11 b. minus 2 d.

**38** *Abrechnung des Sekretärs der Wetterauer Grafen, Heinrich Steindecker, über die Bezahlung von Botendiensten im Vorfeld und während des Nürnberger Reichstags – o.D. (1542 Nov. bis 1543 April)*

*Marburg StA, Hanau 81 A, Nr. 181½ 4, fol. 14r–18v (Reinschr.); ÜS: Ußgift mein, Heinrich Steindeckers, von wegen der wolgebornen meiner gnedigen hern der grafen, so sich den 4. Novembris des verschieen 42. jars in Heechst [= Höchst] gemeiner schickung zum reichstag ghen Nurenberg verglichen und den hochgelerten H. Gregorien von Nallingen Lic. daruf von aller irer Gnn. wegen abgefertigt haben.*

*Aus der Abrechnung erhellt die Wichtigkeit und Häufigkeit der Botendienste für die Kommunikation der Wetterauer Grafen untereinander und mit den Reichsständen. Die Boten beförderten die Berichte des von den Wetterauer Grafen bestellten Reichstagsvertreters, Lic. Gregor von Nallingen, von Nürnberg nach Hanau, wo beim Statthalter und Sekretär der Wetterauer Grafen, Heinrich Steindecker, alle Informationen über das Geschehen am Reichstag zusammenliefen. Sie transportierten Ausschreiben für Reichs- und Grafentage an die Wetterauer Grafen und übernahmen die Beförderung von deren Supplikationen oder sonstigen Eingaben an die Reichsstände. Außerdem ermöglichten sie den raschen Nachrichtenaustausch zwischen den vor und parallel zum Reichstag stattfindenden Tagungen der Wetterauer und oberrheinischen Grafen (Höchst, 1542 Nov. 7; Höchst, 1543 März 13; Mainz, 1543 April 8) und den Reichsständen in Nürnberg.*

**39** *Abrechnungen von Bgm. und Rat von Nürnberg über die Kosten des Reichstags*

**39a** *Weingeschenke Nürnbergs an Kg. Ferdinand bei seinem Einritt in die Reichstagsstadt – 1543 Jan. 17*

*Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, Stadtrechnungsbelege Nr. 93, Rep. 54a II, unfol. (Reinschr.); ÜS: Wes an wein röm. kgl. Mt. Ferdinando, so auf den 17. tag Januarij des 1543. jars eingeriten ist, geschenckt worden. DV: 1543 röm. kgl. Mt. weinschenckh. Per Wolf Nutzel a die 17. Januarij anno ut supra beschehen.*

*Verzeichnis der Kosten für den auf drei Wagen gelagerten Wein, der Kg. Ferdinand bei seiner Ankunft von der Stadt Nürnberg geschenkt wurde. Es handelt sich um die Weinsorten: reinischer wein, gensfusser, osterwein, malvasir, rainfal, veltliner.*

*Gesamtkosten: 157 fl. 2 h. 11 d.*

**39b *Ausgaben Nürnbergs für Lebensmittelgeschenke an Kg. Ferdinand und andere Reichstagsteilnehmer sowie Kosten für Trompeter und Heerpauker***

*Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, Stadtrechnungsbelege Nr. 93, Rep. 54a II, unfol. (Reinschr.); ÜS: Röm. kgl. Mt. vererung und derselben hofgesindt sambt andern, so hiehere auf disen reichstag khommen sindt.*

Kgl. Mt. vischschenckh sambt venedischer und pabstischer pottschaft .....	47 fl. 1 h. 5 d.
Kgl. Mt. weinschenck allein <sup>1</sup> .....	157 fl. 2 h. 11 d.
H. Granvella vischschenckh. ....	12 fl. 6 h. 23 d.
Der furstin von Neuenmarck <sup>2</sup> vischschenck .....	11 fl. 3 h. 1 d.
Item 14 fl. thaler kgl. Mt. 6 trumettern und herpauker .....	14 fl.
Item kunigs trumetter einem per Jacob Muffel an thalern .....	2 fl.
Item des F. von Neuenmarck <sup>3</sup> trumettern .....	4 fl.
Item so ist in gemainer schenck „Die 13 Burgermaister frag“ <sup>4</sup> verschenckt worden laut derselben zettl per Wolf Nutzel .....	167 fl. 12 d.
Summa .....	415 fl. 5 h. 10 d.

**39c *Kosten für Instandsetzungsarbeiten im Nürnberger St. Egidienkloster, der Herberge des ksl. Kommissars Bf. Christoph von Augsburg***

*Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, Stadtrechnungsbelege Nr. 93, Rep. 54a II, unfol. (Reinschr.); AS: 1543 reichstag. Uncosten, so in das closter zu St. Egidien verpaut von wegen des Bf. zu Augspurg<sup>1</sup>. Per Ieronimum Baumgartner.*

Erstlich fur ein neue fensterram [= <i>Fensterrahmen</i> ] vor der grossen stuben .....	4 h. 6 d.
Item davon zu beschlagen. ....	4 h. 6 d.
Item davon zu verglasen .....	1 fl. 24 d.
Item fur ein kupfres kesselein zu harm abschlagen [= <i>Harn lassen</i> ] .....	2 fl. 16 d.
Item die schlosser zu der silberkamern und speiskamer, keller und andren gemachen zu endern, neu schlüssel und etwo vil mer rustung in der kuchen und andern gemachen .....	5 h. 20 d.

<sup>1</sup> *Siehe Nr. 39a.*

<sup>2</sup> *Gemahlin Pfgf. Friedrichs, Prinzessin Dorothea von Dänemark und Norwegen, Tochter Kg. Christians II. von Dänemark.*

<sup>3</sup> *Pfgf. Friedrich II.*

<sup>4</sup> *Name der Schenke.*

<sup>1</sup> *Bf. Christoph von Augsburg verstarb kurz vor Ende des RT am 15. April 1543 im St. Egidienkloster in Nürnberg.*

Item den einen prunnen fegen lassen .....	4 h.
Item die aimer von neuem anzuhengen .....	2 h.
Summa .....	5 fl. 4 h. 18 d.

[US:] Hieronimus Paumgartner.

**39d** *Nach Tagen gegliederte Zusammenstellung der Kosten für Mahlzeiten der Reichsstände in den verschiedenen Stuben des Rathauses – Nürnberg, 1543 Jan. 13 bis März 5*

*Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, Stadtrechnungsbelege Nr. 93, Rep. 54a II, unfol. (Reinschr.).*

Collacion in die reichsstende stuben per haußwirt ..... 141 fl. 2 h. 1 d.

**40** *Abrechnungen der Augsburger Gesandten*

**40a** *Ausgabenbuch von Klaus Reich, dem Einkäufer der Augsburger Gesandten – Nürnberg, 1543 Jan. 25 bis April 28*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Reinschr.); AS: 1543 Außgabpuechlin Clasen Reich.*

*Klaus Reich notierte während der gesamten Dauer des Reichstags die Preise der täglich von ihm eingekauften Lebensmittel und Getränke. Gelegentlich finden sich in der Aufstellung auch Kosten für Dienstleistungen (Schuster, Boten- und Schreiberlohn, Postbeförderung, Bezahlung einer Wäscherin, Reinigung der Gewänder, diverse Reparaturen etc.) und für sonstigen Bedarf (Schreibutensilien, Hausrat, Gewand, Sattelzeug etc.). Auf jeder der 70 Seiten umfassenden Abrechnung summierte Klaus Reich die einzelnen Ausgabenposten, aus diesen Teilsummen wurde jedoch keine Gesamtsumme der Kosten gebildet.*

**40b** *Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Augsburger Gesandten, zusammengestellt von Sekretär Gabriel Engelhart*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Reinschr.); AS: Rechnung vom reichstag zu Nurnberg 1543 gehalten.*

*Einnahmen: insgesamt 1313 fl. 12 kr. (sie setzen sich zusammen aus 700 fl. Schuldenrückzahlungen durch die Stadt Schwäbisch Hall an Augsburg und die von Jörg von Stetten erhaltene Summe in Höhe von 613 fl. 12 kr.).*

*Ausgaben: insgesamt 1262 fl. 19 kr. (davon 516 fl. an Klaus Reich für Lebensmitteleinkäufe).*

Also nach vergleichung [= *Abzug der Ausgaben von den Einnahmen*] bleibt man schuldig 50 fl. 53 kr.

*Die Abrechnung des Sekretärs Engelhart wurde von Jörg von Stetten unterzeichnet.*

#### 40c *Abrechnung des Augsburger Gesandten Jörg von Stetten*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Reinschr.); ÜS: Anno 1543 im Meyen<sup>1</sup>.*

Als meiner herrn von Augspurg gesanten auf verschinen reichstag zu Nurnberg gethone raittung [= *Rechnung*] hiebey inhelt, find ich im entpfahen – ausserhalb der 700 fl., so von dem gelt, das die statt Hall erlegt hat – in alls [= *insgesamt*] 613 fl. 12 kr., wolleche mitsampt dem gelt, so von der statt Hall entpfangen worden, durch den secretari Gabriel Engelhart verrait worden.

Dieweil aber ich, Jorg von Stetten, piß umb den Palmtag [*1543 März 18*] einnehmer gewest und in alls zu Nurnberg von den welserischen, des herrn Bgm. Hanns Welsers brudern, 600 fl. muntz entpfangen, volgends von Gregori Mair 150 fl. und zu Augspurg auf zerung gen Nurnberg 100 fl., thut alles 850 fl., davon dan wie obsteet die 613 fl.12 kr. verrait seind, rest noch zu verantworten 236 fl. 48 kr.

Das volgt hernach: Erstlich wie Dr. Ulstett bey 3 wochen zum Oxenfelder in der herberg gelegen, alda ich auch erstlich eingekert, mit dem wirt aller ding abgerait [= *abgerechnet*], im zalt sampt ainem faß wein, so er uns in die neue herberg gekauft, in alles 62 fl.

Mer iber das in Engelharts raittung steet, in der erst zum einkauffen mer außgeben, so niendert verrait [= *verrechnet*] ist: 5 fl.

Mer meinem knecht auß erlauben des burgermaisters ainen rock der stattfarb gemacht und dem Wolff Ferber und Petter Koch, so ainfach röck hetten, dieweil es so kalt was [!], lassen underziehen. Kost alles 10 fl.

Item des kunigs trommetter 4, so ain trinckgelt bey uns suchten, geschenckt gold 2 fl.

Umb ain sattel zu der notturft 3 fl.

Meinem knecht sein livergelt [= *Livreegeld*] 11 fl.

Als wir abschied[en], etlich klain ding - letz [= *Abschiedstrunk, Abschiedsmahl*], bestelwerck [= *Flickarbeiten*] und anders - in eyl zalt: 2 fl.

Item furlon von all unserm gerett piß her, des mir alles haimgefurt ist: 3 fl.

Und hiemit iberantwort ich meinem herrn, so ich noch ibrig gelt hab, gold und muntz 74 fl.

Das alles macht in summa 785 fl. [*12 kr.*]<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> *Es handelt sich um eine Abrechnung, die erst nach dem Ende des RT erstellt wurde.*

<sup>2</sup> *Diese Summe setzt sich aus den von Klaus Reich bereits abgerechneten 613 fl. 12 kr. und den von Jörg von Stetten aufgeschlüsselten 172 fl. zusammen.*



Also stünd mir noch auß zu verraitten in als 64 fl. 48 kr. Dieselben hab ich am hinabreiten, wider heraufreiten und wider hinabreiten mertails verzert, rest sunst aintzig zu der notturft verklait und zu täglichem prauch außgeben, dan ich mir selb kain livergelt, wie ich zu thon wol befugt, gerait, sunder also fur mich selb nit weitthers, dan das mich zimlich gedeucht, gepraucht, aber sunderlich nit angeschriben. Damit will ich also meinen herrn diese raittung gefertigt und mich inen bevolhen haben. Actum ut supra.

[US:] Jörg von Stetten der älter.

**40d Abrechnung von Dr. Lukas Ulstett über die Ausgaben während seines Aufenthalts in Nürnberg – 1543 Jan. 3 bis Febr. 25<sup>1</sup>**

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Reinschr.); DV: Dr. Ulstats rechnung vom rith gen Nurnberg, verrechnet a die 10. Marcij 1543.*

Vest, fursichtig, ersam und weiß, gunstig und gepietend herrn. Als ich nachbenanther den dritten tag Jenner dits 43. jars aus bevelch ains erbern rats alhie gen Nurnberg gerithen und den 25. Februarij wider hie ankomen bin, hab ich zu Nurnberg von wegen hochgedachter meiner herrn gelt entpfangen und wider ausgeben, wie hernach volgt:

Eingenomen:

A die 18. Jenner 1543. jars von dem erbern Lenhart Thoma, des vesten herrn Bgm. Georgen Herwarts factor, zu Nurnberg empfangen etc. 30 fl. A die 22. Februarij hat mir H. Jorg von Stetten zu Nurnberg geben 5 fl. Thut in ainer summa 35 fl.

Außgeben:

Item zuvor und ehe H. Jorg von Stetten gen Nurnberg khumen, hab ich aus bevelch meiner herrn, ains ersamen rats, uff unser aigen haushaltung der kuchin und stallung einkauffen lassen erstlich:

fur haber .....	12 fl. 43 kr.
item fur holtz .....	6 fl. 17 kr.
item fur heu .....	4 fl. 23 kr.
item fur stro .....	2 fl. 15 kr.
item fur wannen, scheffer und andern plunder in stal und sonst zu teglicher haußhaltung .....	1 fl. 3 kr.
item dem alten nurnbergischen ainspennigen knecht, der mir alle obgeschribne stuck einkauft het, fur sein belonung .....	30 kr.
item fur potenlon gen Augspurg und herwider und den poten hinauf oft zu ainem vortail, weil ich in offner herberg zu Nurnberg gelegen .....	2 fl. 9 kr.

<sup>1</sup> *Es handelt sich um die Zeit von der Abreise Dr. Ulstetts aus Augsburg bis zu seiner Wiederkehr, nachdem er den Nürnberger RT besucht hatte. Er legte diese Abrechnung dem Rat von Augsburg am 10. März 1543 vor.*

item dem hueffschmid, meine drei pferd zu beschlagen, die zeit ich in offner herberg gewest .....	32 kr.
item dem hessischen secretari [= <i>Aitinger</i> ] verert fur copeien aller ratschleg in der recusation des camergerichts und ander furfallenden sachen, zuvor und ehe H. Jorg von Stetten gen Nurmberg khomen .....	1 fl.
item fur zerung untherwegen von Augspurg gen Nurmberg und wider herauf mit drey pferden und den knechten fur ir reitgelt und fur mein barbier- und waschgelt zu Nurmberg in alles .....	9 fl. 48 kr.
Thut des ausgeben in ainer suma .....	40 fl. 40 kr.
Also wan des einnemen gegen dem ausgeben abgezogen wirdt, bleiben mir meine herrn herauszugeben schuldig ..	5 fl. 40 kr.
Mein reitgelt zu aim kurtzen bericht, wie oben gemelt ist, lauft uff 54 tag, thut in ayner suma .....	13 fl. in gold 30 kr.
Suma, so man mir zu thun .....	5 fl. 40 kr. in muntz
	13 fl. in gold 30 kr.

[*US:*] Lucas Ulstat Dr. mit aigner hand.

## I.D Eröffnung des Reichstags

*Nachdem der ksl. Generalorator Nicolas de Granvelle am 26. Jan. 1543 in Nürnberg eingetroffen war, wurde der Reichstag in Beisein Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare am 31. Jan. 1543 durch ein kirchliches Hochamt und die Verlesung der Proposition (Nr. 43) feierlich eröffnet. Das langsame Eintreffen der Reichsstände und die geringe persönliche Präsenz der geistlichen und weltlichen Fürsten, die sich trotz wiederholter Aufforderungen Kg. Ferdinands durch ihre Gesandten vertreten ließen, wird aus einem Bericht des Nürnberger Ratsschreibers Vendenheimer (Nr. 41) und aus den von mehreren Reichsständen zusammengestellten Anwesenheitslisten deutlich (Nr. 42a–d).*

### 41 *Der Nürnberger Ratsschreiber Ulrich Vendenheimer an Jakob Sturm – Nürnberg, 1542 Dez. 18*

*Straßburg AM, AA 501, fol. 178rv (Ausf. mit Siegel); DV fol. 178v: In abwesen [Sturms] dem herrn statschreiber daselbst zu erbrechen. Lectum [Straßburg] Samstag, den 30. Decembris 1542.*

*Regest: O. WINCKELMANN, Politische Correspondenz, Bd. 3, Nr. 329, S. 341f.*

*Er dankt Jakob Sturm für sein Schreiben vom 21. Nov. 1542, in welchem dieser sich wegen einer eventuellen Verzögerung des Reichstagsbeginns erkundigte. Daruf gib ich euer E[hrbarkeit] dienstlicher meynung zu erkennen, das es sich noch schlecht anlässt, dan uf disen tag weder die kgl. Mt. noch einicher fürst alher gelangt. Die vermutung und sag ist aber, das di kgl. Mt. uff weihenachten gewißlich hie sein soll<sup>1</sup>. So das geschehe, acht ich, die hierumb gesessen bischöf und fürsten werden sich nit lang saumen auch herzukommen. Wie michs aber ansyhet, so wirt in allweg vor künftig Trium regum [1543 Jan. 6] nit vil aus der reichshandlung.*

*Am nechstverschinen Sampstag [1542 Dez. 16] ist des Kf. von Saxen rath, Eberhart von der Dhann, hie ankommen, der ist der andern seiner zugeordneten rath in wenig tagen auch gewertig. So sindt die hessischen rath gestern sontags [1542 Dez. 17] mit 28 pferden auch hergelangt und heut dato nachmittag*

---

<sup>1</sup> *Die Ankunft Kg. Ferdinands verzögerte sich immer wieder. Der Augsburger Gesandte Dr. Lukas Ulstett berichtete darüber am 9. Jan. 1543 an N. Bgmm., Baumeister und geheime Räte von Augsburg: [...] Es hat mir auch der sächssisch cantzler datum dits angezaigt, wie er kuntschaft hab, das kgl. Mt. sampt seinen zwaien jungen hern den 13. dits monats sol hie ankomen. Und zuletst hab ich solhes gleichermassen von H. Hieronimus Paumgartner auch vernomen, das den herrn von Nurmberg solichs durch iren diener, der kgl. Mt. nachreit, zugeschriben worden sey. Aber kgl. Mt. furier [= Leopold Heuberger] alhie hat mir erst heut gesagt, er versech sich kgl. Mt. ankunft vor neun tagen nit, also das die sag zweifelich und ungewiß ist. Ich schreibs, wies mir angezaigt wirt etc. [...] In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ulstetts).*

die gesandten von Franckfurt. Das ist der gantz hauf, so noch derzeit herkommen. Nun hat mir wol Dr. Ieronimus zum Lamb von Franckfurt angezeigt, wie er beym säxischen gewesen, der sich aber hoch beförmbdet, das auf den schweinfurtischen abschidt [1542 Nov. 15] sonst noch niemand ankomen, also das er und di hessischen sich fürderlicher herkunft der verstentnusverwandten gentzlich versehen.

Der Ehinger, euer E[hrbarkeit] wirt, ist willig, derselben sein herberg wider mitzuthailen und sein vermögen darzureichen. So hat er auch bewilligt, die franckfurtischen in das hauß ze nemen und inen ein sonder gemach zu irer notturft einzugeben, also das ir von beeden stetten nun gar mit cost und herberg beyeinander sein werden.

Die kgl. Mt. laßt starck hie furiren bis in 800 pferd. Die sag ist, sie werd ir gemahel, auch jungen herrlin und freulin alle hieher bringen. Wo dem also, het man sich eins langen reichstags zu besorgen; das wirt nun die zeit zu erkennen geben. Der Almechtig wöll es alles zum besten schicken.

Es hat die kgl. Mt. auch in Hungern, Mehrern und andern mehr orten landtäg gehalten, darauf soll ir, wie man sagt, vil zugesagt sein, wölchs sie in der proposition des reichstags wol heraußzustreichen nit underlassen wirt. Meins erachtens so würt überreden auf disem reichstag vil gelten, desselbigen auch nott sein. Da sehen nun die zu, die es angeet.

Euer E[hrbarkeit] thue ich mich hiemit ganz dienstlich bevelhen. Und wiewol ich sorgfeltig gewest, diß mein schreiben wird euer E[hrbarkeit] nit mehr anheimisch treffen, so hab ichs doch bester meynung und in eventum nit underlassen wöllen.

#### 42 *Anwesenheit der Reichsstände – Nürnberg, 1542 Dez. 17 bis 1543 März*

*Von den zahlreichen Anwesenheitslisten reichsständischer Gesandter<sup>1</sup> werden hier vier wiedergegeben, die das langsame Eintreffen der Reichsstände am Reichstagsort und die geringe persönliche Präsenz der Kurfürsten und Fürsten verdeutlichen. Der Reichstag war von Kg. Ferdinand vom 14. Nov. auf den 14. Dez. 1542 prorogiert worden (Nr. 2–3). Tatsächlich traf der König jedoch wegen der Verhandlungen über die Türkenhilfe mit den Erbländen erst am 17. Jan. 1543 in Nürnberg ein. Obwohl die Schmalkaldener im Schweinfurter Bundesabschied vom 15. Nov. 1543<sup>2</sup> beschlossen hatten, ihre internen Beratungen in Nürnberg vor der Ankunft der anderen Reichsstände aufzunehmen, waren von ihren Gesandten im Dezember noch sehr wenige in Nürnberg vertreten. Auch die altgläubigen Reichsstände –*

<sup>1</sup> Weitere Anwesenheitslisten in: Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105, unfol.; Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 474, fol. 129v–130v; ebd., Abt. 131 IVa 41, fol. 6rv; Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 7rv; Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 21r–22r; Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2, unfol.

<sup>2</sup> In: Wien HHStA, RK RA i.g. 13e/Konv. 4, fol. 13r–27v, hier fol. 23v (Kop.).

mit Ausnahme der burgundischen und einiger bischöflicher Gesandter – trafen erst im Laufe des Monats Januar 1543 ein. Nach der Ankunft des Königs am 17. Jan. wurde der Reichstag noch immer nicht eröffnet, um die Ankunft weiterer Reichsstände und des ksl. Generalators Granvelle abzuwarten. In den rund um die Eröffnung des Reichstags erstellten Anwesenheitslisten fehlen einerseits einzelne Reichsstände, die im Reichsabschied genannt werden und verspätet in Nürnberg ankamen, andererseits sind darin zum Teil die fehlenden Namen jener evangelischen Gesandten enthalten, die gegen den Reichsabschied protestierten und in diesem nicht aufscheinen.

**42a Aufzeichnung des kursächsischen Rates Eberhard von der Thann<sup>1</sup> über die bei seiner Ankunft in Nürnberg anwesenden Reichsstände – Nürnberg, 1542 Dez. 17**

Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 72rv<sup>2</sup>; ÜS: Vortzeichnus dere stende, so jetzt a die 17. Decembris zu Nurnbergk seindt ankhummen und voriert [= *furirt*, Quartier genommen] haben.

Röm. ksl. Mt. radt Dr. Nabes [!] ist alhie, und eine gemeine sage von den kaufleuthen, auch anhero auß Italia geschrieben, ksl. Mt. soll zu Genua sein ankhummen<sup>3</sup> und im furhaben, diesen reichstagk persönlich zu besuechen.

Mhan hat sich auch Kg. Ferdinandi sampt derselbigen gemhael am verschiennen Mittwoch [1542 Dez. 13] zum Neuenmarckt vorsehen, dorauf alle sachen zugericht und alhie auf 500 pferdt und bede ire Mtt. vorieret.

Kgn. Maria, gubernantin in Brabandt, hat alhie ire geschickten, H. Wyrich Frh. zu Crichingen und zu Pittingen und Dr. Viglius Zwickens, und auf ire eigenne person herberge vorieren lassen.

Des Hg. von Lottringen [= *Bf. und Kard. Johann von Lothringen*] geschickter ist alhie H. Philipß Jacob von Helmstadt, ritter.

Des Kf. von Sachsen geschickter Ebberhart von der Thann etc.

Des Lgf. von Hessen geschickten seindt heut dato alhie ankhummen, nemlich Rudolf Schenck zu Schweinßburgk, landvoigt etc., Dr. Johan Walter und Dr. Thiloman etc.

<sup>1</sup> Eberhard von der Thann bezog gemeinsam mit den anderen kursächsischen Räten bereits Mitte Dez. 1542 in Nürnberg Quartier im Haus „Zum Coburger“. Siehe: H. KÖRNER, *Eberhard von der Tann 1495–1574*, in: *Fränkische Lebensbilder Bd. 10* (1982), S. 123–140, hier S. 130.

<sup>2</sup> Beilage zu fol. 69r–75v: Eberhard von der Thann an Kf. Johann Friedrich von Sachsen, 1542 Dez. 17 (Ausf.).

<sup>3</sup> Falsche Nachricht; nicht der Kaiser, sondern sein Generalator Nicolas de Granvelle war in Genua angekommen.

Von andern chur- und fursten haben noch bißhero niemandt fur derselben person herberge bestellen lassen dan Pfgf. Friderich, Hg. Otto Heinerich, die Bff. Bambergk und Eychstedt<sup>4</sup>.

**42b** *Verzeichnis der bis 5. Jan. 1543 in der Mainzer Kanzlei akkreditierten Gesandten – Nürnberg, 1543 Jan. 5*

*Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 8rv (Kop.); AV: Designatio statuum Nornbergae et in dieta Nornbergensi hactenus comparentium. ÜS: Fursten, auch der Kff., Ff. und stende des Hl. Reichs gesante, rethe und botschaften, so uff den angesetzten reichstag zu Nurmbergk erschienen seindt und sich bei der meintzischen cantzley haben anzeigen lassen.*

Von wegen Mgf. Joachimen zu Brandenburgk Kf. etc.: Leonhard Kelner, der rechten licentiat, dhumbprobst zu Havelburg, und Jacob Schilling.

H. Valentin Bf. zu Hildesheim.

Von meines gnedigen herren von Wurtzburgk etc. wegen: H. Martin von Ussigkheim, thumbher doselbst etc., Heinrich Truchses von Wetzhausen, hoffmeister, und Georg Farner Dr., cantzler.

Von wegen H. Erasmi, erwelten und bestetigten des stiefts Strasburgk: Christoff Welsing, der rechten doctor

Von wegen des Bf. zu Mersenburgk: Valerius Pistoris, der rechten doctor

Von wegen H. Ruprechten Pfgf. bei Rhein etc.: Jacob Schor von Hasel.

Von wegen Hg. Ulrichen zu Wirtenbergk: Christoff von Venningen und Christoff Eherer, der rechten doctor

Von wegen H. Johansen, Pfgf. bei Rhein, Hg. in Bayern und Gf. zu Spanheim: Hans Beuser von Ingelnheim, amptman zu Creutznach.

Nota: Mathias Rasth [= *Rasch*], der rechten doctor, furstenbergischer cantzler, hat sich von wegen der abtissin zu Buchau am Federesehe und der Gff. im landt

<sup>4</sup> *Zusätzlich zu den von Eberhard von der Thann genannten Reichsständen trafen bis Anfang Jan. 1543 die Gesandten folgender Reichsstände in Nürnberg ein: Kff. von Mainz, Trier und Brandenburg, Bff. von Würzburg, Straßburg, Münster, Metz und Hildesheim (Valentin von Teteleben persönlich), Hg. von Württemberg, Hg. von Jülich (vorerst nur Dr. Faltermeyer), Pfgf. Ruprecht, Mgf. Albrecht von Brandenburg sowie die Städte Frankfurt, Straßburg und Speyer. Siehe dazu die Anwesenheitsliste in den Akten des Bf. von Hildesheim: Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 7rv. In dieser Liste werden auch Gesandte der Städte Goslar, Göttingen und Einbeck erwähnt sowie der Gesandte des englischen Königs und der Republik Venedig und der päpstliche Nuntius Hieronymus Verallo. Zum langsamen Eintreffen der Gesandten siehe auch die Berichte der Frankfurter Gesandten an Bgm. und Rat von Frankfurt von 1542 Dez. 21, Dez. 30 und 1543 Jan. 5 (Nr. 383) in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf.), und die Schreiben der hessischen Gesandten an Lgf. Philipp von 1542 Dez. 18 und 1543 Jan. 5, in: Marburg StA, PA 653, fol. 13rv und fol. 15r–16v (Ausf.).*

zu Schwaben bei der meintzischen cantzlei angezeigt, aber seine habende gewalt mit uberantwort.

Actum 5. Januarij anno etc. 43<sup>1</sup>.

42c *Verzeichnis der bei der Eröffnung des Reichstags anwesenden Reichsstände und Gesandten – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan./Febr.)*

*Wolfenbüttel HAB, Cod. Guelf. 52. Aug. Fol., fol. 134r–137v (Kop.); ÜS: Nürnbergisch reichstag anno etc. 43.*

Auf Mitwochen nach Marcelli, den 17. Januari anno etc. 43, ist die röm. kgl. Mt. mit zweyen irer Mt. jungen herrn<sup>1</sup> alhie zu Nurmberg ankomen.

Von wegen röm. ksl. Mt. H. von Granvelle etc.

Von wegen des bapsts N. und N.<sup>2</sup>

Von wegen des Kard., Ebf. und Kf. zu Meintz etc.: Jacob Jonas cantzler, Dr.; Bernhart von Hartheim, amptman zu Miltenbergkh, Jacob Reuter Dr.

Von wegen H. Sigmundi des Bf. zu Mersenburg: Valerius Pistoris, der rechten doctor

Von wegen des Kf. zu Sachssen: Eberhart von der Dhann und der sächssisch cantzler<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> *Der Augsburger Gesandte Dr. Lukas Ulstett meldete zwei Tage später, am 7. Jan. 1543, an N. Bgmm., Baumeister und geheime Räte von Augsburg bez. der anwesenden Reichsstände: [...] Von den reichsstenden ist noch niemandts hie, dan allain sovil unser verain verwandt sein: die gesandten des Kf. zu Sachsen, Hessen, Luneburg, Wirttenburg, Straspurg, Augspurg, Franckfort, Schwebisch Hal. Von der andern seiten die gesandten der Ebff. Mentz, Coln und Trier hie ankomen. Sonst hab ich niemandts gesehen oder erfaren mogen. [...] In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ulstetts).*

<sup>1</sup> *Kg. Ferdinand wurde zum RT nach Nürnberg von seinen beiden Söhnen, den Ehgg. Maximilian und Ferdinand, begleitet.*

<sup>2</sup> *Päpstlicher Nuntius bei Kg. Ferdinand war Hieronymus Verallo, der über die Vorgänge am RT regelmäßig an Kard. Alessandro Farnese nach Rom berichtete, in: L. CARDAUNS, Nuntiaturberichte, Abt. I, Bd. 7, Nr. 124–139. Der päpstliche Sondergesandte, Otto Truchsess von Waldburg, kam am 22. März 1543 in Nürnberg an, um die geistlichen Reichsstände zum Besuch des Konzils aufzufordern und um mit Kg. Ferdinand, Granvelle und anderen Reichsständen über Fragen des künftigen Konzils, den Beitritt des Papstes zum Katholischen Bund etc. zu verhandeln. Sein Bericht an Kard. Alessandro Farnese, Nürnberg, 1543 März 31, in: S. EHSES, Concilium Tridentinum, Bd. 4, Teil 1, Nr. 251, S. 319–326.*

<sup>3</sup> *Dr. Melchior von Ossa, kursächsischer Kanzler. Ein weiterer kursächsischer Gesandter in Nürnberg war Mag. Franz Burkhard, Kanzler des von den Schmalkaldenern eroberten Fürstentums Braunschweig-Wolfenbüttel.*

Von wegen des Kf. von Brandenburg: Leonhart Kellner, der rechten Lic., thumbprobst zu Havelberg, und Jacob Schilling.

H. Vallentein Bf. zu Hildesheim [*persönlich*].

Von wegen des Bf. zu Wurtzburg: H. Martin von Ussigkheim, thumbherr daselb etc.; Heinrich Truchsess von Wetzhausen, hofmaister; Georg Farner Dr., cantzler.

Von wegen H. Erasmi, erwelten und bestettigten des stifts Strassburg: Christoff Welsing, der rechten doctor

Von wegen Pfgf. Ludwigs Kf. etc.: Heinrich Haß, cantzler; Wolff von Affenstein, ritter; Hanns von Walbrun zu Ernstshofen.

Von wegen des maisters Johanneser ordens H. Johann von Hattstein: H. Jörg von Hohenhaim, genant Bambos [= *Bombast*], comenthur zu Sultz und Dorlitzheim; Friderich Kempff, secretarius.

Von wegen H. Johannsen, erwelten Bf. zu Lunda und Costentz etc.: Pauls Appetzhofer, secretarius.

Von wegen Bf. zu Eystet: H. Hanns von Schaumbergk; H. Mathias Luchs, cantzler.

Von wegen des Kard. zu Lotringen: Phillips Jacob von Helmstat, H. zu Velsperg; maister Johann Gerhart, secretarius.

Von wegen des Bf. zu Bassaw: Christoff Kirchpuler Dr.

Von wegen H. Lutij, Bf. zu Chur: Paulaus [!] Appetzhofer, Costnitzer secretarius.

Von wegen H. Francisci, Bf. zu Munster etc.: Franciscus von Doy, dechant zu Quackenburge; Anthonius von Laer, trost zu Horstmar<sup>4</sup>.

Weltliche fursten personlich:

H. Friderich, Pfgf. bey Rhein, Hg. in Bayrn etc.

Von wegen H. Ruprechten, Pfgf. bey Rein, Hg. in Baiern, Gf. zu Veldentz etc. als vormunder H. Wolfgangs, auch Pfgf. bey Rhein, Hg. zu Baiern: Jacob Schorr von Haßeln.

Von wegen Hg. Ulrichs zu Wirttemberg: Christoff von Fennyngen; Philips Eherer, der rechten doctor

Von wegen H. Johannsen, Pfgf. bey Rein, Hg. in Baiern und Gf. zu Spanheim: Hanns Beuser von Ingelnheim, amptman zu Creutzennach.

Von wegen H. Parnigen [= *Barnim*], Hg. zu Pomern etc.: Jacobus Philippus Oßler, der rechten doctor

Von wegen H. Philipssen, Hg. zu Pomern etc.: Jacob Citzevitz.

Von wegen Hg. Ernsten zu Braunschweig und Lunenburg: Niclaus Holstein Dr.

Von wegen Hg. Moritzen zu Sachssen: Christoff von Karlowitz; Johann Stramberger Dr.

<sup>4</sup> In Nürnberg war auch der Kanzler des Bf. von Münster, Jobst Ruland, anwesend. Er vertrat den Abt von Corvey, wie dem RAb zu entnehmen ist.



Von wegen Hg. Wilhelms zu Gulch: Johann Vallenteinmair [= *Faltermeyer*] Dr.

Von wegen H. Johannes, Geörgen, thumbprobst zu Magdeburgk, und Joachim, gebruedere, Ff. zu Anhalt: Leonhart Keller Lic., thumbpropst zu Havelburgkh.

Von wegen Hg. Heinrichen des jungern zu Braunschweig: Johann Stopler, der rechten doctor, cantzler.

Von wegen Hn. Wilhelmen und Ludwigs, gebruedern, Hgg. zu Bairn: Leonhart von Egkh zu Ranndegkh; Johann Weissenfelder zu Hilckersperg; Jörg Stockamer, pflieger zu Dachaw; Jorg Söldt [= *Seld*], alle der rechten doctor

Von wegen des abts zu Murbach: Roch Mertz zu Staffelfelden.

Von wegen des abts zu Corfu [= *Corvey*]: Jobst Ruelanndt, der rechten doctor, munsterischer cantzler; Franntz von Dey.

Von wegen des abts zu Kempten: Heinrich Purckhart, des Hl. Röm. Reichs erbmarschalckh zu Pappenhaim, vogt zu Wolckenbergkh.

Von wegen nachgemelter abte, als nemblichen: Johannsen von Salmweiller, Gerwicken zu Weingarten, Enndressen zu Elchingen, Georgi zu Ochssenhau- sen, Pauli zu Irsin [= *Irsee, Ursin*], Conradt zu Rodt, Ulrichen der Mindernaw, Johannesen zu Schussenriede und Johannsen zu Marckthall: Heinrich Purckharts, des Hl. Röm. Reichs erbmarschalckh, vogt zu Wolckenburg.

Von wegen der äbtissin zu Buchau am Federsee und der Gff. im landt zu Schwaben: Mathias Rasth, der rechten doctor, furstenbergischer cantzler.

Von wegen aller wetterawischen und oberrheinischen Gff. und von aller Reingrafen wegen: Georgius [!] von Nallingen, der rechten Lic.

Von wegen Geörgen Gf. zu Zwayenbrugken, H. zu Bitsch und Ochsenstain: Christof Wellsinger, der rechten doctor

[*Von wegen*] Rottenberg uff der Thauber: Harys [= *Hans*] Hornburg<sup>5</sup>.

Von wegen der Gff. von Wolfstein, als nemblichen H. Adam, Gottfriden, Hannsen und Bernhartten: Johann Krafft.

Von wegen kgl. Mt. erblandt ob der Ennß: H. Jörg von Pergkhaim etc.

Von wegen der statt Ulm: Weyprecht Ehinger, alter Bgm., und Martin Wayckman, mit gewalt und bevelch der nachbemelten stende und stett, nemblich des prelaten zu Ursperg, Jörgen Ludwigs von Freyberg von wegen der herrschaft Justingen, Reutlingen, Heilprun, Bibrach, Kempten, Eisen [= *Isny*], Alen und Buechaw.

Von wegen der statt Schweinfurt: Niclaus Sprenger und Jacob Gobell.

Von wegen der stat Augspurg: Jörg von Stetten, Sebastian Seitz und Lucas Ulstetter, der rechten doctor, mit gewalt und bevelch der statt Swebischen Werd<sup>6</sup>.

<sup>5</sup> *Rothenburg ob der Tauber ist irrtümlich bei den Grafen statt bei den Reichsstädten genannt.*

<sup>6</sup> *Die Augsburger Gesandten Dr. Lukas Ulstett und Jörg von Stetten berichteten am*

42d *Verzeichnis der anwesenden Reichsstände, getrennt nach Konfessionen – o.D. (Nürnberg, 1543 Febr./März)*

*Marburg StA, Hanau 81 A, Nr. 181½ 2, fol. 247rv und fol. 249r (Kop.); ÜS fol. 247r:* Die stende, so jetzs zu radt geen und nit der augspurgischen confession sein, sonder catholici genent.

Kf. zu Mentzs, Kf. zu Thrier, Kf. pfaltzgraven, Kf. zu Brandenburg potschaften. Des hauß Osterreichs botschaft<sup>1</sup>.

Valentin Bf. zu Hildeßheim [*persönlich*].

Bf. zu Saltzburg, administrators hochmaisterambts teutschs maisters, Bff. zu Bamberg, Wormbs, Wurtzburg, Aystet, Straßburg, Costentzs, Regensburg, Passaw, Munster, Metzts potschaften.

Weltlicher fursten potschaften: Hg. Wilhelms [*und*] Hg. Ludwigs zu Bayern, Hg. Hansen Pfgf. zu Simern etc., Hg. zu Gulich, Mgf. Wiliperts [= *Philiberts*] zu Baden.

Prelaten: Der oberlendischen prelaten gesanter<sup>2</sup>, des Johansermaisters geschickter.

Der graven: Der oberlendischen graven gesanter<sup>3</sup>.

Stett: Wormbs, Speyer, Rotweyll, Überlingen<sup>4</sup>, Hagenaw, aber dise haben die antwort geben, sie seyhen von iren obern zu solicher sach nit abgevertigt. Wo man khunte ain gutten friden und gleichmessig recht im Reych anrichten, deß weren ire obern hochst begirig.

[*ÜS fol. 249r:*] Der augspurgischen confession stende, so gegenwertig.

Kf. von Sachßen potschaft.

---

2. Febr. 1543 an Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz, Baumeister und geheime Räte von Augsburg über die Anwesenheit der Reichsstände in Nürnberg: [...] Die gesanten oder potschaften von chur- und fursten sindt schier alhie, dann allein Koln, Trier und Augspurg nit. Von den stetten ist noch bißher von Koln, Ach, Costentz, Bremen, Hamburg, Magdenburg, Goßlar und etlichen andern kleinen stetten niemandts oder in irem namen zu handeln bevelch geben worden. Es ist auch khein furst eigner person dann allein Hg. Fryderich als ksl. comissari und der Bf. von Hildeßheim noch bißher hie ankommen. [...] Am 21. Febr. 1543 berichteten Ulstett und Stetten an Bgmm. und Rat von Augsburg: [...] Es ist auch unser gnediger herr, Bf. von Augspurg, den 19. dits monets hie ankommen. Dergleichen hat der Ebf. zu Tryer sein potschaft auch wider har verordnet. [...] In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.)*.

<sup>1</sup> Hans Gaudenz von Madruzzo.

<sup>2</sup> Heinrich Burkhart von Pappenheim.

<sup>3</sup> Dr. Matthias Rast.

<sup>4</sup> Die Nennung Überlingens scheint irrtümlich zu sein, denn Bgm. und Rat von Überlingen entsandten keinen Gesandten zum RT. Wahrscheinlich ist Ravensburg gemeint, das 1543 ebenso wie Überlingen zu den altgläubigen Reichsstädten zählte.

Weltlicher fursten [*botschaften*]: Pfgf. Ruprechts<sup>5</sup>, Hg. Moritzen zu Sachßen, Mgf. Jorgen zu Brandenburg, Mgf. Albrechts zu Brandenburg, Hg. Ernten zu Lunenburg, Hg. zu Wirtemberg, Hgg. zu Pomern, Lgf. zu Hessen, Ff. von Anhalt.

Graven: Gf. Albrechts zu Manßfeldt.

Stett: Regenspurg, Augspurg, Straßpurg, Nurnperg, Ulm, Franckfurt, Schwebischen Hall, Heylpron, Eßlingen, Memmingen, Schweinfurt, Weysenburg am Norckaw, Lindaw, Nortlingen, Goßlar.

43 *Proposition Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare – actum Nürnberg, 1543 Jan. 30/vorgetragen 1543 Jan. 31*<sup>1</sup>

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 1r–7v (Kop.); DV fol. 7v: Reg. Nurnbergae ultima Januarij anno etc. 43.*
- B *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 33r–40v (Konz.); DV fol. 40v: Röm. kgl. Mt. und der ksl. commissarien furtrag, gemainer reichsversamblung den letzten Januarij zu Nurnberg gethan 1543.*
- C *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 159r–164v (Kop.); DV fol. 164v: Proposition, so die kgl. Mt. den stenden furhalten lassen den letzten tag Februarij [!].*
- D *München HStA, KBAA 3159, fol. 1r–4r (Kop.).*  
*Beilage: Siehe Nr. 134.*

Die röm. kgl. Mt. etc., unser allergnedigster herr, sambt der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrn, comissarien, so ir ksl. Mt. zu gegenwurtigem reichßtag verordent, lassen den erscheinenden fursten und der abwesenden Kff., Ff. und stenden<sup>a</sup> gesandten, retten und botschaften furbringen, wie das sich gemaine reichsstende aus den dreyen negsten reichßtegen, als nemblich zu Regenspurg [1541], Speyr [1542] und alhie zu Nurnberg [1542] gehalten, gnugsamblich zu erinnern haben, wellichemmassen von gemainen reichsstenden wider den erbveindt gemainer christenhait, den Turckhen, erstlich zu Regenspurg ain beharrliche hilf bewilligt, wie auch dieselb beharrlich hilf volgendts zu Speyr weiter erleuttert und erklert und daneben fur notwendig bedacht worden, wo in volstreckhung sollicher turggenhilf ainicher abgang, mangel und gebrechen furfallen wurde, das dieselben auf dem jungsten alhieigen reichßtag von gemainer reichßversamblung erstatt und in richtigkait und volziehung gebracht werden sollen, wie dann das alles die abschide der hieob vermelden

<sup>5</sup> *Pfgf. Ruprecht von Pfalz-Veldenz; von 1533 bis 1543 Regentschaft in Zweibrücken als Vormund seines minderjährigen Neffen Wolfgang.*

<sup>a</sup> *In C: stetten.*

<sup>1</sup> *Das Datum der Beratung bzw. Abfassung der Proposition (actum) ist der 30. Januar 1543, während der 31. Januar in allen Protokollen als Tag der Eröffnung des Reichstags und der Verlesung der Proposition ausgewiesen wird.*

dreyen reichstege neben anderm klerlich mit sich bringen. Und das auch diser gegenwurtig reichsttag von der kgl. Mt., den ksl. comissarien und gemainen reichsstenden darumb angesetzt worden, das von wegen obberurter furgenomen christlichen expedition wider den Turggen gehandelt, auch die notwendig vergleichung von wegen der anlag und gemainen pfenning zu sollicher turggenhilf zwischen den kraisen gemacht, und daneben in andern anhengigen puncten und artigln durch die ksl. oder kgl. Mtt., auch Kff., Ff. und stende, so in aignen personen erscheinen sollen, gehandelt werden. Von dem allem, auch wie des Reichs turggenhilf negstverschinen jars angelegt und verricht worden, die kgl. Mt. und ksl. comissarien den reichsstenden ferrer oder merere ausfue- rung ze thun von unnötten achten, dieweyl der öbrist veldthauptman sollicher gelaisten turggenhilf halben und was sich darunder zuegetragen und verlossen gemainer versamblung verordenten reten, wie sollichs an ir Mt. gelangt, gen Regensburg schriftlichen bericht gethan<sup>2</sup>, welliche rette solhes ungezweifelt in alle kraiß verkundt haben. So setzen die kgl. Mt. in kainen zweiff, gemaine reichsstend seyen durch die verordenten kriegßbrete aus den kraisen erinnert und bericht, was durch den öbristen veldthauptman und sy, die kriegßbrete, von wegen des winterlegers in Hungern auf den jungsten alhie gemachten reichsabschide [*Nürnberg 1542*] bewilligt und beschlossen, inhalt beyligender copei des obristen und der kriegßbrete schriftlichn urkhundt [*Nr. 134*], wes sich auch die kgl. Mt. zu erhaltung solliches winterlegers, in ansehung und bedengkung der grossen verlust, schaden und nachtayls, so von den veinden, wo die besatzung solliches winterlegers nit bescheen, ervolgt were, gleichwol uber irer Mt. vermugen und mit grosser beschwerung eingelassen, also das ir Mt. (dieweyl des Reichs kriegßvolckh nit beleiben wollen) sollichen beratschlagten winterleger mit irem selbst kriegßvolckh ersetzt und bis auf des Reichs widerbezalung mit der besöldung bißsheer erhalten<sup>b</sup>.

<sup>b</sup> *Danach in B gestr. die Ankündigung der Mission Granvelles und die Abfertigung der burgundischen Gesandten durch Kgn. Maria:* So haben gemaine reichsversammlung in negstvergangenem reichstag die ursachen, darumb sich die ksl. Mt. vergangen jars personlich in teutsche nacion und sonderlich zu volstreckung dises cristlichen werckhs nit thun, auch ir ansehlich hilf zu demselben nit schickhen mugen, vernommen. Und hat ir ksl. Mt. zu disem gegenwurtigen reichstag derselben obristen gehaimen rat, den H. von Granvell, verordnet, von demselben gemaine reichsversammlung irer ksl. Mt. entschuldigung halb, auch auf ir Mt. vorgehan erbiethen solchen bericht emphahen, darob ungezweifelt sy, gemaine reichsversammlung, benuegt und zufriden sein werden. Gleicheweise haben Kgn. Maria, der ksl. Mt. stathalterin der niedern erblande, der burgundischen hilf halben in obberurte beharrliche turggenhilf ire comissari zu gemai-

<sup>2</sup> *Im Speyerer RAb von 1542 war die Entsendung von vier Räten der Reichsstände nach Regensburg beschlossen worden, welche die Post des obersten Feldhauptmanns und der Kriegsräte vom Türkenzug in Ungarn an die Reichsstände weiterleiten sollten. Siehe den Speyerer RAb, 1542 April 11, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 118, S. 1198.*

Nachdem sich dann gewislich zu versehen, das der erbveindt der christenhait uber seinen erlangten sig und trefflichen vortl, so er in Hungern hat, und sonderlich auf das, so seinem kriegßvolckh das vergangen jar in Hungern begegnet ist, von demselben kunigreich nit absetzen, sonder dasselb, auch alle daran rainende lender und sonderlich Österreich und Märhern, davon des gantzen Reichs, auch anderer nationen kriegsvolckh wider den Turggen profantiert werden mag, zu uberziehen und zu benöttigen<sup>c</sup>, wie dann alle kuntschaften lauten und zusammenstimmen, auch sy, die reichsstend, sollich selbs aus gutter erfahrung gleicherweiß erinnert sein mögen, das er sich trefflich russte und stercke, damit er das, so ime das verschinen jar gemangelt, erstatten und sein vorhaben erlangen muge und also auf diß jar mit grosser macht in das kunigreich Hungern einziehen entschlossen ist, <sup>d</sup>—wie er dann darzue von vilen christenlichen potentaten bißsheer trefflich geraitzt worden und noch geraitzt wirdet, welliche potentaten sich auch untztheere<sup>e</sup> zum hochsten beflissen haben, in diser bewilligt beharrlichen turggenhilf alle mugliche ver hinderung ze thun und noch thun mögen, neben dem das er, der Turckh, sollich sein vorhaben<sup>d</sup>, dieweyl er hievor ain ansechliche anzall kriegßvolckh in Hungern hat, wo ime dagegen nit eyllender, starckher und statlicher widerstandt beschicht, umb sovill mer und leichtlicher in das werckh bringen mag.

Derhalben gemainer reichsstende, auch gantzer teutscher nation hochste notturft erfordern will, die handlung der hievor bewilligten beharrlichen turggenhilf zum furderlichsten und mit dem allerersten fur handen ze nehmen, in betrachtung des unwiderbringlichen verderbens, schadens und nachtails, so nit allain gemainen reichsstenden, sonder gantzer teutscher nation und gemainer christenhait auf sollichem des Turggen vorhaben steet. Dann wo er gleichwol die anstossenden lender Österreich und Märhern nit erobern und behalten, so wurde er doch dieselben dermassen schlaipfen und verderben, das dardurch dem Reich teutscher nation auf kunftig zeit wider disen veindt die profandt, darzue auch die geringen pferdt in Hungern abgestrickht und der veindt damit umb so vil mer gesterckht, dergestalt das man disem veindt in volziehung seines tirannischen furnemens kunftigklich von wegen abgang und mangels der geringen pferdt und profant kainen stattlichen widerstandt thun mochte und also ytzo die gelegenhait versaumbt, die hernach nit mer zu widerbringen sein wurde, wie dann sollichs alles offenbar und vil ansechlich personen hochs und nidern standts aus dem Hl. Reich teutscher nation hievor und sonderlich das negstverschinen jar wol erfahren haben, was dem Hl. Röm. Reich und gantzer teutscher nation an erhaltung des kunigreichs Hungern und der anstossenden

---

ner reichsversammlung mit bevelch und instruction abgefertigt, wie sy von denselben commissarien vernemen werden.

<sup>c</sup> In C: beveligen.

<sup>d-d</sup> In B marg. v.a.Hd. nachgetr.

<sup>e</sup> In C: bißsher.

lender Österreich und Merhern von wegen statlichs widerstandts, auch profantierung des kriegßvolckhs wider disen veindt gelegen ist. Deßhalb die kgl. Mt. und die ksl. comissarien gleicherweise von unnötten achten, gemainer reichsversammlung davon ainiche merere ausfuerung ze thun, nachdem sy desselben zu hievor gehalten reichßstegen gnugsamblich erinnert worden sein, dess auch fur sich selbst in aigner guetter erfahrung haben.

Und ist darauf der kgl. Mt., auch der ksl. comissarien freuntlichs, gnedigs, auch guetlichs ansynnen und begeer, gemaine reichsstende wellen den unrat und das unwiderbringlich verderben, so auf des Turggen vorhaben und furnemen steet, zu gemuet und hertzen füren und dise erschiessliche mittl und weeg fur handen nemen, dardurch die hievor bewilligt beharrlich turggenhilf statlich in wurckhung gebracht. Und sonderlich dieweyl sy, die reichsstende, wissen tragen, das das vergangen jar vast die halb hilf zu roß und fueß abgangen, auch die hilf an ir selbst uber das halb jar nit gelaist worden, das demnach sy, die stende, in bedengkhung desselben die continuation der turggenhilf auf diss jar umb so vil mer ansechlicher und statlicher in das werckh richten und daneben verordnung thun wellen, das von den verordenten einnehmen aus den kraisen, welliche die kgl. Mt., nachdem ir kgl. Mt. zu derselben ankunft deren kainen alhie gefunden, auf Montag nach *Invocavit* [1543 Febr. 12] hieheer beschriben [Nr. 26], raittung [= *Verrechnung*] aufzunehmen, auch darauf die gepurend vergleichung under den kraisen beschee, und sollichs alles – in ansehung der hohen notturft und das die zeit, darin dem Turcken widerstandt bescheen soll, kurtz – sovil indert muglich ist gefurdert, damit der veindt den vorstraich nit gewinne. Und furnemblich, das ytzo alßpaldt die bezalung des kriegßfolckhs auf das winterleger, inhalt des öbristen und der kriegßrät bewilligung [Nr. 134], richtig gemacht und die kgl. Mt. ires furstreckhens, welches ir Mt. mit grossen unstaten, aber gemainen reichsstenden und der christenhait zu treffenlichem nutz und wolfart gethan, vergnuegt werde, angesehen, das ir kgl. Mt. von der zeit heer des Reichs kriegßfolckhs abzug mit befestigung und gepeuen viler fleckhen in Hungern, auch des wasserstrambß<sup>3</sup> zu des Turggen aufhaltung, darzue uber das geschutz, so ir Mt. von neuem giessen lassen muess, und auf andere kriegßnotturft ain grosser costen geloffen. So wirdet auf die schiffung, auch kunftige profantierung, darzue uber das kriegßvolckh, so die kgl. Mt. in Hungern hat dise winterszeit, auch zu erhaltung der crabatischen ortflegken ain sollicher trefflicher costen auflauffen, wellicher der kgl. Mt. noch derselben kunigreichen und landen underthanen irer langwierigen erschöpfung halb ye ferrer gantz untreglich, auch in derselben vermugen weitter nit ist, sich vor dises gewaltigen veindts macht, dem bißsheer kain potentat, darumb er sich angenommen hat, on sondere hilf widersteen mögen, aufzehalten, sonder ist die sach wie offenbar laider so weit komen, das die hochst notturft erfordern will, das sich gemaine reichsstende und gantze teutsche nation zu irer selbst

<sup>3</sup> *Donau.*

erhaltung und beschirmung zu notturftiger und statlicher gegenwör wider disen gewaltigen veindt richten und schickhen. Und wirdet darumb ir kgl. Mt. drungenlich verursacht, umb hilf anzesuechen.

Nichts weniger so ist ir kgl. Mt. noch des gnedigsten erbietens, das sich ir Mt. unbedacht irer selbst, auch derselben kunigreich und lande langwierigen, trefflichen außgaben, verderbens und unvermugens, zu disem christlichen werckh auf diß jar<sup>f</sup> abermalen statlichen angreifen und an ir nichts erwinden lassen will, wie sich dann ir kgl. Mt. mit allem dem, so ir Mt. von derselben kunigreich und lande wegen in dise turggenhilf uber sich genomen, das vergangen jar dermassen erzaigt und gehalten, das gemeine reichsstende ungezweifft an demselben wol ersettigt seyen. <sup>g</sup>Deßhalb sich die kgl. Mt. und die ksl. commissarien freuntlich, gnediglich und unzweiflich versehen wellen, gemeine reichsstende werden sich in ansehung der höchsten notturft hierin christlich, ansechlich und statlich erzaigen, beweisen und halten. Das wirdet die röm. ksl. Mt. gegen gemainen reichßstenden freuntlich und gnediglich erkennen und zu guetem nit vergessen, wie sollichs die kgl. Mt. gleicherweiß mit gnaden genaigt ist<sup>g</sup>.

Was dann die andern puncten und artigl, darin auf disem reichstag nach vermög hievor gemachter reichsabschide gehandelt werden solle, belangt, haben die ksl. comissarien von der ksl. Mt. bevelch, gemainer reichsversammlung rat und guetbedungkhen zu vernemen und volgendts sambt und neben denselben das pest und nutzlichist ze handeln zu verhelpen, damit die sovil muglich zu geburender vergleichung und erörterung gebracht werden. Des ist die kgl. Mt. fur sich selbst gleichermassen erpittig und mit gnaden genaigt. Und wellen sich darauf ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien zu gemainer reichsversammlung unverzogenlicher und außreglicher antwort versehen.

Actum Nurmberg, den 30.<sup>h</sup> tag Januarij anno etc. im 43.

<sup>f</sup> *Danach in AB gestr.:* nach gelegenheit der reichshilf.

<sup>g-g</sup> *In B marg. v.a.Hd. nachgetr.*

<sup>h</sup> *In B: ultima [31.] Januarij.*





## II. Vollmachten und Instruktionen

*Da die meisten Reichsfürsten nicht persönlich nach Nürnberg kamen, sondern sich durch ihre Gesandten vertreten ließen, enthalten die Instruktionen die Richtlinien und Vorgaben der reichsständischen Auftraggeber für den Reichstag. Sie sind für das Verständnis der nachfolgenden Reichstagsverhandlungen grundlegend und werden, so weit sie überliefert sind<sup>1</sup>, alle abgedruckt. Dadurch werden die starren Positionen der alt- und neugläubigen Reichsstände vor Versammlungsbeginn verdeutlicht. Die von den Protestanten erhobene Forderung, vor den Verhandlungen zur Türkenhilfe über Religion, Friede und Recht zu beraten, wurde von den Altgläubigen nicht akzeptiert. Da keine Seite Kompromissbereitschaft zeigte, verhärteten sich die Positionen zusehends und verhinderten die Zustimmung der evangelischen Stände und der Gesamtheit der Reichsstädte zum Reichsabschied. Der Keim des Scheiterns war also bereits in den Instruktionen angelegt.*

*Während Kg. Ferdinand in seiner Proposition ausschließlich die Fortsetzung und Finanzierung der Türkenhilfe und des Winterlagers in Ungarn thematisierte, scheinen in den Weisungen des Kaisers und Kgn. Marias (Nr. 44–45), der Reichsstände (Nr. 46–70) und der Reichsstädte (Nr. 71–79) zahlreiche ungelöste Probleme auf: der Konflikt des Hauses Habsburg mit dem Hg. von Jülich und dem Kg. von Frankreich, die Forderung des Kaisers nach der Hilfe der Reichsstände im Krieg gegen Frankreich und Jülich, die Modalitäten der Reichshilfe gegen die Türken (Gemeiner Pfennig oder Matrikularanschlag), der Beitrag des Burgundischen Kreises zur Türkenhilfe, die Abrechnung der Reichskreise über die Türkenhilfe von 1542 und ein Finanzausgleich zwischen den Reichskreisen, die Ringerung der Reichsanschläge, das Junktim zwischen Türkenhilfe und Friede und Recht, die Reform und Visitation des Reichskammergerichts, die Folgen der Rekusation des Reichskammergerichts für die Protestanten, das weitere Schicksal des von den Schmalkaldenern 1542 eroberten Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel, die Forderungen der Städte nach Session und Stimme etc.*

*Neben den alle Reichsstände betreffenden Themen enthalten die Instruktionen auch reichsständische Partikularangelegenheiten, von denen nur die wichtigsten genannt seien: der Maastrichter Jurisdiktionsstreit Kgn. Marias mit den Vrentzen (Nr. 302), die Suspension der preußischen Acht (Nr. 64), die Anerkennung der Königswahl Ferdinands durch Kursachsen (Nr. 47d), der geplante Bündnisvertrag zwischen Kursachsen, Hessen und Bayern (Nr. 56a), die Klagen der geistlichen*

---

<sup>1</sup> Die Instruktionen einiger bedeutender Reichsstände fehlen in der archivalischen Überlieferung, obwohl deren Gesandte auf dem RT in Erscheinung traten. Es handelt sich dabei u.a. um die Kff. von Mainz, Köln, Pfalz und Trier, die Hgg. von Bayern und Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel. Im Falle der Hgg. von Bayern scheinen diese die Verhandlungsführung ihrem führenden Rat Dr. Leonhard von Eck ohne vorangehende Instruktion überlassen zu haben. Von Kf. Joachim II. von Brandenburg und Mgf. Georg von Brandenburg-Ansbach sind lediglich die Vollmachten für die Gesandten erhalten. Im Gegensatz dazu sind zahlreiche und ausführliche Instruktionen der Reichsstädte überliefert.

*Fürsten wegen der Doppelanlage (Nr. 48, Nr. 50), der Konflikt zwischen Hg. Ulrich von Württemberg und der Reichsstadt Esslingen (Nr. 69c, Nr. 72).*

*Da parallel zum Reichstag auch die Schmalkaldischen Bundesverwandten, die Reichsstädte und mehrere Reichskreise tagten, finden sich in vielen Instruktionen nicht nur Anweisungen für den Reichstag, sondern auch für die anderen Versammlungen. In Abhängigkeit von ihrer Relevanz für das Reichstagsgeschehen wurden diese schmalkaldischen oder reichsstädtischen Anliegen mehr oder weniger ausführlich wiedergegeben (Volltext/Regest/Stichworte).*

*Die Gliederung der Vollmachten und Instruktionen erfolgte nach dem ständischen Ordnungsprinzip in fünf Gruppen, wobei innerhalb der Gruppen die Ordnung alphabetisch ist: Instruktionen des Hauses Habsburg (Nr. 44–45), der Kurfürsten (Nr. 46–47), der geistlichen Fürsten und Stände (Nr. 48–52), der weltlichen Fürsten und Stände (Nr. 53–70) und der Reichsstädte (Nr. 71–79).*

## II.A Haus Habsburg

44 Ks. Karl V.

44a Karl V.: Kredenz für fünf ksl. Kommissare – Monzón, 1542 Okt. (9)<sup>1</sup>

Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 1, fol. 167rv (Konz.)<sup>2</sup>; AV und Adressat fol. 167v: Item ain ander schreiben [auszufertigen], darin Montfort und Fürstenberg nit benent werden [Nr. 44b]. An gemeine stende, so auf den 14. tag des monats Novembris schierstkunftig zu – –<sup>3</sup> versamlet sein.

Wir haben die erwidigen und hochgebornen Christoffen Bf. zu Augspurg und Fridrichen Pfgf. bey Rhein und Hg. in Bayern, unsere lieben schweger, fursten und Andechtigen und die wolgebornen und ersamen, unsere und des Reichs lieben, getreuen Wolfgang<sup>4</sup> zu Montfort und Rotenfels und Friderichen zu Furstenberg und Heiligenberg Gf. und Johansen von Naves zu Mesantzy, unsere rätthe, zu jetziger reichsversammlung, auf schierstkunftigen 14. tag des monats Novembris angesetzt, verordent und inen bevolhen, von unsertwegen mit euer L. und euch den andern in sachen, darumb dieselb reichsversammlung furgenomen, zu ratschlagen, zu handeln und euer L. und euch andern unser maynung anzuzeigen, wie dan ir von inen vernemen werdet.

Und begern demnach an euer L. und euch mit freundlichem, gnedigem fleyß, die wellen gedachten unsern fursten, rethen und commissarien samptlich und sonderlich in solcher irer handlung und werbung glauben geben, gleich als ob wir selbs in eigener person zugegen weren, und euch hierin guetwillig, gehorsam und dermassen erzeigen und halten, als wir uns des zu euer L. und euch gantzlich und unzweifelich versehen. Das kompt uns von euer L. und euch zu freundlichem, gnedigen gefallen, gegen euer L. und euch den andern mit freundlichem willen und in allen gnaden zu erkennen.

Geben in unserer stat Montzon, am – – tag des monats Octobris anno etc. 42, unseres kaiserthumbs im 21. und unserer reiche im 27.

---

<sup>1</sup> Tagesdatierung fehlt, erschlossen aus der am selben Tag ausgestellten Vollmacht für die drei RT-Kommissare (Nr. 44b).

<sup>2</sup> Das Konz. der Kredenz (Nr. 44a) und auch jenes der Vollmacht (Nr. 44b, Überlieferung C) enthält die Namen jener fünf Kommissaret, die Karl V. bereits auf dem Nürnberger RT 1542 vertreten hatten. Wegen der höheren Kosten riet der Kaiser seinem Bruder für den künftigen RT jedoch von fünf Kommissaren ab, weshalb auch eine Vollmacht für drei RT-Kommissare ausgearbeitet wurde (Nr. 44b), siehe dazu: Karl V. an Kg. Ferdinand, Barcelona, 1542 Okt. 31 (Nr. 5), in: Wien HHStA, Hs. blau 596/1, fol. 46v–49v, hier fol. 48v (Kop.).

<sup>3</sup> Angabe des Tagungsorts fehlt: siehe Nr. 44b, Anm. 2.

<sup>4</sup> Irrtümlich, es handelt sich um Gf. Hugo von Montfort.

44b *Karl V.: Vollmacht für die drei ksl. Kommissare Bf. Christoph von Augsburg, Pfgf. Friedrich und Dr. Johann von Naves – Monzón, 1542 Okt. 9*

- A *Amberg StA, Reichssachen 94, Prod. 3 (Kop.); DV: Commission ksl. Mt., uff meinen gnedigen herrn Hg. Friderichen Pfgf. etc., den Bf. von Augspurg und Johann von Naves gestellt, das sie von ir Mt. wegen den reichßtag zu Nurnberg besuchen wellen. AV: Idem omissis duobus comitibus.*
- B *Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A1 (= Kasten 6) unfol. (Kop.).*
- C *Wien HHStA, RKRTA 10/Konv. 1, fol. 169r–170v (Konz.)<sup>1</sup>; AV fol. 169r: Gwalt, deputatio commissariorum. AV fol. 170v: Item ain ander gwalt [zu erstellen], allain auf Augspurg und Hg. Friderichen und Naves samptlich oder zwen aus inen, so ir ainer nit dabey sein köndte.*

Wir Karll der funft von Gots genaden [...] bekhennen öffentlich mit disem brieffe und thun khundt allermeniglich:

Als der durchleuchtigist, großmechtig furst H. Ferdinand, röm. zu Hungern und Behem etc. kunig [...], unser freuntlicher lieber bruder, sampt unsern darzu verordneten comissarien uff negstgehaltenem reychßtag zu Nurnberg sich an unser stat mit gemaynen reychßstenden, so daselbst versamblet gewesen und der abwesenden potschaften und gesandten eines andern tags, nemblich uff den 14. tag des monats Novembris schierstkhomendt in unser und des Reychs stat – – –<sup>2</sup> zu halten, verglichen und angesetzt von wegen der christlichen expedition gegen unsers hl. christenlichen glaubens und namens erbfeindt, dem Türckhen, auch anderer des Reychs obligenden sachen halben, im abschid des jetztgemelten jungstgehaltenen tags zu Nurnberg [1542 Aug. 26] vermeldt und begriffen, und wiewol wir diser zeyt mit vilfeltigen, hochwichtigen gescheften und obligen zu notwendiger, unvermeydenlicher rettung und beschirmung unserer erblichen khonigreychen und landen, so kurzlich durch unsern widersacher unversehenlicher weyse und unsers thails gantz unverursacht one alle verwarnuß mit kriegsgewalt angethast und uberfallen sein, dermaßen beladen, das wir bey obberurtem tag – wie wir wol genaigt und, so unß dise beschwerliche handlung und widerwertigkhait obberurter maßen nit zugestanden weren, unß vor diser zeyt mit verleyhung des Almechtigen in das Hl. Reyche verfuegt haben wollten – in aigner person nit wol fuglich erscheynen mögen, so haben wir nochdann auß vetterlicher, gnediger naygung, di wir zu der deutschen nation, unserm vatterlandt, tragen, nit underlaßen wollen, dise notturftige handlung unsers thails zum besten zu furdern, uff das sy iren furgang erraiche.

<sup>1</sup> In C fehlt die Tagesdatierung; statt für drei Kommissare ist die Vollmacht für fünf Kommissare ausgestellt: siehe dazu Nr. 44a, Anm. 2.

<sup>2</sup> Die Ortsangabe fehlt, obwohl im Nürnberger RAb vom 26. Aug. 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, § 36) Nürnberg als künftige Malstatt festgelegt worden war. Um den Kaiser möglichst rasch über die Ergebnisse des Nürnberger RT von 1542 zu informieren, war ihm vor Abschluss der Verhandlungen eine Kopie des RAb mit Freilassung des Versammlungsortes übersandt worden. Siehe dazu: Karl V. an Kg. Ferdinand, Barcelona, 1542 Okt. 31 (Nr. 5) und Kg. Ferdinand an Karl V., Wien, 1542 Dez. 29 (Nr. 17).

Und demnach di erwidigen und hochgebornen Christoffen Bf. zu Augspurg und Friderichen Pfgf. bey Rhein, Hg. in Bayern, unsere lieb schwagern, fursten und andechtigen, auch den ersamen unser und des Reychs lieben getreuen Johan von Naves zu Mesantzy<sup>a</sup>, unsere rethe, zu ksl. comissarien zu solchen tags versamblung und handlung furgenommen und verordent, auch inen unser volkhomenen gewalt und macht gegeben und thun das alles hiemit wissentlich in craft diß briefs, also das sy samptlich <sup>b</sup>-oder zwen auß inen, so ir ainer nit dabey sein khondte<sup>b</sup>, bey unsern und des Reichs Kff., Ff. und gemainen reychsstenden und der abwesenden potschaften uff berurten tag und malstat von unserntwegen erscheynen und sampt denselben stenden zu vorberurten puncten, artickheln und sonst zu allem andern, so dem Hl. Reyche teutscher nation zu aufnehmen, eere, nutz, rue, frid, recht, ainigkhayt und wolfart gelangen und erschießlich sein mag und auf gemelten tag fur guet angesehen wirdet, beratschlagen, furdern, handeln, furnemen, bewilligen und schließen verhelfen, auch sonst alles thun sollen und mögen, das wir selbs, ob wir persönlich zugegen weren, in solchen allem und jedem dem Hl. Reych und gemayner christenheit zu notturft, nutz und wolfart handeln khondten, sollten oder mochten. Und was also durch eehgenante unser comissarien alß obsteet furgenommen, gehandelt, bewilligt und beschloßen wirdet, das ist und soll bleyben unser will, maynung und wolgefallen. Wir wollen auch solches alles unsers thails vestiglich halten und getreulich helfen voltziehen, in aller maßen alß ob wir daselbst persönlich furgenommen, gehandelt, bewilligt und beschloßen hetten, on alle geverde. Mit urkhundt ditz briefs mit unser aigen handt unterschriben und unserm anhangenden insigel besigelt. [...].

[US:] Carolus, Jo[hann] Obernburger.

44c *Karl V.: Abfertigung der ksl. Kommissare zum Reichstag<sup>1</sup> – Monzón, 1542 Okt. 9*

A *Amberg StA, Reichssachen 94, Prod. 4 (Ausf. an Pfgf. Friedrich); DV: Ksl. Mt. comission, uff meinen gnedigen hern Hg. Friderich gestellt, den jetzigen reychstag von ir Mt. wegen zu Nurmberg zu besuchen. AV: Praes. Neuen[markt] uff Montag, den 15. Januarij anno etc. 43.*

<sup>a</sup> *In C sind zusätzlich zu den drei genannten Kommissaren Gf. Hugo von Montfort und Gf. Friedrich von Fürstenberg angeführt.*

<sup>b-b</sup> *In C lautet diese Passage: oder, so ir ainer oder mer bey solcher handlung nit sein mochten, die anderen vier, drey oder zwen aus inen.*

<sup>1</sup> *Jeder der ursprünglich vorgesehenen fünf ksl. Kommissare erhielt eine Abfertigung zum RT. Siehe dazu den AV in C: Item mutatis mutandis an Hg. Friderich, item an Gf. zu Furstenberg, item an Gf. zu Montfort. Der ksl. Vizekanzler Dr. Johann von Naves ist bei dieser Aufzählung ausgelassen, erhielt aber sicher auch eine Abfertigung als ksl. RT-Kommissar.*

- B *Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105, unfol. (Ausf. an Bf. Christoph von Augsburg); DV: 9. Octobris anno 1542. Ksl. commission auf einen andern reichstag nach Nürnberg betr. Praes. 12. Januarij anno etc. 43.*
- C *Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 1, fol. 166rv (Konz. an Bf. Christoph von Augsburg).*

Uns hat unser freuntlicher, lieber brueder, der röm. könig, den underthenigen gueten vleyß, so dein L. sambt andern unsern commissarien auf nechstgepflegner reichshandlung zu Nurmberg furgewendt, aigentlich bericht und in sonders beruembt, welches uns von deiner L. zu freuntlichem, gnedigen gefallen raichte. Dieweil dann yetzo ain andere reichsversamblung auf den 14. tag Novembris schieristkuntig furgenomen und wir aus ehaften ursachen und verhinderungen dise zeit in aigner person daselbst nit wol erscheinen können, wie wir wol genaigt weren, so haben wir demnach dein L. mitsambt oberburten unsern commissarien zu angesetztem tag abermals furgenomen und verordnet. Und ist demnach unser gnedig, vleyssig synnen und begern, dein L. wölle uns zu sonderm gefallen auf obbestimbtem tag von unserntwegen gewislich erscheinen und mitsambt den oberburten unsern commissarien oder denen, so aus inen daselbst erscheinen werden, vermög unsers gewalts und berichts, so dein L. von obgedachtem unserm freuntlichen, lieben brueder, dem röm. khunig, empfaen wirdet, handeln und die sachen und reichshandlung allenthalb zum pesten furdern helfen und sich nochmals wie hievor guetwillig ertzaigen und beweisen. Das wollen wir gegen dein L. in gnaden erkennen und zu guetem nymmer vergessen. [...].

[US:] Carolus, J[ohann] Obernburger.

**44d *Kredenz Karls V. für Nicolas Perrenot de Granvelle als ksl. Generalorator in Italien und Deutschland – Barcelona, 1542 Okt. 20***

*Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 184r (Ausf. mit Siegel)<sup>1</sup>.*

Nachdem wir yetzo aus treffenlichen ursachen fur notwendig geacht, ain ansehnliche, vertraute person von unserm hof in das Hl. Reich deutscher nation abzufertigen und zu solchem den edlen, unsern und des Reichs lieben getreuen Niclausen Perrenotten, H. zu Granvellen, unsern obersten gehaimen rath und orator general in teutschen und welschen landen, furgenomen und verordnet und ime undter anderm bevolhen, das er an euer L. und euch samptlich und sonderlich, wie es ine fur fueglich und guet ansehen wirdet, von unserntwegen

<sup>1</sup> *Siehe auch den ähnlich lautenden, kürzer gehaltenen Kredenzbrief Karls V. für Granvelle, in: Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 1, fol. 168rv (Konz.). Eine lateinische Generalvollmacht des Kaisers für Granvelle für seine Mission in Italien und Deutschland, Barcelona, 1542 Okt. 26, in: Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allem. 775, fol. 118r–119v (Konz.).*

etlich werbungen und euern L. und euch unser maynung antzaigen solle, wie euere L. und ir von ime vernemen werden. Und begern demnach an eure L. und euch all und ainen yeden in sonders, dem dise unsere offene credentz-schrift furgetragen wirdet, mit freuntlichem, gnedigem fleiß, euere L. und ir wellet gedachtem unserm obersten rath und bottschaft oder im fal, so er zu euern L. und euch euer ainem oder mer yemandts andern an seiner stat mit diser credentz und seinem schriftlichen oder mundtlichen bericht verordnen wirdet, in solher seiner werbung und handlung gleich uns selbs glauben geben und euch hierauf guetwillig, gehorsam und dermassen ertzaigen, als wir uns des gentzlich ungezweifelt versehen. Das kompt uns von euern L. und euch samptlich und sonderlich zu sonderm gueten gefallen. Geschicht daran unser will und maynung. [...].

[US:] Carolus, ][ohann] Obernburger.

44e *Gutachten von Nicolas de Granvelle betr. seine Entsendung nach Italien und Deutschland<sup>1</sup> – o. O., o. D. (1542 Okt.)<sup>2</sup>*

A Wien HHSStA, Belgien Rep. DD, Abt. B Abschr. Fasz. 61 (alte Abt. 90), Nr. 37 (Wynants Kop.); ÜS: Copie de la minute d'un mémoire du sieur Nicolas Perrenot, Sr de Granvelle, écrite à l'empereur de --- le --- d'octobre 1542.

B Wien HHSStA, Belgien PA 34/1, fol. 146r–154v (Konz.); ÜS fol. 146r: Des poinctz qu'il semble estre requis de consulter et resoldre sur la charge qu'est en termes pour le Sr de Grantvelle.

Quel fondement, cause et occasion l'on baillera en ced. voiage, tant en ce coustel que en l'endroit du pape que autres potentats d'Ytalie et aussi en la Germanie, Pays d'embas, Angleterre et autres et ce que s'en devra icy dire aux ambassadeurs résidens en ceste court [= spanischer Hof].

Si souffira pour tous en général de dire que c'est pour comparoir au concile, se il se peult célébrer tel qu'il convienne à la nécessité présente de la chretieneté, avec excuse de la tardance de l'envoy pour l'empeschement de la guerre de France [...].

Aussi si l'on adjoustera à lad. cause que le voiage soit pour regarder par temps à la résistance pour l'esté prouchain contre le Turcq et autres infidèles, tant par mer que par terre ès coustelz d'Ytalie, Germanye et autres endroitz.

<sup>1</sup> Es werden nur jene Passagen des Gutachtens abgedruckt, die sich auf Granvelles Mission bei den Reichsständen in Deutschland beziehen. Die hier wiedergegebenen Überlegungen bildeten die Basis für die Rede Granvelles vor den Reichsständen am 5. Febr. 1543 (Nr. 197).

<sup>2</sup> Zum Zeitpunkt der Abfassung des Gutachtens hielt sich Granvelle noch in Spanien auf.

Et en oultre pour à ceste fin adviser la provision et sheureté que se pourra mectre pour non estre l'empereur empesché ceste prouchaine année comme il a esté la présente par le recouvrement de guerre de France en tous coustelz [...].

Et d'avantaige pour excuser sad. M<sup>té</sup> impériale devers les estats du Saint Empire qu'elle n'ait peu satisfaire à son désir de soy treuver avec les forces dud. Empire au coustel d'Hongrye ny puisse encoires estre à la prouchaine diette selon que lesd. estats l'en ont fait très instamment requérir et pour au surplus faire et traicter en absence de sad. M<sup>té</sup> tout ce que sera trouvé faisable contre led. Turcq et aux autres affaires du Saint Empire, service de Dieu et publicque de la chrestieneté. [...].

En oultre, si led. de Grantvelle devra prendre dois là [= *de l'Italie*] son chemin droit à Neuremberg, où la diette est assignée, l'escripvant dois maintenant aud. S<sup>r</sup> roy des Romains, afin que – si par adventure il n'estoit encores party pour y estre – il advance sa venue ou sinon advise led. S<sup>r</sup> de Grantvelle où il pourroit trouver sa M<sup>té</sup> royale pour gagner le temps et avancer les affaires.

Si sera requis d'avertir les commis de sad. M<sup>té</sup> dud. voiage pour le faire entendre aux estats, et ce que l'on escripra ausd. commis de la cause d'icelluy, tenant regard que lesd. estats ne suspendent avec l'expectation de lad. charge le progrès de la diette, or si seroit mieulx d'envoyer le tout au roy par courrier avec extrême diligence pour en user comme sad. M<sup>té</sup> verroit plus convenir.

Si led. Grantvelle certiffiera aud. S<sup>r</sup> roy des Romains et aussi à la royne en Flandres la résolution expresse du passage de sad. M<sup>té</sup> et du temps du parlement et de la provision d'argent que vraysemblablement sad. M<sup>té</sup> pourra avoir. Et considérera sa M<sup>té</sup> impériale, si luy plaît, que ce point est le fondement de toute la négociation avec eulx, combien que quant ausd. estats de l'Empire et autres il en convienne parler conditionnellement selon le devoir qu'ilz feront.

Et si fault sur ced. point présupposer et tenir pour certain que lesd. estats et led. S<sup>r</sup> roy mesmes s'arrestent et persisteront jusques au bout à la continuation de l'emprinse en Hongrie contre le Turcq et que sad. M<sup>té</sup> y emploie sa personne et toutes ses forces et non en autre emprinse. Et au regard de l'ayde et assistance contre France il sera très difficile et comme impossible de les y induyre. Et si ilz accordent, sera avec tant de conditions que l'on n'en devra espérer l'effect, sinon astant que l'on y mectra d'argent. [...]

Quant aux villes et citez impériales, aussi est vraisemblable qu'elles se excusent, tant les catholicques que luthériennes, sur les frais soubstenus l'année passée et qu'il faudra encoires faire contre led. Turcq. Et d'avantaige lesd. citez luthériennes mestront pour excuse la despence soubstenue contre le duc de Brunsvyck. Et toutesfois se dresseront lettres particulières à toutes lesd. villes pour regarder, si l'on pourra riens traicter avec eulx ou par ensemble ou séparément.



Touchant le duc de Clèves, à ce que l'on peut comprendre du rapport de Altestain<sup>3</sup> et des escriptures qu'il a appourtéés, il semble que les estats dud. Saint Empire ont du moins tacitement admis son excuse pour bonne quant à l'emprinse de Martin van Rossem.

Et au regard de presser led. duc de Clèves par le moien desd. estats à restituer Gheldres à sad. M<sup>te</sup> en le proposant pour condition quant à l'emprinse à l'encontre dud. Turcq et y emploier la personne de sad. M<sup>te</sup>, il sera très difficile d'y parvenir, et mesmes par la contradiction que y mectront l'électeur de Saxen et ceulx de sa suyte. Et quant aux autres électeurs et mesmes ceulx de sur le Rhin, il fait à doubter qu'ilz diront beaucoup et feront peu selon l'expérience du passé et que la pluspart et par adventure tous ont traictez particuliers avec luy et le favorisent.

Et avec les considérations susd., que semblent très urgentes, reste regarder, si en ce cas que lesd. estats s'arrestent de non vouloir assister sad. M<sup>te</sup> contre led. roy de France ny à faire restituer à sad. M<sup>te</sup> la duché de Gheldres, en persistant précisément à l'emprinse contre led. Turcq, si l'on différera du coustel de sad. M<sup>te</sup> de promectre l'allée et assistance d'icelle, soit à l'occasion de consulter sad. M<sup>te</sup> impériale et actendre sa responce et remectre pour ce une autre diette dessus pour non indigner lesd. estats ny soy obliger à veoir si par praticque particulière l'on pourroit anticiper de faire emprinses, soit au coustel de France par les praticques que l'on a ou pourroit avoir en France ou quant aud. Gheldres et chastement dud. duc de Clèves. Et mesmes selon que l'on entendoit ce que led. Turcq vouldroit faire et sa venue tost ou tard au coustel d'Hongrie et aussi ce qu'il sembleroit se devoir faire et pourveoir à l'encontre de luy pour maintenant. [...].

Si sera bien escrire dois maintenant à lad. royne du voyage dud. Grantvelle et qu'elle envoie à lad. diette personnaige avec pouvoir et bien instruct de tous occurens, tant pour ce que concerne la diette et l'ayde contre led. Turcq que de toutes nouvelles et praticques, tant du coustel dud. Clèves et Gheldres que de France, afin que l'on puisse plus meheurement regarder ce que l'on pourra faire. [...].

**44f** *Nicolas de Granvelle an Karl V.: Ersuchen um klare Richtlinien für die Verhandlungen mit den Reichsständen – Roses, 1542 Nov. 6*

A Wien HHStA, Belgien PA 35/1, fol. 202r–203v (Ausf. mit Siegel).

B Wien HHStA, Belgien Rep. DD Abt. B, Abschr. Fasz. 61 (alte Abt. 90), Nr. 42 (Wynants Kop.).

<sup>3</sup> *Laurenz, Truchseß von Altensteig, Beauftragter Karls V. während des Nürnberger RT 1542.*

*Teilw. Druck: L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 287, S. 197f.<sup>1</sup>*

*Granvelle bestätigt den Empfang diverser Schreiben und Pakete Karls vom 4. Nov. mit Duplikaten der Briefe Ferdinands, Marias und des englischen Königs sowie mit Konzepten Karls zur Beantwortung dieser Schreiben. Er studierte die ganze Nacht den Inhalt der Postsendung und wird sich bemühen, die ksl. Briefe und seine eigenen Schreiben an Kg. Ferdinand und Kgn. Maria möglichst bald abzuschicken. In manchen Punkten, zu denen Ferdinand und Maria klare Anweisungen des Kaisers wünschten, herrsche noch Unklarheit. Es handle sich dabei um drei Problemkreise: Religion, Unterstützung des Kaisers für die Reichsstände im Kampf gegen die Türken und Beitrag des Burgundischen Kreises zur Türkenhilfe des Reiches.*

Le premier touchant la religion tient deux parties: l'une de la suspension accordée à la dernière diette par le roy et commis de votred. Mté en icelle aux protestans pour le temps de quatre ans<sup>2</sup>, et l'autre, si elle se devra étendre à plus loing temps en cas que lesd. protestans s'arrestent de non vouloir autrement riens faire à lad. diette.

Et si votred. Mté ne s'en veult ou peult bien déterminer, tant pour non scavoir comme icelle surcéance jà faicte a esté prinse par les catholicques ny aussi du pape et estat ecclésiastique ny encores moins ce qu'en est succédé depuis ou si elle sera tollerable sans scandale et plus d'inconvénient et que la chose ne soit préjudiciable à la conscience de votre Mté et sa réputation, du moins, si plaît à icelle, elle en escripra au roy pour la déclaration de la rémission qu'elle fait sur moy, afin que je ne soye pressé d'accorder ne consentir sans consulter votred. Mté chose de telle qualité, attendu mesmes que led. Sr roy recherche tant expressément scavoir l'intencion finale de votred. Mté sans plus de consulte, et luy et les autres commis s'en remettront et deschargeront sur moy seul. Et avec ceste déclaration de votred. Mté je pourray mieulx accommoder ce que je verray plus à propos de tous affaires avec le bon plaisir, advis et satisfaction dud. Sr roy et si mestier est consulter et temporizer.

Le second touchant l'ayde contre le Turcq: Que aussi votred. Mté escripe aud. Sr roy ou m'envoye lettres que je luy puisse monstrer et dont du contenu le puisse préadviser que elle me mande de non accorder lad. ayde sans préalablement avoir la restitution dud. Gheldres ou assistance dud. Empire pour le recouvrement et quelque provision sur l'ouctraige fait par le roy de France à votre Mté et à l'Empire d'avoir empesché votred. Mté en l'assistance qu'elle vouloit faire l'année passée de ses personne et forces contre le Turcq et avoir voulu icelle surprendre, pendant que tous ses desseings tendoient à ceste fin.

<sup>1</sup> In der Edition von Groß/Lacroix ist nur der dritte Punkt des Schreibens abgedruckt.

<sup>2</sup> In § 130 des Speyerer RAb von 1542 war ein fünfjähriger Friedstand samt Suspension der RKG-Prozesse, vom Ende des Türkenzugs an gerechnet, vereinbart worden: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, S. 1201. Dieser Friedstand wurde in § 39 des Nürnberger RAb von 1542 bekräftigt: RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, S. 896.

Aussi, Sire, seroit bien que à ce propoz led. S<sup>r</sup> roy fut bien expressément adverty de soy arrester à l'ayde desfensive pour Hongrie et garde des forces et que tout le surplus se endresse et enchemyne contre le roy de France. Et qu'il entende certainement que votred. M<sup>té</sup> est résolue à non soy empescher en autre chose ny mectre en despence quelconque sinon contre led. France ny auroit moien que votred. M<sup>té</sup> la peut soubstenir. Et que cecy est plus que nécessaire et à la vérité dire plus convenable et à propoz dud. S<sup>r</sup> roy. Et combien que votred. M<sup>té</sup> luy en escripve jà et très bien, toutesfois sans luy faire scavoir absolument que ceste est la détermination de votred. M<sup>té</sup>, il est tant mis en la guerre d'Hongrie, comme mesmes le démonstrent ses dernières lettres, que je ne luy scauroye faire perdre l'espérance d'y pouvoir encliner et induyre votred. M<sup>té</sup>, et s'en destourberont tous autres desseings et en pourroye tomber en sa male grâce sans autre mieulx.

Le tier point quant à la contribution des Pays d'embas et procurer pour iceulx la protection ou assistance dud. Empire, votred. M<sup>té</sup> a veu par lesd. lettres de la royne qu'elle ne se oseroit avancer ny personne de ceulx qui sont à l'entour d'elle de en riens soubmectre desd. pays, et qu'il fault que cela procède du seul mouvement et ordonnance de votred. M<sup>té</sup>. Et elle peult tenir pour certain que lesd. estatz persisteront à l'ayde du cercle de Bourgoigne et ne se voudront en tous advénemens autrement oblige[r] à la desfension desd. pays, et mesmes en prenant une somme en blocq et pour une fois, comme contiennent les lettres de votred. M<sup>té</sup>, laquelle, si luy plaît, regardera, si seroit expédient de remectre à lad. royne de quant à ce point faire traicter au nom desd. pays, soit en baillant une somme pour une fois ausd. estatz ou accordant contribution selon qu'elle verra avec l'avis des bons personnaiges estans vers elle estre au propoz de l'assheurance et bien desd. pays. Et que votred. M<sup>té</sup> auctorizera tout ce qu'elle y fera comme procédant du propre mouvement d'icelle, afin que lad. dame soit dehors de tout scrupule et moy deschargé de la rémission que votred. M<sup>té</sup> en fait sur moy et que l'on puisse selon l'exigence regarder et faire ce que sera trouvé convenir.

*Granvelle lässt dieses Schreiben eiligst durch Boten an den Kaiser überbringen. Bis zur Abfahrt der Schiffe wird es noch einige Tage dauern, da die Galeeren mit Lebensmittelvorräten beladen werden müssen<sup>3</sup>. [...].*

<sup>3</sup> *Die Abfahrt der Schiffe des genuesischen Admirals Andrea Doria verzögerte sich wegen Schlechtwetters noch viel länger als Granvelle im Nov. 1542 angenommen hatte. Am 7. Dez. 1542 äußerte er in einem Schreiben aus dem spanischen Ort Colibre gegenüber Karl V. die Befürchtung, dass die von ksl. Seite für den RT vorbereiteten Schriftstücke erst nach Ende der Reichsversammlung in Deutschland ankommen würden: Que je doute autant ma venue en Allemagne et que les commissions, lettres et pièces pour la diète, que se devoit tenir le mois passé, y arrivant icelle diète sera desia par adventure despartie et plus difficile de trouver ceulx avec qui il faultra négocier et y mectre plus de temps. D'avantage que comme qu'il en soit l'on peult tenir pour certain que votred. M<sup>té</sup> n'aura autre ayde de l'Empire, soit en général ou particulier, contre France ny Clèves que moyennant le florin, et que ce sera beaucoup de pouvoir excuser ce que le roy des Romains*

44g *Karl V. an Nicolas de Granvelle: Antwort auf Nr. 44f, Richtlinien für den Reichstag – Barcelona, 1542 Nov. 7*

A *Wien HHStA, Belgien Rep. DD, Abt. B Abschr. Fasz. 61 (alte Abt. 90), Nr. 43 (Wynants Kop.).*

B *Wien HHStA, Belgien PA 35/1, fol. 275r–278r (Konz. v.d.Hd. Baves).*

*Teilw. Druck: L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 288, S. 198.*

*Bestätigt Empfang von Nr. 44f. Da die Einschiffung Granvelles Richtung Italien erst in den nächsten Tagen stattfinden wird, nützt der Kaiser die Gelegenheit, um Granvelle in den drei fraglichen Punkten seine Intentionen mitzuteilen.*

Et quant au premier touchant la religion: Il vous fault arrester sur la suspension et surcéance de quatre ans accordée aux protestans à la dernière diette<sup>1</sup> sans icelle prolonger ny passer plus avant, s'il est possible, vous excusant sur ce que ne savions comme icelle surcéance aura esté prinse par les catholicques ny aussi du pape ny estat ecclésiastique ny ce qu'est succédé depuis led. accord ny si lad. surcéance sera tollérable sans scandale et inconvenient. Et toutesfois, si vissiés<sup>a</sup> que enfin lad. diette fut à cause de lad. prorogation en termes de se départir sans aucune conclusion à cause de non vouloir extendre à plus long temps lad. surcéance, vous regarderez avec notred. frère ce que lors sera le plus expédient et convenable pour le bien des affaires. Et selon ce vous remectons de accorder lad. prorogation, contenant que s'il estoit aucunement possible différer led. accord jusques notred. frère et vous vous<sup>b</sup> en eussiés consulté ensemble de tout ce que auriés trouvé au surplus quant à la volenté desd. estats et autres affaires et de votre advis sur le tout. Nous vous en pourrons lors respondre plus détermination et résolument selon ce.

Quant au second point de l'ayde que pourrions faire à l'encontre du Turcq: Combien qu'il nous a semblé qu'en avons assez amplement escript notre intention et possibilité à notred. frère, tant de notre main que celle du secrétaire [Nr. 5], encores l'avons bien voulu reprendre icy comme point des plus importants. Et enfin ne voyons qu'il nous soit possible pouvoir faire empreinte contre led. Turcq

et lesd. estats prétendent d'estre aydez de votred. Mté contre le Turcq en Hongrie. Et aussi ne fault-il riens actendre dud. S<sup>r</sup> roy des Romains, comme votred. Mté sceit bien les affaires et nécessitez et qu'il sera assez en besogne ou coustel dud. Hongrie, soit pour offense ou défense. Et quant aux Pays d'embas ilz sont grandement endommagés et en arriere de la dernière guerre et n'y aura riens que les esmeuve et encourage plus contre lesd. ennemys que de veoir votred. Mté passionné et puissante contre eulx [...]. In: *Wien HHStA, Belgien PA 48/1, fol. 15r–16v, hier fol. 15rv (Ausf. z.T. chiff., marg. dechiff.).*

<sup>a</sup> *Aus B, in A fälschlich: voulssez.*

<sup>b</sup> *Aus B, A om.*

<sup>1</sup> *Siehe Nr. 44f, Anm. 2.*

et y employer notre personne et feriés cependant que serons en guerre avec le roy de France. Et sommes tousjours d'opinion et persistons que le vray moyen pour venir au dessus dud. Turcq et assheurer notred. frère et l'Empire de luy est de en premier lieu convertir toutes forces contre led. roy de France et le contraindre à la raison. Et jusques lors ne pouvons comprendre que les emprinses contre led. Turcq puissent faire quelque bon exploit ny aussi nous est possible y pouvoir convertir nosd. forces ny assister notred. frère ny l'Empire [...]. Et pour ce retournons encores à persister que il [= *notre frère*] se devoit mectre seulement en termes défensives pour l'année prouchaine à l'encontre dud. Turcq. Et tant plus y pensons, tant le treuvons le plus convenable et nécessaire, considéré l'impossibilité que encores reprouvons ce nous est de en demeurant en guerre avec led. roy de France pouvoir ayder ny assister notred. frère par quelque bout que ce soit.

Touchant la contribution de noz Pays d'embas pour le cercle de Bourgogne, vous aurez veu ce qu'en escripvons à la royne notred. sœur. Et ne voudrions ny treuvions en aucune manière convenable que elle fait traicté avec les estats de l'Empire, fut pour contribution particulière ou encores en blocq au nom de nosd. Pays d'embas, mais que elle regarde de envoyer à lad. diette et que en notre nom elle face présenter lad. somme en blocq. Et ce moyennant elle regarde de solliciter lesd. estats qu'ilz pregnent en bonne protection lesd. pays, comme ilz ont dernièrement fait [*avec*] ceulx du duc de Lorraine. Et si en ce et le surplus se treuvoir difficulté et que puissies<sup>c</sup> accorder et temporiser les affaires pour nous en consulter et sur le tout nous envoyer l'avis de notred. frère et votre, nous vous en pourrions lors, comme dit est, plus particulièrement et spéciffiquement respondre. [...].

45 *Kgn. Maria von Ungarn, Statthalterin der Niederlande: Instruktion für Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen<sup>1</sup> – Löwen, 1542 Okt. 21*

Brüssel AG, *Secrétairerie d'Etat allemande 775, fol. 83r–98v (Kop.)*; ÜS fol. 83r: Mémoire et instruction pour Wilrick, Sr de Crahenge et de Puttege, et Messe Viglius de Zwychem, docteur en droiz et conseiller de l'empereur, de ce qu'ilz auront à faire, dire et proposer en la prochaine diète impériale, qui se commencera au 14<sup>e</sup> du mois de novembre prochain, où la royne douagière de Hongrie, de Bohême etc., régente et gouvernante des pays de par deçà, les envoie, et ce oultre et par-dessus l'instruction dud. conseiller Viglius qu'il a eu pour la dernière diète

<sup>c</sup> *Aus B, in A fälschlich*: puissions.

<sup>1</sup> *Das Kredenztreiben Kgn. Marias für die oben genannten Gesandten für ihre Mission auf dem RT in Nürnberg, dat. Löwen, 1542 Okt. 27, in: Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 216rv (Ausf. mit Siegel). Regest gedr. bei: L. GROB/R. VON LACROIX,*

impériale tenue en la ville de Nuremberge au mois de juillet dernier en date du 16<sup>e</sup> d'août dernier [RTA JR Bd. XIII, Nr. 22b]<sup>2</sup>.

Druck: K. LANZ, *Staatspapiere*, Nr. 64, S. 316–332.

Teilw. Druck: L. GROB/R. VON LACROIX, *Urkunden*, Bd. 1, Nr. 285, S. 193–197.

Franz. Regest: E. DE BORCHGRAVE, *Histoire des rapports de droit public*, S. 141–145.

### 1. Konflikt mit Frankreich und Jülich-Kleve:

Gleich nach ihrer Ankunft in Nürnberg sollen sich die Gesandten zu Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren begeben, ihren Auftrag übermitteln und um baldige Audienz vor den Reichsständen ersuchen. So könnten die Reichsstände noch vor dem Auftreten der jülich-schen Gesandten über die Gründe des militärischen Vorgehens Kgn. Marias gegen Jülich informiert werden. Die Friedensbemühungen des Kaisers wurden vom Hg. von Jülich durchkreuzt, wie sich bereits auf dem Reichstag 1541 zeigte, als er unter dem Vorwand der Verheiratung mit Jeanne d'Albret nicht in Regensburg erschien und sich mit Frankreich verbündete, um Unruhe gegen den Kaiser zu schüren<sup>3</sup>. Der Herzog ließ sich auf eine Allianz mit Kg. Franz I. ein, von der nicht zuletzt die Präsenz eines ständigen französischen Gesandten<sup>4</sup> am klevischen Hof zeuge, der mit Wissen des Herzogs unter Führung des geldrischen Marschalls Martin van Rossem Kriegsvolk für Frankreich rekrutiere, um die ksl. Niederlande zu überfallen. Diese Angriffspläne seien zu Tage getreten, als Briefe von Serrant an Kg. Franz I. beim Transport durch Luxemburg abgefangen

---

*Urkunden*, Bd. 1, Nr. 285, S. 192. Kg. Ferdinand gab seiner Schwester Maria zu verstehen, dass er ihre Gesandten auf dem RT in allen Belangen unterstützen werde, Nürnberg, 1543 Jan. 20, in: *Wien HHStA, Belgien PA 11/4, fol. 142r–143v (Ausf. mit Siegel)*: Vous avez, M<sup>me</sup>, en tous advénemens très bien advisé d'envoyer voz commissaires en ceste diette à la fin contenue en vosd. lettres, lesquelz se sont trouvez devers moy, me communicquant les affaires de leur charge, lesquelz, M<sup>me</sup>, favoriserauy astant que les miens propres, et pour la bonne direction d'iceulx presteray à vosd. commis toute ayde, faveur et assistance possible. Kgn. Maria stellte es Granvelle anheim, falls er die Dienste Weirichs von Kriechingen in Nürnberg nicht benötigen würde, diesen in die Niederlande zurückzusenden. Das ist ihrem Schreiben an Granvelle aus Gent vom 28. Jan. 1543 zu entnehmen: Au surplus pour ce que le Sr de Créhenges, qui est commis avec le conseiller Viglius à la présente journé de Nuremberg, se plainct fort de la chiereté qui est aud. Nuremberg et que à votre venue illecq il servira bien peu, j'avoye advisé, s'il vous semble convenir, qu'il puist retourner au logis en retenant avec vous led. Viglius, lequel, comme j'espère, vous pourra faire bon service, vous requérant, que s'il vous semble qu'il n'est requis laisser led. de Créhenges par delà, le renvoyer pour l'employer à faire service au fait de la guerre. In: *Wien HHStA, Belgien PA 35/2, fol. 40r–47v, hier fol. 46v–47r (Ausf. z. T. chiff. und dechiff.)*.

<sup>2</sup> Da Viglius erst am 26. Aug. 1542 kurz nach Verlesung des RAB in Nürnberg eintraf, konnte er seinen Auftrag bei den Reichsständen nicht erfüllen.

<sup>3</sup> Siehe dazu: P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 52f.

<sup>4</sup> Magdalen de Brie, Sr de Serrant.

wurden. Statt alle militärischen Kräfte zur Bekämpfung der Türken zu verwenden, wurde Kgn. Maria deshalb gezwungen, ihre Territorien gegen Frankreich und Kleve zu schützen. Die feindseligen Rüstungen van Rossems, über die der Hg. von Jülich informiert war, sie jedoch durch seine Gesandten auf dem Reichstag in Nürnberg 1542 abstreiten ließ (RTA JR Bd. XIII, Nr. 122), stellten einen Verstoß gegen das Friedensgebot des Speyerer Reichsabschieds von 1542 dar. Hg. Wilhelm habe seine Lehenspflicht gegenüber dem Kaiser in dessen Funktion als Hg. von Brabant gebrochen, deshalb habe Kgn. Maria den Befehl zum Einmarsch in Jülich gegeben.

Der französische König kooperiere seit langem mit den Türken und wolle die Türkenhilfe der Reichsstände verhindern, wobei ihn Hg. Wilhelm unterstütze, wie aus den abgefangenen Korrespondenzen mit dem klevischen Agenten am französischen Hof<sup>5</sup> hervorgehe. Die Gesandten Kgn. Marias sollen sich bei den Reichsständen dafür einsetzen, dass der Herzog bzw. seine Gesandten den Chiffrenschlüssel der Korrespondenzen offenlegen müssen. Dadurch sollen die Stände von der Rechtmäßigkeit der burgundischen Angriffe gegen Jülich-Kleve überzeugt werden, die eine unerlässliche Verteidigungsmaßnahme darstellen.

## 2. Türkenhilfe des Burgundischen Kreises und von Utrecht und Overijssel<sup>6</sup>:

Falls die Reichsstände oder Kg. Ferdinand Erklärungen und Entschuldigungen wegen der Nichtteilnahme des Burgundischen Kreises an der Türkenhilfe 1542 verlangen, sollen die Gesandten folgendermaßen antworten: Vor Ausbruch des Krieges gegen Jülich sei Kgn. Maria bereit gewesen, für die habsburgischen Besitzungen Utrecht und Overijssel das festgelegte Kontingent zur Türkenhilfe beizusteuern; nun benötige sie ihre Soldaten aber gegen Jülich und könne daher nichts zum Türkenkrieg beitragen. Was den Burgundischen Kreis betreffe, so hätten sich dessen Stände bisher nie an der Türkenhilfe beteiligt. Nur auf Basis eines wechselseitigen Beistandsvertrages mit dem Reich sei dem Kreis eine Beteiligung an der Türkenabwehr möglich<sup>7</sup>.

<sup>5</sup> Dr. Hermann Crusier.

<sup>6</sup> Die Instruktion Kgn. Marias betr. die Türkenhilfe des Burgundischen Kreises nimmt wesentliche Punkte im Verhältnis Burgunds zum Reich vorweg, die im burgundischen Vertrag vom 26. Juni 1548 (in: RTA JR Bd. XVIII, Nr. 260) Rechtskraft erhielten. Siehe dazu É. DE BORCHGRAVE, *Histoires des rapports de droit public*, S. 141–145.

<sup>7</sup> Die umstrittene Frage der Türkenhilfe des Burgundischen Kreises taucht schon vor dem RT 1543 als Thema in der Korrespondenz zwischen Kg. Ferdinand und Kgn. Maria auf. So gab Maria ihrem Bruder Ferdinand aus Namur am 18. Sept. 1542 zu verstehen: Quant à ce que votre Mté m'a fait admonester de vouloir furnir et satisfaire à la contribution de l'Empire pour le contingent du cercle de Bourgoingne, tant pour le contentement des estatz de l'Empire que pour non donner occasion à autres de refuser leur contingent, certes, Mons<sup>r</sup>, je vouldroye de tout mon pouvoir bien satisfaire à vostre admonicion pour en mon endroit assister à la résistance contre le Turcq [...]. Mais quelque bonne volonté que j'ay, je ne voye conduisable de induire les pays de par deçà à vouloir consentir à lad. contribution, n'est par l'ordonnance de sa Mté et le respect que les subjectz ont à icelle, qui ne sera sans grant mistère en tant qu'ilz n'ont jamais contribué avecq l'Empire. [...]. In: *Wien HHStA, Belgien PA 42/1, fol. 36r–39v, hier*

*Im Fall eines Krieges gegen Frankreich müsse dem Burgundischen Kreis entweder der Beitrag zur Türkenhilfe erlassen werden oder das Reich müsse Burgund im Kampf gegen Frankreich unterstützen. Utrecht und Overijssel sollen in diesen Vertrag mit eingeschlossen werden. Falls die Reichsstände einer solchen Vereinbarung nicht zustimmen und auf der Türkenhilfe des Burgundischen Kreises gemäß dem Speyerer Reichsabschied von 1542 beharren, sollen die Gesandten ablehnen und sich auf mangelnde Befehle Kgn. Marias berufen. Die Angelegenheit solle dann bis zur persönlichen Ankunft des Kaisers aufgeschoben werden.*

3. *Maastrichter Jurisdiktionsstreit mit den Erben der Familie Vrentz:*

*Die Gesandten sollen alle bisherigen Akten zu ihrer Information erhalten, um die Reichsstände über die Rechte des Kaisers in diesem Jurisdiktionsstreit aufzuklären. Vorschlag Kgn. Marias für einen Vergleich: Der Kaiser als Hg. von Brabant und der Bf. von Lüttich als Stadtherr von Maastricht sollen je zwei Kommissare bestimmen, die in dem Konflikt der Vrentzen Erben mit der Stadt Maastricht Recht sprechen sollen. Die Appellation der Vrentzen Erben an das Reichskammergericht verletzt die Rechte des Kaisers als Hg. von Brabant.*

4. *Konflikt zwischen Luxemburg und dem Kf. von Trier: Die Gesandten sollen sich an früheren Instruktionen und Vergleichsvorschlägen orientieren<sup>8</sup>.*

---

*fol. 36rv (Kop.), teilw. in: L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 282, S. 188–191. Kg. Ferdinand antwortete seiner Schwester aus Wien am 17. Okt. 1542: Et quant à ce que désirez savoir que c'est du cercle de Bourgoigne, je vous envoie ici joint copie de ce qu'en est contenu ès régistratures de l'Empire, par où pourrez veoir ce qu'en peult estre. Et pour ce sera, M<sup>me</sup>, besoing que à la prouchaine diette de Nueremberg les dépputez que y enverrez de votre part soient bien instructz et informez, comme en cest endroit ilz se auront à conduyre, car c'est ung point à quoy les estatz de l'Empire ont tousjours persisté, comme sans doubtte feront encoires en lad. diette plus que jamais. Et je tiendray volentiers main en tant que en moy sera que vosd. commis se puissent raisonnablement accorder avec lesd. estatz, tant pour le respect de la guerre avec France que autres considérations contenues en vosd. lettres. In: Wien HHStA, Belgien PA 11/3, fol. 130r–131v, hier fol. 130r (Ausf. mit Siegel), teilw. gedr. in: L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 284, S. 192.*

<sup>8</sup> Siehe K. LANZ, *Staatspapiere*, Nr. 64, S. 331f.



## II.B Kurfürsten

46 *Kf. Joachim II. von Brandenburg: Kredenzschreiben für Leonhard Keller und Jakob Schilling zur Berichterstattung vor den Reichsständen – Cölln an der Spree, 1543 mitwochs nach Conversionis Pauli (Jan. 31)*<sup>1</sup>

A *München HStA, KBÄA 3159, fol. 261rv (Kop.); ÜS: Mgf. Joachim von Kf. etc. credenzbrief an die stend deß Hl. Reichs zu Nurnberg versamelt lauttent.*

B *München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 292r (Ausf.).*

Wir haben den hochgelerten und achtparn, unsern gesanten und verordneten rethen zu vorhabendem angestelltem reichstag und lieben getreuen, H. Leonhard den Keller, thumbrobst zu Hafelburg und camermaister, und Jacoben Schilling, hauptman zur Sarmunt, etlich notwendig unser obligend sachen unter andern eurn Ll. und euch andern zu berichten und furzubringen auferlegt, wie ir von inen vernemen werdet. Demnach unser freuntlich pitt, gnedigs und gutlichs gesinnen und begern, ir wollet irm antragen und bericht gleich unser selbs person gantzen glauben geben, auch darinnen freuntlich und gutwillig, gleichermaß ain yeder selbs gern nemen wolt, erzaigen und beweisen, als wir zuversichtlich sein. Das geraicht uns zu sonderm gefallen. Sein urputtig, sollichs hinwiderumb ain yeden in sonderhait freuntlich zu verdinen, in freuntschaft zu beschulden, in gnedigem und gunstigem willn zu erkennen. [...].

47 *Kf. Johann Friedrich von Sachsen*

47a *Kf. Johann Friedrich von Sachsen an seine Gesandten auf dem Schweinfurter Bundestag: Weisungen für die Verhandlungen über die Türkenhilfe*<sup>1</sup> – *Lochau, 1542 Nov. 15*

*Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 418–421, Nr. 153, fol. 44r–54v (Ausf. mit Siegel); DV fol. 54v: Meldet, wie sie sich mit bewilligung der turckenhulf, auch in der kriegßrustung des Hg. von Gulich verhalten sollen und daß der reichstag zu Nurnberg ein monat verschoben sey, wie sie sich auch in allen handlungen*

---

<sup>1</sup> *Die kurbrandenburgischen Gesandten übergaben das Kredenzschreiben im Reichsrat am 19. Febr. 1543 bevor sie die Relation Kf. Joachims über den Türkenzug 1542 vortrugen (Nr. 128).*

---

<sup>1</sup> *Wie aus der kursächsischen Instruktion für den RT (Nr. 47c, Anm. 6) hervorgeht, erhielten die Räte die Weisungen Kf. Johann Friedrichs für den Schweinfurter Bundestag nicht rechtzeitig, da die Versammlung wegen des Ausbruchs der Pest vorzeitig beendet und die unerledigten Themen auf die Nürnberger Zusammenkunft verschoben wurden. Die Ausführungen Kf. Johann Friedrichs über die in der Türkenhilfe einzunehmende Haltung wurden daher für die kursächsische Argumentation in Nürnberg bestimmend.*

daselbst und zu Nurmberg zu vorhalten haben, mit überschickung copeny der instruction uff den tag zu Zerbst und copeny des kgl. schreibens der erstreckung halben des reichstags zu Nurmberg, an kfl. Gn. ausgangen [Nr. 2–3].

*Der Kurfürst nimmt an, dass die Räte die Instruktion für den Schweinfurter Bundestag<sup>2</sup> erhalten haben und setzt sie von der Prorogation des Nürnberger Reichstags in Kenntnis.*

Dieweil ir aber der turckenhulf halben, ob dieselbige weyter zu willigen sey oder nit, von uns nach keinen bevelh habt, welchs dann nit der geringste punct einer ist, davon itzo zu Schweinfurt auch gehandelt und geschlossen sol werden, so befindet ir aus der copeny des konigs schreiben [Nr. 2–3], das uff dem erstreckten reichstag furnemlich von ferrer turckenhulf, und wie die beharlich und fruchtbarlich furzunehmen, sol gehandelt werden. Nu wollen wier euch nit bergen, nachdem das ksl. cammergericht hiebevorder wider unsern vettern und brudern, den Lgf. zu Hessen etc., uns undt unsere einungsvorwanten stende vormeinte und nichtige mandaten des braunschweigischen defensionzugs halben, uns alle darumb in die acht zu erkennen und zu sprechen, hat außgehen lassen, das sein L. und wier uns albereit des miteinander voreinigt und vorglichen haben, kein weitere turckenhulf zu bewilligen, sein L. und wier, auch die stende dieses teils seint dann zuvor gnugsam vorgewisset und vorsichert, das wier uns dergleichen mutwillens und nichtigen echtigens von dem vormeinten cammergericht nit mehr zu vorsehen haben etc. Weil dann sein L. darauf iren rethen gein Schweinfurt solchen bevelh getan [Nr. 57a], so wollen wier euch dergleichen himit auch gegeben haben

Und ist demnach unser begern, ir wollet neben des landgraven rethen bei den andern stenden vleis furwenden, das sie sich auch in kein weiter turckenhulf einlassen, es sey dann des cammergerichts halben berurte condition erlangt und gnugsam vorsichert, in betrachtung, das sie alle in des cammergerichts vormeinten ausgegangen mandaten eingezogen sein. Und wiewol die negste turckenhulf auch nit anders gewilligt, so befindet man doch itzo wol, das sich das cammergericht daran nichts keret, sondern ubet seinen mutwillen seins gefallens, welchs aber kunftiglich besser zu caviren [= *sich hüten, sich in Acht nehmen*] und zu vorsichern sein wil. Aber diesem artickel will anhangen der fride, welcher – und das er bestendig, beharlich und creftig sey – in alle weg auch zu suchen. Und wier halten es dafur, nachdem man der turckenhulf nit wirdet entraten und entberen können nach mugen, man wirdet solchs alles leichtlich und nach gefallen erlangen mugen, wie wier dann uff den valh gantz gneigt und willig sein, unsere turckenhulf zu leisten, dergleichen ane zweivel die andern stende auch sein. Aber ehr und zuvor das, wie oben gemelt, erlangt, wirdet

<sup>2</sup> *Instruktion Kf. Johann Friedrichs von Sachsen für seine Räte zum Bundestag in Schweinfurt betr. das weitere Vorgehen im eroberten Herzogtum Braunschweig und die Rekusation des RKG, Lochau, 1542 Dornstag nach Omnium Sanctorum (Nov. 2), in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 418–421, Nr. 153, fol. 107r–153r (Ausf.).*

uns niemands vordencken, dieselbige an uns zu halten. Darumb handelt und richtet es uff itzigem tage zu Schweinfurt dahin, das die andern stende solchs auch willigen und das man dieses puncts halben sich gantzlich vogleiche und voreinige und uff kunftigem reichstag zu Nurmberg einhellig sey und vor einen man stehe und sich nit trennen noch sondern lasse. Und wan solchs beschiet, wie wier vorhoffen, wirdet es anne zweivel der christlichen verstendtnus zu allem gutem gereichen. Dergleichen muste auch mit denjenigen, so uff itzigem tage in die vorstendtnus genommen zu bewilligen, auch gehandelt werden.

Daruber hengeset auch solchem an die unterhaltung des camergerichts, derhalben hivor auch mandaten außgangen sein. Und dieweil hivor vorglichen und vorabschiedet, das solche unterhaltung dieses teils auch nit geschehen solle, so lassen wier es dabei beruhen, dergleichen unsers vorsehens die andern stende auch thun werden, welchs aber im valh der wegerung ir neben des landtgraven rethen bei inen zu erhalten vleissigen wollet. Und nachdeme sich nu der reichstagk etwas vortzeucht, so vorsehn wier uns, es werden alle sachen zu Schweinfurt, die doch sunsten eilh hetten wollen erfordern, deste notturftiger können abgehandelt werden.

Weiter wissen wier euch auch nit zu bergen, das unser lieber vetter und bruder, der landtgrave, und wier uff den valh, do auch gleich die turckenhulf ferrer gewilligt solt werden, unser bedencken darauf gegeneinander angetzeigt, das in alle wege die notturft wolt sein und erfordern, das solche turckenhulf dergestalt gewilligt und die mas dorinnen gehalten wurde, das es sein L. und uns, auch unsern underthanen, desgleichen andern Kff., Ff. und stenden des Reichs und derselben undertanen zu erschwinden [= *erschwinglich*], auch treglich und leidlich sein wolt. Als bedencken wier notig zu sein, wo vorangetzeigte condition gantzlich erledigt wurden und die turckenhulf darauf gewilligt solt werden, das uff itzigem tage zu Schweinfurt auch davon geredt und geschlossen wurde, welcher gestalt man sich in weitere turckenhulf wolt einlassen, das es den fursten und hern, auch iren undertanen, zu erschwinden und treglich sein mochte.

Dann du, Mag. Frantz [*Burkhard*], als der von uns mit uf den kreistag gen Zerbst<sup>3</sup> neben etzlichen andern unsern rethen vorordent gewest, weist, was wier etzlicher furnehmen punct und artickelh, sunderlich aber des gemeinen pfenings halben, fur treffenliche ursachen und bedencken gehabt. Weil aber solchs dazumalh unerledigt blieben und es zu einem abschied gereicht, wie dies auch unverborgen ist, so wille das alles uff kunftigem reichstage unsers erachtens sampt andern mehr wider furfallen. Nun wollen aber berurte be-

<sup>3</sup> *Auf dem obersächsischen Kreistag in Zerbst im Mai 1542 wurde über die Durchführung der Speyerer Beschlüsse zur Türkenhilfe beraten. Wegen des Widerstands von Hg. Moritz von Sachsen gegen die Ablieferung des Gemeinen Pfennigs konnte damals keine Einigung über die Errichtung einer Kreistrube erzielt werden. Obersächsischer Kreistagsabschied, Zerbst, 1542 Mai 22, in: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 7873/5, fol. 1r–4r (Kop.).*

schwerungsartickelh uff folgenden vier puncten haften, nemlich uff dem gemeinen pfeninge, eroberung der chron zu Hungarn, uff dem nachzug und uff vorordnung geschutzes und desselben zugehorung und munitio etc. *Verweis auf die kursächsische Instruktion zum Kreistag in Zerbst.*

*Kritik des Kurfürsten an der Türkenexpedition von 1542: zahlreiche Reichsstände, vor allem die geistlichen, schickten weder Kriegsvolk noch genug Geld zur Ausrüstung des Heeres, weshalb viele Soldaten an Hunger und Kälte verstarben; auch die Wucherpreise trugen zur Notsituation des Heeres bei. In Zukunft müsse die Türkenhilfe der Reichsstände unter einem erfahrenen Feldhauptmann besser organisiert werden.*

Ferrer so will auch zu bedencken, auch keinswegs rathsam sein, dem kunige des Reichs gelt zu der hulf under seine ader der seinen hende zu untergeben und unterkommen zu lassen, dann wie es uff den valh pflegt zutzegehen, das hat die erfahrung gelernet. Zudem hat auch der kunig zu der negsten expedition von den Behemen, Mehrern und andern gelt genommen und damit die hulf wider den erbvheindt eingetzozen und geschmelert.

Das wier nu alle diese punct und artickel gegen euch antziehen und erregen, beschiet vortreulich dorumb, wo es der Almechtig dohin schickte, wie wier hoffen wollen, das die stende uff itzigem tage zu Schweinfurt mochten enig und vorglichen werden, obberurter condition halben kein turckenhulf weiter zu bewilligen, sundern derwegen uff kunftigem reichstage beisammen und fur einen man zu stehen, das ir dieselben artickel, welche dem wercke wircklicher turckenhulf wollen anhengig sein, alsdann bei den stenden auch fuglich, wie ir werdet zu thun wissen, anbringet und erinnert, auch den vleis furwendet, das man sich derselben halben itzo, sovern es muglich, auch voreinigen muge. Dann wan solchs beschehe, wie wier uns wollen vorsehen, so wolt es uff kunftigem reichstagk gantz zutreglich und furderlich sein. So wurden sich auch anne zweivel viel andere stende darauf nach uns, diesem teil, richten und uns in deme anhengig werden, welchs vielleicht volgendt der religion halben bei denselben auch nutz schaffen mochte, in betrachtung, das solchs alles der billickeit und gleichheit gemes ist, dartzu die hohe und unvormeidliche notturft erfordert.

Nachdem sich auch wol zutragen kunte, das man sich zu practiciren understehen mocht, das diejenigen fursten und stende, so die turckenhulf wie gemelt aus guten, gegrundten und bestendigen ursachen nit willigen wurden, von den Turcken angegriffen und ubertzogen solten werden: Wo nu solchs wurde beschehen und unser lieber vetter, Hg. Moritz zu Sachsen etc., und wier, mit unsern landen dem Turcken vast neben gesessen, von ime, dem Turcken, wurden angegriffen und beschwert und anne zweivel alsdann von den andern stenden hulflos gelassen werden, so wollet solchen artickel bei den stenden der christlichen vorein auch anregen und es dohin richten, das uns alsdann von inen rettung und entsetzung mugen geschehen. Dergleichen sein wier gegen inen und ir idem, den die noth, welchs Got gnediglich wende, betreffen wurde, auch zu thun gneigt und erbottig.

*Verlauf des Krieges in Burgund zwischen dem Hg. von Jülich und Kgn Maria. Hoffnung, die an die Burgunder verlorene Stadt Sittard möge von Hg. Wilhelm wieder erobert werden. Der Krieg zwischen dem Kaiser/Kgn. Maria einerseits und Jülich/Frankreich andererseits sollte unbedingt beigelegt werden und die Reichsstände in Nürnberg sich um Friedensvermittlung bemühen.* Und do solchs beschehe, so kunte durch gotlich vorleihung dem Turcken sovil deste bas widerstanden, doch musten unser der stende dieses teils halben angeregte conditionen zuvor erledigt werden. Dorumb wollet bei den stenden diesen punct auch erinnern, und das man sich itzo vorgliche, uff dem reichstage solchs gegen den andern stenden auch furzuwenden, welche sunder zweivelh des auch mit einig sein werden.

*Da Hg. Wilhelm von Jülich beabsichtige, seine Gesandten nach Schweinfurt zu schicken, sollen die kursächsischen Räte diese in ihren Anliegen unterstützen. [...].*

**47b Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Vollmacht für Dr. Melchior von Ossa, Eberhard von der Thann und Mag. Franz Burkhard<sup>1</sup> zu Verhandlungen mit Kg. Ferdinand, den ksl. Kommissaren und den Reichsständen – Lochau, 1542 Sonnabend Dez. 9**

*Weimar HStA, EGA, Urkunde Nr. 940 (Ausf. mit Siegel).*

Nachdem röm. kgl. Mt., unser gnedigster her, den hievor zu Nurmbergk den 14. Novembris angesetzten reichstag bis uf den 14. Decembris itzigs monats aus furgefallenen vorhinderungen und bewegenden ursachen dohin gen Nurmberg erstreckt und, wiewol ire kgl. Mt. uns allen sachen zugut uf solchen reichstag eigenner person zu kommen gnediglich beschrieben und angelant [Nr. 2–3] so haben wir doch irer kgl. Mt. in unser gegebennen antwort [Nr. 7, Nr. 10] treffliche ursachen unsers nicht persönlichen erscheinens halben angetzeigt, uns aber nichtsdestweniger erbotten, unsere rethe uf berurten reichstagk von unsern wegen statlich zu schicken. Als haben wier gegenwertige unsere rethe und lieben getreuen, den hochgelarten Melchiorn von Osse Dr., unsern cantzler, Eberharden von der Than, ambtman zu Wartburg und Hausbreitenbach, und Mag. Frantzen Burckharden, wolfenbuttelschen cantzler<sup>2</sup>, uf solchen reichstag mit notturftiger instruction und bevelh [Nr. 47c] abgefertiget in denen sachen, davon der speyerische [1542], auch negste nurmbergische reichsabschied [1542] meldung thut, neben und mit kgl. Mt. und röm. ksl. Mt., unsers

<sup>1</sup> *Zu Biographie und Funktion Mag. Franz Burkhard auf mehreren Reichstagen der 40er Jahre sowie zu seinen Mitgesandten siehe: R. AULINGER, Ein treuer Diener seines Herrn, hier bes. S. 85f.*

<sup>2</sup> *Als Administrator des eroberten Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel, über dessen einstweilige Verwaltung auf den Bundestagen in Braunschweig und Schweinfurt im Herbst 1542 beraten wurde, erhielt Mag. Franz Burkhard den Titel eines Wolfenbütteler Kanzlers.*

allernedigsten hern, verordenten comissarien, auch den andern Kff., Ff. und stenden des Reichs oder derselben rethen, gesanten und botschaften zu handeln, zu rathschlagen und zu schliessen helfen, alles nach besage und ausweisung berurter unser instruction und bevelhs.

Was auch gedachte unsere rethe also von unsern wegen darauf handeln, rathschlagen und schliessen helfen werden, solchs gereden und vorsprechen wier himit und in craft dis brives angenehme zu haben, demselben auch unsers teils zu geleben und nachzukommen, treulich und ane geverde.

47c *Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Instruktion für Dr. Melchior von Ossa, Eberhard von der Thann und Mag. Franz Burkhard zum Reichstag – Lochau, 1542 sonnabents Dez. 9*

- A *Weimar HStA, EGA, Reg. E 148, fol. 331r–373v (Ausf. mit Siegel, mehrere Hände, marg. Inhaltsbetreffe); AS fol. 331r: Instruction uff den reichstag ghen Nurnbergk anno 42, so biß uff den 14. Decembris erstreckt worden ist etc., uff Melchiorn von Osse, cantzlern, Eberhardten von der Than und Mag. Frantz Burckhardten, wolffenbuttelschen cantzler etc., die turckenhulf, gleichmessig recht und frieden, session, auch kgl. wahl und andere privatsachen betr. US fol. 332r: Instruction, was von Gots gnaden unser Johans Friderichen, Hg. zu Sachsen [...] die hochgelarten unsere rethe und lieben getreuen, Melchior von Osse, unser cantzler, Eberhardt von der Than, unser ambtman zu Wartburg und Hausbreittenbach, und Mag. Franciscen Burckart, wolffenbuttelscher cantzler, uff kunftigem reichstage zu Nurmberg von unsern wegen thun, furwenden und handeln sollen.*
- B *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434 Nr. 154/1, fol. 191r–235v (Konz.); AS fol. 191r: Instruction uff den reichstag gein Nurmberg, den 14. Decembris 1542. Lochau.*

*Bei den Reichstagsakten finden die Räte die Reichsabschiede von Regensburg 1541, Speyer 1542 und Nürnberg 1542 sowie die Prorogation des nach Nürnberg angesetzten Reichstags durch Kg. Ferdinand von 14. Nov. auf 14. Dez. 1542.*

Und dieweil kgl. Mt. in derselben erstreckung gemelts reichstags [Nr. 2–3] an uns begert, das wier uns gewislich in eigener person ungeirret und ungehindert also wolten erheben, damit wier uf den 14. Decembris zu Nurmberg gewislich sein möchten, so haben wier doch irer Mt. darauf wider geschrieben und ursachen angetzeigt, warumb wier uns derselben unser personlichen ankunft halben entlich nit kunten vernehmen lassen, es wurden dan die ursachen etzlicher beschwerden erledigt, so wier in derselben unser antwort angetzeigt [Nr. 7].

Aber ehr uns hierauf antwort zukommen, deren wier noch bis uff diesen tag in mangel stehen, so hat kgl. Mt. Dr. Andresen von Konneritz zu uns geschickt und abermals anmahnung thun lassen [Nr. 6], das wier persönlich uff den 14. Decembris negstkunftig zu Nurmberg gewislich und ane aussenbleiben erschei-

nen wolten. Dem haben wier darauf schriftliche antwort [Nr. 10] gegeben und entschuldigung furgewandt, warumb wier uns ehr erlangter antwort von kgl. Mt. unsers personlichen besuchens halben nachmals nit kunten vernehmen lassen. Doch haben wier in derselben gegeben antwort uns erbotten, das wier unsere rethe also wolten abefertigen, das sie durch gotliche hulf nit aldo mit den letzern sein solten.

*Die Werbung Könnertitz' (Nr. 6), die im kfl. Schreiben an Kg. Ferdinand vorgebrachten Gründe gegen einen persönlichen Reichstagsbesuch (Nr. 7) sowie die Antwort des Kurfürsten an Könnertitz (Nr. 10) werden kursorisch wiederholt.*

Damit hat genanter von Konneritzs uns bewegen wollen, das wier die furderliche personliche besuchung des reichstags entlich wolten willigen. Darauf haben wier ime unter anderm widerumb lassen vermelden: Wo es ausserhalb unser angetzogen beschwerung were, so solten uns zu berurter personlichen besuchung unsers schwagers von Gulich und Gellern sachen in sunderheit bewegen, aber es weren gleichwol die beschwerungen des camergerichtsproceß halben nit resolvirt, dann kgl. Mt. wuste, das wier und unsere mitverwanten die negste turckenhulf zu Speyer nit anders gewilligt, dann das das cammergericht visitirt und reformirt und gleichmessigk besetzt solte werden. In deme were dem speyerischen abschiede [1542] nit volge geschehen, sundern berurte visitation und reformation, so uff den 13. Julij<sup>1</sup> jungst zu Speyer hette sollen furgenommen werden, were durch partheysche unterbauungen, wie leichtlich zu achten, verhindert worden. Es hette auch darumb die christenliche einung uff bestimpte zeit wider solch verdecktig und parteysch camergericht offentliche protestation thun lassen, das man in desselben proces nit wusten noch musten gehelen, sundern wier wolten ire proceß fur ein nichtickeit und nullitet halden<sup>2</sup>.

Gleichwol hette sich dasselbe camergericht understanden, uf des ksl. fiscals und des von Braunschweig anhalten wider uns solche proces, wie berurt, zu erkennen und zu geben. Derhalben, wann gleich der fiscalh nachliesse, so hette es doch eben die sorge und beschwerung der acht halben uf des von Braunschweig anhalten allein, als so es von beider wegen beschehe. Darumb die ursach, das wier uns mehrberurter personlichen erscheinung halben nit konten entlich vornehmen lassen, noch nit erledigt.

<sup>1</sup> *Irriges Datum: In § 132 des Speyerer RAb 1542 war der 16. Juni 1542 als Termin für die Visitation des RKG festgesetzt worden. Siehe: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 132, S. 1202.*

<sup>2</sup> *Protestation der evangelischen Stände gegen die Suspension der Visitation des RKG, Verweigerung der weiteren Unterhaltung des RKG, Protest gegen den Gerichtszwang des RKG, datum Speyer 1542 Juni 25, in: Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 547r–552v (Kop.). Diese Protestation wurde auf dem RT in Nürnberg 1542 bekräftigt und in etwas abgeänderter Form wiederholt, 1542 Aug. 22, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 205, S. 916–918.*

*In der Zwischenzeit erfolgte die Rekusation des Reichskammergerichts durch die evangelischen Stände<sup>3</sup>, und es stellte sich heraus, wie sehr Kammerrichter und Beisitzer parteiisch auf Seiten Hg. Heinrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel stünden. Darumb, wo nit weiter ernstlichen verschafft, gegen uns dieses teils uf unsere protestation gantzlichen stiller zu stehen, so wurden dieselben camerrichter und beisitzer nit unterlassen, mit iren vermeinten und nichtigen processen wider den landtgraffen, uns und andere fortzuschreiten. Solt sich dann solchs unter dem reichstage zutragen, so were leichtlich zu erachten, was daraus fur allerlei zurrutungen und unrichtigkeiten erfolgen wurden. So kunten wier solche proces nit verhindern, dieweil wier kein furwendung vor den vordechtigen, partheyschen und recusirten leuten anne nachteil unser protestation und recusation zu thun wusten, zudem das doch auch unsere furwendungen, wie die immer mehr ergrundet, doch kein ansehen bei den leuten hetten. Darumb wurde die kgl. Mt. anne zweivel furderlich daran sein, das solch furnehmen am camergericht gantzlichen abgeschafft wurde.*

*Auf dem Bundestag zu Braunschweig (1542 Sept. 12) erklärten sich die Schmalkaldener bereit, vor Kaiser, König und Reichsständen wegen des braunschweigischen Feldzugs in einem gerichtlichen Verhör Rede und Antwort zu stehen.*

Solchs und anders hat der von Konneritz angenommen, an die kgl. Mt. furderlich zu gelangen. Und wier zeigen es unsern rethen darumb an, das sie den stenden unser christlichen vorein davon konnen bericht thun, uns auch sunsten derselben personlichen niterscheinung deste bas wissen zu entschuldigen. Und wollen uns vorsehen, so unser vetter und bruder, der landtgraffe, und andere mehr dieses teils so balt personlich nit ankommen, es sol deste ehr erdrungen werden, das itzige cammergericht gantzlich zu suspendiren, bis so lange das die visitation und reformation sampt der gleichmessigen besetzung gantzlichen geschlossen und wircklichen volstreckt wirdet.

Und dieweil wier bedencken konnen, der konig werde bey andern churfursten und fursten umb dergleichen personliche furderliche ankunfft auch anhalten, so sollen uns unsere rethe von des kunigs, auch andern churfurst und fursten ankunfft, ader wenn man sich deren und wie balt vorsiehet, uff der post bericht schreiben.

*Es ist anzunehmen, dass der König zu Anfang des Reichstags mit den Reichsständen über die Bestallung und Unterhaltung des Winterlagers der Truppen in Ungarn verhandeln und um Bezahlung des kursächsischen Anteils der Kosten ersuchen wird, was der Kurfürst bereits in seiner Antwort an Dr. Könnertitz aus mehreren Gründen ablehnte (Nr. 10). Wo nu solchs beschiedt, werden unsere rethe mit den andern unsern vorwanten stenden und derselben botschaften zu erwegen und zu bedencken wiessen, ab man alsbalde uff dieselbe suchung die vorberurte*

<sup>3</sup> *Rekusation des RKG durch die evangelischen Stände in geistlichen und weltlichen Sachen, verlesen vor dem RKG in Speyer am 4. Dez. 1542; in: Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 569r–580v (Kop.).*



reformation des cammergerichts und einen beständigen frieden wil suchen, ader ab man es wil sparen, bis das von der fernern beharlichen turckenhulf sol geredt werden.

Aber unsere rethe sollen berurter underhaltung halben von unsern wegen nichts thun anne sempliche beratschlagung mit den andern einungsvorwanten und iren botschaften, uff das man bei ein bleibe. Dorumb auch die notturft wil sein, das man sich uff diesem teil in die session mit den andern stenden nit begeben noch lasse, inmassen rethe und botschaften gemelter vorein negst auch bedacht haben.

Und wiewol negst zu Nurmberg beschlossen und vorabschiedet worden, das kgl. Mt. sampt dem obersten velthauptman und seinen zugeordneten kriegsrethen die winterbesetzung etzlicher flecken bis zu itzkunftigem reichstage und der stende ferrer vorordnung der notturft nach solten zu thun haben, doch mit der bescheidenheit, das kein kreis mehr dann der ander beschwert werde [RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, § 34], so sein doch die stende der christenlichen einung durch die iren, welche sie uff negstem reichstage zu Nurmberg gehabt, sunder zweivel bericht worden, das die trierische<sup>a</sup>, auch hessischen und unsere rethe, auch aller freien- und reichsstede gesanten dawider protestirt gehabt<sup>4</sup>. Zudeme so hat uns auch von der angegeben vorordnung der sechsische kriegsrath, nemlich Cuntz Gotzmann, keinen bericht getan, daraus wiewer auch nit anders vormercken können, dan das man inen zu derselben beratschlagung nit erfordert gehabt. So haben wiewer auch durch Dr. Konneritzen nit mugen bericht werden, welcher gestalt solche underhaltung uf die kreis gleichmessig abgeteilt, dieweil es dan demnach unser und des landtgraffen, auch etzlicher mehr vorwanten stende und stedte halben eine neue anlage ist und unser und derselbten halben dafür geacht mus werden, und aber der landtgrave uns zu erkennen gegeben, das sein L. die iren also abzufertigen bedacht sein, das sie in keinem wege ein grosse ader kleine turckenhulf weiter bewilligen sollen, es sei dann das cammergericht abgeschafft ader reformirt etc. So liessen wiewer uns solchs auch wol gefallen, wo es allein derjenigen stende halben, die wider den nurmbergischen abschied [1542] in deme nit protestirt, kein trennung dieser fridenssuchung halben machen mocht.

Aber in alwegen sollen unsere rethe die 2000 fl., so wiewer uf des Reichs begern dem marggraven [von Brandenburg] furgesetzt<sup>5</sup>, von unsern wegen antzihen, auch den von uns gegen Franckfurt erlegten vierden duppelmonat, welcher

<sup>a</sup> *Marg. korr. aus:* beyerischen.

<sup>4</sup> *Siehe die Protestationen der Reichsstädte sowie Kursachsens und Hessens gegen den Nürnberger RAb 1542: RTA JR Bd. XIII, Nr. 199–201.*

<sup>5</sup> *Von Kf. Johann Friedrich von Sachsen und einigen anderen Fürsten waren zur Abfertigung Kf. Joachims von Brandenburg, dem obersten Feldhauptmann im Türkenzug 1542, jeweils 2000 fl. vorgestreckt worden: siehe RAb Speyer 1542, § 48, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, S. 1181.*

doch durch gemeine bewilligung der stende widerumb gefallen, dann solch gelt wirdet uns jhe alles billich wider gegeben ader abgezogen.

*Bez. der Unterhaltung des Winterlagers wird sich der Kf. von Sachsen nach den anderen einungsverwandten Ständen richten, obwohl es ihm und den anderen obersächsischen Kreisständen schwer fallen würde, Beschlüsse mitzutragen, an denen ihr Kriegsrat nicht beteiligt war.*

*Bez. der Türkenhilfe sollen sich die Räte an den von Kf. Johann Friedrich nach Schweinfurt übersandten Weisungen (Nr. 47a)<sup>6</sup> orientieren, die ein gemeinsames Vorgehen mit Hessen und den anderen Einungsverwandten vorsehen. Da die Verhandlungen in Schweinfurt wegen der vorzeitigen Abreise aller Gesandten der eingefallenen sterbensleufte halben nicht zustande kamen, wurde beschlossen, das sich die stende uff itztkunftigem reichstage zu Nurmberg derselben turckenhulf halben sollen vorgehen, darin und dergleichen sachen halben vor einen man zu stehen. So sollen sich unsere rethe desselben bevelhs zu berurter underredung der einungsvorwanten stende rethe und botschaften nachmals halden, wie an zweivel des landtgraffen rethe dergleichen bevelh auch werden haben, und darnach semplich und vor einen man solchs furbringen.*

Dann dieweil jungst zu Schweinfurt im abschiede weiter ein artickelh gesetzt, das itzt zu Nurmberg durch die einung und ire rethe und botschaften bewogen sol werden, welcher gestalt man sich zu erlangung bestendigs friedens und gleichmessigs rechtens und im valh, do die nit erfolgen mochten, weiter schicken und halden wolle, so halden wier es dafur, sie werden der meynung aller mit einig sein. Nachdeme der friede und die gleichmessige besetzung des camergerichts durch keine bequemer mittel zu erlangen sein wil dann durch die wegerung der turckenhulf, die die kgl. Mt. itzo suchen wirdet, wie auch unser person halben unsere rethe sich in keine handlung derwegen einlassen sollen, man habe und wisse dan im Reich einen bestendigen friden und das itzige cammergericht werde von ersten [= zuerst] suspendirt – mit kgl. Mt., auch ksl. Mt. commissarien und der stende des Reichs einhelligen bewilligung – bis uf ein namhafte zeit, und das es alsdann mit dem werck reformirt und gleichmessig besetzt werde.

*Die Friedenszusicherung, die Kg. Ferdinand den braunschweigischen Defensionsverwandten auf dem Nürnberger Reichstag 1542 gab (RTA JR Bd. XIII, Nr. 141), soll von allen Reichsständen bestätigt und schriftlich zugesichert werden uff solch erbieten, wie wier das in der antwort getan, so wier irer kgl. Mt. und des Reichs botschaft zu Braunschweig gegeben [RTA JR Bd. XIII, Nr. 138], das solche ire Mt. und des Reichs sicherikeit [!] von allen und iden stenden des Reichs, auch von dem von Braunschweig selbst und menniglich bei peen des landtfriedens sol gehalden werden etc. Dann wier bedencken nachmals, wie*

<sup>6</sup> Die kfl. Weisungen erhielten die Räte in Schweinfurt nicht rechtzeitig, da sie bereits abgereist waren. Darin legte der Kurfürst nach Absprache mit Lgf. Philipp von Hessen die Richtlinien für die Taktik der Schmalkaldener in den Verhandlungen über die Türkenhilfe fest.

wier jungst zu Braunschweig auch angetzeigt, wo die wort alternative solten vernommen werden, die in berurtem frieden stehen, das mit der that gegen uns dieses teils nichts solte furgenommen werden vor geburlicher vorhor, auch gutlicher ader rechtlicher erkentnus etc., so were uns derselbe fride, wan allein ein gutliche vorhor beschee und die handellungen entstunden, nichts nutz, sundern het sein endtschaft. Und wan gleich ein gemainer fride uffgericht wurde, so wurde man doch diese sach darin nit wollen vor begrieffen achten, sundern das dieselbe durch eine[n] sunderlichen particular frieden ire sunderliche maß und beschaidt hette, also das der von Braunschweig mit seinen vorwanten uff den valh beschehener vorhor widerumb frey stunde, so musten wier krigs und unruhe derwegen, ungeacht des gemeinen frieden. gewertig sein und hetten uns keins fridens, weder des gemeinen noch sondern, zu getrosten.

Wurden sich nu kgl. Mt. und die stende berurter confirmation und erclerung beschweren, so were es sovil gesagt der braunschweigischen defension halben: Gedecht man, uns keinen andern nach bestendigen frieden zu geben, das nu wier dieses teils einiche weitere turckenhulf willigen ader leisten solten, das wolt uns in keinem wege zu thun sein. Dann was were es, das wier wolten suchen lassen, das ein gemeiner bestendiger fride solt ufgericht werden und wier solten aus solcher handlung clar vorstehen und befinden, das wier berurter braunschweigischen defension halben keins friedens solten vorsichert sein. So wirdet man auch hieraus vormercken, wie sich die stende, und sunderlich eins teils, dargegen stellen werden. Dan werden sie nit mitbewilligen wollen, das der von Braunschweig gegen uns, der einung, an gleith und recht sol begnugig sein, so wil ein uffsehen zu haben sein uff diejenigen, so es werden vorhindern wollen.

Wirdet aber derselbe kgl. fride, inmassen wie berurt, confirmirt und erclert werden, so het man damit dem von Braunschweig alle stende der tedtlichen handlung halben abgestriekt und bedurft darnach des von Braunschwigs bundtvorwanten oder andern halben, die noch seins teils sein mochten, sich sein nit anzunehmen, wenig practicirens. Wirdet aber daruber nachmals vor gut angesehen werden, das partim mit solchem gehandelt und sie seins practicirens erinnert sollen werden, so lassen wier uns das auch nicht zuwider sein, dann des vleiesses kan nit zu viel beschehen.

Ab man sich aber, und sunderlich Bayern, wurde anmassen wollen, uns dieses teils aus berurter bahn sunderlich des von Braunschweigs halben zu furen und rethen und botschaften der vorein antzutzeigen, sie wurden anne zweivel befeh haben, irer gutlichen underhandlung gemelts von Braunschweigs halben zu gewarten [= *pfliegen*], und wurden begern, uff die zeit etc. vor ire Ll. oder ire statliche rethe zu erscheinen, doch antzeigen, das man gleichwol in des Reichs handlungen, sunderlich soviel die turckenhulf belanget, wolte vorschreiten, nachdeme sich diese handelungen etwas mochten vortzihen etc., so bedencken wier, das rethe und botschaften darauf antworten solten, sie hetten bericht, wusten sich auch zu erinnern, was der landtgraf und wier sampt

gemeiner einung gegen irer Ll. rethen und gesanten jungst zu Braunschweig des von Braunschweig und sunderlich aber seiner kinder halben, auch jungst durch ein sunderliche widerschrift iren Ll. zu antwort gegeben und fur erbieten getan [RTA JR Bd. XIII, Nr. 138, S. 723f.]. Darauf auch und solchem gemes hetten sie von iren herrn und obern, vor iren Ll. oder derselben schiedenlichen rethen solcher underhandlung zu gewarten befehl, aber also das sie sich in keine handellung der turckenhulf nach auch gemelter braunschweigischen sachen halben solten einlassen, es were dann zuvor berurter particular fride des von Braunschweigs halben als obstehet confirmirt und erleuttert, uffgericht und das cammergericht vor allen dingen reformirt und gleichmessig besetzt worden. Des wurden uns auch ire Ll. nit vordencken, dieweil der von Braunschweig nit unterlassen hette, seithero allerlei tetliche practicken wider uns zu treiben, das wier und unsere vorwanten wol ursach hetten, ire Ll. mit solcher underhandlung durch sein vorursachen gantzlich zu vorschonon.

*Die Umtriebe Hg. Heinrichs, die durch mehrere seiner Schreiben bewiesen sind und fortdauern, machen die Zusicherung eines beständigen Friedens nötig.* Wurden wier auch in weitere, auch eigentliche erfahrung kommen, das er bei seinen sohnen und dinern also practiciren und kundtschaft machen wurde, so wurden wier ursach nehmen, die gemelte seine sohne und diner ime hinach zu schicken, und unsere bewilligung, die wier gegen inen freuntlich getan, auch widerumb abe sein lassen, darumb uns auch die von Bayern ader niemands wurde mugen vordencken.

*Sollte die Einbeziehung aller Reichsstände in die kgl. Friedenszusicherung von Kg. Ferdinand, den ksl. Kommissaren oder einzelnen Reichsständen abgelehnt werden, so sollen die Räte auf den Landfrieden und andere Friedstände verweisen, die stets mit Wissen und Bewilligung aller Reichsstände aufgerichtet worden seien.* Darumb hielden wier, das solchs unsere unvormeidliche notturft sein wolt und Kff., Ff. und stende wurden sichs nit beschweren, dan dieweil sie sichs schuldig achten, berurtem frieden zu geleben und darwider als gehorsamme Kff., Ff. und stende des Reichs nit zu thun, so wurden sie auch nit bedencken haben, berurtem kgl. particular frieden confirmation und erclerung berurter gestalt zu thun und zu geben.

Und ab man wolt fur beschwerlich antzihen, das dem von Braunschweig nit solte freystehen, die eingenommene lande und leute nit widerumb ausserhalb rechtens zu recuperiren, dieweil es einem iden zu frischer tath, ader schirst er sich mit seiner vorwanten und freunde hulf dartzu kunt vorfast machen, zugelassen etc., so achten wier, das darwider solt furgewant werden, wo dem von Braunschweig das solte freistehen, so kunten wier uns dieses teils keins fridens ime Reich getrosten und derhalben kein turckenhulf leisten, dann was von uns dohin gewant sol werden, wurden wier anheim zum widerstand gegen dem von Braunschweig bedurftig sein. So kunte ime auch keine recuperation geburen, dieweil wier eine rechtmessige defension gegen ime gebraucht, wie am tag und sich weiter befinden solt.

*Hg. Heinrich ließ die braunschweigischen Defensionsverwandten vor das Reichskammergericht laden, obwohl diese das Gericht wegen seiner parteiischen Besetzung rekusiert hatten.* Dennoch hette der von Braunschweig die sachen damit rechthengig gemacht, das ime lite pendente nit geburen wolt, mit der that zu innoviren ader attentiren, sundern were schuldig, mit uns arbitros juris zu welen und von ersten und vor allen dingen durch dieselben uber unsere recusation erkennen zu lassen. Und dieweil er also den weg des rechten zu seiner vormeinten recuperation an die handt genommen, so geburt ime noch weniger, lite pendente zu der tetlichen recuperation widerumb zu greiffen.

*Die Hgg. von Bayern boten sich vor kurzem gegenüber Kursachsen und Hessen als Unterhändler in den Verhandlungen betr. Braunschweig an. Über dieses Angebot sollen die kursächsischen Räte in Nürnberg mit den Schmalkaldischen Bundesverwandten beraten und sich vergleichen.*

*Der Kurfürst weist auf die bei den Bundestagen in Braunschweig [1542 Sept.] und Schweinfurt [1542 Nov.] beschlossene Beschickung des Reichstags durch die niedersächsischen Hansestädte hin und betont die Notwendigkeit der Abfertigung von Gesandten dieser Städte nach Nürnberg.*

Und nachdeme in vorberurtem abschide zu Schweinfurt weiter stehet, das der landtgrave und wier fur uns selbst und von unser mitvorwanten stende wegen es dohin wolten furdern helfen, das wier und unsere mitvorwanten, sunderlich die, so zu dem reichstag nit gehorig, uff kunftigen reichstag mugen vergeleit kommen etc., so wil solchs nit ungut sein. Undt haben derhalben dem landtgrafen ain notel unsers theils vorsecretirt zugeschickt, wie von uns baiden kgl. Mt. gegen Nurmbergk, auch dem rat daselbst berurter vorglaitung halben vor aller unser aynungsvorwandten rethe und bodschaften wegen solt geschrieben werden. Wollen uns auch vorsehen, der landgraf werde solch schreiben seiner L. [Nr. 12] theils auch vorsecretirn und furderlich gegen Nurmbergk bestellen.

*Die kursächsischen Räte sollen – ebenso wie die hessischen Gesandten – das Einlangen der Geleitbriefe nicht unterwegs abwarten, da dies eine Verzögerung bedeute. Auch die anderen einungsverwandten Stände sollen nicht auf die Geleitbriefe warten, sondern möglichst bald in die Nähe von Nürnberg reisen und von dort aus die kursächsischen und hessischen Räte in Nürnberg um Nachricht bitten, ob freies Geleit gewährt worden sei. Die kursächsischen Räte sollen vier Geleitbriefe verlangen samt einem zusätzlichen für die Gesandten der niedersächsischen Hansestädte. Damit sie nichts zu befürchten hätten, sollen ihnen die Geleitbriefe im Original geschickt werden*

*Bayern soll die Vermittlung im braunschweigischen Konflikt nicht in Beisein der beiden Streitparteien vornehmen, um Verzögerungen und Uneinigkeiten bei den Reichstagsverhandlungen zu verhindern. Vielmehr solle Bayern beiden Parteien getrennt Vergleichsvorschläge vorlegen und deren Kritikpunkte entgegennehmen.*

Und wirdet bey Baiern ane tzweifel diß die handellung sein, das man dem von Braunschweig die sachen wirdet wollen vorglimpfen und sagen, er hette

gleichwol die von Goßlar mit recht in die acht bracht. Ap nu wol ksl. Mt. uf unser dieses theils embsig anhalten dieselbe suspendirt, so were ime [= Hg. Heinrich von Braunschweig] dennoch schwer gewest, sein erlangt recht also antzustellen und aus der handt zu lassen. Zudeme gestunde er auch nit, das er dermassen wider die zwo stedte gehandelt, wie sie ime ufgelegt hetten, viel weniger were erkant und mit rechte ausgefurt worden, das mhan dieses theils ein rechtmessige und zugelassene gegenwher gethan. Und ob es gleich were, dieweil dennoch beide parteien under ainer obrigkeit als ksl. Mt. gehorigk, so hette er darumb seine lande und leute nicht vorwirckt, weren auch durch die krigseroberung darumb nicht unser worden. So wirdt mhan suchen und sich erbieten, die sachen zwuschen beiden stedten Goslar und Braunschweigk, als den principal parten, erstlich zu vortragen. Und wan die sachen zwuschen denselbten vortragen und zu frieden gericht, so wurde darnach die aynung villeicht kein interesse derwegen mher haben dan der ufgewandten krigskosten und schadens halben. Darumb wolten sie auch gern handeln und versuchen, damit mhan es uff ein bequem mittel mocht richten, dan an zweivel wurde mhan die ding uff diesem theil auch nicht so hoch und gnau spannen, dieweil die defension, und ab die darfur ze achten gewest, noch nit ausgefurt, auch nit erkant were, welcher theil dem andern seinen schaden zu erlegen vorpflicht were.

*Gegenargumentation Kf. Johann Friedrichs: Die Räte sollen darlegen, dass Hg. Heinrich ungerechtfertigter Weise die Acht gegen die Stadt Goslar am Kammergericht erwirkte und dass er verpflichtet sei, der in Regensburg 1541 vom Kaiser verfügten Suspension der Acht<sup>7</sup> Folge zu leisten. Die Behauptung Hg. Heinrichs, dass ihm das eroberte Land wieder zurückgegeben werden müsse, dieweil wir dieses theils keine obrigkeit oder gerichtszwangk uber inen hetten, sondern beiderseits under ainer obrigkeit, als ksl. Mt., gehorten etc., ist unrichtig, da die Defensionsverwandten zum Schutz der Städte Braunschweig und Goslar in rechtmäßiger Gegenwehr handelten und wir seine lande durch Gottes hulf und nach seinem gnedigen willen mit dem schwerdt darauf erobert, so weren die eingenhomene landt eigenthumblich unser worden und wusten ime daran weder gerechtigkeit noch eigenthumb zu gestehen. Ksl. Mt. aber und dem Reich gestunden wir daran den hohen eigenthumb, derwegen wir uns auch gegen irer Mt. und dem Reich aller underthenigkeit davon zu halten erbotig weren. Und achteten es darfur, es dorfe nit vil redens noch disputirens hirvon, dan die von Bayern und der von Braunschweig selbst wusten woll, was im Reich deutzscher nation, auch in vielen außwertigen nation in solchem allewegen vuhr ein gewonhait gehalten und herkomen, nemlich das auch im vhal do ein furst gegen dem andern redlichen und rechtmessigen kriegk furet und gewinnet, ime lande und leute*

<sup>7</sup> Mandat Karls V. über die Suspension der anhängigen Kammergerichtsprozesse in Religionssachen und die Suspension der Achtexekution gegen Goslar und Minden, Speyer, 1541 Jan. 28, in: RTA JR Bd. XI, Nr. 14.

ane das siegende und gewynnende teil dieselben vor sein aigen alweg behalten, ungeachtet ob er gleich kein obrikeit oder gerichtszwang über den verlustigen hette oder beide undter eine obrikeiten gehorten. Das auch ein solche gewonheit in rechten und durch di rechtsvorstendigen vor chreftig und bestendig gehalten wurde. Solchs wolte auch nit nott sein des orts zu disputiren.

*Hg. Heinrich von Braunschweig hielt es seinerzeit mit dem Hochstift Hildesheim ebenso, welches er seinem Territorium eingliederte. Der Herzog machte sich in der Vergangenheit schon öfter des Landfriedensbruchs schuldig, wie die Angelegenheiten Dr. Dellinghausen<sup>8</sup> und Eva Trott<sup>9</sup> beweisen. Deshalb würden Kf. Johann Friedrich und die konföderierten Städte der Rückkehr Hg. Heinrichs nach Braunschweig-Wolfenbüttel nicht zustimmen. Gütliche Verhandlungen seien nur mit den Kindern Hg. Heinrichs möglich.* Derhalben wolte ane nott, auch vorgeblich sein, das Bayern die handlung uf die restitution des landes und Hg. Hainrichen von Braunschweig zu thun richtet oder sich underhandlung zwuschen gemeltem von Braunschweigk und den beiden stedten undterfienge, dieweil die sachen die stedte nuhmer allein nit angingen, sundern die gantze aynunge.

*Sollte Bayern akzeptable Vorschläge machen, so werden die kursächsischen Räte diese mit den einungsverwandten Räten besprechen. Der Kurfürst bezweifelt nicht, dass alle einungsverwandten Stände mit Instruktionen in der braunschweigischen Frage versehen sein werden. Da die Beratungen von Schweinfurt nach Nürnberg verschoben wurden, sollen sich die Gesandten an der Instruktion für den Schweinfurter Bundestag<sup>10</sup> orientieren, die nun auch für den Reichstag in Nürnberg gelte. Die kursächsischen Räte sollen ihre Überlegungen erst äußern, nachdem sie die anderen Gesandten, vor allem die hessischen, angehört und mehrmalige Umfragen gemacht haben. Es ist empfehlenswert, einen gütlichen Vorschlag der bayerischen Unterhändler abzuwarten, denn je länger man durch die Verhandlungen ein öffentliches Verhör hinauszögern könne, desto besser sei es.*

Wurde man aber auch rethe und botschaften erfordern, Hg. Hainrichs von Braunschweig clagen antzuhoren und sich darauf wider vernemen zu lassen, so bedencken wir, das sich unsere rethe sambt den andern unser vorwandnus gesandten vergleichen, undter anderm aber sollen sie sich dyses vornemen lassen, vor ksl. und kgl. Mtt., auch Kff., Ff. und stenden des Reichs dem von Braunschweig zur antwurt zu sein. So hette sich doch derselbe von Braunschweig dartzwuschen undterstanden, den weg des rechtens vor dem partheyeschen ca-

<sup>8</sup> *Es handelt sich um den RT-Gesandten der Stadt Goslar, der auf der Rückreise vom Augsburger RT 1530 auf Befehl Hg. Heinrichs beraubt und gefangen genommen wurde und nach zwei Jahren Haft verstarb bzw. ermordet wurde. Wegen dieser und anderer Angelegenheiten wurde Hg. Heinrich 1539 des Landfriedensbruchs angeklagt. Siehe dazu: G. BLUME, Goslar und der Schmalkaldische Bund, S. 17–19.*

<sup>9</sup> *Geliebte Hg. Heinrichs, die dieser scheinbeerdigen ließ.*

<sup>10</sup> *Instruktion Kf. Johann Friedrichs für die Räte in Schweinfurt betr. die Rekusation des RKG und die Verhandlungen in der Causa Braunschweig, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 418–421, Nr. 153, fol. 107r–153r (Ausf.), ebd. fol. 176r–227r (Konz.).*

mergericht widder uns an di hand zu nemen, auch allerlei practicken zu treiben, daraus wir und unsere mitverwandten seine meynung genugsam kondten verstehen. Hetten uns aber derhalben nit zu versehen gewust, das er dartzu dießer sachen halben uf itzigem reichstage wider uns und unsere verwandten wolte clagen, darumb wir auch unsern rethen und bottschaften keinen bevhelich gegeben. So wolte inen auch ausserhalb bevhelich nit geburen, sich in ainiche solche verhor einzulassen; zudem wheren wir auch zu dem itzigen reichstage und sonderlich ime zu antwurten nit erfordert noch beschriben. Aber damit sich der von Braunschweig derhalb, wiewol er es zur unbillikeit thet, destweniger zu beclagen, so mochte er seine clagen kgl. Mt., auch ksl. Mt. commissarien und dem Reich schriftlich uberantwurten, alsdan wolten sie die iren herren und obern furderlich zu erkennen geben und derselben fernern bescheids daruff gewarten und sich desselben vernemen lassen ader wie solche antwort rethe und pottschaften weiter werden zu bedencken wissen.

Und dieweil vor der weitem und kunftgen turckenhulf die zwene artickel, nemlich den gemeinen Friden und die reformation und gleichmessige besetzung des cammergerichts [*belangend*], sollen erlediget werden, so werden doruber vil treffenlicher beschwerungen und disputation furfallen, das wir schir vor unmuglich achten, das solcher gemeiner friede werde geschlossen und uffgerichtet mugen werden, der Almechtige verleyhe dan dartzu sonderliche gnade und die beschwerliche leufte dringen dan zuletzt die gemuter der obrikeiten zu verhütung grosser beschwerungen zusammen und zu einikeit.

*Um die Türkenhilfe von den altkirchlichen und evangelischen Ständen zu erhalten, erließ der Kaiser bereits in Regensburg 1532 ein Friedensgebot (RTA JR Bd. X, Nr. 559) und stellte die Suspension der Religionsprozesse am Reichskammergericht in Aussicht (RTA JR Bd. X, Nr. 549, Nr. 557) bis uff ein gemein, frey, christenlich concilium, in deutscher nation zu halten. Diese Zusagen wurden jedoch durch die altkirchliche Partei und das Reichskammergericht nicht eingehalten.* Wan wir und unsere vorwandten die kirchen und closter nach unser confession reformirten, so wolt man am cammergericht sagen, solchs weren nit religionsachen, sondern spoliacion. Auch do man in kirchen und clostern uff unserm teil ungotliche predigten und ceremonien nidderlegten, so where es dergleichen meynunge, dadurch wurden beide, der ausgekundigte regensburgische friede [*RTA JR Bd. X, Nr. 559*] und auch der nurmbergische rechtsstillstand [*RTA JR Bd. X, Nr. 549*], durch das cammergericht und den andern teil zerruttet.

Und dieweil der ander teil befand, das wir dieses teils unsere confession nit wollten eintzeumen lassen, sundern fur und fur erweitern, wie gottlob bescheen, *gewährte der Kaiser in Regensburg 1532 einen zeitlich begrenzten Friedstand (RTA JR Bd. X, Nr. 559).* Derhalben wirdet itzt vor eins schwerlich ein gemeiner beharlicher friede und zuvorderst ausserhalb ksl. Mt. selbst gegenwertikeit im Reich wollen ufgerichtet werden. Zudem where er auch uns dieses teils ebensowenig als der vorige regensburgische nutze, wo nit unser relligion namhaftig dorin gedacht, dieselbe frey gelassen und die kirchenreformation in unser, der itzigen,



auch kunftiger vorwandten landen und gebieten hinfurt am camergericht noch sonsten nit [fur] einen fridbruch oder spoliacion solte angetzogen werden, wie auch dieselb handlungen darfur zu recht nit konten geachtet werden, welchs aber so wenig als vorhin ungeachtet einicher furstehenden nott und beschwe- rung, wie zu besorgen, bey dem andern teyl wirdet stadhaben. Dann man spurt wol, wohin der fridestand gemaint, und ob er wol jungst zu Speyer [1542] uff funf jhar erstrackt, so wurde es doch allein ein fridestand sein, so unser Herrgott widder uns bequemikeit verliehe.

Hierumb sollen sich unsere rethe mit den andern rethen und bottschaften von der form und maynung eines solchen gemainen friedens mit vleis undter- reden und alle notturft und gelegenhait, so darin zu bedencken vonnöten oder muglich, erwegen, uff das sie zu unser und unser vorwandten besten darauf wol vorfast und entschlossen sey[n], eher dan offentlig mit den reichsstenden davon gehandelt [werden] durfe, uff das man dorinnen nit geferet [= gefährdet] werde, wie sonder menniglichs vercleinerung bis hier bescheen, das uns weder friede noch fridestand ersprieslich gewest, wan man unser turckenhulf hinweg gehabt hat.

Gleicher gestalt wil auch vonnöten sein, das sich unser und der andern unser mitverwandten rethe und pottschaften von ersten [= zuerst] sembtlich resol- viren, wie die reformation und gleichmessige besetzung des cammergerichts furtzunemen sein, damit wir unpartheienlich und gleichmessig recht davon mogen bekommen. Dann wir bedencken, wo solchs nit genugsam verwart, so wurde uns dieses teils das cammergericht mher dan vorhin schaden, dan bis daher haben wir von wegen der partheyischen besetzung dasselbe declinirt und recusirt und uns durch Gottes hulf durch solche und dergleichen rechtliche wege darwidder ansehenlich konten ufhalten. So wir nun durch ein solche reformation und mitbesetzung dasselbe wurden approbiren, hetten wir uns damit die berurten mittel und wege gantz benomen.

*Es ist zu befürchten, dass das Reichskammergericht mehrheitlich altkirchlich besetzt bleiben wird, da der Kaiser und die anderen Kurfürsten nur irer religion leute zu Beisitzern ernennen werden.* Zudeme so sein die kreys der fursten, graven, herren und stedte halben in relligion vermenget, und werden die papistischen in den krayßen auch den furdrugk haben wollen und also gar wenig leute unser relligion hernach wie vor daran gesetzt werden. Uber das alles befindet man auch wol, wie die doctorn und juristen den rechten und derselbten außlegern, sonderlich welche nit vor andern erfahrung der ding haben, nachömen [= nachahmen] und sonderlich, do sie bey andern sein, die vil mher daran hengen und unser relligion gehaßer und vheind sein. Darin wir aber nit konten erkenntnus nach des pabstes noch kayßer rechten, do die unser confession zuwider sein, leiden, dieweil dadurch unser religion gantz konte umbgestossen werden, des wir uns aber bis hier erwheret haben, ungeachtet das man uns ausgeschrien, wir konten kein recht leiden etc.

Solte dan auch die reformation dahin gericht werden, das hinfurd das mherer am cammergericht nit solte zu schliessen haben oder es solten sovil personen unser religion als des andern teils doran sitzen, wie doch zu gescheen nit wol glaublich, so where das cammergericht nichts nutz, dann wan es gleich uff unserm teil sehr wol geriete, so mochten gleiche stymmen fallen, damit where aber nichts ausgerichtet. So können wir auch nit bedencken, wie man es dohin richten mochte, das eins teils stymmen ein zu- oder abfal solte gemacht werden und sonderlich, dieweil kein parthey die andere zum zusatze solchs zu- oder abfals halben wurde leiden wollen. Und tragen derhalben fursorge, man werde sich weder eines gemainen, nutzlichen friedens noch auch des cammergerichts reformation und besetzung wol können vergleichen. Und ob man gleich einen frieden treffe und das cammergericht wurde gantz niddergelegt, so konte aus mangel gerichts und rechts der friede im Reich auch nit bestehen. Zudeme das vil der stende unsers teyls bis hier nit haben wollen willigen in ein gemeine recusation des itzigen cammergerichts in prophansachen, vil weniger wurden sie der gantzlichen nidderlegung desselben anderst dan uff ein cleine zeit mit ainig sein.

Aber so dießen artickeln abgeholfen und dieselben durch bequeme wege erlediget werden konnten, dartzu der Almechtige zu seinem lob gnade verleyhen wollt, so where darnach gemeiner aynungsvorwanten halben kein weiter ufhalt, von der weitem turckenhulf zu reden und zu handeln.

Wurden aber unsers freuntlichen, liben ohaimen und schwagers, des Hg. zu Gulch und Gellern, rethe, so sein L. zu itzigem reichstage stadlich abtzufertigen bedacht, wie uns sein L. geschriben, dartzu und abe sicher und vhelich gleitet werden, inmassen gemelter unser schwager derwegen zu kgl. Mt. [Nr. 13], auch zu etzlichen Kff., Ff. und stenden geschickt, so werden dieselben aus seiner L. bevhelich ane zweivel und vor allen dingen auch ainen bestendigen frieden und richtung [= *Vergleich, Versöhnung*] gegen dem haus zu Burgundien suchen und haben wollen, eher dan sie sich von irer herren wegen werden in ain turckenhulf oder handlung einlassen wollen. Und dieweil uns dan sein L. mher dan einsten freuntlich angelangt, das wir sein L. beschwerung und sachen zuguet eigener person gegen Nurmberg kommen wolten, daruff wir aber sein L. nit gewißlich haben können vertrosten, aus ursachen, so wir kgl. Mt. zu erkennen gegeben [Nr. 7], so sollen unsere rethe seiner L. geschickten, wan und so sie es begeren, nit minder getreulich und vleissig retig sein zu unsers schwagers besten, dan so wir selbst personlich zur stedte wheren, inmassen wir auch seiner L. uf ir freuntlich begeren und bitten unser hulf zu irer und irer lande und leute rettung unser verwantnus nach, auch aus dem, das uns die anwartung an seiner L. landen mit der landschaften bewilligung und gegebenen brief und sigeln verschriben, zugeschickt und seiner L. nit haben wissen zu waigern<sup>11</sup>.

<sup>11</sup> Kf. Johann Friedrich war seit 1526 mit Sibylle von Jülich-Kleve, der Schwester Hg.

Und wiewol kgl. Mt. uns negst durch Dr. Konritzen derwegen und vermuge seiner werbung [Nr. 6] hat anreden lassen, so wollen wir uns doch gantzlichen versehen, so unser antwurten vermarcket werden, die wir erstlich der Kgn. Marien, regentin der Nidderlande, uff irer kgl. Wd. an uns gethanes schreiben und dan kgl. Mt. [Nr. 7] uff ir schriftlich ermanen, uns aigener person zu dem reichstage zu verfugen [Nr. 2–3], und jungst Dr. Konritzen als irer Mt. gesandten gegeben [Nr. 10], deren copeien unsere rethe bey den hendeln auch befinden, uns werde nimandes dorumb mugen verdencken.

Worauf aber alle sachen unsers schwagers halben stehen, solches werden unsere rethe zum teil vernemen aus berurten antwurten, aber weiter von seiner L. gesandten, so die gegen Nurmbergk kommen, derselben gelegenheit können berichtet werden. So sollen sie sich auch gantz freuntlich und dinstlich, auch ungescheuet von unsern wegen gegen inen halten und inen in desselben unsers schwagers sachen alle mugliche furderung thun, und sonderlich bey den stenden unser christlichen vorain, dieweil man unsers schwagers geschickten negst zu Schweinfurd inhalts des doselbst gemachten abschieds vertrustet, das ein ider gesandter seiner L. bericht und suchung an sein obern wolte gelangen. Dorauf dieselben one zweivel den iren, so sie itzt gegen Nurmbergk schicken wurden, seiner L. halben und zu derselben besten bevhelich thun wurden.

Und dieweil wir an unsers schwagers furstenthumben und landen, wie vor mit der kurtz berichtet, berechtiget, auch uns gegen seiner L. mit freuntlicher hulf eingelassen, so wil uns dieser sachen halben auch nit wenig zu bedencken sein, ab wir uns unsers teils in ainiche weiter turckenhulf einlassen, seiner L. sachen werden dan zu einem bestendigen friden vor allen dingen gefurt.

Wurden auch mhergemelts unsers schwagers rethe und gesandten von seiner L. bevhelich haben, unsere rethe antzulangen, das sie inen in iren anbringen und handlungen solten beystand leisten, so sollen sie es nit abschlagen, inmassen dan wir selbst, so wir persönlich zur stedte wheren, nit theten. Dann wiewol wir gottlob wissen, welcher gestalt wir ksl. Mt. und darneben dem Hl. Reich durch unsere pflichte verwant, so können wir doch nit befinden noch ermessen, das solch furnemen, so unserm schwager als einem fursten des Reichs von dem hauße zu Burgundien begegnet ist, den rechten, auch ksl. Mt. und des Reichs landfrieden oder dem regensburgischen [1532] und jungsten speyerischen [1542] friedestand, des alles sich ksl. Mt. selbst also gegen den stenden zu halten gnedigist verpflichtet, gemes sey. Derhalben auch sein L. zu naturlichem und allen rechten ire geburende defension darwidder nit mag benomen sein. Und wie sichs mit den sachen unsers schwagers anlassen, zutragen und schicken wirdet, davon sollen uns unsere rethe furderlich und zu ider zeit auch bericht schreiben.

---

*Wilhelms V. von Jülich verheiratet. Die Forderung des Kaisers an Hg. Wilhelm, Geldern an ihn abzutreten, hielt der Kf. von Sachsen für unannehmbar.*

Und so dan die artickel des beständigen friedens, auch was die reformation und besetzung des camergerichts, wie mhermals berurt, anlanget, durch bequeme wege, so rethe und pottschaften werden zu bedencken wissen, erlediget, so wil darnach kgl. Mt. suchung der weitem turckenhulf halben zu bewegen sein. Und seghen gleichwol desselben artickels halben auch vor das beste an, das rethe und pottschaften dorin auch beyainander bleiben und vor ainen mann stehen, dann where solchs zu Speyer bescheen, wurde man ane zweivel so weit nit eingefurt worden sein.

Und halden es darfur, kgl. Mt. sambt ksl. Mt. commissarien werden berurt ansuchen uff vorgemelten negsten speyerischen abschied [1542] grunden wollen, als ob man sich darin beraitan zu ferner turckenhulf verpflichtet, und nemlich das die zuvor gewilligte beharliche turckenhulf, welche die erste zwey jhar hette sollen geleistet werden, uff das itzige vergangene jhar zusammengeruckt und das nachgehend jhar, als das itzkunfftige, die einfache hulf, welche die stende sonst allererst im dritten jhar hetten thun sollen, im vhal der notturft geschickt werden soll etc. Dadurch sey beraitan die einfache hulf uff das inkommende jhar gewilliget und kgl. Mt. wirdet es derhalben darfur halten wollen, Kff., Ff. und stende des Reichs werden solches und was ainmal gewilliget, itzt nit streiten. Und dieweil in berurtem speyerischen abschied ferner angehengt, das die stende weiter bewilliget, wo es die notturft erfordert und derhalben zeitlich und notturftiglich bericht wurden, das sie sich mit noch einer weitem hulf gegen ksl. und kgl. Mtt. zu rettung des christlichen bluts also ertzeigen und halten, darob ire Mtt. gnedigs gefallens haben solten etc.<sup>12</sup>, so wirdet kgl. Mt. dieselben bewilligungen aller wollen zusammen in ein hulf uff das itzkunfftige jhar ziehen und doraus dergleichen hulf und ain solche antzal zu roß und fues, wie ime diß jhar geleistet, machen und haben wollen etc.

*Sollte Kg. Ferdinand die Reichsstände mit solchen Argumenten um beharrliche Türkenhilfe ersuchen, sind Beratungen der Einungsverwandten und ein gemeinsames Vorgehen gegenüber dem König erforderlich. Dabei sollen sich die kursächsischen Räte an den für den Schweinfurter Bundestag bestimmten Weisungen in der Frage der Türkenhilfe (Nr. 47a) orientieren. Auch die beiliegende Instruktion Lgf. Philipps von Hessen betr. die Türkenhilfe (Nr. 57a, Punkt 1) sei zu berücksichtigen.*

Weil wir dan des bedenckens auch sein, das man noch zur zeit kein andere hulf thue dan zu besetzung etzlicher vhesten zu verwharung der grenitzen, damit der Turck destweniger weiter einbrechen muge, welchs mit einer solchen wenigern hulf wol bescheen kann, so sollen unsere rethe mit seiner L. rethen [= hessische Räte] gegen den andern rethen und bottschaften der christlichen vorain solch bedencken getreulich und vleyssig handeln, das es dieselben von wegen irer herren und obern, wie wir dan nit zweiveln sie gerne thun werden, auch mit ainig sein und sich in kein weiter hulf dißmals lassen wollen. So sein

<sup>12</sup> Zu den hier angesprochenen Bestimmungen des Speyerer RAb zur Türkenhilfe siehe RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 12, § 125

auch die vorberurten furwendungen, so kgl. Mt. der bescheenen bewilligungen halben mochte antzaigen, mit erbarn, gueten resolution abtzuleinen, dann es mussen solche abschiede und bewilligungen je nit anderst, dan mit der condicion von Kff., Ff. und stenden gemaint sein, verstanden werden: Nemlich, soferne man befinden wurde, das ein solche hulf, als die einfache, nach gestalt der negstgeleisten uff das kunftige jhar nutz und ersprieslich, auch nach gelegenheit der umbstende ein ander hulf nit bequemer sein solt. Dann wiewol whar, das die berurte speyerische bewilligung die weitere einfache hulf anlangend uff das itztkunftige jhar nur uff dieße ainige condicion gestelt, nemlich des vhalts der notturft, darumb kgl. Mt. sagen mocht, die notturft where aldo vorhanden und weiter dan vor jehe, so ist es doch mit derselben condicion der notturft also gelegen, das mit der ainfachen hulf vermutlich gar nichts geholfen noch gerathen, dieweil mit der negsten gedoppelten und solcher stadlichen hulf widder des erbvheinds volck nichts fruchtbars geschafft noch ausgerichtet worden ist.

*Da dem Wort Gottes nicht Raum gegeben wurde, strafte Gott das Reichskriegsvolk mit schweren Krankheiten und hoher Sterblichkeit. Viele Bedingungen für die auf dem Reichstag in Speyer 1542 bewilligte Türkenhilfe wurden nicht erfüllt, u.a. das Versprechen, dass der Kaiser sich an der Türkenhilfe beteiligen werde. Könnerritz entschuldigte die ksl. Abwesenheit in seiner jüngst im Auftrag Kg. Ferdinands erfolgten Werbung (Nr. 6) mit dem Krieg zwischen dem Kaiser und dem Kg. von Frankreich. Dieser dauere noch an, weshalb Karl V. nach wie vor keinen Beitrag zur Bekämpfung der Türken in Ungarn leisten werde.*

Dieweil dan der deutzschen nation unmuglich sein will, den last allein weiter und die lenge zu ertragen, sundern zu besorgen, wo die undterthanen zuvorderst in kurtzer zeit weiter mit turckenhulf angelegt solten werden, das ein gemaine ufstehen und ein beschwerliche emborunge dem erbvheind zu mhererm trost ervolgen mochte, so wil unsers erachtens kein ander weg noch hulf zu thun sein, dan wie der landgrave auch bedacht, das man mit ainer cleinen hulf die vhestungen an der grenitzen ain jhar oder zwey besetze, ob indes durch die gnade des Almechtigen und getreue, vleissige und undterthenige furwendungen die ksl. Mt. und der Kg. zu Franckreich, auch ksl. Mt. mit kgl. Wd. zu Dennemarcken und unser ohaim und schwager von Gulich und Gellern entlich mochten vertragen werden.

Und dieweil die weiter fhar und nott vor der thur, wo ksl. Mt. und Franckreich zu weitem krigen gegenainander wachsen solten, so sollen unsere rethe den andern rethen und bottschaften der christlichen vorain mit allem vleis persuadirn und helfen anhalten bey dem konig, auch ksl. Mt. comissarien, Kff., Ff. und stenden, das man uff disem reichstag sich einer stadlichen schickung und botschaft zu der ksl. Mt. und Franckreich vogleiche und uff ein unterdenige, notturftige instruction bey irer ksl. Mt. und Franckreich umb einen anstandt der krieg halben, und das ire Mt. und kgl. Wd. Kff., Ff. und stenden des Reichs gutliche untherhandlung irer irrungen halben ansuchen lassen, wolten gestadten.

Dan wirdet man nit uff solche wege trachten und berurte handlung numehr furderlich an die handt nehmen, so wil der vernunft nach nit woll begreiflich sein, wie man zu kriegsvolck komen muge wider den Turcken, so man gleich dergleichen huelf und expedicion furnehmen wolt, wie die neher gewest ader auch ein viel geringere, dieweil keine der vorberurten partheien ired kriegsvolcks werden entplossen, sundern sich nuhr weither damit verfast machen, wo die sachen nit all nach guthlichen handellungen unthernommen werden. Zudem das auch unser schwager von Gulich eher des kein turckenhulf, wider mit leuthen nach geldt, wirdet thun wollen nach woll mugen, dieweil seiner L. underthanen im furstenthumb zu Gulich mit brandt und raub so ghar vorderbt und die andern seiner L. lande mit iren dinsten und volgen, auch itzt angelegten steuern, davon unser schwager frembde kriegsvolck besolden und sich und ire lande und leutte retten moge, treffenlich beschwerdt worden sein. Und was der gemeine pfening in seiner L. furstenthumb und landen vorm jhar getragen und uberplieben, wirdet mit diesen seiner L. krigen angryeffen sein worden.

Wolt man dan uns auch darumb ungnedig sein, das wir unserm schwager zu seiner rettung huelf zugeordenet, so wurde uns auch niemandts mugen vondencken, so wir uns mit leistung weiterer turckenhulf, wie wir doch biß hier undertheniglich gethan, in gleichnus auch nit wurden entblösen, do doch sonsten an uns, soviel den uncosten der kunftigen besetzung belanget, zu unserm anteil auch nit solt mangel sein.

So wollen wier es dafur halden, diejenigen Kff., Ff. und stende, so sich und die irn mit dem gemeinen pfening angelegt, werden uff das yetztkunfftige jhar zue irem antail berurter besetzung mit einer ubermaß von denselben gemeinen pfening nach woll verfast sein, das sie die iren uf das jhar mit weiter steuern noch belegen dorfen. So wollen wir an unserer landtschaft erlegten turckensteuer unsers verhoffens auch nach woll soviel im vorradt haben.

Und ap hieruber kgl. Mt. sampt ksl. Mt. comissarien wurden anhalden wollen, das unser vedter Hg. Moritz und wir, auch die andern des obersechssischen krayß, nachmals den gemeinen pfening wolten geben und die negste uffgewandten besoldungen daran abziehen, darein sollen sich unsere rethe gantz und ghar nit lassen, sonder sagen, das sie davon zu reden gar keinen bevehlich hetten. Zudeme das auch die kgl. Mt. von uns bericht worden, wie sichs desselben gemeinen pfening halben uff unserm krayßtag zu Zerbst<sup>13</sup> zugetragen. Und wiewol uns kgl. Mt. hernach geschrieben, das unser vedter Hg. Moritz gegen irer Mt. darniden<sup>14</sup> in den gemeinen pfening auch gewilliget, so ist uns doch von seiner L. nach auch iren stadthaltern und rethen nichts davon angezcaigt worden. So haben wir auch negst von seiner L. vorstanden, das es nit bescheen sey, zudeme das wir auch nu fur uns selbst dartzu gar nit gnaigt.

<sup>13</sup> Siehe Nr. 47a, Anm. 3.

<sup>14</sup> D.h. in Ungarn, wo Hg. Moritz 1542 persönlich am Türkenzug teilnahm.

*Manche Reichsstände trugen wenig zur Türkenhilfe 1542 bei, wie z.B. Kf. Joachim von Brandenburg und seine Territorien.* Und solche und andere meher ungleicheiten, die dem speierischen reichsabschied gar ungemess furgefallen, sein nit ein geringe ursach, das sich diejenigen, so ire huelf gehorsamlich geleistet, uf denselben abschiedt sich nit weitter werden verbunden achten, dieweil solche bewilligung yhe von imandts anderer maynung bescheen, dan das gleiche burden getragen solt werden. Daran aber grosser mangel gewesen, wie sie ane zweivel uff itzigem reichstag befinden, auch davon geredt wyrdet nu werden, wie von denselben nachmals ir gepur zu erlangen. Dann unsere rethe werden bey der antwort, so wir des marggrafen [von Brandenburg] stadthalter und rethen widder gegeben, ein schreyben finden, so unsers vedtern Hg. Moritzen stadthalter und rethe wie berurt an uns gethan, und daraus verstehen, das der groste und maiste mangel an den geistlichen soll gewest sein.

Und wie unsere rethe der andern rethe und botschaften gemueth von wegen irer hern und obern werden vormercken, das sollen sie uns durch ire schreyben ufs furderlichst auch zu erkennen geben. Hiermit haben unser rethe von uns bericht und bevelhlich der furnembsten artickel halben, die uff dem negsten reichstag zu Nurmberg werden zue handeln furfallen.

*Weitere Verhandlungsthemen, die vom vergangenen Reichstag 1542 auf den Nürnberger Reichstag 1543 verschoben wurden: Münzreform und Verweigerung der Session für die sächsischen Bischöfe. Die Räte sollen sich bei diesen Themen an der Instruktion für den Regensburger Reichstag 1541 (RTA JR Bd. XI, Nr. 41) orientieren.*

*Sollte Bf. Julius Pflug seine Angelegenheit wieder vor die Reichsstände bringen, so verweist der Kf. von Sachsen auf den Auftrag zur Vermittlung, den Kg. Ferdinand Pfgf. Friedrich und Mgf. Georg von Brandenburg in dieser Sache erteilte (RTA JR Bd. XIII, Nr. 185d). Sollte der König oder die beiden Vermittler die kursächsischen Räte nach ihren Befehlen in dieser Angelegenheit befragen, so sollen sie sagen, dass sie noch weitere, über ihre bisherige Instruktion hinausgehende Befehle erhalten werden.* Dann zudeme das wir nach zur zeit nit bedencken können, was zwischen uns und Pfluge derselben sachen halben fruchtbars gehandelt moge werden, so wil doch auch unser notdurft sein, das wir sein schrieft, die er uff negsten reichstag zu Nurmberg wider uns ubergeben und offentlig vorlesen worden [RTA JR Bd. XIII, Nr. 185a], von ersten widerumb verantworten lassen, wie wir dan vormittelst gottlicher huelf ein verantwortung zu stellen bevollen, die wier unsern rethen hinach schicken wollen. So achten wier auch nit vonnothen sein, das Pflugs sachen eben mit den ersten sey, sondern das man zuvor vor allen dingen erledigung der obbemelten beschwerlichen artickel gewarte. Dan wurden denselben nit uf bequeme wege abgeholfen, so achten wier ane noth sein, Pflugs halben den baiden fursten muhe zu machen ader darumb viel worth zu vorlieren.

*Als Grundlage für die künftigen Verhandlungen der Einungsverwandten sollen den Räten die mitgeführten Abschiede der Konfessions- und Einungsverwandten*

(Nürnberg, 1542 Aug. 27: RTA JR Bd. XIII, Nr. 206; Braunschweig, 1542 Sept. 12; Schweinfurt, 1542 Nov. 15) dienen. Da wegen des Abbruchs der Schweinfurter Zusammenkunft (Pestgefahr) mehrere Artikel nicht mehr behandelt werden konnten, sollen sich die Räte bei den Nürnberger Verhandlungen in diesen Punkten an die für Schweinfurt bestimmten Instruktionen halten. Es werden ihnen laufend weitere Befehle des Kurfürsten zugeschickt werden.

Letzlich wollen wir an unsere rethe hiemit ernstlichen und gantzlich begert haben, das sich ir keiner mit jemens hohes ader nider stands zu reden ader handlungen einlasse, so uns und unsere mitverwandten belangen mocht, ausserhalb der andern unsern rethe[n], so wir itzt uff diessen reichstag verordenen. Do aber kgl. Mt. ader H. Hans Hofman oder imandts von Kff. und Ff. etwas wurden anzaigen, an uns zu gelangen, das mugen sie thun und uns furderlichen davon schreyben. So wollen wir ihme darauf unser gemuth, und wes er sich darin halten soll, furderlich zu erkennen geben. Und thun an deme allen unsere gantzliche und gefellige maynung. [...].

**47d Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Instruktion für Dr. Melchior von Ossa und Mag. Franz Burkhard zu Verhandlungen mit dem ksl. Generalorator Nicolas de Granvelle und dem kgl. Rat Hans Hofmann betr. die Königswahl und den Konflikt zwischen Jülich und Habsburg<sup>1</sup> – Torgau, 1543 sonntags Reminiscere (Febr. 18)**

Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 137r–148v (Reinkonz. mit Korr. v.a.Hd.); AS fol. 137r: Instruktion uff den cantzler Dr. Osse und Mag. Franz Burckharten, was sie mit dem H. Granvelh und H. Hansen Hoffman sollen handeln, der kgl. wahl, derselben anhengigen und sonst ander mher sachen halben. ÜS fol. 138r: Instruktion was von Gots gnaden unser Johans Friderichen, Hg. zu Sachsen [...], die hochgelarten unsere rethe und lieben getreuen, so wier itzo zu Nurmberg haben, nemlich Melchior von Osse Dr., unser cantzler, und Mag. Franciscus Burchardi, cantzler zu Wolfennbuttel, uff den itzigen mit kgl. Mt. wider erneuerten anstandt der wahl und etzlicher anderer sachen halben zu entlicher abhelfung derselben handeln und sich vernehmen lassen mugen.

Aus den bisherigen Berichten Franz Burkhardts über die Gespräche mit Hans Hofmann und Granvelle betr. die Königswahl schließt Kf. Johann Friedrich, dass auf kgl. Seite eine Bereitschaft zu Vertragsverhandlungen vorhanden sei. Deshalb bevollmächtigt er seine Räte zu Verhandlungen und übersendet ihnen beiliegende Kredenz (Nr. 47e) mit dem Auftrag, ohne weiteren kfl. Befehl keine endgültigen Beschlüsse zu fassen.

<sup>1</sup> Die Instruktion beruht zum Teil auf einem Gutachten von Kanzler Dr. Gregor Brück über die Positionierung Kursachsens innerhalb der Reichsstände und die Haltung gegenüber den Habsburgern, o.D. (1543 erste Hälfte Febr.); gedr. bei: G. MENTZ, Johann Friedrich der Großmütige, Teil 3, Nr. 46, S. 489–494.



*Im Torgauer Abschied (1542 Jan. 9)<sup>2</sup> wurden Pfgf. Friedrich, Hans Hofmann und Naves als ksl. Unterhändler für die weiteren Verhandlungen zwischen Kg. Ferdinand und dem Kf. von Sachsen bestimmt. Da Granvelle nun in Nürnberg anwesend sei, habe der Kurfürst nichts dagegen einzuwenden, dass dieser gemeinsam mit Hans Hofmann die Verhandlungen führe.*

*Verhaltensanweisungen des Kurfürsten an die Räte für die Verhandlungen: grundsätzliche Bereitschaft Kursachsens zu einer gütlichen Beilegung der Differenzen betr. die Königswahl, falls auch alle damit verknüpften Fragen gelöst werden. Bezugnahme auf frühere Verträge und Verhandlungen mit Kg. Ferdinand betr. die Königswahl<sup>3</sup>, die diesem Schreiben in Kopie beiliegen. Diese Vereinbarungen seien einzuhalten.*

Und dieweil die kgl. Mt. von wegen der ksl. Mt. durch die ratification des torgauischen abschieds [1542 Jan. 9] gnediglich gewilligt, das der misvorstandt des lands zu Gellern halben das vorlauffenne jar bis uff negst vorgangenne fastnacht auch einen anstandt hett haben sollen, aber dartzwischen berurte kriege eingefallen, so wolten wier vorhoffen, kgl. Mt. und auch der H. Granvelh als ksl. Mt. orator und gesanter wurden gnediglich und gutwillig furdern helfen, damit dieselbe gulichische und gellerische sache zu besserm standt ader gentzlichen frieden ader vortrag furderlich mochten bracht werden.

So weren wier willig und erbuttig, wie wier uns dann gegen kgl. Mt. und unser freuntlichen, lieben muhmen, der Kgn. Marien, hivor auch erbotten, soviel uns immer muglich, bei unserm schwager [Hg. Wilhelm von Jülich] antzuhalden, das es sein L. iresteils auch an keiner billickeit wolte erwinden, sundern sich mit der ksl. Mt. vortragen lassen, formmehr einen gnedigsten herren und keiser an irer Mt. zu haben. [...].

Wurde man uns auch der gulichischen sachen halben antziehen, als ob wier unserm oheimen und schwager hulf getan hetten etc., so sollet ir je die antwort darauf geben und den hendlern bericht antzeigen, wie wier euch uff einen solchen valh negst zu thun geschrieben und bevolhen und darbei zu repetiren wissen, was wier der Kgn. Maria, auch kgl. Mt. hivor derwegen zu antwort gegeben.

Aber in allwege werdet ir fursichtig zu sein wissen, damit uns der religion halben kein vorpflichtung uffgeladen nach wier in ichtwas derhalben vorstrickt werden, dann wier gedennen mit Gottes hulf gleich andern unsern protestation- und einnungsvorwanten stenden damit frei und unvorbinden zu stehen.

<sup>2</sup> Zu den Torgauer Verhandlungen im Jan. 1542 siehe Nr. 7, Anm. 3.

<sup>3</sup> Zur Frage der Königswahl Ferdinands grundlegend: A. KOHLER, *Antihabsburgische Politik in der Époque Karls V, hier S. 374–391 (Ergebnisse und Ausblick)*. Siehe auch die Ausführungen von G. MENTZ, *Johann Friedrich der Großmütige, Teil 2, hier S. 42–68, S. 100–102*.

*Kf. Johann Friedrich verfolgt die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen den burgundischen und jülichischen Räten in Aachen und Maastricht, bei welchen die rheinischen Kurfürsten und der Lgf. von Hessen als Vermittler fungieren, und er hofft auf eine gütliche Beilegung des Konflikts.* So haben wir auch bedenken, ob es gut sein mag, das zu Nürnberg in denselben sachen nach zur zeit und dieweil gemelter churfürsten und des landtgraven handlung nach weret, neue handlung furgenommen und eine handlung etwo durch ander verhindert wurden [...].

**47e** *Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Kredenz für Dr. Melchior von Ossa und Mag. Franz Burkhard für eine Werbung bei Nicolas de Granvelle und Hans Hofmann – Torgau, 1543 Dinstag nach Reminiscere (Febr. 20)*

*Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 63r (Konz.); AV fol. 63r: Credentz an H. Granvell, idem an H. Hansen Hoffmann.*

Wir haben den hochgelarten, unsern rethen und lieben getreuen, Melchiorn von Osse, der rechten doctor, unsern cantzler, und Mag. Franz Burkarten, mitvorordenten cantzler zu Wolffenbutel, bevolhen, euch von unsern wegen ain genedige anzeige zu thun, wie ir solchs von inen werdet vornhemen [Nr. 47d]. Gesinnen derhalben genediglich, ir wollet sie gutwilligk horen und euch darauf der sachen zum besten, dermassen wie ir gotlob thun konnet, erzeigen und unser genedige zuversicht zu euch stehet. Das seind wir gegen euch mit sondern gnaden und gutem zu erkennen und zu beschulden geneigt. [...].

## II.C Geistliche Fürsten und Stände

- 48 *Pf. Heinrich, Bf. von Freising, Adm. von Worms, Propst von Ellwangen: Instruktion für den Wormser Kanzler Dr. Werner Koch betr. die Ringerung der Anschläge und die Doppelanlage – Freising, 1543 Febr. 17*

*München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 201/20a, unfol. (Ausf. mit Siegel);*  
*ÜS:* Hainrich von Gottes gnaden [...]. Instruction, was von unsern wegen der hochgelert unser cantzler im stift Wormbs und lieber getreuer Wernher Koch, der rechten doctor, auf yetzt furgenomen reichstag zu Nurnberg handeln solle.  
*DV:* Dr. Wernher Kochs instruction auf den reichstag zu Nurnberg de anno 1543<sup>a-17</sup>. Februarij wegen moderation der anschleg und doppelanlag<sup>a</sup>.

*Der Gesandte soll dem König und den Reichsständen seine Vollmacht übergeben und Folgendes anzeigen:* Wiewol wir auf ir kgl. Mt. schreiben [Nr. 2–3], an uns derwegen ausgangen, entlichs vorhabens und willens gewest, uns auch des schuldig erkennen und wissen, disen reichstag selbst aigner persone zu besuchen, so hetten wir doch unserer mercklichen obligen halben, damit wir diser zeit unserer aller stiften halben beladen weren, darzu nit komen mogen. Demnach wir ine, den gesandten, mit instruction und volkomen gwalt und bevelh abgefertigt, mit und neben andern des Hl. Reichs stenden obligen und beschwerden vermog beder zu Speir [1542] und jungst zu Nurnberg [1542] gehalten reichstäg zu beratschlagen und ze schliessen.

Verner, so von ainer weitem hilf und zug wider unsern erbfeind, den Turcken, wolte tractirt und gehandelt werden, wie dann die abschid berurter reichstäg darauf gestelt seien, sol er vermelden: Wiewol auf allen reichstäg, so nun vil jar here gehalten, beschlossen worden, das unsern vorfarn und andern stenden, so mit den ubermessigen anschlegen beschwerdt werden, gepurlich einsehen und ringerung beschehen solle, so were doch solhs bis auf heutigen tag mit unserm und unserer stift grossen und mercklichen schaden und nachtail umgangen und eingestelt worden. Und dieweil dann der jungst zu Nurnberg ergangen abschid under anderm auch mitbrächt, das berurter ringerung halben der anschlag auf disen tag sol gehandelt werden, so bevelhen wir unserm gesandten, ander fursten oder derselben potschaften, so sich albeg und ye mit und neben uns auf vil untzheer [= *bisher*] gehalten reichstagen beschwert und darwider protestirt haben, zu ersuchen und mit denselben unser beschwerden der anschleg, wie dann durch weilend unsern fruntlichen, lieben brudern und vorfarn am stift Freising<sup>1</sup> seliger gedechtnuß oftmals beschehen, anzaigen. Nemlich, das uns ye unmöglich, solhen auf uns gemachtn anschlag zu erschwingen und ze laisten, dann so zu gemainen jarn alles unser einkomen von allen unsern herrschaften

---

<sup>a-a</sup> Von späterer Hd. hinzugefügt.

---

<sup>1</sup> *Pf. Philipp: Bf. von Freising von 1498 bis zu seinem Tod 1541.*

unser freisingischen stifts zusammengelegt und aufs geneuest gerechnet wirdet, so befindet sich, das solhs uber 8100 fl. und etlich pfening sich nit erstrecken thut, welches wir auch mit gutem grund, woverr es vonnötten, ausfürn khunden. So wirdet uns auch keines jars solhe summa gar und völliglich geraicht, dann die maisten und pesten herrschaften bemelts unser stifts in Osterreich, Chrain, Kherndten und Steyr gelegen seind, darein wir jerlich zu aufnemung der rechnung unserer amptleut und pfleger, auch einpringung derselben renten und zinsen mit treffenlichem uncosten, so uns jerlich daruber lauft und also von vorbestimptem einkomen abgeet, schicken muessen.

Darzue so seien etliche unsere herrschaften und flecken dem Turcken dermassen gelegen, das wir derhalben und sonderlich diser zeit fur und fur in stäter sorg, rüstung und wart [= *auf der Hut*] steen, auch etlich turckenzug nit alain die gepure und anzal der pferde, damit dieselben unsere herrschaften belegt, halten, sonder auch das wartgelt [= *Soldzahlungen*] entrichtn muessen.

So hetten unser vorfarn und wir auch etlich jar here uber die gmainen steurn aus aignem seckl vilfeltig anlagen, dero summa sich in etlich und vil tausent fl. erstreckend, bezalt, zudem auch unsere pfleger und ander, so uns unsere gepurende anzal pferd in den turckenzugen gehalten und gefurt, aller inen genomen schäden und verlust an pferden, harnisch und anderm schadloß und unclaghafft machen muessen. Was mercklicher uncosten uns darauf geloffen und noch teglich, sooft ain turckhenzug außkäme und gelaist wurde, gienge, das hat ain yedlicher leichtsam zu ermessen und zu erwegen.

So hetten wir durchaus in unserm stift in allen herrschaften weder von geistlichen noch weltlichen kein steur oder mithilf noch ichtzit anders wie dann andere churfursten und fursten einzenemen, dann solhs bei unserm stift nit herkomen noch darzu gepracht werden möcht. Und wann andere fursten und stende des Reichs aller steur, wie oftermals beschehen, muessig und frey gewest, so were doch unser vorfar seliger in unsern herrschaften etwo ains jars mit zwo steurn beschwerdt worden.

Und solicher beschwerden aller unangesehen hat dannoch unser vorfar heraussen von gemelts unser stifts einkomen, als were das vollig und gar in irer L. gwalt und handen komen, des Reichs hilf, underhaltung regiments, chamerggerichts und anders mer aus aignem peitl und chamergut bezalen, wie gleicher gestalt wir yetzt auch thun muessen.

Zudem werden auch unsere underthanen der orten mit teglichem obligen und andern pürden dermassen beschwerdt, das sy unsern gütern nicht wol vor sein mögen, dardurch dann also unsere güter in abschlaipf [= *Verfall*] und verödung komen und unsere zinß zu offenbarer schmelerung gepracht werden.

Was uns dann sonst durch schaur [= *Unwetter*] und andere landspresten [= *Schäden*], wie sich dann negst vergangen jars mit den heuschrecken ain unerhörte verwuestung und verderben zugetragen, dardurch uns unser einkomen mercklich entzogen worden, zuestet und begegnet.

So werden wir durch unsere pfleger und amptleut yetzt heraus bericht, wie röm. kgl. Mt. von iren erblanden ain merckliche und treffenliche summa gelts, nemlich in die sechsmal 100 000 fl., begert. Und so die durch die landschaften, wie wir dann beisorg tragen [= *befürchten*], bewilligt und geraicht werden, wir von unsern herrschaften vil ain merers, dann wir zway jar lang einzekomen haben, davon geben muessen. Es sei darauf ain beschwerliche[r] und hievor unerhörter anschlag furgenomen und gemacht worden, welches anschlags wir ime ain verzaichnuß zugestelt, die er, wo es vonnötten, furlegen soll. Und wann also, wie angezaigt ist, das alles vom einkomen hindan genomen und entricht wirdet, hat meniglich abzenemen, was ubertheurung uns beleibt, davon wir dannoch unsern stift pfleger und andere dienstleut, unsere schlösser, herrschaften, auch uns selbst, unsern bischoflichen und furstenstand erhalten sollen.

Welichermassen aber solich unser einkomen furgelegt und angezaigt werden solle, bevelhen wir unserm gesandten, das er das nit von herrschaften zu herrschaften, sonder alain in gmain einlege, jedoch sol er auf ander fürsten und stende, so sich der anschleg auch beschwerdt und alda durch sich selbst oder iren potschaften erscheinen werden, sein aufsehen haben, wie sich dieselben in dem und anderm halten, denselben er sich auch gleichmässig halten. Befindet er dann, das sy solh ir einkomen von herrschaften zu herrschaften unterschiedlich einlegen, soll er das auch thun und solhs nit underlassen, wie wir ime dann ain unterschiedliche verzaichnuß derhalben zustellen lassen haben.

Auf solhs alles sol gedachter unser gesandter von unsern wegen begern, das solh unser beschwerden fur augen genomen und wir in diser und konftiger hilf bedacht wurden, dann wir solhen beschechnen anschlag khainswegs gedulden und, wo wir den gleich bewilligten, mitnichte laisten und volstrecken khündten oder möchten. Damit wir aber von yemant nit geacht werden, als wolten wir zu ainem solichen cristenlichen werckh zu widerstand dem Türckhen nichts thun, sonder uns davon ziehen, mogen wir leiden, das wir andern fursten und stenden, sovil dann derselben, ainem vom tausent fl. gleichmessig und unserm vermogen nach auch angelegt werden. Wo ime aber das nit gedeihen, sonder die vorigen und yetzt erzelten beschwerden widerumb auf uns gezogen werden wolten, soll er nochmals unsere auf vil hievor gehalten reichstügen beschehne protestation, das wir uber solhs nit mer dann alain <sup>b</sup>-von demjhene, so wir im furstenthumb Bairn haben<sup>-b</sup>, bewilligen khonnen noch mögen, dann wir es unserer unvermöglieheit halben kainswegs wissen ze halten, widerumb thun und eräfern.

Zum andern, wiewol röm. kgl. Mt., unser gnedigster herr, uns, auch ander fursten als Saltzburg, Bamberg, Regensburg und Passau, so mit den dopplanlagen hochlich beschwerdt werden, auf negstgehaltem speyrischen reichstag solicher anlagen der vilfeltigen vertrostungen nach gnedigist enthebt, auch daruber

---

<sup>b-b</sup> *Unterstr.*

ir kgl. verschreibung und versicherung<sup>2</sup> gegeben und uns gantzlich versehen, wir solten mit den toppplanlagen verner nit beladen und beschwert worden sein, so ist doch solich versicherung bei ainer landschaft aller ding unverfenglich gewest, sonder derselben unangesehen haben wir die jungst bewilligt pragerisch schatzung<sup>3</sup> aus allen unsern herrschaften, in irer kgl. Mt. erblanden gelegen, wo wir anderst den ansatz wellen verhuetten, muessen bezalen, weliche ainer landschaft gwaltige handlung wir sampt andern obermelten beschwerdten fursten gleichwol widerumb an kgl. Mt. underthenigist gebracht und umb entlich enthebung solicher beschwerlicher anlagen gepeten. Die uns aber bis anher nit ervolgt, sonder die jungst handlung zu Nurmberg [1542] gepflegen auf ain copi, doch auf hindersichpringen an uns und andere fursten gestelt<sup>4</sup>. Darinn wir uns nun ersehen, und befinden dieselben dermassen gestalt, das wir die kainswegs annemen noch darein bewilligen khunden.

Demnach sol unser gesandter sich zu mergedachten beschwerdten fursten oder derselben dahin verordenten potschaften veruegen und mit denselben bei ir Mt. umb gewise und erhebliche wendung und abstellung solhes hoch beschwerlichen lasts der dopplanlag aufs fleissigist anhalten. Wo aber die durch ine, unsern gesandten, und ander dises fals beschwerd fursten nit erhept und erlangt, sonder durch den von Saltzburg und Bamberg, aus ursachen, das sy hievor mit kgl. Mt. sonder vertrag gemacht und aufgericht, villeicht verhindert werden möcht, soll unser gesandter sich von den saltzburgischen, bambergischen und passauerischen sondern und mit dem regenspurgischen, soverr er mit ime hierin anhangen will, wo nit alain, bei kgl. Mt. hochsts und moglichisten vleis bearbeiten, sollicitirn und anhalten, damit wir der untreglichen pürden der dopplanlag entlassen werden. Wo aber das auch nit, sol sich unser gesanter ab den beschwerdten fursten oder derselben potschaften, so daselbst zu Nurnberg sein und erscheinen werden, erkunden, wie sy es in irer L. herrschaften damit gedencken ze halten und ob sy ain neue anlag uber die vorigen in irer L. herrschaften furgeen und beschehen lassen wellen oder nit, und dann uns solhs aufs furderlichist hieher berichten und verstendigen.

Dieweil auch der jungst zu Speir gemacht abschid under anderm vermag, das auf diesem tag von ainer ainhelligen gleichmessigen muntzs aufzerichten und dann von volziechung, handhabung und pesserung der reformation und ordnung guter pollicei beratschlagt und beschlossen werden etc., soll unser

<sup>2</sup> *Urkunde Kg. Ferdinands für den Ebf. von Salzburg und die Bff. von Bamberg, Regensburg, Freising und Passau zur Befreiung von der Doppelanlage, Speyer, 1542 Febr. 20, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 59, S. 479–481.*

<sup>3</sup> *Siehe dazu umfassend: J. LOSERTH/F. VON MENSI, Die Prager Ländertagung von 1541/42.*

<sup>4</sup> *Vorschlag Kg. Ferdinands für einen Vergleich mit den Bischöfen betr. die Doppelanlage, (Nürnberg, 1542 Aug. 16), in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 98, S. 584f.*

gesandter in dem und andern nach furfallenden obligen und beschwerden die notdurft mit beratschlagen, handeln und beschliessen helfen.

Und was hierauf durch unsern gesandten allenthalben ausgericht und gehandelt wirdet, das soll er durch schriftliche relation an uns gelangen lassen. Daran beschicht unser maynung, in gnaden gegen ime zu erkennen.

Datum Freising, under unserm hiefur gedrucktem secrete verfertigt [...].

49 *Äbtissin Anna von Quedlinburg: Vollmacht für Michael Meyenburg<sup>1</sup> – 1543 dinstags nachm Palmsuntack (März 20)*

*Magdeburg LASA, A 20, I Nr. 1, fol. 45rv (Kop.); ÜS: Vollmacht uf bevorstehenden reichstag zu Nürnbergk.*

Wir Anna, von Gotzts genaden ebtisthin und furstin des keisserfreihn weltlichen stiefts Quedelingburck [...], mit diessem unserm offen brief bekennen und thun kunth:

Nachdem wir von röm. ksl. und kgl. Mtt., unsern allergenedigsten hern, auf den itzigen reichstack in die stadt Nornberck beschriben, erfordert und darselbst durch unser volmechtige botschaft zu erscheinen angelangt: Dorauf haben wir hochgemelten der röm. ksl. und kgl. Mtt. zu unterthenichem gehorsam, auch uns, unsers stieft mercklichen, beschwerten und grossen obligen zu unserm volmechtlichen anwalden in unserm nahmen und von unserntwegen unsers stiefts darselbst zu erscheinen neben den stenden des Hl. Reichs, in sachen, darumb diesser reichstack ausgeschriben und sunst mochten beradtschlagt werden, helfen zu beradtschlagen, handeln und schliessen etc., den erbarn unsern lieben besunder Michel Mienburger [!], stadtschreiber zu Northausen, mit gewalt und befelich, als die not erfordern wurde, ein andern oder mehr neben im ader an sein stadt zu setzen und zu welen, der auch vor den stenden des Reichs und wu sichs geburet unsers stiefts notturft fordern und sunst alles anders zu thun, das unser notturft und weiter unser instruction und befelich ausweisset, geordenet, gesatzt und geschickt haben, und thun das in und mit craft diesses unsers offenen brieffes. Und wes der also in unserm und des stiefts nahmen thut handeln, ratschlahen, neben und mit den stenden beschliessen, das wellen wir alles geleben und nachkomen und inen allenthalben schadeloß halten, treulich und ungeferlich.

Zu urkunth haben wir unser ingesigel auf diessen brief wissentlich lassen drucken, der gegeben ist [...].

<sup>1</sup> *Michael Meyenburg scheint im RAb nicht als Vertreter der Äbtissin von Quedlinburg auf. Sein Name findet sich nur im Abschied der Reichsstädte (Nr. 417) als Gesandter der Stadt Nordhausen.*

50 *Ebf. Ernst von Salzburg: Instruktion für Bf. Hieronymus von Chiemsee, Eberhard von Hirnheim und Eustachius von der Alben zum Reichstag – Salzburg, 1543 am Mitichen nach dem Sontag Invocavit in der vasten (Febr. 14)*

*Salzburg LA, Geh. Archiv IV/4 1/6, fol. 1r–13r (Ausf. von mehreren Händen mit marg. Inhaltsbetreffen, Siegel)<sup>1</sup>; AS unfol.:* Instruction auf den reichstagen Nurmberg, gehalten in anno 1543. *ÜS fol. 1r:* Von Gots genaden Ernst [...]. Instruction auf den erwidigen, unsern lieben frundt, auch unser rete lieb in Got und getreu, H. Hieronimen Bf. zu Chiemsee, Eberhartn von Hiernhaim, thuemherrn unsers ertzstifts, und Eustachien von der Albm, unsern hofmarschalh, was sy auf dem yetzt furgenomen reichstag von unsern und unsers ertzstifts wegen handeln sollen.

Erstlich sollen sy sich auf das eeist zu der röm. kgl. Mt., unserm genedigisten, lieben herrn und vettern, verfuengen, derselben nach uberantwortung unsers beyligenden credentzbriefs von uns unser gehorsam dienst sagen und uns bey irer kgl. Mt. entschuldigen, daß wir aigner person auf gedachten reichstag bisheer nit khumen wären, auch sy, unser gesandten, so spat daselbsthin abgefertigt hetten, dann solhes der sterbenden leuf halben (von dero wegen wir disen winter von unserer gewöndlichen residentz alhie und an andern orten sambt unsern reten hetten sein muessen) beschehen, wie wir dann erst vor wenig tagen widerumb hieheer ankhumen wären. Wo sich auch unser schwachait durch zuegeben des Allmechtigen zu gesundthait schickhte und wir anderst dieser schwären und herten winterzeit halben uber land raysen werden mugen, daß wir uns gantz gern und gehorsamlich auf den reichstag aigner person verfuengen und gemaine des Hl. Reichs wolfart zum besten beratslagen und befurdern helfen wellen.

Zum andern, so sollen sich unser gesandten der session halben mit der kgl. Mt., wie hievor auf den negsten reichstagen zu Regensburg [*RTA JR Bd. XI, Nr. 237*], Speyer [*RTA JR Bd. XII, Nr. 239*] und Nurmberg [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 181*] durch uns und unsere rät beschehen, vergleichen und dess von irer Mt. oder der röm. ksl. Mt. commissarien ain urkhund nemen.

Zum dritten, wiewol wir nit aigentlich khunden wissen, was die proposition und das furhalten von der röm. ksl. und kgl. Mtt. wegen sein werde, so achten wir doch darfur, dieweil nach ausweysung des jungst zu Speyer ergangnen reichsabschids auf negstgehaltne reichstag zu Nurmberg [*1542*] von den sechs aines yedlichen chraiß einnemern rechnung solle aufgenommen sein worden, damit man alsdann zu der zu Speyer auf dem reichstag vertrosten vergleichung khumen wäre<sup>2</sup>, welches aber daselbst zu Nurmberg aus den grossen verhindernussen, so dazemal furgefallen, nit hette beschehen mugen, so sollen unser

<sup>1</sup> *Die Instruktion stammt von verschiedenen Händen. Es finden sich darin marg. inhaltl. Zusammenfassungen sowie Unterstreichungen und Hervorhebungen.*

<sup>2</sup> *RAb Speyer 1542, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 118, S. 1197f.*



gesandten zuvoran, wo es durch die churfursten oder aber den kgl. gesandten anfanglich auf die pan gebracht wurd, die raittung auch begern, dieweil es ye obgedachte der speyrisch und nurmbergisch abschied also mitbrächten, damit durch die obernennten sechs chrayßeinnember alles ired einnemens und ausgebens erbere, richtige anzaig, bericht und rechnung gethan und alsdann zu obbedachter bewilligten vergleichung geschritten werden mug. Wiewol wir zu sölcher raittung und vergleichung, zuvoran wo die churfursten, wir und ander fursten und stände nit aigner person zugegen sein werden, wenig hoffnung und vil mer fursorg haben, wo auf disen peden articuln der raittung und vergleichung im anfang hart gehalten, es wurde nit allain ain grosse sperr allen andern reichssachen, sunder auch ain sunderlichen mißverstand undter den reichsständen geben, in bedenkung, das sich in angeregter raittung, wie wir besorgen, vil wurde befinden und zuetragen, das obgedachten reichsabschieden zuwider möchte durch mer als ain stand gehandelt worden sein.

Demnach unser maynung ist, wo sölche raittung nit gar schleinig und richtig wolt vonstat geen, das unser gesandten nit so hart auf wesentlicher verrichtung sölcher raittung lägen, sunder neben andern dieselb (wie man sagt) bey den örtern hulfen einschlagen [= *an der richtigen Stelle anfangen*]. <sup>a</sup>-Dann unsers erachtens vil mer an dem will gelegen sein, wie man sich auf disen frueling mit ainer weittern hilf und expedition<sup>a</sup> wider gemainer christenhait veind, den Turkhen, in eylende und fürträgliche raidtschaft schikken, dann das man sich umb dasjhenig, so aindweders gar nit oder beschwärllich zu erhalten ist, vil bemueen und das genöttiger damit versaumen welle. Also auch, sovil die vergleichung betrifft, hat sich sovil bisheer bey allen chraissen in erfahrung befunden, das nit allain wir in unserm stift und lande ain grossen abgang und ungeverlich den dritten tail, so wir mer dargestrekht dann der gemain pfenning getragen hat, sunder all ander chraiß und chraisständ an dem gemainen pfenning beschwarnuß gehabt haben. Daraus bey uns unzweifelich ervolgt, dieweil all chraiß sich uber den gemainen pfenning beclagen, das die vertrust und verhofft vergleichung, so furnemblich auf dem uberschuß des gemainen pfennings, welchen ain chraiß vor dem andern gehabt haben sol, gestanden ist, nit beschehen muge. Dann das, so nit ist, nit khan oder mag verglichen werden.

Wo sich aber aus vorgeender rayttung ye befundt, das in den andern und grössern des Hl. Reichs chraissen der gemain pfenning ain meerers, dann desselben chraiss ausgeben gewesen wäre, getragen heth, so wellen wir uns auch vilgedachter vergleichung nichts begeben, sunder unsern rätthen hiemit bevolchen haben, das sy unsers ordinari und extraordinari ausgebens und furstregckhens, wie sy in hiebeiligender verzaichnuss, mit A signiert, beyfinden werden<sup>b</sup>, auch ain erstattung begern. Und schlieslich, so sollen sich unser rätthe

---

<sup>a-a</sup> *Unterstr.*

<sup>b</sup> *Marg.:* Mein gnedigster herr will gedachte verzaichnuß hienach schicken.

in vilgedachten bayden artigckln der rayttung und vergleichung halben mit dem meerern, und sonderlich mit den bayrischen räthen, vergleichen. Sovil aber die ständt, so bißheer gar nit eingelegt hethen betrifft, derhalben ist in gedachten bayden abschyden zu Speyr und Nurnberg sunderliche provision beschehen, nämbllich das wider solh ungehorsam ständt durch den ksl. fiscal solle mit ernst procedirt werden. Darbei es unser rath auch beleyben lassen und auf denselben weeg nachmals geen sollen.

Zum vierdten, so werden unser räthe in dem jungst zu Nurnberg ergangnen abschid ain articul, so anfacht „Weiter und nachdem“ [RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, § 25] etc. befynden, darinn gemaine ständt der kgl. Mt. ain neue anlag widerumb auf den gemainen pfenning bewilligt haben. Wo nue die kgl. Mt. auf solhe neu bewilligte anlag geen, dieselb begern und zu justification solhes ires begerns den grossen kriegskosten, so irer Mt. seyt des Hl. Reichs kriegsvolcks abzug aus Hungern und sonderlich auf das wynterleger und besatzungen gegangen, furwenden wurde, so sollen unser gesandten mit nichts darein bewilligen, sunder antzaigen, das die ursachen, derhalben soliche neue anlag auf den gemainen pfenning in nächstem reichstag zu Nurnberg bewilligt, nymmer vorhanden, wie dann sunder zweyfel all ander ständt dieser maynung auch sein werden.

Zum funften, <sup>c</sup>so wiert zu dises jars expedition wider den Turckken abermals ainer weitem hilf und contribution<sup>c</sup> vonnöten sein. Und wiewol obgedacht bed, der speyrisch und nurnbergisch abschyd, auf den gemainen pfenning als den leydenlichisten und furträglichisten weeg gangen seyen, welchen weeg wir dann nochmals fur den teuglichisten, der auch zu dieser gemainen hilf am maisten erschiessen möchte, achteten, welhen auch unser gesandten furschlagen sollen, jedoch wo derselb nit mit meererm ernst, vleyss und christlichen gemuet, dann bißheer bey vilen beschehen sein möchte, eingelegt werden soll, so wurde dem Hl. Reich eben der nachtail, wie jetzt ain jar beschehen, daraus ervolgen, nemblich das solhe hilf, so der gemain pfenning tragen sol, gegen dem so grossen kriegskosten nichts erschiessen und daraus unwiderbringlicher nachtail und schaden ervolgen wurde. Derhalben so sollen unser gesanten gleichwol auf den gemainen pfenning, wie hieoben gemelt, geen, <sup>d</sup>doch darbey austrucklich melden<sup>d</sup>, das durch gemaine ständ ain solhe securitet und provision gemacht wurde, das ain jegklicher nach ausweisung des speyrischen abschids sein einlag treulich täte. Und mocht solhe provision nit allain auf aines jedlichen aid und wissen, sonder dahin gestelt werden, das aines jedlichen, wer der wär nyembt ausgenommen, einlag getzelt in gemaine truhen eingeworfen wurde. Daraus sich alsdan bey den kraiseinnemern gemainer reichsversammlung oder den, so zu solher taxation und uberslag verordent, befunden wurde, ob durch hoch und nyders stands personen treulich eingelegt oder nit wäre, und gegen den un-

---

<sup>c-c</sup> *Unterstr.*

<sup>d-d</sup> *Unterstr.*

gleichn einlegern, wie man sich des auf disem reichstag under den ständen vergleichen möcht und wie sich geburd, handlung und straff furgenommen wurde, oder aber das aim jedlichen alles sein vermugen, so er bey seinem aid beteuren und antzaigen muest, auf das hundert N. gulden angeslagen und hierinnen der weg, so in der kron Beham und der kgl. Mt. erblanden yetzt ain jar gebraucht worden, furgenommen wurde. <sup>e</sup>-Dann in der grossen und eusseristen not, darinn man sich gegen dem so mächtigen veint, dem Turckhen, ye und auf das eest in gegenweer schickhen mues<sup>e</sup>, sich auf die anlag und hilf des gemainen pfenning, so alain bey aines jedlichen aid und gwissen eingelegt werden sol, zu verlassen, mitnichte nit weder sicher noch ratsam ist. Wir achten auch gantzlich darfur, wo anderst ainem ernst ist (darfur wir menigklich halten) gemaine cristenhait, sein vaterland, sich, sein weib und kind von abfal und ewiger dienstperkait zu erretten, ime sol nit zuwider sein, mit oben gemelter oder anderer merer sicherhait sein einlag treulich ze thuen. Wo aber diese hieoben gesetzt sicherhaiten, so neben der einlag des gemainen pfenning beschehen möchten, ye nit annemblich sein wollten, so sollen unser gesanten nichts weniger auf dem gemainen pfenning, dieweil denselben vilgedachte abschid also mitbrachten, verharren und, sovil die sicherhait des einlegens betrifft, sich mit dem merern vergleichen. Uns ist auch nit zuwider, wo sich in obgedachter rechnung oder sonst befunden thät, das der speyrisch anslag, nemblich auf das 100 ain halben fl. ze rechnen, zu wenig und unfurträglich sein wolt, das ain merer anslag gemacht und auf das hundert mer als ain halber fl. geslagen wurde, <sup>f</sup>-doch alain solhe hilf die zeit, so auf dem reichstag zu Speyr bewilligt ist, ze laisten. Unser gesandten sollen sich auch on unser vorwissen in kain lengere zeit mit der hilf nit einlassen<sup>f</sup>.

Wo aber sach wär, das durch die mereren ständ ye von dem gemainen pfenning geschriten werden wolt, das wir doch fur gantz unratsam achten, und der weg furgenommen wurd, das sich in ainem jedlichen krais die kraisständ desselben selbst mitainander ainer hilf zu roß und fues vergleichen, so sol uns derselb weg auch nit zuwider sein, doch das in solher vergleichung nit auf die alten reichsansleg, sunder auf aines jedlichen kraisstands vermugen gegangen und ainem jedlichen alsdan bevor gelassen werde, sich mit seinen landschaften und underthanen ainer erschieslichen anlag zu vergleichen. Wolt aber diser weg auch nit geen und es ye an dem, das man sich in gegenweer schickhen mueß, uns auch nach kgl. Mt. das feur am nechsten ist, so sollen unser gesanten alsdann auf die alten reichsansleg geen und versuechen, ob es doch bey demselben beleiben möcht, und slieslich mit allem embsigen und muglichem fleis dahin arbeiten, damit in effectu von gemeinem Reich – <sup>g</sup>-es geschech durch disen oder ainen anderen weg<sup>g</sup> – dis jar geholffen werde. Und im fall, das je kain hilf von

---

<sup>e-e</sup> *Unterstr.*

<sup>f-f</sup> *Unterstr.*

<sup>g-g</sup> *Untertsr.*

gemainem Reich disen sumer gelaist werden wolt, so mugen unser gesanten zum lesten auf der röm. kgl. Mt. und anderer fursten und ständ ersuechen ain sonder leidenliche hilf auf das jar oder auf ain zeit lang in disem jar bewilligen und ze thuen nit ablagen, doch das dieselb sonder hilf nit anders dann durch mittel des gemainen pfennings beschee und gelaist werde. Dann wo von gemainem Reich, des wir uns gar nit (dieweil die hilf bewilligt ist) besorgen, nit geholfen werden sol, so müssen wir dennocht uns und unser armen underthan, so lang wir kunen, des Turckhens entschutten [= *sich freimachen*] und erwerben, welches unser gesanten mit hohem vleyß in bedengckhen haben und demnach sovill heftiger zu der hilf rathen und umb dieselb anhalten sollen.

Zum sechsten, wo durch die protestirenden oder der augsburgischen confession anhengigen von der religion, also auch von gemainem im Hl. Reich fridstandt meldung beschähe, so sollen unser gesanten darauf sagen, sy hethen derhalben khainen andern befelch von uns, dann wo solh articul wider auf die pan khämen, das sy sich auf den jungsten zu Speyr ergangnen abschyd [1542] referiern und ziehen und darbei beleyben. Unser gesanten sollen auch derhalben unser instruction, so wir unsern gesanten auf den reichstag geen Speyr gegeben haben [RTA JR Bd. XII, Nr. 134b], ersehen und sich derselben gemäss halten. Und dieweil zu besorgen, gedacht protestierendt ständ möchten bey disem artigckhl der religion ain meldung von ainem nacionalconcili thuen, des sy gleichwol vermug der zu Augspurg [1530] und Regenspurg [1532 und 1541] ergangnen reichsabschyden vertröst worden sein etc., so sollen unser gesanten furwenden, das solhes begeern dieser zeit nit stathab, in erwegung, das schon ein gemain und universalconcili gen Triennndt außgeschriben ist, dahin dann nit allain bäbstlicher Hlt., sunder auch der röm. ksl. Mt. und etlicher anderer christlichen heubter bottschaften ankhumen wären, welches concilium auch, wie uns unser gesanten, so wir gein Triennndt auf gedachtes concilium geschigckht, neulicher tåg bericht hetten, seinen anfang in khurtz haben wurde. Dieweil dann ain gemain universalconcili vorhanden, so wäre von ainem nationalconcili zuvoran in disen gemainen unserer hl. religion mißverständen weder ze handeln noch ze reden. Darauf auch unser gesanten gänzlich verharren sollen.

Zum sybenden setzen wir in khainen zweyfel, es werden von gemainen frey- und reichsstetten die session und stymmen zum höchsten widerumb begeert werden. Darauf sollen unser gesanten gedachte unser instruction, so wir inen und andern unsern gesanten auf negstgehaltenen reichstag geen Nurnberg<sup>3</sup> und an unsern vettern Pfgf. Ludwigen<sup>4</sup>, mit B verzaichent, gegeben haben, ersehen

<sup>3</sup> *Instruktion des Ebf. von Salzburg zum RT in Nürnberg 1542: RTA JR Bd. XIII, Nr. 32c, S. 223–226.*

<sup>4</sup> *Gutachten für eine Gesandtschaft der Hgg. von Bayern und Ebf. Ernsts von Salzburg zu Kf. Ludwig von der Pfalz wegen gemeinsamer Absprachen für den künftigen RT in Nürnberg, Mühlendorf, (1542 Juni), in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 32a, S. 215–219. Zum Verhalten der Fürsten gegenüber den Forderungen der Reichsstädte, ebd. S. 217f.*

und sich im anfang dises articuls derselben gemäß halten. Wo aber die stett von irem vorhaben je nit schreiten und sich derhalben ir hilf wider den Turkhen ze laisten [*wider*]setzen wurden und es je an dem ist, das der andern stand hilf ausserhalb der stett sovil weniger wider den Turkhen erschiesen wurde, so sollen unser gesandten sich mit der beschaidenhait, wie sy zu thuen wol wissen, dahin vernemen lassen: Wiewol sy von uns bevelch hetten, die reputation und hochhait des Hl. Reichs, also auch des chur- und fstl. stands, zum vleissigisten helfen zu erhalten, jedoch dieweil wir jetzt in der eusseristen not gegen dem Turkhen betretten und sonderlich gemainer teutschen nation nur vil und grosser hilf vonnötten, so wär uns nit zuwider, das mit den stetten gedachter session und stymmen halben per gradus gehandelt wurde, nämlich das man die und ander des Hl. Reichs gemain obligenden sachen durch ain ausschuß, darbey auch sy, die stett, ire verordnete jederzeit haben, furhanden genummen und beratschlagt wurden. Wo sich aber die stett an dem furschlag nit ersettigen lassen wolten, so möchte inen und zum andern furgeschlagen werden, das man inen all und jede der reichsständ beratschlagung und maynung, so in gemainen des Hl. Reichs sachen furgenomen und sy, die stett, sowol als ander stände betreffen wurden, furhalten, ir guetbedunkhen darauf hören und alsdann darinn beschliessen wolte. Und gesetzt, das auch diser furschlag bey den stetten nit verfenglich wäre, <sup>h</sup>-so ist ratsamer bey uns<sup>-h</sup>, das man in diser lesten not sich nach der zeit richt, ain ubrigs thue, sy, die stett, mit zweyen personen und ainer stymm <sup>i</sup>-in disen wider den Turkhen und andern gemaines Reichs obligenden sachen<sup>-i</sup> in den reichßrat zuelaß, dess sich unser räte also von unserntwegen vernemen lassen und, wo es auch ander ständ fur notwendig ansehen, mit inen vergleichen mugen.

Zum achten, sovil die visitation und reformation des camergerichts, also auch die ringerung der anschleg, item die muntzordnung und guete pollicei im Hl. Reich betrifft: Dieweil wir unsern gesandten auf den jungst furgenomen, aber unvolzognen tag gen Berching ain instruction<sup>5</sup>, mit C verzeichnet, und auf negst gewesten reichstügen gen Speyer<sup>6</sup> und Nurmberg<sup>7</sup> gleicher gestalt genuessame instruction derhalben gegeben, wie sy dann aus gedachten hiebey ligenen instructionen, mit D und E signirt, nach lengs und underschidlich

---

<sup>h-h</sup> *Unterstr.*

<sup>i-i</sup> *Unterstr.*

---

<sup>5</sup> *Instruktion Ebf. Ernsts von Salzburg für Dr. Nikolaus Ribeisen für die später suspendierte Zusammenkunft von Berching zur Vorbereitung des Nürnberger RT, Salzburg, 1542 Juli 9, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 32b, S. 220–223.*

<sup>6</sup> *Instruktion Ebf. Ernsts von Salzburg für Dr. Matthias Alber, Eustachius von der Alben und Hans Munich zum Speyerer RT 1542, Salzburg, 1542 Jan. 8, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 14b, S. 134–144.*

<sup>7</sup> *Instruktion für Bf. von Chiemsee, Alber und Trautmannsdorff zum Nürnberger RT 1542, Salzburg, 1542 Juli 25, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 32c, S. 223–226.*

zu vernemen haben, so sollen unser gesandten dieselben widerumb mit vleiß ersehen und sich derselben in negst obgesetzten, auch allen andern articuln, darvon hieoben meldung beschehen und in dieser instruction khain ändrung gemacht wär, gemäß halten.

Zum neunnden, unsern vettern Hg. Hainrichen von Braunschweig, also auch unsern oheim, den von Gulch, belangendt: Dieser zwayen sachen halben sollen unser gesandten sich vernemen lassen, dieweil dieselben an alles mittl reichssachen und furnemblich die röm. ksl. und kgl. Mtt. betreffendt wären, so achteten sy fur das ratsamist, das dieselben an hochgedachte ir Mtt. oder aber an das ksl. camergericht, an welchem dann gedachter unser vetter sein sach (wie wir bericht) schon anhengig gemacht haben sol, gewysen wurden. Und darbey es unser gesandten beleiben lassen sollen.

Zum zehenden, wo des Reichs phenningmaister, der von N.<sup>8</sup>, also auch Gf. Fridrich von Furstenberg<sup>9</sup> irer aussteenden schulden halben, so sich der eylenden turckhenhelf yetzt zway jar zuetragen haben, weiter ansuechen von dern stenden thun und auch uns oder unser gesandten umb bezalung ires ausstands neben andern ungehorsamen stenden anlangen wurden, so sollen unser gesandten anzaigen, das wir unser gebur yederzeit vollgliclich erlegt hetten und der ungehorsamen stend nitbezalen uber uns nit nemben khundten, sunder sy hetten den ksl. fiscal und das camergericht, dardurch sy sich gegen allen denen, so noch ir geburnus nit bezalt, zum besten wissten zu erholen.

Es ist auch unser maynung, das unser gesandten sich – zuvor und ee sy den reichsrat besuechen – zu unserer fruntlichen lieben gebrueder gesandten<sup>10</sup> verfuegen und aller obgesetzter articul halben mit inen geseliklich und vertreulich undersprechen, doch dieser unserer instruction schlieslich gemäß halten. Gleicher gestalt sollen sich unser gesandten mit unserer mitbischof gesandten nit allain der toplanlag, wie hernach volgt, sunder aller dieser hieoben gesetzten articl halben vertreulich undersprechen.

Weiter so sollen unser gesandten bei kgl. Mt., sopald sy bei ir audientz erlangen, nachvolgend articl anbringen.:

Und erstlich, sofil die toplanlag betrifft, sollen uns unser gesandten bei irer kgl. Mt. underthenigklich entschuldigen, daß wir auf den abschid, so unser und anderer unserer mitverwandten fursten gesandten nächstgehaltenen reichstags zu Nurnberg [1542] von irer kgl. Mt. angeregter anlag genomen haben [RTA JR Bd. XIII, Nr. 98], nit zeitlicher bei irer kgl. Mt. umb weitere und

j *Marg. zu diesem Absatz:* Die nachfolgenden articl ausser der toplanlag mugen die herrn gesandten in ain supplication summarie stellen und der kgl. Mt. uberantworten. Und sollen darauf bescheid und schlieslich antwort von hochgedachter kgl. Mt. oder derselben hofrate oder cantzler begern.

<sup>8</sup> Wolfgang Schutzbar, Pfennigmeister im Türkenzug 1541.

<sup>9</sup> Oberster Feldhauptmann im Türkenzug 1541.

<sup>10</sup> Gesandte der Hgg. von Bayern.

sliedlicher handlung angehalten, dann ain solhes abermals die sterbenden leuf, so uns von unserer gewöndlichen residentz von Saltzburg getriben, biß anher nit zuegegeben hetten, mit underthänigem bitt, daß ir kgl. Mt. ain solhes nit in ungnaden aufnemen, sonder uns hierinnen genädigklich entschuldigt haben wolten.

Alßdann sollen unsere gesandten irer kgl. Mt. weiter furtragen: Nachdem unser, auch obgedachter anderer fursten, so in irer kgl. Mt. erblanden beguetet sein, gesandten auf nechstgehaltne reichßtag zu Nürnberg [1542] obgedachter topplanlag halben bei irer kgl. Mt. und derselben verordneten commissarien umb erlödigung solher topplanlag, daß auch wir, ir Ll. und Ft. bei den reichsabschiden und der jungsten speyrischen versicherung und enthebung [RTA JR Bd. XII, Nr. 59] gelassen und handgehabt wurden, auf das emsigst angehalten und letstlich von irer kgl. Mt. nichts anderß dann ain furslag aines kunftigen vertrags [RTA JR Bd. XIII, Nr. 98], wie hiebeiligende originalcopei mit F signirt außweist, erlangt, wölhen furslag unser gesandten dazemal allain auf hinder-sichbringen angenommen, so hetten wir solhem furslag weiter nachgedacht. Und wiewol uns, auch unserm stift, auß vilfältigen ursachen, so wir mer als auf ainem reichßtag der röm. ksl. und irer kgl. Mtt., auch gemainen des Hl. Reichs stenden furgebracht, zum höchsten beswärllich und nachtailig wäre, obgedachten reichsabschiden, versicherung und enthebungen nit strachs anzehengen und bei denselben furnemblich diser zeit, darinn wir mit so vilfältigen und in die lenge uns und unserm stift unerswinglichen außgaben beladen sein, nit handgehabt zu werden. Yedoch dieweil wir nit merer handhabung und volzug ernenter reichßabschid, verschreibung und versicherung bei irer kgl. Mt. landschaften, dan wie wir bißheer mit unserm schaden erfahren, befunden hetten, sich auch gemainer christenhait feindt, deß Turckhens, uberfall je lenger je mer beswärllicher zuetruengen. Damit auch ir kgl. Mt. sähen und befunden, daß wir in dieser grossen gemainer christenhait not zu befurderung dises christenlichen werchs der fürgenommenen gegenwär und rettung unsers hl. christenlichen glaubens und gemainen vatterlands alles das, so uns als ainem christenlichem und gaistlichem mitglied des Hl. Reichs indert muglich wäre, gern thuen und verrichten helfen wolten, damit wir auch irer kgl. Mt. als unserm genädigsten herrn und vettern gehorsame wilfarung erzaigten, so hetten sy als unser gesandten bevelh, den obgedachten furgeslagnen vertrag von unserntwegen anzenemen und darain sliedlich zu bewilligen.

Doch sollen unser gesandten, vor und ee sy von unserntwegen in solhen vertrag bewilligen, sich bei der kgl. Mt. bemuen, damit unverzogenlich all und yedlich <sup>k</sup>-pfandungen und arrest, und in sonderhait die einziehung<sup>k</sup> unsers landgerichts Zoll [= *Zell am See*]<sup>11</sup>, wirklich abgeschafft und inen derhalben

---

<sup>k-k</sup> *Unterstr.*

<sup>11</sup> *Siehe Nr. 149, Anm. 1.*

nochmals bevelh an irer kgl. Mt. landßhauptman, verweser und ambleut <sup>l-</sup>in Steyr, Kärndten und Crain gegeben werde<sup>-l</sup>. Es sollen auch darauf gedachte unser gesandten umb aufrichtung und zuestellung solhes vertrags in der kgl. cantzlei anhalten und uns zwai original, welhe sy umb billiche taxen auß gedachter cantzlei erlödigen sollen, zuebringen.

Und nachdem in obgedachter copei der kunftigen vergleichung oder vertrags meldung beschicht von verträgen und aber Freising, Regenspurg noch Passaw mit der kgl. Mt. noch derselben erblanden ainicherlai vertrag nit angenommen haben, so möchte sich zuetragen, daß sich gedachte unsere freundt villeicht beswären wurden, solhe kunftige vergleichung mit meldung aines vertrags anzenemen. Darauf sollen sich unser gesandten vernemen lassen, daß uns nit zuwider sei, daß in beruerter kunftiger vergleichung und vertrag wir und unser stift, also auch unser freundt, der von Bamberg, außdrugklich gemeldt werden, nämblich daß zwischen irer kgl. Mt. und derselben erbland und allain zwischen uns und dem von Bamberg solhe verträg aufgericht worden sein, wie uns dan gedachter von Bamberg ain solhes zuegeschriben und unser gesandten auß hieheiliger copi mit G signirt zu vernemen haben. Wo aber ain solhes durch obgedachte unsere freundt oder derselben gesandten nit geandt oder gefochten wurde, so sollen unser gesandten an aufrichtung obgedachter copei zufriden sein.

*Folgende Anliegen betr. die Besitzungen des Ebf. von Salzburg in den kgl. Erblanden sollen die Gesandten vorbringen: Aufhebung von Bann und Acht über Leibnitz und Pettau für ein Jahr; Beschwerde über das Verhalten der kgl. Amtleute in diversen Pfarren (Schottwien, Neunkirchen, Bruck an der Mur), über welche der König das Patronatsrecht beansprucht; Klage über Türkensteuer in der an Salzburg verpfändeten Herrschaft Wildeneck und in Amt und Vogtei Mondsee.*

Und was unsern gesandten hierinnen, auch in allen andern hieoben in dieser instruction gesetzten articln allenthalben begegnet, deß sollen sy uns zu irer ankunft richtige relation thuen.

51 *Bf. Erasmus von Straßburg: Vollmacht für Dr. Christoph Welsing – Zabern, 1542 am Donnerstag nach St. Niclausen (Dez. 7)*

*Straßburg AD, 15 J 16,2, unfol. (Ausf. mit Siegel); ÜS: Hernach volgt meins gnedigen fursten und hern gewalt, Dr. Cristoff uff diesen nurnbergischen reichstag gegeben.*

Wir Erasmus, von Gottes gnaden erwelter und bestetigter der stift Strasburg und Lgf. zu Elsas, thun kundt offenbare mit diesem brieff:

---

<sup>l-</sup> *Unterstr.*



*Da Bf. Erasmus verhindert ist, den für 14. Nov. 1542 geplanten und von Kg. Ferdinand auf 14. Dez. prorogierten Reichstag in Nürnberg persönlich zu besuchen, erteilt er Dr. Christoph Welsing die Vollmacht in und mit craft diß brieffs von unsern wegen bey hochgedachten ksl. und kgl. Mtt., auch Kff., Ff. und andern stenden deß Reichs oder deren commissarien und botschaften uff bemeltem reichstag zu erscheinen, in obliegenden notwendigen gescheften handeln, rathschlagen und beschliessen zu helfen, auch alles anders zu handeln, zu thun und zu lassen, das nach glegenhait der sachen die notturft erfordern und ine fur gut ansehen wurde, was wir selbs in personlicher gegenwurtigckait ratschlagen, handeln, thun und lassen möchten. Was auch bemelter unser rath also von unserntwegen ratschlagen, beschliessen, handeln, thun und lassen wurdt, das also gereden und versprechen wir bey unsern fstl. eern und wurden geneem, steet und vest zu halten, one alle geverde. [...].*

## 52 *Bf. Konrad von Würzburg*

52a *Bf. Konrad von Würzburg: Vollmacht für Martin von Ussickheim, Heinrich Truchsess und Dr. Georg Farnner zum Reichstag – o. O., 1542 am St. Lucientag (Dez. 13)*

*Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 3v–4v (Kop.).*

Wir Conradt, von Gots gnaden [...].

*Auf dem Nürnberger Reichstag 1542 wurde wegen mehrerer unerledigter Themen (Vergleich der Kreiskisten, Durchführung des Türkenzugs, Münze, Ringerung der Anschläge, Polizei, Session) die Einberufung eines weiteren Reichstags in Nürnberg für 14. Nov. 1542 beschlossen. Dieser Reichstag, auf dem die Reichsstände persönlich oder durch ihre Gesandten vertreten erscheinen sollten, wurde auf den 14. Dez. 1542 verschoben. Da der Bf. von Würzburg verhindert ist, persönlich auf dem Reichstag zu erscheinen, bevollmächtigt er seine Gesandten:*

Bekennen hie mit disem brief öffentlich und thun kunth allermeniglich, das wir demnach die wirdigen, vhesten und hochgelarten unsere räthe, liebe andechtige und getreue, Martin von Ussickhaim, thumbherrn unsers thumbstiefts und probst unsers stiefts zum Neuenmunster zu Wirtzburg, Hainrichen Truchsess von Wetzhausen, unseren hoffmaister, und Georgen Farnner, der rechten doctor, unseren cantzler, uff den ernannten reichstag abgefertigt und doselbst neben und mit anderen fursten und stenden oder derselbigen gesanten, räthen und bottschaften an unser statt in oberburten sachen, allermassen als ob wir personlich entgegen weren, zum besten handeln, radtschlagen und one ferner hintersichpringen schliessen zu helfen unsere volkhommene macht und gewaldt gegeben haben und geben inen den hiemit in craft dises briefs getreulich und onegeferlich. [...].

52b *Würzburger Instruktion für Martin von Ussickeheim, Heinrich Truchsess und Dr. Georg Farner zum Reichstag – o. O., o. D. (Würzburg, 1542 Dez. 13)*<sup>1</sup>

*Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 4v–14r (Kop.).*

Nachdem sich in dem verschinen 42. jare in rustung, fertigung, undterhaltung und gebrauchung des kriegsvolcks, so gemeine stende wider den Turcken zu roß und fues geschickt, allerlai irrung, mengel und gebrauch [= *Gebrechen*] zugetragen haben und zu besorgen, wa sich die kriegsleufte im Niderland vor dem frueling nit zu gutem friden und ruhe schicken werden, das villeicht an der zugesagten hilf (so man dis 43. jars abermals wider den Turcken thun solle) bey ethlichen widerumb gebrauch und mangel erscheinen, etliche zu schicken aus furgewanten ursachen sich gar enthalten werden mogten, ob dan nun zu erstattung solchen abgangs von der kgl. Mt. bei der bepstlichen Hlt. (wie dan hievor auch bescheen) ichts außbracht oder die weltlichen stende sunst mit irer Mt. darauf arbeiten und handeln wolten, das die geistlichen fursten und prelaten uber ire ordenliche hilf in disem falle der nott etwas mher thun solten dan die andern, als nemlich von kirchen, clainoten und irem jherlichen einkommen, ist gleichwoll bedacht, was die anderen gaistlichen churfursten, fursten und prelaten deshalb gemainiglichen annemen, bewilligen und zusagen, das unser gnediger her von Wirtzburg etc. solchs nit wenden mög, sonder thun muese wie andere.

Dieweil aber sein fstl. Gn. darfur achtet, das solchs gesinnen den anderen geistlichen eben als schwere als seinen fstl. Gn. fallen werde, ist seiner fstl. Gn. bevelhe, wa es auf die ban bracht wurde, das sich die rathe mit der anderen gaistlichen gesanten unterreden und zu abwendung solchen begerens ainer gemainen antwort verglichen, auch unter anderem daruf gegrundet hetten, das die gaistlichen allenthalben im Reich one das von den jherlichen einkommen und gefellen ir geburnus vermoge des jungsten zu Speir ufgerichten abschieds<sup>2</sup> das vergangen jare gegeben und dits 43. jars von denselben abermals geben muesten, es werde die unterhaltung des kriegsvolck gleich gestellt wie man wollte. Darumb dan unbillich, jemant zwifach zu beschweren, were auch dem abschied, zu Speier aufgericht, nit gemeß etc.

So hat die röm. ksl. Mt., als vergangen jaren die kgl. Mt. dergleichen anlag uf den geistlichen zu Rome außspracht und haben wollen, solchs (als ain ungewonlich, unfromlich ding und wider die pillichkait furgenomen) uf gemeiner stende ansuchen zu Regenspurg im vergangen 32. jare<sup>3</sup> uf dem

<sup>1</sup> *Datum aus der Vollmacht übernommen.*

<sup>2</sup> *RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 56, § 60, S. 1183f.*

<sup>3</sup> *Erklärung der Reichsstände zu den Supplikationen der Bff. von Salzburg, Bamberg, Freising, Regensburg und Passau betr. die Doppelveranlagung, Regensburg, 1532 (Juni 8), in: RTA JR Bd. X, Nr. 142, S. 703–705.*

daselbst gehalten reichstag abgethan und die gaistlichen (die sunst ir vermogen darthun und helfen müssen) solcher ubermessiger beschwerden frei gemacht und erledigt.

Zudem so ist die kgl. Mt. den gaistlichen und weltlichen churfursten dermassen verwant, das si one derselben vorwissen und zulassen kein unordenliche, hievor ungebrauchte und vor alter nit herkomene anlag oder schatzung begeren oder nemen solle. Dieweil dan, wie zu vermueten, die gaistlichen churfursten sich in dise sachen beschwerlich einlassen werden, mogen sich die anderen ertzbischove, bischove und praelaten des auch destleichter erwerben.

Wa aber die kgl. Mt. solch begern an die gaistlichen stende nit gemainlich thun, sonder ain jeden in sonderhait umb ain anlehen oder in andere wege umb hilf ersuchen und bitten lassen wurt, dargegen sollen die rethe antzaigen, wie der stieft von wegen der mercklichen beschwerden, so demselbigen in vergangen jaren zugestanden, in grossen unrathe und schulden komen und der jetzige angehend unser gnediger herr sich auß ursachen in noch mer und grosser schulde stecken müssen, wie dan sein fstl. Gn. solchs in irer entschuldigung des personlichen ankomens zum reichstag irer kgl. Mt. in schriften nach der lenge antzeigt [*Nr. 14*]. Wiewoll nun sein fstl. Gn. gneigt und begirig weren, der kgl. Mt., als irem allergnedigsten herren, hierin gern untertheniglich zu wilfaren, wie dan seiner fstl. Gn. nechster vorfar, si und ir stifte seiner kgl. Mt. neben und mit andern etwan vor anderen stenden allwegen gutwillig und untertheniglich auch gethan hetten, so were es doch diser zeit in seiner fstl. Gn. vermogen nit, solchem der kgl. Mt. begeren stattzuthun. Und beten darauf zum unterthenigsten, sein kgl. Mt. wollte unseren gnedigen herren von Wirtzburg etc. aus erzelten ursachen gnedigst entschuldigt halten und sein fstl. Gn. bei der hilf, so seinen fstl. Gn. neben und mit anderen stenden zu thun und zu laisten geburen wurt, die si auch (sover ir vermogen raicht) guttwillig zu thun gedechte, gnedigst pleiben lassen. Das wurde sein fstl. Gn. umb ir kgl. Mt. in aller unterthenigkait gehorsamlich wider verdienen.

Und ob auch den räthen in solcher handlung furgewendt wurt, wie etliche andere gaistliche fursten der kgl. Mt. hierin zu wilfaren zugesagt hetten, darumb ir kgl. Mt. sich nochmals versehen, unser gnediger herr sich auch zum besten ertzaignen wurden, sollen die rathe geschicklich dargegen furbringen, die kgl. Mt. wisse sich on zweivel noch wol zu erinnern, das si vor etlichen vergangen jaren dergleichen begeren an die gaistligkait teutscher nation auch gethon und seiner kgl. Mt. dazumal gar niemant, sonder allain seiner fstl. Gn. stifte ir etliche tausent fl. untertheniglich gereicht hette. Wa es nu diser zeit in des stifts vermögen were, wollte sein fstl. Gn. abermals gern das best thun. Dieweil aber sein fstl. Gn. solchs itzundt nit vermogte, solte ir kgl. Mt. bei den anderen gaistlichen anhalten, das ain jeder seinem vermögen nach (wie da beschehen) auch hilf thette. Wan dan sein fstl. Gn. sich und iren stifte aus dem unrath und schulden (darin si stecken) wider erschwungen, wollten si abermals gern gehorsam und unterthenig erscheinen.

Wa aber die kgl. Mt. daran nit gesetzt sein, sonder ferner anhalten wurden, sollen die rathe sagen, si wissen und können ferner kein antwort darauf geben, dan si derwegen nit abgefertigt weren. Ir kgl. Mt. mocht aber solchs bei seinen fstl. Gn. suchen, werde ir ongezweifelt geburend unverweißlich antwort gegeben. Konten die rätthe sein kgl. Mt. fuglich abtädigen [= *ausverhandeln, alles abklären*], damit sie nit uff mein gnedigen herren gewisen wurde, wer am besten.

Zum andern ist in dem jungsten zu Speir ufgerichteten abschide von einem eilenden zuzug, den die vier krais Baiern, Sachsen, Francken und Swaben<sup>4</sup> uf gemeiner stende costen und verlegung [= *Kostenübernahme*] thun sollen, ordnung gemacht [RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 42, S. 1180]. Wa nu dieselbigen kraisse berurten zuzug in dem vergangen jare (wie dan darumb ernstlich angehalten worden) gethan hetten, were inen nit ain geringer unchost und darlegung daruff gangen und doch on nott und vergebens gewest. Und musten, wie zu besorgen, die gnanten kraisse solchs ires darlegens aintweder entberen oder mit grosser muhe, greinschaft [= *Klagen*] und ufwendung noch mer chostens einbringen. Dieweil aber solcher zuzug den andern dits fränckischen und der bemelten dreier kraisse stenden ebenso ungelegen sein wurt als unserem gnedigen herren, sollen die gesanten rätthe mit ir etlichen irem gutbeduncken nach davon reden und dahin handeln, das mit irer hilf und furderung solcher zuzug hinfuro abgeschafft werde, in ansehung, das der berurten vier kraisse stende ir hilf zu roß und fues on das wie andere thun und laisten müssen oder das gemeine stende durch erlegung ainer genugsamen barschaft jeder seiner angebure nach oder in andere wege fursehung thun, damit das volck, in solchem zuzug abgefertigt, verlegt werden möge. Dan one das wurt es in der schickenden vermogen nit sein, solch kriegsvolck mit verlegung zu versehen bis die bezalung von gemainen stenden wider einbracht. So wurt sich auch niemant schicken lassen, er wisse dan zuvor gewiß bezallung und were ime die geben solle. Dieweil man dan das vergangen jare gesehen, das an schickung der ordenlichen hilf an mer dan ainem ort gebruch und mangel erschinen, ist woll zu gedencken, was man sich uff disem zuzuge verlassen mög, wa der nit bestendig gemacht wurd.

Zum dritten die frag belangendt, wie man sich halten solle, wan ksl. Mt. bei gemeinen stenden umb hilf wider den Kg. in Franckreich und andere seine widerwertige ansuchen wurt. Ist zum ersten die warheit und also bei dem Reich herkomen, das man den röm. khonigen und erwelten kaysern kain hilf gethan auch zu iren größten ehren, als zu dem romzug und holung der ksl. kronung, es sei dan zuvor zu offenen tagen durch Kff., Ff. und gemeine stende beschlossen, bewilligt und zugesagt worden. Deßgleichen ist es in den allergrößten notten und obligen des Hl. Reichs und gemainer christenheit, als mit dem turkenzug, bißher also auch gehalten worden. Zum dritten, wiewol man sagt, das die

<sup>4</sup> Es handelt sich um fünf Reichskreise, da der Sächsische Kreis in einen Obersächsischen und Niedersächsischen geteilt war.

vhede und kriegsubung, so der Frantzhoß und Hg. von Cleve wider ksl. Mt. furgenomen, irer ksl. Mt. wider ufgerichte vertrege, brief und sigel beegen, so ist doch die warheit, das es umb sachen ist, das Hl. Reich nit berurendt, darzu das Reich nit ersucht, nit geratten noch dabey gehabt. Auß den und anderen ursachen nit zu vermueten, das ksl. Mt. umb hilf bei gemeinen stenden, an berurte orte zu thun, ansuchen lassen werden, dan es solchs zu handlen und auszurichten aines sondern reichstags bedorfte. So must es (wie es dan im Reich der brauch und vor allwegen also gehalten worden ist) dennoch zuvor außgeschriben sein.

Zudem das gemeine stende uf anhaltung und begeren der ksl. und kgl. Mtt., beder unser allergnedigsten herren, die turckenhilf vil hoher dan zwifach als vor beschehen und drei jar lang, die dannach volgents in zwai jare gezogen, wie beschwerlich inen das gewest, bewilligt und zugesagt, daran si den halb thail vergangen jars gelaist und den andern theil dis hierinngehend jare auch außrichten und laisten sollen. Derwegen unserm gnedigen herren nit wol muglich, ferner und weitter hilf zu thun, sonder können beschwerlich dise hilf außrichten und laisten.

Wa aber die ksl. Mt. nit gemainlich bei den stenden des Reichs, sonder bei etlichen und jedem in sonderheit bitlich umb hilf ansuchen wurt, sollen die gesanten rathe uf oberzelte weg glimpfige, abschlegige antwort geben.

In anderen artickeln und puncten, die muntz und pollicei etc. berurendt, ist vor diser zeit nottwendig und gnugsam instruction gestellt, deren sich die rethe nochmals halten sollen.

So volgen hernach die puncten, darumb diser reichstage außgeschriben:

1. Von vergleichung der khraißkasten in dem jungsten zu Speier uffgerichten reichsabschiede: Geschicht meldung, wa ainer oder mer reichskraiß gefallene anlage oder gemeiner pfenning zu erhaltung deßelbigen kraiß verordenten khriegsvolcks wider den Turcken nit raichen wurdt, das alsdann der mangel von dem uberschus, so in der anderen khraißtruhen gefunden, erstattet werden und also ain kraißtruhe der andern zu hilfe khommen solle.

Sovill nun des frenckischen kraiß truhen oder anlage belangt, wurdt dieselbig zu volkomener unterhaltung und vergnugung ires gesanten kriegsvolcks beschwerlich raichen, sonder ist zu besorgen, das man derwegen und sonderlich zum abzug und haltung des winterlegers ainer guten somma notturtig werde.

Wa man nun in etzlichen kraißtruhen sovill uberschus finden, davon man disen und villeicht anderer khraiß mher mangel erstatten khan und will, sollen es die gesanten zulassen, bewilligen und annemen, aber khainswegs gestatten, das man uber die außrichtung der gegeben anlage anderen khraißstenden an irem mangel noch weiter zu hilfe khommen solle, wie dan solchs zu thun one zweiffel anderen auch ungelegen sein wurdet. In dem sich unsere gesanten mit den anderen dis khrais geschickten unterreden und vergleichen sollen.

Durch das wurdt fur gut bedacht, wa ainer oder mehr der frenckischen oder anderer khraiß stende sein gepurent anlage zum theil oder ghar bißher nit

erlegt und entricht hette, das er sollich noch zu thun vor allen dingen dahin gehalten wurd, damit die anderen gehorsamen seinethalben unbeschwert sein und pleiben mogen.

2. Neue anlag zu unterhaltung des khriegsvolcks wider den Turcken belangendt etc.: Sollen die rathe voriger instruction<sup>5</sup> nach darauf handeln, das sollich anlage furgenomen und einpracht werde, wie von alter herekomen und gepraucht worden, und namlich das ain jeder khraißstand sein gepurendt hilfe schicke und die unterhaltung von seinen unterthanen und verwanten einpring, und das sollich anlage, sovil muglich, lauter, verstendig und deutlich gestellt werde, damit irrungen, gezenck und unfreuntschaft mit den anstossenden nachbarn verhutet werde und unserm gnedigen herrn von Wirtzburg sein geburende contribution von den stieften, clostern und anderen geistlichen ime bistumb zu Wirtzburg, wie recht und von alter herekhomen ist, gelassen werde.

*Stift Comburg wird im Anschlag zur Türkenhilfe 1542 irrtümlich als Reichsstand<sup>6</sup> geführt und* in sonderheit auch mit ainer anzale zu roß und fues belegt worden, welchs vor zu ewigen zeiten nie mher bescheen, sonder je und allwegen ainem regirenden Bf. zu Wirtzburg wie andere seine stieft und closter [...] und sonst niemandts anderem contribuirt hat und zu hilfe komen ist und nie vor einen reichsstand gehalten noch ainigen reichsanschlag geben hat. Darumb unbillich, das er auß sollicher des stiefts Wirtzburg contribution und hilfe gezogen und, wie itzt beschehen, sonderlich belegt werden, auch unser gnediger herr sein gepurendt anlage vor sich und seine stieft und clostere und geistlichait (darunter wie oblauth Camberg allwegen gewesen ist) nichtdestominder auch bezalen und also wider die billichait zwifach gestraft und beschwerdt werden sollte. Darumb sollen die rathe in alle wege darvor sein, das sollichs hinfuro nit mer beschee, dits furnemen und neuerung mit Camberg abgestellt und die contribution gemelts stiefts Camberg unserm gnedigen herrn, wie von alter herekhomen, in sein hilfe gelassen werde.

Nota: Ob gleich Camberg in die anschlege gehoret, das doch nit ist, so were doch derselbig stieft mit der aufgelegten hilfe zu ghar ubermessig und hoch beschwerdt, konnte es auch in kainen weg laisten. Itzunt ist es ungemerckt hingangen, dieweil die anlage aus dem gemeinen frenckischen khraißkasten bezalt. Sonst hat sich des stifts Cambergs personen und unterthanen gefallene anlage nit halb so weit gestreckt als die uffgelegt hilfe lauft, dann derselbig stift in grossem abnemen und armut und weit in dem vermogen nit mher ist, darinnen er vor 30, 40 und lenger jaren gewest, dann vill darvon verkhaufft, verpfendt und itztgenannter stieft darzu in grossen schulden steckt, also das weilandt unser

<sup>5</sup> *Vollmacht und Instruktion Bf. Konrads von Würzburg für seine Gesandten auf dem RT in Nürnberg, 1542 Juli 21, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 33, S. 226–228.*

<sup>6</sup> *Es handelt sich hier um die Auffassung des Bf. von Würzburg; de facto wurde das Chorherrenstift Comburg 1521 in der Reichsmatrikel angeführt und kam 1541 unter die Hoheit des Bf. von Würzburg.*

gnediger furst und herr seliger loblicher gedechtnus [Bf. Konrad II. von Thüngen] ime die nechsten zwo contribution oder anlag anstehen lassen müssen, sein fstl. Gn. hette dann ehegenanten stieft in noch grosseren unrath furen wollen.

*Punkt 3 bis Punkt 6: Reichsanschläge, Münze, Polizeiordnung, Session. Zu diesen Punkten sind Instruktionen von früheren Reichstagen vorhanden, welche die Räte als Leitlinie nehmen mögen.*

*Hg. Heinrich von Braunschweig: Falls er sich wegen Wiedergewinnung seines Landes an die würzburgischen Gesandten um Rat und Hilfe wenden sollte, so sollen sie ihm das Bedauern des Bf. von Würzburg über den ihm von seinen Feinden zugefügten Schaden ausdrücken. Da Kursachsen und Hessen auf dem Reichstag in Nürnberg 1542 ihre Bereitschaft bekundeten, sich vor Kaiser, König und Reichsständen zu verantworten, nimmt Bf. Konrad an, dass bald ein Verhörtag festgesetzt werden wird, um die Rechtfertigung der Bundeshauptleute zu vernehmen.*

*Leben der Frhn. von Rotenhan zu Burgebrach.*

*Historische Argumentation zur Begründung der Ansprüche des Bf. von Würzburg auf Stift Comburg: Camberg, der stift im Wirtzburger bistumb, ist vor jaren ain closter gewest St. Benedikten ordens und hat in den gemeinen reichsanschlegen uf niemandt anders gesehen dan uf ein je zu zeitten regirenden Bf. zu Wirtzburg, dem es dan zu außrichtung und laistung seiner und seines stifts geburenden hilf oder anschlags allein und sonst an kain ander orte contribuirt hat [...] und hat von alter here ain jeder Bf. zu Wirtzburg dasselbig closter, auch seine leute und guetere, in schutz und schirm gehabt. Weitere Ausführungen zur Geschichte Comburgs, das niemals Sitz und Session auf Reichstagen hatte, in keinem Reichsabschied zu finden sei und keine Reichsanlagen bzw. Türkenhilfe zahlte, sondern diese Abgaben dem Stift Würzburg ablieferte<sup>7</sup>. Wol mag sein, das man si aus etlicher irer mißgunstigen, die am hof gewesen, angeben als ein sondern reichsstande etwann uf die reichstage, etwann sunst zu entrichtung der reichshilf gevordert und beschriben worden, wie dan anderen mehr des stifts Wirtzburg clostern etliche mal auch bescheen ist [...], sie seindt aber uff aines Bf. zu Wirtzburg, als ires ordinarien, ansuchen und begeren solcher vorderung alwegen erlassen und daruber, wie oblauth, nie beschwert worden. Dan je sonst pillich, sollte gemelter stift als ein sonderer reichsstandt belegt werden und demnach fur sich selbs sondere hilf gleich andern des Reichs prelaten zu laisten schuldig sein, so musten auch die abte oder probste desselbigen stifts nit allein ervordert, sonder auch allwegen fur sich selbst oder ire gesanten erscheinen sein und dasjhenig gethan haben, wie andere prelaten gethan haben und noch thun. Das aber, wie ob erzelt, nie beschehen, sich auch mit grundt nit funden wurd. Die Grafschaft Castell und die Herrschaft Weinsberg, die in den Anschlägen zu finden sind, stellen für das Stift Würzburg einen anderen Fall als Comburg dar.*

<sup>7</sup> Siehe dazu die ähnlich lautenden Supplikationen der würzburgischen Gesandten an Kg. Ferdinand, den Kurfürstenrat und den Reichsrat (Nr. 297a–b).

Aber mit dem closter oder stift Camberg hat es ain ander meynung, dan desselbigen obrigkeit, gerechtigkeit, recht, nutzung und einkomen dem closter bliben und davon dem stift Wirtzburg nichts zugewachsen. Aber nichtsdestominder hat derselb stift den Bff. zu Wirtzburg, seinen ordinarien, wie andere obbestimte clostere jederzeit an iren reichsanlagen, dergleichen in anderen iren obligen und noten, geburende contribution und hilf gethan. Anders mag mit bestendigem grunt nit dargethun noch bewisen werden. Und ob gleich die vorigen reichsfiscale Camberg in ire register geschriben, solle doch solchs den Bff. von Wirtzburg, auch dem stift Camberg an irem herbrachtem, habenden offenbaren rechten und gerechtigkeiten keineswegs schedlich oder nachtheilig sein. Dan one das mochte und konnte ein jeder fiscal oder seiner diener ainer (deren sie dan vil haben) dise und andere stifte und clostere in ire register zaihen, wie dan in disem falle auch bescheen sein mochte, es wurden aber darumb dieselben stifte und clostere sich in weittere neue hilf oder anschlag nit einlassen, weren auch das zu thun nit schuldig.

Dieweil dan der stift Camberg zu ewigen zeitten in des Reichs anlag in sonderhait nie gewest, volgt bestendiglich, das es darauß nit gezogen und deßhalb fur außgezogen nit gehalten, noch andern außgezogen gleich gerechnet werden solle oder mag, *privatio enim praesupponit habitum*. Und derhalb meines gnedigen herrn von Wirtzburgs etc. bitte, gedachten stift Camberg nit zu beschweren, sonder denselben in seiner fstl. Gn. vor alter herbrachten contribution gleich andern clostere und stiften pleiben zu lassen, in bedenckung, das sunst sein fstl. Gn. derselben stifte an iren ordenlichen jurisdiction, rechten und gerechtigkeiten merglicher grosser abbruch begegnet, inen auch die geburend contribution uf mer dan 14 stiften und clostern, die vor 30, 40, 50, 60 und lenger jaren seiner fstl. Gn. vorfarn allweg gehorsamlich geraicht und geben, ufgehalten worden und der stift Wirtzburg mitlerzeit sein alte gewonliche reichshilf gantzlich und volkomenlich laisten und außrichten müssen.

Man findt bei der cantzlei, das sich vor etwa vil jaren – bei zeitten Bf. Rudolffen<sup>8</sup> – Mainz und Wirtzburg des lägers und atzung halben zu Camberg mitainander geirret, als das noch ain closter gewest und die Wirtzburg zu- und Mainz abgesprochen. Daraus villeicht uf jhener seiten dis widerspil gevolgt, das man zu Mainz bei des Reichs cantzlei Camberg in die reichsanschleg ziehen wollen, Wirtzburg zuwider etc.

---

<sup>8</sup> *Rudolf von Scherenberg: Bf. von Würzburg 1466–1495.*



## II.D Weltliche Fürsten und Stände

53 *Mgf. Ernst von Baden-Durlach*

53a *Mgf. Ernst von Baden-Durlach: Vollmacht für Dr. Johann Marquardt zum Reichstag<sup>1</sup> – Pforzheim, 1543 März 14*

*Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 12, unfol. (Konz.); DV: Gewalt uff den reichstag gen Nurnberg 1543.*

Als die röm. kgl. Mt. anstat der röm. ksl. Mt., unsers allergnedigsten herrn, abermaln eyn gemeine richsversammlung und tag zu halten in des hl. Richs stat Nurnberg außgeschriben, und wir aber alters und leibs blodigkeit, auch ander ehaften ursachen halb uff solch außgeschriben richstag eigner person nit erscheinen können, so haben wir an unser stat abgefertigt den hochgelernten, unsern rath und lieben getreuen Johan Marquarden, der rechten doctor, und demselben unser vollkommen macht und gewaldt geben, thun auch solhs in und mit kraft dis brifs, also das er von unsern wegen und in unserm namen uff solhem jetzgemelten richstag erscheinen, mit und neben andern Kff., Ff. und gemeinen stenden des Hl. Richs, so gleicherweis wie wir auch beschrieben sein, samentlich und unzertrent alle und jede desHhl. Richs obligen und noturft uff beschene der röm. kgl. Mt. und ksl. Mt. comissarien proposition soll helfen beratschlagen und darin beschliessen. Und was also derselb unser gesandter von unsern wegen mit und neben andern Kff., Ff. und gemeinen stenden des Richs samenthaftig und unzertrent, wie ob gemelt, oder der merer teil solhs samenthaften und unzertrendten richsrat beratschlagen, schliessen, annemen und bewilligen wirdt, das soll sy [= sein] und ist unser fester will, meynung und geheiß, als ob wir dasselb selbs gegenwertiklich beratschlagt, beschlossen, angenommen und bevolhen hetten. Und wir gereden und versprechen auch by unseren fstl. eern und werden, solhs alls zu vollziehen und zu halten, on alle geverde. [...].

---

<sup>1</sup> *Mgf. Ernst von Baden erteilte Dr. Marquardt auch Vollmachten für Verhandlungen mit Kg. Ferdinand (dat. 1543 Febr. 25), mit den ksl. RT-Kommissaren (Pfgf. Friedrich, Bf. Christoph von Augsburg, dat. 1543 März 13) und mit Dr. Leonhard von Eck (1543 März 20: Fragen der Vormundschaft für die jungen Mgff. von Baden-Baden). In: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 4, Nr. 9, Nr. 20.*

53b *Mgf. Ernst von Baden-Durlach: Instruktion für Dr. Johann Marquardt zum Reichstag – o.O., o.D. (Pforzheim, 1543 März 14)*<sup>1</sup>

*Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 13, unfol. (Konz.); DV: Instruction uff Dr. Johann Marquarten, was er uff dem rychstag zu Nurnberg handeln sollen 1543. ÜS: Ernst etc. Instruction, was unser rat und lieber getreuer Johan Marquart, der rechten doctor, sich von unsern wegen uff dem jetzigen richstag zu Nurnberg halten soll.*

*Der Gesandte soll bei der Mainzer Kanzlei die beiliegende Vollmacht (Nr. 53a) vorlegen und das Fernbleiben Mgf. Ernsts vom Reichstag mit dessen Alter und Gesundheitszustand entschuldigen. Daruff unser session in des Richs rat innemen, auch derselben session halb sich mit Hessen und Pommern, wie bißher allweg beschen, zu disem mal ouch verglichen.*

Und im ersten rat, so von der thurkenhilf gehandelt wurd, von unsern wegen anzeigen, das glichwol nit on, es sy zu gehaltenem richstag zu Speir [1542] ein hilf zu widerstand des Thurcken bewilligt und damaln etlich ander notwendiger artikel, daran dem Rich nit weniger gelegen, zu erledigen beschlossen und verabschidet, alles lut und vermog desselben spirischen richsabschids.

So wurd auch uß der kgl. Mt. und der ksl. comissarien beschen furtrag und proposition [Nr. 43] clarlich verstanden und vermerkt, das wol die halb hilf des vergangen jars abgangen sy, welhen abgang wir nit anders versteen können, dan daß etlich stend ier gebuerend hilf nit erstattet haben. Sover dan alle den abschid in allen seinen puncten und artikeln voltzegen [= *vollziehen würden*], dieselb burden erstatten und leisten wurden vermog bemelts spirischen abschids, so syen wir unsers teils urbüttig und willig, die bewilligten beharrlichen hilf nach lut und vermog des spyrischen abscheids zu leysten und unserhalb daran nit mangel erschnen lassen, wie wir dann das vergangen jar gemäß demselben spyrischen abscheid solich hilf zu unser gepur völlig und on allen abgang gehorsamlich erstattet haben.

Neben disem sol unser gesandter wyter anzeigen und furbringen, das er von uns mit solchem bevelh abgevertigt sy, mit Kff., Ff. und gemeinen stenden des Hl. Reichs in samentlichem und unzertrentem rat alle und yede des Hl. Reichs obligen und notturft helfen zu beratschlagen und darin zu beschliessen und alles das ze handeln, das uns als einem gehorsamen fursten und stand des Reichs gepurt. Wir syen ouch der trostlichen hoffnung, daß der erschrockenlich zwispalt des reichsrats, so sich bisher etlich jar beswerlich sich erzeigt, durch die verglychung, zu Spyr beschehen<sup>2</sup>, uffgehoben sy. Wo aber das nit sein solt, so hab er, unser gesandter, kein bevelh, sich von unsertwegen in einich

<sup>1</sup> Datum aus der beiliegenden Vollmacht (Nr. 53a) übernommen.

<sup>2</sup> In Speyer 1542 wurde für die Beratungen über die Türkenhilfe ein großer Ausschuss aus Vertretern von alt- und neugläubigen Reichsständen gebildet, der zwischen 7. und 31. März 1542 ein gemeinsames Gutachten über die Modalitäten der aufzubringenden Türkenhilfe (Gemeiner Pfennig) erarbeitete; in: RTA JR Bd. XII, Nr. 66, S. 515–529.

gesonderte handlung ynzulassen, dann wir als ein stand und glid des Reichs zu wyterer trennung im Hl. Reich nit ursach geben wollen, wissen ouch solichs unsers teils mit gutem gewissen nit zu thund, in bedencken, wie wir ouch achten, allen stenden hochlichen zu erwegen sein will, waß unwiderbringlichen, erschreckenlichen nachteils und unrats, zerstörung und entlich verderben und abfall dem Hl. Reich daruß erwachsen und erfolgen mag, was es ouch gegen Gott und der welt fur ein ansehen habe, das glider und stend eins Reichs, die eins haupts und herrn namen furen, dermassen sollen in zwispalt und trennung gegeneinander steen. Deshalb er, unser gesandter, bevelh hab, daby nit zu seind, sonder, wo abermals dermalß mit getrenntem rat gehandelt wolt werden, abzutretten, dann unser gelegenheit, will, gemut und meynung nit sy, uns einichem teil wider den andern anhengig zu machen noch einichen teil uff uns zu laden, ouch uns, wie gemelt, in kein gesonderte handlung oder trennung ynzulassen. So aber die ksl. Mt. oder an irer ksl. Mt. statt die kgl. Mt. und die ksl. comissarien so vil schaffen und verfugen, daß der reichsrat ergentzt [= *vollständig zusammentrete*] und gehalten werd, wie von alter her, so syen wir urbuttig und willens, alles dasjhen, das mit dem merern teil durchuß beschlossen und bewilligt werd, unsersteils nit zu weigern, sonder gehorsamlich zu erstatten. Im val aber, daß solche ergentzung des reichsrat nit erhalten mocht werden, das wir doch nit hoffen, so gedencken wir uns in einich handlung nit ynzulassen. Wollen uns aber destminder nit erbotten haben, weiß wir der ksl. Mt. als ein furst und stand des Reichs schuldig und pflichtig, wie wir bißher als ein gehorsamer furst alle zeit gethan, willig und gehorsamlich zu erstatten.

Dise meynung sol unser gesandter in erstem rat, darinn er von unsertwegen syen wurd, der lengd nach anzeigen und wol extendiren und damit ouch, wo die protestierenden stend nit im rat sein werden, abtretten und sich unsernthalb in kein handlung ynzulassen, aber nichtzdesterminder, so oft man rat halt und im angesagt, im rat erschynen. Und im val, so der rat gantz byeinander sein wurd, darinn blyben und helfen handeln lut diser seiner instruction und sunst was sich gepuret. Wann aber der rat getrennt wurd, sol er mit kurtzer erhaltung obgemelter red wider abtretten und sich also fur und fur halten<sup>3</sup>.

Wurd aber im ersten rat von der turckenhilf nit gehandelt, so sol er derselben anzeig deßmals geswygen und damit verziehen, biß davon gehandelt wurd. Wo ouch der rat samentlich byeinander wurd syn, darinn blyben; sobald sich aber die trennung zutragen werdt, sol er handeln wie obsteet. Sunst sol unser gesandter in des Reichs rat sich, sovil moglich sein wurd, allemal mit Wirtemberg und Hessen oder der einem in seinem rat verglychen.

Als vil aber belangt der ksl. Mt. sondere proposition, darinn ir Mt. hilf wider den Kg. von Franckenreich begert sol haben [*Nr. 197*]: So dieselb handlung in

---

<sup>3</sup> *Diese Instruktion für Dr. Marquardt ergänzte Mgf. Ernst durch eine ähnlich lautende Weisung, Pforzheim, 1543 März 13, in: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 10, unfol. (Konz.)*

gesondertem rat tractiert wolt werden, hat unser gesandter sich zu halten wie oblut. Wiewol aber die in gemeinem und vollem rat furgenomen, so sol er von unsern wegen, so es an ine komen wurd, anzeigen, das wir in dem und anderm als ein gehorsamer furst ksl. Mt. zu underteniger willfarung sonders willig und geneigt seind, sonderlich dwyl wir vernemen, daß der Kg. von Franckenreich des Turcken anhenger sein solt. Wir bedachten aber, solt das Hl. Reich in einem jar und uff einmal mit solhen zweyen mercklichen und treffenlichen kriegshilfen<sup>4</sup> beladen werden, das solichs demselben Reich untreglich sein und der gemein mann, mit dem solich hilf beschehen muss, dardurch zu unwillen erregt mocht werden. Deshalb so wer diß unser undertenig gutbeduncken:

Dwyl doch glych sovil wer, den Turcken oder seine anhenger zu bekriegen, daß uff dißmal die ortflecken und päß in Hungern gegen dem Turcken besetzt und bevestigt, dermaß daß er die so lychtlich nit erobern mocht; darzu dann dasjhenig, so an der bewilligten hilf zu Spyr diß jar ussern ist bliben, verwendet mocht werden. Und daß ksl. Mt. deß Reichs hilf, so noch diß jars zu leysten ist, wider den Kg. von Franckenreich als des Turcken anhenger gebruchte: Wo dann der Turck in Hungern mit gantzer macht anziehen wurde, also das es wyter widerstands vonnoten und man des warhafte, gewisse kuntschaft hett, so mocht allmal des Hl. Reichs hilf, so wider den Kg. von Francken gebrucht, gegen dem Turcken gewendt werden und solchs also dem Reich an leuten und gelt treglich sein. Wo aber diß[e] unser meynung nit fur gut angesehen, was dann deshalb von den stenden des Reichs in gemeinem, vollem und unzertrentem rat fur gut bedacht, mit dem merern beschlossen und bewilligt werdt, daran wollen wir unsersteils, sovil das moglicheit zugibt, ouch nichts erwinden lassen.

Ferner ob der visitation halb des camergerichts werd handlung furgenomen und wir widerumb fur ein ksl. comissarien zu derselben visitation angezogen oder gemeldet<sup>5</sup>, so sol unser gesandter dargegen anzeigen, das wir glychwol ksl. Mt. zu undertenigem gevallen uff irer Mt. gnedigs begern solich commiß angenommen, wiewol wir uns darzu nit geschickt noch taugenlich achten, so weren wir doch noch urbuttig und willig, an unserm flyß, muehe und arbeit nichts erwinden zu lassen. Nachdem wir aber vermerckten, das an solicher visitation zuschen [= zwischen] den stenden ouch unglycher verstand, uff waß form und maß dieselb beschehen solt, so wer uns beschwerlich und nit gelegen, uns hieryn zu lassen, dann wie obgemelt gedächten wir kein parthy uff uns zu laden noch uns einichen wider die andern anzuhencken. Deshalb wir uns yetzgemelter commission uß yetzerzelten ursachen entladen wollen haben, biß so lang zuschen den stenden ein gemeine verglychung beschicht, wie und welcher gestalt, ouch mit was ordnung und maß solich visitation beschehen sol.

<sup>4</sup> Nämlich die Türkenhilfe und die Hilfe für den Kaiser im Krieg gegen Frankreich.

<sup>5</sup> *Mgf. Ernst von Baden gehörte neben Kf. Joachim von Brandenburg, Bf. Philipp von Speyer, und dem Deutschmeister Walther von Cronberg zu den vom Kaiser designierten Kommissaren für die Visitation des RKG, die von Karl V. am 7. Mai 1542 suspendiert wurde.*

Alßdann, wo wir des ye nit erlassen mochten werden, wollen wir uns, ksl. Mt. zu undertenigem gefallen und gehorsame, der arbeit und muehe mit und neben andern gern underziehen und an unser moglicheit nichts erwinden lassen.

54 *Mgf. Georg von Brandenburg-Ansbach*

54a *Mgf. Georg von Brandenburg an Endres von Hausen: Kredenz für Rechenberg und Hausen bei Kg. Ferdinand – Cadolzburg, 1543 freitags nach Marcelli (Jan. 19)*

*Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 36rv (Konz.).*

Dieweil die röm. kgl. Mt., unser allergnedigister herr, zu Nurnberg ankommen und zu vermuten ist, ir Mt. werde numer in kurtz zur reichshandlung greyffen: Wiewol wir nun unsern ambtmann zu Guntzenhausen, rathe und lieben getreuen Balthasarn von Rechenberg alßbald gern zu dir hinein verordent, neben dir die reichssachen anzehorn, so ist doch, wie du waist, der tag zu Vorchheim, in sachen uns und den hochgebornen fursten, unsern freundlichen, lieben vetern und gevattern Mgf. Albrechten belangend, vor der hand, dartzu wir seiner person nit entpern mogen. Darumb und damit unsern halben kein mangel erschein, so schicken wir dir bei gegenwertigem unserm cantzleiknaben, dem Eucharius, ain credentz uff dich und Balthasarn von Rechenberg<sup>1</sup> an röm. kgl. Mt. gestellt, wie du sehen wurdest. Dieselben wellest irer Mt. antworten und dich von unsern wegen antzeigen. Und was also im reichsrath furgebracht wurdet, das laß den knaben abschreiben und schickh es uns yederzeit furderlich zue. Sobald dann Baltahasar von Rechenberg zu Vorchheim fertig wurdet, so wollen wir ine zu dir hieinschicken und dir haimbgestellt haben, alßdann lenger bei der handlung ze bleiben oder nit etc. [...].

54b *Mgf. Georg von Brandenburg: Kredenz und Vollmacht für Balthasar von Rechenberg zum Reichstag – Cadolzburg, 1543 am Sonntag Letare (März 4)*

*Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 151r (Konz.), AV: Gewaltbrief uff den jetzigen reichstag zu Nurmberg uff Balthasarn von Rechenperg.*

<sup>1</sup> *Zu Anfang des RT berichteten weder Balthasar von Rechenberg noch Endres von Hausen an Mgf. Georg von Brandenburg über die Geschehnisse in Nürnberg, sondern Dr. Augustin Megersheimer; von Endres von Hausen sind keine Berichte überliefert. Rechenberg scheint erst Ende Februar in Nürnberg angekommen zu sein und meldete an seinen Auftraggeber, dass in der Mainzer Kanzlei noch keine auf ihn ausgestellte Vollmacht vorliege und er um Zusendung einer solchen ersuche. In: Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 150r. Am 3. März 1543 verfasste Rechenberg seinen ersten Bericht über den RT an Mgf. Georg.*

Von Gottes gnaden wir Georg, Mgf. zu Brandenburg etc., bekennen und thuen kunth offentlich mit disem brief, das wir unsern amptman zu Guntzenhausen, rath und lieben getreuen Baltahasarn von Rechenberg abgefertigt und demselben bevelh geben haben, den ietzigen reichstag zu Nurnberg von unsern wegen zu ersuchen und daselbst zu handeln, wie sich geburt, und wir ime des abfertigung gethan haben. Damit ime nun, als ob wir aigner person entgegen, des vollkommener glauben und statt gegeben werde, haben wir ime diese unser offne urkunth gleich als credentz und gewaltsbrief zu aller gepur undter unserm zurück aufgetruckten secret zugestellt. [...].

55 *Hg. Ernst von Braunschweig-Lüneburg*

55a *Braunschweigisch-lüneburgischer Rat<sup>1</sup>: Instruktion für Dr. Nikolaus Holstein zum Reichstag und zu Verhandlungen mit den Schmalkaldenern – actum Celle, 1542 Sonnabend post Lucie (Dez. 16)*

*Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 65r–83v (Reinkonz.); ÜS fol. 65r: Instruktion, weiß sich Dr. Nicolaus Holstein uff dem itz furstehenden reichstage gehalten solle.*

Erstlich weil zu vermuten, das diser reichstag furnemlich darumb, das von weiter beharlichen hilfe wider den Turcken solle gehandelt werden, angesatzt sey, so soll Dr. Holstein die sachen furnemlich uff nachfolgende wege furdern und handeln helfen:

Das bey den christlichen potentaten die entstanden kriege abgewendet und fride bei denselbigen gewirckt, auch in teutscher nacion ein bestendiger fride uffgerichtet und versichert werde, dann so das nicht geschicht, kann das groß christlich werck wider den Turcken nicht fruchtparlich furgenommen, vil weniger ausgefurt werden, dann das kriegsvolck lieber denselbigen kriegem zu- und nachzeucht, dann das es sich in Hungern, darinne sie bisher mercklichen schaden erlitten haben, geprauchten lassen. Zudem der teutschen nacion beschwerlich und villeicht unmöglich, one der andern christlichen potentaten hilf den grossen kosten, so uff ein solch groß kriegsvolck, als in Hungern vonnoten, gehet, zu tragen.

So dan eine hilf solle gescheen, so soll sie Dr. Holstein nicht anders bewilligen dann uff den gemeinen pfenning, das ein ider, waß standes der sei, nach seinem vermogen dartzu gebe, in aller maß wie der speirische reichsabschied außweiset. Dann allein, so die anlage geringert mochte werden, alß do von 100 fl. ein halber fl. angelegt ist worden, das es nhun ein ort<sup>2</sup> were. So es aber in gemein

<sup>1</sup> *Die Instruktion ist nicht im Namen von Hg. Ernst abgefasst, sondern stammt aus dem engeren Kreis seiner Räte. Sie könnte vom einflussreichen Kanzler Lic. Balthasar Klammer abgefasst worden sein.*

<sup>2</sup> *Das Viertel einer Münze, in diesem Fall das Viertel eines Guldens.*

uff dieselbige speirische anlage gewilligt wirdet, dergleichen ob ein bessere ordnung, den gemeinen pfennig einzufordern, bedacht wurde, das mag Dr. Holstein auch bewilligen.

Wann aber wolte ein hilf uff die reichstende gelegt werden, also das die stende des Reichs ire antzal kriegsvolck selbs oder von irer underthan anlage underhalten oder vorlegen solten, dasselbig soll Dr. Holstein keinswegs bewilligen und furwenden, das dise furstehende not eine gemeine sache sei aller menschen, dann ein ider man, waß stands er ist, die gefhar zu besorgen und des schutzes und errettunge zu geniessen habe; derwegen lege auch ein ider man pillich zu solcher christlichen nothsachen. So sei es auch meinem gnedigen fursten und hern, wie villedicht vil mehr stenden, unmuglich zu thun, dann sein fstl. Gn. sei hoch uber ir vermogen angeschlagen, wie sein fstl. Gn. uff vilgehalten reichstegen geclagt habe. So seien vil stende und grosse mechtige stette im Reich, die zu solchen hilfen, so uff die reichsstende gelegt, nicht geben, so sie doch in gleicher nott und errettung wie die reichsstende sein, und nicht geringes vermogen bey inen ist.

Und so ein hilf gewilligt wurde, so soll gepetten werden, keine sonderliche commission oder handlung mit denselbigen furtzunehmen, sonder es bey dem gemeinem reichsabschiede pleiben zu lassen, dan die nechste [= letzte] kgl. commission in dieser anlage grosse hinderunge bey den sehe- und ansehstetten eingefurt<sup>3</sup>. Derhalben zu bitten, dieselbig zu revociren, aus ursachen, wie in dem schreiben, an die Kff., Ff. und stende des Reichs gethan [Nr. 105], zu vernehmen ist.

Wan aber von der hilf, als zu Speir gewilliget, geredet wirdet, so soll Dr. Holstein antzeigen, das mein gnediger furst und herr habe alles das gethan, das seiner fstl. Gn. der speirisch reichsabschied ufferlegt und ire rethe bewilligt haben. Dann sein fstl. Gn. hat ir kriegsvolck zu roß und fueß und ein stuck buchsen mit zubehoriger municion geschickt. So hat sie auch sampt iren underthanen den gemeinen pfennig gegeben, den kreisobereinemern uberantworten lassen und damit gepauet inhalt des speirischen abschiedes.

So nun von Hg. Otten und Hg. Franntzen<sup>4</sup> und derselbigen underthanen anlage und das dieselbige nicht weren eingeprecht worden und das mein gnediger furst und herr sollte schuldig sein, sie darinne zu verdretten, rede furfallen wurden, so soll darjegen furgewendet werden, das mein gnediger furst und herr habe den beiden gebrudern den speirischen reichsabschiede zugeschickt und sie gepetten, sich zu gehorsam desselbigen zu halten etc. Das

<sup>3</sup> Die Hansestädte unter Führung Lübecks verweigerten die Einbringung des Gemeinen Pfennigs mit Hinweis auf ihre Sonderstellung, die sie durch ein Schreiben Kg. Ferdinands (= kgl. commission) und eine Bestimmung des Speyerer RAb von 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 57, S. 1183f.) bestätigt sahen. Siehe dazu: A. NEUKIRCH, *Der Niedersächsische Kreis*, S. 154–159.

<sup>4</sup> Hg. Otto erhielt 1527 das Fürstentum Harburg, Hg. Franz 1539 Gifhorn.

sie nhun solchs nicht gethan, dor konde mein gnediger furst und herr nicht zu [= *er hatte keinen Zugriff*], dann sein fstl. Gn. kein gepott oder obrigkeit uber sie habe.

Das aber mein gnediger furst und herr sollte schuldig sein, sie der gemeinen anlage – als uff allen menschen, waß standes oder wesens die sein, gelegt – zu verdretten, das sei sein fstl. Gn. nicht schuldig, dann iderman zu solcher gemeinen notsachen nach seinem vermogen geben solle, ungehindert aller vertrege, privilegien, herkomen, uff den reichsabschide gezogen. So gebe es auch der gemein verstandt, dan niemandt kan den andern verdretten, dieweil ein ider sich selbs nach seinem vermogen schätzen muß. Und ist von diser gemeinen anlage zu der zeit, als die brudere abgetheilt sein worden und mein gnediger furst und herr des Reichs hilf uff sich genohmen hat, nicht gedacht worden. Es hat aber sein fstl. Gn. gethan, was ir alß einem stande des Reichs gepuret hat, nemlich das kriegsvolck von wegen des furstenthumbs geschickt, aber die underhaltung desselbigen soll von gemeinem pfennig, dartzu alle menschen nach irem vermogen zu geben schuldig, gescheen. Derhalben ist mein gnediger furst und herr nicht schuldig, die bruder in diser gemeinen anlage zu verdreten.

So von dem andern gemeinen pfennig, als zu Normberg [1542] nechst bewilligt, gesagt wurde, soll angezeigt werden, das mein gnediger furst und her, wie auch vil andere, denselbigen nicht bewilligt habe. Zudem so sey in disem nidersechssischen kreise der erste bewilligte gemein pfennig noch nicht ingepracht gewesen. Das nhun mein gnediger furst und herr und die seinen zweimal solten schatzung geben, ehe und zuvor seine nachparn einmahl geben, das were beschwerlich. So wolle man sich auch versehen, das die erste speirische anlage sovil ertragen habe, das man das kriegsvolck darvon wol hab erhalten mogen. Das auch ungezweivelt noch ein dapfer [*kriegsvolck*] ubrig, das man uff künftigen sommer zu hilf haben moge.

Es soll Dr. Holstein mit allem fleiß furdern, das die artickel, als uff vilgehalten reichstag verschoben sein worden und darane dem Reich hoch und vil gelegen ist, furgenohmen, beratschlagt und darinne gute ordnung uffgerichtet werden, als nemlich das die anschlege des Reichs gemilert, item das eine einhellige muntz und waß der goltgulden gelten solle, im Reich verordnet, die hiebevur uffgerichte constitucion und ordnung von wucherlichen handlungen mit hohen penen erneuert, gehandthabt und sunst gute pollicey im Reich uffgerichtet werde.

Und erstlich sovil die ringerung der anschlege belanget, so dieselbig furgenohmen wurdet, soll er denjenigen, so dartzu verordnet werden oder in gemein wie andere stende solchs thun werden, die supplicacion, mit A getzeichnet [*fehlt*], ubergeben und vleissigen, das meins gnedigen fürsten und herrn anschlege in allen reichshilfen und anlagen uff das hochste geringert und gemilert werden. So auch verklerung oder weitter bericht solcher supplicacion von ime erfordert wurde, soll er denselbigen auch geben.



Zum andern soll er nach gehaltener ringerung oder, so dieselbig nicht vor sich gehen wurde, sunst in gemeinem rhadt die protestacion, von wegen das die statt Braunschwig meins gnedigen vettern in des Reichs anschlegen zugetzeichnet ist worden, ubergeben und in die mentzische als des Reichs cantzlei auch eine uberanthworten und registriren lassen, und soll in alle rethe der churfursten und fursten, auch der stette, eine protestacion und unser zwen sampt des rhads zu Braunschwig offentliche ausschreiben uberanthworten.

*Münzwesen: Laufender Wertverfall der Münzen durch Verringerung ihres Gewichts und Verschlechterung ihres Feingehalts; Notwendigkeit einer Münzordnung zur Vereinheitlichung der Münzen im Reich, verbunden mit der Errichtung strenger Regeln und Strafen.*

*Die Bestimmungen gegen Wucher sollen erneuert und verschärft werden, da sie bisher nur mangelhaft befolgt wurden.*

Ferner uff die artickel, als von den einigungsverwanten stenden gehn Normberg zu beradschlagen uffgeschoben sein worden, soll sich Dr. Holstein nachfolgenden befelchs gehalten:

*An allen Beratungen betr. das Reichskammergericht und dessen Rekusation soll Dr. Holstein teilnehmen.*

*Kostenabrechnung des braunschweigischen Feldzuges mit Kursachsen und Hessen: Der Gesandte soll sich mit den anderen Bundesständen beraten und gemäß der Bundesverfassung vorgehen.* Und wiewol sie beide [Kursachsen und Hessen] guter meynung sich zum zuge begeben, so ist es aber der verfassung nicht gemeiß und den stenden hoch beschwerlich, dan alles, waß uff die regiment und hohe ampter gehet, duppelt gewesen und also ein grosser uncost verursacht, der one noth gewesen. Derhalben zu bitten, so sich dergleichen furder zutragen wurde, welchs Gott gnediglich abwenden wolle, das es anderer gestalt und durch ir einen bestellt wurde. *Die Schulden, welche die Bundesstände bei Kursachsen und Hessen hätten, und weitere Kosten sollen durch Steuereinhebung im eroberten Land Braunschweig abgedeckt werden. Die Erlegung des dritten Doppelmonats der Bundesanlage soll bewilligt werden.*

*Hg. von Württemberg: Als Mitglied des Schmalkaldischen Bundes stimmte er der Hilfeleistung für Braunschweig und Goslar zu und müsse nun auch zu den Kosten des Feldzugs beisteuern, obwohl der größte Feind des Bundes, Hg. Heinrich von Braunschweig, sein Schwager sei. Hg. Ulrich solle sich nicht über die Bundesanlagen beklagen.* Und damit er dester ehr dartzu bewogen werden, mochte ime uff sein ansuchung, zu Braunschwig [1542 Sept.] gethan, Hg. Heinrichs kinder halber handlung gestattet werden, dan er – auch der religion halber und das er diser stende verwanter – dinstlicher dartzu were dan Bayern.

*Innere Angelegenheiten des Fürstentums, Erbteilungen.*

*Verwaltung des eroberten Herzogtums Braunschweig: Die Festungen seien zu schleifen und über die Bestellung der Ämter solle beraten werden. Das Herzogtum könne den Kindern Hg. Heinrichs von Braunschweig mit Recht und gutem Gewissen nicht auf längere Zeit vorenthalten werden. Außerdem würden die hohen*

*Kosten der Verwaltung gegen die weitere Einbehaltung des Territoriums durch die Schmalkaldener sprechen, die lediglich einen Defensivkrieg zum Schutz der Städte Braunschweig und Goslar geführt hätten.* Dann sollte man das gantze landt behalten und also nicht allein Braunschwig und Goßlar bei iren gutern und gerechtigkeiten handthaben, sonder auch Hg. Heinrichs kinder ires gantzen fursthumbts berauben, so were es mehr offensio quam defensio, und ist in Gottes wort und rechten versehen, das der shon nicht solle tragen des vatters mißhandlung<sup>5</sup>, dan in dem fall deme diser keiner ist. *Deshalb sollte das eroberte Territorium den Kindern unter folgenden Bedingungen zurückgegeben werden: Keine Rückkehr Hg. Heinrichs, Wiederherstellung der Rechte der Städte Goslar und Braunschweig, Erstattung der Kriegskosten, Beibehaltung der evangelischen Religion bzw. freie Glaubensentscheidung, Einhaltung der mit den anderen Ff. von Braunschweig-Lüneburg geschlossenen Verträge.*

*Gesandtschaft der Schmalkaldener zum Kaiser wird befürwortet, damit sie sich für den braunschweigischen Feldzug verantworten und über die Missetaten Hg. Heinrichs aufklären können.*

*Instruktion betr. interne Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes.*

Es ist mit fleiß umb einen bestendigen, versicherten fride und gleichmessigs recht antzuhalten und, so von visitation und reformation des chamengerichts gehandelt wurde, das alle personen von richtern und beisitzern beurlaubet werden, dan die visitacion wil den gefasten haß und veindschaft wider diese stende nicht ausfegen. Aber die andern mengel, darumb hiebevorn und nachst zu Speir geredet, die mogen reformirt und das gericht von neuem besetzt werden.

*Schmalkaldische Bundesanlagen.*

Hg. Georgen von Braunschwig<sup>6</sup> mag geanthwort werden, so er einichen theil oder gerechtigkeit an dem eroberten land Braunschwig, darinne Wulffenbüttel gelegen, behalten, ehr hette es ungezweiffelt in disen langen vilen jaren, als sein bruder Hg. Heinrich im regiment gewesen, von ime wollen erfordern. So er aber hirin einiche gerechtigkeit beweisen wurde, soll sich Dr. Holstein in ratschlegen darauf nach gelegenheit vernehmen lassen.

Was nun weiter furfallen wurdet, soll sich Dr. Holstein darin, was seins besten verstands zu der ehr Gots, zu gemeinem nutz, friden und wolfart gereichen moge, gehalten. [...].

<sup>5</sup> *Angelehnt an eine Stelle bei Ezechiel (AT): Ez. 18, 20.*

<sup>6</sup> *Siehe die Vollmacht und Instruktion Hg. Georgs von Braunschweig-Wolfenbüttel für Dr. Ludwig Falkenberg zu einer Werbung bei den Schmalkaldenern (Nr. 56) und die Antwort der Schmalkaldener auf die Werbung Falkenbergs (Nr. 252).*

55b *Braunschweigisch-lüneburgischer Rat: Zusatzinstruktion für Dr. Nikolaus Holstein in Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes – Celle, 1542 am tag Joannis evangelistae (Dez. 27)*

*Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 263r–265v (Ausf.).*

Uff euer hinder euch gelassen verzeichnus etlicher artikel, daruff ihr weitem befehl begert, wollen wir euch nicht verhalten:

*Zerstörung des Klosters Riddagshausen und Einführung der Reformation wird durch Hg. Ernst gebilligt, vorbehaltlich seiner Rechte am Kloster.*

Den Hg. von Gulich betreffende: So die gemeinen verwanten stende oder sunst eine statliche antzal von churfursten und fursten eine vorbit vor ihnen thun wurden, das der krieg abgestelt und seine sache vor die stende des Reichs oder sunst zu recht gestattet moege werden, so moget ihr von unsertwegen solch vorbitt auch helfen thun, aber ihr solt euch in keine hilf, ime zu leisten, einlassen, sonder, das ihr deshalb keinen befehl habt, entschuldigen.

Goßlar halben habt ihr in euer instruction befehl, innen nichts weiters, dan zu Braunswig [1542 Sept.] geschehen, zu bewilligen. Des gehalten euch.

Der unerledigte artikel halben im speirischen reichsabschide hapt ihr auch bereit bevelich [Nr. 55a] und wollet dieselbige artikel mit vleiß furdern.

*Die Schmalkaldischen Bundesanlagen müssen von allen Bundesständen erlegt werden, sonst entstehen Nachteile für die gehorsamen Stände.*

Von austreglichen rechten [= *Schlichtungsverfahren*] under den vorwanten standen wollen wir uns vorsehen, es werde in gemein im Reich ein unparteiisch, gleichmessig gericht verordnet. Wo aber das in kurtz nicht geschehen wurde und dan von austreglichen rechten, under diesen stenden uffzurichten, geredet wolte werden, so mag solichs uff ein form und weiter bedencken gestalt werden, als so ein furst den andern besprechen [= *rechilich vorladen*] wolte, das der beclagte solte zwein vorwanten fursten erwelen, vor denselbigen die sache ausgefürt solte werden, dergleichen, so ein stat die andere besprechen wollte. So aber ein stat und ein furst partheien weren, das dan ein furst und ein stat, die der beclagte erwellet, richter weren.

Wir achten es aber noch nicht zeitlich sein, solche voffassung in gemein zu machen, dan soll das Reich bestehen, so mus ein unparteiisch gericht verordnet werden. Das man sich auch von diesen stenden solte erpieten, den andern zu recht zu stehen und wir haben hinwider kein recht jegen sie, das ist nicht zu thun. Sie nemen es auch wol allezeit also ahn und wurde ein hinderung sein, das kein gemein unparteiisch gericht verordnet wurde, wan der widerteil recht ahn uns, wir aber hinwider an ihnen nicht bekommen konthen. [...].

Das die sechssischen sehe- und ansehestette sich nicht wollen in die turckensteuer mit einlassen, das ist eine sache, die nicht vor die verwanten, sonder

des gantzen Reichs stende gehorig ist<sup>1</sup>. Wir achten es aber darfur, wan die kgl. commission<sup>2</sup> revocirt und hinfurdert nachpleiben wirdet, sie werden wol dasjenige, was uff dem reichstag beschlossen und gewilligt wirdet, leisten und volnpringen, dan sie die gedrautten peen und achte nicht leiden konden. Und ist bisher nichts dan die kgl. comission im wege gestanden.

Solchs haben wir euch nicht wollen unangezeigt lassen und sein der zuvorsicht, ihr wirdet euch in dem allen und andern, was furfallet, vleissig und der gepur zu richten wissen. [...].

56 *Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel, Dompropst von Köln und Bremen*

56a *Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel: Kredenz für Dr. Ludwig Falkenberg bei den Gesandten der Schmalkaldischen Bundesstände – Köln, 1543 Febr. 16*

*Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 277r–278r (Kop.).*

*Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel, Bruder des vertriebenen Hg. Heinrichs d.J., ersucht alle Gesandten des Schmalkaldischen Bundes, dass sie seinem zum Reichstag abgefertigten Rat Dr. Ludwig Falkenberg wie ihm selbst Glauben geben.*

Demnach wir dan auch alles das, so bemelter unser gesanther Dr. Falckenberg deshalb bei hoch- und wolgedachter gemeiner verstendnuß oder iren gesanthen rethen und befelchhabern von unserntwegen, auch laut bemelter unser instruction [*Nr. 56b*] und memorials [*Nr. 56c*] vortregt, werbet, handelt und beschleust, stet, vest und unverbruchlich zu halten und zu ratificiren bei unsern fstl. ehren und treuen hiemit gereden und geloben, zusagen und versprechen.

Des zu urkund haben wir diesem credentz- und befelchsbrieff mit unserm angebornen ingesiegel bekreftigt und auch mit unser eigener hand selbs underschrieben und geben [...].

56b *Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel: Instruktion für Dr. Ludwig Falkenberg zu einer Werbung bei den Schmalkaldischen Bundesständen – o.O., o.D. (Köln, 1543 Febr. 16)<sup>1</sup>*

*Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 278v–280v (Kop.); ÜS fol. 278v: Instruction und bericht, was an die durchleuchtigen, hochgebornen chur- und*

<sup>1</sup> *Es ist anzunehmen, dass die Instruktion zeitgleich mit der Kredenz (Nr. 56a) verfasst wurde.*

<sup>1</sup> *Siehe das Schreiben der niedersächsischen Kreisfürsten an die Reichsstände wegen der Nichtbezahlung der Türkenhilfe durch die Hansestädte (Nr. 105).*

<sup>2</sup> *Siehe Nr. 55a, Anm. 3.*

fursten Sachssen und Hessen etc., unsere liebe oheime und vettern, sampt irer Ll. miteinungsverwanten itzo uffm reichstage zu Nurmberg, wir Georg, von Gots gnaden Hg. zu Braunschweig und Lunenburg etc., dem hochgelarten, unserm rath und lieben getreuen, H. Ludwigen Falckenberg Dr., zu werben bevholen haben.

*Ehrerbietung.*

*Da die Schmalkaldischen Bundesverwandten vor kurzem Wolfenbüttel eroberten, stellt Hg. Georg klar, dass ihm als ehelichem Sohn Hg. Heinrichs d.Ä. von Braunschweig und seiner Gattin, Hgn. Katharina von Pommern, als Miterbe ein Anspruch auf sein Erbteil im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel zukommt. So mügen und wollen wir sodann unsern geburenden erbtheil, welcher uns von der natur und rechts wegen anerwachsen, gefallen ist und zustehet, ungefordert nicht lassen, uns auch zu iren Ll. trostlich versehen, sie werden uns – in ansehung der pilligkeit und obgemelter ursachen – an unsern vater- und bruderlichen erbtheilen, soviel uns des geburt, keine verkurtzung, entwendung oder einichen verhinderung zuwenden, sondern als diejenigen, so bemelts unsers vaterlands itziger zeit mechtig sein, uns one imants widerrede zu unserm geburenden erbtheil mit sicherheit zu komen freuntlich helfen und verschaffen, das wir dasselbig selbs administrirn und wirklich besitzen mügen, wie wir dann auch hiemit zum hochsten und vleissigen thun bitten, sonderlichen dieweil ire Ll. vor eroberung obbemelts furstentumbs Braunschweig in einem ofnen ausgegangen truck sich pillicher weiß haben vernhemen lassen, gar nicht gemeint zu sein einichem menschen, der sich unserm bruder Hg. Heinrichen nicht anhengig machte, in icht viel oder weinig [!] verletzung zuzufugen, und wir dan iren Ll. oder derselben miteinungsverwanten nie zu keiner zeit ursach zu ungutem gegeben haben, das wir desselbigen ihres ausschreibens neben und vor andern auch pillig geniessen mügen.*

Wir verhoffen auch, ire Ll. und andere stende werden unser gemuet und meinung, welchs mit der warheit allewegen ubereinstimmen soll, hiraus desto klerlicher befinden und vernhemen, das wir [uns] in dieser hochnottigen sachen bisher zu nirgents anders dan zu Gott dem Almechtigen, dem rechten und iren Ll. und Gg. gewant haben.

Derhalben wir dan auch hiemit freuntlich bitten, so es sich uber kurtz oder lang zutrüge, das zwischen den einungsverwanten und unserm bruder, Hg. Heinrichen, durch imants einiche gutliche handlung, das furstentumb Braunschweig belangend, vorgenhomen werde, das alsdan ire Ll. und Gg. zu keiner handlung sonder [= ohne] unser vorwissen und uns mit dartzu ruffen schreiten wollen, damit wir unsere notwendige einrede und furderung auch darthun und mit einpringen mügen.

56c *Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel: Memorial für Dr. Ludwig Falkenberg als Ergänzung zu seiner Instruktion (Nr. 56b) – o.O., o.D. (Köln, 1543 Febr. 16)*<sup>1</sup>

Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 276rv, 284r (Kop.); ÜS fol. 276r: Memorial.

Erstlich alß wir bey uns bedengken, das unser begeren unsers gepurlichen erbtheiß [Nr. 56b], so in frischer handlung samptlich einzuthun, villeicht allerley vordechtigkeith, gleich alß ob wir etwas anders darunder suchten, euer Ll. und anderen zu nachtheilh, uff sich tragen mugte, wiewol wir uns solchs vor Got dem Allmechtigen und bey der welt unschuldig wißen, sonderlich dieweil wir auch mit unserem bruder in rechtfertigung zu komen villeicht gedrunge werden mugen, das darumb im fall bemelte ir Ll. und einungsvorwanten uns eine ansehnliche summa gelts aus unserem vaterlandt, dem furstenthumb Braunschweig, jerlich zu geben vorsicheren, so lang biß zu einer anderen gelegen zeit und bestendiger einigkeit des furstenthumbs Braunschweig ferner und entlich gehandelt und beschloßen muge werden.

<sup>2</sup>Item so sich auch uber kurtz oder lang zutrüge, das zwischen den ainungs- verwanten und unserem bruder, Hg. Heinrichen, einige gutliche handlung, belangend das furstenthumb Braunschweig, furgenomen wurde, bitten wir, das euer Ll. und Gg. zu keiner handlung sonder unser vorwissen schreiten wollen, uns desselben zu vorstendigen und als einen miterben bemeltes furstenthumbs Braunschweig darzuthun forderen.

Und dieweil berurte stende das furstenthumb Braunschweig dieses 42. jars mit aller nutzung an sich gepracht und wir vor einnhemung desselben dieses 42. jars von unserm bruder etzliche summen gelts zu behuff [= wegen] unser not und schulden gewertig gewesen sind und doch nicht bekommen haben, sonder zu unserm großen schaden und nachteil daran verhindert, so seind unser gar freuntlich bitten und begern, das ire Ll. und Gg. uns zu ergetzung [= Ersatz] desselbigen ausstandts aus freuntlicher lieb und zuneigung mit einer furtrefflichen summa gelts freuntlich und gunstiglich verhelpen wollen, darmit wir solchs schadens<sup>3</sup>, so uns aus sochnem [= solchem] recht ersproßen, nochmals einpringen und erholen mugen, und sonderlich dieweil uns nach einnhemung bemeltes furstenthumbs Braunschweig unsere geistliche gefelle

<sup>1</sup> *Es ist anzunehmen, dass das Memorial zeitgleich mit der Kredenz (Nr. 56a) verfasst wurde.*

<sup>2</sup> *Der folgende Absatz entspricht inhaltlich dem letzten Absatz der Instruktion (Nr. 56b).*

<sup>3</sup> *Im Sinne von „Zins“, mit Bezug darauf, dass ein Gläubiger bei Zahlungsverzug sich genötigt sieht, das Geld (gegen höheren Zins) bei einem anderen aufzunehmen. In: Schweizerisches Idiotikon digital Bd. VIII, S. 168.*

unser dreier probsteien, St. Blasii<sup>4</sup> zu Braunschweig, Zum Hl. Creutz<sup>5</sup> und Uffm Berge<sup>6</sup> in- und ausserhalb Hildensheim unvorschulter sachen arrestirt und zu mergklichem unserem schaden abgeschnitten und vorenthalten werden<sup>7</sup>.

Dieweil wir auch unser auskhunfts [= *Einkünfte*] zum theil, wie ir Ll. und ainungsvorwanten bewust ist, zu Bremen, Strasburg, Braunschweig und im stift von Hildensheim haben und unser noturft zum theil erfurdert, zu zeiten etlich der ort zu residieren, darmit wir auch desto vertiger [= *bereiter*] sampt den unseren unser gelegenheit nach uff- und abziehen, pitten wir gantz freuntlich, ir Ll. sampt deren miteinungsvorwanten wollen uns zu der behuff sampt ein frey, sicher geleit zustellen. Demselben wollen wir uns auch hinwiderumb gemes und gleitlich, wie sich gepurt, halten<sup>8</sup>.

<sup>4</sup> *Das Kollegiatstift St. Blasius, innerhalb der Burg in Braunschweig gelegen, hatte vom 12. bis zum 19. Jhdt. enge Verbindungen zur Welfendynastie, besonders zu den in der Burg Wolfenbüttel residierenden Herzögen. Während der Reformation, der sich die Stadt Braunschweig 1528 anschloss, geriet das Stift zwischen die Fronten. Hg. Heinrich d.J., der dem alten Glauben treu blieb und der seit der Hildesheimer Stiftsfehde einen großen Teil des Stiftsterritoriums besaß, bemühte sich um die Beibehaltung der bestehenden Verhältnisse im Stift. Die Eroberung des braunschweigischen Landes durch die Schmalkaldener und die Vertreibung des Herzogs im Jahr 1542 hatten für St. Blasius zur Folge, dass sich die Stiftsherren zeitweise nach Halberstadt zurückziehen mussten. Dem Propst des Stiftes, Hg. Georg von Braunschweig, wurden die ihm zustehenden Einnahmen aus dem Propsteigut vorenthalten, wogegen sein Gesandter 1543 vor den Schmalkaldenern und vor den Reichsständen in Nürnberg Protest einlegte. Ausführlich zu St. Blasius: J. DOLLE, Niedersächsisches Klosterbuch, Teil 1, S. 102–123.*

<sup>5</sup> *Im Hildesheimer Kollegiatstift Hl. Kreuz stand die Heiligkreuzverehrung im Mittelpunkt des geistlichen Stiftslebens. Das Kapitelsgut war vom Sondergut des Propstes geschieden. Während der Reformation behauptete das Stift seinen katholischen Charakter, allerdings verbot der Rat von Hildesheim im Herbst 1542 öffentliche Gottesdienste, Chorgesang, Glockengeläut und Orgelspiel. Ähnlich wie beim Stift St. Mauritius gab es Auseinandersetzungen um die Propstei, die Heinrich d.J. in der Person seines Bruders Hg. Georg und danach durch seinen natürlichen Sohn, Heinrich Karl von Kirchberg, dem Welfenhaus sichern konnte. Siehe: J. DOLLE, Niedersächsisches Klosterbuch, Teil 2, S. 712–79.*

<sup>6</sup> *Das Kollegiatstift St. Mauritius auf dem westlich von Hildesheim gelegenen Zierenberg (= Uffm Berge) galt neben dem Domstift als das angesehenste in Hildesheim. Während der Reformation stellten sich die Kanoniker 1526 unter den Schutz Hg. Erichs I. von Braunschweig-Lüneburg. 1534 wurde Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel zum Propst des Stiftes bestellt, was die Sicherung des katholischen Charakters des Stiftes begünstigte. 1558 verzichtete Hg. Georg zu Gunsten seines Neffen Heinrich Karl von Kirchberg auf die Propstei. Siehe: J. DOLLE, Niedersächsisches Klosterbuch, Teil 2, S. 698–705.*

<sup>7</sup> *Über diesen Rechtsbruch beklagte sich auch Bf. Valentin von Hildesheim in seiner Supplikation (Nr. 248, Punkt 3).*

<sup>8</sup> *Zur Antwort der Schmalkaldener auf die Eingabe Hg. Georgs von Braunschweig-Wolfenbüttel siehe Nr. 252–253.*

57 *Lgf. Philipp von Hessen*57a *Lgf. Philipp von Hessen: Instruktion für die Räte zu den Schmalkaldischen Bundesversammlungen in Schweinfurt und Nürnberg und zum Reichstag – o.O., o.D. (1542 Ende Okt./Anfang Nov.)<sup>1</sup>*

A *Marburg StA, PA 642, fol. 4r–24v (Kop. mit marg. Inhaltsvermerken); DV fol. 24v: Instruktion zu dem versamblungstag gegen Schweinfurth und further ghen Nurmberg. ÜS fol. 4r: Instruktion, was unser Philippsen von Gotts genaden, Lgf. zu Hessen [...], rethe zu Schweinfurt und Nürnberg sollen usrichten.*

B *Marburg StA, PA 641, fol. 2r–21v (Konz.).*

C *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 418–421, Nr. 153, fol. 103r–105v (Kop.)<sup>2</sup>; AS fol. 103r: Copei, wie mein gnediger furst und her zu Hessen der turckenhulf halben uffn tag gehn Schweinfurt abgefertigt hat.*

[1.] Erstlich, soviel di turckenhulf betrifft, dunckt uns, das in keinem weg soliche oder eine cleinere turckenhulf weitter zu bewilligen sey, es sey dann, das das chammergericht zuvor gantz abgeschafft oder zum wenigsten reformirdt, wie dann von ksl. und kgl. Mtt. vielmaln zugesagt, darauf auch di vorige turckenhulf bewilligt ist.

Und das dartzue di proceß und achten, di das chammergericht mitlerzeit furgenommen hat und noch furnemen mocht, gantz und gar abgeschafft wurden, auch wir und di andern unsere stende eins bestendigen fridens der religion, desgleichen des braunschweigischen eroberten lands halben gewißlich versichert seien.

Und im fall, da gleich solich ding all erstattet und versichert wurden und man sollt weittere hulf thun widder den Turcken, so dunckt uns doch, das den stenden des Reichs soliche hulf, wie sie itzo gethan haben, unmuglich zu tragen sey, und so man wurd mit einer solichen anlag vortfaren, das es on ein gemeinen ufstandt in landen nit abgeen werde. So ist auch uns gantz und gar nicht gelegen, dises jars uns oder unsere unterthanen mit einer neuen turckenanlag belegen zu lassen.

Und dieweil man auch sicht, das mit solicher oder dergleichen hulf gantz und gar nichts ausgericht, auch zu besorgen ist, so man kunftigs sommers widder ein soliche expedition furneme, das ebenso wenig darmit ausgericht mocht werden, zuvorab dieweil ksl. Mt., Franckreich, Dennmarck und andere potentaten in solicher uneinigkeit stehen, also das das haus Burgundi, der stift Utrich,

<sup>1</sup> *Der Schmalkaldische Bundestag wurde für 3. Nov. 1542 nach Schweinfurt ausgeschrieben und endete wegen Seuchengefahr am 15. Nov. 1542 mit einer Reihe nicht erledigter Themen, die auf den RT nach Nürnberg verschoben wurden. Da die Instruktion bereits vor dem Tag in Schweinfurt verfasst wurde, ist anzunehmen, dass dies Ende Okt. bzw. Anfang Nov. 1542 passierte.*

<sup>2</sup> *Es handelt sich in C nur um jenen Teil der Instruktion, der die Türkenhilfe betrifft (Punkt 1).*



Lutzenburg, item Gulich, Cleve, Bergen etc. und diselbige land ire hulf widder den Turcken nit schicken können, so sey deßhalb unser rath, das man itzo ein jar oder zwei ein cleine hulf bewilligte, mit derselbigen nit Offen zu gewinnen, sondern allein die vestung und grenitz zu verwaren, uff das der Turck weiter nit inprechen muge, und das man di gewaltige hulf des Reichs sparete, so lang bis Gott der ksl. Mt. gluck und sig gebe widder ire widderwertigen oder das diselbige sachen in bessern verstandt und vertrag komen mochten, uff das der teutschen nation der last nit allein uffm hals lege, sondern di ksl. Mt. und di andere potentanten oder zum wenigsten di ksl. Mt. auch dartzue thun und helfen konte, welichs dann itzo nit sein kann. Dann one das können wir nit achten, es sey gleich hauptmann diser expedition wer da wolt, ob man schon gleich noch ein solich volck außmachte, wie dises somers gescheen, das man mit solichem volck, ordnung und wesen, wie man itzo gehapt oder man noch bedencken oder machen mocht, was konnte außrichten.

[2.] *Bezahlung des braunschweigischen Feldzugs: Die Bundesstände haben noch beträchtliche Schulden bei Kursachsen und Hessen für den Feldzug, Modalitäten der Bezahlung.*

[3.] Wie mans mit dem eroberten braunschweigischen land wolle halten:<sup>3</sup>

Der erst wegk: Haben wir gedacht erstlich, das mans laß zwei oder drey jar in disser regirung pleiben – gemeinen stenden zum besten – wie es itzo ist, doch das man uns und dem Kf. zu Sachsen etzliche schloßer, stett, ampt und flecken zuvor rausser gebe, von wegen des, so wir mehr uff uns genomen und erlegt, dann wir zu unserer monatlichen gepur schuldig gewesen.

Der ander wegk: Das die stende dem churfursten und uns das land ubergeben, dergestalt das wirs zugleich hetten, doch welicher am meisten im gefurtem zug dargelegt, das man demselbigen umb dasselbig nach antzal ein vorteil an etzlichen guttern liesse, und das wir bede di stende zum teil ihres costens vergnugten, dergestalt entweder das wir inen ir außgelegt gelt jerlichs verpensionirten [= *verzinsten*] oder das wirs land vier jar lang frey innhetten und nach vervliessung derselbigen vier jar innen in den folgenden vier jaren, nemlich eins idem derselbigen jar einen virten teil bezaleten. Doch das di stende dargegen sich verpflichten uns zu helfen, beim land zu schutzen und zu hanthaben, wann wir wollten derwegen uberzogen oder sunst beschwerdt werden. [...].

Der dritt weg wer dises: *Den Kindern Hg. Heinrichs wird Wolfenbüttel nach Brechung der Festung übergeben*<sup>4</sup>. *Alle Schulden und offenen Forderungen haben*

<sup>3</sup> Lgf. Philipp gab seinen Räten ergänzend zu diesen Anweisungen eine weitere Instruktion für Verhandlungen über die braunschweigische Fragen nach Nürnberg mit. In: *Marburg StA, PA 650, fol. 17r–18a, o.O., o.D. (Fürstenberg, 1542 Dez. 6)*,

<sup>4</sup> Zu diesem dritten Weg für eine Lösung in Braunschweig-Wolfenbüttel äußerte sich Lgf. Philipp von Hessen in einem Schreiben vom 15. Dez. 1542 aus Fürstenberg gegenüber dem sächsischen Rat Georg von Carlowitz: [...] Was aber die braunschweigische sache betrifft, gehet uns dieselbig nit allein, sondern gemeine unsere christliche verstendnus mit

die Kinder zu übernehmen. Aufzählung einzelner Festungen und Orte, die im Besitz von Kursachsen und Hessen bleiben sollen. In gleichnus solten di kinder versichern, das land, so sie widder einbekomen, bey unserer religion pleiben zu lassen, auch zu ewigen tagen di vestung, di man inen liesse widder zukomen, nit widder zu bauen. Da sie solichs aber theten, solt einem yden unserer religionsainungsverwanten freystehen, sobald er solichs erfure, gemeiner verstantnus zum besten soliche vestung den kindern widder zu nehmen und di den kindern oder iren erben nimmermehr widder zu geben.

Doch so ist unser meinung nit, das man sich dises furschlags im anfang der handlung solt so bald vernemen lassen, sondern man sollte Beyren, oder wer da unterhandlen wolt, zuvor horen, und wann ire furschlege zu weitleufig weren, alsdann disen furschlag thun. Wann dan dise ding also mochten in einem vertrag erhalten werden, so musten di kinder sampt der lantschaft, di inen vermug solichs vertrags pliebe, sich verpflichten, den vatter nit einzulassen, sondern inen in andere weg zu contentiren und des gnugsame burgschaft thun, disen vertrag zu halten. Es muste auch der vatter darauf gnugsamen verzig [= Verzicht] thun und di röm. ksl. und kgl. Mtt. solichen vertrag und vertzig confirmiren.

Dises deucht uns ein weg sein, den wir unsers teils wollten helfen annemen. Dann ob man schon den kindern dise ding, di ein etzwas statlich sein, widder gebe, so musten sie dargegen alle schulden und anforderung Hildesheims, Luneburgs des jungern Hg. Erichs<sup>5</sup> und ihres vatters brudere<sup>6</sup> uff sich nehmen.  
*Weitere Auflagen für die Kinder.*

Wann der churfurst, wir und di andern stende disen furschlag zum vertrag theten, so were es ein stattlich er bieten, welchs zweifelsohn bey keyser und konig, Bayren und andern ein gros ansehen haben und sein L. und uns andere entschuldigen wurd des, das wir ein gantz furstenhaus und geschlecht nicht so gar zu boden geen lassen, dann do di kinder widder zu den vorbenennten

---

an; und wirdet unsers gewissen erachtens der kurfürst [*von Sachsen*] grosse beschwerung und bedenken haben, dasselbig land wider hinweg zu begeben; desgleichen ist es uns nicht weniger beschwerlich. Aber dannost, um fridlebens willen, so sollt uns nit zuwider sein, wann der vertriben von Brunschwig einen lauterer, klaren, durch ksl. und kgl. Mtt. ratificirten verzicht ufs land thete, dass alsdann den kindern ein stattlicher teil des landes widergegeben würde. Doch dass der kurfürst und wir und gemeine unsere christliche verstantnus auch mochten ein stattliches von demselbigen land vor unsern ufgewendten kriegskosten, wilcher sich warlich hoch, nemlich bis in die sibenthalbmal hunderttausend [= 650 000] fl., anleuft, (wir geschweigen der schulden, darin dises land on das stecket, die sich auch bis in virthalbmal hunderttausend [= 350 000] fl. erstrecken, derwegen itzunder ein gross an- und einmanens ist), behalten [...]. *Gedr. bei: E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 413, S. 516.*

<sup>5</sup> Hg. Erich II. d.J. von Braunschweig-Calenberg-Göttingen, für den während seiner Minderjährigkeit (1540 bis 1545) seine Mutter, Hgn. Elisabeth von Braunschweig (Schwester Kf Joachims II. von Brandenburg), regierte.

<sup>6</sup> Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel, Dompropst in Köln und Bremen.

dingen komen, so hetten sie mehr dan ire voreltern vor dem eroberten teil des stifts Hildeßheim gehapt hetten. Wann aber der vatter wie bemelt keinen verzig thun wolt, wie wir glauben ehr schwerlich thun werde, so keme man mit fugen aus der sachen, dann one seinen verzig will disser vertrag nit zu treffen sein. Thut er aber den vertzig, so hetten der churfurst und wir andern dannost einen zimlichen vertrag. Und wann schon di kinder keinen glauben halten wollten, so hette man innen dannost Schoningen und Steinpruck sampt den stetten Goßlar und Braunschweig als einen daumen uff den augen. Was konnten sie dann viel thun, wann Wolfenbutteln geschleift und geprochen und di lantschaft verburget were, das sie Hg. Heinrichen nit widder wollten annemen und disen vertrag halten.

Der viert weg: *Weitere Vorschläge für Gebietszuteilungen an die Kinder Hg. Heinrichs.*

Der funft wegk: Das man der verfassung nach das gantz landt teilete und einem idem davon gebe nach antzal desjenigen, so er zu eroberung desselbigen gethan und aufgewendet hette.

[4.] *Die Festung in Braunschweig soll nicht gebrochen werden, da Hg. Heinrich ohne den Schutz dieses Bollwerks leicht wieder ins Land kommen könnte.*

[5.] *Sollte es zu einer Klage Hg. Heinrichs und zu einer gerichtlichen Anhörung wegen des Feldzugs kommen, so sollen die Bundesverwandten das rechtswidrige Handeln des Herzogs gegen Goslar und Braunschweig und alle seine anderen Untaten (Ermordung Dr. Dellinghausens, Scheinbeerdigung Eva Trotts)<sup>7</sup> mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Beweisen untermauern.*

[6.] *Die Räte sollen um die neuerliche Erlegung eines Doppelmonats bei den Bundesmitgliedern anhalten.*

[7.] Von ringerung des Reichs anschlege: Unser geschickten sollen in alweg daran sein, das uns unser anschlag geringert werde, dann wir zu viel hoch angelegt, dann man uns als hoch als Bayren und hoher dann Hg. Moritzen angeschlagen, welche doch vermugender land und leut dann wir hetten.

[8.] Gulich betreffend: Ob des Hg. von Gulich sachen furlieffen, sollen sich unsere rethe neutral darin halten. Konnen sie es aber zu einem vertrag und friden befordern oder pringen, das sollen sie thun.

[9.] Recusation belangend: Sie sollen daran sein, nachdem das chambergericht itzo neue ladung uff di acht des braunschweigischen lands halben lest ausgeen, das dan di stende von Schweinfurdt aus in gemein ein recusation an das chambergericht fertigen und dasselbig in allen sachen recusiren.

[10.] Bayrische verstentnus: Sie sollen sich mit den bayrischen rethen einlassen von einer verstentnus, nemlich also, das sie von den Bayren sollen vernemen, worauf derselbig verstandt beruhen solt. Und wolten sie, auch andere bischove und fursten, so ires teils sein, sich mit dem churfursten, uns und andern, so dartzue zu vermugen, in ein verstentnus einlassen, also das keiner den andern

<sup>7</sup> Siehe dazu Nr. 47c, Anm. 8 und 9.

der religion oder sonstet halben ubertziehen oder beschweren solt, und das sy iren unterthanen di religion frey lassen oder zum wenigsten keinen straffen von wegen deß, das er di justification wie wir glaubn, das sacramendt unter beiderley gestalt eintpfung oder di pristerehe vor recht hilt oder prauchte etc., so were es ein gros ding und anzunemen. Konnte aber mit inen diser gros verstandt nit usgericht werden, nemlich das sie ir unterthanen unser religion halben nit in sonderheit beschweren oder sich irer religion zu halten dringen wollten etc., so ist unser meinung, das man sich doch sonst mit inen eins gemeinen verstands vergleicht, nemlich also das keiner den andern der religion halben oder sunst ubertziehen noch beschweren, auch ein teil gegen dem andern schuldig und aus chraft dises verstants verpflichtet sein solt, uber des Reichs freyheiten defensive und nicht offensive zu halten. Doch so müssen wir in zeitlichen sachen und hulflicher ainung di ksl. und kgl. Mtt., auch andere unsere, nemlich di evangelische erb- und reinische ainung ausnemen und muste sich Bayren gantz ercleren und verpflichten, Hg. Heinrichen nit zu helfen oder beistand zu thun, wedder heimlich noch offentlich in keinen weg.

[11.] Religionfriden belangend: Unsere geschickten sollen mit und beneben den andern unsern religionsstenden ernstlich und mit allem vleiß dahin arbeiten und dringen, das man unsere[r] religion iren freien gang lasse und einen gemeinen friden der sache gebe, also das man keinen menschen beschwere von wegen des, das er der augspurgischen confession anhengig ist, sonderlich der justification, des sacraments unter beiderley gestalt oder der pristerehe halben, oder wann solichs nach muglichem angewentem vleis nit konnte erhalten werden, das man doch zum wenigsten ein reichs- oder nationalversammlung diser ding halben zu halten bewilligte und einreume. Ob Gott di gnad verleihen wolt, das man dadurch den armen, beschwerten christen helfen oder zum wenigsten in den glaubenssachen neehr zusammenkomen mocht. Und sonderlich sollen si mit allem ernst daran sein, das der augspurgisch abschied [1530] und das wormsisch edict [1521] ufgehoben und also Gott nit lenger im bann und achte gehalten werde. [...].

[12.] *Bigamie des Lgf. von Hessen: Sollte dieses Thema vom Gesandten des Hg. von Braunschweig angesprochen werden, so sollen die hessischen Räte sich auf Befehls-mangel berufen und alle Vorwürfe abstreiten.*

[13.] *Pfandverschreibungen im eroberten braunschweigischen Land.*

[14.] *Abrechnung über hessische Kosten für den braunschweigischen Feldzug.*

57b *Lgf. Philipp von Hessen: Zusatzinstruktion für die Räte in Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes – Fürstenberg, 1542 Dez. 6*

A *Marburg StA, PA 650, fol. 5r–10r (2. Konz. mit marg. Erg. und Korr.); AS fol. 5r: Beyinstruktion 6. December 1542. ÜS fol. 6r: Philips von Gotts gnaden [...].*

Bescheidt uf etzliche punct, so unser rethe mit zum tag gein Nurmbergk haben sollen<sup>1</sup>.

B *Marburg StA, PA 650, fol. 11r–16r (1. Konz.).*

[1.] Soviel die schickung zur ksl. Mt. betrifft<sup>2</sup>, sollen sie mit den andern stenden darvon reden und schliessen, wen sie zu dieser schickung brauchen wollen und unsers bedenckens, so mues die abfertigung dieser geschickten das sein, das sie die ksl. Mt. nach notturft und der leng berichten aller der bösen hendel, bosen practicken und schriefften, so in Wolffenbuttell bekhomen<sup>3</sup>, auch wie Hg. Heinrich mit Dr. Dielingshaussen umbgangen, wie derselbig gefunden, aufgegraben und widder bestattet sey. Item, wie er mit der Drottin gehandelt und das deshalben di kinder, so er mit ir erzeugt, vorzustellen und bey handen seyen. Verhoffen auch, die personen, so di kinder getauft und inen und der Drottin gewartet haben, zuwegen zu pringen. *Aufzählung der Unrechtshandlungen Hg. Heinrichs von Braunschweig gegenüber Kursachsen und Hessen, durch welche gegen ksl. Gebote verstoßen wurde.* Und nach vermeldung diser ding aller will die ksl. Mt. zu bitten sein, das sie sich uf sein ungestumes anhalten und ungleichmessigen bericht nicht bewegen lassen widder uns und unsere religionsaynungsverwanten. *Die Defensionsverwandten unternahmen den Feldzug gegen Hg. Heinrich, um die Stadt Goslar vor seiner Willkür zu retten, was der Kaiser erkennen werde, sobald er zur gerichtlichen Anhörung der Causa nach Deutschland komme.*

[2.] *Betr. Hg. Ulrich von Württemberg und sein Ansuchen, als Unterhändler für die Kinder des Hg. von Braunschweig zu fungieren, verweist der Lgf. von Hessen auf seine Instruktion für die Räte (Nr. 57a, Punkt 3). Was die Weigerung Hg. Ulrichs betrifft, die Kosten des braunschweigischen Feldzugs mitzutragen, sollen sich die hessischen Räte in ihrem Verhalten an den anderen Bundesständen orientieren. Allerdings solle man Hg. Ulrich nicht zu sehr vor den Kopf stoßen, denn seine Hilfe gegen eventuelle Übergriffe des braunschweigischen Herzogs sei stets wertvoll.*

[3.] *Die hessischen Räte sollen den jülichischen Gesandten das Bedauern Lgf. Philipps über den Konflikt mit Burgund aussprechen. Aber des sol sich ir her zu uns gewislich versehen, das wir widder sein L. nicht sein wollen. Wan auch sie, unsere rethe, diese irrung, krieg und entporung konthen auf zimbliche, leidenliche mittel und weg zu vertrag und einigkeit befurdern und bringen, damit also*

<sup>1</sup> *Lgf. Philipp kam mit dieser Zusatzinstruktion einer Bitte seiner Räte Dr. Johann Fischer, gen. Walter, und Dr. Tielemann Gunterrodt um Ergänzung und Erweiterung der hessischen Instruktion (Nr. 57a) nach. Siehe das Schreiben der Räte an Lgf. Philipp, Kassel, 1542 Nov. 29, in: Marburg StA, PA 650, fol. 1r–4v (Ausf.).*

<sup>2</sup> *Geplante Gesandtschaft der Schmalkaldener zu Karl V. zur Rechtfertigung des braunschweigischen Feldzugs und zur Vorbringung der Anklagen gegen Hg. Heinrich von Braunschweig.*

<sup>3</sup> *Bei der Eroberung Wolfenbüttels im Aug. 1542 fielen diverse Akten und Briefe, die Hg. Heinrich belasteten, in die Hände der Defensionsverwandten.*

im Hl. Reich soviel mehr friedts und einigkeit erhalten und gepflantzet werde, so sollen sie, inmassen wir inen hiemit bevelhen, desfals an irem vleys, muhe und arbeit nichts erwinden lassen.

[4.] *Der Restbetrag, den die Bundesstände über die Bezahlung der zwei Doppelmonate hinaus den Bundeshauptleuten noch schuldig sind, kann noch nicht endgültig ermittelt werden.*

[5.] *Reformation von Pfarren und Klöstern im Gebiet der Städte Augsburg, Braunschweig und Goslar.*

[6.] Des gleichmessigen rechtens halben ist unser bedencken und meynung, das man ganz und ghar in kein weittere turckenhulf willigen sol, es sey dan zuvor das chammergericht gantzlich abgeschafft und ein anders gleichmessigs widerumb gesetzt und verordnet, also das man aigentlich wisse<sup>a</sup>–und im werck sehe<sup>a</sup>, wer di personen des von neuen verordneten chammergerichts seyen, <sup>b</sup>–also daß es nit uf zusagung ader vertrostungen, sondern daß es zuvor der bewilligung wircklichen im werck vor augen sei. Dergleichen sollen si in di turckenhulf nit willigen, es sei dan sach, daß es also verordnet werde, das ein ider sein guter, er sei geistlich ader weltlich, an dem ort, da si gelegen sein und nit an dem ort, da er sich mit seiner person enthaltet, versteuerte<sup>b</sup>. Aber unterdes, da die verordnung eines neuen, unpartheyischen chammergerichts nicht so baldt erfolgte, deucht uns, were ein recht unter unsern stenden also zu ordnen, das man sich etzlicher personen vergliche, vor welchen wir, diese stende, einander zu recht stehen und dafur recht geben und nemen wollten. <sup>c</sup>–Doch wollen wir desfals mit Nassaw frei und unverbunden sein<sup>c</sup>.

Den andern stenden aber, so nit unserer vorain sein, wolten wir vor etzlichen der ksl. Mt. deputirten commissarien zu recht stehen, als nemblich vor Coln und Pfaltz, beiden churfursten, dem Bf. zu Wurtzberg, Hg. Ruprecht zu Zweyprucken, Pfgf. Fridrichen, Mgf. Albrechten von Brandenburg und den zweyen stetten Colln und Nurmberg, welche di ksl. Mt. unter diesen benente. Doch das uns jene stende<sup>4</sup> herwiderumb des rechtens fur diesen commissarien weren etc., <sup>d</sup>–und daß auch di ksl. Mt. aus disen benenten nit eitel [= nur] geistliche, sonder zum wenigsten halp weltliche deputierte und ordenete<sup>d</sup>. Und umb verordnung dieser commissarien mussten bey der ksl. Mt. ansuchen dijenigen, so man one das zu berichtung Hg. Heinrichs unthatten etc. an die ksl. Mt. abfertigen wirdet. [...].

---

a-a *In A nachtr. marg. erg.*

b-b *In A nachtr. erg.*

c-c *In A nachtr. erg.*

d-d *In A nachtr. erg.*

---

<sup>4</sup> *Stände, die nicht dem Schmalkaldischen Bund angehören.*

- 58 *Gf. Ernst von Hohnstein: Vollmacht für Lic. Friedrich Spedt zu Verhandlungen mit den Reichsgrafen – Lohra, 1543 am Sontag Palmarum (März 18)/verlesen Nürnberg, 1543 April 2*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 2, fol. 6r–7v (Ausf.); AV fol. 7v: Lectum in consilio imperiali 2. Aprilis. Des gesanten von Honstains gewalt.

*Da Gf. Ernst von Hohnstein aus gesundheitlichen Gründen und wegen wichtiger Geschäfte den Reichstag nicht persönlich besuchen könne, habe er zu Verhandlungen mit den Reichsgrafen allen vollen macht und gewalt den hochgelarten und erbaren Frederichen Speden, der rechten licentiaten, (wie dann solchs mein ihn gegebener gewalt außweist) gegeben undt zugestalt.*

Derhalben an euer hochwirdigste, hochwirdige, auch hochgeborne fstl. Gnn., euer Ll. und Gg. meyn underthenige, dinstliche undt fruntlich biten undt gunstige gesinnen, es wollen gemelten Lic. Speden euer hochwirdigste und hochwirdige, auch hochgeborn fstl. Gnn., Ll. und Gg. an undt in unser stat, auch in unser hergebrachtten und beschehlicher session annemen und bleiwen lassen undt was von unserntwegen vortragen mitwilligen, annemen undt thun oder lassen, stat und glauben geben undt in unsern undt sein gescheften genediglichen, fruntlichen, gunstiglichen undt gutwilligen forderlich undt behulfflich sein.

- 59 *Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve*

- 59a *Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve: Vollmacht für Johann von Vlatten, Werner von Hoesteden, Johann von Wytenhorst, Gotthard von Wilach, Dr. Gotthard Gropper und Dr. Johann Faltermeyer bei Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren – Jülich, 1543 Febr. 20/übergeben Nürnberg, 1543 März 14*

Duisburg LAVNRWR, Jülich-Berg II 2752, fol. 134r–135r (Konz.); AV fol. 134r: Uberantwort in praesentia regis et caesareae M<sup>tis</sup> commissariorum 14. Martij 1543.

Zu euer kgl. Mt., Ll. und euch hab ich itzo die wirdigen und erbare, meine liebe rethe und getreuen, Johann von Vlatten, probsten zu Aich, Xanten und Cranenberg, Wernhern von Hoestede, hoffmeister und amptman zu Grevenbroich, Johann von Wytenhorst, H. zur Horst, Goddarten von Wylach, amptman zu Portz, Goddarten Gropper und Johann Faltermeyer, beide der rechten doctor, abgefertigt und in bevelh gethan, euer kgl. Mt., Ll. und euch mein hochste beschwernuß, anligen, bitt und beger underthenigst und fleissigst furzutragen, wie euer kgl. Mt., Ll. und ir ferner von inen vernemen werden. Ist derhalb an euer kgl. Mt., Ll. und euch mein underthenig, freundlich, fleissig bitt und

gnedigs gesynnen, dieselben wollen gedachte meine rethe gnediglich und gutwilliglich anhoren und inen dißmals ired furbringens gleich mir selbst glauben zustellen, sich auch darinn gnediglich, freundlich und gutwillig ertzeigen, wie ich mich des zu euer kgl. Mt., Ll. und euch aller gnaden, freundschaft und gutes willens gantzlichen vertragen. Solichs in undterthenigkeit zu verdienen, freuntlicher meynung zu verschulden und gneigtes willen zu erkennen, soll ich willig und gneigt befunden werden. [...].

59b *Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve: Instruktion für eine Werbung seines Gesandten Dr. Johann Faltermeyer vor den Schmalkaldischen Bundesständen in Schweinfurt<sup>1</sup> – Angermont, 1542 Nov. 3*

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748, fol. 86r–87v (Ausf. mit Siegel); ÜS: Instruktion, wie von unser Wilhalms, Hg. zu Gulch [...] etc. der erbar Johan Valtermeyr, der rechten doctor, an Kff., Ff. und anderer stende potschaften, so itzo zu Sweinfort versamblet, furdragen, berichten und begern solle.*

*Der Gesandte soll vom widerrechtlichen Einfall der burgundischen Truppen in Jülich berichten, der große Zerstörungen anrichtete und zu Plünderungen und Brandschatzungen bei Adel und Untertanen führte. Hg. Wilhelm bittet die Reichsstände als gehorsamer Fürst, der keine Schuld an diesen kriegerischen Ereignissen trage, um die Aufrechterhaltung des Landfriedens und um Schutz vor den feindlichen Überfällen, d.h. mit rhatt, trost und hilf uns in gegenwerdiger beswernuß nit zu verlassen und nit zu gestatten, das unsern gegenteilen in irem ungegrunden, übermuertigen, geweltigen, unrechtmessigem und fridbruchigem furhaben ainige zuschub, förderung oder hilf beschehe. Das sie auch fur sich selbs und uff dem zukhomenden reichsdage zu Nurmberg, dahin wir die unsern zu schicken und der sachen zu berichten bedacht sein, bey gemeinen Kff., Ff. und stenden des Reichs furderen und dairan [= dahinter] sein wollen, damit durch gemeyne stend des Hl. Röm. Reichs der uffgericht und verpflichtet landfrid, des Reichs abscheit und fridstand, wie sich geburt, gehandhabt und den burgundischen ir unbillich, hochbeswerlich und der gantzen theutschen nation nachteilig furnemen nit gestattet, sonder dargegen, wie sich in kraft des landfridens und sunst aller billichkeit nach aignet und geburt, darwider gedrachtet werde, in sunder-*

<sup>1</sup> *Da der Schmalkaldischen Bundestag in Schweinfurt wegen des drohenden Ausbruchs der Pest Mitte Nov. 1542 frühzeitig abgebrochen werden musste, konnten die Anliegen des jülichschen Gesandten nicht mehr behandelt werden und wurden auf den kommenden RT in Nürnberg verschoben. Siehe den Abschied des Schmalkaldischen Bundestages, Schweinfurt, 1542 Nov. 15, in: Wien HHStA, RK RA i.g. 13e/Konv. 4, fol. 13r–27v; zu Jülich fol. 25v–26r (Kop.). Es ist anzunehmen, dass die für den Schmalkaldischen Bundestag in Schweinfurt gedachte Instruktion Hg. Wilhelms auch für den RT in Nürnberg ihre Gültigkeit behielt, noch dazu da keine zusätzliche RT-Instruktion des Hg. von Jülich erhalten ist.*



heit in ansehung unsers hochzimligs, billichs und uberflussigs erbieten, so wir zu der guetlichkeit, auch zu rechtlicher erkantnuß gemeiner stend des Reichs gethoen, wie dan darvan [!] ferner schriftlich bericht unserm rhatt zugestalt etc.

Das auch bei inen zu hertzen gefurt, solten wir also in der beswernuß verlassen werden, welliches wir uns zu gemeinen stenden des Reichs mitnichten versehen noch getrosten, und die burgundischen mit irem geweltigen und unlidlichen furhaben vortschreiten solten, zu was beswernuß und dinstbarkhait sollichs nit allein uns und unsern landen, sonder dem gantzen Röm. Reich theutscher nation gewißlich und unwiderpringlich erreichen wurde, mit fruntlichen, gunstigen und gnedigen gesynnen, das sie sich dermassen in diser sachen gegen uns halten und ertzeigen wollen, wie sie in gleichen vhellten von uns hinwiderumb gewertig sein wolten. Des wir uns auch zu gleichen vhall und zustand, wollichs Got gnediglich verhindern wolle, fruntlich, gunstiglich und gnedigclich erboten haben wollen. *Verletzungen des Landfriedens und der Reichsabschiede stürzen die deutsche Nation ins Unglück.*

Es soll auch unser gesandter den stenden gnugsamen bericht und verantwortung thuen belangen den zug, so durch die frantzosischen in Brabant beschehen, uff dasjenige, so uns unschuldichlichen und mit unrecht uffgemessen wurdet, wie wir derhalben ime auch bericht zustellen haben lassen. Wellicher gestalt, auch in ansehung gemeiner Kff., Ff. und stende des Reichs uff dem gehaltenen reichsdag zu Speyr uns gegebner erklerung des fridstands [RTA JR Bd. XII, Nr. 274c], wir unser hilf zu roß und fueß wider den Turcken mit hochster beswernus sampt andern gehorsamen reichstenden abgefertigt und biß noch erhalten, soll den gesandten auch vermeldet warden, daruber uns doch dieser unrechtmessiger, selbwaltiger [= *eigenmächtiger*] ubertzug und thetlicher gewalt begegnet und fursteht. *Die Reichsstände sollen wissen, dass es der Herzog nie an Hilfe bei der Bekämpfung der Türken mangeln ließ.*

## 60 Gf. Wilhelm von Nassau-Dillenburg

### 60a Gf. Wilhelm von Nassau: Vollmacht für Lic. Gregor von Nellingen – (Dillenburg), 1542 Dez. 8

Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 474, fol. 47r (Konz.); ÜS fol. 47r: Gewalt uf den reichstag ghen Nurmberg, den 14. Decembris 1542 angesetzt. AV: Dieser gewalt, instruction und anders ist durch Reitzen von Hanaw dem licentiaten überschickt; hat ime auch 9 fl. mit zugeschickt, wie dan Reitz das zugeschrieben.

*Im letzten Reichsabschied wurde für 14. Nov. ein Reichstag in Nürnberg angesetzt, der vom König auf den 14. Dez. prorogiert wurde. Da Gf. Wilhelm den Reichstag nicht persönlich besuchen kann, bevollmächtigt er Lic. Gregor von Nellingen, ihn auf dem Reichstag zu vertreten und gemeinsam mit den anderen Reichsständen zu verhandeln und zu beschliessen, was dem Reich nützt. [...].*

60b *Gf. Wilhelm von Nassau: Instruktion für Lic. Gregor von Nellingen – Dillenburg, 1542 Dez. 8*

*Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 474, fol. 41r–43v (Konz. mit nachtr. marg. Einfügungen und Korr.); ÜS: Instruction, wes von wegen des wolgebornen hern, H. Wilhelms Gf. zu Nassaw, Catzenelenpogen etc., meines gnedigen hern<sup>1</sup>, der hochgelert Georgius [!] von Nellingen, der rechten licentiat, neben der instruction, so ime hievor durch meine gnedige herren, die graven, zu Hoest uff den 7. Novembris anno etc. 42 jungst verschiene in gemein ist zugestellt [Nr. 68c], in nachvertzeichneten puncten und articuln uf dem itzigen reichstag zu Nurnberg sich sonderlich halten soll.*

Und erstlich, so im reichsratt uberlufferung der kreißtruhen halben, das dieselben verglichen und die vermuglichen den unvermuglichen zu hulf und statten khomen und die, so noch nit geluffert, überschickt werden solten, handlung furfallen wurden etc., soll gemelter licentiat von wolgedachts meins gnedigen hern wegen mit entschuldigung antzeigen, das sein Gn. ire truhen, uß ursachen das sie in den niderlendischen-reinischen-westphalischen kreis gehörig, in welchem kein kreißtruhen verordnet worden sey, nit uberluffert hab. Sein Gn. haben aber ir ufferlegt kriegßvolck in diesem verschiene turckentzugk selbst erhalten und wes an uffgehobenen steurgelt noch uberig seien, sein Gn. an die ort, dahin sie von gemeinen reichsstenden dasselbig zu luffern bescheiden werden, zu erlegen und in demselben dem reichsabscheid als der gehorsam zu leben gutwillig. Doch soll gemelter licentiat fur das erst vleissige erfahrung und erkundigung haben, wie es andere churfursten, fursten, graven und hern, so nit in den niderlendischen-reynischen-westphalischen kreis gehoren und doch ire gelt in verordnete gemeine kreißtruhen nit uberluffert, sonder ir volck fur sich selbst verlegt und noch etlich gelt uber haben, in diesem fall halten, thun und lassen werden. Und wes gemelter licentiat also erfahren wurt, dasselbig soll er zum allerfurderlichsten wolbemelten meinen gnedigen hern ghen Hanaw verstendigen, seiner Gn. ferner bescheid und bevelchs darin und dernhalb zu gewarten.

Zum andern die neue und kunftige reichsanlage belangen, soll gemelter licentiat von wolgedachts meins gnedigen hern wegen im selben, wes gemeine stende und der merer theil derselben bewilligen werden, auch annemen.

Zum dritten, so ein kunftige anlage bewilligt und im reichsratt der merer theil der stende dahyn willigen wurden, das in derselben anlage ein jeder standt in seinem kreis seine eigen truhen haben, darin desselben standts gemeiner pfening geschut und geluffert, ir kriegßvolck davon, so ferr es reicht, erhalten und, da sie eilent by den andern vermoglichen kreißtruhen vermoge des speyrischen reichsabscheids erstatt werden, soll gemelter licentiat dasselbig von wolgedachts meins gnedigen hern wegen auch willigen und annemen, doch in alleweg, so

<sup>1</sup> Die Instruktion wurde im Auftrag Gf. Wilhelms wahrscheinlich vom Sekretär der Wetterauer Grafen in Hanau, Heinrich Steindecker, verfasst.

derhalb zwuschen den protestirenden und nitprotestirenden trennung furfallen wurden, sein Gn. desselbigen furderlich zu verstendigen, ferners bescheidts deshalb zu gewarten.

Zum vierten soll gemelter licentiat sonderlich anhalten, das die geistlichen an denen orten, da sie wonen und gesessen, von allen iren guttern, sie liegen unter wem sie wollen, ire anlage erlegen und von niemant dernhalb gehindert werden sollen.

Zum funften soll gedachter licentiat die ursachen, warumb mein gnediger her sich in des Reichs anschlag zu hoch belegt sein beschwert, des niederlendischen-reinischen-westphalischen kreiß verordenten, oder wie sichs sunst gepuren will, furbringen laut instruction, so ime dernhalb hiemit zukhump<sup>2</sup>. Doch soll er mit anbringung desselbigen nit eylen, sonder zuvor woll acht nemen, wie sich die sachen uff anderer stende anbringen irer beschwernus halben zutragen wolle, sich darnach desto gefaster zu machen. Und wes sich also yederzeit begeben wurde, soll er wolgedachtem meinem gnedigen hern zeitlich zu wissen thun.

Zum sechsten, nachdem auch wolbemelter mein gnediger her den vierten monat in vergangener eylander turckenhulf, zu Regenspurg [1541] verordnet, erlegt und zu Speir vertroftung beschehen, das derselb viert monat denjhenen, so inen erlegt haben, widder erstatt werden, soll der licentiat von wolbemelts meins gnedigen hern wegen darumb anhalten, das derselbig seinen Gn. widder erstatt oder in nechster anlag abgezogen werde.

Zum siebenden, nachdem wolgedachter mein gnediger herr in den nidderlendischen-reinischen-westphalischen kreiß gehorig, soll vilbemelter licentiat, so uff itzigem reichstag zu Nurmberg sondere kreißberuffung gehalten wurden, in desselben kreiß versamlung erscheinen und sich obgemelter articul halben, wie in denselben verleibt, in der umbfrag vernemen lassen und halten. Damit der licentiat sich desto geschickter in gemeltem niederlendischen kreis zu halten wisse, schicket man ime gemelts niederlendischen kreis abscheit, den 15. Maij anno etc. 42 zu Essen genomen<sup>3</sup>, copeny hiemyt zu.

Zum achten, so sich im reichsratt der visitation und reformation camergerichts, bestendigen fridens, auch anderer sachen halben zwuschen den reichsstenden, protestirenden und nitprotestirenden, trennung zutragen wurden, soll gemelter licentiat sich keinem theil anhengig machen, sonder wolbemelten meinen gnedigen herrn aller sachen mit iren umbstenden grundlich zuvor berichten und zuschreiben, ferners seiner Gn. bescheidts daruff haben zu gewarten.

<sup>2</sup> Die Instruktion Gf. Wilhelms von Nassau für eine Supplikation betr. die Ringerung der Anschläge war dem Gesandten bereits zum Nürnberger RT 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 191, S. 873f.) mitgegeben worden, kam dort jedoch nicht zur Verwendung. 1543 sollte sie den niederrheinisch-westfälischen Kreisständen vorgelegt werden (siehe Nr. 111).

<sup>3</sup> Abschied des niederrheinisch-westfälischen Kreistages, Essen, 1542 Mai 15, in: Duisburg LAV NRW R, Niederrhein.-westfäl. Kreisarchiv IX/4, fol. 7r–11r (Kop.).

Zum neunten, dweil wolgedachter mein gnediger her der christlichen verstantnus verwant, soll obgemelter licentiat, so er einicher sachen halben, visitation oder reformation des camergerichts oder anders belangen, von den protestirenden stenden ersucht wurde, denselben mit fuglicher antwort begegnen, er hab in selben sachen nit sonderlichen bevelch. So sie ime aber die und gestalt derselben entdecken wolten, wolt er dieselben wolbemeltem meinem gnedigen hern zu erkennen geben und seiner Gn. ferner bescheid daruff begeren, welches auch gerurter licentiat, so sichs dermaß zutragen wurd, wolgedachten meinen gnedigen hern zum allerfuerderlichstem mit allen umbstenden berichten soll, weithers bevelhs von seinen Gn. dernhalb zu gewarten.

Zum letsten soll der licentiat sich in allen und jeden obgeschriebenen puncten, wie dieselb zu anfang des reichstags sich ansehen lassen, zutragen und hynußlauffen wollen, zum allervleissigsten soviel muglich erkundigen und dieselben mit allen iren umbstenden sampt andern, so ime yederzeit fursteen und begegnen wurt, wolgedachtem meinem gnedigen hern zu wissen thun und sunst vertrauten vleiß haben und furwenden.

Actum Dillenberg, <sup>a-</sup>den 8. Decembris anno etc. 42<sup>a</sup>.

61 *Pfgf. Ottheinrich und Philipp von Pfalz-Neuburg*

61a *Pfgf. Ottheinrich: Vollmacht für Georg Ludwig von Seinsheim und Gabriel Arnold – Neuburg, 1543 Jan. 24*

*München HStA, Kasten blau 271/4, unfol. (zwischen fol. 88r und 89r), (Ausf.).*

Wir Otthainrich, von Gottes genaden Pfgf. bey Rein, Hg. in Nidern- und Obernbairn etc., bekennen öffentlich mit dem brief: Als wir gegenwurtigen nurmbergischen reichstag aus mergklichen und unvermeidenlichen verhinderungen aigner person (wie gern wir röm. ksl., auch röm. kgl. Mt., unsern allgernedigisten herrn, underthänige gehorsam gelaist hetten) nit besuechen könden, das wir an unser stat unser rete und lieb getreuen, Jörg Ludwigen von Sainshaim zu Hohenkettenhaim, unsern landtrichter und pfleger zu Sultzbach, und Gabrieln Arnoldt, unsern rentmaister, sament- und sonderlich verordnet und inen bevelh gegeben haben, uns, wie sich geburt, im reichsrat zu vertreten und neben andern reichsstenden, auch der abwesenden potschaften in sachen des Hl. Reichs teutscher nation und gemainer christenhait obligen belangend, was zu hinlegung desselben und fuerderung aller wolfart dinstlich, zu ratslagen und zu sliessen, inmassen wir sy durch ain instruction [*Nr. 61b*] abgefertigt haben. Was sy auch von unsern wegen also furnemen, willigen oder sliessen, das gereden wir bey unsern fstl. Wd., sovil in unserm vermögen, unwidersprechlich zu volziehen, getrulich und ungeverlich.

<sup>a-a</sup> *Datum korr. aus:* den 4. Januarij anno etc. 43.

61b *Pfgff. Ottheinrich und Philipp von Pfalz-Neuburg: Instruktion für Georg Ludwig von Seinsheim und Gabriel Arnold zum Reichstag – actum Neuburg, o.D. (1543 Jan. 24)*<sup>1</sup>

*München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 1r–4v, (Kop.); ÜS fol. 1r:* Instruction und bevelh, was unser, Hgg. Otthainrichs und Philippsens in Nidern- und Obernbairn etc., rete und lieb getreue, Jorg Ludwig von Sainshaim zu Hohenkettenhaim, unser landtrichter und pflieger zu Sultzbach, und Gabriel Arnoldt zu Rornfels, unser rentmaister, auf ytzwerendem reichstag zu Nurmberg von unsern wegen sament- und sonderlich handln sollen.

*1. Ehrerbietung gegenüber Kg. Ferdinand und Entschuldigung wegen des persönlichen Fernbleibens vom Reichstag und der verspäteten Abfertigung der Gesandten.*

Zum andern sollen sy unser session vor Sachssen und Brandenburg mit hilf, rat und furdrung der bairischen und pfaltzischen rete zu erhalten ernstlichs vleis thun, und ob inen ainiche ver hinderung oder was widerwertigs derhalben begegnen wurd, dawider protestirn, sich auch alsdann des reichsrats bis auf unsern verrern beschaid enthalten.

Desgleichen, so inen von ymand furgeworfen wurd, wir hetten der religion halb enderung furgenomen, daraus zu vermueten, das wir villeicht den protestirenden stenden anhengig wern, darumb mochten sy, unsere gesandten, ain solhs anzaigen, damit man sich darnach hett ze richten etc. Sollen sy dagegen sagen, wir wern irs wissens den protestirenden noch zur zeit nichts verwandt; so hetten sy, enderung halb der religion ainiche verantwortung ze thun, von uns kain bevelh. So aber wir derhalb angesuecht, wurden wir sonders zweifls unverweislich antwort geben. Wann sy nu daruber auszetreten<sup>2</sup> angesucht oder in ander weg, wie vor auch beschehen, derhalb beswerlicher oder trutzlicher weis angesprochen wurden, sollen sy dasselb thun und es alsbald an uns gelangen lassen, auch unsers beschaids daruber gewarten und sich mitlerweil des rats gentslich enthalten.

Zum dritten sollen sy im reichsrat horn, was ze handln furgenomen werden wolle; dasselb, sovil vonnoten, yderzeit furderlich an uns gelangen lassen und daruber unsers beschaids gewarten, zuvoran so was furbracht wurd, das uns beswerlich oder nachtailig sein mocht.

Und sonderlich, so ain neu hilf und anlag begert wurde, sollen sy dagegen anzaigen, es were davon nit wol fuegclich oder gelegen ze handeln, man hette dann zuvor vermog des nechsten reichsabschids die craisrechnungen nit allain von den obereinnemern, sonder auch und furnemlich von den craisreten aufgenommen und daraus erlernt, was und wievil in idem crais gefallen und auf das kriegsfolck auch in ander notdurftige weg ausgangen wer. Dann aus demselben und vergleichung der crais wurden sich allerlay bedengken zuetragen und sich

<sup>1</sup> Datum aus der Vollmacht übernommen.

<sup>2</sup> Im Sinne von: aus dem Reichsrat hinausgehen, an den Reichsratssitzungen nicht teilnehmen.

under anderm befinden, wie weit man ungeverlich mit dem gemainen pfening raichen mocht. Darzu die mengl, so in verfurtem [= *vorigem*] zug furgefallen wern, herfur kommen, also das von besserung und erstattung derselben, wie es die unvermeidlich hoch notdurft erfordern wollt, alsdann auch desto austreglicher und beslieslicher geratslagt und gehandelt werden mocht.

Unsere rete sollen sich auch aus erzelten und andern ursachen on vorgeende craisrechnungen von ainicher verrern hilf ze ratslagen oder ze handln kainswegs einlassen. Dabey sollen und mogen sy auch nachfrag haben, ob die vorigen reichsanlagen, darzu was bisher zu underhaltung des camergerichts von den stenden erlegt ist, und sonderlich die hilf, im 40. [!] jar gelaist, abgerechnet seyen oder nit, und wie es des rests halben ain gestalt hab.

Wann nu die craisrechnungen fur hand genomen, sollen sy neben den gemainen mengln, die sich in beyligender rechnung finden werden, anfenglich anzaigen, es wer etwas verwunderlich, das im bairischen crais nit mer gelts dann angezeigt, eingelegt worden sein soll, angesehen, das allain aus unserm geringen furstenthumb bis in 15 000 fl. gefallen. Daraus zu vermueten, das ain grosse ungleichait were gehalten worden, zuedem das Dr. Linhardt von Egk auf nechstgehaltne reichstag unsere damals verordnete rete auf das bestendigst vertroost, es were in der bairischen craistruhen gewislich sovil vorhanden, das nit allein dessen geburende anzahl kriegsfolgks zu roß und fueß ain gantz jar lang, sonder auch, so es zu aim merern zuezug gelangen soll, wie dann damals davon geratslagt worden, auch derselb davon stattlich und on all verner anlag oder contribution mocht erhalten werden, wie dann dieß unsere rete auf solhe vertroistung im damals gemachten beslus bewilligt, welhs one das kainswegs beschehen wer; haben auch dessen von uns kain bevelh gehabt. Wie sich nun solhe vertroistung mit der rechnung vergleich, das sey leichtlich abzenemen.

Item wiewol den craisreten, haubtleuten und andern bevelhhabern ain ansehenliche besoldung, der sy sich zuvoran in disem christlichen zug und gemainnutzigen werck billich sollten haben ersettigen lassen, von der gantzen reichsversammlung zu Speir gemacht worden, so wer doch dieselb, wie wir bericht, in etlichen, und sonderlich auch in disem bairischen crais, on vorwissen desselben verwandten stend allerst im leger gebessert worden, welchs sich aber unsers erachtens nit allain ubl geburt, dieweil das kriegsfolgk anderst nit, dann im zug des 42. jars beschehen sollte vermog des speirischen reichsabschids, underhalten sein worden, sonder hett auch verursacht, das der gemein pfening sovil weniger ersprossen und geraicht hett. Und wollt in allweg die notdurft erfordern, dasselb und andere mengl, die sich mit staigerung der profiant, der kundtschaften, artalerei und anderer kriegsraitschaft halben zugetragen, furohin mit vleis zu verkommen zu verfuegen. Und das vor allen dingen die jungsten abschid aller puncten halben exequirt und volzogen wurden.

Item so wern uber das etliche furstenthumb, stift und herrschaften teglich aus der reichshilf gezogen. Wurden etwo vil stend, wie wir darfur hielten, mit irer schigkung und einlag fur sich selbs und von irer underthanen wegen,

darmit sy sich vertragen, mit solher ungleichait gethan [= *tun, machen*], das, wo dem allen nit ernstliche fursehung und wendung beschehe, nit moglich sein wurde, etwas fruchtbars auszerichten, zu gesweigen, das solhe ungleichait bey den underthanen und dem gemainen man ainen mergklichen unwillen verusacht, wie dann alberait zu besorgen, ob wol wider ain anlag des gemainen pfennings furgenomen und bewilligt, die doch on emporung der underthanen nit leichtlich zu erhalten sein, es wurde bey weitem sovil nimmer gefallen und erlegt werden, als das nehner [= *vorige*] mal beschehen wer.

Neben dem allen wern wir unserm vermogen nach gegen etlichen andern stenden mit ainer solhen ubermaß in gemainen reichshilfen bisher uberlegt gewest, das uns in demselben anslag ainiche hilf mer ze laisten nit allain zum hochsten beswerlich, sonder gantz unmoglich wer, wie wir uns dann solher ubermaß zum oftermaln durch supplicationes gegen ksl. und kgl. Mtt. und den stenden beswert haben. Auf dieselben suplicationes sollen sich auch unsere rete nochmals ziehen, mit dem anhang, das wir uns ungeringert desselben uber sovil vilfeltige beschehne vertrostrungen in kain hilf mer – weder wenig noch vil – wurden, konden oder mogen einlassen.

Wann man nu, nach gethaner rechnung der obereinnemer und sonderlich auch der craisrete und wendung oder abstellung oberzelter mengl und beswerden, ye von ainer verrern hilf und anlag ratslagen und handln wollt, sollen sy, unsere rete, anzaigen, wir hielten darfur, das nit allain in disem gemainen, nutzigen werch, sondern auch anderer reichsobligen halb billich vor allen dingen alle furstenthumb, stift und herrschaften, so von dem Reich ausgezogen, als Mailand und andere, wider darzu gezogen, damit die burd andern stenden dest tröglicher und erswinglicher wurd.

Was dann solher hilf halben daruber furgenomen und geratslagt wirt, das sollen sy anderst nit, dann an uns gelangen ze lassen, annemen, wie sy es dann alsbald herberichten und unsers beschaidts derhalb warten sollen.

Wir haben auch in sonderhait bedacht, es were ratsam und billich, wo es ye zu ainer neuen anlag und hilf komen soll, das dann den craisreten eingebunden wurd, die kundtschaften yderzeit allen aines yden crais verwandten fursten zuzeschreiben oder doch zum wenigsten zu verordnen, das ain solhs durch den craishaubtman beschehe, damit ain yder, so contribuiet, auch wisse, was gehandelt wurde.

Und dann dieweil die zigeuner, so one das ain verwegen, unnutz volgk sein und, wie man etwo im wergk und augenscheinlich befunden, dem Turgken wider gemaine christenhait kundtschaft gegeben und allerlay anzaigen gethan haben, das sy durch ain gemain mandat oder in ander weg durch alle stend aus allen christlichen landen verjagt und vertriben wurden.

Ob auch zwischen ksl. Mt. und dem Hg. von Gulch oder zwischen Sachssen und Hessen und dann Hg. Hainrichen von Braunsweig gehandelt werden wollt, sollen sy anzaigen, sy wern derhalb von uns nit abgefertigt, wollten aber, was

in demselben weg gehandelt wurd, an uns gelangen lassen und sich beschaids erholen, wie sy dann alsbald solhe handlungen furkommen thun sollen.

Wurde dann Hg. Hainrich sy, unsere rete, umb beystand ansprechen, sollen sy anzaigen, dieweil Sachssen und Hessen mit der Pfaltz in bundtnus und erbaunung stuenden, das uns nit wol fuegen, sonder beswerlich und verweislich sein wollt, on vorwissen unsers herrn und vettern, Pfgf. Ludwigs Kf., seiner L. hirinn beystand ze thun, der zuversicht, sy wurde uns den abslag nit zu unguetem aufnehmen, sonder in dem fall fruntlich entschuldigt haben.

Item unsere rete sollen auch anzaigen, dieweil die visitation des camergerichts gewislich vertrust, das unser gutachten wer, solhe visitation unverzogenlich furzenemen, dann wo das nit beschehen, wurd uns aus allerlay beweglichen und hochwichtigen ursachen beswerlich sein, unser geburnus zu desselben underhaltung zu erlegen.

Ob auch von ainer muntzordnung, besserung der policei und anderer reichs-obligen halb was gehandelt werden wollt, sollen sy andere stend und potschaften in irem bedengken vernemen und sich in allem, was dem Hl. Reich teutscher nation zugutem kommen mag, mit inen vergleichen. Wurde dann in dem allem was furfallen, das uns beswerlich oder sonst an uns ze langen vonnoten sein wollt, mogen sy dasselb herberichten und sich yderzeit daruber beschaids erholen.

Unsere rete sollen auch der widertauffer halb, nachdem sich dieselb ergerlich sect wider eraigen [= zeigen] will, mit den saltzburgischen und wirttenbergischen reten ratslagen und handln, wie doch denselben zu begegnen sein mocht und, weiß sy sich im rat derhalb vergleichen, auch an uns gelangen lassen. An dem allen geschicht unser maynung.

62 *Pfgf. Ruprecht von Pfalz-Zweibrücken-Veldenz als Vormund Pfgf. Wolfgangs von Zweibrücken: Instruktion für Jakob Schorr zum Reichstag und zu den Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände – o.O., o.D. (1542 Nov./Dez.)*<sup>1</sup>

*Marburg StA, Hanau, 81 A 181½ 2, fol. 96r–98r (Kop.); ÜS fol. 96r: Instruktion, wes sich unser, Hg. Ruprechts, Pfgf. bei Rein, Hg. in Bayern und Gf. zu Veldenz furmunders etc. gesanter rath und lieber getreuer Jacob Schorr [von] unser wegen in den reichsrethen und sonst itzigen nurmburgischen reichstag halten und handlen soll.*

Erstlich soll er sich mit und neben andern stenden des reinischen kreiß vermogungsten zu Wormbs deßhalb genommen abschiedts der ringerung der anschle-ge [1542 Okt. 28]<sup>2</sup>, damit der reinisch kreiß beschwert, auch auß was ursachen

<sup>1</sup> *Die Instruktion wurde nach dem oberrheinischen Kreistag vom Okt. 1542 und nach Erhalt des Prorogationsschreibens Kg. Ferdinands (Nr. 3) ausgestellt.*

<sup>2</sup> *In: Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 400, fol. 120r–125r (Kop.).*



und bewegnuß wir röm. kgl. Mt. die weither anlage nit bewilligt, zum hochsten helfen, den andern reichsstenden, auch röm. ksl. Mt. anzeigen und beclagen und sovil immer moglich daran zu sein, das solche ringerung alsbald itzigen reichstags furgenommen und nit lenger uffgeschuben werde. Und im fall solichs bei der ksl. oder kgl. Mt. und andern stenden nit gefolgt oder bewilligt, sonder wieder angestellt werden wolt, alsdan nit allein in den nechsten nurnburgischen reichsabschiedt [1542] und demselben inverleibter weither turckenhilf, sonder auch in all andere reichshandlung, sovil deren uns zuwidder sein mochten, nit (ane uns zu bringen) annemen, sonder, damit solichs dester baß erhalten werden mocht, sol er fleiß [furwenden] bei den andern stenden des reinischen kreiß und sonderlich deren, so zugleich mit der anlage beschwert, das sie solichs alles gemeinlich miteinander anzertrent furnemen und auch entlich darauf beharren.

Zum andern, wo sich zutrüge, das sich die stende des reinischen kreiß in diesem fal drennen und zweyerley meynung sein wurden, sol er entlich bei denjhenigen, so bei dem wormsischen jungsten kreißabschiedt verleiben [!] und uff die ringerung treiben werden, sehen und mit denselben wie aberzelt zum fleissigsten helfen anhalten und kein weither turckische hilf bewilligen. In fall aber dieselbigen alle die ringerung fallen und sonst al [!] handlung bewilligen wurden, so soll er in diesem fall allein von unsertwegen sich protestirn, suppliciern und anzeigen, das es dieser herschaft in keinen wege treglich oder one verderben, auch von uns als furmundersch un[ver]glichen nit beschehen moge. Derhalb one zuvor seiner herschaft beschehender ringerung er nichts anzunemen oder zu bewilligen wiße.

Zum dritten soll er, was zu bedem – ehr Gottes und gleichem rechten und wolfart des Hl. Reichs und teutscher nation – dienen moge, helfen handeln und furdern und in sonderheit neben und mit andern protestirenden stenden vleißig sich halten, wie er hiebevur auch gethane, und darane sein, das die stende des Reichs in allen dingen onzertrent bei- und miteinander verpleiben, damit sie dester baß bei irem alten herkhomen und freiheiten verleiben, wie er dessen weither bericht von uns hat, und sich infals frembder nationen erwerben mogen und in teutschen landen dester mehr und besserer friedt und recht erhalten werde.

Zum vierten soll unser gesanter uffm gemelten reichstage zu Nurnburg in kein weither hilf willigen oder schließen, man thu uns dan unserer itzunder in Ungern gehapten krigsvolcks furderung vermoge des speyerischen reichsabschiedts [1542] uß der gemeinen kisten entheben, oder aber thu uns ufs wenigst das uberig gelt, [das] wir in die kist erlegt, deren sommen sich in die 5.000 fl. lauft, wieder heraußgeben, die krigsleuth irer forderung damit haben zu bezalen, oder aber das uns solchs an konftiger anlage, wo anders ein anlage beschehen wurde, sovil uns zu stillung itziger unserer krigsleuth forderung uffgehen wurd, zuvor abzziehen, dan uns sonst weither hilf nit moglich, sonder mußen vehet und feintschaft dieser forderung halben gewarten.

Zum funften soll der gesant, sobald er vermerckt, das die stende des reinischen kreiß in weither hilf ongeringert der anschlage willigen und schlissen wolten, sich unsern wegen, das uns unser krigsvolck zu erhalten nit moglich, derhalb er auch unsern weg darin nit willigen kunde, auch nit bewilligt haben wolt, beclagen. Damit man aber spuren moge, das wir gern all unsern vermugen darzu thun und je gern gehorsam erzeigen wolten, seihen wir urputtich, den gemeinen pfening vermoge des speyerischen reichsabschiedts hinfuhr zu allen und jeden anschlagen, wie die im Hl. Reich angelegt, inzubringen und an ende wir hin bescheiden werden, wieder den Turcken oder sonst zu lieffern und geprauchten zu laßen, doch mit abziehung der forderung, [so] uns wie obgemelt uff itzgehalten krigsvolck gangen were.

Zum sechsten soll der gesandt allen moglichen vleis furwenden, das die ringering furgenommen, gemacht und nit weither furgeschoben werde.

Zum siebenden soll unser gesanter daran seyn, das die 46.000 oder 36.000 fl., wiewiel dan desselbigen sein sol, so noch in der reynischen kisten uberig, under die stende wiedder ußgeteilt und eins jeden stants krigsvolck damit bezalt werden.

63 *Hg. Barnim IX. von Pommern-Stettin und Hg. Philipp I. von Pommern-Wolgast*

63a *Bericht der pommerschen Räte über die Zusammenkunft von Wollin: Vorberatungen für den Reichstag – Wollin, 1542 Okt. 9*

A *Stettin AP, AKW Sign. 97, fol. 13r–16v (Kop.); ÜS: Zu Wollin auf Dionisi [9. Okt.] beratschlaget anno 1542. Von dem reichstage.*

B *Stettin AP, AKS II/2085, unfol. (Kop.); ÜS wie in A.*

Sollen die gesandten von Stettin auß am 14. Novembris<sup>a</sup> sich auf den reichstag erheben.

Ein klein wagen soll zu Stettin gemacht werden. Ider herr soll 1 stark wagenpferdt schicken. Ein ider gesandter soll drei klepper haben. Ciriacus soll auf dem wagen fharen. Szoviel zerung, als vorhin Moritz Damitz und Dr. Philips [= Dr. Jakob Philipp Ösler] jegen Normberg<sup>1</sup> [RT 1542] gehapt, mitzugeben.

<sup>a</sup> *In B marg. Vermek: Ist erstreckt biß auf Elisabet [19. Nov.].*

<sup>1</sup> *Zum Nürnberger RT 1542 hätten ursprünglich Moritz von Damitz und Rüdiger Massow abgefertigt werden sollen. Aus dem Konz. der für den RT 1542 gedachten Instruktion (Nr. 63c, Überlieferung B) ist ersichtlich, dass an die Stelle von Rüdiger Massow Dr. Jakob Philipp Ösler trat. Wegen der kurzen Dauer des RT kam die pommersche Gesandtschaft im Sommer 1542 jedoch nicht zustande: siehe dazu RTA JR Bd. XIII, Nr. 42, S. 246. Anstelle von Damitz wurde 1543 Jakob von Zitzewitz gemeinsam mit Dr. Jakob Philipp Ösler nach Nürnberg entsandt (Nr. 63b).*

Underhaltung des camergerichts, item besoldung des procurators und advocats den gesandten mitzugeben.

Die gesandten sollen sich der instruction richten, szo am jungsten auf Dr. Philips und Moritz Damitzen gestellet<sup>2</sup>.

Und wo von einer oder mehr neuen anlagen des gemeinen pfenniges oder sonst gehandelt wurde, sollen die gesandten darin nit gewilligen, ehe dan meiner gnedigen herren anschlege am Reiche gelindert und die indracht [= *Eintrag, Schaden*] und turbation ahn dem bischoftumb und stift zu Cammyrn abgeschaffet werde.

Item von stundt an die supplicatio, meiner gnedigen herren gerechtigkeit des stiftes halben gestellt<sup>3</sup>, zu collationieren und dieselbige geduppelt abgeschrieben, eine jegen Wittemberge ahn Dr. Iheronimus<sup>4</sup> und die andere jegen Leipzig ahn Dr. Fax<sup>5</sup>, durch mein gnedigen herrn Hg. Barnim in beider herren nhamen und unkosten zu schicken, damit dieselbigen einen ratschlag gegen der rhere ankunft fertigen, des sich die gesandten auf dem reichstag gebrauchen mugen.

Friede und recht belangendt: Das ist die erklerung des landtfrieden vermuge der ksl. [*RTA JR Bd. XI, Nr. 949*] und kgl. declaration [*RTA JR Bd. XII, Nr. 148*] und reformation des camergerichts etc. Item, ob man ein grossere oder besser versicherung der braunschweigischen vede halben fordern solle etc., was die gemeinen einigungsverwanten schliessen, mitthun. Wo aber die reformation des camergerichts nit folgen wurde, soll mehr darob gehalten werden, das das camergerichte suspendiret als recusiret werden. Wo aber die suspensio oder reformatio nit zu erhalten, sollen die gesandten auf die recusatio nit schliessen, sonder zurugge ahn mein gnedigen herrn gelangen lassen.

In die underhaltung aber des camergerichtes, sofer das nit visitiret oder reformiret, soll kein vergangen noch kunftig zil<sup>6</sup> erlegt noch bewilliget werden, ausgenomen das erste zil, zu Regenspurg [*1541*] beschlossen und auf die frankfortisch fastenmes anno 1542 betaget.

Szo man ein anderen weg krieges wider den Turken beratschlagen und darauf schliessen wurde, nemblich das ksl. Mt. selbs, die fursten und andere stend

<sup>2</sup> Die für die Nürnberger Reichsversammlung 1542 vorgesehene Instruktion wurde mit leichten Änderungen für den RT 1543 übernommen (Nr. 63c).

<sup>3</sup> Wahrscheinlich handelt es sich um eine bereits am Speyerer RT 1542 eingereichte Supplikation: siehe *RTA JR Bd. XII, Nr. 240b* und *Nr. 245a–b*.

<sup>4</sup> Dr. Hieronymus Schurpff/Schurf (1481–1554): an der Universität Wittenberg lehrender Professor der Rechte (Reformationsjurist); 1521 begleitete er seinen Freund Martin Luther als Rechtsberater zum RT nach Worms.

<sup>5</sup> Dr. Ludwig Fachs (1497–1554): Jurist, Ordinarius an der Universität Leipzig, seit 1532 Beisitzer am sächsischen Oberhofgericht, Rat Hg. Moritz' von Sachsen und sächsischer Gesandter auf mehreren Reichstagen. Siehe T. MÜTHER, *Ludwig Fachs*, in: *ADB* 6, S. 528–530

<sup>6</sup> Steuerabgabe an das RKG: Kammerzieler.

eigner person ziehen, die hilfe austeilten wolte, szo sollen die gesandten, wes die gemeinen reichsstende, vornhemlich die einigungsverwanten, schliessen werden, auch mit bewilligen, idoch das die vorige taxa und anschlah gelindert, der bischoff und stift zu Cammyn außgezogen werden.

Von wegen der muntz sollen die gesandten antzeigen, wo der muntz halben kein reformatie furgenommen wirdt, das ahn den steuren und hilf, szo dem Reich aus diesser art geleistet sollen werden, schir der halbe theil abgeheth. Darum auf wege zu ratschlagen, wie sollicher mangel geendert muge werden. Dan wo leute sollen gesandt werden, wie bisher geschen, und das die kraiskasten nit wurden gesetzt und das Reich oder krais mit der gemeinen besoldung nicht wurden beladen, were es meinen gnedigen herrn nit allein ungelegen, sonder auch schir unmuglich, das krigsfolck zu underhalten. Und auf den fhall sollen die gesandten in keine weiter anlage bewilligen.

Die anzal des gemeinen pfennings, wo der gelegen, ob ehr auf die 5 monat gewendt oder nicht, soll nit angezeigt werden. Und sollen die gesandten darob halten, nachdem ire fstl Gnn., von iren beschwerden nit erhaben [= *enthoben*], den abschiedt nit bewilliget, sonder dawider protestirt [*RTA JR Bd. XII, Nr. 293*], szo hetten ire fstl. Gnn. gleichwol aus freyer bewiligung<sup>b</sup> funf monat<sup>b</sup> geleistet. Wurde man nu den furschlag im Reiche furnemen, das ein iglicher stand sein krigsfolck schaden etc. und was darauf gelauffen oder auflauffen wirdet, die zeit uber alß es in des Reichs bestallung gewest oder pleibet, [*bezahle*], darin sollen die gesandten nit bewilligen.

Wolte man auch all die schulde, szo der krigsubung halben auf das Reich gewachsen, eins iglichen standes taxa nach austeilten, darin sollen die gesandten nit willigen. Wo aber das ganze Reich einen anderen gemeinen pfening bewilligen und kraiskasten setzen und aus allen kraisen den gemeinen pfening oder burden des Reichs zusammenziehen wurden, wollen meine gnedigen herrn auch das rest des gemeinen pfenniges, szo ingenomen, zusampt dem kunftigen in den kraiskasten reichen lassen, idoch in allwege mit den conditionibus der linderung und Bf. zu Cammyn halben wie vorgemeldet.

Szo die ratificatie der verdrecht von wegen der roßkildischen und reinfel-dischen gueter<sup>7</sup> nicht erfolgte, sollen die gesandten bei dem Reich umb hilf anfordern, dergelichen bei den einigungsverwanten umb erklerung anhalten.

---

<sup>b-b</sup> *In B marg. korr. in:* biß zu außgangck des kriegß.

---

<sup>7</sup> *Siehe Nr. 63c, Anm. 11*

**63b** *Hgg. Barnim und Philipp von Pommern: Vollmacht für Dr. Jakob Philipp Ösler und Jakob von Zitzewitz zu Verhandlungen mit den Reichsständen, den Schmalkaldischen Bundesständen und den Augsburger Konfessionsverwandten – Alten-Stettin, 1542 sonntags am tage Elisabeth (Nov. 19)*<sup>1</sup>

*Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 304rv (Kop.).*

Von Gots gnaden wir Barnim und Philips [...] bekennen hirmit für jedermenniglich: Nachdem wir die hochgelarten und erbarn, unsere rete und lieben getreuen, Jacobum Philippum Ösler, der rechten doctor, und Jacobum Citzewitzen, abgefertigt, mit voller macht unser stadt uf dem gegenwertigen reichstage zu vertreten, so haben wir denselben unsern gesanten auch bevehl und gewalt gegeben, wo uf demselben reichstage sachen furfallen wurden, unser einigungsverwanten der hl. religion und die stende der augspurgischen confession anhengig belangent, das sie in denselben hendeln, inmassen wir inen derhalben vermuge unser zugestellten instruction [Nr. 63d] einen unterschiedlichen messigen bevehl gegeben, unser stat vertreten, rathschlagen, handeln und schliessen sollen und mügen. [...].

**63c** *Hgg. Barnim und Philipp von Pommern: Instruktion für Dr. Jakob Philipp Ösler und Jakob von Zitzewitz zum Reichstag – Alten-Stettin, 1542 sonnabends nach Thomae Apostoli (Dez. 21)*<sup>1</sup>

*A* *Stettin AP, AKW Sign. 94, fol. 16r–37v (Ausf. von mehreren Händen); AS fol. 16r: Instruktion der reichshandlung zu Nurmbergk. ÜS fol. 17r: Unser von Gotts gnaden Barnim und Philips [...] instruction <sup>a</sup>zu ausrichtung<sup>a</sup> deß bevhele, so wir den hochgelarten und erbarn, unsern rethen und lieben getreuen, Jacobo Philippo Oßler, der rechte doctor, und <sup>b</sup>Jacob Citzewitzen<sup>b</sup>, in besuechung dißes vorstehendes, auf den 14. Decembris schirest ausgeschriebens und antzufahents reychstags zu Nurmberg zu halten, gegeben und gethan.*

*B* *Stettin AP, AKS II/114, S. 385–415 (Reinkonz., ursprüngl. für RT Nürnberg 1542).*

*C* *Stettin AP, AKS II/113, S. 93–126 (Kop., ursprüngl. für RT Nürnberg 1542).*

---

<sup>1</sup> *Eine zweite von Hg. Barnim von Pommern-Stettin ausgestellte Vollmacht für seinen Rat Dr. Jakob Philipp Ösler, Alten-Stettin, 1542 donnerstags in den hl. weinachten (Dez. 28), liegt in Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 303rv (Kop.).*

<sup>a-a</sup> *A om.*

<sup>b-b</sup> *In B korr. aus: Moritz Damitzen. Er war für den Nürnberger RT 1542 ursprünglich als Gesandter vorgeesehen gewesen.*

---

<sup>1</sup> *Datierung aus A.*

*Die Instruktion (A) entspricht in vielen Passagen wörtlich der für den Nürnberger Reichstag 1542 vorgesehenen Weisung (B und C)<sup>2</sup>, die nicht zur Anwendung kam, da die pommerschen Räte wegen der kurzen Dauer des Reichstags nicht in Nürnberg erschienen. Die geringfügigen Abänderungen und Ergänzungen in A tragen dem in der Zwischenzeit erfolgten Abzug des Reichsheeres aus Ungarn und dem unglücklichen Ausgang des Türkenzuges Rechnung. Außerdem wurden die Ergebnisse der Vorberatungen für den Reichstag (Nr. 63a) in die Instruktion eingearbeitet.*

Wan unsere rethe gen Nurmberg kommen, so sollen sie ire mandata und behelichsbriefe in des Reichs oder maintzische cantzley verreychen und antzai- gen, das sie unsere stadt auf dem anstehenden reychstag zu vertreten abgefertigt sein. Und wan sie zu radt befördert werden, sollen sie vleyssig aufwarten, das anbringen fleissig erwegen und irem verstandt nach dartzu rathen und vermuge irer instruction schliessen. Sie sollen auch mussiggangk und alle leichtfertigkeit meyden und unser hendel vleyssig warten.

Wiewoll disser anstehende reychstagk von vilen hochwichtigen sachen wegen beschryeben iß worden, so sollen doch unsere gesanthen wissen, das diß die furnemsten stücke seyn, nhemlich<sup>3</sup>:

[1.] <sup>c</sup>Wie sich die kriegshandlung in Ungern im vorgangen zugk angelassen habe und was weyter vom zukunfftigen zugk, dem erbfeyndt widerzustehen, gehandelt muhte werden<sup>c</sup>.

[2.] Das friedt im Hl. Röm. Reich wircklich erhalten und ein gleichmessig, unparteyisch recht aufgericht muge werden.

[3.] Das ein gut und gleichmessige, wirckliche ordenung durch das gantze röm. Reych teutscher nation der gulden und silbern muntz halben aufgericht werde.

[4.] Das die ubermessigen anschlege vermoge der oft beschenen vertröstung, auch gegebener abschiede gelindert werden.

[5.] Das die irrungen, szo sich ein lange zeit her zwischen etzlichen stenden von wegen der session enthalten, vermuege der oft bescheener vertrustung und zusage mügen nhumehr unverzuglich zu orterung kommen, damit dardurch die forderung der anderen gueten sachen nicht gehindert und die zeyt in der reichsversammlung nicht vorgeblich zugebracht werde.

[6.] Das auch eins itzlichen beschwerten, das der Bf. zu Cammin durch das Reich desselben gebotsbrieff genottigt und geraitzt wirt, sich von unsern landen

---

<sup>c-c</sup> In BC: Aufzusehen wie die kriegshandlung, so zukunfftiglich in Hungern, widerumb verordent und vor die handt genommen werden soll.

<sup>2</sup> B: datum Ukermunde, 1542 am Donnerstag nach Assumptionis Mariae (Aug. 17); C: nicht datiert.

<sup>3</sup> Die folgende Nummerierung wurde zur inhaltlichen Gliederung der umfangreichen Instruktion eingeführt und entspricht nicht der inkonsequenten Nummerierung der Vorlage.

und furstenthumben zu begeben etc. und dergleichen sachen sollen gehandelt und ferner nicht verschoben, sondern entlich entscheyden [!] werden etc.

[Ad 5.] Fur fernerm bericht sollen unsere rethe gewarnet sein, das sie unsers standes oder session negst den oder uber den, als es uns gepueret, sich nicht begeben sollen. Wollen sie auch hiemit erinnern, das unsers achtens uns die session nach Gulich gepuret. Und nachdem Wirtembergk, Hessen, Baden sich auch der session deß orts anmassen, das unsere gesanthen auf dem jungstgehaltenen reichstagk zu Speyer<sup>4</sup> mit Wirtemberg, Hessen und Baden sich dermassen vortragen, das unsere gesandten mit inen den einen tagk umb den andern dermassen gesessen, wen[n] die unsern den obersitz gehapt, so seindt die vorigen, nemlich Wirtemberg, Hessen und Baden, under den unsern gesessen, wen[n] aber deß andern tags Wirtemberg den obersitz gehapt, seint die unsern unter allen, nemlich Wirtemberg, Hessen und Baden, gesessen. Und diß ist einen tagk umb den andern gangen. Wir lassen geschehen, das itzige unsere gesanthen ungeverlicher weyse, dermassen als vorsteth, mit den anderen sich der session halben auf dissen reichstagk vergleichen. Und nachdem wir fursten baide, ein iglicher in sonderheit, in der regierung, auch gethailten landen und leuten sitzen, so mugen wir auch ein jeglicher in sonderheit einen rath im reichsrath haben. Demnach sehen wir fur guet ahn, das unser rethe baide zugleich sitzen und, so sie daruber angesprochen wurden, das es sich nicht gepurt, werden sie es damit entschuldigen, das ein jeder von seinem heren als regierendem fursten in sonderheit abgefertigt iss.

[Ad 1.] Der erst artickel, nemlich wie die sachen der kriegshandlung sich anlassen werden, stehet darauf, ob alle und iede stende und kreyße ihre kriegsrethe, kriegsvolck und gemeinen pfenningk zu rechter zeit, gut volck, gut muntz etc., geschutz mit seiner zugehorung geschicket und was wider diejenigen, so darahn gemangelt, zu thun und zu handeln sey. Demgleichen, ob die röm. kgl. Mt. und das kunigreich Hungern ihrem bewilligen und erpieten nach, auch die papstliche Hlt. und die ksl. Mt. in die sachen sich geschicket und, wo daran mangel sein wurde, wie bey den potentaten die erstattung oder widerbringung des mangels, auch nit allein friedt, sondern trost oder furderung bey Franckreich, Polen und den anderen christlichen konigen zu erhalten, was bis doher erlangt oder zu erlangen sey.

Item, ob die ksl. Mt. von seiner Mt. erblanden, als Burgundien, ihr gepurnuß ahn kriegsvolck und obern solden geschickt etc.

Item, ob der gewilligte gemeyn pfenning den unkosten diß kriegs nit getragen oder die verordente hulfe in Hungern nicht starck gnueg oder erschießlich gewesen, wie das gelt oder die hulf zu mheren. Ob der oberste heuptman der heuptmanschaft sich nach ausgange der monat, in seiner bestellung ausgedruckt, beschweren wurde.

<sup>4</sup> Siehe die Eingabe der pommerschen Gesandten an Kg. Ferdinand wegen der Session im Fürstenrat, Speyer, 1542 Febr. 18, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 240a, S. 1077f.

Hierauf und furnemlich auf das erste stuck, nemlich ob die antzal deß kriegsvolcks in rechter zeit geschickt etc.: Sollen unsere gesanten, wans die zeit erfurdern wirt, berichten, das wir weder <sup>d</sup>-aus gehorsam oder bewilligung zu der leistung dißer hilf nicht verpflichtet. Dan soviel die leistung aus gehorsam beruret, ist die sach an ir selbst offenbar. Darauf ist auch durch die ksl. oder kgl. Mtt. nie gedrungen oder furderung furgenommen. Sovil aber die bewilligung beruret, ob man sagen wolte, das diße hilf erstlich zu Augspurg [1530], darnach zu Regenspurg [1532, 1541] und zum letsten auf dem reichstag zu Speyer [1542] bewilliget und das wir uns sollicher bewilligung zu halten schuldig: Darauf sollen unsere rethe berichten, das in dißen fellen, wo wir des gehorsams halben die hilf oder andere dienst zu leisten nit schuldig durch die bewilligung der mehren zu sollicher leistung nit verbunden werden, und zusetzen, das in den augsburgischen oder regenspurgischen abschiedt gewilligt, so wirdt doch in denselben abscheiden nichts entlichs verordnet. Dieselben abschiedt halten auch mehr in sich eine forma und anleitung, wie den sachen zu helfen, als eine bewilligung und beschluß, derselben zu helfen.

Im fall aber, wo ichts beschließlich in denselben abscheiden gehandelt, so ist doch sollichs alles auf condition geschehen, nemblich wo fried und recht im Reiche sein wurde, wo die fremden potentaten ausserhalben der teutschen nation, als Franckreich, Polen, Engelande etc., bapst etc., auch die ksl. Mt., sich in die krigsubung wider den Turcken lassen wurden etc. Nachdem aber die conditiones nicht gefolget, so ist auch jederman unverpunden geplieben.

Den speyrischen abscheidt [1542] haben wir auch der eindracht [= *Schäden, Unrecht*] halben, so uns an dem stift Cammin bescheen, inhalt unser supplication<sup>5</sup> und protestation<sup>6</sup>, der röm. kgl. Mt. zu Speir uberreicht, nicht ahngenommen<sup>d</sup>.

Gleichwol haben wir aus freyem willen und guter, freywilliger, unvorbintlicher furderung der reichshulf zu Speyr beschlossen, doch on ratification des speyrischen abschiets, als wir dan auch davon in unserm schreiben an den obersten feltheuptman und den obersechsischen kriegsrath geschrieben und protestiret, am 3. tage Junij negstvorgangen 204 pferde guter rustung, ein fenlin knecht mit einer halben schlangen sampt ihrer zugehorung an den obersten reichsfelhauptman und die antzal der besoldung, so vermuge der leuth, die uns angelegt, auf die hohen empter drey monat langk lauffen wirt, an den obersechsischen kriegsrath abgefertigt.

Demgleichen haben wir auch den gemeynen pfennig unser lande und hertzogthumb zusammenbringen und, was fur unser person dartzu zu erlegen gepurt, erlegen lassen und vormug des Reichs abschiedt zu Wittembergk<sup>e</sup> an-

<sup>d-d</sup> Aus BC erg., in A fehlen zwei Seiten.

<sup>e</sup> In BC folgt danach: in den kreißkasten.

<sup>5</sup> Siehe RTA JR Bd. XII, Nr. 240b und Nr. 245a–b.

<sup>6</sup> Siehe RTA JR Bd. XII, Nr. 293.



bieten lassen. Weil aber doselbst keyn kreißkasten aus mangel, wie ihm zerbstischen abschiedt [1542 Mai 22] vorleibt, vorordnet, haben wir gleichwol unser kriegsvolck biß zu ende des kriegs nicht mit ringer beschwerung in Hungern underhalten. Und ob wir hiemit fast alles geleistet, das uns in dem speyrischen abschiedt vor unser person auferlegt, so bestehen wir nochmaln dobey, das wir in den speyrischen abschiedt dadurch nicht wollen gewilligt oder denselben ratificiret haben.

Und sollen unsere gesandten wissen, das wir dissen vorthail an der nitbewilligung des speyrischen abschiedts haben: Erstlich, wo man sagen wolt, wir hetten die drey monat unser kriegsvolck anders oder hoher, als in dem speyrischen abschiede ausgetruckt, bestellet, dasselb oder unsern gemeynen pfennig nicht zu rechter zeit geschicket, und das wir derhalben erstattung thun oder in die censuren solten erkleret werden, dises, wiewol dasselbig wenig fhar hat, auch wenig chur- oder fursten sein werden, die so vleissiglich als wir in dise sache sych geschicket, so were es gleich neben der weiten abgelegenheit des wegs, dermassen als das Reich vorordnet, unser antzal kriegsvolck nit schicken mugen, auch domit zu entschuldigen, das wir den speyrischen abschiedt nicht angenhomen.

Ferrer, wo ein grosserer uncost, als der gemein pfennig ertragen mag, auf das kriegsvolck oder auf den krieg oder hulf des Reichs gelauffen oder lauffen wurde, das wir das rest solchs uncostens mitzutragen vor unsere rata nit schuldig. Wurde man auch darauf radtschlagen, das etliche Kff., Ff. oder stende gar nicht geschicket oder sych ihrer bewilligung nit gehalten, wie dieselben zum gehorsam zu bringen oder was straf denselben anzulegen, das sollen unsere gesandten, nachdem wir in den abschiedt nicht gewilligt, dem Reich heymstellen. Idoch das man der grossen hause Meintz, Burgundi und ander so wenig als der andern Kff., Ff. oder stende vorschone.

<sup>f-f</sup>Nachdem das deutsche kriegsvolck den abzug aus Hungern genomen oder zertrennet, auch in dem sommerleger gar nichts geschaffet und nun abermals uf das ander jar, so im fah der not bewilligt, gedrungen wurde, so must man erstlich den fah der not wol erwegen. Dan ob man ihm vorschienen jar viel von der not und grosser rustung und antzug des feints von vieler gewisser kuntschaft in der reichsvorsamlung meldung gethan, so hats doch die that und zeit erkleret, das furangeregt kuntschaft unrecht gewest. Und wo nun abermals aus gleicher unrichten kuntschaften ein not solt gemacht und das Reich uf vorgeblichen unkosten gefhuret, dodurch wurde die deutsche nation erschepft und der gemein man des gemeynen pfennigs uberdrussig gemacht. Dorumb mug man vleissig des acht haben, wo man von der not sagen wurde, das dieselb warhaftig und vorhanden sey.

Wo aber die warhaftige, unvormeidliche not oder ein gute, starcke hofnung uf gute und vheste ursachen gestellet, die schlosser und stedte Offen und Pesth zu erobern furstunde und in gemeynem reichsradth durch Kff., Ff. und

---

<sup>f-f</sup> *Aus A, in BC findet sich ein kurzer Absatz betr. die Türkenhilfe:*

stende ein neue expedition wieder den feindt beschlossen wurde, sollen unsere gesandten in dieselbe expedition nit anders bewilligen als uf nachfolgende condition:

[*Ad 2.*] Das friedt und recht, wie in den vorigen reichstagen gehandelt, im Reich erhalten werde. Und nachdem durch die declaration des landtfriedts, auch regenspurgischen und speyrischen abschiets dise punkte auch uf die vortrostung der röm. ksl. und kgl. Mtt. entlich nit abgeholfen, dan was in derselben declaration enthalten, ist - sonderlich soviel die reformation des chamergerichts belanget - in das werck nicht gebracht, hirumb so mus man fur ferner handlung der expedition die vorgedachten punct friedt und rechts volnkomlich ins werck bringen und ein part gegen das ander den friedt gnugsamlich vorsichern. Und ist villeicht nit gnugsam, das dise vorsicherung, wie vorhin gescheen, durch die vortrostung oder zusage der röm. kgl. Mt. gethan oder befestigt werde, sondern das alle stende, Kff., Ff. und andre etc., des alles durch eynen gemeynen abschiedt sich verwilligen und verpflichten. Ja, es ist auch notig, das zwischen den evangelischen eins-, Hg. Heinrichs zu Braunschweig und dem kegenbuntt anderstheils der friede hin und wieder verburget wurde. Und were zu erhaltung des friedts fast dienstlich, wo man die braunschweigische sache durch gutliche wege vortragen und hinlegen mochte, dan ob dieselbe zum anstant konte gebracht werden, so bleibt gleichwol die bitterkeit, gegenwertige und zukunfftige sorge und fhar in den hertzen der partheien, dadurch dan viel guter sachen und die furderung der expedition wieder den Turcken verhindert wirt.

Wo dise erste condition nit zu erhalten, so wissen wir in die kunfftige expedition auch nit zu bewilligen, dan man het sych aus derselben nit viel groserer frucht oder nutztes als aus der vorgangenen zu verhoffen, darumb das man, als auch furhin gescheen, aus mangel rechter, treulicher zuversycht zur fassung eins rechtschaffenen kriegsregiments nit gekommen oder nit komen mag.

[*Ad 1.*] Das die röm. ksl. Mt. als ein haupt der deutschen nation und des Hl. Röm. Reichs in disen furstehenden schweren sachen, daran alle wolfart des Reichs, auch erhaltung der christlichen religion gelegen, in eigener person und, wie ihrer ksl. Mt. geburet, zu rechter zeit in dise expedition sych begeben, derselben sych annheme und die ins werck bringe. Dan nachdem do viel angelegen, das in allen grossen gescheften das heupt, von Got vorordnet, vorhanden sey, so gepurt sychs doch furnemlich in disem falh, do von wegen des gantzen christenthumbs und der gantzen deutschen nation und von derselben ehre, rhum, christliche religion und alle wolfart gehandelt wirt, das heupt vorhanden sey. Was vor furhinderung und unfall es gebracht, das man in der expedition des heupts gemangelt, hat diser negster hungerischer feltzug [1542] und ende desselben gnugsamlich erkleret.

Wie auch zu Regenspurg [1541] vorsehen, das die bapstliche Hlt., Franckreich und andere nation zu vorgemelter expedition bewogen und vermocht werden, und das bey der röm. ksl. Mt. erhalten, [*aus*] den kriegten oder vhedten

und feintschaft mit Franckreich, Gulich, Denmargken und andern potentaten etc. in anstandt und friedt sych zu begeben.

Das die röm. kgl. Mt. erklerung thu, wieviel [*sie*] zu roß, fuß, artolorei, schiffung etc. von irer konigreich und erblichen landen und leut wegen zu dem furstehenden zugk wieder den Turcken zu bringen willens. Welchermassen sie auch die vorsehung der providant fur gut ansycht und dieselb bestellt hab oder zu bestellen willens. Das des konigs rustung fur dem antzuege und ob sych die sachen dermassen erhalten besyichtigung furgenomen werde.

Das ane vortzugk ein antzal der erfahrensten kriegsleute aus allen stenden aus der deutschen und anderer nation zusammengebracht und denselben bevolhen werde, ein rechtsschaffen kriegsregiment zu fassen, auch berumbte, ehrliche, alte obersten und rethe des kriegs, geubt den krieg zu fhuren, zu erwelen und dem Reich namhaftig zu machen, vorordent werde. Dan was grosere schade dem Reich daraus entstanden, das die negste [= *letzte*] expedition so reiflich und mit dem radth und bescheydenheit, als sych gepuret, nit gefasset oder vorordent, empfindet man itzt mit grosem nachteil und clagen. In der fassung des kriegsregiments wirt man der antzal des kriegsvolcks, der artelerei und anderer einrustung, auch der vorordnung der obersten und durch was wege das kriegsvolck aufzuscheinen und welcher gestalt und masen es zusammen uf den musterplatz zu bringen, auch was einem itzlichen seinem ampt und gelegenheit nach zur besoldung fur schadenstandt, an- und abzugk zu geben und wie lange man das kriegsvolck zu underhalten sych vogleichen. Dahin wollen wir die furderung dises puncts vorwiesen haben, idoch mit dermassen, wo man, als biß doher gescheen, auß eynem iglichen kreis oder orte eins iglichen anschlage nach kriegsvolck aus radth des außschus schicken solt, das uns viel gelegener, unsere hulfe an eytel reysygen oder reutern zu schicken und die antzal der besoldungen, domit das fußvolck zu vorsehen, an eyn antzal der reuter, so damit zu erhalten, gewandt wurde. Hie mus man aber gedencken, das mit dreu [= *drei*] knechts besoldungen eynen reysygen nit zu erhalten, und das darumb in disem wechsel, reuter gegen das fußvolck zu schicken, ein geburliche gleichheit der besoldung gemacht wirt.

Wan nun das regiment verfasst, so wirt eynem gemeynen reichsradth anliegen, die wege zu suchen, dodurch das gelt und andere reitschaft, domit das kriegsvolck zu besolden und zu vorsehen, zu wege zu bringen. Wolte man nun die vorige speyrische forma, den gemeynen pfennig zu reichen, volgen und denselben in kreiskasten bringen etc., mocht nicht ungelegen sein. Daran aber ist diser mangel, das man des vormugens der deutschen nation, nachdem die vorige forma zur exequution nit gebracht, kein eigentliche wissenschaft hat. Solt man nun die hindersassen im Reich mit hohern tributen, als die ehafft erfurdert, beschweren, das were unrecht, mocht auch villeicht nicht zu erhalten sein. Solt man auch den unkost des kriegs durch die erlegung des gemeynen pfennigs nit ertragen mugen, das wurde der sachen zerruttung bringen. Datzu ists ein fast ergerliche sache, das viel Kff., Ff. und stende sych geweigert, iren gemeynen

pfennig in den kreißkasten zu bringen, auch viel ihr antzal kriegsvolck nit geschickt. Und wo solcher ungehorsam solt ungestraft bleiben, mochte man nit verhoffen, das die furstehende expedition volnkomlich ins wergk zu bringen. Wolte man auch die straf furnehmen, so wirt das ungehorsam theil das grosest sein, und wie es sych des gehorsams also auch der straf widern, und also ein theil gegen das ander sych erheben und die sachen zu inheymischen zanck und kriege richten. Und ist gleichwol dem gehorsamen unleidtlich, das die ungehorsamen sollen straflos gelassen werden. Und dises orts mochten unsere gesandten wol einfhuren, ob uns allerlei eintracht [= *Schaden*] vom Reich durch die entziehung des bischofthumbs zu Camyn bescheen und unsere beschwer uns allein nit vorlassen, sondern auch nit gehoret und fursetzlich von einer zeit zur andern vorschoben werden, so haben wir gleichwol ja so vleissiglich als die furnemisten und die zum hochsten befreyheth uns unser gepurnus in der vergangen expedition ertzeigt. Wan aber unser nachbarschaft und die andern stil sytzen, was inen auferlegt, nicht thun oder reichen und wir vom Reich durch eyntrecht und entziehung unser regalien, wie vorgemelt, uberladen und die zeit der not, als wir dan biß doher kein trost oder furderung vom Reich gehapt, trostloß gelassen werden, wer ein ungleiche und untregliche sache.

So beschweren sych auch alle stende, die hohen und nydrigen, ires vormugens in den anlagen zu entplossen; reichen und geben dieselben blintlings. Dasselb bringt auch nit die geringste vorhinderung in disen dingen. Also ist uns viel zu hoch, wege, wie disen sachen zu helfen, zu finden. Idoch, wo gleichmessige wege in gemeinem reichsradth wurden zu underhaltung des heers gefunden und wir sehen wurden, das man denselben einhelliglich volgen und dieselben ins wergk bringen wurden, die ungleicheit der ubermessigen anschlege, domit wir beschweret, verglichen und der eintracht des bischofthumbs halben erlassen und wirckliche ordnung der muntz gemacht, seint wir auch willens, uns den andern stenden gleichmessiglich zu ertzeigen.

Wo auch in gemeynem radth befunden, das man des unkostens und betagter schulde, so uf die negste expedition gelauffen, fur der handlung der furstehenden expedition vogleichen solt und das man derhalben zu neuen anlagen schreyten wolte etc., sollen unsere gesandten darob halten, das wir uns zu der vorigen expedition nicht bewilligt und gleichwol unbeschwert sein, die antzal unsers kriegsvolcks der ordnung nach, als die bestellung im Reich gefasset, zufrieden zu stellen, und das wir [*uns*] daruber in neue anlagen zu bezalung der vorschienen expedition etc. nit einzulassen wissen. Wo aber schulde vorhanden weren, die mag das Reich bey den ungehorsamen, so gar nichts geschickt oder biß zum abzugk die iren do nit erhalten, suchen und dises orts erholen. Das wir erbuttig gewest, unsere anlagen in den kreißkasten vorlievern zu lassen. Wir seint auch numher, uns [*in*] die vorgangen expedition ferner als gethan keinswegs einzulassen willens.

So man ein andern weg des kriegs wieder den Turcken beradtschlagen und darauf beschliessen wurde, nemlich das ksl. Mt. selbs, die fursten und andere

stende eigener person ziehen, die hulfe austheilen wolte, so sollen die gesandten, was die gemeinen reichsstende, vornemlich die einungsvorwanten, schliessen werden, auch mit bewilligen, idoch das die vorigen taxa und anschlag gelindert, der Bf. und stift zu Camyn ausgezogen werden<sup>f</sup>

§[Ad 2.] Und nachdem diser anhang, nemlich sofern friedt und recht im Reich erhalten, nit allein uns, sondern alle christliche eynigungsvorwanten beruret, und der lherm oder gegenwher wieder Hg. Heinrichen zu Braunschweig doher geflossen, das Hg. Heinrich den decreten, in der ksl. [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] und kgl. declaration [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] vorleibt, nicht pariret, so wirt, was des frieden und rechts oder weigerung obgedachter parition [= *Gehorsam*] halben furhanden, soviel das vorgangen vorbrechen oder kunftiglich vorfassung des rechts oder friedts belangt, durch die gemeyne eynungsvorwanten, wie biß anher gescheen, gehandelt werden müssen. Und nachdem der artickel des rechtens doraufl steht, das die reformation des chamergerichts dermassen und weiß, als in der declaration ausgetruckt, sol furgenhomen werden und biß anher, was solcher reformation halben gehandelt, an uns nicht gelangt, besonder biß doher vorblieben und angestellet, sollen unsere gesandten neben und mit den andern eynungsvorwanten darauf halten, das die reformation des chamergerichts ins werck gebracht. Wo nicht, sollen sie als vorgemelt in ferner hulf oder vorstreckung oder erhoung der vorigen, auch in die underhaltung des chamergerichts nicht bewilligen<sup>e</sup>.

Soviel aber den friedt [*belangt*], dorin die goßlarische acht begriffen, und die röm. kgl. und ksl. Mtt. bewilligt, die parition der declaration etc. bey Hg. Heinrichen zu Braunschweig zu erhalten, bedencken wir: Nachdem unsers achtens die gegenwher oder verfolgung wieder Hg. Heinrichen durch die oberheuptleut on besuchung der röm. kgl. Mt. und bericht Hg. Heinrichs weigerung etc und also alzu eylendt und zu schnell fur die handt genhomen, auch das wir aus der und anderen ursachen in die gegenwher oder verfolgung uns biß doher nicht gelassen und nun in der gemeynen eynungsvorsamlung in disen sachen, dieselben fur dem gemeynen Reich oder sonsten zu entschuldigen oder derhalben vogleichung zu erhalten oder dieselben in anstandt zu tringen etc., begeben solten, mochte daraus geschopft werden, als hetten wir solche gegenwher und verfolgung ratificiret, und das wir dieselb vormug solcher ratification mit zum ende zu fhuren, unkosten und fhar derhalben mitzutragen schuldig sein solten. Sollen unsere gesandten diß puncts halben in gemeiner eynungsvorsamlung, idoch on anzeygen furgemelter ursachen, berichten, das sie von uns diser ding keynen besondern bevelh empfangen.

[Ad 3.] Soviel den dritten artickel beruret, nemlich ein gut und gleichmessige, wirkliche ordnung durch das gantze Röm. Reich deutscher nation der gulden und silbern muntz halben aufzurichten, sollen unsere gesandten berichten, wo kein ordnung der muntz halben etc. gemacht wurde, das wir auß unsern landen

---

§ Ab hier A wieder gleichlautend mit BC.

und furstenthumben hinferner die turckenhulf oder auch ander reichsburden und dienst nicht leisten mugen, diser ursach, das auch die muntz, so valvasirt, in unsern landen nit ferrer, sonderlich solch ein last als die turckenhulf zu tragen, wirt zu bekommen sein. Das auch, wan albereit die muntz, so valvasiret<sup>h</sup>-oder der, so valvasieret,<sup>-h</sup> gemeß, bey uns zu bekommen, so stunde gleichwol dem Hl. Reich darauf groser mercklicher schade, dan des mangels guter muntz halben gehet dem Reich in disen orten als der vierde theil der wirde des gemeynen pfennigs ab. Dan wo ein gute und eynhellige muntz durch das gemein Reich gehen wurde, so wurden wir und andere unser guter, einkomen etc. nach der antzal der guten gulden oder margk, schocken oder pfunden anschlagen, als wir itzunt unser guter nach der antzal der geringen muntz anschlahen. In gleichnus, was wir itzt uf 100 fl. boser muntz anschlahen, wurden wir ebensowol uf 100 fl. guter muntz, wan dieselb in unsern landen gangbar were, anschlahen und rechnen und den gemeynen pfennig solchem anschlage nach reichen und geben. Also bringt nit allein not, sondern auch der nutz und best des Reichs, furnemlich in reichung des gemeynen pfennigs, das ein ordnung der muntz halben gemacht werde.

*Die Edikte zur Valvation<sup>7</sup> der Münzen werden im Reich, in Böhmen, Ungarn und den österreichischen Erblanden nicht öffentlich angeschlagen und die Untertanen weigern sich, diesen Edikten Folge zu leisten, weshalb ein großer Schaden für das Kriegsvolk entsteht, das mit ungleichen Münzen bezahlt wird<sup>8</sup>. Die Valvation ist folglich kein gangbarer Weg zur Münzverbesserung. Das ursprünglich in der Hand der römischen Kaiser befindliche Münzregal gelangte im Laufe der Zeit durch Belehnung an unterschiedliche Personen und wurde missbraucht. Dasselbe regal mag und kan auch bey so vielen personen, als es itzt ist, on betrug und in guter einhelliger ordnung durch das gantze Reich nit sein, das weiset die erfahrung. So ist es auch unmöglich, das man durch gesetz oder ordnung in solchem grosen reich, als das deutsche ist, der unrichtigkeit und abfal disfals furkomen konte. Und hierin haben die alten bedechtiglich diß stuck ein regale genennet, der ursachen, das es allein bey dem obersten keyser oder kunige des Reichs sein sol oder mag. Die Hgg. von Pommern sind im Besitz des Münzregals und erklären sich bereit, falls die anderen Münzherren ebenso handeln, bis zu 40 Jahre lang auf ihr Münzregal zu verzichten, damit der Kaiser durch entsprechende Verfügungen in*

---

<sup>h-h</sup> Aus BC, A om.

<sup>7</sup> Wertfestsetzungen einheimischer und fremder Münzen in einem Währungsgebiet, die meist durch öffentlichen Anschlag publiziert wurden.

<sup>8</sup> Auf dem RT Speyer 1542 beriet ein Münzausschuss in Zusammenhang mit der Vorbereitung des Türkenzugs und der Bezahlung des Kriegsvolks über einen Vergleich der im Reich gängigen Münzen. Siehe dazu den Münzvergleich der Kreise, Speyer, 1542 März 27, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 82, S. 594–598, und das Münzmandat Kg. Ferdinands, Speyer, 1542 April 12, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 93, S. 633f.

den Kreisen der Münzverschlechterung entgegen wirken könne. Alle für das ganze Reich gültigen Beschlüsse zur Münzreform sollen die Gesandten annehmen.

[Ad 4., 5., 6.] Betr. die Ringerung der Anschläge und die Reichsstandschaft des Bistums Cammin<sup>9</sup>: Die Gesandten sollen die auf dem Speyerer Reichstag 1542 vorgebrachten Supplikationen<sup>10</sup> abermals überreichen. Falls ihrem Ersuchen betr. die Anschläge und den Konflikt um das Bistum Cammin nicht stattgegeben wird, sollen sie keine weiteren Anlagen bewilligen.

Betr. den Konflikt um geistliche Güter auf Rügen mit dem Kg. von Dänemark, der die Rechte des Bf. von Roeskilde<sup>11</sup> missachtet und die Gefälle der geistlichen Güter beansprucht, in meynung, sych neben uns in das furstenthumb Rugen zu setzen und die gerechtigkeit, so der Bf. zu Rothschilde [= Roeskilde] von dem Hl. Röm. Reich und uns gehapt, an das denische reich zu bringen willens und derhalben den unsern die handtirung in Denmargken vorsperret, hemmet und beschweret: Sollen unsere gesandten, wie desselben ein supplication gefasset, uberreichen und dorauf beym Reich umb radth, hulf und trost oder defension ansuchen.

Und nachdem des Kf. und Hg. Moritz zu Sachsen etc., demgleichen des Kf. zu Brandenburg, der von Anhalt und unsere rethe auf dem gehaltenem kreißtage

<sup>9</sup> Von der neuerlichen Überreichung einer Supplikation betr. das Bistum Cammin an die Reichsstände nahm Jakob Zitzewitz im Laufe des RT Abstand, wie er im PS eines Schreibens an die Hgg. von Pommern am 30. März 1543 erklärte: [...] Ich kan euer fstl. Gn. untertheniger, treuer wolmeinung nicht vorhalten, das vieler chur- und fursten, auch stedte gesanten treulich geraten haben, mit anforderung der caminschen sachen, weil der bischop nicht schickte, gemach zu thun und mit dem bischop handeln, das er nicht schickte und seine gepurnuß in euer fstl. Gn. chamer reichte und alßo in eurer fstl. Gn. anslagh gezogen wurde. Und szo er daruber an dem chamengericht oder sunst gefordert wurde, das euer fstl. Gn. in da vortrieten, dan Osterreich und viel andere ziehen in ire ansege die bischop und prelaten, szo von alters im Reich session und stimmen gehabt und noch haben. Von deswegen und auch sunst auß allerley anderen bedencken habe ich den stenden die supplication nicht ubergeben, sunder alleine der kgl. Mt. Habe aber in gemeinem rath zu meher malen der sachen gedacht und summarie den grundt euer fstl. Gn. gerechtigkeit erzellet. In: *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 60r–62v, hier PS fol. 61r (Ausf. v.d.Hd. Zitzewitz)*.

<sup>10</sup> Siehe RTA JR Bd. XII, Nr. 240, Nr. 245a–b.

<sup>11</sup> Um die Rechte an den geistlichen Gütern des Bf. von Roeskilde auf Rügen entstand nach Einführung der Reformation durch die Hgg. von Pommern 1534/1535 ein Konflikt mit dem Kg. von Dänemark. Hg. Philipp I. von Pommern beschlagnahmte Güter und Gefälle des Bf. von Roeskilde gegen den Willen Kg. Christians III. von Dänemark, der sich weigerte, das Eigentumsrecht der pommerschen Herzöge an den Roeskilder Güter und Gefällen anzuerkennen. Er reagierte im Mai 1538 mit der Beschlagnahme pommerscher Schiffe, die auf der Fahrt nach Holland unterwegs waren, woraus sich ein Handelskrieg entwickelte (siehe Nr. 286, Anm. 4). In diesem Konflikt wandten sich die pommerschen Gesandten auf mehreren Schmalkaldischen Bundestagen an die Bundesmitglieder um Hilfe. Siehe dazu Kap. VIII.D.2, Nr. 286–293 (dort auch weiterführende Literaturangaben).

zu Zerbst [1542 Mai 22] bewilligt und vorabschiedet, das ihre Ll. alle oder derselben gesandten in keyn ferner hulf in Hungern zu leisten willigen wollen, es were dan, das die ausgezogenen bischofthumb, so ihren Ll. oder uns oder ihren oder unsern landen gelassen oder von denselben unabgesondert pleiben, mit den besondern anlagen und reichsdiensten verlassen, auch denselben bischoffen kein standt oder session im Reych gestattet wurde: Sollen unsere gesandten bey den sechsischen, brandenburgischen und anhaltischen rethen anhalten, das sie den genommenen Zerbster abschiedt, soviel den außzugk der bischoffe belangt, eynhelliglich halten und mit unsern rethen in den sachen einer bey dem andern stehen pleiben und eyner von denselben, biß die eintracht an dem bischofthumb verlassen, nicht abweichen wollen.

[Ad 2.] Wo aber die reformation des chamergerichts nicht volgen wurde, sol mher darob gehalten werden, das das chamergericht suspendirt als recusirt werden. Wo aber die suspensio oder reformatio nicht zu erhalten, sollen die gesandten uf die recusatio nit schliessen, sonder zuruck an uns gelasen [= gelangen lassen]. Und wo das chamergericht auf disen nurmbergischen reichstag nicht wurde vormug der regenspurgischen und speyrischen declaration reformiret, sollen unsere gesandten in die vorgangen oder zukunfftige underhaltung des chamergerichts nicht bewilligen, ausgenommen der eynigen anlagen auf das einige zill, zu Franckfurt anno etc. 42 zu erlegen, betaget. Dann soviel derhalben unser rata belangt, sollen unsere gesandten dieselbig, wie sie ferrer bevelh empfangen, zu Nurmbergk erlegen. [...].

63d *Hgg. Barnim und Philipp von Pommern: Instruktion für Dr. Jakob Philipp Ösler und Jakob von Zitzewitz zu Verhandlungen mit den Schmal-kaldischen Bundesständen – o.O., o.D. (Alten-Stettin, 1542 Dez. 21)*<sup>1</sup>

*Stettin AP, AKW Sign. 94, fol. 2r–12r (Kop.); ÜS: Unser von Gotts gnaden Barnim und Philips [...] instruction der werbung, so wir den hochgelarten und erbarn, unsern rethen und lieben getreuen Jacobo Philippo Oseler, der rechten doctor, und Jacob Zitzewitzen an die verwandten der christlichen ainigung, so itzt zu Nurmberg auf dem reichstag versamlet, zu bringen und zu tragen bevohlen.*

*Entschuldigung wegen Nichtbeschickung des vergangenen Bundestages zu Schweinfurt (1542 Nov. 15), da das Ausschreiben für den Bundestag die Herzöge zu spät erreichte.*

*Die Gesandten sollen darlegen, dass auf der Bundesversammlung zu Speyer (1542 Jan. bis April) die von Pommern gewünschte Deklaration der Bundesstände<sup>2</sup> zum Konflikt mit dem Kg. von Dänemark nicht zustande kam, weshalb die pommerschen*

<sup>1</sup> Es ist anzunehmen, dass die Instruktion zeitgleich mit jener für den Reichstag (Nr. 63c) entstand.

<sup>2</sup> Bei der Deklaration handelt es sich um eine von den Hgg. von Pommern gewünschte



*Räte damals protestierten. Sie bemühten sich bereits an die vier Jahre vergeblich um eine Stellungnahme wegen deren Ausbleiben sie sich auch weigerten, die Kosten der Bundesanlagen zu tragen.*

Die unsern haben auch den abschied des speirischen buntstags [RTA JR Bd. XII, Nr. 298, Punkt 2] auß obangetzeigten ursachen antzunehmen oder darein zu willigen geweigert. Nachdem aber die gesandten der oberheuptleute und der andern stende sich erpotten, bey den oberheuptleuten der declaration halben antzuhalten und daran zu sein, das wir darauf geburlichen bescheid erlangen oder aber die irrungen zu guthlicher, unbeschwerlichen außtracht befurdert werden solten und die oberheuptleute Sachsen und Hessen uf obgedacht anhalten einen handlungstag zwischen der kgl. Wd. zu Denmarcken und uns uf den Montag nach Laurenti [1542 Aug. 14] gein Hamburg bestimpt<sup>3</sup> und dasselbs hin ihre gesandten gefertigt, die furangeregten gebrechen zwischen der kgl. Wd. und uns verhören lassen und die sache soferne gefurdert, das ethliche mittel zu endtlicher vertracht furgeschlagen und durch die unsern simpliciter, durch die konigischen aber uf ein ratification an die kgl. Wd. zu bringen bewilligt. Kg. Christian von Dänemark ratifizierte den Vertrag bisher nicht und veränderte den Vertragsentwurf zu seinen Gunsten. Da eine gütliche Einigung mit Dänemark fehlschlug, sollen die pommerschen Gesandten die Bundesverwandten wie in Speyer 1542 ersuchen, declaration zu thun, ob die furangeregte sache des schutzes der einigung zu geniessen und darein zu ziehen oder nit. Und wo dieselben fur religionsachen erklet wurden, uns den trost und hulf der einigung inhalt der verfassung etc. und nach ordnung derselben zu leisten.

*Die zu Speyer 1542 gemachte Eingabe<sup>4</sup> und der Hamburger Vertragsentwurf (1542 Aug. 27) mit den vom dänischen König angebrachten Änderungen sind allen Einungsverwandten zuzustellen. Vor Erhalt der Deklaration seien die pommerschen Gesandten nicht bereit, sich in Verhandlungen mit den Schmalkaldenern einzulassen und würden protestieren, da die Einungsverwandten ihrer Bündnispflicht nicht nachkämen.*

Wo nun kein declaration erlangt wurde, sollen unser gesandten sich auch der buntsversammlung enthalten. Im fal aber, wo die declaration volgen wurde, sollen sie in allen sachen, so vur religionsachen zu achten, sich neben den

---

*Erklärung der Bundesverwandten, dass der Streit mit Dänemark um die geistlichen Güter auf Rügen eine Religionssache sei und damit unter den Schutz des Bundes falle.*

<sup>3</sup> Der Abschied des Hamburger Verhandlungstages zwischen dänischen und pommerschen Räten unter kursächsisch-hessischer Vermittlung stammt von 1542 Aug. 27. Bis auf einen Artikel, den die dänischen Unterhändler auf Hintersichbringen annahmen, einigte man sich über alle streitigen Punkte. Die Ratifikation des Vertrages durch Kg. Christian III. erfolgte allerdings nicht. Siehe dazu: R. HELING, *Pommerns Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund*, S. 43.

<sup>4</sup> Eingabe der pommerschen Gesandten an die Schmalkaldener betr. den Konflikt mit Kg. Christian III. von Dänemark, verlesen Speyer, 1542 März 7, in: Frankfurt ISG, RTA 51, fol. 132r–138v (Kop.).

andern einigungsvorwandten einlassen, außgenohmen der braunschweigischen defension oder eroberung<sup>5</sup>, dan derhalben sollen sie berichten und sich halten, wie hernach volget:

*Da die Herzöge dem Ausschreiben zum Bundestag entnehmen, dass in Nürnberg über einige unerledigte Artikel des braunschweigischen Feldzugs verhandelt werden solle, mögen die Gesandten abermals ihre Einwände gegen diese kriegerische Unternehmung äußern und um Bedenkzeit vor ihrer endgültigen Stellungnahme bitten. Und darauf bey den eynungsvorwandten vleissig pitten, begern und anhalten, das sie unß nachmaln zu solchem erwegen und rathschlagen raume, tzeit und frist freuntlich und gern gestatten und nachgeben und solchs notwendigen und ehaften vertzug kein misfallen haben wolten.*

*Die Hgg. von Pommern drängen schon lange auf eine Deklaration der Schmalkaldener betr. den Konflikt mit Dänemark und klagen über den Verzug, der ihren Untertanen großen Schaden zufüge. Trotzdem müssten sie sich noch immer gedulden. Nun ersuchen die Hgg. von Pommern ihrerseits die Einungsvorwandten, sich wegen der pommerschen Haltung im braunschweigischen Konflikt zu gedulden. Den Bundeshauptleuten Sachsen und Hessen sollen die Schreiben Hg. Heinrichs von Braunschweig an die Hgg. von Pommern bekannt gemacht werden.*

*Bei allen anderen Fragen, mit Ausnahme des braunschweigischen Feldzugs, sollen sich die Gesandten – vor allem in reinen Religionsangelegenheiten – gemeinsam mit den Schmalkaldenern in Verhandlungen einlassen. Bei Angelegenheiten, deren Zugehörigkeit zur Einung fraglich sind, sollen die Räte bei den Herzögen rückfragen, wie sie sich verhalten sollen. [...].*

*Auf Supplikationen, die mit der braunschweigischen Eroberung in Zusammenhang stehen, sollen sich die Gesandten nicht einlassen.*

*Ringerung der Gff. von Mansfeld: Die Räte sollen sich den Beschlüssen der Bundesverwandten anschliessen.*

*Turkenhulf: Unser gesandten sollen hirinnen neben den einigungsvorwandten umb gleich recht und beständigen friedt und ander gleichnus etc. antzuhalten geflissen sein und sich zu den einigungsvorwandten thun und mit ihnen vor ein stehen, jedoch uff die condition und wege, als wir vorhin in dieser unser instruction [Nr. 63c] vormeldet.*

*Keine Zahlungen der Hgg. von Pommern für die Kosten aus dem braunschweigischen Feldzug.*

<sup>5</sup> *Die Hgg. von Pommern, insbesondere Hg. Barnim IX., die sich auf eine Erbeinung mit Hg. Heinrich von Braunschweig beriefen, betrachteten den Konflikt des braunschweigischen Herzogs mit den Städten Braunschweig und Goslar als weltliche Angelegenheit und nicht als Religionssache. Deshalb – und nicht zuletzt aus pekuniären Gründen – lehnten sie es ab, an dem braunschweigischen Feldzug von 1542 mit Truppenkontingenten teilzunehmen oder sich an dessen Kosten zu beteiligen. Siehe dazu: R. HELING, *Pommerns Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund*, S. 37f., S. 42; M. WEHRMANN, *Geschichte Pommerns*, Bd. 2, S. 45.*

*Vermittlungsangebot der Hgg. von Bayern im braunschweigischen Konflikt: Die Gesandten haben diesbezüglich keinen Befehl.*

*Aufnahme der Stadt Hildesheim in den Schutz der Einung wird bewilligt.*

*Jülich: Die Gesandten sollen ohne Rückfragen bei den Herzögen weder verhandeln noch Beschlüsse fassen.*

**63e** *Hgg. Barnim und Philipp von Pommern: Instruktion betr. das Verhalten gegenüber den Gesandten Hg. Heinrichs von Braunschweig – Alten-Stettin, 1542 sonnabents nach Thomae apostoli (Dez. 21)*

*Stettin AP, AKW Sign. 94, fol. 13r–14r (Ausf.). ÜS: Instruction unser gesandten, welcher gestaltd sie sich uff Hg. Heinrichs zu Braunschweig oder seiner gesandten anlangen des beistands halben etc. zu ertzeigen.*

*Die pommerschen Räte sollen eine eventuelle Bitte des Gesandten Hg. Heinrichs von Braunschweig um Hilfe gegen Kursachsen und Hessen ausweichend beantworten. Die Hgg. von Pommern wurden nämlich auch von den Gegnern Hg. Heinrichs, den Schmalkaldischen Bundeshauptleuten, auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Einung um Beistand gegen Hg. Heinrich ersucht. Über ihre schwierige Situation berichteten sie dem braunschweigischen Herzog in einem Schreiben, das dieser wegen der Belagerung Wolfenbüttels oder wegen der Vertreibung aus seinem Territorium wahrscheinlich nicht erhalten habe. Und das wir auß ehaften bedencken unseren gesandten des beistands halben, Hg. Heinrichen zu thun, dißmaln endtlichen und eigentlichen bevehlich zu geben verhindert worden. Wir sehen gleichwol nichts liebers, als das diese sachen guthlicherweise mügen hingelegt werden. Und so des bey unß stunde, die gute zu furdern, solts an unß nicht erwinden, aber des beistands halben haben wir wie obstehet bedencken. [...].*

**64** *Hg. Albrecht von Preußen: Instruktion für Ahasver von Brandt<sup>1</sup> und Hieronymus Schürstab für die Verhandlungen zur Aufhebung der preußischen Acht – Friedland, 1542 am tage Steffani (Dez. 26)*

*Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA Konz. H (= Kasten 1267), unfol. (Kop., 2x vorh.); ÜS: Instruction uff Asverum Branth und Hieronimum Schurstaben gestelt etc., ausgangen zu Fridlandt, am tage Steffani anno etc. im 43<sup>2</sup>.*

<sup>1</sup> *Zu Ahasver von Brandt und seinen diplomatischen Missionen im Dienste Hg. Albrechts von Preußen, die vor allem durch Bemühungen um die Aufhebung der Reichsacht gekennzeichnet waren, siehe: E. SPRENGEL, Biographische Skizze des Asverus von Brandt, S. 771–778.*

<sup>2</sup> *Weihnachtsstil.*

Druck: A. BEZZENBERGER, *Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft, Nr. 12, S. 26–29<sup>3</sup>.

*Nach Überantwortung seiner Kredenz soll Ahasver von Brandt über die auf dem vergangenen Reichstag in Nürnberg 1542 nicht zustande gekommenen gütlichen Verhandlungen zur Aufhebung der preußischen Acht berichten. Damals scheiterte die Beauftragung von Kommissaren, welche zwischen dem Hg. von Preußen und dem Hochmeister vermitteln sollten, am Widerstand Walthers von Cronberg, der auf der Exekution der Acht gegen Preußen beharrte und eine Verschiebung der Verhandlungen auf den künftigen Nürnberger Reichstag (1543) erwirkte<sup>4</sup>.*

*Hg. Albrecht von Preußen ersuchte nach dem Reichstag von 1542 alle mit dem Haus Brandenburg verwandten und ihm wohlgesonnenen Reichsstände, die Aufhebung bzw. Suspension der Acht am künftigen Reichstag in Nürnberg zu betreiben und einen gütlichen Vergleich zu fördern. Da die Türkengefahr das gesamte Reich bedrohe, könne Hg. Albrechts Anliegen leicht in Vergessenheit geraten. Deshalb solle sich Brandt zuerst zu Kf. Joachim von Brandenburg begeben<sup>5</sup>, danach zu den anderen verwandten Kurfürsten und Fürsten, die den Reichstag nicht persönlich besuchen würden, und ihnen die preußische Lage schildern, verbunden mit der Bitte, ihre Gesandten nachdrücklich mit der Unterstützung des preußischen Anliegens am Reichstag zu beauftragen.*

*Nach seiner Ankunft in Nürnberg soll sich Brandt mit dem preußischen Beauftragten in Nürnberg, Sekretär Hieronymus Schürstab, besprechen. Während es Brandt obliege, die Sache Hg. Albrechts bei den Kurfürsten und Fürsten zu betreiben, solle sich Hieronymus Schürstab gemäß seiner Kredenz bei seinem Vater Leo Schürstab und bei Hieronymus Baumgartner, beide Mitglieder des Rats von Nürnberg, und bei anderen Städten für eine Aufhebung der Acht gegen Preußen einsetzen. Falls im Zuge der Verhandlungen dringende, nicht schriftliche Rückfragen bei Hg. Albrecht nötig seien, soll Hieronymus Schürstab zum Herzog reisen und die*

<sup>3</sup> Da die Instruktion bei A. Bezenberger im Volltext ediert ist, wird sie hier nur registriert.

<sup>4</sup> Zu den Verhandlungen über den Konflikt Hg. Albrechts von Preußen mit dem Deutschen Orden und zur Frage der Aufhebung bzw. Suspension der preußischen Acht auf den beiden Reichstagen von 1542 siehe: RTA JR Bd. XII, Nr. 251, S. 1113f. und RTA JR Bd. XIII, Nr. 186, S. 859–862. Zur Genese des Konflikts: E. WOLGAST, *Hochstift und Reformation*, S. 83–91; I. HÖB, *Das Reich und Preußen*, S. 130–157; A. HERRMANN, *Der Deutsche Orden*, bes. S. 126–132.

<sup>5</sup> Brandt erhielt von Hg. Albrecht bereits im Herbst 1542 (Okt. 8) den Auftrag zu einer Werbung bei Kf. Joachim von Brandenburg, der sich damals wegen des Türkenzugs noch in Ungarn aufhielt bzw. nach der missglückten Eroberung von Pest heimwärts zog. Diese Instruktion beschäftigte sich so wie die oben wiedergegebene u.a. mit der Frage der preußischen Acht und mit der Erbfolge in den Markgraftümern, in: Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A 4 (= Kasten 209), Konz. *Der Bericht Brandts über den Verlauf seiner Mission bei Kf. Joachim (1542 Okt. 10 bis Nov. 18) gedr. bei A. BEZZENBERGER, Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft, Nr. 11, S. 20–26.

*Nachrichten überbringen. Alle anderen Anfragen seien dem Herzog in schriftlicher Form durch einen Boten zu übermitteln.*

*Sobald Brandt die preußische Sache bestmöglich erledigt habe und bei den Reichsständen nichts mehr ausrichten könne, soll er sich, selbst wenn der Reichstag noch nicht beendet sei, heimwärts begeben. Der allenfalls auf dem Reichstag anwesende Gesandte des Kg. von Polen und die anderen Gesandten der wohlgesonnenen Reichsstände sollen von der Abreise Brandts aus Nürnberg informiert werden. Hieronymus Schürstab soll nach dem Aufbruch Brandts aus Nürnberg die weitere Berichterstattung an Hg. Albrecht übernehmen.*

*Sollte der Gesandte gefragt werden, ob der Herzog Mitglied des Schmalkaldischen Bundes sei oder sich mit dem Kg. von Dänemark in einer Einung befände, möge er ausweichend antworten. Da er noch nicht lange im Dienste des preußischen Herzogs stehe, wüßte er nur, dass der Herzog Lehensmann des polnischen Königs sei, der evangelischen Konfession angehöre und sich dementsprechend verhalten würde. Gegenüber Dänemark werde sich der Herzog als nachbarlicher Verwandter erweisen.*

*Falls der Lgf. von Hessen auf dem Reichstag nicht persönlich, sondern durch seine Räte vertreten sei, soll der Gesandte das Schreiben Hg. Albrechts für den Landgrafen diesem in die Niederlande<sup>6</sup> nachsenden und den in Nürnberg anwesenden hessischen Räten das Anliegen des Herzogs unterbreiten.*

*Falls der Gesandte vom polnischen Legaten oder anderen Personen wegen des Achturteils gegen den Herzog befragt werde, soll er die Nichtigkeit des Urteils betonen, da Hg. Albrecht für das Land Preußen nicht dem Reich, sondern dem polnischen König als Lehensmann unterstehe und sich daher nicht vor dem Reichskammergericht verantworten müsse. Außerdem sei das Kammergericht parteiisch und benachteilige die evangelischen Stände, weshalb das Drängen des Hochmeisters auf die Exekution des Achturteils den Frieden im Reich zerrütte.*

*Der Gesandte soll sich auch erkundigen, wie es um die internen Zwistigkeiten der Mgff. Georg und Albrecht von Brandenburg stehe, die ebenfalls um Unterstützung des preußischen Anliegens zu ersuchen seien. Vor allem der Gesandte Mgf. Georgs von Brandenburg, Balthasar von Rechenberg, der sich schon früher für den Hg. von Preußen einsetzte, sei um Hilfe zu bitten.*

*Besondere Aufmerksamkeit des Gesandten ist wünschenswert, damit er dem Herzog über die Haltung der Reichsstände gegenüber Preußen ebenso berichten könne wie über die allgemeine politische Situation betr. Frankreich, Dänemark, Schweden und den Konflikt in Braunschweig. Auch über sonstige Neuigkeiten betr. den Türkenzug, die Lage in Ungarn und verschiedene habsburgische Heiratsprojekte soll er berichten. Sollten Gesandte des dänischen Königs auf dem Reichstag sein, so soll er sich bei ihnen erkundigen, ob sie Botschaften für Hg. Albrecht hätten. [...].*

---

<sup>6</sup> Zur geplanten Reise des Lgf. von Hessen in die Niederlande anlässlich seiner Vermittlungstätigkeit im Konflikt zwischen dem Hg. von Jülich und Burgund siehe Nr. 27, Anm. 1.

65 *Hg. Moritz von Sachsen*65a *Hg. Moritz von Sachsen: Vollmacht für Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramberger – Dresden, 1543 Jan. 1*

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 1rv (Konz.); AV fol. 1r:* Auf pergamen zu vergrossern. *DV unfol.:* Vollmacht uffm reichstagk gegen Nurmbergk 1543.

Von Gottes gnaden wyr Moritz, Hg. zu Sachssen [...] bekennen und thuen kunth an diesem unserm ofnen briefe vor allermenniglich:

Nachdem und als die röm. ungarische und bemische kgl. Mt., unser allergnedigster herr, neben Kff., Ff. und stenden des Hl. Reichs uf jungstgehaltenem reichstage zu Nurmberg sich widerumb eyner zusammenschickung uf den 14. Novembris des 42. jares gegen Nurmbergk voreyniget und entschlossen und solchs hernacher erst auf den 14. Decembris erstreckt, so haben wier unsern rath und lieben getreuen Christoffeln von Karlowitz und H. Johan Stramberger, der rechten doctorn, solchen tag zu besuchen abgefertigt und ihnen unßere vollkommene macht und gewalt samptlich und sonderlich gegeben, in allen sachen und handelungen, so von der röm. kgl. Mt. und andern des Hl. Reichs stenden in gemeyn berathschlaget, gehandelt und beschlossen, an unser stadt darein zu verwilligen und mit zu beschliessen, in aller massen und gestalt als ob wyr personlichen selbst gegenwertigk weren.

Was auch also wie obgemelt verwilliget und beschlossen, dasselb wollen wir uns gefallen lassen, yhm auch unsers theils gepurlichen nachsetzen und volge thun. Und ob yhnen hiruber mehr vollmacht vonnothen, szo wollen wir yhnen dieselbige hiemit auch gegeben haben, treulich und ahne geferde. [...].

65b *Hg. Moritz von Sachsen: Instruktion für Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramberger – Dresden, 1543 Jan. 4*

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 5r–13r (Konz. v.d.Hd. Komerstadts); AS:* Hg. Moritz zu Sachßen instruction, seinen rathen auf den reichstagk gegen Nurnbergk gegeben 1543. *AV fol. 5r:* Praes. Nurnbergk anno 43. *ÜS fol. 5r:* Instruction, wellicher gestalt von Gottes genaden wir Moritz [...] unsere rete und lieben getreuen Christoffen von Karlowitz und den hochgelerten H. Johansen Stramberger, der rechte doctorn, auf itzo vorstehenden reichstagk gegen Nurmbergk abgefertiget.

*Druck:* E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 418, S. 529–533*<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Die bei Brandenburg registrierten Absätze werden hier zum überwiegenden Teil im Volltext abgedruckt, während die bei Brandenburg im Volltext abgedruckten Passagen registriert werden.

Anfenklich haben sie hieneben unsere volmacht [Nr. 65a]. Darauf sollen sie sich in der mentzischen cantzlei, ader wue es sunst die notdurft erfordert, angeben und sich ferner, wie nachfolget, in des Reichs rate verhalten.

Und nachdem auf nehestgehaltenem reichstage zu Nurmbergk auf den nehestverschynen 14. Novembris ein ander reichstagk dohin ernant und hernach einen monat erstreckt, wirdet in desselben reichstags abschide under andrem befunden, das sollicher itziger reichstagk von wegen der vorgenommenen expedicion gegen den Turcken, auch mehrer artikel, yn bemeltem abschid vermeldet, und ander des Hl. Reichs obligen halben angesetzt.

1. *Türkenhilfe*: Nun wirdet unsers versehens, weyl sich dis vergangene jar der abzugk des christlichen krigsvolks in Hungern, wie meniglich weiß, zuegetragen, vornemlich dise hulf zue widerstand dem Turcken gehandelt werden, wie es dan auch an ime selbst der vornemsten artikel eyner ist, daran dem Hl. Röm. Reiche und deutscher nacion diser zeit merklich gelegen. *Auf den Reichstagen zu Augsburg (1530) und zu Regensburg (1532, 1541) wurde eine Hilfe in Höhe von 20 000 Mann zu Fuß und 4000 Mann zu Pferd auf drei Jahre bewilligt. Danach wurde zu Speyer 1542 beschlossen, im ersten Jahr (d.h. 1542) die Hilfe in doppelter Höhe zu leisten und im zweiten Jahr (d.h. 1543) die einfache Hilfe zu bezahlen.* Deshalb wirdet die kgl. Mt. neben den ksl. commissarien den handel ane zweifel an voriger bewilligung anfahen und die turkenhulfen derselben nach erfordern. Darumb sollen unsere geschickten gutte achtung darauf geben, wellicher gestalt dieselbe hulf gesucht, nemlich ab die gewilligete beharliche hulf eines jares – nach der abrede zu Speyer – ader ab sie aufs neue geduppelt, wie den vergangenen summer, zu leisten gesucht werden.

Und wiewol wir leichtlich zu erachten, ye mehr die hulf wider den Turcken geleistet und wenig oder nichts kegen dem feinde ausgerichtet, ye mehr deutsche nacion erschep[ft], unvormugens und zue dem widerstande in die harre ungeschickter wirdet. Darumb besser were, in werendem vermugen stattlich zue helfen, wider [= während hingenegen] so geteylte leichte hulfen nicht alleine ane frucht, sonder mit grosser gefar zue thuen. So wollen wir unß doch in deme mit den reichsstenden vergleichen: Wue die simpel hulf der vorigen verwilligung nach vor genuksam geachtet sey, das sie ane verminderung geschickt werde, und wir segen vor gut an, das es nachfolgender gestalt geschehe:

Wie aller widerstandt, so die kgl. Mt. bisher vor sich selbst, auch mit hulfen der reichsstende in Hungern dem Turcken gethan, yre endtschaft gehabt, auch wie sich der neheste des Reichs abzug zuegetragen [1542 Okt.], ist meniglich wislich. Weyl dan doran nicht wenig, sonder ser fyl gelegen, das die ksl. oder kgl. Mt. personlich im felde weren, sollen unsere geschickten unseretwegen sollichs zue dem hochsten vleissigen, vornemlich wue das antragen den reichsstenden darauf geschehe, das den kunftigen sommer der Turck mit gewalt kommen wurde, wie dan schwarlich felen wirdet.

Und ab nun woll hievor von der reichsheuptmanschaft geredet oder noch geordet werden mochte, so hat es doch fyl bedencken, wue Italiener, Hungern,

Deutsche und vylleicht ander nacion mehr ins felt komen wurden, das yede nacion yren eigenen obristen haben solte. Und wolt dan keiner dem andern, wie zue geschehen phleget, gefolig sein. *Diese Beobachtung wurde bei allen christlichen Nationen im Kampf gegen die Türken in der Vergangenheit immer wieder gemacht. Da der Sultan ein mächtiger Feind sei, ist anzuraten, das in alwege die ksl. oder kgl. Mt. persönlich im feld sei. Und im vhall, do yre Mt. auß ehehaft hie zue zeyten abreysen muste, szo konte sich ire Mt. mit stattlichen leutenampten vorsehen und yres abwesens bestellung thuen, dan sunst ist nicht alleine ungehorsam des krigsvolks, sondern auch der befelichhaber zwitracht und anders zue besorgen, vornemlich weyl das krigsvolk mehr dan auß einer nacion zue hauffen kommen wurde.*

*Sobald man sich auf einen Obersten geeinigt habe, seien tüchtige und erfahrene Kundschafter zu bestellen, um verlässliche Nachrichten zu überbringen und Falschmeldungen vom persönlichen Erscheinen des Sultans, wie im Vorjahr, zu vermeiden. Die Kosten für gute Kundschafter seien nicht vergeblich, sondern vielmehr unerlässlich, um den Türken erfolgreich Widerstand leisten zu können. Die Höhe der Türkenhilfe hänge davon ab, ob der Sultan persönlich anrücke. Sollte dies der Fall sein, so müsse die Hilfe ebenso hoch bemessen werden wie 1542.*

Und wirdet die kgl. Mt. neben den ksl. commissarien antzuezeigen wissen, waß uff die vorigen reichsabschide bei dem babst und andern potentaten erhalten, auch weiß sich irer gewislich zue disem widerstand zue trosten oder nicht. Desgleichen wirdet ire Mt. wissen, wellicher gestalt die Hungern sich in irer Mt. gehorsam begeben, auch wie stark sie bey dem widerstande sein wollen und wie weit sich uff sie zu vorlassen. Item ire Mt. wirdet antzeigen, was die kron Beheim und yrer Mt. erblandt hinfurder bey sollichem widerstand thuen wollen, doruff sich entlich und gewislich zu vorlassen.

Wan nun ditz alles erwogen und befunden, das an der hievor gewilligten simpel hulfen zue dem widerstande genuk, szo mugen unsere geschickten neben anderen stenden doruff auch willigen. Solte aber die simpel hulfen zue wenig geachtet werden, szo mugen unsere geschickten die gedoppelte hulfen willigen, doch sollen sie unß, szobald sie können, der proposition, und ab etwas vor yrem ankommen doruff beratschlaget, schriftlich zueschicken und doruff unsers bescheidt gewarten. Wirde aber von allen stenden, ehe dan ynen unser weyter bescheidt zuekomme, gewilliget, szo mugen sie sich unserthalben wie obgemeldet vornemen lassen.

*2. Friede: Sollte ein Teil der Reichsstände einen beständigen und ewigen Frieden zur Vorbedingung für Verhandlungen über die Türkenhilfe machen, so sollen sich die sächsischen Gesandten nur in Bezug auf Religionsangelegenheiten um einen solchen Frieden bemühen. Sollte es bei dem in Speyer 1542 auf fünf Jahre nach Ende des Türkenzugs zugesicherten Frieden bleiben, so sei dies von den Gesandten zu akzeptieren; einen langjähriger Frieden sollen sie nur in Religions-sachen und nicht in weltlichen Belangen fordern. Von einer Verknüpfung der Türkenhilfe mit der Lösung der Konflikte um Braunschweig, Jülich und Dänemark sollen sie Abstand*



nehmen. Damit die Türkenhilfe nicht verhindert oder verzögert werde, sollen sie sich mit einem Religionsfrieden zufrieden geben oder, wenn dieser nicht erhalten werden könne, mit dem in Speyer 1542 gemachten Friedstand. Wenn sich die Mehrheit der Reichsstände mit dem Speyerer Friedstand oder mit einem ewigen Frieden in Religionsachen begnüge und es darauf zu einer Bewilligung der Türkenhilfe komme, so sollen die Gesandten sich der Mehrheit anschließen, selbst wenn andere Reichsstände wegen der Friedensfrage die Türkenhilfe verweigerten.

3. Kreiskästen: Obwohl die Mehrheit der Reichsstände die Ablieferung der Türkenhilfe des vergangenen Jahres in allgemeine Kreiskästen befürwortete, lehne der Herzog diese Regelung ab. Da jeder Stand sein Kriegsvolk selbst aufnehme und in den Türkenzug schicke, müsse er es auch selbst besolden. Wenn die Besoldung nicht den entsendenden Reichsständen obliege, sondern in anderen Händen sei, käme es zu Unregelmäßigkeiten, Ungerechtigkeiten und Geldmangel. Sollte sich die Mehrheit der Reichsstände dafür entscheiden, dass jeder Stand seine Soldaten selbst bezahle, so sollen die sächsischen Gesandten einwilligen. Sollte weiter auf den Kreiskästen beharrt werden, so sollen die Gesandten erreichen, dass dem Obersten auferlegt werde, das Kriegsvolk aufzunehmen und jeden Reichsstand zu verpflichten, seine Türkenhilfe in Höhe von vier Monatsbeiträgen an einem bestimmten Ort zu erlegen, gemeinsam mit einem Verzeichnis der in seinen Landen eingehobenen Steuer. Die säumigen Stände sollen hart bestraft werden oder ihre Regalien verlieren. Man könnte auch vertrauenswürdige Personen, die das Geld einnehmen und auf Befehl des Obersten monatlich dem Kriegsvolk zustellen, bestimmen. Sollte von den sächsischen Gesandten ein Rechenschaftsbericht über die in ihren Landen eingehobene Türkensteuer verlangt werden, so sollen sie betonen, dass sie vergangenes Jahr mehr Türkenhilfe einbezahlten als durch die Steuer in ihrem Territorium eingebracht wurde.

4. Kriegsvolk: Nach den Erfahrungen aus dem letzten Türkenzug sei es ratsamer, das Schwergewicht auf den Einsatz leichter Pferde anstelle von Fußknechten zu legen.

5. Reichskammergericht: Die Gesandten sollen sich gemäß den früheren Reichsabschieden und der Regensburger Deklaration von 1541 für die Reform und Visitation des Reichskammergerichts einsetzen, sich jedoch ohne Befehl des Herzogs nicht als Visitatoren betätigen. Sollte jedoch aus Gründen, die nicht die Religion betreffen, die Türkenhilfe verweigert und das Kammergericht rekusiert werden, so sollen sich die Gesandten dem nicht anschließen, sondern sich an die früheren Beschlüsse zur Visitation halten. So wichtig es auch sei, der Religion halben Versicherungen zu erhalten, wäre es angesichts der großen Türkengefahr doch notwendig, die Hilfe zu leisten und sich mit den früheren Zugeständnissen zu begnügen.

6. Religion: Was die evangelische Lehre anbelangt, so sollen sich die Gesandten mit den Religionsverwandten darum bemühen, dass das göttliche Wort nicht verhindert und die Sakramente in rechter Weise eingehalten werden. In die Beratungen des Schmalkaldischen Bundes sollen sich die sächsischen Räte ebenso wenig wie die Gesandten Mgf. Georgs von Brandenburg und anderer Stände einlassen. Sollten sie von

den evangelischen Ständen zu Beratungen über Bundesangelegenheiten aufgefordert werden, sollen sie sich auf mangelnde Befehle Hg. Moritz<sup>2</sup> berufen. In den Verhandlungen über die Religion sollen sie sich den Augsburger Konfessionsverwandten anschließen und dem Herzog darüber berichten.

7. Konzil: Sie sollen sich nur in Verhandlungen über ein freies, christliches Konzil einlassen. Sollten andere, unter Umständen verdächtige Vorschläge zum Konzil gemacht werden, ist Hg. Moritz um Bescheid zu fragen.

8. Session der Bff. von Meißen und Merseburg: Falls die Bischöfe oder deren Gesandten Session am Reichstag beanspruchen, sollen sich die Gesandten nach der Speyerer Instruktion von 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 22, Punkt 7) richten<sup>2</sup>. Auf dem Nürnberger Reichstag 1542 verzichteten die Gesandten der Bischöfe trotz ihrer Anwesenheit auf die Teilnahme an den Reichsratssitzungen<sup>3</sup>. Sollte auf dem zukünftigen Reichstag bei den sächsischen Gesandten wegen der Session der Bischöfe angesucht werden, sollen sie sich auf Befehls-mangel berufen. Gegen etwaige Beschlüsse der Reichsstände zur Session der sächsischen Bischöfe sollen die Gesandten protestieren.

9. Session der Äbtissin zu Quedlinburg und der sächsischen Grafen: Hiebey haben sie eine copei einer protestation, so unsere rete auf dem reichstag zu Speyer der ebtissin zu Quedlinburgk und etlicher graffen halben eingewendet [RTA JR Bd. XII, Nr. 244a]. [...]. Wue sie nun wurden vormerken, das sich die ebtissin oder die Gff. zu Schwartzburgk, Mansfelt oder andere unsere graffen der session im reichsrate anmassen wurden, sollen sie protestiren und sich derhalben mit unsers vettern, des Kf. zu Sachsen, reten vergleichen. Aber der ebtissin halben sollen sie bitten, wie zu Speyer geschehen und in bemeldter nottel zu finden.

10. Session der sächsischen Gesandten bei den Reichsratssitzungen: Die Gesandten sollen sich in dieser Frage nach der Speyerer Instruktion von 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 22, Punkt 5) richten. [...].

11. Münze: Die Gesandten sollen sich an früheren Ausführungen des Herzogs zur Münzfrage orientieren<sup>4</sup>.

12. Diverse Verhandlungsgegenstände im Reichsrat: Was sunst in des Reichsrate der pollicei und anderer vorfallenden sachen halben sich zutragen wurdet, dorin sollen sie nach irem besten vornemen raten. Weren es aber sachen, deren wir billich wissen hetten, szo sollen sie unß der forderlich berichten und unsers bescheidts darauf gewarten. [...].

<sup>2</sup> Zur Frage der Reichsstandschaft der Bff. von Meißen und Merseburg siehe auch die sächsische Nebeninstruktion für den RT Nürnberg 1542, dat. Dresden, 1542 Juli 8, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 43b, S. 253–256.

<sup>3</sup> Siehe dazu: RTA JR Bd. XIII, Nr. 183c, S. 846f.

<sup>4</sup> Hg. Moritz an seine Gesandten in Speyer, Dresden, 1542 Jan. 25. Gedr. bei: E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 279, Absatz 2, S. 319f.

66 *Schwäbische Grafen: Abschied des schwäbischen Grafentages mit Entsendung des fürstenbergischen Kanzlers Dr. Matthias Rast zum Reichstag – Mengen, 1542 Okt. 26*

Stuttgart HStA, B 571, Bü. 31, unfol. (Kop. v. späterer Hd.); AS: Collegialrecess dato Mengen, den 26. Octobris 1542.

*Persönlich anwesend: Gf. Ulrich von Helfenstein, Gf. Friedrich von Fürstenberg, Gf. Hugo von Montfort-Rotenfels, Frh. Wilhelm Erbtruchsess zu Waldburg, Frh. Schweicker von Gundelfingen, Frh. Johann Marquart von Königsegg-Aulendorf, Frh. Georg Erbtruchsess zu Waldburg.*

*Gesandte: Für die Äbtissin Margarethe von Buchau am Federsee: Wendel Rueser; für die Gff. Johann, Georg und Christoph von Lupfen: Peter Anders; für Gf. Johann Ludwig von Sulz: Paul Thaman, Oberamtmann zu Klettgau; für Gf. Jobst Nikolaus von Zollern: Felix Werdenberger.*

*Der Gesandte der Gff. von Lupfen erklärt, dass seine Herren die künftige Türkenanlage nicht leisten können, bei allen anderen Artikeln werden sie sich nicht absondern. Beratungen über die Bezahlung des Kriegsvolks in Ungarn: die Grafen sind bereit, das Kriegsvolk noch einen Monat selbst zu unterhalten und das Geld durch eine vertrauenswürdige Person nach Wien zu übersenden.*

*Betr. den für 14. Nov. 1542 in Nürnberg geplanten Reichstag beschließen die Grafen die Entsendung eines Gesandten, der in ihrem Namen Session und Stimme wahrnehmen und sich um ihre Anliegen kümmern soll. So haben ihr Gnn. den hochgelehrten Dr. Mattisen Rasthen, fürstenbergischen cantzler, uff gemeinen costen dahin geordnet, welcher nach gepflognem rath der grafen und herrn, so auch alda erscheinen wurden, auch sunst inhalt nachbestimter artickel nach seinem besten verstandt und fleiß zu handeln gewalt haben soll:*

*Namlichen daß in allen ußschussen ain person von wegen aller grafen und herrn verordnet werde, wann noch ichtzits beschwerlichs fürfallen, das den gemeinen grafen- und herrnstandt belangen mecht, daß sich alsdann die grafen und herrn diß gezircks, so zugegen weren, oder der gesandt mit andren grafen und herrn oder ihren gesanten underreden und, wo vonnöthen, sollich beschwerden der röm. ksl. oder kgl. Mt., unsern allergnädigsten herrn, oder ihrer Mtt. verordneten commissarien fürzubringen und in aller undterthänigkeit zu bitten, daß solche beschwerden abgeschafft wurden.*

*Item, so man von ainern [!] weitem anlag des gemainen pfennigs oder auch die jetzige laut deß jungsten abschids eingelegt werden sollte, handeln und tractiren wurd, so soll der gesandt frag und rath haben, wie den obrigkheiten, in fall daß die underthonen nit gehorsam sein wollten, des orts mechte geholfen werden, und daß mandata deßhalben an jede oberkeit außgeschickt wurden etc.*

*Item, wann von der polucy [!] und gutten ordnungen, im Reich zu halten, gered wurde, soll der gesandt von wegen grafen und herrn auch in specie meldung thun von den unzimlichen, verderblichen uncosten, so allenthalben*

in haltung der hochziten, kirchweihinen, schänckungen und sunst überflüssigen zechen von den underthonen unzimlichen ußgeben und verschwendt werden.

Sodann der juden und zegeiner halben soll und mag der gesandt auch anzeigen, daß gutt were, daß alle juden und zegeiner uß der christenheit und bevorab deutschen landen vertrieben und verjagt wurden, dieweil vil und allerley unrath, verräteryen und andere boßen praticken, auch verterbnuß der underthonen von und durch sie entstanden und erfolgen, und daß etlich Türckhen in gestalt und verkladung der juden für und wieder ziehen, des Türcken kundtschaft wider gemeine christenheit und zuvor teutscher nation sein sollen etc.

Es wer auch gutt, durch den gesandten angebracht zu werden, daß man die widerwertigen und den gemeinen mann ergerliche kundtschaften und zeitungen, so fir [!] den Türcken und wider die cristen hin und wider im truckh außgeen, solch truckh verhieth und abschieffe [= *abschaffe*].

Daß man auch diejenigen, so bißher dem Hl. Reich nit ohne alles mittel verwandt noch mit den anlagen je gedient haben, durch die vischcalischen exces ohne angefochten und unbekümert lysse, laut eines artickels im jungsten regenspurgischen reichsabschiedt begriffen [*RTA JR Bd. XI, Nr. 941, §48*].

Zum dritten, so mag und soll ein jeder grafe und herr sein beschwerung, damit er beladen, zum fürderlichsten in suplicationsweiß, mit gutem grundt begriffen und eigner handt unterschrieben, auch inhalt der reichsabschidt in 14 tügen den nechsten den gesandten, wo anderst solches hievor nit beschehen, uberantworten lassen.

Zum vierten, dieweil zu außrichtung obgemelter und ander mer artickeln, grafen und herrn betreffen, ein uncost ufflossen würde, so ist demnach gleichmessig angesehen und beschlossen worden, daß ein jeder sein anlag, wie die uff jungstgehaltnen tag und abschidt zu Pfullendorf einem jeden ufferlegt, jetzundt auch also paar erlegen; welch[er] aber die gemelten pfullendorfschen anlag nit gericht [= *bezahlt*], daß er dieselbig itzunder zusamen der gegenwertigen erlege und innerhalb 14 tagen nach dato diß abschids obgemeltem meinem gnedigen herrn, Gf. Friderichen [*von Fürstenberg*] etc., zu dißer und anderer außgab gehörig, zu gutter reittung uff sein ansuchen antworten sollen.

Es soll auch dem gesandten ein gemeiner gewalt neben disem abschidt con [= *cum*] clausula substitutionis von einem grafen und herrn im namen desselbigen und aller anderer, so in diesen bewilligen, zugestellt werden.

Zum fünften und letsten, dieweil etliche grafen und herrn nit aigner person zugegen, so soll denselben das alles, wie vor laut, zum fürderlichsten zugeschriben und erkundigt werden, ob ir Gnn. in dießen begriff auch sein wöllen. So er dann von einem oder mer auch in vorgemelten 14 tagen zugeschriben und angenommen, so soll ir Gnn. alsdann sich dißem verstandt mit der anlag, wie vor laut, in bestimbter zeit und sunst in ander weg nit anders erzaigen und halten, als werent ihr Gnn. uff hiut [= *heut*] auch selb gegenwertig gewesen.

Deß zu gedechtnus seind dißer abschidt etlich, soviel deren in eyl mögen geschriben werden, verfertigt und von den gegenwertigen mit eigener hand in der abwesenden namen durch irer Gnn. gesandten unterschriben worden.

67 *Gf. Günther XL. von Schwarzburg-Arnstadt-Sondershausen: Vollmacht für Philipp Kropfgans und Lic. Friedrich Spedt zum Reichstag – o.O., o.D./reg. Nürnberg, 1543 April 16*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 2, fol. 8r–9v (Kop.); DV fol. 9v: Suplicacion an chur- und fursten und gemeyne stende itzo zu Nürnbergk Gunnters Gf. zu Schwartzburgk etc. Reg. Norenberge, 16. Aprilis anno 43.

Euern chur- und fstl. Gnn., Ll. und Gg. habe ich freuntlich und gunstiglichen antzueygen nit verhalten mugen: Nehmlich nochdem ich den itzigen reichstagk nit habe verhinderung mercklicher ehaft halben ersuchen mugen, somit aber weniger nicht röm. ksl. und kgl. Mtt. und gemeynen stenden schuldiger gehorsam gelaystet, so habe ich von meynetwegen denselbigen zu ersuchen und meyne stadt zu vortretten meynen secretarien und lieben getreuen, Philipssen Krupffganß, mit instruction und volmacht abgefertiget. Demselben auch den hochgelarten und erbarn Friderichen Spetten, der rechten licentiaten etc., zugeordenet.

Demnach meyn underthenige, vleissige, freuntliche und gunstige bitt, es wollen euer chur- und fstl. Gnn., Ll. und Gg. die ermelten unsere gesandten in unser zugehorender und geburender, auch langk hergebrachter gerechtigkeit als eyn geliede und der vier reichsgraeffen<sup>1</sup> eynen vor andern, wie dann auch des von allen keysern, konigen und dem Hl. Reich mit guttern, wiriden und privilegien vorsehen, eygent und geburt, session und gerechtigkeit sitzen und pleyben lassen, wie ich dann ungeczweyffelt, euer chur- und fstl. Gnn., Ll. und Gg. ane dyß meyn underthenigs bitten, freuntlichs und gunstigs vermahnen ane daß gnediglich, freuntlich und gunstiglich selbst verschaffen und dopey pleyben lassen werden. [...].

[US:] Euer chur- und fstl. Gnn., Ll. und Gg. undertheniger, williger, gunstiger Gunther Gf. zu Schwartzsburgk, H. zu Arnstadt und Sunderßhausen.

<sup>1</sup> Vier Linien der Gff. von Schwarzburg: Schwarzburg-Arnstadt, Schwarzburg-Leutenberg, Schwarzburg-Arnstadt-Frankenhausen und Schwarzburg-Arnstadt-Sondershausen.

68 *Wetterauer Grafen*<sup>1</sup>68a *Überlegungen des Gesandten der Wetterauer und oberrheinischen Grafen, Lic. Gregor von Nellingen, zum künftigen Reichstag in Nürnberg – o.O., o.D. (ad 1542 Sept. 14)*<sup>1</sup>

A *Marburg StA, Hanau 81 A, Nr. 181½ 2, fol. 126r–128v (Kop.); ÜS fol. 126r:* Punkten, die meinen gnedigen hern zu kunftigem reychstag gen Nürnberg den 14. Novembris zu bedencken.

B *Wiesbaden HStA, Abt. 150 IVa 1691, unfol. (Kop.).*

*Teihu. Druck: J. VON ARNOLDI, Aufklärungen, Nr. XIV, S. 147–149.*

Item, durch wen sie [= *die Grafen*] denselben besuchen wollen, dan davon geredt, das ksl. oder kgl. Mt., chur- und fursten, sover möglich, aigner person erscheinen sollen, damit die bevorstenden sachen statlicher mogen abgehandelt werden.

Item zu bewegen, ob sie uff kunftigem reychstag unangeregt lassen wollen, das man dem gravenstandt nur zwuo stim im reychsradt lasset und doch vor alter, wie ich hör, sie mer stimmen gehopt, auch mer bey dem Reych in anschlegen und hilfen dan zwen churfursten thon.

Item, ob sies auch unverfochten wollen lassen, das man von den graven und hern in ausschuß nur ain person nimpt, das doch von alter, wie ich hör, auch nit gewest, und die stet haben zwuo stim darinnen und doch im reychsradt khaine. Und trag fursorg, das die graven also von etlichen jarn hern, da sie farlessig zu reychstügen khomen, der merer stim im reychsradt ußstrungen, also auch ausser dem ausschuß und hindennach im reychsradt auch nur zu ainer stim zu pringen understanden wurden. Mochten etlich rationem setzen, dweyl prelaten und prelatin nur aine hetten, uneracht das etlich ebt sonder stim und session haben, da ain grave noch alß vil beym Reych thut.

Item, so wollen die gesanten der oberlendischen graven<sup>2</sup> ain stim haben. Also were es allein umb meine gnedig hern, die frenckischen, am Hartzs und reinischen, deren doch vill ain ander antzall dan der oberlendischen ist, zu thun etc., wiewoll ich jetzundt angefochten und der oberlendischen graven gesanten sonders nit beschirmen kunden, dan ich also daran bin, das sie khain sonder stim haben, sonder die zwuo stimmen gmainem gravenstandt zugehorn, also das

<sup>1</sup> *Zur korporativen Politik des Wetterauer Grafenvereins, der es zwischen Kaiser und Schmalkaldischem Bund vermied, sich von einer Religionspartei vereinnahmen zu lassen, siehe: G. SCHMIDT, Der Wetterauer Grafenverein, hier S. 216–236 (zu den Jahren 1530–1546).*

<sup>1</sup> *Die Überlegungen Nellingens liegen in B seinem Schreiben an Heinrich Steindecke bei, das mit 14. Sept. 1542 datiert ist.*

<sup>2</sup> *Gemeint sind die schwäbischen Grafen, die für sich die zweite Grafenstimme reklamierten. Siehe: E. BÖHME, Das fränkische Reichsgrafenkollegium, S. 104f.*

von aller graven und freyhern – sie seyen ober- oder niderlendischs – solle, das zu furderung irer reputation dient, mit baiden stimmen gestimpt und gehandelt werden<sup>3</sup>.

Item, so hett ich auch fur pillich, so ain gesanter von ainer nemlichen antzall graven erschine, das derselbig pillich die stim thet, nit wan huet [!] ainer von zway, drey oder vier graven wegen khome, morgen wider wegritte. Der, so die merern bevelch und verthrettung hette, demselben raum geben und auch stimmen lassen solt, dan solichs den angefangen sachen hinderlich und etwan widerwertigkhait pringt.

Item, so were ain groß notturft, das der gravenstandt, so sie ire reputationes wollen beym Reych erhalten haben, sich verglichen, so man uff reichstagen were, sovill deren selbs und gesante ankhemmen, wan denjhenen, so die stimmen thon, was daran dem gravenstandt höchlich glegen, entgegnet und sies ervorderen, das sie ufs furderlichst zusammenkhemen, mitainander darober berieten, des gravenstandts anligen ließen auch wie ander Kff., Ff. und stende etwan an ksl. oder kgl. Mt. und stende [des] Reychs gelangen, nit also vonainander sonderten, nit zusammen wolten (es wer dan umb zechens willen). Das die stimmenden nit wißten, weiß sie sich etwan halten solten, damit die stimmen gleych möchten geen, nit ainer, der von ainer antzall graven wegen gesant, irem thon nach das, der ander, so von funf oder sechs wegen, den an sachen nit hoch mocht glegen sein, ain anders stimpt<sup>4</sup>.

Item dweyl der frenckischen graven gesanter mit dem Gf. von Castell, auch mansfeldischs und schwartzenburgischs sampt der prelaten gesanten gern gesehen, das ich den vierten radt zu Regenspurg erstat<sup>5</sup> (auch also ausserhalb der prelaten gesanten, der khain beschaidt finden kunden), von mir geschieden, aber der oberlendischs sein hern und Gf. Haugen nit kundt zur handt pringen und sie dan uf wusten [= hinweg eilten], der sachen ungeacht hinweg ritten. Zu bedenckhen, ob mans also rugen oder yemant dahin schickhen wolle oder nit. Und seyen obgemelte graven und der prelaten gesant des gemuths gewest, das derselb in gmainem costen, wie man in reychsanschlegen belegt, underhalten

<sup>3</sup> Zu den internen Zwistigkeiten der Grafen seit dem Nürnberger RT von 1542, wem die beiden Kuriatstimmen im Reichsrat zustünden, siehe: E. BÖHME, *Das fränkische Reichsgrafenkollodium*, S. 104–107, sowie das Schreiben der Wetterauer Grafen an Gf. Albrecht von Mansfeld (Nr. 68d).

<sup>4</sup> Hier endet der von Arnoldi gedruckte Text.

<sup>5</sup> Siehe dazu das Berichtsprotokoll Nallingens vom Nürnberger RT 1542 in RTA JR Bd. XIII, Nr. 60, S. 429. Es wurde damals beschlossen, aus den vier Kurien der Reichsstände – also auch aus jener der Prälaten, Grafen und Herren – jeweils einen Rat auszuwählen und nach Regensburg zu entsenden. Die vier reichsständischen Räte sollten in Regensburg für die Nachrichtenübermittlung zwischen dem Kriegsobersten Kf. Joachim von Brandenburg und den Reichsständen sorgen, indem sie dessen Berichte vom Türkenzug an die Reichs- und Kreisstände weiterleiteten: siehe den Nürnberger RAB 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, S. 40, S. 896f).

werden sollen. Es hat sich auch der prelaten gesant des entschuldigt, so die graven und hern nit dartzu thuen, dan sie am jungsten auch khain da gehept, so werden seine hern ain schickhen, doch allain in irem namen zu hanthabung irer reputation.

Item ob man auch ainen dem meintzischen cantzler benennen wolle, den kgl. Mt. zu den landtegen zu ervordern hett. Das must dan dem von Bappenheim, so die prelaten verthretten, verkhundt werden.

Item fursehung zu thon, das meiner gnedigen hern kriegsvolckh biß zu kunftigem reychstag auß aigen seckel, wie die drey monat beschehen, underhalten werde, wo mangel an der krayßstruchen erscheinen wurde. Man hat 36 000 fl. hinab verordnet, damit ist sie gelert, aber von Lutringen fallen jetzts die 20 000 fl. darein.

Item berathen sein, wie man verordnen wolle den gmain pfennig, so die zeyt uff khunftigem reychstag benent wurd, wider einziehen. Und ob mein gnedig hern denselben alßdan auch in gmain krayßstruchen zu schutzen oer bey iren handen, biß allenthalb vergleychung beschicht, wie ander vor gethon, behalten wollen.

Item andere puncten, wie die botschaft zu khunftigem reychstag zu instruirn und abzuvertigen, geben die reychsabschiedt nachainander, die man antzusehen hat<sup>a</sup>.

**68b** *Abschied des Wetterauer und oberrheinischen Grafentages mit Entsendung Gregor von Nallingens zum Reichstag – Höchst am Main, 1542 Nov. 7*

*Darmstadt StA, E 1 G, Konv. 3, Fasz. 1, fol. 18r–19r (Kop.); ÜS fol. 18r: Abscheidt des graventags zu Hoechst am Meyne, den 7. Novembris anno etc. 42.*

Als uf nechstgehaltne kreistag in Wormbs [1542 Okt. 28]<sup>1</sup> durch unser gnedigen herrn, die wedderawischen und oberrheinischen grafen, under anderm verabscheidt worden, das ir Gnn. uff heut dato, den 7. tag Novembris in Hoechst zusammenkomen oder schicken wolten von aller irer Gnn. wegen ein person, zu nechstangesezttem reichstag ghein Nurenberg zu verordnen, haben demnach diß

<sup>a</sup> *In B folgender Vermerk am Ende des Aktenstücks: Und wiewoll Heinrich Steindecker dem licenciaten hieruff antwort geben und dag uff heut gen Assenheim ernent, wie in copiiis verlesen worden, so ist er, der licentiat, doch nit erschienen.*

<sup>1</sup> *Die Versammlung der oberrheinischen und Wetterauer Grafen fand in Worms parallel zum oberrheinischen Kreistag statt, wobei der Abschied am 28. Okt. 1542 verlesen wurde, in: Wiesbaden StA, Abt. 150 IVa 1453, unfol. (Kop.); AS: Gravenabscheidt zu Wormbs anno 1542. Da keiner der Grafen in Worms persönlich anwesend war, wurde die Abfertigung des RT-Gesandten auf den nächsten Grafentag in Höchst verschoben.*



hernach benanten grafen solichen tag besucht und beschickt. Daruf gehandelt worden, wie underschidlich auch volgt:

Zum ersten ist von irer aller Gnn. wegen zu erhaltung irer furbrachten session, standts und stymme im reichsrait und zu berurter reichshandlung verordnet und abgefertigt der hochgelert H. Gregorius von Nallingen, der rechten licentiat, demselben instruction [Nr. 68c] gestelt, wie ein yeder davon copeny genomen hat.

Zum andern hat yeder grave sein gwalt dem licenciaten ubergeben in gewonlicher, gemeiner form, soviel zu vertretung iren Gn. standt und der reichshandlung dißmals vonnoten geacht worden.

Zum dritten, als uff nechstvergangenem reichstag zu Nurenberg [1542] die Gff. zu Manßfelt ein sonder person in des Reichs rait verordnet, die sich angemast, von iretwegen session und stymme einzuziehen<sup>2</sup>, und aber solhs als ein neuerung disen und auch allen andern des Reichs grafen zu gestatten oder einkomen ze laßen beschwerlich were, haben diße grafen derhalben Gf. Albrechten von Manßfelt fruntlich geschriben und gebetten, solh neuerung abzustellen [Nr. 68d]. Solh schrift soll durch Konigstein<sup>3</sup> uff aller diser grafen costen von disem tag uß uffs furderlichst ghen Manßfelt uberschickt, daruber schriftlich antwurt begert und dem licenciaten die ghen Nurenberg furter ubersandt werden, damit, so Manßfelt uff solicher neuerung bestehen wolt, er, der licentiat, zu widderstand solhs furnemens sich seiner instruction zu halten wisse.

Zum vierdten hat ein yeder graf dem licenciaten fur anfang seiner zerung dargezelt oder verordnet neun fl. Franckfurter werung<sup>4</sup>, mit vertrostung, do sich der reichstag in die harr verziehen wurde, ime uff sein gesynnen weiter und mher gelt zu schicken.

*Sollten während des Reichstags Probleme entstehen, so soll Nallingen darüber nach Hanau berichten; die hanauischen Befehlshaber werden diesen Bericht an alle Grafen weiterleiten und einen neuerlichen Versammlungstag der Grafen ausschreiben.*

Bei disem abschid und handlung sein gewest die, so zu ende der instruction [Nr. 68c] benent sein etc.

Die et anno etc. quibus supra.

<sup>2</sup> Siehe dazu das Berichtsprotokoll Gregor von Nallingens vom RT Nürnberg 1542, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 60, hier S. 430.

<sup>3</sup> Gf. Ludwig von Stolberg-Königstein; er war persönlich auf dem Grafentag in Höchst anwesend.

<sup>4</sup> Zur Bezahlung Nallingens siehe Nr. 68c, Anm. 4.

68c *Instruktion der Wetterauer und oberrheinischen Grafen<sup>1</sup> für Lic. Gregor von Nellingen zum Reichstag und zu den Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände – actum Höchst am Main, 1542 Nov. 7*

*Darmstadt StA, E 1 G, Konv. 3, Fasz. 1, fol. 10r–17v (Kop.); ÜS fol. 10r:* Instruction, was der hochgelert Gregorius von Nellingen, der rechten licenciat, in namen und von wegen nachbenanter grafen und herrn uf nehst angeendem reichstag zu Nurenberg, den 14. Novembris anno etc. 42 bestimpt, handeln soll.

*Teilw. Druck: J. VON ARNOLDI, Aufklärungen, S. 15–17.*

Und erstlich, da er zu Nurenberg ankompt, sol er sich dem marschalk von Bappenheim oder seinem bevelhaber, dan auch zugleich in der mentzischen cantzlei, wie gebrechlich, ansagen, das er von dißer nachbenanten grafen wegen erscheine, irn bevelh und gewalt hab, uf disem reichstag ire Gnn. zu vertreten, deren herbracht session und styme im reichsrat zu erhalten, sich derhalben inschreiben und von solher session und stymme nichts abdringen laßen, auch uf erfordderung die gwelde uberreichen, dabei mit sonderm vleis, doch also vil moglich, sich schicken, das er in die ußschosse oder kleinen raith, so die geordnet, komen moge. Darzu, sovil ime meglich, mit bestendigen argumenten, wie er sich durch nachfrage deren armiren und mit der andern grafen und hern gesanten vergleichen mag, anhalten, das von der grafen wegen zwene und nit einer (wie doch naturlich vernunft zu erkennen gibt) in usschusse gezogen werden, auch dort sich mit der oberlendischen grafen gesanten vergleichen mocht, daruber mit einfurung allerhand erheblichen argumenten supplicieren. Wo es aber nit erlangt werden mocht und bei einer person bleiben solt, sich alwegen mit dem andern, so der grafen und herrn stymme neben ime helt, vereinigen, so oft der ußschoß oder kleiner raitt byeinander gewest, das derjhenig, der darin ist, dem andern gehandelter dinge und das noch in proposito plieben, berichten soll, also das ye einer mit des andern wissen handel, darbei auch nicht minder, so personen entgegen der grafen und herrn zwo stymmen im reichsraith halten.

So dan der oberlendischen grafen einer eigner person erscheinen wurde, auch session und stymme zu thun, mit demselben grafen sol sich diser gesanter, sein Gn. zu eren, umb den fursitz oder erste stymme nit dringen noch irren. Also auch, da ein grave von den wedderawischen oder reinischen selbst ankeme, session und stymme nemen und furen wolt, soll der gesant denselben nit verhindern und, sovil seinen Gn. not, bericht widerfahren laßen.

Es sol auch der gesant daran sein, sovil moglich, das derjhenig, so neben ime sitzt, sein stymme nit allein uff die oberlendischen grafen, sondern, wie billich, uf alle grafen stellen. Wo er auch von freyherrn bevelhe entpfinge, sol er erstlich von wegen der grafen stymmen, alßdan auch vermelden, das er von disen freyherrn etc. bevelhe hab, von deren wegen wolle er also gestimpt haben.

<sup>1</sup> *Die Ausarbeitung der Instruktion für den Reichstag war die Hauptaufgabe des Wetterauer Grafentages in Höchst.*

Item dweil nun diser gesanter von einer nemelichen anzale der Gff. in der Wederaw und dort jhenset Rheins gleichmessigs bevelhs und instruction abgefertigt, soll er sich von andern grafen gesanten, deren bevelhe sich uber dise anzale nit erstreckt, uß session und stym nit abtreiben laßen, sonder dieselben berichten, das er von einer solichen anzale der grafen, so zuvor zusamen gesant, raitsamlich und gleicher instruction abgefertigt, zeitlich den sachen bey gewest, von andern und disem reichstag erfahrung gelangt, das gemeinem grafenstand angelegen, deren reputation, ere und nutz in gemein zu befurdern im werck, da es, so er itzunt abstehen und neu ankomen nidersetzen lassen, als gehandelter dinge unerfarn, den sachen widerwertigkeit bringen wurde. Das sie es demnach iren herren nit zewider vermercken wolten, in ansehung, sie alle durcheinander befreundt, auch also bey inen, dem grossern teil, wie dan billich herkomen, das das merer der mindern anzale furtreffen thet. Aber nichtsdestoweniger wolten sie in die rethe yederzeit erscheinen, wolt er in irer gegenwertigkeit und mit irer furbesprechung, wie gebreuchlich herkomen, stymmen.

Wo sich aber einer oder mher gesanter nit berichten laßen und uf furkomens stellen wolt, soll diser grafen geschickter deß furkomens heruber kein scheuens haben und solh vorangeregt herkomen und übung seiner gnedigen herrn, zum besten ime moglich, darthun etc.<sup>2</sup>

Nachdem dan der reinisch kreis und mit demselbigen dise grafen gemeinlich und einhelliglich den nurenbergischen, jungst 13. Julij gemachten abscheit<sup>3</sup> nit bewilliget [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 204*], sonder uff hievor uffgerichteten speierischen reichsabscheit [*RTA JR Bd. XII, Nr. 285*] verharret, nemlich das sie fernerer underhaltung diß kreis kriegsvolck oder mher anlage zu thun nit schuldig, es werde dan zuvor vermoge vorberurts speirischen reichsabschids vergleychung aller kreistrugen gemacht und die vermoglichen der unvermoglichen zu steuer komen etc., luth buchstabens solhs abscheits, und dan itzbemelt vergleychung, nach aller kreisinnemer reitung zu bescheen, uf disen itzigen nurenbergischen reichstag geschoben, so sol diser gesant allerforderst von vergleychung der kreistrugen mit entpfahung der kreisinnemer rechnung und in ander billich wege zu handeln verhelpen.

So dan solch vergleychung und der wegk also befunden, das diser reinisch kreis vor andern kreißten nit beschwert oder untreglich uberlegt, wie sich dan die kreisstende, so gegenwertig sein werden, dessen miteinander beraten mogen, sol er alsdan auch im fall der notturft und do es von gemeinen stenden also beschlossen werden mag, von merung oder minderung ferrer anlage, doch in form und gestalt speirischen reichsanschlags und wie derselbig speierisch abscheit sonst ferner mitbringt, neben und mit andern reichsstenden in solh

<sup>2</sup> Hier endet der von Arnoldi gedruckte Text.

<sup>3</sup> Der 13. Juli 1542 war der für den Nürnberger RT geplante Eröffnungstermin; der RAb trägt das Datum des 26. Aug. 1542.

merung und minderung oder ringerung, auch in vergleichung der kreißtrogen zu bewilligen haben.

Doch soll der gesant sovil möglich anhalten, das ime abscheit solher handlung clar und außdrucklich mocht versehen werden, das ein yede oberkeit ir underthon und undersassen, die in ire oberkeit und gerichtszwang gesessen sein, unangesehen das dieselben andern herrn mit leibeigenschaft verwant, dartzu die geistlichen, so bei inen wonen, wie der speierisch reichsabscheit doch solhs außdrucklich will, von allen iren gütern, sie legen under wem sie wollen, allein belegen und von andern stenden daran nit gehindert werden sollen.

Do aber itzunt widerumb, wie jungst zu Nurenberg [1542] underfangen, unverglichen der kreistrogen zu ferner beschwerde reinischen kreis und des stenden wollten gehandelt werden, darzu sol der gesant nit bewilligen, sondern neben und mit andern diß kreis stenden die beschwerden helfen furwenden und den itzt zu Wormbs gemachten kreisbeschloss und abschidt [1542 Okt. 28] uff sein best helfen defendieren und beschirmen.

Und darumb sol auch der gesant in die reinisch kreis beruffung erschyen und, sover erheblich, uf die wege helfen schließen und erhalten, das zu einziehung gemeins pfennigs ein yeder standt diß kreis – als die fursten, die prelaten, die grafen, die frei- und reichstete – alwegen ir eigen troge haben, desselben standts gemeinen pfennig darin schutzen, ir kriegsvolck davon, sover es reicht, underhalten<sup>a</sup> und, do sie ercleret, alßdan der ersetzung bei den andern vermoglichern kreistrogen vermog des speierischen abschits, und was derselbig sunsten mitbringt, gewißlich zu gewarten. Do aber weiter uber vor zu Wormbs gemachten beschloß im kreisrait ungleichheit und handlung, den grafen beschwerlich oder sorglich, furfallen wurde, sol der gesant hinder sich gelangen und nach fernerm bevelhe handeln.

Ferner, als zu vilgehalten reichstagen etlich stende sich beclagt, das sie in des Reichs gemeinen hilfen oder anlagen uber ir vermogen zu hoch angeschlagen worden, deßhalb ringerung begert und dan uf disem reichstag von ringerung derselben oder erhohung anderer stende wolt gehandelt werden, will ein yeder under disen grafen und herrn, so ringerung begert, durch seine diener oder sonderlich instruction solh sein beschwerd und bitt dem gesanten in schriften oder montlich anzeigen, welcher furter solh beschwerde den reichsstenden zum treulichsten anbringen und mit allem vleiß umb ringerung bitten und anhalten, von welchem ime dan ferners berichts nach begegneten dingen noit. Sol er darumb zuruck schreiben.

Welche grafen und herrn derhalben nichts clagen oder furbringen, die laßen es by vorigen alten anschlegen pleiben. So aber in dem vermoge des regenspurgischen abschit [1541] wolt gehandelt werden, nemlich do ein stand uff erkundigung seins uf- oder abnemens geringert wurde, solten andere stende

---

<sup>a</sup> *In der Vorlage:* underhaltung.

dargegen ersteigert werden und dan dißer grafen einem oder merern einich ersteigerung geschehen wolt, sol der gesant darin nit bewilligen.

Item nachdem in vergangner ylenden turckenhilf, zu Regenspurg [1541] verordent, etlich und sonders dise grafen den 4. monat unschuldiglich, wie es sich zu Speier in rechnung befunden, erlegt und auch zu Speier vertrostung beschehen, das derselbig vierd monat denjhenen wider erstat werden, sol der gesant darumb anhalten, oder das es in nehster anlage abgezogen werde.

Item als auch die visitation und reformation ksl. camergerichts [auf] vergangen reichstegen uft angeregt, auch verordnet, aber nit beschehen und itzt wider furfallen mag, daneben auch umb bestendigen friden im Hl. Reich, dorin sich die stende [des] Reichs zweien und nit verglichen mochten, sol in solher zweyung der gesant on hindersichpringen und dißer grafen und herrn weitem bevelhe [sich] keinem teil anhengig machen. Do aber gemeine stende in dißen sachen einhellig zu vergleichung geraten mochten, darzu und in sonders auch das ksl. camergericht visitirt, reformirt und bestendig mit bereiter execution gemacht werde, das nit zu wenigem furstand des fridens und ruge des Hl. Reichs dienen moge, sol der gesant, und was zu des Hl. Reichs ere und wolfart er furdern kan, treulich helfen.

Es sollen und wollen auch dise grafen und herrn, so ir einer oder mher personlich ghen Nurenberg werents solhs reichstags komen, uf yeder zeit des gesanten ansuchen in seinen beschwerlichen furfellen, ob ir mher dan einer entgegen, sich zusamenthun oder, wo einer da, derselbig ime raitlich und furderlich sein, das gemeinem grafenstand zu eren und gutem langen mag. Im fall auch, das diser grafen oder herrn keiner dohin keme, wollen sie doch diejhenen grafen und herrn, so dahin komen werden, dessen gebeten und, was inen selbst daran gelegen, erinnert haben.

Item so dan von einer bestendigen muntzvolnzziehung und handhabung des Hl. Reichs reformation und ordnung guter pollicei, zu Augspurg [1530] uffgericht, wolt gehandelt werden, sol der gesant im selbigen und allen andern zufelligen des Reichs gemeinen sachen mit und neben andern stenden solhs alles zu des Reichs ere und furderung gemeins nutz helfen ufrichten, ordnen und schliessen.

Item ob sachen furfallen wurden, den gemeinen grafenstand im Reich belangen, sol der gesant mit andern grafen oder dero geschickten im selbigen mithelfen handeln und beschliessen, was solher sachen notturft erfordert.

Item dweil im Reich sich hin und wider kriegsrustung und allerlei practicen ereugen, so dan uf disem reichstag die reichsstende zu friddung und abwendung entporung und kriegs handeln wurden, soll diser grafen und herrn gesanter mit sonderm vleis darin helfen raiten und furdern, damit zweitracht und krieg im Reich furkomen werde. Wurden aber die stende uf disem reichstag sich trennen und im selbigen einich parthei bei disen, der grafen, gesanten ansuchung thun, soll der gesant sich on ferner ußgedruckten bevelhe keinem teil anhengig machen.

Item wurden uf dem reichstag schwere und wichtige sachen dermaßen furfallen, die disen grafen zu wissen vonnoten und irer Gnn. mercklichs daran gelegen, sol der gesant uffs furderlichst ghein Hanawe den bevelhabern schreiben<sup>4</sup>.

Actum zu Hoechst am Meyne, dinstags den 7. Novembris anno etc. 42.

Und seint uff disem tag, auch verfertigung diser instruction erschienen und beygewest:

Eigner person: Ludwig Gf. zu Stolberg und Konigstein etc., Friederich Magnus Gf. zu Solms etc. und Dietrich Brickel von wegen Gf. Philipsen von Solms.

Von wegen Gf. Wilhelms von Nassawe-Catzenelnbogen etc.: Johan Knebel von Catzenelnbogen, amptman; *[von wegen]* Gf. Bernharts von Solms etc.: Johan Lieberich; *[von wegen]* Gf. Cunen von Leyningen, H. zu Westerpurg; Peter Stumpff; *[von wegen]* Gf. Philipsen von Nassau-Wißbaden etc.: Johan Lieberich; *[von wegen]* Gf. Philipsen von Nassau-Weylburg etc.: Johan Cuen; *[von wegen]* Gf. Anthoni von Ysenburg des eltern: Johan Baier; *[von wegen]* Gf. Johan von Nassau zu Bielstein *[!]*: Johan Lieberich; *[von wegen]* der jungen Gff. von Hanaw-Mintzenberg: Johan Knebel und Heinrich Steindecker; *[von wegen]* der Gff. von Wied, Hn. zu Runckell: Johan Knebel und Heinrich Steindecker; *[von wegen]* der Gff. von Stolberg-Wernigerode etc.: Philips Reifenstein und Melchior Aconcius; *[von wegen]* Gf. Engelharts von Leyningen und Dagspurg etc., furmonder Gf. Emichs von Leyningen seligen sone: Gregorius von Nallingen Lic.; *[von wegen]* Gf. Wyrachs [= Weirich] zu Falkenstein, H. zu Oberstein etc.: Bleycker Landschad von Steynach, amptman; *[von wegen]* Gf. Philipsen von Hanawe, H. zu Liechtenberg; Gregorius von Nallingen Lic. etc.

**68d** *Die Wetterauer und oberrheinischen Grafen an Gf. Albrecht von Mansfeld wegen der Ausübung des gräflichen Stimmrechts auf Reichstagen – Höchst am Main, 1542 Nov. 8*

Darmstadt StA, E 1 G, Konv. 3, Fasz. 1, fol. 19v–20v (Kop.); ÜS: Missive an Gf. Albrechten von Manßfelt.

Druck: J. VON ARNOLDI, *Aufklärungen*, Nr. XV, S. 150f.

Der hochgelert Gregorius von Nallingen, der rechten licentiat, unser gesanter, den wir von unser aller wegen uff nechstgehaltne reichstag zu Nurenberg gehabt und itzo widderumb dohin verordnet, hat uns an heut dato under

<sup>4</sup> *Der Instruktion liegt ein Zettel Gregor von Nallingens bei (fol. 12r, dat. 1542 Nov. 8), auf welchem er den Empfang von 18 fl. für den Besuch des Nürnberger RT bestätigt. Dieser Betrag wurde Nallingen von Heinrich Steindecker im Namen Gf. Wilhelms von Nassau und im Namen der Vormünder der jungen Gff. von Hanau ausgezahlt.*

andern bericht, wie das euer L. cantzler<sup>1</sup> uff demselben tag [RT Nürnberg 1542] sich angemast, in des Reichs rath zu sitzen und zu stymmen. Wiewol aber unser gesanter ime solhs bericht, das alle grafen im Reich nit mher als zwo stymmen hetten und derselbig unser gesanter von uns allen do were, die session und derselbigen stymme ein zu vertreten, und dan die schwäbischen, frenckische und andere grafen die zweite stymme auch in gebrauch herbrought, kundt und wurde sich nit wol fugen, das euer L. cantzler, als der von der mindern zale grafen do were, ein sonder – und also die dritt – stymme allen andern grafen zu beschwerde einziehen, derhalben fur solh neuerung gutlich gebetten, so sol doch derselbig euer L. cantzler uff seiner meynong bestanden sein. Do nun sich uff disem nehstkunftigen reichstag dergleichen zutragen wolt, wissen euer L. sich selbst zu berichten, das solhs uns und gemeinem grafenstandt an unserm lang herbrachten, volfurtem, ruigem brauch zu beschwerd und verhinderung gelangen must, zudem wurd von hohern stenden solhs auch nit zugelassen. So wolten wir uns mit euer L. ye nit gern irren oder euer L. als grafen des Reichs an iren freiheiten oder rechten verhindern. Derhalben uf euer L. wolgefallens bey uns bedacht, so euer L. iren gwalt zu der reichshandlung unserm gesanten oder gleich einem andern, der kein sondere stymme einfuret, zustellen, solt euer L. dadurch ires reichsstandts und freiheit auch wol kunden erhalten und mit oder neben uns in alle reichsabschidt gesetzt werden. Bitten demnach euer L. gantz freuntlich, die wollen die sachen bedencken und uns andern zu beschwerde nichts neues oder unerheblichs furnemen, auch diß unser schreiben in ungutem oder unfreuntlicher meynung von uns nit verstehen oder uffnemen, domit dißfals onnotig irrung abgewent und furkomen werdt. Des wellen wir uns zu euer L. fruntlich versehen und gern verdienen. Bitten hievon euer L. beschrieben antwurt.

[US:] Philips und Bernhart Gff. zu Solms und Hn. zu Muntzenberg; Wilhelm Gf. zu Nassau-Catzenelnbogen fur sich und als furmonder der jungen Gff. von Hanawe; Weyrich von Dhaun, Gf. zu Falkenstein etc.; Philips Gf. zu Nassau, H. zu Wißbaden; Cuno Gf. zu Leyningen, H. zu Westerpurg; Johan Gf. zu Nassau, H. zu Byelstein; Anthoni von Ysenberg, Gf. zu Budingem; Philips Gf. zu Nassau und Sarbrucken; Engelhart Gf. zu Leyningen; Ludwig Gf. zu Stolberg und Konigstein; Philips Gf. zu Hanau, H. zu Liechtenberg; Johan Gf. zu Wied, H. zu Runckell.

<sup>1</sup> *Johann Braun von Weimar. Zur Auseinandersetzung des Wetterauer Gesandten Lic. Gregor von Nallingen mit den Gesandten der sächsischen Gff. von Mansfeld und Schwarzburg siehe das Berichtsprotokoll Nallingens vom RT Nürnberg 1542, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 60, hier S. 430.*

69 *Hg. Ulrich von Württemberg*69a *Hg. Ulrich von Württemberg: Vollmacht für Christoph von Venningen und Dr. Philipp Eerer zum Reichstag – Urach, 1542 Dez. 9*

A *Stuttgart HStA, A 141, Bü. 24, unfol. (Kop.); DV: Copy Hg. Ulrichs zu Württembergs gewalts uff den reichstag gen Nuernberg, uff Cristoff von Venningen und Dr. Philips Eerer gestellt, 9. Decembris 1542.*

B *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 27r–29r (Kop.); AS fol. 27r: Meins gnedigen fursten und herrn Hg. Ulrichs etc. gwalt und volmacht, dises reichstags halben außgangen.*

*Im letzten Reichsabschied von Nürnberg (1542) wurde ein neuerlicher Reichstag für den 14. Nov. 1542 nach Nürnberg angesetzt, den alle Reichsstände persönlich oder durch ihre Gesandten besuchen sollten. Diesen Reichstag prorogierte Kg. Ferdinand schriftlich (Nr. 2–3) bis zum 14. Dez. 1542, wöllichen tag dann wir eigner person unser leibsgelegenheit, auch andern ursachen, so der röm. kgl. Mt., unserm gnedigsten herrn, unsere gesanten underthenigst zu berichten in bevelh haben, nit besuchen könnnden. So haben wir demnach uß gehörten ursachen unsere rätte und liebe getreuen Cristoffen von Venningen und Philipsen Eerern, der rechten doctor, abgevertiget mit volmacht und gewalt, in angezeigten puncten und artickeln, auch andern des Reichs beschwerlichen obligen neben andern des Reichs stenden, allermassen wie uff vorangezeigtem tage auch beschehen sein solt, zu rattschlagen, zu schliessen und zu handeln, das gemeiner cristenheit und bevorab teutscher nation zu rum und friden dienlich und furderlich sein wurdet, alles vermög irer von uns habenden instruction [Nr. 69b]. Was auch also durch ytzgemelt unsere rätte gehandelt, das wollen wir steet und angenehme halten und dasselb wirklich volstrecken, alles getreulich und ungevarlich. [...].*

69b *Hg. Ulrich von Württemberg: Instruktion für Christoph von Venningen und Dr. Philipp Eerer zum Reichstag und zu Verhandlungen mit den schwäbischen Kreisständen – actum Urach, 1542 Dez. 9*

A *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 30r–46r (Ausf.); ÜS fol. 30r: Instruction, was von Gottes gnaden unser, Ulrichs Hg. zu Wirttemberg und Teckh, Gf. zu Mumppegart etc. gesanten und verordnete rätte und liebe getreuen Christoff von Venningen, obervogt zu Veyhingen, und Philips Eerer, der rechten doctor, uff dem fürgenommen reichstag zu Nuernberg, so uff den 14. tag Decembris angeen und gehalten werden soll, handeln, fürtragen, ratten und nebend andern Kff., Ff. und stenden des Reichs und der abwesenden bottschaften schliessen helfen sollen.*

B *Stuttgart HStA, A 141, Bü. 24, unfol. (Konz.); ÜS wie in A.*

Nachdem die hochtreffenlich beschwerd, höchste nott und verderblich obligen, so der teutschen nation von wegen des kunftigen schädlichen uberfals der



Turcken täglichs begegnen mag, auch sich keines andern zu versehen, dann das uff den genomen abzug in Hungern der tyrann, der Turckh und erbfeind der christenheit, all sein macht und stercken nun täglichs fur und fur zu eroberung der teutschen nation wenden werd und dann, wie söllichem ernstlichen feind mit hilf des Allmechtigen stattlich begegnet, uffgehalten und söllicher unträgenlicher last von der teutschen nation mit ernst abgewendt werden mög, sollen unsere rätt uff söllichs alles mit höchstem vleiss handeln und uff nachvolgend meynung schliessen helfen.

Doch anfangs sollen sie sich zu der röm. kgl. Mt. als unserm gnedigsten herrn verfuegen und uff das allerunderthenigst antragen: Als ir kgl. Mt. in einem schryben, wölliches datum steet Wien, den 25. tag Octobris<sup>1</sup>, uns under anderm eigner person uf jetzigem reichstag zu erscheinen gnedigst erfordern lassen, das dann wir ir kgl. Mt. zu underteniger gehorsam ze thun wol willig und uns schuldig erkennen, aber von wegen unsers leibs gelegenheit und auch anders obligen halber wir hieran verhindert wurden. Desshalb an ir kgl. Mt. unser underthenigst bitten, die wolte uns in dem gnedigst entschuldigt haben und halten. So weren aber nichtdestweniger sie, die rätt, von uns mit gewalt und bevelh dermassen abgefertiget, in den obligenden höchsten beschwerden des Reichs teutscher nation zu ratten, zu handeln und zu schliessen, das ir kgl. Mt., auch dem Hl. Röm. Reich zu nutz und wolfart dienen soll. Und thäten uns hiemit irer kgl. Mt. als unserm gnedigsten herrn in underthenigkeit bevelhen, mit erpiettung unser underthenigen und gehorsamen diensten etc.

Hieneben und alßbald sollen unsere gesanten zu unser entschuldigung und gegenbericht der röm. kgl. Mt., unserm gnedigsten herrn, von wegen erwelung eines neuen prelaten zu Königspronn<sup>2</sup> bygethon suplication in aller underthenigkeit uberantwurten, zu verlesen bitten und begern, wie darin angetzeigt.

[*Türkenhilfe*] Alß dann in disen höchsten beschwerden vil an einigkeit der fursten im Reich gelegen sein will, sollen unsere rätt mit bestem fleiss dahin trachten und handeln helfen, das zwuschen den Kff., Ff. und stenden des Reichs gutter frid, einigkeit und besserer verstand gemacht dann bißher gewest und aller unwill, wa nit gantz und gar uffgehebt, doch also angestellt werd, damit dester bas und einhelliger wider den grausamen feind, den Turckhen, gehandelt werden mög. Dann wa sollichs nit beschehen, so ist die gröst fursorg, das durch die jetzige uneinigkeit und zertrennung der fursten in dem ynfall des Turcken ime gar kein ansehenlicher und erschiesslicher widerstand beschehen, sonder, wöllichs der Almechtig durch sein gnedige fürsehung verhietten wölle,

<sup>1</sup> Vermutlich handelt es sich um das Prorogationsschreiben Kg. Ferdinands (Nr. 2–3), das in den meisten Überlieferungen auf 20. bzw. 21. Okt. 1542 datiert ist.

<sup>2</sup> Der Abt von Königsbronn verteidigte die Reichsunmittelbarkeit des Klosters. Nachdem ein erster Reformationsversuch Hg. Ulrichs von Württemberg im Kloster Königsbronn 1539 misslungen war, wurde nach der Zerstörung des Klosters durch Mgf. Albrecht Alkibiades von Brandenburg im Jahr 1552 die Reformation durch Württemberg eingeführt.

das der teutschen nation eben geen werd wie tzuvor den Kriechen und by unsern tagen den Ungern begegnet ist. Hierumb von hohen nötten, alle ursachen fürzuwenden und die sachen dahin zu richten, damit söllicher verstand, frid und einigkeit gemacht werd.

Nun will aber der sach hiemit noch nit gar geholfen sein, sonder muessen Kff., Fff. und stend mit ernst auch daruff bedacht sein und mit allem vleiss handeln, das alle krieg nit allein in der teutschen nation, als in Lutzelburg, Brabandt, Gulch, Cleve und Gheldern, sonder auch in der gantzen cristenheit gentzlich abgeschafft oder zum wenigsten angestellt wurden, damit alle macht und craft wider den Turcken gefuert und gebrucht werden möcht. Hierumb nebend der röm. kgl. Mt. Kff., Ff. und stend des Reichs die röm. ksl. Mt., unsern allergnedigsten herrn, durch bottschaft oder schriften zum höchsten ersuchen und bitten sölten, damit ir Mt. die gröst beschwerde und obligende nott, nit allein der teutschen nation, sonder der gantzen cristenheit, deren schutzer und schirmer ir Mt. nach Gott allein sein soll, zu herten fieren und mit gnedigstem gemuet alle sachen dahin richten wöll, damit alle gemelte krieg abgeschafft und dann ir Mt. alle craft und macht nebend den Kff., Ff. und stenden des Reichs wider den Turcken dester bas zu wenden hetten.

Dieweil auch sollichem ernstlichem feind erspriesslichen widerstand ze thun der teutschen nation allein beschwerlich und schier unmöglich sein will, so muss man auch mit vleiss darauf gedencken, das hierzu ir hilf und bystand alle cristenliche könig und pottentaten thun wöllten, dann mit derselbigem hilf und zuthun söllich treffenlich werckh fürgenommen werden muss und one das zu besorgen, das die Teutschen nicht erhalten mögen.

So nun von wegen der beharrlichen expedition wider den Turcken zu gehalten reichstügen beschlossen und verabschidet, das dieselbige dreu jar weren und gewisslich beharret werden soll und aber die jetzt vergangen sechs monat nichts ußgericht, sonder allein spott und onwiderbringenlicher nachteil erlangt, das Reich teutscher nation an gelt und volck geschwecht und schier also ersogen [= *erschöpft*], das zu besorgen, das die hilf, wie die nottdurft erfordert, nit wol mer geleist werden mög und dann, wie vor augen, ein schimpflicher abzug genomen, zu spott und hon aller Teutschen, sölten unsere rätt dahin trachten, handeln und schliessen helfen, damit sölliche expedition furter mit mererm vleiss und ernst und wenigerm nachteil der Teutschen furgenommen und volnzogen werd.

Alß dann auch die röm. kgl. Mt., unser gnedigster her, von wegen des kriegswesen in Hungern den reichstag bis uff den 14. tag Decembris erstreckt und dann auch in vorhaben, das winterleger, auch die ortflecken zu besetzen und anzerichten: Damit nun die besatzungen dermassen angericht werden, uff das kein kreiß oder stand im Reich fur dem andern beschwerdt werd, so hielten wir darfür, das daruff mit ernst gehandelt werden solt, das hierinn, sovil immer möglich, gemeiner stend verschonet. Und was fur uncosten uff das winterleger und besatzungen lauffen, das dasselbig uff die röm. ksl. und kgl. Mtt. gewendt

und der billichkeit nach durch ir Mtt. verricht werden solt. Dann dieweil der beharrlich turckenzug und söllich cristenlich expedition zuvorderst beider irer Mtt. zu nutz, vorteil, merung irer erbkönigrych, rettung deren land und leut und erst hernach dem Reich teutscher nation zu gutem auch reichen und komen thut, so sölle ir Mtt. das billich zu hertzen fieren und das ir dester ryhlicher [= *reichlicher*] darthun und gemeine stend mit besatzung, winterleger und anderm gar nit belestigen, sonder derselbigen uncosten uff sich nemen und selbs tragen, uff das zu kunftiger zeit die gemeine stend des Reichs dester williger sein mögen, kunftiglich das ir furzustrecken und das cristenlich angefangen werckh zu volnbringen.

Wiewol auch zu den vergangen reichstügen zu Speyr [1542] und Nuernberg [1542] wol vernunftig und berattenlich bedacht, auch verabschidet worden, mit was macht zu ross und fuss, auch mit wievil geschutz nebend der röm. kgl. Mt. bewilligte hilf der armada und munition mit geschutz und anderm die Kff., Ff., stend und stett des Reichs usziehen und gefasst sein solten, so befindt sich aber leider im werck, das daran grosser mangel erschinen und dardurch dem Reich nichts dann grosser hon, spott und verachtung gevolgt, des dann billich zu erbarmen und je nicht anderst zu gedencken ist, dann das der Allmechtig sein zorn uber uns usgiessen und hertiglich straffen wölle. Damit nun uff die vorhabend expedition kein mangel erschein und ein jeder stand sein gepurend anlag erstatte, in allem thun gleichheit gehalten, die mängel und geprechen gantzlich ersetzt werden, die, so hierinn ungehorsam, vermög der reichsabschid zu straff angehalten und in allen sachen merer vleiss und ernst angekert werd, sölle unsere rät uff nachvolgend ordnung handeln helfen:

Anfangs soll man sich vergleichen, mit was anzal zu ross und fuss zu ziehen die nottdurft und des feinds gelegenheit erfordern woll, nemlich mit halber oder gantzer hilf, zu dem romzug verordnet und bewilligt. Und wes man sich also vergleicht, das gewisslich söllich volck tzu angeendem Mayen zu Wien in Österreich sye. Und das die röm. kgl. und ksl. Mtt. nebend gedachter des Reichs anzahl auch ir aigen besoldet volck zu ross und fuss, wie dann söllichs die nottdurft erheischt, halten und haben sölle.

Und dieweil sich auch erscheint, das allerlay geprechen und mängel by dem kriegsvolck in Hungern an geschutz, an volck zu ross und fuss, an profiant und anderm befunden, sölle unsere rät mit vleiss dahin helfen handeln, das der oberst veldthauptman und die zugeordnete kriegsrät hierumb, umb bericht zu geben, an wem und warin der mangel gewest, ernstlich angehalten werden, und sonderlich us was ursachen also lang still gelegen und gar nicht/s/ usgericht, da noch das kriegsvolckh wol bezalt, mit gnugsamer profiant versehen, gesund, lustig und zu der handlung begirig gewest. Und an wem dann der mangel befunden, hat man alßdann ursach, mit denselbigen ernstlich ze handeln, die furter nit mer tzu gebruchen und zu straffen, damit kunftiglich sölliche mangel abgestelt, furkomen, und man söllichs fürter vertragen bleibe.

Dergleichen die Kff., Ff., stend und stet die mangel an schickung ires kriegsvolck, nitbezahlung oder anderm erscheinen lassen, das dieselbigen ernstlich vermög des uffgerichteten reichsabschid gestrafft werden und das mit derselbigen straff, ernstlicher dann bißher geschehen, volfarn werd.

Alß dann auch uff dem jungstgehaltenen reichstag tzu Nuernberg [1542] verabschidet und auch sollichs die hohe nottdurft erfordert, das zu disem cristenlichen werck und expedition ein neue anlag furgenommen, also das ein jeder sein steur und anlag wider zu geben und sonderlich je mit einem halben fl. anlag 100 fl. hauptguts zu betzalen schuldig sein, und die armen nit höher, dann des Reichs speirischer abschid ußwysset, mit anlag beschwert werden sollen, und doch die zeit der erlegung noch nit bestimmt, sonder jetzt ernennt werden soll und muss. Und wiewol die nott und armut allenthalben so gross, das wol vonnötten, gemelte zeit lang zu erstrecken, damit die armen dester bas das gelt zuwegen bringen möchten, dieweil aber das gelt nit das geringest stuckh, sonder das furnemest zu dem krieg und sollicher expedition ist, so sollen unsere gesanten uff nachfolgenden weg einen schliessen helfen:

Erstlich nachdem augenscheinlich am tag, mit was mergklichen schaden, spott und nachteil der gantzen teutschen nation der jetzig abzug in Hungern [1542 Okt.] genomen, also das nit allein das Reich an gelt ersogen, an leütten höchlich geschwecht, sonder auch in dem der feind in cleiner und geringer macht gewest, gegen demselbigen gar nicht[s] ußgericht noch abgebrochen worden. Solte nun uff den kunftigen frueling widerumb mit einer grossen macht in Hungern gezogen werden und man dann nit eigentlich wissens haben mag, ob und wie starck der Turckh in kunftige zeit und frueling in Hungern oder uff die teutsche nation sein macht wenden und anziehen möcht, ist zum höchsten zu besorgen, das man nach nottdurft dis hohen wercks also in der eyl weder mit gelt noch leutten von Teutschen gevast sein mög. Nebend dem in keinen zweyvel zu setzen, söllicher unser aller erbfeind, so durch jetz genomen abzug in Hungern allein freidig und hertzhaft gemacht, werde sich zu Ofen und Pest mit bevestigung, profiant und allem anderm, so zu widerstand und dem krieg gehörig, disen winter dermassen geschickt und gefasst machen, das dieselbigen stett und flecken in der eil one mercklichen hohen nachteil und schaden der unsern nit leichtlich zu erobern sein werden. Damit nun hierinnen und söllichem feind dester stattlicher widerstand beschehen und mit gutem ratt begegnet werden möcht, so solt nutz und gutt sein, das man sich jetzt uff den weg allein entschliessen thät, wie und welcher gestalt die päss und flecken an den grenitzen mit bevestigung und nottdurftiger besatzung versehen und man dann sich nichtdestweniger auch in mittler zeit mit geltsamlung und kriegsvolck zum stattlichsten gefasst machen thät, also und dergestalt, wann und zu wöllicher zeit man in glaubwirdig erfarung kem, das der Turckh in Hungern oder gegen teutscher nation anziehen wurde, demselbigen dann also in allweg mit verlyhung göttlicher gnaden mit besserem ratt und macht, dann bißher

beschehen, widerstand und abbruch gethon wurde. Uff disem weg auch die unsern verharren und darby bleiben sollen.

Ob aber uß furfallenden treffenlichen ursachen die expedition nit underlassen, sonder jetzt angeends sommers wider furgenommen werden und die anlaggelt auch iren furgang haben muesst, alßdann solten die unsern mit höchstem vleiß dahin handeln und schliessen helfen, das das gelt söllicher neuen anlag nit wie vor in ein gemein kreyßtruchen gelifert und daruß durch die gemeine ynnemer das kriegsvolck bezalt werd, sonder das ein jeder churfurst, furst und standt oder statt sein offerlegt anzal volcks selbs underhalten und bezalen thue, in betrachtung, das nit zu vermutten, das ein billiche vergleichung der kreiß und derselben kisten geschehen mög. Und dann auch sunst allerlay ursachen und beschwerden vorhanden, das den fursten beschwerlich, ir eigen und irer underthonen gelt also in ain gemein truchen zu uberantwurten, und also die gehorsamen Kff., Ff. und stend den ungehorsamen mit dem iren zu hilf und zu erstattung komen, wie dann in nechstvergangner anlag beschehen ist, und dis in dem faal, wa fur gutt und nutz angesehen, das ein jeder churfurst, fuist, stand und statt deren kriegsvolck zu ross und fuss selbs annemen, schicken und bezalen solt.

Oder aber im faal, da das kriegsvolckh durch den obersten, wöllicher dann jetzt benennt und erkiesst und ime zugeordnete hauptleut angenommen, bestellt und in gemein bezalt werden soltt, wöllichs villeicht geschickter, nutzer und besser, das dann der gemain pfening und anlag in einer darzu gelegnen und verordnete reichsstat alle zueinander gelegt und gebracht werde, zu wöllichem dann von den zehen kreißen geschickt, erfarn und taugenlich innemer verordnet werden sollen, dises gelt zu empfahen und allein zu underhaltung des kriegsvolck, wider den Turcken verordnet, uffzewenden und ußzegeben, alles vermog der uffgerichten abschid, und darvon den stenden erbere rechnung zu thun. Und solt söllich gelt alles von allen kreißen gewisslich uff den ersten tag Maij an gemeltem ort den verordneten innemern gegeben, erlegt und on allen fäl gelifert werden. So dann das gelt byeinander, solt den gedachten innemern die anzal des kriegsvolck zu ross und fuss von den zehen kreyßen in summa angezeigt werden, daruff sie dann alles gelt zelen und eigentlich überschlahen, wie ver [= weit] das reichen und wie lang damit des Reichs kriegsvolck underhalten und besoldet werden mög, demnach auch alsobald die verordnete und erkiessten obersten veldhauptman, kriegsrätt, hauptleut und rittmeister etc. zu sich erfordern solten, mit gelt abfertigen, das volckh zu bestellen, anzenemen und uff Wien zu fertigen, also das söllichs uff ein bestimpte zeit zu Wien gewisslich sein möcht.

Es sollen auch furter zu obersten, leutenant, kriegsrätten, hauptleuten, rittmeistern und andern ämptern geschickte, erfarne und kriegsgeubte personen, was stands und stats gleich die weren, gezogen und geordnet werden, damit nach dem willen Gottes das erlangt, darumb dise treffenlich expedition angesehen und das gelt wol angelegt wurde. Es solten auch die Kff., Ff., stend und stett keinen rittmeister oder hauptman in deren landen, herschaften und stetten

sollich kriegsvolck anzenemen gar nit verhindern, sonder gestatten, zulassen und als einen gemeinen handel mit bestem vleiss zu fordern helfen. Und die gemelte der zehen kreiß innemer solten auch fur und fur, so lang der zug weren, an dem bestimpten ort byeinander blyben, die bezalung durch geschickte und uffrichtige zalmeister monatlich thun und erstatten lassen, auch was von zeitungen von dem obersten veldthauptman und kriegsrätten geschriben und inen zugeschickt, zu erbrechen und die ferner an die obersten kreißfürsten jedes kreiß ubersenden.

Die steett und besoldungen der obersten veldhauptmans, leuttenant, kriegsrätt, rittmeistern, underhauptlутten und andern sollen auch jetz gemacht und verordnet werden, darby ein jeder bleiben und sich deren keiner nit zu beschweren hett. Nit das sie gewalt haben, dieselbigen steet, besoldungen und underhaltungen nach irem willen inen selbs zu ordnen, erst wann der hauf versammelt wurd, wie dann in jungstem zug beschehen ist.

Ein jeder kreiß solt auch ein anzahl rechtgeschaffens geschutz, gleich der schwäbisch kreiß jetz gethan, mit kugeln und bulver hinab zu verordnen schuldig sein, damit man nebend der kgl. Mt. geschutz zu feld nach aller nottdurft gefasst sein möcht.

Dergleichen soll man auch jetzt ernstliche fursehung thun, damit an der profiandt gar kein mangel sein mög, dann leider jetz und vor zu mermaln erfahren, was mangel der profiandt by dem kriegsvolckh gewirckt hat.

Aber in das alles sollen unsere rätt nicht helfen willigen, es were dann sach, das zuvorderst, wie zu den gehalten reichstügen gewilligt und beschlossen, ein bestendiger frid im Reich und ein gleichmessig recht geordnet, gemacht und uffgericht, auch erstattung der gefundnen mängel gentslich abgeschafft werde etc.

Ob dann hieruber von einem ferern zuzug auch geredt und gehandelt werden wolt, also das derselbig durch die funf nechst anreinenenden kreiß, nemlichen fränckisch, beyerisch, schwäbisch und gegen Slesien und Merhern der ober- und nidertsächssisch kreiß, uff gemeiner stend costen und darlegen zu ross und fuss furgenommen und geleist werden solt, vermög des artickels derwegen im nurnbergischen reichsabschid [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, § 17*] begriffen etc.: Söllen unsere rätt anzeigen, das, wiewol wir unsersteils in dem und anderm, was zu rettung des cristenlichen volcks, schutz und schirm der teutschen nation reichen mag, an uns einichen mangel je nit gern erscheinen lassen wolten, so triegen wir doch die fursorg, wa jetz oder hernach söllicher zuzug vonnötten oder der erfordert werden muesst, das nit allein wir, sondern auch andere fursten, stend und stett des schwabischen kreiss, den mit reißigen zu erstatten beschwerlich und onmuglich sein werd, in bedenckung, das wir der reißigen wenig haben und unser vorige anzal mit muehe und arbeit kommerlich erlangen und zuwegen bringen mögen. Damit aber dannocht unser gehorsam, geneigter will und gemuet angenommen und offenlich gespurt werden möge, so sind wir erpiettig, uff gemelten faal des zuzugs fur [= *anstelle*] die anzal zu ross fussvolck,

wie sich dann sollich gepurt, nach verglychung der besoldungen zu schicken und damit in bereitschaft ze sitzen, wann und zu wöllicher zeit der zuzug, den der Allmechtig lang verhuetten wölle, vonnötten und an uns erfordert, denselben zu verordnen und an uns derwegen kein mangel sein lassen, dann den mit reißigen zu laisten will uns onmuglich sein. Und wölle demnach der hoffnung sein, sollich unser erpietten soll fur völlig und gnugsam angenommen und wir zu onmuglichen dingen nit getrungen werden, vorab dieweil doch etliche kreiß und fürsten, die die reißigen bas als das fußvolck haben mögen, vorhanden sind. Hierumb dann sölliche verglychung des fußvolcks gegen den reißigen leichtlich geschehen und ein kreiß gegen dem andern also vergleicht werden mag<sup>3</sup>.

[Münze] Als dann uff dem vergangnen reichstag zu Speyr [1542] die ordnung der muntz, zu Esslingen ußgangen [1524], auch der rattschlag, so volgend zu Speyr durch das ksl. gewesen regiment daruff gemacht<sup>4</sup>, fur die hand genommen werden sollen, dasselbig alles mit höchstem vleiss und nach aller nottdurft zu ermessen und darinn zu schliessen und je die sachen zum wenigsten dahin zu richten, das doch etlich jar lang ein zimlich, lydenlich, gleichmessig, bestendig und gerechte muntz im Hl. Röm. Reich uffgericht und gemacht werde, wölliche ordnung alßdann der ksl. Mt. zugeschickt werden, wolte ir Mt. dieselb allenthalb im Reich thun verkunden und zu halten ernstlich gepietten und verschaffen etc. So ist doch dis vor, auch jetzt zu Nuernberg [1542] von wegen der cristenlichen expedition wider den Turcken und anderer nottwendigkeit willen verbliben und nit in das werckh gezogen worden, und aber jetzt vermög des nurnbergischen abschids darvon geredt, disputiert und geschlossen werden solle. Derwegen unsere rätt uff nachvolgend meynung unser bedencken anzeigen und eröffnen sölle und in sonderheit antragen, das wir durch etliche der unsern, diser sach verstendig, sovil bericht, das gemelte esslingische ordnung den weg nit machen werd, dardurch ein lydenlich, gleichmessig und bestendige muntz im Reich erlangt und uffgericht werden möcht, vorab wann man nit zuvor einen gleichmessigen und bestendigen silberkauf gehabt mag. Demnach hetten wir dis sach uff bygelegten rattschlag<sup>5</sup> erwegen und bedencken lassen, daruß verhoffentlich sovil erlernt und befunden wurde, das dester leichter zu gemeltem vorhaben geschritten werden mag.

<sup>3</sup> Hier endet B. Die Teile der Instruktion betr. die Münze und die Verhandlungen mit den schwäbischen Kreisständen fehlen in B.

<sup>4</sup> Siehe den Entwurf des Reichsregiments zu Esslingen zur Aufbringung der beharrlichen Türkenhilfe, übergeben Esslingen, 1526 Dez. 11, publiziert Esslingen, 1526 Dez. 21, in: RTA JR Bd. V/VI, Nr. 230, S. 920–934.

<sup>5</sup> Beilage zur Instruktion (fol. 50r–53r, Kop.): Württembergisches Gutachten zum Wert der in Umlauf befindlichen Gold- und Silbermünzen vom schwäbischen Kreistag in Weil der Stadt 1541; ÜS fol. 50r: Württembergisch bedencken ainer zimlichen und leidenlichen muntz von gold und silber halber, des swäbischen kraiß stenden auf den 20. tag Novembris 41 zu Weil der Statt furzutragen.

[*Ringerung der Anschläge*] Ob dann auch geredt und disputiert werden wolt, wie die ringerung des Reichs anschlag furzenemen und ze thun sein wölle, sollen unsere rät die sachen hören und daruff anzeigen, das wir unsersteils nit erachten könnenden, wie doch in söllichem ein billiche verglychung beschehen möcht, ursach, das in dem regenspurgischen reichsabschid [1541] begriffen, das in jedem kreiß vleiss furgewendt werden solt, durch zimliche ringerung und erhöhung sich selbs zu vergleichen, doch dergestalt, das die reichsanschlag durch sölliche vergleichung an inen selbs nit geringert, sonder in irem wesen bleiben und erhalten werden, wöllichs dann schier onmöglich sein will, dann vil und der merer teil der stend und stett beclagen sich, das sie zu hoch angeschlagen, und bitten deßhalb umb billiche ringerung. Wa nun sölliche furgenomen und geschehen, so wurd dargegen nyemand gern gedulden, das er in der anlag wider alt herkomen erhöcht und damit beschwerdt werd, daher dann volgt, das der gantz anschlag nit wol blyben mag.

[*Eximierte Reichsstände*] Zudem so ist auch offenpar, das der schwäbisch kreiß vast [= *sehr*] geschwecht ist, dann vil stett und stend darvon komen sind<sup>6</sup>, als nemlich der Bf. von Chur, der abt von St. Gallen, der abt von Einsidel, Disitis [= *Disentis*], St. Johans im Thurtal, abt von Schaffhusen und Stein, statt Schaffhusen. Solten nun die uberentzigen [= *übrigen*] fursten, stend und stett, im schwäbischen kreiss begriffen, was, wie oben gemelt, abgangen uff sich nemen und tragen, damit die reichsanschleg ergentzt bliben, das wurde inen onlydenlich und zum höchsten beschwerlich, auch unträgenlich sein, wie dann dis ein jeder verstendiger zu bedencken hat.

So wirt auch uff disen tag der abt von Keissheim wider alt herkomen uß disem schwäbischen und in den bayerischen kreiß mit gewalt und wider die billichkeit gezogen. So understeen sich auch die inhaber der herschaft Kirchberg, als die Fucker, uß disem kreiß zu ziehen, derglychen thund Gf. Carlin von Zollern von wegen Sigmaringen, H. von Stauffen [*von wegen*] Tuwingen [= *Tübingen*], auch andere, so under die regierung zu Ennsisheim<sup>7</sup> gezogen werden. Item der abt von St. Bläsin und St. Petter uff dem Schwartzwald wölle sich auch under Österreich thun und sich disem schwäbischen kreiß entziehen. Was nun dis mit der zeit bringen, sollen unsere gesanten gemeinen stenden zu bedencken und zu erwegen geben.

[*Polizei*] Wolt dann abermal von wegen einer reformation und ordnung gutter policy gehandelt werden, sollen unsere gesanten dasselbig auch zum besten helfen furdern und schliessen, uff form und mass, wie hievor zu Augspurg [1530] auch geschehen, wiewol wir gedencken, das mit voriger oder jetziger reformation wenig nutz geschafft, dann obgleich ein ordnung gutter policy

<sup>6</sup> Es handelt sich im Folgenden um die zur Eidgenossenschaft gehörigen Reichsstände, deren Steuerleistungen dem schwäbischen Reichskreis entgingen.

<sup>7</sup> Sitz der Regierung von Vorderösterreich, das die habsburgischen Besitzungen in den Vorlanden westlich von Tirol und Bayern umfasste.



beschlossen und in truckh gebracht worden, so wurd doch derselbigen wenig gelept und schier gar nit nachkomen. Derhalben eintweders die sach by voriger ordnung beruwen zu lassen oder aber ernstliche fursehung ze thun, damit der ordnung nachgegangen und deren in allweg gelebt werde.

*[Monopole]* Wiewol auch zu vil gehalten reichstügen die mergklichen beschwerden der monopolien und abschaffung derselbigen furgelassen und, damit sölliche gantzlich abgeschafft wurden, streng und ernstlich beschlossen und verabschiedet worden und aber dieselbigen bis anher der röm. ksl. und kgl. Mtt., Kff., Ff. und stenden des Reichs zu nit geringem schaden, vercleynung und verachtung nit abgethon und in dem die reichsabschid gar nit gehalten. Hierumb soll wider mit allem ernst und vleiss dahin getracht und gehandelt werden, das doch solliche eigennutzige monopolien gantz und gar abgeschafft und gegen den uberfarern vermög der reichsabschiden und darinn begriffnen peenen procediert und ernstlich gehandelt werd.

In dem allem, auch was sunst treffenlichs und nottwendigs zu bedencken furfallen wurd, sollen unsere rät die sachen also helfen handeln, rattschlagen und schliessen, das dardurch einiche neuerung oder beschwerung wider alt herkomen dem Reich nit uffgetrochen werd und one hindersichbringen an uns nichts neus noch beschwerlichs annemen oder bewilligen.

*[Verhandlungen mit den schwäbischen Kreisständen]* Nachfolgend sachen sollen mit des schwäbischen kreiß fursten, stetten und stenden durch unsere gesanten jetzt zu Nuernberg gehandelt und gerattschlagt werden:

Nachdem die röm. kgl. Mt. sampt den ksl. comissarien sich mit den kfl. rätten, fursten und stenden und der abwesenden bottschaften und sie sich wider mit ir Mtt. uff gehaltenem reichstag zu Nurnberg [1542] verglichen, das alle kreißstend sich mit ynziehung und erlegung derselben irer anlag in die kreißtruchen befurdern und die kreißinnemer sich auch gefasst machen und uff den ersten tag Decembris zu Nurnberg by gemeiner reichsversammlung durch etliche uß inen gewisslich erscheinen, geschickt alsobald alles ires innemen und ußgebens erbere, richtige anzeig, bericht und rechnung zu thun etc.

Hieruff unsers kreiss verordnete innemer verschiner zeit uns zugeschriben, wie das alle fursten, stend und stett diß schwäbischen kreiss mit erlegung irer anlagen gehorsamlich erschinen und erzeigt hetten, und were alles kriegsvolck dises kreys zu ross und fuss den funften monat gantz und gar vernuegt [= *zufrieden gestellt*] und bezalt. Und hette also der gemein pfening irer truchen ein ort und were da nicht mer zu vorteil, derwegen wir, auch andere fursten und stend dises kreiß sich gefasst machen möchten, mit bezalung des sechsten und nachfolgende monat das kriegsvolckh zu verniegen etc. Und dann auch uns in einem andern schryben erindert oben gemelts artickels ir rechnung betreffend, mit dem ferern anregen, das villeicht uß allerlay ursachen die nottdurft erfordern möcht, das sölliche relation und rechnung zuvor by den stenden dis kreiß (als die sie darzu sonderlich verordnet) oder etliche von derselben wegen ingenommen und abgehört wurd, nebend dem, das sie auch

one fernern bevelh uff kunftigem reichstag fur sich selber (wie inen auch mitnichten gepuren will) nit zu erschinen wissen, noch vil weniger etwar [= *irgend jemand*] uß inen zu verordnen haben etc.

Diewyl nu an disem allem uns, auch andern fursten, stenden und stetten dises schwäbischen zircks nit wenig gelegen, hetten wir wol ursach gehabt, hierumb die stend oder etlich uß inen zueinander zu beschryben und dis sachen berattschlagen zu lassen, aber so wir die zusammenkunft zu Nuernberg gewisst, haben wir umb weniger uncostens willen dasselbig bis anher ansteen und beruwen lassen. So nun die sach keinen lengern uffzug erlyden und billich bedacht und nach nottdurft erwegen werden, so hetten wir irer Ll. und den andern söllichs anzeigen und zum besten antragen sölle. Und were derwegen unser bedencken erstlich dahin gestellt, das zu nutz und guttem uns allen und disem schwäbischen kreiss alsobald die funf innemer hieher beschriben, von inen relation, bericht und rechnung aller irer geuebten handlung von gemeinen stenden dis kreiss oder durch einen usschutz genomen und empfangen wurde. Und darnach man dann die sachen geschaffen befind, hetten man zwen oder dry uß inen, den funf innemern, verordnet und ußkisen, die wyttre der reichsstend handlung bericht und rechnung zu thun gewartet hetten.

Und dieweil diser unser kreiß, wie wir bericht, schier in allem thun, sovil dise cristenlich expedition wider den Turcken betrifft, sich fur ander gehorsam, fleissig und one einiche mängel erzeugt und gehalten und aber andere kreiss onvleissig gewest, etliche ire truchen nit geordnet, etliche fursten daryn zu legen sich gewidert etc., und damit dis kreiss gehorsam ime nit zu nachteil oder schaden reichen thue, so wölle wir in der stend bedencken gestellt haben, wa andere kreiss mit rechnung irer innemer nit gefasst oder vermög des speyrischen abschids damit nit gehandelt hetten, ob die unsern nitdestweniger damit furgeen solten. Und were abermals unser meynung, wa hierinn mit allen kreissen nit gleicheit gehalten werden wolt, das wir den unsern auch bevelh gethan stillzusteen und uff andere kreiss zu warten, dann unsers erachtens nit gutt, das wir vor andern unsers kreiss vermögen oder unvermögenlicheit anzeigen, entdecken oder eröffnen solten und die andern dahinderhalten sehen und velleicht uff ein andere gelegenheit warten wolten etc.

Als aber augenscheinlich am tag ligt, das leider dise vergangen sechs monat mit dem kriegsvolck gar wenig und schier nichts ußgericht ist und das gelt verthon und ußgeben, ob nit auch nutzlich und gutt wer, das sich doch die stend dises kreiss gemelter sachen halb stattlich underredt und berattschlagt hetten, wie doch die sachen furter angegriffen, damit das gelt und auch das volckh nit also vergebenlich verschwendt, ußgeben und ußgemergelt wurden.

Und das auch daruff gedacht, das der Allmechtig lang verhietten wölle, wa der Turckh uberhand nemen, wie man sich in disem kreiss dargegen halten und erzeugen wölt. In dem und anderm allem, was disem eerlichen schwäbischen kreiss zu nutz und guttem komen möcht, wölle wir an uns nicht erwinden lassen. Derwegen unsere rätt hierinn mit allem vleiss handeln wölle und

doch zu inen des erwidigen, unsers besondern lieben freunds, H. Johannsen Bf. zu Costenntz etc., räte ziehen und mit inen handeln, als des geistlichen furnemesten kreissfürsten etc. Und in dem allem nichts underlassen und doch nichts entlichs anders schliessen one unser wissen und bewilligung.

[*Konflikt mit Esslingen*] Nachdem und wir auch entschlossen des beschwerlichen ksl. poenalmandats halber, so die von Esslingen erdichter weiß und mit dargebung der unwarheit uff verschinem reichstag zu Regennspurg [1541] by der röm. ksl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, wider uns erlangt, ußgebracht und unsern rätten zu Stutgarten trutziger und ongewonlicher wyß durch einen heroldten uberantwort haben, uff jetzigem reichstag allerlay antragens ze thun und furwenden zu lassen, so befelhen wir euch, das ir zu furderung gedachts unsers vorhabens by nachbestimpten chur- und fursten, wie ir hieby ein copy mit A bezeichnet finden werden [Nr. 69c], bericht und bitten thun sölllen. Und was dann von einem jeden fursten daruff zur antwort gefalt, sollen ir uns furderlich zuschryben und dann verners unsers bevelhs erwarten.

Gedachter fursten namen<sup>8</sup>: Pfgf. Ludwig Kf. etc.; Johanns Fridrich Hg. zu Sachssen und Kf. etc.; Wilhelm und Ludwig gebruedere, Hgg. zu Bayern; Cristoff Bf. zu Augspurg; Philips Lgf. zu Hessen etc.

Ob aber gemelter chur- und fursten einer oder mer eigner person nit zu Nürnberg, sölllen ir derselbigen gesanten kein antragen thun, sonder uns die abwesenden vor anzeigen, die wir gedencken in ander weg der sachen zu berichten und villeicht durch schriften iren ratt zu begeren.

69c *Hg. Ulrich von Württemberg: Nebeninstruktion für Christoph von Venningen und Dr. Philipp Erer zu Verhandlungen betr. den Konflikt mit Esslingen – o.O., o.D. (Urach, 1542 Dez. 9)*<sup>1</sup>

A Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 47r–49r (Kop.).

B Stuttgart HStA, A 141, Bü. 24, unfol. (Konz.); ÜS: Hg. Ulrichs zu Württemberg nebendinstruction Eslingen halb uff den reichstag zu Nurnberg, so im Decembri gehalten werden.

Nach erpiettung unser freuntlichen und schwägerlichen diensten, doch alweg mutatis mutandis, sollen ir antragen<sup>2</sup>:

*Die Verletzung der fstl. württembergischen Obrigkeitsrechte und des Landfriedens durch die Stadt Esslingen seit dem Jahr 1541 seien den Kff. und Ff. bekannt.*

<sup>8</sup> Mit diesen Fürsten sollten sich die württembergischen Gesandten wegen des vom Kaiser gegen den Hg. von Württemberg erlassenen Pönalmandats in der Causa Esslingen beraten.

<sup>1</sup> Die Nebeninstruktion ist nicht datiert; Datum aus der Instruktion übernommen.

<sup>2</sup> Diesen Antrag sollten die Gesandten an die in der Instruktion namentlich angeführten Fürsten richten (Nr. 69b, vorletzter Absatz).

*Dagegen hätte der Hg. von Württemberg mit vollem Recht Vergeltungsmaßnahmen ergreifen können, was er in Hinblick auf den Frieden im Reich unterließ. Die Bürger der Stadt Esslingen führen jedoch mit ihren Übergriffen ungehindert fort und erwirkten auf dem RT in Regensburg 1541 auf Grund ihrer falschen Darstellung ein ksl. Pönalmandat gegen Hg. Ulrich, welches am 23. Aug. 1541 in Stuttgart den Räten durch einen Herold übergeben wurde. Obwohl die Rechte der Hgg. von Württemberg gegenüber Esslingen seit Menschengedenken feststünden, ließ sich der Kaiser ohne Anhörung Württembergs von Esslingen zum Erlass des Pönalmandats bewegen, was dem Reichsrecht widerspreche.*

Und nachdem ie onwidersprechenlich, das uns in dem allem gewalt und unrecht beschicht, so were an ir L. unser gantz freuntlich und schwägerlich bitten, die wollten dise onbillicheit und beschwerlich anligen zu hertzen fueren und doch uns deren freuntlichen und schwägerlichen ratte mitteiln, wie doch die sachen anzugryffen, damit gedacht vermeint poenalmandat gantzlich uffgehebt und cassiert werden mög und dann ordnung furgenomen, damit nit allein wir, sonder auch ir L. und andere fürsten nit so leichtlich further von der ksl. Mt. also uff ein bloss und unwarhaftig angeben beschwert werden. Und dieweil diß ein gemeine sach und anligen aller fürsten sein will, so thuen wir uns eines furderlichen und erschiesslichen rats von ir L. getrösten. Das wöllen auch wir umb ir L. freuntlich und schwägerlich verdienen etc.

70 *Gf. Jakob von Zweibrücken-Bitsch-Lichtenberg: Vollmacht<sup>1</sup> für Dr. Christoph Welsingher zum Reichstag – o.O., 1542 uff Freitag nach St. Lucien und Othilien tag (Dez. 15)*

*Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2, unfol. (Konz.).*

Ich, Jacob Gf. zu Zweinbrucken, H. zu Bitsche und Liechtenberg, gebe dem würdigen und hochgelerten, minem lieben besondern Cristoffen Welsingher, der rechten doctor, macht und gewalt, in minem namen und von minen wegen [= *meinetwegen*] uff gegenwertigem richstage zu Nürnberg zu erschinen, mich miner gehorsame nach anzusagen und zu vertretten, neben und sampt andern richsstenden vermöge siner instruction in des hl. Richs obligenden sachen und gescheften helfen ze ratslagen, ze handlen, ze thun und ze lassen, was gemeinlich fur notturtig, nutz und gut angesehen mag werden und von andern graven des hl. Richs bewilliget und ringerung halb furgenomen wirdet, und sonderlich auch miner bißhere swerlich erlittenen und lenger unträglichen beschwerden anlagen und ungleicheit [*halber*], uff inhalt des jungstgehaltenen rinischen kreysstenden tags zu Wormbs uffgerichten abschidts [*1542 Okt. 28*],

<sup>1</sup> *Die Instruktion Gf. Jakobs von Zweibrücken-Bitsch für Dr. Welsingher behandelt ausschließlich die Ringerung der Anlagen und findet sich in Kap. IV.E (Türkenhilfe: Supplikationen wegen Ringerung der Anlagen), Nr. 114.*

wie dann hievor mermals von minen wegen uff gehaltenen richs- und kreyßtagen derohalben furbracht, gebetten, angeruffen und protestiert und aber bißhere in des Richs gescheften angestellt worden. Wes auch also heruff der vorgevant min anwaldt in obgemelten sachen und gescheften von minen wegen furnemet, hilft ratslagen, handelt, bewilliget, thut oder laßt, das geredde und verspreche ich bei waren und guten treuen angenems ze haben, veste und stet zu halten. Obe auch der dickgemelt min anwalt mins gewalts hierzu volliger bedorfe, den will ich ime hiemit allermassen (als ob sollicher ußtruckentlich herinne geschriben stunde) auch gegeben und befolhen haben, yetzo alß dan und dan als yetzo, sunder geverde. [...].

## II.E Reichsstädte

### 71 *Bgmm. und Rat von Augsburg*

#### 71a *Bgmm. und Rat von Augsburg*<sup>1</sup>: *Instruktion für die Gesandten*<sup>2</sup> *zu Verhandlungen im Reichsrat und im Städterat sowie Ergänzungsartikel zur Instruktion – Augsburg, 1542 (Nov./Dez.)*<sup>3</sup> *und Augsburg, 1543 Jan. 20*<sup>4</sup>

*Augsburg StadtA, Lit. 1542, unfol. (Kop.); ÜS: Instruction uff den reichstag gen Nürnberg, 14. Decembris*<sup>5</sup> *anno 1542. DV wie ÜS.*

*Die allgemein gehaltene Instruktion von Bgmm. und Rat von Augsburg wurde im Laufe des Reichstags durch zahlreiche Weisungen an die Gesandten ergänzt: siehe die Korrespondenzliste (Nr. 403).*

[1.] Türckhenhilff: Wiewol uff disem reichstag vermög des jungsten abschids und seithere übel ergangner kriegssachen in Hungern nichts notwendigers noch fruchtparers gehandelt werden mag, dann widerumb nach ainer statlichen expedition und heertzug wider den Türckhen uff künftigen sommer zu trachten, zu beschliessen und zu laisten, so ist doch uß vil ursachen gantz ungewis, wie sich die maß und ordnung solcher hilf finden lassen werde. Darumb und dhweyl die erbarn stet auch mit der reichsstimme noch nit zugelassen worden, so khan und mag nit wol underricht und bevelch gegeben werden, wie sich die herrn gesandten uff bemeltem tag dises articuls halb halten. Und wo es an sy begert wurd, das doch wenig zu hoffen, was sy votirn und waruff sy ir stimme geben sollen, anders dann das sy von ains ersamen rats wegen sich wol vernemen lassen und zusagen mögen, das ain ersamer rath (unangesehen mit was beschwerden die jungst betzalung ires kriegsvolckhs in Hungern zwifach durch sy beschehen müessen) neben andern stenden des Reichs gern ir pestes als christenleut und ain gehorsam glid des Reichs thun wöllen.

Wie sich nun die sachen anlassen, würdt der fürtrag und der reichsstend daruff volgend bedenckhen bald zu erkennen geben, welchs die herrn gesandten fürderlich hieher schreiben und beschaidts daruff gewarten sollen, der ine auch unverlengt yedesmals zugeordent werden mag.

<sup>1</sup> *Die beiden Bürgermeister von Augsburg waren damals Hans Welser und Mang Seitz.*

<sup>2</sup> *Dr. Lukas Ulstett kam als erster Gesandter Augsburgs in Nürnberg an und berichtete am 7. Jan. 1543 erstmals aus der RT-Stadt an Bgm. und Rat. Jörg von Stetten traf im Laufe der zweiten Januarhälfte in Nürnberg ein, Dr. Peutingen am 27. Jan. 1543. Um den 24. Febr. 1543 wurde Dr. Ulstett durch den Gesandten Sebastian Seitz ersetzt.*

<sup>3</sup> *Die Instruktion ist nicht datiert und stammt aus der Zeit nach Erhalt des kgl. Prorogationsschreibens Nr. 2.*

<sup>4</sup> *Datum des Ergänzungsartikels zur Instruktion.*

<sup>5</sup> *Es handelt sich beim 14. Dez. 1542 um das Datum der Einberufung des prorogierten RT, nicht um jenes der Abfassung der Instruktion.*

Daneben sollen sy im reichsrath oder, wo es nit fug oder platz haben khan, zum wenigsten bey der erbarn stet botschaften und andern, sovil sich immer leyden will, statlich antzaigen und sich beclagen: Wiewol ain ersamer rath iren gemainen pfenning der jüngsten anlage treulich von gemainer irer burgerschaft eingepbracht und uff vilfeltig anhalten der verordneten einnemere des schwabischen krayß gen Ulm verordent, das doch ir kriegsvolckh uber den vierdten monat, den ain ersamer rath davor hinausgeben und betzalt hette, nit gar ain ainiger monat entricht worden were, so doch derselb noch uff etlich mer monat zu billicher betzalung genugsam gewesen were. Also, wo anders ain ersamer rath ire abgefertigte reüter und knecht nit wöllen verderben oder zu mercklichem unrath verursachen lassen wöllen, hab er sie über den uberantwurten gemainen statlichen iren pfenning mit schwerem uncosten von neuem uß gemainer stat cammer verlegen und betzaln muessen. Darumb verhoffe auch ain ersamer rath, solche ußgab soll ine durch gemaine stende yetzt wider erstatt werden; anderer gestalt gedenckh sich ain erbar rath in die kunftig hilf nit einzulassen, darvon protestirende.

[2.] Von reformation des ksl. cammergerichts, auch von friden und gleichem rechten im Reich und der stet stimme und stende: Billich und gut were, das dise puncten alle zuvorderst und vor allen dingen erleuttert und geörtert wurden, darnach könnnt man dest statlicher zu ainer ansehnlichen türckhenhilf kommen. Es ist auch wol zu vermuten, das vil stende, und in sonderhait die protestirenden ainigungsverwandten, daruff dringen werden. Und wo solchs beschehe, sollen die gesandten nit darwider streben, sonder ine anhangen, doch dasselb, ob es nit vonstat gen wollt, nit zu lang beharren, damit die notwendigst sach der türckhenhilf dardurch nit verhindert werde.

[3.] Der ksl. Mt. und Hg. von Gülch krieg belangend: Ungetzweyfelt wurd clag und handlung bemelts kriegs halb uff bemeltem reichstag entsteen. Im selben sollen die gesandten mit vleiß vernemen, welcher gestalt sich solchs zutrage und sich in allwege ertzaigen als gut kayserisch und für ain gehorsam glid des Reichs, das der ksl. Mt. zu aller wolfart in underthenigkait gewogen. Und wo menschlich oder möglich, disen schweren krieg in der güte aintweder hintzulegen oder antzustellen, das ain ersamer rath ires ringen verstands gern dartzue mit pestem vleiß fürdern wollten.

[4.] Nota: Rechnung von den krayßeinnemern uber die türckhenhilf zu begern.

[5.] *Interne Angelegenheiten zwischen der Stadt Augsburg und dem Bf. von Augsburg.*

[6.] *Verordnung der Gesandten zum Reichstag:* Zwayer doctores halb zur stet obligen zu verordnen belangend: Mag ain ersamer rath wol leyden, das zwen doctores sampt ainem secretari verordent werden<sup>6</sup>, und bevilcht den

<sup>6</sup> Siehe die entsprechende Bestimmung im Abschied der Reichsstädte, Nürnberg, 1542 Aug. 28, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, hier S. 932.

andern stenden, dieselben mit bevelch und bestallung, was sy handeln sollen, ze fertigen, doch würdt zu Augspurg der doctorn khainer zu finden sein.

[7.] *Verhandlungen im Städterat*: Ulm wider Überlingen: Beruet die sach uff dem vorigen abschid<sup>7</sup>. Wo die von Überling nit thetten, was ine ufferlegt worden, sollten sy uß der stet rath geschlossen werden.

Geschenckht handwerckh<sup>8</sup> antreffend: Sollen die herrn gesandten hörn, was deßhalb fürpracht und gehandelt würdt, dasselb hiehère gelangen lassen und beschaid daruff erwarten.

*Für die Rechtsberatung durch Nürnberger Rechtsgelehrte sollen die Augsburger Gesandten eine angemessene Verehrung bezahlen.*

Das mögen ongeverlich die fürnembsten puncten im anfang dises reichstags sein. In summa, was und wie sich alle ding anlassen, das werden die herrn gesandten irem guten verstand und vernunft nach yederzeit wissen fürderlich hieher zu schreyben, daruff soll ine auch beschaid gevolgen.

[*Ergänzungsartikel zur Instruktion, Konz.*]: Articul, zu der instruction meiner herren gehorig: Nachdem meiner genedigsten und genedigen herren, des Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen räte, fur gut angesehen, das alle evangelische stende uff diesem nurembergischen reichstag ainhellig dahin handeln sollen, das man sich uff der röm. kgl. Mt. und ksl. Mt. oratorn furtrag und begern, es treffe turckenhilf oder was es woll an, in diesem reichstag in nichten einlassen noch antwurt geben soll, die vermainten proceß am ksl. chamergericht wider die evangelischen stende seien dann vorhin abgestellt, auch dasselb gericht laut des Reichs abschied reformirt und also gleich, unparteiisch recht und gerechtikait im Reich angeordnet, ist ain ersamer rat entschlossen, söllichem vernunftigen und guten bedencken anezhangen. Die herrn gesandten sollen auch nit allain den ainigungsverwandten dasselb also fur angenehme ze halten zusagen, sonder auch mit freuntlichait und gutem glimpf persuadirn und ursach geben, das sie und vorab die erbern stett ainhellig und unzertrennt also zusammenhalten und beharren, dann daruß mag die reformacion des chamergerichts, abstellung der beschwerdlichen proceß und frieden im Reich ervolgen. Das aber durch sonderung der stend kains wegs, sonder vielmehr verterbens und undergangs zu gewarten.

Actum Sambstag, 20. Januarij 1543.

<sup>7</sup> *Abschied der Reichsstädte, Nürnberg, 1542 Aug. 28, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, hier S. 930f.*

<sup>8</sup> *Es handelt sich dabei um Zünfte, bei denen die wandernden Gesellen Anspruch auf materielle Unterstützung oder auf einige Tage Unterbringung und Verpflegung in der Zunftherberge hatten. Siehe dazu: G. SCHMIDT, Der Städtetag, S. 470f. und G. SCHMELZEISEN, Polizei- und Landesordnungen, Bd. 1, S. 92, Anm. 76.*



71b *Bgmm. und Rat von Augsburg: Instruktion für die Gesandten betr. Session und Stimme der Städte und die Rekusation des Reichskammergerichts – actum (Augsburg), 1543 Jan. 25*

A *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Reinschr. mit marg. inhaltl. Zusammenfassungen v.a.Hd.). AS: Instruction die recusation des cammergerichts betr., bey den städten der christlichen verein ze handeln anno 1543.*

B *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

[1.] Articul in die instruction gen Nuremberg der erbern stett stimme und session halb: Wa sovil zeit und stat [= *Gelegenheit*] sein wurd, das uff disem reichßtag von der erbern stett stymme und session wegen gehandelt mag werden, sollen die herrn gesandten neben gemainen erbern stetten mit allem vleiß handeln, damit sie zu den reichßhandlungen und stymmen als ain ander reichßstand zugelassen werden. Und wes sich di erbern stett im selben durch das merer entschliessen, dem sollen di herrn gesandten auch treulich anhangen.

Und ob di erbern stett von den augspurgischen gesandten begern wurden ze sehen und ze hören, waß meine herrn durch ire gelerten zu disen sachen beratschlagen lassen, sollen sie di ratschlege ubergeben<sup>1</sup>, dieselben abschreiben ze lassen und di copeien bei handen zu behalten, doch daneben melden, ob diselben ratschleg wider der erbern stett intention und vorhaben gestelt befunden wurden. Das sich di erbern stett desselben nit solten irren lassen, sonder zu erhaltung derselben stymm, reichßstand und reputation treulich zusammensetzen und furfaren. Dem wolt ain ersamer rath bestendiglich anhangen.

Actum 25. Januarij 1543.

[2.] Instruction, was meiner herrn ains ersamen rats der stat Augspurg gesandten des ksl. cammergerichts recusation halb bey den erbarn stetten der christlichen ainigung handeln sollen:

Erstlich sollen sy bey den ainigungsstetten, so fürderlich es ine möglich, erkundigen, was die erbarn stet der recusacion halb zu thun entschlossen sind, und volgends bey inen nachvolgende maynung anpringen: Nachdem Kff., Ff., stende und stet der christlichen verain sich uff die ußgangen citacion, Hg. Hainrichen von Braunschweygkh belangend, zu Schweinfurt [1542 Nov. 15] jüngst ainhellig entschlossen, das ksl. cammergericht in allen sachen zu recusirn, wie dann dasselb durch etlich anwelve laut aines gestellten recusacionlibells [1542 Dez. 4] recusirt worden sey. Und wiewol sich ain ersamer rath versehen, die erbern stet sollten sich laut des jüngsten ulmischen abschids<sup>2</sup> nit so jheling

<sup>1</sup> *Auf dem Nürnberger RT 1542 war beschlossen worden, dass die städtischen Rechtsgelehrten Gutachten zur historischen Begründung des Anrechts der Städte auf Session und Stimme auf Reichstagen anfertigen sollten. Siehe dazu die Zusammenfassung der städtischen Rechtsposition, Nürnberg, 1542 Aug. 28, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 94, S. 578–580.*

<sup>2</sup> *Abschied des oberländischen Städtetages, Ulm, 1542 Okt. 28, in: Augsburg StadtA, Lit. 1542, unfol. (Kop.); DV: Der oberlendischen ainigungsstett abschied uf den 22. Octobris anno 42 außgeschriben und den 28. hernach geendten tag zu Ulm.*

in die gemain recusacion aller sachen eingelassen haben, das auch der stat Augspurg mer als allen andern stetten beschwerlich, on ain oberrecht im Reich zu sein oder in die acht des cammergerichts zu fallen, so hab doch ain ersamer rath, damit man sehe, das ine die warhait des wort Gottes und die freuntschaft deren, die es fürdern, mer als das zeytlich gut angelegen sey, sich von gemainen evangelischen stenden auch in dem, das ine vor menigklich beschwerlich, nit söndern wöllen, sonder bemelter recusacion antzuhangen meinen gnedigsten und gnedigen herrn, dem Kf. zu Sachsen und Lgf. zu Hessen etc., von aller andern stend wegen zugeschriben. Ain ersamer rath gedenckht auch, mit Gottes hilf bestendigklich darbey zu pleiben und zu gewarten, was der Allmechtig darinn würcken und verhengem wölle.

Dartzue sey auch ain ersamer rath entschlossen, die recusacion in seinem und gemainer stat Augspurg namen ungesöndert zu bestetten und fürgeen zu lassen, uß hochbeweglichen besondern ursachen, ob auch dieselben nit allenthalb für erheblich oder fruchtpar möchten angesehen werden, des versehens, alle erbare stet sollten diser maynung auch sein.

Diewheyl sich aber in dem entschid oder beyurtail der cammerrichter uff die beschehen recusacion erfunden het, das die recusacion uß mangel des gewalts sollt für nichtig geacht und demselben nach vermög der rechten nit mögen daruff gefuesst werden, so sehe ainen ersamen rath für gut an, das man am selben nichtzit, was zu erfüllung der ordenlichen weg und rechtens möcht dargethan werden, sollt erwinden lassen.

Darumb möcht dahin zu händeln sein, das ain yeder stand und stat ainen specialgewalt zu recusirung oder ratificacion gethaner recusacion in rats und gemain namen in pesster form ließ stellen und uffrichten, und das darnach solche gewält sampt oder zum wenigsten die erbarn oberlendischen stet mitainander durch ainen oder mer anwäld am cammergericht gerichtlich ein- und fürpracht wurden.

Wie nun solche gewält zu stellen und ob ainer andern recusacion weder [= als] die hievor eingeprecht ist oder den erbarn stetten ainer besondern recusacion vonnöten sein sollt, deren sollen sich die herrn gesandten mit den erbarn stetten vergleichen, wie dann H. Dr. Claudi Peüttinger des alles copeyen mit ime von hinnen nemen mag. In allweg aber sehe ainen ersamen rath für gut an, das nit das officium, das ist das cammergericht an ime selbs, sonder allain die cammergerichtspersonen und assessores recusirt werden sollten.

So were auch ratsam und gut, das sich die erbarn stet ainer revocation irer procuratorn am cammergericht verglichen und dieselben nach notturft, als sich gebürt, thun liessen, damit proceß in contumaciam und in ander wege gegen den procuratorn <sup>a-a</sup>als dern, die domini litium worden<sup>a</sup>, verhuett wurden. Und wes sich die erbarn stet also mitainander entschliessen, das sollen sye in das

---

<sup>a-a</sup> *Im Sinne von: als diejenigen, die Herren des Verfahrens.*

werckh fürderlich zu pringen und mit den andern stenden ytzt zu Nürenberg zu handeln befeissen.

Und wie mein gnedigst und gnedig hern, den Kf. zu Sachsen und landtgrafen, für gut angesehen, das gemaine evangelische stende sollen zusammenhalten und uff khainen fürtrag oder handlung im reichsrath antwurt geben oder darein bewilligen, es seyen dann zuvor die vermainten cammergerichtischen proceß gentzlich abgestellt und das cammergericht reformirt, auch gleich recht und frid im Reich angericht, also lässt ims ain erbar rath auch gefallen. Dahin die herrn gesandten, und sonderlich <sup>b</sup>zu ainhelliger zusammensetzung der verainigungsstende und –stet, handeln sollen<sup>b</sup>.

Könnt und möcht aber solchs alles, das ist weder die recusacion noch außziehung auß der reichshandlung, nichts fruchtpars würckhen und das man ye mit der acht und dergleichen beschwerden fürtfarn wollt, so sollen die herrn gesandten helfen, neben andern evangelischen stenden und stetten ratschlagen, in was wege sich vor schaden und verderben mag zu erretten und zu verwarn sein.

Item, ob alßdann nit gut sey, alle fürsten und stende durch schriften oder botschaften zu ersuchen und von ine zu vernemen, was sich die evangelischen stend in gemain oder sonders zu ainem yeden versehen sollten.

Item zu bedenckhen und bewilligung von allen stenden zu erlangen, wo ainem besondern burger oder underthanen durch die gerichtsproceß acht, name [= *Enteignung, Raub*] oder ander beschwerd an leyb oder gut zustünde, ob es nit pillich, ain gemaine sach aller stende haissen und sein und von desselben wegen, sowol als were gegen ainem fürsten, stand oder stat gar gehandelt, sollt rettung, rath und hilf geschehen.

Item zu bedenckhen, ob nit ain statliche botschaft zu der röm. ksl. Mt. eylends zu schickhen und umb einsehens zu bitten oder zum wenigsten ainen verstand heraus zu pringen, ob ye gegen den unsern mit ernst wolt fürgefarn werden, das sich doch sein ksl. Mt. nit darein schlagen wolt, mit allem gebürlichen er bieten etc.

<sup>c</sup>Item H. Dr. Peüttinger<sup>d</sup> soll zu Nürnberg pleyben, bis dise sach als oblaut gehandelt ist, welchs die gesandten auch eylends fürdern sollen. Und darnach soll H. Dr. Peüttinger<sup>e</sup> fürderlich wider hieher verreiten und aller ding relacion thun, deßgleichen der obgemelten verglichen notteln abschrift mit ime pringen. <sup>f</sup>Und sollichs alles soll H. Dr. Peuttinger helfen selbs zum bessten handeln und furdern<sup>f</sup>.

Actum und erkennt durch ain erbarn rath, 25. Januarij 1543.

<sup>b-b</sup> *Unterstr.*

<sup>c</sup> *In B lautet die durchgestr. ÜS dieses Absatzes: Uff verbesserung euer Ft. und ander meiner herrn.*

<sup>d</sup> *In B korr aus: Ulstett.*

<sup>e</sup> *In B korr. aus: Ulstett.*

<sup>f-f</sup> *B om.*

72 *Bgm. und Rat von Esslingen*

72a *Bgm. und Rat von Esslingen: Instruktion für eine Werbung der Gesandten<sup>1</sup> bei den Schmalkaldischen Bundesständen betr. den Konflikt mit Hg. Ulrich von Württemberg – actum Esslingen, 1543 Jan. 2/vorgetragen vor den Schmalkaldenern 1543 Febr. 18<sup>2</sup>*

A *Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 336, unfol. (Kop.); ÜS: Instruction und bevelch, wes unser, ains ersamen raths des Hl. Reichs statt Esselinningen, gesante bottschaft vor unsern gnedigsten und gnedigen hern, den chur- und fursten, auch andern unsern gnedigen, gunstigen, lieben hern und gutten freunden, unserer cristenlichen verstantnus gesanten, rethen und bottschaften, yetzo zu Nurmberg beyainander versamelt, underthenigst, undertheinglichen, dienstlichen und freuntlichen soll anbringen, werben und bitten.*

B *Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 283, RTA 1543, unfol. (Konz.); ÜS wie in A.*

*Ehrerbietung gegenüber den Fürsten des Schmalkaldischen Bundes. Die ständigen Übergriffe Hg. Ulrichs von Württemberg und seiner Diener in die Obrigkeitsrechte Esslingens währen nun schon zwei Jahre<sup>3</sup>. Alle bisherigen Bemühungen der Fürsten des Schmalkaldischen Bundes um Vermittlung in diesem Konflikt erbrachten keine gütliche Lösung<sup>4</sup>, weshalb sich die Notlage Esslingens zusehends verschärfe. Deshalb ersuche Esslingen die Bundesverwandten auf Grund der Bundesverfassung erneut um Hilfe.*

*Obwohl es sich nicht um eine Religionsache handle, da Esslingen von einem Mitglied des Schmalkaldischen Bundes bedrängt werde, so hoffe die Stadt, dass ihr*

<sup>1</sup> *Lic. Johann Machtolf und Zunftmeister Bechtold Bentzmann.*

<sup>2</sup> *Siehe dazu das Esslinger Protokoll zum 18. Febr. 1543: Nr. 85, fol. 9r.*

<sup>3</sup> *Zum Verlauf und zu den Gründen des Konflikts zwischen Esslingen und dem Hg. von Württemberg sowie zur zurückhaltenden Politik des Städtecorpus in Bezug auf Hilfeleistungen für Esslingen auf dem Speyerer Städtetag im Nov. 1541 und auf dem Speyerer RT 1542 siehe ausführlich: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 214ff. und G. SCHMIDT, *Reichsstadt und Territorialstaat*, S. 82ff. Siehe auch: RTA JR Bd. XII, Nr. 255a–c, S. 1119–1123: *Konflikt zwischen der Stadt Esslingen und Hg. Ulrich von Württemberg. Auf dem Nürnberger RT von 1542 hielten sich die Esslinger Gesandten nur zwei Tage auf und es kam wegen der Kürze des RT zu keinen Verhandlungen über ihr Anliegen. Siehe dazu die Instruktion von Bgm. und Rat von Esslingen, 1542 Aug. 8, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 50, S. 274–277.**

<sup>4</sup> *Im Okt. 1542 entsandten der Kf. von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen den hessischen Marschall Hermann von der Malsburg und den hessischen Sekretär Sebastian Atinger für eine weitere Vermittlungsmission zu Hg. Ulrich von Württemberg. Das damals erarbeitete Vertragsdokument (1542 Okt. 28) wurde von Esslingen jedoch nicht unterzeichnet, da der Rat darin eine Verletzung seiner Rechte erblickte. Die Weigerung Esslingens, den Vertrag ohne Änderungen anzunehmen, bewirkte, dass Hg. Ulrich den Vertrag Ende Nov. 1542 aufkündigte. Siehe dazu: G. SCHMIDT, *Reichsstadt und Territorialstaat*, S. 86f.*

*die Hilfe der Einungsverwandten ebenso zukommen werde wie den Städten Goslar und Braunschweig.*

Dieweil dann wir in disem zeitlichen kaine andere hilf, rettung und beistand dann bey irn chur- und fstl. Gnn., Gnn., Gg. und Ll. wisten zu suchen, in betrachtung, das diser zeit khain richter im Hl. Röm. Reich vorhanden, dann das ksl. camergericht, do desselbigen jetzige camerrichter und beissen, verschiner zeit auß rechtmessigen, erheblichen bewegnussen in gemeiner ainigungsvorwanten stend namen in allen religion- und prophansachen were recusiert worden, also das wir unser angefengte rechtvertigung diser zeit ferner nit prosequiern noch unß sonsten anderer zugeschobner beschwerden halben von neuwem beclagen megen. Darumben dann unser höchste notturft thette erfordern, das wir daneben durch ire chur- und fstl. Gnn., Gnn., Gg. und Ll. vor unrechtmessigem gewalt geschutzt, geschirmp, bei recht, billichait und diser loblichen cristenlichen verstantnus mechten erhalten werden. *Abermalige Bitte um Hilfe der Schmalkaldener gegen Hg. Ulrich von Württemberg: Die Sperre der Lebensmittelzufuhr nach Esslingen müsse aufgehoben und der freie Güterhandel der Stadt wieder zugelassen werden. Zu einem rechtlichen Austrag des Konflikts mit Württemberg sei Esslingen stets bereit.*

Actum und mit gemeiner unser stat secret insigel besigelt, dinstags, den 2. tag Januarij anno etc. 43.

**72b** *Bgm. und Rat von Esslingen: Instruktion für eine Werbung der Gesandten im Städterat betr. den Konflikt mit Hg. Ulrich von Württemberg – actum Esslingen, 1543 Jan. 2/vorgetragen im Städterat in Nürnberg, 1543 Febr. 24<sup>1</sup>*

A *Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 54r–61v (Ausf. mit Siegel); DV fol. 61v: Instruction an die gesante rethe und botschaften der erbern frei- und reichstett, producirt sambstags Mathie apostoli 24. Februarij 1543 uff dem reichstag zu Nurmberg<sup>2</sup>. ÜS fol. 54r: Instruction und bevelch, was unser, ains ersamen rats der statt Esslingen gesante bottschaft bey der erbern frey- und reichstett jetzo zu Nurmberg uff gemeinem reichstag versandten [!] rethen und bottschaften, unsern lieben und gueten freunden, in unserm namen sollen furbringen, werben und bitten.*

B *Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 336, unfol. (Konz.); AS: Instruction an die gesante rethe und bottschaften der erbern frei- und reichstet jetzt zu Nurmberg versammelt. DV wie in A.*

*Ehrbezeugung gegenüber den anwesenden städtischen Gesandten. Folgende Beschwerden sollen die Gesandten im Städterat vortragen:*

<sup>1</sup> *Siehe das Nürnberger Städteratsprotokoll zum 24. Febr.: Nr. 89a, fol. 16v–18r.*

<sup>2</sup> *Die Instruktion wurde den Städtevertretern vom Esslinger Gesandten Lic. Machtolf am 24. Febr. 1543 in Form einer Werbung vorgetragen.*

Die Städtegesandten hätten sicher noch in Erinnerung, in welcher Weise Hg. Ulrich von Württemberg die Obrigkeits- und Jurisdiktionsrechte von Esslingen in den letzten Jahren verletzte, worüber sich Esslingen auf mehreren Städte- und Reichstagen beim Städtecorpus beschwerte. Dem Speyerer Reichsabschied von 1542 wurde ein Paragraph einverleibt (RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 130), der die Sperre der Proviantzufuhr nach Esslingen durch den Herzog verhindern sollte, was jedoch fehlschlug. Esslingen deponierte seine Klagen über das Verhalten Hg. Ulrichs auch bei den Bundeshauptleuten des Schmalkaldischen Bundes, die einen Vergleich zwischen Esslingen und dem Hg. von Württemberg vermitteln sollten. Hg. Ulrich lehnte die Vermittlungsversuche Kursachsens und Hessens jedoch mit Verweis auf den kgl. Kommissar in dieser Angelegenheit, nämlich Bf. Christoph von Augsburg<sup>3</sup>, ab. Der nach den gescheiterten Vermittlungsbemühungen des Bf. von Augsburg im Herbst 1542 von den kursächsischen und hessischen Vermittlern vorgelegte Vertragsentwurf<sup>4</sup>, für den sich Esslingen, auf Grund mehrerer Änderungswünsche und um die anderen Kommunen zu informieren, Bedenkzeit erbat, wurde von Hg. Ulrich in der Zwischenzeit abgelehnt. Nun wende sich Esslingen auf dem Nürnberger Reichstag in höchster Not an die Städteboten und bitte jeden einzelnen, Hilfsmaßnahmen für Esslingen zu überlegen, da ein Angriff des Herzogs bevorstehe.

73 **Bgm. und Rat von Frankfurt: Instruktion der Gesandten<sup>1</sup> zu Verhandlungen im Städterat<sup>2</sup> – actum Frankfurt, 1542 Nov. 9**

- A Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 48r–50v (Konz.); ÜS: Instruction und bevelh, was ains erbarn rats zu Franckfurt freunde und gesandten uff itzigem reichstag zu Normberg in sachen gemainer erbarn frei- und reichsstett furpringen thun und lassen sollen. AS: 9. Nov. 1542. Instruction gen Normberg den freunden.
- B Frankfurt ISG, Reichssachen II 954, unfol. (Kop.).

<sup>3</sup> Kg. Ferdinand ernannte Bf. Christoph von Augsburg bereits am 27. Sept. 1541 zum Kommissar zur Schlichtung des Konflikts zwischen Württemberg und Esslingen. Es kam zu mehrmaligen Verhandlungen vor dem kgl. Kommissar, u. a. im Sommer 1542, die jedoch scheiterten. Siehe dazu: G. SCHMIDT, *Reichsstadt und Territorialstaat*, S. 83–85.

<sup>4</sup> Siehe Nr. 72a, Anm. 4.

<sup>1</sup> Dr. Hieronymus zum Lamb und Ogier von Melem.

<sup>2</sup> Eine weitere nicht datierte Instruktion von Bgm. und Rat von Frankfurt für die Gesandten betr. innerstädtische Angelegenheiten, die Schmalkaldischen Bundesanlagen, Ringerung Gf. Albrechts von Mansfeld, die Hgg. von Bayern als Unterhändler in den Verhandlungen über das Herzogtum Braunschweig, Abrechnung der Kriegskosten des braunschweigischen Feldzugs, Haltung gegenüber dem Hg. von Jülich, Rekusation des RKG etc., in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 235r–238v (Kop.); ÜS: Weiter instruction und bevelch eins erbarn raths zu Franckenfurt freundt und gesanthen uf den reichstag ghen Normbergk.

Erstlich, als vermuget der erbern frei- und reichsstett jungsten normbergischen abschids neben etlichen andern stetten ainem erbarn rat zu Franckfurt aufgelegt ist, auf den gestellten casum der erbarn frei- und reichsstett stymm und session durch ire gelerten ainen ratslag stellen zu lassen [RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, S. 929], wie dann beschehen, so sollen die freund solchen ratslag in gemaine der erbarn stett versamblung uberantworten, auch denselben und anderer erbarn stett ratsläge, so on zweifel gleicher gestalt einkommen werden, anhören und darauf bevelh haben, was nach besichtigung aller solcher ratsläge fur das pest bedacht und angesehen wurd, neben anderer erbarn stett gesandten helfen zu sliessen und furzunemen.

Der geschenckten handwerk [RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, S. 929, Anm. 2] halben sollen die freund bevelh haben, wie die freund, so jungst zu Normberg gewest<sup>3</sup>, auch gehabt haben, nemlich, was uf den furslag jungst zu Speir derhalben beschehen und in end desselben abschids [RTA JR Bd. XII, Nr. 299, S. 1245f.] vermeldt, hierin von den erbarn stetten gemainlich und ainmutiglich bewilligt wurd, furzunemen und durchauß zu handhaben, das sy von ains erbarn rats wegen darin auch willigen sollen.

*Die Gesandten sollen sich erkundigen, wie es in anderen Städten mit der eingeschränkten Zulassung zum Handwerk der kantengießer [= Metallgießer] bestellt sei.*

Nachdem auch in jungstem normbergischen stettabschid etlichen stetten, darunder Franckfurt auch aine ist, aufgelegt, im fall das der ksl. fiscal nitvollziehung halben des jungsten normbergischen reichsabschids wider aine oder mehr stett procedieren wurd, exceptiones stellen zu lassen, welche dieselben stett, gegen denen also procediert wolt werden, bei den benannten stetten zu finden und der notdurft nach zu geprauchten haben sollten<sup>4</sup>. Wo von disem puncten wolte geredt werden, sollen die freund anzaigen, es hab noch bißher umb solche exceptiones bei ainem erbarn rat niemand angesucht. Wo aber jemand angesucht hett, wolt sich ain erbarer rat mit stellung und mittailung solcher exceptionschrift dem abschid nach, wie sich gepurt, wol gewisst haben zu halten. Und dieweil des bißher nit not beschehen, mag man sich derselben exception und gegenwehr itzo in gemainer versamblung desto statlicher vergleichen.

Dieweil auch die kgl. Mt. zu Normberg neben ubergabung der schriftlichen ursachen, warumb der erbarn frei- und reichsstett gesandten denselben normbergischen abschid nit annemen noch in weiter underhaltung ired kriegsvolcks

<sup>3</sup> Die Frankfurter Gesandten auf dem Nürnberger RT 1542 waren Dr. Hieronymus zum Lamb und Justinian von Holzhausen.

<sup>4</sup> Auftrag zur Erstellung rechtlicher Gutachten an die Städte Frankfurt, Köln, Straßburg, Augsburg, Nürnberg und Ulm im Abschied der Reichsstädte, Nürnberg, 1542 Aug. 28, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, hier S. 930.

nit willigen kondten<sup>5</sup>, vertröstet worden, das ain jeder gesandter bei seinen obern der kgl. Mt. begern und anhalten treulich und mit vleiß anpringen wolle. Wo dann die kgl. Mt. bei den stettgesandten hierauf weiter wurde anhalten, sollen die gesandten nochmals dahin raten, das auß ursachen, irer Mt. hievor angezaigt, bei gethaner protestation zu bleiben sei, sonderlich dieweil sich auch der gantz reinisch kraiß itzo in Wormbs [1542 Okt. 28] ainhelliglich entslossen, den normbergischen abschid nit anzunemen.

Der stat Überlingen halben sollen die gesandten ir antwurd uf das jungst an sy ausgangen schreiben<sup>6</sup> anhören und, sovere sy auf irem furnemen beharren, mit gemainen stett gesandten darin zu sliessen macht haben.

Desgleichen uf den puncten, das von gemainer stett wegen zwei advocaten und ain secretari anzunemen und zu bestellen sein sollen<sup>7</sup>, ist inen auch gemainer bevelh gegeben, mit andern stettgesandten darin zu sliessen und furzeslagen, das solche advocaten aus den stetten Colln, Straßburg, Normberg und Augspurg mechten genomen werden.

Weiter, als Bgm. und rat zu Esslingen geschriben, was inen des vertrags halben, durch unsers gnedigen herrn, des Lgf. zu Hessen, gesandten zwischen inen und Hg. Ulrichen zu Wirtenberg furgeslagen, begegnet<sup>8</sup>, ist den freunden bevolhen, ir clag, anligen und beschwerung in der erbern frei- und reichsstett versamblung anzuhören und darauf den sachen mit allem vleiß und ernst nachdenken zu helfen, wie inen nunmehr, so sy solchen vertrag nit annemen, zu raten sein wolle. Und darin mit andern erbern stetten, was von denselben gemainlich fur nutz und gut bedacht wirdt, nach gelegenhait zu sliessen oder hinder sich zu schreiben, wie Dr. Hieronimus der sachen gnugsamen bericht hat.

74 *Bgm. und Rat von Hildesheim: Kredenz für Hans Leist und Henning Blome bei den Schmalkaldischen Bundesverwandten – (Hildesheim), 1543 Donersdag nach Reminiscere (Febr. 22)*

*Hildesheim StadtA, Bestand 50, Bd. 75, fol. 368r–369r (Kop.).*

<sup>5</sup> *Notarielles Protestationsinstrument der Reichsstädte gegen den Nürnberger Rab, 1542 Aug. 26, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 199, S. 904–909.*

<sup>6</sup> *Die Städtegesandten an Bgm. und Rat von Überlingen, Nürnberg, 1542 Aug. 28, in: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17, fol. 168r–170r (Kop.). Näheres zur Stellung Überlingens innerhalb des Städtecorpus und zum Konflikt zwischen Überlingen und Ulm im Nürnberger Abschied der Reichsstädte: RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, hier S. 931, vor allem Anm. 3 und 4; siehe auch: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 73f.*

<sup>7</sup> *Zur Bestellung zweier städtischer Rechtsgelehrter und eines städtischen Sekretärs, die sich um die Registratur der städtischen Akten und um juristische Beratung der städtischen Gesandten auf Reichs- und Städtetagen kümmern sollten, siehe den Nürnberger Abschied der Reichsstädte: RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, hier S. 932.*

<sup>8</sup> *Siehe Nr. 72a, Anm. 3 und 4.*



*Der Rat von Hildesheim erhielt vor kurzem ein Mandat des Reichskammergerichts in Religionsangelegenheiten<sup>1</sup>, worauf der Kf. von Sachsen riet, die Stadt solle sich der Rekusation des Kammergerichts in Religions- und Profansachen durch die Schmalkaldener anschliessen und ihre Gesandten mit entsprechender Vollmacht nach Nürnberg zum Reichstag entsenden. Deshalb fertigen Bgm. und Rat von Hildesheim Henning Blome und Hans Leist nach Nürnberg ab und ersuchen die Bundesverwandten, diesen Gesandten Glauben zu geben. [...].*

## 75 *Bgm. und Rat von Memmingen*

### 75a *Bgm. und Rat von Memmingen: Instruktion für Christoph Zwicker zum Reichstag – o. O., o. D. (Memmingen, 1543 Jan./Febr.)<sup>1</sup>*

*Memmingen StadtA, A Bd. 320, S. 17–32 (Konz.); DV S. 32: Instruction des Reichs sachen und anschleg betreffen uff den reichstag gen Nurmberg, nach dem neuen jare umb Lichtmeß [Febr. 2] angefangen anno 43. ÜS S. 17: Instruction und bevelch, was unser Bgm. und rath der statt Memingen lieber mitrathsfreundt und gesandter Stoffel Zwickhern uff künftigem reichstag zu Nürnberg, so uff 14. November außgeschriben, biß uff 13. [!] December erstreckht und erst nach dem neuen jar angegangen, handeln soll.*

*Die Reichsabschiede von Speyer und Nürnberg 1542 sowie die Abrechnung der Stadt Memmingen über die eingesammelte Türkenhilfe von 1542, die den Kreiseinnehmern in Ulm übergeben wurde, liegen der Instruktion bei.*

*Wenn der Gesandte vor den Obereinnehmer oder vor den Rechnungsausschuss bestellt wird, soll er die erhöhten Ausgaben für Reiter und Fußknechte im Türkenzug erklären und rechtfertigen. Gemeinsam mit den anderen Städten oder allein soll er den Reichsständen anzeigen, dass Memmingen den Gemeinen Pfennig ordnungsgemäß eingehoben und in die Kreistrube abgeliefert habe. Dieses Geld sei von den Einnehmern des Schwäbischen Kreises nach Wien geschickt worden; trotzdem reichte in manchen Kreistruben das Geld nicht aus, um das Kriegsvolk gegen Ende des Kriegszugs ausreichend zu bezahlen, was Unruhe unter den Knechten verursachte. Entgegen den Bestimmungen des Speyerer Reichsabschieds wurden die Reiter und Fußknechte mit ihren Soldforderungen an die Reichsstädte verwiesen, anstatt aus den Kreistruben bezahlt zu werden. Der Gesandte soll sich darum bemühen,*

<sup>1</sup> Am 19. Dez. 1542 erließ das RKG ein Mandat an Bgm. und Rat von Hildesheim zur Wiederherstellung des katholischen Kultus in den städtischen Kirchen. Die Stadt Hildesheim trat dem Schmalkaldischen Bund am 15. Jan. 1543 bei.

<sup>1</sup> Es sind 11 Berichte Christoph Zwickers aus Nürnberg an Bgm. und Rat von Memmingen erhalten (in: Memmingen StadtA, A Bd. 320, S. 499–569), die den Zeitraum von 4. Febr. bis 3. April 1543 umfassen. Ob Zwicker die Instruktion bereits bei seinem Aufbruch aus Memmingen erhielt oder später nach Nürnberg nachgesandt bekam, ist nicht feststellbar. Nach Zwickers Abreise Anfang April war Georg Maurer der Vertreter von Memmingen, Leutkirch und Lindau in Nürnberg.

*dass die Reichsstände ohne Benachteiligung der Städte für die fehlende Besoldung aufkommen. So wurd auch one zweyffel von andern auch wol angezaigt werden, daß etlich reichsstend kain truchen nie uffgericht und gar nichts geben, bey den man solchen usstand wol einnemen und die kneht darvon betzalen meht.*

*Um weitere Unruhen unter den Knechten zu vermeiden, erklärte sich Memmingen bereit, jedem Knecht bis zum jetzigen Reichstag 10 b. zu bezahlen. Außerdem habe die Stadt dem König Schießpulver für den Türkenzug vorgestreckt, für welches sie noch nicht bezahlt worden sei.*

*Falls die Forderungen Memmingsens aus der Abrechnung des Gemeinen Pfennigs von den Reichsständen nicht akzeptiert würden, soll sich der Gesandte in seinem Verhalten an jenen Städten orientieren, denen Ähnliches widerfahre.*

*Verhandlungen über die Ringerung der Anschläge gehören zu den wesentlichen Aufgaben des jetzigen Reichstags, dann zu Nürnberg soll ain leidenlicher und gleichmessiger anschlag, der allen stenden erheblich und leidenlich sein müg, beschlossen und fürgenomen werden. Und one solchen nachlaß und ringerung ains gleichmessigen anschlags solt ir euch in kain weiter beharliche thurgkenhilf einlassen, sonder derhalb mit andern stetten der vorigen zu Speyr und jungst zu Nürnberg gethonen protestation anhangen und geleben.*

*Dem Gesandten werden zwei Fassungen der Supplikation<sup>2</sup> zur Ringerung der Anlagen mitgegeben. Je nach Verlauf des Reichstags soll er entscheiden, welche Variante der Supplikation (länger oder kürzer) am besten zu übergeben sei, wobei er die Vorlage gemäß den Gegebenheiten jederzeit ändern könne. Do muß aber gut achtung gehalten werden, für wen die suplication khom und wer allenthalb in die usschuß und in sonder über die suplication geordnet worden sey.*

*Der Gesandte soll mündlich oder schriftlich genaue Rechenschaft geben, wer seine Anlage in die Kreiskiste abgeliefert habe. Das Geld stamme nämlich nicht nur aus der Stadtkammer und von den städtischen Bürgern, sondern auch von geistlichen Spitälern, Gotteshäusern und reichen Pfahlbürgern, die bisher für ihr Hab und Gut kaum Steuern zahlten. Die haben jetzt<sup>3</sup> all ir hab und gueter versteuren müessen, die dann bey uns die reichsten sind und aber sonst gemeiner statt nit zuguten khomen.*

*Aufzählung weiterer Akten, die dem Gesandten zur Begründung der Position Memmingsens mitgegeben werden, wie z.B. der Anschlag von Worms 1521 oder der Anschlag zur Unterhaltung des Reichskammergerichts etc.*

Und ob über daz alleß, wiewol zu vermuten, ir kgl. Mt. anzaigen wurden, die noth und obligen deß Thürgkhen so groß sein, daß man alle stritt und spenn, so man sich in so kurtzer zeit nicht vergleichen meht – alß ringerung der anschleg, betzalung der kneht, visitation deß chammergerichts, auch die session und stim belangend – biß uff ain andere zusammenkunft uffschieben und sich jetzt ainer eylenden, verharlichen hilf vergleichen solten, domit man von dem

<sup>2</sup> Fehlt in den einschlägigen Beständen.

<sup>3</sup> D.h. bei der Einhebung des Gemeinen Pfennigs.

schnellen und grossen ubertzug deß Thürgkhen nit unwiderbringlichen schaden und verderben gewarten müessen: Uff daß ist unser mainung, wie one zweyffel der andern erbern stett auch sein wirt, daß wir one ain gleichmessig reht und bestendigen friden, visitation deß chamergerichts, ringerung deß [!] anschleg, auch die session und stimb im reichsrath gantz und gar in kain hilf bewilligen wellen, dann eß one daß nicht in unserm vermügen ist. Und daruff wolt mit andern beharren und darvon nicht dringen lassen.

So man aber diser beschwerden erledigt und darinn würckhlich gehandelt wurd, alßdann und vor nit, so mechten wir leyden, nachdem uff jungstem zug so vil groß gelt und gut uffgewandt umb vil erlicher und waidlicher kriegsleut khomen, die doch kain feind nit gesehen und gar nichts außgericht, daß man alßdann allein von ainem zusatz und eylenden hilf geredt und uff die statt Wien verordnet hett, dergestalt so man ware khundtschaft und wissen, daz der Thurgkh selbst oder ain grosse maht seins volcks im anzug und uff den beinen, daz dann ain jeder standt, sovil man sich jetzt nah der vergleichung bewilligt, sein angepür uff deß konigs erfordern geen Wien geschickht hett und dasselb volckh allein zu bewarung deß Reichs grenitzen dahin verordnet, dann man ist nit schuldig, dem röm. konig ain ander konigreich – alß Ungern – zu gewinnen und darumb mer solchen merckhlichen und grossen costen und schaden ze leiden.

Wurd aber der Thürgkh sich understeen, uff Wien, Österreich und ander deß Reichs grenitzen und uff die cristenhait zu ziehen, alßdann wer unser bedenckhen, daß man sich ainer beharlichen hilf vergleicht und dieselb suma zu roß und fuoß in vier thail gethailt, namlich den churfursten ainen, den fursten, prelaten, graven und herrn den andern, den frey- und reichsstöten den dritten und den ritter und khnechten, alß dem gemainen adel in teutscher nation, den vierten thail zugeordnet und irem stand – nach erwegung der lender, furstenthumen, grauffe- und herschaften, stett und des adels weitte [= *Ausdehnung des Besitzes*], gelegenhait und vermügen – ain leidlichs und zimlichs aufgelegt, und dann ain yeder vierter thail sich selbst mitainander deß abermalß vergleicht hetten. Und daß dan ain yeder vierter thail uber sein volkh zu roß und fuoß ain besonder regement gehapt und vier obersten daruber verordnet und aim yeden vierthail zugelassen, ainen auß den iren dartzu [zu] erwellen. Und waß sich die vier mitsamt iren zugeordneten khriegßräthen mit dem merern yederzeit beschliessen, dem solte volziehung beschehen und denselben bevolhen sein, ain kriegßregement zu begreifen und maß zu geben. Und ob die kgl. Mt. oder ain anderer zu obersten uber die alle verordnet wurd, daz doch ir Mt. one die andere 4 zugebne obersten nichts wurckhlichs mit dem khriegsvolckh furnemen ader die andern mit dem merern in irem vorhaben nit verhindern sollt<sup>4</sup>.

---

<sup>4</sup> *Der Vorschlag Memmingens, die Kosten für die beharrliche Türkenhilfe zu vierteln und auf die vier Gruppen der Reichsstände aufzuteilen war dem Bedürfnis des Rates*

Darauf wurd man sehen und erlernen, wer dem Reich gehorsam oder ungehorsam, dem merer oder minder hilf thät, und wurd dardurch vill grosser uncosten und vinantzenß [= *Betrügereien*] abgeschnitten und furkhomen.

75b *Bgm. und Rat von Memmingen: Instruktion für Christoph Zwicker zu Verhandlungen mit den Schmalkaldischen Bundesverwandten – o.O., o.D. (Memmingen, 1543 Jan./Febr.)*

*Memmingen StadtA, A Bd. 320, S. 35–44; DV S. 44:* Instruction, waz mit und bei den ainungßverwandten zu handeln, uff dem reichstag zu Nurnberg versamelt anno 43. *ÜS S. 35:* Instruction und befehl, was unser gesandter uff dem reichstag zu Nürnberg nach dem yetz eingangen 43. jar mit und bei den christlichen ainungsverwandten handeln soll

*Aufzählung der beiliegenden Aktenstücke (vor allem Abschied des Bundestages in Schweinfurt, 1542 Nov. 15), auf deren Basis die Schmalkaldener in Nürnberg weiter verhandeln sollen. Folgende Punkte sind besonders zu bedenken:*

1. *Weigerung Hg. Ulrichs, den ersten und zweiten Doppelmonat der Bundesanlage zu bezahlen. Die Übergriffe Hg. Ulrichs gegen Esslingen gefährden den Zusammenhalt im Bund. Er muss sich an verbrieftes Recht halten, sonst soll er aus dem Schmalkaldischen Bund ausgeschlossen werden. Der Gesandte soll sich in dieser Frage den anderen oberländischen Reichsstädten anschließen.*

2. *Schwierigkeiten Memmingens, den dritten Doppelmonat der Schmalkaldischen Bundesanlage zu bezahlen. Der Gesandte soll unter Umständen eine Supplikation mit Bitte um Aufschub der Zahlung übergeben. Bereitschaft Memmingens, ein Darlehen aufzunehmen.*

3. *Esslingen:* Der von Eßlingen halb seth uns für gut an, daß sich die erbern stet einhellig entschlossen und den fursten und irn gsandten antzaigen, dieweil die von Eßlingen sich zu recht uff die ainungßverwandten sampt und sonder und alle gericht im Hl. Reich erboten, so wer es vor Got und der welt schimpflich zu hörn, sonderlich von irn ainungßverwandten, die in ainer christlichen religion, daß si nit sollen dorbei gehalten werden. Es wurden auch die steet si derhalb nit könden verlassen, daraus dann zerritung der ainung und anders volgen. Darumb dann unser gutbedunken, daß man ain articul ufs recht stelte: Welher ainungßverwandter umb sein forderung gegen aim andern vor disen tenden nit reht leiden und nemen, daß man sich des entschlagen oder das zu thun dartzuhalten stelt. Und wo Hg. Ulrich das nit annemen, so kundten die stett die von Eßlingen also wider reht nit beschwern lassen, darumb man in dahin vermugen, daß er sich [= *sie*], die ainungßverwandten, diser sach halb guetlih oder rehtlih welt entschaiden lassen oder sich sein entschliegen, oder

---

*geschuldet, eine Verringerung der Kosten für Memmingen und eine Belangung der säumigen Zahler zu erreichen. Siehe dazu: P. FRIEB, Die Außenpolitik der Reichsstadt Memmingen, S. 190–192.*

daß kein ainungswandter ain sollichen widerwertigen, weder haimlich noch offentlich, kein hilf noch beilag thun solt etc. Was sonst weiter derhalb unser mainung, das findt ir in der andern instruction.

4. *Betr. Metz*<sup>1</sup> *schließt sich Memmingen den anderen Einungswandten an.*

5. *Auch in der Frage der Rekusation des Reichskammergerichts soll sich der Gesandte an den anderen Städten orientieren.*

6. *Betr. Erlegung der kleinen Schmalkaldischen Bundesanlage.*

Was sonst die ainungßwandten in allen fürfallenden sachen gemainer ainung zuegut und voran zu furderung des hl. wort Gotes furnemen und die oberlendischen stett mit dem merern thun werden, daz welt euch auch gefallen lassen und nit leichtlich von in sundern. Sonst wist ir euch in allen fürfallenden sachen nach begehenden dingen wol zu halten.

76 *Bgm. und Rat von Nördlingen: Instruktion für die Gesandten Konrad Gundelfingen und Wolf Graff zum Reichstag – actum (Nördlingen), 1543 März 28*

*Augsburg StA, Reichsstadt Nördlingen, Lit. 773, unfol. (Kop.); ÜS: Ungeverliche kurtze verzeichnus, weiß sich die herrn Bgmm. Connrat Gundelfingen und Wolff Graf von ains erbern rats wegen in handlungen zu halten bevelch haben werden. DV: Nordlingische instruction geen Nurmberg zum reichstag*

Nachdem meine herrn, ain erbarer rhat der statt Nordlingen, als die underthenigen reichswandten auf den außgeschriben reichstag zu Nurmberg die obgemelten beede herren burgermaister abgevertigt, ist inen neben der andern hieneben zugestellten instruction [*fehlt*] ferrer in bevelch geben worden, das si neben verrichtung angeregter bevolchner sachen mit der andren erbern frei- und reichsstett gesanten bottschaften (doch ausserhalb der aynungswandten) in die rhät geen und in furfallenden sachen, und sonderlich so von beharrlicher oder eilender hilf oder aber von ringerung der anschleg gehandelt werden wölt, von ains erbern rhats wegen mithandlen, rhatschlagen und schliessen helfen, doch jedeweils ains erbern rhats erhocht und hochbeschwerlich ubersetzt anlag dabey furwenden und wie ander auf ringerung handeln sollen.

Im fall aber, das die herrn gesanten ire nebenhendel verricht und si sonst die sachen dermassen ansehen, das inen lenger zu Nurmberg zu verharren von unnöthen oder je ains erbern rhats halben unfurtreglich sein solt, so ist inen der willen geben und vergonnt, das si alßdann den weg widerumb haimwerts annemen und verreiten, doch zuvor denen von Nurmberg die sach beveln und

<sup>1</sup> *Zu den Auseinandersetzungen zwischen der altkatholischen und der evangelischen Fraktion der Bürger von Metz, im Zuge derer die Neugläubigen den Schmalkaldischen Bund um Hilfe ersuchten, siehe: G. SCHMIDT, Der Städtetag, S. 519–521; E. WOLGAST, Die Wittenberger Theologie; S. 269–272.*

ain erbarn rhat bis auf weitem beschaid des orts zu vertretten dienstlichen ersuoehen und bitten mogen.

So si aber nach verrichtung der nebenhendel fur noth oder furtreglich erachten kunten, das jemand von rhats wegen bey den sachen verharren solt, alßdann mogen ir ainer oder si beed, wie si fur das best ansehen wurdet, bis auf ains erbarn rats ferrer schreiben alda beharren, von rhats wegen allenthalben getreuen vleis furwenden und aim erbarn rhat jedefßmals, weß sich in handlung zutrueg [und] aim erbern rath zu wissen vonnöthen, mit aigen botten schriftlich zu erkennen geben, inmassen beede herrn burgermaister in dem ain erbern rath ferrer verstanden und zu thun wissen.

77 *Vorberatungen<sup>1</sup> von Bgm. und Rat von Ravensburg zum Reichstag auf Basis der Abschiede der Reichstage und der Städtetage von Speyer und Nürnberg 1542 – o.O., o.D. (Ravensburg, 1542 Nov./Dez.)*

*Ravensburg StadtA, Bü. 152b/1.1, unfol. (Kop. mit marg. Anm. v.a.Hd.)<sup>2</sup>; DV: Articul, so auf dem reichßtag zu Nürnberg zu berathschlagen den erbaren stätten zuvor zu bedenckhen communiciert worden. ÜS: Artickel, so auf den nechstkönftigen reichstag zu Nyernberg zu beratschlagen den erbern stetten zu bedencken stunden.*

1. *Aufzählung mehrerer Paragraphen des Speyerer Reichsabschieds von 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 285) betr. die beharrliche Türkenhilfe.*

2. *Bestimmungen des Speyerer Städtetagsabschieds von 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 299).*

a) *Die Protestation der Reichsstädte gegen den Speyerer Reichsabschied (RTA JR Bd. XII, Nr. 287) ist in zweifacher Ausführung zu hinterlegen (Kopie bei der Stadt Ulm, Original bei der Stadt Speyer):* Disen artickel wil ain radt beliben lassen und, was die von Ulm gehandelt haben, ratificiert haben.

b) *Zu den Beschwerden wegen Session und Stimme soll jede Stadt in ihrer Kanzlei alle Akten zusammensuchen und den ausschreibenden Kommunen zusenden, damit die städtischen Rechtsgelehrten auf Basis dieser Akten bis zum nächsten Reichstag ihre Gutachten erstellen können:* Dissen artickel acht ain radt, ander erber stett haben dess mer wissen dann er, darbey lassen sy es auch beliben.

c) *Die Reichsstädte sollen auf der in Speyer vorgebrachten Protestation (RTA JR Bd. XII, Nr. 287) beharren:* Bewiligt ain radt allitzo.

d) *Bestimmungen betr. die geschenkten Handwerke:* Disen artickel laßt ain radt auch zu, wie die erbern stett darvon geredt hand [= haben].

<sup>1</sup> *Eine Instruktion von Bgm. und Rat von Ravensburg für die Gesandten Konrad Goltrich und Gabriel Krötlin wurde in den einschlägigen Beständen nicht gefunden.*

<sup>2</sup> *Die marg. Kommentare von Bgm. und Rat von Ravensburg zu den beratenen Artikeln werden im aufrechten Druck wiedergegeben.*

e) *Betr. Esslingen*: In disem artickel wollend sich meine herren auch von den erbern stetten nit sundern.

3. *Nürnbergers Reichsabschied von 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 198).*

a) (*ad §§ 1–4*) *Fortsetzung der bewilligten Türkenhilfe*: Acht ain radt, diser artickel werde an gemainen ständen gelegen sein.

b) (*ad § 5*) *Angebot des Kaisers zu nochmaligen Verhandlungen über die Religionsfrage*: Disen artickel stelt ain radt ksl. Mt. haym.

c) (*ad §§ 14–15, § 24*) *Strafen des ksl. Fiskals für die ungehorsamen Reichsstände, die ihren Beitrag zum Türkenzug nicht geleistet haben*: Laßt ain radt auch beliben.

d) (*ad § 17*) *Zu den Landtagen sollen jeweils vier reichsständische Räte (einer davon von den Reichsstädten) verordnet werden*: Laßt ain radt auch beliben.

e) (*ad § 20*) *Wenn der in die Kreiskisten einbezahlte Gemeinde Pfennig nicht ausreicht, soll ein jeder Reichsstand sein Kriegsvolk bis zum Beschluss über eine neue Anlage selbst erhalten*: Laßt ain radt auch sten.

f) (*ad §§ 21–22*) *Den Reichsständen sollen die ausgelegten Kosten wieder erstattet werden*: Laßt ain radt auch sten.

g) *Bewilligung einer neuerlichen Anlage, Verbot fremden Kriegsdienstes, Winterlager, Visitation des Reichskammergerichts.*

h) (*ad §§ 41–42*) *Bez. der Irrungen in der Session wollen sich König und Reichsstände um einen gütlichen Vergleich bemühen*: Laßt ain radt sten.

4. *Nürnbergers Städtetagsabschied von 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 209).*

a) *Beratungen des städtischen Rates und der Gelehrten über die Beschwerden der Reichsstädte betr. Session und Stimme*: Disen artickel hat ain radt nit beratschlaget bey den gelerten. Achten, ander erber stett habend sollichs hoecher bedacht.

b) *Geschenkte Handwerke.*

c) *Verhalten der Reichsstädte im Fall von Prozessen des ksl. Fiskals gegen die Städte.*

d) *Betr. Bewilligung bzw. Ablehnung des Nürnbergers Reichsabschieds von 1542 und die Bezahlung des Kriegsvolks in Ungarn bis zum nächsten Reichstag*: Laßt es ain radt auch darbey beliben.

e) *Konflikt zwischen Ulm und Überlingen betr. das Leibgedinge für eine Ulmer Bürgerin.*

f) *Konflikt zwischen der Stadt Esslingen und Hg. Ulrich von Württemberg*: Wyl ain radt sich von den erbern stetten nit sundern.

[5.] *Sunder artickel, gemainer statt Revennsprung zu bedenckhen.*

a) *Überlingen sonderte sich auf den Tagen zu Speyer und Nürnberg 1542 vom Städtecorpus ab. Sollen die Ravensburger Gesandten für Überlingen Partei ergreifen oder sich der Mehrheit der Städte anschließen? Wil ain radt bey den stetten beliben.*

b) *Soll sich Ravensburg bei Besiegelung des Abschieds und der Protestation von den anderen Städten absondern?*

c) *Wie soll sich der Gesandte bei Verhandlungen über weitere Anlagen verhalten?*

d) *Verhalten des Ravensburger Gesandten im Falle von Religionsverhandlungen:* Soll der gesandt sollichs hinder sich bringen oder ainem radt zuschreyben, derglichen auch des nachgeenden artickels halb.

e) *Verhalten bez. des Schmalkaldischen Bundes:* siehe Punkt d.

f) *Klagen der Reichsstädte über zu hohe Veranlagung:* Sol der gesandt neben andern erbern stetten umb ringerung anhalten.

g) *Ansuchen um Sonderprivilegien und Zollfreiheiten bei Kg. Ferdinand:* Disen artickel laßt ain radt diser zeyt sten, doch mag ainer dannocht darumb anhalten.

h) *Etwaige Beschwerden der Stadt Ravensburg sind dem König von den Gesandten vorzutragen.*

i) Item, ob in obvermelten reichsartickeln sich die ständ wöllten trennen und in sunderhait, so die statt Überlingen und dergleichen mer sich wollten von den andern absundern, wie sich hierin die gesandten halten sollten und was weiter hierinn zu bedencken, ist euer erbar W. [zu] bevelchen.

78 *Bgm. und Rat von Schlettstadt: Vollmacht für Stadtschreiber Gervasius Gebwiler zum Reichstag – (Schlettstadt), 1543 Jan. 20/lectum in consilio statuum Nürnberg, 1543 April 5*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 2, fol. 17rv (Ausf. mit Siegel); Adr. und DV fol. 17v: Lectum in consilio statuum 5. Aprilis anno 43.

*Bgm. und Rat von Schlettstadt fertigen den Stadtschreiber Gervasius Gebwiler zum Reichstag ab, damit er dort gemäß seiner übergebenen Instruktion (fehlt) um Ringerung der Reichsanschläge ansuche. Die Reichsstände mögen seinem Anliegen Glauben geben. [...].*

79 *Bgm. und Rat von Straßburg*

79a *Bgm. und Rat von Straßburg: Instruktion für die Gesandten<sup>1</sup> zu Verhandlungen mit den Reichsständen und den Reichsstädten – Straßburg, 1542 (Dez. 11)<sup>2</sup>*

Straßburg AM, AA 501, fol. 131r–139v (Konz. v.d.Hd. Sturms mit zahlreichen Streichungen und Korr.); AS fol. 131r und ÜS fol. 133r: Instruktion auf den reichstag gein Nuernberg, den 14. Decembris anno etc. 42 gehalten.

<sup>1</sup> Jakob Sturm und Michel Han.

<sup>2</sup> Datum übernommen aus der Instruktion Straßburgs für die Verhandlungen mit den Schmalkaldenern (Nr. 79b).



*Teilw. Druck: O. WINCKELMANN, Politische Correspondenz, Bd. 3, Nr. 327, S. 339f.<sup>3</sup>.*

Erstlich sollen unser gesanten bey den bottschaften der erbarn frey- und richstett anzeigen, das uns uff den gemachten stettabschid jungstgehaltenen richstags zu Nurnberg [RTA JR Bd. XIII, Nr. 209], sovil der stett stim und session belangt, von andern stetten khein schriften oder verzeichnus, wie es uff den alten richstagen gehalten sey worden, vermog des jungsten stettabschids zukommen. Nichtsdestoweniger haben wir in unser cantzley hinder sich suchen und ein extract begriffen lassen, das wir unserm advocaten Dr. Ludwig Grempen zugestellt, sein bedenken und ratschlag daruff zu stöllen und daneben allen stetten zu gutem in auch uff disen richstag verordent<sup>4</sup>, sich in dem mit andern der stett gelerten, den die sach auch zu beratschlagen bevolhen, zu underreden und, was also darnach bey gemeinen stetten fur gut angesehen, helfen zu schliessen. Und dweyl der hochst haft [= *Hauptsache*] daran gelegen sein will, so die sach zu gutlicher oder rechtlicher erörterung khommen solte, es were durch underhandlung der röm. kgl. Mt. oder in ander weg, woruff die stett ir forderung und petition stellen wolten, so sollen unser gesanten anzeigen, das uns fur gut ansehe, dweyl man us allen alten handlungen findt, das in den richsversamlungen dry underschidlich rhätt gewesen, do die churfursten einen, die fursten den andern und die stett den dritten hetten gehabt, welche alle drey einander under sich selbs in iren meynungen gehört und sovil müglich zu vergleichen understanden hetten, das man daruff handelt, domit es khunftigklich uff den richstagen auch also gehalten wurd, namlich das dieselben drey rhätt ire meynungen zusammen getragen, einander gehört, mit uffnehmung der ursachen eins jeden bedenkens. Und so sy sich gutlich miteinander vergleichen möchten, hett es sein weg, wo nit, hetten sy ire meynongen sampt den ursachen der röm. ksl. oder kgl. Mt. yederzeyt anzuzeigen, welche als das haupt darin billiche verglichong machen solt. Wurden aber die chur- und fursten dogegen furwerfen, das durch disen weg nimmer khein mherers mochte im Reich gemacht werden, so yedes teyl also uff seiner meynong verharret, so mocht man zugeben, das durch das mher der dryer stimmen im rhat geschlossen und sollicher beschluss jederzeyt der ksl. oder kgl. Mt. oder derselben commissarien furgetragen werde, doch dergestalt wo

<sup>3</sup> Bei O. Winckelmann ist die obige Instruktion (Nr. 79a) in ein Aktenstück zusammengezogen mit der Instruktion für die Verhandlungen mit den Schmalkaldenern (Nr. 79b). Wegen der führenden Rolle Straßburgs im Städterat und der Wichtigkeit des Themas der Türkenhilfe für den Reichstag werden die beiden Instruktionen von Bgm. und Rat von Straßburg – trotz mancher Überschneidungen mit dem bei Winckelmann abgedruckten Text – zur Gänze wiedergegeben.

<sup>4</sup> Dr. Ludwig Grempe konnte wegen Erkrankung zu Beginn des RT noch nicht nach Nürnberg reisen; stattdessen wurde Michel Han entsandt, um Jakob Sturm zu unterstützen. Siehe das Straßburger Ratsprotokoll zum 24. Jan. 1543: Straßburg AM, 1 R 5, 1543, fol. 22v–24r.

durch sollichen des merteyls beschluss einicher tail under den dryen obgemelten stenden beschwert oder vernachteylt, das derselb sollich sein beschwerd by der ksl. oder kgl. Mt. oder derselben commissarien furbringen möchte, domit durch dieselben billichs einsehen beschehe, uff das nit ein stand durch die andern zween wider billich und gleichs beschwert wurde.

Wurde aber uber sollich anzeig durch ksl. oder kgl. Mt. mit den andern stenden dem dritten zu verderben oder unwiderpringlichem nachteyl, onangesehen seiner furbrachten ursachen, furtgefahren und geschlossen, hett derselb stand sich mit protestationen dawider zu setzen oder nach andern fuglichen wegen ye nach gelegenheyt der sachen zu gedenken, wie er sich der ungliecheyt und unmoglicheyt entschütten und im selber vor verderben sein möchte.

Wurde aber bey gemeiner stett bottschaften uff jetzigem tag ein ander und besser weg, daruff die petition zu stellen, beratschlagt, sollen die gesanten gewalt haben, sich in demselben mit inen auch zu vergleichen.

Im fall aber, das uff disem richstag nichts dieser irrung halb durch die kgl. Mt. oder ksl. commissarien gehandelt oder aber, so schon gehandelt, nichts fruchtbarlichs oder der sachen dinstlich usgericht werden wolt, so sollen die gesanten sich mit andern stetten, was hierin – es sey mit protestationen oder andern fuglichen wegen – furzunemen sey, zu verglichen gewalt haben.

Zum andern, dweyl dieser jetziger reichstag furnemlich der expedition halb gegen dem Turcken und das die versprochen nottwendig vergleichung der kreyskisten nit lenger verzogen, sonder furgenommen werd, angesetzt worden, so sollen unsere gesanten, sovill die turckenhilf belangt, in alle weg doruff arbeyten, das dem spyrischen abschid [*RTA JR Bd. XII, Nr. 285*] gelebt und was also vermog desselben abschids geschlossen (doch usserhalb der puncten, dowider gemeine stett zu Spyr protestiert), sollen die gesanten zu bewilligen macht haben.

Dweyl nun die dreyjärig beharlich hilf, so zu Regenspurg bewilligt, zu Speyr also geteylt, das die ersten zwey jar in eins geschlagen und die hilf doppel geschickt und des dritten jares einfache hilf im andern jar geleist solte werden, und das zu underhaltung des geschickten kriegsvolcks ein gemeine anlag im Reich durchus gemacht und inbracht wurde, die das erst jar volkhomenlich und das nechstfolgend jar im fall der notturft gantz oder halb nach gestalt und gelegenheyt der sachen zu underhaltung des christlichen wercks bezalt und entricht werden solt, so sollen unsere gesanten gewalt haben, soferre die hievor inbracht anlag mit den kreyßtruhen vermog des spyrischen abschids und der vertroistung, in jungstem nurnbergischen abschid [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 198*] beschehen, verglichen und die mengel, so in sollicher anlag befunden, sovill moglich gebessert werden, ein neue anlag uff das khunftig jar zu bewilligen.

Wurd sich aber zutragen, das man dis khunftig jar wider ein gedoppelte hilf zu schicken bewilligen und zu underhaltung derselben ein gedoppelt schatzung anlegen wolt, in ansehung, das zu besorgen, der Turck werde dis jar mit macht in Hungern und Osterreich ziehen, und also einer statt Straßburg wider ufflegen

100 pferd und 563 knecht zu schicken, so sollen unsere gesanten anzeigen, das sy daruff nit abgefertigt, auch khein bevelch empfangen oder empfahren mögen, dweyl diser richstag und der nechstgehalten beyde us dem spyrischen richsabschid herkhomen und allein von der expedition melden, die hievor zu Spyr bewilligt, und dan zu Spyr das ander jar allein ein einfache hilf bewilligt, nemlich 20 000 zu fus und 4000 zu ros, so haben sy khein vernern bevelch dan uff sollich hievor bewilligt hilf empfahren mögen. Zudem so sey ein stat Straßburg mit der anzall volck so hoch uberlegt, das es inen, sonderlich die reuter in iren landen uffzubringen, nit möglich. So woll es inen in andern und ferren landarten uffzubringen us allerley ursachen beschwerlich und dem furgenomenen werck nit nutzlich sein. Derhalben sy in die anzall volcks zu schicken nit willigen mögen, sind aber nach irer angebür andern stenden glichmessig zu schicken urbuttig oder sovil krigsvolckh zu schicken, als durch ir anlag ein jar lang underhalten mog werden.

Wurde aber uber allen angekehrten möglichen vleiß, so unser gesanten by den stetten und sonst wie obgemelt furwenden sollen, uff ein höhere anlag dan die vorig gewesen und uff schickung der vorigen anzall volcks je geschlossen wollen werden, so sollten unsere gesanten sollichs us gehorten ursachen nit willigen, sonder es an uns vernern bringen, mit anzeig, das wir uns hierin aller träglichen und glichmessigen hilf nyt waygern, sonder christlich erzeigen werden.

So man auch also ein höhere oder gliche schatzung, dan die vorig anlag gewesen, uff des Richs underthanen legen wolt, sollen unsere gesanten anzeigen, das es beschwerlich by den underthanen, sonderlich in richsstetten, zu erhalten sein werde, und vorab wo es nit gleich durchus in teutschen landen solt also gehalten werden, wie dan in mehrer schatzung geschehen, do die land, so dem haus Osterreich angehorig und in den kreysen gelegen, dergleichen die prelaten, graven und vom adel sampt iren underthanen, so das haus Osterreich uszeucht, vill ringer angelegt sind worden dan der richsstett underthanen. Ein gliche gestalt hat es mit den see- und hanstetten und mit dem adel<sup>5</sup>, wo derselb in dise andere schatzung nit willigen und ir underthan frey sein sollten in einem solchen werck, das nit allein die richsstend, sonder alle inwoner der teutschen nation betrifft. Das wurd vil verhinderung an inbringung der anlag und sonst allerlei unrhats geben. Derhalben unsere gesanten in alle weg daruff handeln sollen, wo vernern anlagen bewilligt wolten werden, das dieselbig glichmessig durch die gantz teutsch nation inbracht und vermog des spyrischen richsabschids nyemants hierin verschont werde.

Glicher gestalt, so man uber die hilf ein vernern zuzug uff gemeiner stend kosten beschliessen wolt, wie uff nechstgehaltenen zweyen richstagen beschehen, sollen unser gesanten denselben anderer gestalt nit bewilligen, dan so weyt sich die anlagen erstrecken; woll man gern den kosten mithelfen tragen. Sollten aber dieselben den kosten nit ertragen mögen, wolt man sich zu vernern unkosten nit verbunden haben.

<sup>5</sup> Gemeint ist die Reichsritterschaft.

Und dweyl uff nechstem [= *vergangenem*] kreystag zu Wormbs [1542 Okt.] beschlossen, das die stend des rinischen kreyß, so sy wider wie hievor beschwert wolten werden, byeinander ston sollen, so sollen unser gesanten in denselben beschwerden des gemeinen kreyß mit rhat derselben stend handeln und in allweg dohin raten, domit sich die stend merers ains harms [= *Zwists*] halb nit voneinander sondern.

Wurde aber uff disem richstag nit uff vernere anlagen des gemeinen pfenigs, sonder daruff gehandelt wollen werden, das ein jeder richsstand uff die hievor gemachten richsanschleg sein volck schicken und selbs underhalten solt, so sollen unsere gesanten darein nit willigen, sonder anzeigen, das ein statt Straßburg durch die erhöhung diser anschleg also vor andern stenden des Richs beschwert und uberlegt, das ir dieselben zu leisten unmöglich. Dweyl nun uff allen vergangnen richstagen verabschidet und zugesagt, das man die ringerung furnämen wölle und das man, so dieselbig nit beschehe, in verner anlagen zu bewilligen nit schuldig sein solle, so sollen die gesanten uff die ringerung tringen vermog der instruction, so wir uff nechstgehaltenem nurenbergischen richstag unsern gesanten geben haben [RTA JR Bd. XIII, Nr. 53], und nach inhalt der supplication, so sollicher ringerung halb angestellt [RTA JR Bd. XIII, Nr. 195], welche die gesanten nach gelegenheynt mindern und mheren mögen, doch die petition daruff stellen, das wir uber ein vierden teyl eins churfursten anschlags nit beschwert werden.

Verner sollen unser gesanten in disem fall anzeigen, ab man schon die ringerung, welche doch schwerlich iren furgang haben wurd, fur die handt näme und den weg finde, so wolt doch dis ein grosse unglicheyt in der teutschen nation machen, wo die hilf wider den Turcken allein den richsstenden und denen, so in den anschlegen sind, wolt uffgelegt werden, und die andern stend, so nit in anschlegen, der zimlich vill sind, solten unbeschwert sitzen und also von den andern geschirmpt werden, welche gleiche gefar von dem feind zu warten hetten. Zudem das der richsstend hilf alsdan auch zu schwach sein und dem werck domit nit geholfen wurd und dieses furnämen auch gantz wider den spyrischen abschid und dem begriff der hievor zu Regenspurg bewilligten beharlichen hulf<sup>a</sup> gantz entgegen were. Derhalben sy dorin zu bewilligen und also us hievor gemachten versigelten abschiden zu gon kain bevelh hetten.

So auch die kgl. Mt. unser gesanten ansprechen und sich beschweren wurd, das wir unser geschickt kriegsvolck vermög des nechstgemachten richsabschids und ir Mt. schreiben nit underhalten, mit anzeig, das ir Mt. gelt dargelauhen [= *dargeliehen*] und daruff begeren wurd, sollich dargeleyhen gelt zu unser gebur zu bezalen, so sollen unser gesanten uns zum fuglichsten entschuldigen und die ursachen, so hievor ir Mt. zu Spyr, Nurnberg und auch in jungstem schriben

<sup>a</sup> *Marg.*: Notum: Den vergriff, zu Regenspurg angestölt [RTA JR Bd. XI, Nr. 204], zu suchen und mitzunämen.

gemeyner kreyßstend us Wormbs<sup>b</sup> genugsamlich anzeigt sind worden, und das, so einicher mangel us nitbezalung erschinen, das der nit uns, die dem spyrischen abschid gelebt, sonder andern stenden, die dem nit gelebt, billich zugemessen werden sollen. Das auch ein statt Straßburg dermassen mit dem volck uberlegt, das es ir zu underhalten nit träglich noch möglich, es auch zu schicken zu Spyr nit bewilligt wurd haben, wo ir Mt. die versigelt vertröstung nit gesteen hett, das man es verner und lenger zu underhalten nit schuldig sein solt dan bis uff nechstvergangen richstag etc.

Zudem so hett einer stat Straßburg fusvolck fur 5 monat besoldung empfangen und wer in nit mher dan noch ein monat usgestanden, do wer das gelt hinab durch die kreyßstend verordnet gewesen, im selben wer aber das kriegsvolck abgezogen und wer die schuld der langsamen schickung sollichs gelts nit der kreyßstend, sonder des verzugs mit dem revers gewesen, dodurch das lutringisch gelt so spat den stenden entschlagen wer worden<sup>6</sup>.

<sup>c</sup>Nachdem auch das gelt, so noch in der rinischen kreyßstruchen vorhanden, nit hinab in das leger vor dem abzug gebracht, sonder wider gen Franckfurt gefurt worden, sollen unser gesanten gewalt haben, sich mit andern stenden des rheinischen kraises zu vergleichen, wie es mit demselben gelt gehalten soll werden. Und so man das kriegsvolck, so wider anheimisch khommen oder die schulden, so man dem kriegsrhate schuldig, davon bezalen wolt, sollen unser gesanten in alweg daruff handeln, domit hierin glicheyt under den stenden gehalten werde. Und dweyl vil kriegsvolck mit tode abgangen, das dan die bezalung, so weyt sy reichen möchte, beschehe allein uff die, so noch in leben, und das ein yeder stand dieselben den innemern von namen zu namen uffgeschriben gebe, domit jedem stand also, was im geburt, gefolgt werde.

Es wer auch zu bedencken, wie man von den stenden, so nit vermög des spirischen abschids ire anlagen inbracht, zu handeln were, domit sy ir gelt nochmaln auch geben und dem kriegsvolck bezalung widerfharen oder es zu khunftiger expedition gebraucht werden möcht. Dan wie man sagt, hab der Kard. von Metz die schatzung in seinen drey bistumben Metz, Tul und Verdun allein von den geistlichen und nit von den weltlichen inbracht. So haben weder geistlich noch weltlich in der statt Metz ir anlag geben etc.<sup>c</sup>.

<sup>b</sup> *Marg.:* Notum: Die schriften lassen abschreyben und mitzunämen.

<sup>c-c</sup> *Diese Textpassagen wurden nachträglich eingefügt (fol. 132r), wobei mit folgendem Vermerk auf sie verwiesen wird: Sequitur im ersten blatt [der instruction].*

<sup>6</sup> *Der Lothringer Vertrag, den Kg. Ferdinand am 26. Aug. 1542 in Nürnberg mit den Gesandten Hg. Antons II. von Lothringen abschloss (RTA JR Bd. XIII, Nr. 182b, S. 837–841) legte fest, dass der Herzog gegen die Zusicherung des Schutzes von Kaiser und Reich zu zwei Dritteln der Anlage eines Kurfürsten verpflichtet wurde, was auch für die Türkenhilfe und die Anlagen zum RKG galt. Die Ratifizierung und Siegelung des Vertrages durch Hg. Anton fand erst am 14. Sept. 1542 in Nancy statt, weshalb die Instruktion den „verzug mit dem revers“ erwähnt.*

Zum dritten, dweyl den protestierenden und vereinigten stenden nit woll thunlich sein will, in verner anlagen und turckenhilt zu bewilligen, es sey dan das ksl. cammergericht vermög des regenspurgischen richsabschid und daruff gegebner ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 941, Nr. 949] reformiert, wie inen das durch kgl. Mt. und die ksl. commissarien jungst zu Spyr zugesagt und jetz sonderlich vonnöten sein will, do sy von den jetzigen beysitzern uff die pen der acht citiert sind, domit sy ein glichmessig recht und fridden im Reich haben mögen, so sollen unser gesanten, was also die reformation des cammergerichts, glichmessig recht und fridden belangt, sich mit andern protestierenden und vereinigten stenden, als die es mit anget, zu vergleichen macht und gewalt haben und in alle weg doruff handeln, das man des orts beyeinander stee und in verner anlagen oder hilt nit willige, es sey den in obbestimpten artickeln billiche versehung geschehen, die disen stenden lidlich und treglich sey.

Gleichfals sollen sy auch mit rhatt ander religionsverwanten stend handeln, so etwas dis bebtlichen angesetzten concilii zu Trient halben furgenommen werden wolt.

Und dweyl sich zu versehen, das Hg. Heinrich von Braunschweig uff disem tag von den vereinigten stenden uff den landtfridden clagen und restitution begern werd, so sollen unser gesanten des orts sich mit andern stenden verglichen, wes dogegen furzuwenden sey<sup>d</sup>.

Zum vierdten, als in dem abschid und usgangnen mandaten schwere penen begriffen, die alle oberkheyten gegen den kriegsvolckh, so frembden potentaten zuziehen, furnämen sollen etc.: Wo dan unser gesanten deshalb von kgl. Mt. oder sonst angesprochen, sollen sy anzeigen, das es uns leyd und wir sollich ungehorsame nit gern sehen, derhalben auch den eintzigen pas, so wir haben, nämlich unser rinbruck [= *Rheinbrücke*], versehen und nyemants doselbst uberzuziehen gestatten, derglichen unsern knechten verboten, nyemants zuzuziehen. Die uffwiger, so wir die in unser statt oder oberkheyte erfahren, zu thurm gelegt und schweren lassen, nyemants zu furdern, auch selb nit zu ziehen, unser burger und underthanen, so hinweg gezogen und wider khommen, gefenglich annemen lassen und zu lybeygen gemacht, den frömbden in unser statt iren pfennig zu zeren nit gestatten wollen, sonder sy hinweg gewisen und es noch also halten. Dadurch wir ye genugsam angezeigt, das es uns nit lieb, sonder zuwidder. Das wir aber die scherpfen der mandaten mit straff am leben und nachschickung der weyb und kinder nit furgenommen, ist der ursach geschehen, das das land Elsass, darin wir und unser burger ir beste narung haben, Franckrich so nah gelegen, das wir besorgen müssen, wir auch deshalb allerley warnungen [be]khomen, das der konig mit seinem kriegsvolck heraus fallen und das land verderben mocht, wie vor etlichen jaren auch beschehen, welchem vor zu sin [= *zu verhindern*] man zu schwach gewesen.

<sup>d</sup> *Marg.*: Notum: Hierin die instruction gen Coburg oder Schweinfurt [1542 Nov.] zu besehen.

Derhalben von unsern wegen bitten, ein statt Straßburg, als die am ort [= *Grenze, Rand*] der teutschen nation gelegen, hierin entschuldigt zu haben und vor andern weyt gelegenen stenden zu bedencken, wie dan in gleichem fall mit Luthringen, Metz, Hochburgundi und andern anstossenden landen auch gedult getragen und irer mit der execution der mandaten verschont wurt.

Zum funften die muntz und ander gute polickey betreffen, sollen unser gesanten gewalt haben, mit und neben andern der erbern stett gesanten alles helfen furzunämen, was zu nutz und wolfart des Hl. Reichs und teutscher nation dinstlich sein mag.

Zum sechsten, als in nechstem stettabschid [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 204*] vergriffen, das gut sein solt, etlich gemein doctores und secretarien von der stett wegen zu bestellen, die alle stett- und richstäg besuchen helfen etc.: Sollen unsere gesanten gewalt haben, sich in dem mit andern stettgesanten zu vergleichen.

Gleicher gestalt geben wir inen auch gewalt in spennen die von Uberlingen und die witwe von Ulme des gesperrten lipgedings halben betreffen: Was der merteyl under den stetten fur gut ansehen, demselben auch anzuhängen.

Notum: Gedenck, ob die von Nurnberg der 2790 fl. bezalt seyen oder nit.

**79b *Bgm. und Rat von Straßburg: Instruktion für die Gesandten zu Verhandlungen mit den Schmalkaldischen Bundesständen – actum (Straßburg), 1542 Dez. 11***

*A* *Straßburg AM, AA 501, fol. 161r–177v (Kop.); AS fol. 161r:* Instruction in sachen der verstentnus uff den tag gen Nurnbergk, 14. Decembris anno 42 angefangen und anno 43 usgangen. Item der abschid desselben tags. *ÜS fol. 162r:* Instruction auf unser maister und rats zu Straßburg gesandte, so auf yetzkunftigen reichstag den 14. Decembris gein Nueremberg geordnet, wes sie ausserhalb gemainer reichssachen bey den stenden unserer christlichen verstendtnus etc. handeln sollen.

*B* *Straßburg AM, AA 501, fol. 140r–160r (Konz. v.d.Hd. Michel Hans); AS fol. 140r wie ÜS in A.*

*Druck: O. WINCKELMANN, Politische Correspondenz, Bd. 3, Nr. 327, S. 340<sup>1</sup>.*

Erstlich die yetz beschehene gemeine recusation in prophansachen belangendt:

Bedencken wir, das vil weger [= *besser*] und disen stenden nutzlicher, es were die gemaine recusation noch zur zeyt underlassen und uf unsern und unsers

<sup>1</sup> *Die von Winckelmann zum Teil im Volltext, zum Teil als Regest abgedruckten Teile der Instruktion, die sich auf Interna des Schmalkaldische Bundes (Abrechnung des braunschweigischen Feldzugs von 1542) beziehen, werden hier nur cursorisch erwähnt, während die im reichsständischen Kontext relevanten Fragen (Rekusation des RKG, künftiges Vorgehen im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel, Türkenhilfe, Konflikt Esslingens mit dem Hg. von Württemberg) im Volltext ediert werden. Siehe auch Nr. 79a, Anm. 3.*

advocaten ratschlag, den unsere gesandten zu Schweinfurt [1542 Nov.] mit sich gehabt haben, mit fuglichen exceptionen und andern ordenlichen wegen die sach ufgehalten worden, biß dieselbig und was deren anhangt baß bedacht hett werden mogen. Dweyl es aber uber der unsern vilfeltigs anhalten nit beschehen, sonder mit der recusation furtgefahren, so sollen unsere gesandten zu Nuernberg bey gemainen ainigungsverwandten vleissig sollicitieren und dahin arbeiten, das furderlich davon geredt, geradtschlagt und geschlossen werde, wie und wo diese steendt zuvorderst under sich selbs recht geben und nemen sollen und wollen; item, wie sie denjhenigen, so ab inen sambt oder sonders vermainen zu clagen haben und diser ainigung nit verwandt seyen, zu recht werden oder wihin sie sich des erbieten, und wann diese stendt samenthaft oder etliche in sonderhait ab andern, so nit in der verain weren, zu clagen haben, wo und wie sie dieselben furfordern oder zu recht pringen wollen.

Und sehe uns bey dem fur nutz und gut an, das bey der röm. ksl. Mt. oder irer Mt. commissarien, auch der kgl. Mt. und den andern steenden des Reichs aufs vleissigst und ernstlichs angesucht und dahin gehandelt wurde, das camergericht vermog der ksl. Mt. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] und der kgl. Mt. und ksl. Mt. commissarien urkhund [RTA JR Bd. XII, Nr. 148], nachmals und ufs furderlichst ymmer sein mochte, zu visitiern und reformiern, ob villeicht dardurch sollich chamergericht hinfuro disen stenden und meniglichem etwas gleichmessiger und leidenlicher were dann bißher und man also obgemelter weg nit bedorfte, sonder bey ordenlichem gericht plibe.

Und sollen aber unsere gesandten ires thails, sovil moglich, auch dahin furdern helfen, das die sachen, den braunschweigischen krieg belangendt, diser zeit nit zu rechtlichem, sonder anderm fuglichen und disen steenden leidenlichem ußtrag gericht werden.

*Abrechnung der Kosten des braunschweigischen Feldzugs: Die gesamte Beute des Feldzugs (Silber, Kleider, Geschütze, Munition, Lebensmitteln etc.) soll als Einnahme verrechnet und unter die Verbündeten verteilt werden.* Wiewol die expedition oder defension gegen Hg. Hainrichen nit so gar nach dem buchstaben der verfassung und nottel der verstendtnus und gegenwehr furgenommen und angefangen, so haben doch die steendt und stett sich in dem von iren chur- und fstl. Gnn., auch den beschwerdten stetten Goslar und Braunschweig nit sondern wollen, sonder sich in dises werckh mit eingelassen. *Kritik Straßburgs an den hohen Ausgaben der Bundeshauptleute Sachsen und Hessen, die beide am Feldzug teilnahmen. Manche Ausgaben gehören nicht zu den Kriegskosten, und seien daher nicht von den Bundesständen zu bezahlen, sondern aus den Einkünften des eroberten Herzogtums zu bestreiten. Zwei Doppelmonate der Bundesanlage müssten zur Deckung der Kriegskosten reichen.*

Widererstattung des kriegs kosten: Ob es sich dann uf disem reichstag zu tragen, das durch baide, röm. ksl. und kgl. Mtt., deren commissarien, gemaine oder etliche sondere steendt des Reichs Hg. Heinrichs oder seiner kinder halb underhandlung furgenommen und von steenden unsers thails gestattet wurde,



so sollen sich die Gesandten gemäß der Schweinfurter Instruktion (1542 Nov.) verhalten und in allweg die sachen dahin richten helfen, so das landt hinweg gegeben werden wolte, es were uf underhandlung oder sonst, das gemaine verstandtnus des ufgewendten costens, sovil immer moglich, widerumb vernuegt [= entschädigt] und bezalt werde. Im fall auch, so gleichwol sollich landt lenger in gemainer verstandtnus handen und gewalt pleiben solt, will dannoch vonnodten sein, dahin ze trachten, wie die steendt dises beschwerlichen costens und darlegens in etwas widerumben vernuegt werden mochten. Darumben sollen auch unsere gesandten, so von disen dingen gehandelt wurde, glimpfige anmanung thun, ob und wie mit der zeyt durch landtschatzung oder andere mogliche weg zu zimblicher widerlegung der außgaben ze khomen sein wolte, damit man nit fur und fur außgeben und nichtz dagegen emphahen thadte. [...].

*Türkenhilfe: Die Gesandten sollen sich an der Schweinfurter Instruktion orientieren.* Also das die protestierenden, oder ufs wenigst dise verainigte stendt, derhalben zusammen und fur ainen man standen, doch soverr die churfursten, fursten und graven dises thails in der erbern frey- und reichsstetten beschwerden der anlagen und hilf halben mit denselben zustymmen und nit wie andere wider sie, die stett, sein wollen. Wo nit, so sollen die stett ir selbs gelegenheit und nodtturft hierinnen bedencken, auch unsere gesandten sich in dem zu inen, den stetten, halten und mit inen sodann auch in sonderheit von unser selbs wegen diser sachen halb handeln, wie in der instruction, so inen gemeiner reichstagsgeschäften halb von uns gegeben [Nr. 79a], begriffen und inen bevollen ist.

*Alle anderen vom Schweinfurter Bundestag auf den Nürnberger Reichstag verschobenen Artikel sind gemäß der Schweinfurter Instruktion zu behandeln.*

Esslingen belangendt: Als wir hievor unsern freunden von Esslingen auf ir rathpitten nit gewißt ze radten, das sie den vertrag, zwuschen unserm gnedigen herrn, Hg. Ulrichen zu Wurtemberg etc., und inen gehandelt, annemen, sonder das sie denselben mit fugen abschreiben und dann auf kunftigem reichstag bey gemainer verstandtnus ire beschwerden furbringen sollen etc.: Ob sie dann also ir sach furtragen, rath und hilf pitten und begeren wurden, so bedencken wir, dieweyl auf beschehene recusation des chamergerichtz vonnodten sein wolle, auf ain ander gleichmessig und außtraglich gericht und recht under den vereinigten stenden zu gedencken, so man sich dann desselben vergleichen wurde, das ernstlichs vleisses auch dahin ze handeln sein solt, das diese sach fur denselben richter gewisen und aufs furderlichst zu end gefuert werden sollte. Und im vhall, so diser weg nit gefunden oder erhebt werden mochte, das gemaine steendt aines andern richters und außtrags halben zwuschen Wurtemberg und Esslingen handeln solten. In dem allem sich unsere gesandten von unsern wegen irer beschaidenheit und sonderlich denen von Esslingen zu gutem wol ze halten und neben andern stenden inen ze radten wissen werden. An dem sie auch moglichs vleis nit sparen solten.



### III. Protokolle

*Für den Reichstag 1543 ist kein Kurfürstenratsprotokoll überliefert. Der Verlust des Votenprotokolls der Mainzer Erzkanzlei<sup>1</sup> erschwert Rückschlüsse auf das Abstimmungsverhalten der kurfürstlichen Gesandten, welches nur indirekt aus den Korrespondenzen erschlossen werden kann.*

*Ähnliches gilt für den Fürstenrat, von dessen Sitzungen ebenfalls kein Votenprotokoll erhalten ist. Den besten Eindruck von den Beratungen im Reichs- und im Fürstenrat vermitteln die Protokollnotizen des Bf. von Hildesheim, Dr. Valentin von Teteleben, der während des ganzen Reichstags persönlich in Nürnberg anwesend war (Nr. 80), und das Berichtsprotokoll der pfalz-neuburgischen Gesandten (Nr. 82). Im Berichtsprotokoll der Gesandten des Bf. von Würzburg (Nr. 81) wird der Verlauf des Reichstags kursorisch geschildert und kurze Hinweise zum Inhalt der Verhandlungen gegeben. Die württembergischen Gesandten verfassten sowohl von den Versammlungen der Reichsstände (Nr. 84a) als auch von jenen der Schmalkaldischen Bundesstände ein Protokoll (Nr. 84b). Der Beauftragte Hg. Albrechts von Preußen, Ahasver von Brandt, schilderte seine Mission in Nürnberg, die vor allem der Aufhebung der preußischen Acht diente (Nr. 83).*

*Am ausführlichsten führten die Gesandten der evangelischen Reichsstädte Protokoll: Vom Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb sind drei Protokolle (Nr. 86a–c) und eine Schlussrelation (Nr. 401) erhalten. Die Nürnberger Gesandten zeichneten die Verhandlungen des Städterates auf (Nr. 89a) und hielten in den Ratsbüchern die Beschlüsse von Bgm. und Rat von Nürnberg in Bezug auf den Reichstag und dessen Organisation fest (Nr. 89b). Reichsstädte wie Esslingen (Nr. 85), Goslar (Nr. 87) und Heilbronn (Nr. 88) berichteten nicht nur über die allgemeinen Verhandlungen im Rahmen des Reichstags, sondern auch über ihre speziellen Anliegen an die Reichsstände. Einen nach Ende des Reichstags erstellten Überblick über die Verhandlungen in Nürnberg aus Sicht der Reichsstädte bietet die Städteregeistratur (Nr. 89).*

---

<sup>1</sup> In der Mainzer Erzkanzlei (Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 20v) findet sich in einer Aktennotiz ein Hinweis auf ein von Sekretär Udalricus Müller angefertigtes Protokoll; dieses ist jedoch nicht erhalten.

### III.A Geistliche Fürsten

80 *Bf. von Hildesheim*  
*Protokollnotizen des Bf. von Hildesheim, Dr. Valentin von Teteleben,*  
*über die Verhandlungen der Reichsstände – Nürnberg, 1543 Febr. 19 bis*  
*April 23*

Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, (Protokollnotizen v.d.Hd. Tetelebens)<sup>1</sup>.

Die Aufzeichnungen Tetelebens zum Reichstag 1543 entsprechen in ihren Besonderheiten seinen Protokollen zu den Reichstagen 1529<sup>2</sup>, 1530 und 1532. Die Charakteristika seiner Protokollführung wurden von H. Grundmann<sup>3</sup> für den Augsburger Reichstag 1530 und von R. Aulinger<sup>4</sup> für den Regensburger Reichstag 1532 detailliert beschrieben und treffen auch für 1543 zu. Valentin von Teteleben kam bereits Anfang Januar 1543 in Nürnberg an und verließ die Malstatt am Morgen des 23. April 1543 noch vor Verlesung des Reichsabschieds in Richtung des Konzilsort Trient, wobei er seinen Kanzler Dr. Johann Katzmann in Nürnberg zurückließ<sup>5</sup>. Die von ihm während des Reichstags gesammelten Akten und Notizen sind in einem Faszikel vereint, der 882 fol. umfasst und folgende Aufschrift trägt: „Scripturae conventus imperialis Norinbergensis coeptae die ultima mensis Januarii anno etc. 43“. Der Bf. von Hildesheim nahm an zahlreichen Reichsrats- und Fürstensennt-sitzungen teil. Wie für die anderen Reichstage gilt als wahrscheinlich, dass Teteleben nicht während der Sitzungen protokollierte, sondern kurz danach den Inhalt der Beratungen bzw. der verlesenen Aktenstücke mehr oder weniger ausführlich aus dem Gedächtnis zusammenfasste und durch persönliche Beobachtungen ergänzte. Seine Notizen stellen kein zusammenhängendes Protokoll dar, sondern sie werden immer wieder unterbrochen durch die von Sekretärhand in vollem Wortlaut kopierten Aktenstücke des Reichstags, die Teteleben meist mit einer Überschrift bzw. Aufschrift und gelegentlich auch mit Kommentaren versah. Bei der Bindung der Akten zu 1543 scheinen die Aufzeichnungen durcheinander geraten zu sein, denn die chronologisch richtige Abfolge der Berichte und Aktenstücke ist meist nicht gegeben. Wie in den anderen Protokollen Tetelebens fällt die wechselnde Verwendung von Latein und Deutsch auf, die manchmal sogar innerhalb eines Satzes auftritt. Die mundartlichen und

<sup>1</sup> Die Notizen sind über den gesamten Faszikel verteilt; die Folioangaben finden sich beim jeweiligen Tagesdatum des Protokolls.

<sup>2</sup> Teilw. gedr. in: RTA JR Bd. VII, passim.

<sup>3</sup> H. GRUNDMANN, Valentin von Teteleben. Protokoll des Augsburger Reichstags 1530. Der Edition des RT-Protokolls von 1530 geht eine Kurzbiographie Tetelebens mit besonderer Berücksichtigung seines Wirkens auf den Reichstagen voran (S. 9–45), verbunden mit einer Beschreibung seines Aktennachlasses und der formalen und sprachlichen Besonderheiten seiner Protokollführung (S. 46–51).

<sup>4</sup> R. Aulinger edierte in RTA JR Bd. X, Nr. 32, S. 303–360, das Protokoll Tetelebens vom Regensburger RT 1532 zur Gänze und charakterisierte in der Einleitung zu RTA JR Bd. X, S. 77–79, die äußere Form und die sprachlichen Eigenheiten des Protokolls.

<sup>5</sup> Siehe den Bericht Dr. Katzmans an Teteleben, Nürnberg, 1543 April 23 (Nr. 338).

*orthographischen Eigenheiten des Protokollanten wurden größtenteils beibehalten: z.B. „sc“ statt „sch“, „de“ statt „die“, „der“ oder „den“, „g“ statt „ch“ im Inlaut („vergleygen“ statt „vergleichen“), Vertauschung von Vokalen („deise“ statt „diese“, „freid“ statt „fried“, „sey“ statt „sie“) etc. In den Fällen, wo sich Tetleben auf ein Aktenresümee ohne persönliche Kommentare beschränkte, findet sich ein Verweis auf die Nummer des Aktenstücks im vorliegenden Band. Im Volltext ediert werden lediglich jene Protokollpassagen, die inhaltliche Informationen enthalten, welche aus anderen Protokollen und Korrespondenzen nicht ersichtlich sind bzw. darüber hinausgehen.*

[674r] Die 3. Februarii anno 43 sein kommen de protestirende stende, churfursten und fursten, graven und stete deiser cristligen auspurgischen confession und derselbigen anhengich vor de catholici chur- und fursten und die ander stende und angezeicht, das se in mangel sten fridens und rechtens, auch ander beswerungen haben, welge se gesteris thages der kgl. Mt. und den ksl. comissarien scriptis angezeicht haben. Und bytten, das deselbigen scrift und anzeichnung de gemeyne stendt des Reichs auch anhoren wolthen und vorlesen lassen, dan an [= ohne] vorsicherung fridens und rechtens und abschaffung anderer irer beswerungen wusten se sich in de beharlig hulffe nicht inzulassen, wie danne auch zu Regenspurg [1541] sub illa conditione und nicht anders de beharlige hulffe bewilligt were.

Daruff de gemeyne stende und verordente der chur- und fursten gesanten und rethe, auch anderer stende gesanten de scrift lesen lassen, und aus denselbigen scriften befunden, das de protestirende klagen, se sein freidloes worden und werden alle thaghe mher in unfride gefurd. *Es folgt eine Kurzfassung der Eingabe der Protestanten zu Friede und Recht (Nr. 152).*

[675v] Notum: Eodem die hath kgl. Mt. und de ksl. commissarien haben den catholicis statibus de itzgemelten scrift de auch vorgehalten, ad consultandum et ad consulendum regem et commissarios caesareae Mtis, quid respondere debent protestantibus super eisdem articulis et scriptis.

Item in forighem nornbergischem reichstaghe [1542] haben kgl. Mt. und de ksl. commissarien midt vorwilligen gemeyner stende denen chur- und fursten zu Sachssen und Hessen zugesagt, daß se wollen vorschaffen eynen stillestandt im camergericht, das dasselbige uff anhalten Hg. Heinrigen zu Brunswig widder deselbigen uff de acht nicht soll fordtfaren und procediren [RTA JR Bd. XIII, Nr. 141], welges doch geschyth. Bytten de gesanten Sachssen und Hessen dies abzuscaffen bey dem camergericht ader se wollen abreytten vom reichstag und werden Sachsen, Hessen und andere der cristligen auspurgischen confession stende ire gesanten und bottschaften alhie abfordern. *Es soll von den altgläubigen Reichsständen über eine Antwort an die Protestanten beraten werden.*

De protestyenden haben begert, Brunswig, Goslar und alle sehe- und hanstede uf disse reichstagh zu geleyttende, se seien mith ader [ohne] dem mittel dem Reich underworfen. Ir verlangen abzuthun sey. Bytt ir kgl. Mt., auch de

ksl. commissarien der stende guthen radth und bedencken, nam sine illorum consilio forfaren non intendit etc.

[677r] *Die von den evangelischen Reichsständen am 3. Febr. 1543 den Altgläubigen im Reichsrat übergebene Supplikation wurde tags zuvor dorch sey der kgl. Mt., auch den ksl. commissarien auch vorgebracht, welges forbringen de kgl. Mt. und ksl. commissarien den stenden der alten religion vorhalten lassen und ires bedenckens radts, was den protestyrenden antwortt zu geben sein solthe, gebeten und begerdt. Daruff de catholici stende sich bedacht und kgl. Mt. und den ksl. comissarien mündtlich angezeycht, was irs bedünckens den protestyrenden antwortt dorch ire Mt. zu geben sein solthe, doch deselbige müntlich antwortt auch schriftlich [Nr. 154] stellen lassen, wie de by der meintzischen cantcye zu finden, doch dorch de stende nicht abgescreyben worden. Quod hic annotari pro memoria: Es folgt die Eingabe der Protestanten zu Friede und Recht (Nr. 152 im Volltext von Sekretärshand, fol. 679r–694r).*

[205r–206r] *Kurzfassung der lateinischen Rede des ksl. Orators Nicolas de Granvelle von 5. Febr. vor Kg. Ferdinand und den Reichsständen (Nr. 197).*

[206r] *Ista fuit conclusio orationis una cum promissa petitione etc. Lecta scriptura subiunxit ista verba illustris et magnificus d[ominus] de Granvella, orator etc: “Audiunt regia M<sup>tas</sup> vestra et ordines imperii mentem et petitionem ac voluntatem caesareae M<sup>tis</sup> et que desideret et cupiet paucis exposita, sed in tractationibus elimatius omnia applicabuntur et satisfaciam et fungar officio meo”. Die Reichsstände erbaten eine Abschrift der Rede Granvellas für weitere Beratungen, was dieser genehmigte.*

[211r] *Die 19. Februarii anno 43 Norinberghe in publico conventu lecta fuit relatio ill<sup>mi</sup> principis marchionis Joachimi electoris expeditionis belli Turcici, in Hungaria priore et proxima estate habitae [Nr. 128]. Et inter legendum annotavi et animadverti infrascripta: Es folgen Hinweise zur Relation Kf. Joachims von Brandenburg über den Türkenzug 1542 (Nr. 128) und über das Winterlager der Truppen in Ungarn (Nr. 134). Folgende weitere Aktenstücke werden im Reichsrat verlesen: Erwiderung der Gesandten Kgn. Marias von Ungarn auf die Supplikation der Vrentzen Erben (Nr. 302a); Supplikation Johann Hilchens, Feldmarschall im Türkenzug 1542 (fehlt); nochmalige Verlesung der Supplikation Wolf Dietrichs von Pfirdt (Nr. 127)<sup>6</sup>.*

*Am 20. Febr. 1543 Werbung der Gesandten der niederösterreichischen Erblande und der Grafschaft Görz um eine wirkungsvolle Türkenhilfe der Reichsstände (Nr. 99b).*

[168r–169r] *Am 28. Febr. 1543 Bericht des Mainzer Kanzlers im Reichsrat über den Erhalt eines Schreibens des franz. Königs an die Reichsstände, das von einem Schweizer Boten aus Solothurn überbracht wurde. Die Reichsstände beschlossen, das ungeöffnete Schreiben Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren zuzustellen. Es folgt eine Kurzfassung des Schreibens (Nr. 198). Am 1. April schickte der franz. König*

<sup>6</sup> Die erstmalige Verlesung erfolgte am 12. Febr. 1543.

ein weiteres Schreiben an die Reichsstände durch einen Boten aus Solothurn. Die Reichsstände nahmen das Schreiben nicht an<sup>7</sup>.

[176r–177v] ÜS: Regis Romanorum et cesareae Mt<sup>is</sup> commissariorum responsum ad diluendas calumnias contentas in litteris regis Francorum ad status imperii scriptis.

Die 7.<sup>8</sup> Martii anno 43 dieta imperiali Norinberge cancellarius Moguntinus aperuit statibus omnibus simul congregatis et dixit, quod regia Mt<sup>as</sup> et commissarii imperiales et orator caesaris Granvella vidissent et legissent litteras regis Gallorum ad status imperii missas (Nr. 198). *Um die lügenhaften Anschuldigungen des franz. Königs gegen das Haus Habsburg zu widerlegen, wird eine im Namen der ksl. Kommissare verfasste Entgegnung auf das Schreiben Franz' I. vor den Reichsständen verlesen (Nr. 199). Auch die der Entgegnung beiliegenden Aktenstücke, die als Beweis der Argumentation gegen den Kg. von Frankreich dienen, (Beilagen 1–7 zu Nr. 199) werden verlesen.*

Eodem die 7.<sup>9</sup> Marcii anno 43 post prandium cancellarius Mt<sup>is</sup> proposuit statibus: *Verlesung verschiedener Kundschafterberichte und Neuer Zeitungen über den Vormarsch der Türken in Ungarn (Nr. 135). Ultimo legit litteras Elvetiorum 13 cantonum und orther, datas tzu Baden, ad status imperii decretas: Es folgt eine Kurzfassung von Nr. 104a.*

[177v] Am 8.<sup>10</sup> März ließen der ksl. Kommissar Johann von Naves und der kgl. Vizekanzler Dr. Gienger im Reichsrat den Reichsständen weitere Nachrichten vom Herannahen der Türken verlesen.

[779r] Die 10. mensis Martii anno 43 hat de kgl. Mt. dem mentzischen cantzler und dem außscoess der stende catholicorum bevolen, denselbigen sten-

<sup>7</sup> Der Mainzer Kanzler berichtete den Reichsständen in der Reichsversammlung des 5. April über den Erhalt eines Schreibens des franz. Königs. Siehe dazu das Württemberger Protokoll zum 5. April: Nr. 84a, fol. 15v–16r. Die Nichtannahme des Schreibens des franz. Königs durch die Reichsstände war ein von Nicolas de Granvelle gelenkter taktischer Schachzug, wie Granvelle Kgn. Maria am 4. April 1543 aus Nürnberg berichtete: Le roy de France a renvoyé icy une autre lettre par ung messagier de Suyse pour respondre à ce que je proposay quant je vins [Nr. 197]. Et ay joué si bien le rolle qu'elle a esté ouverte et puis reserrée sans que l'on s'en soit apperceu et en ay eu copie. En somme ce ne sont que meschantes et malheureuses parolles générales [...]. Et espère conduyre que lesd. lettres se renvoyeront sans que les estatz les voyent et qu'ilz respondront qu'ilz ne veulent recevoir ny veoir lettres de l'ennemy de l'empereur. Et encoires procureray je que, s'il est possible, lesd. estatz escripvent aux Suisses que leurs messagiers ne leur apportent plus telles lettres. [...]. In: Wien HHStA, Belgien PA 36/2, fol. 497r–501v, hier fol. 499r (Ausf. z. T. chiff. u. dechiff.).

<sup>8</sup> Irrtümliche Datierung Tetlebens auf 7. statt auf 6. März 1543. In den anderen Protokollen (siehe vor allem das pfalz-neuburgische Protokoll Nr. 82) Datierung auf 6. März.

<sup>9</sup> Irrtümliche Datierung Tetlebens, es handelt sich um den 6. März 1543.

<sup>10</sup> Irrtümliche Datierung Tetlebens; es handelt sich um den 7. März 1543.

den dero catholischen anzuzeigen, das ire kgl. Mt. und de ksl. commissarien weyther gehandelt mith den protestyrenden stenden, und, was sie gehandelt in scriften, inen, dem ußschoes, zugesteldt, den stenden zu vorlesen und auch abzuscreyben.

Und darneben eur kgl. Mt. mundtlich angezeicht, das se uber solche scriftliche antwordt, den protestyrenden gegeben, sich mith inen nith weytther inlassen wolle, und hette inen mundtlich antwordt [*Nr. 163*] geben, das se entlich wolthe vorharren uff letsthgegebener gesryben antwordt [*Nr. 160*], dann se will sich mith den protestyrenden nicht weitter ader fherer inlassen, dann ire kgl. Mt. habe des von der röm. ksl. Mt. keynen befeligh noch auch irer ksl. Mt. commissarien.

Dergleygen hetten de protestyrende stende auch angezeicht, das se wolten bleyben by irer letsthen scriftligen gegebenen antwordt [*Nr. 162*] und wolten ader kunthen auch nicht weytter schreytten, dann si hetten von iren gnedigsten und gnedigen hern und obern auch kein anders und weitters in bevelichs. Und also hetten sich de sachen zu beytten teylen entlich zugetragen und entslossen.

Und daruff de kgl. Mt. begertdt und gebetten, nachdem in den artikeln, in der protestyrenden supplication begriffen, nichts weitters zu handeln, das de gehorsame und catholici stende nu nicht lengher vorziehen wolten in der heubtsache de turkenhulf, besonder das se diselbige vor de handt nemen wolten und irer züsaghe nach, lestlich ire[r] kgl. Mt. beschen, handeln und sich darinne, wie de bewilligte zu Speir turkenhulfe ins werck gebracht muhte werden, entlich und forderlich entslossen.

[780r] *ÜS*: Conclusio des artikell des bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens.

Die 12. Martii anno 43 sein de ksl. commissarien, der Bf. von Auspurg, Pfgf. Friderich und Johan Naves, coram omnibus statibus erschynen und von wegen de röm. kgl. Mt., auch der ksl. Mt. allen stenden angezeicht, das nhu anher fill zeit vorflussen, in der heubsache, darumb disser reichstagk ausgescryben, nicht gehandelt zu grosser beswerungen de[s] gantzen Reichs, ksl. Mt. und der ganzer christenheit. Derhalben wer der kgl. Mt. begher und irer, de commissarien, fruntlich bytten, nicht weitter mith der sache zu verziehen, besonder das sich de stende alle zusamenthun wolten und de heubtsache vor de handt nemen zu bedencken, berattlagen und zu entslossen. Des wirdt de kgl. Mt. in gutem nicht vergessen.

Daruff de catholici stende nach bedacht antwordt geben, das an inen bysher de handel nicht gemangelt, und weren willigh, zum handel zu griffen, hoc est zur turkenhulf, darvon zu reden und zu slissen uff beger der kgl. Mt. und der ksl. commissarien begher.

De protestyrende stende Saxen, Hessen und ire anhenger, de stende der christligen auspurgiscen confession, geben de antwordt, das de kgl. Mt. hette gehoret, auch de ksl. commissarien, das ire chur- und fursten und obern begheren eynen bestendigen fride und gleichmessig recht im Hl. Reich; an das



konthe und muchte man zu stadtliger hulf nicht kommen jegen den Turken, danne keyner worde sich seynes folks entblossen, den feindt ußwendig slahen und inwendigh nachteil und scaden und vorlust seyner wollfardt gewertich sein. Wenn de praeparatoria der turkenhulfe, nemlich bestendiger fride und glichmessig recht, gemacht, alsedann konte man zur heubthsache komen, sunst nicht. Nu wer nicht an inen gestanden de verhundernusse, besonder an der kgl. Mt. und ksl. commissarien, das man zum fride und rechten nicht hette kommen mugen.

[780v] Und wiewoll fill scrifte ergangen hyn und widder unther der kgl. Mt. und de ksl. commissarien eins- und den stenden der auspurgischen religion und confession anderteils, szo wer doch das eyne sache, der man nycht konte zukomen dorch scrifte. Hetten darumb gebetten, de kgl. Mt. und se, de ksl. commissarien, wolten aus beyderseits stenden eynen außscoess in gleycher zall von vertreuweten und gudhertzigen personen verorden, von dem bestendigen fride und gleichmessigem recht zu handeln. Szo wolten se verhoffen, der sache mucht abgeholfen werden und muchten zu vergleychung der beyden artikeln kommen. Und se hofften, das wirde auch den andern stenden nicht zuwider sein.

Daruff de commissarien inen geantworteth, se hetten in de ksl. absceyd eynen bestendigen fride, auch ordenungen, wie man solthe das ksl. camergericht visitiren, und wer inen domit woll gehulffen. Wer ane noett, weitther von anderm bestendigen friden oder gleichmessigen rechten zu handeln, wie se danne inen auch hybevor in scriften gegeben und angezeichnet. Darby lyssen sy es auch nachmals bleyben.

Daruff de protestyrende widder replicirt und abermals gebetten, das man den außschoes wolthe daruff verordenen, wie se gebetten; woe nicht, so konthen se sich nicht in de turkenhulfe inlassen zu handeln. Wan aber de verglychen, wolten se sich alsedann in der hulfe neben andern stenden aller gebur halten von wegen irer hern und obern. Solthe es aber nit beschen und daruber, das Gott verhuten wolthe, im Hl. Reich weitter unruw, scaden und nachteill erfolgen werde, des wolten se sich entschuldigen und haben, das das ire sculdt nicht were aber [= oder] ire vorursachunghe. Und konthe[n] nicht weitter handeln uff die hulfe, dann se hetten des keynen befell von iren hern und obern, [781r] ehe und zuvorn de beyde artikell des bestendigen friden und gleichmessigs rechten entleddigt.

Daruff de ksl. commissarien letst geanthwordt, se hetten auch von de kgl. Mt., auch ksl. Mt., keynen andern befelich, dann se gehoret, und konten und muchten nicht weitter screyten in den artikeln des friden und rechten, dann hybevor beschen. Darby liessen sey es bleyben, wusten auch keynen weittern auschoes derhalben zu verorden.

Daruff widderumb de protestyrenden geanthwurdt, se hetten auch keynen weittern befelich, dan gehoret, und konthe[n] sich nicht weitter an befelich irer

hern und obern inlassen, und bytten, sich entschuldich zu haben und zu halten. Darby ist es bliben und de ksl. commissarien abgetretten und weghangen.

[787r–790r] *ÜS*: Responsum datum statibus catholicis a protestantibus qui petebant ab eis, ut vellent se iungere eis in consiliis publicis et in commune agere et consultare de bello Turcico praestando regi propter quod principaliter hoc conventus est susceptus. Et est tale: *Es folgt eine Kurzfassung der Antwort des kursächsischen Kanzlers Dr. Melchior von Ossa von 12. März im Namen der Protestanten an die altgläubigen Reichsstände mit einem Exkurs zum Problem von Friede und Recht vom Wormser Reichstag 1521 bis zum Speyerer Reichstag 1542. Ohne vorherige Erledigung der umstrittenen Artikel seien die Protestanten zu Verhandlungen über die Türkenhilfe nicht bereit.* Derhalben solen sey, de beyde artikel fride und recht, gebessert und zu vorgleygungen gebracht werden und de visitacio und reformatio des camergerichts wirklich beschen. Und das vor allen dingen de personen des camergerichts abgeschafft werden und darnach de visitacion beschege, denn das jetzige Personal des Kammergerichts sei den evangelischen Ständen suspekt.

[789v] Wan das beschen und disse tzwe artikel friden und rechten entleddigt und vorgleygen, dann woll[en] se, de protestyrende stende, sich in gemeynen radt [790r] und tzu den gemeynen stenden niddersitzen und von der heubtsache der turckenhulfe auch reden, ratten und beschlissen. An das haben se von ire chur- und fursten und obern keynen befelch, sich in eyniche turckenhulfe intzulassen.

Szi wollen auch sich nyddersetzen zu gemeynen stenden und sich der beyden artikeln friden und rechten underreden und deren beyden puncten vorgleygen, welges se den stenden uff ire an se gethane byth, ermanunghe und erinnerunghe nicht wolten vorhalten. Und hetten de protestyrende stende aldoe enthjegen [= anwesend] und ire gesanthen und bodtschaften im, Dr. Melchior Ossa, sachssischem cantcler, das also zu reden bevolen und anzuzeigen.

*Kommentar Tetelebens zur Rede Dr. Ossas: Alle von Ossa angeführten Bedingungen für eine Teilnahme der Protestanten an den Verhandlungen über die Türkenhilfe sind bereits in der am 9. März übergebenen Schrift der evangelischen Stände (Nr. 162) enthalten.*

[432rv] Die 12. Marcii anno 43 in publico conventu Norinbergense propositus [= Propst] Flathen et alii nuncii ducis Clivensis habuerunt audientiam. *Übergabe einer Gegendarstellung der jülichischen Räte (Nr. 204) zum Vortrag der burgundischen Gesandten von 1543 Jan. 31 (Nr. 202) Zusätzlich wurden von den jülichischen Gesandten drei weitere Eingaben betr. die Folgen des Krieges gegen Burgund im Reichsrat übergeben (Nr. 205a–c).* Disse drey klage sein gelesen worden vor den stenden. Über das haben di jülichen gesanten und retthe auch übergeben ires fursten entschuldungen, so jüngst alher uff dem reichstage anno 42 übergeben und ingebracht [RTA JR Bd. XIII, Nr. 122], den stenden zu haben, dy diselbigen entschuldungen vor nicht gehabt haben. Non fuit lecta coram statibus.

*Übergabe der „Defensio“ Hg. Wilhelms von Jülich zur Begründung seiner Rechte auf Geldern (Nr. 204, Beilage 1). Et illa defensio debuit publicata fuisse in dieta Spirensi praeterita, wozu es 1542 nicht kam. Non fuit lecta coram statibus. Es folgt die Verlesung der Speyerer Erklärung der Reichsstände von 1542 zur Einbeziehung Hg. Wilhelms von Jülich in den Friedstand (RTA JR Bd. XII, Nr. 274c).*

Eodem die nuntius episcopi Monasteriensis etiam fecit legi excusationem suam in scriptis [Nr. 206], quod dominus suus episcopus non fecisset foedus cum rege Frantie nec aliquo hoste seu adverso caesareae M<sup>tis</sup>, et quod litterae Serantti, oratoris regis Frantie apud Clivensem, in hoc non essent verae. *Verlesung eines Schreibens von Kgn. Maria an den Bf. von Münster vom 16. Nov. 1542, das seiner Entlastung dienen soll (Nr. 206, Beilage).*

[783r] Die 15. Marcii ex commissione regiae M<sup>tis</sup> et commissariorum imperialium proposuit cancellarius Moguntinus statibus catholicis, etiam electorum nuntiis et aliis, quod regia M<sup>tas</sup> et commissarii etc. lyssen sich aus angezogen und erzelten ursachen gefallen, das de usschoes von denen stenden des Reichs zu beyden teilen nicht geordenth, besonder underwegen bleybe.

Und hetten weitter euer kgl. Mt. und de commissarien angezeicht, das nachdem de stende de handelungen und scrifte, so hin und widder von irer kgl. Mt. und den commissarien mith den protestyrenden gehandelt und beschen, inen, den stenden, gefallen lissen, des hetten ire kgl. Mt. und di commissarien ein besonders wollgefallen, dann an derselbigen handelungen und scriften lissen sich di protestyrenden auch benugen und settigen.

Nachdem aber etlige stende derselbigen catholicorum sich hören lyssen, das se in solche gehabte handelungen und scrifte nicht gewilliget, auch de nicht angenehme haben wolten, das macht de protestyrende stende hardt und tzwiffelichtig. Und sunsten wolten sich deselbigen protestyrende stende an der kgl. Mt. und der commissarien gehalten und geflegten handelungen und scriften begnügen haben lassen und domith zufrieden gewest sein.

Derhalben were irer kgl. Mt. begerdt und der commissarien bytth, das dysse stende deselbigen scrifte und handelungen, so se sich hybevor hetten gefallen lassen, aüsdruglich also annemen und bewilligen wolten. Und nachdem der suspension halben der religion- und prophansachen, so bisher anhengig gemacht, lauth der handelungen mith den protestyrenden geflegen, dem ksl. camergericht solthe geschriben werden von irer Mt., so begherte ire kgl. Mt., das de stende auch mith und neben irer kgl. Mt. und de ksl. commissarien an das camergericht screiben wollten. Dann an dasselbige camergericht zu screyben vermoghe der handelungen mith den protestyrenden gehabt vor sich selbst und alleyne, de kgl. Mt. und de commissarien ane de stende, muchte nicht vorfenglich sein. Und were den protestyrenden stende[n] der süspension halben nicht gehulffen ane der stende screiben und bewilligen.

[783v] Es hath auch angezeicht der H. von Madrutz in der fursten radt, woe sich in werender suspension sache[n] zutrüghen kunftichlich tzwischen

den protestyrenden und catholicis, so wolte ire Mt. commissarien verorden und geben und weghe suchen, domith de sache vorthragen und zu ende gebracht [...].

[784r–786r] *Protokoll Tetelebens von den Beratungen der altgläubigen Fürsten am 15. und 16. März 1543: Die zwischen Kg. Ferdinand und den Protestanten Anfang März gewechselten Schriften über die Visitation und Reformation des Reichskammergerichts auf Basis der ksl. Deklaration von Regensburg (RTA JR Bd. XI, Nr. 949) werden nicht anerkannt*<sup>11</sup>.

[786r] Die 16. Martii anno 43 ist beslossen per omnes status catholicos: 1. Quod scripture und de handelungen, von kgl. Mt. und den ksl. commissarien gehandelt, usdrucklich und expresse angenommen werden, sofill der mith irem wissen, willen und radt verhandelt, hoc est bys uff de repliken der protestyrenden stende [Nr. 157], welge nicht bewilligt oder angenommen. Von den stenden besonder geraten, de kgl. Mt. und commissarien sollen uff erst gegebener antwordt [Nr. 155] verharren und bleyben, so in scriften mit radt der catholicorum [Nr. 154] den protestyrenden übergeben. Und soll nicht weither gewilligt werden, sonder dasselbige soll dorch den mentsischen canceler also prothocollirth werden und uffgezeichnet, domith konftlichlich nicht gesagt mochte werden per protestantes status, man hette tacite vel expresse in de angezogen declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] bewilligt und von dem augsburgischen absceydt [1530] abgewichen und den fallen lassen. Aber de folgende scrifte, so kgl. Mt. gehandelt mith den protestyrenden, duplica [Nr. 158] sy et replica [Nr. 159] und irer Mt. erluttherunghe [Nr. 160], das se inne sagen, de visitation und reformation des camergerichts soll vorgenommen werden und beschen vermoghe der ksl. Mt. declaration, den protestyrenden geben, soll man ghar nicht annemen noch bewilligen, nec expresse nec tacite, dann de catholici wollen ex recessu Augustensi nicht gehen, sonder den in vigore behalten, und das das cammergericht soll visitirt werden nach vermoghe der reichsabsceyden und nicht nach der declaration der protestyrenden.

2. Suspensio processuum in iudicio camere pendentium in religion- und andern sachen praesentium et futurorum soll beschen usque ad 4 menses [...] <sup>12</sup>.

[786v] *Votum circa promissa electorum principum* betreffen di ksl. declaration: Wissen de churfursten nicht von derselbigen declaration, wollen sich derhalben nicht weither inlassen, solange se derselbigen declaration von der ksl. Mt. [nicht] bericht empfangen und berichtet werden; von welger declaration der ksl. Mt. orator, der Granvella, auch nichts wissen will, und man hetth se nicht angenommen und will de auch noch nicht annemen noch bewilligen.

<sup>11</sup> Siehe fol. 821rv weitere Notizen Tetelebens zu den Beratungen der altgläubigen Stände über die Modalitäten der Visitation des RKG.

<sup>12</sup> Siehe dazu ausführlich das pfalz-neuburgische Protokoll zum 16. März (Nr. 82, fol. 16v–17r).

[592r] 17. März: Bericht über den Vortrag der jülichischen Gesandten vor den Reichsständen: Nr. 208.

[592v] 19. März: Abermalige Audienz der jülichischen Gesandten vor den Reichsständen; die Jülicher wollen wissen, welche Unterstützung sie von Seiten des Reiches bei der Regelung des Konflikts mit Burgund erwarten können. Klage der jülichischen Räte über Kgn. Maria und die Burgundischen wegen Behinderung der Rheinschiffahrt und die daraus entstehenden Probleme der Verproviantierung der jülich-klevischen Territorien.

[301r] ÜS: Praeludia zu beradtslagung der turkenhulfe.

Die 19. Martii anno 43 dominus de Madrutz quatuor [!] pericula allegavit propter que esset festinandum ad expeditionem Thurcicam in Ungaria hoc anno faciendam.

Primo ne Ungari adhuc catholici et regi fideles desperati a nobis deficerent, nam hoc esset perdere Germaniam totam, si illi de auxilio desperati deficerent ad Thurcas.

Secundo ne milites positi in praesidiis usque Ungariam hyeme praeterita recederent ab illis oppidis, in quibus essent praesidiis locati, nam si Thurca veniret, illi soli non sufficerent ad resistendum et esset aditus Thurcarum ad illas munitiones.

*Drittens ist für eine gute Befestigung der Festung Stuhlweissenburg zu sorgen, ohne deren Eroberung die Türken nicht ohne weiteres vorrücken können.*

Quarto ut trajectus Danubii et flumen ipsum Danubii et fortalicia in littora Danubii posita non devenirent ad manus Turcarum, nam sine illo flumine non posset faciliter ascendere ad Germanos. *Für den Transport der militärischen Ausrüstung und der Truppen ist die Donau für die Türken von großer Wichtigkeit.*

*Fünftens ist darauf zu achten, dass die Türken Mähren und Österreich nicht einnehmen, denn diese beiden fruchtbaren Länder sind für die Verproviantierung des christlichen Heeres und die Sicherheit Deutschlands nötig.*

[301v] Eadem die Dr. Eck dixit de tribus consultandum articulis qui venirent ad consultationem subsidii Thurcici hoc anno prestandi:

Et primo von eynem beharligen friedt und wie der im Reich solthe dorch ksl. und kgl. Mtt. gehandthabeth werden contra in obstantes.

Secundo an hoc anno solum deberet tractari de auxilio Thurcico ad defendendam Ungariam et Austriam et ad praesidia illic locanda, desuper que etiam hoc anno nihil amplius fieri forte posset propter brevitatem temporis ex quo Thurca iam est in presenti expeditione et nos tam cito non poterimus nos preparare cum exercitu.

Tertio an pleno et potenti exercitu esset occurrendum hoc anno Thurcae et cum illo pugnandum et an imperium de hoc exercitu tam potenti hoc anno prestando consultare posset aut deberet.

Istum resolutum posset tractari de subsidio Thurcico hoc anno prestando et qualiter, quomodo et pro quanto illud prestari posset aut deberet.

[807r–808v] *Verhandlungen zwischen alt- und neugläubigen Ständen im Reichsrat am 29. März 1543*<sup>13</sup>.

[792r] ÜS: Acta alia in fine Martii regis Romanorum et commissariorum imperialium cum protestantibus statibus habita fridt und recht betreffen.

De kgl. Mt. und ksl. commissarien haben abermals der absonderungen und trennunghe halben mith den protestyrenden gehandelt, aber nicht[s] by inen erhalthen mügen. *Sie werden sich weiter um eine Einigung bemühen.* Aber de protestyrenden bemelten stende haben de beswerunghe, am meisten das man in visitatione et reformatione iudicii camere nicht halten wolthe ire declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949], so sy von der ksl. Mt. erhalten. Woe aber de catholici stende ire declaration halten wolten, so werden se auch herzuher kommen. Aber de kgl. Mt. will nicht dringen de gehorsame stend und catholicos, das se de declaration annemen sollen umb der ursache willen, wie von inen gehoreth und ire Mt. fill mall angezeigt sein.

Ir kgl. Mt. und de ksl. commissarien haben aber darffhor, woe disse gemeyne stende sich bewilligen wolten und nachgeben, das in den absceydt disses reichstages mochte gesetzt werden, woe sich in der visitacion und reformation irrungen zutrugen und entsthen wurden derselbigen visitacion halben, das de ksl. Mt. macht haben solthe, besceydt darinne zu geben und in denselbigen ordenungen geben mochten zu eynem, zum andern, das disse stende der catholiken wolten sich mundtlich horen lassen, das se, sofill dey ksl. declaration betreffen, se denselbigen puncth irer ksl. Mt. heimstellen wolten, welher sich auch in dem vall also ein christeliger keyser halten wurde. Das daruff de protestyrenden stende sich in der turkenhulfe zü handeln, zu beradtslagen und zu slissen inlassen würden. Und daruff ire Mt. und de ksl. commissarien der stende bedencken gebetten und begerdt, daruff se sich entslissen wolten. Szo haben sich de stende deruff bedacht und dermassen der kgl. Mt. und ksl. commissarien antwurdt inbracht, wie folgedt:

Szofill betrifft, das de ksl. Mt. macht haben sollten, woe in der visitacion und reformation des camergerichts irrunghe forfallen wurde, das ire Mt. macht haben solten, darinne besceydt zu geben, moghen disse catholici stende woll lyden, danne se wissen, das der absceydt zu Regenspurg derhalben [792v] irer Mt. de declaration zu thun forbehalten hath, und derhalben wolten de stende disses puncth halben ire[r] Mt. denselbigen hier heimstellen. *Da der Kaiser der oberste Herr über das Kammergericht ist, obliege ihm die Entscheidung, in welcher Form die Visitation durchzuführen sei.* Darumb umb friedliebens willen und zu verhuten trennunghe, mochten se auch lyden, das der artikel also in den absceydt gesetzt werde.

Aber sofill den ander artikel und de declaration betreffe, das de stende deselbigen auch solten heimstellen der ksl. Mt., das hetten de stende hybevor

<sup>13</sup> Siehe dazu den Bericht des pommerschen Gesandten Jakob von Zitzewitz zu den Verhandlungen vom 29. und 30. März 1543 (Nr. 193).

auch antwurdt [*dar*]uff geben, sofill de declaration betrifft: Nemlich das se, di stende, sich der declaration nicht annemen wolten und das se von keyner declaration wissen, so den protestyrenden solthe zu Regensborg gegeben sein, hetten de auch nihe erhaldden und in autentica forma gesehen und hetten de gesanten botschaften derhalben betreffen de declaration keynen befelich, konthen sich derhalben auch nicht inlassen. Es hetten ire hern auch nicht wissen mugen, des der stridt der declaration alhie forfallen solthe; were im absceydt negstgehaltenen [*Reichstags*] nicht begriffen. Derhalben hetten ire hern se daruff auch nicht abfertiget oder befelich geben, sonder se wolten de hocheit der ksl. Mt. nicht disputirn, sonder wolten diselbigen declaration nicht approbiren noch improbiren, confirmirn noch informirn, besonder wolten deselbige in irem werdt und unwerdt beleyben lassen und sich derhalben in nichtz inlassen. Besonder de stende wolten den landtfride und gemachten fryde zu Regenspurgh halten und, was zu handthabungen desselbigen dynen wollten, gherne helfen handeln und der ksl. Mt., auch den ksl. commissarien dieselbigen handthabungen des frides haymgestellt haben. Und haben de stende in effectu dissen artikel, de declaration betreffen, der ksl. Mt. nicht heimstellen wollen, dan se hetten kaynen befelich von iren hern.

[793r] ÜS: Acta per regem et commissarios cesariae Mtis cum dominis protestantibus die 4. Aprilis relata statibus.

De kgl. Mt. und ksl. commissarien hetten nach begher der stende der catholicorum mith den protestyrenden gehandelt, das se zu inen komen und im articulo der turkenhulffen mith inen fordtfharen und inen etligen artikel vorgehalten [*Nr. 170*]. Daruff de protestyrenden anthwordt inbracht: *Es folgt eine inhaltliche Zusammenfassung der Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten vom 4. April 1543 (Nr. 171).*

[794r] Disse artikel haben de stende catholicorum beradtslagt und sich entschlossen, das se deselbigen nicht wollen noch können bewilligen. Wollen auch, das deselbigen in kunftigen absceyds disses reichstages nicht gestellt werden, quia nec expresse nec tacite volunt consentire in declarationem injustam protestantium statuum [*Nr 172*]. *Warnung vor der Gefahr weiterer Zugeständnisse an die evangelischen Stände in Fragen der Rekusation des Kammergerichts und der Religion.*

Praeterea approbare illos articulos esset aperire fenestram quod omnes subditi catholicorum deficerent ad protestantes. *Mahnungen zur Härte gegenüber den protestantischen Forderungen.*

[628r–631r] *Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen dem Hg. von Jülich-Kleve und Kgn. Maria von Ungarn, 1543 Jan. bis April*<sup>14</sup>.

<sup>14</sup> Siehe Kap. VI.B.

81 *Bf. von Würzburg*  
*Berichtsprotokoll der Gesandten Bf. Konrads von Würzburg über die*  
*Reise nach Nürnberg und die Verhandlungen am Reichstag – 1542 Dez.*  
*26 bis April 26*

Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 1r–16v<sup>1</sup> (Berichtsprotok. mit marg. Inhaltsangaben).

Das Protokoll deckt die gesamte Dauer des Reichstags ab und berichtet u.a. über die Reise der Gesandten von Würzburg nach Nürnberg und wieder zurück. Der Verlauf des Reichstags wird an Hand der Versammlungen des Reichsrates und der dort vorgelegten und verhandelten Aktenstücke in groben Zügen nachgezeichnet. Zeremonielle Begebenheiten, wie der Einzug Kg. Ferdinands mit seinen beiden Söhnen in Nürnberg am 17. Jan. 1543, die Eröffnung des Reichstags am 31. Jan. oder das Begräbnis des in Nürnberg verstorbenen Reichstagskommissars Bf. Christoph von Augsburg am 19. April, werden eindrucksvoll geschildert.

[2r] Die durch den Reichsabschied von 26. Aug. 1542 für 14. Nov. 1542 in Nürnberg vorgesehene Reichsversammlung wurde durch Kg. Ferdinand um einen Monat prorogiert (Nr. 3). Bf. Konrad von Würzburg fertigte zu diesem Reichstag den Domherrn Martin von Ussickheim, Hofmeister Heinrich Truchsess von Wetzhausen und Kanzler Dr. Georg Farner als seine Gesandten ab (Nr. 52a).

[2v] Dinstags Steffani, den 26. Decembris anno etc. 43<sup>2</sup>, seint obgenannte unsers gnedigen herren von Wirtzburgs etc. rethe, nemlich H. Mertin von Ussigkheim, thumbher etc., mit 4 pferden, der hoffmeister mit 6, cantzler mit 2, Philips Zoller von Rottenstein mit 2 und zweien einspennigen, cammerschreiber Pauls Marstaller, so den reichstage hinaus kuchenmaister gewesen, mit 1 und Haintz, pott, mit 1 pferde, auch einem verdeckten cammerwegelin, darauf Michel Maier, canzleiverwanter, gefaren, von Wirtzburg auß dits tags biß gein closter Schwartzach gezogen.

Mittwochen, den 27. Decembris, zohen die rethe mit sovil obgemelten pferden und gesinde von Schwartzach auß bis gein Hoestett an die Aysch, aber Philips Zoller, so zu Schwartzach mit seinem pferde gefallen, ist dahindten pliben.

Donnerstags, den 28. Decembris, [3r] von Hoestett auß seindt die rethe zu Nurmberg nachmittag umb ein hore mit all irem gesindt in Ebracher hoffe, am Vischbach bei St. Lorentzen gelegen, eingezogen.

Freytags, den 29. Decembris, haben unsers gnedigen herren von Wirtzburgs etc. rethe den gewaldt [Nr. 52a] durch iren canzleiverwanten<sup>3</sup> dem maintzischen secretario uberantworten und sich hiemit anzeigen lassen fol. 3<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Es handelt sich um eine extra Foliiierung innerhalb des Faszikels.

<sup>2</sup> Weihnachtsstil, d.h. der Jahresbeginn ist jeweils der 25. Dez. Es handelt sich hier also um den 26. Dez. 1542.

<sup>3</sup> Michel Maier.

<sup>4</sup> Im Folgenden werden alle Hinweise auf die Foliiierung der Akten innerhalb der Wzbg. RTA-Überlieferung stillschweigend weggelassen.



Sampstags darnach, den 30. Decembris, schickten die rethe etliche pferde wyderumb aus Nurmberg gein Wirtzburg anheims. Und behielt H. Martin von Ussigkheim, thumbher etc., 3 pferde, einen knecht und knaben, hoffmaister 1 pferdt, einen knecht und ainen balbierer; cantzler ein pferdt und knaben, einen reittenden potten, einen khuchenmaister, Pauls Marstaller, cammerschreiber, und einen cantzleischreiber. Ditz tags ist unserm gnedigen herren von Wirtzburg etc. das erst schreiben auß Nurmberg bei Michel Schleenriettlein, beypotten, überschickt worden.

*1. bis 16. Jan. 1543: Beschreibung der ein- und ausgehenden Korrespondenzen der würzburgischen Räte.*

[4r] Dits tags [16. Jan.] seint etlich aus röm. kgl. Mt. hoffgesindt mit wegen und anderm allhie ankommen.

Mittwochen nach Marcelli, den 17. Januarij, ist die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, sampt zweien jungen fursten und herren, ir Mt. sonen Maximiliano und Ferdinando, ongevarlich mit 100 gerusten pferden, halb schutzen und spiesser, mit rotten und gelben feindlein an spiessen alhie zu Nurmberg abents umb 6 hore herlich mit trommetern und hörpaucken frölich eingeritten.

Und seind erstlichs irer kgl. Mt. vorgezogen die nurmbergische soldner und darnach irer Mt. schutzen, reutter und das hoffgesindt, deßgleichen etlicher fursten und herren bottschaften und gesanten; nach denselbigen der hörbauer und die trumetter mit guldin fannen und schwartzen adlern darinnen. Darnach volgendten die obgenannte zwen junge herren mit irem hoffgesinde, uff die des Hl. Röm. Reichs erbmarschalck von Bappenheim, fueret das bloß schwerdt allernechst vor der röm. kgl. Mt. Ir kgl. Mt. ritten auf einem weyßen zeltner<sup>5</sup> in ainem schwartzen samet, hernach ritten die spiesser mit liechten helmlin und armzeug, fuerten an [4v] spiessen gelb und rotte fendlein, wie obgemelt. Weiters zohen [!] hernach die herren von Nurmberg mit irem zeug, biß in 40 pferden, so zuvor irer kgl. Mt. gegengeritten und die im waldt vor Nurmberg am Endtenbach empfangen hetten; belaittetten ir Mt. biß auf die vest<sup>6</sup>.

H. Mertin von Ussickhaim, thumbherr etc., und Dr. Georg Farner, cantzler, wirtzburgische rethe und gesante, haben auch auf die kgl. Mt. gewartet und gegengezogen, dan hoffmaister war an seinen bainen schwach.

<sup>5</sup> *Pferd mit einer speziellen Gangart, welches beide Füße derselben Seite zugleich hebt.*

<sup>6</sup> *Kf. Johann Friedrich von Sachsen bemerkte in einem Schreiben an seine Gesandten zu den Berichten über den Einzug des Königs in der Reichstagsstadt, Torgau, 1543 Jan. 30: [...] Erstlich kgl. Mt. ankunft und einzug zu Nurmberg, welcher uns gleichwol auch mit solcher pompen wider die vorige gewonheit zu vernehmen etwas frembde gewest. Wier gedencken, ob es vielleicht ire Mt. der sohne halben getann, dieweil es derselben erster einzug ins Reich und uff ein reichstag gewest. Zweiveln aber nit, es werde sich ausweisen, was die meynung sey. [...]. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 222r–228v, hier fol. 222r (Ausf.).*

Als bald nun die kgl. Mt. in die veste komen, haben die herren von Nurnberg ir Mt. durch drey personen des raths mit einem wagen suißten [= süßen] getrancks und zweien wägen weins, auch vyer wägen mit habern, alle mit rottem tuch und nurnbergischen wappen verdeckt, verehren und schencken lassen<sup>7</sup>.

Donnerstags, den 18. Januarij, hat Heinrich Truchseß, hoffmayster, H. Giengern Dr. und kgl. Mt. vicecantzlern, ain schreiben, von unserm gnedigen herren von Wirtzburg etc. an die röm. kgl. Mt. außgangen, die entschuldigung seiner Gn. nit personlichen erscheinung halber belangendt [*Nr. 14*] etc., behendigt und ine, Gienger [*5r*] obgenant, umb seiner oft gehapter muhe von unsers gnedigen herren von Wirtzburgs etc. wegen mit 60 fl. an goldt verehret.

Sampstags, den 20. Januarij, ist vorgedachter Hainrich Truchseß, hoffmaister, zu der röm. kgl. Mt. auf die veste gangen und ir Mt. sachen halber etc. selbs personlich angesprochen<sup>8</sup>. Vormittag kam ein beibot, Henlein genant, von unserm gnedigen herren von Wirtzburg etc. mit ainer schrift<sup>9</sup> und dem bambergischen außschreiben, den khraißtage belangendt, wie dan bei der khraißhandlung<sup>10</sup> sollichs alles registriert.

Sontags, den 21. Januarij, haben die rethe Michel Henffler [= *Henffling*], silberpotten, mit ethlichen schriften, nemlich was der hoffmaister bei kgl. Mt. außgericht und uff dem khraißtage allhie zu Nurnberg beschlossen worden, auch einer maintzischen und straßburgischen, beder chur- und fursten, schriften zu unserm gnedigen herren von Wirtzburg etc. abgefertigt. Dits tags ist ein schrift aus der röm. kgl. Mt. cantzlei, an unsern gnedigen herren von Wirtzburg etc. gehorig, darinn ir Mt. hochgenanten unsern gnedigen herren hieher gein

<sup>7</sup> *Zu den Kosten dieser Willkommensgeschenke der Stadt Nürnberg für Kg. Ferdinand siehe Nr. 39a–b.*

<sup>8</sup> *Der würzburgische Hofmeister Heinrich Truchsess berichtete am 20. Jan. 1543 an Bf. Konrad von Würzburg über den Inhalt des Gesprächs mit dem König, dass dieser die Entschuldigung wegen Fernbleibens des Bischofs vom RT nur bedingt angenommen habe, das ir Mt. euer fstl. Gn. entschuldigung ungeferlich bis uff Petri [1543 Febr. 22] oder acht tag darnach, soferre anderst die andern chur- und fursten, so mittlerweile ankomen, umb euer fstl. Gn. erscheynung nit anhalten wurden, zufriden sein und pleiben. Wollten aber darnach sich euer Gn. personlich erscheinens versehen. [...] In: Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 433r–435r, hier fol. 434r (Kop.).*

<sup>9</sup> *Die von den Gesandten im Protokoll mehrfach erwähnten Weisungen Bf. Konrads während des RT (insgesamt 11) sind in den einschlägigen Wzbg. RTA-Beständen nicht erhalten. Zu den 14 von den Räten angeführten Berichten an Bf. Konrad siehe die Korrespondenzliste (Nr. 403).*

<sup>10</sup> *Die fränkischen Kreisstände traten am 19. und 20. Jan. 1543 unter Leitung des bambergischen Kanzlers Dr. Matthias Reuter in Nürnberg zusammen. Es kam jedoch zu keinem schriftlichen Kreisabschied, sondern nur zur Anhörung und Abschrift der vom fränkischen Kriegsrat Gf. Georg Ernst von Henneberg vorgelegten Abschlussrechnung über den Türkenzug 1542. Als Termin und Ort für den nächsten Kreistag wurde der 20. Febr. 1543 in Nürnberg festgelegt: siehe Nr. 115.*

Nurmberg auf den reichstage persönlich erfordern [*Nr. 25*] etc., den rethen zukomen. [*5v*] Deßgleichen noch ein schrift von Ewalden, secretarien, auß Trient durch der Welser factorn den rethen uberantwort worden.

Montags, den 22. Januarij, ist Jorg Tuncher, nurmbergischer beibot, mit der dritten schriefft sampt der instruction etc. von Aschach widerumb komen. Dits tags ist auch bepstlicher Hlt. pottschaft, Iheronimus Verallus, episcopus Casertanus, nunctius apostolicus, alhie ankomen und „Zum Montschein“ am Vischbach eingezogen.

Dinstags, den 23. Januarij, haben die rethe obgenanten Jorgen Tuncher mit der 4. schriefft sampt kgl. Mt. außschreiben und Ebaldi [*!*] brieven [*aus Trient*] zu unserm gnedigen herren gein Aschach abgefertigt. Heut zu abents ist ankomen der duchlechtig, hochgeborn furst und her, H. Friderich Pfgf. bei Rhein und Hg. in Bayrn, ongevarlich mit 40 pferden.

Donnerstags, den 25. Januarij, schickt unser gnediger her von Wirtzburg etc. den rethen gein Nurmberg noch zwen wägen mit wein. Dits tags seindt die zwen junge herren, Maximilianus und Ferdinandus, allhie ongevarlich mit 16 schlitten umbgefahren.

[*6r*] Freitags, den 26. Januarij, nachmittag umb 3 hore ist der röm. ksl. Mt. bottschaft, orator und rathe, H. Niclas Perenot, H. zu Granvelle etc., mit 50 pferden hie zu Nurmberg eingeritten; ine haben auch der kgl. Mt. hoffgesinde mit 100 und die herren von Nurmberg mit 40 pferden ongeverlich in die statt belaittet. Die herren von Nurmberg haben auch gedachten H. von Granvelle etc. dits abents mit zweyen lageln [= *Fäißchen*] rainfals<sup>11</sup> und zweien schafften visch, einem wagen mit wein und ainem wagen haberns verehret.

Sampstags, den 27. Januarij, hat H. Johann von Naves etc., röm. ksl. Mt. vicecantzler und zu disem reichstage verordenter commissari, den wirtzburgischen hoffmaister beschickt und sprach mit ime gehalten.

Montags, den 29. Januarij, ist des Hl. Röm. Reichs erbmarschalck Wolff von Bappenheim zu den reichsstenden und derselbigen bottschaften und gesanten umbher gangen, inen zum [*6v*] ersten mall angesagt, auf nechsten Mittwoch, den 31. Januarij, bei der röm. kgl. Mt. auf der veste umb 7 hore frue vormittag zu erscheinen. Dits tags ist ein gepact brieff von Ewalden, w[*ürzburgischem*] secretarien, aus Trient den rethen zukomen.

Mittwochen, den letzten [*31.*] Januarij, uff vorbeschehen des Reichs erbmarschalcks ansagung, wie gemelt, seindt der Kff., Ff. und gemeiner stende bottschaften, rätthe und gesanten (doch ausserhalb der protestirenden, dan inen zum ampt der hl. meß nit angesagt worden) bey der röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten herren, auf der veste frue umb siben hore erschinen und daselbst mit ir Mt. in die cappellen<sup>12</sup> gangen. Die kgl. Mt. ist sampt iren zweien jungen sönen und herren und den zweien ksl. commissarien, Hg. Friderichen Pfgf. bei

<sup>11</sup> *Rheinfall: Bezeichnung einer Weinsorte.*

<sup>12</sup> *Doppelkapelle der Nürnberger Burg.*

Rhein etc. und H. Johann von Naves zu Messantz etc., obenauf in der cappellen, aber der stende bottschaften und gesanten, als von wegen der Kff. Maintz, Pfaltz, Brandenburg, seindt unten in der cappellen auf der rechten und dan der Bf. von Hildeshaim persönlich, darnach bambergisch etc., wirtzburgisch etc. gesanten auf der lincken seiten, wie preuchlich, gestanden.

[7r] Nachdem sich nun jederman gestellt, ist das hohe ampt, welchs der kgl. Mt. elemosinarius<sup>13</sup> sampt zweien ministris gehalten, solemniter angefangen, figurirt mit orglen und also volendet worden.

Nach volnprachten ampter ist die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien und den kfl., auch andern bottschaften und gesanten rethen und irem hoffgesinde (des ir Mt. ain gutte anzall von treffenlichen leuthen alda gehapt) der grossen khelte halber zu fues von der veste hinab uff das rathhauß gegangen, darauf dan der protestirenden stende bottschaften und gesanten zuvor gewesen und irer Mt. gewarten.

Volgendts, als nun welche nit gewalt hetten oder zum reichsrathe nit verordnet etc., abzutretten und still zu sein durch den erbmarschalck, so mit dem plosen schwert vor der kgl. Mt. gestanden, außgerufen worden, hat die röm. kgl. Mt., die in irem zuberaitten kgl. stul gesessen, durch irer Mt. vicecantzlern, Dr. Georgien Giengern, ain cleine vorrede thun und volgendts den Neuner, irer Mt. secretarien, die propositionschrift [Nr. 43] lesen lassen. Und nach verlesener proposition ist ir kgl. Mt. widerumb aufgestanden und sampt den ksl. commissarien und dem hoffgesinde widerumb zu fueß auf die veste [7v] gangen. Aber der Kff., Ff. und der andern stende bottschaften, rethe und gesanten seindt im rathe ongevarlich noch ein stundt lang sitzen pliben und darnach auch aufgestanden.

Nachmittag umb ein hore ist die röm. kgl. Mt., gleicher gestalt wie vormittag beschehen, widerumb auf dem rathhauß erschienen und der Kgn. Marien etc., regentin in Niederlanden, bottschaften schriftlich credentz [Nr. 45, Anm. 1] und lange werbung [Nr. 202] und furtrege neben den ksl. commissarien, auch der andern reichsstende bottschaften und gesanten angehoret. Und hat solliche audientz von ein hore ane biß zu funf horen gein abents geweret. Mittlerweil ist auch die kgl. proposition [Nr. 43] abzuschreiben verlesen worden. Michel Henffler, silberpott, kam dits tags mit der vierten schrift von Wirtzburg etc. oder Aschach.

Donnerstag, den ersten Februarij, ist der Kgn. Marien etc., regentin in Niederlanden, werbung und furtrag [Nr. 202] zu schreiben verlesen worden.

Freitags Purificationis Marie, den 2. Februarij, haben die rethe Haintz, potten, mit der funften schriefft und der kgl. proposition [Nr. 43] zu [8r] unserm gnedigen herren von Wirtzburg etc. gein Aschach geschickt.

<sup>13</sup> *Kgl. Almosenier: Hofamt.*

Sampstags, den 3. Februarij, ist der protestirenden lange supplication [Nr. 152] im reichsrathe vormittag und dan nachmittag umb ein hore abzuschreiben verlesen worden.

Montags, den 5. Februarij, hat die röm. kgl. Mt. samt den ksl. commissarien und der reichsstende bottschaften und gesandten der röm. ksl. Mt. generaloratorn, H. Niclasen Perenot, H. zu Granvelle, audientz geben. Und ist solcher furtrage latine [Nr. 197] im reichsrathe, auch volgends nachmittag umb 1 hore zu schreiben verlesen worden.

Donnerstag nach Cinerum, den 8. Februarij, haben die rethe Micheln Henfflern, silberpotten, mit der 6. schrift und der Kgn. Marien [Nr. 202], deßgleichen H. Granvells [Nr. 197] furtregen und der protestirenden supplication [Nr. 152] zu unserm gnedigen herren von Wirtzburg etc. abgefertiget.

Freytags, den 9. Februarij, [8v] nachmittag umb 1 hore ist der protestirenden supplication halber rath gehalten worden.

Sambstags, den 10. Februarij, ist den rethen ein gebundt oder packetbrieff von Ewalden, secretarien, auß Trient, die furter unserm gnedigen herren von Wirtzburg etc. zuzuschicken, alhie durch der Welser factor zukomen.

Sontags Invocavit, den 11. Februarij, ist Cuntz Heß, silberpott, mit der funften schrift von unserm gnedigen herren von Wirtzburg alhie ankomen.

Montags, den 12. Februarij, hat man vormittag rath gehalten und nachmittag H. Wolffen Dieterichs von Pfirdt supplication [Nr. 127] zu schreiben verlesen. Dits tags haben die rethe der kgl. Mt. secretarien Neuner auß bevelhe unsers gnedigen herren von Wirtzburg etc. mit funf aimer franckenweins verehret.

Dinstags, den 13. Februarij, ist H. Mertin von Ussickhaim, thumbher etc., in seinen gescheften gein Wirtzburg verritten. Nachmittag wurde raeth gehalten.

[9r] Mittwochen, den 14. Februarij, ist rath vormittag gehalten worden und ein außschutz zu der kgl. Mt. auf die vest verordnet worden. Haintz Truchses, hoffmaister, hat von wegen unsers gnedigen herren von Wirtzburgs etc. den H. von Naves etc., ksl. Mt. vicecantzlern, mit 70 fl. an golt verehret. Nachmittag ist ain packget von Ewalden, secretarien, auß Trient auf kgl. Mt. post und dan ain brieff vom Gumpenberger auß Rom, durch den wellserischen factorn an unsern gnedigen herren von Wirtzburg gestanden, den rethen zukomen.

Donnerstags, den 15. Februarij, haben die rethe Cuntz Hessen, silberpotten, mit der 7. schriefft sampt den nechst oberzelten brieven zu unserm gnedigen herren von Wirtzburg abgefertiget. Vormittag hat Balthasar von Rechenberg sein lehen von den rethen allhie empfangen.

Freitags, Sampstag, Sonntag [16. bis 18. Febr.] ist kein rath gehalten worden, dan die kgl. Mt. und die ksl. commissarien haben mit den protestirenden stenden gehandelt und inen auch ein schriftliche [9v] antwort [Nr. 155] auf ir supplication gegeben.

Montags nach Reminiscere, den 19. Februarij, hat man vor- und nachmittag rath gehalten. Es sein auch nachmittag der niderosterreichischen landen credentz und instruction [Nr. 99a-b], auch der Hungern scripta [Nr. 98a] im

reichsrathe sampt des Kf. Mgf. Joachim, obersten vheldthauptmans, allerlei und vil schriften [Nr. 128] verlesen worden.

Dinstags, den 20. Februarij, ist vor- und nachmittag rath gehalten worden. Alsbaldt der Kgn. Marien etc., regentin in Niderlandt, bericht auf der Vrentzen erben supplication wider die statt Mastrich [Nr. 302a] verlesen. Dits tags sein der obbemelten niderosterreichischen lender [Nr. 99a–b], auch der Hungern credentschriften und instruction [Nr. 98a] sampt des Kf. Mgf. Joachims, obersten vheldthauptmans, schriften [Nr. 128] zu schreiben verlesen worden.

Donnerstags, den 22. Februarij, ist vormittag in sachen der Vrentzen erben und die statt Mastrich belangendt rath gehalten worden. Und auf den abent kam Pauls Stoffel, beipot, mit der 6. schrift von unserm gnedigen herren von Wirtzburg.

[10r] Freitags, den 23. Februarij, ist der Kgn. Marien etc. bericht, wie obbemelt, auf der Vrentzen supplication wider die statt Mastrich etc. [Nr. 302a] zu schreiben verlesen worden.

Montags nach Oculi, den 26. Februarij, ist der protestirenden replica [Nr. 157], so sie der kgl. Mt. und den ksl. commissarien bevor ubergeben, den catholischen stenden nachmittag zu hoff auf der veste zugestellt und behendigt worden<sup>14</sup>.

<sup>14</sup> *Die würzburgischen Räte gaben in einem Schreiben an Bf. Konrad von 1543* Mittwoch nach Oculi (Febr. 28) *ihrer Befürchtung Ausdruck, dass es zu keiner Einigung mit den Protestanten kommen würde:* Euern Gn. fuegen wir zu wissen, das sich die sachen mit den protestirenden so beschwerlich zutragen, das wir besorgen, es werde tzu disen maln der eingefallen stritt halber zwuschen innen und uns kein vergleichung getröffen werden und darauf volgen, das sie sich mit uns in beratschlagung der reichshaupthandlungen, als die turckenhilf und anders betreffen, nit einlassen werden. Dan wiewol inen die kgl. Mt. und ksl. comissarii mit der gehoramen stende rath und vorwissen uff ir erst gethan ansuchen – ausserhalb Hg. Hainrichs von Braunschweigs handlung, die man ir Mt. und den comissariis nach irem gefallen und gutbeduncken zu uberantworten heimgestellt – widerumb in schriften geantwort [Nr. 155] [...], so wollen sie doch daran gar kein setigung, sonder in die leng uff Montag nach Oculi [1543 Febr. 26] widerumb in schriften [Nr. 157] replicirt und stracks mit weiter beschonung und ausfuring ires furnemens haben wollen, wie sie hivor geben, oder zum wenigsten, das man etliche guthertzige personen aus allen stenden ausschues, die zu vergleichung sollicher sachen und gebrechen handlung pflegen und furnemen, wie wir dan dessen euer fstl. Gn. bei negster bötttschaft auch copei ubersenden wollen. Nun langt uns darneben sovill an, des wir auch gescheen werde nit zweiffeln, das die kgl. Mt. und ksl. comissarii nichtsdesterweniger, wangleich die protestirenden nit wollen, umb weiter hülff wider den Turcken zu laisten bey den gehorsamen stenden ain weg als den andern woll ansuchen und anhalten. Im fall dan solchs geschehe und die vier gehorsamen churfursten (dan von Coln wegen noch niemants vorhanden) sampt den fursten und anderen stenden inhelliglich, oder zum wenigsten der merer theil aus innen, sollichs bewilligten und zusagen wurden, *bitten die Räte um weitere Instruktionen*

Dinstags, den 27. Februarij, vormittag sein im reichsrathe schriften, als des cammergerichts bericht [Nr. 303], Hg. Heinrichs von Braunschweigs [Nr. 247], des Bf. von Hildesheim [Nr. 248] und Bf. von Naumburgs [Nr. 300a–b] und nachmittag der protestirenden replica [Nr. 157] zu schreiben verlesen worden.

Mittwochen, den 28. Februarij, ist der kgl. Mt. und der ksl. commissarien antwort auf der protestirenden supplication [Nr. 155] und des cammergerichts bericht [Nr. 303] zu schreiben dictirt worden. [10v] Dits tags ist H. Mertin von Ussickhaim, thumbher, probst etc., sampt Jacoben Saylern, welchen unser gnediger her von Wirtzburg der cantzlei allhie zu Nurmberg disen werenden reichstage zuverordnet, alhie ankomen. Auch hat man nachmittag im reichsrathe des Frantzhoßen entschuldigung [Nr. 198] verlesen.

Donnerstag, den ersten Martij, ist H. Valentins Bf. zu Hildesheim supplication und clagschrift [Nr. 248] etc. zu schreiben dictirt worden. Vor- und nachmittag hilte man rath. Es haben auch die rethe auf heut die 8. schrift sampt der obereinnemer des frenckischen kreiß rechnung abschide<sup>15</sup> etc., der kgl. Mt. antwort, den protestirenden auf ir supplication gegeben worden etc. sampt andern schriften bei Hansen Seheman, einspennigen, unserm gnedigen herren von Wirtzburg etc. gein Aschach zugeschickt.

Freitags, den 2. Martij, schickten die rethe Haintz Hirn, reittenden potten, mit der 9. schrift zu unserm gnedigen herren gein Aschach. Dits [tags] hielt man rath, auch wardt des Bf. von Naumburgs clagschrift [Nr. 300a–b] zu schreiben verlesen.

[11r] Sampstags, den 3. Martij, ist rath gehalten und Hg. Heinrichs von Braunschweigs etc. supplication und clagschrift [Nr. 247] zu schreiben verlesen worden.

Montags nach Letare, den 5. Martij, nachmittag ist der außschus, so zu anhorung der khriegsleuthe rechnung verordnet, als meintzisch, pfaltzgrevisch, wirtzburgische, baierisch und etlich von wegen der graven und herren, auch der stett bottschaften und gesante etc. zu der röm. kgl. Mt. auf die vest gangen.

Dinstags, den 6. Martij, vor- und nachmittag hielt man rath. Es warden auch etzlich schriften, nemlich ein copei, so der Frantzhoß den Aydgenossen zugeschriben, item ein verretters brieff, so von Nurmberg auß den Frantzosen zukomen etc., item ein „Exemplar Paulini oratoris etc.“ und „Confutatio comissariorum caesareae Mtis ad litteras regis Galliae“<sup>16</sup> zu schreiben verlesen worden.

*ihres Auftraggebers. In: Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 439r–440v, hier fol. 439r (Kop.).*

<sup>15</sup> *Abschied des fränkischen Kreistages mit Abrechnung über die Türkenhilfe 1542, Nürnberg, 1543 am Montag nach vormeltem Sontag Oculi (Febr. 26), in: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, Kreistagsakten 2, fol. 194r–204r; Regest gedr. bei: F. HARTUNG, Geschichte des fränkischen Kreises, Bd. 1, Nr. 66, S. 340–342.*

<sup>16</sup> *Es handelt sich um die Entgegnung Granvelles und der ksl. Kommissare auf das Schreiben des franz. Königs und die entsprechenden Beilagen: Nr. 199, Beilagen 5–7.*

Mittwochen, den 7. Martij, ist vor- und nachmittag rath gehalten und etlich zeittungen, lateinisch zu schreiben, verlesen worden [Nr. 135]. [11v] Es haben auch die rethe dem H. von Granvelle auß bevelhe unsers gnedigen herren von Wirtzburg etc. 6 aimer weins geschenckt.

Donnerstags, freytags, sampstags [8. bis 10. März] hat man rath gehalten. Zu abentz ist Cuntz Ulrich mit der 8. schrift allhie ankomen.

Sonntags Judica, den 11. Martij, ist rath gehalten und etlich schriften, als der kgl. Mt. antwort auf der protestirenden replica [Nr. 158], der protestirenden duplic [Nr. 159], röm. kgl. Mt. antwort daruff [Nr. 160] und dan der protestirenden triplic [Nr. 162] dictirt worden.

Montags, den 12. Martij, haben die rethe Cuntz Hessen mit der 10. schrift und einem sack vol brieven und zeittungen zu unserm gnedigen herren abgefertiget. Es ist auch des Hg. von Gulchs gegenbericht [Nr. 204] auf der Kgn. Marien, regentin im Niderlandt, furträge und clagschriften dits tags im reichsrathe verlesen worden.

Dinstags, den 13. Martij, [12r] ist rath gehalten und des Hg. von Gulchs gegenbericht [Nr. 204 samt Beilagen] und ander vil schriften zu schreiben angefangen und verlesen worden. Disen abents ist Hg. Ludwig von Bayern sampt Hg. Heinrichen von Braunschweig etc. allhie ankomen.

Mittwochen, donnerstags, freitags [14. bis 16. März] rath gehalten. Ist der hoffmeister in seinen gescheften gein Wirtzburg verritten.

Sampstags, den 17.<sup>17</sup> Martij, hielt man rath, auch wurden alsbaldt etlich schriften, die gulchischen handlung belangendt, lathenisch und theutsch verlesen [Nr. 208].

Sonntags Palmarum, den 18. Martij, ist vorgemelte gulchische underhandlung<sup>18</sup> vormittag zu schreiben verlesen und nachmittag rath gehalten worden. Es kam auch Heintz Hirn, reittender pott, mit der 9. schriefft von unserm gnedigen herren etc. Dits tags sein Hg. Ludwig von Baiern und Hg. Heinrich von Braunschweig widerumb hinweg verritten<sup>19</sup>.

[12v] Montag, Dinstag [19. und 20. März] rath gehalten.

Mittwoch, den 21. Martij, haben die rethe Cuntz Ulrichen mit der schrift hinweck zu unserm gnedigen herren von W[irtzburg] abgefertiget. Es ist auch vormittag der Kgn. Marien etc. gesanten gegenbericht [Nr. 210] auf nechst

<sup>17</sup> In der Vorlage irrtümlich: 27. Martij.

<sup>18</sup> Es handelt sich dabei um die parallel zum Reichstag stattfindenden Verhandlungen für einen Waffenstillstand zwischen den burgundischen Gesandten (in Maastricht) und den jülichischen Gesandten (in Aachen) unter Vermittlung der rheinischen Kurfürsten und des Lgf. von Hessen.

<sup>19</sup> Hg. Heinrich von Braunschweig und Hg. Ludwig von Bayern hielten sich vom 13. bis zum 18. März in Nürnberg auf und führten Gespräche mit Kg. Ferdinand, nahmen aber nicht an den Reichstagssitzungen teil. Siehe das Schreiben der württemberg. Räte an Hg. Ulrich, Nürnberg, 1543 März 23. In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 476r–479v, hier fol. 478v (Ausf.).



übergeben clevischen schriften [Nr. 204] im reichsrathe und nachmittag zu schreiben verlesen worden.

Donnerstag, den 22., Sampstag, den 24. Martij, rath gehalten.

Am hl. Ostertag, den 25. Martij, ist der hoffmaister wider von Wirtzburg hie ankomen.

Montag, Dinstag [26. und 27. März] rath gehalten. Verritt der cantzler gein Wirtzburg.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag [28. bis 30. März] rath gehalten. Auch kam den rethen noch ain wagen mit wein von Wirtzburg.

Sampstags, den letztern Martij [31. März], rath gehalten.

[13r] Sonntags, den 1. Aprilis, ist der cantzler widerumb ankomen und wardt rath gehalten.

Montags, den 2. Aprilis, rath gehalten. H. Mertin von Ussickheim verritt gein Wirtzburg.

Dinstag, den 3. Aprilis, schickten die rethe den Pfannenstill mit 12. schrift gein Wirtzburg. Ist auch rath gehalten worden.

Mittwochen, den 4. Aprilis, sein zwo schriften der protestirenden [Nr. 171] und Wolffen Ditterich von Pfindts [Nr. 127] etc. im rathe verlesen worden.

Donnerstag 5., Freitag 6., Sampstag 7., Sonntag 8., Montag 9., Dinstag 10., Mittwoch 11. [April] rath gehalten. Dits tag ist der catholischen stende rathschlag und gutbeduncken, die turckenhilf belangendt [Nr. 94], zu schreiben dictirt worden.

[13v] Donnerstag 12., Freitag 13., Samstag 14. [April] rath gehalten. Haben unsers gnedigen herren von Wirtzburgs etc. rethe Haintz, potten, mit der 13. schrift gein Wirtzburg abgefertiget. Ist H. Mertin von Ussickhaim, thumbher etc., von Wirtzburg wider komen. Dits tag haben die bambergische, wirtzburgische und aystetische gesante rethe des zuzugs und anderst halben im reichsrathe protestirt [Nr. 95].

Sonntags Jubilate, den 15. Aprilis, ist nachmittag der röm. kgl. Mt. und der ksl. commissarien bedencken etlicher artickel halben [Nr. 175] zu schreiben verlesen worden. Frue gegen tage ist der hochwirdig furst und herr, H. Christoff Bf. zu Augspurg, mit todt allhie zu Nurmberg verschiden etc.

Montags, den 16. Aprilis, hat man vormittag des pfennigmeisters Wolfgang Schutzbars etc. relation sein rechnung belangendt [Nr. 125] und dan nachmittach der röm. kgl. Mt. und der [14r] ksl. commissarien ander bedencken [Nr. 176] abzuschreiben verlesen. Wardt auch rath gehalten.

Dinstags, den 17. Aprilis, haben die rethe nach den pferden gein Wirtzburg geschriben, deßgleichen Schmalen, den einspennigen knecht, mit der 14. schriefft gein Aschaw zu unserm gnedigen herren abgefertiget. Es wardt auch rath gehalten.

Mittwochen [18. April] rath gehalten.

Donnstag, den 19. Aprilis, rath gehalten. Vormittag hat man hochgedachten verstorbenen Bf. zu Augspurg mit einer loblichen procession von St. Gilgen

[= *St. Egidien*] closter auß biß fur das Frauenthor belaittet, nemlich trug man vorher 8 spenkertzen, darnach ein creutz, hernach folgten der röm. kgl. Mt. singerey, deßgleichen ir Mt. caplan, volgendts ir Mt. edelknaben bei 16, mit brennenden grossen windtlichtern, darnach das funus, welchs sechs vom adel getragen. Es sein auch des verstorbenen bischofs cammerknaben mit windtlichtern und angehenckten gemallten wappen vor, neben und nach [14v] dem funus gegangen. An der par waren auch wappen, wie geprechlich, angehenckt. Nach dem funus folgt sein hoffgesindt, als in schwartz beclaidt, darnach des Reichs marschalck von Bappenheim, der Bf. von Arras, des H. von Granvells sone, sampt dem H. von Naves, ksl. Mt. vicecantzler etc., auf die folgten der churfursten gesanthe rethe und ein grosse anzahl der reichsstende gesanten und bottschaften, nach denen der kgl. Mt. und des H. von Granvells hoffgesindt, darnach ein rath zu Nurmberg mit vilen ehrlichen, guetten leuthen. Belaittetten also das funus biß fur das genant Frauenthor zum wagen, darauf das gestellt und also hinwegfuert worden.

Freitag, den 20. Aprilis, ist der Kff., Ff. und gemeiner stende botschaften und gesanten bedencken, etliche artickel in abschide zu setzen [Nr. 177], abzuschreiben verlesen worden. Nachmittag wardt der abschiede (doch zur correctur) zu schreiben angefangen und verlesen. Und der protestirenden stende secretarien und schreiber hieß der maintzisch cantzler alle abtreten. Rath gehalten.

[15r] Sampstag, den 21. Aprilis, seint zwo schriften, eine das winterleger in Hungern [Nr. 136], die ander der Kgn. Marien in Niderlandt verantwortung Burgundi und Utrich belangendt [Nr. 106], zu schreiben verlesen worden. Rath gehalten. Dits abents kamen den rethen ire pferd von Wirtzburg.

Sontags Cantate, den 22. Aprilis, rath gehalten.

Montags, den 23. Aprilis, vormittag hielt man rath. Nachmittag ist die röm. kgl. Mt. ongevarlich umb 3 hore von der veste herab ins rathhauß geritten und alda den abschiede [Nr. 404] publiciren lassen. Und als der abschiede verlesen gewesen, wolten die protestirenden ir protestation [Nr. 409] vor ir Mt. abermals, wie zuvor von inen oft beschehen, gethan haben, aber ir Mt. sein aufgestanden und widerumb auf die vest geritten. Dits abents ist ein beschlossene schrift auß kgl. Mt. cantzlei, an unsern gnedigen herren von Wirtzburg gehorig, den rethen zukomen.

Dr. Philips Ayrer thet sein lehenpflicht.

[15v] Notum: Unsers gnedigen herren von Wirtzburgs etc. rethe haben auf disem reichstage Camberg halber zwo supplicationes, eine in der churfursten und die ander in gemeiner reichsstende rathe [Nr. 297a–b], ubergeben. Und von wegen der visitation des ksl. cammergerichts haben sie, die wirtzburgische rethe, gleicher gestalt an die röm. kgl. Mt. und in gedachte bede rethe supplicirt [Nr. 305], auch protestirt, und solche protestation [Nr. 412] dem maintzischen cantzler behendiget.

[16r] Dinstags, den 24. Aprilis, vormittag sein die rethe mit irem gesindt und dem cantzleiwagen zu Nurmberg aufgebrochen und biß gein Hochstett verruckt, da uber nacht bliben. Dits tags ist die röm. kgl. Mt. sampt den zweien jungen herren, iren sonen, auch aufgeprochen und den wege auf Brag in Behaim furgenomen. Die protestirende stende sampt andern seint noch etlich tege zu Nurmberg beliben und zwischen der röm. ksl. Mt. und dem Hg. von Gulch handlung gepflogen. Hanß Megell, reittender pott, kam von Wirtzburg mit der 11. schrift.

Mittwochen, den 25. Aprilis, seint die rethe biß gein Tettelbach verruckt.

Donnerstag, den 26. Aprilis, sein sie mit allem irem gesindt zu Wirtzburg glicklich (Gott sei lob) ankomen.

[16v] Auf solchem reichstage sein unsers gnedigen herren von Wirtzburgs etc. gesante rethe mit dem zu- und abreitten auß gewesen 17 wochen 1 tag.

### III.B Weltliche Fürsten

82 *Pfgrf. Ottheinrich und Philipp von Pfalz-Neuburg  
Berichtsprotokoll der pfalz-neuburgischen Gesandten Gabriel Arnold und  
Georg Ludwig von Seinsheim über den Reichstag – 1543 Febr. 24 bis  
März 23<sup>1</sup>*

*München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 10r–19r (Berichtsprotok. v.d.Hd. Seinsheims).*

[10r] Den 24. Februarij sein chur- und fursten und alle stende der alten religion zusammenkumen. Und ist den pomerischen gesanten ein antwort geben worden, das sy sich unpillich jungsten vernemen lassen, wie ir herschaft in den speyrischen abschidt nit gewilligt hette und darvon protestirt, in bedencken, das es ein lange zeit im Reich herkumen wer, das, was durchs mer beschlossen und verabschidt wur [!], das es pillich darbei plieb<sup>2</sup>.

Hingegen di pomerischen: Die protestirenden stende stunden in handlung mit kgl. Mt. eines bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens halben. So das gieng, wolten sie sich aller gebur vernemen lassen.

Der chur-, fursten und stende rat ist darauf bestanden, das sie sich des waigerns keinswegs versehen hetten, mit bitt, sy solten davon absteen. Wo nit, musten sy der handlung weytter nachgedencken.

Pomerisch besten auf ir antwort, pitten wie for. Chur- und fursten lassen bey irem erinern und antwort pleyben.

Den 26. Februarij nachmittag seyen der kgl. Mt. antwort auf der protestirenden erste suplication [Nr. 155] sambt der protestirenden replic [Nr. 157] gelesen und abzuschreyben befolhen worden.

[10v] Den 27. Februarij frue seyen im rat gelesen worden 4 schriften: Die ein von kamergerichter und beisitzer [Nr. 303], di ander von Hildesheim [Nr. 248],

---

<sup>1</sup> *Rentmeister Gabriel Arnold berichtete bereits am 12. Febr. 1543 an Pfgrf. Ottheinrich über die Vorkommnisse in Nürnberg. In: München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 6r–9v (Ausf.). Die protokollartigen Aufzeichnungen der beiden Gesandten beginnen jedoch erst am 24. Febr., als Georg Ludwig von Seinsheim auch am RT-Ort angekommen war. und enden am 23. März, als Seinsheim offenbar abreiste. Ein weiterer Bericht Gabriel Arnolds an Pfgrf. Ottheinrich stammt vom 26. März 1543 (Nr. 361), danach reiste auch er aus Nürnberg ab. Die pfalz-neuburgischen Gesandten wurden dann durch den pfalz-simmerschen Rat Hans Beuser von Ingelheim ersetzt, der an ihrer Stelle an Pfgrf. Ottheinrich über die Geschehnisse in Nürnberg berichtete (Nr. 362 von 1543 April 7). Als der RAB verlesen wurde (1543 April 23), befand sich Gabriel Arnold wieder in Nürnberg und berichtete Pfgrf. Ottheinrich über das Scheitern der Reichsversammlung: Nr. 404, Anm. 5.*

<sup>2</sup> *Siehe die Berichte des pommerschen Gesandten Jakob von Zitzewitz über die Verhandlungen zwischen den altgläubigen Reichsständen und den pommerschen Gesandten im Reichsrat am 14. und am 24. Febr. 1543: Nr. 186–187.*

di dritt vom erwelten von Naumburg [Nr. 300a], di viert von Hg. Heinrich von Praunschweig wider den churfursten und landgrafen [Nr. 247].

Den letzten [28.] Februarij zu frue hat der meintzisch cantzler anzaigt, wie vor 4 oder 5 tagen ein pott mit einem brief zu im kumen und anzaigt, es sey ein churir auß Franckreich zue seinen hern vorkumen, der ainen schenckl abprochen; darauf sie ime dise brief, deß Reichs cantzler zu uberantworten, geben. Hab in er, cantzler, angesprochen, ob er uf ein antwort zu warten abgefertigt sey. Darauf er sich vernemen lassen, so es in 6 oder 7 tagen geschehen mog, woll er warten, lenger hab er nit befelch. Also hab in er, cantzler, in zweyen tagen wider fur sich beschaiden, aber der nit erschinen noch erscheinen sey er. Der brief steet an Kff., Ff. und stende, seine gutten freunde etc. Bat, wie man sich himit halten solt, zu bedencken. Darauf haben Kff., Ff. und stende sich entschlossen, das solche brief solten zuvor der kgl. Mt., auch den ksl. commissarien und dem ksl. oratori ubergeben werden, ungezweyfelt, sy wurden darnach den stenden anzaigen, was es were, wiewoll die protestirenden lieber gesehen, das zugleich in offenem rath verlesen worden wer, aber sy warn uberstimbt.

[11r] Darnach hat man von der protestirenden replic [Nr. 157] gehandelt und durchs mer beschlossen im furstenrat, das man kgl. Mt. wider anzaigen soll, das es gemeine fursten und stende bei der vorigen kgl. Mt. ubergebenen antwort [Nr. 155] pleyben lassen wollen.

Nach essen ist des Kg. von Franckreichs schrift [Nr. 198] gelesen worden, volgents der kgl. Mt., auch zu ubersehen, zugestellt worden. Darneben H. Conradts von P[emelberg] und eines hauptmans, der Scholl genannt, zwu supplicationen [fehlen] umb ausstandt irer besoldung etc.

Den 1. Marcij hat mein gnediger her, Hg. Fridrich, und der Bf. von Augspurg von kgl. Mt. wegen mit Hg. Hansen gesanten<sup>3</sup> und mir gehandelt und solch weg furgeschlagen, das ein tag mir [= wir], den anderen der sechsich ob sitzen sollten, alternatur, oder das ein sunder panckh zu unser session gegeben wurd und ein teyl umb den andern nach den tagen gefragt wirt. Nos recusavimus. H[g.] F[riedrich] und der bischof wollens kgl. Mt. wider anzaigen.

Eodem die zu frue im rat furgenomen, von der kraisrechnung zu handln. Ist aber in unserm rat nichts anders beschlossen, dann das man di protestirenden zu uns erforder und mit ine beschließ, wie und durch waß weg davon zu handln sey. [11v] Ist nach essen geschehen. Haben uns mit den churfursten verglichen und ein ausschus gemacht, der erfahrung berichten soll, ob di craißeinnemer fertig; in mitl [= Zwischenzeit] H. Conrads und ander kriegsleut suplication ersehen, ir gemut erlernen und ires gutbedunckens relacion den stenden thon. Die churfurstenret von Sachsen wolten nit zum ausschus verordnen, in bedencken,

<sup>3</sup> Die Gesandten von Pfalz-Neuburg und von Pfalz-Simmern waren in einen Sessionsstreit mit den Gesandten Hg. Moritz' von Sachsen verwickelt, in welchem die ksl. Kommissare, Pfgf. Friedrich und der Bf. von Augsburg, vermittelten: siehe Kap. IX, Nr. 294.

das im obersechsischen craiß kein truhe aufgericht worden; sein dahin gewisen worden.

Den andern [März] haben erst di churfursten mit den stenden der catholischen religion beschlossen uber die antwort, kgl. Mt. der protestirenden halb zu geben, so zuvor durch di catholischen stende im furstenrat bedacht [fehlt]<sup>4</sup>.

Den 6. Marcij zu frue hat der meintzisch cantzler in gantzem rat anzaigt, wie im di kgl. Mt. und di ksl. commissari befolhen, Kff., Ff. und stenden anzusaigen: Ir kgl. Mt. sambt den comissarien hetten ir, der stende, ubergeben schrift, vom Franzosen an sy ausgangen [Nr. 198], verlesen und funden darin vil schmach und erdichte wort wider di ksl. Mt. Und wer [12r] bisher der ksl. Mt., auch ir, der kgl. Mt., gemut und mainung nie gewest, auch noch nit, das sie sich mit scheltenworten gegen jemandt einliessen; wo sy aber ie darzu gefodert wurden, wer ir brauch, sich, so sy andere pfeyl im kocher hetten, dieselben herfurzuziehen und sich damit zu verantworten. Und wiewoll ir kgl. Mt. auch dissmall auch mit genugsamen pfeyln verfast, dieselben zu merer not sparn well, so kan doch ir Mt. nit umbgen, sunder den stenden ein schreyben und glaublich fidimus furzulegen, das vom franzosischen in lateinisch sprach treulich gebracht und von N., deß Kg. von Franckreichs potschaft, so er bey dem Turcken hat<sup>5</sup>, dem franzosischen legaten, so zu Venedig ist, zugeschriben [Nr. 199, Beilage 5]. Darauß man den guten willen deß kunigs sehen wer. Ist gelesen worden.

Darneben ließ auch ir Mt. ein schreyben, vom Kg. von Franckreich an di Schweytzer geschehen [Nr. 199, Beilage 6], <sup>a</sup>-darin er sie in kein hilf zu thun waist<sup>a</sup>, sambt einer schriften, so einer von Nurmberg auß an den Kg. von Franckreich verretterischer weiß thon [Nr. 199, Beilage 7], verlesen. Ist auch nach essen abzuschreyben befolhen worden.

Es ist auch das schreiben, so man lang umbzogen hat, vom pabst an keyser deß concili halben [Nr. 199, Beilage 1], deßgleichen deß keyser antwort an pabst [Nr. 199, Beilage 2] und dan wider ein schreyben zu vermanung deß fridens vom pabst an keyser [Nr. 199, Beilage 3] und des keyser[s] antwort [Nr. 199, Beilage 4] [verlesen worden]. Ist alles truckt.

---

<sup>a-a</sup> Marg. nachgetr.

<sup>4</sup> Die Antwort Kg. Ferdinands an die Protestanten wurde am 3. März ausgearbeitet und am 4. März vor den Reichsständen verlesen (siehe Nr. 158).

<sup>5</sup> Polin: eigentlich Antoine Escalin des Aimars, später Baron de la Garde, bekannt als Kapitän Polin. Nachfolger des 1541 ermordeten Antoine de Rincon als franz. Gesandter in Konstantinopel (1541 bis 1547). Bei seinen Verhandlungen an der Hohen Pforte handelte er 1542 im Auftrag des franz. Königs die osmanisch-französische Allianz gegen Habsburg aus. Es folgten mehrfache Kooperationen der französischen Flotte unter dem Befehl Polins mit der osmanischen Flotte unter Barbarossa im Mittelmeer (z.B. Belagerung von Nizza im Aug. 1543). Zur Mission Polins siehe: E. CHARRIÈRE, *Négociations de la France dans le Levant*, Bd. 1 (1515–1547), *passim*.

[12v] Der ksl. orator hat auch ein antwort auf di französisch schriften gestelt und die verlesen lassen [Nr. 199]. Ist alles nach essen abzuschreyben befolhen worden.

Nach essen hat man etliche und vill schreyben, alles zeyttung, das der Turckh mit aller macht – und ehe wan er vor ie gethon – dis jar in Ungern kummen wer [Nr. 135]<sup>6</sup>.

Volgens haben die Aidgenossen ein schreyben [Nr. 104a] überschickt, welches auch gelesen, des inhalt, das sy sich beschwern, das der stift Chur und andere, so sich in ir puntnus ergeben, von dem ksl. viscall am cammergericht beclagt werden.

Letzlich ist ein suplication aus befelh kgl. Mt., den Bf. von Hildesheim belangent [Nr. 248], gelesen worden, darin er sich gegen der kgl. Mt. und den ksl. commissarien beclagt wider Hg. Ernst [!] von Braunschweigs gemahel<sup>7</sup>, als wer im ein frauenkloster von ir dahin gedrungen zu weltlichem habit und einer maß, weß sie sich halten sollen [Nr. 248, Beilage 1] mit einer angehengten nebenschrift, das die von Hildesheim unser hern Jesu Christi pildtnus und anderer heyligen in einem vasnachtspill umtragen, uncristenliche, unerhorte unpill damit getriben.

Uf di zeyttung [Nr. 135] ist erstlich bedacht, das di kgl. Mt. di sachen dahin befunden, das die protestirenden zu anderen stenden sich thun, [13r] damit ufs fuderlichst von einer hilf reden mögen.

Der Aydtgenossen schreyben [Nr. 104a] will man bedencken.

Die hildesheimisch sache: Soll kgl. Mt. und di ksl. commissarien gepetten werden, das sy mit den protestirenden sovill handl, wo di sachen also geschaffen, das di Hgn. von Praunschweig und ir anhang dem pischof sein closter unperturbirt liessen und das die von Hildesheim umb ir verhandlung gestrafft und furan dergleichen zu uben von inen kain furschub oder bewilligung geben wurd.

Den 7. Marcij hat man im chur- und furstenrat sich verglichen, das uf das schreyben, so di kgl. Wd. auß Franckreich an di Aidgenossen gethon [Nr. 199, Beilage 6], verziehen soll, biß man von der turckenhilf beschlossen. So dan (wie ungezweifelt geschehen wurd) bedacht, das den Schweytzern umb hilf geschriben werden soll [Nr. 138], soll darbey meldung geschehen, weß di stendt angelanget het, und das sy unrecht des bericht worden, als wer das neher an sy geschehen ausschreyben durch particular person, die allein dem kunig anhengig, geschehen, den[n] das widerspill wer war, das solch schreyben durch ein gantzen consenß und gutachten aller chur- und fursten zu schreyben befolhen und fur notwendig geacht wer.

<sup>6</sup> Die am 6. und 7. März 1543 im Reichsrat verlesenen „Neuen Zeitungen“ und Kundschafterberichte sollten den Reichsständen das drohende Herannahen des Sultans und seiner Truppen vor Augen führen.

<sup>7</sup> Hgn. Elisabeth von Braunschweig-Calenberg, Witwe Hg. Erichs I. Die Nennung Hg. Ernsts ist auf eine Verwechslung des Protokollanten zurückzuführen.

Sovill dan belangt das schreyben, so einer uß dem vorigen reichstag alhie dem Kg. von Franckreich gethon [Nr. 199, Beilage 7], ist bedacht, [13v] das der kgl. Mt. und den ksl. commissarien wer angezaigt, Kff., Ff. und stende hetten solcher bosen kundtschaft schmerzlich und gantz mitleydenlich vernumen, mit hochster bitt, di kgl. Mt. wolten uf weg gedacht sein, damit solcher verreter mocht erfarn und nach pillichen dingen gestrafft [werden]. Sy, di stendt, wolten auch muglichen vleis furwenden, damit ein ordnung furgenumen wurde, das furan nit mer geschehe. Zu einer solchen ordnung ist bedacht, das solten etliche geordnet werden, di ir guetduncken verfasten und den stenden anzaigten.

Uf deß Bf. von Hildesheim suplicirn [Nr. 248] ist bedacht, das sein sach, sovill Hg. Heinrichen von Praunschweig belanget, solt bei der kgl. Mt. dahin gefudert werden, diweyl ir Mt. einen tag zu verhor zwischen Sachsen und Hessen, auch Hg. Heinrichen von Praunschweig angesetzt, daß diselb sach auch damit ausgericht mocht werden.

Sovill aber den eingriff, so di furstin, Hg. Ernsten [!] gemahel, gethan haben soll gegen einen closter, dem bischof zugehörig, und dan das die stat Hildesheim sich ungebürlich gehalten hat [Nr. 248, Beilage 1] soll di kgl. Mt. angesprochen werden, mit Sachsen und Hessen als haupleutten oder dero gesanten handeln, damit es abgestellt und di (wie pillich) von Hildesheim von wegen irn verprechens gestrafft werden und er, der pischof, bei seinem inhaben unperturbirt pleyben moge.

[14r] Was aber den erwelten zu Na[u]mburg betrifft, ist bedacht, das gut wer, das im ein furschrift an di ksl. Mt. geben wurde, damit ir Mt. gebürlich einsehen thet, das er zu seiner ordenlichen wall gelassen wer. Het dan der churfurst einherlei foderung, das mit recht geschehe.

Nach essen haben di kgl. Mt. und di ksl. commissari den H. von Naves und Dr. Gengern, vicecantzler, in rat verordnet und allen stenden wider lassen anzaigen und verlesen, waß fur schwere und erschrockenliche zeittung mer dan an einem ort von dem Türcken ir Mt. sunderlichen zukumen sey, darin di gewiß des Türcken zukunft 1 000 000 [!] starckh. *Die beunruhigenden Nachrichten vom Vormarsch der Türcken gleichen den am 6. März verlesenen: Nr. 135.*

Hat darauf di kgl. Mt. sambt den commissarien di stende zum hochsten gepetten, sy wollen sich nit sundern, sunder miteinander das werckh, daran uns allen zum hochsten gelegen, helfen fudern und unter di handt nemen.

Ist bedacht, das der kgl. Mt. und den ksl. commissarien soll zu antwort anzaigt werden, di Kff., Ff. und stende hetten mit schwerem gemut dise erschrockenliche zeittung vernumen, derwegen petten sy di kgl. Mt. und di commissarien zum untherdenigisten, sy wolten sovill mit den protestirenden handln und sy dahin vermoegen, das sy mit den andern stenden zugleich helfen handln und von denen nit [14v] sunderten; so mocht dan statlich von disem wergk gehandelt werden. Wern sy aber ie dahin nit zu vermogen, so dan ir Mt. und die commissarien verner bei disen stenden anhielten, wolten sie sich mit gebürlicher antwort vernemen lassen.



Den 8. Marcij nachmittag ist im rat bedacht, das man dem obristen leutenampten und andern befelchsleuten, so sich ausstands irer besoldung beclagen, anhalt, damit sy anzaigen laut und unterschidlich, was sy an ir besoldung empfangen haben und von wem. Das sy sich darnach heimthun. So soll von den kreysen rechnung genumen werden und irenthalb ein billich einsehen gehalten werden.

Den 9. Marcij hat kgl. Mt. anzaigen lassen, das ir Mt. der stende bedencken, den 2. dis monats bedacht [*fehlt*], ir gefallen las. Stehe derhalben mit den protestirenden so weyt in handlung, das sich ir Mt. versehen, sie wollen in 2 tagen zu einem beschluß kumen.

Dan sovill di Aidgenossen belanget, das sy Chur, Basell und Schaffhausen dem Reich entziehen wollen, will ir Mt. selbst nun derhalb schreyben [*Nr. 104b*].

Naumburgisch handlung soll biß uf ksl. Mt. ankunfft aufgeschoben werden. Sollen di stend irem erpietten nach ein furschrift geben.

[*15r*] Den 10. Marcij hat di kgl. Mt. und di ksl. commissarien durch den meintzischen cantzler anzeigen lassen, das ir Mt. an heut umb 1 ur di protestirenden stendt beschiden, inen selbst muntlich anzaigt, das sy von der negstgegebenen antwort nit weichen, sunder darbey pleyben musten und auß ksl. macht nit weyter schreytten dorfen. Darauf di protestirenden stende kurtzlich anzeigt, sy wern von iren obern anders nit [*abgefertigt*], dan sy sich in iren schriften zuvor vernemen lassen hetten, ainigs wegs schreytten dorften, mit hochster undertheniger bitt, ir kgl. Mt. wollt ir person gnedigst entschuldigt haben [*Nr. 163*].

Darauf di kgl. Mt. bedacht, di stend wolten nunmer furnemen alles, waß dem Reich beschwarlich wer, selbs darin ir bedencken eroffnen.

Den 12. Marcij haben di ksl. comissarien, mein gnediger her Hg. Fridrich, der Bf. von Augspurg und der H. von Naves, in aigner person wider for allen stenden anzaigt [*Nr. 191*]: Wiewoll bisher di kgl. Mt. und sy, di comissarien, allen muglichen vleis furgewendt, dy protestirenden dahin zu vermogen, damit sie sich von andren stenden nit sunderten, sie hetten aber bisher nichts erhalten moegen, und wer darauf der kgl. Mt., auch ir, der ksl. comissarien, nothhochvleissig bitt an alle [*15v*] stende, sie wolten bedencken, was fur ein schwerer last gantzer deutscher nation obleg und wie demselbigen zu begegnen, die sachen einhelliglich under di hand nemen und kein sunderung machen. Dardurch dan ungezweyfelt disem obligen geratten und geholfen werden. Sy wurden auch daran nit allein ksl. Mt. ein untherdenig und freuntlich gefallen thon, sunder auch dem Almechtigen ein angemem, gefellig werckh beweisen.

Sy, di protestirenden, hab[*en*] hingegen anzaigt, sovill in ie nachzusehen muglich und sy von iren obern in befelch hetten, wolten sy gern thon, und sover in ein bestendigen fridt und gleichmessig recht iren vorigen schreyben gemeß wer bewilligt worden, wolten sy diß werckh, darumb man hie wer, mit vleis helfen fudern und an in nichts erwinden lassen. Ausserhalb aber erledigung

oben angezaigter puncten hetten sy sich in einiche hilf oder ander werckh einzulassen nit macht, mit hochster bitt, sy irer person entschuldigt zu haben.

Entgegen dy ksl. commissarien, das sy alle mitl gesucht hetten, die sy der sachen dinstlich zu sein vermeint hetten, und wisten oder konten nit weytter schreytten, dan sy von ksl. Mt. nit mer befelchs hetten. Darbey ist es beliben.

Es seyen auch disen tag etlich schriften und suplicationen vom Hg. von Gulch [Nr. 205a], seiner frau mutter [Nr. 205b] und seinen rotmeinstern und edelleuten [Nr. 205c], so er diß jar wider den Turcken gehabt, gelesen worden und abzuschreyben befolhen worden.

[16r] Des Bf. von Munster gsanter hat auch ein suplication [Nr. 206] verlesen lassen, darin er seinen hern entschuldigt, das er kein pundtnus wider ksl. Mt. mit jemandt gemacht hab. <sup>b</sup>-Les auf<sup>b</sup> ein schreyben von der regentin, das sy seinem hern schreybt und entschuldigt helt [Nr. 206, Beilage].

Der sophoisch hat seinen hern mit einer lateinischen schrift entschuldigt [Nr. 109], warumb er uff itzgehabtem zug seinen geburnus nit erlegt hab und furtan kein hilf mer thon mag; soll im der Franzoß sovill eintrags thon.

Den 13. Martij haben des Kf. von Brandenburgs gesanten [ge]betten, iren hern seiner ausstehenden besoldung zu entrichten oder ine ein entliche antwort zu geben<sup>8</sup>. Ist in anzaigt worden, man muß zuvor rechnung von kreiseinnemern<sup>c</sup> anhorn.

H. Conradt von Pempberg, H. Wolf Dietrich von Pfirdt und H. Johan Hilchen haben bezalung ir und irer befelchsleut ausstandts begert. Ist in zu antwort erfolgt, man woll dem auschus nochmals befelch geben, mit inen zu rechnen, und wie man di rechnung befinde, darauf ine schriftliche urkundt geben. Und wan man di rechnung von den kreiseinnemern angehört, auf weg gedencken, damit sy gezalt werden. Und sey muglich, ehe goltgelt zu bekumen, ire befelchsleut uffs fuderlichst abfertigen.

[16v] Der commenthur von Marburg hat suppliert und [ge]betten, in seiner rechnung halb, zuvor langest gehört<sup>9</sup>, zu quittirn. Ist im anzaigt worden, man woll nochmals sehen, was er sey der vorgethonen [Abrechnung] eingenumen und ausgeben und in dan der pillikeyt nach quittirn.

<sup>b-b</sup> *Korr. aus:* Wiß auf [= verweist auf].

<sup>c</sup> *Danach folgt irrtümlich nochmals:* rechnung.

<sup>8</sup> *Die dem Kf. von Brandenburg geschuldete Summe aus dem Türkenzug 1542 beträgt laut Bericht des Rechnungsausschusses (Nr. 131) 21 094 fl.*

<sup>9</sup> *Abrechnung des Pfennigmeisters Wolfgang Schutzbar, Landkomtur der Ballei Hessen in Marburg, über die Türkenhilfe 1541, die bereits im März 1542 auf dem Speyerer RT vorgelegt worden war. Siehe dazu RTA JR Bd. XII, Nr. 68a–c.*

Endres Pflug beclagt sein ausstandt<sup>10</sup>. Ist auch bedacht, man soll ins chummenters rechnung sehen, waß noch ubrich sey und in darvon zalen.

Nach essen hat kgl. Mt. durch den auschus lassen anzaigen, wie er auß der relation der ksl. commissarien sovill vermerckt, als beschweren sich di protestirenden, darumb man nit durch ein auschus mit in ad partem hab lassen handln. Und liessen sich sovill vernemen, als wern vill stende, di solchs woll leyden mochten. Ist im rat beschlossen, man sols bei vorgegebenem ratschlag bleyben lassen.

Den 15. [März] hat di kgl. Mt. durch den meintzischen cantzler lassen anzaigen, das ir Mt. und der ksl. commissarien gnedigs begern und gesynnen sey, Kff., Ff. und stende und der abwesenden potschaften wolten di schriften, zwischen ir Mt. und den protestirenden gehandelt, gutheysen und darumb schriftlich urkunt geben. Auch wolten sy, di stende, dem ksl. camerrichter und beysitzern schreyben und umb erlangung der suspension anhalten. Hat man in beden sachen ein bedacht genumen biß uff morgen.

Den 16. Martij ist bedacht, das der kgl. Mt. und den ksl. commissarien uf ir geschehen begern zu antwort geben [17r] werden soll: Die stende hetten auf di vor uberschickten suplication [Nr. 152] und replicen [Nr. 157] der kgl. Mt. ir gutbeduncken [Nr. 154] eroffent und anzaigt, darumb wisten sy noch kein bessers, sunder plieben darbey und wolten gern das ir Mt. noch einmal widerholn und gutheysen.

Sovill aber di sunder meldung belanget, das der protestirenden religion- und profansachen, sovill der itzo vorhanden, suspendirt werden soll belanget und di stende dem camerrichter und beysitzern darumb schreyben sollten, geben di stende ir Mt. und den commissarien di antwort: Wiewoll solichs wider alle pillikeyt, alt herkumen und gebreuch etc., doch ad publicum bonum, wolten sy des kgl. Mt. und den commissarien zu undertenigstem und f[reundlichem] gefallen auch bewilligen, dergestalt das solche suspension auf ein gewisse zeit, und nemlich uf vier monat, gestelt wurde, darin di visitacion und reformacion furgenumen werden solle. Sover aber in der zeit di visitacion oder reformacion auß beweglichen ursachen ie nit furgenummen werden möcht, soll es noch bey zwen monat prorogirt und nit lenger werden moegen. So sich aber in mitler zeit irrung zwischen den protestirenden gegen andern zutrug, sollen commissarien itzo genent werden, di dieselben sachen anhorn und erortern mogen, auch bede parthey bey denselben pleyben und furkumen sollen. Und ist fur gut angesehen, das bede meine gnedigen hern, Hg. Phridrich [17v] und der Bf. von Augspurg, zu commissarien erpetten werden.

[18r] Am 23. Martij haben die churfurstenret die andern fursten und der abwesenden potschaften zu inen erfordert und nachfolgende maynung erzeln lassen: An gestern wern die verordneten der gilchischen sach und kriegshand-

<sup>10</sup> Andreas Pflug war Musterherr im Türkenkrieg 1541 und supplizierte bereits in Speyer 1542 wegen ausstehender Besoldung.

lung halb bei kgl. Mt., auch ksl. Mt. commissarien erschienen und hetten irem abschid und genomen bevelh nach den handl mit getruem und bitlichem fleis anbracht [Nr. 213]. Und darauf die antwort empfangen, es wer kgl. Mt. und den commissarien diser handl hertzlich laid und nit on. Die kgl. Mt. hett sich vergangner jar in das Niderlandt gefuegt und zu Jent mit ksl. Mt. getrulich und so fleissig, als ob die sach ir aigen gewesen, geredt, auch so weit verfarn, das ir Mt. darauf dem Hg. von Clef und Gilch aus getruem gemut, was er hierinn thun soll, geraten, und wo sein fstl. Gn. seiner Mt. gefolgt, hette der ytzig krieg gantzlich abgeschniten und verhuert werden mogen. Und wollt sein Mt. nit underlassen, sonder sich mit ksl. Mt. oratorn, dem von Granvel, underreden, dabei man auch ansuchen mocht und alsdann verrer antwort geben, mit nachfolgender selbs muntlicher erzelung und begern: Dieweil diser handl allain ains fursten sach und nit so vil als an viler fursten und des Reichs handlung gelegen sey, das man nichts minder und in allweg mit der turgknhilf furfarn und besliessen well. Dann im fall, daß gleich ksl. Mt. dem Hg. von Clef und Gilch was abgewinnen und eynnemen werd, das bei seiner Mt. allweg [18v] gnad und widergebung erlangt werden mog.

Danach weren sy, die gesandten, zum Granvel khomen und gleicherweis ir werbung und bit wie bei kgl. Mt. gethan und die antwort empfangen: Die stendt des Reichs kondten sich aus dem furtrag, von der Kgn. Maria wegen beschehen, wol erinnern, wie die sachen geschaffen und daß die konigin zu disem krieg gedrungenlich verursacht worden wer und das die ksl. Mt. zum landt Gelldern ain gute, gerechte sach und der hertzog die ungerechtigkeit het. Und dieweil sich der hertzog laut des Reichs ordnung zu purgirn erput, mocht er leiden, das das alfabet, durch ziffer gemacht, von im, hertzogen, erclert<sup>11</sup>, so wurde alsdann der grundt diß handls erlernt. [Granvella] wollt sich mit kgl. Mt. und der Kgn. Maria gesandten underreden und verrer antwort geben, dann was ksl. Mt. thun, wurde nit anderst dann auf bit der fursten und stendt des Reichs beschehen. So auch der h[ertzog] gnad begern und sich weisen lassen, möcht diser handl destmer zu gutem endt gedeyen. Darauf haben sich bederseidts ret underredt und ist in der fursten und stendt rat fur gut erwogen, das man solher antwort erwarten und im fall, das die antwort verzogen werd, soll man umb dieselb durch die verordneten undertheniglich ansuchen.

Und sovil den andern fall der turgknhilf halb belangt, haben der minder tail [19r] furzeschreiten und ze sliessen begert, aber der merer tail, wie an gestern beschehen, stragks auf irem furnemen und dergstalt verharret, wo man die pferdt nit hinden an wagen setzen, sonder dem handl gruntlich helfen und die verhinderung der turgknhilf am ersten erledigen und abwenden, well ain yder von seins hern wegen sich weiter ein- und gern vernemen lassen.

<sup>11</sup> Es handelt sich um den Chiffrenschlüssel, mit dem die Berichte des franz. Gesandten Serrant an Kg. Franz I. chiffriert waren. Die Entschlüsselung dieser Berichte stellte den Beweis für die Kooperaton des Hg. von Jülich mit dem franz. König dar.

Die churfürstenret haben ir bedengken auch eroffnt, also das man der antwort, wie gemelt, erwarten soll, alsdann kond man sich in allweg darnach richten. Der turgkenhilf halb stunden sy in teglicher handlung, wie man zuvor all verhinderung, so disem wergkh zuwider sein mocht, ausleschen und ain solhe ainigkhait, dardurch man samentlich helfen, erlangt werden und alsdann dest fruchtbarer besliesen kondt etc.

Notum: Als der osterreichisch<sup>12</sup> den handl gegen den churfürstenreten, was man sich entslossen het, referiret, ließ er das merer, das man die pferdt nit hinden an wagen setzen, sonder vor die verhinderlichen ursachen aus dem weg thun soll, aussen. Ward von etlichen stenden in beywesen der churfürstenret meldung gethan, das mit disem zuesatz austruglich beslossen und ain solhs das merer gewesen wer.

**83 Hg. Albrecht von Preußen**  
*Bericht des preußischen Gesandten Ahasver von Brandt<sup>1</sup>, über seine Mission bei den Kff. von Brandenburg und Sachsen sowie am Reichstag in Nürnberg – 1543 Jan. 11 bis 1543 April 3*

A Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBH Ha (= Kasten 867), fol. 1r–44r (Konz. v.d.Hd. Brandts).

B Berlin GStAPK, Ostpr. Fol. 80, S. 202–275 (Kop.).

Druck: A. BEZZENBERGER, *Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft, Nr. 13, S. 29–53.

*Es werden nur jene Teile von Brandts Bericht abgedruckt, die sich auf seine Mission in Nürnberg beziehen<sup>2</sup>. Seine Bemühungen während der Reichsversammlung richteten sich gemäß seiner Instruktion (Nr. 64) vor allem darauf, die Gesandten einflussreicher evangelischer Reichsstände (vor allem Kursachsen, Hessen, Sachsen, Brandenburg-Ansbach) im persönlichen Gespräch für die Unterstützung seines Anliegens, d.h. für die Aufhebung bzw. Suspension der preußischen Acht, zu gewinnen<sup>3</sup>. Brandt beschreibt die misstrauische Stimmung zwischen den alt- und neugläubigen Reichsständen und die ständische Kommunikation abseits der allgemeinen Beratungen, an denen er nicht teilnahm. Seine Informationen aus zweiter Hand über die Reichsversammlung werden beim Abdruck nicht berücksichtigt bzw. nur kurz*

<sup>12</sup> Hans Gaudenz von Madruzzo.

<sup>1</sup> Ahasver von Brandt stand etwa 20 Jahre lang im Dienste Hg. Albrechts von Preußen und war in verschiedensten Aufträgen und Sendungen an europäischen Hofen tätig. Siehe dazu: E. SPRENGEL, *Biographische Skizze des Asverus von Brandt*, 5. Lieferung, S. 771–778.

<sup>2</sup> Zur Mission Brandts bei Kf. Joachim von Brandenburg (11. bis 21. Jan. 1543) und bei Kf. Johann Friedrich von Sachsen (24. Jan. bis 26. Jan. 1543) siehe A. BEZZENBERGER, *Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft, Nr. 13, S. 29–39.

<sup>3</sup> Zu den Verhandlungen betr. die Suspension der Acht gegen Hg. Albrecht von Preußen und dessen Konflikt mit dem Deutschmeister siehe Kap. IX.C, Nr. 301.

*regestiert. Alle regestierten Textpassagen sind bei A. Bezzenberger im vollen Wortlaut ediert.*

[21r] Was zu Nurnbergk beschehen und furgelauffen, auch was von fstl. Dtt., Mgff. Jorgen und Albrechten, geantwort:

Im andren Februarij zu nacht bin ich zu Nurnbergk ankommen.

Im dritten [Febr.] mit Hieronimo Schirschtaben<sup>4</sup> etc. underredung gehalten, nichts neues funden, wes fstl. Dt. zu disem handel dinstlich, ausserhalb wes eur fstl. Dt. sunst durch Jorgen Schultissen zugeschriben. Datzu den befellich fstl. Dt. bey dem legaten kfl. Dt. zu Brandenburgk ausgericht, gutwilligen beschaidt vom tumprobst von Havelburgk<sup>5</sup> und vil hoes, underthaniges erbitten, ausserhalb des genedigen bevellichs kfl. Dt. undertanen gehorsam zu gelaisten wegen fstl. Dt. zu Preussen, erlanget. Das ich mit dancksagung angenommen, doneben erbotten, solchs fstl. Dt. fuerzutragen.

Im 4. [Febr.] beym H. Leoni Schirschtaben das mittagesmal gessen und nach essens mit im zum H. Baumgartner mit Hieronimo Schirschtaben, dem secretario, gangen, auch das ausgericht, was vonnoten. Aldo von wegen der begrüssung hoe dancksagung wegen der genedigen beger vil dinstlichs, underthaniges erbitten, nicht allein von irer person wegen, bsunder eins gantzen erbarn rhats, wie gewogen und zu dinen derselbe fstl. Dt. were, angehört, und das ein erbar rhat ungerne sehen, das fstl. Dt. dergeschalt angefochten. Nach meinem abdancken und erbiten, solchs fstl. Dt. zu schreiben und antzutragen, in andere rede gefallen, do dan gefolget, das sie nicht dise widderwertighait allein fstl. Dt. nicht gonneten, bsunder fstl. Dt. zu irem gnedigen [21v] herren und nachpern leiden mochten. Achten fstl. Dt. fuer einen cristlichen, fridlibenden fursten und herren und wan allein fstl. Dtt., die marggraffen, meines gnedigen herrn rhat gefolget, so hülfe es meine gnedige herrn, die marggraffen, um 200 000 fl. und die schtat von Nurnbergk umb 100 000 fl. Ist auch gebeten, wo etwas neues vorhanden, mitzutailen. Geantwort, es were noch nichts vorhanden; wo etwas were, solts fstl. Dt. unverhalten sein und alles, wes fstl. Dt. zum besten geraichen mocht.

Des tages seint die kfl. sechsichen rhete auch besucht worden durch Schirschtaben und mich, aber gefunden, das sie nicht müssig. Mit kurtze allein Mag. Francisco angetzeigt, das es nichts neues, allein wes zuvor Schirschtab gesucht. Gefraget, ob der kfl. bevellich an sie gelanget. Das man neben verholung desselben, mit wasem genedigem ernst solchs bevolen, geschanden, sich nicht weniger dan alle andere fstl. Dt. in underthanighait zu dinen erbotten. Doneben angetzeigt, das es mit dem handel noch zu frue, doch nichtsdesterminner so welt man mich gerne zu gelegener tzeit hören und von der sachen reden.

<sup>4</sup> *Beauftragter Hg. Albrechts von Preußen in Nürnberg, Sohn des Nürnberger Bgm. Leo Schürstab.*

<sup>5</sup> *Leonhard Kellner, Gesandter Kf. Joachims von Brandenburg.*

Am 5. [Febr.] hette ich die hessischen rhete gerne ersuchet, aber sint des tages nicht müssig funden; vormittags im rate gewesen, nach essens andere geschefte gehabt.

Des tages het der cayserisch legat Granvela in lateinischer ctzungen von dem gantzen Reich mit vilen getzirten worten, wie die copey [22r] ausweist [Nr. 197], hulf begeret widder den Frantzosen und den von Julich. In diser petition seint seltzame zusammentretung und ratschlege gehalten wuorden von den bebstischen, sunderlich von den schmalkaldischen, item die widder [= weder] böbstisch noch schmalkaldisch gewesen. Entlich aber zur antwort geben, das der handel wichtig, eine deliberation gebeten, dabey mans den tagk hat beruen lassen.

*Reise Brandts nach Cadolzburg zu Mgf. Georg von Brandenburg (6. bis 8. Febr. 1543) und nach Kulmbach zu Mgf. Albrecht von Brandenburg (9. bis 10. Febr. 1543)*<sup>6</sup>.

[25v] Am 11. Februarij bin ich 9 meil und zu Nurnberg eingeritten. Gefunden, das nichts in gemainem rhate in meim abwesen gehandelt, nie zu rhate gewesen. Des volgenden tages aber weren die fursten und gesanten zu rate gefodert zu erscheinen.

Am 12. [Febr.] hat H. Wolff Diterich von Pfirten eine supplication [Nr. 127] von wegen grosser hinderschtelliger schulde, so im das Reich zu thun wegen des ungerischen tzuges, zu fruier tzeit geantwort. Und ist des tages vil mit dem H. Leoni Schirschtab geredet wuorden. Gefraget, wie in die braunswigsche und alle andere handlungen ansehen. Darauf ist geantwortet, das ers noch die herren von Nurnbergk sich mitnichte gefallen lissen, und er besorget, es wurde ein anfangk des vorderbens deutscher nation sein, wo es von Got nicht sunderlich behut. Dan die im cammergerichte lissen nicht ab mit iren processen und ungetzweiffelt mit vorwissen röm. ksl. und kgl. Mtt. wurden den von Sachsen und Hessen mit dem anhangk des braunswigschen handels in die acht thun. Und wo das geschee, so seint die dermassen gefasset, das sie die personen, die sie echten, angreifen, und wurt daruber – das schpil gehende – die bischoffe und röm. kgl. Mt. daruber vortriben werden; indes wurde der Turck seinen willen in Osterreich und Bayern auch schaffen und fride nehmen.

Zudem so ist eine engelsche botschaft<sup>7</sup> hie gewesen, der nicht ans Reich [26r] werbung und bevellich gehabt; nichts anders hie gethan, dan leute beschtellen und annehmen wellen, seinem herren zum besten, man wais aber nicht widder wen. Ist aber leichtlich zu ermessen, das es mit vorwissen röm. ksl. und kgl. Mtt. beschee. Es haben aber die hern diser schat im nicht vorgunnen wellen,

<sup>6</sup> Siehe A. BEZZENBERGER, *Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft, Nr. 13, S. 40–42.

<sup>7</sup> *Beim englischen Gessandte handelte es sich um Christopher Mont, der in zwei Schreiben (1543 Febr. 24 und März 4) an Kg. Heinrich VIII. über die Geschehnisse in Nürnberg berichtete; in: State Papers, vol. IX, part V continued, Nr. 817, Nr. 820.*

hie leute antzunehmen, hets aber sunst in anderen sctetten than. Und ist die sage, das H. Jorge von Hedeck [!] sich solle beschtallen haben lassen, und das röm. ksl. Mt. zu dem von Engelandt heuraten [= sich verbünden] welle<sup>8</sup>.

Disen tag [12. Febr.] hat Schirschtob von den hessischen gesanten beschaid erlangt, das wir volgendes des 13. Februarij umb 12 zu inen kommen mochten.

Am 13. seint die hessischen und fstl. Dt. Mgf. Albrechtens gesanten ersücht worden: Do dan allenthalben auf fstl. Dt. zu Preussen begeren gutter beschaidt erhalten worden, das sie solchs nicht allein aus underthaniger pflicht und befellich irer gnedigen herren, bsunder auch von wegen fstl. Dt. als des cristlichen religionsvorwanten fursten fur ir personen den handel aufs treulichst und fleissigist vortzuschellen nicht weniger dan irer fursten und herren sachen, wie in das auch dergeschalt auferlegt, gantz undertheniglich zu thun berait, sich auch auf unser bit, wo eine zusammenkonft derhalben bey den andern cur- und fursten, blutvorwanten freunden und wolmaynenden vonnoten bfunden, gantz willig erbotten. [26v] Under anderm hat meines gnedigen herrn Mgf. Albrechtens gesanter, Wilbolt von Wirsberg, sich sunderlich aus underthaniger pflicht und genediger wolthat, die seim vattern von fstl. Dt. zu Preussen bescheen, ins sechste jar seiner fstl. Dt. dinende, des zu thun schuldigk erkant und erbotten.

*Gespräch Brandts mit dem pommerschen Gesandten<sup>9</sup> über das weitere Vorgehen in Braunschweig und über die kriegerischen Ereignisse in Jülich-Kleve.*

Am 14. [Febr.] habe ich zu nacht mit dem pomerschen gesanten gessen. Ist nichts sunderlichs geredet wuorden, alleine das die bebstischen nicht ains konten werden ober der antwort [Nr. 154], die sie den protestirenden sctenden auf ire supplication des fridenschandtts und gleichen rechtens geben sollten. Hetten sich in 3 tail getailt, bsorgten ein bose antwort und das ein iderer aufsitzen wurde mogen und davon reiten.

[27r] Am 15. Februarij bin ich bey dem kfl. gesanten zu Brandenburgk<sup>10</sup> gewesen. Derselbe hat getröstet, es werde eine gutte antwort gefallen und die fstl. Dt. zu Preussen zum besten geraichen solle; das ich dan fstl. Dt. neben anderm durch kfl. Dt. botten zugeschriben. Item kfl. Dt. zu Brandenburg solle abermals auf disen reichstag gefodert werden<sup>11</sup>.

<sup>8</sup> *Angesichts der Bedrohung durch Frankreich schloss Karl V. am 11. Febr. 1543 mit Kg. Heinrich VIII. von England einen Geheimvertrag über gegenseitige Hilfe gegen Frankreich ab. Siehe dazu: A. KOHLER, Karl V., S. 279.*

<sup>9</sup> *Zwei Gesandte der Hgg. von Pommern befanden sich seit Anfang Febr. 1543 in Nürnberg, nämlich Dr. Jakob Philipp Ösler und Jakob Zitzewitz. Es ist unklar, welcher der beiden hier gemeint ist.*

<sup>10</sup> *Leonhard Keller und Jakob Schilling waren die Gesandten des Kf. von Brandenburg. Es ist unklar, welcher von beiden gemeint ist.*

<sup>11</sup> *Kf. Joachim von Brandenburg besuchte den RT 1543 nicht persönlich.*



Zu nacht habe ich mit beder marggraffen gesanten<sup>12</sup> gessen. Do dan nichts geredet, alleine das es nicht gut, das wir vil sachen, die nicht töchten<sup>a</sup>, in die religionshandlung mischen thetten. Item, das es nicht wol muglich zu treffen einen beschtdigen fryden und gleichmessig recht zu setzen. Item, das vor etlichen tagen im reichsrat der braunsweigisch cantzler mit inn[en], als den marggräffischen, sich umb die session getzancket; der braunsweigisch cantzler uber sie hat sitzen wellen, und solle der Wirsberger zum cantzler gesaget haben under anderem: Sein her finge es so ungeraimt an, und wan er noch ein landt het, so muste es verloren werden. Des sollen alle scthende vast [= *sehr*] gelachtet haben.

Disen tag ist die antwort von den scthenden des Reichs [Nr. 155] auf der protestirenden scthende supplication eroffnet. Ist kein marggraffischer gesanter dartzu gefodert wuorden und, wie ich vernumen, so solle nurt der ausschus dartzu erfordert sein.

Item disen tag ist der von Hedeck [!] hie ankommen. Zu nacht habe ich mit dem kfl. [27v] gesanten zu Brandenburgk gessen, der mir abermals vertreulich vormelt, er schpuret gnadt und gunst bey den hoen hauptern gegen meinen gnedigen herrn zu Preussen und hoffet, es solle seiner fstl. Gn. sachen gut werden.

Am 16. Februarij habe ich gehort oder erfahren, das alle welt zu disem reichstage ubel trostet, das sie eins tails auf die gegebene antwort nicht lange hie hausen wurden, gros blutvorgissen auf den summer zu besorgen. Dem von Haideck habe ich auch sein brifflein uberraicht, die begrussung neben anderen geworben, underthanigen, freundlichen beschaid mit hoher erbittung erlangt.

17. Febr.: Frühstück Brandts mit Hieronymus Schürstab bei den Gesandten des Kf. von Sachsen: Gespräch über Neue Zeitungen.

[28r] Nach tische habe ich die beden cantzler<sup>13</sup> mitsampt dem von der Tanne auf ein wort zu verhor freundlich gebeten, das mir williglichen gelaistet. Aldo ire personen in anmerckung irer vilfeltigen und wichtigen gescheften, die sie aus der antwort kgl. Mt. und der scthende bekommen und sie mit dem gantzen anhang der braunswigischen handlung vast in die acht deutet, nicht mit vilen worten oder erwidderung des gantzen handels beschweren wellen, allein gemelt, das ich weste, ire personen aus dem schreiben kfl. Dt. zu Sachsen, meines gnedigen herrn, vornummen hetten, das fstl. Dt. zu Preussen irem secretarien Hieronimo Schirschtaben und mir in bevellich auferlegt, etliche cur- und fursten, in sunderhait kfl. Dt. zu Sachsen neben anderen blutvorwanten freunden und wolmainenden scthenden des Hl. Röm. Reichs in fstl. Dt. sachen zu ersuchen und, wo ire cur- und fstl. Dtt. nicht eigener person zur

<sup>a</sup> *Alte Konjunktivform von „taugen“.*

<sup>12</sup> *Wilbold von Wirsberg und die Gesandten Mgf. Georgs von Brandenburg.*

<sup>13</sup> *Mag. Franz Burkhard (kursächsischer Kanzler in Wolfenbüttel) und der kursächsischer Kanzler Dr. Melchior von Ossa.*

schtelle kemen, bey derselbigen gesanten und hochvorschtendigen rheten das auszurichten, wes meines gnedigen herrn notdurft und bevellich erfodert. So tzwiffellet ich auch nicht, ire personen weren in meines gnedigen herrn handlung und wes meinen gnedigen herrn zu disem solicitiren bewogen, nicht allein durch kfl. Dt. zu Sachsen etc. und von Hieronimo Schirschtaben vor meiner ankunfft genugsam bericht, bsunder wurden des aus den handlungen des Reichs, dorin innen nichts verborgen, gutten grundt haben und allen beschaid wissen, das also hie etwas zu erwidern und [28v] sie lange aufzuhalten vor unnötig von mir geacht. Wo sie aber des begerten und vor nötig achten, were Schirschtab und ich des zu thun in alle wege bereit. Betten allein dismal, diweil Schirschtaben und mir des Reichs handlung verborgen, nicht wissen konten, wan es antzuhalten [und] meins gnedigen herrn sachen zu forderen rechte tzeit sein mochte, sie, als denen alle ding offen, welten sich fstl. Dt. zu Preussen, als des blut- und religionsvorwanten, obligen mit fleisse lassen bevolen sein, uns freundlich verschtendigen, wan es tzeit, sie und andere, die etwas merers zu gedenken, des handels zu erinnern. Und welten auch doneben freundlich bedenken, ob auch ein zusammenkommen der anderen cur- und fstl. gesanten der blutvorwanten und wolmainenden vonnöten, zu beratschlagen, wie man am bequemesten fstl. Dt. obligen auf die ban bringen, dardurch dasselbe gefodert und nicht gehindert wurde. Wo solchs von innen vor nutz und gut angesehen, weren die anderen cur- und fstl. gesanten entweder zu innen oder aber an einen anderen bequemen ort sich zu vorfugen, underredung derhalb mit inen zu halten, erbüttig und unbeschwert. Ist von dem von Ossa, dem cantzler, nach einer kurtzen underredung mit vilem underthanigem erbitten geantwort, man solt sie uber 5 oder 6 tage widderumb anschprechen; sollte, was bey innen, nichts geschpart werden. Dorauf ist geburliche dancksagung gescheen und von innen geschaiden.

[29r] *Nachtmahl Brandts mit Knobelsdorff und den Gesandten der Mgff. von Brandenburg. Gespräch über den Konflikt zwischen den Mgff. von Brandenburg wegen der Forderung Mgf. Albrechts nach Ende der Vormundschaft seines Onkels Mgf. Georg. Weitere Verhandlungen über dieses Thema geplant unter Vermittlung Hg. Albrechts von Preußen und Kg. Sigismunds I. von Polen anlässlich der Hochzeit von Kg. Ferdinands Tochter Elisabeth mit dem polnischen Thronfolger Sigismund II. August*<sup>14</sup>.

[30v] Under anderen so haben wir auch von meines gnedigen herrn handlung geredet<sup>15</sup>. Do ich dan gefraget, welche cur- und fursten oder schtende sich am freundlichsten und treulichsten in derselben ertzeiget und zu welchen sich am maisten zu vorsehen, ist gesagt, das sich die [kur]sechsischen reth, hessischen, Hg. Moritzschen wie treue freunde zu Regenspurg ertzeiget, aber kfl. Dt. zu

<sup>14</sup> Siehe A. BEZZENBERGER, *Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft, Nr. 13, S. 44f.

<sup>15</sup> *Bemühen Hg. Albrechts von Preußen um die Verlängerung der Suspension der Acht.*

Brandenburg were in vordacht, were auch in der handlung geschpuret, das er fstl. Dt. handlung nicht gerne gefordert gesehen. Ist gefraget, was in dartzu ursachen mocht. Es lautetten je die wort anderst. Antwort, das dis die ursach sein solt, das kfl. Dt. gehoffet und vileicht noch, mein gnediger herr, Mgf. Jorge, wurde kfl. Dt. ire gerechtig[keit], so diselbe zu landen Preussen hetten, auftragen. Alsdan welt ers fuer sich von röm. ksl. und kgl. Mtt. wol erhalten.

[31r] *Keine Verhandlungen im Reichsrat am Sonntag, den 18. Febr.; Aufzählung der in den Reichsratssitzungen des 19. und 20. Febr. verlesenen bzw. abgeschriebenen Aktenstücke.*

Am 21. [Febr.] zu fruer tzeit bin ich zum Knobelsdorff gangen und, wiwol ich in mit vilen gescheften beladen funden, so het er nu dennoch, diweil er widderumb zu vorraysen gegen Carlsburg bedacht gewesen, allerley auf das schreiben fstl. Dt. vertreulich mit mir geredet. [31v] *Gespräche über die Erbfolgeregelung in Preußen. Hg. Albrecht gelang es nicht, die angestrebte Erbfolge in den Markgraftümern zu erreichen. Regelung der zwischen Mgf. Georg und Mgf. Albrecht strittigen Fragen durch Vermittlung des Bf. von Augsburg*<sup>16</sup>.

[33r] Es ist auch den tagk mit Knobelsdorff auf mein anregen beschlossen, durch wen meines gnedigen herrn des hertzogen etc. [33v] handlung<sup>17</sup> solle vorgeschelt werden, dan es mecht vom vormainten administrator nimmermer das einbringen, so auf nestgehaltenem reichstage durch in bewilliget, gedacht oder, bis er seinen vortail ersehe, gedacht werden. Meiner gnedigen herrn Mgf. Jorgen und Albrechten rhete, als die der handel mit angehet und sunst vordechtig, solten durch eine supplicatio der kgl. Mt., ksl. commissarien und schtenden des Reichs den handel zu gemüt furen und undertheniglich, freundlich bitten, das das, wes zuvor röm. ksl. und kgl. Mtt. mitsampt den schtenden des Reichs bewilliget etc., einen vorgangk gewinnen, die acht etc. abgethan werden mocht. So behilte fstl. Dt. röm. kgl. Mt., die disem handel nicht ungewogen (die Knobelsdorff neben mir in sunderhait zu ersuchen, wie auch den Granvellen, ksl. commissarien, bewilliget), die anderen cur- und fursten, blutvorwanten und wolmainenden im rhate, da sie dan unsers erachtens fstl. Dt. [nirgends] nutzer dan an disem ort sein mugen. Sunst bliben allein die widderwertigen im rhate, daraus widderwertige antwort folgen mocht.

Item Hg. Moritz soll durch die post ersüchet werden, seiner fstl. Gn. rheten zu bevelen, neben anderen zu thun, wes fstl. Dt. sachen dinstlich.

*Aufgaben und Besoldung von Friedrich von Knobelsdorff, dem obersten Statthalter Mgf. Georgs von Brandenburg in Franken.*

[34r] Von Mag. Vito, dem predicanten, habe ich heute erlernt, aus waser ursachen kfl. Dt. zu Sachsen und wie weit sich diselbe mit Julich eingelassen. Ich forchte aber, es werde dabey nicht bleiben und weiter einreissen. Die ursach ist

<sup>16</sup> Siehe A. BEZZENBERGER, *Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft, Nr. 13, S. 45–47.

<sup>17</sup> *Verhandlungen in der Frage der Suspension der preußischen Acht.*

dis, diweils kein religionsachen oder verwanter, das das landt Jülich und Bergen ane mittel sowol an die freuchen [= *adeliges Fräulein*] und furstinnen als die herren und fursten erbe, wan der von Julich ane erben, wie er noch keine hat, mit tod abginge, ane mittel an kfl. Dt. zu Sachsen gelanget. Demnach het sich kfl. Dt. so weit in den handel einzulassen vorpflichtet, bis der von Jülich seine lande widder erobriget. Got gebe, das es dabey bleibe. Der handel ist sunst bey aller welt gehessig.

Die kfl. entschuldigung des von Brandenburg [*Nr. 128*] hat auch bey den marggraffischen kein ansehen.

*21. bis 26. Febr.: Keine Verhandlungen im Reichsrat, Anhörung verschiedener Abrechnungen der Kreise über den Türkenzug 1542.*

[34v] Die protestirenden seint in den tagen mit irer replica auf die kgl. antwort [*Nr. 157*] umbgangen.

Am 25. [*Febr.*] habe ich zu nacht mit den hessischen gesanten gessen. Ist da gewesen Dr. Eck, nicht der theologus, dan derselbe ist am 10. Februarij zu Ingolschat geschtorben. Ist nichts sunderlichs geredet worden, allein das mir H. Rudolf Schenck vil von dem freundlichen willen meines gnedigen herrn, des Lgf. zu Hessen, gegen fstl. Dt. zu Preussen gesagt. Angetzeigt, das der protestirenden replica [*Nr. 157*] fertig und das es noch darauf geschtanden, das mein gnediger herr, der landgraff, ins Niderlandt sich begeben solten, denselben niderlendischen handel zu vortragen. Item, das 8000 knechte zu Worms und Schpeier gemustert, ins Niderlandt von wegen ksl. Mt. geschicket und das ummer [= *umher*] vil knechte im nahmen ksl. Mt. angenommen, man weste aber nicht, ob die papisten mit dran hingen.

Am 26. [*Febr.*] ist der protestirenden schtende replica [*Nr. 157*] kgl. Mt. uberantwortet. Es haben aber nicht alle schtende, so sich sunst die protestirenden nennen, dorein willigen wellen, als die marggraffischen, nurnbergischen etc., die mit den braunswigschen, clevischen handlungen nichts zu thun haben wellen; achtens vor sunderlich hendel.

[35r] An disem 26. Februarij habe ich durch meines gnedigen herrn Mgf. Jorgen botten fstl. Dt. geschriben, desgleichen Hieronimus Schirschtab. Seiner fstl. Dt. allerley, wes ich mit Knobelsdorff geredet und wes ich sunst von keyser, Frantzosen, clevischen, braunswigschen und marggreffischen handlungen gewust und erfaren, in underthanighait zu erkennen geben.

Am 27. [*Febr.*] were ich gerne zu den hessischen gangen, wais aber nicht, ob es schtoltz oder geschefte behindert, habe nicht zu inen kommen mogen. Ich glaube aber, die hochwichtigen geschefte dringen sie hart, wiwol man zu nachte, auch mittage essen mus.

*Verhandlungen im Reichsrat vom 28. Febr. bis zum 2. März.*

Am 3. [*März*] bin ich bey dem pomerischen gesanten gewesen, der mir under vilem anderen vormelt, das des deutschen maisters gesanter hat uber einen bischoff sich setzen wollen, derselbe hat im als ein deutschen und wellischen maister nicht weichen wellen. So er sich aber der schtellen als ein

hoer maister zu Preussen angemast, mit bekentnus, das er west, diselbe im von der anderen amter wegen nicht gebüret, ist im der bischoff gewichen<sup>18</sup>. Zudem ist mir vortraut, man weste, was röm. kgl. Mt. auf der protestirenden schtende replica antworten wurde. Dieselbe beharreten auf voriger antwort. Nu konten die protestirenden schtende von irer mainung auch nicht weichen, man wurde noch bitten. Wo sie nicht erhoret, so hetten sie bevellich, sich verner in keine handlung einzulassen und sich zu iren herren widder zu vorfugen, welchs von dem merden [= *meisten*] taile gescheen wurde. Dis hat mich nicht vast erfreuet, dan wan andere hendel ligen wurden, kont mein gnediger herr auch nicht bequemlich gefodert werden. Die papisten wurden nicht vor fstl. Dt. schtimmen. [36r] Item hat mir angetzeigt eine spalte [= *Konflikt*], die das Reich mit denen von Pomern haben. Die schtende des Reichs haben dem Bf. von Camin ane ainige gerechtighait eine schtelle im rate zu Regenspurg [RT 1541] geben, darumb haben die von Pomern in die turckenhulfe zunechst nicht bewilligen wellen, aber dennoch ire leute geschickt, aber mit bedingung, das sie in nichts gewilliget haben wollen, es werden in dann ire gerechtighait restituiert und mitnichte turbirt. Merke auch wol so vil, wo die schtende auf ire emsige bit nicht ablassen, so werden sich die von Pomern iren bischoff zum gehorsam zu bringen underschteen, es folge daraus, was do welle.

Am 4. [März] ist kgl. Mt. antwort [Nr. 158] gefallen, die noch den protestirenden nicht sunderlich gefallen; seint etliche voces ambiguae darinne geschtanden, die innen zu nachtail geraichen mochten.

6. März<sup>19</sup>: *Verhandlungen im Reichsrat und Verlesung von abgefangenen Korrespondenzen zum Beweis der Kooperation des franz. Königs mit dem Sultan.*

[36v] Am 6. und 7. [März] ist Knobelsdorff hinne gewesen von wegen meines gnedigen herrn Mgf. Jorgen auf ansuchen röm. kgl. Mt., und dy ksl. legation angenommen, die junge röm. konigin<sup>20</sup> in Polen zu furen, und dartzu haben seine fstl. Gn. die preusche sachen bewogen, wie seine fstl. Gn. melden. Mit Knobelsdorff und dem Rechenberger ist vil geredet und manichfeltighen bewogen abermals, wie fstl. Dt. handlung gefoderet mocht werden. Ist nichts mer im wege geschtanden, dan das kgl. Mt. zu Polen nicht geschickt noch geschriben. Ist dennoch vor gut angesehen, mit H. Hansen Hoffman zu reden und zu bitten, in diser sachen bey kgl. Mt. antzuhalten, mit allerley umbschtenden und occasionen. Und hat H. Hans Hoffman allen fleis vorhaischen.

<sup>18</sup> *Der im Sessionsstreit mit dem Gesandten des Hoch- und Deutschmeisters unterlegene Bf. von Bamberg war Weigand Redwitz, der sich zeitweise persönlich in der Reichstagsstadt aufhielt. Zum Zeitpunkt des RAb war offensichtlich kein bambergischer Vertreter in Nürnberg anwesend, weshalb eine entsprechende Erwähnung Bambergs im RAb fehlt.*

<sup>19</sup> *Von Brandt irrtümlich mit 5. März datiert.*

<sup>20</sup> *Ehgn. Elisabeth, die Tochter Kg. Ferdinands, Braut des polnischen Thronfolgers Sigismund II. August.*

Knobelsdorff hat abermals vil vortreulich von den preuschen und frenckischen hendeln mit mir geredet. Vormelt, die Francken mogen sich schtellen, wie sie wellen, mit freundlichem erbitten und anderem, so sein sie der preuschen handlungen nicht von hertzen genaigt, und wan es glich in allem mangelte, das der maister die sune nicht annemen, dartzu in nimantz tzwingen magk, so konne man die sache noch wol 20 jar aufschieben. Indes schtirbt der esel oder künigk.

[37r] *Knobelsdorff erzählt von Mgf. Georgs Plänen zur Verheiratung seiner Tochter.*

8. März: *Übergabe der Quadruplik Kg. Ferdinands betr. Friede und Recht an die evangelischen Stände (Nr. 160).*

Von dem von Rechenberg ist mir von wegen des Knobelsdorffers angetzaigt, das er eylendes sich zu meinem gnedigen herrn Mgf. Jorgen begeben müssen, und im abscheid bey H. Hansen Hoffman vorschtanden, das röm. kgl. [Mt.] von kgl. Mt. Polen kein schreiben noch etwas in der preuschen handlung bekommen, aber dennoch von röm. kgl. Mt. dem H. Hoffman auferlegt, mit dem cantzler Dr. Gengern zu reden, ob bey dem etwas were und, wie diselbe handlung schtunde, zu erforschen und, was ferner dartzu zu thun, röm. kgl. Mt. zu berichten. Das H. Hans Hoffman zu thun vorhaischen. Doneben vormelt, das kgl. Mt. auf den 12. dises monats mitsampt dem Granvelen zu Carlesburgk zu pirschen, das mittagesmal mit meinem gnedigen herrn, Mgf. Jorgen, zu essen sein wurden. Da dan der Granvela von wegen röm. ksl. Mt. meinen gnedigen herrn bitten wurden, wie obgemelt, die junge königin gegen Polen etc. zu führen.

[37v] 9. März: *Übergabe einer Antwort der evangelischen Stände an Kg. Ferdinand (Nr. 162).*

10. März: *Mündliche Antwort des Königs an die Protestanten und deren mündliche Entgegnung (Nr. 163).*

Disen tag ist vil disputirt mit dem von Rechenbergk von der preuschen sachen, wie man [dar]in thet, das man recht thet. Finde aber bey im und anderen, auch den wolmaynenden, wenig grundts der preuschen handlung und were wol vonnoten, das ainer zu solchen reichstagen geschickt, der des handels gutten grundt hett und wol bericht were, der die wolmainenden [38r] underrichten kont, womit die widderwertigen schtende mitsampt dem administrator zu bewegen, das sie auch in die suspension der acht und sunliche, freundliche handlung willigten. Dan die schtende haben sich im rhate vernehmen lassen, sie westen widder [= weder] von der bewilligten süne noch der suspension der [acht], konten auch widder des ksl. kammergerichts urtail den administrator zu nichte anderst dringen. Was ich gesagt: Das fstl. Dt. nur einmal etc. citirt, das Hl. Röm. Reich nicht fuer iren oberhern erkennet, dem bevellich kgl. Mt. Polen het genugthun müssen und nicht erscheinen; item das die richter wegen der religion vordechtig, und das vierde ausserhalb bevellich fstl. Dt. dartzu gebraucht, das sie widder kgl. Mt. Polen nicht kleger und tail zugleich mogen sein. Ist alles

bey in[en] nichts, ich solts innen sagen. Dan tzeigen [sie] an: Die citation sey peremptoria gewesen, drey termini gehabt, und solt zum wenigsten fstl. Dt. fur sich selbs oder durch den Kg. von Polen declinatoriam exceptionem haben furtragen lassen. Wan es gleich in der ersten rechtfertigung nicht bescheen, so solt es doch nachmals, so man fstl. Dt. het in die acht declariren wellen, nicht underlassen sein wuorden, dan in derselben citation ist auch dran gehenckt, das er erscheinen solt, sich in die acht zu declariren oder ursachen fuerwenden, darumb es nicht bescheen kont. Das kgl. Mt. zu Polen [38v] des landes ein her sey und das Reich auf des maisters anklag nicht geburlichs richter, das wollen sie nicht dispu[ti]ren lassen. Darin mus ein iderer reichsrath, vor dem er geschworen, reden. Ob ich wol gefraget, obs in unbillichen sachen auch so zugehe, darauf schweigt man oder gibt ein lachen daran.

Am 11. [März] dises monats, diweil ich besorget, es mocht vorgessen werden und röm. kgl. Mt. wolt gegen Carlsburg [= Cadolzburg], habe ich den Rechenberger vormocht, der sich gantz willig ertzeigt, das er sich mit mir zum röm. kgl. Mt. vicecancellario Dr. Gengern verfuget, zu erlernen, ob kgl. Mt. zu Polen ainige forderung in der preuschen sachen dismal gebeten, des wir nicht hoffen verbliben were, und wo es ye bescheen, muste es aus verhinderung anderer geschefte gescheen [sein]. Es het aber mein gnediger herr, Mgf. Jorge, durch Knobelsdorff und den Rechenberger bey röm. kgl. Mt. und H. Hansen Hoffman anregung thun lassen, do dan kgl. Mt. sich gantz genedigest erbotten, dergleichen H. Hans Hoffman, seinen fleis mit anhalten nicht zu schparen. Das allein bey Dr. Gengern gesucht, kgl. Mt. zu berichten, wie und worauf der handel schtunde. Derwegen innen gebeten, des zu thun unbeschwert zu sein, welchs er verhaischen, und in weytlauftiger underredung hat er getrostet, obgleich die schtende schwerlich willigen wurden oder sich weren, so hoffte er dennoch, es wurde die acht ferner suspendirt und die süne fuergenommen werden mögen.

[39r] Am 12. [März] zu fruer tzeit bin ich gegen Carlsburg geritten. Bey meinem gnedigen herrn, Mgf. Jorgen, und Knobelsdorff angehalten, fstl. Dt. sachen bey röm. kgl. Mt. und dem ksl. commissarien Granvela, wo es sich also fugen, diweil sie des tages aldo sein wurden, nicht zu vorgessen. Bey dem Granvelen ist anregung bescheen, der seinen fleis verhaischen. Bey röm. kgl. Mt. hat es sich in der eil nicht schicken wellen, dan ir Mt. nicht mer dan zum essen geseumet, eine kurtze underredung mit meinem gnedigen herrn, Mgf. Jorgen, gehalten und widderumb nach Nurnberg geritten. Ist aber nichtsdesterminner von meinem gnedigen herrn, dem marggraffen, beratschlaget auf mein ansinnen, wie man der sachen nachginge, dadurch das erhalten, wes fstl. Dt. notdorft erfoderet. Ist entlich beschlossen und dem Rechenberger bevolen, bey kgl. Mt. antzuhalten, die sachen dermassen zu fordern, als ob die röm. [Mt.] von kgl. Mt. Polen ersuchet. Und diweil man vormerket, das röm. kgl. Mt. disem handel

gewogen, ist gehoffet, solchs zu erhalten. Der jungen herrn und kunige<sup>21</sup> seint tzwine mit zu Carlsburgk gewesen.

Am 13. [März] habe ich mich widderumb gegen Nurnbergk begeben. An disem tage sein Hg. Ludwig von Bayern mit dem vortribenen von Braunschwigk eingeritten. Und haben sich handlung aus reden und antwort der kgl. Mt. und protestirenden sctende abermals den tag also ansehen lassen, als wurden sie nimmer zusammen sctimmen, die protestirenden [39v] balt von hinnen vorraisen, welchs mich nicht wenig bekummert. Wan dis geschehe, was in fstl. Dt. sachen furzunehmen, mit dem von Rechenberg beschlossenen. Wo die kgl. Mt. nicht aus eigenem kgl. gewalt die acht suspendiren kont oder wolt, den handel schtille scteen und an die sctende des Reichs, die fstl. Dt. widderlich, nicht langen zu lassen. Die kfl. sechsischen und brandenburgischen het ich gerne ersuchet, habe aber umb anderer geschefte willen, die sie fuergehabt, nicht zu in kommen mogen.

14. und 15. März: *Keine gemeinsamen Verhandlungen im Reichsrat, sondern getrennte Beratungen von alt- und neugläubigen Reichsständen. Anhörung der Abrechnungen der während des Türkenzuges 1542 in Ungarn dienenden Befehlshaber.*

Disen 15. [März] bin ich mit Hieronimo Schürschtaben bey beden curfursischen, den wolmainenden, gesanten gewesen. Mit den sechsischen zu mit-tage gessen, rat zu fragen, was in irer und fstl. Dt. handlungen zu hoffen, mit weitlauftiger antzeigung, was von meinem gnedigen herrn, Mgf. Jorgen, und derselben rhere vor gut angesehen und auch schon, diweil sie so vast mit gescheften beladen, dartzu gethan; gebetten, ir gutbeduncken mitzutailen, wie und waser geschalt fstl. Dt. sachen mocht gefodert werden; ob in auch das fuernehmen gefile, wie mein gnediger herr, Mgf. Jorge, geraten, oder ob sie etwan einen besseren und bequemerem wegk westen, dan fstl. Dt. het mir keyn mas mitgegeben, [40r] den cur- und fursten oder derselben gesanten und vor-wanten kein tzil geschteckt, wie die sach zu foderen were. Das alles innen als den hochvorschtendigen, die die gemütter und gelegenheit der sctende kenneten, freundlich, genediglich haimschtellet. Und im val, wo sichs zutrüge, das die protestirenden mit anderen sctenden unvorainiget von hinne vorrayseten, obs auch geraten, in der sachen etwas fuerzunehmen.

Von den kfl. brandenburgischen ist gesagt, das es inen, wie davon geredet, wol gefille; westen von dem aufbrechen der protestirenden nicht; wo sie aber etwas erfüren, wolten sie michs wissen lassen.

Die kfl. sechsischen haben iren fleis verhaischen, mit vermeldung, das sie in [d]er eil sich nicht entschlossen konten, was am besten; geraten, die sach einen tagk drey beruen zu lassen, dan sie forchten, wan gleich die wolmainenden fstl. Dt. im rathe bliben, so weren sie der wenigere tail. In den tagen wurde man sehen, wie sich der sctende handlung anlassen wurden; sie sctunden noch in handlungen; das sie hofften, ainig zu werden; weren nicht gesinnet, sich von

<sup>21</sup> *Die beiden Söhne Kg. Ferdinands, die Ehgg. Maximilian und Ferdinand.*



hinne zu begeben; welten zu gelegener tzeit einen tag beschtimmen, mit uns zusammen kommen und von der sachen fstl. Dt. reden.

[40v] 16. und 17. März: *Abrechnung der Kriegsleute vom Türkenzug in Ungarn.*

H. Leo Schurschtaben habe ich zum oftermal gebeten, mit H. Hieronimo Baumgartnern, auch anderen meinem gnedigen herrn zugethanen, zu reden, was in fstl. Dt. sachen fuertzunehmen etc. und in waser geschalt. Ist mir zu antwort wuorden, das nichts kunne fuergenomen noch geraten werden, bis man sehe, wie sich die reichshandlung anlassen. Das nun augenscheinlich gewesen, darumb mich auch zufride geben müssen. Zudem hot mir H. Hieronimus Baumgartner zuentbotten, ungeladen bey mir zu sein, mich zu besuchen, mit mir zu essen und von der sachen zu reden. Aber domit ich nicht zuschanden wurde, habe ich in mitsamt H. Bernarten, seinem brudern, auf den 18. zu mir geladen zu abentmal. So mir dan gleichfals der Rechenberger und pomerische gesante auch gedreuet, habe ich die beden dartzu gebeten. Und hat der Rechenberger den N. Rabenschtainer mit sich bracht, des bruder marschalck fstl. Dt. gewesen, sich gut preusch zu sein mit vilen Worten vornehmen lassen, vil underthaniger, schuldiger dinst fstl. Dt. zuentbotten. Über essens ist ausserhalb schertz nicht geredet; haben woll in etlichen puncten wegen der reichshändlung einander geubet [= *sich hervortun*], der krigsleut rechnung vorlachtet.

[41r] Am 20. [März] zu nacht ist Wolff von Creutzen mitsamt seim brudern Bonaventuren, auch einem kumen, der meines gnedigen herrn diner gewesen; bey mir gewesen, mit mir gessen. Ist innen die frantzosch lust [= *Syphilis*] gebusset und vorgangen.

*Von 20. bis 29. März Verhandlungen zwischen Altgläubigen und Protestanten zu Friede und Recht ohne Einigung der Steitparteien.*

[41v] Hie hat mirs auch gemangelt, das ich nicht gewust, was in meines gnedigen herrn sachen zu thun. Zu den sechischen und heßischen habe ich vor iren gescheften nicht kommen mogen, die Mgf. Jorgischen seint nicht zu Nuerenberg gewesen, zu irem herren vorraiset. Doch so ist in omnem eventum, [42r] es ginge mit den protestirenden wie es wölt, mit rhat meines gnedigen herrn, Mgf. Jorgen, beschlossen gewesen, das röm. kgl. Mt. ersucht wurde, das diselbe von wegen kgl. Mt. zu Polen anregung thet, domit man erlernet, was der administrator mit seim hauffen im willen. Mangelt mir an nichte, dan das es ein gemain schprichwort, zu rechter tzeit einen handel zu fordern, sey das hoest und best. So kont ich auch ane fuerwissen Sachsen, Hessen und anderer nichts sunderlich, so der Rechenberger nicht gegenwertig, der es an kgl. Mt. bringen solt, fuernehmen.

Aus oben gegebener antwort der bobstischen [Nr. 169] hat sich der reichstag mit den protestirenden disen tag geendet, und fecht folgendes tages mit den bobstischen an.

Am 30. [März] dises monats ist mir ein schreiben fstl. Dt. zukommen, am 12. dises monats zu Osterrode geben, dorinnen mich mein gnediger herr von hinnen abgefodert etc. Disen tag habe ich einen lauffenden botten nach Anspach

geschickt, solchs meinem gnedigen herrn, Mgf. Jorgen, underthaniglich durch Knobelsdorff zu erkennen geben, ob seiner fstl. Dt. etwas zu schreiben etc. Ist mir geantwort, das nichts anderst sey, dan das sein fst. Gn. auf die freuden [= Hochzeit] gewislich kommen. Was im reichstage gehandelt, referirt man auf mich.

[42v] Item disen tagk habe ich die gesanten kfl. Dt. zu Brandenburg ersuchet, innen die gelegenhait in fstl. Dt. handlung mit kurtzen worten erwidderet und, was mein gnediger herr, Mgf. Jorgen, auf mein underthaniges ansuchen irer und anderer meines gnedigen herrn vorwanten und zugethanen verbessern, vor gut angesehen. Und seint die gesanten meines gnedigen herrn Mgf. Jorgen rhat zugefallen, das man anregung thun solt, unangesehen das die schtende zurtrennet, in reichshandlungen nichts vorricht etc.

Am 31. [März] habe ich die sechischen und hessischen auch dergeschalt ersuchet, innen nicht allein muntlich den handel von anfangk vorholet, bsunder denselben, mit A getzeichnet, solchs schriftlich [Nr. 301d–e] behendiget neben der copley des nesten reichstages abschid [RTA JR Bd. XIII, Nr. 198]. In fstl. Dt. sachen fleissig gebeten, sie welten sich einer schtunden vogleichen mitsampt dem Rechenberger und iren rhat meinem gnedigen herrn zum besten mittailen. Des so haben sie alle ein zusammenkommen gewilliget, aber des tages umb anderer geschefte willen nicht zuwege bringen mogen. Das morgenmal habe ich mit den sechischen gessen.

Folget der April.

[43r] Am 1. Aprilis habe ich zu fruer tzeit abermals bey den sechischen anregung than, haben aber den morgen bey röm. kgl. Mt. aufwarten müssen, nicht zusammenkommen mogen. Nach essens seint sie zusammenbracht, da sie dan mit verholung des bevellichs und erbittens irer herren, auch was sie vor ire person zu thun undertheniglich genaigt, ainhelliglich beschlossen und geraten – mit vilen umbschtenden, auch etlichen fuerschlegen, die ich in widderlegt, daran sie auch gesettiget – das bey röm. kgl. Mt., wie auch mein gnediger herr, Mgf. Jorge, geraten, aufs forderlichst angehalten werde, den handel fur die schtende in der tzwischenpalt nicht gelangen lasse, und solchs durch meines gnedigen herrn Mgf. Jorgen gesanten, den Rechenberger, beschehe. Es wurden ungetzweiffelt die röm. kgl. Mt. genaigt sein, zu disem beylager gutte fridliche antwort meinem gnedigen herrn, Mgf. Jorgen, zu geben. Darauf habe ich nach geburlicher dancksagung fstl. Dt. bevellich nach den handel Hieronimo Schirschtaben bevolen, mit fleiss bey dem Rechenberger antzuhalten, auf das fernere suspension der acht [43v] erhalten werden mocht; selbs auch nicht underlassen, bey dem Rechenberger antzuhalten, das er noch des tages bey kgl. Mt. solt anregung thun. Hot aber nicht fuerkommen mogen.

Am 2. April bestellte Kg. Ferdinand auf Ersuchen der Altgläubigen die Protestanten abermals zu sich, um eine Einigung in den strittigen Fragen von Friede und Recht zu erreichen. Und obwol von den protestirenden, die nicht so hart dringen solten auf ire declaration, noch kain antwort geben war, so wais ich doch, [44r]

das sie das ungewis für das gewis nicht annemen, werden von irer declaration nicht weichen.

Am 3. Aprilis bin ich zu Nurnbergk vorrayset auf befellich fstl. Dt. Zu derselben kommen am 21. Aprilis zu Suchotzoff in Polen und fort mit nach Krakau und herwider geraiset.

#### 84 Hg. Ulrich von Württemberg

##### 84a *Berichtsprotokoll der württembergischen Gesandten über den Reichstag – 1542 Dez. 17 bis 1543 April 28*

*Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol 1r–21v (Berichtsprotok. v.d.Hd. des Kammersekretärs Franz Kurz); AS fol. 1r: Protocol und verzeichnuss aller mundtlichen handlung dises gegenwertigen reichstages.*

*Im ersten Teil des Protokolls werden die Geschehnisse von der Ankunft der württembergischen Gesandten (1542 Dez. 24) bis zur Eröffnung des Reichstags beschrieben. Darauf folgen kurz gefasst die Gründe für das Scheitern gemeinsamer Verhandlungen von alt- und neugläubigen Ständen und ein Resümee der Reichsratssitzungen. Der zweite Teil des Protokolls (vom 21. März 1543 bis zum Ende des Reichstags) widmet sich vor allem den Versuchen der Reichsversammlung, den Konflikt zwischen dem Haus Habsburg und Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Da der württembergische Gesandte Christoph von Venningen dem reichsständischen Ausschuss zur Vermittlung im Geldernkonflikt angehörte, nahm er selbst an diesen Verhandlungen teil und berichtete darüber aus erster Hand.*

[2r] Der für 14. Nov. 1542 in Nürnberg geplante Reichstag wurde von Kg. Ferdinand um einen Monat prorogiert und der Hg. von Württemberg vom König zum persönlichen Besuch des Reichstags aufgefordert (Nr. 3).

Nachdem Hg. Ulrich von der Prorogation des Reichstags erfahren hatte, fertigte er am 17. Dez. 1542 die Gesandten Christoph von Venningen und Dr. Philipp Erer mit Vollmacht (Nr. 69a) und Instruktion (Nr. 69b) nach Nürnberg ab.

Uff den 24. Decembris seind obermelte rethe und gesandten zu Nurnberg einkomen und in etlichen tagen hernach durch Franntz Kurtzen in des Röm. Reichs der mentzischen cantzley sich antzaigen und volgendts obermelten iren habenden gwalt und vollmacht [Nr. 69a] den mentzischen rethen uberantworten und zustellen lassen. Und wiewoll die gemelt gegeben instruction [Nr. 69b, letzter Absatz] under anderm außweyset und clarlich vermag, das die gesandten vorgemelt bey etlichen churfursten und fursten des Reichs von wegen des beschwerlichen ksl. penalmantatz, so die von Esselingen erdichter weiß bey der röm. ksl. Mt. zu Regenspurg [1541] wider mein gnedigen fursten [3r] und herrn erlangt und außspracht haben, bericht und bitten thon sollen, ist solchs auß ursachen, das derselben benennten churfursten und fursten khainer personlich zu Nurnberg und allein durch ire bottschaften erschinen, underwegen verpliben und damit nit furgeschritten worden.

Uff den 17. Januarij 43 ist die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, mitsamt irer Mt. zwayen sönen, H. Maximiliano und H. Ferdinando, Ehgg. zu Österreich etc., zu Nurnberg zu aubendt gantz spat eingeritten und daselbst ankommen.

Auf den 20. Januarij hat hochgedacht röm. kgl. Mt. an mein gnedigen fursten und herrn, Hg. Ulrichen, ain schreiben außgeen und seiner fstl. Gn. zukomen lassen, darinn ir Mt. sein fstl. Gn. gnediglich, fruntlich und ernstlich ersuchen, das die nochmals unbeschwert sein wollen, sich personlich auf disen reichstag zu verfuegen, alles verneris inhalts gemelts kgl. schreibens [Nr. 23], welchs in fol. 54 zu ersehen und zu vernemen ist<sup>1</sup>.

[3v] Uff den 25. Januarij haben meins gnedigen fursten und herrn gesandten rethe vorgemelt sich von wegen seiner fstl. Gn. bey der röm. kgl. Mt. lassen antzaigen, welche auch inen alsपालdt gnedigste audientz gegeben. Haben sie anfangs hohermelten meinen gnedigen fursten und herrn seiner fstl. Gn. außpleibens und niterscheinens underthenigst endtschuldiget und alsपालdt irer Mt. die supplication von wegen der election aines andern und kunftigen apts zu Königspronn in namen meins gnedigen herrn underthenigst uberantwort<sup>a</sup>.

Uff den 26. Januarij ist röm. ksl. Mt., unsers allergnedigsten herrn, oberster und gehaimster rath und orator general in teutschen und welschen landen, H. Nicolaus Perenot, H. zu Granvellen etc., mitsamt zwayen seinen sönnen<sup>2</sup>, ainem bischoff und dann ainem weltlichen, zu Nurnberg einkomen<sup>3</sup>.

[4r] Uff den letzten [31.] Januarij haben die röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien die reichsstendt, so vill deren anwesendt, lassen auf das rathaus ervordern und alda den anfang dises reichstags gemacht und die proposition [Nr. 43] furgelesen. Daruff ermelte stendt des Röm. Reichs abschrift derselbigen und ain bedacht underthenigst und dienstlich begert, welches von der röm. kgl. Mt. und den ksl. commissarien inen gnedigst und gunstlich bewilliget und zugelassen worden ist.

Eodem die hat die röm. kgl. Mt. in gemainer reichsversamblung lassen antzaigen: Nachdem sich etlich personen im reichsrath bisheer selbs eintrungen und deßhalb von iren herrn und obern, von denen sie vermainen abgevertigt zu sein, khain schein oder gwalt dargethon und furgelegt haben, derhalb

---

<sup>a</sup> *Marg. erg.*: Ist bei meines gnedigen fursten und herrn particular sachen zu suchen, so zu Nurnberg in disem jar fur handt genommen sein worden.

---

<sup>1</sup> *Im Folgenden werden alle Hinweise auf die Foliiierung der RTA-Überlieferung im HStA Stuttgart stillschweigend weggelassen.*

<sup>2</sup> *Die mit Nicolas de Granvelle mitgereisten Söhne waren: Antoine Perrenot de Granvelle, Bf. von Arras, und Thomas Perrenot de Granvelle.*

<sup>3</sup> *Obwohl Nicolas de Granvelle bereits am 26. Jan. in Nürnberg angekommen war, fehlte er bei der Verlesung der kgl. Proposition am 31. Jan. 1543. Siehe dazu das Schreiben der württemberg. Räte an Hg. Ulrich, Nürnberg, 1543 Febr. 1, in: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 457r–460v, hier fol. 457v (Ausf.).*

were irer kgl. Mt. gnedigst begere und ernstlich bevelch, dieselbigen wollten sich dessen hinfüro endthalten und daruber weiter nicht [4v] eintringen, dann wa das hieruber von jemandt beschehe, der wurde sein wollverdiente und gepurliche straff darumb unnachleßlich empfahren etc.

Als sich auch auf vilgehalten reichstügen zwischen etlichen fursten der session und eerenstandt halben etwas irrung erhaltet, dardurch zu besorgen, das auf disem gegenwurtigen reichstage solche strittigkait auch underwegen lauffen und dise nottwendigen sachen in ain verlengerung getzogen werden möchte, derwegen were irer kgl. Mt. gnedigs gesynnen und begern, dieselbigen stendt wollten sich deren dißmals in ansehung der hochsten noth nit anmassen, dann es sollte ainem jeden an seinem herkomen und gerechtigkeit damit nichts benomen, sonder in allweg unnachthailig sein.

Als aber die stendt, der augspurgischen confession und religion verwandt, sich in khain berathschlagung der puncten, in obermelten ubergeben kgl. proposition [Nr. 43] verleipt, einlassen wöllen, es seyen dann zuvor die zwen puncten fridens und rechtens [5r] notturtigklich und stattlich resolviert und erörtert, ist durch obgemelte stendt auf die beschehen proposition nichts weiters berathschlagt, sonder haben der kgl. Mt. und den ksl. commissarien ire beschwerung und gros obligen, so sie fridens und rechtens halben bißheer gehapt und noch heuttigs tags haben, in etlichen schriften ubergeben und angetzeigt, also das dardurch die kgl. Mt. und die ksl. commissarien sich mit disen obermelten stenden der beeder puncten und ander diser stendt beschwerung halben mit schreiben und widerantworten gegenainander eingelassen haben, wie dann solchs alles die ergangen schriften in der christenlichen verain und religionsverwandten nurnbergischen handlungsbuch anno etc. 43 ordenlich außweisen und nachainander zu erkennen geben<sup>4</sup>. Aber des alles ungeachtet und uber alle vilfältige gepflogne handlung hat hierinnen bey khainem thail nichts fruchtbars außgericht werden mugen. Daruff seyen die bapistischen stend mit irer berathschlagung auf die [5v] proposition furgeschritten und one zuthon diser religionsverwandten stende ainen reichsabschide gemacht und volgendts denselben auf den 23. Aprilis in beysein der kgl. Mt., ksl. commissarien und aller stendt des Reichs verlesen lassen. Doch haben etlich stendt under inen selbs etlicher puncten halb darwider protestiert<sup>5</sup>, und ist also derselb nur durch etlich bapistischen stendt vollkommenlich angenommen und beschlossen worden. Und ist beruerter reichsabschide [Nr. 404] hierinnen geschriben und des inhalts zu vernemen.

<sup>4</sup> In: *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 23, AS*: Cristenlicher verain und der augspurgischen confession und religionsverwandten stend gesandtn räche nebenhandlung, auf dem reichstage zu Nurnberg zugetragen und beschlossen worden anno 1543. F. Kurtz. Ainungsverwandten abschiede. *Siehe dazu Kap. V. und Kap. VIII.*

<sup>5</sup> *Siehe Kap. XIII.B: Protestationen gegen den Reichsabschied.*

Daruff die augspurgischen confession- und religionsverwandten stendt mit ainer schriftlichen protestation [Nr. 409] verfasst gwesen und dieselb nach verlesung des abschidts der kgl. Mt. ubergeben und wider den abschide protestiern. Hat ir Mt. dieselb nit annemen wöllen, sonder dise stendt mit gedachter protestation zu dem mentzischen cantzler gewisen, ime die zu behendigen, welches also beschehen und gemeltem cantzler [6r] schriftlich zugestellt. Und ist solch protestation vor notarien und getzeugen auch gethon und wie sich gepurt furpracht worden, und wurd der inhalt solcher protestation hierinnen zu vernemen und zu finden sein. [...]<sup>6</sup>.

[31. Jan.]: Seindt der Kgn. Maria, statthalterin und regentin in Niderlandt, gesandten reth und bottschaften in gegenwurtigkayt der kgl. Mt., der ksl. commissarien und [6v] allen stenden des Reichs gehört worden. Die haben ir werbung und anbringen (wider den Hg. von Gülch des gewaltigen ubertzugs in Brabandt halben) in schriften [Nr. 202] ubergeben und furpracht. Auf solchs haben die gemaine stendt, gleichsfals hochgedachtes Hg. von Gulch gesandten obgethoner werbung abschrift und deren copley begert. Das ist inen von obgemelter Kgn. Maria gesandten bewilligt und zugelassen worden, wie solch werbung getruckt in obgemeltem klainen nebenbuchlin zu vernemen ist.

Uf den 5. Februarij ist der H. von Grannveldt als ksl. orator in gegenwurtigkait der kgl. Mt., den ksl. commissarien und allen stenden des Reichs in gemainer reichsversammlung gehört worden und solch sein werbung [Nr. 197] schriftlich ubergeben. [7r] Hieruff haben die kgl. Mt. und die ksl. commissarien sampt den stenden des Reichs gethonner werbung abschrift, sich in derselbigen haben zu ersehen, begert. Das hat inen der ksl. orator also bewilligt und zugelassen.

So ist auf gemeltem tag den Kff., Ff. und gemeinen stenden des Hl. Röm. Reichs und der abwesenden gesandten rethen von der Vrenntzin von Masstricht erben ain getruckte supplication wider die statt Masstricht [Nr. 302a, Anm. 1] als offenbare, erklerte und denuncierte ächter ubergeben und hochgemelte stendt wider die von Masstricht umb hilf und beystandt, damit sie zu wurcklicher exequution komen möchten, angesucht und umb Gottes willen gebetten worden, wie auß der ubergeben suplication nach lengs zu vernemen ist.

Uff den 12. Februarij hat H. Wolff Dietterich von Pfyrdt, [7v] ritter, in gemainer reichsversammlung ain supplication von wegen sein und seiner hohen ämpter ausstendigen besödung, so ime und denselben unbetzallt des verschinen turckenzugs halben aussteet und das Reich vermög seiner bestallung ime noch zu thun schuldig ist, ubergeben, alles vermög berurter supplication [Nr. 127], hierinnen begriffen und zugeschriben.

<sup>6</sup> Hinweis auf ein Nebenbuch zur RT-Handlung, das die gedruckte päpstliche Einberufungsbulle zum Konzil von Trient (dat. 1542 Mai 22) und zwei ebenfalls im Druck erschienene Schreiben Karls V. an Papst Paul III. (1542 Aug. 25 und Okt. 18) enthält.

Uff den 18.<sup>7</sup> Februarij haben die gesandten reth und botschaften von der cron Hungern und der österreichischen landt wegen an gemaine stendt des Reichs ir werbung und anbringen in schriften [Nr. 98–99] übergeben, wie auß der copy derselben werbung zu vermercken ist. Dergleichen hat H. Johann Hilchen seiner aussteenden besoldung halb des verschinen turckenzugs auch an die stendt bezalung begert. [8r] Welchermassen der Kf. zu Brannenburg, Mgf. Joachim etc., als oberster velthauptmann im verschinen turckenzug sein bericht und warhafte endtschuldigung, auch antzeigung der erschinen mengeln, so in vergangner turckischen expedition sich verlossen, den stenden des Reichs schriftlich furpracht und uberantwurt [Nr. 128].

Uff den 19. Februarij haben der Kgn. Maria gesandten, rethe und pottschaften den stenden des Reichs auf der Vrenntzen kinder und erben wider die von Masstricht übergeben supplication [Nr. 302a, Anm. 1] ain schriftlichen bericht [Nr. 302a] übergeben und zugestellt.

Uff den 28. Februarij ist an die stendt des Hl. Röm. Reichs von cammerrichter und beysitzer [8v] ain schreiben, darinnen sie bemelten stenden der christenlichen verain gethone protestation auf dem jungsten visitationtage zu Speir und dann die jungst diser christenlichen verstendtnus ergangen recusation und ander beschwernus, die inen von denselben stenden begegnen sollen, antzaigung und bericht [Nr. 303] thuen, ausgangen und uberantwurt worden.

Uff den letzten [28.] Februarij ist den stenden des Reichs in gemeiner reichsversamblung durch des Kf. von Menntz cantzler angetzaigt, das ime durch ein botten auß Schweitz ain schrift, an die gemaine reichstende weysende [Nr. 198], uberantwurt worden, mit verner vermeldung, das ime, cantzler, ermelter pott zu erkennen gegeben, das ein pott auß Frannckreich mit solchem schreiben zu seinen herrn komen und mit schwerer leibskranckhait angegriffen were, deßhalben gedachter pott durch verhinderung derselbigen solche schrift aigner person nit hett könnnden uberantwurten, [9r] darumb dann seine herrn ine, dieselbigen alher und den stenden zu uberantwurten, abgefertigt hetten. Auf das haben die reichsstende sich endtschlossen, das solchs – zuvor und ehe die schrift erbrochen – der kgl. Mt. und den ksl. commissarien entdeckt und angetzaigt werdt, wie dan auch alsपालdt beschehen ist.

Hieruff die kgl. Mt. sampt den ksl. comissarien sich mit gnedigster antwurt vernemen lassen: Ir Mt. neme solchs von den ermelten stenden zu gnedigstem gefallen ane und sey irer Mt., auch den herrn commissarien nit entgegen, das [das] gemelt schreiben [Nr. 198] in gegenwurtigkait der reichsstend erbrochen und verlesen und das angeregt schreiben ir kgl. Mt. und den commissarien, sich darinnen zu ersehen, behendigt und zugestellt werdt. Solchs ist auf gemeltem

---

<sup>7</sup> Die Verlesung der Werbung der Gesandten der niederösterr. Erblande im Reichsrat erfolgte am 19. Febr. 1543. Der 18. Febr. war offensichtlich das Datum der Übergabe des Aktenstücks an die Reichsstände.

tag nach mittentag beschehen und allen reichsstenden davon copy und abschrift mitgethailt und gegeben worden.

[9v] Uff den ersten Martij hat H. Julius, erwelter Bf. zu Naumburg von wegen gedachts bistumbs wider den Kf. zu Sachssen ein supplication und clagschrift [Nr. 300b] den reichsstenden übergeben.

Auf den dritten Martij hat Hg. Hainrich von Braunschweig durch seinen cantzler, Dr. Johann Stöplern, der röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien von wegen seines vertruckten und eingenommen furstenthumbs auch ain supplication und clagschrift wider di ainungsverwandten stende [Nr. 247] übergeben lassen<sup>8</sup>.

Eodem die haben gemeine reichsstendt (außgenommen Sachssen, Pommern und Hessen, so den abschid zu Speir nit angenommen) erwogen und fur rathsam angesehen, das von dem obersten und andern oberhauptleuten, so zu diser vergangen turckischen expedition verordnet gwesen seindt, [10r] irer verwaltung halb rechnung genomen wierdt. Daruff ist alspladt von den Kff., Ff. und anderer stende rethe und gesandten ain ausschuß, solch rechnung wie sich gepurt zu hören und zu vernemen, verordnet worden. Darneben haben des Kf. zu Sachssen rethe in gemainer reichsversammlung antzaigung gethon, wie das der obersächssisch kraiss khain gemaine truchen vermög des speierischen abschidts gehapt, auch den gemainen pfenning nit erlegt<sup>9</sup>. Und warumb solchs underlassen und nit beschehen, das hab ir gnedigster herr durch ire kfl. Gn. rethe zu Speir ursachen antzaigen und nach lengs berichten lassen<sup>10</sup>.

Es ist auch von den aynungsverwandten, und sonderlich bey des Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen rethen, bedacht und fur gut angesehen, das die stendt, so der aynigung zugethon und den reichsabschid zu Speir angenommen, sich mit den gemainen reichsstenden eines außschus halber, der von den oberhauptleuten, [10v] wie vor gehört, rechnung abhörte, vergleichen und einlassen mugen, doch mit vorbehaltung, das solchs der vor übergeben diser stendt supplication [Nr. 152] in ainichen weg nit entgegen und zuwider geschehe.

Uff den 6. Martij haben der röm. ksl. Mt. commissarii vor den stenden des Hl. Röm. Reichs ain gegenbericht und ableynung wider des Kg. von Franck-

<sup>8</sup> Am 27. Febr. 1543 wurde die Werbung des braunschweigischen Kanzlers Dr. Stopler vor den altgläubigen Reichsständen verlesen, am 3. März 1543 erfolgte die Abschrift des Aktenstücks durch die Reichsstände.

<sup>9</sup> Vor allem Hg. Moritz von Sachsen verhinderte beim obersächsischen Kreistag in Zerbst (1542 Mai 22) durch seinen Widerstand gegen die Hinterlegung des Gemeinen Pfennigs die Errichtung einer Kreistrube.

<sup>10</sup> Die kursächsischen Räte lehnten in Speyer 1542 die Einhebung des Gemeinen Pfennigs ab, da Kf. Johann Friedrich im Obersächsischen Kreis bereits zum 22. Jan. 1542 eine Türkensteuer in Höhe einer 1%igen Vermögenssteuer ausgeschrieben hatte. Siehe dazu: RTA JR Bd. XII, Nr. 63, hier S. 510, Anm. 5.



reichs hievor überschickt schreiben gethan und schriftlich in latteinischer sprach furpracht [Nr. 199].

So hat auch die röm. kgl. Mt. etc. den reichsstenden in gemainer reichsversammlung allerley neuer zeittungen und missiven, so irer Mt. zugesandt worden, behendigen und zustellen lassen, dieselben werden hierinnen nacheinander ordenlich zu finden und zu vernemen sein<sup>11</sup>.

[11r] Uff den 12. Martij haben des Hg. von Gullch etc. rethe und gesandten schriftliche verantwortung und endtschuldigung von wegen ires gnedigen fursten und herrn [Nr. 204] auf der Kgn. Maria, regentin etc., gesandten rethe hievor gethon werbung [Nr. 202] und ubergeben schriften, des uberzugs halben in Brabandt beschehen, mundtlich, auch schriftlich angetragen und den stenden des Reichs zugestellt.

Uff den 15. Martij<sup>12</sup> haben ermelte gulchische gesandten von wegen ires gnedigen fursten und herrn [Nr. 205a], des Hg. von Gulchs frau mutter [Nr. 205b], dergleichen etlicher von adel und anderer personen, so in dem turckenzug gewesen [Nr. 205c] und inen dannocht ire heuser verbrändt und verwiessteht worden seyen, zwue clag und supplicationschrift wider [11v] die burgundischen den reichsstenden uberantwort und zugestellt, wie auß beeden copeyen zu vernemen ist.

Uff den 16.<sup>13</sup> Martij hat des Bf. von Munster gesandter von wegen seins herrn die endtschuldigung von des bezigs [= *Beschuldigung*] wegen, das er sich dem Frantzosen anhengig gemacht sollte haben, vor den stenden auch mundtlich und schriftlich gethon [Nr. 206] und deßhalb nu ein schrift, so Kgn. Maria hohermeltem bischoff geschickt [Nr. 206, *Beilage*], lassen verlesen und den stenden auch zugestellt, wie auß dem vertzaichnus zu vernemen ist

Uff den 17. Martij haben die gullchischen gesandten in gemainem reichsrath den stenden die underhandlung, so zwischen kgl. Wd. zu Hungern und Behem witwen, regentin etc., [12r] und irem gnedigen fursten und herrn durch die vier churfursten am Rhein und Lgf. zu Hessen gepflogen worden, furgelegt und behendiget, wie die nach aller lengs zu vernemen und zu finden ist<sup>14</sup>.

<sup>11</sup> Zu den Kundschafterberichten über die Türken siehe das pfalz-neuburgische Protokoll: Nr. 82, Anm. 7.

<sup>12</sup> Die jülichischen Supplikationen wurden im Reichsrat bereits am 12. März verlesen als Beilage zur Werbung der jülichischen Gesandten (Nr. 204). Der 15. März könnte das Datum der Abschrift der Supplikationen durch die Reichsstände sein.

<sup>13</sup> Laut dem pfalz-neuburgischen Protokoll (Nr. 82, fol. 16r) wurde die Rechtfertigung der Gesandten des Bf. von Münster (Nr. 206) und das an ihn adressierte Schreiben Kgn. Marias (dat. Brüssel, 1542 Nov. 16) am 12. März im Reichsrat verlesen.

<sup>14</sup> Die jülichischen Räte fügten ihrem mündlichen Vortrag im Reichsrat vom 17. März (Nr. 208) sechs Aktenstücke als Beilage hinzu, welche das Scheitern der Verhandlungen der Kriegsparteien unter Vermittlung der Räte der vier rheinischen Kurfürsten und des Lgf. von Hessen dokumentieren.

Uff den 19. Martij ist von dem ksl. cammergericht auf der stendt beschehen schreiben die gantz handlung, so sich zwischen der Vrenntzen erben und denen von Masstricht vor dem camergericht zugetragen und verlossen hat, gen Nurnberg überschickt und in gemainer reichsversammlung verlesen und abgehört worden.

Uff den 21. Martij haben der kgl. Wd. zu Hungern und Behem, regentin in Niderlande, gesandte rethe widermals ain gegenbericht auf nechst ubergeben clevischen endtschuldigung und clagen den reichsstenden [12v] mundtlich und schriftlich furgebracht, wie auß der copey [Nr. 210] zu vernemen ist.

Daruff sich die Kff., Ff. und gemaine stendt verglichen und endtschlossen, ain außschus zu der kgl. Mt. und den ksl. commissarien, dergleichen zu dem ksl. oratorn, dem H. von Granveldt, zu verordnen und bey irer kgl. Mt., auch fstl. Gnn. und Gg. underthenigst, frundtlich und dienstlich zu bitten und anzuhalten, das dieselben inen, den reichsstenden, irn gnedigsten, freundtlichen und gunstigen rath hierinnen mitthailen wollten und die sachen dahin helfen zu furdern, damit angeregter krieg und irrung zwischen hohermelten partheyen hingelegt und vertragen oder zum wenigsten angestellt werden möchte. Dann wa solchs beschehe, so achten und haben gemaine reichsstendt darfur, das solchs zu diser christlichen expedition wider den Turcken ain gute vorberaitung und furderung sein wurde etc.

[13r] Uff den 23. Martij haben die verordneten vom außschuß in gemainer reichsversammlung den stenden relation volgender gestalt gethon: Das der kgl. Mt. diser krieg, der sich zwischen der ksl. Mt. von wegen des haus Brabant und dem Hg. von Gullch zutrieg, laid were und nit gern sehe. Und wa der Hg. von Gullch derzeit [= *damals*], als ir Mt. one das im Niderlandt zu Gennth gwesen, gevolgt, das dardurch diser krieg nit allein verhuet were worden, sonder were es auch hohermeltem Hg. von Gullch, deren landt und furstenthumb zu nutz, eer und gutem komen. Aber ir Mt. wöllte dennocht nit underlassen und sich mit dem ksl. orator, dem H. von Granveldt, underreden und sich alsdann gnedigster antwurt widerumb gegen den stenden hören und vernemen lassen, mit weiter vermeldung, dwyl dis der stendt anpringen allein ain aynigen [= *einzig*] fursten des Reichs berurte und aber die hoch unvermeidenlich notturft ervordert, in den hauptpuncten, in der proposition vermeldet, furzuschreiten, [13v] daran dann nit allein ainem glid des Reichs, sonder dem gemainem Reich und gantzer teutscher nation zum höchsten gelegen, so were irer kgl. Mt. und der ksl. commissarien gnedigst beger, auch gnedigs, gunstigs und dienstlichs ansynnen und bitt, die stendt des Reichs wöllten in erwegung der hochsten noth mittlerweil und neben diser jetz ertzelten gullchischen handlung in beratschlagung der nottwendigen puncten fortfaren.

Gleicher gestalt hat der ksl. orator auch angezaigt, das ime solcher krieg nit lieb, sonder möchte auch leiden, der Hg. von Gulch were des vertragen und dasjenig, darumb er ursach zu disem kriegswesen gegeben, underlassen. Dann als er den krieg wider die Kgn. Maria, regentin in Brabant, angefangen und

furgenomen, hat ir kgl. Wd. bey seiner fstl. Gn. danntzumal allein etlich tage umb ain anstandt des kriegs lassen anhalten. Solchs were aber von hochgemeltem hertzogen irer kgl. Wd. abgeschlagen worden. So aber die kgl. Mt. ytzundt sich zu dem krieg gefasst [14r] gemacht hete und der ernst vorhanden, so liesse er umb frid ansuchen. Aber das alles hindan gesetzt, wölle er sich dannocht mit der kgl. Mt. deßhalbten underreden und die sachen seins thails zum friden und guten gern helfen furdern<sup>15</sup>.

Uff den 27.<sup>16</sup> Martij haben der ksl. Mt. orator, commissarien und derselben burgundischen dienner den stenden des Reichs auf ir beschehen pittlich ansuchen, so von wegen des Hg. von Gulchs beschehen, geantwort und inen dieselb schriftlich ubergeben vermög der copley [Nr. 214].

Es seyen auch desselbigen tags auß dem Niderlandt neue zeittungen tzu Nurnberg uberschickt worden, welchermassen der angriff und schlacht zwischen den burgundischen und gulchischen beschehen und ergangen sey<sup>17</sup>. Das wurdet auß der copley zu vernemen sein.

[14v] Uff den 28. Martij haben Kff., Ff. und gemaine stendt sich widerumb endtschlossen, bey kgl. Mt. underthenigklichen antzusuchen und zu bitten, zwischen der ksl. Mt. und dem Hg. von Gullch nochmaln gnedigste underhandlung furtzunemen und solch kriegswesen in ruwe zu stellen. Und ist under andern von den stenden des Hg. von Gullchs rethen und geschickten das mittel, das sie von wegen irs gnedigsten, gnedigen fursten und herrn das furstenthumb Geldern und die graveschaft Zupffen zu sequestriern bewilligen wöllten, furschlagen worden, welchs aber die gedachten gesandten auß etlichen ertzellten ursachen anstatt ires gnedigen herrn abgeschlagen und nit annemen wöllten<sup>18</sup>.

Uff den dritten Aprilis haben die gemaine reichsstend durch ain außschus die kgl. Mt. und die [15r] ksl. commissarien in der güllchischen kriegshandlung widerumb pittlich ersuchen lassen. Des haben ir Mt. sampt den commissarien sich deßhalber mit dem ksl. orator und den burgundischen rethen und bottschaften verner zu underreden ainen bedacht genomen.

Uff den funften Aprilis ist durch den menntzischen cantzler in gemainem reichsrath wider angetzeigt, das der ksl. orator und die burgundischen rethe auf der reichsstende bittlich ansuchen, die gullchischen kriegshandlung beruerendt, sich widerumb endtschlossen, das sie irem habenden bevelch nach khain ander mittel konnen oder wissen furschlagen, dann wie von inen hievor beschehen.

<sup>15</sup> Vgl. die Schilderung der württembergischen Gesandten mit den ähnlich lautenden Bericht der jülichischen Räte von 1543 März 22 bis 24 (Nr. 213).

<sup>16</sup> Die Antwort Granvelles und der burgundischen Gesandten (Nr. 214) wurde den Reichsständen offensichtlich bereits am 27. März 1543 in schriftlicher Form ubergeben. Die Verlesung des Aktenstücks im Reichsrat erfolgte aber erst am 28. März 1543.

<sup>17</sup> Schlacht von Sittard am 24. März 1543, die mit einem Sieg der jülichischen Truppen über die Burgunder endete.

<sup>18</sup> Zu den Verhandlungen am 28. März siehe den Bericht der jülichischen Räte (Nr. 215).

Und soverr sich des Hg. von Gullchs reth und gesandten auf dieselbigen wege wöllten einlassen, so seyen sie urputtig, deßhalben verner handlung mit inen zu pflegen; wa nit, wollen sie es bey vorriger gegebner antwurt beruowen und pleiben lassen. [15v] Solchs alles ist alsaldt den gullchischen rethen angetzaigt und zu erkennen gegeben worden. Die haben es abgeschlagen, mit verner vermeldung, das ir gnediger herr des hertzogthumbs Geldern und der graveschaft Zupffen befuegt, auch der ritterschaft und landtschaft bemelts hertzogthumbs sonderlich verpflichtet, sie und das furstenthumb nit zu verlassen. Derwegen sie, die rethe, die angezogen mittel nit konnden oder wissen antzunemen. Also und daruff ist bey den stenden fur rattlich angesehen und erwogen, dieweil gemainem Reich und vorab teutscher nation an disem krieg hoch und vill gelegen, auch disem christenlichen werck wider unsern erbveindt gantz verhinderlich, das durch gemaine reichsstende die kgl. Mt. nochmals underthenigklich zu ersuchen und ir Mt. zu bitten sei, dis handlung zum friden gnedigklich zu furdern helfen<sup>19</sup>.

Es hat auch abermals der menntzisch cantzler ain brieve und schreiben, so von dem Kg. von Frannckreich an die gemaine reichsstende außgangen und durch ain botten [16r] auß Schweitz gedachtem cantzler geantwurt, in reichsrath gepracht. Dwyl aber hievor gleichfals den reichsstenden von dem Kg. von Frannckreich auch schriften [Nr. 198] zukommen, die etwas hitzig und die ksl. Mt. darinnen etwas angetzogen worden sein, ist derwegen durch die reichsstendt endtschlossen, solchs an die röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien gelangen zu lassen, wie dann volgendts beschehen. Daruff haben die kgl. Mt., ksl. commissarien und gemaine reichsstendt sich mitainander verglichen, das gemeltem potten die brieve widerumb gegeben und darbey gesagt wurde, das seine herrn dem Kg. von Frannckreich antzaigen wollten, dwyl er, der Kg. von Frannckreich, der ksl. Mt., unsers allergnedigsten herrn, als unsers obersten haupts abgesagter vheindt were, das dann er, kunig, die reichsstende mit denen und dergleichen schriften furthin verschonen und sie damit nit beschweren wollte.

Uff den 6. Aprilis und nachdem von den obersten leuttenandten und veldtmarschalcken ir rechnung [16v] und relation von wegen der hohen ämpter gehört und befunden, das man denselben zu thon schuldig worden ist inhalt des außzugs derselben rechnung [Nr. 133] und hierin zu vernemen sein wurdet, haben sie alsaldt umb betzalung derselben schuldt bey den reichsstenden fur und fur angehalten, damit dann sie nit lenger uffgezogen, auch allerhandt nachredt und spott, so dem gantzen Reich teutscher nation darauß ervolgen möcht, verhuet wurde. So haben die funf churfursten, nemblich Menntz, Trier, Pfalltz, Sachssen und Brannndenburg, sich erpotten, dwyl H. Connradt von Bommelberg, ritter, solch gelt dem Reich auf gepurlich zins und versicherung dartzuleyhen sich angepotten und bewilligt hat [Nr. 132], gegen gedachten

<sup>19</sup> Zu den Verhandlungen am 5. April siehe Nr. 217.

von Bommelberg zu obligiern und zu verschreiben, doch das dargegen gemaine stendt sich gegen inen hinwiderumb auch verschreiben sollten. Also wa iren kfl. Gnn. die betzalung von dem eingebrachten gemeinen pfenning der ungehorsamen stendt oder von dem rest, so in den kraistruchen von dem erlegten gmainen pfenning bevor sein wurde, nit beschehe oder erfolgte, das sie alsdann solch somma, darumb sie [17r] gegen dem von Bommelberg verschriben weren, an ainer kunftigen anlag innen behalten und sich selbs davon, wie sich getzimpt, betzalen möchten. Das ist nun von den reichsstenden bewilligt und inen versprochen. Daruff sollen die gemelten obersten leuttenant und ire bevelchsleut abgevertigt und des orts abgericht werden.

Uff den 9. Aprilis hat der ksl. orator und der Kgn. Maria gesandten rethe auf vorbeschehen der reichsstend anhalten [Nr. 220] widerumb geantwort [Nr. 222], welche der vorrigen vast gemeß gestellt, und ein „Confutatio defensionis ducis Clivensis super iure ducatus Geldriae ac comitatus Zutphanie“<sup>20</sup> ubergeben, wie dann dieselb in einem klainen nebenbuchlin, mit A nottirt, begriffen ist. Dwyl aber die reichsstende erwogen, wa diser krieg nit sollte beygelegt oder zum wenigsten angestellt werden, das es disem christenlichen werckh zum höchsten verhinderlich, auch gemainer teutscher nation in ander weg zum hochsten beschwerlich fallen wurde, derwegen haben ermelte reichsstendt ainen außschus diser gillchischen [17v] handlung wegen, die auf etlich mittel zu berathschlagen und fur die handt zu nemen, verordnet<sup>21</sup>.

Uff den 15. Aprilis hat in gemainem reichsrath der menntzisch cantzler angetragen: Wiewoll der funf churfursten rethe, nemblich Mentz, Trier, Pfaltz, Sachssen und Brannndenburg, sich anstatt irer gnedigsten herrn gegen dem von Bommelberg zu obligiern und zu verschreiben erbotten und auch bewilligt, als sie aber mit ime, dem von Bommelperg, der verschreibung halben in handlung sich eingelassen, heten sie sich mit ime derselbigen, dann er die dermassen so scharpf haben wollte, nit wissen zu vergleichen und wurden also verursacht, solchs widerumb an gemaine reichsstendt, dise sachen verner zu berathschlagen und wie doch dero mochte geholfen werden, gelangen zu lassen.

Eodem die hat der außschus in causa Masstricht und der Vrenntzen erben den stenden relation gethon, doruff gemaine stendt [18r] erwogen und fur rathsam bedacht, bey der Kgn. Maria gesandten rethe anzuhalten, sich von wegen des brabanndischen regiments und deren von Masstricht in guetlich handlung nochmals einzulassen und zu bewilligen, und im faal aber, das solchs wurde

<sup>20</sup> *Lateinische Entgegnung Kgn. Marias auf die von Konrad Heresbach verfasste Schrift über die Rechtsansprüche Hg. Wilhelms von Jülich auf Geldern (Nr. 204, Anm. 4 und Beilage 1). Diese gedruckte „Confutatio“ wurde dem Vortrag der burgundischen Gesandten vom 21. März beigelegt (Nr. 210, Beilage 1).*

<sup>21</sup> *Zur Bildung eines reichsständischen Ausschusses für die Behandlung des Geldernproblems siehe den Bericht der jülichischen Räte vom 11. April (Nr. 224).*

abgeschlagen, das alsdann den erben die repressalien vergundt und zugelassen werden sollten.

Des tags ist auch von des gewesenen pfenningmaisters rechnung der verschinen im 41. jar eillenden turckenhilf halben relation geschehen [*Nr. 125*], welche den stenden abzuschreiben zugelassen und bewilligt. Die ist hierinnen begriffen und der inhalt daruß zu vernemen.

Uff den 16. Aprilis ist in gemainem reichsrath durch den mentzischen cantzler abermals furpracht, das zu abfertigung der oberhauptleut von wegen der hohen ampter durch den außschus erwogen und bedacht worden sey, das ain jeder standt nach dem wormbischen anschlag [*1521*] auf ain reissigen 9 fl. und auf ein fußknecht 3 fl. [*18v*] dißmals erlegen solle, damit die haupt- und bevelchsleut allein fur die vereerung und zerung diser zeit abgevertigt wurden. Daruff etlich stendt, doch nit allgemainlich, ir gepur [*erlegt*]. Und sonderlich hab ich, Franntz Kurtz<sup>22</sup>, von meins gnedigen fursten und herrn Hg. Ulrichs wegen dem gemelten anschlag gemeß erlegt und geben 22 fl. 51 kr., wiewoll hochgedachter mein gnediger furst und herr dem speirrischen reichsabschide anno etc. 42 allerdings gehorsamblich gelept und nachkomen ist.

Es haben auch uff gemelten tag des Kf. zu Brannndenburg, als obersten veldthauptmans, rethe und gesandten bey den stenden des Reichs umb betzalung des ausstandts, so die reichsstende sein kfl. Gn. noch von wegen ermelts zugs zu betzaln schuldig, angehalten und gebetten.

Und als auf ernenneten tag die proposition, so der ksl. orator in anfang des reichstags den stenden furgehalten [*Nr. 197*], dieselben zu berathschlagen furgefallen und dann dieselbig under anderm mit sich pringt, [*19r*] das die ksl. Mt. hilf wider den Kg. von Frannckreich und den Hg. von Gullch und Cleve begert etc., haben die gemaine reichsstendt erwogen: Wiewoll der gedacht konig sich wider ksl. Mt. unbillicher handlung gevlossen, auch wider dise christenliche expedition wider den Turcken verhinderlich und großlich ursach gegeben hete, so wölle doch den stenden des Reichs auß allerhandt treffenlichen und beweglichen ursachen je beschwerlich fallen, diser obligenden und beschwerlichen leuf halben der ksl. Mt. hilf wider den Kg. von Frannckreich zu bewilligen. Derwegen ist fur rathsam und gut angesehen, die ksl. Mt. darfur underthenigst und auf das glimpfist zu verbitten.

Und dann, sovill den Hg. von Gullch berurte, haben die stendt des Reichs dahin geschlossen, das der verordent außschuß bey dem ksl. orator und [*19v*] der Kgn. Maria gesandten, dergleichen bey hochgedachts hertzogen geschickten rethen guetlich underhandlung pflegen und nach leidenlichen mitteln und wegen, zu abstellung furgenomner kriegsrüstung dienlich, trachten, damit sovill muglich die sachen zu ainem guten vertrag und anstandt gepracht werden mocht.

<sup>22</sup> Sekretär Hg. Ulrichs von Württemberg.

Uff den 20. Aprilis hat die röm. kgl. Mt. den stenden des Reichs ain vertzaichnus und außtzug der außgaben des verschinen winterlegers in Hungern halben [Nr. 136] furlegen und daruff alsपाल्दт erstattung ermelter außgaben von disen stenden gnedigst begeren lassen. Und ist berurter außtzug der rechnung hierinn verleipt und zu vernemen.

Gleicher gestalt hat der Kf. von Brannenburg etc. abermals durch seiner kfl. Gn. rethe den ausstandt seiner besoldung an die stendt erfordert und begert.

[20r] Uff solch jetzgeschriben beed puncten haben sich die reichsstendt endtschlossen, das vor dem allem die rechnungen von den gehorsamen kraissen vermög des speierischen abschidts genomen und von den ungehorsamen kraissen und stenden der ausstandt eingebracht werden solle. Alsdann soll fursehung gethon werden, damit die kgl. Mt., der Kf. zu Brannenburg, dergleichen die obersten leuttenandten und ander bevelchsleut, sovill sich aines jeden ausstandts scheinbarlich erfinden wurt, außrichtung und betzalung beschehe.

Daruff ist von den vier kraissen, Schwaben, Franncken, Bayern und rynischem kraiss, rechnung und relation durch ainen verordneten außschus gehört und genomen. Ist aber daruff weiter nichts beschlossen, sonder bis zu weiter zusamentkunft geschoben worden etc.

Uff den 21. Aprilis haben die burgundischen reth und gesandten ain schriftlich antwurt und [20v] endtschuldigung von wegen des burgundischen kraiss und Utricht ungehorsame halben, im jungsten turckenzug ervolgt, den reichstenden ubergeben [Nr. 106]<sup>23</sup>, welche verlesen und allen stenden davon copeyen mitgethailt und die verner zu beratschlagen beschlossen worden bis ad calendas graecas. Solche antwurt und entschuldigung ist hierinn zu sehen und zu vermercken.

Nachdem der außschus, zu vorberurter gullchischer handlung verordent, etlich und allerlay mittel und wege (beeden partheyen, auch dem Reich teutscher nation zu gutem und zu furkomung weiterer kriegsübung, so darauß ervolgen möcht) gesucht und furgeschlagen und berurt handlung gern zu einem fridlichen wesen und anstandt gefürdert und gepracht heten, welchs aber uber villgehapte mue und arbeit alles vergebenlich und bey den partheyen nichts fruchtbars wurcken oder außrichten wöllen, dardurch also dise gesuchte underhandlung allerdings one frucht zerschlagen und [21r] von dem außschus obgemelt den gullchischen gesandten der abschide erkleret und angetzaigt worden ist. Und daruff seyen alsपाल्दт die trierrischen, saltzburgischen, würtzburgischen und bayerrischen geschickten rethe (so auch in den außschus verordent gwesen) von Nurnberg abgeritten.

Volgendts aber [von 23. bis 28. April 1543] uber solchen der gullchischen gesandten gegeben abschide solcher nichtigkait diser gepflegen handlung hat

<sup>23</sup> Die Antwort der burgundischen Gesandten (Nr. 106) wurde laut AV am 20. April im „consilio imperiali“ beraten und am 21. April zur Abschrift durch die Reichsstände nochmals verlesen. Siehe das Würzburger Protokoll zum 21. April (Nr. 81, fol. 15r).

sich Christoff von Venningen zu dem ksl. commissarien H. Johann de Naves etc. derwegen verfuert und solche obberurte handlung bey demselben commissario so weit gepracht, das dieselb widerumb von neuem zu werck gezogen und angefenzt worden ist, dermassen das derselb von Venningen mit den pleibenden und anwesenden chur- und fstl. rethen des außschus (welche also auf sein, des von Venningen, frundtlich pitten alda zu Nurnberg verpliben seyen) die sachen mit Gottes hilf bey dem ksl. oratorn, dem H. von Granveldt, dahin gehandelt, [21v] das mit beeder thail wissen und gutem willen ain fridlicher anstandt geschlossen und verabschidet worden ist, wie auß der copey des anstandts [Nr. 235] nach der leng zu vernemen sein wurd.

**84b** *Berichtsprotokoll der württembergischen Gesandten über die Beratungen der Schmalkaldener und die Verhandlungen der evangelischen Stände mit Kg. Ferdinand und den altgläubigen Reichsständen – 1542 Dez. 24 bis 1543 April 29*

A *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 23, fol. 1r–22v (Reinschr. des Berichtsprotok. v.d.Hd. des Kammersekretärs Franz Kurz); AS fol. 1r: Protocol und verzeichnuss aller mundtlichen handlung durch der cristenlichen verain gesandtn räte zu Nurnberg geuebt und gehandelt.*

B *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Konz.).*

*Nähere Angaben zu Inhalt und archivalischer Provenienz der im Protokoll erwähnten Aktenstücken der Schmalkaldener finden sich in Kap. VIII (Verhandlungen der Schmalkaldischen Bundesstände). An jenen Tagen, da die württembergischen Räte gemeinsam mit den Frankfurter Gesandten die Sitzungen der Schmalkaldener besuchten, decken sich ihre Berichte teilweise mit dem CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c) und dem Esslinger Protokoll (Nr. 85). Die spezifischen Interessen jedes Reichsstandes führen jedoch zu unterschiedlichen Schwerpunkten in der Protokollführung.*

[2r] Hg. Ulrich von Württemberg fertigte seine Gesandten Christoph von Venningen und Dr. Philipp Erer sowohl zum Reichstag als auch zur Versammlung der Schmalkaldischen Bundesstände nach Nürnberg ab, wobei sich die Räte in Bundesangelegenheiten auf die Instruktion für den Schweinfurter Bundestag von Nov. 1542 stützen sollten. Im Laufe der Nürnberger Versammlung erbaten sie des öfteren weitere Weisungen von Hg. Ulrich, welche ihnen dieser zukommen ließ.

[2v] Und seindt auf den 24. tag Decembris anno etc. 42 obermelte baide rethe sampt mir, Franntz Kurtzen, mit 11 pferdten zu Nurnberg ankomen und in Martin Hallers, des stattrichters daselbst, behausung zu herberg (bis zu endt des reichstags) gelegen.

Auf den 7.<sup>1</sup> Januarij anno etc. 43 seindt der christenlichen verain reth, pottschaften und gesandten, sovill deren danntzumal zu Nurnnberg ankomen,

<sup>1</sup> Im CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c, fol. 205rv) ist die erste Sitzung der Schmalkaldener auf 6. Jan. 1543 datiert.



durch Sachssen und Hessen beeder oberhauptleut rethe zusammen ervordert worden. Hat der gesandt der statt Schwebischen Hall den stenden ungevarlich volgendt maynung angetragen: [3r] Wiewoll die gemainen stendt diser christlichen verstandtnus das ksl. camergericht in allen prophansachen recusiert und solche recusation dem cammerrichter alsbald insinuiert und verkunt, aber des alles unbedacht, so heten doch cammerrichter und beysitzer in etlichen sachen wider seine herrn, die von Hall, der gethonen recusation zuwider etlich process erkennt, nemblich in causa die von Hall wider die Gff. von Hohenloe, item die von Hall wider Hainrich Spiessen belangendt. Und hieruff bey disen stenden umb rath, wes sich die von Hall in solchem halten sollen, gebetten und angesucht. Dwył dann alle stendt diser verain sich angezogner beschwerden täglichs zu versehen haben, so ist deßwegen ain außschuss, die und andere sachen zu berathschlagen, verordnet worden<sup>2</sup>.

Auf den 8. Januarij hat der außschuß auf deren von Hall anpringen bedacht gut sein, das die beede oberhauptleut diser verain die Gff. von Hohennloe und auch den Spiessen schriftlich ersuchen sollen, der irrung und rechtvertigung [3v] halben, so sie und die von Hall gegenainander am chamergericht in recht haben, stillzusteem und hierinnen hohermelten beeden oberhauptleuten guetlich underhandlung zu gestatten oder, wa inen sollichts nit annemblich sein wollt, das dann sie und die von Hall berurter irer irrung halben fur unpartheysch richter komen und alda aines entlichen außstrags zu gewarten bewilligen wollten [Nr. 259].

Idem hat gedachter außschuß bedacht und berathschlagt, wellicher gestalt die stendt diser verstandtnus und ain jeder in sonderhait die gethonen recusation durch ire anwäldt am chamergericht ratificiern, dergleichen ire bestellten procuratores revocieren sollen. Und haben alspladt ain copei ainer ratification [Nr. 263] und dann aine ainer revocation [Nr. 264] begriffen, dartzu ain gwalt [Nr. 261] und instruction [Nr. 262], welchemassen ain jeder standt sich deßhalben halten solle, geställt, vermög der copeien, wie in fol. 23<sup>3</sup> nachainander geschriben und zu finden ist.

Dergleichen ain vollmacht, instruction und bevelch der gwalthaber der sondern [4r] personen und bevelchsleut, so der braunschweigischen defension halben von dem camergericht citiert worden, begriffen und gestellt, welchemassen sich dieselben vor dem camergericht halten und der beschehen recusation thailhaftig machen und der gepruchen sollen [Nr. 267].

So haben auch diser aygnungsverwandten stende geordneter außschuß ain rattlich bedencken gestellt und begriffen, welcher gestalt sich ain jeder standt

<sup>2</sup> Laut dem CA-Protokoll Lambs zum 9. Jan. 1543 (Nr. 86c, fol. 206r) setzte sich der Ausschuss der Schmalkaldener aus folgenden Gesandten zusammen: Kursachsen, Hessen, Lüneburg, Württemberg, Straßburg, Frankfurt und Schwäbisch Hall.

<sup>3</sup> Im Folgenden werden die zahlreichen Hinweise auf Folioangaben der württembergischen RTA-Überlieferung stillschweigend weggelassen.

mit den privatpersonen in den appellationibus privatorum am camergericht, dergleichen mit den commissionibus, von dem camergericht an dise stendt außgeendt, und ander sachen halben wider gemelt cammergericht halten und ertzaigen solle.

Auf den 22. Januarij ist den stenden diser verstandtnus angetragen worden, wie das Gf. Wilhalm von Furstenberg in dise aynigung auch zu komen begert.

[4v] Und dweyl dise stendt diser christlichen verain in glaubwurdig erfahrung komen, das die beysitzer am chamergericht gegen disen stenden mit schnellen und geschwinden processen von wegen der niterlegung zu underhaltung des camergerichts uber die gethonen recusation furschreiten, derwegen dann die gesandten diser stendt verursacht, sich dessen vor der kgl. Mt. und den ksl. comissarien zu beclagen und deßhalben solch ir beschwerden auf den 25. Januarij mundtlich furgetragen und volgendts irer Mt. und den ksl. comissarien schriftlich [Nr. 151] auf derselben gnedigst begern ubergeben.

Auf den 28. Januarij haben die gesandten diser stend erwegen, dwyl die zwen puncten, sovill den bestendigen friden und das gleichmessig recht belangen, noch nit erlediget, das dann disen stenden in ainiche turckenhilf oder andere sachen nit zu bewilligen oder sich einzulassen sein wölle, es werde dann solchs zuvor außgericht und wie sich gepurt resolviert. Haben derwegen ain [5r] nottel ainer supplication<sup>4</sup> begriffen, die ist auch volgendts in beysein der augspurgischen confessionverwandten verlesen und von den stenden gemainlich der kgl. Mt. und den ksl. commissarien gestellter massen zu ubergeben bewilliget und fur nottwendig angesehen worden.

Darneben haben auch die stendt diser christlichen verain fur ain notturft zu sein bedacht, dwyl allerhandt geschwinden praticken und rustung vor augen seyen, das dann ain jeder standt in seinem furstenthumb, landt und gepietten gute fursehung thun wöllt, damit das kriegsvolckh in jedes oberkayt verplibe und khainem herrn oder frembden potentaten zuziehe, auch darbey ain jeder gute kundtschaft mache und uffmerckens haben, wa solch praticken hinaußlauffen wollen. Und, so es ichtzit disen stenden zuwider furgenommen sollt werden, das alsdann ain jeder solchs den oberhauptleuten zum furderlichsten zu wissen thon soll.

Uff den 29. Januarij haben die pommerischen gesandten [5v] an die aynigungsverwandten stende gesandten von wegen der irrung, zwischen Pommern und Denmarckten sich erhalten, ain werbung [Nr. 286] furgetragen.

Uff den ersten Februarij haben die aynungsverwandten der Hgg. von Pommern gesandten werbung und anpringen erwegen, des außschuß bedencken verner berathschlagt und volgendts durch des Kf. zu Sachssen und den landt-

---

<sup>4</sup> Der Entwurf zur Eingabe der evangelischen Stände vom 2. Febr. stammt vom Straßburger Gesandten Jakob Sturm. Siehe dazu die Vorbemerkung zu Nr. 152.

grävischen rethen den pommerischen gesandten auf ir gethone werbung von dieser stendt wegen antwurt<sup>5</sup> gegeben.

Es ist auch danntzumal von disen stenden zu bedencken gestellt, dwyl allerlay kriegsrüstung und werbung vor augen und vorhanden, ob nit gut, das die kriegsrethe auf ain gelegne maalstatt zusammen [6r] beschriben wurden, damit dieselbigen im faal der notturft bey der handt weren. Dwyl aber dise stendt bey der röm. kgl. Mt. und den ksl. comissarien der und andern sachen halben mundtlich und schriftlich anpringen [Nr. 152] gethon und die antwurt noch nit gefallen, ist fur rathsam bedacht, das der kgl. Mt. antwurt zuvor zu erwarten sein wölle.

Eodem die ist den stenden furbracht, das Gf. Ludwig von Ötingen begert, ine in dise verstendtnus auf- und antzunemen etc.

So haben wir, die wurtempergische gesandten, von wegen unsers gnedigen fursten und herrn ir fstl. Gn. hievor beschehen bittlich ansuchen von wegen Hg. Hainrichs von Braunschweigs söne, das dieselbigen auf zimlich leidenlich wege zu dem land gelassen und inen zugestellt werden möcht, wider erholet und seiner fstl. Gn. gemuet wider erkleret und hieruff umb antwurt gebetten. Des haben die stend diser verain zu bedencken getzogen und uns furderlich antwurt widerfahren ze lassen sich erbotten.

[6v] Uff den andern Februarij haben die aynigungs- und augspurgischen confessionverwandten stende mitainander samentlich endtschlossen, sich in khain turckenhilf oder ander sachen nit einzulassen oder ichtzit zu bewilligen, es seyen dann die zween puncten, den bestendigen friden und das gleichmessig recht belangen, zuvor resolvirt und erledigt. Und haben derwegen die hievor berathschlagt nottel ainer supplication [Nr. 152] der kgl. Mt. und den ksl. commissarien uberantwurt.

Auf den dritten Februarij haben jetzernennte stende in gemainer reichsversammlung ire beschwerden inhalt der supplication [Nr. 152], die sie hievor der kgl. Mt. und den ksl. comissarien ubergeben, den reichsstenden auch gleichförmig und schriftlich zugestellt. [7r] Daruff die gemelten reichsstendt abschrift desselben, sich darinnen zu ersehen und mit antwurt haben daruff zu entschliessen, begert, welches inen von disen stenden zugelassen und bewilliget.

Eodem die haben die röm. kgl. Mt. und die ksl. comissarien dise augspurgischen confessionverwandten stende widerumb zu sich ervordern lassen und auf die hievor ubergeben supplication mundtlich geantwurt [Nr. 153], wie auß der vertzaichnus zu vernemen ist.

Daruff dise vorernennte der augspurgischen confessionverwandten stende fur gut angesehen und bey inen erwägen, das von hohen nöten sein wölle, in ainem außschuß den bestendigen friden und das gleichmessig recht zu berathschlagen,

---

<sup>5</sup> Die Antwort des Ausschusses der Schmalkaldener auf das Ansuchen der pommerschen Gesandten ist mit 4. Febr. datiert (Nr. 287).

damit, wa es zu verner handlung komen wurde, das sich dise stend dester stattlicher hetten darnach zu richten.

Eodem die haben etlich vom adel und burger der statt Metz durch ire gesandten an dise [7v] aynigungsverwandten stende, rethe und bottschaften werbung und furpringen gethon<sup>6</sup>.

Daruff haben die religions- und aynigungsverwandten stend sich endtschlossen, etlich auß disen stenden zu inen zu schicken und zu verordnen, underhandlung irer spenn und irrung halben furtzunemen, wie dann gleichsfals der Kf. zu Sachssen den Hg. von Lottringen auch well schriftlich ersuchen etc.

Auf den funften Februarij haben die aynigungsverwandten stende uns, den wurtempergischen rethen, anstatt unsers gnedigen fursten und herrn auf hievor beschehen anbringen, von wegen Hg. Hainrichs kinder etc. gethon [1543 Febr. 1], volgende antwurt gegeben: Dwyll unser gnediger furst hievor auf etlichen tegen hab lassen anhalten und gebetten, wie dann durch uns, die gesandten, jetzundt [8r] alhie abermals beschehen, die jungen fursten, irer fstl. Gn. schwester<sup>7</sup> kinder, zu irem vatterlandt auf leidenliche wege komen zu lassen, so wollen sie von uns, den gesandten, die mittel und unsers gnedigen herrn bedencken, auf was maß die jungen herrn zu solchem land sollten gelassen werden, anhören und sich alsdann ir gemuet gegen uns verner erkleren.

Uff solchs haben wir den stenden volgende maynung angetzaigt: Das wir unsers gnedigen fursten und herrn bedencken dahin verstanden, wa den jungen herrn ir vatterlandt auf betzalung des kriegscosten wurde zugestellt und das hohermelt junge herrn sampt dem landt Braunschweig in die aynung wurden eingenomen, heten [= *hielten*] ir fstl. Gn. darfur, das der sachen damit sollte geholfen sein. Und wurde dardurch Hg. Hainrichen die hilf, die er zweiffelsone disen stenden zuwider mochte gebrauchen, in allweg abgestriekt. Auf jetz erzelten furschlag haben die stend die sachen zu vernern bedencken getzogen und sollte volgendts ir gmuet uns widerumb unverhalten pleiben.

[8v] Uff den 8. Februarij seindt die gesandten rethe der Hgg. von Pommern vor den aynigungsverwandten widerumb erschinen und sich der antwurt, so des Kf. zu Sachssen und des Lgf. zu Hessen rethe von wegen gemainer verstendtnus inen gegeben, beschwert [Nr. 288], mit verner vermeldung und zustellung ains

<sup>6</sup> *Ansuchen der evangelischen Gesandten der Stadt Metz um Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund, in: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.). Siehe Nr. 86c, Anm. 19 und 20.*

<sup>7</sup> *Maria, Tochter Gf. Heinrichs von Württemberg-Mömpelgard und Halbschwester Hg. Ulrichs von Württemberg, heiratete 1515 Hg. Heinrich d.J. von Braunschweig. Der württembergische Herzog setzte sich dafür ein, den Kindern aus Marias Ehe mit Hg. Heinrich das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel nach dem braunschweigischen Feldzug und der Vertreibung Heinrichs unter bestimmrten Bedingungen zukommen zu lassen. Siehe dazu: L. F. HEYD, Ulrich, Hg. zu Württemberg, Bd. 3, S. 259f.*

langen berichts berurter irer spenn halben wider Denmarckt<sup>8</sup>. Auf solchs ist dem außschuß die sach verner zu rathschlagen gegeben und bevolhen worden.

Eodem die ist von diser verain verordneten außschuß auf etlicher deren vom adel und burger zu Metz gesandten hievor beschehen werbung und anpringen ain antwurt und bedencken (ainer instruction gleichformig) berathschlagt und begriffen worden, die auch volgendts in gmainer diser stendt versammlung verlesen und hieruff beschlossen worden<sup>9</sup>.

[9r] Es haben sich des tags die gesandten der statt Ulm vor den aynigungsverwandten ab [= über] Anthoni Fuckherrn von Augspurg beclagt und sonderlich, das derselbig über die furgewendte recusation am ksl. camergericht gegen inen mit processen furschreit etc., und deßhalben umb rath und beistandt ange-ruoffen.

Gleicher gestalt hat der gesandt der statt Esselingen sich von seiner herrn und obern wegen auch beclagt, das der ksl. fiscal gegen inen von wegen der niterlegung irer angebur zu underhaltung des camergerichts mit processen auch fortfarn und des orts auch umb rath und beistandt angeruoffen und gebetten.

Uff den 10. Februarij ist den pommerischen rethen und gesandten durch ain außschuß von wegen gemainer stend diser christenlichen verain widerumb auf abermaln ir antzaig geantwurt [Nr. 289].

Uff den 16. Februarij hat die röm. kgl. Mt. und die ksl. comissarien den stenden der aynigung und augspurgischen [9v] confessionverwandten auf derselben hievor ubergeben supplication schriftliche antwurt [Nr. 155] zugestellt.

Es haben auch des Lgf. zu Hessen rethe disen stenden der aynigung angetzaigt, wie das hochgedachter mein gnediger herr, der landtgrave, mit Hg. Mauritzen zu Sachssen von wegen gemainer verstendtnus widerumb gehandelt, das sein fstl. Gn. in dise aynung, wie er des verschriben, khommen und bewilligen wollt. Er hete aber über furgewendten vleis des orts bey seinen fstl. Gn. nichts können oder mugen erhalten, mit verner vermeldung, das sein fstl. Gn. bey deren rethen in rath erfunden, das sein fstl. Gn., onangesehen das ir fstl. Gn. herr vater, Hg. Hainrich loblicher gedechtnus, in diser aynigung gewesen, in dise verstendtnus zu komen nit schuldig seyen etc. Hieruff ist fur rathsam und gut angesehen, das die stendt diser verain zu ermeltem Hg. Mauritzen ain bottschaft schicken sollten, bey irn fstl. Gn. verner handlung zu pflegen und

<sup>8</sup> *Umfangreiche Darlegung der pommerschen Räte zum Konflikt zwischen den Hgg. von Pommern und Kg. Christian III. von Dänemark um Rechte und Gefälle des Bistums Roeskilde auf Rügen, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/4, fol. 259r–330r (Kop.); AS fol. 259r: Bericht der sachen zwuschen meinen gnedigen herrn zu Pomeran contra kgl. Dt. zu Denmarck.*

<sup>9</sup> *Erstes Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener zum Aufnahmegesuch der Metzger Gesandten in den Schmalkaldischen Bund in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 111r–114v (Kop.), DV fol. 114v: Copei der antwort der von Metz gesanten belangend, von der cristlichen ainungsverwandten stende wegen den 9. Februarij gegeben 1543 Nurmberg.*

in dise aynigung zu bewegen, und also dem außschuß bevolhen, die sachen zu berathschlagen, mit was weg und mittel die gesandten sollich bey irn fstl. Gn. anpringen sollen. [10r] Doch soll man sich der antwurt bey dem Kf. von Sachssen, so hochgedachter Hg. Mauritz seiner kfl. Gn. rethen und gesandten auf vorbeschehen werbung deßhalben gegeben, zuvor erlernen und des ain wissenschaft empfaßen.

Es sein auch uff gemelte zeit etlich missiven, die statt Minden belangendt, begriffen und in diser verain versamblung verlesen worden, und beschlossen, dieselbigen also von wegen diser stendt zu verfertigen und zu überschicken.

Dergleichen ist von dem außschuß ain bedencken gestellt, wes sich dise stendt gegen den camergerichtspotten, so sie ainem oder mer standt in werender recusation proceß und mandaten zu verkunden vorhabens, sich halten und gegen denselben erzaigen sollen [Nr. 273].

So hat der Bf. von Munster durch seine reth bey disen stenden, sein fstl. Gn. in dise aynigung einzunemen, angehalten und gebetten. Daruff dann der außschuß ain bedencken, was disen christenlichen [10v] verain stenden hierin thonlich und furstendig sein wolle, berathschlagt und bedacht [Nr. 418, Art. 13].

Uff den 21. Februarij: Welchermassen dann die mundtlich gepflogen underhandlung vor den bayerischen rethen zwischen den stenden der christenlichen verain und Hg. Hainrichs von Braunschweig kinder des eingenomen lands Braunschweig halben furgenomen und ergangen, ist nach lengs zu vernemen [Nr. 244].

Auf den 26. Februarij haben die stendt der aynigung und augspurgischen confessionverwandte kgl. Mt. und den ksl. comissarien ain replickschriften [Nr. 157] underthenigst und dienstlich ubergeben und behendigt von wegen fridens und rechtens.

[11r] Uff den letzsten [28.] Februarij haben die aynigungsverwandten sich endtschlossen, bey meinem gnedigen fursten und herrn, dem Lgf. zu Hessen, underthenigklich zu bitten und antzuhalten, Gf. Wilhalmen von Newenar zu vermögen, das er von wegen gemainer stendt diser christenlichen verain zu der statt Metz zu reiten und dasjenig bey derselben vermög der gestellten instruction außzurichten und den ewangelischen burgern daselbst zu gutem helfen zu volenden unbeswerdt sein wolle. Das wollen dise stend, zudem das solchs ain christenlich, lobwurdig werckh etc.

Es ist auch auf gemelt zeit bey den aynigungsverwandten fur nutz und gut angesehen, von dem Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen der klainen und nebenanlag halben rechnung zu entpfahen und, wie sich gepurt, zu hören. Dergleichen ist der braunschweigischen defension halben auch rechnung furzunemen bedacht und fur gut angesehen worden.

[11v] So haben auch dise stendt sich ainer antwurt, Gf. Wilhalmen von Furstennbergs gesandten von wegen der einnehmung in dise verstendnus zu geben, endtschlossen.

Auß was ursachen Gf. Ludwig von Öttingen der junger in dise verstandtnus zu komen begert, wurt auß den schreiben und missiven zu vernemen sein.

Auf den 4. Martij haben die kgl. Mt. und die ksl. commissarien dise stendt, der augspurgischen confession und religion verwandt, zu sich lassen ervordern und ir endtlich und beschließlich resolution in schriften [Nr. 158] verlesen und inen behendigen lassen. Und darbey die kgl. Mt. aigner person verner angetzaigt, das ir kgl. Mt. sampt den ksl. comissarien sich ires gemuets hiemit endtlichs endtdeckt haben, wöllen sich darbey zu disen stenden gnedigst und gutwillig versehen, dise stendt werden nunmer [12r] unbeschwerdt sein und in den hauptpuncten neben den andern reichsstenden helfen furschreiten.

Uff den 7. Martzij haben obermelte stendt, diser religion zugethon, der röm. kgl. Mt. und den ksl. comissarien auf ir beschliesliche resolution ain dupplickhschriften<sup>10</sup> [Nr. 159] ubergeben.

Auf den 8. Martzij haben die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien ir dritte antwurt und weiter erleuterung fridens und rechtens halben den stenden der augspurgischen confession auf ir ubergeben dupplickhschriften zustellen lassen [Nr. 160].

[12v] Uff den 9. Martij haben vorernennte stendt, der augspurgischen confession zugethon, auf der kgl. Mt. und ksl. commissarien ubergeben dritte antwurt und weiter erleuterung fridens und rechtens halben ain triplickhschrift<sup>11</sup> [Nr. 162] deswegen stellen und irer Mt. und den comissarien uberantworten lassen.

Auf den 10. Martij hat die röm. kgl. Mt. in beysein der ksl. comissarien den obernenten stenden aigner person mundtlich auf ir, der stendt, ubergeben triplickhschriften, antzaigung [Nr. 163] gethon.

[13r] Uff den 12. Martij haben die ksl. comissarien vor den gemainen reichsstenden angetragen: Nachdem die kgl. Mt. in gwise erfarung komen were, das der christenhait erbvheindt, der Turckh, in treffenlicher rustung und sich allgerait zu ainem gwaltigen treffenlichen antzug gantz geschickt und gefasst gemacht hete, derwegen und auß getrengeter, unvermeydenlicher not were der kgl. Mt. und der ksl. comissarien gnedigst, gnedigs und frundtlichs begert, die Kff., Ff. und gmainen stendt und der abwesenden rethe und gesandten wollten in den hauptpuncten furschreiten und damit lenger nit verziehen. Dwyl sich aber die stendt, der augspurgischen confession verwandt, mit gemainen reichsstenden vermög irer ubergeben supplication einzulassen bis anheer auß etlichen vermainten ursachen gewidert, so wollte die kgl. Mt. und sie, die comissarien, hiemit bewilligt haben, die zeit, darinn die visitation soll furgenomen werden,

<sup>10</sup> In anderen Quellen auch als „Triplik“ bezeichnet, während die Antwort des Königs als „Quadruplik“ firmiert (Nr. 160). Zu den in den Quellen differierenden Bezeichnungen für einzelne Aktenstücke des Schriftwechsels zwischen Kg. Ferdinand und den CA-Ständen siehe: Einleitung zu Kap. V.A, S. 762 und Nr. 158, Anm. 3.

<sup>11</sup> In anderen Quellen als „Quintuplik“ bezeichnet.

[13v] zu benennen und mittlerweile alle prophansachen am camergericht bis zu völliger und ergangner visitation zu suspendiern. Derwegen wer der kgl. Mt. beger, sie, die augspurgischen confessionverwandten stende, wollten in den haupt- und nottwendigen puncten neben andern reichsstenden in erwegung der hochsten nott, so laider höchlich vor der thur, furzuschreiten unbeschwert sein. Das wurde zuvorderst die röm. ksl. Mt., auch die kgl. Mt. gegen Kff., Ff. etc<sup>a</sup>.

Daruff dann die gesandten, rethe und bottschaften der christlichen religion ermelten comissarien mit antwort begegnet: Sie konndten nit anderst vermercken, dann das ire gnedigst, gnedig herrn und obern durch ire mißgunstigen bey der kgl. Mt., den comissarien und andern dermassen eingetragen weren, als ob sie dis christenlich werckh zu verhindern understuenden. Dessen sie dann nit ain gering beschwerung truegen, auß ursachen, dann sie wisten ire gnedigst, [14r] gnedig herrn und obern des christenlichen gmuets und vorhabens dermassen, das sie dis hochnotwendig, christenlich werckh zu befurdern gantz begierig und genaigt, auch ir vermugen gern dartzu thetten. Aber sie hetten der kgl. Mt. und den commissarien irer herrn und obern hoch obligen und beschwerden hievor oftermals in schriften ubergeben und umb erledigung derselben underthenigst angehalten, welche puncten aber furnemblich fridens und rechtens halben noch unerledigt stuenden. Derwegen und auß disen hoch beweglichen ursachen sie sich dann bis anheer und noch von wegen irer herrn und obern in ainiche reichshandlung nit einlassen könnndten. Wa aber obberurte zwen puncten fridens und rechtens endlich und stattlich resolviert und erledigt wurden, was alsdann iren herrn und obern disfals zu thon geburren, wurden ir kfl., fstl. Gnn. und Gg. ires thails an aller gleichmessiger und träglicher hilf an inen khain mangel erscheinen lassen, sonder [14v] dieselben sich, wie gehorsamen Kff., Ff. und stenden des Reichs gepurt, unverweyßlich ertzaigen, mit underthenigstem, underthenigem und dienstlichem bitt, die röm. kgl. Mt. und auch sie, die ksl. commissarien, wollten also ire gnedigste, gnedig herrn und obern in dem fur endtschuldigt haben und halten.

Uff den 16. Martij hat der Kf. von Sachssen der klainen anlage von ostern anno etc. 41 bis uff Bartholomei anno etc. 42 und dann der klainen anlage halben von Bartholomei 42 bis auf ostern anno etc. 43 rechnung gethon und den stenden furgelegt.

Dergleichen ist von dem Lgf. zu Hessen von wegen der klainen anlage, die auf Michaelis anno etc. 41 durch den oberlendischen krais uberantwurt, und dann der neuen bestellten rittmaister [15r] und hauptleut besoldung halben von anno etc. 41 bis anno etc. 42 rechnung furgelegt und gehört worden.

Uff den 19. Martij ist den aynungsverwandten stenden durch die sachsichen und hessischen rethe ain schreiben und bericht, so die kgl. Wd. zu Dennmarckt dem Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen gethon, verlesen worden, darinn ir kgl. Wd. angetzaigt, wie sie von der ksl. Mt. auß etlichen unverdienten

<sup>a</sup> Hier bricht der Satz ab.



ursachen aines ubertzugs zu gewarten sey, und derhalben die aynungsverwandten ermant, wa ir kgl. Wd. sie verner ersuchen wurde, das sie dann vermög der aynung und verstandtnus hilf thon wöllten<sup>12</sup>

Uff den 20. Martij seindt auß bevelch der kgl. Mt. die hauptpunten, [15v] in der proposition vermeldet, von den Kff., und Ff., auch andern stenden zu berathschlagen fur die handt genomen. Derwegen dise stendt, der religion verwandt, sich mitainander verglichen, doch mit vorbehaltung der ubergeben supplication, das sie auch bey solcher berathschlagung sein und ain jeder sein session einnemen solle, dergestalt, soverr die beed puncten frid und recht inhalt irer ubergeben supplication resolviert und erledigt wurden, das sie sich alsdann von wegen irer gnedigsten, gnedigen herrn und obern neben andern reichsstenden in den hauptpunten einlassen wollten. Wa aber dieselben nit erledigt, so konndten oder wissten sie sich vermög irer habenden bevelch mitnichten in solche berathschlagung zu begeben oder einzulassen [Nr. 209]. Dises beschlus und maynung seindt andere stend mer, als des Bf. von Munsters und Hg. Othhainrichs Pfgf. gesandten, auch gewesen und inen gefallen lassen.

[16r] Uff den 26. Martij haben die reichsstende, so sich catholici nennen, den stenden der augspurgischen confession der turckenhilf, fridens und rechtens halben mundtlich furtragen gethon, wie auß der vertzaichnus [Nr. 166] zu vernemen ist.

Uff den 27. Martij haben die religionsverwandten stende ain bedencken [Nr. 167] begriffen, welchermassen sich ain jeder standt, diser religion zugethon, in seinem rath in berathschlagung der turckenhilf und andern sachen halten und vernemen lassen soll.

Uff den 29. Martij haben obangeregte stendt auf der vermainten catholici hievor beschehen mundtlichs furtragen widerumb mundtlich geantwurt, wie auß der nottel [Nr. 168] zu sehen ist.[16v] Daruff haben alsपाल्द gedachte catholici wider repliciert [Nr. 169] und es bey irem vorrigen beschehen mundtlichen furtrag lassen beruowen, mit vermeldung, das sie sich des abschlahens nit versehen und vermaint, dise stendt weren ab ir gegeben antwurt ruowig und genuedig gwesen. Dwyll aber solchs bey inen nichts verfahren, so wollen sie, die catholici, also uff morgen in der 7. stund vormittag beyainander erscheinen und in den hauptpunten furschreiten etc.

Dargegen dise religionsverwandte stende iren vorrigen mundtlichen furtrag repetiert, mit angehengter protestation, wa durch sie, die catholici, etwas gehandelt und furgenomen wurde, das der röm. ksl. und kgl. Mtt. oder den gemainen reichsstenden beschwerlich fallen und sein, das sie hiemit von wegen irer herrn und obern darwider, wie sich geburt, protestiert und betzeugt haben wollten, also das der mangel bey irn kfl., fstl. Gnn. und Gg. des orts nit gewest were oder das sie hierin ainich verhinderung oder ursach zu solchem nit gegeben heten [Nr. 169].

<sup>12</sup> Siehe Nr. 418, Art. 10, Anm. 7..

<sup>b</sup>-Auf den 2. Aprillis haben di röm. kgl. Mt. und di commissarien di religionsverwandten stende zu sich ervordern lassen und durch den vicecantzler Dr. Gienger furtragen lassen [Nr. 170]. Dess haben die gesandten der obvermelten stend ainen bedacht genomen<sup>b</sup>.

[17r] Uff den dritten Aprilis haben der religionsverwandten stende gesandten sich ires gmuets auf obernennt der kgl. Mt. und commissarien beschehen mundtlichs antragen auch gegen irer Mt. und den commissarien erklet und solch antwurt [Nr. 171] dero Mt. und inen zustellen lassen.

Auf den 7. Aprilis hat die röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien den stenden diser religion mundtlich wyter furgebracht, wie auß der vertzaichnus [Nr. 173] zu sehen ist.

Uff den 8. Aprilis haben obvermelte religionsverwandten stende der kgl. Mt. und den ksl. commissarien auf ir hievor beschehen mundtlichs furbringen schriftlich antwurt [Nr. 174] abermals ubergeben.

[17v] Uff den 11. Aprilis ist von etlichen burgern von Metz, so von wegen des wort Gottes auß der statt Metz vertriben seindt, ain schreiben sampt ainer supplication etlichen aynigungsverwandten stenden zugeschrieben<sup>13</sup> und ubergeben worden, darinnen sie dieselbigen underthenig und vleissig bitten, mit der erörterung irer restitution furderlich furzuegen und inen des orts behilflich zu sein, mit erztelung, wie inen der H. von Guys in den össterlichen zeiten zu Gorß [= Gorze]<sup>14</sup> thyrrannischer weiß mitgefarn sey.

Auf den 14. Aprilis: Es hat der religionsverwandten stende geordneter außschuß von wegen der beschwerten und außgetriben burger in Metz halber ain

---

<sup>b-b</sup> V.a.Hd. eingefügt.

<sup>13</sup> Es handelt sich um eine zweite Supplikation der Bürger von Metz (zur ersten Supplikation siehe oben Anm. 6) nach der Eroberung von Gorze (siehe unten Anm. 14), die an den Hg. von Württemberg, den Lgf. von Hessen und die Städte Straßburg und Frankfurt überschickt wurde, mit der Bitte um Restitution mit Hilfe des Schmalkaldischen Bundes.

<sup>14</sup> Gorze: Abtei und Stadt nahe Metz, die 1542 vom franz. König an Gf. Wilhelm von Fürstenberg als Lohn für seine Dienste übertragen wurde. Fürstenberg schützte dort die aus Metz vertriebenen evangelischen Bürger, an deren Spitze der protestantische Prediger Guillaume Farel stand. Farel hatte 1542 die erste reformierte Kirche in Metz gegründet. In der Person von Kaspar/Gaspard von Heu hatte seit 1542 ein Protestant das Schöffenmeisteramt inne. Dadurch stand ein evangelisches Stadtoberhaupt der altkirchlichen Majorität der Bürger vor und versuchte die Gleichstellung des evangelischen mit dem katholischen Bekenntnis durchzusetzen. Die altgläubige Mehrheit in Metz entsetzte Heu Ende 1542 seines Amtes mit Unterstützung Kgn. Marias, während die neugläubige Fraktion sich an Straßburg und den Schmalkaldischen Bund um Hilfe wandte. Am Ostersonntag 1543 (März 25) wurde Gorze auf Betreiben von Kard. Johann von Lothringen unter Führung der Hgg. Claude und François de Guise durch französisch-lothringische Truppen erobert und der alten Religion zum Sieg verholfen. Siehe J. V. WAGNER, Graf Wilhelm von Fürstenberg, S. 208–232; A. SCHINDLING/W. ZIEGLER, Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation, Bd. 5, darin: L. CHÂTELLIER, Lothringen, Metz, Toul, Verdun, S. 106–110.

bedencken begriffen und gestellt<sup>15</sup>, [18r] welchemmassen auch ain schreiben in namen der christenlichen verain gesandten rethe an die von Metz obberurter irer außgetriben burger halben außgangen.

Uff den 18. Aprilis hat die röm. kgl. Mt. dise religionsverwandten stende zu sich ervordern und in beysein der ksl. commissarien abermals ain mundtlichen furtrag [Nr. 180] thon lassen, mit zustellung und uberantwortung der bapistischen stende berathschlagung der turckenhilf [Nr. 94], auch fridens und rechtens halb beschehen [Nr. 179].

Uff den 19. Aprilis ist von disen religionsverwandten stendt gesandten ain schriftliche und ir erste antwort auf der kgl. Mt. und [18v] ksl. commissarien zugestellte der bapistischen stendt berathschlagung fridens und rechtens, auch der turckenhilf halben gegeben und behendigt worden [Nr. 182]. Dergleichen seyen von diser stendt verordneten außschuß die beschwerlichen mengel, so sie in der bapistischen stendt ubergeben berathschlagung der turckenhilf, auch fridens und rechtens halben befunden haben, in ain schrift [Nr. 181] zusammengezogen.

Uff den 20. Aprilis hat die röm. kgl. Mt., auch der ksl. commissarius, die religionsverwandten stendt wider zu sich berueffen und abermals gnedigt und dienstlich begert, das dise stendt (dwy] dieselben irer Mt. verhoffen nach in allem irem begeren volge erlangt) [19r] nummer in den hauptpuncten, die turckenhilf belangen, neben andern stenden des Reichs furzuschreiten unbeschwerdt sein wollten. Das wurde nit allein irer Mt., sonder dem gantzen Reich teutscher nation zu sonderm nutz und wolfart raichen etc.

Uff solchs haben dise religionsverwandten stende ain bedacht genomen und in etlichen stunden desselben tags der kgl. Mt. und den ksl. commissarien widerumb ain andere und weytere antwort [Nr. 183] gegeben.

Als aber die kgl. Mt. und die ksl. commissarien nach verlesung obberurter antwort den religionsverwandten stenden widerumb antzaigen lassen, dwyl die strittigen artickel frid und recht, auch der hauptpunct, in der proposition verleipt, aller pillichait und den reichsabschiden gemeß gestellt und ir Mt. [19v] bey den andern stenden verner oder weitters nit wissen zu erheben, so wöllen ir kgl. Mt. sich versehen, dise stendt werden sich ains bessern bedencken und irer Mt. ain andere antwort widerfaren lassen etc. Daruff es dise religionsverwandten stende bey iren vorrigen, villfältigen beschehen

<sup>15</sup> *Der Ausschuss der Augsburger Konfessionsverwandten verfasste ein Gutachten zur Lage der Metzger Bürger, deren Bitten auf Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund nicht erfüllt worden waren. In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 23, fol. 247r–250r (Kop.); AS fol. 247r: Des ausschuß bedencken der beswerdten burger zu Metz halben. Nurmberg 1543, den 14. Apprilis. Auf Basis dieses Gutachtens richteten die Gesandten der Schmalkaldischen Bundesstände ein Schreiben an Bgm. und Rat von Metz mit der Bitte, die evangelischen Bürger entsprechend seinen Möglichkeiten zu schützen und zu schirmen. Siehe auch: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 520f.*

mundtlichen furtragen beruowen und pleiben lassen. Und ist von denselben stenden dismals nichts neuers eingefuert oder furpracht worden.

Auf solchs die kgl. Mt. sich abermals gegen disen religionsverwandten stenden gnedigst vernemen lassen, ir Mt. wölle sich nochmals zu disen stenden gnedigst versehen, sie werden sich in namen irer herrn und obern nochmals ainer andern und willferriger antwurt gegen irer Mt. hörn und vernemen lassen etc.

[20r] Uff den 21. Apprilis haben die religionsverwandten stende abermals nichts weiters oder nuwers [!] furgebracht, sonder es vast den vorrigen antwurten gleichformig beruowen und bleiben lassen.

Auf den 22. Aprilis hat die kgl. Mt. die religionsverwandten stende zu sich ervordert und inen ungevarlich disen inhalt durch irer Mt. vicecantzler lassen furhalten [Nr. 184]: Ir kgl. Mt. hete bis anheer zwischen disen und dann den andern stenden gantz vatterliche und getreuliche underhandlung gepflogen und dise strittige handlung, sovill muglich, gern zu vergleichung und richtigkait gebracht. Dwyl aber solchs nit beschehen, het sich dannocht ir Mt. versehen, so doch die strittigen puncten etwas mer und weiters dann vormals geleutert worden, [20v] dise religionsverwandten stende sollten dieselben also angenommen und des orts unbeschwert gwesen sein. So aber solchs von inen nit ervolgt, sonder gewaigert und gar abgeschlagen worden were, also das die sachen unverglichen verpliben, so muste ir Mt. des [!] Gott bevelhen. Aber ir Mt. wolte sich dannocht versehen, so dise stendt von irer kgl. Mt. in diser hoch anligenden not umb particular hilf sonderlich ersucht, sie wurden sich alsdann in demselben gantz gehorsamlich ertzaiigen und gegen irer kgl. Mt., wie gehorsamen stenden gepurt, beweisen.

Uff den 23. Aprilis ist von den catholischen stenden one zuthon und beysein der christlichen religion verwandten stende ain abschide [Nr. 404] endtlich gemacht und also vor der kgl. Mt. und allen reichsstenden verlesen und publiciert.

[21r] Und haben dieselben bapstyschen stende khainen protestierrenden secretarien oder schreiber in abschreibung und anlesung des gemelten abschids zulassen wölle, sonder dieselben alle samendtlich durch den mentzischen cantzler abgeschafft und außgeschlossen worden.

Daruff dann die gedachten religionsverwandten stende samendtlich ain protestation in schriften [Nr. 409] verfasst und nach verlesung des abschids der kgl. Mt. behendigen, welche aber ir Mt. nit annemen wollen, sonder dise stend zu dem mentzischen cantzler derhalben gewisen, welche protestation gleich auch alsaldt in beisein aines offnen notarien und getzeugen ime, cantzler, uberantwort und deßhalben ain instrument [Nr. 409, *Überlieferung D*] uffrichten lassen. Aber das instrument, uber solch ergangen und beschehen protestation aufgericht, ist bey der kfl. sachssischen cantzley [21v] hinderlegt und khainem standt kurtze der zeit halben abzuschreiben mitgethailt worden.

Darneben hat der christlichen verain gesandten rethe und pottschaften fur nottwendig geacht und rathsam angesehen, an die röm. ksl. Mt. ain schreiben und endtschuldigung, warumben und auß was beweglichen ursachen dise stendt in der andern stendt gemachten reichsabschide mitnichten zu willigen wissten, außgeen zu lassen [Nr. 280], wie dann allgeraidt beschehen.

Uff den 25. Aprilis hat der gesandte der statt Goßlar von wegen etlicher ausstenden schulden und schaden, Hg. Hainrichs halben erlitten, an die christliche verain gesandten rethe bittlich ansuchen gethon<sup>16</sup>.

[22r] Uff den 26. Aprilis hat der Hg. von Pommern gesandter [= Zitzewitz] von wegen der declaration und erklerung, so in den irrungen, zwischen kgl. Wd. in Dennmarckt und seinen gnedigen fursten und herrn obgemelt erhalten, ergeen sollte, disen religionsverwandten stenden ain schrift [Nr. 293] ubergeben, darinnen er bedingt und protestiert, sich auf empfangenen bevelch bis zu erlangter declaration aller handlungen der christenlichen verain zu endtschlahen und zu enthalten.

Eodem die haben die christlichen verain gesandten rethe diser, der Hgg. von Pommern sachen halben dem Kf. zu Sachssen ain schreiben zugesandt.

So haben auch obgemelte der aynungsverwandten stende gesandten an die röm. ksl. Mt., unsern allergnedigsten herrn, [22v] ain schreiben der braunschweigischen defension halben außgeen und irer Mt. zukomen lassen [Nr. 281]. Uff alle und jede hievor beschehen mundtlich und schriftliche handlungen ist durch der christenlichen verain gesandten rethe und bottschaften, sovill deren zu Nurnnberg anwesendt gewesen, ain abschide [Nr. 418] gemacht und denselben auf den 28. Aprilis verlesen und beschlossen worden.

Uff den 29. Aprilis seyen meine herrn, die rethe vorgedacht, widerumb von Nurnberg abgeraist und zu meinem gnedigen fursten und herrn in das Wildpadt geritten, alda sein fstl. Gn. dieser der christlichen verstendtnus und dann der reichshandlungen halben relation furpracht und die ubergeben.

---

<sup>16</sup> *Supplikation Goslars an die Schmalkaldener, dat. Nürnberg, 1543 April 16, in: Goslar StadtA, B unverzeichneter Bestand, Paket 872, Reichssachen 732, S. 74–75. Der 25. April ist das Datum der Übergabe an die Schmalkaldischen Bundesstände. Siehe dazu auch den Schmalkaldischen Bundesabschied Nr. 418, Art. 21.*

### III.C Reichsstädte

*Mehrere Protokolle evangelischer Reichsstädte geben Aufschluss über den Ablauf des Reichstags, die Verhandlungen der Reichsstädte und der Schmalkaldischen Bundesstände sowie der schwäbischen Kreisstände. Der Frankfurter Gesandte Dr. Hieronymus zum Lamb erwies sich als der eifrigste Protokollant. Gemeinsam mit Ogier von Melem vertrat er von Beginn des Reichstags bis zu dessen Ende die Reichsstadt Frankfurt auf dem Reichstag und war Mitglied mehrerer städtischer Ausschüsse. Er berichtete nicht nur ausführlich über die parallel zum Reichstag stattfindenden Versammlungen der Schmalkaldener (Nr. 86c), sondern auch über die Sitzungen des Reichsrates (Nr. 85a) und des Städterates (Nr. 85b). Seine Schlussrelation (Nr. 401) schildert die Verhandlungen vom 18. bis zum 28. April und gibt einen Überblick über die Themen des Reichstags in sämtlichen Gremien (Reichsrat, Städterat, Schmalkaldische Bundesversammlung). Die Gesandten der evangelischen Reichstagsstadt Nürnberg, welche dem Schmalkaldischen Bund nicht angehörte, fertigten ein ausführliches Städteratsprotokoll an (Nr. 89a). Die Aufzeichnungen der Nürnberger Ratsbücher (Nr. 89b) geben Aufschluss über die Haltung von Bgm. und Rat von Nürnberg zu inhaltlichen und organisatorischen Fragen des Reichstags. Die Protokolle von Esslingen (Nr. 85), Goslar (Nr. 87) und Heilbronn (Nr. 88), berichten nicht nur über die Verhandlungen der Reichs- und Kreisstände sowie der Reichsstädte, sondern auch über die Partikularanliegen der jeweiligen Stadt. Da es bei den Protokollaufzeichnungen der einzelnen Städte zu Überschneidungen kommt, ermöglichen Querverweise in den Anmerkungen den Vergleich zwischen den verschiedenen Berichten.*

**85**    *Esslingen*  
*Berichtsprotokoll des Esslinger Gesandten Lic. Johann Machtolf über die Verhandlungen der Reichsstände, der Reichsstädte, der Schmalkaldischen Bundesstände und der schwäbischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 Jan. 21 bis April 13*

*Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 283, RTA 1543, fol. 1r–18v (Berichtsprotok.); AS: Reichstagshandlung zu Nürnberg anno 1542. ÜS fol. 1r: Sumarische vertzaichnuß geupter handlung uff dem reichstag zu Nurnberg, den 14. Decembris anno etc. 42 gehalten.*

*Der Esslinger Gesandte kam am 21. Jan. in Nürnberg an und berichtete in den ersten Wochen seines Aufenthalts vor allem über die internen Beratungen der Schmalkaldischen Bundesstände und ihre Eingaben zu Friede und Recht bei Kg. Ferdinand. Da andere Protokollanten über die Verhandlungen der Schmalkaldener (Nr. 86c) und über die Beratungen im Städterat (Nr. 89a) ausführlicher berichteten als Machtolf, wird auf den Abdruck dieser Teile des Esslinger Protokolls ohne weiterführende Hinweise verzichtet. Die Textauslassungen sind mit [...] gekennzeichnet. Im Volltext ediert werden nur jene Protokollpassagen, deren inhaltliche Information über andere*

*Protokolle hinausgeht. Das betrifft vor allem den Konflikt Esslingens mit dem Hg. von Württemberg<sup>1</sup>, von welchem die Stadt fundamental betroffen war, sowie die Beratungen der schwäbischen Kreisstände während des Reichstags.*

[...]. [3v] Uff Freitag nach Pauls bekherung [26. Jan.] bin ich bey den Hn. Weiprecht Ehinger Bgm. und Martin Weickman, als der statt Ulm gesanten, erschinen und empfangenem bevelch nach mich bey inen erkhundigt, wie sie es der forstlichen gerechtsam halben gegen irn nachpaurn halten. Drauff sie mir zü erkennen geben, obgleich wol ire herrn befrembdens empfangen, das Hg. Ulrich sich derhalben uff sie getzogen, in ansehung, das ir, der von Ulm, forst mit seinen fstl. Gn. und derselbigen forst nit zu vergleichen, noch dannocht hetten sie von irn hern bevelch empfangen, den gesanten der statt Esselingen uff ir ansuchen derhalben guten bericht zu thon: *Ulm sei von Besitzungen des Hauses Österreich umgeben und stehe vertraglich unter dessen Schutz. Gelegentliche Eingriffe in die Forstrechte Ulms durch angrenzende Adelige (z.B. die Fugger), Reichsstädte, die Fürstpropstei Ellwangen oder Untertanen des Hg. von Württemberg seien bisher immer durch Gefangennahme der Übeltäter und Wilderer geahndet worden.* Disen bericht hab ich zu danckparlichem gefallen angenommen und daneben antzeigung gethon, das es nit also ein gestalt mit Hg. Ulrichen. Zweifelsfrei, wo es seine fstl. Gn. gegen Esselingen auch also nachparlichen hielte, wir wollten uns mit seinen fstl. Gn. leichtlichen nit zancken. Wie es aber seine fstl. Gn. gegen Esselingen zu halten im vorhaben stunde, das were einem erbarn rath nit leidenlich oder treglichen etc., deß verhoffens, es solte jetzo alhie gepurlichs insehen beschehen etc. [...]

[9r] Sontags Reminiscere [18. Febr.] nach essens haben wir unsere beschwerden gemeinen ainigungsverwandten stenden muntlich und schriftlich furtragen<sup>2</sup>, die es zu bedencken getzogen etc. [...].

<sup>1</sup> Zum Verlauf des Konflikts zwischen Hg. Ulrich von Württemberg und der Reichsstadt Esslingen 1542/1543 und der von den Bundeshauptleuten erfolglos versuchten Vermittlung siehe: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 218–220; G. SCHMIDT, *Reichsstadt und Territorialstaat*, S. 71–104, hier S. 86–88.

<sup>2</sup> Die schriftliche und mündliche Werbung Machtolfs vom 18. Febr. 1543 vor den Schmalkaldenern beruhte auf seiner Instruktion vom 2. Jan. 1543 (Nr. 72a). Sein Vortrag im Städterat erfolgte am 24. Febr. und basierte auf seiner zweiten Instruktion (Nr. 72b), die ebenso vom 2. Jan. datiert. Siehe den reichsstädtischen Bericht über den Auftritt Machtolfs im Städterat am 24. Febr. 1543, in: *Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg*, RTA 17a, fol. 63r–66v (Konz.); DV fol. 66v: Verzeichnus, waß uff Sambstag 24. Februarij bey den erbern stetten von wegen der statt Eßlingen gehandelt worden 1543. Eßlingen contra Wirtemberg. Siehe dazu auch das *Nürnberger Städteratsprotokoll* zum 24. Febr. 1543: (Nr. 89a, fol. 16v, Anm. 9). Auch beim kgl. Vizekanzler Dr. Gienger und bei den ksl. Kommissaren Bf. Christoph von Augsburg und Johann von Naves sprach der Esslinger Gesandte in seiner Angelegenheit vor: siehe unten die Einträge zum 14. März und zum 11. April.

[9v] Sontags Letare [4. März] hat die kgl. Mt. und ksl. comissarien disen stenden die ander antwurt geben [Nr. 158]. Drauf dem außschuß befolhen, sich einer entlichen antwurt zu entschliessen. Neben disen handlungen seind auch abgehört deß schwebischen kreiß rechnungen von derselben gemeinen einemern und zalmeistern; sie, auch die innemer, mit urkhunt gethoner rechnung biß uff ein khunftigen kreißtag versichert, daneben dem zalmeister fur verehrung 443 fl. sampt ainer eisendruchen, wagen und sechs stuck [10r] doppelzendel<sup>3</sup> zu einem fendlin zugestellt und denen gegeben; schreiber 163 fl. gegeben worden. Es ist auch antzeigt, was der schwebisch kreiß in einer summe zu disem zug außgeben, nemlich 180 323 fl. 22 kr. [...].

[10v] Mitwochen nach Judica [14. März] bin ich bey dem hern vicecantzler röm. kgl. Mt., Dr. Gergen Genger [= Georg Gienger], erschienen. [...] [11r] Das ich auch ime, dem cantzler, antzeigung gethon, wie die sachen mit Wirtenberg geschaffen und also sonsten in alle weg vil reden mit ime, dem hern vicecantzler, gepflogen, auch zu erkennen geben den beschwerlichen vertrag und sein, Hg. Ulrichs, verachtlich gemuet gegen ksl. und kgl. Mtt., do er gesagt, wo Esselingen den vertrag nit annemen, sollen weder kayser und konig vermogen, das er hinfuro denselbigen eingeen welle.[...]. Das aber die sachen gegen Wirtemberg also stuende, triege er [= Gienger] mit gemeiner statt ein sonder getreues mitleiden, khonte aber daneben nit gedencken, wie jetzo diser zeit den sachen zu helfen were, und hielte es darfur, es were diser zeit den sachen mit gedult abzuwarten, biß die sachen in ein bessser und fridlicher wesen gerathen und die ksl. Mt. selbs ins Reich kheme. *Versprechen Giengers, Esslingen weiterhin zu unterstützen.*

[11v] Nach essens bin ich erschienen bey dem Bf. von Augspurg und sein fstl. Gn. der sachen<sup>4</sup> sumarie thon berichten. Und als sein fstl. Gn. hinauf zu kgl. Mt. must reiten, gab mir sein fstl. Gn. zu erkennen, das ich zu anderer zeit seine fstl. Gn. weither mochte ansprechen, wolte mich seine fstl. Gn. gern gnedigklichen horen. [...]

[12r] Neben disem allem seind meiner hern sachen von Palmtag [= Palmsonntag, 18. März] an biß Sontag Misericordia Domini [8. April] mit und neben andern handlungen beratschlagt und mir der ainungsverwanten bedencken<sup>5</sup> alererst sontags Misericordia Domini morgens zugestellt worden. Drauf ich mich

<sup>3</sup> Zendel = leichter Seidenstoff für eine Fahne.

<sup>4</sup> Konflikt mit dem Hg. von Württemberg.

<sup>5</sup> Der Esslinger Gesandte hatte sich am 8. Febr. 1543 mit Klagen über das Vorgehen des RKG an die Schmalkaldener gewandt und um deren Unterstützung gegen das rekuerte Gericht gebeten. Die Stadt hatte zwei Causen beim RKG anhängig (säumige Unterhaltszahlungen an das RKG, Prozess Esslingens gegen Wilhelm Rauschers Witwe): siehe das CA-Protokoll Lambs zum 8. Febr. 1543 (Nr. 86c, fol. 221r). Ein Gutachten der Schmalkaldener auf das Esslinger Ansuchen ist nicht auffindbar. Der Schmalkaldische Bundesabschied gibt jedoch Aufschluss über die Antwort der Schmalkaldener: Nr. 418, Art. 30.



meiner hern noturft nach weither vernemen lassen, wie solichs die vertzeichnuß außweisen, und dieselbigen alsbald montags [9. April] den sechsischen und hessischen rethen uberantwort. Und bin also ferner beschaids zu gewarten.

Und als neben dem freitags nach Quasimodo [6. April] der stett bedencken<sup>6</sup> mir zugestellt, hab ich gleicher gestalt meiner hern noturft montags nach Misericordie Domini [9. April] ferner zu erkennen geben vermog habender verzeichnus<sup>7</sup>. [12v] Und das weither daneben vermeldet, im fall do alhie khein botschaft zu verordnen und abzufertigen sein mochte, sobald dann die röm. ksl. Mt. im Hl. Reich werde ankhomen, das alsbald ein stetttag außgeschriben, daselbsten geschlossen, wie und welchermassen der statt Esselingen beschwerden neben andern obligen der erbern stett röm. ksl. Mt. antzubringen sein solten. Und dweil ein ersamer rath durch langwirige erlittene beschwerden sich an irem vorrath im gewand und gelt mercklichen entplosen und, wo disen beschwerden uffs furderlichst nit abgeholfen, das sie sich lenger und one hilf und furschub der erbern stett lenger nit mochten erhalten. Wo dann ire hern und obern samt und sonder derhalben wurden angelant mit etwas anlehnung, das sie sich in demselbigen freuntlichen und gutwillig ertzeigen wolten etc. Drauf mir widerumb mit antwurt begegnet, wie solichs zugestellte schriften ausweisen, des ich mich diser zeit mussen settigen lassen und auß mangel bevelchs der gesanten die sachen weithers nit mogen bringen<sup>8</sup>.

<sup>6</sup> *Gutachten des Städteausschusses zur Supplikation des Esslinger Gesandten Lic. Machtolf vom 24. Febr. 1543 im Städterat, o.D. (1543 April 6), in: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 74r–76v (Konz. mit zahlreichen Korr. und Erg.); DV fol. 76v: Bedencken der stetgesandten außschuss auf der stat Eßlingen fürprachte beschwerden contra Wirtemberg. Auf Basis dieses Gutachtens wurde die Antwort der Reichsstädte an den Esslinger Gesandten abgefasst, actum Nürnberg, 1543 April 6, in: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 71r–72v (Konz.); DV fol. 72v: Antwort der erbarn frey- und reichstet gesandten, den gesandten von Eßlingen auf ir werbung und anprachte beschwerden contra Wirtemberg gegeben in schriften, 6. Aprilen 1543.*

<sup>7</sup> *Zusammenfassung der Verhandlungen Esslingens mit den Gesandten der Reichsstädte von 24. Febr. bis 9. April 1543, actum Nürnberg, 1543 April 9, in: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 67r–68v (Konz.); DV fol. 68v: Sumarische verzeichnus, was bey der erbarn frey- und reichstet gesanten potschaften von der erbarn stat Eßlingen wegen auf dem reichstag zu Nürmperg 1543 fürpracht und wider zu antwort darauf gefallen. Nota: Ist den 4 außschreibenden stetten also zugestellt, den andern neben außschreibung des kunftigen stettags zu überschicken.*

<sup>8</sup> *Replik des Esslinger Gesandten auf die Antwort der Reichsstädte vom 6. April 1543 (siehe oben Anm. 6) und Duplik des Städtecorpus, actum Nürnberg, 1543 April 9, in: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 69r–70v (Konz.); DV fol. 70v: Deß eßlingischen gesandten ferner anpringen auf di jungst ime schriftlich gegeben antwurt. Item, was ime von den stettgsandten zu weiterer antwort schriftlich zugestellt worden. Nota: Dermassen ists dem gsanten von Eßlingen schriftlich zugestellt worden.*

Uff Mittwoch nach Misericordia Domini [11. April] bin ich bey dem H. von Naves, ksl. Mt. orator, erschinen und denselbigen meiner hern beschwerden nach noturft bericht und [13r] gepetten, dieselbigen bey der röm. ksl. Mt. oratorn, auch irer [ksl.], auch der kgl. Mt. selbs dermassen fur- und an[z]u tragen, damit gemeiner stat derselben abgeholfen [und] bey frid und recht erhalten werde.

*Naves antwortete, dass sich der Kaiser bereits in Regensburg 1541 um eine für Esslingen günstige Lösung im Konflikt mit dem Hg. von Württemberg bemüht habe*<sup>9</sup>. Und so ir Mt. im Reich ankomen, welchs gar bald solle geschehen, werde ir Mt. uff die mittel und weg trachten, wie der statt Esselingen solicher beschwerden abgeholfen werde. Darzu [13v] welle er sich gantz willig erpotten haben, die sachen Esselingen halben mit allem getreuem vleys bey der ksl. Mt. zu furdern, dan er wuste, das ire[r] Mt. gnedigst gemiet dahin gerich[t], die erbern stett bey irem alten herkhomen, irer Mt. und dem Hl. Reich zu erhalten, vor thetlichem gewalt zu schutzen und zu schirmen, wie man dan ein solichs gar bald im werck spuren werde, dan ir Mt. habe die sachen in Hispanien und andern konigreichen also angeschickt und seinem sone dieselbigen ein- und ubergeben, die ime mith geschworn, und [der Sohn] algereid verheirat seie und werde die hochzeit im Septembri gehalten<sup>10</sup>, das ir Mt. bedacht, seine wonungen im Reich theutscher nation zu haben, also das die beschwerten stett jederzeit ire Mt. bei der hand haben und des ein gute erledigung erlangen mogen. Welchs ich von wegen gemeiner stett mit underthenigster gepurlicher danksagung mit freuden angehört und ine gepetten, wo mittlerer zeit ksl. Mt. ankunfft die sachen, anderer gestalt dan durch mich beschehen, an ine oder andere gelangen, demselbigen kheinem glauben zu stellen. *Die Darstellung Esslingens entspreche der Wahrheit und sei dem Kaiser zu übermitteln.* [14r] Deß sich der H. von Naves zu thon gutwillig erpotten.

*Darüber hinaus ersuchte Naves den Esslinger Gesandten Machtolf ebenso wie andere Städtegesandte im Namen des Kaisers um Pulverlieferungen für den geldrischen Krieg. Dieses Ansuchen des Kaisers solle durch Machtolf auch den Städten Reutlingen und Weil der Stadt mitgeteilt werden. Versprechen Machtolfs, sich bei seinen Auftraggebern für die Wünsche des Kaisers einzusetzen.* [15r] Und wiewol ein ersamer rath diser zeit dermassen gegen und neben irem ungnedigen nachpaur<sup>11</sup> gesessen, das sie sich alle tag des ubertzugs zu befaren, noch dannocht wolte sich

<sup>9</sup> Protokoll der Gesandten der Stadt Esslingen, Regensburg, 1541 März 13 bis Aug. 2, in: RTA JR Bd. XI, Nr. 71, S. 668–680.

<sup>10</sup> Vor seiner Reise nach Italien und Deutschland im Mai 1543 setzte Karl V. seinen 16-jährigen Sohn Philipp im März 1543 als seinen Stellvertreter in Spanien ein. Prinz Philipp wurde mit der Tochter Kg. Johanns III. von Portugal, Prinzessin Maria Manuela, am 12. Mai 1543 „per procuratorem“ verheiratet, die Hochzeitsfeierlichkeiten in Anwesenheit beider Eheleute fanden in Salamanca am 15. Nov. 1543 statt. Siehe dazu: F. EDELMAYER, Philipp II., S. 50–57.

<sup>11</sup> Hg. Ulrich von Württemberg.

ein ersamer rath gegen irer ksl. und auch der kgl. Mt. also getrosten, das ire Mtt. ein solichs einsehens wurden haben, damit gemeine statt vor thetlichem gewalt geschützt, geschirmpt, bey dem Hl. Reich und recht mochte erhalten werden.

Dinstag [10. April] nach essens seind die stend des schwebischen kraiß beysamenkhomen und von den verordenten zu den kraißrechnungen relation empfangen der rechnung halben baiden kraißen, Bayern und rheinisch. *Bericht über die Einnahmen des Bayerischen und Oberrheinischen Kreises aus dem Gemeinen Pfennig*. Dweil dann die stende des schwebischen kreiß befunden, das mit uffrichtung der kraißdruchen dem speirischen abschid nit gelept und sonsten allenthalben untreulicher weyß gehandelt, ist bedacht, das der schwebisch krayß sein rechnung nit thue, besonder das zuvor von andern obern kreißen reitung gehort werde.

[15v] Donstag nach Misericordia [12. April] hab ich wider angehalten bey den ainigungsverwanten stenden umb furderliche abfertigung. Nach demselbigen ist antzeigung geschehen, wie die stende der alten religion den abschid gefertigt, dweil dann dieselbigen es dafur achten, was sie beschlossen, das mir [= wir] ein solichs auch solten volntziehen, und aber disen unsers theils stenden nit gemeint, demselbigen zu geleben. Das man alsdann sich solte alhie vergleichen, wo einichem stand hierauf etwas nachteiligs solte oder wurde volgen, das man denselbigen nit lassen, besonder mit hilf und rettung ersprießlichen sein, auch sich niemants in einiche particular hilf einlassen solte etc. [...].

[16r] Neben disen abgehandelten sachen ist auch furgefallen, wie die leitnant und deren oberempter zu jungster hungerischer expedition von wegen irer außstenden besoldung abzufertigen seien, und dahin geschlossen, das Conrat von Bemelburg und Wolff Dieterich von Pfirt neben Johann Hilche[n] sollen das gelt darleihen umb gepurliche verzinsung, von jedem hundert des jars funf. Dagegen sollen sich die funf Kff. Mentz, Trier, Pfaltz, Sachsen und Brandenburg obliigern in bester form und volgents gemeine reichstende inen widerumb gute versicherung thon, sie in demselbigen schadloß zu halten [Nr. 132]. Und soll solche summa irs außstands von den ungehorsamen stenden eingeprachten rest oder von khunftiger anlagen innenbehalten und betzalt werden. Und ist die summa 25 542 fl.<sup>12</sup>

Dagegen ich mich vernemen lassen, ich hette von wegen meiner herrn khei- nen bevelch, mich in einiche weitere außgab zu begeben, es werde dann der jungst speirisch abschid in allen puncten gantzlichen volntzogen, die profiant geoffent, gemeine handel und wandel frei gelassen und Esselingen irem vermogen gemeß geringert und angelegt werde.

Sovil dann meiner herrn beschwerden wider Wirtenberg thüt belangen, haben gesante rethe und botschaften der verain dieselbigen für handen genomen, die hin und wider bewogen und nach langem anhalten und nachlauffen uff Mitwochen nach Quasimodo [4. April] mir zu erkennen geben, wie sie uff

<sup>12</sup> Siehe ergänzend dazu das RT-Protokoll Lambs zum 9. April: Nr. 86a, fol. 284v.

beschehen furbringen sich irs bedenckens entschlossen. Das soll mir furderlich zugestelt [16v] werden, mich darinnen zu ersehen haben und vor iren rethen mich drauf ferner zu vernemen lassen, dann je so wern sie mit gantzem willen geneigt, wisten auch, das sie irn gnedigsten, gnedigen, gunstigen hern und obern ein sonders gefallen bewisen, hierinn alle furderung zu thon, damit der statt Esselingen solcher beschwerden mocht abgeholfen werden. Und als mir allererst Sonntag Misericordia [8. April] solich bedencken<sup>13</sup> in schriften mir zugestelt, hab ich mich alsbald darinnen nach noturft ersehen und meiner hern notturft inen, den hern deß verordneten außschuß, ferner zu erkennen geben, wie solichs meine vertzeichnus<sup>14</sup> ferner außweist, und gepetten, die sachen unverzugenlichen dahin [zu] richten, damit ein ersamer rath solicher mercklicher beschwerden einmal mocht erledigt werden etc.<sup>15</sup>

Also haben die hern deß verordneten außschus widerumben von solichen beschwerden undered gepflogen und uff Freitag morgens nach Misericordia Domini [13. April] mich fur sie beschiden. Zu erkennen geben, mit waß zeitiger vurbetrachtung sie die sachen bewogen und khunden bey inen nit finden, wie Hg. Ulrich einen kopf<sup>16</sup>, wogleich die sachen also meinem suchen nach durch Sachsen und Hessen an Wirtenberg gelangt, das solichs etwas mochte fruchtbar oder lindern, besonder vil mehr ine zu erhitzen. Darumben so bedechten sie, die sachen nochmalig im besten dahin zu richten, das Sachsen und Hessen nochmalns und uffs furderlichst bey Hg. Ulrichen solten anhalten<sup>17</sup>, das seine fstl. Gn. [17r] die profiant und gemeine hantierungen offnen und frei sein lassen und neben solichem die hauptsachen anfangs uff guetliche verhor und hinlegung und, wo die nichts fruchtbar, uff entliche erkhanthus baiden chur- und fursten khomen lassen wolte. Do aber die profiantsperrung und gemeinsamer gemeiner handel auch neben der hauptsachen zu guetlicher underhandlung oder rechtlicher erkhanthus sollten gestelt werden, das sich ein ersamer rath des nit beschwerte, dan so die sachen zu guetlicher underhandlung oder rechtlichem außtrag solte khomen, wurde gewißlich uff deren von Esselingen anhalten der punct der profiantsperrung erstlichs fur die hand genomen und in demselbigen als in einer offenbaren, unzweifelichen sachen einem ersamen rath geholfen.

<sup>13</sup> Siehe oben Anm. 5.

<sup>14</sup> Siehe oben Anm. 2.

<sup>15</sup> Siehe oben Anm. 9.

<sup>16</sup> Im Sinne von: wie Hg. Ulrich geartet ist.

<sup>17</sup> Die Gesandten der Schmalkaldischen Bundesstände forderten Kursachsen und Hessen auf, Hg. Ulrich zu veranlassen, die Causa Esslingen gegen Württemberg der gütlichen oder rechtlichen Entscheidung der Bundeshauptleute zu übertragen. Im Falle einer Ablehnung Hg. Ulrichs, sollte man beraten, ob die von Esslingen erbetene Unterstützung zu leisten sei. Siehe dazu das Schreiben der Schmalkaldener an Kf. Johann Friedrich und Lgf. Philipp, Nürnberg, 1543 April 15, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 401–403, Nr. 150, unfol. (Ausf.).

Do man dann in der hauptsachen angemaster fstl. oberkheit wurde furt-schreiten, solte sich ein ersamer rath getrosten, das ire gerechtsame noturftig-lichen gehort und darinnen also gehandelt und gesprochen werden solte, das sich khein theil seiner habenden gerechtsame zu beschwern noch etwas nach-teiligs, in dem er befragt, zu beschwern oder zu beclagen hette. Wolte dann Wirtenberg in soliche guetlicheit oder rechtliche erkhanntuß sich nit einlassen, so soll alsdann uff nester zusammenkhunft, deren man sich villeicht jetzo alhie zu vergleichen hette, oder aber die uffs allerfurdertlichst an gelegene malstat soll außgeschriben werden, hierinnen entliche erclerung und erkhanntuß [17v] von den stenden beschehen, ob der erbern statt Esselingen vermog der verai-nigung verfassung und gemachten abschiden zu helfen sein solle oder nit, des verhoffens, so es zu solicher erclerung khomen, man werde sich in demselbigen also erzeigen und zu halten wissen, darob sich die statt Esselingen billichen nit zu beschwern habe.

Uff solich beschehen furhalten hab ich widerumb nach lengs meiner hern notturft furtragen und in ansehung so offenbaren, mercklichen, hohen, untrag-baren beschwerden und das Esselingen dieser zeit durch beschehene recusation von irem recht getrungen und sich diser zeit irer beschwerden halben niendert anderswo dan disen stenden zu erheben weist, noch versehen, es solte Wirten-berg jetzo alhie durch die gesante rethe und botschaften dahin gewisen sein, ein ersamen rath und gemeine stat burgerschaft bey recht und erbarer billicheit beleiben zu lassen. Dann wie beschwerlich es den von Esselingen, auch diser verstentnus bei dem gegentheil verachtlichen, das were leichtlich zu bedencken. Aber wie dem allem, dweil die sachen diser zeit nit anderst mochten gehandelt noch auch zu der declaration und erkhanntnus khomen, uß mangel gewalts der anwesenden botschaften, so mieste ich es diser zeit bei demselbigen lassen beruwen, mit dienstlicher bitt, sie wolten die sachen zum allerbesten und [18r] dermassen furdern, damit meine hern, ein ersamer rath, lenger nit uffgehalten. Und im fall do Wirtenberg, wie bei mir gewißlich zu besorgen, vorhabende guetlicheit nit wolte furhaben, das man [sich] alsdann one ferner aufhalten mit entlicher declaration und vertroster hilf und rettung dermassen wolte vernemen lassen, damit ein ersamer rath und gemeine statt bey recht, erbarer billicheit, dem Hl. Reich und diser cristenlichen verstentnus mochte erhalten und vor unrechtmessigem gewalt geschutzt und geschirmpt werden.

Daruff mir die vertroftung geschehen, das die sachen eylends gefurdert und einem ersamen rath solicher beschwerden durch guetliche oder furdertliche rechtliche weg solle abgeholfen oder sonsten die sachen also bedacht werden, damit sie einmal zu frid, ruwe und einigkheit mogen khomen.

Neben dem ist auch mit mir allerlei red ad partem beschehen, wie man je gern wolte Esselingen helfen. Es weren aber die leiff diser zeit dermassen geschaffen im Hl. Reich, das man jetzo nit woll zu solicher hilf khomen khunte oder mochte, besonder mieste auch diser zeit mit gedult abwarten. So were es an dem, das uffs allerfurdertlichst wurde ein tag durch dise stend außgeschriben

werden und an ein gelegene stat, alda villeicht die Ff. von Beyern und auch Wirtenberg von wegen Hg. Heinrichs mochten zusammenkhomen, alda mochte den sachen auch abgeholfen werden, es were guetlichen oder durch erclerung und erkhanthus. [18v] Darumb solte ich von wegen meiner hern ein soliche zeit lang abzuwarten unbeschwert sein. So solte auch verhoffenlich jetzo alhie die furschung beschehen, damit sich ein ersamer rath thatlicher oder anderer gewaltsam und beschwerden nit zu befarn hette. In summa es seind gute wort; wo dieselbigen mochten ins werck khomen, were den sachen dester baß geholfen. Got gebe sein gnad. Amen.

## 86 *Frankfurt*

*Die drei folgenden Protokolle (Nr. 86a–c) sind von Dr. Hieronymus zum Lamb eighd. geschrieben<sup>1</sup>, während die Schlussrelation (Nr. 401) von Sekretärshand stammt. Folgende Kurzbezeichnungen werden zur Unterscheidung der Lamb-Protokolle eingeführt: RT-Protokoll (Nr. 86a), Städte-Protokoll (Nr. 86b) und CA-Protokoll (Nr. 86c). Das von Lamb häufig gebrauchte Adverb „demnach“ entspricht dem heutigen „sodann“, „danach“, „hernach“. Zu den formalen Besonderheiten der von der Hand Lambs stammenden Protokolle siehe die Vorbemerkung zum CA-Protokoll (Nr. 86c)<sup>2</sup>.*

### 86a *Berichtsprotokoll des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb über die Verhandlungen der Reichsstände – Nürnberg, 1543 Jan. 31 bis April 23*

*Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 268r–290v (Berichtsprotok. v.d.Hd. Lambs); ÜS fol. 268r: Communia uff dem tag zu Nurnberg anno etc. 43 gehalten.*

[268r] Mercurij, ultima Januarij: Die kgl. Mt. und die ksl. commissarien Pfgf. Friderich und Naves haben die proposition deß reichstags [Nr. 43] in scharffen verlesen und daruber vermelden lassen: Wiewol die stende ire rhathe und gesanten noch nit alle alhie, so vermöchte doch der neher nurenbergisch abschiedt [RTA JR Bd. XIII, Nr. 198], daß die anwesenden zu schliessen haben sollten, und dan diß werck der hilf wider den Turcken keinen verzuck erlaiden möchte, hette ir Mt. die proposition lenger nit verziehen konden etc. Ferner wurde auch angezeigt, wie der ksl. Mt. oratorn, der H. Granvell, deßgleichen Kgn. Marien gesanten bey irer Mt. und den ksl. commissarien umb verhoer vor gemeinen stenden angesucht. Daruff were ir Mt. und die commissarien urbittig,

<sup>1</sup> *Die Transkription der äußerst schwer lesbaren Protokolle von Dr. Hieronymus zum Lamb verdanke ich den Vorarbeiten von Friedrich Edelmayr zu diesem RTA-Band.*

<sup>2</sup> *Ein weiteres Protokoll Lambs, das die Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände von 20. Jan. bis 21. Febr. 1543 zusammenfasst, ist in Kap. IV.E unter Nr. 116 abgedruckt.*

sich der stund mit den stenden zu vergleichen etc. [268v] Demnach haben die stende der proposition abschrift begert und erhalten und der kgl. Mt., auch den commissarien heimgestellt, den obgemelten zu irer verhoer stunde zu benennen.

Daruff die kgl. Mt. widerum anzeigen lassen: Dieweyl die brabantischen mit irer werbung gefaßt, were ir Mt. und den commissarien gelegen, sie nach essens zwischen ainen und zwayen zu horen. Eß stelte auch die kgl. Mt. in der stende bedencken, ob nit dieselbe botschaft uff das hauß zu deduciren sein sollte. Uff welches von den stenden bedacht, wo dieselben gesanten werbung zu thun hetten von wegen der nidern erblender, welche dan dem Reich unterworfen weren, so wolten die stende fur solch deduciren gepetten haben<sup>1</sup>, dieweyl eß im Reich nit also herkhomen, daß man die reichsstende oder dessen angehorigen, sonder allein die frembden potentaten pflegt zu deduciren etc.

[269r] Nachmittag, als die kgl. Mt. widerum uff dem hauß und bey ir gemeiner stende gesanten versamlet gewesen, hat ir Mt. anzeigen lassen, wie sie glaublich bericht, daß sich etlich personen in namen etlicher stende, von denen sie keinen bevelch, in den reichsrhat inschleiffen [= *unberechtigt hineindrängen*] solten. Deß wolt ir Mt. die stende vorwarnet haben, damit sie daruff gutte achtung hetten, auch sunst alle reichshandel und waß in den rheten gehandelt wurde in hochster gehaim halten wolten etc.

Demnach haben die brabantischen gesanten, H. Weyrich von Krichingen und Dr. Viglius, von wegen der Kgn. Marien contra Gulch ein lange, heftige clagschrift [Nr. 202] übergeben und verlesen lassen, davon copeny hernach den stenden und dem gulchischen gesanten bewilligt und zugelassen worden etc.

[269v] Lunae, 5. Februarij: Ist der H. Granvella in praesentia regis in gemainer reichsversammlung gehort worden, und sein werbung in schriften [Nr. 197] übergeben und verlesen lassen, davon die stende, auch der gulchisch gesant, abschrift begert und erlangt.

Lunae, 12. Februarij: Ist in gemeiner reichsversammlung verlesen worden ein supplication H. Wolffen Dieterichs von Pfird, seiner und anderer noch außsteender besoldung halben [Nr. 127]. Daruff von den stenden bedacht und den stetten furgehalten, daß die supplication abzuschreiben und volgens beratschlagt werden solte, waß daruff zu thun. Haben die sthet zu antwurt geben, daß die supplication abgeschrieben werde, seye inen nit zuwider. Wollen sich auch volgens irer meinung und bedenckens, so ferr man sie wolle horen, daruff auch vernemen lassen.

[270r] Lunae, 19. Februarij: Ist per Jonam angezeigt worden, wie von den stenden bedacht und fur gut angesehen, daß von etlichen verordnet wurden, von den kreißinnemmern und andern rechnung zu horen, damit dieselbigen alhie in die leng nit aufgehalten und der uncosten abgestellt wurde etc.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> *D.h. das Geleit der burgundischen Gesandten zum Rathaus soll unterbleiben.*

<sup>2</sup> *Die Bildung eines allgemeinen Ausschusses zur Anhörung der Abrechnungen der Kreiseinnehmer scheiterte, weil das jeder Kreis für sich durchführen wollte, wie die sächsischen Räte am 27. Febr. 1543 an Hg. Moritz berichteten: siehe Nr. 371.*

Item, eß hette auch Pfird uff sein vorig suppliciren [Nr. 127] angehalten und begert, ime zu helfen. So hetten die osterichischen gesanten umb verhoer angesucht, deßgleichen die brandenburgischen kfl. gesanten, daß man von inen relation und bericht anhoren, auch die rechnungen empfangen wolte etc.

Johan von Hilchen dedit supplicationem [fehlt]. Ist verlesen worden.

Daruff von den protestirenden stenden beschlossen, daß die osterichischen und brandenburgischen mochten gehort werden. Der ubrigen puncten halben wusten sie sich vor erledigung der puncten irer supplication nit inzulassen etc. Dabey eß auch plieben.

[270v] Eodem die nachmittag sein erstlich deß Kf. zu Brandenburg gesanten gehort worden. Dederunt litteras credentiae [Nr. 46], darnach die relation und bericht in schriften [Nr. 128]. Ist alles verlesen worden.

Item sein gehort worden die hungerischen und osterichischen gesanten. Dederunt literas credentiae et duas instructiones [Nr. 98a, Nr. 99a–b]. Ist alles verlesen worden.

Martis, 20. Februarij: Sein die brabandischen in der mastrichtischen sache gehort worden. Haben iren bericht und anzaig in schriften [Nr. 302a] ubergeben und verlesen lassen, davon die stende copey genommen.

[271r] Mercurij, ultima [28.] Februarij: Ist in gemeiner versamlung deß schreibens halben, so durch ein schweitzerischen botten dem mentzischen cantzler behandigt worden [Nr. 198], anzaig beschehen, wie daß in protocollo protestantium [Nr. 86c] bey dissem tag zu finden. Daruff sich die stende verglichen, dieweyl man soviel vermerckte, daß solich schreiben von dem Kg. auß Franckrich khomen, daß sie eß zuvor der kgl. Mt. und dem ksl. oratori anpringen wolten, wie auch alsbald geschehen etc.

Eodem die nachmittag wurd anzeigen: Die prieff weren uf daß heuttig bedencken durch etliche verordnete der kgl. Mt. anpracht worden, die hette sich dessen gnedigst bedanckt und mochte laiden, daß die stende dieselbigen eroffneten, und zweyfelt nit, die stende würden sich daruff der gepur zu halten wissen. Deßgleichen were bey dem H. Granvell auch beschehen, der hette sich gleicher gestalt vernemen lassen. Demnach ist der prieff erprochen und verlesen worden [Nr. 198], helt de dato Magnigeste, 9. Januarij anno etc. 42 (more gallico)<sup>3</sup>.

[271v] Item H. Conrath von Bemelberg dedit supplicationem [fehlt]. Ist verlesen worden.

Item Michel [!] Scholl, haubtman, dedit supplicationem [fehlt]. Ist verlesen worden, belangt den rheinischen kraiß.

Hieruff ist bedacht, daß der franzosisch brieff zuzorderst der kgl. Mt. und dem H. Granvellen anpracht, und volgens bedacht werden solte, ob der abzuschreiben oder waß daruff weyther zu thun etc.

<sup>3</sup> *Mos Gallicanus (= stilus Gallicus): Jahresanfang ist nicht der 1. Jan., sondern der 25. März. Es handelt sich daher um den 9. Jan. 1543.*



Aber belangen die forderung der haubt-, bevelchs- und kriegsleuth: Nachdem die stende der augspurgischen confession gewilligt, inhalt deß protocols protestantium bey dissem tag [Nr. 86c], so solte zu anhorung derselben rechnungen ein ausschuß verordnet werden etc.

Jovis, 1. Martij: Sein die sthetgesanten in die gemein versamlung der stend erfordert und inen anzaigt worden, wie die chur- und fursten bedacht, zu anhorung deß obern feldthaubtmans, auch anderer deß Reichs bestelten bevelchhaber rechnungen ein außschuß zu verordnen, wie dan die fursten auß inen albereyt [272r] geordnet. Darzu mochten die sthet die iren altem geprauch nach auch ordnen. Und were bedacht, so man die rechnungen gehort, daß man dan dieselben bestelten, soviel dern persönlich alhie, hinziehen lassen solte, den uncosten zu verhuten, mit der vertroistung, so sich die stende uff ire supplicationes und der rechnungen halben verglichen, auch von den kraißinnemern rechnung und bericht entpfangen wurden, daß man sich dan gegen inen mit antwurt und sunst der gepur vernemen lassen wollte. Doch mochten sie hirtzwischen ain sollicitorem oder zwen hie lassen etc. Und solte disser ausschuß biß Sambstag [3. März] nehstkunftig zuhauf khommen und die sachen angreifen.

Daruff gaben die sthetgesanten antwurt: Dieweyl der ausschuß erst biß Sambstag solte zuhauf khomen, so nemen sie disses furhalts ein bedacht, und weiß sie sich daruff wurden entschliessen, daß wolten sie in die mentzisch cantzley anzeigen, welches man also zugelassen und dabey plieben.

[272v] Martis, 6. Martij: Zeigt der maintzisch cantzler an, wie die kgl. Mt. die verordneten der stende, so etlich maln bey irer Mt. gewesen, gesterigs tags beschickt und denselben aigner person muntlich angezeigt, wie gleichwol die ksl. und ir kgl. Mtt. nit im prauch gehabt, sich mit yemant mit scheltworten oder schriften einzulassen, achteten auch, eß wolte inen irem standt nach nit gezymmen, aber ir Mt. hette nicht underlassen khunden, den stenden uff daß schreiben deß Kg. auß Franckrich [Nr. 198] widerum der warhait bericht zu thun. Daß hette ir Mt. in ein schrift gestelt und, dieweyl darin meldung beschehe, waß der babst und die ksl. Mt. deß concilii und disser sachen halber miteinander in schriften gehandelt, wie dan solichs im truck außgangen, item eines schreibens eins francosischen ambasiators zu Constantinopel an auch ein francosischen ambasiator zu Venedig außgangen, item eins schreibens deß Kg. auß [273r] Franckrich an die Schweytzer und dan eins schreibens, daß uff nehstem alhie gehaltenem reichstag einer von Nurnburg auß an den Kg. auß Franckrich gethan – bey dissem sagt der cantzler, daß daruß zu vernemen, waß die Teutschen vor leuth under inen hetten etc. –, so ubergib ir Mt. dieselben abtruckle und der uberigen schreiben copeyen, mit dem gnedigen gesinnen, daß uff heut die stende zusammenkhommen und solichs anhoren wolten etc.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Kg. Ferdinand ließ Kopien der hier aufgezählten Aktenstücke, bei denen es sich um die Beilagen 1-7 zu Nr. 199 handelt, zusammenstellen. Sie sollten die Entgegnung der ksl. Kommissare auf das Schreiben des franz. Königs mit Argumenten untermauern,

Ist demnach alles verlesen und daruff beschlossen, daß man dessen allen abschrift nemen und volgens disse sach und deß H. Granvels proposition [Nr. 199] berathschlagen wolte. Aber soviel die verlesen schrift belangt, so uff nehstem reichstag von hinden an den Kg. in Franckrich außgangen [Nr. 199, Beilage 7], wolte man dieselb alsbald volgens tags beratschlagen.

Eodem die nachmittag sein noch mehr khuntschaften<sup>5</sup>, item ein schreiben der Schweytzer an die stende, deß cammergerichtsproceß der underhaltung halben gegen etlichen orten, [273v] als Basel etc., außgangen [Nr. 104a], verlesen worden etc. Aber dißmals bin nit ich, sonder H. Ogir bey gemeiner versammlung gewesen.

Mercurij, 7. Martij: Sein der H. Naves und der kgl. Mt. vicecantzler vor gemeiner versammlung erschienen und weythere khuntschaft ubergeben, mit beger, dieselben zu verlesen, wie auch alsbald beschehen.

Und nach verlesung derselben zeigten sie an, dieweyl sich auß dissen und andern vorigen khuntschaften scheinlich erfinde, in waß rustung der turckisch tyran were und dan die kgl. Mt. auch sehe, mit waß uncosten die stende vergeblich alhie legen, so ließ darnach ir Mt. sie gnediglich erinnern, sie wolten on weythern uffzug und sonderung einhelliglich zu der sachen, darum man hie were, greiffen etc.

[274r] Solis, 11. Martij: Zeigt der mentzisch cantzler an, die kgl. Mt. wolte volgens tags umb 7 uhren bey gemainen stenden etwaß lassen anpringen. Item, eß hetten sich die gulgischen gesanten angezeigt, begerten von ires hern wegen auch uff morgen verhor.

So hette der ausschuß, zu der bevelchs- und haubtleuth rechnungen verordnet, uff das neher der stende bedencken mit denselben weyther gehandelt, etlicher ding halben fragstück gestelt und daruff von inen bericht begert, die solten zusamt berurter haupt- und bevelchsleuth antwurten daruff den stenden verlesen und, waß in solchem weyther zu thun, beratschlagt werden. Ist alles verlesen worden. Und letztlich der bevelchsleuth halben bedacht, dieweyl man disser irer antwort und berichts noch nit wol zufriden und aller ding gesettigt sein khonte und derwegen inen [274v] dißmals mit entlicher antwort und abfertigung nit begegnen möchte, damit aber uff dißmal der uncosten abgewent, so wolte man sie vor gemaine versammlung beschicken und mit inen handeln, daß sie sich anheimsch theten und etwan zwen sollicitatores hie liessen, die der sachen aufwarteten. Mitler zeyt solten von den kraißen die rechnungen angehört und genommen werden. Und daruff wolten die stende nach den wegen gedennen, wie sie, die bevelchsleuth, so viel muglich vergnuget und zufriden gestelt wurden etc., welches auch den stetten wol gefallen, doch mit dem anhang, wan man der

---

*die Anschuldigungen gegen das Haus Habsburg widerlegen und den Reichsständen die Kriegsabsichten Kg. Franz' I. vor Augen führen.*

<sup>5</sup> Am 6. und 7. März wurden die Kundschafterberichte über das Vorrücken der Türken in Ungarn im Reichsrat verlesen: Nr. 135.

bezahlung reden wolte, daß dan die gleichait gehalten und nit die gehorsamen und dieienen, so ire kisten aufgericht und dem speyerischen abschiedt gelebt, hierin ferer beschwert, sonder disse schulden uff die, so den gemainen pfennig behalten und keine truhnen aufgericht, geschoben wurden etc.

[275r] Lunae, 12. Martij: Sein die ksl. commissarien bey gemeiner versammlung gewesen. Hat Pfgf. Fridrich persönlich anzeigt, die stend und gesanten wusten sich zu erinnern, auß waß ursach disser reichstag angesetzt. Nhun hette die kgl. Mt. denselben persönlich ersucht und zu beforderung der sachen, darumb er furgenommen, an irem vleiß nichts erwinden lassen. Eß legen aber die stende hie nhun ein lange zeyt und were in dem hauptpuncten noch uff dissen tag nichts gehandelt worden, ungeachtet, waß grosser gefar, schadens und verderbens dem gantzen Reich uff dem verzug disses wercks stunde etc., mit etwaß weyther außfuring disser beschwernuß etc. Demnach were der kgl. Mt. und irer, der comissarien, gesinnen und bith, die stende wolten nhunmehr den puncten der turckenhilf on weytern uffzug und sonderung einmütiglich und samtlich fur die handt nemen etc.

[275v] Uff dissen furtrag tratten die protestirenden stende ab und underretten sich, weiß sie sich hieruff wolten vernemen lassen, dieweyl zu vermuten, die stende deß andern theils wurden allen unglimpf uff disse stende legen. Und wurde bedacht, daß sie ein kurtze erzelung thun solten deßienen, so sie biß anher fridens und rechtens halben gesucht, mit vermeldung, warumb ire herren und obern nit erachten khonten, daß on dieselbigen ainig hilf wider den Turcken bestendiglich und mit frucht geleistet werden mochte. Und daß disse stende zu der hilf gantz willig, auch der und keiner andern ursach diß suchten, dan daß die hilf desto statlicher und gewisser geleystet werden mochte etc. Und hetten nochmals darfur, daß sie dan auch zum vleyssigsten gepetten haben wollten, so ein ausschuß von beyderseyts stenden geordnet wurde, von den puncten deß fridens [276r] und rechtens zu reden, darin die stende sich vertraulich ainander eroffneten und miteinander handleten, eß solten die beyden uff gutte weg pracht und daß mißtrauen hinweggenommen werden etc. Und do dan soliche puncten erledigt, daß dan ire herren und obern zu aller gleichmessigen und treglichen hilf gantz willig und bereyt weren. Wo aber daß nit beschehen solt, khonten sie auß mangel bevelchs sich sunst in keiner handlung mehr einlassen. Do auch auß dem, daß disse puncten dißmals alhie nach notturft nit erledigt wurden, uber nacht einig unruwe, beschwernuß oder weytherung erfolgen solte, daß Got gnediglich verhuten wolte, so wolten disse stende dessen vor Got, der ksl. und kgl. Mtt. und aller welt entschuldigt sein etc.

Demnach gingen disse stende widerum in die stub zu den andern stenden und fanden den mentzischen cantzler bey den stetten, die [276v] bey den verainigten stenden in disser sachen nit stunden. Den[en] hette er dem geprauch nach angezeigt (als ich bericht worden), wie die andern stende bedacht weren, den ksl. commissarien zu antwurten, daß sie von anfang alweg willig gewesen,

die sachen, darum disse tag angesetzt, fur handt zu nemen und zu beratschlagen; were an inen nie kein mangel gewesen, auch noch nit. Eß hetten sich aber disse stende on ir verursachen von inen abgesondert, daß sie nit gern gesehen. Darum solte die kgl. Mt. und die commissarien sie entschuldigt haben und mit dissen stenden handeln, daß sie sich nochmals inlassen wolten. Wo aber daß bey inen ye nit zu erhalten, so weren doch sie willig, der kgl. Mt. proposition zu beratschlagen etc. Disser anzeig hetten aber dieselben sthet ein bedacht begert. Daruff ging der cantzler sampt andern verordneten von inen und ward noch viel underred zwischen den chur- und fstl. rheten gehalten.

[277r] Zuletst aber gaben die stende deß andern theils, der sthet derhalben ferner unersucht und unverhort, den ksl. commissarien (wie zu vermuten) obgesetzt antwurt, doch nit offentlig, sonder ad partem et in curam. Demnach liessen sich die protestirenden stende irer antwurt und bedachts als obvermelt lauth und offentlig vernemen. Daruff Hg. Friderich widerum anzaigt, die kgl. Mt. hette disse stend der baiden puncten fridens und rechtens dermassen resolvirt, daß sie dessen billich benugig sein solten etc. Darum wolte sich die kgl. Mt. und die commissarien versehen, disse stende wurden der pillichait nach darmit zufriden sein und sich in den gemeinen sachen mit andern stenden einlassen etc.

Also vermelten die stende widerum, die kgl. Mt. und die commissarien hetten zuvor von disen stenden gnugsam vernommen, warumb disse stende berurter resolution nit gesettigt sein mochten, darumb wusten [277v] sie nochmals anders nit zu thun, hetten auch kein andern bevelch. Derhalben bethen sie, inen nichts zu verdencken. Wo aber disse puncten notturftiglich erledigt, wolten sie sich nochmals aller gepur halten und erpöten sich nochmals zu dem ausschuß etc.

Hg. Friderich hinwider: Die kgl. Mt. und sie, die commissarien, khonten auch berurter puncten halben weyther nit gen, dan sie albereyt gethan, hetten auch kein andern bevelch. Darumb wolten sie sich noch versehen, disse stende wurden ires erpietens und der resolution zufriden sein etc.

Protestirende: Ut supra proxima. Sie hetten keinen andern bevelch etc.

Also schieden die commissarien ab und plieb dißmals dabey.

Post haec sein die gulchischen gesanten gehort worden. Haben ubergeben ein gegenbericht [Nr. 204] uff der Kgn. Marien beschehen anlagen, item drey clagen – eine ires herren, deß hertzen [Nr. 205a], [278r] die ander deß hertzen mutter [Nr. 205b] und die drit der rittmeyster, so in Hungern gewesen und nitdestoweniger daheimen angegriffen worden [Nr. 205c] etc. –, item ein defension [Nr. 204, Beilage 1] uff der ksl. Mt. assertion. Ist alles vor- und nachmittag aussserhalb der defension verlesen worden.

Nachmittag hat der munsterisch gesant auch ubergeben ein verantwortung seines herren [Nr. 206] deß beziugs und verdachts halben, so uff ine auß eines Frantzosen schreiben, in der Kgn. Marien ubergebenn clagschrift [Nr. 202] angezogen, erwachsen wollten etc. Ist verlesen worden.

Item hat der sophoisch gesant auch ein supplication ubergeben [*Nr. 109*]. Ist verlesen worden.

[*278v*] Martij, 13. Martij: Brandenburg Kf. bith bezalung und vergnugung oder sunst gepurlich antwurt uff hir ire beschehen anpringen. Erpeuth sich auch, im fall der notturft ferrern bericht zu thun.

Item ist den leuthenanten Pfrdt, Bembelberg und Hilchen in gemeiner versamlung antwurt gegeben worden, daß man uff iren gegeben bericht und antwurt noch zu keiner entlichen abfertigung irenthalben khommen möchte, sonder zuvor der kraiß, auch anderer rechnung horen muste, damit dan dißmals der unnutz cost abgestellt. Solten sie anheimsch zihen und zwen sollicitatores hir lassen, wolten mitler zeyt die stende auch anderer rechnungen entpfangen und die weg suchen, daß sie bezalt werden solten etc., welcher antwurt aber obgemelte nit zufriden gewesen. Daruff bedacht, daß der ubrig ausschuß weyther mit inen handeln und [*279r*] bericht entpfangen solte, ob man veleicht noch zu ainer entlichen abfertigung mit inen khommen mochte.

Landtcommenthur zue Marpurg dedit supplicationem der vergangen ey-lenden thurckenhilf halben [*fehlt*], ist verlesen worden. Begert, ferner rechnung von ime zu horen, ine seins dinsts zu erlassen und zu quittiren.

Von wegen H. Andreß Pflugen ist auch ein supplication furpracht und verlesen worden<sup>6</sup>.

Veneris, 16. Martij: Sein verlesen worden die rechnung und bericht, so die drey leuthenanten dem ausschuß weyther gethan [*Nr. 130*], item ein nottel einer urkhundt, die inen biß zu entlicher bezalung gegeben werden solte. Volgens sein verlesen worden Lgf. Johansen von Leuchtenberg, hauptman Schollen, Niclausen von Minckwitz und Francisci N. supplicationes [*fehlen*] umb ire ausstende besoldungen.

[*279v*] Saturni, 17. Martij: Gulich repetirt priora dicta et scripta exhibita. Zeigt volgens an, wie die letst gutlich handlung per partem adversam zerschlagen, mit vermeldung, waß die underhändler furgeschlagen, ir her sich bewilligt und erpotten und wie die Brabander alle ding abgeschlagen. Übergibt daß alles auch in schriften [*Nr. 208, Beilagen 1-6*]. Ist verlesen worden. Und bith, daruff in der sachen ein solichs insehen zu haben, damit ir her restituirt und bey recht gehandhabt werden möge etc.

Meintzisch cantzler zeigt an, eß weren deß schwabischen und frenckischen kreiß kriegsrhet hir, hetten sich bey ime angesagt, mit anzeig, wie sie von der kgl. Mt. alher erfordert. Ob man dan irer etwaß wolte, weren sie vorhanden und bereyt.

<sup>6</sup> *Die Forderungen des Musterherrn Andreas Pflug an die Reichsstände gehen auf die Türkenhilfe 1541 zurück und sind aus der in Speyer 1542 übergebenen Abrechnung Wolfgang Schutzbars ersichtlich; in: RTA JR Bd. XII, Nr. 68, hier S. 539. Siehe auch die Aufforderung Hg. Moritz' von Sachsen an die Reichsstände, dem Musterherrn Andreas Pflug die ausstehende Besoldung zu bezahlen: Nr. 124.*

Item cammerrichter und beysitzer hetten der mastrichtischen sachen halb geschrieben und bericht geschickt [Nr. 302c]. Ob daß yetzund zu verlesen oder nit, stunde zu bedencken.

Solis, 18. Martij: Ist deß cammergerichts schreiben und bericht [Nr. 302c] obgemelt verlesen worden.

[280r] Mercurij, 21. Martij: Haben die brabantischen uff der clevischen verantwortung replicirt [Nr. 210]. Ist verlesen worden.

Clivenses triplicarunt ore [Nr. 211], sein nichts gestendig. Bitten, inen uff ir rechtmessigs, erbar, pillich und uberflussig erpieten zu verhelpen und iren herren als ein fursten deß Reichs bey recht und der reichsordnung zu schutzen und handthaben oder sunst antwurt zu geben etc. Ist die sach als wichtig in bedacht genommen worden.

Waß diß tags in disser gulchischen sachen von den stenden bedacht und beschlossen, vide in protocollo protestantium in actis diei sequentis.

Jovis, 22. Martij: Haben etliche verordnete gemeiner reichstende der gulchischen sachen halb bey der kgl. Mt. und dem H. Granvell geworben [Nr. 212] und anpracht die mainung, wie sie in protocollo protestantium [Nr. 86c, fol. 237v] bey den handlungen disses tags zu sehen. Sollen die beyden solichs in bedacht genommen, doch die kgl. Mt. under anderm gesagt haben, die stende solten inen daß [280v] werck der hilf wider den Turcken hoher angelegen sein lassen, dan da were mehr gefar. Dan obgleich die ksl. Mt. dem Hg. zu Cleve ein landt angewonne [= *abgewinne*], khonte doch ir Mt. als ein guttiger, milter kayser ime dasselbig uber nacht widerum zustellen, darum were an dissem krieg so hoch nit gelegen. Waß aber der Turck ainmal an sich prechte, daß gebe er nymmer wider etc. Doch wolte ir Mt. die sach bedencken und sich mit gepurlicher antwurt vernemen lassen. Aber der H. Granvel solle gesagt haben, dieweyl sich die stende disser sachen dermassen annemen, so wurde sich die ksl. Mt. darin so gnedigst erzaigen, daß die stende dessen wol zufriden sein solten etc.

Lunae, 26. Martij: Waß deß tags den protestirenden stenden in gemeiner versamlung furgehalten worden, ist in protocollo protestantium [Nr. 86c, fol. 239v–240v] bey den handlungen diß tags zu finden.

Item ist auch anzaigt worden, soviel die oberbevelchsleuth oder leutenanten belangte, [285r] befunde sich nach gutter erkundigung, daß dieselben dißmals mit 6500 und etlichen fl. abzufertigen und also disser uncosten abzustellen sein mochte<sup>7</sup>. Demnach were fur gut angesehen, daß Nurnberg ersucht wurde, solich gelt zu erlegen und der bezalung zu erwarten, biß die vergleichung beschehe oder die ungehorsamen zu erlegung irer gepur angehalten und pracht wurden oder, so der keines erfolgte, daß inen dan solich summa an khunftigen

<sup>7</sup> Die mit Ergänzungen und Korrekturen versehene Abrechnung über die Vergütung der hohen Ämter (Nr. 133) enthielt eine Forderung von 6456 fl. 3 b. Dazu kam noch die Besoldung der Hauptleute Pfirt und Bemmberg, insgesamt ungefähr 6500 fl.

anlagen abgezogen werden solte etc. Daß wolt man den stetten der ursach anzeigen haben, damit dieselben die iren auch ordnen mochten, wan man solichs bey Nurnberg wurde suchen etc.

[281v] Mercurij, 28. Martij: Mentzisch cantzler zaigt an, wie die verordneten gesterigs tag bey der kgl. Mt. der gulchischen sachen halb gewesen. Hette ir Mt. anzaigt, sie hette sich uff der stende beschehen ansuchen mit dem Granvel und den brabantischen gesanten underredt, die hetten irer Mt. ain schriftlich antwort [Nr. 214] geben. Darvon wolt ir Mt. und den ksl. commissarien zu schreiben nit gepuren, darumb ubergeben sie solche antwort den verordneten, dieselbig ferner an gemeine stende zu pringen. Waß aber ir Mt. zu hinlegung solches kriegs thun khunten, darzu wolte sie willig sein.

Weyther hette ir Mt. auch begert, die stende wolten zu der beratschlagung der turckenhilf on weythern verzug schreiten, in erwegung der teglichen khuntschaft, so khomen, und daß die sach keinen verzug mochte leiden.

Item, nachdem uff nehstem reichstag fur gut angesehen worden, ein schreiben deß Frantzosen halb an die [282r] Aidgnossen zu thun [RTA JR Bd. XIII, Nr. 124], daß dan die stende dasselbig yetzundt wolten furdern, dan der Franzzoß solte yetzt in practick sten, die aufzupringen. Danach ist der brabantischen antwort verlesen, aber niemant kein abschrift mitgetheilt worden, der ursach, dieweyl sie etwaß scharpf und zu der gutte bey den gulchischen wenig dinstlich sein mochten etc.

Waß aber hieruff von den stenden mit den gulchischen gesanten deß tags und hernach gehandelt worden, hab ich meinen herren in litteris de dato 1. Aprilis zugeschrieben etc.<sup>8</sup>

Jovis, 29. Martij: Waß diß tags ante prandium in gemeiner versamlung gehandelt worden, weiß ich eigentlich nit, dan H. Ogir darbey gewesen. Waß aber ante et post prandium mit den protestirenden und hinwider von inen gehandelt worden, ist in protocollo protestantium [Nr. 86c, fol. 241r] bey den acten diß tags zu suchen.

[282v] Jovis, 5. Aprilis: Ist durch den m[ainzischen] c[anzler] anzaigt worden: Der gulchischen sach halb hette die kgl. Mt. uff daß nehst anpringen der stende den verordneten angezaigt, daß der H. Granvel und die brabantischen gesanten ir Mt. zu antwort geben, sie hetten weythern bevelch nit sich inzulassen dan uff die mittel, davon sie sich albereyt hetten vernemen lassen etc.

Item, nachdem auch verschiener tag widerum ein schreiben von dem Kg. in Franckrich an gemeine reichstende ankhommen, welches die stende an die kgl. Mt. gelangen lassen und ir Mt. darbey fur ir gutbeduncken angezaigt hetten, daß solich schreiben nit angenommen, sondern dem botten also unerprochen widerum zugestellt wurde, dohin zu tragen, doher es khome etc. Daß hette die

<sup>8</sup> Dr. Hieronymus zum Lamb und Ogier von Melem an Bgm. und Rat von Frankfurt, Nürnberg, 1543 April 1, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Lambs).

kgl. Mt. zu gnedigem danck angenommen und ir der stende [283r] bedencken wol gefallen lassen etc.

Item die leuthenanten hielten umb abfertigung an etc.

Item, nachdem auch die vergleichung der truchen und deß gemeinen pfenings alher geschoben, so solte dieselbig fur handt genommen oder zum wenigsten von den innemern relation und bericht genommen werden.

Schletstat hette ein supplication ubergeben [fehlt], ist aber nit verlesen worden.

Waß obgesetzter puncten allenthalben hernach bedacht und beschlossen worden, waiß ich nit. Bin darbey geschafft halben nit plieben.

Doch ist volgens sontags, den 8. Aprilis, der gulchischen sach halb bey der kgl. Mt. von den stenden ernstlich widerum angesucht [Nr. 220] worden.

[283v] Lunae, 9. Aprilis: Ist verlesen worden deß H. Granvels und der brabantischen antwort [Nr. 222] uff daß nehste der stende suchen. Hat sonderlichs nichts neus gehabt dan dissen anhang, daß der ksl. orator und die brabantischen verhofft hetten, die stende solten die begert hilf wider Gulich erkhent haben, so wolten sie erst viel vor ine bitten etc. Und dieweyl disse schrift etwaß scharpf, ist sie nit abzuschreiben gegeben, noch auch den gulchischen mitgetheilt worden.

Eodem die nachmittag: Gulich erscheint vor gemeiner versammlung, wie ime durch M[ainzer Kanzler] angezeigt. Die kgl. Mt. het uff ferner ansuchen der stende mit dem ksl. orator und den brabantischen gesanten weyther gehandelt, die sich aber vernemen lassen, daß [sie] weyther nit bevelch hetten, dan sie albereyt gehort [284r] weren. Darum, so die gulchischen gesanten sich anderer furschleg und mittel vernemen lassen wurden, die deß orators und der brabantischen bevelch etwaß gemesser, wolte ir Mt. gern daß best thun etc. Domit aber die gulchischen sehen, daß an den stenden kein mangel, wolten sie ein ausschuß ordnen, der nach weythern mitteln gedencken solte, ob die sach hingelegt werden möchte etc.

Daruff die gulchischen nach gehabtem bedacht widerum anzaigten, sie versehen sich, die stende wurden ir erpieten fur gnugsam achten, hetten nit vermaint, daß der ksl. orator und die brabantischen daruber uff irer meinung solten verharret sein. Bethen nochmals, sie uff ir erpieten bey recht und deß Reichs ordnung zu hanthaben. Nemen daß erpieten deß ausschuß halber an und begeren, die sach zu fordern. Wollen sich in der sachen aller gepur erzeigen. Ist der ausschuß verordnet worden.

[284v] Eß ist auch uff dißmal und etlich vorige tåg der leuthenanten halben allerley gehandelt und anzeigt worden, bey dem ich nit alweg gewesen, daß ich auch hernach nit alles gruntlich erfahren khonden. Entlich aber bin ich bericht, die sach seye mit inen dermassen abgehandlet und beschlossen worden, nemlich dieweyl Nurnberg die zumuttung deß verlegens abgeschlagen, haben die kfl. rhet gebilligt, daß ire gnedigsten herren sich verschreiben sollen fur 1350 fl., so



inen<sup>9</sup> für die zerung alhie gegeben, und dan für 25 500 und etlich fl. laut irer vor aussteenden besoldung lauth irer rechnungen, dergestalt daß inen iarlich von 100 funf zu pension gegeben werden sollen<sup>10</sup>, biß die gantz summa volliglich entrichtet wirt. Daruff H. Conrat von Bemelberg sein und H. Johan Hilchens theil, ime zu bezalen, uff sich genommen.

Jovis, 12. Aprilis: Mentz zeigt an: Nachdem die kfl. rhet sich bewilligt, ire herren den leuthenanten umb derselben aussteende [285r] besoldung und zerung zu verburgen, daruff etliche verschreibungen verfaßt und inen zugestellt worden, darin hetten sie noch etlich mengel, und sonderlich der von Bemelberg. Die solten verlesen und anzeigen werden.

Item, so begerten die gulchischen, deßgleichen die Vrentzen contra Maastricht, ire sachen zu fordern etc.

[285v] Solis, 15. Aprilis: Waß deß tag der obern bevelchs- und kriegsleuth halben angezeigt worden, hab ich den herren zugeschrieben in litteris quintis, datum 16. huius<sup>11</sup>. Deßgleichen mit Gulch. Ist in der maastrichtischen sach relation beschehen und, waß der außschuß in der sachen befunden und bedacht, in schariften [fehlt] verlesen worden. Weyther ist verlesen worden deß gewesenen pfenningmaysters der eylenden turckenhilff ferner rechnung und bericht [Nr. 125].

Veneris, 20. Aprilis: Ist ubergeben und verlesen worden ein verzeichnuß deßienen, so der kgl. Mt. uff deß winterlegers underhaltung gangen [Nr. 136], und darbey begert worden, irer Mt. solchen costen zu entrichten. Und laufft die summa dises costens uff 197 480 fl. und 15 kr.

Item ist verlesen worden ein schrift, von der Kgn. Marien gesanten ubergeben, darin sie entschuldigen, warumb der burgundisch kraiß [286r] zu der nehsten turckenhilff nichts gethan [Nr. 106]. Erpieten sich zu ainem verstandt und leydenlicher maß einer hilff, sich mit dem Reich zu vergleichen etc.

Und zeigt der mentzisch cantzler weyther an: Deß Kf. zu Brandenburgs begeren und ausstands halben were bedacht, daß seine kfl. Gn. zu bitten, stilstuzen und gedult zu tragen, biß die vergleichung gemacht und der ausstandt von den ungehorsamen inpracht. Solte alsdan darvon seine kfl. Gn. bezalt werden.

Item, so were die breussisch acht zwischen desse teutschen ordens gewesenem hohen meyster und Mgf. Albrechten zu Brandenburg allen fridenlichen wesen zuguttem und damit diß werck der hilff wider den Turcken desto minder verhindert wurde, uff ein iar suspendirt [Nr. 301h]. Darwider aber der gesant des gewesenem hohen meysters offentlich protestirt [Nr. 301g].

<sup>9</sup> Gemeint sind die Leutnants Pfirt, Bemmelberg und Hilchen.

<sup>10</sup> D.h. eine Verzinsung von 5%.

<sup>11</sup> Ogier von Melem und Dr. Hieronymus zum Lamb an Bgm. und Rat von Frankfurt, Nürnberg, 1543 April 16, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Lambs).

In der mastrichtischen sach hette man befunden, daß die Frentzen nit bevelch hetten, sich von aller wegen zu vertragen. Daruff were bedacht, daß dieselben solten entweder alle consortes oder von [286v] aller wegen bevelch uff den angesetzten tag der visitation pringen zu gutlicher handlung und, da die gutte zerschlagen, daß dan die commissarien und visitatores bevelch haben solten, cammerrichter und beysitzern zu bevellen der partheyen forderlichs rechtens und umb execution zu verhelfen etc. [Nr. 302f].

Item, so weren auch noch allerley supplicationes, die nit erledigt, vorhanden. Wo eß dan nit zu spath, dieweyl sich die sachen diß tags zu dem end schickten, mochte zu denselben ein ausschuß verordnet werden etc.

Lunae, 23. Aprilis: Post prandium circiter horam tertiam ist der reichsabschiedt in praesentia regiae Mt<sup>is</sup> und deß ksl. commissarien verlesen und publicirt [Nr. 404]. Und vor verlesung desselben durch der kgl. Mt. vicecantzler anzeigt worden: Nachdem altem geprauch nach der abschiedt disses reichstags verfertigt, so solte derselbig yetzt publicirt werden. Und [287r] wolte die kgl. Mt. die stende ersucht haben, denselben gehorsamlich anzuhoren und dem in allen puncten zu geleben, auch daruff fried gegeneinander zu halten und einander von hertzen und mit treuen zu mainen etc. Daß wolte ir Mt. in gnaden erkennen und in guttem nymmer vergessen etc.

Nach verlesung deß abschieds ist die kgl. Mt. uffgestanden und deß protestirens nit erwarten wollen. Also haben protestationes in schriften ubergeben die gesanten der stende der augspurgischen confession [Nr. 409], die gesanten der frey- und reichsthet [Nr. 408], die gesanten der stende deß rheinischen kraiß [Nr. 410], gesanter deß probsts zu Elwangen [fehlt].

Muntlich protestirt: Gesanter Hg. Moritzen<sup>12</sup>, deß Bf. von Munster, Hg. Ottheinrichs [Nr. 411].

Die, die nit offentlich, sonder in den rheten darvor oder sunst protestirt haben, die ich nit weiß, under welchen auch die Pfaltz [287v] und Trier sein sollen etc.<sup>13</sup>

[288r] Gulchisch sach, oberneleuthenanten und andere bevelchs- und kriegsleuth, wie die contentirt und abgefertigt [Nr. 130].

### 86b *Berichtsprotokoll des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb über die Beratungen im Städterat – Nürnberg, 1543 Febr. 10 bis April 26*

Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 260r–267v (Berichtsprotok. v.d.Hd. Lambs); ÜS: Stethandlungen, so sich bey den erbarn frey- und reichstetten in werendem reichstag anno etc. 43 zu Nurnberg zugetragen.

<sup>12</sup> Am 16. April protestierten die sächsischen Gesandten im Fürstenrat öffentlich gegen die Session der Gesandten Pfgf. Johannis II. von Simmern und der Gff. von Mansfeld. Siehe dazu den Bericht der sächsischen Gesandten Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger an Hg. Moritz von Sachsen, Nürnberg, 1543 (April 17/18): Nr. 372.

<sup>13</sup> Es sind keine schriftlichen Protestationen der Kff. von Pfalz und Trier erhalten.

*Auf die Wiedergabe des Städte-Protokolls von Lamb wird verzichtet, da das Nürnberger Protokoll (Nr. 89a) denselben Zeitraum umfasst und ausführlichere Informationen zu den Sitzungen des Städterates bietet.*

**86c** *Berichtsprotokoll des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb über die Beratungen der Schmalkaldener und der evangelischen Reichsstände – Nürnberg, 1543 Jan. 6 bis April 28*

Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 205r–258r (Reinschrift des Sitzungsprotok. v.d.Hd. Lambs in Protokollheften), fol. 295r–296v (Sitzungsprotok. v.d.Hd. Lambs auf Folioblättern); ÜS: Anno etc. 43 Nurnberg. ÜS v. späterer Hd.: Tagebuch des Hieronymus zum Lam über den reichstag zu Nürnberg 1543<sup>1</sup>.

*Nähere Angaben zu Inhalt und archivalischer Provenienz der im Protokoll erwähnten Aktenstücke sind in Kap. VIII (Verhandlungen der Schmalkaldischen Bundesverwandten) und im Abschied der Schmalkaldischen Bundesstände (Nr. 418) zu finden.*

*Lamb verfasste das Protokoll der Sitzungen der Schmalkaldener ursprünglich auf Folioblättern, die er fortlaufend auf beiden Seiten beschrieb. Für Korrekturen ließ er am linken Rand jeweils ein Fünftel des Blattes frei. Wahrscheinlich übertrug er noch während des Reichstags die Protokollnotizen von den Folioblättern in die Protokollhefte und vernichtete die Vorlage danach, denn die Folioblätter vom 6. Jan. bis zum 24. April sind nicht erhalten. Die Protokollhefte präsentieren sich in folgender Form: Es sind fünf Hefte, bestehend aus je vier Folioblättern, in der Mitte der Länge nach gefaltet und gebunden und somit 16 Seiten umfassend, sowie ein sechstes Heft, ebenso gefaltet und gebunden, jedoch nur aus drei Blättern oder 12 Seiten bestehend. Lamb redigierte den Text seiner Aufzeichnungen kaum und es ist davon auszugehen, dass die hier abgedruckten Protokollhefte, welche die Zeit vom 6. Jan. bis zum 25. April<sup>2</sup> umfassen, nahezu identisch sind mit den vor Ort in den Sitzungen entstandenen Folioblättern<sup>3</sup>. Für die Endphase des Reichstags von 25. bis 28. April existieren lediglich die in den Sitzungen entstandenen Mitschriften auf Folioblättern. Auf Grund der Turbulenzen zu Ende des Reichstags und des Schmalkaldischen Bundestages blieb dem Frankfurter Gesandten wahrscheinlich keine Zeit mehr, die in großer Eile niedergeschriebenen Notizen in die Protokollhefte zu übertragen. Lambs Aufzeichnungen bilden die Basis für die von Sekretärshand geschriebene, gut gegliederte Frankfurter Schlussrelation (Nr. 401); die Relation entspricht den Protokollaufzeichnungen zum Teil wörtlich oder geht über diese*

<sup>1</sup> Die Vorbemerkung zu äußerer Form und Entstehung des CA-Protokolls von Lamb stammt von Friedrich Edelmayer und gilt mutatis mutandis auch für die anderen Protokolle v.d.Hd. Lambs.

<sup>2</sup> Das Protokollheft bricht mitten in den Aufzeichnungen zum 25. April auf fol. 258r ab. Die Fortsetzung des Protokolls bis zum 28. April ist nur auf Folioblättern (fol. 295r–296v) erhalten.

<sup>3</sup> Das ist an den Aufzeichnungen zum 25. April nachweisbar, die sowohl im Protokollheft, welches frühzeitig abbricht, als auch auf Folioblättern (fol. 295r) erhalten sind und sich größtenteils entsprechen.

*hinaus. Deshalb wird für die Zeit von 20. bis 28. April hauptsächlich die Frankfurter Schlussrelation herangezogen und auf den Abdruck der eigenhändigen Notizen Lambs verzichtet, wenn diese keine zusätzlichen oder abweichenden Informationen liefern.*

*Obwohl Lamb den größten Teil des Protokolls in die Protokollhefte ins Reine schrieb, ist der vorliegende Text nicht als endgültige Reinschrift zu betrachten. Dagegen spricht das Faktum, dass das Protokoll nicht in Kanzleischrift, sondern in der schwer lesbaren Kurrentschrift Lambs erhalten ist. Bei Erwähnung der in der Mainzer Kanzlei eingereichten bzw. während des Reichstags entstandenen Schriftstücke zeichnete Lamb am linken Rand des Protokolltextes stets ein Quadrat ein, in das später die Nummer des entsprechenden Aktenstücks eingetragen werden sollte. Wahrscheinlich bestand die Absicht, von einem Kanzleischreiber eine Reinschrift nach der Vorlage Lambs erstellen zu lassen, wozu es jedoch – mit Ausnahme der Schlussrelation (Nr. 401) nicht kam.*

[205r] Primus conventus unitorum, 6. Januarij: Gesanth von Hall<sup>4</sup>: Seine herren haben am cammergericht 17 causas, seyen in 12 cleger. Sthe inen daruff ire lantweer, hohe oberkhait und großer thail irer intraten [= Einkünfte]; seyen darin spoliati. Hetten sich doch von der recusation nit wollen sundern, aber cammerrichter furen gegen inen in contumatiam geschwind und eylent fur. Weren in den sachen 13. Decembris nehst receß gehabt etc., daruff den nehsten 15. beschwerliche beschaidt gefallen. Hetten dargegen in andern sachen in jar und tag kain beschaidt erlangen mogen. [205v] Möchten die von Hohenlohe in contumatiam dardurch in aliquam possessionem khomen. Bith rath, hilf und beystant, dieweyl eß vermog deß schweinfurtischen abschieds [1542 Nov. 15] ain gemaine sach. Übergibt copiam der receß und beschaidt.

Ist inen geantwurt, dieweyl diß ein gemeine sach, die nhun alle verainigten stende mitbelanget und aber dieselben noch in kleiner anzal alhie, solte der gesant unbeschwert sein, der sachen ain kleinen stillstandt zu geben. So der stende mehr khommen, wolte man der sachen mit allem vleiß nachtrachten. Und khonnen auch mitler zeyt nit underlassen, in disen und dergleichen sachen, die recusation belangen, ein sondern ausschuß forderlich zu verordnen, zu bedencken und zu beratschlagen, wie dissen hendeln und beschwernussen bestendiglich und mit grundt in gemein zu begegnen sein mochte etc. Hallisch gesant nams zu danck ane, wolte es seinen herren zuschreiben. Beth doch, die sach zu fordern, quod periculum esset in mora.

[206r] 9. Januarij: Propositio. Solte der ausschuß verordnet werden. Weren etlich schriften von dem lantgraven überschickt, solten verlesen werden [...]<sup>5</sup>. Beschlossen, daß der ausschuß zu verordnen.

<sup>4</sup> Es handelt sich um Matern Wurtzelmann, den Stadtschreiber von Schwäbisch Hall. Biographische Notizen zu Wurtzelmann bei G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 123, Anm. 52.

<sup>5</sup> Aufzählung mehrerer Akten betr. Interna des Schmalkaldischen Bundes.

Der schriften halben solte die sach angestellt werden biß zu ankunfft der andern stende gesanten. Sein zum ausschuß verordnet Sachsen<sup>6</sup>, Hessen, Lunenburg, Wirtemperg, Straßburg, Augspurg, Franckfurt und Hall.

10., 11. et 12. Januarij: Ist der verordnet ausschuß zuhauf gangen, von welchem bedacht worden: Erstlich, waß uff deß cammergerichts verwerfen disser stende recusation mit appelliren oder sunst furzunehmen. Zum andern, waß uff derer von Hall furpringen zu thun. Und [206v] zum dritten, waß sich disse stende nach gelegenhait irer und gegenwertiger sachen fridens und rechtens halben uff dissem tag hetten zu halten. Darneben auch sunst mehr notwendige fragen und puncten, der recusation anhengig, erregt und beratschlagt worden.

Und soviel daß erst belangt, wurde bedacht, daß ad cautelam solte durch disse stende von dem vermeinten verwerfen appelliret werden und solichs auß bewegenden, rechtmessigen ursachen, die derhalben von etlichen angezaigt. Und wiewol eß der mehrer theil als fur gut angesehen, hat eß doch den sachsichen nit wollen gefallen. Ist die ersten zwen tag also ersitzen plieben.

Bey dissem wurde auch erregt, dieweyl der actus der recusation auß mangel deß bevelchs und sunst etlicher stende und sunderlich der sthet halben nichtig oder ye disser bevelich zweyfelhaftig sein mochte, daß dan vonnotten sein wolte, daß die beschehen recusation durch alle stende und ainen yeden in sonderhait ratificirt [207r] und darneben die procuratores revociret wurden. Und daß solichs von ainem yeden stant in sonderhait zu eines yeden gelegenheit furgenommen werden solte, dieweyl eß von den stenden in gemein auß mangel bevelchs yetzt alsbald nit beschehen mochte und aber etlicher stende notturft erforderte, daß eß zum forderlichsten beschehe etc. Daruff etlichen bevollen, derhalben ein form zu stellen, wie auch hernach beschehen.

Derer von Hall halben wurde fur gut angesehen, daß Sachsen und Heßen an die Gff. zu Hohenlohe und andere schreiben solten, inmassen derhalben auch ein schrift hernach begriffen worden [Nr. 259].

Deß dritten puncten halben wurd bedacht, daß alle beschwernuß deß fridens und rechtens halben [in] ein schrift formlich und gruntlich gestalt, <sup>a</sup>mit ansehung, wie sich die handlung mit dissen stenden nhun uff etlichen vielen tagen zugetragen hetten<sup>a</sup>, welche hernach zu anfang deß reichstags alsbald nach beschehener proposition der kgl. Mt. und gemeinen reichsstenden furpracht worden. Und disse stende [207v] fur einen man sten, sich in gar kein handlung weder der turkenhilf noch anderer puncten halben inlassen solten, sie hetten dann zuvor obgemelte puncten irer notturft nach erlangt und erhalten. Und solten sich auch von solchem in keinem weg abweysen lassen, wie etwan uff vorigen tagen beschehen were etc. Und ist H. Jacob Sturmen bevollen, die

---

<sup>a-a</sup> Marg.

---

<sup>6</sup> Gemeint sind in Zusammenhang mit den Sitzungen der Schmalkaldener stets die kursächsischen Gesandten; die sächsischen Gesandten nahmen an den Beratungen des Schmalkaldischen Bundes nicht teil.

erzelung der geschicht und daß herkhomen deß handels zu einer verbreytung disser schrift uff daß bapyr zu pringen etc. Eß solte auch in disser schrift und handlung dahin getrungen werden, daß die yetzigen beysitzer abgeschafft und daß gericht von neuem cum nostris besetzt wurde etc.

Den 11. Januarij obgemelt hab ich auch im ausschuß auß entpfangnem bevelch und uff ir schreiben furpracht, waß inen über die recusation in causa braunschwicensi und dan in der sachen, die Königspach belangen wider den teutschen mayster, begegnet, mit beger, inen, weiß sie sich darin solten halten, [208r] zu raten. Daruff mir domals zu antwurt worden, waß dem von Ulm fur rhatsam bedacht, wurde meinen herren auch zu rhaten sein, dieweyl eß casus similis etc. Dabey ichs domals pleiben lassen.

Sein nochmals bedacht worden, wie eß in causis procuratorum am cammergericht, item mit den appellationen, commissionen, den sachen, darin an dem cammergericht lis contestirt were und wo die gemeinden in den stetten citirt wurden, gehalten werden solte etc. Und waß deßhalben bedacht, ist volgens in ein schrift gestelt worden, den stenden zu einer erinnerung und damit eß darinnen allenthalben bey dissen stenden gleich gehalten werden moge etc.

13. Januarij: Sein die stende beyeinander gewesen. Sein verlesen etliche gestelte notteln, nemlich obgemelte protestation, ratification und revocation [Nr. 263], item die revocation an die procuratores [Nr. 264] und dan deß gewalts [Nr. 261] und einer sondern instruction [Nr. 262] über daß alles, und alsbald von den gesanten, doch den mehrer theil, und sonderlich von [208v] unß allein uff hindersichpringen, approbiert worden<sup>7</sup>. In welchem die gesanten von Hanover fur sich und als bevelchhaber der statt Ainbech [= Einbeck] begerten, dieweyl sie an dem cammergericht gar kein sachen hetten, auch in causa braunschwicensi nit citiert, man wolte irer mit dissen handlungen und der ratification verschonen etc. Daruff man hernach in dem ausschuß mit inen gehandelt und soviel vernommen, daß ire herren sich auß der gemeinen recusation und der braunschwigischen sachen nit zihen wolten, sonder disses protestirens und ratificirens halben allein auß der ursach bedenckens hetten, dieweyl sie an dem cammergericht gar kein sach und der braunschwigischen handlung halben nit citieret worden. Daruff durch den ausschuß bedacht, dieweyl danocht auß furgewenten ursachen die decreta solcher protestation, ratification und revocation irenthalben nit ratificiret werden möchten, daß sie bey irem erpieten noch zur zeyt zu lassen, doch daß sie nitdestoweniger aller solcher handlungen abschrift hie annehmen. Und uff den [209r] fall, daß sie nochmals bey dissen richtern sachen uberkhommen oder deß braunschwigischen kriegs

<sup>7</sup> *Alle erwähnten Aktenstücke entstanden in Folge der Rekusation des RKG und sollten bewirken, dass sich jeder betroffene Reichsstand explizit der Rekusation „abhängig“ machte. Manche Städte, wie das hier angesprochene Hannover im Auftrag Einbecks, hatten allerdings Bedenken, sich mit der Rekusation des RKG den Rechtsweg zu versperren.*

halben citiret wurden, daß sie alsdan sich solcher handlung auch halten wolten etc., welches die gesanten uff hindersichpringen gewilligt.

*Verlesung mehrerer Aktenstücke betr. die Folgen der Eroberung des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel.* Daruff bedacht, dieweyl der stende gesanten noch nit in voller anzahl beyeinander, auch dergleichen andere mehr sachen vorhanden, daß dan disse handlungen uff ein andere zeyt geschoben und dißmals die notwendigen puncten vor handt genommen werden solten etc.

[210v] Lunae, 22. Januarij: Propositio. Die gesanten wusten, auß waß ursachen die recusation furgenommen were. Augspurg hette dem Kf. zu Sachsen zugeschrieben, sie wolten bey der recusation pleiben. Hernach were hie bedacht worden, daß auß sondern ursachen die recusation solte ratificirt werden etc. Weren auch etlich mehr puncten, so der recusation anhengig, durch den ausschuß bedacht worden [Nr. 266]. Daß alles solte verlesen werden.

Item Gf. Wilhelm [von Fürstenberg] begert, auch in die einigung ingenommen zu werden etc. Daß solte gehort werden.

Item eß were auch bedacht, daß man sich vergleichen solte, waß man fridens und rechtens halben yetz uff dissem tag bey der kgl. Mt. suchen solte. Daruber hette sich der ausschuß auch bemuhet, were aber darmit noch nit fertig, hette aber einhelliglich bedacht, daß vonnotten, daß disse stende fur einen man stunden und sich in kein handlung inliessen, sie hetten dan disser beyder puncten halben zuvor ire notturft erhalten etc.

Ist auch verlesen worden, welchermassen etlich privatpersonen, der braunschwigischen sach consortes, so in der recusation nit begriffen, derselben recusation adheriren sollen etc. [Nr. 267], mit einer sondern instruction daruff etc. und einer gewalt.

[211r] H. Jacob Sturm thut anzaig Gf. Wilhelms begern halben, nemlich daß er möchte in die verstentnuß genommen werden, dieweyl er der braunschwigischen handlung halben vor daß cammergericht citiert sey und disser stende vorgewanthen recusation anzuhengen gedenckt. Bedacht von den gesanten: Ist die ratification und daß bedencken der puncten, die der recusation anhengig, deßgleichen die form der adhesion cum omnibus adherentibus mandatis et instructionibus approbieret worden, doch allein uff zuschicken. Und fur gut angesehen, daß man in der suchung fridens und rechtens fur einen man stunde, sich nit trenne noch vor erlangung derselben in ainig handlung begeben etc.

Gf. Wilhelms begeren halben ist zuletzt die antwort gefallen, daß H. Jacob dem graven solte schreiben, deßhalben ein sondern und volmachtigen bevelchhaber hieher zu schicken. Und daß mitler zeyt ain yeder gesanter seiner herschaft deßhalben auch schreiben und forderlich bevelch außspringen solte etc.

[211v] Martis, 23. Januarij: Ist ein schrift, waß fridens und rechtens halben bey der kgl. Mt. zu suchen, verlesen worden<sup>8</sup>. Und als die gesanten, so in dem

<sup>8</sup> Es handelt sich um den von Jakob Sturm verfassten ersten Entwurf der Supplikation der Protestanten (siehe die Vorbemerkung von Nr. 152).

ausschuß nit gewesen, darin noch etlich bedencken gehabt, ist bedacht und beschlossen worden, daß dieselben nachmittag zusammenkhomen, zwen von dem ausschuß bey inen haben, diße schrift vor die handt nemmen und, waß sie mangels oder bedenckens darin hetten, dieselben annotiren und anzaigen solten etc., wie dan solichs auch also nach essens beschehen.

Mercurij, 24. Januarij: Propositio. 1. Sachsen zaigt an, wie von dem churfursten schreiben khomen, darin vermeldet, daß die sachen in proximis terminis der acht standen, welches aber beschwerlich. Derhalben vonnothen, zum forderlichsten bey der kgl. Mt. umb abschaffung solcher proceß anzuhalten etc. Solte demnach beratschlagt werden, waß deßhalben zu bitten. Ist verlesen worden L[ic.] Helffmans missiva, deßhalben an den churfursten außgangen<sup>9</sup>. 2. Solten die oberlendischen sthet uff die werbungen und kriegsrustung, so yetzunt her und dar weren, gutte khuntschaft legen. 3. Solte der schweinfortisch abschidt [1542 Nov. 15] ainmal auch fur die hant genommen werden. [212r] 4. Hailprun pringt fur deß cammergerichts halben, daß der underhaltung halben gegen inen erkhent sey wie contra Straßburg und durch den fiscal executoriales zu ainpringung der erklerten peen gepotten. Hat verlesen ein schreiben deß procurators an den rhat zu Hailprun.

Ist der erst und 4. punct dem ausschuß zu bedencken bevollen. Deß dritten halben bedacht worden, daß der schweinfortisch abschiedt nhun auch fur die handt zu nemmen und etlich puncten durch die gelerten im ausschuß beratschlagt werden solten. Deß zweyten puncten halben solte ein yeder gesanter seinen herren schreiben, deßhalben gutte acht und erkundigung zu haben etc.

Eodem die nachmittag ist der ausschuß beyeinander gewesen und sich deß ersten puncten halben ainer mainung verglichen, wie die kgl. Mt. zu ersuchen sein solte, welche auch alsbald uff daß bapyr pracht [Nr. 151], doch darbey bedacht worden, daß inhalts muntlich furgetragen und nit in schriften ubergeben werden solte. Welches alles hernach den ubrigen gesanten der stende also auch gefallen.

[212v] Jovis, 25. Januarij: Sein die gesanten disser stende bey der kgl. Mt. mane circa septimam horam gewesen<sup>10</sup> und obangeregter sachen halben ire notturft inhalt obgemelter schrift muntlich furgetragen [Nr. 151]. Hat die kgl. Mt. des furtrags summarische schriftliche verzeichnuß begert, mit anzaig, daß sie sich alsdan daruff mit gnediger und gepurlicher antwurt wolte vernemmen lassen. <sup>b</sup>-Sein disse stende angemaßte stende genant worden<sup>b</sup>.

<sup>b-b</sup> Marg.

<sup>9</sup> Lic. Johann Helfmann an Kf. Johann Friedrich von Sachsen wegen des von Hg. Heinrich von Braunschweig angestregten Achtprozesses am RKG, Torgau, 1543 Jan. 21, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 67r–68v (Ausf.).

<sup>10</sup> Einem Bericht der hessischen Räte an Lgf. Philipp vom 25. Jan. 1543 ist zu entnehmen, dass bei der Audienz auch die ksl. Kommissare Pfgf. Friedrich und Dr. Naves anwesend waren. In: Marburg StA, PA 650, fol. 68r–69v (Ausf.)



Eodem die nachmittag sein die stende beyeinander gewesen. Ist per Saxen und Hessen proponiert, daß sie in gutte erfahrung khomen, daß die kgl. Mt. sich vernemen lassen, daß die rustung und werbung Landenbergers<sup>11</sup> und

<sup>11</sup> *Die kursächsischen Gesandten berichteten über die Anwerbung von Knechten durch Landenberg an Kf. Johann Friedrich, Nürnberg, 1543 Jan. 8: [...]. Wir wollen auch eur kfl. Gn nicht bergen, das wir glaublich hievor, auch itzt durch Cristoffenn von Fennigen [= Venningen] und H. Jacoben Sturm bericht, daß Cristoff von Lanndenberg sich im Oberland umb knecht bewirbt und vernemen lest, daß er zweintzig fenlein der Kgn. Marien zubringen soll. Und ist Weirat von Gemmingen sein leutenant. Nun ist gewiß, daß gemelter Lanndberger beierischer bestelter dienner ist, das er auch in wenig tagen zu Lanndshut bei Hg. Ludwigen von Beirn und dem vertriebenen Hg. Heinrichen von Braunschweig gewesen und von dannen gantz eilent zu Kgn. Maria in Prabannt postirt. Derhalben so woll gute achtung auf diese ding und werbung zu geben sein, damit sie indeß, dieweil wir hie in der taglaistung und handlung weren, uff die pain [= Beine] nicht kommen mochten. Und sonderlich haben auch eur kfl. Gn. zu vermercken, daß sie so gar ane furhaben nicht sein werden, weil das chammergericht so geschwind wider eur kfl. Gn. und die andern stende dißteils uber die bescheenen recusation zu procedirn sich understeet. So hat man auch in Niederland ausgerufen, das die ksl. Mt. widerumb knecht und krigsvolck annehmen lassen wollen. [...]. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 98r–105v, hier fol. 102rv (Ausf.). Betr. die von Christoph von Landenberg durchgeführten Werbungen wandten sich. Kf. Johann Friedrich und Lgf. Philipp in einem Schreiben vom 15. Jan. 1543 an den König mit der Frage, ob die Werbungen im kgl. oder ksl. Auftrag stattfänden oder ob etwa Hg. Heinrich von Braunschweig einen Angriff auf die Schmalkaldener plane. In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 34r–35v (Kop.). Kg. Ferdinand antwortete, dass es sich nicht um einen ksl. oder kgl. Auftrag handle und dass die Werbungen keinesfalls gegen Kursachsen oder Hessen gerichtet seien, Nürnberg, 1543 Jan. 24. In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 79r–80v (Ausf.). Hg. Wilhelm von Bayern bestritt in einem Schreiben an Dr. Leonhard von Eck vehement, Christoph von Landenberg einen Auftrag für militärische Aktionen gegen die Schmalkaldener erteilt zu haben. Er bezeichnete die Habsburger als verantwortlich für die Werbungen, Wasserburg, 1543 Febr. 11: Fuegen dir darauf gnediger meynung zu vernemen, das nit one, das Stoffl von Lanndenberg etliche mal zu Munichen und Lanndshut, wie du zum tail selbs auch wissen magst, gewest, das wir aber mit ime von wegen ainicher werbung in uebung und handlung steen noch das derselb unser diener sein soll, wie dein schreiben und der sächssischen und hessischen anzuge vermag, das ist nichts. Wer auch solchs von uns außgibt, der zaigt das widerspil und gar kainen grundt an, dann wir haben mit gemeltem von Lanndenberg [weder] der noch anderer sachen halben, wie die sechssischen und hessischen furgeben, nichts ze thun. Wissen auch nit, was seine handlungen seien. Das haben wir aber auß landleuffigem geruch [= Gerücht] als sollte er, der von Lanndenberg, röm. ksl. und kgl. Mtt., dessgleichen der Kgn. Maria etc. verpflichteter und bestellter diener, auch vor wenig tagen durch die kgl. Mt. und den Granvelle geen Nurmberg beschriben sein. Darumb wöllest disen verdacht, der uns gantz unbillicher weyß beygelegt werden wollte, bey den sächssischen und hessischen, wie du ze thun waist und die notturft ervordert, mit guetem grundt ablaynen und uns damit statlich entschuldigen, inen auch lautter entdegkhen, das wir unsers tails von*

deß von Gemmingen im namen und von wegen der ksl. und ire[r] Mt. nit beschehen, darab wol zu vernemen, daß eß den bayerischen herren oder Hg. H[*einrich*] von Braunschwig zuguttem furgenommen wurde etc. Darumb were durch den ausschuß bedacht, daß ein yeder gesanter solichs seiner herschaft an jungst anzaigen solte, damit dieselben solchen lauf, soviel muglich, mochten verhindern. Und ferner, daß auch gut, so der lauf an solte gen, daß dan die beyden oberhauptleuth von den stenden bevelch hetten, mit rhat etlicher stende uff denselben fall etlich reutter – etwan einhundthert benante sumen – anzunehmen und an die ort zu legen und zu verordnen, do durch sie solcher lauf mochte verhindert werden. Und were bedacht, daß der Kf. zu Sachsen in solchem solte handeln mit rhat deß Hg. zu Lunenburg und der sthet [213r] Braunschwig und Bremen, aber landtgraff mit rhat Wirtenpergs und der sthet Augspurg und Ulm. Daruff von den stenden beschlossen, daß ein yeder gesanter dessen seine herschaft forderlich solte berichten, damit die werbungen bey disen stenden, soviel muglich, verhindert werden möchten etc. Aber der rheuter halben ist bedacht, wo eß die weg erreichen solte, daß dan solcher furschlag nit unratsam sein sollte. Und haben sich etlich lassen vernemen, wo die gesanten in gemein solchen furschlag willigen wurden, daß sie irer herren halben solichs uff sich nemmen wolten etc. Wir aber haben deßhalben angezaigt, dieweyl eß fur notwendig angesehen, hetten wir darfur, eß wurde unsrer herren halben auch kein noth haben. Wo eß aber andere hindersichpringen solten, hetten wir unß solichs auch zu gestatten etc.

Sachsen und Hessen zaigten zuletst widerumb an, daß gut, daß der reyter halben yetzundt hie geschlossen wurde und die gesanten sich hierin so eines kleinen in betrachtung der noth mächtigten [= *sich die Befugnis herausnehmen*], damit diesen stenden nichts versaumt wurde etc. Tandem ist der reutter halben beschlossen worden, daß der eng ausschuß gesterckt und disser punct darin baß bedacht und erwogen werden solt.

Desselbigen abents ist die gestelt schrift deß heuttigen muntlichen furtrags [Nr. 151] der kgl. Mt. vicecantzler uberantwort worden.

[214r] Saturni, 27. Januarij: 1. Von Hildeßheim erscheint personlich, bedanckt sich der verhor. Eß hetten Sachsen und Hessen verganges sommers daß landt Braunschwig und damit etlich flecken und anderes deß stifts Hildeßheims [*erobert*]. Daruff er damals alsbald durch ein schrift bey Sachsen und Hessen angehalten, ime, soviel dem stift Hildeßheim zustunde, widerum zuzustellen. Daruff sie schriftlich antwort geben, daruß er, der bischoff, sich nit viel verrichten khonnd. Hette sich dannoch personlich zu Sachsen und Hessen gethan. Were ime die antwort worden, eß were ein gemein werck, sie khunten hierin fur sich allein nichts thun oder lassen, sonder daß mußte gemainen stenden der ainigung anpracht werden etc. Daruff er sich hierher gethan etc. und bethe,

---

kainem gewerb wissen noch vil weniger in ainichem steen. [...]. In: *München HStA, KBÄA 2094, fol. 145r–146v (Ausf.)*.

man wolte ime dieselben sthet, flecken, dorfer etc., zu dem stift Hildeßheim gehorig, widerum zustellen und inreummen etc.

[214v] 2. Eß hetten auch disse stende predicanten gen Hildeßheim geordnet. Dem jungsten regenspurgischen abschiedt und der ksl. declaration zuentgegenen solte Sachsen bey der sthat Hildeßhaim durch ain aigne botschaft haben anhalten lassen, disse religion anzunehmen. Und halten sich die predicanten ungeschickt mit predigen. Bith, die abzuschaffen.

3. Die geistlichen in der stat Hildeßhaim werden irer zinß, gulten, gefell etc. entsetzt. Bith, die zu restituiren. Hat sunst mehr begert und zuletzt den gantzen furtrag in schriften ubergeben [Nr. 248].

Solis, 28. Januarij: Hat Augspurg die ainigungsverwanten oberlendische sthet auch mittag zusammen erfordern lassen und inen durch Dr. Peutingern anpracht worden, waß bedenckens und mangels seine herren auch der recusation und derselben ratification halben hetten etc., wie er auch volgens solche seine werbung den gesanten in schriften [Nr. 270] ubergeben.

Daruff ime aber volgens tags mit ableinung seiner argumenten dermaßen begegnet, daß eß bey der zuvor beratschlagten ratification wol mochte und solte pleiben etc. Aber die ubrigen puncten wurden von den stenden bedacht werden.

[215r] Lunae, 29. Januarij: Pommern pringt fur: Bedanckt sich der verhoer, ubergibt litteras credentiae [Nr. 63b]. Daß ausschreiben deß tags gen Schweinfurt were dem hertzen spet worden, darumb er den tag nit hette mogen besuchen, entschuldigten den fursten. Die stende wusten, waß durch den hertzen in sachen contra Denmarck zu vielen tagen were gesucht worden, nemlich daß dieselbig fur ein religionsach und in schutz und schirm der ainigung angenommen werden solte. Domit were aber sein fstl. Gn. nhun in das 4. jar aufgehalten worden. So were auch die gutlich handlung, jungst zu Hamburg [1542 Aug.] furgenommen, zerschlagen und die betheidingte puncten von dem konig [von Dänemark] abgeschrieben worden, wie daß dem Kf. zu Sachsen zugeschickt were. Sey zu besorgen, der konig werde der hertzen underthanen in seinen landen wie zuvor widerum understen mit arresten und aufhalten zu beschweren. So bith er, declarationem lenger nit zu hinderhalten, sonder einmal ergen zu lassen. Und so die sach fur ein religionsach erkant wurde, weren die hertzen alsdan urbittig, die sach zu der stende erkantnuß zu stellen, sofer solichs von Denmarck auch geschehe. Wo aber uff denselben fall Denmarck daß nit wolt thun, sonder gegen den hertzen furfaren wurde, daß ime alsdan von den stenden schutz und schirm begegnete. [215v] Erpieten sich, der hertzen gerechtigkeit im fall der noth weyther darzuthun, auch den stenden dissen furtrag in schriften [Nr. 286]<sup>12</sup> zuzustellen, etc.

<sup>12</sup> Die Werbung der pommerischen Gesandten bei den Schmalkaldenern orientierte sich an der Instruktion, die diese von den Hgg. Barnim und Philipp in Schmalkaldischen Bundesangelegenheiten erhalten hatten (Nr. 63d).

Ist von inen begert worden, daß sie die angezognen schriften irem erpieten nach den stenden wolten ubergeben etc. Daß sie sich zu thun bewilligt.

Ist verlesen worden obgesetzt muntlich werbung, in ein schrift gestelt [*Nr. 286*], und dan zwo notteln deß vertrags<sup>13</sup>. Und daruff die sach dem ausschuß bevollen.

Martis, 30. Januarij: Sachsen proponirt deß ausschuß bedencken: 1. Daß davon zu reden, wie nhun disse stende in propositionibus solten zuhauf sitzen und uff waß maß. 2. Der pferdt halben zu verhinderung deß laufs, ob nit den hauptleuthen deßhalb bevelch zu geben. 3. Den dritten doppelmonat belangen, daß derselbig erlegt wurde.

Ist ein schreiben der Kgn. Maria an den landtgraven verlesen worden, deß Landenbergers rustung und werbung halben.

Ist bedacht worden deß ersten halben, daß rhatsam sein solte, daß von denselben wegen und mitteln, wie sich disse stende bey der recusation auch in prophansachen schutzen, schirmen und daruff auch die verstentnuß richten etc., alhie geredt wurde. Und hat bey dissen puncten der ulmisch erregt, ob auch der prophansachen halb ainige verglichung und verstentnuß aufgericht [*216r*] wurde, daß doch dieselbig anders nit gestelt noch bewilligt werden sollte, dan allein so lang, biß sunst im Reich widerumb ein gemainer frid und unpartheyisch recht ervolgte etc. Quod nota bene quia bonum.

Deß andern halben ist von hessischen anzaigt worden, daß iren hern fur gut ansehe, daß den sthetten Straßburg, Augspurg und Ulm bevollen und gewalt geben wurde uff den fall, do der lauf mit Landenbergern angehe, ein gegenlauf alsbald zu machen und in die 8000 knecht zu einer fursorg und verwarnuß anzunehmen etc.<sup>14</sup>, welches aber in der umbfrag den merern theil

<sup>13</sup> Bei der Hamburger Zusammenkunft im Aug. 1542 nicht zustande gekommener Vertrag zwischen dem Kg. von Dänemark und den Hgg. von Pommern betr. Rechte und Gefälle des Bistums Roeskilde auf Rügen.

<sup>14</sup> Nicht nur Lgf. Philipp, sondern auch Kf. Johann Friedrich erwog, nach den Berichten über Werbungen Landenbergs Gegenrüstungen der Schmalkaldener in Angriff zu nehmen; die Bündner sollten in Nürnberg über diese Frage beraten, wie der Kurfürst aus Altenburg am 19. Jan. 1543 an seine Räte schrieb: [...] Nachdem aber auch dem reichstage nit wol zu vortrauen sein wil, so wollet neben des landtgraven rethen und den stenden der einung erwegen und bedencken, sunderlich dieweil ir gelegenheit der hendel, auch was an des Landenbergers bestellung und wider wehne sie gemeynt sei, iderzeit erfahren muget, ob nit nutz und gut solt sein, das ein cleiner uncost nit angesehen, sondern etzliche reuter und knecht, der einung zum besten zu warten, zimlichen underhalten wurden. Dann wiewol wier wissen, das die stende nit gneigt, vielen vorgeblichen chosten, wie zu etzlichen malhen beschehen, aufzuwenden, wier auch ungerne ane noth dartzu rathen wolten, so wollet doch neben des landtgraffen rethen solchs, wie vorstehet, mit den stenden reden und ir bedencken darinnen vornehmen, uff das, so derhalben etwas furfele und das man darauf nichts het wenden wollen, alsdan dem landtgraven und uns als den hauptleuten die schult nit dorft

nit fur gut angesehen, der ursach, daß solich rustung bey meniglich ein seltzam ansehen haben wurde und veleicht auch vielen ursach geben, dargegen widerum zu trachten, man hette dan zuvor gewisse khuntschaft, daß Landenbergers werbung dissen stenden zuwider furgenommen und daß derwegen uff dasselbig weyther und bessere khuntschaft zu legen sein solte etc. Dieweyl aber in solchem der verzug auch hochnachtheilig und nit gut sein wurde, haben der merer theil bedacht, daß die oberhauptleuth die kriegsrhet zum forderlichsten an ein ort, daß der stat Nurnberg und diesssem reichstag gelegen, beschreiben und mit deren rhat handlen und furnemmen solten, nachdem sich die sachen anliessen und der stende notturft wurde erfordern. Und waß mitler zeyt von dissen stenden deß Landenbergers [216v] rustung halben erkundiget wurde, daß solte ein yeder standt den gesanten hirher und den kriegsrheten zuschreiben, ire anschleg haben darnach zu richten etc. Doch sein auch etlich gewesen, die gemeint, man solte deßhalben noch ein tag, drey oder vier zufriden sein. Und dieweyl die kgl. Mt. volgens tags die proposition [vortragen] wollte, zuvor horen, waß dieselbig mit sich wurde pringen, waß auch ir Mt. uff disser stende zuvor beschehen suchen und bith deß cammergerichts halben [Nr. 151] wurde antwurten und thun etc. Eß wolten aber die sachsische nach der umbfrag die sach dahin versten, als ob daß mehrer gewesen, daß die kriegsrhet beschrieben werden solten etc.

Deß dritten puncten und deß dritten doppelmonats halben haben sich fast alle gesanten vernemmen lassen, sofer der erst und ander doppelmonat von allen stenden vermog der verfassung erlegt und also pilliche gleichait gehalten werde, weren ire herren und obern den dritten, doch allein zu einem furrhat und sofern

---

zugemessen werden. [...]. In: *Weimar HStA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 49r–66v, hier fol. 56v–57r (2. PS) (Ausf. mit mehreren PS und Zetteln). Obwohl die Berichte über Werbungen Hg. Heinrichs von Braunschweig, der Hgg. von Bayern, Kgn. Marias etc. während des gesamten RT nicht aufhörten, war der überwiegende Teil der Bündner nicht bereit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das ergibt sich aus einem Schreiben der Räte an Lgf. Philipp kurz vor Ende des RT, 1543 April 13: [...] Und dieweil wir den ausschuß und die stende nit allein der obgemelten besorgung, sonder auch der bewerbungen, die nuhmehr an viel orten, sonderlich im stift Bremen etc., item durch die Hgg. von Bayern und an andern mehr enden [...] und in was practicken man sein soll, das stift Bremen an das hauß Burgundi zu pringen etc., bestes vleis erinnert, und das auß demselben volgen und noth sein wolt, das man so ungefast nit stunde, sonder die sachen auf des churfursten und euer fstl. Gn. bedencken der reuter und knecht halben richtet. So haben wir doch bey dem ausschuß und further auch bey den stenden sovil befunden, das sie solche furschleg, nemblich reuter und knecht an der hand zu behalten, dißer zeit fur unnötig und fur einen ubermessigen costen achten und halten, auß diesen ursachen und furnemblich, das der ausschuß und die stende nach jetziger gelegenhait der leuff, sonderlich des keyser, konniß und auch der Hgg. von Bayern von wegen der beschwernuß, so des Thurcken und deß Frantzosen halben vor augen, nit bedencken mögen, das Hg. Heinrichs halben ein gewaltiger zug geschehen möge. [...]. In: *Marburg StA, PA 650, fol. 417r–423v, hier fol. 417r (Ausf. mit mehreren PS)*.*

es auch alle stende thetten, zu erlegen willig etc., welches von den hessischen nit zum besten aufgenommen, mit vermeldung, daß eß beschwerlich, wo etwan einer oder zwen mit irem erlegen seumig, daß darum die uberigen zu erlegen sich auch waigern solten. Eß wurde auch seinem gnedigsten hern als einem hauptman beschwerlich sein, dessen also zu gewarten etc. [217r] Aber doch ist dißmals deß puncten halben entlich nichts geschlossen worden etc.

Ultima [31.] Januarij: Haben die verainigten stende die andern, so der augspurgischen confession verwant, zu inen erfordert und denen die gestalt schrift fridens und rechtens halben [Nr. 152] verlesen lassen, mit beger, daß sie dieselbig mit wolten uberantwurten helfen. Daruff haben die brandenburgischen und zweynbruckischen gesanten inen dieselbig gefallen lassen und sich erpotten, die in nammen irer fursten und herren mit zu uberantwurten helfen. Aber Hg. Moritzen gesanten, auch die sthet Regenspurg, Nurnberg und Schweinfurt haben der schrift copley und bedacht begert. Pommern hat ime die schrift auch lassen gefallen und in ubergebung derselben gewilligt, doch vorbehaltlich der handlung, die ire herren bey den verainigten stenden hetten etc., de quo protestantur. Aber der recusation halben und daß dieselbig also furgenommen werde, hetten ire herren kein wissen gehabt und inen darin deßhalben keinen bevelch geben mogen. Darum wusten sie sich derselben nit anhengig zu machen. Bethen, die stende wolten dessen also ingedenck sein. Sunst weren sie willig, die schrift mit zu uberantwurten helfen.

[217v] Jovis, 1. Februarij: Sein die stende der augspurgischen confession beyeinander gewesen und den ausschuß ordnen sollen, durch welchen der kgl. Mt. die supplication fridens und rechtens halben uberantwurt werden solte. Haben sich die verordneten der sthat Nurnberg vernemmen lassen, sie weren von wegen irer herren auch willig, solich supplication mit zu uberantwurten helfen, doch wusten sie sich der recusation in prophanis nit anhengig zu machen noch deß cammergerichts underhaltung zu waigern, dieweyl sie in solchem bißher nit ursach gehabt. Darum wolten sie mit denselben puncten nichts zu thun haben, aber sunst die supplication, so im nammen aller stende der augspurgischen confession anhengig gestellt, mit ubergeben helfen etc.

Nach dissem sein die verainigten stende beyeinander plieben. Ist verlesen worden deß ausschuß bedencken der pommerischen sachen halben contra Denemarck [Nr. 287, Anm. 1]. Hat den stenden also gefallen, daß mit den gesanten lauth deß bedenckens gehandelt werden solte.

Weyther ist abermals anregung beschehen deß beschreibens der kriegsrhette, welches doch auß vielen ursachen nit hat wollen fur gut angesehen werden. Ist bedacht worden, daß derhalben noch ain tag oder 4 zu verzihen und der kgl. Mt. antwurt uff daß vorig disser [218r] stende sachen solte zu erwarten sein. Dabey uff dißmals also plieben.

Item ist von den hessischen anzaigt worden, wie Gf. Ludwig von Ottingen in die verstentnuß begeret. Daß solten die gesanten forderlich hinder sich

schreiben und sich derhalben bevelchs erholen, damit hierin noch uff dissem tag mochte geschlossen werden.

Nachmittag ist etlicher gesanten von Metz schriftlich beger<sup>15</sup> verlesen und dem ausschuß zu bedencken bevollen worden.

Item ist verlesen worden ein furschrift pro H. Wolff Dieterichen von Pfirdt, von dem Kf. zu Sachsen an die gesanten disser stende alhie außgangen, daß sie ime zu inpringung seiner ausstenden besoldung neben andern stenden wolten forderlich und behulflich sein. Daruff sich die gesanten vernemmen lassen, eß wolte sich ein yeder deßhalben in deß Reichs rhat der gepur zu halten wissen etc.

Demnach hat Wirtenperg daß beger, so durch sie der jungen herren, Hg. Heinrichs zu Braunschwig sone, halben hiebevur zu Braunschwig [1542 Sept.] und Schweinfurt [1542 Nov.] auch furgewant worden, erholet und lauth desselben von neuem gepetten etc. Daruff die stende geantwurt, eß weren dißmals viel der gesanten, so zu disser sachen gehorten, nit bey [218v] handen, darumb wolte man dieselben zu anderen zeyten erfordern, sie, die wirtenpergischen, horen und sich aller gepur halten etc. Und wurde auch bedacht, so sie also gehort wurden, solte man alsdan von inen dieselben leidlichen mittel und wege, daruff den jungen herren daß erobert landt widerum zugestellt werden solte oder mochte, zu vernemmen begeren etc.

Veneris, 2. Februarij: Ist obangeregt schrift, den friden und daß recht belangend [Nr. 152], der kgl. Mt. durch ein verordneten ausschuß uberantwurt worden.

Saturni, 3. Februarij: Haben disse stende obgemelt supplication [Nr. 152], auch darin angezogne schriften<sup>16</sup>, in gemainem rhat der stende deß andern thails ubergeben und verlesen lassen, mit vermeldung, daß sie unerledigt und [un]erlangt der puncten, darin begriffen, sich in beratschlagung der hendel disses reichstags neben andern stenden inzulassen oder der thurckenhilf halben ychtzit zu thun nit wusten, mit beger, gemeine stende wolten daß behertzigen und die sachen deß fridens und unpartheyischen rechtens bestes vleiß allen dingen zugutten befordern helfen etc. Daruff dieselben stende dissen widerumb antwurten lassen, sie wolten solich schrifte lassen abschreiben, die mit vleiß beratschlagen und sich daruff mit gepurlicher antwurt vernemmen lasen.

[219r] Dißmals hat auch die kgl. Mt. die verordenten disser stende, so irer Mt. vorderigs tags die bemelt supplication uberantwurt, zu sich erfordert und

<sup>15</sup> *Aufnahmegesuch der evangelischen Bürger von Metz in den Schmalkaldischen Bund, o.D., in: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); AS: Copei der schrift und werbung, so etlich vom adel und burger der statt Metz durch ire gesanten der cristlichen verain geschickten rethen umb einnehmung willen in berurte verstendtnus zu Nurnberg zustellen und werben haben lassen 1543.*

<sup>16</sup> *Siehe die Liste der Beilagen A bis F zu Nr. 152.*

uff dieselb ein antwurt, doch noch kein entliche, geben, wie die hernach in ein schrift [Nr. 153] pracht und vorhanden ist.

Lunae, 5. Februarij: Sein die verainigten stende beyeinander gewesen und die wirtenpergischen gesanten ires begerens der jungen herren, Hg. Heinrichs son, halben gehort worden. Und diße mittel gantz simpliciter et paucis [*verbis*] furgeschlagen, daß ermelten jungen herren daß landt widerum zugestalt, sie zusamt demselben in die einigung genommen und dissen stenden ir kriegscosten mit der zeyt und uff gelegne ziel widerum abgelegt werden solte etc., welche mittel dem ausschuß ferer zu bedencken bevollen worden<sup>17</sup>.

Weyther ist auch verlesen und dem ausschuß zu bedencken bevollen worden ain schrift der witfrauen<sup>18</sup>, auch Hn. Ernsten und Philipsen, beyder Hgg. zu Braunschwig, an die verainigten stende 2000 fl. halben, so Hg. Hainrich der sthat Braunschwig schuldig ist, darfur aber der stift St. Blasii in der sthat Braunschwig burg und selbs schuldner worden etc.

[219v] Jovis, 8. Februarij: Ist deß ausschuß bedencken, waß den gesanten von Metz uff ir beger zu antwurten<sup>19</sup>, auch irenthalben weyther mit einer schickung außgericht werden solte, in schriften verlesen und approbiret worden.

Item ist durch die sachsichen auch anzaigt worden, wie der scheffenmayster – uff den fall, daß derselben von Metz begeren deß innemmens halben ye nit stathaben sollte – bith, nachdem er als ein freyer vom adel seine freyen gutter ausserhalb Metz uff dem lande habe, dernhalben er auch keinen hern erkhen dan die ksl. Mt., daß dan die stende auch ine in schutz und schirm aufnehmen

<sup>17</sup> *Die Augsburger Gesandten Jörg von Stetten und Dr. Lukas Ulstett berichteten am 8. Febr. 1543 an Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz, Baumeister und geheime Räte von Augsburg etwas ausführlicher über den Vortrag der württembergischen Räte vor den Schmalkaldenern: [...] Zum andern, das die sone Hg. Heinrichs sollten in unser verein kommen und ingenommen werden. Diewil und aber die gesanten unser verwantnus solliche mittel fur unachtsam und unerheblich gehalten, haben sy den wirtenbergischen gesanten diser zeit geantwurt, sy wolten uff die furgeschlagne mittel sich bedencken und was daruff verrers zu handeln wer, zu gelegner zeit inen nit verhalten. Wes dann euer Ft. gemuet daruff anzuzeigen sey, das mogen sy uns auch berichten lassen. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

<sup>18</sup> *Hgn. Elisabeth von Braunschweig-Calenberg, Witwe Hg. Erichs I. von Braunschweig-Calenberg.*

<sup>19</sup> *Die Schmalkaldener reagierten auf das Aufnahmegesuch der Metzger evangelischen Bürger mit einem ablehnenden Gutachten, in: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.), AS: Diser stend bedencken und antwort auf di schriften, so etlich vom adel und burgere der statt Metz durch ire gesandten alhier zu Nurmberg ubergeben haben lassen. Actum den 9. Februarij 43. Zu den Gründen, die gegen eine Aufnahme der evangelischen Einwohner von Metz in den Bund sprachen, siehe: E. WOLGAST, *Die Wittenberger Theologie*, S. 269–272.*



wolten etc.<sup>20</sup>, uff welches bey den gesanten gleichwol allerley bedenckens gewesen. Und von etlichen erregt, daß etwan sich die stende beschwert hetten, solche privat- und eintzige personen vom adel einzunehmen etc., und daß eß sonderlich deß scheffenmaysters halben ein seltzams ansehen haben wolte, dieweyl er ein burger zu Metz etc. Doch zuletzt dahin geschlossen worden, daß ime dißmals kein wilfarig oder abschlegliche, sonder zu antwurt gegeben werden solte, die gesanten hetten dißmals hieruff keinen bevelch etc. Und solten dannocht die gesanten solichs an ire herschaften gelangen lassen und sich bevelchs deßhalben erholen etc.

Pommern zaigt an: Nachdem sie verschieenens sontags [1543 Febr. 4] uff ir anpringen antwurt empfangen inhalts der schrift, davon oben meldung beschehen [Nr. 287] etc., daß sie doch derselben antwurt nach erwegung [220r] irer bevelch nit gesettigt sein khunten, dieweyl dieselbig, wo die sach dermassen furgenommen werden solte, viel mehr verzugs wurde geperen, dan zuvor ine beschehen. Und also ire herren abermals zu irem grossen nachtheil und beschweruß uber so vielfeltige vertroستungen aufgehalten wurden, zudem sie auch daß furgeschlagen mittel deß betheidingten vertrags nit annemen khunten, dan obgleich ire herren denselbigen zu Hamburg [1542 Aug.], dissen stenden zu gefallen und ehren mit etwas irer fstl. Gn. unstaten und beschwernus damals bewilligt, wusten doch sie, die gesanten nit<sup>c</sup>, nachdem der Kg. in Denmarck denselben gar abgeschlagen, ob nhunmehr iren fstl. Gnn. gelegen sein wurde, den zu bewilligen, auch im fall, daß ine der konig annemen wurde etc. Und begerten demnach, wie sie anfangs gethan, declarationem yetzt alhie alsbald zu thun, so wurden sich ire herren in allem dem, daß sie vermog der verfassung schuldig, aller gepur erzaigen und halten. Wo aber daß nit, so musten sie sich bezeugen, daß iren gnedigen herren nit hette mogen widerfaren, daß man inen vermog der verstentnuß auch uff so vielfeltige vertroستungen schuldig gewesen, daß sie auch daß ir gethan, allen glimpf und mugliche mittel gesucht, aber nichts erlangen mogen und also verursacht wurden, iren sachen anderßwo rhat zu suchen und sich auß der verstentnuß zu [220v] thun etc. Also ist disses dem ausschuß ferner zu bedencken befolten worden.

Ulm zaigt auß entpfangnem bevelch seiner herren an, wie ire sthat Ulm mit H. Antoni Fuckher, als H. zu Kirchperg und Weysenhorn, irrungen und spen

<sup>c</sup> In der Vorlage doppelt.

<sup>20</sup> Da das Aufnahmegesuch der evangelischen Bürger von Metz von den Schmalkaldern abgelehnt wurde, machte der protestantische Schöffenmeister Gaspard/Kaspar von Heu den obigen Vorschlag, als Einzelperson in die Einung aufgenommen zu werden, was die dem Schmalkaldischen Bund angehörenden Kommunen aus mehreren Gründen ebenfalls ablehnten. Siehe dazu das Schreiben der Frankfurter Gesandten Ogier von Melem und Dr. Hieronymus zum Lamb an Bgm. und Rat von Frankfurt, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 86r–96v, hier fol. 90v (Ausf. v.d.Hd. Melems). Siehe auch: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 519–521.

hette, derhalben sie vor jaren in rechtfertigung an dem cammergericht erwachsen. Doch weren darunder etliche commissiones, uff den Bf. von Augspurg gestellt, die sach in der gute hinzulegen außgangen, auch etlich mal handlungen furgenommen, aber entlich durch den Fuckher die gutte abgeschlagen und verhindert worden etc. Nhun faret aber der Fucker yetzunt vor dem recusierten cammergericht in der handlung dermassen fur, daß zu besorgen, die sthat Ulm möchte in kurzem in die acht erklet werden etc. Daß wolten sie den stenden also anzeygt haben, dessen wissenschaft zu haben und zu bedencken, ob und waß deßhalb furzunemmen, der hoffnung und zuversicht, wo der sthat Ulm derhalben etwaß beschwerlichs begegnen solte, die stende wurden sie mit hilf, rhat und beystant nit verlassen etc. Ist dem ausschuß zu bedencken bevollen.

Hessen ließ zwen missiven vorlesen, ein der sthat Hall an die gesanten disser stende, belangen etliche khuntschaft der yetz vorsteenden rustungen und werbungen, [221r] die ander von wegen der jungen herren von Spigelberg, belangen daß hauß zu Ottenstein etc. Auch dem ausschuß bevollen.

Eßlingen zaigt an, wie daß recusiert cammergericht in zweyen sachen wider sie furfar und neulich erkhanntuß gethan habe: Nemlich in sachen der underhaltung seyen uff die erklerung der peen dem fiscal weyther proceß wider sie erkhent, und dan in sachen der sthat Eßlingen contra Wilhelm Rauschers wittib. Haben sie neulich geurtheilt, daß in erster instantz wol geurtheilt, aber darin appellirt, die sach ad priorem iudicem gen Rotweyl remittirt und Eßlingen in expensas condemniret etc. Nhun seye zu besorgen, Rotweyl wurde sich der sachen widerum annemmen und, so ein sthat Eßlingen nit comparier, dieselbig irem proceß nach bald in die acht urtheilen etc. So werden auch an dem cammergericht proceß und executorial der expens halben außgen etc., welche beyde hochbeschwerlich. Bith rhat. Ist dem ausschuß bevollen.

Veneris, 9. Februarij: Ist den gesanten von Metz die antwort verlesen und uff ir beger derselben schriftlich copley gegeben worden vor dem geordneten ausschuß<sup>21</sup>.

[221v] Saturni, 10. Februarij: Ist verlesen worden deß ausschuß bedencken der pommerischen sachen [Nr. 289], auch deß dritten doppelmonats halben. Sein beide unverändert plieben, doch haben sich die gesanten deß dritten monats halben ungleich vernemmen lassen [Nr. 418, Art. 6]. Etlich haben inen deß ausschuß bedencken simpliciter gefallen lassen, als Straßburg, Ulm, Eßlingen, Braunschwig etc.; etlich, als Lunenburg, haben sich beclagt, daß sie zu hoch angelegt und ringerung begert; etlich haben eß genommen, an ire herren zu pringen, als Augspurg, Franckfurt, Helprun, Memmingen etc. Eß ist auch damals den pommerischen gesanten durch den verordneten ausschuß obgemelt antwort [Nr. 289] gegeben und deren copley zugestellt worden.

Eodem die nachmittag sein die pomerischen vor dem ausschuß widerum erschienen und anzaigt, daß sie die entpfangen antwort iren herren zuschicken

<sup>21</sup> Siehe oben Anm. 19.

wolten, der hoffnung, die wurden deren gesettigt sein und inen, den gesanten, daruff bevelch geben, sich in disser stende rhat widerum zu begeben etc. Dieweyl aber ir habender [222r] bevelch außtrucklich vermocht, sich in kein rhatschlagung inzulassen, eß were dan zuvor die declaration ergangen, so wolte inen on weythern bevelch nit gepuren noch zur zeyt sich inzulassen, doch wolten sie alles vleiß gern fordern helfen, damit inen ferner bevelch forderlich zukhomme etc. Daruff durch den ausschuß mit inen soviel gehandelt, daß sich der ein, nemlich der von Zidwitz [= Zitzewitz], Hg. Philipsen gesanter, bewilligt, zu den stenden in die rhet und sonst, wo etwas anzupringen oder außzurichten, zu khommen, damit die gegentheil kein trenung bey dissen stenden spuren mogen, doch dergestalt, daß er dardurch in kein buntliche handlung oder beschluß von seines herren wegen wolte willigen etc. Aber der ander, Dr. Philips<sup>22</sup>, hat solichs auß ursachen, die er darbey erzelt, abgeschlagen und darfur gepetten etc. Daß der ausschuß also von inen angenommen, an die gemeinen gesanten der stende zu pringen etc.

[222v] Solis, 11. Februarij: Ist der ausschuß beyeinander gewesen und durch die hessischen anzaigt worden, wie deß Bf. von Munster marschalck<sup>23</sup> hie ankhommen, waß auch der landtgraff Rudolphen Schencken geschrieben, nemlich daß bemelter bischoff in die ainigung begerete, mit dem erpieten, dieweyl er uff dißmal mit seinen lantschaften der religion halb noch nit gar aller ding verglichen, daß er der verstentnuß monatlich im fall der notturft 400 roß wolle schicken und halten. So er aber mit seinen lantschaften zu vergleichung khomme, woll er sich hoher, gleich andern anschlagen lassen etc. Und werde von gedachtem Schencken weyther vermeldet, obgleich gemelter bischoff deß gulgischen kriegs halben in nehstem furpringen der Kgn. Marien [Nr. 202] auch mit angezogen, so geschehe ime doch daran unrecht<sup>24</sup>. Und mochte sein, eß were veleicht ime durch etliche Franzosen etwaß zugemutet worden, aber daß hette er frey außgeschlagen und nit annemmen wollen. Hette sich auch dessen gegen die konigin dermassen entschuldiget, daß sie seiner entschuldigung wol zufrieden. Eß hette auch der H. von Krichingen, als mehrmals obgemelter furtrag der konigin vor gemeiner versamlung beschehen, dem munsterischen secretario selbs gesagt, er solte sich nichts lassen irren, daß sein her in [223r] solchem furtrag auch angezogen; solte ime, dem bischoff,

<sup>22</sup> Dr. Jakob Philipp Ösler, der Gesandte Hg. Barnims von Pommern.

<sup>23</sup> Friedrich von Twiste zu Peckelsheim, geb. um 1480, gest. vor 1547. Er bekleidete im Laufe seiner Karriere als Ministerialer zahlreiche Ämter. Bis 1545 war er fürstbischöflicher Rat und Hofmeister des Bf. Franz von Münster, Osnabrück und Minden.

<sup>24</sup> Als Beilage zur Werbung der burgundischen Gesandten vom 31. Jan. 1543 (Nr. 202) wurden abgefangene Briefe des franz. Gesandten am klevischen Hof, gen. Serrant, an Kg. Franz I. bzw. an den franz. Admiral de Brion (dat. 1542 Mai 25 und Mai 26) verlesen. Diese deckten die Kooperation des Hg. von Jülich mit dem franz. König auf und kompromittierten auch den Bf. von Münster.

zu keinem nachtheil gereichen, dan die konigin hette ab dem bischoff gar kein plag, were seiner entschuldigung wol zufriden. Diß hette aber uff dißmal nit mogen umbgangen werden deß briefs halben, darin dessen meldung beschehe, den man auß unvermeidlicher noth hette an den tag geben müssen etc.

Wurde gemeinlich bedacht, daß der bischoff nit wol außzuschlagen, doch were zu erwegen, daß eß mit bischoffen und weltlichen fursten als erbherren zweyerlay mainung hette, dan wo dem bischoff nit allein die capittel, sonder auch die lantschaften in solchem zuwider sein solten, daß dennoch dissen stenden hierin allerley zu bedencken sein wolte etc. Und daß derwegen gut sein sollte, von dem marschalck notturtigen bericht zu entpfangen, wie sich die capittel und lantschaften deß evangeli halben erzaigten und hielten etc. Und ob er in die einigung genommen werden solte, daß doch solichs allein der religion halben beschehen und nichts anders damit ingezogen noch darunder gemaint werden solte etc.

[223v] Lunae, 12. Februarij: Haben die sachsische deß Bf. von Munster beger und suchen, wie obgemelt, angezaigt. Ist in der umbfrag daruff befunden worden, daß eß den gesanten an bevelch gefelet, auch allerley bedencken, wie die zum thail vorderigs tags im ausschuß erregt worden, furgefallen, doch zuletzt dahin geschlossen, daß sich die gesanten bevelchs an iren herren solten erholen. Und damit disse sach gleichformig von den gesanten hinder sich geschrieben werden möchte, daß durch den ausschuß ein form gestelt, darin alle bedencken, so disser sachen halben weren, angezogen werden solten etc. Und letstlich werde fur gut angesehen, daß der munsterisch marschalck mitler zeyt dennoch zu dissen stenden mochte gezogen werden, sofer er darzu willig, als ein gesanter eines standts der augspurgischen confession verwant und anhengig.

Item werde von den sachsichen auch erregt, wie noch die schulden deß lants Braunschwig und andere mehr puncten, berurt lantschaft belangen, furhanden weren, derwegen ir bedencken, daß rhatsam sein sollte, dieselben nhun ainmal durch den ausschuß zu beratschlagen etc., welches den gesanten gemeinlich wol gefallen. Doch haben der sthat Braunschwig gesanten angezaigt, nachdem die furnemsten der sachsichen sthet, [224r] welche disse sach furnemlich und am maysten belangte, niemant hirher geschickt noch yemant bevelch gegeben hetten, so wurde ires erachtens in abwesen derselben von dissen puncten nit wol gehandelt oder geschlossen werden mögen etc. Uff welches aber entlich bedacht, daß dan dem ausschuß auch zu bevellen, zu bedencken, ob nit gut, wo man ye nit zu beschließlicher handlung khomen khonte, daß dennoch alle puncten zu ainer vorbereytung alhir bedacht und beratschlagt wurden. Ob die abwesenden sachsichen sthett alher nit khomen, daß doch uff andern tagen derhalben desto schleyniger möchte geschlossen werden etc. Dabey eß also plieben.

Eß ist anzaigt worden, wie Gf. Wilhelm von Furstenberg ein bevelchhaber uff vorige antwort hie hette, daruff sich die gesanten ires erlangten bevelchs den merern theil vernemmen lassen, welche alle sich fast dahin erstreckt, daß gedachter graff nit außzuschlagen, doch daß sein Gn. undersagt wurde, daß sie

sich deß Kg. in Franckrich dinst bey disser ainigung wolte enthalten, damit dissen stenden daruß kein vertriß oder anhang entstunde etc. Und daß auch der bevelchhaber verhoret wurde, mit waß condition und maß [224v] sein Gn. sich in die ainigung begeben wolte etc.

Eodem die nachmittag sein diß stende<sup>d</sup> obgemelter puncten halben widerum beyeinander gewesen und sich der beschluß wie obgesetzt ererst verglichen.

Daruber aber hat Luneburg begert uff sein vorig zu Braunschwig und Schweinfurt beschehen ansuchen<sup>25</sup> erklerung zu thun oder sich uffs wenigst daruff vornemen zu lassen, ob noch uff disser verhandlung ein entliche antwort gefallen sollte oder nit etc.

Straßburg zeigt an, wie ire herren von dem cammergericht abermals mit neuen proceßen uff die acht gestelt, in causa der underhaltung beschwert wurden. Begerten zu bedencken, waß deßhalben zu thun etc.

Einbeck repetiert Hg. Philipsen von Braunschwig halben sein vorig alhie gethane anzaig und beger, deßgleichen von wegen der sthat Einbeck umb nachlaß der anlag etc.<sup>26</sup>

Ist alles dem ausschuß zu bedencken bevollen und fur gut angesehen worden, daß die sachsische sthet auch einen zu dem ausschuß deß landts Braunschwigs handlungen halben ordnen solten etc.

[225r] Veneris, 16. Februarij: Hat die kgl. Mt. dissen stenden ain schriftlich antwort [Nr. 155] uff deren hievor ubergeben supplication fridens und rechtens halben ubergeben. Dieselbig ist alsbald vor den gesanten verlesen und zu ferrerm bedencken gestelt worden.

Item ist verlesen worden deß ausschuß bedencken, waß deß Bf. von Munster innemmens halben ein yeder an seine herren solte gelangen lassen<sup>27</sup>. Et placuit.

Item deß ausschuß bedencken, wie die stende der recusation halben fur einen man sten und welcher gestalt den stenden, so daruber beschwert, hilf und

---

<sup>d</sup> *Danach gestr.:* zum theil.

<sup>25</sup> *Der Gesandte Hg. Ernsts von Braunschweig stellte das Ansuchen um Rechtsentscheid des Bundes wegen der Obrigkeitsrechte des Herzogs im Fürstentum Braunschweig-Lüneburg nach der Eroberung Wolfenbüttels sowie um das Anrecht auf Gefälle der Klöster Riddagshausen und Mariental. Die Entscheidung sollte auf dem nächsten Bundestag getroffen werden.*

<sup>26</sup> *Einbeck wandte sich wegen Brandschäden an den Schmalkaldischen Bund um eine Anleihe. Siehe die Supplikation des Gesandten von Einbeck in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 98r–100v (Kop.).*

<sup>27</sup> *Erstes Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener zum Aufnahmegesuch des Bf. von Münster in den Schmalkaldischen Bund, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H 421/154-3, fol. 132r–137v (Kop.), DV fol. 137v: Copei des berichts und ursachen, derhalben dem Bf. von Münster die suchung von wegen einnehmung in die verstantnus nicht abgeschlagen werden sollt. 1543 Freitag nach Invocavit, den 16. Februarij.*

beistandt geleistet werden solte etc. [Nr. 272]. Et placuit, doch hinder sich zu pringen etc.

Item ein furschrift, so Minden an die sthat Bremen und auch eine an ein parthey, belangen verhinderung oder hemmung etlicher schiff umb neuer und ungewonlicher aufgelegter zöll willen. Et placuit etiam.

Hessen zaigt an, wie ir her inen geschrieben, daß er mit Hg. Moritzen viel handlung gehabt, bey der verain zu pleiben, aber noch zur zeyt anders nicht erlangen mögen, dan daß er sich bewilligt und erpotten, im fall daß ein standt disser verstentnuß beschwerdt wurde, [225v] daß er sich dan bey dissen stenden der hilf halben treulich und, wie sichs gepurt, gewißlich wolte erzaigen und halten. Doch wolte der landtgraff mit ime weyther handeln und allen vleiß furwenden, es etwaß ferner bey ime zu erhalten. Eß sehe aber ime, den landtgraven, fur gut an, daß disse stende ein aigne botschaft zu Hg. Moritzen ordneten, die derhalben mit ime handleten und anzaigten, warum er bey der verstentnuß zu pleiben schuldig were, mit notturftiger ferner instruction uff die fell, so inen widerum begegnen mochten etc.

Bethen, man wolte zu den rechnungen der ordinarien und kleinen beyanlangen ein ausschuß verordnen, damit sie einmal gehoret wurde etc.

Deßgleichen begerten sie, die stende wolten sich auch der haubtrechnung deß braunschwigischen zugs halben ainmal erkleren und vernemmen lassen.

Item zaigten an, die bayerischen herrn hetten sich angepotten, der jungen herrn, Hg. Heinrichs sone, halben mit dissen stenden handlung zu pflegen, und weren bereyt, so man inen zeyt ernennet, sich deßhalben vernemmen zu lassen etc.

Ist alles dem ausschuß zu bedencken bevollen worden. Item ist auch verlesen worden deß ausschuß bedencken, wie [226r] eß hinfuro mit den processen, die von dem recusirten cammergericht dissen stenden zukommen wurden, gehalten werden solte etc. Et placuit.

Solis, 18. Februarij<sup>c</sup>: Ist verlesen worden deß ausschuß bedencken der wirtpergischen und bayerischen furgeschlagenen gutlichen handlungen halben. Et placuit. Ist auch ein ausschuß zu solcher verhor der bayerischen verordnet worden, nemlich Sachsen, Hesen, Lunenburg, Straßburg und Braunschwig.

Item ist Gf. Wilhelms zu Furstenberg gesanter deß begerten innemmens halben gehort worden. Hat angezaigt, nachdem der graff eines geringen vermugens und ime derhalben beschwerlich, sich zu den jerlichen und andern anlagen anschlagen zu lassen, dieweyl er aber ein kriegsman und mit den kriegsleuthen wol bekhtant, so wolte er der verstentnuß schuldig und verpflicht sein im fall der notturft und, so er darum gemanet wurde, ein anzal knecht aufzupringen und den stenden in irem costen [226v] zu furen, aber sich fur sein person mit leydenlicher, zimlicher besoldung benugen zu lassen etc. Daruff solte er in die verstentnuß, auch schutz und schirm disser stende genommen werden. Daruff

<sup>c</sup> *Korr. aus:* Lunae, 19. Februarij.

ime widerum zu antwurt worden, man wolte seinen furschlag bedencken, auch sich deß innemmens halben, so die gesanten zu allen theilen bevelch bekhomen, darumb sie dan albereyt geschriben, den auch den mehrern theil erlangt hetten, alsdan weyther vernemmen lassen etc.

Ist auch bedacht worden, daß man volgens tags die schriften, so in Wolffenbützel funden worden, zum theil solte anhoren.

Lunae, 19. Februarij: Sein obgemelte schriften zum theil verlesen worden. Item ist verlesen worden copey einer missiven, so die Kgn. Maria an den Bf. von Munster uff desselben entschuldigen deß frantzosischen und gulgischen kriegs halben geschriben [*Nr. 206, Beilage*].

[227r] Mercurij, 22. Februarij: Ist verlesen worden ain schreiben deß lantgraven an seine rhet alhie, darin vermeldet, wie Hg. Carolus Victor<sup>28</sup> darvon. Item wirt angezaigt, waß fur werbungen in dem stift Brem[en] und darumb Hg. Hainrichen zuguttem sein sollen etc. Doch ist darvon nichts geratschlagt noch geredt worden, dieweyl Lunenburg, Pommern, Wirtenperg und Straßburg nit zugegen. Volgens sein mehr schriften, in Wolfenbützel funden, verlesen worden.

Saturni, 24. Februarij: Ist deß ausschuß bedencken, wie der kgl. Mt. uff ir gegebne antwurt fridens und rechtens halben zu repliciren were, verlesen worden [*Nr. 156*] Et placuit.

Lunae, 26. Februarij: Ist obgemelt replick [*Nr. 157*] der kgl. Mt. übergeben worden.

[227v] Mercurij, ultima [28.] Februarij: Zaigten die sachsische an, wie sie vorderigs tags in der churfursten rhat beruffen worden. Hette der meintzisch cantzler angezaigt, wie ime vor etlichen tagen durch einen schweytzerischen boten von Solotorn oder Chur (daß ort were ime nit mehr eigentlich eingedenck) brieff weren behandiget worden. Und hette der both darneben berichtet, wie solche brieff durch ein frantzosischen in die ein berurter sthet pracht worden, dem were ein schenckel abgefallen; wuste nit, ob der noch lebendig oder thodt. Also hetten seine herren ine hieher abgefertigt, mit bevelch, solich brieff deß Reichs cantzler zu uberantwurten und, so ferr ime in ainem tag oder 2 daruff mochte antwurt werden, wolte er so lang gern warten etc.

Disses wolte man heut in gemainer versamlung (darzu die stende beruffen werden) den stenden anzaig thun. Und khonte er, der cantzler, anders nit erachten, daß solich prieff von dem Kg. auß Franckrich an die reichstende geschriben weren etc. Und wurde von den churfurstlichen bedacht, daß dieselben brieff von den stenden nit eroffnet noch verlesen (dieweil gedachter konig der ksl. Mt. offner feindt), sonder zufforderst der kgl. Mt. [228r] und dem H. Granvell, der ksl. Mt. oratori, anpracht werden solten etc. Nhun were aber

<sup>28</sup> Sohn Hg. Heinrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel. Er und sein jüngerer Bruder Julius verblieben nach der Eroberung des Herzogtums durch die Schmalkaldener noch eine Weile in Gandersheim, während Hg. Heinrich mit seinem Sohn Philipp Magnus das Herzogtum vor den herannahenden Truppen verließ.

ir, der sachsichen, bedencken, daß gut sein solte, daß man daruff tringe, damit solich schreiben von den stenden erprohen und verlesen wurde etc., doch wolte solichs zu aller stende bedencken sten. Aber disse stende solten beratschlagen, ob und wie sie sich disser sachen halben zu den andern stenden thun wolten, damit irer supplication und protestation nichts zuwider gehandelt wurde etc. Ist bedacht, daß man zu den andern stenden gen und, waß furgetragen wurde, anhoren, doch sich in kein sondere disputation oder rhatschlagens begeben etc.

Volgens ist durch die sachsichen weyther anzaigt worden, wie der landtgraff seinen rheten alher geschrieben und under anderm vermeldet, daß er die schickung gen Metz zu befördern willig.

So hette der ausschuß etlich puncten, die ime bevollen, beratschlagt. Und erstlich die schickung an Hg. Moritzen belangen, die schriften und allen bericht, so vorhanden, besichtigt, aber darunder die ursachen und [228v] argumenta, deren sich Hg. Moritz behulffe, nit befunden. Dieweyl man zu abclerung derselben nichts beratschlagen khonte, sie weren dan bey der handt, so were bedacht, daß dem churfursten und landtgraven umb dieselbigen geschrieben werden solte etc.

Item were bedacht, daß zu der rechnungen der kleinen anlagen ein ausschuß verordnet wurde, deßgleichen zu den haubtrechnungen deß braunschwigischen zugs.

Gf. Wilhelms halben were bedacht, dieweyl die gesanten den mehrer theil bevelch hetten, der sich dahin erstreckte, daß der graff eingenommen und angelegt und ime darbey sonderlich außgetruckt werden solte, wo er sich mit dinsten oder andern handlungen on wissen und rhat disser stende beladen oder inlassen wurde und ime etwaß beschwerlichs daruber begegnete, daß man ime desselbigen halben zu kheiner hilf verpfflicht oder verpunden sein wolte etc. So solte man solichs seinem, deß graven gesanten anzaigen, sich mitlerweyl, biß die uberigen disser stende gesanten alle bevelch auch bekhomen, von ime, dem graven, bevelchs daruff haben zu erholen etc.

[229r] Item, eß solten sich auch die gesanten vernemmen lassen, ob sie deß Bf. von Munster halben bevelch entpfangen.

Item Gf. Ludwigs von Ottingen deß jungern innemmens halben weren etlich ursachen befunden worden, dardurch der bewegt worden, solche suchung zu thun, die hetten die stende noch nit gehoret. Solten verlesen werden und sich die stende daruff vernemmen lassen etc.

Item belangen deß Kf. von Brandenburg, Wolff Dietherichs von Pfirdt, Johan Hilchens, Conradt von Bemelbergs ansuchen und forderungen etc. Hette der ausschuß bedacht, dieweyl man berichtet, daß der verzug solcher handlung allen dissen stenden mit grossem unglimpf zugemessen werden wolte, daß dan disse stende wol mochten on nachthail irer ubergebnen supplication willigen, daß ein ausschuß verordnet wurde, der die rechnungen von deß Reichs bestalten und die deß Reichs brieff und sigel hetten anhort und entpfinge, in betrachtung, daß solches eytel vergangne handlungen und auß dem bewilligten speyrischen



abschiedt [1542] vlossen, auch bekhante schulden weren etc. [229v] Doch solte man bey solchem protestiren, daß man dardurch von gethaner protestation und vorbehalt nit wolte gewichen sein etc.

Item uff die anprachten beschwernuß der stat Eßlingen hette der ausschuß sein bedencken in schriften [Nr. 85, Anm. 6] verfast, solte verlesen werden etc., wie auch beschehen.

Resolutio: Ist aller puncten halben deß ausschuß bedencken approbirt und der kleinen anlagen halben bedacht worden, daß zu denselben rechnungen 4 personen, zwo von fursten und 2 von stetten, verordnet werden solten. Außerhalb der haubtrechnung halben hat die stende fur besser angesehen, daß zu denselben noch zur zeyt kein ausschuß verordnet, sondern darvon in gemainer versamlung der gesanten, so darzu gehorten, zuvor geredt werden solte etc. Dobey eß auch plieben.

Und deß Bf. von Munster halben hat sich befunden, daß noch wenig gesanten bevelch bekhommen etc.

Aber die ursachen, warumb Gf. Ludwig von Ottingen in die verstantnuß genommen zu werden begert, sein dißmals nit verlesen worden.

[230r] Jovis, 1. Martij: Sein verainigten stende außerhalb der sachsichen und hessischen rhet beyeinander gewesen und sich der braunschwigischen rechnung halben ainer meinung verglichen, die den sachsichen und hessischen solte furgehalten und im fall, do dieselbig bey inen nit stathaben wurde, waß man sich alsdan weyther vernemmen lassen solte etc. Und ist deme ausschuß bevollen worden, solche berette meinungen in schriften zu stellen. Sein zu dem ausschuß geordnet Lunenburg, Straßburg, Augspurg und Braunschwig.

Veneris, 2. Martij: Ist bey obgemelten stenden deß ausschuß bedencken der rechnung halben verlesen worden und inen gefallen. Eß ist auch bedacht worden, obgleich Wirtenperg und Pommern sich hierin abgesondert hetten, daß doch nitdestoweniger denselben gesanten solche antwurt auch angezeigt, zuvor und ehe sie den sachsichen und hessischen rheten gegeben wurde, welches auch also beschehen.

[230v] Saturni, 3. Martij: Haben obgemelter stende gesanten den sachsichen und hessischen rheten berurt antwurt in gemeiner versamlung ubergeben, durch dieselben damals biß zu anderer versamlung bedacht genommen etc.

Hg. Jorgen zu Braunschwigs gesanter<sup>29</sup> dedit in gemainer versamlung literas credentiae [Nr. 56a] und thette daruff von wegen seines herren deß eroberten landes Braunschwigs halben ein furtrag und begeren, wie dessen volgens den gesanten ain schriftlich verzaichnuß [Nr. 56b–c] ubergeben. Ist die sach deme ausschuß zu bedencken bevollen.

Hessischen zaigten an, wie Hildeßhaim bey inen gewesen und furgeben, wie er bericht, daß disse stende sich in verträg deß lands Braunschwigs halben inlassen solten. Nhun hette Hg. Hainrich sich etwa vernemmen lassen, wie

<sup>29</sup> Dr. Ludwig Falkenberg.

er zwey hertzogthum, daß alt und neu Braunschwig, innen hette. Sofern dan hierdurch solt verstanden werden daßjenig, so Hg. Heinrich von seinem, deß bischofs, stift ingehabt und dasselbig in solche underhandlung auch mitgezogen werden, so wolte er in dieselbig underhandlung keinswegs gewilligt, sonder darwider protestiret haben. Item hette auch [231r] begert, man wolte ine uff sein vorigs suchen und begeren<sup>30</sup> beantworturten etc.

Item ist die underhandlung, so die bayerischen rhet mit etlichen verordneten disser stende deß land Braunschwigs halben gepflogen, in ein schrift [Nr. 244] gestelt, verlesen worden. Daruff bedacht, daß die handlung, wie sich verlossen, hinder sich zu pringen und sich daruff bevelchs zu erholen sein. Und damit solichs gleichformig beschehe, daß dessen ain nottel und form gestelt werden solte. Und solten die bayerischen rhetten dißmals dermassen beantworturten werden, daß die handlung nit abgeschlagen, sonder aufgehaltten wurde etc.

Item ist volgens auch anregung beschehen der puncten fridens und rechtens halben. Haben sich die gesanten vernemmen lassen, sie wolten bey der supplication [Nr. 152] und replick [Nr. 157], derhalben von dissen stenden ubergeben, pleiben etc. Daruff man der ursach getrungen, dieweyl her und dar allerley sag gewesen, als ob disse stende der sachen hierin nit ainig, sonder sich trennen wurden etc.

[231v] Solis, 4. Martij: Hat die kgl. Mt. aller disser stende gesanten zu sich erfordert und inen uff ir replick ein duplick [Nr. 158] in gegenwertigkhait irer Mt. und ksl. commissarien verlesen, auch volgens derhalben abschrift zustellen lassen.

Lunae, 5. Martij: Ist der kgl. Mt. duplick obgemelt verlesen und alsbald in gemeiner versamlung ungeverlich beratschlagt worden. Haben Mgf. Jorgen gesanten vermeint, daß disse stende derselben pillich zufriden sein und sich der kgl. Mt. erpietens settigen lassen solten. Die wirtenpergischen, augspurgischen und ulmischen haben begert, dieweyl die sach wichtig, daß man inen wolte vergunstigen, der kgl. Mt. replick<sup>31</sup> an ire herren zu pringen. Die uberigen haben fur daß best angesehen, daß disse stende bey hievor ubergebener supplication [Nr. 152] und replick [Nr. 157] plieben, ausserhalb Regenspurg. Zaigt an, er hette derhalben kein sondern bevelch.

[232r] Mercurij, 7. Martij: Ist die triplick [Nr. 159] uff der kgl. Mt. duplick, wie sie von dem ausschuß bedacht, verlesen worden. Et placuit. Item ist auch alsbald der kgl. Mt. uberantworturten worden.

Item ist verlesen worden die antwurt, so den bayerischen rheten gegeben worden, und dan ein gestelte form [Nr. 244], wie ein yeder gesanter disse handlung an seine herren gelangen lassen solte etc.

Jovis, 8. Martij: Rex dedit quadruplicas [Nr. 160].

<sup>30</sup> Siehe die Eintragung zum 27. Jan.

<sup>31</sup> Gemeint ist die Duplik Kg. Ferdinands vom 4. März: Nr. 158.

Veneris, 9. Martij: Ist obgemelt quadruplick verlesen und beratschlagt worden [Nr. 161]. Nachmittag disser stende quintuplick [Nr. 162] verlesen, approbiert und alsbald der kgl. Mt. furpracht worden, daruff sie iren bedacht genommen.

Saturni, 10. Martij: Rex in propria persona ad nostras quintuplicas respondit. Daruff disse stende sich alsbald auch widerum vernemmen lassen und uff irer vorigen meinung plieben. Daruff die kgl. Mt. die sach abermal zu ferrerm bedacht genommen, [232v] wie daß alles hernach von dissen stenden in schriften [Nr. 163] protocollirt worden.

Eodem die in gemainer versamlung die sachsische angezaigt, wie die verordneten disser stende deß tags den bayerischen rheten der braunschwigischen sachen halb die antwort, deren sich die stende verglichen [Nr. 244, fol. 217r zum 10. März], gegeben. Die hetten sich vernemmen lassen, sie weren deren zufriden, wolten die an ire herren pringen und ferner handlung gewertig sein, sich auch versehen, disse stende wurden sich in die sach dermassen schicken, daß man mochte spuren, daß sie zu ruwe und fried lust hetten etc.

Item ist deß Bf. von Munster innemmens halben ein umbfrag gehalten worden, welche gesanten deßhalben von iren herschaften bevelch entpfangen etc., bey welcher Lunenburg, Hall, Lindaw, Hamburg, Maidenburg, Goßlar, Braunschwig und Einbeck angezaigt, sie hetten deßhalben noch keinen bevelch, es wurde aber solich innemmung iren herren nit zuwider sein noch ainig bedencken haben. Ulm vermeint, man solte die sach noch ein weyl lassen ansten biß zu außgang deß reichstags, damit man mitler zeyt sehe, ob der bischoff den frantzosischen krieg vorwent oder [233r] nit etc. Reliquis omnibus haberetur mandatum ine inzunemmen, doch sofer er, der frantzosischen practick frey, daß evangelium in seinen stiften predigen laß und auch der weg funden, daß die handlungen disser stende durch den bischoff oder die seinen den widerwertigen nit eroffnet wurden. Item und daß auch durch ein ausschuß die form und maß seines innemmens bedacht und gestellet wurde etc.

Augspurg pracht fur, eß mochten sich etlich privati hinder den steten oder andern herschaften uber die recusation an dem cammergericht der braunschwigischen kriegshandlung halben inlassen wollen. Daruff die frag, waß deßhalben on nachthail der recusation von den oberkheiten zugelassen werden möchte oder nit. Und wiewol sie hievor ainmal uff solche frag von dem ausschuß ain bescheidt entpfangen, begerten sie doch, man wolte in gemainer versamlung darvon reden etc. Am andern, so hetten ire herren und der spital ein pfarlehen, daß möchte veleicht bald ledig werden; gedechten ire herren, dasselbig nach ordnung disser religion zu versehen. [233v] Deß begerten sie hierin der stende rhat und zu wissen, weß sie sich im fall, do inen in solchem intrag oder sunst beschwerlichs begegnete, solten zu versehen und zu getrosten haben.

Ulm regt auch widerum an mit dem Fucker uff ir vorigs beschehen suchen; vermainen, der Fugher, als ein burger zu Augspurg, solte nach beschener recusation auch stillsten und an dem cammergericht nit furfaren etc.

Disse puncten sein alle dem ausschuß zu bedencken bevollen.

Lunae, 12. Martij: Waß diß tags mit und von den protestierenden stenden in gemeiner reichsversammlung sey gehandelt worden, ist in demselben protocoll commune [Nr. 86a, fol. 275r–278r] bey den handlungen dißes tags zu finden.

Eodem die Hall zaigt an, wie seine herren, auch Helprun, etlich gen Speyer, daselbst die ratification zu thun, abgefertigt. Die weren zu Speyer glaublich bericht worden, wie die kgl. Mt. dem cammergericht ernstlich geschrieben und bevollen haben solte, in [234r] der braunschwigischen sachen stillzusten etc. Daruff die gesanten gemelter beyder sthet die ratification und alle handlung ersitzen und beruhen lassen und aller ding ungeschafft widerum abgeschieden weren. Seyther aber were nitdestoweniger der stat Hall und derselben gemein ein andere citation in contumaciam uff die acht zukommen etc., und wurde der termin bald werden etc.

Item Dr. Engelhart<sup>32</sup> hette die missif, darin ine ein sthat Hall revocirt, gerichtlich ubergeben, dadurch were die verwurckt straff nach messigung gegen ime furbehalten worden.

Item der Fucker (wie seine herren glaublich bericht werden) hette ein gesanten an dem cammergericht gehabt und sich deß braunschwigischen kriegs halben entschuldigen, auch fragen lassen, ob er auch in der citation der gemeind der sthat Augspurg verstanden oder begriffen were etc. Ob oder waß ime aber daruff fur antwort worden, khonte man nit wissen.

Item Hg. Heinrich richtet yetzt an, daß die gemeinden solten von den rheten begeren zu wissen, waß sie uff den braunschwigischen krieg [234v] gewent etc.

[Hall] begert rhat, weiß sich seine herren der ratification halben nochmaln halten solten, auch die uberigen puncten zu bedencken, waß die uff sich haben möchten etc.

Ist dem ausschuß bevollen.

Jovis, 15. Martij: Ist die antwort uff Hg. Jorgen zu Braunschwig gesanten beschehen werbung, durch den ausschuß bedacht, verlesen worden [Nr. 252]. Item ein schrift an sthathalter und rhat zu Wolfenbuttel in eadem causa [Nr. 253].

Sachsen proponirt: Nachdem yetzt allenthalben in- und aussenthalt deß Reichs viel und grosse rustung und werbungen weren, so hetten der churfurst und landtgraff inen bevollen, solichs an die stende zu pringen und in ir bedencken zu stellen, ob nit gut sein solte, daß disse stende sich dargegen auch versehen und irer sachen acht hetten <sup>f</sup>-und uff unterhaltung etlicher bevelchsleuth etwaß reiten<sup>f</sup> [= *rechnen*] etc. Wolten doch den gesanten nit bergen, daß durch den ausschuß auß gutten ursachen bedacht were, daß solichs noch zur zeyt und dieweyl man gut wissen hette, daß alle werbung im Reich der

---

<sup>f-f</sup> Marg.

<sup>32</sup> Dr. Simon Engelhardt, Prokurator am RKG.

ksl. Mt. zu [235r] guttem beschehe, nit vonnothen, doch solte ain yeder seinen herren schreiben, daß allenthalben bey dissen stenden daß kriegsvolck durch ernstliche vorsehung und verpot, soviel muglich, anheimsch behalten wurde und sich niemant von dissen stenden on vorwissen der oberkheit in krieg begeben etc. Haben inen die gesanten alle deß ausschuß bedencken gefallen lassen.

Item solte ein ausschuß zu den ordinarien und andern dergleichen anlagen geordnet werden. Ist beschehen.

Demnach ist Hg. Jorgen [von Braunschweigs] gesanter die antwort [Nr. 252] gegeben worden. Daruff der gesant als bald replicirt: Soviel die forderung deß lands belangte, hette sich sein gnediger herr anderer und besserer antwort versehen und verhofft, man solte ime daß landt zu seinem gepurenden theil ingeraumpt oder uffs wenigst die reichung deß begerten jargelts biß zu erledigung deß vorigen puncten nit geweygert haben etc. Bethe derhalben nochmals bessere antwort. Und in solchem zu bedencken, wan die probstayen und andere gaistliche gefell mit der zeyt in andere weg verwent werden [235v] solten, daß dan sein gnediger herr gar nichts hette. Deß arrests halben neme er die antwort mit danck an etc. Aber hieruff haben eß die stende bey irer vorigen antwort lassen pleiben.

Item ist verlesen worden, waß Munster halben im ausschuß bedacht<sup>33</sup>.

Braunschwig thette anregung ires kriegcostens und derselben rechnung. Wurde inen etwas von den sachsichen in ain ohr geraunt, daruff sie dißmals still geschwigen und die sach ersitzen lassen etc.

Ulm ubergibt ein schriftlich relation, waß von irentwegen an dem cammergericht der recusation halben gehandelt und darneben zwo missiven Lic. Schwapachs. Bitten der stende rhat. Ist dem ausschuß bevollen.

Augsburg deß Fuckers halben contra Ulm und dieselbig irrung belangen: Hetten ire herren dem Fucker die sach furgehalten, daruff derselb ein schriftlichen bericht gethan, den ubergeben sie als bald. Ist die sach dem ausschuß bevollen worden.

[236r] Saturni, 17. Martij: Hat der ausschuß zu den kleinen ordinarien und andern anlagen relation gethan und angezaigt, wie sich in der sachsichen rechnung etlich mengel und unrichtigkhaiten befunden, darumb die rhet dieselbig nit ubergeben, sonder widerum zuruckschicken wolten etc., aber die landtgrevisch were ordenlich gnug. Ob man dan sunst von derselben wolte reden oder erwarten, biß die sechsich auch zur handt khomen, stunde zu bedencken. Daruff beschlossen, man solte eß den hessischen heimstellen. So

<sup>33</sup> *Zweites Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener zur Aufnahme des Bf. von Münster in den Schmalkaldischen Bund, in: Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 28r–29v (Kop.); ÜS: Des ußschuss bedenken uff deß Bf. zu Munster ansuchen eynemung halber in die christliche verstentnuß. Der Text des Gutachtens wurde wörtlich in den Schmalkaldischen Bundesabschied übernommen: Siehe Nr. 418, Art. 13.*

die nit wolten warten, mochte man von derselben rechnung reden etc. Also hat Hessen begert, man wolte mit irer rechnung furfahren etc.

Solis, 18. Martij: Gulchischen gesanten pringen ires hern beschwernuß fur und bitten, disse stende wolten sich in solchem von den andern nit sondern, sonder verhelpen, daß ir her als ein standt deß Reichs bey recht mochte pleiben etc. Daruff ein umbfrag gewesen, ob und wie man sich in disser sachen mit den andern stenden inlassen mochte etc. Ist letztlich dem ausschuß zu bedencken bevollen worden.

[236v] Lunae, 19. Martij: Sein verlesen worden brieff deß Kg. in Denmarck an Sachsen und Hessen [Nr. 418, Art. 10, Anm. 7], auch ein gestelter bericht der irrung und unwillens, so sich zwischen der ksl. Mt. und dem konig erhaltet etc. Ist dißmals nichts daruff gehandelt worden.

Martis, 20. Martij: Ist deß ausschuß bedencken, wo und wie man sich der gulchischen sachen halb inlassen soll etc., verlesen worden [Nr. 209] et placuit.

Item sein die gesanten disser stende zu den andern stenden, ein yeder in seinen rhat, gangen, die kgl. proposition zu beratschlagen, und sich zuvor dessen verglichen, daß sie vor allen dingen ein yeder in seiner ordnung und session uff die puncten deß fridens und rechtens solten dringen, damit dieselben zufferst fur handt genommen und, so daß von den stenden deß andern theils abgeschlagen, daß dan die gesanten disser stende abtreten solten etc.

Post prandium: Sachsen referirt, wie sie sich uff heuttige vergleichung in der churfursten rhat gethan. Do were durch den meintzischen cantzler proponirt worden, daß man die kgl. proposition beratschlagen solte. Daruff hetten anfangs etlich erregt, mit waß maß zu [237r] solchem zu khommen sein mochte. Weren zum thail der mainung gewesen, man muste zufferst von der vergleichung inhalt deß speyerischen abschieds handeln. Etlich hetten gemaint, man muste die ringerung der anschleg vor handt nemmen, aber sie, die sachsichen, hetten heuttiger abred nach uff die puncten fridens und rechtens getrungen und damit ursach geben, daß wol funf umbfragen ires behalts gehalten worden. Und weren gleichwol Pfaltz und Brandenburg deß bedenckens auch gewesen, daß man zufferst fried und recht muste haben, aber Maintz und Trier hetten sich mit inen nit vergleichen mogen. Darumb in der churfursten rhat noch nichts entlich geschlossen oder gemert, sonder were verlessen, man solte nachmittag widerum zuhauf khommen etc. Daß wolten sie auch thun, der hoffnung, die sach dahin zu mehren, daß von fried und recht erstlich solte gehandelt und geredt werden.

So hetten die hessischen bericht, daß in der fursten rhat daß mehrer dahin geschlossen, daß zuvorderst fried und recht aufzurichten sein sollte. Dessen etlich der andern stende gar ubel zufriden gewesen und daß mehr uff ir seyten deutten wolten etc. Hieruff ist von dissen stenden bedacht, wan die andern stende [237v] widerum zuhauf gen werden, daß sich disse nit sondern, sonder zu inen gen und besehen sollen, daß inen diß mehrer nit abgetrungen werde etc.

Jovis, 22. Martij: Sachsen zaigt an, der gulchischen sach halb were bey chur- und fursten bedacht, daß man heut ein statlichen ausschuß zu der kgl. Mt. und dem H. Granvell verordnen und denen anzaigen solte, die stende hetten die hilf wider den Turcken furgenommen und befunden, daß darin nichts außzurichten, die stende handeln dan samenthaft und einhelliglich, welches aber nit sein und also kein statlich hilf furgenommen werden möge, eß beschehe dan zuvor fridens und rechtens halben notturftige versehung. Und dieweyl sonderlich der gulchisch krieg viel stende hinderstellig machen und also der hilf contra Turcam hoch verhinderlich sein wurde, so were der stende bith, die kgl. Mt. und Granvel wolten die weg suchen und verschaffen, daß alle kriegsrustung von allen thailen abgestellt und die gantz sach uff deß hertzogen erpieten (daß die stende fur erbar und gnugsam hielten) zu einem anstandt gutlicher oder rechtlicher handlung gestelt werde.

Eodem die sein die verordneten zu der kgl. Mt. und dem Granvel obgemelter sachen halben gangen.

[238r] Eßlingen bringt fur ire beschwerden, so inen von Wirtenperg begegnet, auch den vertrag und anders mehr. Bith, inen zu rhaten und zu helfen etc. Ist alles verlesen und dem ausschuß bevollen worden.

Veneris, 23. Martij: Sachsen: Sie wurden bericht, daß etlich der andern stende practiciren solten, wie sie daß merer, so fridens und rechtens halben mehrmals in der churfursten und fursten rhat gemacht were, widerum ab und hinder sich treiben möchten etc. Daher solten disse stende verwarnet sein und ein yeder in seinem rhat darnach wissen zu richten und bey der vorigen meinung zu pleiben etc.

Saturni, 24. Martij: *Die von den hessischen Räten erstellte Rechnung der „ordinarien und kleinen anlagen“ wurde von den Bundesständen angenommen und unterschrieben. Anfragen der Stände zu einzelnen Posten in der Abrechnung, vor allem Diskussion um die Stellung und Bezahlung Sebastian Aitingers innerhalb des Bundes bzw. als Beauftragter Lgf. Philipps von Hessen.*

[239v] Lunae, 26. Martij: Sachsen: Sie weren bericht, wiewol verschiener tag in beyden der chur- und fursten rhat fridens und rechtens halben gemeret [= *mehrheitlich beschlossen*] worden were, wie den stenden hievor anzaigt were, daß doch die stende deß andern thails deß vorhabens sein solten, die proposition zu beratschlagen und dissen stenden furzuhalten, wie auch volgens beschehen und hernach gemeldet wurd<sup>34</sup>.

<sup>34</sup> *Über die Absichten der altgläubigen Stände, ohne Mitwirkung der Protestanten die Türkenhilfe zu beschließen, berichtete Kanzler Dr. Ossa am 25. März 1543 an Kf. Johann Friedrich: [...] Aber auf morgen [1543 März 26], wi ich mein kundtschaft habe, werden die allerschwindsten practiken vorgenommen, als die auf deme tage gehoret, in meynung, die stende der confession widder ausm radt zue schiben, dan die turckenhulf zue schlissen und die gullische sach dohinden zue lassen und sich mit drauen zue understehen, was ir wenig beschlossen, die sich die gehorsamen nennen,*

Demnach sein disse stende zu den andern in gemeine versammlung gangen. Ist inen durch den mentzischen cantzler anzaigt worden, wie daß volgens durch disse stende in ein schrift [Nr. 166] bracht worden etc. Hieruff nemmen disse stend ein bedacht und dretten ab. Bald daruff khame der mentzisch cantzler und etlich mit ime zu dissien stenden in ir stuben und zaigten an, daß disse stende uff yetzig furhalten ein bedacht hetten, were den andern nit zuwider, doch bethen sie, disse [240r] stende wolten die antwort fordern, dermassen daß sie noch diß tags, wo muglich, oder uffs laengest morgen möchte gefallen, und die dahin stellen, daß sie wilfarig und nit disputirlich, in erwegung vorstender noth und daß der verzug hoch nachtheilig etc.

Item eß weren die stende bericht, daß das brabantisch und gulchisch kriegsvolck nhunmehr in nehe beyeinander, daß man sich teglich deß angriffs muste besorgen. Dieweyl eß dan hochbeschwerlich, daß die sach zu weyther thatlicher handlung solte gerathen, so hetten die stend sich entschlossen, wo die kgl. Mt. irem vertrosten nach heutigs tags nit antwort gebe, uff morgen umb antwort widerumb anzusuchen etc.

Daruff zaigten disse stende widerum an, sie wolten die antwort, sobald eß nach wichtigkheit der sachen muglich, fordern. Dieweyl aber der furhalt etwaß lang und allein muntlich beschehen und aber die puncten desselben wichtig, so begerten sie, man wolte inen nhur die capita desselben schriftlich mitthailen, domit sie in dem verstandt nit irten und sich der antwort daruff desto statlicher zu entschliessen hetten etc. Gulich betreffen, were dissien stenden nit entgegen, [240v] daß bey der kgl. Mt. zum forderlichsten umb antwort angesucht wurde etc.

---

alsdan von den andern zue erzwingen. Dan der konig, wi sich [= sie] horen, kann ehr nicht an einer stangen gehen, so muesse ehr an einem stecken gehen; konne im nicht[s] thuen. So soll sich auch Pfgf. Friderichs vertrauter eyner haben vornemen lassen, wi die hessischen sagen, kgl. Mt. hette im radte befunden, die fede widder Jülich zu treiben und darmit vortzufaren. Es konnen auch die stende nach kein antwort vom konig aber [= oder] Granvel der julischen sach halben bekommen, wirdt dormit vortzogen. Aber auf die turckenhulf wurden alle stende gedrungen. Wen[n] die erhalten, auch von wenig stenden, die sie die gehorsamen heissen und zue schlissen haben sollen, so wurde sich der konig dorvon machen und die andern sachen stehen lassen, wi sie stehen. Si sehen nicht gerne mit dissien stenden ein gemeinen radt, was fride und recht belangt, dan sie seindt in deme uberstimpt, so ofte si umbfragen. Heute haben wir die gesanten Trier, Phaltz und Brandenburg angesprochen; theten woll gerne vor sich, was sie sollten, aber es mangelt in ane bevelch der declaracion [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] halben, dorvon ire hern zuem teyl nichts wissen sollen, wi sie sagen. Besorge, die stende werden morgen hart ineinander wachsen. Granvell hat sein sonderliche underrede mit den hessischen; hat in[en], wi ich bericht, neue mitel frides und rechtens halben vorgeschlagen, die wollen sie irem hern zueschreiben [...]. In. Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 283r–290v, hier fol. 283r–284r (Ausf. v.d.Hd. Ossas).



Daß prachten der cantzler und die uberigen widerum an die andern stende. Khamen bald widerum und sagten, eß were biß daher nit preuchlich gewesen, daß man von muntlichen furtregen copeyen geben. So weren von dissen stenden der eine sachsich cantzler<sup>35</sup> und ein secretarius am tisch gesessen, die hetten solchen fiertrag geschrieben, und achtet man, disse stende hetten den gnugsam und wol ingenommen. Solte ietzt copey gegeben werden, so muste der fiertrag in ein schrift pracht und den stenden widerum verlesen werden, daß wolte ein verzug geperen etc. Dabey eß also plieben, aber eß weren blawe [= *blaue, erdichtete*] antwort, dan solcher fiertrag were vorher in ein schrift gestelt und protocollirt, demnach geschehe ain umbfrag. Uff solchen furhalt wurde bedacht, daß der ausschuß gesterckt und durch denselben beratschlagt werden sollte, waß daruff weyther zu thun.

[241r] Jovis, 29. Martij: Ist verlesen worden deß ausschuß bedencken, waß uff der chur- und fursten furhalten obgemelt zu antwurten etc., item ferner bedencken uff den fall, do sich die andern stende mit dissen fridens und rechtens halben inlassen wurden, waß sich disse stende in denselben rhatschlegen solten halten und vernemmen lassen [Nr. 167]. Und ist alsbald inhalt obgemelter antwort den stenden deß andern thails in gemeiner versamlung muntlich furgetragen worden [Nr. 168]. Daruff sie geratschlagt gar nahe biß umb die halben zwelfen.

Eodem die nachmittag haben die andern stende in gemeiner versamlung replicirt und die unser nach kurtz gehabtem bedacht alsbald triplicirt. Ist ein freyer und reutterischer [= *tapferer*] actus gewesen ex parte nostra, wie disse beyde darnach in ein ungeverliche schrift gezogen zu einer gedechtnuß [Nr. 169].

[241v] Lunae, 2. Aprilis: Sein die stende der augspurgischen confession zu der kgl. Mt. erfordert und inen furgehalten worden fridens und rechtens halben, wie daß hernach in ein schrift [Nr. 170] pracht.

Martis, 3. Aprilis: Haben sich ermelte stende ainer meinung, waß sie disser beyder puncten in dem abschiedt außtrucklich haben wolten, waß auch der amotion der yetzigen beysitzer halben bey der kgl. Mt. nochmals ad partem zu suchen, verglichen und solichs deß tags der kgl. Mt. muntlich und schriftlich anpracht [Nr. 171], daruff ir Mt. ain bedacht genommen.

Veneris, 6. Aprilis: Ist verlesen worden deß ausschuß bedencken in causa Eßlingen contra Wirtenperg<sup>36</sup> Waß den gesanten von Eßlingen uff ir ansuchen zu antwurten und in der sachen furzunemmen sein solte etc. verlesen worden et placuit.

Ist anregung beschehen deß Bf. von Munsters innemmens halb und sich befunden, daß fast alle gesanten deß [242r] innemmens zufriden und daruff

<sup>35</sup> Wahrscheinlich Dr. Melchior von Ossa und nicht Mag. Franz Burkhard, der Kanzler des eroberten Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel war.

<sup>36</sup> Siehe Nr. 85, Anm. 6.

von iren herren bevelch gehabt ausserhalb Ulm. Haben die sachsische anzeigt, wie der landtgraff den Bf. von Munster persönlich zu sich beschrieben, der mainung, die sach deß innemmens mit ime zu beschlissen.

Eß ist auch die pomerisch sach contra Denmarck uff die pan pracht und anzeigt worden, daß der pomerisch gesant uff die declaration tringe etc. Eß hat sich aber in der umbfrag befunden, daß uber einer oder zwen gesanten deßhalben noch keinen bevelch gehabt. Derhalben bedacht, daß die sach noch etlich tag in ruwe gestalt wurde, ob den gesanten noch bevelch khome etc.

Saturni, 7. Aprilis: Hat die kgl. Mt. dissen stenden uff hievor den 3. huius genommen bedacht uff domals ir beschehen anpringen und suchen muntlich antwurt geben lassen, wie die hernach summam et per capita uff daß bapyr pracht [Nr. 173]. Daruff sich die stende alsbald deß tags widerumb ainer schriftlichen meinung zur antwurt verglichen [Nr. 174].

[242v] Solis, 8. Aprilis: Und dieselbig 8. Aprilis der kgl. Mt. anpracht, die ir Mt. in bedencken genommen.

Jovis, 12. Aprilis: Sachsen zeigt an, wie die andern stende in den sachen so weyt furgeschritten, daß sie nhun auch zu dem abschiedt (wie hie die sachsische bericht weren) greiffen wolten. Dieweyl sie sich dan in der handlung fridens und rechtens dermassen erzeigt, wie man wuste, sich auch expresse vernemmen lassen, daß sie uff die declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] nichts geben wolten, so wolte dissen stenden uff solchen abschiedt allerley zu bedencken sein etc. Darum solten sich die stende in iren bevelhen ersehen und daruff bedacht sein, waß derhalben furzunehmen sein wolte.

Item eß solte sich auch niemanten auß dissen stenden der hilf halben in particular handlung, die veleicht gesucht werden möchten, furen lassen, sonder in solchem beyeinander sten und pleiben. So were zu hoffen, disse stende wurden noch fridens und rechtens halben ire notturft erhalten, darzu sie aber gar nit khommen wurden, wo sie sich trennen und etlich sich in die hilf begeben solten.

Item ist ein supplication deß pomerischen gesanten [Nr. 292] verlesen worden, darin er nochmals declarationem bith.

[243r] Item ist deß ausschuß bedencken uff deß gesanten von Hailprun beger deß closters halben ausserhalb der sthat Heilprun referirt worden, et placuit.

Daruff unanimiter bedacht deß ersten halben, daß sich niemant auß dissen stenden absondern und in particular handlung begeben. Auch durch den ausschuß bedacht werden sollte, im fall do der abschiedt dermassen geschaffen sein wurde, daß er dissen stenden unannemlich, weß man sich alsdan dargegen mit protestiren oder anderm disser stende notturft nach hette zu halten etc.

Pommern halben: Dieweyl man befunde, daß man auß mangel bevelchs noch zur zeyt zu der declaration nit khommen khonte, daß dann auch durch den ausschuß bedacht werden solte, wie der pommerisch gesant mit glimpfiger antwurt lenger aufgehalten wurde etc.

Eodem die nachmittag ist durch die sachsische anzeigt worden, wie der churfurst und lantgraff inen, den rheten, schriftlich zu erkennen geben, daß sich yetzunt an dem Thuringer wald allerlay ungewonlicher reuterey eraigen solte, dergestalt daß der churfurst verursacht worden, derends strayffen zu lassen, wie er auch noch thet, darunder seine rheutter oder bevelchsleuth ainen salbaader [= *alberner Schwätzer*] antroffen, der sich so argwonig erzaigt, daß sie den angenehmen und etlich brieff, die hie bey ime befunden, dem churfursten [243v] überschickt, welcher, als er an den sigillen und andern umbstenden soviel vermerckt, daß sie von Hg. Hainrich khomen, dieselben erprochen und befunden, daß zwen von Hg. Hainrich und ainer von Balthasarn Stechaw an etlich ire bekhtanten geschrieben worden. Darin sie sich liessen vernemen, wie die stende auß denselben, so verlesen werden sollten, horen wurden etc. *Nachrichten über bayerische Werbungen im Stiftsgebiet von Bremen. Beratungen über Gegenmaßnahmen. Die in Straßburg stationierten Knechte sollen weiterhin behalten werden.*

[244r] Saturni, 14. Aprilis: Ist die umbfrag uff die neher question deß churfursten und landtgraven furschlags continuirt worden. Und nachdem die umbfrag volendet, hat Sachsen sein votum biß zu ainer andern zeyt differirt, mit vermeldung, daß sunst noch mehr notwendiger puncten dißmals zu expediren weren etc.

Zaigten demnach an, daß der ausschuß bedacht hette, daß wider den abschiedt diß reichstags furzunehmen und zu protestiren sein möchte, wo derselbig – wie zu besorgen – dissen stenden zuwider und beschwerlich ergen solte etc. Solichs solte auch in ein schrift pracht und den stenden widerum furgehalten werden.

Item ist verlesen worden deß ausschuß bedencken [Nr. 275], warum und daß disse stende, so sie wider den hieigen reichsabschiedt protestirten, in demselben beyeinander sten und sich kainer durch particular handlung in die hilf betheidigen lassen und also von stenden absondern etc. Et placuit unanimiter omnibus, soli Augustani oblique responderunt.

Item eß solten auch die stende uff obgesetzten fall disses reichsabschieds halben, und do einer in craft desselben oder umb nithaltung willen desselben beschwert wurde, fur einen man sten und einander mit hilf, rhat und beystandt nit verlasen. Et placuit.

[244v] Item ist verlesen worden, was der ausschuß, der schickung zu der ksl. Mt. und der instruction halben darzu zu verfertigen, bedacht. Et placuit exceptis nobis.

Item ist verlesen worden, waß die burger von Metz an die gesanten deß lantgraven, Hg. Ulrichs von Wirtenperg, der sthet Straßburg und Franckfurt geschrieben und begert und waß der ausschuß der sachen zuguttem bedacht hat<sup>37</sup>. Et placuit.

<sup>37</sup> Siehe Nr. 84b zum 11. und 14. April, Anm. 13 und 15.

17. Aprilis: Sachsen zaigt [*an*]: Nachdem gesterigs tags allen stenden uff heut were angesagt zu beratschlagen, waß sich gemeine stende uff des ksl. Mt. orators proposition und beger deß Kg. auß Franckrich und Hg. zu Gulich halben [*Nr. 197*] halten und vernemmen lassen wolten etc., so solte bedacht werden, ob sich disse stende in solche beratschlagung mit den andern auch solten oder on nachtheil bißher geubter handlung möchten [*einlassen*] etc.

Und ist bedacht, dieweyl man sich hievor in der gulgischen sagen [*!*] umb fridens willen ingelassen, daß eß dan bey der ksl. und kgl. Mtt., auch bey meniglich ein seltzams ansehen haben und dissen stenden grosen unglimpf und verdacht geperen wurde, wo sie sich hierin solten sondern, dieweyl auch diß der ksl. Mt. suchen ein privatsach und particular handlung were und disser stende bevelch allein dahin gestalt, sich der turckenhilf und gemeiner reichshendel halben on erlangt fridens und rechtens nit inzulassen, so möchten sich disse stende in [*255r*]<sup>g</sup> disse sach on nachthail irer vorigen handlungen wol inlassen. So were auch niemant benommen, sich seins bevelchs in seinem rhat disser sachen halben vernemmen zu lassen, dan eß were auch nit zu erachten, daß auch der andern stende zu der beschwerlichen turckenhilf auch ererst [= *allererst*] etwaß contra Franckrich willigen oder uff sich nemmen wurden etc.

18. Aprilis: Hat kgl. Mt. disse stende zu sich erfordern und den erstlich muntlich anzaigen lassen, wie daß hernach in ein schrift [*Nr. 180*] verfaßt worden, auch darneben ubergeben lassen, waß die andern stende ir Mt. der hilf halben wider den Turcken gewilligt und geschlossen hetten [*Nr. 94*] und dan ein schrift, welchemassen die puncten fridens und rechtens und etliche andere artickel in dissen abschiedt solten versehen werden [*Nr. 179*].

Diß alles ist alsbald bey den stenden verlesen und dem ausschuß zu erwegen bevollen worden etc.

19. Aprilis: Ist verlesen worden deß ausschuß bedencken obbemelter handlung halben, nemlich auß waß ursach der kgl. Mt. furschlag dissen stenden nit [*255v*] annemlich [*Nr. 181*], und dan ein kurtze antwurt, die der kgl. Mt. daruff zu geben [*Nr. 182*]. Et placuit ausserhalb den margrevischen [*von Brandenburg*].

Ist auch bedacht, dieweyl sich die sachen dermassen zutrugen, daß auch der ausschuß ein protestation wider den abschiedt nach notturft bedencken und stellen solte etc.

Veneris, 20. Aprilis: Hat der verordnet ausschuß disser stende die obgemelt antwurt [*Nr. 183*] der kgl. Mt. ubergeben. Daruff ir Mt. nach kurtz gehabtem bedacht widerum muntlich anzaigen ließ: Ir Mt. sehe disser stende wegerung und abschleglich antwurt nit gern [...] <sup>38</sup>.

<sup>g</sup> Die Foliierung springt hier irrtümlich um 10 Folioblätter, deshalb fol. 255r statt fol. 245r.

<sup>38</sup> Zu den Verhandlungen vom 20. bis zum 23. April über Friede und Recht siehe die Schilderung der Frankfurter Gesandten in der Schlussrelation (Nr. 401).

[23. April] [257v] Eodem die nachmittag haben sich disse stende einer protestation wider den hieigen reichsabschiedt verglichen und alsbald ein notarium, bey ubergabung derselben zu sein, requirirt. Und als volgens der reichsabschiedt [Nr. 404] umb drey uren ungeverlich publicirt worden, haben sie darwider yetzgemelt protestation [Nr. 409] ubergaben, inhalt deß instruments daruber aufgericht.

Martis, 24. Aprilis: Ist der ausschuß beyeinander gewesen. Hab ich inpackens halben nit darin sein mogen.

Mercurij, 25. Aprilis<sup>h</sup>: Sein verlesen worden zwo schriften [*an ksl. Mt.*]: Eine, waß deß alhie beschehenen weigern und nitannemmens deß abschieds [Nr. 280], die ander, waß der braunschwigischen defension halben yetzt alsbald der ksl. Mt. [258r] schriftlich oder durch etlich gesanten solte berichtet werden [Nr. 281].

Post prandium erschien der pomerisch gesant vor dem ausschuß, ubergab ein schrift uff disser stende nesthe antwurt [Nr. 293]. Ist verlesen worden. Daruff der ausschuß antwurt: Eß were an den gesanten und deren herren der declaration halb kein mangel, er hette aber die ursachen vor gehort, warum dieselbig alhie nit beschehen mogen. So were er vertrost, die declaration gewißlich zu entphangen; der ausschuß wolte sich versehen, die Hgg. in Pommern wurden dessen zufriden sein, in betrachtung, daß die zeyt kurtz und die sach lenger dan uff nehsten tag gewißlich nit solte verzogen werden etc. Wo aber er, der gesant, dessen nit gesettigt, wuste man ime nit zu verhalten, daß wir auß mangel bevelchs diß schriftlich<sup>i</sup> uffsagen nit annemmen khonten, sonder eß an unsere herren und obern gelangen lassen musten.

Pomeranus: Er hette kein andern bevelch, wuste auch anders nit zu handeln, dan wie in der schrift gemelt. Bethe, sein person entschuldigt zu haben. Wo aber disse stende seinen gnedigen fursten und herren [*schreiben*]<sup>j</sup> und die uff andere wege berichten oder bewegen wolten, möchte er leiden etc.

Der ausschuß erholt sein vorige anzaig. Und die gesanten wolten die oberhauptleuth bitten, daß die den Hgg. in Pomern schreiben, den abschiedt zu schicken und sie vermogen wolten, biß zu nehstem tag gedult zu tragen<sup>k</sup>.

*Ausstehende Besoldung für Hauptleute des Schmalkaldischen Bundes.*

Goßlarisch supplication und beschwernuß verlesen worden [Nr. 418, Art. 21].

<sup>h</sup> Ab dieser Stelle ist für den 25. April eine fast gleichlautende Beschreibung der Ereignisse auf fol. 295r erhalten: siehe oben Anm. 2 und 3. Die ÜS des ersten Folioblattes lautet: 25. Aprilis: Schickung an die ksl. Mt., werbungen, schreiben deß churfursten und landtgrafen verlesen worden.

<sup>i</sup> Fehlt auf dem Folioblatt.

<sup>j</sup> Ergänzt aus dem Folioblatt.

<sup>k</sup> Hier bricht das Protokollheft ab. Der folgende Text über die Ereignisse von 25. bis 28. April ist den auf Folioblättern befindlichen Entwürfen zu entnehmen (fol. 295r–296v), bzw. der Schlussrelation der Gesanten (Nr. 401).

*Interne Abrechnungen des Schmalkaldischen Bundes.*

[295v] Ausschuß 26. Aprilis: Concept der schrift an die ksl. Mt. [Nr. 280–281] verlesen.

Antwort der stende, dem lunenburgischen zu geben, verlesen.

*Beratung über Abstimmungsmodalitäten und Stimmrechte innerhalb des Schmalkaldischen Bundes.*

27. Aprilis: *Nachrichten über Kriegswerbungen. Gesandte der evangelischen Stände überreichten Naves eine Kopie ihrer Protestation gegen den Reichsabschied<sup>39</sup> und baten ihn, sie deswegen beim Kaiser zu entschuldigen [...].*

Verlesen worden ein schrift des Kf. zu Sachsen an seine rhete, daß Kg. in Schweden innemmen belangen, item ein schrift gemelts konigs an Sachsen und Hessen. Ist die sach uff hindersichpringen genommen und uff den nehsten tag geschoben. Eß hat aber sein kfl. Gn. bericht, wie die sach yetzundt deß evangeli halben und mit den underthanen in demselben konigreich gestalt und daß man alsbald den krieg wurde haben etc. Darumb eß wol zu bedencken, ob er inzunemmen oder nit, dieweyl er dissen stenden entlegen und ine wenig nutz sein wurde, aber disse stende seinethalben wol in grosse muhe und costen gefurt werden mochten etc.

[296r] 27. Aprilis: Item ist verlesen worden, waß deß Kg. in Denmarck, auch sein begerter hilf und beystandts halben in dissen abschiedt khommen solte etc. Und daruff bedacht, dieweyl der konig disser ainigung certis conditionibus und allein in religionsachen zugethan und aber die narration seins schreibens uff die irrungen, die er mit der ksl. Mt. und Holandt hat, gestalt und keiner religion meldung beschicht, daß zuvor bericht beschehen und dargethan werden muste, auß waß ursach er von dissen stenden die hilf begert. Und so man dan die ursachen horet, khonte man sich mit antwort vernemmen lassen etc. Darum solte disse sach uff nehsten tag geschoben werden und die gesanten daselbsthin bevelch bringen.

Augspurg erregt widerum sein drey puncten: [1.] Wie eß solte mit den burgern in den stetten gehalten werden, wo sich etlich derselben der brunschwigischen defension halben an dem cammergericht inlassen wurden, waß sich ein rhat darin halten sollte. Begerten deßhalben ein gemainen artickel in den abschiedt zu setzen<sup>40</sup>, domit eß allenthalb gleich gehalten wurde etc. 2. Item deß kirchenlehens, 3. und dan deß Fuckers halben contra Ulm. Begert uff die alle drey antwort.

Post prandium ist verlesen ein schreiben von dem landtgraven an seiner fstl. Gn. rhete, darin anzaigt, daß Bastian Schertlin in der verainigten stende schutz und schirm begere. Und bedenck sein fstl. Gn., daß solichs nit abzuschlagen etc.

<sup>39</sup> Zur Unterredung der evangelischen Stände mit Naves siehe die Schlussrelation (Nr. 401, fol. 181rv).

<sup>40</sup> Diesem Ansuchen Augsburgs wurde stattgegeben. Siehe dazu den Nebenabschied am Ende des Schmalkaldischen Bundesabschieds (Nr. 418).

Daruff bedacht, dieweyl zuvor noch niemant in schutz und schirm genommen worden und also niemant wißt, waß ime zu laysten sein wolt oder waß diß vor ein schutz oder schirm sein mochte, so muste zuvorderst darvon geredt werden, waß man bey ime thun solte, wo er sachen halben, darin ime disse stende beistandt leisten khonten, beschwert wurde. Darin khonte man dißmals darvon nit reden, sonderlich dieweyl auch kein gesanter deßhalben bevelch hette etc. Und bedenckt man, so er zu Augspurg burger wurde, were er schon in der verainigten stende schutz und schirm wie ein ander burger daselbst etc.

28. Aprilis: Wirtemperg zaigt an, daß Lic. Mayer<sup>41</sup> bey irem gnedigen fursten und herren in solchen ungnaden were, daß, wo der in dem abschiedt gemelt, sie denselben nit anzunehmen wusten. Daruff die sachsische und hessische bedacht, daß der in dem abschiedt wol umbgangen, doch H. Jacob Sturm bevelch gegeben werden möchte, mit demselben Mayer, uff den fall daß Dr. Copp<sup>42</sup> zu disser schickung nit gepraucht werden khonte, zu handeln etc. Dabey eß plieben.

[296v] Post prandium der abschiedt [Nr. 418] verlesen und verfertigt.

## 87 Goslar

*Berichtsprotokoll des Goslarer Gesandten Johann Koch über die Verhandlungen der Reichsstände und der Schmalkaldischen Bundesstände – Nürnberg, 1543 März 19 bis April 23*

Goslar StadtA, B unverzeichneter Bestand, Paket 872, Reichssachen 702, S. 33–43 (Berichtsprotok.).

Da das Goslarer Protokoll den Protokollen der anderen evangelischen Reichsstände ähnlich, aber weniger ausführlich ist, wird auf die Wiedergabe des Textes verzichtet.

## 88 Heilbronn

*Berichtsprotokoll des Heilbronner Gesandten Dr. Jakob Ehinger von den Verhandlungen der Reichsstände, der Reichsstädte, der Schmalkaldener und der schwäbischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 Febr. 5 bis April 14*

Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, unfol. (Berichtsprotok. v.d.Hd. Ehingers mit zahlreichen nachtr. Erg.).

Die Aufzeichnungen des Heilbronner Gesandten zu den Sitzungen des Städterates, der Reichsstände und der Schmalkaldener sind dem Nürnberger Städteratsprotokoll (Nr. 89a) und den Protokollen des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum

<sup>41</sup> Es ist unklar, um wen es sich handelt.

<sup>42</sup> Der Straßburger Rechtsgelehrte Dr. Heinrich Kopp wurde im Juni 1543 nach Italien zum Kaiser entsandt und erhielt am 26. Juni in Cremona Audienz bei Karl V. Siehe dazu: G. MENTZ, *Johann Friedrich der Grossmütige*, Teil 2, S. 372–374; C. G. NEUDECKER, *Merkwürdige Aktenstücke*, Abt. 2, Nr. 76, S. 371, Anm. 29.

*Lamb (Nr. 86a–c) in mehreren Passagen inhaltlich ähnlich. Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen werden in solchen Fällen die Verhandlungen nur kurz umrissen mit einem Verweis auf die Darstellung der Vorgänge in den anderen städtischen Protokollen. Die Berichte Ehingers über die Beratungen der schwäbischen Kreisstände werden im Volltext wiedergegeben, da sie die Aufgaben der Kreise in Zusammenhang mit der Abrechnung über die Türkenhilfe dokumentieren.*

5. Febr. 1543: Die Gesandten des Hg. von Württemberg bringen in der Versammlung der Schmalkaldener ihren Vorschlag zur Rückgabe des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel an die Söhne Hg. Heinrichs vor. Der Vorschlag wird dem Ausschuss zur Begutachtung übertragen<sup>1</sup>.

Am Dienstag, den faßnachttag [6. Febr.], ist nichts in rath gehandelt. Haben die sächsischen rath alle gsanten, der augspurgischen confession zugewant, zu gast gehabt, denen Regensburg und Schweinfurt sich auch in dieser versammlung hie anhengig gmacht.

Uff Mithwoch [7. Febr.] feriae.

Uff Donderstag [8. Febr.] vormittag ist verlesen worden die anthwurt, denen von Metz zu geben, das inen in irem zwispalt, und dieweil der mertheil noch papistisch, uff ir beger<sup>2</sup> nit mög wilfaren diser zeit werden, dieweil auch sie als die privaten seien bisher in diese verstentnus einzunemen nit preuchlich. Aber mit furschrift und schickung wöllen dise stend inen gern erschießlich sein etc., wie dan ein nottel darüber verlesen worden. *Ansuchen des Schöffensmeisters von Metz um Schutz des Schmalkaldischen Bundes für seine Person und seine Güter*<sup>3</sup>.

*Die Gesandten der Hgg. von Pommern sind mit dem Beschluss der Schmalkaldener vom 4. Febr. (Nr. 287) nicht zufrieden gestellt und ersuchen um deren Entscheid zum Konflikt zwischen den Hgg. von Pommern und dem Kg. von Dänemark noch während des Reichstags*<sup>4</sup>. Dan wo ire gnedige fursten lenger uffgezogen und die erclerung nit ergen solt, so wisten sie sich von wegen irer gnedigen hern mit disen stenden in rathsession nit einzulassen und erholten irer gnedigen hern zu Speir beschene protestation<sup>5</sup>, das sie in dem fall, da sie in vermag der verfassung kein erclerung erlangen und haben mochten, sich in gegenpflicht herwider vir frei hielten, auch wiewol ungeru sich nit ferrerß einlassen, sonder in ander weg ir noturft nach fursehung irn sachen thon miesten. Dem ausschuß bevolhen.

<sup>1</sup> Siehe das CA-Protokoll Lambs zum 5. Febr.: Nr. 86c, fol. 219r.

<sup>2</sup> Es handelt sich um das am 1. Febr. in der Sitzung der Schmalkaldener vorgebrachte Ansuchen der Stadt Metz um Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund. Siehe dazu: E. WOLGAST, *Die Wittenberger Theologie*, S. 269–272, und das CA-Protokoll Lambs Nr. 86c, Anm. 15, 19 und 20.

<sup>3</sup> Siehe das CA-Protokoll Lambs zum 8. Febr.: Nr. 86c, fol. 219v.

<sup>4</sup> Siehe das CA-Protokoll Lambs zum 8. Febr.: Nr. 86c, fol. 219v–220r.

<sup>5</sup> Zur Behandlung des Konfliktes Pommern-Dänemark im Rahmen der Beratungen der Schmalkaldener während des RT 1542 in Speyer siehe den Schmalkaldischen Abschied, Speyer, 1542 April 14, in: RTA XII, Nr. 298, S. 1239f., Art. 2.



Die gsanten von Ulm haben anzeigt, das ire hern mit dem Anthoni Fuckher nachparlich irrung hetten deß wasserpauß halb an der Iler [...] <sup>6</sup>.

*Ansuchen Esslingens um Rat und Hilfe der Schmalkaldener wegen des Vorgehens des Reichskammergerichts gegen die Stadt in zwei Angelegenheiten (Unterhaltung des Reichskammergerichts, Causa Esslingen gegen Wilhelm Rauschers Tochter)* <sup>7</sup>.

Uff Freitag [9. Febr.] ist allein der ausschuß beysamen gewest.

Uff Sampstag [10. Febr.] vor[mittag] ist des ausschuß bedencken vorlesen worden, welchermaß den pomerischen gsanten weiter anthwurt zu geben sei [Nr. 289]. Ist durchauß bassiirt. Auch ist der erlegung des drippel duppelmonats ir bedencken verlesen worden inhalt beyligender nottel. Daruf ich in der umbfrag gsagt, in fall der ausstand rests ervolg und also auch diser erlegung halb gleichait von allen stenden gehalten, so werden on mein zweifel meine hern, weiß inen gepur, auch sich halten, doch der nottel abschrift begert, an sie gelangen zu lassen [...].

Uff obgemelten Sampstag [10. Febr.] seind die gsanten der erbarn stet in weniger zall das erst mal zu rat gangen. Und dieweil irer stim und session halb ratschleg vorhanden, als nemlich der gelerten von Straspurg, Augspurg, Nurmberg, Franckfurt und Ulm, so ist vir gut angesehen, das durch ein ausschuß mitsampt den gelerten, so bey handen, ein außzug uff gleich meynung auß den ratschlegen gezogen und ein form nach der erbarn stet notturft gestelt werd, wes sie uff ferner der anderer beschwerung furzupringen. Item, ob nit derenhalb zum furderlichsten kgl. Mt. anpringung zu thon wer. Zum 3., dieweil aller stett noch gegenwertige gsanten, alß Straspurg, Regenspurg, Augspurg, Nurnperg, Franckfurt, Ulm, Eßlingen, Hailpron, Memmingen – außgenommen Speir und Rottenpurg<sup>8</sup> – in der supplication, so der kgl. Mt. und den stenden von wegen bestendigs fridens und gleichmessigen rechtens [Nr. 152] ubergeben worden, anhengig und noch khein anthwurt empfangen haben, so ist von onnotten geacht worden, von den puncten der kgl. proposition deß turkenzugs und winderlegers halb etc. itzmal zu handeln.

An obgemeltem Sampstag nachmittag ist den gsanten, in den schwabischen kraiß gehorig, zusammen angesagt und von Wirthemperg furgetragen worden, daß auß ursachen gut sein mag, daß die kraißseinnemer von der stend dises kraiß zuvor rechnung thetten. Biß man vermerck, ob ander kraiß vor den stenden deß Reichs rechnung thon wollten, damit zu hinderhalten, damit dises kraiß und anderer nitvermoglichait oder unvermoglichait nit<sup>a</sup> erofnet, dan es wurd deß der rheinisch und undersachsich kraiß, dieweil nit alle stend ir gelt in die

<sup>a</sup> *Sinngemäß ergänzt.*

<sup>6</sup> *Siehe das CA-Protokoll Lambs zum 8. Febr.: Nr. 86c, fol. 220v.*

<sup>7</sup> *Siehe das CA-Protokoll Lambs zum 8. Febr.: Nr. 86c, fol. 221r. Dort wird von einem Prozess gegen Wilhelm Rauschers Witwe berichtet.*

<sup>8</sup> *Speyer und Rothenburg waren altgläubige Städte. Die Reformation wurde in Rothenburg erst 1544 eingeführt.*

truchen geschut, sonder ir volck selber erhalten hetten, nit wol rechnung zu vergleichung thon mogen. Daß ist nun bei allen approbiert.

Am Montag nach Invocavit [12. Febr.] ist im [!] diser religion stend rath proponiert worden, abermal von der einnehmung Gf. Wilhalms von Furstenberg zu reden, dann ein edelman sei von seiner Gn. hie, der anhalt etc. Hab ich meinem bevelch nach mich horen lassen, sover er andern stenden annemlich, so sei eß meinen hern auch nit zugegen, ine der beschwerden halb, so im von wegen des braunschweigischen zugs beegendend, einzunemen, doch mit massen, daß durch dienst, so er von frembden potentaten mocht haben, disen stenden kain anfal etc. Auch ist angezeigt worden, daß der Bf. von Munster durch sein marchschalck<sup>9</sup>, so zugegen, auch umb einnehmung ansuchen laß etc. Hab ich mich erpotten, an meine hern gelangen zu lassen und bevelchs zu erwarten wie ander merßthails auch.

Im reichsrath hat der obersten einer in Hungern, H. Dietherich von Pfirdt, begert, sein und anderer obersten ausstand inen zu entrichten. Ist seiner in supplication [Nr. 127] begrifener beger abschrift genommen und von den stenden die anthwurt zu bedacht gezogen.

Am Dienstag [13. Febr.] nihil.

Am Mithwoch [14. Febr.] im stettrath haben die gsanten der stet Speir und Rottenpurg anzeigt, wie gestern sie bei der chur- und fursten und anderer stend versamlung gewest, die hetten inen iren beschluß furgelhalten, weß sie uff der protestanten supplication vir anthwurt [Nr. 152] bedacht. Daß auch zu der rechnung der einnehmer zu verordnen und der oberst, uf ein monat hie einzukhomen, zu beschreiben wer etc. Daruf die gesanten: Sie hetten nit bevelch on versamlung der andern, und besonder der erbarn stet botschaften, sich einzulassen etc. Und het der mentzisch cantzler herauß gsagt, wie der Socrates, alß er khainen zuhorer mer gehabt dan alain Platonem, het er gesagt: „Sufficit mihi unicus Plato pro omnibus aliis“. Wes sie sich further halten sollen, ist dem ausschuß bevolhen.

Am Donderstag [15. Febr.] ist im stettrath ein ausschuß<sup>10</sup> erwelt, der der herprachten der stett stingerechtikhait halb ein nottel auß den ratschlegen zusammenziehen soll, uff waß meynung bei der kgl. Mt. derhalb anpringung zu thon etc.

Die von Einbeck haben abermal angesucht umb ein brandsteuer und umb anlehenschaft etlicher tausent fl., die sie vergilten wollten<sup>11</sup>. Hab ich angezeigt, ich woll eß an euer fursichtig W. gelangen lassen, beger heruber beschaids.

<sup>9</sup> Hofmeister Friedrich von Twiste.

<sup>10</sup> Der Ausschuss wurde von den Gesandten der Städte Straßburg, Regensburg, Frankfurt, Speyer, Augsburg, Esslingen und Nürnberg gebildet. Siehe dazu das Nürnberger Protokoll Nr. 89a, fol. 16r

<sup>11</sup> Supplikation des Gesandten der Stadt Einbeck, Franz von Ainem, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol- 98r–100v (Kop.).

Am Freitag [16. Febr.] vormittag ist uff deß Bf. von Münsters gsanten anpringen davon gereth, ob er in die verstentnuß seinem beger nach einzunemen<sup>12</sup>. Die sachsich und hessisch räth furderen es vast [= *sehr*]. Er laß in zweien stetten das evangelium predigen und werd der stift Osnapruck und Minda auch mitkhomen, so werd diese religion seiner ritterschaft und lantschaft nit zugegen, sonder annemlich sein, auch mit der zeit das capittel zu weisen sein etc. Und wiewol er des Franzoßen halb gegen der Kgn. Maria in verdacht, so hab er sich entschuldigt zu seinem guten geniegen etc. Ich hab mangel bevelchs halb bedacht begert, an euer fursichtig W. gelangen zu lassen, die wollen mir hierin auch den furderlich zufertigen.

Es ist davon heut gereth, dieweil das ksl. cha[*mergericht*] umb nitunderhaltung willen so heftig procediert, wie dan Straspurg uf die acht uber die geltpen schon citiert ist, daß in sachen, so disen stenden der recusation halb beschwerlich zu sten, vir ein man zu sten sei. Dieweil dan euer fursichtig W. in gleicher gfar, so acht ich, eß wird euer W. zu willigen auch gelegen sein. Beger auch beschaidt.

Deren von Straspurg ratification der recusation, wie sie die insinuiieren haben lassen am chamergericht, ist verworfen worden; also wirt eß andern auch ler abgeen.

Es ist auch proponiert worden, dieweil die sachen so weitlauf[*ig*] sich zutragen und einreissen wollen, daß ein jeder gsanter an seine hern gelangen wolt, ob nit gut, daß die verstentnus uff prophansachen gemacht und erstreckt wurd. Dieweil an solhem hoch und vil gelegen, wollen mir euer fursichtig W. auch ir gemuet und bevelch zukomen lassen. Actum biß uf Freitag, den 16. Februarij.

Uff Montag nach Reminiscere, den 19. Februarij, hat Johan Hilchen ein supplication in reichsrath ubergeben [*fehlt*], seins und seiner underbevelchhaber ausstands halb.

In der einigungsverwanten stend ratt seind gefundne brief in Wolfenbittel<sup>13</sup> zum thail, sovil zeit gewest, verlesen worden.

Item Gf. Wilhalms von Furstenperg gsanter hat sich der mittel halb, wie sein gnediger herr in die verstentnus einzulassen beger, uff das erpieten gestelt, daß er uff zimlich besoldung den stenden zur not uffpringen well. Dieweil etlich gsanten noch nit bevelch erlangt, ist nichtz entlichs geschlossen. Und hat uns sein gsanter, so bei uns in der herweig [= *Herberge*], anzeigt, das er vor 7 monat

<sup>12</sup> *Erstes Gutachten der Schmalkaldener zum Aufnahmegesuch des Bf. Franz von Münster in den Schmalkaldischen Bund, Nürnberg, 1543 Febr. 16, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 132r–137v (Kop.); DV fol. 137v: Copei des berichts und ursachen, derhalben dem Bf. von Munster die suchung von wegen einnehmung in die verstentnus nicht abgeschlagen werden sollt. 1543 Freitag nach Invocavit, den 16. Februarij.*

<sup>13</sup> *Es handelt sich um das im Aug. 1542 bei der Eroberung Wolfenbüttels von den Schmalkaldenern vorgefundene Archiv Hg. Heinrichs.*

hab dem Franzosen sein dienstwart ufgeschriben [= *gekündigt*], davon röm. kgl. Mt. auch wol wissens hab<sup>14</sup>.

Nachmittag hat des Kf. von Brandenburg [*Gesandter*] seinen gnedigen hern seins <sup>b</sup>nit persönlichen niterscheinens<sup>b</sup> vor den stenden entschuldigt auß zwaian ursachen, nemlich seins leibs schwacheit halb und daß noch andere chur- und fursten eigner person nit hie weren. Dannach ist ein lange schrift [*Nr. 128*] verlesen worden, darein er zu seinem glimpf all kriegshandlung erzelt und begert, im seinen austand an besoldung, nemlich vier monat und 1 monat vir abzug. Und 3000 fl. hab er entlehnet und der stend uf ir kriegsvolck furgestreckt etc.

Es haben der niderosterreichischen land gsanten, *auch jener* von wegen der kron Hungern, auch irer und anderer erbland verderblich obligen und letste not in einer schrift [*Nr. 98–99*] erzelt nach leng, mit bit, zum furderlichsten mit bewilligter statlicher hulf uf etlich jar sie zu retten etc.

Am Dinstag [*20. Febr.*] vormittag seind die brabantischen gsanten im reichsrath gehort mit langer schrift [*Nr. 302a*], darin die beschwerden erzelt, so denen von Mastrich gegen den Frentzen iren burgern, so wider ire freyhait appeliert und sie inen nit deferiert, durch auspracht proceß am chamengericht etc. begegnen, mit beger, solchs vir nichtig zu erkennen und Mastrich bei iren freihaiten hanthaben etc.

Nachmittag ist der ausschuß gesessen.

Uff Mittwoch [*21. Febr.*] vormittag seind unsers kraiß stend gsanten beysamen gewest und haben die einnemer in ir relation und rechnung gehort. Ist bei etlichen mit der erlegung und inhaltung geltz groß ungleichait befunden; etlich haben 6, etlich 4 monet [!] inbehalten. Und ist uff einmal 117 500 fl. gefunden und verrechnet, daß im rest 5000 und etlich fl. bleiben, deß in geheim und rathweiß zu halten euer fursichtig W. wissen werden. Ethwo vil hern und stet haben nichz nit alain im rest gehabt, sonder seind also uberlegt, daß man inen herauszugeben uf die 3 monet, alß nemlich denen von Rothweil 3400 fl., denen von Reutlingen biß in 300, Thonawerd 800, item Ala [= *Aalen*], Lewkirch [= *Leutkirch*] und andern. In suma 9500 fl. seind hinaufgeben worden. Uff solhe anzeigung werden sich die gsanten nach gelegenheit und noturft zu underreden haben.

Nachmittag ist Bastian Besserer, der zalmeister, und sein gegensreiber in ir rechnung irß einnemens halb gehort worden, deß sich biß zu nachsessens zeit verzogen hat.

---

<sup>b-b</sup> *Doppelte Verneinung als sprachliche Besonderheit der Vorlage. Der Kf. von Brandenburg war auf dem RT nicht anwesend.*

---

<sup>14</sup> *Zum Dienstverhältnis Gf. Wilhelms von Fürstenberg bei Kg. Franz I. von Frankreich siehe ausführlich J. V. WAGNER, Graf Wilhelm von Fürstenberg, S. 72–109.*

Am Donnerstag [22. Febr.] vormittag seind der zalmeister und gegenschreiber in ir rechnung ferer gehort worden der außgaben halb und nachmittag auch gehort worden.

23. Febr.: Die hessischen Gesandten berichteten über vazierende Landsknechte im Stift Bremen und mutmaßliche Werbungen für Hg. Heinrich. Entführung von Hg. Heinrichs Sohn Karl Viktor aus Wolfenbüttel aus folgenden Gründen: Item das mit im on den vater khein vertrag mocht furgenommen und er darin verstrickt werden etc. Item, das er nit in unser religion mocht underwisen und bewegt werden. Daß wollten sie zu gutem nachdencken vermelt haben etc.

Item es ist ein ausschuß von disen stenden verordnet, mit den bayerischen rheten uf vertrag deß furstenthumb Braunschweig halb den jungen hern zugut zu handeln<sup>15</sup>.

Item es seind auch widermal brief zu Wolfenpittel befinden worden seltzams inhalts etc. In einem vermelt, es sei mit dem kayser gegen den lauterischen [= Lutherischen] zu baissen wie mit einem dotten happich [= Habicht].

Am Sampstag [24. Febr.] morgens haben die gsanten von Eßlingen im stettrath ir anpringen irer beschwerden halb gegen Hg. Ulrichen etc. gethon [Nr. 85, Anm. 2], mit beger, sie mit rath und beystand sie nit zu verlassen und, wes sie sich zu getrosten haben zu den stetten im fal der nott, zu ercleren. Ist zu bedencken gezogen und sol der außschuß uf weg und mittel nachdencken und die der gmeinen versamlung dan furhalten. Darauf ich mich laut meins habenden bevelchs zu vernemen lassen wird.

Nachmittag ist die replick [Nr. 157] verlesen worden, die<sup>c</sup> der kgl. Mt. und den ksl. Mt. commissarien uff ir anthwurt [Nr. 155] soll gegeben werden, die sich furnemlich uf der supplication vorig puncten mit merer ausfierung derselben vergleicht.

Am Sontag Oculi [25. Febr.] nachmittag seind wir im kraißrath gewest. Ist gereth worden von dem rest deß an gelt in dieser kraißstruchen, an 5000 fl., das er also zu Ulm sol ligen bleiben uff verer fursehung. Item ist von ir quittierung und vererung gereth worden, item von dem geschutz dises kraiß, so noch zu Regenspurg mit etlichem pulver und kugeln ist. Das eß gegen reverß, von einem rath zu nemen, biß uff weiter verordnung bleiben soll.

Am Montag [26. Febr.] ist vormittag mit den kraißseinnemern uf ein abschied gehandelt worden; haben begert, sie zu quittieren etc. Dieweil aber die gsanten hern khainen außgetruckten bevelch von iren hern und obern gehabt, haben sie sie von wegen derselben, noch weniger von wegen der abwesenden nit gnugsamlich wissen zu quittieren. Ist also uf den kraißtag, so furderlich auß den und andern ursachen furgenommen werden soll, verschoben. Alßdan sol ein

<sup>c</sup> Danach folgt irrtümlich: man.

<sup>15</sup> Die Verhandlungen zwischen den bayerischen Räten und dem Ausschuss der evangelischen Stände über das weitere Vorgehen im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel begannen bereits am 21. Febr. 1543. Siehe dazu das Verhandlungsprotokoll (Nr. 244).

jeder stand sein gsanten hierin auch bevelch geben. Und ist inen ein bekantnuß zugestellt worden, das dise anwesenden rath und botschaften ab irer verwaltung und rechnung kain mangel hetten, aber auß mangel bevelchs khonden sies dißmal nit quittieren etc.

Nachmittag bin ich neben des Bf. von Costentz gsanten und Dr. Philips Ehrer zu verfassung obgemelter bekantnus in ausschus verordnet worden.

Am Dinstag [27. Febr.] vormittag ist den einnemern ir abfertigung geben worden. Nachmittag nichtz ansgagt.

Am Mithwoch [28. Febr.] vormitag ist von einer botschaft, zu Hg. Moritzen von Sachsen zu ordnen, gereth, ine seins hern vaters verschreiben halb gegen der verain, wie er auch sei angenommen, zue erynnern und dem nachzuhause ersuchen etc.

Item Gf. Wilhalm von Newenar zu denen von Metz zu verordnen.

Notum: Zu der klainen anlag ist ein ausschuß verordnet.

Denen von Eßlingen ist ein bschaid worden der urthel halb, so am chamergerecht wider sie ergangen.

Nachmittag ist im reichsrath ein schreiben an die reichsstend von Kg. von Franckreich [Nr. 198] verlesen worden, darin er sich deß Turckhen halb entschuldigt etc.

Am Donderstag [1. März] vormittag ist davon geratschlagt, ab man sich uf deß churfursten und lantgraven rath heftig anhalten in verhor der rechnung des kriegscostens<sup>16</sup> halb, dieweil nit alle stend beyeinander seind, einlassen wöll. Und dahin bedacht, wo sie je daruff tringen und beharren wollen, daß man die rechnung horen mag, doch mit protestation, damit sich vir die andern stend gar nichts zu begeben noch vir sie zu verpinden etc.

Nachmittag der ausschuß.

Freitag [2. März] vormittag ist uf anhalten der chur- und fursten rath beratschlagt worden von der rechnung des kriegscostens halb, und das die anthwurt vom ausschuß in schrift verfast werd. Die ist angehört und soll den chur- und fstl. rethen uberanthwurt werden nachmittag, ehe man in kraißrat gangen.

Nachmittag hat man im kraißrath ein außschuß gemacht, von H. Wolf Dietherich und andern rechnung anzuhoren etc. *Der Zahlmeister und der Gegenschreiben erhielten auf Grund einer „Verehrung“ einen Schuldennachlass.* Und auf den ausstand hath der konig fordert 30 000 fl. furgelihen gelts dem obersten. Der oberst sol auch 30 000 fl. im wechsel ufggenommen und dargelihen haben; so sey im noch ausstendig 19 000 fl. uff den stands erhaltung etc. Wirt also zusammenlauffen ein grosse suma.

Sampstag [3. März] vormittag ist den chur- und fstl. rathen Sachsen und Hessen unsrer der stend botschaften anthwurt der rechnung halb, davon oben gemelt, in der versamlung gegeben worden [Nr. 418, Art. 14]. Darein alain der

<sup>16</sup> *Kosten des braunschweigischen Feldzuges gegen Hg. Heinrich im Aug. 1542.*

lunenburgisch<sup>17</sup>, aber wirthembergisch und pomerisch gsanten<sup>18</sup> nit anhengig etc.

Nachmittag haben die sachsische räth relation gethan, weiß der ausschuß mit den bayerischen retten des Hg. Heinrichen halb zu guetlicher underhandlung befunden. Sol durch den ausschuß in schrift [Nr. 244] verfasset und den gsanten abschrift davon gegeben werden etc.

Uff Sonntag Letare [4. März] haben der konig und die ksl. commissarii ir 2. anthwurt [Nr. 158] geben uff der protestierenden replick.

Uff Montag [5. März] darnach ist davon gereth und gehandelt, weiß uf der kgl. Mt. und ksl. commissarien ander anthwurt [Nr. 158] zu handeln, thon und lassen sein wöll. Ist uff den ausschuß komen, der eß bedencken und alßdan solhs der gemeinen versamlung furhalten soll. Wo man nun vir ein man sten, hierin willigen wolt oder nit, wird ich mich von den stenden und besonder den stetten unser christenlichen verain meinem empfangnen bevelch nach nit sonderen etc.

6. März: Im Reichsrath wurde die Widerlegung der Rechtfertigungsschrift des franz. Königs durch Granvelle und die ksl. Kommissare mit allen Beilagen verlesen (Nr. 199, Beilagen 1–7).

Uf disen Dinstag nachmittag [6. März] ist im reichsrath ein schreiben von den Aidgenossen verlesen worden [Nr. 104a], darin sie sich beschwern, das der fiscal wider etlich ir verwanten, alß den Bf. von Chur, abt zu St. Gallen und ander, procedier umb niterlegung der turckenhilf und nitunderhaltung deß chamargerichts wegen etc. und begert, die proceß abzufapfen [= abzuschaffen], damit sie nit verursacht, wo sie in schaden kemen, zu ratschlagen, sich desselben zu erhollen etc. Und bei irem eignen potten anthwurt begert.

Dinstag nach Judica [13. März] vormittag im reichsrath hat man der oberhauptleit anzeig und rechnungen, so sie dem ausschuß gethan, angehört. Und befint sich ethwas unrichtikait, dan H. Conrat [von Bemmberg] hat anzeigt ein suma, die im ausstehe. Waß er aber empfangen hab, kond er gruntlich nit wissen; er aber seine pferd und trabanten nit under einem fenle gehabt; er hab denen, so im zalung gethan, bekhanntnuß dagegen geben; bei denselben sol man sich erfaren etc. Seind also biß uff weiter erfahrung zu warten beschiden.

Nachmittag alain der ausschuß gesessen.

Mithwoch [14. März] vormittag der ausschuß.

Nachmittag ist Hg. Jergen von Braunschweigs, Hg. Heinrichs brueder, der thumdechant zu Coln, [Gesandter gehört worden]. Ist gsantem<sup>19</sup> anthwurt [Nr. 252] geben worden, das im seiner beger [Nr. 56b–c] nach dise stend am furstenthumb Braunschweig, alß vir sein vaterlich [erbteil] nichtz wisten einzuraumen noch darauß zu verzinsen, dan sie stenden deshalb in gutlichem vertrag, da furnemlich der mittel einß, das das land sol bleiben, wie eß Hg.

<sup>17</sup> Dr. Nikolaus Holstein, der Gesandte Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg.

<sup>18</sup> Württemberg und Pommern lehnten eine Beteiligung an den Kosten des braunschweigischen Feldzuges ab, da sie daran nicht teilgenommen hatten.

<sup>19</sup> Dr. Ludwig Falkenberg.

Heinrichen wer abgenommen. Item so hetten sie es bei Hg. Heinrichen also funden und mit seinen Gn. nichz zu schaffen. So fechte auch Hg. Heinrich dise stend alain umb das gantz furstenthumb mit chamergerichtischen processen an. Item es weren vil schulden und nit gnug einkhomens zu underhaltung dißmals des lands, und stind disen stenden grosser kriegskost auß etc. Hat der gsant solh anthwurt [Nr. 252] an seinen gnedigen herrn zu pringen angenommen.

Die gsanten der stat Braunschweig haben ired außziehens halb vir Wolfenpittel anfordern gethan; stet zu bedencken uf anthwurt. Deren von Einbeck halb<sup>20</sup> haben die gsanten der oberlendischen stet auch umbfrag jedes gsanten bevelch halb gethan. Straspurg hat in zu brandsteuer geben 600 fl., Augspurg 300 thaler, Ulm will in 200 fl. geben, Esslingen, Memmingen, Kempten, Isna, Reutlingen, Biberach haben nichz bewilligt, dan alain wo under den stenden ein steuer ired erlittenen brandschadens halb wurd angelegt, so wollten sie auch noch ir gepur darlegen. Ich hab mein bevelch in solcher umbfrag und auch dem gsanten von Einbeck anzeigt, dabei es dißmal beruht.

Uff Donderstag [15. März] ist zu der kleinen ordinari anlag und dergleichen rechnung ein ausschuß verordnet worden.

Ist Gf. Ludwigen von Otingen deß jungen einnehmung halb mit im zu handeln oder die maß von im anzuhoren dem ausschuß bevolhen.

Die von Augspurg haben deß Fuckers halb ired hern bericht gegen deren von Ulm anzeig<sup>21</sup> ubergeben. Ist auch ferrer zu beratschlagen dem ausschuß bevolhen.

Des Bf. von Munsters einnehmung halb ist aber gefragt und geratschlagt worden.<sup>22</sup> Hab ich meinen empfangnen bevelch anzeigt, aber von dem meren vast dahin die einnehmung bewilligt, dieweil [er] in den furnembsten stetten das evangelium predigen laß und Martinus Butzer von im beruffen, ein reformation uff christenlich weiß zu machen. Soll halten und lifern 400 pferd, doch ist versehen, dieweil er mit Gilch in verstentnus ist, daß dise stend, wa in daselbst her anfechtung begegnen solt, sich sein zu beladen, anzunemen oder im hilf zu thon nit schuldig sein sollen, sonder alain ab das capittel wurd zu abtreibung der religion sich widerlegen etc.

Nachmittag ausschuß.

Uff Freitag [16. März] vormittag handlung im ausschuß.

Nachmittag haben die von allen stenden zum ausschuß verordnet[en] im reichsrath relation thon und die erleuterung der rechnung [Nr. 131], so sie H. Wolff Diethrichen, Johan Hilchen und H. Conraten wider angehort, verlesen

<sup>20</sup> Siehe oben zum 15. Febr., Anm. 11. Die Stadt Einbeck wurde 1540 durch einen Brand fast vollständig zerstört.

<sup>21</sup> Siehe oben zum 8. Febr.

<sup>22</sup> Siehe oben zum 12. und 16. Febr. Der Ausschuss der Schmalkaldener beriet am 15. März erneut über die Aufnahme des Bf. von Münster in den Bund und arbeitete ein Gutachten aus, in: Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 28r–29v (Kop.); AS: Des ausschus bedencken des Bf. von Munster einnehmung halben in die cristliche verstendtnuss.



worden. Befinden sich vil ungenanter personen. Ist khain trabant gestorben. Werden 4 caplän gerechnet, da nit einer gewest, und seind in die oberempter und underhaltung stats neu amptleit, alß rhumormeister und dem profossen ein leytenampt und dan steckenknecht, einkauffer, zeugmeister, prophantmeister etc., und den raissigen auch wider alt prauch ein profoß gerechnet worden. Das stet nun zu bedencken der stend, wie man sie weiter halten und abfertigen wöll. Deß man den 3 obgenanten obersten irem anzeigen nach, auch den andern iren zugethonen schuldig ist, das lauf uff 24 932 fl. on ander schulden, der gar vil etc.

Uff Sampstag [17. März] vormittag haben die von Speir ir vorig anpracht beschwerd [*wiederholt*], das die iren von der Pfaltz wider ir freihait und alt herkomen gesteuert wollen werden, mit bit, die erbarn stet wolten noch einmal ein botschaft inen zugut an die Pfalz verordnen etc.<sup>23</sup> Ist inen gesagt, die gsanten der erbarn stet bedencken, das zuvor von hinnen auß sein kfl. Gn. solt geschrieben und umb vertroste anthwurt anzusuchen, darnach man sich alßdan wider zu halten wust etc.

Nachmittag erstlich in dem rath der einigungsverwanten stend hat der ausschuß relation thon von der empfangnen hessischen rechnung; die sachsische seyen mit den iren noch nit aller ding fertig etc. Hat man sich uff anhalten den hessischen verglichen, daß man mit ir rechnung furfaren und schliessen und den sachsischen zu ir gelegenhait erwarten well.

Darnach im reichsrath haben die gilchische gsanten anzeigung thon [*Nr. 208*]: Wiewol mein gnedigste hern, Kff. Pfaltz, Coln, Meintz, Trier und Hessen, zwischen irem gnedigen hern und den burgundische[n] gutlich handlung furgenommen und ir gnediger her sich zu allen zimlichen wegen wilfarig gern gehalten, so haben aber die burgundisch uff so unzimlich und untreglich mittel ir sach gestelt, die irem gnedigen herrn on verweiß und hochst beschwerd mitnichten auch nit wol möglich anzunemen. Und haben in verzeichnuß solh handlung verlesen lassen:

1. Hab ir gnediger her ein fridstand begert uf 4 jar.
2. Daß alle confiscierte gueter und weiß baiderseits vir schlosser, dorfer, flecken etc. genomen weren, irem hern wider restituiert werden.
3. Daß die partheien aller hauptforderungen halb vir die stend des Reichs furkomen und daselb gutlicher hinlegung oder rechtlicher erkhanntnuß gwertig sein solten.
4. Daß die lehenleit und undertanen, [*die*] bederseits in disem krieg begriffen sein, mogen in disen fridstand auch gezogen [*werden*].
5. Daß die profiant und ander gwerb und hantierung iren freyen gang sicher haben mocht.
6. Daß solhs fridenstands assecuration durch Kgn. Maria, Hg. Wilhalmen, iren gnedigen herrn, und die 4 churfursten, auch den Lgf. zu Hessen versiglet werden. Wiewol nun der puncten mer, seind doch di die furnembsten.

<sup>23</sup> Näheres im Protokoll der Nürnberger Gesandten zum 17. März (*Nr. 89a, fol. 21r–22r*).

Dagegen der Kgn. Mariae commissarii den fridstand nit lenger dan uff 1 jar einrheumen und willigen wollen. Item, daß die konigin, was die ieren vir fleckhen und schlosser erobert haben, behalten und, was durch die gulgischen ir und den ieren abtrungen und abgewunnen, in selbigem sie zu restituieren, und sonst auch mer puncten furgeschlagen. Dieweil aber an disen 2 artickeln khain vergleichung mogen befunden werden, hab die gutlichait der andern halb auch erwunden. Doch der mangel zu aller gleichmessigen billichait hab an der gilchischen gsanten gnedigem hern nit erwunden.

Dem allem nach batten die gilchisch gsanten, die stend wolten eß behertzigen, wie unpillich irem gnedigen hern wider recht, den lantfriden etc. solh gwalt begegnet und noch zu befaren wer. Das auch zu billichait des fridstants an seiner fstl. Gn. nit gemangelt etc., und also seiner fstl. Gn. behilfflich sein, daß er in dem, so im abtrungen wer, restitution bekomme und bei seinem erpieten zu recht vir gmeine stend unvergwaltig bleiben mocht, und sein fstl. Gn. alß ein loblichen fursten deß Reichs bei recht und dem lantfriden hanthaben, mit mer worten und umbstend uff die maynung etc. Stet zu der stend beratschlagen.

Sontag Domine, das ist der Palmtag [18. März], nachmittag haben die gylchisch in der einigungsverwanten stend rath irß gnedigen hern beschwerd, wie vorigen Sampstag [17. März] zu abend vor den reichsstenden beschehen, furpracht und diese der anthwurt, so irß gnedigen hern gsanten zu Schweinfurt gegeben worden<sup>24</sup>, erynnert, mit bitt, die gestalt der sachen zu behertzigen und uff irß gnedigen hern rechtmessig erpieten mitsampt andern daran sein und eß befurderen helfen, damit ir gnediger her bei dem rechten bleiben, vor gwalt geschutzt werd und restitution deß, so sein fstl. Gn. enthwent, mitsampt erstattung der scheden bekommen mocht. Darzu, das auch der Reinstrom und handlung unversperrt gelassen. Batten furderlicher, trostlicher anthwurt.

Montag nach Palmarum [19. März] vormittag ist im kraißrath zu Gf. Wilhelm von Eberstein<sup>25</sup> ein außschuß verordnet, an im zu erkundigen, weiß sachen halb er von kgl. Mt. hieher beschriben, damit uff den kraiß nit uncosten auflauf.

Darnach im rath der ainigungsverwanten ist bedacht, daß man sich salva protestatione in der gulchischen sach umb fridstand mit den andern stenden wol mög einlassen, dieweil alain frid wird gesucht und on den mög khain statlich turckenhilf gelaist werden, dan wo der krieg wurd furgen, so wurd die hilf ksl. Mt., auch des burgundischen, westfalischen und sachsichen kraiß, auch des F. von Gilch etc. hilf abgen.

Item eß seind schreiben vom Kg. von Denmarck an Sachsen und Hessen gelesen worden, darin er die handlung mit ksl. Mt. und der Kgn. Maria, da er

<sup>24</sup> Auf dem Schmalkaldischen Bundestag zu Schweinfurt im Nov. 1542 brachte der jülichische Gesandte die Beschwerden Hg. Wilhelms vor und erhielt Antwort von den Bundesständen. Siehe dazu den letzten Punkt des Schmalkaldischen Bundesabschieds, Schweinfurt, 1542 Nov. 15, in: Weimar HStA, EGA, Urkunde Nr. 1627.

<sup>25</sup> Kriegsrat des schwäbischen Reichskreises im Türkenzug 1542.

umb fridstand oft gesucht und andern sein entschuldigung anzeigt, mit beger an sie alß oberhauptleit etc., dieweil im krieg vor der thur sei, mit hulf und rath in nit zu verlassen.

Nachmittag der ausschuß gesessen.

Dinstag [20. März] vormittag ist im stettrath von der von Dinkelspuhel handlung mit irem gefangenen<sup>26</sup> gereth worden. Sollen die von Neurmperg [= Nürnberg] die sach vir hand nemen zu vertragen. Item ist unß auch in reichsrath [zu erscheinen] angsagt worden; sie haben unß biß 11 ur sitzen lassen etc. Nachmittag ist in der religionverwanten rath vir bedacht, daß der churfursten und fursten gsanten widerum, gleichwol unangesagt, ein jeder wider in sein rath gen, damit nit ein ander mer gemacht werd. Haben wir von stetten aber vergebens gewart.

Mithwoch [21. März] vormittag im reichsrat haben die gsanten der Kgn. Maria ir replick uff der gilchischen gegenbericht mit langer muntlicher erzelung [angebracht], auch ubergebnen schriften [Nr. 210], dagegen die gilchischen ir anthwurt [Nr. 211] auch [getan] etc. Nachmittag hat Goßlar irß berckwercks, auch eins walds halb ir beschwerd [Nr. 418, Art. 21] anpracht. Item ist von dem berggfel, des Hg. Philipsen, wie im braunschweigischen abschid [1542 Sept. 12] davon gemelt, begert, anpringen geschehen, aber noch nit entschlossen etc.

Uff Donderstag [22. März] vormittag im stettrat haben die von Ulm gegen Uberlingen aber [= wieder] angesucht<sup>27</sup>. Seind verlesen worden das nechst schreiben an die von Uberlingen von hie auß<sup>28</sup>. Item vom gsanten von Rothweyl, des hern den brief gen Uberlingen zu schicken nechstmal hie ufgelegt, relation gehort, daß sie seinen hern zugeschriben, sie wollen uf itzigem tag durch ire gsanten anthwurt geben lassen. Ist daruf bedacht, daß man ier ankunft oder villeicht schriftlich anthwurt noch erwarten wolt.

Darnach im reichsrath hat Dr. Jonas, der mentzisch cantzler, nach langer erzelung in summa der stet gsanten anzeigt, daß die chur- und fursten vir gut erwegen und bedacht, daß die kgl. Mt. und ksl. commissarii, auch der H. von Granfel der kriegeregung halb zwischen der Kgn. Maria und dem Hg. von Gilch bitlich angesucht werden, nach wegen zu gedencken, daß krieg verhiet und uf der gilchischen gsant erpieten vir die stend mocht zum wenigsten ein anstand gemacht werden. Daß, wo nit frid und rhue under den stenden sein

<sup>26</sup> Wolf Müllner bzw. sein Sohn Michel Müllner, gen. Zebinger. Siehe dazu das Nürnberger Städteratsprotokoll (Nr. 89a) zu folgenden Tagen: 10. Febr. (fol. 14r), 1. März (fol. 18r), 8. März (fol. 20v) und 20. März (fol. 22v).

<sup>27</sup> Siehe das Nürnberger Städteratsprotokoll zum 22. März 1543: Nr. 89a, fol. 24rv.

<sup>28</sup> Es handelt sich um die auf dem Nürnberger RT 1542 getätigte Aufforderung der Städtegesandten an Bgm. und Rat von Überlingen, der Ulmer Bürgerin Apollonia Stamler ihre Leibrente nicht länger vorzuenthalten, Nürnberg, 1542 Aug. 28, in: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17, fol. 168r–170r (Kop.). Siehe dazu RTA JR Bd. XIII, S. 930f., Anm. 3–4.

werden, vil ursach haben, der hilf sich zu entziehen und also kain gleich und statlich hulf beschehen moge etc.

Die gsanten der stet haben inen solh bedencken, deß zur erhaltung fridens gericht, gefallen lassen und uf beger der andern stend auch zwen, zu kgl. Mt., den commissarien und Granfel mit andern zu gen, verordnet.

Uff Donderstag [22. März] nachmittag seind deren von Eßlingen beschwerden in unserm rath angehört worden. Daruf ich mich laut meins bevelhs vernemen lassen etc. Ist dem ausschuß bevolhen, uf gutlich weg zu gedencken, wie sie zu erledigung khomen mochten.

Uff Freitag [23. März] vormittag ist in reichsrath angesagt, aber man hat uns von stetten warthen und on furhaltung heimgen lassen.

Nachmittag der ausschuß alain etc.

Uff Sampstag [24. März] vormittag ist die lantgrefisch rechnung<sup>29</sup> wider vir hand genomen, davon in gemeinem rath gereth und justificiert worden, besonder auch deß Aitingen, der den stenden nit verpflichtet, halb gereth worden etc.

Nachmittag feriae.

Uff Montag [26. März] in osterfeyertagen im reichsrath hat der mentzisch cantzler nach leng erholt, was uf diser stend suppliciren bißher gehandelt [Nr. 166]. Und versehen sich die stend, eß weren dise stend mit vorigem gnug versichert. So wurd auch deß chamergerecht unpartheisch besetzt werden, wo einiche partheilicheit bei inen befunden. Und sollten die sachen am chamergerecht zu rhue sten, außgenommen wider die stend, so ir hulf wider den Turcken nit erlegt hetten oder hinfuro nit erlegen wurden, auch was dem regenspurgischen abschied [1541] zugegen gehandelt und zu andern neu furfallenden sachen mocht man sich etlicher commissarien vergleichen. Wer heruf ir beger, im haupthandel uf die kgl. proposition [Nr. 43] furzufaren, dan sonst wurden sie, unangesehen diser trennung und absonderung, sich mit kgl. Mt. und den ksl. commissariis entschlossen. Dem ausschuß bevolhen, ein anthwurt zu verfassen.

Uff Dinstag [27. März] ist der Besserer, der zalmeister, abgefertigt worden von disen kraißstenden und sol das geschutz, so noch zu Regensburg stet, heruf verschaffen gen Ulm etc.

Mithwoch [28. März] vormittag haben die kgl. Mt. und H. Granfell uf der stend anpringen, den Hg. von Gilch belangend, anthwurt [Nr. 214] geben, darin begert der kaiser das furstenthumb Geldern und grafchaft Zupphan. Dan des kriegskosten und anderer schaden halb verhoffen sie, eß dahin zu pringen, daß ir Mt. der stend handlung zur billichayt leiden etc. Item durch die stend ist inen daneben vir ein mittel furgeschlagen, das des hertzogthumb Geldern und die grafchaft solt mitlerweil uf 1 jar in der stend hend sequestriert werden etc.

Nachmittag haben die gilchischen ursachen anzeigt, ethwo vil warum irem gnedigen herrn furgeschlagne mitell nit annemlich, dan ir fstl. Gn. hetten sich gegen den lantschaften uf ir huldigung hinwider obligirt, deren zugegen sie

<sup>29</sup> Abrechnung über den braunschweigischen Feldzug.

furgeschlagne [*mittel*] nit konden annemen, und erpotten sie [= *sich*] wie vor zu gutlichem und rechtlichem außtrag vir die stend etc.

Uff Donderstag [29. März] vormittag haben die stend unser religion anthwurt [Nr. 168] geben uff der stend der alten religion uf Montag [März 26] wie obstet beschenen furtrag [Nr. 166]. Nachmittag haben die stend der alten religion sich mit kurtzer anthwurt [Nr. 169] vernemen und es vast bei vorigem beger und erpieten bleiben lassen, dan sie wollen nit mer disputiern, sonder uff morgen Freytag [30. März] umb 7 ur zusammenkomen und uff die kgl. proposition, dise stend komen dazu oder nit, furfahren etc. Daruf dise stend unser religion uf meynung wie vor geanthwurt, dieweil die artickel fridens und rechtens halb nit gnug resolviert und also von inen außgeschlossen wurden, des musten sie Got bevelhen, doch iren hern zu nachtheil ires entschliessens nichz bewilligt haben, mit mer worten zu der meinung dienlich etc.

Freitag [30. März] vormittag der ausschuß beyeinander gewest in unserem ratt.

Uff Sampstag [31. März] im stetttratt haben die gsanten der 5 stet, nemlich Worms, Speir, Hagenaw, Rothweil und Ravenspurg, anzeigt, sie seien von den alter religion stenden beschickt worden, die haben inen sagen lassen, sie seien entschlossen, das sie der kgl. Mt. ir bedencken der turckenhilf halb [Nr. 92] wolten erofnen. Das wer summarie dahin gestelt, dieweil es spat nunner im jar und das volck diser leuf gelegenhait nit zu zeit in rustung zu einem veldzug zu pringen, so sollten durch die stend die baß [= *Pässe*] und flecken allenthalt diser zeit biß weiter notturft wol besezt werden etc. Dieweil dan die stend inen, den gsanten, ir unverhort fur iren beschluß hetten anzeigt, so begerten sie der andern gsanten rath, sich in solhem alß gmeiner sach der stett stime etc. zu halten. Ist ein schrift gestelt, darin sie wider solhen vermeinten beschluß protestieren sollen [Nr. 102] und ander irer hern beschwerden der uberlegung halben furzuwenden, auch zu irer gelegenhait bey kgl. Mt. auch [*anzuzeigen*] etc.

Uff Montag nach Quasimodo [2. April] etc. hat der konig den stenden der augspurgischen confession furhalten lassen, wie die andern hetten ir Mt. ir bedencken der turckenhilf halb [Nr. 92] ubergeben. Und dieweil under stenden also spaltung zugetragen, das horten ir Mt. und die ksl. commissarii nit gern, und wer nach ir gesinnen, dise stend wolten sie an vorgemachter stend [*Zusicherungen*] gniegen lassen, so solt das chamengericht visitiert furderlich werden. Wo sich dan der maß zu visitieren irrung solt zutragen, daß die declaration zu ksl. Mt. sten solt. Und wollen sich hieruf mit andern stenden einlassen [Nr. 170]. Daruf dise stend ein bedacht, sich zu underreden, haben begert und erhalten. Seind also vom konig abgangen.

In der umbfrag hab ich die meinung anzeigt, was nit so gar beschwerlich, das man sich nit waigern und ksl. und kgl. Mtt. auch vertrauen und zu underthenikait, sovil moglich, wilfaren solt etc. Ist des mer worden, das ein anthwurt durch den außschuß solt beratschlagt werden, der ist nachmittag gesessen.

Uf Dinstag [3. April] vormittag ist im rath der augspurgischen confession stend ein gestelt anhwurt [Nr. 171] verlesen worden, die besonderlich dahin raicht, das dise stend von der ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949], die dan an ir selb clar ist, nit abgefiert werden, wie man wol vorhat. Die [Antwort] ist heut nachmitag der kgl. Mt. und ksl. commissarien ubergeben worden inhalt der copey.

Uff Mithwoch nach Quasimodogeniti [4. April] ist im reichsrath ein schreiben von Hg. von Saphoi verlesen [Nr. 109], darin er sich entschuldigt, das er sein turckenhilf nit gelaist hab, dan die stend, die wissten und konden selber erachten, das er, alß seinß lands durch den Frantzosen entsetzt, dazu nit komen, konden auch zukunfftigen nichtz thon. Sover er aber mit hilf ksl. und kgl. Mtt., auch der stend, widerum eingesetzt, so woll er allen mangel erstatten und thon, weiß im zur hilf wider den Turcken gepur, mit beger, in alß ein fursten deß Reichs zu bedencken etc. Also [= in ähnlicher Weise] der Bf. von Hildeßhaim<sup>30</sup>.

Eß hat ein pot von Solutorn ein schreiben an die reichsstend, vom Frantzosen außgangen, gepracht. Ist das bedencken darauf, das eß on wissen der kgl. Mt. und ksl. comissarien nit sol eroffnet werden, sonder an sie vor gelanget.

Item ist der anschlag der besatzung halb der konigischen flecken vorgelesen worden wie nachvolgt [Nr. 93].

Den 4. Aprilen haben die 5 stet Wormß, Rothweil, Speir, Ravenspurg und Hagenaw bei den steten angezeigt, daß mit inen der nechst ubergebnen schriften [Nr. 92] halb noch nichts gehandelt, aber inen wer durch den mentzischen cantzler anzeigt worden, daß die kgl. Mt. die bewilligung mit der besatzung von den genanten catholischen stenden zu gnedigstem gevallen angenommen. Und dieweil sie, dieselben stend, begerten, daß ir kgl. Mt. anzeigen wolt, welche ortflecken und mit wievil volcks ein jeder besetzt werden solt, so weren eß hernachvolgend flecken, nemlich: *Es folgt ein Auszug aus dem Verzeichnis Kg. Ferdinands und der ksl. Commissare über die gegen die Türken zu befestigenden Städte und Pässe (Nr. 93).*

Solhs wyrt durch die gedachte stend weiter beratschlagt werden. Und dieweil die sachen also gestalt und die stend also zertrent, ist bey den stetten bedacht, das, wo etlich auß inen, den funf stetten, zum ausschuß in abhorung des abschids gefordert, das sie solhes waigieren sollen.

Uff Donderstag [5. April] ist im reichsrath durch den m[eintzischen] cantzler angezeigt, das angeregtes des Frantzosen schreiben nit zu erprechen, sonder widerum gen Solutorn dem potten uffzugeben, dieweil wider ksl. Mt. der Frantzoß, wie man wiß ader gegen dem Turcken sein sach stehe, das er ksl. Mt. feind und mit dem Turcken im buntnuß sein.

<sup>30</sup> Wie auf früheren Reichstagen (Regensburg 1541, Speyer 1542) klagte Valentin von Tetleben in seiner Supplikation (Nr. 248) über die Folgen der Hildesheimer Stiftsfehde (1519–1523), in welcher das Hochstift Hildesheim im Konflikt mit den Hgg. von Braunschweig-Wolfenbüttel seines Territoriums weitgehend verlustig gegangen war.

Mit den oberhauptleiten, alß deß von Pfirt und anderer bezalung halb, ist von einer anlag gereth, doch nit geschlossen, dieweil die von Neurmperg [= Nürnberg] deß gelt, so inen aussten soll, nit furstrecken haben wolln uff ansuchen der stend etc.

Item der gilgischen sachen halb ist angezeigt, daß kgl. Mt. bei dem ksl. orator und comissariis nit andere mitel erheblich finden kond dan die vorige, nemlich daß der ksl. Mt. zuvor das hertzogthumb Geldern und grafschaft Zuphaniae zugestellt wurd, darum auch ir kgl. Mt. weyter, sover die gilchisch darauf nit handlen lassen wollten, dieser zeit fruchtbarlich zu gute oder friden zu komen sein nit wol gedencen konden etc.

Uff Freitag [6. April] ist im reichsrath mit den oberhauptleiten irer bezalung und auch irer underbevelchhaber halb dahin gehandelt, daß H. Conrat das gelt soll uffspringen, dye bezalung davon thon [Nr. 132]. Deß solt im biß uf ablosung oder vergniegung der stend vergiltet werden 5 pro cento<sup>31</sup>. Und dagegen seind der churfursten rath gut worden, wo nit im rest deß gmeinen pfenings sovil erfunden, das ein anlag geschehen etc. und davon abgelost werden soll.

Item dern von Eßlingen halb ist im stetrath deß außschuß bedencken in schrift verfast [Nr. 85, Anm. 6], verlesen, approbirt und dem gsanten furgehalten worden. Nachmittag im ausschuß der vereinigung stend ist deren von Eßlingen halb auch gehandelt worden und inen, wie vom ausschuß bedacht, virgehalten worden, nemlich das dem Kf. zu Sachsen geschriben soll werden, daß er bei Hg. Ulrichen ansuchen well, das er die sachen zu seiner kfl. Gn. erkantnuß stell[en] wel. Im fall da solhs nit erhalten, das zu neherm tag die stend hierin erkantnus thon sollen. Item ist das mer worden, den Bf. von Münster uf gestelte notell einzunemen<sup>32</sup>.

Uff Sampstag [7. April] vormittag hat der konig der protestierenden stend ausschuß vir sich erfordern lassen und [uf] ir nechst anpringen lassen anzeigen in beysein Dr. Naveß [Nr. 173], daß er bei den andern stenden nit erhalten kond, daß die declaration etc. begerter massen in abschid kom. Und sei ir Mt. erpiettig, sambt den ksl. commisariis disen stenden ein nebenassecuracion zu geben, deren sie sich beniegen und in handlung der turckenhilf einlassen wollen etc. Solhs hat nachmittag der ausschuß in gemeinem unserm rath anzeigt, und ist bedacht worden, daß disen stenden durch abschlag der andern stend die declaration nunmer vernichtigt und durch die assecuration, sovil die gleichmessig recht betrifft, inen nit geholfen wurd sein. Dan weil die andern stend von der ksl. declaration nichz halten, die auch in abschid nit wollen komen lassen, so wurden sie noch vil weniger von der assecuration halten. Und weren alain dise stend, so sie ein abschid mit inen on versicherung fridens

<sup>31</sup> 5%ige Verzinsung.

<sup>32</sup> In den Versammlungen der Schmalkaldener vom 16. Febr. und vom 15. März war bereits über das Aufnahmegesuch des Bf. von Münster in den Bund beraten worden: siehe die Eintrågungen unter diesen Daten.

und rechtens machen helfen, verpunden damit und sie der declaration und assecuration halb gar nit. Darum sol durch den ausschuß ein glimpfig anthwurt dagegen gestellt und noch uf vorig meinung angehalten werden.

Item im reichsrath ist durch den mentzischen cantzler furgehalten worden, das der kraißtruchen halb solt zu abhorung der relation und rechnung ein ausschuß von allen stenden gemacht werden, zu welchem die stett Neurnberg und Speir von gemeiner stett wegen verordnet.

Uff Montag nach Misericordia Domini [9. April]: Im reichsrat ist angezeigt worden [Nr. 222], das die kgl. Mt. bei dem ksl. oratore und burgundischen gsanten gegen Gulch zur gutlichait ferrers nit erlangen konden, dan wie hievor sie bewilligt, doch alweg daß ksl. Mt. Geldern eingeräumt werd. Doch wo die stend noch nach rechtmessigen mitell uf solhs sich bedencken wurden, wolten sie es gern an ksl. Mt. oder die Kgn. Maria gelangen lassen etc.

Darnach im stetttrat hat der gsant von Eßlingen wider anregung [Nr. 85, Anm. 8] gethon, ob nit seiner hern beschwerden halb bei dem ksl. orator anzuschen oder von gemeiner stet wegen ein botschaft zu der ksl. Mt. zu schicken etc. Ist nach gelegenhait aller sachen und leuf zu underlassen, und daß es unfruchtpar angesehen. Auch hat er begert, seinen hern, so die<sup>d</sup> not bei inen grosser wurd, inen mit anlehenschaft uff gnugsam versicherung und zimlich widerbezahlung furstendig zu sein. Dieweil die gsanten daruber kain bevelch gehabt, haben sie sich, an ire hern solhs gelangen zu lassen, erpoten; die werden sich on zweifell, so sie dan ersucht, mit gepurlicher anthwurt vernemen lassen.

Nachmittag im reichsrat haben die stend den gilchischen gsanten der kgl. Mt. anthwurt [Nr. 222] furgehalten. Daruff sie nach gehaptem bedacht all ir vorig erpieten, und wie ir gnediger her vergwaltigt werd, erholt, mit bit, die stend wellen – in ansehung ir selb reputation, der Guldin Bull, deß Hl. Reichs ordnung und landfriden, der ksl. obligation und libertet der teutschen nation etc. – irn gnedigen hern bei frid und seinem rechtentpieten zu hanthaben etc. Ist von stenden ein ausschuß verordnet, noch nach miteln zu gedencken.

Dinstag [10. April] vormittag bin ich vom H. von Naveß beschickt worden von wegen kgl. Mt. Hat er begert, ein anzal pulverß gegen bezalung, wo sein Mt. der bedorftig, mit beger, sich, wo nit im vorrath wer, damit gefaßt zu machen etc. Und daß ich solhs an meine hern well gelangen lassen. Also hat er bei andern stetten mer angesucht: Hall, Dinckelspuhell Nordlingen etc.

Mithwoch [11. April] im kraißrath ist angezeigt, daß der baierisch und rheinisch kraiß haben vor dem verordneten der reichsstend ausschuß ein außzug irer raitung halb ubergeben, daran sie nit woll geniegig sein wollen. Und daneben ist unß vermelt worden, daß alain die vier kraiß, nemlich schwebisch, rheinisch, franckisch und bayerisch kraiß, gemeine truchen gehabt und der ander kraiß khainer nach vermag des abschids. Nun sollten billich der churfursten und andere kraiß vor disem [Ausschuß] relation thon. Deß werd umbgangen, auß

<sup>d</sup> Danach folgt irrtümlich: nit.



der ursach, wie man gedencken kond, das sie alain diser kraiß vermoglichkeit und unvermoglichkeit erfahren und, was im rest, befinden mochten etc. Dieweil nun der speierisch abschid vermag, daß von allen stenden rechnung und zusammenschuttung in ein gemeine truchen hie beschehen soll [RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 97], wo sich dan ander kraiß demgemeiß halten, so sei auch gefasset, wiß auch guter, erbarer rechnung relation zu thon. Und werd sich befinden, das ir gemeiner pfening die gantz bezalung irß volcks nit erraichen mogen, sonder haben vil stend die knecht irß ausstands und abzugs uß irem seckel zufriden gestelt etc. Solh meinung sol durch den kraißausschuß inen, zu dem reichsausschuß verordneten, anzeigt werden.

Am Donderstag [12. April] vormittag ist in der einigungsverwanten stend rath deß pomerischen gsanten schrift [Nr. 292] verlesen worden, darin er von wegen seins gnedigen herrn gegen Denmarckt erkantnuß begert. Dieweil nun die gsanten nit all bevelch haben, so sol der ausschuß ein glimpflich anthwurt stellen, die im zu geben. Weiter ist anzeigt, das die andern stend mit verfassung des abschids [Nr. 404] furfaren. Ist bedacht, dagegen der ausschuß ein protestation [Nr. 409] stellen, die dagegen furgewent werden soll. Und dieweil man sovil vernomen, das die ungehorsamen, so irem abschid nit volge thon wurden, mit der that on ferrer declaration [in die Acht] gefallen, auch aller irer privilegien unvehig sein sollen, ist bedacht, das eß ein gemeine sach sein soll, wo dieser stend einer daruber beschwert solt werden.

Item es ist auch vir gut angesehen, das sich kain stand in einich particular hilf soll bereden lassen, sonder beyeinander bleiben, sonst wurd zerruttung volgen, das man den begerten frid und recht destweniger bekommen mocht, wie das der abschid [Nr. 418, Art. 2] mitpringen soll etc.

*Nachmittags Sitzung der Schmalkaldener: Bei einem von kursächsischen Dienstleuten abgefangenen Boten wurden Briefe Hg. Heinrichs gefunden, die auf Werbungen des Herzogs zur Rückgewinnung seines Fürstentums hindeuten.* Ist von den sachsichen und hessischen vir ir gnedigsten und gnedigen hern bedencken anzeigt worden, daß dise stend auch zur fursorg biß in 8000 fl. uff bevelchleit zu roß und fuß gewent hetten.

Im reichsrath ist aber von H. Conraten ein eingelegt schrift verlesen, wie er von den churfursten selb umb das gelt, biß in 20 000 fl. etc., davon er und die andern bezahlt werden sollen, assecuration begert etc.

Am Freitag [13. April] in unserem rath ist ein artickel, vom ausschuß bedacht, verlesen worden, deß inhaltz, wo der abschid on wissen diser stend gestelt und erofnet solt werden, on erledigung der puncten frid und rechtens halb, das dise stend sich in kain particular hilf begeben sollten, weder heimlich noch offentlich. Item das man der recusation halb auch solt obereinander halten. Item wie ein protestation wider den abschid zu thon etc. [Nr. 275].

Am Sampstag [14. April] ist wider der punct uff die bann gepracht, wie am Donderstag, daß man etlich hauptleit ferrer bestellen und bei der hand behalten solt. Und dieweil damalß die frag an Ulm erwunden, darum das man

in reichsrath erfordert worden, da ist sie an inen wider angefangen. Hab ich anzeigen, meinem gemeinem bevelch nach mog ich meiner hern halb leiden, das solhs gelt diser zeit biß zu ferrerer not erspart werd, dan eß meinen hern zu vorigen anlagen und außgaben hochst beschwerlich sein wolt etc. Ist noch nit beschlossen.

Item von wegen deß evangeliij vertribnen burger halb von Metz ist ein supplication verlesen worden, darin erzelt der jamer, so von den frantzosischen, deß von Giss [= *Guise*] gsind, etlichen mannen, weiber und jung frauen begegnet, mit erstechung, schendung und hinfierung, die in einem furstenbergischen fleckhen<sup>33</sup> di sacrament under bederlai gestalt empfangen. Ist denen von Metz irthalb von hie auß geschriben, wider den vertrag sie, die evangelischen, nit zu beschwern lassen, sonder inen gleich schirm halten. Item die hessischen und wirthenbergischen rath, auch der stat Straspurg und Franckfurt gsanten sollen eß bei iren hern und obern furdern, damit der veranlaßt spruch zwischen der stat und den austribenen burgern unverlengt ergehe etc.<sup>34</sup>

Einbeck<sup>c</sup>.

## 89 Nürnberg

### 89a Berichtspotokoll der Nürnberger Gesandten<sup>1</sup> über die Verhandlungen im Städterat – Nürnberg, 1543 Febr. 10 bis April 26

*Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 12r–36r (Berichtsprotok. mit marg. Inhaltsbetreffen); AS fol. 12r: Prothocoll aller handlungen und sachen, so im stettrath, auf dem reichstag zu Nürnberg 1543 gehalten, fürkommen und geübt worden<sup>2</sup>.*

[13r] 1543 sambstags, 10. Februarij vormittag.

Als der erbern stett Strasburg, Speir, Franckfurt, Regenspurg, Augspurg, Nurmberg, Ulm, Eßlingen, Rotenburg auf der Tauber, Hailprun und Memingen gesandte pottschaften im stetrath beisamen erschienen, sonst gleichwol derzeit andere mer nit hie gewest, ist durch die nürnbergischen anzeig geschehen, aus was ursachen die stetgsandten bisher zusamenzufordern verzogen worden.

<sup>c</sup> Hier bricht der Text des Protokolls ab.

<sup>33</sup> Gemeint ist Gorze, eine Ortschaft und Abtei in der Nähe von Metz. Siehe dazu Nr. 84b, Anm. 14.

<sup>34</sup> Zur zweiten Supplikation der evangelischen Bürger von Metz und zum schmalkaldischen Ausschussgutachten siehe das württembergische Protokoll zum 11. und 14. April: Nr. 84b, Anm. 13 und 15.

<sup>1</sup> Hieronymus Baumgartner, Hieronymus Holzschuber und Sebald Haller.

<sup>2</sup> Die im Protokoll vorkommenden Verweise auf interne Aktensignaturen der Nürnberger Überlieferung wurden ohne weitere Kennzeichnung eliminiert.

Nemlich dweil durch die stend, so der augspurgischen confession verwandt, der kgl. Mt. und den reichsstenden ein suplication umb erorierung der religion, auch bestendigen friden und gleichmessig recht übergeben [Nr. 152], darin sonderlich gemeldet, das sich dieselben confessionverwandte stend in kein andere handlung einlassen wurden, es were dan zuvor auf solch suplication antwurt gefallen, dieselbig antwurt aber noch bisher nit gevolgt, und dan auch nur zweier stett, als Speir und Rotenpurg, gsandten zugegen, die der confession nit verwandt, so wer das zusammenfordern also verplibben. Nachdem aber danoch vermutlich, es möchten die reichsstend etwan in handlungen furtfaren, so möchte davon ze reden sein, wie sich die stetgesandten darin halten sollten.

Darauf nun zwo umbfragen gschehen, darin eins jeden bevelch gehört, der merertheil aber der meynung gewest, das man sich in nichten einlassen, sonder zuvorderst der antwurt auf die bemelt suplication erwarten sollt. Die andern aber dannoch für gut angesehen, das nicks weniger der stet stymm und session halben die verfaßten ratschleg besichtigt und bedacht werden sollten, damit, wans zur handlung gelangte, das man gefaßt were. Sonderlich aber haben Speir und Rotenpurg angezeigt, das sie [13v] bede gestern, 9. Februarij, durch den marschalk zu den stenden erfordert und inen anzeigt worden, wie sich der chur- und fursten rath auf die obgemelt suplication und sonst unterredet, aber noch derzeit – sonderlich im churfurstenrath, dweil derselbig in so kleiner anzal beyeinander – zu keiner vergleichung komen mögen, wolchs man inen dannoch nit verhalten wollen. Was nun weiter volgen, das wird man inen auch unangezeigt nit lassen etc. Auf solichs aber sie, die beden gsandten, wider geantwurt, das sich ire obern diser fell gar nit versehen, darumb inen auch derhalben kein fertigung geben könden, deshalben sie sich auch nit wißten einzulassen, dweil sie darin kein bevelch hetten, also das von unnöten, sie in solchem weiter zu erfordern etc.<sup>3</sup>

Hierauf ist endtlich nach den beden gschehen umbfragen dahin geschlossen:

<sup>3</sup> *Die Augsburger Gesandten Jörg von Stetten und Dr. Lukas Ulstett berichteten am 13. Febr. an Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz und an die Baumeister und geheimen Räte von Augsburg über die erfolglosen Bemühungen der Altgläubigen, die katholischen Städte Speyer und Rothenburg ob der Tauber zur Teilnahme an den Reichsratssitzungen zu bewegen: [...] Den neunten dits haben die bapstischen reichsrathe nach den gesanten der stett Speyr und Rotennburg an der Thauber (dann sonst kheiner frey- oder reichsstett gesante usserhalb der stett unser verstentnus und der augspurgischen confession und der stat Regenspurg noch hie ankommen) geschickt und sy in iren rhat fordern lassen und an sy begert, sich neben inen uff alle reichsfurtrag in rhaten inzulassen und helfen zu beschliessen. Das der egemelten stett gesanten sich gewidert und angezeigt, sy weren von iren herren und obern abgefertigt, bey den andern der stett gesanten zu bleiben und sich von denselbigen in des Reichs rhatschlegen nit zu sondern, und daruff aus dem rhat abgeschaiden. Und wie wir von egemelter zwayer stett gesanten vernommen, so sein die bapstischen reichsrhate entschlossen, der kgl. Mt. und den ksl. comissarien oder uns auf unser gethan suplicieren und begern khein antwurt zu geben, so lang biß*

[1.] Das die gesandten, so ratschleg der stymm und session halben bey handen, diselben in di nurmpergisch cantzley antwurten, volgends etliche doctores sampt ein außschuß von den gesandten darüber geordnet, durch welche solche ratschleg besichtigt und gehört, auch die fürnemisten gründ darauß in ein verzeichnus gepracht, die volgends im gemeinen stettrath verlesen und darauf geschlossen werden sollt.

2. Das auch durch solchen außschuß sollte bedacht, obs besser, das solicher begriff der stymm und session halben der kgl. Mt., vor und ehe den protestierenden stenden auf ir suplication von den reichsstenden antwort gefiele, übergeben oder ab damit, biß solche antwort gefallen wird, verzogen werden solt.

3. Auch zu bedencken, ab nutz und gut, das sich die stetgesandten alle bey der meintzischen canzley ansagen sollen oder nit, dweils sonst ungleich unter inen gehalten wirt.

4. Wo auch zu schulden keme, das di obgemelten 2 stett, Speir und Rotenpurg, als der augspurgischen confession nit verwandt, weiter zu den stenden erfordert wurden, was man dan denselben gsandten, wie sie sich darin halten solten, raten möcht. Nachdem aber nun auch gemeldet worden, das der sträßburgisch [14r] advocat, Dr. Ludwig Grep, mit seim gefaßten ratschlag noch nit ankomen, desgleichen der nurmbergisch Dr. Gemel auch nit hie und aber dern beder ankunften man teglichs gewertig, zudem das di wormsischen und ander mehr gsanten auch unterwegs sein solten, ist fur gut angesehen, mit verordnung deß außschuß biß auf kunftigen Montag oder Dinstag in ruhe ze steen und alsdan die gesandten wider zusammen zu erfordern. Dabey es also plibben.

*Supplikation von Wolf Müllner, gen. Zebinger, wegen Gefangenhaltung seines Sohnes Michel Müllner in Dinkelsbühl.*

Mitwoch, 14. Februarij vormittag.

Sint der erbern stett gesandten wider zusammen erfordert und alda durch der beder erbern stett gesandten Speir<sup>4</sup> und Rotenpurg<sup>5</sup> anzeigt worden, wie sie bede gestern abends, den 13. huius, zu der reichsversammlung erfordert und darinn [14v] erscheinen, alda sie durch den meinzischen canzler hinfurzedretten beruft und inen anzeigt worden, das di chur- und fursten rath (darunter aber niemand, der der augspurgischen confession verwandt gewest), auch gemeine stend sampt der abwesenden potschaften sich miteinander verglichen, weiß sie gesinndt und bedacht, der kgl. Mt. anzuzeigen, was sie fur ratsam ansehe, wie den protestierenden stenden auf ir suplication antwort ze geben, welche antwort [Nr. 154] er, der canzler, auch inen beden nach lengs erzellt, die sie nun sein und pleiben liessen, wie sie were, und die stetgesandten, als der confession verwandt, hernach wol selbs hören und vernemen wurden.

---

mer reichsstendt von churfursten und fursten (und sonderlich, so Cöln und Trier nit hie sein) hie ankomen. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.)*.

<sup>4</sup> *Mag. Rudolf Schellhorn.*

<sup>5</sup> *Hans Hornburg.*

Darnach hett der canzler weiter gemeldet, das sich nechst, als H. Wolf Dietherichs von Phirt suplication [*Nr. 127*] verlesen, zugetragen, das di pomerischen rath und gsandten aufgestanden und im furstenrath angezeigt hetten [*Nr. 186*]: Dweil von irs gnedigen herrn wegen in den jungsten speirischen abschidt nit gewilligt worden, das sie dan sich der jetzigen, des von Phirts suplication halben, als die daselbstheer gelangte, auch in kein handlung begeben noch darein bewilligen könnten etc. Darauf nun di stend auch bedacht hetten, was denselben pomerischen gesandten fur antwurt ze geben, di dan inen beden auch erzellt worden, wie di confessionverwandten selbs auch von inen, den pomerischen, vernemen würden.

Ferner hett der cantzler auch gemeldet, das die stend fur ratsam bedacht, dhweil nun die obereinnemer alhie weren, das dan derselben raitungen gehört, und dazu beschieden werden sollt, wie von alter herkommen.

Und dweil der Kf. von Brandenburg, als der obrist im geweißnen turkenzug, etwas beschrayt [= *angeklagt*], das dan di kgl. Mt. ersucht werden solt, ine zu beschreiben, in 4 wochen hie ze sein und seiner gehandelten sachen relation und bericht ze thun. Was dan fur mengl erfunden, di könnten alsdan in pesserung gepracht werden, welchs alles man inen beden von der stet wegen also anzeigen wöllen.

[*15r*] Darauf sie bede<sup>6</sup> wider hetten angezeigt, das sie nechst den stenden der bemelten protestierenden suplication halben eröffnet, das sie von irn herrn und obern derhalben nit abgefertigt, sich auch nit einlassen könnten. Darumb sie bede sich versehen, man solts ungefordert gelassen haben, dweil sie je kein bevelch hetten. Wie aber dem, so geben sie nochmals auf denselben, auch die andern anzeigten puncten eben dise antwurt wider wie zunechst, das sie sich derhalben einzulassen kein bevelch hetten. Dabey sie es dan pleiben liessen, und wer von unöten, sie weiter zu fordern. Als sie nun auf ein ort gedretten und sich die stend unterredt, het der reichsmarschalk inen wider angesagt, auf morgen zu 7 horn zu erscheinen<sup>7</sup>, wird man den pomerischen gsandten di antwurt, wie sie gehört, geben, welchs aber sie bede wider gewaigert und angezeigt wie vor, das sie dessen kein bevelch hetten, auch dazu nit komen würden. Darauf der meinzisch canzler gesagt, das mans inen altem prauch nach also ansagte. Dagegen aber sie bede sich widermals gesetzt und gewaigert, also das man

<sup>6</sup> *D.h. die Gesandten der altgläubigen Städte Rothenburg und Speyer.*

<sup>7</sup> *Die Augsburger Gesandten Jörg von Stetten und Dr. Lukas Ulstett berichteten daüber am 17. Febr. 1543 an die Bgmm Hans Welser und Mang Seitz und an die Baumeister und geheimen Räte von Augsburg: [...] Der stet Speyr und Rottensburg gesanten sein jetzundt zum drytten mal durch die bapstischen rhate erfordert und an sie, sich mit inen zu rathen inzulassen, begert worden, aber sollichs durch sy stracks abgeschlagen und uff irem vorigen, von iren herrn und obern empfangnen bevelchs, sich von unß, den stetten, nit abzusondern beharlich bliiben. Des wir uff ir anzeigen von inen zu danckbarlichem gefallen uffgenommen haben, mit erpiettung, inen in disem rhatlich und bystendig zu sein. [...]. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.)*.*

darauf voneinander gangen. Heraussen aber vor der thür hett der canzler ine, den speirischen gsanten, beruffen und ime gsagt, wie Socrates auf ein zeit alle seine schüler biß an einen verloren, derselbig einig aber was [= war] Plato. Darauf Socrates gesagt hett: „Sufficit mihi unicus Plato“ etc. Und wer also damit darvongangen.

Dweil aber nun inen beden für ire personen und auch irer herrn und obern halben zum höchsten bschwerlich, also alleinig in disen schweren gemeiner stett sachen ze stecken und diselben außzufuren, zudem auch, das sie den gemeinen erbern stetten nit gern etwas begeben ader zu nachteil handlen wöllten, so wer ir vleissig bit, di gemeinen stetgesanten wollten inen beden rätig erscheinen, weß sie sich halten möchten, damit sie gemeinen stetten kein eingang [= Schaden] mächten und dazu auch zu irer herrn und obern gefallen handleten etc.

[15v] Hierauf ist nun im stetrath ein umbfrag gschehen in der beder gsanten Speir und Rotenpurg beisein, und von zweien wegen, die sie wandern [= beschreiten] möchten, meldung geschehen: Erstlich, das sie sich auf der stett stym und session, sovehr inen diselbigen mitgeteilt wurden, legen und on dasselbig sich einzulassen waigern sollten, oder aber sich mit dem zu verantworten, dweil sie mit und neben andern stenden ze handlen abgefertigt, jetz aber ein grosse absönderung vor augen, das sie sich dan nit wißten einzulassen etc. Unter solchen beden wegen ist der letzter, als der glimpfigist, für den pesten angesehen, doch mit eim kurtzen anzug der stymm und session halben.

Als nun di beden gsanten Speir und Rotenpurg inen solchs verzeichnet zuzustellen gebetten, ists also bevolhen und geschehen, wie hernach volgt: Nemlich, das sie von iren herrn und obern zu disem reichstag abgefertigt, mit und neben andern stenden, sonderlich der erbern frey- und reichstet gesanten, di sachen, darumb diser reichstag angesetzt, helfen zu handlen und fürdern. Dweil sie aber befunden, das etlicher stend potschaften, und sonderlich der erbern frey- und reichstet gesanten, so alhie versamlet, ausserhalb irer beder nit zugegen, auch zu den hendeln nit gefordert oder gezogen wurden, so wißten sie bede allein und on beisein der andern stetgesanten sich keinswegs in einiche handlung zu begeben oder einzulassen noch sich von denselben zu söndern, angesehen das solichs iren habenden bevelchen stracks zuwider. Im fall aber, das andere der erbern frey- und reichstet gesanten erfordert und der notturft nach, wie pillich, gehört, auch zu iren stymmen und standt gelassen wurden, so wern sie bede urpüttig, mit und neben denselben sich von irer herrn und obern wegen auch der gepur hören ze lassen und irer abfertigung gemeiß zu halten<sup>a</sup>.

[16r] Daneben aber ist auch widermals fur gut angesehen, dweil der nurmpergisch doctor<sup>8</sup> komen, das dan zu besichtigung und zusammenziehung der ratschleg ein außschuß sampt etlichen doctorn verordnet und derselbig zu gelegner

<sup>a</sup> *Marg.:* Nota: Di handlung hat sich hernach dermassen zugetragen, das dise bede stetgsanten diser antwurt zu ubergeben nit notturftig geweißt.

<sup>8</sup> *Nürnberg Jurist Dr. Johann Gemel.*

zeit, sobald es sein könth, zusammenberüft werden sollt. Darauf ist nun solcher außschuß verordnet, nemlich von der rheinischen banck Strasburg, Speir und Franckfurt, dweil sonst niemands mehr hie, und von der schwebischen banck Regenspurg, Augspurg, Nurmberg und Eßlingen.

Donerstags, 15. Februarij vormittag.

Sint die zum außschuß verordneten gesandten und doctorn beyeinander erschienen, nemlich H. Jacob Sturm und H. Michl Han von Strasburg, Dr. Johan Hiltner von Regenspurg, Mag. Rudolf Schällhorn, statschreiber von Speir, Dr. Lucas Ulstat von Augspurg, Dr. Iheronimus zum Lamb von Franckfurt, H. Iheronimus Paumgartner und Dr. Johan Gemel, nürmpergisch, und Lic. Johann Machtolfft von Eßlingen. Denselben sint furgelegt worden etliche ratschleg der stett stymm und stands halben im Reiche, als nemlich zwen augspurgisch<sup>b</sup>, einer von Ulm, einer von Franckfurt und ein nürmpergischer sampt 2 dazugehörigen suplicationen. Und hat H. Jacob Sturm angezeigt, das seiner heren advocat, Dr. Ludwig Grempp, auch einen gemacht und damit unterwegen sey herwärts ze reiten.

Als nun beim außschuß ein umbfrag, wie mans mit solchen ratschlegen fürnemen wölt, gschehen, ist fur gut und fruchtbar angesehen, dweils lange zeit walten wird, solche ratschleg alle beim ganzen außschuß zu hören und von eins jeden [16v] puncten wegen in sonderheit zu fragen und ratschlagen, das dan 2 von den gelerten deputirt, durch wölche die ratschleg besichtigt und conferirt, auch di grund und argumenta, sonderlich wohin di petitiones derselben ratschleg gestellt, ausgezogen und volgends dem ganzen außschuß wider sumarie fürpracht werden sollten, sich weiter darauf miteinander zu bereden. Also hat man dazu verordnet Dr. Johann Gemeln<sup>c</sup> und Dr. Iheronimus zum Lamb und neben inen H. Jacob Sturm, zu und von ze geen, sovil di notturft erfordert, und auch seine gscheftd sonst erleiden könden.

Sambstags, 24. Februarij vormittag.

Als di stetgsanten auf der gsanten von Eßlingen begern zusammen erfordert und im stetrath erschienen, hat alda H. Johan Machtolft, Lic. und sindicus zu Eßlingen, müntlich fürgetragen: *Es folgt die Werbung des Esslinger Gesandten Lic. Machtolf an die Reichsstädte wegen der Übergriffe Hg. Ulrichs von Württemberg*<sup>9</sup>.

<sup>b</sup> *Marg.*: Dr. Peutinger hat di 2 augspurgischen ratschleg zu sich genomen und verheissen, davon wider copias ad acta ze legen, ist aber noch nit gschehen.

<sup>c</sup> *Marg.*: Nota: Als Dr. Gemel gleich bald hernach und eben als er im werck gewest, solchen außzug ze machen, mit heftiger leibschwacheit beladen, also das er der sachen nit außwarten könd, und Dr. Ludwig Grempp eben ankommen (der ondas sunst keiner ander dan diser gemeiner stethandlung halben hieher gefertigt worden), ist bey den stetgsanten aus sorgfeltigkeit, das Dr. Gemel so bald nit wider zu gesundheit komen möcht, fürs pest bedacht, demselben Dr. Gremppen Dr. Iheronimus zum Lamb zuzeordnen, wie dan auch beschehen.

<sup>9</sup> *In: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 63r–66v (Kop.); DV*

[18r] Hierauf ist in gschehner umbfrag fur gut angesehen, das diser furtrag sampt allen eingelegten schriften durch den hievor geordneten grossen stettaußschus bedacht, und geratschlagt werden soll, wie der statt Eßlingen füglich ze helfen, was auch den gsandten auf solch ir anpringen und begern für antwurt ze geben sein mög. Dasselbig alles alsdan wider den gemeinen stetgsanten wider fürzetragen. Und dweil H. Lic. Machtolf zuvor in den bemelten grossen außschuß geordnet und aber in diser sachen nit beisitzen kan<sup>10</sup>, ists bey der andern zuvor geordneten stetgsanten anzahl gelassen.

Donerstags, 1. Martij nachmittag.

*Der Gesandte der Stadt Dinkelsbühl, Bgm. Michael Bauer, übergab im Städterat eine Gegendarstellung von Bgm. und Rat von Dinkelsbühl auf die Anschuldigungen Wolf Müllners, gen. Zebinger, betr. die Gefangenhaltung seines Sohnes Michel. Die Schrift wurde verlesen und soll Wolf Müllner auf Verlangen in Kopie ausgehändigt werden.*

[18v] Freitags, 2. Martij nachmittag.

Seint der erbern stetgsanten beisamen erschienen, alda referirt, dweil gestern inen, den stetgsanten, durch den meintzischen canzler in beisein der kfl. rath, auch etlicher anderer der fursten und stend verordneten anzeigt worden, das bey inen fur gut bedacht, dweil etliche bevelchsleut, di in verwaltung der hohen empter dem Reich im vergangen turckenzug gedient, an gemeine reichsstend etlichs außstands halben supliciert und sich erber, guter rechnung angepotten, darumb dan gut sein mocht, von aller kraiß einemern ire rechnungen zuvor zu empfahren und zu besichtigen, welchs aber, wie zu bsorgen, in kurzem nit gschehen könth. Das dan zu abschneidung des uncostens, der hie auf solche bevelchsleut gieng, ein außschuß verordnet, durch wölchen solche rechnungen besichtigt, darin vergleichung gemacht und volgends der versamlung aller gelegenheit bericht gethan werden. Mitlerweil auch solche bevelchsleut wider heimgeschafft und inen angsagt werden solt, ein oder 2 sollicitatores hie ze lassen. Zu solchem außschuß di stetgsanten altem prauch nach auch jemand verordnen möchten. Solten solche rechnungen auf kunftigen Sampstag [3. März] furgenomen werden etc. [19r] Auf wölchs dan in der stetgsanten namen durch H. Jacoben Sturm wider anzeigt worden, das sie solch anpringen, wie ein außschuß zu verordnen, der di rechnungen ersehen und, was den suplicanten fur bscheidt ze geben, bedencken, volgends solichs alles bey den kfl. räten, fursten, stenden und stetten wider anpringen solt etc., angehört. Dweil aber erst biß Sampstag

fol. 66v: Verzeichnus, waß uff Sambstag 24. Februarij bey den erbern stetten von wegen der statt Eßlingen gehandelt worden 1543. Eßlingen contra Wirtemberg. *Machtolf bat in seinem Vortrag im Städterat die versammelten Städteboten, einzeln anzugeben, ob und wie sie Esslingen angesichts des bevorstehenden Angriffs des Hg. von Würtemberg helfen wollten. Siehe dazu: G. SCHMIDT, Reichsstadt und Territorialstaat, S. 87.*

<sup>10</sup> *Da Machtolf als Vertreter Esslingens selbst Partei war, konnte er wegen Befangenhait nicht in den großen Städteausschuss entsandt werden.*



solcher außschuß zusammenkomen und di rechnungen furgenomen werden solten, so wolten sie, die stetgesandten, sich derhalben miteinander hiezzwischen unterreden und ir gelegenheit dem mainzischen canzler wider anzeigen lassen<sup>d</sup>. Dabey es dan die stend also pleiben lassen etc. Hierauf nun vonnöten, davon zu reden, ob und wehn man von der stet wegen zu solchem außschuß verordnen wolte.

Also ist in gschehner umbfrag durchauß fur gut und der stett halben nutzlich angesehen, in solichen außschuß auch zu verordnen, in bedacht, das es ein gut argument für di stett, dweil sie in die engen rath gezogen, das sich auch vil mehr und pillicher gepürt, in den grossen räten ze sein und davon nit abgesondert oder außgeschlossen ze werden. Darauf ist von jeder panck einer, nemlich von der rheinischen Speir statschreiber<sup>11</sup> und von der schwebischen Nurmberg, Sebalt Haller, verordnet. Solichs auch alsbald durch H. Iheronimum Paumgartnern dem mainzischen canzler also angsagt worden, die erforderung darauf wissen anzurichten<sup>12</sup>.

<sup>d</sup> *Marg.:* Nota: Die stett haben ein bedacht genomen und erhalten.

<sup>11</sup> *Mag. Rudolf Schellhorn.*

<sup>12</sup> *Am selben Tag (2. März) stellten Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare die Duplik an die CA-Verwandten (Nr. 158) fertig und der König wandte sich am Folgetag an die Nürnberger Losunger um Unterstützung. Darüber berichteten die Augsburger Gesandten Jörg von Stetten und Sebastian Seitz am 6. März 1543 an Bgmm. und Rat von Augsburg: [...] Darzu seindt Hg. Moritz' gesanten, auch der stat Nurmberg verordnete, so doch vor allweg in diser sachen bey uns gestanden, zu disem malen außbliben. So hat sampstags [1543 März 3] abents die kgl. Mt. die zwen losunger alhie, H. Cristoff Detzel und H. Liennhart Duecher, beschickt und mit denselben vil von disen sachen eigner person geredt, was daran gelegen, und furnemblich den stetten. Das auch die ksl. Mt. und ir kgl. Mt. die stett hierinn allweg furnemblich und gnedigst bedacht, dann es sonsten etwan anderst zugangen. Were es noch gesinndt, soverr das man sich mit ainer sollichen pillichkeit befeissen wolt, die sachen also anschicken, das sollich ir Mt. gnaden und gnedig bedencken stathaben mochten. Und das sie sich zu verderbung teutscher nation lenger nit setzen noch auf irem begern, das an ime selber unpillich und nit zu ir Mt. macht stundt, verharren wollten. Anzeigt, was die antwurt sein wird, mit gnediger beger, davon Straspurg, Augspurg und Ulm auch bericht zu thuen. Das ist bescheen, und haben die gesandten der stat Straspurg und Ulm, auch wir uns bedanckt, und wann es nun darzu kommen wurd, das wir diß ingedenck sein wollen und vermog unserer habenden bevelch aller gepur und unverwißlich halten wollen. Nun will uns dennocht beduncken, das auch an diser sachen merklich groß und viel gelegen sein will, dann wie euer Ft. auß obgemelter antwurt [Nr. 158] zu befinden, so refferiert sich ir Mt. auf die vorgepflegen handlung zu Speyr [1542] und alhie [RT Nürnberg 1542], darinn der friden mit vorwissen aller ständt abgeredt. Dieselben zeit [des Friedstands] seien noch nit allain nit verschinen, sonder auch noch vil jar darzu. Am andern, so seien hievor auf beiden tagen der reformation halber und gar von kheiner abschaffung [des RKG] geredt. Und seye ir Mt. nochmaln urbuttig, das daß cammergericht auf die vorigen abschid und*

Eritags, 6. Martij nachmittag.

Ist bey den stetgsanten, als sie ondas beisamen geweißt und auf erforderung zu der versamlung gewartet, durch Caspar Sturm, den alten herolt, ein suplication umb verehrung furkomen [*fehlt*], mit anzeigen, das ein jeder churfurst ime im nechsten reichstag 4 taler, jeder furst 2 und jeder graf und prelat 1 taler geben, mit bit, di stet wolten ine als ein alten diener auch bedenken. Hierauf ist bewilligt, so man zu end des reichstags ondas contribuiren werd, das man dan sein auch darin mit einer zimlichen verehrung nit vergessen soll.

[19v] Mitwochs, 7. Martij nachmittag.

Als di kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien bey der versamlung etliche kuntschaften, das der Turck stercker dan zuvor nye in rustung, vorhabens auf Hungern etc. zu ziehen, mit beger, die stend wolten eintrechtiglich solichs zu herzen furen und in disen hauptpunten handeln und fürgeen etc., und aber auf disen furtrag di stend alle ab- und in ire sonderbare stuben zusammengangen, seint di stetgsanten (doch allein sovil in der schmalkaldischen pundtnus nit verwandt) auch beyeinander erschinen und sich hierauf unterredt. Als aber bey inen bedacht worden, das diß eben der haupthandl dises reichstags und aber disen stetten, deren so wenig, dweil die schmalkaldischen stett bey denselben stenden anhangen, etwas bschwerlich, etwas darin ze thun oder ze handeln, ist durch ein umbfrag fur gut angesehen, wo dise stetgsanten alleinig wider erfordert

handlungen die reformation furzunemen. Und damit alles verzugs verdachts wir entlich entledigt, so woll ir kgl. Mt. alle prophansachen an beruertem cammergericht biß zu endung der angeregten reformation suspendiern, mit vorbehalt etc. So nun under dem wort „handlung“ auch die decleration [*RTA JR Bd. XI, Nr. 949*] darein gebracht, so mochte dennoch davon geredt werden, dann es ir Mt. zu mermaln selbs redet und erholet, auf dise handlungen weren sie von der ksl. Mt. abgefertigt und khondten weyter mangel bevelchs halben nit schreiten. Nun hat dennoch die decleration ir maß, deren sich die stendt hievor settigen lassen. So nun demselben nochmaln nachgesetzt oder ob es auch dahin gebracht wurd, das doch die churfursten und krayß die iren zu ir gelegenheit abfordern und andere presentiern mochten und dieselben allain auf den regenspurgischen abschid [*1541*] und die decleration beaidigen, sollten dennoch dardurch etwan vil personen an das cammergericht, die diser stendt religion nit zuwider und die andern desto minder nachteyl zufuegen mochten, gebracht [*werden*]. Dann ob man ungehandelt aller sachen hie sollten abscheiden oder ir Mt. mit den andern standen in der handlung furschreiten, so mochte dennoch die beschwardt darauß erfolgen, das in gemein reichssachen nichts beschlossen und diser vorsteenden nott des Turcken halben sovil minder versehung bescheen, das disen landen, so nach Osterreich die nachsten, hoch verderblich. Wir erkennen uns furwar vil zu gering, das wir diser sachen notturftiglich und auf all weg khunden nachgedencken, ob so mit grossem unstaten auf dem ersten vorhaben zu verharren oder von der reformation auf die vorgepflegen handlungen und maß der decleration zu reden sein wolt, weyl es je nit anderst gesein mag. Sobald wir auch versteen, was die sachssischen und hessischen hierinn gesinndt, das schreiben wir euer Ft. mit erstem zu. [...]. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.)*.

und inen der stend bedencken anzeigt werden wolt, das dan dagegen solt gsagt werden, dweil sie, di gsanten, in so geringer anzal und wol genaigt, neben und mit den andern stenden und stetten helfen zu ratschlagen, aber di andern stetgsanten sich nit einlassen wolten, so wolt disen gsanten auch nit gepüren, sich allein einzulassen. So aber di andern bey und mit inen weren und also di stett samptlich der notturft nach auch gehört wurden, wolten sie sich der gepür erzeigen etc.

Donerstags, 8. Martij nachmittag.

Nachdem der hieoben gemelt außschuß der rechnungen halben, wie diselben gestellt, bey der versamlung relation gethan, welche inen in schriften [Nr. 131] ze stellen bevolhen, dazu auch, das sie von denen, so solche unlautere rechnungen ubergeben, mehrern bericht fordern und volgends nach gelegenheit weiter darauf geratschlagt werden sollt etc., seint gleichwol alsbald di stetgsanten alle zusammenkomen [20r] und haben bey inen die zwen zum außschuß geordnete herrn, nemlich von Speir der statschreiber und von Nurmberg Sebalt Haller, auch nach lengs referiert, wie sie solche rechnungen gefunden: Nemlich das dieselben weder anfang noch end oder einiche förmliche gestalt hetten, dan darin wer nit lauter gesetzt, wan der hohen empter besoldung angangen, item wie es mit dem abzug, rüstgelt und andern mer stücken gestalt, sonder stund allein, was empfangen und was man noch inen schuldig, ungemeldet, wie und wehm es wider hinaußgeben worden were. Darauß dan auch sie vom außschuß geursacht, solche rechnungen wider an di gemeinen stend ze weisen etc.

Darauf ein umbfrag gschehen, darin gleichwol di gsanten alle solcher unpillicheit halben befrömbden und beschwerd getragen, aber doch auch fur bschwerlich angesehen, wo di andern stend hierin laviren und sich nit hart erzeigen wurden, das di stett alleinig der katzen di schelln anhencken und diß seltzam gsind auf sich laden sollt[en]. Darumb furs pest bedacht, jetzund hierin nichts ze schliessen, sonder züvorderst der stend bedencken hierauf anzuhören. Wo dan dasselbig gleichmessig und pillich angesehen, mocht man auch dabey pleiben; wo aber nit, alsdan weiter rätig zu werden. In sonderheit aber, das von der stet wegen auf dem bestanden und verharret werden solt, wo es gleich zur bezalung gelangen und komen wird, das diselbig in alweg auf di, so bisher mit erlegung irs gemeinen pfnennings und schickung irer hilf ungehorsam gewest, gewissen und geschlagen und di gehorsamen damit gar nit belegt oder bschwert werden solten, angesehen, das diselben dem speirischen abschidt gehorsamlich gelebt und nachkomen etc.

[20v] Eodem die [8. März] post meridiem.

*Übergabe einer zweiten Supplikation Wolf Müllners aus Nördlingen, gen. Zebinger, in Sachen seines in Dinkelsbühl gefangen gehaltenen Sohnes, in welcher er die Städtegesandten ersucht, zwei Abgeordnete nach Dinkelsbühl zu schicken, um den Gefangenen selbst anzuhören. Dieses Ansuchen lehnten die Städtegesandten ab; stattdessen schlugen sie eine gütliche Konfliktvermittlung durch den Rat von Nürnberg vor.* Als nun solchs also durchauß furs pest angesehen, seint di verordneten

eins raths alsbald gebeten worden, solchs auf morgen beim rath anzupringen und ein rath von der stetgsanten wegen zu solchem zu erbitten. *Sollte der Rat von Nürnberg sich zur gütlichen Vermittlung bereit erklären, sollen Dinkelsbühl und Wolf Müllner davon in Kenntnis gesetzt werden.*

Hierauf, als sie bede daran zufriden gewest und auch ein rath alhie di gutlich underhandlung über sich ze nemen, doch das diselbig hie zu gschehen, bewilligt, ists also gen Dinckelspühel geschriben, ut in litteris sub dato 12. Martij 1543 [fehlt].

[21r] Dinstags, 13. Martij.

Als di stetgsanten sich underredt und fur bschwerlich angsehen, wan bey der versamlung ein fürtrag geschicht und der churfursten potschaften sich an ein sondern ort in der stuben, item fürsten, grafen und prelaten und der abwesenden gsandten auch an irem ort sich darauf miteinander bereden, die stetgsandten aber alda sitzen, miteinander nichts ratschlagen, sonder sich also allein ansehen lassen sollen, ist fur gut angesehen und beschlossen, das fürohin allemal, wan ein fürtrag bey der versamlung gschicht und churfurstenrath, auch fursten und der andern gsanten sich darauf zu bereden zusamendretten, di stetgsanten auch außdretten und in ir geordnete stuben zusamengeen solln. Ist reputation und ansehen dadurch zu erhalten. Alda sich auch miteinander, was darauf zu antwurten sein möge, zu underreden und fernerer erfordderung, wider zu der versamlung zu geen, zu erwarten.

Sampstags, 17. Martij vormittag.

Hat der speirisch gesandt, Mag. Rudolf Schelhorn, statschreiber, im stetrath fürpracht, das sich di gesanten noch wol wißten zu erinnern, weß sich seine herren, ein erber rath zu Speir, hievor zu mehrmaln einer landsteuer halben [beklagt], so Pfgf. Ludwig Kf. etc. neben seiner kfl. Gn. unterthanen auch auf etliche irer burger guter, in seiner kfl. Gn. land gelegen, geschlagen, dergleichen vor nie gehört, dan eim jeden vom hundert 5 fl. in 1½ jarn zu bezalen auferlegt<sup>13</sup>. *Trotz mehrmaliger Ansuchen der Stadt Speyer bei Kf. Ludwig von der Pfalz um Abschaffung der von Speyerer Bürgern eingehobenen Landsteuer, fuhren die kurpfälzischen Amtleute mit der Besteuerung fort und der Kurfürst zögerte eine endgültige Antwort an Speyer hinaus. Deshalb wandte sich die Stadt auf dem Reichstag in Regensburg 1541, auf dem Speyerer Städtetag (Nov. 1541) und in Speyer 1542 an die Städtegesandten um Unterstützung. Die Entsendung einer Gesandtschaft im Namen aller Reichsstädte (Nov. 1541) und ein schriftliches Ansuchen des Städtecorpus an Kf. Ludwig in Speyer 1542<sup>14</sup> um definitive Stellungnahme blieben erfolglos. Da die Landsteuer von den Speyerer Bürgern weiterhin*

<sup>13</sup> Zu den Hintergründen über die Auseinandersetzungen um die Besteuerungshoheit zwischen dem Kf. von der Pfalz und den Bürgern der Reichsstadt Speyer siehe ausführlich: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 204–209.

<sup>14</sup> Siehe dazu den Abschied des Speyerer Städtetages, 1542 April 14, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 299, S. 1246.

*eingehoben werde, sei der Gesandte nun vom Rat beauftragt, abermals um die Entsendung einer reichsstädtischen Gesandtschaft zum Kurfürsten anzusuchen, um Antwort auf ihr Anliegen zu erhalten.* Doch das diselbig potschaft ehe nit dan zu guter gelegenheit und wan inen durch ein rath zu Speir, das der churfurst gwißlich selbs anzutreffen, zu wissen gemacht wird, anreiten dörf. Wo [22r] dan abermals verzugig antwort volgen wird, das alsdan durch diselbig potschaft weiter anzeigt und gebeten werden sollt, das sein kfl. Gn. eim erber rath zu Speir so gnedig sein und inen nit verargen wolt, das ein rath zu Speir das recht deshalben gegen irn kfl. Gn. und vor iren räten der reichsordnung gemeß suchen und furnemen werde etc. Solichs wurden und weren seine herrn von Speir umb di erbern stet und di gegenwertigen gsandten mit freuntschaft und allem vleiss verdienen etc.

Hierauf ist ein umbfrag gschehen und bedacht: Dweil auf di obgemelt der verordneten potschaft werbung nit allein schriftlich, sonder auch aufm speirischen reichstag [1542] bey seiner kfl. Gn. aigner person müntliche anmanung umb antwurt gschehen und aber bisher nicks darauf ervolgt oder erlangt werden mögen, das dan, wo gleich jetz wider ein potschaft verordnet, abermals zu keiner entlichen antwort ze komen sein wyrd. Darumb fur pesser ansehen, di potschaft noch derzeit zu umbgen und von hinnen auß widermals ein schriftliche manung auf der churfurstenrät letst schreiben und erpieten an sein kfl. Gn. ze thun umb satte und entliche antwort auf vorige werbung, und diselbig den stetgesandten hieher zu schicken zu bitten, doch den anhang des rechtens halben noch derzeit zu umbgeen<sup>15</sup>. Wo dan antwort volgen wyrd, könth man sich nach derselben gelegenheit alsdan abermals, ob hernach ein potschaft zu schicken vonnöten oder nit, weiter entschliessen.

Als nun solichs dem speirischen gsandten gleichwol mit mehrern worten also angezeigt, er sich auch dessen von seiner herren wegen bedanckt und ime gefallen lassen, allein gebeten, di sach zu furdern, damit vorm aufpruch des reichstags wider antwort hieher komen möchte etc., ist daruf solche schrift mit sein, des gesandten, wissen verfertigt und ausgangen, am datum montags post Palmarum, 19. Martij 1543, wie im concept apud acta zu sehen ist.

[22v] Eritags, 20. Martij vormittag.

*Verlesung der Antwort des Rates von Dinkelsbühl auf das Schreiben der Städtegesandten: Einwilligung Dinkelsbühls in gütliche Unterhandlung unter der Vermittlung Nürnbergs in der Causa Wolf Müllner bzw. seines Sohnes Michel gegen den*

<sup>15</sup> *Die Gesandten der Reichsstädte an Kf. Ludwig von der Pfalz: Auf Ersuchen des nach Nürnberg abgefertigten Speyerer Gesandten bitten die Städtevertreter Kf. Ludwig um möglichst rasche Antwort in der Angelegenheit der Besteuerung der Speyerer Bürger. In: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 89r–90v (Kop.); DV fol. 90v: Der erbern stetgesandten schreiben an Pfgf. Ludwigen etc. der burger zu Speir gütere, so in seiner kfl. Gn. land gelegen und durch sie mit der landsteuer belegt worden, belangen. Montags nach Palmarum, 19. Martij 1543, außgangen.*

*Rat von Dinkelsbühl.* Als nun darauf ein umbfrag gschehen, ist dem dinckelßpühelischen gsandten volgends angezeigt worden: Das di stetgsanten solch seiner herren und freund bewilligen in di gütlich handlung zu freuntlichem gfallen verstünden und annemen. So nun ein erber rath alhie [= *Bgm. und Rat zu Nürnberg*] tag benennen wird, so wer der stetgsanten bitt, seine herren und er wolten daran sein und sich deß befeissen, damit di sach in der güte hingelegt werden möcht. Dises sollt nun er, der gesandt, und seine herren zu Dinkelspühel von den stetgsanten im pesten versteen, wie es dan auch irnhalben in allem guten geschehe. Das hat sich nun der gsandt also heimzuschreiben erpotten.

Und als sich ein erber rath alhie eins tags halben verglichen auf Mittwoch nach Quasimodogeniti [*1543 April 4*] alhie zu erscheinen, ists dem gsanten, seinen herrn auch also zuzeschreiben, angezeigt und dan durch ein rath alhie dem rath zu Nördlingen gleicher gestalt zugeschriben worden, mit beger, irem burger, dem Zebinger, solchs, sich auf solch zeit wissen gfaßt ze machen und hie zu erscheinen, auch also anzuzeigen, ut in litteris eodem die ußgangen.

Eodem die [*1543 März 20*], auch vormittag, als den gemeinen stetgsanten morgens zu 7 horn bey der versamlung zu erscheinen durch den marschalk ansgagt worden, mit sonderer meldung, das man der kgl. Mt. hievor übergeben proposition [*Nr. 43*] und dan des ksl. orators, des H. von Granvela, gethanen fürtrag [*Nr. 197*] beratschlagen wurde etc., haben sich di stetgsanten zuvor darauf unterredet und in der umbfrag ein jeder sein bevelch angezeigt, die [*23r*] alle dahin gelautet, das vor weiterer bewilligung dahin gehandelt, das zuvorderst bestendiger frid und gleichmessige recht aufgericht, daneben auch vergleichung der kraißtruhen gemacht und di, so bisher an der türkenhilf ungehorsam erschinen, auch zu gepürlichem gehorsam gepracht werden solten, damit der lasst nit allein auf den gehorsamen und also meists teils auf den stetten lege etc.

Und ist also durchaus für gut angesehen, so von den churfursten potschaften, fursten und stenden den stetgsanten, was auf di beden propositiones bedacht worden, furgehalten, das dan inen in der stetgsanten namen angezeigt werden solt, das sie von irn herren und obern abgfertigt mit bevelch der türkenhilf und anders halben, was dem Reich nutz und fruchtbarlich sein möcht, helfen zu ratschlagen und schliessen. Sie könnten aber bey inen nit für nutzlich bedencken der beharrlichen türkenhilf halben jeh etwas statlichs furzenemen sein, es were dan zuvor im Hl. Reich allenthalben bestendiger frid und gleichmessig recht aufgericht, dweil vergebenlich sein wird, gegen Turcken krieg furzenemen, wo nit zuvor im Reich frid were. Darumb der stetgsanten bitt, das man di sachen dahin richten wolt, damit frid und recht angericht, das jederman leidlich were, damit sich alsdan niemand der hilf halben, als ob er diselb selbs im hauß bedorft, außziehen und entschuldigen möcht. So dan solchs gschehe, wern alsdan di stetgsanten urpüttig, mithelfen zu ratschlagen, was dem Reich allenthalben zu nutz und gutem komen möcht etc.

Der andern stuck halben aber, als vergleichung der kraißtruhen, item di ungehorsam zum parirn zu pringen, deßgleichen auch der erbern stett stym und stand im Reich belangen, item ringerung der anschleg halben, solt davon meldung ze thun auf disen ersten fürtrag in ruhe gestanden werden, dweil derselben stuck halben volgends füglicher anregung gschehen könth nach gelegenheit des fürhaltens, so den stetgsanten jederzeit gschehen wird. Actum ut supra.

Nota: Di stetgsanten sint diß tags zu der versamlung nit gfordert worden, wiewol sie vormittag etlich stunden gwartet derhalben in irer stuben etc.

[23v] Donerstags, 22. Martij vormittag.

Seint di stetgsanten morgens zu 7 horn beieinander erschienen. Alda fürgelegt worden, dweil gestern abends durch des marschalks diener<sup>16</sup> allen stetgsanten angesagt worden, diß morgens aufm hauß zu erscheinen, wird man der türckenhilf halben beschliessen, was dan den stetgsanten, im fall das di stend auf di kgl. proposition solcher türckenhilf halben etwas geratschlagt und furhalten wurden, ze thun etc.

Als aber in der gschehen umbfrag anzeig gschehen, das man bericht, wie sich churfurstenrath, fursten und stend dessen einhelliglich entschlossen haben solten, der kgl. Mt. und ksl. commissarien anzuzeigen, das bey inen auf das gesterig, der Kgn. Marien [Nr. 210] und Hg. von Gülchs rathen furpringen [Nr. 211] di sach dermassen bedacht, das nit wol zu einhelliger bewilligung der turckenhilf ze komen, es wer dan solche krigsrustung in ruhe und abgestellt, dazu auch sonst frid im Reich angericht etc., so ist fur gut angesehen, so es die mainung haben wird, sonderlich dweil es dem nechsten vorgesterigen beschluß, so bey den stetgsanten deshalb gschehen, auch nit entgegen, das mans dan also gschehen lassen und darein bewilligen, auf der stend begern auch jemand von stettgsanten zu irem ausschuß<sup>17</sup> verordnen solt, wie dan alsbald bschehen. Und seint von jeder banck einer, nemlich — — —,<sup>e</sup> dazu beschieden worden. Solts aber etwas anders sein, möcht man sich darauf weiter bereden.

Nachdem nun di stettgsanten nach solichem durch den marschalk zu der churfursten gesandten, auch der fursten und stend geordnetem außschuß erfordert, alda inen oben gemelte meynung (gleichwol mit vil mehrern worten, wie im reichstagsprothocoll nach lengs zu sehen) fürgehalten, und sonderlich,

<sup>e</sup> Die Namen der in den Ausschuss zu entsendenden Städtegesandten fehlen in der Vorlage. Der Gesandte Memmingsens, Christoph Zwicker, berichtete dazu am 23. März 1543 an Bgm. und Rat von Memmingen: [...] Und ist Straßburg und Nyrmberg zu dem andern der reychstend außschutz verordnet worden, zu der kgl. Mt. und ksl. commissarien und orator zu gehen. [...] In: *Memmingen StadtA*, A Bd. 320, S. 541–546, hier S. 544 (Ausf. v.d.Hd. Zwickers).

<sup>16</sup> *Sixtus Sommer*.

<sup>17</sup> *Ausschuss mit Beteiligung der Reichsstädte, um die Friedensinitiative bei König, ksl. Kommissaren und dem Generalorator Granvelle vorzubringen.*

das sie zum außschuß, solch anpringen bey der kgl. Mt. und ksl. comissarien ze thun, auch verordnen solten, begert worden. Haben sie durch H. Jacoben Sturm wider darauf anzeigen lassen, das sie angehört, was di stend auf di gesterigen der [24r] Kgn. Marien und gülichischen räthen fürträg bedacht [siehe oben., fol. 23v zum 22. März]. Dweil nun sie, di stetgsanten, von irn obern dermassen hieher abgefertigt, das sie neben und mit andern stenden solten helfen ratschlagen und schliessen, was zu des Turcken widerstandt dinstlich sein mocht, und aber sie sich nochmal wißten zu berichten, das hievor aufm reichstag zu Regensburg [1541] in bewilligung solcher turkenhelf etliche sonderbare conditiones angehenkt, als das di ksl. Mt. das ir auch dazu thun solt etc. sampt andern mehr nach laut desselben begriffs [RTA JR Bd. XI, Nr. 204], so hetten sie, di stetgsanten, auch nit anders künden bedencken, dan das zuvor vonnöten, frid und recht im Reich allenthalben ze haben und anzerichten. Dweil nun sie, die stetgsanten, mit inen, den stenden, in sollichem ainig, so liessen sie inen, das es also gehandelt wird, gefallen; wolten auch aus inen dazu ordnen, solchs also zu volziehen etc. Also ists bey solchem plibben und der außschuß zu eim [= ein Uhr] nachmittag aufs schloß zu der kgl. Mt. beschieden worden.

Eodem die haben di gsandten von Ulm beim stetrath anpracht<sup>18</sup>: Nachdem auf ir jungsts alhie gehaltenen reichstags gschehen anhalten denen von Überlingen in gemeiner stetgsanden namen geschriben und begert, di leipdingzinß, so sie einer burgerin von Ulm gute zeit her vorgehalten, zu entrichten<sup>19</sup> etc. nach laut desselben schreibens, so inen zugeschickt und sie ir antwort darauf eim ersamen rath zu Rotweil zuschicken, das derselbig gsandt di jetzo hieher pracht haben solt. Und aber Rotweil eim rath zu Ulm bald darnach geschriben, wie inen von Überlingen schreiben zukomen, darin sie angezeigt, das sie ire gsandten uf disen reichstag verordnen und ir antwort den stetgsanten schriftlich und muntlich fürpringen lassen wollten. So find sich aber, das sie noch bisher weder ire gsandten hergschickt noch einiche antwort den stetgsanten geben heten. Dweil dan der ulmischen burgerin das ir also wider pillicheit vorgehalten, so wer ir bit, di stetgsanten wolten ein nachdencken haben, wie doch der sachen ze thun, damit di arm frau zu entrichtung ires außstands komen möcht. Hierauf ist nun der rotweilisch gsandt, desgleichen auch das jungst [24v] an Überlingen deshalben ausgangen schreiben gehort und verlesen, darauf auch ein umbfrag gschehen. Ist bey den stetgsanten für gut angesehen, den ulmischen gsandten wider anzuzeigen, das bey den stetgsanten nit fur gut geachtet, diser sachen halben etwas weiter an Überlingen ze schreiben, sonder das noch lenger gewartet werden solt, ob Überlingen ire gsandten oder sonst antwort noch

<sup>18</sup> Zu Vorgeschichte und Verlauf des Konflikts zwischen Ulm und Überlingen siehe: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 73f.

<sup>19</sup> *Schreiben der Städtegesandten an Überlingen, Nürnberg, 1542 Aug. 28; siehe dazu den Städtetagsabschied von 1542 Aug. 28: RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, hier S. 930f., Anm. 3 und 4.*



uf disem reichstag herschicken wird. So dan solchs gschehe, könth man sich nach gelegenheit solcher antwort weiter richten; wo aber nit, so möchten sie, di ulmischen, zu end des reichstags beim stettrath wider deshalb anregung thun, wolten alsdan di stetgsanten, was in der sachen furzenemen, weiter tätig werden. Als nun solchs den ulmischen also anzeigt worden, haben sie sich dessen zu disem mal genügen und inen also gfallen lassen.

Sambstags, 31. Martij vormittag.

Hat der speirisch gesandt im stetrath anzeigt, das di 5 erbern stetgsanten Wormbs, Speir, Hagenaw, Rotweil und Ravenspurg gestern nachmittag [1543 März 30] umb 2 hor zu erscheinen erfordert, dem sie also nachkomen und gewartet biß nach funf. Als sie aber so lang in di versamlung unerfordert pliben, wern Wormbs und Speir abgangen, volgends aber di andern 3 hinein gfordert, alda inen furgehalten worden, das di gehorsamen reichsstend sich einer antwort auf der kgl. Mt. hievor ibergeben proposition verglichen [Nr. 92], di alsbald verlesen worden, deß summarischen inhalts, das di stend entschlossen, der kgl. Mt. ein hilf zu bewilligen. Doch dweil das pest volck verlossen und bestellt, also das nit wol zu eim gwaltigen zugk ze komen, das dan dahin ze handeln, das ein bsatzung der ortflecken und pass fürgenomen, derhalben auch ein anlag ze machen etc., mit dem anhang, das auch von ringerung der anschleg und vergleichung der kraifstruhen ze handeln oder doch aufs wenigist derselben halben relation einzenemen etc.

Auf solichs hetten der 3 stet gsanten abschrift und bedacht gebeten, [25r] sich darin zu ersehen und mit den andern zu bereden, also daruf ausgedretten. Nachdem sie aber weiter nit mehr erfordert worden, bis di stend abgangen, hetten sie den meinzischen canzler derhalben angesprochen, der aber inen zu antwort geben, das es nit der prauch oder herkomen were, inen bedacht ze geben oder sie zu hören. Der abschrift halben aber, wo mans andern mitteilen wird, konths inen auch werden etc. Als nun diser 3 stet gsanten inen, den andern zweien, so nit dabey gewest, solchs angezeigt, sie sich auch alle 5 miteinander darauf unterredt und aber besorgen müſsten, es möcht inen etwan mehr also begegen, so het sie fur gut angesehen, solchs den gemeinen stetgsanten also furzupringen und irs raths zu pflegen, we sie sich darin halten solten, damit den erbern stetten in gemein durch sie nicks begeben oder zu nachteil gehandelt werde.

Also ist im stetrath nach lengs davon gredt und allerley bedencken furgewendt worden. Im end aber dahin geschlossen, das disen 5 stetgsanten die drey doctores, von Strasburg Dr. Gremp, Augspurg Dr. Peutinger und Franckfurt Dr. Iheronimus zum Lamb, zugeordnet und durch sie alle ein schrift verfasst werden solt, welche di 5 gsanten den stenden ibergeben möchten, wölchs nun also gschehen. Und haben sie sich einer schriftlichen antwort [Nr. 102] verglichen, dieselbig auch am folgenden Sonntag, 1. Aprilen, in der versamlung offentlich ibergeben.

Donerstags, 5. Aprilen vormittag.

Ist ein schreiben von Pfgf. Ludwigen Kf., an di stettgesandten ausgangen, der burger zu Speir in der Pfalz gelegen guter und darauf gelegte steur belangen<sup>20</sup>, verlesen worden, des inhalts, das sein kfl. Gn. ire dazugehörige rath nit bey der handt. Sobald aber der reichstag auß, möcht Speir selbs bey sein kfl. Gn. umb antwurt ansuchen, solts inen gedeihen etc. Darauf der speirisch gesandt abschrift und dabey nochmals gebetten, im fall, das auf seiner herren ansuchen abermals nit antwort volgen oder aber ein aufzugige antwort gegeben wird, das dan jetz hie ein potschaft, wie er auch jungst gebeten, verordnet wird, [25v] deren seine herren solchs zu wissen machen und durch diselb alsdan weiter angesucht werden mocht. So solten seine herren diselbig potschaft zu guter gelegenheit ersuchen, das es ir unbeschwerlich sein sollte etc.

Also ist ein umbfrag gschehen und volgends dem gsandten wider anzeigt worden, das ime di begert abschrift mitgeteilt werden solt. Der potschaft halben aber achteten di gesandten, es müßt vermög des kfl. schreibens nach dem reichstag zuvordest durch Speir beim churfursten ansuchen gschehen und alsdan nach gelegenheit der antwurt di handlung weiter unter handt genomen werden. Wie aber dem, so wollt man dannocht jetz 2 stett dazu ordnen, als nemlich Ulm und Franckfurt, denen möchten seine herren nach empfangner antwort derselben gelegenheit zuschreiben. So solten derselben gsante bey inen zu Speir auf erforderung erscheinen und neben inen von einer instruction reden, darauf beim churfursten ze handeln. So wolt man sie jetz hie mit einer credentz versehen, damit sie alsdan gfaßt weren. Im fall dan, das jetz hie zu end des reichstags bald ein ander reichstag angesetzt oder etwan sonst ein stetversammlung sein würde, so möchten seine herren solcher potschaft verschonen und di antwort alsdan gemeinen stetgsanten fürtragen, so könth von statlicher instruction und abfertigung einer potschaft geredt werden etc. Solchs hat der speirisch gsandt von seiner herren wegen zu hohem danck und genügen angenommen, mit erpieten, das seine herren an gepurlicher ersuchung beim churfursten kein vleiß sparen solten etc.

Nota: In eventum soll jetz hie credenz und instruction gestellt werden auf di geordnet potschaft. Das Speir jetz hie abermals irer burger beschwerung halben mit der landsteuer bey den stetgsanten angesucht, bey sein kfl. Gn. umb antwort auf vorige werbung zu manen. Darauf dan sein kfl. Gn. wider geschriben worden. Als nun ir antwort dahin stund, denen von Speir selbs antwort ze geben, so hetten sich di stetgsanten jeh mit dem speirischen verglichen, das Speir darumb bey sein kfl. Gn. ansuchen solt. So dan inen ein abschlegige oder

<sup>20</sup> *Antwort Kf. Ludwigs von der Pfalz auf das Schreiben der Reichsstädte von 1543 März 19 (siehe oben Anm. 15): Nach Ende des RT soll eine Gesandtschaft von Bgm. und Rat der Stadt Speyer beim Kf. von der Pfalz um Antwort wegen der durch ihn von den Speyerer Bürgern eingehobenen Landsteuer ansuchen, datum Heidelberg, 1543 mitwochs nach ostern (März 28)/praes. Nürnberg, 1543 April 5. In: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 91rv (Ausf.).*

aufzugige antwort gefiele, das sie dan diselbig den 2 dazu geordneten stetten zu wissen machen und begern solten, das diselben zu sein kfl. Gn. auch anzusuchen verordnen wölten. Denen wer hie bevelch gegeben, alsdan anzusuchen und zu bitten von gmeiner stet wegen, di burger zu Speir solcher schatzung zu erlassen, in ansehung irs alten herkomens und habender freiheiten, oder wo nit, doch inen zu gstatten und zu keinen ungnaden aufzenemen, das sie solchs gegen ir kfl. Gn. vor irn räten des Reichs ordnung gemeiß suchten etc.

[26r] Eodem die [5. April] post meridiem haben di 5 obgemelten stetgsanten durch den statschreiber von Speir im stettrath anpringen lassen: Nachdem di gemeinen stetgsanten jungst durch sie bericht, wie inen in der versamlung fürgehalten, das sich di stend entschlossen, der kgl. Mt. ein hilf zu bewilligen, darauf aber inen, denselben stetgsanten, der begert bedacht und abschrift abgeschlagen, darumb sie damals verursacht, bey den gemeinen stetgsanten rath ze suchen, wie sie, di 5, sich weiter darein schicken möchten, damit den gemeinen stetten an irer stymm und stand im Reich nichts begeben würde. Darauf wern nun inen etliche der gelerten von erbern stetgsanten zugeordnet, di sachen zu beratschlagen, wie dan bschehen. Und hetten sie sich miteinander einer schriftlichen antwort verglichen und diselbig verfertigen lassen, in eventum, wo sie, di 5, weiter bschickt wurden, das sie diselbig schrift möchten eingeben, damit inen und den andern erbern stetten nichts begeben würde. Hierauf het sich nun zugetragen, das sie wider bschickt und inen fürgehalten worden, das di stend der kgl. Mt. anzeig thun lassen, wie sie entschlossen, ein hilf ze thun. Dweil aber diselbig diser zeit nit wol mit eim gwaltigen heerzug zu verrichten, das dan ein bsatzung der ortflecken und päss in Hungern, wo vonnöten, geordnet werden solt, wie dan alsbald di kgl. Mt. auch gebeten worden anzeig und bericht, an welchen orten solchs vonnöten. Darauf wer nun von irer Mt. zu antwort gefallen, das si di bewilligung der hilf zu gefallen annemen, das aber di stend bedacht, das nit ein gwaltiger zug, sonder allein ein bsatzung gschehen solt. So achtet aber ir Mt., das es pesser wer, so ein zug gschehe, dweil allerley kuntschaften vorhanden, das der Turk in gwaltiger rüstung und anzug. Dweils aber von stenden anders bedacht, so müßts ir Mt. ir auch also gfallen lassen, doch das neben der bsatzung auch ein gwaltiger zuzug verordnet wurde, dan on das und sonst wird sich niemand in di bsatzung gern prauchen lassen. Und het ir Mt. darauf auch verzeichnus der ortflecken und pess den stenden zugeschickt, mit anzeig, was bsatzung darin vonnöten, di sich in suma auf 45.000 mann erstreckt etc. [Nr. 93]. Auf solichs wer nun jederman abgedretten, sich zu underreden, und volgends inen, den 5 stetgsanten, wider furgehalten, das di stend nochmals anders nit könten bedencken [26v], dan das diß jar allein di bsatzung der päss und ortflecken fürzenemen. Darumb weren sie, di stend, bedacht, ein außschuß zu verordnen, wie bisher geprechlich gewest, dise sachen statlich zu bedenken. Hierauf hetten sie, der 5 stet gsanten, alsbald wider anzeigt, das sie sich auf jungst gschehen fürhalten, geweigerten bedacht und abschrift in iren instructionen ersehen und darauf ir meynung und bevelch in schriften [Nr. 103]

verfasst, di sie damit also dem meinzischen canzler zu handen geben. Und wern darauf wider außgangen etc. Solche ir ubergeben schrift ist auch alsbald im stetrath verlesen und habens di andern stetgsanten inen wol gefallen lassen, auch solche handlung von den 5 stetgsanten zu danck angenommen.

Als aber im obgemelten fürhalten unter anderm auch gemeldet, das di stend zu beratschlagung der bsatzung ein außschuß verordnen wolten altem prauch nach, welchs bey den erbern stetgsanten dahin verstanden, das solcher außschuß ausserhalb der stetgsanten die beratschlagung furnemen und ein abschidt abreden und verfassen, alsdan erst di stetgsanten zu abhörung desselben auch jemand ze ordnen ersucht werden, wie dan in neherm reichstag auch gschehen, ist bey den gemeinen stetgsanten ein zweifel fürgefallen, wo es durch di stend jetzerzelter massen fürgenommen werden solt, ob dan den stettgsanten thunlich wolt sein, jemand aus inen dazu zu verordnen oder nit, dweil di stend on di stett di beratschlagung fürgenommen und di stet allein zum abhören zu sich forderten etc.

Darumb fur gut angesehen, ein außschuß hierin zu verordnen, di sach zu bedencken auf 2 weg: Erstlich, wo di 5 stett alleinig dazu gefordert wurden, was inen dan darin ze thun sein wolt, und zum 2., wo an dye stettgsanten alle begert, jemand zum abhören zu verordnen, wie man sich mit protestation oder in ander weg dagegen erzeigen möcht, damit den gemeinen stetten an altem herkomen der stymm und stands halben nichts begeben wirde etc. Und seint volgends in solchen außschuß verordnet von der reinischen banck Strasburg, Speir und Frankfurt und von der schwebischen Augspurg, Nürnberg und Ulm.

[27r] Freitags, 6. Aprilen vormittag.

Seint die hievor durch di gsanten von Eßlingen im stetrath müntlich und schriftlich fürprachte beschwerden<sup>21</sup>, instruction [Nr. 72b] und nebenschriften nach lengs bey den stettgsanten gehört, daneben auch des außschuß darüber bedachter ratschlag verlesen, der sumarie dahin gestanden: *Es folgt das Gutachten des Städteausschusses vom 6. April 1543*<sup>22</sup>.

Hierauf haben sich nun di stetgsanten nach lengs unterredt. {27v} Und wiewol in der umbfrag noch von allerley andern wegen auch anzeig gschehen, di aber beim außschuß auch unbedacht nit plibben, aber allerley bedenckens halben im ratschlag ungemeldet fürgangen, so ists doch durchs merer bschlossen, das es bey des außschuß bedachtem ratschlag pleiben und dem gsandten von Eßlingen ein schriftlicher bscheidt, demselben ratschlag gemeß [Nr. 85, Anm. 6], gegeben werden solt, wölchs ime also anzeigt, auch noch deß tags solcher bscheidt in schriften zugestellt worden.

Eodem die ist auch beim stetrath fürgelegt worden: Dweil di reichsstend begert, das jemand von stetgsanten zum außschuß der kraißstruhen vergleichung rechnung und relation halben geordnet werden sollt, deßgleichen auch zu dem

<sup>21</sup> Siehe das Esslinger Protokoll: Nr. 85, Anm. 2.

<sup>22</sup> Siehe das Esslinger Protokoll Nr. 85, Anm. 6

außschuß, so zu der Vrentzen sach contra Mastricht verordnet, beschieden werden sollt, hierauf ist nun der stet halben für gut und nutzlich angesehen, dazu ze ordnen, dweils zu erhaltung irer reputation und alten herkommens dinstlich. Und sint also zum ersten außschuß verordnet Speir und Nurmperg und zum andern der gesandt von Rotweil.

Sampstags, 7. Aprilen.

Als di stend wider fürgenomen, auf der churfurstenrath gethan erpieten der hohen empter halben des geweißnen turckenzugs versicherung ze thun etc., mit denselben krigsleuten weiter ze handeln und abzerechnen, was man jedem schuldig etc., dazu sie auch von stetgsanten jemand ze orden begert, sint Speir und Nurmperg dazu beschieden worden, neben den andern di handlung helfen zu volziehen etc.

[28r] Montags 9. Aprilen vormittag.

Hat der eßlingisch gesandt, H. Johan Machtolfft, im stetrath wider anpracht, das er sich auf di jüngst ime schriftlich mitgetheilt antwort [Nr. 85, Anm. 6] in seiner instruction weiter ersehen und wie er diselb antwort gefunden: *Es folgt die Replik des Esslinger Gesandten an die Reichsstädte: Nr. 85, Anm. 8.*

[28v] Auf diß fürpringen ist in der umbfrag einhelliglich erteilt, dem gsandten nachvolgende antwort ze geben, wie auch alsbald durch H. Jacoben Sturmgschen: *Es folgt die Duplik der Reichsstädte an den Esslinger Gesandten: Nr. 85, Anm. 8.*

[29r] Hierauf der gsandt der ersten 2 puncten halben, das aus erzelten ursachen diselben furzenemen nit gut, ime solchs gefallen lassen; desgleichen auch des dritten halben, ein stettag auszuschreiben, achtet er, wie seine herren bisher sich gelitten und gedult getragen, sie werden jetz auch lenger warten und sich leiden. Und von wegen des vierten stucks mit der furstreckung, bedanckt er sich der stetgsanten angepotner fürderung, wollts seinen herren rumen, mit bit, solchs auch in abschidt zu pringen etc.

Dabey ists also plibben und ime hievon ein schriftlicher receß [Nr. 85, Anm. 7] mitgeteilt worden, wie bey den acten zu finden.

[29v] Donnerstags, 12. Aprilen vormittag.

Hat der statschreiber von Memmingen<sup>23</sup> in beysein des Bgm. N. von Lükirch den stetgsandten furgetragen: *Differenzen der Stadt Leutkirch mit dem Landvogt von Schwaben wegen des Jagdrechts, wegen Zinszahlungen zweier Kapellen und wegen Holzrechten. Leutkirch supplizierte deshalb an Kg. Ferdinand, der die Supplikation an die Regierung in Innsbruck zur Stellungnahme weiterleitete. Da bisher keine Antwort aus Innsbruck erfolgte, wandte sich Leutkirch abermals an den König mit der Bitte, Kommissare zu verordnen, um die Rechte beider Parteien zu prüfen und dem Landvogt in der Zwischenzeit alle tätlichen Handlungen zu untersagen. Nun ersuche der Rat von Leutkirch die Städtegesandten, zwei Gesandte aus ihren Reihen zu verordnen, um gemeinsam mit Leutkirch die Supplikation*

<sup>23</sup> Georg Maurer; er vertrat neben Memmingen auch Leutkirch und Lindau.

zu übergeben. Diskussion im Städterat über das Für und Wider dieses Vorschlags, der abgelehnt wird. Der Leutkircher Gesandte erklärt sich bereit, die Supplikation alleine zu übergeben.

[30r] Samstags, 14. Aprilen.

Seint der obgemelten 5 erbern stett gsante zu der versammlung erfordert, alda inen der stend bedencken, was der kgl. Mt. und ksl. commissarien der turkenhilf halben weiter anzuzeigen [Nr. 94], fürgehalten. Darauf aber sie, die 5 stetgsanten, auf begerten und inen gewaigerden bedacht alsbald ein durch sie zuvor begriffen suplication mit angehenckter protestation [Nr. 103] übergeben, di auch alsbald also verlesen und inen anzeigt worden, das di stend diselbig in bedenken nemen und inen, den gsandten, hernach darauf gepurlich antwort geben wolten. Das ist aber verplibben und darauf inen kein antwort worden, sonder sint di stend also furtgefahren.

Dinstags 17. Aprilen nachmittag

Als den stetgsandten unter etlichen andern sachen bey der stend grossem außschuß auch fürgehalten, das für gut angesehen, dweil man der hohen empter und bevelchsleut im vergangen turckenzug noch außstendiger bezalung halben, das diselben entricht worden wern, nit weg finden könd und aber dannoch pillich, dweil sie so lang darumb nachgeloffen, das ir verzert und versaumt, das sie dan derhalben schadloß gehalten und inen solche zerungen entricht werden solten, allerley weiterung zu verhüten etc. Und aber für gut angesehen, das jetzt ein anlag gemacht wird, darin di stend auf den romzug belegt, nemlich auf jeden knecht 3 kr.[!] und auf ein pferd 9 kr.[!] geschlagen, und di jetz alhie gegenwertigen [30v] stend ir gepurnus alsbald erlegen solten, dadurch die suma der zerung bezalt werden möcht etc. Auch alsbald ein außschuß, über den wormbsischen anschlag zu sitzen, geordnet werden solt, rechnung ze machen, was ein jeden stand treffen wirde etc.

Hierauf haben di stetgsandten, als dern damals wenig zugegen geweißt, bedacht gebetten, solchs an di andern auch gelangen ze lassen und mit inen davon ze reden, volgends ir aller meynung darauf den stenden wider anzuzeigen. Solicher bedacht ist inen zugelassen und begert worden, di sach zu fürdern und sonderlich jetz jemanden zum außschuß zu verorden, damit der überschlag mitlerweil des bedachts dannoch auch gschehen möcht. Also ist alsbald von der stetgsanten wegen H. Sebalt Haller, nurmpergischer verordneter, gegeben und bschieden worden, doch unbegeben des gebetten und zugelassen bedachts etc.

Mitwochs, 18. Aprilen vormittag.

Haben di stetgsandten sich auf di gesterig handlung der anlag halben im stetttrath notturftiglich underredt und gleichwol allerley bschwerungen darinn gefunden, als nemlich, das ir aller bevelch, in kein weitere anlag zu bewilligen, es were dan der vorigen vergleichung, auch ringerung der anschleg zuvor gschehen, sonderlich auch das dise anlag auf den romzug gestellt werden wolt, der den stetten gar unleidlich des ungleichen anlegens halben etc. Dagegen

aber auch bedacht, dweil di stett den speirischen abschidt und der bevelchsleut bestellungen mit [*ge*]holfen siglen, und also inen auch verpunden, das sie sich an niemant ehe dan an di stett halten und also den stetten grosser nachteil darauß erfolgen möcht. Solichs und allerley nachteil zu furkomen, ist bey inen für gut ansehen, dweils umb ein gerings ze thun, also darein zu willigen. Und haben demnach in der ganzen reichsversammlung nachmittag durch H. Jacoben Sturm wider anzeigen lassen, wiewol inen bschwerlich, in einich ferner anlag zu bezalung des kriegsvolks zu bewilligen, dweil ire obern dem speirischen abschidt irs theils in alwege gelebt, also das sie gehoft, es solte di verabschidet vergleichung der kraifstruhen pillich gevolt sein, dadurch dan di obersten und bevelchsleut bezalt hetten mögen werden, so wolten sie doch (wiewol ausserhalb bevelhs), dweils umb ein [*31r*] gerings ze thun, irs theils bewilligen, das dise zerung also zerschlagen und auf di anwesenden stend furgetragner massen gelegt wurde etc., doch mit protestation, das sie dadurch vom speirischen reichsabschidt nit gewichen noch in dise ungleichmessigen alten anschleg in andern fellen bewilligt haben wolten. Und nachdems den abwesenden stenden gleicher gstat hernach zu erlegen auch aufgelegt, so solt der abwesenden stett gepurnus hinter Nurmperg erlegt und alda behalten werden, biß man sich ferner vergleichen möcht, wohin solchs alles zu verprauchen etc. Solichs ist dermassen auch in stetabschidt zu pringen bevolhen worden [*Nr. 417, Art. 2r*].

Freitags, 20. Aprilis.

Nachdem der obgemelten 5 erbern stet gsandten im gemeinen stetttrath mehrmals, und sonderlich 14. Aprilen, wie hieoben verzeichnet, furgepracht, was inen bey der versamlung der bewilligten turckenhilf halben fürgehalten, darauf sie bedacht begert, der inen aber abgeschlagen, also das sie verursacht, ir gemüt den stenden schriftlich zu erkennen zu geben etc. Daneben aber bey den gemeinen stetgsandten auch furkomen, das di stend ein außschuß zu berat-schlagung des reichsabschids geordnet, dazu aber niemant von stetten beruffen, und dann die stettgsandten auch etlichermassen verstendigt worden, wölcher gstat der reichsabschidt bedacht und das er den erbern stetten in vilen artikln zum höchsten bschwerlich sein wird, haben di stetgsandten dem hieoben fol. 14 bemelten und geordneten außschus<sup>24</sup> bevolhen, dweil solcher reichsabschidt viler ursachen halben den erbern stetten keinswegs annemlich sein wurde, das dan diselben ursachen alle mit vleif bedacht und in ein protestation gepracht werden sollen, damit man zur zeit der publication solchs abschids mit solcher protestation gfat sein möcht etc.

Dem seint nun di zum außschuß verordneten herren also nachkomen und von solcher protestation nach lengs, was fur ursachen darein zu pringen, geredt und fur gut ansehen, das di 3 dabey gewesne doctores, nemlich Dr. Ludwig

<sup>24</sup> *Es handelt sich wahrscheinlich um den beim Datum des 15. Febr. (siehe oben fol. 16r) erwähnten Ausschuss, dem von der rheinischen Bank Straßburg, Speyer und Frankfurt und von der schwäbischen Bank Augsburg, Regensburg, Nürnberg und Esslingen angehörten.*

Grep von Strasburg, Dr. Claudius Pius Peutingen von Augspurg und Dr. Iheronimus zum Lamb von Franckfurt, sich miteinander vergleichen und durch sie ein begriff der protestation gemacht, der volgends beim gantzen außschuß wider gehört [31v] werden solt. Als nun diser handl Dr. Peutingern von den andern zweien doctorn zusamenzuziehen übergeben worden, er auch ein protestation begriffen, und sich aber mitler zeit, als er im werk gewest, noch allerley enderung im reichsabschidt zugetragen, also das mehrer pesserung der protestation vonnöten sein wöllen, wölche pesserung dan H. Jacob Sturm etc., als der auch des abschids inhalts gute erfahrung bekommen, über sich genomen und also diselbig protestation etwas extendirt und in ein lautere ordnung gebracht.

Haben di verordneten zum außschuß auf obgemelten 20. Aprilen im gemeinen stetttrath wider anpracht, das sie empfangen bevelch nach geratschlagt, was in beden fellen, wan di obgenanten 5 erbern stetgsanten alleinig oder aber di stettgsanten alle in di versammlung gefordert wurden, den abschidt zu hören, darauf ze thun sein möcht. Und also erstlich durch Dr. Peutingern ein protestation begreifen lassen [Nr. 407], di aber volgends, dweil sich im reichsabschidt allerley enderung zugetragen, auch mehr extendirt und in ein andere ordnung gebracht werden müssen, wie dan beschehen. Darauf möchten nun di stetgsandten dieselben beden protestationes (so doch der argumenten und ursachen halben einander nit ungemess) hören und eine annemen, wölche inen gefellig. Dieselbig möcht alsdan auch in aller stetgsanten namen übergeben werden, es wurden gleich sie alle oder allein di 5 stettgsanten zur publication beruffen etc.

Auf solichs seint bey den gemeinen stettgsanten di beden protestationes von den verordneten herren zu danck angenommen, und aber dweil di letzter, durch H. Jacoben Sturm verfertigt [Nr. 408], etwas mehr berichts aus dem abschidt in sich helt, darauß auch ein pessere ordnung volgen könd, so ist für gut ansehen, diselbig anzenemen und in aller stettgsandten namen wider den abschidt zu übergeben. Und im fall, das alle stettgsandten zur publication gfordert würden, das dan der protestation halben widermals, wie im nechsten reichstag alhie auch geschehen [RTA JR Bd. XIII, Nr. 199], notari und zeugen mit hinein genomen, volgends daruber requirirt werden solten. Im fal aber, das allein di 5 stetgsanten dazu beruffen, also das sie nit wol notari und zeugen mit hinein werden pringen könden, so solten alsdan diselben di protestation in aller stetgsanten namen uergeben, volgends dem notario relation davon thun, ine auch darüber copeien und instrumenta begern etc.

[32r] Sampstags, 21. Aprilis.

Hat H. Jacob Sturm im stetttrath angepracht: Nachdem jungst dem geordneten außschuß bevelch gschehen, aus den uergeben ratschlegen der stett stymm und stands im Reich halben ein außzug ze machen, wern di verordneten zum außschuß derhalben zusamenkomen und aber fur gut ansehen, dweil die ratschleg etwas weitleuftig und langeweil walten wird, dieselben under-schidlich und nach lengs zu hören, das zweien doctorn, nemlich Dr. Johann



Gemeln, nurmpergischen, und Dr. Iheronimo zum Lamb, franckfurdischen, di sach zu volziehen heimgestellt werden solt, wolchs auch also gschehen. Als aber Dr. Gemel ob dem werk kranck worden und eben Dr. Ludwig Grempe, strasburgisch, ankomen, wer derselb Dr. Iheronimo zugeordnet worden, solche ratschleg außzuziehen. Dem nun dise bede doctores also nachkomen und ein außzug<sup>25</sup> sampt irm bedencken, wie di petition ze stellen, verfertigt, denselben dem geordneten außschuß uberantwort, wölchen sie, di verordneten des außschuß, den gemeinen stetgsanten auch also uberantwort haben wöllten, sich darauf zu underreden, was ferner damit furzenemen etc.

Hierauf ist der beder doctorn daran gehenckt bedencken der petition halben, dweil der außzug etwas gar lang geweßt, allein gelesen und darauf bedacht, das auf disem reichstag, dweil der nun zum end gelangen wolt, solcher außzug seiner lenge halben nit wol notturftiglich geratschlagt werden möcht, sonder fur gut angesehen, dweil di stetgsanten jetz abermals zu irer stymm und stand nit gelassen, also das sie wider den reichsabschidt zu protestirn verursacht, das dann diser und anderer stett bschwerungen halben furderlich ein stetttag angesetzt, darauf solcher außzug, auch, wo vonnöten, di ratschleg fürgelegt und aller notturft hernach geratschlagt werden solt, was damit fürzenemen. Und damits aber jederman von stetten mitgeteilt werden möcht, dweil sich Dr. Grempe erpoten, solchen außzug nochmals zu übersehen, zu pessern und corrigiren, so ist ime, Dr. Grempe, bevolhen worden, solchen außzug sampt den ratschlegen mit sich gen Strasburg ze nemen, den außzug seim erpieten gemeß zu pessern und corrigirn, alsdan in truck<sup>26</sup> ze geben und 100 exemplaria fertigen ze lassen auf gemeiner stett costen, [32v] davon alsdan den 4 außschreibenden stetten<sup>27</sup> ein anzal zugeschickt werden solten, mit dem geding, diselben denen stetten, so darumb ansuchen würden, auf iren costen mitzetheilen. Daneben aber sonderlich dem strasburgischen gsanten aufgelegt worden, bey dem trucker zu furkomen, das solcher außzug sonst in niemands weitere hend komme dan dern, von denen es ime bevolhen wirt etc.

Montags, 23. Aprilis vormittag.

Seint der Kff., Ff. und stend verordnete zu den stetgsanten in ire stuben komen und alda inen durch den meinzischen canzler anzeigen lassen, weß sich di stend auf der ksl. Mt. orators, des H. von Granvela, hievor ubergeben proposition und werbung umb hilf wider Franckreich und Gülch etc. [Nr. 197] fur antwurt ze geben entschlossen [Nr. 200]: Nemlich sumarie, dweil di chur- und fursten selbs personlich nit hie zugegen, das dan sie, di rath und gsandten,

<sup>25</sup> Dr. Ludwig Grempe und Dr. Hieronymus zum Lamb fassten mehrere umfangreiche Gutachten verschiedener Reichsstädte zu Session und Stimme zu einem Endgutachten zusammen.

<sup>26</sup> Das gedruckte Endgutachten zu Session und Stimme der Reichsstädte in: Frankfurt ISG, Reichssachen II, Nr. 960a.

<sup>27</sup> Die vier Städte (Straßburg, Nürnberg, Frankfurt und Ulm) zeichneten für die Ausschreibung der Städtetage verantwortlich.

solch des orators anpringen, sovil Franckreich belangte, hinter sich pringen wolten. Gülch halben aber, dweil man noch in gütlicher handlung stünde, das dan gepetten werden solt, das di ksl. Mt. ir milte gegen disen jungen fursten erzeigen und di ander vorsteend nodt mehr ansehen wolt etc., wie im reichstagsprotocoll in lengerem verzeichnet zu finden ist.

Darauf aber die stettgsanten vorgschehner zusag und vertröstung nach solcher antwort copi, sich darin zu ersehen, begert, mit dem erpieten, inen, der stend verordneten, alsdan ir bedencken darinn auch anzuzeigen und sich mit inen, sovil möglich, zu vergleichen etc. Als aber solchs den stettgsanten gewaigert, mit anzeig, das di verordneten kein weitem bevelch hetten, dan wie angezeigt, wöltens aber gern wider an di stend pringen etc., haben di stettgsanten inen auch wider ansagen lassen: Dweil inen solche abschrift gewaigert, so wer auch ir beger, das iren mit verordnung zum ubergeben solcher antwort verschont werden solt, wie dan auch alsbald darauf bey den stetgsanten geschlossen, ob sie gleich zu der uberantwortung gefordert wurden, das sie dan niemand dazu bescheiden sollten etc.

[33r] Eodem die [23. April] vormittag haben di stettgsanten den process, wie es im nechst alhie gehalten reichstag mit der protestation wider den reichsabschidt gehalten worden, nach lengs hören lesen und darauf fur gut angesehen, das es jetz aber [= wieder] dermassen gehalten werden sollt.

Also und dweil auf 2 stund nachmittag allen stenden zur publication des reichsabschids angesagt worden, ist Jorg Seldnecker, notarius, sampt zweien meiner herren canzelisten, Matissen Strobel und Linhart Menwart, als zeugen im stetrath erschienen, alda ime durch Dr. Iheronimus zum Lamb, franckfurtischen gsanten, angezeigt worden: Dweil di stettgsanten bericht empfahen, das in dem jetz begriffen reichsabschidt allerley artikel begriffen, di den erbern frey- und reichstetten zum hochsten bschwerlich und also nit annemlich, so hetten di gegenwertigen stettgsanten ein protestation wider solchen abschidt begriffen lassen, vorhabens, diselbig nach des abschids publication dawider zu ubergeben. Hierauf wolt nun er, Dr. Iheronimus, in namen der stettgsanten ine, notarium, also in praesenti mit silber und gold subaerirt<sup>f</sup>derselben protestation werd volgends er, notari, di ein copi behalten und instrumenta [Nr. 408] davon mitteilens<sup>g</sup>.

Darauf hat der notari sich dess zu thun schuldig erkennt und dazu willig erpotten, alsbald auch di zeugen deshalb requirirt etc.

Eodem die [23. April] nachmittag, als der reichsabschidt in der versamlung verlesen worden biß zu der gesandten namen, alda es di kgl. Mt. pleiben lassen und aufgestanden, also das di vorgemelt der stett protestation [Nr. 408] [33v] offentlich vor der versamlung nit ubergeben werden könd, hat gleich darauf, als di kgl. Mt. auß der stuben gangen, H. Jacob Sturm von Strasburg in

<sup>f</sup> Unklar, vielleicht im Sinne von „aus der Gemeindekasse belohnt“.

<sup>g</sup> Danach folgt überflüssiger Weise: solt.

der stetgsanten namen in beisein des obgemelten notari und zeugen solche protestation dem meinzischen canzler Dr. Jonassen zugestellt, mit anzeig, dweil die erbern frey- und reichstet in vilen des reichsabschids artikeln merglich und zum hochsten bschwert, so hetten sie, di stetgsanten, dieselben in ein protestation begriffen, und wolten inhalts derselben protestation daneben auch begert haben, dweil sie solchen abschidt nit angenommen, das dan ire namen auch nit darein gesetzt und di ubergeben protestation in der mainzischen canzley zu andern dises reichstags acten registriert und prothocollirt werden sollt.

Daraufs der mainzisch canzler also angenommen, und aber des andern begerens halben geantwurt, das er nit wissen könth, dweil sich etliche gesanten zu irer herkunft in der meinzischen canzley ansgagt und etliche nit, wölche dan darunder den abschidt annemen und gehorsam sein wirdden oder nit. Soltens darumb pillich vor verfertigung des abschids ansgagt haben, dan er wißts nit mehr anders ze machen etc. Dagegen ime aber wider geantwurt, wo diser abschidt auf gleichmessige, leidliche weg gemacht und di stetgsanten darunder auch gehört worden wern, so hetten sich sie darin wol der gepür wissen ze halten, diser gstat aber könten sie sich nit darein begeben. Also ists dabey pliben und jederman darvon gangen.

Gleich nach solcher handlung seint di stetgsandten wider in ir stuben zusammenkomen und notarien und zeugen obgemelt zu sich erfordern, alda inen durch Dr. Iheronimo zum Lamb fürhalten lassen: Nachdem sie gesehen und gehört, das und wölcher gstat dem meinzischen canzler di oben gemelt der stetgsanten protestation nach des abschids publication durch H. Jacoben Sturm exhibirt und uberantwort, diselbig auch von ime, dem canzler, also angenommen worden, darauf so wolten di stetgsanten zugegen den heutigen vor [34r] ime, notario, und den zeugen gschehen actum sampt der ubergeben protestation und aller derhalben geübten handlung jetz vor ime und den zeugen wider repetirt und inhalts derselbigen protestation nochmals protestiert, ine auch in craft seins ampts requirirt und vleissig, vleissiger und allervleissigist gebeten haben, ein oder mehr, und sovil vonnöten, offen instrumenta darüber zu fertigen und zu machen etc.

Also hat sich der notarius widermals allen vleiß darin ze thun erpotten, alsbald auch di beden zeugen umb gezeugnus diser ding aller ersucht und gebetten. Und seint ime darauf aller stetgsanten, so bey disem actum gewest, namen sampt den stetten, davon sie zum theil bevelch gehapt, ime, notario, verzeichnet zugestellt worden, diselben dem instrument zu inseriren, wie volgends durch ine geschehen.

Nota: Das originalinstrument ist alhie hinter eim erbern rath in ir canzley bey andern diß reichstags geübten stett-handlungen zu finden [Nr. 408].

Und so ist auch bey den stetgsandten fur gut und ein notturft angesehen, das dem H. von Naves als ksl. comissario diser protestation auch ein copi zugestellt und er gebeten werden solt, di erbern stett bey der ksl. Mt. zu verantworten

und entschuldigen, mit anzeig der ursachen, in solcher protestation begriffen. Derhalben solche protestation von der erbern stet wegen nit umbgangen werden mügen etc. Dazu seint von beeden bencken Strasburg, Augspurg und Nurmperg verordnet worden.

Eritags, 24. Aprilen vormittag.

Ist im stettrath durch den geordneten außschuß relation gschehen: Nachdem inen, den geordneten, vorgestern bevelch gschehen, nachdencken ze haben, wie zwischen den stetgsanten auch ein abschidt ze machen und was für puncten darein zu pringen, das sie darauf beyeinander gweßt und sich derhalben underredt, volgends auch ein abschidsbegriff verfassen lassen der puncten halben, so auf disem reichstag im stettrath furgefallen. Als nemlich zum ersten, wie es mit den ratschlegen und darauß gemachten außzug der stett stymm und stands halben ze halten etc. 2. Das darin gemeldet, warumb di anlag der kriegßleut zerung halben bewilligt etc. 3. Wie mans der stett protestation halben wider den reichsabschidt gegen den fiscalischen processen halten möcht etc. 4. Wo ad partem di turkenhilf zu laisten bey den stetten angesucht wird, was dagegen ze thun etc. 5. Dern von Eßlingen [34v] bschwerden belangen, so inen von Wirtenperg begegnen etc. 6. Was dem speirischen gsandten der pfaltzischen steur halben zu abschidt gefallen etc. 7. Mulhausen halben, das wider zum Reich pracht werden möcht etc. 8. Das sperren und aufhalten der profiand belangen etc. Solchen begriff möchten nun di stettgsanten anhören, mindern und mehren zu irer gelegenheit und wolgefallen.

Darauf ist der abschidsbegriff verlesen, von artikel zu artikel umbgfragt und an etlichen orten gepessert, auch volgends also zum abschreiben vorgelesen worden und ausgangen, wie im beiliegenden concept desselben abschids [Nr. 417] zu sehen ist.

*Am selben Vormittag (24. April): Abermalige Werbung Ulms im Städterat wegen der von Überlingen verweigerten Bezahlung einer Leibrente für eine Ulmer Bürgerin<sup>28</sup>. Da bisher nach wie vor kein Gesandter Überlingens auf dem Reichstag erschienen sei und auch eine schriftliche Antwort der Stadt ausstehe<sup>29</sup>, ersuchen die Ulmer Gesandten noch einmal um Rat und Hilfe des Städtecorpus, damit die arm frau, dern solch leipgeding ganz unpillicher weiß vorgehalten, dasselbig bekommen und zufrieden gestellt werden möcht etc.*

Darauf sich di stetgsanten underredt und inen wider zu antwort geben lassen, das sie ir widermals gethan anmanen auf ir vorgesehene werbung der stat

<sup>28</sup> *Das erste Vorbringen Ulms im Städterat in dieser Angelegenheit war am 22. März erfolgt (siehe oben fol. 24rv).*

<sup>29</sup> *Die schriftliche Antwort Überlingens an die Städtegesandten in Nürnberg datiert vom 16. April 1543, und es ist anzunehmen, dass sie nach Ende der städtischen Versammlung in Nürnberg ankam. Bgm. und Rat von Überlingen erklärten darin, sich auf Grund der ksl. Mandate gegen die Ketzler zur Sperre der Leibrente für die Ulmer Bürgerin genötigt zu sehen. In.: Speyer StadtA, 1 A 171 II, unfol., (Kop.).*

Überlingen halben angehört, und könnten sich noch wol erinnern, was bisher solcher sachen halben vilfeltiglich gehandelt, wölchermassen auch bey der stat Überlingen muntlich und schriftlich angehalten worden. Dweils aber alles nit verfahren wöllen, sonder verachtet worden, so hetten di stetgsanten desselben nit wenig beschwerung. Nachdem sie aber derselben statt Überlingen nit oberherrn weren noch inen etwas zu gepieten oder sie zu zwingen hetten, sonderlich auch dweil ir, der stetgsanten, getreues [35r] warnen, ermanen und erpieten so gar nichts verfahren wöllen, so müßten sie es also dabey beruhen lassen. Hetten aber dannocht dahin gedacht, dweil di bemelt ulmisch burgerin, dern das leipding also vorgehalten, mit guter verschreibung fursehen, das sie dan di überlingsischen güter, wo sie di anzutreffen wißte, möcht lassen arrestiren. Was sie dan in derselben irer verschreibung fugs und recht hette, das solt ir bey den erbern stetten, sovil recht were, gestattet [werden].

Und dweil sie, di stetgsanten, also von der stat Überlingen unbeantwortet plibben und dermassen verachtet worden, so hetten sie wol auf di weg gedacht, das furohin ire gsandten in den stetträten nit mehr geduldet noch bey inen gesessen, sonder sie ausgeschlossen werden solten. Nachdem aber sie, di stetgsanten, jetzo in geringer anzal beyeinander und auch diselben nit alle dermassen bevelch hetten, so were fur gut angesehen, die sach biß auf etwo ferner zusammenkomen zu verschieben und alsdan, wo sich Überlingen mitlerweil nit der gepür erzeigen werde, was weiter ze thun sein möcht, rätig ze werden.

Als nun di ulmischen gsanten sich hierauf gegen den stetgsanten ires wolmeynens und gehapten vleiß, dadurch sie di sach gern dahin gericht hetten, das allen theilen der bschwerungen abgeholfen worden were, zum höchsten bedanckt, mit erpichtung, das ire obern und sie solchs umb di stetgsandten zu verschulden und verdienen alzeit geflissen sein wolten, daneben aber auch gebeten, das diß ir antragen, bit und beger der notturft nach und sovil den stetgsandten thunlich sein wolt, auch in den jetzigen stetabschidt gepracht werde, damit sich di gemeinen stetgsanten dessen auf kunftigem tag desto baß möchten wissen zu halten etc., so ist aber inen wider angezeigt worden, das solchs bey den stetgsanten unbedacht nit plibben, aber allerley bedenkens und ursachen halben fur pesser angesehen, im stetabschidt kein meldung davon ze thun, dweils sonst und ondas wol in achtung gehapt möge werden.

Also habens di ulmischen auch also dabey pleiben lassen. Nota: Inen ist aber doch hernach ein verzeichnus hievon mitgeteilt worden.

[35v] Eritags, 24. Aprilen.

Ist von dem collnischen gsandten im stettrath seins langsamen ankomens entschuldigung und daneben anzeig gschehen, was bschwerden seinen herren und gemeiner burgerschaft zu Colln durch di gülchisch kriegshandlung mit verschlissung des Reinstroms und strassen bisher zugestanden. Darumb er, der gsandt, begert, dweil di gülchischen rätch jetz auß den 4 furstenthumen – als Gülch, Cleve, Berg und Geldern – alhie, das dan di stetgsandten, eim rath zu Colln zugutem, bey denselben rätchen schriftlich oder muntlich ansuchen und

fürpit thun wolten, bey irm gnedigen herrn zu furdern, damit der Reinstrom wider geöffnet und di hendl wider in gang gebracht werden möchten etc.

Wiewol nun hierauf bey den stettgsandten fur gewiss und unzweifelich gehalten, dweil ein rath zu Colln beim herzogen selbs nichts außrichten könd, das vil weniger bey seiner fstl. Gn. räten hie zu erlangen noch sie sich dessen underwinden wurden, so haben sie doch umb verdachts willen, als solten sie eim rath zu Cöln nit willfarn wöllen, bewilligt, solch begert ansuchen bey den gülchischen räten müntlich ze thun, es helf gleich als vil es möchte. Dessen ist der collnisch gsandt auch also zufriden gewest.

Donerstags 26. Aprilen nachmittag.

Haben sich der vier erbarn außschreibenden stett, als Strasburg, Nurmperg, Frankfurt und Ulm gsandte, vor irm verreiten zusammengethan und unterredt, dweil im stettabschidt gemeldet, das allerley darin begriffen puncten und artikel halben furderlich ein stetttag ausgeschriben [36r] und gehalten werden sollt und aber diselben puncten und sachen dermassen geschaffen, das sie zum theil nit verzug leiden könthen, das dan von furderung wegen gut sein möcht, sich jetz alhie eins tags und der malstat zu vergleichen, auf hintersichpringen und verpessering irer obern etc.

Also ist di malstat gen Franckfurt und der tag daselbst einzekomen auf Montag nach Viti, den 17. Junij schierst, benennt, alsbald auch ein concept eins gestellten außschreibens solchs stettags, mit darinn gemelten ursachen warumb etc., verlesen und gepessert. Davon auch jedem der 4 außschreibenden stettgsandten copi hinder sich zu pringen mitgeteilt worden, doch mit dem bedinglichen anhang, dweil in alweg gut, das der protestierenden vorhabender tag disem stetttag vorgeen und gehalten, damit man vom selben aller gelegenheit halben pessern bericht gehaben möchte, das dan mit disem des stettags außschreiben verzogen und dasselbig vor pfingsten von keinem ort außgeschickt, sonder biß nach pfingsten damit verzogen und also gwartet werden sol, ob der protestierenden tags halben die stettagszeit oder -malstat zu verendern vonnöten sein würde. Und damits aber dannoch auch in di lenge nit verzogen, so haben sich di gsanten deß verglichen, das wölche unter disen 4 stetten am ersten hierin bescheidt erfarn und bekommen würde, diselbig solchen den andern dreien furderlich zuschreiben und im fall, das in etlichen tagen nach pfingsten niemant nichts zugeschriben wird, alsdan sollt das vorgemelt außschreiben lenger nit verhalten werden etc.<sup>30</sup>

Also und hiemit haben sich alle auf disem reichstag geübten stettthandlungen geendet.

Laus Deo.

<sup>30</sup> *Ausschreiben des Städtetages nach Frankfurt für den 17. Juni 1543, dat. Frankfurt, 1543 Mai 15; nach Pfingsten erfolgte die Prorogation auf 8. Juli 1543, dat. Frankfurt, 1543 Mai 25. Beide Aktenstücke in: Goslar StadtA, B unverzeichneter Bestand, Paket 872, Reichssachen 709n, S. 82–87 und Reichssachen 709k, S. 79–80.*

**89b** *Aufzeichnungen der Nürnberger Ratsbücher über die Beschlüsse des Rates von Nürnberg zu den Verhandlungen und zur Organisation des Reichstags – Nürnberg, 1543 Jan. 30 bis Mai 17*

Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, Ratsbücher 21, fol. 165r–195r.

*Es werden nur jene Passagen aus den Ratsbüchern wiedergegeben, die sich auf den Reichstag beziehen. Daraus erhellt die Haltung des Rates zu den am Reichstag verhandelten strittigen Fragen. Es wird deutlich, dass sich der Nürnberger Rat den Forderungen der Schmalkaldener nur teilweise anschloss und eine eigenständige Position innerhalb des protestantischen Lagers einnahm. Da Nürnberg Malstatt des Reichstags war, hatte sich der Rat auch mit organisatorischen Fragen zu befassen, die sich im Laufe der Versammlung stellten (z.B. Judengeleit, Begräbnis für Bf. Christoph von Augsburg).*

[165r] Nachdem die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, als sie hieher zum reichstag gelangt, auf den 30. Januarij ir proposition [Nr. 43], was auf solchem reichstag fürzenemen, ze rathschlagen und ze handln, den reichsstenden in der versamlung furtragen und verlesen lassen<sup>1</sup>, wie dieselbig bey dises reichstags actis zu finden, und aber die stend, der christlichen verstantnus verwandt, sich bald darauf mit einer suplication [Nr. 152] gefaßt gemacht, darinn, was bisher der religion, camergerichtsvisitation, fridens und rechtens halben gehandelt, ertzehlung und anregung gschehen, wölche sie eins erbarn raths zum reichstag verordneten ratsfreunden, auch andern mehr protestationverwandten potschaften fürgehalten, mit anzeig, das sie diselbig der kgl. Mt., ehe dan man zu beratschlagung irer Mt. übergebener proposition griffe, überantworten wollten. Haben eins raths verordneten, ehe dan sie sich mit inen<sup>2</sup> eingelassen, solchs zuvor an ein rath gepracht, mit meldung, das sie außm verlesen solcher suplication (dern sie gleichwol nit abschrift bekommen mögen) nit sondere unbescheidenheit vermerkt, und darauf bscheidts begert, weiß sie sich darinn halten sollten. Also ist verlassen und inen bevohlen, dweil darin allein, was zuvor verabschidet und gehandelt, auch was durch ksl. und kgl. Mtt. zugsagt worden, begriffen und dan ein rath vorhin der augspurgischen confession und protestation, auch der camergerichtsrecusation in religionsachen verwandt, das dan sie, die verordneten von eins raths wegen, solcher suplication dißmals auch anhangen und dieselbig, wo sie dazu erfordert, der kgl. Mt. solten helfen übergeben. Doch aber ein[em] rath in andern fellen als der camergerichtsrecusation in allen sachen, item ferner desselben unterhaltung halben ein offne handt vorzubehalten. 1. Februarij<sup>3</sup>.

Als nun solche suplication [Nr. 152] der kgl. Mt. also übergeben und ir Mt. darauf wider geantwurt [Nr. 153], das ir Mt. diser stend begern fridens und

<sup>1</sup> Das Datum der Verlesung der Proposition vor den Reichsständen war der 31. Jan. 1543. Am 30. Jan. wurde die Proposition beratschlagt und schriftlich festgehalten.

<sup>2</sup> Schmalkaldische Bundesverwandte.

<sup>3</sup> Datum des Ratsbeschlusses; auch im Folgenden beziehen sich die angegebenen Daten immer auf die Ratsbeschlüsse.

rechtens, auch des camergerichts visitation halben den andern reichsstenden zu beratschlagen zustellen wölt und aber der religionhandl jetz auf des concilii zu Triendt decision stünde, dern erwartet werden müßte etc., solichs auch also sampt der vorgemelten suplication beim rath wider anpracht und gehört worden. Und aber ein rath gefunden, das solche suplication etwas zimlich scharpf gestellt. Ist den verordneten herren bevolhen [165v], wo inen etwas weiter in der protestirenden namen hierin zu fertigen angezeigt oder fürgehalten würde, sonderlich da das camergericht weiter angriffen, sich one eins raths vorwissen darein nit zu begeben. 8. Februarij.

Hierauf haben die kgl. Mt. und di andere reichsstend auf die berurt suplication ein antwort verfertigt und übergeben [Nr. 155]. Dagegen in der protestirenden namen wider ein replic [Nr. 157] begriffen worden, dern inhalt beim rath referirt und angezeigt, das das camergericht wider wie vor angriffen, auch die braunschweigisch handlung daran gehengkt, mit dem anhang, wo inen nit wilfart, das sie sich sonst in kein handlung einlassen wölten etc., wölchs aber beim rath für ganz bschwerlich und nachteilig angesehen. Und darumb verlassen, solcher replicen von raths wegen nit anzehangen, sonder solte durch die verordneten, wo sie weiter gfordert, anzeigt werden, das ein rath an der kgl. Mt. und ksl. comissarien gegeben antwort ires theils zu disem mal gesettigt und sich weiter derhalben nit anhencken noch einlassen; sie, die verordneten, sich auch weiter dazu nit geprauchten, sonder davon absondern wurden. 25. Februarij.

Disem ist also volg gschehen, und als di verordneten herren volgends tags zu uberantwortung solcher replicen erfordert, haben sie irn bevelch angezeigt und sich nit weiter einlassen wöllen, dabey es dan plibben. Per H. Iheronimum Paumgartnern, H. Iheronimum Holzuhern und H. Sebalden Haller, 26. Februarij 1543. Nota: Die obangezogen schriften seint auch bey den reichstagsacten zu finden.

[166r] Des raths zu Goslar gesandten ist auf ir ansuchen glait zu disem reichstag zugeschriben, ut in forma. 28. Februarij.

[167v] Nachdem des Reichs erbmarschalck durch sein castner bey eim rath anpringen lassen, das mehr judden vorhanden, die herein verglaitet zu werden begerten, mit bit, ein rath wolt ime ir meynung deshalb zu versteen geben etc.<sup>4</sup>, hat ein rath ime, dem castner, wider ansagen lassen, das sich ein rath auf ir jüngst gesinnen und erpieten zu seim herrn, dem marschalck, keins abschlags versehen hetten. Wie aber dem, dweil eim rath, aus ursachen, die dem marschalck vor ertzelt, bschwerlich und unleidlich, die judden also hie umbgeen ze lassen, so stünd ein rath in bedencken, was ir notturft erfordern wolt, darinn fürzenemen und solche gfahr der judden halben abzewendten, sonderlich auch, das er selbs zu bedencken hett, wo von solchen judden einicher

<sup>4</sup> Zum Konflikt um das Judengeleit zwischen Reichserbmarschall Wolfgang von Pappenheim und der Stadt Nürnberg siehe Nr. 35a–b.



schad erfolgen solt, das derselbig dem verglaiter zuzemessen sein wirde. Per H. Paulussen Grunthern und H. Jacoben Muffl, 7. Februarij.

Daneben, als sich die kgl. Mt. auch erpotten, mit dem marschalck deshalben ze handeln, allein berichts begert, wie sich ein rath jungsts reichstags [*Nürnberg 1542*] mit ime, dem marschalck, dyser sachen halben verglichen<sup>5</sup>, ist irer Mt. ein copi vorgegebens reverß (gleichwol mit einer kleinen pesserung, das, wo diser reichstag hie erstreckt oder ein neuer her gesetzt werden, derselbig auch eingezogen sein solt etc.) zugestellt, mit anzeig, das dem marschalck neben dem reverß 60 goldfl. verehrt worden. 9. Februarij per H. Sebalden Haller und H. Hannsen Geuder.

Wiewol nun die kgl. Mt. irm erpieten nach mit dem marschalck handlung gepflogen, so hat er sich doch zu nichtem anderm bewegen lassen noch von seim vorhaben absteen wöllen, allein das er angezeigt, das es in seinen mechten nit stünde, sonder solt ein rath deshalben bey des Kf. von Saxen, als ertzmar-schalcks, räten und gesandten handeln und bewilligung erlangen, wölchs aber [*168r*] eins raths gelegenheit nit sein wöllen, sonder ime, dem marschalck, von raths wegen wider angesagt worden, dweil die säxischen kfl. räth des reverß copi gesehen, so achtet ein rath von unnöten, weiter mit inen ze handeln. Im fall nun, das er neben solchem reverß die angepoten 60 goldfl., wie sein vetter in jungstem reichstag gethan, annemen und der verglaitung absteen, wollts ime ein rath widerfarn lassen. Wo aber nit, so wird ein rath verursacht, der juden halben auf andere weg zu gedencken; auch wo von inen nachteil erwachsen solt, rätig zu werden, an wehm man sichs erheben wirde. Per H. Paulussen Grunthern und H. Erasmus Ebner 12. und 15. Februarij.

Hierauf hat nun er, der marschalck, weiter angesonnen, das ein rath zu den säxischen räten bescheid und bewilligung erlangen wollt etc. Das hat aber ein rath ime widermals mit glimpfigen worten benemen und anzeigen lassen, das es ein rath bey bisher gepflogner handlung nochmals ließ pleiben. Per H. Merten Pfintzing, 3. Martij 1543.

[*173v*] Als die röm. kgl. Mt. ein gemein und etwas scharp gestellt mandat [*Nr. 137*] außgeen lassen der knecht halben, so bisher dem Frantzosen zugezogen und noch zuziehen möchten, gegen denselben mit ernst ze handeln und verhinderung ze tun, eim rath auch ein anzal solcher mandaten zugestellt worden, hats ein rath allenthalben hie an kirchenstöcken, thoren, auch zu Werd und Gostenhof<sup>6</sup> anschlagen lassen. Daneben auch bevolhen, erkundigung ze thun, wo sich jemand hie wegig machen lassen wolt, dasselbig zu fürkomen

<sup>5</sup> Zu den Verhandlungen Georgs von Pappenheim mit dem Rat von Nürnberg auf dem RT 1542 über das Geleitrecht für die Juden siehe die protokollartigen Notizen aus den Nürnberger Ratsbüchern in RTA JR Bd. XIII, Nr. 13, S. 146f. sowie den Revers von Bgm. und Rat von Nürnberg für Georg von Pappenheim, 1542 Aug. 2, in RTA JR Bd. XIII, Nr. 15, S. 153f.

<sup>6</sup> Werd und Gostenhof sind Nürnberger Vorstädte.

und beim rath wider anzuzeigen, damits ernstlich einsehen dagegen gschehe und sich ein rath zur notturft auch entschuldigen möcht, das ein rath an irm vleiß nicks erwinden lassen. Per kriegsherren, 17. Martij 1543.

[178r] Nachdem Kff., Ff. und gemeine stend zu eim erbar rath verordnet und anzeigen lassen, dweil die oberhaupt und ander bevelchsleut des jüngst geweißnen türckenzugs nun ein zeitlang hie gelegen und sich etlichs außstandts beclagt, inen auch denselben bezalt ze werden teglich anhielten, und aber derselbig außstand zusammengerechent sich bis in 6456 fl. erstreckte, das dan gemeiner stend beger, ein erber rath wollt solch gelt darleihen auf assecuration, das ein rath von der übermaß aus den kraißstruhen oder aber vom gelt, so von den ungehorsamen eingeprecht wird, wider bezalt oder aber solch fürlehen an künftiger eins raths anlag wider abgeschlagen werden sollte etc. Hat ein rath inen wider zu antwurt geben lassen und anzeigen lassen, in was schwerem ausgeben und grossen costen ein rath jetzund stehe, das auch ein rath jetz mit gelt nit gefasst, zudem das eim rath vom vorigen türckenzugs noch vil auch unbezalt aussenstünde, dessen bezalung etwas ungewiss, also das eim rath diser zeit nit thunlich sein könth oder möcht, sich dermassen zu entplößen noch auf einiche mittl sich einzulassen oder etwas hinauß ze leihen. Sonst aber in ander weg wer ein rath genaigt, inen, den stenden, allen unterthenigen, dinstlichen willen zu erzeigen, daneben auch urputtig, wo dises gelts halben ein gemeine anlag bewilligt, sich im selben ires theils auch der gepür und unverweißlich ze halten. Per H. Iheronimum Paumgartnern, H. Iheronimum Holzuhern und H. Sebalden Haller, 29. und 31. Martij 1543.

[183v] Nachdem die röm. kgl. Mt. auf hieoben fol. 165 verzeichnet handlung die religion- und protestationverwandten stend wider zu sich beruffen und nochmals an sie begert, sich mit den andern reichsstenden der türckenhilf halben auch einzulassen und an vorgesehener gnugsamer fürsehung des fridens, das auch die camergerichtsvisitation und reformation den vorigen abschieden und der ksl. declaration gemeß fürgenomen, in den jetzigen reichsabschidt auch also verleibt werden sollt, genüig ze sein und sich nit irren ze lassen. Das die andern reichsstend auf irer Mt. und der ksl. comissarien anhalten nit bewilligen wöllen, das der ksl. declaration halben etwas in abschidt gepracht, sonder es derhalben allein dahin gestellt, das sie solche declaration weder reprobirn noch approbirn wöllten etc. Dan ir kgl. Mt. hett auf andere weg zu aufhebung solchs zwispalts und damit einhelliglich zum hauptpuncten on ferner verhinderung geschritten werden möcht gedacht, nemlich, das ir Mt. inen, den protestirenden stenden, gnugsame assecuration solcher ksl. declaration halben ze geben urputtig, wie auch ir Mt. algereid den H. von Naves als ksl. comissarien vermöcht hett, mit inen, den protestierenden, zu ratschlagen, wie solche assecuration gnugsam und zum pesten gestellt werden könth, mit gnedigster bitt und beger, sie, di protestierenden, wölten darauf das notwendig gut werck der turckenhilf lenger nit aufhalten, sonder sich mit einlassen etc. [Nr. 173].

Haben die confessionverwandten stend auf erhalten bedacht sich unterredt und sovil gfounden, das inen solchs keinswegs ze thun, in betrachtung, dweil di andern reichsstend auf der ksl. Mt. declaration und irer kgl. Mt. vorige urkhund nichts bisher geben wöllen, das dan die jetzt angepoten urkhund noch weniger bey inen gelten wirde. Darumb fürs pest angesehen, das der kgl. Mt. solcher fürsclag mit pestem glimpf abgeschlagen und auf dem, das es den protestirenden nit thunlich, beharrt werden solt, in sonderlicher betrachtung, das die protestierenden ausserhalb solcher ksl. declaration sonst der religionsachen halben nicks mehr für sich hetten, also das sie solche declaration keinswegs begeben könnten etc., wie dan solch der protestierenden stend antwort auch schriftlich verfasst [*Nr. 174*]. Und darauf an eins raths geordneten begert worden anzuzeigen, ob ein rath inen solcher antwort halben auch anhengig sein wölt oder nit. Darauf hat ein rath die sach bewogen und irn verordneten [*184r*] bevolhen, dem säxischen canzler [= *Ossa*] wider anzuzeigen, das ein rath keinswegs gedacht, der augspurgischen confession und gevolgter ksl. declaration abzesteen noch die zu begeben, sondern inen in diser derhalben gestellten antwort (sovehr diselbig bey dem verlesen begriff ungeendert gelassen wird) anzehangen, wölchs also gschehen. Per H. Hieronimum Paumgartner, Iheronimum Holzuhner und H. Sebalden Haller, 8. Aprilen.

Als nun über solichs durch die kgl. Mt. bey den andern stenden weiter angehalten, aber nicks erlangt, sonder die bemelt ksl. declaration von denselben beharrlich widersprochen worden, hat der protestierend außschuß den stenden irs theils fürgehalten<sup>7</sup>: [*1.*] Das sie bedacht, dweil neben dem auch noch weder frid noch recht gemacht, das dan von disen stenden in kein türckenhilf, weder heimlich noch offenlich, zu laisten bewilligt. 2. Das auch fur ein notturft angesehen, in der protestationverwandten namen wider den abschidt, als der inen so gar bschwerlich, zu protestiren, mit inverleibten ursachen, warumb derselbig nit annemlich. 3. Wo auch hernach einicher protestirender standt darüber angefochten werden solt, das dan sie alle zusammensetzen, einander mit hilf und beistandt nit verlassen solten.

Hierauf haben sich die rathsverordneten herrn bey eim erbarn rath, weiß sie sich hierinn vernemen lassen solten, bscheidts erholt solcher gstat: Erstlich, das sich ein rath von der ksl. declaration nit sondern, sonder derselben anhangen, auch der vorhabenden protestation wider den reichsabschidt anhengig sein. Sovil aber die turckenhilf belange, wolt ein rath dieselbig jetzund in craft des abschidts nit willigen noch laisten. Im fall aber, da künftig etwo not fürfallen wird, im selben gedecht ein rath frey und unverpunden ze sein. Des dritten puncten halben aber, einander hilf und beistandt ze thun etc., ist den verordneten bevolhen, denselben stilschweigend zu umbgeen. Im fal aber, das inen deshalben auch antwort ze geben angehalten wirde, alsdan

<sup>7</sup> *Es scheint sich um die Zusammenfassung eines mündlichen Vortrags des CA-Ausschusses vor den evangelischen Reichsständen zu handeln.*

anzuzeigen, das sie es dahin verstanden, das solcher punct allein zwischen inen, den verstantnunsverwandten<sup>8</sup>, gemeint, darumb sieh auch beim rath kein fertigung oder bevelch darauf empfangen hetten, und soltens also dabey pleiben lassen. Wölchem also nachkomen durch di obgemelten verordneten herren, 16. und 17. Aprilis 1543.

[184v] Nachdem der hochwirdig furst, H. Cristof Bf. zu Augspurg, so der ksl. Mt. comissari auf disem reichstag alhie gewest, auf Sonntag, den 15. Aprilis, morgens früw mit tod abgangen und aber die röm. kgl. Mt. eim rath anzeigen lassen, das ir Mt. die leych mit irer Mt. hofgsind und cantorey besingen und hinauß glaiten lassen wöllt, mit beger, ein rath wolt neben andern stenden dabey auch erscheinen und die hieigen priester und schuler mitgeen lassen, doch das diselben nit singen, sonder solch singen durch irer Mt. priesterschaft und cantorey allein auf die alt weiß gschehn sollt etc. und aber beim rath zweifel fürgefallen, ob ir Mt. solch bsingen zu St. Egidien (als da der verstorben bischof zu herperg gelegen) oder aber aufm schloß furzenemen willens, ist fur gut angesehen, sich dessen zu erkundigen und sonderlich das begern der hieigen [185r] priester und schuler halben irer Mt. mit pestem glimpf zu beruemen. Als nun ir Mt. darauf zu versteen geben, das irer Mt. cantorey allein im hinauß glaiten singen, sonst aber weder vigili noch seelmeß zu St. Egidi gehalten werden sollt, das auch ir Mt. zu gnedigem danck anneme, das ein rath mit irn priestern und schulern irer Mt. cantorey entweichen wollt, hats ein rath also dabey pleiben, auch in di pfarrhöf und schulen, das niemant mitgeen solt, ansagen und daneben verlassen, das der rath (ausserhalb der handtwercker) auf morgen mitwochs zu St. Egiden zusammenkomen und mit der leich hinaußgeen solt. So ist auch des bischofs marschalck, die kirchen im predigercloster zu aufsteilung des almusens einzugeben, bewilligt. 18. Aprilis 1543.

[185v] Auf des Kf. zu Saxen rätth anpringen und beschwerung, das ein rath dem erbmarschalck zu Bappenheim an verglaitung der judden zu disem reichstag bisher verhinderung gethan, mit beger, davon abzesteen und ime an seiner amptsgerechtigkeit kein eintrag ze thun etc., hat ein erber rath inen gelegenheit der sachen und was bisher mit dem marschalck derhalben gehandelt worden erzelen und anzeigen lassen, das sie sichs so hoch nit zu bschweren, dweil alle verreterey und bösen stuck durch sie, di judden, angericht wurden. So wern auch die zwen juden jungst auf des marschalcks begern angenommen. Zu erkundigen, ob sie verglaitet wern oder nit, also das ein rath nichts ungepürlichs gehandelt, darumb ließ mans dabey beruhen. Als aber sie, die rätth, über das weiter angehalten und im end die handlung auf dem bestandten, das ein rath die jüngst angepotten verehrung neben dem reverß etwas erhöhern und den marschalck damit zufriden stellen sollten, hats ein rath inen, den rätthen, dweils der marschalck zuvor nit annemen wöllen, gar gewaigert und die handlung aller

<sup>8</sup> *D.h. zwischen den Mitgliedern des Schmalkaldischen Bundes, zu denen Nürnberg nicht zählte.*

ding also ersitzen lassen. Per H. Iheronimussen Paumgartnern und H. Sebalden Haller, 21. Martij und 21. Aprilen 1543.

Nota: Als er, der marschalck, volgends weiter gesonnen, das ein rath die juden, so jüngst fengklich ingelegten und verpflichtet worden, derselben irer pflicht auch wider ledig zelen wölt, ists ime gewaigert, mit anzeig, das ein rath nichts unpillichs gegen inen gehandelt, dessen ein rath nit befügt. Darumb ließ es ein rath beim selben pleiben. Per H. Iheronimum Paumgartnern, 27. Aprilis 1543.

[186v] Nachdem die reichsstend jetz zu disem reichstag abermals der erbern stet gsandten von den beratschlagungen ausgesöndert und kein standt sein lassen wöllen, über das sie, die stetgsandten, sich dessen statlich beschwert [Nr. 102–103], haben sie sich verglichen, den reichsabschidt, als der on ir beisein geratschlagt und gemacht, nit anzenemen, sonder dawider zu protestiren, wie dan alsbald ein protestation [Nr. 408] begriffen, wölche nach verleßnem abschidt [Nr. 404] dem mainzischen canzler insinuiert. Hat ein erber rath inen solche protestation gefallen lassen; die ist nun sampt allem dem, was auf disem reichstag in stet- und reichssachen gehandelt worden, in einer sondern schachtel unter dem titl dises reichstags im gewölb ze finden.

Daneben hat ein rath der protestirenden standt wider den abschidt gethane protestation [Nr. 409] auch approbirt und sich deren anhengig gemacht, allein ausserhalb des artikels di türckenhilf belangen.

Als aber die kgl. Mt. die beeden herrn losunger beschickt und begert, ein erber rath wollt sich der türckenhilf halben untertheniglich und unbeschwerlich erzeigen und vernemen lassen, damit dieselbig zu laisten nit gewaigert werde, hats ein rath in bedencken genomen und volgends irer Mt. wider anzeigen lassen: Dweil ein rath den reichsabschidt darin verleibter und anderer begehender beschwerden halben nit anzenemen gewißt, sonder dawider zu protestirn verursacht, so wer ein rath wol bschwerlich, so bald darauß ze geen. Damit aber dennoch ir Mt. eins raths unterthenigen willen gegen ir Mt. und christliche, gute naigung zu fürderung der hilf wider den Türcken spüren möcht, sovehr dan ir Mt. ein rath gnugsam versichern, das fiscal gegen ein rath vermög dises abschidts nit solt procedirn, so wolt ein rath (doch nit in kraft des gewaigerten abschids, sonder der ksl. und irer kgl. Mtt. zu unterthenigen ehren und gfallen, auch in erwegung der vorsteenden nodt und gfahr des Türcken halben) erstlich die zwo fristen für voll und dan die dritt und letzt frißt (auf abzug des geschützs und anders, so irer Mt. hievor gelihen worden) auch erlegen und sich versehen, ir Mt. wird daran gnedigst gesettigt, auch eins raths und gemeiner stat gnedigster konig und herr sein und pleiben etc. Per H. Iheronimum Paumgartnern und H. Iheronimum Holzuhern, 21., 22. und 23. Aprilen 1543.

[187r] Als der kgl. Mt. profoß sich jetz zu end des reichstags unterstanden, etliche kremer, so ire puden unter der vhesten [= Festung] steen gehabt, einer angemafsten wochenlichen bstandtgelts gerechtigkeit halben zu pfenden, hat ein rath ine bschicken und zu pflichten nemen lassen, sich dessen zu enthalten

und, was er also eingenomen, widerzegeben und einichen kremer ferner nit zu bschwern. Per den jungern herrn burgermeistern, eodem die ut supra [1543 April 24].

[189r] Bgm. H. Bernhart Baumgartner und Georg Volckamer, Mittwoch 25. Aprilis 1543:

Dweil die kgl. Mt. und sonst vast jederman vom reichstag wegk und verritten, ist beim rath verlassen, die rottmaister bey nacht und die schützen unter den thoren wider abzeschaffen, doch aber die gemeinen schützen dannocht bey nacht geen ze lassen. Per kriegsherren, 26. Aprilis.

Des erbmarschalcks zu Bappenheim dienern ist auf ir ansuchen von wegen des reichstags ansagen in di rath verehrung bewilligt, nemlich dem castner 4 und dem andern knecht 2 thaler ze geben. Per H. Iheronimum Baumgartnern, eodem die.

Als durch di verstandtnusverwandten gsandten bey H. Iheronimussen Baumgartnern anregung gschehen, ob ein rath in dem, das niemant aus inen einich hilf thun, derhalben auch treulich zueinandersetzen, helfen und beistandt thun, deßgleichen das fürderlich ein tag angesetzt, darauf ein potschaft zu der ksl. Mt. geordnet werden solte etc., inen auch anhengig sein wölten, wölchs er, der H. Baumgartner, beim rath angepracht, ist verlassen, wo sie weiter umb antwort anhalten wurden, inen anzuzeigen, das ein rath in craft des reichsabschids kein hilf laisten, doch aber, wo di nodt fürfallen wirde, darinn ein offne handt haben und behalten wolten. Des zusammensetzens halben aber möchte dasselbig inen, den verstandtnusverwandten, vonnöten sein. Ein rathe bsorgte sich aber vor niemand dan vorm fiscal, dem sie am camergericht gerecht werden müßten; darin wird aber ein rath von irn doctorn wol getröset. Darumb so ließ es ein rath auch dabey pleiben. Was aber den tag belangte, wißte ein rath noch nit, was sich mitlerweil sonst anderer täg halben zutragen wirde. Ein rath wolt sich aber nach gelegenheit der gepür halten. Per H. Iheronimum Baumgartnern, 26. Aprilis 1543.

[191v] Als der ksl. Mt. orator, der von Granvela, von eim rath sein abschidt genomen, sich alles gnedigen, guten willens und furderung gegen eim rath, gemeiner stat und burgerschaft angepotten und daneben begert, ime etlich reuter zuzeordnen auf den weg naher Augspurg zu etc., hat ein rath solch gnedig erpieten zu dienstlichem danck angenommen, daneben auch bevolhen, ime mit reutern, sovil er dern begern werd, zu willfarn, doch nit in meynung, ine zu verglaiten, sonder allein den weg zu weisen; inen auch einzupindten, gar nichtzit von ime ze nemen, sich auch allenthalben bschaidenlich und wol ze halten. So wöllt ein rath sie alsdan mit gepürlichen ordinantzen zufriden stellen. Per di kriegsherren, 28. Aprilis 1543.

[195r] Als auf dem jetzvergangnen reichstag zwischen den neunjerigen bundsverwandten stenden<sup>9</sup> auch ein versamlung gehalten und unter anderm

<sup>9</sup> *Neunjähriger ksl. Bund (1535–1544), dem neben Kaiser und König weltliche und*

auch von erstreckung solchs bunds anregung gschehen, deshalb dan wider ein ander bundstag auf kunftig Trinitatis [1543 Mai 20] gen Ingoldstat angesetzt worden, hat ein rath irm bundsrath, H. Jheronimussen Holzuherr, daselbsthin fertigung und bevelch gegeben, im fall das von eim neuen bundt geredt werden wolt, sovehr dan derselbig dem alten ailfjerigen gemeß, darin die ksl. und kgl. Mtt. begriffen, auch mit dreien pencken bsetzt und in allweg die religion frey darein zu begeben, auch bey andern mer stetten hineinzekomen ze furdern. Solt aber allein von erstreckung des jetzigen bunds gehandelt werden, das er dan in dieselbig auf ein jar lang auch möchte willigen, doch das alle jetzige stend darinn plibben; sonst aber und on das nit darein zu gehellen. 7. und 17. Maij 1543.

## 90 Städteregistratur<sup>1</sup> zu den Verhandlungen der Reichsstände und der Reichsstädte – 1543 Jan. bis April

- A Köln HistA, Bestand 50 (Köln und das Reich), A 219, fol. 127v–138r (Kop.)<sup>2</sup>.  
 B Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 655, (Kop.)<sup>3</sup>.

geistliche Fürsten sowie die Reichsstädte Nürnberg, Windsheim und Weißenburg in Bayern angehörten.

<sup>1</sup> Auf dem Augsburger RT 1551 beschlossen die Reichsstädte im Städtetagsabschied von 17./18. Febr. 1551 (RTA JR Bd. XIX, Nr. 309, S. 1630f.), alle auf den vergangenen Reichstagen angefallenen Unterlagen zur Reichsstandschaft in einem zentralen Städtearchiv zu sammeln. Diese Aktenabschriften, Aktenauszüge und Aktenreferate bilden die sogenannte Städteregistratur und wurden in zwei Truben – eine in Augsburg, die andere in Speyer – verwahrt. In vielen städtischen Archiven befinden sich Kopien der Städteregistratur. Siehe dazu: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 104f, S. 252f. Obwohl die nach Beendigung des RT zusammengestellten Akten der Städteregistratur kein Protokoll im engeren Sinn darstellen, werden die Aufzeichnungen zum Nürnberger RT bei den Protokollen abgedruckt, da sie einen Überblick über die aus städtischer Sicht wichtigsten Verhandlungsthemen enthalten und die Rolle der Städte im Rahmen des RT bzw. auf der gleichzeitig stattfindenden Städteversammlung verdeutlichen. Die in eckigen Klammern angegebenen Nummern verweisen auf die im Band abgedruckten Aktenstücke, auf welche die Städteregistratur Bezug nimmt. Der Wortlaut der Aktenstücke selbst wird in der Registratur nicht wiedergegeben.

<sup>2</sup> Die meisten Akten der Alten Abteilung des Historischen Archivs der Stadt Köln waren bereits vor dem Einsturz des Archivgebäudes im März 2009 in Form von Sicherheitsfilmen dokumentiert, die in letzter Zeit nach und nach digitalisiert wurden. Im digitalen Historischen Archiv Köln (DHAK) werden die Digitalisate der Sicherungsverfilmungen online präsentiert. Darunter befinden sich auch Akten aus dem Bestand 50 (Köln und das Reich). Was die Überlieferung der Reichsstadt Köln zum RT 1543 betrifft – es handelt sich dabei um Bestand 50 (Köln und das Reich), A 92 – so ist Aktenverlust anzuzeigen, denn der betr. Faszikel war schon vor dem Einsturz des Archivgebäudes 2009 nicht auffindbar.

<sup>3</sup> Die Städteregistratur ist in drei Themen mit je eigener Folierung gegliedert: 1. Reichstag, 2. Akten zu Stand, Stimme und Session, 3. Städtetag.

C *Köln HistA, Bestand 50 (Köln und das Reich), A 223, fol. 154r–155v (zum Reichstag), fol. 44rv (zu Stand, Stimme und Session), fol. 291r (zum Städtetag), (Kop.)<sup>4</sup>; AS fol. 2r: Kurtzer und summarischer extract gemeiner erbarn frei- und reichsstett registratur derselben im Hl. Reich herbrachten standt, stymm und session, auch reputationem und alt herkhommen besagendt. Aus dem ersten theil der registratur gezogen durch Hermann Schiesser, stattschreiber zu Speyr und der erbarn stett registratorn der reinischen bank.*

Reichstag zu Nurnberg anno etc. 1543<sup>5</sup>.

Diese acten seindt ordenlich und volkhommen in ainem buch zusamen beschriben.

Wiewoll nach vermöge deß jungsten nurnbergischen abschiedts [1542 Aug. 26] dieser reichstag hieher gehen Nurnberg auf den 14. Novembris deß vergangen 42. jars bestimbt gewest, so ist doch derselb allererst im Januario dises 43. jars angangen. Allda die kgl. Mt. sambt den ksl. commissairen am letzten tag bemelts monats Januarij den stenden proponiert [Nr. 43] und nemblich mit weileufftiger außführung, nochmals die richtigmachung der zugetragnen mengl hiebevur bewilligter hilf, auch ain continuation derselben hilf diß jar auß und dann erstattung deß winterlegers, so ir Mt. dem Reich zum besten auf ir darlegen und costen underhalten, begert, mit allerhandt erbietten ferrer inhalts solcher proposition.

Alß nuhn solche proposition in gemain abgeschriben worden, hat sich alßbaldt thailung under den stenden in der beratschlagung zugetragen, denn die stende der augspurgischen confession oder protestation verwandt haben sich in kheine bewilligung ainiger ferrern hilf noch auch ainiger tractation begeben wöllen, zuvor und ehe der religion, auch friden und rechtens halb notwendige fursehung und inen genugsame sicherung geschee, wie sie dann deßhalben alsbaldt 2. Februarij ain lange schrift in vil pletter verfast [Nr. 152], darinn solches alles stattlich und weitleuffig außgefürth, der kgl. Mt. und ksl. commissarien, auch gemainen reichsstenden ubergeben.

Hieruff haben damals die kgl. Mt. und ksl. commissarien mündtliche [Nr. 153] antwort gegeben und sie solche schrift an andere stende auch wöllen gelangen, deren bedenckhen horen und sich daruff aller gebür vernemen lassen, wie dann volgendts bescheen und nach gehabter beratschlagung, die ire kgl. Mt. und ksl. commissarien mit den stenden der alten röm. religion gepflogten [Nr. 154], erstgedachten stenden der augspurgischen confession ain schriftlich antwort gegeben worden: *Resümee von Nr. 155.*

Aber die augspurgischen confessionverwandten stende haben dagegen volgendts ain lang replicschrift ubergeben: *Resümee von Nr. 157.*

<sup>4</sup> *Digitale Fassung online im Internet.*

<sup>5</sup> *Der erste Teil der Städtregistratur mit der AS „Reichstag zu Nurnberg anno etc. 1543“ basiert auf der Textgrundlage A, da diese ausführlicher und aussagekräftiger als B und C ist.*



Daruff furter die kgl. Mt. und ksl. commissarien düpiert [Nr. 158], diese stendt tripliciert [Nr. 159] und also beyderſeits hinc inde etliche wechſelſchriften gegeninander usque ad ſextuplicam [Nr. 163] ergangen, wie dieſelben in hieneben ſignierten plettern zu finden. Und darauß zu ſehen, welchermassen beder thail ſein mainung discudiert, auch gleichwoll etwas weitter fürſchlege von der kgl. Mt. beſcheen, die aber den protestierenden auß angezeigten urſachen unannemblich ſein wöllen.

Alß nuhn die augſpurgischen confessionverwandten ſtende uff ſolcher irer mainunge unbewegt beſtanden, datzwischen aber die zeit verloffnen und, in anſehung das die ding der türckhenhilf halb (dieweil je mehr und mehr zeittungen von ſein, deß Turckhen, mechtiger ankunfft einkommen) khein verzug leyden wöllen, durch die kgl. Mt. erntlich umb fürnemung diſes hauptpuncten der türckhenhilf anſuchen beſcheen, hat ſich daruff allerhandt weittere bearbeitung, wie man doch bemelte augſpurgischen confessionsverwandten ſtende auch in die tractation und bewilligung der hilf bringen möchte, zugetragen. Und ſonderlich iſt den 24. [!]<sup>6</sup> Marti bemelten confessionsverwandten ſtenden in gemainer verſammlung von wegen der andern, nemlich der alten religion verwandten ſtende, ain lange erzelung geſcheen: *Reſümee von Nr. 166.*

Daruff aber die ſtende der augſpurgischen confession nach genommenem bedacht volgender tag ain lange antwort durch den ſechsiſchen cantzler (wiewol die zuvor in ſchriften verfaſt und wol acht pletter gehalten) mündlich gegeben und reden laſſen: *Reſümee von Nr. 168*, uff welches durch die ſtende der alten religion repliciert, dagegen die ſtende der augſpurgischen confession mit der khurtze priora repetiert [Nr. 169].

Dabey iſt es bliiben und also nach langer diſceptation (darüber zwen gantzen monat verfloſſen) durch die ſtende der alten babſtiſchen religion allererſt am 30. Martij zu beratſchlagung uff die proſeption gegriffen und nach etlicher gehabter conſultation haben ſie ſich ainer antwort oder mainung, der kgl. Mt. und ksl. commissarien ungeferlich dahin zu geben, entſchloſſen: *Reſümee von Nr. 92.*

Daruff hat die kgl. Mt. und ksl. commissarien volgender tagen geantwort und ſich reſolvirt, alß nemlich ſeyen ſie nochmals auf laistung ainer ſtattlichen hilf oder aines gewiſſen zuzugs beharrt, auch darneben mittel fürgeſchlagen, wie ires erachtens die ſtende der augſpurgischen confession auch in die bewilligung zu bringen, uff welches die ſtende weitter ſich erklert.

Und iſt darnach ferrer particular und andere handlung mit den ſtenden der augſpurgischen confession gepflogen, inen auch allerhandt conditiones und mittel fürgeſchlagen, daruff ſie deſto ehe die hilf auch bewilligen ſollten oder khundten. Also haben dieſelben letztlich etliche puncten oder capita geſtelt und ubergeben, mit dem erbietten, who dieſelben also zu erlangen und im abſchiedt

<sup>6</sup> *Es handelt ſich um die Rede des Mainzer Kanzlers vom 26. März 1543 im Reichsrat: Nr. 166.*

deßhalb fürscheidung beschehe, das sie alsßdann urbittig, in dem hauptpuncten der hilf und andern sich auch inzulassen [Nr. 171].

Uff welches die kgl. Mt. und ksl. commissarien inen mundlich geantwort, und nachdem ir begere nit dermassen allerdings einzuräumen noch bey den andern stenden erheblich sein wöllen, sich erbotten, sie mit genuessamer nebenassecuracion zu versehen [Nr. 173].

Aber die stendt bemelter confession haben dagegen in schriften repliciert und vilerhandt ursachen angezeigt, warumb inen mit solcher particular assecuration nit geholfen, so die andern stende nit auch expresse darein willigen und das inen, den rätten, sonderliche irem empfangnen bevelch zugegen, sich darinn zu begeben oder die anzunemen nit gebürlich, mit weiter außführung laut solcher schrift [Nr. 174].

Das also mit inen, den augspurgischen confessionsverwandten stenden, uber vilfeltige handlung und fürschlege khein vergleichung getroffen werden khunten, derowegen dann nochmals die andern stende mit beratschlagung der hilf und anderer ding fürgeschritten und sich abermal aines langen schriftlichen bedenckhens, darinn ain neue hilf, zuezug, besetzung der fleckhen und anders sambt zugehöriger notturft bewilligt und beratschlagt, vergleichen, welchs sie der kgl. Mt. und ksl. commissarien volgends ubergeben [Nr. 94].

Und ist gleichwol diese, zugleich wie auch alle andere hieobgemelte schriften, deren sich die stende der alten babstischen religion verglichen, vor dem, ehe dieselben der kgl. Mt. und ksl. commissarien ubergeben, den stetten gleicher profession, das ist denen, so der augspurgischen confession oder protestation nit verwandt (dann die ubrigen stett durchauß iren mitverwandten confessionsstenden anhengig bliben) fürgehalten und abgelesen worden. Dieweil inen aber uber ir begere khein abschrift darvon gedeihen wöllen und sie auch sonst dem alten brauch zugegen von Kff., Ff. und stenden auß den beratschlagungen geschlossen und graviert worden, haben sich dieselben, deren gleichwol auch wenig gewesen<sup>7</sup>, nichts anders einlassen wollen, sonder sich solcher begegneter außschliessung bey der kgl. Mt. und ksl. commissarien etlich mal beclagt [Nr. 102], auch sonst dabeneben ire beschwerden diser neuen hilf und anders halb in ainer schrift ubergeben [Nr. 103], wie von dem allem bey registratur standts, stimb und session weiter bericht zu finden und seindt solche der stett ubergebne schriften an und in beyverzeichneten plettern zur notturft zu befinden.

So hat die kgl. Mt. und ksl. commissarien sich auf obgemelte der stendt letzere antwort [Nr. 94] oder bedenckhen volgender tag weiter resolviert [Nr. 96], auch darneben ain schrift ubergeben, fridt, recht und andere puncten belangendt, wie dieselben in abschiedt zu bringen sein sollten etc. [Nr. 179]. Daruff ferrer endliche vergleichung zwischen irer Mt. sambt den ksl. commis-

<sup>7</sup> Gemeint sind die altgläubigen Reichsstädte Worms, Speyer, Rottweil, Ravensburg und Hagenau samt den Städten der Landvogtei.

sarien und den stenden der alten religion getroffen, auch der abschiedt darauf verfast und den 23. Aprilis vor allen stenden öffentlich publiciert und abgelesen worden.

Und wiewoll solcher abschiedt weitleiffige außfuerung thut, welchermassen alhie gemaine stende die ferrer hilf wider den Türckhen, auch zuzug, besatzung der fleckhen und anders bewilligt haben sollen, so ist doch derselb gar nit in wirklichkeit noch auch in truckh khommen, dann, wie oben nach lengs gemelt, der augspurgischen confessionverwandten stendt, auch gemeine stett denselben gar nit, auch sonst vil stende ungern darein gewilligt. Es ist aber der geschriben abschiedt [Nr. 404] bey disen actis zu finden.

Ferrers so ist gleich baldt zu anfang dises reichstages von wegen frauen Marien, Kgn. in Hungern, ksl. Mt. gubernantin der Niderlanden etc., in namen ksl. Mt. durch ain geschickhte stattliche legation vor gemainen stenden ain lange schriftliche und scharpfe verantwortung, bericht und anzaig wider den Hg. von Gülich, mit anziehung, wie das derselb deß Kg. von Franckhreich pundtgenuß und das er irer Mt. wider billichkeit das hertzogthumb Gellern vorhalte etc., fürbracht worden [Nr. 202].

So hat unlangs hernach der H. von Granvela, orator caesaris, ain lateinisch oration vor den stenden gethan [Nr. 197], darinn gleicher gestalt dieser hertzog, auch der Kg. von Franckhreich heftig angezogen, und das sich derselb könig mit dem Turckhen in pundtnuß begeben haben solle, mit beger, sie bayde für feinde deß Reichs zu erkennen etc.<sup>8</sup>

Und dann hernach zu einer andern zeit hat gemelter Granvela weiter bericht und anzeig obbemelter deß Frantzosen pundtnuß mit dem Türckhen gethan

<sup>8</sup> *Die Augsburgs Gesandten Jörg von Stetten und Dr. Lukas Ulstett berichteten an Hans Welser und Mang Seitz, Bgmm. von Augsburg, am 13. Febr. 1543 über die Weigerung der Reichsstädte, sich in Verhandlungen über die Werbung der burgundischen Gesandten oder über die Rede Granvelles einzulassen: [...] Es ist auch uff obgenannten tag in aller frey- und reichsstett rhat einhelliglich beratschlagt und beschlossen worden, das sich kein gesanter derselbigen in einiche reichshandlung uff kgl. Mt. und der ksl. comissarien, auch des H. Granvela und der Kgn. Maria bescheene furtrag und begern inlassen soll, es sey uns dann zuvor uff unser gethan suplicieren des fridens und gleichen rechtens halb von kgl. Mt. und den ksl. comissarien ain antwurt gevallen. [...]. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.). Hans Welser und Mang Seitz, Bgmm. von Augsburg, antworteten darauf am 14. Febr. 1543: [...] Zum funften ist wol zu erachten, uß waß bewegnus die bābstischen stende die stett Speyr und Rotenburg zu sich ziehen und zu irem beschluß bewegen wöllen. Und wa die erbern stett diese ding nach irer gelegenhait erwegen, wurden sie dest baß zusammenhalten und kaine parteyen unter ine einwurzlen lassen. Sollichs wollend auch gebuerlich bei den stetten anregen und zur ainikait helfen ursach geben. Und ob sich die erbern stett gegen den von Speyr und Rottenburg der erzaigten bestendigkeit halb freuntlich und erbietlich erzaigen, das konnt unsers erachtens anders nit dann gut sein. [...] In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

[Nr. 199], mit fürbringung etlicher gezifferten [= *chiffrierten*] documenten und schriften, darauß soliches zu befinden.

Sovil nuhn Gülch belangt, haben desselben hertzogen gesandten ainen gegenbericht [Nr. 204] gemainen stenden fürbracht, dagegen die kayserischen wider gehört [Nr. 210]. Und letztlich die kgl. Mt., ksl. commissarien und gmaine stende (dabey auch die stett die iren gehabt) underhandlung zwischen bayden thailen fürgenommen, vilerhandt mittel und wege fürgeschlagen, die aber alle unerheblich gewest, denn die ksl. Mt. strackhs haben wöllen, das der hertzog Gellern und der [!] graftschaft Zutphen abtreten und die ierer Mt. inraumen sollte, welches Gülich nit thun wöllen. Darüber es fürter noch dises jarß zum khrieg khommen, darinn die ksl. Mt. den hertzogen mit dem schwerdt zu irem willen bracht. Und ist die handlung, so also dieser sachen halb uff gegenwurtigem reichstag ergangen, in beyverzeichneten plettern zu finden.

So hat der Kg. von Franckhreich uff disem tag zway schreiben an gmaine stendt gethan, deren das erst [Nr. 198] nit anderst dann uff der kgl. Mt. bewilligung von den stenden erbrochen, in welchem der könig sich verantwort, das er mit dem Türckhen in kheiner pundtnuß und die ksl. Mt. heftig anzeucht, wie sie ime zwen seiner legaten<sup>9</sup> contra ius gentium niderwerfen und erwirgen lassen etc. Das ander ist dem potten unerbrochen wider zugestellt, dieweil man sovil befunden und dafür gehalten, das der könig deß Türckhen pundtgenöß were.

Item die hungerisch pottschaft, deßgleichen ein außschuß der österreichischen und ander konigischen lande haben bey gmainen stenden cleglich werbung und anbringen irer belestigung vom Türkchen gethan, mit bitt und anruffen umb hilf etc. [Nr. 98–99].

Item Mgf. Joachim von Brandenburg Kf. etc. hat bey gmainen stenden ain stattliche verantwortung gethan der unguetlichen beschrayhung und zulag, so irer kfl. Gn. von wegen des vergangenen türckhenzugs getragner feldhauptmanschaft, alß ob darinn von iren kfl. Gn. etwas vernachlast sein sollte etc., zugemessen.

Item es seindt auf disem tag etlicher kraiß, alß deß frenckischen, bayerischen und reinischen, rechnungen deß gemainen pffenings halben gescheen [Nr. 413, Nr. 415–416] darauß befunden, das man inen gemeiniglich etlicher thausendt fl. mehr, dann sie in alles eingenommen, schuldig bliben etc.

Item H. Wolff Dieterich von Pfirdt, vergangens jarß gewesener leyttendantt, hat umb etliche außsteende belohnung seines getragnen amts halben supplicirt [Nr. 127], wie dann andere mehr bevelchsleyth dergleichen auch angehalten. Denen ist etlichermassen, doch nit so hoch alß sie begert, betzalung geschehen, auch die zerung zu Nurnberg für sie betzalt, darzue dann ain sondere anlag gemacht, ut ibidem [Nr. 130, Nr. 132].

<sup>9</sup> Ermordung des französischen Gesandten Antoine de Rincon und seines Begleiters Cesare Fregoso am 3. Juli 1541 auf der Reise nach Konstantinopel. Siehe dazu: A. KOHLER, *Karl V.*, S. 256–258.

So haben camerrichter und beysitzer ain entschuldigung und verantwortung gegen der protestirenden stende irenthalb gescheener verunglimpfung gethan und den stenden in schriften [Nr. 303] überschickht, die in gemain abgeschrieben worden.

Item der Bf. von Hildeßhaim hat ain clagschrift seiner entsetzung vor den smalkaldischen ainungsstenden fürbracht [Nr. 248].

Finis.

Standt, stymm und session<sup>10</sup>: Reichstag zu Nurmberg anno etc. 43.

Hie wurt nachmals von richtigmachung der mengel bewilligter hilf, auch continuation derselben des jars aus und erstattung des winterlagers gehandelt. Die stett sundern sich, hangen jedwederseits religion iren mitverwandten stenden an. Werden den unprotestirenden stetten der obern stende bedencken und beschluß pro more eröffnet, wollen sich aber aus etlichen ursachen nit einlassen noch umb verwaigeter abschrift willen in bemelter stende beschluß bewilligen, sunder protestiren dagegen [Nr. 102]. Der abschiedt [Nr. 404] wurt ausserhalb der stett verglichen und inen allein zu abhörung desselben angesagt, protestiren aber samtlichen darwider sehr stattlich und ausfurlich, ut patet ex instrumento protestationis [Nr. 408].

Und seint gleichwol die stett etlichermassen zu den sachen gezogen und gehort und also fur ein reichsstandt zugelassen etc. Sie seint bei der proposition und allen gemeinen furträgen, im ausschuß der leutenanten und kriegsleut rechnung zu hören und dann underhandlung zwischen ksl. Mt. und dem Hg. von Gulch zu pflegen, item die relation der kraißstruhen halb zu horen und andern gemeinen sachen beizuwonen. Der stende bedencken [Nr. 92] wurt den stetten geöffnet, das irig [Nr. 103] denselben uff erhaltenen bedacht widerumb communicirt, so bisweilen bei den obern stenden platz gewinnet. Item ire schreiber schreiben wie anderer stende gemeine schriften und diß alles in puncto begerter hilf, <sup>a</sup>-scilicet, cum de dativo agitur, admittunt civitates daturum illis deliberatio et in eorum sententiam pedibus iturum<sup>a</sup>.

Stettäge: Stettthandlung zu Nurmberg anno etc. 43 neben dem reichstag.

Alhie werden der stett zusammengesuchte acten samt deren außzugen fürbracht und aus solchen durch der stette Straspurg und Franckfurt advocaten<sup>11</sup>

---

<sup>a-a</sup> B om. Im übertragenen Sinn ist die lateinische Passage des Satzes wie folgt zu verstehen: Nämlich, wenn über das zum Geben Gehörige (= Türkenhilfe) verhandelt wird, lassen die Städte zu, dass jenen (= den oberen Ständen) die Beschlussfassung überlassen wird und sie (= die Städte) deren Entscheidung folgen werden (wörtlich: in deren Fußstapfen treten werden).

<sup>10</sup> Der zweite und dritte Teil der Städteregeſtratur mit der AS „Standt, stymm und session“ sowie „Stettäge“ folgt der Textvorlage in B und C; A om.

<sup>11</sup> Dr. Ludwig Gremp aus Straßburg, Dr. Hieronymus zum Lamb aus Augsburg.

ein gemeiner auszug und statlicher rhatschlag, so getruckt worden<sup>12</sup>, gemacht und verfast und sunsten dis puncten halb allerhandt rhatsamlich erwogen etc.

Zu auslosung und abbezalung etlichs unruwigen gesindtlins von leutenanten und bevelchsleuten, so im zug zu Hungern gewesen, wurt, wie von andern stenden also auch, under den stetten ein contribution – doch dardurch unbegeben des speirischen abschiedts und in dergleichen ungleichmessige anschlege nit zu bewilligen – gemacht [Nr. 417, Art. 2].

Der statt Eßlingen abermals erregte beschwerden wider Wirtemberg [Nr. 85, Anm. 2] werden uff schirsten stettag verschoben.

Statt Speyr: Ein anmanungsschrift an Pfaltz umb antwort mitgetheilt [Nr. 89a, Anm. 15].

Mulhausen halben in Dhuringen soll uff mittel und weg gedacht werden, wie dieselb wider zum Reich zu bringen.

Deßgleichen auch nachzudencken, wie die sperrungen der profiant, so von fursten gegen den stetten furgenommen werden und uberhand nemmen wollen, abzuwenden.

---

<sup>12</sup> Auszug aus den verschiedenen Gutachten einzelner Reichsstädte zu Session und Stimme, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II, Nr. 960a (Druck). Siehe dazu auch den Abschied der Reichsstädte Nr. 417, Anm. 3.

## IV. Verhandlungen über die Türkenhilfe

*Das Kapitel Türkenhilfe ist in zahlreiche Abschnitte gegliedert, um die verschiedenen Aspekte des Themas zu verdeutlichen und eine klare Strukturierung der in ihrer Chronologie und Thematik oft unübersichtlich erscheinenden Verhandlungen zu ermöglichen. Kap. IV.A enthält den Schriftwechsel zur Türkenhilfe, wobei der Beginn der Beratungen sich lange hinauszögerte. Nach sieben Wochen ergebnisloser Unterredungen des Königs mit den Protestanten, die auf der Priorität von Friede und Recht gegenüber der Türkenhilfe beharrten, drängte Kg. Ferdinand am 22. März 1543 im Reichsrat auf den Beginn der über die Türkenhilfe, wie dem Bericht des pfalz-neuburgischen Gesandten Gabriel Arnold zu entnehmen ist (Kap. IV.A, Nr. 91). Diese Verhandlungen fanden in der Folge ab Ende März ohne die evangelischen Reichsstände statt. Die zwischen dem König und den altgläubigen Ständen gewechselten Schriften betreffen in erster Linie die Höhe, die Dauer und die Modalitäten der Finanzierung der Türkenhilfe (Nr. 92–97).*

*In Kap. IV.B folgen die Ansuchen der ungarischen Stände und der niederösterreichischen Erblände samt der Grafschaft Görz an die Reichsstände um Unterstützung im Kampf gegen die Türken, gefolgt von den Antworten der Reichsstände auf diese Bitten um Hilfe (Nr. 98–99). Auch die Reichsstände ließen Schreiben um Unterstützung gegen die Türken ausgehen, so an den Dogen von Venedig und an Papst Paul III. (Nr. 100–101).*

*Die aus Kap. IV.C ersichtliche Haltung der Reichsstädte zur Türkenhilfe war eine durchwegs ablehnende. Die altgläubigen Reichsstädte Speyer und Rothenburg erschienen zwar im Reichsrat, waren aber zu den Beratungen und Beschlüssen nicht zugelassen und verweigerten ebenso wie die evangelischen Städte die Zahlung, da ihre Wünsche nach Ringerung der Anlagen und nach Teilnahme an den Beratungen von den oberen Ständen nicht berücksichtigt wurden (Nr. 102–103).*

*Die Gründe für die Verweigerung der Türkenhilfe durch einzelne Reichsstände waren vielfältig und kommen in Kap. IV.D zum Ausdruck. Sie lagen in unklaren, nicht fest definierten bzw. im Laufe der Zeit gelockerten Beziehungen mancher Reichsstände zum Reich, aus denen sich Forderungen nach Exemption von den Reichsanlagen und Proteste gegen die Maßnahmen des ksl. Fiskals zur Einhebung der Türkenhilfe oder zur Unterhaltung des Reichskammergerichts ergaben. Beispiele dafür sind die Eingaben der Eidgenossen (Nr. 104), der burgundischen Gesandten (Nr. 106 betr. den Burgundischen Kreis) und der Gesandten der Hochstifte Metz, Toul und Verdun (Nr. 108). Auch die in manchen Fällen strittige Frage, ob ein Reichsstand als reichsunmittelbar zu betrachten war und seine Anlagen direkt an das Reich abzuliefern hatte oder ob er de facto einem Territorialherrn unterstand und diesem gegenüber steuerpflichtig war, führte, wie im Falle der niedersächsischen Hansestädte (Nr. 105) und Gf. Dietrichs von Manderscheid (Nr. 107), zu Konflikten bei der Zahlung der Türkenhilfe. Die akute Bedrohung eines Reichsstandes durch Angriffe von außen diente ebenfalls als Argument für die Nichtzahlung oder das zeitweise Aussetzen der Zahlungen zur Türkenhilfe, wie aus den Eingaben der*

*Gesandten Kgn. Marias (Nr. 106 betr. das Hochstift Utrecht) und Hg. Karls III. von Savoyen (Nr. 109) hervorgeht.*

*In den in Kap. IV.E zusammengefassten Supplikationen führten einzelne Reichsstände ihre Gründe an, weshalb eine Ringerung der Anlagen für sie unerlässlich sei (Nr. 110–114).*

*Es war vor allem die Aufgabe der Reichskreise, von denen einige, wie der Fränkische, der Schwäbische und der Oberrheinische, in Nürnberg parallel zum Reichstag tagten (Kap. IV.F), sich um die Abrechnung der vergangenen Türkenhilfen und um die Einbringung ausständiger Beiträge zu kümmern. So sollte der in Speyer 1542 beschlossene Ausgleich unter den Reichskreisen durchgeführt, die Abrechnungen der Kreise (Gemeiner Pfennig) vorgelegt und die Bezahlung des Kriegsvolks organisiert werden (Nr. 115–123).*

*Die Abrechnung über die Türkenhilfen der Jahre 1541 und 1542 sowie Klagen über ausstehende Besoldungen der militärischen Befehlshaber nahmen einen breiten Raum ein: zu 1541 Kap. IV.G (Nr. 124–126), zu 1542 Kap. IV.H (Nr. 127–133). Verzeichnisse der gehorsamen bzw. ungehorsamen Reichsstände, die ihre Türkenhilfe nicht oder nur teilweise bezahlt hatten (Nr. 126–129), gaben einen Eindruck von den Schwierigkeiten der Finanzierung der Kriegszüge, die aus der Relation des obersten Feldhauptmannes im Türkenzug 1542, Kf. Joachim II. von Brandenburg, eindrucksvoll erhellten (Nr. 128). Der aus Vertretern der Reichsstände gebildete Rechnungsausschuss kontrollierte und korrigierte die Abrechnungen des Pfennigmeisters von 1541 (Nr. 125) oder der Oberstleutnants des Türkenzuges 1542 (Nr. 130 und Nr. 133). Die Forderungen der Militärs nach Bezahlung ihres ausstehenden Soldes betrafen sowohl den Türkenzug von 1541 als auch jenen von 1542 (Nr. 124, Nr. 127, Nr. 130–132).*

*Kap. IV.I behandelt das Winterlager der Truppen in Ungarn 1542/1543, das nach der Bewilligung durch die Reichsstände (Nr. 134) durch Kg. Ferdinand vorfinanziert wurde, wie sich aus der von ihm übergebenen Kostenaufstellung für das Winterlager ergibt (Nr. 136). Die während des Reichstags verlesenen Kundschafterberichte über das Vorrücken der Türken, sollten die Reichsstände zur raschen Bewilligung und Bezahlung der Türkenhilfe bewegen (Nr. 135).*

*Dem König und den Reichsständen kam auf dem Reichstag auch die Aufgabe zu, die Türkenhilfe 1543 zu organisieren (Kap. IV.J), was sich in Mandaten und Schreiben zum Verbot fremden Kriegsdienstes (Nr. 137–138) und in Mandaten zur Erlegung der Türkenhilfe (Nr. 139), begleitet vom Anschlag nach Reichskreisen (Nr. 140), ausdrückte. Die Reichsstände baten Kf. Ludwig von der Pfalz und Bf. Pankraz von Regensburg, einen Kriegskommissar zu bestellen (Nr. 141) und entwarfen eine Bestallungsurkunde für diesen (Nr. 142). Um rechtzeitig die nötigen finanziellen Mitteln für die Türkenabwehr zur Verfügung zu haben, ersuchte Kg. Ferdinand die Mgff. von Brandenburg-Ansbach, ihre Ratenzahlungen zur Türkenhilfe vorzeitig zu erlegen (Nr. 143).*

*Kap. IV.K zeigt, wie das Problem der Doppelveranlagung der Bff. vom Salzburg, Bamberg, Regensburg, Freising und Passau, die während der Türkenhilfe im Reich*



*die Steuern in den kgl. Erblanden verweigerten, trotz intensiver Verhandlungen zwischen der kgl. Seite und den bischöflichen Gesandten nicht endgültig gelöst werden konnte (Nr. 144–150).*

#### IV.A Verhandlungen Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare mit den altgläubigen Reichsständen über die Türkenhilfe

91 *Bericht des pfalz-neuburgischen Gesandten Gabriel Arnold an Pfgf. Ottheinrich über den von Kg. Ferdinand verkündeten Beginn der Verhandlungen zur Türkenhilfe – Nürnberg, 1543 März 22*

A *München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 126r–128v (Ausf.); DV fol. 128v: Rentmaisters bericht, was kgl. Mt. der turkgenhilf halb fur ain furtrag gethan und was anderer reichshandlung halb aller dingen gehandelt worden sey. Praes. Neuburg, den 24. Martij anno 43.*

B *München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 121r–123v (Konz.); DV fol. 123v: An meinen gnedigen herrn Hg. Ottheinrichen. Was im reichsrat gehandelt sey anno etc. 43.*

An gestern [1543 März 21] hat die röm. kgl. Mt. allen stendten und gesandten des Reichs lassen ansagen, heut umb sibem ur auf dem rathaus zu erscheinen und die turgkenhilf zu besliessen. Und als man zu gemelter zeit erschinen, ist mit langer ausfurung der abschid zu Augspurg [1530], Regenspurg [1532, 1541], Speir [1542] und hie [Nürnberg 1542] ergangen, und das die turgkenhilf bewilligt und kain widersprechen sey, darumb man allain von zweyen puncten – der besatzung oder ains statlichen zuezugs und rettung – zu reden hab, furgetragen worden. Dann was den friden belang, davon sey genugsam dispudirt und derhalb zu Speir ain abschid [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] erfolgt, dabey es billich beleib. Und wo es die zeit erleiden mocht, von andern articlen, als vergleichung der ansleg, rechnung der craiß, policei, muntz und anders und sonderlich gedachter rechnung und ansleg, geredt worden. Und wiewol etlich mit diser maynung gestimbt haben, so hab ich doch euer fstl. Gn. bevelh der notdurft und billichait nach mit der kurtz nachfolgende maynung erzelt. Das zaig euer fstl. Gn. ich darumb an, dieweil der von Sainßhaim und ich köntftiglich nit hie sein werden, sich darnach ze richten und euer Gn. notdurft nach ze handeln zu bevelhen wissen.

Nemlich das gleichwol die not der gantzen christenhait und sonderlich teutscher nation vor augen, wie aber dem mergklichen last zu begegnen sey, zu bedengken. Die sach dermassen anzugreiffen, damit nit abermals, wie den vergangen sommer beschehen, der veind gestergkht und der christen eer und wolfart gemindert werde. Dann solt man dergestalt, wie von etlichen geredt, zu der turgkenhilf on alle ordnung und bestendighait eilen, wurde daraus vil ain grösser unrat dann ferdt [= vergangenes Jahr] erfolgen. Dann ainmal sey war, das man ferdt mit ainem treffenlichen kriegsfolgkh und aller zugehörung versehen gewesen, da aber noch an der anzal etwas gemangelt, hab der oberst nit furtziehen, sonder derselben erwarten wellen. Die und ander mer mängl zu verhueten muessen ordenlicher weis drey stugkh bedacht und erortert werden:

Furs erst, dieweil euer fstl. Gn. und ander mer stendt die abschid nit anderst angenommen noch in ainiche hilf bewilligt haben, es werden dann die ansleg den billich beswerdten geringert und ain gleiche purd furgenomen, das ain solhs den abschiden, zuesagen und gewissen vertröstungen nach vor allen dingen geschehe.

Zum andern, das die zugesagt und bewilligt aufnemung und vergleichung der craißrechnung geschehe, dann daraus kann man erlernen, was dem vorigen zug gemanglt. Ob man widerumb auf ainen gemainen pfenning kriegen oder ain anders beratslagen soll. Wie man sich in ainem yden craiß mit dem einlegen gehalten; wie man das gelt billich oder nit ausgeben hab; wer noch nit gelegt; das der gehorsam seiner woltat gemeß und der ungehorsam gestrafft und zur volziehung gehalten wird; das der überbleibend rest, auch der ausstand zum nutz gebraucht werde.

Zum driten, das die, so sich mangel fridens und rechts beclagen, gehört und vor allen dingen nach solchen mitlen getracht werden, dardurch bestendiger frid erhalten und das vertreulich zesamensetzen aller stendt gefurdert werd, mit dem besluß, wo dise drey puncten nit erledigt, das euer fstl. Gn. in kain hilf bewilligen werden noch mögen.

Nun ist von andern, und sonderlich den protestirenden stenden, welhe im rat das merer erhalten, noch vil clerer und leuter ausgefurt worden, wie die abschid dergestalt weder angenommen noch zu versteen seyen. Item das irn hern und obern kainswegs ze raten sey, das wasser aus irn heusern ze tragen und in Hungern damit ze leschen, so doch wissentlich und vor augen, wann nit ain bestendiger friden und gleichmessig recht erfolg, das das feur in iren aigen heusern angeen werd. Und wo es vonnöten, möcht wol erzelt werden, wie man es bisher gegen inen, den protestirnden stenden, gemaint und was gegen inen furzenemen practicirt, auch zum tail mit der that bewisen sey. Also das ungeverlich 18 stimen auf den gemelten dreyen puncten beruet sind. Darbey ist auch fur gut erwegen und von dem kfl. und andern rat ain ausschus zu kgl. Mt. verordnet worden, ze handeln und zu biten, damit der krieg im Niderlandt abgestellt werd, mit erzelung, was guts daraus volgen und dem wergkh der thurgkenhilf zu furderlicher volziehung helfen mög [Nr. 212].

*Gabriel Arnold und Georg Ludwig von Seinsheim empfehlen Pfgf. Ottheinrich, sich nach ihrer Abreise aus Nürnberg von Hans Beuser von Ingelheim, dem Gesandten Pfgf. Johans II. von Pfalz-Simmern, vertreten zu lassen.*

92 *Antwort der altgläubigen Reichsstände auf die Proposition Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare betr. die Türkenhilfe – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Ende März)*

A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 16r–20r (Reinkonz. mit marg. Korr. und Erg., z. T. v.d.Hd. Dr. Jonas).*

B *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 41r–45v (Kop.); AS fol. 41r: Gemainer reichsstende ausserhalb der protestierenden antwort.*

*Die Antwort an den König und die Kommissare betr. die Türkenhilfe erfolgte erst zwei Monate nach der Proposition Kg. Ferdinands. Da die evangelischen Stände ohne die Erledigung ihrer Forderungen zu Friede und Recht nicht bereit waren, über die Türkenhilfe zu beraten, verzögerte sich der Beginn der Verhandlungen beträchtlich<sup>1</sup>. Wegen der nicht zustande gekommenen Einigung mit den Protestanten*

<sup>1</sup> *Manche reichsständische Gesandte waren sich nicht im Klaren darüber, wie sie sich in den Verhandlungen zur Türkenhilfe angesichts der protestantischen Politik der Verweigerung verhalten sollten. So bat Dr. Christoph Welsing Bf. Erasmus von Straßburg um ausdrückliche Weisungen in dieser Frage, Nürnberg, 1543 März 15: [...] Diweil dan die sachen sich dohin schicken wöllen, wo die protestirenden sich ie in kein hilf noch handlung inlassen wurden, das die kgl. Mt. nitdesterweniger ein hilf widder den Turcken von den anderen steenden begeren wurd, welche dan on die protestirenden zu bewilligen gantz beschwerlich, gefaarlich und sorglich, auch nit statlich beschehen mag. Im faal dan solche die andere steend, und sonderlich die geistlichen, bewilligten und ich aber nit weiss, weess ich mich euer Gn. halb halten sol, so ist an euer Gn. mein underthenig bit, die wölle mich zum furderlichsten ires gemuets verstendigen, domit ich mich in solcher schweren handlung wisse im rhat dester baass zu halten und richten. Dan wie ich vernim, so wöllen die kgl. Mt. sampt den ksl. comissarien in namen und von wegen ksl. Mt. ein wissens haben, welche [Reichsstände] irer Mt. in gemeiner not wöllen widder den Turcken hilf thun oder nit. Derhalben so wöllen mich euer Gn. an antwort nit lassen. Sovil hab ich euer Gn. von reychshandlungen zu diessem maal schreiben könden, weiss auch nichts meer nach verners anzuzeigen, dan das alle sachen in höchster und gröster gefaar bey uns stön und ie lenger wyr beradtschlagen, ie erger alle handlungen werden. [...]. In: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Welsingers). Dr. Werner Koch, der Gesandte der Bff. von Freising, Worms und Speyer, berichtete am 28. März 1543 an Bf. Philipp von Speyer, dass noch immer keine Beschlüsse zur Türkenhilfe gefasst worden seien: Euer fstl. Gn. wissen sich gnediglich zu erinnern, was euer fstl. Gn. von dem landschreiber [= Konrad Junge] und mir von wegen der alhieign reichshandlung, und sonderlich der protestirenden halbn, bericht gethan und zugeschribn worden ist. Darauf fug ich denselben zu vernemen, das noch biß anher zu den haubtpuncten nit gegriffen noch von den protestirenden in die vorhabend turckenhilf zu laistn bewilligt worden, sonder noch uf irem furhabn stracks verharret, aber wie man vermeint und hoffenlich, sy werden sich noch zu pillichn mittln und weg pringen und thedigen lassn. [...]. In: Straßburg AM, AA 503, fol. 179rv (Ausf. v.d.Hd. Kochs). In einem nicht datierten „Gedenckzettel“ (ebd., fol. 181rv) richtete Dr. Koch folgende Fragen an seinen von Nürnberg abgereisten Mitgesandten Konrad Junge betr. die Haltung des Bf. von Speyer zu den am RT verhandelten Materien: Erstlich von underhaltung und bezalung des winterlegers in Hungern. 2. Von der hilf des gegenwurtigen jars, ob mein gnediger herr die wol helfen laisten oder nit. Item durch wes mittel mein gnediger furst und her von Speier vermain, das kunftig hilf anstellen und zu verrichten sey. 3. Zu dem drytten, wo die gemein reichshilf erliegen wurde, ob meyn gnediger her uff kgl. Mt. oder etlicher anderer fursten ansuchen sich in sondere hilf inlasen wolle. 4. Zu dem vierten, der frei- und reichstedt begerte stime und sesion*

*entschlossen sich die altgläubigen Stände, die Antwort an den König ohne Teilnahme der Evangelischen zu verfassen. Federführend bei der Abfassung des Aktenstücks scheint Dr. Leonhard von Eck gewesen zu sein<sup>2</sup>. Den altgläubigen Reichsstädten wurde die Antwort der altkirchlichen Reichsstände auf die Proposition am 30. März vorgetragen, ohne dass sie an der Beschlussfassung mitgewirkt hätten<sup>3</sup>.*

Der röm. kgl. Mt., unsers allergnedigsten herrns, und der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrns verordenten commissarien gethanen proposition und furtrage, den letsten Januarij nechstverschinen gnediglich beschehen [Nr. 43], betreffndt die beharrlichen turckenhilf und andere darin angeregte obligen des Hl. Reichs, haben die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden rethe und pottschaften undertheniglich verstanden.

Und das sich die kgl. Mt. gnediglich erpieten, unbedacht irer selv, auch irer konigreich und lande langwirigen, treffenlichen ausgaben zu dem christenlichem, nottwendigen werck der expedition und gegenwer unsers hl. cristen-

---

im reichsrath etc. [5.] Zu dem letsten, dieweil die ksl. Mt. durch den H. von Granvella von den reichstenden hilf contra Franckreich und Gulch begerdt, wes uff sollich begern von irer fstl. Gn. zu bewilligen.

<sup>2</sup> *Siehe das Schreiben der Hgg. von Bayern an Dr. Eck, München, 1543 Erichtags in den hl. Osterfeirn [März 27]: [...] Der turckhenhilf halben lassen wir uns dein guetbedunckhen durchaus wol gefallen. Ist auch unser maynung und bevelh, das du neben andern unsern reten von unsern wegen sambt den saltzpurgischn der sachen ainen anfang machest, allermassen dein schreiben [fehlt] vermage und ausweist. Du sollest dich auch bei deinen verwanten und bekhtanten, sovil dir menschlich und muglich, bemuehen, dieselben auf dein vorhaben ze bringen, damit in diser nott sachen nit so boslich gehandelt, die zeit verlorn, sonder hierin zum furderlichistn gehandelt und furfarn werde, wie du zu thun wol waist und unser gnedigs vertrauen zu dir steet. [...]. In: München HStA, KBÄA 3159, fol. 482r–483v, hier fol. 482rv (Ausf.). Siehe auch das Postskriptum eines (fehlenden) Berichts des Salzburger Gesandten, Bf. Hieronymus von Chiemsee, an den Ebf. von Salzburg, Nürnberg, 1543 März 28: [...] Weiter, so khan ich euer fstl. Gn. nit pergen, das mir Dr. Egkh hat anzaigt, wie er an ainem brieff ainer khunftigen vergleichung der thurckhenhilf halber schreib und vermain, es sei der nächst weg, den man geen mug. Hat mir auch etliche articl erzelt, darauf der begriff gestellt werden soll. Darumb, sopald ich vom rathaus in die herweg khomen, hab ich mir zu ainem memorial dieselb maynung, sovil ich doch behalten mugen, in schriften und auf etlich articl pracht, davon ich euer fstl. Gn. hieneben copi [fehlt] zuschickh. Und so dann in euer fstl. Gn. instruction [Nr. 50] dieser weg gar nit gemeldet noch im rathschlag, darauf die instruction gestellt, bedacht worden ist, so wär nit bös, das euer fstl. Gn. sich hieruber furderlichen entschlossen und ir gmuet hieher anzaigen liessen, damit man sich demselben gmäs wuste ze halten, wiewol ich sorg trag, es mochte die sach eher fur die hand genomen werden, als euer fstl. Gn. resolution hieher khomen mag. Aber es soll dennoch vleys gehapt werden, damit euer fstl. Gn. nichts uberschwenklichs aufgelegt werde. In: München HStA, KBÄA 3159, unfol. (zwischen fol. 459 und fol. 460), (Kop.).*

<sup>3</sup> *Siehe dazu den Protest der Reichsstädte von 1543 April 1 (Nr. 102).*

lichen namens und glaubens erbvheindt, des Turcken, auf dis jhar abermaln stattlichen anzugreifen und an ir nicht erwinden zu lassen, wie sich dann ir Mt. des vergangen jhars mit allem dem, so ir Mt. von derselben konigreich und lande wegen uber sich genomen, also erzeigt, <sup>a-</sup>das gemeine<sup>-a</sup> reichsstende an demselben woll one zweiffel ersettigt seyen etc. Sollich irer kgl. Mt. gnedigsten, christenlichen erbietens, auch irs getreuen vleiß, muhe, arbeit und uncostens, zu widerstandt des Turcken gnedigist furgewandt und erlitten, sagen die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden pottschaften yr kgl. Mt. underthenigsten, hochvleissigen dancke, mit erbietung umb ir kgl. Mt. allzeit undertheniglich zu verdienen.

Und als die kgl. Mt. und ksl. commissarii gnediglich und guetlich begert, die handlung der hievor bewilligten beharrlichen turckenhilf zum furderlichsten und mit dem allerersten fur handen zu nemen und dise erschiesliche mittel und wege zu treffen, dardurch sollich beharrlich turckenhilf statlich in wirckung gebracht etc., haben die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden pottschaften, sopaldt sy anderer gescheft und verhinderung halb (irer kgl. Mt. und den ksl. commissarien sonder zweiffel unverborgen) darzue komen mögen, die sachen der turckenhilf zu berattschlagen fur handt genomen und sich entschlossen, das sie der röm. ksl. und kgl. Mtt. zu underthenigem gefallen und den beschwerdten landt und leuten zu tröst und rettung, auch zu schutz und schirm teutscher nation, unsers vatterlandts, fernere hilf thun und leisten wöllen.

Dieweil aber diser zeit (wie aus der kgl. Mt. zukomen vilfeltigen khuntschaften sich erscheint) der Turck mit grosser macht in treffenlicher rustung und anzug sein soll, irer Mt. konigreich Ungern zu uberziehen und andere anreinende lender zu verwusten und in seinen tirannischen gewalt zu pringen, und aber gmainen stenden nit wol muglich, vor seiner ankunfft mit einem gewaltigen hörerzug (wie den vergangnen sommer beschehen) gefasst zu werden und in Hungern anzukomen, in betrachtung, das die kriegsleut zu roß und fueß diser zeit hin und wider verzogen, nit zu bekommen und die zeit seer kurtz ist, so bedencken die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden bottschaften radtsam, nutzer und besser sein, das die hilf disen sommer also beschehe, das die päß und ortflecken notturftiglich wol besetzt werden, also das dem Turcken sein furzug oder doch die proviandt versperrt und gehindert werde. Dardurch ime vermittelst gotlicher gnaden meher schaden und abbruch beschehen möge, dann wo man sich vermessenlich, inne mit ungnuesamen volck zu schlachten, understunde.

Und hieruff gelangt an die röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien der kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden bottschaften underthenigst, underthenig und freuntlich bitt, die wöllen sich gnediglich und guetlich vernemen lassen, ob ir Mt., fstl. Gnn. und G. diser weg der turckenhilf also furzunemen

---

<sup>a-a</sup> *Aus B, in A gestr.*

gefalle, und in sonderheit, das die röm. kgl. Mt., im fall da sie auß obgehorten ursachen disen weg fur nutz und bequem achteten, den stenden des Reichs gnedigst eröffnen und anzeigen lassen wöllen, was fur päß und ortflecken zu besetzen die notturft sein wölle<sup>4</sup> und wasserlei hilf und gegenweher ir kgl. Mt. sampt iren konigreichen und erblanden dises jhar zu thun bedacht seyen, damit die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden bottschaften sich mit beratschlagung und verordnung irer hilf desto besser darnach gerichteten mögen.

Wann nun aber diser turckenhilf und anderen meher des Hl. Reichs obligen und sachen nit wenigen abgang und verhinderung pringen will, das sich die stende der augspurgischen confession und derselben religion verwanten von gemeinen des Hl. Reichs stenden absöndern und nit mit inen in beratschlagung sich einlassen, so ist der kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden bottschaften underthenigst, underthenig und guetlich pitte und begere, die röm. Mt. und ksl. commissarii geruchen nochmallen, mit denselben stenden ferner gnediglich und guetlich zu handeln und (wo immer muglich) <sup>b</sup>-darob zu sein und ze verfuegen, das<sup>b</sup> sie sich von beratschlagung und schliessung der turckenhilf und anderer reichssachen nit absöndern und dises gemein, nottwendig, christenlich werck neben gemeinen des Hl. Reichs stenden zu erredtung und uffenthaltung unsers vatterlands, leib und gutter treulich handeln, furderen und vermittelst gotlicher gnaden zu gueter entschaft pringen helfen, <sup>c</sup>-inmassen dann die kgl. Mt. und ksl. commissarii deshalb von den stenden mermal undertheniglich ersucht und di stende der augspurgischen confession von inen selbs auch gebetten und ersucht sein<sup>c</sup>, damit di hilf umb sovill meher gesterckt und auch dester unbeschwerlicher von den stenden geleist und volnzogen werden möge. <sup>d</sup>-Dann sollten sie die hilf nit mitleisten und dise stende von ir underthanen anlage uffheben müssen und aber der andern stende underthanen derselben uberhaben pleiben, mochte es der gehorsamen stende verwanthe underthanen, die mit den andern grenitzen und an vill orten hin und wider neben inen in den flecken vermischet wönen, zue nit kleinem widerwillen und villeicht auch schedlichen empörungen wider ire oberkeiten ursach geben<sup>d</sup>.

Ferer haben die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden pottschaften für nottwendig und diser christenlich expedition für nutzlich und furderlich bedacht, das nit allein von den kreyßinnemer rechnung laut der kgl. Mt. und ksl. commissarien proposition empfangen oder doch derselben halb geburenden relation gehort und aufgenommen und darauf geburendt vergleichung under den kreisen gemacht werde, besonder auch, das di mengel und abgeng, so sich in

<sup>b-b</sup> *V.d.Hd. Jonas' marg. korr aus.:* die leidenlichen mittel und wege zu eroffen, dardurch.

<sup>c-c</sup> *In A marg. nachgetr.*

<sup>d-d</sup> *In A marg. nachgetr.*

<sup>4</sup> *Siehe das Verzeichnis der zu befestigenden Orte (Nr. 93), das im Reichsrat am 1. April 1543 verlesen wurde.*

jungster expedition zugetragen, erkundigt und von den stenden notturftiglich bewegen, auch dargegen in jetziger expedition geburende fursehung und verordnung beschehe, damit, was zu den sachen dienstlich, behalten und, was verhinderlich ist, verhuet pleiben möge. Zu wellicher sachen verrichtung und erörterung auch der augspurgischen confession verwandten stende zu erfordern und zu beruffen sein, auf das darin laut voriger abschiedt gehandelt und furgefahren werden möge.

Und als nun aber allen hilfen und anlagen nit ein geringe verhinderung print, das bishere so oft gesucht pillich ringerung der anschleg, wellicher die stende uf etlichen gehalten reichstegen zu mermallen verträöst sein, noch unerledigt und die ungleicheit, so in des Reichs anschlegen befunden, noch unabgeschafft pleibt, so bedencken die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden potschaften, das in diser jetzo vorstenden hilf dermassen geburendt, pillich insehen gesucht und verfuegt werden solle, das dieselbig one sondere beschwerung <sup>e-e</sup>der stend<sup>e</sup> unverzugenlich in das werck pracht und geleist werden möge, und das doch nichtdestoweniger daneben auch uff di mittel und wege geratschlagt und geschlossen werden soll, dardurch die beschwerdten stende mit der pillichen ringerung irer anschlege nit weiter uffgehalten, sonder furderlich der gebur nach geringert werden.

Das wöllen der kgl. Mt. und ksl. commissarien die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden potschaften uf ir gnedige proposition fur antwort nit verhalten, und pitten ir kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., die geruchen, sollich ir underthenig antwort von inen gnediglich und gutlich uff- und anzenemen<sup>5</sup>.

---

<sup>e-e</sup> In *A marg. nachgetr. v.d.Hd. Jonas*.

<sup>5</sup> Auf die schriftliche Antwort der altgläubigen Reichsstände erfolgte eine nicht erhaltene mündliche Stellungnahme Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare, wie einer Notiz der Mainzer Erzkanzlei v.d.Hd. Dr. Jonas' zu entnehmen ist; in: *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 20v*: Uff söllich schriftliche antwurt [Nr. 92] hat die röm. kgl. Mt., unser allergnädigster herr, sampt den ksl. commissarien mundtlich replicieren und antwurt geben lassen, wie die in des secretarii Udalrici Müllers protocoll soll befunden werden, der es auß des cancellarii relation, derhalb den reichsstenden gethon, excipieren mögen. Und daneben ist die verzeichnuß, wie und was für päss und bevestigungen ze besetzen seyen [Nr. 93], ingegeben worden, wie hernach steet. Und daruff ist von den stenden folgende triplickschrift [Nr. 94] der kgl. Mt. und ksl. commissarien nachgendts übergeben worden.



93 *Von Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren erstelltes Verzeichnis der gegen die Türken zu befestigenden Orte an der Donau und entlang der Militärgrenze<sup>1</sup> – verlesen Nürnberg, 1543 April 1*

A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 21v–26v (Kop.); AS fol. 21v (v.d.Hd. Dr. Jonas): Verzeichnus der besatzungen. DV fol. 26v: Lectum in consilio imperiali 1. Aprilis.

B Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 568r–571r (Kop.); AS fol. 568r: Anschlag zu besetzung etlicher stet und flecken in Hungern und anderstwo wider den Dhurcken.

Druck: RTA JR Bd. XIX, Nr. 158, S. 956–958<sup>2</sup>.

[ÜS]: Vertzaichnuß der schlösser, stött und päß, so nach gelegenhait des Thurckhen personlichen antzugs jenet- und herdißhalb der Thuenaw mit nachbestimpter antzal fußvolckhs und geringen pherdtn der unvermeidlichen notturft nach besetzt werden sollen und muessen.

Fußvolckh		Geringe pherd
600	Erstlich Plintenburg [= <i>Visegrád</i> ] das schloß sampt dem wasserthurm mit 600 knechten.	0
200	Das closter Domos [= <i>Dömös</i> ] <sup>3</sup> und schloß Novigrad [= <i>Nógrád</i> ] mit 200 mannen.	0
2500	Das schloß Gran [= <i>Esztergom</i> ], sampt dem marckhtl dabeiliegend, mit 2500 knechtn und 500 geringen pherdtn. Aber die statt Gran alß unerhaltlich mueß im vall des Thurckn furtzugs und belegerung verlassen werden.	500
8000	Stuelweyssenburg [= <i>Székesfehérvár</i> ] mit 8000 zu fueß und 1000 ringen pherden, dann nachdem theutschen landen an er-	1000

<sup>1</sup> Der Übergabe des Verzeichnisses ging eine mündlichen Antwort Kg. Ferdinands an die Reichsstände voran, die jedoch nicht erhalten ist: siehe dazu Nr. 92, Anm. 5. Die kurbrandenburgischen Gesandten berichteten Kf. Joachim von Brandenburg am 6. April 1543 aus Nürnberg über die Schwierigkeiten, welche für die Aufbringung der Türkenhilfe durch das von den evangelischen Ständen hergestellte Junktim mit Friede und Recht entstanden seien: Derhalben handelt man gegen itzigen summer allein auf ein besetzung und im fhall der notturft auf ein zutzug oder entsetzungen, wie dan ir kgl. Mt. deß ein verzeichnus den stenden ubergeben [Nr. 93] und euer kfl. Gn. hiebey ligendt zu ersehen haben. Und wo nun die gehorsamen nach gemeinem anslag ir geburendt anlag allein schicken wurden, wurde die auch fast gering sein und wenig erschiesen. Und soll solhe besatzung kgl. Mt. haimgestellt und von den stenden gelt gegeben werden. Wie es aber noch beslossen und wobey es beruen wirt, stet noch in handlungen. In: Berlin GStAPK, I. HA, Rep. 10, Nr. D, Fasz. D, fol. 1r–6v, hier fol. 2v (Ausf.).

<sup>2</sup> Das Verzeichnis wurde den Reichsständen auf dem Augsburger RT 1550/1551 im Rahmen der Verhandlungen über die Türkenhilfe als nicht datiertes Aktenstück nochmals vorgelegt, weshalb es in RTA JR Bd. XIX ebenfalls abgedruckt ist.

<sup>3</sup> Der 16 km östlich von Esztergom am rechten Donauufer gelegene Ort wurde

	haltung solliches fleckhens yetzo nicht weniger alß vor an Ofen gelegen ist, ervordert die notturft umb sovil mehr ain starckhe besatzung und aufs lengist in monatsfristn dahin ze thuen, dann die besatzung des Thurckhen ankunfft halben hernach nit beschehen möcht.	1000
1500	Schloß und statt Funffkirchen [= Pécs] mit hungerischem kriegsvolghk, namlich 1500 haydockhn [= Freischärler] und 500 ringen pherdtn.	500
150	Das schloß Tottiß [= Tata] mit 150 knechtn und 100 geringn pherdten.	100
500	Das schloß Comorn [= Komárom] mit 500 knechtn.	0
500	Das schloß und fleckh Erla [= Eger] mit 500 knechten und 2000 ringen pherdten zusampt dem landtvolkh daselbst.	2000
2000	Preßpurg [= Bratislava] mit 2000 knechtn.	0
1000	Tyrnau [= Trnava], sover der Turckh daselbst zu lande herauf- zug mit 1000 knechtn und 1000 ringen pherdtn.	1000
500	Altenburg [= Magyaróvár] mit 500 knechtn, furnemlich so der Thurckh auf Wien zug.	0
0	Ödenburg [= Sopron] mit 500 ringn pherdtn.	500
0	Eysenstat auch mit 500 ringen pherdtn.	500
500	Prugg an der Leytta mit 500 knechtn und 2000 geringen pherdtn.	2000
500	Neustat [= Wiener Neustadt] mit 500 knechtn und 2000 ringn pherdtn.	2000
8000	Wien, so der Thurckh darfur zug, mag undter 8000 mann zu fueß und 2000 zu roß nit besetzt werden.	2000
200	Gegen Steyr [= Steiermark] wertz die statt Warasin [= Varaždin] mit 200 knechtn und 400 pferdten.	400

Und nachdem der furnemest hauptpunckht ist, zu inhaltung der wasser-  
sterckh, dardurch dem Thurckhn in allem seinem furnemmen am stattlichsten  
verhindrung beschehen mag, die schiffung zue armiern, so wirdet vonnotten  
sein, das zu sollicher armierung und besatzung allain 10 000 mann allerlay  
nationen und wieniger nit in beraitschaft gebracht werden, dann wo solliches  
nit beschicht und der feindt mit seiner wasserstörcckh gewaltigclich furdringt,  
alßdann alle besatzungen in hochster gefärlichait steen werden, wie menigclich  
wol hat zu bedenckhn.

*seit der Antike als befestigter Platz genützt. Zur Zeit der Herrschaft der Árpáden (11. und 12. Jhd.) spielten der Königspalast und das Kloster von Dömös (seit dem 15. Jhd. Dominikanerkloster) eine wichtige Rolle. Sowohl 1526 als auch 1543, im Zuge der Eroberung Grans durch die Türken, wurde Dömös zerstört; heute zeugen nur noch Ruinen vom ehemaligen Bestand des Klosters. Alle Hinweise zur Identifizierung von Dömös verdanke ich dem ungarischen Archivdelegierten beim HHStA Wien, Herrn Dr. András Oross.*

In obbemelten besetzungen werden die fleckhñ in windisch landt [= *Slawonien*], Crabaten [= *Kroatien*], Friaul, Karst und Isterreich [= *Istrien*]<sup>4</sup>, in beilighender zettel vertzaichent<sup>5</sup>, nit gerait [= *gerechnet*], wolliche ir Mt. bißher und noch on underlaß mit merckhlichem costen underhalten, und sonderlich die fleckhñ am mär umb sovil stärckher yetzo besetzt und versehen werden muessen, dieweil der Thurckh nach laut der khuntschaftn sein treffenliche armada daselbsthin ze schickhen vorhabens ist.

[ÜS:] Hernach volgen die fleckhen und schlösser in Crabaten, windisch landt, Friaul, am Karst und Ysterreich, so die röm. kgl. Mt. bisheer albeg und noch ordinarie mit merckhlichem costen besetzen, versehen und underhalten muessen<sup>6</sup>.

In Crabaten: Wehitsch [= *Wihitsch/Bihac*], Repitsch [= *Ripač*], Starigrad, Jablonickh [= *Jablanac*].

In windisch landt: Welicke [= *Velika*], Brythwychowyna [?] [= *Brkiševina*], Pokretz [= *Pakrac*], Selnyak [= *Slanje*], Soplontza [= *Soplonca*], Werowtze [= *Virovitica*], Isdentz [= *Veliki Zdenci*], Petrowyna [= *Petrinja*], Creytz [= *Križevci/Kreutz*].

In Friaul, Isterreich und Carst: Zennig [= *Senj*], Ottatschitz [= *Otočac*], Warlag [= *Brlog*], St. Veit am Pflaum [= *Rijeka/Fiume*], Tulmein [= *Tolmezzo/Tolmeč*], Tersat [= *Trsat*], Castel Porpat [?], Görtz [= *Gorizia/Gorica*], Gradisch [= *Gradisca d'Isonzo/Gradišče ob Soči*], Triesst.

94 *Triplik der altgläubigen Reichsstände an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare mit endgültiger Beschlussfassung zur Türkenhilfe – Nürnberg, 1543 April 11/übergeben 1543 April 14*<sup>1</sup>

A Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 47r–60v (2. Fassung, Kop. von verschiedenen Händen mit marg. Inhaltsbetreffen); ÜS fol. 47r: Die turghgenhilf betreffend. DV fol. 60v: Der reichsstende antwort und bedenkhñ der turghgenhilf halbn, ubergeben am 14. Aprillis 1543.

B Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 27r–42v (1. Fassung = Entwurf des Ausschusses, Kop.); DV fol. 42v: Der stend triplikschrift<sup>a</sup>.

C München HStA, KBÄA 3159, fol. 421r–430v (1. Fassung mit nachtr. Korr. und Erg. = 2. Fassung); AV fol. 421r: Actum Nurmberg, den 11. Aprilis anno etc. 43.

<sup>4</sup> Ost-Istrien war unter der Bezeichnung „Histerreich“ bzw. „Isterreich“ dem Herzogtum Krain angeschlossen.

<sup>5</sup> Siehe die folgenden Absätze.

<sup>6</sup> Aufzählung der zur Militärgrenze gehörigen Orte.

<sup>a</sup> Gestr.: Quadruplickschrift.

<sup>1</sup> Zur Datierung der verschiedenen Fassungen des Aktenstücks siehe die Vorbemerkung.

- D Weimar HStA, EGA, Reg. E 148, fol. 428r–446v (2. Fassung, Kop.); ÜS wie in A. DV: Bedenckhen des andern teils der turckenhulf. 1543 Nurmberg, den 19. Aprilis<sup>2</sup>.
- E Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 145r–154v (Reinschr. einer Zwischenstufe von 1. und 2. Fassung); DV fol. 154v: Copei des andern tails stende bedencken, darauf der alhieig abschied zu Nuremberg gericht soll werden. 1543 Nurmberg, den 11. Aprilis.
- F Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 200r–213v (2. Fassung, Kop.); DV fol. 213v: Bedencken des andern teils der turckenhulf halben, daruff der abscheid zu richten. 1543 Nurmberg, den 19. Aprilis<sup>3</sup>.
- G Duisburg LAV NRW, Jülich-Berg II 2276, fol. 584r–596r (1. Fassung mit nachtr. Korr. und Erg. = 2. Fassung).
- H Karlsruhe GLA, 50/59/Nr. 31, unfol. (2. Fassung, Kop.); AS: Der Kff., Ff., stend und der abwesenden potschaften bedenckhen itziger hilf wider den Türckhen<sup>4</sup>.  
 Das altgläubige Gutachten zur Türkenhilfe entstand im Zuge längerer Beratungen<sup>5</sup>. Den ersten Entwurf des Gutachtens erarbeitete der aus altgläubigen Ständen zusammengesetzte Ausschuss zur Türkenhilfe unter der Führung Dr. Ecks am 11. April 1543. Am 13. April berieten die altgläubigen Reichsstände über den Entwurf des Ausschusses und versahen diesen mit Korrekturen und Ergänzungen. Diese überarbeitete zweite Fassung wurde Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren am 14. April übergeben; die Stellungnahme von kgl. Seite erfolgte am 16. April (Nr. 96). Am 18. April überreichte der König den Augsburger Konfessionsverwandten die

<sup>2</sup> Am 18. April 1543 erhielten die Augsburger Konfessionsverwandten vom König das Gutachten der Altgläubigen zur Türkenhilfe (Nr. 94), über welches sie am 19. April berieten, um es schließlich am 20. April in einer ausführlichen Stellungnahme (Nr. 183) zu beantworten. Siehe dazu das württembergische Protokoll über die Verhandlungen der Schmalkaldener am 18. und 19. April (Nr. 84b, fol. 18rv).

<sup>3</sup> Der 19. April ist das Datum, an dem die protestantischen Stände über das altgläubige Gutachten zur Türkenhilfe berieten: siehe oben Anm. 2.

<sup>4</sup> Aufschlussreicher AV des badischen Gesandten Dr. Johann Marquardt zur Entstehung des Aktenstücks: Nurnberg. Durch Dr. Ecken ausschusz (darin ich nit bewilligt) berathschlagt, one der augspurgischen confession verwandten, auch one den graven und herrn, auch one den fry- und reychsstetten zu verordnung oder bewilligung. Uff Fritag, den 13. tag Aprilis, ist zu morgen vormittag uber dits schrift alleyn durch die stende, so sich selbs gehorsame nennen, berathschlagt worden. Da hab ich abermals meyns gnedigen fursten und herrn bevelch anzaigt, das ich in keyn zertrennung oder absonderung bewilligen noch mich inlassen moege, sonder meyn bevelch und gewalt stunde, in gemeynem versamleten, unzertrennten rath handeln, rathschlagen und schliessen zu helfen etc.

<sup>5</sup> Zu diesem Alleingang der Altgläubigen bei den Beratungen über die Türkenhilfe bemerkte Dr. Werner Koch in einem Schreiben an Bf. Philipp von Speyer vom 9. April 1543; [...] Und damit abermals euer fstl. Gn. die summa und den beschlus dises tags gewissen moeg, so khan ich euer fstl. Gn. nit verhalten, das uff dismal zwischen den protestirenden und onprotestirenden khein vergleichung hat khunden noch gefunden werden und dennach khein parthei der andern weichen woln. Haben sich alle handlung

*endgültigen Beschlüsse der Reichsstände zur Türkenhilfe (Nr. 94) und forderte sie auf, diese zu bewilligen und die Türkenhilfe zu leisten (Nr. 180)<sup>6</sup>. Die Formulierung der Türkenhilfeartikel im Reichsabschied entspricht zum großen Teil wörtlich der hier abgedruckten Triplik der altgläubigen Reichsstände, etwas modifiziert durch die Stellungnahme Kg. Ferdinands. Um den Vergleich mit dem Reichsabschied zu erleichtern, findet sich bei den entsprechenden Artikeln des Gutachtens in eckigen Klammern ein Verweis auf die Paragraphen des Abschieds.*

Der röm. kgl. Mt., unsers allergnedigsten herrns, und der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrrens, commissarien gnedigsten und guetlichen widerantwort, muntlich gegeben<sup>7</sup>, haben die kfl. räte, fursten und stende und der abwesenden botschaften in aller underthenighkait vernomen.

[Art. 1: vgl. RAb § 4] Und khunden aber nochmaln bey inen nit fur nutz und rattsam achten, das dise somerzeit gegen dem Turggen ein statlicher, gewaltiger hertzug furgenomen werde oder das man sich gegen ime zue veldt schlagen solle, aus ursachen in voriger irer antwurtschrift [Nr. 92] undertheniglich angetzaigt. Damit aber irer kgl. Mt. kunigreich Hungern und andere anstossende lender in diser euseristen not nit verlassen und dem Turggen in seinem tieranischen forhaben nit<sup>b</sup> statgeben werde, sonder solch sein furnemen, sovil imer muglich ist, verhindert und aufgehalten werde, so ist der kfl. rätte, fursten und stende und der abwesenden botschaften underthenig, rätlich bedenckhen, das die kgl. Mt. die besten und ansehlichsten bevestigungen an der Tonaw und andern orten in Hungern mit guetem kriegsfolckh, profiantd, puchsen, pulfer, holtz und allem anderm, was zu der gegenpauung und weer notwendig sein wurd, gnuagsamlich, statlich und zeitlich versehen welle. Darausß verhoffenlich erfolgen moge, das der Turckh weder die strais seinem gebrauch nach zu thuen oder sich in teutsche nation zu begeben und daselbst fleckhen zu belegern understeen und die obberuerten besetzten päß hinder ime lassen werde. Und

---

<sup>b</sup> *Com.*

gestosen und in gemein nichts abgehandlet moegen werden, sonder lestlich die sachen uff ein particular hilf und besatzung etlicher fleckhen und schloser gestalt worden, darzu die catholischen oder gehorsamen stende ir sonderbar hilf bewilligt. Wie aber und welchermasen dieselbig zu dem nutzesten angestellt, daruber sitzen etlich hern, die in ein auschutz verordnet worden, die sachen irer notturft und gelegenheit nach zu bedenckhen und anzustellen. Wo dieselbigen fertig, verhoff ich, man werde alsdan onverzuglich einen abschied begreifen, dan was man daruber lenger hie uffgehalten solten werden, das gereicht unsern gnedigen fursten und hern zu costen und wurde darneben nichts fruchpars ausgericht. [...]. In: *Straßburg AM, AA 503, fol. 190r–192v, hier fol. 190rv (Ausf. v.d.Hd. Kochs).*

<sup>6</sup> *Da die Verhandlungen und die Bewilligung der Türkenhilfe für die evangelischen Stände mit den für sie ungelösten Fragen von Friede und Recht verbunden waren, findet sich dieses Aktenstück in Kap. V: Verhandlungen zu Friede und Recht.*

<sup>7</sup> *Die mündliche Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare ist nicht erhalten: siehe Nr. 92, Anm. 5.*

wo er dann also aufgehalten und sich in seinem heer – wie dann in solchen grossen heerlegern, wie man achten mag, das der Turckh mitbringen werde, leichtsam sich begeben khan – allerlay mengl und geprechen an proviandt mit sterben der leut und viechs und dergleichen ander unrath sich zuetruengen, dardurch er gedrunge wurde, mit spot und schaden abzuziehen, so möchte ime zuversichtlich nit wol muglich sein, auf das nachvolgend jhar mit ainem solchen grossen heer wider in Hungern zu khomen.

[Art. 2: vgl. RAb § 5] Und dieweil man sich undertheniglich wol getrost, das die röm. ksl. Mt. gewislich in teutsche land khomen und zuversichtlich einen gemainen reichstag furderlich an ain gelegne mallstat ausschreiben werde, so mochte daselbst ferrer beradtschlagt und gehandelt werden, welchemassen der Turckh auf wasser und landt des kunftigen jars zeitlich, als in dem Mertzen, angegriffen und sambentlich vermittelst gotlicher gnaden und hilf nit allain aus Hungern, sonder auß gantzem Europa vertrieben werden mocht, wie dann auch ratsamer und allen christlichen landen, in sonderhait aber teutscher nation, trostlicher und träglicher sein wurde, auf ainmal alle macht dahin zu wenden und einen ewigen friden ze machen, dann dergestalt mit klainen, unansechlichen<sup>c</sup> hilfen von jar zu jar sich zu helligen, leut und gelt vergebenlich und mit grossem schaden ze schickhen, dieselben und darzue teutscher nation reputation und ansehen, auch das hertz und mannhait gegen dem Turckhen zu verlieren.

[Art. 3: vgl. RAb § 6] Dieweyl aber zu sollicher besatzung der gemain teusch kriegßmann in gnugsamer anzahl und rechter zeit beschwerlich zu bewegen sein mocht, so ist der kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften underthenig guetbedungkhen und rathe, das die röm. kgl. Mt. von stund an in Hungern, Beheim, Italia und andern landen umb guet kriegsfolckh zu roß und fueß umbsehen und werben lassen. Und zu seiner kgl. Mt. gefallen und bedengkhen steen soll, neben denselben auch teutsche reutter und fueßvolckh zu bestellen und zu gebrauchen.

[Art. 4: vgl. RAb § 7] Und sein demnach die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften undertheniglich bedacht, der ksl. und kgl. Mtt. zu underthenigem gefallen, auch rettung des christlichen bluets und zu verhinderung und widerstandt des Thurckhen vermog irer vorbeschechnen bewilligungen und nach außweisung des speyrischen reichsabschidts [1542] in ansehung vorsteender nott die ainfach hilf, welliche nach dem romzug, der zu Wormbs [1521] ksl. Mt. bewilligt, angeschlagen und in ainer summa 20 000 zu fueß und 4000 zu roß macht, ytzo entlich und gewislich zu laisten und volziehen, inmassen von derselben underhaltung hernach merer anzeigung bescheen wurd. Und soll yetzbestimbte anzahl kriegsfolckh zu roß und fueß sechs monat lang, vom ersten tag Maij an zu rechnen, erhalten werden und zu der kgl. Mt. willen und gefallen steen, die anzahl der raisigen in ringe

<sup>c</sup> In C: ansehlichen.

pferdt zu verwenden oder zu behalten und die besatzungen nach gelegenheit der päß und des Thurckhen rustung notturftiglich wol zu bestellen und zum allernutzlichisten zu verordnen.

[Art. 5: vgl. *RAb* § 8] Der kgl. Mt. soll auch zuegelassen und undtertheniglich haimbgestellt sein, uber solh kriegsfolckh in den besatzungen nach gelegenheit jeder nacion und anzall derselben erfarnen, geschickhte obristen haubt- und bevelchsleut zu verordnen, welhe hievor der belegerung gewonnt und sich gegen des veinds arbaitten zu schickhen und mit Gottes hilf ire eingantworte fleckhen zu erhalten unerschrockhen und erfarnen sein.

[Art. 6: vgl. *RAb* § 9] Neben dem bedenckhen auch die kfl. rette, fursten und stende und der abwesenden botschaftn, dieweil diß ain nottwendig, cristlich werckh ist, dartzue die bebstlich Hlt. sonders zweifel nit weniger zu helfen genaigt sein wurdt, dann sy deß verendrigen [= *vorigen*] sommers irer Hlt. uff dem reichstag zu Speyer gethanen erbietten und bewilligen nach [*RTA JR Bd. XII, Nr. 153*] auch gegen dem Turggen geholfen hat, das demnach sein Hlt. von hie aus von stund an durch schrift [*Nr. 101*] oder botschaft ersucht wurde, irem vatterlichen erbietten und ambt nach zu diser gegenwer auch ir gut kriegsfolckh, ungeferlich 5000, schickhen und underhalten wolle. Dieselben mogen die kgl. Mt. in die besatzungen oder in andere wege zu nutz der cristenheit und irer Mt. kunigreich und erblandt gebrauchen.

[Art. 7: vgl. *RAb* § 10] Und dieweil aber nit die geringst wolfart der besatzung, auch ver hinderung und auffhaltung des Turggens an dem gelegen sein will, das die kgl. Mt. ir armada und schiffung zeitlich und zum sterckhesten woll und mit aller notturftigen beraitschaft rüste und verordne, wie dann uff vergangnen reichstegen ir Mt. solhes uff sich genomen und derhalb irer Mt. kunigreich und erblandt der reichshilf erlassen sein worden, so ist gemainer reichsstende underthenigist bitt, ir Mt. wolle ir selbs, iren kunigreichen und erblanden, auch gemainer teutscher nacion zuguet und erhaltung an solher zuerustung und allen zuegehorigen notturft furderlich zuzurusten und zuvertigen, dergleichen in ander weg an irer Mt. bewilligten hilf khainen mangel erscheinen lassen, in betrachtung, das damit des Turggen schiffung verhindert und uffgehalten werden mag, also das er sein profant, geschüz und anders nit mit sich pringen und seinen zug und belegerung der päß nit in das werckh ziehen noch auch mit seinem hör verruckhen und die armada sambt dem wasserstramb verlassen werdt bedurfen. So wurdt auch alles kriegsfolckh desto williger und statlicher in die besatzungen zu bewegen sein und sich diser irer kgl. Mt. treffenlichen armada und ver hinderung des Turggen getrosten mugen.

[Art. 8: vgl. *RAb* § 11] Und dieweil der Turgg allen kundtschaften nach ain starckhe armada auf dem mer verordnet und on zweiff die fleckhen, in den windischen und andern landen an dem meer gelegen und kgl. Mt. zuegehorig, haimbsuechen wurdet, damit dann das mer gegen dem feindt statlich besetzt und kgl. Mt. der besatzung an denselben orten zum thail enthebt, auch sorg, nachtail und schaden furkomen und verhuet werden mochten, ist bedacht, das

die stende des Reichs <sup>d</sup>-dem hertzen<sup>8</sup> und <sup>d</sup> der herschaft zu Venedig ain freuntlich schreiben thun und den nachtail, so inen und irer herschaft begegnen mochte, antzaigen und bitten sollen, das sy ain starckhe armada verordnen und besetzen. So welle man die ksl. Mt. underthenigist ersuechen, irer Mt. armada auch neben die iren zu verordnen oder aufsehen zu haben, dardurch dem Turggen ain statlicher widerstandt beschehen moge. Und laut solich schreiben [Nr. 100], wie beygelegte copley vermag. <sup>e</sup>-Dabeneben gelangt an die röm. kgl. Mt. und ksl. comissarien gemainer stende und der abwesenden botschaften underthenigist und vleissig bitte, die wellen bei der röm. ksl. Mt. ansuechen, pitten und <sup>f</sup>erlangen, das ir ksl. Mt. an obberurte end auch ir starckhe armada verordnen welle, dardurch des Turggen und seiner schiffung schedlich furnemen vermittelst gotlicher gnaden furkomen und abgewendt werde<sup>e</sup>.

[Art. 9: vgl. *RAb* § 12] Damit aber die eerlichen und cristlichen leut, die sich in die besetzungen begeben, nit verlassen werden und desto statlicher und trostlicher gegenwer zu thun und sich, wie eerlichen leuten zuesteet, aufzuhalten desto mer und sicherer ursach haben, ist fur hochnotwendig bedacht, wo der Turgg uberhand nemen und die päß mit zu vil beschwerlicher belegerung tringen [= *bedrängen*] oder etliche päß (weliches der Almechtig verhuete) erobern wurd, das demnach widerumb ain gewaltiger zuetzug verordnet werde und in solichem faal beschehe. Derwegen die kfl. rätthe, fursten und stende und der abwesenden botschaftn fur notwendig achten, zu verordnen und verfuegen, das der kgl. Mt. kunigreich<sup>g</sup> Hungern, Beheim, Schlesien, Merhern, auch die niderosterreichischen landen und die graffschaft Tyrol, dartzue dise nachvolgende negstgelegne krayß des Hl. Reichs, nemlich der frenckhisch, beyerisch, swebisch und bede ober- und nidersechsische krayß, sich aines statlichen und benenntlichen zuezugs vergleichen, auf das sich ain yeder stand zu solichem zuetzug schickhen und, so die not vorhanden, zeitlich und mit gueter ordnung und fursichtigkait disen zuetzug thun moge.

[Art. 10: vgl. *RAb* § 13] Derwegen<sup>h</sup> ist auch fur nutz und guet angesehen, das die gedachten kunigreich, lande und krayß ire volmechtigen botschaften auf N.<sup>i</sup> tag zue Passaw eintzekomen verordnen. <sup>j</sup>-Und soll doch den andern des Reichs kraysen hiemit auch vergunt und zuegelassen sein, die irigen, ob sy wollen, auch zu solichem tag abzufertigen und mit und neben den andern

<sup>d-d</sup> *B om.*

<sup>e-e</sup> *In CG marg. nachgetr.*

<sup>f</sup> *In B folgt danach: verhoffenlich.*

<sup>g</sup> *In B folgt danach: und lender, namlich.*

<sup>h</sup> *In A: Dargegen.*

<sup>i</sup> *In B: den 15. tag des monats Junij schierstkunftig. Dieses Datum wurde auch in den RAb übernommen.*

<sup>j-j</sup> *In CG marg. nachgetr., E om.*

<sup>8</sup> *Pietro Lando, Doge von Venedig.*



ratschlagen und schliessen ze helfen. Und die also erscheinenden sollen<sup>j</sup> sich one verrer hindersichbringen sollichs zutzugs zu vergleichen macht haben und wurckhlich vergleichen. <sup>k</sup>-Und was sy sich also vergleichen<sup>k</sup>, soll von allen tailen volntzogen werden. Und was auch also <sup>l</sup>-den obbestimptn kraysen auferlegt wurt<sup>l</sup>, das soll auf gmaine reichßstende nach aines yeden gepur angeschlagen werden, also das ainem yeden stand<sup>m</sup> sein antzal und gepure von stund an zugeschriben<sup>n</sup>. Und alßpald die underhaltung und betzalung an barem gelt auf raysig und fueßvolckh beraidt gemacht und im faal deß zutzugs an alles verwidern erlegt und davon das volckh, so die gedachtn kraiß schickhn werden, betzalt und also under den stenden gleichait gehalten werde.

[Art. 11: vgl. *RAb* § 14] Die kfl. rathe, fursten und stende und der abwesenden bottschaftn bedenckhen auch undertheniglich, das diser expedition, wie auch andern dergleichen kriegem und gewerben, an den khuntschaftn nit wenig gelegen ist, derowegen sy die kgl. Mt. underthenigs vleiß bitten, ir Mt. wolle in des Thurckhen läger und hove guette kundtschaftn bestöllen und, was sy yederzeit erfarn, den stenden, sovil notwendig oder nutz sein mag, furderlich antzaigen lassen, sich darnach haben ze richtn.

[Art. 12: vgl. *RAb* § 15] Und so also sollicher zutzug wider den Turckhen beschehen wurde, soll alleß volckh zu roß und fueß auf die röm. kgl. Mt., sover die aigner person im veldt sein oder wen ir kgl. Mt. daruber verordnen wurt, warten, auch von allen kraysen oder stenden dermassen abgefärtigt werden, das sye der kgl. Mt. oder irer Mt. nachgesetzten hauptleutn, wie oben gemelt, gewertig und gehorsam sein sollen und wöllen.

[Art. 13: vgl. *RAb* § 16] Damit nun zue underhaltung und betzalung vorberurter bewilligter hilf niemands vor dem andern beschwert, auch die ringerung und vergleichung der anschlege, davon in etlichen vil reichßtagen bißher meldung und verhaissung beschehen ist, in das werckh getzogen und die bewilligt hilf desthalber auch dester gewisser und statlicher geschickht und gelaist werden, und aber auß vil ursachen unmuglich ist, das solche vergleichung yetzt alhie auf disem tag beschehen möge, und sonderlich, das solche vergleichung und ringerung in zwayen monatn oder lenger nit angefangen noch verricht werden khan, und dagegen die warheit ist, so man solhe lange zeit mit annembung des volkhs und besetzung der peß verziehen solt, das alsdann vergebentlich von besetzungen zu handeln, sonder alle die besatzung, desgleichen das gantz kunigreich Hungern one aufhalten verlorn sein, auch der Turgg nit allein dasselb

<sup>k-k</sup> *B om.*

<sup>l-l</sup> *In B lautet diese Passage:* von den obbestimpten kreisen bewilligt und inen ufferlegt wurd.

<sup>m</sup> *In B folgt danach:* derselben kreiß.

<sup>n</sup> *In B folgt danach:* dergleichen, was uff sollichem tag beradtschlagt und beschlossen worden, den andern nit erscheinenden weiter gelegen kreiß in schriften furderlich eröffnet werde, sich darin ze ersehen und der nottdurft und billicheit nach ze vergleichen wissen.

alles einnehmen, sonder auch zeitlich und mit guetem sommer teutsch landt den merer tail durch die gewaltigen straf verderben, auch zum tail gar erobern mocht.

[Art. 14: vgl. *RAb* § 17] So ist demnach zu abwendung solhes verderbens und unrats fur notwendig bedacht<sup>o</sup>, das alle kraiß, wie die in negster austailung in zehen kraiß abgetailt sein, und die stende eines yedlichen kraiß fur sich selbs auf ein bequemlichen tag und an ein malstat, yedem kraiß gelegen, durch die fursten, so bishere die kraystäge ausgeschriben haben, beschriben werden, doch das solche kraißtäge furderlich und uf das lengst vor Sant Jacobstag, des Zwelfpoten tag nechstkhomendt [1543 Juli 15], gewislich gehalten und beschlossen werden. Und darauf sollen dieselben stende aines yeden kraiß vier, funf oder sechs personen aus inen erwelen, welhe irer pflicht (wo sy einichem krayßstand verpunden wären) ledig gelassen werden, auch von neuem pflicht thuen, irem auferlegten bevelh treulich nachzukhomben und die beschwerten stende zu geburender ringerung und billicher vergleichung ires besten verstandts zu befurdern und zu helfen, und sich an dem nicht irren noch verhindern zu lassen. Und demnach sollen dieselben also erwelten personen zum allerfurderlichsten von allen und yeden stenden desselben kraiß, die sich mit den anschlegen beschwert zu sein vermainen, und von denen, so sich der anschlege nit beschwären, richtigen und gueten bericht und erkhoneidung ires vermugens (wolhs auch inen dieselben stende bey iren fstl.<sup>p</sup> waren worten und den pflichten, damit sy dem Hl. Reich verwandt sein, anzaigen sollen lassen) mit vleis aufnehmen und solchen bericht und erkhoneidung bey inen in geheim behalten, <sup>q</sup>wie inen dann von den kraisstenden sonderlich in ire pflicht eingepunden und vermeldet werden soll. Und demnach sollen sy, die verordenten der kraiß<sup>q</sup>, <sup>r</sup>auf den ersten tag Augusti schierstkhomendt zu Speyr vor ksl. Mt. verordenten comissarien N. und N. gwislich erscheinen, ires empfangnen berichts und erkhoneidung den ksl. comissarien relation thuen und mit und neben denselben die billichen ringerung der beschwerten stende, auch erhohung und staigerung der vermoglichern stende und also rechtmessige vergleichung der anschlege furnehmen und entlich und gewislich machen helfen<sup>r</sup>. Dabei es auch beleiben, und niemandt daruber

<sup>o</sup> In B folgt danach: und beschlossen.

<sup>p</sup> In B folgt danach: wurden und.

<sup>q-q</sup> *BE om.*, in C und G marg. nachgetr.

<sup>r-r</sup> In B lautet diese Passage: und uf dem nechsten reichstage, wo einer vor St. Jacobstag [1543 Juli 15] negstkunftig ausgeschriben wurde, erscheinen, also das sie gewislich mit sollichem irem bericht uf den 14. tag nach anfang des reichstags erscheinen und mit und neben denjhenigen, so inen von gemeinen reichsstenden zugeordnet werden, die billiche ringerung der beschwerten stende, auch steigerung der vermoglichern und also rechtmessige vergleichung der anschleg furnemen und machen helfen.

beschwerdt werden solle<sup>s</sup>. Darauf auch die ksl. commissarien sambt den ernannten und erwelten personen von den khraisen alsbald solche erkundigung woll erwegen sollen und einen anschlag, was also den stenden, und sonderlich den clagenden, fur ein hilf zu roß und fueß aufzulegen, benennen und setzen, welches dann von allen und jeden stenden vestiglich gehalten und voltzogen und dawider khein ein- noch ausrede gesuecht oder gebraucht<sup>t</sup> werden solle.

[Art. 15: vgl. *RAb* § 18] Doch sollen sich die ksl. commissarien und zuegeordnete personen von den kraisen befeissen, sovil muglich, das die hilf, so die zeit heero des wormbischen anschlags [1521] in dem Reich getragen, nach gelegenheit der stende dermassen ausgethailt, das die gantz hilf im wesen beleiben moge oder zum wenigsten nit in hohe ringerung gesetzt werde. Und so der ksl. commissarien ainer ringerung begeren wurd, solle<sup>u</sup> derselb die zeit, so von seiner ringerung und anschlege geredt wurd, abtreten. Die ksl. commissarien sollen auch alsdann ainem jeden stande seiner aufgelegten hilf zu roß und fueß ein urkhundt und bekanntnuß geben und zustellen, sich darnach haben zu richten etc.

[Art. 16: vgl. *RAb* § 19] Damit aber mitler zeit mit der hilf zue schickhen und die besatzung ze thuen nit stil gestanden oder die bequemblichait versaumbt oder die christenliche lande gar verloren werden, so sollen alle hochs und nidere stands stende durchaus zween gantz monat sold an groben, gueten gelt der hilf nach, wie ainen jeden zue roß und fueß in dem wormbischen anschlag und jungstem speierischem reichßabschied [1542] auferlegt, nemlich fur ein pferdt 12 fl. und fur ein fueßkhnecht 4 fl., gewislich und entlich an alles verziehen und ausred auf den 15. tag Maij in die stet Frannckhfurt an den Maien, Nurnberg oder Regenspurg, welche dann ainem jeden stand die gelegnist sein wurdet, erlegen und betzallen, welcher stett burgermaisster und rethen auch vermoge dises reichstags abschied bevolhen und auferlegt werden mag, solch gelt anzunehmen und den erlegenden stenden geburende quittung und urkhundt zu geben, <sup>v</sup>und es des Reichs commissarien, so, wie hernach volgt, aufgenommen und bestellt werden solle oder desselben bevelchhabern gegen geburenden quittungen wider hinaus ze geben und volgen ze lassen. Derselb commissarius soll auch solch

<sup>s</sup> *In B folgt danach:* Wurde aber vor obberurtem St. Jacobstag kein reichstage ausgescriben, alsdann sollen die obbemelten der kreiß verordneten uff den ersten tag Augusti schirstkoment zu Speir vor ksl. Mt. verordneten commissarien N. und N., so fursten des Hl. Reichs sein sollen, gewislich erscheinen, ires empfangenen berichts und erkundigungen den ksl. commissarien relation thuen.

<sup>t</sup> *In B folgt danach:* noch auch jemandt daruber beschwerdt

<sup>u</sup> *In A irrtümlich:* so.

<sup>v-v</sup> *In B lautet diese Passage:* und es der kgl. Mt. oder irem verordneten bevelchhaber und commissarien gegen geburender quittungen wider hinauß ze geben und volgen zu lassen. Gemeine reichsstende wollen sich auch undertheniglich wol getrösten, die kgl. Mt. werde gnedigiste verordnung thun, das das gelt. *C ursprüngl. wie B, dann korr. gemäß Fassung A. In E findet sich eine Zwischenstufe zwischen B und A.*

gelt<sup>v</sup> sonst zu dhainem andern gebrauch ausgeben noch verwenden dann allain zu unterhaltung und betzalung obbemelts der stende bewilligten khriegsfolckhs und dann auch nach<sup>w</sup> vollender hilf alles dieses gelts innemen und ausgebens halb den stenden furderlichen und gruntlichen bericht und rechnung thuen.

[Art. 17: vgl. RAb § 20] Dieweil man aber zu aufnembung des volckhs jetzo gelts notdurftig und die merern päß vor ausgang dises monats besetzt werden müssen, solle ain jeder stand, und sonderlich die vermuglichsten, aus christlichen, guetlichen willen und in bedenckung der hochsten noth und was gemainer christenhait an solcher eil gelegen sein will, von stund an und alsbald ir angebur gelts erlegen oder aufbringen und kainer auf den andern verziehen noch waigern, damit diesem werckh geholfen, das volckh angenomben und in diese besetzungen gebracht werde, wie dann ein jeder gegen dem Almechtigen und seinen negsten, und sonderlich den armen anstossenden landen und christenlichem bluet ze retten schuldig und one zweiffel selbst genaigt sein soll und wurdet.

[Art. 18: vgl. RAb § 21] Gleichermassen sollen alle und jede stende obberuertem wormbischen anschlag und speierischem reichsabschidt gemeß zwen monatsold auf den 15. tag Julij und die drit betzalung auf den 15. Septembris auch gewislich und an alle ausred in der vormelnten stet aine, allermaß wie oben davon vermeldet ist, erlegen und bezallen und also damit die underhaltung der sechs monat<sup>x</sup>-wider den Turggen<sup>x</sup> verricht und gelaistet sein. Were aber sach, das vor der dritten bezallung die anschleg auf vorherberuerter weeg ainen verglichen wurdet und einem jeden stand zuekhomen wer, was sein hilf sein wurdet, alsdann sollen die stende solchem anschlag und verglichung nach dieselben dritten zalung thuen und erlegen und daruber nit gedrungen werden.

[Art. 19: vgl. RAb § 22] Auf das aber khain standt sich diser hilf von weegen ungleichait und beschwerung der anschlege zu verwiedern einiche billiche ursach habe, so wellen die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften hiemit bewilligt haben, wo nach endung diser hilf etwas noch ubrig sein wurde, das von demselben rest oder von dem gelt, so man von den ungehorsamben des fertigen [= vorjährigen] zugs einbringen und nach abzalung der obristen und hohen ambter desselben zugs und schadloshaltung irer burgen ubrig sein und eingezogen wurde, soll den beschwerten stenden und denen ir anschleg geringert ir ausgeben gelt, wievil sy uber iren neuen anschlag zu diser hilf ausgeben hetten, widerumb von stund an erlegt und bezalt werden.

[Art. 20: vgl. RAb § 23] Doch soll hierin zwischen allen stenden, so dermassen in iren anlagen geringert und doch auf die alten anschleg ire bezalung zu der ersten, andern und dritten fristen bezalt hetten, gleichait gehalten und khainer vor dem andern befortailt werden. Neben dem ist bedacht, das auf rustgelt, den lauf der knecht, haubtleute und andere bevelhsleute, desgleichen ordinari und

<sup>w</sup> A om.

<sup>x-x</sup> BCEG om.

extraordinari sold, darzue auf guete schutzen, der man in den besatzungen zum höchsten notdurftig und mit gemainer besoldung in die besatzung nit leichtlich zu bekhomen sein werden, ein groß gelt lauffen, und so dasselb von obberuerter erlegung genomben, das dardurch die hilf an personen nit gentslich beschehen, <sup>y</sup>-sonder einen grossen abgang gepern wurde. Damit dann solhs furkhomen und die besatzung statlich beschehen moge<sup>y</sup>, soll ein yeder stand die drei ersten<sup>z</sup> monat zu einem yeden monat sold<sup>aa</sup> auf ain raisigen anderthalben fl. und auf ein fueßknecht ein halben fl. bezalen.

[Art. 21: vgl. RAb § 24] Und dieweil solhe hilf von der stende aigen camerguetern in ansehung etlicher vil ursachen zu laisten beschwerlich und unmuglich sein mochten, ist geordnet und zuegelassen, daß ein yede obrigkhait alle ire underthanen, die sy vermög der rechten und alten besitzlichem herkhomben zu steuren und zu belegen hat, auf den gemainen pfening, wie der hievor in dem Reich bewilligt, doch allain derselben obrigkhait zu guetem oder sonst durch ein steuer oder anlage, wie ein yede obrigkhait fur guet ansehen wurdet, anlegen und einziehn möge. Und soll in solcher anlage niemandt außgeschlossen sein noch verschont werden, doch sollen die obrigkhaiten hierin nicht anderß, dann sich von rechts wegen und wie sy es in ruebigen geprauch und herkhomen haben, furnemen und in sonderhait den armen gemainen mann, sovil muglich, fur andere nit beschwern, sonder nach ainß yeden vermugen gleichait halten.

[Art. 22: vgl. RAb § 25] Die obrigkhait sollen auch zu disem cristlichen werckh sich gleichermassen wie die underthanen selbß angreifen und mitleiden tragen, dardurch der gemain mann und alle underthanen desto mehr zu sollicher anlage bewegt und in guettem willen und gehorsam gehalten werden. Und sonderlich ist fur pillich angesehen und beschlossen, das die cappitl bei den hohen stiften und derselben underthanen iren bischoven in sollicher hilf gleiche anlage, wie die furgenomen worden, tragen und hilf thuen sollen, ungeachtet aller verträg, obligation und statuten, so etliche stift mit irn bischoven haben oder haben möchten.

[Art. 23: vgl. RAb § 26] Die kfl. rät, fursten und stend und der abwesenden bottschaften bedenckhen auch, dieweil die stende, so in den osterreichischen landen beguet weren, von denselben und andern irn guettern dise und dergleichen reichßhilfen leisten muessen, das sy demnach von denselben nit one sondere beschwörung in den osterreichischen landen auch anlage betzalen konnden. Darumb gelangt an die röm. kgl. Mt. gemainer stende underthenig bitten, das ir Mt. solliche anlage derselben stende in irn erblanden gnädiglich abstellen und die reichsstende derselben erlassen und entheben wolle, dann ir Mt. haben gnädiglich zu bedenckhn, das dieselben beschwerden stende nit zwue purd oder hilf thuen mogen, das auch ir[er] Mt. und dem gantzen werckh

<sup>y-y</sup> DF om., in C gestr.

<sup>z</sup> In D: letzt.

<sup>aa</sup> In BE folgt *danach*: wellicher sechs sein werden.

solliche anlage bißher vil verhindrung pracht haben. Deßgleichen das ir kgl. Mt. die graffschaften<sup>ab</sup> und herschaften<sup>ab</sup> und lehenleut, so bißhere in die krayß, alß den schwebischen und reynischen, belegt und gerechnet worden sein, nit ausziehen, sonder ainen yeden in dem krayß und reichshilf, wie von alter here beschehen, bleiben lassen welle<sup>9</sup>.

[Art. 24: vgl. *RAb* § 27] Es sollen auch Kff., Ff. und andere stende in diser hilf niemands ausziehen, sonder ainen yeden die vellig hilf thun lassen oder selbs fur dieselben erlegen, doch solle soliches allen Kff., Ff. und stenden in andern fellen an iren herbrachten freihaiten, gerechtikhaiten und gebreuchen unvergriffenlich und one schaden sein.

[Art. 25: vgl. *RAB* § 28] Und dieweil nun dises ain notwendig, unvermeidlich rettung der christlichen volckher und lender ist, so ist der kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften underthenig pitte und guetbedunckhen, das ir Mt. bei den ritterschaften zu Schwaben, Frannckhen und am Rein, so one mitl dem Reich zuegehorn, suechen und erlangen welle, das dieselben ir hilf und gelt auch zu gemaines Reichs gelt und undterhaltung khomen und antwurten lassen und irer kgl. Mt. oder des Reichs bevelchhaber und comissarien uberantwurten wellen. Und damit die sachen befurdert und nicht versaumbt werde, so solle die kgl. Mt. von stund an alhie mandata an alle und yede reichsstende ausgeen lassen, darinnen ainem yeden sein gebure und anlage an gelt anzaigen, mit der angehengten peen, welicher hochs oder nider standts sein gebur, gelt und anlage auf yede zeit, wie hieoben gesetzt und benennt worden ist, nit erlegen und also uber der kgl. Mt. oder des Reichs verordenten comissari ersts ersuechen ungehorsam sein wurdet, das dann deroder dieselben,<sup>ac</sup> so also ungehorsam sein und ir auferlegte gepur nit schicken werden, wo si weltlich weren, alsopaldt in der ksl. Mt. und des Hl. Reichs acht mit der that gefallen sein und, wo si geistlich personen wären, alle und yede ire privilegia, freihaiten, schutz und schirm, die sie von ksl. Mt., deren vorfarn und dem Hl. Reich haben, dardurch verwurckht, deren priviert und entsetzt sein, auch gegen inen sambtlich und sonderlich durch den ksl. fiscal zu erclerung

<sup>ab-ab</sup> *DF om.*

<sup>ac-ac</sup> *In BE lautet diese Passage:* also mit sollicher ungehorsam und nitschickung seiner angebur von stund an on einiche ferrer declaration in die acht und aberacht gefallen, auch meniglich erlaubt sein soll, gegen demselben als einen erclerten echter zu handeln. Dartzue solle er alle seine regalien, freiheiten und was er von dem Hl. Reiche hette, verwurckht haben und priviert sein. Die ksl. Mt. solle auch demselben ire regalien und freiheiten einziehen und priviren, auch nicht mer leihen oder zue gnaden khomen lassen. *CG ursprüngl. wie B, dann korr. gemäß A.*

<sup>9</sup> *Dieser Bitte der Reichsstände kam Kg. Ferdinand in seiner am 16. April erfolgten Antwort (Nr. 96, ad Art. 23) nicht nach, sondern beharrte mit Hinweis auf seinen Beitrag zum Türkenzug 1542 auf dem „Ausziehen“ mehrerer Stände des Oberrheinischen und Schwäbischen Kreises durch das Haus Österreich.*

solcher peen und straff am ksl. camergericht procediert und volfarn soll werden, inmassen in dem jungsten speyrischen reichsabschid wider die verbrecher der daselbst gemachten ordnung weitter gesetzt und verordnet ist [RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 103]. Darauf auch camerrichter und beisitzere des ksl. camergerichts auf summarische proceß schleunig und furderlich erkhanndtnus thun und notwendige hilf erkennen sollen.

[Art. 26: vgl. RAb § 29] Die ksl. und kgl. Mtt. wollen auch sambt und sonder solher ungehorsam halb erklerten achter khainen, eemaln er obberurt sein angepure sambt allem derhalb erlitem costen, schaden und interesse volkhomenlich und gehorsamblich erstattet hat, von der acht wider absolvieren und erledigen. Und ob dawider etwas von irer ksl. und kgl. Mtt. erlangt wurd oder aus aigner bewegung ausgienge, dasselbig jez als dann und dann als jez von unwirden und craftloß erkennen<sup>ac</sup>. Darneben ermessen die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften fur billich und nottwendig, das die sehe- und handtset, so den fursten zuegehörn und unterworfen sein, bei irn fursten gelassen und denen nit abgezogen, sonder angehalten werden, denselben ire schuldige anlagen und hilf gehorsamblich zu laisten [Nr. 105].

[Art. 27] Ferrer ist fur ain hohe notturft bedacht, das der kraiß rechnung und vergleichung der jungst gelaisten hilf und gemains phenings von allen stenden furgenomen und ersehen, auch beschlossen und beratschlagt werden, welicher gestalt die ungehorsamen zu gehorsam und der ausstandt eingebracht und also die besoldung, so gemaine reichsstende noch schuldig sein, bezalt und die derhalb gegebenen burgen unverzogenlich erledigt werden mogen. Dergleichen sollte die verordnung des vergangen winterlegers ersehen und rechnung gehalten werden, was man deshalb der kgl. Mt. schuldig beleiben und wölher gestalt ir Mt. bezalt werden moge.

[Art. 28: vgl. RAb § 31] <sup>ad</sup>-Und damit solhe besazung, verordnung und bezallung des kriegsfolckhs ordenlich beschehen mag, wollen die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften ain ansehliche, verstendige person zu gemainen comissarien furnemen und bestellen [Nr. 142]. Derselb comissarius soll dem Reich dermassen verphlicht sein, das er alles gelt, so vorangeregter massen erlegt werden soll, zu seinen handen nemen, das kriegsfolckh in bewilligter anzahl mustern und bezalen, auch solh gelt in kainen andern weeg dann zu bezalung des bewilligten volckhs in die besatzung brauchen und außgeben welle. Das er auch in erster musterung solhes kriegsfolckhs, sovil dem Reich zu versolden zuesteet und bewilligt worden ist, auch in allen nachfolgenden musterungen selbs personlich sein und mustern welle, es were dann sach, das sollich musterung der veindt halben fueglich nit bescheen mochte. Und gedachter comissarius soll auch mit geschickhten diennern versehen sein und mit vleiß das erlegt gelt in sollicher verwarung haben, damit schad und spot verhuet, und nit mer zu ime pringen, dann yederzeit die notturft erfordern

---

ad-ad B om.

wirdet, und also aller seiner handlung einnemens und außgebens zu negster reichsversammlung richtige rechnung thuen<sup>ad</sup>.

Das alles haben die gehorsamen kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften der kgl. Mt. und ksl. comissarien zu merer leutterung irer vorgegebenen antwort [Nr. 92] und undtertheniger gehorsam unangezaigt nit lassen wellen, underthenigs vleiß pittende, sollich ir underthenig und wolmeinlich bedengkhnen gnediglich, guetlich und freundlich auf- und anzenemen.

**95** *Vorbehalt der Gesandten der Bff. von Bamberg, Würzburg und Eichstätt gegen die Beschlüsse in der Türkenhilfe – actum Nürnberg, 1543 Samsptag nach Misericordias Domini (April 14)*

*Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 405v–406r (Kop.); ÜS: Protestationschrift der dreier gaystlichen fursten Bamberg, Wirtzburg und Aystet uff dem reichstage zu Nurmberg gesanter rätthe der weytern thurckenhilf, zuzugs und ander sachen halber daselbst geschehen.*

Wir, der hochwirdigen fursten und herren, H. Weyganden, Bf. zu Bamberg, H. Conraden, erwelten und bestettigten Bf. zu Wirtzburg und Hg. zu Francken, H. Moritzen, Bf. zu Aystett, zu disem reichstage gein Nurmberg gesante rethe und pottschaften:

Nachdem sich uff heut dato der churfursten rätthe und bottschaften vor den fursten, den andern stenden und der abwesenden bottschaften der weittern turckenhilf, zuzugs, ringerung der anschleg und etlich anderer puncten – in ainem schriftlichen begriff, daruber aufgericht, vermeldet – vernemen lassen, das sie anstatt und von wegen des merern theils irer gnedigsten herren der churfursten sollicher schrift und beschluß mit der fursten, andern stenden und der abwesenden bottschaften ainig weren und wol leiden möchten, das sollicher schriftlicher begriff [Nr. 94] der röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten herren, und den ksl. comissarien fur ein antwort geben wurde, jedoch wollten sie solche schrieft und beschluß an ire gnedigste herren gelangen lassen, der zuversicht, dieselben wurden sich darin als gehorsame churfursten und stende des Reichs aller gepur erzeigen etc.

Bekennen hiemit offentlig, das wir von hochemelter unser gnedigen fuersten und herren wegen ermelten schriftlichen beschluß, so der röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten herren, und den ksl. comissariis uff Samsptag nach Misericordias Domini anno etc. 43 [April 14] zu Nurmberg uff dem reichstage geben und uberantwort worden, zu disem maln auch nit entlich noch anderst wollen bewilligt oder angenommen, dan dermassen und gestalt wie gemelte kfl. rätthe gethan, sonder außtrucklich vorbehalten haben, die an hochgedachte unsere gnedige fursten und herren gelangen zu lassen. Davon wir hiemit offentlig protestiren und bezeugen, der untertheniger zuversicht, ire fstl. Gnn. werden sich darinne als die gehorsamen fuersten und stende des Hl. Reichs aller gepure auch erzeigen und erweysen.



96 *Quadruplik Kg. Ferdinands und des ksl. Kommissars Dr. Johann von Naves auf die Triplik der altgläubigen Reichsstände zur Türkenhilfe (Nr. 94) – Nürnberg, 1543 April 16*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 43r–47v, (Kop.); DV fol. 47v (v.d.Hd. Jonas)*: Der röm. kgl. Mt. und des verordneten ksl. commissarii quadruplick-schrift.
- B *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 61r–64v (stark korr. Konz.); DV fol. 64v*: Der kgl. Mt. und ksl. commissarien antwort und bedenckhens auf obbestimt der stende bewilligung.
- C *München HStA, KBAA 3159, fol. 440r–444r (Kop.); AV marg. fol. 440r: 16. Aprilis zu Nurmberg anno 43. ÜS fol. 440r*: Röm. kgl. Mt. und deß ksl. commissarien antwort auf der gehorsamen deß Reichs stende bedenckhen der turckhenhilf halben.
- D *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 490r–497r (Kop.); AS fol. 490r*: Kgl. Mt. und der ksl. Mt. commissarien antwort, den stendten deß Reichs gegeben.
- E *Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/6, fol. 151r–154v (Kop.); ÜS fol. 151r*: Der röm. kgl. Mt. und ksl. commissarii replicka auf der gemeinen reichsstende gescheene muntlich antwort die turckenhulfe und etliche andere puncten betreffent. *AV fol. 151r*: Lectum 16. die Aprilis anno 1543.
- F *Wien HHStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 1, fol. 174r–179v (Kop.); DV fol. 179v*: Röm. kgl. Mt. und der herrn commissarien anthwort uf der andern stende bedencken der thurckenhulf halben.

*In der Antwort auf Nr. 94 gehen Kg. Ferdinand und der ksl. Kommissar Naves auf einzelne Artikel des altgläubigen Gutachtens ein und ergänzen und modifizieren dieses geringfügig. Die Artikel, auf die Bezug genommen wird, sind in eckigen Klammern kursiv angegeben.*

[*Art. 1: ad Nr. 94, Art. 1 bis 5*] Die röm. kgl. Mt. etc., unser allergnedigster herr, und der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrn, <sup>a</sup>verordenter comissari<sup>a</sup> haben der kfl. rette, fursten und stende und der abwesenden botschaftn ubergebne schrift [*Nr. 94*] auf irer kgl. Mt. und der ksl. comissarien ersten furtrag [*Nr. 43*] und daruber bisheer vilfeltigen beschehen muntlichen handlung in sachen betreffend die hochnottwendig turggenhilf nach lengs vernomen und daraus befunden, das sy, die stende, in bedenckhung gegenwurtiger zeit und leuf fur unerschieslich ansehen, das noch dise sommerßzeit gegen dem Turggen ain statlicher, gewaltiger hörzug furgenomen, sonder zu ainer statlichen besatzung der befestigungen an der Thuenaw und in Hungern gegriffen werden solle, zu wolher besatzung sy, die stende, vermog irer vorbeschehen bewilligung und nach ausweisung des speyerischen reichsabschids die ainfach hilf nach dem wormbsischen bewilligten romzug ze raiten, als nemblich 20 000

<sup>a-a</sup> *In B marg. korr aus: commissarien. In DG: verordnete commissarien. Am 16. April war nur mehr ein ksl. Kommissar in Nürnberg anwesend, nämlich Dr. Johann von Naves. Pfgf. Friedrich war bereits am 5. April abgereist und Bf. Christoph von Augsburg war am 15. April im St. Egidienkloster in Nürnberg verstorben.*

zu fueß und 4000 zu roß, bewilliget. Und das solch kriegsfolckh sechs monnat lang, vom ersten tag Maij an tze rechnen, erhalten werden sollte, wie dann solhes in derselben schrift, auch wie und in wolher zeit die bezallung auf solh kriegsfolckh beschehen und wie es mit demselben kriegsfolckh gehalten werden solle, weiter ausgefuert wirdet.

[*Art. 2*] Und wiewol die kgl. Mt. sambt bemeltem ksl. comissari erwegen und bedacht, das gemainer cristenhait hochste und unvermeidliche notturft erfordert hette, weyl nach vermog aller khontschafft der Turgkh personlich im antzug, das man demselben zu rettung und beschirmung teutscher nacion und der cristenhait mit gwalt begegnet sein sollen, nachdem sich aber die alhieig handlung so lang verzogen und allererst jezo zu der volziehung diß hochnottwendigen cristlichen werckhs gegriffen werden sollte, so achten ir kgl. Mt. und bemelter ksl. comissari, das auf dissmalen andere, nutzlichere handlung oder fursehung fueglich nit wol beschehen moge. Bedenckhen auch daneben nit mit geringer beschwerde, so gleichwol die besatzungen inhalt irer, der stende, gutansehens statlich und bei gutter zeit beschehe, das dannocht nit allain die cron Hungern, sonder Osterreich und andere der kgl. Mt. anstossende lender des Turggens straff und einzug halben in merckhliche und grosse gefar gestellt werden, und das der weg der besatzung allain zu dem nutzlich und gut seye, das der Turgg die cron Hungern under ainest nit uberkhomen noch darin ruebig beleiben oder verharrn moge, und die Hungern nit gar zu abfelligkhait bewegt werden. Nichtzweniger so nemen ir kgl. Mt. und der ksl. comissari solch ir, der reichsstende, notturftig bedenckhen und gethane bewilligung zu gnedigem und guttem wolgefallen an.

[*Art. 3: ad Nr. 94, Art. 16*] Und dieweil nun ir, der stende, bedenckhen und bewilligen wie gemelt auf die besatzung gestellt und sich die kgl. Mt. zu solher besatzung umb kriegsfolckh in Hungern, Behaim, Ytalia und andern landen bewerben sollte, auch in derselben gefallen steet, fur die raisigen geringe pherdt antzenemen, bedenckhen ir kgl. Mt. und der ksl. comissari, das solhe besatzungen der hohen notturft nach zeitlich beschehen und sonderlich die fleckhen, so wol daniden in Hungern und dem veindt so nahent gelegen sein, in aller eyl besetzt werden sollen, damit der Turgg solche besatzungen nit verweren oder verhindern moge, dann dardurch wurden nit allain dieselben nahend gelegen fleckhen (so an zeitlicher besatzung mangel erschyne) dem veindt haimbgestellt, sonder alles das, so man bisheere mit geschutz, monicion, profiandt, gepeuen und anderm darauf und darein verwent hette, vergebens und verloren sein, und aber der termyn der ersten bezallung auf solch kriegsfolckh allererst auf den halben monat Maij gestellt, hetten demnach die stende zu bedenckhen, das solhes vil zu spat und langsam sein wurde. Deshalben die kgl. Mt. und der ksl. comissari fur ain hohe notturft achten, das durch sy, die stende, yetzo dise erschiesliche weeg und mittl an die hand genomen, damit jezo von stund an der gemain commissari ernennt und derselb mit gelt und aller notturft versehen werde, auf das man alsपालdt zu annemung des kriegßvolckhs zu fueß,

auch aufbringung der geringen pherdt, greiffen moge. Dann so gleichwol die kgl. Mt. mit solhem gelt jezo schon gefasst und bereit in handlung were, das kriegsfolckh aus Italia und von dergleichen fern orten fuern ze lassen, mochte dasselb in ainem monat oder anderhalbem an die ort, da man dessen bedurftig, beschwerlich gebracht werden.

Ob dann wol ir kgl. Mt. mit allen gnaden genaigt, zu verrichtung irer, der stende, jez beschehen bewilligung ainiche furstreckhung zu thun, so weren doch ir Mt. mit demselben nit gefasst noch dessen stathaft, wie dann solhes sy, die reichsstende, aus dem leichtlich abzenemen und zu bedenckhen hetten, was untreglicher costen und beschwerliche ausgaben irer kgl. Mt., derselben kunigreichen und landen auf zuerustung und erhaltung der armada, geschuz, monicion, profiand, darzue auf besezung und erhaltung der ortflecken in windisch landen und anderer orten des vergangen jars aufgeloffen und auf diß jar abermalen aufflauffen wurde, neben dem das ir kgl. Mt. zu erhaltung des vergangen winterlegers gemainen reichsstenden auch ain ansehlich furstreckhen gethan, wie sy, die reichsstende, solhes aus der verzaichnuß, so ir Mt. in khurzem inen, den reichsstenden, ubergeben lassen, vernemen wurden [*Nr. 135*]. Darumb sich in dem faal auf irer Mt. vorsehung oder erstattung nit zu verlassen. Ir kgl. Mt. wollten sich aber mit allem dem, so irer Mt. und derselben kunigreichen und landen aufgelegt wurde, sovil imer muglich, bereit und gefasst machen und uber das, so ir kgl. Mt. zu disem cristlichen werckh bishere bei derselben kunigreichen und landen gehandelt und erhalten, noch weiter handln und an allem irem gnedigen vleiß nichtz erwinden lassen, der gnedigisten zuversicht, derselben irer Mt. kunigreich und lande wurden sich abermaln wie vor statlich angreifen. Sollte es aber an dem erwinden, das das kriegsfolckh aus mangel aines vorrats an gelt nit zeitlich bestellt oder angenommen und, sopaldt als es die notturft zum hochsten erforderte, in die besatzungen bracht werden und, so das gleichwol in die besatzung kheme, dasselb kriegsfolckh mit khainem vorrat an gelt versehen sein, angesehen das inen die bezallung der veind halben nit jederzeit zuegebracht werden mag, hetten sy, die stende, zu erwegen, das dardurch nit allain dise ir getreue, wolgemainte beratslagung, handlung und bewilligung fallen und on frucht sein, sonder auch aller costen und ausgaben zu volziehung solher irer bewilligung hinach vergeblich und on nutz verschwent wurde. Deshalben, so wollen die kgl. Mt. und der ksl. comissari sy, die stende, zum hochsten vermant haben, das sy in disem punctn, darauf dann alle wolfart diß werckhs stuende, statliche und notturftige fursehung thun, auf das mit eylender und statlicher besatzung furgangen werden und das, so von inen, den stenden, bewilligt, nutzlich und erschieslich sein mochte, wie dann die kgl. Mt. und der ksl. comissari aus irer, der stende, bisheer gepflegnen handlung gespurt und befunden, das sy darzue aus cristlichen gemueten begierlich und genaigt seyen.

[*Art. 4: ad Nr. 94, Art. 9 und 10*] Daneben wollen die kgl. Mt. den stenden gnediger und genaigter mainung nit verhalten, das ir kgl. Mt. hiebevorn mit

etlichen derselben erblanden des zuezugs halben gehandelt, auch denselben erlangt, und wollen ir kgl. Mt. mit der cron Beheim und derselben zuegeherigen landen yezo alsपाल्दत derhalb auch ferrer handln, zuversichtlich, die werden sich in dem faal auch gehorsamblich erzaigen. So wollen ir kgl. Mt. von bemelter irer kunigreich und lande wegen zu beratslagung des zuezugs, wie solhes von den stenden notturftiglich und wol bedacht worden, auf den furgenommen tag geen Passaw verordnen und schickhen und die andern botschaftn aus den kraisen gestallt und gelegenhait solhes zuezugs aus irer kgl. Mt. kunigreichen und landen notturftiglich und gneugsamblich erinnern und berichten lassen.

[Art. 5: ad Nr. 94, Art. 11] Von wegen haltung der khuntschaftn gegen dem Turckhen haben ir kgl. Mt. bis anhere khainen vleiß noch costen gespart und wollen es hinfur gleichermassen thun und alles deß, so den reichsstenden ze wissen vonnotn, die negstgesessnen fursten und stende des Reichs jederzeit berichten.

[Art. 6: ad Nr. 94, Art. 6 und 8] Was dann die kgl. Mt. neben dem ksl. comissari bei bebstlicher Hlt., der ksl. Mt., der herrschaft zu Venedig und bei andern laut irer, der stende, gutbedunckhens furdern und handln solle, des sind ir kgl. Mt. und bemelter ksl. comissari gnediglich und gutwillig genaigt. Das auch ir kgl. Mt. die mandata zu erlegung und bezallung diser beschehnen bewilligung an die reichsstende ausgeen lassen.

[Art. 7: ad Nr. 94, Art. 23] So wollen sich ir kgl. Mt. gegen den reichsstenden, so in Osterreich beguetet sein, diser bewilligung halb dermassen erzaigen und halten, dess sy sich nit zu beschwern haben sollen. Das aber von deren wegen, so die kgl. Mt. in den schwebischen und reinischen kraisen bisheere gegen dem Reich vertreten und ausgezogen hat, meldung beschicht, haben sich die reichsstende zu erinnern, was untreglichen last ir kgl. Mt. in diser expedicion das vergangen jar uber sich genommen und in diser jezigen bewilligung noch tragen und laisten mueß. Sollte nun ir kgl. Mt. derjhenigen, so in derselben landen gesessen und dem haus Osterreich verwant und zuegethan, auch bisheer von demselben gegen dem Reich vertreten worden, mit irer hilf nit geniessen, so wurde irer Mt. solher last noch beschwerlicher und untreglicher sein. Wiewol nun derselben landsessen und verwanten des haus Osterreichs nit vil, sich auch derselben anslege in das Reich auf ain geringe summa und nit gar auf 200 zu roß und fueß, erstreckhen, so wurde es doch irer kgl. Mt. bei derselben landn und underthanen allerlay nachtheilige verhinderung und zerrutlichait bringen, wo die mit iren hilfen in disen notn von inen abgezogen werden sollten. Deshalben der kgl. Mt. genedigs ansynnen und begeer ist, die stende wollen irer kgl. Mt. hierin, in bedenckhung hieob erzellter ursachen, gehorsamblich und gutwillig verschonen. So ist irer kgl. Mt. nit zuwider, das auf negstkhomendem reichstag deren und anderer halben, so von etlichen chur- und fursten gegen dem Reich vertreten und ausgezogen werden, handlung furgenommen und geburendt einsehung beschehe. Wollen sich auch ir kgl. Mt. in dem fall der

gebür und billichait erzaigen und halten, des die stende irer Mt. halb khain billiche beschwerdt tragen söllen.

[*Art. 8: ad Nr. 94, Art. 2*] Nachdem auch von den stenden ains khunftigen reichstags halben, so zu ksl. Mt. ankhoft im Hl. Reich gehalten werden soll, anregung beschicht, damit auf demselben statlich gehandelt und beratslagt, wie der Turgg auf das khunftig jar zu wasser und landt zeitlich anzugreiffen seye, achten die kgl. Mt. und der ksl. comissari zu merer gelegenhait und furderung diß loblichen, cristlichen furnemens und vorhabens fur dienstlich und nutzlich, das derselb reichstag jezo ernennet und auf prima Decembris schierist angesetzt und die malstat geen Speyer, Wormbß oder ain ander gelegen ort am Reinstram furgenommen werde, auf wolhen reichstag die ksl. Mt. gewislich personlich erscheinen, auch die besuchung desselben den churfursten annemblich und gelegentlich sein wyrdet.

Sovil und was aber von inen, den stenden, zu vergleichung und ringerung der anslege, und was demselben anhengig ist, und sonst in anderm mer fur rettlich und gut angesehen werden, das alles lassen ir die kgl. Mt. und der ksl. comissari gnediglich und wol gefallen. Und das diesselben nottwendigen handlungen in das werckh gericht werden.

Und beslieslich, so ist der kgl. Mt. und des ksl. comissari gnedigs und gutlichs ansynnen und begeer, die stende wollen den besluß diser handlung mit dem allerehisten furdern, denselben khainswegs lenger anstellen noch aufziehen, auch solhen besluß aus den hievor erzelten ursachen auf die weg stellen und richten, damit dises ir, der stende, loblich furnemen und vorhaben gemainen reichsstenden, auch gantzer teutscher nacion und der cristenhait zu nutz und wolfart erschiessen moge, wie sich dann deß ir kgl. Mt. und der ksl. comissari zu inen, den stenden, gnediglich und gutwillig vertrosten und verstehen wollen.

### 97 *Mündliche Quintuplik der altgläubigen Reichsstände auf die Quadruplik Kg. Ferdinands (Nr. 96) – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 nach April 16)*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 48r–49v (Konz. v.d.Hd. Jonas); DV fol. 49v: Mundtlich quintuplickschrift uff kgl. Mt. replickschrift.

Auf der röm. kgl. Mt. etc. und des ksl. orators<sup>1</sup> übergebenen replickschrift willigen die gehorsamen stend:

[*Art. 1: ad Nr. 96, Art. 3*] 1. Den commissarium zue der künftigen türckenhilf noch alhie ze nennen, und fürgeschlagen Fleckenstain, Gf. Wilhelm von Eberstain, Georg Zorn von Bulach [*und der*] landtcomenthur zue Marpur<sup>2</sup>. 2. Aber den termein [!] der erlegung des gelts kondens sy nit abkürtzen, sonder yr

<sup>1</sup> In diesem Fall ist der ksl. Vizekanzler Dr. Naves gemeint und nicht der ksl. Generalorator Granvelle.

<sup>2</sup> Wolfgang Schutzbar, gen. Milchling.

Mt. mögen die nächst gesässnen und vermöglicheren durch schrift gnädiglich ersuechen.

[Art. 2: ad Nr. 96, Art. 4] 3. Und der tag des zuezugs halb soll uff den 15. Junii schierist zue Passauw angehen, also was da beschlossen, das es den andern kraißen zuegeschriben und sy sich auch darinn ze ersehen und yerer notturft nach zue entschliessen und vergleichen haben.

[Art. 3: ad Nr. 96, Art. 6] 4. Der bapstlichen Hlt. soll von hie auß geschriben werden um hilf wider den Turcken [Nr. 100].

[Art. 4: ad Nr. 96, Art. 7] 5. Der röm. kgl. Mt. gnädig erpieten von wegen deren, so in den österreichischen landen begüet sein [Nr. 147], nemen die stend zue undertönigem gefallen an und pitten undertönigist, yr Mt. wöll ain söllich verordnung gwißlich dhuen, das dieselben stend yerer gnädigen bewilligung würcklich genießen mögen [Nr. 149–150].

[Art. 5: ad Nr. 96, Art. 8] 6. Aber deß reichstags halb haben sy auß allerhand bewegenden ursachen bedacht, denselbigen außzeschreiben zue ksl. Mt. wolgefallen und gelegenheit undertöniglich ze stellen.

Nota: Apud regem des Kf. zue Brandenburgs halb ze werben, das seiner verschont werd mit dem commissariat zue der visitation<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> Nicht nur Kf. Joachim von Brandenburg, sondern auch Bf. Konrad von Würzburg ersuchte, ihn mit der Funktion eines Visitators des RKG zu verschonen: siehe seine Supplikation Nr. 305.

## IV.B Ansuchen um Unterstützung im Kampf gegen die Türken

### 98 *Ungarische Stände*

#### 98a *Ansuchen der ungarischen Stände<sup>1</sup> an die Reichsstände um Türkenhilfe – Pressburg, 1542 Nov. 30/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 19*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 523r–524v (Ausf. mit 5 Siegeln); AV fol. 524v: Ungarisen schreiben. Reg. et lectae Norenbergae in consilio 19. Februarii anno 43.

*Die ungarischen Stände danken den Reichsständen, dass sie nach der Eroberung Ofens durch die Türken 1541 eine dreijährige beharrliche Hilfe beschlossen und im Sommer 1542 ein mächtiges Heer nach Ungarn sandten, um das Land vor dem sicheren Verderben zu bewahren. Trotz aller Anstrengungen misslang die Rückeroberung Ofens durch das Reichsheer. Nun zeugen Kundschafterberichte vom geplanten Heranrücken des Sultans im kommenden Jahr mit einem mächtigen Heer, wodurch nicht nur Ungarn, sondern auch das deutsche Reich gefährdet seien. Da die geschwächten ungarischen Streitkräfte die Türken nicht länger aufhalten können, ersuchen die ungarischen Stände die Reichsstände, den Plänen der Feinde zuvorkommen und die Hilfe rechtzeitig zu senden, da auch andere Länder das von den Reichsständen erwarten. Die Ungarn werden sich ihrerseits nach besten Kräften an der Verteidigung ihres Landes beteiligen.*

#### 98b *Antwort der Reichsstände an die ungarischen Stände auf ihr Ansuchen (Nr. 98a) – Nürnberg, 1543 April 21*

A Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 251r–252v (Kop.); DV fol. 252v: Der reichstend antwurt auf der stände in Hungern vorgeend schreyben umb hilf.

B Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 641r–642v (Konz. mit Korr. v.d.Hd. Jonas); DV fol. 642v: Ad status Hungariae.

Recepimus litteras vestras ex conventu Poseniensi, die ultima Novembris anni praeteriti ad nos scriptas [Nr. 98a], quibus nobis officiosissime de nostris equestribus et pedestribus copiis proxima aestate [1542] in Hungariam ad vos missis gratias agitis et nos maiori quo licet studio exhortamini, ut oblatum subsidium hoc anno mature expedire et hostium praevenire consilia velimus, offerentes vosmet ipsos penes exercitum nostrum, quo maiori numero melioreve apparatu licuerit, adfuturos et ita gesturos, ut vobis ipsis nulla ratione defuisse videamini.

<sup>1</sup> Laut einem Schreiben der sächsischen Gesandten an Hg. Moritz vom 27. Febr. 1543 (Nr. 371) wurde das Ansuchen von einem jungen ungarischen Herrn mit Namen Balaze übergeben.

Ac primum, quidem gratum vobis fuisse nostrum ad vos superiore anno missum exercitum, libenter intelleximus. Illum tamen rerum eventum consequutum esse non parum dolemus. Cum autem periculum, quod vobis imminet, nobis prae caeteris fere omnibus vobiscum commune censeamus nostraque plurimum interesse arbitremur fertilissimum illud regnum vicinitate et antiqua amicitia, immo etiam fide et religione nobis iunctum, a saevissimi hostis imperio eripi et conservari, non omisimus in hisce comitiis de subsidio vobis hoc anno praestando diligenter tractare.

Decrevimus autem per sex menses, a prima die Maii inchoandos, regiae M<sup>ti</sup>, domino nostro clementissimo, pro defensione vestra <sup>a</sup>-satis amplum et firmum intertenere subsidium<sup>-a</sup>. Ita scilicet, ut non a singulis sui milites (prout superiori aestate factum est) hic recensiti ad vos mittantur, sed ut M<sup>tas</sup> regiae eos, qui in Hungaria rei bellicae gerendae aptissimi expertissimique sunt, ex quacunque natione aut provintia mature conscribat. Quibus quidem debita eorum stipendia per manus nostri ad hoc specialiter deputati commissarii<sup>1</sup> exsolventur.

<sup>b</sup>-Decrevimus etiam, ut proximi quique status et ordines in casu necessitatis amplioribus suis copiis vobis una cum aliis regiae M<sup>tis</sup> subditis alacriter et fortiter succurrant<sup>2</sup> hostemque e finibus vestris divino assistente auxilio repellant<sup>-b</sup>. Prout de illa nostra deliberatione deque ordine quo nos Turcae hac aestate commodissime resisti posse arbitramur, regia M<sup>tas</sup> Dominationibus vestris latius indicari curabit.

Proinde vos summo quo possumus studio amicissime hortamur et rogamus, ut more maiorum vestrorum in pio vestro proposito perseveretis ac pro aris focusque necnon pro uxoribus et liberis ipsaque libertate tuenda ac retinenda fide christiana fortes vos contra christiani sanguinis sicientissimum hostem opponatis. Nos etiam dabimus operam, ut vobis fideliter assistamus <sup>c</sup>-et pro viribus fortiter et intrepide auxiliemur, sicut etiam hactenus in hoc officio nostro nos non defuisse putamus<sup>-c</sup>.

---

<sup>a-a</sup> Marg. korr. und nachgetr. von Dr. Jonas.

<sup>b-b</sup> Marg. nachgetr. von Dr. Jonas

<sup>c-c</sup> Marg. nachgetr. von Dr. Jonas.

---

<sup>1</sup> Gemeint ist der für die Musterung und Bezahlung der Truppen zuständige Kriegskommissar, der noch nicht namentlich bestimmt war: siehe RAb Nr. 404, § 19 und Nr. 142, Anm. 2.

<sup>2</sup> Siehe RAb Nr. 404, § 12.



99 *Niederösterreichische Erblände und Grafschaft Görz*99a *Kredenz der fünf niederösterreichischen Erblände<sup>1</sup> und der Grafschaft Görz für ihre Gesandten am Reichstag – Wien, 1542 Dez. 5/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 19*A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 525r–526v (Ausf. mit 26. Siegeln).*B *München HStA, KBÄA 3159, fol. 250r–251r (Kop.).*

Wir haben auf zuelassung und genedigiste bewilligung des allerdurchleuchtigsten, grosmechtigsten fursten und herrn, H. Ferdinanden, röm. zu Hungern und Behaim etc. khunig [...], aus unserm mittl die gegenwurtigen unser mitverwonten, sonder lieb freundt und herrn furgenomen und sy mit bevelch und instruction [Nr. 99b] abgefertigt, der mainung, das sy die sorglich, geverlich und augenscheindlich not und obligen, darinnen laider die niderösterreichischen und fstl. grafschaft Görtz, unser vatterländer, auch die cron Hungern und ander des Turggen gwaltigen und tirannischen furnemen und handlung halben, welche nit allain dieselben, sonder gantze teutsche nation und gemaine cristenhait belangen, bisher gestanden, auch noch beschwärlicher gegenwuertig stehen, eur kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundschaften furtragen und umb genedigiste, genedige, freundtliche und nachperliche hilfe, beystandt und cristenliche expedition bitten und anrueffen sollen, wie dann eur kfl., fstl. Gnn. Gg. und frunedtschaft von inen nach lengs versteen werden.

Darauf langt an eur kfl., fstl. Gnn, Gg. und freundschaften unser sonder hochvleissig und freundtlich bitten, die wellen unsere gesanten<sup>2</sup> in irer werbung und antzaigen genedigist in gnaden und freundschaft vernemen, inen darinnen als uns selbst völligen glauben geben und sich also in bedengkhung der höchsten, grössten und geverlichisten letzten not, darein die gantz cristenhait (wo der durch notturftig, statlich und harrig einsehung, hilf und gegenweer der cristenlichen fursten und sonderlich eur kfl., fstl. Gnn., Gg. und freundschaften als den ständen des Hl. Reichs nicht furkhumben) mit der zeit fallen wurde, mit genedigister, genediger und tröstlicher hilf und fruchtperlicher abfertigung zu erzaigen, wie dann eur kfl., fstl. Gnn., Gg. und freundschaften zu errettung und erhaltung unsers hl. cristenlichen glaubens, derselben namens und wesen und in ansehung der höchsten notturft genedigist, genedig, bruederlich und

<sup>1</sup> *Bis zur Aufteilung der Erblände unter den drei Söhnen Ks. Ferdinands I. im Jahr 1564 umfassten die fünf „niederösterreichischen“ Erblände Österreich unter der Enns, Österreich ob der Enns und das spätere Innerösterreich (Steiermark, Kärnten, Krain). Zu den oberösterreichischen Erblanden zählten Tirol und die Vorlande.*

<sup>2</sup> *Bei den Gesandten handelte es sich um Georg III. von Perkheim zu Würting (Vertreter der Landstände von Österreich ob der Enns) und um Hans Welser, einen Vertreter der österreichischen Linie der Augsburger Familie Welser. Siehe dazu den Bericht der sächsischen Gesandten an Hg. Moritz von Sachsen vom 27. Febr. 1543 (Nr. 371).*

nachperlichen zu thuen genaigt sein und wir uns zu eur kfl., fstl. Gnn., Gg. und freundschaftn ungetzweifelt getrösten.

Das werden die ersamen gemainen landschaften, davon wir geschickht sein, sambt uns umb eur kfl., fstl. Gnn. Gg. und freundschaften, der wir die armen betrubten land und uns (nach Got) mit höchstem vleys bevelhen, allzeit zu verdiennen geflissen sein.

[US:] Eur kfl., fstl. Gnn. Gg. und freundschaften gehorsam und willig der funf niderösterreichischen erblanden und fstl. graftschaft Görtz ausschuß und gesanten, so zu Wienn beianander versamblt sein.

**99b** *Instruktion für eine Werbung der Gesandten der fünf niederösterreichischen Erbländer und der Grafschaft Görz bei den Reichsständen um Türkenhilfe – Wien, 1542 Dez. 5/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 19*

A *Wien HHSzA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 527r–535r (Kop.); AS fol. 527r*: Abschrift der instruction in das Reiche 1542. Österreichischen gesandten werbung<sup>1</sup>, zu Nurnbergk in gemeiner versamblung vorbracht und verlesen, 19. Februarij anno 43. *ÜS fol. 528r*: Instruction, was den hochwirdigistn, durchleuchtigistn, hochwirdign [...] N. und N., des Hl. Röm. Reichs Kff., Ff. und andern stenden in gemain, was wurden, wesens und stands die sein, von der funf niderösterreichischn landen und fstl. graftschaft Görtz ausschuß und gesandten und derselben land wegen, so yetzt alhie zu Wien beyainander versamblt, durch derselben, als auß irem mittl die gegenwurtigen erkhissten sament oder der merer theyl auß inen, in aller gehorsam und dienstlicher diemuet auf nächst angeendn reichstag furbracht und geworbn werden sölle.

B *München HStA, KBAA 3159, fol. 249r, 253r–259v (Kop.); AS fol. 249r*: Österreichisch werbung [Nr. 99] und deß Kf. von Brandenburg anzaigen seiner veldhauptmanschaft in Ungern austrichtung [Nr. 128].

*Die Gesandten sollen den Reichsständen ihre Ehrerbietung erweisen, ihre Kredenz (Nr. 99a) übergeben und ihrer Freude über die Reichsversammlung Ausdruck geben. Angesichts der Bedrohung durch die Türken ist es für die niederösterreichischen Länder und die Grafschaft Görz eine dringende Notwendigkeit, ihre Gesandten zum Reichstag abzufertigen.*

*Den Reichsständen ist für ihre im Jahr 1542 geleistete Türkenhilfe höchster Dank auszusprechen. Da die niederösterreichischen Länder und die Grafschaft Görz auf den Reichstagen in Regensburg 1541 (RTA JR Bd. XI, Nr. 199) und in Speyer 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 58) ihre Notlage darlegten, die durch das Vordringen*

<sup>1</sup> *Zu Verlauf und Charakteristika der landständischen Gesandtschaften, die unter Kg. Ferdinand als Sprecher der Erblände fungierten, siehe A. LUTTENBERGER, Landstände, Kaiser und Reichstag, hier bes. S. 164–168. Zu Teilnehmerkreis und Verhandlungsthemen der niederösterreichischen Landtage A. HAMETER, Die niederösterreichischen Landtage von 1530–1564, passim.*

*der Türken in Ungarn entstand und um Hilfe ansuchten, sollen die Gesandten auf die damaligen Ausführungen verweisen.*

*Den Berichten des obersten Feldhauptmannes Kf. Joachim II. von Brandenburg und der ihm zugeordneten Kriegsräte konnten die Reichsstände entnehmen, wie die beharrliche Hilfe von 1542 in das Werk gesetzt wurde und wie der Türkenzug verlief.*

Dagegen hetten die armen, ersaigerten [= erschöpften], außgemergltn und abgematten niderösterreichischn lande und fstl. grafschaft Gortz neben solher irer kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften ansehnlichn hilfen sambt der röm. kgl. Mt., ired allergnedigisten herrn und erblandsfürsten, gnedigisten und vätterlichn darthun, welhs ir kgl. Mt. nu lange zeit her neben irn konigreichn und landn gnedigst gelaißt, ir vermögn aller irer und irer underthanen gueter, der schatzung des werdts, auch haltung der rustung sambt anderen der kgl. Mt. etc. konigreichn, furstenthumbn und landn angriffn und dargeracht, welhs ir darthun aber unercklegklichen gewest, sonder zu verrichtung deß, so sy bewilligt, halben theyl ired einkomens noch darzu erlegen und gebn muessen und nun dermassn über vorig beschehn außgabn in armuet gesign [= gesunken], das inen, den landn und derselbn inwonern und underthanen, dergleichn hilfen furan ze laistn gantz beswerlich und nit wol erheblichn.

*Die Gesandten sollen ihren Befürchtungen Ausdruck verleihen, dass der Abzug des Kriegsvolks des Reiches aus Ungarn den türkischen Sultan in seinen Eroberungsplänen bestärken werde.* Wer wolt nu nicht gedenckn, das der Turgg durch den erfolgten abzug nit ain merers hertz und sterckh, als er vor gehabt, gefangen haben soll, sonder wirdet fur sich nemen, das das Hl. Röm. Reich mit irer hilf, macht und sterckh vil swecher und geringer, als es bey ime, dem Turgkhn, ist, gehalten und geacht werden.

Und ist sich layder numer, wie des die röm. kgl. Mt. etc., die land und derselben oberster veldhauptman mer als ain gewisse khondtschaft habn, nichts anderst zu versehen, dann das der Turgg auf das eingeend jar aigner person mit starckher macht und ansehnlicher kriegßrusstung, als vor nye beschehen, in das Hungerlandt zu verrugkhn und entlichs vorhabens ist, sein tyrannisch furnemen und hayl zu versuechn, dieselb cron Hungern sambt den anderen anraynnenden konigreichn und landn zu undertrugkhen, einzenemen und zu verwuessten und volgends das Hl. Röm. Reich und ganze teutsche nation in seinen uncristischen zwang ze pringen, wie es dann am nächsten und von stund an, so die niderösterreichischen land (davor Got der Allmechtig seye) verderbt, an das Hl. Röm. Reiche raichen und wachsen wurde, wölhem last aber mit zeitiger, eyllender, cristlicher hilf und expedition und zuvorderst mit der gnad des Allmechtigen furkomen werden mag.

Die cron Hungern und derselbn inwoner haben ir aufmerckhen, ob noch durch verleyhung götlicher gnadn (daran auch gar nit zu zweifln) ain ansehnliche, harrige und taphere hilf fur hand genomen oder volgen wirdet. Beschicht aber darin ainicher verzug, so ist sich bei inen nichts anders als abfall und

dann der niderosterreichischn land und Gortz gewisses und letsts verderbn zu versehen.

Danebn ist hoch zu besorgen, das die Hungern, so sy hilfloß gespurt, des turggischn kaysers macht nit erwarten, sonder, wie hievor gemelt, wo inen nit mit statlicher, eylenden und harrigen hilf entgegen gangn, von dem Turgggn abgetrungen und zu abfaal bewegt werden. Und sol dasselbig beschehen, so wer dardurch dem Hl. Röm. Reich und disen landen aller vortl und kriegßrüstung und darzu alle unwiderpringliche notdurft, sonderlich die groß menig tund anzal der geringn pherdt, one die man gegen disem vheindt neben anderm kriegßvolgkh nichts fruchtbers außrichten khan, dergleichen die prophanth, vlaisch, die pessten pässn und fleckhn, wie dann in der schrift [*Nr. 98a*] nach lengs vermelt, on alles mittl abgestrickht und der vorstraich benomen, wie dann ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften auß derselbn hohen, cristlichen und von Got fursehen weisen verstandt gnedigist, genedigclich, gonstlich und frundtlichn (zu verhuetzung irer und der gantzen cristenhait letstn außstilgung) selbst zu erwegn habn. Auß solhn allen vorigen und yetzigen erzelten beswerungen, die gleichwol mit dem getreulichstn und kurtzisten gestellt, aber layder, Got erparms, gegründet, warhaft und auch offenbar sein und das vorsteend endtlich verderben vor augen ist.

So söllen die gesandten von der niderosterreichischen land und fstl. graf-schaft Gortz wegen ire kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften auß cristlichem, hochberuembtem gemuet umb Gottes eer, cristlichs namens, auch umb der armen, unschuldigen cristenmenschen und bruederlicher lieb willen gehorsamists, gunstlichs und frundtlichs vleiß mit dem höchstn bitten, vermanen und anlangen, das ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften ire cristlichn, ansehenlichn, taphern und harrign, furderlichn hilfen auf ain anzal jar, inen selbst und disen landen zu errettung und gemelter teutschn nation zu guetem, on allen verzug bewilligen und daher laistn und schickhn.

Und sonderlich, das ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften zu befurderung dises cristenlichen, notwendigen werchs, daran nicht allain disen erschepthen [= *erschöpften*] und erarmbten landen, sonder volgends der gantz n teutschn nation treffenlich und merclich gelegen, bedacht sein welln, das alle unrue und aufwigung im Hl. Röm. Reiche bei allen stenden getempht [= *eingedämmt*], abgestellt und umb sovil mer alle hinderung und zerruttung, so derhalben zu höchstem, unwiderpringlichem nachtl ervolget, verhuet werde, wie dann sonders zweiffels ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften solhs fur sich selbs und sonder diser vermanung zu thun begierig und genaigt, und nichts zur sach dienstlich underlassen werden.

Woverr auch die not so groß furfiel, das ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften zu ainem mereren und statlichen zuzug greiffn und denselben in ordnung richten und pringen, so sein auch die niderosterreichischn lande und fstl. graf-schaft Gortz (unangesehn, das sy vil jar her ir leib, guet und pluets nit allain von ir selbs wegen, sonder auß hertzlichem gemuet und gantzer gemainer

cristenhait zu guetem angegriffen und nun in armuet gefallen und nahent verderben sein) urputig und willig, nicht mynder neben irn kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften cristlichem darthun und statlicher, ansehenlicher, harriger hilf, das, so sy noch haben, wolln lassen ausgeen und an allem irm noch habendem vermögen auß cristlicher bedenckhung und zu abkomung des swaren lasts nichts erwindn noch ainicher abgang gespurt werden soll, wie sy dann yetzo auf die kunftig harrig hilf alles ir einkomen von neuem darzuraichen eingangen weren, dieselb nicht allein auf dits, sonder mer jar getreulichen neben des Hl. Reichs harrigen und statlichn hilfñ ze laisten.

Und söllen die gesandten nochmals von der niderosterreichischn land und fstl. grafschaft Gortz wegen ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften gehorsambs, embsigs und frundtlichs vleiß bitten, ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften wollen dises, der land hochsts verderbn und letsten obligenden schaden und nachtl behertzigen, erwegen und genedigclichn bedenckhn, das die gesandtn mit gnedigster, genediger und cristlicher, erschießlicher antwort und wirclicher harriger hilf (an das gegen dem mächtigen vheind, dem Turggen, nichts auszerichten) furderlichn abfertigten. Das werden die gemeltn niderosterreichischen land und fstl. grafschaft Gortz und ain yeder in sonders, auch die armen wittibn, waisen und die ellendn cristlichn menschn, so in des Turggen graussamen gwalt und unerhörlicher, swaren vengkhnus ligen und umb ir erledigung one underlaß hertzlich und flelich schreyen, umb ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften gehorsamlichen, gonstlichn und frundtlichen, auch mit dem höchsten leibs und guets zu verdiennen, geflissen sein, und darzu ire erbn und nachkomen daran weisen, solhs gegen iren kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften nymer zu vergessen. Das wirdet auch Got der Allmechtig mit seinen götlichn gnaden in iren gluckhseligen wolfartn in andern weg erstatten.

Zudem wer auch mit dem höchsten zu bedenckhen, wo [*sich*], das Got der Allmechtig mit gnaden verhuetn wölle, auß zerteilung und zufallender verhinderung von irn kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften (des die land gar nit zweifln) ain vorlassung zutruege und disen landen dhein außsträgliche, furderliche und harrige hilf erschin, also das dem Turggn kain ansehenlicher widerstand beschähe, das alßdann die land wider iren willen auß absochendem [= *dahin siechendem*] unvermogen den nächstn tod fliehen und sich irer ellenden vertreibung und verherhung irer vatterländer gegen Got dem herrn mit embsigem und flelichen geschray beclagen muessen. Wie jämertlich aber solhs were, das hetten ir kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaften aus hohem verstand abermals gnedigclich zu erwegen.

In dem und allem andern sollen obernannt gesandte die hohen und unvermeidlichn notdurften, die yetzo mit kurtz nit mogen erzelt werden, anzaigen und die stend des Hl. Röm. Reichs zu gnedigster und furderlicher eyllender, harrigen und statlichen hilf wider den Turggen und zu rettung der land zu bewegen dheinen vleiß sparen, sonder denselbn mit dem pessten furwenden, auch dise land und grafschaft Gortz iren kfl., fstl. Gnn., Gg. und frundtschaftn

gehorsamlichn und dienstlichn zu bevelhen. Und was sy also außrichten und von den stenden sament oder sonderlich fur beschaid erlangen, sollen sy furter zu irer haimkunft yeder landtschaft verordentn anzeigen und aller außrichtung halber relation thun.

99c *Antwort der Reichsstände an die Gesandten der fünf niederösterreichischen Länder und der Grafschaft Görz auf ihre Werbung um Türkenhilfe (Nr. 99b) – actum Nürnberg, 1543 sontags Cantate (April 22)*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 653r–654v (Konz. v.d.Hd. Dr. Jonas’); DV fol. 654v: Der österreichischen gesandten abschidt.

Die kfl. rhät, fürsten und stend des Hl. Reichs und der abwesenden potschaften haben der ausschüss und gesandten der fünf niderösterreichischen erblanden und fstl. graffschaft Görtz abgevertigten gesandten in yrn mundtlich und schriftlichen werbungen und antragen nach der lengi [!] gehört. Und als die gesandten yrn fstl. Gnn., Gnn. und Gg. von gedachter erblanden und fstl. graffschaft Görtz wegen vleißigen, hohen danck gesagt der ansechenlichen hilf halben, so sy den bemelten landen des vergangen iars mit großem, beschwärllichem costen zue yerer redtung und zueversichtlichen wolfart gelaistet, lassen gmaine reichsstend und der abwesenden potschaften den gesandten daruff gnädiglich, freuntlich und günstlich anzaigen, das sy die vernderigen [= vorjähri]ge] hilf mit schwärem ierem costen und darlegen, der röm. ksl. und kgl. Mtt., unsern allergnädigisten herrn, zue undertäniger gehorsami [!], auch der cron Ungern und ynen, den beschwärdten lendern, zue erledigung und redtung auß christenlichem, getreuen, gnädigen und freuntlichen mitleiden gern gelaistet. Und wolten nicht liebers erfahren haben, dann das durch dieselben und yr, der Hungern, und gedachter erblanden hilf und zuethuen ain meerers und nutzlichers hette mögen verricht und erlangt werden.

Diewil aber die sachen also geschaffen, das die kfl. rhät, fursten und stend und der abwesenden potschaften gleicherweiß (wie bemelter erblanden und fstl. graveschaft ausschüß) bedencken, das unsers hl. christlichen namens und glaubens erbfeind, der Türck, uff dißen sommer mit macht anziehen und sein unersetlich begird und thirannisch vorhaben weiter in das werck ze bringen understeen möchte, so haben sy abermaln, hochgedachten ksl. und kgl. Mtt. zue undertänigem gefallen, auch zue erhaltung der christenlichen lant in Hungern und vilgemelten erblanden zue sicherhait, auch widerstand und verhinderung des Turcken bewilliget 4000 pferd und 20 000 zue fueß sechs monat lang, von dem ersten tag Maij an ze rechnen, ze underhalten, dergestalt das söllich kriegsvolck von der röm. kgl. Mt. bestellt und aufgenommen und zue besatzung der bevestigungen an der Thonauw und andern ordten in Hungern gebraucht und durch des Reichs commissari und bevelchshabern bezalt werde, guoter zuevorsicht und hoffnung, das mit und neben hochgedachter kgl. Mt. und

yrer konigreich und erblanden hilf dardurch dem Turcken sein fürzug und straffen geweert und er mit spott und schaden abzeziehen getrungen oder, wo er die päss mit zuevil beschwärlicher belägerung nödtigen wurde, durch ainen gwaltigen zuezug der königreich Hungern und Behem, auch der bemelten niderösterreichischen erblanden und graveschaft Tirol, darzue der fünf nächstgelegnen kraißten des Hl. Reichs abgetriben oder vermittelt göttlicher gnaden geschlagen und das christenlich konigreich Hungern sampt den erblanden und andern anstossenden christenlichen lender[n] erledigt werden möge, wie dann söllichs alles in den beradtschlagungen dises reichstags erwogen und der abschied dises reichstags weiter mit sich bringen und ausweisen wurd.

Darumb wöllen die kfl. rhät, fursten und stend und der abwesenden potschaften die ausschüß bemelter erblanden und fstl. graveschaft Görtz gnädiklich und freuntlich ermanet und erinneret haben, das sy bey den obermelten landschaften auch zum treulichsten und vleißigisten suechen und erhalten wöllen, damit sy zue redtung und wolfart yr selbs an ynen nichts erwinden lassen, sonder disen sommer widerumb yrs besten vermögens sich zue widerstand des Türcken schicken. So werden auch gmaine stend des Hl. Reichs desto gevlistner und guetwilliger sein, sich mit leistung yerer hilf und in fall der notturft mit ainem erschiesslichen zuezug desto trostlicher ze erzaigen und zu bewißen.

Das alles wolten die kfl. rhät, fursten und stend und der abwesenden potschaften den gesandten obbemelter landen und fstl. graveschaft ausschüssen, söllichs denselben ausschüssen und landschaften anzebringen und darnach ze halten wissen, uff yr werbung und zue gnädiger, freuntlicher und gunstiger antwurt unangezaigt nit lassen.

Meintzische cantzley.

### 100 *Die Reichsstände an den Dogen von Venedig, Pietro Lando, wegen Bekämpfung der Türken zur See<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 17*

A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 648r–650v (Kop.); DV fol. 650v: Schreiben an dogen von Venedig, Petrum Landum, anno 43.

B Venedig ASt, Capi del Consiglio dei Dieci, Lettere di ambasciatori, Germania 1501–1550, busta 12, Nr. 131 (Konz.).

<sup>1</sup> Während des Nürnberger RT war Marino di Cavalli venezianischer Gesandter am Hof Kg. Ferdinands. Er berichtete vom RT in fünf Originalschreiben sampt Beilagen an den Consiglio dei Dieci (= Rat der Zehn): Venedig ASt, Capi del Consiglio dei Dieci, Lettere di ambasciatori di Germania 1501–1550, Busta 12, Nr. 123–131. Die Schlussrelation seiner Gesandtschaft bei Kg. Ferdinand, die von Sept. 1541 bis Dez. 1543 dauerte, gedr. bei: E. ALBÉRI, *Le relazioni degli ambasciatori veneti al senato, Serie I, Bd. 3, S. 91–141*; zum RT Nürnberg 1543 siehe bes. S. 138–140. Zum obigen Schreiben der Reichsstände an den Dogen von Venedig und zu jenem an Papst Paul III. (Nr. 101) berichtete Cavalli in seiner Schlussrelation (E. ALBÉRI, S. 140): *Deliberarono [= li Stati dell'Impero] di*

Nobis nullum dubium est Dilectioni vestrae priusquam nobis exploratum esse, quomodo rei publicae christianae maximus hostis, Thurca, sese hoc anno terra marique non solum contra regnum Hungariae, sed etiam Germaniam atque Italiam ingenti bellico apparatu instructum reddiderit et iam nunc in profectioe existat. Quamobrem contra eius conatus quantum quidem per temporis angustiam licet resistendi, provisionem facere maximopere cogimur. Didicit autem dubio procul Dilectio vestra ex ipsa experientia et fidem et animum Thurcae, cum nimirum posthabitis omnium hominum pacis legibus, foederibus atque promissis suam quamquam occasionem diligenter amplecti et ex suo commodo prosequi solere. Ex quibus sane certum fieri iudicium potest, si eum cum sua classe in mare et portus vestros venire contingat et aliquibus istius rei publicae locis potiundi oportunitatem viderit, illum ab exequenda voluntate sua nullis pacis aut foederis induciarumve conditionibus sese retineri promissurum. Si praeterea regnum Hungariae suae ditionis pacificum effecerit, quod inde libero impropedibilique transitu ad Italiam et praesertim Dilectionis vestrae dominia consequuto illa sibi subdere aut vastare conaturus omnino sit, et demum quia compertum habet ab ista re publica maiori quam ab aliquo alio potentatu navali vi sibi occurrere posse. Ob eam ipsam causam eo magis studebit quemadmodum iam nunc in id intentus est, ut vos armamentarium, civitatem ac regna, insulas et patrias vestras in potentatem suam redigere et dominium vestrum, tot iam saeculis apud totum christianitatis orbem in magna estimatione habitum, et aliquot ipsi hosti illatis cladibus clarum opprimere et pessundare possit.

Licet autem, non dubitemus, Dilectionem vestram istamque rem publicam pro suo prudentia experientiaque haec omnia diligenter perpendere atque de vobis ipsis uxoribus, liberis, dominiis et subditis vestris tuendis et defendendis utque classem vestram contra ipsum hostem a vestro mari et portibus vestris prohibendum armatam et paratam habeatis, magnopere cogitare vosque eorum quae ad illi resistendum pertinent nihil, quantum in vobis situm sit, praetermissuros esse. Nihilominus tamen eandem Dilectionem vestram atque rem publicam monendam et hortandam duximus, ut pro rei christianae ac vestro ipsorum bono et commodo, proquam summa apud totam christianitatem consequenda laude vestram classem ita munire et conficere velit, ut hostis in pernicioso suo proposito exequendo impediatur. Ad quod eo efficacius et validius effectui dandum speramus, etiam sacram caesaream et catholicam regiam M<sup>tem</sup>, dominum nostrum clementissimum, tamquam christianum principem non gravatim suam classem adhibituram et ordinaturam esse, ut hostibus Thurcis resistentia fieri et christianitas ex ista maris parte a tanto detrimento conservari

---

scrivere al Pontefice per aiuti e a vostra Serenità nel tenor che la intese lo che se ben fu scritto in nome di tutti li Stati dell'Impero. Li Cattolici però furono i soli che scrissero, e tra questi principali furono li duchi di Baviera, li quali per assicurar dai Turchi lo stato loro non lasciano occasione alcuna di negoziare e far negoziare ogni cosa a favore.



queat. Persuasum autem habere volumus Dilectionem vestram et illam rem publicam nos huius beneficii nunquam immemores futuros esse, quin etiam vicissim (quamquam Dilectionem vestram ad hoc salutare et christianum opus vel sponte sua propensam esse confidimus) eidem Dilectioni vestrae in suis difficultatibus omnem benevolentiam demonstraturos<sup>2</sup>.

101 *Die Reichstände an Papst Paul III.: Bitte um Entsendung päpstlicher Hilfstruppen zur Abwehr der Türken in Ungarn – Nürnberg, 1543 April 21*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konz. 1, fol. 651r–652v (Konz.); DV fol. 652v: Ad Sanct<sup>um</sup> Dominum nostrum.

Novit procul dubio S<sup>tas</sup> vestra quomodo christiani nominis et fidei inimicus, Turca, sese validissimo apparatu bellico non solum contra regnum Hungariae, verum etiam hanc inclitam nationem Germanicam dudum instruxerit, iamque in ipsa profectione existat. Quamobrem nos contra ipsius conatus eam quam per temporis angustiam licet provisionem facere a-coacti sumus decrevimusque hac aestate iterum satis amplum pro conservatione Hungariae et adiacentium provintiarum in Hungariam mittere<sup>a</sup>, agnoscentes scilicet quanta irrecuperabilia damna, tam Italiae quam Germaniae, ex eo sint proventura, si Turca totum Hungariae regnum (quod Deus avertat) in suam potestatem redegerit, facilis enim inde sibi in Italiam et Germaniam transeundi pateret aditus liberaque praeberetur facultas nobilissimas illas provintias, si non omnino suae tyrannidi subiiciendi, saltem crebris suis incursionibus igni ferroque devastandi. Cum itaque S<sup>tis</sup> vestrae nuntius in imperiali conventu Spirensi nobis exposuerit [*RTA JR Bd. XII, Nr. 153*] S<sup>tem</sup> vestram paratissimam esse ad praestanda contra Turcam ea quae posset maxima auxilia, sicut etiam superiori aestate certas suas auxiliares copias ad omnia militaria munera obeunda idoneas et paratas in Hungaria habuit. Qua de re S<sup>ti</sup> vestrae quam possumus maximas gratias agimus

<sup>2</sup> Im Konz. (B) wird dem Schlusssatz eine Ergänzung hinzugefügt, die in den endgültigen Text des Schreibens (A) nicht aufgenommen wurde: [...] rogantes eundem [= Pietrum Landum] velit nobis, vel per litteras vel medio oratoris sui, in aula ser<sup>mae</sup> Romanorum regiae M<sup>tis</sup> serenissimi, clarissimi existentis, optatum de his dare responsum, ut quod nobis sperandum et desuper cum praefata caesarea M<sup>te</sup> agendum fuerit scire possimus. Marino di Cavalli berichtete am 21. April 1543 an den Consiglio dei Dieci, dass unter den Reichsständen Uneinigkeit herrsche, ob die Schlussklausel mit der Bitte um Antwort in das Schreiben aufgenommen werden solle. Schließlich entschied sich die Mehrheit dagegen, was Cavalli positiv kommentierte, da Venedig dadurch nicht zu einer Reaktion auf das Schreiben der Reichsstände gezwungen war. In: Venedig ASt, Capi del Consiglio dei Dieci, Lettere di ambasciatori di Germania 1501–1550, Busta 12, Nr. 130 (Ausf.).

<sup>a-a</sup> Marg. korr. aus: cogimur.

et habemus de eius benignitate et clementia plurimum confidentes. Non potuimus omittere, quin in hisce rei publicae christianae difficultatibus summisque necessitatibus nostris denuo ad S<sup>tem</sup> vestram recurramus, supplices autem ac summo quo possumus studio rogamus, quatenus S<sup>tas</sup> vestra pro pastorale suo officio una nobiscum ad repellendas infidelium vires paterno affectu incumbat et pro periculi imminentis magnitudine maiores etiam auxiliares copias, vel saltem 5000 milites, citra moram in Hungariam transmittat.

In quo quidem S<sup>tas</sup> vestra rem se tanto pastore dignissimam paternaeque suae oblationis Spirae per nuntium eius factae consentaneam ac christianae rei publicae, maxime autem nationi Germanicae et Italiae, necessariam quam et nos erga S<sup>tem</sup> vestram et sedem apostolicam devotissimis et promptissimis nostris officiis et servitiis diligentissime promereri et eidem in suis quoque difficultatibus fideliter succurrere studebimus.

## IV.C Verweigerung der Türkenhilfe durch die Reichsstädte

### 102 *Protestation der Gesandten der Reichsstädte Worms, Rottweil, Speyer, Ravensburg und Hagenau samt den Städten der Landvogtei gegen die Beschlüsse der oberen Reichsstände zur Türkenhilfe<sup>1</sup> – reg. Nürnberg, 1543 April 1*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 630r–632v (Kop.); DV fol. 632v: Der stedt Wormbs, Rodtweil, Speier, Ravenßburgk, Hagenaw sampt den stedten der landtvogtey Hagenaw antragen und protestation. Praes. prima Aprilis anno 1543.*
- B *Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54 (Nr. 16), (Kop.).*
- C *Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 283, RTA 1543, unfol. (Kop.); DV: Anzeig der stedt Wormbs, Rotweil, Speyr, Ravenspurg und Hagenaw gesandten bevelch mit angehefter pitschrift, ubergeben den stenden Sonntag Quasimodogeniti, den ersten Apperilis anno etc. 43 zu Nurmberg.*

Nachdem euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uns, der nachbenanten erbarn stedt gesanten, zum theil gnedig und gonstig in schriften furhalten und verlesen lassen und wir, die andern, so damals nit zuegegen gewesen<sup>2</sup>, von denen, so gegenwertig erschynen, ungeverlichen verstendig worden, weiß euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. bedacht und sich entschlossen haben, der röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten hern, und der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrn, commissarien uff irer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. zu anfang dises reichstags gethane proposicion zu antworten [Nr. 92], und in sollicher antwort ein hilf wider den erbfeindt, den Türcken, zu bewilligen etc. Daruff wir, so sollichts bedenckens angehört, unser unvermeidlichen noturft nach desselben abschrift und bedacht underthenig begert und gebetten, damit wir sollichts den andern unsern freunden, so bißhere ungesondert bey uns gestanden, möchten zu erkennen geben und unsere habende bevelch daruber besichtigen. Doch uns dieselbig abschrift, mit anzeig, das es nit der geprauch sein sollte und darmit auch der bedacht stilschweigende abgeschlagen worden.

---

<sup>1</sup> *Die Protestation wurde in Zusammenarbeit mit den Rechtsgelehrten der evangelischen Reichsstädte Straßburg (Dr. Gremp), Frankfurt (Dr. Hieronymus zum Lamb) und Augsburg (Dr. Peutingen) verfasst. Siehe dazu das Nürnberger Protokoll zum 31. März: Nr. 89a, fol. 25r.*

<sup>2</sup> *Nach der Reichsversammlung des 30. März gab man den altgläubigen Städtevertretern von Rottweil, Ravensburg und Hagenau den Entwurf der oberen Stände zur Bewilligung der Türkenhilfe bekannt. Die beiden anderen altgläubigen Städtevertreter von Worms und Speyer hatten zu diesem Zeitpunkt nach dreistündiger Wartezeit das Rathaus bereits verlassen. Der städtischen Bitte um Abschrift des Gutachtens und um weitere Bedenkzeit kam der Mainzer Kanzler nicht nach. Siehe dazu das Nürnberger Städteratsprotokoll zum 31. März: Nr. 89a, fol. 24v–25r.*

Sollichem und sonderlich hochgedachter röm. kgl. Mt. daruff gevolgter antwort nach [Nr. 93] haben wir unsere habende bevelch ersehen. Und mogen euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. derhalben unsere antwort damit underthenig zu geben und habende bevelch anzuzeigen nit bergen, das wir von unsern obern hieher zu disem reichstage abgefertigt sein, mit und neben andern des Hl. Reichs stenden, und sonderlich der erbarn frey- und reichstedte gesanten botschaften, die puncten, darumb diser reichstag furnemlich angesetzt ist, zu helfen bedencken, beratschlagen und schlissen. Das auch wir in ainich weiter hilf uns nit einlassen noch bewilligen sollen, es sey dan zuvor vermög des jungst zu Speyer uffgerichteten reichsabschide dye lang versprochen ringerung der beschwerten stende, darzu vergleichung der kraiskasten oder -druhen bescheen und der uffgelegt gemain pfenning von denen, so dem angeregten speyerischen abschide nit gelebet, an dye ort, dahin yedem zu erlegen gepuret, einpracht.

Dieweil wir aber vernemen und sehen, das vil des Hl. Reichs stende, und in sonder der mherthail der erbarn frey- und reichstedt anwesenden botschaften, sich in das uns furgehalten euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. bedenckens und schlissen nit eingelassen noch dasselbig beratschlagen und schlissen helfen, darzu von wegen ringerung der beschwerten stende, under welchen unsere obern derselben ringerung furnemlich hoch notturftig, auch vergleichung der kraiskasten oder -druhen noch nichts bestendigs furgenomen, wiewoll verdröstung beschicht, das gemelte ringerung, auch vergleichung der kraiskasten oder zum wenigsten relacion von denselben kasten bescheen und eingenommen werden sollen, mit welcher relacion, obgleich dieselbig one dy vergleichung beschee, unsern obern, an welche noch vil tausent fl. von wegen des vergangnen zugs wider den Turcken mit ernst, ja auch zum thail bedraulicher weiß gefordert werden, gar wenig geholfen werden mag, so haben fstl. Gnn., Gnn. und Gg. gnedig und gonstighen zu bedencken, das wir, als der weniger hauf oder thail von des Hl. Reichs stenden und in sonder den erbarn frey- und reichstedten, obangezeigtem unserm bevelch und abfertigung nach in kein weiter hilf uns einlassen oder bewilligen konden und mögen, es werde dan dieselbig hilf, wy im Hl. Reich herkhomen, auch vor allen dingen die lang versprochen und verabschidte ringerung und dan vergleichung der kraiskasten furgenomen und zu wurcklichem ende gebracht, damit unsere obern irer obligenden hoch beschwerlichen schuldforderung von nechstvergangnem zug wider den Turcken der pilligkait und angeregtem speyrischem reichsabschide nach enthebt und erlediget werden.

Nachdem auch, gnedige fursten, gnedige und gonstig hern, uns vorgemelten schriftlichen furhaltens [Nr. 92] abschrift und bedacht abgeschlagen und dan euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. dasselbig abschlagen dahin verstanden haben wolten, als solten wir uff das, so uns yderzeit furgehalten wurd, unserer notturft nit gehört werden, sonder unsere obern euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. schlussen zu volgen schuldig sein, daruff konden und mögen wir in sollich

furhaben von unserer obern, auch aller erbarn frey- und reichstedt wegen (dieweil es vil anderst und das widerspill von alter herkhomen) nit willigen, wollen auch in dieselben euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. gerurter vermainer weiß furgenomene schlus nit gewilligt und den erbarn frey- und reichstedten, auch unsern obern, durch unser gehorsam erscheynen und anhören der hendel, so uns etwo furgehalten worden und werden, darumb wir nit notturftiglich gehört, ir recht und gerechtigkeit an iren stimmen und standt im Hl. Reich gar nichts begeben haben.

Davon wir hiemit offentlichen protestiren, underthenig und vleisig bittende, dise unsere antwort und anzeig, dy wir auß habendem bevelch unser obern, auch unser selbst unvermeidlichen, hoch dringenden notturft nach zu vermelden nit umbgen konden oder mögen, zu ungnad und unguttem nit zu versteen noch uffzunemen, sonder unser obern und uns derhalben gnedig und gonstighen entschuldigt zu haben.

[US:] Der erbarn frey- und reichstedt, nemlich Worms, Rotweyl, Speyer, Ravenspurg und Hagnaw samt den stedten der landtvogtey Hagnaw zu disem tag gesanten botschaften.

103 *Supplikation der Gesandten der Reichsstädte Worms, Rottweil, Speyer, Ravensburg und Hagenau samt den Städten der Landvogtei an die Reichsstände wegen der Türkenhilfe – verlesen Nürnberg, 1543 April 14*

A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 633r–636v (Kop.); DV fol. 636v (v.d.Hd. Dr. Jonas):* Der gehorsamen stedt supplication. *AV fol. 636v:* Lectum in consilio imperiali die 14. Aprilis anno 43.

B *Ravensburg StadtA, Bü. 152b/2.9, unfol. (Kop.); DV:* Der sechs stett gesandten ubergebne schrift, so sy den chur- und fursten und gmainen reichsstenden zu Nyerenberg im 43. jar ubergeben haben. Vor den reychsstenden ubergeben und offentlich verlesen worden sambstags, den 14. Aprilis anno etc. im 43.

Eur fstl. Gnn., Gnn. und Gg. wissen sich one zweifel noch gnedig und gonstighen zu erynnern, als von euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uns gnedig und gonstighen freitags, den 30. tag Marcij, eroffnet worden, das euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. sich entschlossen, ein hilf wider den Turcken zu bewilligen [Nr. 92] etc., welchemassen wir, der nachbenanten stedt gesanten, euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. unsre habende bevelch schriftlich [Nr. 102] und daneben underthenig angezaigt, das wir von unser obern wegen in kein hilf weiters bewilligen kondten oder möchten, es wurde dan dieselbig hilf, wy im Hl. Reich herkhomen, beschlossen und gelaistet, auch vor allen dingen die lang versprochen ringerung und dan zu Speier verabschidte zugesagte vergleichung der kraiskasten zu wurcklichem ende gepracht, darzu wir uff euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. bedencken ydesmals notturftighen gehoret, welche unsere ubergebne schrift wir hieher alles inhalts wollen erholet haben.

Als aber euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uns darüber und weiters ein bedenckens, welchemassen und gestalt dy gemelte bewilligte hilf zu laisten sein solt [Nr. 94] furhalten lassen, befinden wir, das in demselben und, wue der abschide daruff vorfertigt werden solt, durch denselben unsere obern über dy maß enormiter ledirt und beschwerdt wurden, darumb auch beden, dem furgehaltenen bedenckens [Nr. 94] und daruff gevolgtem abschide, zue bewilligen, anzenemen und zu volziehen nit schuldig weren, nemlich auß nachfolgenden gegrundten ursachen:

Und erstlichen, das angeregt bedenckens, und wue ein abschid daruff verolgen solt, nit wy im Hl. Reich herkhomen, sonder particulariter wider alten geprauch und auch gemayner erbarn frey- und reichstedt herkhomens unser unverhört und unser obern beschwerden unerleichtert, doe uns auch der bedacht gewaigert worden, furgenomen und fur beschlossen geacht sein will.

Zum andern, das die lang versprochen ringerung der beschwerten stende, welcher ringerung unsre obern, auß ursachen, das sy gantz untreglicher weiß angeschlagen, zum hochsten notturftig sein und uns mherer thails darumb anzuhalten sonderlichen hieher abgefertigt haben, vor diser neuen beschwerlichen hilf und anlag, uff das nymant vor dem andern beschwerdt wurde, wy pillich sein sollte, noch nit bescheen, auch sich derselben, wy die in gemelten bedenckens angerurt wurd, wenig zu verdrosten haben.

Zum dritten, das unsre obern von dem ferdigen [= *vorjährigen*] zug wider den Turcken noch in mercklichen kundtparlichen schulden verhaft sein und deglichen bedraulicher, gefarlicher weiß darumb angefordert werden, aber die verhaifne und verabschidte vogleichung der kraiskasten, dardurch sihe derselben schulden erledigt worden sein solten, keynen wurcklichen furgang erraicht und unsere obern also, wider mhermals versprechen und verabschiden, in neu obliegenden schulden unenthebt verlassen pleiben.

Zum vierdten, das in gerurten bedenckens im puncten des zuzugs [Nr. 94, Art. 10] gesetzt wurd, waß zu Passaw von den kraissen beschlossen und eynem yden standt ufferlegt und zugeschrieben wurd, das der dasselbig alsbald bezalen und erlegen soll, ungeacht das solliche ufflag unsern obern, nachdem sy uff den tag zu Passaw nit khomen noch der notturft gehöret wurden, also uberlegt und unwyssend wider dy art gemayner hendel beschwerdt werden möchten. Das inen dieselbig ufflage nit treglich noch one ir endtlich verderben möglich zu laisten.

Zum funften, das die gemelt neu hilf und der daruff gesetzt anschlag unsern obern umb ein groß weiter laufft und lauffen wurd, dan ir gemaynner pfennig (daruff doch die hilf wider den Turcken zu Speyer endtlichen gestelt und verabschidet worden) ertragen mag. Darzu die zeit der erlegung also kurtz gesetzt, das der gemain pfenning darin nit mag eingeprecht werden.

Zum sechsten, das durch das verlesen bedenckens, und wue der abschid demselben gemeiß gestelt, der zu Speyer bewilligte und verabschidte gemayne pfenning, auch der gebrauch desselben gar umbgestossen, wider denselben

speyerischen abschide dem gemaynnen werck entzogen und zu mercklicher ungleichhait eynnem yden, ime selbst zuguttem zu gebrauchen, heymgestellt ist.

Zum sibenden, das sonderlichen der stedt Worms und Speyer gesanten obern zum hochsten beschwerlichen, das dy dhomcapitel dem jungst zu Speyer uffgerichteten besigelten abschide [RT XII, Nr. 285, §§ 68 und 69] zuwider ire anlag nit zu den stedten, sonder iren bischoven erlegen sollen, und dan andern vil mher beschwerlichen ursachen, so wir umb kurtz willen hie underlassen<sup>1</sup>.

So ist darumb an euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. in namen unser obern unser underthenig bitt, euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. wollen sy, unsere obern, und das inen ein neue hilf oder anlag, zuvor und ehe sy der angeregten irer alten beschwerden erleichtert, zu laisten nit treglich noch möglich, gnedig und gonstighen bedencken, auch solliche gnedige und gonstige versehung thun, damit sy, als die sich biß anhere – on rhom ze melden – in allen dreglichen dingen und etwo uber ir vermogen der gehorsam beffissen, uber diß ir anzeigen und sonderlichen den inhalt des jungsten speierischen abschids nit getrungen noch ainnicher weyß belestigt werden. Dan wue sollichts nit bescheen solt, so haben euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. auß voriger unser ubergebner [Nr. 102] und diser schriften gnedig und gonstighen zu erwegen, das wir in mhergedacht bedenckens und daruff folgenden abschid unserm habenden bevelch nach nit konden oder mögen willigen, wöllen auch itzt als dan und dan als itzt in denselben abschide, auch sein besigung keinswegs bewilligt haben. Des wir unß hiemit, wy sich gepurt, bezeugen, welchs euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. wir hiemit anzuzeigen nit umbgen mogen, gantz trostlicher zuversicht, euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. werden sich uff dise unsere hochnotwendige bitt gnedig und gonstig beweisen. Das werden und wollen unsere obern und wir sampt der pilligkait underthenighen verdynen.

<sup>1</sup> *In der Überlieferung der Hgg. von Pommern (Stettin AB, AKW Sign. 95, fol. 207r–210v, Kop.) werden die obigen reichsstädtischen Kritikpunkte an den Reichstagsbeschlüssen in beinahe gleichlautender Weise zusammengefasst. Allerdings wird noch ein zusätzlicher achter Punkt angeführt, der sich direkt auf den RAb Nr. 404, § 28, bezieht: Zum achten [in der Vorlage: siebenden], das gantz beschwerlichen in diesem abschiede gesetzt wirt, das diejenigen, so uf der comissarien erst ersuchen ir angepur, wie die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, einem jeden antzeigen und mandiren sol, nit schicken und erlegen werden, von stundt an on ferrere declaration in acht und aberacht gefallen, mennighen erlaubt, aller freiheiten entsetzt [und] priviert sein und nit mehr zu gnaden (was doch der Almechtige keinem begerenden je versagt) komen oder gelassen werden sollen, unbedacht, das niemant unerhort verdampt werden, auch niemant zu unmughen dingen verbunden. Und solcher anschlag unsern obern, die sich (ohne rhum zu melden) bis anher in allen disen dingen underthenig und zu zeiten uber ir vermogen gehorsam bewiesen haben, unbillich und untreglich ist.*

US: Dye gesanten der erbarn frey- und reichstedt Worms, Rotweyl, Speyer, Hagnaw – mit bevelch der stedt der landtvogtey Hagnaw – Ravenspurg und Wetzflar<sup>2</sup>.

---

<sup>2</sup> *In den vorliegenden Korrespondenzen und Akten findet sich keine Erklärung, weshalb Wetzlar die obige Eingabe mit unterzeichnet haben sollte. Es scheint sich um einen Irrtum zu handeln. Wetzlar war auch – im Gegensatz zu den fünf anderen genannten Reichsstädten – an der Protestation vom 1. April (Nr. 102) nicht beteiligt; die Stadt war bereits 1525 von der reformatorischen Bewegung erfasst worden. Wie auf den vorangegangenen Reichstagen sandte Wetzlar auch 1543 keinen eigenen Gesandten nach Nürnberg, sondern wurde von Frankfurt vertreten. In einem im ISG Frankfurt überlieferten Entwurf für die obige Supplikation (in: RTA 54, fol. 127r–133v) ist nur von fünf Reichsstädten die Rede. Die tatsächlich übergebene Supplikation wurde gegenüber dem Frankfurter Entwurf stark verändert.*



## IV.D Verweigerung der Türkenhilfe durch einzelne Reichsstände und Proteste gegen die Veranlagung als Reichsstand

### 104 *Die Eidgenossen*

#### 104a *Die Gesandten der Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft an Ks. Karl V.<sup>1</sup>: Beschwerde wegen der Mandate des Reichskammergerichts zur Bezahlung von Türkenhilfe und Kammerzielern – Baden im Aargau, 1543 Febr. 14/verlesen Nürnberg, 1543 (März 6)<sup>2</sup>*

*St. Gallen StadtA, Tr. VII, Nr. 8.9, unfol. (Kop.); DV: Coppy ainer missiven an die röm. ksl. Mt., mit dem cammerprocuratorfiscaln ze verschaffen, von den processen wider der eidtgnossischen stett und prelaten der anlagen halb still ze ston und by altem herkhommen beliben, ouch in kain acht declarieren lassen oder man muß sechen, wie man ainandren darby handthaben wurde, anno 1543. AV am Ende des Schreibens: Gliche meinung ist ouch röm. kgl. Mt., ouch Kff., Ff. und gemeinen stenden des Hl. Röm. Rychs und dem camerriichter und bysitzern zu Spyer zugeschriben worden.*

Uff disem tag [*Baden im Aargau: 1543 Febr.*] sind vor uns erschienen der hochwurdigen fürsten, erwidigen und geistlichen herren, H. Lucius Bf. zu Chur, H. Diethelmen, apte des gotzhus St. Gallen, herren apt von Dissitis, ouch der edlen, strengen, fromen, fursichtigen, weisen, unserer in sunders guten frunden und getruwen, lieben Eidtgnossen von Basel, Schaffhusen von wegen ir und ires gotzhus zu Schaffhusen, ouch St. Gallen, Mühlhusen treffenlich anwältten und ratsbottschaften und angetzeigt, wie das verschiner tagen iren gnedigen herren und oberen von röm. ksl. Mt. camerprocuratorfiscal zu Spyer mandaten<sup>3</sup> zukomen, *dass sie wegen der Nichtbezahlung der Türkenhilfe und der Kammerzieler von der Reichsacht und dem Verlust aller Privilegien bedroht seien.*

<sup>1</sup> *Das Schreiben der Dreizehn Orte erging mutatis mutandis auch an Kg. Ferdinand, an die Reichsstände und an das RKG in Speyer (siehe AV am Ende des Schreibens).*

<sup>2</sup> *In mehreren Protokollen (Pfalz-Neuburg Nr. 82, Heilbronn Nr. 88, RT-Protokoll Lambs Nr. 86a) wird der 6. März 1543 als Datum der Verlesung des eidgenössischen Schreibens vor den Reichsständen angegeben.*

<sup>3</sup> *RKG-Mandate an den Bf. von Chur, die Äbte von St. Gallen und Disentis sowie an Bgm. und Rat der Städte Basel, Schaffhausen (samt Gotteshaus), St. Gallen und Mühlhausen im Elsass, Speyer, 1543 Jan. 15, in: St. Gallen StadtA, Tr. VII, Nr. 7.32 (Druck mit Siegel an Abt Diethelm von St. Gallen). Die meisten Adressaten der Mandate waren zugewandte Orte der Eidgenossenschaft, die sich seit dem 15. Jhd. kontinuierlich vom Reich entfernt hatten, ohne auf die Legitimation ihrer Herrschaft durch das Reich verzichten zu wollen. Der Ablösungsprozess der einzelnen Orte und Äbte vom Reich war äußerst unterschiedlich, wobei St. Gallen am längsten den Kontakt zum Reich und seinen Institutionen hielt. Bis 1542 war St. Gallen – im Gegensatz zu Basel, Schaffhausen oder Mühlhausen – bereit, zum Unterhalt des RKG beizutragen, lehnte die Reichstürkenhilfe wegen seines militärischen*

*Diese Mandate lösten Missfallen bei den Eidgenossen aus; ihr Schriftwechsel mit Kaiser, König, Reichsständen und dem Reichskammergericht beweise nämlich, dass die von den Mandaten betroffenen Stände von den Reichsabgaben befreit seien, weshalb sie mit Zahlungsaufforderungen an das Reich in Ruhe zu lassen seien.*

Und achten, das genannter unser ksl. Mt. fiscal sollich in registern und büchern finden wird, das mit unserm wissen und willen weder die genannten unser Eidtgnossen nach die vilgemelten prelaten, siderhar si ordter unser Eidtgnoschaft und inen verwandt sind worden, derglichen hilfen nach stüren nie nützit [= niemals] geben nach bezalt haben.

Darumb wir die kgl. Mt. ernstlich gepetten, sy wolle by gedachtem herren fiscal gnedigklich verschaffen, das er siner furgenommen handels gegen den unsern abstande, auch si und uns all deßhalb ruwig und by unsern alten langen harkomen unangefochten pliben lassen etc. *Schreiben des Königs und des Kaisers, welche die Befreiung der Eidgenossen und ihrer Zugewandten von den Reichsanlagen bezeugen, liegen in Kopie bei.* Söllicher gnedigen antwurten unsere herren und oberen sich getröst und dero gehalten und vermeint, das wir und unser Eidtgnoschaft verwandten und zugehörigen werent daby pliben und nit wyter angefochten noch geunruwiget worden, diewyl wir, wie ghört, vor allen frembden ußlendischen grichten und in sunderheit fur gemelt ksl. camergerichtprocessen und handlungen von röm. keysern und kunigen hochloblichen gefrygt [= befreit], ouch dero von alter und bißhar vertragen pliben. By demselben wir ouch getruwen zu pliben und mit der hilf Gottes einanderen daby handthaben, schutzen und schirmen und uns gar nit davon trengen und in frömbde ußlendische gricht ynfuren lassen. Deßhalb wir ouch obgemelt unser lieb Eidtgnossen von den vier ordten<sup>4</sup>, ouch gedachtem herren Bf. zu Chur und ernempten prelaten<sup>5</sup> befolhen, solliche ufflag keinsweg zu bezalen nach vor dem ksl. cammergericht zu erschinen und sy [= sich] keinswegs da ynzulassen, diewyl wir von alter har und je welten daselbs nie erschinen.

Darumb so ist an euer ksl. Mt. unser gar undertehnig und hochgefließen pitt, sy wölle gnedigklich darob sin, das wir by euer röm. ksl. und kgl. Mtt gschriftlich antwurten pliben mogent und by gedachtem fiscal verschaffen, das er siner furgenommen meinung gegen den obgenanten unseren lieben Eidtgnos-

---

*Engagements für die Eidgenossen jedoch wie die anderen Zugewandten ab. Weil sich das Reich in der Frage der Türkenhilfe unnachgiebig zeigte, suchte St. Gallen gemeinsam mit den anderen oben genannten Orten und Äbten Hilfe bei den Eidgenossen. Diese argumentierten in der obigen Supplikation vor allem juristisch und betonten die Exemption der Städte und Äbte von der Reichsgerichtsbarkeit und die Befreiung von den Reichssteuern seit ihrer Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft, weshalb die Prozesse des ksl. Fiskals einzustellen seien. Exemplarisch zur schwierigen Stellung der zugewandten Orte zwischen Reich und Eidgenossenschaft: B. BRAUN/W. DOBRAS, St. Gallen: eine Stadtrepublik zwischen Reich und Eidgenossenschaft, S. 397–416.*

<sup>4</sup> Basel, Mülhausen, St. Gallen und Schaffhausen.

<sup>5</sup> Äbte von St. Gallen und Disentis.

sen, ouch herren Bf. zu Cur und allen anderen prelaten und gotzhuseren, so uns mit pundten, schutz und schirme verwandt, abstande und sy und uns all deßhalb ruwig und by unseren alten, langen harkomen unangefochten pliben laßent und sy vor den aachte verhuten und darin nit thun, sunder si uns by der röm. ksl. und kgl. Mtt. gnedigen antwurten und unseren fryheiten pliben lassen. Wo aber den unsern darüber etwas schadens zugefugt wurde, deß wir uns doch nit versehen, wurden unser aller herren und oberen verursacht, der sachen wyter nachgedencken, wie si vor söllichem schaden sin möchten.

Das wolle euer röm. ksl. Mt. von uns unserer grossen notturft nach gnedigklichen vernemen und sich nach unserm hohen vertrauen bewysen, wie dann euer ksl. Mt. wir des ouch aller gnaden und eeren sunders wol getruwen. Das begeren umb euer ksl. Mt. unser herren und oberen allzit gantz willig zu verdienen, derselben euer röm. ksl. Mt. geschriben gnedig antwort, uns darnach wyter wussen zu richten, by disem unserm darum gesandten botten begerende.

Datum und mit deß fromen, erenvesten, unsers getruwen, lieben landtvogts zu Baden in Ergöw, Jacoben Aapro, des rats zu Ury insigel in namen unser aller verschlossen, uff den 14. tag Februarij anno etc. 1543.

Euer ksl. Mt. underthenig von stett und landen der dryzechen ordten gemeiner unser Eidtgnoschaft ratsbotten, diser zeit zu Baden in Ergöw versampt.

*Es folgen die Namen der Gesandten der Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft.*

**104b Antwort Kg. Ferdinands an die eidgenössischen Gesandten (auf Nr. 104a)  
– Nürnberg, 1543 März 13**

A *St. Gallen StadtA, Tr. VII, Nr. 8.13, unfol. (Kop.); ÜS: Den ersamen, unsern und des Rychs lieben getruwen N., gemeiner Eidtgnoschaft in Schwytz gesandten und ratspotten, so nechst byeinanderen versamlet sin werden. DV und Adr.: Ain missiven cobby von der röm. kgl. Mt., das die angelangten eidgnoschischen [!] stett und prelaten in des Rychs registern begriffen und demselbigen verwandt, darum sy ouch one erschainung irer fryhaiten darvon nit getrennt werden sollend, anno 1543. Dem fromen, vesten Martin Huxen des rats der statt St. Gallen, minem günstigen, lieben jungkheren.*

B *St. Gallen StiftsA, Bd. 105, fol. 13v–14r (Kop.).*

*Regest: K. DESCHWANDEN, Die Eidgenössischen Abschiede, Bd. 4/Abt. 1d, Nr. 123, S. 246, Punkt b.3.*

*Bestätigt Erhalt der eidgenössischen Schreiben (Nr. 104a).* Und diewyl wir uß denselben befunden, das die sach nit allain ir ksl. Mt. und uns, sonder gemeine richsstende mit belangt, haben wyr gemeiner rychsversammlung dises alhieigen rychstags sölche euere schryben fürbringen lassen, die uns daruff zu erkennen geben, wie gemeinen rychsstenden gelicher gestalt von uch geschriben worden sige [= sei]; haben uns ouch daneben erinnert und bericht, das obbestimpte fürsten, prelaten und stett, dem Hl. Rychen on alles mittel zugethon und

verwant, ouch in des Rychs anschlegregistern neben andern des Hl. Röm. Rychs stenden begriffen und belegt, das ouch dieselben jederzyt in die rychstage wie ander rychsstend erfordert und beschriben worden sigen, inmaßen dan uff jetzigem alhieigem rychstage der von Chur durch deß Bf. zu Costantz gwalther<sup>1</sup> vertreten wurde, mit begär und pitt, das wyr anstatt und in namen hochgedachter ksl. Mt. sy, die rychsstende, by sölchem alten harkomen und gebruch gnedigklich beliben lassen und handthaben wölten. Diewyl nun der ksl. Mt. und unser gemüt, willen und meinung nit ist, jemandts wider sine habende fryheitten, alten gebruch und harkomen zu beschwären oder zu betrüben, so ist demnach von irer ksl. Mt. wegen und für uns selbs unser gnedigs ansinnen und begär an uch, das ir uns zwuschent hütt datto und phingsten schierest [1543 Mai 13] eüere oder bemelter fürsten, prelaten und stett fryheitten, und weiß ir oder sy in dem val zu geniessen verhoffen, an unsern kgl. hoffe übersenden und fürbringen lassen.

Das alles wölten wir gnedigklich ersehen und uns daruff in den sachen aller gebür und billichkeyt ertzeigen und halten, ouch mitler zyt by dem fiscal am ksl. camergericht einen stilstand verordnen, dann uch gnedigen willen zu bewysen und vor unzimlicher beschwörung zu verhuten, sin wir mit sondern gnaden genaigt.

**104c Antwort der Gesandten der Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft am eidgenössischen Versammlungstag<sup>1</sup> an Kg. Ferdinand (auf Nr. 104b) – Baden im Aargau, 1543 April 18**

A *St. Gallen StadtA, Tr. VII, Nr. 8.14, unfol. (Kop.); DV: Abscheid und copy ainer missiven der Eidgnossen an die röm. kgl. Mt., die orter und zugwandten, ouch die prelaten in der Eignoschaft aller anlagen ruwig ze lassen, wil [= weil] die Eidtgnossen darin nit bewilligt und ain frye sonderbare oberkait seynd etc., uff 18. Aprilis anno 1543.*

B *St. Gallen StiftsA, Bd. 105, fol. 18r–19r (Kop.).*

C *Basel StA, Fremde Staaten Deutschland C 2, unfol. (Kop.).*

*Teilw. Druck: K. DESCHWANDEN, Die Eidgenössischen Abschiede, Bd. 4/Abt. 1d, Nr. 123, S. 246f., Punkt b.4.*

*Bestätigen Erhalt des kgl. Schreibens von 1543 März 13 (Nr. 104b), ob wöllichem schryben unser aller herren und obern nit ain clains beduren empfangen, das wyr also umb ertzeigung unser fryheitten ersucht sölten werden, da wier wol*

<sup>1</sup> *Paul Appetzhofer.*

<sup>1</sup> *Zu den Aktenstücken des eidgenössischen Versammlungstages (Baden im Aargau, 1543 April 16), der sich u.a. mit den Mandaten des RKG-Fiskals zur Türkenhilfe und zu den Kammerzielern beschäftigte, siehe: K. DESCHWANDEN, Die Eidgenössischen Abschiede, Bd. 4/Abt. 1d, Nr. 123, S. 238–248.*

spüren, das euer kgl. Mt. wenig gloubens uff unser herren und obern setzt. Diewyl uns nit zwyflet, euer kgl. Mt. sige oder werde by röm. ksl. Mt., unserm allgnedigisten herren, guten bericht finden, wie ir ksl. Mt. unsern herren und oberen ir fryheiten, alt bruch und loblich gwonheiten, so wir von röm. kaysern und kunigen hargebracht, confirmiert und bestätt habe, darumb wir nit achten vonnöten ze sin, söllich unserer herren oder der fürsten, prelaten fryheiten an euern kgl. hoffe zu überschicken und die wyter ersächen [= überprüfen] ze lassen. Und diewyl gemelt unser lieb Eidtgnossen von den ordten, ouch die prelaten in anlag der türckenhilf noch zu underhaltung des ksl. camergerichts nit gssen, ouch darin nit bewilligt, und unser herren und oberen ein sundre frye oberkeit ist und die genannten von stetten und prelaten uns mit pundtnus, schutz und schirme verwandt und, so dieselben unser herren und oberen krieg habent, sind sy mit inen ze sturen [= Steuer zu zahlen], ze reissen [= ins Feld zu ziehen] und zu kriegen schuldig.

Und so wyr, wie gehört, vor allen frömbden, ußlendischen grichten und in sunderheit fur gemelt ksl. camergerichtprocessen gefrygt, ouch dero von alter und bißhar vertragen pliben, by demselben wyr ouch getruwen zu plyben und mit der hilf Gottes einanderen daby handthaben, schützen und schirmen und uns davon nit tryben noch trengen und in kein frömbde, ußlendische gricht nit füren wöllen lassen, so ist nochmaln an euer kgl. Mt. unser gar ernstlich, hochgeflissen pitt, sy wölle by gedachtem ksl. camerprocuratorfiscal gnedigklichen verschaffen, das er siner fürgenommenen meinung gegen den obgenanten prelaten, ouch den orten unser Eidtgnosschaft abstande und sy und uns all by unsern alten, langen harkommen, bruchen und gwonheiten rüwig und unangefochten pliben lasse. Dann wo das nit bschehen und er wyter fürfaren und inen oder den unseren darüber etwas schadens zugefügt, wurden unser herren und oberen verursacht, der sachen nachzededencken, wie sy sollichschadens wider ynkomen und mit der hilf Gottes uns und die unseren by unser fryheiten, altem harkommen und loblichen brüchen hanthaben, schützen und schirmen möchten.

Datum und mit des fromen, vesten, unsers getrüwen, lieben landtvogts zu Baden in Ergöw, Jacoben Aapro, des rats zu Ury insigel in namen unser aller verschlossen, uff den 18. tag Aprellen anno etc. 43.

[US:] Euer kgl. Mt. willige diener von stett und landen der dryzechen ordten gemeiner unser Eidtgnoschaft rät und sandtbotten, diser zyt zu Baden in Ergöw versampt.

105 *Die niedersächsischen Kreisfürsten, Mgf. Johann Albrecht von Brandenburg, Koadjutor des Erzstiftes Magdeburg, und Hg. Ernst von Braunschweig-Lüneburg, an die Reichsstände wegen Verpflichtung der Hansestädte zur Zahlung der Türkenhilfe an die Kreisfürsten – datum 1542 Nov. 14/verlesen Nürnberg, 1543 April 2*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, (Kop.)*<sup>1</sup>; DV: Der kraißfürsten schreiben des nidertsächsischen kraiß. Lectum in consilio imperiali die 2. Aprilis.
- B *Magdeburg StA, Rep A 1, Nr. 267, fol. 79r–82v (Kop.)*; AS fol. 79r: An die reichsstände zu Nörnbergh anno 1542. H. Johann Albrechts, ertzstiftischen coadiutoris, und Hg. Ernst von Braunschweig und Lüneburg schreiben der turckensteuer halben, so sich etliche ansehestede zu geben geweigert.

*Versammlung der niedersächsischen Kreisstände am 2. Nov. 1542 in Halberstadt*<sup>2</sup>, um über die Mängel bei der Ausführung der Türkenhilfe zu beraten. Und haben nhun under anderm, wie auch uff zuvor gehaltenem kreißtage<sup>3</sup> befunden, das etliche furnemliche sehe- und ansehestete in disem nidersechssischen kreise sich bißher geweigert haben, ire hilf und gemeinen pfennig, wie zu Speir bewilligt und verabschidit ist worden, zu diser christlichen expedicion wider den Turcken zu geben und noch vil weniger in irer landsfürsten- und fürstenthumben, dere sie underthanen und glider sein, gemeine kisten zu uberantworten und also in die kreiß oberkisten komen zu lassen<sup>4</sup>. Und zu behelf und schein irer ungepurlichen weigerung thun sie eine commission, die von röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, solle ausgegangen sein, furwenden, wie die beiliegende

<sup>1</sup> Das Aktenstück liegt lose dem gebundenen Konv. 1 bei.

<sup>2</sup> *Niedersächsischer Kreisabschied, Halberstadt, 1542 Nov. 6. in: Stade StadtA, Rep. 6, Fach 1, Nr. 1, fol. 43r–50v (Kop.)*.

<sup>3</sup> *Niedersächsischer Kreistag in Helmstedt; Abschied: 1542 Juni 2, gedr. bei: A. NEUKIRCH, Der niedersächsische Kreis, S. 215–224.*

<sup>4</sup> *Der Konflikt zwischen den Hansestädten und den Kreisfürsten im niedersächsischen Kreis lag in den Bestimmungen von § 57 des Speyerer RA 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 285, S. 1183f.) begründet. Dort wurde nicht nur die Exemtion der Reichritterschaft von den Reichsanlagen hervorgehoben, sondern auch die Sonderstellung jener Hansestädte, die keiner fürstlichen oder anderen Obrigkeit unterstanden und in den Reichsanlagen nicht begriffen waren. Allerdings galt die Steuerbefreiung für den Gemeinen Pfennig nicht. Kg. Ferdinand bot an, mit den Hansestädten angesichts der drohenden Türkengefahr durch Kommissare gesondert, d.h. unter Umgehung der Kreisfürsten, über die Ablieferung des Gemeinen Pfennigs in die Kreiskisten verhandeln zu lassen. Das widersprach der Rechtsauffassung der niedersächsischen Kreisfürsten, die vorbrachten, dass alle in ihrem Kreis gelegenen Hansestädte fürstlichen oder anderen Obrigkeiten unterworfen und damit steuerpflichtig seien. Der Konflikt um die mediate oder immediate Stellung der niedersächsischen Hansestädte verstärkte sich im Laufe des Jahres 1542 und kam in dem nur für die Fürsten bestimmten „Nebenabschied“ des niedersächsischen Kreistages von Helmstedt (1542 Juni 2) deutlich zum Ausdruck: gedr. bei A. NEUKIRCH, Der niedersächsische Kreis, S. 223f.*

*Abschrift zeigt*<sup>5</sup>. Dieweil aber die kreißtende vermerckt, das solchs nicht wenig beschwerlich, haben sie unß ufferlegt, solche beschwerden an euer Ll. und euch gelangen zu lassen, wie euer Ll. und ihr auß beiliegendem artickel<sup>6</sup> zu vernehmen haben.

Nachdem dan die kgl. commission in gemein uff alle sehe- und ansestette, allein Coln und Dorttmunde ausgeschlossen, gestalt ist, so vermeinen sich nhun alle sehe- und ansestette damit zu behelfen und wider des Reichs abschide und irer landsfursten gepott, das sie ire hilf leisten sollen, uffzuhalten und sonderlicher handlung zu gewarten, so doch zu Speir verabschidet ist worden, das allein mit denen stetten solle gehandelt werden, die nicht one mittel dem Reich oder chur- und fursten underworfen sein.

Und ist den fursten, so sehe- oder ansestette haben, zum hochsten beschwerlich und unleidlich, das ire stette sich understehen, auß der kgl. commission freiheit, als solten sie von des Reichs hilfen exempt und entfreyet sein, zu schepfen, so sie doch iren landsfursten als underthanen in reichsanlagen zu hilf zu komen schuldig sein. Gleicher gestalt ist inen auch beschwerlich, das sie aus dem, waß ire landsfursten uff reichstagen bewilligen solten, getzogen und erst sonderliche handlung derwegen mit inen gepflogen und sie also irer landsfursten obrigkeit, gepott und underwerfung entzogen und sonderlich auch ire hilf und steur gein Normberg zu libern gefordert werden, welchs nicht allein den fursten, welche dere stette haben, sonder auch dem gantzen kreiß nachteilig und abtreglich were.

Dem allem nach ist unser freuntlich bitt, gunstig und gnedig gesinnen, euer Ll. und ir wollet bey hochstgemelter röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, die underthenigste bitt und furwendung thun, das ire kgl. Mt. wolle die vilberurte commission revocirn und den sehe- und ansestetten ernstlich und bei peen, im reichsabschide verleibet, gepieten, sich des speirischen reichsabschides gehorsamlich zu halten und iren und der iren [= *ihrer Untertanen*] gemeinen pfennig vermoge desselbigen abschids uffzupringen und in irer landsfursten- und furstenthumben, der[en] underthanen und glidder sie sein,

<sup>5</sup> *Der Widerstand gegen die Ablieferung des Gemeinen Pfennigs an die Kreisfürsten ging anfänglich von der Hansestadt Lübeck aus. Auf dem Helmstedter Kreistag im Juni 1542 beriefen sich die Lübecker Gesandten auf eine „commission“ (= Auftrag) Kg. Ferdinands, welche Lübeck als oberste Hansestadt dazu bestimmte, mit den anderen Hansestädten wegen der Kontribution zur Türkenhilfe zu verhandeln. Im Laufe des Sommers 1542 verlagerte sich das Zentrum der Opposition gegen die Kreisfürsten auf die Hansestadt Lüneburg. Die niedersächsischen Kreisfürsten ersuchten den König in individuellen Schreiben um Rücknahme seiner Kommission und um sein Einschreiten gegen die Hansestädte. Als sie keine Antwort erhielten, beschloss der Kreistag, sich mit Umgehung des Königs an den in Kürze in Nürnberg zusammentretenden Reichstag, d.h. an die Reichsstände, zu wenden (siehe die obige Eingabe). Siehe dazu: A. NEUKIRCH, *Der niedersächsische Kreis*, S. 156, S. 165ff., S. 188f.*

<sup>6</sup> „Nebenabschied“ zum Helmstedter Kreisabschied: siehe oben Anm. 4.

oder des kreises oberkisten nach einer iden verwandtnuß zu uberanthworten und einzupringen, damit also obbemelte ontregliche beschwerden und unrichtigkeit dises christlichen wergks abgewendet und verhutt werde. Dan wurde solchs nicht gescheen, wie sich doch die stende dises kreises anderst verhoffen, so were gantzlich zu besorgen, das diser kreisse sein ufferlegt volck nicht schicken, vil weniger underhalten kondte, wie dan solchs auch bisher nicht geringe ver hinderung gewesen, zudem es zwischen den fursten und iren underthanen, den sehe- und ansehestetten, grossen widerwillen und weiterunge geperen wurde. Derhalben wollen wir freuntlich gepetten und gunstig und gnediglich gesonnen haben, euer Ll. und ir wollen sich hirinne freuntlich und gutwillig ertzeigen und die sache zu obgepettenen wegen im besten richten. Das wirdet disem gemeinen christlichen werck furderlich sein und zu erhaltung eins iden ober- und gerechtigkeit gereichen, und wir sein es umb euer L. und euch freuntlich zu verdinen und gunstiglich zu beschulden willig und geneigt.

**106 Die Gesandten Kgn. Marias von Ungarn an Kg. Ferdinand: Entschuldigung wegen Nichtbezahlung der Türkenhilfe für das Hochstift Utrecht und für den Burgundischen Kreis – verlesen Nürnberg, 1543 April 20**

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 444r–448v (Kop.); AS fol. 444r: Der kgl. Wd. zu Ungern und Behaim etc., regentin der Niderlandt, gesandten bericht von wegen des burgundischen kraiß und Utricht. AV fol. 444r v.a.Hd.: Uff dem reichstag zu Nurmberg anno 43 ubergeben. Lectum in consilio imperiali 20. Aprilis.*
- B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 679r–682r (Kop.); AV fol. 679r: Post lectum recessum exhibitum 21. Aprilis.*
- C *Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105, unfol. (Kop.); AV: Actum den 21. Aprilis post meridiem.*
- D *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 815r–818r (Kop.); ÜS wie AS in A. Druck: L. GROB/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 302; S. 207–211.*

*Die burgundischen Gesandten legten ihre von Kgn. Maria zu Fragen der Türkenhilfe empfangene Instruktion (Nr. 45, Punkt 2) dem König bereits vor der Verlesung der Proposition vor, doch bisher wurde die Stellungnahme der Königin nicht bekannt gemacht. Deshalb ersuchen die Gesandten Kg. Ferdinand, den Reichsständen Folgendes mitzuteilen:*

*Kgn. Maria war stets bereit – nicht zuletzt auf Grund ihrer leidvollen Erfahrungen mit den Türken als Königinwitwe von Ungarn –, ihren Beitrag zur Türkenhilfe für die zum Hochstift Utrecht gehörenden Gebiete zu leisten. Sobald sie vom Speyerer Reichsabschied 1542 in Kenntnis gesetzt wurde, ließ sie zwei Landtage abhalten, um den Bestimmungen des Abschieds nachzukommen. Sie erklärte sich bereit, dem Kriegsvolk zwei oder drei Monate Besoldung vorzustrecken, um die Entsendung von Hauptleuten und Soldaten nach Ungarn zu beschleunigen. Dieser geplante Beitrag Kgn. Marias zur Türkenhilfe, der dem anderer Stände des Niederrheinisch-*



*Westfälischen Kreises nicht nachstand, wurde durch den Kreisobersten, Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve, im letzten Moment vereitelt, da er im Bündnis mit dem Kg. von Frankreich die habsburgischen Erblande angriff, weshalb die Königin gezwungen war, die ihr zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte zur Verteidigung ihres Landes zu nützen. Sollte wieder Friede herrschen, werde die Königin für das Hochstift Utrecht (Ober- und Niederstift) Türkenhilfe leisten.*

*Was den Burgundischen Kreis betreffe, trug dieser seit seinen Anfängen unter Ks. Maximilian I. nie zur Türkenhilfe bei. Es sei nicht klar, welche Länder zu diesem Kreis gehörten, außerdem wären die Fürsten dieses Kreises noch nie zu den Reichstagen berufen worden. Deshalb sei die Bitte der burgundischen Untertanen, ihre alten Rechte und Freiheiten zu respektieren; nur wenn das Reich Schutz vor äußeren Angriffen gewähre, sei eine Beteiligung an der Türkenhilfe möglich. Germeinsam mit dem Regentschaftsrat beschloss die Königin, den Reichsständen die Gründe für die Nichtleistung der Türkenhilfe anzuzeigen. Laut ksl. Befehls seien nur jene Erblande zur Türkenhilfe verpflichtet, die diese schon immer geleistet hätten; bisher befreite Territorien seien auch jetzt nicht heranzuziehen<sup>1</sup>. Aber zu mererm überflus, wo solche sach gleich nit alsbald kont erortert und ausfundig gemacht werden, so ist unser gnedigste frau nichtdestweniger anstat ksl. Mt. dannocht urpuetig, von wegen aller und jeder nider erblanden (doch derselben alten freihaiten, geprauch und possession unabbruchlich) sich mit dem Hl. Reich zu verbinden und zu vergleichen und gegen gepuerlichem schutz und schirm zu erhaltung gemains fridens teutscher nation dergleichen widerstand des Turcken, auch andern obligenden des Hl. Reichs sachen sich mit zimlicher hilf zu ertzaigen.*

*Dem König und den Reichsständen sei hinlänglich bekannt, welche schwerwiegenden Gründe die Türkenhilfe Utrechts und des Burgundischen Kreises verhinderten. Kgn. Maria hoffe auf die Anerkennung ihrer Entschuldigung durch die Reichsstände, den Schutz des Reiches und die Beilegung des Konflikts mit dem Kg. von Frankreich und dem Hg. von Jülich<sup>2</sup>.*

<sup>1</sup> *Diese Meinung Kgn. Marias teilten die Reichsstände nicht, wie Granvelle am 15. April 1543 der niederländischen Statthalterin berichtete: [...] Entre autres conditions, M<sup>m</sup>e, lesd. estatz ont déclaré aud. S<sup>r</sup> roy qu'ilz veullent (ainsi sont esté les motz) que le cierge de Bourgoigne paye entièrement son contingent, et comme je entendis dois au soir que sa M<sup>té</sup> royale le vouloit couler [?] et ses conseilliers sont bien expressément de cest advis, j'ay esté aujourd'huy le matin devers sad. M<sup>té</sup> luy dire que nous ne consentirions, ains protesterions expressément au contraire. Et pour ce retourne-je devers sad. M<sup>té</sup> avec les sieurs de Créanges, Naves et Viglius, afin de regarder avec led. S<sup>r</sup> roy de dessus. In: Wien HHStA, Belgien PA 36/2, fol. 526r–528v, hier fol. 526v (Ausf. chiff. u. dechiff.).*

<sup>2</sup> *Die Reichsstände nahmen Kgn. Maria die Ablehnung der Türkenhilfe für das Hochstift Utrecht und den Burgundischen Kreis übel, wie die burgundischen Gesandten am 20. April ihrer Auftraggeberin berichteten: [...] Aussi, M<sup>m</sup>e, les estatz catholicques, venans à concluyre sur les aydes contre le Turcq, ont parlé bien apprement au roy de ce*

107 *Gf. Dietrich von Manderscheid*107a *Supplikation Gf. Dietrichs von Manderscheid an die Reichsstände wegen Exemption von den Reichsanlagen – übergeben Nürnberg, 1543 April*

*Wertheim StA, F 103–114/K 17, fol. 8r–11v (stark korr. Konz.); DV fol. 11v: Supplication copia, gemeinen stenden deß Reichs auf dem reichstag zu Nurnberg, den 27.<sup>1</sup> Aprilis anno 1543 uberantwort. Reichsanlage 1543<sup>2</sup>.*

*Obwohl die Gff. von Manderscheid niemals Reichssteuern bezahlten, auß ursachen daß meine fürdern noch ich gar nichtz vom Reich inhaben, sonder meine grave-schaft Manderschid sampt etliche herschaft von röm. ksl. Mt. alß von wegen deß furstenthumbs Lutzenburgs zu lehen herruren<sup>3</sup> und andere meine gutter*

que votre Mté n'avoit furny au recès de Spire [1542] touchant le circle de Bourgoingne et les pays d'Utrecht, adjoustant que, puisque les estatz veoient telle obstination, sa Mté pouvoit penser quel couraige ilz pouroient avoir pour faire mectre la duchié de Geldres ès mains de l'empereur et d'attendre qu'on fist d'icelle comme paravant des aultres. Sur quoy avons fait responce ensuyvant notre instruction [Nr. 45] par l'advis de Mons<sup>r</sup> de Grandvelle [Nr. 106] le plus doucement qu'avons peu. Et en venant à dire de vouloir par manière de contract allier tous les Pays Bas avec l'Empire – saulf leurs libertez et possessions anciennes – et que si eulx nous promectent de deffendre que sommes aussi content de faire quelque raisonnable ayde contre le Turcq et aultres nécessités pour le bien et paix de la Germanie, beaucoup y ont trouvé de goust et cecy a couppé le gorge à noz adversaires. Croyons toutesfois que les estatz en absence des princes ne feront pour maintenant aultre chose, mais diront vouloir faire relation à leurs maistres pour en après traicter de cecy à la prochaine journée de l'Empire avec la Mté impériale en personne. [...]. In: *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 89r–90v, hier fol. 89v–90r (Ausf.)*. Kgn. Maria gab ihren Gesandten in Zusammenhang mit der Türkenhilfe folgende Anweisung, Brüssel, 1543 April 23: [...] Le S<sup>r</sup> de Grantvelle nous a escript que les estatz de l'Empire veullent que ceulx du cercle de Bourgoingne payent leur contingent de l'ayde contre le Turcq que ne nous seroit faisable durant les guerres contre France et Clèves, pourquoy est requis que suyvant votre instruction vous regardez par l'advis dud. S<sup>r</sup> de Grantvelle y donner responce et empescher que riens soit ordonné au préjudice des pays de pardeça, car comme qu'il soit nous n'entendons y furnir. In: *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 91r–92v (Ausf.)*.

<sup>1</sup> *Wahrscheinlich irriges Datum, da der RT am 27. April bereits beendet war. Es könnte sich um den 17. April 1543 handeln. Der Befehl Kg. Ferdinands an den ksl. Fiskal in der Angelegenheit Manderscheids ist mit 20. April 1543 datiert (Nr. 107b).*

<sup>2</sup> *In Wertheim StA, F 103–114/K 17, fol. 12r–13v, eine ähnlich lautende Supplikation Gf. Dietrichs von Manderscheid an die Räte der Kgn. Maria (Dr. Viglius van Zwychem und Weirich von Kriechingen); DV fol. 13v: Supplication an röm. ksl. Mt. regentinnen der Niederlanden rethe und commissarien zu Nuremberg 1543 contra deß ksl. cammergerichts fiscalen.*

<sup>3</sup> *Karl V. bot Gf. Dietrich von Manderscheid im Aug. 1532 einen Stillstand der RKG-Prozesse an, wenn er die im Besitz der Gff. von Manderscheid befindlichen Güter für alle*

von zum theil euer chur- und fstl. Gnn., alß hohen stenden und gldern deß Hl. Reichs, zu lehen halt und trage, yedoch demselbigen unangesehen bin ich von ksl. Mt. cammergerichtzprocuratorfiscall hiebevord und itzt abermaltz wieder den Turcken und zu underhaltung deß cammergerichtz zu steuren, auch uber daß mir von ksl. Mt. und der regentinnen irer Mt. Niederlanden, dergleichen von irer ksl. Mt. gubernatorin und rethen deß furstenthumb Lutzemburgs, mich keinswegs in solichs zu begeben oder inzulassen, hochlich bevolhen, furgenomen worden. Dhweil nun allerhochst beschwerlich und weniger auch nit gefarlich, daß ich daruber gezwungen, daßjhenig zu thun, daß meine furdern noch ich nie gethan, auch ehern halben nit thun kan, ist mein untherthenigist, untherthenig, freuntlich und gunstig bith und beger, euer chur- und fstl. Gnn., Ll. und Gg. gelieben bei obgemeltem fiscall zu verfragen, mit solichen seinen gegen mir furnemend beschwerlichen neuerungen nit allein stilstutan, sonder auch dieselben abzustellen und gantz fallen zu lassen, wie dan auß obangezeigten ursachen billich beschicht.

*Die Gff. von Manderscheid unterstehen nur dem Kaiser als oberstem Richter, darauf dann Kff., Ff. und gemeine stende zu Speier auf dem reichstage<sup>4</sup> mein anlage deß cammergerichtz halber gemindert, achtende, dhweil meine furdern noch ich in anderm niehe gesteuert, darbei auch billich zu verpleiben, wie ich auch bieß anher in ruhen plieben bin. Sunsten, so daß nit gewesen sein sult, were die messigung darein sowol alß deß cammergerichtz halber ersucht und gelich derselbigen auch zugelassen. Es wurde vom Kaiser bisher noch keine Entscheidung in der Frage der Besteuerung Manderscheids getroffen.*

So nun euer chur- und fstl. Gnn., Erwirdden, Ll. und Gg. bei ksl. Mt. solchs wie obgemelt erhalten kundten, zu wissen, ich in dem furstenthumb Lutzemberg, da der adel desselbigen uff iren selbst schweren kosten daß recht bieß anher besitzen müssen, dessen erlassen werden mocht, wolt ich mich alßdann desfalls wie obberurt halten. *Bitte um Reduzierung der ungerechten Anschläge, die höher seien als jene der Bff. von Worms, Chur und Minden (samt der Stadt Lebus) und gleich hoch wie die Anlage der Mgff. Bernhard und Ernst von Baden und des Lgf. von Leuchtenberg. Gf. Dietrich von Manderscheid ist nicht höher zu besteuern als seine Vettern, die Gff. Johann und Wilhelm von Manderscheid bzw. deren Erben. Es sei außerdem zu bedenken, dass Manderscheid*

---

*Zeit als Lehen des Hg. von Luxemburg (= Karl V.) anerkenne, womit ein Verzicht auf Reichsunmittelbarkeit verbunden war. Trotz dieser Vereinbarung mit dem Kaiser wurde Gf. Dietrich immer wieder vom Fiskal des RKG aufgefordert, seine ausständigen Steuern dem Reich zu entrichten. Erst in Nürnberg 1543 befahl Kg. Ferdinand den Stillstand der Prozesse des RKG gegen Gf. Dietrich von Manderscheid (Nr. 107b). Zur Beziehung der Gff. von Manderscheid zum Reich siehe: P. NEU, Manderscheid und das Reich, S. 53–70, bes. S. 56–59.*

<sup>4</sup> *Eine Supplikation Gf. Dietrichs von Manderscheid vom RT Speyer 1542 ist erhalten (RTA JR Bd. XII, Nr. 247); die oben erwähnte Reaktion der Reichsstände auf diese Supplikation Manderscheids fehlt allerdings.*

*unter den Kosten leide, die durch den Konflikt mit Frankreich dem Fürstentum Luxemburg entstehen.*

Und ist noch mein unterthenigist, untherthenig, dienstlich, freuntlich und gunstig pith und beger, euer chur- und fstl. Gnn., Erwirden, Ll. und Gg. willen gnedigist, gnedig, freuntlich und willig thun verschaffen, damit ich deß fiscals gegen mir furnemend beschwerlich neuerung uberhaben sein und inmassen wie meine furdern ye und alweg verplieben oder dergestalt wie obgemelt gehandthabt werden moge. Und wiewoll an derjhenigen besoldung, so ich nechst zu dem turckenzugk zu roiß und zu fueß wie obberurt geschickt, viel ein mehrers und weitters dan mir, so ichs schon schuldig were, wie ich nit bin, zu erlegen gepurt, aufgangen, so pith ich doch dieses alleß, wie obstatt und meine unvermeidliche beschwert, gnedigist, gnedig, freuntlich ung gunstig zu bedencken.

*Als Gf. Dietrich auf dem RT in Regensburg 1541 seine Supplikation vorbrachte<sup>5</sup>, waren der Kf. von Mainz, der Kf. von Brandenburg und die Gesandten auch der Meinung, daß ich (so meine furdern nie gesturt) auch deß fiscals furnemen pillich wie obgemelt uberhaben sein und pleiben solt<sup>6</sup>.*

**107b Befehl Kg. Ferdinands<sup>1</sup> an den ksl. Fiskal wegen Stillstand der Prozesse des Reichskammergerichts gegen Gf. Dietrich von Manderscheid – Nürnberg, 1543 April 20**

*Wertheim StA, F 103–114/K 17, fol. 26r–27v (Kop.); DV fol. 27v: Copia deß konigs schrift an den fiscal zu Speir deß Reichs anschleg betr. Manderschidt anno 1543.*

Welchermassen wir von dem edlen, unsern und des Reichs lieben getreuen, Dietrichen Gf. zu Manderschied, mit hochster beschwerung, das du von wegen bezalung der reichsanslege gegen ime am ksl. camergericht procedirn sollest, unangesehen das er mit seiner grafchaft Manderschid sambt etlichen andern herrschaften je und albeg in des furstenthumb Lutzenburg gehort habe und noch

<sup>5</sup> *In RTA JR Bd. XI ist diese Supplikation nicht erwähnt, sondern nur ein Ansuchen Gf. Dietrichs betr. das Erbe seiner verstorbenen Frau, Gfn. Elisabeth von Manderscheid-Schleiden (RTA JR Bd. XI, Nr. 361).*

<sup>6</sup> *Es folgt eine vermutlich eigenhändige Bekräftigung des Anliegens von Gf. Dietrich von Manderscheid.*

<sup>1</sup> *Kg. Ferdinand reagierte auf die Supplikation Gf. Dietrichs von Manderscheid, indem er am 20. April 1543 den ksl. Fiskal beauftragte, bis zum nächsten RT nicht gegen den Grafen vorzugehen. Dr. Friedrich Reifsteck, Prokurator des RKG in Speyer, teilte Gf. Manderscheid am 23. Mai 1543 mit, dass der Fiskal in Berücksichtigung des kgl. Schreibens einstweilen bez. der Türkenhilfe 1541 nicht gegen ihn prozedieren werde. In: Wertheim StA, F 103–114/K 17, fol. 14r–15v (Ausf.).*

gehört, umb unser gnedigiste hilf und einsehung diemutigklich angesuecht und gebetten worden sein, das wirdestu aus eingeslossner suplication [Nr. 107a] vernemen. Damit nun bemelter Gf. von Manderschid wider alt herkhomen nit beschwert noch gedrunge werden und in den sachen der notturft nach erfahrung und erkhondigung beschehen moge, so ist unser enstlicher bevelch an dich, das du biß auf den negstkhomenden reichstag gegen benannten Gf. von Manderschidt am ksl. camergericht nit procedierest noch verfaarest. Daran thuest du unsern ernstlichen willen und mainung.

## 108 Die Hochstifte Metz, Toul und Verdun

### 108a Supplikation der Gesandten der Hochstifte Metz, Toul und Verdun an Kg. Ferdinand und die Reichsstände wegen Exemtion von den Reichsanlagen – Nürnberg, 1543 Febr. 3

Wien HHStA, Kriegsakten 8/Konv. 2, unfol. (Kop.); AV: Copie der supplication, zu Nurmberg ubergeben 1543.

Die Gesandten der drei Hochstifte<sup>1</sup> beklagten sich auf mehreren Reichstagen<sup>2</sup> – zum letzten Mal in Speyer 1542, wie aus beiliegender Supplikation und dem Bescheid der Reichsstände ersichtlich (RTA JR Bd. XII, Nr. 246a–b) – über die gegen sie eingeleiteten Verfahren des Reichskammergerichts und die Belangung durch den ksl. Fiskal, wodurch die alten Rechte der Hochstifte missachtet würden. Als sich die Gesandten im Sommer 1542 zum Reichstag nach Nürnberg<sup>3</sup> auf den Weg machten, um ihr Anliegen abermals vorzubringen, ging die Reichsversammlung bereits ihrem Ende zu.

Nun ersuchen sie noch einmal, die drei Hochstifte bei der Exemtion von den Reichsanlagen zu belassen, ihre alten Rechte zu respektieren und dem procuratorfiscal des ksl. kammergerichts [zu] befelhen, die statt Kauffman-Sarburg [= Saarburg in Lothringen], auch andere herschaft und lehen, so dem stift Metz

<sup>1</sup> Als Gesandte des Bf. von Metz, Toul und Verdun, Kard. Johann von Lothringen, unterzeichneten den RAb 1543 (Nr. 404) und den oberrheinischen Kreisabschied (Nr. 415) Philipp Jakob von Helmstatt und Johann Gerhardt.

<sup>2</sup> Siehe die Supplikation zur Reichsstandschaft der Bff. von Metz, Toul und Verdun auf dem RT Regensburg 1532 (RTA JR Bd. X, Vorbemerkung S. 723f. sowie Nr. 151–152). Da die Angelegenheit weder 1532 noch auf den drei Reichstagen von 1542/1543 erledigt wurde, reichten die Hochstifte auf dem RT Speyer 1544 abermals eine Supplikation ein (RTA JR Bd. XV, Nr. 477). Auch auf dem Augsburger RT 1548 legten laut Relation des Supplikationsrates (1548 Jan. 19) die Gesandten von Metz, Toul und Verdun eine Supplikation wegen der Reichsanlagen vor, in: RTA JR Bd. XVIII, Nr. 305. Auf dem Augsburger RT von 1550/1551 supplizierten die Hochstifte Metz und Verdun abermals wegen Moderation der Anschläge und Einstellung der fiskalischen Prozesse am RKG (RTA JR Bd. XIX, Nr. 283, S. 1483f.).

<sup>3</sup> In der Vorlage irrtümlich: Regensburg.

zugehörig und ingelipt sind, unbelediget und unbeschwert zu lassen. Und wo sollich beschicht (der billicheit nach), setzen sie, die gesandten, in keynen zweiffel, hochgenanter ir gnedigster her, Kard. in Lothringen, als inhaber der dreyer stift Metz, Tholl und Verdun, werde sich gegen ksl., kgl. Mtt. und dem Hl. Reich zu widderstand dem erbfeind unsers hl. christlichen glaubens, dem Turcken, dermassen ertzaigen und erweisen, darab die ksl. und kgl. Mtt., auch gemeine stende des Hl. Röm. Reichs ein sondern gnedigist, gnedigs, fruntlichs und gut gefallen darab tragen. Und so die gesandten ein entlichen abschiedt (als sie verhoffen) irer freyheit, gerechticket, gebruche und alt heerkomens der obgemelt dreyer stift und von dem Reich handthabung erlangen, so werde [!] ir gnedigster her cardinal geneigt, solichs auch in sonderheit umbs hochst gegen gedachte ksl., auch euere kgl. Mtt., Kff., Ff. und gemeine stend des Hl. Reichs fruntlich und in allem guttem und gnaden, auch sie, die gesandten, in aller underthenigkeit zu verdienen geflissen sein<sup>4</sup>.

**108b** *Resolution der Reichsstände zur Supplikation der Hochstifte Metz, Toul und Verdun (Nr. 108a) – actum Nürnberg, 1543 montags nach Jubilate (April 16)*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 657r–658v (Kop.); DV fol. 658v: Recess, des Kard. in Lotringen gesandten gegeben.*  
 B *Wien HHStA, Kriegsakten 8/Konv. 2, unfol. (Kop.); ÜS: Copie des abscheids, uß mentzischer cantzley erlangt anno 1543.*

Zu wissen: Als der hochwirdigist, durchleuchtig, hochgeborn furst und her, her Kard. in Lottringen, unser gnedigster her, von wegen seiner fstl. Gn. treyer stieff [!] Metz, Thull und Verdun uff diessem reichstag alhie den kfl. rethen, fursten und gemeinen stenden des Hl. Reichs durch seiner fstl. Gn. verordente ret furbringen und begeren lassen, seiner fstl. Gn. obbemelter dreyer stieft angehorigen, underthanen und verwandten der appellation an das ksl. camergericht zu erlassen und zu befreien und mit keinen mandaten und andern processen belestigen zu lassen und dergleichen der underhaltung desselben camergerichts gantzlich zu eximieren, wie sie dan albeg gewest seyen, und in sollicher befreung auch des stiefts eigenthumb, als die stat Kauffmans-Sarburg [= *Saarburg in Lothringen*] und die lehenschaften, so etliche des Hl. Reichs graven von obberirten stieften inhaben und tragen, under obbestimpten freiheiten zu begreifen etc., wie dan solchs die ubergebne supplicationschriften [Nr. 108a] weiter ausweisen. Demnach haben die kfl. rätthe, fursten und stend und der abwesenden potschaften nach gehabtem zeitigen rat sich entschlossen

<sup>4</sup> *Bf. Johann von Lothringen hatte sich in der Speyerer Supplikation von 1542 bereit erklärt, für die drei Hochstifte im Falle der Anerkennung der Exemption von den Reichsanlagen einen Beitrag zur Türkenhilfe zu leisten, ohne von Reichs wegen dazu verpflichtet zu sein.*

und hochgedachts cardinals gesanten rhäten diese antwort und abschit geben lassen:

Das ir werbung und begere furnemlich der röm. ksl. und des Hl. Reichs oberkeit und gerechtigkeit antreffen, derwegen in abwesen irer Mt. und sonderlich uff diessem reichstage, da der stend wenig in eigener person erschinen, sich nit wol furgen köndte, das die stend und der abwesenden potschaften<sup>a</sup> sich verfeniglich in handlung begeben<sup>a</sup>. Dieweil aber verhoffenlich, das ir ksl. Mt. schirst persönlich in das Reich teutscher nation komen und einen reichstag halten werden, daruff Kff., Ff. und stend in merer anzal erscheinen mochten, so wollen gemeine stend die sachen bis daselbst hin verschieben und sich auch mitler zeit erkundigen, wie es obgedachter dreier stieft und derselben underthanen halb in obberirten puncten von alter und bißhere gehalten worden. Und wollen sich versehen, das die gesanten bei hochgedachtem cardinal befurderen und langen werden, das sein fstl. Gn. sich mitlerweil gegen dem Hl. Reich und ksl. camergericht dermassen gehorsam und gutwillig beweissen werden, das die ksl. Mt. uff gemeyner stend underthenig rädlich bedencken nach gestalt erkundigter und befundner sachen und aller gelegenheit dester meer neigung und ursach haben werde, seinen fstl. Gn. und gedachten irn dreyen gestieften allen gnedigen willen zu erzeigen.

**109 Vortrag der Gesandten Hg. Karls III. von Savoyen vor den Reichsständen: Bitte um Aussetzen der Türkenhilfe wegen der Bedrohung Savoyens durch Frankreich – o. O., o. D./verlesen Nürnberg, 1543 (April 4)<sup>1</sup>**

A Basel UB, C VIa 51, S. 739–747 (Kop.).

B Basel UB, C VIa 51, S. 483–486 (Kop.); ÜS S. 483: Propositio Sabaudiae ducis nomine imperii statibus comitiis Norinbergensibus 43. anno habitis facta.

*Auf dem Speyerer Reichstag 1542 bezahlten die savoyischen Gesandten<sup>2</sup> die von den Reichsständen auferlegte Türkenhilfe für drei Monate in Höhe von 1875 Coronaten im Namen des Hg. von Savoyen. Diese Summe wurde geleistet, obwohl Karl III. nicht frei über sein Herrschaftsgebiet verfügen konnte<sup>3</sup>. Bereits in Speyer wiesen die Gesandten daher darauf hin, dass im Fall einer längeren Dauer des Türkenzuges weitere Zahlungen von 600 Coronaten monatlich zu hoch seien und ersuchten um*

<sup>a-a</sup> Aus B, in A irrige Satzstellung.

<sup>1</sup> Zum Datum der Verlesung im Reichsrat siehe das Heilbronner Protokoll (Nr. 88) zum 4. April.

<sup>2</sup> Dr. Johann Ulrich Zasius und Franz Porterius. Sie adressierten eine Supplikation an die Reichsstände wegen Restitution Hg. Karls III. von Savoyen, Speyer, 1542 März 26, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 253, S. 1116f.

<sup>3</sup> 1536 hatte sich der Hg. von Savoyen vor den Angriffen des franz. Königs in die Grafschaft Nizza zurückgezogen.

*Ringerung. Im August 1542, als der letzte Reichstag in Nürnberg tagte, bedrohten französische Truppen auf dem Weg nach Italien neuerlich das Herrschaftsgebiet des Hg. von Savoyen. Der ksl. Gouverneur von Mailand, Alfonso d'Avalos, Marchese del Vasto, warnte den Herzog vor den französischen Angriffsplänen auf Nizza. Da der Herzog Nizza – nicht zuletzt im Interesse des Hl. Röm. Reiches – gegen die Franzosen befestigen müsse, könne er nicht gleichzeitig das Geld für die Türkenhilfe aufbringen. Die Reichsstände mögen verstehen, dass der Hg. von Savoyen alle seine Kräfte gegen Frankreich bündeln müsse, da der französische König seit dem neuerlichen Ausbruch des Krieges mit dem Haus Habsburg (Juli 1542) eine große Bedrohung für Savoyen darstelle. Die Reichsstände werden gebeten, unter den geschilderten Umständen die teilweise Nichtbezahlung der Türkenhilfe 1542 und die Zahlungsunfähigkeit im Jahr 1543 zu entschuldigen. Sie mögen sich auch an die Eingaben Hg. Karls III. von Savoyen auf dem Reichstag 1541 erinnern (RTA JR Bd. XI, Nr. 297–301) und an das damalige Schreiben der Reichsstände an den franz. König (RTA JR Bd. XI, Nr. 302), das wirkungslos blieb, da die französischen Angriffe gegen Savoyen andauerten<sup>a</sup>.*

<sup>b</sup>–Magnifice domine vicecancellarie<sup>4</sup>.

Sacri Romani imperii senatus audita atque intellecta Sabaudiae ducis suprascripta<sup>c</sup> supplicatione uno ore atque et exemptus tam a solutione eius pecuniae, quam in praeteritum solvere debuit, quam pro ea, quam alioquin ei etiam praestanda esset in sumptos mox instaurandi exercitus imperialis contra Turcam, donec is dux Sabaudiae iis calamitatibus emergerit quibus nunc opprimitur, id est donec facultates suas recuperaverit quibus illum rex iniquissime spoliavit.

Quod vero attinet ad persolvendam<sup>d</sup> eam pecuniam, quae pro annis stipendium senatorum camerae imperialis debetur, Sabaudiae dux eam quam primum se persoluturum pollicetur et plane persolvat.

[US:] Ill<sup>mi</sup> Sabaudiae ducis procurator Alardetus<sup>b</sup>.

<sup>a</sup> In B ist die Supplikation von den beiden Gesandten Ludovicus Alardetus und Dr. Johann Ulrich Zasius unterzeichnet. In A fehlen die US der Gesandten.

<sup>b-b</sup> Aus A, B om.

<sup>c</sup> In der Vorlage: supras scripta.

<sup>d</sup> In der Vorlage irrtümlich: persolicendam.

<sup>4</sup> Die nachfolgenden Zeilen sind an den kgl. Vizekanzler, Dr. Georg Gienger, adressiert, der über die Entscheidung der Reichsstände auf das savoyische Bittgesuch gewissermaßen offiziell informiert wird.



## IV.E Supplikationen wegen Ringerung der Anlagen

- 110 *Supplikation Hgn. Elisabeths von Braunschweig-Calenberg an Kg. Ferdinand wegen Ringerung der Anlagen – Schloß Münden<sup>1</sup>, 1542<sup>2</sup> am tag Johannis apostoli (Dez. 27)/übergeben Nürnberg, (1543)*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 2, fol. 3r–5v (Ausf. mit Siegel); AV u. Adr. fol. 5v: Hgn. von Braunschweig wittib turgkhnsteuer antreffent, gemeiner reichsversammlung furzebringen.

*Hgn. Elisabeth erinnert an ihr Schreiben an Kg. Ferdinand vom 23. Mai 1542, in welchem sie wegen ihrer schwierigen Lage nach dem Tod ihres Gemahls Hg. Erich I. von Braunschweig-Calenberg um Ringerung der in Speyer 1542 auferlegten Türkenhilfe ersuchte. Sie machte den Vorschlag, die Kosten für drei Monate Reiterbesoldung in Bargeld abzulösen und von der Stellung bzw. Bezahlung von Fußknechten entbunden zu sein. Kg. Ferdinand versprach damals in seiner schriftlichen Antwort vom 7. Juli 1542, sich bei dem obersten Feldhauptmann, Kf. Joachim von Brandenburg, für Hgn. Elisabeth einzusetzen. Trotz dieses kgl. Schreibens wurde der Anschlag ihres minderjährigen Sohnes, Hg. Erich II., nicht herabgesetzt. Auch noch zu dem und über das alt herkomendt und gewonheit die graveschaft Wunstorf und Stadt Gottingen sonderliche hilf und steur gegen den feindt der christenheit, den Turcken, zu reichen taxiert, unangesehen das eß war und nicht zu vorneinen, das hochgemelter mein lieber herr und gemahl seliger die graveschaft Wunstorf und stadt Gottingen ererbet und lange über menschen gedecken bei dem furstenthumb Braunschweigk gewesen, und ist also ane mittel gedachte graveschaft und stadt meinem lieben sohn und nicht dem Reiche zustendig oder unterworfen.*

*Deshalb bittet Hgn. Elisabeth Kg. Ferdinand noch einmal, ihre Veranlagung mit Rücksicht auf ihre schwierige Lage und den minderjährigen Sohn herabzusetzen und die dem Fürstentum Calenberg unterstehende Grafschaft Wunstorf und die Stadt Göttingen nicht zu veranlagern.*

- 111 *Instruktion Gf. Wilhelms von Nassau-Dillenburg für eine Supplikation seines Gesandten Lic. Gregor von Nellingen betr. die Ringerung der Anlagen – o.O., o.D./übergeben Nürnberg, (1543)*

Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 474, fol. 37r–39v (Reinkonz.); ÜS fol. 37r: Instruktion, weiß von wegen deß wolgebornen herren, H. Wilhelmen Gf. zu Nassaw, Catzenelnpogen, Vianden und Dietz etc. uff yetzigem reichßtag zu Nurenberg

---

<sup>1</sup> Residenzschloss Hg. Erichs I. von Braunschweig-Calenberg im Süden Niedersachsens.

<sup>2</sup> In der Vorlage Weihnachtsstil: 1543.

furzutragen, umb geburlige ringerung zu erhalten. *AV fol. 37r*: Dieß ist nit außgangen, sonder ein anders, dabey etwas mit zugesetzt, wie hernach volgt.

*Druck: RTA JR Bd. XIII, Nr. 191, S. 873f.*

*Die Instruktion für ein Ansuchen um Ringerung der Anlagen war dem Gesandten der Wetterauer Grafen, Lic. Gregor von Nellingen, bereits zum Nürnberger RT 1542 mitgegeben worden und wurde in RTA JR Bd. XIII, Nr. 191, abgedruckt. Damals wurde die Supplikation wegen der kurzen Dauer des Reichstags jedoch nicht vorgetragen. Sie sollte daher laut der Instruktion Gf. Wilhelms von Nassau-Dillenburg (Nr. 60b, Punkt 5) im Rahmen des Nürnberger Reichstags von 1543 den Gesandten des Niederrheinisch-Westfälischen Kreises „oder wie sichs sunst gepuren will“ vorgelegt werden.*

## 112 *Supplikation von Bgm. und Rat der Stadt Rottweil an die Reichsstände wegen Ringerung der Anlagen – o. O., o. D./übergeben Nürnberg, (1543)*

*Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 637r–640v (Kop.).*

*Rottweil<sup>1</sup> klagte bereits auf den Reichstagen 1541<sup>2</sup> und 1542<sup>3</sup> über die unerträgliche Last der Reichshilfen, die durch den Wormser Anschlag 1521 lediglich für einen Romzug von drei Monaten bewilligt worden waren. Bedingt durch verschiedene Unglücksfälle, Angriffe und innere Unruhen ist die Höhe der Anlagen für die Stadt nicht mehr leistbar. Nachdem Rottweil mit seinen Beschwerden bisher von einem Reichstag zum anderen vertröstet wurde, hofft die Stadt auf diesem Reichstag auf eine Erfüllung ihrer Bitten, wobei die Reichsstände Folgendes berücksichtigen sollen:*

*1. Rottweil ist im Wormser Anschlag von 1521 und in allen sich daraus ableitenden Reichshilfen zu hoch veranlagt, verglichen mit anderen geistlichen und weltlichen Fürsten und mit vermögenderen Reichsstädten. Darauf auch hier khain*

<sup>1</sup> *Rottweil war, ebenso wie Mülhausen im Elsass und St. Gallen, ein zugewandter Ort der Eidgenossenschaft, d.h. die Stadt stand in vertraglicher Bindung mit einem Teil der eidgenössischen Orte, ohne selbst vollberechtigter Ort zu sein. Neben dieser Bindung an die Eidgenossenschaft, von der sich die zugewandten Orte Schutz erhofften, konnten und wollten sie aber auf die Legitimation ihrer Herrschaft durch das Reich nicht verzichten. Rottweil orientierte sich in diesem Dilemma in Richtung Reich, da sich für die katholisch gebliebene Stadt die Anlehnung an Habsburg anbot. Die Stadt anerkannte die grundsätzliche Berechtigung der Reichsanlagen, betonte aber die Notwendigkeit der Moderation der Anschläge. Zur Stellung der zugewandten Orte siehe: B. BRAUN/W. DOBRAS, St. Gallen: eine Stadtrepublik zwischen Reich und Eidgenossenschaft, S. 397–416, zu Rottweil S. 398.*

<sup>2</sup> *Die in RTA JR Bd. XI, Nr. 365, abgedruckte Supplikation der Stadt Rottweil betrifft den Konflikt der Stadt mit Christoph von Landenberg. Die zweite Supplikation, welche die Gesandten Rottweils in Regensburg 1541 wegen Ringerung der Anlagen einreichten, ist anscheinend nicht erhalten.*

<sup>3</sup> *Bgm. und Rat zu Rottweil entsandten zu den RTT von Speyer und Nürnberg 1542 den Stadtschreiber Konrad Spreter; Supplikationen der Stadt an die Reichsstände zur Ringerung der Anlagen wurden nicht gefunden.*

anders zu vermuthen, das aintweders berueter statt onvermögen in nichten bedacht oder aber im einzaychnen mißverstandt gewest sein möchte.

2. In Speyer 1542 wurde die Stadt auf ihre Supplikation (fehlt) hin vertröstet, dass bei der beharrlichen Hilfe eine Gleichbehandlung aller Reichsstände durch die Einhebung des Gemeinen Pfennigs erfolgen werde.

3. Da sich Rottweil von einer Türkenhilfe zur anderen mit der Aufnahme von Krediten hoch verschuldete, hätte schon längst eine Reduzierung der Anlagen stattfinden müssen. Im vergangenen Türkenzug war die Rottweil auferlegte Anzahl der Reiter und Fußknechte abermals zu hoch, um aus dem Gemeinen Pfennig der verarmten Stadt finanziert zu werden. Deswegen nahm Rottweil wieder einen Kredit von 50 000 fl. auf, um drei Monate Besoldung für Reiter und Fußknechte zu bezahlen.

4. Zum Beweis der unverhältnismäßig hohen Belastung der Stadt durch die Reichsanlagen sollen die Gesandten den Reichsständen die Verzeichnisse und Register des letzten Türkenzugs mit Auflistung der Einnahmen und Ausgaben Rottweils vorlegen. Darauß sich nit allain unser hochträglich beschwernus, sonder gewißlich befinden wurdet, das wir nhun layder auß schickhung diser leuf dahin gerathen, das wir jārlichs (one underhaltung gemainer statt gepeu) nit weniger außzugeben dann einzunemen haben; das auch khain standt under den uberigen allen sovil nachgezogen und dermassen so hoch uberlegt seye.

Letztligh soll Rottweil in Zukunft nicht mehr über seine Verhältnisse besteuert werden. Die Reichsstände sollen nach diesen Ausführungen selbst ermessen, wie unerträglich die Belastung für die Stadt sei.

Angesichts der drohenden Türkengefahr verzichtet Rottweil auf völlige Befreiung von den Anlagen und bittet: Wo ye nit möglich, unser dißmals gantzlich zu verschonen, uns gepeurende [!] ringerung widerfaren zu lassen und ainmal dermassen zu bedencken, damit wir uber unser vermögen weyther nit beschwert noch getriben, sonder allain bey uberflußigem unserm erbiethen, göttlicher billich und gleychait gehandthabt werden. Solt aber diser zeyten die gleychmäßighait, [be]sonder in so christenlichem furhaben, nit erhalten, sonder noch lenger verschoben und wir abermals an personen oder underhaltung, wie biß anher beschehen, beschwerdt und khain pillich einsehens gesucht werden, in sonderhait bey denjhenigen, alda die ongleychait so augenscheinlich vorhanden, hat yeder eherliebender leichtlich zu bewegen, das uns dem last, uns uber unser vermögen auferlegt, volnzihung zu thun nit allain nit möglich, sonder auch nit schuldig were[n], und also sollich ongleychmäßig auftrag one erstattet abgeben zu lassen, Gott dem Almechtigen, dem rechten und aller pillichait uns underwerffende, wir wider unsern willen getrungen wurden.

Geruchen sich eure fstl. Gnn., Gnn. und Gg. in disem allem nicht anderst zu erweisen, dann wie sich das nach aller pillich und unser ongelegenhait zu thun gepure, damit wir zu onmoglichen dinsten nit gezwungen noch ain midtgliedt (so das ander zu beschirmen schuldig) von dem andern zu entlichem verderben gericht werde.

113 *Supplikation des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb im Namen der Stadt Wetzlar an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare wegen Ringerung der Anlagen samt Beschluss des ksl. Fiskals – o. O., o. D./ übergeben Nürnberg, (1543)*

*Wetzlar StadtA, Akten Va 51, unfol. (Kop.); DV: Supplication an die röm. kgl. Mt. und der ksl. Mt. commissarien von wegen der statt Wetzlar anno 43 Nurnberg.*

Nachdem uff negst allhie gehaltenem reichstag [*Nürnberg 1542*] euer kgl. Mt. und damals hohermelter ksl. Mt. commissarien mein mitgesandter<sup>1</sup> und ich in namen und von wegen der armen stat Wetzlar etliche derselben beschwernuß in schriften underthenigst übergeben und darneben inhalt beyligender copey supplicirt<sup>2</sup>, welche damals übergebne beschwerden und supplication euer kgl. Mt. derzeit [= *damals*] an deß Hl. Reichs stende und der abwesenden gesandten, rath und bothschaften allergenedigst gelangen lassen, dessen gegen euer kgl. Mt., fstl. Gnn., Gnn. und Gg., damals ksl. commissarien, ich mich von wegen gedachter statt underthenigsts, underthenigs und dinstlichst vleyß thu bedanckhen, und sich aber die sache uf demselben tag dermassen zugetragen, daß solche und dergleichen supplicationen und hendel datzumal von den stenden nit furgenomen, sonder biß uf disen tag verschoben und angestellt worden, und also ermelter stat irer noturft nach nit geholffen werden mögen, so ist an euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. in namen als obgemelt abermals mein underthenigsts, underthenigs und dinstlichs bitt, di geruhen und wollen inhalt beiligender copey hievor übergebner supplication [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 196a*] bey gemeynen deß Hl. Reichs stenden nochmals genedigst, genedig und gonstiglich verschaffen und befordern helfen, damit der gedachten armen statt Wetzlar uf derselben voriges schreyben, auch damals und jetz widerumb an di stende durch mich beschehen underthenigs supplicirn in erwegung irer eussersten noth, abfhalls, unvermuglichait und armuth genediglich und gonstiglich mocht geholffen werden<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> *Justinian von Holzhausen.*

<sup>2</sup> *Bgm. und Rat von Wetzlar verfassten am 11. Juli 1542 eine Supplikation an Kg. Ferdinand und die Reichsstände (RTA JR Bd. XIII, Nr. 196a), die auf Grund der kurzen Dauer des Nürnberger RT nicht behandelt wurde. Die Frankfurter Gesandten legten im Sommer 1542 ihrerseits in Vertretung Wetzlars eine Supplikation vor, in der sie ersuchten, Wetzlar bis zum nächsten Reichstag mit Forderungen des ksl. Fiskals zur Türkenhilfe in Ruhe zu lassen (RTA JR Bd. XIII, Nr. 196b). Auf dem Nürnberger RT 1543 wurde die Supplikation Wetzlars aus dem Jahr 1542 nochmals durch Dr. Hieronymus zum Lamb mit dem obigen Begleittext vorgelegt.*

<sup>3</sup> *Von den Städten des Oberrheinischen Kreises reichte auch Oberehnheim bei Kg. Ferdinand eine Supplikation wegen Ringerung der Anlagen ein, übergeben 1543 Donnerstag nach ostern (März 29), in: Oberehnheim AM, CC 9, unfol.*

[US:] Euer röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. underthenigster, undertheniger, dinstwilliger Hieronimus zum Lamb Dr., der statt Franckfurt gesandter und der statt Wetzlar bevelchaber zu gegenwertigem reichstag.

[Zettel des ksl. Fiskals:] Der statt Wetzflar geburt jungster moderation nach zur beharlichen hulf fur die zwen erste termin der zwolf monadt 384 fl. Daran befindet sich auß dem rechnungzettel erlegt sein worden am 2. Februarij nechst 250 fl. 16. kr., also restirten sie noch 133 fl. 44 kr.

[Eighd. US:] Ksl. fiscalis.

114 *Instruktion<sup>1</sup> Gf. Jakobs von Zweibrücken-Bitsch für eine Werbung seines Gesandten Dr. Christoph Welsingers bei den Reichsständen und bei den oberrheinischen Kreisständen wegen Ringerung der Anlagen – actum o. O., 1542 frytags nach Lucie und Othilie (Dez. 15)/übergeben Nürnberg, (1543)*

A *Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2, unfol. (Kop.); ÜS: Was unser Gf. Jacobs zu Bitschen etc. verordneter und bevelchhaber, Dr. Cristoff Welsing, in unserm namen uff gegenwertigem reichstage zu Nurnberg handeln soll in craft seins gewalts. Actum frytags nach Lucie et Othilie anno etc. 42 [Dez. 15].*

B *Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2, unfol. (stark korr. Konz.)<sup>2</sup>; ÜS wie in A.*

Erstlich, sich by ksl. oder kgl. Mt. oder deren commissarien und stenden des Hl. Richs zu erzeigen, anzusagen und uns als gehorsamen zu verzeichnen begeren. Demnach sampt andern stenden und graven in den Richs obligenden und gescheften ze ratslagen und ze handeln helfen.

Volgends, so man ringerung halb der anlagen handlung pflegen wurdet (die er dann mit ernst begeren soll), soll er anzeigen, das wir zu disem türckenzugk und auch davor in der ylenden hilfe, dergleichen zu underhaltung ksl. cammergerichts allermassen angelegt syen worden wie unser herr vatter seliger gedechtnus<sup>3</sup>, als obe wir die gantze herschaften, so er by sinem leben allein ingehapt und besessen, diser zyte auch allein inhetten. *Dem sei nicht so, da die Tochter von Gf. Jakobs verstorbenem Bruder<sup>4</sup> einige Dörfer in der Grafschaft Bitsch*

<sup>1</sup> *Die Instruktion beschränkt sich auf die Frage der Ringerung der Anlagen; sie wurde den Reichsständen im Verlauf des RT in Form einer Supplikation vorgetragen.*

<sup>2</sup> *Das Konz. der Instruktion lautete ursprünglich auf Dr. Joachim Grüninger, den Gesandten Gf. Jakobs auf dem Nürnberger RT 1542. Da die Supplikationen zur Ringerung der Anschläge in Nürnberg 1542 wegen der kurzen Dauer des RT nicht erledigt wurden, kam die Instruktion mit einigen Abänderungen und Ergänzungen am nachfolgenden RT 1543 zur Verwendung.*

<sup>3</sup> *Gf. Reinhard von Zweibrücken-Bitsch.*

<sup>4</sup> *Amalie von Zweibrücken-Bitsch; ihr Vater, Gf. Simon V. Wecker von Zweibrücken-Bitsch, regierte die Grafschaft von 1532 bis 1540.*

*mit den damit verbundenen Nutzungsrechten geerbt habe, für die sie jedoch keine Reichsanlagen bezahle. Die gesamte Steuerlast der Grafschaft ruhe auf Gf. Jakob, dessen Anlagen daher herabzusetzen seien. Über seine Notlage habe er bereits auf mehreren oberrheinischen Kreistagen geklagt. Er bitte nochmals um Reduzierung seiner Anlagen und teilweise Übernahme der Steuerlast durch Amalie von Bitsch für die von ihr ererbten Besitzungen.*

*Der Gesandte soll sich nicht nur um Verminderung der Reichsanlagen für Gf. Jakob bemühen, sondern gemeinsam mit den oberrheinischen Kreisständen und den Grafen in Weiterführung des letzten oberrheinischen Kreisabschieds (Worms, 1542 Okt. 28) über die allgemeine Ringerung der Reichsanlagen beraten. Sollte das gelingen, so wären die Gff. von Zweibrücken-Bitsch wie in der Vergangenheit stets bereit, sich für das Wohl des Reiches einzusetzen.*

## IV.F Verhandlungen der Reichskreise während des Reichstags und Rechnungslegung über die Türkenhilfe

### 115 *Zusammenfassung der Verhandlungen der fränkischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 Jan. 19 bis Jan. 20*

Würzburg StA, Wzbg. Kreisakten 2, Produkt 94, unfol. (Kop.); AS: Krayßhandlung des außgeschriebenen frenckischen reichskraystags zu Nurmberg (neben dem reichstage) auf Freytag nach Anthonij, den 19. Januarij anno 1543, gehalten. ÜS:Summari handlung des frenckischen gehaltenen khraistags zu Nurmberg am Freytag nach Anthonij, den 19. Januarij anno etc. im 43.

1543 Jan. 19: Die Gesandten des Bf. von Bamberg benachrichtigen die im Ebracher Hof einquartierten würzburgischen Räte, dass der Kriegsrat des Fränkischen Kreises, Gf. Georg Ernst von Henneberg, in Nürnberg angekommen ist, um gemeinsam mit den Gegenschreibern die Abrechnung des Türkenzugs 1542 vorzulegen. Deshalb sollen die würzburgischen Räte einen aus ihren Reihen zur Abhörung der Abrechnung ins Rathaus entsenden. Der würzburgische Hofmeister Heinrich Truchsess übernimmt diese Aufgabe. Da jedoch zu wenige fränkische Kreisstände beim Rathaus erscheinen, wird die Abhörung auf den Nachmittag verschoben. Als Truchsess in seine Herberge zurückkehrt, ist in der Zwischenzeit das Ausschreiben des Bf. von Bamberg zum fränkischen Kreistag eingelangt, das die Räte bisher nicht erhalten haben. Die würzburgischen Gesandten (Ussickheim, Dr. Farner, Truchsess) beraten über das weitere Vorgehen in den Angelegenheiten des fränkischen Kreises. Am Nachmittag treffen die Kreisgesandten wieder im Rathaus zusammen, wobei Gf. Georg Ernst von Henneberg persönlich anwesend ist. Der bambergische Kanzler<sup>1</sup> eröffnet den Kreistag. Danach bittet Henneberg die Kreisstände, ihn und die Gegenschreiber nach Vorlage der Abrechnungen zu entlasten. Eine Umfrage unter den anwesenden fränkischen Kreisständen ergibt folgendes, vom bambergischen Kanzler vorgetragenes Ergebnis: Die Kreisstände sind von ihren Auftraggebern nur zur Anhörung und Abschrift der Rechnungen abgefertigt, sollen diese nach Hause mitbringen und ihren Oberen Meldung erstatten. Gf. Georg Ernst von Henneberg lädt die Gesandten der fränkischen Kreisfürsten zum Abendessen ein.

1543 Jan. 20: Die fränkischen Kreisstände kommen um acht Uhr morgens nochmals im Rathaus zusammen, wo Henneberg und die Gegenschreiber eine Kopie der Abschlussabrechnung des Türkenzugs 1542 vorlegen. Es wird beschlossen, dass der Bf. von Bamberg jedem Kreisstand eine Kopie der Schlussabrechnung Hennebergs überschicken und demnächst wieder einen Kreistag ausschreiben soll, auf welchem der Kriegsrat endgültig von den Kreisständen zu quittieren sei.

---

<sup>1</sup> Dr. Matthias Reuter.

*Als Termin und Ort für den nächsten fränkischen Kreistag wird der 20. Febr. 1543 in Nürnberg festgelegt, wobei die Verhandlungen am 21. Febr. beginnen sollen<sup>2</sup>.*

Es haben auch die bambergischen und Mgf. Jorgen [von Brandenburgs] gesanten etlichs noch außsteenden gelts halber vor den gesanten meldung gethan; ist aber alles zum kunftigen khraißtage aufgeschoben worden. Khain ordenliche session ist dazumals gehalten, sonder alles stehendt furpracht, gehandelt und beschlossen worden. Nachmittag umb 1 hore hat der bambergisch cantzleiverwandt die copei der rechnung denjhenigen, so schreiben wollen und vorhanden gewesen, auf dem rathhauß abzuschreiben verlesen.

Und seindt also dits tags des frenckischen khraiß stende, bottschaften und gesanten one schriftlichen abschiede voneinander geschiden und dieser kraißtag seindt entschaft genomen.

**116** *Protokoll des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb über die Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 Jan. 20 bis Febr. 21*

*Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 291r–294v (Berichtsprotok. v.d.Hd. Lambs); ÜS fol. 291r: Reinisch kreiß zu Nurnberg anno etc. 43. DV fol. 294v: Rheinisch kreiß.*

[291r] Saturni, 20. Januarij: Heute die anwesenden gesanten der stende deß rheinischem kreiß beyeinander gewesen. Ist von einem yeden angezeigt worden, waß ansuchens und clagens seiner herschaft von dem kriegsvolck der noch aussteenden besoldung halber begegnen. Haben sich demnach uff den nehern wormsischen disser stende abschiedt [1542 Okt. 28] unterredt, waß deßhalben yetzt allhie bey der kgl. Mt. und gemeinen reichsstenden disses kraiß notturft nach zu suppliciren und zu suchen sein mochte<sup>1</sup>, aber in disser beratschlagung so viel befunden, daß solichs fuglich nit khonte beschehen, sie hetten dan zuvor von iedem kriegsrhate und dessen gegensreiber, auch den kreißsinnemern, aller ding gruntliche rechnung entpfangen. Und sich daruff entschlossen, dieselben hieher zu beschreiben und rechnung von inen zu nemen, wie dan auch solche schriften an dieselben noch dieß tags gefertigt und hinweggeschickt worden.

[291v] Mercurij, 14. Februarij: Sein die gesanten diß kreiß stende beyeinander, auch der kriegsrhat, Jorg von Bulach, und die zwen verordneten innemer

<sup>2</sup> *Siehe den Abschied der fränkischen Kreisstände, die bis zum 26. Febr. in Nürnberg tagten, in Kap. XIII.C Abschiede der parallel zum Reichstag tagenden Versammlungen, Nr. 413.*

<sup>1</sup> *Siehe die Instruktion Pfgf. Ruprechts von Pfalz-Zweibrücken-Veldenz zu den Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände (Nr. 62).*



zugegen gewesen. Haben sich der kriegsrhat und die innemer zu der rechnung erpotten und gepetten, die von inen zu empfangen. Und dieweyl von den fstl. gesanten angezeigt worden, wie bey den gemeinen stenden bedacht were, daß man ein ausschuß ordnen, der alle rechnungen von den innemern und andern anhoren solte, so haben sich die gesanten diß kreiß verglichen und iren innemern und kriegsrhat bevollen, noch zur zeyt niemant kein rechnung dan dem kreiß zu thun, und zu solchem nebstvolgenden Montag den innemern ernent, sofer desselbigen tage sonst kein reichsversammlung sein wurde etc.

Notum, notum: Und haben sich die hessischen mit diß kreiß stenden uff dissem tag in die rhat und handlungen nit inlassen wollen.

[292r] Martis, 20. Februarij: Sein die zwen verordneten innemer diß kreiß erschienen, ire rechnung aufgelegt, die man von inen empfangen und angeho-ret<sup>2</sup>. Daruff sie letztlich begert, man wolte sie quittiren und, nachdem sie nhun ir werck gar verrichtet, irer glubd und [eid] ledig zelen. Dieweyl auch sie und

<sup>2</sup> Dr. Christoph Welsing er berichtete an Bf. Erasmus von Straßburg über die von den Einnehmern des oberrheinischen Kreises vorgelegte Abrechnung, Nürnberg, 1543 Febr. 20: Uff heut dato haben die stend des reinischen kraiß rechnung von den einnemern des gemainen pfennigs gehört und emphanen. Und pleybt das remanet, so noch in der druchen zu Franckfurt vorhanden, 36 600 und etlich fl. Dieweyl aber jetzunder allerhandt anforderung von dem obersten veldthauptman, alß welchem noch vier monat unbezalt aussteen sollen, dorneben von H. Dietherichen von Pfrdt, dergleichen von H. Johann Hulchen nit allain an gemaine stend des Reichs, sonder auch an den reinischen kreiß beschehen und aber berurter kraiß sunst mit vielen obliegenden beschwerden fur andere kraiß beschwert, so haben die gesandten vilgemelts des reinischen kraiß fur rathsam und gut ansehen, dem adel und der ritterschaft im undern Elsas zu schreyben und bitlichen anzusuchen, das sie ir erlegt gelt, so sie noch beyhanden haben sollen, wolten in ansehung der mercklichen beschwerden vilgemelts kraiß in die gemain truchen gen Franckfurt khommen und lieffern lassen. Dieweyl sich aber sollichs zu beschehen die stend zu euern fstl. Gn. ain sondere hoffnung und trost haben, das die sollichs werck wol dohien richten und befurdern mogen, so haben sie mich gebetten, sollichs euern fstl. Gn. anzuzai gen, mit undertheniger bith, euer fstl. Gn. wolten dem gantzen kraiß zu gnaden und guetem die sach neben sollichem irem schreyben schriftlich oder muntlich bey irem amptman Josten von Seebach und anderen vom adel dohien laitten und richten helfen, domit solliche summa möcht in des gantzen kraiß truchen ingelegt und gelieffert und dester statlicher den beschwerden abgeholfen werden. Und so euer Gn. ein antwurt zukäme, das dieselb sollich unverzuglich, wo der reichstag noch weren solt, mir zuschicken wolt oder, wo die stend verzogen, die den kraißfursten uff des kreiß costen zum furderlichsten zu ubersenden. Dieweyl ich dan solliches begern den stenden mit fuegen nit hab abschlagen konnden, hab ich solliches bey irem potten euern Gn. anzaigen wollen, domit sich die dester baß hienach habe zu richten. [...]. In: *Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf.)*. In einem Schreiben aus Zabern vom 10. März 1543 an Dr. Welsing erhob Bf. Erasmus von Straßburg Anspruch auf das in der Kreistrube zu Frankfurt befindliche Restgeld des Gemeinen Pfennigs von 1542, um die ausstehende Besoldung der Befehlshaber im Türkenzug, in diesem Fall Georg von Heideck, bezahlen zu können: [...] Und werden

ir schreiber in dissem werck vielfaltig muhe und arbeyt gehabt, sie derhalben bedencken etc. Daruff inen zu antwurt worden, man funde ire rechnung anders nit dan erbar und rechtgeschaffen, deren man auch noch zur zeyt wol zufriden. Aber ir uberig begeren wolte man weyther bedencken und sich aller gepur halten etc.

[292v] Mercurij, 21. Februarij: Ist die rechnung von dem kriegsrhat und dem gegenscreiber gehort und zu ferrer erwegung derselben ein ausschuß verordnet worden. Eß haben auch beide, der kriegsrhat und gegenscreiber, gepetten, nachdem grosse muhe, arbeit und gefar gehabt, sie derhalben baß zu bedencken.

117 *Die schwäbischen Kreiseinnehmer an Bgm. und Rat von Ulm wegen der Rechnungslegung über die Türkenhilfe in Nürnberg – o. O., 1543 Febr. 10*

A Ravensburg StadtA, Bü. 152b/1.2, unfol. (Kop.).

B Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 336, unfol. (Kop.).

*Sie berichten über den Erhalt eines Ausschreibens von Kg. Ferdinand mit der Aufforderung zur Rechnungslegung über die Türkenhilfe (Nr. 26). Nachdem bisher kein Kreistag abgehalten wurde, sind vertrauliche vorbereitende Beratungen der schwäbischen Kreisstände über die Rechnungslegung in Nürnberg nötig, wie wir uns gegen der kgl. Mt. und den stenden des Reichs mit anzaig der relation und raittung [= Rechnung], damit wir uns des kraisvermogens halben zu nachtail desselben vor andern kraisen nit zu bloß geben, halten und erzaigen sollen, neben dem das auch Sebastian Besserer, der zalmaister, mit embsigem vleis bey uns angehalten und gebetten, bey gemainen stenden zu befurdern, damit seines bisher getragnen ampts und verwaltung halben geburende raittung von ime eingenomen werd.*

wir teglich von unserm kriegßvolck umb bezalung angelangt, uber das alles unser gesammelt gelt in den reynischen kreyßtrogen komen ist, auch hat in sunderheyte H. Jorg von Heydeck uns 14 pferden halb umb ussteend besoldung fur ein monadt und abzug angelangt. Dem wir geantwortet lut inligender abschrift. Dywyl dan yederman von uns bezalt sein will, so fordert unser notturft, das wir dagegen unser ingelegte gelt, so noch im rynischen casten vorhanden ist, auch wider fordern lassen, damit wir denen, so uns gedient, mit gepurlicher bezalung begegnen mögen, als wir auch begern, in der notturft noch bey den stenden des Reychs und rynischem kreysses thun sollent, wie wir nit zweyfel, in glychem fall andere fursten und hern diß reynischen kreysses thun werden. Dann sollten wir solche bezalung uß dem unsern thun, so komen wir in zwyfachen schaden. Dywyl wir dann die begerenden noch alle uff deß Reychs stenden darunder vorhabende handlung uffgezogen, so wollent uns bey zufelliger botschaft zuschryben, weiß deßhalben gehandelt oder nit und was darunder anderer fursten und hern meynung sey oder weiß sie sich gegen iren kriegßluten solcher bezalung halben halten wollen, uns auch dester baß darnach mogen haben zu richten. [...]. In: *Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Konz. mit mehreren PS und Zetteln).*

Hieruff bitten und ersuchen wir euer Ft. fraintlich, sie wöllen iren gesandten, so sie zu Nurnberg haben, wa es hievor nit beschehen, furderliche bevelch nachschreiben, uns, so wir daselbst ankommen werden, in unserm furbringen gunstig und fraintlich zu vernemen, auch der relacion und raitung nit allain von uns, besonder auch von dem zalmaister, so zu Nurnberg gleichfalls ankommen wirdt, anzuheren und volgends die andern sachen, so disen krais beruren mochten, auf unser anzaigen zu desselben nutz, ehr und notturft zu bedencken und zu berathschlagen, wie wir des zu euer Ft. sonders vertrauen haben. [...].

*Zettel: Bgm. und Rat zu Ulm werden ersucht, Kopien dieses Schreibens allen schwäbischen Kreisständen durch Boten zukommen zu lassen.*

### 118 *Rechenschaftsbericht der schwäbischen Kreiseinnehmer an die in Nürnberg versammelten schwäbischen Kreisstände – Nürnberg, 1543 in der fasten*<sup>1</sup>

*Ravensburg StadtA, Bü. 152b/1.4, unfol. AS und ÜS: Schwäbisch kraißhandlungen auf gehaltenem reichstag zu Nurnberg anno 1543.*

Underschiedlicher bericht, relation und anzaig, so den hochwürdigen, durchleuchtigen, hochgebornen, erwurdiven, wolgebornen, edlen, erenvesten, fur-sichtigen, ersamen und weysen herrn, den gaistlichen und weltlichen fursten, prelaten, graven, freyen herren und stett des schwäbischen reichskraiß, unsern gnädigen fursten, gunstigen herren und frainden, auch derselben abwesen-den räthen, gesanten und bottschaften, auf gegenwurtigem reichstag zu Nurn-berg beyainandren versamlet, durch uns, Clausen von Gravenegk, obervogt zu Blaubeurn, Ulrichen Neithartten, Bgm. zu Ulm, Christoff von Westerstötten, dechant des stifts zu Ellwangen und thumherrn zu Aystett, Hannsen Musler, vogt zu [Tettngang] und Jörgen Besserer, alten Bgm. zu Ulm, als von derselben fstl. Gnn., Gnn. und Gg. verordneten einnemern von wegen der einnam und außgab des bewilligten gemainen pfenings zu der beharrlichen turckenhilf, und was so sich sonst weiter in sollicher unserer verwaltung gegen den ständen diß kraiß und andern begeben und zutragen hat, beschehen auf dem reichstag zu Nurnberg in der fasten anno etc. im 43.

*Die fünf oben genannten schwäbischen Kreiseinnehmer kamen zur Durchführung des Speyerer Reichsabschieds (1542 April 11) und des Ulmer Kreisabschieds (1542 Mai 2) am 23. Juni 1542 in Ulm zusammen, um durch die Kreisstände vereidigt zu werden, einen Gegenschreiber<sup>2</sup> zu wählen und den Inhalt der beiden Abschiede nochmals anzuhören. Hierauf stellten sie aus den beiden Abschieden eine Liste mit Fragen zur Erlegung des Gemeinen Pfennigs zusammen, welche den Gesandten der Kreisstände mitgegeben wurde.*

<sup>1</sup> Die Fastenzeit erstreckte sich von Aschermittwoch (1543 Febr. 7) bis Karsamstag (1543 März 24).

<sup>2</sup> Name des Gegenschreibers nicht bekannt.

Nachmals sind durch uns, die kraißverordneten, vier unterschiedlicher bücher und register zu machen verschafft, darin dann verzeichnet und geschrieben worden wie nachfolgt:

Item in das erst, wöllicher stand des schwäbischen kraiß auf wölchen tag und durch wen sein gemainer pfening auf den reichsabschid in gemain kraißstruchen erlegt und eingeschutt, auch darbey das geburend register seins abzugs und aufgewandten uncostens zu underhalten seins kriegsvolcks uberantwort etc. In das ander, was ain yeder stand diß kraiß zu underhaltung seiner geraisigen und fuosknecht auf den andern und dritten monnat zu unser und Sebastian Bessers, des zalmaisters, handen gestölt und erlegt. Das dritt register halt in sich, was ain yeder stand zu seiner angebur des genempten anschlags und uncostens zu underhaltung des geschutts, auch des kriegsrath, leutnampts und anderer ämpter, auf ain raisigen drey und auf ain fuosknecht ain fl. geschlagen, erlegt und bezalt haben. Sodann begreift das fierdt buch alle außgab, vererungen und uncosten auf schreiber und bottenlon, abvörtigung der bezalungen in das läger, zerung und rheitgelt unser, der verordneten kraißeinnehmer und anderer etc. aufgewendt, so von dem gemeinen pfening entricht worden.

Als nun volgendts die ständ des schwäbischen kraiß zum thail aigner person und dann durch ire gesanten und diener ire gemain pfening vornazu [= *vorne an, als erstes*] nach und nach bey uns erlegt, ist ir yedem die verzeichnus der artickel und interrogatorien, darauf ain yeder nach gelegenhait respondiirt, durch uns furgehalten und dann ain register seiner außgab und abzugs von ime angefordert und empfangen, darauf nachmals derselbig stand sein übrige rest des gemainen pfenings (so er anderst aini gehapt) in samenthafter gegenwurtigkait unsrer, der verordneten, und unsers schreibers also ongezelt vermög des reichsabschids in die verordneten kraißstruchen eingeschutt, wölchs alsbald durch den verordneten schreiber in das darzugehörig register also eingeschriben und verzeichnet, auch alsdann demselbigen stand ain gewonlich urkundt under unserm aigen angebornen bitschier uberantwort worden.

Im fal aber, da etwa ains standts außgab (wie dannocht bey manchem, inmassen unterschiedlich hernach volgt, befunden) so grouß, das sy das einnehmen des gemainen pfenings desselbigen standts, wie dann auß den zugestölten registern leuchtlich zu sehen gewesen, übertroffen, deßhalb er, sollicher stand, denselbigen seinen abgang und ausstand ime auß gemainer kraißstruchen zu erstatten vermög baiders des reichs- und kraißabschids anvordret [= *fordert, verlangt*], so ist ainem yeden derselbigen ständ nichtdesterweniger angezaigt ir anvordrens sigel und urkundt mitgethailt. Und aber hernach ime sollicher abgang und ausstand, sovil sich desse allain vermög des speyrischen abschids und gemachten anschlags, namlichen auf ain pferd sampt dem troß und wagen monatlich 15 fl., deßgleichen auf ain fuosknecht sampt den übersölden vier fl. zwölf b. und dann der gepurenden uncosten zu underhaltung des geschutts und der ämpter auf ain pferd drey fl. und auf ain knecht ain fl. gepurt, auß der gemainen kraißstruchen durch uns widerumb erstattet.

Darneben aber und dieweil der ulmisch kraißabschid [1542 Mai 2] lauter zu erkennen gibt, das zu verhuettung allerlay irthumb ain yetwederer stand die register seiner außgab dermassen stellen und sich mit denselbigem halten, das er verhof und getrau, ime durch die ständ des Reichs auf dem tag zu Nurnberg dieselbigem passiert und gnugsam zu sein erkennt, auch sich mit bestellung seins kriegsvolcks dem speyrischen reichsabschid sovil möglich gemäß halten solle, wölchs von gemainen ständen des schwäbischen kraiß ungezweiffelt auß sonderen erheblichen und stattlichen ursachen bedacht und angesehen worden, so haben wir auß sollicher ursach die anderen posten und außgaben, als wardt- und rustgelt oder dergleichen, so im speyrischen abschid nit vergriffen, auf das passieren hoch- und wolgemelter ständt des Reichs hiemit auf gegenwertigen reichstag gen Nurnberg remitiert und geschoben.

Wir haben auß yetz vernomen ursachen von ainichem ständ des gezurgs [= Kreis] sein übergeben register anderer gestalt nit angenommen noch annemen wöllen, dann allain auf sonder bewilgung [!], guthaisen und wolgefallen gemainer ständ des Hl. Reichs, als zu wölcher das passieren der gestölten uncösten vermög obgemelts kraißabschidts entlich gestelt worden, inmassen wir dann auch ainen yeden, bey dem wir den costen oder außgab zu übermässig gesetzt vermuth, getreulich verwarnet, in demselbigem gepurende maß zu geprauchen, dann zu besorgen, das sollicher cost durch die ständ zu Nurnberg nit passiert werd.

Darauf seyen wir nun also ungefährlich 13 wochen, und namlich zechen wochen über die bestimpten zeit im reichsabschid den 13. Julij<sup>3</sup>, merthails in ordenlicher versehung unsers aufgelegten bevollhnen und vertraueten ampts (unserhalben one rhum zu reden) beyainandren gevlossen gesessen, daselbs wir dann täglich den ankomennden ständen und darlegung des gemainen pfenings unserer personen halben nit mit geringer beschwården erwarth, auch sonst in ander weg die furfallenden geschäft (mit vernemung der zukomennden briefen und eingefallne spenn und irthumben, verantwortung und entschaidung derselbigem, erschiessung und zellung des gelts und gefallen anlagen, auch in abvörtigung der bezalungen zu des verordneten zalmaisters handen und gewalth und dergleichen mer notwendige sachen) verricht haben. Und das sich aber die sachen so lang verweilt, ist auß verhinderung der ständ, das derselben etlich so spät und langsam mit erlegung irs gemainen pfenings erschinen und ankomen, dargeracht, also das sollicher pfening allererst auf den 15. tag Septembris gar erlegt und eingebracht worden, wie dann das register, so daruber gehalten, lengst zu erkennen gibt.

<sup>3</sup> Gemeint ist der Nürnberger RAb vom 26. Aug. 1542, der in § 29 festlegte, dass sich die Kreiseinnehmer am 1. Dez. 1542 in Nürnberg versammeln sollten, um Rechenschaft über die Einnahmen und Ausgaben des Türkenzuges abzulegen: siehe RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, S. 893. Tatsächlich begannen die Versammlungen der schwäbischen Kreisstände erst am 10. Febr. 1543, also ca. zehn Wochen nach dem ursprünglich vorgesehenen Termin.

Damit nun gemaine ständ des schwäbischen kraiß des[to] stattlicher und gruntlicher bericht haben mögen, wie sich ain yeder stand desselben mit schickung seiner auferlegten anzahl kriegsvolck zu roß und fuoß, auch underhaltung desselbigen die drey monnat lang, erlegung des uncostens und einwerfung des gemainen pfenings erzaigt und gehalten, inmassen wie man zum theil auß iren übergebenen registern und gruntlichen bericht erfahrung empfangen, so haben wir (wie uns nach unserm bevolhen ampt und verwaltung unsers erachtens schuldiglich gepurt) hierin underschidlich und gesonderte abthailung gemacht, darauß sollichs irn fstl. Gnn., Gnn. und Gg. umb sovil mer verstantlicher, außstruckenlicher und klärer zu vermörcken sein wurdet.

*Folgende Verzeichnisse wurden angefertigt: 1. Kreisstände und im Schwäbischen Kreis ansässige Personen und Klöster, die den Gemeinen Pfennig in die Kreistruben einlegten. 2. Stände, deren Gemeiner Pfennig die Ausgaben für drei Monate Türkenhilfe nicht abdeckte und die zum Teil Kostenersatz begehrten. 3. Gehorsame Kreisstände, die ihr Kriegsvolk drei oder zum Teil vier Monate unterhielten und alle Unkosten bezahlten. 4. Kreisstände, die nur Reiter, aber kein Fußvolk schickten. 5. Kreisstände, die nur Fußvolk, aber keine Reiter schickten oder die Reiter durch Fußvolk ersetzten oder stattdessen eine Geldzahlung leisteten. 6. Kreisstände, die weder Reiter noch Fußvolk schickten, sondern nur den Gemeinen Pfennig erlegten<sup>4</sup>. 7. Städte des Schwäbischen Kreises, die in anderen Fürstentümern oder Herrschaften veranlagt wurden und weder Reiter noch Fußknechte noch Geld schickten. 8. Einhebung des Gemeinen Pfennigs von den Juden in Günzburg und Burgau. 9. Stände, deren Steuern und Anlagen noch einzubeheben sind. 10. Ungeklärte Punkte und Konflikte in Fragen der Besteuerung. 11. Liste von Personen, die Exemption von den Steuern beanspruchen und ihrem Kreisstand die Ablieferung des Gemeinen Pfennigs verweigern. 12. Sonderstellung der schwäbischen Ritterschaft. 13. Mängel bei der Einbringung des Gemeinen Pfennigs, die zu Ungleichheit zwischen den Kreisständen führen.*

*Das alles geben die schwäbischen Kreiseinnehmer, die keine Mühe zur erfolgreichen Durchführung des Türkenzugs scheuen, den Kreisständen zu bedenken.*

**119** *Bericht der Gesandten der Stadt Ravensburg Gabriel Krötlin und Konrad Goltrich über die Verhandlungen der schwäbischen Kreisstände und der Reichsstände – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 nach März 12)*

*Ravensburg StadtA, B. 152b/1.6, (unfol.); AS: Handlung der reychs- und kraißstünd zu Nyernberg im 43. jar etc. US: Handlung, so in dem gmainen schwäbischen kraißbradt ungefarlich geyebt worden ist<sup>1</sup>.*

<sup>4</sup> *Jeder Stand, der den Gemeinen Pfennig erlegte oder eine Abrechnung vorlegte, machte eine Aufstellung der Kosten für das Kriegsvolk, wobei die Register von Gf. Friedrich von Fürstenberg und der Stadt Konstanz noch fehlten.*

<sup>1</sup> *Der Bericht schildert die Verhandlungen der schwäbischen Kreisstände und der*

Erstlich als wir herkommen, syend wir anfäncklich in der schwäbischen kraißversamblungen rad<sup>2</sup> erfordert. Alda ist allen kraißverwandten (sovil der dieser zeyt hye ankomen und da gewest sind) furgehalten worden, wie das auf ansuchen und beger Bastian Bessers von Ulm, so des vergangen turckenzugs gedachts schwäbischen kraiß zalmaister gewest, die kraißstend rechnung von ime genomen und von sollicher rechnung ain gantz gut benyegen und gefallen<sup>3</sup>. Hetten inne auch hyerauf in sunderhait vereret, wye sollichs euer fursichtig W. in konftig zeyt in sunderhait vernemen werden, und inne volgends gebetten, er, Besserer, wolle nochmals bey dem ausschutz<sup>4</sup>, so gmain kraißstend gemacht, alhye auf gmainer kraißstend costen verharren und neben denen mit etlichen andern hobtleuten, leutenandten und kriegsrädten, so auch alhye irer anforderung halb erschinen, von gmainer kraißständ wegen handeln helfen. Des er sich zu thun (glichwol beschwerlich) bewiliget.

Syend demnach erstlich vor den verordneten vom ausschutz erschinen H. Conrat von Bemelberg, klein Heß genampt, H. Wolf Dietrich von Pfrirdt, Johann Hulchen [= *Hilchen von Lorch*] etc., als des obersten veldthobtmans und churfursten gewest kriegsrädt und leutenandt, und angezaigt, wie man inen von gmeiner reichsversammlung allen dreyen und yedem in sunders noch ein nambhafte summa irer verordneten besoldung inhalt irer bestallung unbezalt noch schuldig sye und inen die außstand, mit beger, das inen sollicher ir ausstand entricht und bezalt werde etc. Darauf die verordneten vom außschutz an sy begert, sy sollen ir anforderung in lauter rechnung stellen, wie lang sy gedint, was sy zu yeder zyt und von weme sy ye ir eingenomen gelt empfangen, derglichen was sy daran verdint und wyder außgeben haben etc.; sollich ir gestelte rechnung denen verordneten vom ausschutz uberantwurten; werden sich volgends gmain kraißstend und in sonderhait die verordneten hyerin ersehen und inen volgends geburlich antwurt geben etc.

Darauf haben sy kurtzlich angezaigt, man sye inen eben sovil als sy gefordert noch zu bezalen schuldig, wissend khain andere rechnung zu stellen. Ir bestallung und abschid, so sy vom churfursten haben, geben sollich ir anforderung gnugsam zu erkennen etc. Und daruber etlich frävelich und trowlich reden gebraucht, dergestalt so inen nit solte guetlich bezalung ervolgen, wurden sy

---

*Reichsstände bis zum 12. März 1543. Er liegt einem Schreiben der Ravensburger Gesandten aus Nürnberg vom 20. März 1543 bei.*

<sup>2</sup> *Die schwäbischen Kreisstände berieten sich am 10. Febr. 1543 erstmals in Nürnberg und versammelten sich danach mehrmals, bis am 24. April 1543 der schwäbische Kreisabschied erlassen wurde (Nr. 416).*

<sup>3</sup> *Die Anhörung des Zahlmeisters Sebastian Besserer vor den schwäbischen Kreisständen erfolgte am 21./22. Febr. 1543: siehe das Heilbronner Protokoll (Nr. 88) zu diesem Datum.*

<sup>4</sup> *Am 3. März 1543 wurde von den Reichsständen ein Rechnungsausschuss gebildet, der für die Abrechnung der Türkenhilfen zuständig war: siehe das Württemberger Protokoll (Nr. 84a, fol. 9v–10r).*

verursacht, disen iren außstand in ander weg und orten zu ersuchen. Haben gleichwol die gmaine kraißstend under in selbs beratschlagt und bedacht, nit unfruchtbar sein, das (wyewol ir anforderung gar unbillich) dennoch zu verhueten anders, so herauß volgen mochte, dise sach dahin bedacht worden, das nochmals ain verglichung des gmainer pfenings furgenommen und in disem fal die kraißstend, so an voriger turckenhilf ir gebur und anzal noch nit gar erlegt oder etlich gar nutz [= nichts] erlegt hetten, solten disen restantz biß zu volliger erstattung irer gebur alda erlegen und darvon dise zufriden gestelt und die gehorsamen volgends derhalb weyter nit beschwärdt werden etc.

Sollichs bedencken ist den obvermeldten dreien kryegsrätden nit erofnet noch angezeigt worden, sundern syen sey [= seien sie] mit obvermelter irer anforderung vor den reychsrätden erschienen [Nr. 127], in aller maßen wie ob angezeigt. Alda ist inen glicher gestalt geantwurt, sy mogen ir anforderung in lauthere rechnung stellen lassen etc., wie obstedt. Darauf haben sy in gmainer reychsradt ire rechnungen ubergeben, die dermaßen gestelt, das yeder, so die anghört, glich ains geringen verstands, lychtlich hat mögen darauß erlernen und erkennen, wie sy gehaußt, gekriegt, und was sy damit außgericht, hat laider das werckh selbs zu erkennen geben etc. In summa von gmainer reychsständen ist inen in antwurt begegnet, gmainer reychsständ werden aller kraiß pfeningmaister und gegenschreyber in iren rechnungen erfaren lassen und inen volgends auf ir beger wyter geburlich antwurt geben etc. Darauf berubt dieser handel noch.

*Der weitere Bericht der Ravensburger Gesandten betrifft die Verhandlungen im Reichsrat bis zum 12. März 1543.*

**120 Die Gesandten der oberrheinischen Kreisstände<sup>1</sup> an verschiedene ungehorsame Kreisstände<sup>2</sup> – Nürnberg, 1543 uff Donnerstage nach Letare (März 8)**

Wien HHStA, RK RA i. g. 13ffKonv. 3, fol. 22r–23v (Kop.); ÜS: An nachfolgende stende: Bf. zu Basel, Bf. zu Wallis [= Sitten in Wallis], den H. zu Kriechingen, stat abt zu Murbach abtissin zu Kauffungen, Metz<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Die oberrheinischen Kreisstände traten in Nürnberg bereits Ende Jan. 1543 zusammen, konnten aber auf Grund fehlender Abrechnungen der Kreisbeamten nichts ausrichten, wie die Frankfurter Gesandten am 21. Jan. 1543 an Bgm. und Rat von Frankfurt berichteten: [...] Gesterigs tags sein die anwesenden gesanthen der stende des reynischen kreiß beieinander gewesen und sich uff den nechsten wormischen abschiedt [1542 Okt. 28] underredet, was nhunmehr uff denselbigen hie bei der kgl. Mt. und gemeinen stenden berurts kreyß notturft noch zu supplicieren und furzupringen sein mechte etc. Aber in dieser beratschlagung sovil befunden, das solche fuglich nit konthe beschehen, sie hetten dan zuvor von irem kriegsrath und dessen gegenschreyber, auch den kreiß-einemern aller ding gruntliche rechnung entpfangen und daruff sich entschlossen, dieselben hieher zu beschreiben und rechnung von inen zu nemen, wie dan die schriften



*Die adressierten Kreisstände mögen sich an die Beschlüsse des Speyerer Reichstags 1542 zur beharrlichen Türkenhilfe und zum Gemeinen Pfennig erinnern, wonach der Gemeinde Pfennig von den Obrigkeiten einzuheben und in die Kreistruhe abzuliefern sei. Als Mitglieder des Oberrheinischen Kreises verordneten sie Obereinnehmer und errichteten eine Kreistruhe in Frankfurt am Main zur Ablieferung des Gemeinen Pfennigs. Entgegen diesen Vereinbarungen seint wir doch itzt anstat und von wegen hoch- und obgemelter unserer gnedigen fursten, gnedigen hern und obern durch die verordente oberinnemer dises reinischen kreis bericht, das euer fstl. Gn. an erlegung ires gemeinen pfennings seumlich gewesen, auch bisher noch uf dieß zeit nichts erlegt.*

Dieweil es nun dem speirischen reichsabschied zuwider und zu hochster beschwerde disem kreis rechet, besonder in dem das das kriegsfolck, so von den stenden dises kreises vergangen sommers in Hungern geschickt gewesen, der mehrer theil noch nit betzalt und teglich darin ungestum anhalten und betzalt sein wollen, das durch solche euer fstl. Gn. verlengerung des inlegens ires gemeinen pfennigs grosser unrath dissem kreis ervolgen moge. Und wo in berurtem speirischen reichsabschied notturftiglichen versehen, wie gegen dem ungehorsamen procedirt werden solle, auch dem obersten velthauptman zugelassen ist, die zu ubertziehen, also das wir anstat und von wegen unserer gnedigen fursten, gnedigen hern und obern wol fuge [= *berechtigt*], diejenigen, so umb betzalung irer usteenden besoldung anhalten, uff euer fstl. Gn. und andere, so bisher mit dem erlegen seumblich erschienen, zu weisen haben. Doch wir in betrachtung mercklichen unrathe solchs euer fstl. Gn. zum besten noch zur zeit nit furnemen noch auch sampt viscalischen processen gegen euer fstl. Gn. handeln wollen lassen, sonder uns entschlossen, zuvor euer fstl. Gn. darumb undertheniglich zu ersuchen und vor iren schaeden zu warnen.

Und ist hieruf anstat unserer gnedigen fursten, gnediger hern und obern unser undertheniglich bit und ersuchen, euer fstl. Gn. wollen nachmals und ufs furderlichst iren und ires stifts underthanen und zugewanten gemeinen pfennig eintzychen und furter ghein Franckfurt in die gemein kreistruge gewislich uberantworten. Dan wurde solchs von euer fstl. Gn. nachmals ungehorsamlich verplieben [!] und nit furderlich bescheen, hat euer fstl. Gn. gnediglich zu ermessen, das gegen dero nach vermoge des speirischen reichsabschits wurde und muste solcher ungehorsam halb procedirt und volnfaren werden, welchs doch uns gnedige fursten, gnedige hern und obern vil lieber euer fstl. Gn. zu freuntlichem und underthenigem gefallen furkomen sehen. Und wollen euer

---

an dieselben albereit verfertigt und verschickt sein. *In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf.).*

<sup>2</sup> *Siehe das Verzeichnis der gehorsamen und ungehorsamen Reichsstände bei Bezahlung der Türkenhilfe 1542: Nr. 129.*

<sup>3</sup> *Sowohl der Bf. von Metz als auch die Stadt Metz scheinen in der von Kf. Joachim von Brandenburg zusammengestellten Liste der säumigen Reichsstände von 1542 auf: Nr. 129.*

fstl. Gn. diß anderst nit, dan das es aus unvermeidtlicher noth nit umbgeen mogen werden, undertheniglich im besten angezeigt haben. *Bitte um Antwort an den Überbringer dieses Schreibens.*

121 *Lgf. Philipp von Hessen an seine Räte in Nürnberg: Instruktionen für die Verhandlungen mit den oberrheinischen Kreisständen – Kassel, 1543 am Sonntag Quasimodogeniti (April 1)/praes. Nürnberg, 1543 April 6*

*Wien HHStA, RK RA i.g. 13ff/Konv. 3, fol. 1r–3v (Ausf. mit marg. inhaltl. Zusammenfassungen der hessischen Räte); DV fol. 2v: Reinisch kreiß. Praes. [Nürnberg], den 6. Aprilis anno 1543.*

Es haben uns lauts beyligender copeny di rethe und gesante pottschaften des reinischen kreises, so itzo uffm reichstag zu Nurmberg beyeinander versamlet seint, geschrieben<sup>1</sup>. Darauf haben wir bedacht, inen zu widderantworten, wie ihr auch solich widderantwort hiebey zu sehen findet [*Nr. 123*], dann wir di ursachen, warumb ihr euch von unserntwegen dieser sachen halben nit mit inen habt in handlung einlassen wollen, nit wissen. Und ist unser bevelich, wann ihr nicht sondere ursachen hettet, darumb wir meiden sollten, uns mit dem reinischen kreiß in handlung dieser sachen zu begeben, das ihr dann solich unser widderantwort [*Nr. 123*], so ir wi bemelter hirbey findet, versigelet den obberurten rethen und bottschaften zustellet, mit inen zu disen handlungen kommet und von allen sachen reden und ratschlagen helfet. Doch lasset euch von unsertwegen in kein geltsausgab pringen, dann wir, wie ihr das aus berurter unser antwort findet, albereit mehr zum bescheenem turckentzug aufgewendet, dann uns unser gemeiner pfennig ertregt, sondern haltet ahn, das man uns soliche ubermaß widder heraußer gebe.

Hettet ir aber bedencken, warumb wir uns mit dem reinischen kreiß nicht solten in dise handlung einlassen noch den tag, so itzo in kurtzem widderumb angesetzt werden soll, zu beschicken, die zeigt uns, uff das wir uns darnach haben zu richten, ahn. Berichtet auch derselbigen ursach, soviel sich thun will lassen, alsald di gesanten des reinischen kreißes, und sonderlich beschweret euch deß, das sich ein zeit her der Bf. zu Wormbs und Hg. Hans von Symern haben bevlossen, alle kreißtage auszuschreiben und sonst umb alle sachen des reinischen kreißes sich sonderlich und bevor den andern stenden des kreiß angenommen, dadurch wir desfals zurückgesetzt und doch das meiste leisten und thun musten.

[PS:]<sup>2</sup> Ob di stende ader gesanten des reynischn kreisses wolten unsern gemeynen pfening anfechten, so saget inen, es hetten unsere unterthanen von

<sup>1</sup> *Das Schreiben der oberrheinischen Kreisgesandten an Lgf. Philipp von Hessen ist in dem vorliegenden Aktenbestand nicht erhalten.*

<sup>2</sup> *DV zu diesem PS auf fol. 3v: Verantwortung, do der reinisch kreis unsers gnedigen herrn gemeinen pfening wurd anfechten.*

adel, burger und baurñ ire guter specificke versteuren, daruber eigentliche register machen müssen. Wi aber andere ire steuer gegeben und uff glauben ingeworfen, das lissen wir uff sich beruhen, aber es sei wol zu ermessen, wie mancher ingeworfen hab..

Daruber ist auch in unserm land das pargeld, so unsere unterthanen haben mugen, uff 200 000 fl. angeschlagen und alle frucht und wein uff 200 000 angeschlagen; thuet 2000 fl. ye von 100 fl. hauptguts einen halben fl. Aber disen punct saget den gesanten des reinischen kreisses nit so aigentlich, sondern zeigt inen an, es sei das pargeld unserer unterthanen, desgleichen der wein und getreidig uff etzlich 100 000 fl. angeschlagen und versteuert worden, uff das si, di gesanten, nit gedechten, das etwo das pargeld, wein und getreidig nit versteuert wer worden.

Was aber unser chamergut belangt, das haben wir in sonderheit angeschlagen und versteuert. Datum ut in litteris.

122 *Die Gesandten der gehorsamen Stände des Oberrheinischen Kreises an die Kreiseinnehmer: Befehl zur Bezahlung der Reiter des Türkenzuges 1542 – Nürnberg, 1543 uff Montag nach Misericordia (April 9)*

- A *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 99r–100v (Kop.); ÜS fol. 99r: Bevelich an die einnehmer der reiter betzalung halben. DV fol. 100v: Bevelch den einnemern der truhnen betzalung der reuter gegeben. Lectum [Frankfurt] 19. Aprilis anno 43.*
- B *Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Kop.); ÜS wie in A. AV marg.: Lectum 9. Aprilis anno etc.*

Nachdem wir uff obgehorte und empfangene rechnung vom kriegsrathe und euch, den kreiß geordneten einemern, anstat unser genedigen fursten, gnedigen hern und obern einig worden und entschlossen sind, daß die reuther, so vergangen thürckenzugs diessem kreyß gedient, sollen vor allen dingen von dem rest deß erlegten gemeynen pfennings auß der kraißdhruchen abbetzalt und zufrieden gesteldt werden etc., und wiewol solcher unser entschluß dergestaldt beschehen, daß zuvor ein jeder standt mit seinen reissigen oder reutern <sup>a</sup>–auf gnehist<sup>a</sup> uberkhomen [= *übereinkommen*] und endtlich abrechnen und soliches khunftigs kreyßtags, so noch außzuschreyben ist, gemeynen kreißstenden antzeigt werden, darauf dann jedem standt uff die seinen betzalung volgen und beschehen sollte, so seindt wir aber mitlerwheyl her auß furgefallen bewegenden ursachen weither rätzig worden und haben beschlossen, daß mit bestimmpter betzalung der reissigen oder reither furgefaren und damit biß zum khunftigen kreyßtag nit erwartet noch vertzogen werden solte<sup>1</sup>.

<sup>a–a</sup> *In B: uff das genehest [= sehr genau, auf das Genaueste].*

<sup>1</sup> *Laut dem ursprüngliche Beschluss der Kreisstände sollte die Bezahlung der Reiter und der Fußknechte erst auf einem nach dem RT stattfindenden Kreistag erfolgen, in: Marburg*

Derhalben anstat hoch- und obgemelter unserer gnedigen fursten, gnedigen herrn und obern unser freundlich beger und bevahlen, ir wollendt einem jeden standt diesselß craiß, der sein kriegsvolck geschickt und den gemeynen pfenning in die kraißthruhen eingeworfen hat, von wegen seiner reuther, inmassen euch ein jeder, wie er mit den seinen uberkhomen und eidtlich abgerechnet, zuschreyben oder schriftliche verzaichnuß under seinem secret oder insiegel uberschicken wirdet, gewißlich betzalen, davon further ein jeder standt die seinen selbs abrichten und zufrieden stellen soll. Und waß ir also hierauf den kreyßstenden ausrichtet und betzalet, daß habt ir auf khunftig ervordern und beger ordenlicher gepure nach zu berechnen.

[US:] Rätthe und gesanten potschaften der gehorsamen<sup>2</sup> stend deß reinischen krayß, itzundt zu Nurnberg beyeinander anwesendt.

Einligender zettel: Post scripta ist ferrers von wegen unserer gnedigen fursten, gnedigen herrn und obern unsere bevelche, im vhall daß euch von gemeinen reichsstenden einicher bevelch zukhomen oder ir sonsten von andern umb betzalung angesucht wurdent, so wollendt weder H. Johan Hilchen, rittern etc., weither dan ime hievor vermög der instruction zu betzalen verordent ist, noch sonst jemandts anderm khain betzalung thun, sonder euch diesses unser schreybens und bevelchs in allweg gemeß halten. Datum ut in litteris.

*Zettel: Dem verstorbenen Quartiermeister des Oberrheinischen Kreises im Türkenzug 1542, Kaspar Kleipfel, schuldet der Kreis drei Monate Besoldung in Höhe von 72 fl., die seinen Erben gegen Vorlage einer Quittung auszuzahlen sind.*

---

*StA, Hanau 81 A, Nr. 181½ 2, fol. 248r (undat. Kop.). Im Laufe der in Nürnberg stattfindenden Beratungen der rheinischen Kreisstände wurde auf Grund der vehement geforderten Quittierung der Reiter dieser Beschluss abgeändert, wie Dr. Welsing am 7. April 1543 an den Bf. von Straßburg berichtete: [...] Zum andern fueg ich euer Gn. zu wissen, das sich der rhatschlag in dem reynischen kreiss mit entrichtung der reysigen geendert hat und dermassen beschlossen worden, das ein ieder her seiner reysigen und pferdt halben, wie er mit denen uberkomt und was er inen noch zu thun schuldig, von den innemern zu Franckwurt [!] enphaen lassen sol, dass er auch inen die summa schriftlichen anzeig und sye daruff quittir. [...] In: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Welsingers). Konrad Junge berichtete am 5. März 1543 an Bf. Philipp von Speyer über die Beschlüsse der oberrheinischen Kreisstände: [...] Ich weiß sonst euer fstl. Gn. nichts zu schreiben, dan das wir im rynischen krais beschloßen, wiewole es hart zugangen, uß ursachen ich zu myner ankunfft euern fstl. Gn. berichten will, das alle reuter in disem krais zuvorderst von dem gelt, so noch in der trugen, bezalt sollen werden. Sonst des fueßvolcks halben sol jeder standt bericht geben uf nechstem kraistag, wiewil des fueßvolcks, so besoldungen gefordert, sei, was auch ir forderung, und dasselb sol man zu nechstem kraistag furpringen. [...] In: Straßburg AM, AA 503, fol. 168r–169v, hier fol. 168r (Ausf. v.d.Hd. Junges.).*

<sup>2</sup> *Als gehorsame Kreisstände wurde jene bezeichnet, die im Türkenzug 1542 ihr Kriegsvolk geschickt und den Gemeinen Pfennig in die Kreistruben abgeliefert hatten.*

123 *Lgf. Philipp von Hessen an die Gesandten der oberrheinischen Kreisstände in Nürnberg – Kassel, 1543 am osterabend (März 24)/praes. Nürnberg, 1543 April 18*

Wien HHStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 3, fol. 16v–18r (Kop.); AV fol. 18r: Praes. [Nürnberg], den 18. Aprilis anno etc. 43.

Beilage: ebd., fol. 18v–20r, Verzeichnis der Ausgaben Lgf. Philipps von Hessen für Reiter und Fußknechte im Türkenzug 1542.

*Bestätigt Empfang des Schreibens der oberrheinischen Kreisstände von 1543 März 8<sup>1</sup>.*

Und sovil anfenglich belangt, das ir unsere itzt zu Nurnberg wesende rethe zu euch erfordert habt, mit euch von den ob- und anligenden beschwerten und sachen des reinischen kreis, so sich in vergangenem nechst bewilligtem thurckenzugkh, auch des reinischen kreis kriegsfolck, so zu Hungern gewesen, ustendigen besoldung halben zutragen, zu reden und zu ratschlagen, ist es an dem, das sie, unsere rethe, bis anher von uns, dieweil wir von eurem zusammenkommen nit gewist, keinen bevelch gehabt, sich mit euch in handlung zu begeben. Wier haben inen itzunder derowegen bevelch zugefertigt; die wollen euch unser gmud und weiter bericht [*mitteilen*].

Als ir auch uns anmanet umb weiter erlegung unsers gemeinen pfenings in den kreiskasten, mogen wir euch nit bergen, das wir uf den vorbemelten thurckenzug ein statliche und dapfer summa ausgericht, wie wir euch des einligend ein vertzeichnus schicken<sup>2</sup>. Daruß zu befinden, das wir ein dapfere summa dargelegt und dartzu ein stattliche summa unsers gemeinen pfenings ghein Franckfurt in den kreiskasten erlegt und mehr mit dem, so wir unsern reutern und knechten gegeben, dann unser gemeiner pfennig ertregt, erlegt hetten und deßhalb uns billich gepuren will, das der reinisch kreis uns an deme mehr erlegt erstattung thun.

*Der von den Kreisgesandten geforderte Geldbetrag in Höhe von 1302 fl., den der hessische Hauptmann über das Fußvolk, Hans Ber, aus der Kreistrube entlehnte, ist nicht zurückzuerstatten, da dem Landgrafen im Türkenzug mehr Kosten entstanden, als die Erträgnisse aus dem Gemeinen Pfennig ausmachten, und auch sonderlich darumb, das unserm kriegsfolck aus deme gemeinen reinischen kasten, wie andern stenden gescheen, nichts geben worden, sonder wir solchs selbst erlegt haben und nichtsdestoweniger ein statlichs in kreiskasten erlegt. Darumb wir uns in betzalung solcher 1302 fl. nicht eintzulassen wissen, sonder es dunckt uns billich sein, und ist auch unser gnedigs, gunstigs gesinnen und begern, ir wollet, in ansehung unser bewisenen gutwilligen darstreckung, das uns solche ubermas, so wir weiter dan sich unser gemeiner pfening erstreckt*

<sup>1</sup> *Im vorliegenden Aktenbestand nicht erhalten.*

<sup>2</sup> *Siehe die Beilage zu obigem Stück. Ingesamt betrogen die Ausgaben Lgf. Philipps: 32 171 fl. 23 albus 4 d. 1 h., yden fl. fur 26 albus gerecht.*

dargelegt haben, widerumb herauß gegeben werden. Das kompt uns von euch zusamt der billichkeit zu gefallen.

Und halten ungetzweiffenlich darvor, wan einer yder stant des Reichs nach seinem vermogen sovil als wir geleist, auch sein hulf und gelt so gutwillig als wir geschickt und dargestreckt und uber solche seine auslegung und betzalung so lautern und claren bericht gethan hette, es solt weniger unrichtigkeit furgelassen und auch weniger clage sein. Und mochten warlich gern wissen, was andere stende des Reichs von irem gemeinen pfening erlegt, dannoch wol etliche fursten sein, die iren gemeinen pfening nit in gemeinen noch ihres betzircks kassen erlegt noch geworfen haben.

*Der hessische Pfennigmeister im Türkenzug 1542, Johann Kreuter, wurde von Lgf. Philipp nach Nürnberg abgefertigt, um den Kreisständen dort Rede und Antwort zu stehen.* Findet ir ine im grund und mit warheit unrecht, so sein wir wol zufriden, das ir gegen seinem leib und gut handeln und ine an einem baum hencken, doch wo andere leuth auch unrecht befunden wurden, das ir inen dergleichen thun. Seind aber seine sachen gerecht, so genieße ers billich und haben auch, uf den vahl, do er im grund recht hat, unsern rethen ab ime zu halten bevolhen.

## IV.G Türkenhilfe 1541: Abrechnungen, ausstehende Besoldungen

### 124 *Hg. Moritz von Sachsen an die Reichsstände: Aufforderung zur Zahlung der ausstehenden Besoldung aus dem Türkenzug 1541 an den sächsischen Musterherrn Andreas Pflug – Dresden, 1543 Januar 18/verlesen Nürnberg, 1543 April 2*

Wien HHSStA, MEA RTA 8/Konv. 2, fol. 1rv (Ausf.); AV fol. 1v: Lectum in consilio imperiali 2. Aprilis anno 1543.

Beilage: ebd., fol. 10r (Kop.): Bescheinigung des Reichspfennigmeisters Wolfgang Schutzbar betr. die ausstehende Besoldung des Musterherrn Andreas Pflug aus dem Türkenzug 1541, Pressburg, 1541 Nov. 4.

Euern Ll. geben wir freundlicher, dienstlicher und gnediger meynung zu erkennen, das der ernvhest unser ambtman zu Freiburg, rath und lieber getreuer, Andreß Pflug, uns itzo anpracht: Wiewol er nechstgehalten regenspurgischen reichstags [1541] von dem hochgepornen fursten, H. Joachim Mgf. zu Brandenburg Kf. etc., dieser zeit des Reichs obersten feldhauptman, und andern stenden zu dem vor einem jar furgenomen turckenzug besteldt und zu verwaltung des musterherrnampts angenommen und verordent, sey ime doch uber sein getreu gelaiste dienstbarkeit an seiner besoldung noch 2232 fl. lauts des bemelten reichspfennigmeisters bekenntnis<sup>1</sup>, wie hirinligend sambt dem bestelbrieff copeyen zu befinden sein, ausstendig. Zudem, so habe man auch einem jeden kriegsrat fur den abzug ein monat sold entricht, darumb er in hoffnung und zuvorsicht wer, ime solte derselb gleich andern auch gutwillig folgen.

Und nachdem er zum oftern mainung furgewandt hab<sup>2</sup>, aber untzher kein betzallung erlangen mogen und also in gedult mit seinem nachtail, ungeacht seins habenden bestelbrieffs, stehen müssen und uns als seinen landsfursten undertheniglich angerueffen, ime unser furderung an euer Ll. und euch andern mitzetaillen, die wir ime in ansehung seins erlichen gemuets und wolvordinens nit zu vorsagen gewust.

Und ist deßhalb an euer Ll. und euch andere unser freundlich, vleissigs bitten, guetlichs begern und gnedigs gesynnen, ir wollet darab sein und die ordnung und befelhnus geben und thuen lassen, damit berurter Pflug seiner ausstendigen besoldung, auch des abzugs zum ersten und furderlichsten zefrieden gesteldt werde. Euer Ll. und ir andern geruchen, sich hirinnen gegen bemeltem

---

<sup>1</sup> Siehe die oben erwähnte Beilage.

<sup>2</sup> Siehe die Abrechnung Wolfgang Schutzbars über die Türkenhilfe 1541, die den Reichsständen in Speyer im März 1542 vorgelegt wurde; dort werden die Schulden des Reichs gegenüber dem Musterherrn Andreas Pflug mit 2172 fl. beziffert: RTA JR Bd. XII, Nr. 68, S. 539, S. 547.

unserm ambtman und rat gnediglich und furderlich zu erzaigen und ine diser unser wolmainlichen furderung geniessen lassen.

125 *Relation des Rechnungsausschusses zur Abrechnung des Pfennigmeisters Wolfgang Schutzbar über die eilende Türkenhilfe 1541<sup>1</sup> – verlesen Nürnberg, 1543 April 15/abgeschrieben April 16<sup>2</sup>*

- A *München HStA, KBÄA 3159, fol. 436r–439r (Kop.); ÜS fol. 436r: Relation deß pheningmaisters rechnung belangend.*
- B *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Kop.); AS: H. Wolfgang Schutzper Milchling, landcomenthurs, pfeningmeysters relation belangendt. ÜS wie in A*
- C *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 102r–104v (Kop. mit Marg. zum Inhalt) ÜS fol. 102r wie in A.*
- D *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2275, fol. 285r–289r (Kop.).*
- E *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 412r–416v (Kop.); AS fol. 412r: Relation des phennigmeisters rechnung di eillenden turckenhilf belangendt. Nurnberg, 1543 den 16. Aprilis.*

Auf Mitwoch, den vierten tag Aprilis diß 43. jars, ist H. Wolfgang Schutzpers, genant Milchling, in verschiner eilender turckhenhilf [1541] gwesnen deß Reichs pheningmaisters rechnung durch den dartzu verordnten auschuß verhört worden.

Erstlich hat yetzgemelter pheningmaister alle seine rechnungen, quittantzen, 22 musterregister, auch etlicher bestellungen copeien, so er deß verschinen 42. jars zu Speir auf dem reichstag dem auschuß daselbs hat furgelegt [RTA JR Bd. XII, Nr. 68a–c], wider auf ain neues dem hie geordnten auschuß furgebracht. Darbei anzaigt, solliche rechnung sei im derzeit zu Speir nit reprobird, sonder sei zugelassen worden.

Zum andern hat gemelter pheningmaister ain neu register sambt etlichen darzu emphanngen quittantzen eingelegt, darin alle einnam und ausgab, seither deß speirischen abschids bescheen, gesetzt ist.

Auß wellicher letzten rechnung erfindt sich, daß die einnam daß ausgeben ubertrift 92 fl. 29 kr. 2 d., welliche suma der pheningmaister vermög der register dem Reich schuldig beleibt.

<sup>1</sup> *Der Pfennigmeister Wolfgang Schutzbar brachte seine Abrechnung über die Türkenhilfe 1541 bereits im März 1542 auf dem Speyerer RT vor, gefolgt von einer Relation des Rechnungsausschusses und einer Beratungsvorlage für die Reichsstände (RTA JR Bd. XII, Nr. 68a–c) In Nürnberg 1543 wurde die Abrechnung Schutzbars dem Rechnungsausschuss abermals vorgelegt, der die obige Relation verfasste.*

<sup>2</sup> *Laut Württemberger Protokoll (Nr. 84a, fol. 18r) trug der Ausschuss die Relation zum Pfennigmeisterbericht am 15. April im Reichsrat vor. Am 16. April erfolgte gemäß Würzburger Protokoll die Abschrift des Aktenstücks durch die Reichsstände (Nr. 81, fol. 13v).*



Verner hat der pheningmaister angezaigt, daß er auf den 20. tag Martij diß 43. jars mit Sigismund Aldinger alhie gerechnt hab, dem beleib er von seins ampts und deß Reichs wegen schuldig 2743 fl. 7 kr., doch mit dem geding, daß man alle monat von dem hundert ain gulden geben soll<sup>3</sup>.

Warumb aber das pheningmaisteramt noch die obgemelte suma der 2743 fl. 7 kr. schuldig beleibt, sind durch den pheningmaister dise ursachen angezaigt:

Erstlich, es sei ain groß interesse auf das gelt, so er bei den kaufleuten entlehnt hat, gangen und gee noch heuttigs tags auf, wie daß die posten, in jungster rechnung alhie übergeben, ausweisen.

Zum andern hab er grossen verlust an den goldgulden, cronen, ducaten, dalern und anderer muntz leiden muessen, bevorab in bezalung der kaufleut. Hat er si anderst zufriden stellen wollen, dann di kaufleut daß gold und thaler nit hoher noch anderst, dann sollichs yedes orts in den Schauen<sup>4</sup> gewirdiget, haben nemen wollen, so er, der pheningmaister, doch solch gold und thaler von den stenden nach ausweisung deß Regensburger abschids [*RTA JR Bd. XI, Nr. 941*] in hoher achtung hab einnemen muessen.

Zum dritten hat er angezaigt, daß im die stat Regenspurg 1642 fl. 36 kr. beinach jar und tag haben vorbehalten, und haben ine gleichwol desselben gelts halb in die laistung gemant und dem Reich also ain unnötigen uncosten gemacht, zugerechnet und inbehalten.

Zum vierten, daß Gf. Ladislaus vom Hag<sup>5</sup> auch von seinem, deß phennigmaisters schreiber 64 fl. mer, dann ime einzunemen gepurt het, emphanen, dieweil deß phennigmaisters schreiber derzeit zu Augspurg die rechnung und quittung nit bei sich gehabt. Derhalb hab er dem gemelten grafen obgemelte suma geben muessen; dagegen aber hab er ain schadlosbrief von im emphanen.

<sup>3</sup> Kredit mit einer monatlichen Verzinsung von 1%.

<sup>4</sup> Schau = Inspektion, Überprüfung; Gebäude, wo die Überprüfung der Münzen stattfindet.

<sup>5</sup> Gf. Ladislaus zum Hag hatte in Speyer 1542 wegen Rückerstattung des vierten Monats der Türkenhilfe (60 fl.) suppliziert (*RTA JR Bd. XII, Nr. 85, S. 610, Anm. 11 und 12*). In Nürnberg 1543 wurde beschlossen, dem Grafen die geforderten 60 fl. an zu viel erstatteter Türkenhilfe wieder zurückzuzahlen. Das geht aus zwei Zetteln hervor, die sich in den *RTA der Stadt Augsburg (Überlieferung B)* bei der Relation des Ausschusses zur Abrechnung des Pfennigmeisters befinden: Den Gff. vom Hag ist ufferlegt 2 zu roß und 9 zu fuss, thut ein monat zu erlegen 60 fl., erlaufft fur die 4 monat 240 fl. Solch 240 fl. hat Gf. Ladislaw uff ainmal erlegt, also betzalen meine herren fur den erlegten vierten monat widerumb hinaus 60 fl. Zedl: Dann so haben sich unsere einnemere uff des commenthurs zu Marpurg begern in irer rechnung ersehen und befunden, das im, Gf. vom Hag 60 fl. fur den erlegten vierdten monat hinaus zu geben, geburn, wie ir ab inligendem auszug zu vernemen. Das mugt ir gedachtem commenthur antzaigen: Wo wir nun von bemeltem grafen bevelch empfanen, ime, dem commenthur, die 60 fl. zu uberantworten, sein wir solchs zu thun urbutig. Datum ut in litteris.

Zum funften hab er dem ksl. fiscal zu Speir zu verlegung der proceß 366 fl. 24 kr. geben. Stelt zu bedenckhen, wenn sollich gelt zu geben gerechnt werden soll.

Bei disem ist bedacht, daß aller uncost deß interesse, deß verlust an der muntz und ausgebrachter proceß halb aufgewent und so noch hinfurter aufgen mochten, bei den ungehorsamen zu fordern sein und diselbigen den zu erstatten schuldig und darzu billich angehalten werden sollen.

Zum sechsten hat gemelter pheningmaister vermög seiner emphanen bestallung di besoldung bis auf dise zeit gerechnt, diweil er zu Speir nit quittirt noch im auch kain andere bestallung worden ist.

Über diß alles hat vilgemelter pheningmaister ain verzaichnuß und auszug aller der churfursten, fursten, prelaten, graven, herrn, freien und reichstetten, wider welche der ksl. fiscal am camergericht procedirt und wie diselbigen proceß jetzund steen<sup>6</sup>. Hiebei ist bedacht, dem fiscal zu schreiben, daß er gegen denen, so in die peen ires ungehorsams halb erkent, auf die ergangne expensß und erlittnen uncosten furderlich und entlich procedir. Item camerrichter und beisitzern zu schreiben, in beschlossnen sachen urtl furderlich eroffnen und auszusprechen.

Zum andern hat er auch ain verzaichnuß aller stend namen, so noch zur zeit zum thail nichts geben und zum tail ir rest noch schuldig sind, mit A bezaichnet [Nr. 126a].

Zum dritten ain verzaichnuß der stend, so mer dan drei monat erlegt haben, mit B gezaichnet [Nr. 126b].

Zum vierten ain verzaichnuß der stend, so von den andern stenden ausgezogen werden wollen, mit C signirt [Nr. 126c]

Bei disen puncten zaigt der fiscal in seinem uberschickhten auszug der proceß, zu Speir geubt, an, daß der stend halber, so Osterreich ausziehen will, hab die kgl. Mt. an dem camergericht anzaigen lassen: Ir Mt. wöll auf disem reichstag sovil handln, daß die angefangne proceß wider solche ausgezogne stend sollen abgeschafft werden. Diweil aber sollichs noch nit bescheen, acht man fur gut, daß dem fiscal werde wider angezaigt zu procedirn.

Weitter befindet sich in dem ersten register, daß Andres Pfluegen, gewesem musterherrn, noch aussteen 2172 fl.<sup>7</sup>

Es hat auch der pheningmaister angezogen, nachdem das krigsvolckh beurlaubt, daß er von den obristen gedrungen worden sei, mit inen gen Regenspurg und Nurmberg ze reiten, gelt aufzupringen, derhalb er mit seiner rustung mitziehen muessen, dann di obristen ine nit haben wollen reiten lassen, und hab also von wegen gehabts amts und gedrungen [= *gezwungenermaßen*]

<sup>6</sup> Fehlt in den einschlägigen Aktenbeständen.

<sup>7</sup> Siehe die Aufforderung Hg. Moritz' von Sachsen an die Reichsstände zur Zahlung der ausstehenden Besoldung an den Musterherrn Andreas Pflug (Nr. 124).

218 fl. weiter verthan muessen und sei in denselben uncosten gefurt worden, wellichen er im zu erstatten gepetten hat.

Und so nun nach dem allem den nechstverschinen sechsten tag Aprilis diß 43. jars obgamelte rechnung gehört, darauf hat der pheningmaister weiter angezaigt, er hab zu Speir nach furgelegter und abgehorter rechnung umb quittung angehalten, aber kaine bekommen. Und hab man ine doch gepetten, der sach nachmaln und hinfurter ob zu sein. Im sei auch vertröstung, ain neue verschreibung aufzurichten, bescheen, diselbig sei aber nit verfertigt, derhalb er noch in seiner bestallung und verschreibung bisheer bliben sei.

Dem allem nach pat [= *bat*] vilgemelter herr pheningmaister, sich [= *ihn*], dieweil er sein rechnung gethon, zu quittirn und ine deß ampts zu erlassen, dan es stee in seiner bestallung, wann er sein rechnung hab gethon und furgelegt, soll man in quittirn. Wo man aber die rechnung derzeit nit anhörn wurd, soll er nit weiter rechnung zu thun schuldig, sonder darnach quittirt sein.

Auf alle obangezaigte puncten und articl hat der yetzig verordnt ausschuß die handlung zu Speir, in diser rechnung gephlogen, ersehen und befunden, daß sich irrung und spen zwischen gemeltem pheningmaister und hauptman Löle [= *Löhlin*] erhalten, nemlich daß Löle 440 fl. 50 kr. mer emphanen soll haben in dem eilenden aufpruch, dan im vermög seiner quittung, auch inhalt der musterzettl gepurt hat<sup>8</sup>. Auf sollichs hat der ausschuß zu Speir bedacht, daß dem pheningmaister die 440 fl. und 50 kr. zu bezaln geburn oder die in seiner rechnung abtuziehen. Und dieweil sollichs, wie oben berurt, durch den pheningmaister ubersehen, sei pillich, daß gemaine stend vilgemeltem pheningmaister furdernußbrief in gmainer stend namen an gedachten hauptman und di stat Memmingen, da er gessen, in bester form mittailn.

Zum andern ist durch den ausschuß zu Speir fur gut angesehen, dieweil das ausstendig gelt derzeit nit all/*e*/s wer einbracht, daß sich der pheningmaister mit ainem receß und urkunden, was er eingenomen und wievil er dargegen ausgelegt, auf das mal wol benuegen lassen werde.

Zum dritten, daß im auch weither bevolchen werd, von dem ubrigen gelt (so alle schulden bezalt) on vorwissen und bewilligung gemainer reichsstend nichts auszugeben, doch soll er nit in voriger seiner bestallung bleiben, sonder di sachen in deß Reichs costen ausrichten und nach vollendung derselben der gepur nach verert werden.

<sup>8</sup> Zur irrümlichen Zahlung des Pfennigmeisters an den Memminger Hauptmann Hieronymus Löhlin siehe die Rechnungslegung Wolfgang Schutzbars über die Türkenhilfe 1541, Speyer, 1542 März, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 68, hier S. 541 (letzter Absatz) und S. 542, Anm. 24.

126 *Drei Verzeichnisse über die Beteiligung der Reichsstände an der Finanzierung des Türkenzuges 1541<sup>1</sup> – o. O., o. D. (vorgelegt Nürnberg, 1543 April 15)*

*Die drei Verzeichnisse werden in der Relation des Ausschusses (Nr. 125) erwähnt und wurden dem Ausschuss vom Pfennigmeister Wolfgang Schutzbar neben anderen Unterlagen übergeben, weshalb sie in den meisten Archiven dem Ausschussbericht beiliegen. Die Listen wurden wahrscheinlich am Reichskammergericht erstellt, um eine Übersicht über die geleisteten Zahlungen zu ermöglichen. Da das Problem der ungehorsamen Reichsstände und der ausständigen Türkenhilfen aus dem Türkenzug 1541 auf den Reichstagen 1542/1543 nicht gelöst werden konnte, kam es auf dem Speyerer Reichstag 1544 wieder auf die Tagesordnung und die Verzeichnisse über die Türkenhilfe 1541 wurden den Reichsständen im Zuge der Verhandlungen von 1544 abermals vorgelegt. Die Verzeichnisse mit den Buchstaben A (Nr. 126a) und C (Nr. 126c) wurden im Band zum Reichstag 1544 ediert (RTA JR Bd. XV, Nr. 165, S. 1183–1188), wo sie in ein Gutachten des Ausschusses eingefügt sind. Deshalb werden von diesen beiden Verzeichnissen im vorliegenden Band nur die archivalische Provenienz und die Überschriften wiedergegeben.*

126a *Verzeichnis der Reichsstände, die nichts oder nicht ausreichend zahlten – o. O., o. D. (vorgelegt Nürnberg, 1543 April 15)*

- A *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 417r–422v (Kop.); AS fol. 417r: A Vertzaichnus der stendt, so zum thail nichtz erlegt und zum thail noch ain rest schuldig sindt. ÜS fol. 418r: A Auszug aus dem anschlag der eillenden jungstgehaltenen regenspurgischen reichstags bewilligter turckenhilf aller der stend namen, so darinn verzaichnet stehen und zum thail noch gar nichtz, di andern noch ain etwas schuldig sein, auch deren, so gefreit, exempt und ainer vom andern stand ausgezogen understanden. Wurt dhainer ausgenomen.*
- B *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 107r–111r (Kop.); ÜS fol. 107r wie in A.*
- C *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2275, fol. 289r–292v (Kop.), ÜS fol. 289r wie in A.*
- Druck: RTA JR Bd. XV, Nr. 165, S. 1183–1186.*

<sup>1</sup> *Die drei Verzeichnisse ergänzen die Abrechnung des Pfennigmeisters Wolfgang Schutzbar vom Türkenzug 1541, welche den Reichsständen bereits auf dem Speyerer RT 1542 vorgelegt wurde (RTA JR Bd. XII, Nr. 68a), allerdings ohne die drei Verzeichnisse.*

**126b** *Verzeichnis der Reichsstände, die mehr als drei Monate erlegten – o.O., o.D. (vorgelegt Nürnberg, 1543 April 15)*

- A *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 423r–426r (Kop.); AS fol. 423r*: B Verzeichnus der stende, so mer dann di drei monat<sup>1</sup> erlegt haben. *ÜS fol. 424r*: Verzeichnus aller der stende, so mer als drei, den vierden daruber und den funften monat erlegt haben.
- B *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 111r–112r (Kop.); ÜS fol. 111r wie in A.*
- C *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2275, fol. 293r–294v (Kop.), ÜS fol. 293r wie in A.*

Churfürsten: Sachssen 2 monat, 1828 fl.

Ertz- und bischove: Meissen 1 monat, 48 fl.; Ratzenburg 1 monat, 48 fl.; Magdenburg und Halberstatt 1 monat, 866 fl.

Weltliche fursten: Mgf. Bernhart [*von Baden*] erben fur ir gebur 1 monat, 199 fl.

Prelaten: Fulda 1 monat, 199 fl.; Hirsfeldt 1 monat, 30 fl.; teutschmeister 1 monat, 224 fl.; Kempten 1 monat, 66 fl.; Salmansweiler 1 monat, 158 fl.; Rockenburg 1 monat, 22 fl.; Ochssenhausen 1 monat, 44 fl.; Elchingen 1 monat, 44 fl.; Ursin [= *Irsee*] 1 monat, 28 fl.; Haimeran in Regen[*sburg*] 1 monat, 114 fl.; Werden in Westvaln 1 monat, 38 fl.; Auersperg [= *Ursberg*] 1 monat, 20 fl.

Ebtissin[*en*]: Quedelburg 1 monat, 26 fl.; Lindaw 1 monat, 26 fl.; Rotenmunster 1 monat, 18 fl.; Hegebach 1 monat, 10 fl.; Guttzell 1 monat, 10 fl.; Bunde [= *Baindt*] 1 monat, 10 fl.

Ballei Coblentz 1 monat, 44 fl.

Graven und herrn: Helfenstein 1 monat, 12 fl.; Furstenberg als inhaber des halben guts der werdenbergischen gueter 1 monat, 69 fl.; Furstenberg 1 monat, 138 fl.; inhaber Justingen 1 monat, 20 fl.; Geroltzeck 1 monat, 12 fl.; Erppach 1 monat, 20 fl.; Hanaw zu Hanaw 1 monat, 132 fl.; Hanaw-Liechtenberg 1 monat, 48 fl.; Nassaw-Dillenberg 1 monat, 150 fl.; Nassaw-Weilnburg 1 monat, 96 fl.; Nassaw-Peilstain 1 monat, 4 fl.; Kunigstein 1 monat, 50 fl.; Solms zu Lich 1 monat, 64 fl.; Solms-Braunfells 1 monat, 50 fl.; Wild- und Reingrafen 1 monat, 42 fl.; Gf. Weirich von [*Dhaun, H. zu*] Oberstein 1 monat, 14 fl.; Oberstein zu Rucking 1 monat, 8 fl.; Gf. zu Sein 1 monat, 44 fl.; Gf. Wolf zu Stolberg 1 monat, 42 fl.; Barbi und Mulingen 1 monat, 14 fl.; Gf. zu Swartzenburg 1 monat, 36 fl.; Gf. zu Schaumburg-Holstein und Gema<sup>2</sup> 1

<sup>1</sup> *Es ist angegeben, welche Reichsstände den vierten Monat bezahlten. Nur Kursachsen erlegte nicht nur den vierten, sondern auch den fünften Monat.*

<sup>2</sup> *Es handelt sich um die Grafschaft Schaumburg-Gemen in Westfalen, die von den Zeitgenossen in der Matrikel gelegentlich mit Schaunberg in Oberösterreich verwechselt wurde. Beide Reichsstände scheinen in der Matrikel von 1521 auf; in der Matrikel 1545 fehlt Schaumburg-Gemen in Westfalen.*

monat, 116 fl.; Wide und Runckel 1 monat, 48 fl.; Hoy[*a*] 1 monat, 28 fl.; Steinfurt und Penten 1 monat, 120 fl.; Decklenburg 1 monat, 30 fl.; Hage 1 monat, 60 fl.; H. Hanns Schennck Frh. von Tauttenberg 1 monat, 14 fl.; Jörg und Wilhelm gebruder, Frhn. von Kriechingen im Westerreich (fur ir 2 drittail den 4. monat) 1 monat, 12 fl. 20 kr.; Hn. von Limpurg 1 monat, 32 fl.

Frei- und reichsstett: Swabisch Werdt [= *Donauwörth*] 1 monat, 96 fl.; Ulm 1 monat, 474 fl.; Giengen 1 monat, 40 fl.; Bopffingen 1 monat, 24 fl.; Alen 1 monat, 48 fl.; Gmundt 1 monat, 120 fl.; Weil 1 monat, 48 fl.; Kaufbeuren 1 monat, 160 fl.; Eisni [= *Isny*] 1 monat, 68 fl.; Ravenspurg 1 monat, 158 fl.; Biberach 1 monat und 9 fl. tut 115 fl.; Kaisersperg 1 monat, 64 fl.; Colmar 1 monat, 68 fl.; Hagennaw 1 monat, 120 fl.; Obernehenheim 1 monat, 80 fl.; Rosheim 1 monat, 24 fl.; Durckheim 1 monat, 24 fl.; Munster im St. Jorgenthal 1 monat, 30 fl.

126c *Verzeichnis der eximierten Reichsstände*<sup>1</sup> – o.O., o.D. (vorgelegt Nürnberg, 1543 April 15)

A *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 427r–430r (Kop.); AS fol. 427r: C Was fur stend ainer vom andern auszuziehen understanden wurdit volgen hernach.*

B *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 112v–113v (Kop.); ÜS wie AS in A.*

C *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2275, fol. 295r–296v (Kop.); ÜS wie AS in A.*

*Druck: RTA JR Bd. XV, Nr. 165, S. 1186–1187.*

<sup>1</sup> *Innerhalb der eximierten Reichsstände sind zwei Gruppen zu unterscheiden: 1. Eximierte Stände, die ihre Reichssteuern zwar den Landesherren abliefern, aber dennoch an ihrem Recht zur Beschickung der Reichstage festhielten. 2. Eximierte Stände, die auf den Besuch der Reichstage verzichteten.*

## IV.H Türkenzug und Türkenhilfe 1542: Berichte, Abrechnungen, ausstehende Besoldungen

127 *Supplikation Wolf Dietrichs von Pfirt, Oberstleutnant über das Fußvolk im Türkenzug 1542, an Kg. Ferdinand und die Reichsstände: Bezahlung der ausstehenden Besoldung der hohen Ämter und Ersatz der Unkosten – Nürnberg, 1543 sonntags am tag Esto michi (Febr. 4)<sup>1</sup>/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 12*

- A *Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 82r–85r (Kop.); AS: Lectum [Frankfurt], sonntags, den 4. Martij anno 43. Wolf Dietherich von Pfirdts schrift an die stend des Reichs<sup>2</sup>.*
- B *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 261r–264v (Konz.); DV fol. 264v: Copei H. Wolff Dietrichen von Pfirts supplication an kgl. Mt., ksl. comissarien und die reichsstende 1543.*
- C *Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 10 (Kop.); ÜS: Supplication Wolff Diethrich von Pfirdts, ritters etc., an die röm. kgl. Mt. und andere stend des Reichs zu Nurmberg versamelt. AV: Lectum den 12. Februarij.*
- D *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 94r–96v (Kop.); ÜS fol. 95r wie in C. AV fol. 95r: Lectum in publico conventu die 12. Februarij anno 43.*

<sup>1</sup> *In A Datierung nach dem Osterstil auf 1542. B ist nicht datiert.*

<sup>2</sup> *Der Gesandte Bf. Philipps von Speyer, Konrad Junge, berichtete am 23. Febr. 1543 über die in Nürnberg versammelten militärischen Befehlshaber des Türkenkrieges von 1542, die bei den Reichsständen auf Bezahlung drängten: [...] So ligt H. Wolf Dietherich von Pfirt, desglichen H. Johan Hilchen, vil hauptlut und bevelhsleut alhie, wollen bezalt sein. Und stet wole darauf, das ein jeder von hinnen mit großen sorgen heymziehen muß, es were dan die bezalung gevolgt, darzu vil gelts gehort. So vernim ich nit, das eynicher krais sich berume, das er vil gelts noch in der truge [= Kreistruhe] haben, sonder sagen, sie syen alle schuldig. Das wurd man aber wole sehen, wan ein jeder krais den stenden relation thun wurd, wie eins jeden krais gestelte trug geschaffen sei. [...] In: Straßburg AM, AA 503, fol. 109r–112v, hier fol. 110v–111r (Ausf. v.d.Hd. Junges). Ähnlich berichtete Jakob Sturm in seiner nicht datierten Relation über den Nürnberger RT an Bgm. und Rat von Basel über die Forderungen der Befehlsleute aus dem Türkenzug 1542: [...] Dargegen begert das kriegsvolck, so wider den Turcken vergangens zugs gewesen reuter und knecht, ein gantze grosse summ irer usstenden besoldigung. Ist mit der vergangen turckenschatzung gantz ungleich zungen, das an vilen orten gar kein kist ufgericht worden, vil steendt haben gar nichtz geben. So fordert der Kf. zu Brandenburg allein, so im noch ussten soll, 30 000 fl.; H. Gorg [!] von Heideckh, H. Conradt von Bemelbergkh, H. Wolf Dieterich von Phirt und H. Johann Hulchen von Lorch, alle ritter, die fordern auch ires usstands noch bey 30 000 fl. Des reinischen kreiß kriegsvolck allein fordern die reuter 29 000 und das fußvolckh 37 000 fl. Wer diß alles zalen woll und darzu erst neue hilf thon, weißt Gott wol. Zudem der röm. könig auch ein gros fur das wynterlager fordert. [...]. In: Basel StA, Fremde Staaten Deutschland B 1, unfol. (Kop.), ÜS: Ungeverliche handlung des reichstags zu Nuernberg.*

Mir zweivelt nicht, euer kgl. Mt., Gnn. und Gg. seyen ingedenckt, welcher gestaldt uff jungst verscheynenem reichstag zu Speyer [1542] durch euer kgl. Mt., kfl., fstl. Gnn. und Gg. und gemeynen stenden des Reichs ein hilf wider den feindt der christenhait, den Turken, zu eroberung des khonigreichs Hungern und der ingenomenen stett Best und Offen bewilligt. Darauf auch von gemeynen stenden bedacht nach gelegenhait desselben feindts macht ein statlich kriegsvolck zu roß und fuß in Hungern zu fertigen, denselben obersten und regiment zu [be]stellen etc., alles vermog oberurter speirischer handlung und bewilligung. Dieweil dan durch euer röm. kgl. Mt., kfl., fstl. Gnn., Gnn., Gg. und euch der durchleuchtigst, hochgeborn furst und her, H. Joachim Mgf. zu Brandenburg Kf. etc., mein genedigster her, fur eynen obersten feldthauptman uber das bewilligt kriegsvolck benant, auch dabeneben zwen leuthenampt<sup>3</sup> und etliche kriegsreth zugeordent, bin ich als fur eynen leuthenampt auch furgeschlagen und darauf besteldt <sup>a</sup>-worden inhalts meins aufgerichteten bestellbriefs<sup>a</sup>, davon euer röm. kgl. Mt., kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. zuvor copeyen empfangen, und ich ihm fhall der notturft urbittig bin, denselben furtzulegen<sup>4</sup>. Und wiewol ich mich versehe, es soltt mir auch auf solche meyne bestellung beschehener bewilligung nach meyne verordente besoldung zu jeder gepurender zeyt gereicht und entricht worden seind, wie ich dan darum an gepurlichen enden angesucht, aber es ist bißher verplieben. Und sthet also mir,

<sup>a-a</sup> *A om.*

<sup>3</sup> *Türkenzug 1542: Es gab zwei Oberstleutnants über das Fußvolk, Konrad von Bemmelberg/Boyneburg und Wolf Dietrich von Pfirt, und den Feldmarschall Ritter Johann Hilchen von Lorch. Während Pfirt bereits zu Anfang des RT 1543 in Nürnberg anwesend war und seine Supplikation übergab, ließ Bemmelberg noch auf sich warten. Dr. Leonhard von Eck berichtete an Hg. Wilhelm von Bayern (Nürnberg, 1543 Febr. 20) über die in Nürnberg anwesenden bzw. noch nicht angekommenen Befehlshaber des Türkenzuges von 1542: [...] Etliche bevehlsleut, und nit die wenigsten, erfordern vill ausstand sold. Und khombt teglichs herfur, das in den besoldungen und andern stucken khein kreys der ordnung, zu Speyr [1542] gemacht, gelebt worden ist, und wol zu besorgen, es habe der aygennutz pey vilen mer nachgedenkens gehabt dan der Turkh. Demnach ist beschlossen, die kriegsrete anher zu erfordern und bericht von inen zu nemen. Man mochte auch mit denselben weyters reden und erindern. [...] Dieweyl doch H. Wolf Dietrich von Pfirdt, desgleichen Jorg Zorn [von Bulach] und andere alhie sein und sich zum theyl vernemen lassen, wo inen verfolgt, das die sachen anderst gestalt sein solten und, wie sunst auch beschicht, ain yeder der pest sein will, gedecht mich ratsam, das eur Gn. den von Bemelberg gnediglich geratten, das er auch alher khome und das man sehe, das er khein scheuch hette, der handlung bericht zu thun. Villeicht werde in seiner gegenwart mancher sich nachredens enthalten, so in seinem abwesen allerley furgibt. [...]. In: München HStA, KBAA 2030, fol. 180r–181v (Ausf. v.d.Hd. Ecks).*

<sup>4</sup> *Die Bestallungsurkunden für Bemmelberg und Pfirt als Oberstleutnants über das Fußvolk wurden am 11. April 1542 in Speyer ausgestellt und entsprechen einander wörtlich: in RTA JR Bd. XII, Nr. 90, S. 626–628.*



den feldtwabeln und andere[n] hohe[n] ampter[n] noch ein tapfere summa auß, derwegen ich nicht hab umbghen mögen, euer kgl. Mt., kfl., fstl. Gnn., Gnn., Gg. und euch antzulangen, underthenigster, undertheniger, tröstlicher und guter zuversicht, euer kgl. Mt., kfl., fstl. Gnn., Gnn., Gg. und ir werdet euch hierinnen gegen mir der gepur und damit ich solchen meynen außstandt on fernern unkosten nachreisen und zerung erlangen mögen, genedigst, genedig, gonstig und freuntlich erzeygen.

Und erstlich, so ist mir nicht entgegen, sondern will darumb underthenigst, underthenig, dienstlich und freuntlich gebetten haben, das euer kgl. Mt., kfl., fstl. Gnn., Gnn., Gg. und ir vermog meyner bestallung das leuthenampt, dergleichen feldtwabel und andere hohe empter wurden laßen [= *entlassen, ziehen lassen*] und darauf die bezalung verschaffen wöllen. Und wiewol ichs darfur achte, wie dann auch billich, euer kgl. Mt., kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. die werden etlich außgeliehen und furgestreckten gelts, das ich den hohen emptern, alß veldtwabel und sonst, unvermeidlich hab außgeben müßen, genugsame und gute rechenschaft begeren<sup>b</sup>, so bin ich urbittig, man ordne mir zwen oder drey erbarn menner zu, denen will ich erbar, gute rechnung und beschaidt derselben thun und geben, darauß sich dan befinden soll, was ich außgelegt und man mir schuldig pleyben wurdt. Und dieweyl wir versehen, auch darumb underthenigst, underthenig, dienstlich und freuntlich gebetten haben, man werde und wolle mir nach beschehener rechnung nicht allain mein summa, sonder auch den feldtwabel und andern hohen emptern enthrichten, bin ich urbittig, dieselben zu betzalen, ehrlich und dermaßen abzufertigen, daran sie gesettigt seyen und weyter khain klag oder anfordern volgen werdet.

Do sich aber solche bezalung etwas verziehen und man die bezalung nicht thun, sondern zuvor wissen wollt, wer betzalt oder nit bezalt hette, darauf dann noch mher schaden und unkosten ghen wurde, so muß ich solchs auch beschehen laßen, aber umb vermeydung willen anderer und größerer clag, so bitt ich underthenigst, underthenig, dienstlich und freuntlich, man wolle vor allen dingen und uffs erst die feldtwabel und hohen empter abfertigen, dan da ist noth und clag. Alsdan bin ich urbittig, mit meyner summa ein zeit lang biß zu bezalung sthyll zu sthen, doch das mir derhalben genugsame versicherung und schein gemacht werde. Und do sich die bezalung ein jhar lang, als ich mich doch nit versehe, aufziehen wurde, das hundert mit funf fl. zu verpensionirn, und weiters daneben kosten darauf erwuchße, deßelbigen mich in all weg schadloß zu halten.

Und nachdem ich auch von wegen solcher anstehenden summa und nicht-bezalung etlicher maßen zerung und unkost [auf]gewandt, auch noch theglichs und hinfurt, do mir nicht bezalung beschehe, [auf]wenden muste, so will ich underthenigst, underthenig, dienstlich und freuntlich gebetten haben, wie dann auch billich, man wolle mir solchen unkosten, den ich scheinlich machen

<sup>b</sup> *In A irrtümlich*: begeben.

wurde, auch erlegen und betzalen. Euer kgl. Mt., kfl., fstl. Gnn., Gnn. und G. wollen sich hierinnen genedigst, genedig, gonstig und freundlich erzeygen und mir denselben unkosten alhie, damit mich widerumb anheimisch zu begeben, zustellen laßen. Das bin ich underthenigst, underthenig, dinstlich und freundlich zu verdienen gantz willig und bitt furderliche antwort, dann ich werd vom feldtweybel und den andern hohen emptern heftig gemant.

128 *Relation der kurbrandenburgischen Gesandten im Auftrag Kf. Joachims von Brandenburg über den Türkenzug 1542 – actum Cölln an der Spree, 1543 am tag Conversionis Pauli (Jan. 25)<sup>1</sup>/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 19/20<sup>2</sup>*

A München HStA, KBÄA 3159, fol. 262r–309v (Kop.)

B Salzburg LA, Geh. Archiv IV/9, 1, unfol. (Kop.); AV: Lectum 20. Februarij.

C Straßburg AM, AA 505, fol. 22r–88r (Kop.).

D Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 14, 15, 16, 17, unfol. (Kop.).

*Beilage: Verzeichnis der gehorsamen und ungehorsamen Reichsstände bei Bezahlung der Türkenhilfe 1542 (Nr. 129).*

*Den größten Teil der von den kurbrandenburgischen Gesandten<sup>3</sup> übergebenen Relation<sup>4</sup> bildet der Briefwechsel Kf. Joachims von Brandenburg mit den verordneten*

<sup>1</sup> In A Datierung nach dem Osterstil bzw. dem Annunciationsstil, d.h. mit 1542.

<sup>2</sup> Laut dem RT-Protokoll Lambs (Nr. 86a) vom 19. und 20. Febr. sowie jenem der Würzburger Gesandten (Nr. 81, fol. 9v) erfolgte die Verlesung der Relation im Reichsrat an diesen beiden Tagen. Im Esslinger Protokoll (Nr. 85, fol. 9r) findet sich zur Relation des Kf. von Brandenburg folgender Eintrag: Uff Montag nach Reminiscere anno etc. 43 [19. Febr.] ist der Kf. zu Brandenburg gehort worden: Der hat sich seiner geupten handlung entschuldigt und antzeigt die verhinderung, das nichts außgericht worden, nemblichen das langsam zutziehen der stend kriegsvolck, das er auch zu betzalung der hohen empter entlehent hab 30 000 fl. Item so hab er uff seine pfert nit meher dann 58 fl. empfangen und stee ime noch unbetzalt auß vier monat besoldung und underhaltung und dann ein monat fur den abzug, mit vermeldung, das er nit meher hauptman bleiben und man dieselbigen mit einem andern bestellen wolle. Desgleichen ist auch gelesen worden ein suplication Johan Hilchins umb sein außstende besoldung [fehlt], nemblichen 14 000 fl.

<sup>3</sup> Das Kredenzschreiben für die kurbrandenburgischen Gesandten Leonhard Keller und Jakob Schilling (Nr. 46) ist der Relation vorangestellt.

<sup>4</sup> Der Gesandte des Bf. von Speyer, Konrad Junge, berichtete am 23. Febr. 1543 über die kurbrandenburgische Relation: [...] Es hat der Kf. zu Brandenburg syner verwaltung halben vor den stenden relation thun lassen; legt die schult des nichts ußrichtens uf die stende, das die syn kfl. Gn. mit der bezalung und anderm, das sie syn kfl. Gn. zugesagt und zu Spier verabschiedt worden, nit gehalten. Des vil brief, die er im mittel syns ampts an die krais geschrieben und umb pesserung desselbigen angemanet, dargelegt, syn usteendt besoldung ervordert und darauf das ampt den stenden widder zugestellt,

*Räten in Regensburg bzw. mit Kg. Ferdinand und den Reichsständen während des Nürnberger Reichstags 1542, in welchem der Kurfürst Rechenschaft über die Reichsexpedition gegen die Türken ablegte. Da diese Korrespondenz zum größten Teil in RTA JR Bd. XIII ediert ist (Nr. 66–85, S. 504–547), wird an den betreffenden Stellen der Relation stets auf RTA JR Bd. XIII verwiesen. Die zum größten Teil bereits während des Nürnberger Reichstags von 1542 verlesenen Schreiben werden in der Relation Kf. Joachims von 1543 chronologisch aneinander gereiht nochmals wiedergegeben, versehen mit einer Einleitung, verbindenden Bemerkungen sowie einem Schlussteil.*

Nachdem die röm. ksl. Mt., unser allergnedigster herr, auf beschehne haimstellung der Kff., Ff. und stend deß Hl. Reichs den durchleuchtigsten, hochgebornen fursten und herrn, H. Joachim Mgf. zu Brandenburg, deß Hl. Röm. Reichs ertzkamrer und churfursten etc., zum obristen veldhauptman deß krigsvolckhs, so verschinen sumers zu der beharlichen turckhenhilf in Ungern ausgesickht, verordnt und die gmainen reichsstend fur sich selbs sein kfl. Gn. darzu ainhelliglich angesucht und vermög[t], darauf dann sein kfl. Gn. Got dem Allmechtigen zu lob, zu rettung und trost deß cristlichen namens und glaubens, der ksl. Mt. zu gehorsam und den stenden deß Hl. Reichs zu freuntlichem und gnedigen gefallen sollich ampt, deß si doch sunst vil lieber entladen gewesen, etwas mit unstaten und hinstellung irer land und leut, auch viler obligender gscheft angenommen, haben si irn gesanten reten alhie auferlegt und bevolhen, den Kff., Ff., derselbigen potschaften und in gmain allen stenden deß Hl. Reichs der ergangen expedition und auf was beschaid jederzeit die khriegshandlung gestanden, kurtzen gruntlichen bericht und relation zu thun.

Und wiewol sein kfl. Gn. die Kff., Ff. und stend vil lieber ain andere relation einpringen und mit diser verschonen, auch dise ding nit also an tag geben, sonder vilmer umbgeen wollten, wo sich die hendl nach glegenhait anderst hetten zugetragen, weil sich aber diselben auß furgestanden mengln und hinderungen nit anderst hetten schicken konnen noch mögen, haben si sollich auß trefflichen und unvermeidlichen ursachen nit konnen umbgeen. Achten auch, daß die notturft sei, damit si alle wissen mögen, weiß in sollichem zug verlossen, wie auch dise ding nummals steen und gestalt sein, damit verrere notturftigere, pessere und vleissigere fursehung bescheen und dise sachen gerichtet werden mög, mit pitt, dasselb unbeschwert zu vernemen und anzuhörn. Daß sich dise relation bisheer verzogen, ist ursach, daß sein kfl. Gn. diselb aigner person thun wollten. Da aber sein kfl. Gn. bericht, daß weder di ksl. oder kgl. Mt., auch noch wenig von curfursten und fursten zur stet komen und sein kfl. Gn. one das von der weitten raiß noch am leib [et]was schwach und ungeschickht sein, haben si die nichts minder furwenden lassen wollen, mit erpiettung, der ksl. und kgl. Mtt., auch andern stenden weittern bericht aigner person, so oft es not, zu thun.

---

das eynem andern, der es pesser ußrichten kon, zu bevelhen. [...] In: *Straßburg AM, AA 503, fol. 109r–112v, hier fol. 110v (Ausf. v.d.Hd. Junges).*

Wiewol sein kfl. Gn. auf negstgehaltne reichstag zu Speir [1542] mit der abfertigung fast [= *sehr*] lang aufgehalten, auch verre deß wegs von dannen in ir curfurstenthumb und daraus nach Osterreich und Ungern sich nach notturft zu rusten und zue raisen wenig zeit gehabt, so haben dannoch sein kfl. Gn. so vil muglich geeilt und diß hoch werch fur di hand genomen. Und damit seiner kfl. Gn. halb nichts versaumbt wurde, sein sein kfl. Gn. genommenem abschid nach erstlich postweiß dinstags nach Trinitatis verschinen [1542 Juni 6] zu Wien in Osterreich, dahin di versamlung deß khrigvolckhs laut deß speirischen abschids verordnt, ankomen. Damals si uber 10 000 knecht nit gefunden. So seind der raisigen wenig, auch uber drei oder 4 khrigsret nit vorhanden gewesen, und hat sich die versamlung deß krigsvolckhs, sovil deß zu roß und fueß zu Wien ankomen ist, uber ain monat lang nach seiner kfl. Gn. ankunft verzogen.

Als aber sein kfl. Gn. mit den anwesenden khrigsreten und zugeordneten 2 leitnanten<sup>5</sup> das regiment deß fueßvolckhs zu bestelln und den khnechten den articlbrief schwörn zu lassen furgenomen, hat sich allberait etlichermassen grosse unrichtigkhait der bezalung und ungleichen ausfertigung deß krigsvolckhs halb erzaigt, die doch damals, in hoffnung der ersetzung sollicher mengl, darauf si vertroestet ist, abgewendet. Da aber di versamlung deß krigsvolckhs teglich zugenomen, haben seine kfl. Gn. sambt den anwesenden khrigsreten und bevelchsleutten das angepracht veldgschutz vom Reich besichtigt und auf die darzugehörige beraitschaft erforschung gethon, aber dem speirischen abschid deß articls ungleiche volg befunden, dan gar wenig gschutz, zum thail gering, vorhanden gewesen, zum thail wenig, zum thail kain pulver, auch zum thail kain wagenroß gehabt, zudem haben ains thails ir hand- oder haggenschutzen mit kainem pulver noch plei versehen, auch kains hinach gefertigt oder darauf vertroestung gethan. Darauß sein kfl. Gn. bewogen alsald anfangs, da si fur Wien komen, mit rat der anwesenden khrigsret an di vier verordnete ret zu Regensburg in dreien schriften kurtz aufeinander sollichen mangl zu schreiben und anzuzaiigen, deß lauts und inhalts wie hernach volgt:

[1.] Kf. Joachim von Brandenburg an die verordneten Räte der Reichsstände in Regensburg, im Feldlager vor Wien, 1542 Juni 13 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 66, S. 504–508).

[2.] Kf. Joachim von Brandenburg an die vier verordneten Räte in Regensburg, im Feldlager vor Wien, 1542 Juni 18 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 68, S. 510).

[3.] Kf. Joachim von Brandenburg und die Kriegsräte an die verordneten Räte in Regensburg, im Feldlager vor Wien, 1542 Juni 21 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 69, S. 511–514, Überlieferung C und D).

Darauf die verordneten ret zu Regensburg zu antwort geben wie volgt: [4. bis 6.] Drei Antwortschreiben der verordneten Räte in Regensburg (Bernhard Hartheim und Sebald Haller) an Kf. Joachim von Brandenburg, Regensburg, 1542 Juni 22, Juni 26 und Juni 30 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 66, S. 504, Anm. 1; Nr. 71, S. 517f.).

<sup>5</sup> Konrad von Bommelberg und Wolf Dietrich von Pfirt.

Und in sollicher frist, wie obgesetzt, und zutziehen, auch zusammenruckhung deß krigsvolckhs hat der mangl der bezalung etlichs krigsvolckhs sich angefangen und damals allberait dermassen eingerissen und ain unwillen erregt, daß, wo di röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, auf seiner kfl. Gn. und der krigsrät vleissigen unterhandlung die furlegung mit etlichem gelt, als 30 000 fl., auch etlichem pulver nicht gethan, hett man auß dem ersten leger vor Wien das krigsvolckh kainswegs pringen mögen, wie dan die hochgedacht röm. kgl. Mt. beineben seiner kfl. Gn. sollichs an di verordneten zu Reg[enspurg] neben dem dritten obgesetzten schreiben auch gelangt und in furderung der bezalung vleissig angeregt<sup>6</sup>, auch die krigsret iren craisen nach notturft geschriben und sollichs an zweiff jetzo in irer widerkunft auch werden bericht haben und noch berichten, darauf sich sein kfl. Gn. verziehen thun.

Was aber weitter im abtziehen und abraisen von Wien nach Ungern sich an mangln und unrichtigkeiten zugetragen, das haben sein kfl. Gn. zu yeder zeit und orten an die röm. kgl. Mt., den 4 verordneten reten zu Regenspurg und volgends den reichsstenden selbs auf gehaltenem reichstag zu Nurmberg mit übersendung ainer verzeichnuß deß ausgeplibnen krigsvolcks<sup>7</sup> gnugsam zugeschriben, wie di 4 verordneten zu Regenspurg, auch di, so von stenden auf gehaltenem reichstag zu Nurmberg gwest, wol wissen. Und sein die schriften deß inhalts gwest wie volgt. Daraus auch leicht zu vernemen, weiß yeder zeit seinen kfl. Gn. treulichs ermanen, ersuchen, clagen, mangl, anhalten und pitten gewesen.

[7.] Kf. Joachim und die Kriegsräte an die Reichsstände in Nürnberg, im Feldlager vor Roggendorf, 1542 Juli 15 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 72, S. 518–521).

[8.] Kf. Joachim an Kg. Ferdinand und die Reichsstände in Nürnberg, im Feldlager bei Raab, 1542 Juli 31/Aug. 1 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 74, S. 523f.).

[9.] Kf. Joachim an Kg. Ferdinand und die Reichsstände in Nürnberg, im Feldlager St. Johann hinter Raab, 1542 Aug. 5 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 75, S. 525f.).

[10.] Kf. Joachim an die Reichsstände in Nürnberg, im Feldlager vor Komorn, 1542 Aug. 11 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 76, S. 527f.).

[11.] Kf. Joachim an die Reichsstände in Nürnberg, im Feldlager vor Gran, 1542 Aug. 21 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 77, S. 529).

[12.] Kf. Joachim an die Reichsstände in Nürnberg, im Feldlager vor Gran, 1542 Aug. 24 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 80, S. 533–536).

[13.] Kf. Joachim an Kg. Ferdinand in Nürnberg, im Feldlager vor Gran, 1542 Aug. 23 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 79, S. 532).

Uff alle jetzo vorgesetzte schreiben ist seiner kfl. Gn. von röm. kgl. Mt. und den reichsstenden ain ainige antwort, doch fast langsam, als erst dinstags nach Bartholomei [1542 Aug. 29] vor Gran, auß Nurmberg zukomen deß lauts:

<sup>6</sup> Kg. Ferdinand an die verordneten Räte in Regensburg, Wien, 1542 Juni 17, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 67, S. 508f.

<sup>7</sup> RTA JR Bd. XIII, Nr. 102, S. 596–607.

[14.] *Kg. Ferdinand und die Reichsstände an Kf. Joachim, Nürnberg, 1542 Aug. 23 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 78, S. 530–532).*

Und wiewol sich sein kfl. Gn. diß schreibens vast getröst, auch gwislich wurckliche volg darauf verhofft und auch teglich ersetzung der mengl und abgeng, sonderlich aber der bezalung mit grossem verlangen gewartet, so ist doch der kains darauf ervolgt noch bscheen. Und wiewol sein kfl. Gn. auf dem reichstag zu Speir offenlich bedingt, das si auf den fall, da ir alles das, so ir zu disem zug daselbs zugeordnet und beschlossen, nit volgen wurde, widerumb zeitlich und von dem musterplatz wider abziehen wollten, wellichs auch bscheen wer, so haben doch sein kfl. Gn. den verrern zug auß ursachen und bevelch, wie in den obberurten schreiben zu finden, dem Hl. Reich und gmainer cristenhait zugut verrer furgenomen und dann weiter bewogen, wie volgt an die kgl. Mt., ksl. commissarien und stendt zu schreiben.

[15.] *Kf. Joachim an die Reichsstände in Nürnberg<sup>8</sup>, im Feldlager vor Gran, 1542 Aug. 29 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 81, S. 536–539).*

[16.] *Kf. Joachim an die vier verordneten Räte der Reichsstände in Regensburg, im Feldlager vor Waitzen, 1542 Sept. 10 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 82, S. 539–541).*

[17.] *Kf. Joachim an die vier verordneten Räte der Reichsstände in Regensburg, im Feldlager vor Waitzen, 1542 Sept. 18 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 83, S. 542–544).*

Und wiewol sein kfl. Gn. nach geendigtem reichstag zu Nurmberg vermog desselbigen abschids abermals an die vier rhet gen Reg[ensburg], die krigshandlung zu fertigen, gewisen, darauß dann sein kfl. Gn. berurte beede schreiben [16. und 17.] an si zu thun geursacht, so hat sich doch niemand derselbigen wollen mit ernst annemen. Darauß sein kfl. Gn. verursacht, solhs inhalts volgends schreiben an die röm. kgl. Mt. zu gelangen.

[18.] *Kf. Joachim an Kg. Ferdinand, im Feldlager gegenüber Ofen, 1542 Sept. 27 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 84, S. 544f.).*

Was in der belegerung vor Pest sich zugetragen und wes gehorsam sein kfl. Gn., di krigsret und bevelchsleut letztlich bei dem krigsvolckh gehabt, wirt man aus nachvolgendem schreiben an di 4 verordneten zu Regensburg nach notturft vernemen.

[19.] *Kf. Joachim an die vier verordneten Räte der Reichsstände in Regensburg, im Feldlager gegenüber Altenofen, 1542 Okt. 9 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 85, S. 546f.).*

Wie auch von seiner kfl. Gn. neben den krigsreten und der röm. kgl. Mt. verordneten comissarien vermog deß nurmbergischen abschids di winterbesetzung in Ungern verordnet und bestellt worden, werden di stend auß volgender abschrift vernemen: *Es folgt Nr. 134.*

Diß, wie vorgesetzt, ist der gruntlich, warhaftig bericht, wollichen sein kfl. Gn. dermassen wie berurt thun lassen, deß si sich auch auf di krigsrät und

<sup>8</sup> *Im Anschluss an das Schreiben Kf. Joachims wird der Wortlaut der Supplikation einiger im Dienste Wolf Dietrichs von Pfirt stehender Hauptleute an den Kf. von Brandenburg wiedergegeben.*

andere bevelchsleut, mit der wissen und rat sein kfl. Gn. laut irer bestallung diß alles gehandelt, furgenomen und an die stend gelangen lassen, die es on zweiff auf ire widerkunft auch also und nit anderst werden bericht haben, ziehen thun. Und konnen sein kfl. Gn. dem krigsvolckh, so in disem zug gwesen, anderst nit nachsagen oder zumessen, dan daß si sich erlich, treulich und wol gehalten. Woher aber verursacht, daß diese ding also und dermassen, wie man vorgehabt, nit verrer oder weiter ausgericht und di krigsleut zu sollichem unwillen verursacht worden, ist hierauß leicht zu vernemen, und sonderlich auch, daß es an seiner kfl. Gn. person und mhue, auch vleissigem anregen und vordern nit erwunden.

Und da verrers berichts vonnoten, sein kfl. Gn., wie obgesetzt, denselbigen zu jeder zeit der ksl. und kgl. Mtt., auch Kff., Ff. und den stenden deß Hl. Reichs aigner person zu thon urputtig. Daß aber sein kfl. Gn. jetziger zeit nit selbs alhie zur stet sein und den bericht gethan, sein si auß ursachen und ehaften wie obberurt und das merer thails irer kfl. Gn. diner, so si mit in Ungern gehabt, mit tod abgangen und die ubrigen mit totlicher schwachait behaft, verhindert. Zudem daß sein kfl. Gn. nit vormerckht, daß noch zur zeit von andern furnemen chur- oder fursten vil zur stet komen. Do aber di röm. ksl. oder kgl. Mtt. oder auch die andern churfursten und fursten sich anher begeben wurden, seind sein kfl. Gn. unbeschwert, sich auch anher zu reisen gefast zu machen. Weil sich dann sollich unrichtigkeit, wie obegesetzt, hierinnen zugetragen, ist seiner kfl. Gn. glegenheit nit, sich sollicher gestalt mit disem ampt der oberveldhauptmanschaft verrer zu beladen. Und wollen der röm. ksl. Mt. hiemit dasselbig ampt, weil seiner kfl. Gn. unmuglich, dasselbig dergestalt verrer mit nutz und fromen deß Hl. Reichs zu bestellen, widerumb unterthenigist anheim gstellt und abgedanckht, auch daß ir ksl. Mt., Kff., Ff. und stend seinen kfl. Gn. dartzu gebraucht und sollichs hohes werch zugetraut, unterthenigst, freuntlich und gnediglich bedanckht haben. Achten auch, daß ain anderer, wer der auch wer, auf solliche weis, und wie es seinen kfl. Gn. begegnet und widerfarn, so wenig als sein kfl. Gn. anders werd machen oder ausrichten konnen. Pitten auch dapei, daß di stend deß Hl. Reichs inen dise sachen, wie wider den Turckhen durch beharliche, nutzliche, gwise und unmanglhafte hilf möcht geleist werden, inen wollen ernster, dann diß jar gscheen, lassen bevolchen sein und sonderlich acht und warnemen, daß die rechte zeit, art und bequemighait, so vorhanden, nit verabsaumt werde, dann sein kfl. Gn. in Ungern so vil glegenhait erfaren, daß, wann ain zug dahin soll furgnomen werden, daß derselbig zeitlich deß sumers und lenger nicht piß auf den halben Septembris, soverr man gesunte, lebendige leit bhalten will, bescheen muß. Und da vermutlich, daß der Turckh auf kunftigen sumer auß Ungern nit pleiben und villeicht aigner person mit grosser macht komen werde, nit allain Ungern, sonder auch andere anstossende land zu betruben, zu bekriegen und zu verderben, wie dann sein kfl. Gn. in Ungern dise kuntschaft gehabt, daß er [= *der Sultan*] etliche vil seiner pherd allberait in der Wallachei

furan geschickht, auch sein volckh nache am mär gefordert, seinen nachzug dester ehe zu befürdern. Darumb zweiffen sein kfl. Gn. nit, di stend werden dise grosse not und gfar wol erwegen und behertzigen und desto ehe di hilf zum gegenstand rettung deß Ungerlands und andern ordnen und desto zeitlicher beschaffen. Darzu sein kfl. Gn. irs thails beneben den stenden nichts muglichs wöllen erwinden lassen. Sein kfl. Gn. ermanen, pitten und flehen aber aus treuhertziger mainung, man woll je sollich hochnotig werch nit mit worten oder zusagen, wie jetzt laider von etlichen bescheen, sonder mit werckhen und wurckhlicher that vleissig vervolgen, bestellen und ordnen. Es wirt dannocht mhue und arbeit gnug haben, und wo sollichs nit bschicht, werden wir mit jamer und schaden erfahren, was der ausgang pringen wurde.

Sein kfl. Gn. übersenden auch hiemit abermals die verzeichnuß derjhenigen, so ir hilf zu disem zug nit geschickht [Nr. 129], die sein kfl. Gn. auch dermassen und als von den craiß- und krigsreten emphanen haben<sup>9</sup>.

129 *Verzeichnis der gehorsamen und ungehorsamen Reichsstände bei der Bezahlung der Türkenhilfe 1542, geordnet nach Reichskreisen – o.O., o.D./übergeben Nürnberg, 1543 Febr. 19/20<sup>1</sup>*

A München HStA, KBÄA 3159, fol. 315r–326v (Kop.).

B Salzburg LA, Geb. Archiv IV/9, 1, unfol. (Kop.).

C Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 18, unfol. (Kop.).

Zu roß	Reinisch kraiss	Zu fueß
	Die gehorsamen deß reinischen kraiß, so zu unterhaltung reitter und knecht etlich monat erlegt:	
5	bistumb Wormbs 3 monat	32½
45	bistumb Speir 3 monat	150
35	abt zu Fulda 3 monat	115
10	brobst zu Weissnburg 3 monat	45
35	Johanser maister 2 monat	115
2½	brobst zu Ödenhaim 3 monat	25
10	abt zu Pfriem hat sein anzal volckhs an gelt geschickt	75
45	Hg. Hans Graf zu Spanhaim [= Pfalz–Simmern] 3 monat	187½
112	Lgf. zu Hessen 3 monat	480
5	Gf. Johan Ludwig von Nassaw zu Sarbruckhen 3 monat	30

<sup>9</sup> Am 13. März 1543 wandten sich die kurbrandenburgischen Gesandten an die Reichsstände mit der Bitte um Bezahlung des ihrem Herrn geschuldeten Geldes: siehe das RT-Protokoll Lambs zum 13. März: Nr. 86a, fol. 278v.

<sup>1</sup> Das Verzeichnis ist eine Beilage zur Relation Kf. Joachims von Brandenburg über den Türkenzug 1542 (Nr. 128), die am 19. und 20. Febr. 1543 im Reichsrat verlesen wurde.



Zu roß		Zu fueß
7½	alle Reingrafen, Johann und weilend Gf. Philipsen kinder vormunder zalt 1 monat	30
5	H. Wolf von Reupoltskirchen 3 monat	32½
2½	H. Philips von Eberstain zu Ruxingen [= <i>Oberstein-Rüxingen</i> ] 1 monat	2½
10	Gf. Jorg von Pitsch [= <i>Zweibrücken-Bitsch-Ochsenstein</i> ] 3 monat	30
10	Gf. Philips von Hanaw, H. zu Liechnperg, 3 monat	30
7½	Gf. Emich und Enghart von Leiningen 3 monat	12½
7½	Gf. Philips von Nassaw zu Wißpaden 3 monat	25
10	Gf. Ludwig von Konigstain, H. zu Epfstain, 3 monat	32½
15	Gf. Johann und Anthoni von Eisenburg zu Pudingn 3 monat	75
10	Gf. Philips von Solms 3 monat	50
7½	Gf. Bernhart von Solms 3 monat	40
15	Gf. Philips von Nassaw zu Weilpurg 3 monat	75
30	Walthasar [= <i>Balthasar</i> ] und weiland Gf. Philipsen von Hanaw, Hn. zu Muntzenburg, kinder vormunder 3 monat	75
5	Gf. Chun von Westerpurg 3 monat	25
2½	Gf. Wilhelm von Wittigenstain 3 monat	10
12½	Colmar 3 monat	97½
7½	Kaisersperg 2 monat	45
2½	Turckhaim 3 monat	22½
7½	Obernehenhaim 2 monat	77½
100	Strasburg 3 monat	572½
17½	Schletstat 3 monat	145
20	Hagenaw 3 monat	90
5	Weissenburg am Rein zu unterhaltung der knecht geschickt, und ain monat zu bezalung der reitter, 3 monat	55
2½	Roshaim 3 monat	22½
2½	Weirich von Oberstain, H. zu Falckenstain [= <i>Dhaun</i> ]	10
5	Landaw	55
7½	Speir 1 monat	247½
25	Wormbs 3 monat	195
50	Franckhfor 3 monat	350
0	Wetzlar 3 monat	77½ <sup>a</sup>
2½	Gf. Johan von Nassaw, H. zu Peilstain, 3 monat	10

Geschutz, pulver und muniton desselben kraiß:  
 Franckhfort ain schlangen [= *Feldgeschütz*], gerust mit 200  
 kugln und 150 lb. pulvers.

<sup>a</sup> In BC: 76½.

Strasburg ain falckanet [= *Feldgeschütz*], gerust auf 200 schuß.

Bf. von Strasburg ain falckanet, gerust auf 200 schuß.

Die wetterauischen graven ain falckanet sambt 150 kugln und 150 lb. pulver.

Lgf. zu Hessen ist wol gerust.

Wormbs und Speir ist wol gerust.

Zu roß	Die ungehorsamen deß reinischen kraiß:	Zu fueß
17½ <sup>b</sup>	Basl	105
60	Bisantz [= <i>Besançon</i> ]	187½
0	Wallis [= <i>Sitten</i> ]	562½
7½	Genf	32½
35	Lusan [= <i>Lausanne</i> ]	200
60	Ytsch [= <i>Metz</i> ]	187½
22½	Doll [= <i>Toul</i> ]	60
47½	Verdun	107½
5	abt zu Hirschveld	22½
15	abt zu Murbach	47½
2½	abt zu St. Jorgenthal [= <i>Munster im St. Gregoriental</i> ]	10
2½	abtessin zu Kauffingen	25
150	Hg. zu Lottringen	692½
150	Hg. zu Sophoi	693
20	Mgf. Ernst zu Baden	57½
60	Hg. Ludwig Gf. zu Veldentz [= <i>Pfalz-Veldenz</i> ]	187½
75	printz zu Calin	235
5	H. von Kriechingen	10
5	Gf. von Salm	22½
10	H. Hans von Mersburg und Peffort [= <i>Mörsberg-Belfort im Elsass</i> ]	50
10	H. von Rappoltstain	112½
5	inhaber Hohenkunigsparg	22½
15	herschaft Planckenburg, dem Hg. von Lottringen als inhaber	62½
5	inhaber weilend Gf. Weckers von Leiningen guter, zu antworten dem von Poltzkirchen [= <i>Hohenfels-Reipoltskirchen</i> , den[en] von Eberstain [= <i>Oberstein</i> ] und Eberstain zu Ruxingen	22½
7½	Philips und Hainrich, Gff. zu Waldeckh	40
2½	Hn. zu Pleß	0
25	Mulhausen im Sunckaw [= <i>Sundgau</i> ]	67½
25	Basl	450
0	Munster in St. Jorgenthal	55

<sup>b</sup> In BC: 16½.

Zu roß		Zu fueß
0	Fridberg	55
100	Metz	625
25	ritterschaft deß schloß Fridberg	112½
10	ritterschaft deß schloß Gelnhausen	45
17½	Doll	152½
25	Verdun	112½
5	Kaufmansarbruckh [= <i>Saarburg in Lothringen</i> ]	22½
17½	Bisantz	145

Zu roß	Auszug deß schwebischen kraiß, so ungehorsam und nichts geschickt haben:	Zu fuß
12½	Chur	45
15	abt zu St. Gallen	75
7½	Schuttern	32½
10	St. Blasy	45
2½	St. Peter im Schwarzwald	25
10	Schafhausen	45
0	Stain am Rain	25
0	Petershausen	15
2½	Creutzlingen	10
7½	Ainsidl	55
2½	Pfeffers [= <i>Pfäfers</i> ]	10
2½	Disidis [= <i>Disentis</i> ]	10
2½	St. Johans im Durtawl [= <i>Turital</i> ]	10
2½	Isni	15
2½	Thubingen	2½
12½	inhaber der grafenschaft Kirchperg	25
7½	inhaber der herschaft Thussen [= <i>Dießen im Schwarzwald</i> ]	15
2½	H. Leo von Staufffs erben	22½
2½	H. von Hohenhewn	10
0	St. Gallen	142½
17½	Schafhausen	112½

Gschutz und pulver, so deß schwebischen craiß  
kriegsvolckh mit sich pracht:

7	an falkanen
200	an kugln auf yedes stuckh, thut
1400	[ <i>Kugeln</i> ]
4800	schuß pulver
	Von obgemelter muniton ist zu dem Ave Maria verschossen worden ob 60 kugln.

Zu roß	Auszug deß obersechsischen kraiß, so gehorsam und ungehorsam erschienen sein:	Zu fuß
150	Kf. zu Sachsen	638½
7½	Bf. von Meissen: Manglt inen noch reitter und knecht vermög deß Reichs auflag.	7½
	Naumburg	} nichts
	closter Sallveld	
	Gf. von Barbi	
	alle Gff. von Gleichen	
	Gff. von Wildenfels	
	Hn. von Gera	
	Reisch [= <i>Reuß</i> ] von Plauen	
	schenckhen von Tautenberg	
	Gf. Adam von Peuchlingen [= <i>Beichlingen</i> ]	
	Kf. zu Brandenburg etc. hat sein volle anzal von raisigen.	
	Bff. Brandenburg, Hafelburg, Libus, graftschaft zu Rupin, graftschaft Hohenstain oder Firraden [= <i>Vierraden</i> ].	} Haben ire volle anzal bei hochgedachtem Kf. von Brandenburg
	Ff. zu Anhalt haben ire volle anzal.	
112½	Hg. Moritz	520
15	Bf. zu Mersburg	15
5	abt zu Walckenried	15
2½	abtessin zu Quedlinburg	25
0	abt [!] zu Geringrot [= <i>Gernrode</i> ]	0
2½	alle Gff. von Leisneckh [= <i>Leisnig</i> ]	5
0	Hn. von der Schaunburg [= <i>Schaumburg, Schauenburg</i> ]	0
5	Honstain	20
14 <sup>c</sup>	Schwartzburg	60
8½	Stolberg	30
5	Reinstain	0
25	Mansfeld	112
	Bernim und Philips, Hgg. zu Pomern, haben geschickht, doch ir anzal nit voll, Chamin desgleichen	

Geschutz und munion deß obersechsischen kraiß:

Kf. zu Sachsen ain falckan sambt zugehorender irer munion.

Kf. zu Brandenburg ain schlangen wol gerust.

Hg. Moritz ain falkan, mit kugl und pulver wol gfast.

Hgg. von Pomern ain falkan mit notdurftiger zugehorung.

Hartzgrafen nichts.

<sup>c</sup> In B: 15.

Zu roß	Verzeichnuß deß nidersechsischen craiß, was ain yeder zu roß und fuß geschickht:	Zu fuß
	Kg. zu Denmarckh von den landen zum Reich gehorig zu roß und fueß nichts geschickht.	
	Ebf. zu Magdenburg und Halberstat kain reutter, sonder 655 [ <i>knecht</i> ] sambt 4 monat besoldung und unterhaltung der hohen empter.	655
	Ebf. zu Bremen	} nichts
	Bf. zu Hildeshaim	
	Lubeckh	} nichts
	Swerin	
2½	Ratznburg	37½
	Schleswickh Hg. Magnus	} nichts
	Hg. Erich zu Braunschweig	
34½	Hg. Hainrich zu Braunschweig sambt 4 monat besoldung auf reutter und knecht. Wollen di reutter und knecht wissen, wer si verrer unterhalten well.	250
87½	Hg. Ernst von Braunschweig sambt 3 monat bezalung auf reutter und knecht.	410
	Hg. Philipsen sön haben von wegen irs vattern di volle anzal an reuttern gehabt.	
	Hainrich und Albrecht Hgg. zu Meckhlburg	nichts
	Hg. Fridrich von Holstain	} nichts
	Gf. von Rainstain	
	Gf. von Wunsdorf	
	Hamburg	
	Mulhausen	
	Northausen	
	Goßlar	
	Gottingen	

Geschutz desselben craiß:

Ebf. zu Madeburg ain falckan wol gerust.  
 Hg. Ernst von Braunschweig ain halbe schlangen sambt notdurftiger munitio.

Zu roß	Niderlendisch und westfalisch craiß	Zu fuß
	Baderporn: soll der Bf. von Coln geschickht haben	

Zu roß	Zu fuß
Bf. zu Yttrich [= <i>Utrecht</i> ]	} nichts
Munster	
Chamerich [= <i>Cambrai</i> ]	
Osnabruckh	
Ferden [= <i>Verden</i> ]	
Minden	
Werden	
Stadl [= <i>Stablo</i> ]	
0 St. Corneliusmunster: manglt inen noch 84½ knecht [und] 10 pferd vermog der anlag.	} 28
Achternach	} nichts
abt zu Corvey	
Herwerden	} geschickht
Esseckh [= <i>Essen</i> ]	
Hg. Wilhelm hat sein auflag von den vier fursten- thumben Gulch, Clef, Geldern und Perg <sup>d</sup> geschickht.	
Gf. Enno von Ostfriesland hat sein anzal krigsvolckh geschickht, mangln im sein auflag reutter, nemlich 20.	
Gf. Johan von Sein	} geschickht
Gf. Wihelm von Nassaw	
Gf. Chuno zu Firneberg [= <i>Virneburg</i> ]	} nichts
Dietrich Gf. zu Manderschid	
Johan Gf. zu Manderschid	
Jacob Gf. zu Manderschid	
Johan Gf. zu Wid	} geschickht
Gf. Wilhelm zu Merß [= <i>Moers</i> ]	
Jobst, H. [zu] Prunkorst	
Oswalt Gf. zu Perg	} nichts
Gf. von Stainfurt, inhaber der grafschaft Penten [= <i>Bentheim</i> ]	
Arnolt Gf. zu Stainfurt, inhaber weilend der von Dort- mund guter	
Gf. Cunrad von Deckhlburg	} geschickht
Gf. Johan zu Oldenburg	} nichts
H. Ott zu Rittpurg child	
Jchildobst Gf. zu Hoien [= <i>Hoya</i> ]	} nichts
Fridrich Gf. zu Diffolt [= <i>Diepholz</i> ]	
Schaumburg und Gema	} geschickht

<sup>d</sup> In B folgt: und der Margg

Zu roß		Zu fuß
Hn. zu Spilberg [= <i>Spiegelberg</i> ] der H. von Winerperg [= <i>Winneburg</i> ] Eberhart und Ruprecht von der Marckh, Hn. zu Arn- purg Chuno Gf. zu Westerperg <sup>2</sup> Gf. Arent von Manderschid <sup>3</sup> , inhaber der herschaft Sumerau	}	nichts 4
0 Simon H. zu der Lipp		0
4 Stat Colln, mangln inen noch 305 knecht und 53 pferd.		545
0 Stat Ach, mangln inen 45 knecht und di auflag der pherd. Niderwesl Stearn [= <i>Düren</i> ] Chamerich	}	nichts 150
25 Dortmund, manglt inen noch 100 knecht [ <i>und</i> ] 25 pherd. Sost [= <i>Soest</i> ] Disperg [= <i>Duisburg</i> ] Herforden Prackl [= <i>Brakel</i> ] Wartburg [= <i>Warburg</i> ] Lengaw [= <i>Lemgo</i> ] Ferdn [= <i>Verden</i> ]	}	nichts
Zu roß	Frenckhisch craiß	Zu fuß
90 Bf. zu Bamberg 2 monat: Hat der obrist di reutter den 3. monat auß dem geschickhten craißgelt besolden lassen, di knecht sein 4 monat bezalt.		505
120 Wurtzburg 3 monat mit Chamburg [= <i>Comburg</i> ], Asten und Reichaltzperg [= <i>Reichelsberg</i> ]. Sein den 4. monat von dem craißgelt bezalt worden.		547½
75 Aistet 3 monat und sein von dem geschickhten craißgelt den vierten monat bezalt worden.		330
48 Teutschmaister 3 monat, diselben sein angezogen und gedint wie volgt <sup>4</sup> :		0

<sup>2</sup> *Wahrscheinlich ist Gf. Kuno von Virneburg gemeint. Nach seinem Tod 1545 fiel die Grafschaft in weiblicher Erbfolge an die Gff. von Manderscheid-Schleiden (siehe die folgende Zeile), die damit auch die Herrschaft Sumerau erhielten.*

<sup>3</sup> *Es handelt sich wahrscheinlich um Gf. Arnold I. von Manderscheid-Blankenheim (jüngere Linie), der von 1533-1548 regierte.*

<sup>4</sup> *Alle archivalischen, biographischen und bibliographischen Hinweise zur Identifi-*

Zu roß		Zu fuß
13	H. Weigant von Briel <sup>5</sup> , enden sich seine 3 monat 25. Julij.	0
10	H. Wilhelm Halber <sup>e</sup> , cumeter [= <i>Komtur</i> ] zu Mergentheim <sup>6</sup> ; enden sich desselben 3 monat 13. Augusti.	0
7	H. Johan von Rein <sup>7</sup> , comethur zu Elbrichaim [?], enden sich desselben 3 monat den 7. Augusti.	0
10	H. Anthoni, Frh. zu Stauf <sup>8</sup> , enden sich 3 monat den 14. Augusti.	0
4	H. Gerhart von Wolfen [= <i>Wolff</i> ] <sup>9</sup> , comethur zu Göttingen, enden sich auch di 3 monat den 17. Julij.	0
4	H. Herman Ublackher, comenthur zu Wilhaim <sup>10</sup> , enden sich di 3 monat den ersten Augusti.	0
	Auch hat der obrist deß teutschen maisters anzal pherd den 4. monat von dem geschickhten creißgelt bezaln lassen. Mer hat genanter teutschmaister 137 zu fuß geschickht und diselben 3 monat lang bezalt, den vierten monat sein si von dem craißgelt bezalt.	
22½	Gf. Wilhelm zu Hennenberg uf 3 monat si bezalt.	0
22½	Gf. Berchtolt und Albrecht von Hennenberg sambt vier monat bezalung.	0

<sup>e</sup> Aus C, in A und B: Wilhelm Alber.

zierung der im Folgenden genannten Deutschordensritter, verdanke ich den wertvollen Recherchen von Herrn MMag. Bernhard Huber, Archivar im DOZA Wien.

<sup>5</sup> Es handelt sich um den Landkomtur Wynand von Moelenbach, gen. Breyll (reg. 1536-1554), der unmittelbar nach seiner Ordensaufnahme in den Türkenkrieg gezogen sein soll. Siehe dazu: Leden van de Duitse Orde in de Balije Biesen, S. 37.

<sup>6</sup> Wilhelm Halber von Hergern scheint in den Akten des „Exercitium Militare“ (in: Wien DOZA, Ex. 108, Ex 110/1 und Ex 115/4) als Mergentheimer Komtur auf. Er wechselte im März 1542 als Komtur in die Kommende Köln, womit auch ein Balleiwechsel nach Koblenz verbunden war. Zu Wilhelm Halber siehe: J. HOPFENZITZ, *Kommende Oettingen*, S. 238f.

<sup>7</sup> Johann von Rein ist als Komtur in jener Zeit nicht nachweisbar, auch die Ortsangabe „Elbrichaim“ ist nicht identifizierbar.

<sup>8</sup> Anton Frh. zu Stauf von Ehrenfels war Überreiter zu Frankfurt und trat später wegen Verhelichung aus dem Orden aus. Siehe: J. SEILER, *Der Deutsche Orden in Frankfurt*, S. 459, S. 553.

<sup>9</sup> Gerhard Wolff ist für 1542 als Komtur zu Göttingen belegt (in: Wien DOZA, Ri 441, Nr. 2078), dürfte aber später auf Grund von Verheiratung aus dem Orden ausgetreten sein. Unter den Rittern der Ballei Sachsen ist er jedoch nicht zu finden.

<sup>10</sup> Es handelt sich um Hermann Overlacker, Komtur zu Welheim. Siehe: H. J. DORN, *Die Deutschordensballei Westfalen*, S. 212.



Zu roß		Zu fuß
	Dergleichen haben alle 3 graven miteinander geschickht 120 und si 3 monat bezalt, den 4. sein si von dem geschickhten craißgelt entrichtet.	120
56	Mgf. Jorg zu Brandenburg sambt 4 monat zalung.	505
56	Mgf. Albrecht sambt 4 monat bezalung.	0
15	Gf. Michl zu Werthaim samt drei monat bezalung, den 4. sein si von dem craißgelt zalt.	75
15	Gf. Albrecht und Jorg von Hohenloe und uf 3 monat si bezalt.	75
5	Gf. Wolf von Hohenloe sambt 3 monat besoldung, den 4. sein si auß dem geschickhten gelt auch zalt worden.	30
4	Schenckh Wilhelm und Hans von Limpurg samt 3 monat bezalung, manglt inen noch ains vermog deß Reichs auflag.	25
3	Schenckh Karl und Asmuß von Limpurg sambt 3 monat besoldung, manglt ain pherd, haben 6 knecht darfur geschickht.	
2	H. Fridrich von Schwartzenberg sambt aim monat bezalung, dartzu hat er auch sein anzal knecht alda auch gehabt, sein auch nit mer als ain monat besolt worden. Di andern 2 monat hat der obrist si auß dem kraißgelt zaln lassen. Sollich gelt soll den craißherrn zu Nurmberg widerumb erlegt werden	
100	Stat Nurmberg sambt 4 monat besoldung, dergleichen haben si ir anzal landsknecht geschickht, di habens auf 4½ monat gar bezalt bis auf 90 knecht. Diselben sein von dem nurmbergischen hauptman uf 4 monat unter ain ander vendlen zu sterckhung desselben gethan und sind deß 5. monats auch auß dem craißgelt bezalt worden.	
57½ <sup>f</sup>	Di vier stet Rotnburg, Winshaim, Weissnburg und Schweinfurt; diselben habens gleich wie di von Nurmberg 4½ monat bezalt.	451
Zu roß	Der 4 curfursten bei Rein craiß	Zu fuß
150	Pfgf. Ludwig Kf.	692½
10	abt zu Waldsachsen	45
5	der stift Selltz	15
5	der Gf. von Firneberg	25
7½	stat Gailnhausen	77½

<sup>f</sup> Aus B und C, in A irrtümlich: 75½.

Zu roß		Zu fuß
0	burg Geilnhausen	0
7½	comethur zu Coblantz	33
187½	thut hochgedachts Pfgf. Ludwigs Kf. etc. sambt der obgemelten ausgezogenen hilf.	900½
150	Mainz	642½
150	Trier	92½
150	Colln	92½
2½	Philips von Nassaw zu Peilstain	10
5	Gf. von Neuenar	20
5	Gf. von Reifferschid	15
7½	abt zu St. Maximin	26
5	Gerlach H. zu Niderneisnburg	20
672½	Summarum der 4 Kff. am Rein craiß sambt den ausgezogenen und craißverwanten obgemelt.	3128
Zu roß	Bairisch craiß	Zu fuß
150	Ebf. zu Salzburg	692
35	Bf. zu Freising	205
22½	Bf. zu Regenspurg	77½
45	Bf. zu Passau	195
15	Bf. zu Khiembsee	60
5	Berchtolsgaden	85
10	abt zu Khaishaim	167
10	abt zu St. Haimeran	112½
5	abtessin zu Nidermunster	45
2½	abtessin zu Obermunster	32½
150	Hg. Wilhelm und Ludwig in Bairn etc.	692
75	Hg. Otthainrich Pfgf.	287½
15	Lgf. von Leichtnberg [= <i>Leuchtenberg</i> ]	35
5	Gf. von Ortnerberg	15
10	Gf. vom Hag	45
5	H. von Degnberg	22½
0	Hn. von Stauff	0
5	Hn. von Wolfstain	10
50	stat Regenspurg	280
	Diser craiß ist mit gepurender anzal gschutz, kugl und pulver, auch hagggenpulver volligclich und wol versehen.	

**130** *Verzeichnis der monatlichen Bestallung und Besoldung der hohen Ämter im Türkenzug 1542 – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 vor März 16)*<sup>1</sup>

- A *München HStA, KBÄA 3159, fol. 311r–313r (Kop.); ÜS fol. 311r*: Verzeichnuß der monatlichen bestallung und unterhaltung der hohen ämpter in dieser vergangen turckenhilf anno 42.
- B *Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 18, unfol. (Kop.); ÜS*: Monatliche bestallung und unterhaltung der hohen empter.
- C *Salzburg LA, Geh. Archiv IV/9, 1, unfol. (Kop.); ÜS wie in B.*
- D *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 283r–285r (Kop.). ÜS fol. 283r wie in B.*

5062 fl. kfl. Gn. als obristem veldhauptman<sup>2</sup>.

800 fl. H. Jorgen von Haideckh, kfl. Gn. leittenandt, auf sein leib.

40 fl. auf 10 trabanten.

12 fl. auf ain tolmetschen.

12 fl. auf ain schreiber.

Deß veldmarschalchs Johan Hulchen [= *Hilchen*] stat und unterhaltung:

800 fl. uff sein leib.

12 fl. trumetter.

12 fl. raisiger schmid.

24 fl. zwaien dolmetschen, auf in und sein leittenant zu warten.

24 fl. auf ain wagen fur sein leib.

64 fl. auf 16 trabanten, yedem 4 fl.

16 fl. veldscherer.

<sup>1</sup> *Das nicht datierte Verzeichnis wurde vermutlich von den Befehlshabern des Türkenzuges 1542 erstellt.*

<sup>2</sup> *Die Abrechnung ergab, dass die Reichsstände bei Kf. Joachim noch Schulden aus dem Türkenzug 1542 hatten, weshalb die Mainzer Kanzlei zu Ende des Nürnberger RT 1543 einen Schuldschein für den obersten Feldhauptmann ausstellte: Zu wissen: Nachdem die Kff., Ff. und des Hl. Reichs gemeine stendt den durchleuchtigen, hochgepornen fursten und herrn, H. Joachim, Mgf. zu Brandenburg [...], den vergangen turckenzug [1542] zu oberstem feldhauptman verordnet und annemen lassen, haben der churfursten verordnete rethe, fursten und des Hl. Reichs gemeine stend und der abwesenden botschaften und gesandte, alhier zu Nurnberg uf dem reichstage versamlet, mit hochgedachts Kf. zu Brandenburg rethen, alher zum reichstag verordnet, in dem verordnetem ausschuß rechnung nemen und empfahen lassen und darin befunden, daß seiner kfl. Gn. an derselben stadtgelt noch 20 900 fl. und eilfthalben b. aussenstendig. Doch so sich uber kurtz oder lang in der rechnung befunden, daß hochgedachter Kf. zu Brandenburg uf ir kfl. Gn. stadt mher oder weniger ingenommen oder entpfangen hett, so sol derselbig irthumb, so also befunden, gebessert und mit seiner kfl. Gn. der billickait nach vergliechen werden. Actum Nurnberg, uf Dinstag nach Sontag Cantate im 1543. jare [April 24]. In: Berlin GStAPK, I. HA, Rep. 10, Nr. D, Fasz. B, fol. 21r (Kop.).*

Seinem leittenant Hansen Pleicker Landschad:

100 fl. auf sein leib.

24 fl. auf 6 trabanten.

24 fl. auf ain wagen.

Jorgen Herden untermarschalch:

100 fl. auf sein leib.

24 fl. auf 6 trabanten.

24 fl. auf ain wagen.

Veldmarschalchs provos:

Dem provosen 10 sold.

Seinem leittenant 5 [sold].

Caplan 2 [sold].

Trabanten 12 [sold], zu dem yedem ain ubersold.

Steckhenkhnacht 12 [sold], ydem ain ubersold.

Ain stockhmaister 3 [sold].

Auf ain wagen 24 fl.

Dem obersten scartmaister<sup>3</sup>, H. Cunraden von Hatstain:

70 fl. auf sein leib.

160 fl. vier unter scartmaister<sup>a</sup>

60 fl. zeugmaister.

16 fl. vier trabanten.

Proviantmaister:

Hauptman von Regensburg [= *Leonhard Part*], yedem 10 sold.

Jacob Air<sup>b</sup> von Speir, yedem 10 sold.

Stat H. Conrads von Pendlbergs:

800 fl. auf sein leib.

96 fl. auf 24 trabanten, yedem 4 fl.

16 fl. auf 4 pfaffen.

40 fl. seinem leibartz.

24 fl. auf ain wagen dem artzt.

40<sup>c</sup> fl. dem wundartzt.

Seinem obristen leittenant, Jorgen von Saltzburg:

200 fl. auf sein leib.

24 fl. 6 trabanten.

24 fl. auf ain wagen.

<sup>a</sup> In B bei beiden Erwähnungen: schartmaister.

<sup>b</sup> In B: Ehr. In CD: Eyer.

<sup>c</sup> In C: 20.

<sup>3</sup> Vgl. das italienische Wort „scorta“ = Begleitschutz, Personenschutz.

Die hohen empter:

Profosen 10 sold.

Leittenant 5 [sold].

Caplan 2 [sold].

Steckhenknecht 20 [sold], yedem ain ubersold.

Stockhmaister 2, yedem vier sold.

16 trabanten, yedem 1 [sold].

Zwen nachrichter, yedem 4 [sold].

Zwen knecht, yedem 1 [sold].

Schultheß 10 [sold].

Gerichtschreiber 1 [sold].

Gerichtsleut 12, yedem 1 [sold].

Zwen trabanten, yedem 1 [sold].

3 quartiermaister, yedem 10 [sold].

Sechs trabanten, yedem 1 [sold].

Drei wachtmeister, yedem 10 sold.

Sechs trabanten, yedem 1 [sold].

3 proviantmaister, yedem 11 [sold].

Dreissig veldwaibl, yedem 3 [sold].

3 hurnwaibl, yedem 1 [sold].

Stat H. Wolf Ditrichs von Phirtt etc.:

800 fl. auf sein leib.

96 fl. auf 24 trabanten, yedem 4 fl.

16 fl. auf pfaffen.

40 fl. seinem leibartzt.

24 fl. dem leibartzt auf ain wagen.

40 fl. dem wundartzt.

8 fl. pfeiffer und paucker<sup>d</sup>.

Seinem obristen leittenant [= *Bernhard von Schaumburg*]:

200 fl. auf sein leib.

24 fl. auf 6 trabanten.

24 fl. auf ain wagen.

Die hohen empter:

Profos 10 sold.

Leittenant 5 [sold].

Caplan 2 [sold].

2 stockhmaister, yedem 4 [sold].

20 steckhnhknecht, yedem 1 [sold].

16 trabanten, yedem 1 [sold].

Zwen nachrichter, yedem 4 [sold].

<sup>d</sup> In BCD: drumelschlager.

Zwen khnecht, yedem 1 *[sold]*.  
 Schultheß 10 sold.  
 Gerichtschreiber 1 *[sold]*.  
 12 gerichtisleut, yedem 1 *[sold]*.  
 Zwen trabanten, yedem 1 *[sold]*.  
 Quartiermaister drei, yedem 10 sold.  
 Sechs trabanten, yedem 1 *[sold]*.  
 Drei wachtmaister, yedem 10 *[sold]*.  
 Sechs trabanten, yedem 1 *[sold]*.  
 29 veldwaibl, yedem 3 *[sold]*.  
 3 hurnwaibl, yedem 1 *[sold]*.

131 *Bericht des Rechnungsausschusses zur Abrechnung der hohen Ämter von 1542 durch die Oberbefehlshaber (ad Nr. 130) – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 März 16<sup>1</sup>*

- A *Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/7, fol. 124r–133r (Kop.); ÜS fol. 125r:* Auszug bescheener vorhorter rechnung durch gemeiner stende verordneten ausschus der zweien leutenanten und veldtmarschalcks sambt derselben hohen ambter bevelchhaber des gewesen turckenzugs anno 1542.
- B *Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, Ostpr. Fol. 86, fol. 739r–751v (Kop.); DV fol. 751v:* Außzug und bericht gehorter rechnungen des obersten veldthauptmans im geweißnen turckenzug anno 1542, geweißner zweyer luttentanten Wolff Dieterichs von Pfiardt, Conradten von Bemelbergs und veltmarschalcks Johan Hilchen von Lerch, ryttere, durch den geordneten außschuß bey der versamblung also furpracht den 16. Martij anno 1543.

Erstlich H. Wolff Dietrichs von Pfiardt leutinant [= *Bernhard von Schaumburg*]:

Der hat monatlich uf seinen leib vermog seiner bestallung 800 fl. gehabt. Mehr uff 24 trabanten und 4 briester, idem einen monat soldt, thut 112 fl. Macht zusammen einen monat 912 fl. Ist sein besoldung angefangen den ersten Maij und sich verendet am tag Simonis und Jude, den 28. Octobris [1542], macht 6 monat.

Trifft darauf in einer summa 5472 fl. und dan fur den abzug einen halben monat gerechnet, thut 456 fl. Bringt 5928 fl.

<sup>1</sup> *Die Abrechnung der Befehlshaber des Türkenzuges 1542 wurde den Reichsständen vom Ausschuss am 13. März 1543 erstmals vorgelegt. Auf Grund von Unregelmäßigkeiten in der Verrechnung und wegen fehlender Abrechnungen der einzelnen Reichskreise wurden jedoch keine Beschlüsse gefasst. Am 16. März war die Abrechnung der Oberstleutnants über die Bezahlung der hohen Ämter abermals Thema in der Reichsversammlung, wobei offensichtlich die in Nr. 130 abgedruckte Zusammenfassung vorlag. Siehe dazu das RT-Protokoll Lambs zum 16. März (Nr. 86a, fol. 279r) und das Protokoll der Stadt Heilbronn zum 13. und 16. März 1543 (Nr.88).*

Daran hat H. Wolff entpfangen für zwei monats besoldung 1824 fl., bleibt ein rest für die 4 monat dan und den halben monat für den abzug 4104 fl.

Und nachdem gedachter H. Wolff Dietrich deshalb für den abzug für sein person nit gesettiget sein will, sonder für sich, seinen leutenant, profosen, schultheisen, veldt- ader musterschreiber ein gantzen monat soldt gefordert und entlichen doruf bestanden, so hat der ausschus solches an die gemeine reichsstende gelangen zu lassen bedacht.

Were dan der gantz monat soldt für den abzug bewilligt, wurd die hievor geschriben summarum des rests 400 fl. als sein person heerlaufen und dan in der gantzen summa machen 4508<sup>2</sup> fl.

Volgen hernach seine in der bestellung zugeordnete personen, als leib- und wundtartz, und ferer seine hohe embter:

Erstlich hat der leibartz monatlich gehabt 40 fl. für sein person und 24 fl. auf einen wagen, thut 64 fl. Macht uf 6 monat, die H. Wolff Dietrich gedient, 384 fl. Daran hat ehr entpfangen für 3 monats besoldung 192 fl. Bleibt der rest die andern drey monat 192 fl. und dan ein halben monat für den abzug 32 fl. Summa, so man gemeltem leibartz noch pro rest bleibt, 224 fl.

Der wundtartz ader veldscherer hat monatlich gehabt 40 fl. und gleicher gestalt 6 monat gedient. Thut sein besoldung die 6 monat 240 fl. Dagegen hat ehr entpfangen 3 monats bezalung, nemblich 120 fl., bleibt man im pro rest 120 fl. und dan für den abzug  $\frac{1}{2}$  monat soldt 20 fl. Summa, so man im sambt dem abzug schuldig bleibt, 140 fl.

Der leutenant Bernhart von Schaumberg hat monatlich uf seinen leib gehabt 200 fl. und dan uf 6 trabanten 24 fl. Hat auch 6 monat gedient, wie obgemelt. Thun solche 6 monat 1344 fl. Daran hat er entpfangen für 3 monats bezalung 672 fl. Bleibt man im noch pro rest für die andern drey monat 672 fl. und dan für den halben monat abzugs 112 fl. Thut zusammen, so man im schuldig bleibt, 784 fl. Und solt man gedachtem leutenanten vermog H. Wolff Dietrichs forderung für den abzug ein gantzen monat soldt geben, wurd sich diese summa umb 100 fl. erhöhen und alsdan treffen 884 fl.

Der profos hat monatlich uf sein leib 40 fl., item für seinen leutenant 20 fl., item für zwen caplan 8 fl., item uf 16 trabanten idem ein soldt, thut 64 fl., item uf 20 steckenknecht idem ein soldt, thut 80 fl., item uf zwen steckmaister jedem 4 soldt, thut 32 fl. item uf zwen nachrichter [= *Scharfrichter*] idem 4 soldt, thut 32 fl., item uf zwen irer knecht idem 1 soldt, thut 8 fl. Summa monatlich 284 fl. Haben gleich den vorgemelten gedient 6 monat, bringt 1704 fl.

Bleibt man inen noch vier monat 1136 fl. und dan ein halben monat für den abzug 142 fl. Thut die summa seiner schuld 1278 fl.

Und solt gedachtem profosen, wie H. Wolff Dietrich fordert, der gantz monat für sein abzug gegeben werden, so erhocht sie [= *sich*] die summa seiner schuld umb 20 fl. und brecht die summa alsdan 1298 fl.

<sup>2</sup> Irrtümlich; richtig ist: 4504 fl.

Der schultheiß hat monadlich uf sein leib gehabt 40 fl., uf zwen trabanten 8 fl., uf 12 gerichtspersonen idem 1 soldt, thut 48 fl., uf den gerichtschreiber 4 fl., uf den gerichtswaibel 4 fl., uf den trummelschleger 4 fl. Thut monatlich zusammen 108 fl. Macht 6 monat, so er wie die andern gedient, 648 fl. Daran hat er empfangen 3 monats besoldung, thut 324 fl. Bleibt man ime noch fur 3 monat 324 fl. und dan fur ½ monat des abzugs 54 fl. Summa seines rests 378 fl.

Und wo gemeltem schultheissen, wie H. Wolff Dietrich fordert, das gantz monat soldt fur sein abzug solt volgen, so wurd die summa seines rests sich treffen 398 fl.

Der veldt- oder musterschreiber hat monatlich gehabt uff seinen leib 20 fl. Hat auch 6 monat gedient, thut 120 fl. Daran hat er empfangen 3 monat besoldung 60 fl. Bleibt man im noch pro rest 60 fl. Und dan ein halben monat fur den abzug 10 fl. Thut summa seines rests 70 fl.

Und wirt sich solche summa des rests, so man bescheener forderung nach den gantzen monat soldt fur den abzug soldt, noch umb 10 fl. erhothen. Und treffe sich 80 fl.

Drey quartirmaister hat yder monatlich uf seinen leib gehabt 40 fl., und dan yder auf 2 trabanten 8 fl. Thut zusammen einen monat allen dreien 144 fl. Macht sechs monat, die sie wie andere als obgemelt gedient, 884<sup>3</sup> fl. Daran haben sie empfangen drei monats besoldung, thut 432 fl. Bleibt man noch fur die andern 3 monat auch 432 fl. Bleibt man noch fur die andern 3 monat auch 432 fl. und dan fur den halben monat abzugs 72 fl. Summa des rests, so man schuldig bleibt, 504 fl.

Gleicherweiß ist man den dreien wachmaistern sambt iren 6 trabanten, welche alle mit der bestallung und der einnahm irer besoldung den quartirmeistern durchaus gleich befunden, fur iren rest und abzug 504 fl.

Drei profiantmeister hat jeder uf seinen leib monatlich 40 fl., thun zusammen 120 fl. Macht die 6 monat, so sie gleich den andern gedient, 720 fl. Daran haben sie empfangen fur drey monat besoldung 360 fl. Bleibt man inen noch fur die andern drei monat 360 fl. und dan 60 fl. fur den halben monat des abzugs, thut 420 fl.

23 feldtweibel hat yder den monat gehabt drei soldt, thut 12 fl., macht inen zusammen monatlich 276 fl. Haben wie die andern irem anzeigen nach 6 monat gedient, thut die sechs monat 1656 fl. Daran empfangen 4 monat soldt 1104 fl. Bleibt man inen noch pro rest die ubrigen 2 monat 552 fl. und dan fur ein halben monat des abzugs 138 fl. Summa ires rests 960 fl.

Und wiewol Wolff Dietrich in seinem regiment nit mehr dan die abgemelten 23 waibel in iren amthern gebraucht, so hat er doch in seiner rechnung uf 29 weibel die besoldung angezeigt und sie dergestalt vorrechnet, das er die besoldung der 6 weibel mit wissen und zulassen des obersten veldtheubtmans, des Kf. von Brandenburg, uf etliche personen gewendt und damit underhalten

<sup>3</sup> Irrtümlich; richtig ist: 864 fl.



habe, nemlich einen uf seinen leib zu warten, den er nit nent, item H. Sigmundt von Eitingen, item Steffan von Lamprei, hat 2 webel soldt gehabt, item 1 waibel soldt uf 3 unbenante personen, item 1 webel soldt uf sein einkeuffer.

Und so diese 6 webel soldt bewilligt worden, sol uf sie jeden monatlich 3 soldt, macht einem 12 fl. und uf den 6 monat innen allen zusammen 432 fl. Daran haben sie entpfangen fur 4 monats besoldung 288 fl. Bleibt inen noch fur die ubrigen 2 monat pro rest 144 fl. und dan fur den halben monat des abzugs 36 fl. Thut zusamen ir rest 180 fl.

Drey hurnwebel hat yeder monatlich drei soldt, innen dreien ein monat 12 fl., macht die 6 monat all den dreien 72 fl. Daran haben sie entpfangen 3 monats besoldung. Bleibt man inen fur die ubrigen 3 monat ires rests 36 fl. und dan  $\frac{1}{2}$  monat ires abzugs 6 fl., thut zusamen 42 fl.

Summarum aller einnam dieses registers ist 6412 fl.

Daruber bleibt man H. Wolffen Dietrichen und allen seinen zugehörigen vormog dieses registers noch schuldig in einer summa 9312 fl.

Vorhorte rechnung des andern leutenants, H. Conrads von Bamelbergs:

Wiewol H. Conrads besoldung vormog, das ehr den ersten Maij, wo es moglich, zu Wien ankommen ader in acht tagen darnach sich furderlich dahin verfügen soll, so hat er doch angezeigt, wol den 6. tag Maij erst von hauß ausgezogen. Hab er sich dermassen gefurdert, das er inwendig als 5 tag zu Wien ankommen sei. Derhalb mag im kein saumnus ader abpruch an den 6 monaten zugelegt, sonder sollen inen die 6 monats besoldung von dem ersten tag Maij biß uf Simonis et Jude, den 28. Octobris, vollkommenlich billich volgen und gerechnet werden.

Darauf ist die rechnung vom ausschus uf die 6 gantzen monat gestellt wie nachfolgt:

Erstlich hat bemelter H. Conradt uf sein leib vermog seiner bestallung monatlich gehabt 800 fl. Item uf 24 trabanten und 4 priester idem ein soldt, thut den monat 112 fl. Mer uf seinen leibartz den monat uf desselben person 40 fl. und im, dem artzt, uf einen wagen 24 fl. Item uf den wundtartz den monat 4<sup>4</sup> fl. und dan uf einen trumelschlager und pfeiffer, wiewol dieselben bede in seiner bestallung nit begriffen, monatlich 8 fl. Thut summarum monatlich seines solds 1024 fl. Macht die obgemelten 6 monat 6144 fl. Daran hat er entpfangen bezalung uf drei monat, thut 3072 fl. Bleibt man im pro rest fur die ubrigen drei monat noch 3072 fl. und dan fur den halben monat des abzugs 512 fl. Macht zusamen 3584 fl.

Dieweil aber H. Conradt sich des halben monat soldt fur den abzug, in ansehung, das andere seinesgleichen den gantzen monat soldt fur solchen abzug haben wollen, beschwert, mit anzeig, das er nit weniger dan andere treuen vleis furgewendt und die ambter zu dem gnauesten bestellt, derhalben er nit geringer in solchem dan andere seinesgleichen billich gehalten wird. Und letztlich auf

<sup>4</sup> Irrtümlich; richtig ist: 40 fl.

einrede des ausschus die messigung zu erkantnus des ausschus gestelt, welcher erkantnus sich der ausschus nit unternehmen, sonder es an gemeine reichsstende gelangen wollen.

Und so im dan von stenden der gantz monat fur den abzug bewilligt, trifft sich die summa als uf sein person 400 fl. hoher und bringet damals die summa zusammen des gantzen rests 3984 fl. sovil sein stat belangt.

Sein leutenant Georg von Salzburg hat monatlich uf seinen leib 200 fl., mer uf 6 trabanten 24 fl., und dan wie er sitzt uf einen wagen, 24 fl. Thut den monat 248 fl. Bringt summa uf 6 monat 1488 fl. Daran empfangen 3 monats besoldung, nemlich 744 fl. Bleibt man im noch 744 fl. und dan ein halben monat soldt fur den abzug 124 fl. Macht sein gantzer rest 868 fl.

Und so diesem leutenant uf sein leib wie H. Wolff Dietrichen leutenant sein gantzer monat soldt fur den abzug geben werden solt, erhohet es sich 124 fl. mehr. Treff sich also die summa des rests 992 fl.

Der profoß hat monatlich uf seinen leib 40 fl. Uff sein leutenant 20 fl. Uff 2 caplan 8 fl. Uf 16 trabanten idem ein soldt, thut 64 fl. Uf 20 steckenknecht idem 1 soldt, thut 80 fl. Uf 2 steckenmeister idem 4 soldt, thut 32 fl. Uf 2 nachrichter idem 4 soldt, thut auch 32 fl. und dan uf zwene ire knecht 8 fl. Summa des monats 284 fl. Macht die 6 monat 1704 fl. Daran haben sie empfangen zwey monats bezalung, thut 568 fl. Bleibt man inen noch pro rest fur die 4 monat 1136 fl. und dan fur einen halben monat soldt des abzugs 142 fl. Thut zusammen 1278 fl.

Und so im uf sein person fur den abzug der gantz monat bewilligt, lauft 1298 fl.

Der schulteis Georg Sennft hat uf sein leib ein monat 40 fl. gehabt. Uf zwen trabanten 8 fl. Uf 12 gerichtspersonen jeden 1 soldt thut 48 fl. Uf 1 gerichtsschreiber 4 fl. Uf den gerichtswebel 4 fl. Uf ein trumelschlagel 4 fl. Thut zusammen den monat 108 fl. Macht die 6 monat 648 fl. Daran haben sie empfangen 3 monats bezalung, nemlich 324 fl. Bleibt man inen die uberigen drei monat auch sovil und dan fur den abzug ein halben 44<sup>5</sup> fl. Macht zusammen 378 fl.

Und so diesen schultheisen uf seinen leib auch der gantz monat soldt fur den abzug gerechnet werden, brecht die summa 20 fl. mehr, thet also die summa des gantzen rests 398 fl.

Drei quartirmeister: Hat yder uf seinen leib gehabt den monat 40 fl. Und jedem uf zwen trabanten 8 fl. Thut den monat inen dreien quartirmeistern und trabanten 144 fl. Macht die 6 monat durchaus 844 fl. Daran haben sie 3 monats besoldung empfangen 432 fl. Bleibt man inen noch pro rest sovil und dan fur den abzug ½ monat 72 fl. Bringt zusammen 504 fl.

<sup>5</sup> Irrtümlich; richtig ist: 54 fl.

Gleicherweiß ist man den dreien wachmaistern sambt iren 6 trabanten, welche alle mit der bestellung und der einnahm irer besoldung den quartirmeistern durchaus gleich befunden, fur iren abzug und rest 504 fl.

Drei profiantmeister hat yder uf seinen leib monatlich 40 fl., thut 1 monat zusammen 120 fl. Macht die 6 monat 720 fl. Daran haben sie empfangen drei monats besoldung 360 fl. Bleibt man inen noch pro rest auch als vil und dan fur den halben monats abzug 60 fl. Macht zusammen 420 fl.

Drei veldtwaibel jedem den monat 3 soldt, thut idem 12 fl. Macht inen zusammen monatlich 360 fl. Thut die sechs monat alle zusammen 2160 fl. Daran haben sie empfangen drei monats besoldung, nemlich 1080 fl. Bleibt man inen noch fur die ubrigen drei monat 1080 fl. und dan fur ein halben monat des abzugs 180 fl. Macht in aller rest zusammen 1260 fl.

Drei hurnweibel idem 1 monat 1 soldt, thut inen zusammen 12 fl. Macht inen auf die 6 monat 72 fl. Daran haben sie empfangen drei monats besoldung 36 fl. Bleibt man inen fur die ubrigen halben monat des abzugs 6 fl., thut zusammen 42 fl.

Summarum aller einnahm dieses registers ist 7048 fl.

Daruber bleibt man H. Cunraden von Bemelberg sambt allen seinen zugehörigen vormog dieses registers noch schuldig 8838 fl.

Vorhorter rechnung H. Johan Hilchens von Lerch, veldtmaschalcks des gewesenen turckenzugs 1542:

Hat H. Johan Hilchen uf seinen leib monatlich gehabt 800 fl. Item uf 16 trabanten, idem 1 soldt; thut ein monat 64 fl. Item uf ein trumeter 12 fl. Uf zwen dolmetschen 24 fl. Uf ein veldtscherer 16 fl. Uf 1 wagen 24 fl. Macht den monat 952<sup>6</sup> fl.

Ist sein, H. Johan Hilchens, besoldung angangen den ersten tag Maij und hat sich geendet an dem abzug den letzten tag Octobris. Trifft 6 monat 4 tag, den monat zu 30 tagen gerechnet. Machen die 6 monat 5712 fl. und dan die uberigen 4 tag 126 fl. 14 b. Und dan ain monat fur den abzug 852<sup>7</sup> fl., welcher gantzer monat soldt fur den abzug inen als reisigen zugelassen laut des Kf. von Brandenburg bestallung.

Thut summarum 6790 fl. 14 b. Daran hat er empfangen von Sebastian Pesserer, des schwebischen kraiß gegenschreiber, fur 3 monat 2856 fl. und dan [von] des Kf. von Brandenburg secretarien noch fur ein monat besoldung 952 fl.; thut 3808 fl. Bleibt man im schuldig fur drei monat, darin der abzug begriffen, 2992 fl. 14 b.

Volgen hernach seine hoche ambter:

<sup>6</sup> In der Summe von 952 fl. sind 12 fl. für einen „raisigen schmid“ enthalten, der hier nicht angeführt wird.

<sup>7</sup> Irrtümlich; richtig ist: 952 fl.

Erstlich Gf. Adolff von Nassau, untermarschalck, hat monatlich uf seinen leib gehabt 100 fl. Item 6 trabanten 1 soldt, thut 24 fl. Item uf einen wagen 24 fl. Trift das monat 148 fl.

Nachdem wolgedachter Gf. Adolph erst zu Wien zu untermarschalck bestellt und angenommen, endt sich sein gediente zeit funf monat und dan einen monat fur den abzug. Machen solche 6 monat zusammen 888 fl. Daran haben seine Gn. empfangen von dem obersten veldhauptman zwo monats besoldung, als 296 fl. Bleibt man im noch schuldig 592 [fl.].

Hans Pleickart Landschadt, leutinandt, hat monatlich gehabt uf seinen leib 100 fl. Item uf 6 trabanten 24 fl. Uf 1 wagen 24 fl. Macht den monat 148 fl. Dieser leutenant hat gleicherweiß wie H. Johan Hilchen gedient 6 monat 4 tag. Thun die monat 888 fl. und dan die 4 tag 17 fl. und dan den monat fur abzug 148 fl. Bringt zusammen 1036 fl.

Daran hat er entpfangen von des schwebischen kreiß kegenschreiber Sebastian Pesserer fur 3 monats besoldung 444 fl. und ferner von des Kf. zu Brandenburg secretarien fur 2 monats besoldung 296 fl. Thut zusammen 740 fl. Bleibt man im noch also schuldig fur die uberigen 2 monat und 4 tag, darin der abzug auch begriffen, 313 fl. So ist gemeltem Hans Pleickart Landtschad auch von genantem Sebastian Pesserer uber die vorgeschribene einnahm 100 fl. rustsgelts geben.

Der ander untermarschalck, Jorg von Herden<sup>a</sup>, ist vorgemelten Hans Pleickart Landschad mit der zeit seines vordiensts, abzugs, rustsgelts und einnahm gleichformig erfunden, und bleibt man im schuldig gleicherweiß 313 fl. Und hat er sein rustgelt, nemblich 100 fl., auch von Sebastian Pesserer, des schwebischen kreiß gegenschreiber, empfangen.

Der wachmaister Georg von Bemelberg hat monatlich uf seinen leib gehabt 40 fl. und gedient in aller massen wie Gf. Adolph von Nassau, nemlich 5 monat und dan 1 monat fur den abzug. Thun solche 6 monat 240 fl. Mehr hat er gehabt 2 trabanten, jeden den monat 1 soldt. Thun solche 6 monat 48 fl. Daran hat er nichts entpfangen. Bleibt man ime die gantzen summa schuldig 288 fl.

Der rumormaister Fabian von Schlieben hat monatlich gehabt uf seinen leib 24 [fl.]. Bleibt man im noch schuldig 120 fl.

Der provandtmeister Henßlein Gumpenberger hat uf seinen leib monatlich gehabt 44 fl. Hat sambt dem abzug 6 monat, thut 264 fl. Und dieweil er nichts entpfangen, bleibt man im die noch schuldig.

Der profiandtmeister Linhart Part von Regensburg ist dem ersten proviandtmeister in allem gleichformig gefunden. Bleibt man ime derhalben gleicherweiß schuldig 264 fl.

Der profoß uber die raisigen, Friderich Schnabel, hat monatlich uf seinen leib, auch seinen leutenant, trabanten und steckenknecht gehabt 200 fl. Hat

<sup>a</sup> In A korr. aus: Heideck. Georg von Heideck war nicht Untermarschall, sondern Oberster über die Reiter im Türkenzug 1542.

gedient 5 monat und einen monat fur den abzug. Die machen zusammen 1100<sup>8</sup> fl. Daran hat er empfangen von dem obersten veldhauptman 200 fl., rest im noch 900 fl.

Summarum aller einnahm dieses registers 608 fl.

Daruber bleibt man H. Johan Hilchen und allen seinen zugehörigen vormog dits registers noch schuldig in einer summa 6046 fl. und 14 b.

Der zeugmaister Hans Franck hat monatlich uf seinen leib gehabt 60 fl. Uf seinen zeugschreiber 4 fl. Uf seinen leutenant 8 fl. Uf seinen geschirmeister 10 fl. Uf zwen trabanten 8 fl. Uf zwen zeugdiener 8 fl. Uf 1 furirer 6 fl. Uf drei pulverhutter 12 fl. Uf den zeugwagner 4 fl. Uf den zeugputner 4 fl. Thut monatlich 124 fl. Hat gedient 6 monat, die machen 744 [fl.]. Daran hat er empfangen 2 monats soldt, thut 248 fl. Bleibt man im fur die ubrigen 4 monat 496 fl. und dan ½ monat fur den abzug 72<sup>9</sup> fl. Thut zusammen, so man im schuldig bleibt, 558<sup>10</sup> fl.

Aller außstandt H. Wolff Dietrichs, H. Conrads von Bemelberg und Johan Hilchens mit allen iren zugehörigen, auch des zeugmeisters Hans Francken, vormog der vorrecheten register in einer summa ist 23 490 fl. 14 b.

So fordern des Kf. von Brandenburg, obersten veldthaubmans, rete 21 094 fl. Sei irer kfl. Gn. ausstandts.

Mengel in den bescheenen rechnungen befunden:

Erstlich das H. Wolff Dietrich setzt in seiner rechnung ein veldschreiber, welchen H. Conradt nit gerechnet, mit anzeig, es gebur keinem ein veldtschreiber uf gemeine besoldung zu halten. Er hab auch einen eigen veldtschreiber gehabt, doch in seinem eigen kosten.

Zum andern hat H. Cunrad seinem leutenant ein wagen und darauf monatlich 24 fl., aber H. Wolff Dietrich seinem leutenanten keinen zugerechnet.

Zum dritten hat H. Conradt uber sein 24 trabanten noch zwo personen, nemlich trummeschlager und einen pfeiffer, vorrechnet, die doch in seiner bestellung nit begriffen, welche H. Wolff Dietrich in seiner rechnung nit gemeldet.

Zum vierten hat H. Wolff Dietrich 23 fenlein knecht gehabt und daraus nur 2 hauffen geordnet, und rechnet aber gleichwol 3 quartirmeister, drei wachmaister, 3 profandtmeister und drei hurnwebel.

So H. Conradt von Bemelberg 31 fendlin und doraus drei hauffen geordnet, auch nur 3 quartirmeister, drei wachmaister, drei profandtmeister und drei hurnwebel gehabt und also mit gleichmessigen ambtern mehr volcks dan H. Wolff Dietrich vorwaltet.

<sup>8</sup> Irrtümlich; richtig ist: 1200 fl.

<sup>9</sup> Irrtümlich; richtig ist: 62 fl.

<sup>10</sup> Irrtümlich; richtig ist: 568 fl.

132 *Vorschlag des Oberstleutnants Wolf Dietrich von Pfirt zu den Modalitäten der Bezahlung des ausstehenden Soldes für die Inhaber der hohen Ämter im Türkenzug 1542 – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 April 6)*<sup>1</sup>

A *Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchener Bestand, Lit. 1105, unfol. (Kop.); DV: H. Wolf Dietrich von Pfirts betzalung betreffent.*

B *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 98r–99r (Kop.).*

C *Augsburg StA, Reichsstadt Nördlingen, Münchner Bestand, Lit. 52, unfol. (Kop.); ÜS: Supplication an der reichsstend reth und botschaften.*

Nachdem H. Conradten von Bemelberg und mir gestern [1543 April 5] von eur Gnn. und Gg. und euerntwegen durch den mentzischen cantzler etliche furschleg unser und der oberambter von dem Reich aussteender besoldung halben thun lassen, welche meines behalts darauf gestanden, dieweil sich die hauptsuma obberurter aussteender besoldung etwas hoch erstreckht und aber das Reich zu betzalung derselben etlicher furgefallner verhinderung halben nit khommen mecht, das wir und ein yeder in sonderheit unserer hauptsumma vermug unserer habenden bestallung beyeinander pleiben, auch dem Reich daruber die furstreckhung thun wollten, damit die oberambter zufriden gestellt. Und sollichts alles und yedes sollt zusammengerechnet und daruber uns vom Reich zu gewarten billiche und geburliche versicherung beschehen. Da uns aber solchs nit annemblich, wern euer Gnn. und Gg. uf ein andern weg, der sich aber, alß zu besorgen, etwas lenger dann diese vertziehen wurde, zu bedenckhen urbutig<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> *Im Reichsrat wurde am 5. April vom Mainzer Kanzler mit den Oberstleutnants Wolf Dietrich von Pfirt und Konrad von Bemmelberg wegen ihrer ausstehenden Besoldung verhandelt, jedoch kein Beschluss gefasst. In der Reichsratsitzung des 6. April reichte Pfirt den oben abgedruckten Vorschlag ein, der von den Reichsständen gutgeheißen wurde, wobei die Kurfürsten für die aufzunehmende Kreditsumme bürgen sollten. Siehe dazu das Heilbronner Protokoll (Nr. 88) zum 5. und 6. April. Die württemberg. Gesandten berichteten am 7. April 1543 an Hg. Ulrich: [...] Und als sie [d.h. die Oberstleutnants] etwo lang alhie verharret, ist di sachen auf vil gephogne handlung dahin komen, das H. Connrat von Bemelberg solhen ausstand auf landleuffig kauff und gut verschreibung, vom 100 funf furzusetzen und zu leihen, sich erbiten, dagegen wellen der funf churfursten gesandten, rethe und pottschaften, nemblich Meintz, Trier, Phaltz, Sachssen und Branndenburg, von wegen irer gnädigsten herrn der churfursten sich gegen H. Connradten umb dise bezalung obligirn und verschreiben, doch dergestalt, das hochemelten churfursten von gemeinen reichsstenden dagegen auch versicherung gegeben, so in vergleichung der craistruchen etwas bevor oder, so der gemein pfennig von den ungehorsamen stenden eingebracht, das alsdann sie ire obligation widerumb erledigt und bezalt sollen werden oder das ire kfl. Gnn. an kunftiger reichsanlag solhe soma sollen und mögen innen behalten. [...] In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 481r–486v, hier fol. 484v (Ausf.).*

<sup>2</sup> *Die kurbrandenburgischen Gesandten Leonhard Keller und Jakob Schilling berichteten am 6. April 1543 (freitags nach Quasimodogeniti) aus Nürnberg an Kf. Joachim von Brandenburg über Geldmangel, das Drängen der Gläubiger auf Bezahlung, die mühsamen*

Uff das haben wir bede unser bedenckhen geben. Hat sich nach genommenem bedenckhen H. Conrat vernemen lassen, daß er solchen furschlag, inmassen uns der von euern Gnn. und Gg. beschehen, verfolgen und annemen wollt, doch dieweil er zuvor von dem Reich verschreibung genugsam, die im auch verbessert nit kundten werden, so sollt man ine doch uf einen gewissen stand des Reichs<sup>3</sup> weisen und von dem geburliche verschreibung und versicherung ausbringen, so wollt er alßdann die oberambter seinstails auch zufriden stellen.

Und wiewol ich bey mir solches furschlags, auch daß ich den last, inmassen von H. Conradten beschehen, uf mich nemen sollt, allerlay bedenckhen gehabt, auch mich weiter zu bedenckhen gebeten, und ich aber auch befind, daß mir der ander weg, alß daß ich noch ein zeit lang warten und merern uncosten, der dann sonst nit gering, aufwenden sollt, einen weg fur den andern erwelet. Und zu furderung der sachen, auch zu abhelfung des uncostens, bin ich bedacht, das mittel, wie es H. Conradt furgeschlagen, anzunemen, doch also und mit der beschaidenheit, dieweil ich nit minder dann H. Conrat zuvor von dem Reich verschreibung hab, die mir auch anderst nit gebessert werden mechten, daß erstlich meine, hernach der oberambter besoldung, die ich alle zufriden stellen will, und volgends alle und yede darauf gelaufne uncosten

---

*Verhandlungen über die Höhe der Kreditzinsen und die Schwierigkeiten bei der Bezahlung der Oberstleutnants: [...] Dann was wir nun 14 tag her gessen und gedruncken haben, das haben wir porgen und entlehen müssen und können nicht wissen, wie lang der rheimstag noch weren mag, wiewol sich kgl. Mt. vernemen lest, uber acht tag hie nicht verharren, und damit man doch nichtdestweniger zu abhandlung der andern puncten etc. komen moge, sein commissarien hinter ime lassen will. So ist Pfgf. Fridrich sambt seiner gemahel gestern vor dato [1543 April 5] von hinen schon verrückt, und als man sagt nach Haydlberg, villeicht gar ins Niderlant etc. So vermaindt man sich röm. ksl. Mt. ankunft ins Rheim noch in wenig monaten. [...] Und was wir dagegen furwenden und vertrosten auf des Rheims schuld [...] will alles nichts helfen, dan wie es umb bezalung der rheimsstendt stet, ist laider schier dem kindt uf der gassen bewust. Und ligen H. Wolf Dietrich und H. Kunrat von Bemelberg etc. samt iren oberemptern noch hie, können kein betzalung bekommen, verzeren ains dails, was sie haben, und wollen di wirt inen weder zu essen noch zu drincken mher geben. Ist ein solhs geschray, daß schandt und zu erparmen ist, und zu besorgen, die littenandt werden ire oberempter selbst bezalln müssen. Deß wurde dann H. Kunrat von Bemelberg (wie er sich horen lest, euer kfl. Gn. ime guth gesagt haben) sich von euer kfl. Gn. erholen, welchs wir, sovil immer muglich und menschlich, je gern verkomen wolten. Und besorgen warlich, daß euer kfl. Gn. ires ausstendigen statgelts und außgebens langsam werden bezahlt werden. Und wolt Got, euer kfl. Gn. solhs nach Bartholomei [Aug. 24] bekommen mochten. [...] In: Berlin GStAPK, I. HA, Rep. 10, Nr. D, Fasz. D, fol. 1r–6v, hier fol. 3v–5v (Ausf.).*

<sup>3</sup> *Die Reichsstände versuchten in der Reichsratssitzung des 5. April 1543, die Reichsstadt Nürnberg dazu zu bewegen, das ausstehende Geld für die Besoldung der hohen Ämter vorzustrecken, doch die Stadt lehnte ab. Siehe das Heilbronner Protokoll (Nr. 88) zum 5. April.*

und schaden, so ferr jetzt nit mit barem gelt erlegt werden, in ein gewisse suma gerechnet, die zusammengezogen und namhaftig gemacht und dieselben alßdann auf einen churfursten, fursten, statt oder stand deß Reichs, auch einen nambhaften und habhaften kauffman, die mir annemblich beweisen, und mit demselben gehandelt werde, solcher suma halben geburliche bekhenntnus und schuldverschreibung, daß hundert jerlich mit fünfen zu verpensioniern, von sich zu geben. Bin ich urbutig, solche suma nit allein etliche monat, sunder jar und tag und bis sich das Reich wol vergleichen kann, wie solche betzalung am fueglichsten beschehen mug, [vorzustrecken], deß verhoffens, eur Gnn. und Gg. werden an disem meinem billichen erbieten benueegig sein und mich ferrer zu meinem und deß Reichs schaden, nachteil und uncosten nit vorhalten. Das bin ich umb eur Gnn. und Gg. zu verdienen willig und berait.

[US:] Euer Gnn. und Gg. williger Wolff Dietterich von Pfird, ritter etc.

133 *Bericht des Rechnungsausschusses über die modifizierte Abrechnung der hohen Ämter im Türkenzug 1542 (ad Nr. 130-131)<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 6/verlesen April 7*

A *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 405r–411r (Kop.); AS fol. 405r: Auszug der geenderten rechnung der hohen embter im vorschinen turckenzug etc. Nurmberg, 1543 den 6. Aprilis. ÜS fol. 406r: Auszug der geenderten rechnung der hohen ämbter.*

B *Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, unfol. (Kop.); AS wie in A.*

<sup>1</sup> *Die württemberg. Räte berichteten dazu am 7. April 1543 an Hg. Ulrich von Württemberg: [...] So haben auch di zwen obersten leuttenandt [Wolf Dietrich von Pfirt und Konrad von Bemmelberg] und veldtmarschalh [Johann Hilchen von Lorch] im gewesen turckenzug den reichsstenden von wegen der hohen embter rechnung vermög aines außzugs, hiebeiligendt mit J bezaichendt [Nr. 133], gethon. Und dieweil sie laut irer bestallung von gemeinen reichsstenden bestellt und angenommen, haben sie von denselbigen ihres ausstandts bezalung ervordert und begert. Hierauf wir von wegen euern fstl. Gn., wie dann von andern gehorsamen stenden gleichfalls mer beschehen, angezeigt und furgewandt, das euer fstl. Gn. dasjhenig, so derselben vermög des speirischen reichsabschiede zu thon geburt, zum getreulichsten erlegt und gelaistet hetten. Derwegen, wo den leutenanden, veldtmarschalh oder andern ainiche bezalung noch ausstiende, derselbigen wurden sie der billichait nach von den ungehorsamen stenden entricht und zufriden gestellt, welhe ungehorsame stend auch zu solher bezalung vermög obgedachts speirischen reichsabschiedts billich angehalten werden sollten. Es haben aber ermelte leuttenandt und veldtmarschalh sich auf di ungehorsamen stend nit weissen wollen lassen, sonder von gemeinen reichsstenden di bezalung nach außweisung irer bestalbriefe begert. [...] In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 481r–486v, hier fol. 484rv (Ausf.). Auch die sächsischen Räte berichteten in einem Schreiben vom 17. April (Nr. 372) von einer Verlesung des obigen Aktenstücks vor den Reichsständen am 7. April.*



Erstlich under H. Wolffen Dieterichs regiment:

Und ist vermog der reichsstend beschwerdt die zeit verdienst zu rechnen vom tag an als der oberst ins leger komen, nemblich vom 6. tag Junij bis auf Simonis [et] Jude des vergangen 42. jars [Okt. 28], 4 monat 24 tag treffen.

H. Wolffen Dieterichs leutenant, Bernhart von Schaumburg, hat solch 4 monat 24 tag gedient, trifft sein besoldung 1079 fl. Daran hat er empfangen 3 monats soldts; thut 672 fl. Rest man im noch fur 1 monat und 24 tag 407 fl. 3 b., mer fur  $\frac{1}{2}$  monat abzug 112 fl.; tut zusammen 519 fl. 3 b.

Profoß: Auch gedient 4 monat 24 tag, der monat 284 fl.; tut 1063<sup>2</sup> fl. 3 b. Daran empfangen 2 monats soldts 568 fl. Bleibt man im fur di ubrigen 2 monat 24 tag 795 fl. 3 b. und dann  $\frac{1}{2}$  monat vor den abzug 142 fl. Soma 937 fl. 3 b. bleibt man dem profosen schuldig.

Der schulthais: Gedient 4 monat 24 tag, der monat 108 fl.; tut 518 fl. 6 b. Daran hat er drei monats besoldung empfangen 324 fl. Bleibt man im noch fur den ubrigen monat und 24 tag 194 fl. 6 b., dann fur den  $\frac{1}{2}$  monat abzugs 54 fl.; tut zusammen 248 fl. 6 b.

Der veldtschreiber ist aus der vorigen rechnung getzogen.

Drei<sup>a</sup> quatirmeister: Haben gedient auch 4 monat 24 tag; auf sich und ire 6 trabanten gehabt monatlich 144 fl.; tut 691 fl. 3 b. Daran haben sie empfangen 3 monats besoldung 432 fl. Bleibt man inen noch fur den ubrigen monat und 24 tag 259 fl. 3 b. und dann fur den  $\frac{1}{2}$  monat abzug 72 fl.; tut zusammen 331 fl. 3 b.

Drei wachtmeister: Seind gleich den quatirmeister; in der soma schulden 331 fl. 3b.

Drei prophiantmeister: Gedient 4 monat 24 tag, der monat 120 fl.; thut 576 fl. Daran drei monat besoldung empfangen 360 fl. Bleibt man inen von den ubrigen monat und 24 tag 216 fl. und dann fur den  $\frac{1}{2}$  monat abzug 60 fl. Soma 276 fl.

23 veldtwaibel: Auch gedient 4 monat und 24 tag. Hat jeder den monat gehabt 12 fl., macht monatlich 276 fl. Trifft di gediente zeit 1324 fl. 12 b. Daran haben sie empfangen 4 monat besoldung 1104 fl. Bleibt man inen noch fur 24 tag 220 fl. 12 b. und dann  $\frac{1}{2}$  monat vor den abzug 138 fl.; tut zusammen 358 fl. 12 b.

Drei hurnweibel: Haben zusammen monatlich 12 fl., gedient 4 monat 24 tag; tut 57 fl. 1 b. Daran empfangen 3 monats besoldung 36 fl. Bleibt man in fur den ubrigen monat und 24 tag 21 fl. 1 b. und 6 fl. fur den halben monat abzug; tut zusammen 27 fl. 9 b.

---

<sup>a</sup> In B: dem.

---

<sup>2</sup> Irrtümlich; richtig ist: 1363 fl. 3b.

## H. Conrats von Bemelbergs regiment:

Ist man im vermog der nechsten rechnung fur 6 monat gedinter zeit und den ½ monat abzug uber sein einnamb schuldig bliben 3584 fl. Dieweil er aber ain tromenschlaher und pfeiffer mit in di besoldung gezogen, die im, in ansehen das sie nicht in seiner bestallung begriffen, vom Reich nit passirt, welches sich trifft nemlich 52 fl. Derwegen bleibt uber solhs sein rest 3532 fl.

Sein leutenandt Jorg von Salzburg: Hat monatlich gehabt auf sein leib 200 fl., 24 fl. auf 6 trabanten; tut auf 4 monat 24 tag zusammen 1079 fl. Daran empfangen 3 monats besoldung 672 fl. Bleibt man im noch fur 1 monat 24 tag 407 fl. 3 b. und fur ain halben monats besoldung abzug 12 fl.; tut 519 fl. 3 b. Nun hat er aber auf sein wagen gesetzt 24 fl. den monat und darauf 3 monats besoldung empfangen, nemblich 72 fl. Dieweil im nun derselb wagen nit passirt, so bleibt der rest 447 fl.

Der profoß: Hat monatlich gehabt auf sich und sein zugeordent personen 284 fl.; trifft 4 monat 24 tag 1363 fl. 3 b. Daran empfangen 2 monats besoldung 568 fl. Bleibt man im noch fur di uberig 2 monat 24 tag 795 fl. 3 b. und dann ½ monat abzug 142 fl.; tut der gantz rest 937 fl. 3 b.

Der schulthais: Hat monatlich fur sich und sein zugeordnete personen 108 fl.; trifft 4 monat 24 tag 518 fl. 6 b. Daran hat er empfangen 3 monats besoldung 324 fl. Bleibt man im noch fur 1 monat und 24 tag 194 fl. 6 b. und dann fur ½ monat abzug 54 fl.; tut zusammen 248 fl. 6 b.

Drei quatirmeister: Haben monatlich gehabt 144 fl.; trifft di 4 monat und 24 tag 691 fl. 3 b. Daran empfangen drei monats besoldung 432 fl. Bleibt man inen noch 259 fl. 3 b. und fur ½ monat abzug 72 fl.; tut zusammen 331 fl. 3 b.

Gleicherweis trifft sich sovil mit den dreien wachtmeistern 331 fl. 3 b.

Drei prophiantmeister: Haben monatlich gehabt 120 fl.; trifft di 4 monat 24 tag 576 fl. Daran empfangen 3 monats besoldung 360 fl. Bleibt man inen noch fur den ubrigen monat und 24 tag 215 fl.; vom ½ monat fur den abzug 60 fl.; bleibt di somma 275 fl.

Dreissig veldtwaibel: Hat jeder monatlich 12 fl.; tut 1 monat 360 fl.; trifft auf 4 monat 24 tag 1728 fl. Daran empfangen 3 monats besoldung 1080 fl. Bleibt man inen noch fur 1 monat 24 tag 648 fl. und dann ½ monat abzugs 180 fl.; soma des rests 828 fl.

Drei hurnweibel: Haben den monat zusammen 12 fl.; trifft 4 monat 24 tag 53 fl. 9 b. Daran empfangen 3 monats besoldung 36 fl. Bleibt man inen noch fur 1 monat 24 tag 21 fl. 9 b. und dann fur ein halben monat besoldung abzug 6 fl.; tut zusammen 27 fl. 9 b.

H. Johannis Hilchins rest seiner schulden bleibt [*wie in*] nechster rechnung, nemblich 2992 fl. 14 b.

Gf. Adolffs von Nassau, undermarschalhs, rest: Dieweil derselb sein rechnung auf 5 monat besoldung gestellt und dann ain monat fur den abzug, so bleibt es in voriger somma, namlich 592 fl.

H. Johann Hilchins leuttenandt, Hanns Bleickher Landschad: Hat monatlich gehabt 100 fl., auf 6 trabanten 24 fl., auf ain wagen 24 fl.; tut alles den monat 148 fl. Dieweil dann di stend je nit anders dann Gf. Adolffen von Nassau der zeit halben gleichsetzen wollen, so leuft sein besoldung fur di 5 monat und 1 monat fur den abzug 888 fl. Daran hat er empfangen 5 monat besoldung, nemlich 740 fl. Item mer 100 fl. rustgelt, di im vom Reich nit passirt werden. Bleibt man im noch schuldig 48 fl.

Jorgen von Herdts schulden: Bleibt, dieweil er dem Hanns Bleickhen mit der zeit seins dinsts, auch dem empfangen und rustgelt gleichformig ist, 48 fl.

Der wachtmeister Jorg von Bemelburg: Hat monatlich gehabt auf sich 40 fl., auf 2 trabanten 8 fl.; thut zusammen 5 monat erdinter zeit und fur ain monat abzug 288 fl. Die ist man inen, dieweil er nichts empfangen, noch schuldig.

Der rumormeister: Hat monatlich gehabt 24 fl., gedient 5 monat und dann ain monat fur den abzug; tut solhs 6 monat 144 fl. Daran hat er empfangen 24 fl.; bleibt man im noch pro rest 120 fl.

Der prophiantmeister: Bleibt man im wie vor 264 fl. Der ander prophian-der, dem bleibt man auch wie vor 264 fl.

Friderich Schnabel, profoß uber di raissigen: Bleibt bei voriger rechnung 900 fl.

Anschlag der sumarum aller hohen ambter irer erdinten besoldungen in H. Wolf Dieterichs und H. Conradten von Bemelbergs regimenten, irer beeder person stadt außgeschlossen:

Nemlich H Wolf Dietrichs hohen empter 3029 fl. 9 b.

H. Conradts von Bemelbergs hohen empter suma ist 3426 fl. 9 b.

Sumarum ir beeder 6456 fl. 3 b.

## IV.I Winterlager der Truppen in Ungarn und Kundschafterberichte über die Türken 1542/1543

134 *Urkunde Kf. Joachims von Brandenburg und der Kriegsräte betr. das Winterlager des Kriegsvolks in Ungarn – Wien, 1542 am tag Simonis und Jude (Okt. 28)/verlesen Nürnberg, 1543 Jan. 31*<sup>1</sup>

A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 8r–9v (Kop.); DV fol. 9v (v.d.Hd. Dr. Jonas)*: Urkund des obersten und kriegsrhät. Reg. Nurmbergae, ultima Januarij anno etc. 43.

B *München HStA, KBÄA 3159, fol. 4v–5r (Kop.); ÜS: Mgf. Joachim von Brandenburg Kf. etc., deß Hl. Röm. Reichs obristen veldhauptmans sambt der hernachbemelten kriegsrhäte verwilligung deß winterlegers halb in Hungern.*  
*Druck: RTA JR Bd. XV, Nr. 138, S. 1090f.<sup>2</sup>.*

Wir Joachim, von Gotts gnaden Mgf. zu Brandennburg, des Hl. Röm. Reichs ertzcamrer und churfurst, zu Stettin, Pommern, der Cassuben, Wennden und in Schlesien zu Crossen Hg., Bgf. zu Nurmberg und F. zu Rugen, des Hl. Röm. Reichs oberster feldhauptmann, und wir, Hainrich von Fleckenstain, Frh. zu Dachstul, der vier Kff. am Rein, Cuntz Gotzschman des obersächssischen, Jobst von Berlingen des bayrischn, Jorg Ernntst Gf. zu Hennenberg des frenckhischen, Achaciuß von Feltheim des nidertsächssischen, Wilhelm Gf. und H. zu Oberstain [= Eberstein] des schwabischen, Johann von Selbach des niederlendischen und westphelischen und Georg Zorn von Buelach des reinischen kraises verordente kriegsräthe bekennen hiemit offenlich:

Alß der jungst nürmbergisch reichsabschid [1542] in einem sondern artickel [RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, § 34] uns auflegt, beineben der röm. hungerischen und bömischen etc. kgl. Mt., unserm allergnedigisten herrn, die winterbesetzung des Hungerlands zu verordnen, wir auch nechst zu Gran im abtzuge von Pest mitsampt der kgl. Mt. dahin geförtigten statlichen commissarien und rätln auf denselben articul des winterlagers nach erhaischung der notturft fleissige handlung geplogen und von wegen der stende des Hl. Reichs zu sollichem winterlager 1000 pferd schwärer rüstung, 2000 hussarn oder hungerisch pferd und 4000 knecht biß zu verrerm beschaid khunftigs angeenden reichstags bewilligt. Weyl aber nach hin und wider bewerbungen und allem angewendtn vleiß niemandts von raysigen oder fueßknechten auß des Reichs kriegßvolgkh von wegen außsteender unbetzalten irer besoldung

<sup>1</sup> *Das Aktenstück liegt in fast allen Archiven der Proposition bei, die mehrfach darauf Bezug nimmt.*

<sup>2</sup> *Auf dem Speyerer RT 1544 wurde anlässlich der Beratungen über die Einbringung der ausstehenden Türkenhilfen der Jahre 1541–1543 die obige Bewilligung des Winterlagers am 23. April 1544 nochmals verlesen und daher in RTA JR Bd. XV abgedruckt.*

sich ferrer bestöllen lassen oder pleiben wöllen, haben wir, damit gemeiner cristenhait und deutscher nation ainicher nachthail und gefערlickhait derwegen khunftig nit ervolg, ferrer solch unsere bewilligung von wegen des Reichs der röm. hungerischen und böhmischn kgl. Mt., unserm allergnedigistn herrn, zu handen gestelt, also das ir kgl. Mt. die antzal der 1000 gerusten pferd, 2000 hussarn und 4000 knecht selß auf des Reichs betzalung und darlegen bis auf ferrern beschaid der stende des Reichß bestöllen und zu der winterbesatzung mag brauchn, auch mitlerweil die betzalung darauf darleihen und furstreckhen lassen, alles in kraft ditz brieffs, sonder geverd. Zu urkhundt mit unserm, des churfursten, secret und unsern der andern siglen besigelt.

135 *Kundschafterberichte zum Vorrücken der Türken – verlesen Nürnberg, 1543 März 6/März 7*

- A Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 373r–381v, hier fol. 373rv und fol. 380r–381v (Kop.); DV fol. 381v: Kuntschaften aus Hungern des Turggens halber, dern in dieser schrift gedacht und die darin angezogen worden, vom sechsten und sibendn Februarij 1542 [!].
- B Wien HStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 504r–522v, hier fol. 512r–514v (Kop.).
- C Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 320r–334v, hier fol. 321r–323v (Kop.); AS fol. 320r: *Variae et diversae explorationes und künschaftbreiffe* [!] und schrift, von wegen der kgl. Mt. den stenden des Reichs die 7. et 8.<sup>1</sup> mensis Martij anno etc. 43 vorgetragen und vorgehalten etc. de adventu Turcarum imperatoris in Ungariam ad proximum mensem Aprilis et futurum ver et deinde in Austriam.
- D Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 73r–75v (Kop.); DV fol. 75v: Khuntschaften allerley.
- E Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 240r–241v (Kop.).

*Die Kundschafterberichte stammen von Jan. und Febr. 1543 und sind zum größten Teil in Latein abgefasst. Hier wird nur der deutschsprachige Auszug aus Berichten vom 6., 7. und 9. Febr. 1543 abgedruckt, den der Landeshauptmann der niederösterreichischen Länder, Hans Ungnad, an Kg. Ferdinand sandte. Die lateinischen und deutschen Schreiben über das Herannahen des Sultans und seines gewaltigen Heeres sollten den Reichsständen die dringende Notwendigkeit der Türkenhilfe vor Augen führen.*

[373rv] Auszug der kuntschaften, so der herr niderösterreichisch stathalter vom sechsten und sibendten Februarij der röm. kgl. Mt. zugeschriben hat:

Das vor wenig tagen 6000 Turggen in windisch landt gefallen und das dieselben nach laut der kuntschaften und der Turggen sag, so dazumals von bemelts herrn stathalters und des bans in Krabaten [= Kroatien] und windisch landt pferdtn gefangen worden, entlich willens gwest sein, auf das Traafeldt

<sup>1</sup> Das von Bf. Valentin von Teteleben angegebene Verlesedatum des 7. und 8. März scheint irrig zu sein, da in allen anderen Überlieferungen das Datum 6./7. März aufscheint.

[= *Draufeld*]<sup>2</sup> und von dannen gen Agram zu straißen und dieselb gegent bis in das landt Steyr zu verwuesten, daran sy aber maistes tails der groß schnee und kelten verhindert hat.

Weiter zaigt er an, das alle kuntschaften, so ime von etlichen herrn in windisch landt zuekhomben, dahin lauten, das aus des turggischen kayzers ernstlichem bevelh der wassa [= *Pascha*]<sup>3</sup> in Wossen [= *Bosnien*] und der Murat weg [= *Bey*]<sup>4</sup> auf den yetz angeenden frueling, und sopald es immer des schnee und wetters halben beschehen khan, die land Steyr und Crain uberziehen, verhören [= *verheeren*], die uberblibnen uskokhen<sup>5</sup> heben und wegfuren wolle. Und ist zu besorgen, es werde der gemain man an den gränitzen aus den unbewarten fleckhen zeitlich anfahren zu verfliehen.

Zudem bringen alle khundschaften mit sich, das der turgghisch kayser numals sein kriegvolkh auf Hungern anzuziehen gewislich geordendt hab, die wassa zu Ofen und Essegg ansehlich zu besterckhen, in Hungern und in den niderösterreichischen landen die profant abzustrickhen und das arm christlich volkh hinzufuren und sonderlich die Hungern mit solhem eylenden anzug ime anhengig und gehorsam zu machen. So sagen auch alle gefangen Turgen, so taglich an den gränitzen gefangen werden, das die wassa all ir thuen dahin gericht, damit sy ainen strafzug uber den andern thuen und den niderosterreichischen landen khain rast noch rue lassen, wie dann der wassa in Ofen auf der andern seitten gleicherweis zu thuen in uebung ist und jungstlich in seinem straf auf Erla etlich tausent menschen weggefuert hat.

[380r] Aus Georgen Warkotsch, haubtmans zu Stuelweissenburg, schreiben, den neunten Februarij ausgangen:

Zaigt in bemeltem schreiben an, das der kgl. Mt. haimlicher kuntschafter zu Ofen zu ime khomben und zu versteen geben, das sich die Turgen in Ofen und Pest allain von der profant, so erstlich von irem kayser hinein verordendt worden, enthalten, dann dieweil sich die Thonaw gestossen [= *zugefrozen*], khunne inen diser zeit beschwärllich die profant zuekhomben. So sollen sy auch vast vil kalchs<sup>a</sup> [= *Kalk*] bey dem warmen pad und derselben orten umb Ofen in den gewelben haben und noch taglich prennen, denselben zu der bevestigung, so mit erster gelegenhait der zeit auf St. Gerhartsperg angefangen werden soll, zu gebrauchen.

<sup>a</sup> *In D irrtümlich*: kriegsvolck.

<sup>2</sup> *Draufeld oder Pettauer Feld*: ebene Landschaft in der Untersteiermark, rechts und links der Drau.

<sup>3</sup> *Statthalter einer osmanischen Großprovinz, Titel der höchsten Zivil- und Militärbeamten im Osmanischen Reich.*

<sup>4</sup> *Murat Bey Tardıć*: in Kroatien geborener Befehlshaber der türkischen Streitkräfte; türkischer Bey im Sandschak von Poszega in Slawonien.

<sup>5</sup> *Militärisch organisierter Verband von meist kroatischen oder serbischen Flüchtlingen, die aus den osmanisch besetzten Gebieten des Balkans stammten.*

Der kassu-beg<sup>6</sup> soll sich besambeln und seinen straißzug auf Funffkirchen und derselben orten zu thuen vorhabens sein. [380v] So seye beyligender brief<sup>7</sup>, an den kassum-beg lauttentd, bey seinen dienern, so von den heidoggen [= *Heiducken, Freischärler*] erlegt, funden worden, daraus des turggischen kaysers personlichen ankunfft halber lautere kuntschaft verstanden werden.

Es sollen auch die zu Ofen aigentlich entschlossen sein, so sich die Thonaw stoßt [= *zufriert*] und sy ire wagen uberbringen mugen, die vorstet zu Stuelweisenburg zu verprennen, also das der Turgg an kainem ort numer feyern wirdet.

Kuntschaften sollen ime noch von andern orten täglich khomben, aber sovill hab er bisher kuntschaft, das der Turgg in aigner person auf yetzkhunfftigen St. Georgentag [1543 April 23] zu Kriechischen Weissenburg [= *Belgrad*] ankomen soll. Hab auch yetzt zwen neu hauffen gen Ofen vorangeschikht, in mainung, zu derselben zeit als vil muglich sich umb stett und schlosser anzenemben und mitlerweil ain andere grosse anzal roß auf dem gras zu lassen, damit dieselben nach verendrung [381r] seines vorhabens auch braucht mugen werden. Es soll auch pruder Georgen [Martinuzzi] und Petern Petrowitsch geschriben haben, ime von Temeschwar und derselben orten zu bemeltem tag profant entgegen zu schigkhen. Solhes ist durch N. frundt ainen, so ain turggisch schloß in verwarung hat, dem N. zuegeschriben worden<sup>8</sup>.

<sup>6</sup> *Türkischer Militärbefehlshaber in Ungarn.*

<sup>7</sup> *Lateinische Beilage.*

<sup>8</sup> *Nach Verlesung der alarmierenden „Neuen Zeitungen“ über das Vorrücken des türkischen Heeres ließ Kg. Ferdinand die Reichsstände durch Naves und Gienger nochmals mit aller Dringlichkeit auffordern, über die Türkenhilfe zu beraten. Das schilderte Konrad Junge dem Bf. von Speyer am freitags nach Letare [1543 März 9]: [...] Und noch verlesenen zeitungen haben die kgl. Mt. durch irer Mt. vicecantzler und den Naves laßen anzeigen: Diewil uß dem erschain des Turcken endlich furhaben, das die stende wollen gemains vatterlands teutscher nation wolofart bedencken und daruf pitten lassen, das die stende wollen alle andere sachen zuruckstellen und uf ir Mt. proposition, wie dem bosen veindt widderstant bescheen moge, zu vollenfaren. Hieruf sich die stende bedacht mit hertzlichem mitleiden der beschwerungen, so die zeitungen inhalten, und geantwort: Nachdem die protestirenden bitz anher vor erledigong etlicher puncten nit in rath gewolt noch handeln helfen wollen, sie [= *sei*] solhs die verhinderung. Darumb so pitten die stende ire Mt. und die ksl. commissarien, sie dahin zu vermogen, damit man das groß werck ainhelliglichen rathsam beratschlagen moge. Und so das in eynem tag oder zwen nit solt bescheen, weren doch die gehorsamen stende des christlichen gemuts, das werck anzufahen und darvon zu reden; also und bei dissem beruhet es noch. Heut mocht man horen, ob mit den protestierenden abgehandelt; sye sindt die tag uber des konigs schriften gesessen und erstrecken sich die sachen in grosse disputation. So heut etwas euer fstl. Gn. zu wissen vonnoten furfelt, wil ichs euer fstl. Gn. auch schreiben. [...] In: Straßburg AM, AA 503, fol. 165r–167v, hier fol. 165v–166r (Ausf. v.d.Hd. Junges).*

136 *Aufstellung Kg. Ferdinands über die Kosten des Winterlagers in Ungarn von Oktober 1542 bis April 1543 – verlesen Nürnberg, 1543 April 20<sup>1</sup>*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 10r–15v (Kop.); ÜS fol. 10r: Röm. kgl. Mt. vertzaichnus und auszug des winterlegers in Hungern. DV fol. 15v: Wie ÜS. Lectum in consilio imperiali die 20. Aprilis.*
- B *Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 64r–67v (Kop.); ÜS wie in A.*
- C *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 538r–543r (Kop.); AS fol. 538r: Röm. kgl. Mt. auszug deß winterlegers in Hungern, den 21. Aprilis. ÜS fol. 539r: Röm. kgl. Mt. vertzaichnuß des winterlegers in Hungern.*
- D *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 811r–815r (Kop.); AS fol. 811r (v.d.Hd. Tettebens): Kgl. Mt. verzeichnisse, was in dem ungerischen winterlagher uff bewilligen der gemeynen stende des Reichs außgeben, welches ir Mt. vom Reich widderumb fordern.*
- E *Straßburg AD, 15 J 16,2, unfol. (Kop.); AV marg.: Actum 21. Aprilis anno etc. 43. Druck: RTA JR Bd. XV, Nr. 139, S. 1091–1095<sup>2</sup>.*

Erstlich, wiewoll ain sondere hohe notturft gewest, ain merere besterckhung zu verordnen oder aufs wenigist des Hl. Röm. Reichs obersten und seiner zuegeordneten räte beratslagung und bewilligung nach [Nr. 134] di völlig antzal zu halten, so haben doch di kgl. Mt. – zu ersparung uncostens – nicht mer als wie hernach volgt in den besatzungen gehalten, gemustert und betzalt.

Item, als ungeverlich der abzug vor Pescht und etwas mit eyl heraufwertz beschehen ist, haben ir kgl. Mt. zuvor in Plindenburg [= *Viségrad*] des obern und undern schloß gehabt biß 120 khnecht, dartzue noch der unvermeidlichen notturft nach als in ainen flekhen, der gar am feindt gelegen, 200 khnecht aufgenommen. Die haben mit haubtmans besoldung 230 söld. Thuet, so man di 120 khnecht, so hievor in der besatzung gewest, nicht rechent, ainen halben monat 460 fl.

Geen Temnesch [= *Dömös*]<sup>3</sup> sein nach dem abzug gelegt worden 60 hung-  
risch khnecht, der jedem das monat drei fl. item und ainem haubtman 20 fl.  
Thuet diß halb monat 100 fl.

In Comorn [= *Komárom*] sein in alter besatzung gewest 32 khnecht, und ist nach dem abzug mit 150 khnechten bestercht worden, die haben mit haubtmanssold, puchschutzen und puchsenmaister 175 sold. Thuet ain halb monat allain auf die neu besterckhung 350 fl.

Im schloß Gran [= *Esztergom*] sein in alter besatzung 150 khnecht gewest, dartzue sein nach dem abzug 350 khnecht aufgenommen, die haben mit haubt-

<sup>1</sup> Zur Datierung siehe das Württemberger Protokoll vom 20. April (Nr. 84a, fol. 19v). Am 21. April 1543 erfolgte die Abschrift des Aktenstücks durch die Reichsstände.

<sup>2</sup> Das Aktenstück wurde den Reichsständen auch bei den Verhandlungen über die Türkenhilfe auf dem Speyerer RT 1544 vorgelegt, weshalb es in RTA JR Bd. XV abgedruckt ist.

<sup>3</sup> Siehe Nr. 93, Anm. 3.



mansbesoldung (und nachdem es erfarn, vertraut und verstendig khriegsleut sein, hat man sy das monnat zu dreyen kr. zallen muessen) 420 sold. Thuet ain halb monnat ausser der in alter besatzung 945 fl.

Item in der stat Gran hat kgl. Mt. vor dem abzug und hievor khainer besatzung bedurft, dann die durch di inwoner versehen worden, aber im abzug haben ir kgl. Mt. 280<sup>a</sup> Italianer dahin aufnehmen lassen, zu dreyen kr. besolden muessen, und haben biß in 80 ubersöld. Thuet ain halb monnat 1935 fl. Mer so haben ir kgl. Mt. do gehalten 3000 nassadisten<sup>4</sup> zu besetzung und rettung gedachter stat. Darauf ist sambt dem argulasch<sup>5</sup> und weidas<sup>6</sup> besoldung geloffen auf jede person 3 fl. Thuet ain halb monnat 4500 fl. Dernetzi Anndriasch hat da gehalten 140, Harba Bartlomee 120 pherdt, macht 260 pherdt, ains ain monnat pro 4 fl. Den zwayen haubtleuten jedem ain monnat fur leibsbesoldung 100 fl. Thuet 620 fl. ain halb monnat. Suma der besatzung im schloß und stat Gran ist 8000 fl.

Geen Stuelweissenburg [= *Székesfehérvár*] sein gleich nach dem abzug geordent worden 500 khnecht, die haben 200 halb hakhen, und nachdem es auch erfarn, geschikht khnecht sein, haben sy mit denselben hakhen und haubtmansbesoldung 200 ubersold, thuet 700 sold. Bringt ain halb monnat 1400 fl. Mer sein do gehalten worden 500 heyducken<sup>7</sup>, jedem ain monat zwen hungersch gulden zu 75 kr. und iren haubt- und rotleuten ain monnat 100 fl. Thuet das halb monnat 687 fl. 30 kr. Mer sein da gehalten 450 geringer pherdt zu 5 fl. besoldung, daruber drei haubtleut, der jedem das monnat fur leibsbesoldung 100 fl. Thuet das halb monnat 1275 fl. Suma der besatzung in Stuelweissenburg, auf ain halb monnat gerait, 3362 fl. 30 kr.

<sup>a</sup> In *A irrtümlich*: 780.

<sup>4</sup> Flussmatrosen, die als Ruderer auf den Nassaden im Einsatz waren. Es handelte sich bei den Nassaden um flache, schmale, bewaffnete Ruderboote, die speziell für die Verwendung auf Flüssen geeignet waren; sie wurden für die Donauflotte in der Werft in Gmunden in größerer Zahl hergestellt (im Jahr 1535 Lieferung von 28 Nassaden). Siehe: G. TÖTSCHINGER, *Die Donau*, S. 107f.

<sup>5</sup> Argulasch = deutsche Form der ungar. Bezeichnung „jargalás“. In der Mitte des 16. Jhdts. verstand man darunter eine Art von Belohnung, Sold oder Subsidium eines irregulären Soldaten, in diesem Fall der Nassadisten. „Jargalás“ unterschied sich vom soldatischen Monatssold und wurde im Voraus bezahlt, wobei der Vertrag mit einem „jargalo“ nur auf ein Jahr gemacht wurde. Der „jargalo“ war also ein Soldat, der neben seinem Monatssold auch „jargalás“ bekam. Nach der Mitte des 16. Jhdts verschwand diese Bezeichnung. Siehe dazu: S. TAKÁCS, *Jargalás és jargaló*, in *Magyar Nyelv* (= Ungarische Sprache) 1 (1905), S. 204–213. Sämtliche Erklärungen und Hinweise erhielt ich dankenswerter Weise vom ungarischen Archivdelegierten beim HHStA Wien, Herrn Dr. A. Oross.

<sup>6</sup> Weidas = Wartgeld (in diesem Fall Bezahlung für die Bewachung der Militärgrenze).

<sup>7</sup> Freischärler, die ursprünglich für das Osmanische Reich die Grenzkontrollen gegen Ungarn übernahmen, sich aber auch häufig gegen die Osmanen in Südosteuropa auflehnten.

Geen Erlach [= *Eger im Komitat Heves*] sein aufgenommen worden nach dem abtzug 400 Italianer mit besoldung, wie vor steet zu dreyen kr., und haben mit hauptmansbesoldung 66 übersöld. Thuet 466 sold zu dreyen kr., ain halb monat gerait 1048 fl. 45 kr. Mer daselbs gehalten 400 pherdt zu 4 fl., dreyen hauptleuten ain monat 300 fl. leibsbesoldung. Thuet ain halb monat 950 fl. Suma der besatzung in Erlach 1998 fl. 45 kr.

Geen Funfkirchen [= *Pécs*] haben di kgl. Mt. aufnemen lassen 300 hung- risch und windisch khnecht, die haben gehabt mit irer hauptmansbesoldung 50 übersold, ain pro 3 fl., thuet ain halb monat 525 fl. Idem 200 geringe pherdt zu 4 fl. besoldung und hauptmanssold 125 fl. Thuet ain halb monat 462 fl. 30 kr. Bringt di besatzung in Funfkirchen das halb monat 987 fl. 30 kr.

Suma, was auf jetzgemelte besatzungen das halb monat Octobris aufgelof- fen, 15 258 fl. 45 kr.

Und rechent dannocht ir kgl. Mt. hie nicht, daß ir Mt. uber 600 gusakhen<sup>8</sup> auf der märherischen granitzen, auch Bernhardten Pulle mit 200 gerusten pherdten zu Neytre [= *Nitra*] und auf der osterreichischen und steyerischen gränitzen 2000 geringer pherdt zu verhuetzung der einfäll und straißzug hat underhalten muessen.

Den monat November ist in den besatzungen gehalten worden wie volgt:

Zu Plindenburg sein wie in dem halben monat October 200 khnecht ge- halten, die haben 230 sold, thuet 920 fl., dartzue hat man der unvermeidlichen notturft nach muessen annemen 100 heydo [= *Heiducken*], dann der Turkhen marthalosen<sup>9</sup> und genitscharn [= *Janitscharen*]<sup>10</sup> gar biß an di heuser geloffen, derhalben man vor inen weder aus- noch einkhomen mugen. Der jedem ist monatlich 3 fl. gegeben und den haupt- und rotleuten 30 fl., thuet 330 fl. Bringt di besatzung in Plindenburg das monat 1250 fl.

Zu Temnesch [= *Dömös*] sein wie im October gehalten 60 hung- risch khnecht, der jedem das monat 3 fl. und dem hauptman 20 fl. Thuet 200 fl.

Zu Comorn sein di 150 khnecht, so hiefor aufgenommen, erhalten worden, haben 175 sold. Thuet diß monat 700 fl. Dartzue hat man noch aufgenommen 200 heydo, jedem zwen hung- risch gulden, und den haupt- und rotleuten mon- atlich 40 hung- risch gulden. Thuet diß monat 550 fl. Bringt dise besatzung 1250 fl.

Zu Gran im schloß ist di besterkhung der neu angenommenen khriegsvolkh der 350 khnecht noch erhalten und haben 420 sold, ain pro drei kr. Thuet

<sup>8</sup> *Husaren: schwer gepanzerte Reiter, die als ungarisch-kroatische Streifscharen gegen die Türken kämpften.*

<sup>9</sup> *Marthalosen sind osmanische bewaffnete Einheiten, die aus orthodoxen Christen am Balkan rekrutiert wurden. Sie nahmen an Plünderungen in Dalmatien und Kroatien teil und dienten gelegentlich als Vorhut für die türkischen Truppen.*

<sup>10</sup> *Elitetruppe der türkischen Armee aus Knaben unterworfenen christlicher Balkan- völker, die zur Erziehung, Ausbildung und Zwangsislamisierung in das Osmanische Reich gebracht wurden.*

das monnat 1890 fl. In der mustrung diß monnats sein der Italianer in der stat Gran nicht mer als 609 gefunden, haben 70 ubersold zu dreyen kr. Thuet 3055 fl. 45 kr. Diß monnat sein di nassadisten<sup>11</sup> gemustert und nicht mer dann 1800 gefunden. Di andern sein gestorben, erslagen und abgeloffen, Die haben mit argulasch und weidas besoldung zu dreyen fl., thuet das monnat 5400 fl. So sein geen Gran aufgenommen und gelegt worden 600 geringe pherd, ains das monnat pro 5 fl. und vier haubtleuten auf leibsbesoldung, jedem 100 fl. Thuet das monnat 3400 fl. Suma diser besatzung das monnat November 13 745 fl. 45 kr.

Zu Stuelweissenburg sein di 500 angenommen khnecht diß monnat gemustert und an der zall völlig befunden, haben 700 sold. Thuet das monnat 2800 fl. So sein auch di 500 heydo in volliger antzall befunden und gemustert, und thuet ir besoldung diß monnat 1375 fl. Di hussarischen pherd zu Weissenburg sein mit 150 gesterkht, also daß ir 600 sein, ainem ain monnat 5 fl. und vier haubtleuts besoldung 400 fl., thuet 3400 fl. So hat kgl. Mt. den haubtman Pulle<sup>b</sup> mit 150 gerusten pherden dahin gelegt, darauf man ime sambt dem wagengelt gibt 14 fl. und dem haubtman monnatlich 150 fl. und dem fendrich 12 fl. ubersold. Thuet das monnat 2262 fl. Suma der besatzung in Weissenburg diß monnat 9837 fl.

Zu Erlach sein di walhischen [= *walachischen*]<sup>12</sup> soldaten zu tod geslagen, gestorben und abgeloffen, darfur sein aufgenommen 400 heydo mit irem argulasch und weidas besoldung zu drei fl. Thuet das monnat 1200 fl. Die 400 geringen pherd sein wie im monnat October da erhalten, thuet ir besoldung 1900 fl. Thuet dise besatzung 3100 fl.

Zu Funfkirchen [= *Pécs*] sein di hungrischen und windischen khnecht, auch di geringen pherd wie im monnat October gehalten worden. Thuet ir besoldung 987 fl. 30 kr.

Suma, was auf die yetz gemelten besatzungen diß monnat Novembris aufgeloffen, ist 30 370 fl. 15 kr.

Die funf monnat December, Januari, Februar, Marci und April sein die dienstleut in allen besatzungen wie im monnat November gehalten. Und was gleich an etlichen orten erslagen, gestorben oder wekhgeloffen, hat yederzeit der unvermeidlichen notturft nach wider ersetzt und erstat werden muessen. Thuet dise funf monnat 151 851 fl. 15 kr.

<sup>b</sup> In B: Pul. In C: Kul. In D: Thull. In E: Pull.

<sup>11</sup> Siehe oben Anm. 4.

<sup>12</sup> *Walachen = Welsche = romanisierte Bevölkerung des Balkan: ursprünglich nomadische Viehzüchter christlichen Glaubens, die sich dem System der feudalen Grundherrschaft häufig entzogen, von der türkischen auf die österreichische Seite flüchteten und dort als Krieger entlang der Militärgrenze eingesetzt wurden. Siehe dazu ausführlich J. AMSTADT, Die k. k. Militärgrenze, S. IXf., S. 15–38.*

Sumarum aller ausgaben auf die hungrischen besatzungen über die dienstleut, so vor dem abzug vor Pesscht darin gewest und noch neben disen darinnen erhalten werden, bringen hievor beschribne sibenthalben monnat in suma 197 480 fl. 15 kr.

Noch rechnen dannoch ir kgl. Mt. hie nicht, was über di geringen pherdt an den märherischen und hungrischen, dergleichen über di 2000 pherdt und 1000 marthalosen auf den osterreichischen und steyrerischen granitzen aufgeloffen ist. Dartzue auch nicht die khnecht, so hievor, ee der besterkhung der ortflecken vonnöten, allenthalben vorhin in den besatzungen gewest und nichtdestminder yetzo neben diser ersetzung auch gehalten, gemustert und betzalt worden sein.

Item die besatzung des schloß Scharoß [= *Nagysáros*] in Hungern, darüber irer Mt. monatlich biß in 1200 fl. lauft.

Item die besatzung des schloß und stat Prespurg [= *Bratislava*], darüber irer Mt. monatlich biß in 300 fl. auflauft.

Item khuntschaft und postereyen und vill extraordinari zuesteend ausgaben.

Item die behuet und bewarung der armada und schiffpruggen.

Item di besatzungen im windisch land, Khrabaten, Isterreich [= *Istrien*], Carst und Friaul, darüber dann irer kgl. Mt. monatlich ain unerschwingliche ausgab lauft.

Hierauf haben nun gemaine stende des Hl. Röm. Reichs irer kgl. Mt. gethanes darstrekhen auf underhaltung des winterlegers on allen andern uncosten und daneben auch clärlich zu vernemen, das dannocht durch ir kgl. Mt. an dem, so sonst (wo die völlig antzall des obristen veldhauptman und seiner zuegeordneten khriegsrät beratslagung und bewilligung nach gehalten worden) ernenten stenden auf underhaltung beruertes winterlegers aufgeloffen, ain ansechenliche suma erspart worden.

## IV.J Organisation der Türkenhilfe 1543

### 137 *Mandat Kg. Ferdinands an alle Reichsstände zum Verbot der Annahme fremden Kriegsdienstes – Nürnberg, 1543 März 10*

A *München HStA, Staatsverwaltung 3593, fol. 143r (Druck).*

B *Amberg StA, Reichssachen 99 (stark beschädigter Druck mit Siegel).*

C *Nürnberg Nationalmuseum, Archiv Mandat Nr. 245 (Druck).*

Wir Ferdinand von Gots gnaden [...] embieten allen und jeden unsern und des Hl. Reichs churfürsten, fürsten, geystlichen und weltlichen [...], und sonst allen andern unsern und des Reichs underthanen und getreuen, in was wir den, stand oder wesen die seyen, den dieser unser kgl. brieff oder glaubwürdige abschrift davon zu sehen, zu lesen oder zu hörn fürkommet, verkündt oder gezeygt wirdet, unser lieb, gnad und alles guts [...].

Wiewol wir von dem jüngst gehalten speirischen reychstag [1542] aus mit rath und bewilligung der röm. ksl. Mt., unsers lieben bruders und herrn verordenten commissarien, auch Kff., Ff. und stenden des Hl. Röm. Reichs ernstliche mandata und gebotsbrieff [RTA JR Bd. XII, Nr. 60] allenthalben in das Hl. Röm. Reich außßen, verkünden und offenlich anschlagen lassen, das sich niemandts, was hohen oder nidern stands oder wesens der seye, bey schweren straffen und peenen wider obbemelten unsern lieben bruder und herrn, die ksl. Mt., uns noch unser land und leut oder auch andere unsere und des Reichs mitglieder in kains frembden potentaten oder anderer herren dienst begeben, denselben nit zuziehen noch sich darzu bestellen, aufwigen oder gebrauchen lassen oder keynswegs gestatten, sonder dasselb mit allem ernst abstellen und die verbrecher unnachleßlich straffen sollen, wie denn solchs alles dieselben unsere mandata mit merer außführung klerlicher mit sich bringen.

Wir uns auch volgends auf dem nechst allhie gehalten reichstag [Nürnberg 1542] abermalen mit obgemelten ksl. commissarien, auch den kfl. räthen, fürsten und stenden und der abwesenden botschaften und sy sich hinwider mit uns verglichen, das die ksl. Mt., wir, auch ain yeder churfürst, fürst und stand zu handhabung und volziehung obbestimbter unsrer mandaten und der reichsabschide gegen den ungehorsamen und verbrechern mit der gesatzten ernstlichen straff, als nemlich mit nachschickung irer weib und kinder, auch mit confiscierung und einziehung irer güter und, wo sy betretten werden, gegen iren personen mit fencklicher annemung und straff an leib und leben unverzogenlich volfarn sollen und wöllen. Wo auch ainiche obrigkeyt darinn seumig, verhinderlich oder ungehorsam sein würde, das dieselbig damit alsbald in der ksl. Mt. und des Hl. Reichs acht gefallen sein und gegen inen zu erklerung solcher peen durch den ksl. fiscal an dem ksl. camergericht unverzogenlich

procedirt und verfahren werden solle<sup>1</sup>, so werden wir doch über solchs alles glaubwürdig bericht, wie auch solchs offenbar am tag ist, das solches gemachten reichsabschiden, auch unsern darüber außgangen mandaten gar nit gelebt noch gehorsamet und ungeachtet derselben die knecht aus dem Reich teutscher nation von viln orten und in grosser anzal nit alleyn in frembder potentaten dienst, sonder wider ir ksl. Mt. selbs gezogen sein und gedient haben, und das gegen denselben verbrechern durch die obrigkeyten an mer enden mit der gesetzten straff nit volfahren wirdet.

Das wir anstatt und in namen obgemelter ksl. Mt., auch für uns selbs, dergleichen gemeyne reichsstend gegen den ungehorsamen nit unbillich groß mißfallen und beschwerung tragen, angesehen das aus solcher offenbaren und frefflichen ungehorsame der röm. ksl. Mt., uns, gemeynen reichsstenden und gantzer christenheyt nit alleyn von wegen gemeyner christenheyt erbfeinds, des Türckens, das dem umb sovil weniger statlicher widerstand beschehen, unwiderbringlichs verderben erfolgen mag, besonder auch das dieselb ungehorsame sonst im Hl. Reiche zu allerley beschwerlichen und hochnachtleyligen weitleuffigkeyt, unrath und empörung ursach gibt, wie dann dasselb im werck augenscheinlich gespürt und befunden wirdet. Derhalben uns im namen der ksl. Mt., auch für uns selbs keynswegs gemeynt noch leidlich sein will, solche offenbare und frevenliche ungehorsame fürterhin zuzesehen oder zu gestatten, sonder das gegen den verbrechern und derselben obrigkeyten, so solcher ungehorsame wissenlich zusehen, mit ernstlicher und unnachleßlicher straff obbemelten reichsabschiden und außgangen mandaten gemäß verfahren werde.

Und wöllen demnach das obbestimt zu Speyr außgegangen mandat alles seines inhalts widerumb verneuert und euern Ll., Andachten und euch allen und eynem yeden besonder, was würden, stands oder wesens ain yeder ist, anstat und in namen hochgedachter ksl. Mt. und für uns selbs von röm. ksl. und kgl. macht bey vermeidung der straffen und peenen, in dem obbestimbtten speyrischen mandat, dergleichen dem nechst allhieigen reichsabschid begriffen, ernstlich mandiert und gebotten haben, das sich euer kainer, was stands der sey, fürter wider die ksl. Mt., uns, unser land und leut, auch andere unsere und des Reichs mitglieder in ainiches frembden potentaten oder anderer herrn dienst begeben, bestellen, aufwiglen oder gebrauchen lasse noch selbs yemandts darzu bewege oder aufwicle. Das auch alle und yede hohe und nidere obrigkaiten und sonderlich die, durch dero obrigkaiten und gebiet die aufwigleten knecht den pass oder durchzug nemen möchten, mit allem ernst darob und daran sein, auch derhalb je gute achtung und kundschaft haben und bestellen, das den knechten der pass und durchzug allenthalb abgestrickt und nit gestattet, auch gegen den verbrechern nach inhalt und außweisung obberürts speyrischen mandats und des jungst allhie gemachten reichsabschids mit unnachleßlicher straff

<sup>1</sup> *Siehe die entsprechenden Passagen im Nürnberger Rab 1542 in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, §§ 31-33, S. 894f.*

verfarn, und daß gegen den obrigkaiten, so zu abstellung solcher frevenlichen ungehorsame und mit straff derselben seumig oder nachlessig sein wurden, nach vermög obberürts jungsten allhieigen reichsabschids gleicherweiß auf die peen der acht gestracks procedirt und hiruff niemants verschont werde. Das wolten wir euern Ll., Andachten und euch allen und eynem yeden besonder, sich darnach haben und wissen zu richten, nit verhalten. Und beschicht an dem allem ksl. Mt. und unser ernstlicher willen und meynung.

**138 Die Reichsstände an die Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft: Verbot der Annahme fremden Kriegsdienstes – Nürnberg, 1543 freitags nach dem hl. ostertag (März 30)**

Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 394r–397v (Kop.); AS fol. 394r: An die dreyzehen stett in Schweitz, das sie niemandts auß irem kriegsvolck gestatten, wider di röm. ksl. Mt. zu ziehen oder bestellen zu lassen<sup>1</sup>. Nurmberg.

Regest: K. DESCHWANDEN, *Die Eidgenössische Abschiede 1541–1548, Bd. 4/Abt. 1d, Nr. 123, S. 239, Punkt e.*

Wir stellen in keinen zweiffel, ir tragen noch in frischer, gutter gedechtnus, wellichermassen die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, und wir nach dem jungst zu Speier gehaltenen reichstag euch durch irer Mt. verordnete commissarien und unser bottschaft ersuchen und berichten haben lassen<sup>2</sup>, auß was christlichen, pillichen ursachen und gedrungener notturft die röm. ksl. und kgl. Mtt. zu rettung des christlichen pluts und beschirmung gemeines vatterlandts teutscher nation einen heerzug gegen und wider unsers hl. christlichen glaubens und namens erbvheindt, den Turcken, furgenomen, mit gantz gnedigem beeger, gesynnen und freuntlich bitte, dieweil zu solchem christenlichem gemainem werck nit allein das Hl. Reich, sonder auch frembde potentaten und christenvolcker ir hilf und beistandt thun sollen, das demnach ir, als die ingessnen der teutschen nation, zu angeregtem christenlichem werck, namlich zu widerstandt

<sup>1</sup> *Die von Habsburg und Frankreich umworbenen und geworbenen eidgenössischen Söldner spielten eine wesentliche Rolle in der Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in Europa. Es lag im Interesse des habsburgischen Herrscherhauses und des Reiches, den Zulauf von Schweizer Söldnern nach Frankreich zu verhindern, was zahlreiche im Zuge der RTT erlassene Schreiben und Mandate verdeutlichen. Zum diplomatischen Ringen zwischen den habsburgischen und französischen Gesandten auf den Schweizer Tagsatzungen um eidgenössische Söldner siehe: B. BRAUN, Die Eidgenossenschaft und das Politische System Karls V., S. 257–278.*

<sup>2</sup> *Werbung der Gesandten Kg. Ferdinands und der Reichsstände (Gf. Jobst Nikolaus zu Hohenzollern, Hans Melchior Heggenter) um Türkenhilfe auf der Schweizer Tagsatzung zu Baden im Aargau im April 1542. Der Abschied der Tagsatzung (1542 April 17) gedr. bei: K. DESCHWANDEN, Die Eidgenössischen Abschiede 1541–1548, Bd. 4/Abt. 1d, Nr. 74, S. 129–135.*

des Turckens, eur hilf auch guetwillig thuen und mitler zeit fur sich selbs ruhe und frid halten und keinem frembden pottentaten, ob derselbe einichen krieg wider ksl. und kgl. Mt., uns oder das Hl. Reich anfahren wurde, helfen oder zuziehen wollten.

Und als wir auf dem jungst allhie gehaltenem reichstag [Nürnberg 1542] bericht empfangen, das ir wider den Turcken nit allein kein hilf geschickt, besonder auch das uber sollichs alles vill der eurn dem Kg. von Franckreich zugeloffen und demselben in seinem furgenomen khriegshandlungen dienten, haben wir nit underlassen mogen, euch von erstgedachtem reichstage von hie auß schriftlichen der vorgethanen der kgl. Mt. und unserer pillichen christlichen begere und bitte widerumb zu erinnern<sup>3</sup> und euch zu berichten, wie sollich euer kriegsleuth ziehen und dienen dem christlichen heerzug wider den Turcken in meher wege treffenliche verhinderung brächt, in deme das die ksl. Mt. gegen dem Kg. von Franckreich, der doch sunst keinen krieg one der euren zulauf und hilf anfahren hett mögen, sich mit kriegsvolck gefast zu machen, getrungen ist. Derwegen sein ksl. Mt. nit allein wider den Turcken kein hilf schicken khönnden, besonder auch zu irer erblandt beschirmung etlich knecht in Teutschlanndt bestellen het müssen, welliche sunst auch gegen dem Turcken gebraucht hetten mogen werden.

Darumb wir auch gnediglich und guetlich begert, das ir euer ansehenlich hilf wider den Turcken schicken, auch die euren, so gedachtem Kg. von Franckreich zugezogen, unverzugenlich abfordern wöllten etc., alles merern inhalts, wie hochgedachter kgl. Mt. comissarien und unserer gesanten werbung<sup>4</sup> und dan unser von jungstem alhie gehaltenem reichstag an euch außgangen schreiben, am datum haltende den 25. tag Augusti des nechstverschinen 42. jhars [RTA JR Bd. XIII, Nr. 124], weitters mit sich pringen. Darauß ir euch leichtsam erinnern mögent, welcher gestalt wir euch semplich durch unsere pottschaften und schreiben gnediglich, gunstiglich und freuntlich ersucht und gebetten haben. Und das alle jhenigen, so von uns außgeben [= behaupten] und euch inbilden haben wöllten, als sollten wir das schreiben, so von jungstem alhie gehaltenem reichstage an euch außgangen, nit samptlich und einhelliglich, sonder das es unser etliche, die dem hauß Osterreich anhengig, allein gethan haben, euch des ungrunds bericht, auch uns allen mit sollicher auflag zuvill und unguettlich gethan haben<sup>5</sup>. Dan wir dasselbig nit mit weniger einhelligkeit dann diß unser schreiben beratschlagt und beschlossen, des gnedigen, gunstigen

<sup>3</sup> Die Reichsstände hatten sich bereits auf dem Nürnberger RT 1542 in einem Schreiben an die Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft gewandt mit einem Ersuchen um Türkenhilfe, verbunden mit einer Verurteilung der eidgenössischen Söldnerdienste zu Gunsten Frankreichs; in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 124, S. 665–667.

<sup>4</sup> Siehe oben Anm. 2.

<sup>5</sup> Es wird hier Bezug genommen auf die Aussagen eines Agentenberichts an den franz. König vom RT Nürnberg 1542. Siehe RTA JR Bd. XIII, Nr. 124, S. 667, Anm. 4.



und freuntlichen versehens, ir werden sollichen und dergleichen ungegründten fugeben keinen glauben geben.

Nun werden wir jetzo abermallen bericht, wie der Kg. von Franckreich bei euch kriegsvolk anzunemen in werbung und ubung steen soll, und mogen woll erachten, wo ir ime die zuelauffen lassen, das dardurch den kunftigen und vorsteenden hörzugen und nottwendigen defension wider den Turcken furzunemen nit weniger verhinderung und nachtheil bringen werde, dann der vorderig zuzug der euren auch gewurckt hat. Dieweil wir uns dan jhe getrösten, ir wisset euch selbs zu berichten, wo des Turcken furhaben seinen furgang erreicht und das khonigreich Hungern (welliches bisher gegen ime als ein veste vormaur gewesen) gar in seinen tyrannischen gewalt gebracht wurd (das der Allmechtig gnediglich abwende), zu was unwiderbringlichen, grundlichen verderben sollichs teutscher nation und allen derselben inwonern gelangen werde.

Dem allem nach ist abermals unser gnedigs und guetlichs ansinnen, auch freuntlich und vleissig bitt an euch, ir wollet auß obgehorten und andern meher durch euch zu ermessenden christenlichen, billichen ursachen zu redtung gemeines vatterlandts und des chriestlichen pluets zuekunftiger gegenwehr wider den Turcken euer ansehenlich hilf thun und mittler zeit fur euch selbs fridt und einigkeit halten und in sonderheit dem Kg. von Franckreich die eurn nit zuziehen noch in seinen furgenomenen kriegem dienen lassen und die, so albereit sich in sollich dinst begeben, wider ab- und anheim fordern, damit die nottwendig gegenwere gegen dem Turcken desto mehr gesterckt und desto stattlicher volnzogen werden möge. *Die Reichsstände bitten um Antwort der Eidgenossen auf dieses Schreiben.*

### 139 *Generalmandat Kg. Ferdinands an die Reichsstände zur Verkündigung des Reichsanschlags – Nürnberg, 1543 April 22*

Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 219r–220r (Kop.); ÜS: General, daryn yedem standt sein anslag vermug der bewilligung und reichsabschid verkhundt wordn.

*Der Text des Generalmandats ist in allgemeiner Form abgefasst; es fehlt die Anrede an den jeweiligen Reichsstand sowie die Zahl der geforderten Reiter und Fußknechte bzw. das Geldäquivalent dafür. In vielen Archiven finden sich Mandate, welche diese Angaben für den jeweils adressierten Reichsstand enthalten: z. B. in München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 221/6a, unfol. (Druck mit Siegel an Pfgf. Heinrich, Adm. von Worms und Bf. von Freising); Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 863r–865v (Kop. an Bf. Valentin von Hildesheim). Die Kreisfürsten ersuchte Kg. Ferdinand, die Anschlagsmandate an die zu ihrem Kreis gehörenden Kreismitglieder weiterzuleiten<sup>1</sup>.*

<sup>1</sup> Kf. Johann Friedrich von Sachsen, Inhaber des Kreisausschreibeamts im Obersächsischen Kreis, erhielt gemeinsam mit den Anschlagsmandaten folgendes Begleitschreiben Kg.

Als wir sambt der röm. ksl. Mt., unsers lieben brueders und herrn, verordnetn commissarien auf hievor beschehne gemainer reichsstendt bewilligung und sonderlich den jungsten speyrischen [RTA JR Bd. XII, Nr. 285] und alhie gemachtn reichsabschid [RTA JR Bd. XIII, Nr. 198] auf disem gegenwurtigem reichstag bey den kfl. retn, fursten und stenden des Hl. Röm. Reichs und der abwesenden potschaften mit allem genedigen und bestem fleiß gehandelt, vermant und angehalt n haben, die continuation und volstrekhung der hievor bewilligt n notwendigen turggenhilf fur handen ze nemmen und dieselb zu rettung und beschirmung teutscher nation und gemainer cristenhait zum furderlichstn in das werkh zu richten, und darauf von bemeltn kfl. rät hn, fursten und stenden und der abwesenden botschaften – hochgedachter ksl. Mt. und uns zu underthenigem gefalln, auch zu rettung des cristlichen bluets und zu verhinderung und widerstandt des Turggen – irer vorbeschehnen bewilligung und nach ausweisung des speyrischn reichsabschids die ainfach hilf nach dem wormbsischen romtzug ze raitn – als nemblich 20 000 zu fueß und 4000 zu roß – bewilligt worden. Und das solh kriegsfolkh sechs monat lang, vom erstn tag Maij an tze rechnen, erhalten und alle stend zwen gantz monatsold, benenntlich auf ain pherdt zwelf fl. und ainen fueßknecht vier fl., auf den halben monat Maij schierist n gewislich und entlich, auch on alles vertziehen und ausred in die stett Frannkhfurt am Main, Nuermberg oder Regenspurg, welhe dann ainem yeden standt die gelegnist sein wirdet, und volgends die andern zwen monatsold auf den halben monat Julij und die dritt betzalung auf den halben monat Septembris, und auf die ersten drey monat auf rustgelt, guet schutzen und ander extraordynari soldt zu yedem monatsold auf ainen raisigen anderhalben fl. und auf ainen fueßknecht ain halben fl. auch in der vorbemeltn stette aine mit barem gelt erlegen und betzaln. Welhs gelt alles yederzeit durch den gemainen

*Ferdinands:* Als von den stenden des Hl. Röm. Reichs auf diesem alhiegen reichstag wider den erbveindt gemainer christenhait ain hilf bewilliget worden, haben wir darauf an alle stende der anschleg halben, was ainem jeden in solche thurggenhilf zue geben geburt, gedruckhte mandata fertigen lassen, welche wir deiner L. ausserhalb deren, die wir den stenden alhie uberantworten lassen, hiemit ubersenden. Und ersuchen darauf dieselb, fruntlich und genediglich begerendt, dein L. wolle solche anschlegmandata fur sich selbs gehorsamblich und guetwillig annemen und die andern den stenden des obersechssischen khrayß unverzogenlich zueschickhen und verordnung thuen, das dieselben ainem jeden, in ansehung das die sachen der eyl und furderung bedarf, unverzogenlich uberantwort und behendigt werden, damit sich derhalben in laystung obberurter hochnotwendigen thurggenhilf niemandt entschuldigen moge. Geben in unser und des Reichs stat Nurmberg, den 23. Aprilis anno etc. im 43. Post scripta: Wiewol aus unsrem schreiben verstanden wirdet, als ob wir etlichn khraißstenden ire mandata alhie antworten lassen, so hat doch solichs unsers und der stende eyllend abreyttens halber nit sein mugen, welches wir deiner L. zu bericht nit verhalten wellen. Datum ut supra. In: *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 24rv (Ausf.); AV fol. 24r:* Der röm. konigk schickt di mandat in disen obersechsischen kreiße uff den negsten numbergischen abeschied 1543.

comissari, so von den reichsstenden dartzue erkiest, eingenomen, auch durch denselben das kriegsfolk (darumb wir uns von allerlay nation bewerben und damit die befestigungen an der Thunaw und in Hungern statlich besetzen, auch andere kriegsnotturftn verrichtn und dem Turggen desto statlicher widerstand thun) gemustert und betzalt werden solle.

Das auch ain yede obrigkeit im Reich alle ire underthanen, die sy vermug der recht und aus altem herkhomen zu steurn oder zu belegen haben, auf den gemainen phennig, wie der hievor im Reich bewilligt, doch allain derselben obrigkeit zu guetem oder sonst durch ain steur oder anlag, wie ain yede obrigkeit fur guet ansehen wirdet, anlegen und eintziehen muge. Und in solher anlag niemand ausgeslossen sein, sich auch die obrigkeitn selbs angreifen sollen, wie dann solhes alles der reichsabschid, mit weiter ausfuerung, weiß sich die negstgesessnen kraiß – als frennkhisch, bayrisch, schwebisch, ober- und nidersächsisch – sambt und neben unsern kunigreichen und landen verrer aines statlichn benentlichn zuetzugs halben auf dem tag, so geen Passaw ernennt ist, vergleichen, was auch zu ringerung und vergleichung der anschleg gehandelt und wie es gegen denen, so ir erlegung und betzalung irer auferlegtn gebur obbestimbt yetzbeschennen bewilligung seumig oder ungehorsam sein, gehalten, nemlich wo sy weltlich, das die alßbald in der röm. ksl. Mt., unsers lieben brueders und herrn, und des Hl. Reichs acht mit der tath gefallen und, wo sy gaistlich wern, alle und yede ire privilegia, freyhaitn, schutz und schirm, die sy von der röm. ksl. Mt. und dem Hl. Reich haben, dardurch verwurckht, deren priviert und entsetzt sein, auch gegen inen samet- und sonderlich durch den ksl. fiscal zu erklerung solher peen und straff am ksl. camergericht procediert und verfarnt und dieselben ungehorsamen vor erstattung irer gebur sambt allem derhalben erlitten costen, scheden und interesse von solher acht durch die ksl. Mt. noch uns nit absolviert oder endtledigt werden solln, verrer mit sich bringt.

Und dieweil nu du [= *dir*] in obbestimbt bewilligung N.<sup>2</sup> geburn, welhe antzal zu roß und fueß sich obangeregtem anschlag nach auf yeden der ernentn dreyen termin auf N.<sup>3</sup> erstreket, so ersuechen wir dich in namen und anstat hochgedachter ksl. Mt. und fur uns selbs, von röm. ksl. und kgl. macht ernstlich gebietend, du wollest solh dein geburnus der bestimtn dreyer termin und yedes in sonderhait sambt dem, was sich als obsteet auf die erste drey monat auf rustgelt, guet schutzen und ander extraordinari sold deinem anschlag nach auf ainen yeden monat, benanntlich auf ain pherdt anderthalben und auf ain fueßknecht ain halben fl. geburn wirdet, an die ort und ende, wie obgemelt, on alles aufhaltn oder vertziehen entlich und gewislich erlegn und darynnen gar kain waigerung, aufzug oder verlengerung gebrauchen, damit die

<sup>2</sup> Der Buchstabe N steht als Platzhalter für die Zahl der zu entsendenden Reiter und Fußknechte.

<sup>3</sup> Der Buchstabe N entspricht der Geldsumme, die der jeweilige Reichsstand für den Unterhalt der Reiter und Fußknechte in drei Raten zu bezahlen hatte.

besetzungen, wie die von den reichsstenen der hohen, unvermeidlich notturft nach bedacht, zeitlich furgenomen und verricht werden, auch sonst dem Turgg statlicher widerstand beschehen und der unwiderbringlich schaden, nachtail und verderben, so aus mangl der betzalung, wie dann hievor zu mermaln erfolgt, teutscher nation und gemainer cristenhait zu gewartn ist, verhuet und furkhomen werden muge, auch nit not seye, im fal der ungehorsame durch den ksl. fiscal gegen dir auf obberurte peen zu procediern.

140 *Anschlag zur Türkenhilfe nach Reichskreisen – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 22)*<sup>1</sup>

Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 221r–233v (Kop.); ÜS: Anslag und verzeichnuß etlicher krayss im Reich hilf zu ross und fuess etc.

*Der Anschlag zur Türkenhilfe 1543 basiert auf der einfachen Romzugshilfe, die von den Reichsständen ab Mai 1543 sechs Monate lang geleistet werden sollte. Im Gegensatz zu früheren Reichstagen waren die Reichsstände nicht zur Stellung von Truppen, sondern zu Geldzahlungen verpflichtet, die der Besetzung und Sicherung von Befestigungen an der Donau und entlang der Militärgrenze dienen sollten. Da der gedoppelte Kreisanschlag von 1532 in RTA JR Bd. X (Nr. 76, S. 503–517) ediert ist, erübrigt sich der vollständige Abdruck des einfachen Anschlags von 1543. Es werden lediglich die Angaben für den Kurrheinischen Kreis herausgegriffen und exemplarisch für die anderen Reichskreise abgedruckt. Ergänzend zu den drei Spalten des Anschlags von 1532 finden sich 1543 zwei zusätzliche Spalten für die Kosten der Besoldung von Reitern und Fußknechten für einen bzw. zwei Monate. Die Summe der monatlichen Geldleistung jedes einzelnen der acht Reichskreise<sup>2</sup> für Fußvolk und Reiter wird angeführt. Die Summierung aller Kreisbeiträge ergibt die finanzielle Gesamtleistung aller acht Reichskreise zur Türkenhilfe pro Monat.*

Zu roß	Gelt auf ayn monat	Der vier Kff. am Rein kraiß: Colln, Trier und Phaltz mit iren landen und nachfolgenden stenden.	Zu fuess	Topplt gelt guldin auf zwen monat
60	1828 fl.	Mentz	277	3656
60	1828 fl.	Trier	277	3656
60	1828 fl.	Colln	277	3656
60	1828 fl.	Phaltz	277	3656
1	28 fl.	Nassaw Gf. Philips zu Beichlstain	4	56
2	40 fl.	Gff. zu Newenar	4	80
2	48 fl.	Hn. von Reyfferschit	6	96
1	24 fl.	Hn. von Ryenegg	3	48

<sup>1</sup> *Der Anschlag ist nicht datiert, gehört inhaltlich jedoch eindeutig zum Mandat Kg. Ferdinands von 1543 April 22 (Nr. 139) und wurde diesem wahrscheinlich meist beigelegt.*

<sup>2</sup> *Im Gegensatz zu 1532 sind im Anschlag von 1543 der Burgundische und der Österreichische Kreis nicht inbegriffen.*

Zu roß	Gelt auf ayn monat		Zu fuess	Topplt gelt guldin auf zwen monat
3	88 fl.	Baley zu Koblentz	13	176
3	124 fl.	Abt zu St. Maximin	22	248
2	48 fl.	Brobst zu Seltz	6	96
3	160 fl.	Statt Gailnhausen	31	320
2	56 fl.	H. Gerlatten [= <i>Gerlach</i> ] zu Nidereisenburg	8	112
<hr/>			<hr/>	
259			1205	

*Kurrheinischer Kreis:* Suma der vorgeschriben 4 Kff. am Rein kraiß pherdt 259, auf yedes ain monat zwelf fl.: 3108 fl.

Suma ires fuesfolckh 1205 personen, auf yede persson ain monat 4 fl.: 4820 fl.

Sumarum auf die pherdt und das fuesfolckh ain monat: 7928 fl.

*Fränkischer Kreis:* Suma des frannckhischn krais pherdt 283, auf yedes ain monat zwelf fl.: 3396 fl.

Suma ires fuesfolckhs 1416 personen, auf yede person ain monat vier fl.: 5664 fl.

Sumarum auf die pherdt und das fuesfolckh ain monat: 9060 fl.

*Schwäbischer Kreis:* Suma des swebischen krais pherdt 455½, auf yedes ain monat zwelf fl.: 5466 fl.

Suma ires fuesfolckhs 3179 personen, auf yeden ain monat 4 fl.: 12 716 fl.

Sumarum auf die pherdt und das fuesfolckh ain monat: 18 182 fl.

*Bayerischer Kreis:* Suma des bairischen krais pherdt 254, auf yedes ain monat zwelf fl.: 3048 fl.

Suma ires fuesfolckhs 1262 personen, auf yede ain monat vier fl.: 5048 fl.

Sumarum auf die pherdt und das fuesfolckh ain monat: 8096 fl.

*Oberrheinischer Kreis:* Suma des reinischen krais pherdt 735, auf yedes ain monat zwelf fl.: 8820 fl.

Suma ires fuesfolckhs 3952 personen, auf yede ain monat vier fl.: 15 808 fl.

Sumarum der pherdt und des fuesfolckhs besoldung ain monat: 24 628 fl.

*Niederrheinisch-Westfälischer Kreis:* Suma des niderlenndischen und westphalischen krais pherdt 520 fl., auf yedes ain monat zwelf fl.: 6240 fl.

Suma ires fuesfolckhs 2727 personen, auf yede person ain monat vier fl.: 10 908 fl.

Sumarum auf der pherdt und des fuesfolckhs besoldung ain monat: 17 148 fl.

*Obersächsischer Kreis:* Suma des obersechsischen krais pherdt 314, auf yedes ain monat zwelf fl.: 3768 fl.

Suma ires kriegsfolckhs zu fues 1615 personen, auf yede person ain monat vier fl.: 6460 fl.

Sumarum auf die pherdt und das fuesfolckh ain monat besoldung: 10 228 fl.

*Niedersächsischer Kreis:* Suma des niedersächsischen krais pherd 411, ain yedes ain monat zwelf fl. 4932 fl.

Suma ires fuesfolckhs 1962 personen, auf yede person ain monat vier fl.: 7848 fl.

Sumarum auf die pherd und das fuesfolckh ain monat besoldung: 12 780 fl.

*Gesamtleistung der acht Reichskreise:* Suma sumarum vorgeschriben acht krais pherd: 3231½.

Ires fuesfolckhs personen: 17 318.

Auf obgelmte 3231½ pherd auf yedes ain monat zwelf fl.: 38 778 fl.

Auf obgelmte 17 318 personen fuesfolckh auf yeden ain monat vier fl.: 69 272 fl.

Also lauft monatlich auf das gantz kriegsfolckh zu ros und fues 108 050 fl.

141 *Ersuchen der Reichsstände an Kf. Ludwig V. von der Pfalz und Bf. Pankraz von Regensburg um Bestellung eines Kriegskommissars – Nürnberg, 1543 Montag nach Cantate (April 23)*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 659r–660v (Reinschr. des Entwurfs); AV fol. 660v: Der stent schreiben an H. Lutwigen Pfgf. etc. und H. Pangratien Bf. zu Regensburg.

Nachdem wir uff diessem reichstag zu rettung der christlichen volcker in Hungern [und] andern anstossenden lendern [unser] vorigen bewilligungen nach ein hilf an gelt zu leisten bewilliget, darzu wir dan eines gemeinen commissarii notturftig seien, der das kriegsvolck, so von solchem gelt bestelt und underhalten werden sol, [zu] gepurenden zeitten mustere und bezalle, wan wir nu aber zu diessen ampt itzo alhie kein geschickten und tauglichen person bekommen mogen, so haben wir uns entschlossen, euer Ll. und fstl. Gnn. freuntlich und undertheniglich zu ersuchen und pitten, das sy von unsertwegen und in unserm namen ein vermogliche, geschickte und erbare person zu sollichem commissariatampt auf- und annemen und sich der bestellung fur irn leib und fur der notwendigen diener underhaltung mit derselben vergleichen wollen, wie wir dan euer Ll. und fstl. Gnn. hiemit gantz freuntlich und undertheniglich pitten und denselben zu sollichem unser volkomen macht und gewalt geben, auch zu mererm bericht und befurderung der sachen des gewesenen pfenningmeisters der jungsten eilenden turckenhilf bestallungsabschriefft und darzu einen ungeverlichen begriff des kunftigen comissarii bestellung [Nr. 142] hieneben ubersenden, sich demnach nach gelegenheit des ampts und der person, so euer Ll. und fstl. Gnn. darzu uffnemen werden, desto statlicher der besoldung und underhaltung mit ime zu vergleichen wissen.

Gereden und versprechen auch hiemit fur uns, unsere gnedigste und gnedigen herren und obern alles, was euer Ll. und fstl. Gnn. dem also angenommen comissarien fur besoldung und underhaltung schopfen [= verschaffen] und zu-

sagen werden, stet, fest und unverbruchenlich zu halten, dawider nicht zu thun noch schaffen gethan werden. Doch das derselbig comissarius uff diese form und puncten, in dem angeregten seiner bestallung concept [Nr. 142] begriffen, angenommen werde, auch euer Ll. und fstl. Gnn. anstadt und in namen gemeiner reichstendt gelob und schwere, sein ampt nach laut sollicher seiner bestallung zum treulichsten zu versehen und gegen empfangung seiner durch euer Ll. und fstl. Gnn. von unser, der stende des Hl. Reichs, wegen versigleten bestallung einen reversalbrief, darin sein bestallungsbrive von wort zu wort inverleibt sey, euren Ll. und fstl. Gnn. under seinem sigel zustelle, denselben furter in die meintzische cantzlei zu überschicken haben.

142 *Entwurf der Reichsstände für die Bestallungsurkunde des Kriegskommissars – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 23)*<sup>1</sup>

Wien HHSzA, MEA RTA 8/Konu. 1, fol. 661r–664v (Reinschr. des Entwurfs); AV fol. 664v: Concept der bestallung des comissarii zue der ieszigen turckenhilf.

Wir, der churfürsten verordente rhet, fursten und gemeine stent des Hl. Reichs und der abwesenden botschaften und rethe, so uff dem reichstag alhie zu Nurnberg erschinen sein, bekennen öffentlich mit diessem brive:

Als wir der röm. ksl. und kgl. Mtt., unsern allergnedigisten herren, zu underthenigstem gefallen, auch rettung des christenlichen volckes zu widerstant des Turcken bewilligt haben 4000 zu roß und 20 000 zu fuß, so die röm. kgl. Mt. annemen sol lassen zu besatzung der bevestigungen und päß an der Thonau und andern orten in Ungern, sechs monat lang, von dem ersten tag Mai an zu rechnen, zu underhalten und das gelt, nemlich uff ein pfert zwolf fl. und uff einen fußknecht vier fl. und fur rustgelt und ubersolt die ersten drei monat uff ides pferdt anderthalben fl. und uff iden fußknecht ein halben fl., und in der dreien stett eine, Franckfurt am Mein, Nurnberg ader Regenspurg, zu underschidlichen zilen, nemlich zwen monatsolt uff den 15. Mai und wider uff zwen monat uf den 15. Julij und fur die letzte zwen monat uff den 15. Septembris zu erlegen und furter durch unsern darzu verordenten commissarien zu gepurlicher zeiten obbemelt kriegsvolckh zu musteren, und von sollichem erlegten gelt bezalen zu lassen.

Demnach haben wir N.<sup>2</sup> zu unserm comissarien und zalmeistern uff- und angenommen, darauf er sich gegen uns verbunden und verpflichtet, seinem ampt

<sup>1</sup> Das Aktenstück liegt dem Ersuchen der Reichsstände an Kf. Ludwig von der Pfalz und Bf. Pankraz von Regensburg zur Ernennung eines Kommissars bei (Nr. 141) und ist wahrscheinlich am selben Tag verfasst worden. Die darin enthaltenen Bestimmungen werden in ähnlicher Weise im RAB Nr. 404, § 19 und § 31 wiederholt.

<sup>2</sup> Der Name des Kommissars stand zu Ende des RT noch nicht fest. Aus den Akten des Speyerer RT 1544 ist ersichtlich, dass Walter von Habsberg zum Pfennigmeister und Kriegskommissar bestellt wurde: siehe RTA JR Bd. XV, S. 101.

zum treulichsten vor zu sein, der ksl. Mt., unser und des Hl. Reichs eer, nutz und wolfart zu furdern, das gelt, so vorangeregter massen erlegt wurd, zu handen zu bringen, sein innemen und ausgeben treulich uffzuschreiben und, wie hernach volgt, zu verrechnen, das kriegsvolck in bewilligter anzal in erster und allen andern folgenden musterungen selbs persönlich zu musterern, es were dan sach, das solch musterung der feint halb verhindert wurde, und durch sich oder seine bevelchshaber von obberurtem gemeiner reichsstent gelt zu bezalen, und dasselbig gelt in keinen andern weg dan zu bezalung des bewilligten kriegsvolcks in die besatzungen zu geprauchen, auch solichs durch sich und seine geschickte diener in guter verwarung zu haben und iderzeit nit mer zu sich zu pringen weder [= als] die ungevarlich notturft zu des kriegsvolck bezalung ervordert, auch die obersten hauptleut und andere bevelchshaber vermog irer bestallung zu bezalen, keinen hauptman zu ider musterung mer dan in der glaubwirdigen, verpitschirten musterzettel begriffen ist, noch anderen kriegspersonen mer dan ir bestallung inhelt zu geben, noch einichen bedrug, so er den erfur, ksl. Mt. und den stenden zu nachteil zu verschweigen noch helfen underdrucken, auch fur sich selbs keinen furzunemen. Darzu sol der comissarius selbs persönlich oder durch seine bevelchshaber sich zu Wien oder einen andern gelegen platz [auf]halten, da man sy zu furfallender notturft finden moge.

Darauf haben wir unß mit ime seiner bestallung verglichen wie volgt: Erstlichen sollen wir ime geben die obberurten sechs monat lang einen iden monat uff seinen leib besoldung N. fl., item uff seinen zalmeister N. fl., item N. fl. N. schreibern, item uff N. pferd, item N. trabanten. Item ampts und rustung halb sollen im zwen wegen gehalten werden und die mit N. fl. monatlich versoldet und underhalten werden.

Item nachdem die bewilligt reichshilf hinder etlich stedt erlegt werden soll, deswegen er zu ein- und zusammenbringung vertrauter personen notturftig, so sol seinem inbringer des monats N. fl. und seinem schreiber N. fl. gegeben werden. Und das inbracht gelt sol iderzeit uff des Reichs costen, gefaar und schaden zu dem kriegsvolck pracht und, ob einich beschwerdt daran erscheinen wurd, sol es dem commissarien one schaden sein. Doch sol das gelt iderzeit mit rhat und vorwissen der röm. kgl. Mt. oder irer Mt. verordenten obersten in die besatzungen zu dem kriegsvolck gebracht werden. Item sollen gemeine stend uff des comissarii oder seiner bevelchshaber ersuchen sollich gelt notturftiglich vergleiten und ime hilf und furderung thun, damit es desto statlicher und sicherer zum obbemeltem kriegsvolgk bracht werden moge. Und was in solchem allem mit zusammenbringung [der] vorbewilligten reichshilf an wechselgeld, glait, furlon, bottenlon und anderm billich auflauffen wurd, sol im in der kunftigen rechnung zugelassen und angenommen werden.

Der comissarius sol auch sollichs seines ampts, auch innemens und ausgebens uff nechstem reichstag, so nach auszug obbestimpter sechs monaten gehalten wurd, gemeiner reichsversammlung erbare und richtige rechnung thun, welche auch unverzuglich von ime gehort und, wo die gepurlich befunden, angenommen



und er von des Reichs wegen entlich quittiert werden. Und was er solicher rechnung halb fur redlichen costen, zerung und schaden, von hauß auß biß wider zuhaus, nach entlicher annemung der rechnung uffwenden wurd, das sol zu der rechnung auch angenommen werden. Darauf gereden und versprechen wir obbemeltem N., diesse bestallung stet und vest zu halten und darwider nichts furzunemen.

Zu urkunt haben wir, von Gottes gnaden Ludwig Pfgf. bey Rein etc., Hg. in Obern- und Nidernbayern, und Panggratius Bf. zu Regensburg, von Kff., Ff. und stend wegen des Hl. Reichs uff ir und yerer rhät und botschaften derhalb an uns gelangte freuntlich und underthenig schrieflich pitte und commission [Nr. 141] unsere insigel an diesen brive henckn lassen, der geben --<sup>3</sup>.

143 *Kg. Ferdinand an die Mgff. Georg und Albrecht von Brandenburg: Bitte um Vorstreckung aller drei Raten der bewilligten Türkenhilfe<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 23*

*Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 720r–723v (Ausf. mit Siegel).*

Wir setzen in kainen zweivel, euer Ll. seyen numer von derselben rathe und potschaften von disem alhieigen reichstag erinnert und bericht, wellichermassen von den kfl. räthen, fursten und stenden und der abwesenden potschaften auf solhem alhieigen reichstag in ansehung der vorsteenden nodt wider den erbvheindt der christenhait, den Thurckhen, ain bewilligung bescheen, als nemblich 20 000 zu fueß und 4000 zu roß auf sechs monat lang zu underhalten, und das das gelt auf sollich kriegsfolck zu dreyen bestimbten termynen von allen stenden in parem gelt erlegt werden solle, wie dann solhes der reichsabschid ferrer mit sich bringt. Und wiewol sollicher reichsabschid under anderm vermag, da ain yeder standt, und sonderlich die vermuglichsten, aus christlichem guettem willen und in bedengkung der hochsten nodt und was gemainer christenhait in diser sachen an der eyl gelegen, von stund an und alsपाल्द ir angepurednt gelt in dise bewilligung erlegen oder aufpringen und kainer auf den andern verziehen noch waigern sollt, damit man zu aufnemung des kriegsfolckh mit gelt gefasst und die merern paß zeitlich besetzen moge, zuvor und ehe der vheindt in das kunigreich Hungern ankhome, so bedengkhen wir doch, das sollicher der stende erlegung zu furderlicher aufnemung notturftigs kriegsfolckhs nit erwartet werden moge, die auch sich bey etlichen stenden verziehen mocht. Und derhalben die unvermeidlich notturft erfordern wolle, bei den vermuglichen und negst anrainenden stenden, darfur wir auch eur

<sup>3</sup> Datum fehlt.

<sup>1</sup> Eine ähnliche Bitte um Vorstreckung der drei Raten der Türkenhilfe ließ der König an Hg. Moritz von Sachsen durch seinen heimkehrenden Rat Christoph von Carlowitz übermitteln. Siehe E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 468, Anm. 1.

Ll. und derselben kraiß erckenten, umb furlehen oder anticipation irer hilf anzulangen.

Demnach so ersuechen wir euer Ll., freuntlich und gnediglich begerendt, die wollen unbeschwerdt sein, nit allain iren geburenden antail in die obbestimbt bewilligt hilf des ersten, sonder auch der andern zwayer termyn in aller eyl richtig ze machen und allspaldt zu gemainer stendt verordneten comissarien oder derselben verwalter handen under ainist [= *auf einmal*] zu erlegen und zu bezalen, damit wir uns aus Ytalia und von andern frembden orten, wie dann das von den reichsstenden fur muglich und erschiesslich angesehen worden, zeitlich umb kriegßvolck bewerben mugen und in sollichem – in bedengkhung, was gemainen reichsstenden, gantzer teutscher nation, auch euren Ll. selbst und deren landen und leuten daran gelegen ist – kainswegs waigern, auf das obberurte der reichsstende bewilligung zu der nutzparkait und wurckhung geraihen und khomen moge, darumb dann solh hilf von inen, den reichsstenden, notturftigklich und wol bedacht worden ist, die aber anderer gestalt ye nit volstreckht oder in das werckh gezogen werden mag, es sey dann yetzt allßbald ain vorrat mit gelt vor der hand, davon das kriegßfolckh in aller eyl bestellt und on allen verzug in die besetzungen gebracht werden mug. Dann sonst one das dise bewilligung on alle frucht, auch aller kosten und außgaben, so hinach aufflauffen, gantz umbsonst und vergebens sein wurde. Und ob wir gleichwol genaigt, hierinn ain furlehen ze thuen, so seind wir doch mit sollichen schwären außgaben on das beladen, haben auch zu underhaltung des winterlegers nahend in zweymal 100 000 fl. aufgewendt und dargestreckht, daran uns von stenden noch kain erstattung gevolt, das uns merers furzestreckhen unmuglich.

Deßhalben wir uns zu euren Ll. gantz unzweiflich versehen und vertrauten wollen, sy werden sich aus erzelten ursachen und furnemblich in erwegung des unwiderbringlichen verderbens, nachtails und schadens, so gantzer teutscher nation und gemainer christenhait, auch euren Ll. selbst und derselben landen und leuten aus der unversehenhait und wann das kriegßfolckh aus mangel des gelts nit eyllendt aufgenommen und die besetzung der befestigungen in Hungern zeitlich beschehen, erfolgen mochte, christlich und willfarlich erzaigen, beweisen und halten.

Daran werden eure Andachten<sup>a</sup>, neben dem das solhs wie oblaut euer Ll. selbst, auch deren landen und leuten zu langwieriger sicherhait, wolfart, nutz und guttem geraicht, ain loblich, gotgefellig, christlich werckh thuen und die ksl. Mt. wirdet solhs ungezweifelt gegen euren Ll. in allen gnaden und freundschaft erckennen und bedengkhen, wie wir das gleichermassen mit gnaden und freundschaft genaigt sein. Und begern hierauf von euren Ll. derselben willfarlichen, unabschlegigen antwurt bey disem unserm botten.

<sup>a</sup> *Die Anrede Andachten ist irrtümlich; gemeint ist wohl – wie an anderen Stellen des Schreibens – Liebden.*

## IV.K Verhandlungen Kg. Ferdinands mit den bischöflichen Gesandten über die Doppelanlage

### 144 *Bericht aus der Kanzlei des Ebf. von Salzburg über die Verhandlungen zur Doppelanlage auf den Reichstagen 1542 und 1543*<sup>1</sup>

Salzburg LA, Geh. Archiv IV/4 1/3, fol. 10r–23v (Kop.); AS fol. 10r: Bericht und ertzehlung aller handlung, so sich vom 29. jar biß auf diß 44. jar der toppelanlag halben verlossen hat. US fol. 11r: Hernach volgt ain sumary bericht, was sich von wegen topplanlag, damit die ertz- und stift Salzburg, Bamberg, Freysing, Regenspurg und Passau neben den reichshilfen durch die niderösterreichischen erblandt bisheer beschwerd worden sein, auf den vergangen reichs- und andern tügen verlossen hat.

[...] Weiter und zum funften: Als abermals ain reichstag im 42. jar zu Speir gehalten und die groß beharrlich turckhenhilf zu laisten furgenomen, haben die saltzburgischen und der andern beschwerten fursten gesandten bei der röm. kgl. Mt., zuvor und ehe die beschlieslich bewilligung solcher turckhenhilf von gemainen stenden beschehen, sich mit verneuerung der vor oft furprachten und erholten beschwerden der topplanlag sovil und weit bemiet, das ir kgl. Mt. ain verschreibung und versicherung oder enthebungsbrief fur sich und ire landtschaften aufgericht, besigt und inen, den gesandten, zuegestellt hat, darinn under anderm austhruckhenlich begriffen, das weder ir kgl. Mt. noch derselben erben und nachkhomen noch auch khaine in ir kgl. Mt. erblanden landschaft die gedachten fursten noch ire leut, gult, gueter noch underthonen, wann und so oft die reichshilf wider den Turckhen gelaist wurd, anlegen noch beschweren solt, verrers inhalts solcher verschreibung, davon ain copei mit Nr. 1 bezaichent hiebey ligt [RTA JR Bd. XII, Nr. 59]<sup>2</sup>.

Daneben ist auch in dem abschid desselben reichstags, darinn auch die kgl. Mt. sich irer landtschaften angemechtigt hat, lautter fursehen und austhruckhlich bewilligt, das ain jeder allain an dem ort, da er gesessen, sein anlag zu der beharrlichen turckhenhilf geben soll, von allen seinen hab und guetern, so er allenthalben hat, unverhindert wo die sein oder ligen, und das khain stand

---

<sup>1</sup> Der Gesamtbericht umfasst die Jahre 1529 bis 1544; hier werden nur jene Passagen des Textes wiedergegeben, die sich auf die Jahre 1542 und 1543 beziehen. Das Aktenstück wurde wahrscheinlich für den Speyerer RT 1544 verfasst, ist in RTA JR Bd. XV aber nicht ediert.

<sup>2</sup> Grundlegend zum Problem der Doppelveranlagung: F. VON MENSI, *Geschichte der direkten Steuern*, hier S. 76f. und S. 158–164 und A. H. LOEBL, *Landanlage und Kirchengut im 16. Jhd.*, hier S. 493ff. Auch auf den vorangegangenen Reichstagen von 1529, 1530, 1532 und 1541 stand die Doppelveranlagung immer wieder auf der Tagesordnung. Siehe ausführlich zum Regensburger RT 1532: RTA JR Bd. X, *Einleitung* S. 185–187, *Supplikationen* Nr. 135, Nr. 139, Nr. 141–142, Nr. 144.

den andern oder desselben underthonen darwider tringen noch auch anderer (so under im nit gesessen) hab oder gueter, ob die schon under im nit gelegen, diser anlag halben belegen noch aufhalten noch sich ainicher freihait, vertrag noch altes herkhumen behelfen soll, inhalt desselben abschids [RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 68] in welchem abschid auch sundere ernstlich straffen und penen wider die, so solches verhindern, benennt und aufgesetzt sein.

Und wiewol die angeregt kgl. verschreibung sambt dem yetzbelmten articl des reichsabschids der kgl. Mt. erblanden (darinn die oftgedachten fursten beguet sein) landschaften verkhuendt und sy umb volziehung von denselben fursten ersuecht worden sein, so haben doch dieselben landtschaften denen khain volziehung gethan, sonder dieselben landschaften sein mit aufhaltung, pfandung der bemelten ertz- und stift guetter und gefenckhnuß irer underthonen zu einbringung aller steuer und hilfen, wie sy die in den landen ires gefallens furgenomen, furgefaren.

Demnach die bemelten ertz- und bischove nach gedachtem reichstag in dem monat Junij [1542] ire gesandten zu der kgl. Mt. gen Wien abgefertigt<sup>3</sup> und sich solcher nitvolziehung der reichsabschid und irer Mt. verschreibung und in sonderhait derselben landtschaften unbefuegten verwiderung, betroung und thätlicher betrangnuß bei irer Mt. zum höchsten beschwerdt, mit beger, was also von den landtschaften eingenomen wer, iren fstl. Gnn. wider zu erstatten, die verhaften guetter und leuth on entgelt ledig zu geben und das ir Mt. bey denselben iren landtschaften wurckhlich veruegen wolt, dem zu geleben, das ir Mt. verschreibung und die reichsabschid mitbrechten. Darauf aber ir Mt. durch etlich ir verordent räth den bemelten ertz- und bischöflichen gesandten hat lassen anzaigen, sy wessten sich zu erinndern des vertrags, zwuschen irer kgl. Mt. und den Ff. Salzburg und Bamberg im 35. jar aufgericht<sup>4</sup>, darinn sich dieselben fursten zu gemainem mitleiden neben und mit gemainen österrei-

<sup>3</sup> Zu den hier angesprochenen Wiener Verhandlungen, die im Juli 1542 zwischen den Gesandten Kg. Ferdinands und den erz- und bischöflichen Gesandten über die Doppelanlage stattfanden, siehe RTA JR Bd. XIII, Nr. 32c, S. 223f., Anm. 1 und 2.

<sup>4</sup> Der am 25. Okt. 1535 zwischen Ebf. Matthäus Lang von Salzburg und Kg. Ferdinand abgeschlossene Wiener Vertrag regelte die Rechtsbeziehungen zwischen dem Erzstift Salzburg und den der niederösterreichischen Ländergruppe der Habsburger zugehörigen Herzogtümern Kärnten, Steiermark und Österreich unter der Enns. Die dort befindlichen Salzburger Besitzungen sollten als Bestandteile dieser Länder angesehen werden, wobei der Landesfürst die letzte Appellationsinstanz bildete. Nur bei Streitigkeiten zwischen dem Erzbischof und dessen Amtsleuten sowie bei Konflikten unter den Salzburger Beamten war der Erzbischof zuständig. Siehe dazu H. DOPSCH/H. SPATZENEGGER, *Geschichte Salzburgs*, Bd. 2/Teil 1, S. 91ff. Ausführliche Erläuterungen samt Edition des Vertragswerkes von 1535 bei: G. HEILINGSETZER, *Studien zu den Verträgen des Jahres 1535 zwischen Salzburg und Österreich. Ein ähnlicher Vertrag war bereits am 27. Jänner 1535 mit dem Bf. von Bamberg, Weigand von Redwitz, über die Bamberger Besitzungen in Kärnten abgeschlossen worden.*

chischen landschaften jederzeit inner und ausser lands verschriben hetten. Und wiewoll ir Mt. mit iren erblanden derhalben handln lassen, so hette doch ir Mt. den verstandt, das es bei inen in diser turckhennot und schweren leuffen nit muglich zu erhalten. Welche erbland auch under andern sich behelfen wolten, das sy dagegen die verträg des personlichen erscheinens<sup>5</sup> und irer gegenclagen halben des hungrischen khriegs und vergangner aufstendt eingangen, und so sy denselben bißheer gelebt hetten, weren hinwider die Ff. Salzburg und Bamberg den andern vertrag des 35. jars auch zu halten schuldig, sunst wurden sy ursach haben, die nachsehung der personlichen erscheinung und bemelter gegenclagen auch nit zu halten. Wiewol auch ir kgl. Mt. die angezogen verschreibung zu Speir verfertigt, so were doch ir Mt. damals der angeregten verträg mit Salzburg und Bamberg [!] des verschriben mitleidens halben nit erinnert worden; die het auch damals khain rat bei ir gehabt, so bey aufrichtung desselben vertrags gewesen oder darinn gebraucht worden, und demnach wer ir Mt. etwas damit übereilt oder doch in iusta ignorantia gewesen. Wiewoll auch ir Mt. nichts weniger solch verschreibung irn landschaften insinuiren lassen, so hett doch ir Mt. uber allen ernst und vleiß in disen hochbeschwerlichen turckhenleuffen die vollziehung bei iren landen nit erhalten mugen. Darauf ir Mt. begert, das die bemelten fursten auf dasselb 42. jar in der eisseristen noth, auch aus christlicher nachtperlicher verwantnus, mit den angeregten landschaften mitleidig sein wollten. Darunder auch angezogen worden, wie der yetzig unser genedigister herr von Salzburg gegen der kgl. Mt. verschriben wer, alle vertreg, zwuschen dem stift Salzburg und dem hauß Österreich hievor aufgericht, zu halten.

Als aber die fstl. gesandten nach verantwortung und ablainung der kgl. reth furgeben und persuasionen auf vorigem irem begern bestendighklich verharret, haben nachvolgendt die kgl. gesandten ain mittl furgeschlagen, nemblich das die kgl. Mt. wirckhlich verfuegen wolt, das alles das, so sy, die beschwerdten fursten, der gueter halben in den erblanden im 41. und 42. jaren versteurt hetten, von ir Mt. wegen iren fstl. Gnn. erstatt und widerumb erlegt werden solt, aber ir fstl. Gnn. leut, guetter und underthon solten in dem gemainen mitleiden und belegung der landschaften bleiben und gelassen werden, welches mittl aber die fstl. gesandten, aus ursachen, das die fursten damit auß allen reichsabschiden und der jungsten kgl. verschreibung gen und sich der begeben

---

<sup>5</sup> Die Landstände von Steiermark und Kärnten waren bestrebt, die Sonderstellung der Salzburger Besitzungen in ihren Ländern immer mehr zu beseitigen. Als Mittel dazu diente ihnen die immer wieder erhobene Forderung nach dem persönlichen Erscheinen des Salzburger Erzbischofs vor der Landschranne. Damit sollte dokumentiert werden, dass auch der Ebf. von Salzburg nur Grundherr war und als Landstand der obersten Gerichtsstanz dieser Länder unterworfen blieb. Siehe dazu: H. DOPSCH/H. SPATZENEGGER, *Geschichte Salzburgs*, Bd. 2/Teil 1, S. 92.

wurden, gar abgeschlagen, wie das und anders in einer schriftlichen relation derselben gesandten, hieneben mit Nr. 2 bezeichndt<sup>6</sup>, weiter ausweist.

Darauf nun alsbald der kgl. Mt. eyllendt wegziehen von Wien sich zuegetragen, und damit dise sach sambt andern der kgl. Mt. furgewachten beschwerdten auf den reichstag gen Nurmberg (der pald darnach gevolgt) geschoben worden ist.

Zum sechsten als auf dem hernach gehalten reichstag zu Nurmberg des berurten 42. jars<sup>7</sup> die merhochgemelten ertz- und bischof abermals durch ir gesandten bei der kgl. Mt. umb volziehung der vorigen reichsabschiden, auch der kgl. verschreibung, vertröstungen und enthebung embsigklich angehalten, darauf gleichwol ain guetliche handlung durch den Bf. von Thriendt und ander der kgl. Mt. darzue verordent rethe mit den ertz- und bischoflichen gesandten gepflogen, darunder von den khunigischen die gegenwurf und argument (so im obgemelten vierten articl erzelt) furgewendt worden sein, mit dem anhang, das die ursach, darumb die stendt des Reichs und kgl. Mt. zu den ergangen abschiden und beschehen vertröstung bewegt worden, am maisten zu bedenckhen: Und nemblich das die begueteten fursten, wann die reichshilf get, nit sollen mit topplter anlag beschwerdt werden. So dann in der turckhenhulf desselben 42. jars im Reich auf 100 fl. wert ain halber fl. angeschlagen und aber in den erblanden auf 100 fl. 1 fl. angelegt worden und so von dem 1 fl., in den erblanden angelegt, den begueteten fursten der halb fl. widerumb gegeben oder innen gelassen, so werd iren fstl. Gnn. der halb fl., so sy von den guetern in den erblanden in das Reich bezallen muessen, wider erstatt und haben dises falls dieselben fursten khain billich beschwerd ainer toppln anlag, so sy doch ausser der toppln anlag das mitleiden in die erblandt von recht, erbar und billichait wegen zu thun schuldig seyen<sup>8</sup>. Wiewoll nun di fstl. gesandten allerlay ablainung dargegen furgewent, und sonderlich, das frembdt und inen nit verantwortlich wer, die claren reichsabschid und kgl. verschreibung in disputation ziehen zu lassen und derwegen beschlieslich auf vorigem irem ansuechen und bitten verharret, so haben sy doch abermals nichts außträglichs erlangen mugen, dann das die kgl. Mt. inen ainen furschlag aines vertrages gethon und in schriften, laut beyligender copley mit Nr. 3 bezeichent [RTA JR Bd. XIII, Nr. 98], hat uberantworten lassen, dem sy aber in vermug irer habenden instruction und bevelch nit anders dann allain auf hindersichbringen, doch mit gebetenem unvergrifflichem stillstant

<sup>6</sup> *Relation der Salzburger Gesandten von den Wiener Verhandlungen mit den Gesandten Kg. Ferdinands (Markus Beck von Leopoldsdorf, Georg von Landau) über die Doppelanlage im Juli 1542, Salzburg, 1542 Juli 21, in: Salzburg LA, Geh. Archiv IV/7, 56, unfol. (Konz.).*

<sup>7</sup> *Zu den Verhandlungen über die Doppelanlage auf dem Nürnberger RT 1542 siehe RTA JR Bd. XIII, Kap. IV.D, Nr. 96–99, S. 582–590.*

<sup>8</sup> *Zu dieser auf dem Nürnberger RT 1542 vorgebrachten Argumentation der kgl. Seite siehe die Salzburger Protokollaufzeichnungen über die Verhandlungen zur Doppelanlage, Nürnberg, 1542 Aug.; in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 99, S. 586–590.*

angenomen. Gleichwol ist damals durch die kgl. Mt. ain zeit benennt worden, nemblich das solcher furschlag von den ertz- und bischoven vor Michaelis [1542 Sept. 29] negst darnach folgendt ab- oder zuegeschriben werden solt, damit ir Mt. mit iren landschaften auch darauf handlen möcht.

Nachfolgend und zum sibenden, als die hochgemelten ertz- und bischof in bedacht gestanden, den berurten furschlag ab- oder zuezeschreiben und dann die sterbenden leuf und ander verhinderung furgefallen, damit solch zue- oder abschreiben und dise sach also biß auf den reichstag, abermals zu Nurmberg im 43. jar gehalten, ansteen bliben, haben auf demselben reichstag irer fstl. Gnn. gesandten widerumb bei der kgl. Mt. angehalten, damit ir fstl. Gnn. bey oftgenanten reichsabschiden, vertröstungen, versicherungen, verschreibung und enthebung gelassen und gehandhabt wurden. Darauf die kgl. Mt. inen widerumb hat anzaigen lassen, das sy gleichwol darvor auf jungstem reichstag ain schriften aines vertrags furgeschlagen [RTA JR Bd. XIII, Nr. 98], darinn aber ir Mt. seitheer noch ain zuesatz zu merer erleutterung und verhuettung weitter und khunftiger irrung fur notwendig bedacht, wie sy deßhalben ain schrift mit einleibung solches zuesatz, davon ein copei mit Nr. 4 hiebey ligt [Nr. 147], den gesandten ubergeben lassen. Und wiewoll die ertz- und bischof solchen des vergangen jars furgeschlagen vertrag in der zeit, wie damals zu Nurmberg erlassen worden ist, nit zuegeschriben, dardurch ir Mt. ursach hetten, von sölchem vorigen furschlag zu weichen, so wolt doch ir Mt. zu erhaltung freundlichen, nachparlichen willens solchen hievor angepoten vertrag inhalt der jetz ubergeben schrift und zuesatz genedigist eingeen und verfertigen.

Wiewoll nun sy, die fstl. gesandten, damals bevelch und gewaldt gehabt hetten, den ersten furschlag, wie der deß vergangen 42. jars beschehen, gegen abschaffung der furgenumen pfandung, ainziehung und aufhaltung in den erblanden etc. anzunemen<sup>9</sup>, unangesehen wie hochbeschwerlich den ertz- und bischoven were, den obgedachten reichsabschiden, versicherungen und enthebungen nit strachs anzuhangen, so haben doch dieselben gesandten den

<sup>9</sup> *Die bischöflichen Gesandten schlugen einige Ergänzungen zum kgl. Vertragsentwurf vom 16. Aug. 1542 vor, die in Form von Marginalien und Nota zum kgl. Konz. des Vertrages festgehalten wurden:* Notum: In diser furgeschlagnen vergleichung muëß austrucklich gemelt werden die steuer des 41. und 42. jares, nemblich das der fursten, also auch derselben capitl und prelaten gueter von obernter jar wegen unbelegt beleiben und das derhalben alle pfandung, arrest und in sonderhaidt die einziehung des landgerichts Zol [= Zell im Pinzgau] etc. abgeschafft und das, so von gedachter fursten gueter und einkomen eingenomen worden ist, wider heerausgegeben werde. Item das ietzt hie dem herrn landsverweser durch die kgl. Mt. geboten und ime derhalben schriftlicher bevelh zuegestellt werde, alle arrest und thatlich handlungen abzeschaffen und sich der hinfuro gentzlich zu enthalten. Auf hindersichbringen von dato biß auf den nechsten reichstag vel Michaelis [1542 Sept. 29] und mitler zeit gentzlich stillzestee und tatlich handlung zu vermeiden. In: Salzburg LA, Geh. Archiv IV/7, 3 ad 48 (Konz.).

anhang und zuesatz, so die kgl. Mt. auf disem reichtag des 43. jars furgeschlagen und begert hat [Nr. 147], nemblich des zuezugs halben, wann sich der in den erblanden begäb, alsdann mit den landen auch darinn mitleidig ze sein, fur beschwerlich geacht. Derhalben und aus mangl befelchs denselben furschlag nit annemen wellen noch mugen, sich doch erboten, den an die hochemelte ertz- und bischof (die sich gleichwol sölcher änderung an dem erst beschehnen furschlag nit versehen) hinder sich zu gelangen. Dabei es damals und auf demselben reichstag auch beliben ist. Gleichwol sein von kgl. Mt. damals bevelch in die erbland ausgangen, wann die fursten solchen vertrag zuschreiben, so sollen die arrest, einziehung und aufhaltung irer gueter und leut abgestellt werden [Nr. 150]. Darauf aber khain zueschreiben sunderlich von meinem gnedigsten herrn erfolgt ist. [...] <sup>10</sup>.

145 *Der Passauer Gesandte Christoph Kirchbichler an Bf. Wolfgang von Passau: Bericht über die Verhandlungen zur Doppelanlage – Nürnberg, 1543 März 2*

München HStA, HS Passau, Blechkastenarchiv 4/31, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Kirchbichlers); DV: Datum Nirnberg, den 2. Februar[!]<sup>1</sup> 1543.

Meins gnedigsten herrn von Saltzburg potschaft, als mein gnediger herr von Chiembsee und der von Hiernhaim, sind am 20. Februarij spets abends ankhumen<sup>2</sup>, ze stund zu mir geschickht und mich auf fruhen morgen, das ist den 21. Februarij, beschiden, allda ich mein credentz, so noch uneröffnet bey dem von der Alm verpliben, gemeld. Also haben die saltzburgerischen, pambergerischen und in namen euer fstl. Gn. ich uns samentlich bschlossen, das, unangesehen

<sup>10</sup> *Es folgt eine Schilderung der Verhandlungen über die Doppelanlage auf dem RT Speyer 1544. Die entsprechenden Aktenstücke in: RTA JR Bd. XV, Nr. 160, S. 1148f. und Nr. 166, S. 1188f.*

<sup>1</sup> *Irrtümlich; laut Briefinhalt handelt es sich um den 2. März 1543.*

<sup>2</sup> *Als erster Salzburger Gesandter kam Eustachius von der Alm in Nürnberg an, den Kirchbichler bald aufsuchte, wie er in seinem Schreiben an Bf. Wolfgang von Passau berichtete, Nürnberg, 1543 Febr. 18: [...] Zum andern betreffend der funf fursten bschwer etc. [wegen der Doppelanlage], hab ich strackhs H. Eustachen von der Alm (so noch allein in namen meins gnedigsten herrn von Saltzburg vorhanden, auch noch niemand von Regnspurg noch Freising ankhumen) die handlung erweitert und umb rath angsunnen, welcher mir disen bschaid gegeben: Ine sehe nit fur thuelich an, noch derzeit ze antworten, sonder dwheil noch untzher von der bhärlichen thurckhnhulf nichten ghandlt, solle man stillhalten derselben und an sich gwarten, niemand ursachen, den sachen nachzuedenckhen, niemand an sich vordern. Er versehe sich nämblich seiner zuegeordneten saltzburgerischen rät in churtzn tagen. Whann dieselb ankhumen, mog man die sachen beratschlagen, wie die anzegreiffen. [...]. In: München HStA, Hochstift Passau, Blechkastenarchiv 4/31, unfol. (Ausf.).*



das niemand von Regensburg noch Freising nochmaln vorhanden, wir dannoch nichten weniger röm. kgl. Mt. der dopplanlag wegen zue ersuechen und umb wendung ze bitten etc. Und also am 22. Februarij wir bey röm. kgl. Mt. audientz erhalten und von der topplanlag wegen mundlich ungeverlich auf diese mainung gworben:

Ier kgl. Mt. habe negstgehalten reichsthag ain begriff, welhermassen die funf fursten Saltzburg, Bamberg, Regensburg, Freising und Passaw der thopplanlag in ierer kgl. Mt. erblanden sollen erlassen sein (wie dan die copi, so euer fstl. Gn. mir zuegeschickt, laut), stellen lassen [RTA JR Bd. XIII, Nr. 98], welhen furschlag der funf fursten potschaften zu bedacht auf hindersichbringen, auf St. Michaelsttag [1542 Sept. 29] schierst verschinen ier gmuet zu endteckhen, gnomen. Hab sich doch solhs auß allerlayhand ursach (nemblich der sterblichen leuff halber, item das die fursten verr voneinander gelegen, mit ierer hofhaltung und räthen zu streit gwest, auch zuvorab iere röm. kgl. Mt. mit hochwichtigen gescheften beladen gwest) untzher verweild, mit underthenigister bit, solhe endtschutung [= *Verteidigung*] des saumsals [= *Versäumnis*] gnedigist anzemen. Und wiewoll dieselb gestelt verschreibung auß villerlay ursach bschwerlich were anzunemen, so wold man dannoch dieselb an itzo anzunemen gwilligt haben, bittend, dieselb zfertigen, doch mit dem underthenigisten anregen, dwheil die landschaft allgerit mit pfandhung verfahren und zu besorgen, möchten itzo Mitterfasten<sup>3</sup> mit solher handhabung ferrer furschreiten, ier kgl. Mt. wolten derowegen den funf fursten bsonder ernstliche mandat an die landschaft mitt-hailen, solh iere thedlich vorhaben einzustellen.

Darauf kgl. Mt. die handlung zu bedacht gnomen, und wiewoll derselb bscheid [*von*] uns embsig und anhebig [= *geflissentlich*] ersuecht worden, ist doch solher untzher verpliben. Wir seien denselben auf heut zue besuechen [= *überprüfen*] bschiden; was fur bschaid erlangt wurdet, will euer fstl. Gn. unverzogenlich zuefertigen. Des von Freising gsanter hat sich in dise handlung, als er ankumen, nichten wellen einlassen, sonder anzeigt, er hab khain bfelh derowegen. Der von Regensburg ist zu uns gstanden. [...] <sup>4</sup>.

**146 *Supplikation von Dr. Werner Koch<sup>1</sup>, Gesandter und Kanzler des Bf. von Worms und Freising, an Kg. Ferdinand wegen der Doppelanlage – übergeben Nürnberg, 1543 März 27***

A München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 200/19, unfol. (Kop.).

B München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 221/6a, unfol. (Kop.); AS: Supplication, der röm. kgl. Mt. der doppelanschleg halben Dinstag nach dem hl.

<sup>3</sup> Mitterfasten = die Woche vor Letare (1543 März 4).

<sup>4</sup> Es folgen Berichte über die Verhandlungen der Reichsstände.

<sup>1</sup> Dr. Koch berichtete an die bischöflichen Räte in Freising über die Übergabe der Supplikation, Nürnberg, 1543 April 8: [...] Und darneben mich offenlichen protestirt

ostertag anno etc. 43 zu Nurnberg ubergaben durch mich, Wernher Koch Dr. und wormischen cantzlern.

*Von den Gesandten des Hochstifts Freising, das in den niederösterreichischen Erblanden begütert ist, wurde bereits auf mehreren Reichstagen wegen Vermeidung der Doppelanlage und Ermäßigung der Anschläge suppliziert<sup>2</sup>.*

Und aber ir fstl. Gn. – gleichwol ungeacht ires gut befugten und pillichen beclagens, auch allerhandt empfangner gnedigisten vertröstungen und verschreibungen – obgedachter doppelanlage und steuer wurcklichen nit enthaben oder gefreidt, sonder fur und fur beschwert und uberlegt pilben, welchs hochgedachtem meinem gnedigen fursten und herrn und dero Gn. stift Freising zu vil beschwerden und nachtail gelangt. Und so ir fstl. Gn. hinfurter gleichsvalls doppel belegt und beschwerdt werden und pleiben solt, so wer es je irer fstl. Gn. und deren unvermuglichen stift semlich [= *solche*] zwifach hilf zu laisten unerschwinglich und untreglich, wie eur kgl. Mt. aus hohem kgl. verstandt gnedigist wol bei ir selbst abnemen und ermessen mugen.

Dieweil, allergnedigister khönig, in des Reichs abschide, anno etc. 30 zu Augspurg gemacht, sonderlich und mit ausdruckten worten vermeldet, das die röm. ksl. Mt., Kff., Ff. und gemeine reichsstende fur pillich geacht, das die fursten und stende, so guter in eur kgl. Mt. erblanden haben, von denselben iren gutern, so oft das Reich ain thurckhenhilf thut, euer kgl. Mt. landschaften mit kheiner thurckhenhilf oder steuer verbunden noch die zu thun schuldig, sonder deren frei sein sollen<sup>3</sup>, und aber jetzunder abermals die unvermeidlich,

---

und betzeugt, wo mein genediger furst und herr daruber beschwerd und uberlegt pleibn wurde, das ich durch mein erscheinen oder khunftige erscheinen und handlungen in gegenwurtigs tags bewilligte turckenhilf oder abschied nit bewilligt haben oder bewilligen well. [...]. Verhoff, es sei in derselben [*Supplikation*] meins genedigen fursten und herrn notturft angetzeigt und gepeten worden; so aber etwas darin durch mich uberschen und nach notturft und gelegenheit der sachen nit anpracht oder gebetten, so ist mein fruntlich bit, eur erwirden, ernvesten und Gg. wellen mir solches furderlich zu wissen thun, alsdann soll abermals an meinem vleis nichts erwinden. Trag aber fursorg, das uf dißmal weder die saltzpurgischn oder ich bei der röm. kgl. Mt. etwas der obligenden beschwerde halben erhalten werden, dann die sach fur und fur uffgehabn wird, und werden wir mit trostlichen hofworten von einem tag uf den andern verweisen. [...] In: *München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 221/6a, unfol. (Kop.)*.

<sup>2</sup> *Siehe die Supplikationen des Hochstifts Freising auf verschiedenen Reichstagen, in: RTA JR Bd. X, Nr. 135 (RT 1532), RTA JR Bd. XI, Nr. 954 (RT 1541), RTA JR Bd. XII, Nr. 262 (RT Speyer 1542), RTA JR Bd. XIII, Nr. 97 (RT Nürnberg 1542). Auch in der Instruktion des Bf. von Freising für Hans von Adeltzhausen, seinen Gesandten am bayerischen Kreistag in Straubing, kommt die hohe Belastung des Hochstifts durch die Doppelanlage zum Ausdruck, Freising, 1542 Okt. 14 (Ausf.); in: München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 220/3, unfol. (Ausf.)*.

<sup>3</sup> *Siehe den Rab Augsburg 1530, gedr. bei SENCKENBERG, Reichsabschiede, Bd. 2, S. 326, hier § 131.*

hochtringendt noth erfordert, daß man sich alhie widerumb einer genugsamen und statlichen gegenwere zu widerstand dem erbfeindt unsers seligmachenden glaubens und namens, dem Thurckhen, vergleichen und in das werckh furderlich richten, so haben ir fstl. Gn. aus erscheinender noth und unvermuglichait ired stifts Freisingen undertheniglich nit umbgeen khonnden, euer kgl. Mt. supplicierend anzubringen, das ir fstl. Gn. uber erkannte pillichait und clare worth obgemelts augspurgischen abschids je und albegen beschwerdt und der zwifachen anlag nit enthaben noch gefreidt pliben. Und wo nun ir fstl. Gn. uber des Reichs hilf, die ir fstl. Gn. als ain gehorsamer furst des Hl. Reichs neben chur- und fursten zu bewilligen und zu laisten undertheniglich genaigt, abermals nichtsdestominder wie verschiner jar von euer röm. kgl. Mt. erblanden – als Osterreich und Chrain, darinnen des stifts Freising herrschaften zum thail gelegen – auch mit anlagen oder steuer belegt und also zwifach angeschlagen werden solt und der topplanlag nit enthept oder gefreidt pleiben, wie beschwerlich, nachtailig und unerschwinglich solchs irer fstl. Gn. und deren unvermuglichen stift sein wurde, das haben abermals euer kgl. Mt. aus hohem verstandt gnedigist bei ir wol abzunemen<sup>4</sup>.

Hierumb so ist an euer kgl. Mt. anstat und von wegen hochemelts meins gnedigen fursten und herrn mein gantz hochvleissig, underthenigist bith, euer kgl. Mt. wellen dise beschwerde meins gnedigen fursten und herrn und deren stift Freising neben der augenscheinlichen unvermugenhait gnedigist behertzigen und den armen stift nit also uber sein vermuglichait, dergleichen die augspurgischen und regenspurgischen und andern darneben gleichformigen besigleten verschreibungen zuwider mit dopelter anlag beschwern und gentzlich ersaigern [= *erschöpfen, verkommen*] lassen, sonder hochemelten mein gnedigen fursten und herrn bei den obangezognen reichsabschiden und darneben auch

<sup>4</sup> *Der Passauer Gesandte Christoph Kirchbichler berichtete an Bf. Wolfgang von Passau über das Vorgehen des Freisinger Gesandten Dr. Werner Koch, Nürnberg, 1543 März 16:* Der thoplanlag halber hat sich des von Freising gsanter von uns allen abgesondert und sich derowegen an heut dato gegen meinem gnedigen herrn von Chiemsee lauter erclärt. Was er aber sonsten vorhabens, last er sich hörn, allain wie ich vermuert, wo dise bschwerde nit abgestellt wurde, dawider offenlich zu protestiern, anders in khain hulf zwilligen. Aber auf unsern thail wirdet täglichen sollicitiert und angehalten, khonnen aber kheiner endlichen antwort untzher erlangen. Auch röm. kgl. Mt. selbs allererst an gestern den saumsall [= *Verzögerung*] der antwort inen selbs zuegemessen, welle aber bschaid geben lassen, mit angeheftem schein, man solle die bewilligt urkhundh erstlich haben angenomen, so lang nit verligen lassen, man mög auß menig der obligenden geschafft die handlung an itzo nit statlich erledigen. Mich gedeucht ratsamb sein, euer fstl. Gn. heten H. Johan Hofman geschriben und mit einem ernstlichen anhaften, nämblichen das im fall, das die thoplanlag wolte nit eingestelt werden, inmassen doch solhs di vorigen reichsabschied mit sich prächten, were zu besorgen, es mochte kgl. Mt. irem vorhaben ain speerr machen [= *verhindern*]. In: *München HStA, Hochstift Passau, Blechkastenarchiv 4/31, unfol. (Ausf.)*.

bei der verschreibung und versicherung, wie die zu Speir anno etc. 42 irer fstl. Gn. und andern fursten von euer kgl. Mt. geben worden und deren copei ich hie mit A verzaichendt ubergebe [RTA JR Bd. XII, Nr. 59], bestendiglich handthaben und pleiben, auch also gnedigist und ernstlich bevelh an di landt-gesessen Osterreich und Chrain thun lassen, damit solch irer fstl. Gn. zugestellt verschreibung durch die landtgesessen vestigclich gehalten und zu wurcklichen volziehung khome und ir fstl. Gn. daruber nachmals, wie hievor beschehen, weiter nit mer mit zwifacher hilf und steur beschwert, betruedt noch in ander wege angefochten worden.

Und so ir fstl. Gn. also bei obgemelten abschiden und sonderlich euer kgl. Mt. verschreibung wurcklich gehandthabt und gelassen wurd, werden ir fstl. Gn. hochlich gemaint und gutwillig sein, die vorhabendt christlich hilf, so alhie in das werckh gericht soll werden, mit andern stenden treulich zu befurdern und laisten zu helfen. Wo aber ir fstl. Gn. abermals uber erkhannt pillichait und euer kgl. Mt. versicherungsverschreiben, anno 42 zu Speir geben, verner beschwert pleiben solt, were irer fstl. Gn. die hilf zu laisten unerschwinglich, unmuglich und verderblich. *Das Ansuchen des Hochstifts Freising sei durch höchste Not verursacht. Bitte um Verständnis des Königs und um seine baldige Antwort an den Bischof.*

147 *Erweiterter Vertragsentwurf Kg. Ferdinands zur Doppelanlage des Ebf. von Salzburg und der Bff. von Bamberg, Regensburg, Freising und Passau – actum Nürnberg, 1543 April 11/praes. Nürnberg, 1543 April 13*

A Salzburg LA, Geh. Archiv IV/7, 6 ad 48 (Reinschr. des Entwurfs); DV: Praes. per d/[ominum] Madrutsch 13. Aprilis 1543.

B Salzburg LA, Geh. Archiv IV/7, 7 ad 48, unfol. (Reinschr. des Entwurfs); DV: Copei einer verschreibung von der röm. kgl. Mt., im fall der vergleichung mit insertion des vertrags ausgen zu lassen. Marg. AV v.a.Hd.: Kgl. Mt. verschreibung mit insertion des vertrags.

C Salzburg LA, Geh. Archiv IV/7, 22 (Konz. mit marg. Korr.); DV: Der röm. kgl. Mt. jungsten furgeslagner vertrag der toppelanlag halben. Praes. per Madrutsch 13. Aprilis 1543.

*Der erweiterte Vertragsentwurf basiert auf dem Nürnberger Vorschlag Kg. Ferdinands von 1542 für einen Vergleich mit den Bischöfen in der Frage der Doppelanlage (RTA JR Bd. XIII, Nr. 98). Nachdem es 1542 zu keinem Vertragsabschluss gekommen war, führte Hans Gaudenz von Madruzzo in Nürnberg 1543 auf kgl. Seite die Verhandlungen mit den bischöflichen Gesandten fort. Nach mehreren leicht voneinander abweichenden Vertragsfassungen<sup>1</sup> präsentierte Madruzzo gegen Ende des Reichstags am 13. April einen Vertragstext mit einem zusätzlich eingefügten*

<sup>1</sup> Siehe den mit zahlreichen marg. Änderungsvorschlägen und Ergänzungen der bischöflichen Räte versehenen Vertragsentwurf Kg. Ferdinands in: Salzburg LA, Geh. Archiv IV/7, 3 ad 48 (stark korr. Konz.) oder eine etwas andere Variante des Vertrages in: Salzburg

*Absatz: Sollte im Falle erhöhter Bedrohung durch die Türken über die beschlossene Türkenhilfe hinaus eine militärische Unterstützung durch die Erblände nötig werden, so wären die dort begüterten Bischöfe verpflichtet, ihren Anteil an der Türkensteuer aus ihrem Kammergut zu bezahlen. Bei einem gleichzeitigen Aufgebot der Reichsstände sollten die Bischöfe für ihre in den Erblanden gelegenen Besitzungen von der Türkensteuer befreit sein und stattdessen ihre Reichssteuer bezahlen. Für die bischöflichen Untertanen in den Erblanden galt diese Steuerbefreiung nicht. Diese Vertragsfassung wurde von den bischöflichen Gesandten – ebenso wie 1542 – auf Hintersichbringen angenommen, weshalb es abermals zu keinem Vertragsabschluss über die Doppelanlage kam. Die Argumentation der Bischöfe zu den kgl. Vorschlägen ist ihrer Replik (Nr. 148) und dem Salzburger Bericht über die Verhandlungen zur Doppelanlage (Nr. 144) zu entnehmen. In den Reichsabschied (Nr. 404, § 26) wurde ein Passus zur Vermeidung der Doppelanlage aufgenommen.*

Wir Ferdinand etc. bekennen: Als die N. und N., unser lieber vetter, fursten und lieben andechtigen, die ertz- und bischoven Saltzburg, Bamberg, Freising, Regenspurg und Passaw, durch ir rath und botschaftn uns abermals alhie angebracht, welchermassen sy und ire geistlich und weltlich underthanen in diser jetz werenden turggenhilf<sup>a</sup> von unsern niderösterreichischen erblandschaften<sup>2</sup> der gueter halben, so sy darinn hetten, mit der topplanlag über etlich reichsabschid und verschreibungen beswert wurden und uns deshalb umb geburlich einsehen<sup>b</sup> und wendungen undertheniglichen ersuechen lassen<sup>b</sup>, und aber beruert unser lantschaften die verträg, so wir und sy mit uns eingangen weren, auch ander mer behelf dargegen furbracht, das wir demnach zu erhaltung und merung nachberlichen willens uns mit gedachten ertz- und bischoven, auch derselben geistlichen und weltlichen underthanen nachvolgender weiß verglichen:

Nemlich daß die bemelten ertz- und bischoven zu Saltzburg, Bamberg, Freising, Regenspurg und Passaw, auch die prelaten und thumbcapitl, so in iren landen sitzen<sup>c</sup>, mit iren guetern und einkhomben, so sy in unsern niderösterreichischen erblanden haben, sovil sy dessen aus iren aigen seckhln versteurn, aller turggenanlag, so<sup>d</sup> lang dise yetz werende beharliche turggenhilf im Reich gelaistet wirdet, in unsern niderösterreichischen erblanden frei sein

<sup>a</sup> *In B marg. v.a.Hd.:* Die ist nit aufgericht worden.

<sup>b-b</sup> *B om.*

<sup>c</sup> *In C marg. erg.:* auch der gemelt probst von Berchtesgaden.

<sup>d-d</sup> *In C marg. korr. in:* dises gegenwertig jar auf sie und ire gutter geschlagen worden ist oder noch geschlagen werden mocht, gegen der jetzt hie bewilligten reichsturkenhilf frey sein und dieselb ir geburend anlag in des Reichs hilf raichen und geben sollen.

*LA, Geh. Archiv IV/7, 5 ad 48 (Reinkonz.) mit der AS:* Ein furgeschlagen vergleichung der doppelanlag halben, daruff H. von Madrutsch gehandelt im 43. jar zu Nurnberg.

<sup>2</sup> *Die niederösterreichischen Erblände umfassten bis 1564 (Erbteilung unter den drei Söhnen Ks. Ferdinands I.) Österreich unter der Enns, Österreich ob der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain: siehe Nr. 99a, Anm. 1.*

und dieselb ir geburend turgganlag<sup>e</sup> in des Reichs turgganlag<sup>e</sup> raichen und geben sollen<sup>d</sup>.

<sup>f</sup>Im faall aber das sich zuetueg, das in zeit der merern not von ermelten landen ain merer hilf uber die gemain steurn und anlagen, es sei mit ainem zuetzug, rustung oder aufbott, bewilligt und gehalten wurde, so sollen die ertz- und bischof darinnen nicht ausgeschlossen, sonder von iren guetern und gulten, in unsern landen gelegen, gleichsfaals wie andere unsere landtleut mitleiden ze tragen schuldig sein. So dann von den stenden des Reichs neben unsern niderosterreichischen landen auch ain zuetzug und rustung gehalten und gelaistet wurde, so wellen wir ermelt ertz- und bischof der anlag, so inen also von iren gulten und guetern, in unsern niderosterreichischen erblanden gelegen, in des Reichs rustung und zuetzug ze geben und ze halten, geburt, entheben<sup>f</sup>.

Was aber sonst der funf fursten, desgleichen gedachter prelaten und thumbcapitl underthanen, so in unsern niderosterreichischen erblanden gessen sein, betrifft, die sollen ir geburend anlag und steur der turggenhilf und anders, so auf sy und ire gueter durch unsere landschaften bewilligt und angelegt, inmassen alle und andere inwoner und underthanen, in denselben unsern niderosterreichischen erblanden gessen, an ainiche waigerung oder ausred laisten, bezallen und verrichten<sup>3</sup>.

Auf solchs gereden und versprechen wir bei unsern kgl. waaren Worten, daß die obgedachten funf ertz- und bischofen, auch die bemelten prelaten und thumbcapitl durch unsere landschaften in unsern niderosterreichischen erblanden die beruert zeit uber bei dem, wie es die vergleichung und abred vermag, wurckhlich gelassen und dawider nit beswert werden sollen. Doch soll dise vergleichung nach ausgang yetzo werender turggenhilf bemelten stiften an

<sup>e-e</sup> B om.

<sup>f-f</sup> In A und C ist dieser Absatz marg. mit dem Vermerk „zusatz“ gekennzeichnet. Der Zusatz wurde auf Grund der während des RT gefassten Beschlüsse zur Türkenhilfe von kgl. Seite dem ursprünglichen Vertragsentwurf hinzugefügt.

<sup>3</sup> Die Besteuerung der Salzburger Grundholden in den habsburgischen Ländern durch die jeweilige Landesregierung war Quelle dauernder Konflikte zwischen den Ebff. von Salzburg und den habsburgischen Landesherren. Da der Steuerdruck auf die Grundholden angesichts der ständig drohenden Türkengefahr immer stärker wurde, war eine gleichzeitige Besteuerung durch das Erzstift Salzburg ausgeschlossen, wodurch diesem wichtige Einnahmen entgingen. Siehe dazu H. DOPSCH/H. SPATZENEGGER, *Geschichte Salzburgs*, Bd. 2/Teil 1, S. 92. Die Tendenz der Fürsten, die aus ihrem Kammergut zu entrichtenden Reichssteuern auf ihre Untertanen umzulegen, verstärkte sich im Laufe der Reichstage der Vierzigerjahre, wie der RAb 1543 zeigt (Nr. 404, § 24). Ausführlich dazu: W. SCHULZE, *Reich und Türkengefahr*, hier S. 244–251 (Die Einbeziehung der Landstände in die Reichssteuern). Die in der niederösterr. Ländergruppe der Habsburger begüterten Bischöfe konnten durch Zugeständnisse Kg. Ferdinands (RTA JR Bd. XII, Nr. 59) zwar für ihre Kammergüter die Befreiung von der Doppelanlage während der Reichstürkenhilfe erreichen, ihre Untertanen in den Erblanden blieben aber den Steuerbelastungen ausgesetzt.

iren, desgleichen auch uns und unsern lantschaften an unsern und iren rechten und gerechtikhaiten und den verträgen in allweg an nachtail sein.

148 *Replik der Gesandten des Ebf. von Salzburg und der Bff. von Regensburg und Passau auf den erweiterten Vertragsentwurf Kg. Ferdinands zur Doppelanlage (Nr. 147) – Nürnberg, 1543 April 13*

A *Salzburg LA, Geh. Archiv IV/7, 30, unfol. (Kop.); DV: Replica der topplanlag, der röm. kgl. Mt. übergeben.*

B *Salzburg LA, Geh. Archiv IV/7, 4 ad 48, unfol. (Konz. mit marg. Korr.); DV: Vertrag etlicher ertz- und bischofen. Praes. per Madrutsch 13. Aprilis.*

Wölhermassen die röm., zu Hungern und Behaimb kgl. Mt., unser allergenädigster herr, auf der Ff. Saltzburg, Bamberg, Freising, Regenspurg und Passaw etc. hievor angebrachte beschwerden und beschehen underthänig ersuechen von wegen der topplanlag jungst hie derselben fursten gesandten ain vertragsschrift und nottel, so durch ir kgl. Mt. auf jungst hie gehaltenem reichßtag bewilligt worden [RTA JR Bd. XIII, Nr. 98], furhalten haben lassen, doch mit ainem zuesatz [Nr. 147], den seidheer ir Mt. zu mererer erleuterung und verhuetzung weiterer und kunftiger irrung fur nothwendig bedacht, mit dem genädigsten erbiten, den hievor angebotenen vertrag inhalt solher schrift und zuesatz genädigst einzugeen und zu verfertigen, das alles haben die angeregten fstl. gesandten in underthänigster gehorsamb vernomen. Und hetten sich zum tayl kainer änderung noch zuesatz an solher voriger hie zu Nurnberg furgeslagner vertragsnotl versehen, sonder noch vil mer verhofft, die röm kgl. Mt. solle die hochermelten fursten in erwegung irer unvermuglichait und anderer hievor furgewendten erheblichen ursachen bei deß Reichs hilf bleiben und in irer kgl. Mt. erblanden unbelegt zu lassen nit gewaigert haben. Darumb sy dan ir röm. kgl. Mt. noch aufs underthänigist ersuechen und bitten.

Wo aber ir kgl. Mt. auf obgemeltem irem jungstem furslag zu verharren bedacht wären, so geben irer kgl. Mt. die saltzburgischen, regenspurg- und passauisch gesandten disen underthängisten bericht, daß sy von iren genädigsten und genädigen herren in bevelh, die beruert vertragsnotl, wie dieselb jungst hie als obstet begriffen und furgeslagen gewesen [RTA JR Bd. XIII, Nr. 98], underthänigklich anzenemen, aber daruber und weiter zu geen noch zu bewilligen kain gewalt haben<sup>1</sup>.

Darumb an die röm. kgl. Mt. ir underthänigist bitt, den angeregten zuesatz [Nr. 147] zu begeben und es bei der vorigen notl, wie jetz gemelt, genädigst bleiben zu lassen. Soferr aber solhes bei irer kgl. Mt. auch nit erheblich, deß

<sup>1</sup> *Die Gesandten des Ebf. von Salzburg und der Bff. von Regensburg und Passau hatten den Befehl, den Zusatz zum Vertrag nicht anzunehmen bzw. bei ihren Auftraggebern Rückfrage zu halten. Von den Gesandten der Bff. von Bamberg und Freising ist keine Reaktion auf den Vertragszusatz bekannt.*

sy sich doch nit versehen, so haben ir kgl. Mt. allergenädigist zu erwegen, daß inen als gesandten one und ausserhalb bevelh sich in solhen zuesatz, der hievor iren fursten und herren unbewusst, einzulassen nit gepürn will. Sy sein aber deß underthänigisten erbietens, sölhes an ire herren zu gelangen, sonder zweiff, die werden der röm. kgl. Mt. aufs furderlichist in underthäniger gehorsamb ir gelegenhait deßhalben zueschreiben. Und so dan ir fstl. Gnn. den mergemelten zuesatz auch bewilligen, so wurden sonder zweiff die röm. kgl. Mt. auf solh zueschreiben bei irer Mt. landschaften alßpald genädigist und unverzogenlich verfuegen, vermog obermelter irer kgl. Mt. angebotnen vertragsschriften ire fstl. Gnn. zu entheben. Also zu versteen, daß sich der angeboten vertrag auf die völlig beharlich turckenhilf der dreyen jar, zu Regenspurg [1541] bewilligt, erstreckhen und in wircklich volziehung gebracht werden soll. Darumb auch ir kgl. Mt. die mergemelten saltzburgisch, regenspurg- und passauisch gesandten hiemit underthänigist und gehorsamist nochmals bitten und ersuechen<sup>2</sup>.

Ob aber iren fursten und herren deß nit erfolgen solt, so haben abermals die röm. kgl. Mt. in allen genaden zu bedenckhen, daß sich ire fstl. Gnn. der hievor aufgerichteten reichßabschid, auch voriger und vergangner irer kgl. Mt. genädigisten mündtlichen vertrostung und schriftlichen bewilligung und weiß ir fstl. Gnn. derhalben zu billicher erstattung und enthebung zu begern befuegt, nit könten oder mochten begeben, als dan die gesandten iren fstl. Gnn. solhes hiedurch gar unbegeben, sonder hiemit bedingtlich vorbehalten haben wollen.

Sofil dan in sonderhait den confirmirten Ebf. zu Salzburg belangt, wissen ir röm kgl. Mt. sich genädigist zu erinndern, wölher gestalt seiner fstl. Gn. gesandten jungst zu irer hieheer ankunft den mergedachten vertrag anzenemen

<sup>2</sup> *Die bischöflichen Gesandten drangen mit ihren Bitten bei Kg. Ferdinand nicht durch, wie die vorbereitenden Beratungen der bayerischen Kreisstände in Ingolstadt für den allgemeinen Kreistag in Passau (1543 Juni 18) dokumentieren: Auch unangesehen, daß die kgl. Mt. sich auf negstgehaltenem reichstag zu Nurmberg [1543] gegen gemainen des Hl. Reichs stenden, so derhalben an ir kgl. Mt. ansuchung gethan, erpotten hat, sich mit denselben stenden der toplanlag halben dermassen zu vergleichen und zu halten, darab sy sich nit zu beschwern haben sollen, weren gemelte fursten und stende solcher untreglichen purden der toplanlag uf vilfeltig gehorsam beschehen anlangen, ersuchen und piten von ir kgl. Mt. solchs lasts nit allain nit entsetzt, sonder es werden uber [das hinaus] ir arme leuth und underthanen fengclich angenommen, ire gult, guter und herrschaften eingezogen worden. Die Doppelveranlagung der geistlichen Fürsten des bayerischen Kreises sei eine unerträgliche Belastung, weshalb diese Frage auf dem Kreistag in Passau zu behandeln sei. Dann wo ain solchs nit beschehen, so wurde obgemelten fursten und stenden nit muglich sein, die hilfen und darlegen wider den Thurckhen im Reich und gleicher gestalt in den erblanden uber sich zu nemen und also fur und fur mit toplter anlang beschwerdt zu werden. Die bayerischen Kreisstände bekräftigen, das sy sich vor entschittung solcher toplanlag weder in die jetzig bewilligt hilf und zuzug noch khunftig ausgaben schlieslich nit einzulassen hetten. [...]. In: München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 200/19, unfol. (Kop.).*



sich underthänigist erboten, doch mit dem vorgeding und underthänigistem bitt, daß die röm kgl. Mt. all und yede pfandtung und arrest, auch in sonderhait die einziehung irer fstl. Gn. landgericht Zoll [= *Zell im Pinzgau/Zell am See*]<sup>3</sup> wircklich abschaffen und derhalben ernstlich bevelh an ire landßhauptman und verweser in Steyr, Kärndten und Crain genädigist außgeen lassen. Das wollen dieselben saltzburgischen gsandten hiemit in aller underthänigister gehorsamb erholt haben, mit gehorsamister bitt, daß dem also unverzogenlich und wirklich volziehung beschehe.

149 *Ebf. Ernst von Salzburg an seinen Rat Dr. Nikolaus Ribaisen wegen des widerrechtlichen Vorgehens der niederösterreichischen Landstände gegen Salzburger Besitzungen – Salzburg, 1543 April 20*

München HStA, KBÄA 1760, unfol. (Konz.).

*Von seinem Bruder, Hg. Ludwig von Bayern, brachte er in Erfahrung, dass die Verhandlungen des Reichstags praktisch abgeschlossen seien, weshalb er seinen in Nürnberg weilenden Räten nicht mehr schreiben wolle. Er warte auf die Rückkehr seiner Räte vom Reichstag bzw. auf deren Berichte.*

Und dhweil die handlung von wegen der dopplanlag beschwerden bei röm. kgl. Mt. jetzt nit gar zu schlieslichem ende hat verglichen khunden werden und aber die niderosterreichischen landschaften unangesehen desselben mit arrestation, der pfendtung unsers stifts ambter und guter teglichen furschreiten, wie sy uns dan hievor das amt Zol [= *Zell im Pinzgau/Zell am See*]<sup>1</sup> und itzo neulich in Osterreich die herschaft Traismaur<sup>2</sup> eingezogen und gespänt [= *streitig gemacht*] haben, so wellest bei röm. kgl. Mt. umb ernstlich bevelh und einsehen anhalten und sollicitirn, das solh pfendtungen wider abgeschafft und weitere thätliche handlung eingestellt werde, bis die sachen der toplanlag halben gar zum ende khombt. Und thue in demselben in ansehung der grossen notdurft furdersamen, besten flaiß, dan je beschwerlich und dem stift unerschwinglich, das wir an baiden orten und amptern reichshulf laisten und in den erblanden darzue steurn und also zwifach angelegt werden solen.

<sup>3</sup> Siehe Nr. 144, Anm. 9, Nr. 149, Anm. 1.

<sup>1</sup> Marktort „inner Gebirg diessets des Tauerns“ im Besitz des Erzstiftes Salzburg, Landgericht, Schrankenort, Marktprivileg 1357. Siehe dazu: H. DOPSCH/H. SPATZENEGGER, *Geschichte Salzburgs*, Bd. 1/Teil 1, S. 625.

<sup>2</sup> Vom Vizedomamt Salzburg verwalteter Besitz in Niederösterreich; der Markt Traismauer kam durch eine Schenkung Kg. Ludwigs des Deutschen im Jahr 860 an das Erzstift Salzburg und blieb bis 1803 in dessen Besitz. Dem Erzstift stand im Amt Traismauer die niedere Gerichtsbarkeit zu. Siehe dazu H. DOPSCH/H. SPATZENEGGER, *Geschichte Salzburgs*, Bd. 1/Teil 2, S. 953f.

150 *Kg. Ferdinand an die Landstände von Österreich ob der Enns*<sup>1</sup>: *Bei Annahme des kgl. Vertragsentwurfs (Nr. 147) Rücknahme der Pfändungen der bischöflichen Besitzungen – Nürnberg, 1543 April 22*

A Salzburg LA, Geh. Archiv XVI/3, 3, unfol. (Ausf. an die Landstände von Österreich ob der Enns).

B Salzburg LA, Geh. Archiv XVI/3, 2, unfol. (Ausf. an die Landstände der Steiermark).

Beilage: *Erweiterter Vertragsentwurf Kg. Ferdinands zur Doppelanlage, Nürnberg, 1543 April 11 (Nr. 147)*

Als sich die erwirdigen, hochgebornen, unser vetter, fursten und liebe Andechtigen N., die ertz- und bischoven zu Saltzburg, Regenspurg und Bassaw<sup>2</sup> etc., nun mermals der doppelanlag halben, als das ir Ll. und Andachten von iren gülden und güttern, in unsern niderosterreichischen landen gelegen, in den bewiligten turckenhulfen zwyfach angelegt und gesteuert werden, zum hochsten beschwert, seyn wyr – zu verhuettung zurittung und irrung, die sunst bey den stenden des Reichs unsern nyderosterreichischen landen zu merer nachtail und schaden mit abstrickhung, sperrung und wagerung [= *Verweigerung*] der bewilligten reichshulfen, wie ir dann aus verloffnen handlungen selbs wissen tragt, endstunde und ervolget – bewegt worden, mit wolgedachten ertz- und bischoffen in ein vergliechung [!], dieselb innerhalb monatsfrist ab- oder zuzeschreiben, einzugeen, davon wir euch hiemit abschrift [Nr. 147] zuschicken, wie ir eigentlich sehendt und vernemen werdet.

Und nachdem ir aber gedachten ertz- und bischoffen, furnemlich umb des willen, das sie ir anlag von dem, das aus eigenem seckel zu bezalen geburt, nit erlegt haben, ire gult und gütter eingezogen oder arrestirt haben sollen, wie sich dann derhalben ir Ll. und Andachten bey uns beklagt und umb abstellung und relaxirung solcher pfantung und arrests unthertheniglich ansuchen lassen, so bevelhen wir euch mit sunderm ernstlichen fleis, sofern gedacht ertz- und bischoffen die angeregt vergliechung und vertragschrift anzenemen innerhalb monatsfrist euch zuschreiben, das ir iren Ll. und Andachten dieselben ire gült und gutter, sovil deren, wie gemeldet ist, von wegen nichtbezalung und -erlegung der anlag, so aus eigenem seckel ze geben geburt, eingezogen oder arrestirt worden seindt, und sonderlich dem von Saltzburg das landgericht Zol [= *Zell im Pinzgau/Zell am See*]<sup>3</sup> widerummen on endtgelt lediget, freymachet und relaxiert und darinnen kein wegerung [= *Verweigerung*] oder aufzuch [= *Aufschub*] suchet.

<sup>1</sup> *Das Schreiben Kg. Ferdinands erging mutatis mutandis an die Landstände der Steiermark (B).*

<sup>2</sup> *Die Gesandten von Salzburg, Regensburg und Passau nahmen den um einen Zusatz erweiterten Vertragsentwurf Kg. Ferdinands nur auf Hintersichbringen an.. Siehe dazu die Replik der bischöflichen Gesandten: Nr. 148, Anm. 1.*

<sup>3</sup> *Siehe Nr. 149, Anm. 1.*

Im fall aber das gedacht ertz- und bischoffen innerhalb monatsfrist solch vergliechung anzenemen nicht zuschreiben, so wollet die sachen byß auf weitern unsern beschaid beruhen lassen. Und sunst der andern steurn und anlagen halber solle es mit iren Ll. und Andachten wie mit andern unsern landleutten gehalten werden, wie dann solches die oftbestimpt gestelt vergliechung mit sich bringt.



## V. Verhandlungen zu Friede und Recht

### V.A Schriftwechsel zu Friede und Recht zwischen Kg. Ferdinand und den Reichsständen sowie Beschlüsse und Gutachten der Reichsstände

*Die Verhandlungen zu Friede und Recht zwischen dem König und den evangelischen Reichsständen begannen in Nürnberg bereits am 25. Januar 1543, also vor der Proposition, mit einer Klage der Schmalkaldener wegen der trotz ihrer Rekusation gegen sie geführten Prozesse des Reichskammergerichts und wegen der ausstehenden Visitation (Nr. 151). Gleich nach Eröffnung des Reichstags wandten sich die Augsburger Konfessionsverwandten am 2. Febr. 1543 mit einer umfangreichen Supplikation an den König und die ksl. Kommissare (Nr. 152), in der sie jene Argumentationslinie zu Friede und Recht vorgaben, die sie bis zum Ende des Reichstags beibehielten, d.h. Verhandlungen zu Friede und Recht als Voraussetzung für die Teilnahme an den Beratungen über die Türkenhilfe. Nach einer am 3. Febr. erfolgten kurzen mündlichen Antwort des Königs (Nr. 153) wurde im Reichsrat am 14. Febr. die Stellungnahme der altgläubigen Reichsstände zur Supplikation der Evangelischen verlesen (Nr. 154). Basierend auf dieser Stellungnahme replizierten Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare am 16. Febr. (Nr. 155) ausführlich auf die erste Eingabe der Evangelischen. Darauf folgte bis zum 10. März ein reger Schriftwechsel zwischen König und Protestanten (Nr. 156–163). Die Bundeshauptleute Kursachsen und Hessen hielten strikt an den von ihnen geforderten Verhandlungen zu Friede und Recht als Vorbedingung für die Gewährung der Türkenhilfe fest. Diese Haltung bekräftigte Lgf. Philipp von Hessen in einem Schreiben an Kg. Ferdinand vom 18. März 1543 (Nr. 164). Die altgläubigen Mitglieder des Fürstenrates drängten auf Verhandlungen über die Türkenhilfe und beschlossen am 24. März, mit den Beratungen ohne protestantische Mitwirkung zu beginnen (Nr. 165). Der Mainzer Kanzler Dr. Jakob Jonas forderte die Evangelischen in der Reichsratssitzung des 26. März abermals auf, an den Verhandlungen über die Türkenhilfe teilzunehmen, andernfalls würden die anderen Reichsstände alleine verhandeln (Nr. 166). Der Ausschuss der Augsburger Konfessionsverwandten wies für den Fall von Verhandlungen über Friede und Recht mit den Altgläubigen in einem Gutachten vom 27. März auf die Missstände in diesem Bereich hin und gab einen klaren Forderungskatalog vor (Nr. 167). In der am 29. März erfolgten Antwort auf den Vortrag des Mainzer Kanzlers beharrten die Evangelischen auf den von ihnen formulierten Bedingungen (Nr. 168), welche die Altgläubigen ablehnten (Nr. 169). Am 2. und am 7. April versuchte Kg. Ferdinand erneut, mit zwei den evangelischen Ständen gemachten Vorschlägen (Nr. 170 und Nr. 173) einen Kompromiss zwischen den*

Streitparteien zu erzielen. Aber die geringen Zugeständnisse beider Seiten reichten für ein Aufbrechen der verfahrenen Situation nicht aus (Nr. 171–172, Nr. 174).

Mitte April begannen die Beratungen zur Abfassung des Reichsabschieds zwischen dem König, den ksl. Kommissaren und den Altgläubigen. Ein Gutachten Kg. Ferdinands, in welcher Form die Artikel zu Friede und Recht in den Reichsabschied aufzunehmen seien, stammt vom 14. April (Nr. 175). Über diesen Vorschlag berieten die katholischen Reichsstände am 15. April (Nr. 176) und arbeiteten eine Stellungnahme mit der endgültigen Formulierung der Artikel aus, die im Reichsrat verlesen wurde (Nr. 177). Nachdem der König und der ksl. Kommissare Naves noch einige Änderungen und Ergänzungen der Artikel veranlasst hatten (Nr. 178), überreichten sie den Evangelischen am 18. April im Reichsrat die für den Reichsabschied zusammengestellten Bestimmungen zu Friede und Recht (Nr. 179) Die Übergabe der Artikel war von einem mündlichen Vortrag Kg. Ferdinands begleitet (Nr. 180). Nach Beratungen des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten am 19. April und einem Gutachten zu den strittigen Artikeln (Nr. 181), erfolgte am 20. April zuerst eine kurze Antwort der Evangelischen (Nr. 182). Nach einer mündlichen Aufforderung des Königs zum Einlenken gaben sie eine ausführliche Stellungnahme ab, in welcher sie die Gründe für ihre Ablehnung der Türkenhilfe und der Artikel zu Friede und Recht nochmals darlegten (Nr. 183). Am 22. April bemühte sich Kg. Ferdinand ein letztes Mal, durch Entgegenkommen in einzelnen Punkten und durch das Angebot einer Nebenversicherung zum Reichsabschied die Zustimmung der Protestanten zur Türkenhilfe und zum Abschied zu erreichen (Nr. 184), jedoch vergeblich, wie ihre letzte kurze Antwort und die Schlussbemerkung des Königs zeigen (Nr. 185).

Für den gesamten Schriftwechsel gilt, dass zeitgenössische Bezeichnungen, wie Antwort, Replik, Duplik, Triplik etc., nicht einheitlich zu definieren sind, sondern stark variieren, und zwar in Abhängigkeit davon, wann und auf welche Weise in der jeweiligen reichsständischen Überlieferung mit der Zählung der Schriftstücke begonnen wurde. Das macht es oft schwierig, die in den Quellen erwähnten Aktenstücke eindeutig zu identifizieren; dies ist nur bei genauer Kenntnis des Inhalts und des Hintergrunds der Verhandlungen möglich. Zur Vermeidung von Unklarheiten findet sich im kommentierenden Text der Edition eine eindeutige, gleichbleibende Bezeichnung für die einzelnen Aktenstücke, selbst wenn diese gelegentlich nicht mit der Quelle übereinstimmt, worauf in den Anmerkungen hingewiesen wird. Zur Identifizierung der in den Quellentexten erwähnten Aktenstücke wird in eckigen Klammern die Nummer des betreffenden Aktenstücks im vorliegenden Band angegeben.

Da die Schriftstücke aufeinander Bezug nehmen, wurde eine Untergliederung einzelner Aktenstücke in Artikel vorgenommen, auf die unter Angabe der Stück- und Artikelnummer leicht verwiesen werden kann. Auf diese Weise ist die Argumentation und Gegenargumentation der Reichsstände und des Königs leichter nachvollziehbar. Oft wird von den beteiligten Parteien zur Beweisführung auf Dokumente früherer Reichstage verwiesen; diese Verweise werden kursiv in eckigen Klammern

*aufgelöst unter Angabe des gedruckten Reichstagsaktenbandes und der jeweiligen Stücknummer. Am Bandanfang (S. 78) befindet sich eine Liste mit Titel- und Datumsangaben zu den am häufigsten zitierten Aktenstücken früherer Reichstage.*

**151 Eingabe der Schmalkaldener an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare wegen Suspension der Prozesse des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 Jan. 25<sup>1</sup>**

- A Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); ÜS: Die antzaigung, so der Kff., Ff., graven, stett und stendt der cristenlichen vereynigung rethe und gesanthen der röm. kgl. Mt. und auch der röm. ksl. Mt. verordenten comissarien alhie zu Nurmberg den 25. Januarij anno 43 muntlich gethan. Ist ungeverlich uff volgende meinung gericht gewesen.*
- B Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 197r–201v (Kop.); DV fol. 201v: Antzeig kgl. Mt. und den ksl. comissarien durch die stende der cristlichen verain den 26. [!] Januarij des chammergerichts proces halben beschehen. Nurmberg 1543. ÜS wie in A.*
- C Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 214r–219r (Kop.); AS fol. 214r: Anzeig der ainungsvorwanten, der kgl. Mt. und ksl. commissarien bescheen, umb abschaffung der proceß am camergericht, uff die nicht gegeben underhaltung und uff die braunschweigische defension.*
- D Wien HStA, RK RA i.g. 13ffKonv. 1, fol. 1r–4v (Kop.); DV fol. 4v: Vertzeichnus, was die reth und pottschaften christlicher verein der röm. kgl. Mt. und ksl. Mt. commissarien umb abschaffung des cammergerichts vermeinten geschwinden processen mundtlich furgetragen, donrstags den 25. Januarij anno etc. 43 in Nurmberg.*

Erstlichen, das die gesanthen vorberugter stende auf bevelch irer hern und obern uff diesem reichstag gehorsamlich erschyenen; hetten auch bevelch, die hendel inhalts irer habenden instruction zu beratschlagen helfen. Sie komen aber in erfahrung, das das unreformirte und partheyisch camergericht jetzo wider ire gnedigsten, gnedigen hern und obern in vielen sachen zu procediren sich understanden, sunderlich von wegen der nichtunderhaltung des camergerichts und auch von wegen der rechtmessigen und notwendigen defension, so ire herren und obern wider Hg. Heinrichen von Braunschweig vorgehomen, und das auch an bemeltem camergericht in diesen sachen gantz geschwindt und eylents procedirt wirdt. Daruß wol zu vermuten, das sie in arbeit stunden, die

<sup>1</sup> *Die Eingabe der Schmalkaldener an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare erfolgte am 25. Jan. um 7 Uhr morgens in mündlicher Form. Da der König eine schriftliche Zusammenfassung des Ansuchens verlangte, kamen die Vertreter des Schmalkaldischen Bundes am Abend des 25. Jan. der kgl. Forderung nach und übergaben das oben abgedruckte Schriftstück. Siehe dazu das CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c) zum 25. Jan. 1543 und das Schreiben Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an verschiedene Schmalkaldische Bundesstände, Torgau, 1543 Jan. 29 (Nr. 271).*

stendt der cristenlichen vereyn, weil sich die vor inen auß hievor oft ertzelten ursachen nicht einlassen konthen, under dem schein vermeinter continuation in die acht vermeinlich zu erkennen und dardurch im Hl. Reich höchsten unrath zu verursachen.

Nhun were der gesanthen meynung nicht, ire röm. kgl. Mt. und die ksl. comissarien mit langwiriger ertzeltung der grossen beschwerung, so diesen stenden von diesen camergerichtspersonen in vil weg begegnet, zu bemuhen, dan ire röm. kgl. Mt. und auch die ksl. commissarien hetten des sunder zweyffel hievor notturftigen bericht bekommen, wie dan auch ire röm. kgl. Mt. und die commissarien hernachmals derhalben weiter bericht beschehen solte.

Aber das wusten ire röm. kgl. Mt. und auch die ksl. comissarien, das die röm. ksl. Mt. zu abwendung solcher dieser stende beschwerung hievor zu Regenspurg geordnet, daß das camergericht uff ein benante zeit visitirt und reformirt werden solt, inhalt irer ksl. Mt. declaration [*RTA JR Bd. XI, Nr. 949*], diesen stenden zu Regenspurg gegeben. So vermochte auch solchs seyner röm. kgl. Mt. speyrische caution und versicherung [*RTA JR Bd. XII, Nr. 148*]. Es were aber des alles ungeachtet solche visitacion und reformation verplieben, obwol diese stende uff gepurliche zeyt die iren derhalben ghen Speyer geschickt und, sovil an inen, hierin nichts hetten erwinden lassen.

Und weil aber gleichwol solch unreformirt camergericht nichts weniger mit iren vermeinlichen processen vor/*t*/gefarn, die stende auch die bewilligt visitacion uber allen angewenten vleyß nicht hetten konnen wircklich erhalten, so hetten sie unvermeidlichen zu dem rechtlichen mittel der recusation schreiten müssen, dardurch one zweyvel des camergerichts jurisdiction und gerichtbarkeit, ob sie der mangelung halben der bewilligten visitacion und reformation einiche gehabt, suspendirt und aufgezogen, zum wenigsten biß die ursachen des verdachts coram arbitris und wilkurlichen [= *freiwilligen*] richtern, dartzu sich diese stende erpotten, außgefurth worden.

Das nhun die beysitzer des camergerichts hieruber also beschwerlich wider diese stendt procedirten, des hetten sie der gesanthen acht nach kein fug, hiltten es auch darfur, das sie daran der röm. ksl. und irer kgl. Mt. nicht zu gefallen thetten, des auch bei beiden iren Mtt. wenig zufals haben wurden.

So wusten auch ire röm. kgl. Mt. sich zu erinnern, das inen diese stende zu Speyer mit seiner röm. kgl. Mt. wissen clerlich zuvor behalten, wo die visitacion und reformation des camergerichts uff bewilligte zeit nicht würde ervolgen, das sie vor demselbigen nicht gesteen, dasselbig auch nicht underhalten helfen wolten, wie dan solche der stende bedingung irer röm. kgl. Mt. gegebenen versicherung und caution [*RTA JR Bd. XII, Nr. 148*] eingeleipt were. Weil dan, wie obgemelt, solche visitacion nicht ervolgt, so kunthen auch die beysitzer nicht befugt sein, die stendt solcher underhaltung halben des camergerichts mit processen zu beschweren.

Dergleichen hetten ire röm. kgl. Mt. und auch die ksl. commissarien auß dem offentlichen außschreyben der chur- und fursten zu Sachsen und Hessen



[*RTA JR Bd. XIII, Nr. 134*], auch der antwurt, so ire chur- und fstl. Gnn. irer kgl. Mt. und der ksl. comissarien, auch der stende des Reichs gesanthen zu Braunschweig gegeben [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 138*] und auch auß der antzaig, so irer chur- und fstl. Gnn. rethe uff nechst alhir gehaltenem reichstag irer röm. kgl. Mt., den ksl. commissarien und den stenden des Reichs gethan [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 137*], notturftiglich verstanden, auß was unmeidlichen ursachen die obberurt defension wider Hg. Heinrichen von Braunschweig, der weder der ksl. noch auch irer röm. kgl. Mt. suspension, mandaten und gescheften hette parirn wollen, hat furgenhomen werden müssen, auch wes ire chur- und fstl. Gnn. und andere stende sich derhalben erbotten, daruff auch ire Mt. und die ksl. commissarien diesen stenden solcher sachen halben ein frieden gegeben [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 141*], welcher den stenden, do den unreformirten partheyischen camergerichtspersonen dermaß ir will solte gelassen werden, weder nutz noch fruchtbar sein mochte.

Weil aber gleichwol obberurt unreformirt camergerichtspersonen über die ksl. regenspurgische declaration, auch irer röm. kgl. Mt. speyrische versicherung, gegebenen frieden, auch die furgewanthen recusation also geschwindt und eylents wider diese stende vermeinlich vortfhuren, zudem daß gleichwoll von allerlei sunderlichen krigsrustung im Reich starcke sag were, so hetten ire röm. kgl. Mt., auch die ksl. commissarien zu beachten, da bey obbemelten camergerichtspersonen über diese underthenigste ansuchung ir furnemen nicht abgeschafft, das solchs der gesanthen hern und obern allerlei nachdenken verursachen wurde.

Do auch die stende der cristenlichen vereyn also teglich solten gewarten, das die unreformirten, verdecktigen camergerichtspersonen sie dergestalt in die acht ercleren und sprechen aber [= *oder*] je die sach mit irem procedirn dahin lenden [= *lenken*] mochten, das sie alsdan zu aller zeit, wan es ire gelegenheit und bequemheit, mit der acht vertrucken konthen, das were diesen stenden zum hochsten beschwerlich, auch untreglich, wie auch diesen stenden thunlich sein wolte, mit solcher sorg und befarung dieses reichstags personlich oder aber durch ire gesanten abwarten zu lassen, das konthen ire röm. kgl. Mt. und auch die ksl. commissarien selbst bedencken.

Darumb haben die gesanten underthenigst und dinstlich gebetten, das die röm. kgl. Mt. und auch die ksl. commissarien anstatt der röm. ksl. Mt. solche furgenhomene proceß des unreformirten, partheyischen, verdecktigen camergerichts furderlich dergestalt wolten abschaffen, das diese stende solcher proceß halben keiner beschwerung zu gewarten und hierzu solche mittel und weg brauchen, dardurch den berurten beisitzern alle ursachen, derhalben sie sich solcher abschaffung zu parirn weygern mochten, abgeschnitten und auch diese stende aber derselbigen gesanthen, welcher gestalt solche abschaffung wirklich geschehen, forderlichen gnedigst verstendigen.

Dan one das und do das camergericht wider diese stende dermaß furfarn solt, wurden die chur- und fursten zu Sachsen und Hessen ire reth und gesanthen von

hynnen abfordern und wol vermutlich, do diß geschehe, das die andern stende dieser veraynung solchs auch zu thun vor ir notturft achten wurden<sup>2</sup>, dan es wurde auf diesen fal, do man solcher hochsten beschwerung des camergerichts der processen halben auf die acht solte gewarten, eins jeglichen stants notturft sein, sampt den seinen hirgegen auf notturftige versehung zu trachten.

Ob dardurch die reichshendel gefurdert, dartzu doch die gesanthen, do es ane obberurte verhinderung inhalts irer instruction willig, und auch was beschwerlicher unrath auß solchem des camergerichts vorhaben im Hl. Reich

<sup>2</sup> *Jakob von Zitzewitz, der gemeinsam mit den württembergischen Gesandten und anderen evangelischen Ständen, die nicht am braunschweigischen Feldzug teilgenommen hatten, bei der Übergabe des Aktenstücks an Kg. Ferdinand anwesend war, ersuchte Hg. Philipp von Pommern um Weisung, wie er sich im Fall einer vorzeitigen Abreise der Protestanten aus Nürnberg verhalten solle, Nürnberg, 1543 Freitag nach Conversionis Pauli (Jan. 26): [...] Weyll wir aber derhalben keinen außgedruckten befehlich haben und euer fstl. Gn. sich dennoch szowoll der proceß und folgender acht alß die anderen stende zu befaren haben, derhalben ich auch alleine neben Wirteberg und anderen, szo sich der brunswickeschen kreigsübung [!] nicht anmassen, mith zur kgl. Mt. gegangen, idoch in keine radtslege oder einigh handtlung der einung mich gelossen, sunder disse beswerung abzuwenden bitten helfen, damit der austehende reichstagk vor sich gehen muchte, auch auß andren ursochen, die ich zu meiner ankunft euer fstl. Gn. weiter will anzuzeigen wyssen. Hoff auch, es werde euer fstl. Gn. zu keinem nachteyl, auch zu keinem ungnedigen willen gerathen. Bitte demnach, euer fstl. Gn. wolte zum forderlichsten mir srtflich anzeigen und wissen lassen, waß ich mich halten soll, dan ob es sich zudruge, das solch außreissen werden wurde und die anderen stende alle hie bleiben, szo wurde ich, eher dan ich von euer fstl. Gn. bescheidt empfangen, von hinnen nicht vorrucken, idoch auch mith den papisten nicht zu radt gehen, sunder auffß untherthenigste helfen suechen und bitten, das die beswerungen des camergerichts muchten suspendiret werden und die vorruckten stende darauff widerumb zur handtlung beruffen werden. [...] In: Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 63r–67v, hier fol. 64rv (Ausf. v.d.Hd. Zitzewitz). Bgm. und Rat von Frankfurt gaben ihren Gesandten am 1. Febr. 1543 für den Fall einer vorzeitigen Abreise der kursächsischen und hessischen Räte aus Nürnberg folgende Weisung: [...] Ist unser bedencken und bevelh, sover sich die sachen dergestalt zutragen, das unser gnedigst und gnedig herrn, der Kf. zu Sachsen und Lgf. zu Hessen ire räte von Normberg abfordern und anderer stett der ainigung gesandten daruf zu verreiten auch zu rat werden, mit denen ir euch dan derhalben underreden und vergleichen sollet, das ir euch in dem auch wie andere halten, doch also dweil auß disem abreisen merckliche weiterung im Reich erfolgen mocht, das ir zuvor mit der erbarn frei- [und] reichsstett gesandten, dern zu Normberg synt, die seien der ainigung verwandt oder nit, ainen freundtlichen abschid zu machen nit underlassen sollet, dahien gerichtet, wo ainiche stat verneme oder vermerckte, das der andern zu nachteil raichen mochte, das sy das an dieselb der verwandtnus und treu nach, damit ein erbar stat die ander pillich mainen soll, jederzeit gelangen lassen und also aine die ander vor schaden warnen, auch ain jede wissen mochte, wess sie sich in nöten zu der andern zu versehen hette. [...] In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 963, unfol. (Ausf.).*

wolle erfolgen, das konten ire röm. kgl. Mt., auch die ksl. commissarien auß hohem und grossem verstant fuglicher betrachten, dan daß ire röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien mit langwiriger ertzehlung derselbigen aufgehalten werden solten.

Es wolten aber die gesanthen in underthenigster hoffnung steen, ire röm. kgl. Mt. und auch die commissarien wurden also gelegenheit dieser sachen und auch aller hievor derwegen ergangnen handlungen gnedigst und guttwillig betrachten und die gesanten uff diese ire nottwendige und unmeidliche suchung mit genedigster und gutter antwurt forderlich bedencken, damit sie ire hern und obern der uff/s] erst hetten zu berichten, wie sie dan auch des sunderlichen bevelch hetten. Das auch beide, die röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien, diese suchung nit anderst vermercken wolten, dan das die zu gemeiner wolfarth des Hl. Reichs treulich gemeint.

Das alles wurden Kff., Ff., graven, stedt und stendt der cristenlichen vereynigung umb die röm. ksl. und ire kgl. Mtt. underthenigst verdienen. Dartzu sich dan die gesanthen auch wollen erbotten haben.

**152 Erste Eingabe<sup>1</sup> der Augsburger Konfessionsverwandten an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare zu Friede und Recht – übergeben Nürnberg, 1543 Febr. 2/verlesen 1543 Febr. 3<sup>2</sup>**

- A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 50r–64v (Kop. der 2. Fassung); AS fol. 50r (v.d.Hd. Jakob Jonas): Der stend der augspurgischen confession verwant anbringen an kgl. Mt. und ksl. commissarien. AV fol. 50r (v.a.Hd.): Praes. et lectum in consilio die 3. mensis Februarii.
- B Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 66r–80v (Kop. der 2. Fassung); DV fol. 80v: Der stende der augspurgischn confession übergebñ schrift auf hieob gemelte proposition.
- C Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 368r–385v (Kop. der 2. Fassung mit marg. Inhaltsbetreffen); DV fol. 385v: Supplication der Kff., Ff., graven, stett und stend der augspurgischen confession und religion, röm. kgl. Mt. und der ksl. Mt. commissarien, auch der Kff., Ff., graven, stett und stend des Hl. Reichs rethen, gesanten und pottschaften uff diesem itzigen reichstag zu Nurmberg zu erlangung bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens übergeben.

<sup>1</sup> In den Quellen wird diese umfangreiche Eingabe meist als „supplication“ bezeichnet. Die CA-Stände blicken darin auf die Geschichte ihrer Forderung nach kirchlichen Reformen, beständigem Frieden und gleichem Recht bis zum Wormser Edikt von 1521 zurück.

<sup>2</sup> Zu Datierung und Genese des Aktenstücks siehe das CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c) zum 10., 22., 23. und 31. Jan. sowie zum 1. bis 3. Febr.

D Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 125r–137v (Reinschr. der 1. Fassung = Entwurf Sturms); DV fol. 137v: <sup>a</sup>–Ungefährliche notell<sup>a</sup> der schrift, die zu des königs anherkunft an seine Mt. beschehen soll 1543.

E Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 161r–188r (Konz. der 1. Fassung mit Korr. und Erg. v.d.Hd. Lambs = 2. Fassung).

Zusammenfassende Mitschrift v.d.Hd. Tetlebens: Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 673r–675v.

Liste der Beilagen A bis F am Ende des Aktenstücks.

Bereits am 10. Jan. 1543 beschlossen die Gesandten der Schmalkaldener, eine umfangreiche Eingabe zu Friede und Recht auszuarbeiten, die dem König und den ksl. Kommissaren als Antwort auf die Proposition überreicht werden sollte. Der Straßburger Gesandte Jakob Sturm erhielt den Auftrag, die Argumentation für eine solche Schrift zusammenzustellen und einen Entwurf zu verfassen. Der Entwurf Sturms (D) bildete die Beratungsgrundlage, die vom Ausschuss ergänzt und in manchen Passagen sowohl inhaltlich als auch stilistisch verändert wurde (E). Durch Korrekturen und Ergänzungen entstand eine zweite, endgültige Fassung; dieser wurden mehrere Aktenstücke früherer Reichstage als Beweis für die protestantische Argumentation beigelegt (Beilagen A bis F), um den Status quo zu dokumentieren. Die Abweichungen des ursprünglichen Entwurfs von der Endfassung sind den textkritischen Anmerkungen zu entnehmen. Die Unterschiede zwischen erster und zweiter Fassung erhellen vor allem aus der Frankfurter Überlieferung (E), in welcher der Frankfurter Gesandte Dr. Hieronymus zum Lamb die im Laufe der Beratungen entstandenen Korrekturen und Änderungen vermerkte. Am 31. Jan. legten die Schmalkaldener den nicht dem Bund angehörenden evangelischen Ständen die Eingabe vor und ersuchten sie, sich an der Übergabe der Supplikation zu beteiligen<sup>3</sup>. Diese wurde dem König und den ksl. Kommissaren am 2. Febr. überreicht, am 3. Febr. erfolgte die

<sup>a-a</sup> V.a.Hd. korr aus: Copei.

<sup>3</sup> Anfänglich wurde die Eingabe ausschließlich im Namen des Schmalkaldischen Bundes formuliert, was folgender DV zeigt: Supplication an die röm. kgl. Mt. und der ksl. Mt. commissarien in namen und von wegen gemeiner christlichen verein umb erlangung bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens, übergeben in Nurmberg, den 2. Februarij anno etc. 1543. In: Wien HStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 1, DV fol. 26v (später gestr. und korr. entsprechend DV in C). Jakob Zitzewitz berichtete über die am 31. Jan. stattgefundenen Versammlung der evangelischen Stände an Hg. Philipp von Pommern, Nürnberg, 1543 Febr. 4: [...] Desselbigen tagks haben die einungsvorwanten allen der augspurgischen confession anhengig verlesen lassen eine supplication. Und dieweil sie dahin gericht, das man umb vergleichung der religion, oder aber bis zur vergleichung derselben iren stracken lauf ungehindert zu lassen, fridt und ein gleichmessig rechten gebetten, haben sie alle stende beliebet, auch geschlossen, das man sie der kgl. Mt., ksl. commissarien, auch der Kff., Ff. und anderer stende gesandten uberantworten solte, welchs auch geschehen. Und es haben sich die kgl. Mt., ksl. commissarien, auch die gesandten der Kff., Ff. und anderer stende (dan es is kein furst, außgenommen der Bf. von Hildeßheim, noch zur zeit angekommen) gnediglichst, freundlich, gnediglich und gunstiglich erbotten, dieselbe zu erwegen und forderlich andtwort darauf geben. Es haben auch alle stende, der auspurgischen confession

*Übergabe des Aktenstücks an die Reichsstände und die Verlesung im Reichsrat. In den textkritischen Anmerkungen finden die rein stilistischen Abweichungen zwischen den beiden Fassungen keine Berücksichtigung. Die Supplikation wurde für den Druck aus Gründen der Übersichtlichkeit in Artikel untergliedert, um Querverweise zu inhaltlich ähnlichen Passagen nachfolgender Aktenstücke zu ermöglichen.*

[Art. 1] Euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. sein zu viln maln bericht worden, uß was stattlichen ursachen die Kff., Ff., stett und stend der christlichen religion und veraynung, unser gnedigst, gnedig hern und obern, nach erkanter<sup>b</sup> göttlicher warheit <sup>c</sup>gewissens halb<sup>c</sup> bewegt worden, christenliche <sup>d</sup>reformation der<sup>d</sup> leer, ceremonien und kirchenubungen in irn furstenthumben, landen, stetten und gepietten uffzurichten, in wölchem sie sich auch vermittelt göttlicher gnaden also gehalten und ertzeigt, wie sie solchs vermög des speyrischen

<sup>b</sup> In E korr aus: empfangener (steht in D).

<sup>c-c</sup> In E korr aus: auß anreizung ires gewissens (steht in D).

<sup>d-d</sup> D om.; in E marg. nachgetr.

anhengig, sich kegegeninander versprochen, in keine handlung zu lassen, sie haben dan einen bestendigen, vollkommenen bescheidt des friden und rechtens halben. [...]. In: Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 73r–75v, hier fol. 73v (Ausf. v.d.Hd. Zitzewitz). Die Gesandten Hg. Moritz' von Sachsen und Mgf. Albrechts von Brandenburg hatten Vorbehalte gegen die Supplikation und schlossen sich dieser nicht an (siehe unten Anm. 7); die Gesandten Nürnbergs stimmten der Eingabe zu, wollten sich aber der Rekusation des RKG nicht anschließen. Die kursächsische Gesandten berichteten dazu am 1. Febr. 1543 (Dornstag nach Conversionis Pauli) an Kf. Johann Friedrich: [...] Allein haben unsers gnedigen herrn Hg. Moritzen zu Sachssen rethe angetzeigt, wiewol sie der suchung des friden in lautern prophansachen und der visitation und reformation des chambergerichts halben inhalts der ksl. regenspurgischen declaration mit unß ainig, auch derwegen bevelh hetten, so mangelte es inen doch noch an bevelh etzlicher artickel halben, also daß sie nicht willigen konnten, daß alle itzige personen des chambergerichts solten geurlaubt und auch, daß die sachen in den standt, wie sie vor beschehener nechster recusation gewest, gefurt solten werden. Dergleichen das die condition [= Nr. 152, Art. 17] mit angehengt werden sollte, wo solche artickel des fridens und rechtens nicht erledigt, das sich diese stende in keine reichshandlung des Turcken aber [= oder] anderer sachen halben einlassen wolten, dann ir gnediger herr, Hg. Moritz, wuste, sein fstl. Gn. hette solchs auch zum teilh gesehen, das dem Turcken unseumlicher widerstandt muste gepflogen, oder aber sein fstl. Gn. und umbligende lande jemerlich verderbt werden. Das derhalben solch notwendig werck dieser stende suchung halben (darbei doch, damit die erhalten werde, moglichen vleis antzuwenden) keinswegs zu underlassen. Haben auch von inen ad partem sovil vermarckt, das ir herr, kgl. Mt. hulf zu thun, mag vertroistung gethan haben. [...]. Also haben die von Nurmberg auch angetzeigt, daß sie der schrift mit ainig, aber des chambergerichts recusation antzuhangen oder aber dem chambergericht die underhaltung abzuschlagen, darzu hetten sie noch zur zeit nit ursachen. [...]. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 154r–158v, hier fol. 155v–156r (Ausf.).

reichsabschiedts, im vergangnen 26. jar uffgericht [RTA JR Bd. V/VI, Nr. 221], gegen Gott dem Almechtigen, der ksl. Mt. und menniglichem mit gottlicher schrift und hulf zu verantworten hoffen und wissen. Nachdem aber dargegen etzliche <sup>e-c</sup>von hohen und niddern stenden<sup>e</sup> des Reichs bey irem glauben und hergebrachten ceremonien, auch bey dem<sup>f</sup> wurmischen edict [1521] <sup>g</sup>-der religion halber<sup>g</sup> verharren wöllen und darauf allerley mittel und weg gesucht, <sup>h</sup>-wie sie solch edict zu der execution bringen möchten<sup>h</sup>, so ist darauß ervolgt, das beede theil in schwerem misvertrauen gegeneinander erwachsen sein. Aber unangesehen, das sich ire kfl., fsl. Gnn. und sie von wegen solchs mißverstandts in der religion uff ein gemeyn, frey, christenlich concilium, in teutscher nation zu halten, vermög des nurmbergischen abschiedts, im jar 23<sup>i</sup> ergangen [RTA JR Bd. III, Nr. 117, S. 736–759], guttwilliglich erbotten, in hoffnung, <sup>j</sup>-in solchem concilio<sup>j</sup> durch göttlich wort ußzufurn und zu erhalten, das sollich ir leer, ceremonien und kirchenubungen dem wort Gottes gemeiß, sein etzlich auß vorgemelten stenden christlicher religion und vorein von wegen geenderter<sup>k</sup> ceremonien, auch der geistlichen gutter, die sie zu christenlichem brauch verwent haben, an die ksl. gericht der cammern und Rottweil citirt und mit geschwinden processen angefochten worden.

[Art. 2] <sup>l</sup>-Zudem so ist in dem augspurgischen abschidt, anno etc. 30 ergangen, die vorgemelt dieser stendt christliche leer, ceremonien und kirchenübung verdampft<sup>l</sup> und die obgedachte stendt <sup>m</sup>-samt irer religion und allen irn anhangern den beschwerlichen peenen<sup>m</sup>, so im rechten widder die ketzer gesetzt, unterworfen und also das wormisch edict<sup>n</sup> widderumb erneuert<sup>o</sup>, <sup>p</sup>-auch alle dieser stendt furgenomne reformation der leere, ceremonien und kirchenübung

<sup>e-c</sup> In E marg. korr. in: andere stende.

<sup>f</sup> In D folgt danach: ksl. In E gestr.

<sup>g-g</sup> In E korr. aus: in das Reich der stritigen religion halben davor publicirt haben (steht in D).

<sup>h-h</sup> In E korr. aus: wie sie fuglich darbei pleiben mochten (steht in D).

<sup>i</sup> D om.; in E marg. nachgetr.: 24.

<sup>j-j</sup> In E marg. korr. aus: daselbst (steht in D).

<sup>k</sup> In E danach gestr.: und zu christlichem geprauch verwenthen (steht in D).

<sup>l-l</sup> In E marg. korr. aus: Zudem hat der augspurgisch abschit, anno 30 ergangen, die vorgemelt cristliche lher, ceremonien und kirchenübung fur ketzerisch und cismathisch verdampft (steht in D).

<sup>m-m</sup> In E korr. aus: der religion samt allen iren anhangern den penen (steht in D).

<sup>n</sup> In E folgt danach gestr.: so uff anhaltung des bapsts wider furberurter stende lehr gemacht worden (steht in D).

<sup>o</sup> In E folgt danach gestr.: uff welche penen das cammergericht noch diß tags gelobt und geschworn, uff dieselben zu sprechen und zu erkennen (steht in D).

<sup>p-p</sup> In E korr. aus: Auch al ir cristlich thun und ubung bei peenen des landtfriedens verpotten, dem cammergericht uff solche penen gegen inen zu volfaren befolhen, darauß dan, wo solcher abschit allenthalben in das werck khomen sein solt (steht in D).

bey peenen des landtfridens verboten, dem cammergericht auf solche peenen gegen inen zu volnfaren und berurtem abschied zu geleben und nachzukommen ernstlich bevohlen, auch durch die beede darauf gevolgte visitationen bey irn pflichten eingebunden und auferlegt worden. Dadurch dan<sup>p</sup> die vorgemelt unser gnedigst, gnedig herrn und obern auß dem gemeinen landtfrieden gesetzt und menniglichem erlaubt gewest, mit oder ohne recht gegen iren kfl., fstl. Gnn. und inen zu handeln, dardurch sie also im Reich recht- und fridtloß worden. Derhalben sie uß unvermeidtlicher notturft gedrungen worden, widder solchen augspurgischen abschidt zu protestirn und denselbigen nit antzunemen. Haben auch die datzumaln beradtschlagte hulf gegen dem Turcken nit bewilligen oder leisten mögen, es wurden dan ire kfl., fstl. Gnn. und sie eines bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens neben andern stenden des Hl. Reichs versichert. Darauf ire kfl., fstl. Gnn. und sie die ksl. Mt. daselbst zu Augspurg [1530] und volgens auß Schmalkalden zweymal nacheinander in schriften undertheniglich ersucht und gebetten, inen zu frieden und rechten zu verhelfen, auch die proceß bey irem fiscal, cammer, rottweilischen und andern irer Mt. gerichtten gnediglich abzuschaffen.

[Art. 3] *Noch bevor der Kaiser die Bitten der Evangelischen um Friede und Recht erfüllt hatte, bedrohten die Türken im Jahr 1532 die Grenzen des Reiches, und der Herrscher musste erkennen, do unser gnedigst, gnedig herrn und obern also des gemeinen landtfridens und rechtens im Reich entsetzt solten sein und bleiben, das sie nit allein gegen solchem unserm gemeinen feindt der christenheit hulf nicht bewilligen und leisten können, sondern das daraus nichts anders dan gewisse zerruttung, unrhu und emporung im Reich zwischen den stenden desselben entstehen wurde. Deshalb beauftragte Karl V. die Kff. Albrecht von Mainz und Ludwig V. von der Pfalz 1532, mit den evangelischen Ständen zuerst in Schweinfurt und dann in Nürnberg einen Friedstand (Beilage B) auszuhandeln. Und sollichen gewirckten und betheidingten friden hadt die ksl. Mt. fur sich selbs und aus eigner bewegung auf dem reichstag zu Regenspurg nachvolgent allenthalben in das Hl. Reich ausgeschriben und verkündigt [Beilage A] und in rechtvertigung und processen in glaubens- und religionsssachen stillzustehen bevohlen<sup>q</sup> [Beilage C].*

[Art. 4] Es sein aber die beysitzer des ksl. cammergerichts, unangesehen des ksl. bewilligten anstands und anstellung der gerichtlichen proceß, nichzidesterweniger uff anruffen der partheyen<sup>r</sup> und sonst, in sachen die religion und angetzogne verenderung der <sup>s</sup>-ceremonien und<sup>s</sup> geistlichen gutter zu christlichem besserm brauch belangent, uff die peen des landtfridens vermog des augspurgischen abschidts furgefaren und inen ire rechtmessige vorgewante exception und protestation, das die handlung religion- und glaubenssachen

<sup>q</sup> In E korr. aus: gepotten (steht in D).

<sup>r</sup> In E marg. korr. aus: geistlichen (steht in D).

<sup>s-s</sup> D om.; in E marg. nachgetr.

oder jhe zum wenigsten denselbigen anhengig und also in dem ksl. fridtstandt begriffen wern, abgeschnitten und verworfen. *Das belastete Verhältnis zwischen dem Reichskammergericht und den evangelischen Ständen verschlechterte sich durch den Fortgang der Prozesse und die Achterklärung u.a. gegen die Stadt Minden, die trotz des Friedstandsgebots des Kaisers aus religiösen Gründen erfolgte, mit der vorge-schobenen Behauptung, dass es sich um einen Konflikt in weltlichen Angelegenheiten handle*<sup>4</sup>.

[Art. 5] *Da die Prozesse des Reichskammergerichts eine Bedrohung für den Frieden darstellten, entsandte der Kaiser 1539 den Ebf. von Lund als seinen Orator ins Reich, der mit Hilfe der Kff. Pfalz und Brandenburg als Unterhändlern den Frankfurter Anstand (1539 April 19) aushandelte, in welchem abermals der Stillstand der Kammergerichtsprozesse festgelegt wurde. Wie ungehorsamlich nun sich cammerrichter und beysitzer über alle vorige stillständt, verträg, abschied, jussion und bevelch gehalten, also haben sie sich gleicher gestalt auch hierin über diesen franckfurdischen abschiedt ertzeigt und demselben gleich als wenig gelept.*

[Art. 6] *Trotz des bedrohlichen Vorgehens des Reichskammergerichts schreckten die evangelischen Stände vor der Rekusation des Gerichts in weltlichen und geistlichen Angelegenheiten zurück. So haben doch ire kfl., fstl. Gnn. und sie, in ansehung, was vor unrichtigkeit im Reich daraus volgen möcht, dasselbig datzumaln underlassen und allein in religion- und deren anhengigen oder daruß fliesenden sachen bemelte cammerrichter und beysitzer recusirt<sup>5</sup>, die ursachen der suspition ertzelt und sich derhalben ad arbitros juris, die ire kfl., fstl. Gnn. und sie alsbaldt benandt, erbotten, in zuversicht, cammerrichter und beysitzer solten dieselben furgebrachten suspition und ursachen des verdachts, <sup>t</sup>als offenpar der billicheit nach und wie<sup>t</sup> sie in recht zu thun schuldig gewest, zu gemut gefurt und solche sachen, darin sie recusirt, angestalt oder <sup>u</sup>die ursachen des verdachts<sup>u</sup> zum wenigsten vor den ernenten arbitris oder ander unpartheyschen zu gepurlicher erörterung kommen lassen. Es ist aber solch rechtmessige recusa-tion wie die vorgemelt stillstendt, abschiedt, jussion und bevelch veracht und also widder Gott, kayser, konig noch auch die menschlichen und naturlichen recht, die da wollen, das sorglich und meidlich sey, vor verdecktigen richtern rechts zu gewarten, angesehen worden. In Folge der Rekusation wurde die Missgunst der Richter und Beisitzer gegen die evangelischen Stände noch größer und das Gericht*

<sup>t-t</sup> In E marg. korr. aus: wie billich und (steht in D).

<sup>u-u</sup> In E marg. korr. aus: die sach (steht in D).

<sup>4</sup> Zu den unerfüllten protestantischen Forderungen nach einem Stillstand der Reformationsprozesse und dem Dauerkonflikt zwischen dem Reichskammergericht und den evangelischen Ständen siehe: K. MENCKE, *Die Visitationen am RKG im 16. Jhd.*, S. 54–68.

<sup>5</sup> *Rekusation des RKG durch die Schmalkaldener in Religionsangelegenheiten, 1534 Jan. 30*; in E. FABIAN, *Urkunden und Akten*, Bd. 1, S. 272.



ging nicht nur in Religionssachen, sondern auch in weltlichen Angelegenheiten gegen die Protestanten vor, was sich am Beispiel der Stadt Goslar zeigte und zu Unfrieden im Reich führte.

[Art. 7] Als der Kaiser erkannte, dass ein beständiger Friede ohne Einigung in der Religionsfrage nicht zu erlangen war, ließ er nach den Frankfurter Verhandlungen von 1539 ein Religionskolloquium in Hagenau und Worms (1540/1541) abhalten. Da es auch dort zu keinem Vergleich kam, begab sich der Herrscher persönlich in das Reich, um auf dem Regensburg Reichstag u. a. die Acht gegen Goslar und Minden zu suspendieren und den Reichsständen Frieden und Recht in Aussicht zu stellen. Damals wurde die Visitation und Reform des ksl. Kammergerichts beschlossen. Nachdem aber dem abschied [RTA JR Bd. XI, Nr. 941] damals einverleibt wardt, das das cammergericht vermög der abschiedt jungstgehaltener zweier reichstäg – das ist des augspurgischen anno etc. 30 und des regenspurgischen anno etc. 32 gehalten, in welchen versehen, das sich cammerrichter und beysitzer des augspurgischen abschiedts, und sonderlich im artickel die religion belangent, halten und dem geleben – visitirt und reformirt werden sollten, so ist von vorgemelten stenden der ksl. Mt. angetzeigt worden, das sie diesen articul, <sup>v</sup>–auf die visitation und reformation des cammergerichts gestellt<sup>v</sup>, nit bewilligen oder annemen möchten, dan dardurch stunden sie des cammergerichts halben in vorigen beschwerden, deren inen damit nit abgeholfen, sonder dieweil dasselbig cammergericht fur und fur uff den augspurgischen abschiedt mit allen denen personen, so irer religion zuwider wern, besetzt und keiner, der irer kfl., fstl. Gnn. und irer religion geneigt, darzu angenommen, <sup>w</sup>–so möchten sie sich bey denselben ebensowenig als vor gleichmessigs rechten versehen<sup>w</sup>.

[Art. 8] Auf Grund dieser Einwände entschloss sich der Kaiser, den Regensburger Abschied (RTA JR Bd. XI, Nr. 941) für die evangelischen Stände in einer Deklaration zu erläutern (RTA JR Bd. XI, Nr. 949: Beilage D), in welcher sich ir ksl. Mt. ustruckenlich erclert, <sup>x</sup>–das der augspurgisch abschied, so vill die religion belangt, nit statthaben, sonder die beysitzer des cammergerichts uff den regenspurgischen abschiedt und darauf gevolgte ksl. declaration sollen veraydigt<sup>x</sup>, deßgleichen die personen, so presentirt wurden von deßwegen, das sie der augspurgischen confession wern, gar nit gewegert werden und also die visitation nit uff die alten abschied, sonder uff diese irer Mt. gegeben declaration geschehen und auf den 14. Januarij des damaln kunftigen 42. jars zu Speyr furgehen sollt. Unter diesen Bedingungen nahmen die evangelischen Stände den Regensburger Reichsabschied von 1541 an und bezeugten dies öffentlich vor der ganzen Reichsversammlung.

<sup>v-v</sup> D om.; in E marg. nachgetr.

<sup>w-w</sup> In E korr. aus: also das sie sich bei denselben keines gleichmessigen rechtens zu versehen hetten (steht in D).

<sup>x-x</sup> In E korr. aus: das die beysitzer des cammergerichts uf denselben regenspurgischen abschiedt und declaration sollten vereydigt werden und der augspurgisch abschiedt, so vil die religion belangt, nit stathaben (steht in D).

[Art. 9] *In Folge der Eroberung Ofens durch die Türken (1541 Aug. 29) wurde für den 14. Jan. 1542 ein Reichstag nach Speyer ausgeschrieben, bei welchem die Protestanten vor der Bewilligung der Türkenhilfe auf der Erfüllung ihrer Forderungen zu Friede und Recht und auf der Visitation des Kammergerichts beharrten. Obwohl im Regensburger Abschied die Visitation für den 14. Jan. 1542 in Aussicht gestellt worden war, wurde diese verschoben. Und nachdem<sup>y</sup> sich ire kfl., fstl. Gnn. und sie desselben zum höchsten beschwert, so ist inen von euer kgl. Mt. sampt den ksl. commissariern durch briefliche urkunth und schein<sup>z-z</sup>versicherung und zusag beschehen<sup>z</sup>, das solche visitation und reformation gewisslich irn furgang gewinnen und vermög des regenspurgischen abschiedts und darauf gegebner ksl. declaration furgenomen und verrichtet, auch durch die ksl. Mt. bey den commissariern<sup>aa</sup> verschafft werden sollte, das solchs also geschehe und erolge [RTA JR Bd. XII, Nr. 148: Beilage E]. Darauf dan dise Kff., Ff., graven, stett und stendt die hulf und anlag widder den Turcken, auch die underhaltung<sup>ab</sup> des cammergerichts, daran sie dan das ziel des ersten halben jars<sup>ac-ac</sup> zum theil<sup>ac</sup> betzalt, bewilligt, doch unterschiedlich. Und also wo solche visitation und reformation nit geschehen wurd, das inen ire kfl., fstl. Gnn. und ire gesanten usstruckenlich furbehalten haben wöllten, das cammergericht wedder zu underhalten helfen noch vor demselbigen recht zu geben oder zu nemen, sonder es nit allein in religion-, sondern auch allen andern sachen zu recusirn.*

[Art. 10] *Demnach haben diese stendt ire reth und pottschaften zu solcher visitation und reformation des cammergerichts uff den obgenanten 16. Junij gehn Speyr verordent und geschickt, der gantzlichen hoffnung und zuversicht, es sollte die nun so oft verabschiedt und versprochen visitation irn furgang erreichen. Die Visitation wurde jedoch vom Kaiser auf Betreiben der Gegner der evangelischen Stände abermals suspendiert und die zur Visitation Verordneten zogen unverrichteter Dinge wieder ab. Nichtsdestoweniger haben die personen des cammergerichts gegen diesen stenden so partheylich und beschwerlich furthgefahren, das menniglich ir partheylichkeit, ungleichheit, verdacht, abgunst und widderwertigkeit klerlich spuren mögen, wie sie dan in sachen der genoträngten defension gegen Hg. Heinrichen von Braunschweig in stetter ubung sein, diese stendt mit peenen des landtfridens und der acht zu beschweren, dergleichen in sachen, die underhaltung des cammergerichts betreffent, da doch diese stendt dieselb underhaltung anderst nit bewilligt dan auf die ksl. regenspurgische declaration und sover das cammergericht nach derselben visitirt und reformirt werde. Deshalb legten die evangelischen Stände auf dem geplanten, jedoch wieder verschobenen Visitationstag in Speyer im Juni 1542 die ksl. Deklaration von*

<sup>y</sup> *In E korr. aus: wiewol (steht in D).*

<sup>z-z</sup> *In E korr. aus: versichert und vergewist worden (steht in D).*

<sup>aa</sup> *In E folgt danach gestr.: und visitatorm (steht in D).*

<sup>ab</sup> *In C irrtümlich: underhandlung.*

<sup>ac-ac</sup> *D om.; in E marg. nachgetr.*

*Regensburg (Beilage D) und die Speyerer Deklaration Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Beilage E) öffentlich vor Zeugen vor.*

[Art. 11] *Da die Visitation und Reform des Kammergerichts trotz aller Zusagen nicht vorankam und das auf den Augsburger Reichsabschied von 1530 vereidigte, den evangelischen Ständen feindlich gesinnte Gerichtspersonal die Protestanten weiterhin mit Prozessen bedrohte, konnten sie weder in weltlichen noch in religiösen Angelegenheiten einer unparteiischen Rechtssprechung gewärtig sein. Deshalb entschlossen sie sich zur Rekusation des Reichskammergerichts in allen Belangen (Beilage F), doch alles allein so lang und viel, biß dis ksl. cammergericht nach rechter ordnung mit <sup>ad</sup>-dieser stend<sup>ad</sup> zuthun und bewilligung besetzt und furnemlich, biß es vermög ksl. und euer kgl. Mtt., auch der ksl. commissarien declaration, bewilligung und urkunth visitirt und reformirt, auch also aller verdacht und beschwerung irer personen halben gantzlich abgeschafft wurt, mit dieser ußtrucklichen protestation, das ire kfl., fstl. Gnn. und sie durch ire rechtmessige vorgewante recusation die rechte und wahre jurisdiction <sup>ae</sup>-der ksl. Mt. und des Hl. Reichs<sup>ae</sup> in keinen weg anfechten oder angefochten haben wöllen. Das auch irer kfl., fstl. Gnn. und ir gemut, meynung und will nicht were imants, was standts oder condition der sey, <sup>af</sup>-dem sie zu recht zu antworten schuldig<sup>af</sup>, gebürlichs, gleichmessigs und unpartheysch rechtens vor zu sein, inmassen sie sich doch zu demselben alwegen erpotten und noch erpieten, sonder das sie solche recusation zu irer und irer mitverwanten stendt unvermeidlicher notturft und zu beschirmung irer rechtmesigen sachen haben furwenden müssen. Wissen und mögen also die Kff., Ff., graven, stett und stendt vor diesen partheylichen, verdecktigen und recusierten richtern weder recht zu geben noch zu nemen, were auch widder gemeinen verstandt, natur und pillicheit gantz sorglich, sie wollten dan sich, ire underthanen und zugehörigen in gewiß abfalh und verterben setzen.*

Zweifeln demnach nit, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. oder imant ander unpartheysch, erbers gemuts werden irn kfl., fstl. Gnn. und inen nit verkeren oder verargen, das sie dieser leut, welche sich in allen obgeschriebnen handlungen so verdecktig und partheylich <sup>ag</sup>-gehalten, auch mit inen des glaubens und religion nit alleine nit aynig, sonder in demselben sich also ertzeigt und bewisen, auch offentlich haben vernemen lassen, das sie nichts liebers sehen und hören wöllten, dan das dieser stendt religion und sie, die stendt, von grundt ußgereutet [= *ausgerottet*] und zu boden gingen<sup>ag</sup>, als irer widderwertigen vermög ires ustrucklichen vorbehalt erkantnus fliehen. Dieser und keiner andern gestalt ist vorbemelte dieser stendt recusation beschehen.

<sup>ad</sup>-<sup>ad</sup> *In E marg. korr. aus: irer (steht in D).*

<sup>ae</sup>-<sup>ae</sup> *D om.; in E marg. nachgetr.*

<sup>af</sup>-<sup>af</sup> *D om., in E marg. nachgetr.*

<sup>ag</sup>-<sup>ag</sup> *In E marg. korr. aus: ertzaigt haben, auch im glauben mit inen nit eynig, sonder zuwider sein (steht in D).*

[Art. 12] Und ist hierauf an euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. unser underthenigst, underthenig, vleissig bitt, ob die sachen anderst an sie gelangt weren oder wurden, demselben keinen glauben zu geben, sonder gnediglich und gunstiglich zu bedenken, das solchs dieser stendt unvermeidliche notturft erfordert hat und das auch die natürliche billicheit uff ir tregt und diesen stenden zulässt, uff weg zu trachten, dardurch sie von solcher grosser, unerleidtlicher beschwerung uff erlaupte, gepurliche weg entledigt werden mochten.

[Art. 13] <sup>ah</sup>Dan es können euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. gnedigst und gunstig erachten, wo die oftgemelten personen an diesem cammergericht unverändert bleiben und sich, wie biß anher beschehen, gegen den vorgemelten unsern gnedigsten, gnedigen herrn und obern fur richter ferner anmassen, sie mit urtheilen, peenen des landtfridens und des Reichs achten und aberachten vermeinlich beschwern sollten, das solchs nit allein unsern gnedigsten, gnedigen hern und obern, derselben mitverwanten, angehorigen und underthanen unleidlich und untreglich sein wöllt, sonder auch die gantze teutsche nation

---

<sup>ah</sup> Von Art. 13 bis zum Ende des Aktenstücks unterscheidet sich die ausführlichere 2. Fassung (A, B, C) deutlich von der 1. Fassung (D bzw. ursprüngl. Text von E), die folgendermaßen lautet: Wo nhun die bemelten personen an diesem cammergericht unverändert plieben und sich, wie von inen biß anher geschehen, gegen den vorgemelten unsern gnedigsten, gnedigen hern und obern fur richter ferner anmassen und sie mit urtheil vermeinlich beschwern wurden, so können euer kgl. Mt., Gnn. und G. gnediglich und gunstiglich erachten, wie unleidlich und untreglich es unsern gnedigsten, gnedigen hern und obern und derselben mitverwanthen sein wollte, und in was gefערlichkeit teutsche nation durch solche obbemelter personen unbedechtige und unrechtmessige handlung gesetzt werdt. Daß auch der teutschen nation und nachvolgent der ganzen cristenhait eynigkeit, friedt, ehr, nutz und wolfart nit besteen meg, sunder muß daruß allerlei beschwerliche unrichtigkeit und unruhe erfolgen, dadurch dan die hilf wider unsern gemeinen erbfeint, den Turken, und alle andere des Reichs wolfarth verhindert, welchs doch diese stendt ihres theils hochstes vleyß und vermogens gern furkomen und bestendigen frieden, gleichmessig recht, ru und eynigkeit im Hl. Reich gesucht, gefurdert und an allem dem, das darzu furtreglich sein mechte, gantz nichts erwinden lassen, und dasselb noch zu thun geneygt sein. Dieweil aber diß bey diesen partheylichen richtern, bevorab so der augspurgisch abschit im artickel die religion belangendt in seinen kreften und wurckungen bleiben, das oberst und letst gericht im Reich, daruff besetzt, gelobt und geschworn sein soll und diese personen, so sich also in vil weg verdecktig ertzaigt und erst durch die beide gevolgte recusation noch mehr und weiter gegen diesen stenden bewegt und hessig worden, an diesem gericht bleiben sollten, nit sein mag, so langt an eure kgl. Mt., Gnn. und G. unser underthenig, dinstlich bitten, eure kgl. Mt., Gnn. und G. wollen diese jetzige verdecktige, partheyliche und sorgliche richter furderlich abschaffen, das cammergericht mit andern unverdecktigen, unpartheyischen leuthen vermeg der ksl. declaration und euer kgl. Mt. und der ksl. commissarien gegeben urkundt und confirmation besetzen und also diesen stenden zu bestendigem frieden, auch versicherung und assecuration desselben und gleichmessigen, unpartheyischen rechtens verhelfen, mit solcher maß, form und

durch solche obgemelte personen unbedechtige und unrechtmesige handlung in grosse geuerlichkeit gesetzt wurde.

Solte nun die teutsche nation durch dieser leut handlung also ineinander wachsen, ir gelt, prophiant, vorrath, kriegsvolck und vermögen gegeneinander verprauchen und verlieren (welchs Gott gnediglich verhutzen wolle), so ist one nott, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. nach der leng zu ertzelen, zu was nachtheil und unwidderbringlichem schaden sollichs teutscher nation und gemeiner christenheit reichen, dargegen zu was frolockung, nutz und vorthail es dem erbfeindt unsers christlichen glaubens, dem Turcken, dienen, das es auch nit allein die hulf widder denselben verhindern, sondern ime ein gewisse und gewünschte vorbereithung, alle anstossende landt und nachmaln das gantz Reich teutscher nation under seinen tirannischen gewalt zu pringen, machen wurde. Dan solchs alles ist euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. irem hochbegabtem verstandt nach unverporgen, als die uß viln zuvor ergangnen geschichten und exempeln gnedigst, gnedig und gut wissen tragen, was innerliche krieg biß hieher gemeiner christenheit fur schaden und diesem feindt fur vorthail bracht haben, wie schwerlich auch dieselben krieg, so sie einmal in schwanck komen, die parthey gegeneinander erhitzigen, zu verrichten und beyzulegen seyen. Welchs alles doch diese stendt irs theils mit hochstem vleiß und vermögen gern furkomen und viel lieber bestendigen friden, gleichmesig recht, rhu und einigkeit im Hl. Reich gefurdert sehen und an allem dem, das dartzu furtreglich sein möcht, an inen nichts erwinden lassen wollten.

[Art. 14] Nachdem auch, allergnedigster könig, gnedig und gunstig herrn, die zweyhelligkeit und zweyspaltung der religion ein ursprung ist aller ungleichheit, misverstandts und mistrauen im Reich, wie obgemelt, welche zweyhelligkeit

---

ordnung, dardurch wir der wolthat der rechten und sovil dester mehr vorgepettenens bestendigs friedens und gleichmessigs rechtens vehig und entpfenglich sein megen. Und dieweil vormaln, in felhen, do solche gefar, sorg und beschwerung nit vorhanden, uff ansuchung zweyer churfursten und eines fursten das ksl. regiment geurlaubt, weil dan diese personen so vielen stenden verdechtig und argwonig, so sein wir undertheniger hoffnung, euer kgl. Mt., Gnn. und G. sollen zu erhaltung gemeines nutzen, friedens, rechtens, wolfarth, rum und einigkeit der teutschen nation und damit dem feint unsers hl. cristenlichen glaubens und nhamens, dem Turcken, dester statlicher widerstant beschehen moge, unser vorgemelter undertheniger bitt statthun. Dan es wurdet dem Reich teutscher nation durch beurlaubung dieser personen nichtzigt abghen, dieweil man doch vil treffenlicher, ehrlicher, gelerter und geschickter leuth findet, zu denen diese stendt hertz und vertrauen stellen mechten, dadurch auch sovil dester mehr bestendiger fried, gleichmessig recht, ruwe und einigkeit erfolgen kann, dan one dasselbig, auch zuvor und ehe ein bestendiger frieden und gleichmessig, unpartheylich recht im Reich uffgericht, mogen und können sich die obgemelten Kff., Ff., graven, stett und stendt in einich handlung der turckenhulf oder ander sachen halb nicht einlassen, nochmalen undertheniglich und dinstlich bittendt, sie eines solchen auß vorertzelen, hochwichtigen ursachen nit zu verdencken.

aber daher entstehet, das der christenlichen leer des gottlichen worts, erkanter warheit, rechtgeschaffnen gottesdiensten und kirchenubung freyer, stracker lauf biß daher nit gelassen, dardurch rechtgeschaffne reformation und besserung der kirchen (wie dan dieselbig von diesen stenden nun uff vieln tügen zu mehrmaln mit allem vleiß begert und gesucht worden ist) verblieben und die offentparn, bekanthen mispreuch umb erhaltung willen menschlicher reputation und eigens gesuchs nit allein nit abgestellt und gebessert, sonder auch bey vielen noch vertheidigt, bey etzlichen aber uß hoffnung kunftiger reformation mit beschwerung irer gewissen und gefahr der seelenheil erhalten werden, derhalben dan Gott der Almechtig uns täglich – je lenger, je beschwerlicher – mit ferrerm zweyspalt, mißtrauen, kriegem und andern erschrecklichen straffen (wie leider nun zuviel hauffig allenthalben vor augen) heimsucht. So ist woll zu erachten, aller dieser unrath, so dergestalt auß zorn und straff Gottes uber uns kompt, werde anderst nicht zu vorkommen oder abzuwenden sein, dan das der wahren, christlichen lere des wort Gottes, erkanter warheit, rechtgeschaffnen gottesdiensten und kirchenubungen stattgegeben und inhalts derselbigen ware reformation und abschaffung der eingerissnen mißbräuch ernstlich furgenomen werde.

*[Art. 15] Deshalb bitten die evangelischen Stände Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare, sie mögen die Lehre des göttlichen Worts und evangelische Gottesdienste ohne Verhinderung gestatten, weil nur auf diese Weise ein Vergleich aller strittigen Religionsartikel erfolgen könne und die Strafe Gottes abgewendet werde.* Do aber sollichs dieser zeit je nicht zu erlangen, das doch euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. in erwegung oberzelt alles, auch der grossen vorstehenden beschwerden und gevahr auf dißmal zum wenigsten die mittel fur die handt nemen und in das werck pringen helfen, dardurch der religion und derselbigen anhengigen oder darauß fliesenden sachen halb zwischen den stenden des Reichs einmal ein solcher gemeiner, bestendiger fridt mocht erfolgen, deß sich ermelte reichsstend desselben von allen theiln zugleich wurcklich hetten zu gebrauchen, damit das mißvertrauen, so sich nun ein lange zeit zwischen den reichsstenden erhalten, doch soviel möglich hingenomen werde und sich darauf menniglich widerumb eines gleichmesigen, unpartheyschen, ußstreglichen rechtens gestrosten möchte, und furter zu gelegner zeit und zum furderlichsten zu einem gemeinen, freyen, christenlichen concilio, in teutscher nation zu halten, oder nationalversammlung helfen furdern, in welchem alle, und sonderlich die offenliche, bekante mißbreuch durch das gottlich wort reformirt, gebessert und anstatt derselben christenliche, reine leer gottlichs worts, rechtgeschaffner gotsdienst und kirchenubung aufgerichtet werde, dan dardurch konten die stend des Reichs zur einhelickeit und entlicher vergleichung in der religion komen. Und wurde derhalben auch das schwer mißvertrauen gantzlich hingenomen, auch also entlicher volkomner friden, rhu und eynigkeit erfolgen.

*[Art. 16] Dieweil aber obangeregter fridt bey den itzigen partheylichen richtern und beysitzern des ksl. cammergerichts, die sich also in viel weg verdecktig*

und abgunstig ertzeigt, auch allererst durch die beeden gevolgten recusationen [1534 Jan. 30 und 1542 Dez. 4] noch mehr gegen diesen stenden bewegt und erhitzt worden sein, nit geschehen noch besteen kan oder mag, so ist gleicher gestalt unser underthenigst, underthenig und dienstlich bitt, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wöllen gnedigst, gnedig und gunstiglich daran sein und verfügen, das dieselben furderlich abgeschafft (wie hiebevorn in gleichem fall mit dem ksl. regiment allein uff anhalten zweyer churfursten und eines fursten uß geringern ursachen auch beschehen)<sup>6</sup>, das cammergericht zum furderlichsten von den stenden zu allen theiln vermög der alten cammergerichtsordnung, der ksl. Mt. declaration, deßgleichen euer kgl. Mt. und der ksl. Mt. commissarien gegeben urkunths mit andern personen von neuem besetzt, auch aller verner mängel halben nach notturft reformirt und dan derends rechthengige sachen dieser stende widderumb in den standt, darinnen sie vor beschehener recusation gewesen, restituirt und gestelt und darauf den beysitzern ernstlich bevohlen und eingebunden werde, solche reformation und ordnung, auch den verglichungen, still- und fridstenden, so obbemelter sachen halben betheydingt und gewilligt worden, stracks zu geleben, nachzukommen und darwidder nit zu handeln noch zu erkennen, alles mit der maß, form und enderung, darmit auch diese stend gleich andern des fridens und rechtens vehig sein, auch desen gnugsame assecuration und versicherung erlangen, und also in dem Hl. Röm. Reich widderumb ein gemeiner, bestendiger frid und recht uffgericht und erhalten werden mög, wie dan das alles die vorstehende not gemeines vatterlandts teutscher nation, auch die gegenwertigen gantz geverlichen, geschwinden zeit und leuft hochlich ervordern. Und wir uns von wegen unser gnedigsten und gnedigen herrn und obnern unsers theils zu aller muglichen befurderung solchs christenlichen wercks hiemit gegen euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., auch gemeinen reichstenden erpotten haben wöllen, der underthenigsten, underthenigen und dienstlichen zuversicht, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., auch gemeine reichstend werden zu solchem allem fridlichem wesen zuguttem und gemeiner teutscher nation zu bestendigem nutz und wollfarth nit weniger geneigt sein und in dem an inen nichts erwinden lassen.

[Art. 17]<sup>7</sup> Dann do solche weg und mittel fridens und rechtens nit zufurderst beradtschlagt, gesucht und erlangt werden sollten, hetten euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. uß hochbegabtem verstandt gnediglich und gunstiglich zu ermesen, das sich hochgemelte Kff., Ff. und stend, auch wir von derselben wegen uns in gar kein handlung der turckenhulf oder ander sachen wurden einlassen

<sup>6</sup> *Beschwerden der Kff. von Pfalz und Trier und des Lgf. von Hessen über das Reichsregiment sowie dessen Entlassung auf dem Nürnberger RT im April 1524 und die Verlegung von Nürnberg nach Esslingen. Siehe dazu: C. ROLL, Das Zweite Reichsregiment 1521–1530, S. 205–227.*

<sup>7</sup> *Dieser nur in der 2. Fassung der Supplikation vorhandene letzte Absatz wurde von den Gesandten Hg. Moritz' als „anhang“ bezeichnet. Es geht darin um die Verknüpfung von*

können oder mögen, do wir doch sonst unserer gnedigsten und gnedigen herrn und obern gemuth dahin gericht wusten, das sie in allem dem, das zu nutz und wollfarth des Reichs teutscher nation dienlich und ersprießlich, auch inen immer möglich und treglich wer, als gehorsame glider des Reichs keinen mangel erscheinen oder ichtzit erwinden lassen wurden. Solchs haben euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wir uß unser unvermeidlicher notturft craft entpfangens bevelchs in underthenigkeit nit sollen verhalten, dero wir uns undertheniglich und dinstlich thun bevehlen.

US: Euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. underthenigste und willige der Kff., Ff., graven, stett und stend der augspurgischen confession und derselben religion reth, gesanten und pottschaften und verwanten.

*Beilagen: in der Textvorlage mit A bis F bezeichnet.*

*A: Mandat Karls V. für einen allgemeinen Frieden im Reich – Regensburg, 1532 Aug. 3, gedr. in: RTA JR Bd. X, Nr. 559.*

*B: Nürnberger Anstand, Nürnberg, 1532 Juli 24; gedr. in: RTA JR Bd. X, Nr. 549.*

*C: Bestätigung des Nürnberger Anstandes durch Karl V., Regensburg, 1532 Juli 31/ Aug. 2; gedr. in: RTA JR Bd. X, Nr. 557.*

*D: Deklaration Karls V. zum Reichsabschied für die protestantischen Stände, Regensburg, 1541 Juli 29; gedr. in: RTA JR Bd. XI, Nr. 949.*

*E: Deklaration Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare für die evangelischen Stände, Speyer, 1542 April 10; gedr. in: RTA JR Bd. XII, Nr. 148.*

*F: Rekusation des Reichskammergerichts in geistlichen und weltlichen Angelegenheiten durch die Schmalkaldener, verlesen Speyer, 1542 Dez. 4, in: Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 103r–113v (zeitgen. Druck).*

---

*Friede und Recht mit der Bewilligung der Türkenhilfe; Hg. Moritz lehnte dieses Junktim ab. Siehe dazu die Instruktion des Herzogs für seine Gesandten in Nürnberg (Nr. 65b, Punkt 2) und seine Schreiben an die Gesandten von 1543 Febr. 7 (Nr. 366) und Febr. 16 (gedr. bei: E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. Nr. 433, Punkt 1). Der Gesandte Mgf. Georgs von Brandenburg, Dr. Augustin Megersheimer, berichtete über diese Meinungsverschiedenheiten im evangelischen Lager an seinen Herrn aus Nürnberg, 1543 Freitag nach Esto mihi (Febr. 9) über den „Sonderweg“ der sächsischen Gesandten: [...] Ferner will euer fstl. Gn. ich undertheniger mainung nit unentdeckt lassen, das ich von den kfl. [= kursächsischen] gesandten vertreulicher mainung verstanden, das sie, bis so lang ire bitt, den bestendigen fried, auch gleichmessig recht im Reych und reformation des cammergerichts betreffend, nit gehandelt und geortert wird, sich in ainiche andere handlung einzulassen gar nicht bedacht noch willens sein. Aber Hg. Moritzen zu Sachssen, desgleichen Mgf. Albrechts [von Brandenburg] gesandten haben in die supplication noch zur zeit nit gewilligt. In: Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 128r–129v, hier fol. 128rv (Ausf.).*



153 *Mündliche Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die erste Eingabe der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 152) – Nürnberg, 1543 Febr. 3*

- A *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 220r–221v (Kop.); ÜS fol. 220r: Kgl. Mt. und der ksl. commissarien antwort auf schrift, so die protestirenden stende irer Mt. und den commissarien den andern Februarij übergeben, muntlich den 3. Februarij geschehen.*
- B *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 116r–117r (Kop.); ÜS wie in A.*
- C *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); ÜS wie in A.*
- D *Wien HStA, RK RA i.g. 13ffKonv. 1, fol. 27r–28v (Kop.); ÜS fol. 27r wie in A. DV fol. 28v: Verzeichnus der röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien von mundt furgetragnen antwurt, den stenden christlicher verein uff ir übergeben supplication bestendigs fridens und rechtens halber gegeben in Nurnberg, den 3. Februarij anno etc. 43.*

[*Art. 1*] Die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien haben die schriften, so gestrigs tags von der stende der augspurgischen confession rethen und potschaften übergeben [*Nr. 152*], gnediglich und freuntlich angehört, auch, sovil in eilh geschehen mugen, mit vleis bewogen. Und befinden ire kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., das solche schrift die hauptpunten, darvon auch auf diesem reichstag gehandelt und tractirt werden soll, auch gemeine reichsstende belangende. Derhalben die kgl. Mt. und ksl. commissarien fur hoch notwendig geachtet, das solches an die andern reichsstende gereicht, wie dann ire kgl. Mt. und die ksl. commissarien solchs zum kurzesten, so es geschehen möchte und sovil noth, den andern stenden des Reichs davon antzeigen wollen thun lassen, ir bedencken darinnen zu horen und zu schliessen.

Dann dieweil ire kgl. Mt. und ksl. commissarien vermercken, das der zweier puncten halben, den friden und recht belangen, anregung geschehen, so wuste man sich der ergangen handlung auf vorigen reichstegen und was die kgl. Mt. vor gnedigen vleis furgewendet wol zu erinnern, und das derwegen auf vorigen reichstegen und in derselbigen abschieden gnugsame versehung geschehen.

[*Art. 2: ad Nr. 152, Art. 15*] Was aber die religion betrifft, ist gemelten stenden auch unverborgn, welcher gestalt die ksl. Mt. hietzuvor sich gantz vetterlich bemuhet und bevliessen, damit der beschwerlich zwispalt derselbigen zu vergleichung hette mogen bracht werden. Und dieweil aber solchs nicht hette erfolgen mugen, so hette ire ksl. Mt. bei bebstlicher Hlt. sovil erlangt, daß ein gemein generalhconcilium in deutscher nation gegen Trient angesatzt und ausgeschrieben worden, dahin auch die ksl. Mt., dergleichen ire kgl. Mt. ire potschaften und gesanten verordent, des verhoffens, solch concilium sollte zu einem anfang gereichen und etwas nutzlich daselbst mogen ausgericht werden. Derhalben so wollte auch irer kgl. Mt. und ksl. commissarien nicht geburn, daruber der religion halben ichtes neues furzunehmen, sonder es were gemeltem concilio sein stracker vor- und ausgang zu lassen und desselbigen beschlus zu erwarten.

Do aber solch concilium nicht furgengig oder unfruchtbarlich sein wurde und also der zwispalt der religion wie zu vorn unerortert pleiben, so werde ane zweivel die ksl. Mt. irem vorigem gnedigem erbierten nachsetzen und, damit nochmals solcher zwispalt zu geburlicher vergleichung oder erorterung mochte bracht werden, an allem gnedigem vleis nicht erwinden lassen.

Und hetten solchs die kgl. Mt. und ksl. commissarien den stenden der augspurgischen confession gnediglich und freuntlich vermelden wollen, mit gnedigem und freuntlichem begern, dieweil dieser handel alß obgemelt an die andern stende gelangen muste, das sie des vertzugs kein beschwer haben und der antworten abwarten wollten.

154 *Stellungnahme der altgläubigen Reichsstände<sup>1</sup> zur ersten Eingabe der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 152) und zur mündlichen Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 153) – verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 14*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 119r–123v (Kop.); DV fol. 123v: Catholicorum consilium datum regiae M<sup>ti</sup> ad supplicationem protestantium. Lectum et approbatum in consilio, Mercurij 14. Februarij anno etc. 43.

<sup>1</sup> Laut einem Bericht Konrad Junges an Bf. Philipp von Speyer vom 13. Febr. 1543 wurde die altgläubige Stellungnahme vom Fürstenrat ausgearbeitet und dann den Gesandten der Kurfürsten übermittelt: [...] Disses ist also vom furstenrathe an die kfl. rethe pracht und diewil niemand von churfurstenrethen vorhanden gewesen dan Mentz, Pfaltz und Brandenburg etc., haben die churfurstenrethe die sachen etlich tag ufgezogen, der hofenung, der abwesenden churfursten potschaften solten auch kommen. So es sich aber verzogen, haben die churfurstenrethe, so gegenwurtig gewesen, disses auch beratschlagt und heut [1543 Febr. 13] nachmittag den im furstenrathe angezeigt, das onangesehen der abwesenden sy der protestierenden schrift [Nr. 152] auch bedacht und sich durchauß mit der fursten rethe, wie oben gemelt, verglichen, das solichs der kgl. Mt. und ksl. commissarien also sol uff morgen angezeigt werden. Was nhun kgl. Mt. und ksl. commissarien thun werden, stet zu irer Mt. Sonst ist jetzt nichts gehandelt, dan das man von den stenden verordnet und ein ußschuß gemacht, die der innemer und kriegsrathe sampt des gegenschreiber rechnungen horen sollen. [...] Die protestierenden wollen nit in oder bei der wenigsten handlung sein, es sy dan zuvor ir beger erledigt. Was sie nach gegebener antwort thun wollen, mage zeit pringen. Es last sich gantz ubel an, das etwas fruchtbars moge ußgericht werden. Und seint alle handlung seer wichtig, wole vonnoten, euer fstl. Gn. und andere hochverstendigen, des vermogens auch gesein mocht, die in eigener person zugegen weren. Hie ist aber von aller fursten personlich niemand vorhanden dan Hildeßheim. Hg. Friderichen Pfgf. rechnen ich nit, dan ire fstl. Gn. [ist] ksl. commissari. Man sagt, so hab ichs von Hg. Heinrichs von Braunschwigs cantzler, der auch hie im rath ist, das Hg. Hainrich von Braunschwig und Hg. Ludwig von Bayern in eynem tag oder drei aigner person ankommen sollen. [...]. In: *Straßburg AM, AA 503, fol. 104r, 105v–108v, hier fol. 106v–107r (Ausf. v.d.Hd. Junges)*.

[Art. 1] Weiß euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. der protestirenden chur- und fursten und anderer irer kfl. und fstl. Gnn. anhengigen stenden rethe in einer supplicationschrift [Nr. 152], da sie sich im unterschreiben der Kff., Ff., graven, stett und stende der augspurgischen confession und derselben religion rethe, gesanthen, pottschaften und verwanthen nennen, clagweiß furgetragen und gebetten, das haben die gehorsamen christenlichen churfursten verordente rethe, auch die gegenwertigen fursten und stende und der abwesenden pottschaften aus euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. beschehen anzeig und gedachter stende gethanem anpringen gehort. *Zusammenfassung der wichtigsten Punkte von Nr. 152: Abschaffung der kirchlichen Missbräuche; Lehre des göttlichen Worts; beständiger Friede in Religionssachen; unparteiisches, gleiches Recht für alle; Abhaltung eines freien, christlichen Konzils; Absetzung der parteiischen Kammerrichter und Beisitzer, danach Neubesetzung und Reform des Reichskammergerichts.*

[Art. 2] *Die altgläubigen Stände wissen auch über die Antwort des Königs an die Protestanten (Nr. 153) Bescheid: Ausschreibung des Konzils nach Trient.*

Und solich euer kgl. Mt. gegebne gnedigste antwort lassen inen die christenlichen stende und der abwesenden pottschaften in aller underthenigkeit wol gefallen. Und damit die protestirenden ire leut uf solich concilium unsicherheit halb nit zu schicken kein ursach haben, so bedencken die christenlichen stende nutz und guet sein, das euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. inen über das gemein gleit, so jeder, der zum concilium zeucht, von rechts wegen hat, noch weiter anpieten lassen, das sie oder die iren durch alle oberkeiten verwarlich und sicherlich durchbracht und vergeit werden sollen.

Und alsdann euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. über die andern bede begere der protestirenden stende, eins bestendigen friden und gleichmessigen rechts halb beschehen, gnedigst, gnediglich und freuntlich gesunnen, wes darauf den protestirenden stenden fur antwort zu geben sey. Darauf haben sich ir fstl. Gnn., Gnn. und Gg. stattlich underredt und nachvolgender gestalt entschlossen:

[Art. 3: ad Nr. 152, Art. 7–9] Erstlich, sovill den bestendigen fride belanget, wissen sich die christenlichen gehorsamen stende undertheniglich wol zu berichten, wes des fridens halb uf jungstem reichstage zue Regenspurg [1541] durch die ksl. Mt., auch churfursten und fursten, so in zimlicher anzall personlich entgegen wären, und der abwesenden pottschaften verabschidet und volgendts uf dem reichstage zue Speyer [1542] erneuert und jungst alhie [Nürnberg 1542] bestettigt worden. Und könnnden sich aber nit erinnern, das sie sampt oder sonder demselbigen friden zuewider gelebt, sein auch irs teils hinfuro nit weniger dann bishere willig und urbuttig, fride und ruhe im Hl. Reich zu erhalten und an inen nichts, das darzue furderlich und dienlich sein mage, erwinden zu lassen.

Und damit derselbig desto besser gehalten werden möge, ist irer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. underthenigster rathe und bedencken, das euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. eigentlich erkundigen, wer obberurten friden verbrochen oder nit und darauf dermassen geburendt einsehen thuen, das alles, so darwider

beschehen, abgestellt, derselbig fride, welichen sie nit zu verbessern wissen, vestiglich gehalten und volnzogen werde. Were aber daran etwas zu mehren oder bessern, das wurden die cristenlichen stende, als die nicht hohers suchen und begern dann gutten fride, ruhe und einigkeit, inen nit allein nit misfallen lassen, besonder es gern helfen furnemen und furdern.

[Art. 4: ad Nr. 152, Art. 10–11] Was aber belanget das ksl. chammergericht und gleichmessig recht, wissen sich der churfursten rethe, fursten und der abwesenden rethe wöl zu berichten, das auch uf jungstem reichstage zue Regenspurg davon ein sonderbarer artickel<sup>2</sup> abgeredt und lautter und klar in demselben begriffen und verordnet, wie das chammergericht visitirt und reformirt werden solle. Derselbigen lauttern und klaren bewilligten visitacion und reformation weren die christenlichen gehorsamen churfursten und fursten irs teils gern nachkommen, die wardt aber auß ehhaften ursachen und durch die reichshandlung des reichstags zue Speyer [1542] erstlich verhindert und nachgeendts, als die darzue verordente stende die iren uf den bestimpten tag gein Speyer geschickt, hat die ksl. Mt., sonder zweiffel auch nit one treffenliche ursach, solich visitacion weitter ufgeschoben. Dieweil dann uff solich visitacion und reformation uff jungsten alhie gehaltenem reichstage [Nürnberg 1542] wider angehalten, auch euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. inhalt desselben abschiedts uf gemeiner stende underthenigst bitte angenommen, bei der ksl. Mt. mit allem guettem und getreuem vleyß zu befurdern, das solich visitacion und reformation in aller maß und gestalt, wie sie uf den 16. Julij<sup>3</sup> vergangen beschehen sein sollt, furgenomen und volnzogen werde<sup>4</sup>.

Diser meinung und vorgethanen bewilligungen und abschiedt zu geleben und nachzukomen achten die kfl. gesanthen, auch fursten und stende und der abwesenden rethe und potschaften fur erbar, pillich und nottwendig. Darumb auch ir underthenigster rathe und guetbeduncken ist, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wöllen der augspurgischen confession verwanthen stende dahin weisen und vermögen, das sie sich auch daran benugen und settigen lassen, dann durch disen wege mögen alle mengel, die sich befinden werden, an den personen und processen grundlich abgestellt und gebessert werden, und wurdts sich niemandt ubereilens oder anderer beschwerung zu beclagen haben. Dann wiewol die gedachten stende chammerrichter und beysietzern auß etlichen ursachen fur partheysch anziehen, so were doch beschwerlich, soliche erliche leut unverhört, unbekant und unuberwisen irer stende und ämbter mit verletzung irer ehren zurn erweisen. Zuedeme were nit weniger beschwerlich, einer beruembten ksl. declaration nach zu reformiren, da doch die gehorsamen christenlichen stende kein grundlich wissen [da]von tragen und von ksl. Mt. und derselben

<sup>2</sup> Siehe RTA JR Bd. XI, Nr. 941, §§ 37–38.

<sup>3</sup> Irrtümliches Datum; die Visitation des RKG hätte laut dem Speyerer RAb von 1542 am 16. Juni stattfinden sollen.

<sup>4</sup> Siehe RTA JR Bd. XIII, Nr. 198, § 38, S. 896.

oratore, dem H. von Granvella, nit vernemen könnnden, das ksl. Mt. will und gemut gewessen sey, durch das beruembt declariren die christenlichen gehorsamen stende zu vernachteilligen und der augspurgischen confession verwandten stenden ein solichs (wie sie sich ruemen) nachzegeben. Aus disen und andern meher ursachen ist der verordneten churfurstenrethen, der fursten und der abwesenden pottschaften underthenigster rathe, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. geruchen, die sachen bei der bewilligten und verabschiden visitation und reformation beruen zu lassen und die andern stende gnedigst ze weisen, sich auch daran zu benugen und von solichem irem furhaben abzesteen.

Das wöllen umb euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. die gehorsamen christenlichen stende zuesampt der grossen pillicheit underthenigst, undertheniglich, freuntlich und dienstlich verdienen.

**155** *Schriftliche Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die erste Eingabe der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 152) – Nürnberg, 1543 Febr. 16/verlesen Nürnberg 1543 Febr. 26<sup>1</sup>*

- A* Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 108r–117v (Kop.); AS fol. 108r (v.d.Hd. Dr. Jonas): Der röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien antwort uff der protestirenden stende supplication. Reg. et lectum in consilio, Norenberge 26. Februarij anno 1543. DV fol. 117v (v.d.Hd. Dr. Jonas): Röm. kgl. Mt. und der ksl. commissarien antwort, den protestirenden stenden gegeben.
- B* Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 115r–125v (Konz.); AS fol. 115r entspricht dem DV fol. 125v: Kgl. Mt. und der ksl. comissarien antwort, den stenden der augspurgischn confession gegeben.
- C* Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 357r–367v (Kop.); DV fol. 367v: Kgl. Mt. und der ksl. comissarien gegebene antwort auf der protestirenden stende supplicationschrift fridens und rechtens halben, freitags nach Invocavit, den 16. Februarij 1543.
- D* Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 138r–144v (Kop.); AS fol. 138r wie DV in C.
- E* Wien HHStA, RK RA i.g. 13ff/Konv. 1, fol. 30r–40v (Kop.), DV fol. 40v: Antwort der kgl. Mt. und ksl. commissarien uff der augspurgischen confession- und religionsverwanten stende ubergeben supplication und schriften umb erlangung bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens, beschehen in Nurnmberg, freittags, den 16. Februarij anno etc. 43.

[Art. 1] Die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, sambt der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrn comissarien dises alhieigen reichstags,

<sup>1</sup> Der 16. Febr. 1543 ist das Datum der Abfassung der kgl. Antwort. Die Übergabe an die Protestanten erfolgte entweder am 16. Febr. oder die Replik wurde laut einem Schreiben der sächsischen Gesandten vom 27. Febr. (Nr. 371) erst am 19. Febr. den evangelischen Ständen übergeben. Der 26. Febr. 1543 ist das Datum der Verlesung und der Abschrift des Aktenstücks durch die Reichsstände.

haben der Kff., Ff., graven, stet und stendt der augspurgischen confession und derselben religion rethen, gesandten und botschaften und verwandten ubergeben schriften [Nr. 152] sambt etlichen nebenligenden copeyen, darauf sich dieselben schriftn referiern, in nachfolgenden artiggln nach lengs gehort und vernomen. Und als sy, die stende, in angezaigten iren ubergebnen schriften nach der lenge ertzelen und ausfuern lassen, was von anfang – und nemblich von dem reichstag, so im vergangen 26. jare zu Speyr gehalten – in der strittigen religion und was derselben anhengig sein solle gehandelt und sich biß anhere verlossen und zuegetragen, geben darauf ir kgl. Mt. und die ksl. comissarien yetzbelnten stenden in antwurt gnediger und genaigter maynung zu erkennen, das sich die kgl. Mt. sambt belnten ksl. comissarien gleichwol erinnern, was solicher strittigen religion halben, auch von wegen aines bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens im Hl. Reiche auf mergehalten reichs- und zu andern versamblungtegen gehandelt, beschlossen und verabschidet. Und wo denselben handlungen, ordnungen und reichsabschiden von allen stenden gehorsamblich gelebt und nachgangen und dawider nit gehandelt worden wäre, das ir kgl. Mt. und belnter ksl. comissarien erachtens allerlai unrat und nachtailige weitte- rung, so sich ain zeit here an mer orten im Hl. Röm. Reiche zuegetragen, wol verhuet bleyben mogen.

[Art. 2] So hetten die stende aus irer kgl. Mt. und der ksl. comissarien jungst gegebenen mundtlichen antwurt [Nr. 153] gnuugsamblich verstanden, was die röm. ksl. Mt. bißhere zu hinlegung und vergleichung der strittigen religion gehandelt und wie die sachen yetzo im werckh weren, was auch ir kgl. Mt. in dem faal gefurdert und furterhin die ksl. Mt., auch ir kgl. Mt. nochmalen ze handeln und ze furdern mit allen gnaden gnaigt weren. Demnach es ir kgl. Mt. und die ksl. comissarien dises artiggls halb bei obvermelter mundtlichen gegebenen antwurt und erbieten nochmalen beruen und bleiben lassen.

[Art. 3: ad Nr. 152, Art. 3, Art. 7–8] Sovil aber betrifft den artiggel des fridstandts, hetten sich die stende wol zu erinnern, wie von langen jaren here im Hl. Röm. Reiche ain loblicher, hailsamer, gemainer friden hergebracht, das auch volgendts alhie zu Nuernberg, in sachen die religion belangend, auch ain fridstandt aufgericht [RTA JR Bd. X, Nr. 549], welicher allenthalben im Hl. Röm. Reich offentlich publiciert und verkundet, und nachmalen derselb fridstandt, sonderlich auf den reichstegen jungst zu Regenspurg [1541] und Speyr [1542] gehalten, nach vermug derselben reichsabschide gepessert und weiter extendiert worden, demselben fridstandt die andern stende bißhere, wie die kgl. Mt. und ksl. comissarien nit anderst wissen, bißsheer gehorsamblich nachkhomen und dem furter noch geleben und dawider nit handeln wellen. Ir kgl. Mt. und belnte ksl. comissarien hetten auch bißsheer nit gespurt oder befunden, das sy, die stendt der augspurgischen confession, von den andern stenden uber solichen fridstandt in ainichen weg beschwert, gedrungen oder verwaltiget worden wären, sonder wolten sy nichts liebers sehen, dan das sy bei solichem fridstandt ruebig bleiben mochten. Aber gleichwol were nit one,

das der ksl. und irer kgl. Mtt. von den andern stenden allerlay beschwerung und klagen furkhomen, das sy und ire undterthanen uber sollichen aufgerichteten fridstandt in manigfeltig weise turbiert und ires inhabens one vorgehende rechtliche erkanntnus entsetzt und spoliert worden. Deßhalb die kgl. Mt. und ksl. comissarien darfur achten, das an der fursehung aines bestendigen fridens, <sup>a</sup>-wo demselben seines inhalts mer<sup>b</sup> nachgangen und gelebt wurde<sup>-a</sup>, kain abgang oder mangel sein sollte. Wann aber ir kgl. Mt. und die ksl. comissarien ainichs gebrechens oder mangels solhes fridstandß halber erinnert werden und das die notturft erfordern wirdet, darin ichtz ze pessern, sind ir kgl. Mt. und bemelte ksl. comissarien gnedigclich und wol genaigt, in denselben gebrechen und mengeln der gepur nach einsehung und pessrung ze thun. Und furnemblich so seyen die ksl. und ir kgl. Mtt. der gnedigisten naigung, sollichen fridstandt in allweg ze furdern und ze handthaben, damit niemandt wider recht und billichait beschwert, sonder ain yeder gegen dem andern bei gleith und recht beleiben und also dardurch im Hl. Reiche um sovil mer friden, rue und ainigkait gepflanzt und erhalten werden moge.

[Art. 4: ad Nr. 152, Art. 9–12] Dann was belangt den artiggl des gleichmessigen gerichts und rechtens, bedengkhen die kgl. Mt., auch die ksl. comissarien gleichermassen, wie von den stenden der augspurgischen confession vermelt wirdet, <sup>c</sup>-das die hochst notturft erfordere, in dem fall notwendige fursehung ze thuen, angesehen<sup>-c</sup> das on ain gleichmessig gericht und recht im Hl. Reich kain bestendiger friden erhalten werden, neben dem, das die reichsstende solhs gleichmessigen gericht und rechtens nit entperen mugen. Deßhalb und damit sich desselben gleichmessigen gerichts und rechtens billicher weiß niemandt zu beschweren hab, so ist zue hievor gehalten reichstegen <sup>d</sup>-von gmainen reichsstenden bewilligt und verordnet<sup>-d</sup> worden, das das camergericht jerlich visitiert und reformiert werden solle, mit maß und ordnung, wie solches die reichsabschide mit sich bringen. Warumb aber solliche jarliche visitation und reformation bißher verbliben und nit in würckhung gebracht, das wärn die stende hievor gnuagsamlich erinnert, neben dem, <sup>e</sup>-das sy guet wissen truegen<sup>-e</sup>, das mitler zeit und bißhere in religion- und andern sachn die proceß am ksl. camergericht gegen inen suspendiert worden, welcher suspension sich die stende der augspurgischen confession billicher weyße nit zu beschwären hetten, dann inen dieselb zu nutz und vortl, aber den andern stenden, wie im nechstn artigkhl gemelt, zu nachthail und beschwörung khommen wäre. Und dieweil dann in dem jungsten speyrischen reichsabschid under dem artigkhl des fridstandts [RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 130] solche suspension klerlich erholt und verneu-

<sup>a-a</sup> In B marg. nachgetr.

<sup>b</sup> Aus BCDE; in A: nur.

<sup>c-c</sup> In B marg. nachgetr.

<sup>d-d</sup> In B marg. korr. aus: gesetzt und geordnet.

<sup>e-e</sup> In B marg. nachgetr.

ert worden, so achten die kgl. Mt. und ksl. commissarien, daß die stende der augspurgischn confession bei solcher suspension billich beleiben, dan ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien sy, die stende, darwider nit dringen noch derselben zuwider zu handeln gestatten wöllen.

[*Art. 5: ad Nr. 152, Art. 13–16*] Ferner alß die stende der augspurgischen confession neben ertzelung der argkhwonighkhaitn, so bei des ksl. camergerichts personen vorhanden sein sollen, ansuechn und begeren, dieselben camergerichtspersonen abtzeschaffen und solch camergericht von neuem zu besetzen, stellen die kgl. Mt. und die ksl. commissarien in khainen zweyfel, sy, die stende, haben auß derselbn aignem hohen verstandt wol zue ermessen und zue bedencken, daß sich solche entsetzung bei disem gericht, daran der ksl. Mt. maiste hochait und reputation im Hl. Reich gelegen<sup>f</sup> und das von irer ksl. Mt. und gemainen reichsstenden so ansehlich und mit guetter ordnung eingesetzt ist, on sondere vorgehende erkundigung ires wol- oder ubelhaltens mit khainem fuegen geburn wolle, angesehen das solches ksl. und kgl. Mtt., dergleichen den chur- und fursten, auch ander stenden des Reichs, davon sy, die beysitzer, an das chamergericht presentiert worden, nit zu geringer beschwerung geraichen und inen, den beysitzern selbst, verletzung irer eeren und leumats darauf steen wurde, wie solches ain jeder gerings verstandts leichtlich zu erachten. Damit aber solche suspicion und arckhwonighkhait grundtlich erlernt und erkundiget, daneben auch die abgeng, mängel und gebrechen bey bemeltem ksl. chamergericht, wo die befunden, statlich abgewendt und gebessert werden mögen, so ist derhalben hievor mit gemainer reichsstende zeittigem rat und bewilligung abermalen ain visitacion und reformation bey bemeltem chamergericht zue beschehen furgenomen, auch von allen stenden die personen, so solche visitacion und reformation thuen sollen, ernennt, welche visitacion und reformation gleichwol bißhere aus etlichen wichtigen ursachen nit in das werckh bracht worden. Aber ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien sindt des erbietens, das sy solche visitacion und reformation dermassen wurckhlich furdern wellen, also das die unverzogenlich an die handt genomben und verricht werden solle. Derhalben sich auch ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien auf yetzigem reichstag mit den reichsstenden des tags zu solcher visitacion und reformacion vergleichen wellen, zu welcher visitacion und reformacion auch die ksl. Mt. ire ansehliche commissarii verordnen wirdet. Und wo in solcher visitacion gegen ainem oder mer beysitzern ainicher verdacht oder straffwirdigs, dergleichen in anderm ichtz gebrechlichs oder mangelhaftigs befunden wurde, solle gegen denselben mit entsetzung irer dienst, auch verdienten straff furgangen und in anderm der gebur und billichait nach einsehung und pesserung furgenomen und solche visitacion und reformation ferrer in khainen aufzug oder verlengerung gestellt werden.

---

<sup>f</sup> *Aus BCDE, A om.*



[*Art. 6: ad Nr. 152, Art. 9–10*] Das sich aber bemelte stende der augspurgischen confession des chamergerichts proceß und handlung furnemblich in zweyen sachen, als nemblich von wegen uberlieferung ired geburenden antails zu ir, der chamergerichtspersonen, underhaltung und dann der braunschweigischen khriegsuebung halben, zum hochsten beschweren, also das von dem chamergericht in solchen sachen auf die acht gegen inen geeylt und gedrungen werde. Darauf haben sich yetzbemelte stende auf den artiggl des chamergerichts underhaltung belangendt selbs gleicherweyß zu erinnern, das sy und alle stende des Reichs sich in solche underhaltung auf drey jar lang bewilligt und eingelassen, und das daneben die obbemelt visitacion und reformation zue geschehen furgenomen werden. So dann nun solche visitacion und reformation, wie obsteet, jetzo wurckhlich an die hand genomen wirdet, setzen die kgl. Mt. und ksl. comissarii in kheinen zweifel, sy, die stende, werden an solcher verordnung der vorhabenden visitacion und reformation bemelts chamergerichts benuegt, auch darauf unbeschwerdt sein, ired antail zu desselben chamergerichtz underhaltung vorbeschehner bewilligung nach on ferrern aufzug zu erlegen. Dardurch wirdet dann der proceß bey dem camergericht selbs abgestellt, neben dem das die kgl. Mt. und die ksl. commissarien des erbietens sein, so sich die stende in betzalung des außstands zu berurts camergerichts underhaltung einlassen, daß alßpaldt dem camergericht in dem faall ain stilstandt aufgelegt und gebottn werden solle.

[*Art. 7*] Was aber betrifft die braunschweigisch kriegßuebung, hetten sich die stend abermaln selbß zue erinnern, wie vatterlich und gnädiglich sich die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien anstat und in namen der ksl. Mt. auf nechstm hieigen reichßtag [*Nürnberg 1542*] gegen inen, den stenden, in diser sach ertzaigt und gehalten, also daß sich ir kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien beruertn stenden zu gnaden, unbedacht was ir ksl. Mt. in disem fall gegen inen, den stenden, befuegt gewest sein mochte, der ksl. Mt. gemechtigt und angenommen, inen von irer ksl. Mt. wegen den friden gegeben [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 141*], auch volgends zu noch merer ertzaigung irer kgl. Mt. gnedigsten und genaigten willens den proceß bei des ksl. cammergerichts fiscal, der doch in kraft seines ampts und habenden bevelchs schuldig und pflichtig gewest, in diser sach ex officio zu procedirn, wirckhlich abgeschafft. Und zudem möchtn sy, die stende, und meniglich ermesen und bedencken, ob Hg. Hainrich von Braunschweig, alß dem, der seins furstenthumbs on alle vorgehende rechtliche erkantnuß mit gwalt entsetzt worden, nit zum höchstn beschwerlich sein, ob auch ain solches in der ksl., auch irer kgl. Mt. macht und gwaldt steen wurde, daß ime, Hg. Hainrichen, der weeg ordenlichs rechtns zue widererlangung seines abgedrungen lands aufgehalten und gespert werden solte.

[*Art. 8*] Nachdem allem fridlichen wesen zue wolfart und guettem, sein die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien des gnedigstn und genaigten erpiettens, dieweil sich der Kf. von Sachssen und Lgf. von Hessen hievor angeboten und bewilligt haben, das sy irer handlung halb gegen bemelten Hg. Hainrichen

von Braunschweig vor der röm. ksl. Mt., uns und gemainen reichsstenden zu antwurt steen wellen, das ir kgl. Mt. die partheyen der sachen halb fur ir Mt., die ksl. comissarien und die reichsstende hieheer erfordern lassen, die handlung notturtfiglich verhören und allen tailen zu gnaden und guttem kainen vleiß noch muglichait erwinden lassen will, damit die sachen in der guete hingelegt oder sonst zu entlichem außtrag und erörterung gebracht werde. Wo aber die alhieig handlung unverfenglich oder unaußtreglich sein wurde, alßdann die partheyen ferrer der billichait nach verabschaiden, des sich kain tail billicher weiß zu beschwern haben solle, durch welliche handlung mitler zeit der process am camergericht in dem fall auch in rue gestelt wirdet.

[Art. 9: ad Nr. 152, Art. 13] Und wollten sich darauf die kgl. Mt. sambt der ksl. comissarien zu inen, den stenden vermelter augspurgischen confession, gantzlich und unzweiflich versehen, sy, die stende, werden diser der kgl. Mt. und ksl. comissarien erinnerung, erbietens und bewilligen gehorsamblich, freundlich und guetwillig benuegt und zufriden sein und hierauf – in bedengkhung der hohen und grossen nodt, so von wegen gemainer christenhait erbveindts, des Thurckens, offenbar vor augen und sonderlich das die zeit, darin sollichem veindt erschießlicher widerstandt bescheen soll, ganz kurtz und ze achten gar an der hand ist – sambt und neben den andern reichsstenden auf irer kgl. Mt. und der ksl. comissarien ubergeben proposition on ainiche ferre waigerung furschreiten und hierinn zu verhuettung gemainer reichsstende und gantzer teutscher nacion vorstenden und unwiderbringlichen unrats und verderbens kainen lengern vertzug gebrauchen, angesehen das die handlung wie gemelt gar kainen vertzug und lengerung erleiden mag. Daran werden sy, die stende, neben dem das solches ir selbs nodturft 8-gleichermassen zum hochsten-8 erfordert, ain lobwirdig cristlich werckh thun, und die ksl. Mt. wirdet solhes gegen inen in allen gnaden erkennen und zu guetem nit vergessen, inmassen die kgl. Mt. solhes gleicherweiß mit allen gnaden genaigt ist.

156 *Gutachten des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten zur Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 155) – Nürnberg, 1543 (nach 1543 Febr. 16)*

Wien HHStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 2, fol. 26r–38r (Konz.); ÜS fol. 26r: Des ausschoß bedencken uff die antwort, so die kgl. Mt. und die ksl. commissarien disen stenden uf den 16. Februarij anno etc. 43 gegeben und uberantworten hat lassen<sup>1</sup>.

---

8-8 Aus AB, CDE om.

<sup>1</sup> Bgmm. und Rat von Augsburg äußerten am 22. Febr. 1543 gegenüber ihren Gesandten in Nürnberg ihr Wohlwollen, dass die Schmalkaldener an den zu Anfang des RT gefassten Beschlüssen betr. die Vordringlichkeit der Verhandlungen über Friede und Recht festhielten: Vernemen gern, das die verainigungsstende unertrennt und ainig verharren,

[*Art. 1: ad Nr. 155, Art. 1*] Erstlich als sich die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien zu erinnern wissen, was der streitigen religion halber, auch von wegen eines beständigen fridens und gleichmessigen rechtens im hl. Reich uf den reichstegen gehandelt und beschlossen, und da denselben handelungen, ordenungen und reichsabschiden von allen stenden gehorsamlich gelebt und darwider nit gehandelt worden were, das allerley unrath wol verhut bleiben moge etc.

Daruf sollen dise stende fur ir antwort antzeigen: Ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien hetten aus irer nehst ubergebener supplication vermerckt, das es eben auch diser stende clag und beschwerung were, das solchen reichshandelungen, ordenungen, abschiden, fridstant, jussion und bevelch gehorsamlich nit nachgangen und gelebt und daher nachteilige weiterung im Hl. Reich het müssen ervolgen.

Dan wiewoll des vergangenen 26. jars zu Speir durch gemeinen einmutigen schlus aller stende ein christlicher, gleichmessiger reichsabschiedt gemacht, dahin halten, das sich ein yder stant, sovil die religion belangt, also halten und ertzeigen mochten, wie er solchs gegen Got dem Almechtigen, der ksl. Mt. und meniglichen mit gotlicher hulf und schrift zu verantworten hoft und wiste, so were doch volgens auf dem nachgeenden reichstag, daselbst des 29. jars gehalten, ervolgt, das derselb vorergangen reichsabschidt, mit einmutiger bewilligung aller stende gemacht, <sup>a-</sup>uber dißer stendt billiche und rechtmessige widersetzung<sup>a</sup> cassirt, uffgehoben und hinweggenommen, also das dise stende aus getrungenener, unvermeitlicher notturft gewissigens halber bewegt worden sein, wider solchen speirischen reichsabschidt des 29. jars tzu protestiren und an die röm. ksl. Mt. zu appelliren.

Aber unangesehen solcher irer rechtmessigen furgewanten protestation und appellation were folgens ein reichstag zu Augspurgk anno etc. 30 gehalten und daselbst ein abschidt gemacht worden, welcher reichsabschidt die vorgemelt diser stende christliche leer, ceremonien und kirchenubungen verdampt, sie sampt irer religion den beschwerlichen peenen, im rechten wider die ketzer geordent, unterworfen, dem cammergericht uf solche peen zu volfaren bevohlen, auch in iren eyden eingebunden, dardurch dan dise stende aus dem friden in unfriden gesetzt sein, wie dan des alles die kgl. Mt. und die ksl. commissarien aus der nehern supplication [*Nr. 152*] nach der lenge vernomen hetten, wilchs augspurgischen abschiedts sich dise stende beschwert befunden und gleicher gestalt dawider protestirt.

Wiewol nun die sachen tzuletzt zu dem nurnbergischen fridstant [*RTA JR Bd. X, Nr. 549*] und tzu einer sondern ksl. erclerung [*RTA JR Bd. X,*

---

<sup>a-a</sup> *Marg. nachgetr.*

---

in sonderhait, das ir maynung steif stat, sich in kein reichshandlung einzulassen, es sei dann vorhin fried und gleich recht verordnet. [...] *In: Augsburg StadtA. Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

Nr. 557], in wilcher die religionsachen auch begriffen und darinnen die proceß, in religionsachen ergangen, angestellt worden, volgens uf diser stende heftig clagen, damit sie uber solchen fridstant beschwert, zu dem franckfortischen anstant [1539 April 19], darinnen gleicher gestalt die anstellung vorgemelter sachen bescheen, kommen und darunter vile ksl. und kgl. rescripta, jussion und bevelch erfolgt und ergangen sein, so habe doch die kgl. Mt. und die ksl. commissarien aus der nehern supplication die beschwerden nach lengst vermerckt, worinnen sie uber alle solche fridstende, rescripta, abschiede, jussion und bevelch beschwert worden weren; unnot, diselben widerumb tzu ereffern [= wiederholen].

Aber die kgl. Mt. und die ksl. comissarien hetten sich darus gnediglich zu bescheiden, das von dem nurnbergischen fridstant an des 32. jars bis uf den reichstag des 40. [!] jars, <sup>b</sup>-zu Regenspurg-<sup>b</sup> gehalten, alwege dise clage gewes, das camerrichter und beisitzer wider solche alles ungehorsamlich gehandelt und dise stende daruber mercklich und trefflich beschwert hetten. Und unangesehen das furter uf dem reichstag tzu Regenspurg die achten und processen ufgehoben und dise stende mit weiter erclerung von der röm. ksl. Mt. versehen weren, das diselben suspensionen uf die goslarische acht solt[en] verstanden werden, so hette doch Hg. Heinrich von Braunschweig denselben abschide, suspension und declaration nit parirt, sonder nichtsdesterweniger in seiner ungehorsam furgefaren, die von Goslar erbermlich und hertlich beschwert, also das man zu rettung derselben zu einer rechtmessigen defension genottrant worden ist, wie dan solchs zu seiner zeit mit gnugsamer bewerung [= Beweisführung] ausgefuert werden solle. Dergleichen ungehorsam hat sich auch das camergericht in dem gebraucht, das sie nichtsdesterweniger gegen denen von Goslar procedirt und furtgefaren haben.

Dieweil dan Hg. Heinrich solchen reichsabschide, ksl. declaration und suspension nit gelebt, sonder thetlicherweise dargegen beschwerlich furgefaren, desgleichen auch das ksl. camergericht nit stilgestanden, so ist aus desselben Hg. Heinrichs des camergerichts und nit aus diser stende verursachung unfriden und unruhe ervolgt. Dan weren sie solchen abschiden, declaration und suspension gehorsamlich nachgangen, so hette es zu vorgemelter rechtmessiger defension nit komen durfen. Aus wilchem die kgl. Mt. und die ksl. comissarien gnediglich zu erachten haben, wilcher theil ursach zu der angetzogen unrue gegeben habe. Und ist der kgl. Mt. und den ksl. comissarien wol bewust, was dise stende ydesmals bewilligt und angenommen, das sie demselben unruhe, gehorsamlich und getreulich nachgesetzt, gehalten und veltzogen haben.

[Art. 2: ad Nr. 155, Art. 2] Das sich dann die kgl. Mt. und die commissarien in irer antwurt, im puncten die religion belangende, uff ire vorige muntliche anzeig [Nr. 153] ziehen, uß welchem dan dise stende vermercken, daß der kgl. Mt. und den ksl. commissarien nit gepurn wollt, der religion halber ichts neues

---

<sup>b-b</sup> Marg. nachgetr.

furtzunemen, sondern daß dem itzigen concilio, ghen Triennt angesatz, sein stracker vor- und ußgang zu lassen und desselben beschluß zu erwarten etc.

Daruff soll die kgl. Mt. und die ksl. commissarien vernemen, daß sich dise stende hietzuvorn eines gemeinen, freyen, christlichen, unpartheyschen conciliums, in teutscher nation zu halten, darinnen der zwyspalt der religion nach Gottes wort gehandelt und geurtheilt, auch alle und sonderlich die öffentliche bekannte mißbreuch reformiert, gebessert und anstatt derselben christenliche reine lehr göttlichs worts, rechtschaffner gottsdienst und kirchenübung uffgericht wurde, hertzlich erfreuet, sich auch daruff mehrmals beruffen und wider die vorigen angesatzten bäbstlichen, partheylichen concilien uß christenlichen gegrunten stattlichen ursachen protestiert und dieselben recusiert haben. Und achten noch, daß durch diß itzig, durch den pabst ußgeschriben vermeint concilium solchen irrungen nit abgeholfen, die stend auch zur einhelligkeit und entlicher vergleichung in der religion nit kommen noch daß schwer mißvertrauen gantzlich hingenomen werden möge, wie dann auch von der kgl. Mt. und andern stenden des Reichs nehermals uff dem hie gehalten reichstag selbst nit fur gut bedacht, dieweil die potentaten und häupter gegeneinander in schweren irrungen stunden, daß es itzt zeit sein sollt, ein concilium ußzuschreiben, dess sich auch die röm. ksl. Mt. in etzlichen schriften, an den babst ußgangen, weiter erclert hette<sup>2</sup>. Und ob es aber schon itzt die recht gelegen zeit sein sollt, so were doch die malstatt auch etzwas ungelegen, dieweil diser stend theologen und gesanten sicher und one gevahr dahin nit wol komen konnten. Zudem daß auch dise stend in sollich partheylich concilium und des babsts auctorität und gewalt keinswegs uß irn vor oft dargethonen christlichen, gegrunten und stattlichen ursachen nit zu bewilligen wußten, sonder wollen ire vorige protestation, recusation und appellation des berurten päbstlichen concilii halber repetiert und wider erholt haben.

Darumb beten die stend nochmaln undertheniglich, wie dann in neher supplication [*Nr. 152*] auch gepetten, das der wahren christlichen leer des göttlichen worts, rechtgeschaffnem gottsdienst und kirchenübung unverhindert stattgegeben werde. Do aber sollichs nit zu erlangen, das doch die kgl. Mt. und ksl. commissarien die mittel fur die hand nemen und wurcklich vollbringen helfen, dardurch der religion und derselben anhengigen oder darus fliessenden sachen zwischen den stenden des Reichs ein bestendiger, gemeiner frid möchte ervolgen, dess sich die reichsstende von allen theiln zugleich desselben hetten zu geprauchen und further zu gelegner zeit und zum furderlichsten zu einem gemeinen, freyen, christlichen, unpartheyschen concilium, in teutscher nation zu halten, oder nationalversammlung helfen furdern etc., inmassen dann in neherer supplication undertheniglich auch gepetten.

[*Art. 3: ad Nr. 155, Art. 3*] Sovil betrifft den artickel des fridstands und das die andern stend demselben fridstand biß doher gehorsamblich nachkomen und

<sup>2</sup> *Karl V. an Papst Paul III., Monzón, 1542 Okt. 18, in: Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 206r–209v (zeitgen. Druck).*

dem further noch geleben wollten, mit weiter gnediger anzeig, daß dise stend biß doher daruber nit getrungen oder vergwaltiget worden. Es were aber der kgl. Mt. und den commissarien von den andern stenden allerley beschwerung und klagen furkommen, daß sie und ire underthonen uber sollichen uffgerichteten fridstand turbiert und ires inhabens one vorgehende rechtliche erkenntnus entsetzt und spoliirt worden.

Haben die kgl. Mt. und die commissarien oben nach lengs gehört, welcher gestalt dise stend sampt irer religion durch den augspurgischen abschid [1530] und wormbisch edict [1521] uß dem gemeinen landtfriden gesetzt, mit oder one recht gegen inen zu handeln, dardurch sie dann also im Reich recht- und fridloß worden, und daß inen auch alle und ide ergangne fridständ, rescripta, jussion und bevelch gantz nichtzit nutz gewest, dieweil doch cammerrichter und beysitzer uber dieselben, dergleichen auch uber die ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949], kgl. Mt. urkund [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] und suspensionen von wegen geenderter ceremonien, auch der geistlichen guetter, die sie zu christenlichem besserm brauch verwendet hetten, stracks procediert und dise stend derhalben in die acht erkannt und gesprochen hetten.

Und wissen sich dise stend nit zu erinnern, daß sie einichen stand uber solche fridständ turbiert und ires inhabens one vorgehende rechtliche erkenntnus entsetzt und spoliirt, auch also zu unrhue und unfriden ursach geben haben. Werden aber dieselben klerlich dargethon, so sein dise stend erpietens, irn bericht verner daruff zu geben, das meniglich ir unschuld spuren und vernemen soll.

Wie geneigt aber etliche von den andern stenden zu disem friden gewest und wie fridlich sich dieselben allenthalben erzeigt haben, das sein dise stend zum theil uß etzlichen schriften, in Wolffennputtel gefunden, gnugsamblich berichtet. Wann dise stend die kgl. Mt. und ksl. commissarien mit viln Worten möchten bekumern, so were sollichs weiter und notturftiglichen ußzufuhrn, darus die kgl. Mt. und die commissarien zu vernemen, daß dise klag disen stenden unbillich mit keinen schulden zugelegt wurde.

Das es dann die kgl. Mt. und die ksl. commissarien dafur achten, daß an der versehung eines bestendigen fridens, wo demselben seins inhalts mehr nachgegangen und gelept und kein abgang oder mangel sein sollt, do aber die kgl. Mt. und die commissarien einichs geprechens oder mangels sollichs fridstands halben erinnert, daß ir Mt. und sie in denselbigen geprechen und mängeln einsehung und besserung thun wollten.

Bedancken sich dise stend sollichs gnedigsten und gnedigen erpietens gantz undertheniglich, achten aber gleichwol one not sein, in specie die mängel und beschwerden dartzuthun, dero sich dise stend uff viln gehaltenen tägen beclagt, zudem daß auch ettliche derselben mängel und geprechen in der nehern supplication erregt und also laut und underschidlich dargethon worden ist, welchermassen sie uber alle gemachte fridständ, abschid, rescripta, verträg, jussion, auch ksl. declaration, der kgl. Mt. und der ksl. commissarien gegeben

urkunth beschwert und welchermassen gegen inen uff die acht procediert, darin dann auch etliche derselben gesprochen und erkannt worden sein.

Und damit die kgl. Mt. und die ksl. commissarien weiter vernemen, was mängel und geprechen in dem nurmbergischen, <sup>c</sup>franckfurtischen und andern<sup>c</sup> fridständen weren, so beten die stend undertheniglich, dasselb unbeschwert, gnediglich und gunstlich zu vernemen.

Und erstlich, so wissen sich die kgl. Mt. und die ksl. commissarien zu erinnern, daß solliche fridständ, und sonderlich der nurmbergisch, kein lengere zeit hat dann biß zu einem kunftigen concilio oder, so das concilium nit gehalten, durch die stend in andere weg darein gesehen wurd, doher er dann also gestellt, daß er dise stend fridens halber verknupft und verbindet und hinwiderumb dem andern theil frey, unverpunden dohin steet, wann dieselben irn vortheil und occasion ersehen, daß sie solliche fridständ uffheben und den nichtig machen mögen, also daß es in irer hand steet, denselben friden in wierden zu lassen oder denselben hinweg zu nemen. Und darus können die kgl. Mt. und die ksl. commissarien leichtlich schliessen, wie bestendig ein sollicher friden zwischen beeden theiln bleiben konnde, in welchem der ein theil verstrickt und verbunden und hinwiderumb der ander frey sein sollte.

Zudem so sein solliche fridständ alle allein temporarii und uff ein zeit gestellet, dann der nurmbergisch fridstand, wie vor gehört, uff ein concilium oder biß man sich eines andern vergleichen wurde, volgends der franckfurtisch anstand uff 6 monat, der regenspurgisch uff 1½ jar und der speyrisch fridstand 5 jar lang nach der expedition wider den Turcken uffgerichtet, doher dann solche fridständ, als uff ein zeitlang <sup>d</sup>-gestellt, das mißvertrauen abermalh nit hinweg genommen noch also bestendiger und volkomner friden ufgericht werden mag<sup>d</sup>.

Darnach so ist auch diß nit ein geringer mangel der fridständ, daß die wort derselben verdunckelt und also disputierlich gestellt, daß ider theil denselben friden nach seinem vortheil und gelegenheit deuten und ziehen kan, also daß auch offenbar erscheint, das darinn zwyfacher verstand gesucht würdet. Dann der regenspurgisch abschidt begreift dise wort in sich, daß keiner den andern zu seiner religion „dringen, ziehen oder bewegen“ <sup>e</sup> soll; item daß die visitation und reformation des cammergerichts uff die alten ergangne abschid beschehen; item daß der augspurgisch abschid bey kreften und wierden bleiben und nit uffgehoben werden soll. So sein hinwiderumb dise stende von der röm. ksl. Mt. inhalt gegebner declaration versichert, das dise wort „dringen, bewegen“ etc. disen verstand haben sollen, daß sie hinfuro keinem stand der andern religion seine underthonen abpracticirn, in schutz oder schirm nemen sollen, und ob sich sonst imands zu irer religion begeben wöllt, daß sollichs

<sup>c-c</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>d-d</sup> *Marg. korr. aus:* abermaln nit vollkomenlich sein und bleiben mögen etc.

<sup>e</sup> *Marg. Vermerk:* Videantur verba.

denselben unbenommen sein; item daß die visitation und reformation nit uff die alten abschide, sonder uff ir Mt. gegeben declaration geschehen; item daß der augspurgisch abschid nit statthaben soll.

Daruff und namblich uff solliche ksl. declaration dise stend den abschid und fridstand zu Regenspurg angenommen und bewilliget. Die andern aber hetten sich des abschids settigen und begnugen lassen. Dise beide weren nun einander widerwertig, dann dißtheils stende haben zu Speyr dohin getrungen und angehalten, sollichs auch durch kgl. Mt. caution und versicherung [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] erlangt, das das cammergericht uff die ksl. declaration reformiert, visitiert und derselb verstand uff solche declaration gezogen werden solle. So haben aber die andern stende dem könig hinwiderumb ir beschwerung angezeigt, warumb die reformation und visitation nit uff die declaration, sonder vermög des abschids beschehen sollt, welche declaration sie auch nit binde oder angieng, und were res inter alios acta. Dergleichen meldet auch der speyrisch abschid, daß derselb „zu beeden theiln“<sup>f</sup> angenommen und bewilliget sey, mit der maß, wie derselb zu Regenspurg allenthalben gegeben und angenommen etc., also daß das cammergericht visitiert und reformiert werden soll, inmassen dann die stend darein bewilligt hetten. Nun ist je offenbar, daß zweyerley bewilligung geschehen, namblich von den andern stenden uff die reichsabschid, von disen stenden aber uff die ksl. declaration und kgl. Mt. urkunth und versicherung.

Zudem sein auch dise stend berichtet, daß die andern stend zu Speyr ad acta in der meintzischen cantzley registriern lassen, wo der speyrisch abschid, auch die visitation und reformation uff die ksl. declaration sollte verstanden werden, daß sie den mitnichten angenommen haben wolten [RTA JR Bd. XII, Nr. 146–147], wie sich dann auch die kgl. Mt. nach eingenommen diser stend bericht dahin erclert, das es den verstand uff die declaration nit haben sollt [RTA JR Bd. XII, Nr. 149], mit verwilligung, daß sie sollichs ad acta registriern lassen mochten etc.

Also ist vermutlich die visitation und reformation, <sup>g</sup>uber das [= *obwohl*] sie von allen reichsstenden beschloßen und fur gutt angesehen worden<sup>g</sup>, uß disem mißverstand verblieben und in das werck nit komen, <sup>h</sup>der augspurgisch abschid auch in seinen kreften und wurden belyben und die ksl. declaration dißen stenden nicht nutz gewest, dieweil<sup>h</sup> doch nichtzitdesterweniger die un-reformierten cammerrichter und beysitzer mit geschwinden processen <sup>i</sup>gegen dißen stenden uff den augspurgischen abschid, darauf sie noch dis tags gelopt und geschworn sein<sup>i</sup>, furtgefahren und sy so hoch beschwert, wie dess die kgl. Mt. und ksl. commissarien in der supplication vermerckt haben. Und konnden uß dem allem ire Mt. und die commissarien leichtlich schliessen, wo die vorigen

<sup>f</sup> *Marg.*: Videantur verba.

<sup>g-g</sup> *Marg.* nachgetr.

<sup>h-h</sup> *Marg.* nachgetr.

<sup>i-i</sup> *Marg.* nachgetr.



mängel und gepreden nit abgestellt, wie bestendiger friden, ruhe und einigkeit kont erfolgen.

Und darumb were noch diser stend underthenig bitt, das die kgl. Mt. und die ksl. commissarien die mittel fur die hand nemen und in das werck bringen helfen, dardurch der religion und derselben anhengigen oder darus fliessenden sachen halb zwischen den stenden des Reichs einmal ein sollicher gemeiner, bestendiger frid möge erfolgen, daß sich ermelte reichsstend desselben von allen theiln zugleich wurcklich hetten zu geprauchen, damit das mißvertrauen, so sich nun ein lange zeit zwischen den reichsstenden erhalten, sovil muglich hingenomen werde etc.

Und ob die kgl. Mt. und die commissarien dises ires berichts und angezeigter mängl des fridens nicht gnugsam ersettigt, so weren dise stend des underthenigen erpiettens, nit allein irer kgl. Mt. und inen, den commissarien, sonder auch etzlichen andern stenden davon gnugsam bericht und ußführung zu thun, damit man further umb sovil mehr zu obgemeltem bestendigen friden komen könnt.

[*Art. 4: ad Nr. 155, Art. 4*] Sovil das gleichmessig recht und die verdecktigen personen des cammergerichts belangt, verstehn dise stend irer kgl. Mt. und der comissarien antwort dahin, daß sich die entsetzung bey disem gericht, daran der ksl. Mt. meyste hocheit und reputation im Hl. Reich gelegen, one sondere vorgehende erkundigung ires wol- oder übelhaltens mit keinen<sup>j</sup> fugen gepurn wölle, uß etzlichen eingefurten ursachen, und sonderlich, daß inen, den beysitzern selbst, verletzung irer ehrn und leumunts daruff steen wurde. Das sie auch on beschwerung der stendt, die sie darzu presentiert heten, nit wol abschaffen konnten. Und wurdet daruff von der kgl. Mt. und den commissarien erachtet, daß zu erforschung sollicher suspition und argwönigkeit abermaln ein visitation und reformation bey bemeltem cammergericht beschehen sollt etc<sup>k</sup>.

Daruff wußten sich die kgl. Mt. und comi[ssarien] zu erinnern, welcher-massen dise stend die vorige visitation und reformation, namblich nit uff die vorigen reichsabschide, wie es von den andern stenden dafur gehalten werden will, sonder uff die ksl. gegeben declaration, auch der kgl. Mt. daruff gevolgte confirmation bewilligt.<sup>l-1</sup> Und obwol dißsen stenden hiebevordurch den weg der visitation und reformation hett mögen geholffen werden, dieweil aber dieselben, wie sy zu Regensburg [1541] und volgends zu Speir [1542] zugesagt und bewilligt, in wirckliche volnziehung nit komen und doch gleichwol camerrichter

<sup>j</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>k</sup> *Es folgt danach ein gestr. Absatz:* Ist verner einführung von unnöten von dem, das dise stend eines gleichmessigen rechtens halber zu vil maln undertheniglich gesucht. Daß aber ir Mt. und die commissarien erachten, das dasselb gleichmessig recht durch die visitation und reformation solle wurcklich erfolgen.

<sup>l-1</sup> *Marg. korr. aus:* Und obwol dieselbe visitation und reformation zu diser stende nachteil verschoben, so sein doch gleichwol camerrichter und beysitzer gegen disen.

und beysitzer gegen disen<sup>1</sup> stenden mit beschwerlichen processen furtgefahren und sich also understanden, dise stend auch in prophan- sowol als in religionsachen so heftig zu beschweren, daß sie uß getrungner, unvermeidlicher notturft zu furkommung des cammergerichts beschwerlichen, partheylichen processen verursacht worden, diselben cammergerichtspersonen zu recusieren, dardurch sie dann also, <sup>m</sup>-ob es schon davor nit beschehen, doch ietzt<sup>m</sup> irritiert und verpittert worden sein, daß sie sich zu inen keines gleichen, unpartheyschen rechtens nymmer zu versehen haben. <sup>n</sup>-So haben dann die kgl. Mt. und die ksl. comissarien leichtlich zu erachten, das die sachen numalhs in dem standt nit stunde, das innen durch die visitation und reformation, wo die personen sollten beleiben, geholfen, dann es wurd nichtzitdesterweniger der abgunst, unwill und verbiterung, so diße personen ob der recusation gefaßt, allwegen in irem gemuet beleiben und durch die visitation und reformation nymer hinweggenommen, dadurch dann die stend sich allweg der unfreuntschaft und unwillens hinfuro gegen irn personen als eines versünten feindes befarhn mueßten<sup>n</sup>. Zudem daß dise stend dannoch auch befinden, daß dise cammergerichtspersonen zum theil wider die reichsordnung an das cammergericht gesetzt und presentiert worden wern. Darumb so könnte die kgl. Mt. und die commissarien wol abnemen, ob schon die visitation und reformation vermug der ksl. declaration beschehe, das dannoch disen stenden damit nit geholfen, sonder der vorig abgunst und verbitterung bey disen personen bleiben wurde.

[*Art. 5: ad Nr. 155, Art. 5*] Derhalben dise stend nochmaln bitten, daß die kgl. Mt. und die commissarien verfuegen, damit die bemelten cammergerichtspersonen furderlich abgeschafft, wie dann hiebevor in gleichem fallh mit dem ksl. regiment allein uff anhalten zweyer churfursten und eines fursten uß geringern ursachen auch beschehen<sup>3</sup>, das cammergericht zum furderlichsten von den stenden zu allen theiln vermög der alten cammergerichtsordnung, der ksl. Mt. declaration, deßgleichen der kgl. Mt. und der comissarien gegeben urkunths mit andern personen von neuem besetzt, auch aller verner mängel halben nach notturft reformiert und sonst alles anders verschaffen, welchs dise stend in irer ubergebenen supplication undertheniglich gepetten.

<sup>m-m</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>n-n</sup> *Marg. korr. aus:* Und obschon die visitation und reformation unverzuglich an die hand genommen und verrichtet werden sollte, so wurde dannoch disen stenden damit gantz nit geholfen sein, dann die personen des bemelten cammergerichts hetten sich gegen disen stenden in viln weg, dess man irer kgl. Mt. und inen, den comissarien, in specie wol antzeigen konnt, so verdächtigt, abgunstig, partheylich und widerwertig erzeigt, daß sie sich, wie vorgehört, keines gleichen, unpartheyschen rechtens haben mögen versehen, sonder dieselben, wie itzt gehört, auch in prophansachen recusieren muessen, also ob sie schon davor disen stenden partheylich und verdächtlich nit gewest, daß sie doch itzt durch die beide recusationen irritiert und verpittert hetten.

<sup>3</sup> *Siehe Nr. 152, Anm. 6.*

So konnden auch dise stend es dahin nit versteen, daß der röm. ksl. Mt. an irer reputation und hocheit durch abschaffung diser personen verletzung beschehen sollt, dieweil sie durch ir rechtmessige recusation die rechte und wahre jurisdiction der ksl. Mt. und des Hl. Reichs in keinen weg anfechten oder angefochten haben wöllen, sonder were diser stend mangel der personen halben am bemelten cammergericht, also daß dise stend nicht an dem geordneten gericht, sondern an den personen desselben die vorgemelte beschwerden truegen, wie man dann die ursachen des verdachts irer personen halber ußfuhrn könnte und sich auch dise stend zu demselben ad arbitros juris erpotten haben wollten. Doch so möchten dise stend biß zu ußführung der sachen dise itzige personen für richter keinswegs erleiden, <sup>o</sup>-als sy dann auch vermög der rechten, nachdem sy recusiert, kein jurisdiction hetten<sup>o</sup>.

[Art. 6: ad Nr. 155, Art. 6] Was dann belangt die überlieferung diser stend gepurenden antheils zu ir, der cammergerichtspersonen, underhaltung, in welchem die kgl. Mt. und die commissarien dise stend erinnern, daß sie und alle stend des Reichs sich in solliche underhaltung uff drey jar lang bewilliget und eingelassen, wissen die kgl. Mt. und die ksl. commissarien gnedigclich und gunstlich zu berichten, das dise stend solche underhaltung mit disen conditionen, und namblich soverr das ksl. cammergericht uff die ksl. declaration und gegeben kgl. urkunth und versicherung visitiert und reformiert wurde, bewilliget. Dieweil dann solche conditionen nicht ervolgt und also die visitation und reformation inhalt beschehner vertroistung irn furgang nicht erreicht, zudem auch die sachen uß verursachter recusation nunmehr in einem andern standt stunde, so könnnden die kgl. Mt. und die commissarien gnedigclich erachten, daß sie solche underhaltung uß keiner pflicht zu geben schuldig, wie sich dann auch die kgl. Mt. uß irer selbst gegeben urkunth und versicherung solches diser stend vorbehaltts gnedigclich zu berichten hetten.

<sup>P</sup>-Die kgl. Mt. und die commissarien konten auch erachten, zu was nachteil es innen gelangen wollt, do sy diße recusierten personen als richter sollten under-

---

<sup>o-o</sup> *Marg. korr. aus:* Uß dem die kgl. Mt. und die commissarien zu vernemen hetten, obwol disen stenden vor der zeit durch den weg der visitation und reformation hett mögen geholfen werden, dieweil aber dieselben, wie sie zu Regenspurg und volgends zu Speyr zugesagt und bewilliget, in wurckliche vollntziehung nit komen und dartzu cammerrichter und beysitzer nichtzitdesterweniger gegen inen mit processen beschwerlich fortgefahren, darus dann auch die beschehen recusation ervolget und beschehen, das die sachen nit mehr in dem vorigen stand stund und disen stenden mit furgenomner visitation und reformation keinswegs geholfen, sonder müssen dieselben personen, inmassen wie vor angezeigt, gantzlich hinweg geschafft werden.

<sup>P-P</sup> *Marg.korr. aus:* mit dysem erpieten, das dise stend ein sollichs vor unpartheyschen richtern mit recht ußfuhrn wollten. Dieweil die conditionen gefallen, in wurckung und vollntziehung nit komen, daß sie auch die underhaltung zu reichen nit schuldig weren; wußten auch ire abgunstige und widerwertige mitnichten zu underhalten.

halten; were auch wider gemainen verstandt und billichait. Darumb dann diße stendt in underthenigkeit nochmaln bitten, solch nichtig proceß der underhaltung halb, gegen dißen stenden vermainlich furgenommen, abzuschaffen<sup>p</sup>.

[Art. 7: ad Nr. 155, Art. 7] Verner, was Hg. Heinrichen von Braunschweig belangt, vermercken die stend der kgl. Mt. und der commissarien antwort dahin, daß es von inen dafür geachtet werden wöll, als ob Hg. Heinrich seines furstenthumbs one alle vorgehende rechtliche erkanntnus mit gewalt entsetzt und daß auch demselben Hg. Heinrichen zum höchsten beschwerlich, auch in der ksl. und der kgl. Mtt. macht und gewalt nit steen wölle, das ime, Hg. Heinrichen, der weg ordenlichs rechten zu widererlangung des lands uffgehalten oder gesperrt werden sollt, mit erpietung etc.

Zweiffeln dise stend nicht, die kgl. Mt. und die commissarien hetten uß des Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen ußschreiben [RTA JR Bd. XIII, Nr. 134], <sup>q</sup>-antwort [RTA JR Bd. XIII, Nr. 138] und irer rätht und gesanten neherm gegeben müntlichem bericht [RTA JR Bd. XIII, Nr. 135]<sup>q</sup> vermerckt, uß was unvermeidlichen ursachen sie zu billicher, <sup>r</sup>-in recht erlaupter<sup>r</sup> defension, gegen Hg. Heinrichen furtzunemen, getrungen worden, <sup>s</sup>-wölh außschreiben, antwort und beschehen müntlichen bericht die stend widerumb dis orts – die kgl. Mt. und comissarien mit langer ußfuerung nit uffzuhalten – repetiert haben wöllen, daruß dann so vil befunden, dass diße defension fur kain gewalt geacht oder gerechnet werden mag<sup>s</sup>.

So hetten auch dise stend under eroberung Wolffennputtel vil wunderbarerlicher geschwinder pratticken und anschleg und sovil befunden, daß Hg. Heinrichs furnemen gantzlich dahin gericht gewest, dise stend zu ubertzichen, wie dann auch gewißlich, da es ime nit unternomen worden, beschehen were. Dise stend haben auch das nit gesucht, daß Hg. Heinrichen das recht sollt abgeschnitten werden, dann was sie sich hierinn erpotten, dess wußten sich die kgl. Mt. und die commissarien wol zu erinnern. Das sie aber vor disen partheylichen, verdächtigen, recusierten und erzurneten richtern zu recht steen sollten, <sup>t</sup>-das were wider gemeinen verstandt, natur und billicheit; sein auch des im rechten nit schuldig<sup>t</sup>.

<sup>q-q</sup> Marg. nachgetr.

<sup>r-r</sup> Marg. korr. aus: rechtmessiger.

<sup>s-s</sup> Marg. korr. aus: Daruß sie dann auch sovil vermerckt, daß solcher zug zu rettung und schirm beeder stett Goßlar und Braunschweig furgenommen. Dieweil dann die defension im rechten zugelassen und erlaup, so konnt es von niemant fur kein gewalt verstanden werden.

<sup>t-t</sup> Marg. korr. aus: dess haben die kgl. Mt. und die commissarien ire ursachen vormaln gehört. Und wöllen die kgl. Mt. und die commissarien des verner erinnern, wo die vorgemelten personen des cammergerichts nit stillstehen, sonder ein oder mehr stand mit der acht beschwern sollten, das dann disen stenden beschwerlich sein wollt, verner und lenger allhie zu verharren, uß den ursachen, wie sie dess ir kgl. Mt. nehermals auch undertheniglich bericht hetten.

[Art. 8: ad Nr. 155, Art. 8] Sovil aber das gnedig erpieten der gutlichen underhandlung belangt, wölln dise stend der kgl. Mt. und den commissarien nit verhalten, nachdem die Hgg. zu Bayern, namblich Hg. Wilhelm und Hg. Ludwig gebruder, under der furgenommen defension <sup>u</sup>-vor eroberung Wolfenbutel-<sup>u</sup> bey den chur- und fursten Sachssen und Hessen als den oberhauptleuten umb guetliche underhandlung angesucht, daß inen dieselb etlichermassen eingereumt und bewilligt worden, wie das dieselb antwurt, den bayerischen geschickten gegeben, verner mitbringt. Daruff dann die herrn von Bayern ire reth und verordenten mit bevelch, solche handlung allhie furtzunemen, abgefertigt und auch nunmehr mit disen stenden in handlung weren. Und darumb, so konnd ir Mt. und die commissarien gnedigst, gnedig und gunstig erachten, daß sie inen guettliche handlung uß obgemelter ver hinderung nit einreumen könnnten.

Aber die kgl. Mt. und commissarien hetten zu erachten, die sachen wurden in der guet abgelegt oder nit, das dannoch <sup>v</sup>-die vorgepetten abschaffung-<sup>v</sup> am cammergericht beschehen muß, <sup>w</sup>-dann do söllhs nicht beschehen und ander oder mer standt mit der acht beschwert werden sollt, so wollt disen stenden beschwerlich sein, verner oder lenger hie zu verharren, uß den ursachen, wie sie des ir kgl. Mt. nehermals auch underthäniglich bericht hetten-<sup>w</sup>.

[Art. 9: ad Nr. 155, Art. 9] Und zum beschluss, als ir kgl. Mt. und die comissarien gnediglich begern, uff die geschehen proposition one einiche vernere weigerung fortzuschreiten, haben die kgl. Mt. und die comissarien vormaln vermerckt, daß sie sich zu den handlungen des hieigen reichstags <sup>x</sup>-vermög irer instruction und bevelhs-<sup>x</sup> one erledigte puncten fridts und rechts nit begeben könnnten. Bitten derhalben, inen ein sollichs in ungnaden nit zu versteen, sonder allem fridlichem wesen zu guttem die vor furgeschlagen mittel und weg an die hand nemen und gnediglich furdern, dardurch dise stend bestendigen friden und gleichmessig recht erlangen und further sovil dester mehr zu andern des Reichs wolfarth geschritten werden mög, inmassen dann in voriger irer supplication auch erregt. So das beschehe, alsdann wollten sich dise stend zu allen billichen und träglichen dingen auch erpotten haben.

157 *Replik der Augsburger Konfessionsverwandten auf die Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 155) – verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 26*

A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 124r–145r (Kop.); AS fol. 124r: Der protestirenden replica uff der kgl. Mt. und ksl. commissarien beschehene antwort, verlesen in gemeyner versamblung 26. Februarij anno 43.*

<sup>u-u</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>v-v</sup> *Marg. korr. aus: der vorgemelt stillstand.*

<sup>w-w</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>x-x</sup> *Marg. nachgetr.*

- B* *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 128r–158v (Kop.); ÜS fol. 128r*: Der protestierenden replica auf der röm. kgl. Mt. und der ksl. Mt. commissarien beschehne antwurt. *AV fol. 128r*: 26. Februarij in gemainer versamlung verlesen. *DV fol. 158v*: Der protestierendn replicn.
- C* *Wien HHStA, RK RA i.g. 13ff/Konv. 2, fol. 40r–69v (stark korr. Konz.); DV fol. 69v*: Replica der stend der augspurgischen confession und religion uff nehere des königs und ksl. commissarien antwurt, den 26. Februarij anno etc. 43 übergeben.
- D* *Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 326r–356r (fehlerhafte Kop. mit einzelnen Korr.); AS fol. 326r*: Copie der replica der stende der augspurgischen confession und religion uff der kgl. Mt. antwort der übergebenen supplication fridens und rechtens halben, den 26. Februarij anno etc. 43 übergeben.
- E* *Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, unfol. (Kop.); DV*: Der chur- und fursten, auch anderer stend der christenlichen augspurgischen confession etc. der kgl. Mt. und den ksl. commissariis uff ir anhwurt übergebene replick etc., uf den 26. Februarij anno 43 zu Neurnberg.
- F* *Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 20, unfol. (Kop.); AV*: Lectum den 27.<sup>1</sup> Februarij. *AS wie in A*.
- G* *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 735r–760r (Kop.); ÜS fol. 735r*: Replica der protestierende stende uff der kgl. Mt. und der ksl. Mt. commissarien gegebene antwurd uff irer gegebene supplication. *AV fol. 735r*: Geschriben zu Nhurmberg, den 27. Februarij anno 43.

*In der ausführlichen Replik der evangelischen Stände<sup>2</sup> werden die Argumente ihrer ersten Eingabe (Nr. 152) wiederholt, um den Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen, wobei Kg Ferdinands Antwort (Nr. 155) Punkt für Punkt widerlegt wird. Das an mehreren Stellen stark korr. Konzept der Replik (C) ist deutlich schärfer und weiter ausholend formuliert als die endgültige Fassung, die dem König überreicht wurde.*

<sup>1</sup> *Der 27. Febr. 1543 ist das Datum der Abschrift durch die Reichsstände.*

<sup>2</sup> *Konrad Junge berichtete an Bf. Philipp von Speyer am 24. Febr. 1543 über die bevorstehende Übergabe der Replik der evangelischen Stände: [...] Ich hab heut gehort, die protestierenden wollen morgen der kgl. Mt. wither antwort geben, sollen aber uf dem eynen puncten, das chamergericht hinweg zu thun, endlich beharren. Wo nit, wollen sie ufsitzen und darvon reiten. [...] In: Straßburg AM, AA 503, fol. 113r–114v, hier fol. 114v (Ausf. v.d.Hd. Junges). Am 26. Febr. 1543 schilderte Konrad Junge dem Bf. von Speyer die Übergabe der Replik: [...] Und thue euer fstl. Gn. undertheniglichen zu vernemen, das die protestierenden an heut vormittag der kgl. Mt. und ksl. commissarien ire replicas übergeben und nachmittag umb drei auhern [= Uhr] gemainden reichsstenden im rath furgelesen worden. Syndt vast uf das erst ir anpringen [Nr. 152] gegründet, und sonderlich wollen sie die personen, so jetzt im ksl. chamergericht, gar nit mhe dulden etc. Nach verlesung disser replick ist gemainlich beschlosen, das uf morgen Dinstag [1543 Febr. 27] zu 7 auher die sampt eynem schreiben, so das ksl. chamergericht alher gethan [Nr. 303], welchs alererst [!] morgen auch verlesen werden, das sol man abschreiben. [...] In: Straßburg AM, AA 503, fol. 115r–116v, hier fol. 115r (Ausf. v.d.Hd. Junges).*

Die antwort, so eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. uns uff etzliche puncten unser nehern supplication gegeben [Nr. 155], haben wir underthenigst, underthenig und dinstlich verlesen und erwogen und befunden, das unserer gnedigsten, gnedigen herrn und obern der stendt der christlichen augspurgischen confession hohe und unvermeidliche notturft ist, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., solcher und auch anderer in voriger unserer supplication [Nr. 152] angeregten puncten halben weitem bericht zu thun, underthenigst, underthenig und dinstlich bittende, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wellen solche dieser stende verner notturft gnedigst, gnedig und unbeschwert einnehmen und uns darauf mit verhoffter und gutwilliger antwort dermassen versehen, damit solche angeregte artickel zum forderlichsten uff pilliche, leidlich wege erlediget und des Hl. Reichs nachteil, so uß weitem aufzug, wie der geschwinden furstehenden leuft halben hochlichen zu besorgen, erfolgen mocht, verhut werde.

[Art. 1: ad Nr. 155, Art. 1] Und das wir in voriger supplication etzlichermassen erzellung gethan und ausgefhurt, was sich der religion und derselbigen anhengigen sachen halb von dem reichstag zu Speir, anno etc. 26 gehalten, biß anhero zugetragen, das ist underthenigster, undertheniger und guter wolmeinung und darumb beschehen, daß eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. dieser ding in itzigen schweren<sup>a</sup>, des Hl. Reichs obligenden sachen zum kurtzesten erinnert und dieser stende hochste beschwerden dester gruntlicher berichtet wurden und daraus scheinlich spurn und mercken mochten, das sie zu beschehener underthenigster suchung unmeidlichen getrungen, dieselbigen auch ane befharung hochsten unraths im Hl. Reich nit umbgeen mugen.

Und als anfengklich eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. es dafur achten, do den reichsabschieden, -handlungen und -ordnungen von allen stenden gehorsamlich gelebt und nachgegangen, das allerlei unrath und nachteilige weiterung im Hl. Reich verblieben were, wissen wir diß zu berichten, das diese stende allen reichshandlungen und -abschieden, auch gemachten fridstenden, sovil sie der gewilligt und angenohmen und der wharen cristlichen religion und lehr nicht zuwider gewest, treulich gehalten, den auch gehorsamlich nachkommen sein.<sup>b</sup> Und zweiveln nicht, do diß auch von andern stenden gleicher gestalt geschehen und die abschid und handlungen, so durch gemeine stende bewilligt, nit geendert, darzu dieselben abschied sampt den versicherungen und urkunden, diesen stenden gegeben, nit in mißverstandt und verlengerung getzogen worden weren<sup>-b</sup>, es solte zu verhuetung allerlei unraths und nachteils im Hl. Reich nicht undinstlich gewest sein.

Das aber diese stende die abschiede, so irer confession und rechten cristlichen lehr entgegen oder verhinderlich, nit angenohmen, denselben auch nicht pariren aber [= oder] gehorsamen konnen, daß ist aus cristlicher pflicht und keiner

<sup>a</sup> In C folgt gestr.: treffenlichen, der röm. ksl. Mt. und.

<sup>b-b</sup> In C auffol. 41r ursprüngrl. Text gestr. (nicht lesbar), auffol. 58r korr. in endgültige Fassung.

andern meinung geschehen, dann das sie bei der erkannten gotlichen warheit und rechtschaffen cristlichen lehr und religion pleiben mochten, halten es auch noch darfur, das zu abwendung des mißtrauens, zwispalt, krig und anderen straffen<sup>c</sup>, damit Got der Almechtige die teutsche nation schwerlich heimsucht, nichts dinstlichers dann das der wahren cristlichen lehr des gotlichen worts und rechtschaffenen gotsdinsten und kirchenubungen stadtgegeben und inhalt derselbigen ware reformation mit ernst furgenomen und die eingerissene, des mernern teils offentliche und von meniglichen erkannte mißbreuch abgeschafft und lenger zu weiter verursachung gotlichs zorns nit geduldet wurden. Derwegen wir auch aus schuldiger pflicht nit haben umbgeen mogen, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. umb beforderung dieses cristlichen wergks underthenigst, undertheniglich und dinstlichen zu bitten.

[*Art. 2: ad Nr. 153 und ad Nr. 155, Art. 2*] Und nachdeme eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. bedencken, das dieses artickels halben dem angesatzten concilio zu Triennt sein stracker gang zu lassen, das auch derhalben desselben erorterung zu gewarten sein sollte, so ist es an deme, das diese stende ein gemein, frei, cristlich concilium, darin durch unpartheische, gotsforchtige und gelerte leut falsche lehr von den rechten unterschaiden, abgethan und dargegen rechte cristliche ler gepflantz und erhalten wurde, nicht allein nicht fliehen oder scheuen, sondern das sie auch umb ein solch concilium, dohin sie hiebevur aus hohen ursachen appellirt, zu mermaln gebetten und angeregt. Wir bitten auch nochmals zum hochsten darumb und wissen, das unsere herrn und obern nichts liebers wolten, dann das der zwispalt der religion zu vergleichung<sup>d</sup> eines solchen cristlichen, gemeinen, freien concilii, in deutscher nation zu halten, oder aber nationalhversamblung kommen mochten.

Das aber diese hohe sachen der religion, Gottes ehr und aller menschen seligkeit belangend, zu erortung des vermeinten itzo furhabenden concilii zu Trient solten gestalt werden, wissen eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., wes sich diese stende eins solchen concilii halben, so dermassen durch den babst angesatz und ausgeschriben wurde, hiebevur haben vernemen lassen (welchs alhie zu erholen ane noth), und das diesen stenden keinswegs leidlich, in diesen sachen eins solchen concilii entschaidts zu gewarten<sup>e</sup>. Dann in einem solchen concilio mussten diese stende, do sie das bewilligten, zu richter leiden den babst und seinen anhang, so in dieser sachen offentlig part sein, dieweil diese stende mit ime streittig, nicht allein von wegen seines weltlichen ubermessigen prachts, sonder auch seiner satzung und vermeinten gottsdienst, zudeme das er unser cristlichen lehr, ceremonien und kirchengebreuch albereit offentlig verdampt hat. Derhalben er in dieser sachen zum hochsten verdecktig, auch nicht vermutlich, das er, der bapst, oder sein bebstlich concilium, darinnen

<sup>c</sup> *In C korr. aus:* schrecklichen plagen.

<sup>d</sup> *In C korr. aus:* erorterung.

<sup>e</sup> *In C korr. aus:* gedulden.



er sampt seinem anhang, cardineln und bischoven allein zu beschliessen und voces decisivas haben will, wider sein eigene bullen und vorige beschlus anders oder gelinder sprechen wurde. Das also ane allen zweivel diß concilium, weil diesen streittigen sachen der religion darin nicht recht und cristlich gehort und gehandelt werden können, mer zerruttung dan frid in der cristenheit geben wurde, der auch durch diesen angemassen weg keinswegs kan und mag geholfen werden. Derhalben dan auch diese stende wider solch itzt furhabend bebstlich concilium und desselbigen ankundigung hievor uff gehaltenen reichstegen zu Speir und alhie öffentlich protestirt<sup>3</sup>, darbei wir es auch nochmals wollen pleiben lassen. Zudem so ist es auch bei vilen und dem merern teil der reichsstende uff jungst alhie gehaltenem reichstage [Nürnberg 1542] dafur gehalten worden, wie es dann die röm. ksl. Mt. in irem schreiben an den babst<sup>4</sup> auch dafur achtet, das itziger zeit, do die haupter und potentaten der cristenheit in schwerer uneinigkeit und mißvertrauen gegeneinander steen, ein concilium fruchtbarlich nicht kann oder mog gehalten werden.

Und so dann eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. uß hohem und grossem verstandt bei sich wol erachten mogen, das der sachen unserer hl. cristlichen religion durch diß angetzogen pebstlich concilium nit mag geholfen werden, das man auch itzt erwenter verhinderung halben in kurtzer zeit zu einem freien, cristlichen, fruchtbarlichen concilio oder nationalversammlung in deutscher nation nicht mag komen und dann mitlerweil, so dem gotlichen wort sein freier gang nit gelassen, oder aber zum wenigsten, do der religion und derselbigen anhengigen sachen halben zwischen den stenden des Reichs ein solcher bestendiger friden, dardurch die stende der religion halben frei steen und das schedliche mißvertrauen hinweggenohmen werde, nicht solte gemacht werden, hochster und verderblicher unrath im Hl. Reich kan erfolgen. Wir wollen diß, das doch zum hochsten zu achten, geschweigen, das hiezzwischen vil guthertziger leut an irer sehlen hail und seligkeit verhindert und versaumt werden<sup>f</sup>, die sonst durch underweisung des gotlichen worts, so dem sein freier lauf nicht gestopft, zu dem rechten erkanntnus gotlicher warheit, lehr und religion kommen mochten, welchs je schwerlich gegen Got zu verantworten und seinen gotlichen zorn an allen zweivel von tag zu tag weiter verursachen wurde.

---

<sup>f</sup> *In C folgt danach gestr.* in den banden des teuffels, menschlicher blindheit und der verfuhrerischen päpstlichen leer enthalten bleiben.

---

<sup>3</sup> *Die beiden Protestationen der evangelischen Reichsstände gegen die Konzilsankündigungen der päpstlichen Nuntien Giovanni Morone (Speyer, 1542 März 30) bzw. Hieronymus Verallo (Nürnberg, 1542 Aug. 26) in: RTA JR Bd. XII, Nr. 154, S. 842f. bzw. RTA JR Bd. XIII, Nr. 152, S. 748f.*

<sup>4</sup> *Karl V. an Papst Paul III. betr. die Abhaltung des Konzils, Monzón, 1542 Okt. 18, in: Wien HHSStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 206r–209v (zeitgen. Druck).*

So bitten wir nochmals underthenigst, undertheniglich und dinstlich, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wollen sich auf unser in der ubergebenen supplication dieses artickels halben unterschiedliche furgewante bit mit tröstlicher und besserer antwort, dann daß wir derhalben uff das trientische vermeinte bapistische concilium solten gewisen werden, gegen uns vernehmen lassen, wie wir dan bißher der ksl., auch eur kgl. Mtt. vetterlichen und gnedigsten vleis in allem dem, das zu hinlegung des zwispalts in der religion, auch erhaltung eins fridlichen wesens im Hl. Reich dinstlich, vilfaltig gespuret. Desselbigen gnedigsten willens wollen wir uns in diesem falh auch hochlichen getrosten. Dargegen wirdet der almechtige Got der ksl. und eur kgl. Mtt. sonder allen zweivel gluckseligen sig wider ire feinde verleihen und solcher forderung des gotlichen worts und rechtschaffenen, waren gottesdinst mit vilfaltigen, hohen belohnungen vergelten etc.

[*Art. 3: ad Nr. 155, Art. 3*] Zum andern, sovil den artickel des fridens belangt, vermercken wir, das es euer röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. dafur halten, das die hiebevor gemachten fridstendt, frid und rhue im Reich zu erhalten, gnugsam, mit angehaftem gnedigstem, gnedigen und gutwilligen erbieten, do eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. einichs gebrechens oder mangels der vorigen fridstende halben erinnert, daß die notturft ervordern wurde, darinnen ichtes zu pessern, das eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. in denselben gebrechen und mengeln geburlich einsehung und besserung thun wolten.

Darauf wissen eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wir nicht zu bergen, daß diese stende nichts liebers wolten, dann das die hiebevor aufgerichteten fridstende also gestaltet und der wirgklicheit weren, das dardurch ein bestendiger fride der religion und anderer sachen halben im Hl. Reich konnth erhalten werden. So wil aber unsers erachtens das gegenspil am tag und unverneinlich sein, s-dann obwol hievor ein landfride im Reich uffgericht und oftermalh gebessert worden, so seint doch diese stende desselbigen durch das wormisch edict [1521] und regenspurgischen abschied<sup>5</sup> unfehic gemacht und ire religion bei desselbigen landfriden und andern penen verboten und dem chamergericht gegen inen zu procedirn bevolhen, dardurch sie dann uß dem friden in den unfriden gesatzt worden sein etc<sup>g</sup>.

---

<sup>g-g</sup> In C stattdessen auf fol. 44v gestr.: Dan wiewoll hiebevor eins gemeinen friden halben, das der im Reich erhalten werden mochte, vilfaltige versehung bescheen, so sint doch diselben durch etzliche nachfolgende reichsabschide, sonderlich das wormische edict und augspurgische abschiede anno 30 dermaß verruckt, das dise stende sich nit allein fridens nit zu versehen, sondern auch darinnen als ketzer irer leer und religion als ketzerisch und verfurisch erkant und in alle peen der ketzerei ercleret und ver[ur]teilt und dardurch alles fridens und rechtens entsetzt worden seint. Auf fol. 58r korr. in endgültige Fassung.

---

<sup>5</sup> Irrtümlich, richtig muss es heißen: Augsburger RAB von 1530; vgl. die Formulierung im Konz. (C), Anm. g-g.

Desgleichen obwol auch hernach zu linderung solcher beschwerung der nurnbergische fridstand [RTA JR Bd. X, Nr. 549] erfolget, also das keiner den andern des glaubens noch keiner andern ursach halben bevehden oder bekrigen etc. solte, und dan auch die röm. ksl. Mt. zu merer erhaltung solchs gemeinen fridens durch ir sonderlich decret [RTA JR Bd. X, Nr. 557] alle rechtfertigung und proces, so in sachen die religion belanget durch den ksl. fiscal und andere wider diese stende angefangen weren oder noch angefangen werden mochten, biß uff ein frei, cristlich concilium, wie solchs uff dem reichstag zu Nurnberg [1523 und 1524]<sup>6</sup> beschlossen, ufzuheben versprochen und alles, was daruber in solchen sachen<sup>h</sup> wider diese stende gehandelt und geurteilt wurd, nichtig und craftloß erkannt, so seint doch solcher nurnbergischer fridstandt und darauf erfolgte ksl. decret diesen stenden wenig nutz und fruchtbar gewest, darumb das richter und beisitzere des ksl. chammergerichts dieselben in offentlichen, gantz geferlichen mißverstandt getzogen und dero ungeachtet auch in religionsachen wider diese stende mit iren geschwinden processen zum teilh biß uff die acht furtgefarn, auch die stadt Minden in pur religionsachen in die acht erclert. Daraus dann<sup>i</sup> vilfeltige irrung und spaltung zwischen den stenden erfolget, biß das die röm. ksl. Mt. uff nechstgehaltenem reichstag zu Regenspurg [1541] alle itzt berurte processen und acht, in religion- und andern sachen wider diese stende am chammergericht furgenomen<sup>j</sup>, aus ksl. machtvollkommenheit suspendirt und eingestelt haben. Es hat aber solche ksl. suspension iren effect und wurckung auch nicht erlangt, sondern das chammergericht hat, ungeachtet derselben und anderer sachen halben in bemelter suspension begriffen, sonderlich wider die stadt Goßlar procedirt. So ist sonsten durch etzliche dieser ksl. suspension mit volge nit gelebt, sondern in vil wegen dagegen gehandelt, daraus dan – und nit aus dieser stende verursachen – allerlei unrhue erfolget.

---

<sup>h</sup> *In C folgt gestr.:* sonderlich das diese stende die geistlichen guter in iren landen und gebiten zu underhaltung christlicher prediger und kirchendiener und andere milden sachen verwant.

<sup>i</sup> *In C folgt gestr.:* und weil durch die camergerichtspersonen ohne alle notturft in zweifel gefuert, welchs religionsachen weren aber [= oder] nicht, des sie sich doch aus vorgehenden handlungen wol zu bescheiden gehabt.

<sup>j</sup> *In C folgt gestr.:* derhalben bisher streit gewest, ob die im nurnbergischen fridstand sein sollen aber nicht (darunter dann die goslarische acht inhalts der ksl. daselbs disen stenden gegebenen declaration auch begriffen).

---

<sup>6</sup> *Sowohl auf dem RT 1523 als auch auf dem RT 1524 (beide in Nürnberg) wurde die Abhaltung eines Konzils „in deutscher Nation“ beschlossen. Siehe den RA von 1523 Febr. 9 (RTA JR Bd. III, Nr. 117, hier S. 746) und den RA von 1524 April 18 (RTA JR Bd. IV, Nr. 149, hier S. 604).*

<sup>k</sup>-Zudeme so ist derselbe nurmbergische und andere darauf gefolgte fridstende biß uff ein generalh-, nationalhversamblung oder andere vesehung der reichsstende gestellt, dardurch alleweg den andern stenden durch daß merer der stymmen der weg offen, solchen friden zu irer gelegenheit zu endern oder ufzuheben, wie dann der speierisch abschied, anno etc. 26 durch einhelligen beschluß aller stende ergangen, des inhalts, das sich ein ide oberkeit in sachen des glaubens und religion biß zu einem cristlichen concilio oder nationalhversammlung halten mocht, wie sie solchs getrauten gegen Got und ksl. Mt. zu verantworten, nachmaln daselbst im 29. wider dieser stende willen und inen zu nachteil uffgehebt und uff andere maß gericht worden. Diese stende aber seint durch obgemelten fridstandt, so lang es den andern stenden gefelt und sie kein pessere gelegenheit ersehen, gebunden, welchs nit allein ein grosse ungleichheit, sonder auch diesen stenden gantz geferlich ist<sup>k</sup>.

Zum andern, obgleich etzliche fridstende biß uff ein concilium oder andere reichsversammlung nicht gericht, so seint doch dieselbigen auf gewisse zeit verfasst. Also wart der fridstandt zu Franckfurt [1539] nur uff sechs monat, der zu Regenspurg [1541] uf anderhalb jhar und der zu Speir dißes vergangen jhars [1542] uff funf jhar nach endung der ungerischen expedition gericht. Daraus

---

<sup>k-k</sup> *In C stattdessen auf fol. 46rv gestr.* Hieruber ist auch dys clerlichen dartzuthun, das alle bis hier gemachte fridstende uber dis, das sie in vil wege durch die camergerichtspersonen fursetzlich in beschwerlichen misverstandt gezogen, auch an ime selbst under den stenden des Hl. Reichs grosse ungleichheit einfuren, auch bey den stenden gleichen verstandt nicht haben konnen, also ob diselben gleich erneuert wurden, das dannost der sachen damit nit geholffen. Dan erstlich sint diselbe fridstende und derselben erclerung fast alle bis uf ein concilium oder andere reichsversammlung gericht, und so dan die stend des andern theils die mehrern stimmen haben, so konnen sie tzu aller zeit wege finden, dadurch der friden aufgehoben und zu irer gelegenheit disse stende beschweren. Dartzu aber diese stende dermaß nicht kommen mugen, des ist ein exemple zu geben, in dem das sich die stende uf gehaltenem reichstag zu Speir anno 26 auß treffenlichen, hohen ursachen einmutiglich verglichen und vereinigt, das ein itzlicher in sachen des glaubens und religion bis zu einem christlichen concilio aber nationalversammlung sich halten mochte, wie er solchs gemeinte gegen Got und der ksl. Mt. zu verantworten. Dis haben die stende des andern theil uf dem reichstag zu Speir anno etc. 29 ohne disser stende und also ohne gemeine der reichsstende bewilligung und verantwortung in efectu ufgehoben und hindertzogen, wie dan diese stende darwider ire geburliche protestation furgewandt. Gleicher gestalt, do es die meinung haben sollte, mochten sich die stende des andern theils der andern fridesordnung und vesehung halben zu irer gelegenheit ohne dieser stende bewilligung andernung zu machen auch understehen, dardurch jhenes theil den ort des fridens alwegen in iren henden hetten. Hieruf ervolget, das die bisher gemachte fridstende der andern stende halben, als bey denen die veränderung stunde, zeitlichen weren, aber diese stende der augspurgischen confession weren durch diese fridstende, weil die andernung nicht bey inen, ewig und perpetuo verbunden, wilchs ein grosse ungleichheit. *Auf fol. 57v korr. in endgültige Fassung.*

kein bestendiger, werender fride erfolgen kann, dan wie gleichwol den stenden bevorsteet mit der zeit zu unfridlicher handlung gegeneinander bequemiigkeit zu suchen, so kann und mag das mißvertrauen zwischen den stenden durch solchen uff zeit gestelten friden gruntlich nit aufhoren, dardurch dann alle sachen, so zu des Reichs wolart wider den erbfeind und sonsten furgenohmen, mercklich gehindert werden.

<sup>1</sup>Zum dritten, so seint die wort des letsten gemachten fridstands, in dem speierschen abschied begriffen [*RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 130*], dermassen gesetzt, das sie von beiden teil stenden uff ungleichen verstandt und zu eines iden

<sup>1</sup> *In C stattdessen auf fol. 47r–48v*: Zum dritten sint die wort der gemachten fridstende und derselbigen erclerung, auch andere versehung zu erhaltung gemeines fridens dermassen gesetzt, das die stende von beiden theilen dieselbigen uff iren verstandt und vorteyl ziehen mögen, daruß dan zweispaltige und widerwertige meinung und allerley unrichtigkeit erfolgen, wilchs klerer am tag ist, dan das es weitleuftige ausfurung bedarf. Und under andern ist in jungst ufgerichten regenspurgischen abschiede [*1541*] versehen, das das camergericht vermuge der zuvorn ufgerichten abschiden visitirt werden solle. Weil aber diese stende in solche visitation nicht konten willigen, furnemlich aus deme, das den vorigen reichsabschiden nach die beysitzer uf den augspurgischen reichsabschide [*1530*], so das wormisch edict bestettigt, sollten visitiert und verpflichtet werden, wilchem nach die personen, so unserer christlichen religion, am camergericht nit allein nit angenommen, sich auch uf solchen abschide der religion halben mit gutem gewissen nit verpflichten noch des halten konten, sondern die bappistischen personen durch solchen geweisten weg gegen disen stenden und zum beschwerlichsten verhertert worden, dadurch nit der geringste theil der daruß folgenden unrichtigkeit erfolget. Als haben dise stende der röm. ksl. Mt., das sie die visitation des camergerichts dermaß uf die abschide keinswegs konten willigen, zu Regenspurg clerlich angetzeigt. Daruf die ksl. Mt. sich vernemen lassen, es hette mit der visitation den verstandt nicht, wie es dise stende vernemen, und des disen stenden ein schriftliche declaration und erclerung [*RTA XI, Nr. 949*] bemelts abschids gegeben, besagende under andern, das die beisitzer bemelts gerichts uf den regenspurgischen abschidt und itzt ermelte seiner ksl. Mt. declaration sollen vereidiget, das auch kein beisitzer, darumb das er der augspurgischen confession, gewegert oder entsetzt werden solt. Es solte auch der augspurgisch abschied, sovil die religion belangt, nit stathaben etc., mit weiterem inhalt. Als aber nun beiderseits stende uf angesatzte zeit zu Speir uf dem reichstag zusammenkomen, haben dise stende die visitation inhalts der ksl. gegebenen declaration, die stende aber des andern theils stracks uf die abschide begert und uf die declaration nichts geben noch derselben mit volge geleben wollen, wie uns dann anlangt, das sie, die andern stendt, sich als bald daselbst zu Speir des vernemen und in der meintzischen cantzlei haben registrieren lassen [*RTA XII, Nr. 144, Nr. 145*]. Darus yhe euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. hell zu spuren, wie ungleichen verstand die stende des Reichs diser visitation und reformation halben des camergerichts aus hiebevorn ergangenen handelungen gefast. Und obwol euer röm. kgl. Mt. uf jungstgehaltenem reichstag zu Speir im reichsabschide solche visitation und reformation uf den 16. Junij erstreckt, so ist doch solche erstreckung auch nit anders bescheen, dan das die visitation damals furgenomen werden sollte, inmassen und gestalt die stende des Reichs in solche visitation gewilligt. Diß seint ja tzweifelhaftige

vorteil getzogen werden mugen, aus welchem dan zwispaltige und widerwertige meinungen, auch allerley unrichtigkeit erfolgen müssen.

Dan nachdeme in jungstem aufgerichteten regenspurgischen abschied [1541] under anderm versehen, das keiner den andern zu seiner religion dringen, ziehen und bewegen, das auch die visitation des chammergerichts uff die hievor gemachten abschied furgenomen werden und also der augspurgisch abschied [1530] des orts bei creften und wurden pleiben sollte, und aber diese stende vorgemelte und andere puncten des gemelten abschieds aus datzumalh furbrachten ursachen, welche zum teilh auch in unser hievor ubergeben supplication vermeldet, nicht willigen konnten, solchs auch der röm. ksl. Mt. underthenigst antzeigten, darauf dan ir Mt. inen declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] solcher puncten halb gnediglichst mitteilten, uff welche declaration diese stende den abschied annehmen, des versehens, es solte bei solcher declaration des fridstands halben pleiben und die visitation und reformation des chammergerichts daruff zu Speier furgenohmen worden sein, so hat sich doch daselbst die sach also zugetragen, das die andern stende bei den stracken Worten des regenspurgischen abschieds, diese stende aber bei der ksl. declaration pleiben wollen. Derhalben der regenspurgische fridstand in dem datzumalh gemachten speierischen abschied dermas confirmirt und uff funf jhar nach der ungerischen expedition erstreckt und prorogirt worden, das solche fridstendt und regenspurgischer abschied vestiglich gehalten, darwider nicht gehandelt und stracks voltzogen werden solte, mit der maß und bescheidenheit, wie dieselbige zu Regenspurg den stenden allenthalben gegeben und von inen angenohmen worden seint.

Gleicher gestalt ist daselbst der visitation und reformation des ksl. chammergerichts halben verabschiedet worden, das dieselb uff den 16. Junij gewißlich furgenomen werden solt, inmassen und gestalt die stende des Reichs in solche visitation gewilligt. Aus welchen Worten des abschieds diese stende sich versehen, dieweil sie den regenspurgischen abschied anderer gestalt nit dann vermuge der ksl. declaration angenohmen und bewilligt, solchs auch nach verlesung des abschieds in beisein ksl. und eur kgl. Mtt., auch aller stende des Reichs offentlig vermeldet, es solt durch vorgemelte Wort des speierischen abschieds

---

Wort, wilche gemeinen stenden keinen gewissen verstand diser hochwichtigen sachen halben konnen geben. Dan weil die andern stende solche visitation stracks uf vorige abschiede gewilligt haben wollen, dise stende aber anders nit dan inhalts der ksl. declaration und wie die vorigen handlungen auswysen, so wirdet solcher misverstandt, do es nicht vorkomen, zu yder zeit, wan man die visitation furnemen wurdet, abermals furfallen, dartzu dann auch in sonderheit wol fordern wurdet, das, wie wir bericht, die andern stende zu Speier sich haben vernemen lassen, die vilberurte visitation uf die declaration nicht antzunemen, des sie dan euer röm. kgl. Mt. nicht allein vertrust haben, sondern das auch in der meintzischen cantzley also registriert sein solle [RTA XII, Nr. 149]. Und ist doch den stenden dises theils euer röm. kgl. Mt. versicherung und caution [RTA XII, Nr. 148] zugestellt, das die visitation inhalts der ksl. declaration bescheen solt. *Auf fol. 58r–60r korr. in endgültige Fassung.*

die ksl. declaration bei iren creften und hinfurter unangefochten plieben sein, wie sie sich dann des noch versehen. Aber des alles unbedacht, so sind, wie wir glaublich bericht, die wort von deme andern teilh uff andern verstand getzogen worden, also das sie sich sollen vernemen haben lassen, wo die wort desselben abschieds uff die ksl. declaration solten verstanden werden, das sie in deme den abschied nit gewilligt, sonder darwider protestirt haben wolten, solchs auch in der maintzischen cantzlei zu registrirn begert. Daraus konnen eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. clerlich abnehmen und vermercken, das wir mit dem fridstand hirin nit gnugsam versehen, das auch, so es zu der visitation und reformation des chammergerichts kommen were oder nochmals komen solte, dieselbig nit allein nit furgengig, sonder auch zu merer sonderung und trennung zwischen den stenden gedient haben oder noch diennen wurde. Also wurde es sich auch in andern fellen des fridstands, so sich iderzeit begeben mochten, zutragen<sup>1</sup>.

Ob nun glaublich oder muglich, das in solchen werenden beider teiln der reichsstende mißverstandt ein bestendiger frid und recht konne oder muge im Reich gepflantz und aufgericht werden, das haben eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. und meniglich leichtlich zu erachten<sup>m</sup>. Und unzweivenlich zu befinden, das die vorigen fridstende, frid und rhue im Reich zu erhalten, nicht gnugsam, sonder zu hinlegung des itztwerenden zweihelligen mißverstands aus hochdringender, unmeidlicher notturft müssen gebessert und in einen gewissen, den stenden leidlichen verstandt pracht, soll anders das Reich und desselbigen wolfart in höchste gefhar, so aus solchem gespaltenem und zweihelligem verstandt, als zu bevarn, gewißlich erfolgen mocht, nicht gesetzt werden.

Das aber auch eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. mit einfhurn, daß die stende des andern teils den vorigen fridstenden gehorsamlich nachgegangen und diese stende der augspurgischen confession bißher daruber von den andern stenden nicht beschwert, sondern das sie, die andern stende, und ire undertanen uber aufgerichte fridstende in vil wege turbirt und ires inhabens ane vorgehend rechtlich erkenntnus entsetzt und spoliirt sein sollten, wissen wir eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. unser herren und obern notturft nach nit

<sup>m</sup> *In C folgt gestr. auf fol. 48v–49v: Gleicher gestalt ist der funfjerige fridstand tzu Speir mit den worten geordenet: Es folgt ein Teilzitat des Friedstandsartikels aus dem Speyerer Rab (RTA XII, Nr. 285, § 130, S. 1201). Dises kann kein gewisser und disen stenden des Reichs trostlicher und nutzlicher fridstant sein, dan dieweil der regenspurgische fridstant von den andern stenden stracks uf die abschide, von disen stenden aber uf die ksl. declaration verstanden wirdet, wie dann euer kgl. Mt. und die ksl. commissarien vilberurter declaration inhalts der speirischen caution, so lang als der speirische fridstand weret erstreckt, so volgt nottlich, das die stende von beiden theiln solchs fridstants zweihelligen verstand haben. Und do sich die felle zutragen wurden, davon der regenspurgische abschidt und darselbst erfolgte declaration besaegen oder von den fellen, so albereit sich begeben, geredt werden sol, das die stende von beiden theiln einheliglich nit wissen, woruf der fridstand entlich beruhen soll, des konten andere exempla mehr angetzogen werden.*

zu verhalten, daß wir in keinen zweivel stellen, es seint uff dem andern tail vil Kff., Ff., stedt und stende, die nicht weniger dan diese stende von hertzen und hochlichen begern, das im Hl. Reich ein gewisser bestendiger frid in religion- und allen andern sachen mochte uffgericht und vestiglich gehalten, geschutzt und gehandthabt werden, wie dann auch ein solchs aus oberzelten und andern ursachen der andern stende hohe notturft nicht weniger ist dann unserer herren und obern.

Das aber den vorigen abschieden und friden von den andern stenden allen gehorsamlich solt gelebt worden sein, das haben wir im gegenspil mermals scheinlich [= *deutlich sichtbar*] befunden. Dan welchemassen Hg. Heinrich von Braunschwig allen fridstenden, der ksl. und eur kgl. Mtt. suspension, advocation, mandata und gebot parirt und wie er auch die erbarn alte stedt Goßlar und Braunschwig über solche fridstende, suspension und mandata mit der that in vil weg beschwert<sup>n</sup> und diese stende auf vilfeltig und überflüssig anrufen, flehen und bitten berurter steet zur naturlichen und zugelassenen defension genottrant<sup>n</sup>, das ist eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wol bewust. Desgleichen auch, was sich die unruigen beysitzer des ksl. chambergerichts über gemachte fridstende uff schedliche eingefurte mißverstände, auch über der ksl. Mt. suspension, jussion, bevelh und gebot mermals wider diese stende understanden, welcher gestalt sie auch durch ire nichtige und vermeinte proces und urteil uff peen und acht andere mit der that wider dise stende zu handeln gerne verursacht hetten und noch teglich gerne, sovil an in[en], verursachen wolten. So seint auch diese stende vor langst nit gar unwissent gewest, wie und welcher gestalt sich etzliche gefliessen, im Hl. Reich durch allerlei seltzammen practicken unruhe anzurichten, welchs sich auch itzo aus den briffen, in der vestung Wolffennbutel befunden, und auch sonsten noch clerer ereuget, wie solchs nach lenge auszufurn und dartzuthun were. Damit aber diese stende eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. dißmals zum besten underthenigst, underthenig und im besten verschonnen wollen.

Das aber diese stende den vorigen fridstenden, inmassen wie sie die angenommen und bewilligt, in einicherlei weg zuwider solten gehandelt haben, das seint wir, wie auch oben erregt und auch sonderlich des nicht gestendig, das unsere herrn und obern imands von den andern stenden oder derselbigen underthanen über die fridstende turbirt oder aber ires inhabens wider recht spoliirt, man wolte dann solche zumessung<sup>o</sup> der angetzogen gewaltigen gethat und spolia<sup>o</sup> uff geburliche, rechtmessige defension, die doch alle gotliche, naturliche und menschliche recht den betrangten zulassen und durch die fridstende, reichsabschied und andere versehung niemands benehmen oder benohmen werden können, oder aber dahin deuten, das unsere herren und obern in iren fursenthumben, landen und gebieten cristliche lehr, religion und kirchenbreuch

<sup>n-n</sup> In C marg. korr. aus der ursprüngl. Fassung, die gestrichen ist.

<sup>o-o</sup> In C marg. korr. aus: so an euer röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. gelangt.



gepflanzt und zu <sup>P</sup>notwendiger erhaltung<sup>P</sup> desselben in iren kirchen den vermeinten<sup>q</sup> gottesdinst, auch die bapistische kirchendiener abgeschafft und die kirchenguter, die vormals den eingerissen mißbreuchen dienten, zu pesserm brauch, nemlich erhaltung cristlicher pfarrer, prediger, kirchendiener, schulen, hospitalen und andern rechtschaffenen, guten und milden sachen verwant. Welchs alles diese stende gewissens halben nicht haben umbgeen mugen und ane zweivel keine unrechtmessige gewalt oder spolia, sondern dem almechtigen Got angemem und zu forderung seiner gotlichen ehr sehr dinstliche wergk sein.

Und so imandt uber diß sich unrechtlichs turbirens wider diese stende zu beclagen vermeinte und solchs an geburlichen ortern ordentlicher weis furbringen wurde, so werden sich diese stende darauf dermaß, das ir unschuld zu spurn, zu vernehmen lassen wissen, underthenigst, undertheniglich und dinstlich bittende, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wolten unsere herrn und obern uff solch und dergleichen angeben in keinen verdacht einicher thetlicher, unrechtmessigen handlung oder entsetzung nehmen, ehe und zuvor ir antwort gehort und die sachen ordentlicher weiß ausfundig gemacht werde, welchs, ob Got wilh, uff ir chur- und fstl. Gnn. und die andern niemands soll können mit bestande nachbringen, die wir nicht weniger dann andere stende zu erhaltung fridens und verhutung unrechtmessiger, thatlicher handlung im Reich geneigt wissen.

Und weil sich dann eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. gnedigst, gnedig und gutwillig erbotten, do dieselbigen einichs gebrechens oder mangels der vorigen fridstende halben erinnert, darinnen geburlich einsehung und pesserung zu thun und aber wir nicht zweiveln, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. haben aus obberurtem bericht, auch sonsten nach aller gelegenheit der leuft bei sich gnedigst und wolh zu ermesen, das die vorigen fridstendtz zu erhaltung frid, rhue und einigkeit im Hl. Reich diesen stenden aus ertzelten ursachen nit gnugsam<sup>r</sup>, so haben wir nochmals trostliche hofnung (thuen auch hirumb underthenigst, underthenig und dinstlich biten), eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. werden itzt erwenter irer gnedigsten, gnedigen und guten vertroistung nach zu verhutung der vorstehenden beschwer und gefhar nochmals die mittel fur die handt nemen und in das wergk bringen helfen, dardurch der religion und derselben anhengigen und daraus fliessenden sachen und sonst allenthalben zwischen den stenden des Reichs einmalh ein solcher gemeiner, bestendiger fride ervolgen, des sich ermelte reichsstende von allen teiln zugleich wircklichen hetten zu erfreuen, zu gebrauchen, und dardurch daß schedliche mißtrauen zwischen den stenden zu einem untzweivelichen anfang alle wolfart des Hl. Reichs hingenohmen werden mochte.

<sup>P-P</sup> *In C marg. korr. aus:* gültlicher volge.

<sup>q</sup> *In C korr. aus:* allen welschen.

<sup>r</sup> *In C folgt gestr.:* und beide erclerung und besserung bedorfen.

Und dieweil unsere herrn und obern und wir von wegen derselben nicht weniger dann andere stende geneigt, willig und begirig sein, alles das zu befordern helfen, das zu Gottes ehr, erhaltung frid, rhue und einigkeit im Hl. Reich und abwendung des, so dem entgegen, dinstlich, und aber bei uns wol erachten können, das man sich durch schriften ane notturftige underrede hirtzu fuglicher mittel und weg nit wol vereinigen kann, so bitten wir underthenigist, underthenig und dinstlich, eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wollen die sach dahin richten, das <sup>s</sup>-ides teils stende uß inen<sup>s</sup> etzliche guthertzige, fridliche und schiedliche personen in gleicher antzaln zusammen in ein ausschus verordneten wolten, von solchen miteln und wegen zu reden und zu ratschlagen. Und zweiveln nicht, die andern stende, do diß von euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., an sie gelangt, werden gemeiner wolfart des Hl. Reichs zum besten hirzu geneigt sein; so solle es auch unsers teils hiran nit erwinden. Und achten, das durch diesen weg vermittelst gotlicher hulf den sachen am bequembsten rath zu finden sein solte.

[Art. 4: ad Nr. 155, Art. 4] Zum dritten, sovil das gebettene gleichmessig gericht und recht belangt, befinden wir, das eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. des mit uns enig, daß ane gleichmessig recht und gericht im Hl. Reich kein bestendiger fride erhalten werden mag, wie es dann auch in warheit also ist, dieweil unleuckbar, daß alle regiment durch gleichmessig, unpartheisch gericht und recht fridsam und langwirig gewesen und durchs gegenspil in abfalh kommen. Das aber die itzigen beisitzere des ksl. chammergerichts diesen stenden ungleiche und partheische richter sein, das ist zuvor mermalß nach lengs und scheinbarlich dargethan, darumb hirin pillich einsehen zu haben vonnoten.

Nun halten es eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., dafur, das zu abwendung solcher beschwerung gnug sein solte, das solch chammergericht, dermas wie es die reichsabschiede vermugen, nochmals visitirt wurde, zuzforderst weil die regenspurgische suspension im speierischen abschied widerumb erneuert. Das auch die itzigen chammergerichtspersonnen der angegebenen argwonigkeiten halben, ehr und zuvor hirinnen erkundung genohnen, ane verletzung ksl. Mt. reputation, auch ane Kff., Ff. und anderer stende, so diese beisitzer presentirt, beschwerung und auch verletzung der beisitzer selbst ehren und leumunts nicht konnten entsatzt werden, mit angehaftem erbiten etc.

Darauf wissen eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wir nicht zu bergen, das unsere herren und obern die visitation und reformation des chammergerichts, dergestalt daß die vermuge der vorigen reichsabschiede beschehen solte, niemals gewilligt. Es können auch diese stende dieselbige dermaß nicht willigen, sie wolten sich dann höchsten derselben abschiede beschwerung untergeben. So ist oben

---

<sup>s-s</sup> In C korr. aus: die stende des Reichs von beyden theiln.

angetzeigt, was die beschehene suspension der visitation, ob sie wol von der röm. ksl. Mt. ane zweivel gemeiner wolfart zum besten gemeint, diesen stenden furgetragen, und ist nochmals unsere untzweiveliche hoffnung, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. werden die visitation und reformation anders nicht dann inhalts der ksl. declaration und eur kgl. Mt. speierischer versicherung, doch in allerweg mit vorgehender abschaffung der itzigen cammergerichtspersonnen, forderlich ergeen lassen.

[Art. 5: ad Nr. 155, Art. 5] Und nachdeme sich aber diese itzige chammergerichtspersonnen uber allen zuvorn diesen stenden gethanen unrechtmessigen verdriß sieder dem regenspurgischen reichstage dermaß mit hoher beschwerung, auch vilfaltigen, unrechtmessigen und nichtigen processen nit allein wider die ksl. suspension und declaration, auch euer kgl. Mt. versicherung und gegebenen friden, sondern auch das rechtmessige mittel der jungst durch diese stende furgewante recusation, dardurch doch ire vermeinte gerichtszwenge (ob sie mangellung halben inhalts der ksl. declaration, bewilligter visitation und reformation einichen gehabt) ane zweivel suspendirt, gegen diesen stenden vermercken lassen, auch ir verdedhtig und abgunstig gemuet gegen inen clerlich beweist, so ist die sachen dieser beisitzer halben nuemals in dem stande nit, wie sie hiebevorn auch in zeit des regenspurgischen reichstags gewest, dann die abgunst, widerwil und unfreundschaft dieser beisitzer gegen diesen stenden, auch das verursachte mißtrauen dieser stende gegen inen ist so groß und beschwerlich worden, das solchs durch die furhabende visitation und reformation nit hingehohmen werden kann, sonder gewißlich auch hernach zu unleidlichen dieser stende beschwerung seine wirkung haben wurde. So were es auch je diesen stenden nit allein nachtheilig, sondern auch schimpflich, dieweil dieser verdedhtigen personnen beschwerliche handlung, deren sie sich nun vil jhar mit verachtung der ksl. und eur kgl. Mtt. verschaffung, gebotten und mandaten wider diese stende embsig gefliessen, aus unmeidlicher notturft nit allein der röm. ksl. und eur kgl. Mtt., sondern auch durch vilfaltige, offene schreiben und abtruck dem gantzen Reich und meniglichen zu erkennen geben, sie auch aus hohen, treffenlichen ursachen recusirn müssen, das sie nun eben derselben personnen erkenntnus hinfurder solten leiden und die zu richtern dulden, welche mermals durch ire unrechtliche und damals durch die hochste oberkeit verbottene achtproceß in arbeit gestanden, diese stende sampt iren landen, leuten und underthannen in hochste beschwerung, nicht allein an gut und vermugen, sondern auch an leib und leben zu fhurn, sich auch deß nochmals durch itzt furhabende, uber gewonlichen gebrauch gantz eilende und doch an ime selbst nichtige proceß zum hochsten bevlæssigen, und dan auch, do sie an diesem gericht pleiben solten, alleweg wann es ir gelegenheit durch ire unrechte, partheiliche proces und urtail diesen stenden sampt iren landen, leuten und underthannen forder alle obberurte, hochste beschwerung auf erden verursachen und die andere und neue, guthertzige beisitzere, so inen zugeordent wurden, ires gefallens in rathschlegen auf ire meinung bereden oder je zu irem vorteilh

uberstymmen<sup>t</sup> konnten. Kann also diesen hochwichtigen sachen dieser personen halben durch kein reformation oder visitation geholfen werden, inmassen wir auch von unsern herrn und obern dieser personen halben einiche visitation oder reformation zu bewilligen oder zu gewarten keinen bevelch haben, sondern wissen, das die aus berurten und andern hievor oftmals angetzeigten ursachen entlich entschlossen, vor diesen chammergerichtspersonen furder in keinen weg recht zu nehmen aber [= oder] zu geben.

So steet auch der röm. ksl. Mt. hoheit und reputation im Hl. Reich nit uff die chammergerichtspersonen, sondern uffm gericht, welchs unsere herrn und obern nie angefochten, wir auch von wegen derselbigen noch nicht anfechten, dann es haben sich diese stende hiebevorn mermals vernehmen lassen, daß sie die rechte, ware ksl. jurisdiction keinswegs wollen fliehen oder meiden, sondern wissen sich aus Gottes und des rechten gebot zu berichten, das sie derselben in allen gotlichen, ehrlichen und zimlichen sachen zu gehorsamen schuldig, wolten auch nach Gottes, des Allerhochsten, ehr nichts liebers dann ire ksl. Mt. als irer von Got geordenter oberigkeit reputation, preminentz und hoheit nach hochstem vermugen fordern und gefordert sehen. Do aber diesen personen ir wil weiter nachgehegt und verstadtet, dardurch sie gewißlich mer unglucks und unraths im Hl. Reich erregen wurden, daraus konnte unsers besorgs vil mer der ksl. Mt. reputation im Reich verclainert<sup>u</sup> dann gemeret werden.

So wurdt auch ane zweivel den Kff., Ff. und stenden des Reichs, so die itzigen personen presentirt, aus eingepflantzter liebe zu dem gemeinen vaterlandt ane deme, das desselbigen wolfart erhalten, mer gelegen sein dann an diesen personen, die ire chur- und fstl. Gnn. und sie durch andere unverdechtige, gelerte und geubte personen wolh zu ersetzen haben.

Das aber nuemals vilbemelte verdechtige personen biß nach gehabter erkundigung ires wolh- oder ubehlhaltens solten geduldet werden, das wolte hochbeschwerlich sein, dann zudeme das ir partheilicheit notoria, offenbar und konntpar, derwegen es disfals wenig disputirens bedarf, so wolt hiruber aus solchem vertzug aus zweien eins ervolgen, nemlich das mitler zeit, weil man umb die ursachen irer entsetzung disputirte, diese stende sie zu richtern dulden musten, das sie oberzelter ursachen halben keinswegs thun können, oder aber musten die stende des Reichs indes ordentlichs rechtens mangeln. Zu was beschwerung und zerruttung gemeiner wolfart diß, das man rechtlicher entscheidung so lang im Reich in mangel steen solte, den stenden allerseit reichen wolte, das haben eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. leichtlich zu erachten, bei denen je kein zweivel sein wirdt, das der gemein nutz des Hl. Reichs und forderung desselben hoher dann die enturlaubung dieser chammergerichtspersonen zu erwegen. So ist dannoch dieser stende vermugen nicht so gering im Reich, das sy in des Reichs obligenden und beschwerden neben den

<sup>t</sup> *In C folgt gestr.:* und furter allern unfug im Reich anrichten.

<sup>u</sup> *In C korr. aus:* verwenigert.

andern stenden nit trostlich und hulflich sein konnten. Solten nun die dieser itzigen chammergerichtspersonnen halben hindan gesetzt und durch diese leuth uber ir vilfeltig, geburliche, gesuchte mittel weiter beschwerd werden, konte nit fast ratsam sein. <sup>v</sup>-Und do man die ausfurung der ursachen der entsetzung hett wollen furgeen lassen, so were gut gewest, das man die visitation auf geburliche zeit und do die sach noch in vorigem stande gewesen, auch wie die jungst zu Regenspurg und Speir bestimpt, an die handt genohmen und die unreformirten beisitzer mit iren ungeschickten, partheischen handlungen weiter nit hett furtschreiten lassen. Dardurch were diese disputation gefallen, dartzu man nuemals ane<sup>w</sup> merckliche zerrutung gemeiner des Reichs wolfart uß vorigen ursachen nit kommen kann.

Derhalben wollen wir uns nochmals furderlicher abschaffung dieser personnen underthenigst vertrosten, wie wir dann solchs mermals gebetten und hiemit in underthenigkeit wider bitten. Es wurdet auch diesen stenden nicht zuwider sein, das eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. die wege bedencken, dardurch die personnen fuglich abgeschafft wurden, welchs dann ane verletzung ksl. Mt. reputation, anderer stende, so sy presentiren, gerechtigkeit und ir, der itzigen beisitzer, ehr wolh sein mag, inmassen es hievor mit dem ksl. regiment umb erhaltung gemeines fridens auch geschehen<sup>v</sup>.

Und achten es diese stende die hohe notturft sein, das das ksl. chammergericht inhalts der ksl. declaration, auch der reichsordnung und -abschied, so der declaration nicht entgegen, nach abschaffung itziger beisitzer mit erbarn, gelerten und geubten personnen, dermaß daß meniglich unpartheisch rechtens daran zu bekommen, besetzt und forder aller andern mengel halben visitirt und reformirt werde, dartzu diese stende, sovil an inen, mit vleis furdern werden. Wir seint auch erbottig, im ausschus, do der voriger unser bit nach geordent wirdet, dieses artickels halben des gleichmessigen rechtens neben den andern von mittel und wegen, wie man am fuglichsten hirzu kommen muge, zu handeln und zu ratschlagen helfen.

[Art. 6: ad Nr. 155, Art. 6] Zum virten belangende die abschaffung der proces am chammergericht, und erstlich der nitunderhaltung halben desselbigen, wollen eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wir des underthenigst, underthenig und dinstlich zu gemueth fhuren, das die stende des Reichs nit schuldig sein, das chammergericht aus pflicht zu underhalten helfen weiter dan sie bewilligen. Ob nun wol zu Regenspurg [1541] die underhaltung bemelts chammergerichts uff drei jhar bei den stenden gesucht, so haben doch diese stende, weilh inhalts des abschieds daselbst die visitation bemelts gericht den vorigen abschieden gemes beschehen solte, neben andern weder denselben abschied noch auch die underhaltung des chammergerichts bewilligen wollen. Als aber die ksl. Mt. diesen stenden gnedigste vergwissung gethan, das die visitation und reformation

<sup>v-v</sup> In C marg. stark korr. Passagen; ursprüngl. Text schlecht lesbar.

<sup>w</sup> In D: ein.

nit auf vorige abschiede, sondern inhalts irer ksl. Mt. declaration uff damals benante zeit<sup>7</sup> beschehen solte, darauf und nit anders haben diese stende solche dreijherige underhaltung bewilligt. Weil aber solche visitation und reformation uff dieselbige zeit nit mit geringem dieser stende nachteil verblieben, auch uff die zu Speir erstreckte zeit abermals nit fortgengig gewest<sup>8</sup>, in welche erstreckung diese stende auch anders nit gewilligt dan mit obgerurter condition und außdrucklichem vorbehalt, do die visitation und reformation uff dieselbige zeit nit ergeen wurde, das sie nit schuldig sein wolten, das chammergericht zu underhalten helfen, mit weiterm inhalt, wie solchs euer kgl. Mt. daselbst gegebene caution vermagk [RTA JR Bd. XII, Nr. 148], so volgte notwendig, weil die ursach, darumb diese stende die underhaltung zugesagt, gefallen, das sie auch hirzu unverpflicht und das demnach das chammergericht keine bestendige, rechtmessige ursach hat, solcher niterlegung halben wider sie zu procedirn. Wir stellen auch in keinen zweivel, do sich diese stende wider solche des chammergerichts proces in recht schutzten, das sie disfals in recht obsigen wurden. Weil sie aber die chammergerichtspersonnen aus unmeidlichen, hievor oft erhorten ursachen in allen sachen in gemein recusirt, haben sich die stende ane abbruch derselben recusation vor den recusirten richtern nit einlassen können, will inen auch keinswegs geburn, durch entrichtung des geforderten geldes, das auch diese stende von wegen nit veltzogener visitation nit schuldig worden, diese des chammergerichts personnen als richter zu erkennen.

Und ist diesen stenden zu antzeige, das solch gelt zu unpfflichten von inen gefordert wyrdet, gar gnugsam, das die visitation des chammergerichts uff hievor bewilligte beide termin nit erfolget. Und obwolh eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. sich itzo uff kunftig zeit zu solcher visitation erbieten, so kann doch diß unsere herrn und obern, solch gelt zu erlegen, nicht pfflichtbar machen, weil die hievor angehangene condition uff vorigen termin gericht und indes diese gerichtspersonnen, so underhalten sein wollen, auß irer hohen verursachung von diesen stenden gantzlich und in allen sachen recusirt. So ist auch hirin diß zu betrachten, wann es gleich ane beschehene recusation und die sachen sonsten allenthalben <sup>x</sup>-dieser beisitzer halben<sup>-x</sup> richtig weren, das doch durch die angebottene kunftige visitation des zweihelligen verstands halben, den die stende beiderseits, als oben notturftiglich angetzeigt, derhalben haben, ane weiter verainigung diß puncts halben wenig fruchtbarlichs konnte oder mochte außgericht werden. Hirumb bitten wir nochmals underthenigst, underthenig und dinstlich, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wollen nochmals diß

---

<sup>x-x</sup> D om.

---

<sup>7</sup> Im Regensburger RAb von 1541 (RTA JR Bd. XI, Nr. 941, § 38) wurde die Visitation des RKG für den 14. Jan. 1542 in Aussicht genommen.

<sup>8</sup> Im Speyerer RAb von 1542 wurde die Visitation des RKG für 16. Juni 1542 angesetzt (RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 132, S. 1202); sie wurde in der Folge jedoch von Kaiser Karl V. am 7. Mai 1542 bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland suspendiert.

einsehen haben, damit diesen verdecktigen und recusirten personen in dieser als irer aigen sach ir wil dermassen wider diese stende nicht furgengig sei.

[Art. 7: ad Nr. 155, Art. 7] Sovil aber die braunschwigische defension belangt, haben eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. aus der antwort, so eur kgl. Mt., den ksl. comissarien und der reichsstende gesanten zu Braunschwig gegeben, und auch den offen ausschreiben, so die chur- und fursten zu Sachssen und Hessen etc. derhalben gethan, und dan aus dem bericht, so irer kfl. und fstl. Gnn. rethe uff nechstgehaltenem reichstag alhie furgewant<sup>9</sup>, nach der lenge vernohmen, aus waß unmeidlichen ursachen solche defension wider Hg. Heinrichen von Braunschwig hat furgenohmen müssen werden. So haben auch diese stende sovil berichts gehabt, den sie dan auch itzo aus den wolffenbutelischen briffen clerlicher und bestendiger befinden, do sie mit solcher irer defension lenger vertzogen, das sie von Hg. Heinrichen nicht anders dan eins gewaltigen feintlichen uberzugs hetten zu gewarten gehabt.

Weil dann nun solche braunschwigische krigsubung wider gedachten Hg. Heinrichen aus unmeidlicher notturft und anders nicht dann in gestalt rechtmessiger, zugelassener gegenwehr, die nach gestalt und gelegenheit seiner macht und vermugens zu verhutung weiterer obbenanter beider stedt beschwerung gnugsam und erheblich sein mochte, furgenohmen, so kann die fur kein gewaltsame oder unrechtmessige handlung oder entsetzung geacht werden. Es haben auch derhalben eur röm. kgl. Mt. sampt den ksl. comissarien diesen stenden solcher defension halben nit unpillich einen friden gegeben, des wir uns von wegen unserer herrn und obern beneben deme, daß eur röm. kgl. Mt. des fiscals vermeinte proces in dieser sachen abgeschafft, underthenigst thun bedancken, wiewol, do diesen chammergerichtspersonen ir will gestattet wurde, wenig unterschied sein wolte, ob diese stende uff Hg. Heinrichs allein oder aber beide, des hertzogen und fiscals, semptlichs oder sonderlichs procediren in die acht erlangt wurden.

Es ist auch dieser stende gemueth und meinung nie gewest, haben auch diß niemals gesucht, das Hg. Heinrichen ordentlich, unpartheisch und allen teilhn gleichmessig recht solte gespert oder gewegert werden, sondern ist disfalhs ire beschwerung, das vor diesen partheischen, verdecktigen und zu recht recusirten richtern wider sie in diesen oder andern sachen solte verfharn werden, do sie doch  $y$ -ane nachteil irer furgewanten recusation<sup>y</sup> und ane befharung hochster beschwerung ire rechtliche gegennotturft nit furbringen konnten. Und musten also diese stende, do den chammergerichtspersonen ir will furgengig sein solte, auch in allerbesten sachen under dem schein vermeinter contumation verlustig<sup>z</sup>

<sup>y-y</sup> In C marg. korr. aus: ohne begebung der rechtmessigen mittel sie wider diese cammergerichtspersonen und derselben verdecktigt erkantnus zu meiden vorgewant.

<sup>z</sup> In C korr. aus: succumbiren und fellig werden.

<sup>9</sup> Zu den Aktenstücken betr. den Konflikt um das Herzogtum Braunschweig und die diesbez. Verhandlungen auf dem RT Nürnberg 1542 siehe RTA JR Bd. XIII, Nr. 134–138.

und unverschuldet mit peen und achten beschwert werden, welchs diesen stenden, als eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. selbst zu erachten, keinswegs treglich. Darumb bitten wir underthenigst, undertheniglich und dinstlich, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wollen nochmals solche unleidliche beschwerden forderlich abwenden und dieser chammergerichtspersonnen vermeinte proces nit allein in den itzt benannten sachen, die nichterhaltung des cammergerichts und braunschwigisch defension belangende, sondern in gemein in allen sachen, wider diese stende furgenohmen, gentslich abschaffen und solche sachen in den stand stellen, darin sie vor jungst beschehener recusation gewesen. Dann ob wir wol in der ersten muntlichen suchung, furnemlich nechstbenannter beider sachen halben, weil die chammergerichtspersonnen darinnen fast schwinde, eilent erwehnung gethan, so ist doch unsere, in ubergebener supplication solcher abschaffung halben furwante bit in gemein uff alle sachen am chammergericht, diese stende belangend, gestelt, darauf wir auch unbeantwort plieben. Und darumb, wan gleich die chammergerichtsproces in itzt erwenten beiden sachen abgeschafft wurden, so were doch diesen stenden, so die verdecktigen personen in andern sachen wider sie procedirn solten, nit geholfen, sonder weil sie sich auch derselbigen halben vor inen nicht<sup>aa</sup> einlassen mogen, in derhalben obangeregte beschwerung gleich sowolh alß in den benannten beiden fellen begegengen.

[Art. 8: ad Nr. 155, Art. 8] Das auch eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. sich gnedigst und gutwillig vernehmen lassen, in der braunschwigischen sachen allen teiln zu gnaden und gutem zu gutlicher hinlegung derselben zu handeln, wissen wir uns zu erinnern, wes sich diese stende in irer zu Braunschwig ubergebenen antwort erbotten; deme werden unsere herrn und obern, do diß eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. gnedigst, gnedig und wolgemeint furhaben an sie gelangen wurdet, ane zweivel nachkommen, doch das dasjenige, so mitlerweil den stenden mit processen oder sonst zu beschwerung furgenomen, abgestellt<sup>ab</sup>, dan ane das hetten eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. zu achten, wie unsern herrn und obern gelegen sein wolt, in solchen hohen, unpillichen, vorstehenden beschwerden der vermeinten processen sich mit Hg. Heinrichen in gutliche handlung einzulassen.

So wissen wir auch eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. nit zu verhalten, das die chur- und fursten Sachssen und Hessen als oberhauptleute dieser cristlichen verain fur sich und die andern ainungsverwanten stende zu Braunschwig und sonsten vor dieser zeit, doch mit etzlicher massen bewilligt, vor den durchleuchtigen, hochgebornen fursten und herrn, H. Wilhelmen und H. Ludwigen, Hgg. zu Bairn etc., oder aber irer fstl. Gnn. rethen dieser sachen gutliche, unvergreifliche handlung zu gewarten, zu welcher handlung die baierischen rethe sich itzo alhie erbotten und die sach algerit fur handt genohmen haben.

<sup>aa</sup> *Dom.*

<sup>ab</sup> *In C folgt gestr.:* und die sachen solcher wider die stende furgenommen beschwerden halben in dem stande sein, wie sie zur zeit des bescheenen erpitens gewest.



Es werden nun diese sachen durch diese oder andere behandlung vertragen oder nit, so können doch diese stende derhalben noch auch sonsten vor diesen verdecktigen, recusirten chammergerichtspersonnen nicht gesteen, auch irer halben kein stilstand der proces bewilligen, dan es wurde inen dardurch ir vermeinter gerichtszwang, welchen die suspension presuponirte und sie doch aus dargethannen ursachen über diese stende nit haben, eingereumpt und damit nichts anders, dan das sie zu irer gelegenheit mit peen, achten und andern beschwerungen wider diese stende abtruckten mochten, außgericht, sondern wollen uns versehen, es werden diese partheische personnen sampt iren nichtigen, über beschehene recusation furgenohmene processen unser itzigen und hievorn gethannen underthenigsten, underthenigen und dinstlichen bit nach forderlich abgeschafft werden, damit irenhalben ferner irrung nit dürfen erfolgen<sup>ac</sup>.

[Art. 9: ad Nr. 155, Art. 9] Letzlich als eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. suchen, das wir von wegen unserer herrn und obern in den reichshandlungen uff die ubergebene proposition ane weitem verzug wolten furschreiten in ansehung der grossen noth, so der cristenheit des Turcken halben fursteet etc., bitten wir underthenigst, underthenig und dinstlich, eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wollen es gnedigst und gewißlich dafür achten, das wir nichts liebers thun wolten, können auch wolh erachten, das [wenn] dem erbfeind cristlichen nhamens und glaubens, dem Turcken, durch gotliche hulf und mennliche that notwendiger widerstandt nicht beschehe, zu was unwiderbringlichem nachtheilh diß gemeiner cristenheit, sonderlich aber der teutschen nation gereichen wirdet. Wir können aber unserm habenden bevelch nach, des wir uns als diener und gesanten halten müssen, ehr und zuvorn die beide artickel des gemeinen, bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens entlich erledigt, hirzu nit kommen. So haben auch eur kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. gnedigst und gunstig zu erachten, wangleich unsere herrn und obern in vorhabenden des Reichs handlungen wider den Turcken vil willigten, das sie doch diß im werck nicht laisten aber [= oder] verfolgen konten, so ire kfl. und fstl. Gnn. und die andern mit iren leuten, landen und underthanen sich anheimisch keins bestendigen fridens nit hetten zu getrosten, auch mit unrechtmessigen processen, peenen

<sup>ac</sup> In C folgt gestr.: Dan sollte solche abschaffung verbleiben und diese stende ferner durch dise personen mit processen aber sonsten beschwert werden, so musten es dise stende entlich auch dahin stellen und in gleich sein lassen, es procedirten diese unruige, recusirte personen aber [= oder] nicht. Und demnach aus hochster unmeidlicher notturft uf wege und mittel bedacht sein, dadurch sie sich wider die unpillichen und unrechtmessigen beschwerunge, so aus solchen nichtigen, partheischen processen erfolgen wurden, mit Gottes hulf geburlichen ufhalten und beschutzen mochten, des doch unsere hern und obern, als wir wol wissen, von hertzen willig und gerne vertrag hetten und lieber wollten, das solch alles zu erhaltung fridt, rue und einigkeit im Hl. Reich durch euer röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. der vilfaltigen derhalben furgewenten bit nach verkommen wurde.

und achten solten beschwert werden, do sie dann ires vermugens anheim zu geburlicher aufhaltung wider solche beschwerung selbst hochlich bedurften. Eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wolten aber daran nit zweiveln, do obberurte beide artickel erledigt, das wir alßdann unserm habenden bevelh nach die sachen, davon die proposition meldet, mit allem treuem, embsigen vleis wollen behandeln helfen, wie dann auch alle unsere suchung bei eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. dohin gericht, das die verhinderung, so uns itzo im weg ligen, durch geburlich einsehen abgewandt werden und wir dan neben andern zu dem wergk komen und vortschreiten mochten<sup>10</sup>.

Eur röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wollen uns hirauf allenthalben mit gnedigster, gutwilliger und freuntlicher antwort bedencken. Das werden unsere gnedigst, gnedig herrn und obern umb die röm. ksl. und eure kgl. Mtt., auch fstl. Gnn. und G. underthenigst, freuntlich, underthenig und gutwillig zu verdienen allezeit bereit befunden werden.

US: Euer röm. kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. underthenigste und willige, der Kff., Ff., grafen, stedte und stende der augspurgischen confession und religion rethe, gesanten und potschaften und verwandten.

158 *Duplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die Replik der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 157) – actum Nürnberg, 1543 März 3/verlesen 1543 März 4*

- A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 146r–153v (Kop.); DV fol. 153v: Kgl. Mt. schlussschrift auf der protestirenden replick.
- B Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 159r–168v (stark korr. Konz.); DV fol. 168v: Kgl. Mt. slusschrift auf der protestierendn replick<sup>1</sup>.
- C Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 23r–32v (Kop. mit marg. Vermerken); DV fol. 32v: Kgl. Mt. dupplicen auf der cristlichen ainungs- und religionsverwanten stende replicken und furgewante bit des fridens und rechtens halben mit ubergebung etzlicher zeitung. 1543, den Sonntag Letare 4. Marcij.
- D Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54 (Nr. 13), unfol. (Kop.).

<sup>10</sup> Die Gesandten Hg. Moritz' von Sachsen sowie jene der Mgff. Georg und Albrecht von Brandenburg und der Reichsstadt Nürnberg waren mit der im letzten Absatz der Replik hergestellten Junktimierung der Forderungen zu Friede und Recht mit der Türkenhilfe nicht einverstanden. Siehe dazu den Bericht der sächsischen Räte an Hg. Moritz, vom 27. Febr. 1543: Nr. 371.

<sup>1</sup> Die marg. Ergänzungen im Konz. B legen die Vermutung nahe, dass Konzessionen an die Protestanten erst unter dem Eindruck der bedrohlichen Nachrichten aus Ungarn erfolgten.

- E* *Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 26, unfol. (Kop.); AS: Kgl. Mt. und ksl. commissarien antwort uff der protestirenden stendt ubergebnere replichschrift. Marg. AV: Lectum den 11. Marcij*<sup>2</sup>.
- F* *München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 200/11, unfol. (Kop.); Marg. AV: Actum montags, den 12. Marcij anno 1543. ÜS: Röm. kgl. Mt., auch der röm. ksl. Mt. etc. commissarien antwurt auf der protestirenden stend replica.*
- G* *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 761r–767r (Kop.); AS fol. 767r: Duplica der kgl. Mt. und der ksl. commissarien.*
- H* *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 241r–247v (Kop.); DV fol. 247v: Copei kgl. Mt. und der ksl. commissarien dripplicen*<sup>3</sup> *auf der cristlichen religionsverwandten stende supplication und bit etzlicher irer beschwerung. 1543 den 4. Marcij.*

[*Art. 1*] Die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, sampt der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herren, commissarien haben der stende der augspurgischen confession und derselben mitverwanthen uergeben replicken [*Nr. 157*] auf irer kgl. Mt. und ir, der ksl. commissarien, hievor gegebne antwort nach lengs gehort und vernomen. Und wiewoll ir kgl. Mt. sampt bemelten ksl. commissarien wol fueg und ursach hetten, auch gutter massen gefasst weren, disen stenden auf ir uergebnere lange, weitleuftige schrift mit statlichem, begrundtem gegenbericht zu begegnen, so bedencken doch ir kgl. Mt., auch <sup>a</sup>–die ksl. commissarien<sup>a</sup>, das durch den wege viller ausfurlicher disputacion den sachen wenig geholfen, sonder dardurch die unwiderpringlich zeit, so zuvor zu guttem teil verflossen, one frucht verlören, auch das gantz werck wider den erbvheindt der cristenheit verkurtzt und in hochste gefare gestellt wurde. Derhalben wölln ir kgl. Mt. und ksl. commissarien zu erhaltung merers glimpfs, auch gewinung der zeit und furderung des vorhabenden wercks alle unnottwendige, disputirliche umbstendt der sachen fallen lassen, sonder di stende in ir selbs eigen gewissen, verstandt und erkanntnus gewisen haben, die werden sich aus bishere verloffenen geschichten alles grundts und gelegenheit der hohen, beschwerlichen ob- und anligen, damit das Hl. Reich teutscher nation nun etwo vill jhar here beladen gewesen und noch ist, woher auch und auf wen soliche beschwerungen meistens erwachsen, leichtlich zu erinnern haben.

<sup>a-a</sup> *In B hier und im Folgenden meist korr. aus: fstl. Gnn. und G.*

<sup>2</sup> *Der 11. bzw. 12. März dürfte das Empfangs- oder Verlesedatum in der Kanzlei Pfgf. Friedrichs bzw. in jener des Bf. von Freising sein (E und F).*

<sup>3</sup> *Die Bezeichnung für die zwischen Kg. Ferdinand und den evangelischen Ständen gewechselten Schriften (Antwort, Replik, Duplik, Triplik, Quadruplik) variieren in den Quellen, und es ist keine einheitliche Terminologie festzumachen. Um welches Aktenstück es sich jeweils handelt, ist nur aus dem Zusammenhang eindeutig feststellbar: siehe Einleitung zu Kap. V, S. 765.*

[Art. 2: ad Nr. 157, Art. 2] Und das nun erstlich das furgenomen generalconcilium von disen stenden geweigert und <sup>b</sup>irem vermelden nach<sup>b</sup> ein anders begert wirdet, haben sie sich zu erinnern, wie oft und villmals gemeine stende des Hl. Reichs, darunder auch dise stende begriffen, die röm. ksl. Mt. umb befurderung eins freien generalconcilium zu entlicher hinlegung, vergleichung und erorerung der strittigen religion undertheniglich gebetten, darauf dann sein ksl. Mt. durch derselben gnedigen, vetterlichen und getreuen vleis sovill gehandelt, das jhe zuletzt dis jetzig frei generalconcilium altem<sup>c</sup> gebrauch und herkomen nach ausgeschriben und gemeiner stende beger nach in ein statt, dem Hl. Reich teutscher nation zugethan, ernennt worden. Und dieweil es nun an dem ist, das man in kurtzer zeit sehen und erfaren mage, ob und was furgang solh concilium erreichen werde, und dann in vorgehenden reichsabschieden lautter und clar befunden wurd, wie es im fall nithaltung ains generalconciliums oder, so das on frucht zergienge, mit haltung einer nationalversamblung oder gemeinen reichstags zu obvermelter hinlegung der zweispeltigen religion gehalten werden solle, so will demnach der kgl. Mt. und den ksl. commissarien diser zeit nit geburn, sich unbewust der ksl. Mt., auch derselben gnedigen handlung und gemeinen reichsabschieden zugegen auf ander weg einzulassen, sonder achten die kgl. Mt. und ksl. commissarien allermassen und gestalt, wie in voriger irer antwort vermeldt worden, fur gantz geburlich, erbar und billich, das von allen stenden der fur- und ausgang angeregt generalconcilium mit gedult erwartet und der ksl. Mt. ires gnedigsten erbietens und bewilligung vertraut werde, ungezweiffelt, ir ksl. Mt. werde demselben gnediglich nachsetzen und statthun, des auch die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien dise stende gentzlich und eigentlich vertröset. Und sich daneben die kgl. Mt. sonderlich angeboten haben wöllen, bey irer ksl. Mt. und fur sich selbs alle getreue, dinstliche, mugliche und menschliche befurderung zu erzeigen, damit die hochschedlich spaltung der streittigen religion in obbestimbter weg einen zu cristlicher vergleichung zum allereesten gebracht und darin gar kein geverliche seumnuß noch verhinderung furgewendt werde. Des sich also dise stende auf ir kgl. Mt. gewißlich verlassen mogen und sollen. <sup>d</sup>Und sonderlich dieweil die ksl. Mt. in kurtz personlich in das Reich teutscher nation ankommen wurd, ist umb sovill meher hoffentlicher, das zu entlicher und fruchtbarlicher vergleichung in diser sache furgangen werden möge<sup>d</sup>.

[Art. 3: ad Nr. 157, Art. 3] <sup>e</sup>Das dann die bißheer aufgerichten fridstendt von disen stenden fur ungnugsam geachtet und derhalben ain gleicher ausschuß

<sup>b-b</sup> In B marg. nachgetr.

<sup>c</sup> In B folgt gestr. unverdachtlichem.

<sup>d-d</sup> In B marg. nachgetr.

<sup>e-e</sup> Aus B bis H; A om. In B folgt gestr.: Darauf mocht inen, sover sy auch auf die beschehen proposition in der haubtsachen gleichwol numer provislicherweise [= vorläufig] furzegen bewilligen, wilfarung beschehen. Wo das aber bei den andern

zu beratschlagung aines bestendigen fridstandts begert wirdet<sup>e</sup>, haben die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien mit befrembdung vernomen, das die loblichen alten und verneuerte landfriden und ander bishere darauf erfolgte fridstendt bei disen stenden fur etwas verdecktig oder ungnugsam geacht werden, welche doch mit diser stend vorwissen, rat, willen und zuthun abgeredt, beschlossen und aufgericht, auch von allen stenden wilkurlich angenommen worden. Und wiewoll etlich ursachen der angemassten ungnugsamkeit furgeworfen werden, so wöllen doch dieselben nit allenthalben dermassen fur erheblich geacht und bewogen werden, das sich darumb den aufgerichten fridstandt aufzuheben und zu endern geburen oder vonnotten sein wölle. Dieweil dann solich fridstandt des nechstverschinen 42. jhars zu Speyer gebessert und volgends hie bestettet worden, auch auf ein geraumbte lange zeit funf gantzer jhar nach endung der turckischen expedition, aber gleichwol disen stenden zu unverneinlichem, ansehenlichem vorteil und den andern stenden zu nit geringer nachtheiligen beschwerung erstreckt worden, so will die kgl. Mt. und ksl. commissarien neben den andern stenden nit fur retlich ansehen, die sachen in neue, weitleuftige disputation zu ziehen<sup>f</sup> oder derhalben einiche ausschuß zu verordnen<sup>f</sup> und die handlung auß der gewißheit in ein ungewißheit zu stellen<sup>g</sup>, wie dann durch neue handlung beschehen und dardurch alle stende mit verlierung der zeit und verhinderung des hauptwercks<sup>h</sup> in merere verbitterung erwachsen möchten<sup>h</sup>, sonder wöllen die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien dise stende freuntlich, gnediglich und gutlich ersucht haben, das sie sich berurts aufgerichten und wilkurlichen [= *freiwillig* angenommen fridstands billich benugen lassen, der tröstlichen zuversicht, sich sollen [= *es sollen sich*] die sachen mitlerweil und zeitlich vor außgang und verscheinung bestimbter erstreckten zeit vermittelt gotlicher gnaden dahin schicken, <sup>i</sup>wie dann dasselb der ksl. Mt. in kurtze personlichen ankunft halben umb sovill meher tröstlich zu verhoffen ist<sup>i</sup>, damit wie oblaut die schedlich irrung der religion cristlich vergleicht und dardurch alles mißvertrauen under den stenden abgewendt werde und sich alßdann mangel oder abgang halb bestendigs fridens niemandt zu beclagen ursach haben solle. <sup>j</sup>Wo aber von gemeinen reichsstenden geachtet wurde, das in solichem fridstande einicher abgang oder mangel were, sindt die kgl. Mt.

---

stenden nit zu erhalten oder sonst der kgl. Mt. und ksl. commissarien zewider were, mocht inen diese antwort gegeben werden.

<sup>f-f</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>g</sup> *In C marg.:* Ausschus will nicht bewilligt werden.

<sup>h-h</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>i-i</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>j-j</sup> *In B marg. korr. aus:* Wo aber diese stende bemelten fridstandt etwan vil ze pessern oder noch baß zu erluttern sein bedechten, das wellen die kgl. Mt. sambt den ksl. commissarien von inen gnedigklich und gern anhoren, und verhoffen, darinn die andern stend aller billichait ze weisen und zu vermegen.

und die ksl. commissarien inhalt irer ubergebnen antwort des gnedigsten und gutwilligen erbietens, dieselb gebrechen und mengel zu bessern<sup>j</sup>.

[*Art. 4: ad Nr. 157, Art. 4*] Dann so haben die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien nit one beschwerung verstanden, mit was fueg und schein die abschaffung der camergerichtspersonen und das dise stende vor solicher abschaffung in die furgenomen visitation und reformation nit willigen mögen, begert wurdet. Und hetten sich gleichwöll solicher ansuchung auf irer Mt. und ir, der commissarien, vorgegebnen gnedig und erbare antwort und erbeten zu disen stenden nit versehen, angesehen das in vorgehaltenen reichstegen durch alle stende<sup>k</sup> einhelliglich beschlossen und bewilligt worden, welichermassen die visitation und reformation des ksl. camergerichts furgenomen werden solle, des sich auch dise stende ersettigen lassen und auf abschaffung der personen niehe dermassen gedrungen noch verharret. So haben sie demnach zu bedencken, mit was fugen inen jetzmals geburen muge, soliche verzickte<sup>l</sup> [= *auf Verdacht basierende*] abschaffung und entsetzung, welche doch aller erbar- und pillichkeit nach anderst nit dann auß der personen ungnugsamkeit oder verschulden, die jhe allererst durch vorgehende visitation erlernt werden und volgen moge, zu begern, zuedem das solich beger obbestimbt reichshandlungen, beschluß, abschieden und bewilligung zuwider und entgegen were. Es wöllen auch diser stende furgebne ursachen ir begerten abschaffung nit fur gnugsam noch beschließlich angesehen<sup>m</sup>, sonder vilmeher geachtet werden, das soliche verzickte<sup>n</sup> abschaffung an ir selbs unbillich were und on ksl. Mt., gemeiner stende und der chambergerichtspersonen hochste entunehrung, verschimpfung und verletzung, man deutet es hin und wider, wie man wölle, nit beschehen mage. Derhalben die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien diser stende unzeitligs beger mitnichten stattthun khonnden noch mogen, wisten es auch gegen der ksl. Mt. nit zu verantworten.

[*Art. 5: ad Nr. 157, Art. 5*] Und lassen es hierumb bei voriger irer antwort und miltem uberflussigem erbeten und bewilligung, das die religion und ander sachen vermöge des jungsten speirischen reichsabschiedts die gantz lange zeit des obvermelten werenden fridstands eingestellt und mit der visitation vermuge der reichsordnung, abschieden und bewilligungen on all lenger verziehen furgangen, sich auch gleich jetzt der zeit solicher visitation vergleicht und die on all ferer suspension zu gewissem furgang gefurdert werde, bleiben.

Und wöllen demnach die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien dise stende noch- und abermals gnediglich, freuntlich und dienstlich ersucht und vermant haben, das sie sich obbestimbtter gnedigen und milten antwort ersettigen, ir unzeitlich beger fallen und die oft begert, bewilligt und jetzt vorsteendt visitation

<sup>k</sup> *In B folgt gestr.:* lauter und clar.

<sup>l</sup> *In D:* gesuchte.

<sup>m</sup> *In C marg.:* Ursachen der abschaffung wehren nicht erheblich.

<sup>n</sup> *In D:* gesuchte.

furgeen lassen, des ungezweiffelten versehens, das durch soliche visitation und reformation, <sup>o-o</sup>sonderlich dieweil die röm. ksl. Mt. eigener person in das Reich ankomen wurd<sup>o</sup>, die sachen dahin komen und gereichen werden, das sich folgends ein teil gegen dem andern einichs ungleichen gerichts und rechtens nit zu beschweren ursach haben, dann wo solichs von jhemandt auß disen stenden geweigert werden sollte, möchte es bei villen leutten auf allerlei wege gedeut, außgelegt und verstanden werden. Darinn aber die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien dise stende noch ire bevelchhaber nit verdencken, sonder sich derselben vor und jetzt oftmalen beschehen er bieten nach gentzlich versehen wöllen, das sie zu rhue, frid und einigkeit, auch des Hl. Reichs teutscher nation wolfart zu furdern nit weniger dann die andern stende geneigt seyen.

[Art. 6: ad Nr. 157, Art. 6] Und damit sich auch dise stende vor angerurter visitation des jetzigen chammergerichts deste weniger gefare oder vernachteiligung zu besorgen haben, so wöllen die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien in namen der ksl. Mt. und von derselben machtvolkomenheit all diser stende prophansachen, so am ksl. cammergericht diser zeit anhengig sein und noch furkommen möchten, sambt den processen, die nitunderhaltung des chammergerichts belangendt, biß auf di zeit der visitation und reformation des chammergerichts suspendiren<sup>p</sup>, doch mit disem vorbehalt, ob sich in zeit solicher suspension solich ansehenlich sachen und beschwerden zutragen wurden, deren außtrag biß auf die vorhabendt visitation und reformation nit verzug oder anstandt erleiden möchten, das die ksl. Mt. <sup>q-q</sup>oder in abwesen derselben ir kgl. Mt.<sup>-q</sup> auf der clagenden partheyen anruffen in denselben sachen nach gelegenheit commissarien verordnen oder dieselben in ander wege zu geburenden außtrag und erörterung zu pringen verschaffen mogen, <sup>r-r</sup>des ungezweiffelten versehens, sie, die stende, werden auf solichs unbeschwerdt sein, das sie alßdann iren geburenden anteil zu underhaltung des cammergerichts sampt dem ausstandt, sovill sich des biß auf dieselb zeit verfallen wurdet, vorbeschehener bewilligung nach erlegen und bezallen<sup>t</sup>.

[Art. 7: ad Nr. 157, Art. 7-8] Sovill dann betrifft die braunschweigisch angefengte rechtfertigung, wöllen die kgl. Mt. auf derselben hievor beschehen er bieten und diser stende darauf gegebne antwort<sup>s</sup> solicher sachen halben hiemit einen tag, als nemlich auf <sup>t-t</sup>Sonntag Quasimodogeniti schirsten<sup>-t</sup> [1543 April 1], bestimbt und ernennt haben und auf denselben tag alle teil erfordern

<sup>o-o</sup> In B marg. nachgetr.

<sup>p</sup> In C marg.: Nota bene: Wolln auch die prophansachen am cammergericht suspendiren.

<sup>q-q</sup> In A marg. nachgetr.

<sup>r-r</sup> In B marg. nachgetr.

<sup>s</sup> In B folgt gestr.: in monatsfrist den negsten einen tag hieher ernennen.

<sup>t-t</sup> In B marg. nachgetr.

und beschreiben<sup>u</sup>, <sup>v</sup>-auch mitler zeit die sachen bei dem ksl. chammergericht in ruhe stellen und dann auf solichen tag<sup>v</sup>, woverr die sachen mitler zeit durch die Ff. von Beyrn oder derselben verordneten rethe zu keiner vergleichung gebracht wurdet, sampt und neben den ksl. commissarien und gemeinen reichsstenden keinen vleiß erwinden lassen, damit di handlung zu gutlichem vertrag oder entlicher erorterung khome.

[Art. 8: ad Nr. 157, Art. 9] Und wöllen sich auf soliches alles ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien zu bemelten stenden gnediglich und unzweiffenlich versehen, sie werden diser irer kgl. Mt. und der ksl. commissarien gnedigen und milten, <sup>w</sup>-auch entlichen und schließlichen<sup>w</sup> resolucion und erbietens auf irer kgl. Mt. und der ksl. commissarien hievor gegeben antwort und ir, der stende, weiter beschehen ansuchen und beger, dieweil sich ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien daruber on der ksl. Mt. vorwissen in ichte ferers einzulassen nit macht haben, benugt und zufriden sein und zu verhinderung gemeiner cristenheit vorsteenden, unwiderpringlichen verderbens nit ursach geben, die sachen in noch merere verlengerung oder aufzug zu pringen, angesehen das nach vermöge beiliger kuntschaften<sup>x</sup> offenbar und gewiß vor augen, das des vheindts gemeiner christenheit vorhaben und furnemen entlich dahin gestellt und gericht ist, teutsche nation <sup>y</sup>-mit aller seiner macht<sup>y</sup> anzugreifen, zu beschedigen und in sein tirannische gehorsam zu pringen. Deßhalben das werck wider disen der gemeinen cristenheit erbvheindt, <sup>z</sup>-in ansehung, das derselb nach laut der kuntschaften allgeriet in verfassung und nunmehr schon im anzug ist<sup>z</sup>, ferer kein bit, harr noch verzug erleiden mag, sonder ist irer kgl. Mt. und der ksl. commissari gnedigs, freuntlichs und gutlichs ansynnen und beger, sie, die stende, wöllen sich, <sup>aa</sup>-dieweil sie nun des fridstands versichert sein<sup>aa</sup>, on alle ferere weigerung neben andern stenden <sup>ab</sup>-in des Hl. Reichs beschwerlichen obligen und<sup>ab</sup> furnemlich in disem hochnottwendigen cristenlichen werck, darauf gemeiner cristenheit und vorab teutscher nation wie obsteet so unwiderpringlicher nachteil und verderben steet, in handlung gutwillig einlassen und zu einicher ferern verlengerung kein ursach geben. Dann wo dasselb, wie sich doch des ir kgl. Mt. und di ksl. commissari keinswegs versehen wöllen, beschehen sollte, so wurden ir kgl. Mt. sambt den ksl. commissarien auß erforderung der unvermeidlichen höchsten notturft drungenlich verursacht, mit

<sup>u</sup> *In C marg.*: Nota bene: Quasimodogeniti wurdt zur braunschweigischen handlung angesetzt.

<sup>v-v</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>w-w</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>x</sup> *In C marg.*: Nota bene: Auszug beiliger kundtschaft.

<sup>y-y</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>z-z</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>aa-aa</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>ab-ab</sup> *In B marg. nachgetr.*



den erscheinenden stenden zu der handlung zu greiffen<sup>ac</sup>-und in derselben nach vermöge des artickels, im nechsten alhieigen reichsabschiedt [*Nürnberg 1542*] begriffen, zu verfahren, auch solichs die ksl. Mt. unverzugenlich zu berichten<sup>-ac</sup>, des ungezweiffelten versehens, was von den erscheinenden stenden teutscher nation und der cristenheit zu sicherheit, wolffart und guttem gehandelt, bewilligt und beschlossen wurdet, <sup>ad</sup>-es werden alle stende dasselb gehorsamlich leisten und volziehen<sup>-ad</sup>, als sy dann solichs zu gnugthuung hievor beschehener bewilligungen, handlungen und beschluß zu thun pflichtig und schuldig, des auch fur sich selbs auß cristenlichen gemutten sonders zweiffels geneigt und willig sein. An dem allem werden sie ein loblich, gotgefellig werck, welches inen gegen allermeniglich ehrlich, loblich und rumblich sein, thun, und di ksl. Mt. wurdet solichs gegen inen in allen gnaden erkennen und zu guttem nit vergessen<sup>4</sup>.

<sup>ac</sup>-Actum den 3. tag Marcij anno etc. 43<sup>-ac</sup>.

---

<sup>ac</sup>-<sup>ac</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>ad</sup>-<sup>ad</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>ae</sup>-<sup>ae</sup> *Aus AB, in CD kein Datum.*

---

<sup>4</sup> *Dem Bericht der württemberg. Räte an Hg. Ulrich von Württemberg vom 5. März 1543 ist zu entnehmen, dass sich der König nach Verlesung der Duplik mündlich an die evangelischen Reichsstände wandte: [...] Und nach verlesung derselbigen haben ir kgl. Mt. den stenden aigner person ferner mundtlich angezeigt: Dise stend [= die Protestanten] hetten irer kgl. Mt. und der comissarien gemueth auß verlesener schrift gnugsamlich vermerckht und wellent sich ir Mt. sambt den comissarien gnediglich und guetlich versehen, dise stend wurden an derselbigen ain benuegen haben und sich hierauf on ainiche ferner waigerung in den hauptpunten, in der proposition vermeldet, neben andern reichsstenden nur mer (in erwegung, das solhs aus vorstehender noth lengern verzug nit erleiden konnden) helfen furschreiten etc. Dann wo solhs von disen stenden nit beschehen sollt, so gedechten ir Mt. mitsambt den ksl. comissarien dennocht nichtdestoweniger jungstem alhie aufgerichten und beschlossen reichsabschiede nach mit den andern anwesenden stenden des Reichs in angeregten puncten furzuziehen und zu schliessen. Als nun von den stenden, der augspurgischen confession verwandt, hierauf bei der kgl. Mt. und den ksl. comissarien umb ain bedacht in aller underthenigkait angesucht und gebetten worden, haben ir Mt. und di ksl. comissarien disen stenden dasselbig vergundt und zugelassen, doch das hierinnen zum unverzuglichsten geschlossen wurde etc. [...]. In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 466r-469v, hier fol. 466v-467r (Ausf.).*

159 *Triplik der Augsburger Konfessionsverwandten auf die Duplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 158) – verlesen Nürnberg, 1543 März 7*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 154r–159v (Kop.); DV fol. 159v*: Der protestirenden stende dritte schriefft.
- B *Wien HHStA, RK RA i.g. 13ff/Konv. 2, fol. 79r–87v (stark korr. Konz.); DV fol. 87v*: Andere antwurt gemeiner stend der augspurgischen confession und religion uff des königs und der ksl. comissarien conclusionschrift, übergeben den 6.<sup>1</sup> Martij anno etc. 43.
- C *Weimar StA, EGA, Reg. E 149, fol. 48r–56v (Kop.); AS fol. 48r*: Der cristlichen ainungs- und religionsverwanten stende tripplicen, der kgl. Mt. und den ksl. comissarien auf vorige ire supplication, übergeben 1543 Mittwoch nach Letare, den 7. Marcij.
- D *Berlin StaBi, Handschriften Abt., Ms. germ. Fol. 212, fol. 78r–83v (Kop.); AS fol. 78r*: Triplica der protestirenden stende, übergeben den 7. Martij. Auf die schrift haben sie keine weitere andtwordt von der röm. kgl. Mt. und den ksl. gesanten bekommen, sondern ist bey der duplica blieben etc.<sup>2</sup>

[Art. 1] Euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. antwurt [Nr. 158] uf unser neher übergeben replic haben wir underthenigist und undertheniglich gelesen. Und sein auß unvermeidlicher notturft<sup>a</sup> bewegt worden, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. unsern weittern bericht und notturft mit kurtz widerumb furzubringen,

<sup>a</sup> In C: ursach.

<sup>1</sup> *Laut dem CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c) erfolgte die Übergabe der Triplik an den König am 7. März. Die württemberg. Räte bemerkten gegenüber Hg. Ulrich in ihrem Schreiben vom 5. März 1543, wie wichtig ein geschlossenes Vorgehen der Augsburger Konfessionsverwandten bei der Abfassung der Triplik sei: [...] Dieweil wir aber vermerckht, das etlich stend, diser confession und religion zugethon, als furnemblich Hg. Mauritz zu Sachssen und di statt Nurmberg, auch villeicht noch mer dero sein möchten, di auf solh der kgl. Mt. und ksl. comissarien übergeben antwurt und schlußschrift [Nr. 159] sich mit ir kgl. Mt. und den andern reichsstenden begerter gestalt in handlungn einlassen werden, und aber in diser antwort di puncten, sovil frid und recht, auch di religion und das vermaint concilium belangt, nichtdesterweniger mittlerweile in vorigem und altem stand unerlediget bleiben, will unsers erachtens solhe antwort hoch zu bewegen und zu bedencken, auch euern fstl. Gn. und andern disen stenden daran mercklich und vil gelegen sein. Und dann wir auch vermög unser habenden instruction [Nr. 69b] in ainiche handlung nit sollen helfen bewilligen, es sei dann zuvorderst wie auf gehalten reichstügen bewilligt und beschlossen, ain bestendiger frid im Reich und ain gleichmessig recht geordnet, gemacht und aufgericht, auch erstattung der gefunden mengel gantzlich abgeschafft werde [...]. In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 466r–469v, hier fol. 467rv (Ausf).*

<sup>2</sup> *Diese AS ist irrig, da Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare die Triplik der AC-Stämme am 8. März ihrerseits mit einer Quadruplik beantworteten, die am 9. März verlesen wurde (Nr. 160).*

underthenigist und undertheniglich bittent, solches unbeschwert, gnediglich und gunstlich zu vernemen.

[*Art. 2: ad Nr. 158, Art. 2*] Und als euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. cociliumb<sup>b</sup> halb noch uf voriger meynung verharren<sup>b</sup> und es fur gepurlich<sup>b</sup>, erbar und billich achten, das von allen stenden der fur- und außgang des jetzigen und nach altem brauch und herkommen ausgeschriben conciliums mit gedult erwartet werden sollt etc., haben euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. zu etlichen malen, und sonderlichen auß vorgemelter unser ubergeneber replic, gnugsame ursachen gehört<sup>c</sup>, aus welchen unser gnedigst, gnedig hern und öbern in ein sollich bäbstlich<sup>d</sup> und partheylich<sup>d</sup> concilium nicht zu bewilligen wuesten, sonder wider die vorigen, dergleichen solch jetzt angesetzt bäbstlich concilium protestirt und dafur geachtet, das<sup>e</sup> es nicht das frey, cristenlich concilium, des sich die stende des Reichs in dem nurmbergischen abschiedt [*1523 und 1524*]<sup>3</sup> entschlossen, noch der rechte weg sey, dardurch das schwer misvertrauen hingenommen, den irrungen abgeholfen, die stende auch zue einhelligkait und entlicher vergleichung in der religion komen möchten. <sup>f</sup>Sein desshalben der underthenigisten höfnung, die ksl. und euer kgl. Mt. werde nochmaln die sachen uf die weg richten, wie hievor gepetten<sup>f</sup>.

[*Art. 3: ad Nr. 158, Art. 3*] Belangendt den<sup>g</sup> friden befinden wir, das es euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. dohin versteen, das die alten und verneuerte landfriden und andere bis doher erfolgte fridständt mit dieser stende vorwissen, rath, willen und zuthun abgeredt, von allen stenden willkurlich<sup>h</sup> angenommen, furter zu Speier [*1542*] gebessert<sup>i</sup>, und das euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. die handlung aus der gewisheit in ein ungewisheit nicht zu stellen wissen etc.

Zweifeln wir nicht, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wissen sich gnediglich und gunstiglichen zu berichten, was unsere gnedigst, gnedig hern und öbern fur fridständt und abschiet angenommen und aus was unvermeidlichen ursachen

---

<sup>b-b</sup> *Com.*

<sup>c</sup> *In C: gehabt.*

<sup>d-d</sup> *In C irrtümlich: unparteyisch.*

<sup>e</sup> *In B folgt gestr.: sollich des pabsts außgeschriben vermeint concilium.*

<sup>f-f</sup> *In B korr. aus: Darumb nochmaln unser underthenigst, underthenig und dienstlich bitt dahin steet, wie von uns in der nehern supplication und volgender replic der religion und derselben freyen lafs [!/] halb, dergleichen von wegen eines gemeinen, freyen, christlichen, unpartheyschen conciliums, in teutscher nation zu halten, oder nationalversammlung undertheniglich und dienstlich gepetten. Die endgültige Fassung auf fol. 81r (unter Buchstabe A).*

<sup>g</sup> *In B folgt gestr.: bestendigen.*

<sup>h</sup> *In B korr. aus: wurcklich.*

<sup>i</sup> *In B folgt gestr.: den andern stenden zu nachteil und uns zu vorthail.*

---

<sup>3</sup> *Siehe Nr. 157, Anm. 6.*

und beschwerden sie<sup>j</sup> von etlichen derselben gewissens halb zu protestiren und zu appellirn gedungen, <sup>k</sup>welche sie aber angenommen. An denselben haben sie ires verhöffens<sup>l</sup> keinen mangel gelassen<sup>-k</sup>. Und haben aber euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. aus vorgemelten unser replic [Nr. 157] gnugsam gehört, was mangels unser gnedigst, gnedig hern und öbern an sollichen fridstendt und abschieden tragen, und nemlich, das etliche derselben fridstendt also gestellt, das sie uns, distheils stende, verpinden und hinwiderumb dem andern theil also frey und unverpunden sein, wan dieselben irn vorthail und occasion ersehen, das sie solche fridstände jederzeit ufheben und nichtig machen mugen, also das in irer hand steet, solliche friden in wierden zu lassen oder dieselben hinwegzunehmen.

Zum andern, das die vorgemelte fridstände und reichsabschidt ungleich gedeut, angezogen und darinnen zweifacher verstandt gesucht wurd, dan unser gnedigst, gnedig hern und öbern haben etliche abschidt, als nemlich den regenspurgischen [1541] und speierischen [1542], nit anderst dan uf die ksl. declaration und euer kgl. Mt. <sup>m</sup>und der ksl. commissarien<sup>-m</sup> gegeben confirmation und versicherung angenommen und bewilligt und versteen<sup>n</sup> solche bedede abschiedt uf solch<sup>o</sup> declaration und<sup>p</sup> confirmation, konndten und wuesten sich auch von solchem verstandt mitnichten fueren zu lassen.

So ist dargegen euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. woll bewust, das die andern stende <sup>q</sup>bey dem blossen buchstaben des abschiedts verharren<sup>-q</sup> und uf die ksl. declaration und euer kgl. Mt. und der ksl. commissarien gegeben urkunth <sup>r</sup>nichtzit geben wöllen<sup>-r</sup>. Daraus euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. gnediglich und leichtlich schliessen, <sup>s</sup>das unser gnedigst, gnedig herrn und öbern sich gantz keins friden versehen mögen, sonder<sup>-s</sup>, sobald die andern stende irn vorthail und gelegenheit ersehen, konten sie jederzeit vermög der abschiedt gegen uns handeln, sagen und anzaigen, das die ksl. declaration und euer kgl.

<sup>j</sup> In B folgt gestr.: und wir.

<sup>k-k</sup> In B marg. korr. aus: worden, welche sie aber angenommen und bewilligt, das sie denselben gehorsamblich und getreulich nachgesetzt, die gehalten, vollntzogen und daran ires theils nie kein mangel erscheinen lassen.

<sup>l</sup> In B: vorhabens.

<sup>m-m</sup> In B marg. nachgetr.

<sup>n</sup> In B korr. aus: verstuenden.

<sup>o</sup> In B folgt. gestr.: ksl.

<sup>p</sup> In B folgt gestr.: euer kgl.

<sup>q-q</sup> In B marg. korr. aus: [sich] der abschid, wie die in dem buchstaben begriffen, settigen und begnugen lassen.

<sup>r-r</sup> In B marg. korr. aus: fur unkreftig und unbundig gehalten und noch halten.

<sup>s-s</sup> In B marg. korr. aus: das diese fridständt nit bestendig und wurcklich sein mogen, dann.

Mt. <sup>t</sup>-und der ksl. commissarien<sup>t</sup> urkhunt <sup>u</sup>-nicht stathab und sie mitnichten verbende<sup>u</sup>.

Dardurch <sup>v</sup>-dan unser gnedigst, gnedig hern und öbern in allen<sup>v</sup> vorigen beschwerden stuenden und sich<sup>w</sup> selbst widerumb in den last [= *die Belastung*] fuerten, <sup>x</sup>-dero sie sich doch durch die ksl. declaration und euer kgl. Mt. und der ksl. commissarien urkunth erledigt verhoffen<sup>x</sup>, und wurden derhalben sie aus der declaration und confirmation in den jungsten regenspurgischen [1541] und also dadurch in den augspurgischen abschiedt [1530] und wormbisch edict [1521] widerumb gefurt, in welchen sich unser gnedigst, gnedig hern und öbern dermassen beschwert befunden, das sie denselben nicht angenommen, sonder darwider protestiert haben<sup>y</sup>.

Darumb, dieweil sich euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. in irer nehern antwurt gnediglich erpotten, do sie einichs gebrechens oder mangels solcher fridständt halben erinnert, das ir Mt., fstl. Gnn. und G. in denselbigen gebrechen und mängel einsehens und besserung thun wöllten, so haben wir die nehern unsere eingefurten ursachen und mängel, damit dieselben hinweggenommen und bestendiger frid erhalten wurd, undertheniglich dargethan und nit darumb erregt, die handlung in ein ungewisheit zu stellen, sonder vilmeher in ein bestendige gewisheit zu richten und zu bringen etc.

<sup>z</sup>-Und dieweil euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. in nechst gebener antwurt [Nr. 158] anzaigen, da von den gemeinen stenden mängel angezaigt wurden, das sie dieselben zu bessern erpiettig, so konnden solche mängel durch keinen andern weg bequemerlicher gefunden und verstanden werden dan durch das, das sich die stende miteinander notturftiglich underredten. Derhalben wir dan in der nehern unser schrieft [Nr. 157] den ausschus gesucht, den wir auch noch fur den nutzlichsten und furträglichsten weg achten und darumb underthenigist und dienstlich gebetten haben wöllten<sup>z</sup>.

---

<sup>t-t</sup> In B marg. nachgetr.

<sup>u-u</sup> In B marg. korr. aus: unkreftig were und sie mitnichten binde.

<sup>v-v</sup> In B korr. aus: wir dann in allen unsern.

<sup>w</sup> In B korr. aus: uns.

<sup>x-x</sup> In B korr. aus: daraus sie und wir durch die ksl. declaration und euer kgl. Mt. urkunth gefurt, also das wir in mangelung der gepracht.

<sup>y</sup> In B folgt gestr.: wie sie gleichßfalhs uff den speyrischen und regenspurgischen abschidt, do inen die ksl. declaration und confirmation nit gegeben, auch gethan und die weder bewilligt oder angenommen hetten.

<sup>z-z</sup> In B korr. aus: Bitten derhalben nochmaln, das euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. die mittel fur die hand nemen, dardurch der religion und derselben anhengigen oder daruß fliessenden sachen halb zwischen den stenden des Reichs einmal ein bestendiger frid mög ervolgen und das zu gruntlicher erlernung solcher mängel und zu einer zurichtung solchs bestendigen fridts ein ußschuß verordent werde, aller massen wie in der nehern replic undertheniglich gepetten. *Die endgültige Fassung auf fol. 81r (unter Buchstabe B).*

[*Art. 4: ad Nr. Nr. 158, Art. 4*] <sup>aa</sup>-Verner vermercken wir, das euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. nit one beschwerung verstanden, sich auch nit versehen, das diese stende uf abschaffung der personen des chammergerichts verharret sein sollten, in ansehung das in vorgehaltenen reichstägen durch alle stende einhelliglich geschlossen und bewilligt worden, welchermassen die visitation und reformation des chammergerichts furgenommen werden sölt etc.<sup>-aa</sup>

Darauf wollen euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wir nit unerinnert lassen, das unser gnedigist, gnedig hern und öbern die visitation und reformation des chammergerichts mit den andern stenden zugleich und einhellig mitnichten bewilligt, sonder dieweil der regenspurgisch reichsabschiedt dahin gestelt wart, das die visitation und reformation des chammergerichts uf die alten ergangene abschiedt beschehen söllt, so haben unser gnedigst, gnedig hern und öbern den regenspurgischen abschiedt nit allein in demselben <sup>ab</sup>-puncten, die visitation und reformation belangendt<sup>-ab</sup>, sonder auch in andern mer artickeln nicht anderst dan uf die ksl. declaration angenommen und bewilligt, welche diesen stenden ausdrücklich zugibt, das dieselb visitation und reformation nit uff die alten abschiedt, sonder uf irer Mt. declaration geschehen söllt.

[*Art. 5: ad Nr. 158, Art. 5*] Und obwöll diesen stenden hiebevör durch denselben weg der visitation und reformation het mögen geholffen werden, dieweil aber dieselben, wie sie zu Regenspurg und volgens zu Speier zugesagt und bewilligt, in wurckliche volnziehung nit kommen und doch gleichwöll chammerrichter und beisitzer gegen diesen stenden mit beschwerlichen processen furgefarn und sich also understanden, diese stende auch in prophan-sowoll als in religionsachen so heftig zu beschweren, das sie aus gedrunge-ner, unvermeidlicher notturft zu furkommung des chammergerichts beschwerlichen<sup>ac</sup> processen verursacht worden, dieselben chammergerichtspersonen zu recusiren<sup>ad</sup>, so haben euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. <sup>ae</sup>-aus diesen und andern

---

<sup>aa-aa</sup> *In B korr. aus:* Verner verstehen wir, das euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. nochmaln uff der visitation und reformation des cammergerichts, dess sich auch dise stend vormaln ersettigen heten lassen, beruwen und uff abschaffung der personen nie dermassen gedrunge und beharret, und daß auch die abschaffung uß der personen ungnugsamheit oder verschulden, die durch vorgehende visitation erlernet werden, volgen must, mit gnedigem erpieten, das die religion- und andere sachen vermög des speyrischen abschieds eingestellt und mit der visitation vermög der reichsordnung, abschied und bewilligung furgangen werden sollt etc. *Die endgültige Fassung auffol. 81rv (unter Buchstabe C1).*

<sup>ab-ab</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>ac</sup> *In B folgt gestr.:* partheylichen.

<sup>ad</sup> *In B folgt gestr.:* dardurch sie dann also, ob es schon davor nit beschehen, doch itzt also irritiert und verpittert worden sein, daß sie sich zu inen keines gleichen unpartheyschen rechtens nymmer zu versehen haben.

hievor angezeigten ursachen<sup>-ae</sup> gnediglich und leichtlich zu erachten, das die sachen numals in dem stande nit steen, das uns<sup>af</sup> durch die visitation und reformation, wo die personen sollten bleiben, geholten<sup>ag</sup>. Zudem das unnöttig, den verdacht auszufurn, dieweil<sup>ah</sup>-hiebevur solcher verdacht und die ursachen desselben vermittelst des aidts furgewant<sup>-ah</sup>. Und do es aber nöttig sein söllt, so sölt solche ausfuerung coram arbitris und nit vor den visitoribus beschehen. <sup>ai</sup>-Darauf dan ein lange zeit lauffen und allerley unbequemlichkeit auß mangel des rechtens im Hl. Reich ervolgen wurd<sup>-ai</sup>.

<sup>aj</sup>-Derhalben zu bestendiger vergleichung beeder theil und zu furderung gemeines fridens kein bequemer weg, dan das die beisitzer ires ampts gnediglich

---

<sup>ae</sup>-<sup>ae</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>af</sup> *In B korr. aus: inen.*

<sup>ag</sup> *In B folgt gestr.:* Dann es wurden nichtzitdesterweniger der abgunst, unwill und verpitterung, so dise personen ob der recusation gefasst, allwegen in irem gemuet bleiben und durch die visitation und reformation nymer hinweggenommen werden, auch dadurch dann die stende sich allweg der unfreundschaft und unwillen hinfuro gegen irn personen als eines verpönten feinds befahren mußten. Und gesetzt, das die sachen noch in denen terminis stuenden, also das die visitation und reformation uff die ksl. declaration und euer kgl. Mt. urkunth und versicherung furgenomen werden sollt, so könnnden wir dannoch nit befinden, daß unseren gnedigen, gunstigen hern und obern damit geholten sein wollt, dann es wurden die visitatores des andern theils mit der visitation und reformation uff die alten abschide vermög des regenspurgischen und jungsten speyrischen reichsabschidt vorgeen, die declaration und confirmation fur unkrefutig halten und uns further mit irn stymmen übermehrn wöllen. Dardurch wir dann eben in unsern vorigen beschwerden stuenden, also daß uns auch in den suspendierten sachen keinswegs geholten wurd.

<sup>ah</sup>-<sup>ah</sup> *In B marg. korr. aus:* nach besag gemeiner recht zu abschaffung eines richters allein die vorwendung des verdachts mit dem aidt, one das sie verner außgefurt werde, gnugsam.

<sup>ai</sup>-<sup>ai</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>aj</sup>-<sup>aj</sup> *In B korr. aus:* Derhalben kein besserer und furträglicher weg, darumb wir nochmaln underthenigst, undertheniglich und dienstlich bitten, dann das euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G verfuegen, damit die bemelten cammergerichtspersonen furderlich abgeschafft und das cammergericht zum furderlichsten von den stenden zu allen theiln vermög der alten cammergerichtsordnung, der ksl. Mt. declaration, desgleichen euer kgl. Mt. und der ksl. commissarien gegeben urkunths mit andern personen von neuem besetzt, auch aller verner mängel halben nach notturft reformiert und sonst alles anders verschaffen, welchs dise stend in irer übergebenen suplication und replic underthenigst und dienstlich gepetten. So ist auch diser stend suchung und meynung nicht, das dieselben personen des cammergerichts auß ungnugsamkeit oder verschulden, sonder von wegen der partheylichkeit, verdachts, abgunsts und verpitterung, von welchen euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. nun vilmaln auß unser suplication und replic gnediglich verstanden haben, amoviert und abgeschafft werden sollten. *Die endgültige Fassung auf fol. 81v (unter Buchstabe C2).*

erlassen. Und obschön die obgemelten ursachen nit vorhanden, so wissen doch euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G., wes zu erhaltung gemeines fridens die recht zugeben und nachlassen und was sonderlich dieser zeit der teutschen nation hochste notturft hierinnen ervordert<sup>aj</sup>.

Und konden aus unsern nehern eingefurten ursachen noch nit finden, das diese erlassung<sup>ak</sup> der personen der ksl. Mt. an irer reputation, den andern stenden an irer gerechtigkeit noch auch den personen an irn ehrn verletzlich sein mög, <sup>al</sup>ebensowenig als davor die beurlaubung des ksl. regiments<sup>al</sup>, dan es mueste auch sonst distheils stenden und denen personen, so sie als gelerte und verstendige leuth an das ksl. chammergericht presentirt und welche von chammerrichter und beisitzern von wegen der religion <sup>am</sup>nicht zugelassen<sup>am</sup> und widerumb heimgeschickt, an irer gerechtigkeit und ehren<sup>an</sup> verletzung bringen<sup>ao</sup>.

[*Art. 6: ad Nr. 158, Art. 6*] So kan auch die angepotten suspension aller ursachen bis uf zeit der visitation, so dieselbig inhalt euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. gegeben antwurt vermög der abschiedt sölt furgenommen werden, wenig fruchten, dan es wurden die visitatores des andern theils die visitation und reformation uf die alten abschiedt furnemen wöllen, welchs aber diese stende nicht bewilligen konndten, sonder wurden uf die ksl. declaration und euer kgl. Mt. und der commissarien gegeben urkunth dringen und sich derselben, wie billich, behelfen. Solten dann die andern stende also uf die abschiedt visitirn und furfarn, wie euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. jetzig antwurt [*Nr. 158*] zugibt, so wurde die suspension durch solch ire vermeinte visitation ufgehoben und diesen stenden gantz nichts geholfen sein.

Und derhalben wöllen wir nochmaln underthenigist und undertheniglich verhöfften, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. werden in anseung vor und jetzt erzelter ursachen unser hievor beschehen ansuchen und bitten nit so fur beschwerlich achten, sonder denselben als den einigen weg, der zu erhaltung frides, ruhe und einigkeit im Reich dienen mag, gnedigst und gnediglich statgeben, auch die sachen dohin richten, damit derselb in das werckh gebracht werden möge.

---

<sup>ak</sup> *In B korr. aus:* abschaffung.

<sup>al-al</sup> *In B marg. nachgetr.*

<sup>am-am</sup> *In B korr. aus:* abgeschafft.

<sup>an</sup> *In C irrtümlich:* deren.

<sup>ao</sup> *In B folgt gestr.:* Zudem das auch solche der personen abschaffung, do schon kein ursach vorhanden were, zu erhaltung gemeines fridens, nutz und einigkeit billich amoviert, dardurch dise stendt sovildesterweniger in unfriden und daruß volgender beschwerlicher weiterung bleiben und sitzen möchten, dann umb diser ursach willen zu furhnemung uffrhur und entpörung ist nachgelassen, von den gemeinen rechten, statuten, ordnung und satzung zu schreiten.



[Art. 7: ad Nr. 158, Art. 7] Hg. Heinrichen von Braunschweig und den benentent tagk uf Quasimodogeniti [1543 April 1] nechst belangendt, haben euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. in der nehern replic [Nr. 157] unsern underthenigen bericht gehört. Und do euer kgl. Mt. unseren gnedigsten und gnedigen hern sollicher sachen und tagsatzung<sup>ap</sup> halben gnediglichen schreiben und dieselben verstendigen, zweifeln wir nit, sie werden sich gegen euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. mit undertheniger, gepurlicher antwurt vernemen lassen.

[Art. 8: ad Nr. 158, Art. 8] Und das uns euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. zu furgang der sachen mit einfurung der ursachen, was allenthalben daran gelegen sein wöll, erinnern, zweifeln wir nicht, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wissen sich gnediglich zu berichten, wie gehorsamlich sich unser gnedigst, gnedig hern und öbern in allen des Reichs beschwerden und obligen, auch furigen hulfen und anlagen erzaigt haben, also das sie mit demselben die wenigsten oder letzten nit gewest, sonder zu abwendung der beschwerden getreulich zugesetzt haben<sup>aq</sup>. Und seint ire kfl., fstl. Gnn. und sie zu aller gleichmessiger und träglicher hilf nochmaln nit ungeneigt. Dieweil sie aber dieselben one erlangung bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens nit laisten konnden, so bitten euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. wir nochmaln undertheniglichst und dienstlich, das sie zu demselben<sup>ar</sup> durch die hievor gepetne weg gnedigst und gnediglich furdern wöllen. Das werden umb euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. unser gnedigst, gnedig hern und öbern underthenigst, freuntlich und undertheniglich verdienen<sup>ar</sup>.

US: Euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. underthenigste, willige der Kff., Ff.<sup>as</sup>, stett und stende der augspurgischen confession und derselben religion rethe, gesanten und botschaften<sup>at</sup> und verwanten<sup>at</sup>.

<sup>ap</sup> In C irrtümlich: absatzung.

<sup>aq</sup> In B marg. nachgetr. und danach wieder gestr.: also das innen mit grundt nit zugelegt werden mag, das sie die beschwerung, so ietzt vorhanden, verursacht und die abwendung derselben verhindert heten.

<sup>ar-ar</sup> In B marg. korrr. aus: durch obgamelte, auch in unser vorigen ubergeben supplication und replic gebettne mittel und weg verhelfen. Dann das wir erledigung derselben gepetten und noch bitten, geschicht auß disen ursachen, damit man sovildestermehr in disen hochbeschwerlichen obligen zu der hulf wider den Turcken und ander des Reichs notturft komen möge.

<sup>as</sup> In CD folgt danach: graffen.

<sup>at-at</sup> CD om.

160 *Quadruplik*<sup>1</sup> *Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die Triplik der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 159) – actum Nürnberg, 1543 März 8/verlesen 1543 März 9*<sup>2</sup>

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 160r–161v (Kop.); DV fol. 161v*: Kgl. Mt. und der ksl. comissarien dritte und letzte schrift.
- B *Wien HHStA, RKRTA 11/Konv. 1, fol. 176r–178v (Konz.); DV fol. 178v*: Der kgl. Mt. und ksl. comissarien dritte und letzte schrift, den protestierenden stenden übergeben.
- C *Weimar StA, EGA, Reg. E 148, fol. 376r–378v (Kop.); DV fol. 378v*: Kgl. Mt. und ksl. comissarien antwort auf der cristlichen religions- und ainungsverwanten stende dripplicen fridens und rechtens halben übergeben. 1543 Dornstag nach Letare, den 8. Marcij.
- D *Weimar StA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 263r–265v (Kop.); AS fol. 263r*: Copei. Kgl. Mt. und der ksl. comissarien antwort auf der ainungs- und religionsverwanten stende tripplicen und auf ire erste supplication des fridens und rechtens halben übergeben. 1543 Dornstag nach Letare, den 8. Marcij.
- E *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 192r–194v, AS fol. 192r*: Röm. kgl. Mt. quadruplicaschrift auf der protestierenden stende triplica, übergeben den 8. Martij anno etc. 43.

<sup>1</sup> *Es handelt sich um die dritte Antwort Kg. Ferdinands an die evangelischen Stände, weshalb sich in mehreren Überlieferungen die Bezeichnung „Triplik“ findet. Da das Aktenstück im Schriftwechsel zwischen dem König und den Protestanten die Erwiderung Kg. Ferdinands auf die Triplik der CA-Stände darstellt, wird es jedoch auch als „Quadruplik“ bezeichnet: siehe das CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c) zum 8. und 9. März sowie die AS in E. Zur uneinheitlichen Nomenklatur der Aktenstücke siehe die Einleitung zu Kap. V, S. 765. Von den altgläubigen Reichsständen wurden die Verhandlungen Kg. Ferdinands mit den Protestanten betr. deren Forderungen zu Friede und Recht misstrauisch und skeptisch beurteilt. So berichtete Konrad Junge, der Gesandte des Bf. von Speyer, freitags nach Letare (1543 März 9): [...] Sydther vernim ich, das die kgl. Mt. und ksl. commissarien widder der stende rathe sich wither mit den protestierenden in schriften eingelassen, das verzeigert die handelung. Und hab mich berichten lassen, das die kgl. Mt. sich so vil gegen den protestierenden hab horen lassen, das ir Mt. von der stende wegen wollen das uber sich nemmen, das alle religion- und prophansachen der protestierenden sollen angestellt und suspendirt werden am kamergericht bitz uf die visitation und reformation des chamergerichts personen. Wo dem also, wie vil fur ware bekennen, bedunckt es mich hoch beschwerlich, dan ich weiß nit, wie die artikel oder inquisition, daruber die chamergerichtspersonen visitirt und reformirt sollen werden, zu stellen weren, wo man der alte[n] ordnung der visitation nit solt nachgen, wie dan der protestierenden meynung vil anderst gefunden und disse personen jetzt gantz hinweg haben wollen. Heut ist umb 8 auher [= Uhr] widderumb angesagt. [...] In: Straßburg AM, AA 503, fol. 165r–167v, hier fol. 165rv (Ausf. v.d.Hd. Junges).*

<sup>2</sup> *Das Datum der Verlesung ist dem CA-Protokoll Lambs zum 9. März (Nr. 86c, fol. 232r) entnommen.*

[Art. 1.] Die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster herr, samt der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrn, verordneten comissarien haben der stende der augspurgischen confession und derselben religion rette, gesantn und botschaftn dritte schrift [Nr. 159] auf irer kgl. Mt. und bemelter ksl. comissarien hievor gegeben entliche antwort und resolucion [Nr. 158] vernomen etc. Und dieweil ir kgl. Mt. und gedachte ksl. comissarien in solcher der stende jungsten schrift im grundt nichtz neues oder anders befinden, dann wie es hievor durch sy, die stende, in ainer langen schrift [Nr. 152 bzw. Nr. 157] mit merer und lengerer ausfuerung furbracht worden, so lassen es ir kgl. Mt. und bemelte ksl. comissarien bei obbemelter jungst gegeben beschlieslichen antwort und resolucion mit nachvolgender erleutterung beruen und beleiben.

[Art. 2.: ad Nr. 159, Art. 2] Und furnemblich, was das concilium belangt: Angesehen, das ir kgl. Mt. und die ksl. comissarien des ungezweifeltn versehens sein, die handlung und vergleichung der strittigen religion werde auf disem concilium, sonderlich durch der ksl. Mt. personlichen ankhnft und zuenäherung in das Reich, dermassn under henden genommen und gefurdert, das sich desselben billicherweise niemands zu beschwern haben wirdt. Und ob aber gleichwol solhes entstuende, so geben die reichsabschide lautter maß und ordnung, wie ferrer zu hinlegung solher strittigen religion furgangen werden solle, welches sich dann abermalen der ksl. Mt. personlichen ankhnft halben umb sovil mer tröstlicher und erschieslicher zu versehen. Und das auch ir ksl. Mt., wie sy dann bisher gnediglich gethan, hierin an irer gnedigsten furderung nach nichts erwinden lassen werde. Darzue die kgl. Mt. und ksl. comissarien irem vorbeschehnen erbietten nach auch alle mugliche furderung thun wollen.

[Art. 3.: ad Nr. 159, Art. 3] Sovil aber betrifft den bestendigen friden und das gleichmessig recht, darunder die visitacion und reformation des ksl. camergerichts begriffen, geben die kgl. Mt. und die ksl. comissarien<sup>a</sup> den stenden auf vorgegeben ir schliesliche antwort dise erleutterung: Nemblich, das solher fridstandt und gleichmessig recht auf die hievor gemachten reichsabschide und ordnungen, auch die ksl. declaracion, uber den jungsten regenspurgischen reichsabschid gegeben [RTA JR Bd. XI, Nr. 949], gedeudet und verstanden werden solle. Und ob aber daruber, und sonderlich in der vorhabenden visitacion und reformation des camergerichtz, ainich beschwerden oder irrungen furfallen wurden, werden die ksl. Mt. in denselben furfallenden irrungen, dieweil ir Mt. personlich an der handt sein wirdet, der gepur und billichait nach erledigung thun, wie ir dann die ksl. Mt. auf jungstem regenspurgischen reichstag derhalben gepurende declaracion zu thun khlerlich vorbehalten hat.

[Art. 4.: ad Nr. 159, Art. 8] Und wollen sich demnach die kgl. Mt. und ksl. comissarien auf ir vorgegebne schliesliche antwort und dise gnedigste gethane erleutterung zu den stenden genzlich und unzweifelich versehen, sy werden sich daran billich settigen und benugen lassen, angesehen das ir kgl. Mt.

---

<sup>a</sup> *A om.*

und die ksl. comissarien inhalt irer jungsten schlieslichen antwort [Nr. 158], auch uber dise gnedigiste erleutterung ferrer oder weitter nit geen mogen, und darauf an alle ferrere waigerung mit und neben den andern stenden den hochwichtigen haubtpunctn der cristenlichen turckhenhilf zu beratslagen under handen nemen und hierin weitter khainen aufzug noch verlengerung gebrauchen, dann die kgl. Mt. solhes ferrer oder lenger nit einstellen mochte, sonder drungenlich verursacht, dise sach, sovil indert menschlich und muglich ist, zu beschlieslicher handlung ze furdern.

Wo auch hierin ainicher weitter aufzug, des sich doch ir kgl. Mt. und die ksl. comissarien in bedenckhung der hochsten unvermeidlichen nott khainswegs versehen, gebraucht werden sollte, wurde ir kgl. Mt. und der ksl. comissarien notturft ervordern, ain wissen ze haben, welche under disen stenden sich diser gnedigisten handlung und billichen anmuertens nit settigen lassen und daruber in irem vorhaben und furnemen zu verharren gedechten, damit ir kgl. Mt. und berurte ksl. comissarien solhes die ksl. Mt. der notturft nach zu berichten hetten und dises hochnottwendig cristlich werckh zu gemeiner reichsstende und gantzer cristenhait verderben ferrer oder lenger nit aufgehalten werde.

161 *Votenprotokoll der hessischen Gesandten zu den Beratungen der Augsburger Konfessionsverwandten über die Quadruplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 160) – actum Nürnberg, 1543 März 9*

Wien HHStA, RK RA i.g. 13ff/Konv. 2, fol. 90rv, 95r–97v (Reinschr. des Votenprotokolls)<sup>1</sup>; DV fol. 97v: Der stendt schlus und stymen uff die dritt des königs antwort.

Uff Freitag, den 9. Marcij anno etc. 43, ist der kgl. Mt. und der comissarien dritte antwort in den puncten conciliens, auch fridens und rechtens halb [Nr. 160] in offnem rath der augspurgischen confession und religion verwanten stendt gelesßen und daruff ain ider gesanter in seinem bevelh gehort worden.

Hessen: Hat die stendt ihres vorigen schluss uf di suplication [Nr. 152] und replic [Nr. 157], dergleichen was mer zu erlangung bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens geschlossen, erinnert und dabey ermant, dabey zu verharren, mit erzelung des nutzens und des nachteils der ainmuertigkeit und sönderung, mit weiter gnediger anzaig, das ir gnediger furst und herr vor der zeit erliche, nutzliche und guttliche weg gehapt, dadurch sy bestendigen friden und recht mögen erlangen. Sein fstl. Gn. hetten aber den gemainen handel hierinnen angesehen und bey disen stenden verharren wölln. Söllt es aber je zur sonderung gerathten, dess sich doch ir fstl. Gn. nicht versehen wölln, ob dann hochgedachter ir gnediger herr ursach nemen wurd, nach seiner gelegenheit zu

<sup>1</sup> Die Reinschrift wurde an Hand der beiliegenden Mitschrift der Beratungen (fol. 91r–94v) verfasst.

trachten, das die stendt desselben ir fstl. Gn. nit verdencken wollten. Dann do schon die visitation und reformation vermög der declaration sollt von beeden tail bewilligt werden, so wurd innen dannocht damit nit geholfen, sonder es mueßten die personen amoviert werden.

Des Hg. zu Zwaybrucken gesanter<sup>2</sup>: Waißt sich des vorigen schluss wol zu erinnern, namblich das man sich on erledigung fridens und rechtens, in der suplication begriffen, in kain handlung einlassen söll. Dabey will er nochmaln beleiben, davon nit weichen. Bevilht dem außschus, ain hoffliche antwurt zu stellen.

Brandenburg<sup>3</sup>: Achtet des königs antwurt [*Nr. 160*] weitleufiger dann vor, dann der könig und die ksl. comissarien wöllen erst in disputation ziehen, das man fur gewiß gehalten und noch haltet. Und wer sonderlich beschwerlich, wo der kaiser allererst neue declaration thun solt. Waißt derhalben die antwurt mitnichten anzunemen, sey auch wider sein bevelh. Schleust uf den außschus, das derselb die sachen beschwern und uff die vorig handlung ain antwurt stellen wolt, mit anzaig, das wir nicht ursach zu verhinderung der turckenhulf wern, sonder man gebe disen stenden ursach.

Lunenburg<sup>4</sup>: Dem friden und rechten sey mit dißer antwurt nicht geholfen. Wann schon die visitation vermog der declaration sollt furgenomen werden, so were es dannocht dißen stenden nicht genugsam, vill weniger ietzt, do sy in ainen zweifel gestellt und uff ein gefalhen irrung und beschwerung uff des kaißers resolution steen sollt. Darumb schleußt er, wie vor geschlossen, sich in kain handlung zu lasen on erledigte petition, in der suplication angezaigt.

Wurtemperg: Sovil das concilium belangt, sollt man dem könig antwürten, die stendt ließen es bey voriger protestation beleiben. Friden und recht belangdt, und sonderlich das die visitation uff die abschidt und declaration inhalt des konigs erklerung sollt furgenomen werden: Solt dem könig zu antwurten sein, das man uß vorigem bevelh nicht zu schreiten wißte, und sonderlich so wußt man auß der ksl. declaration nicht zu geen noch die visitation und reformation anderst dann uff die ksl. declaration zu bewilligen<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> *Jakob Schorr von Haßel.*

<sup>3</sup> *Es ist nicht klar, ob es sich um einen Gesandten von Brandenburg-Ansbach oder von Brandenburg-Küstrin handelt.*

<sup>4</sup> *Gesandter Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg, Dr. Nikolaus Holstein.*

<sup>5</sup> *Hg. Ulrich von Württemberg bestärkte seine Gesandten in einer Weisung vom 10. März 1543 noch einmal darin, in den Fragen von Friede und Recht keine Konzessionen zu machen: [...] Aber wie dem allem, so ist unser bedencken dahin gericht gewest, das wir für gewiß geacht, wa unsere stend für eyn person den bestendigen friden und das gleichmessig recht zu erlangen steen pleyben und verharret sein, sie wurden das nit alleyn bey der röm. kgl. Mt. und den ksl. comissarien, sonder auch bey des andern theyl reichsstenden [= bei den Altgläubigen] erlangt haben. [...] In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 507r–509v, hier fol. 507rv (Ausf.).*

Pomern: Conciliums halb wie vor, dann sy heten nit bevelh, in des papsts concili zu willigen. Fridt und recht belangendt, könden sy nit finden, das den sachen und dißer stendt beschwerung abgeholfen, allein wird gesucht, wie die hulf wider den Turcken heraußgepracht. Sovil das gleichmessig recht belangt, haben sie bevelh, wo die suspension der proces erhalten und die visitation und reformation uff die declaration sollt furgenomen werden, das sy desselben vermuegen tragen sollten. Es hetten auch ire gnedige herrn von der recusation nichtzit gewußt, darumb sy dann auch uff abschaffung der personen nit abgevertigt. Do aber schon die abschaffung der personen nit geschehen und die visitation und reformation uff die declaration sollt furgenomen werden, so wurd dennocht dißen stenden damit nichtzit geholfen, sonder es mueßten die andern stendt davon auch wissen und darein bewilligen. Schleußt wie vor von allen stenden geschlossen, und sonderlich das er sich von wegen seines gnedigen herrn nicht zu trennen oder zu sondern wiß. Und das alle stendt samptlich hinaufgangen, damit der könig sovildesterweniger die trennung oder sonderung spurn mög.

Mansfeld<sup>6</sup>: Schleußt uff den außschus, und sein gnediger herr werde sich von gemainen stenden mitnichten sondern.

Straßburg: Des königs antwurt wer nichtzit anderst, dann was er vor gemainen stenden angezaigt hett, allein das er der visitation halb erklerung thut. Hat daruff nach leng außgefurt, wölhermaßen der ander teil die visitation und reformation nach den abschiden verstee, wie wir dieselben uff die declaration verstee, was dieselben vermögens sey und in ir begriff, also das sy etliche abschidt hinwegneme. Dennocht were dißen stenden damit nit geholfen, und solten wir dann die hulf wider den Turcken bewilligen und dißer mißverstand ietzt nit an den tag komen, so stunden wir eben in den alten terminis und were uns eben geholfen wie davor. Und sollt man zu demselben dem kaißer declaration gestaten, so gienge man auß der declaration. Schleußt derhalben, das des konigs antwurt nicht gnugsam noch disen stenden damit geholfen sey. Darumb sollt man dem könig anzaigen, warumb sölhe antwurt und erklerung nicht gnugsam, wie es von dem andern tail und hinwiderumb von uns gedeutet; das wir auch kain declaration, dann die alberait beschehen, zu bewilligen wißten. Solt der außschus derhalben von ainer antwurt reden, darinnen diße ding nach noturft außgefurt wurden.

Augspurg: haben bevelh uff voriger suplication zu verharren und seiderher kainen andern bevelh erlangt. Werden sich seine herrn nicht sondern.

Franckfurt: Bleiben bey vorigem schlus und ubergebnen suplication und werden sich ire herrn kainswegs hierinnen sondern. Und soll man die antwurt muntlich geben.

---

<sup>6</sup> Gf. Albrecht von Mansfeld wurde auf beiden Nürnberger RTT 1542 und 1543 durch seinen Kanzler Johann Braun von Weimar vertreten.

Ulm: Haben bevelh von irn herrn, sover sy friden und recht vermög der suplication nicht erlangen, das sie sich in kaine handlung sollten einlassen. Dabey laßen sie es beruhen. Und dieweil der könig ain comination daran gehenckt, so sein sie onbeschwert, selbst zume konig zu geen und anzuzai gen, das sy des bevelh heten. Schleußt uff den außschus.

Eßlingen: Er hett bevelh bey vor ubergabner suplication zu beleiben und sich mitnichten einzulassen. Daruf er noch verhar.

Hailpron: Dergleichen wie Eßlingen. Wöll neben den andern stenden fur ain man stehen, mit ausfuerung, worinn declaration und abschidt ainander zugegen.

Eßlingen hat der statt Hall bevelh. Schleußt von irn wie von seiner herrn wegen.

Memingen: Hat bevelh, sich an friden und recht nit einzulassen. Dieweil er nu das in der antwort nit findt, so schleußt er uff sein bevelh und den außschus.

Lindaw: Will sich von disen stenden mitnichten sondern.

Hamburg: Seine herrn werden sich mitnichten trennen. Schleußt uf den außschus.

Goßlar, Magdeburg, Braunschweig, Einbeck: Verharren uff der suplication und replic und wölln sich nit sondern.

Actum ut supra.

**162 *Quintuplik<sup>1</sup> der Augsburger Konfessionsverwandten auf die Quadruplik Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare (Nr. 160) – verlesen Nürnberg, 1543 März 9***

A Wien HHSStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 163r–164v (Kop.); DV fol. 164v: Der stend der auspurgischen confession letzte schrift.

B Wien HHSStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 179r–180v (Kop.); DV fol. 180v: Der stend der auspurgischen confession vierte schrift.

<sup>1</sup> Die Bezeichnung und Zählung der Aktenstücke differiert in den verschiedenen Überlieferungen (vgl. AS und DV von A bis F): siehe dazu die Einleitung zu Kap. V, S. 765. Zur Genese der Quintuplik berichteten die hessischen Räte an Lgf. Philipp am 11. März 1543: [...] Und wiewol wir besorgt, das dieselb des khonnigs dritte anthwort [Nr. 160] und angehengte erclerung under uns, den protestirenden stenden, trennung und sonderung machen wurde, so haben sie doch alle einmuetig dahin geschlossen, das inen mit solcher dritten anthwort nicht geholten, sonder solt man bey dem ersten schluß inhalt ubergabner suplication [Nr. 152] verharren, davon sie auch zu weichen nicht gedechten. Also das sich dise stende daruff widerumb einer schrift [Nr. 162] entschlossen. Und damit der konnig und die ksl. commissarien zu sehen haben mochten, das wir undereinander nicht getrennet, sonder das aller protestirenden stende maynung were, sich ohne erledigte puncten fridens und rechtens, inmassen wie in der suplication [Nr. 152] und der replic [Nr. 157] gepetten, in kein handlung zu lassen, so sein aller protestirenden rethe, gesandten und potschaften vor dem konnig erschinen

- C *Wien HHStA, RK RA i. g. 13ffKonv. 1, fol. 79r–82v (Konz.<sup>2</sup> mit marg. Korr. und Erg.); DV fol. 82v: Schlußantwort<sup>a</sup> der stendt, der kgl. Mt. und ksl. commissarien gegeben in Nurmberg, den 9. Martij anno etc. 43.*
- D *Weimar StA, EGA, Reg. E 148, fol. 385r–387v (Kop.); DV fol. 387v: Quadruplicen<sup>3</sup> der cristlichen ainungs- und religionsverwanten stende rethen, gesanten und potschaften, der kgl. Mt. und den ksl. comissarien fridens und rechtens halben auf ire weitere antwort gegeben. 1543 Nurmberg, den 9. Marcij.*
- E *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 266r–268v (Kop.); AS fol. 266r: Quadruplicen, durch der cristlichen ainungs- und religionsverwanten stende rethe, gesanten und potschaften der kgl. Mt. und den ksl. comissarien friedens und rechtens halben ubergeben. 1543 Nurmberg, den 9. Marcij etc.*
- F *Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/6, fol. 79r–80v (Kop.); AV fol. 79r: Der protestirenden quintuplicen. DV fol. 80v: Der protestirenden stende quinduplica auf der röm. kgl. Mt. und der ksl. commissarien quadruplica, ubergeben den 9. Martij anno etc. 1543.*

[Art. 1] Der röm. kgl. Mt. und der ksl. comissarien dritte antwort [Nr. 160] in den nachgemelten puncten haben der Kff., Ff., graven, stett und stend der augspurgischen confession und religion räthe, gesandten und podtschaften undterthenigist und undtertheniglichen verstanden<sup>4</sup>.

<sup>a</sup> *Korr. aus:* dritte antwort.

und hat ir kgl. Mt. heut sonnabendts [1543 März 10] dieselben stende widerumb ervordert und widerumb ein muntlichen beschluß eigner person gethan [Nr. 163], inhalt der copi hieneben. Und dieweil die stende unangesehen desselben uff voriger letzter anthwort bestanden, so hat der konig und die commissarien bedencken genohmen. [...]. In: *Marburg, StA, PA 650, fol. 276r–278r, hier fol. 276rv (Ausf.)*. Die Augsburger Gesandten berichteten am 9. März 1543 in ähnlicher Weise an Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz von Augsburg. Sie legten ihrem Schreiben eine Liste jener Reichsstände bei, welche über die Quintuplik an den König beraten hatten und sie übergaben: [...] und schicken auch die namen der ständt, so obermelte antwort zu geben entschlossen und in dieser sachen alle fur ein man zu steen bewilligt haben. [...] Die protestierende sampt der einigungsverwanten stende: Hg. Hannß am Hundsruck [Irrtümlich, da es sich um einen altgläubigen Reichsstand handelt; wahrscheinlich ist Hans von Minckwitz, der Gesandte Mgf. Johans von Brandenburg-Küstrin, gemeint.], Brannndennburg [wahrscheinlich Brandenburg-Ansbach], [Hg.] Lunennburg, [Hgg.] Pommern, [Hg.] Wirtennberg, [Gff.] Mannßveld, Straspurg, Augspurg, Frannckfurt, Ulm mit bevelch syben stett, Eßlingen, Hall, Haylpron, Memmingen, Lindaw, Hampburg, Goßlar, Meydennburg, Braunschweig, Einnbeck mit bevelch Gottingen und Hanober. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.)*.

<sup>2</sup> *Es handelt sich um zwei Konzepte, aus denen sich die dem König überreichte Fassung des Aktenstücks entwickelte.*

<sup>3</sup> *Siehe oben Anm. 1.*

<sup>4</sup> *Zur Überreichung der Quintuplik berichteten die Frankfurter Gesandten an Bgm. und Rat von Frankfurt am 9. März 1543: [...] Und ist in dem allen unther den stenden der augspurgischen confession gotlob noch khein sonder trennung gewest dan [=*



[Art. 2: ad Nr. 160, Art. 2] Und als die kgl. Mt. und die ksl. comissarien conciliums halben noch auf voriger antwort beharren, haben ir kgl. Mt. und die ksl. comissarien zu vil malen, und sonderlich in den nehern uebergeben diser stende schriften, gnugsam ursach gehort, auß wellichen ir gnedigist, gnedig herrn und obern das itzt angesatzt bapstlich concilium kainswegs willigen konndten, sonder darwider protestiert hetten. <sup>b</sup>-Darumb wissen die rath, potschaften und gesandten von den vorigen iren gethanen protestationen und antworten nochmalen irem habenden bevelch nach nicht zu schreiten<sup>b</sup>.

[Art. 3: ad Nr. 160, Art. 3]: Dergleichen finden auch dise stende, das die kgl. Mt. und die ksl. comissarien, sovil den Friden und das recht belangt, auf voriger antwort verharren, allain das sich ir Mt. und die ksl. comissarien der visitation und reformation halben ercleren, wie solchs ir antwort verrier mitpringt.

Nun haben aber die kgl. Mt. und die ksl. comissarien diser stende ursachen und mangel des Fridens und gleichmessigen rechtens gehort und sonderlich, wellichermassen die visitation und reformation von dem andern tayl auf die abschid und nicht auf die ksl. declaration gedeutet. Derhalben, do schon die visitation und reformation vermög irer Mt. und der comissarien furschlags sollt bescheen, das solliche irrung und beschwerden nit allain zu besorgen, sonder auch gewiß alberait vor der handt sein wurden. Derwegen dann disen stenden, obschon die ksl. Mt. in sollichen irrungen und beschwerden <sup>c</sup>-weitere erclerung, dann gereit gescheen<sup>c</sup>, thun sollt, gantz nichts geholfen, dann es wissen sich dise stende voriger ksl. declaration, der kgl. Mt. und der ksl. comissarien

---

<sup>b-b</sup> In C 1. Konz.fassung: Davon wissen die reth, pottshschaften und gesanten nit zu weichen, hetten auch desse keinen bevelh. In C 2. Konz.fassung: Darumb lassen es die rath, potschaften und gesanten bey den vorigen irn gethanen protestationen nochmaln beleiben.

<sup>c-c</sup> In C marg. nachgetr.

---

außer] das Mgf. Jorgen und Mgf. Hanß zu Brandenburg, desgleichen Hg. Moritzen rethe, desgleichen die stet Nurmberg und Regenspurgk mit der recusation der itzigen beisitzere in allen sachen nichts zu thun haben und also auf die abschaffung derselben nit tringen wollen etc. Also stet dye handlung widderumb an der kgl. Mt. und ist wenig hoffnung, berurther puncten halben auf dißmol die noturft zu erlangen. Und ist wol muglich, wo sich die kgl. Mt. und die andern stende fillgemelter puncten halben nochmaln nit anders erzeigen und vernemen lassen wollen, die gesandten diesser stende möchten in kurzem iren abschiedt nehmen, dan, wie wir erachten, werden auf das wenigst die eyningungsverwandten auf der erst alhie uebergebenen supplication [Nr. 152] und den andern iren darauf gevolgten schriften verharren. Doch haben wir mehrmols euer W. umb weitheren bevelch geschriben, weiß wir unß deß fahls, do ermelte stende von gedachter supplication abweichen und sich abermols mit vertroistung kunftiger handlung und der zukunfft der ksl. Mt., wie etwan auf andern tagen beschehen, abweisen liessen etc., solten halten. Darauf bitten wir nochmols euer W. bericht etc. [...]. In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Melems).

urkundt nicht zu begeben noch auch in kain andere, die derselben widerig, nachtailig oder in ainichen weeg abbruchlich sein mochte, zu bewilligen.

Zudem das auch die kgl. Mt. und die ksl. comissarien diser stend weitter ursach gehört, do schon dieselb visitation und reformation vermog der declaration <sup>d</sup>-von baiden tailen zu gescheen gewilligt wurden<sup>d</sup>, das doch die sachen, dieweyl sy <sup>e</sup>-die cammergerichtspersonen<sup>e</sup> aus vilen erzelten ursachen als verdecchtig zu recusiern gedrungen und die verpitterung, abgunst und verdacht, den <sup>f</sup>-dise stende befinden und kunftigklich aus statlichen und gegrundten ursachen besorgen muessen, durch kain visitation und reformation mog geholten<sup>g</sup> werden<sup>f</sup>, nit mer im vorigen stand weren. Bitten demnach die kgl. Mt. und ksl. comissarien, wie in der nehern antwurt gnediger beurlaubung und erlassung der personen, <sup>h</sup>-auch des ausschluß<sup>h</sup> halber gepetten.

[*Art. 4: ad Nr. 160, Art. 4*] Und wiewol dise stende diß werckh der hilf wider den Thurckhen gemainer christenhait notwendig achten, so will doch vil mer notwendiger sein, das zuvor inheimbs bestendiger frid und gleichmessig recht also aufgericht, versichert und bestettigt werd, das man sovil dest mehr disem gemeinen vheindt mit statlichem widerstandt durch aintrechtige hilf begegnen möge, undterthenigist und undterthenigklich bittendt, dieweyl dise stende kainen andern bevelch hetten, sy des nicht zu verdengkhen. Soverr sy aber desselben bestendigen friden und gleichmessigen rechtens, wie vil malen gepetten, versichert, werden ire gnedigist, gnedig herrn und obern an gleichmässiger, träglicher hilf und allem, das zu des röm. Reichs wolfart dienen mag, kain mangel erscheinen lassen.

Wellichs die räche, gesandten und potschaften vorgemelter stendt der kgl. Mt. und ksl. comissarien in aller undterthenigkait hinwider nit wollten verhalten, dero sy sich undterthenigist, undterthenigklich und dienstlich thuen bevelhen<sup>i</sup>.

### 163 *Mündliche Antwort Kg. Ferdinands auf die Quintuplik der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 162) und deren mündliche Replik an den König – actum Nürnberg, 1543 März 10*

A *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 181r–184v (Konz. der kgl. Kanzlei); AS fol. 181r: Kgl. Mt. muntlicher beschluß mit den stenden der augspurgischen confession.*

<sup>d-d</sup> *In C. marg. korr. aus: sollt geschehen.*

<sup>e-e</sup> *In C marg. korr. aus: das cammergericht.*

<sup>f-f</sup> *In C marg. korr. aus: sie disen stenden truegen durch kein visitation und reformation mög abgeholfen werden.*

<sup>g</sup> *In C bis F: hinweggenommen.*

<sup>h-h</sup> *In C marg. nachgetr.*

<sup>i</sup> *In F folgt danach eine Kurzfassung der mündlichen Antwort Kg. Ferdinands von 1543 März 10 (Nr. 163).*

B *Wien HHStA, RK RA i.g. 13ffKonv. 1, fol. 84r–86v (Konz. der evangelischen Stände); DV fol. 86v: Der kgl. Mt. und der ksl. commissarien vierte antwort, den stenden der augspurgischen confession und religion den 10. Marci muntlich durch irer Mt. selbst person gegeben.*

C *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 85r–86v (Kop. der evangelischen Stände).*

*Die mündliche Antwort Kg. Ferdinands an die Augsburger Konfessionsverwandten und deren Replik wurden sowohl von kgl. als auch von protestantischer Seite in resümierender Form festgehalten. Die kgl. Überlieferung (A) wird im Haupttext ediert, während die an manchen Stellen deutlich anders lautende Zusammenfassung der Evangelischen (BC) in Anm. 1 wiedergegeben wird<sup>1</sup>.*

<sup>1</sup> *Das Resümee der CA-Stände laut Überlieferung B:* Die kgl. Mt. und die ksl. commissarien haben heut, den 10. Martij, die stend der augspurgischen confession und religion fur sich ervordert und hat die kgl. Mt. uß irem selbst mundt nachgemelt furbringen gethan: [Art. 1] Der röm. ksl. Mt., irs bruders und lieben herrn, commissarien und ir Mt. hetten die gesterige diser stend antwort und beschliessliche schrift [Nr. 162] gehört und sich einer bessern antwort zu disen stenden versehen, angesehen das ire Mt. und sie, die commissarien, weiter nit, dann ir bevelch were, gehen könnten, und das auch irer Mt. und der commissarien antwort und ansuchen zimblich und billich geweßt. Und wollten demnach ir Mt. und die commissarien uff diser stend ubergeben schrift hiemit einen entlichen beschlus thun: [Art. 2] Erstlich belangend das concilium konnten ir Mt. und die commissarien weiter nit geen, dann die andern stend des Reichs bewilligt, der zuversicht, wo dasselb concilium furgienge, das dise stend desselben kein beschwerung tragen sollten. Wo es aber nit fur sich gieng, so geben die reichsabschid verner maß. So wurd auch die gegenwurtigkeit des keisers sovil dester mehr tröstlich sein, dann ire Mt. zu allem friden geneigt weren. [Art. 3] Zum andern frid und recht belangend, das dise stend noch uff voriger beger des ußschuß und erlassung der personen beruheten. Hetten dise stend verstanden, warumben ire Mt. und die commissarien den ußschuß zu verordnen nit fur gut achteten, wie es dann auch die andern stend nit fur gut bedechten. Zudem das ire Mt. und die commissarien noch nit anderst finden, dann das dise stend mit dem friden gnugsam und nach notturft versichert, wie dann ire übergebne schriften alles weiter und clerlicher zu erkennen geben, dergleichen auch die reichshandlungen und abschid, dero dise stend vormaln ersettigt und weiter nit begert hetten. Versehen sich demnach die kgl. Mt. und ksl. commissarien, sie wurden derselben noch nit hinder sich geen. Und dieweil die kgl. Mt. und ksl. commissarien befinden, das mehrertheils beschwerung uff den personen des ksl. cammergerichts stehen, so weren ir Mt. und die commissarien urputtig geweßt, mit den processen so lang stilltusteen, bis das cammergericht visitiert und reformiert wurde, wie sollichs die reichsabschide vermöchten. Und achten noch nicht fur billich und recht, das dieselben personen des cammergerichts unverhört abgeschafft werden sollten, zudem das sie auch desselben von der ksl. Mt. gantz keinen bevelch hetten. Hette nun das cammergericht mängel, so wurden dieselben durch die visitation billich ußgefurt. Befenden dann die visitatores, das dyeselben personen des cammergerichts ubel gehandelt, so sollten sie nit allein entsetzt, sonder auch, do sie unrecht befunden, gestrafft werden. Hinwiderumb, do sie unstreflich und recht gehandelt, wurde irer billich verschonet. Und weren ire Mt. und die ksl. commissarien nochmaln erpietig wie vor, sich mit disen stenden eines tags zu vergleichen, uff welchem die visitation und reformation irn furgang erreichen solle,

Die röm. kgl. Mt. hat in gegenwurt der ksl. commissarien den stenden der augspurgischen confession auf ir vierte und letzte schrift [Nr. 162] ungeverlich nachvolgende mainung muntlich furgelthn:

[Art. 1] Ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien hetten ir, der stende, jungste schriftliche und muntliche antwort auf irer kgl. Mt. und ir, der ksl. commissarien, letzte schrift vernomen und sich zu inen, den stenden, ains andern und pessern versehn, angesehn das sy, die stende, aus irer kgl. Mt. vor ubergebn schriftn genugsamlich vernemen mogen, das ir Mt. und sy, die ksl. commissarien, weiter oder ferner dann in derselbn schriften begriffn, nit geen mochtñ.

[Art. 2: ad Nr. 162, Art. 2] Und erstlich, was das concilium belangte, hetten sy, die stende, zuvor mermaln vernomen, das irer kgl. Mt. und den ksl. commissarien nit geburn wolte, hierin weiter ze geen oder anders ze handln, dann wie hierin von der ksl. Mt. verordnung beschehn, der zuversicht, es wurde sich der handlung auf solhem concilium niemands billicherweise zu beschwern habn. Wo dann dasselb wurckhlich nit furgienge, hette es ferrer sein maß und ordnung, wie und welher gestalt alsdann weiter der strittigen religion halben gehandelt werden sollte.

[Art. 3: ad Nr. 162, Art. 3] Sovil den friden und das recht betreffe, derhalbn der stendt begeer noch auf ainen ausschuß und beurlaubung der camergerichtzpersonen gestellt wurde, wäre ine, den stendn, hievor ursachn anzaigt, warumb derselb ausschuß nit fur rätlich angesehen wurde, zudem das sich die andern stende zu demselbn bschwerlich bewegen lassen. So were inen in den ubergeben schriftn angezaigt, das sy genugsamlich versichert und dhweil ir, der stende, maiste beschwerd des camergerichts halbn sein möchte, wern sy derhalbn auch genugsamlich versichert, dann alle proceß gegn inen so lang eingestellt werdn solln, biß die visitation und reformation des camergerichts beschehn, welcher

---

wie sollichs ir Mt. und der commissarien schrift verner zu erkennen geb. Wann nun dasselbig also geschehe und die visitation und reformation wie vorgemelt furgenomen, sollten die stend billich kein vernere beschwerung haben, sonder benuegig und zufriden sein, und sovil dester mehr, dieweil die ksl. Mt. gewißlich in das Reich komen und alle burden und beschwerden sovil möglich erledigen, auch all abschid, declaration und anders, als vil es irer Mt. gepurn wollt, erklern wurd. Daruß gespurt werden sollt, daß ir ksl. Mt. gegen meniglichen mit gnaden geneigt. Dieweil nun dise stend verstuenden, daß ir Mt. und die commissarien nit weiter konnten, das sie auch fridens und rechtens halber gnugsam versichert, zudem daß des keisers gemuet zum friden geneigt, dise stend auch gnugsam verstuenden, wie dann auch vor angezeigt und im werck zu beweisen, daß dieselben fridständ disen stenden zu vorthail und den andern zu nachteil gedient hetten, so were der kgl. Mt. und der ksl. commissarien begern nochmaln, dise stend wollten zu den hauptpuncten greiffen und dieselben helfen beschliessen, angesehen der not und obligen der teutschen nation und der christenheit. Das wurde die ksl. Mt., wie auch ir kgl. Mt., in allen gnaden erkennen. Daruff ist durch dise stend widerumb furgewandt, sie hetten keinen andern bevelch, dann wie sie sich des gestern vernemen lassen, underthenigst und undertheniglich bittend, sie als diener nit zu verdencken.

visitacion und reformation halbn sich auch ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien mit inen, den stenden, ytzo ains tags vergleichn und denselbn ernennen wellen. Dann unbillich wäre, das die camergerichtzpersonen unerhort entsetzt werdn solltn. Wann aber nun die visitacion beschehe und sy in derselbn ungerecht befundn, solln sy nit allain entsetzt, sonder darzue billich gestrafft werden. Wo sy aber nit ungerecht befunden, weren ire herrn und obern ungezweift ains solchen erbern gemuets, das ir begeer nit sein wurde, sy zu beurlaubn oder ze straffn. Darzue stuende in irer herrn und obern willen, so gleichwol ire verordnete beysitzer in der visitacion nit ungerecht befundn und sy bei irn dinsten beliben, das sy nichtz weniger dieselbn abfordern mochten, wann inen solhes gelegn.

[Art. 4: ad Nr. 162, Art. 4] Dieweil dann der ksl. Mt. ankhonft in das Reich gewiß und ir ksl. Mt. solher visitacion und reformation halbn, auch in allem anderm, so furfalln mochte, gnedigiste und vatterliche erledigung thun mochte und irer ksl. Mt. gemuet nit anders dann zum fridn gee, sich auch dise stende ainichs unfridens nit zu beklagen, wie des andere vil mer ursach hetten, neben dem, das ir kgl. Mt. sy, die stende, irer ksl. Mt. halbn des fridens vergwisst und hiemit entlich vertroost habn welln, so sei dennoch irer kgl. Mt. und der ksl. commissarien nachmaln gnedigs und fruntlichs ansynnen und begeer, sy, die stende, welln sich noch aines bessern bedenken, sich an vorign und diser gnedigistn antwortn und erbietsn settigen lassn und darauf, ungesehn irer vorigen waigerung, mit den andern stenden der hochnotwendigen turggenhilf halbn, daran gemainer cristnheit so hoch und vil gelegen, zu der handlung greiffen. Das werde die ksl. Mt. gegn iren herrn und obern in allen gnaden erkennen.

Darauf haben die stend ain bedenken genomen und bald ein solhe antwort gegeben: Sy hetten der kgl. Mt. und der ksl. commissarien anzaigen in den dreyen artigkln des concilium, auch friden und recht betreffent undertenigklich angehört. Und das solh anzaign durch irer kgl. Mt. selbs person beschehn, das verstuendn sy irer kgl. Mt. halbn aus gnedigister und vatterlicher naigung und willn; bedankhtn sich desselben zum undertenigisten. Das aber ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien diser dreyer artigkl halbn auf voriger antwort beharrtn, mit anzaigung, das sy von ksl. Mt. nit bevelh hettn, weyter ze schreiten, darin wolltn sy, die stende, ir kgl. Mt. entschuldiget halten. Und sollen ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien nit darfur haltn, wo sy, die gesantn und botschaften, von irn herrn und obern ainen andern bevelh hetten, das sy es vor langer zeit angezaigt und so lang nit aufgezogen habn woltn. Dieweil sy aber mit kainem andern bevelh abgefertigt, wern sy der hoffnung, man wurd sy hierin nit verdenkhn. Die kgl. Mt. und die ksl. commissarien sollten auch ire herrn und oberen darfur achtn, wo sy sich auf die beschehen fursleg ains fridens versehn mocht, das sy von denselbn abgefertigt wordn wern, dieselbn anzenemen. Dieweil es aber nit beschehn, konntn sy sich darumb in ainich handlung nit einlassen, undertenigklich bittend, ire personen entschuldigt ze habn.

Auf das sind sy abgeschidn worden, biß die kgl. Mt. sy ferrer erfordern lasse<sup>2</sup>.  
Actum Nurnberg, 10. Marcij 1543<sup>3</sup>.

164 *Lgf. Philipp von Hessen an Kg. Ferdinand: Verhandlungen über Friede und Recht als Vorbedingung für die Bewilligung der Türkenhilfe – Kassel, 1543 sonntags Palmarum (März 18)*

A Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 536–541, Nr. 178, fol. 69r–74v (Kop.); DV fol. 74v: Antwort an röm. Kg. Ferdinandum.

B Wien HHStA, RK RA i.g. 13ff/Konv. 2, fol. 98r–105v (Kop.); DV fol. 105v: Copia der anthwort unsers gnedigen herrn des landtgrafen, dem khonig gegeben, belangend die thurckenhulf, frid und gleichmessig recht etc.

Es haben mir mein rethe und geschickten, so itzo zu Nurnberg sein, geschrieben, was euer kgl. Mt. einig allein in beysein des H. Granvels selbst persönlich mit inen geredt und was sie in underthenigkeit euer kgl. Mt. gewiderantwortet [Nr. 189]. Desgleichen ist mir ein schriefft, so euer kgl. Mt. darauf an mich

<sup>2</sup> Der weitere verbale Schlagabtausch zwischen Kg. Ferdinand und den Protestanten erfolgte am 11. und 12. März 1543. Siehe dazu den Bericht der württembergischen Räte an Hg. Ulrich vom 12. März 1543 (Nr. 360) und die Schilderung der Ereignisse, in: Stuttgart HStA, H 55 (Schmalkaldischer Bund), Bü. 49, fol. 88v–89r: Uff soliche übergebene antwurt [Nr. 163] sontags Judica [1543 März 11] die röm. kgl. Mt. sampt den ksl. comissarien die stende der augspurgischen confession fur sich than erfordern, und geb ire kgl. Mt. denselben selbs eigner person muntliche und entliche antwurt, wie das ir Mt. und ksl. comissarien kheinen weithern bevelch hetten, dann wie sie sich hievor vernemen lassen. Darumb liessen sie es bey virgegeben antwort bleiben, mit beger, sich mit andern stenden des Reichs in handlungen ein[zu]lassen. Drauf die gesanten nach khleinem gehaptem bedacht ir kgl. Mt. und ksl. comissarien widerumb beantwort, das sie auch kheinen andern bevelch, und wisten als die diener sich in weithere handlungen nit zu begeben. Also hat die röm. kgl. Mt. und ksl. comissarien solchs zu bedencken getzogen. Montags nach Judica [1543 März 12] seind die ksl. comissarien uff dem rathauß erschinen, die stend der augspurgischen confession fur sich erfordert und begert, von irm virhaben abzusteem und gegebner antwurt [sich] settigen zu lassen, auch sich mit und neben andern stenden des Reichs in handlung einzulassen. Als aber die gesanten rethe der augspurgischen confession uff iren empfangen bevelhen verhart, seind sie also voneinander abgeschiden und andere stende des Reichs uff kgl. Mt. und ksl. comissarien beschehene proposition sich in beratschlagung einzulassen erpotten. Waß nun uß dieser beschwerlichen zweyung wirt volgen, ist leichtlichen zu erachten etc. Got schick es zum besten.

<sup>3</sup> Nach dem Datum AV auf fol. 184v: Alß nun die protestierenden stende durch allerhand gemayn und particular schriftlich und muntliche handlungen von irem gemaßtn furnemen und waygerung nit bewegt werden mugen, haben die kgl. Mt. samt den ksl. commissarien und gemaynen gehorsamen stenden zum beschluß und abschid gegriffen, wie der hernach volgt.

gestellt<sup>1</sup>, von inen zugefertigt worden, wilch ich mit gepurlicher reverentz empfangen, verlesen und inhalts verstanden. Und sollen euer kgl. Mt. das gewis glauben, was ich der ksl. Mt. und euer kgl. Mt., als meinen allergnedigsten hern, kann zu underthenigem gevallen thun, das ich desselbigen geneigt bin. Und weiß auch, das die andern meine religions- und zugeeinigte stende neben mir geneigt und willig sein, gegen dem erbfeind gemeiner christenheit, dem Turcken, zu helfen und der ksl. und euer kgl. Mt. underthenige wilfarung zu ertzeigen, da sie daheimen eines bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens mochten versichert und vergwissigt sein.

Dweil aber die itzige chammergerichtspersonen gegen uns, diese stendt, in vil weg, so ich hie all tzu ertzelen vor unnotig achte, dieweil euer kgl. Mt. dero albereit gnugsam von den stenden dieser vorein bericht sein etc., so gantz und ubermessig vordechtig gehandelt, auch unter disen personen gantz nimands befunden wirdet, der dieser stende glaubens und religion ist, und dartzu sich clar und unwiddersprechlich erscheinet, das sie keinen ksl. oder euer kgl. Mt. suspensionen, mandaten, gepotten oder gescheften, so sie disen stenden zu gnaden aus bewegenden, pillichen und gegrunten ursachen gethan, parirt oder gehorsamet hetten oder noch zu pariren und zu gehorsamen gedencken, so haben euer kgl.<sup>a</sup> Mt. als ein von Gott verordneter, mit vernunft hochbegabter konig und di ksl. commissarien, so itzo bey euer kgl. Mt. sein, anstat der ksl. Mt. gnediglich, wol und leidenlich<sup>b</sup> zu ermessen und zu erachten, wie doch mir geziemen wolt, meine religions ainungsverwanten stend dahin zu persuadiren, das sie tapferlich und stattlich, wie di hohe, unvermeidliche notturft thuet erfordern, gegen dem erbfeinde gemeiner christenheit, dem Turcken, ihr hohes und tapfers vermugens angreifen, das ksl. chammergericht unterhalten helfen, sich und ire unterthanen darin hart ersuchen und dargegen nit einen bestendigen friden und gleichmessig recht halten, sondern vor einem solichen parteischen, verdechtigen und aus erheblichen, gegrunten ursachen so viel maln recusirten chammergericht umb ir leib, hab und guter zu recht stehen sollten.

Und wann ich schon hirin mein gewissen nit bedencken und meine religions zugeeinigte stende hirtzu persuadiren und uberreden wollte, so wurden sie doch sagen, ich rithe inen untreulich, ich sucht mein selbst sachen mehr dann gemeiner stende eusserste und unvermeidliche notturft und wurde desfals bey inen kein volg haben. Und mag euer kgl. Mt. bey hochster warheit wol schreiben und antzeigen, das ich bey mir nicht finden kann, wi doch wir, dise stende, one furgeenden bestendigen friden und gleichmeßigs recht ein solichs mochten bewilligen. Glauben auch, wann euer kgl. Mt. di ding selbst bedechtiglich

---

<sup>a</sup> In B: ksl.

<sup>b</sup> In B: liderlich.

---

<sup>1</sup> Kg. Ferdinand an Lgf. Philipp, Nürnberg, 1543 März 11: siehe Nr. 189, Anm. 1.

erwege, sie werden das selbst aus hohem kgl. vorstandt bey ihr gleicher gestalt auch nicht anderst ermessen mugen.

Und darumb so ist mein unterthenig bitt und treuer wolmeinlicher rath, euer kgl. Mt. wolle gnedigst daran sein und befordern, das ein bestendiger frid uffgericht und di personen des itzigen chammergerichts von der ksl. und euer kgl. Mtt. gnedigst urlaubt und darnach one unterschied von bederseits religion mit fromen, erbarn, verstendigen und unparteiichen mennern ein ander chammergericht verordnet und gesetzt werde. Wann das beschicht, so wonet bey mir kein zweivel, das meine religionsverwante stende imandts der rechten fur sein werden oder das sie ein ksl. gericht und gleichmessig chammergericht nicht wol leiden mochten, sondern es ist inen, wie auch sonst dem gemeinen Reich, eines solichen gleichen rechtens hoch vonnoten und konnen auch deß keinswegs entraten oder entperen.

Und sopaldt man solchen friden und gleichs recht erlangt, so ist zweifelsfrey, es werden alsdan diese stende an inen der turckenhilf halben nach irem vermogen nichts erwinden lassen, sondern das auß frolichem und freyem und willigem gemut gantz gern thun, wie dan euer kgl. Mt. meines gewissen erachtens befinden, das an uns, denen die man die luterischen nennet, in der expedition, so verlaufnes jars wider den Turcken furgenommen, kein oder der wenigst mangel gewesen ist.

Hirin beweisen und ertzaiigen euer kgl. Mt. ein loblichs kgl. werck, wilchs euer kgl. Mt., zuvoran der ksl. Mt. und gantzer teutscher nation zugut gelangen wurdet, machen ir hirdurch diese stende gunstig und wol gewogen. Und ich werde dermassen bericht, das nit die geringste antzal der Kff., Ff. und stende, so jenes teils sein sollen, daran kein beschwerung haben oder tragen werden, es weren dan dero etwo wenig. Und glaub auch, das Kgn. Maria zu Ungern und Behmen etc., regentin der ksl. erbniederland, mein besonder liebe fraue und muhm, an solcher verenderung und absetzung itziger chammergerichtspersonen kein misfallens haben, sondern das gern sehen und wol leiden muge.

Dartzue so ist ye an disen personen des chammergerichts so trefflich, merglich und vil nit gelegen, das man an ire stette nit mochte andere annemen und verordnenen, dweil doch nit begert wirdet, sie an iren ehren zu schmitzen [= *beflecken, beschmutzen*]. Und wol eer ain gantz regiment durch euer kgl. Mt. und andere stende des Reichs abgesetzt worden<sup>2</sup>, darunter wol so viel und mehr ehrlicher und trefflicher leut als diese sein mugen gewesen, und ist inen dannost solich absetzung zu verletzung und entziehung irer ehren nicht gerathen. Und wer warlich hirin wol so hoch und mehr uff gemeine wolfart des Reichs als uff diese personen zu sehen.

Zudem so mag nicht widdersprochen werden, das der Kff., Ff., graven und stette und stende, so dieser religion sein, wol so viel und auch so vermugende

<sup>2</sup> *Entlassung des Reichsregiments auf dem Nürnberger RT 1524. Siehe dazu C. ROLL, Das Zweite Reichsregiment 1521–1530, bes. S. 205–227.*



als der andern, nemlich jensteils, im Reich teurscher nation ist und das der von adel und gemeinen manns viel und der grosser teil auch dieser religion ist. Solte man dann nun nicht dan di personen von jenem teil am chammergericht haben und von disem teil nimands daran gedulden, sondern gantzlich ausmustern wolln, dasselbig were ye, wie eur kgl. Mt. wol bey ihr selbst ermessen mugen, ungleichmessig. Und es lige disen stenden nicht allein an denen processen, di itzt am chammergericht hangen, sondern auch das noch viel sachen, di diese stende zu thun haben, ans chammergericht gelangen mochten. Sollten dan sie, diese stende, auch der zukunfftigen sachen halben vor einem solichen gericht oder richter vorkomen, di nun zweimal, einmal in religion- und das ander mal in allen prophansachen recusirt sein, so haben euer kgl. Mt. leicht zu ermessen, was gleiche richter diese stende an inen haben wurden und wi doch disse stende sich einiges gleichen urteils zu inen versehen mochten etc.

Dem allen nach bitt ich gantz unterthenig, euer kgl. Mt. wollen mir diese meine antzeige und erinnerung, so in warheit aus guter, treuer meinung beschicht, zugut halten und in disem fall, da ich den sachen nicht anders thun noch erheben mag, kein ungedigs misfallen tragen, sondern mich in dem aus ertzelten ursachen gnedigst entschuldigt nemen. *Ansonsten ist der Lgf. von Hessen stets bereit, dem Kaiser und König zu Diensten zu sein.*

**165 Fürstenratsbeschluss der altgläubigen Reichsstände: Beginn der Verhandlungen über die Türkenhilfe ohne vorherige Beratungen über Friede und Recht – Nürnberg, 1543 März 24**

*München HStA, KBÄA 3159, unfol. (zwischen fol. 459 und fol. 460), (Kop.).*

ÜS: Am hl. osterabent, den 24. Marcij anno 1543, ist im furstenrath beschossen worden:

Erstlichen das den protestierenden, sovil der in disen rath gehorn, anzaigt werden soll, es haben sich die andern stendt erinnert, wie sie, die protestierenden, nachdem von der röm. kgl. Mt. und der ksl. commissarien wegen der anfang in disem reichstag gemacht worden und der hauptfurtrag beschehen ist, sich lautter vernemen haben lassen, das si in den reichsrath nit khomen noch sich auf den beschehen furtrag in handlung neben den andern stendten einlassen wollen, nur allain es seyen zuvor dise zwen articl, nemblichen des gemainen landtfridens und gleichen rechtens im Hl. Reich, erortert, und das si derhalber auch offenlichen protestiert haben. Auf solliche protestation haben si sich nun von den andern ständten gesundert und seien weitter im reichsrath nit erschienen. Das si auch nachmaln erortierung der beruerten articl bey der röm. kgl. Mt. und den ksl. commissariis gesuecht, ire beschwerden anbracht, auch von baiden tailen in schriftliche handlung gewachsen seyen.

Dieweyl aber die kgl. Mt. und die ksl. commissarien ir, der protestierenden, clagsupplication [*Nr. 152*], auch irer Mt. und der ksl. commissarien darauf

gestellte antwort [Nr. 155] und dann der protestierenden replic [Nr. 157] den andern ständten umb iren rath und guetbedunckhen haben schriftlichen zustellen lassen, so haben die ständt, was si in disem allen fur billich, recht und guet angesehen hat, ierer Mt. und den commissariis underthenigklichen, fruntlichen und dienstlichen enthdeckht und zu versteen geben.

Über das haben nun die ksl. commissarien sich in gemainer reichsversammlung unther andern offenlichen vernemen und horen lassen, das zwischen der kgl. Mt., ir, der commissarien, und der protestierenden ständten nichts beschlieslichs gehandelt, auch si, die commissarien, so weyt gangen, das sy vermug irer von der ksl. Mt. habenden instruction und bevelch nit weiter schreiten mugen, und haben darauf in der kgl. Mt., auch irer, der commissarien, namen begert, das nunmaln alle stendt zegleich zu der hauptsachen greiffen und, wie die bewilligt thurckhenhilfe dises jar sollte in das werch gebracht werden, handeln und beschliessen wollten.

Darauf hetten die protestierenden sich zu den andern ständten gethan und die handlung helfen anfachen. Das sich die andern ständt zum hochsten erfreut und gäntzlich verhofft hetten, die hauptsachen der thurckhenhilf wurde nun iren furgang gewinnen und nit anderst vermaint, dieweyl die protestierenden ständt selbs bekhtant, das in bedenckhen der gewissen, augenscheinlichen und vorsteenden not dem Thurckhen ain widerstand beschehen und ain hilf furgenomen werden muest, sy wurden mit weytterer disputation irer vorhabenden zwayer articl stillsteen und die hauptsachen helfen befurdern. Das sich aber in betrachtung des hauptpuncts vil anders befunden, und nämblichen dergestaldt, das die protestierenden auf irem vorhaben verhart und also die principalsachen nit allain wider hinterstellig gemacht, sunder auch die stendt unther inen selbs zu noch merer unrichtigkhait gebracht hetten.

Diueyl dann die ständt der zwayer angezogner articl halber nun langkh gnueg aufgehalten und die hauptsach damit nit zu klainem nachtail verzogen worden, so hetten si sich ainer entlichen mainung entschlossen, die si dann den protestierenden ständten hiemit wollten nachvolgender mas zu versteen geben haben:

Nemblichen das irer genedigsten und genedigen herrn mainung nit anderst stierend noch hievor anderst gestanden were, wann [= dann] das si im Hl. Röm. Reich den gemainen landtsfrid, und sunderlichen, wie der jungstlichen in den nächsten zu Regensburg, Speier und hie gehalten reichstägen bewilliget und in denen daselbs aufgerichteten reichsabschiden verleubt [= enthalten, begriffen] were, halten und dabey beleiben wollten. Versehen sich auch nit anderst, wann die protestierenden stendt wurden sich hingegen gleicher maß auch halten und dawider nichts handeln noch furnemen.

Und damit derhalber niemants khainen zweiffel schepfen mecht, so wollten si, die ständt, die kgl. Mt. und ksl. commissarien gantz underthenigklichen und mit hochem vleis ersuechen und bitten, damit si stattliche furtrung und einsehen thueen, auf das sollicher gemainer frid wurckhlichen erhalten und

gehandthapt werde, mit disem erpietten, was si, die ständ, zu sollicher handthabung beystand thun sollten und mochten, das si jederzeit darzue willig und bereit sollen gefunden werden. Dise ständt liessen es auch des Friden und rechtens halber berhueen bey dem rath und guetbedunckhen, die si zuvor der röm. kgl. Mt. und den ksl. commissariis der obberuerten articl halber geben [Nr. 154]. Und gedächten, sich weytter von derowegen gar in khain disputation einzulassen.

Dieweil dann die protestierenden ständt die gefarlichait, darin gemaine christenhait des Thurckhen halber jetzund stierend und das in alweg aines widerstands und hilf vonnöthen sein wollt, erkenneten, so bäten die andern ständt si hiemit gantz guetlichen, dienstlichen und freuntlichen, si wollten sich verrer von inen nit sundern noch aussern, sonder in bedenckhen der betrangten, wissenden noth, auch gemainer christenhait, dem vaterland zu guettem und zu erhaltung unsers hl. glaubens, leybes, lebens, weybn, kindern, eeren und guets neben den andern ständt in handlung einlassen und dises mergklich obligen des vorsteenden turckhenuberfals beratslagen, besliessen und vltziehen helfen, wie dann der andern ständt tröstliche zuversicht zu inen stierend und si mit und neben inen gern das best rathen, furnemen und vltziehen helfen wollten.

Wo aber die protestierenden ständt auf irem nachtailigem vorhaben je verhafeten wurden, so weren dannoch die andern ständt entschlossen, dise handlung nichts weniger fur die hand ze nemen und sich darine zu halten und erzaigen, das menicglichen sehen wurd, das si an inen, was zu widerstandt des Turckhen in irem vermugen gewesen were, nichts erwunden hett, mit offentlichler protestation, wo die sachen anders, wann ir gemuet stierend, fallen wurde, das doch si das ierig gethan hetten.

Dise maynung haben die kfl. gesanten inen auch gefallen lassen, allain das si sich mit des Kf. zu Sachsen gesanten ain wenig verfart haben und noch ad partem mit im reden wollen. Achten aber, es wird bey dem obern rathschlag beleiben, wellicher allen protestierenden ständten soll feria 2<sup>a</sup> Paschae [= Ostermontag, 1543 März 26] publiciert werden.

Eodem die vigiliae Paschae [1543 März 24] ist im furstenrath der articl der turckhenhilf ausser der protestierenden und durch die unthen verschribenen fursten und botschaften beratschlagt und beschlossen worden:

Erstlichen, das die turckhenhilf dises jar in alweg furgenomen und gelaist werden soll, unverhindert aller andrer einwurf und beschwerden. Das mit der kgl. Mt. und den ksl. commissarien gehandelt wird, wie solliche hilf am nutzlichisthen beschehen mug, das ist durch ainen gwaltigen hertzug wie fernd [= voriges Jahr] (das fur unmuglichen geacht wiert) oder durch stattliche besetzung der hungerischen päß. Item ob durch gelt – mit zuesetzung etlicher pheningmaister vom Reich – oder durchs kriegsvolgkh.

Das von den raittungen, so in khraisen beschehen sind, relation genomen und gehört werde, und was daraus befunden wiert, das diser hilf furdersam und dienstlich sein mag, von stund an fur die hand genomen und ins werch

gepracht werd. Das man auch in sunderhait bedenckh, wie die mangl, so in den raittungen gefunden sind, mugen gewendt und khunftiger zeit furkhomen, auch die khrais sovil muglich (doch an verhinderung der bewilligten hilfe) vergleicht werden.

Das zu volnziehung diser bewilligten hilf ain sollichts einsehen gethun, auch mittl und weg furgenomen werden, das diselbe ain jeder standt nach seinem vermugen, und wie er das bey seinen underthanen zu erhalten verhofft, erschwingen mug.

Dise vorerzelten articl sind allain im furstenrath bedacht und beschlossen worden ausser der protestierenden. Sind auch im churfurstenrath noch nit referiert.

*[Im Fürstenrat waren die Gesandten der folgenden Reichsstände vertreten:]*

*[Ebf.]* Saltzburg

Hg. Wilhalm Bayrn

Osterreich

Hg. Ludwig Bayrn

B*[f.]* V*[alentin]* Hildeshaim *[persönlich]*

Hg. Hanns Bayrn [= Pfgf. Johann II. von Pfalz-Simmern]

Adm. in Preussen

+ Hg. Otthainrich<sup>1</sup>

*[Bf.]* Bamperg

+ *[Hg.]* Gilch

*[Bff.]* Wurmbs, Freising, Regenspurg, Elwang

+ Mgf. Ernst von Baden

+ Pupillen [= *Mündel, unmündige Kinder*] von Baden

*[Bf.]* Wirtzburg

*[Bf.]* Aichstet

*[Bf.]* Straspurg

*[Bf.]* Costens

*[Bf.]* Passaw

+ *[Bf.]* Minster

+ *[Bf.]* Metz

Kiempten und ander prelaten

Johansermaister

Graven

<sup>1</sup> Die mit einem Kreuz (+) gekennzeichneten Reichsstände schlossen sich dem obigen Fürstenratsbeschluss der altgläubigen Partei nicht an.

166 *Vortrag des Mainzer Kanzlers Dr. Jakob Jonas im Namen der altgläubigen Reichsstände vor den Augsburger Konfessionsverwandten<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 März 26*

- A *Wien HHStA, RK RA i.g. 13flKonv. 1, fol. 98r–103v (Konz.); DV fol. 103v: Furtragen der thurckenhulf, fridens und rechtens halber, beschehen durch den meintzischen cantzler, montags, den 26. Marcij, in gemeinem reichsrath.*
- B *Goslar StadtA, B unverzeichneter Bestand. Paket 872, Reichssachen 731, S. 67–73 (Kop.).*
- C *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 465r–469v (Kop.); AS fol. 465r: Mundlicher furtrag der turckenhilf, friedens und rechtens halb, bescheen durch den meintzischen cantzler in gemeinem reychsrathe.*
- D *Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 237r–243v (Kop.); DV fol. 243v: Copei der muntlichen antzeig, so die stende des andern teils den stenden der cristlichen augspurgischen confession den 26. Marcij gethan, friden und recht belangen, ohne welcher beider puncten erledigung sich die christliche stend in keine weitere handlung der turckenhulf einlassen wollen etc. 1543.*
- E *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 49r–52r (Kop. mit marg. Korr. und Nota v.d.Hd. Lambs).*

Montags, den 26. Martij, durch den meintzischen cantzler in gemeinem reichsrath furgetragen:

Erstlich weren die stende der augspurgischen confession und religion darumben erfordert, denselben nachvolgende meynung anzuzeigen: Namblich so wußten sich dise stend zu erinnern, welchermassen die kgl. Mt. und die ksl. commissarien uber vorbeschehnen furtrag und proposition [Nr. 43] gesunden hetten, von den sachen und händeln vermög derselben zu reden und zu rathschlagen, derhalben dann die andern stend der augspurgischen confession und religion vorwante dartzu auch ervordern und beruffen hetten lassen, wie sie dann auch in den räthen, darein sie gehörig, erscheinen wern. Und wiewol sich die andern stend versehen, der augspurgischen confession und religion verwante sollten sich irem erscheinen nach uff die proposition zu rathschlagen eingelassen und furtzufahrn kein beschwerung gehapt haben, so haben sie doch unter der berathschlagung befunden, daß sie nochmaln uff dem bestunden, wo die puncten des bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens nit erledigt, das man zu keiner fruchtbarlichen hulf und andern handlungen komen konnte, mit beger, dieselben zu resolviern und zuvor zu entschliessen. Darauf so weren die anderen stende gedrungen<sup>a</sup> worden, sich weiter derhalben zu underreden,

<sup>a</sup> *In E v.d.Hd. Lambs marg. korr. in:* verursacht.

<sup>1</sup> *Die Notizen über den Inhalt des Vortrags stammen von den evangelischen Reichsständen, da die Altgläubigen die schriftliche Übergabe des Vortragstextes ablehnten. Ein ähnlich lautendes Resümee der Rede des Mainzer Kanzlers v.d. Hd. des Heilbronner Gesandten Dr. Jakob Ehinger in: Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54 (Nr. 14).*

zu berathschlagten und zu entschliessen. Und hetten sich namblich miteinander verglichen und dahin bedacht, inen dise anzeig thun zu lassen:

Namblich daß sie sich zu erinneren wußten, welchermassen im anfangk dises hieigen reichstag von den stenden der augspurgischen confession und religion ein supplication [Nr. 152], an die kgl. Mt. und die ksl. commissarien gestellt, ubergeben und auch neben derselben angezeigt, ehemaln die puncten derselben erledigt, daß sie sich zu berathschlagung einicher sachen nit wußten einzulassen. Daruff dann ervolgt, das die kgl. Mt. und die ksl. commissarien solcher supplication, dergleichen auch der folgenden replica halber, bey inen, den andern stenden, umb rath angesucht, also daß sie sich in beeden schriften ersehen und daruber der kgl. Mt. und ksl. commissarien irn rath und gutbedungen mitgetheilt [Nr. 154]. Sie vernemen aber daruber, daß die sachen zwischen kgl. Mt., den ksl. commissarien und disen stenden nit allein nit zu vergleichung gebracht, sonder so weit komen und gelangt sein, daß sich die kgl. Mt. und ksl. commissarien vornemen liessen, daß sie weiter, dann allbereit beschehen, zu willigen nicht gewalt.

Derhalben dan ir Mt. und die ksl. commissarien bey <sup>b</sup>-den gemeinen stenden<sup>b</sup> angesucht, mit berathschlagung der turkenhulf unverzogenlich furzuschreiten, also das abermaln berathschlagung derselben furgenomen. Und hetten nichts liebers gesehen, dann daß der augspurgischen confession und religion verwante stende<sup>c</sup> bey inen geblieben und in der sachen fortgefahrn worden were.

Dieweil aber sie, die stend der augspurgischen confession und religion, uff vorigen puncten und artickeln bestendig fridens und gleichmessigs rechtens halber beharrt und weiter erledigung derselben begert<sup>d</sup>, so hetten sie, die andern stend, solch weiter anhalten berathschlaget und sich also darauf resolviert:

Namblich daß sie derselben artickel frids und rechtens halber des willens und meynung weren, namblich daß sie den friden wollten getreulich halten, demselben geleben und nachkomen, und versehen sich auch nit anderst zu den stenden der augspurgischen confession und religion, dann daß sie den friden auch also halten, dergleichen dem rechten zu geleben willig sein sollten. Dann wie ir meynung anderst nit were, dann friden<sup>e</sup> zu halten, also versehen sie sich auch hinwiderumb desselben gegen der augspurgischen confession und religion verwanten stenden. Und sie, die stend, konndten anderst nit befinden, dann daß der landfrid wol gemacht<sup>f</sup> und uffgericht worden, das auch der fridstand, nechst zu Regenspurg [1541] beschlossen, darnach zu Speyr [1542] confirmiert

<sup>b-b</sup> In A marg. korr. aus: inen, den andern stenden.

<sup>c</sup> In E v.d.Hd. Lambs marg. nachgetrag.: wie inen gepurt.

<sup>d</sup> In E v.d.Hd. Lambs marg. nachgetr. Notum: Disse stende haben solichs nit allain begert, sonder auch andere, daruß dan daß mehrer ervolgt etc.

<sup>e</sup> In D folgt danach: und recht.

<sup>f</sup> In E korr. in: versehen.

und auch zu Nurmberg [1542] bestettigt, wol gemacht und daran kein mangel sey, und das man dabey bleiben soll, inmassen wie man sich des verglichen und entschlossen hette.

Des rechtens halben wereß maß und ordnung gegeben, und namblich die visitation und reformation furtzunemen, dero sie, die andern stend, gern stattgeben wollten. Versehen sie demnach, es sollt diser stend halben auch nit mangel erscheinen und daß auch derselben ein solche gute maß und ordnung geben werden sollte, das sich derselben niemandts billich<sup>h</sup> zu beschweren, auch meniglich, ungeacht was religion der sey, gleichmessig recht bekommen und erlangen sollte.

Derhalben so achten sie, die andern stend, unnötig, diser zweyer puncten frids und rechtens halber weittere disputation zu halten, sondern liessen es bey irn rathschlegen, <sup>i</sup>-uff die supplication und replica der kgl. Mt. gegeben<sup>-i</sup>, beruhen<sup>j</sup>.

Und dieweil aber die warheit, das das nottwendig werck der hulf halber gegen dem Turcken furtzunemen und damit furtzugeen nöttig, so were ir, der anderen stend, gesynnen, der augspurgischen confession und religion verwante wollten unbeschwert sein, sich ane vertzug der sachen neben inen in handlung einzulassen, und daß sie derhalben zu hertzen fuhrn wollten die vorstehende not, so der teutschen nation und der gantzen christenheit oblege. Auch daneben gunstiglich bedencken wollten, wo durch ire gnedigst, gnedig herrn und obern in diesem christlichen werck vorigen abschiden und bewilligungen nach mangel erscheinen sollt, zu was nachtheil sollichts der christenheit und teutscher nation als unsers vatterlands, reichen, dergleichen, was sollichts dem Turcken und andern feinden vor vorthail bringen wurde. Und letztlich<sup>k</sup>, ab es nit ir gnedigst, gnedig herrn und obern gegen andern potendaten und stenden inner- und usserhalb des Reichs zu allerley nachred gelangen könnte.

Dem allen nach zu erhaltung christlichs bluts und unsers vatterlandts die stend der augspurgischen confession und religion wollten in disen wichtigen sachen und puncten kein verhinderung thun, sonder sich zu berathschlagung derselben neben und mit andern einlassen, in ansehnung daß es billich beschehe, und sonderlich dieweil sie fridens und rechtens gnugsam versichert und vertröstet und nit wol besser mög furgenomen werden, sonderlich do ire gnedigst, gnedig herrn und obern mit den processen an dem ksl. camergericht in irn sachen unbeschwerdt bleiben möchten.

<sup>g</sup> In E v.d.Hd. Lambs marg. nachgetr.: vormalß uff den reichstegen.

<sup>h</sup> In A marg. nachgetr.

<sup>i-i</sup> In A marg. nachgetr. E om.

<sup>j</sup> In E zu diesem Absatz marg. v.d.Hd. Lambs hinzugefügt: Notum: Disser rhatschleg und der kgl. antwurt sein wir nit zufriden gewesen.

<sup>k</sup> In E marg. v.d.Hd. Lambs korr aus: gleich.

Und zu verhuetzung sollicher beschwerung haben sie sich verglichen und bewilligt, daß alle solliche ire proceß an dem ksl. cammergericht (darinnen alle partheylicheit, wo die befunden, abgestellt) <sup>l</sup>-biß zu der visitacion und mitlerweil<sup>l</sup> in ruhe pleiben und suspendiert werden sollten, ußgenomen die sachen, so von der vergangnen <sup>m</sup>-und kunftigen<sup>m</sup> turckenhielf halber herflösen. Dergleichen, wo jemand wider den nechsten regenspurgischen abschid [1541] beschwert, als namblich do die underthanen wider ir oberkeit abwurfign<sup>n</sup> gemacht, und daß mittlerweil in denen sachen, so furfallen möchten und keinen verzug erleiden könnten, commissarien verordnet werden sollten, welche den anruffenden verhelfen und rechts gestatten möchten etc.<sup>o</sup>

Und damit aber die stend der augspurgischen confession und religion ab dem friden ebensowenig als sie, die andern stend, beschwerung haben möchten, so sein sie erpietens, die kgl. Mt. und ksl. commissarien bitten zu helfen, das fridens halber dise maß getroffen werden mog, damit der landtfrid und fridstand gehanthapt<sup>p</sup>, treulich, wircklich und wol gehalten und vollntzogen werden möcht. Was sie auch ihres theils darzu verhelfen könnten, das wollten sie gern thun, erkannten sich auch dasselb zu thun schuldig, der hoffnung, die stend der augspurgischen confession und religion wurden sie nunmehr an disem <sup>q</sup>-pillichen und uberflussigen erpieten<sup>q</sup> settigen lassen und in der hauptsachen furschreiten.

Sollt oder wöllt aber sollichts nit statthaben, so wollten die andern stend der augspurgischen confession und religion verwanten<sup>r</sup> nit pergen, daß sie vermög der vorigen abschid furschreiten und darinnen handeln, daß sie vermög der abschid zu thun schuldig, daß sie auch gegen Gott, der oberkeit <sup>s</sup>-und aller welt<sup>s</sup> pflichtig wern. Und do es die wege erreichen sollt, <sup>t</sup>-das sich dise stende von inen absondern wurden<sup>t</sup>, so were inen laid, daß solche trennung furgenomen, <sup>u</sup>-wollten sich auch desselben und daß sie<sup>u</sup> darzu nicht ursach gegeben hetten, entschuldigen und sich des bezeugt haben.

---

<sup>l-l</sup> In A marg. nachgetr., in E v.d.Hd. Lambs marg. nachgetr.

<sup>m-m</sup> In A marg. nachgetr., E om.

<sup>n</sup> In AE marg. korr. aus: abweisig.

<sup>o</sup> In E zu diesem Absatz marg. v.d.Hd. Lambs hinzugefügt.: Notum: Hat auch erlautet sampt und sonder. Das hat etwas auf ime.

<sup>p</sup> In A marg. nachgetr., E om.

<sup>q-q</sup> In A marg. nachgetr., E om.

<sup>r</sup> In A marg. nachgetr.

<sup>s-s</sup> In AE marg. nachgetr.

<sup>t-t</sup> In A marg. nachgetr., E om.

<sup>u-u</sup> In A marg. nachgetr., E om.



v-Weiter angehengkt: So imandt zu disen stenden zu sprechen hett, sollten gleicher gestalt die gegeben commissarien darinnen rechtlich zu erkennen haben<sup>v</sup>.

167 *Gutachten des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten für den Fall von Verhandlungen mit den altgläubigen Reichsständen – datum Nürnberg, 1543 März 27/verlesen März 29*<sup>1</sup>

- A *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 73r–75r (Kop.); AV: Ist nicht zum werk gekhomen*<sup>2</sup>.
- B *Wien HHStA, RK RA i.g. 13ff/Konv. 1, fol. 94r–97v (Reinkonz. von mehreren Händen); DV fol. 97v: Bedencken der augspurgischen confessionsverwandten, wie sich ein jeder in seinem rath, so er erfordert wurt, halten soll.*
- C *Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22 fol. 208r–211r; AV fol. 208r: Was sich ein jeder standt seiner seßion sol vernemen lassen, da man widerumb zu gemeiner beratschlagung wurde komen.*
- D *Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, Ostpr. Fol. 86, fol. 766r–771v (Kop.); DV fol. 771v: Etliche der protestirenden stende bedencken in geheim gestelt und doch in gemeynem rath noch nicht publiciert. Ist doby ein copley der ksl. declaration.*
- E *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); AS: Bedencken was ain jeder stand, der augspurgischen confession zugethan, sich in seinem rath halten und vernemen lassen soll in beratschlagung der turckischen expedition. Nurnberg, 1543 den 27. Martij.*
- F *Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/6, fol. 93r–96v; ÜS fol. 93r: Bedencken der protestirenden, wan sie zu beradtschlagung des fridens und rechtens in gemeinem rath zugelassen wurden, wie sich ein ider halten solde. DV fol. 96v: Bedencken der protestirenden, wan sie in gemeinen ratschlag frides und rechtens halben gelassen. Sol heimlich sein.*

Im vhall do die stende der augspurgischen confession und religion von den andern reichsgesandten zu beratschlagung deß friedens und rechtens wurden zugelassen und also ein jeder in seinen rhat gefordert wurde, so seind die nachgemelte puncten, weiß sich ein jeder gesanter auß diesen stenden in seinem rhat halten und vernemen lassen solle, verzeichnet:

<sup>v-v</sup> *In AE korr. aus:* Anhang der commission: Hab ich nit uffgemerckt, dieweyl ich nit spatiums gnug in der schreibtafel gehapt.

<sup>1</sup> *Datierung laut Würtemberger CA-Protokoll (Nr. 84b) auf 27. März 1543 (siehe auch die AS in E). An diesem Tag fanden die dem Gutachten zugrunde liegenden Beratungen des Ausschusses statt. Laut dem CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c, fol. 241r) wurde das vor den altgläubigen Ständen geheim zu haltende Gutachten den evangelischen Ständen in der Versammlung vom 29. März 1543 verlesen.*

<sup>2</sup> *Der AV der Frankfurter Kanzlei bezieht sich auf die Tatsache, dass kein gemeinsamer Ausschuss von alt- und neugläubigen Reichsständen zu Friede und Recht bzw. zur Türkenhilfe zustande kamen.*

Und soll erstlich der eingang damit gemacht werden, daß sie, die andern stende, vielmaln gehört hetten, auß waß ursachen sich der augspurgischen confession- und religionsverwandte zu berathschlagung der thurckenhilf und andern sachen nit einlassen khondten, sie weren dann zuvor einß friedens und gleichmessigen rechtens versichert. Dan wie beschwerlich eß sein wolt, inheimisch unbefridt zu sein und gleichwol andern leuten zu helfen, das were von diessen stenden vielmaln vermerckt worden. Derhalben auch durch daß mherer thail zuvor beschlossn worden, daß man zu khainer fruchtbarlichen hilf widder den Thurcken khomen mocht, es wer dann zuvor ein bestendiger fried und gleichmessig recht im Reich uffgericht, damit khain standt pillich ursach haben möge, sich von solcher hilf außzuziehen.

Und sollen darauf die nachgemelte mengel deß friedens angetzeigt werden und auß waß ursachen diese stende khainen frieden hetten. Dan wiewol ein gemeyner landtfried im Reich uffgericht und allen stenden zu halten gebotten, so weren doch diese stende sollicheß landtfriedens unvehig gemacht worden durch den augspurgischen abschiedt [1530], in dem daß ir religion und waß dern anhangt bey peenen deß landtfriedens verboten worden und das wormisch edict [1521] wider erneuert worden, dardurch diese stende aus dem frieden in unfrieden gesetzt und den schweren penen, so im rechten wider die ketzer gesetzt, unterworfen worden.

Und wiewol solcher augspurgischer abschiedt durch den nurnbergischen friedtstandt [RTA JR Bd. X, Nr. 549] und den letzsten regenspurgischen abschiedt [RTA JR Bd. XI, Nr. 941] etwaß gemildert, so weren doch etlich artickel in demselben regenspurgischen abschiedt so beschwerlich gesetzt, daß sie dieselben nicht hetten bewilligen oder annemen mugen, wie sye es dannoch heute am tag nit annemen noch bewilligen khondten. Derhalben ksl. Mt. solch ire beschwerden angetzeigt, die het darauf inen declaration geben, wie ir Mt. dan dasselbig der abschiedt zugebe, uff welche declaration und khain andern gestaldt diese stende sollichen abschiedt und friedtstandt angenommen, sich auch deß nach verlesung deß abschiedts öffentlich vornhemem lassen.

Sollten nun diese stend deß friedens, welchen inen die andern stende in neherm furpringen angeboten hetten, auch geniessen, so musten diese stende so viel gewissens haben, daß die ksl. declaration zu Regensburg [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] uber dem daselbst gemachten abschiedt und kgl. Mt. und der ksl. Mt. commissarien urkhundt und versicherung, zu Speyr gegeben [RTA JR Bd. XII, Nr. 148], von inen gantz unangefochten, auch in kreften und wurden pleiben, des versehens, sie wurden derselben auch zufrieden sein und die fursehung thun, daß der fried nit allain uff die wort des regenspurgischen und speyrischen abschiedts, sonder auch uff die darauf gefolgten ksl. declaration und kgl. urkhundt gesteldt und in den hieigen abschiedt gebracht wurde.

Konndt man nun erhalten, daß die andern stende die declaration und confirmation zuliessen und bewilligten und das also solch ir bewilligung in dem hieigen reichsabschiedt oder in einer nebenverschreybung cavirt [= *schriftlich*

*festgesetzt, abgesichert*] wurden, so ist bedacht, daß diese stende friedenß halber nach jetziger gelegenheit zimlich versichert, dieweyl die declaration und confirmation der religion und gutter halben uff leidenliche weg gesteldt ist.

Also muß auch des gleichmessigen rechtens halber der mangel und beschwerung, wie in den vorigen schriften genugsam außgefuert ist, dargethan werden, und sonderlich, daß diese stende die visitation und reformation nit uff den regenspurgischen abschiedt, welcher sich uff den augspurgischen abschiedt zeucht, sonder auf die ksl. declaration bewilligt. Welchermassen auch die sachen durch das, daß die visitation und reformation uffgeschoben und nit gehalten wer worden und die beisitzer nichtsdestoweniger gegen diessen stenden procedirt und sie zu der recusation verursacht, in einen andern standt khomen, und daß sich derhalben diese stende khainß gleichmessigen rechten versehen mochten, eß weren dan die jetzige beisitzer abgeschafft und andere taugliche an ire stat verordnet etc.

Werden nun die andern stende in dem puncten friedens die declaration zulassen und diese stende wie vorgehort irer bewilligung versichern, so werden sie auch der declaration under der visitation und reformation statgeben müssen und darumb, soviel die visitation belangt, so wurde diesser punct under dem ersten artickel deß friedenß durch ire bewilligung auch erledigt sein.

Allain will es noch uff der amotion der personen beruhen. Khan man nhun dieselben bey den andern stenden nicht erhalten, so soll der ausschuß auf andere weg gedencken, dardurch die amotion erlangt werden mochte, alß das beederseitsts stende diessen artickel der ksl. Mt. haimstellten.

Dergleichen, do jhe in dem rhat befunden wurde, daß sie die declaration in dem abschiede, daß sie die nit anfechten wollten, nit setzen oder ir bewilligung in einer nebenverschreybung cavirn wurden, so were auch diß fur ein mittel furtzuschlagen, nemlich daß sie diese stende vorgemelter maß in dem abschiedt oder nebenverschreybung versichern wollten, daß sie die declaration nit anfechten, sonder dieselben <sup>a-</sup>dem kaiser<sup>-a</sup> in sein hand stellen wollten.

Neben dem wurd auch fur gut bedacht, daß man von der kgl. Mt. und den commissarien ein wissen haben mochte, wer die commissarien sein wurden, daß auch ein form der commission gesteldt, welchemassen in der visitation furgangen und den commissarien beholen werden sollt, die reformation auf die declaration und kgl. confirmation furtzunemen etc.

Wo man nun solch form der commission auch nicht erlangen mocht, daß man doch von der kgl. Mt., ksl. commissarien und oratorn diese versicherung zuwegen prechte, daß sie, die commissarien, sollichen bevelch, nemlich daß daß chamengericht auf die visitation und reformation vermuge der declaration reformirt und visitirt werden, uberkhomen und erlangen sollten.

Der suspension halben der proceß mußte es dahin gericht werden, daß alle proceß in allen sachen, khaine außgenommen, so lang suspendirt wurden, biß die

---

<sup>a-a</sup> *F om.*

visitation wircklich voltzogen und ir endtschaft erreicht hat. Und daß nach der visitation und reformation alle handlung und proceß, so vor der beschehenen recusation an dem chamergericht geschwebt, von dem visitirten chamergericht also reassumirt, wie sie vor der recusation gestanden weren. Daß auch alle die proceß, so sich seydtther gegen diessen stenden an dem chamergericht zugetragen, cassirt werden sollten.

Soviel die commissarien belangt, welche inhalt der andern stende furschlege hiezzwischen und der visitation geordnet werden sollten, soll eß dahin gericht werden, daß dieselbigen commissarien mit bewilligung der parthen verordnen wurden etc.

Nota: Hg. Hainrichs sachen nit zu vergessen.

**168** *Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten auf den Vortrag des Mainzer Kanzlers von 1543 März 26 (Nr. 166) – Nürnberg, 1543 März 29*

- A* Weimar HStA, EGA, Reg. E 148, fol. 399r–410v (Kop. mit marg. Nota); DV fol. 411v: Copei der muntlichen gegenantzeig der cristlichen augspurgischen confessionverwandten stende den stenden des andern teils, den 29. Marcij 1543.
- B* Wien HHStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 1, fol. 104r–112v (Kop.); AS fol. 104r: Der augspurgischen confessionsverwandten stende anthwort auf des meintzischen cantzlers furpringen, den 26. Marcij beschehen.
- C* Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 54r–59v (Kop.).
- D* Straßburg AM, AA 509, fol. 65v–73r (Kop.); AS fol. 65v: Der protestierenden mundtlicher furtrag gegen den andern stenden, zu Nurnberg beschehen den 29. Martij anno 43. Lectum freitags [Straßburg], den 6. Aprilis anno etc. 43.
- E* Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54 (Nr. 14), unfol. (Reinschr. v.d.Hd. Ehingers).  
*A bis D ist als Gutachten des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten formuliert und bildet die Richtlinie für die Antwort der evangelischen Reichsstände auf den mündlichen Vortrag des Mainzer Kanzlers von 26. März (Nr. 166). E stellt die vom Heilbronner Gesandten Dr. Ehinger verfasste Zusammenfassung der protestantischen Antwort vom 29. März dar und weicht in manchen Formulierungen von den anderen Überlieferungen ab. Die über stilistische Varianten hinausgehenden Abweichungen sind den textkritischen Anmerkungen zu entnehmen.*

<sup>a-</sup>Auf den mundtlichen furtrag, so den stenden der augspurgischen confession den 26. Marcij von der andern reichsstende wegen bescheen [Nr. 166], sollte man sich des ausschus bedencken nach volgender maynung zum kurtzesten vornemen lassen:

Es hetten die gesandten obberurter stende der augspurgischen confession die mundliche beschene anzaig angehort und daraus vormerckt, welcher gestalt

<sup>a-a</sup> In E: Uff der stend der alten religion etc. den 26. Martij beschehen furtrag ist von den stenden der christenlichen religion nachvolgend meinung muntlich geanthwurt worden.

die andern stende von wegen beratschlagung der turckenuelf sich ad partem unterredet, wes sie sich auch derwegen entschlossen haben sollten, und das sie derhalben begert, die gesandten diser stende wolten sich uff etzliche beschene furschlege, frid und recht belangende, ane weittere furgehende disputacion in beratschlagung der turckenuelf einlassen, ane das wurden sie, die andern stende, nichtsdestoweniger vermoge der vorigen abschide furschreiten, wie nun solchs allenthalben nach der lenge weiter furbracht worden were, welchs widerumb dergestalt zu erholen von unnotten geacht wurde<sup>a</sup>.

Daruf wollten die gesandten diser stende den andern stenden nichts vorhalten, das sie von iren hern und obern abgefertigt, dis notwendig cristlich werck, wie man dem erbvheindt christlichs namens und glaubens widerstand laisten und den in seinem tyranischen furhaben hindern mocht, zu beratschlagen helfen. Es wusten auch die gesandten, das ire hern und obern an allem, was sie zu beforderung dis notwendigen wercks vermochten, nichts wurden mangeln lassen. *Da die geforderten Voraussetzungen für Verhandlungen über die Türkenhilfe bisher nicht erfüllt worden seien, wiederholten die Evangelischen gegenüber dem König und den ksl. Commissaren in mehreren Schriften ihre Argumentation zu Friede und Recht.* Und obwoll ire kgl. Mt. und auch die commissarien sich daruf mit antwort hetten vornemen lassen, so weren doch die angezaigten mengl<sup>b</sup> dardurch gantzlich und wie es die unmeidliche notdurft erfordert nicht resolvirt, sonder dise baide artickel weren nachmals unerledigt<sup>b</sup>.

Und ob nun woll die gesandten diser stende der röm. kgl. Mt., auch der ksl. Mt. commissarien ir notdurft von wegen diser zwaier puncten, sonderlich auch wes sie hievor derhalben vielfeltig verrostet, aber bisher nicht ervolgt, und was unrichtigkaitten sich aus vorpleibung des seindher zugetragen, angezcaigt, so sey doch der gesandten gemuet und maynung nie gewest, do man von friedt und recht sollte handeln, das sie solche puncten neben den andern stenden<sup>c</sup> nicht wollten beratschlagen helfen, welchs clerlich aus dem erscheine, das sie zu mermals umb einen ausschuß, <sup>d</sup>von baiden teilen zu verordnen, angesucht, der sich diser baiden puncten halben underreden mochten<sup>d</sup>. Weil aber solcher ausschuß<sup>e</sup> nit hette können erhalten werden und die stende allenthalben in gemeinen reichsratt erfordert, uf die broposicion zu vorfaren, als hetten sich die gesandten diser stende auch dahin begeben und umb erledigung diser baiden puncten fridens und rechtens erinnerung gethan, <sup>f</sup>nicht als suplicanten aber [= oder] privatpersonen, die also, wie bescheen, mit particular bescheidt von den andern sollten beantwort werden, sondern als stende des Reichs, ein itzlicher in

<sup>b-b</sup> In E: der noturft dardurch nit resolvirt.

<sup>c</sup> In E: puncten.

<sup>d-d</sup> E om.

<sup>e</sup> E om.

<sup>f-f</sup> In E: und ein jeder alß stand deß Reichs und nit alß privat[person] in seiner gepurenden session gesessen.

seiner geborenden session<sup>f</sup>, do sie dan auch schliesliche ursachen angezogen, welcherhalben man dan zu fruchtbarer berattschlagung der turckenhielf nicht komen kondte, es weren dan dise baide artickel zuvor erledigt. Daruf dan auch der merteil der reichsstende beschlossen, das man zu berattschlagung der turckenhielf nicht konte kommen, es weren dan die artickel, <sup>g</sup>so die sambtliche berattschlagung vorhindern<sup>g</sup>, zuvor erledigt, wie dan solcher beschluß den stenden auch dermassen angezaigt worden ist.

Und demselbigen nach hetten sich dise stende vorsehen, sie wurden wider in gemeinen rate erfordert worden sein, von solichen der turckenhielf vorhinderlichen artickel[n] weiter zu reden, zu ratschlagen und dardurch alles, was fruchtbarlicher, sambtlicher berattschlagung der turckenhielf im wege lege, zu erledigen. *Aus der Rede des Mainzer Kanzlers (Nr. 166) erfuhren sie jedoch von der internen Einigung der Altgläubigen, mit der Berattschlagung der Türkenhilfe zu beginnen, ohne vorher die Beschwerden der Evangelischen zu Friede und Recht im Reichsrat anzuhören. Dieses Vorgehen gebe ihnen Grund zur Klage.*

So ist ye auch dasjenige, so jungst in gemeinem<sup>h</sup> ratt<sup>1</sup> beschlossen, aller pillicheit gemeß, auch zu forderung des haubthandels dinstlich etc., dan wan man die hievor der beharlichen turckenhuelff halben ergangne handlung ansehe, so were aus der antwort, so die reichsstende sambtlich der röm. ksl. Mt. derhalben zu Regensburg gegeben [RTA JR Bd. XI, Nr. 204 und Nr. 207], wol zu befinden, das solche turckenhielf anders nicht dan mit etzlichen condicionen, furnemblich aber das die stende eins bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens versichert wurden, damit ein ider bey dem seinen ruiglich und unbetragt pleiben mochte, bewilligt, welche condicionirte bewilligung die stende vor erledigung der condicion, welchs dan noch nicht beschehen, keinswegs verbinden kondten.

*In den bisherigen Schriften klagten die Evangelischen über die Nichterfüllung ihrer Forderungen zu Friede und Recht und die unannehmbaren Vorschläge der Altgläubigen. Sie wären durch das Wormser Edikt von 1521 und den Augsburger Reichsabschied von 1530 des Landfriedens verlustig gegangen. Das hat das hohe schedliche mistrauen im Hl. Reich verursacht, daraus dan viel grosse unbecquemigkaitten ervolgt.*

<sup>i</sup>Ob nun dise stende durch folgende handlung widerumb in einen bestendigen, gewissen friden gesetzt, darfur es dan die andern stende halten, davon ist zu reden.

---

<sup>g-g</sup> E om.

<sup>h</sup> In E: nechstem.

<sup>i-i</sup> In E: Darum disen stenden vonnotten davon zu reden, daß sie in einen gweisen

---

<sup>1</sup> Gemeint ist die Reichsratssitzung am 20. März 1543, bei welcher die Mehrheit von Kurfürsten und Fürsten entschied, dass die Beratungen über Friede und Recht vor jenen über die Türkenhilfe stattfinden sollten: siehe den Bericht Dr. Johann Marquardts an Mgf. Ernst von Baden über diese Sitzung: Nr. 377.

Es halten es die andern stende darfur, das der friedstand, zu Regenspurg [1541] beschlossen und darnach zu Speier [1542] confirmirt und jungst alhie zu Nurmberg [1542] bestettigt, hierzu genugsam und das auch an solchem friedstand kein mangel sey. Dieses ist aber hievor im gegenspiel so deutlich angezcaigt, das es auch meniglich, so die ubergebnen schriften mit vleis list oder horet, in vernunft und naturlichem vorstande woll und unzweifelich begreifen und vormercken kann<sup>i</sup>. Und dieweil dan gespuret wurde, das die andern stende zum teilh hievon und waruff die mengel des fridens stunden grundlich wissen nit hetten, so were die notdurft undter anderm, dis kurtzlich widerumb anzuzcaigen:

Das dise stende den regenspurgischen reichsabschied, <sup>j</sup>und sonderlich den fridstandt darinnen verleubt<sup>j</sup>, dermassen wie der im buchstab stehet, niemals angenommen, <sup>k</sup>wie dan die stende solchs der röm. ksl. Mt. angezcaigt, das sie solchen abschiedt dermassen in etzlichen puncten nicht willigen kondten. Als aber die röm. ksl. Mt. den stenden derselben puncten halben ein declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] gnedigist mitgeteilt, wie dan der bemelt abschiedt seiner ksl. Mt. hieruber declaracion zu thun nachlest [= *zulässt*], als hetten dise stende den abschiedt uf solche declaracion und anders nicht angenommen<sup>k</sup>, wie sie dan auch in zeit des gegebenen abschieds in gegenwart röm. ksl. Mt. und kgl. Mt. und aller stende des Reichs solchs offentlich angezcaigt und davon protestirt haben.

Und wiewoll von solcher declaration hybevor den stenden mermals anzcaige beschehen, auch copei davon ubergeben, so befinde man doch, das viel stende des inhalts solcher declaration noch unwissent und derwegen, warauf der stand diser irrung beruhet, nicht grundlich wissenschaft hetten. Derwegen ubergeben dise stende nachmals der ksl. declaration warhaftige copey und bitten, die zu verlesen lassen. <sup>l</sup>Aus solcher declaration were zu befinden, das die röm. ksl. Mt. vilen artickel, im abschiedt verleubt [= *enthaltten*], erclerung gemacht und das dise stende dieselbigen nicht wie die im buchstaben des abschieds stehen, sondern vermog der ksl. declaration angenommen<sup>l</sup>. Daraus dan volgt, das diejhenigen, so allein auf den buchstaben des abschieds sehen mochten, dencken, dise stende hetten in etlichen artickeln wider denselbigen abschiedt

---

bestendigen friden gesetzt, und das der fridstand, zu Regenspurg geschlossen und darnach zu Speir confirmirt und jungst hie zu Nurnberg bestettigt, nit gnugsam disen stenden etc. Das sei hievor theutlich angezeigt, daß es auch meniglich, so die ubergebnen schriften liset oder hort, in vernunft und naturlichem verstand wol vermercken kan.

<sup>j-j</sup> *E om.*

<sup>k-k</sup> *In E:* sonder uf declaration, so inen ksl. Mt. gnedigist mitgeteilt, wie dan der gemelt abschid seiner Mt. die zu thon zulasset.

<sup>l-l</sup> *In E:* Und dieweil diese stend den abschid anderst [*nit*] dan uf solh declaration angenommen.

gehandelt, das sie doch aus der ksl. declaration, so sie der grundlich wissen hetten, im gegenspiel befunden.

Und under anderm were auch in dem regenspurgischen reichsabschiedt <sup>m</sup>-vorsehen, das das ksl. camergericht auf ein benante zeit vermog hiebevorn aufgerichter abschide sollte visitirt und reformirt werden<sup>m</sup>, welchs aber dise stende keinswegs haben annemen mogen, dieweil sie dadurch in vorige gefertigkeit des wormbischen edicts [1521] und augspurgischen reichsabschieds [1530] weren gesetzt worden und den beysitzern des cammergerichts dardurch raum gegeben were, auf benante edict und abschide wider dise stende als ketzer zu vorfaren. Darumb hat die röm. ksl. Mt. in irer gegebner declaration geordnet, das der augspurgisch abschiedt, soviel die religion belanget, nicht stadthaben, sonder die beysitzere des chammergerichts auf den regensburgischen abschiedt und daruf gevolgte ksl. declaration sollten voreidigt und die personen, <sup>n</sup>-so presentiert, darumb das die der augspurgischen confession<sup>n</sup>, nicht vorschlagen [= abgeschlagen] werden, <sup>o</sup>-und das also die visitation nicht auf die alten abschide, sonder die ksl. declaration bescheen solt<sup>o</sup>.

Aber uf jungstgehaltenem reichstage zu Speier [1542] ist befunden, das zwischen den reichstenden der aufgerichteten friedstende, auch der visitacion halben, ungleicher vorstand ist, nachdem dise stende dieselbigem uf die ksl. declaration, die andern stende aber vermoge des buchstabens des regenspurgischen abschieds <sup>p</sup>-stracks auf die vorigen abschide<sup>p</sup> vorstehen und, wie dise stende bericht, der ksl. declaration nit stadthaben wollen.

Und ob nun woll der regenspurgische fridstand im speierischen abschied uf funf jar erstreckt, so ist doch in demselbigem abschiedt solcher der stende widerwertiger vorstandt nicht abgewandt <sup>q</sup>-aber [= oder] vorglichen, sondern solche erstreckung ist bescheen mit denen worten, das die friedstende und regenspurgisch abschiedt sollten gehalten werden, mit der maß und bescheidenheit, wie die den stenden zu Regensburg allenthalben gegeben und von inen angenommen worden seind. Item das die visitacion sollte ergehen, inmassen und gestalt die stende des Reichs in solche visitation bewilligt.

Hieraus volgte nun erstlich<sup>q</sup>, do die andern stende die friedstende und visitacion stracks uf den buchstaben des regensburgischen abschiedts vorstehen und der ksl. declaration nicht statgeben wollten, das man des fridens von baiden tailen keinen gewissen vorstant hat, <sup>r</sup>-sondern es konnte ein itzlicher theil den speierischen abschiedt zu seinem vorstandt ziehen<sup>r</sup>. Ob nun in solchem werenden beider teilh misverstandt bestendiger fride und recht konne oder moge im Hl. Reichs erhalten werden, das hette meniglich zu betrachten.

<sup>m-m</sup> In E: die visitation des chammergerichts versehen.

<sup>n-n</sup> In E: diser religion.

<sup>o-o</sup> E om.

<sup>p-p</sup> E om.

<sup>q-q</sup> E om.

<sup>r-r</sup> E om.



<sup>s</sup>-Zum ändern folgte hieraus, da der ksl. declaration nicht sollte stattdessen gegeben werden, dass diese stände der augsburgischen confession durch den regensburger abschied, weil sich der auf die alte abschied zuge [= *beziehe*], widerum in viel gefelligkeit des wormbischen edicts und augsburgischen reichsabschieds gefurt wurden<sup>s</sup>.

Zum dritten folgte, dass von wegen solchs zweyhelligen vorstands die visitation <sup>t</sup>-und reformation<sup>t</sup> des chambergerichts fruchtbarlich nicht kondte ins werck bracht werden, <sup>u</sup>-so die ändern stände dieselbigen auf die abschide, diese stände aber auf die ksl. declaration vorstanden<sup>u</sup>.

Darumb, wo nicht andere vorsehens bescheen, so wurde in solchem werden misverstand ein bestendig gericht und recht im Hl. Reich weder durch die visitacion noch sonst nicht moge gepflantz und uffgericht werden etc. Es were auch die angebotene suspension der gerichtsprozessen diesen ständen wenig furtreglich, dan weil die auf zeit der visitacion iren ort hette, die visitacion aber aus itzt erzelter ursachen wircklich nicht konnte erfolgen, so weren alsdan diese stände eben in der beschwerung wie itzo, musten die unrechtlichen<sup>v</sup> processen <sup>w</sup>-zu irer höchsten beschwerung<sup>w</sup> alsdann zum wenigsten de facto leiden, daraus sich nicht cleiner unrath begeben konnte.

Man wollte geschweigen der grossen ungleichheit, die die friedstende an inen selbst under den ständen einfurten, weil die auf gewisse zeit gesetzt, einen theil auf ein zeit, den ändern aber perpetue verbunden, daraus ein theil seins gefallens zu schreiten wege finden konndte, wie mit dem speierischen abschied anno 26, mit einhelligem beschlus aller stände gemacht, bescheen, welcher anno 29 durch die ändern stände ane dieser stände bewilligung und denselbigen nicht zu geringem nachtheil wider aufgehoben. <sup>x</sup>-Und dergleichen mengel mer weren in vorigen schriften angegeben, welche man mit dieser kurtzen wider erholung nicht begeben haben wolte in vorgange des handels weiter anzuzcaigen<sup>x</sup>.

Hierumb erforderte die höchste unvermeidliche notdurft, dass die vorigen friedstende, <sup>y</sup>-weyl die fried und recht im Hl. Reich zu erhalten nicht genugsam<sup>y</sup>, gebesseret und zu hinlegung des itzt werenden zweyhelligen<sup>z</sup> misverstandts in einen gewissen einhelligen verstand bracht und die zum höchsten vordechtige chambergerichtspersonen abgeschafft werden, welcher verdacht vor dieser zeit ad effectum remocionis solt ausgefurt worden sein, wo man zu der walh der wilkurlichen richter auf beschene recusation hette kommen mogen,

---

<sup>s-s</sup> *In E:* Und wurden dadurch entlich diese stände wider in die alte abschied und geuerlichkeit des w[ormbischen] edicts und augsburgischen abschieds gefurt.

<sup>t-t</sup> *E om.*

<sup>u-u</sup> *E om.*

<sup>v</sup> *E om.*

<sup>w-w</sup> *E om.*

<sup>x-x</sup> *E om.*

<sup>y-y</sup> *E om.*

<sup>z</sup> *E om.*

<sup>aa</sup>-welchs aber durch dieselbigen beysitzere, die ungeachtet des rechtmessigen mittels der recusacion vormeintlich procedirt, gehindert<sup>aa</sup>.

Damit man nun zu vogleichung diser dinge komen und dise baide puncten des fridens und rechtens ire geburliche erledigung erlangen und dan zu berattschlagung der turckenhuelf <sup>ab</sup>-einhelliglich und<sup>ab</sup> fruchtbarlich moge geschritten werden, so weren dise stende erbuttig, mit den andern stenden niderzusetzen, von den mengeln zu reden und an allem deme, das zu pillicher erledigung solcher puncten dinstlich, an inen in gemeinem rath nichts mangeln oder erwinden zu lassen, des verhoffens, die andern stende wurden dis nicht weigern, in sonderlicher betrachtung, das ane erledigung solcher puncten und das dardurch im Hl. Reich das schedliche misvortrauen hinweggenohmen, auch alle innerliche krieg abgewendt und furder im Hl. Reich furkommen, ein stadliche, einhellige, fruchtbarliche turckenhuelf nicht mag geschlossen, [*noch viel*] weniger geleist werden.

Das auch durch solche innerliche krieg nicht allein viel stende des Hl. Reichs, sondern auch die ksl. Mt. selbst als das haubt, der bey sich die gelidder in solcher hohen nodt billich hieff zu getrosten, die auch bisher scheinlich [= *augenscheinlich*] befunden, an solichem cristlichen werck gehindert worden. <sup>ac</sup>-So wurde dis hohe werck sonderlichen stenden, als wol zu besorgen, zuviel sein<sup>ac</sup>.

Dann dieweil gemeine stende zue Regensburg befunden, das dem gemeinem Reich nicht woll moglich sein wolt, ane der röm. ksl. Mt. und andern cristlichen potentaten hieff disem wutterich fruchtbarlich widerstand zu laisten, wieviel unmoglicher wurde dis werck sein, so sollicher widerstandt nicht einhellig, sondern particulariter durch etliche stende solt furgenomen werden, zuvorderst weil der Turck seither der manichfaltigen sieg halben viel mer dan zuvor je gesterckt, erkandt und erhitzt und denselbigen erlangten sieg ane zweivel mit hochster macht und vermogen nachsetzen wurde.

Darumb sey kein ander weg, dan das vor allen dingen die unvorglichene und der samptlichen berattschlagung der turckenhuelf vorhinderliche artickel furderlichen zu vorglaichung bracht und dan einhelliglich im haubtwerckh in Gottes nahmen fortgefarend und geschlossen werde. Und verhoffen dise stende, das man sich alsdan im haubtwerck wol wurde vereinigen mogen, darzu sie nicht weniger dann jemants anders willig wolten befunden werden. Und stunden dise stende in der zavorsicht, die andern stende wurden diser beschener suchung statgeben, das recht ane zweivel zu pflantzen und erhaltung rue, fried und ainigkeidt im Hl. Reich, daraus auch alle wolfart desselbigen und abwendung hochster beschwerung, so dem Hl. Reich furstunden, ervolgen wurde etc.

---

aa-aa *E om.*

ab-ab *E om.*

ac-ac *E om.*

169 *Mündliche Entgegnung des Mainzer Kanzlers Dr. Jakob Jonas im Namen der altgläubigen Reichsstände auf die Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten (Nr. 168) und deren Erwiderung<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 März 29*

A Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 43r–45v (Konz. von mehreren Händen mit Korr. v.d.Hd. Lambs)<sup>2</sup>.

B Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 187r–188v (Reinschr. des Konz. von A).

Donnerstags, den 29. Martij, gegen abend gar schier umb 4 horen haben die anderen stend oder pottschaften (so sich die catholicos nennen) die protestations- und augspurgischen confessionverwandte stende zu inen in die gemeine rathstuben berueffen und durch den meintzischen cantzler inen furhalten lassen:

Sie hetten gnediglich und freuntlich angehört, was disser stende rath und pottschaften heutigs morgens mundtlich und nach der länge anbracht [Nr. 168]. Und dieweil in demselbigen nit vil neues oder anders, dann hievor offermals in iren schriften und sonst erregt worden, furbracht were und aber sie ired tails nit zweifelten, disse stende wurden noch in frischer gedächtnus haben, was sie zum nähern mal (das ist am Montag jungst darvor verschieen) mundtlich gegen inen furgewendt [Nr. 166], erinnert, ermant und weiß sie

<sup>1</sup> Mehrere evangelische Gesandte fertigten Aufzeichnungen über die Vorgänge im Reichsrat am 29. März an, die leicht voneinander differieren und unterschiedlich ausführlich sind. In den Akten hessischer Provenienz (Schmalkaldische Aktenbeute) findet sich 1. Die mündliche Entgegnung des Mainzer Kanzlers (in: Wien HHSStA, RK RA i.g. 13ff Konv. 1, fol. 114r–115v) mit dem DV fol. 115v: Der catholici replic, den protestirenden uff ir nechste antwort den 29. Marcij gegeben anno etc. 43. 2. Die darauf erfolgte Erwiderung der CA-Verwandten (in: Wien HHSStA, RK, RA i.g. 13ff Konv. 1, fol. 117r–119v) mit dem DV fol. 119v: Conclusion der augspurgischen confession- und religionsverwandten uff des andern theils stenden replicen, den 29. Marcij gegeben anno etc. 43. In der kursächsischen Kanzlei findet sich ebenfalls eine Zusammenfassung der Antwort des Mainzer Kanzlers vom 29. März 1543 und der darauf gefolgten Erwiderung der evangelischen Stände; in: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 244r–247r, Konz mit zahlreichen Korr. Der Heilbronner Gesandte Dr. Jakob Ehinger verfasste eine Reinschrift des stark korr. Konz. der kursächsischen Kanzlei; in: Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, (Nr. 19). Eine Kurzfassung der Antwort des Mainzer Kanzlers und der Erwiderung der Evangelischen trägt den DV: Antwort, so die bebstischen stende den gesandten der stende der augspurgischen confession- und religionsverwandten uff ir gegebne antwort und anzeige am 29. Martij mundtlich gegeben, in: Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, Ostpr. Fol. 86, fol. 763r–765v (Kop.); ebenso in Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 482r–483v (Kop.); ebenso in: Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2, unfol. (Kop.).

<sup>2</sup> Ursprünglich war das Konz. im Namen der evangelischen Stände formuliert; Dr. Hieronymus zum Lamb versah es mit einigen stilistischen Änderungen im Sinne einer neutraleren, in indirekter Rede gehaltenen Formulierung.

sich darbey erpotten hetten, sie auch noch nit anderst erwegen und ermessen khonnen, dann das disse stände ires thails woll und billich daran gesettigt und zefrieden sein sollten, khonten und mochten. So were nochmals ir gnedig und freundlich gesinnen, ermanen und erpietten, wie sie in nechster mundtlicher irer rede [Nr. 166] auch gethan, liessen es auch bey derselben nochmals gentslich beruhen und bleiben, begereten und bitten, disse stende wölletens ires thails auch also dabey pleiben lassen und die sachen nit weither aufhalten, dan sie khonten in der hauptsach der berathschlagung der hilf wider den Turckhen nit lenger stilten. Weren willens, morgens umb siben horen in derselbigen furzufaren, des versehens, disse stende wurden ain jeder in seinem rhat erscheinen und unangesehen der baiden artickhel des friedens und rechtens – so wir furgewendt, als ob die nit erledigt weren – mit inen rhatschlagen, handeln und schliessen. Sollt es aber nit geschehen, so wurden sie nichtdestominder furtfaren etc.

Hierauf seindt disse stende in ire stuben gangen, sich gar kurtz underredt und alsbaldt widerumb hienein in die gemein rhatstuben khommen und den andern stenden durch den sächsischen cantzler angezeigt:

Sie hetten jetzt angehört, weiß ire Gnn. und Gg. uff ir vorigs wollmainlichs anbringen sich vernemen lassen. Und befinden sovil, das sie uff voriger irer mainung beharreten und gedechten morgendts – unangesehen das die baide artickhl friedens und rechtens noch unerledigt weren – mit berathschlagung der hilf wider den Turckhen furzufaren. Nun zweyfelten disse stende nit, sie hetten uß voriger disser stende reden und vilfaltigen schriften genugsam vernomen, uß waß erheblichen ursachen man zu solcher berathschlagung (noch viel weniger zu volnbringung) der hilf wider den Turckhen noch nit khomen khonte oder möchte, solche beide artickhel friedens und rechtens weren dann zuvorderst nach notturft abgehandlet und erortert.

So wussten sie sich auch zu erinnern, das die erste anthwort, so gemeine reichsstende der ksl. Mt. uff dem gehaltenen reichstag zu Regenspurgkh [1541] der turckhenhilf halben gegeben, und die bewilligung der hilf nit anderst dann mit diesen außgedingten conditionen beschehen, das vor allen dingen guther, bestendiger friedt und gleichmessig recht im Reich gemacht und erhalten wurde. Dieweil nun an demselben mangel sey (wie man genugsam angezaigt, auch weiter anzuzeigen wuste), so hetten sich unsere gnedigste, gnedig hern und obern billichen versehen, man sollt uff diesem itzigen reichstage zuvordest von solhen beiden puncten notturftiglich gehandelt und die zu solchem endt gepracht haben, daß man alsdann zu dem hauptwerckh der hilf wider den Turckhen fuglich und erschießlich khomen mogen. Dieweil es aber uber alles disser stende berichten, anzaigen, pitten und erpietten nit sein wolte, sonder sie, die gegenthail, uff irer mainung des abschlags verharren, so were es den gesanten disser stende leidt, horten es von wegen und anstatt irer hern und obern, auch fur sich selbs nit gern und zweifeln gar nit, so und wann dieselbigen ire hern und obern des alles und wie gehandelt worden berichtet, sie werden dasselbig nit mit wenig beschwerden vernemen und gar khein gefallen darob haben. Darumb so

hetten sie, die gesanten, sich anstatt derselbigen jhe billich versehen und noch, man solt doch uffs wenigst zusamen nidergesessen sein und von den sachen nach notturft und allen thailen zu nutz und guthem geredt haben. So dasselbig beschehe, solte und wurde man befinden, wo und wie an den baiden puncten friedens und rechtens halben mangl und wie denselben fuglich abzuhelfen were etc.

Die weil das aber nit sein wollt, sonder sie, die gegenthail, gedächten biß morgen – unangesehen das hievor ein anders gemacht worden etc. – furzufaren, so musten die gesanten disser stende solichs geschehen lassen. Doch versehen sie sich, die andern werden ir berathschlagen und schliesen also thun, das dißthails stende sampt oder sonders damit nit vernachtheilt oder beschwert werden.

Sollt auch uß solchem etwas unrath oder unrichtigkhait erfolgen oder die sachen anderst, dann sie gehandelt, gedeuttet und ausgelegt werden wollen, so were es dissen stenden getreulich leidt. Wolten uns hiemit öffentlich gegen inen und menigkhlichen protestiert und bezeugt haben, das sie sich je nichts dann erbars und billichs genugsam und uberflussiger weiß und meinung erpotten, auch bey dem allem an inen nichts erwinden lassen hetten. Des sie sich auch bey Gott und der welt zu bezeugen wüßten.

Der angezogen und heut verlesnen ksl. Mt. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] halben, das diesselbig von inen mit kheinem wort veranthwort worden, sonder gantz unangeregt pleiben, mußt[en] disse stende auch also besten [= stehen] lassen. Sie zweifelten aber gar nit, die ksl. Mt., als die iren hern und obern dieselbig gnediglich gegeben, wurde sie auch dabey mit gnaden handthaben, schutzen und schirmen. So wurden auch ire gnedigste, gnedig hern und obern ires thails auch understeen, nach solchen wegen zu gedenccken, das sie darbey pleiben mochten. So man aber noch weiter gepurlich und pillich handlung furnemen, fridt und recht betreffende, so weren sie erpittig, zu demselben zu verhelfen und aller billicher dingen halb an inen nichts erwinden ze lassen<sup>3</sup>.

### 170 *Vortrag Kg. Ferdinands und der ksl. Commissare zu Friede und Recht vor den Augsburger Confessionsverwandten – Nürnberg, 1543 April 2*

A Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 425r–428v (Kop.); AS fol. 425r: Furtragen, so die kgl. Mt. und ksl. commissarien den stenden der augspurgischen confession und religion den 2. Aprilis der zweyer articul fridens und rechtens halben nochmahls thun lassen. ÜS fol. 426r: Der röm. kgl. Mt. und der ksl. commissarien furtragen, den stenden der augspurgischen confession und religion den andern Aprilis getan.

<sup>3</sup> Die kursächsische, vom Heilbronner Gesandten Dr. Ehinger ins Reine geschriebene Zusammenfassung (siehe oben Anm. 1) enthält folgende Schlussbemerkung: Damit seind alle stend vom haus voneinander gangen. Actum den 29. Marcij ut supra. Hernach uff Freitag, den 30. Marcij, haben die andern stend – unerfordert diser – die berathschlagung der turckenhilff furgenommen. In: Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54 (Nr. 19).

- B* Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 336, unfol. (Kop.).  
*C* Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Kop.).  
*D* Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 106r–107v (Kop.); ÜS wie in A.  
*E* Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 498r–501r (Kop.); AS fol. 498r:  
 Der kgl. Mt. und der ksl. commissarien furtragen, den stenden der augspurgischen  
 confession und religion den 2. Apprilis gethan.

Die kgl. Mt. und die ksl. commissarien liessen disen stenden anzeigen: Nachdeme inen unvorgessen, wie oft und vertreulich ire kgl. Mt., fstl. Gnn. und sie mit inen gehandelt und alle wege gesucht, dise stende nach erledigung irer beschwer in eintrectige handlung zu bewegen, es het aber dasselbig nit stadtfinden mogen, dadurch dan die kgl. Mt. und die commissarien nach gelegenheit der vorstehenden zeit, welche sie nicht grosser machen wolten, dan sie an ir selbst gestaltet were und sie selbst auch wusten, gedrunglich bewegt worden, die andern stend zu ermanen, in der hauptsachen furtzuschreiten, welchs sie, die andern stende, gehorsamlich gewilligt und desselben also im werck weren.

Daneben hetten sie, die andern stende, nit unterlassen, die kgl. Mt. und die ksl. commissarien anzusprechen, das sie nochmaln auf wege wolten gedencken, dadurch man zu eintrectiger hieff komen und wir auch zu beratschlagung derselben bewegt werden mochten.

Nuhn befinden die kgl. Mt. und die commissarien, das die spaltung schedlich und nit allein zu laisten der turckenhieff zum hochsten nachteilig, sondern das auch die stende dadurch in merer vorbitterung komen, welchs die kgl. Mt. und die commissarien allem wesen zuguet gerne vorkommen sehen wolten. Und haben demnach aus aller handlung befunden und diser stende gemut dahin vormerckt, das sie sich neben andern stenden einzulassen genaigt und desselben auch von iren hern und obern bevelh hetten, wo und zufern sie fridens und rechtens vorsichert.

Soviel nun den friden belangt, achten ir Mt. und die commissarien, das die sachen des fridens also gestalt, das sie pillich kein beschwerung haben sollten, dann neben den aufgericht landfriden weren noch etliche andere mer friedtstende, als hie zu Nurmbergk [1532], volgents zu Franckfurdt [1539], Speier [1542], Regensburg [1541] und alhie widerumb zu Nurmberg [1542] gemacht und also bestetigt, verbessert und erclert, das irer Mt. achtung nach wenig beschwerung darinnen, und das also an constitution des fridens kein mangel sey, allein das derselbe frieden volnzogen werde. Darzu dann die kgl. Mt. gantz genaigt und die andern stende gleicher gestalt genaigt befunden. Sie hetten auch der kgl. Mt. und den ksl. commissarien angezaigt, das sie denselben zu halten bedacht weren und vorsehen sich, die stendt der augspurgischen confession und religion solten sich desselben auch bevelessigen. Und derhalben wolten sich die kgl. Mt. zu disen stenden vorsehen, das sie neben und mit den andern des fridens halben begnugig sein und sich solcher friedtstende, wie die zuvor aufgericht, gebessert und declarirt, settigen lassen.

Soviel das gleichmessig recht belangt, erinnerten sich die kgl. Mt. und die ksl. commissarien, das diser stend beger dahin gestanden, das die visitacion und reformation des cammergerichts der ksl. declaration gemeiß furgenomen werden solte. Nun haben aber die kgl. Mt. vor der zeit, und nemblich zu Speier [1542], ungesucht nicht gelassen, ab die andern stende solicher declaration auch vorgnugig sein und die bewilligen mochten. Es hetten aber ire kgl. Mt. solchs bey den andern nit konnen erhalten; hetten dagegen angezaigt, das sie von solcher declaration kein wissen trugen, die dan auch mit iren wissen nicht gegeben und wollten dieselben nit approbiren noch reprobiren.

So nun die kgl. Mt. und die ksl. commissarien solchs bey den andern stenden befunden, haben sie die sachen zu wolfart dahin gedacht, ab diesen stenden ire beschwerung durch andere wege abgeholfen werden mochte, und nemlich das in dem abschiedt bey dem artickel der visitacion gesetzt wirdet, das die visitacion auf zeit, wie man sich derselben vorglaichen mochte, solte an weittern vorzug und suspension gewislich furgehen. Und ab sich zwischen den stenden irrungen zutragen wurden, das alsdan die ksl. Mt. darunther zu erkennen haben solte, des vorsehens, so solich mittel bey den andern stenden erhalten, das dadurch disen stenden geholfen und das sie ferner nit ursach haben solten, sich derhalben zu beclagen, in ansehung, das zu der ksl. Mt. declaration zu thun gestelt wurde und das ire Mt. ungezweivelt in solcher irer erclerung nit zuruckgehen, sondern ir vorig declaration vielmehr handhaben und nichts anders, das dem vorigen zuentgegen, handeln wurde.

Und haben darauf ire kgl. Mt. und die ksl. commissarien soliches an die andern stende zu gelangen zulassen und dieselben dahin bewegt, das sie irer Mt. gehorsamblich wilfarung zu thun und solchs in abschiedt zu bringen bewilligt hetten.

Dieweil nun die kgl. Mt. und die ksl. commissarien es dafur achten, das der vordechtlichkeit und beschwerung abgeholfen und das also diese stende per indirectum iren willen durch diesen weg erhalten, so wolten demnach die kgl. Mt. und die commissarien sie gnediglich ersucht haben, das sie ires teils in solche mittel auch willigten und sich desselben, in ansehung das es von dem andern theil auch beschee, settigen und begnugen lassen wolten, und das sie derhalben numehr zu den andern tretten und die hauptsache beratschlagen, auch darinn neben- und miteinander schliessen wolten. Daran sie ein guet werck erzaigen, welichs auch die kgl. Mt. und sie, die commissarien, in gnaden erkennen wurden etc.

171 *Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten auf den Vortrag Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare von 1543 April 2 (Nr. 170) – übergeben Nürnberg, 1543 April 3/verlesen im Reichsrat April 4<sup>1</sup>*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 177r–179v (Kop.); DV fol. 178v*: Der augspurgischen confessionverwanten stend artickel, dem abschid inzeverleiben. Lectum in consilio statuum catholicorum 4. Aprilis<sup>2</sup> anno etc. 43.
- B *Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 336, unfol. (Kop.); DV*: Antwort der augspurgischen confession- und religionsverwandte stenden, der röm. kgl. Mt. und der ksl. comissarien uf ir furtragen uf den 3. Apperilis gegeben.
- C *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 430r–432v (Kop. mit Marg. der kursächs. Kanzlei); AS fol. 430r*: Andtwort der augspurgischen confessionverwandten stende uff der kgl. Mt. und ksl. commissarien der zweyer puncten friden und rechtens halben beschehen furtragen, den 3. Aprilis ubergeben. *ÜS fol. 431r*: Der augspurgischen confessionverwanten stende antwort auf kgl. Mt. und der ksl. comissarien muntliche antzeig, den 3. Aprilis ubergeben.
- D *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 108rv–109v (Kop.); ÜS fol. 108r*: Der röm. kgl. Mt. den 3. Aprilis gegeben.
- E *München HStA, KBÄA 3159, fol. 418r–419v (Kop.); ÜS fol. 418r wie DV in A. AV fol. 418r*: Actum 4. Aprilis zu Nurmberg anno etc. 43.

Dieweyl die röm. kgl. Mt. und die ksl. comissarien numer aus vil gepflognen handlungen vermerkht, das sich die stende der augspurgischen confession und religion der ksl. declaration nicht khöndten oder wusten zu begeben oder dieselbige in ainiche zweifentliche disputation ziehen zu lassen, so khöndnten sy die puncten fridts und rechts aus habendem bevelch anderst nicht willigen, dann das dieselbigen in dem abschid nachvolgender massen gesetzt und versehen wurden:

Namblich das der fridstandt auf die vorgemachte reichsabschide und ordnung, auch die ksl. declaration [*RTA JR Bd. XI, Nr. 949*], uber den jungsten regenspurgischen reichsabschid gegeben, gedeutet, verstanden und von allen tailen gehalten werden sollt.

Und dieweyl sich die stende, der braunschweigischen defension verwandt, derselbigen halb auf die röm. ksl. und kgl. Mtt., auch Kff., Fff. und stende des Reichs samptlich zur antwurt zu steen erpotten, sollt dann daruber gegen inen mit der that oder sonst gehandelt oder furgangen werden, so wirdt sollichs die hilf wider den Thurckhen auch verhindern und dieselb sovildesterweniger geleist werden mogen. Derhalben so bitten sy, das die kgl. Mt. dieselben sachen auf yetzt gemelt erbietten zu ksl. Mt. personlicher ankunft gnediglich verschieben und disen artigkhl auch in des Reichs abschide bringen wollte,

<sup>1</sup> *Am 3. April wurde die Antwort der evangelischen Reichsstände dem König und den ksl. Kommissaren übergeben; am 4. April erfolgte die Verlesung im Reichsrat vor den altgläubigen Reichsständen.*

<sup>2</sup> *Datum nachtr. gestr.*



damit also die innerliche krieg verhuettet wurden und man sovil dester mer zu gemainer hilf wider den Thurckhen khomen mocht.

Und das die visitation und reformation des ksl. camergerichts auf solliche reichsabschide, ordnung und obgemelt ksl. declaration auf N. tag gewislich furgenomen werde, damit in dem Hl. Reich menigclich, ungeacht was tails religion der sey, ain gleich, unpartheyisch recht erfolgen und mitgetailt werde, darzue die ksl. Mt. ire comissarien verordnen, N. und N., und sein von gemainer reichsstende wegen zu visitatores furgenomen, namblich N. und N., wie die in jungstem speyrischen abschid benennt<sup>3</sup>.

Und sollen die gerichtlichen proceß in allen und yeden sachen, so die aynungsverwandten stende und andere, die sich der bescheehnen recusation anhengig gemacht hetten oder noch anhengig machen wurden, am camergericht haben oder künfftiglich hiezzwischen der visitation uberkhomen mochten, kaine außgenommen, so lang suspendiert werden und pleiben, bis die visitation obgehörter massen wurcklich volnzogen und ir endtschaft erraicht hett, auch alle und yede wider ermelte stende nach furgewendter derselben recusation an dem camergericht erkente process, ergangen urthail und geubte handlungen hiemit gantzlich cassiert und aufgehoben sein.

Und nach der visitation und reformation solliche handlung, so vor bescheehner recusation an dem camergericht geschwebt, von dem visitirten camergericht also und in den standt reassumirt werden, wie sy vor der recusation gestanden sein. Ob aber vor volnziehung der visitation und reformation solliche wichtige sachen furfielen, die kainen verzug erleiden köndten, so sollten von der röm. kgl. Mt. unpartheyische comissarien mit bewilligung der partheyen verordnet werden<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> Die zur Visitation des RKG designierten ksl. Kommissare waren Kf. Joachim von Brandenburg, Hoch- und Deutschmeister Walther von Cronberg, Mgf. Ernst von Baden und Bf. Philipp von Speyer. Bei den reichsständischen Kommissaren handelte es sich um die Kff. von Mainz und Sachsen, Bf. Konrad von Würzburg, Mgf. Georg von Brandenburg-Ansbach, Abt von Kempen, Gf. Martin von Öttingen und die Vertreter der Stadt Augsburg. Siehe dazu den Speyerer RAB von 1542 April 11, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 132, S. 1202.

<sup>4</sup> Nicolas de Granvelle betrachtete die Forderungen der Protestanten als maßlos und setzte seine Hoffnungen auf die baldige Ankunft des Kaisers im Reich, um den Konflikt mit den Protestanten in den Griff zu bekommen, wie er Kgn. Maria aus Nürnberg am 4. April 1543 berichtete: [...] Quant aux affaires de ceste diète, journallement les protestans se démontrent plus insolens et demandent choses à la vérité exorbitantes. Et quand nous avons induict les catholicques de soy remettre à la déclaration de sa Mté de toutes difficultez qui pourroient survenir à la visitacion du camergericht, par où nous pensions que lesd. protestans seroient entièrement satisfaitz, ilz ont mis en avant nouvelles condicions et choses plus griesves [...], de manière que ne scay que Dieu en donnera. Et ay mon plus grand espoir que moyennant la venue de sa Mté ilz seront plus traictables, et est vray que lesd. catholicques ont tenu proproz et termes au commencement de ceste

<sup>a</sup>–Die kgl. Mt. und ksl. commissarien haben vilmaln vermerckht, aus was rechtmessigen, billichen ursachen dise stend die jetzige personen des chamergerichts zu richter nicht khundtn oder wusten zu gedulden. Darumb bitten dise stend, das die kgl. Mt. wollte nochmaln die wege suchen und fur die hande nemen, dardurch solche personen fuglich und gewislich abgeschafft und dise stende kunftig irenthalben unbeschweret bleiben<sup>a</sup>.

172 *Stellungnahme der altgläubigen Reichsstände zur Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten von 1543 April 3/4 (Nr. 171) – Nürnberg, 1543 April 6*

A *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277 fol. 30r–31r (Kop.).*

B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 580r–582v (Kop.).*

Am 6. Aprilis sein der augspurgisscher confessionverwanten stende ubergebnne artickel [Nr. 171] durch die kfl. rethe und andere gemeyne stende des Hl. Reichs beratschlagt und daruff ungeferlich nachfolgender meynung geschlossen worden:

Erstlich belangendt den artickel des fridstandts ist beschlossen: Nachdem ksl. Mt. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949], daruff die protestierende stende sich referiren, on furwissen und verwilligung der Kff., Ff. und gemeyner stende des Reichs ußbracht, so kundten die stende nit bewilligen, das dieselbigen des Reichs abscheidt inverleibt wurde.

Damit aber die protestierende stende kheyn ursach hetten, sich des puncten des friddens zu beclagen, so weren sie, die stende, urbutig, sofern die protestierende stende durch den speyrisschen reichsabscheidt [1542] nit gnugsam versichert, alßdan inen weither versicherung zu thun, das sie sich irer nit besorgen durften.

Die brunschwigische handlung berurendt sehen die stende fur gut an, dweil durch die kgl. Mt. und ksl. commissarien gutliche handlung furgenomen, das dieselbig continuirt werde. Wo aber die sachen itzo nit khunten vertragen werden, das sie alßdan byß zu der ksl. Mt. persönlicher ankunfft (der man in kurtzen gewertig) uffgeschoben wurden, in betrachtung, das doch mitler zeit

<sup>a-a</sup> *In den meisten Überlieferungen befindet sich diese von einem Teil der Evangelischen offenbar etwas später nachgereichte Bitte auf einem eigenen Folioblatt. In A (fol. 179v) und in E (fol. 419r) lautet der DV bzw. die ÜS zu diesem letzten Absatz: Der augspurgischen confessionverwanten potschaften gesinnen. In BC trägt die Bitte der Evangelischen die ÜS „Zeddel“. In D (fol. 112r): Zeddel [nachtr. gestr.] neben obgesetzten puncten sonderlich ubergeben.*

diète pour lesquelz lesd. protestants se sont indignez et plus obstinez et l'électeur de Saxen et les Clevois font le pys qu'ilz peuvent. [...]. In: *Wien HHStA, Belgien PA 36/2, fol. 497r–501v, hier fol. 498rv (Ausf. z. T. chiff. u. dechiff.)*.

die sachen mit den rechten nit khundten außgefochten und aber verhoffentlich durch die ksl. Mt. gutlich vertragen werden. Und versehen sich die stende, wo die kgl. Mt. und ksl. commissarien solichs an Hg. Heinrichen von Brunßwich lassen gelangen, solt er in die begerte suspension willigen.

Belangendt die visitation des camergerichts ist abgeredt, nachdem in dem speyrischen reichsabscheidt sonderlich form und maß gegeben, wie die reformation furgenommen werden soll, auch von beiden theilen unpartheysche visitatores ernent und bewilligt worden, das darumb die stende bei der kgl. Mt. uff das fleissigst anhalten wolten, das die visitation furderlich (wie obstehet) geschehe. Und achten darfur, wo die visitation dermassen furgenommen, soll sich nyemandts derselbigen billich zu beclagen haben.

Das aber die visitation vermog der ksl. declaration geschehe, auch die erkente proceß und urtheil cassirt und uffgehoben, dergleichen die itzige personen des camergerichts vor furgehender visitation und erkantenuß der sachen ignominiose [= *schändlich*] solten abgesetzt werden, wie solichs alles in den uberigen artickeln von wegen der protestirenden angezogen und begert worden, dainne khundten die stende, dweil es dem rechten ungemeiß, kheinswegs willigen<sup>1</sup>.

Damit aber der augspurgisschen confessionverwanten stende spuren mochten, das die gemeyne stende gern alle fugliche mittel suchen wolten, das sie, die protestierende, sich von inen nit absondern, so wolten sie zum uberflus dainn willigen, das alle und jede sach, so gegen die protestierende am camergericht anhengig gemacht, vier monat langk suspendirt werden und blieben, in hoffnung, das mitler zeit die visitation und reformation geschehen soll. Wo aber solichs durch die protestierende nit angenommen wurde, so wolten sie es bei irer vorigen antwort, die inen, den protestierenden, von kgl. Mt. und ksl. commissarien gegeben [*Nr. 170*], bleiben lassen.

Solich der stende bedencken ist an kgl. Mt. und ksl. commissarien von wegen der gemeyner stende gelangt worden, und man ist der antwort teglichs gewertig.

<sup>1</sup> *Die altgläubigen Reichsstände bezweifelten angesichts der mühevollen und ergebnislosen Verhandlungen Kg. Ferdinands mit den Protestanten in zunehmendem Maße, zu einer Einigung mit den Evangelischen zu kommen, wie aus einem Bericht Dr. Werner Kochs an Bf. Philipp von Speyer vom 9. April 1543 hervorgeht: [...] Verseehe mich, gnediger furst und her, es werden die andern [= altgläubigen] stende uff ein abschiedt gedencken, dan ye nit mehr verhofflich, das man alhie zu einer vergleichung kommen werde. In: Straßburg AM, AA 503, fol. 187r–188v, hier fol. 187v (Ausf. v.d.Hd. Kochs).*

173 *Zusammenfassung eines mündlichen Vorschlags Kg. Ferdinands und der ksl. Commissare zu Friede und Recht durch die evangelischen Reichsstände<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 7*

A *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 26rv (Kop.).*

B *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 451r–452r (Kop.); ÜS fol. 451r: Kgl. Mt. und der ksl. commissarien antzeig diesen stenden den 7. Aprilis.*

C *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 258r–259r (Kop.).*

D *Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/6, fol. 103r–104v (Kop.); ÜS fol. 103r: Der kgl. Mt. und ksl. commissarien muntlich vorhalden, den protestirenden gescheen 7. Aprilis. AV fol. 103r: 7. Aprilis.*

Der effectus kgl. Mt. und der ksl. commissarien heutigs furpringen stehet uff dem, daß ir Mt. bey den stenden deß andern thailß uff die nehern furschleg und beger der stende der augspurgischen confession und religion mit vleiß gehandelt und uber allen angewendten vleyß bey inen nit erheben mogen, daß sie die ksl. declaration [*RTA JR Bd. XI, Nr. 949*] in den abschiedt vermöge diesser stende begern khomen lassen wollten, aus ursachen, daß sie deß khainen bevelch oder gewaldt hetten. Sie wollten aber dieselb ksl. declaration nit bekreftigen oder entkreftigen, approbirn oder reprobirn, <sup>a</sup>wollten aber die vorigen friedstende, wie die den stenden allenthalben gegeben, gebessert und declarirt weren, halten<sup>a</sup>.

Dhieweyl nun ir Mt. uber allen vleys sollichs nit hetten mögen erheben und doch gern alle verner verbitterung verhut und verkhomen sehen wollte, so hette ir Mt. uff diß mittel gedacht: Und were nemlich diß erbietens, den stenden der augspurgischen confession und religion genugsame assecuration in bester form zu geben, und daß sie sich darauf, wie vor gepetten, mit den andern in handlung inlassen wollten. Und damit sollichs soviel desto verstandtlicher geschehen und gehandelt werden mochte, so wollte ir Mt. den H. Naves und etlich ire rhet zu diessen stenden verordnen, die mit inen von diessen und andern mher puncten vtreulich reden und handlen sollten, damit man zu vergleichung khomen mocht.

Und dieweyl ir kgl. Mt. und die commissarien nicht weither khonten, auch der mangel an der ksl. und ir kgl. Mtt. nit were und dann die andern

<sup>a-a</sup> *In A nachtr. erg., BCD om.*

<sup>1</sup> *Die kursächsische Räte berichteten am 9. April 1543 über ihre Audienz bei Kg. Ferdinand: [...] so seint wir doch sider des von der kgl. Mt. und den ksl. commissarien am verschiennen Sonnabent [1543 April 7] widerumb erfordert worden, do uns ire kgl. Mt. und die commissarien muntlichen antzeigen und etzliche mittel furschlagen, daran wir uns begnügen lassen und in den reichshandlungen neben den andern schliessen sollten. Solche antzeig haben wir in ein ungeverlich vertzeichnus [Nr. 173] bracht und thun eurn kfl. Gn. solchs hieneben undertheniglich übersenden. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 7r–16v, hier fol. 8r (Ausf.).*

stende unserm beger stattzuthun beschwerung hetten, so betten<sup>b</sup> ir Mt. und die commissarien die stende der augspurgischen confession und religion, sie wollten sich vorgemelter mittel und furschleg settigen und benuegen lassen.

<sup>c-c</sup>Actum den 7. Aprilis anno etc. 43<sup>c</sup>.

174 *Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten auf den mündlichen Vorschlag Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare<sup>1</sup> (Nr. 173) – Nürnberg, 1543 April 7/April 8<sup>2</sup>*

A *Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 98r–100v (Kop.); AS fol. 98r*: Antwort der augspurgischen confession- und derselben religionsverwandten stend, der röm. kgl. Mt. und den commissarien uff ir furpringen den 8. Aprilis gegeben.

B *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 469r–474v (Kop.); AS fol. 469r*: Weitere antwort und erclerung uff der kgl. Mt. und ksl. commissarien den 8. [!] Aprilis beschehen anzeigen, durch die augspurgischen confessionsverwandten stend gegeben.

C *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 506r–509r (Kop.), AS fol. 506r*: Antwort der augspurgischen confession- und derselbigen religionsverwandten stend, der röm. kgl. Mt. uff ir furpringen den 8. Aprilis gegeben.

<sup>1</sup> *Die kursächsischen Räte berichteten am 9. April 1543 an Kf. Johann Friedrich über das Zustandekommen des obigen Aktenstücks und die Reaktion Kg. Ferdinands darauf, in: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 7r–16v, hier fol. 8rv (Ausf.)*: Nachdeme aber wir, desgleichen die andern der augspurgischen confession- und religionsverwandten stende rethe und gesanten es nicht dafür haben achten können, das unsern herrn und obern mit diesen furgeschlagenen mitteln [Nr. 173] aus etzlichen furgewanten ursachen [geholfen], und sonderlich dieweil nuemer die andern stende von der ksl. declaration gut wissen, daß derselben in dem gemeinen reichsabschied gar nicht gedacht werden oder sie dieselbigen nicht willigen sollten, und demnach uns entschlossen, der kgl. Mt. widerumb antzutzeigen, warumb uns solche mittel beschwerlich, sondern das ire Mt. und die ksl. commissarien mit den andern stenden handeln wölten, in die ksl. declaration, weil irer Mt. der regenspurgisch reichsabschied declaration zu thun nachgebe, zu willigen. Welche antzeige irer Mt. und den ksl. commissarien von uns gestern vor datum [8. April] schriftlich in beisein Dr. Naves zugestellt. Darauf ire Mt. den ausschus, welcher zu uberantwortung solcher schrift verordnet, beantwortet: Dieweil dieses ein wichtiger handel, so wolten ire Mt. denselben mit den ksl. commissarien beratschlagen und uns mit fernern bescheid und antwort versehen, darbei es dißmals beruhet.

<sup>2</sup> *Der mündliche Vorschlag des Königs und der ksl. Kommissare vom 7. April 1543 (Nr. 173) wurde von den evangelischen Ständen am selben Tag beantwortet, wie sich aus dem ersten Satz der Antwort ergibt. Der in einigen Überlieferungen angeführte 8. April ist das Datum der Übergabe des Aktenstücks an den König bzw. das Datum der Abschrift durch die Reichsstände.*

<sup>b</sup> *In A irrtümlich*: hetten.

<sup>c-c</sup> *A om.*

- D* *Straßburg AM, AA 509, fol. 94r–97v (Kop.); DV fol. 97v*: Der stend der augspurgischen confessionverwandten antwurt auf den furschlag, so die röm. kgl. Mt. heutigs tags inen fridens und rechtens versicherung halb gethan. Actum 7. Aprilis 1543 Norimbergae. Praes. [*Straßburg*], Mittwoch, den 18. Aprilis anno etc. 43.
- E* *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 23, fol. 445r–449r (Kop.); AS fol. 445r*: Schriftliche antwort der augspurgischen confessionverwandt stende auf der röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien den 7. Aprilis beschehen mundtlich furbringen, gegeben Nurmberg 1543.

Der röm. kgl. Mt., unsers allergenedigsten herrn, und der ksl. commissarien heutigs furpringen [*Nr. 173*], waß ire kgl. Mt. uff der stende der augspurgischen confession und religion neher furschlege mit den andern stenden gehandelt und waß der kgl. Mt. und commissarien fur andere mittel und wege furgeschlagen, haben die stende der augspurgischen confession und religion in underthenigkait gehort.

Und bedancken sich von erst in underthenigkait des genedigen fleiß, den ir kgl. Mt. und die commissarien bey den andern stenden zu erlangung vorgemelter vorschlege genediglich furgewandt. Konnen auch auß demselben anderst nit spuren oder vernemen, dann daß die röm. ksl. und ir kgl. Mtt. zu ruhe, fried und einighkait geneigt und daß eß also an der ksl. und ir kgl. Mtt. friedensß und rechtensß halben nicht mangelt, sonder daß der mangel und verhinderung bey etlichen den andern stenden seye.

Dieweyl nun friedt und recht bestendiglich und gleichmessig mit bewilligung der andern stende nicht khan oder mag aufgericht werden, so haben ir kgl. Mt. und die commissarien genediglich und gonstiglich abzunemen, daß den stenden der augspurgischen confession und religion durch ein nebenassecuracion nit mag geholfen noch also bestendiger fried und gleichmessig recht erhalten werden, eß sey dann, daß die andern stende darin auch bewilligen. Dann sollten die stende der augspurgischen confession und religion mit den andern in einichen abschiedt ghen und darinnen die ksl. declaration uber so viel suchung, so an sie, die andern stende, derhalben beschehen, auch uber ir offentlich contradiction, daß sie solche declaration nit leiden mochten etc., heraußen gelassen werden, so khonte eß von meniglich anderst nit gedeudet oder verstanden werden, dann daß sich diese stend der declaration gantzlich begeben.

Es wurden auch die andern stende gut fueg und ursach haben, diese jetzt gegeben nebenassecuracion alß nichtig und die inen zuruck – und wider ir alß parthen offentlich widersprechen – gegeben worden, anzufechten, und daß sie nichtzitdesterweniger einen abschiedt mit inen genomen hetten, darinnen der declaration nicht gedacht, sonder dieselben stillschweigend ubergangen und sich dero begeben hetten. Zudem daß auch diese stende durch den abschiedt verbunden, der ander thail aber stunde der declaration und assecuracion halb frey.

Daß aber die stende der augspurgischen confession und religion hievor zu Regenspurg vorgemelter ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] und volgendts zu Speyer der kgl. Mt. und der ksl. commissarien urkhundt und versicherung [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] benugig gewest und sich derselben hetten settigen lassen, daß wer darumb beschehen, daß die andern stende dieselb declaration und confirmation derzeit so öffentlich nicht angefochten, sonder eß haben sich diese stende vielmher versehen, dieweyl der regenspurgisch abschiedt der ksl. Mt. declaration zu geben zulest, sie sollten derselben gelebt und nachkhomen seyn.

Nachdem aber die stende der augspurgischen confession und religion sehen und vermeinen, daß sie derselben ksl. declaration jetzt öffentlich nit statgeben wollen, zudem daß sie auch seidthe deß gehaltenen reichstagß zu Speyer befunden, daß die visitation und reformation des chammergerichts ungetzweivelt auß anfechtung<sup>a</sup> und der practicen etzlichen der anderen stende gegeben declarati-on<sup>3</sup> nicht ervolgt, sonder daß daß chammergericht nichtsdesterweniger gegen diessen stenden mit beschwerlichen processen furthgefahren und sich öffentlich vernemen lassen, daß die ksl. declaration one bewilligung der andern stende gegeben und also ein particular sach were, dero sie, onhe mitbewilligung der andern stende gegeben, nit statgeben khondten, so haben sich die stende der augspurgischen confession nichts anderst zu befharen, dann daß sye, die andern stende, dießer jetzigen assecuration viel weniger stattgeben werden dann der hievor gegebenen ksl. declaration und der kgl. Mt. darauf gevolgter urkhundt.

Dem allen nach sein die stende der augspurgischen confession und religion der hoffnung gewest, dye andern stende sollten in ansehung der noth, so der gantzen christenheit und der gantzen theutschen nation deß Dhurcken<sup>b</sup> halben beschwerlich obligt, die vorgemelt ksl. declaration, welche ir der regenspurgisch abschiedt zugibt und nichts ungleichs in ir begriffen, bewilligt und dieselbig in abschiedt zu setzen nicht geweigert haben. Dieweyl aber solchs bey inen bißher nit erlangt werden mogen, so hat die kgl. Mt. und die ksl. commissarien öffentlich abtzunehmen, daß der mangel, damit man zu fried und recht und also zu laistung der thurckenhilf einhelliglich nit khommen möge, an den andern stenden und nicht an der augspurgischen confession- und religionverwandten seyen.

Bitten darauf die stende der augspurgischen confession und religion undertheniglich, daß ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien sie diesser irer antwort nit wollen verdencken, dann sie weiter, dann sie sich mit den negst übergebenen schariften und auch jetzt erclert, khainen bevelch wusten und khondten auch

<sup>a</sup> Aus A, in BCDE: anrichtung.

<sup>b</sup> Aus BCDE, in A irrthümlich: churfursten.

<sup>3</sup> Es handelt sich um die Deklaration Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare für die katholischen Stände, in welcher die Gültigkeit der ksl. Deklaration von Regensburg nicht anerkannt wurde, Speyer, 1542 April 10, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 149, S. 820f.

auß manglung derselben ferner nit schreyten<sup>4</sup>. Und da einiche verhinderung der thurckenhilf halben wurde einfallen, daß die kgl. Mt. dieselbig den andern und nit diessen stenden zulegen; daß auch ir kgl. Mt. bey den andern stenden nochmalß anhalten wolte, damit die declaration sampt andern puncten, in nechster verzeichnuß übergeben, in den hieigen abschiedt gebracht wurde.

Dann ir kgl. Mt. und ksl. commissarien genedigst und gonstig zu bedencken haben, wie beschwerlich es fallen wurt, do diese stende bestendigs friedensß, gleichmessig rechtenß und auch der braunschweigischen defension halben, inmaßen wie negst in underthenigkhait auch gebetten, nit sollten versichert werden, und daß eß nit allein zu verhinderung der thurckenhilf, sonder auch zu ander unruhe und beschwerung im Reich ursach geben wurd, die doch ire gnedigsten, gnedigen herren und obern so viel möglich gern verhut und verkhomen sehen, und hinwiderumb an allem dem, daß zu furderung friedensß, rechtenß und also zu laistung treglicher und gleichmesiger hilf widder den Thurken diennen khondte, ireß thailß nit erwinden laßen, wie sie dann auch undertheniger hoffnung sein, ir kgl. Mt. und die ksl. commissarien werden solchs auß den vielgepflechten handlungen und diesser stend underthenig erpieten genediglich vermerckt haben.

175 *Gutachten Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare zu einzelnen Paragraphen des Reichsabschieds<sup>1</sup> – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 April 14*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 165r–170v (Kop. mit marg. Erg. v.d.Hd. Jonas); AS v.d.Hd. Jonas' fol. 165r: Röm. kgl. Mt. und der herrn ksl. commissarien bedenckhen etlicher artiggl halber, so in alhieigem reichsabschid vermeldt werden möchten. AV fol. 165r: Lectum in consilio imperiali die 14. Aprilis.*
- B *München HStA, KBÄÄ 3159, fol. 432r–434v (Kop.).*

<sup>4</sup> *Die württembergischen Gesandten ersuchten Hg. Ulrich am 7. April 1543 um Instruktion, ob sie, so wie die Mehrheit der evangelischen Stände, bei der strikt von den Bundeshauptleuten Kursachsen und Hessen vorgegebenen Verhandlungslinie in Sachen Friede und Recht bleiben sollten: [...] Wo nun hieruber di kgl. Mt. und di ksl. commissarien bei den andern stenden des Reichs nichtz ferrers erhalten kundten, ob dann wir – gleichsfalls der merer thail anderer protestierenden stende – diese assecuration [Kg. Ferdinands] von wegen euern fstl. Gn. nit annemen und wider den alhieigen reichsabschiede protestieren sollen oder was euer fstl. Gn. hierinnen thunlich und gelegen sein will, das haben und mögen sie uns zum furderlichsten gnedigen bevelh zukomen lassen. [...]. In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 481r–486v, hier fol. 482r (Ausf.).*

<sup>1</sup> *In eckigen Klammern werden die Artikel des Gutachtens in Bezug zu den jeweiligen Paragraphen des in Ausarbeitung befindlichen RAb gebracht.*



- C *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 795r–799r (Kop. mit marg. Inhaltsangaben); AS fol. 795r: Kgl. Mt. und ksl. commissarien artikel zum abschydt dinlich. Exhibitum statibus 14. Aprilis.*
- D *Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54 (Nr. 22), (Kop.); AV: Actum 14. Aprilis 1543.*
- E *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 114r–117v (Kop.); ÜS wie in A. AV fol. 114r: Disses habe ich<sup>2</sup> auß der papisten radt bekommen, und is folgendts, idoch etzlicher maß geendert [Nr. 179], durch den konig den stenden auch zugestalt.*

[Art. 1: vgl. *RAb Nr. 404, § 32*] Nachdem bei gegenwirtigen geschwinden, sorgsamen und geverlichen zeitten und leufn die hoch notturft ervordern will, ainen gemainen, bestendigen friden ze haben und ze halten, damit sich khainer vor dem andern ainiches ubertzugs, gewalts noch mißtrauens besorgen durfe, so achten die röm. kgl. Mt. sampt den hern ksl. commissarien größlich vonnöten sein, das im alhieigen reichßabschid der artickhel des fridstands wol und aygentlich außgefert und dannocht dahin gemassigt werde, dardurch die stende der augspurgischen confession der billichait nach auch contentiert und demselben zu gehorsamen destmer geraitzt und bewegt werden mochten, ungevarlich auf solche mainung, das sich gmaine stend gegen der kgl. Mt. und den ksl. commissarien anstat der ksl. Mt. und zwischen inen selbß bei ir kfl. und fstl. eern und werden, auch die andern stende an geschworns aids stat verglichn, bewilligt, und verpflichtet haben, das khainer den andern hochs oder niderts stands weder der religion noch aller anderer sachen oder ursachen halber, wie die namen haben möchten, bevechden, bekriegen, berauben, vachen [= *gefangen nehmen*], ubertziehen, belägern, dartzu auch weder durch sich selbß oder jemens andern dienen noch ainich schloß, stätt, märckht, bevestigung, dörfer, höve oder weyler absteygen oder fravenlich [= *freventlich*] einnehmen, deßgleichn kainer den andern, was religion der sey, seine zynß, rünt oder einkhomen verhalten noch eyntziehen, auch sich allenthalb dem gmaynen landtfriden gemäß halten sollen, bei peen und straff in demselben ksl. landtfriden außgekönt [= *verkündet*] und gesetzt etc.

[Art. 2: vgl. *RAb Nr. 404, § 33*] Sovil aber die visitation und reformation deß ksl. camergrichts belangt, will sich der kgl. Mt. und ksl. commissarien achtung nach in allweg geburn und aller stend notturft ervordern, das die vermug vorergangner reichsabschid und handlungen on verrern vertzug und schub furgenommen und uber drei monat nach endung dises reichßtags nit angestölt, sonder die zeit gleich yetz bestimpt und nach erlangtem anfang biß an ir gepurlich ende continuiert und gefurdert werde.

[Art. 3: vgl. *RAb Nr. 404, § 34, Absatz 1*] Und so sich zwischen aller stend zue Speyer erkhießten visitatorn in volntziehung berueter visitation mißverstand, warinn das wär, zuetruerge, des sy sich zwischen inen selbs nit veraynen noch durch der röm. ksl. Mt. commissarien (so sy statlich und ansehnlich dartzue

<sup>2</sup> *Jakob von Zitzewitz.*

verordnen) nit vergleicht werden mocht<sup>n</sup>, <sup>a-</sup>das alßdann zu irer ksl. Mt. gestölt werde<sup>-a</sup>, darüber entlich erkhanntnuß und entschid ze thuen, dem auch volgends alle stend gehorsamblich geleben und nachkhomen sollen, der trostlichen zuversicht, ir ksl. Mt. werden sich darinn alß ain loblicher khayser dermassen zue ertzaigen wissen, damit alle stendt billich benuegig sein und ainicher beschwarung khain fuegsame ursach habn werden.

[Art. 4: vgl. RAb Nr. 404, § 34, Absatz 2] Das auch die gemaine stend uber die vorbeschehen suspension der religionsachen der röm. ksl. und kgl. Mtt. zu underthenigem gevallen, auch zue erhaltung und befurdung frids und ruee, gehorsamlich bewilligten, all anhengige prophansachen, so sy gegen den stenden der augspurgischen confession und die hinwider gegen inen am ksl. camergericht haben oder noch uberkhomen mochten, biß zu entlichem beschluß angeruerter visitation auch einzestöllen und ze suspendiern. Doch das solch visitation auf die yetz bestimbt<sup>b</sup> zeit gewißlich furguee und zum lengisten in sechß<sup>3</sup> monaten den nechsten geendet und beschlossen werde.

[Art. 5: vgl. RAb Nr. 404, § 35, Absatz 1] So wolt auch der kgl. Mt. und ksl. commissarien nit zewider sein, das mit denjhenigen der augspurgischen confessionverwanten stenden, so ir angepur zu underhaltung des ksl. camergerichts noch nit erlegt, noch die diser zeit zue erlegen bewegt werden mugen, allem fridlichen wesn zuguet diser zeit gedult getragen und irethalb furgenomne proceß biß zue ende der visitation eyngestölt wurden, deß versehens, sich werden nach volntziehung angeregter visitation alle stend irer verfalnen und khunftigen angepur halber aller gehorsam befleissen.

[Art. 6: vgl. RAb Nr. 404, § 36 und § 35, Absatz 2] Alß dann wider etliche stend der augspurgischen confession nach irer beschehen recusation allerhand gerichtliche proceß, handlungen und urtheln <sup>c-</sup>am ksl. camergericht ergangen und erkant sein möchten, derhalbn sy vermaynen, solch proceß und urteln<sup>-c</sup> aufzheben und die sachen in den stande, darinn sy vor beschehner recusation geschwebt, ze reassumiern, und aber solches bei gemainen stenden fur beschwärllich geacht wirdt, das demnach solcher mißverstand auch der röm. ksl. Mt. von allen stenden gehorsamblich verthraut und haimgestölt werden mocht.

Ob aber vor volntziehung der visitation und reformation solch wichtige sachen furfielen, die khaynen vertzug leiden köndtn, daß dann in allen denselbigen sachen gleich alhie mit aller stende bewilligung gemayn, unverwendt und unparteyische commissarien verordnet und bestimt werden.

<sup>a-a</sup> *D om.*

<sup>b</sup> *Aus BCDE, in A: bestymend.*

<sup>c-c</sup> *In A marg. nachgetr.*

<sup>3</sup> *In der Stellungnahme der altgläubigen Reichsstände (Nr. 177) und im RAb (Nr. 404, § 34, Absatz 2) wurde die Dauer der Visitation auf drei Monate beschränkt.*

[Art. 7: vgl. *RAb Nr. 404, § 37*] Und nachdem sich die stende der braunschweigischen kriegßuebung verwandt derselbigen halber auf vorigem und dissem reichßtage auf die röm. ksl. und kgl. Mtt., auch Kff., Ff. und stende des Reichs sambtlich zu antwurt ze steen erbotten und gebettn, dise sachn auf irer ksl. Mt. personliche ankunfft ins Hl. Reiche ze verschieben, und sich also diser zeit kainer fruchtparn noch außtraglichen handlung ze versehen sein mag, demnach so wirdet bei röm. kgl. Mt. und den herrn ksl. commissarien gantz gnadiger und gueter wolmaynung bedacht, das dises artickhelß halber in hieigem reichßabschid auf folgende maynung meldung geschechen möcht: Daß ir Mt. sampt und neben den ksl. commissarien und gmaynen stenden zue erhaltung mehrer ruce, frids und ainigkhait im Hl. Reiche bedacht und entschlossen seyen, ir bottschaft zu bemeltem Hg. Hainrichn ze schickhen und ine mit allen dienstlichen persuasionen dahin ze weisen und ze vermugen, das er in gegenwirtiger not der cristenhait – der röm. ksl. und kgl. Mtt., auch gmainen stenden zu underthenigem gehorsamen und guetwilligen gevallen – mit und neben den andern stenden auf obbestimpte gemaine suspension seiner anhengigen rechtsachen halber ainich gedult tragn und bis auf röm. ksl. Mt. schieristen ankunfft am ksl. camergericht stillsteen, sonder der ksl. Mt. und gmainer stend gepurliche handlung gehorsamlich und guetwillig erwarten wölle. Doch daß solch irer ksl. Mt. und gmainer reichßstend handlung in kain verlengerung getzogen, sonder innerhalb sechß monaten den nechsten furgenomen oder alsdann widerumb an das reformiert ksl. camergericht gewisen und remittiert wurde<sup>d</sup>. Das auch die Ff. von Bayern ersuecht werden mocht, solches bei Hg. Hainrichn böstes vleiß zu befurdern, die es auch sonder zweyvels nit ungenaigt sein werden.

[Art. 8: vgl. *RAb Nr. 404, §§ 16-17*] Wann auch von wegen ringerung etlicher stend anschleg gemainlich auf allen reichßtügen beschwerden furfallen, derhalben vermug jungstes hieigen abschids [*Nürnberg 1542*] auf gegenwirtigem reichßtag entlich gehandelt werden sollen und aber sollichß auß furgevalnen wissenhaften verhindrungen nit sein mugen, auch daneben in zweyfel getzogen wirdet, ob solliche vergleichung und ringerung der anschleg erster handlung durch gmaine stend fruchtparlich geschehen muge, so stöllen die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien in der stende bedenckhen, ob nit bösser sein solt, den stenden ains yeden krayß aufzulegen, auß irm mittl verstendig, unverwandte personen furtzenemen und die strittigkhait solcher ringerung und vergleichung, auch ob und wölchermassen die geschehen möcht, hietzwischen nächstkho-menden reichßtags mit getreuem vleiß zu bewegen und zu beradtschlagen und

<sup>d</sup> *Danach folgt in A eine marg. Ergänzung v.d.Hd. des Mainzer Kanzlers Dr. Jonas, die nachtr. wieder gestrichen wurde:* Und wann auch obberierte ksl. Mt. sampt den reichsstenden solliche handlung fürnemen will, so soll alsdann H. Valentin, eerwürdiger Bf. zu Hildeßhaim, unser Andächtiger etc., von wegen sein und seines stifts Hildeßhaims interesse auch beruefft, zuegelassen und gehört werden.

derselben irer beradtschlagung relation auf nechstkunftigem reichstag der röm. ksl. Mt. und gmainer reichßversamblung ze thuen. Darauf alßdann verner die notturft gehandelt und den beschwärtñ stenden irer billichen beschwörung abgeholfen werden möcht.

[Art. 9: vgl. *RAb Nr. 404, § 39*] Gleicher gestalt dieweil die langwierig irung der strittigen session, auch außziehung etlicher stende allerhand widerwillens und nachthailß gepert, demnach so achten die kgl. Mt. sampt den herrn ksl. commissarien, das in kraft dises hieigen reichßabschids alle stende, so der session, auch außziehung und vertretung etlicher stend halber irung haben, betagt und ervordert wurden, auf nechstkommendem reichßtage mit irn rechtn und gerechtighkhitn zue erschainen. Und das alßdann dieselben notturftiglich gehört, auch guetlich vergleicht oder entlich entschaiden wurden.

[Art. 10: vgl. *RAb Nr. 404, § 38*] Sovil dann bösserung der muntz, auch aufrichtung guetter policey und anders betrifft, möcht derhalben in disem reichßabschid auch geburlich meldung und fursehung beschehen.

### 176 *Beratungen der altgläubigen Reichsstände zu einigen Paragraphen des Reichsabschieds*<sup>1</sup> (ad Nr. 175) – Nürnberg, 1543 April 15

*Wolfenbüttel HAB, Cod-Guelph. 52. Aug. Fol., fol. 223r–224r (Kop.).*

Montags, den 15. Aprilis etc.

Item der kgl. Mt. und ksl. commissarien schruft [!] und articul, so ir Mt. fur gut achten in den abschid gesetzt zu werden [Nr. 175], beratschlaget.

[Ad Nr. 175, Art. 1] Und last man sollich articul nach gelegenhait der zeit und sachen also pleiben, wie die kgl. Mt. und ksl. commissarien die fur guet angesehen, doch das man im articul, den fridstandt belangendt, hintzusetzen solle: „alles vermug und inhalt der vorigen und in sonderhait des jungsten speyrischen reichsabschidt und gemainen landsfrids ordnungen“<sup>2</sup>.

[Ad Nr. 175, Art. 2] Und dann in dem articul die visitation belangendt, soll der tag jetzunder, nemlich 2. Julij<sup>3</sup>, ernent werden, und das jedes jars hinfur die visitation furgenomen werden soll.

[Ad Nr. 175, Art. 3] Sovil aber die suspensiones belangen, soll und mag solchs auch also gestatt, damit die gemain not nit zurugkhgestellt werde, doch der turckenhilf halben, so etlich stendt die nit gelaißt, außgeschlossen<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> *Wahrscheinlich fasste der braunschweigische Kanzler die Beratungsergebnisse der Altgläubigen zusammen.*

<sup>2</sup> *Dieser Zusatz wurde in der endgültigen Formulierung des Friedstandsartikels im RAb berücksichtigt: Nr. 404, § 32.*

<sup>3</sup> *Im RAb wurde der 3. Juli 1543 als Beginn für die Visitation des RKG in Speyer festgesetzt: Nr. 404, § 33.*

<sup>4</sup> *Diese Bestimmung wurde in den RAb aufgenommen: Nr. 404, § 34.*

[*Ad Nr. 175, Art. 4–5*] Und sovil die underhaltung des camergerichts, dergleichen die braunschweigkischen handlung und cassierung der proceß [*betrifft*], sicht die stend nit fur guet an, das sollich articul in abschid komen. Doch möchte derhalben gehandelt werden, wie der ksl. Mt. schruft in sich helt, und das mans dem gegentailn ad partem antzaigte.

[*Ad Nr. 175, Art. 9*] Der muntz halben sehe die stendt fur guet an, dieweil vil daran gelegen, das etliche verstendige von chur- und fursten und stenden weren zusammenkomen, darvon zu rathschlagen und preparatoria zu machen und uff nechsten reichstag relation zu thun, damit disem nottwendigen articul auch abgeholfen werden mochte.

**177 *Stellungnahme der altgläubigen Reichsstände zum Gutachten Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare zum Reichsabschied (Nr. 175) – o. O., o. D. (überegeben Nürnberg, 1543 April 18/verlesen 1543 April 20<sup>1</sup>)***

- A* Wien HStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 171r–176v (Kop.); AS fol. 171r: Kff., Ff. und gemeine[r] stende des Reichs gutbedencken etliche artickel in den abschit zu setzen seyen.
- B* München HStA, KBÄA 3159, fol. 446r–448v (Kop.); ÜS wie AS in A.
- C* Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105, unfol. (Kop.); AV: Actum den 20. April.
- D* Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 636r–639r (Kop.); AV fol. 636r: 20. Aprilis.
- E* Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 20r–24v (Kop.); AS fol. 20r: Der gemeyne[n] stende antwortt uff der kgl. Mt. und ksl. commissarien vorgeschlagen artickel, so dem abscheydt sollen ingeleibt werden [*Nr. 175*].
- F* Straßburg AD, 15 J 16,2, unfol. (Kop.); AV marg.: Lectum 20. Aprilis anno etc. 43. ÜS wie AS in A.

Wes die röm. kgl. Mt., unser allergnedigster her, und der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrns verordente comissari fur artickel dieses reichstags abschit einzuverleiben fur nutz und gut angesehen und in schrieften gnediglich und gutlich ubergeben lassen [*Nr. 175*], das haben die kfl. rethe, fursten und stendt und der abwesenden botschaften (ausserhalb der protestirenden) in aller underthenigkeit verstanden.

[*Ad Nr. 175, Art. 1*] Und antreffende den ersten artickel, so von dem fritstant meldet, lassen inen die kfl. rethe, fursten und stend und der abwesenden

<sup>1</sup> Die Stellungnahme der Altgläubigen zum kgl. Gutachten Nr. 175 wurde wahrscheinlich vor der Sitzung des Reichsrates vom 18. April 1543 an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare übergeben. Die Verlesung des Aktenstücks erfolgte allerdings erst am 20. April. Siehe dazu das Würzburger Protokoll vom 18. und 20. April (Nr. 81, fol. 14rv). Laut Würzburger Protokoll wurden die Schreiber und Sekretäre der protestantischen Stände bei der Niederschrift des RAB vom Mainzer Kanzler des Reichsrates verwiesen.

botschaften undertheniglich gefallen, das derselbig uf dise mas, wie hernach volget, in den abschit gesetzt werde:

[Vgl. *RAb Nr. 404, § 32*] Damit aber im Hl. Reich teutscher nation frit und einigkeit gepflantz und erhalten werden moge, so bewilligen, zusagen und versprechen gemeine stendt und der abwesenden botschaften der kgl. Mt. und der ksl. commissarien anstat und in namen der ksl. Mt. und zwischen inen selbs gegeneinander bei iren fstl. eern und wirdden, auch gutten, waren treuen an geschwornen eydstat, dass keiner den andern hohes oder niderts stants weder der religion noch anderer sachen oder ursachen halb, wie die namen haben mochten, bevheden, bekriegen, berauben, fahen, uberziehen, belegern, darzu auch weder durch sich selbs oder jemant andern dienen noch einich schloß, statt, marck, bevestigung, dorfer, hofe oder weiler absteigen oder frevenlich innemen, dergleichen keiner den andern, was religion er sey, seine zins, renth oder inkomen verhalten noch einziehen, besonder ein jeder sich allenthalb dem gemeinen lantfrieden gemeiß halten sollen und wollen, bei peen und straff, in dem ksl. publicirten und ausgekunten lantfrieden gesetzt, inmassen dan von dem frid und fridstant in den vorigen des Hl. Reichs abschiden und sonderlich in dem jungsten speirischen reichsabschit [1542] weiter begrieffen und verordnet ist.

[*Ad Nr. 175, Art. 2*] Aber den artickel, des ksl. chamergerichts visitation und reformation belangt bewillighen gemeine stendt underthenigst, das derselbig ungeverlich also dem abschit inverleibt werde:

[Vgl. *RAb Nr. 404, § 33*] Wan nun aber umb merer befurderung und erhaltung frid und rechtens uf vorigen reichstegen fur nutz und gut angesehen worden, das das ksl. chamergericht visitirt und reformirt werden solle, so sehen di kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften fur pillich an, das die visitation und reformation des ksl. chamergerichts vermog vergangener reichsabschit und hantlungen on fernern verzug und schub gewißlich furgenomen und volnfurt werde. Und haben sich demnach verglichen, das dieselbig visitation und reformation uff den dritten tag Julij schirstkoment zu fruere tagzeit zu Speier gewißlich angefangen und nach erlangtem anfang biß an ir gepurlich ende continuirt und befurdert werde, darzu die röm. ksl. Mt. ir ansehnlich comissarien verordnen will. Und sein von gemeiner reichstendt wegen zu visitatorn furgenomen beide Kff. Meintz und Sachssen, Bf. zu Wurtzburg, Mgf. Jorg zu Brandenburgk, abte zu Kempten, Gf. Martin von Ottingen und die stat Augspurg. Und daneben ist fur notwendig erwegen und beschlossen, das die jerlich visitation des camergerichts, wie solichs in dem reichsabschit zu Regenspurg im 32. jare der minder zal gesetzt und versehen ist [*RTA JR Bd. X, Nr. 303, S. 1068f.*], hinfuro gehalten und das chamergericht jerlich alweg uff den ersten tag Maij an dem ort, da es sein wurd, visitirt und, sovil not, reformirt werden solle.

[*Ad Nr. 175, Art. 3, vgl. RAb Nr. 404, § 34, Absatz 1*] Und so sich zwischen aller stende erkiesten visitatorn in volziehung berurter visitation einicherlei miß-

verstandt, worin das were, zutrüge, des sie sich zwischen inen selbs nit vereynen noch durch der röm. ksl. Mt. commissarien, so sie statlich und ansehnlich darzu verordnen, nit vergleicht werden mochten, das alsdan zu irer ksl. Mt. gestelt werde, darüber entlich erkantnus und entscheid zu thun, dem auch folgens alle stende gehorsamlich geleben und nachkomen sollen, der trostlichen zuversicht, ir ksl. Mt. werd sich darin als ein loblicher kaiser dermassen zu erzeigen wissen, damit alle stende billich genugig sein und einicher beschwerung kein fuglich ursach haben werden.

[*Ad Nr. 175, Art. 4*] Was dan den artickel der suspension der processen angeet, ist der kfl. rathe, fursten und stende underthenigst bedencken, das derselbig artickel (wiewol er nit wenig beschwerlich) auch ungeverlich uf dise maß gestelt werde:

[*Vgl. RAb Nr. 404, § 34, Absatz 2*] Und damit sich mitler zeit zu kunftiger des ksl. chamergerichts visitation ob desselbigen gerichts processen und erkantnussen niemant zu beschweren einich ursach haben moge, so haben gemeine reichsstent und der abwesenden botschaften, der röm. ksl. und kgl. Mtt. zu underthenigen ehren und gefallen und auß treffenlichen, bewegenden ursachen, zu befurderung und erhaltung frid, ruhe und einigkeit gehorsamlich bewilliget, das von zeit an diß reichstagsabschits biß zu obbestimpter visitation und reformation alle religion- und prophansachen, so sie gegen den stenden der augspurgischen confession verwandt und dieselben stende hinwider gegen inen am ksl. chamergericht haben oder noch uberkomen mogen, biß zu entlichem beschlus angeregter visitation auch ingestelt und suspendirt pleiben, allein die proceß ausgenommen, so von wegen der nicht geleisten turckenhilf oder derselben halb schuldigen anlagen bisher angefangen oder noch kunftiglich der verfallenen oder kunftigen anlagen halb furgenomen werden, und dan auch mit der bescheidenheit, das sollich visitation uff obbestimpte zeit gewißlich furgehe und zum lengsten in drei monaten den nechsten darnach folgenden geendet und beschlossen werde.

[*Ad Nr. 175, Art. 5, vgl. RAb Nr. 404, § 35, Absatz 1*] Ferrer die artickel der proces von wegen der underhaltung des ksl. chamergerichts, auch die proces und urtheilen, so wider die stend der augspurgischen confession nach furgewanter des ksl. chamergerichts recusation ergangen und die braunschweigische hantlung bedreffende, ist gemeiner stent underthenigst bedencken, das sie wol auß dem abschit pleiben, und dannocht damit der kgl. Mt. und ksl. commissarien gnedigem bedencken nach gehandelt werden mag. Wo es aber di kgl. Mt. und ksl. commissarien jhe auß bewegenden ursachen im abschit haben, wolten es gemeine stend nit abschlagen, wiewol sie das ander fur besser und fuglicher achten, allerlei protestation und beschwerung zu verhutzen.

[*Ad Nr. 175, Art. 6, vgl. RAb Nr. 404, § 35, Absatz 2*] Und das mitlerweil biß zu der visitation nach gelegenheyt furfallender sachen die ksl. oder kgl. Mtt. commissarien ordnen, von welchen den anruffenden partheien recht mitgetheilt werde, das lassen inen gemeine stend undertheniglich wol gefallen. Und achten

fur unnotten sein, itzo zu allen furfallenden sachen commissarien zu erwelen, in bedenkung, das der ksl. und kgl. Mtt. als den hauptern jederzeit dieselben nach gelegenheit der partheien und sachen zu verordnen zusteet und sunst auß andern mer bilichen ursachen dieselben itzo zu allen sachen zu verordnen nit wol muglich ist.

[*Ad Nr. 175, Art. 10, vgl. RAb Nr. 404, § 38*] Was aber andriff den artickel besserung der muntz und uffrichtung einer bestendigen muntzordnung, sehen die kfl. ret, fursten und stend und der abwesenden botschaften fur nutz und gut an, das auch disser sachen halb uff den dritten Julij schirst gein Speier die ksl. und kgl. Mtt., auch alle und ide muntzgenossen stend, darzu die fursten und andere, so guldin und silberin berckwerck haben, ire muntzverstendigen rhät abfertigen, mit bevelch, sich mit anderer muntzgenossen verordenten gesanten einer gutten, bestendigen muntzordnung halb uff vorige, derhalb zu andern tagen gepflegne hantlungen und ratschleg zu underreden und ir bedencken uff kunftigem reichstag gemeiner reichsversammlung anzubringen. Das alsdan verrer und außdrucklich derhalben notwendige ein- und fursehung beschehen sol, damit im Hl. Reich teutscher nation ein zimlich, geregte [= *gerechte*] muntz uffgericht und gemacht werde.

Demnach sein gemeine stendt in underthenigkeit bereit, die andern artickel, nemlich die langwirigen irrung der strittigen session, auch außziehung und vertretung etlicher stendt und uffrichtung gutter pollicey und anders bedrefende uff negstkomen den reichstag verschieben zu lassen. Und thun damit der kgl. Mt. und ksl. commissarien sich undertheniglich und fleissig bevelhen.

178 *Änderung und Ergänzung der altgläubigen Vorschläge zu Friede und Recht durch Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissar Naves (ad Nr. 177) – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 18)*<sup>1</sup>

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 180r–183v (Kop.); DV fol. 183v: Etlicher artickel verenderung, von wegen kgl. Mt. und der ksl. commissarien<sup>2</sup> übergeben.*  
 B *München HStA, KBAA 3159, fol. 450r–451v (Kop.); ÜS: Kgl. Mt. articl in den abschied zu setzen.*  
 C *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 24v–26v (Kop.).*  
 D *Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105, unfol. (Kop.).*

<sup>1</sup> *Die Änderungen und Ergänzungen des Königs und des ksl. Kommissars Naves beziehen sich auf die von den Altgläubigen ausgearbeiteten Paragraphen des RAb (Nr. 177). Sie wurden wahrscheinlich rund um die Reichsratssitzung des 18. April 1543 abgefasst. Auf einigen Paragraphen des in Ausarbeitung befindlichen RAb beharrte der König gemäß seinem Gutachten vom 14. April 1543 (Nr. 175).*

<sup>2</sup> *Von den drei ksl. Kommissaren war nur noch Naves übrig, da Pfgf. Friedrich am 5. April aus Nürnberg abgereist war und der Bf. von Augsburg am 15. April in Nürnberg an einem Schlaganfall verstorben war.*



[*Ad Nr. 177, Art. 5, vgl. Rab Nr. 404, § 35, Absatz 1*] Daneben wollen auch die röm. kgl. Mt. anstatt und in namen der ksl. Mt. gnediglich verfuegen, das mit denjhenigen der augspurgischen confessionverwanten stenden, so ir angebur zue underhaltung des ksl. chamergerichts noch nit erlegt und die noch diser zeit zue erlegen waygerung suechen, allem fridlichen wesen zueguet diser zeit gedult getragen und irenthalb furgenomne proceß biß zue ende der visitation eingestelt werden, des versehens, das sich dieselben stende nach volnziehung angeregter visitation irer verfalnen und kunftigen angepur halber aller gehorsame befeisen sollen.

[*Ad Nr. 177, Art. 6, vgl. Rab Nr. 404, § 36*] Als auch wider etlich stende der augspurgischen confession nach irer beschenen recusation allerhandt gerichtliche proceß, handlungen und urthel am ksl. chamergericht ergangen und erkhendt sein mochten, derhalben sie vermeinen, solch proceß und urthel aufzuheben und die sachen nach vollendter visitation in den stande, darinn sy vor beschechner recusation geschwebt, ze reassumieren, und aber sollichs bey gemeinen stenden fur beschwerlich geacht worden, so haben die röm. kgl. Mt. gnediglich bedacht und gemeine stendt dahin bewegt, das die erklärung solches missverstandts der röm. ksl. Mt. gehorsamlich vertraut und heimgestellt werden solle.

[*Ad Nr. 175, Art. 7, vgl. Rab Nr. 404, § 37*] Und nachdem sich die stende der braunschweigischen kriegsiebung verwandt derselbigen halber uff vorigem und disem reichstage vor der röm. ksl. Mt. und kgl. Mt., auch Kff., Ff. und stenden des Reichs samptlich gegen Hg. Heinrichen von Braunschweig zue antwurt zu steen erpotten und gebetten, dise sachen uf irer ksl. Mt. personliche ankunfft in das Hl. Reiche ze verschiben und sich also diser zeit kheiner furchtparn noch austreglichen handlung ze versehen sein mögen, so haben die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien zu erhaltung mehrer rue, frids und ainigkeit im Hl. Reiche bewilligt, bemelten Hg. Heinrichen mit allen dienstlichen ursachen dahin ze weisen und ze vermugen, das er in gegenwirtiger nott der christenheit der röm. ksl. und kgl. Mtt., auch gemeinen stenden zue underthenigem, gehorsamen und guetwilligem gefallen mit und neben den andern stenden auf obbestimte gemeine suspension seiner anhengigen rechtsachen halber auch gedult tragen und biß zue röm. ksl. Mt. schieristen ankunfft am ksl. chamergericht stillsteen, sonder der ksl. Mt. und gemeiner stende gepurlichen handlung gehorsamlich und guetwillig erwarten wöllen. Doch das solch der ksl. Mt. und gemeiner reichsstend handlung in kein verlengerung getzogen, sonder innerhalb sechs monaten den nechsten nach endung dises reichstags furgenommen oder alßdann die sachen widerumb an das reformirt ksl. chamergericht gewiesen und remittirt werde.

[*Ad Nr. 177, Art. 10, vgl. Rab Nr. 404, § 38*] Dieweil auch under andern des Hl. Reichs obligen nit das geringist ist, ain gerecht, gleichmässig und bestendige muntz ze haben und zu erhalten, demnach so haben sich die kgl. Mt. mit den stenden vergleicht, das auch diser sachen halber auf den dritten Julij

schierist gehen Speier die ksl. und kgl. Mtt., auch all und jede muntzgenossen stende, darzue die fursten und andere, so guldin und silbern berckhwerckh haben, ir muntzverstendig räte abfertigen sollen, mit bevelch, sich mit andrer muntzgenossen verordenten gesanten einer guet, bestendigen muntzordnung halb uf vorige, derhalben zue andern tägen gepflegne handlungen und radtschleg ze undterreden und ir bedencken auf kunftigen reichstag gemeiner reichsversammlung anzebringen, da alßdann verner und austreglich derhalben notwendige ein- und versehung beschehen solle, damit im Hl. Reich teutscher nation ain zimlich, gerechte muntz aufgericht und gemacht werde.

[*Ad Nr. 175, Art. 9, vgl. RAb Nr. 404, § 39*] Wann auch von wegen langwiriger irrungen der session, auch ausziehung etlicher stende zue vilgehaltnen reichstägen allerhandt beschwerden furgfallen und je die notturft erfordern will, solch strittigkeit ye zueletzt zue billicher vergleichung oder erörterung zue befurdern, demnach wollen die röm. kgl. Mt. in namen der ksl. Mt. in craft dis hieigen reichsabschiedts all und yede stend, so der session, stand und stymm, auch ausziehung und vertretung etlicher stendt halber in irrung steen, furgfordert und betagt haben, auf negstvolgendem reichstage mit iren rechten und gerechtigkeiten gemäß zu erscheinen, alda sy notturftiglich gehort und guetlich vergleicht oder entlich entschieden werden sollen.

Und damit nit allein in obbestimpten, sonder vilen andern des Hl. Reichs teutscher nation und gemeiner cristenheit hochbeschwerlichen obligen notturftige handlung furgenomen werden muge, so wollen die kgl. Mt. auf gemeiner stendt gehorsam ansinnen bei röm. ksl. Mt. allen muglichen vleis furwenden und befurdern, das ir ksl. Mt. nach erster irer gelegenheit einen andern gemeinen reichstag noch in diesem jare gnediglich ausschreiben und halten, auch denselben aigner person besuechen und den Kff., Ff. und stende zue gleichmessiger personlichen besuechung anhalten und vermugen wölle.

179 *Zusammenstellung der Artikel zu Friede und Recht für den Reichsabschied durch die altgläubigen Reichsstände – übergeben Nürnberg, 1543 April 18*

- A *Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 223r–227v (Kop. mit marg. Nota und Korr. v.d.Hd. Lambs); AS unfol.: Kgl. Mt. und der ksl. commissarien erinnerung an die aynigungsverwandtn stende. DV fol 227v: Fridstandt zu Normberg ufgericht. AV fol. 223r: 18. Aprilis.*
- B *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 108r–112v (Konz. mit Korr. und Erg. v.d.Hd. Zitzewitz); AV fol. 108r: Ahm 18. Aprilis von der kgl. Mt. den protestierenden zugestellet.*
- C *Weimar HStA, EGA, Reg. E 148, fol. 391r–398v (Kop.); AS fol. 391r: Des fridens und rechtens halben gethan bedencken und vorschlag der kgl. Mt. und [der] ksl. commissarien.*

- D *Berlin StaBi, Handschriften Abt. Ms. germ. Fol. 212, fol. 94r–99r (Kop.); AS fol. 94r*: Kgl. Mt. furschlag, wie frid und rechtens halben der abschied gestelt solt werden, den protestirenden stenden ubergeben 18. Aprillis.
- E *München HStA, KBAA 3159, fol. 450r–451v (Kop.); ÜS*: Kgl. Mt. articl, in den abschid zu setzen.
- F *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 562r–566v (Kop.); AS fol. 562r wie in D.*
- G *Stuttgart HStA, A 262 Bd. 23, fol. 453r–458v (Kop.); AS fol. 453r*: Der babistischen stend furschlege und ubergebnen nottel fridens und rechtens, auch anderer nottwendiger artikel halben, durch sie beratslagt und von der kgl. Mt. und ksl. commissarien disen stenden, der augspurgischen confession verwandt, zugestellt. Nurnberg 1543, den 18. Apprilis.

*Die Artikel zu Friede und Recht wurden nach einem ersten grundlegenden Gutachten Kg. Ferdinands (Nr. 175) einerseits vom König und seinen Räten (Nr. 178), andererseits von den altgläubigen Reichsständen (Nr. 177) ausgearbeitet und in jene definitive Form gebracht, die Aufnahme in den Reichsabschied fand. Die evangelischen Reichsstände nahmen an diesen Beratungen nicht teil, sondern erhielten lediglich die ausgehandelten Artikel in der unten abgedruckten Form. Die Formulierungen wurden meist wörtlich in die entsprechenden Paragraphen des Reichsabschieds übernommen, worauf in eckigen Klammern hingewiesen wird. Die Protestanten berieten in ihrem Ausschuss über die vom König übergebene Vorlage der strittigen Artikel zu Friede und Recht. Ihre Bedenken zu den vorgeschlagenen Formulierungen finden sich zum Teil in den marg. Kommentaren und Ergänzungen, die den textkritischen Anmerkungen zu A und B zu entnehmen sind. Von den Altgläubigen wurden diese Einwände jedoch nicht berücksichtigt.*

[Art. 1: vgl. *RAb* Nr. 404, § 32] Damit auch im Hl. Reich teutscher nation fried und einighkhit gepflantz und erhalten werden muge, so bewilligen, zusagen und versprechen gemeine stend und der abwesenden botschaften der röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien anstat und in namen der ksl. Mt. und zwischen inen selbs gegeneinander bei iren fstl. ehren und wurden, auch gueten, wharen, threuen an geschwornen aidtstat, daß khainer den andern hoheß oder nider stands weder der religion noch anderer sachen oder ursachen halb, wie die namen haben mochten, befheden, bekriegen, berauben, fehen, uberziehen, belegern<sup>a</sup>, dartzu auch weder durch sich selbs oder jemandt andern dienen, noch einig schloß, stett, marck, bevestigung, dörfer, hoff oder weiler absteigen oder frevenlich innemen, dergleichen kheiner den andern, was religion der sei, seine zinß, renth oder einkhomen vorhalten noch eintziehen, besonder ain jeder sich allenthalt dem gemeinen landtfrieden gemeiß halten sollen und wollen, bei peen und kraft in dem ksl. publicirten und außgekhundten landtfrieden gesetzt, inmassen dan von dem friede und friedtstandt in den vorigen deß Hl. Reichß abschieden und sonderlich in dem jungsten speirischen reichsabschiedt [*RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 130, S. 1201f.*] weither begriffen und verordnet ist<sup>b</sup>.

<sup>a</sup> *In B marg.*: proviant und hantierung sperren.

<sup>b</sup> *In B marg.*: Demnach haben wir sampt den ksl. commissarien anstatt und von

[Art. 2: vgl. RAb Nr. 404, § 33] Wan nun aber zu merer befurderung und erhaltung fried und rechtens uf vorigen reichstegen fur nutz und gut angesehen worden, das das ksl. chamergericht visitirt und reformirt werden solle, so sehen die kfl. rath, fursten und stend und der abwesenden potschaften fur billich an, das die visitation und reformation des ksl. chamergerichts vermög vorergangner reichsabschiedt<sup>c</sup> und handlungen<sup>c</sup> one fernern vertzug und schub gewißlich furgenomen und volnfurt werde<sup>d</sup>. Und haben sich demnach verglichen, daß dieselbig visitation und reformation uf den 3. tag Julij schirstkhommendt [zu] fruier tagzeit zu Speier gewißlich angefangen und nach erlangtem anfang biß an ir geburlich endt continuirt und befurdert werde, darzu die röm. ksl. Mt. etc. ire ansehnliche commissarien verordnen will<sup>e</sup>. Und sind von gemeiner reichsstend wegen zu visitatorn furgenomen, bede Kff. Meintz und Sachssen, Bf. zu Wirtzburg, Mgf. Jorg zu Brandenburg, abt zu Kempten, Gf. Martin zu Ötingen und die stat Augspurg. Und daneben ist vor nothwendig erwegen und beschlossen, daß die jherliche visitation deß chamergerichts, wie sollichs in deß Reichs abschiedt zu Regenspurg im 32. jar der mindern zall gesetzt und versehen ist [RTA JR Bd. X, Nr. 303, S. 1068f.], hinfuro gehalten und das chamergericht jerlich allweg uf den ersten tag Maij an dem ort, da eß sein wurd, visitirt und, soviel not, reformirt werden solle.

[Art. 3. entspricht RAb Nr. 404, § 34, Absatz 1]

[Art. 4: entspricht RAb Nr. 404, § 34, Absatz 2]<sup>f</sup> Und damit sich mitler zeit biß zu khunftiger deß ksl. chamergerichts visitation, auch desselbigen gerichts processen und erkhantrussen niemandt zu beschweren einich ursach haben mög, so haben gemeine reichsstend und der abwesenden potschaften, der röm. ksl. und kgl. Mtt. zu underthenigen ehren und gefallen und auß trefflichen, beweglichen ursachen zu befurderung und erhaltung fridens, ruhe und einigkheit bewilliget, daß von zeit an dißes reichstags abschiedt biß zu obbestimpter visitation und <sup>g</sup>-reformation alle religion- und prophansachen<sup>g</sup>,

---

wegen der ksl. Mt. und vor uns bas uns mit Kff., Ff. und stenden und sie hinwiderumb mit uns vortragen und voreynigt, das ir ksl. Mt. und wir nit allein als röm. keyser und konig, sonder auch als christenliche chur- und fursten des Hl. Reichs fur uns und von wegen unser beider erblande fridt und recht im Reich gegen desselben mitgelyderen und anderen christlichen potentaten halten etc. Und sollen andere potentaten, und in sunderheit Denemarck, durch Sachsen und Hessen ersucht werden.

<sup>c-c</sup> In A unterstr.: die Konnotation des Begriffs „handlungen“ war zwischen den Religionsparteien umstritten.

<sup>d</sup> In B marg.: inmassen und gestalt, wie die stende des Reichs in solche visitation bewilligt. Instruction: dermassen als in der declaration außgedruckt. Diese Ergänzung v.d.Hd. Lambs und die explizite Erwähnung der ksl. Deklaration von 1541 wurde von den Altgläubigen nicht akzeptiert.

<sup>e</sup> In A marg. v.d.Hd. Lambs Disse müste man wissen.

<sup>f</sup> In A marg. v.d.Hd. Lambs: Suspensio causarum.

<sup>g-g</sup> In A unterstr.

so sich [= sie] gegen den stenden der augspurgischen confession verwant und dieselben stende hinwider gegen inen am ksl. chambergericht haben oder noch uberkhomen mögen, biß zu endtlichem beschluß angeregter visitation auch eingestelt und suspendirt pleiben<sup>h</sup>, allain die proceß außgenommen, so von wegen der nit geleisten thurckenhilf oder derselben halb schuldigen anlage bißhero angefangen oder noch khunftiglich der verfallen oder khonftigen anlage halben furgenomen werden, und dan auch mit der bescheidenhait, daß solche visitation uff obbestimmte zeit gewißlich furgehe und zum lengsten in 3 monaten den negsten nachfolgenden geendet und beschlossen werde.

[Art. 5: entspricht RAb Nr. 404, § 35, Absatz 1; Absatz 2 fehlt].

[Art. 6: entspricht RAb Nr. 404, § 36]<sup>i</sup>.

[Art. 7: entspricht RAb Nr. 404, § 37]<sup>j</sup>.

[Art. 8: entspricht RAb Nr. 404, § 38].

[Art. 9: entspricht RAb Nr. 404, § 39]<sup>k</sup>.

[Art. 10: Nächster Reichstag] Und damit nit allein in obbestimpten, sonder vielen andern deß Hl. Reichs theutscher nation und gemeiner christenheit hoch beschwerlichen obligen notturftige handlung furgenomen werden mög, so wollen die kgl. Mt. auf gemeiner stend gehorsam ansinnen bei röm. kgl. Mt. allen willigen fleiß furwenden und befurdern, daß ir ksl. Mt. nach erster irer gelegenhait einen andern gemeinen reichstag noch in diessem jhar genediglich ausschreiben und halten und denselben eigner person besuchen und dan Kff., Ff. und stende zu gleichmessiger personlicher besuchung anhalten und vermogen wolle.

<sup>h</sup> In A äußert Lamb marg. folgende Befürchtung zu dieser Textpassage: Notum: Hie kondte die regenspurgisch suspension mit ingezogen und uff die zeyt der visitation auch restringirt werden, also daß nach der visitation auch in den suspendirten religionssachen procedirt werden sollte etc.

<sup>i</sup> In A marg.: Cassatio processuum et sententiarum in tempore interpositae recursionis commemoraturum et lecturum.

<sup>j</sup> Im RAb § 37 findet sich die ergänzende Bestimmung, dass bei Verhandlungen in der Causa Braunschweig Bf. Valentin von Hildesheim und Hg. Georg von Braunschweig, Dompropst von Köln, zugezogen und angehört werden sollen.

<sup>k</sup> Im RAb § 39 findet sich die ergänzende Bestimmung, dass die auf dem RT eingenommene Session und die Subskription des RAb den Reichsständen nicht nachteilig sein solle und vorbehaltlich ihrer Rechte erfolgt sei.

180 *Vortrag Kg. Ferdinands vor den Augsburger Konfessionsverwandten anlässlich der Übergabe der Beschlüsse der altgläubigen Reichsstände zur Türkenhilfe (Nr. 94) und zu Friede und Recht (Nr. 179) – Nürnberg, 1543 April 18/April 20<sup>1</sup>*

- A *Berlin StaBi, Handschriften Abt., Ms. germ. Fol. 212, fol. 112r–114v (Kop.); AS fol. 112r: Der kgl. Mt. anpringen, den stenden der augspurgischen confession mundtlich gethan des abschieds halben uff derselben stend weygerung. 20. Aprillen.*
- B *Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 150r–151v (Kop.).*
- C *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 524r–526v (Kop.); AS fol. 524r wie in A.*
- D *Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 158r–159v (Kop.).*
- E *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 172r–173v (Kop.); AV fol. 172r: Actum Nuremberg, ahm 18. Aprilis mundtlich.*
- F *Stuttgart HStA, A 262 Bd. 23, fol. 450r–452v (Kop.); AS fol. 450r: Röm. kgl. Mt. und der ksl. comissarien beschehen mundtlichs antragen mit zustellung der babistischen stend beratlagung der turckenhilf [Nr. 94], auch fridens und rechtens [Nr. 179] halben. Beschehen Nurnberg, 1543, den 18. Apprilis.*

Die röm. kgl. Mt. sampt den ksl. comissarien<sup>2</sup> lassen die stend der augspurgischen confession und religion erinnern der vetterlichen, getreuen und gnediglichen handlung, so ir Mt. zwischen den andern und diesen stenden gepflogen und welchermassen ir Mt. alle furderung gethan, die augspurgischen confession- und religionsverwandte zu bewegen, damit sie sich mit den andern in handlung eingelassen, darunder dan auch vil gutter zeyt versaumbt und aufgegangan were. Und wisten derhalben die stend der augspurgischen confession und religion noch ungezweyffelt, das ir Mt. nichts hat mogen erheben.

So nun die kgl. Mt. und der ksl. comissarius<sup>3</sup> solche sampte handlung noch nit erheben mochten, so hetten die stend der augspurgischen confession und religion zu erachten, das irer kgl. Mt. nicht anderst gepuren wollen, dan mit den andern in der handlung furzugehen, wie dan geschehen und darauß erfolgt ist. Dieweyl ir kgl. Mt. mit diesen stenden nichts grundtlichs handeln mogen, so haben ir Mt. und der comissarius die hauptsachen mit den andern stenden fur

<sup>1</sup> Am 18. April wurden den CA-Verwandten vom König nicht nur die mit den Altgläubigen ausgehandelten Artikel zu Friede und Recht (Nr. 179) übergeben, sondern auch ein Konzept des Reichsabschieds verlesen. Im Verlauf der Reichsratssitzung kam es zu dem hier abgedruckten mündlichen Vortrag des Königs, in welchem er die Protestanten aufforderte, die Bestimmungen des RAB und vor allem die Türkenhilfe zu bewilligen. Der mündliche Vortrag Kg. Ferdinands wurde erst später (vermutlich am 20. April) schriftlich festgehalten: siehe dazu das CA-Protokoll Lambs zum 18. April (Nr. 86c, fol. 255r).

<sup>2</sup> Der Tod des ksl. Kommissars Bf. Christoph von Augsburg im St. Egidienkloster in Nürnberg am 15. April 1543 ist an dieser Stelle noch nicht berücksichtigt. Am 18. April war nur noch der ksl. Kommissar Dr. Johann von Naves in Nürnberg anwesend.

<sup>3</sup> Dr. Johann von Naves.

die handt genomen und sich nach langer handlung der hilf halber eingelassen und entschlossen und dieselbigen in schriften [Nr. 94] gestellt, wie sie vernemen wurden, welche hilf ire kgl. Mt. (obwol die noch ein grossere hilf erfordert) zu gnaden angenommen.

Dieweyl nun die stend der augspurgischen confession und religion auch mit eingezogen und, da an inen abgang erscheinen solt, das alles wesen in gefar gestellt wurde, so haben demnach die kgl. Mt. der sachen nachgedacht, welchermassen disen stenden der pillicheyt nach mocht geholfen und sie zu solcher hilf bewegt werden. Und derhalben mit den andern stenden ferner gehandelt, auch sich der puncten friedens und rechtens halben [Nr. 179] auf solche weg eingelassen, das es ihr kgl. Mt. darfur haben, das der andern stende erbietten aller erbarkeyt und pilligkeyt nit ungemess, auch den negst dieser stend ubergeben artickel nicht ungleich sein solt, alles auf mas<sup>a</sup>, wie auß den schriften zu vernemen sein wurdet.

Dieweyl nun diese stend neben den andern erkennen mogen, in<sup>b</sup> was gefhar deutsche nation und die christenheyt steen und das derhalben mer dan vor starcker widerstand beschehe und dan die kgl. Mt. das abwesen und absunderung dieser stend mit iren handlungen erstattet [= *ersetzt*], da auch die sachen dermassen abgehandelt, das diese stend ungetzweyffelt daran gnugsam gesettigt<sup>c</sup> sein wurden, so wolt inen die kgl. Mt. solche verfaste schriften und wie es abgehandelt guetlich zustellen und die stend gnediglich ersucht haben, das sie die hohe notturft wol bedencken und sich von den andern stenden dieser zeyt nit absundern wollten, sonder inen des andern theyls bedencken und beratschlagung gefalln lassen, dieselben annemen und sich daran nit irren lassen, das die sachen ausserhalb dieser stende beywesen<sup>d</sup> furgenommen, dieweyl an den andern nichts erwunden und die berathschlagung auch dahin stunde, do sie schon zugegen, das sie nichts anderst hetten handeln mogen.

Die kgl. Mt. wollten es auch dafur halten, das es habendem der stendt bevelch und gewalt nit zugegen, das auch ire hern und obern darin kein misfallens tragen wurden. Dan da ainicher mangl erscheynen und die durckenhilf nit solt geleyst werden, so hetten diese stend zu erkennen, was unwiderbringlichen nachtheyl nit allein dem konigreych Hungern und andern irer Mt. erblanden, sonder auch den nahegelegnen furstenthumben, landen und leuthen, auch deutscher nation darauß erfolgen wolt, und das diesen stenden nit wenig unglimpts zugemessen werden möchte. Und demnach sollten diese stendt zu demselben kein ursach geben, sonder sich darinnen als christliche heupter und obrikeyt erzeygen.

Ob inen auch uber ksl. Mt. gegebne declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] und ihrer kgl. Mt. urkunth [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] und assecuration einiches

<sup>a</sup> *In A irrtümlich*: das.

<sup>b</sup> *A om.*

<sup>c</sup> *In A irrtümlich*: bestettigt.

<sup>d</sup> *In A irrtümlich*: beywissen.

merers scheins vonnothen, so erpieten sich ire kgl. Mt. darinnen gnediglich zu erzeygen, dermassen das diese stend allen gnedigen und gutten willen spuren und vernemen sollten etc.

181 *Gutachten des Ausschusses der Augsburger Konfessionsverwandten zu den von Kg. Ferdinand und dem ksl. Kommissar Dr. Naves übergebenen Artikeln zu Friede und Recht (ad Nr. 178–179) – Nürnberg, 1543 April 19/April 20<sup>1</sup>*

A *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 122r–123r (Kop.); AV fol. 122r: 19. Aprilis.*

B *Berlin StaBi, Handschriften Abt. Ms. germ. Fol. 212, fol. 100r–102v (Kop.); AS fol. 100r: Außschuß der protestirenden stend antwortt, kgl. Mt. und den comissarien gegeben. Lectum den 20. Aprillis.*

C *Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 204r–205r (Kop.).*

D *Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 528r–530r (Kop.); AS fol 528r: Bedencken des außschus der protestierenden stend uff kgl. Mt. übergeben furschleg und mittl fridens, rechtens und der hilf halber wider den Turcken.*

E *Stuttgart HStA, A 262 Bd. 23, fol. 475r–477v (Kop.); AS fol. 475r: Der augspurgischen confessionverwandten stend verordneten ausschuß bedencken der mengel halben, di sie in der kgl. Mt. und ksl. commissarien, auch der andern stende übergeben furslag und mittel fridens und rechtens [Nr. 179] und dann der hilf halben [Nr. 94] befunden haben. Nurmberg 1543, den 19. Aprillis.*

Es hat der ausschuss die furschlege und mittel der kgl. Mt. und des ksl. commissarien [Nr. 178], auch die nottel und vergleichung der andern stend friedens und rechtens [Nr. 179] und der hilf halben wider den Thurcken [Nr. 94] gelessen und bewogen. Und werden darin die nachgemelten mengel und beschwerung befunden:

Erstlich wirdet der punct, den frieden belangend, uf die vorige und sonderlich den jungsten speirischen reichsabschiedt restringiert, dardurch dan diese stende eben in voriger beschwerung, davon alhie statliche und viel verwenug beschehen, aus der ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] gefuert; confirmirten und bestettigten auch dieselben abschiedt wider sich selbs und zu irem unwiderpringlichen nachtail.

Und dieweil dieselben abschiede diesen stenden einen stillstandt der religion halben setzen, darinnen inen<sup>a</sup> – wie es von den stenden deß andern thails

<sup>a</sup> *A om.*

<sup>1</sup> *Laut Goslarer Protokoll (Nr. 87) und laut dem CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c, fol. 255rv) wurde das Gutachten am 19. April vom Ausschuss ausgearbeitet und im „gemeinen rathe“ (= Versammlung der Schmalkaldener) verlesen. Am 20. April erfolgte die Abschrift durch die Gesandten der evangelischen Stände. Das Gutachten ist die Grundlage für die schriftliche Antwort der CA-Verwandten an den König vom 20. April 1543 (Nr. 183).*



verstanden und gedeuetet werden will – verrer zu schreiten oder andere zu sich zu nemen abgestrickt wurd, so wurden sich diese stende durch bewilligung ires furschlags nit allain aus der erlangten ksl. declaration, sonder auch in solche verstrickung fieren, dahin sie sich vormaln nie bewegen lassen wollen.

Zum andern im puncten der visitation und reformation und daß dieselb vermug „vergangner reichsabschiedt und handlung“ furgenomen und volnfiert werden solle, ist dieser mangel und beschwerdt: Dieweil diese stende sich zu vill maln öffentlich vernemen lassen, daß sie sich der ksl. declaration mitnichten begeben khondten und deßhalben begert, daß solche declaration öffentlich in den abschiedt gesetzt wurde, hinwiderumb sich di andern stende aperte erclert, daß sie die declaration in dem abschiedt nit leiden khondten, und uber daß alleß auch die kgl. Mt. diesen stenden mher dan einmal angesagt, daß sie di declaration in den abschiedt zu setzen bei inen, den andern stenden, nit zu erhalten wißt. Sollten dann diese stende uber solch der andern öffentlich contradiction den gestellten begrif und die wort, nemlich „vorergangnen reichsabschiedt und handlung“ bewilligen und under dem wort „handlung“ „declaration“ versteen wollen, so hett ir gegenthail als pald zu sagen, daß eß den verstandt nit haben khondte, dan diese stende hetten ir gemuet und weigerung der declaration woll gewißt, die kgl. Mt. auch bei inen solche declaration nit het mogen erhalten. Darumb so khondt under dem wort „handlung“ die ksl. declaration nit gemeint sein.

Zum dritten, daß solcher artickel der visitation und reformation gantz vorthailig [= *listig*] gesteldt, darauß auch arguirt [= *gefolgert*] werden mochte, <sup>b</sup>als ob er<sup>b</sup> die vorigen und sonderlich den beschwerlichen augspurgischen abschiedt [1530], daß die visitation nach demselben furgenomen werden soll, confirmirte.

Zudem, so das chamergericht laut desselben artikels jherlich inhalt deß regenspurgischen reichsabschiedt, im 32. jhar etc. gesetzt, uf prima Maij solt visitirt und reformirt werden [RTA JR Bd. X, Nr. 303, S. 1068f.], so wurden die stend (da schon das chamergericht wol reformirt) nicht lenger dan 4 monat ein wol reformirt chamergericht haben, dan sopald die verliefen, so hett further der Bf. von Meintz die visitation auszuschreiben und dartzu, wer im gefellig where, zu erfordern, wie ers dan vormaln auch gethan. Dardurch dan diesen stenden eben als wenig als vormals geholfen sein wurde.

182 *Kurze Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten auf den Vortrag Kg. Ferdinands von 1543 April 18 (Nr. 180) und die von ihm übergebenen Beschlüsse (Nr. 94, Nr. 179) – Nürnberg, 1543 April 20*

A *Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 228r–229r (Kop.), AV fol. 228r: 20. Aprilis.*

<sup>b-b</sup> *In A irrthümlich: also wer.*

- B* Berlin StaBi, Handschriften Abt., Ms. germ. Fol. 212, fol. 75r–76r (Kop.).
- C* Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 544r–546v (Kop.); AS fol. 544r: Antwort der protestirenden stendt uff kgl. Mt. übergebne furschleg und mittel friedens und rechtens [Nr. 179], auch der dhurckenhilf halber [Nr. 94], kgl. Mt. uberantwort 20. Aprilis.
- D* Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 206r–207r (Kop.).
- E* Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 186r–189v (Kop.); DV fol. 189v: Andtwort der protestirenden stende auf die mundtliche anzeigung [Nr. 180], auch zugestellte schriftte von der kgl. Mt. und dem ksl. commissario ahm 18. Aprilis.
- F* Straßburg AM, AA 509, fol. 100r–101r (Kop.).

Der röm. kgl. Mt. etc. und der ksl. commissarien weithere furschlege und die übergeben nottell, welcher gestaldt sich die andern stende der puncten friedens und rechtens [Nr. 179], auch der hilf halben wider den Thurcken verglichen [Nr. 94], haben die stend der augspurgischen confession und religion undertheniglich vernomen.

Und daß ir kgl. Mt. und der ksl. commissarius allen genedigen und guten vreis bei den andern zu erlangung dieser stend beger genediglich furgewendt, daran hetten di stende der augspurgischen confession und religion khainen zweivel und bedancken sich derhalben desselben gegen der kgl. Mt. und den herrn commissarien gantz undertheniglich und dinstlich.

Daß aber ir kgl. Mt. bei den andern dieser stend beger und auch das, so von der kgl. Mt. und den ksl. commissarien vormals in der dritten antwort selbst furgeschlagen<sup>1</sup>, willfarung nit erlangen mögen, das ist diesen stenden beschwerlich und dem vorsteenden christenlichen werck, auch andern sachen, verhinderlich.

Soviel aber die puncten friedens und rechtensß belangt, hat die röm. kgl. Mt. zu viel malen schriefftlich und mundtlich und sonderlich auß der negsten irer underthenigen antwort [Nr. 174] genediglich verstanden, mit waß bevelch die stende der augspurgischen confession und religion hierin versehen, davon sie auch nit schreiten khondten oder mochten.

Und wißten derhalben auß mangel bevelchs die gethonen furschlege [Nr. 179] und beschehene bewilligung der andern stend [Nr. 94] uff ursachen, welche der kgl. Mt. und den ksl. commissarien oftermalß angetzeigt worden sein, nicht antzunemen oder zu bewilligen.

Und sonderlich dieweil in der übergebenen verzeichnuß [Nr. 179, Art. 1] befunden wirdet, daß der fried uf die vorige abschiedt und nit uf die ksl. declaration und der kgl. Mt. urkhundt und versicherung gesteldt, zudem di visitation und reformation [Nr. 179, Art. 2] also zweivenlich zugesagt wirdet, dardurch die stend der augspurgischen confession und religion nit verhofen

<sup>1</sup> Gemeint ist die Antwort Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare vom 8. März 1543 (Nr. 160), in welcher den CA-Verwandten eine Nebenversicherung zum RAB in Aussicht gestellt wurde, welche die Gültigkeit der ksl. Deklaration von 1541 bestätigen sollte.

khondten, daß sie zum gleichmessigen rechten khomen mogen, und dan die berathschlagung der thurckkhenhilf, uber das diselbig one dißer stent zuthun und bewilligung furgenomen, auch uf solche ungleicheit und den vorigen abschied ungemeiß gesteltdt, daß sie dießen stenden also antzunemen und zu bewilligen beschwerlich, sie auch desselben khainen bevelch hetten.

Demnach bitten di stende der augspurgischen confession und religion undertheniglich, die kgl. Mt. und der ksl. commissarius wollten sie, daß sie uber empfangnen, claren und der kgl. Mt. und den ksl. commissarien oft angetzeigten bevelch nit weither schreiten khondten, nicht verdencken. Und wo mit dem abschiedt von gemelter nottell und verzeichnuß [Nr: 179], noch onerledigt diesser stend beschwerung, je sollt furgangen und diese stend darin vermeinlich solten verbunden werden, so will inen, den gesanten, vermug ireß bevelchs gepuren, wider solchen abschiedt zu protestirn und ir noturft dagegen darzuthun.

So aber di puncten friedenß und rechtenß auf die ksl. declaration und, wie zu viel maln in underthenigkhait gepetten, mit bewilligung der andern stende also erledigt, daß sich der gesanthen gnedigist, genedig herrn und obern bestendigs friedenß und gleichmeißigs rechtenß auch versehen mugen, so werden ir chur- und fstl. Gnn. und sie in aller gleichmessigen, treglichen hilf inhalt ireß vorigen underthenigen erbietensß [Nr: 174] nicht ermanglen lassen.

**183 Ausführliche Stellungnahme der Augsburger Konfessionsverwandten<sup>1</sup> zu den von Kg. Ferdinand und dem ksl. Kommissar Dr. Naves übergebenen Artikeln zu Friede und Recht (ad Nr. 179) und zur Türkenhilfe (ad Nr. 94) – Nürnberg, 1543 April 20**

- A Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 230r–234v (Kop. mit marg. Korr. v.d.Hd. Lambs)<sup>2</sup>; AV fol. 230r: 20. Aprilis.
- B Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Kop.).
- C Berlin StaBi, Handschriften Abt. Ms. germ. Fol. 212, fol. 104r–110r (Kop.); AS fol. 104r: Nurnberg, 1543, den 20. Aprillis.
- D Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 516r–522v (Kop.); AS fol. 516r: Antwort der protestirenden stendt auf kgl. Mt. furschlag, den ir Mt. des frieden und rechtens uff den 18. Aprilis inen übergeben haben lassen. Nurmberg 1543.
- E Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 89r–95r (Kop.); AV fol. 89r: Actum Nurmberg, den 20. Aprilis anno 1543.

<sup>1</sup> Ein etwas anders formulierter Entwurf für eine Stellungnahme der Evangelischen, der dem König jedoch nicht übergeben wurde, stammt aus der hessischen Kanzlei (Schmal-kaldische Aktenbeute), in: Wien HHSStA, RK RA i.g. 13flKonv. 1, fol. 205r–209v (Konz.); AV fol. 205r: Ist nit außgangen.

<sup>2</sup> Die von Lamb eingefügten Korrekturen sind dem textkritischen Apparat zu entnehmen.

- F *Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/6, fol. 123r–129r (Kop.); AS fol. 123r: Nürnberg, 154,3 den 20. Aprilis.*
- G *Stuttgart HStA, A 262 Bd. 23, fol. 478r–484v (Kop.); AS fol. 478r: Der augspurgischen confessionverwandten stende weiter und ander antwort auf der kgl. Mt. und ksl. commissarien widermals beschehen mundtliches anlangen. Nurnberg 1543, den 20. Apprilis.*

Auf der röm. kgl. Mt., auch des ksl. commissarien mundtliche anzeige, den räten, potschaften und gesanten der stende der augspurgischen confession heut dato, den 20. Aprilis beschehen<sup>3</sup>, wollen bemelte gesanten irer kgl. Mt. und G. hinwider underthenigster und dinstlicher meinung nit verhalten, daß sie von wegen irer herrn und obern nichts liebers erfahren hetten, dan daß den artickeln fridens und rechtens billiche und fruchtbarliche maß hett mogen funden werden, darmit ire herren und obern <sup>a</sup>-anheimisch befridet und neben andern<sup>a</sup> nothwendige und tregliche hilf wider den erbfeindt nit allain beratschlagen, sonder auch laisten helfen mochten.

Sie khondten aber auß der schriftlichen verzeichnuß, so sie von der kgl. Mt. und dem ksl. commissario empfangen [*Nr. 179*], nicht beyfinden, daß durch den vorschlag, in selbiger vertzeichnus begriffen, yetzt erwenten beeden artickeln friedens und rechtens abgeholfen. Dan obgleich darin vom fried etzlicher maßen erwenung geschicht, so wurde doch dasselbige alles uf vorige abschiet restringirt, dardurch die stende von beeden thailen nochmals in hievor oftmal angezognen zweihelligen verstandt friedens und rechtens halber stienden und alle hiebevor angetzeigte unbequemighkhaiten erfolgen wurden.

Und obwoll die kgl. Mt. das wort „und handlung“ in dem artickel des chamengerichts zu den abscheiden gesetzt<sup>4</sup>, so wurden doch die andern stende sollich gemein wort auf di ksl. declaration kheinswegs deuten lassen, sondern si hetten allwegen zu sagen, das sie sich alhie öffentlich erclert, die ksl. declaration, diesen stenden gegeben, nicht zu willigen oder aber auch in abschiedt khomen zu lassen, derwegen auch solche gemeine wort uber ir, der andern stende, öffentliche contradiction, der die gesanten dieser stende gut wissen gehapt, auf die ksl. declaration nicht khondt gedeudet werden.

Also ist auch die visitation und reformation des chamengerichts one erwenung der ksl. declaration gesetzt und die mißverstend, ob die in zeit der visitation furfielen, auf <sup>b</sup>-furtere [= *weitere*] der röm. ksl. Mt. erklerung<sup>b</sup> gesteldt wurden<sup>5</sup>. Dieweil aber in der ksl. declaration, diessen stenden zu Regenspurg gegeben,

<sup>a-a</sup> *In A marg. erg. v.d.Hd. Lambs, B bis G om.*

<sup>b-b</sup> *In A v.d.Hd. Lambs marg. korr. aus: vorige der ksl. [Mt.] declaration.*

<sup>3</sup> *Der Inhalt des mündlichen Vortrags von Kg. Ferdinand liegt nicht als eigenes Aktenstück vor. Er ist der Schlussrelation der Frankfurter Gesandten zu entnehmen (Nr. 401, fol. 185r-186v).*

<sup>4</sup> *Siehe Nr. 179, Art. 2; vgl. auch RAB Nr. 404, § 33.*

<sup>5</sup> *Siehe RAB Nr. 404, § 34, Absatz 1.*

albereit versehen, wie und welcher gestaltd solche visitation und reformation des chamergerichts furgenomen werden soll, so will auch den gesandten kheineswegs thunlich sein, dieselbigen artikel, soviel der in der ksl. regenspurgischen declaration albereit erörtert, uf weitere erclerung zu stellen und also uß der gewißhait in ein ungewißhait zu schreiten. Dann die gesanten haben von iren herren und obern einmütiglich diessen bevelch, die jetzernante ksl. declaration nit allain nicht zu begeben, sonder auch nicht in zweivel oder andere ungewißhait furen zu lassen. Und daß sich di kgl. Mt. und ksl. commissarius thun erpieten, bei dem abschied nebenversicherung zu geben, dardurch aller mangel in dem, daß die andern stende die ksl. declaration expresse nit willigen, erstatet [= ausgeglichen] werden mocht, können die gesanten nicht erachten, daß iren herrn und obern damit geholfen.

Dann es ist zwischen der ksl. und kgl. Mtt. und diessen stenden friedens und rechtens halber khain streit, eß wißten auch die gesanten, daß ire herrn und obern in dem und anderm hochsten vertrauen auf bede ire Mtt. setzen, haben auch gar khain zweivel, daß bede ire Mtt. der regenspurgischen declaration und darauf erfolgten speirischen caution und urkhundt [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] genedigst nachgeen werden. Und ist irer ksl. und kgl. Mtt. halben diesen stenden khainer weithern versicherung oder assecuration vonnötten, sonder der streit ist dißfhals friedens und rechtens halber zwischen den stenden des Reichs. Und mangelt under anderm daran, daß di andern stend oberurten ksl. und kgl. declarationen und urkhunden nit statgeben, dieselbigen auch in abschiedt nit dulden wöllen.

Diesser der andern stend contradiction halben ist den stenden der augspurgischen confession durch beiversicherung nit geholfen, dan dieweil di andern stend zum thail der ksl. hievor gegebenen declaration, und da doch der regenspurgisch reichsabschiedt seiner ksl. Mt. declaration zu thun nachgibt, dergleichen auch der kgl. Mt. zu Speier gegebenen caution nit statgeben, dieselbigen auch im abschiedt nit wissen wöllen, so ist leichtlich zu erachten, weiß sie sich anderer weytherer<sup>c</sup> nebenversicherung halben anmassen wurden. Und khan also diesen sachen zwischen den stenden fruchtbarlich nit geholfen werden, es werde dan die ksl. declaration dem reichsabschiedt eingeleibt und also von allen stenden bewilligt und der zweihellige verstandt friedens und rechtens halber zwischen den stenden gentlich hinweggenomen.

Und so dan auch die röm. kgl. Mt., auch ksl. commissarien hiebevorf uf der gesanthen underthenigst supplicirn diese resolution genedigst und gonstig geben, daß der friedtstand und gleichmessig recht uf die hiebevorf gemachte reichsabschied und ordnung, auch die ksl. declaration, uber den jungsten regenspurgischen reichsabschiedt gegeben, gedeudet und verstanden werden soll<sup>6</sup>

<sup>c</sup> In A v.d.Hd. Lamps marg. korr. aus: vorderer.

<sup>6</sup> Siehe die entsprechende Zusicherung Kg. Ferdinands an die CA-Verwandten in seiner Quadruplik von 1543 März 8/9 (Nr. 160, Art. 3).

und aber die gesanten dis suchen, das dasjhenig, was dieselbig ksl. declaration in irem buchstaben vermäg, auch was durch die kgl. Mt. und ksl. commissarien, wie jetz erzelt, den gesanten angeboten, in reichsabschiedt bracht werde, die andern stend aber solchs nit bewilligen noch im abschiedt wissen wollen, so folgt, daß der mangel der nitvergleichung an den andern stenden ist.

Daß auch die ksl. declaration und der kgl. Mt. und ksl. commissarien gegebner beschaid, wie oben erwenth, diessen stenden der augspurgischen confession nichts vortruerge [= *nütze*], wan die andern stende dem nit wollen mit volg geleben. Dan wollten sie demselbigen allenthalben nachkhomen, so wurden sie khain scheu haben, solchs in abschiedt khommen zu lassen. Es haben auch die gesanten der andern stend uberflussige zeit gehapt, solchs an ire herren zu gelangen lassen und sich bevelchs darauf zu erholen, ob sye gleich den anfenglich dermassen nit gehabt<sup>d</sup> hetten. Hierauß volgt nun auch unverneinlich, daß eß der andern stend nitbewilligung halben den stenden der augspurgischen confession an fried und recht mangelt, und khonnen sich also derselbigen gesanten irem habenden bevelch nach unerledigt diesser beeder artickel mit den andern stenden in einichen abschiedt nit einlassen.

Daß aber auch der andern stend jetziger vermeinter beschluß und bedencken der hilf halben widder den Thurcken [*Nr. 94*] nit allein den vorigen abschieden und handlung ungemeiß, sonder daß auch damit der sachen an ir selbst fruchtbarlich nit khan oder mag geholfen werden, deß hetten die gesanten viel erheblich, ansehenlich ursachen antzuzeigen wissen, wo sie zur handlung, dermassen wie sichs gepurt, weren gelassen worden, dann es je dasselbig bedenckhen uf grosse, merckliche ungleicheit gesteldt und der zuzug uf ungleiche anschleg gericht. So khan auch durch diesen weg die ringerung der anschleg nit vor sich gheen oder aber dergestaldt den beschwerten geholfen werden, von welchem allen jetziger zeit weither meldung zu thun unfruchtbar sein will.

So wissen sich auch die gesanthen dieses thails frei, daß sie die vorgefallene trennung in der berathschlagung der hilf wider den Thurcken nicht verursacht, dan es ist in gemeynem rath der churfursten und fursten durch das mherer beschlossen, daß die artickel, so der samptlichen berathschlagung verhinderlich, vor allen dingen berathschlagt und erledigt und dan zu samptlicher berathschlagung der hilf widder den Thurcken geschritten werden sollte. Solcher gemeiner beschluß der stend von beeden thailen ist den von stetten auch angetzeigt worden, die inen dieselbigen auch also haben gefallen lassen. Und haben sich die gesanthen dieser stend nichts anders versehen, solchem gemeinen beschluß wurde also nachgegangen werden, sich auch erpoten, neben den andern stenden niderzusitzen und solche artickel zu berathschlagen und zu erledigen helfen.

Es haben sich aber des alles unbetrachtet etzlich der andern stend, di sich villeicht befahret, ir will und vorhaben friedens und rechtens halber mochte in gemeiner berathschlagung gebrochen und der ksl. Mt. vernunftige und ge-

<sup>d</sup> In *A v.d.Hd. Lambs korr. aus:* gehalten.

meinem frieden sehr nutzlich declaration und auch der kgl. Mt. und der ksl. commissarien gegebner beschaid, davon oben bemeldt, in gemeinem rath erhalten werden, nicht zu geringer verhinderung des nothwendigen christenlichen wercks einmütiger hilf widder den Thurcken und aller wolfarth des Hl. Reichs, von dem gemeinem beschluß der reichsstend abgesondert und one das der artickel halben, so gemeiner berathschlagung der thurckenhilf verhinderlich, einiche handlung furgenomen oder die stend dartzu erfordert, die berathschlagung des hauptwercks der hilf widder den Thurcken vorgenommen und also dardurch verursacht, daß diese stende zu derselbigen berathschlagung nit haben khomen mögen. Daß also solche sonderung unverneinlichen<sup>e</sup> von dem andern thail herruehrt.

Wo nun dieselbigen stende, so sich solcher handlung dermaßen wie oben underfangen, iren handel dahin meinen, das sie sich und der abwesenden gesanthen ire herrn allain dardurch one der andern stende nachtail verbinden wollten, so ist den gesandten der stend der augspurgischen confession sollich nit entgegen, haben auch den andern stenden hierin khain maß zu geben, waß sie vor sich in dem zu thun schliessig werden. Und wolten die gesandten nichts liebers, dan daß die hern und obern anhaimisch also befriedet, daß in irem vermogen wher, iren underthenigsten, guthen willen in diessem hochloblichen werck auch zu erzaigen.

Daß aber die andern stend diese stend der augspurgischen confession durch einen solchen weg zu dem was inen, den andern stenden, gelegen und gefellig, auch wollten verbinden, das were zum hochsten beschwerlich, auch diesen stenden unleidlich, zuvorderst auch, do die mit der schweren peen der acht und verlierung habender privilegien und anderm, so in der andern stend bedencken verleipt [*Nr. 94, Art. 25*], sollten beschwert und betranget werden. Es halten es auch die gesanthen dieses thails darfur, daß die des andern thails solcher beschwerlichen und diesen stenden unleidlichen geschwindigkeiten gegen diesen stenden furtzunemen alle oder<sup>f</sup> je deß merer thails auß inen von iren herrn nit bevelch haben werden. Und zweiveln nicht, daß vielen friedliebenden stenden und gesanthen des andern thails solch furnemen zum hochsten entgegen.

Dann darauß, do diß furhaben furgengig sein soltt, hetten die stend der augspurgischen confession nichts anders abzunemen, dan daß die andern stende, soviel der solche geschwindikhaiten vornemen und belieben<sup>g</sup>, in arbeit stuenden, dieweil sie vermerckten, daß die stend der augspurgischen confession der gefericikhait des wormbsischen edicts [*1521*] und augspurgischen reichsabschiedts [*1530*] durch di ksl. declaration enthnomen, dieselbigen stende one alles verschulden, dieweil sie on anhaimische befriedung zu laistung der

<sup>e</sup> *In D: unvermeidlichen. In F: unvormeinlichen.*

<sup>f</sup> *In A v.d.Hd. Lambs korr. aus: aber.*

<sup>g</sup> *In A v.d.Hd. Lambs marg. korr. aus: pleiben.*

thurckenhilf nit vermögen zu khomen, durch diesen weg widerumb in alle obberurte gefeulichkhaiten der acht, privirung irer gerechtighait und andere beschwerungen zu fhueren und also den weg zu solcher beschwerung widerumb zu eröffnen.

Zu was beschwerlichkhait und unrichtighait<sup>h</sup> solcher umbwege zwischen den verursachern desselbigen und den stenden der augspurgischen confession wurde dinstlich sein, das ist wol zu erwegen. Die gesanten dieser stend halten es darfur, daß di kgl. Mt. und ksl. commissarius aus hohem ampt solche hochste beschwerlichkhaiten werden furkhomen und nit gestatten, daß solche gefeuliche geschwindighaiten von den andern stenden zum thail erregt und verursacht werde. Es wollen auch die gesanthen dieser stende als die, soviel an inen, zu allem friedlichen wesen im Hl. Reich gern furdern und helfen wollten, di röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien, zu verhuttung solcher etzlicher der andern stende angemasten geschwindighaiten einsehens zu haben, underthenigst ersucht und gebetten haben.

Und so dan di röm. kgl. Mt. und auch der ksl. commissarius aus dem allem zu befinden, daß diese stende, one das di andern stende di ksl. declaration bewilligen, derselbigen stend halben friedens und rechtens bestendiglich nit khonen versichert werden und auch one das zu fruchtparlicher berathschlagung und laistung der hilf widder den Thurcken nicht khomen mögen, daß sich auch derhalben die hie vorgefallne sonderung<sup>j</sup> one ire verursachung zugetragen, diese vorwendung auch nit uß einichem mißtrauen, so sie zu der röm. ksl. oder kgl. Mt. hetten, sonder uß unvermeidenlicher noturft herffleißt.

So bitten die gesanten der stend der augspurgischen confession, die kgl. Mt. und auch der ksl. commissarius wollen sie und auch zuvorderst ire hern und obern in dem allem genedigst und gunstiglich entschuldigt haben, inen auch in dem khainen unglimpf zumessen, wie dan auch ire hern und obern sich deß zu aller zeit gegen Gott, der röm. ksl. und kgl. Mtt. und menigklich mit eren zu verantworten wissen. Seind aber nochmals des underthenigsten erbietens, do die streytigen artickel inhalts irer hievor gegebenen antwort erledigt, sich mit berathschlagung und leystung muglicher, treglicher und gleichmassiger hulf wider den Turcken allerunderthenigster gepur zu erzeigen. Und thuen sich die gesanten der röm. kgl. Mt. underthenigst bevelhen.

---

<sup>h</sup> In *A v.d.Hd. Lambs korr. aus*: unruhe.

<sup>i</sup> *F om.*

<sup>j</sup> In *CDF*: verhinderung.



184 *Antwort Kg. Ferdinands auf die beiden Eingaben der Augsburger Konfessionsverwandten von 1543 April 20 (Nr. 182–183) – Nürnberg, 1543 April 22*

*Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 135r–136v (Kop.)*<sup>1</sup>; ÜS: Montag, 22. Aprilis 43.

Die röm. kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien<sup>2</sup> haben der<sup>a</sup> stende der augspurgischen confession und religion gesterige<sup>3</sup> schrift ersehen [Nr. 183] und dieselben sampt dem mundtlichen antragen [Nr. 182] bewogen und daraus befunden, das sy ungeacht irer kgl. Mt. furgewendter furderung und fleiß uf vorige sonderung und weigerung verharren, welchs sich ir Mt. und der commissarius nit versehen. Und hetten woll ursach, die sachen widerumb zu erholen, und us was bedencken ir Mt. achtet, daß diese stende ab irer kgl. Mt. bisher gepflogner handlung ersettigt. Dieweyl aber ir Mt. abermaln befindet, das es an genugsamen verstandt gar nit mangelt, sonder etwan an dem willen mangeln möchte, so achten derhalben ir Mt. derhalben von unnötten, sich ferner in vergebliche oder unverfengliche disputation inzulassen.

Nachdem aber di kgl. Mt. auß der nehern schrift [Nr. 183] vermerckt, daß diese stende noch der zweier puncten friedens und rechtens halben mangel haben mochten und, da sollicher puncten halben, wo diselben vermög voriger abschiede sollten verstanden werden, misverstand einfallen mocht, dergleichen auch disen stenden in dem punct fritds und rechtens daß wort „handlung“ (darunder doch ir kgl. Mt. di ksl. declaration gemeint) beschwerlich, demselben nach und in ansehung, daß dise stende befinden mogen, daß ir kgl. Mt. die sachen gantz genediglich meinert und ie gern zur einmutigkhait und ablegung alles unwillens verhelfen wollt, so hab ir kgl. Mt. ferner an ir nichts erwinden lassen, sonder mit den andern stenden noch weiter handeln und versichern lassen, ob di sachen uff bessern verstandt möcht gepracht werden. Und derhalben befunden, daß di andern stend nit allain dem landtfrieden, sonder auch vorigen friedtstenden und wi derselb auf disem reichstag weither furgenomen wirdet, zu geleben, dawider nit zu handeln und ob mangel daran sein sollt, daß den andern stenden nit zuwider sein wurde, denselben mangel zu erclerung der ksl. Mt. stellen und also irer Mt. die sachen gantz und gar heimzustellen.

So befinden auch ir kgl. Mt. der andern stende neygunng, do di wort bei der visitation, namblich daß di vermoge „voriger reichshandlung“ sollt furgenomen

<sup>a</sup> *In der Vorlage irrtümlich: di.*

<sup>1</sup> *Das Aktenstück wurde in keiner anderen Überlieferung gefunden.*

<sup>2</sup> *Es handelt sich nur um einen ksl. Kommissar, nämlich Naves, der nach dem Tod des Bf. von Augsburg am 15. April und nach der Abreise von Pfgf. Friedrich am 5. April (siehe Nr. 296, Anm. 3) als einziger Kommissar in Nürnberg verblieb. Laut dem letzten Absatz des Aktenstücks war er bei dessen Übergabe jedoch nicht anwesend.*

<sup>3</sup> *Da die beiden Schriftstücke der CA-Verwandten vom 20. April stammen, müsste es richtig heißen: vorgestrig.*

werden, verdecktlichait pring, daß dieselben wort herauß gelassen und also der abschiedt oder handlung nit gedacht werde<sup>4</sup>.

Dieweil sich nun die kgl. Mt. noch khaines andern zu erinnern wissen, dan das die stende der augspurgischen confession und religion mit irer kgl. Mt. genediger handlung der puncten friedts und rechtens halber genugsam versichert und sie dan auch jetzo vernemen, das die andern fried zu halten willig, und, wo daruber mangel sein sollt, das ir Mt. dieselben fhell zu erstatten und mit nebenurkhunden zu versehen genediglich geneigt.

Demnach ist nochmals kgl. Mt. fur sich und in namen der ksl. Mt. ernstlichs ersuchen, das [*sich*] diese stende irer kgl. Mt. verner handlung und furgewandten fleis noch gefallen lassen, dieselben annemen und sich von den andern stenden nit absöndern, in ansehung der sorglichen leuf und das es zu noch merer verpitterung und unruhe ursach geben mochte. Dann wo di stende uf irem fhurnemen je sollten verharren, so must es ir kgl. Mt. mit gedult beschehen lassen und würden ir Mt. nach verlierung vieler guter zeit zu dem abschied greiffen müssen.

Und wollten sich ir kgl. Mt. gentslich versehen, das ir, der gesandten principal, nach genugsamer erinnerung furgewendts vleis sich irer kgl. Mt. handlung settigen lassen und des viel angebottenen friedens vernugig sein wurden, dergleichen der kgl. Mt. und der gantzen christenhait zuguttem hilf wider den Thurcken leisten, sie geschehe durch was schein es wolle. Und das also ire principal ire kgl. Mt. mit derselben hilf nit verlassen, sonder sich also beweisen, dardurch man beyfunden moge, daß sie zu fried, ruhe, einigkhait und christlicher defension gegen den ungläubigen, dergleichen zu beschutzung des vatterlands geneigt.

Die röm. kgl. Mt. wollt sich auch zu den räten und gesanten dieser stende versehen, das sie zu erlangung desselben bei iren herren und obern alle furderung thun wurden, wiewoll sich ir kgl. Mt. nochmals versehen, diese stend wurden ir Mt. jetzige handlungen und furschlege zu gemuet fhueren und sich nit absöndern.

Nachdem sich auch gepuret het, daß der ksl. commissarius auch zugegen gewest sein sollt, so were er doch in andern irer Mt. gescheften abgangen und bei der handen nit sein mogen.

---

<sup>4</sup> *Siehe die Beschlüsse der altgläubigen Reichsstände betr. die Artikel des Friedstands und der Visitation des RKG im RAb in: Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 854r (Notizen v.d.Hd. Dr. Katzmanns); Marg. AV: Consultatum die 22. Aprilis Domenica Cantate anno 43.*

185 *Letzte Antwort der Augsburger Konfessionsverwandten an Kg. Ferdinand (ad Nr. 184) und Erwiderung des Königs – Nürnberg, o.D. (1543 April 22)*

*Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 137rv (Kop.)<sup>1</sup>; ÜS fol. 137r: Antwort der gesanten der stende der augspurgischen confession und religion uf den letzten irer kgl. Mt. furhalt.*

Sie hetten irer kgl. Mt. jetzigen furhalt [*Nr. 184*] in underthenigkhait gehort und sonderlich, durch was mittel ir Mt. erachtet, das dise stende irer beschwerung erledigt sein sollten. Und khonnen nit gedenckhen, das solchen iren beschwerden aus vor oft dargethonen ursachen durch jetzigen irer Mt. furschlag abgeholfen. Derhalben und nachdem sie sich noch in vorigem mangel und beschwerden befinden und dartzu auch von iren herrn und obern weithern bevelch nit hetten, so khonnen sie solche irer Mt. furschleg und handlung nit verwilligen. Und soll es ir kgl. Mt. darfur nit achten, das es an der gesanten willen fhele, sonder das sie dartzu auß vorgemelten ursachen dartzu nit komen mögen, mit undertheniger bitt, ire personen als dienner und die uber iren bevelch nit zu geen wisten, nicht zu verdencken.

Seyn aber des underthenigen erpietens von allem dem, das sich alhie uf dysem reichstag zugetragen, dergleichen dieses jetzigen irer Mt. genedigen ersuchens, getreulichen, guten bericht und antzeig zu geben. Und wollten sich damit irer kgl. Mt. undertheniglich beffholen haben.

Der kgl. Mt. schluss:

Dieweyl ir Mt. abermaln vernomen, das dise stende bey voriger meynung beruheten, so musten es ir kgl. Mt. mit gedult annemen und di sachen diser zeit bei dem jetzigen ersuchen beruhen lassen. Und wollten sich ir Mt. zu disen stenden genediglichen versehen, sie wurden sich auf solche ir Mt. begehrt als christliche heupter wilfharig erzeigen und ir kgl. Mt. sonderlich in dieser noth mit gepurender hilf nit verlassen.

Ir Mt. wollten sich auch versehen, die rätthe und gesanten wurden sollichs mit dem besten an ir genedigst, genedig herrn und obern gelangen lassen, inhalt ihres erpietens etc.

Daß wurden etc.<sup>a</sup>

---

<sup>a</sup> *Hier bricht der Text ab.*

---

<sup>1</sup> *Das Aktenstück wurde in keiner anderen Überlieferung gefunden.*

## V.B Berichte und Weisungen evangelischer Reichsstände zu den Verhandlungen über Friede und Recht

*Die Schilderung der Reichsratssitzungen, in denen sich die Protestanten mit ihren Forderungen gegenüber den Altgläubigen nicht durchsetzten, sowie das Scheitern der Vermittlungsbemühungen des Königs dominieren die Berichterstattung der evangelischen Reichstagsgesandten. Die Altgläubigen versuchten, einzelne evangelische Stände, wie die Gesandten der Hgg. von Pommern, auf ihre Seite zu bringen und sie zur Teilnahme an Verhandlungen über die Türkenhilfe zu bewegen (Nr. 186), scheiterten aber am Festhalten der pommerschen Räte an der evangelischen *Conditio sine qua non*, nämlich vorherigen Verhandlungen zu Friede und Recht (Nr. 187). Die kursächsischen und hessischen Räte hofften auf eine Lösung der verfahrenen Situation in gesonderten Gesprächen und Verhandlungen mit Kg. Ferdinand, dem ksl. Orator Nicolas de Granvelle und dem ksl. Kommissar Naves (Nr. 188–190). Der Bericht über die Sitzung des Reichsrates am 12. März (Nr. 191) verdeutlicht, dass die Evangelischen nicht bereit waren, von ihren anfänglich aufgestellten Forderungen abzuweichen. Die Geschehnisse im Reichsrat zwischen 26. und 29. März 1543, die den Alleingang der Altgläubigen bei den Verhandlungen über die Türkenhilfe besiegelten, wurden von den städtischen Gesandten Straßburgs (Nr. 192) und Nördlingens (Nr. 194) sowie von dem pommerschen Gesandten Jakob von Zitzewitz (Nr. 193) ausführlich beschrieben. Kurz vor Ende des Reichstags wies Kf. Johann Friedrich von Sachsen seine Gesandten abermals an, auf den Forderungen zu Friede und Recht zu beharren und die ausdrückliche Erwähnung der ksl. Deklaration von Regensburg im Reichsabschied zu verlangen (Nr. 195). Auch nach dem Ende des Reichstags antworteten die Bundeshauptleute auf eine Werbung des kgl. Rates Dr. Andreas von Könnertitz um nachträgliche Bewilligung der Türkenhilfe durch die Evangelischen mit Ablehnung und fassten ihre Einschätzung der erfolglosen Nürnberger Verhandlungen zu Friede und Recht nochmals zusammen (Nr. 196).*

186 *Bericht Jakobs von Zitzewitz<sup>1</sup> über die mündliche Aufforderung des Mainzer Kanzlers zur Teilnahme der pommerschen Gesandten an den Beratungen der Reichsstände – o.O., o.D. (Nürnberg, ad 1543 Febr. 14)*

*Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 212r–213v (Reinschr.); ÜS fol. 212r v.d.Hd. Zitzewitz: Ahm 14. Februarij haben die stende der papistischen religion unß zu sich bitten lassen und durch den meintzischen cantzler nachfolgender meinung ungefehrlich eine mundtliche anzeige gethan<sup>2</sup>.*

Das die stende und gesanten in jungster versamblung [1543 Febr. 12], wie man auf H. Wolff Dietrichs von Pfirten ansuchen [Nr. 127] hette rathschlagen wollen, hetten gehört, das wir<sup>3</sup> angetzeigt, das uns nit geburen wolte, in die rathschlege uns zu lassen, nachdem unsere gnedige fursten und herrn zu Stettin-Pomern etc. in den speyrischen abschiedt, die turckenhulf betreffent, nicht gewilligt, sondern darwider protestiret, wie solche protestation auch unsers erachtens noch beyhanden in der meintzischen cantzlei seyn wurde, darauf wir uns auch nochmalen referirt und getzogen hetten<sup>a</sup>.

Nun hetten ire fstl. Gnn., der chur- und fursten gesanten, solchs weiter betracht und bewogen, dem handel auch nachgetrachtet und befunden, das dennoch eine supplication und vermeinte protestation [RTA JR Bd. XII, Nr. 293], so ubergeben, beyhanden were, darinn die gesanten unserer gnedigen herrn zu Stettin-Pommern etc. angetzeigt, weil des Bf. von Cammyn gesanten session und stym im reichsrath gegeben und [er] auch sonderlich angelegt were worden, so wusten sie in namen und von wegen irer gnedigen fursten und herrn in den abschiedt – und sonderlich die turckenhulf – nicht zu willigen, sondern wolten darwider vermuge irer instruction und bevelich offentlich bedingt und protestiret haben.

Nun hetten sich die stende und der abwesenden gesanten wol versehen, es solten unser gnedige fursten und herrn, ungeacht derselben vermeinten protestation, sich gleich andern stenden des speirischen abschieds gehorsamlich gehalten, in bedenckung, das es in allen gemeinen reichsversamblungen also hergebracht were worden, das das geringste theil durch die bewilligung des

<sup>a</sup> *Marg. v.d.Hd. Zitzewitz:* Hie haben sie verswigen das, szo ich angezeigt habe von dem, szo euer fstl. Gnn. dennoch geleistet und gethan hetten.

<sup>1</sup> *Zum Verhalten Jakobs von Zitzewitz gegenüber den Schmalkaldenern und zu seiner laut Instruktion der Hgg. von Pommern (Nr. 63d) nur unter bestimmten Bedingungen vorgesehenen Teilnahme an den Verhandlungen der Schmalkaldener siehe Nr. 293, Anm. 2 und 3.*

<sup>2</sup> *Es handelt sich um eine Zusammenfassung der Rede des Mainzer Kanzlers durch Zitzewitz.*

<sup>3</sup> *D.h. die Gesandten der Hgg. von Pommern.*

mehren verbunden und verpflichtet were worden<sup>4</sup>. So wusten wir auch als die verstendigen uns wol zu erinnern, das solchs die natur, das recht, vernunft und pillikeit mit sich brächte, das, wor [= wo] ein collegium oder corpus were, das das minder und geringer theil dem meisten folgte, und wor das nicht were, da konte kein collegium sein oder bestehen. Dann so einem itzlichen zu protestiren nachgegeben wurde, so konte oder mochte kein collegium bleiben oder bestehen, es were auch keiner reichsversammlung vonnoten, sondern es mochte die ksl. oder kgl. Mt. einem jeden schreiben und, was er thun sollte, in sein haus schicken und darneben antzeigen, das er dennoch thun solte, was ihm gefielle.

Weil nun solchs unsere[r] gnedigen fursten und herrn vorhaben, wo ire fstl. Gnn. oder wir in derselben nahmen darauf verharren wurden, zerruttung des Hl. Röm. Reichs bringen mochte, hetten die stende und der abwesenden gesanten vor rathsam erachtet, uns solchs antzuzeigen. Wolten auch gnediglich und freuntlich begert und gebethen haben, bey unsern gnedigen fursten und herrn zu verfügen und zu befurdern, das ire fstl. Gnn. von demselben irer fstl. Gnn. vorhaben abstehen und dem, so im speirischen abschiede durch gemeine stende beschlosen, gehorsamlich – ungeacht der vermeinten vorbeschehener protestation – nachleben. Es wolten sich auch ire fstl. Gnn. und die gesanten versehen, es wurden unsere gnedige fursten und herrn zu Stettin-Pomern etc. dissem irem freuntlichen, underthenigen suchen, in bedenkung, das es an sich selbst naturlich, recht und pillich were, nachkomen, damit die stende und gesanten nicht geursacht wurden, solchs der röm. kgl. Mt., auch der röm. ksl. Mt. verordenten commissarien undertheniglichst zu berichten und zu bitten, das dieselben gnedigste vorsehung thun und beschaffen wolten, damit solchs hinfurder von unsern gnedigen fursten und herrn verpliebe und von andern des Hl. Röm. Reichs stenden nicht vorgenommen wurde.

187 *Bericht Jakobs von Zitzewitz über die Antwort der pommerschen Gesandten auf die Aufforderung des Mainzer Kanzlers (Nr. 186) und über die Verhandlungen der altgläubigen Reichsstände mit den pommerschen Gesandten im Reichsrat – o. O., o. D. (Nürnberg, ad 1543 Febr. 24)*

A *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 214r–215r (Reinschr.); ÜS fol. 214r: Ahm tagk Mathie haben wir den papistischen stenden disse andtwort ungeferlich muntlich geben.*

B *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 317r–318v (Kop.).*

C *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 310r–313v (Konz. v. d. Hd Zitzewitz).*

*Der erste Teil des Aktenstücks, in welchem die Antwort der pommerschen Gesandten an die altgläubigen Reichsstände durch Jakob von Zitzewitz wiedergegeben wird,*

<sup>4</sup> *Zur Anwendung des Mehrheitsprinzips und zur unterschiedlichen Gewichtung der einzelnen Stimmen siehe: T. F. HARTMANN, Die Reichstages unter Karl V., S. 210–213.*

*folgt den Überlieferungen AB. Der zweite Teil beruht auf Überlieferung C, welche deutlich ausführlicher ist und Ergänzungen Zitzewitz' zur Antwort der pommerschen Gesandten im Reichsrat enthält sowie eine Schilderung der Verhandlungen mit den Altgläubigen, welche nach der Rede der pommerschen Gesandten stattfand.*

Wir haben jungst [1543 Febr. 14] angehört, was euer fstl. Gnn. und Gg. uns durch den meintzischen cantzler mundtlich haben antzeigen lassen [Nr. 186] und bey uns bewagen [= gründlich beraten]. Darauf wir unserm jungsten erpieten nach zu undertheniger, freuntlicher antwurt lenger euch nicht wißten zu verhalten, das wir nit ungeneigt weren, euer fstl. Gnn. und Gg. neben der ander chur- und fursten, graven, prelaten, stedt und stende gesanten, so in gemeinen sachen, wie diese ist, ane trennung oder dissolution des corporis oder collegii des Hl. Röm. Reichs nicht konnen oder mügen ausgeschlossen werden, bericht dieser handlung zu tun, wo nicht von unsern gnedigen fursten und herrn zu Stettin-Pomern etc. uns ausdrücklich auferlegt und bevolhen<sup>1</sup>, uns in einiche handlung, je und zuvor ein bestendiger, gemeiner fried, gleichmessig, unpartheiisch recht durch das Hl. Röm. Reich deutscher nation gemacht und aufgerichtet, nicht zu lassen, in bedenkung, das ane die zwey stuck in andern sachen nichts fruchtbarlichs noch erschieslichs muge gehandelt werden und darauf alle gluck, heil und wolfart des Hl. Röm. Reichs stehet und ruhet. Derhalben wir auch neben andern der augspurgischen confession anhengigen Kff., Ff., graven, stedten und stenden in namen und von wegen unser gnedigen fursten und herrn bey der röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, [und] der röm. ksl. Mt., auch unsers allergnedigsten herrn, verordenten comissarien undertheniglichst, underthenigst und freuntlich durch ein schrift [Nr. 152] gesucht, und haben noch zur zeit dieselben handlungen iren entlichen bescheidt nicht gewonnen. Darumb wir auch uns unsers bevelichs hirinn halten mußen, mit erpieten, wann die gesuchten zwen punct fried und recht betreffend entlich abgehandelt sein, euer fstl. Gnn. und Gg. – jedoch in beysein der andern stende, so auch in das corpus oder collegium des Hl. Röm. Reichs gehorig – potschaften und gesanten uns unsers weitem bevelichs dieser sachen halb vernehmen zu lassen und uf das jungste anbringen zu antwurten.

Daraus euer fstl. Gnn. und Gg. neben anderer stende gesanthen ungetzweivelt befinden werden, das unsere gnedigen fursten und herrn ires vorhabens erhebliche, wichtige ursachen gehabt und noch haben. Das auch von iren fstl. Gnn. nichts vorgenommen oder gehandelt ist worden, dardurch zerruttung des corporis oder collegii des Hl. Röm. Reichs oder iren fstl. Gnn. einicher ungehorsam pillich aufgelegt mocht werden, zuversichtiglich, wo uber solchs irer fstl. Gnn. antzeigen, volgend suchen und bitten ichts von allen des Hl. Röm. Reichs stenden von unsern gnedigen fursten und herrn gebethen und gesucht wurde, das ire fstl. Gnn. sich darinn aller gebur freuntlich und gnediglich zu ertzeigen

<sup>1</sup> Siehe die Instruktion der Hgg. von Pommern für ihre Gesandten zum RT und zu den Sitzungen der Schmalkaldener (Nr. 63c–d).

werden wißen. Dann wir irer fstl. Gnn. gemuth dahin gerichtet wißen, das ire fstl. Gnn. allen und jeden Kff., Ff., graven, prelaten, stedten und stenden des Hl. Röm. Reichs nach eines jeden gepurnus freuntlich, gunstiglich und gnediglich zu dienen, zu wilfharen und mit gutem zu furdern gantz gneigt seint, solchs sich auch zu ihnen, den stenden, hinwiderumb versehen.

<sup>2</sup>Wir wollen auch nicht andtwards-, sunder alleine berichtsweise euer fstl. Gnn. und Gg. undertheniglich und freuntlich erinnert haben, das wir ahm jungsten in dem furstenradt [1543 Febr. 12] neben erwenung der protestation [RTA JR Bd. XII, Nr. 293] dennoch auch angezeigt haben, das unsere gnedigen fursten und herren aus untertheniger treu, so ire fstl. Gnn. gegen der röm. kgl. Mt. und dem gantzen Reich trugen, auch in betrachtung der vorstehenden not und fhar 204 wolgerustete pferde, auch ein fenlin knechte mit drei monten besoldunge, einer halben slange und der nottuftigen zugehorung versehen, auch mit der besoldung, so auf die hohen empter iren fstl. Gnn. zu geben aufgelegt, mit dem eilendesten, so ihren fstl. Gnn. der weitten abgelegeneit halben mueglich gewesen, ahn den feldtobersten und obersechsischen kreigsradt [!] hinabgefertigt und gesickt, idoch ane ratification des speirischen abschiedts [RTA JR Bd. XII, Nr. 285], wie solchs ahn dieselben auch geschrieben. Das auch zudem ire fstl. Gnn. in derselben landen, hertzoch- und furstenthumben den gemeinen pfenninck vermuege des speirischen abschiedts samlen und, was ire fstl. Gnn. vor ir person darzuzulegen gebuert, erleggen lassen und vermuege des speirischen<sup>3</sup>, auch obersechsischen kreißabschiedts<sup>4</sup> ire fstl. Gnn. gemeine innemer und andere gesworene personen kegen Wittenberg mit dem gemeinen pfennige zeitlich gesickt und in dan anbieten lassen. Weil aber daselbst keine kreißtruge auß mangel, wie dem hauptmhan und anderen chur- und fursten des kreiß bewust, veordent gewesen, haben ire fstl. Gnn. dennoch furter biß zum abzuge irer fstl. Gnn. kreißvolck in Hungeren mit grosser beswerung erhalten, besoldet und sie auch gantzlich daruber dermassen bezalt, das zu wunschen were, das aller stende kreißvolck dermassen gesickt und unterhalten were worden, so were ungezweifelt solcher erbarmlicher, jemmerlicher abzugk nicht genommen, das gemeine kreißvolck auch in besserem willen erhalten worden; es wurden auch viel nachmanungen verpleiben. Und wollen unß versehen, wor [= wo] die register zu seiner zeit vorgelegt werden, was ein ider standt gesickt und geleist hat, so wurd es sich befinden, das unsere gnedigen fursten und herren alles biß den abzug, so der speirische abschiedt, idoch ane ratification desselben, vormag, so williglich geleistet haben, das billiger andere

<sup>2</sup> Ab hier folgt der Text der Überlieferung C, fol. 312r; AB om.

<sup>3</sup> Abschied des Speyerer RT, 1542 April 14, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 119, S. 1198.

<sup>4</sup> Abschied des obersächsischen Kreistages, Zerbst, 1542 Mai 22, in: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 7873/5, fol. 1r–14v (Kop.).



dan ire fstl. Gnn. des ungehorsams angezogen, beklaget und gestraffet solten werden.

<sup>a</sup>-Dis haben wir untertheniger, freuntlicherwise euern fstl. Gnn. und Gg. unerinnert nicht lassen mugen, weil es hievor von unß angezeigt und in erholung unseres anbringens jungst nicht erwent worden, untertheniglich und freuntlich bittende, es wollens eure fstl. Gnn. und Gg. nicht anders dan gnediglich und gunstiglich vermercken<sup>a</sup>. Das wollen wir etc.<sup>5</sup>

<sup>6</sup>Ahm tagk Matie [1543 Febr. 24] haben wir disse andtwort ungeferlich mundtlich den papistischen stenden gegeben. Darauf sie bis auf eine gantze stunde sich underredet und letztlich durch den mentzischen, Kf. zu Brandenburg, Hg. Ludwigen von Bayern, des Bf. von Bamberg<sup>b</sup> gesanten anzeigen lassen, das sich ire fstl. Gnn. und der chur- und fursten gesanten sich der andtwort nicht versehen hetten, sunder hetten verhofft, wir solten auf irer fstl. Gnn. und Gg. gnedigs und freuntlich ermanen und erinnern von unserem vornhemen gar und gantz abstehen, wie sie auch nochmaln zu thun wollen gebetten haben, damit sie nicht geursacht wurden, der sachen weiter nachzudencken.

Darauf wir widerumb angezeigt, das [wir] unß nach gelegenen sachen, in bedenckung unserer gnedigen herren und des gantzen Reichs nottorft und gelegenheit, zu disser zeit mit keiner anderen andtwort hetten vernhemen lassen. Vorsegen unß auch, weyl sie [= die antwort] billich und ehrlich [und] keinem – auch eins anderen standes – die verandtwortung zu gelegener zeit auß naturlichen rechten und aller billigkeit muchte mit fueg abgeschnitten werden, es wurden ire fstl. Gnn. und Gg. damit gesettigt sein und die sache nochmaln in rue stellen, biß die artikel des fridens und rechtens ire endtschaft erlanget.

---

<sup>a-a</sup> *Dieser Absatz lautet in AB:* Diß haben wir euern fstl. Gnn. und Gg. undertheniger und freuntlicher meynung antzutzeigen nicht wissen zu underlassen, und stehen in ungetzweivelter hofung, es werden euer fstl. Gnn. und Gg. diese unsere antwurt gnediglich und freuntlich vermercken, in bedenckung, das dennoch unsere antzeigung allein im furstenrath, vil anderer gestalt dan sie jungst durch den mentzischen cantzler erholet, zu der zeit berichtsweise und das der sachen halb zu seiner zeit weiter und mehr gruntliche antzeigung und furderung bescheen wirt.

<sup>b</sup> *In einem ähnlich lautenden Bericht Zitzewitz' über die Verhandlungen im Reichsrat am 24. Febr. 1543 (in Stettin AP, AKW Sign. 95, hier fol. 215r) heißt es stattdessen:* Bf. zu Saltzburch.

---

<sup>5</sup> *In C endet hier die Wiedergabe der Rede der pommerschen Gesandten im Fürstenrat.*

<sup>6</sup> *Ab hier folgt in C (AB om.) der Bericht Jakobs von Zitzewitz über die Verhandlungen der pommerschen Gesandten mit den altgläubigen Reichsständen, die am 24. Febr. in Anschluss an den pommerschen Vortrag im Fürstenrat stattfanden. Ein ähnlich lautender, nicht datierter Bericht Zitzewitz' zeigt die schwierige Stellung der pommerschen Gesandten im Fürstenrat, die sowohl von den altgläubigen Reichsständen als von den Schmalkaldenern unter Druck gesetzt wurden, sich für deren Interessen einzusetzen. In: Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 215r–220r, 1543 Febr. 24 bis 1543 März, Ausf. eighd.*

Alßdan wolten wir nicht allein bey allen gemeinen stenden, sunder auch der kgl. Mt. gnugsame ursachen unserem vorigen erbietten nach anzeigen etc.

Darauf sie widerumb angezeigt, sie hetten keinen anderen befehlich, aber sie wolten solch unser erinneren nochmaln gern anzeigen und, was weiter beslossen wurde, anzeigen.

Und seindt folgens widerumb zu unß kommen und angezeigt, es versehen sich die stende nochmaln, wir wurden von der speirischen beschehenen protestation abstehen. Da aber solchs nicht beschehege, liessen sie es bey furiger andtwort bleiben.

Darauf wir inen widerumb angezeigt, wir hetten unß in bedenkung unseres billigen erbietens und das dennoch die sache nicht alleine die stende, sonder auch andere, die gleich szowol alß sie in das angezogene corpus gehorten, betreffe, solcher harten andtwort nicht vorsehen. Wollen nochmaln versehen, es wurde ein ider hirin seine befehlich erwegen und der sachen nicht anders, dan in vor ire person gebuerte und unsre gnedigen herren sich zu den Kff. und Ff., davon sie gesant, vorsehegen, nachdencken und unß dennoch auch wissen lassen, was desvhals sich unsere gnedigen herren zu iren herren versehen solten, damit wir solchs iren fstl. Gnn. dennoch auch anzuzeigen hetten, das euer fstl. Gnn. derselben nottorft nach den sachen auch weiter nachgedencken mochten. Wir zweivelten aber nicht, sie wurden auß vorerzelten ursachen disse sache biß zu vorberurter zeit in ruhe stellen.

Das haben sie widerumb referirt. Darauf is von den papistischen nichts weitters in dissem vhal beradtslagt noch beslossen, wie ich von etzlichen, die im radt gewesen, vernommen.

**188** *Bericht der kursächsischen Gesandten an Kf. Johann Friedrich über eine Unterredung mit Kg. Ferdinand und Nicolas de Granvelle betr. Friede und Recht und die Causa Jülich – Nürnberg, 1543 März 11*

*Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 280r–294v (Konz. mit einzelnen marg. Korr. und Erg.); DV fol. 294v: Vertzeichnus, was mit dem konig und dem H. von Granvelh gehandelt.*

Sontags Judica, den 11. Marcij, hat die kgl. Mt. ad partem etzliche diser stende, doch sonderlich und unterschiedlich nacheinander, zu sich erfordern lassen. Und erstlich seint wir umb ein uhr zu irer Mt. beschieden gewesen, welche allein den H. von Granvelh und sonst niemandt bei sich gehabt und von des von Granvelhs wegen lateinisch geredt<sup>1</sup> und volgends inhalts ein antzeig gethan:

Nemlich wir wusten der ksl. Mt. neigung zu erhaltung freid [!] und rhue in deutscher nation, und wolten ire Mt. gerne, das das gut und gnedig vertrauen,

<sup>1</sup> *Die Deutschkenntnisse des ksl. Generalorators Nicolas de Granvelle reichten offensichtlich nicht aus, um solchen Verhandlungen folgen zu können.*

so ir ksl. Mt. gegen unsern gnedigsten herrn, den Kf. zu Sachssen, hett, erhalten wurde, welchs sovil mer durch den weg geschehen mocht, so ire kfl. Gn. pilliche, ehrliche, vernunftige mittel des friden und rechtens nicht ausschlagen, sonder sich sampt derselben mitverwanten an denselben begnugen liessen.

Nun hettens ire ksl. Mt. fur gewiß gehalten, das seiner kfl. Gn., auch derselben mitverwanten, durch die mittel und weg der vorig bewilligten und angenohmen abschied und declaration solte gnug geschehen sein und das man itzt nicht mer oder ferners suchen und begern wurde, dann zuvor geschehen were. Es wurden es auch alle unpartheischen dafur halten müssen, das iren kfl. Gn. und derselben mitverwanten gnug geschehen were, dan es were jhe nicht mer gesucht worden, dan in der ksl. Mt. declaration begriffen, die auch solten gehalten werden. Dargegen man sich auch in die abschied gelassen und sich derselben des Turcken und Frantzosen halben verpflichtet, wie darin verleibt. Und man het sich je zu ksl. Mt. als einem milten keiser aller gnad und gutes gentslich zu vertrusten und zu versehen, und das ire Mt. wider diese stende ader imandes andern zu unfriden [*nicht*] geneigt, darauf man sich auch trostlich verlassen sollt. Derhalben were ire Mt. mit so schwerlichen und unmuglichen conditionen und purden nicht zu beladen, dan ire[r] Mt. wurden der gegeben declaration [*halb*] ane das allerlei zugemessen. Und solt in suma des friden halben, wie aus irer kgl. Mt. und der ksl. comissarien antwort [*Nr. 160, Nr. 163*] vermarckt, inhalts der abschied und der ksl. declaration kein mangel sein.

Zum andern des rechten halben stunde es daruff, daß das ksl. cammergericht sollt suspendirt werden in religion- und prophansachen, so lang biß es reformirt wurde. Und so einicher mangel furfele, so konnth demselben durch die ksl. Mt., die indes gewißlichen ins Reich ankommen wurde, den dingen auch pilliche maß gefunden werden, also das man sich desselben nicht zu beschweren haben sollt.

Darumb wolt ire Mt. sambt dem H. von Granvelh uns vermant und gebeten haben, das wir [*uns*] von wegen hochgemelts unsers gnedigsten herrn, als des haupts in diesen sachen, also erzteigen wolten, das zu vermercken, das sein kfl. Gn. sampt iren verwanten den gemeinen nutz und wolfart des Reichs fordert und den obligenden beschwerden desselbigen abgeholfen sehen wolt und also dester statlicher widerstandt dem erbfeindt der christenheit begebenet, dan ir kgl. Mt. heten noch diese stund von einem irer Mt. dienner, der von dem Turcken were gefangen worden und neulich dadannen widerumb erledigt, kuntschaft von des Turcken personlichen ankunfft etc.<sup>2</sup>

Und wir solten bedencken, daß unser und der andern stende begerung abschaffung halben der personen des chammergerichts ein seltzams ansehen

<sup>2</sup> *Zusätzlich zu den am 6. und 7. März 1543 verlesenen „Neuen Zeitungen“ und Kundschafterberichten über des persönliche Herannahen des Sultans (Nr. 135) trafen offensichtlich laufend weitere Schreckensmeldungen über den Vormarsch der Türken in Nürnberg ein.*

hett, als ob man kein recht leiden mocht, sonder ein anders suchten, und das man sich villeicht befhartete, man konnte die personen des chambergerichts des zugemessenen verdachts nicht uberweisen [= *beweisen, überführen*], dieweil man die visitation also scheuchte. Und in suma ire Mt. hett uns solchs darumb antzeigen wollen, das wir nochmals die ding auf vorgeschlagene, pilliche wege wolten richten helfen. Daran wurde ksl. Mt., auch ir[er] kgl. Mt. zu sonderlichem, gnedigem gefallen geschehen etc.

Hyrauf haben wir umb ein kurtze underred undertheniglich gebeten und volgends der kgl. Mt. und dem H. von Granvella widerumb in lateinischer sprach, damit es der H. von Granvelh auch versteen mocht, antwort geben volgends sumarie inhalts:

Erstlich haben wir der kgl. Mt. antzeig erinnerung erfordert und der beger sumarie repetirt und erholt. Volgends angetzeigt, das wir uns der ksl. Mt. gnedigsten, veterlichen neigung zu erhaltung Friden und rhue in deutscher nation underthenigst zu erinnern [*wüßten*]. So wusten wir auch, das hochgemelter unser gnedigster herr nichts hoher begirig were, dan alles das, das zu Friden und rhue, auch aller wolfart des Reichs dinstlich, zu fordern helfen, wie auch seine kfl. Gn. dasselbig im werck und mit der that betzeugten. Und solten es ire kgl. Mt. sampt dem H. von Granvella gnediglich und gewißlich dafur achten, das sein kfl. Gn. sampt derselben mitverwanten zum hochsten erfreuet sein wurd, do die sachen alhie zu bestendigem Friden im Reich deutscher nation, auch erhaltung gleichmessigs rechts mochten gericht werden und also dem feind der cristenheit, dem Turcken, dester fruchtbarlicher widerstandt geschehen mocht. Dartzu wir dan allenthalben mit notturftigem bevelh und instruction abgefertigt.

Warumb aber und aus was ursachen seine kfl. Gn. sampt den andern iren mitverwanten irer kgl. Mt. und der ksl. comissarien gegebene antwort [*Nr. 160, Nr. 163*] nicht dafur achten konnten, das dardurch beide artickl des Friden und gleichmessigen rechtens nicht erledigt weren, solchs hetten ire kgl. Mt. aus dieser stende ubergebenen schriften gnedigst und notturftig vernohmen, darauf wir uns auch referirt haben wolten, dann wir wusten aus demselbigen unsers habenden bevelhs halben, dieweil es auch mit der mitverwanten stende gemeiner bewilligung zugestellt und ubergeben, nicht zu schreiten. Wir verhofften aber, do sein kgl. Mt. sampt dem H. von Granvella solche antworten gnedigst und gunstiglich erwegen, wurden ire kgl. Mt. und der H. von Granvella sovil vermercken und befinden, das nicht anders gesucht und begert wurde, dan was die hochste notturft dieser stende erfordert, auch zu dem furhaben[*den*] werck der turckenhulf nicht allein dinstlich, sonder notwendig were etc.

Und das ire kgl. Mt. angetzeigt het, als were die itzige suchung und beger etwas neues und zuvor nicht furgewant etc., sonderlich abschaffung der personen am chambergericht, wusten sich ire kgl. Mt. an tzweifel aller ergangenen handlung auf dem reichstag zu Regenspurg [*1541*], auch volgends zu

Speir [1542] (welche notturftiglich eingefurt und erholt worden) gnedigst zu erinnern, und das auch zu Speir abschaffung halben vorgemelter personen des chammergerichts anregung beschehen, aber gleichwol in hofnung der kunftigen visitation und irer kgl. Mt. darüber gegebenen versicherung hett man es datzumalh darbei wenden lassen.

Nun were aber die visitation darauf nicht erfolget<sup>3</sup>, obwolh unser gnedigster herr sampt etzlichen andern die iren gein Speir verordent und notturftige protestation furwenden lassen. So het sich auch hernacher das chammergericht mit iren vermeinten processen ferner also verdecchtig ertzeigt, das man zu der recusation auch in prophansachen verursacht und gedrungen worden, welcher aber auch ungeachtet – <sup>a</sup>–ob man sich auch wol ad arbitros juris, dieselben mit inen zu ellegirn und die sachen des verdachts mit inen außzuffurn, erboten<sup>a</sup> – nichtsdesterweniger durch dieselben vermeinten richter, wiewol nichtiglich, wider diese stende auch uff die acht procedirt wurde<sup>4</sup>.

Dieweil nun die sachen in dem vorigen stand nicht weren und man nichts anders sucht noch begerte, dan das ein gleichmessige besetzung <sup>b</sup>–des chammergerichts<sup>b</sup> gelerter, frommer, erbar[er] leuth im Hl. Reich deutscher nation vorgenommen werden mocht, damit gericht und recht erhalten, so wolten wir nochmals underthenigst hoffen, die kgl. Mt., auch der H. von Granvelh, <sup>c</sup>–wurden aus grossem und hohem verstant<sup>c</sup> nochmals inhalts der uebergebenen schriften die sachen gnedigst und gunstlich fordern helfen, darumb wir auch underthenigst und dinstlich wolten gebeten haben, mit erbietung, alsdan unserm habenden bevelh nach in beratschlagung der vorstehenden handlung der turckenhilf und anderer also halten und ertzeigen wolten, das der mangel an diesem teilh nicht sollt befunden werden etc.

Als hat die kgl. Mt. ire vorige antzeig widerumb etwas erholet und hart darauf gedrungen, dieweil man zuvor die reichsabschied bewilligt und damit begnugig gewesen, so solt man je itzunder nichts neues suchen. So were es auch unpillich, das die personen des chammergerichts unverhort und unuberwisen [= ohne Beweis] so schmelich solten enturlaubt und abgesetzt werden. So weren auch allerlei rede, das hochgemelter unser gnedigster herr, der Kf. zu Sachssen, der gulchischen sach halben also festhalten solten, das ir kfl. Gn. die sachen gerne ineinander verwickelt sehen, welchs aber seine kgl. Mt. nicht verhoffen wolte, und thetten als ein treuer freund, der die sach gerne gut sehe, wie ein artzt, der scharfe und linde pflaster uflegen muste, das sie uns von solchen

---

<sup>a-a</sup> Marg. nachgetr.

<sup>b-b</sup> Marg. nachgetr.

<sup>c-c</sup> Marg. korr. aus: als ein hochverstendiger wurden.

---

<sup>3</sup> Die im Speyerer RA für 16. Juni 1542 angesetzte Visitation des RKG, zu welcher die Visitatoren bereits in Speyer erschienen waren, wurde von Karl V. am 7. Mai 1542 bis zu seiner Rückkehr ins Reich suspendiert.

<sup>4</sup> Die Rekusation wurde vom RKG nicht anerkannt.

dingen vermeldung thetten. Und man solt sehen, das dannacht die ksl. Mt. nicht zu anderm nachgedencken ursach geben wurde etc., mit beger, das wir nochmals mit seiner kgl. Mt. gegebenen antwort sampt der ksl. comissarien wolten begnugen und darauf den haupthandel beratschlagen und schliessen helfen wolten.

Hyrauf seint wir abermals abgetretten und, sovil in eilh geschehen mugen, underredt und der kgl. Mt. ungeverlich uff folgende meinung geantwort:

Wir hetten irer Mt. fernere antzeig undertheniglich angehört und vernohmen und wolten seine kgl. Mt. mit langen reden oder disputirn nicht aufhalten, dann sovil in unserm gewalt und bevelh stund, das hetten ire kgl. Mt. aus den ubergebenen schriften mermals verstanden, darbei wir es auch beruhen liesen. *Kritik an der Rechtslage, die wegen Nichtakzeptanz der ksl. Deklaration durch die altgläubigen Stände entstanden ist.* Daraus leichtlich abzunehmen, wie bestendig der frid in solchem zweihelligen verstandt sein oder geheissen werden mug.

So hab man sich auch, wie zuvor angetzeigt, den verdacht wider die personen des chammergerichts coram arbitris außzuffurn erboten, darumb sie sich nicht zu beschweren haben mochten, als ob man sie unverhort entsetzen und schmehen wollte, uber das, das nuemer der verdacht, dieweil sie unangesehen der recusation so gantz geschwind procedirn, wie offenbar und am tag ist.

Und wir wolten nochmals underthenig verhoffen, ire kgl. Mt., auch der H. von Granvella, wurden nochmals gelegenheit und gestalt der sachen gnedigst und gunstiglich betrachten und uff die wege gedencken, auch dieselben fordern helfen, durch welche gemeines fridens und nutz halben die itzige verdecktliche personen des chammergerichts ired dinsts erlassen und dasselb forderlich widerumb gleichmessig besetzt und reformirt werde, in erwegung allerlei trefflichen beschwerung und obligen, so itzunder sonderlich der deutschen nation vor augen, auf das in verpleibung desselbigen nit ferner beschwerung verursacht etc.

Was aber etzlicher reden, so hochgemelts unsers gnedigsten herrn halben der kgl. Mt. und dem H. von Granvella furkommen, belangen thette, davon hetten wir zuvor nichts vernohmen. Wir wolten aber ire kgl. Mt. und den H. von Granvell underthenigst und dinstlich gebeten haben, demselben nicht glauben noch statzugeben, dann wir wusten, daß dasselbig ane grunt und ane zweivel durch sein kfl. Gn. widerwertigen und myßgonner erdichtet sein must.

Wir konnten auch leiden, ire kgl. Mt. erkundigten sich der andern rethe und gesanten gemuts und bevelhs. So wurden sie befinden, das sie alle von iren herrn und obern den bevelh bekommen inhalts der gegebenen schriftlichen antwort. *Verwahrung gegen den Vorwurf, die Verhandlungen wegen des Hg. von Jülich hinzuziehen, Verweis auf ein Schreiben Kf. Johann Friedrichs an Kgn. Maria und auf seine Antwort an Dr. Könneritz (Nr. 10).*

Das auch solchs nach itziger leuft gelegenheit, und sonderlich ankunft halben des erbtheind der christenheit, des Turcken, auf deutsche nation zum höchsten vonnotten, das hetten ire kgl. Mt., auch der H. von Granvella, aus hohem,

trefflichem verstandt leichtlich zu erachten. Darumb wir uns auch verhoffen wolten, ire kgl. Mt. und der H. von Granvella wurden die ding gnedigst und im besten bedencken und auf die weg richten und fordern helfen, damit die gulchisch sach zu friden gericht wurde.

Was aber unsers gnedigsten herrn hochgemelt interesse von wegen seiner kfl. Gn. gemahels, des hertzogen schwester<sup>5</sup>, were, das wusten seine kgl. Mt., auch er, der H. von Granvella, aus vorigen ergangen tractaten und handlungen an zweivel wol; desgleichen warumb sein kfl. Gn. bewogen, als dieselbig durch den Hg. von Gulch der burgundischen uberfals halben in seiner fstl. Gn. altvetterlich furstenthumb Gulch umb hulf ersucht, dieselbige seiner fstl. Gn. zu naturlicher defension und anders nicht zu leisten. Solchs hett ire kfl. Gn. in obgemeltem schreiben an die Kgn. Maria, desgleichen auf Dr. Konneritzen werbung [*Nr. 6*] anzeigt. Daraus ire kgl. Mt., auch er, der H. von Granvella, clerlich zu befinden, das seine kfl. Gn. in dem nichts verweißlichs gethan oder gehandelt het.

Dan dieweil ire kfl. Gn. von derselben schwager hochgemelt <sup>d</sup>-angelangt, das seine fstl. Gn. <sup>d</sup> an alle vorgehende verwahrung<sup>e</sup> uberfallen, sich auch des einfalls, so durch das frantzosisch krigsvolck in Prabanndt geschehen, vor Got und der welt unschuldig wust und dasselbig, so hoch sie sollten, erueuern [= *beteuern*] wolten, so het sein kfl. Gn. irer beiderseits verwantnus nach nicht umbgeen können, seiner fstl. Gn. zu rettung derselbigen furstenthumb und land, auch von wegen ired sonderlichen interesse, ein gemessigte hulf zu leisten, welchs sich auch vor lengst geendet hett. Und hofften sein kfl. Gn., das ir solchs bei ksl., auch der kgl. Mt., Kff., Ff. und stenden des Reichs und meniglichen unverweißlich sein solt.

Seine kfl. Gn. hetten es auch dafür geacht und achten es auch noch dafür, die ksl. Mt. wurde solchs, unversehenlichen der burgundischen einfalls, verherens, verbrennens und verwustens des hertzogthumb Gulchs wider den gemeinen landfriden, nicht allein kein wissens, sonder auch kein gefallens gehabt haben noch uff diese stunde haben; vil weniger, das es aus irer ksl. Mt., als eines fridliebenden keisers, bevelh geschehen sein solt.

Dieweil sich dann auch hochgemelter Hg. von Gulch zu gutlicher und rechtlicher verhor, erkenntnus und weisung erbietten thut und ein junger, fridliebender, tugentlicher furst were, wie meniglich bewust, so verhofften wir, ire kgl. Mt., auch der H. von Granvelh wurden nach gelegenheit aller umbstende diese sach gnedigst und gunstiglich bedencken und zu pillichen, fridlichen mitteln und wegen fordern helfen, darumb wir auch ire kgl. Mt. und den H. von Granvella underthenigst und dinstlich wolten gebeten haben, dann

<sup>d-d</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>e</sup> *Danach folgt gestr.:* wie seine kfl. Gn. berichtet worden.

<sup>5</sup> *Sibylle von Jülich-Kleve-Berg, Schwester Hg. Wilhelms von Jülich und Ehefrau Kf. Johann Friedrichs von Sachsen (1512-1544)..*

wir zweivelten nicht, hochgemelter Hg. von Gulch wurde sich gegen der ksl., auch irer kgl. Mt. alleß geburlichen gehorsams und underthenigkeit zu halten wissen.

So wusten wir auch, das unser gnedigster herr, der Kf. zu Sachssen etc., nichts hoher begirig were<sup>f</sup>, dan alles dasjenige, so zu friden und rhue, auch aller wolfart des Reichs dinstlich, fordern helfen, und das seine kfl. Gn. ein gnedigsten keiser und herrn an irer ksl. Mt. haben mocht, mit underthenigster bit, ire kgl. Mt. wolten den erdichten reden und uflagen, so hochgemelts unsers gnedigsten herrn halben von seiner kfl. Gn. widerwertigen mochten ausgebraittet werden, keinen glauben geben. Dan ire Mt. solte mit warheit befinden, das seiner kfl. Gn. als eines ehr- und fridliebenden churfursten gemuth dohin stunde, alles dasjenige fordern zu helfen, daß zu friden und gutem diennen mocht. Und das des Hg. von Gulch halben iren kfl. Gn. mit keinem bestandt ichtes verweißlichs solte oder mochte zugemessen werden etc.

Hirauf hat der konig gesagt, was die gulchisch sach belangen thet, wurde man ksl. Mt. gemuth von derselben orator, dem H. von Granvelh, horen, aber das wolt seine kgl. Mt. kurtzlich dartzu gesagt haben: Wan sie an des Kf. von Sachsen statt gewesen weren, so hetten sie <sup>g</sup>in dieser sach<sup>g</sup> nicht gethan, das sein kfl. Gn. gethan hat; hetten auch nicht geschrieben, das seine kfl. Gn. geschriben haben. Darbei ließ sie es pleiben.

Aber der H. von Granvelh hat gesagt, was die burgundischen der krigsubung halben gegen Gulch gethan, dasselbig hetten ir ire ksl. Mt. gefallen lassen und dasselb gantzlich ratificirt, und es durft nicht vil umschweifs, der Hg. von Gulch, der were ksl. Mt. und des Reichs feind, dafür in auch ire Mt. hielten.

Und haben sich hiraus allerlei wechselrede zugetragen, dan wir angetzeigt, das es je schwer were, do der Hg. von Gulch uber aller seiner fstl. Gn. zu gutlicher und rechtlicher verhor und erkenntnus erbiten solte ferner beschwert werden, sonderlich dieweil auch sein fstl. Gn. des einfalhs halben des frantzosischen krigsvolcks ire unschuld dathun wollten, so were auch am tag, das sein fstl. Gn. ein unschuldiger, fridlicher, ehrliebender furst were, des sein fstl. Gn. jhe pillich geniessen [= *in den Genuss kommen*] solt etc.

Als hat die kgl. Mt. gesagt, das es war, were ein feiner junger furst, sein kgl. Mt. het auch ein sonderlich mitleiden mit ime, were ime auch von hertzen hold. Und het sein fstl. Gn. seiner kgl. Mt. zu Gennth gefolget, so were die sachen wol uff gute mittel und wege gericht worden, die sein fstl. Gn. nutzlich und rhumlich weren gewesen, were auch zu den itzigen wegen nicht komen<sup>6</sup>.

<sup>f</sup> *Danach folgt gestr.:* dan das die gulchische sache zu friden gericht und also zwischen.

<sup>g-g</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>6</sup> *In Gent fand am 13. April 1540 ein persönliches Gespräch des Kaisers mit dem jungen Hg. von Jülich-Kleve-Berg statt, in dem Karl V. Hg. Wilhelm für die Abtretung*



Und er wolt itzunder vil erbieten thun, do doch sein fstl. Gn. mit der that der ksl. Mt. ir erblich furstenthumb Gellern vorenthielten und, so der Kf. zu Sachssen samt seiner kfl. Gn. mitverwanten Hg. Heinrichen von Braunschwig allein etzlicher drau halben ubertzogen und verjagt het, so geburt je der ksl. Mt. vil pillicher ir furnehmen wider Gulch, als der irer ksl. Mt. erblich furstenthumb furenthielt und daruber der ksl. Mt. Niederlande mit brandt, mort und raub zum hochsten beschedigen lassen etc.

Hirauf ist geantwort, das sich der Hg. zu Gulch des einfalhs halben in Niderland wie obgemelt zur antwort und seiner fstl. Gn. unschuld dartzuthun erbieten thett, desgleichen Gellern halben zu rechtlichem erkenntnus, aber mit Hg. Heinrichen hett es vil ein ander gelegenheit gehabt, wie solchs die offenen ausschreiben betzeugten. So were ein grosser unterschied zwischen deß Hg. zu Gulch und Hg. Heinrichen personen etc.

Antwort der konig: Es were gewißlich war, das zwischen denen beiden fursten ein hochste ungleichheit und unterschied were, man solt es aber umkern, dann unserm gnedigsten herrn sampt seiner kfl. Gn. mitverwanten were die execution wider Hg. Heinrichen zu thun von der ksl. Mt. nicht bevolhen gewesen, gleichwol were er ubertzogen und verjagt worden. Warumb dann der ksl. Mt. wider Gulch aus oberwehnten ursachen execution zu thun nicht geburen sollte?

Und hat der von Granvelh auch allerlei dartzu geredt zu beschwerung des Hg. von Gulchs, und under anderm gesagt, es were noch mer dahinden, das zu seiner zeit auch solt herfurkomen. Es were ime auch unverborgten, das allerlei handlungen dem Hg. zu Gulch zu gutem und ksl. Mt. zu verhinderung alhie furgenohmen wurde, man solt sehen, was guts daraus ervolgen mocht, dann einmalh so were der Hg. zu Gulch ksl. Mt. und des Reichs feind und dafur zu halten etc. Darauf wir under anderm gesagt, das wir nicht wissen konnten, was ein jeder handelte, aber sovil unsern gnedigsten herrn, <sup>h</sup>-sonderlich der geleisten

---

<sup>h-h</sup> Marg. nachgetr.

---

*Gelderns und Zutphens das Herzogtum Limburg, die Heirat mit seiner Nichte Christina von Dänemark und Ansprüche auf den dänischen Thron anbot, allerdings unter der Bedingung, dass nach Wilhelms Tod Geldern wieder an Habsburg fallen sollte. In den weiteren Verhandlungen betr. den Besitz Gelderns (Gent, 16. bis 25. April 1540) ließ sich der Kaiser durch seinen Bruder Ferdinand und Hg. Wilhelm durch Hg. Heinrich von Braunschweig vertreten. Die Ermahnungen Kg. Ferdinands an Hg. Wilhelm, er möge sich dem Willen des Kaisers fügen, blieben fruchtlos, denn der Herzog berief sich auf seine Mutter als eigentlich Berechtigte sowie auf das Mitspracherecht der Landstände und entschied sich für eine Allianz mit Frankreich. Die auf Wunsch Kg. Ferdinands für 28. Mai 1540 einberufene Versammlung der Landstände von Jülich-Berg, bei der ein Abgesandter Kg. Ferdinands auftrat, führte zu keiner Lösung des Konflikts um Geldern. Siehe W. CRECELIUS, *Der Geldrische Erbfolgestreit*, S. 52; G. E. BERS, *Die Allianz Frankreich-Kleve*, S. 23 und S. 339f, Anm. 43 und 45; P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 43; G. MENTZ, *Johann Friedrich der Großmütige*, 2. Teil, S. 267, Anm. 4.*

hulf halben<sup>h</sup>, belangen thet, davon were obgemelt und er solt es dafür halten, das ir kfl. Gn., auch wir als die dienner, alhie den bevolhenen handlung keinen scheu trugen. Solt auch, ob Got will, mit warheit nymermer dargethan werden, das ir kfl. Gn. oder wir von wegen derselbigen ichtes handelten, das zu pillichem verweiß mocht gedeuttet werden.

Als hat der konig gesagt, was in des Hg. von Gulchs sach vergangener zeit geschehen were, das were hin und hett seinen weg, aber kunftiglich solt man ksl. Mt. ferner nicht uf sich laden, dan ir ksl. Mt. weren je und alleweg unserm gnedigsten herrn mit sondern gnaden und freundschaft geneigt gewesen etc. Und dieweil ire Mt. gerne wolten, daß die vorstehenden handlungen alhie mochten gefurdert werden und sie aber sampt den ksl. comissarien nicht weiter geen konnten, dan wir mermals gehort, der ursachen, das sie von der ksl. Mt. kein andern bevelh heten. So were irer Mt. gnedigs begern und ermahnnen, das wir unserm gnedigsten herrn umb fernern bevelch schreiben und irer kfl. Gn. die ursachen vermelden, auch dasselb bei den andern stenden alhie fordern wolten, damit etwas fruchtbarlichs gehandelt etc.<sup>7</sup>

Hirauf haben wir irer Mt. angezeigt, das wir unserm gnedigsten herrn zu ider zeit der furstehenden handlung der kgl. Mt. und der ksl. comissarien antworten schriftlich bericht heten, desgleichen dan der merer teilh dieser stende verwanten rethe und potschaften auch gethan. Es hetten aber ire chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. nicht befinden können, das durch irer kgl. Mt. und der ksl. comissarien gegebene antworten ire beschwerden erledigt, sonderlich den beiden artickeln, frid und recht belanget, abgeholfen were inhalts ubergebner schriften, welcher sich auch diese stende einmutig also verglichen. Darbei sie es auch musten beruehen lassen.

Wir hetten aber von unserm gnedigsten herrn den bevelh, der handlung halben iren kfl. Gn. zu ider zeit notturftigen bericht uff der post zuzuschicken, des weren wir auch also zu thun willig und schuldig, underthenigst bittend, ire

<sup>7</sup> *Angesichts der Vorhaltungen des Königs gaben die kursächsischen Räte dem Kf. von Sachsen einen Tag nach der Unterredung zu bedenken, ob ein striktes Festhalten an einer Taktik der Verweigerung sich nicht zum Schaden des Hg. von Jülich auswirken würde. Siehe dazu das Schreiben der kursächsischen Gesandten an Kf. Johann Friedrich, Nürnberg, 1543 März 12: [...] Wir besorgen aber, dieweil gemeine dißteils stende sich wie oben berurt verglichen und darauf ungeachtet alles anhaltens uff irer meinung beruhen und sich in keine gemeine beratschlagung und handlung vor erledigung der gebetteten puncten einlassen werden, das solchs hochgemeltem unserm gnedigen herrn, dem Hg. zu Gulch, schwer fallen wollen. Dann die andern stende werden sagen, sie konnten an [= ohne] dieser stende beisein und semtliche beratschlagung in dieser sachen nicht wolh zu entlichem beschaid kommen, und also allen unglimpf auf diese stende legen. So haben uns die hessischen rethe heut abermals angetzeigt, daß sie sonderlichen bevelh, des fridens und rechtens halben uff voriger meinung zu beruhen, dergleichen die andern stende unsers versehens auch thun werden. [...]. In: Weimar HStA, Reg. E 149, fol. 94r–99v, hier fol. 95v–96r (Ausf.).*

kgl. Mt., auch der H. von Granvelh, wolten uns als die dienner entschuldigt haben, das wir aus unserm habenden bevelh nicht schreiten konnten etc.

Es hat auch der H. von Granvelh allerlei ermhanung gethan fast gleichs inhalts, wie durch die kgl. Mt. geschehen, und dohin geschlossen, das wir mit kgl. Mt. <sup>i</sup>-und ksl. comissarien<sup>-i</sup> gegebenen antwort wolten gesettigt sein, in ansehen der ksl. Mt. gnedigsten neigung zu friden und aller wolfart des Reichs, und sonderlich das sich ire Mt. der gegebenen declaration halben, auch sonsten also gnedigst gegen dieser religionsverwanten stenden ertzeigt, das es nicht allein irer ksl. Mt., sonder auch irer Mt. dienner und furnehmlich ime, dem H. von Granvella, bei dem babst und andern, so der alten religion weren, zu hochstem verweis gedeutet worden. Und sein ksl. Mt. were noch geneigt, alle mugliche wege zu erhaltung frid und rhue fordern zu helfen, allein wir solten irer Mt. vertrauen, dan zu irer Mt. ankunft wurden sie den dingen wol gute maß finden und, do irrungen furfielen, der visitation und reformation des chammergerichts halben und sonsten pilliche declaration thun, wie auch ir Mt. dieselbig durch den regenspurgischen abschied zugelassen etc.

Dargegen wir nach lengs repetirt und erholt, auß waß ursachen wir die zwene artickel des fridens und rechtens inhalt der kgl. Mt. und der ksl. comissarien antwort nicht erledigt sein erachten mochten, auch welcher gestalt in den abschieden und der ksl. declaration zwischen jhenes und dieses teils stenden eyn mißverstand were und das jhenes teil die gegebene ksl. declaration nicht erkennen wolt, mit bit und erbieten, wie in unsere ubergebenen schriften auch angehengt etc.

Und hat die kgl. Mt. letztlich mit vleis ermhanet, das wir uns sampt andern stenden nochmals an irer kgl. Mt. und der ksl. comissarien wolten settigen lassen und darauf die beratschlagung der turckenhulf halben mit furnehmen helfen, in erwegung, was an den sachen gelegen, und das ire kgl. Mt. und di ksl. comissarien wie obgehört keinen weitem bevelch hetten. Wir solten aber nicht zweiveln, des chammergerichts halben wurde den sachen wol maß gefunden wie obberurt, dan ire kgl. Mt. thet sich versehen, die stende des andern teils wurden zum forderlichsten zu beratschlagung gemelts hauptpuncts greiffen etc.

Nun haben des folgenden tags, nemlich den 12. Marcij, der ksl. Mt. comisarien – nemlich der pfaltzgrave, Bf. von Augspurg und der von Navis – in gemeiner reichsversammlung ein anmahnung gethan, das man den haupt[puncten] fur die handt nehmen und beratschlagen wolte etc. Dartzu sich die stende des andern teils alsbald erboten, aber wir sampt den andern dieses teils rethen und gesanten haben entschuldigung furgewent und ursachen der absonderung inhalts der ubergebenen schriften sumarie angetzeigt und nochmals umb verordnung eines gemeinen ausschus zu erledigung der beiden artickel des fridens und rechtens gebetten, mit angehaftem geburlichem erbieten, und auch, do solchs daruber abgeschlagen und einiche unrichtigkeit im Reich erfolgen wurde,

---

<sup>i-i</sup> *Marg. nachgetr.*

das unsere gnedigsten und gnedigen hern und obern, auch wir als die dienner und gesanten, entschuldigt sein wolten etc.

Aber es ist darbei plieben, das man mit der beratschlagung des hauptpuncts verfharn solte etc.

189 *Bericht der hessischen Gesandten Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp über eine Unterredung mit Kg. Ferdinand und Nicolas de Granvelle zu Friede und Recht – Nürnberg, 1543 März 11*

Wien HHStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 1, fol. 87r–90v (Konz. mit marg. Nachträgen und Korr.); DV fol. 90v: Verzeichnis der mündlichen handlung der röm. kgl. Mt. und dann der hessischen rath, uff Sonntag, den 11. Marci anno etc. 43.

Die kgl. Mt. hat uns, euer fstl. Gn. reth und verordenten, <sup>a</sup>–heut den 11. Marci<sup>a</sup> zu zweyen uhrn zu ir bescheiden. Und sein davor die sächsische kfl. rath umb ein uhr bey irer Mt. erschinen und mit denselben gleich uns, wie wir dess von inen bericht sein [Nr. 186], gehandelt worden. Und hat uns die kgl. Mt., einig allein in beysein des H. von Granvells, selbst personlich diß antzeigen gethon:

Ir Mt. und die ksl. commissarien hetten <sup>b</sup>–uns etliche maln in schriften die ursachen, warumb wir an frid und rechten keinen mangel hetten, dargethan, mit erinnerung, das wir uns mit andern stenden zu beratschlagung der händel wolten einlassen, one not dasselb widerumb zu erholen<sup>b</sup>, dann fridens halber weren wir funf jar lang nach der expedition versichert und hetten desselben keinen mangel. So stuend es des gleichmessigen rechtens halber uff der suspension der proceß, dergleichen auch uff der reformation, also das wir uns der proceß halben nichtzit befahren dörfen. So wurden auch die mängel der personen durch die reformation abgestellt und die personen, do sie sich anderst, dann sich gepurt, gehalten, gestrafft. Zudem, das der ksl. Mt. ankunft, als die zu furderung frids und rhu geneigt, alle mängel und beschwerung abwenden wurd, also das wir fridens und rechtens halber eben das hetten, wie wir selbst begerten, und wurd uns auch dardurch weder am friden oder rechten mangeln.

<sup>c</sup>–Ir Mt. wollt uns auch des furwahr anzeigen, das sie weiter zu geen, dann allgerit geschehen, gantz keinen bevelch hetten<sup>c</sup>. Darumb begerte ir Mt. gantz gnediglich und mit allem vleiß, wir wollten uns zu beratschlagung der sachen in ansehung der not neben und mit andern stenden einlassen, wie sich dess die ksl. und ir kgl. Mtt. versehen. Und das auch unser gnediger furst und herr die guttwilligkeit der ksl. und irer kgl. Mtt. und wie gnediglich sie sich gegen

<sup>a-a</sup> *Marg. nachgetr.*

<sup>b-b</sup> *Korr. aus:* nuhnmaln in etlichen schriften uns unsere ursachen fridens und rechtens halber und warumb wir uns biß hieher mit andern stenden zu beratschlagung der händel nit einlassen, widerlegt, one not dasselb widerumb zu erholen.

<sup>c-c</sup> *Marg. nachgetr.*

irn fstl. Gn. allwegen gehalten, bedencken wollt, dann beid ir Mtt. setzten in hochgedachten unsern gnedigen herrn ein sonder gnedigs und guts vertrauen.

Die hessischen reth und verordenten haben der kgl. Mt. widerumb angezeigt, ir Mt. hetten uß den nehern diser stend schriften und antwurten gnugsam ursachen gehort, uß denen wir uns in einiche handlung unerledigt fridens und rechtens nit ainlassen könnten, und weren damit auch die mängel und beschwerden erregt, die wir fridens und rechtens halber hetten, also das wir als die dienner uß sollichem unserm bevelch, den uns ir fstl. Gn. etliche mal widerumb erneuert<sup>d</sup>, nicht zu schreiten wußten, inmassen wir dann irer kgl. Mt. in ubergebenen schriften mehrmaln angezeigt.

Und als aber ir Mt. auch vermeynet, das dem friden durch die suspension geholten, könnten wir uß vorigen ursachen nit befinden. Zudem<sup>e</sup> do uns mit der suspension sollt geholten werden, das dannocht cammerrichter und beysitzer denselben nit pariern, sonder gleichwol procediern wurden, wie sie dann in der goßlarischen sach uber der ksl. und irer kgl. Mtt. suspension nichtsdesterweniger fortgefahren und auch noch gegen disen stenden handeln und procedirn, davon uns heut dises tags bericht und schriften zukomen weren. Dieweil wir uns nun uß manglung bevelchs mitnichten einlassen könnten, so betten wir undertheniglichst, unsere personen entschuldigt zu halten etc.

Soverr aber den vorgemelten beschwerden abgeholfen, so würd hochgedachter unser gnediger herr an aller tröglicher hulf und allem dem, das zu des Reichs notturft dienen sollt, nichts erwinden lassen, dann hochgedachter unser gnediger herr wisse sich der ksl. Mt. guttwilligkeit und gnaden gantz wol zu erinnern. Sein fstl. Gn. weren hinwiderumb auch zu<sup>f</sup> allem dem geneigt, das der ksl. und irer [kgl.] Mtt. zu gefallen reichen möchte<sup>f</sup>, mit weiterm und mehrerm underthenigem erpieten, wie sich dess gepurt hat.

Die kgl. Mt. hat ir vorige argumenta widerumb erholt, namblich daß man den funferigen friden versichert hett, zudem so sollt das recht durch die visitation gleichförmig gemacht werden, und weren also frid und recht, wie wir dess selbst begert hetten, bestellt und geordent, dann wir hetten die visitation und reformation vermög der declaration bewilligt, die sollt auch vermög derselben furgeen. So wer<sup>g</sup> niemandt dann wir selbst daran schuldig, dass am cammergericht nit stillgestanden wurd, dann ir Mt. und die commissarien hetten uns selbst die suspension der proceß angepotten etc., alles mit weiter einfuhrung und erholung voriger argumenten, in ir Mt. ubergebnen schriften verleipt.

<sup>h</sup>-Und daruff gepetten, nachdem die andern stend uff morgen zu der hauptsach greiffen, daß wir uns auch mit einlassen, doch nit beschliessen möchten.

<sup>d</sup> *Korr. aus:* erefert.

<sup>e</sup> *Danach folgt gestr.:* das wir auch irer Mt. nit pergen wollten.

<sup>f-f</sup> *Marg. korr. aus:* aller gepur und dahin geneigt, sich irer Mt. gefallens zu erzeigen.

<sup>g</sup> *Danach folgt gestr.:* der proceß.

<sup>h-h</sup> *Marg. nachgetr.*

Und sollten wir unserm gnedigen herrn diser sachen berichten, uns bevelchs erholen. Zweiffelten sein kgl. Mt. nicht, ir fstl. Gn. wurden diß sachen nit verhindern etc. Und wer vor angezeigt, daß ir Mt. und die comissarien weitter nit geen konnten, zudem so stued es in der ksl. Mt. macht nit, die personen abtzuschaffen, die Kff., Ff. und andere stend an diß cammergericht gesetzt hetten<sup>-h</sup>.

*Hessische Gesandte: Wiederholung der früheren Beschwerden über Nichtanerkennung der ksl. Deklaration durch die altkirchlichen Stände und die Gefahr, dass diese stend und wir dardurch in den regenspurgischen [1541] und uß demselbigen in den augspurgischen abschid [1530] und wormbisch edict [1521] [geführt würden], darinnen sich doch diese stend also beschwerd befunden, das sie denselben augspurgischen abschid gewissens halber keinswegs annemen könnten oder möchten. Also das uns unsere oft dargethanen mängel und beschwerden durch ir kgl. Mt. antwurt und schriften nicht abgeholfen wern. Darumb so könnten wir auch unsern gnedigen fursten und herrn über seiner fstl. Gn. oft beschehnen bevelch nit persuadiern etc.*

Gleicher fehl und mangel wurde auch der reformation halben furfallen, dann nachdem der gegentheil von solcher declaration nichts hielt, so wurd irrung und beschwerden gleich itzt vor der handt sein, zudem auch das der verdacht und abgunst diser personen halber durch die visitation und reformation nicht hinweggenommen und auch die sachen in vorigem stand nicht weren uß oft dargethanen ursachen etc. Derhalben und über solliche unerledigte mängel und beschwerung, auch manglung dess bevelchs, wußten wir hochgedachtem unserm gnedigen herrn nit zu schreiben, nochmaln bittend, unsere personen nit zu verdenken.

Die kgl. Mt.: Sovil die declaration belangt, könnten ire Mt. achten, das von derselben zu verhinderung der einmutigkeit dises wercks allerley geredt wurd, <sup>i-i</sup>wie man aber einem iden köndt das maul verstofften<sup>-i</sup>. Die ksl. Mt. wurd aber glauben halten als ein fromer wahrhafter <sup>j-j</sup>und vermugender<sup>-j</sup> kaiser und bey den andern stenden dahin anhalten, das sie irer ksl. Mt. declaration kraft und wurckung geben werden. Und ire Mt. hielten fur unnoturftig, diese ding, so sie mit uns geredt, unserm gnedigen herrn zu berichten, dann wir wurden es selbst wol thun können. Sein Mt. wollt aber darneben nit underlassen, sein fstl. Gn. auch zu schreiben<sup>1</sup>.

---

<sup>i-i</sup> Marg. nachgetr.

<sup>j-j</sup> Marg. nachgetr.

---

<sup>1</sup> *Kg. Ferdinand an Lgf. Philipp: er bittet, der Landgrafmöge dem Bericht seiner Räte über die Verhandlungen des 11. März 1543 Glauben schenken und sich entsprechend dem ksl. und kgl. Willen verhalten, Nürnberg, 1543 März 11, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 525–529, Nr. 176, fol. 260r–261v (Kop.).*

190 *Bericht der hessischen Gesandten Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp über ihre Unterredungen zu Friede und Recht mit Granvelle bzw. mit Naves am 11. und 12. März 1543 – Nürnberg, 1543 März 12*

*Marburg StA, PA 650, fol. 270r–273v (Ausf.).*

Als wir gestern [1543 März 11] nach der röm. kgl. Mt. handlung, so die mit uns gepflogen [Nr. 189], in unser herberg komen, hat der Grandvell von stundt uns zu ime zu komen ervordert. Und als wir zu ime komen, hat er uns anfanglich angezeigt, das er wölle underlassen uns antzuzeigen die gnedigste zuneigung der ksl. Mt. gegen euer fstl. Gn., desgleichen wie er, der Grandvell, euer fstl. Gn. sachen iderzeit bey der ksl. Mt. nit anderst, dann als were euer fstl. Gn. sein sohne, gefurdert hett und noch zu furdern willig, wie dann euer fstl. Gn. das alles in dem werck anderst nit befinde, und das die ksl. Mt. je und allweg zu erhaltung frid und rechtens in teutscher nation zum höchsten geneigt. So befende er der kgl. Mt. gemuet gegen euer fstl. Gn. auch nit anderst gesynnet, das auch ir kgl. Mt. frid zu halten und gleichmessig recht zu furdern gantz willig were, dartzu sich dann die andern stend auch erpotten. Und derhalben verwundert inen, das wir so hart uff unserm vorhaben beharrten, da wir doch durch die kgl. Mt., die ksl. commissarien und inen, den Grandvell, der beider articul fridens und rechtens halb gnugsam und uberflussig resolution erlangt hetten, nemblich das die ksl. Mt. uff die regenspurgische declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] uns frid geben, auch das cammergericht reformiert zu werden verschaffen wurde, un verhindert was die andern stend wider sollich declaration furwenden wurden, alles mit ferner und hochbetheurter infuhrung. Und als wir ime daruff unser beschwerung und mangel im friden und recht kurzlich und in summa darwider repetiert, hat er gesagt, er wußte wol, waran es uns gelegen, nemblich an den processen des cammergerichts. Nun wurden die process in namen der ksl. und kgl. Mtt. in allen religion- und prophan- und sonderlich der braunschweigischen sachen bis nach ußgang der reformation wurcklich suspendiert und die reformation des cammergerichts gewislich prima Maij furgenomen werden. Und er dörft uns das wol vertrauter meynung anzeigen, das die itzigen personen des cammergerichts irs ampts verlassen wurden, dann sie hetten sich auch gegen die ksl. Mt. dermassen mit irem ungehorsam und unbillichen processen erzeigt, das ir ksl. Mt. derhalb merglich beschwerung truege. Zudem hett ime Kgn. Maria des tags geschriben, das sie bey disen stenden wider das cammergericht von wegen irer unrechtmessiger processen<sup>1</sup> zu stehn bedacht sey, wie sie dann auch den stenden allhier durch ire gesanten von

<sup>1</sup> *Prozess der Familie Vrentz gegen die Stadt Maastricht am RKG. Siehe dazu die Supplikation der burgundischen Gesandten im Namen Kgn. Marias gegen die Vrentzen: Nr. 302a.*

sollicher des cammergerichts unrechtmessigen processen bericht thun lassen wurd.

Das aber ire Mt. sollt die personen des cammergerichts unverhörter sachen abschaffen, das word nit allein in teutscher, sonder auch frembden nation ein seltzam ansehen haben. Derwegen mußten auch ir Mt. ir reputation hierin bedencken und also handeln, das es irer Mt. bey meniglichem unverweislich were. Und derhalb wollt er an uns begert haben, das wir uns sollicher resolution, auch der ksl. und kgl. Mtt. gnedigsten und gutten willen gegen uns begnugen lassen, irn Mtt. in dem vertrauen und neben den andern stenden in des Reichs sachen vollnfahren wollten. Das wurde euern fstl. Gn. bey der ksl. Mt. zu allen gnaden reichen etc. Und als wir hierauf unsern bevelch, wie auch bey der kgl. Mt. im besten, das wir uß demselbigen nicht wußten zu schreiten, vorgewandt, hat er es dabey bleiben lassen.

*Geplante Zusammenkunft zwischen Granvelle und Lgf. Philipp noch nicht fixiert; Granvelle wurde vor den Umtrieben Hg. Heinrichs von Braunschweig gewarnt.*

*Am 12. März ritten der König und Nicolas de Granvelle zu Mgf. Georg von Brandenburg-Ansbach, daher waren keine weiteren Verhandlungen mit ihnen möglich.*

*Reichsratssitzung 12. März 1543: Werbung (Nr. 204) und Supplikationen der jülichischen Räte (Nr. 205a–c) und des münsterischen Gesandten (Nr. 206).*

Es haben auch heut die ksl. commissarien den stenden angezeigt, das sich die sachen, derhalber diser reichstag ußgeschriben, bis anher vertzogen uß diser ursach, das sich die stend getrennet wider alt herkomen. Dieweil aber in dem verzug die höchste geverd stunde, so wer der ksl. und kgl. Mtt. gnedigs begern, die stend wollten sich zusamenthun, die sachen berathschlagen und, do etlich sich des wegern wurden, das alsdann die gehorsamen vollfahen und schliessen wollten.

Daruff haben dise stend den commissarien bericht gethon, uß was ursachen wir uns vor erledigung der beider puncten in des Reichs sachen nit könnten einlassen, mit repetierung aller hievor ergangner schriften und handlung, darbey es auch beliben ist. Ob nun die andern stend uff die proposition vollfahen und schliessen werden, müssen wir erwarten und ansehen.

Ferner hat uns der Naves heut nach der commissarien handlung zu sich ervordert und uns angezeigt, das wir uff den ußschuß<sup>2</sup> zu verordnen nit

<sup>2</sup> *Die evangelischen Stände hatten in ihrer Replik vom am 26. Febr. 1543 die Bildung eines Ausschusses zur Behandlung der offenen Fragen betr. Friede und Recht vorgeschlagen (Nr. 157). Kf. Johann Friedrich von Sachsen hatte seine Räte bereits vor Beginn des RT (Lochau, 1542 Dez. 14) angewiesen, bei Kg. Ferdinand die Bildung eines Ausschusses anzuregen, der sich zu gleichen Teilen aus Alt- und Neugläubigen zusammensetzen sollte: [...] Nachdem sich aber in den beratschlagungen des überstymens halben hievor grosse unrichtigkeiten, ungleichheiten und beschwerden zugetragen, so stellte man zu kgl.*



anhalten wolten, dann wir wurden dardurch die ksl. declaration in ein zweiffel und disputation ziehen, dann dieweil der könig in der letzten antwort uns versprochen, das die visitation des cammergerichts uff die declaration und bewilligte abschid sollte furgenomen werden [Nr. 160, Art. 3] und dann solich antwort mit der stend wissen und willen uns gegeben were worden, so könnten sie je nit hinfur die declaration, so sie einmal bewilligt hetten, anfechten.

Zudem hett er, Naves, uns angezeigt, das er bey den Kff. Mentz, Pfaltz, Cöln und Brannenburg der declaration halben zu Regenspurg [1541] gehandelt, welche sie zugelassen und bewilligt. So hetten die stend allhier sich öffentlich vernemen lassen, das sie in die declaration vor sich nit willigen, wurde aber die ksl. Mt. die declaration vor sich selbst in das werk bringen, so wurden sie das geschehen lassen und nit anfechten.

Des cammergerichts personen halben were es gewiß, das dise personen abgeschafft wurden, wo dan einiche ursachen gegen sie befunden wurd. So hette auch die ksl. Mt. vor sich selbst allerley beschwerungen gegen sie und könnt sollichs desto stattlicher beschehen, dieweil sie selbst begerten, das man sie verlassen wolt, und sonderlich uß der ursachen des verdachts, darin sie ungeschmehet möchten bleiben. Und das sollichs die meynung sey, darfur wollt er wol gut sein, wie er euer fstl. Gn. gnugsam wer. Und uns gepeten, euer fstl. Gn. sein underthenigen dienst antzuzeigen, und wiewol er euer fstl. Gn. ein zeitlang nit geschriben, so sey doch sein gemuet gegen euer fstl. Gn. noch uffrichtig und unverruckt.

Nun weren die ding alle gut, wo man ein bryeffen darneben<sup>3</sup>, daruff man sich zu verlassen hett, dann man konnt sich daruff unsers erachtens, sovere es die andern unsere stend auch mit fur gut ansehen, in die handlung cum protestatione einlassen, welchs alles euer fstl. Gn. wir in underthenigkeit nit haben wöllen verhalten.

---

Mt. gefallen, wolte auch darumb underthenigist gebeten haben, ainen ausschus in gleicher antzal aus beiden teilen zu solcher, auch anderer beratschlagung zu verordnen, uff das berurte unrichtikeiten und ungleichheiten hinfurder verhutet und verkommen und also die beratschlagungen und hendele gefurdert mochten werden. Wo nun solches erlanget, so where es sehr gut, so hette man sich auch uff diesem teil derhalben keiner trennung zu befaren. Wo aber nit, wie wir uns dan wol besorgen, nachdeme der ander hauffe grosser ist dan unser teil und sie sich zum ausschus in gleicher antzal schwerlich werden vormugen lassen, so hett man sich uff den vhal laut der instruction dieses teils zusammenzuhalten und vor einen man zu stehen etc. Und ist unser begeren, ir wollet muglichen vleys hierinnen furwenden, die stende dieses teils zu berurter wege einem auch zu vermugen, wie wir uns dan wollen vorsehen, sie werden nach aller gelegenheit dartzu nit ungeneigt sein. In: *Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 500r–504v, hier fol. 501v–502v (Ausf.)*.

<sup>3</sup> Gemeint ist eine Nebenversicherung zum RAb für die evangelischen Stände in der Art der Regensburger (RTA JR Bd. XI, Nr. 949) bzw. Speyerer Deklaration (RTA JR Bd. XII, Nr. 148).

191 *Protokoll<sup>1</sup> der Verhandlungen im Reichsrat am 12. März 1543 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 März 12)*

A *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Kop.); ÜS: Was auf den 12. tag Marcij in der reichsversammlung durch die ksl. commissarien<sup>2</sup> gehandelt. DV: Handlung der ksl. comissarien auf 12. Martzo anno 43 im reichsrhat.*

B *Wolfenbüttel HAB, Cod-Guelf. 52. Aug. Fol., fol. 217r–219r (Kop.); ÜS wie in A.*

<sup>a</sup>-Pfgf. Fridrich aigner person sagt<sup>a</sup>:

Die gegenwurtigen stend und deren abwesende botschaften hetten sich zu erinnern, was die röm. kgl. Mt., auch sy, die commissarien, verschiner zeit bey gemeinen stenden geworben. Und obwol daneben gemainen stenden allerlei warhafte neue zeitung und kontschafft auß Hungern und andern orten furgelegt, das sich der Turck in grosse rüstung begeben, erhiebe und eigner person schiersten ankommen sollt, so hette doch bißher in der sachen nit wollen furgeschritten werden, alles zu ubergrosser beschwardt und unwiderpringklichem nachteyl des Reichs und der cristenheit. Und als sich etwas mißverstandt etlicher puncten und artickel zwuschen den stenden gehalten, welche durch gepflegne der kgl. Mt. und ir, der commissarien, handlung irs erachtens nummer erledigt, wer ir Mt., auch der commissarien gnedigst, gnedig und freuntlich begern, die stend, die wollten sich wie bißher nit mer sondern, sonder in gemein die obligen und beschwarden des Reichs und teutscher nation in fürgetragnen puncten beratschlagen etc.

Darauf seind der andere<sup>3</sup> Kff., Ff. und stett botschaften nach altem gebrauch jede in iren rhat getretten, Sachssen und Hessen und die ainigungsverwanten sindt – ausserthalben Mgf. Hannsen gesanten<sup>4</sup> – außgedretten und die andern protestierende gleichsfals in der rhatstuben bliben. Sich also jede theil auf

<sup>a-a</sup> In A v.a.Hd. nachgetr.

<sup>1</sup> Es ist nicht klar, von welchem Reichsstand die nachträglich zusammengestellten protokollartigen Notizen stammen. Ähnlich lautende, weniger ausführliche Schilderungen finden sich in einigen Protokollen unter dem entsprechenden Datum: RT-Protokoll Lambs (Nr. 86a, fol. 275r–277v), Esslinger Protokoll (Nr. 85, fol. 10v), pfalz-neuburgisches Protokoll (Nr. 82, fol. 15rv), Teteleben-Protokoll (Nr. 80, fol. 780r–781r), württembergisches Protokoll über die Beratungen der Schmalkaldener (Nr. 84b, fol. 13r–14v). Siehe auch zwei Berichte von Dr. Johann Marquardt an Mgf. Ernst von Baden über die Vorgänge im Reichsrat am 12. und 13. März, in: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 6 und Nr. 7, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts).

<sup>2</sup> Kg. Ferdinand ließ die Reichsstände am 12. März zeitig in der Früh einberufen und ritt zu Mgf. Georg von Brandenburg-Ansbach nach Cadolzburg für Besprechungen. Die Reichsratssitzung wurde von den drei ksl. Kommissaren geleitet. Siehe dazu das Schreiben Gregor von Nallingens an Heinrich Steindecker, Nürnberg, 1543 März 13 (Nr. 376).

<sup>3</sup> Gemeint sind die altgläubigen Reichsstände.

<sup>4</sup> Gesandter Mgf. Johanns von Brandenburg: Hans von Minckwitz.

das bescheen furbringen underredt und die stendt, so in der stuben beliben, biß an [= *auf*] die stett, ainer ainhelligen antwurt verglichen; dieselben den stetten, so auch in der stuben bliben, furgehalten. Und haben die stett darauf ein bedacht genommen; das haben der mentzisch cantzler und die andern etlich mal in den churfursten- und furstenrhat hin und wider getragen, ob der bedacht zuzulassen oder nit. Zulest sich entschlossen, onangesehen des begerten bedachts die verglichen antwurt zu geben, als wir versteen.

Und sovil den stetten furgehalten worden ungevarlich diß inhalts: Das es an inen<sup>5</sup> bißher nit erwunden, gemeine obligen und sachen des Reichs zu beratschlagen; sy werendt auch darauf mit bevelch irer herren abgevertigt. Das sich aber die andern stende von inen gesondert, das hetten sye gescheen muessen lassen, verhoffendt, die röm. kgl. Mt., auch die ksl. commissarien, solten das abgestellt haben, und nochmaln bittendt, das dieselben ir Mt. und die ksl. commissarien es nochmaln bey den andern stenden (uns<sup>6</sup> meinende) dahin fürdern wollten, damit die sich in gemeine beratschlagung neben inen begeben wollten<sup>7</sup>. Wo sye die aber je nit vermogen konnten, so weren sy urbuttig, irs theyls ainig sich niderzusetzen und die furgeschlagne puncten laut der speyrischen [1542] und jungsten nurmbergischen reichsabschid [1542] zu beratschlagen und sich in handlung in[z<sup>u</sup>]lassen.

Hernach haben die einigungsverwandten stendt der augspurgischen confession offentlich antwurt durch den sachsichen cantzler<sup>8</sup> gegeben, mit erholung der vorgepfflegnen handlung, was allenthalben schriftlich und muntlich bey der kgl. Mt. und den commissarien eingebracht. Dorausß zu befinden were, an wem es erwunden und das die stend der augspurgischen confession bißher zu gemeyner beratschlagung nit khommen khondten, unerledigt der artickel des bestendigen fridens und gleichen rechtens im Hl. Reich. Und als dernhalben

<sup>5</sup> *D.h. an den altgläubigen Reichsständen.*

<sup>6</sup> *D.h. die evangelischen Reichsstände.*

<sup>7</sup> *Dr. Johann Marquardt berichtete am 12. März 1543 über das Misstrauen unter den Reichsständen: [...] Das misvertrauen under allen stenden wirt jhe lenger jhe grösser, nit alleyn gegen kgl. Mt., sonder auch gegen inen selbs undereinandern. Des Bf. von Munster, Hg. Ottheynrichs, des Hg. von Gulchs bottschaften, retth und gesandten bliben in des gemeyne Reychs rathh sitzen; horen und sehen alle sachen, helfen beratthschlagen und beschliessen nach irer mainung, unangesehen das kuntlich und offenbar, welcher parthy sie anhengig. Dazwischen bringt ieder theyl synes herrn sachen zu synem vortheyl in des Reychs rathh, macht innen freund, sucht hilf und bystand, erlernet die hertzen und gemuter aller theyln, darnach er sich hab zu richten, wie der welt und weltkinder gebrauch; sollich lasset man geschehen. Ob wol imanths dawider reden wolte, der wurd wenig gelten und ime selbs mehr zu schaden, dann gemeynem nutz zu gutem reychen. Diser versammlungstag ist ein erfarnustag, damit ieder theyl zu weyterm zusammenkomen gefasset machen und sich in synen vortheyl schicken konde. [...]. In: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 6, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts.).*

<sup>8</sup> *Dr. Melchior von Ossa.*

beiderseitig mermalen schriftlich und muntlich gestritten, das (wie man befunden) mer zu verlengerung dann zu abhandlung der sachen dienlich gewesen, so hetten die stendt der augspurgischen confession begert, das ain unparthey-scher ausschus von gemeinen stenden daruber verordnet, dem dise sachen zu beratschlagen bevolhen wurd, deß versehens, die andern stendt wurden darzu nit weniger geneigt, und das auf sollichen weg der sachen am besten hette sollen mogen geholffen werden<sup>9</sup>. Aus dem die ksl. commissarien, die gemeine stendt und menniglich wol abzunemen, das es an disen stenden und derselben gesanten nit erwunden, das nit zu gemeiner beratschlagung der sachen kommen, nochmalen bittendt, das sy, die commissarien, den ausschus wie begert furdern, des versehens und der hoffnung wie gehort etc. Und so dann die vorerzelten zwen puncten abgehandelt und der notturft nach erledigt, weren sy urbuttig, sich in gemeine beratschlagung einzulassen, neben und sampt andern stenden das best sy vermochten vermog irer habenden bevelch zu verhelfen. Sollte und wurde aber das nochmaln nit angesehen werden noch volg haben mogen und darauß verhinderung gemeyner sachen, merer mißvertrauen der stend im Reich oder andere beschward erfolgen, das Got gnedigklich verhuetten wollt, so verhoffen ire herren und obern, auch sy, die gesandten, das sy irsfals darzue mitnichten ursach gegeben, sonder desselben in irem gewissen, auch bey Gott dem Allmechtigen, röm. ksl. und kgl. Mtt., den gemeinen stenden und allermenigklich wol entschuldigt sein.

Darauf Pfgf. Friderich fur sich und die andern commissarien nach gehaltner underrede ferrers geantwurt, das die der augspurgischen confession verwante stendt sich der gephegne handlung zwuschen der kgl. Mt., den commissarien und inen, den stenden, zu erinnern. Und hielten, das darinn gnugsam befunden, das die strittige puncten rechtens und fridens auf die vorgeende handlung notturftigklich erledigt. Were der kgl. Mt. und ir, der commissarien, beger, wie vormaln gehort, zu gemeyner berathschlagung kommen und die sachen nit lenger verziehen etc.

<sup>9</sup> *Die Altgläubigen standen der Bildung eines von beiden Konfessionen beschickten gemeinsamen Ausschusses zur Beratung über Friede und Recht ablehnend gegenüber. Dr. Marquardt berichtete dazu in seinem Schreiben an Mgf. Ernst von Baden vom 13. März 1543: [...] Als dise meynung in gemeynem reychsrath zu berathschlagen furbracht in abwesen der confessionsverwanten, ist hin und wider disputiret und berathschlagt worden und, wie ich ausserhalb rath vernomen, ist durch die mher stimen beschlossen, das sollicher ausschutz nit zuzelassen, were auch nit wol zu finden, mechte zu keynem friden, wol zu weyterung dienen und viel unraths daraus volgen, wo zwo widerwertig parthien von obgemelten strittigen puncten under inen selbs one einichen richter und obman solten disputiren. Zudeme wer es im Hl. Reych nit also herbracht, das von zween parthien, sonder were von einem und gemeynem reychsrath allemal im anfang des reychstags ein gemeyner ausschutz von geystlichen und weltlichen in gleicher anzahl gemacht worden. Das itzig begern were ein unzulessige neuerung etc. [...]. In: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 7, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts).*

Darauf die einigungsverwanten stend durch den sachsichen cantzler alsbald geantwurt, das die nit vermeinen konnten, das die artickel fridens und rechtens erledigt und in kraft ir habende bevelch, wie allwegen gehort, unerledigt derselben artickel zu khaine gemainen beratschlagung kommen konnten. Das betten sie sich fur ire personen, als die diener, entschuldigt zu halten. Und das nochmaln dem aussschus die sachen bevolhen wurd etc.

Darauf Pfgf. Friderich ferner geantwurt, die kgl. Mt. verstuende die handlung wie vor gehort. So hette die ksl. Mt. den commissarien auf die jungste speyrische [1542] und nurmbergische [1542] reichsabschid befelch geben und sy, die commissarien, hierinn gethon, was und sovil sy vermogt, und bevelch gehapt, diß wie angehort an gemeine stendt zu begeren und darauf zu verharren. Und seindt damit abgetretten etc.<sup>10</sup>

**192** *Zwei Berichte des Straßburger Gesandten Jakob Sturm an Bgm. und Rat von Straßburg über die Verhandlungen zu Friede und Recht von 20. bis 30. März 1543<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 März 20 und 1543 (März 31)*

*Straßburg AM, AA 509, fol. 108r–114v (Kop.); AV v.späterer Hd.: 1543 März 31.*

<sup>10</sup> *Über die Demarche der altgläubigen Reichsstände bei Kg. Ferdinand am folgenden Tag berichtete Dr. Johann Marquardt am 13. März 1543 an Mgf. Ernst von Baden: [...] Uff heuth dato [1543 März 13] hat die röm. kgl. Mt. durch iren hoffmeyster, den von Madrutz, in gemeynem rath in abwesen der confessionverwanten furbringen lassen, wie ir Mt. angelangt, syent etlich der gehorsamen stende und bottschaften, denen nit zuwider sein solte, durch einen ausschutz mit den confessionanhengigen zu handeln. Wan dem also, sy ir Mt. gmuth, mit gemeynen stenden rathsweys davon wieter reden zu lassen. Daruber haben gemeyne stende etlich aus inen zu kgl. Mt. verordnet, dem anzuzeigen, wie durch die mher stimmen beschloss, das in sollichen zwispaltigen ausschutz nit zu bewilligen sey aus erzelten ursachen. Nun ist wol zu vermuthen, die röm. kgl. Mt. werde nit bald – one erlangt der turckenhilf – abweyhen, sonder alle mittel und weg suchen, darzu dienstlich. Wo nichts wiewers zu erhalten, das doch die sachen uffgezogen werden bitz zu ksl. Mt. selbs ankunft in Teuthsland. Und wiewol die stende, auch der abwesenden bottschaften durchaus unlustig und gern verreyten wolten, so wartet [= achtet] doch ein parthy uff die andern, hoffiren und prangen um den vordrith. Es wil keyner der bösest seyn; falsch und untreu ist hie gar wolfeyl. Sunst synth alle ding gantz theur etc. [...] In: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 7, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts).*

<sup>1</sup> *Jakob Sturm berichtete nicht nur an Bgm. und Rat von Straßburg, sondern auch an die mit Straßburg in enger Verbindung stehende Stadt Basel über den Verlauf des RT und im Speziellen über den Schriftwechsel zwischen dem König und den protestantischen Ständen zu Friede und Recht. Ein solches, an Bgm. und Rat von Basel adressiertes Resümee der RT-Verhandlungen von Jakob Sturm in: Basel StA, Fremde Staaten Deutschland B 1, unfol. (Kop.); ÜS: Ungeverliche handlung des reichstags zu Nuermberg.*

[1. 1543 März 20: fol. 114rv] Post scripta<sup>2</sup>: Wie man uff dißem morgen allen reichsstenden angesagt, uff dem haus zu erscheinen und der kgl. Mt. proposition [Nr. 43], auch des H. von Granvella anbringen [Nr. 197] zu berathschlagen, haben die protestierenden stend sich miteinander verglichen, das des Kf. von Sachssen rath in den churfursten-, die andren fürsten pottschaften in der fürsten und der stett gsandten in der stett rath gen sollen und ein jeder gsandter in seinem rath anzeigen, das er von seiner herren wegen bevelch hab, von der hilf wider den Türckhen und wes zu des Reichs wolfart dienstlich helfen zu rathschlagen. Dieweil man aber darzu nit khommen mag, es sey dann zuvor ein gleichmessig recht und bestendiger fridden im Reich uffgericht, damit khein stand billich ursach hab, sich von dißer hilf ufzuziehen und dann derselb weg noch nit funden, so wöll vor allen dingen vonnöthen sein, davon zu reden, wie derselbig uffgericht werden mög. Derhalben sey er urpüttig, davon zu reden und rathschlagen helfen und, so der weg funden, alßdann sich ferner seins bevelchs der hilf halben auch vernemen zu lassen. Wöllen dann die andren stend sich hierin mit inlassen, soll man alle mögliche mittel und weg suchen, wie nit allein diße stend recht und fridden erlangen, sonder auch wie Gülch möcht befriddet werden, damit die hilf zugleich von allen stenden des Reichs und teutscher nation geleistet wurde. Wolten sich aber die stend nit inlassen, sonder mit berathschlagung der hilf furfaren, alßdann solten diße stend von inen abdretten und protestieren, das bey ihnen der mangel nit gwesen und das sie zu weiterer rathschlagung sich nit inlassen möchten. Was nun daruff beschlossen will werden, wöllen wir euch hernach zu erkennen geben.

Datum Zinstag post Palmarum [1543 März 20] hora 4 post meridiem.

[2. 1543 März 31: fol. 108r–113v]<sup>3</sup> Seinther meinem jüngsten schreiben, am datum 20. Martij, haben sich die sachen friddens und rechtens halb ungevarlich also zugetragen:

Alß uff der gülgischen rath und gsandten vilfaltigs pitten und erpieten gemeine reichsversammlung fur gut ansehen zusammensutzen, darvon zu reddem, ob und wie die sachen zu fridden zu pringen oder uffs wenigst, sovil an den stenden wer, mit furpitt und sonst dahin gefurdert werden möchte etc., haben wir, der religion und protestation verwante, fur gut ansehen, dieweil Gülch frid und recht begere und wir uff denselben beiden puncten furnemlich auch beharren, das es dan unsern bevelchen nit zuwidder, sonder der sachen dienstlich sein solt,

<sup>2</sup> Das Postskriptum gehört laut Datum zu einem Schreiben Sturms vom 20. März 1543, das nicht erhalten ist. Eine inhaltliche Vorstellung von den zum größten Teil verloren gegangenen Berichten Sturms von Jan. bis April 1543, die im Straßburger Rat verlesen wurden, vermitteln die Straßburger Ratsprotokolle. In: Straßburg AM, 1 R 5, 1543 (= Ratsprotokolle 1543); gedr. bei: O. WINCKELMANN, *Politische Correspondenz*, Bd. 3, Nr. 331, S. 343–348.

<sup>3</sup> Das Datum (1543 März 31) ergibt sich aus dem letzten Absatz des Schreibens, das als einziges von Sturms Berichten aus Nürnberg vollständig erhalten ist.

das wir unß in dem von den andren stenden nit sonderten, sonder ein jeder in seinem rath, sovil an ime wer, votirt und schlüsse, das uff die weg gedacht und ghandelt, wie nit allein Gülch, sonder auch ein jeder gegen dem andren also befridet wurde, damit alle innerliche krieg hingelegt und dem Türckhen, alß unserem gmeinen feind, desto stattlicher begegnet werden möchte.

Und alß die unsern hieruff zu den andren stenden oder pottschaften in churfursten- und furstenrath gangen, von den sachen geredt und gerathschlagt, haben sie (wiewol mit mue und mit vilen umbfragen, als man sie je gern hinderribben hett) die sach dahin bracht und durchs merer theil der stimmen erhalten, das man nit allein in der gülchischen sach uff fridden handeln, sonder auch, dieweil man one gleichmessig recht und bestendigen fridden nit wol zu einer stattlichen und erschießlichen hilf wider den Türckhen khommen möge, das man dann der gülchischen sach halb bey der kgl. Mt., den ksl. commissarien und dem H. Granvellen, wie nachvolgt, ansuchen und bitten soll, und darneben gemeine reichsstend oder deren pottschaften darvon handeln, rathschlagen und schliessen sollen und wöllen, wie uff die weg zu khommen, das gut frid und recht im Hl. Reich gmacht und erhalten, alle irrungen, so an der hilf wider den Türckhen verhindern möchten, hinweggthan und dann von demselben werck dester ernstlicher und vleissiger ghandlet werde, welche meinung nit allein unß, den protestierenden, sonder den andren stettgsandten, so vill deren allhie seind, auch gfallen. Haben also gwartet, wann und wie solliche sachen ghandlet werden wöllen. Wiewol auch etliche mal bey den protestierenden stenden oder deren pottschaften angeregt worden, es wölle etliche beduncken, es lauffen ungetreue practicken im spiel umb, also das man von obgmeltem erhaltenem mehr abgfallen und von der hilf wider den Türckhen handeln wöll, unangesehen das obgmelte puncten friddens und rechtens halb noch nit berathschlagt und abghandelt seien, so hat doch die unsern fur gut angesehen zu warten und zu hören, wie die gegentheil die sach angreifen wöllen.

Also haben sie am ostermontag [1543 März 26] negstverschinnen unß, die-jhenen so der protestation und augspurgischen confession verwandt, zu sich in die gemeine stuben, darin man die reichsversammlung heltet, gfordert und durch den mentzischen cantzler unß ungevarlichen diße meinung laut hiebeiliger verzeichnus [Nr. 166], furhalten lassen. Wiewol auch die unsern desselben furtrags (dieweil man gsehen, das er, der cantzler, dessen ein vertzeichnus vor ime ghapt) abschrift begert, so ist es unß doch vom gegentheil abschlagen, also das wir unß desjhenigen, so wir selbsuß der reden verzeichnet und zusammengetragen haben, muessen settigen lassen.

Und hetten wir unß warlich solchs furhaltens, wie billich, uber hievor gmacht und erhalten mehr gar nit versehen. Dieweil wir aber darinn befunden, das die untreu, wie wir besorgt, darunder gloffen und das spiel gar widerumb gwendt worden, hat es die unsern fur notwendig und gut angesehen, uber alle hievor gnugsame ursachen, so in den schriften an die kgl. Mt. und ksl. commissarien gstelt und furbracht, die auch durch ir Mt. und sie den stenden

des andren theils jedesmals furghalten und alle ding mit irem rath geschlossen worden, inen nachmals in einer summa anzuzeigen, wie und welchermassen anfenglichs die türckhenhilf zu Regenspurg [1541] von allen theilen bewilligt und das die conditionen, so daselbst ußgedingt, noch nit erfüllt. Item, das den beiden puncten (frid und recht belangend) noch nit gnugsam abgholffen und warumben unserem theil sovil an der ksl. declaration gelegen sey, das wir unß auch deren kheinswegs begeben oder mit dißer itzigen verwenung [= *Zusicherung*] friddens und rechtens halb gsettigt sein khönnen, nachmals mit dem erpietten, wie hievor mit ihnen niderzusitzen, von den mengeln, wie die zu bessern etc., zu reden und dann, so man deren verglichen werde, von zimlicher, treglicher hilf wider den Türckhen zu rathschlagen und zu schliessen zu verhelfen etc.

Und dieweil sie, wie obgmelt, mündtlich und nit schriftlich mit unß ghandelt, haben wir bedacht, dasselbig auch zu thun, doch unsern furtrag zuvor in schariften also gstel. Wo sie denselben begert, hetten wir ihnen den übergeben mögen, wie ir, meine herren, denselben hiebey zu sehen haben [Nr. 168]. Dieweil auch sich etliche uß ihnen ad partem hin und wider vernemmen lassen, alß ob sie der ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949], so von unß so oft angeregt werde, khein wissens, haben wir bedacht, in und bey dißem unserem furtrag ihnen derselben copias darzulegen und alßbald begeren zu lesen, alß auch beschehen.

Namblich vergangnen donnerstags morgens [1543 März 29] seind wir vor ihnen in gmeiner reichsstuben erschienen. Hat der sächssisch cantzler von unser, der protestierenden und augspurgischen confessionverwandten, wegen obgmelten furtrag [Nr. 168] in aller form und maß, wie die verzeichnis vermag, ernstlich und gnugsam gthan, sie aller notturft wol erinnert, die declaration, wie gmelt, verlesen lassen und dann inhalt der verzeichnis gepetten, begert und erpotten. Uff welchs sie unß abdretten und biß umb 11 uren in unserer sondren stuben warten und dann erst ansagen lassen, wir sollen umb drei horen nachmittag widerumb khommen.

Mittlerweil haben sie die sach bey inen berathschlagt, auch ein pottschaft oder ußschuß uß inen zu der kgl. Mt., den ksl. commissarien und (wie man mich bericht) zu dem H. Granvella, die alle in der veste beieinander gwesen, verordnet und sich nachvolgender antwort entschlossen, auch noch desselben donnerstags gegen abendt unß dieselbig in gmeiner versammlung<sup>4</sup> durch den mentzischen cantzler furhalten lassen. *Es folgt ein Referat der mündlichen Antwort des Mainzer Kanzlers und die Erwiderung der Evangelischen: siehe Nr. 169.*

Also seind wir zu beiden theilen mit solchen khurtzen antworten voneinander abscheiden. Die stend und pottschaften des andren theils alßbald (dieweill

<sup>4</sup> Zwei altgläubige Fürsten waren laut dem Schreiben Sturms in der Reichsversammlung persönlich anwesend: Bf. Hieronymus von Chiemsee als Vertreter des Ebf. von Salzburg und Bf. Valentin von Hildesheim.



unser etliche noch in der stuben bey ihnen gewesen, damit wirs hören mögen) zusammensagt. Morgens umb 7 sollen und wöllen sie zusammenkhommen, und damit alßbald unß nach voneinander gangen, also das sie uff unser letste red nichts mehr gerathschlagt haben werden.

Aber gestern freittags [1543 März 30] umb 7 huren seind sie zusammenkhommen und also vormittag in gsonderten räthen der churfürsten und fürsten beieinander gessen. Was sie rathschlagen und wohin die sachen endtlich glangen wöllen, weist der lieb Gott wol.

193 *Bericht Jakobs von Zitzewitz, Gesandter Hg. Philipps von Pommern-Wolgast, über die Verhandlungen der altgläubigen und der evangelischen Reichsstände zu Friede und Recht – o.O., o.D. (Nürnberg, ad 1543 März 29/30)*

*Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 205r–206v (Reinschr.).*

Darauf [ad Nr. 166] haben die stende der augspurgischen confession heuttiges tags [1543 März 29] widerumb eine mundtliche anzeigung gethan und die mengel, szo sie ahm frieden und sonderlich dem rechten, ane welchs friedt nicht konte noch mochte erhalten werden, angezeigt und die ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] verlesen lassen, mit anzeigung, das unsere gnedigsten und gnedigen herren, auch oberen, die abschiede zu Regensßpurgk [1541] und Speir [1542] nicht anders dan auf solche declaration angenommen hetten und darauf nochmaln sich erbotten, wie es auch hiervor in gemeinem rath beslossen, mit inen in gemeinem rath niderzusitzen, von dem mißvorstandt zu reden und ahn unß nichts erwinden lassen, damit man zu einem einhelligen fridt und wircklichem, gleichmessigem recht kommen muge. Und is endtlich allein auf die declaration gemeint gewesen, dan die anderen in öffentlichem rath in unßer kegenwarth gesagt, sie wusten von keiner declaration, es giebt inen auch nichts zu schaffen, wir hetten sie oder nicht. Sie hetten abschiede, der wolten sie sich halten. Es hat sich auch in der papisten rath der beyrische gesanter [= Dr. Leonhard von Eck] heuttiges tagks unvorschemet horen lassen, sein gnediger furst und herr solte der declaration kein stadt geben, wan auch das gantze ertreich vorderben solte.

Auf solchs unser anzeigen haben sie [= die altgläubigen Stände] unß ungeferlich mit kurtzen, stracken worten disse andtwort gegeben: Dieweyl in unserem heuttigen anbringen nicht viel neus noch anders, dan in schriften vorhin vorbracht, enthalten und sie nicht zweifelten, wir wusten unß woll zu erinnern, was sie jungst ahn unß gesunnen, gebetten, ermanet, auch erbotten hetten, und kondten nochmaln bey sich nichts anders ermessen, dan das unsere gnedigsten, gnedigen herren und obern ahn demselben wol gesettiget sein wurden, auch solten. Szo were nochmaln ir gesinnen, bitten und ermanen, wir wolten es nochmal bey furigem anzeigen beruwen lassen und ane weitere disputation

oder verzugk irem furigen bitten und ermanen stattgeben und unß ahn dem gleichmesigen und billichen erbieten settigen lassen, dan sie kondten oder mochten in der hauptsache nicht lenger stille stehen, sonder wolten morgen umb 7 uhr in derselben vortvharen, zuvorsichtlich, wir wurden unß des auch nicht eusseren, in betrachtung, das es unsere gnedigsten und gnedigen herren, auch obern, vermuege furiger reichsabschiede zu thun schuldigh weren.

Darauf wir nach kurzter underrede ungeferlich disser gestalt widerumb geandt wort haben: Wir wolten unß vorsehen, sie hetten auß hievor ubergebenen schriften, auch heuttiger mundtlicher anzeig gnugsamlichen vernommen, auß was ursachen man zur beradtslahung, vil weiniger leistung der turckenhulf fruchtbarlich nicht kommen mochte. Zweifelten auch nicht, sie wusten sich zu berichten, wie dan zu Regenspurgk durch alle stende in gemain under anderem der ksl. Mt. dis auch zur andt wort gegeben, das man zu der gesunnenen hulf wider den Turcken nicht kommen kondte oder mochte, es were dan ein bestendiger friedt und gleichmessig recht in dem Reich aufgericht und alle innerliche krige aufgehoben, damit niemandts ursach hette, sich auß derselben zu ziehen.

Damit nun solchs geschehen mochte, hetten sich disse stende erbotten, in gemeinem rath niderzusitzen und die puncte hinleggen helfen, dan das ane das nichts fruchtbarlich kondte oder mochte in der hauptsache gehandelt werden, were hie nochmals durch das meherer theyl in gemeinem rath beslossen und kondte oder mochte auch naturlicher und billicher weiße nicht anders geschehen etc.

Das aber solchs alles abgesehen wurde und sie vormeinten, zu der beradtslagung der turckenhulf zu schreiten und die stende der augspurgischen confession, unsere gnedigsten und gnedigen herren, die dennoch auch stende des Hl. Reichs weren, außslossen, were unß alß diener treulich und hertzlich leidt und hoerten es ungerne. Wir muessen es auch iren chur- und fstl. Gnn. vermelden, ungezweifelt, es wurde iren chur- und fstl. Gnn. solchs zum hoechsten beschwerlich sein und gar nichts gefallen, dan ire chur- und fstl. Gnn. hetten je nie zu solcher auffaufung [= *Tumult*] ursach gegeben. Szo hetten wir unß auch alß diener ine aller vernunft, billigkeit und furigen handtlung gemeiß erbotten, wolten auch, das solchs weder durch unsere gnedigsten, gnedigen herren, auch obern, oder unß alß diener nicht verursacht, offentlig bezeugt haben.

Und szo je inniger [= *einiger*] unrath, das der Almechtige gnediglich verhueten wollte, auß solcher trennung erfolgen wurde, szo wurden unsere gnedigsten und gnedigen herren, auch obern, sich des kegen Got den Almechtigen entschuldiget wissen und auch sich des kegen der ksl. Mt. und sunst aller welt mit eehren wissen zu entschuldigen. Und hetten unß gar nichts vorsehen, das die ksl. declaration szo gantz und gar von den stenden ungeacht und unangerurt bleiben solte etc., aber das musten wir in seinem werdt beruhen lassen, und wolten unß dennoch vorsehen, die ksl. Mt. werde unsere gnedigsten und gnedigen herren, auch obern, bey gegebener ksl. declaration handthaben. Es werden auch unsre

gnedigsten und gnedigen herren und obern auf wege und mittel gedencken, das sie bey der declaration bleiben mugen.

Darauf is idermhan die [!] haimgangen und waiß nichts anders, dan sie werden morgen freu [= *in der Früh*] vortfharen in beratslagung der hulf wider den Turcken.

Actum zu Norenbergk, freitagks in den osteren, welcher is der 30. tagk Martij anno 43.

Und unß nochmaln erbotten, wo sie nidersetzen wolten und von Fridt und recht ratslagen, unserem vorigen er bieten nach etc. Und da sie je hiruber radtslagen, willigen und sliessen wurden, wolten wir unß versehen, sie wurden darin unsre gnedigsten und gnedigen herrn, auch obern, nicht beschweren etc.

Es is niemands von allen weltlichen fursten gesanten in dem furstenrat bey den pfaffen in der beratslagung geblieben dan Osterreich und Bayern, dan Bayern furet alle spiel und practiken.

194 *Bericht des Gesandten der Stadt Nördlingen<sup>1</sup> über die Verhandlungen zu Friede und Recht im Reichsrat von 29. bis 31. März 1543 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Anfang April)*

*Augsburg StA, Reichsstadt Nördlingen, Münchner Bestand, Lit. 53, unfol. (Kop.); DV: Reichshandlung donnerstags, freitags und sambstags nach ostern anno etc. 1543. AV: Actum donnerstags, freytags und sambstags nach ostern.*

*Vermittlungsbemühungen des Königs, der ksl. Kommissare und der Reichsstände im Konflikt um das Herzogtum Jülich, Beratungen über die Bedingungen eines Friedensvertrages. Schreiben der Reichsstände an die Eidgenossen wegen des Verbots fremden Kriegsdienstes für den Kg. von Frankreich (Nr. 137).*

Die protestirenden stende seind uber alle gepflogene schriften, irs begerns halben ervolgt, weiter müntlich ersucht [Nr. 166], sich mit den andern stenden in der hauptsach, sonderlich zur hilf wider den Turcken, einzulassen, dann sonst den andern stenden hilf zu thun nit wol muglich, in ansehung, das sie sich durch sollich zertrennungen innerlichs kriegs muessen haben zu besorgen und darumb irs volcks nit konnen entplossen, mit vleissiger einfuerung, das je inen und gantzer cristenheyt, sonderlich in teutscher nation, die hochst beschwerd daran gelegen und am notwendigsten mit dem allerschleunigsten zu furdern, dann zu was nachteyl die zertthrenung dienen und dem Turcken freud und vortheyl machen, hetten sie leichtlich zu erwegen. Und wann solches als das nottwendigst furkhomen, wollten sie, die andern stende, zu vergleichung des bestendigen fridts und unpartheyischen rechtens gern verhelfen, wo mangel im

<sup>1</sup> *Bgm. Wolf Graff unterzeichnete für Nördlingen den Abschied der Reichsstädte von 1543 April 24 (Nr. 417). Es ist nicht klar, ob er auch diesen nicht unterzeichneten Bericht verfasste.*

selben befunden. Achten aber, sie sollten sich an uffgerichtetem landfriden und fridstenden, wider welche dann niemals wider sie gehandelt oder noch hinfurter zu thun nit gemeynt, benuegen lassen. Das auch visitation am camergericht sollt furgenomen werden, und biß zur zeit sollicher visitation aller derselben stende religion- und prophansachen anzustellen, darmit ir verdacht und argwon gestillt. Aber die beysitzer also unverhort und unuberwunden abzusetzen, were je ungebührlich und keinswegs zu thun etc.

Aber sie, die protestirenden, haben entgegen angezeygt, wiewol sich ir antwort [Nr. 168] etwas lang verzogen, die sie doch selbst zum liebsten gefurdert haben wolten, wo nit ir, der stende, so vil und die sach an ir selbst so hochwichtig; betten derwegen, sollichs verzugs kein missfallen zu tragen. Und nachdem der andern stende begern an sie gewesen, sich mit inen in die turckenhilf einzulassen, dann wo solchs nit geschehe, das doch sie als gehorsame stend in der hauptsach furschreiten etc. Darauf geben sie disen bericht, das sie mit bevelch und gwalt von iren herrn und obern abgefertigt, mit und neben den andern stenden das best und nutzlichst helfen zu berathschlagen, zu bewilligen und zu beschliessen, das gemeiner christenheyt erbfeind, dem Turcken, zum stattlichsten entgegen sein mocht. Und was in sollichem beschlossen und bewilligt, das ire herrn und obern am selben kein mangel erscheinen lassen wurden. Dieweil aber dasselbig nit mocht beschehen, es were dann zuvor im Hl. Reich bestendiger frid und unpartheyisch recht gemacht, so heten sie derwegen an die röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien umb vorgehende vergleichunge dero beider puncten angesucht. Und wiewol auß der darauf gevolgten antwort und andern schriften ir begern nit resolviert und die artickel erledigt seien, uber das sie sich auch nie mithelfen zu handeln widersetzt, sonder ein ausschuß zu verordnen gebetten, die von sollichen zweyen artickeln, wie die in vergleichung zu bringen, hetten mogen reden. Das hetten sie aber nit mogen erhalten, uber das sie doch einsmals in der umbfrag die mehrern stymen gehabt und darauf verhofft, man sollt mit inen derwegen zu berathschlagen und sollich beide puncten zuvorderst in vergleichung bringen zu helfen furgefaren sein. Das were aber nit alleyn underblieben, sonder die anderen stende hetten sich particulariter und ir unerfordert der hauptsach halben underredt, des sie sich dann von wegen irer herrn und obern zum hochsten beschwerten, dann sollichs am meysten zum ergsten ursachen geben.

Nun were es je an dem, das die beiden artickel zuvorderst müssen geledigt werden, wie sie dann zu Regensburg in die eylenden turckenhilf anderst nit bewilligt dann uff zusag und vertroistung, das inen zu bestendigem friden und unpartheyischem rechten sollt verholfen werden. Das aber dasselbig, und wie es bishere gemangelt, were auß iren ubergeben schriften zu befinden. Dann wiewol inen muntlich angezeygt, auß was ursachen sie sich billich der zweyer artickel halben settigen liessen, so kondten oder wissten sie doch dieselben nit anzunemen, auß ursachen, obgleich hievor ein landtfrid uffgericht, so weren sie doch durch das wormsisch edict [1521] darauß gethan und fur

ketzer geacht und verdampt, welches edict im augspurgischen abschied [1530] hernach confirmiret und ire kirchengebreuch zum hochsten verboten, und dem camergericht derhalben wider sie zu handeln bevolhen, wie dann die beysitzer darauf globt und geschworen, dardurch sie dann frid- und rechtloß worden und das mißvertrauen und alles ubel im Reich erwachsen. Wo sie aber nochmals in friden und zu unpartheylichem rechten gesetzt, wollten sie furderlicher procedirung halb in der hauptsach an inen nichts mangeln noch erwinden lassen. Das inen aber die fridstend – zu Regenspurg [1541] und Speyr [1542] gemacht und jungsts reichstags alhie [Nürnberg 1542] confirmirt – gnugsam, verstanden sie das widerspill, wie dann in iren schriften gnugsam außgefurt. Und were auch der regenspurgisch abschied durch sie anderst nit angenommen dann mit der ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949], von derselben gedechten sie auch nit abzutreten; verhofften auch, darbei gehandthabt zu werden. Aber von den andern stenden wollte man blaesiglich [= blösiglich, bloß, nur] uff den abschied geen und umb die declaration nichts wissen. Sollten sie sich dann alleyn uff den buchstaben desselben abschiedts geben und der declaration verzeuhen [= verzichten, aufgeben], so geben sie sich wider in den stand, darein sie durch das wormsisch edict und die augspurgisch confirmation gesetzt, welchs inen dann zum hochsten beschwerlich und unzimlich. Betten uber das alles nochmals, von erledigung der beiden nottwendigsten puncten zu reden und erorterliche vergleichung zu treffen. Darzu wollten sie und volgendts in der hauptsach gern das nutzlichst und best zum furderlichsten mithelfen handeln, bewilligen und beschliessen. Wo es aber uber das alles nit beschehen, so wollten sie sich offentlig bedingt haben, das hierinn zu furderung rhue und einigkeyt im Reich, auch zu hilf widerstandts gegen dem Turcken an iren herrn und obern nichts erwunden.

Uff das nun die andern stende geacht, das sollich ir begern nichts anders oder sonder neues mit sich brecht, dann was hievor mit lang verlieren der zeit schriftlich disputirt, darbei man dann zu bleiben und sich nit weiter einzulassen entlich beruht, haben sie disen stenden angezeigt, das vorhyn diser beiden puncten halben stattlich ausfuerung gnug beschehen, darbey man gedecht zu bleiben und sunst in der hauptsach furzufaren. Verhoffentlich, sie wurden sich aller billichen, gotlichen und naturlichen bewegung nach auch darzu einlassen und an vorigem uberflussigem erbieten gesettigt sein.

Darauf seindt die zwen weg des harzugs oder besetzung der besten peß halben kgl. Mt. und den ksl. commissarien angezeygt [Nr. 92], mit weiterer bitt, nochmals mit disen stenden zu handeln, das sie sich mit inen einliessen, dann sie je besorgten, es mocht sonst ir hilf wenig erschiessen. Bey dem es jetztmals besteht.

195 *Weisung Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an seine Räte betr. die Verhandlungen zu Friede und Recht und andere Reichstagsmaterien – Torgau, 1543 Sonnabend nach Misericordia Domini (April 14)*

*Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 171r–174r; DV und Adr. fol. 173v, PS fol. 174r (Ausf.).*

*Bestätigt Erhalt des Schreibens der Räte vom 9. April 1543*<sup>1</sup>. Das haben wier sampt den zugeschickten copeyen allenthalben gelesen und sunderlich daraus vornommen, was euch kgl. Mt., auch die ksl. comissarien, des friden und rechtens halben fur weitere mittel furgeschlagen [Nr. 173], daran ir euch hettet begnügen lassen und in den reichshandlungen neben den andern schliessen sollen, und ir es aber sampt den andern stenden der christlichen vorein dafur geachtet, das diesem teil mit denselben furgeschlagenen mitteln nit geholfen, derhalben man kgl. Mt. und den ksl. comissarien in beisein des von Naves die ursachen und beschwerungen widerumb schriftlich ubergeben [Nr. 174] etc., und solchs alles gerne gehort. Und wie wier euch hivor zum oftern malh, auch jungst, bevolhen, darauf zu vorharren und bestendig zu bleiben, nemlich die turckenhulf nit zu willigen, die beide artickel des friden und rechten halben hetten dan zuvor ire erledigung, solchem wollet nachmals geleben und euch in ein anders nit furen lassen, wie ir euch dann bei den andern stenden in gleichnus zu erhalten, als sie dann anne zweivel dartzu auch geneigt sein werden, vleys furwenden wollet. Und zuvorderst, das die declaracion [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] auch in den reichsabschied bracht und darein gesatzet werde, dann wann man gleich derselben halben viel beirkunde und assecuration gebe, so wolten doch dieselben des andern teils halben nichtig und uncreftig sein, wie es dann in der ubergebnen schrift [Nr. 174] auch angetzogen ist worden. Was aber kgl. Mt. und die ksl. comissarien darauf werden zu antwort geben und warbei es entlich bleiben wirdet, solchs wollet uns durch euer schreiben auch berichten.

*Stand der Verhandlungen für einen Waffenstillstand mit Hg. Wilhelm von Jülich. Hg. August von Sachsen soll gemeinsam mit Mgf. Georg von Brandenburg nach Polen reisen. Termin für eine Versammlung der Schmalkaldener nach Ende des Reichstags.*

*PS: Betr. den von Hg. Heinrich von Braunschweig am Reichskammergericht geführten Prozess gegen die Städte Goslar und Braunschweig.*

<sup>1</sup> *In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 7r–16v (Ausf.).*

196 *Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen und Lgf. Philipps von Hessen auf die Werbung von Dr. Andreas von Könneritz<sup>1</sup>: Beharren auf den Forderungen zu Friede und Recht, abermalige Ablehnung der Türkenhilfe – Kassel, 1543 freytags nach pfingsten (Mai 18)*

- A Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 463–466, Nr. 163, fol. 134r–143v (Kop.); ÜS fol. 134r: Unser von Gots genaden Johans Fridrichen [...] <sup>a</sup>und von derselben gnaden unsers Philipßen Lgf. zu Hessen [...] <sup>a</sup>antwort, so wir dem hochgelarten, unserm lieben besondern Andresen von Konneritz, der rechten doctor etc., auf die werbung, so er von wegen der röm. kgl. Mt., unsers gnedigsten herrn, an uns gethan, gegeben. DV fol. 143v: Antwort, dem Khonneritz uf sein antragen gegeben 1543.
- B Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 463–466, Nr. 163, fol. 124r–133v (Reinkonz.); ÜS wie in A; DV fol. 133v: Des Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen antwort auf Dr. Andreß von Konneritzs, kgl. Mt. geschickten, werbung, freytags nach pfingsten zu Cassel gegeben anno 1543.

*Danken dem König für sein Wohlwollen und senden ihm ihre besten Wünsche.*

Zum andern, nachdeme ire röm. kgl. Mt. an uns gnediglichen begert, das wir aus etzlichen furgewanten ursachen den abschied, so auf nechstgehaltenem reichstag zu Nurmberg gemacht sein soll, bewilligen und die hulf wider den Turcken, so von den reichsstenden inhalts desselbigen abschieds bewilliget sein und mit geldt erlegt werden soll, leisten undt auch andern angeregten und in bemeltem abschied verleibten artickeln mit beschickung des angesetzten tags zu Passau und auch der furhabenden reformation und visitation des chammergerichts und anderm mit volge geleben, uns auch in craft des gemeinen landfriden fridlich halten wollten, in betrachtung, daß unser und unser ainigungsverwanten furgewante beschwerung frides und rechtens halben durch ire kgl. Mt. mit bewilligung der andern stende auf solche mittel und wege gericht, dardurch wir samt unsern verwanten stenden gnugsam versichert, mit diesem gnedigstem er bieten, do hiran ainicherley mangel befunden, daß ire Mt. denselbigen durch notturftige urkunden und nebenbrieffen notturftiglich wollten erstatten, wie dan solchs alles durch beschehene werbung weiter nach der leng furbracht worden ist etc.

---

<sup>a-a</sup> Aus B, A om.

---

<sup>1</sup> Kg. Ferdinand bemühte sich nach dem RT noch einmal um die Zustimmung der evangelischen Reichsstände zur Türkenhilfe und sandte zu diesem Zweck seinen Rat Dr. Andreas von Könneritz zu den Bundeshauptleuten Kursachsen und Hessen. In ihrer ablehnenden Antwort an Könneritz brachten die beiden Fürsten noch einmal ihre Gründe für die Verweigerung der Türkenhilfe vor und fassten alle Argumente zusammen, die während des RT von den evangelischen Ständen zu Friede und Recht erfolglos vorgebracht worden waren. Die Antwort an Könneritz wird deshalb als Schlussbetrachtung zu Kap. V.B abgedruckt.

Als wissen wir dem kgl. gesanten hirauf nicht zu verhalten, das wir nichts lieber wollten, dann daß sich die sachen auf itztgehaltenem reichstag dohin gelendet, darmit die stende des Hl. Reichs zu einem einhelligen abschied und auch zu semplicher beratschlagung und laistung einer fruchtbarlichen hulf wider den erbfeindt cristliches nhamens und glaubens hetten kommen mugen, wie dann solchs die hohe, treffenliche notturft wolh erfordert. Das aber das gegenspil und die schedliche trennung zwischen den stenden in deme furgefallen, das haben wir nicht mit geringer beschwerung vernomen, dan wir können wol erachten, was grosser vorteil dem erbfeindt daraus erfolget, zu was beschwerlichem, verderblichem nachtheil auch diß der gantzen cristenheit, sonderlich aber deutscher nation will gereichen.

Wir wissen uns aber des frei, daß wir zu solcher furgefallenen sonderung kein ursach gegeben, daß auch der mangel semplicher beratschlagung und leistung der turckenhulf nicht an uns, sondern sind alleweg erbottig gewesen, solche hulf durch unsere gesanten neben den andern stenden zu beratschlagen helfen, doch das zuvorn im Hl. Reich ein bestendiger frid und gleichmessig recht aufgericht wurde und kein stand sich unfridens oder wegerung geburlichs, gleichmessigs rechtens zu befarn hette, wie man dann auch ane das zu eintrectiger undt fruchtbarer hulf wider den erbfeindt nicht kommen mag. Und auch die beharliche turckenhulf durch die stende des Reichs anderst nicht gewilliget, dan under anderm mit der außdrucklichen condition, soferne vor allen dingen im Hl. Reich ein bestendiger frid und ein gleichmessig recht aufgericht werde, damit ein itzlicher bei dem seinen ruiglich und unbedrangt pleiben, auch gegen dem andern geburlich, außstreglich recht erlangen moge, wie dann die antwort, so alle stende semplich der röm. ksl. Mt. zu Regenspurg solcher turckenhulf halben gegeben, diß in irem buchstaben clerlich vermag [*RTA JR Bd. XI, Nr. 204*].

Dieweil dann nun solche condition, darauf die turckenhulf bewilliget, bißher volkomenlich nicht erlediget und aber nicht allein uns, sondern auch sonsten vil stenden gantz beschwerlich sein wollte, vor des weitere hulf zu leisten, als ist umb erledigung solcher beider artickel fridens und rechtens bei der kgl. Mt. und auch den ksl. comissarien mermals ansuchen beschehen, mit bestendiger, deutlicher antzeigung, waß mengel wir und auch unsere ainungsverwante stende beide fridens und rechtens halben befunden, sonderlich under anderm daß die stende des Hl. Reichs dieser beider artickel halben ungleichen verstandt hetten. Nachdeme die stende des andern teils die fridstende und auch die visitation und reformation des chammergerichts stracks auf die vorigen abschiedt, die stende aber der augspurgischen confession auf die ksl. declaration über den nechsten regenspurgischen reichsabschied gegeben verstunden, und daß derwegen aus solchem zweihelligem verstandt erfolget, das ein teilh vilh handlung vor unpillich, fridbruchig und den vorigen abschieden ungemeiß heldet, des doch der ander teilh craft der ksl. declaration befuget; daß man auch in solchem werendem zweihelligem verstandt zu fruchtbarlicher visitation und reformati-



on des chambergerichts nicht kommen mag, wie dan auch solche visitation auf zwene angesetzte termin verblieben und die unreformirten personen des chambergerichts – gleichwol und ungeachtet, das ire personen inhalts der ksl. declaration nicht qualificirt – wider uns und unsere verwante stende, auch uber das vorgewante rechtmessige mittel der recusation biß anher heftiger, auch ungewonlicher weiß, wiewolh nichtiglich, vortgefahren.

Und obwohl die röm. kgl. Mt. und auch die ksl. commissarien uff solche underthenigste und notwendige, unser und unser mitverwanten stende suchung diese resolution geben, das der fridstandt und gleichmessig recht auf die hiebervorn gemachte reichsabschiede und ordnung, auch die ksl. declaration uber den jungsten regenspurgischen reichsabschied gegeben, gedeutet und verstanden werden soll, so haben doch die stende des andern teils solche gegebene antwort in dem reichsabschied nicht wollen wissen, auch der ksl. declaration offentlich contradicirt, mit antzaig, daß sie dieselbigen nicht wusten zu bewilligen. Darauß wir und die andern unsere mitverwanten stende und allerseits rethe und potschaften woll zu befinden gehabt, daß wir uns der andern stende halben keins bestendigen fridens oder auch gleichmessigen, außstreglichen rechtens zu getrosten, sondern das wir der andern stende halben zu irer bequemigkeit allerley gefhar musten gewarten.

Dann nachdeme der regenspurgische reichsabschied den augspurgischen abschied (welcher anno 30 aufgericht und das wormische edict verneuert) bestettigt, so haben wir sampt andern der augspurgischen confessionverwanten stenden denselben regenspurgischen abschied anders nicht bewilliget dann auf die ksl. declaration, darin der augspurgische abschied, sovil die religion belanget, aufgehoben, auch versehung beschehen, welcher gestalt das chambergericht hinforder bestellt, auch die beisitzer desselbigen veraidet werden sollen.

Dieweil nun aber die andern stende solcher ksl. declaration offentlich contradicirn, dieselbigen nicht bewilligen wollen, so volget auch, daß wir und andere unsere mitverwanten stende der andern stende halben nicht befridet, sondern das wir derselbigen halben in der geferlichkeit des wormischen edicts und augspurgischen reichsabschieds einen weg als den andern steen musten. Daß wir auch aus mangelung geburlicher visitation und reformation des chambergerichts, so der ksl. declaration gemeiß, mit achten und unpillichen processen konten beschwert und zu des andernteils gelegenheit in unfriden und beschwerung gedrungen werden.

Dem allen nach haben wir und andere unsere ainungsverwante stende in dieser vorstehenden geferligkeit keine hulf wider den Turcken bewilligen, auch nicht fur ratsam erachten können, unsere vermugen an gelde oder leuten an andere orter zu wenden, sondern das unsere unmeidliche notturft vilmer sein wolle, darauf bedacht zu sein, do wir uber der ksl. Mt. declaration und derselbigen zuwider mit achten oder andern beschwerungen betrangt wurden, wie wir uns und unsere underthanen und verwante in solchem fah vor gewalt und uberlast mit Gottes hulf mugen schutzen und handthaben. Und zweiveln

nicht, die ksl. und kgl. Mtt. werden uns und unsere mitverwanten stende darumb nicht verdencken, sondern gnedigt entschuldigt wissen.

Und obwol auch die stende der andern parthei zum teilh sich hiruber, und ane das die beide articel fridens und rechtens erlediget, angemast, auf jungstgehaltenem reichstag [*Nürnberg 1543*] ein abschied aufzurichten und darin ein hulf wider den Turcken zu bewilligen, so haben doch unser und unser mitverwanten stende rethe, potschaften und gesanten der kgl. Mt., auch den ksl. comissarien, statliche, gegrunte ursachen angetzeigt, welcher halben wir und unsere verwanten stende in solchen abschied nicht wusten zu bewilligen. Daß wir auch durch solchen abschied nicht konnten verbunden werden und dernwegen auch geburliche protestation furgewant, under anderm furnemlich darumb, daß durch daß merer beide in churfursten- und furstenrath beschlossen, wie dann auch solcher beschlus den stedten angetzeigt worden ist, die in solchs haben gefallen lassen, daß man fur allen dingen die artickel beratschlagen und erledigen sollte, welche der semplichen beratschlagung der turckenhulf verhinderlich, darunter dann die beide artickel fridens und rechtens auch begriffen, in betracht, das man ane samptliche beratschlagung und leistung solcher hulf nichts fruchtbarlichs wider diesen gewaltigen feyndt außrichten konnte, wie dann auch solcher gemeiner beschlus der antwort, so sich die stende gegen der röm. ksl. Mt. zu Regenspurg der turckenhulf halben, wie oben erwenth, haben vernehmen lassen, gemeß. Und alß man sich versehen, man wurde solchem gemeinem beschlus der stende nachkommen, so haben sich etzliche unversehenlich abgesondert und, ane das diese der samptlichen beratschlagung der turckenhulf verhinderliche artickel jemals beratschlaget oder auch diese stende dartzu erfordert, sich understanden, ad partem von einer hulf wider den Turcken zu ratschlagen, die auch zu schliessen und daruber einen reichsabschied aufzurichten, darinn sie nicht allein vermeinen, unß und unsere verwanten stende zu deme, wes inen ad partem beliebet, zu verbinden, sondern auch das diejenigen, so irem vermeinten beschlus mit volge nicht gelebten, wie sie dann wol gewust, das wir und unsere verwanten stende auß obberurten verhinderungen dergestalt dartzu nicht kommen können, mit der acht und verlierung habender privilegien und anderm – wie in irem ubergebenen bedencken [*Nr. 94*], darauf der abschied gericht, zu befinden – zu drauen.

Dieweil es dann dermassen im Hl. Reich nicht herkommen, das etzliche von stenden den andern in grosser antzalh zu solchen hendeln hetten mugen furschreiben, was sie nach derselben willen und bedencken thun sollten oder musten, so ist es von unsers dieses teils wegen uber vorberurte, auch andere dergleichen mer beschwerden nechst zu Nurmberg dafur angesehen, das uns keinswegs thunlich sein wolt, in solche neuerung und den particulariter gemachten und beratschlagten abschied als in einen gemeinen reichsabschied zu bewilligen und dafur antzunemen. Dann hette man dem gemeinen beschlus nach die artickel fridens und rechtens erledigt, so were unser oder unser

mitverwanten halben an semplicher beratschlagung, auch leistung treglicher und muglicher hulf wider den Trucken kein mangel gewest.

So ist auch unvernamllich, das der mererteilh der reichsstende diesen abschied nicht angenomen, dan es haben je nicht allein wir sampt andern stenden der augspurgischen confession, sondern auch sonsten etzliche churfursten und fursten sampt allen reichsstedten darwider ire bedingung und protestation vorwenden lassen, derhalben solcher abschied fur keinen gemeinen reichsabschied oder fur verpintlich geacht mag werden. Sollten wir uns auch uber der andern beschehen contradiction und nichtbewilligung der ksl. declaration in solchen vermeinten abschied einlassen, darin die ksl. declaration ubergangen, so wurde es bei meniglich dafur geacht werden, das wir solcher contradiction statgeben und stilschweigend davon abgestanden weren.

Und obwolh die röm. kgl. Mt. in dieser beschehenen werbung antziehen hat lassen, das unsere, auch unserer mitverwanten stende beschwerung fridens und rechtens halben durch irer Mt. beschehene furschlege gnugsam erledigt sein solten, so werden sich doch ire röm. kgl. Mt. gnedigst zu erinnern wissen der ursachen, so unsere und der andern unserer mitverwanten rethe und gesanten irer Mt. zu Nurmberg angetzeigt, welcherhalben uns und unseren mitverwanten durch solche mittel nicht geholten. Dann obgleich darinnen des fridens etzlichermaß meldung beschicht, so wirdet doch dasselbige alles uff vorige abschiede angetzogen, dardurch dann die stende von beiden teiln nochmals in hiebevorn angetzogenen zweihelligen verstandt, wie hievorn stunden, und nichts weniger alle obberurte unbequemigkeiten erfolgen wurden.

Dergleichen auch die visitation und reformation des chammergerichts ane erwehnung der ksl. declaration gesetzt und die mißverstende, ob der in zeit der visitation vorfylen, uff fordere der röm. ksl. Mt. erclerung gestellt wurden. Dieweil aber in der ksl. regenspurgischen declaration albereit versehen, wie und welcher gestalt solche visitation und reformation des chammergerichts vorgenommen werden soll, so were es je ein uberfluß, dieselbigen artickel, sovil der in der ksl. regenspurgischen declaration albereit erortert, uff fordere erclerung zu stellen, zudem das uns auch nicht will gelegen sein, itzt erwente declaration in ichten zu begeben oder aber auch in zweivel oder andere ungewißheit fhuren zu lassen.

Und obwolh die kgl. Mt. bei diesem artickel des chammergerichts das wort „und handlung“ zu den abschieden gesetzt<sup>2</sup>, so können doch ire kgl. Mt. leichtlich ermessen, daß die andern stende solch gemein wort auf die ksl. declaration keinswegs wurden deuten lassen, sondern die hetten allewegen zu sagen, daß sie sich öffentlich erclert, die ksl. declaration nicht zu willigen oder aber auch in abschied kommen zu lassen, derwegen dann auch solche gemeine wort uber ire, der andern stende, öffentliche contradiction, der wir und

<sup>2</sup> Siehe diese Ergänzung in der Zusammenstellung der Artikel zu Friede und Recht für den RAb, 1543 April 18 (Nr. 179, Art. 2).

unsere mitverwanten gut wissen gehabt, auf die ksl. declaration nicht konnte verstanden werden. Und ist wolh zu erachten, do die andern stende die ksl. declaration halten wollten, daß inen je so wenig beschwerlich sein wurde, solchs mit claren worten im abschied außzutrucken lassen, alß daß hirzu zweifelhaftige wort solten gebraucht werden, die auf manicherlei verstandt zu deuten und nur weitleuftigern mißverstandt einfhurn.

Daraus dan meniglich wol hab abzunemen, das durch die letzern von der kgl. Mt. beschehene furschlege, so auch an in selbst geringerer wirkung sein dan irer röm. kgl. Mt. und der ksl. comissarien gegebene hauptantworten, welche stracks und außdrucklich auf die ksl. declaration gericht, wir und unsere mitverwanten fridens und rechtens notturtiglich nicht versichert, sondern daß darin vilh beschwerliche mengel befunden. Und das sich die kgl. Mt. zu erstattung dieser mengel zu nebenbriffen gnediglich thut er bieten, so kann ire kgl. Mt. selbst gnediglich wol bedencken, das uns unsers teils der andern stende halben damit nit geholfen.

Dann dieweil die andern stende zum tail der ksl. hievor gegebenen declaration, und do doch der regenspurgische reichsabschied seiner ksl. Mt. declaration zu thun nachgibt, dergleichen auch der kgl. Mt. zu Speir gegebenen caution nicht stadtgeben, dieselbigen auch im abschied nicht wissen wollen, so ist leichtlich zu erachten, was sie sich anderer forderer nebenversicherung halben anmassen wurden.

So ist auch am tag, obwol wir und unsere mitverwanten unß auf die ksl. declaration am chambergericht beholfen, das doch solchs bei den beisitzern desselbigen kein ansehen gehabt, derhalben wolh zu gedencken ist, das gemelt chambergericht kgl. Mt. gnediglich angebotenen nebenbriffen ebensowenig stadtgeben wurden.

Derhalben von rethen und potschaften unser cristlichen ainung die sachen nicht unpillich jungst zu Nurmberg dahin bewogen sein worden, daß den dingen nicht fruchtbarlich geholfen sey, es werde dann die ksl. declaration von allen stenden bewilliget und der zweihellige verstandt fridens und rechtens halben und das schedliche mißtrauen zwischen den stenden gantzlich hinweggenohmen und also frid und recht im Hl. Reich bestendiglich und volkornlich gepflantzt. Und do man also einheimisch befridet und auch gleichmessigs rechtens, ane welchs der fride nicht besteen kann, versichert, so ist unser aller gemuet von kgl. Mt. und ksl. Mt. comissarien daselbst zu Nurmberg gnugsam vermarckt worden, daß wir es alle alßdann an muglicher und treglicher hulf nicht mangeln wollen lassen.

Und wiewol wir ksl. und kgl. Mtt. in allen muglichen sachen underthenigst zu gehorsamen und zu wilfharen willig und geneigt sein, so haben doch kgl. Mt., auch ksl. Mt. comissarien zu Nurmberg wol vermarckt, das aller unser ainungsverwanten rethe und potschaften in den handlungen, vilberurten friden und gleichmessig recht belangend, allewegen und biß zum ende desselben reichstag bei ain gestanden und plieben. Zudeme haben uns auch unsere rethe,

die wir daselbst gehapt, itzt zu irer ankunfft einen abschied furgetragen, den gedachte rethe und potschaften under sich selbst und von wegen gemeiner ainung nach geendetem reichstag dieser und anderer mer notwendigen puncten halben gemacht [Nr. 418], daß wir sollen und wollen der daselbst wider den abschied gethanen protestation [Nr. 409] halben beieinander pleiben, dieweil es unser aller und der ainung hohe und unvermeidliche notturft erfordert, biß das ein bestendiger frid und gleichmessigs recht uffgericht wirdet. Derhalben können kgl. Mt. gnediglichen bedencken, daß unß nicht geburn will, von solchen unsern und unser mitverwanten einhelligen handlungen und beschlus uns zu sondern und ein anders gegen irer kgl. Mt. zu bewilligen, wie wir auch fur uns selbst in keinen weg fur thunlich noch ratsam erachten können, daß wir und unsere mitverwanten den ane gemeine beratschlagung und bewilligung vermeinten gemachten abschied angemem haben [= für genehm halten, annehmen] oder ratificirn sollten. Bitten auch undertheniglichen, ire kgl. Mt. wolle unß auß den treffenlichen ursachen, so gemelte rethe und potschaften zu Nurmberg irer kgl. Mt. und ksl. Mt. comissarien furgetragen, auch zuletzt in der protestation furgewant, darumb nit verdencken, sondern unsere mitverwanten und uns darinn gnediglichen entschuldigt haben, auch nichtsdesterweniger unser gnedigster herr sein, welchs wir auch umb ire kgl. Mt. in underthenigkeit zu verdienen gantz gehorsamlich und willig wollen befunden werden.

Und begern gnediglich, obgedachter von Konneritz wolle diese unsere antwort hinwider an die kgl. Mt. mit bestem glimpf bringen und underthenigst biten, das ire kgl. Mt. dieselbige im besten wolten vermercken und unser gnedigster herr sein.



# DEUTSCHE REICHSTAGSAKTEN

Jüngere Reihe XIV. Band

**HiKo**  
HISTORISCHE  
KOMMISSION  
BEI DER BAYERISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

# DEUTSCHE REICHSTAGSAKTEN

JÜNGERE REIHE  
VIERZEHNTER BAND

HERAUSGEGEBEN  
VON DER HISTORISCHEN KOMMISSION BEI DER  
BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
DURCH EIKE WOLGAST



# DEUTSCHE REICHSTAGSAKTEN

UNTER KAISER KARL V.

DER REICHSTAG ZU NÜRNBERG 1543

ZWEITER TEILBAND

BEARBEITET VON  
SILVIA SCHWEINZER-BURIAN

MIT VORARBEITEN VON  
FRIEDRICH EDELMAYER

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

ISBN: 978-3-11-064004-5

Library of Congress Control Number: 2021930505

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Satz: Historische Kommission, München

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

## VI. Konflikt des Hauses Habsburg mit Frankreich und Jülich

### VI.A Der Konflikt mit Kg. Franz I. von Frankreich

*Von Beginn der Regierung Ks. Karls V. an wurde der Konflikt zwischen Frankreich und dem Haus Habsburg des öfteren auf Reichstagen, d.h. vor dem Forum der Reichsstände ausgetragen, die von den rivalisierenden Herrschern zur Parteinahme aufgefordert wurden<sup>1</sup>. In Nürnberg bildete die Rede des ksl. Orators Nicolas de Granvelle im Reichsrat am 5. Febr. 1543 den Auftakt der propagandistischen Auseinandersetzung. Im Namen des Kaisers ersuchte Granvelle die Reichsstände um Unterstützung im Kampf gegen den Kg. von Frankreich und den Hg. von Jülich (Nr. 197). Die Rechtfertigung des französischen Monarchen gegen den habsburgischen Vorwurf der Kriegstreiberei ließ nicht lange auf sich warten. Da kein französischer Gesandter auf dem Reichstag anwesend war, überbrachte ein Schweizer Bote ein Schreiben Kg. Franz' I. (Nr. 198), das am 28. Febr. 1543 vor den Reichsständen verlesen wurde. Nicolas de Granvelle wurde von Kg. Ferdinand beauftragt, in einer Entgegnung vor den Reichsständen am 6. März 1543 die französische Argumentation zu entkräften. Dazu wurden unter anderem mehrere Aktenstücke verlesen, welche den Reichsständen die französischen Angriffspläne gegen Habsburg vor Augen führen sollten (Nr. 199, Beilagen 1-7). Das am Anfang des Reichstags vorgebrachte Hilfsersuchen Granvelles gegen Frankreich und Jülich beantworteten die oberen Reichsstände am 23. April 1543 dilatorisch und verwiesen auf die baldige Ankunft des Kaisers im Reich (Nr. 200). Von ihrer Antwort an Granvelle setzten die Kurfürsten und Fürsten die reichsstädtischen Gesandten mündlich in Kenntnis; diese baten um die versprochene schriftliche Übergabe des Aktenstücks, die ihnen jedoch verweigert wurde. Die Städte ihrerseits lehnten es ab, bei der Übergabe der Antwort an Granvelle anwesend zu sein (Nr. 201).*

---

<sup>1</sup> Zu den habsburgisch-französischen Auseinandersetzungen auf den Reichstagen unter Karl V.: siehe: A. LUTTENBERGER, *Karl V., Frankreich und der deutsche Reichstag*, S. 189–221; L. CARDAUNS, *Von Nizza bis Crépy, hier S. 299. Zur Suche des franz. Königs nach Verbündeten unter den Schmalkaldenern und anderen deutschen Reichsständen (vor allem Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve) und zu den Gesandten Kg. Franz' I. im Reich* siehe: J. D. PARISET, *Les relations entre la France et l'Allemagne*, S. 29–38; J. D. PARISET, *Ambassades françaises en Allemagne*, S. 27f. J. Y. MARIOTTTE, *François I<sup>er</sup> et la ligue de Smalkalde*, hier S. 223f., S. 232–235.

197 *Rede des ksl. Orators Nicolas de Granvelle im Reichsrat mit der Bitte um Unterstützung gegen Kg. Franz I. von Frankreich und Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve<sup>1</sup> – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Febr. 5)*

A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 186r–186br (Kop.).*

B *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 6, unfol. (Kop.).*

C *Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 9, unfol. (Kop.).*

D *Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A1 (= Kasten 6), unfol. (Kop. mit Erläuterungen v.d.Hd. Schürstabs)<sup>2</sup>; ÜS: Oratio d[omini] de Granvella, 5. Feb. facta Norenberck 1543.*

E *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Kop.); DV: H. Grandvella lateinischer furtrag wider den Franzosen und Hg. von Cleve, uf 5. Februarij anno 43 beschehen.*

*Lateinische Kurzfassung (v.d.Hd. Tetebens): Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 205r–206r.*

*Deutsche Kurzfassung (siehe unten nach dem lat. Text): Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Kop.).*

<sup>1</sup> *Der burgund. Gesandte Dr. Viglius van Zuychem berichtete Kgn. Maria am 6. Febr. 1543 über die Rede Granvelles vor den Reichsständen: [...] Et hier, le 5 iour de ce mois, Mons<sup>r</sup> de Grandvella a fait aussi sa proposition au nom de l'empereur. Et pource que icelle tendoit semblablement pour ayder et favoriser à la Mt<sup>é</sup> impériale contre le duc de Clèves, le docteur dud. duc [Dr. Johann Faltermeyer] supplia aux estatz de ne vouloir riens statuer devant que led. duc aye fait ses excuses. Mais de par les estatz fut demandé à Mons<sup>r</sup> de Grandvella copie de sa proposition et respondu que après ilz en vouloient délibérer. Nostre proposition en alleman [Nr. 202] se imprime et ne oyons encoires gueres des gens parler dud. affaire qu'ilz ne donnissent tort aud. duc. [...]. In: Wien HHStA, Belgien PA 36/4, fol. 4r–5v, hier fol. 4r (Ausf. v.d.Hd. Zuychems). Der Gesandte des Fürststabs Wolfgang von Kempten, Heinrich Burkhart von Pappenheim, schrieb in seinem Bericht vom 17. Febr. 1543 über die Rede Granvelles: [...] Und gleich balde in kurzen tagen hernach [1543 Febr. 5] hat der ksl. orrator, der H. von Granfellen, der keyn comissarien wille seyn, sunderlich begerdt, die reichsstende zuesamen zue berueffen, er habe sunderlichen bevellich an die stende alle von ksl. Mt. wegen furzuebringen. Das nun beschehen, und also die kgl. Mt. sambt den zwayen ksl. comissarien und die reichsstende versamelt, gemelter H. von Granfellen auch furgetreten und erstlich auch mit ainer kleynen ladeynischen rede und gleich darauf auch ain schriften dargebotten, die auch ladeynisch [Nr. 197] und mir eben sovyll als turckisch. Und als auch die schrift verlesen, begerten die stende derselben auch abschrift, welche ich durch mein schreyber auch laussen [!] abmallen, dan er als vyll ladeyn kan als ich. [...] In: Augsburg StA, Fürststift Kempten, Archiv Bände 972, fol. 156r–159v (Ausf. v.d.Hd. Heinrich Burkharts).*

<sup>2</sup> *Die Beobachtungen Hieronymus Schürstabs am Anfang und am Ende des Aktenstücks sind protokollartig und beziehen sich auf die Vorgänge in Nürnberg vor und nach der Rede Granvelles: Item im [!] 26. Januarij ist ksl. botschaft zu Norenberck einkommen unde im 5. Februarij hat der oberste commissarius, mit namen Nicolaus Pernotus, H. von Granvella, ksl. Mt. innerster oder heimlicher rath, viczeherent unde orator generall, disse oracion zu Norenberck auf dem rathausze gethan, anno ut supra. Am*

*Deutsche Übersetzungen*<sup>3</sup> (siehe unten nach der deutschen Kurzfassung): 1. Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 453r–458v. 2. Berlin GStAPK, XX. HA (Königsberg), Ostpr. Fol. 86, fol. 368r–371v. DV: Röm. ksl. Mt. orators, des H. Granvels anbringen an die reychsstende, auf ytzigem reychstagk zu Nurmbergk versamlet anno 1543. Teutzsch, wie es die von Nurmbergk verteutzschen haben lassen. 3. Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/6, fol. 163r–166r.

Serenissime rex, amplissimi sacri Romani imperii ordines.

Non necessarium esse videtur fusius explicare zelum et singularem caesareae M<sup>tis</sup> affectum in omni eius actione demonstratum apertissime ad<sup>a</sup> studiose agendum et promovendum ea, quae ad utilitatem rei publicae christianae pertinent utque ad unionem deducerentur et communem pacem et impensam operam summo cum labore et maximis cum sumptibus in infidelibus barbaris huic semper infestis terra marique propulsandis. Sed hoc solum dicam suam M<sup>tem</sup> incredibili cum laetitia anno superiore litteris regiae M<sup>tis</sup> vestrae et commissariorum illius in ultimis comitiis imperialibus Spire [1542] habitis intellexisse sanctissimum, christianissimum vereque Germanicum et omnino necessarium ordinum imperii in ea decretum, ut Turcae tam memorandis<sup>b</sup> illis copiis in recessu expressis resisteretur. Si autem ullo unquam tempore sua caesarea M<sup>tas</sup> expetivit (quod certe expetisse illam res ipsa semper ostendit) se ipsam suasque copias illi vere christianorum inimico opponere, duplicabatur tum illi profecto ad hanc rem animus firmamque spem conceperat huius expeditionis progressum nomini christiano cum Dei auxilio futurum gloriosum, fidei vestrae terminis amplificatis fugato hoste Germania a Turcae metu liberata. Ab ea significatione omne studium et curam ad apparatus convertit transfretationi et profectioni suae M<sup>tis</sup> accommodum, cum speraret pactas cum rege Gallo Nyciae inducias [1538 Juni 18] firmiores futuras ex hoc etiam decreto tam utili rei publicae christianae, quod ordines imperii omnibus christianis principibus, maxime vero regi Gallo, significaverant, cum et ille et eius ministri id quoque

<sup>a</sup> In CE: ac.

<sup>b</sup> Aus BCDE; in A: commemorandis.

*Ende des Aktenstücks bemerkte Schürstab zu dem in der Rede angesprochenen Konflikt zwischen dem Hg. von Jülich und Kgn. Maria:* Item folgende hauptleuthe szollen der Kgn. Marien zugutte knechte ins Nyderlandt annemen wyder den Hg. von Cleven unde Gellern etc.: Item H. von der Hanen 24 fenlein, item Hans von Sickingen 12 fenlein, item Conradt von Hattenstein 12 fenlein. Die szollen auf den 26. Februarij oder aufs lengeste im 30. Februarij [!] zu Wormbs gemusterth werden, doch an 3 orthern, darnach ins Nyderlandt geschicket werden. Im 9. Februarij hath man 8 wegen mit harnisch unde langen spissen von Norenbergk gegen Wormbs gefüret. [Es folgen Bemerkungen Schürstabs zum Beginn der Verhandlungen über Friede und Recht.] Actum Norenbergh, im 11. Februarij anno Domini 1543.

<sup>3</sup> Die drei deutschen Übersetzungen stimmen inhaltlich überein, weisen aber deutliche Unterschiede in der Formulierung auf.

promitterent verbis ac litteris ad ministros suae caesareae M<sup>tis</sup> datis, etiam eo tempore, quo eius arma et ducis Clevensis eius affinis et odio suae caesareae M<sup>tis</sup> confoederati usi hac dissimulatione illis, uti iudicabant, accommoda hostiliter Hispaniarum regna, provintiam Insubrium et a tribus lateribus ditiones inferiores Belgicae ingrediebantur cum ea crudelitate praeter belli leges, a qua etiam barbari abstinent, quae M<sup>ti</sup> vestrae a caesarea M<sup>te</sup> per eas litteras enunciata fuere, quas superioribus comitiis hic accepit [RTA JR Bd. XIII, Nr. 117–119]. Ea vero, quae in Belgica acta sunt, serenissima regina vidua Hungariae per suos, qui hic sunt, re vera explicuit [Nr. 202], quare in horum exacta enarratione non ero prolixior.

Cum autem mox superioribus comitiis absolutis vestra M<sup>tas</sup> et caesarei commissarii suae caesareae M<sup>ti</sup> significaverint indictionem horum comitorum et ordinum sacrosancti imperii nomine hortati sint, ut ipsa, si fieri id posset, interesset tractatura cum istis de Thurca repellenda, huc me destinavit, ut, quod non venerit, excusarem et explicarem, quae sit eius voluntas in expeditione contra Thurcas suscipienda.

Excusationem quod superiore anno neque ipsa venerit neque eas, quas cupivisset, copias miserit, et vestra M<sup>tas</sup> et imperii ordines agnoscere possunt, legitimum fuisse ea tot locis invasa, cum etiam passim nuntiaretur adventus classis Turcicae. Est enim omnibus cognitum suae M<sup>tis</sup> hostes in illius adventum maximam spem positam habuisse et, novit Dominus, intelligere hoc ipsum possunt et omnes, quam fuisset voluntati<sup>c</sup> suae M<sup>tis</sup> magis consentaneum hiis viribus et sumptibus, quibus invasores repulit, adversus Turcas uti et gravissime illam tulisse, quod eo potissimum tempore haec eius voluntas fuerit impedita, quo iunctis suis viribus cum imperii copiis praeclara de hostibus victoria reportari poterat, Turca propulsari<sup>d</sup> ab Hungariae regno<sup>d</sup> et ab eo periculo Germania liberari. Neque potuit sua M<sup>tas</sup> hiis comitiis interesse, quorum principio dies<sup>e</sup> 14. mensis Novembris dictus erat. Vix enim tum ab Hispania pulsi hostes erant, quod certo tum contigit conatibus eorum, ne quid peius dicam, infelicibus magno cum illorum damno dissipatis.

In resistendo autem Turcae aequae prompta atque olim est suae caesareae M<sup>tis</sup> voluntas et eo maior, quod videat Turcarum et illis adhaerentium odium atque ambitionem in eo tantum non esse constitutam, ut Hungariam et ea, quae in illis sunt finibus, occupent, sed ut inexplebili suae cupiditati Germaniam quoque subiiciant, potissimum membrum rei publicae christianae, quo superato alias provintias facile accessuras sperant. Eoque non obscure tot eorum conatus tendunt, quibus inter vos omnem discordiae materiam promoveant, quo sic non solum vestra auxilia impediunt, sed in mutuam vos incitantes perniciem vestris vos viribus conficiant. Omittuntur autem consulto et ex modestia pleraque,

<sup>c</sup> In C: voluntatis.

<sup>d-d</sup> Aus BDE; in A unklar: ac Hungari regno; in C unklar: ac pugnari a regno.

<sup>e</sup> Aus BCDE; in A: die.

quae ad huiusce illorum voluntatis comprobationem pertinent, quae tamen omnibus ordinibus imperii non solum ex coniectura, sed ad oculum cognita non dubitamus, maxime si expendere velint occultas tractationes illorum, ut quibusvis artibus dominia, loca et arces ad hanc eorum voluntatem accomodatas nulla facta possidentium differentia ultra citraque Alpes occuparent.

Itaque offert ad expeditionem contra Thurcas sua M<sup>tas</sup> personam et vitam propriam omnesque vires et mihi in mandatis dedit, ut hac de re vobiscum tractarem, modo ordines imperii suam M<sup>tem</sup> iuvare velint contra praedictum hostem et ducem Clevensem. Quod certe vobis persuadere debet ipsius caesaris erga rem publicam christianam et hanc inclitam Germaniam studium singularisque pietas et summa benevolentia continuis offitiis comprobata. Aliorum vero, qui bellum illi moverunt, omnia contraria et praeterea quod ab illis bellum non indictum, sed improbe dissimulatum tum notum est, cum se ad expeditionem turcicam pararet et in recessu Spirensi posse fiduciam ponere videbatur. Accedit ad hoc etiam, quod suae caesareae M<sup>tis</sup> hostes publice sint gloriati usos se subditis imperii in eius invasione, etsi id ordinum decreta vetuissent, dixeruntque non esse in eorum ordinum potestate, quoties illi vellent id impedire. Neque potuit dux Clevensis eam imperii prohibitionem ignorare aut infractionem et contemptum ulla ratione excusare.

Videte autem, quam magni fecerint ea, quae ab ordinibus imperii de expeditione contra Thurcas scripta fuere, quanta etiam cum iniuria ill<sup>mi</sup> ducis Sabaudiae, vasalli et principis imperii, ditiones a rege Gallo occupentur nulla etiam habita ratione litterarum aliarum ab ordinibus imperii ad hoc scriptarum aut coniunctionis sanguinis, idque praeter omnem rationem et cum summa iniquitate, quod multo ante intellexistis et ab imperio ea dominia subtracta esse et coronae Galliae addita, id secuti, quod de aliquot magni momenti provintiis fecere, idem et de aliis facturi, nisi caesareae M<sup>tis</sup> viribus haec illorum voluntas impediretur, quae potissima causa est odii in suam M<sup>tem</sup> concepti. Augerif praeterea debet ordinum contra Clevensem indignatio per ea, quae iussu serenissimae reginae viduae Hungariae adducta fuere [Nr. 202], quae, ut breviores simus, non repetemus. Contra utrumque vero et Gallum et Clevensem accendere<sup>g</sup> acceptum ex hac causa damnum, quod horum invasione impedita sua M<sup>tas</sup> non potuerit neque proficisci neque suas copias contra Thurcam ducere.

Debent etiam hoc pro sua prudentia ordines expendere, possitne sua M<sup>tas</sup> tot locis ab illis impedita expeditioni futurae interesse, si ea addantur, quae potuerunt intellexisse ex Constantinopoli nuntiari, sollicitari videlicet vehementissime Thurcam a caesareae M<sup>tis</sup> inimicis magnumque iam factum apparatus, ut proximo vere cum ingenti classe litorales suae M<sup>tis</sup> regiones invadantur. Neque ordinibus incognitum esse existimatur illorum occultis tractationibus passim, maxime vero in hac Germania, id agi, ut in Turcam expeditio impediatur. Quare

<sup>f</sup> *Aus BCDE; in A: augere.*

<sup>g</sup> *Kurzform für: accenderunt.*

cum primis danda est opera, ut contra illos decernatur et eorum petulantia comprimatur, non tantum, quod rei publicae christianae et suae M<sup>tis</sup> intersit, sed quod huic etiam Germaniae omnino sit necessarium.

Ceterumque petitur caesareae M<sup>tis</sup> nomine, ut supradicta in meliorem partem a vestra regia M<sup>te</sup> ceterisque ordinibus imperii accipiantur velintque exhibere reciprocam voluntatem et studium erga suam M<sup>tem</sup>, cum sibi ab ea polliceri possint vere sincerum piissimum et summe benevolum erga se animum.

*Deutsche Kurzfassung in: Augsburg, StadtA, Lit. 1543, unfol.*

[ÜS:] Des H. Grandvele furtrag, bei der kgl. Mt. und gemainen reichsstenden gethan, ist unvleissig abgeschrieben. Mag meins verstands nach dem rechten buchstaben hieraus nit verteutscht werden, aber der sumarisch ungefährlich inhalt volgt hernach:

Es sei nit not, lang zu erzeln, was eiffers und guts willens die ksl. Mt. zur wolfart der christenhait, auch ainikait und friede ze machen trag, dann sollichs zaigen irer Mt. mercklichen cossten, muhe und arbeit, wider die ungleubigen viel malen uffgewendt, an. In sonderhait hab sich ir Mt. uff dem reichstag zu Speyr [1542] mit grosser freude ercleret, das dem Turken mit solcher macht soltt widergestanden werden; sie wollt auch all ir macht selbs dahin gewendet haben und hat darumb zuvor mit dem Kg. von Franckrich einen fried [Nizza, 1538 Juni 18] beschlossen, damit der Turckh von den grenitzen teutscher land het mogen verjagt werden, sobald irer Mt. der windt uberzeschieffen wer recht gestanden. Aber der Kg. von Franckrich het den friden nit gehalten, sich mit dem Hg. von Cleve verpunden, ire spanische kunigreich und auch die Niderland mit heresmacht grausamlich wider kriegsrecht, des sich auch die ungläubigen enthalten, angriffen, dadurch ir Mt. ir macht in Ungern ze wenden verhindert und gedrungen, gedachtem Franzosen und Hg. von Cleve widerstand ze thun. Dhweil dann dieselben zwen sambt iren anhangern dem Turcken verwandt und verpunden, so konne dem Turcken nit ee widerstand geschehen, diese zweien, der Kg. von Frankrich und Hg. von Cleve, seien dann vorhin gedembt [= gebändigt], nit allain von gemainer christenhait nutz, sonder auch von teutscher nacion wegen, mit viel eingefurten den reichstend subtilen anzeigen, als wern sie zum tail auch schuldig daran etc. Das sollen gemaine stende alles zum besten vermercken.

*Deutsche Übersetzung in: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 453r–458v<sup>4</sup>.*

Durchleuchtiger konig und ir, des Hl. Röm. Reichs hochlobliche stende.

Es ist von unnothen, auf dismal alhie nach der leng antzutzeigen und zu ertzelen, wie hoch und von hertzen die röm. ksl. Mt. biß hieher allwege geneigt gewesen, alle sachen, so zu wolfart und guetem der gantzen christenheit gereichen muegen, zu

<sup>4</sup> Um den Vergleich der deutschen Übersetzung mit dem lateinischen Original zu erleichtern, wurden bei beiden Texten die Absätze an denselben Stellen gemacht. Dr. Augustin Megersheimer, der Gesandte Mgf. Georgs von Brandenburg, bemerkte gegenüber seinem Herrn zur vorliegenden Übersetzung der Rede Granvelles ins Deutsche, Nürnberg, 1543 am Mitwuch nach Invocavit (Febr. 14): [...] Ferner, gnediger herr, so schicke euer fstl. Gn. ich des H. Granveln übergebene lateinische oration, so die von Nurnberg in das deutsch bringen haben lassen, ob eur fstl. Gn. dieselbig lieber in deutsch denn in latein anhören wollen. [...] In: Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 136r–139v, hier fol. 136r (Ausf. v.d.Hd. Megersheimers).



betrachten, zu furdern und handhaben, auch was grossen vleiß, muhe und arbeit, nicht one merglichen, trefflichen uncosten, ire Mt. biß anher dem Turcken, so diese lande furnemlich angreift, zu wasser und land zu widerstehen und frieden, ruhe und ainikeit in der christenheit zu pflantzen und zu erhalten, gehapt und angewanth. Allein will ich das melden, mit was grossen freuden und frölichen gemuet ire Mt. vernohmen und angehört, das von euer kgl. Mt., derselben commissarien und gemeinen reichstenden auf dem letztgehaltenen reichstage zu Speier [1542] ein so stadliche, christliche und zum hochsten nothwendige expedition wieder gemelten Turcken beschlossen und abgefertigt ist worden. Und so ire ksl. Mt. jemals von hertzen begert und willens gewesen (wie dann solchs die hendel und erfahrung an ir selbst von irer Mt. gnugsam außweisen und besagen), sich mit irer Mt. eigenem leibe und kriegsvolgk diesem der christenheit warhaftigem, gröstem feinde zu widerstandt zu begeben, so seind ire ksl. Mt. des in dieser gehapten expedition zum hochsten und mehr dann sonsten begirig und geneigt gewesen. Und hetten ire Mt. gantzlich gehoft und weren der zuversicht gewesen, es solte wieder solchen feindt mit einer so stadlichen antzahl kriegsvolgk und gueter rustung etwas tapfers außgericht, dem feindt mit Gottes hulf abgebrochen und gantz Deutzschlandt dieser grossen furcht und drauendem ubel entledigt und also der christliche glaub weiter außgebreitet worden sein, wie dann darauf und in solcher zuversicht ire Mt. sich entlich zu wasser zu begeben gerustet und je gantzlich gefast gemacht, sonderlich dieweil ire Mt. der untzweifelichen hofnung gewesen, man wurde den anstand, mit dem Kg. von Franckreich zu Nicea aufgericht, auch furnemlich umb dieses hochnotwendigen der gantzen christenheit furhabenden wergks willen besser gehalten und dem nicht so bald zuwieder gehandelt haben, zufferst dieweil es die stende des Hl. Reichs gedachtem Kg. von Franckreich vermeldet und zu erkennen geben, er auch selbst und seine diener solchs beyde mundlich und durch schrift, so sie an die ksl. Mt. und derselben diener gethan, verheissen und zugesagt. Welcher gestalt aber gedachter konig mit dem Hg. von Cleve auß haß und wiederwertigem gemuet gegen der ksl. Mt. ein verbundnis aufgericht und under einem frembden schein, als man gelegene zeit ersehen, die hispanischen reich, das hertzogthumb Meilandt und die niderlendischen lender auf dreien seiten gantz feindlich und mit gewaltsamer handt angegriffen, wieder alle kriegsrecht (welchs auch die Turcken nicht dergleichen theten) ubertzogen und angegriffen, das haben ire ksl. Mt. euer kgl. Mt. auf nechstgehaltenem reichstage alhie durch irer Mt. schreiben [RTA JR Bd. XIII, Nr. 117-119] zu erkennen gegeben. Das sich aber in den nider- und burgundischen landen begeben und zugetragen, das hat die durchlauchtige Kgn. von Hungarn widbe [= Witwe] durch die iren alhie warhaftigk und nach der leng furbringen und antzeigen lassen. Derhalb ich davon auf dismahl nicht lengere ertzehlung thuen will.

Und nachdem dann euer kgl. Mt. und die ksl. commissarien bald nach endung vorangetzeigts reichstags irer ksl. Mt. diesen angesetzten reichstag von wegen gemeiner reichstende zu erkennen geben und gepeten, so es immer mueglich, ire Mt. wolte denselbigen personlich besuchen und alda ferner handeln und rathschlagen helfen, wie man dem Turcken widerstandt thuen mochte, als haben ire ksl. Mt. mich anher abgefertigt, mit bevehl, ire Mt. der personlichen ankunft zu entschuldigen und daneben irer Mt. gemuet und meinung des widerstands halb wieder den Turcken furtzutragen und zu eröffnen:

Und erstlich, das ire ksl. Mt. des vergangenen jars sich eygener person in den zug wieder den Turcken nicht begeben, auch ir antzahl kriegsvolgk, wie sie gerne gewolth, nicht geschickt, des werden eure kgl. Mt. und gemeine reichsstende irer ksl. Mt.

ursachen für gnugsam, pillich und erbar erachten, dann es haben ire Mt. erstlich auß dem ver hinderung gehapt, das sie von so viel orten warde angegriffen. Zum andern, das auch die kundschaften lauteten, das der Turck mit einem sehr gewaltigen hauffen zu wasser ankehme. So ist menniglich wissend, das irer Mt. feinde auf solche des Turcken ankunft nicht wenig hofnung und trosts gesetzt und es, weiß Gott, wirdet auch ein jeder vernunftiger leichtlich abnehmen, das ire Mt. nichts liebers oder hohers gewundscht und begert, dan das sie die macht und den uncosten, damit sie ire selbst feinde hat zuruckschlahen und die iren schutzen müssen, wieder den Turcken het fuhren und brauchen sollen. Und ist irer Mt. zum hochsten wieder und beschwerlich gewesen, das dieser irer Mt. fursatz und anschlag gleich zu der zeit verhindert ist worden, da ire Mt. einen loblichen sieg wieder den feind, den Turcken, erlangen, inen auß Hungarn gantzlich verjagen und gantz Deutzschlandt davon ledigen hett können. So ist auch irer Mt. auf kegenwertigem reichstage, so den 14. Novembris erstlich angesetzt, zu erscheinen unmuglich gewesen, dann datzumahl waren die feinde allererst auß Hispania geschlagen, welchs inen dann mehrmals zuwieder iren ungluckseligen anschlegen nicht one iren grossen schaden und nachteil begegnet.

Was aber den widerstandt des Turcken anlangen thuet, in dem und dartzue seindt ire Mt. gleich des sinnes und gemuets nach, wie sie biß anher allwege gewesen, und sonderlich auß denen ursachen itzo mehr dann zuvor, das ire Mt. offentlich mercken und verstehen, das beide – der Turcken und derjenigen, so inen anhangen – hessigs gemuet und begirde nicht allein dahin gericht, das sie gantz Hungarn und die darumb liegende lender einnehmen und under sich bringen, sondern das sie inen auch gantz deutsche nation, welchs das furnembst gelied der christenheit ist, underthan machen und ire unersetzte begirde damit erfüllen. Und do inen dieser anschlag geriethe und für sich gienge, hoften sie darnach dest leichtlicher und mit weniger muhe zu den andern landen zu kohmen. Derhalb sie sich auch offentlich und unverborgnen solcher sachen understehen, dadurch sie allein uneinikeit und unruhe im Reich anrichten und nicht allein euere macht und stergk hindern, sondern euch auch zu euerem selbst schaden und bluetvergiessen verhetzen und also durch euere eigene macht schlagen und erlegen. Und das diesem also wie gesagt, bedarf nicht grosser oder starcker ausfuhung und beweisung, dann es offentlich am tage und allen stenden des Hl. Reichs augenscheinlich bewust. Wurde sich auch noch viel mehr befinden, so man alle ire heimliche practicken und listige anschlege, dadurch sie sich allerlei herschaften, stedt und schloß, so inen gelegen, ungeachtet, wem dieselbigen zustehen, eintzenehmen und an sich zu bringen understehen, beide hiedieset [= *diessets*] und jenset [= *jenseits*] des welschen gepirgs [= *Alpen*].

Und derwegen thuet ire ksl. Mt. sich hiemit zu widerstandt des Turcken mit irem selbst leib, leben und aller macht erpieten, und haben ire Mt. mir bevehl gegeben, mit euch hievon zu handeln, allein das die stende des Hl. Reichs irer Mt. wieder gemelten feindt und den von Cleve hulf und beistandt leisten, dartzue sie dann sonderlich irer ksl. Mt. grosse gnade und geneigter will, auch die heftige muhe, sorg und arbeit, so sie für gemeine christenheit und sonderlich dieß loblich Deutzschlandt tragen und auf sich liegen haben, dringen und bewegen soll. Dagegen irer Mt. wiederwertigen und die, so ire Mt. unverwart irer ehren ubertzogen und bekriegt, das kegenspiel von irer Mt. zu gewarten haben, dieweil sie ein solchs kegen irer Mt. eben zu der zeit, als sie in rustung und arbeit gestanden, wieder den Turcken zu tziehen und dem speirischen abschiedt vertraut, zudem das sich auch solche irer Mt. feinde offentlich berumbt und vernehmen haben lassen, das sie zu solchem irem angrif und uberfall auch des Reichs

underthanen gebraucht, unangesehen das solchs den reichsabschieden zuwieder und entkegen. Dartzue haben sie sich auch horen lassen, es stunde in mehrgedachter stende macht nicht, solchs, so oft sie wolten, zu hindern. Und ist solch des Reichs verpott dem von Cleve nicht verporgen oder unwissend gewesen, wirdet sich auch der erbrechung und ungehorsams desselbigen keinswegs entschuldigen noch entschutten können.

Nuhn sehe und bedencke man aber, wie hoch man dasjenige, so von den reichssten-den dieses widerstands halben in schriften außgangen, geachtet, auch wie gar wieder alle recht und pillikeit dem Hg. von Sabaudia, welcher ist ein furst und belehenter des Reichs, seine lender durch den Kg. von Franckreich eingenommen worden, ungeachtet aller schriften, so dieser sachen halb durch die reichsstende geschehen und ergangen, auch der bludverwanthnis, damit sie einander zugethan, wie ir dann sonder zweifel albereit berichtet sein werdet, das dieser lender viel dem Hl. Reich abgedrungen und der kron Franckreich zugewanth worden. Wie sie nuhn solchs mit etzlichen viel tapferen lendern furgenommen, also gedencken sie es kegen den andern auch zu versuchen, wo nicht solch ir furnehmen durch der ksl. Mt. macht gehindert und vorkohmen wirdet, welchs dann des gefasten wiederwillens und feindschaft kegen irer Mt. furnembste und wichtigste ursach ist. Uber das solle auch gemeine reichsstende wieder den von Cleve dasjenige bewegen, so die ungerische koniginwidbe itzo alhie furtragen und den stenden antzeigen hat lassen, welchs wir auf dismahl umb kurtz willen nicht wollen wiederholen. Und sonderlich soll inen wieder sie beide, den von Franckreich und den von Cleve, der trefliche schade, so inen hierauß entstanden, zu bewegung ursach geben, dann ire Mt. durch diesen angrif und ubertzuck verhindert worden, dem Turcken mit irer macht und widerstandt zu begegnen.

Und will nuhn den stenden wol und mit vleiß zu erwegen sein, ob auch irer Mt. mueglich, dieweil sie an so viel orten angegriffen werden, sich eigener person in kunftigen zug zu begeben, und sonderlich, weil die kundschaften auß Constantinopel lauten, das bei dem Turcken durch irer ksl. Mt. wiederigen heftigk zum krieg angehalten werde und das er, der Turck, albereit in grosser, mechtiger rustung sei, irer ksl. Mt. lender, am mehr gelegen, auf den kunftigen fruelingk zu ubertziehen. So wirdet es auch dafur gehalten, es sei gemeinen reichsstenden nicht unbewust, das alle practicken hin und wieder, sonderlich aber in deutzscher nation, dahin gerichtet seind, wie man diesen furhabenden widerstandt des Turcken hindern und wehren muege. Umb dieß [= *deshalb*] allen willen wirdet vonnothen sein zu schliessen, wes man wieder solche, davon gemeldet, furtzunehmen bedacht, uff das ir muthwill und durst beide, gemeiner christenheit zu wolfart und das es gantzer deutzschen nation hoch vonnothen, gedempft und gebrochen werde.

Und wirdet also hiemit von wegen ksl. Mt. gepeten und begert, eure kgl. Mt. und ir andern stende wollet diß alles, davon geredt und vermeldet worden, zum pesten gemeint vermercken und wiederum gegen irer Mt., dieweil dieselbig aufrichtigk, treu und guthertzigk befunden, allen freundlichen, gehorsamen und underthenigsten willen beweisen und erzeigen.

198 *Rechtfertigungsschreiben Kg. Franz' I. von Frankreich an die Reichsstände*<sup>1</sup> – *Magnigeste*<sup>2</sup>, 1543 Jan. 9/verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 28

A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 187rv (Ausf. mit Siegel); Adr. und AV fol. 187v: Lectae in consilio statuum 28. et ultima Februarij anno 1543.

B Wien HHStA, RK RTA 9/Konv. 6, fol. 4r–6v (Kop.).

C Weimar HStA, EGA, Reg. E 148, fol. 379r–384v (Kop.); DV fol. 384v: Des Kg. von Frankreich furbringen, den stenden des Reichs zu Nurnberg uibergeben 1543.

D Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 32, unfol. (Kop.); AV: Lectum den 7. Marcij<sup>3</sup>.

E Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 162r–166r (Kop.); AS fol. 162r: Literarum regis Frantiae ad conventum Nornbergensem ac ad principes et status ibidem congregatos scriptarum et missarum exemplar.

*Lateinische Kurzfassung (v.d.Hd. Tetlebens):* Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 168r–169r.

*Franz. Übersetzung:* [J. BACON], *The life and times of Francis the first, king of France*, 2 Bde. (London 1829), 2. Bd., Appendix Nr. 10, S. 423–428; E. CHARRIERE, *Négociations de la France dans le Levant*, Bd. 1, S. 558–561.

<sup>1</sup> Zur Überbringung dieses Schreibens durch einen Schweizer Boten an den Mainzer Kanzler und zu den Umständen seiner Verlesung siehe die Protokolle Dr. Lambs zum 28. Febr. 1543 (RT-Protokoll Nr. 86a, fol. 271r, CA-Protokoll Nr. 86c, fol. 227v–228r). Der Passauer Gesandte Christoph Kirchbichler berichtete darüber im Postskriptum eines Schreibens an Bf. Wolfgang von Passau vom 2. März 1543: An gestern [gemeint ist nicht, wie hier fälschlich angegeben, der 1. März 1543, sondern der 28. Febr., Datum der Verlesung des franz. Rechtfertigungsschreibens] hat der maintzisch cantzler vor den stenden anzeigt, wie das ain bot mit briefen zu im khumen, anzeigend, das ime dieselben ain frantzoschischer currier, so ain schenckhl abgefallen, zuegestelt, dieselben in di maintzisch cantzley zu antworten, welhe brief er angnomen. Den poten beschiden umb bschaid auf etlich thag, der potth hette sich verloren. Derowegen welle er die brief, so noch uneroffenet, den stenden aufgelegt und zue beratschlagen gestelht haben, ob die zu eroffnen oder auch anzenemen oder nit. Ist beratschlagt, man solle die schreiben röm. kgl. Mt. und ksl. Mt. commissarien furhalten und bschaid's gewarten. Ist beschehn und auf kgl. Mt. etc. bfelh sind di schreiben vor den stenden eroffnet. Ist in summa ain khalte endschuldigung des Frantzoßen. Man ist itzo im abschreiben; will dieselb euern fstl. Gn. bald zuefertigen. [...] In: München HStA, Hochstift Passau, Blechkastenarchiv 4/31, unfol. (Ausf.). Ähnlich berichtete Dr. Christoph Welsing an Bf. Erasmus von Straßburg über die Übergabe des Schreibens durch einen Schweizer Boten an den Mainzer Kanzler, Nürnberg, 1543 März 15, in: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Welsingers).

<sup>2</sup> Der Ort ist vermutlich Ménigoute, im Poitou gelegen, denn laut Itinerar hielt sich Kg. Franz I. am 8. Jan. 1543 in Melle auf, einem kleinen Ort am franz. Jakobsweg, 60 km südwestlich von Poitiers.

<sup>3</sup> Das Datum bezieht sich wahrscheinlich auf die Verlesung des Schreibens in Amberg.

*Deutsche Übersetzungen*<sup>4</sup> (siehe unten nach dem lat. Text): 1. Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A1 (= Kasten 6) (Kop.), ebenso Straßburg AM, AA 503, fol. 149r–154v (zeitgen. Druck), AS fol. 149r: Abdruck einer verteutschten Copey des sendbriefs, so der Kg. zu Franckreich den ständen des Hl. Reichs auf disen yetzigen reichstag gen Nürnberg geschickt 1543. Praes. den 9. Januarij anno etc. 43<sup>5</sup> den reychsstenden zu Nurmberg. 2. Basel StA, *Fremde Staaten Deutschland B 2.1, fol. 65r–65,3v* (Kop.).

Franciscus Dei gratia Francorum rex etc.

Rev<sup>mis</sup>, reverendis, ill<sup>mis</sup>, illustribus, inclytis, generosis, nobilibus et egregiis principibus et electoribus principibus [...]<sup>6</sup>.

Persuasum sic semper habui, amplissimi ordines, ab imperatoris regisve persona omnino abhorrere contumeliosis inter se scriptis, vel privatim vel publice, conflictari. Itaque, si quando effrenata obtrectatorum procacitate coactus eorum calumniis late in me dissipatis respondi, ne mea existimatio in perpetua controversia versaretur, sic mihi tamen in ea re imperavi, ut id a me modice vel intra modum potius factum quidem videatur, nec mihi certe hoc parum curae fuit, ut rerum ipsarum eventus omnibus testatam atque perceptam meorum calumniatorum impudentiam potius relinqueret quam eo me vicio inquinari paterer, quod in eis semper reprehendendum duxi.

Quum igitur anno superiore proximo in id vos per legatum meum<sup>7</sup> incitarem, ut concordiae statusque vestri tranquillitati studeretur, id unice haud dubie cupiens Germaniam intestinis ac domesticis discordiis tumultibusque vacare sicque vestras comparatas constitutasque vires, ut in vos posthac Solymanus irrumpens nullam vobis calamitatem inferret, nullam in vestris agris vastitatem efficeret, porro autem calumniatores mei meam ad vos exhortationem ita impudenter interpretarentur, ut ab eo bello vos dehortarer, ex quo Solymani haud dubie calamitas dependeret, malui expectare, ut, quod luce ipsa nunc clarius cognoscitis, eventus vos doceret, illud meum consilium an fidele et vobis salutare fuerit, quam ad frigidam eiusmodi calumnias oratione respondere.

Atque ut breviter ob oculos vobis ponam ea, quae mihi nunc occurrunt maledicta potius quam crimina, quibus isti ineptissimis sermonibus meae Dignitati detrahere conati sunt, meministis, amplissimi ordines, iam pridem eos persuadere vobis voluisse, cum a me auxilium pro rei publicae christianae defensione contra Solymani incursiones peteretur, id me, quasi communia belli consilia

<sup>4</sup> Die beiden deutschen Übersetzungen stimmen inhaltlich überein, weisen aber deutliche Unterschiede in der Formulierung auf. Um den Vergleich der deutschen Übersetzung (hier aus Berlin GStAPK) mit dem lateinischen Original zu erleichtern, wurden die Absätze beider Texte aneinander angehängt.

<sup>5</sup> Datum der Präsentation des Schreibens in Nürnberg: 28. Febr. 1543; Ausstellungsdatum: 9. Jan. 1543.

<sup>6</sup> Anrede an alle Reichsstände.

<sup>7</sup> Franz. Kanzler François Olivier: seine Rede vor den Reichsständen in Speyer, 1542 Febr. 14, in RTA JR Bd. XII, Nr. 160.

cum eo ipso haberem, inhumaniter denegasse. At vero quae tum vobis tam honorifice, tam prolixè, tam benigne a me sine mora per literas ac nuncios oblata sunt, calumniatorum mendaciis omnem fidem derogant, etenim nihildum vobis e memoria effluxisse arbitror gravi illi et calamitoso bello me ipsum, si ita res postularet vosque id probaretis, interesse voluisse, triginta item ex vestratibus militum millia meo stipendio bellatura obtulisse. Ad haec literarum exemplaria vobis communicata, quibus Caroli<sup>a</sup> caesaris postulata et mea ad illum responsa cognosceretis. Quid? Eane me cum rege Turcarum consentire aut quicquam commune habere probant? Postea tamen saepe vobis inculcatum est cum eodem foedus me atque societatem inivisse, sed rerum exitus declaravit inducias tantum et belli intermissionem fuisse inter nos pactam, ex qua principum omnium christianorum, qui in eam vellet admitti, excludebatur nemo. Quae mea quidem cum Solymano pactio non parvas imperatori commoditates utilitatesque attulit, longe profecto maiores allatura, si ea uti <sup>b</sup>–vel novisset vel voluisset<sup>b</sup>.

Paulo post cum a rebus omnibus ad bellum gerendum necessariis paratissimus instructissimusque essem multaque me ad arma capessenda hortarentur, sed maxime legati mei Maravilliae<sup>8</sup> turpiter foedeque contra ius gentium interfecti ulciscendi animus, tum etiam meae hereditatis ab alienis occupatae iniuria, tunc suam imperator classem in Affricam comparavit<sup>c</sup>, cui expeditioni, ne quam moram attulisse viderer, omnem iniuriarum acceptarum dolorem ultionemque dissimulavi et eo usque distuli, dum ab expeditione Tunetana [1535]<sup>9</sup> rediisset. Verum tamen, dum interim armis quaedam repeto a quibusdam diu nimis occupata, in nullam prorsus, quae sub imperatoris ditioe esset, urbem<sup>10</sup>, in nullum quoque locum irruens, satis superque scitis quot locis, quo furore, quo impetu in regnum Galliae involavit. Nemo etiam vestrum est, qui sceleratum et nepharium illum in me prolemque meam conatum non audierit. Quod facinus licet vix natura tulit, ut oblivione <sup>d</sup>–tam diu<sup>d</sup> contererem, atamen quantum animi magnitudine efficere potui in eius oblivionem veni, cum a me Romanus

<sup>a</sup> In B: Carolis.

<sup>b–b</sup> In B: vel voluisset vel noluisse.

<sup>c</sup> In B: imperavit.

<sup>d–d</sup> In D: tandem.

<sup>8</sup> Während der franz. König Merville (= Maravillia) als seinen Gesandten bezeichnete, dessen Ermordung einen Kriegsgrund darstellte, ist in der Entgegnung der ksl. Kommissare (Nr. 199) von einem verbrecherischen Untertanen von Hg. Francesco II. Sforza von Mailand die Rede, auf dessen Befehl Maravillia enthauptet wurde.

<sup>9</sup> Feldzug Karls V. gegen Chaireddin Barbarossa und Eroberung von Tunis im Juli 1535. Siehe dazu: A. KOHLER, Karl V., S. 240–246; H. DUCHHARDT, Das Tunisunternehmen Karls V. 1535, S. 35–72.

<sup>10</sup> Mailand: Nach dem Tod von Hg. Francesco II. Sforza wurde die Mailänder Frage, an der sich der Kampf um die Vorherrschaft in Italien zwischen Habsburg und Valois entzündete, wieder akut. Siehe L. CARDAUNS, Von Nizza bis Crépy, hier S. 1–9.

pontifex contendisset, ut ad aliquam pacis conditionem descenderem unaque congrederemur inveterati<sup>e</sup> tot annos odii finem aliquando facturi.

Ex eo congressu induciae<sup>11</sup> tantum exierunt, pluribus hic non querar quam parum syncere, quam parum integre mihi illas imperator servaverit. Non hic etiam longiori oratione consecabor<sup>f</sup>, quanta bonitate (absit iactationis vel exprobrationis suspicio), quanta humanitate, liberalitate, fidei constantia, quantis in difficultatibus, quanta in ipsius necessitate imperatorem in meo regno excepi, ut per Galliam celeriter ad Gordunos<sup>12</sup>, de rebellione cogitantes, transcurrens mature rebus suis consuleret. Pro quo singulari officio atque<sup>g</sup> inaudita humanitate haec mihi ab eo gratia denique refertur, ut Caesar Fregosus, ex meis equitibus torquatis unus, et Antonius Rincon, legatus meus, ab eius praefectis in Mediolanensi principatu immaniter caesi atque trucidati sint et cum vita rebus omnibus, quas secum ferebant, scelerate spoliati<sup>13</sup>. Quam crudelitatem atque immunitatem ut perditum nepharii<sup>14</sup> sicarii obiecta aliqua mortuis criminatione tegant, vafre malitioseque toto orbe dissiparunt literas penes illos inventas esse, quibus Turcarum rex in christianorum fines a me evocaretur. Qui rumor quam vanus quamque nugatorius sit, ii certe quidem norunt, qui eum soli sparserunt, nempe crudeles meorum interfectores et toti cum dolis consuti tum sceleribus cooperti sicarii.

Huius iniuriae ultionem cum ab imperatore crebris literis postularem, ludibrio sic tandem ab eo habitus sum, ut, nisi maxime omnium principum qui sunt, qui fuerunt, qui erunt mollis, fracti abiectique animi et ad omnem contumeliam accipiendam proiecti videri plane vellem, tum iure, tum dignitatis existimationisque meae defendendae nomine ad eas iniurias ferro armisque ulciscendas adductus sim.

Quod meum consilium exequi cum deliberatum haberem et in eam rem diligenter incumberem, ecce vobis novam expeditionem contra Acnobarbi [= *Chaireddin Barbarossa*] regnum imperator adornat<sup>14</sup>, id quod in causa fuit, ut meas copias non solum in eius redditum, sed in longius etiam tempus mea

<sup>e</sup> *In B*: infoederati.

<sup>f</sup> *In B*: consecabar.

<sup>g</sup> *In A*: adque.

<sup>11</sup> *Waffenstillstand von Nizza zwischen Karl V. und Franz I., 1538 Juni 17/18.*

<sup>12</sup> *Städtische Vertreter Gents, die sich seit 1537 gegen die niederländische Regierung auflehnten und deren offene Revolte im Febr. 1540 von Karl V. niedergeschlagen wurde. Siehe A. KOHLER, Karl V., S. 275.*

<sup>13</sup> *Zur Ermordung des an die Hohe Pforte zurückkehrenden französischen Gesandten Antoine Rincon und seines Begleiters Cesare Fregoso auf dem Po am 3. Juli 1541 durch eine spanische Patrouille siehe: A. KOHLER, Karl V., S. 255–258 und L. CARDAUNS, Von Nizza bis Crépy, S. 124–142.*

<sup>14</sup> *Erfolgloses Unternehmen Karls V. im Herbst 1541 zur Eroberung Algiers, das unter der Herrschaft von Chaireddin Barbarossa, Oberbefehlshaber der osmanischen Flotte im*

sponte dimiserim, spem ingressus fore, ut via aliqua honesta hanc mihi iniuriam dependendam curaret. Ex ea spe opinioneque deiectus armis persequi statui, quod ab iniurioso nulla ratione potui extorquere. Id autem iuste necne ita a me factum sit, facile quivis vestrum diiudicare potest, nihil enim aequi a vobis alienum arbitror. Non vos humani sensus expertes, non iusto dolore, cum ab aliquo laedimini, vacuos esse puto, quare meum dolorem ex se quisque metiatur videatque, an, quae tam diu tuli quorumque ultionem tempore tam longo expectavi et petivi, vel momento ferre posset, praesertim si, quae mihi ad manum sunt, viribus abundaret.

Atqui (ut ad rem redeam) audite nunc, quid imperator, nepharia meorum caede atque trucidatione non contentus, in me de integro confinxerit et quam verisimili ratione in id suadendum sit. Nixus publica concionatorum<sup>h</sup> voce ubique praedicandum statuit Solimani copias meo rogatu quotannis contra christianos elici ac ea me ratione bellum in Italia ducere identidemque instaurare, ut, ne in Turcam vires suas animose convertat, mea eruptione<sup>i</sup> ego solus impediam. Quod si in posterum id sermonis disseminet, suas omnes in me propulsando vires detentas<sup>j</sup> atque eam ob rem nullas suppetias christianis contra Turcam ferre posse; et quid de illa manu dicet, quam praeter copias mihi obiectas contra ducem Juliacensem non ita pridem misit?

Insuper id a vobis diligenter considerari velim neminem alium certe Turcas in christianorum fines velut vulnere inflicto furibundos attraxisse quam solum imperatorem Carolum, qui vobis est tanti incendii, tantae flammae (ut ita dicam) follis, qui magis ostentatione et ludicris quibusdam comminationibus quam quibus necesse est viribus tam potentem principem saepe iam lacessivit vosque in hoc incendium necopinantes coniecit, quod non sua imperator, sed vestra potius ruina extincturum se sperat.

Ego vero an post tam longam diuturnamque patientiam, qua in differenda acceptarum iniuriarum ultione sum usus propter imperatoris expeditiones contra Turcarum regem (sic enim suas peculiare in iis bellis commoditates, cupiditatem gloriae et inexplebilem ambitionem piis titulis tegit), placatum me praebere et hostis insolentiae indulgere servireque debuerim, quemvis aequum et recti iudicii arbitrum sine controversia cedo. Etenim non sic factos vos novi, ut omnem in omnes iniuriam imperatori licere sine eius, qui ab eo caesus sit<sup>k</sup>, ultione velitis aut illi id concedatis, ut satis purgatus de re quavis videatur, dummodo in religionis christianae hostes exercitum conflare armareve se fingat.

<sup>h</sup> In B: concionatoria.

<sup>i</sup> Aus ABD; in C: excepcione; in E: exactione.

<sup>j</sup> In B: detineri.

<sup>k</sup> In B: est.

*Mittelmeer, stand. Siehe dazu ausführlich: G. TURBA, Über den Zug Karls V. gegen Algier, S. 27–108; A. KOHLER, Karl V., S. 258–260.*



Sed quoniam Deo Optimo Maximo id visum est, ut sibi partes assumeret Romanus pontifex pacis inter aequis conditionibus conciliandae et ad utrumque nostrum de eo negotio legatos nuper mitteret, nunc liquido sententiam iudiciumque feretis ex utriusque nostrum ad legatos pontificis responsione, uter pacem reique publicae christianae tranquillitatem suis commodis antiquiorem charioremque ducat atque uter propensius conditiones vel a vobis vel a Romano pontifice propositas sine querela sit sequuturus. Longe fusius atque uberius vos hoc loco, amplissimi ordines, de meo iure erudire certe possem, sed rem nude simpliciterque tantum exponere perstringereque libuit. Quae vero prudens et sciens reticeo, vestro melius iudicio aequitateque examinabit, quam oratione exprimi mea possint<sup>l</sup>. Tantum id ad extremum dicam atque confirmabo non ita me calumniatorum maledictis immutatum aut a vobis alienatum iri, ut non ea separatim pro vestro sacro imperio et pro rei publicae christianae propugnatione communiter suscipiam, quae<sup>m</sup> christianissimi nomen, quo prae ceteris principibus ornatus sum, et antiquissima numquamque<sup>n</sup> dissoluta regni Galliae cum sacro imperio coniunctio suo quodam iure meritoque postulat.

*Schlussformel.*

Ex oppido Magnigeste, die 9. Januarij 1542<sup>15</sup>.

*Deutsche Übersetzung: Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A1 (= Kasten 6).  
Grüßformel an die Reichsstände.*

Wir haben es allwegen dafür geacht, das sich keyßer und künig entsetzen sollten, einander mit schmach und ehrverletzenden schriften heymlich oder offentlich anzutasten. Derhalben, so wir etwan getrungen auf unser verleumbder ongezümpften frevel und schmahung uns zu vorantwurten, damit unser achtung, eer und glimpf nit fur und fur um der zugemessenen nachred wyllen, so von unsern widdersachern allenthalben uns zu vorkleinern außgepreyt warde, in vordacht blibe, ist es doch von uns allwegen dermassen beschehen, das wenig dan zuvil gethon und alwegen mehr dahin gesehen haben, das die sach an ir selbs menigklich kunt und offenbare wurde, dan das wir mit unsern schmahern vil scheltwort triben oder zanckten, dieweyl wir es selbs darfur hielten, das solch ir schelten und schmachreden an inen nit zu loben, sunder zu hassen sey. Darumb, als wir euch in nachstverschieenenem jar durch unser botschaft auf dem reichßtag zu Speier anzeigen und ermahnen lassen haben, das ir vor allen dingen die einigkeit und teutscher nation und euer selbs ruw bedengken wollten, ist unser meynung nit anders gwest, dan das ir und das gantz Teutschland aller span und zwitracht frei wurden und dermassen sich gefast und gerust machen, darmit, so hernach der Turck einfallen wurde, er euch kein schaden zufugen oder Teutschland vorhergen [= verheeren] mocht. Aber solch unser anzaigung und ermanung haben unser widersacher onvorschampt dahin gedeudet, als wollten wir euch von demselbigem krieg und herßzug darumb abweisen, dieweil derselb dem Turcken gewißlich zu abbruch, schaden und nachtheil reychen wurde. Alßo haben wir recht warten und das werck euch selb anzaigen lassen wollen

<sup>l</sup> *In B:* possit.

<sup>m</sup> *In B:* qui.

<sup>n</sup> *In B:* numquam.

<sup>15</sup> *In ABD Datierung gemäß dem mos Gallicanus (Jahresanfang ist Ostern) auf 1542.*

(wie irs dan ietzund leider nur zu vill erfahren und wissen), ob euch dieser unser getreuer rath nutz oder schad gewesen were, dan das wir zu disen nichtigen nachreden und unrechtem dargeben mit langer geschrift geantwurt hetten.

Und damit wir euch auch kurtzlich vur augen stellen, was sie uns hievor dergleichen erdichte nachreden zugemessen haben (so vil uns dan derselben ietzundt zufallen und wir eingedenck sein), damit sie onverschampt unser ehr und achtung zu vorkleinern understanden haben, mehr dan das sie uns ainiges lasters mith der warheit hetten beschuldigen kunden, so ist euch allen sunder zweifel noch ingedenck, wie hievor, als zu schirm der christenheit umb hilf wider den Turcken bei uns angesucht ward, sie euch bereden haben wollen, als ob wir deßselben turckischen kriegs mit theilhaftich weren und euch derhalben solch unser hilfe unbillich oder unmenschlich abgeschlagen hetten, so doch auß unserm ehrlichen, freuntlichen, reichlichem erbiethen, das wir euch damals mit aller gutte und der lenge nach schriftlich gethon und durch die unsern alsbald behendigen lassen haben, offenbar ist, das all ihr dargeben die unwarheit gewesen. Dan ir werdet frietlich unvorgessen haben, wie wir uns zu solchem schwerem krieg deßmals mit unser selbs person zu ziehen, so es der sachen notturft erforderte und ir es selbs fur gut achten wurden, dazu 30 000 euer teutscher knecht in unserer besoldung zu erhalten, angeboten haben, wie dan sollichs aus unsern brieffen und andwurd, so wir damals Ks. Carle auf sein begern gethon haben, auch erscheinet. Ob nu das anzeigung sein, das wir mit dem Turcken in solchem krieg angelegen oder mit im gemeinschaft haben, geben wir euch zu ermesen. Nun ist destweniger nit euch fur und fur eingebildet worden, als das wir mit dem Turcken ein bundtnus und freundschaft eingangen und gemacht hetten, aber der sachen außgang hat selbs mitbracht, das uns hierin unrecht beschehen und das wir allein ein anstandt mit ihm, dem Turcken, eingangen sein, in welchem anstandt ein ieder christlicher furst, der es begert hette, genummen und zugelassen worden were. Und derselbig anstand hat dannocht dem keiser in seynen geschäften eben vil nutz und guts gebracht, het ihm auch noch vill meh[r] bringen mogen, so er sich deßselben fuglich gebraucht hette.

Als wir aber nach solchem mit aller rustung zum krieg gefast waren und zum selben auch sondere grosse bewegnus und ursach hetten, furnemlich das unser bottschaft, Maravillen genant, jamerlich und schandtlich wider aller volcker gemein recht und billicheit ermordt worden was [= war], den wir billich rechen sollten, dazu das uns unser erblich gut unbillich entnommen und vorgehalten ward, eben derselben zeit hat sich der keiser zu dem zug in Affricam fur Thunis zu zihen gerust. Damit uns dan nit zugelegt wurde, wir wollten ihn am selbigen zug vorhindern, haben wir uns der zugefugten schmach an unserm obgemelten legaten und das wir die rechen wollten, nit angenommen, sunder so lang bey uns behalten und angestalt, bis das der keiser sollichen zug vor Thunis volbracht und wider anheimisch kumen ist. Aber nitdestweniger als wir nach solchem von andern, die das unser lange zeit ingehabt hetten, dasselbig wider zu bekommen understanden und doch nichtzig dem keyser zugehorig furnamen, auch in sein zugehorige land nit fielen, dannocht wißten ir, mit was grimmen und ungestimmigkeit er in unser kunigreich gefallen ist. So wurdt auch freylich euer keyner sein, der nit gehort hab, was schandtlichen und vorzweifelten drugs wyder uns und unsere kinder understanden worden sei, welchs laster, ob es der natur kaum muglich ist, zu gedulden. Jedoch, so vill wir von gemut immer mehe gemocht, haben wirs in vorgeß gestelt, da die bapstlich Hlt. von uns erfordert und begert, das wir etwas mittel des fridens annemen und eingiengen und den so langwirigen neid einmal auß sein und ein end haben liessen.

Und wie wir beide den ezumal deßhalb zusammenkommen sein, ist doch nit mehr dan ein anstandt gemacht worden. Wir wollen aber hie nit vil klagen, wie untreulich der keiser uns denselben anstandt gehalten. So wollen wir auch umb vordachtes willen, als ob wir uns damit sunder rhumen wollten, nit vil davon reden, mit was guttigkeit, freundtligkeit und standtheit [= *Standhaftigkeit*], treu und glaubens wir den keiser in sinen sundern beschwerden und anligen in unser kunigreich empfangen, als derselb da durchzogen, damit er zeitlich und furderlich seinen nutz gegen denen von Gent, die sich von ihm abzuwerfen understunden, schaffen und erlangen mocht. Umb diese nu onerhorte freundtligkeit und gutthat ist uns aber dieser danck bewisen, nemlich das Cesar Fregosius, ein ritter unsers ordens, und Anthoni Rincon, unser legat, von des keyserers verwätern in Meyland jamerlich umbgebracht und ermordt worden sein, auch inen mit dem leben alles, das sie bei ihnen gehabt, genommen, welche grimigkeit und onmenscheit, damit es die schandtlichen und vorzweifelten todtschluger und morder mit etwas schein beschoneten, haben sie listigkeith und unrecht wider die todten in die gantze welt außgen lassen, als ob sie bei denselben brief funden hetten, in wellichen wir den turckischen keyser, die christenheit anzugreifen, beruffen thatten, welches geschrey, wye gantz nichtig und onwar das sey, wissen die am besten, die es erdacht und außgebreitet haben, nemlich eben dieselben verzweifelten todtschluger, die alles betrugs und falschs voll sein und unsere diener lasterlich ermordet haben.

Als wir uns nu dieser iniurien und schmach oftermals gegen dem keyser beclaget und die thatter zu straffen schriftlich begert haben, hat er allein das gespot mit uns getriben, also das, wa wir nit haben wollen geachtet sein fur den aller weibischen und vorzagsten aller fursten, die da ietzt seind, die gewesen sein und auch die naher kumen, und dafur gehalten werden, das wir eins sollichen vorzagten und lasterhaftigen gemut weren, das wir ein iede unbilliche schmach leiden und dulden musten, so haben wir von rechts wegen, auch zu erhaltunge unsere ehr und achtung, die lasterliche sach mit dem schwerdt zu rechen furnehmen müssen.

Da wir nun solchen unsern anschlag zu volbringen furhetten und dessen bereydt im werck waren, sihe da name der keyser einen neuen zug wider des Barbarossa kunigreich gegen Algere fur, deßhalb wir solich unser kriegßrustung nit allein bis zu derselbigen seiner widerkunft, sunder eyn gutte zeit langer haben willigklich rugen lassen, der hoffnung, der keyser wurde uns durch andere wege und ehrliche mittel sollicher schmach ergetzen. Da wir aber gesehen, das alles diß unser hoffen vorgebenlich war, da haben wir angefangen die sache mit waffen und dem krieg außzufuren, dan wir es in keinen anderm weg von dem, der uns beleydiget hett, haben erhalten oder erheben mogen. Dasselbig, ob es von uns rechtmessig geschehen sei oder nit, das wurd euer iedtweder leichtlich urtheylen mogen, dan wir habens dafur, das billiche oder erbare ding bei euch nit ßo frembd seind, oder das ihr nit auch des ehrlichen gemutes sein wurden, so euch jemandts unbillicher und lesterlicher weiß etwas zuffugt, das ir euch nit auch zu widergeltung und rach sollten bewegen. Darumb euer ieder disen unsern billichen schmerzen oder bewegung sehen, ob er die ding, die wir so lange zeit gelitten und deren rach oder widergeltung wir so lange zeit gewartet und begert haben, einen einzigen augenblick het leiden und dulden mogen, furnemlich so er die macht, damit er es thun kundt, an der handt hett.

Aber (und damit wir wider zu der sach kumen) hort, was der keiser (der mit disem unsern schandtlichen mordt kein genugen gehabt) von neuem wider uns erdacht hat, daßselb auch mit unwarem ansehen einzubilden understanden: Nemlich hat er allenthalben offentlich außzusagen bestellet, als das auß unserm anstiften des Turcken

kriegßvolck jarlich wider die christen zu ziehen bewegt wird und das wir den krieg in Italia eben auß dieser ursach furnemen und so oft von neuem anrichten, damit er, der keyser, seine gantze macht nit wider den Turcken wenden kundt und das wir in daran allein myt unserm einfall vorhindern. So er nun furthin auch uff disem außgeben wollte beharren, das er alle seine macht uns zum widerstand hab müssen brauchen und derhalben der christenheit kein hilf wider den Turcken hab leisten kunden, was wyll er dan zu dem kriegßvolck sagen, das er ietzundt neben den hauffen, so er uns zu widerstandt gebraucht, dem Hg. von Cleve auf den halß gefurt und geschickt hat.

Und hiemit wolten wir, das ihr der sach ernstlich nachgedachten und warnemen, so wurden ihr gewißlich finden, das niemandts anders der christenheit den Turcken gleich einem wuttenden vorwundten in das land gebracht hat, das eben dieser Carle, der sollich groß feur angezundt und (also zu reden) gleich wie ein blaßbalck aufgeblasen hat, das er mit rumreichen und schimpflichen oder kindischen betrauungen [= *Drohungen*], dan mit eyner macht dazu gehorig, einen sollichen machtigen feindt zum krieg gereyzt hat und euch alle onversehenlich, und da ihrs freylich nicht gedachten, in diese brunst gesteckt, die er nit mit seinem, sunder euer aller nachtheyl und verderben außzuleschen verhofft.

Ob wyr nun umb des keyseris zug wyllen wider den Turcken (wie er dan die zu seinem glimpf furwendt, so er doch allein sein nutz und ehr darunder suchet und sein überschwencklichen eergeitz damit beschonen wyll) schuldig gewesen seien, nach so langer gedult, damit wir die rach der zugefugten lastersachen verzogen haben, sein, des keyseris, übermut fur und fur zu leiden und dulden und ihm also darinn zuzusehen, darüber wollen wir gern ein jeden eins erbarn und onparteyschen gemutz urtheylen lassen, denn ie so halten wir euch darfur, das ir selbs nit fur billich erkennen werden, das dem keiser gebure, jederman seins gefallen zu beleydigen und zu belestigen und das sich niemantz an ihme der zugefugten beleydigung und schaden solt erholen und rechen mogen, oder das der keyser aller seyner unbillichen thatten und sachen endtschuldiget sein sollte, so oft er furgibet, er ruste sich, wider den Turcken zu ziehen.

Aber wie dem allem, dieweyl der almechtig Gott es also gefugt hat, das die bapstlich Hlt. sich unernummen, den friden mit gleichmassigen mitteln zwischen uns beyden zu theydingen und deßhalben zu unser jedem iren legaten geschickt, so werden ihr auß den antwurten, so unser jeder demselbigen legaten geben, urtheylen und erkennen mogen, welcher under uns gemeyner christenheit frid und rhuw mehr dan sein eygennutz thu vor augen haben und achten und welcher geneygter sey, die mittel des fridens, sie werden gleich von der bapstlichen Hlt. oder euch selbs furgeschlagen, onbeschwarde anzunehmen. Und wir hetten, großmachtige stande des Hl. Reichs, die sachen weitlauftiger diß ortz darzuthun gewust, so haben wirs doch schlechtlich, einfaltig und aufs kurtzest begreiffen und darthun wollen. Das wir aber mit willen ubergangen haben, werden ir selbs woll bey euch besser zu betrachten wissen.

Allein wollen wir das zum letzten sagen und auch also beweisen, das uns die lesterer mit ihrem ubelreden nit endren oder bewegen sollen, das wir nit in sunderheit fur das Hl. Reich und gemaine christenheit die beschirmung und hilf gemeinlich mit euch also auf uns nemmen, wie es dem Allerchristlichsten, mit welchem namen wir dan fur ander fursten geziert sein, und der uralten hievor nie zertrenten des kunigreichs Franckreich mit dem Hl. Reich verwandtnus, zusthath [= *zusteht*] und von recht wegen erfordern oder gepuren thut.

Gott möge die Reichsstände schützen.

Geben zu Magnigeste, den 9. tag des Jenners des jar 1543.

199 *Entgegnung auf das Rechtfertigungsschreiben des Kg. von Frankreich (Nr. 198) durch Nicolas de Granvelle und die ksl. Kommissare im Reichsrat<sup>1</sup> – verlesen Nürnberg, 1543 März 6*

- A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 188r–191v (Kop.); DV fol. 191v: Commissariorum caesareae M<sup>tis</sup> confutatio ad literas regis Galliae. AV v.a.Hd. fol. 191v: Lectum in consilio imperiali die 6. mensis Martij.
- B Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 30, unfol. (Kop.); ÜS wie DV in A.
- C Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, Ostpr. Fol. 86, fol. 569r–572v (Kop.); AV fol. 572v: Commissariorum caesareae M<sup>tis</sup> confutacio ad literas regis Galliae sampt etlichen eingelegten copien, darauf sich die confutacio referiert. Exhibita 6. Martij anno 1543.
- D Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 196r–202r (Kop.)<sup>2</sup>; AS fol. 196r wie DV in A.  
Liste der Beilagen 1–7 am Ende des Aktenstücks.

<sup>1</sup> Die hessischen Räte übersckichten Lgf. Philipp in ihrem Schreiben vom 11. März 1543 die Rechtfertigungsschrift Kg. Franz' I. und die darauf erfolgte Erwiderung von habsburgischer Seite und bemerkten dazu: [...] also schicken wir die [Nr. 198] euern fstl. Gn. hiemit zu, daneben auch, was der H. Granvell fur einen bericht von wegen der ksl. Mt. dawider gethan [Nr. 199], darunter sonderlich ein schrift begriffen, welche von hie aus under dem nehern reichstage durch ein sondere person an Franckreich geschrieben [Nr. 199, Beilage 7], neben welcher schrift der H. von Granvell den stenden hat lassen anzeigen, das er die darumb lesen liesse, damit wir Theutschen sehen, was wir fur leuth unter unß hetten [...]. In: Marburg StA, PA 650, fol. 276r–278r, hier fol. 276v (Ausf.). Nicolas de Granvelle war auf ausdrücklichen Wunsch Kg. Ferdinands mit der Abfassung der Entgegnung an den Kg. von Frankreich betraut worden und sollte die Reichsstände von dessen kriegerischen Absichten überzeugen, wie er gegenüber Kgn. Maria in einem Schreiben vom 5. März 1543 feststellte: Et suyvant l'advis du roy des Romains y ay fait une responce [...]. Et certes, je me fusse volentiers départi de faire lad. responce, tant pour les autres continuelz affaires et empeschemens que j'ay que pour non mal escripre davantaige dud. roy de France, mais il a semblé aud. S<sup>t</sup> roy et autres commissaires de sa M<sup>té</sup> et aussi aucuns des estatz qu'il estoit nécessaire et encoires à propoz non seullement rebouter et confuter les craintes et malignité de lad. lettre, mais pour indigner lesd. estatz à l'encontre dud. roy de France et à ceste occasion leur monstren lesd. lettres de Polin [Nr. 199, Beilage 5] que j'ay par bon moyen retrouvées, comme j'ay nagueres escript à votred. M<sup>té</sup>, et aussi celles dud. roy de France aux Suysses [Nr. 199, Beilage 6]. In: Wien HHStA, Belgien PA 36/1, fol. 397r–404v, hier fol. 398r (Ausf.).

<sup>2</sup> In D ist in einer Vorbemerkung (fol. 197r) die Reaktion der Reichsstände bzw. Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare auf die Rechtfertigungsschrift Kg. Franz' I. (Nr. 198) beschrieben: Dieweil aber solch schreiben ksl. Mt. zu hoher verklainerung geraicht, ist solch schreiben nit abgeschriben, sunder nidergedrucket worden, aber nichtdesterweniger so hat der ksl. orator diese confutation übergeben.

Amplissimi sacri Romani imperii ordines.

In refellendis literis, quas rex Francia nono Januarij [Nr. 198] ad vos dedit, parum operae insumendum videtur, quae, si quis nimis suspectam rationem excutiat, secundum quam redditae fuere, et iudicium ex ea re faciat, quam contempti ab illo sint hi ordines, indignae profecto iudicari poterant, quae legerentur, hoc vero magis, si scripta in illis expendantur, et agnoscatur veritas toto illarum contextu palliata et fucata esse, quae vobis pro vestra summa prudentia et rerum usu atque peritia etiam nullo demonstrante satis cognita sunt. Etsi autem illae literae tota sua serie sunt conviciosae et plus pungant quam tolerari possit, tamen difficile est risum tenere ei, qui in ipso statim initio legit remotum esse a regis Francia consuetudine de quoquam maledicere aut scribere, perinde ac si huic Germaniae non esset multo ante excitata nausea libellis famosis illius et ministrorum eius, qui nunquam sibi temperant a maledictis et scribendis conviciis, quasi haec illis arma sint, quibus praecipue fidant. Ea tamen semper contempsit caesar, contempserunt et eius ministri ob cognititas toto orbe illorum actiones et quia illorum scriptis et occultis per Germaniam tractationibus apertius quotidie intelligitur conari eos circumvenire omnes et decipere. Id autem quibus cum fraudibus, pauci sunt, qui in hac Germania aut non viderint aut ipsi non sint experti.

Quorsum autem attinet ad ea respondere, quae de Merville<sup>3</sup> scribit<sup>a</sup>, subdito nativitate ducis Mediolani, qui cum privatus viveret, ut poenas lueret sceleratissimi admissi, ibi securi percussus est iubente foelicis memoriae Francisco Sforzia, qui tum liberalitate imperatoris ducatum possidebat? Neque hic explicanda est ratio, quae caesaream M<sup>tem</sup> moverit, ut post reditum ab expeditione Tunetana (quo in loco pilae bombardarum et ipsae bombardae liliis insignitae et arma Gallica magis impediabant expeditionem quam ulla alia vis hostium) provinciam Galliae intraret, cum noverint omnes, ut auxilia ferrentur duci<sup>b</sup> Sabaudiae, principi vasallo imperii, id factum esset, quem rex Francia propriis dominiis indignissime armis expulerat, quae ab eo hactenus detinentur et occupantur. Quis vero est, qui ratione et sano utatur iudicio, qui ullam verisimilitudinem agnoscat in eo, quod in literis scriptum est machinatum esse contra regem Francia et eius sanguinem<sup>c</sup> cum in hanc suspicionem nedum caesar, sed nec quisquam maiorum eius inciderit? Etsi historia de aliis regibus non tacuerit, huius profecto satis cognita est integritas, et quam semper ab

<sup>a</sup> In A steht an dieser Stelle ein Fragezeichen, das aus Gründen der Verständlichkeit an das Satzende verschoben wurde.

<sup>b</sup> In B: ducis.

<sup>c</sup> In A steht an dieser Stelle ein Fragezeichen, das aus Gründen der Verständlichkeit an das Satzende verschoben wurde.

<sup>3</sup> Merville (= Maravillia): er wird in der Rechtfertigungsschrift Kg. Franz' I. (Nr. 198) als französischer Gesandter bezeichnet, dessen völkerrechtswidrige Ermordung einen Kriegsgrund darstellte.

his nefandis artibus fuerit aliena, quibus ne contra eos quidem, qui a religione nostra alieni eius perpetui sunt hostes, id offerentibus permiserit. Praeterea quae posset esse tanta animi magnitudo aut, ut rectius dicatur, aversa ab humanitate patris natura, ut, si quid tale opinione concepisset, cupidissime tamen sponte ad hospicium invitari? Aut tanta vecordia cogitari, ut, qui conscientia eius rei premeretur, se illius manibus permetteret? Sed haec commenta ita sunt evulgata et ipsa veritas multo ante ita cognita, ut nihil scribendum ad hanc rem sit aliud nisi hoc ipso demonstrari, quanta sit in hoc petulantia et in maledicendo cupiditas. Sed plura de re tam nefanda ne dicantur.

Agnoscamus verum id esse quod scribit permisisse se caesarem potestati suae principio ad fossas Marianas, deinde in transitu per Franciam ex ea causa, quam caesarea M<sup>tas</sup> explicuit in illis literis [*Beilagen 1–4*], quibus pontifici ad bullam indictionis concilii, et aliis, quibus ad ea respondet, quae cardinalis Visensis<sup>4</sup>, legatus missus, ut ad pacem eum adhortaretur, secundum data ei mandata explicuerat quas, ne idem hic repetatur, non gravabuntur sacrosancti imperii ordines his coniunctas videre, ut agnoscant, in quem cadat ingratitude, et ut illi parti sit satisfactum, in qua de pace quoque scribitur. Et ex eadem causa praetermittetur peculiaris enarratio eorum, quae contra caesaream M<sup>tem</sup> tunc tentata fuere per regem Franciae, quum in expeditione Algerensi [*1541 Okt.*] erat occupata. Erit etiam ea responsione satisfactum illis, quae de Caesare Fregoso et Rincone et violatione induciarum Niciae [*1538 Juni 17/18*] pactarum renovatione belli scribit, si accedent ea, quae sacrosancti imperii ordines superioribus comitiis hic habitis [*RT Nürnberg 1542*] a serenissimo Romanorum rege intellexerunt et quae ill<sup>mus</sup> marchio Vasti Haymonis, vicegerens suae M<sup>tis</sup> apud Insubres<sup>5</sup>, verissima suis litteris ad ipsos ordines explicuit<sup>6</sup>.

Quod ad duces Clevensem attinet, cuius in illis literis meminit, abunde satisfaciunt ea, quae ser<sup>mae</sup> reginae viduae Hungariae commissarii exhibuerunt [*Nr. 202*], accedente etiam cognitione veritatis facti. Atque, utinam tam secundum leges et equitatem egisset cum duce Sabaudiae rex Franciae quam caesarea M<sup>tas</sup> cum Clevensem, non esset enim, cum nulla legitima haberetur causa, pulsus princeps imperii sua patria neque illae ditiones imperio cum summa indignitate, damno et contemptu subtractae et coronae Gallicae essent additae. Et noverunt omnes imperii ordines id quod toti orbi christiano est cognitum: Nunquam suam caesaream M<sup>tem</sup> cuiquam bellum movisse neque vi bellica usum ex privata sua causa neque contra Clevensem quoque nisi illatum

<sup>4</sup> Kard. Miguel da Silva, Bf. von Viseu in Nordportugal (1526–1547). Zu der im päpstlichen Auftrag erfolgten ergebnislosen Mission des Kard. da Silva bei Karl V. vom 28. Sept. bis zum 3. Okt. 1542 siehe: L. CARDAUNS, *Von Nizza bis Crépy*, S. 267–274.

<sup>5</sup> *Bewohner der Lombardei.*

<sup>6</sup> Die ksl. Kommissare beziehen sich hier auf die in Nürnberg vorgelegte Rechtfertigungsschrift des Marchese del Vasto an die Reichsstände, datum Mailand, 1542 Juni 11 verlesen Nürnberg, 1542 Aug. 3, in: *RTA JR Bd. XIII, Nr. 116, S. 636f.*

defendisse, cum legitimis et urgentibus causis ac cuius intolerabilibus impulsus fuisset. Huius autem caesaris in privatis suis causis patientiae testimonium ab ipso rege Franciae peti potest, qui scit se tot iam annis occupare ducatum Burgundiae, vetus patrimonium suae M<sup>tis</sup>, etiam si post fidem de restitutione datam illum liberum a sua potestate iusto bello captum et deinde filios, obsides pro patre et ad restitutionem ducatus datos, dimiserit, ut praetermittamus, ne maledicendi causam quesivisse illis videamur, violata tot foedera promissa et iurata. Caeterum ut ad id convertatur sermo, quod potissimum agere cupit, illis literis possunt ordines meminisse, quo sint artificio usi in oratione Spi-rensibus comitiis nuper habita eius oratores [*RTA JR Bd. XII, Nr. 160*], qui ordinibus non admonitis discessere, et scopum perorationis propositum fuisse, ut impedirent, ne contra Turcam exercitus scriberetur, et ut studia partium et discordias foverent et excitarent inter ordines, quum simularent se ad unionem adhortari, quod certe a suis hactenus semper factum est, dum utramque partem demulcent, ut foveant odium per diversos ex oppositis tamen rationibus. Longe vero convenientius esset id excusare, quod eo ipso tempore, quo haec ad vos per suos oratores agebantur, eius ministri, ad hoc Constantinopolim missi, vehementissime instabant, ut Turca in Hungariam exercitum duceret. Sed id nulla excusatione tegi potest, quia notissimum id est, quemadmodum sunt et aliae eius cum Turca tractationes, quae ordinibus sacri imperii sunt cognitae.

Ut autem intelligant iam clarius, quibus officiis rex Franciae tum utebatur in vocando Turca, non erit extra rem, ut exemplar, quod exhibetur, legatur literarum Paulini eius apud Turcam superiore anno oratoris earum quas scripsit ad alium oratorem Gallum, qui tum erat Venetiis [*Beilage 5*], et originales servantur a fida manu, exemplum vero originalium in linguam latinam ex gallica fideliter versum est. Istud pro compertissimo quoque habete Paulinum etiam nunc apud Turcam esse et quibus potest suasionibus instare, ut hoc quoque anno Turca in Hungariam veniat. Neque clam sunt haec Paulini postulata, sed sine ullo pudore publice fiunt.

Praeterea poterunt ordines videre exemplar literarum, quas rex Franciae ad Helvetios post comitia ultima hic habita scripsit [*Beilage 6*], et quid per illas agat [*Beilage 7*], et ex his intelligere poterunt aliis multis consimilibus officiis et illum et eius ministros esse usos, praeter ea quae sunt publica de evocatione Turcae in rem publicam christianam, non solum in Hungariam, sed etiam per mare Mediterraneum, quemadmodum ex propositione nomine suae M<sup>tis</sup> caesareae facta [*Nr. 197*] intellexistis, et quam contempserit recessum et deliberationem imperii in comitiis Spi-rensibus. Addit in suis litteris magnifica promissa, sed fructus considerandus est, quem hactenus ab illo recipit, et Germania, reliquum rei publicae christianae, quantumvis olim promiserit, atque utinam, quae iam graviora patitur ipsa res publica christiana, non ab illo promotae essent et bellis quae tam frequenter movit. Non excidit ordinibus, cum Turca anno 32 Viennam usque pervenisset, regem Franciae recusasse omnino auxilia et aperte respondisse se a periculo remotum, Germaniam vero satis esse potentem, ut sine



eius auxilii se a Turca tutaretur. Quare sola sua M<sup>tas</sup> caesarea cum ordinibus imperii expeditionem suscepit et ipsa profecta est cum praeclaro exercitu et maximo sumptu, quod a sua M<sup>te</sup> etiam postea praestabitur, quemadmodum nuper obtulit.

Hoc tantum addetur, ne prolixior sit scriptura, quo rex Galliae studiosius dat operam, ne decernantur contra Turcam auxilia, hoc necessarium magis esse eniti, ut praestentur, cumque vobis pacem et concordiam commendat, maxime illum laborare, ut discordes sitis, et impedire velle, ne sit ulla inter caesaream M<sup>tem</sup> et vos coniunctio, quod speret, si dissideant, oportunitissimum tum illi fore et confederato sibi Turcae Germaniam ut praedam partiri, de qua re postulante oratore Gallo inter eos consilia habita sunt. Quod existimantur sacrosancti imperii ordines consideraturi et concessuri, quae a commissariis suae M<sup>tis</sup> caesareae sunt petita, auxilia, scilicet contra Turcam, regem Franciae et Clevensem, qui et suae caesareae M<sup>tis</sup> et sacrosancti imperii perniciosi sunt et communes hostes.

*Beilagen: alle aus Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, verlesen Nürnberg, 1543 März 6.*

1. fol. 192r–197v (zeitgen. Druck): Bulle Papst Pauls III. zur Einberufung des Konzils nach Trient – datum Rom, 1542 Mai 22, publiziert 1542 Juni 29; gedr. bei: S. EHSES, *Concilium Tridentinum*, Bd. 4, Teil 1, Nr. 184, S. 226–231.

2. fol. 198r–203r (zeitgen. Druck): Antwort Karls V. auf die Konzilsbulle Papst Pauls III. – Monzón, 1542 Aug. 25; gedr. bei: S. EHSES, *Concilium Tridentinum*, Bd. 4, Teil 1, Nr. 194, S. 238–245.

3. fol. 204r–205v (zeitgen. Druck): Papst Paul III. an Ks. Karl V.: Beglaubigungsschreiben für den zur Friedensvermittlung an Karl V. entsandten päpstl. Legaten Kard. Miguel da Silva, Bf. von Viseu – Rom, 1542 Aug. 26; gedr. bei: K. LANZ, *Correspondenz des Kaisers Karl V.*, 2. Bd., Nr. 493.

4. fol. 206r–209v (zeitgen. Druck): Karl V. an Papst Paul III.: Rücksendung des päpstl. Legaten Kard. Miguel da Silva, Klagen über Kg. Franz I., Hoffnung auf Hilfe des Papstes, Friedensbereitschaft des Kaisers – Monzón, 1542 Okt. 18; gedr. bei: K. LANZ, *Correspondenz des Kaisers Karl V.*, 2. Bd., Nr. 502.

5. fol. 212r–213v (Kop., Übersetzung aus dem Französischen ins Lateinische): Polin, franz. Gesandter in Konstantinopel, an den franz. Gesandten in Venedig: Berichtet, dass er dem Sultan Informationen über den Stand der Vorbereitungen für den Türkenzug und die Truppenstärke des Reichsheeres verschafft habe und dass ein baldiger Aufbruch des türkischen Heeres unter persönlicher Führung des Sultans geplant sei – Konstantinopel, 1542 Aug. 6.

6. fol. 214r–215r (Kop.): Kg. Franz I. von Frankreich an die Eidgenossen: Mobilisierung der Eidgenossen gegen das Haus Habsburg, Werbung von Schweizer Söldnern für den franz. Kriegsdienst – o.O., o.D. (1542 Sept.); erwähnt in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 124, S. 667, Anm. 4.

7. fol. 215r (Kop.): Bericht eines Agenten Kg. Franz' I. an den franz. König über die Nürnberger RT-Beschlüsse: Abmahnung der Schweizer vom franz. Kriegsdienst, 1542 Aug. 27; teilw. gedr. in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 124, Anm. 4, S. 667.

**200** *Antwort der oberen Reichsstände auf die Rede des ksl. Orators Nicolas de Granvelle (Nr. 197) – Nürnberg, 1543 Lunae post Cantate (April 23)*

*A* München HStA, KBÄA 3159, fol. 488r–489v (Kop.); DV fol. 489v: Antwort ksl. Mt. oratori general gegeben, sofil den Kg. von Franckhreich belangt. Actum Norimbergae, Lunae post Cantate anno 43 [April 23].

*B* Salzburg LA, Geh. Archiv IV/4 1/3, fol. 35r–36v (Kop.); DV fol. 36v wie in A.

Der röm. ksl. Mt., unsers allergnedigsten herrn, oratorn general, deß H. von Granvela, werbung [Nr. 197] haben die kfl. rathe, fursten und stende deß Hl. Reichs und der abwesenden botschaften vernomen und darauß verstanden den allergnedigisten willen und vätterliche naigung, so ir ksl. Mt. gegen dem Hl. Reich teutscher nation tregt. Haben auch bißher in allen obligen und beschwerden deß Reichs teutscher nation nit anderst befunden, dan daß ir ksl. Mt. nichts hohers begert, gearbeit und sich bemuet haben, dan dieselb nation in friden und ainigkait zu erhalten und derselben wolfart zu furdern. Und sonderlich, daß ir ksl. Mt. in gemainer christenhait und teutscher nation hochsten obligen und betrang des Turckhen vorgehabt hat, deß vergangen jars aigner person sich zu der bewilligten beharrlichen expedition wider den Turckhen zu verfuegen und als der genadigist herr und vatter bei und mit sein wollen und nochmals deß allergenadigisten erbieten ist, irer Mt. person, leben und alles vermugen zu der teutschen nation zu setzen. Deß alles sagen ksl. Mt. gemaine stende zum allerunderthenigisten danckh, erkennen sich auch schuldig, solch vatterlichen und allergenadigisten willen und naigung umb ir ksl. Mt. in aller gehorsamer underthenigkait ires besten vermögen zu verdienen.

Daß aber ir ksl. Mt. an sölhem allem durch den Kg. von Franckreich und den Hg. von Cleve verhindert und was gegen irer Mt. und derselben niederländischen erblanden furgenommen sein solte, haben die kfl. rätthe, die fursten und der abwesenden botschaften und gemaine stende mit beschwärem gemuet gehort, truegen auch deß mit irer ksl. Mt. underthenigist, getreu mitleiden. Khöndten sich auch darneben auß des herrn orators anzaigen und dem gemainen offen gericht [= *gerücht*] wol erinndern, daß der Kg. von Franckrich nit allain irer ksl. Mt., sonder als ain pundßverwandter des Turckhen ain gemainer feind der gantzen christenhait und sonder teutscher nation sein wollte. Auch erschreckhenlich und hievor von dergleichen christenlichen potentaten unerhört were, daß der ainer die feind unsers hl. glaubens uber und wider die christenliche lender und nation bewegen sollen, zudem daß gedachter Kg. von Franckhreich der teutschen nation in nechstvergangner expedition nit allain ir bestes kriegsfolckh, so sy gegen dem Turckhen gebrauchen hett mugen, abgewendt und entzogen, sonder auch an irer ksl. Mt. ankunft in teutsche lande und also an irer Mt. hilf verhindert, auch alle des Reichs kriegsordnung, furnemen und rustung durch seinen diener, den Polin, dem Turckhen eröffnen lassen [Nr. 199, Beilage 5]. Also daß nit allain der ksl. Mt. person, sonder auch der teutschen

nation durch den Kg. von Franckreich unwiderbringlicher schad und nachtail hierin zuegefüegt werden.

Die stende des Hl. Reichs sambt und sonder als glider erckenten sich auch schuldig, die röm. ksl. Mt. als das haubt, rechten herren und röm. kayser in irer ksl. Mt. obligen und beschwerden nit zu verlassen. Dieweil aber ir ksl. Mt. auß guettem bericht wusste und der herr orator gegenwurtiglich sähe den beschwärlichen laast, darinn das Reich und teutsche nation jetzt stuende, darzue Kff., Ff. und andere stend gar nah alle zu disem reichstag allain ire rätthe und botschaften mit iren bevelhen abgefertigt haben, und dan auch ir ksl. Mt. gewißlich und der hochsten notdurft nach in das Reich teutscher nation täglich ankomen solle, so stellen die kfl. rätthe, fursten und der abwesenden botschaften und gemaine stende in kainen zweifel, ir genädigste, genedige Kff., Ff. und obern werden sich auch irer Mt. verrer ansuechen gegen irer ksl. Mt. in irer Mt. begern deß Kg. von Franckreichs halb in aller underthenigster gehorsam dermassen beweisen und erzaigen, darab die ksl. Mt. allergnädigst wolgefallen und benuegen haben solle und werde.

**201 *Mündlicher Austausch zwischen den Gesandten der oberen Reichsstände und der Reichsstädte betr. die Antwort auf die Rede Granvelles (Nr. 200) – Nürnberg, 1543 April 23***

*Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 139r–140v (Kop.); DV: Müntlich antragen der Kff., Ff. und stend verordenten bei der stett gesandten zu Nurmberg, wes man sich auf des ksl. orators begern und anpringen zu antwurten entschlossen etc.*

Auf Montag, den 23. Aprilis vormittag, seind der Kff., Ff. und stenden verordnet, nemlich Dr. Jonas, maintzischer cantzler, – – <sup>1</sup> pfaltzisch, Dr. Ribeiß saltzburgisch, Dr. Lienhart von Eck payerisch, Dr. – – <sup>2</sup> eistettisch, von wegen der prelaten bei den stedtgesanten in irem rath erschinen. Allda der meintzisch cantzler furgetragen: *Es folgt eine Zusammenfassung von Nr. 200.*

Soviel aber den Hg. von Cleve etc. belangt, so hetten di gesanten der stend ein mißfallen und beschwert, wo sich derselbig gegen irer Mt. anders, dan ein gehorsamen fursten und glid des Reichs gepurt, gehalten. Dieweil aber di stend in theglicher ubung stunden, dieselbig sach zwischen irer ksl. Mt. und gedachtem hertzen zu vergleichen und in der gute hinzulegen und sonderlich ine, den hertzen, dahin ze weisen, sich gegen irer Mt. undertheniglich zu erzeigen und ze halten alß einem gehorsamen furst gepurt, so wer ir, der stend gesandten, underthenigste bitt, ir Mt. wollte di milte, so sie bißher gegen vylen bewisen, gegen disem hertzen auch ertzeigen und mher ansehen die

<sup>1</sup> *Es ist nicht klar, um welchen Gesandten des Kf. von der Pfalz es sich handelt.*

<sup>2</sup> *Dr. Matthias Luchs, Kanzler und Gesandter des Bf. von Eichstätt.*

noth, so jetz allenthalben sonderlich des Thurcken halben verhanden, dan dises jungen fursten handlung, in ansehung, daß er noch viel nutz schaffen und dem Reich dinstlich sein mocht, zuversichtiglich, es wurde die sach durch disen weg gefurdert und zu ruhen gepracht. Sollichs wern di gesanten der stend umb ir Mt., zudem daß es auch sonst lobwirdig, in aller underthenigkhait zu verdinen urpittig etc. Dermassen weren di stend entschlossen, dem ksl. orator, wie oben gemelt, antwurt ze geben.

Hierauf haben der erbarn stett gesandte ein bedacht, sich zu underreden, gebetten und auf der stend verordneten entweichen sich einer antwurt verglichen, dieselbig auch durch 6 stettgesanten von beyden bencken den verordneten der stend antzeigen lassen, dergestalt daß di stettgesanten ir, der verordneten, mundtlich antzeig, waß dem ksl. orator auf sein ubergeben proposition fur antwurt zu geben, angehört. Und dieweil den stettgesanten von der stend wegen negst gesagt und angeboten worden, daß solliche antwurt in schriften verfaßt und alßdan inen abschrift derselben zugestellt werden sollt, so hetten sie bißher darauf gewartet und auch mitlerweil derhalben etwas ze rathschlagen und zu schliessen in ruhe gestanden. Dieweyls inen aber jetzundt widerumb allain mundtlich furgetragen und sie nit zweifelten, sie wer auch in schriften gestellt, so petten die stettgesanten nochmals, inen abschrift davon ze geben. So wollten sie sich darauf in iren instructionen ersehen, volgends auch sich ired weithern bedenckens vernemen lassen und darauf mit inen, soviel moglich, gern vergleichen.

Auf sollichs ist der stettgesanten verordneten alsbald durch der stend verordnete wider antzeig geschehen, daß sie nit weithern bevelch hetten, dan wie sie gehört. Und wer nit one, daß di antwurt schriftlich gestellt und dem ksl. orator also ubergeben werden sollt, sonst aber fur gut bedacht allerlei ursachen halben, daß mans nit abtzuschreiben oder auch den ansienden [= *Anwesenden*] geben und mithailen sollt. Sie, di verordneten, wollten aber der stettgesanthen begern der abschrift halben gern wider bei den stenden anpringen und sich weithers bescheids erholen.

Dagegen der stettgesanten verordnete wider angezeigt, daß sie auch khain weithern bevelch hetten, dan wie sie gehört, mit bitt, daß di stend der stettgesanten mit verordnung zum ubergeben auch verschonen wollten, wie dann auch volgends darauß bei den gemeinen stettgesanten fur gut bedacht, wo di stend jemand zum ubergeben von den stettgesanten zu verordnen begern wurden, daß sie dan dafur gebetten und niemand dartzu geordnet werden soll.

Actum ut supra.

## VI.B Der Konflikt mit Hg. Wilhelm von Jülich um Geldern

*Der Konflikt um den rechtmäßigen Besitz des Fürstentums Geldern zwischen Ks. Karl V. und Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve beschäftigte die Reichsstände, den König und die ksl. Kommissare vom Anfang bis zum Ende des Reichstags. Beide Parteien, die in Nürnberg einerseits durch die Gesandten Kgn. Marias und den ksl. Orator Nicolas de Granvelle, andererseits durch die Räte Hg. Wilhelms vertreten waren, wandten sich an die Öffentlichkeit des Reichstags, z. T. auch in Form von deutschen und lateinischen Flugschriften<sup>1</sup>. Bereits am Tag der Verlesung der kgl. Proposition, am 31. Jan. 1543, trugen die burgundischen Gesandten den Reichsständen die Anschuldigungen Kgn. Marias gegenüber dem Herzog vor und legten als Beweis für dessen krieglerische Absichten und sein Bündnis mit Frankreich die Kopien zweier abgefangener Briefe des französischen Beauftragten in Kleve, Sr de Serrant, ihrem Vortrag (Nr. 202) bei. Die Beilage von umfangreichen, durch historische Argumentation gekennzeichneten „Beweisen“ ist für alle zwischen Burgund und Jülich gewechselten Streitschriften charakteristisch. Da es sich bei diesen „Beweisen“, welche oft auch vor den Reichsständen verlesen wurden, meist um Wiederholungen und Akzentuierungen der gegenseitigen Vorwürfe handelt, wurde auf den Abdruck verzichtet, die Beilagen sind stattdessen meist am Ende des jeweiligen Aktenstücks z. T. in Form von Kurzregesten angeführt.*

*Mehr als einen Monat nach dem Vortrag der burgundischen Gesandten, am 2. März 1543, kamen die jülichschen Räte in Nürnberg an und teilten dem Herzog sofort brieflich mit, dass eine Rechtfertigung seiner Position angesichts der burgundischen Vorwürfe dringend nötig erscheine und von den Reichsständen erwartet werde. (Nr. 203). Am 12. März war die Rechtfertigung der jülichschen Räte mit Unterstützung der kursächsischen Gesandten fertig gestellt (Nr. 204); sie übergaben diese gemeinsam mit drei jülichschen Klagschriften über die burgundischen Überfälle und die Folgen des Krieges (Nr. 205) den Reichsständen. Am selben Tag verwahrten sich auch die Gesandten des Bf. von Münster gegen den burgundischen Vorwurf der Kooperation mit Frankreich (Nr. 206). Die jülichschen Räte berichteten ihrem Herrn ausführlich von diesen Vorgängen im Reichsrat (Nr. 207).*

*Am 17. März traten die Jülicher abermals mit einem mündlichen Bericht vor die Reichsstände, in welchem sie über das Scheitern der Friedensverhandlungen von Aachen bzw. Maastricht berichteten, welche parallel zum Reichstag unter Vermittlung der rheinischen Kurfürsten und des Lgf. von Hessen stattfanden (Nr. 208); dieses Scheitern legten sie ausschließlich der gegnerischen Seite zur Last. Sobald die Reichsstände vom Misserfolg der Friedensverhandlungen unterrichtet waren,*

---

<sup>1</sup> Zu den im Zusammenhang mit dem Geldernkonflikt am Nürnberger RT 1543 verbreiteten Druckschriften siehe das Flugschriftenverzeichnis bei G. E. BERS, *Die Allianz Frankreich-Kleve*, S. 385–391: Nr. 1–2, Nr. 4, Nr. 8–9, Nr. 11. Bei den in die Edition aufgenommenen Aktenstücken wird auf allfällige zeitgen. Drucke verwiesen. Siehe dazu auch: H. J. KÖHLER, *Flugschriften des späteren 16. Jahrhunderts*, und VD 16 = Verzeichnis der im deutschen Sprachbereich erschienenen Drucke des XVI. Jahrhunderts, Abt. I, Bd. 17.

*beschlossen sie, sich zur Wiederherstellung des inneren Friedens im Reich um Konfliktvermittlung zu bemühen. Die Augsburger Konfessionsverwandten, welche wegen der Priorität von Friede und Recht ihre Teilnahme an Beratungen mit den altgläubigen Reichsständen bisher verweigert hatten, erklärten ihre Bereitschaft, sich an Beratungen über einen Frieden in Jülich gemeinsam mit den anderen Ständen beteiligen zu wollen (Nr. 209).*

*Am 21. März kam es abermals zu einem ausführlichen Schriftwechsel zwischen den beiden gegnerischen Parteien im Reichsrat. Die Gesandten Kgn. Marias legten einen Gegenbericht zur jülichschen Rechtfertigung mit einer beiliegenden gedruckten „Confutatio“ vor (Nr. 210 samt Beilage 1), worauf die Jülicher am selben Tag replizierten (Nr. 211). Am 22. März ersuchten die Reichsstände Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare, danach auch Granvelle, sich gemeinsam mit ihnen um Vermittlung eines Friedens zu bemühen (Nr. 212). Diese Initiative war der Beginn der Verhandlungen zur Lösung des Geldernkonflikts, an welchen ein reichsständischer Ausschuss, Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare, der ksl. Orator Granvelle und die burgundischen und jülichschen Gesandten beteiligt waren. Die erste Stellungnahme Granvelles und der burgundischen Gesandten zur Initiative der Reichsstände erfolgte am 28. März (Nr. 214) und ließ keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen.*

*Die jülichschen Räte berichteten dem Herzog in mehreren Schreiben über die Verhandlungen in der Geldernfrage zwischen 22. März und 5. April (Nr. 213, Nr. 215–217), bei denen es u.a. um den Vorschlag der Sequestration Gelderns durch die Reichsstände ging. Dieser Vorschlag wurde von Hg. Wilhelm vehement abgelehnt und er erteilte seine Räten am 7. April weitere Instruktionen für die Geldernverhandlungen (Nr. 219). Auch Lgf. Philipp von Hessen machte in einem Schreiben an seine Räte Vorschläge zur Lösung des Geldernproblems (Nr. 218). Da die Verhandlungen wegen der fehlenden Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten ins Stocken geraten waren, wiesen die Reichsstände in einer am 7. April dem König und den ksl. Kommissaren übergebenen Denkschrift nochmals auf die Notwendigkeit eines Waffenstillstands zwischen Burgund und Jülich hin (Nr. 220). Mehrere kfl. Räte traten an Granvelle mit der Bitte um Unterstützung bei der Beilegung des Konflikts heran (Nr. 221). In ihrer Antwort auf diese Bitte beharrten Kg. Ferdinand, die ksl. Kommissare und Granvelle jedoch auf dem unverbrüchlichen Rechtsanspruch des Kaisers auf Geldern und forderten die Restitution des Fürstentums durch Hg. Wilhelm an den Kaiser (Nr. 222). Über den weiteren Verlauf der Geldernverhandlungen vom 9. bis zum 11. April berichteten die jülichschen Räte in zwei Schreiben an ihren Auftraggeber (Nr. 223–224).*

*Der Vorschlag des Geldernausschusses, das Fürstentum Geldern durch Karl V. als brabantisches Afterlehen an Hg. Wilhelm zu vergeben (Nr. 225), wurde von Granvelle und den burgundischen Gesandten ebenfalls abgelehnt (Nr. 226). Am 18. April kam es zur Verlesung eines Schreibens von Hg. Wilhelm an die Reichsstände, worin er sie mit Hinweis auf den Bruch des Landfriedens durch die Burgunder um ihre Unterstützung in dieser Auseinandersetzung ersuchte (Nr. 227). Am 20.*

*April unterbreitete der Geldernausschuss den jülichschen Räten neuerlich Vorschläge für eine Lösung des Konflikts (Nr. 228). Von 21. bis 23. April kam es dann zu weiteren Verhandlungen des Geldernausschusses über mögliche Konditionen für einen Waffenstillstand (Nr. 229), wobei vor allem strittig war, dass Hg. Wilhelm die von seinen Truppen eroberten Städte und Festungen bis zum Inkrafttreten eines endgültigen Friedens an Kgn. Maria übergeben sollte. Am 24. April, also einen Tag nach Ende des Reichstags, lag ein Vorschlag für einen Waffenstillstand vor (Nr. 230), worüber Granvelle dem Kaiser berichtete (Nr. 231). Es kam zu keiner Einigung der feindlichen Parteien über den Vorschlag und mehrere Vertreter des Geldernausschusses reisten aus Nürnberg ab. Der Ausschuss meldete dem Herzog am 26. April das Scheitern der Verhandlungen für einen Waffenstillstand (Nr. 232).*

*Zwei Berichten der jülichschen Räte vom 28. April (Nr. 233–234) ist zu entnehmen, wie es zwischen dem 26. und 28. April durch weitere Verhandlungen der in Nürnberg verbliebenen Ausschussvertreter mit Granvelle letztendlich doch zu einer Einigung über einen Waffenstillstand im Sinne Granvelles kam. Die jülichschen Räte akzeptierten die für die burgundische Seite günstigen Konditionen im Namen Hg. Wilhelms wider besseres Wissen und wider die herzoglichen Instruktionen, nicht zuletzt auf Grund der Überredungskünste der Ausschussmitglieder. Am 28. April 1543 wurde der Waffenstillstand zwischen Nicolas de Granvelle und den Räten Hg. Wilhelms abgeschlossen (Nr. 235). Er sollte ab 10. Mai 1543 in Kraft treten und ab der Ankunft des Kaisers im Reich, die man ehebaldigst erwartete, zwei Monate dauern. Die in Nürnberg verbliebenen Vertreter des Geldernausschusses baten den Herzog, dem von seinen Gesandten ausgehandelten Waffenstillstand zuzustimmen (Nr. 236). Den aus Nürnberg abgereisten Ausschussmitgliedern berichteten sie über den erfolgreichen Vertragsabschluss und wiesen auf die Notwendigkeit weiterer Friedensverhandlungen und eine entsprechende Werbung beim Kaiser hin (Nr. 237). Nicolas de Granvelle erstattete dem Kaiser Bericht über die Ereignisse zwischen dem Ende des Reichstags und dem Abschluss des Waffenstillstands (Nr. 238).*

*Am 1. Mai, also einige Tage nach Abschluss des Waffenstillstands, erging ein Schreiben Hg. Wilhelms an seine Räte in Nürnberg, in welchem er alle bisher zu seiner Kenntnis gelangten Vorschläge für einen Waffenstillstand ablehnte (Nr. 239); die Begründung für diese Ablehnung lieferten die Räte am Hof Hg. Wilhelms in einem Schreiben aus Roermond vom 3. Mai (Nr. 240). Am 8. Mai berichteten die jülichschen Räte, die bereits aus Nürnberg abgereist waren, Kgn. Maria vom Abschluss des Waffenstillstands, mussten aber gleichzeitig dessen Ablehnung durch Hg. Wilhelm eingestehen (Nr. 241). Kgn. Maria kritisierte in einem Schreiben vom 19. Mai an Bgm. und Rat von Straßburg die Ablehnung des Waffenstillstands durch Hg. Wilhelm aufs schärfste und ersuchte die Stadt um Unterstützung des Kaisers (Nr. 242). Eine militärische Eskalation des Konflikts rückte nach dem Scheitern der in Nürnberg geführten Friedensverhandlungen immer näher und gipfelte im Feldzug Karls V. gegen Hg. Wilhelm. Dieses militärische Kräftemessen im Aug. 1543 endete mit der Niederlage des Herzogs, der im Vertrag von Venlo (1543 Sept. 7) auf Geldern und Zutphen verzichten musste.*

202 *Vortrag der Gesandten Kgn. Marias<sup>1</sup> vor den Reichsständen<sup>2</sup> – verlesen Nürnberg, 1543 Jan. 31<sup>3</sup>*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 217r–263v (Kop.), fol. 275r–280v (Beilagen); AS u.d.Hd. Dr. Jonas' fol. 217r: Der Kgn. Mariae gesandten werbung wider den Hg. zue Cleve und Gülch. Lectum in consilio imperiali die ultima mensis Januarij anno 43. AS fol. 275r (betr. die Beilagen): Copey ettlicher schreyben durch Magdalen von Brye, anders Serrant gehaissen, daß Kg. von Frannckreich pottschaft bey dem Hg. von Cleve, an denselben könig und seinen admiral, wölche aus der frantzösischen sprach in das teutsch transferirt worden, darinn zu vermerckhen, das die understrichnen worth in den frantzösischen originalbriefen mit ciffern geschriben steen. Actum in consilio ultima Januarij anno etc. 43.*
- B *Weimar StA, EGA, Reg E 109, fol. 333r–370v (Kop. mit Beilagen); AS fol. 333r: Copei Kgn. Maria gesanten übergebene schrift wider den Frantzosen und Hg. von Gulch 1543.*

<sup>1</sup> *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen.*

<sup>2</sup> *Für die am Tag der Eröffnung des RT vorgetragene Werbung der burgund. Gesandten zeichnete Dr. Viglius van Zuychem verantwortlich, wie sich aus seinen Berichten an Kgn. Maria ergibt (Kap. XII.B). Der burgundische Vortrag wurde etwas später als zeitgen. Druckschrift sowohl in Deutsch als auch in Latein (Übersetzung aus dem Deutschen) verbreitet und ist in fast allen RTA-Überlieferungen erhalten; er stellt die Antwort Kgn. Marias auf die in Nürnberg 1542 gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen des Hg. von Jülich dar (RTA JR Bd. XIII, Nr. 122). Die burgund. Gesandten schickten die RT-Instruktion Kgn. Marias (Nr. 45) und die von Dr. Viglius konzipierte Verteidigungsschrift (Nr. 202) an Nicolas de Granvelle mit der Bitte um Stellungnahme. Dieser drückte in einem Schreiben an Kgn. Maria vom 16. Jan. 1543 aus Innsbruck seine Zufriedenheit mit beiden Aktenstücken aus: [...] Aussi, M<sup>me</sup>, ay-je receu jointement avec lesd. lettres ung paquet des commis de votre Mté estans à Nuremberg, auquel estoient la copie de l'instruction que votre Mté leur a fait donner touchant l'affaire de Clèves et ung escript fait conforme à icelle pour présenter aux estatz et faire imprimer après que je l'auroye veu, combien qu'il ne fut besoing, car à la vérité lesd. instructions sont très bonnes et très pertinentes au cas et led. escript semblablement. Et y ayant noté et adjousté aucuns pointcz, plus pour satisfaire à leur réquisition et tesmoingnage de mon devoir que pour ce qu'il emporte beaucoup, je leur ay renvoyé, afin que après l'avoir communiqué au roy qu'est ou sera plustôt par delà que moy, ilz le présentent et le facent imprimer. Et s'il est possible que ce soit avant ma venue pour lors, selon que l'on verra que led. escript aura esté prins que ne peult estre mieulx ainsi qu'il est couché venant du coustel de votred. Mté, adjouster par moy, comme envoyé de par l'empereur, ce que avec les advis dud. S<sup>r</sup> roy et commis susd. semblera pouvoir servir et estre expédient. Et je me pars pour continuer mon chemin à Nuremberg et y estre le plustôt que je pourray, combien que le catarre me fait tousiours la guerre. [...]. In: Wien HHStA, Belgien PA 35/4, fol. 279rv, hier fol. 279r (Ausf. mit Siegel).*

<sup>3</sup> *Die Audienz der Gesandten Kgn. Marias vor den Reichsständen erfolgte am Nachmittag des 31. Jan. 1543 und dauerte vier Stunden. Siehe dazu das Würzburger Protokoll zum 31. Jan. 1543 (Nr. 81, fol. 7v).*



- C *München HStA, KBÄA 3159, fol. 107r–140r (Kop. mit Beilagen).*
- D *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 372r–407r (zeitgen. Druck mit Beilagen); AS fol. 1372: Der Durchleuchtigsten, Hochgebornen Fürstin und Frawen, Frawen Maria zu Hungern und Behem, Königin etc. Wittib, der Röm. Kay. Maij. Stathalterin, und Regentin der Nidern Erblande, grundtlicher Bericht, so der Röm. Kö. Maij. Auch den Key. Commissarien, Chürfürsten, Fürsten und gemeinen Stenden, des heyligen Römischen Reychs (Belangend den Uberzug und einfal, durch Martin von Roßheym, und andere des Hertzogen von Cleve Diener, Amptleut und unterthanen, mit desselben Hertzogen vorwissen, fürschub und hilff, verschinen Sommer des 1542. Jars In der Röm. Key. Maij. Fürstenthumb Brabant, und andern Erblanden geübt) sambt rechtmessigen ursachen, der getrungenen not und gegenwehr, hochgedachter Königlicher Wirde. Wider denselben Hertzogen, durch ir Königliche Wirde gesandte, Am letzten tag Januarij, in yetz lauffendem Dreyundvierzigisten Jar, Auff dem Reychstag zu Nürnberg furgetragen worden 1543.*

*Teilw. Druck: W. CRECELIUS, Der Geldrische Erbfolgestreit, S. 93–105 (Beilage E).*

*Regest: L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden Bd. 1, Nr. 295, S. 201f.*

*Lat. Übersetzung: Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 408r–429v (zeitgen. Druck mit Beilagen), AS fol. 408r: Serenissimae Reginae Mariae Inferioris Germaniae Pro Caes. Maiestate Rectricis, ad Regem Rom. caeterosque sacri Rom. Imperii Principes Ordinesque contra Ducem Clivensem iustificatio, per ipsius Legatos pridie cal. Febr. Anno M.D.XXXXIII. Nurenbergae exposita, et ex Germanica lingua in Latinam conversa. M.D.XLIII.*

*Liste der Beilagen 1–2 am Ende des Aktenstücks.*

*Die jülichschcn Räte brachten auf dem vergangenen Reichstag eine Rechtfertigung Hg. Wilhelms vor betr. die ihm zur Last gelegte Beihilfe für Martin van Rossem bem Angriff auf die ksl. Niederlande (RTA JR Bd. XIII, Nr. 122). Wegen der verspäteten Ankunft der Gesandten Kgn. Marias in Nürnberg unterblieb damals eine burgundische Entgegnung.*

Dieweil aber seinthero der Allmechtig solliche hohe noth und bedrang zum thail gemilert, hat ir kgl. Wd. nit wöllen unterlassen, an die kgl. Mt. und gemeine reichsstende auf angetzogenne vermeinte ungegrünte entschuldigung iren stattlichen und warhaftigen gegenbericht und furter notthurft gelangen und daneben den grundt ergangner handlung antzeigen zu lassen. Daraus die kgl. Mt. und menniglich spüren und abnemen werden, das nit allein dess von Rosshem thetlich und fridbruchig übertziehen mit wissen und zusehen obgemelts hertzogen bescheen, sonder auch er zu disem frantzösischem geschwyndem und muthwilligem krieg nit die geringste<sup>a</sup> ursach und fürderung gegeben. Derhalben dann ir kgl. Wd. auß hoher und unvermeidlicher nodturft zu trost, schutz und ergetzung der ksl. Mt. belaydigten underthanen und damit dieselben dergleichen beschweerungen khunftiglich enthebt, ernstlichs einsehen zu thun und die erlitthne scheden auf ime und den seinen zu erholen und sich der hochverursachten gegenwehr zu gebrauchen, gedrongen worden.

<sup>a</sup> *Doppelte Verneinung: nit die geringste = nicht wenig, viel.*

*Kaiser Karl V. legte gegenüber dem französischen König stets ein friedfertiges Verhalten an den Tag, nicht zuletzt um ein gemeinsames Vorgehen der christlichen Herrscher gegen die Türken zu ermöglichen.*

*Auch mit Hg. Wilhelm von Jülich pflegte der Kaiser gut nachbarschaftliche Beziehungen, obwohl dieser ihn durch einnennung und vorhaltung derselben irer Mt. von Gott und recht zugehörigen landen Geldern und Zutphen schwer schädigte. Dem Herzog stehe in keiner Weise zu, sich gegen den Kaiser aufzulehnen, der nicht nur das Oberhaupt der deutschen Nation, sondern als Hg. von Brabant auch der Lehensherr des jülichischen Herzogs sei. Jedoch des allen unbetrachtet seind alle seine [= Hg. Wilhelms] gedanken dahin gestanden, sich wider ir Mt. und derselben land und unterthanen aufzuwerfen, neue verpüntnus zu machen und deß Kg. von Franckreich unruig und kriegssuchtig gemüeth widerumb aufzuwigeln. Der ksl. Aufforderung, den Reichstag in Regensburg 1541 zu besuchen, kam Hg. Wilhelm nicht nach. Stattdessen intensivierte er seine Beziehungen zum französischen Königshaus durch die Heirat mit Jeanne d'Albret, Tochter Kg. Heinrichs II. von Navarra. Er ermutigte Kg. Franz I. zum Angriff gegen die ksl. Niederlande und beherbergt an seinem Hof in der Person von Magdalen de Brie, gen. Serrant, einen ständigen Gesandten des Kg. von Frankreich. Serrant und Martin van Rossem plantten Anschläge gegen Antwerpen, Gent und andere niederländische Städte und rekrutierten Kriegsvolk in den Gebieten des Hg. von Jülich.*

Nhun hat aber die kgl. Wd. [= Kgn. Maria] sich damals eineß sollichen in kheinen weeg versehen noch besorgt gehabt, sonder dem jüngsten zu Regensburg beschlossnem reichsabschid [RTA JR Bd. XI, Nr. 941, §§ 68–69] nach gentzlich verhofft, es sollt sich hinfüran kheiner auß dem Hl. Reich wider die ksl. Mt. in kriegsdienst leychtlich bewegen oder gebrauchen lassen, vorab so auch zu Speyer desshalben weittere fürsehung beschehen und ernstlichen gebott und mandat im Hl. Reich ausgangen, das nyemandt hochs oder nidern stands dem Kg. von Franckreich zutziehen noch einiche hülf oder fürsusch thun sollen, und fürnemblich, das in tzeit fürgenommenen und weerenden türckentzugß khein krieg oder unrhue von einichem im Hl. Reich angerichtet werden sollte [RTA JR Bd. XII, Nr. 60]. Daruff ir kgl. Wd. sich gentzlichen versehen hette, es sollte sollichen ernstlichen und nothwendigen abschiden und mandatten gehorsamlich gelebt und dargegen von nyemanden ychtzit fürgenommen worden sein, welliches, so es also geschehen und oftgerurtem könnig der Teutschen beistandt abgeschnitten worden, were gewisslich dise krieg wol verbliben oder zum wenigsten der Kg. von Franckreich daran nicht vil zu gewinnen gehabt und die ksl. Mt. seinem unversehenlichen gewalt desto leichtlicher widertreiben hett khönnen.

Und hat auf solliche hoffnung die kgl. Wd. zu fürderung angefangener türckenhülf ungesaumbt ein antzal kriegsvolckhs wider den Türckhen zu schicken bestellen lassen und sich anheymbs keinner unfride besorgt, ehe und zuvor dann ir kgl. Wd. deß obgenannten frantzösischen ambasaten [= Serrant] brieff

sambt ainem schreiben von dem hertzen mit ciffren, an seinen oratorn in Franckreich, Dr. Herman Cruser, ausgangen, wölliche auf den grenitzen im lande Lutzelburg durch schickunge deß Allmechtigen befunden, zukommen. Dardurch dann also allererst ir kgl. Wd. deß khönigs und hertzen, auch irer beeder dienner erschreckenliche anschleg erfahren und vernommen und derhalben mit allem vleiß zu beschyrmung der landen irer verwaltung zu sehen und zu der gegenwehr zu greiffen verursacht und die bestellten kriegsleuth zu widerstandt sollicher geschwinden und gar sorglichen und uneerlichen practicken anheimbs behalten müssen und noch mehr dartzu antzunehmen genodtrant worden.

*Kgn. Maria beklagte sich schriftlich bei Hg. Wilhelm von Jülich über sein Vorgehen. Sie übermittelte der Mainzer Kanzlei während des Nürnberger Reichstags von 1542 ihren Schriftwechsel mit Hg. Wilhelm und Kf. Albrecht von Mainz, aus welchem die kriegerischen Absichten Frankreichs und Jülichs gegen die Niederlande erhellen (RTA JR Bd. XIII, Nr. 120a–b, 120f). Hg. Wilhelm setzte jedoch – wie aus seinem Schreiben an Kgn. Maria vom 9. Juli 1542 ersichtlich (RTA JR Bd. XIII, Nr. 120h) – seine Taktik des Leugnens fort, während der geldrische Marschall Martin van Rossem am 15. Juli 1542 mit einem Heer in die Niederlande einfiel und gegen Antwerpen und Löwen vordrang. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen von Seiten des Herzogs unternahm Martin van Rossem die Militäraktion gegen die Niederlande mit Wissen und Einverständnis Hg. Wilhelms, dem die Rüstungen zu Gunsten Frankreichs in seinen Gebieten nicht verborgen geblieben sein können. Zudem dieweil unsere gnedigiste frau gemelten hertzen vleißig ermant und die betrügliche anschlag zeitlich enddeckt, wie kan er dann mit wissen verantworten, das er in sein aygen gebieth solliche versamblung der knecht abzuschaffen underlassen?*

Zum andern, das der hertzen deß Franntzosen anschlege und fürhaben nit allein wol gewust, sonder auch mit höchstem vleiß gefürdert, erscheint darauß, das er erstlich ein gutte zeit vor disem überfallen und zum andern mal widerumb wenig tag vor deß von Rossheim antzug seine gesanten zu Lüttich gehabt, daselbst dem hochwirdigen fürsten und bischoff, auch ein erwürdig thumcapittel, von wegen deß H. von Lonngvall, franntzösischen hoffmeisters, ein stillsitzen und neutralitet angemuttet und sye von der nachbarlichen erbaynigung und puntnuß, darinnen sye mit der ksl. Mt. nidern erblannden vil jar hero gestanden, abzuwenden. Und durch solliche neutralitet dem Franntzosen, die pass daselbst zu erlangen, uffs höchst befleissigt. Und wiewol die von Lüttich sich daran anfencklich nit wöllen kheren, nochdann ist zum letzten sovil bey inen ausgericht, das sie sich in handlung eingelassen. *Solche Aktionen würden zeigen*, das er, hertzen, nit allein deß Franntzosenns fürhaben gewüst, sonder auch sollichs alles selbst gefürdert, gesterckt und dartzu rath, hülff und fürschieb gegeben und gethan hat.

*Hg. Wilhelm agiere unter dem Deckmantel der Türkenhilfe im Interesse des französischen Königs.* Und wo im die turckenhülff zu hertzen were gangen und

im ernst gewesen, hett er seine aigenne leuth zeitlicher dann geschehen und mit besserer ordnung wol wissen zu schicken. *In Dänemark warb Hg. Wilhelm einige Fähnlein Landsknechte für den Einfall in Brabant.*

*Einen weiteren Beweis für die Unterstützung des französischen Königs durch Hg. Wilhelm stellen die von habsburgischer Seite abgefangenen Briefe des französischen Gesandten am klevischen Hof, Magdalen de Brie, an Kg. Franz I. und an den französischen Admiral Chabot dar (Beilagen 1 und 2). Sie legen das hinterhältige Verhalten Hg. Wilhelms offen und sind den Reichsständen in Nürnberg vorzulesen. Kg. Ferdinand und die Reichsstände mögen bedenken, dass durch den klevischen Gesandten am französischen Hof, Dr. Hermann Cruser, die Beschlüsse der Reichsstände über die Türkenhilfe den mit den Türken verbündeten Franzosen bekanntgemacht wurden. Statt direkt in den Krieg gegen die Niederlande einzutreten, bevorzuge Hg. Wilhelm auf Wunsch des französischen Königs, die Türkenhilfe der Reichsstände zu hintertreiben.* So ist hochgedachter kgl. Wd. vleissig bith und begern, die kgl. Mt. und stend wöllen mehrgerügten hertzogen oder seine hiehero gesandten dartzu vermogen und halten, berurts schreybens gegenciffer und alphabeth furtzubringen, daraus sich ir kgl. Wd. gewisslichen versicht, das deß hertzogen verbundtnuß, anschleg und conspiracy wider die ksl. Mt. und derselben land, dem furgenommennem turckentzug und dem Hl. Reich zu grossem und hohem nachtheil, sich soll noch öffentlicher befinden. *Sollte der Herzog zu Unrecht beschuldigt werden*, so würdet er sich billich mit waygern mögen, diß höchsten argkhwonns, so aus gemelten ciffren und deß pottschafters schreyben gegen ime entstanden, sich zu erledigen und zu purgiren.

*Die den Reichsständen in Nürnberg 1542 vorgebrachte Rechtfertigung Hg. Wilhelms (RTA JR Bd. XIII, Nr. 122) entspreche überhaupt nicht der Wahrheit und verletze die Beschlüsse der Reichstage von Regensburg 1541 und Speyer 1542, die den Kriegsdienst für fremde Herrscher ausdrücklich untersagten und unter Strafe stellten.* Daraus dann, wie oben gemelt, fürnemblich geflossen ist, das der christenlich tzug wider den Türckhen kein bessern füngang erlangt, dieweil ir kgl. Wd., der Bf. von Lutlich und andere mehr deß Hl. Reichs glider ir hülf zu laisten und mit gemeinen stenden zu ziehen, auch die ksl. Mt., wie sye entlichs vorhabens und willens gewesen, sich aus iren könnigreichen widerumb in Teutschlandd verschinen sommers zu füegen und ir aigenne person, auch alle ir macht an den Türcken zu setzen, dardurch verhindert worden.

*Die Gesandten Kgn. Marias führen weitere Beweise für das unrechtmäßige Verhalten Hg. Wilhelms gegenüber Kaiser und Reich in den vergangenen Jahren an. Die Klagen der Mutter des Herzogs, der verwitweteten Hgn. Maria von Jülich-Kleve, über den Einfall burgundischer Truppen in ihre Witwenbesitzungen sind unvermeidliche Folgen der Kriegshandlungen, die sich der Herzog selbst zuzuschreiben habe. Durch sein kompromissloses Verhalten habe der Herzog die vom Kf. von Köln und dem Lgf. von Hessen vermittelten Verhandlungen für einen Waffenstillstand*

mit Kgn. Maria zum Scheitern gebracht<sup>4</sup>. Der Herzog machte sich, wie mehrfach ausgeführt, durch Unterstützung der französischen Angriffe des Landfriedensbruchs schuldig.

Derhalben dann durch gemeine stym deß volckhs, so alle über gemelten hertzen und die seinen als ursacher, helfer und mitthetter rach geschrien, ir kgl. Wd. bewegt und zu sollicher gegenwher und vergeltung genotdrangt worden. In welchem allem die hochgedachte kgl. Wd. nichts anders, dann daß ir kgl. Wd. grosslich fueg und recht gehabt und die hohe unvermeidliche nodturft erhaischen, gehandelt hat. Darumb ir ungetzweifelts vertrauen steet, das in disem fall keiner durch einiche verwantnuß oder bündtnuß (so villeicht gerürter hertzog hierin wolt antziehen) ime beistandt zu thun und sich der ksl. Mt. und kgl. Wd., alß derselben statthalterin, zu widersetzen solle bewegen lassen, sonder, alß ere- und rechtliebenden fürsten und herren gebürth, on einiche abwendung sich hierin unverweislich zu halten wissen, sonderlich in ansehung, das die gemeine veraynigung, so nach billichem theutschen gebrauch allein zu nachbarlicher beiwohnung und erlaubter defension in craft der naturlichen rechten aufgericht, in diser öffentlichen deß hertzen offension und verbrechung deß ksl. landtfridens kein stadt haben, noch yemants, ime in sollichem hülf und fürderung zu laisten vorab wider die ksl. Mt. (dero meniglich vor allem und höher verwandt ist) verpflichten khönne.

Derhalben die kgl. Wd. der tröstlichen zuversicht und hoffnung ist, das nit allein sich nyemandt hierinn gegen und wider die ksl. Mt. soll vergessen, sonder vilmehr ir kgl. Wd. in diser rechtmessigen, gedrangten noth und gegenwehr zu erholung und einbringung irer scheden und errettung der ksl. Mt. underthanen vor khünftigen dergleichen betruebungen genaigt, behülflich und fürderlich ertzaigen und hierinn auch bedencken, nit allein was für grosser nachtail gemeiner theutscher nation und dem Hl. Reich darauß entstanden, so obangetzogenne geschwinde practicken, zugerichte verrettereien und deß von Rossheim fürhaben iren furgang erlangt und die Niderlande, so allzeit ein schildt und vormauer der teutschen nation wider den unmessigen gewalt der Franntzosen gewesen, der ksl. Mt. entzogen und dermassen stumpflich [= plötz-lich, schimpflich] und geschwindigkeitlich erobert und Franckreich zugeaignet worden, sonder auch, das durch solliche hülf, die dem Kg. von Franckreich von ime, hertzen, bescheen und vergönnt, derselbig könnig am maisten zu disem neuen unfriden und krieg geraitzet, aus welchem dann der teutschen nation und dem Hl. Reich söllicher grosser nachtail der christlichen expedition (wie meniglich layder befunden) erstanden, daran vilgerürter Hg. von Cleve aus obertzelten ursachen allein schuldig befunden.

<sup>4</sup> Zu der vom Kf. von Köln und vom Lgf. von Hessen in Löwen erfolglos versuchten Friedensvermittlung zwischen Hg. Wilhelm und Kgn. Maria im Okt. 1542 siehe: P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 71–73.

Hierauf und dem allem nach ist der kgl. Wd. hochfleissig bith, es wollen die kgl. Mt. und gemeine stend deß Hl. Reichs obertzeltet onehrliche anschlag und daruff gevolgten feindtlichen übertzug sambt der untreglichen schmach, schaden und nachteil, durch den Hg. von Cleve ir kgl. Wd. und der ksl. Mt. erblanden über vorig gewaltsam entziehung deß furstenthumbs Geldern von neuem zugefüegt, zu hertzen fassen und daruff der ungegrunten seiner gesanten auf nechstem reichstag alhie bescheen entschuldigung auf disen gegenbericht keinen glauben oder zufall geben, auch dasjhenig, so ir kgl. Wd. gegen dickgenanntem Hg. von Cleve zu gegenweer fürgenommen, in kheiner andern gestalt, dann als hieoben mit warhait ertzelt, verstehen noch anderst sich einbilden lassen, und demnach sich desselbigen hertzogen wider die ksl. Mt. und ir kgl. Wd. (die dermassen wider ine verursacht und nottdrengt worden) mitnichten annehmen noch demselben einich beilag, hülff oder furschub thuen, sonder ime und seiner aygenen verschuldung solches alles zumessen. *Die Reichsstände sollen ein Exempel gegen alle Friedensbrecher statuieren und die gewaltsame Inbesitznahme ksl. Gebiete durch Hg. Wilhelm zurückweisen*<sup>5</sup>.

Beilagen<sup>6</sup>:

1. *Magdalen de Brie, Sr de Serrant*<sup>7</sup>, an Kg. Franz I.: Bericht über eine Einigung Kleves mit dem Bf. von Münster betr. dessen Neutralität im Konflikt : franz. Pension für den Bischof. Verzögerung der Ankunft des franz. Beauftragten Sr de Longueval<sup>8</sup>. Bemühungen des Marschalls Martin van Rossem um Anwerbung von Truppen gegen Habsburg, besonders von Landsknechten aus Dänemark; Konspiration in Gent. Dat. Düsseldorf, 1542 Mai 25.

2. *Magdalen de Brie, Sr de Serrant, an den franz. Admiral Chabot: Einstellung des Hg. von Kleve gegenüber Frankreich. Beurteilung des geldrischen Marschalls Martin van Rossem und des franz. Beauftragten Longueval. Datum Düsseldorf, 1542 Mai 26.*

<sup>5</sup> Kgn. Maria zeigte sich in einem Schreiben an ihre Gesandten vom 3. Febr. 1543 mit deren Vortrag sehr zufrieden: [...] Quant à la proposition que vous, Viglius, avez fait tant en latin que en alleman, nous l'avons trouvé très bien faicte et à propos et que en icelles avez fait très bon debvoir pour notre justification contre led. de Clèves, et puisque le Sr de Grantvelle la aussy trouvée bien ordonnée, nous sommes bien d'avis que la laissez imprimer selon les changemens que led. Sr de Grantvelle y a mis. [...]. In: *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 20r–21v (Ausf.)*.

<sup>6</sup> Es handelt sich um die von den burgundischen Gesandten in ihrem Vortrag erwähnten zwei franz. Schreiben, welche von den Agenten Kgn. Marias im Sommer 1542 abgefangen worden waren und die kriegerischen Pläne des franz. Königs verrieten. Diese Schreiben wurden in deutscher Fassung und in lateinischer Übersetzung im Anhang der gedruckten burgundischen Werbung beigefügt, um den Reichsständen die Mitwisserschaft des Herzogs zu beweisen. Die franz. Originalfassung der beiden Schreiben gedr. bei: G. BERS, *Die Allianz Frankreich-Kleve, Nr. 81 und Nr. 83, S. 218–224*.

<sup>7</sup> *Gesandter des Kg. von Frankreich am Hof des Hg. von Jülich in Düsseldorf.*

<sup>8</sup> *Militär. Beauftragter des Kg. von Frankreich in Kleve, der neben Martin van Rossem den Feldzug gegen Burgund im Sommer 1542 leitete.*

203 *Die jülichschen Räte an Hg. Wilhelm: Bericht über den Vortrag der Gesandten Kgn. Marias vor den Reichsständen (Nr. 202) und die von den Räten ausgearbeitete Rechtfertigung (Nr. 204) – Nürnberg, 1543 März 4*

Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 15r–16v, fol. 21v (Ausf.).

Regest: G. BELOW, *Landtagsakten von Jülich-Berg*, Bd. 1, Nr. 120, S. 451–455.

*Ankunft der jülichschen Räte in Nürnberg am 2. März 1543*<sup>1</sup>. Die Anschuldigungen Kgn. Marias von Ungarn gegenüber dem Hg. von Jülich (Nr. 202) wurden als Druckschrift verbreitet. Und sehen alle euer fstl. Gn. gonner fur nothwendig an, das dieselbig stadtlich und furderlich beantwort werde<sup>2</sup>. Und nachdem wir bei euer fstl. Gn. freunden im rath befunden, auch selbs ermessen mügen, das,

<sup>1</sup> *Nicolas de Granvelle berichtete an Kgn. Maria am 5. März 1543 über die Ankunft der jülichschen Gesandten in Nürnberg: Ilz sont icy arrivez, M<sup>me</sup>, sept ambassadeurs du duc de Clèves depuis quatre jours dont j'envoye les noms en ung billet cy encloz à votre M<sup>te</sup>. Et on peult bien dire comme des autres qu'ilz sont trop pour ambassadeurs et peu pour fere la guerre. L'on dit qu'ilz vueillent bailler ung escript de 150 feuilletz [...] mais quoy qu'ilz dient ny escripvent, je tiens que leur maistre aura peu ou point d'assistance de ceste Germanie et le délaisseront, les aucuns pour la raison et les autres pour crainte de la venue de l'empereur et généralement tous à faulte de povoir. [...]. In: *Wien HHStA, Belgien PA 36/1, fol. 397r–404v, hier fol. 400v (Ausf. z. T. chiff. und dechiff.)*.*

<sup>2</sup> *Dr. Johann Faltermeyer drängte in einem Bericht an Hg. Wilhelm von Jülich vom 23. Febr. 1543 auf eine rasche Stellungnahme seines Herrn auf den Vortrag der burgundischen Gesandten vom 31. Jan. (Nr. 202) und jenen Granvelles vom 5. Febr. (Nr. 197): [...] und gib darneben euern fstl. Gn. gantz undertheniglich zu erkennen, das Granvela neben den burgundischen gesandten sich zum hochsten bemuhen, nit allein euer fstl. Gn. die stend des Reichs widerwertig zu machen, sonder auch von inen hulf wider euer fstl. Gn. zu erlangen. Und wiewol ich bei den gesandten, so allhie sein, solichs zu verhindern mit allem fleis ad partem gehandelt und geneigten willen gegen euer fstl. Gn. bei dem meheren theil befunden, so besorg ich doch, dieweil die verantwortung von euern fstl. Gn. so langsam beschicht, es mochte solcher verzug manichen ein weiter bedencken machen und euer fstl. Gn. zu unglimpf raichen. Dann alle, so euer fstl. Gn. mit trauen meinen [= gut gesinnt sein, vertrauen], es sein protestierende oder nit, fragen nach der antwort euer fstl. Gn., mit dem anhang, das euer fstl. Gn. damit zu lang ausbleiben und derhalben selbs im liecht stee. Und ob sie gleich euern fstl. Gn. zu gutem hierin gern etwas handeln wollten, so khonne doch solichs vor bescheener verantwortung mit fuegen nit wol bescheen. Und wie ich von allen euer fstl. Gn. gonnern vernemen mag, wil euer fstl. Gn. gelimpf und guten willens bei den stenden des Reichs erhalten, so wurdt in allweg vonnoten sein, uf bescheen clagen grundtlich und furderlich zu antworten. Wo auch die brief, damit ich euern fstl. Gn. copei bemelter clagen zugeschickt, intercipiirt [= abgefangen] und euern fstl. Gn. nit zukhummern weren, verhofft ich, wo solichs gemeinen stenden angezeigt wurdt, es soll euer fstl. Gn. der langsamen verantwortung halben zu einer guten entschuldigung und den burgundischen zu schlechtem glimpf raichen. In: *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 12r–14v, hier fol. 13rv (Ausf.)*.*

ob wir gleich euer fstl. Gn. [Nr. 205a], desgleichen irer fstl. Gn. frau mutter clagen [Nr. 205b] gemeinen stenden ubergeben, das doch solliche allein fur ein gegenclag geachtet und euer fstl. Gn. wenig fruchtbarlich were, wo der Kgn. Marien clag gantz unveranthwort und unabgelaindt verpliebe, so haben wir fur gut angesehen, auß dem bericht<sup>3</sup>, den euer fstl. Gn. cantzler<sup>4</sup> uns mitgegeben, ein voranthwortung, soviel wir berichts haben, zu stellen und dieselben bis zu euer fstl. Gn. städtlicher weiter voranthwortung fur uns selbs neben euer fstl. Gn. clag [Nr. 205a] furtzutragen. Dan wir besorgen, soll der reichstag ethwan unvorsehenlich geendet und von euer fstl. Gn. gar nichts uf berurte clagen geanthwort werden, das solichs euern fstl. Gn. zu grossem unglimpf reichen mochte. Darneben gantz undertheniglich bittent, euer fstl. Gn. wolle ein bestendige voranthwortung verfassen und dieselb ufs furderlichst zu tag und nacht uns zukommen lassen.

Euern fstl. Gn. sollen wir auch undertheniger meinung nit pergen, das wir besorgen, die defension, so von euer fstl. Gn. wegen wider ksl. Mt. assertion getruckt [Nr. 204, Beilage 1], wo die gestelten annotationes nit dabei, mochte ethwas zu bloß sein, dasjhenig, so den stenden und bodtschaften durch obbemeelte assertion eingebildet, auß dem gemuet zu bringen. Derhalben wir fur nothwendig erachtet, das die annotationes, wo die getruckt, ufs furderlichst hieher verschafft, im vhall aber dieselben noch nit gedruckt, ufs erst in den druck gebracht und uns zugeschickt werden. Wir befinden auch viel euer fstl. Gn. gonner der hoffnung, die sachen sollen sich mit hulf des Almechtigen zu gutem schicken.

*Die kursächsische Gesandten meldeten heute, dass Christoph von Landenberg plane, ein Regiment von 17 Fähnlein Knechten gegen Hg. Wilhelm zu führen.*

**204** *Rechtfertigung der jülichischen Räte vor den Reichsständen als Antwort auf den Vortrag der Gesandten Kgn. Marias (Nr. 202) – verlesen Nürnberg, 1543 März 12<sup>1</sup>*

- A *München HStA, KBÄA 3159, fol. 143r–162v (Kop.); AS fol. 143r: Deß Hg. von Gulch auf disen reichstag gesanter ret verantwortung, so si von wegen irs herrn auf Kgn. Maria regentin etc. den stenden deß Reichs ubergebnne supplication gethon.*
- B *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 282r–302r (Kop. mit Beilagen); AS v.d.Hd. Jonas' fol. 282r: Der clevischen gesandten antwurt uff der Kgn. Marien*

<sup>3</sup> *Es handelt sich vermutlich um eine Kompilation von 25 verschiedenen Aktenstücken, welche den Räten zum RT nach Nürnberg migegeben wurde. Verzeichnis der mitgenommenen Akten in: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748, fol. 2r–3v (Kop.), die Akten z. T. ebd.*

<sup>4</sup> *Johann Ghogreff.*

<sup>1</sup> *Die jülichischen Räte trugen die von ihnen gemeinsam mit den kursächsischen*



etc. potschaft fürtragen. *AV v.a.Hd. fol. 282r*: Verlesen und praes. zu Nurnbergk in gemeyner versamblung, den 12. tag Martij anno 1543.

C *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 434r–456r (Kop.), AV fol. 434r*: Exhibitum 12. Martij 1543 Nurembergae.

*Regest*: L. GROß/R. VON LACROIX, *Urkunden, Bd. 1, Nr. 297, S. 203f*.

*Liste der Beilagen 1–5 am Ende des Aktenstücks.*

*Die jülichschen Räte beklagen, dass die burgundischen Gesandten zu Beginn des Reichstags gegen den Hg. von Jülich in einem öffentlichen Vortrag vor Kg. Ferdinand und den Reichsständen (Nr. 202) ungerechtfertigte Anschuldigungen erhoben. Hg. Wilhelm werde, sobald ihm die Vorwürfe bekannt seien, diese durch einen warhaftigen und beständigen gegenbericht und verantwortung [Beilage 1] entkräften lassen. In der Zwischenzeit wollen die jülichschen Räte vor den Reichsständen die unwahren Behauptungen des burgundischen Vortrags mit folgendem Gegenbericht widerlegen:*

*Der Vorwurf eines gegen den Kaiser gerichteten Bündnisses des Herzogs mit dem Kg. von Frankreich und dem Bf. von Münster sei haltlos. Hg. Wilhelm habe auch den Einfall des geldrischen Marschalls Martin van Rossem in die ksl. Niederlande im Sommer 1542 nicht unterstützt. Auf den Vorwurf der Verletzung der Lebenspflicht gegenüber Karl V. erklären die Räte im Namen des Herzogs: Und wiewol ir fstl. Gn. zu mermaln umb di belehnung irer fstl. Gn. furstenthum und land di ksl. Mt. unterthenigist angesucht und gepetten, so ist doch iren fstl. Gn. sollichis bis anheer gewegert und abgeschlagen, wie dann gleichfalls mit den burgundischen lehen auch bescheen, also daß ir fstl. Gn. der ksl. Mt. mit kainen aidsphlichten noch zur zeit verstrickht oder verpunden seien. Haben aber ir fstl. Gn. nichtdesterweniger zu jeder zeit alles daßjhenig gethon und gehandelt, was ainem fromen, gehorsamen fursten deß Reichs wol ansteet und gepurt. Soll auch zu den ewigen tagen uber sein fstl. Gn. mit warhait nit anderst mogen beibracht oder bewisen werden.*

---

*Gesandten ausgearbeitete „Verantwortung“ samt einigen Beilagen in der Reichsratssitzung des 12. März 1543 vor. Siehe dazu das RT-Protokoll Lambs (86a, fol. 277v–278r). Zu den Gründen für die rasche Ausarbeitung und Übergabe des Aktenstücks siehe die Berichte der jülichschen Räte vom 4. und vom 14. März (Nr. 203 und Nr. 207). Nicolas de Granvelle berichtete an Kgn. Maria am 15. März 1543 über die Übergabe der Rechtfertigung durch die jülichschen Räte: [...] Les ambassadeurs clevois présentarent lundi dernier [1543 März 12] aux estatz en absence des commis de votre Mté deux escriptz, l'ung responsif à celluy que bailla l'empereur aux estatz à Ratisbonne touchant le droit de Gheldres [Nr. 204, Beilage 1 und Anm. 4], pétitoire et possessoire, et l'autre sur celluy desd. commis [Nr. 204]. Et tous deux sont palliez et ne satisfont aux nôtres. Et est après le conseilier Viglius pour bailler bonne et pertinente responce à iceulx, selon ce que en avons communiqué, et fait mémorial de point à autre. [...]. In: *Wien HHStA, Belgien PA 36/1, fol. 419r–426v, hier fol. 420r (Ausf. mit Siegel, z.T. chiffri. und dechiffri.)*.*

Die jülichischen Gesandten begründen das Nichterscheinen Hg. Wilhelms auf dem Reichstag in Regensburg 1541 mit den herzoglichen Verhandlungen in Frankreich über einen Ehevertrag mit Jeanne d'Albret; keinesfalls habe es sich um eine dem Haus Habsburg abträgliche Aktion des Herzogs gehandelt<sup>2</sup>. Ferner führen sie aus, dass sie in Vertretung des Herzogs in Regensburg gegenüber den Reichsständen die Rechtsposition ihres Herrn darlegten (RTA JR Bd. XI, Nr. 224, Nr. 231), während der Kaiser in einer Druckschrift<sup>3</sup> seinen Anspruch auf Geldern dokumentierte. Diesen Anspruch Karls V. auf Geldern weist Hg. Wilhelm nun auf das schärfste in einer ebenfalls gedruckten Gegendarstellung<sup>4</sup> zurück. Um den Reichsständen zu beweisen, dass der Herzog entgegen aller durch den Kaiser verbreiteten Behauptungen ein erbliches Anrecht auf das Fürstentum Geldern habe<sup>5</sup>, haben ir fstl. Gn. ir wolgegründete, rechtmessige defension [Beilage 1] vor langest stellen lassen. Und sollt

<sup>2</sup> Die jülichischen Räte verschwiegen, dass die Gesandten des Hg. von Jülich mit den franz. Verordneten am 19. Juni 1541 in Châtellerault über eine gegenseitige Beistandspflicht im Falle eines Krieges gegen Habsburg beraten hatten; gedr. bei G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 57, S. 346–348.

<sup>3</sup> Die im Auftrag des Kaisers 1541 hrsg. Druckschrift mit dem Anspruch auf Geldern trägt den Titel: Assertio Iuris Imperatoris Caroli Huius Nominis Quinti, in Geldriae Ducatu et Zutphaniae Comitatu, aedita in Comitii Ratisbonensibus, anno M.D.XLI et Confutatio oppugnationum Guilielmi Cliviae Ducis, Franckfordiae exhibitarum, Anno XXXIX. In: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2746, fol. 106r–150v (zeitgen. Druck). Siehe auch den Bericht über den Vortrag des Kaisers zur Geldernfrage vor dem Plenum des Reichstags, Regensburg, 1541 Juli 3, gedr. in: RTA JR Bd. XI, Nr. 227.

<sup>4</sup> Die vom erasmisch gesinnten Erzieher und Berater Hg. Wilhelms, Dr. Konrad Heresbach, verfasste Gegendarstellung (Nr. 204, Beilage 1) zu den in Regensburg vorgetragenen Ansprüchen Karls V. auf Geldern (siehe oben Anm. 3) hätte auf dem Speyerer RT 1542 übergeben werden sollen, was jedoch unterblieb. Das Reinkonz. der Verteidigungsschrift (AV: Author Conradus Heresbachius) befindet sich in: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2746, fol. 1r–39v. Am Anfang der Druckschrift wird erklärt, warum die Übergabe in Speyer nicht zustande kam: Dieser gegenbericht ist fertig gewesen und doch uff dem reichstage zu Speir nit uberantwort worden, dieweil neben dem gemeinen fridstande hochgedachter Hg. zu Gulich etc. von Kff., Ff. und stenden des Reichs in sonderheit versichert [Beilage 2] und seiner fstl. Gn. gesandten angesagt, das sein fstl. Gn. sich keines uberzuges oder gewalt befaren durfte, sovern sein fstl. Gn. ordentlich recht erleiden wollen möchte. Es gibt auch eine lat. Übersetzung von Hg. Wilhelms Verteidigungsschrift mit dem Titel: Defensio iuris et legitimae possessionis Illustrissimi Principis et Domini, Domini Wilhelmi [...] in Geldriae Ducatu atque Zutphaniae Comitatu, Anno M.D.XLII. in Comitii Spiraie aedita. Una cum dilutione assertionis Caesariae Maiestatis nomine in Comitii Ratisponensibus Anno M.D.XLI. exhibitae. Am Schluss: Excusum in Ducatu Montensi, apud Solingen, Anno M.D.XLII. In: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2750, fol. 21r–46v (zeitgen. Druck).

<sup>5</sup> Mehrere jülichische Gutachten sollten die mit historischen Argumenten begründeten Ansprüche Hg. Wilhelms auf Geldern beweisen; z.B. in Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 371r–378v (Kop.).

solche defension eurn chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. auf jungstgehaltne reichstag zu Speir uberantwort sein worden, wo nit derzeit – in ansehung daß ir fstl. Gn. deß gmainen verkondigten fridstandts durch eur chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. versichert [*Beilage 2*] und damit ir fstl. Gn. ksl. Mt. kain ursach geb, sich gegen ir fstl. Gn. weiter bewegen zu lassen – sollich wer uberbliben. Dweil wir aber auß berurtem kgl. Wd. schreiben [*Nr. 202*] befinden, daß noch heuttigs tags darauf hart gegangen wirt, als solte ir fstl. Gn. berurt furstenthumb mit kainem bestendigen titl inhaben, sonder mit der that der ksl. Mt. vorhalten, haben wir die publication berurter irer fstl. Gn. defension nit lenger konnen verhalten. Wollen diselben also eur chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. hiemit ubergeben haben, der ungezweifelten zuversicht, es werden eur chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. darauß befinden, daß unser gnediger furst und herr mit seiner erbgerichtigkeit berurts furstenthumbs vor Got und der welt besten soll.

*Bei dem Bündnis Hg. Wilhelms mit dem Bf. von Münster handelt es sich um eine Erbeinigung und ein nachbarschaftliches Schutzbündnis<sup>6</sup>, das mit dem Kg. von Frankreich nichts zu tun habe.*

*Was den Vorwurf der Unterstützung des Marschalls Martin van Rossem durch Hg. Wilhelm belange, so wiederholen die Gesandten die Argumente der bereits auf dem Nürnberger Reichstag 1542 vorgebrachten herzoglichen Rechtfertigung (Beilage 3). Von einer habsburgfeindlichen Agitation des klevischen Gesandten in Frankreich, Dr. Hermann Cruser, und von Kriegsvorbereitungen des französischen Beauftragten am klevischen Hof, Sr de Longueval, habe Hg. Wilhelm niemals Kenntnis erhalten. Auch die Einflussnahme Hg. Wilhelms auf Bf. und Domkapitel von Lüttich, im Konflikt zwischen Frankreich und Burgund neutral zu bleiben<sup>7</sup>, sowie Gerüchte über jülich-sche Werbungen von Fußknechten in Dänemark entsprechen nicht der Wahrheit.*

*Die im burgundischen Vortrag erwähnten Schreiben von Magdalen de Brie, Sr de Serrant (Nr. 202, Beilagen 1 und 2), seien nicht mit Wissen oder gar im Auftrag Wilhelms verfasst worden.*

*Den Vorwurf, dass der Herzog es an der Durchführung der Beschlüsse des Speyerer Reichstags zur Türkenhilfe als Kreisoberster des Niederländisch-Westfälischen Kreises fehlen ließ, weisen die jülich-schen Gesandten zurück. Dweil aber etliche treffliche stend, unter disen craiß gehorig, darvon entzogen oder abgesondert und uff berurte unsers gnedigen fursten und herrn ervorderung und zuschickhung kgl. Mt. mandata ungehorsamlich ausgepliben, als nemlich die stift Uttrich und Camerich, Lutzelburg, Friesland und allerlei stend, in Lutzelburg und Friesland gehorig, also daß dardurch derzeit die aufrichtung der kasten und waß demsel-*

<sup>6</sup> *Erbeinigung zwischen Bf. Franz von Münster und Hg. Wilhelm von Jülich, Essen, 1541 Aug. 17, gedr. bei: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 58a, S. 349–351.*

<sup>7</sup> *Die neutrale Haltung des Bf. von Lüttich sollte den Durchzug franz. Truppen durch sein Gebiet ermöglichen.*

bigen articl anhengt, nit gescheen könnte, so haben dennoch nichtsdestoweniger unser gnediger furst und herr und andere gehorsame erscheinende stende ir hilf gehorsamlich gelaist und berurte und andere deß craiß beschwernuß auf jungst alhie gehaltenem reichstag schriftlich ubergeben lassen<sup>8</sup>. *Der Herzog habe die von ihm geforderte Türkenhilfe gehorsam geleistet und seine Reiter und Fußknechte mit hohen Kosten unterhalten lassen.* Und wissen sich die gulchische ret, so hie gegenwirtig und uff bestimpten kraiß- [Essen, 1542 Mai 15] und reichstag [Nürnberg 1542] gewesen, deß vor Got und der welt rain und frei, daß kain ander ungepurliche handlung durch si geubt oder deß von iren gnedigen fursten und herrn ainichen bevelch emphanen. Und wirt kainer befunden werden, der sollichs seiner fstl. Gn. oder derselben reten mit warhait auflegen oder zumessen kan.

*Die Weisungen Hg. Wilhelms an seinen Gesandten in Frankreich, Dr. Hermann Cruser, enthielten keinen Verrat von Reichsgeheimnissen. Von chiffrierten Briefen des Herzogs an den Kg. von Frankreich oder dessen Beauftragte sei den jülichischen Räten nichts bekannt.*

*Hg. Wilhelm habe Mandate zum Verbot fremden Kriegsdienstes erlassen, die auch an Martin van Rossem ergangen seien. Sollten Untertanen des Herzogs diese Mandate nicht befolgt haben, sei dies nicht mit Billigung des Herzogs geschehen. Unter den von den Franzosen gegen die ksl. Niederlande mobilisierten Truppen hätten sich Untertanen verschiedener Reichsstände, u.a. auch burgundische Söldner, befunden.*

*Der militärische Angriff der Burgunder auf die Gebiete des Herzogs stellte einen Landfriedensbruch und eine Verletzung der Speyerer Friedenszusicherung (Beilage 2) dar und sei deshalb mit der Reichsacht zu ahnden. Außerdem wurde Hg. Wilhelm unrechtmäßig seiner Güter in Flandern und Seeland entsetzt. Der Krieg machte auch vor den Witwengütern seiner Mutter, Hgn. Maria von Jülich-Kleve, nicht Halt, was gegen geltendes Recht verstöße. Auß wölllichem allem eur chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. und yedermeniglich wol zu erachten, mit was geschmueckhten worten di burgundischen, irer unpillichen thaten zu verplumen, auch nit allain unsern gnedigen herrn, sonder auch irer fstl. Gn. frau mutter, die frau alte furstin, an irem glimpf und leumat [= guter Ruf] anzutasten sich untersten, der doch pillich verschont werden solt, nachdem ir fstl. Gn. kain versaumnuß oder schuld kann oder mag auferlegt werden. Sollichs auch ir fstl. Gn. noch derselben voreltern umb das haus Burgund nie verdint haben.*

*Die im Oktober 1542 in Löwen unter Vermittlung des Kf. von Köln und des Lgf. von Hessen zu Ungunsten des Hg. von Jülich ausgehandelten Bedingungen eines Waffenstillstands mit Burgund (Beilage 4) konnte Hg. Wilhelm ohne Bewilligung*

<sup>8</sup> *Supplikation der Gesandten des niederrheinisch-westfälischen Kreises an die Reichsstände wegen Beschwerde durch die Türkenhilfe, Nürnberg, 1542 vor Aug. 14, in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 105.*

der Landstände nicht annehmen (Beilage 5), noch dazu da die burgundische Seite mit ihren feindlichen Übergriffen fortfuhr.

Die Gesandten bitten die Reichsstände, den burgundischen Anschuldigungen keinen Glauben zu schenken, da der Herzog und seine Vorfahren als friedliebende, gehorsame Fürsten stets dem Haus Österreich und Burgund zugetan gewesen seien. Hg. Wilhelm ersucht daher um Erstattung aller durch den burgundischen Überfall entstandenen Schäden und Kosten.

Beilagen (in: Wien HHSzA, MEA RTA 8/Konu. 1)<sup>9</sup>:

1. fol. 304r–355r (zeitgen. Druck, siehe auch oben Anm. 4): Entgegnung Hg. Wilhelms auf die Regensburger Druckschrift Karls V. von 1541 (= Assertio Iuris Imperatoris) mit dem Titel: Warhafftiger und gruntlicher bericht der gerechtigkeit und rechtmessiger possession des Durchleuchtigen, hochgebornen Fursten und Herrn, Herrn Wilhelms, [...] zu dem Hertzogthumb Geldren und Graffschaft Zutphen, auff dem Reichstag zu Speir im Jar M.D.XLII. übergeben, Mitsamt der ablehnung und gegenbericht der Assertion, so von wegen keyserlicher Maiestat auff dem Reichstag zu Regenspurgk im Jar M.D.XLI. Churfursten, Fursten und Stenden des Reichs vorgebracht. Am Schluss: Gedruckt im Fürstenthumb vonn dem Berge, bey Solingen, im Jar M.D.XLII. Ausführlich dazu: W. CRECELIUS, *Der Geldrische Erbfolgestreit*, S. 112–114.

2. fol. 397r–399v (Kop.): Friedenszusicherung der Reichsstände für Hg. Wilhelm von Jülich, Speyer 1542 April 4, gedr. in: RTA JR Bd. XII, Nr. 274c.

3. fol. 356r–367v (Kop.): Rechtfertigung der Gesandten Hg. Wilhelms von Jülich vor den Reichsständen gegenüber den Vorwürfen Kgn. Marias, Nürnberg 1542 Aug. 10/Aug. 16, gedr. in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 122.

4. fol. 369r–371v (Kop.): Von Kgn. Maria den kölnischen und hessischen Vermittlern vorgeschlagener Entwurf für einen viermonatigen Waffenstillstand (1542 Nov. 1 bis 1543 Febr. 28) mit dem Hg. von Jülich, o.O. o.D. (Löwen, 1542 Ende Okt.); DV fol. 371v: Mittel, wie die von der kgl. Wd. den colnischen und hessischen gesandten furgeschlagen. Verlesen in gemeyner versammlung den 12. tag Martij anno 43.

5. fol. 373r–377v (Kop.): Ablehnung des von Kgn. Maria vorgeschlagenen Waffenstillstands durch Hg. Wilhelm von Jülich, o.O., o.D. (1542 Ende Okt.); DV fol. 377v: Antwort meines gnedigen herrn Hg. zu Gulch etc. uff di furgeschlagne mittel kgl. Wd. von Hungarn antreffen den stilstand. Verlesen in gemeyner versammlung den 12. tag Martij anno 43.

<sup>9</sup> Zusätzlich zu den fünf angeführten Beilagen wurden den Reichsständen von den jülich-schen Räten drei Supplikationen mit Klagen über die Auswirkungen der burgundischen Angriffe übergeben (Nr. 205a-c).

205 *Drei von den jülichischen Räten übergebene Supplikationen<sup>1</sup> – verlesen Nürnberg, 1543 März 12*

205a *Klage Hg. Wilhelms von Jülich wegen des Überfalls burgundischer Truppen auf sein Land – verlesen Nürnberg, 1543 März 12*

A *Wien HHSStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 379r–384v (Kop.); DV fol. 395v: Clagt meus gnedigen herrn Hg. zu Guylich. Lectum in consilio statuum 12. Marcij anno etc. 43.*

B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 484r–491v (Kop.)<sup>2</sup>; ÜS fol. 484r: Meiner gnedigen frauen clagte<sup>a</sup>.*

*Regest: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 120, S. 451f., Anm. 2.*

*Entgegen dem Reichsrecht sowie dem in Regensburg 1541 vereinbarten Friedstand und der 1542 in Speyer erfolgten Friedenszusicherung der Reichsstände an Hg. Wilhelm (Nr. 204, Beilage 2 bzw. RTA JR Bd. XII, Nr. 274c), um deren Verlesung die jülichischen Gesandten bitten, griffen burgundische Truppen widerrechtlich jülichisches Gebiet an<sup>3</sup>, slöß, stette, flecken, dörfer und heuser ingenomen, beraubt, ußgebrant und umbgeworfen, die arme leuthe mit thöten, schlagen, schmehen und andrem fridbruchigem, beschwerlichen mutwillen in das ellend verjagt, also das irer viel hüngers und kelt alßbald sterben müssen, frauwen und jungfrauwen geweltiglich und schentlich mißhandelt, der widtwen, weisen, schwanger frauwen, kynder und kindelbetterynnen nit verschont, die kirchen beraubt und verbrant, die sacramenten prophanirt und ußgeschut, unzellige fruchten, proviand und beesten [= Vieh] verdorben und sunst sich der und ander uneherbarigkeit so gar offentlig und ungestrafft beflissen, das dergleichen grausamer wuterey und unzucht in der christenheit, in sonderheit wider den Teutschen, nit mehr gesehen noch gehört. Trotz eines ksl. Kammergerichtsmandats an die*

<sup>a</sup> *Falsche ÜS in B; Richtigstellung: Meines gnedigen herrn clagte.*

<sup>1</sup> *Ein Gutachten zu den Klagen Hg Wilhelms und seiner Mutter Hgn. Maria mit Vorschlägen zur Verbesserung einzelner Formulierungen wurde von einem Rechtsgelehrten in herzoglichen Diensten verfasst (wahrscheinlich Dr. Gotthard Gropper oder Dr. Faltermeyer). In: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 265r–268r (Kop.).*

<sup>2</sup> *In Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748, fol. 18r–21r (Konz.) finden sich nähere Ausführungen und 33 Beweise zu den von Hg. Wilhelm vorgebrachten Anschuldigungen gegen die Burgunder, ÜS fol. 18r: Kortzer bericht, wamit die klagten zu beweisen. Diese Beweise dienten offensichtlich nur der Information der jülichischen Räte und wurden den Reichsständen nicht übergeben. Siehe dazu G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 120, Anm. 2, S. 452.*

<sup>3</sup> *Am 4. Okt. 1542 drang das burgundische Heer in einer Stärke von 14 000 Knechten und 2000 Reitern in Jülich ein. Innerhalb von drei Wochen waren die Burgunder im Besitz der wichtigsten Städte des Herzogtums Jülich, nämlich Düren, Jülich, Heinsberg und Sittard. Siehe dazu: P. HEIDRICH, Der geldrische Erbfolgestreit, S. 77ff.*

*burgundischen Befehlshaber mit Androhung der Reichsacht setzten sie ihre Angriffe fort.*

*Hg. Wilhelm stellte im Vertrauen auf die Speyerer Friedenszusicherung Geld und Kriegersleute für den Türkenzug bereit, weshalb ihm die Ressourcen für die ausreichende Verteidigung seines eigenen Landes fehlten. Auf Grund der entstandenen Schäden und der fortgesetzten Angriffe gelangt an euwere chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. seiner fstl. Gn. freundliche, gunstige und gnedige bitt und ersuchen, die wöllen zu handthabung irer selbst reputation und ksl. Mt. obligation, auch des Hl. Reichs landtfridden, freiheit und gerechtigkeit, solich einsehens haben, das sein fstl. Gn. als eyn junger frid- und eherliebender furst, der sich nyhe anders dan als ein gehorsamer des Hl. Reichs gehalten, auch demselben noch vil nutzer dienst ertzeigen mag und zu verantwortung, recht und aller billigkeit zu aller zeit erbotten, wie euwr chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. (die auch solich erbieten fur hochbillich selbst eracht) wol bewust, und noch thuet erbieten, so ellendig, unerhörter und unerkanter sachen nit uberfallen, von landen und leuthen oder von dem Hl. Reich (wie etlichen andern beschehen) nit abgedrungen, sonder fur gewalt vertedingt und mit erstattung kosten und schaden widerumb zu dem seinen restituirt werde.*

*Falls Hg. Wilhelm in dieser Notsituation keine Hilfe vom Reich erhalte, müsse er sich anderswo um Hilfe umsehen.* <sup>b</sup>-Zu was beschwerlichem ingang und nachtheil aber solichs dem Hl. Reich reichen wurde, haben euer chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. zu ermessen<sup>b</sup>. *Bitte um eine positive Antwort.*

*Hg. Wilhelm und seine Untertanen beklagen Plünderungen und Brandschatzung vieler Dörfer, wobei auch jene Personen nicht verschont wurden, welche dem Kaiser und dem Haus Burgund in früheren Kriegen stets treu gedient hatten. Die von den Burgundern angerichteten Zerstörungen und Enteignungen betrafen nicht nur die Güter der herzoglichen Untertanen in Jülich, sondern auch ihre burgundischen Lehen, deren sie beraubt wurden und die ihnen noch immer vorenthalten werden. Jülichsche Untertanen wurden als Reiter und Fußknechte in burgundische Dienste verpflichtet und, als ir vatterlandt uberfallen, nit zugelassen abzuziehen, sonder haben ire eygne freunde, verwanten, auch eltere, weib und kyndt müssen helfen verderben.*

*Die Frauen und Kinder der im Türkenzug abwesenden Soldaten, wurden von den burgundischen Truppen ausgeraubt und vergewaltigt, ihre Besitztümer zerstört und geplündert, gar nicht zu reden von anderen Untaten. Außerdem ordneten die burgundischen Befehlshaber entgegen ihren Versprechungen an, die Stadt Jülich niederzubrennen.*

Das die burgundischen seiner fstl. Gn. verhinderung gethan, die steuer von iren underthanen widder den Turcken inzufordern, also das sein fstl. Gn. die reuther und knecht, so widder den Turcken geschickt, von dem seinem underhalten und bezalen müssen. Zu was grossem nachtheill und beschwernuß

---

<sup>b-b</sup> B om.

solichs seiner fstl. Gn. und den iren zu dieser zeit raicht, kunnen euer chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. woll ermessen.

*Wilhelm hofft, dass die Reichsstände die Missetaten der Burgunder verurteilen und sich für deren Bestrafung einsetzen werden.*

**205b** *Klage der Mutter Hg. Wilhelms, Hgn. Maria von Jülich-Kleve, über den burgundischen Überfall auf ihre Witwenbesitzungen – Nürnberg, 1543 März 12*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 401r–402v (Kop.); DV fol. 403v: Clagt meiner gnedigen frauwen. Lectum in consilio statuum 12. Martij anno 43.*
- B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 501r–503v (Kop.); DV fol. 503v: Clagt meiner gnedigen frauwen, übergeben am 12. tage Martij 1543.*
- C *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748, fol. 14r–17v (Konz.).*
- D *Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, Ostpr. Fol. 86, fol. 676r–678v (Kop.); AV fol. 678v: Frauen Marie, Hgn. zu Gulch, Cleve und Berg wytwen etc., clagschriefft.*

*Regest: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 120, S. 454, Anm. 1.*

*Hgn. Maria von Jülich-Berg<sup>1</sup>, erhielt das Fürstentüm Jülich-Berg samt der Grafschaft Ravensberg und anderen Herrschaften als eheliche Mitgift von ihrem Vater Hg. Wilhelm IV. Nach dem Tod ihres Ehemannes Hg. Johann III. fielen ihr auch die Fürstentümer Kleve-Mark und verschiedene Witwengüter als Erbe zu, weshalb sie von dem militärischen Vorgehen der burgundischen Truppen gegen ihre Besitzungen im Herbst 1542 schwer betroffen ist. Die Burgunder machten sich des Landfriedensbruches schuldig, missachteten den der Herzoginwitwe zustehenden Schutz und beraubten sie widerrechtlich ihrer Güter.*

Dem allem nach ersucht ir fstl. Gn. [= Hgn. Maria von Jülich] euer chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. als sonderliche furstender [= Fürsprecher] der betrubter und verlaßner witwen und weisen uffs allerdemutigst, freundlich, gunstig und gnediglich bittendt und ersuchendt, die wollen daran sein und verschaffen, das irer fstl. Gn. und den iren zu demjenigen, so irer fstl. Gn. und inen mit der that one erkantnuß des rechtens abhendig gemacht, widerumb verholffen, der erlittener schad verricht, frid und eindracht gepflantz und nyemantz widder recht beschwert werde.

*Sollte das gewalttätige Vorgehen der Burgunder nicht verhindert werden, werde dem Reich großer Schaden entstehen. In Anbetracht der Verdienste ihrer Vorfahren*

<sup>1</sup> *Hgn. Maria, die Tochter Hg. Wilhelms IV. von Jülich-Berg und Mutter des regierenden Herzogs Wilhelm V. (der Reiche), heiratete 1510 Hg. Johann von Kleve-Mark, der seinem Schwiegervater 1511 als Hg. Johann III. von Jülich-Berg nachfolgte und 1521 die Herzogtümer Kleve-Mark erbte, wodurch es zur Vereinigung der beiden Herzogtümer kam.*



und ihres verstorbenen Gemahls Hg. Johann III. für Kaiser und Reich bittet Hgn. Maria um Antwort und Hilfe.

**205c Klage des jülichschen Rittmeisters Franz von Hanxler und anderer adeliger Teilnehmer am Türkenzug 1542 über den Landfriedensbruch durch die burgundischen Truppen – verlesen Nürnberg, 1543 März 12**

A Wien HHS<sub>t</sub>A, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 405r–407v (Kop.); DV fol. 407v: Clag der ritmeister und anderer, die wider den Turcken gedient. Lectum in consilio statuum 12. Martij anno 43.

B Wien HHS<sub>t</sub>A, Belgien PA 37/3, fol. 354r–355r (Kop.).

C Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 75rv (Kop.). ÜS wie DV in A.

D Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748, fol. 36r–37v (Konz.).

Lat. Übersetzung: Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 179r–180v; DV fol. 180v: Extractus accusationis statibus imperii oblatae 12. Martij 1543 nomine nobilium et aliorum qui fuere in servitio imperii contra Turcam.

Franz. Kurzregest (1543 März 26)<sup>1</sup>: Wien HHS<sub>t</sub>A, Belgien PA 37/3, fol. 352r: Frantz von Hanntzler, capitaine des gens de cheval, en son nom privé et au nom de ceulx de Juilliers etc. qui avec luy ont esté contre les Turcqs, a présenté requeste aux estats de l'Empire, déclarant comment en son absence et luy estant contre lesd. Turcqs, les Bourguignons ont destruyt et gasté ses biens, y aiant fait ouevre de Turcqs, suppliant qu'ilz soient chastiez et contraindtz à faire restitution avec dommaiges et intérestz.

*Der Rittmeister Franz von Hanxler<sup>2</sup> und seine adeligen Mitstreiter aus Jülich nahmen am Türkenzug von 1542 im Vertrauen auf den in Speyer errichteten Friedstand teil. Nach ihrer Rückkehr vom Feldzug, der zahlreiche Soldaten das Leben kostete, fanden sie ein von den burgundischen Truppen verwüstetes und verbranntes Land sowie misshandelte Frauen und Kinder vor. Da die burgundischen Übergriffe noch immer andauern, wendet sich der Rittmeister an die Reichsstände, in der Hoffnung, euer chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. werden die gelegenheit betrachten und der burgundischen übermut, wie sich vermog des landtfriedens und sunst geburt, begegnen, damit unser vatterlandt, wir und die unsere uß irem untreglichem mutwill errettet, bei frieden und rechten gehandthabt und mit verrichtung kosten und schaden restituirt werden mogen. Bitte an die Reichsstände, die burgundische Aggression in ihrer Antwort zu verurteilen.*

[US:] Euer chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. underthenigste, underthenige und gutwillige Franz von Hauxelter, ritmeister, die vom adel und andere, so in des Hl. Reichs dienst widder den Türcken uß unsers gnedigen herrn, Hg.

<sup>1</sup> Datum der Abfassung oder Präsentation des franz. Regests; die Verlesung der Supplikation im Reichsrat fand am 12. März 1543 statt.

<sup>2</sup> Hanxler/Hauxelter/Hanxleden: Name eines alten westfälischen Adelsgeschlechts mit dem Stammsitz Hanxleden, heute ein Ortsteil von Schmalleben im Hochsauerlandkreis.

zu Guylich, Geldern, Cleve und Berg etc., fürstenthumben und landen gewest sein.

**206** *Rechtfertigung der Gesandten des Bf. Franz von Münster vor Kg. Ferdinand, den ksl. Komissaren und den Reichsständen gegenüber den Anschuldigungen Kgn. Marias von Ungarn (Nr. 202) – verlesen Nürnberg, 1543 März 12*

A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 408r–411r, fol. 412r–413v (Kop. mit Beilage); AS fol. 408r: Des Bf. zue Münsters gesandten<sup>1</sup> entschuldigung. AV fol. 413v: Lectum in consilio statuum 12. Martij anno etc. 43.*

B *München HStA, KBÄA 3159, fol. 169r–172v, 173rv (Kop. mit Beilage); AS fol. 169r: Bf. von Munster entschuldigung. ÜS fol. 171r: Excusation deß Bf. zu Munster gesanten.*

C *Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 42, unfol. (Kop. mit Beilage); ÜS wie AS in A.*

*Franz. Kurzregest, 1543 März 26: Wien HHStA, Belgien PA 37/3, fol. 352r: Les estats de Munster s'excusent envers les estats non estre culpables de la practique [de] Martin von Rosshem ne avoir fait lighe avec les ennemis de l'Empire, nonobstant les lettres de Serrant que avoient esté publicquement récitées par devant les estats. Et pour leur justification exhibent une lettre de la royne en date du 16<sup>e</sup> de novembre 1542 par laquelle sa Mt<sup>e</sup> accepte l'excuse de l'évesque et la leur pour bonne.*

*Beilage: Kgn. Maria von Ungarn an Bf. und Hochstift Münster, dat. Brüssel, 1542 Nov. 16/lectum in consilio imperiali Nürnberg, 1543 März 12 (Kop.).*

*Die Gesandten Kgn. Marias übergaben am 31. Jan. 1543 einen schriftlichen Bericht über den Überfall des Marshalls Martin van Rossem und seiner Verbündeten auf Brabant; darin erwähnten und veröffentlichten sie zwei von Kgn. Maria abgefangene Schreiben des französischen Gesandten in Kleve, Magdalen de Brie, Sr de Serrant, an den Kg. von Frankreich, welche den Bf. von Münster schwer belasten (Nr. 202, Beilagen 1 und 2). Sie enthalten den Vorwurf eines Bündnisses von Bf. und Hochstift Münster mit Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve zum Nutzen Frankreichs und zum Schaden der ksl. Erblande. Auf Grund dieses Bündnisses sollen dem Bf. von Münster 4000 Kronen Pension vom französischen König zustehen. Über diese Anschuldigungen der Burgunder erstatteten die münsterischen Gesandten dem Bischof Bericht.*

<sup>1</sup> *Den RAB unterzeichneten im Namen des Bf. von Münster die Gesandten Franz von Doy und Anton von Laer. In verschiedenen Protokollen zum 12. März 1543 (Bf. von Hildesheim: Nr. 80, fol. 432v; Pfalz-Neuburg: Nr. 82, fol. 16r; RT-Protokoll Lambs: Nr. 86a, fol. 278r) ist nur von einem münsterischen Gesandten die Rede, der die bischöfliche Rechtfertigung übergab, wahrscheinlich Franz von Doy.*

Bereits am 2. Nov. 1542, bald nach dem Angriff auf Brabant, entkräftete Bf. Franz in einem Schreiben an Kgn. Maria alle Vorwürfe der unerlaubten Kooperation mit Frankreich. In ihrem Antwortschreiben vom 16. Nov. 1542, welches die münsterischen Gesandten als Beilage zu ihrer Eingabe überreichen, teilte die niederländische Regentin dem Bischof mit, dass sie seine Rechtfertigung für ausreichend erachte und dieser mehr Glauben schenke als den Schreiben des französischen Gesandten Magdalen de Brie, Sr de Serrant.

Zweifelsohne wird Bf. Franz auch gegenüber Kg. Ferdinand, den ksl. Kommissaren und den Reichsständen die Behauptungen Serrants als unwahr widerlegen, nicht weniger dieweil wyr bey uns erwegen und bedengken, das solchs des Sarranten anzeig bey vilen glauben gegeben werde. Der Verdacht des Bündnisses mit dem Kg. von Frankreich lasse den Bischof und das Hochstift vor den Reichsständen in einem ungünstigen Licht erscheinen; deshalb erwarten die Gesandten täglich und stündlich die Stellungnahme des Bischofs zum Beweis seiner Unschuld<sup>2</sup>.

Von Anfang seiner Regierung an war der Bf. von Münster um gut nachbarschaftliche Beziehungen zu den ksl. Erblanden bemüht und habe sich weder mit Frankreich noch einem anderen Feind des Kaisers in ein Bündnis eingelassen oder das auch nur im Sinn gehabt. Dartzu auch sein fstl. Gn. wider [= weder] umb des Frantzosen handlung oder wohin sie das volck geprauchten wurden noch auch von des Sarranten schreiben kein ainigs wissen gehapt. Szo ist an euer röm. kgl. Mt., ksl. commissarien, kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. anstat hochgemelts unsers gnedigen fursten und herren unser unthertenigste, underthenig und dienstlich pitt, die wollen angeregten eingefurten des Sarranten ungegegrunten, unwarhaften schreiben in dißem falh, sovil des von unserm gnedigen herren melden thut, keynen glauben geben, sonder sein fstl. Gn. fur einen gehorsamen und standhaftigen fursten des Reichs betrachten und für entschuldigt halten.

*Schlussformel.*

[US:] Euer röm. kgl. Mt., ksl. commissarien, kfl. und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. underthenigsten, underthenigen und willigen des Bf. zu Munster, Osenbrug und Minden gesandten.

207 *Die jülichschen Räte an Hg. Wilhelm: Bericht über ihre Erwiderung auf den Vortrag der burgundischen Gesandten (Nr. 202) – Nürnberg, 1543 März 14*

Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 17r–20v (Ausf.).

<sup>2</sup> Rechtfertigungsschreiben Bf. Franz' von Münster an Kg. Ferdinand (mutatis mutandis auch an die ksl. Kommissare und an die Reichsstände), dat. Iburg, 1543 März 23, in: LAV NRW W Münster, Fürstbistum Münster Landesarchiv, Reichssachen D 476,4, fol. 32rv, fol. 35rv (Ausf.). In diesem Schreiben leugnete der Bischof den Abschluss eines gegen das Haus Habsburg gerichteten Bündnisses und den Erhalt von 4000 Kronen vom Kg. von Frankreich.

*Regest:* G. BELOW, *Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 121, S. 455f.*

Gleich zu unser ankhumpft alhie zu Nuremberg [1543 März 2] sein wir willens gewesen, euer fstl. Gn. [Nr. 205a] und derselben frau mutter [Nr. 205b], unser gnediger frauen, auch der ritmeister clagte [Nr. 205c] den gemeynen stenden uffs furderlichst furzutragen. Haben aber befunden, das nit rathsam gewesen, die clagte usserhalb euer fstl. Gn. verantwortung uff der koniginnen jungst alhie beschehene furtragen und schreiben [Nr. 202] zu thun, dweil euer fstl. Gn. by vielen stenden in hohem verdacht und solich der koniginnen furbringen by vielen glauben geben worden.

Haben derhalb mit rath und zuthun der sachsisschen verordneten rethe in der eyl eyn verantwortung verfast [Nr. 204] (als vil wir der sachen bericht) und dieselbige Kff., Ff. und gemeynen stenden sampt euer fstl. Gn. clagten und beschwernussen furtragen und schriftlich ubergeben lassen, wie dan solichs gleichsals by röm. kgl. Mt. und den ksl. commissarien auch folgents beschehen, dero copyen euern fstl. Gn. wir hieby verwart undertheniglichen zuschicken. Und haben im rath by allen herrn und frunden nit befunden, mit der antwort langer zu verziehen, dweil die keyssersschen und burgundisschen umb antwort heftig anhalten und by vielen stenden heimlich ire understechung [= *hinterlistige Verhandlungen*] dreiben.

Zudem dweil von der kgl. Mt., auch den ksl. commissarien und andern Kff., Ff. und stenden die protestierende des begerten friedens und versicherung des rechten nit haben verrost mogen werden, sonder inen ghein ander frid oder recht, dan zu Speir am jungsten uffgericht, hat willen geben werden, und aber sie sich endrechtiglich [= *in aller Eintracht*] entschlossen, ghein hilf wider den Turcken oder sunst zu leisten, es weren dann furhin beide artickel der gebur erledigt, wie sie sich des auch offentlig bezeugt haben, ist unser und unser freunde bedencken gewest, es wurd dardurch etwan eyn unversehlicher uffbruch beschehen mogen, derhalb wir die verantwortung [Nr. 204] und clagte [Nr. 205] furzubringen nit langer haben sollen verhalten. Wes zu ankhumpt der verantwortung, so euer fstl. Gn. wirdt verfassen lassen<sup>1</sup>,

<sup>1</sup> Hg. Wilhelm von Jülich musste es seinen Räten in Nürnberg überlassen, eine Antwort auf den burgundischen Vortrag vom 31. Jan. 1543 (Nr. 202) auszuarbeiten, da die Reichsstände auf eine Entgegnung Jülichs warteten und die Gesandten ein entsprechendes herzogliches Schriftstück nicht rechtzeitig erhalten hatten. Der Herzog schrieb dazu an seine Räte, Gladbach, 1543 März 11: Als wir uch am jungsten under anderem uberschiedt unser antwort uf die ubergevene klag und smeheschrift der koniginnen und regentinnen in Brabant, wollen wir uns versehen, das uch dieselvige sampt den anderen brieven numehe zukomen syen. Und dwyl die burgundischen ußgebreit, als sulten wir darauf nicht zu antworten wissen, derhalver iderman eyn nachdenckens nimpt und nach unser verantwerong [!] heftig fragen, so versehen wir uns gantzlich, ir werdet gemelte unsere verantwerong fur ankompst disser schrift beratslagt und ubergeven haben. Und ist demnach noch unser meynong und gesynnen, im fall es nit beschehen were, das ir

ferner fur notwendig wirdt furzutragen sein, wellen wir uns auch darin als die underthenige gehorsamlich ertzeigen.

Der konigin klagt [Nr. 202] ist allenthalben in truck außgangen und verbreit, wirdt auch by den frunden bewogen, das rathsam sein solte, das alles dasjhenig, was itzo alhie durch uns gemeynen stenden furgetragen und uberantwort, sowoll die verantwortung als die clagten, allenthalben gedruckt und zum furdlichsten auch außgetheilt wurden<sup>2</sup>. Wes nu euer fstl. Gn. hierinnen willen believen, stellen wir zu euer fstl. Gn. gnedigs gefallen. Die stende lassen itzt unser beschehenen furtrag [Nr. 204] allenthalben abschreiben; sobald solichs beschehen, wollen sie sich entschliessen und uns mit antwort begeben.

Dieser reichstag sieht uns seltzam an und ist gantz und gar eyn zerspalte handlung. Die kgl. Mt. verhofft, durch zuthun der catholisschen den Turcken allein zu vertreiben, unangesehen, das sich der protestierende auß vorerzelten ursachen absunderen. Wan die turckenhilf zu erhalten, were zu besorgen, das wenig uff ander sachen will acht genommen werden, wiewol etlich viel stende auch sein, die hertzlich und treulich mitleiden mit euer fstl. Gn. dragen und gern furdern helfen, damit euer fstl. Gn. auß dieser hoher beschwernuß mochten erledigt werden. Wir wellen an uns (will Got) so dach und nacht mit höchstem flyß nichts erwinden lassen, damit die sach gefurdert und darin geburlichs insehens geschehen moge. Ist aber mitler zeit hoch vonnöten, das durch euer fstl. Gn. uber reuter und knecht gudte fursehung, die allenthalber in gutem willen zu erhalten, furgenomen werde.

*Kundschafterberichte über die bevorstehende Ankunft des Kaisers in Italien und ksl. Rüstungen an verschiedenen Orten. Der Sultan soll mit einem gewaltigen Heer nach Ungarn ziehen.* Kunnen aber dennoch auß aller ergangner handlung nit vermercken, das dis jar eynicher bestendiger zug widder den Turcken soll furgenommen werden, dan gehandelt, gerathschlagt und beschlossen will werden uff eyn besetzung der peß in Hungarn, Crabaten und Oesterreich. Und wie wir auß etlichen vertraueten herren und freunde erfahren, so ligt dieser zeit ksl. Mt. ghein hohers anligen an, dan das landt Geldern und dasjhenig zu rechen, das euer fstl. Gn. gegen ir Mt. solt verfrevelt haben.

*Die von den Unterhändlern Pfgf. Friedrich, Hans Hofmann und Naves geführten Verhandlungen mit Kursachsen über die Königswahl drohen an der Verbindung mit dem Geldernproblem und mit der Friedstandsproblematik zu scheitern.*

die dan anstont [= von Stund an, sofort] beratslaget und ouch durch unsers oheimen und swagers, des Kf. zu Sachssen, rede und andere gude frunde und gonner beratslagen lasset und sonder vertzoch ubergevet [...] und gedachtem unserem oheimen und swager und uns am allerylensten eyne copy, wie die ubergeven, mit dem posten zuschicket, davan wissens zu haven und ouch die unsere damit zu stillen. In: *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 78r–79v, hier fol. 78rv (Ausf.)*.

<sup>2</sup> *Der Wortlaut des Vortrags der jülichschen Räte vom 12. März 1543 (Nr. 204) und der übergebenen Supplikationen (Nr. 205) wurde zwar von den Reichsständen abgeschrieben, es sind jedoch keine zeitgenössischen Drucke dieser Aktenstücke vorhanden.*

Der Grandvcla helt heftig by jedermenniglichen gegen euer fstl. Gn. an, die hilf widder euer fstl. Gn. als ksl. Mt. et imperii communem hostem zu decernieren. Wir verhoffen aber zu Got, es werden die stende vill eyn anders erkennen und geburlichs insehens thun, das euer fstl. Gn. by recht und billigkeit erhalten, vertedingt und gehandthapt werden moge.

*Befestigung von Schloss Arburg<sup>3</sup> gegen feindliche Angriffe ist nötig. Die Räte bitten um Übersendung von 1000 fl. wegen hoher Aufenthaltskosten und der Auszahlung von Pensionen an drei in Nürnberg anwesende Personen. Ersuchen des Kf. von Sachsen, die Bestätigung des jülichischen Heiratsvertrages<sup>4</sup> durch die Landstände zu fördern.*

**208** *Mündlicher Bericht der jülichischen Räte an die Reichsstände<sup>1</sup> über das Scheitern der Verhandlungen der kurrheinischen und hessischen Vermittler für eine Lösung des Konflikts zwischen Burgund und Jülich<sup>2</sup> – Nürnberg, 1543 März 17*

A *Duisburg LAV NRW, Jülich-Berg II 2752, fol. 136r–141v (Konz.); DV fol. 141v: Was die guylische gesandten gemeynen stenden muntlich furgetragen, belangen den anstandt, 17. Martij 1543. ÜS fol. 136r wie DV.*

<sup>3</sup> *Siehe Nr. 218, Anm. 4.*

<sup>4</sup> *Heiratsvertrag zwischen Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Sibylle von Jülich-Kleve-Berg (Schwester Hg. Wilhelms) vom Jahr 1526.*

<sup>1</sup> *Der Bericht wurde in der Mainzer Kanzlei nicht in schriftlicher Form übergeben. Es handelt sich um Aufzeichnungen der jülichischen Räte, die nur in der RTA-Überlieferung des Hg. von Jülich vorhanden sind. In ähnlicher Weise berichteten die jülichischen Räte einen Tag später, am 18. März 1543, den Schmalkaldenern und ersuchten sie um Unterstützung ihrer Anliegen. Siehe das CA-Protokoll Lambs zum 18. März: Nr. 86c, fol. 236r.*

<sup>2</sup> *Zu den in Aachen bzw. Maastricht im Jan. und Febr. 1543 stattfindenden Verhandlungen zwischen den burgundischen und jülichischen Räten, bei denen die vier rheinischen Kff. und der Lgf. von Hessen als Unterhändler fungierten, siehe: P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 81–85. Kgn. Maria berichtete ausführlich an Granvelle, aber auch an ihre Gesandten über das Scheitern der Verhandlungen, wie ihrem Schreiben an Dr. Viglius und Kriechingen zu entnehmen ist, Brüssel, 1543 März 7: [...] Et verrez par les pièces que luy [= Nicolas de Granvelle] envoyons en quelz termes est la négociation d'entre noz députez et ceulx des princes électeurs sur le Rhin et du lantgrave de Hessen qui au lieu des tresves de 4 mois, par nous accordés à Louvain [1542 Okt. Ende], mectent en avant de faire tresves pour quatre ans, lesquelz premiers ilz vouloyent faire sans conditions. Et depuis ont proposé plusieurs conditions que ne scaurions accepter et ferez bien de incorporer les conditions d'ung costé et d'aultre proposez pour en rendre raison à notre justification où sera requis et que semblera aud. S<sup>r</sup> de Grantvelle convenable. Et pour ce que aulcuns par adventure trouveront desraisonnable que, où nous ne voullons riens restituer demandons restitution de ce qu'il a recouvert depuis*

- B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 142r–147r (Kop.); AS fol. 142r: Was die gulischen gesanten des anstands halben gemeinen stenden furgetragen. AV fol. 143r: 18.<sup>3</sup> Martij 1543 Nurenbergae. ÜS fol. 143r wie in A.*
- C *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 492r–499v (Kop.); DV fol. 499v wie AS in B.*

*Liste der Beilagen 1–6 am Ende des Aktenstücks.*

*Kurzregest: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 123, S. 459f., Anm. 5.*

*Der Vortrag der jülichschen Gesandten vom 12. März (Nr. 204) und die gemeinsam mit diesem übergebenen Aktenstücke (Beilagen 1–6) und Supplikationen (Nr. 205a–c) klärten die Reichsstände über den Landfriedensbruch der Burgunder auf, wodurch Land und Leute des Hg. von Jülich-Kleve schwer geschädigt wurden. Bereits im Okt. 1542 scheiterte der unter Vermittlung des Kf. von Köln und des Lgf. von Hessen ausgehandelte Waffenstillstand an den inakzeptablen Bedingungen der Burgunder. Auch die anschließende gütliche Konfliktvermittlung durch die Unterhändler der vier rheinischen Kurfürsten und des Lgf. von Hessen führte zu keinem Ergebnis und wurde am 10. März abgebrochen, wie die jülichschen Räte vor einigen Tagen von ihrem Herrn erfuhren<sup>4</sup>.*

Daruß sich öffentlich thut erfinden, das unser gnediger furst und herr soliche mittel anzunemen sich erbotten, die rechtmessig, pillich und scheidbar von allen frommen, ehrliebenden leuthen müssen eracht werden. Und dasjhenig, das die burgundischen furgeschlagen und daruff verharren, nit allein unbillich, irer fstl. Gn. und den iren unleidlich, sonder auch, das es ir fstl. Gn. ehrenthalben nit hab einreumen und bewilligen können.

Dan wiewoll hochgemelter unser gnediger herr uff gemelter chur- und fstl. rethe fleissige underhandlung sich so weith begeben, das dieselb in eynen anstandt von vier jaren dermassen bewilligt, das mitlerzeit die conficierte güter, wes die in eins jeden obrigkeit gelegen, eynem jedem, dem dieselben zugehorich, un-verhindert zu gebrauchen ingeantwort, und das die sloß, stette und flecken und wes sunst in diesem krieg erobert und noch von dem andern theil furethalten,

que avons accordé les tresves de Louvain, vous y pourrez respondre que avons juste cause de ce faire pour non demourer décent par l'assurance des députez desd. princes qui nous firent retirer notre armée, laquelle eust exploicté dadvantage, si l'eussions laissé conduire. Aussi nous n'entendons accorder tresves avec led. de Clèves, si n'avons ferme espoir de venir à bonne et sincère paix, à quoy ne scaurions croyre led. de Clèves estre encoires enclin ou qu'il y voudroit entendre, n'est que ayons souffissans gaiges en noz mains, comme entendrez plus amplement par notre dernier escript que avons envoyé à nosd. commis aud. Maestricht, vous requérant au surplus continuer en votre charge, comme en vous avons notre confidence. In: *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 44rv (Ausf.)*.

<sup>3</sup> *Wahrscheinlich handelt es sich um das Datum der Abschrift des Aktenstücks.*

<sup>4</sup> *Hg. Wilhelm von Jülich an seine Räte, Gladbach, 1543 März 11, in: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 78r–79v (Ausf.)*.

wiederumb eynem jeden theil zugestellt werden sollte, mit erbietung, diese sach des uberzugs samt den forderungen, so beide theil gegeneinander haben mogen, zu gutlichem oder rechtlichem verhor der Kff., Ff. und gemeyner stendt des Hl. Reichs zu stellen, so haben doch die burgundisschen soliche hochzimliche mittel stracks abgeschlagen und nit anders eynichen anstant, dan das derselbig nur uff ein jar lang restringirt und bedingt sein sollte, annemen wollen. Zudem das inen zugelassen sein sollte, alles, was sie mit gewalt erobert und noch inhetten, zu behalten, und das nichtsdestoweniger unser gnediger furst und herr irer fstl. Gn. eygen sloß, flecken und dorfer, so dieselben widerumb mit dem schwert und grossen, schweren kosten erobert, inen zustellen solte.

Und obwoll die verordente chur- und fstl. Gnn. rethe soliche unerhorthe mittel, als die dem rechten und aller billicheit zuwider weren, selbst widderachtet und durch vilfeltige, wolgegrunte, bewegliche ursachen understanden haben, die burgundisschen von irem unbillichen furnemen abzuwenden, so hette doch solich ir rechtmessig und erbarlich bedenkens bei den burgundisschen nit angesehen wollen werden, sonder ist also die gutliche underhandlung durch irer, der burgundisschen, unbilliche verursachung zerschlagen worden, wie solichs alles euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uß beiligenden schriften<sup>5</sup> gnediglich und gunstiglich vernemen werden.

Und wiewoll uff jungstgehaltenem reichstag zu Speir durch röm. kgl. Mt., auch ksl. commissarien, Kff., Ff. und gemeyne stende des Hl. Reichs verordent, bewilligt und beschlossen, das keiner dem andern proviandt und feilen kauf zuzufuren verbieten oder verhindern solte<sup>6</sup>, und auch unser gnediger herr nit allein die stroum [= Flüsse] und strassen fur und fur frei [und] offen gehalten, sonder auch den burgundisschen durch seiner fstl. Gn. underthanen alle notturft an proviandt, fruchten und anders, das in seiner fstl. Gn. landen zu bekhomen, unweigerlich zufuren, auch eynem jeden, sowoll burgundischen als andern, in und durch seiner fstl. Gn. lande und flecken unverletzt khomen und folgen lassen, der zuversicht, es sollten die burgundisschen sich dergleichen gegen irer fstl. Gn. underthanen gehalten haben, so haben sie doch das widderspil gehandelt. Dan wiewoll sie unsers gnedigen herrn underthanen bewegt, frucht und ander notturft zuzufuren, welchs sie auch uff guten glauben gethan und von seiner fstl. Gn. nit verhindert, so haben doch die burgundisschen inen nit allein die gutter mit gewalt genomen, sonder sie auch gefenglich gesetzt und zudem verboten, unsers gnedigen herrn underthanen nichts zufuren zu lassen.

*Daran mögen die Reichsstände erkennen, dass die Burgunder geltendes Reichsrecht verletztten und alle Friedensangebote abschlugen, während sich der Hg. von Jülich als gehorsamer Fürst zum rechtlichen Austrag des Konflikts bereit erklärte.* Dem allem nach ist von wegen irer fstl. Gn. unser underthenig, fleissig bitt, euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. sollen alle gestalt und gelegenheit der sachen

<sup>5</sup> Siehe die Liste der Beilagen 1–6 am Ende des Aktenstücks.

<sup>6</sup> Friedstandsartikel des RAb Speyer 1542: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 130.



und unsers gnedigen herrn hochzimlichen erbietens zu hertzen furen, die sorgfeligkeit und gefhar der umbstende erwegen und daran sein, das bei iren zeiten des Hl. Reichs freiheiten, gerechtigkeit und wolfart nit undergehe und das hochgemelter hertzog, in betrachtung seiner fstl. Gn. rechtmessigen, billichen erbietens, bei recht und billigkeit vertedingt, fur mehrerm gewalt und unrecht beschirmpf und der burgundisschen unrechtmessigen gewalt und furnemen, darinnen sie beharren <sup>a-</sup>und teglichs jhe lenger jhe gefeherlicher furfaren, abgestellt, hochgedachter hertzog und die seine mit erstattung kosten, schaden und interesse restituirt, die hantierung und narung frei und unverhindert zugelassen und im Hl. Reich frid und eynigkeit gehalten und gepflantz werden moge.

*Kg. Ferdinand ließ vor kurzem ein Mandat mit dem Verbot der Annahme fremden Kriegsdienstes ausgehen (Nr. 137).* Und aber wir besorgen, wo solich penalmandat – ehe und zuvor hochgemelter unser gnediger herr gegen die fridbruchige thatliche handlung restituirt und durch euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. geburliche erclerung und verseheung hierinne geschehen – im Hl. Reich allenthalben publicirt werden sollte, das dadurch unser[m] gnedigen herr[n] an = ohne] zuziehen reuther und knecht zu verhinderung der naturlicher gegenwehr widder alle recht und den gemeinen ußgekundigten landtfridden grosser und unwidderbringlicher nachteil erstehen mocht. So wollen wir euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. undertheniglich und fleissig gebetten haben, sie wolten die sach furdern, das hochgedachter unser gnediger herr durch soliche publication in keinen weithern schaden gefurt werde<sup>a-</sup>. *Die Räte ersuchen die Reichsstände um baldige Antwort, da jede Verzögerung dem Anliegen ihres Herrn nachteilig ist*<sup>7</sup>.

---

<sup>a-a</sup> *In A marg. nachgetr.*

---

<sup>7</sup> *Granvelle wollte nach der Rede der jülich-schen Gesandten vom Mainzer Kanzler wissen, welche Schriftstücke die Jülicher in der Mainzer Kanzlei übergeben hatten. In einem mit Dr. Viglius van Zuychem gemeinsam verfassten Bericht an Kgn. Maria vom 18. März 1543 bemerkte er dazu: [PS:] Depuis ce que dessus, je Grantvelle, ay parlé au chancellier de Mayance pour scavoir ce que les députez desd. de Clèves avoient passé aux estatz, lequell m'a dit qu'ilz ont baillé ausd. estatz les escriptures faictes d'ung coustel et d'autre touchant la tresve [Nr. 208, Beilagen 1–6]. Et de bouche ont fait une grande exclamation que votre Mté ne vouloit ny paix ny tresve et qu'elle empesche le cours de la marchandise par le Rhin. Et ceste particularité ont ilz fort solempnizé pour capter la faveur des électeurs desus le Rhin et des marchans et suygamment se sont plains de la révocation des mandemens que le roy a fait pour deffendre que nul voise servir en guerre contre sa Mté impériale. Et enfin sont venuz à concluer que les estatz regardent sur ceste violence que se fait aud. de Clèves par votre Mté et pourvoyent et remédient que l'on ne face le semblable autresfois à l'encontre d'eulx et que, si led. de Clèves n'est aydé des estatz de l'Empire, il sera contrainct de sercher ayde d'ailleurs, donnant à entendre que ce sera du roy de France. Mais nous ferons notre mieulx d'y bien respondre et pertinamment et démonstrer ausd. estatz comment led. de Clèves les*

*Beilagen (verlesen Nürnberg, 1543 März 17)*<sup>8</sup>:

1. Aufzug etlicher puncten, daruff von der koniginnen wegen an den Hg. zu Guylich etc. seiner fstl. Gn. gemut zu erclern begert wirdet, mit A vertzeichnet.
2. Principio dux Juliacensis etc. consentiet in inducias quadriennales aequis conditionibus etc., mit B [*bezeichnet*].
3. Responsio commissariorum reginae ad modos induciarum quorum consensus oratores principum electorum et landtgravii Hassiae a duce Clivense etc. impetrasse aiunt, mit C [*bezeichnet*]; exhibita 26. Februarij.
4. Replicatio oratorum principum electorum et landtgravii Hassiae ad praesentem responsionem, mit D [*bezeichnet*]; exhibitum commissariis reginae ultima [28.] Februarij 1543.
5. Ad replicationem dominorum oratorum principum electorum et landtgravii Hassiae commissarii reginae breviter respondent, mit E [*bezeichnet*]; o.D. (1543 Febr. 28).
6. Hg. Wilhelm von Jülich an die in Aachen versammelten kurrheinischen und hessischen Vermittler, dat. Jülich, 1543 März 3: Die Verhandlungen für einen Waffenstillstand scheiterten an der Unnachgiebigkeit der Burgunder; die von ihnen geforderten Bedingungen für einen Vertrag verletzen die herzogliche Ehre und werden auch von den Landständen nicht akzeptiert. Der Herzog dankt den Vermittlern für ihre Bemühungen um einen Waffenstillstand. Das Scheitern der Verhandlungen ist den Reichsständen in Nürnberg bekanntzugeben, wobei Hg. Wilhelm bereit ist, sich in der Geldernfrage dem Rechtsspruch der Reichsstände zu unterwerfen, die er um seine Restituierung und die Wiederherstellung des Landfriedens bitten will. Die Sperre der Rheinschiffahrt ist nicht dem Herzog, sondern den Burgundern anzulasten.

209 *Ausschussgutachten der Augsburger Konfessionsverwandten zu Friede und Recht und zur Teilnahme an den Verhandlungen in der Geldernfrage – Nürnberg, 1543 März 19/verlesen 1543 März 20*

A *Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 283, RTA 1543, unfol. (Kop.).*

B *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Kop.); AS: Der Augsburger confessio verwandten stend ußschus bedencken in der gulchischen sach etc.*

veult tousjours circonvenir facilement et ne peult délaïsser son insolence et malignité. In: *Wien HHStA, Belgien PA 36/1, fol. 439rv-442rv, hier fol. 442rv (Ausf.).*

<sup>8</sup> Die beiliegenden Aktenstücke sind in fast allen Überlieferungen der RTA zu finden; sie stammen von den durch die kurrheinischen und hessischen Gesandten geführten Verhandlungen für einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich, die im Januar und Febr. 1543 in Aachen bzw. Maastricht stattfanden. In Überlieferung C, fol. 497r, sind die von den jülichischen Räten an die Reichsstände übergebenen Aktenstücke (Beilagen 1–6) in einer Liste mit folgender ÜS zusammengefasst: Neben diesem furtrag seind hernachfolgende copeyen auch gemeynen stenden ubergeben worden.

C *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 69rv (Kop.)*<sup>1</sup>.

D *Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22 fol. 212r–213r (Kop.)*.

*Die jülichischen Gesandten ersuchten die evangelischen Stände in ihrer Versammlung vom 18. März, sich gemeinsam mit den Altgläubigen an Beratungen über den Geldernkonflikt zu beteiligen, um dem Hg. von Jülich zu seinem Recht zu verhelfen. Dieses Anliegen wurde von den evangelischen Ständen dem Ausschuss zur Begutachtung übergeben, der sein Gutachten am 19. März verfasste und vor den evangelischen Ständen am 20. März verlesen ließ. Die Protestanten lehnten darin weiterhin die Teilnahme an Verhandlungen über die Türkenhilfe ohne vorherige Beratungen über Friede und Recht ab, erklärten sich aber zu gemeinsamen Beratungen mit den altgläubigen Reichsständen über die Causa Jülich bereit*<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> *In Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 46rv, findet sich ein etwas anders lautendes Gutachten betr. die Teilnahme der Evangelischen an Beratungen über die Causa Jülich: Würden sie dan von den andern zu der berathschlagung der julchischen sach gevordert, so sollten sie sich zu inen, nemblich jeder standt in seinen rhat verfhuegen und in seiner session widerumb repetirn alleß, daß zuvor friedenß und rechtenß halber angetzaigt ist, mit diesem weitem bericht, daß sie abgefertigt weren, auf erledigung baiden puncten friedenß und rechtenß diesse hieigen sachen und handlung der thurckenhilf helfen zu berathschlagen und zu bedencken, damit dieselben in daß werck gebracht und alle stend zu gleicher und gemeiner hilf khomen mochten und nicht der last einig und allain auf etzliche stend gelegt wurd. Dhieweyl nun dieselben gemeine hilf gegen gemeynem fheindt onhe einen gemeynen bestendigen frieden nicht khan gelaist werden, wie dan auch dasselb zu Regenspurg [1541] von allen stenden gemeintlich under berathschlagung der beharlichen thurckenhielf geschlossen und vor gut angesehen, so wollten diesse stend nit allain inen selbst, sonder auch andern stenden als wol alß inen zu sollichem frieden und rechten gern helfen furdern. Und bitten derhalben nochmals, daß sie zu solchem gemeynen, bestendigen frieden und rechten wollten verhelfen, inmassen diesse stende offermalß gebetten. Und weren darauf unbeschwert, sich mit inen der julchischen sach halb, wie die zu vertrag, anstand, fried und einigkhait gebracht, zu underreden, dieweyl die vereynigung derselben sachen ein gutte furbereyting zu bestedigem frieden sein wurd etc.*

<sup>2</sup> *Siehe das CA-Protokoll Lambs zum 18. und 20. März (Nr. 86c, fol. 236rv) und die Berichte des Straßburger Gesandten Jakob Sturm von 1543 März 20 bis März 31 (Nr. 192). Besonders ausführlich berichteten die kursächsischen Gesandten am 25. März 1543 an Kf. Johann Friedrich (in: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 224r–236v, Ausf.) über die Vorgänge rund um das Zustandekommen des Ausschussgutachtens (Nr. 209). Die hessischen Räte waren nämlich nicht bereit, vor Erfüllung ihrer Forderungen mit den anderen Reichsständen in Verhandlungen über den Konflikt um Geldern einzutreten. Alle Überzeugungskünste der kursächsischen Räte in einem gesonderten Gespräch mit den Hessen schlugen fehl. Um die Uneinigkeit innerhalb der Schmalkaldener nicht offensichtlich werden zu lassen, setzten sich die kursächsischen Räte für die Bildung eines protestantischen Ausschusses ein. Erst als sich im Ausschuss eine deutliche Mehrheit für die Aufnahme von Verhandlungen aussprach, lenkten die hessischen Gesandten ein: siehe den Bericht der hessischen Räte an Lgf. Philipp vom 23. März 1543 (Nr. 345). Infolgedessen erschienen am 20. und 21. März auch die protestantischen Reichsstände im Reichsrat und nahmen in*

Der außschuß bedenckt gut zu sein, wann uf morgen [1543 März 20] die stende widerumben in gemainem rathe zusammenkomen und die proposition erneuert und gesucht wirdet, darauf zu verfahren, das die gesandten diser stende der christenlichen verain sich gegen den ksl. comissarien und den stenden sambtlich vernemen liessen, sy hetten hiebevorn angezeigt, auß was ver hinderung sie sich nochmals in<sup>a</sup> berathschlagung der türckenhilf nicht einlassen konndten, nemlich das man darein nicht komen möchte, es were dann zuvor ein gleichmessig recht und bestendiger friden im Hl. Reich ufgericht, dann one dise vorberaitung khonndte diser stende achtens nach kain fruchtbarliche hilf geleist werden.

Nachdem weren dise stende nochmals erpiettig, solliche hilf zu beratschlagen helfen, wie sie dann auch des von iren herren und obern bevelch hetten, doch das zuvor die hiebevorn gesuchte articul des fridens und rechtens also erlediget, daß nicht allein dise, sondern auch alle stende des Hl. Reichs sich eines bestendigen fridens zu vertrösten und also kain standt des Reichs ursach habe, sich unfridens halben aus diser türckenhilf zu ziehen, sonder das die von allen stenden einhellig und eintrechtiglich gelaist werden möge.

Und ob<sup>b</sup> dann die stende zu berathschlagung der gülchischen sach gefürdert, so solten sie sich zu den andern stenden begeben und ein jeglicher sein session einnemen und anzaigen, es were hievorn oftmals, sonderlich aber aus der ubergebenen supplication [Nr. 152] vermerckt, aus was ursachen die gesandten der stende der christlichen verain sich in berathschlagung der proponirten articul nicht einlassen khonnten, es weren dann die zwien articul fridens und rechtens erlediget. Sie befinden aber, das die gülchischen suchung auch in friden in die hievorn oftmals gesuchte vorberaitung zum turckenzug gehorig und die gesandten den friden nicht allain fur sich suechten, sondern gern wolten, das auch sonst meniglich im Reich fride hette und alle unruhe im Reich verhut wurden. So wolten sie unbeschwert sein – jedoch unbegeben irer voriger anzaigung – disen articul, die gulchischen suchung belangent, zu beratschlagen helfen und, do sie etwas guts darbey thun kondten, damit dise unruhue abgewendt und alle stende frid haben und dan<sup>c</sup> mit gemeinem vermögen zu widerstandt des Turcken trachten möchten, darinn wolten sie an irem vleiß nichts mangeln lassen. Und zweivelten nicht, die stende wurden der gesandten suchung fridens halben beschehen auch bedencken und derselbigen gutwilliglich abhelfen. Und solt sich alßdann hierauf ain jeglicher gesandter seines bedenckens in seiner session in diser gulchischen sach vernemen lassen.

<sup>a</sup> Aus BCD, in A: nit.

<sup>b</sup> In BCD: da.

<sup>c</sup> Aus BCD, in A: das.

*ihrer jeweiligen Kurie an den Beratungen teil, wobei eine reichsständische Friedensmission zu Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren beschlossen wurde (Nr. 212).*

**210 Gegenbericht der Gesandten Kgn. Marias auf die Rechtfertigung der jülich-schen Räte (Nr. 204) – verlesen Nürnberg, 1543 März 21**

- A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 454r–475r (Kop.); AS fol. 454r: Der kgl. Wd. zu Hungern und Beheim, regentin der röm. ksl. Mt. im Niederlandt, gesandten gegenbericht uf nechst ubergeben clevische schriften und clagen. AV fol. 454r: Lectum in consilio statuum Norenbergae, die 21. Martij anno 43.
- B Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 504r–533v (Kop.); AS und AV fol. 504r wie in A. DV fol. 533v: Der koniginnen gesandten replick.
- C Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 148r–174v (Kop.).
- D München HStA, KBÄA 3158, fol. 69r–89r (Kop.).

Liste der Beilagen 1–2 am Ende des Aktenstücks.

Regest: L. GROß/R. VON LACROIX, *Urkunden*, Bd. 1, Nr. 298, S. 204.

*Vor einigen Tagen erfuhren die burgundischen Gesandten von den im Reichsrat vorgebrachten Schriften und Klagen der jülich-schen Räte (Nr. 204–205). Sie beschwerten sich, dass die jülich-sche Erwiderung auf ihren Vortrag, auf die sie sechs Wochen lang gewartet hatten, ohne ihr Wissen und Beisein im Reichsrat erfolgt sei, während der Vortrag der burgundischen Gesandten (Nr. 202) in Gegenwart des jülich-schen Gesandten stattfand. Nachdem sie nun in den Besitz der klevischen Schriften gelangt seien, wollen sie diese im Sinne der Instruktion Kgn. Marias (Nr. 45) beantworten.*

*Für das Bündnis des Herzogs mit Kg. Franz I. gibt es zahlreiche Beweise, nicht zuletzt die von Kgn. Maria 1542 abgefangenen Schreiben des französischen Gesandten am klevischen Hof, Sr de Serrant (Nr. 202, Beilagen 1–2), und den Briefwechsel Hg. Wilhelms mit seinem Beauftragten in Frankreich, Dr. Hermann Cruser. Diese Briefe belegen die Unterstützung des französischen Einfalls in Brabant durch Hg. Wilhelm.*

*Jegliche Anrechte auf das Fürstentum Geldern und die Grafschaft Zutphen, die in der gedruckten Defensionsschrift Hg. Wilhelms (Nr. 204, Anm. 4 und Beilage 1) erhoben werden, sind zurückzuweisen. Um die Ansprüche des Herzogs auf Geldern zu widerlegen, arbeiteten die burgundischen Gesandten – mit Wissen und Beihilfe der in Nürnberg anwesenden ksl. Räte – eine ebenfalls gedruckte lateinische Confutatio (Beilage 1) aus.*

*Bf. und Domkapitel von Lüttich seien durch Hg. Wilhelm vom Bündnis mit dem Kaiser abgebracht und zur Neutralität im Konflikt mit Frankreich überredet worden. Der Herzog soll sich auch seines Beitrags zum Türkenzug nicht rühmen, da sein Angriff auf Brabant die Türkenhilfe Kgn. Marias für Utrecht und Overijssel verhinderte, weil sie ihre Truppen zur Verteidigung ihrer Territorien benötigte. Wilhelm ergriff Partei für den Verbündeten der Türken, den französischen König, anstatt die Mandate zum Verbot fremden Kriegsdienstes zu exekutieren.*

*Die von den jülich-schen Gesandten übergebenen schriftlichen Klagen Hg. Wilhelms, der Herzoginmutter Maria von Jülich-Kleve sowie einiger adeliger Teilnehmer am Türkenzug (Nr. 205) über die von den burgundischen Truppen angerich-*

teten Schäden an Land und Leuten weisen die Gesandten Kgn. Marias zurück. Die Regentin handelte aus Notwehr in Reaktion auf den militärischen Einfall in Brabant. Für die in den übergebenen Klagen geschilderten Grausamkeiten sind die Verursacher des Krieges verantwortlich zu machen.

Die mehrmaligen Versuche zum Abschluss eines Waffenstillstands zwischen Hg. Wilhelm und Kgn. Maria<sup>1</sup> scheiterten bisher an der fehlenden Friedensbereitschaft des Herzogs. Trotzdem willigte Kgn. Maria auf Drängen der Unterhändler im Febr. 1543 abermals in die Fortsetzung der Vergleichsverhandlungen ein (Beilage 2), um einen endgültigen Frieden zu erlangen, wobei der Herzog nur zu einem vierjährigen Waffenstillstand bereit war. Die jülichischen Räte brachten den Reichsständen in Nürnberg einige Aktenstücke aus den Waffenstillstandsverhandlungen zur Kenntnis (Nr. 208, Beilagen 1–6), um die Stände in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch Kgn. Maria ist bereit, den Inhalt der Verhandlungen publik zu machen, damit Kg. Ferdinand und die Reichsstände erkennen, dass einzig und allein Hg. Wilhelm für die Sperre des Rheins verantwortlich sei, wodurch der freie Warenverkehr zwischen den ober- und niederländischen Städten behindert werde.

Und zum letzten schreien die clevischen gesandten wie hoch sie wollen, so ist es doch die unwidersprechenlich warhait, das solches und all ander unrath, so auß disem krieg entsteen, von irem herren herkhomen, das auch er eyn uffwiger und mithelfer des Kg. von Franckreich gewesen und noch sei und das durch seine leut am ersten mit seinem vorschub, hilf und furderung der ksl. Mt. land und leut unabgesagt, ungewarnt, wider eer und recht erschrecklich uberfallen, geprandt, beraubt und unuberwintlich beschedigt und, wo der Almechtig nit verhuet, dieselbig von irem rechten, naturlichen herren in des Kg. von Franckreichs servitut unversehenlich gar gepracht weren worden.

Die burgundischen Gesandten bitten Kg. Ferdinand und die Reichsstände, sie mögen sich um die Klagen Hg. Wilhelms und seiner Gesandten nicht kümmern, sondern sich vor Augen halten, wie der Herzog dem Kaiser vor einiger Zeit unrechtmäßig Land entzog, sich mit den Feinden des Kaisers verbündete und die Türkenhilfe der Niederlande dadurch verhinderte. Angesichts ihrer Pflichten gegenüber Karl V. sollen die Reichsstände nicht den unbotmäßigen Herzog unterstützen, sondern zur Wiedergutmachung der Schäden und zur Bestrafung des Landfriedensbruchs beitragen.

Beilagen: alle aus Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1.

1. fol. 476r–483r, (zeitgen. Druck in lat. Sprache); ÜS fol. 476r: Confutatio Defensionis Ducis Clivensis super iure Ducatus Geldriae ac Comitatus Zutphaniae per Legatos serenissimae Reginae Mariae, pro Caesarea Maiestate inferioris Germaniae Rectricis etc., Sacri Imperii Ordinibus mense Martio anno M.D.XLIII. Nurembergae exhibita. AV fol. 476r: Praes. 21. Martij in consilio statuum Norenbergae anno 43.

<sup>1</sup> Waffenstillstandsverhandlungen von Oktober 1542 in Löwen und von Jan./Febr. 1543 in Aachen und Maastricht, bei denen die Gesandten der rheinischen Kurfürsten und des Lgf. von Hessen als Vermittler tätig wurden.

2. fol. 451r–453v (Kop.): Kgn. Maria erklärt sich gegenüber den kurrheinischen und hessischen Unterhändlern in Aachen zu weiteren Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Hg. Wilhelm von Jülich bereit, dat. Brüssel, 1543 Febr. 12; AV fol. 453v: Praes. zu Nurnbergk in gemeynher versammlung, den 21. Martij anno 43.

**211 Replik der jülich-schen Räte auf den Gegenbericht der Gesandten Kgn. Marias (Nr. 210) – Nürnberg, 1543 März 21**

- A Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 534r–542r (Kop.); AS fol. 534r: Replica der verordneten guylissche rätthe uff beschehenen gegenbericht kgl. Wd. zu Hungern gesandten, muntlich furgetragen am 21. Martij 1543 Nurembergae. ÜS fol. 535r: Replica der verordneten guylisschen rethe uff gethanen gegenbericht der kgl. Wd. zu Hungern gesanten.
- B Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748, fol. 113r–118v (Kop.); DV fol. 118v wie AS in A.
- C Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 282r–285r (Kop.).

*Die jülich-schen Räte fassen zunächst die Anklagen und Antworten der burgundischen Gesandten zusammen. Da sie sich nicht auf einen langwierigen Schriftwechsel mit ihnen einlassen wollen und da sie keine Kopie ihres Vortrags (Nr. 210) besitzen, antworten sie mit einer kurzen mündlichen Gegendarstellung. Im Falle der Aufnahme von Verhandlungen in der Geldernfrage durch die Reichsstände, sind die Räte bereit, alle von den burgundischen Gesandten vorgebrachten Argumente mit einem ausführlichen Gegenbericht zu widerlegen.*

*Der Vorwurf, dass die Gesandten Kgn. Marias die Verteidigungsschrift der jülich-schen Räte (Nr. 204) verspätet erhielten, ist unbegründet, da diese Schrift vor allen Reichsständen im Reichsrat vorgetragen wurde und die Jülicher der Anfertigung von Kopien für die burgundischen Gesandten ausdrücklich zustimmten. Wie hätten die Gesandten Kgn. Marias in ihrer Replik (Nr. 210) sonst so genau auf die jülich-schen Argumente eingehen können, wenn sie die entsprechende Schrift nicht gekannt hätten?*

Das aber zum andern mit vielen undienstlichen, geferbten schmeheworten hoch uffgetrieben wirdt, als sollte hochgedachter unser gnediger furst und herr mit kgl. Wd. von Franckreich, der ksl. Mt. zuwider, sonderliche bundtnuß uffgericht und des angetzogen uberzugs, verschiener zeit in das furstenthumb Brabant geschehen, mitschuldig und theilhaftig sein, dagegen repetiren und erholen wir hieher obbestimte unser ubergebne verantwortung [Nr. 204] und sagen nochmals, das hochgemelter unser gnediger furst und herr weder mit kgl. Wd. von Franckreich noch sunst jemandt anders uff der welt eyniche bundtnuß, irer fstl. Gn. verweißlich oder ksl. Mt. und dem Hl. Reich zu nachteil, uffgericht. Dergleichen soll auch uber sein fstl. Gn. mit warheit nymmer bewiesen mogen werden, das dieselbige des angetzogen uberzugs, in

ksl. Mt. nidererblande geschehen, wissen oder gefallens gehapt und vil weniger, das ir fstl. Gn. darzu rath oder that, furschub, furderung oder bewilligung (wie irer fstl. Gn. von den burgundischen zur unschult [= *unberechtigter Weise*] offerlegt) gethan habe. Aber das widderspill thut sich uß obberurter unser ubergabner antwort offentlich befinden.

Sovil aber den dritten puncten berurt, als sollte unsers gnedigen fursten und herrn im druck ußgangne defension [*Nr. 204, Beilage 1*] nit beschehen können, dan das dieselbige durch irer, der gesandten, ubergaben vermeinte confutation [*Nr. 210, Beilage 1*] gnugsam abgeleinet sei worden, solichs furgebens thun wir den burgundischen uberall kheinen gestandt dan sagen, das widderspill whar sein. Stellen auch in keinen zweyvel, wen[n] berurte unsers gnedigen fursten und herrn defension und die vermeinte neulich ußgangne ungegründte confutation mit fleiß besichtigt, gegeneinander conferirt und erwegen werden, das alßdan offentlich sich befinden soll, das hochgedachter unser gnediger furst und herr dasselbig furstenthumb Geldern und grafschaft Zutphen mit gutem, rechtmessigem titel inhabe und bei irer fstl. Gn. possess billichs gehandthapt werden soll.

Dweil nun uß diesem allem euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. offentlich befinden, das unser gnediger furst und herr der angetzogner verbundtnuß mit kgl. Wd. von Franckreich, dergleichen der geübter handlung Marthins von Roßheim und wes sunst irer fstl. Gn. zur unschult durch die burgundischen offerlegt, nit gestanden, auch gegen irer fstl. Gn. zu den ewigen tagen mit beständigem grund nit soll khunnen dargethan und bewiesen werden, und aber ir fstl. Gn., dieses alles unangesehen, durch die burgundischen nach seiner fstl. Gn. uff jungst alhie gehaltenem reichstag zu Nurmberg beschehener rechtmessiger entschuldigung [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 122*], die welche auch mitnichtem widerfochten, one eyniche furgehende erkandtnuß nit allein widder alle recht und billigkeit, dan auch widder alt herkhomen, uffgerichten landtfridde, ertedingte fridstende und daruff gefolgte declaration unabgesagt, unversehenlich und unverschult, in zeit als ir fstl. Gn. ire reuther und knecht in des Hl. Reichs dienst gegen den Turcken geschickt und mit schweren kosten underhalten, mit höreskraft und gewalt uberzogen und beschediget und nichtsdestoweniger hochgemelter unser gnediger herr als ein junger fridliebender furst uff der chur- und fstl. rethe furgenomene gutliche underhandlung sich so weith hat bewegen lassen, alle rechtmessige und billiche mittel, zu eynem beständigen und ehrlichem frid oder fridstandt dienlich, anzunemen, und aber die burgundischen soliche hochzimliche mittel abgeschlagen.

Das auch der mangel, [*das*] der Rheinstraums und straß geschlossen, mitnichtem an unserm gnedigen fursten und herrn dan an die burgundischen befunden werde, wie euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uß jungst ubergabnem schriftlichen bericht gnugsam vernomen. Und dan hochgemelter unser gnediger herr sich allezeit, als eynem gehorsamen fursten des Hl. Reichs wol zustehet, ertzeigt und uber das alles sich erbotten hat, nit allein die sach irer fstl. Gn. furs-



tenthumb Geldern, sonder auch den gwaltigen uberzug und was daruß gefolgt und ob ir fstl. Gn. in der gutlicher handlung zu vill oder wenig sich erbotten, zu euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. gutlichen oder rechtlichen erkandtnuß zu stellen, wie ir fstl. Gn. sich nochmals thun erbieten.

Dem allem nach wollen wir euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. underthenigs fleiß erinnert, ersucht und gebetten haben, sie wollen gestalt und gelegenheit dieser sachen, daran nit allein unserm gnedigen fursten und herrn, sonder dem gantzen Hl. Reich und desselben gedeien und wolfart gelegen, auch unsers gnedigen herrn hochzimlich erbieten zu hertzen furen, die sorgfeltigkeit, gefhar und umbstende erwegen und daran sein, das des Hl. Reichs freiheiten, gerechtigkeit und wolfart nit undergehen, hochgedachter unser gnediger furst und herr bei recht vertedingt, fur weitherer gewalt beschirmt und das der burgundischen unrechtmessig gewalt und furnemen, dainne sie verharren und teglichs jhe lenger jhe beschwerlicher furfarn, abgestellt, unser gnediger furst und herr und seiner fstl. Gn. beschedigte underthanen mit erstattung aller costen und schaden gantzlich restituirt, bei des Hl. Reichs rechten und versicherung gehandthapt, die handtierung und narung allenthalben frei und unverhindert zugelassen, auch recht und frid im Hl. Reich gehalten und gepflantz werden mogen.

Und dweil aller verzog in dieser sach unserm gnedigen fursten und herrn (wie euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. leichtlich abzunemen) zu grossem nachteil thuet erreichen, so stehet nochmals zu euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. unser underthenig, fleissig bit, sie wollen die sach gnediglich und gunstiglich furdern, das wir one lenger uffhalten tröstliche und zuverliessige antwort, wes unser gnediger furst und herr sich in diesem irem hochsten anligen zu dem Hl. Reich entlich zu versehen habe, vernemen mogen. Solichs wirdt ir fstl. Gn. umb euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. freundlich zu verdienen und mit gnaden zu erkennen allezeit gneigt und willig befunden werden.

212 *Initiative der Reichsstände bei Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren zur Vermittlung eines Friedens im Geldernkonflikt – Nürnberg, 1543 (März 22)*<sup>1</sup>

Wien HHSStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 484r–485v (Konz. v.d.Hd. Jonas' mit Streichungen und Erg.); DV fol. 487v: Furtrag Gulichs halben.

Regest: L. GROß/R. VON LACROIX, *Urkunden*, Bd. 1, Nr. 299, S. 204.

Die kfl. rhät, fursten und stend und der abwesenden potschaften haben gesterigs tags für hand genomen und städtlichen beradtschlagt, was desselben tags und

<sup>1</sup> Zur Datierung siehe das Schreiben Dr. Johann Marquardts an Mgf. Ernst von Baden von 1543 März 26 (Nr. 378) und den Bericht der jülichischen Gesandten von 1543 März 24 (Nr. 213).

davor zue andern zeiten von wegen der kriegshandlung, so sich zwischen der kgl. Wd. zue Hungern und Beheim wittib, hochgedachter ksl. Mt. nidern erblanden regentin, meiner gnädigisten frauwen, an ainem und dann meinem gnädigen herren, dem Hg. zue Cleve etc., zuegetragen und noch erhalten, schriftlich und mundtlich ist furbracht. Und verstanden, das hochgedachts hertzen gesandten sich aller söllicher spruch und vorderung, auch anderer sachen halben, zue guetlicher verhör und entlichem rechtlichen außtrage vor gmeine reichsstende erpotten.

Nun haben gmaine stend des Reichs mit zeitungem [= *reifem*] rhate erwegen, welchermassen das Reich teutscher nation dißer zeit mit vilerlay beschwärlichen obligen und beschwärdn beladen, darunder nit die geringst ist, das gemainer christenhait erbfeind, der Turck, in treffenlicher, grosser rüstung und anzug ist, euer kgl. Mt. königreich Hungern und (wo ime möglichen) auch andere anrainende lender teutscher nation ze überziehen, ze verwusten und in seinen tyrannischen, vihischen gwalt ze bringen. Derwegen die unvermeidlich höchste notturft erhaischen will, das demselbigen mit ansehnlicher hilf und gegenwer entgegengangen werde. Söll nun aber dieselbig stadtlich beschechen, so will der stend undertänigem guetbeduncken nach die notturft ervorderen, das alle stende des Reichs yr ansehnliche hilf einhelliglich darzue thueen, welches aber gemainer stend erachten nach nit wol möglichen sein kan, [*be*]vor die innerliche krieg in dem Hl. Reich nit abgestellt und beigelegt wurden, also das alle stend zue söllicher hilf unverhindert bewilligen und die laisten mögen.

Darumb bedencken sy, dieweil diße innerliche kriegsiebung zwischen ksl. Mt., unßerm allergnädigisten herren und heupt, und dann zwischen dem Hg. zue Cleve und Jülch als ainem fursten und mitglied des Reichs erhalten, das die mittel und weg für hand ze nemen, dardurch sölliche kriegshandlung abgeschafft, die irrungen in der gueti beigelegt oder gepürlich und endtlich entschaiden werden. Dann solte das nit beschechen und diße innerlichen zwaiung und kriegshandlungen yrn füngang haben, so möchte von den landschaften, darin die krieg sein, und vileicht auch durch derselben anstossende und genachpurte stend wider den Turcken schwärlich hilf gelaist und also nit ain gmaine, ainhellige hilf gegen dißem erbfeind uffbracht werden mögen. Darauß zue besorgen, das dem Turcken und feinden ain sonder freud und hertz gemacht und das christlich kriegsvolck geschwecht und mit söllicher ungnuesamen hilf wenig erschießlichs gehandelt werden möcht.

Dem allem nach und damit dem gmainen, grausamen erbfeind, dem Turcken, desto stadtlicher widerstand bescheche, auch frid und rhue im Hl. Reich gepflantz und erhalten werden möge, so haben ir fstl. Gnn., Gnn. und Gg. bedacht, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. undertönigist, undertöniglich und dienstlichs vleiß zue pitten, das dieselben mit und neben gmainen stenden sich gnädigist, freuntlich und gnädiglich guettlicher underhandlung underziehen und zum fürderlichsten rhaten und die mittel und weg fürnemen helfen wöllen, dardurch die kriegshandlung von baiden tailen fürderlich ab- und in rhue gestelt

werde und die schwebenden irrungen und spän in der gueti beigelegt und vertragen und zue endtlicher erörterung oder doch in ainen fridlichen anstand gebracht werden mögen<sup>2</sup>.

Daran thuen euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. ain rüemlich, loblich, guet werck, das zue erhaltung gueter rhue, frid und ainikait im Hl. Reich und zue erschießlichem, fruchtbarem widerstand des Turcken furderlich und nutz sein würdet. Das auch um euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. Kff., Ff. und gmaine stende des Hl. Reichs undertönigist, freuntlich, auch undertöniglich und guetwillig ze vordienen, erkennen und vergelten nimmer vergessen werden.

Und sind auch bedacht, gleicher gestalt bey ksl. Mt. generalorator, dem H. von Granvell, ansuechung ze thuen, der undertönigisten, undertönen und freuntlichen zuversicht, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. werden auch nit underlassen, bey demselben und hochgedachter königin gesandten alle gnädige und guete befurderung ze thuen<sup>a</sup>.

### 213 *Bericht der jülichschen Räte über die Verhandlungen der Reichsstände in der Geldernfrage von 22. bis 24. März – Nürnberg, 1543 März 24*

A *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 544r–545v (Kop.); DV fol. 545v: Wes die stende by kgl. Mt., auch dem Grandvellen Jülichs halber geworben.*

B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 178r–179v (Kop.).*

*Regest: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 123, S. 459–461.*

Den 22. tag Martij haben gemeine reichsstend sich endtschlossen, der kriegshandlung halben, so sich zwischen meinem gnedigen hern und dem hauß Burgundien erhalten, kgl. Mt. und ksl. Mt. oratorn Granvelam antzusprechen und

<sup>a</sup> *Es folgt danach gestr.:* Die gesandten der stedt sagen: Diewil sy geordnet ze handeln, was zue widerstand des Turcken dienlich, und aber wissen, das dieselbig also bewilligt, das frid und recht im Reich sey, darzue diße mal [...]. *Der Text bricht hier ab.*

<sup>2</sup> *Die Vermeidung eines offenen militärischen Konflikts um den Besitz von Geldern lag sowohl im Interesse der altgläubigen Reichsstände als auch in jenem der Protestanten. So schrieben die Hgg. von Bayern an Dr. Leonhard von Eck, München, 1543 März 27: [...] Lassen uns fürs erst wol gefallen, das in der Kgn. Maria etc. und des Hg. von Gulch sachen durch die stende bey der kgl. Mt. und dem von Granvella, dermassen wie dein anzaigen ausweist, gehandelt worden ist [Nr. 212]. Wessten diser zeit gemainer cristenhait und sonderlich teutscher nation nichts nutzers noch ersprieslichers, dann das diser krieg gericht oder doch zum wenigsten in ainen anstand gebracht, dardurch wurde die turckhenhelf zum hochsten gefurdert und alle andere zwyspalt im Hl. Reich dest leichter gestillt und zu pesserm wesen erdeihen, wie du selbs und meniglich zu erwegen hat. Darumben wöllest, sovil dir ymmer muglich, hiein fur dich selbs haben und bey andern arbeiten, ob es der obangeregten wege ainen erlangen möchte. Was sich dann hiein weiter zuetregt, waistu uns zu berichten. [...]. In: München HStA, KBAA 3159, fol. 482r–483v, hier fol. 482r (Ausf.).*

zu bitten, nachdem, zuvor und ehe dieser inlendischer krieg ufgehoben, nichts bestendigs der turckenhulf halben furgenomen werden möchte, einsehens zu haben, damit derselb durch gutliche oder rechtliche mittel hingelegt und die kriegsrustung abgeschafft werde.

Daruf der gemein ausschus zu dem konig verordnet und berurten beschluß irer Mt. werbent angetzeigt [Nr. 212]. Und uf bescheene werbung nach langer ertzehlung der gutthaten, so meines gnedigen hern voreltern von dem hauß Burgundien bewiesen, auch antzeig der guten wolmeinung, die kgl. Mt. zu meinem gnedigen hern getragen, die anthwort von irer Mt. erlangt, das ir Mt. sich mit dem ksl. oratorn Granvela besprechen wolte, mit dem anhang, das gemeine stende sich die sach nit irren lassen, sonder in dem hauptpunct der turckenhulf furschreiten und beschliessen solten, dan meines gnedigen hern sach were allein umb ein furstenthumb zu thun, welchs, ob es gleich ksl. Mt. inkriegte, dasselb bei irem keiser und hern were. Wo aber die turckenhulf ubersehen, das das konigreich Ungarn in des Turcken gewalt kommen wurde und der teudtschen nation verderben darauß endtstehen mochte.

Als auch der gemein ausschus volgends zu dem H. Granvela kommen und gleich wie bei kgl. Mt. ire werbung gethan, hat der Granvela gleicherweiß die gutthaten, so meines gnedigen herrn voreltern von dem hause Burgundien begegnet und die iniurien, so mein gnediger her ksl. Mt. in einnhemung und vorenthaltung des lands von Geldern zugefugt haben solle, hoch angetzogen, mit dem anhang, das mein gnediger her daran nit gesettigt, sonder ksl. Mt. erblandt mit gewalt uberfallen hette, derhalb ksl. Mt. zum hochsten vorbittert und gedrungen wurde, diesen uberfall zu rechen, dan ohn das zu besorgen were, das irer ksl. Mt. erblande sich an einen andern hern schlagen wurden. Wo aber ir Mt. sich hirin in einiche handlung lassen wurde, das ime unbewust, geschee solchs allein auß grosser lieb und zuneigung, die ir Mt. zu dem Reich und sonderlich teudtscher nation truge. Und wo je mein gnediger her so unschuldig were, soll ir fstl. Gn. die gegentzieffer des briefs, der an Dr. Cruyser geschrieben<sup>1</sup>, furbringen, darauß man sonder zweivel irer fstl. Gn. schuldt oder unschult spuren wurde.

Diese anthwort ist gemeinen reichsstenden den 23. dieses monats referirt worden. Darauf einhelliglich beschlossen, dieweil ohn erledigung der gulischen sachen nit wol muglich, ethwas fruchtbars in der turckenhulf furtzunhemen, das – im vall kgl. Mt. und Granvela ir anthwort uber den 24. huius mensis vertziehen wurden – gemeine stende bei inen umb anthwort widerumb anhalten sollen.

<sup>1</sup> *Der Briefwechsel des herzoglichen Gesandten in Frankreich, Dr. Hermann Cruser, mit seinem Auftraggeber in Jülich wurde - ebenso wie der Briefwechsel des franz. Königs mit seinem Beauftragten Serrant am Hof Hg. Wilhelms - von ksl. Seite als Beweis für die Kooperation des Herzogs mit Kg. Franz I. betrachtet, weshalb die Aufdeckung des Chiffrenschlüssels der Korrespondenz eine mehrfach wiederholte Forderung des Kaisers war.*

Demnach hat kgl. Mt. den 24. huius mensis den stenden durch den mainzischen cantzler antzeigen lassen, das ir Mt. verhoffen, denselben tag oder ufs lengst den 26. dieses monats den stenden ein anthwort zu geben.

214 *Stellungnahme des ksl. Orators Nicolas de Granvelle und der burgundischen Gesandten zur Initiative der Reichsstände im Geldernkonflikt (Nr. 212) – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 März 28<sup>1</sup>*

A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 488r–491v (Kop.); DV v.d.Hd. Jonas' fol. 491v: Responsum domini Granvellani aliorumque commissariorum et ministrorum caesareae M<sup>tis</sup> in negotio ducis Juliacensis Romanorum regiae M<sup>ti</sup> datum. Lectum ordinibus imperii in consilio die 28. Martij anno etc. 43.*

B *Hannover NLA, Celle Br. 38, Nr. 148, unfol. (Kop.); AS wie DV in A. Teilw. Druck: L. GROB/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 300, S. 204–206. Franz. Übersetzung: E. DE BORCHGRAVE, Histoire des rapports de droit public, S. 146–148.*

Cum super iis, quae sacri imperii ordines regiae M<sup>ti</sup> exposuerunt supplicaruntque [Nr. 212], ut consilium opemque impartire dignaretur, quo bellum inter caesaream M<sup>tem</sup> et ducem Clivensem motum amicabilem via componatur, eidem regiae M<sup>ti</sup> cum domino Granvellano aliisque commissariis ac ministris imperialis M<sup>tis</sup> et ser<sup>mae</sup> reginae Mariae antea conferre ipsorumque sententiam super ea re cognoscere visum fuerit, eam illi paucis M<sup>ti</sup> suae exponere non recusabant.

Id autem inprimis haud ignorare sacri imperii ordines arbitrantur caesaream M<sup>tem</sup> irrefragabile ius in ducatu Geldriae et comitatu Zutphaniae ipsis Ratisponae proximis comitiis [1541] amplissime exposuisse [RTA JR Bd. XI, Nr. 227] eoque propriis literis ac per heraldum ducem Clivensem solemniter evocasse ac ad videndum ius suae M<sup>tis</sup> coram statibus deduci atque exponi personaliter eum comparere mandasse [RTA JR Bd. XI, Nr. 222] et sufficientem quoque ad id securitatem obtulisse, contra autem illum non modo in eius modi personalis citationis contemptum [RTA JR Bd. XI, Nr. 226], verum etiam quo se magis caesari adversum ostenderet faceretque, eodem tempore in Franciam abiisse ac ibi cum hostibus caesareae M<sup>tis</sup> matrimonium affinitatemque contraxisse et eius praetextu ad velandas perniciosas contra caesaream M<sup>tem</sup> conspirationes usum esse.

Et quanquam tunc ipsius Clivensis commissarii scripto se responsuros iactarent [RTA JR Bd. XI, Nr. 228, Nr. 231, Nr. 235], attamen id (quod qui-

<sup>1</sup> *Nicolas de Granvelle berichtete an Kgn. Maria am 30. März 1543, welche Erwägungen ihn in der Geldernfrage bei der Abfassung seiner Stellungnahme geleitet hatten. In: Wien HHStA, Belgien PA 36/1, fol. 445r–480v, hier fol. 445r–456v (Ausf. z. T. chiffrr. u. dechiffrr.).*

dem ad caesareae M<sup>tis</sup> noticiam pervenerit) nequaquam factum fuit sive in comitiis Spirae [RTA JR Bd. XII, Nr. 274b] sive hic novissime celebratis [RTA JR Bd. XIII, Nr. 122], verum ille in contemptum caesareae M<sup>tis</sup> ac statuum iniusta occupatione contumaciter perstitit et solum in hoc conventu ab eius commissariis defensio quaedam est exhibita [Nr. 204], quae tamen, si propius inspiciatur tam in facto quam in iure, evidentissime erronea ac falsa esse comperietur, quemadmodum etiam status ex brevi eiusmodi defensionis confutatione nomine caesareae ac reginalis M<sup>tis</sup> oblata [Nr. 210, Beilage 1] aperte intelligere possunt. Ex quibus certe omnibus unicuique facile cernere licet deinceps neque convenire neque opus esse, ut de clarissimo evidentissimoque iure suae M<sup>tis</sup> in praedicto ducatu ac comitatu ulla disputatio ulterius moveatur.

Hic accedit, quod in recenti memoria ordines habere credimus, quam fraudulenta periculosaque dissimulatione anno superiore dux Clivensis, regi Francorum confoederatus, immissis in Brabantiam hostiliter ministris suis terras caesareae M<sup>tis</sup> devastaverit. Item illud etiam ordines perpendere velimus, quo pacto idem dux inducias, ad intercessionem archiepiscopi Coloniensis et landtgravii Hessiae, rogatu suo a ser<sup>ma</sup> regina Maria etc. Lovanii admissas, servare recusaverit [Nr. 204, Beilagen 4 und 5] ac illis temere reiectis fraudulentum consilio contra bonam fidem, cum reginam ipsis confisam militum suorum partem dimisisse exercitumque solvisse animadvertisset, non sine insigni praefatorum principum contemptu bellum persequutus sit totaque hyeme cum gravibus comminationibus importune id continuaverit serenissimamque reginam in denovo conducendis retinendisque ob necessariam defensionem hyberno tempore militibus magnis sumptibus affecerit et non solum nullas interea inducias ultra paucissimos novemque dies admittere voluerit, verum etiam iis aegre impetratis primo tamen ipsarum die missis in Brabantiam militibus violaverit, unde tamen non sine suo dedecore damnoque repulsi fuere.

Ut, ne hic reliquorum factorum ipsius ducis seriem recensere cogamur, ad ea nos impraesentiarum referemus, quae duabus scripturis per commissarios ser<sup>mae</sup> reginae exhibitis ordinibus exposita fuere [Nr. 202, Beilagen 1 und 2], unde liquido apparet ducem hunc Clivensem per summam iniuriam maxima cum malignitate nulla de causa insigni etiam ac intolerabili ingratitude sine ulla diffidatione bellum fraudulenta dissimulatione imperatori, supremo domino suo, sub alieno nomine intulisse et, quod gravius est, perturbandae totius rei publicae christianae regi Gallorum auctorem extitisse, incredibiliaque damna haereditariis ditonibus caesareae M<sup>tis</sup> inflixisse ac postremo impedivisse quominus personaliter cum suis copiis omnibusque viribus Hungaricae expeditioni adversus Turcas interesse caesar potuerit, unde quanta non tantum Germanicae nationi, verum etiam universis christianis incommoda acciderint et adhuc eventura timeantur nimis proh dolor omnibus notum ac manifestum est.

Quibus quidem de causis consilarii ac ministri caesareae M<sup>tis</sup> ac ser<sup>mae</sup> reginae sperabant ac aequum omnino ducebant, ut iis quae per ipsos nomine caesareae M<sup>tis</sup> ac reginae exposita petitaque fuerunt ordines imperii haud gravatae

aut cunctanter assensum tribuerent ac postulatum adversus ducem Clivensem auxilium decernerent, quo is videlicet ad aequitatem redigeretur istiusque contra caesaream M<sup>tem</sup> et imperium rebellionis perturbatae violataeque communis in Germania pacis cum maximo totius rei publicae christianae detrimento reiectis ipsius vanis iniustisque querimoniis poenas dare cogeretur.

Verum quando nihilominus statibus pro illo adhuc intercedere placuit (licet eum favorem minime promereatur), arbitrantur tum commissarii, quod imperator ac regina contemplatione praesertim vestrae regiae M<sup>tis</sup> petentibusque id statibus ad amicabilem tractatum per media rationi aequitatie congrua condescendere non recusabunt, ita videlicet, quod praedicti ducatus Geldriae ac comitatus Zutphaniae evidentissimo irrefragabilique iure ad caesaream M<sup>tem</sup> (ut praefertur) spectantes, ob quorum etiam iniustam occupationem detentionemque continuandam praefatus dux Clivensis cum hostibus caesariae M<sup>tis</sup> nova ea foedera contraxit, regem Gallorum ad bellum cum caesarea M<sup>te</sup> renovandum excitavit tantorumque istorum malorum, quae Germaniae imminet, causam praebuit, sine omni tergiversatione restituantur ac ulterius status cum vestra ser<sup>ma</sup> M<sup>te</sup> de talibus mediis cogitent atque dispiciant proponantque, per quae caesariae suae M<sup>ti</sup> de gravissimis damnis Brabantiae proxima aestate illatis caeterisque querelis et bellorum impendiis iuxta petitionem commissariorum caesariae M<sup>tis</sup> atque reginae satisfieri ad haec per ducem Clivensem tot modis concitata caesariae M<sup>tis</sup> indignatio placari totumque id negotium ad foelicem finem optatamque pacem perduci possit, qua in re praedicti caesariae M<sup>tis</sup> ac ser<sup>mae</sup> reginae consilarii et commissarii operam suam lubenter et officiose impendere offerunt.

Quod si vero dux Clivensis illiusve ministri in tam iustam aequamque oblationem condescendere recusabunt, petunt consilarii supradicti, quatenus status imperii (viso iure tam aperto ac irrefragabili caesariae M<sup>tis</sup> necnon inexcusabili iniuria et offensa praedicti ducis, ex qua Germania totaque res publica christiana tantum accepit incommodi et adhuc ob impedimentum caesariae M<sup>tis</sup> contra Turcham acceptura est) velint suae M<sup>ti</sup> contra hostem et rebellem suae M<sup>tis</sup> et imperii auxilio esse, quo iniuria suae M<sup>ti</sup> illata reparetur et debite emendetur, prout orator generalis suae M<sup>tis</sup> caesariae praedictos status in sua oratione plenius requisivit.

215 *Bericht der jülichischen Räte über die Verhandlungen in der Geldernfrage am 28. und 29. März<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 März 29*

A *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 547r–559r (Kop.); AV: Nurembergae actum ante prandium.*

<sup>1</sup> *Einen kürzer gefassten, inhaltlich ähnlich lautenden Bericht über die Verhandlungen der letzten Märzwoche in der Geldernfrage sandten die hessischen Räte an Lgf. Philipp, Nürnberg, 1543 März 30, in: Marburg StA, PA 650, fol. 355r–356v (Ausf.).*

B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 199r–211v (Kop.); AV fol. 199r: Nurembergae actum ante prandium. DV fol. 211v: Mittel kgl. Mt. und der ksl. commissarien, durch die stende den guylisschen gesandten furgehalten 28. Martij.*

*Regest: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 125, S. 462.*

Am 28. tage Martij 1543 haben gemeyne stende des Hl. Reichs durch den meintzischen cantzler und verordneten ußschuß den guylisschen rethen und gesandten nachfolgende meynung anzeigen lassen: Sie hetten die beschwernus unsers gnedigen herrn belangen die kriegshandlungen, so sich zwischen irer fstl. Gn. und dem hauß Burgundien erhielten, mundtlich und schriftlich von uns vernomen [*Nr. 204–205, Nr. 211*], auch, was der koniginnen gesandten furgebracht [*Nr. 202, Nr. 210*], verstanden. Und nachdem inen diese kriegshandlung von hertzen leidt, hetten sie kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien und den H. Grandvela besprochen, damit diese kriegshandlung hingelegt oder in eynen anstant gebracht werden mochte [*Nr. 212*]. Daruff sich die kgl. Mt. und ksl. commissarien allergnedigst, gnedig und gunstiglich vernemen lassen, das, sovill sie zu hinlegung dieser sachen thun khundten, an inen nichts wolten erwinden lassen, und demnach mit dem ksl. orator und der koniginnen gesandten gehandelt, welche ein schrift ubergeben, darin sie sich erclert [*Nr. 214*]. Mit der uns lang uffzuhalten, achten gemeyne stend von unnöten, wolten uns aber den effect darvon furhalten: Nemlich hetten sie erholet, was zu Regenspurg [*1541*] und sunst dieser sachen halben gehandelt were; das auch ksl. Mt., wes sie gethan, uß notwehr thun muessen, und das die ksl. Mt. zu den landen Geldern und graffschaft Zutphen ein unwiddersprechliche gerechtigkeit hetten. Es mochte aber dennoch ir kgl. Mt. uff leidliche wege handeln, doch dergestalt, das vor allen dingen ksl. Mt. das landt von Geldern und graffschaft Zutphen eingeraumbt wurden. Was die zugefugten schaden in Brabant belangte, mochten sie gutliche handlung erleiden.

Hieruff hetten gemeyne stende bedacht, das die not erfordert, von uns zu erfahren, ob wir gewalt hetten, uff diese mittel zu handeln. Wo sie des von uns verstendiget wurden, wolten sie sich alßdan auch weither vernemen lassen.

Daruff haben wir alßbald nach genommenem bedacht unser antwort gegeben und uff diese meynung uns vernemen lassen: Das den gemeynen stenden diese kriegshandlung von hertzen leidt were und derowegen die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien und oratorn besucht hetten, damit solich kriegshandlung hingelegt oder in eynen anstandt gebracht werden mochte. Solichs wolten wir von wegen unsers gnedigen herrn inen, den stenden, hochlich gedanckt haben, mit bitt, sie wollen hinfurther die sach dermassen furdern, das wir uff unsers gnedigen fursten und herrn ubergebene clagten [*Nr. 205*] und verantwortung [*Nr. 204*] zuverliessige und tröstliche antwort furderlich vernemen mochten.

Sovill aber der burgundisschen furschlag beruren were, hetten wir uberall kheinen gewalt, daruff uns in eyliche handlung einzulassen, dan obwoill die ksl.



Mt. zu Regensburg [1541] ir angemaste gerechtigkeit den gemeynen stenden hette furtragen und die assertion daruff in truck ußgehen lassen [RTA JR Bd. XI, Nr. 227, Anm. 1], so were dannoch von wegen unsers gnedigen herrn daruff solicher bestendiger gegenbericht den stenden ubergeben [RTA JR Bd. XI, Nr. 228], das sie dardurch bewegt worden, fur hochgedachtem unserm gnedigen fursten und herrn eyn furbith [RTA JR Bd. XI, Nr. 233] zu thun, ir fstl. Gn. uber ire beschehene hochzimlich rechtserbietens mit der thatlicher handlung nit zu beschweren. So hetten auch die stende uß unsers gnedigen fursten und herrn am jungsten im truck ußgangner defension [Nr. 204, Beilage 1 und Anm. 4] unsers verhoffens befunden, das ir fstl. Gn. berurts furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen als ein rechter, angeborner erb in craft deren rechtmessigen titel, als nemlich legitimae successionis, rei iudicatae et transactionis, die possession berurter lande bekhommen. Und dweil ir fstl. Gn. daruff von den underthanen eyde und huldigung etc. entpfangen und sich hinwiderumb gegen die underthanen als der landesfurst verstrickt, hetten die stende daruß lichtlich abzunemen, das irer fstl. Gn. eherenhalben nit gezimmen wolte, fur eynicher furgehender erkenntnuß von berurtem irem ererbten furstenthumb abzutretten und der ksl. Mt. einzuantworten.

Nun hetten aber die stende uß unserm ubergebнем bericht [Nr. 208] gnugsam vernommen, welchermassen unser gnediger furst und herr uff der chur- und fstl. Gnn. rethe furgenomene gutliche underhandlung sich bewegen lassen, alle mittel, so zu eynem bestendigen fried oder anstandt dienlich, anzunemen, und aber die gutliche handlung durch der burgundisschen verursachung zerschlagen worden. Wo nun durch der stende handlung die feindtliche handlung itzo alßbald zu beiden seiten uffgehoben und in der gutlichen underhandlung uns eyniche rechtmessige, tregliche, leidliche und scheidbare mittel furgehalten wurden, hetten wir von unserm gnedigen fursten und herrn gnuchsam gewalt und bevelh, daruff uns in handlung einzulassen. Wollen uns auch daruff aller gebur vernemen lassen, das der mangel an uns nit solte befunden werden, der gentzlichen zuversicht, es werden die stende uff andere annemliche mittel bedacht sein, dardurch die sachen gutlich hingelegt werden mochten.

Verordenter ußschuß: Hetten unser antwort vernommen und daruff weither sich bedacht und entschlossen, uns ferner furzuhalten, ob nit ein mittel were, das mein gnediger herr dahin zu bewegen sein mochte, das ir fstl. Gn. das land von sich in gemeynereichsstende handt stellet, dergestalt das die kriegsubung abgeschafft und das landt von Geldern und graffschaft Zutphen in gemeynereichsstende henden byß zu erkenntnuß (die in jarsfrist beschehen solle) verbliebe. Wo uns das annemlich, wolten sie daruff bei kgl. Mt., ksl. commissarien und oratoren anhalten, damit die kriegsubung abgestellt werden mochte.

*Die jülichischen Räte beraten über diesen Vorschlag des Geldernausschusses und geben den Reichsständen am Nachmittag des nächsten Tages [1543 März 29] folgende mündliche Antwort: Demnach sollen wir euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. nit verhalten, das wir, sovill in der eyle muglich gewesen, uff obbestimte mittel*

uns bedacht und nach gestalt und gelegenheit der sachen, auch erwegung aller umstenden befunden, das dasselbig hochgedachtem unserm gnedigen fursten und herrn mitnichten annemlich und das wir daruff in khein underhandlung uns einlassen khünnen, uß vilfeltigen, dapfern, rechtmessigen, wolgegrundten und beweglichen ursachen.

Und erstlich, nachdem unser gnediger furst und herr die possession des furstenthumbs Geldern und graffschaft Zutphen als ein rechter, eyniger, angeborner erb und nachfolger derselbigen in craft dreyer rechtmessigen und wolgegrunten titel bekhommen und daruff von den underthanen als ir rechter, naturlicher, angeborner landtfurst und herr angenommen, auch von ime gewöhnliche eyde und huldung empfangen und hinwiderumb sich gegen die underthanen verpflichtet hat, so haben euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. gnediglich und wol abzunemen, das es irer fstl. Gn. mitnichten gezimmen will, fur eynicher furgehender geburlicher erkantnuß berurte furstenthumb und graffschaft uß iren henden zu stellen und in die sequestration zu willigen. Das auch ir fstl. Gn. solichs, in betrachtung der beschehner vereynigung und verpflichtung zwischen irer fstl. Gn. und derselben underthanen, reciproce geschehen, eherenthalben nit thun khünnen.

Zum andern, welchermassen die burgundischen nach unsers gnedigen fursten und herrn stetten und flecken, in berurtem furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen gelegen, tag und nacht mit allerley practicken gestanden, solichs ist allermenniglich wol bewust, und haben euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uß hochgemeltes unsers gnedigen fursten und herrn am jungsten ubergebner verantwortung [Nr. 204] gnugsamlich vernomen. So haben sie auch noch neulich mit dergleichen practicken die stat Harderwick und andere an sich zu bringen sich befleissiget, wiewol durch gnade des Almechtigen inen ir anschlege nit geraten, die ubelthetter betretten und gefenglich angenommen sein worden. Solte nun unser gnediger furst und herr fur gutlicher oder rechtlicher erkantnuß die possession berurter furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen evacuiren und in die sequestration willigen, was unrath und nachteil irer fstl. Gn. und derselben underthanen in dem gantzen Reich daruß in khunftiger zeit entstehen mochte, haben euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uß hohem verstande gnediglich und woll abzunemen.

Zum dritten, es wissen euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. gnediglich und woll sich zu erinnern, welcher gestalt ein gemeyner fridstandt im Hl. Reich ertedingt und das unser gnediger furst und herr uff solichen gemeynen fridstandt durch eyne sonderliche declaration von Kff., Ff. und stende des Reichs dermassen versichert worden, dweil nit allein die gliedder des Hl. Reichs, sonder auch ksl. und kgl. Mtt. als die heubter fur sich selbst und mit iren erblanden dainnen begriffen, das sein fstl. Gn. als ein furst und mitglied des Hl. Reichs nit weniger dan andere mit allen iren furstenthumben, landen und leuthen, so ir fstl. Gn. hetten und besessen, wol versichert und von nyemant eynichen gewalt oder uberzugs sich besorgen durften, so ferr dieselbige ordentlich recht

leiden wolten und mochten, wie dan solichs der buchstab der declaration, dero copei wir neben unsers gnedigen herrn clagt am jungsten ubergeben, weither vermeldet [*RTA JR Bd. XII, Nr. 274c bzw. Nr. 204, Beilage 2*].

Nun hat unser gnediger furst und herr sich fur und fur zu ordentlichem und geburlichem rechten erbotten und dem hochwurdigsten, durchlechtigsten und hochgeborn fursten und herrn, H. Albrechten, Kard., Ebf. zu Mentz, Kf. etc., unserm gnedigsten herrn, als des Hl. Reichs teutscher nation ertzcantzler solichs alßbald zuschreiben<sup>a</sup>, auch irer fstl. Gn. reuther und knecht mit schweren kosten widder den Turcken geschickt, underhalten und andern Kff., Ff. und stenden des Reichs in grosser anzall zuziehen lassen und sich nit allein uff berurten bewilligten fridtstandt und daruff gefolgte declaration gentslich<sup>b</sup> verlassen, dan [= *sondern*] auch allen iren underthanen vertroistung gethan, das gegen sie nichts thetlichs furgenommen, sonder ein jeder bei ordentlichem, geburlichem recht gehandthabt werden solte.

Wo nun unser gnediger furst und herr in die sequestration des furstenthumbs Geldern und grafschaft Zutphen willigen und also von irem wolerlangten posseß fur beschehener erkantnuß abtreten solte, so mußte auch ir fstl. Gn. obbestimpter declaration, dainne sie mit allen iren furstenthumben, landen und leuthen, die sie in besitz haben, des fridens versichert werden, stilschweigendt sich begeben. Dweil aber solichs nit allein irer fstl. Gn., dan auch derselben underthanen zu unwiderbringlichem nachteil reichen wurde, so haben euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. daruß bey sich selbst woll zu ermessen, das berurt mittel, die sequestration belangendt, hochgedachtem unserm gnedigen fursten und herrn mitnichten annemlich.

Zum vierten, nachdem die burgundisschen widder gotlich, naturlich und gemeyn beschrieben recht, Gulden Bull, reformation und andere des Hl. Reichs satzungen, ksl. Mt., unsers allergnedigsten herrn, obligation, den uffgerichteten und außgekundten landtfriden, erthedingte fridstende und daruff gefolgte declaration unsern gnedigen fursten und herrn mit hereskraft und gewalt unversehenlich und unverschult ubertzogen und sein fstl. Gn. und dero underthanen in unwiderbringlichen schaden gefurt, wie euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. solichs uß hochgedachtes unsers gnedigen herrn ubergebner clagten [*205a*] weither vernomen haben, und aber ir fstl. Gn. gegen soliche thatliche, fridbruchige handlung mit erstattung kosten und schaden mitnichten restituirt worden. Solte nu ir fstl. Gn. nit allein in solichem zugefugten schaden stecken pleiben, dan auch uber das berurte ir ererbte furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen durch mittel der sequestration uß iren henden stellen, solichs were jhe nit allein dem rechten, dan aller billicheit und menschlicher vernunft zuwider.

Uß diesen und andern dergleichen rechtmessigen und beweglichen ursachen haben euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. als die hochverstendigen gnediglich und

<sup>a</sup> *In B:* zugeschriben.

<sup>b</sup> *In B:* gewißlich.

wol abzunemen, das hochgedachter unser gnediger herr berurt mittel kheinswegs annemen kann. Und dweil ir fstl. Gn., in betrachtung ires gethanen hochzimlichen rechterbietens, sich mitnichten versehen gehabt, das solich mittel alhie furgeschlagen werden solte und also uns daruff zu handeln khein gewalt zugestelt, so kunnen wir auch fur unser person in kheine handlung uff solich mittel uns einlassen. Versehen uns auch gantzlich, wo durch euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. diese ursachen und alle umbstende mit fleiß bedacht und erwogen werden, es sollen euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. es selbst darfur achten und halten, das diese mittel der sequestration zu geburlicher und entlicher hinlegung dieser sachen nit dienlich.

Damit aber euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. eygentlich spuren und vernemen mogen, das unser gnediger furst und herr des friddens am hochsten begirich und denselben, wo er uff leidliche, tregliche wege und mittel zu erhalten, auch mit irer fstl. Gn. grosssem nachtheil anzunemen sich bewegen lassen wurde, wollen wir eynen andern weg, dardurch (unser erachtens) die sachen hingelegt werden mochten, euern fstl. Gnn., Gnn. und Gg., sich daruff haben zu bedencken, unangetzeigt nit lassen, nemlich diesen:

Dweil unser gnediger herr, unangesehen das ir fstl. Gn. widder den uffgerichteten landtfridden, erthedingte fridstende und declaration durch die burgundischen (wie gehort) uberzogen und beschediget, sich erbotten, alle und jede irrunge und gebrechen, auch forderungen und gegenforderungen, so sich zwischen ksl. Mt. und dem hauße Burgundi eins- und irer fstl. Gn. andertheils erhalten, zu der Kff., Ff. und gemeyner stende des Hl. Reichs gutlicher und rechtlicher erkenntnuß zu stellen, das demnach durch euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. die gutliche handlung itzo alßbald furgenomen und die thatliche, feindtliche handlung unverzoglich zu beiden seiten uffgehoben und abgeschafft werde. Wo nun zu der gutlicher handlung geschritten und durch euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. eynliche rechtmessige, tregliche, leidliche und scheidbare mittel bedacht und uns furgelhalten wurden, wollen wir uns unserm habendem bevelh nach dermassen daruff vernemen lassen, das (will Got) der mangel an uns nit soll befunden werden. Wo aber die gutliche handlung dieser zeit alhie nit khunte furgenomen oder aber anderer hochwichtiger sachen halben, darumb diese des Hl. Reichs versamlung geschehen, nit außgewartet werden, das alßdan von beiden theilen etliche chur- und fursten, welche nit allain bei dem Hl. Reich, dan auch bei beiden theilen ein dapfer ansehens hetten, in gleiche anzall erwelet und denselbigen gutliche handlung zu irer erster gelegenheit furzunemen vergunt und eingereumet wurde. Wo alßdan der Almechtig gnade verliehen [!] wurde, das die sachen durch hochgemelter chur- und fursten gutliche underhandlung uff leidliche und tregliche wege, wie wir hoffen, hingelegt und vertragen werden mochten. Stellen wir in kheinen zweyvel, wes also gutlich vertragen wurde, das demselbigen unser gnediger furst und herr wircklich geleben und nachkommen solte. Wo aber die gutlichkeit entstehen [= *mangeln, fehlen*] wurde, das alßdan fur den paribus curiae als ordentlichen richtern in berurten allen und jeden

forderungen und gegenforderungen rechtlich, wie sich nach natur der sachen und sunst vermoge der rechten eygen und geburen will, procedirt und furgefaren. Und wes alßdan durch dieselbige nach gnugsamer furgehender erkantnuß der sachen zu recht erkant wurde, das demselbigen rechtsspruch durch beide theil wircklich gelebt und nachkomen werden solte. Und damit derwegen an unserm gnedigen fursten und herrn jhe khein mangel gespurt werde, wollen wir uns hiemit erbotten haben, das, welcher gestalt die burgundisschen gnuchsame und geburliche versicherung thun werden, was also mit recht erkant wurde, wircklich zu vollziehen, das wir dergleichen versicherung zu thun urbuttig und willig sein.

Und dweil nun solcher weg aller billigkeit gemeß und wir bei uns nit gedenccken kunnen, welcher gestalt unser gnediger furst und herr sich weither und ferrer erbieten solte, demnach wollen wir euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. underthenig und fleissig gebetten haben, sie wollen solich hochzimlich erbieten zu hertzen furen, gestalt und gelegenheit der sachen mit allen umbstenden und wes daruß entstehen mochte, gnediglich und gunstiglich erwegen und bedencken, und zu handthabung irer selbst reputation, ksl. Mt. obligation, des uffgerichten und außgekundten landtfridden, erthedingte fridstende und irer eygner declaration, auch der teutscher nation wolhergebrachter liberteten und freiheiten bei der kgl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, dergleichen den ksl. comissarien und oratoren hinfurter allen muglichen fleiß furwenden und verfügen, das diese hochbeschwerliche sachen, daran des Hl. Reichs gedeyen und wolfart nit wenig gelegen, durch diese oder ander dergleichen rechtmessige und billige wege und mittel entweder gutlich vertragen oder rechtlich erortert und itzunder alle veindtliche, thatliche handlung abgeschafft, frid und recht im Hl. Reich gepflantzt und erhalten werden moge. Sollichs, dweil es aller billicheit gemeß, wellen wir uns zu euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. gantzlich und entlich vertragen. Und wirt unser gnediger furst und herr dasselbig alle zeit mit höchstem vermogen zu verdienen und zu verschulden sich befeissigen.

Zum andern, dweil wir vernomen, das die burgundisschen in irem ubergeben schriftlichen bedencken [*Nr. 210 samt Beilage 1*] under anderm angezogen, das unser gnediger herr zu dem furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen mitnichten berechtiget, dan [= *sondern*] dieselbig furstenthumb und graffschaft mit der that der ksl. Mt. furenthalten sollte. Damit dan solich schreiben nach notturft durch uns beantwort werden moge, stehet an euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. unser underthenig und fleissig bitt, sie wollen uns copei berurts schreiben mittheilen lassen. Wellen daruff euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. solichen bestendigen gegenbericht thun, das euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. darob ein gnedigs und gut gefallens unsers verhoffens haben werden, in diesem allem euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. zuverliessige, trostliche antwort mit höchstem fleiß bittende.

Uff soliche unser muntlich gegebne antwort haben die stende sich bedacht und entschlossen, die kgl. Mt. und ksl. commissarien und oratoren nochmals zu besuchen, wie auch beschehen.

Daruff dan die kgl. Mt. sich gnedigst vernemen lassen, sie wollen sich mit den ksl. commissarien und oratorn underreden und ir bedencken inen widerumb anzeigen lassen, des man noch gewertig ist.

Sovill aber die begerte mittheilung der copeien der burgundisschen gesandten schreibens [Nr. 210] berurt, haben die stende uns ansagen lassen, dweil sie uns den effect des schreibens muntlich hetten furhalten lassen, so achteten sie von unnoten sein, uns darvon copey zuzustellen.

**216 Die jülichschen Räte an Hg. Wilhelm über den Vorschlag der Reichsstände zur Sequestration Gelderns – Nürnberg, 1543 März 31**

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 22r–24v (Ausf.).*

Als wir euer fstl. Gn. den 24. tag dises monats undertheniglich zu erkennen geben, welchermassen gemeyne stende by kgl. Mt., den ksl. commissarien und oratorn euer fstl. Gn. halben angesucht [Nr. 213], demnach sollen wir euer fstl. Gn. undertheniger meynung nit verhalten, das gemeyne stende uns den 28. tag dieses monats mit antwort begegnet, daruff wir auch euer fstl. Gn. notturft widerumb angetzeigt, wie euer fstl. Gn. uß beiliger copei, mit A vertzeichnet [Nr. 215], gnediglich haben zu vernemen. Und nachdem euer fstl. Gn. hieruß befinden, das die gemeyne stendt die sequestration des landts von Geldern und graffschaft Zutphen zu eynem mittel furgeschlagen, welchs wir aber euern fstl. Gn., uß ursachen in berurter copien vermeldet, nit annemlich zu sein angetzeigt, wo nu von solichem mittel nit wolte geschritten werden (des wir doch aller billicheit nach nit verhoffen) oder auch gemeyne stende den fridden oder anstandt bei kgl. Mt. und den commissarien in ander wege nit erhalten mochten, so ist unser underthenig bitt, euer fstl. Gn. wollen uns gnediglich berichten, wes hierin euer fstl. Gn. entlicher will und meynung und von uns derwegen gehandelt haben wolle, damit wir nit zu vill noch zu wenig thun, und so andere wege und mittel furgenommen, wie weith wir uns inzulassen hetten, und derhalben uns ein volmacht gnediglich zu schicken, dan wir darumb algereidt zum theil ersucht. Und so die sachen zu underhandlung khommen wurde, dieselb zu haben vonnoten sein wolte.

Nachdem auch euer fstl. Gn. uß mehrbemelter copyen vernomen, das die erkenntnuß, so in dieser sachen beschehe, in jarsfrist geendiget werden solte, wo villedicht die sach uff die bann gebracht wurde, das euer fstl. Gn. etliche uß den chur- und fursten und die burgundisschen gleichsals etliche in gleicher anzall erwellen solten, in dieser sachen gutliche handlung furzunemen oder rechtlich darin zu erkennen, ob euer fstl. Gn. soliche wege annemlich und die erkenntnuß als parium curiarum in jarsfrist oder sunst in eyner bestimpter zeit zu beschehen

erleiden wollten. Wer auch von euer fstl. Gn. wegen furzuschlagen, bitten wir undertheniglich bericht zu werden.

Es haben gemeyne stende uff unser furbringen ein bedacht genommen und sich entschlossen, solichs an kgl. Mt. und ksl. commissarien gelangen zu lassen, wie dan beschehen ist. Daruff sich kgl. Mt. vernemen lassen, sie wolle den ksl. oratorn zu ire fordern und den stenden folgens ein antwort geben, dern wir teglichs gewertig sein.

Die kgl. Mt. und ksl. commissarien haben mit allem fleiß by gemeynen stenden umb ein hulf widder den Turcken angehalten, darin die protestierende noch byßher kheinswegs bewilligen wollen, es sei dan zuvor eyn gemeyner frid und gleichmessig recht im Reich uffgericht. Es haben aber die catholici eracht, das die zeit nit leyden moge, mit der turckenhilf stillzustehen, byß soliche puncten erortert werden, und haben derhalben bewilligt, dem konig ein hilf zu leisten. Sein aber under inen selbst noch nit eyns, dan ir etliche weigern sich, die hilf zu thun, zuvor und ehe der fride uffgericht, die kreißkasten vergleicht und ringerung der anschlege beschehe. Haben aber nochmals die kgl. Mt. und ksl. commissarien gebetten, die wege und mittel mit den protestierenden und sunst furzunemen, damit die stende nit gesundert, sonder eindrechtiglich sich in die hilf inlassen.

*Aufnahme eines Kredits durch die Räte; Bitte an den Herzog, sie schadlos zu halten. Anwerbung von Kriegsvolk, aber bisher kein Zulauf der Knechte.*

*Zettel:* Wie uns auch die sachen alhie ansehen, so halten wir, das diese reichsversammlung nit lang dhauren werdt, sonder mocht villeicht ir entschafft ehe nemen, dann man verhofft. Datum ut in litteris.

## 217 *Berichte<sup>1</sup> über die Verhandlungen in der Geldernfrage – Nürnberg, 1543 April 5*

### 217a *Antwort Kg. Ferdinands an die Reichsstände: Bedingungen der burgundischen Seite für Verhandlungen – Nürnberg, 1543 April 5*

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 187r–188v (Kop.)*

Am vunften tage Aprilis 1543 hot die röm. kgl. Mt. gemeynen stenden uff ir beschehene furbit [*Nr. 212*], erinnerung [*Nr. 215*] und beger der guyligisschen sachen halb [*Nr. 216*] antzeigen lassen, wie ir Mt. neben ksl. Mt. commissarien am fleissigisten bei dem ksl. oratoren Grandvelle, auch der burgundisschen botschaft, hette underredung und handlung furgenomen, aber es were obgerurter orator sampt der burgundissche botschaft irer Mt., auch den ksl. commissarien, in solicher underredung mit dieser antwort begegnet:

<sup>1</sup> Die Berichte Nr. 217a und Nr. 217c sind Teil des Protokolls der jülichischen Räten, während Nr. 217b von den kursächsischen Gesandten verfasst wurde.

Soferr der Hg. von Guylich das furstenthumb Gelderen und graffschaft Zutphen irer ksl. Mt. abtreten und einantworten wolte, das er [= *Granvelle*] alßdan neben der burgundische botschaft bevelh hetten, sich in gutliche handlung einzulassen und nichts an sich erwinden zu lassen, damit der begerter frid furgenommen und getroffen werden mochte. So aber die guylische gesandten darzu nit verstehen [= *sich entschließen*] wurden, das sie in dem fall mitnichem gewalt oder bevelh hetten, sich in eyliche handlung mit den guyligischen einzulassen.

Welchs gemeyne stende, den guyligischen alsovort anzuzeigen, angenommen, ir gemut und meynung ferner daruff zu vernemen.

**217b *Vortrag der Reichsstände vor den jülichischen Räten: Bedingungen Granvelles und der Gesandten Kgn. Marias für gütliche Verhandlungen – Nürnberg, 1543 April 5***

*Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 9r–13bv (Kop.); ÜS fol. 9r:* Furhalten der reichsstende, den gulchischen bescheen den funften Aprilis anno etc. 43 in gemeiner versammlung zue Nurmberg, *DV fol. 13bv:* Vorhalten der reichsstende, den gulchischen rethen beschehen, inmassen das auß dem protocol gezogen, 1543, den 5. Aprilis, Nurmberg.

*Beilage zu: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 7r–8v, 14r–16v: Die kursächsischen Gesandten an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 April 9 (Ausf.).*

Es hetten meine gnedige und gunstigen hern, die Kff., Ff. und der abwesenden stende botschaften, von der röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten hern, und der ksl. Mt. comissarien heuttigs tags widder ein antwort entpfangen, den Hg. zu Gulich belangendt:

Nemlich das die kgl. Mt. und die ksl. comissarien alles dasjenig, so die reichsstende von wegen hochgedachts hertzogen an ire kgl. Mt. und die ksl. comissarien gelangen lassen [*Nr. 212, Nr. 215–216*], der ksl. Mt., unsers allergnedigsten hern, oratorn und frauen Marie, Kgn. in Hungern und gubernantin der Niderland, gesandten angezaigt und uber ir, der stende, gethanen furschlag derselben bedencken begert.

Darauf hetten der ksl. orator und frau Marien gesandten wider geantwortt, das sie kein andern bevelh hetten, sich in ainiche handelung gegen dem Hg. zu Gullich einzulassen, dan auf die mittel und form, wie sie dieselben in irer schriefft [*Nr. 214*] anzaigt hetten. Wo nun sie, die gulchischen gesandten, gewilt weren, sich auf diese maß gutlich in handlung einzulassen, so weren sie, der ksl. orator und frau Marien gesandten, zu handeln willig, hetten auch kein andern bevelh. Wiewoll nun ir kgl. Mt. und comissarien die sachen und irrungen aus allerhandt beweglichen ursachen gantz gerne hingelegt sehen, auch an irem vleis nichts erwinden lassen, so hetten sie doch nichts mer kunden thun, dan



das sie ire antwort widder an die stende gelangen lassen wollten. Darumb, wo inen, den gulichischen gesandten, sich also einzulassen gelegen, so were ir kgl. [Mt.] und die ksl. comissarien nachmals gesynnet und wol genaigt, allen gnedigen, guetten vleis fuzuwenden, damit solich irrungen, die sie nicht gern sehen mochten, guettlich hingelegt werden. Solichs hetten sie, die reichsstende, inen, den gulichischn gesandten, freundlicher, guter maynunge nicht wollen unangezeigt lassen.

Antwort der gulichischen gesandten [...] <sup>1</sup>.

*217c Antwort der jülichischen Räte an die Reichsstände mit Darlegung ihrer Rechtsposition in der Geldernfrage – Nürnberg, 1543 April 5*

A Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 572r–579r (Kop.).

B Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 219r–227v (Kop.); DV fol. 227v: Antwort meins gnedigen herrn gesandten uff kgl. Mt. und ksl. orators gegebenens furtragen 5. Aprilis.

Als die gemeyne stende des Reichs den vunften Aprilis durch den mentzischen cantzler des ksl. orators und burgundischen gesandten gegebene antwort uns haben anzeigen lassen [Nr. 217b], haben wir daruff alßbald nach genommenem bedacht und beschehener dancksagung uns mit eynem muntlichen furtrag, inmassen wie folgt, vernemen lassen:

Wir hetten uns in ansehung unsers gnedigen fursten und herrn rechtmessigen und hochzimlichen erbietens mitnichtigem versehen gehapt, das die burgundischen gesandten neben dem ksl. oratorn uff solichem unleidlichem mittel, daruff sie jungst gestanden, nochmals solten verharret haben, so doch euern fstl. Gnn., Gnn. und Gg. von uns vilfeltige, rechtmessige, wolgegrunte, dapfere und bewegliche ursachen am jungsten angetzeigt [Nr. 215], warumb solich vermeint mittel hochgedachtem unserm gnedigen fursten und herrn mitnichtigem annemlich sei, und sonderlich dweil ir fstl. Gn. die wirckliche possession des furstenthumbs Geldern und graffschaft Zutphen als ein rechter, eyniger, angeborner erb in craft dreyer rechtmessiger, wolgegrunter tittel – als legitimae successionis, rei iudicatae et transactionis – bekhomen und daruff von den underthanen als ir rechter, angeborner landtfurst und herr angenommen, auch von inen gewönliche eyd und huldung empfangen und hinwiderumb sich gegen die underthanen verpflichtet hat. Daruß euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. als die hochverstendigen gnediglich und woll abzunehmen, das es unserm gnedigen fursten und herrn mitnichtigem gezimmen wolt, vor eynicher furgehender geburlicher erkenntenuß von berurten iren anererbten furstenthumb und graffschaft abzutretten und der ksl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, einzuantworten.

<sup>1</sup> Der kursächsische Bericht über die Antwort der jülichischen Gesandten entspricht inhaltlich im Wesentlichen Nr. 217c.

Das auch ir fstl. Gn. solichs in betrachtung der beschehener vereynigung und verpflichtung, zwischen irer fstl. Gn. und derselben underthanen reciproce geschehen, eherenthalben nit thun oder auch bei inen, den underthanen, nit erhalten kunte.

So were es auch jhe nit allein dem rechten und aller billigkeit, sonder auch menschlicher vernunft zuwider, da hochgemelter unser gnediger furst und herr durch die burgundisschen widder gotlich, natürlich und gemein beschrieben recht, Gulden Bull, reformation und andere des Hl. Reichs satzungen, ksl. Mt. obligation, den uffgerichteten und außgekhundigten landtfridden, erthedingte fridtstende und daruff gefolgte declaration mit herescraft und gewalt unabgesagt, unversehenlich und unverschult uberzogen und dadurch in unwiderbringlichen schaden gefurt, das uber das ir fstl. Gn. fur furgehender restitution und geburlicher erstattung kosten und schaden berurte ire furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen unerhort und unerkanntes rechten abtreten und der ksl. Mt., unserm allernedigsten herrn, zustellen solte.

Und befrembt uns warlich nit wenig, das durch die burgundisschen gesandten uff berurtem unverglichem mittel nochmals gestanden wirdt, so doch dasselbig verschiener zeit zu mehrmalen von wegen der ksl. Mt., unsers allernedigsten herrn, hochgedachtem unserm gnedigen fursten und herrn furgehalten, aber auß diesen und andern rechtmessigen ursachen als ein unscheidbar und unannemlich mittel durch ir fstl. Gn. stracks abgeschlagen worden. Darumb uns mitnichtem gezimmen will, uff itzt obbestimpt mittel in eyliche handlung uns einzulassen.

Und obwoll die burgundissche gesandten, nemlich zu ablenung unsers gnedigen fursten und herrn wolgegrundter defension [Nr. 204, Beilage 1], ein vermeint hochtrabende confutation [Nr. 210, Beilage 1] haben in truck außgehen lassen, in meynung, dardurch euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. und sunst allermenniglich inzubilden, als solt unser gnediger furst und herr berurte furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen mit der that occupiren und der ksl. Mt. widder recht und billigkeit furethalten, so thut sich doch auß fleissiger verlesung gemelter vermeinter confutation offentlich befinden, das dieselbige nit allein im rechten, sonder auch in der that aller ding ungegrunt und unerheblich ist.

*Bereits die Vorfahren Hg. Wilhelms waren nicht nur Hgg. von Jülich und Berg, sondern besaßen auch das Fürstentum Geldern. Die vertragliche Übergabe Gelderns an die Hgg. von Burgund war nur temporär und Hg. Wilhelm gelangte auf rechtlichem Weg wieder in den Vollbesitz des Fürstentums Geldern, wie seiner Verteidigungsschrift (Nr. 204, Beilage 1) zu entnehmen ist.* Und wo die sach entweder zu gutlicher handlung oder geburlicher rechtes erkenntnuß gestelt, weither und ferrer und sunst dermassen soll dargethan werden, das euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. und sunst allermenniglich spuren und finden sollen, das unser gnediger furst und herr die lande Geldern und Zutphen in rechtmessigem besitz habe und darbei billichs gehandthapt werden solte.

Dweil nu, gnedige und gunstige herrn, die röm. ksl. Mt., unser allergnedigster herr, mit dem ußtrugklichem pact zu eynem röm. konig erwelet, das ir ksl. Mt. kheinen churfursten, fursten oder eynichen andern stand des Hl. Reichs vergwaltigen, solichs auch nit schaffen noch andern zu thun verhengem, sonder, wo ir ksl. Mt. gegen jemant forderung zu haben vermeint, das dieselbige mit ordentlichem, geburlichem rechten ußgefurt werden solten. Zudem dweil in des Hl. Röm. Reichs gemeynen uffgerichten und ußgekundigten landtfridden mit claren, hellen worten versehen, das nyemant den andern vergwaltigen, bescheden, bekriegen, berauben, fahen, uberziehen, belegeren oder in ander weg beschedigen soll, sonder wer zu dem andern zu sprechen vermeint, das der solichs an den enden und gerichtten thun soll, da die sachen ordentlich hingehoren, mit dem anhangk, wo jemants dagegen etwas handeln oder furnemen wurde, das alßdan Kff., Ff. und andere stende des Hl. Reichs widder den- oder dieselbigen miteinander getreulich hilf, rath und beistandt thun und eynander nit verlassen solten.

Ferrer, nachdem unser gnediger furst und herr uff den gemeynen im Hl. Reich erthedingten fridtstandt durch ein sonderliche declaration von Kff., Ff. und stenden des Reichs [*RTA JR Bd. XII, Nr. 274c*] dermassen versichert worden, dweil nit allein die glidder des Hl. Reichs, sonder auch ksl. und kgl. Mtt. als die haupter fur sich selbst und mit iren erblanden doinnen begriffen, das sein fstl. Gn. als ein furst und mitglied des Hl. Reichs nit weniger dan andere mit allen iren furstenthumben, landen und leuthen, so ir fstl. Gn. hetten und besessen, wol versichert und von nyemants eynicher gewalt oder uberzugs sich besorgen durften, so ferr dieselbige ordentlich recht leiden wolten und mochten. Daruff dan ir fstl. Gn. sich gantzlich verlassen, auch irer fstl. Gn. reuther und knechte mit schweren kosten widder den Turcken geschickt und underhalten. Und uber das alles hochgedachter unser gnediger herr, unangesehen das ir fstl. Gn. widder gemein beschriben rechten, Gulden Bull, uffgerichten landtfridden, erthedingte fridstende und declaration durch die burgundisschen (wie gehort) uberzogen und beschedigt, nichtsdestoweniger sich erbotten, alle und jede irrungen und gebrechen, auch forderung und gegenforderung, so sich zwischen ksl. Mt. und dem huyß von Burgundien eins- und irer fstl. Gn. andertheils erhalten, zu der Kff., Ff. und gemeyner stende des Hl. Reichs gutlicher oder rechtlicher erkentenuß zu stellen. Und aber euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. offentlig befunden, das solich hochzimlich erbieten by den burgundisschen nit angesehen, das sie auch uff rechtmessige, billiche und leidliche, tregliche und scheidbare mittel in handlung sich einzulassen mitnichem gemeint, sonder das der burgundisschen gemut entlich dohin gericht, unsern gnedigen fursten und herrn durch die langwirige kriegshandlung weither zu beschweren und zu verderben.

Demnach wollen wir abermals euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uffs fleissigist ersucht, ermanet, angeruffen, auch undertheniglichen und fleissiglich gebetten haben, sie wollen zu handthabung irer selbst reputation, ksl. Mt. obligation, der

Gulden Bull, des Hl. Reichs satzungen, uffgerichten landtfridde, erthedingte fridstende und daruff gefolgte declaration vermog irer vereynigung und wie sich sunst ires ufferlegten ampts geburen will, hochgemeltem unserm gnedigen fursten und herrn hilf, rath und beistandt thun und ir fstl. Gn. als ein mitgliedt und gehorsamen fursten des Hl. Reichs nit verlassen, sonder verfuegen, das die thatliche kriegshandlung unvertzoglich uffgehoben und abgeschafft werde, dweil diese sachen (darumb zwischen der ksl. Mt. und dem huyß Burgundien eins- und unserm gnedigen fursten und herrn andertheils krieg ist) durch den rechtmessigen weg der gutlicher handlung oder, im fall die entstehen [= *scheitern*] wurde, der geburlicher rechtlicher erkentenuß leichtlich khan abgeholfen werden. Darzu auch euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. on das billich bewegen soll, das die reuther und knecht, so itzo von beiden theilen mit schweren kosten underhalten, gegen den wuterreichen erbfeindt des christlichen namens und glaubens, den Turcken, khundten dieser zeit gebraucht werden. Und jhe besser were, das solichs geschehe, dan das christlich blut undereinander soll gesturtzt und vergossen werden.

Und dweil nun aller verzog in diesen sachen hochgedachtem unserm gnedigen fursten und herrn zu unwiderbringlichem schaden und nachteil thut reichen, in betrachtung, das diese gewaltige kriegshandlung numehr in die acht monat geweret und die burgundisschen iren hauffen teglich stercken und, jhe lenger jhe beschwerlicher, mit irer feintlicher, thatlicher handlung furfaren, derwegen dan unsers gnedigen fursten und herrn hohe notturft thut erfordern, wissens zu haben, wes ir fstl. Gn. sich entlich in diesem irem hochstem anligen zu euern fstl. Gnn., Gnn. und Gg. versehen soll, gelangt nochmals an euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. unser underthenig und fleissig bit, sie wollen unsers gnedigen herrn hochzimlich erbiten zu hertzen furen und sich daruff entschliessen und uns mit gnediger, zuverlessiger und tröstlicher antwort erstes tags begegnen. Dann solte die sach langer verzogen und uffgehalten und dardurch unser gnediger furst und herr uß unvermeidlicher notturft gedrungen wurde, uff andere wege zu der naturlicher gegenwehr und rettung irer fstl. Gn. lande und leuthe verdacht zu sein, zu was eingangk und nachteil im Hl. Reich [*das*] reichen mochte, solichs haben euern fstl. Gnn., Gnn. und Gg. uß hohem verstande gnediglich und wol abzunemen. Versehen uns aber zu euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg., sie werden unsern gnedigen fursten und herrn als ein mitgliedt und gehorsamen fursten des Reichs nit verlassen und uns furderlich ire zuverliessige, tröstliche antwort verstendigen lassen. Dasselbig wirt unser gnediger furst und herr umb euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. freundlich zu verdienen und mit gnaden zu erkennen nit underlassen.

218 *Weisung Lgf. Philipps von Hessen an seine Räte mit Vorschlägen zur Lösung des Geldernkonflikts – Gudensberg, 1543 April 6*

*Marburg StA, PA 650, fol. 365r–368v (z.T. Kop., z.T. Konz. von verschiedenen Händen).*

*Der Lgf. von Hessen sendet den Räten die Kopie eines Schreibens des Kf. von Sachsen betr. die Geldernverhandlungen<sup>1</sup>. Er ist sich nicht völlig im Klaren, wie die von den jülichischen Räten gegenüber den kursächsischen Gesandten gemachten Vorschläge zur Konfliktlösung zu verstehen sind. In jedem Fall sollen die hessischen Gesandten alle in Zusammenhang mit den Geldernverhandlungen erhaltenen Informationen geheim halten und sich mit niemandem darüber austauschen.* Dann dweil dise sach nit unser, sondern eines andern ist, so wolten wir gern, das die desto geheymmer gehalten wurde, sondern ir beide<sup>2</sup> allein zum H. Granvelle gehet und sonst nimants mer zu euch zihet, euch erstlich gegen im betingtet [= übereinkommt, verabredet], was ir mit im werdet reden, daß wir solchs treulich und zum besten ksl. und kgl. Mtt. meynen und im darnach anzeiget, das wir bedechten, so di ksl. und kgl. Mtt. wolten di erste krig fhuren uff Hungern gegen dem Turcken an einem ort und gegen Franckreich am andern ort und dan disen krig gegen Gulch, so were wol so gut, ir Mt. lisse den Hg. von Gulch wider tzu gnaden komen und sonderlich uff nachvolgende wege, wann man di konte also bei Gulch erhalten:

Erstlich, das sich Gulch verpflichte, uff geheiß und bevelch ksl. und kgl. Mtt., auch Kff., Ff. und stend des gantzen Reichs dem Frantzosen nit mer antzuhangen, im keine leute mer tzutzihen ze lassen, sondern seiner gentzlich mussig zu stehen.

Zum andern, das Gulch alle forderung, so er tzur ksl. Mt. hette, lisse fallen, als nemlich di er zu Braband und Frißland hat, item di schulden, wilche ksl. Mt. im von wegen seiner furfarn zu thun sein mocht und was dero mer seyn möchten.

Zum dritten, das Gulch der ksl. Mt. widerumb zustelte alles geschutz, alle fenlin und alle gefangen, so er in itziger schlacht<sup>3</sup> gewonnen, item das dem von Arburg widerumb tzugestellt wurde das haus Arburg<sup>4</sup>, item den Burgundern alle ire heuser und ligende gutter, so inen in itziger vhedde abgenommen sein

<sup>1</sup> *Im vorliegenden Aktenbestand ist dieses Schreiben des Kurfürsten an Lgf. Philipp von Hessen nicht vorhanden. Es könnte sich dabei um den Vorschlag Johann Friedrichs handeln, Geldern als brabantisches Afterlehen an Hg. Wilhelm von Jülich zu vergeben: siehe dazu Nr 225.*

<sup>2</sup> *Vermutlich Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter.*

<sup>3</sup> *Gemeint ist die Schlacht von Sittard vom 24. März 1543, die mit einem Sieg der jülichischen Truppen über die Burgunder endete.*

<sup>4</sup> *Schloss Arburg, das die Burgunder als Stützpunkt für neuerliche militärische Angriffe auf Jülich nützen wollten, war Anfang 1543 von den Truppen Hg. Wilhelms eingenommen worden. Siehe dazu P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 77f.*

wurden. Und es solt auch der Hg. von Gulch di ksl. Mt. neben andern seinen hern und frunden bitten, das ir ksl. Mt. die ungnad, so sy zu im trugen, fallen lisse.

Darauf solt ksl. Mt. – und sonderlich auch uff di unterthenige bitt der chur- und fursten und anderer stend deutscher nation, als des von Gulichs hern und frunden – ire gefaste ungnad, so sie wider Gulch haben, gnediglichst fallen lassen. Auch di, so dem von Gulch abgefangen [= *gefangen genommen*] weren, widerumb zu gnaden ledig lassen. Item das land tzu Geldern dem Hg. von Gulch als ein afterlehen zu manlehen leihen [*Nr. 225*], wilch land zu Geldern ein Hg. von Burgund von eynem keiser zu lehen tregt.

Item es solten auch dem Hg. von Gulch, was im von schloßen, stetten oder flecken – als Heinsberg und anders, so tzum hertzogthumb Gulch gehoret – ausstehet, widerumb ingeraumt werden. Und hirdurch solten di partheien, auch alle, di zu diser vhedede geholfen oder geraten, heimlich oder offentlig, oder des verdacht weren, vertragen, di vhedede aufgehoben sein, di scheden gegeneinander verglichen und gentzlich ufgehoben sein, auch diser ding in ungutem nit mer gedacht werden.

Hirneben saget dem Granvel, das es daraff stehe, dweil der Hg. von Gulch ein einzige person und nach ein junger man sei, das er wol so [= *ebenso*] pald one manliche erben versterbe, als das er dero erwerb und hinder im lasse. Wann nun solcher falle beschee, so were das hertzogthumb Geldern dann in der hand des haußes Burgundi.

Saget im auch, so er wurde der Kgn. von Navarra<sup>5</sup> gedencken, dweil Gulch im di genomen zu eynem eheweib, so sei bei im nun nit anderß zu erlangen, dan das Gulch di behalt. Wiwol daroff stehen kunte, wann der Frantzoz erfure, das sich Gulch mit der ksl. Mt. vertragen, das er dan im, dem hertzen, di Kgn. von Navarra nit mocht volgen lassen. Weiter saget im, wann inen bedeucht, das uff solche obbemelte mittel mocht zu handeln und di bey der ksl. Mt. zu erheben sein, so wolten wir mit allem treuen vleiß daruff handeln.

Befindet ir aber, das der Granvell meinte, das uff dise mittel gantz nicht zu handeln sein möcht, so schlaget im, wie wir euch in dem nebenbriff [*fehlt*] schreiben, das mittel mit dem anstand fur, nemlich das ein anstand uff funf oder vir jar oder zum wenigsten uf 3 jar gemacht und underdeß di sachen in der gut hingelegt wurden.

Doch so sollet ir zum furderlichsten und ehr dan ir zum Granvelle gehet und dise ding mit im reddet, zu dem von Fladen<sup>6</sup> gehen und im anzeigen, wir hetten uff dise obbemelt mittel des vertrags gedacht, ob er bedecht, daß solh mittel bei seinem hern zu erheben oder daruff zu handeln sei. Bedecht er nun, es wer nit

<sup>5</sup> *Jeanne d'Albret, Nichte Kg. Franz' I. von Frankreich, 1555–1572 Kgn. von Navarra, von 1541 bis 1545 mit Hg. Wilhelm von Jülich verheiratet, die Ehe wurde nicht vollzogen und 1545 annulliert.*

<sup>6</sup> *Johann von Vlatten, jülichischer Rat.*

bei seinem hern zu erheben oder daruff zu handeln, so zeigt im an das ander mittel des funf-, vir- oder dreijerigen anstands und horet uff dasselbig, was er meyne, daß bei seinem hern zu erheben sey. Wilchs mittel unter disen zweien er dan bedenckt, daß es bei seinem hern gehen zu erheben oder druff zu handeln sein mocht, dasselbig mittel zeigt dem H. Granvell, das es also von uns bedacht sey, an. Wurde aber der von Fladen bedencken, daß diser beider mittel keins bey seinem hern zu erheben sein mocht, so zeigt auch dem H. Granvel der mittel keins an, dan solt der Granvel euch uf der mittel eines sagen, daß di ksl. Mt. drauf handlung leiden mocht und Gulch wolt darnach daruff kein handlung leiden, so würden di sachen dadurch noch mer verpittert<sup>7</sup>.

**219 Antwort Hg. Wilhelms von Jülich an seine Räte (ad Nr. 216): weitere Instruktionen für die Geldernverhandlungen – Roermond, 1543 April 7**

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 228r–231v (Ausf.).*

*Empfang des Schreibens der Räte vom 31. März 1543 (Nr. 216) am 6. April. Zum Vorschlag der Sequestration Gelderns und Zutphens erklärt der Herzog den Räten als seinen endgültigen Beschluss, das wir noch wie allzeit der hochster neygunng und begernus sein, den fridden durch ehrliche, billige wege und mittel zu erlangen. Aber ir hat [= habt] uß unser voriger berichtung und uß den ursachen, die ir in der gegebner antwort [Nr. 215] angetzogen, gnugsam verstanden, das wir unser ehren und pflicht halber, auch on unsern und der unser unwidderbringlichen nachtheil und verderben in obgemelte sequestration uns nit begeben können. Und segen demnach fur gut an, das ir mit erholung der vorigen ursachen, so ir in der gegebener antwort furbracht, und auch unsers gethanen erbietens, in der ergangener handlung der vier churfursten und*

<sup>7</sup> *Die hessischen Räte antworteten Lgf. Philipp in Bezug auf die Geldernfrage im PS eines Schreibens vom 13. April 1543: Die gulchisch mittel, davon euer fstl. Gn. unß geschriben und bevelch gegeben, haben wir den gesandten unsers gnedigen hern von Gulich und sonderlich dem von Flatten und dem hoiffmeister [= Werner von Hoesteden] vertreulich angezeigt. Daruff sie unß beantwort: Nachdem die stende alhier ein außschuß verordnet, welcher der gelderischen sachen halben sich in underhandlung gelassen und dann disse mittel die eussersten weren, wollten sie unß gepeten haben, mit denselbigen noch zur zeit in ruhe zu stehen und davon dem H. Granvell khein meldung zu thun, bis so lang man sehe, was der ausschuß erlangen werde ader nit. Wo dann dieselbige handlung ohne frucht zerschlagen, das wir alsdann mit dem Grandvella von wegen solicher mittel unß inlassen wollten, welchs wir unß also zu thun erpotten. Und haben daruff mit dem H. Granvell wegen solicher mittel nichts gehandelt. In: Marburg StA, PA 650, fol. 417r–423v, hier fol. 420r (Ausf.). Auf die Vorschläge Lgf. Philipps zur Lösung des Geldernproblems wurde im Laufe der Verhandlungen zwischen dem Geldernausschuss und Granvelle tatsächlich zum Teil zurückgegriffen, wie der Vorschlag des Ausschusses vom 20. April (Nr. 228) zeigt.*

hessischer rethe im schluß zu Aich ergangen und furgewandt, nachmals Kff., Ff. und stenden des Reichs angetzeigt hetten, wie wir uns kheinswegs versehen, das ir Ll. und sie die sequestration sulten furgeslagen haben, dieweil es nit allein irer Ll. und irer declaration und versicherung [RTA JR Bd. XII, Nr. 274c] ungemeiß, sonder auch, wa wir darin willigten, nit anders kunte verstanden werden, dan das wir es verwirckt und verschuldt hetten, das man uns unser rechtmessiger possession billich entsetzen sult. Und wurd also des gegentheils unchristliche, fridbruchige gewaldt und handlung (die sie doch gegen uns und die unsern widder recht und alle erbarheit [!/] geubt) durch unsere eygen bekentnuß gebilligt und von uns widder uns selbst ein falsch gezuychnuß gegeben, so wir der dingen, die sie uns mit unwarheit zumessen willen, und damit sie iren mutwillen zu bedecken understain (wie ir wisset), nit pflichtig. Zudem das von dem gegentheill selbst furgegeben und gestanden wirdt, das sie uns nit unsers furstenthumbs Gellern und graffschaft Zutphen halber, sonder darumb uberzogen haben, das Longuevall und Rossum Brabandt beschedigt etc., wie dan auch solichs under kheinem andern schein khan furgewandt werden, nachdem wir in dem fridstand vermog irer Ll. und irer declaration auch unsers furstenthumbs Gellern und graffschaft Zutphen halber mit begriffen und versichert. Daruf wir uns verlassen, unsere turckenhilf mit unserm grossen schaden und nachteil als ein gehorsamer furst des Reichs geleistet und des geweltlichen uberfals der burgundischen mitnichtem versehen haben. So were ehe unbillich, das obgenante unser furstenthumb und graffschaft nu uß dem fridstand, declaration und versicherung genomen, in dise handlung getzogen und wir nach beschehener turckenhilf, auch erlittenem schaden und uberfall unserer rechtmessiger, treuliger possession on erkentenuß des rechten entsatzt sulten werden.

Es konten auch kheine rechtmessige ursachen furgestalt werden, darumb die sequestration billich sult furgenommen werden, dieweil wir die possession nit uß handen ksl. Mt. oder der burgundisschen, auch sunst nit mit gewaldt, bedroch [= *Betrug*] oder durch eynige andere ungeburliche mittel erlangt, sonder daruf sowoll als in der heuptsachen geburlich recht und erkentenuß erlyden mogen. Aber wir hetten uns villmehr versehen, das daruf gehandelt sulte sein worden, das wir desjhenigen, so uns mit gewaldt und on erkentenuß eynigs rechten abgenommen und des wir in rechtmessiger, rouwiger possession gehadt, wederumb restituirt sein worden. Und das wir uns demnach uß dem geburlichen rechten, des Hl. Reichs ordnung, abscheiden, fridstenden, uß irer Ll. und irer declaration und versicherung und der obligation, darinnen sich ksl. Mt. in irer kgl. whall zu Franckfurt [1519] gegen Kff., Ff. und stende des Reichs verpflichtet, kheinswegs begeben können, wie wir auch solichs zu thun nit schuldig.

Soviell aber belangt den geweltlichen uberfall, den die burgundisschen widder uns und die unsere fridbruchiger, thetlicher weiß furgenommen, und dasjhenig, das sie zu bedeckung desselbigen uns zuemessen willen, mogen wir es



lyden, das zu geburlichem des Hl. Reichs rechten oder zu irer Ll. und irer entlicher erkendtnuß gestalt werd, welche zu beiden theilen den lantfridden und fridstende verbrochen und wes einer dem andern zu thun, oder wie er den schaden zu verrichten schuldig sei. Sunst können wir uns nit woll uf andere wege und mittel ferner bedencken, dan wir uch [= *euch*] samentlich und etlichen in sonderheit mitgegeben. Doch wan ir ichtwes anders erfahren oder bei uch selbst bedencken kunten, das zu einem ehrlichen, bestendigen fridden oder fridstand dienlich, uns und den unsern unverweißlich und treglich und bei dem gegentheil zu erhalten, hettet ir uns furderlich anzutzeigen oder uf wolfgefallen zu handeln und uch dermassen darinnen zu befleissigen, wie wir des ein sonderlich vertrauen zu uch haben.

Und wa die sach (wie wir zu Gott verhoffen) zum verdrage sich schicken und ir gefragt wurden, wie wir uns gegen disen oder jhenigen zu halten gemeint, daruff hettet ir zu antworten, wie wir uch den bevelh gegeben: Wa wir bei fridd und recht gehalten und verthedingt wurden, das wir uns herwidderumb, als einem gehorsamen fursten des Reichs zu thun geburt, ertzeigen wulden. Und wa ehe hart uff dise oder jhenige specification wult gedrunge werden, mochtet ir antzeigen, das wir in dem falh thun wurden, was Kff., Ff. und stende des Reichs erkendten, das wir zu thun schuldig weren. Dan ir hat woll zu bedencken, das darauf mocht von dem gegentheil gegangen werden, das sie uß solicher uwer [= *eurer*] antwort ichtwes nemen wurden, das uns an einem oder dem andern ende zu unglimpf oder nachteil reichen mocht oder geduyt willen werden.

Soviell auch die personen etlicher chur- und fursten belangt, die in allen gebrechen und forderungen, so die burgundischen widder uns und wir gegen sie haben mogen, gutlichen zu handeln hetten, mogen wir erlyden, das zu beiden theilen die 6 churfursten, sonder imantz ußzusonderen, mitsamt dryen geistlichen und 3en weltlichen fursten darzu gebruycht wurden. Und so es bei dem gegentheil gleichfals angenommen wurd, das dan uß nachbeschreven [= *im Folgenden beschriebenen*] geistlichen und weltlichen fursten derer drei verordnet wurden, nemlich die Bff. Munster, Wurtzburg, Auspurg und Bamberg, Hg. Wilhelm von Beyern, Hg. Ernst von Braunßweich und Lunenburg, der Lgf. zu Hessen und Hg. Heinrich von Meckelenburg. Doch hettet ir in dissem allem unser freund und gonner und in sonderheit unsers lieben oheimen und swagers, des Kf. zu Sachssen, rethe raith und gutbeduncken zu vernemen und nach befinden die notturft und das best furzuwenden.

*PS: Ein Schreiben Hg. Wilhelms an die Reichsstände (Nr. 227) und eine Bestallungsurkunde mit ksl. Siegel für den Hg. von Aarschot liegt in Kopie bei, da darüber mit den Reichsständen zu beraten ist.*

220 *Denkschrift der Reichsstände über die Notwendigkeit eines Waffenstillstands zwischen Burgund und Jülich, vorgetragen vor Kg. Ferdinand, Nicolas de Granvelle und den ksl. Kommissaren – Nürnberg, 1543 April 7*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 492r–493r (Konz. v.d.Hd. Dr. Jakob Jonas' mit zahlreichen Korr. und Erg.); DV fol. 493v: Memoriale in causa [ducis] Juliensis 7. Aprilis in hanc sententiam coram rege, oratore caesareo et commissariis dictum et petitum fuit.

Ser<sup>me</sup> ac potentissime Rhomanorum rex, domine clementissime, necnon sacratissimae imperatoriae ac catholicae M<sup>tis</sup>, domini nostri clementissimi, orator et commissarii dignissimi, domini gratiosi et observandissimi.

Deputati electorum principum consilarii aliique principes et ordines sacri imperii hosce praesentes dominos et collegas suos ad regiam vestram M<sup>tem</sup> Romanorum illustrem et magnificas dominationes vestras ordinarunt eisdemque iniunxerunt, ut regiae M<sup>ti</sup> et dominationibus vestris humiliter exponant praeaeque<sup>a</sup> quanto altius praesentem rei publicae christianae, praesertim vero huius sacri imperii, statum secum animo repetunt quantoque diligentius hostium maxime infidelium bellicos apparatus consyderant, tanto magis intelligunt nihil esse omnium rerum hoc tempore huic imperio utilius ac magis necessarium quam ut sedatis bellis intestinis ceteris nostrae fidei et nominis christiani hostibus cum imperatoria et regia vestra M<sup>te</sup> coniunctis omnium viribus fortiter obviam eatur. Eamque ob rem communibus votis hactenus tanta cum diligentia supplicarunt et insteterunt, ut ea media per ser<sup>mam</sup> regiam M<sup>tem</sup> et dominationes vestras invenirentur et proponerentur, per quae ser<sup>ma</sup> regina Maria cum caesareae M<sup>tis</sup> hereditariis ditionibus inferioris Germaniae necnon dux Clivensis ab armis recederent omnesque quaestiones hinc inde amicabiliter componerentur aut deciderentur iure.

Licet autem a praefatis ser<sup>mae</sup> reginae oratoribus nuper responsum fuerit se non habere mandatum aut potestatem condescendendi ad ullum amicabilem tractatum, nisi per illa media, quae ipsi ser<sup>mae</sup> M<sup>ti</sup> vestrae regiae scripto [Nr. 214] comprehensa exhibuissent, nihilominus praedicti consilarii electorum aliique principes et status noluerunt intermittere, quin eo nomine per hosce suos ad hoc specialiter deputatos regiam M<sup>tem</sup> et dominationes vestras denuo interpellarent. Supplices autem ac summo quo possunt studio diligentissime rogant, quatenus M<sup>tas</sup> ac dominationes vestrae pro sua singulari prudentia imminencia christianitati maximeque huic nationi Germanicae, patriae nostrae, summa pericula et discrimina secum animo repetant consyderentque, quam necessarium hoc tempore existat crudelissimis ac perpetuis inimicis nostris Turcis obviam ire. Et quam hoc huius imperii statibus omnibus difficile sit futurum, si interea in ipsius imperii visceribus bella gerantur eoque strenuissimi quique militatum confluant, aequum denique prope modum impossibile foret Turcam

<sup>a</sup> *Mittellat. Form für: peraeque [= gleichermaßen, ohne Unterschied].*

ab huius nationis finibus denuo repellere, si semel ob nostras discordias regnum Ungariae in suam potestatem redegerit et finitima nostrae nationi loca fertilliora subegerit aut devastarit. Quod tamen quam isti nobis dissidentibus et Ungaris omnibus devictis facile sit futurum, nemo est qui nesciat, nisi istius potentiam et in sanguinem christianum saeviendi cupiditatem non ignoret.

Proinde humillime et diligentissime rogant, ut iis omnibus aliisque per M<sup>tem</sup> ac rev<sup>mas</sup> dominationes vestras melius ponderandis rationibus bene perpensis M<sup>tas</sup> et dominationes vestrae dignentur nomine et loco imperatoriae et catholicae M<sup>tis</sup> consentire et efficere, ut citra moram tam ex parte ser<sup>mae</sup> reginae Mariae quam ducis Clivensis arma deponantur et indutiae ad annum vel biennium fiant, in quo quidem tempore controversiae et quaestiones de utriusque partis consensu per electores principes aliosque status et ordines omnes vel aliquos ex eis per viam amicabilis concordiae componantur. In quo quidem tractatu memorati principes electores sine dubio fideliter curabunt, ut<sup>b</sup> aequis et iustis mediis suum quisque consequatur et obtineat.

Et in hoc quidem M<sup>tas</sup> vestra regia ac rev<sup>ma</sup>, illustres et magnificae dominationes vestrae rem Deo Optimo Maximo, inter suos pacis et concordiae auctori et conservatori, rem<sup>c</sup> gratam clementiaque tanti imperatoris dignissimam sunt facturae, quam electores principes omnesque imperii ordines summis suis servitiis obsequiisque erga dictam caesaream ac regiam vestram M<sup>tem</sup> promereri et erga dominationes vestras amice ac benigne compensare diligenter studebunt et annitentur.

221 *Bitte der kurfürstlichen Räte<sup>1</sup> an Nicolas de Granvelle um Unterstützung bei der Beilegung des Geldernkonflikts – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 8)<sup>2</sup>*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 496r–497v (Konz. v.d.Hd. Jonas' mit zahlreichen Korr. und Erg.).

Sacratissimae imperatoriae et catholicae M<sup>tis</sup>, domini nostri clementissimi, illustris et magnifice orator, domine et benefactor observandissime.

<sup>1</sup> Nach dem Waffenstillstandsvertrag von 1543 April 28 (Nr. 235) zu schließen, handelte es sich bei den unterzeichnenden kfl. Räten um die Gesandten der Kff. von Mainz, Pfalz, Köln, Sachsen und Brandenburg.

<sup>2</sup> Aus dem letzten Absatz der abgedruckten Werbung der kfl. Räte bei Granvelle ergibt sich, dass diese dem ksl. Orator am 8. April mündlich vorgetragen wurde. Offensichtlich berieten Kg. Ferdinand und Granvelle danach gemeinsam die beiden reichsständischen Eingaben (Nr. 220–221) und antworteten darauf am 9. April schriftlich (Nr. 222). Siehe dazu das Schreiben Granvelles an Kgn. Maria vom 8. April 1543 (Nr. 313).

<sup>b</sup> In der Vorlage irrtümlich: und.

<sup>c</sup> Überflüssige Wiederholung.

Quanto cum studio et devotione omnes imperii status bellum Juliacense concordia et pace commutari desyderent, novit procul dubio illustris et magnifica dominatio vestra [= *Nicolas de Granvelle*] ex eorum precibus toties repetitis.

Proinde electorum principum consiliarii non putant necessarium fore ea de re pluribus dominationem vestram molestare, attendentes autem rev<sup>mos</sup> et ill<sup>mos</sup> principes electores, dominos eorum gratiosissimos, imperatoriae M<sup>ti</sup> quibusdam arctioribus devotionis vinculis coniunctos, non putarunt ab re fore, ut pro sua fideli devotione erga imperatoriam M<sup>tem</sup> et dominorum suorum officio cum dominatione vestra ut eiusdem imperatoriae M<sup>tis</sup> supremo consiliario de huiusmodi bello sedando et componendis illis controversiis quaedam conferre[nt]<sup>a</sup>.

Putant enim gloriosum et ducis Clivensis humilem illam oblationem, qua coram imperii statibus nedum de stando iuri, sed etiam ut controversiae omnes amicabiliter componi valeant, ad tractandum amicabiliter toties offert imperatoriae M<sup>ti</sup>, si idem aquiescat, nedum non damnosam, verum etiam M<sup>ti</sup> suae et universo imperio laudabilem et eterna memoria dignissimam futuram.

Quae enim magis digna vox est supremo principe quam se, quidem legibus solutum, legibus tamen vivere velle et ei parcere, qui in defectum amicabilis concordiae iudicio se sistere et iudicata adimplere promittit et se paratum offert? Porro autem quid hoc tempore christianae rei publicae magis est necessarium quam quod interea, dum cervicibus nostris christiani nominis potentissimus et crudelissimus hostis Turca imminet, et nos ab intestinis bellis paululum respiremus omnesque vires nostras adversus eum dirigamus? Quanto enim graviora et minus recuperabilia damna ex eius victoriis nobis imminet, tanto maiore cum providentia animadvertendum et curandum videtur, ne crudelissimus hostis latius grassandi habeat licentiam.

Equidem si interea, dum in imperii visceribus nosmet ipsos mutuis armis conficimus, Turca universum Ungariae regnum et huic adiacentia Germanicae nationis fertiliora loca in suam potestatem redigeret, quod Deus Optimus Maximus avertat, parum profecto spei relinqueretur iis, qui ex intestinis proeliis residui essent, tam potentem inimicum tanto regno et provintiis optimis auctum ex ipso hoc sacro imperio denuo eiicere.

Si enim vires nostras cum illius potentia conferamus, mox reperiemus, etiam si unanimiter bellum contra eum suscipiamus, nihilominus nobis Hungarorum et aliorum christiani nominis populorum opus fore praesidiis, si saltem christianitati succurri et patriam defendi cupimus. Iam autem nemo fere est, qui non possit coniiicere, quanto satius et utilius sit imperatoriam M<sup>tem</sup> arma adversus ducem, imperii subditum et vasallum suae M<sup>tis</sup>, assumpta deponere et illa una cum omnibus imperii statibus in communem hostem christianorum omniumque convertere illumque a christianorum cervicibus abigere quam ob illius belli continuationem faciliorem Turcae viam praebere, ut potentissimum hoc Ungariae regnum una cum adiacentibus Germaniae populis sibi subiiciat,

<sup>a</sup> *In der Vorlage irrtümlich*: conferre.

adeoque, dum M<sup>tas</sup> sua hic a subdito unum aut alterum territorium evincit, alii, scilicet infideli, permittere, ut integrum regnum et huius imperii fortissimum antemurale et propugnaculum cum longe melioribus provinciis in suam tyrannicam potestatem redigat.

Deinde quanto honorificentius et gloriosius erit imperatoriae M<sup>ti</sup> subiecto principi, a quo se iniuria lacessitum putat, illam ipsam aut clementer remittere vel saltem iure ordinario vindicare et interea firmas saltem indutias pacisci et observare ac numerosum suum exercitum contra hostes Christi Domini et religionis suae ducere, tanto profecto gravius foret tamen sub imperatoria sua M<sup>te</sup> istis de causis Turcae non fuisse fortiter obviam itum, sed eidem nedum Ungariae regnum, sed plures etiam Germaniae provincias in praedam cecidisse, e cuius manibus difficile possent recuperari, cum tamen econtra praedictus dux Clivensis a M<sup>te</sup> sua semper ad iuris et aequitatis regulam in ordinem redigi valeat.

Quamobrem principum electorum consilarii non pro ista arctiori devotione et necessitudine, qua sacratissimae imperatoriae M<sup>ti</sup> domini eorum iuncti sunt, noluerunt intermittere, quin etiam seorsum dominationem vestram illustrem et magnificam de illis negotiis alloquerentur. Rogantque quam possunt diligentissime, ut imminetia pericula et praesentem rerum quasi omnium perturbationem apud animum suum pro sua prudentia perpendat et suae M<sup>tis</sup> nomine annuat et consentiat, ut utrimque ab armis recedatur controversiaeque et quaestiones amicabiliter vel saltem iure et iustitia dirimendae, si non etiam ad alios, saltem ad electores principes remittantur, qui easdem intra certum tempus per viam amicabilem concordiae aut componant aut iuris ordine definiant. In qua quidem re iidem principes Deum et iustitiam prae oculis habentes fideliter cuique ius suum reddi curabunt facietque in hoc imperatoria M<sup>tas</sup> rem se tanto imperatore dignissimam et huic suo imperio natalique solo ac suis et Rhomanorum regiae M<sup>tis</sup> hereditariis regnis et ditionibus summe utilem et necessariam<sup>b</sup>.

Quandoque consequetur, ut Turca, crudelissimus hostis, a christianorum cervicibus et finibus cum magna imperatoriae M<sup>tis</sup> laude facilius eiici valeat et M<sup>ti</sup> suae interea erga Clevensem nihil iuris depereat. Quin etiam sua M<sup>tas</sup> ipsi patriae suae nationi, videlicet Germanicae, quam suae M<sup>tis</sup> maiores, divi imperatores, in summa quiete et tranquillitate conservare semper studuerunt, summam gratiam et clementiam est exhibitura, quae alioquin propter imminetentur Turcici exercitus adventum in extremum periculum adduci posset.

Juxta hoc conceptum propositio facta est oratori caesareo 8. Aprilis oretenus, qui respondit fere ad eum modum quem in latina responsione regia M<sup>tas</sup>, orator et commissarii expresserunt [Nr. 222].

<sup>b</sup> Es folgt eine längere gestr. Passage.

222 *Antwort Kg. Ferdinands, des ksl. Orators Nicolas de Granvelle und der ksl. Kommissare auf die Denkschrift der Reichsstände (Nr. 220) – verlesen Nürnberg, 1543 April 9*

A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 495r–496v<sup>1</sup> (Kop.); DV: Romanorum regiae M<sup>tis</sup> et imperatoriae M<sup>tis</sup> oratoris et commissariorum responsum in causa ducis Juliensis.*

B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 232r–234av (Kop.); DV fol. 234av: Scriptum regum statibus imperii perlectum et non exhibitum 9. Aprilis.*

Sacra Romanorum, Hungariae, Bohemiaeque regia M<sup>tas</sup>, dominus noster clementissimus, una cum sacra<sup>mae</sup> imperatoriae M<sup>tis</sup> oratore generale aliisque commissariis clementer et perbenigne audiverunt propositionem nomine statuum et ordinum sacri imperii hesterno vespere<sup>2</sup> sibi factam [Nr. 220], persuadentium nimirum pacem et concordiam intra Romani imperii nationisque Germanicae viscera imprimis conciliandam firmandamque, qua scilicet obtenta coniunctis viribus hosti communi et rectius et constantius resisti queat, hac nempe ratione sacrae M<sup>ti</sup> regiae supplicando, ut una cum domino caesareo oratore reliquisque dominis commissariis eas inire velint rationes quibus perniciosum illud bellum inter ser<sup>mam</sup> dominam reginam Mariam viduam et ill<sup>lum</sup> duces Clivensem nuper motum quamprimum amicabili compositione transigatur. Idque statuum arbitrato facile fieri posse, si huius dissidii amicabilis tractatus et compositio ad status et ordines imperii communiter vel aliquos ex eis separatim reyciatur et interim ab armis utrinque cessetur.

Ad quam statuum propositionem sacra regia M<sup>tas</sup> una cum caesareo oratore et dominis commissariis breviter duxerunt respondendum regiam M<sup>tem</sup> nihil unquam prius habuisse pace et concordia, qua<sup>a</sup> nempe regna et imperia conserventur, dissidiis autem dissipentur, nec praeterea M<sup>tem</sup> regiam latere, quantum commodi et foelicitatis non solum rei publicae christianae et inclytae nationi Germanicae, sed et privatim etiam regiae M<sup>ti</sup> regnisque suis concordia allatura esset, ideoque M<sup>tem</sup> regiam ab eo tempore, quo Germania mutuis dissidiis agitari coeperit, in hoc unum semper incubuisse et elaborasse, ut pax et concordia coiret et ut sedatis intestinis odiis pro vindicanda et amplianda Christi

---

<sup>a-a</sup> Die infinitivischen Absätze (eingeleitet mit „nec, ideoque, denique“) sind Teil einer *AcI* Konstruktion, die von „duxerunt respondendum“ abhängig ist und die indirekte Rede kennzeichnet.

---

<sup>1</sup> Zum Teil irrige Foliierung.

<sup>2</sup> Da die Antwort Kg. Ferdinands, Granvelles und der ksl. Kommissare den Reichsständen am 9. April verlesen, aber nicht ausgehändigt wurde, könnte sie bereits am 8. April verfasst worden sein. Die im Text erwähnte Zeitangabe „hesterno vespere“ bezeichnet somit den Vorabend des 8. April, also den 7. April. An diesem Tag wurde die Denkschrift der Reichsstände (Nr. 220) dem König und den ksl. Kommissaren übergeben.

fide et religione arma adversus hostem communem moverentur, denique M<sup>tem</sup> regiam praesentes rerum motus iamdudum praesentisse atque ob eam rem, cum transactis annis apud caesaream M<sup>tem</sup> Gandavi esset, se ill<sup>mum</sup> Clivensium ducem pro singulari suo affectu quo eundem prosequebatur permovisse, ut et ipse illuc venerit, non alia ratione, quam ut differentia inter caesaream M<sup>tem</sup> et ipsum ducem ratione ducatus Geldriae amicabiliter componeretur, in quo assequendo M<sup>tem</sup> suam nihil operae et diligentiae praetermississe nec quominus foeliciter successerit ipso duce teste per M<sup>tem</sup> suam stetisse<sup>a</sup>.

Non minori propensione sciat M<sup>tas</sup> regia sacra<sup>mam</sup> caesaream M<sup>tem</sup> pacis et concordiae studiosissimam quae res clarior sit quam ut ulla testificatione egeat. Id quod etiam ill<sup>mus</sup> dominus orator caesareus ordines ipsos vel ex hoc solo luce meridiana clarius deprehendere posse existimat, quod M<sup>tas</sup> sua pro perpetua illa et plane ingenita sua bonitate et benignitate postpositis gravissimis iniuriis a praefato duce multifariam perpessis ipsum ducem ad se Gandavi<sup>3</sup> benigne admiserit dimiseritque et demum Ratisponam solemnem citationem evocaverit [*RTA JR Bd. XI, Nr. 222*], quo tamen contumaciter absente et ad alia interim loca in despectum M<sup>tis</sup> suae sub eo tempore divertente seque perpetuis M<sup>tis</sup> suae inimicis iungente atque adeo iniurias iniuriis accumulante, M<sup>tas</sup> sua ius sibi ad praedictum Geldriae ducatum competens coram statibus imperii plenissime deduxerit atque praefati ducis perfidam contumaciam petulantiamque pro singulari M<sup>tis</sup> suae prudentia clementiaque patienter admodum semper tulerit dissimulaveritque, donec et quousque praememoratus dux, neglecto iuramenti ac fidelitatis sacramento et verecundiae relicto pudore, se apertissimum caesareae M<sup>tis</sup> hostem declaraverit furibundum nempe exercitum in patria sua et per suos coactum in ditionem caesareae M<sup>tis</sup> immittendo omniaque crudelissime diripiendo devastandoque.

Cum itaque imperii status et ordines de optimo irrefragabili et inconvincibili suae caesareae M<sup>tis</sup> ad ducatum Geldrensem iure tam in transactis Ratisponensibus quam et praesentibus hiis quoque comitiis ita edocti sint, ut eos ad iusta sacra<sup>mae</sup> caesareae M<sup>ti</sup> ferenda subsidia et acriter coercendum ducem quam pro eo intercedendum multo praeferrius esse deceat, cum denique res non amplius sint integrae nec in priori statu constitutae, scilicet longe aliam faciem nactae, facile sacri imperii status et ordines agnoscere possunt, an imperatoriam M<sup>tem</sup> tot tantisque iniuriis et damnis lacessitam et provocatam se vel cognitioni vel amicabili statuum tractationi submittere conveniat, an denique verisimile sit M<sup>tem</sup> suam consyderatis causae circumstantiis submissionem huiusmodi admissuram.

Praeterea etiam status et ordines consyderare facile posse, qua ratione regiae M<sup>ti</sup> ser<sup>mae</sup>, item reginae una cum domino caesareo oratore aliisque commissariis

<sup>3</sup> *Verhandlungen Ks. Karls V. und Kg. Ferdinands mit Hg. Wilhelm von Jülich im April 1540 in Gent über die Geldernfrage: siehe den Bericht der kursächs. Gesandten vom 11. März (Nr. 188, Anm. 6).*

se circa huiusmodi petitam submissionem intromittere liceat inconsulta scilicet sacratissima caesarea M<sup>te</sup>, atque adeo parum etiam prodesse reginalem M<sup>tem</sup> admonere de supersessionem armorum rebus sic stantibus.

Quod si ill<sup>mus</sup> Clivensium dux seu mandatarii eius ad cor sensumque meliorem revertentes alia iusta rationabilia et quae non contra dignitatem auctoritatemque caesareae M<sup>tis</sup> fuerint, sed hiis quidem quae nuper per caesareum oratorem reginalisque Serenitatis [= *Kgn. Maria*] consiliarios proposita sunt [*Nr. 214*] conformia media vel obtulerint vel admiserint, offert sacra regia M<sup>tas</sup> una cum domino oratore et commissariis caesareis se illa media benigne audituros ac desuper quantum in eis fuerit tractaturos, pollicentes etiam apud ser<sup>mam</sup> dominam reginam se nihil operae et diligentiae intermissuros, quo modus aliquis discedendi ab armis statuatur. Et si negotium expostulaverit se etiam pro singulari ad pacem et concordiam publicam studio sacrae imperatoriae M<sup>ti</sup> iam nunc itineri accinctae et in horas, diis bene iuvantibus, ad sacri imperii limites adventurae obviam missuros, persuadentes sibi caesaream M<sup>tem</sup> ea ratione uti christianum, magnanimum et plane mansuetissimum imperatorem se contemplatione ordinum imperii et ad communem pacem singulari propensione ita exhibituram, ut status et ordines ipsi in hac re sicut in aliis omnibus videant suae caesareae M<sup>tis</sup> singularem in eos benevolentiam et animum plane paternum.

**223** *Bericht der jülichischen Räte über einen mündlichen Vortrag der Reichsstände zum Stand der Geldernverhandlungen – Nürnberg, 1543 April 9*

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 239r–240v (Kop.); DV fol. 240v: Wes gemeyne stende den guylischischen gesandten furgehalten 9. Aprilis 1543.*

Am 9. tage Aprilis 1543 haben gemeyne reichsstende den guylischen rethen und gesandten nachfolgende meynung durch Dr. Jacob Reuter muntlich antzeigen lassen:

Als sie am jungsten bei der röm. kgl. Mt. fleissig und bitlich angehalten, das die feindliche und irrige handlung, zwischen ksl. Mt. und dem haus Burgundieyns- und dem Hg. zu Guylich etc. andertheils erhalten, mochten hingelegt werden [*Nr. 220–221*], so hette ir kgl. Mt. sampt dem ksl. oratoren general gemeynen stenden widerumb in antwort [*Nr. 222*] geben lassen, das sie solich ir antragen und anbringen gnugsam angehört, darinnen dan vermeldet wirdt, das ir Mt. sampt ehrgerurtem ksl. oratorn diese kriegshandlung uffs allergnedigst zu hertzen furen und daneben bedencken wolten, wo die sach entweder gutlich noch rechtlich hingelegt, was dem Hl. Reich deutscher nation daruß erfolgen mochte.

Daruff hette ir kgl. Mt. inen, den stenden, zue gnediger antwort geben, wie ir Mt. nichts liebers gehabt, dan das allenthalben im Hl. Reich frid, ruhe und eynigkeit gepflantz und erhalten werden mochte, aber dweil der ksl. orator, auch der Kgn. frauen Marien gesandten sich vernemen lassen, das sie keinen



bevelh hetten, sich in eyniche weithere handlung einzulassen, dan sie hiebevorn angetzeigt und ubergeben [Nr. 214], jedoch wo die guylissche gesandten eynich ferner rechtmessig und annemlich nottel, die den vorigen von der koniginnen furgeschlagen mittel nit zuwidder weren, darthun, wolten sich in dem fall ire Mt. an ine nichts erwinden lassen, sonder alles dasjhenig dermassen befurderen helfen, wie sie sich vergangner zeit zu Gendt<sup>1</sup> gegen meinen gnedigen herrn ertzeigt, dergleichen auch itzo zu thun, damit die sach zum fridden gericht und hingelegt werde. Darneben erbieten sich auch ir kgl. Mt. zum uberfluß der sachen zu gutem, an die ksl. Mt. (welcher ankunfft in kurtzem sein wirdet) zu schreiben, mit dieser kriegshandlung stillzustehen.

Dweil nun diese sach obberurten stenden furgetragen und vermerken, das uß der ubergebner schryft des ksl. oratorn und sunst die dingen villeicht in verzug gestelt werden mochten, hetten sie derhalb uff mittel gedacht, eynen ußschuß<sup>2</sup> zu verordnen, damit die sachen zue friden, ruhe und eynigkeit gebracht werden, so sie jhe nichts liebers sehen wolten, dan das diese irrungen gentzlich hingelegt wurden.

Die guyligische verordente rätthe und gesandten haben nach beschehner dancksagung irer, der stende, furgewenter fleiß sich des ußschuß wol gefallen lassen.

#### 224 *Die jülichschen Räte an Hg. Wilhelm: Bericht über Verhandlungen in der Geldernfrage – Nürnberg, 1543 April 11*

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 180r–186v (Kop.); DV fol. 186v:* Eyn schreiben an meinen gnedigen herrn, Hg. zu Guylich etc., darin ungeferlig, wes der verordente ußschuß mit den guylisschen rethen gehandelt, angetzogen wurd. *ÜS fol. 180r:* Hierin ist begriffen, was der verordente ußschuß mit den guylisschen gesandten gehandelt.

Nachdem wir am jungsten euern fstl. Gn. angetzeigt, welcher gestalt die gemeyne des Hl. Reichs stende die röm. kgl. Mt. und ksl. oratoren abermals besucht und mit allem fleiß dahin gehandelt, das die kriegshandlung zwischen euern fstl. Gn. und den burgundisschen uffgehoben und die sachen entweder durch gutliche oder rechtliche erkantenuß entscheiden oder zom wenigsten in eynen eherlichen, bestendigen anstandt gebracht werden mochten [Nr. 220], sollen euern fstl. Gn. wir nun weithers nit verhalten, das die kgl. Mt. sich uff solich der stende beschehen ersuchen gnedigst hat vernemen lassen, das ir Mt. nichts liebers sehen wolten, dan das diese irrige sachen durch geburliche wege

<sup>1</sup> *Zu den Verhandlungen Ks. Karls V. und Kg. Ferdinands mit Hg. Wilhelm von Jülich im April 1540 siehe Nr. 188, Anm. 6.*

<sup>2</sup> *Es handelt sich um den Geldernausschuss der Reichsstände, dessen Mitglieder als Unterhändler bis zum Abschluss des Waffenstillstands in die Verhandlungen eingebunden waren.*

hingelegt, frid, ruhe und eynigkeit im Hl. Reich gepflantz und underhalten werd. Aber der ksl. orator hat uff sein vorig furgeschlagen untreglich mittel beharret, nemlich so ferr euer fstl. Gn. von dem furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen abzutretten und dieselben der ksl. Mt. zuzustellen gemeint, so wolte er neben den burgundisschen gesandten sich in gutliche handlung, das die sachen des geweltigen uberzugs, in Brabant geschehen, durch leidliche wege mochten vertragen werden, einlassen. Nun haben die kfl. rethe (dweil ire gnedigiste herrn der ksl. Mt. etwas mehr dan die andere stende verwant) folgens sich zu gemeltem ksl. oratoren gefuegt und inen euer fstl. Gn. hochzimizlich erbietens erinnert, auch die ursachen, warumb berurt durch inen furgeschlagen mittel euern fstl. Gn. mitnichten annemlich [*Nr. 219*], angetzeigt und bewogen, was unraths dem Hl. Reich darus entstehen wurde, solten euer fstl. Gn. uber ir beschehene er bieten mit der thatlichen handlung weither beschwert werden, mit angehenckter bitt, sich uff ander tregliche wege und mittel vernemen zu lassen. Und wiewoll die kfl. rethe sich gantzlich versehen gehapt, es solte der orator zu andern mittel sich haben bewegen lassen, so hat er doch uff seinem vorigen bescheidt verharret und mit solichem grossem ernst geredt, das er, wie es eusserlich sich hat ansehen lassen, in der rede so gantz heftig und zornig worden, das es inen selbst verdrossen hat. Doch zuletzt hat er daruff geschlossen, er wolte uff der kfl. rethe beschehenem furtrag und bitt sich mit der kgl. Mt. underreden und alßdan sein bedencken den stenden daruff widerumb zu erkennen geben, wie dan solichs vor zweyen tagen geschehen lauth hiebei verwarter copeyen [*Nr. 222*].

Als nun den stenden solche antwort zugestellt, haben sie uns gestert [*1543 April 10*] furbescheiden lassen, doch die schriftliche antwort [*Nr. 222*] (weither verbitterung und disputation zu verhueten) uns nit zugestellt, welche wir danoch in andere weg bekhomen, und die wichtigkeit des handels und wes darus entstehen mocht erwogen und sich entschlossen, eynen ußschuß zu verordnen, welcher diese sach fur handt nemen und uff alle leidliche und tregliche wege bedacht sein solte, dadurch diese hoichbeschwerliche sach zu geburlichem ende gebracht werden mocht. Des wir uns gegen die stende bedanckt haben.

Nun hat der verordenter ußschuß gesterigs tags mit uns gehandelt und die beschwernuß, so euer fstl. Gn. und dem gantzen Reich uß dieser sachen, wo sie nit vertragen oder in eynen bestendigen anstandt gebracht wurde, entstehen mochte, in die lenge anzeigen lassen, mit erinnerung der ksl. Mt. gerechtigkeit zu berurtem furstenthumb Geldern und des ubertzugs Martins von Roßheim, in ksl. Mt. nider erblande beschehen, und allerley ander bewegnuß und zum letzten zween mittel uns furgehalten:

Erstlich, das euer fstl. Gn. obbestimpt furstenthumb und graffschaft der ksl. Mt. zustellen solte, doch dergestalt, das ir Mt. hinwiderumb gnugsam versicherung thun solte, im fall das durch gutliche handlung oder rechtliche erkenntnuß dieselbige furstenthumb und graffschaft euern fstl. Gn. zuerkant

wurden, das alßdan die ksl. Mt. ir handt darvon abthun und euer fstl. Gn. unverzoglich widerumb einantworten solte.

Zum andern, wo das mittel euern fstl. Gn. nit annemlich, so hetten sie nochmals uff das mittel der sequestration<sup>1</sup> sich bedacht, nemlich das berurte lande in die dritte handt etlicher stende des Reich biß zu beschehener geburlicher erkenntenus gestelt wurde. Wo wir nu solich mittel oder dero eins annemen, wolten sie mit dem ksl. oratoren auch uff das fleissigst handeln, das von wegen der ksl. Mt. dieselbige mittel bewilligt und angenommen wurden. Wo aber unser gewalt sich nit so weith strecken wurde, das wir dan berurte mittel uff hinderbringen an euer fstl. Gn. annemen wulden. Mitler zeit kundte euer fstl. Gn. sich daruff bedencken und mit iren geldrisschen underthanen daruff handlen lassen und irer antwort uns daruff furderlich widerumb verstendigen etc.

Uff solich des ußschuß furgeben, das dan mit villen worten uff das allerbeweglichst geschehen, haben wir uns vernemen lassen, das euer fstl. Gn. nit liebers sehen wolten, dan das diese sachen durch leidliche und tregliche mittel mochten hingelegt werden. So hetten auch die stende uß dem schriftlichen ubergebenem bericht der gutlicher underhandlung, so durch der vier Kff. am Rhein und die hessissche rethe zwischen beiden theilen gepflegt [*Nr. 208, Beilagen 1–6*], gnugsam vernommen, das euer fstl. Gn. umb fridlebens willen gneigt gewest, die mittel, so durch gemelte chur- und fstl. rethe furgeschlagen, anzunemen. Es hetten aber die burgundisschen dieselbige stracks abgeschlagen und uff etlichen unleidlichen mitteln, die nit allein dem rechten, dan auch menschlicher vernuft zuwidder, verharret, also das durch ire verursachung die gutliche handlung zerschlagen worden. So hetten wir uns auch zu mehrmalen erbotten, wo uns eynliche leidliche, tregliche und scheidbare mittel, die euer fstl. Gn. – unverletzlich irer fstl. Gn. ehern – mit eynlichen fugen annemen kundten, furgeschlagen wurden, das wir uns daruff aller gebur und dermassen wolten vernemen lassen, das der mangel an uns nit soll befunden werden.

Und obwol der ksl. orator zweyerley ursachen furgewant hette, warumb er von seinen furgeschlagenen mittel nit weichen khundte, als nemlich das der ksl. Mt. gerechtigkeit zu berurten furstenthumb und graffschaft so gantz notori und das darumb kheiner erkenntnuß nodig, und das der gewaltiger ubertzug, in Brabant geschehen, mit euer fstl. Gn. wissen, willen, hilf, furschub und beistandt furgenomen were worden, so hetten doch die stende uß euer fstl. Gn. in druck ußgangner defension [*Nr. 204, Beilage 1*] und irer uff jungst alhie gehaltenem reichstag gethaner entschuldigung [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 122*] und in negstubergebner verantwortung [*Nr. 204*] und anderm bericht den widdersyn offentlich vernommen.

<sup>1</sup> *Die Sequestration Gelderns als Mittel zur Lösung des Konflikts, die von den Reichsständen bereits Ende März vorgeschlagen worden war (Nr. 216), wurde von Hg. Wilhelm jedoch abgelehnt (Nr. 219).*

Haben daruff euer fstl. Gn. gerechtigkeit muntlich erclert und der ksl. Mt. fundamenta kurtzlich abgeleint, auch die gethane entschuldigung und verantwortung erholet, darus unsers verhoffens die stende gnugsam bericht empfangen, warumb solich des ksl. orators mittel keinswegs annemlich.

Dergleichen haben wir auch filfeltige, wolgegrunte, bewegliche ursachen angezeigt, warumb die 2 mittel, so durch den ußschuß bedacht, nit annemlich, wie dan euer fstl. Gn. dieselbige ursachen zum theil uß unserm jungst an sie gethanem schreiben [Nr. 216] gnediglich vernomen. Und achteten gantz vergeblich sein, das die mittel uff ein hinderbringen von uns solten angenommen werden, dweil wir wisten, das dieselbige hiebevorn euern fstl. Gn. zu oftmalen furgeschlagen, aber nit erheltlich gewest, und das mitler zeit die zeit verlauffen und der reichstag sein ende nemen und aber die burgundisschen sich weither stercken wurden etc., mit bit, mit solichem mittel, die euer fstl. Gn. eherenhalben nit annemlich, auch bei iren underthanen nit zu erhalten wisten, euer fstl. Gn. nit zu beschweren. Wen aber andere leidliche und tregliche mittel uns furgehalten wurde, soll der mangel an uns nit befunden werden.

Uff solich unser antwort hat der ußschuß uns anzeigen lassen: Nachdem sie uß unserm furbringen vernomen, das berurte furgeschlagne mittel euern fstl. Gn. nit annemlich und aber sie ungerne sehen wolten, das die sachen sich weither verlauffen solten, so hetten sie noch uff ein ander mittel bedacht, nemlich das der anstandt itzo alßbald hie erthedingt wurde, das man sich auch die zeit der gutlicher handlung und der personen, so der underhandlung sich undernemen, vergleichen solte, und, wo die gutlichkeit entstunde, das die sachen alßdan durch geburliche rechterkentenuß erortert wurden. Und das mitlerzeit euer fstl. Gn. irer possession sich begeben und das berurt furstenthumb und graffschaft fur sich frei stehen und pleiben, also das euer fstl. Gn., auch die burgundisschen, sich derselbigen nit undernemen solten byß die sachen durch gutliche oder rechtliche erkentenuß ußfindig gemacht und alßdan demjhenigen, [dem] bemelt furstenthumb und graffschaft zuerkant, unverzoglich eingewantwerde.

Daruff hat der ußschuß fur gut angesehen, das wir unser bedencken nemen solten, sie wolten dergleichen auch thun und uns zom furderlichsten widerumb bescheiden lassen. Halten es aber gentzlich darfur, das solich mittel euern fstl. Gn. vil weniger dan die vorigen annemlich sein solte, dweil euer fstl. Gn. dardurch nit allein irer possession sich begeben, sonder auch berurte lande in solicher geferlichkeit gestalt, die nit allein euer fstl. Gn., dan auch den underthanen selbst zu unwiderbringlichem nachteil erreichen wurden, wie euer fstl. Gn. uß hohem fstl. verstande leichtlich abzunemen. Versehen uns aber gentzlich, es sollen noch andere tregliche und leidliche mittel uns furgehalten werden, und das diese beschwerlichste mittel uns furs irst [= erst] furgeschlagen worden. Wo aber jhe uff diesen mittel wolt verharret werden, bitten wir nochmals undertheniglich, euer fstl. Gn. wollen uns daruff irer gnediger meynong verstendigen und mit gnoichsamern gewalt versorgen.

Wir haben von den colnisschen gesandten vernomen, das euer fstl. Gn. die annotationes uff der ksl. Mt. assertion<sup>2</sup> in druck haben außgehen lassen. Sehen fur gut an, dweil der ksl. orator und burgundisschen gesandten all ir fundament uff die assertion setzen, das berurte annotationes uns furderlich zugeschickt wurden.

Das alles solten wir euern fstl. Gn. in schuldiger underthenigkeit nit verhalten, die der Almechtig in glucklichem und sighaftigem regiment lang gefristen welle.

**225 Resümeee eines mündlichen Vorschlags des Geldernausschusses<sup>1</sup> gegenüber Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren: Geldern als brabantisches Afterlehen – Nürnberg, 1543 April 13**

Wien HHStA, Belgien PA 37/3, fol. 393rv (Kop.); ÜS v.a.Hd.: Copie de la copie de la proposition faite par les estatz de l'Empire au roi des Romains et aux commissaires impériaux.

*Der Vorschlag einer Afterlehenschaft ging auf den Kf. von Sachsen zurück, der an einer friedlichen Erledigung des Streits zwischen seinem Schwager und dem Kaiser interessiert war. Johann Friedrich ersuchte seinen Bundesgenossen Lgf. Philipp von Hessen, diese Anregung an Granvelle weiterzugeben. Der Kf. von Sachsen selbst hielt einen Anstand von einigen Jahren unter Rückgabe der beiderseitigen Eroberungen für ratsam; währenddessen sollten die Konfliktpunkte beigelegt werden<sup>2</sup>. Nicolas de Granvelle war bei der Beratung am 13. April persönlich nicht anwesend und ließ den mündlichen Vorschlag des Geldernausschusses durch Naves für den Kaiser und Kgn. Maria in französischer Sprache zusammenfassen, wie seinem beiliegenden Schreiben an Kgn. Maria vom selben Datum zu entnehmen ist<sup>3</sup>.*

Les estatz de l'Empire le 13 d'avril ont proposé à la Mté du roy des Romains et aux commissaires de l'empereur que sans avoir paix en la Germanie on ne

<sup>2</sup> Im Druck erschienene Rechtfertigungsschrift Ks. Karls V. betr. seine Besitzansprüche auf das Fürstentum Geldern mit dem Titel: Assertio Iuris Imperatoris Caroli [...], übergeben Regensburg, 1541 Juli 3; in: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2746, fol. 106r–150v (Druck). Siehe dazu auch RTA JR Bd. XI, Nr. 227, Anm. 1.

<sup>1</sup> Der Beschluss zur Bildung des Geldernausschusses datiert auf den 9./10. April 1543: siehe Nr. 223 (vorletzter Absatz) und Nr. 224 (2. Absatz). In diesem Ausschuss waren die Gesandten folgender Reichsstände vertreten: Kff. von Mainz, Trier, Köln, Pfalz, Sachsen und Brandenburg, Ebf. von Salzburg, Bf. von Würzburg, Hgg. von Württemberg und Bayern und die Stadt Straßburg. Ob noch weitere Städte im Ausschuss waren, ist nicht eindeutig zu klären: siehe Nr. 232, Anm. 1.

<sup>2</sup> Zum Verhältnis des Kf. von Sachsen zu seinem Schwager Hg. Wilhelm von Jülich und zu seiner Haltung im Konflikt des Herzogs mit dem Kaiser siehe: G. MENTZ, Johann Friedrich der Großmütige, 2. Teil, S. 353–360.

<sup>3</sup> Nicolas de Granvelle an Kgn. Maria, Nürnberg, 1543 April 13, in: Wien HHStA, Belgien PA 36/2, fol. 513r–524v, hier fol. 516rv (Ausf. mit Siegel, z. T. chiff. und dechiff.).

scauroit souffisamment résister au Turcq et que le duc de Clèves s'excuseroit d'y pouvoir assister.

Que lesd. estatz avoient cerché tous moyens pour appaiser le différent et guerre estant entre la Mté de la royne Marie etc., régente etc., et led. duc de Clèves ou du moins qu'on peult impétrer une abstinence et cessation d'armes et que les estatz peussent cognoistre des différens et actions entre lad. Mté et led. duc réciproquement, aimablement ou par droit.

Qu'ilz pensoient bien que la Mté de l'empereur ne faisoit si grant cas de si petit pays, aussi qu'il n'y mportait grandement à sa Mté, fors seulement pour la dignité et réputation de sad. Mté impériale, parquoy espéroient que quant on pouvoit trouver moyens par lesquelz l'auctorité et réputation de sad. Mté fust saulvé et illustré, icelle – pour un plus grande bien et éviter plus gros inconvénient et destruction de plusieurs principaultéz et pays – se laisseroit prier et commouvoir à quelque bénignité et clémence par lesd. estatz.

Que sur ce lesd. estatz avoient advisé cestuy expédient et moyen que led. duc de Clèves eust purement et franchement remis ès main de l'empereur comme duc de Bourgogne et Brabant les duché de Geldhre et comté de Zutpfen et s'en [eust] déporté entièrement d'iceulx. Et que les soubiectz eussent fait le serment à sa Mté comme duc de Bourgogne et Brabant, leur vray et naturelle seigneur. Que ce fait sad. Mté les eust reprins en fieff du Saint Empire et subséquemment les donner [!] en arrière fieff aud. duc de Clèves pour les tenir de sa Mté comme duc de Bourgogne et Brabant, et que les estatz regarderoient que sa Mté fust bien asseuré et led. duc obligé et astrict envers icelle.

Remonstroient en outre que de cestuy moyen ilz n'avoient encoires parler [!] aux députéz dud. duc de Clèves, ce qu'ilz n'avoient voulu faire avant que en avoir adverti sad. Mté royalle, affin de scavoir si on y vouldroit entendre, car autrement seroit payne perdue de traicter avecque eulx.

Sur ce lad. Mté du roy a remonstré ausd. estatz qu'elle communicueroit de ce que dessus avec le Sr de Granvelle, orateur général de sad. Mté impériale, et que néantmoins ne les vouloit recéler que l'empereur Maximilian, le duc Charles [von Burgund], le roy Philippe [Ehg. v. Österreich] et l'empereur à présent avoient tous esté inféodéz de l'Empire dud. duché de Gheldre et comté de Zutpfen.

226 *Stellungnahme des ksl. Orators Nicolas de Granvelle<sup>1</sup> und der Gesandten Kgn. Marias zum Vorschlag des Geldernausschusses (Nr. 225) – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 April 18*

A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 500r–503v (Kop.); DV fol. 503v: Des ksl. orator, commissarii und Kgn. Marie [gesandten] antwort kgl. Mt. geben, den Hg. von Gulch betreffend. Lectum in consilio imperiali 18. Aprilis.

<sup>1</sup> Granvelle plädierte dem Kaiser gegenüber, mit aller Schärfe und militärischem Druck gegen Hg. Wilhelm von Jülich vorzugehen, um einer Parteinahme der Protestanten

- B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 235r–238v (Kop.); DV fol. 238v: Scriptum caesareae M<sup>tis</sup> ac reginae Mariae commissariorum et legatorum 18. Aprilis statibus perlectum, sed non exhibitum.*
- C *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 453r–457v (Kop.); DV fol. 457v: Scriptum caesareae M<sup>tis</sup> ac reginae Mariae commissariorum ac legatorum 18. Aprilis statibus perlectum, sed non exhibitum.*

Sacrae caesareae M<sup>tis</sup> ac ser<sup>mae</sup> reginae Mariae, inferioris Germaniae gubernatrici, commissarii ac legati per regiam M<sup>tem</sup> Romanorum etc. admoniti sunt de eo medio, quod ab amplissimis imperii ordinibus ad pacem inter caesaream M<sup>tem</sup> et ducem Clivensem restaurandam novissime propositum fuit [Nr. 225], cuius ea est summa, ut dux Clivensis Geldriae ducatum et comitatum Zutphaniae dimittat plenoque ac libero iure imperatori tanquam duci Brabantiae restituat, praeterea ut subditi sacramentum caesareae M<sup>ti</sup> praestent et deinde, quod M<sup>tas</sup> sua ab sacro Romano imperio investituram eorum accipiat ac postea tanquam dux Brabantiae ducem Clivensem secundo loco de iisdem investiat seu subinfeudet. Arbitrari quippe illos hac ratione caesareae M<sup>tis</sup> dignitati, auctoritati existimationique satisfieri. Et quantum ad utilitatem ac proventus eius ducatus comitatusque pertinet, haud ita multum ipsi velut maximo principi discedere ac de his congruam quoque inveniri posse cautionem, et ea quidem via et communi Germaniae paci consuli et Turcis melius posse resisti.

Ad quae regiae M<sup>tis</sup> iussui obsequentes id paucis supradicti commissarii respondent: Principio quidem, quod sacri imperii ordines latere non putant sacratissimum imperatorem, dominum nostrum clementissimum, eiusdemque patrem foelicis memoriae Philippum, regem Castellae, archiducem Austriae etc., item imperatorem Maximilianum, avum, ac proavum ducem Carolum

---

*für den Herzog durch eine ksl. Machtdemonstration vorzugreifen. So berichtete er Karl V. in der Phase der Waffenstillstandsverhandlungen mit den jülichschen Räten am 20. April 1543: [...] Et à la vérité, Sire, fait très grandement à doubter que si à ce coup led. de Clèves n'est rengé à la raison que ceulx de ceste Germanye seront plus insolens et audacieulx contre votred. M<sup>té</sup> et empareront pour cy après led. de Clèves, selon mesmes ce que j'en ay peu appercevoir dèz que je suis par deça. Et que sans les remonstrances et dilligences que sont esté faictes de part de votred. M<sup>té</sup> et le bruit des apprestes de guerre, tant de l'artillerie, munitions que de lever gens, que j'ay donné à entendre en ce conseil contre led. de Clèves et ceulx qui luy voudroient adhérer, et aussi la craincte de la venue de votre M<sup>té</sup> plusieurs d'eulx se fussent déclairez et osté la masque pour led. de Clèves et son assistance etc. Et signamment ay-je apperceu que la pluspart des électeurs et princes sont fort enclins et affectionnez à luy et ne voudroient qu'il fut chastié comme il le mérite, doubtans du semblable ny que votre M<sup>té</sup> eust plus de pouvoir ny fut mieulx obéy en ceste Germanye comme elle sera venant au dessus dud. de Clèves. Et tiens fermement que sans avoir retenu les protestans pour les considérations avantd. ilz eussent prins en leur confédération led. de Clèves et certainement le feront cy-après, s'il n'est à ce coup mis à la raison. [...]. In: Wien HStA, Belgien PA 37/1, fol. 71r–80v, hier fol. 72v–73r (Ausf. chiff. u. dechiff.).*

Burgundiae, ducatum Geldriae comitatumque Zutphaniae tanquam sacri imperii feuda recognovisse investiturasque eorum accepisse, uti etiam caesareae M<sup>ti</sup> in posterum quoque pro se successoribusque suis perpetuo ab imperio recognoscendi idem animus permanet nec unquam aliud in mentem habuit, ut autem deinde eundem ducatum comitatumque duci Clivensi in secundarium feudum M<sup>tas</sup> sua concedat et iuxta praescriptum modum in eum rursus transferat, non modo existimationi suae ullo pacto convenire, sed neque sine insigni existimationis suae lesione intolerabilique damno fieri posse arbitrantur, attento potissimum tam evidenti ac penitus irrefragabili ipsius iure in omnium praedecessorum suorum bona fide fundato.

Praecipue autem quod dux Carolus, eius proavus, tam ab ducis Clivensis praedecessoribus quam aliis quibuscumque ius quomodolibet praetendentibus cum consensu sacri imperii ducatum hunc comitatumque emerit eorundemque investituram ac possessionem nactus sit, post cuius mortem, cum Geldri ab imperio ad Francos descivissent, ab Maximiliano rursus ad imperii obedientiam diuturno sumptuosoque bello redacti fuerunt, cui deinde decem annos pacifice quieteque paruerunt, donec rursus Francorum dolis auxiliisque Carolus ab Egmonda in eas ditiones per proditionem fuit intrusus, quas deinde regum Francorum feudali iuri subiecit. Qua de causa praedicti Maximilianus ac pater caesareae M<sup>tis</sup> nostrae, rex Philippus, ipsorum electorum principumque imperii suasu auctoritateque ad eum ducatum comitatumque in pristinum imperii ius revocandum gravia cum illo bella gesserunt.

Quapropter, ut nunc post tot praedecessorum suorum labores pro sacri imperii suisque iuribus tuendis susceptos duci Clivensi, qui non modo nullum in his ditionibus ius habet, verum etiam adversus M<sup>tem</sup> suam tam aperte rebellavit et multifariam gravissimeque eam (ut sepius expositum est) offendit, eas cedat, quis non ei gravissimum nimisque indignum fore animadvertit?

Quod vero id caesaris ita parvi<sup>a</sup> interesse putatur, considerare ordines imperii oportet ultra ea, quae in huius iuris acquisitione ab Carolo duce expensa sunt, quantos sumptus in earum ditionum recuperatione triennali bello Maximilianus imperator olim fecerit, quanta quoque deinde contra Carolum ab Egmonda Gallorum ab imperio eum ducatum comitatumque rursus avellere studentium favore auxiliisque nitentem, Maximilianus, Philippus ipseque imperator noster clementissimus Carolus bella impendiaque sustinuerit. Ad haec quanta non solum damna populationesque tempore Caroli Egmondani caesareae M<sup>tis</sup> ditiones huius ducatus comitatusque occasione perpessae sint, verum etiam hic ipse dux Clivensis anno superiore per suos ministros flagitiose eisdem intulerit, quantique deinde in iis iniuriis propulsandis ac in hoc bello, cuius ipse auctor extitit et in quo in hunc usque diem obstinate perseverat, sumptus facti sint fiantque adhuc quotidie. Quamobrem ut in hostem tot modis iniurium tantum

---

<sup>a</sup> *In BC: parva.*



beneficium caesar conferret (quod vel in bene merito principe maxime censerib<sup>b</sup> posset) propriumque patrimonium tanto suo maiorumque suorum sumptu, labore sanguineque quaesitum in ducem Clivensem suae M<sup>tis</sup> rebellem hoc pacto abdicaret, videri profecto id posset exemplum clementiae ac pietatis omnem humanum sensum excedentis.

Ad haec cum caesarea M<sup>tas</sup> progenitoresque eius antea toties eiusmodi tractatibus cum Carolo Egmondensi initis machinatione Gallorum delusi circumventique fuerint (quibus scilicet huiusce ducatus et comitatus administratio ac usus-fructus ei restituebatur ac ad vitam relinquebatur), exemplo certe tali caesarea M<sup>tas</sup> admonetur, ne amplius se decipi sinat, praesertim per ducem hunc Clivensem, qui, etsi eos tractatus non ignoraret ac ipsemet ediderit defensionique suae ad propriam ignominiam inseruerit serveritque Carolo Egmondensi mortuo omne ius plenamque eius ducatus et comitatus possessionem ad caesaream M<sup>tem</sup> devolvi, attamen illicitas cum illo pactiones iniit, et non solum sciens adversus tractatus cum Egmondensi initos, verum etiam adversus progenitorum quoque suorum fidem et contractus (quibus et ipse obstringebatur) ducatum Geldriae fraudulenter invasit et, quo omnem sibi ad caesareae M<sup>tis</sup> gratiam benevolentiamque reditum obstrueret, cum eisdem Gallis ac aliis eius, immo et imperii hostibus foedera affinitatemque contraxit omniaque ad alienandos ab caesarea M<sup>te</sup> Geldrorum animos tentavit illicitisque eos pactionibus sibi obstrinxit.

Unde commissarii videre nequeunt propositum medium vel iuri vel auctoritati caesariae M<sup>tis</sup> vel immensis sumptibus laboribusque suis et praedecessorum suorum congruum esse atque id non solum multis modis M<sup>ti</sup> suae damnosum, verum etiam omnino intolerabile fore existimant, per quod quoque securitati subditorum caesariae M<sup>tis</sup> nullo modo consuli posset, cum ille Francica confederatione ac affinitate obstrictus atque inde capta occasione, quae nunquam Gallis deesse solet, Caroli Egmondensis exemplo ad nutum eorundem Gallorum, ut superiore anno compertum est, caesareas ditiones ex Geldria perpetuo inquietaturus novaque subinde bella ac turbas in imperio excitaturus sit.

Sperant itaque praefati commissarii ac legati ordines imperii ea, quae supra exposita sunt, perpensuros consideraturosque summam caesariae M<sup>tis</sup> in ducem Clivensem clementiam ac benignitatem necnon longam de iniuste ab eo occupato patrimonio suo patientiam quodque <sup>c</sup>ille eis<sup>c</sup> neglectis cum hostibus ipsius foedera contraxerit ac bellum iis modis, quos ordines antehac plene intellexerunt, in summum rei publicae christianae ac sacri imperii damnum ac detrimentum adversus caesaream M<sup>tem</sup> inchoaverit, quod quidem factum adeo excusare non potest, ut, quorum in<sup>d</sup> incipiendo inferendoque bello opera usus est, per eos idem insolenter continuare pergat eosque ex Francia reversos

<sup>b</sup> *In BC: conferri.*

<sup>c-c</sup> *In BC: illis.*

<sup>d</sup> *BC om.*

in summa apud se gratia retineat earumque literarum, quae sub suo sigillo per consiliarios cifris scriptae fuere alphabetum, in hunc usque diem exhibere recuset. Quorum omnium ea profecto est gravitas enormitasque, ut nemo ex imperii ordinibus sit, <sup>e-c</sup>qui ea tolerare possit, multo vero minus<sup>e</sup> qui in tam male meritum ius suum transferre velit. Quod ipsi igitur facturi minime essent, quomodo caesari suadebunt?

Quamobrem, si sacri imperii ordines et publicae Germaniae paci et defensionis eius adversus Turchas et ipsius quoque ducis Clivensis conscientiae et utilitati consulere, denique officii sui necnon fidei et obligationis erga clementissimum pacisque amantissimum et de imperio optime meritum imperatorem meminisse (uti M<sup>tas</sup> sua confidit) voluerint, id operam dare debent, ut ipsum ducem compellant, quo<sup>f</sup> caesari proprium patrimonium, quod progenitores suae M<sup>tis</sup> legitimis titulis adepti sunt quodque ab Gallorum dominatione sacro imperio vindicaverunt et in cuius recuperatione immensa impendia fecerunt, libere restituat, praesertim cum omnibus manifestissimum sit non solum eidem duci nullum ius in hoc ducatu comitatuque competere, verum etiam eorum occasione summa temeritate has turbas excitasse ac gravissimo huic bello et causam et initium dedisse eaque incommoda ac mala, quae inde imperii ordines et evenisse et evenire posse Germanicae nationi vident, ab illo tanquam unico auctore profecta esse et proficisci.

Itaque rogant praefati commissarii ac legati, ut ordines imperii plus caesareae M<sup>tis</sup> ius ac iusticiam summamque offensam ac iniuriam sibi suisque illatam quam inanes querimonias ducis Clivensis (quibus obstinationem iniustitiamque suam obvelare conatur) perpendant, cum in <sup>g-g</sup>eius sit potestate<sup>g</sup> redditis caesari iis, quae omni divino humanoque iure ad ipsum pertinent, regiae M<sup>tis</sup> ac ordinum imperii intercessione caesareae M<sup>tis</sup> gratiam tempestive sibi potius reconciliare quam longiore obstinatione graviolem eius in se excitare expectareque indignationem.

227 *Hg. Wilhelm von Jülich an die Reichsstände wegen des Geldernkonflikts – Roermond, 1543 April 8/verlesen Nürnberg, 1543 April 18*

- A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 415r–417v (Ausf. mit Siegel); AV fol. 417v: Des Hg. von Gulich schreiben, lectum in consilio imperiali 18. Aprilis.  
 B Privatarchiv Mirbach-Harff (Grevenbroich-Ingenfeld)<sup>1</sup>, Bestand Vlatten II, Akte 36, unfol. (Kop.).

<sup>e-c</sup> BC om.; Zeilensprung von qui zu qui.

<sup>f</sup> In BC: qui.

<sup>g-g</sup> In BC: in eis sit potestas. BC ergibt einen anderen Sinn des Satzes als A. Übersetzt bedeutet BC: „es steht in ihrer (= der Reichsstände) Macht“; hingegen heißt es in A: „es steht in seiner (= Hg. Wilhelms von Jülich) Macht“.

<sup>1</sup> Die Benutzung des Privatarchivs der Gff. von Mirbach-Harff erfolgt über die LVR

*Die Reichsstände wurden von den jülichischen Räten auf diesem Reichstag in Kenntnis gesetzt, wie die Burgunder entgegen der Speyerer Friedenszusicherung (RTA JR Bd. XII, Nr. 274c) und in Verletzung des Landfriedens und sämtlicher Reichsgesetze das Herzogtum Jülich-Kleve im vergangenen Herbst überfielen. Während der Herzog im Vertrauen auf die Friedenszusicherung der Reichsstände seine Truppen gegen die Türken zur Verfügung stellte, wurde sein Land überfallen und gebrandschatzt, obwohl er sich zu des Hl. Reichs ordentlichem und gepurlichem rechten oder aber zu euer Ll. und euwer entlicher erkenntnuß fur und fur erbotten. So mogen euer Ll. und euch wir auch nit verhalten, das vorbenante burgondischen in der negstvergangen carwochen mit herrescraft und munitio, groisser dan fur ehe beschehen, wederumb in unser furstenthomb Gulich getzogen und darneben mehe dan an eynem ende in rustong gewesen, andere unsere furstenthumb und lande auch zu überfallen und, wo es durch sonderliche gnad des Almechtigen nit getzuckt [= vereitelt] und verhindert worden, dieselbige gar zu verwusten und zu verderben, nit allein uns und den unseren zu hochster beswerniß, sonder auch dem Hl. Reich zu mircklichem nachteil, inbruch und verkleynerong, wie wir dan unseren rethen und gesandten, euer Ll. und euch von dem allem weiter anzeigong zu thun, bevelh gegeben.*

Und wir hetten nach gestalt der sachen und in anseheong des Hl. Reichs fryheit, recht und herkomen und unsers uberflussigen [= großzügig], rechtmessigen, erbaren erbietens gar nit vermutet, das wir von euern Ll., euch und anderen Kff., Ff. und stenden des Reichs so lange verlassen sein solten, aber gleichwoll haben wir uns in solcher hochster noit und geferligkeit nehe [= nicht] anders ertzeigt, dan wie eynem gehorsamen ehr- und fridliebendem fursten des Hl. Reichs geburt, wie wir ouch des noch begirich und geneigt sein. Nun haben euer Ll. und ir, auch menniglich woll zu erachten, das uns und den unseren untreglich sein wurde, in disser geferligkeit und beswernuß zu verpleiben und teglichs weiter zu gewarten. So können und mogen wir demnach auß unvermeidlicher notturft nit lenger umbgeen, sonder wollen euer Ll. und euch hirmit freuntlich ersucht und bei den pflichten, damit euer Ll. und ir dem Hl. Röm. Reich und uns als eynem gehorsamen glith desselbigen in disem fall mit zugethan und verwant syet, gebetten und ermaint [!] haben, euer Ll. und ir wollen zu hanthabung irer selbst reputation, declaration und versicherung, auch der teutscher nation freiheit und gerechtigkeit bey vilgedachten burgondischen und iren zustenderen [= Zugehörigen] das unchristlich und unrechtmessig, thetlich furhaben abschaffen, dahin furderen und weisen, das sie des Hl. Reichs gerechtigkeit und freiheit statgeben und nach ordenong desselbigen sich mit gepurlichem rechten settigen lassen. Wa aber solichs bei inen ehe nit konte erhalten werden, welchs wir uns doch in erwegong ksl. Mt. sonderlicher obligation, in der kgl. whall zu Franckfort [1519 Juni 28] beschehen, dartzu des Reichs abscheid und fridstende, auch alle rechten und billigkeit nit versehen, das euer Ll. und ir uns

---

(= Landschaftsverband Rheinland) Archivverwaltung in D-50259 Pulheim-Brauweiler.

und die unsere fur gewalt schutzen, redder und gemeine hilf des Hl. Reichs zuerkennen, auch freuntlich und gutwillig leisten, damit wir nit genoitdrenge, uf alle andere wege und mittel zu trachten, die uns und den unseren zu der natuyrlicher reddung und gegenwher dienlich sein mochten. Und wiewoll wir in betrachtong der billigkeit unser noitturft und der gelegenheit nach in der gentzlichen vertroestong und zuversicht sein, euer Ll. und ir werden uns und die unsere dermassen nit verlassen, so bitten wir doch eyn furderliche, zuverliessige antwort.

228 *Neuerliche Vorschläge des Geldernausschusses<sup>1</sup> zur Herstellung eines Friedens zwischen Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve und Ks. Karl V. – Nürnberg, 1543 April 20*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 498r–499v (Kop.); ÜS: Mittl und furschlag zwischen ksl. Mt., unserm allergenedigsten herrn, an ainem und dem Hg. von Clef anderm thayl.*
- B *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 630rv (Kop.); ÜS wie in A.*
- C *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 269r–270v (Kop.); DV fol. 270v: Furgeschlagne mittel 20. Aprilis. ÜS wie in A.*

Erstlich, das der Hg. von Gulch der ksl. Mt. persönlich zu fuessen fallen und mit aller underthenigchait pitten solle, ob er die ksl. Mt. belaidigt und wider sein Mt. gehandelt hete, das ir Mt. ime sollichs allergnedigist verzeyhen und begeben. Dagegen wolte er, der von Gulch, als ain gehorsamer furst des Hl. Reichs gegen irer Mt. allzeit halten und ertzaigen, daran ir ksl. Mt. allergenedigist gefallen haben werde.

Zum andern sollen auch als pald churfursten und fursten, sovil der bei disem fuessfallen sein, erfordert und erpetten werden, die ksl. Mt. von wegen gemainer reichsstende mit aller underthenigchait pitten, das ir Mt. allen gemainen stenden des Reychs zu sondern genaden sollich des von Gulchs pitten und erpietten allergnedigist annemen, die gefasst ungenad gegen dem jungen fursten fallen und furter in allergenedigistn bevelh halten und haben. Das werden und wellen gemaine reichsstende sambt und sonder in aller underthenighait verdienen und sollichs ksl. miltigchait nimer vergessen.

Zum dritten, ob der von Gulch mit dem Kg. von Franckhreich ainiche pundtnus oder verstendnus wider die ksl. Mt. gemacht oder angenommen, das der von Gulch sollicher pundtnus oder verstendtnus absteen, begeben und aufschreyben solle.

Zum vierten, das der Hg. von Gulch der ksl. Mt. ainen reittersdienst mit 1000 pferd drei monadt lang und auf seinen, des hertzen, selbs costen wider meniglich ausserhalb des Reichs teutscher nation dienen solle.

<sup>1</sup> *Die Vorschläge entsprechen zu einem beträchtlichen Teil jenen, die der Lgf. von Hessen in einem Schreiben an seine Räte vom 6. April 1543 formulierte (Nr. 218).*

Zum funften, das die ksl. Mt. das hertzogthumb Geldern von dem Röm. Reich als ain Hg. von Brabandt zu lehen tragen und emphahen und volgends dasselb furstenthumb dem Hg. von Gulch zu lehen verlihen, wellichs auch der hertzog und seine erben von dem haus Brabandt zu lehen empfangen sollen.

Zum sechsten, das zwischen dem haus Brabandt und dem Hg. von Gulch ain erbaynung aufgericht, dardurch ain bestendiger frid und ainigchait zwischen den landen in ewigheit erhalten werden mag.

Zum sibenden, das auf dise mittl alle khriegshandlung und rustung zu peden thaylen von stund an abgestellt, auch die gantz sachen zwischen ksl. Mt. und dem Hg. von Gulch, desgleichen allen peder partheien verwandten und anhengigen vertragen sein, auch ainen yeden thayl und verwandten schloß, stete, dorfer oder andere unbewegliche guetter, so in dieser vhed und zihen ain thail dem andern abgewunnen und inen hette, widerumb zuegestellt und eingantwort werden. Aber der andern schaden halb solle ain thail dem andern nichts schuldig sein.

Zum achten, ob sich der ksl. orator sollicher mittl anzunemen waigern oder beschwerde tragen wurde, das doch yetzt alßpald ain anstandt auf N. zeit gemacht und bewilligt und das mitler zeit die stende des Hl. Reichs dise oder andere mittl an di ksl. Mt. gelangen lassen, und allen sachen, auch sonderlich der ksl. Mt. zu wolfart und gemainer cristenhait zu guetem disen beschwerlichen khrieg hinlegen mochten. Wollen auch di stende in disem fall alßpald ire ansehenliche potschaften zu der ksl. Mt. verordnen.

**229 *Bericht der jülichischen Räte über ihre Verhandlungen mit dem Geldernausschuss von 21. bis 23. April – Nürnberg, 1543 April 23***

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, fol. 641r–648r, fol. 654r–658v (Kop.).*

*Regest: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 129, S. 466f.*

Am 21. Aprilis nachmittag hat der verordente ußschuß nachfolgende meynung uns, den guyligischen gesandten, anzeigen lassen: Es hette der ußschuß by der röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, auch dem ksl. oratoren, allen muglichen fleiß furgewendt, das die beschwerliche kriegsubung zwischen dem hauß Burgundien und unserm gnedigen herrn entweder durch eynen bestendigen friden oder zum wenigsten eynen eherlichen anstandt uffgehoben und abgeschafft werden mochte.

Und dieweil nun die vorige furgehaltene mittel abgeschlagen worden, hette der ußschus, damit alle irrige sachen, so sich zwischen gemelten beiden theilen erhelten, entlich mochten hingelegt und vertragen werden, uff das mittel des afterlehens [Nr. 225] sich bedacht und dasselbig der kgl. Mt. und ksl. oratoren mit allerley beweglichen ursachen angetzeigt, in hoffnung, es solte dasselbig

durch die röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien angenommen und dardurch ein bestendiger fride erthedingt sein worden.

Nun hette aber die kgl. Mt. sich daruff gnedigst vernemen lassen, das ir Mt. ghern sehen wolte, das berurte sachen gutlich hingelegt werden mochten. Es besorgte aber ir Mt., das durch bemelte furgeschlagne mittel der begertter Fridt nit solte zu erhalten sein, sonderlich in ansehung das dasselbig mittel in aller massen wie itzo beschehen, allein usserhalb des reittersdienst<sup>1</sup>, hiebevorn von wegen unsers gnedigen herrn furgeschlagen und aber durch die ksl. Mt. kheinswegs hette wollen bewilligt werden [Nr. 226]. Es wolte doch ir kgl. Mt. nit widderachten [= *dagegen sein*], das nochmals mit dem ksl. oratorn daruff gehandelt wurde.

Daruff hette der ußschuß sich zu obegemeltem ksl. oratorn gefuegt und berurte mittel [Nr. 228] ime uff das beweglichst furgelhalten, aber nichts bei ime erhalten khunnen, dan er hette stracks uff seiner voriger antwort beharret [Nr. 226]: *Rückgabe von Geldern und Zutphen an den Kaiser und danach Verhandlungen über die Schäden, die beide Seiten erstattet bekommen.*

Dweil nun der ußschuß nach allem furgewandten fleiß befunden, das berurt mittel durch den ksl. oratorn nit hat wellen angenommen werden, auch bei ime nit sovill erhalten kunnen, das er in eynen anstandt byß zu der ksl. Mt. ankunfft in das Hl. Reich (des man teglichs gewertig) willigen wollte, damit dan derwegen die gutliche underhandlung nit gantz zerschlagen, dan dieser hochbeschwerliche krieg in ander geburliche wege uffgehoben werden mochte, hett der ußschuß noch uff nachfolgende mittel sich bedacht:

Nemlich dweil uß vorerzelter ursachen in abwesen der ksl. Mt. nit muglich, eynen entlichen, bestendigen friden zwischen beiden theylen zu erthedingen, das demnach die sachen zu eynem eherlichem, bestendigem anstandt gebracht werden mochten, dieser gestalt das die zeit, bynnen welcher die gutliche handlung furgenommen und geendiget werden solte, itzo ernent, und wes also in der freundschaft entlich vertragen oder, im fall so die gutlichkeit entstunde, mit geburlichem rechten erkent, das demselbigen wirklich gelebt und nachkomen würde. Und damit der ksl. orator bewegt werden mochte, durch solich mittel in den anstandt zu willigen, so hette der ußschuß bedacht, das solichs durch kheinen andern weg besser zu erhalten sein khundte, dan das die stat Sittart<sup>2</sup> in der burgundischen handen alßbald byß zu gutlicher oder rechtlicher ußstragh der sachen gestelt wurde.

Wo nun solich mittel durch uns angenommen, so wolte der ußschuß daruff mit dem ksl. oratorn uff das allerfleissigst handeln, das es auch durch inen bewilliget werde. Wo wir aber dasselbig nit annemen wolten, das doch der

<sup>1</sup> Siehe Nr. 228, Punkt 4.

<sup>2</sup> Zur militärischen Auseinandersetzung zwischen den burgundischen und klevischen Truppen um die Stadt Sittard und zur Eroberung Sittards durch Hg. Wilhelm am 24./25. März 1543 siehe: P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 84f.

ußschuß sich nit versehe, wo alßdan wir bei uns eyniche mittel, dardurch diese sachen entweder entlich vertragen oder in eynen bestendigen anstandt gebracht werden mochten, bedacht oder noch bedencken khondten, das wir dieselbigen ime, dem ußschuß, vertreulich antzeigen wolten, an irem fleiß, was zu geburlicher hinlegung dienen mochte, nichts erwinden lassen etc.

[1543 April 22] Uff solichen des ußschuß beschehenem furtrag haben wir (nachdem die sachen hochwichtig und eynen statlichen bedacht zu haben erfordert) unser bedencken genomen bys des andern tags. Und nach gehabter underredung und fleissiger erwegung der sachen und aller umbstende haben wir den 22. dieses itzigen monats vormittag nachfolgender antwort mit furwissen der freunde<sup>3</sup>, so hochgedachtem unserm gnedigen herrn bewust, uns entschlossen und dem ußschuß muntlich angetzeigt:

Erstlich haben wir dem ußschuß des furgewendten fleiß, muhe und arbeits geburliche dancksagung gethan, mit erpietung etc. Sovill aber das erste furgeschlagen mittel berurt, haben wir uns vernemen lassen, das wiewoll von unnöten were, uff solich mittel unser bedencken dem ußschuß anzuzeigen, in betrachtung, das dasselbig von dem ksl. oratorn stracks abgeschlagen were worden, jedoch dweil obbestimt mittel numehr ungetzweyvelt an die burgundische gesandten gelangt und dahin mocht gedeutet werden, als were es algereidts in allen seinen puncten durch uns bewilligt und eingereumpt und die burgundischen irem gebrauch nach solichs unserm gnedigen fursten und herrn zu nachteil ußzubreiten nit underlassen wurden, damit dan solichs furkhomen und der ußschuß auch vernemen mochte, das obberurt mittel, wen[n] es gleich bei dem ksl. oratorn hette erhalten werden mogen, das es doch dermassen geschaffen, das es nit allein unserm gnedigen fursten und herrn und irer fstl. Gn. underthanen zu hochster beschwernuß, sonder auch dem Hl. Reich zu nit geringem nachteil in khunftiger zeit reichen wurde. Demnach wolten wir gebetten haben, unser bedencken daruff gnediglich und gunstiglich anzuhoren<sup>4</sup>.

Und anfanglich, sovill den artickel des fußfalls berurt, khundten wir bei uns nit ermessen, wardurch unser gnediger herr denselben zu thun solt verschult haben, dan obwoll unser gnediger herr ir ererbt furstenthumb Gelderen und graffschaft Zutphen der ksl. Mt. uff ir beschehen requisition on furgehende geburliche erkentnus zuzustellen sich byßher gewiddert, so hette doch dardurch unser gnediger herr nit verursacht, das die ksl. Mt. gegen ir fstl. Gn. mit ungnaden sich solt haben bewegen lassen, sonderlich in ansehung, das unser gnediger her berurt furstenthumb und graffschaft mitnichten mit der that occupirt, sonder als der rechter, naturlicher und eyniger angeborner erb- und landtfurst in craft wol erwünnens rechtens und daruff gefolgten bestendigen vertrags die wirckliche possession itzberurter furstenthumb und graffschaft

<sup>3</sup> Vor allem die kursächsischen Gesandten.

<sup>4</sup> Im Folgenden gehen die jülichischen Räte Punkt für Punkt auf die Vorschläge des Geldernausschusses von 1543 April 20 ein (Nr. 228).

durch beständige wege des rechtens an sich erlangt und nichtsdestoweniger sich für und für, diese sachen zu gutlichem oder rechtlichem erkentnus zu stellen, erbotten. Solt nun unser gnediger her dieser sach halb, dainne sein fstl. Gn. nit anders, dan wes dem gemeynen, beschrieben rechten und aller billigkeit gemeß, furgenomen und erboten, den fußfall thun, wer jhe irer fstl. Gn. am höchsten beschwerlich.

Dergleichen, wo berurter fußfall der vermeinter ursach halben geschehen soll, das Martin von Roßheims verschiener zeit der ksl. Mt. nider erblande ubezogen und beschediget hette, solichs khundt auch on verletzung irer fstl. Gn. ehren nit beschehen, dann es hette der ußschuß us irer fstl. Gn. ibergebner verantwortung und andern muntlichen und schriftlichen gethanem bericht [Nr. 204] gnugsam vernomen, das ir fstl. Gn. desjhenigen, wes irer fstl. Gn. berurtes uberzugs halber durch die burgundisschen unverschulter sach ufferlegt, solichs mitnichten gestendig gewest, sonder das gegenspill antzeigt, das ir fstl. Gn. obbemeltes uberzugs khein wissens gehabt, vil weniger eynliche hilf, rath, bystandt, furschub oder bewilligung gethan, wie sich dan auch mit der warheit nit anders befinden soll.

Wo nun unser gnediger herr gedachtes Mertens von Roßheims verhandlung halber den fußfall thun solte, so mocht es dahin gedeutet werden, das dardurch soliche geubte handlung, so furhin durch ir fstl. Gn. verneint, stilschweigend bekant wurde und das ir fstl. Gn. der unwarhafter [= *Unwahrhaftigkeit*] der burgundisschen bezichtigungen sich selbst uberzeugt hetten, das dan zu verletzung irer fstl. Gn. ehren reichen wurde und darumb derselbig nit thunlich.

Doch wie dem allem, wo die gemeyne des Hl. Reichs stende bedacht, das dardurch ein bestendiger, eherlicher frid zu erlangen were, das die ksl. Mt. underthenigist gebetten wurde, alle ungnade, so ir Mt. gegen unsern gnedigen herrn gefast haben mochte, gnedigst fallen zu lassen, wolten wir uns gentslich versehen, es wurd unser gnediger herr als ein fridliebender furst sich dainnen dermassen ertzeigen, das die stende desselbigen ein gut gefallens tragen wurden.

Sovill aber den andern puncten berurtes mittels belangt, das unser gnediger herr von allen verbundnussen, so ir fstl. Gn. mit dem Kg. von Franckreich uffgericht haben mocht, abstehen solt, hette der ußschuß gleichsfallß us unsers gnedigen herrn ibergebner verantwortung vernommen, das ir fstl. Gn. weder mit dem Kg. von Franckreich noch sunst jemants uff der welt eynich verbuntnuß zu nachteil der ksl. Mt. oder des Hl. Reichs uffgericht hette.

Das aber unser gnediger herr das furstenthumb Geldern und graffschaft Zutphen von ksl. Mt. als Hg. in Brabant zu afterlehen entfangen solte, wolten wir dem ußschuß zu bedencken geben, ob nit soliche empfangknus, wo sie inmassen wie obstehet beschehen soll, nit allein unserm gnedigen fursten und herrn und irer fstl. Gn. erben und nachkomen zu hochster beschwernuß, dan auch dem Hl. Reich zu grossem nachteil reichen wurde. Dan es were jhe offentlich am tage und unleuchbar, das unsers gnedigen hern furfarn, Hgg. zu Geldern und Gff. zu Zutphen hochloblicher gedechtnus, berurte furstenthumb



und graffschaft immediate von eynem röm. keyser und dem Hl. Reich zu lehen empfangen und empfanglich herbracht. Wo aber nun unser gnediger her obbestimte furstenthumb und graffschaft zu afterlehen von dem hauß Brabant empfangen solte, so wurde dardurch nit allein die natur des lehens verendert, dan auch unser gnediger herr und irer fstl. Gn. erben und nachkomen in weithere verstrickung dan ir furfettere [= *Vorfahren*] gewesen, iren uralten privilegien und freiheiten zuwidder, gefurt, zu irem grossem nachtheil und schaden.

Doch wo durch das mittel des[*to*] bestendiger frid zu erlangen gewest und durch die gemeyne stende gepurliche fursehung dainne geschege, also das berurte empfangknus zum afterlehen dem rechten gemeß und unserm gnedigen herrn unverweißlich were, wolten wir uns daruff von wegen irer fstl. Gn. aller gebur haben vernemen lassen.

Belangend die erbeynung, wolten wir dem ußschuß nit verhalten, das unsers gnedigen herrn furfaren hochloblicher gedechtnus fur [= *immerfort*] und sein fstl. Gn. nach [= *noch*] sich alzeit byß anher gegen das hauß von Burgundien freundlich, nachberlich und fridsamlich ertzeigt hetten, wie dan auch unser gnediger herr hinfurter zu thun gneigt wer, so ferr ir fstl. Gn. bei gebur und recht gehandthapt und aller gewaltiger handlung mocht uberhaben pleiben.

Aber sovill berurt den artickel des reuterdinst, hette der ußschuß selbst zu erachten, das, wo unser gnediger her denselbigen inmassen wie gesetzt der ksl. Mt. leisten solte, das alsdan ir fstl. Gn. uber ir vermogen und der billigkeit beschwert würde. Dann dweil ir fstl. Gn. und derselbigen underthanen durch die burgundisschen uberzogen, in unwidderbringlichen schaden gefurt und die underthanen durch diese langwirige kriegsubung, dainnen ir fstl. Gn. noch stehen, gantz erschepft, solte dan ir fstl. Gn. uber das fur eynicher beschehener restitution und geburlicher erstattung des erlittenen schadens der ksl. Mt. solchen reuterdinst gegen allermenniglich uff ir eygen kosten leisten, were jhe irer fstl. Gn. gantz untreglich.

Sovill aber die compensierung und vergleichung der zu beiden theilen zugefugten schaden thut beruren, hette der ußschuß zu ermessen, das es jhe der naturlicher billigkeit zuwidder were, das dieselbigen durch unsern gnedigen fursten und herrn solten bewilligt werden. Dan das die burgundisschen unsern gnedigen herrn mit hereskraft uberzogen und in unwidderbringlichen schaden gefurt, wer öffentlich am tage, aber hinwiderumb der schade, so den burgundisschen durch Martin von Roßheims verhandlung zugefuegt, were on wissen, willen und gefallen hochgedachtes unsers gnedigen herrn geschehen. Darumb jhe unbillich wer, das in diesem fall *compensatio liquidi ad illiquidum* geschehen soll.

Und wiewoll nun diesem allem wie oben angetzeigt, jedoch, wo berurt mittel durch den ksl. oratorn wer angenommen und die angehengkte pacta durch den ußschuß dem rechten und pilligkeit gemeß weren moderirt und restringirt, solte der mangel an unser seiten nit sein befunden worden.

Zum andern, dweil der ußschuß erwegen, das in abwesen der ksl. Mt. dieser zeit nit wol muglich, eynen bestendigen frid zu erthedingen und darumb uff das mittel eyns anstandts, dardurch die kriegsubung alßbald uffgehoben werden mochte, sich bedacht hette, weren wir in tröstlicher hoffnung gewesen, es solte dißmal durch die stende des Reichs alhie ein bestendiger frid getroffen worden sein, sonderlich dweil die ksl. Mt. gemelten iren oratorn zu diser reichsversammlung abgefertigt hette, und darumb es gantzlich darfur gehalten, das er amplum mandatum und volligen gewalt gehabt, in diesen sachen von wegen der ksl. Mt. zu handeln und entlich zu schliessen.

Dweil wir aber itzo vernemen, das der bestendiger frid nit wol soll hie mogen erthedingt werden, so wisten wir auch bei uns kheinen besseren weg, dardurch der krieg uffgehoben werden mochte, dan eben denjhenigen, so durch den ußschuß furgeschlagen, zu bedencken: Nemlich, das die sachen in eynen bestendigen anstandt gebracht werden mochten. Und liessen uns darumb woll gefallen, das die zeit, wan die gutliche handlung furgenomen und geendiget werden soll, ernent wurde, und das man sich auch itzo der personen, so sich der gutlicher underhandlung undernemen solten, vergleichen [!] hette, mit der erbietung, wes durch die bewilligte herrn underhendler vertragen oder, im fall die gutlicheit entstehen, mit geburlichem rechten erkant würde, das unser gnediger her demselben geleben und wircklich nachkomen solte.

Soviell aber den anhangk wer beruren, das die stat Sittart<sup>5</sup> neben Heynßberg in handt der burgundisschen bys zu gutlichem oder rechtlichem ußtrag der sachen soll gestelt werden, befinden wir, das unser gnediger herr soliche zustellung mit kheinem fuegen thun khundte, uß villen hoch treffenlichen und beweglichen ursachen.

Und erstlich, es wer unleuchbar, das die stat Sittart nyemants anders dan unserm gnedigen fursten und herrn zustendig were. Es hetten auch die burgundisschen zu derselbigen sich nyhe eynicher forderung angemast. Und dweil nun berurte stadt durch die burgundisschen mit der gewalt eingenommen und aber ir fstl. Gn. alßbald darnach in der wintlicher zeit dieselbige stat mit dem schwerd und grossen kosten widerumb erobert hette, das nun ir fstl. Gn. gedachte stat on eyniche furgehende gutliche oder rechtliche erkantnuß zu den burgundisschen handen stellen solte, were jhe nit allein dem gemeynen beschriebenen rechten und der billigkeit dan auch der wolhergebrachter kriegsubung stracks zuwider.

Zudem so hetten die burger und ingessen obbestimpter stat Sittart sampt irem verordenten zusatz, in zeit als sie durch die burgundisschen belegt worden, so gantz manlich und treuwlich sich gehalten, leib und leben gewagt und nit ehr die stat uffgegeben wollen, byß es die eusserste not erfordert hat. Nun weren aber die burgundisschen nach eroberung berurter stat damit nit gesettiget gewest, das sie dieselben erobert, dan hetten alßbald die müren umberissen und die stat zu schleiffen understanden und sich aller grausamlicher

<sup>5</sup> Zur Schlacht vor Sittard siehe oben Anm. 2.

handlung befleisset. Über das hetten die burgundisschen neulich widerumb understanden, berurte stat mit gewalt zu eroberer, darus gefolgt, das unsers gnedigen herrn kriegsvolck getrungen, zu der gegenwehr zu greiffen, den feinden under augen getzogen und mit inen vor berurter stat Sittart ein schlacht gehalten, daselbst zu errettung des vatterlandts ritterlich gestritten, ir blut vergossen und zuletzt durch gnad des Almechtigen das felt und den sig behalten. Solte nun gemelte stat Sittart in der feinden hende gestelt werden, so hette der ußschuß zu ermesen, das dardurch alle frome burger und ingesessen gemüter gantz verschlagen und allerley müterey under den krigsleuthen und ander unrath und weitherung daruß leichtlich erfolgen mochte.

So were auch Sittart dermassen den burgundisschen gelegen, das, wan sie es in iren handen hetten, khundten sie alle zeit nit allein das furstenthumb Guylich, sonder auch Geldern daruß beschedigen, und were zu besorgen, wen Sittart in der burgundisschen hendn gestelt und sich zutragen mochte, das khein bestendiger frid getroffen wurde, das alßdan die burgundisschen ired vorthails gebrauchten und unsers gnedigen herren lande und leuthe, mehr dan furhin beschehen, beschediget würden.

Uß welchem allem der ußschuß leichtlich zu ermesen, das unserm gnedigen herrn nit thunlich, Sittart in handen der burgundisschen zu stellen.

Zum dritten, nachdem der ußschuß uns furgehalten, wo berurt mittel unserm gnedigen herrn nit annemlich sein wolte, wo wir alßdan by uns eyniche mittel bedacht oder bedencken wurden, daruff eyn bestendiger frid oder anstandt verhoffentlich erthedingt werden mochte, das wir dieselbige dem ußschuß anzeigen wolten, hetten wir nit underlassen, uff allerley wege und mittel uns zu bedencken, damit die hochbeschwerliche kriegsubung abgestelt werden mochte. Und hetten sonderlich uff drye mittel gedacht, die unsers erachtens durch das gegentheil mit kheinem fuegen khundten abgeschlagen werden:

Erstlich, dweil die burgundisschen unsers gnedigen herrn stat Heynßberg noch inhetten und unser gnediger herr stehender vehede das schloß und stat Arberg erobert hette, das die burgundisschen unserm gnedigen herrn Heynßberg widerumb einantworten und das dargegen das schloß und stat Arberg dem vorigen inhaber widerumb zugestelt wurde, doch hochemteltem unserm gnedigen herrn seiner wolhergebrachter gerechtigkeit, so ir fstl. Gn. furhin daran gehaft, furbehalten.

Wo aber das mittel nit ghehen wurde, das alßdan daruff gehandelt, das Heynßberg und Arberg in die dritte handt etlicher chur- und fursten des Reichs byß zu gutlichem oder rechtlichem ußtrag sequestrirt und gestalt wurden.

Wo auch solich mittel by dem oratorn nit zu erhalten, das dan uff nachfolgende mittel gehandelt wurde, nemlich das die burgundisschen Heynßberg, unser gnediger herr Arberg byß zu gutlicher oder rechtlicher erkantnuß inbehalten.

Und dweil nun diese mittel (unsers erachtens) dermassen geschaffen, das sie durch die burgundisschen mit kheinem fugen khundten abgeschlagen wer-

den, so wolten wir den ußschuß underthenig und fleissig gebetten haben, er wolle unsers gnedigen herrn hochzimizlich erpieten zu hertzen fueren und iren angefangnen fleiß continuiren und die sach dermassen bei der kgl. Mt. und dem ksl. oratorn furdern, das der krieg uffgehoben und die sachen entweder entlich vertragen oder in eynen bestendigen anstandt gebracht werden mochten. Solichs wolten wir uns zu dem ußschus gentzlich vertrösten. Und stellten in kheinen zweyvel, unser gnediger herr werde solichs widerumb gegen den ußschuß freundlich und gnediglich erkennen etc.

Uff soliche unsere gegebne antwort hat der ußschuß uns ansagen, er wolte dem handel weither nachgedencken und, wenn er entschlossen, solichs uns anzeigen lassen.

[1543 April 23] Wes der verordenter ußschus by dem ksl. oratoren gehandelt, deß haben sy den guyligisschen gesandten vort angetzeigt.

Am 23. tage Aprilis 1543 vormittag hat der ußschuß uns widerumb furbescheiden und diese meynung furhalten lassen: Wir wusten uns woll zu erindern, mit was fleiß der ußschuß byß anher bei der röm. kgl. Mt. und dem ksl. oratorn gehandelt, das die beschwerliche kriegsubung entweder durch eynen entlichen vertrag oder aber eynen bestendigen anstant mocht uffgehoben werden. Nun hette der ußschuß sich nochmals zu der kgl. Mt. gefugt und ire Mt. underthenigst gebetten, das dieselb wolte mithelfen rathen, wie doch diese sachen zu geburlichem ende gebracht werden mochten.

Daruff dan ir kgl. Mt. wie vor sich gnedigst hette vernemen lassen, das sie gern sehen wolte, das der krieg durch eynen bestendigen frid oder anstandt uffgehoben werden mochte, hette auch nit underlassen, mit dem ksl. oratorn sich derwegen zu underreden. Und so weith mit ime gehandelt, das er sich hette horen lassen, wen ime eherliche und leidliche mittel, die one verletzung ksl. Mt. reputation, durch die stende furgehalten wurden, das er alßdan sich in gutliche handlung inlassen wolte etc.

Und dweil nun die sachen dieser zeit uß vorerzelten ursachen entlich nit khundten vergliechen werden, so wiste der ußschuß noch khein andere weg, dardurch der krieg abgestellt werden mochte, dan das ein bestendiger anstandt, inmassen wie hiebevordarvon meldung beschehen, erthedingt wurde. Und wiewoll wir etliche mittel, dardurch die sachen in eynen anstandt gebracht werden mochten, angezeigt hetten, so besorgten doch der ußschuß, dweil solich mittel, wie er vernomen, auch hiebevordarvon der bane gewest und aber durch die burgundisschen abgeschlagen, es solte vergeblich uff solich mittel gehandelt werden.

Nachdem aber unserm gnedigen fursten und herrn wircklich daran gelegen, das ir fstl. Gn. uß dieser hochster beschwernus geholffen und aber dieser reichstag bald zu end lauffen und die kgl. Mt. nit uber eynen tag alhie verharren wurde, so wolte der ußschuß uns nochmals uffs das fleisigist erinnert haben, das wir nit zu hart halten, dan die mittel, so by dem orator uff der stende fleissig ansuchen und beger mochten zuletzt erhalten werden, nit abgeschlagen.

Nun wiste aber der ußschuß noch khein ander mittel, dardurch der anstandt mocht bewilligt werden, dan eben das, so er furhin furgeschlagen, nemlich das Sittart in der burgundisschen henden pro vadimonio [= *Bürgschaftsleistung*] byß zu gutlichem oder entlichem ußtrag der sachen gestalt wurde, doch mit gnugsamer caution und versicherung, wen die sach entweder gutlich vertragen oder rechtlich erortert und daruff geburliche vollenziehung geschehen, das alßdan obberurte stat Sittart neben Heynßberg unserm gnedigen fursten und herrn widderumb gewißlich zugestellt werden solte. Und sege darumb der ußschuß fur gut an, wo uff solich mittel zu handeln wer, das man alßdan die zeit und personen ernant hette. Wo aber die gutlicheit entstehen wurde, sehe der ußschuß fur dienlich an, damit alßdan die sachen furderlich durch geburliche rechtserkantuß erortert werden mochten, das man itzo sich eins compromiß vergleichen hette, in was zeit und durch wilche personen die rechteserkentnus geschehen soll. Und das daruff itzo notturftige verschreibung uffgericht, dainnen auch versehen wurde, das unser gnediger herr von allen verbuntnuß, so sein fstl. Gn. mit dem Kg. von Franckreich uffgericht haben mochte, abstehen und ime gegen die ksl. Mt. und derselben erblande khein hilf oder bystandt thun, auch khein kriegsfolck in iren landen und gebieten zuziehen lassen solte. Wo nu solich mittel mit diesen angehengkten puncten durch uns wolte angenommen werden, wolte er [= *der Ausschuss*] keinen fleiß an sich erwinden lassen, den ksl. oratorn zu bewegen, dasselbig auch von wegen der ksl. Mt. anzunemen.

Als wir nun diesen furschlag des ußschuß angehört und befunden, das durch der kgl. Mt. ilents uffbrechen die sachen keinen verzug leiden khundten, haben wir uns alßbald bedacht und dieser meynung vor dem ußschuß widerumb vernemen lassen:

Wir hetten verhofft, es solte dieser zeit ein bestendiger frid haben mogen erthedingt, damit diesen hochbeschwerlichen sachen einmal abgeholfen und im Hl. Reich frid und recht gepflantz und erhalten werden mochte. Dweil aber solichs dieser zeit uß angetzeigten ursachen nit geschehen khundte, so liessen wir uns gefallen, das ein bestendiger und eherlicher anstandt itzo erthedingt wurde. Und bedacht uns gentlich, nachdem unsere furgeschlagene mittel uff allen reden und die billigkeit begrundet weren, es solte der ksl. orator (wen sie ime durch den ußschuß mit allerley beweglichen ursachen furgehalten wurden) mit kheinem fuegen kunnen abschlagen. Wissen uns nit zu erinnern, das diese mittel hiebevör abgeschlagen sein solten.

Das aber Sittart zu handen der burgundisschen solt gestalt werden, hat der ußschuß gestrigs tags<sup>6</sup> vilfeltige, gegründte, bewegliche ursachen angehört, warumb unser gnediger herr obgemelte stat zu henden der feinden nit stellen khundten. Und wolten darumb den ußschuß gebetten haben, uns mit berurtem mittel nit ferrer zu beschweren.

---

<sup>6</sup> Siehe oben zu 1543 April 22.

Damit aber der ußschuß eygentlich spuren mochte, das unser gnediger herr des friedens am höchsten begirich und das wir auch vor unser person eyniche mittel ungeru ab schlagen wolten, die durch den ußschuß fur eherliche, leidliche und tregliche mittel khundten eracht werden, so wolten wir zum uberfluß noch ein ander mittel furschlagen, das unsers erachtens dermassen geschaffen, das es durch den ksl. oratorn fueglich nit konte abgeschlagen werden: Nemlich das Heynßberg, Arberg und Sittart in die dritte handt mit namen der vier Kff. am Rhein oder aber zu handen zweyer Kff. Collen und Tryer und zweyer Ff., alß Münster und Hessen, als die nachbarfursten, byß zu gutlichem oder rechtlichem ußtrag gestalt wurden.

Und damit die burgundisschen jhe gnugsam versichert, das unser gnediger herr demjhenigen, wes gutlich vertragen oder rechtlich erkandt wurde, wircklich geleben solte, wolten wir von wegen irer fstl. Gn. zugesagt haben, das dieselbige nit allein ir landtschaft, sonder auch etliche chur- und fursten vermogen solte, solichs sich neben irer fstl. Gn. zu verschreiben und sunst soliche versicherung zu thun, wie der ußschuß bedencken khundte, damit beyde theil gnugsam verwart wurden. Doch das unserm gnedigen herrn dergleichen assecuration von den burgundisschen, wie solichs die billigkeit erfordert, widerumb geschehen mochte.

Sovill aber das compromiß berurt, hetten wir von unserm gnedigen herrn uberall khein bevelh, ir fstl. Gn. in eynich compromiß zu verstricken, wolten uns auch gantzlich versehen, wenn man sich derzeit der gutlicher handlung und der underhändler vergleiche, es solte der Almechtig gnad verliehen [!], das die sachen in der freundschaft durch ehrliche, leidliche und tregliche mittel entlich solten vertragen werden.

Wo aber die gutlichkeit entstehen wurde, so hetten wir uns hievor erbotten, das unser gnediger herr urputig und willig were, alle forderung und gegenforderung, so sich zwischen beiden theilen erhalten, zu geburlicher, rechtlicher erkenntnuß zu stellen. Darbei liessen wir es noch pleiben.

Damit aber nit gedacht wurde, das unser gnediger herr durch die langwirige rechtfertigung eyniche furthelhaftige uffschub der sachen suchen wolte, so mochten wir woll erleiden, das der ußschuß sich bei dem oratoren erkundigte, was personen und in wilchem anzahl er von ksl. Mt. wegen erwelen wolte, die in diesen sachen geburliche rechtserkenntnuß thun und in welcher zeit dieselbige geschehen soll. Dan wen unser gnediger herr des verstendigt, versehen wir uns gantzlich, ir fstl. Gn. werden sich aller gebur daruff vernemen lassen. Doch dweil die sachen hochwichtig, muste der ußschuß daruff bedacht sein, das soliche gerume zeit angesetzt wurde, das alle notturft khondte einbracht und nach gnoichsamer furgehender erkantnuß ein entliche rechtsspruch eroffnet werden.

Sovill aber den artickel der angetzogner verbundtnuß mit dem Kg. von Franckreich berurt, hette der ußschuß furhin von uns vernommen, das unser gnediger herr weder mit ime, dem konig, noch sunst nyemants uff der welt

eynliche verbundtnus, die ksl. Mt. und dem Hl. Reich zu nachteil, uffgericht. Und so ferr ein bestendiger anstandt itzo erthedingt werden mochte, wurde ir fstl. Gn. gegen die ksl. Mt. oder ir erblande durch sich oder die ire nichts furnemen lassen, dan sich als eynem gehorsamen fursten des Reichs woll zustehet erzeigen, mit bitt, es wolte der ußschuß mit allem fleiß dahin handeln, das die sachen zu geburlicher entschaft gebracht werden mochten.

Daruff hat der ußschuß ein bedenckens genomen und uns widerumb zu sich inforderen lassen und nachmals understanden, uns zu bewegen, berurt mittel, belangend die zustellung Sittart zu der burgundisschen henden, von wegen unsers gnedigen herrn einzureumen. Und hat uns erinnert des keyseris macht und gewalt und das ir Mt. lange zeit den krieg continuieren konnte, und das es jhe nutzer wer, ein stat zu henden der burgundisschen byß zu geburlichem ußtracht der sachen mit gnugsamer caution zu stellen, dan das durch abschlagung des mittels unser gnediger herr alle ire lande und leuthe in fhar und perickel [= *Gefahr*] stellen solte, mit dem anhangk, wo soliche zustellung mit Sittart durch uns jhe nit khondte bewilligt werden, das wir alßdan ein ander stat inen anzeigen wolten, die den burgundisschen, inmassen wie obstehet, zugestellt wurde, oder aber zu bewilligen, das die vier Kff. am Rhein erclerung thun solten, welche stat zu henden der burgundisschen gestalt werden solte.

Uff solich furgeben haben wir nach kurzem genomenem bedacht dieser antwort in effect uns vernemen lassen: Wir hetten von unserm gnedigen herrn khein bevelh, das wir eynliche irer fstl. Gn. stette, und sonderlich Sittart, zu henden der feinden stellen khundten, sonderlich in betrachtung vorerzelter ursachen. Und wissen es fur gewiß, das, wen solichs geschehen soll, das daruß nit ein gering mißverstant zwischen den underthanen, in sonderheit dem adel, die ir blut fur Sittart vergossen, entstehe und grosse emporung erfolgen wurde. Darumb wolten wir nochmals uff das fleisigst gebetten haben, es wolte der ußschuß dasjhenig nit anmuten, das unser gnediger herr mit fugen und unverweißlich nit thun khundte. Damit aber der mangel an uns jhe nit befunden, dan das der anstandt (wiewol nit on grossen nachteil unsers gnedigen fursten und herrn) erhalten werden mochte, wolten wir zuletzt von wegen irer fstl. Gn. verwilligen, das neben Sittart auch das schloß und stat Hertzogenrode in die dritte handt<sup>7</sup> (wie obstehet) gestalt wurde, in hoffnung, es solte der ußschuß uns nit hoher beschweren.

Daruff ist durch den ußschuß dieser bescheid gefallen, das er mit dem ksl. oratoren uff das fleisigst handeln wolle, das der anstandt uff solich mittel moge erhalten werden.

---

<sup>7</sup> Entweder die vier rheinischen Kff. oder die Kff. von Köln und Trier, der Bf. von Münster und der Lgf. von Hessen.

230 *Vorschlag für einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 24*

Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 86r–87v (Kop., Beilage zu Nr. 231); ÜS v.a.Hd. fol. 86r: Copie de la copie de la trêve proposée entre l'empereur et le duc de Clève du 24 avril 1542 [?].DV fol. 87v: Coppie de l'escrript dressé pour la cessation des armes en Clèves et Julliers.

[86r] En nom de Dieu. Le Sr de Grantvelle, suyvant le bon plaisir du roy des Romains et en faveur et considération et à la très instante prière des électeurs, princes et estatz de l'Empire et de leurs dépputéz, que se dénommeront en passant le traicté, accordera la cessation des armes, tresve et abstinence de guerre de la part de l'empereur et la royne douaigière d'Hongrie, comme régente des Pays d'embas, de la guerre qu'est entre lad. royne et iceulx pays et le duc de Clèves et les siens jusques quinze jours après l'arryvée de sa M<sup>te</sup> impériale en l'Empire germain, supposant qu'elle y sera au plaisir du Créateur en ce prouchain mois de may ou juing ensuyvant. Et que lesd. estatz, selon qu'ilz ont proposé et délibéré, enverront leurs ambassadeurs devers sad. M<sup>te</sup> au lieu de Yspurg [= Innsbruck], si elle ne ordonne autre lieu en lad. Germanye dois son arryvée. Et si trouveront avec eulx ceulx dud. duc de Clèves avec pouvoir exprès, ample et souffisant pour appaiser tous différendz avec sad. M<sup>te</sup>, et avec ferme espoir que led. duc se mectra en devoir avec telle humilité que sad. M<sup>te</sup> aura cause par l'intercession desd. etatz de user de clémence envers luy. Et outre ce que lad. royne a conquis et tient ès terres et pays dud. duc de Clèves iceluy duc mectra ès mains de celluy ou ceulx que lad. royne dépputera en dedans quinze jours prouchains la ville de Zittart pour ensemble le district et appartenances d'icelle le tenir et en joyr plainement, librement et paisiblement durant lad. cessation des armes et par tout le temps d'icelle.

Et en cas que sad. M<sup>te</sup> impériale ne vint déans led. temps en l'Empire germain, sera au bon plaisir d'icelle de pouvoir proroguer lad. tresve pour tel temps qu'il luy plaira. Et si venant sad. M<sup>te</sup> la paciffication de tous différendz ne se peult faire et que sad. M<sup>te</sup> se veuille départir de lad. tresve,<sup>a</sup>-elle le fera ratiffier souffisamment aud. duc de Clèves trois mois au paravant que luy mouvoir guerre directement ou indirectement par luy ou aultre en sesd. pays, et aussi restituera lad. royne lad. ville de Zittart de bonne foy<sup>a</sup>, réalment et par effect. Et pendant lad. tresve et pour le temps que sad. M<sup>te</sup> impériale la voudra prolonguer, comme dit est, led. duc de Clèves ne pourra directement ou indirectement ayder ny assister le roy de France ny aultres ennemys quelxconques de sa M<sup>te</sup> et de l'Empire et promectra et jurera, comme aussi le promectront et accorderont sesd. ambassadeurs, dois maintenant [86v] de ainsi l'observer et

<sup>a-a</sup> *Unterstr.*

<sup>1</sup> *Der von Nicolas de Granvelle verfasste Vorschlag für einen Waffenstillstand (siehe dazu Nr. 231) wurde den jülichischen Räten durch die Reichsstände übergeben.*



faire observer par ses vassaulx et subgettz de tous les pays qu'il tient léalement. Et se passera cested. cessation d'armes et tresves, comme dit est, dois maintenant et se observera dois le 6<sup>e</sup> du mois prouchain, pendant lequel temps lad. royne et led. duc de Clèves seront advertiz par leurs ministres et pourvoyeront d'ung coustel et d'aultre respectivement lad. cessation d'armes. Et délivrera led. duc de Clèves en dedans lors ses lettres de ratiffication de ced. traicté à lad. royne, contenans promesse de garder tout le contenu aud. traicté léalement sur sa foy et son honneur, et en la délivrant recevra celle de lad. royne, le tout de bonne foy. Et pour plus grande shureté de lad. tresve lesd. commis desd. estatz se sont fais fors qu'elle se observera du coustel dud. duc de Clèves sincèrement et plainement.

**231** *Nicolas de Granvelle an Karl V.: Bericht über die Verhandlungen des Geldernausschusses am 24. und 25. April – Nürnberg, 1543 April 25*

*A* Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 85r–88v (Ausf. z. T. chiff. und dechiff.); DV fol. 87v: Coppie de l'escrpt dressé pour la cessation des armes en Clèves et Juilliers.

*B* Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 92, fol. 93r–95v (Kop. z. T. chiff. mit beiliegendem Dechifftrat); DV fol. 94v: Coppie des lettres du S<sup>t</sup> de Grantvelle à l'empereur du 25<sup>e</sup> d'avril 1543.

*Beilage in A: siehe Nr. 230.*

[85r] Sire, depuis le paquet serré ce matin et prest à partir, les commissaires des estatz sont retournéz devers moy, disans avoir communicqué avec les Clevois, lesquelx ilz avoient enfin induictz à délivrer Zittart en la main de la royne durant la cessation des armes, mais ilz persistoient qu'elle fut pour ung an, dix mois ou huit mois, sur quoy je me suis arresté à ce que j'avoye hier respondu. Quoy voyant ilz ont persisté de scavoir finablement pour quel temps et comment je vouldroye condescendre à lad. cessation, me faisans grande instance sur ce et que la pluspart desd. estatz s'en estoit desia allée et qu'ilz ne restoient que pour cecy. Et j'avoye desia sceu que c'estoit à l'instance et prière de ceulx de Saxen et de Clèves. Considérant que l'on estoit au boult du fait ou faillite de ceste pratique et regardant ce que la royne m'a encoires escrpt par ses dernières lettres des forces des François et Clevois avec le contenu en ses précédentes et aussi autres advisemens que j'en avoye receu, je me suis laissé persuader et [suis] condescendu de bailler ausd. commis par escrpt ce que je vouloye accorder au nom de votre M<sup>té</sup> et de la royne à leur intercession et instante réquisition, selon que votred. M<sup>té</sup> pourra veoir par la translation dud. escrpt que va en françois [Nr. 230] avec cestes.

Et combien que je leur eusse dit la substance et qu'elle leur agréa, toutesfois ilz sont depuis retournéz et avec eulx plusieurs desd. estatz pour faire instance que lad. cessation fut pour trois mois après la venue de votre M<sup>té</sup>, soubz couleur

qu'ilz auroient meilleur opportunité de regarder sur [85v] cestuy affaire et les moyens que pourroient contenter votre M<sup>te</sup> et pour se trouver [!] devers elle, comme il appartenoit, et que en si brief temps à peyne pourroient-ilz aller en leurs maisons et aussi que, comme ilz n'estoient que commis desd. électeurs et princes, ilz ne se povoient obliger pour l'assurance de lad. cessation. Comme je leur avoye desia dit, ce que je vouloye consentir estoit pour le respect des estatz et qu'ilz devoient considérer que venant votre M<sup>te</sup> elle ne vouloit longuement demeurer en telz termes, ny conviendroit à sa réputation ny à ses affaires. Et que puisque il prenoyt confidence d'eulx, la raison vouloit qu'ilz regardassent sur l'assurance de lad. cessation d'armes et de ce que se traicteroit, et auroyt plus d'occasion de y penser, afin que l'on ne fut [...?] de ceste tresve comme de celle de Louvain<sup>1</sup>. Et sur ce ilz ont de rechief prins terme pour en communiquer avec lesd. Clevois.

Et après sont retournéz et m'ont dit que ilz avoient treuvé que iceulx Clevois n'avoient aucun pouvoir souffissant pour ce que dessus, dont il desplaisoit ausd. commis, ausquelz j'ay de rechief [88r] dit qu'ilz veoient bien que lesd. Clevois les avoient abusé comme les autres fois et que la cessation des armes desfailloit de leur coustel. Et ainsi sont partiz.

**232** *Der Geldernausschuss an Hg. Wilhelm von Jülich: Scheitern der Verhandlungen über einen Waffenstillstand – Nürnberg, 1543 Dornstag nach Cantate (April 26)*

*Duisburg LAV NRW, Jülich-Berg II 2752, fol. 273r–276v (Kop.); DV fol. 276v: Copeyen der ergangner schrift an Guylich. Gemeiner reichsstende verordenten ußschuß 25. Aprilis.*

Als euer fstl. Gn. gesanten, unser besondere, lieben und gutten freundt, vor gemeinen stenden des Hl. Reichs und der abwesenden potschaften in iren werbungen schriftlich und muntlich nach lengs gehort worden, haben gemeine stend und der abwesenden botschaften uns auß irn mittel außgeschossen<sup>1</sup> und

<sup>1</sup> *Gescheiterte Waffenstillstandsverhandlungen zur Beendigung des Krieges zwischen Kgn. Maria und Hg. Wilhelm von Jülich Ende Okt. 1542 in Löwen: siehe Nr. 242, Anm. 3.*

<sup>1</sup> *Der Geldernausschuss wurde von den Gesandten aller sechs Kurfürsten, des Ebf. von Salzburg, des Hg. von Württemberg, des Bf. von Würzburg und der Hgg. von Bayern gebildet. Die Augsburger Gesandten Jörg von Stetten und Sebastian Seitz berichteten am 11. April 1543 an Bgmm. und Rat von Augsburg, dass kein städtischer Vertreter im Ausschuss sei. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.). Das schien sich aber nach dem 11. April zu ändern, denn der am 28. April mit den jülichischen Räten vereinbarte Waffenstillstand (Nr. 235) wurde auch von einem Städtevertreter, nämlich Jakob Sturm aus Straßburg, unterzeichnet. Sturm berichtete dazu in seiner Schlussrelation vom RT (Nr. 402), dass er*

bevolhen, uff eurer fstl. Gn. gesanten und der burgundischen<sup>2</sup> potschaften schriftlich und muntlich antregen und werben guetlich underhandlung fur hand zu nemen und zu pflegen, gantz gedroster zuhoffnung und zuversicht, die kriegsubung, so sich zwischen unserer gnedigisten frauen, frauen Marien, Kgn. zu Hungern und Beheim etc. witiben, als regentin der ksl. Mt., unsers allergnedigsten herrens, nider erblandt, und euer fstl. Gn. und beder teil land und leutten zgedragen, wurde dardurch zu guetlicher hinlegung und vergleichung oder doch einen fridenlichen anstand gebracht werden. Derwegen auch gemeine stend des Hl. Reichs sich uber die angeregten schryftlichen und muntlichen werbungen entlich zu entschliessen und dan uff euer fstl. Gn. schreiben, am dato haltende Ruremund, den 8. tag Aprilis [Nr. 227], antwort zu geben, verzogen. So haben auch wir unserm bevelch nach gutlich underhandlung zu pflegen furgenommen und allerlei mittel und wege furgeschlagen, dardurch wir die sachen zu guetlicher vergleichung oder doch einem fridlichen anstandt, darin mit besserer gelegenheit zu handeln sein mocht, zu betheidigen verhofft, aber so lang zeit unverfenglich und ane fruchtbarlich gearbeitet, das auch mitlerweil vilfaltig ernstlich anhalten der röm. kgl. Mt., unsers allergnedigsten herrens, und in ansehung der hohen notturft, die der christenheit und furnemlich irer Mt. konigreich Ungern und andern anstossenden erblanden des Turcken anzugs halb vorstet, zu beschlus des reichstags und suplication des abschits furgeschritten worden. Und darauf auch ir kgl. Mt. und der merer teil stend verriden.

Wir aber haben nichtdestoweniger von furgenomen gutlichen handlung nit ablassen wollen, sonder dieselben bißher mit allem getreuen, gutten fleiß conti-nuirt und nit kleine hoffnung gehabt, die kriegshandlungen zum wenigsten zue fridlichem anstandt zu betheidigen. Darumb unsere gnedigist und gnedigen herren und obern, die Kff., Ff. und andere stent, mit desto merern und bessern fuegen sich weiter in der sachen bemuhen und, nachdem die kriegsubung ein wenig gestelt, desto fruchtbarer handeln mochten. Wie aber und warumb sollicher anstandt nit erhalten, sonder letztlich zerschlagen, das und aller andrer handlungen gestalt und gelegenheit werden euer fstl. Gn. von irn gesanten, die sie statlich alhie gehapt, one zweiffel gnediglich vernemen, welche dan an allem irem moglichen vleis mit werben, handeln und anhalten gar nichts erwinden haben lassen.

Und wiewol nun dieselben euer fstl. Gn. gesanten bei uns mit guttem vleis gesucht und begert haben, das wir mit und neben andern stenden, so noch hie weren, ire schrieflich und muntlich werbungen erwegen und uff dieselbigen, in sonderheit aber uff obangeregt euer fstl. Gn. schreiben [Nr. 227], uns entschliessen und mit endlicher antwurt vernemen lassen wolten, jedoch haben wir nach eroffnetem abschit und also vollenden reichstag, da der merer theil

---

*in der letzten Phase der Verhandlungen, als bereits einige Reichsstände abgereist waren, an den Beratungen für einen Waffenstillstand unter der Leitung Granvelles teilnahm.*

<sup>2</sup> *In der Vorlage irrtümlich: brandenburgischen.*

der stendt verridten, unß von gemeiner stendt wegen zu entschliessen und in disser sachen von iren wegen euern fstl. Gn. zu beantworten nit inlassen konden, sonder unß gegen euer fstl. Gn. gesanten erpotten oder<sup>3</sup> gepflognen handlungen unsere gnedigist und gnedigen herren zu unser ankunfft zum furderlichsten und vleissigisten zu berichten, ungezweifelter, undertheniger hoffnung, ire kfl. und fstl. Gnn. werden nit underlassen, nochmaln durch sich selbs oder ir darzu verordente treffenliche rhät weiter guetlich underhandlung furzunemen und den kriegshantlungen durch guetlichen verdrag der irrung gantzlich abzuhelfen oder sy doch durch erlangung fridlichs anstants zu stillen, welchs auch wir unsers besten fleis und vermogens undertheniglich zu befurderen erpittig und gantz willig sein.

[US:] Der churfurstenrhät, fursten und gemeiner stendt verordneter ausschus.

233 *Die jülichschen Räte an Hg. Wilhelm von Jülich: Verlauf der Verhandlungen über einen Waffenstillstand nach dem Ende des Reichstags – Nürnberg, 1543 April 28*

*Duisburg LAV, Jülich-Berg II 2277, fol. 71r–75r (Ausf. mit Siegel, unleserliche Stellen wegen Wasserschadens).*

*Regest: G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 130, S. 467.*

*Sie berichteten bereits über die Vorschläge des Geldernausschusses vom 20. April (Nr. 228) und die darauf folgenden Verhandlungen (Nr. 229). Am 24. April informierte der Geldernausschuss die jülichschen Räte, das er bei dem ksl. oratorn ufs fleisigst gehandelt, das uff das letste furgeschlagen und durch uns bewilligt mittel, Sittart und Hertzogenrode in die dritte handt byß zu gutlichem oder rechtlichem ußtrag sequestrieren zu lassen, der anstandt erthedingt wurde. Es hette aber der ußschus inen, den oratorn, mitnichtem dahin bewegen kunnen, solich mittel von wegen ksl. Mt. anzunemen. Und hette der ußschus uß seinen reden sovill vernomen, das, sofern wir nit bewilligen kundten oder wolten, das Sittart zu frauen Marien handen gestalt, das alßdan by dem oratorn nichts zu erhalten were. Und derwegen uns uff das fleisigst ermant, das wir die geferlichkeit, so euer fstl. Gn., iren landen und luyden daruß entstain mocht, wan kein anstant fur der ksl. Mt. ankunfft erthedingt, bedencken und darumb uns bewegen liessen, von euern fstl. Gn. wegen zu bewilligen, das nur Sittart zu henden der regentinnen gestalt wurde. Wan solichs geschehe, wolte sich der ußschus gantzlich versehen, es solt eyn anstand by dem oratoren uff vier jarn zu erhalten sein, dergestalt das die kriegsubung alßbald angestellt und gutliche handlung durch beide theile abgefertigte underhendler furgenomen und, wan in dem ersten jar die sachen gutlich nit vertragen wurde, das man dan sich itzo der*

<sup>3</sup> *Sinngemäß richtig: der.*

personen, so inwendig in den dryen iberigen jaren rechtlich daruber erkennen solten, verglichen hette, dan durch disen weg kundte diese hochbeschwerliche sach zu geburlicher entschaft gebracht werden.

Wiewol nu wir solich mittel on furwissen euer fstl. Gn. anzunemen uns zum hochsten beschwert, so haben wir doch zuletzt uns zuvill vermechtigt, das wir dasselbig annemen wolten, doch mit dem anhangk, das euer fstl. Gn. gnugsame assecuration geschehen soll, das nach beschehener gutlicher oder rechtlicher erkenntnuß Sittart widerumb zu handen euer fstl. Gn. unverzoghlich soll gestalt werden, das auch in stehender gutlicher oder rechtlicher erkenntnuß die burgundisschen khein festigung an Sittart machen, sonder in aller massen, wie es itzo wer und inen zugestelt, blyven lassen und die burger und ingesessen widder ir alte privilegien, freiheiten, herkhomen und gewonheiten nit beschweren solten. Haben auch die personen, durch welche die sachen erortert werden solten, ernant, nemlich die sechs churfursten, Bff. zu Munster und Wurtzberg, Hg. Wilhelm in Beyern und Lgf. zu Hessen etc.

Daruff dan der ußschus widerumb zu dem oratorn geschickt, in hoffnung, das solcher mittel von ime sein bewilligt worden. *Granvelle verweigerte jedoch wieder seine Zustimmung und brachte vor*, das er in kheinen anstandt, dardurch die ksl. Mt. eynicher gutlicher oder rechtlicher erkenntnus zu gewarten, verbunden sein solte, mitnichtem bewilligen khundte. Aber zum uberfluß wolte er willigen in eynen anstandt byß zu der ksl. Mt. ankunfft in das Reich deutscher nation und nit weithers. Als wir aber solichs nit haben annemen khunnen, hat der ußschuß noch ander mittel furgeschlagen. Als nemlich nachdem der orator sich nit wolt bewegen lassen in eynichen anstandt, dainne die ksl. Mt. eynicher gutlicher oder rechtlicher handlung verstrickt wurde, das demnach dem ußschuß beducht gerathen sein, daruff zu handeln, das nur ein schlechter anstandt uff ein jar und, so das nit gesein khundte, uff zehen oder zom wenigsten acht monat erthedingt wurde, damit die beschwerliche kriegsubung mitlerweil abgeschafft werden mochte, dan es stellet der ußschuß in keinen zweyvel, es wurden seine gnedigste und gnedige fursten und herrn sich dieser sachen halb zusammen verfügen und, sobald sie der ksl. Mt. ankunfft in Deutschlande erinnert wurden, dieselbige entweder selbst oder durch ire treffenliche rethe besuchen und keinen fleiß underlassen, die sach dermassen zu fordern, das sie verhoffentlich zu eynem gutem ende solt gebracht werden. *Der Ausschuss ist guter Hoffnung, dass der ksl. Orator dieser Lösung zustimmen werde, deshalb sei es besonders wichtig, dass auch die jülichschen Räte in die Bedingungen einwilligten, selbst wenn das über ihre Vollmacht hinausgehe.*

Wiewol nu wir am hochsten bekummert gewest, wes wir hieinne thun oder lassen solten, jedoch zuletzt, nachdem der ußschuß sich vernemen lassen, er wolte uns raten, das solichs mittel durch uns angenommen würde, das er auch unbeschwert wer, euern fstl. Gn. zu schreiben, das uff sein, des ußschuß, gutbeduncken und vertroistung wir uns dahin hetten bewegen lassen, haben wir uns zuletzt daruff horen lassen, so ferr solich mittel by dem oratoren erhalten

wurde, das wir alßdan uff des ußschuß beschehene verwenung [= *Zusicherung*] uns vermechtigen wolten, in namen des herrn [= *Gottes*] dasselbig anzunemen.

Nun hat der ußschuß daruff by dem oratoren mit hochstem fleis handeln lassen, aber es ist alles vergeblich gewesen. Doch hat der ußschuß von der gutlicher handlung noch nit ablassen wollen, sonder noch ein ander mittel furgeschlagen, nemlich das der anstandt dermassen mocht bewilligt werden, das derselbig nach ankunfft ksl. Mt. in deutsche nation dry monat langk duren solte, dan mitlerzeit khundten die churfursten by der ksl. Mt. in handlung sich inlassen und, wo alßdan in solicher zeit die sachen entlich nit kundten vertragen werden, so wurde man doch zum wenigsten solche schickung [*in*] der zeit by der ksl. Mt. woll [*verrichten*]. Mitlerzeit wurde der nuwer [= *neue*] reichstag, so itzo bewilligt, seinen vorganck gewinnen und der wynter ankomen. Darumb des ußschuß bedencken were, solich mittel nit abzuschlagen. Daruff ist by dem oratorn gehandelt, aber es hat nichts verfahren wollen. Alßbald aber der ußschuß durch die geschickten der abschlegiger antwort bericht worden, hat er samentlich uff unser beger sich nochmals zu dem oratorn verfuget und verhofft, inen dardurch zu bewegen, das [*zuvor*] furgeschlagen mittel zu bewilligen, es ist aber alles [*vergeblich*] gewest.

Dweil nu der abscheidt, darinne die turckenhilf durch die catholicos bewilligt, kurtz verschiener tage verlesen worden und die kgl. Mt. verritten und by dem oratorn kein leidlichs und treglichs mittel zu erhalten gewest, haben wir uns des langwirigen und geferlichen uffhaltens by dem ußschuß zum höchsten beclagt, mit angehengter beger, sich uff unser vilfeltig anhalten und bitt und euer fstl. Gn. an die gemeyne stende ußgangen schreiben [*Nr. 227*] eyner entlicher antwort sich zu entschliessen, wes sich euer fstl. Gn. uff ir rechtmessig und hochzimlich erbieten zu dem Hl. Reich versehen sollte. *Diese Antwort soll dem Hg. von Jülich mitgeteilt werden [Nr. 236], damit die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden können. Der Ausschuss beteuert den Räten gegenüber, dass er sein Bestes getan habe und dass er bedaure, dass trotz seines furgewendten empsigen fleiß nichts fruchtbarlichs gehandelt worden. Und wiewoll sie vor ir person gneigt, sich uff unser furbringen und euer fstl. Gn. schreiben eyner antwort zu beschliessen, jedoch dweil nit allein die kgl. Mt., sonder auch der mehrer theil der stende verruckt und der reichstag sein end hette, khundte er, der ußschuß, keiner entlicher antwort dieser zeit sich vernemen lassen, wolte aber sein gnedigste und gnedige herrn aller geubter handlung grundtlich berichten und die sach mit hochstem fleiß helfen befurdern, das durch ir chur- und fstl. Gnn. underhandlung die sachen entweder vertragen oder in eynen eherlichen, bestendigen fridtstandt gebracht wurden.*

Und hat daruff der ußschuß hieby verwarthe schryft verfertigen und uns uberantworten lassen, die wir euern fstl. Gn. hiemit zuschicken [*Nr. 232*]. Haben also dem ußschuß abgedanckt, mit beger, der beschehener vertrustung nach die sachen by iren gnedigsten und gnedigen herrn zum fleisigsten zu furdern. Und haben daruff euer fstl. Gn. protestation gegen den abscheidt

[fehlt], dero copey wir euern fstl. Gn. hiemit zuschicken, dem mentzischen cantzler uberantwort, die er auch angenommen und in des Reichs prothocol [aufgenommen].

*Einige Vertreter des Geldernausschusses blieben nach dem Ende des Reichstags in Nürnberg und verhandelten mit dem ksl. Orator bis zum 28. April über die Bedingungen eines Waffenstillstands. Näheres wird Hg. Wilhelm aus einem Bericht der Räte (Nr. 234) und der Relation nach ihrer Rückkehr erfahren.*

*Beiliegender Zettel: Entsendung Dr. Faltermeyers zu einer Werbung bei den vier rheinischen Kurfürsten.*

**234 Bericht der jülichschen Räte über die Verhandlungen zur Unterzeichnung des Waffenstillstands von 26. bis 28. April – Nürnberg, 1543 April 28**

*Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 358r–363v (Kop.).*

Als die guetliche handlung, so durch den verordneten ußschuß vurgenumen, letzlich am Donnerstag nach Cantate [1543 April 26] zerschlagen und wir daruff dem ußschuß der vilveltigen gehabten fleiß, muhe und arbeith gepurlicher dancksagung gethain, mit angehengter fleissiger bith, sein gnedigst und gnedige herren zom furderlichsten und fleißlichsten aller geubter handlung zu berichten und also unsern abscheidt damit genomen hetten, in meinongh, des anderen tags zu verrithen, hait sich desselbigen tags zugetragen, das etliche sonderliche personen des verordenten ußschuss, dwilche by dem ksl. oratoren einen vryen zoganck gehabt und im angenehem gewest, on unser furwissen sich zu ime verfuegt und durch fillerley persuasiones zuletzt (wie wir foulgents vernomen) innen [= Granvelle] und H. Naves, ksl. vicecantzeler, dohin bewegt haben, in einen anstandt von tzwen monaten nach ankumpst ksl. Mt. in das Reich teutzscher nation zu bewilligen.

Als nun soillichs [!] an uns gelangt und wir darauf durch den ußschuß widerumb uns bescheiden und mit infuerung viller beweglicher ursachen zom hoichsten sein ermanet worden, sollichen anstanth von wegen unsers genedigen herren nit abzuschlagen, sonder zu bewilligen und anzunehmen, sein wir warlich vast [= sehr] bekumbert gewest und erstlich uff unser furiger gegebener andtworth [Nr. 229] verharret, nemplich das wir von unserem gnedigen herren khein gewalt oder befellich hetten, in soillichen anstant zu willigen, derwegen uns mitnichten getziemen wulte, ir fstl. Gn. doinne zu verstricken, wisten auch soillichs by irer fstl. Gn. und derselbigen landen und underthanen nith zu vertedingen.

Darauf dan der ußschuß uns antzaigen lassen, das, obegeleich wir kheinen sonderlichen gewalt hetten, berurten anstanth zu bewilligen, jedoch dweil unser gnediger her ungetzweifelt uns vurnemplich der ursachen zu dem reichstag abgevertiget, das wir dasjenig handeln soultten, was unserm gnedigen herren zom besten und irer fstl. Gn. landen und underthanen zu gedien [= Diensten]

und wolfart, ouch verhuetzung weithers schadens reichen mocht, so were des ußschuß getreuer raidt und wollmeynong, dweil der ksl. orator den anstandt uff hindersichpringen nit verwilligen wollt, das wir uns vermechtigen soultten, denselbigen, wie er erdedinget, anzunemhen, dan wan wir dasselbig theten, so were der ußschuß der gantzlichen zuversicht, sein gnedigst und gnedige herren wurden unverzochlich sich in eigenen personen byeinander verfuegen, zu ksl. Mt. ein ansehnliche legation schicken und mit allem getruwen und ernsten fleiß handeln, das nit allein die kriegshandlung gantzlich abgestelt, dan das ouch alle irrungen, furderong und gegenfurderong, so sich zwischen dem hauß von Burgundien eins- und unserm gnedigen herrn andertheils erhalten, durch erliche, lidliche und tregliche weg und mittel in der gueteichheit und freuntschaft sullen muegen vertragen werden.

Hinwiderumb aber hetten wir zu bedencken, das, wo dieser anstanth durch uns nit angenommen wurde, das alsdann des außschuß gnedigste und gnedige herren und oberen sich nicht leichtlich bewegen lassen, ouch khein fuegliche oirsachen haben wurden, by der ksl. Mt. vor unsern gnedigen herren zu handeln und die saichen zu guetter vergleichong zu pringen. Es wurde ouch die ksl. Mt. alsdann mehr ursach haben, alle guetliche handlung abzuschlagen, wan sie erinnert wurde, das soillicher anstanth durch ir eigne oratorn bewilliget und durch unsers gnedigen herren gesanten nit wer angenommen worden. Zudem so were dieser anstanth dermaissen geschaffen, das dardurch ein bestendiger fridt khunt gededingt werden. Wan nun derselbig durch uns nit wolt bewilligt werden, so wurde soillichs nit allein unserm gnedigen herren zu verderblichen schaden, dan ouch hoichster verungelimpfung reichen.

So wisten wir ouch uns zu erinnern, das unser gnediger her in einem sonderlichen seiner fstl. Gn. schreiben [*Nr. 208, Beilage 6*] sich hette vernemen lassen, wo die gemeinen stend bedencken wurden, des sein fstl. Gn. in der geflegkter guetlicher underhandlung der chur- und fstl. rethe uff die vurseslagen mittel sich zu wenig erbotten hedde, das alsdan ir fstl. Gn. urbuetic wer, soillichs zu weither erclerung der gemeinen stende zo stellen und denselbigen doin [= *darinnen*] gehoer zu geben.

Nu bedeucht aber dem ußschuß, das nach gestalt und gelegenheit der sachen und vurstehenden gewaltigen antzoch des Turcken, ouch in ansehung der verbitterung, so ksl. Mt. gegen unseren gnedigen herren gefast, raitsamb und gueth sein, berurten anstanth anzunemhen. Es wulde ouch der ußschuß soillichs neben uns by unserm gnedigen herrn helfen vertedingen. Wo wir aber dasselbig nit theten und also on erlangung einichs anstants hinwegktziehen wurden, so khundt der ußschus by sich neit anders erachten, dan das wir unsers gnedigen herren und seiner fstl. Gn. landen und underthanen gelegenheit ubel bedechten und innen einen boesen dienst leisten wurden.

Dweil wir nun soilliche scharpfe meynongh von dem ußschus vernomen, haben wir die saichen nit allein by uns selbst bedacht, dann ouch des Kf. von Sachsen gesanten und anderer herrn und freunde raits doinnen gefleget,



dwilche dan zuletzt nach erwegung aller umbstend sich sovill hanen vernemmen lassen, das irs bedenckens besser gethain dan gelaissen weir, beroirten anstandt anzunemhen, und sonderlich die oirsaich vurgewendt, das sy vursorg druegen, es soulte unserm gnedigen herrn diessen hoichbesweirlichen krieg jegen ksl. Mt. in die har ußzufueren unmoglich sein. Wan aber dieser anstanth bewilligt und durch die churfursten in iren eignen personen guetliche handlung vurnommen wurde, weir verhoiffentlich, das die irrige saichen durch lydliche und tregliche mittel entlich kunnten vertragen werden. Dan das unser gnediger herr sich uff des Kg. von Franckreichs hilf und bystandt entlich verlaissen wult, besorgten sie, das dairauß allerlei gefערlicheit erfolgen mocht, wie dann zu meher maillen im Reich ersehen.

Dergleichen haben ouch alle andere der chur- und fursten gesanten, so unserm gnedigen herrn und irer fstl. Gn. saichen truwelich und woll meinen, sich gegen uns hoeren lassen und einhellichlich uns zom fleißiligste ermanet, berurten anstant zu bewilligen. Dan wan er nun abgeschlagen wurde, sult er in kunftige zeit nit lichtlich zu erhelten, ouch die chur- und fursten besweirlich zu bewegen sein, in guetliche handlung, dermaissen wie jetzo beschehen khunte, sich inzulassen. Und wurde also der ungelimpf unserm gnedigen herrn ufferlegt werden.

Dweil nu uns nit hait willen zugelaissen werden, beroirten anstanth uf hindersichpringen und wolgefallen unsers gnedigen herren anzunemhen und befunden, das der semplicher ußschus neben allen andern unsern gunstigen herrn und freunden zom hoichsten gerathen, obbestimpten anstanth zu bewilligen, haben wir zuletzt uff des ußschus raidt und vertroistung (wiewoll mit besweirtem gemoede) uns vermechtiget, den anstandt uff die maiß und form, wie es unserm gnedigen herren zugeschickt, anzunemhen. Und durch mangel unser eigen ingesiegel haben wir uff des ußschus beduncken und wollmeynongh unsers gnedigen herrn secreith an die uffgerichtete verschreibung des anstants hangen lassen und dieselbige mit eignen handen undertzeignet.

Und nachdem die entliche vergleichung, versieglung und undertzignungh beroirts anstants sich bis uff den foulgenden Sambstag [1542 April 28] an den abent vertzogen, haben wir, alsbald der anstant in bywesen des ksl. oratoren verlesen worden, ime diese nachfoulgende meynongh angetzeigt:

Dweil unser gnediger her uns den jetzgehaltenen reichstag zu besuechen vurnemplich dieser orsaich halber abgeferdigt, das in den irrigen saichen, zwischen dem hauß von Burgundien eins- und unserm gnedigen herrn andersteils erhalten, ein bestendiger und eirlicher frid oder zom wenigsten ein anstandt, zu einem bestendigen und eirlichen frid thienlich, uffgerichtet werden mocht, weithers inhalts unsers mandaits, das wir imhe, dem oratoren, vurhin hetten sehen lassen, und aber nun von wegen der gemeinen des Hl. Reichs stende durch den verordneten ußschus ein anstanth, in maissen wie er verlesen [Nr. 235], ertedinget weir worden, so wolten wir imen, dem oratoren, von wegen unsers gnedigen herrn gepetten haben, das er sych wulte diese saichen

zom fleißlichsten lassen bevolhen sein und neben chur- und fursten die saich gunstlich helfen furderen, das sie uff lidliche und tregliche wege und mittel hingelegt und vertragen werden mochten, mit erpietungh etc.

Darauf er alsbald ungeferlich uff diese meinongh geantworth: Das er in den anstandth von wegen ksl. Mt. gewilligt, soichlichs hette er uff kgl. Mt. beschehen furbith und den gemeinen stenden des Reichs zu ehren und gefallen, domit desto baß ein gemeiner frid im Reich underhalten und gepflantz werden moecht, gethain. Nun stunde es by unserm gnedigen herrn, ob er lieber den krieg oder frid haben wouldt. Wo er den krieg erwelen wurde, so weir der keyser derjenig, der denselbigen ußfueren khunde. Wo er aber lieber einen bestendigen, eirlichen frid mit der ksl. Mt. haben wulte, so weir durch diessen anstandt ein guetter inganck des friddens algereits gemacht. Und er versehe sich gentlich, sofern unser gnediger her den anstandt in allen seinen puncten vestiglich halten und volltzehen wurde, das alsdan durch der chur- und fursten guetlicher underhandlung ein bestendiger, eirlicher frid uff lidliche und tregliche wege gewißlich soll muegen erlangt werden. Und sovill sein perschon beruirth, wulte er kheinen fleiß an ime erwinden lassen, hait aber einmail oder tzwehe repethirth und erholet, das sein getruwer raidt weir, das wir unserm gnedigen herrn mit allem fleiß rathen soultten, das der anstandth durch sein fstl. Gn. vollentzogen und demselbigen nichts zujegen gehandelt wurde, dann wan soillichs nit geschege, so wiß er hinfuro unserm gnedigen herren weithers nit zu helfen.

Uff soillichs des ksl. orators gegeben antworth haben wir uns vernemmen lassen, es wurde unser gnediger herr sich hirin aller gepur und unverwißlich woll wissen zu halten etc., und sein domit von im abgescheiden. Er aber ist alsbald den abent und spaide, geleich als man das thor der stadt hait schliessen wullen, noch hinaußgeritten und seinen weg uff Italien genommen, der ksl. Mt. daselbst under augen zu koemen.

Damit nun die sachen gefurdert und die guetliche handlung desto furderlicher und fruchtbarlicher vurgenommen werden mecht, haben wir etliche credits an die vier Kff. am Ryn<sup>1</sup> in unserm namen uff Dr. Faltermeyer perschon stellen lassen und imhe bevolhen, ir kfl. Gnn. aller geubter handlung gruntlich zu berichten und dairauf so pitthen, das iren kfl. Gnn. geruchen wuldt, uff das furderlichst sich in eigner perschonen beyeinander zu verfuegen und uff weg und mittel, dadurch diese saichen guetlich hingelegt werden muechten und auch der perschonen, so ksl. Mt. under augen geschickt werden sulden, sich zu vergleichen. Und wan ir kfl. Gnn. sich der zeit und platz vergleichen, das alsdan soillichs durch den Ebf. zu Mentz, als den ertzcantzeler des Hl. Reichs duitzcher nation, unserm gnedigen herren alsbald zugeschrieben wurde, der zuversicht, wan ir fstl. Gn. soillichs verstendiget wurde, sey entwedder selbst oder im fall irer verhinderung durch ir treffliche rethe soillichen

<sup>1</sup> *Vermittler im Geldernkonflikt.*

tag besoechen und ires gemuets sich ferner ercleren. Wes nun gemeltem Dr. Faltermeier dairauf for antworth begegnen wirth, soillichs wirt er in seiner ankumpst antzeigen.

Und dweil nu die handlung, in maissen wie obstehet, sich zugetragen und wir auß getruwer wolmeynong, des wir Got zu zuig [= *Zeugen*] nemhen, domit weither verderben unsers gnedigen herrn, der landen und underthanen verhoit werden mucht, beruirten anstandt uff des ußschus und anderer herrn und freunde raith und vertroistung angenommen, sein wir der troistlicher hoffnong, es sollt unser gnediger her soillicher unser beschehner handlung, dweil wir dann nith anders, dan was zu gluckseliger, fridlicher regierung unsers gnedigen herren, ouch gedien und wolfarth irer fstl. Gn. landen, underthanen und gemeinen vatterlandts reichen mucht, gesoecht, ein gnedigs gefallen tragen.

**235 *Waffenstillstand, abgeschlossen zwischen Nicolas de Granvelle und den Räten Hg. Wilhelms von Jülich – Nürnberg, 1543 April 28***

*A* Wien HHSStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 666r–670v (Kop.); DV fol. 670v: Anstand der gülichischen kriegshandlung halb betädiget.

*B* Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 351r–355av (Kop.); DV fol. 355av: Copie des furgestalten anstantz uff dem rychsdage zu Nurnberg.

*C* Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 363r–366v (Kop.).

*Druck:* T. J. LACOMBLET, *Urkundenbuch*, Bd. 4, Nr. 543, S. 675–677.

*Regest:* L. GROß/R. VON LACROIX, *Urkunden*, Bd. 1, Nr. 307, S. 226.

*Dt. Übersetzung:* Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748, fol. 58r–61v; DV fol. 61v: Verduytschte artickel des vermeynten anstandtz.

*Erwähnt bei:* P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 87–90; W. CRECELIUS, *Der Geldrische Erbfolgestreit*, S. 56.

Ad laudem Dei omnipotentis. Notum sit omnibus quod cum deputati principum electorum aliorumque principum et ordinum sacri imperii nationis Germanicae in hoc imperiali conventu congregati instantissimas preces interposuerint supplicaverintque apud regiam M<sup>tem</sup> Romanorum pro supersessionem armorum ac ut fieret abstinentia belli ac treuga inter caesaream M<sup>tem</sup> ac ser<sup>mam</sup> regiam Mariam, regentem pro M<sup>te</sup> sua in terris hereditariis inferioris Germaniae, et dominum Gulielmum, ducem Clivensem, ac desuper, secundum voluntatem M<sup>tis</sup> suae regiae necnon in favorem ac contemplationem dictorum ordinum imperii, habita communicatione inter illustrem et magnificum dominum Nicolaum Perenotum, equitem auratum, dominum in Granvella, sacratissimae caesariae ac catholicae M<sup>tis</sup> rerum status consiliarium primarium eiusdemque M<sup>tis</sup> suae vicegerentem et oratorem generalem per Germaniam et Italiam, ac praefatos deputatos in notabili numero tandem tractatum, conventum ac concordatum fuit inter dictum oratorem nomine M<sup>tis</sup> imperialis et reginalis

Ser<sup>tis</sup><sup>1</sup> necnon Joannem Vlatenum, praepositum Aquensem etc., Wernherum ab Hosteden, praefectum aulae Juliensis, Joannem a Wytenhorst, dominum de Horst, Godefridum Wylach, praefectum in Portz, Godefridum Gropperum, legum doctorem, et Joannem Valtermeier, legum doctorem, commissarios et procuratores dicti ducis, intervenientibus rev<sup>orum</sup> et ill<sup>orum</sup> principum et dominorum Alberti, cardinalis et archiepiscopi Moguntinensis per Germaniam, Hermannii, archiepiscopi Coloniensis, per Italiam archicancellariorum, ac Ludovici, comitis Palatini Rheni ducisque Bavariae archidapiferi, Joannis Friderici, ducis Saxonie, archimareschalci, ac Joachimi, marchionis Brandenburgensis, archicamerarii, sacri Romani imperii principum electorum, necnon ill<sup>mi</sup> domini Udalrici, ducis Wirtembergensis, ac spectabilium consulum et magistratus civitatis Argentinensis consiliariis et oratoribus ad praedictum conventum imperialem destinatis, videlicet Adamo Kuchenmeister a Gamburg, metropolitanae ecclesiae Moguntinae scolastico et canonico, et Jacobo Jona, iurium doctore, cancellario Moguntinensi, Ebaldo a Bambach et Jacobo Reutter, iurium doctore, praefati domini cardinalis Moguntinensis, Theodorico comite in Manderscheidt et Blankenheim, domino in Sleiden, Degenhardo Haes, praefecto in Linne, et Jacobo Omphalio, iurium doctore, dicti domini archiepiscopi Coloniensis, Wolfgango ab Affenstein, equite aurato, et Joanne a Walbrun in Ernsthoven, supradicti domini comitis Palatini, Melchiore ab Ossa, dicti domini electoris ducis Saxoniae cancellario, Eberhardo a Thann, praefecto in Wartpurg et Hausbreitenbach, necnon Francisco Burckart, etiam cancellario eiusdem electoris ducis Saxoniae, ac Lienardo Keller, proposito Havelpurgensis ecclesiae, dicti domini electoris marchionis Brandenburgensis, Christophero a Venningen et Philippo Eerer, iurium doctore, dicti domini ducis Wirtembergensis, et Jacobo Sturm, dictae Argentinensis civitatis consule, nomine dictorum statuum et ex commissione atque ordinatione, quam ab ipsis habuerunt, quod fiat cessatio armorum, treuga et abstinentia belli inter dictam M<sup>tem</sup> imperialem et reginalem Ser<sup>tem</sup> cum regnis, terris et subditis caesariae M<sup>tis</sup> ex una et dictum ducem Clivensem, subditos et terras quas possidet et tenet in praesenti ex altera parte.

Quae quidem cessatio armorum, treuga et abstinentia observabitur legaliter, plene et syncere ex utraque parte ac incipiet currere ab die duodecima proxime a data harum sequenti, velut termino praefixo, ad provisionem earum per dictas partes faciendam idque usque ad adventum M<sup>tis</sup> suae caesariae in imperium Germanicae nationis et duos menses post sequentes, computando ab eo tempore, quo M<sup>tas</sup> sua in Germaniam ad locum Burget<sup>2</sup> prope Tridentum

<sup>1</sup> *Kgn. Maria von Ungarn.*

<sup>2</sup> *Bei Burget (= Borgo Sacco) handelt es sich um einen kleinen Ort 21 km südlich von Trient. In einem deutschsprachigen Resümee des Waffenstillstands heißt es dazu „ein stetelein nit weit von Roffreit“ [= Rovereto]; in: Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 652r. Heute bildet Borgo Sacco einen an der Etsch gelegenen Stadtteil Roveretos, der im 16. Jhd. als wichtiger Hafen für die Flößerei diente. Der Kaiser reiste, am 2. Juni 1543 von Genua kommend, über Tortona, Pavia, Cremona und dann die Etsch aufwärts über*

pervenerit. Et nisi M<sup>tas</sup> sua expresse declaraverit antequam praefati duo menses lapsi fuerint, quod longius treugam praedictam admittere nolit, eadem tenebitur et observabitur tamdiu et eo usque quo M<sup>tas</sup> sua notificaverit, quod longius in eam consentire nolit.

Ita tamen quod huiusmodi notificatio ipsi principi vel in loco ducalis residentiae Dusseldorf vel Clivia debite fiat per quindecim dies antequam M<sup>tas</sup> sua contra eundem ducem quicquam hostile moveat. Et hac quidem treuga durante, praefata regina possidebit pacifice sine contradictione vel impedimento quocunque directe vel indirecte per se vel alios ad hoc commissos et ministros caesariae M<sup>tis</sup> ea quae in praesentiarum bello occupata tenet in terris dicti ducis Clivensis. Et praeterea reponet idem dux et tradet in potestatem reginae vel eius aut eorum, quos ad hoc ordinavit, intra quindecim dies proximos oppidum Sittart in ducatu Iuliacensi cum pertinentiis ad idem oppidum eiusdemque incolas spectantibus ad tenendum et fruendum pro vadimonio plene, libere et pacifice dicta treuga pendente totoque eiusdem tempore, tenebunturque cives et incolae praedicti oppidi fidelitatis iuramentum pro tempore huius treugae eidem ser<sup>mae</sup> reginae seu eius commissariis praestare, salvo tamen quod per reginalem Ser<sup>tem</sup> aut illius officiatos ultra solitum morem non graventur, quodque ipsis eorum privilegia, statuta et consuetudines non infringantur, sed manu teneantur nullaeque munitiones seu fortalitia interim in dicto oppido extruantur, ita quod ipsum oppidum in eo statu, in quo nunc est, plene et libere restitui possit.

Ac ulterius dictus dux Clivensis non poterit nec debet directe vel indirecte quocunque modo auxilium praebere vel assistere inimicis M<sup>tis</sup> suae imperialis quos eadem vel sacrum imperium habet in praesenti vel habere poterit treuga hac durante, sive fuerint reges sive principes vel aliae personae potestates vel status cuiuscunque qualitatis. Nec idem dux Clivensis praedicto indutiarum tempore pendente permittet, quod subditi sui, qualescunque et quarumcunque terrarum et ditionum quas possidet et tenet, illis ullam assistentiam vel servitium praebeant per personas suas vel bona quocunque modo eisque fideliter et sincere obviabit. Et si contrafecerint eos puniet in corpore et bonis tamquam violatores et transgressores huius treugae et communium imperii recessuum seu decretorum. Similiter non permittet, quantum in se est, quod milites, quos nunc in suis stipendiis quocumque loco habet, eant ad servitium hostium M<sup>tis</sup> suae, sed omni studio ac bona fide secundum praedictos imperii recessus impedit.

Praeterea fuit conventum ac concordatum, quod status praedicti quemadmodum constituerunt deliberaveruntque et ideo hanc treugam promoverunt, mittent suos legatos ad M<sup>tem</sup> imperialem, ubi in Germaniam venerit, primo quoque tempore quo id fieri poterit et una cum ipsis comparebunt commissarii

---

*Dolce (30. Juni), Rovereto (1. Juli), Trient und Bozen, weiter nach Brixen, Sterzing und Innsbruck (9.-11. Juli). Zu näheren Details über die Reiseroute Karls V. von Genua bis ins Feldlager in Düren (22. Aug. 1543) siehe: RTA JR Bd. XV, Einleitung S. 97, Anm. 190 und L. P. GACHARD, Collection des voyages, Bd. 2, S. 254–260.*

ipsius ducis cum potestate ampla et sufficienti ad pacificandum omnes controversias cum M<sup>te</sup> sua, ea videlicet firma spe, quod praefatus dux cum omni humilitate ita se exhibebit, quod sua M<sup>tas</sup> causam habeat ad intercessionem statuum clementiam suam ei impartiendi [= *impertiendi*]. Et dictis commissariis Clivensibus ex nunc conceditur nomine praedictae suae caesariae M<sup>tis</sup> salvus conductus, ita ut libere ad suam M<sup>tem</sup> ire, negotiari et redire libere possint absque ullo impedimento.

In casu vero quo pacificatio omnium controversiarum fieri nequiret ita, uti caesariae M<sup>ti</sup> satisfactum esse possit ac a dicta treuga recedere voluerit, quod tunc dicta regina tenebitur restituere dictum oppidum Sittart cum pertinentiis praedictis bona fide realiter et cum effectu praefato duci Clivensi omni postposita<sup>a</sup> exceptione in eo statu quo tempore traditionis ad manus reginae pro vadimonio factae fuit, ita tamen quod post restitutionem praedicti oppidi Sittart per quindecim integros dies nihil hostiliter moveatur.

Et promittit praefatus dominus Nicolaus Perenotus nomine quo supra necnon dicti Joannes Vlattenus, praepositus Aquensis, Wernherus ab Hosteden, praefectus aulae Juliensis, Joannes a Witenhorst, dominus de Horst, Godefridus Wylach, praefectus in Portz, et Godefridus Gropperus et Joannes Faltermeier, legum doctores, nomine dicti ducis Clivensis observationem dictae treugae et abstinentiae belli, ita quod observabitur per dictam M<sup>tem</sup> imperialem et Ser<sup>tem</sup> reginalem et dictum ducem Clivensem regna, terras et subditos respective prout supra tractatum fuit.

Praeterea quod et eadem ratificabitur tam per dictam reginam quam ducem Clivensem, qui quidem tenebitur litteras ratificationis mittere ad reginam intra duodecim dies proximos, continentes promissionem expressam et solemnem sub fide ac honore suo necnon obligatione omnium bonorum suorum praesentium et futurorum, quod servabit dictam treugam ac omnia suprascripta legaliter ac bona fide, omni dolo ac fraude excluso, ac regina huiusmodi litteras recipiendo suam quoque vicissim ratificationem sufficientem ipsi duci tradet<sup>3</sup>.

Item quod ille, qui mittendus erit pro ratificatione tradenda reginae, mandatum habeat a dicto duce Clivensi ad tractandum de libero transitu et commerciis mercatorum a Germania in ditiones inferiores et e converso e ditionibus inferioribus in Germaniam, ac super ea re provideatur apud ser<sup>mam</sup> reginam modis et mediis convenientibus pro tempore istarum indutiarum.

Et in maiorem securitatem ac omnium supradictorum testimonium dictus orator subscripsit ac signavit praesentes litteras ac suum sigillum appendit,

<sup>a</sup> *In BC*: posthabita.

<sup>3</sup> *Die wechselseitigen Ratifizierungen des Vertrages durch Hg. Wilhelm einerseits und Kgn. Maria andererseits wurden in Nürnberg konzipiert, aber nicht ausgefertigt, da Hg. Wilhelm seine Zustimmung zu dem Waffenstillstand verweigerte. Nicht datierte Konzepte der Ratifikationsschreiben in: Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 671r–674v, und in Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 349r–350r.*

praedicti quoque commissarii ducis Clivensis subscripserunt ac signarunt ac sigillum eorum principis appenderunt. Deputati quoque statuum in conclusionem huius treugae praesentes in fidem et testimonium praemissorum eisdem subscripserunt et sua sigilla appenderunt seu signatoriis annulis obsignarunt.

Datum Norembergae, die vicesima octava Aprilis anno Domini 1543.

<sup>b</sup>–[US]: Perrenotus [= *Nicolas de Granvelle*].

[*Jülichische Räte:*] Johann van Vlatten; Wernher van Hoesteden; Johan van Wittenhorst; Goedart van Wylach; Goedart Gropper Dr.; Johan Faltermeyer Dr.

[*Gesandte der Reichsstände:*]<sup>4</sup> Adam Kuchenmeister a Gamberghense, Maguntinensis canonicus et scholasticus; Jacobus Jonas, iuris utriusque doctor, cancellarius Maguntinensis; Theobaldus a Baumbach; Jacobus Reutter Dr.; Diederich Gf. zu Manderscheit; Degenhart Haefß subscripsit; Jacobus Omphalius Dr.; W[olfgang] von Affenstein Dr.; Hanß von Walbrun zu Ernsthoffen; Melchior von Osse Dr. und canceler subscripsit; Eberhart von der Than amptmann subscripsit; Franciscus Burchart cancellarius subscripsit; Lenhart Keller Lic., dhomprobst zu Havelberg manu propria subscripsit; Christoff van Venningen etc. subscripsit; Philippus Erer Dr.; Jacobus Sturm manu mea subscripsit<sup>b</sup>.

*Deutsche Kurzfassung des Vertragsinhalts*<sup>5</sup>:

So haben Kff., Ff. und stend durch einen geordneten ußschuß zwischen der kgl. Mt. und der ksl. Mt. oratorn und des Hg. von Gülch und Cleve etc. gsandten irer itz geuepten kriegsuebung bethedigt, das von Donnerstag negstvergangen beide theil von aller krieglicher und vhedlicher ubung und thetlicher handlung gegeneinander absteen, und solle dyser anstand weren biß die ksl. Mt. ins Reich, namblich geen Burget, jhensit Trient gelegen, khom. Und von dem tag an und ir Mt. dahin khommen würdet zwen monat, da wöllen churfursten und fursten ir pottschaft zu der ksl. Mt. schicken und einen bestendigen fridden und, so dasselbig nit möcht erhalten werden, umb erstreckung des anstandts bitten und handeln. Wo aber deren kheins der ksl. Mt. annemlich oder gelegen sein wurde, so soll ir Mt. sollichs dem Hg. von Cleve

<sup>b–b</sup> US nur in B, AC om. Ein ausgefertigtes und gesiegeltes Exemplar des Waffenstillstands wurde in den einschlägigen Aktenbeständen nicht gefunden.

<sup>4</sup> Mit Ausnahme der württembergischen Räte und des Straßburger Gesandten Jakob Sturm unterfertigten lauter kfl. Gesandte. Einem Schreiben Dr. Ecks an Hg. Wilhelm aus Nürnberg vom 23. April ist zu entnehmen, dass der bayerische Rat zumindest kurz nach dem Ende des RT noch an den Verhandlungen für einen Waffenstillstand teilnahm. Als diese Verhandlungen scheiterten, scheint er von Nürnberg abgereist zu sein: [...] Übermorgen verruck ich alhie und die ursach meins aufhaltens ist der Hg. von Gulch. In derselben sach pin ich auch fur ainen verordnet worden und verhoffe, es solle ain anstandt abgeredt und beschlossen werden. [...]. In: *München HStA, KBÄA 2030, fol. 197rv, hier fol. 197r (Ausf. v.d.Hd. Ecks.)*.

<sup>5</sup> Aus einem Bericht der Kriegsräte von Straßburg an Bgm. und Rat von Basel über den RT, Straßburg, 1543 Mai 11, in: *Basel StA, Politisches L 2.1, fol. 311r–313v, hier fol. 312r–313r (Ausf.)*

gen Dysselßdorf oder Gülch, alß an denen orten er sein gwonlich hoffhaltungen hat, verkhinden und doch in 15 tag nach solcher verkhundung dheinen thetlichen angriff thun. Und soll die Kgn. Maria alles das, so sie in dißem krieg ingnommen, in zeit des anstands behalten. Und zu merer sicherheit, das der hertzog den anstand also halten wölle, soll er der konigin das stettlin Sythart eingeben, die der königin die zeit huldung thun, doch soll sie dieselben bey allen iren freiheitten, rechten und herkhommen und in aller massen, wie ir das ingeben würdet, lassen pleiben. Und so der frid oder anstand nit gmacht ader weitter erstreckt, soll sie es dem hertzogen widerumben also inhendigen und zustellen. Der hertzog soll auch mittler zeit der ksl. Mt. widerigen, es seyen konig, fursten oder andere stend, kheinen furschub, hilf oder beystand thun, auch den seinen den zu thun nit gstaten. Und ob es jeman darüber thet, den soll er an leib, leben und gut darumben straffen. Item er soll, so er sein kriegsvolck wurde zerlauffen lassen, sovil im muglich furkhommen, das es der ksl. Mt. widrigen nit zustand.

Item sollen die Kgn. Maria und der hertzog schicken und handeln lassen, wie in zeit des anstands die khauff- und gewerbsleut sicher uff- und abhandlen und werben mögen. Und soll der hertzog mittler zeit das hertzogthumb Gellern und graveschaft Zitphen inbehalten. Dißes anstands sollen beide theil, die Kgn. Maria und der hertzog, ratificationbrieff einander zuschicken und ubergeben.

**236** *Die in Nürnberg verbliebenen Vertreter des Geldernausschusses<sup>1</sup> an Hg. Wilhelm von Jülich: Bitte um Zustimmung zum Waffenstillstand – Nürnberg, 1543 Samstag nach Cantate (April 28)*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 675r–676v (Konz. v.d.Hd. Jonas' mit zahlreichen Korr. und Erg.); AV fol. 676v: Concept an Hg. zue Gulch etc.

Wiewol wir euer fstl. Gn. rhät verschiner tagen mit und neben andern unßern zuegeordneten von wegen der gepflognen und domaln unfruchtbarlich zerschlagen guetlichen underhandlung, so wir um guetlicher hinlegung willen der kriegshandlung, die sich zwischen unßer gnädigisten frauen, frauen Marien, Kgn. zu Hungern und Behaim etc., wittiben und röm. ksl. Mt., unßers allergnädigisten herrens nidern erbland gubernantin, und euern fstl. Gn. erhaben, mundtlich und [in] schrift beantwort [Nr. 232] und daruff etlicher stend zue dißem ausschuß verordnete rhät verridten, so ist doch die sach unlangß darnach uff diße weg gericht und befördert und letzlich so weidt abgehandlet, das zwischen hochgedachter ksl. Mt. orator general und euer fstl. Gn. gesandten rhäten ain fridlicher anstand [Nr. 235] betädingt und beschlossen und angenommen worden, uff die maß und form, wie euer fstl. Gn. von gedachten yrn rhäten gnädiklich vernemen mögen, welche dann euer fstl. Gn. sachen mit allem gueten,

<sup>1</sup> Dem württembergischen Gesandten Christoph von Venningen gelang es, nach der Verlesung des RAb, als die Gesandten von Trier, Salzburg, Würzburg und Bayern bereits abgereist waren, einige Mitglieder des Geldernausschusses zum Verbleib in Nürnberg zu bewegen und die Verhandlungen mit Granvelle fortzusetzen. Es waren dies die kfl. Gesandten von Köln, Mainz, Pfalz, Brandenburg und Sachsen und der Straßburger Jakob Sturm. Siehe dazu die Schlussrelation Sturms zum RT (Nr. 402).



treuen und höchstem vleiß geworben und sollicitiert. Und als die sachen zue endtlicher guetlicher oder rechtlicher erörterung und gantzlicher abstellung der kriegsiebungen nit gebracht werden mögen, haben sy vilfältig angesuecht, den anstand uff lenger und geraumer zeit und etlich leidlichere condition und mass ze stellen. Wann nu aber uff yr vleißig suechen und unßer vilfältig mhuesälig underhandlung dißer zeit nit weiter noch anders erhalten werden mögen, dann wie euer fstl. Gn. auß obberiertem anstand befinden, so haben wir sy doch letztlich, den sachen zue befürderung und guetem dahin bewegt und vermögt, das sy von euer fstl. Gn. wegen söllichen anstand bewilliget und angenommen, gantz undertöniger, getreuer wolmainung und trostlicher zueversicht, unßer gnädigist und gnädigen herren werden unverzogenlich zue der ksl. Mt. schicken und in dißem werenden anstand zum treulichisten werben und handeln und verhoffenlich erlangen lassen, das die obberierte kriegshandlungen gantzlich abgestellt und die irrungen in der guetlichait hingelegt werden mögen, inmassen dann wir bey yrn kfl. und fstl. Gnn. in aller undertönigkait und mit guetem vleiß zue unßer ankunfft befürderen wöllen, auch den churfursten und fürsten, welcher rhät zue dißem ausschuß verordnet gewewen und vor beschluss dißer sachen verridten sein, von hie auß derhalb underthöniklich geschriben haben [Nr. 237].

Dieweil nun dem also und, wo dißer anstand nit angenommen wäre, unßer gnädigist und gnädigen herren und obern söllich fueglich ursach nit haben möchten, bey der ksl. Mt. für euer fstl. Gn. ze handeln und die sachen zue gueter vergleichung ze bringen, und dann auch die ksl. Mt. desto meer ursach gehapt hette, alle guetliche handlung hinfuro abzuschlagen, da doch sunst in dißem anstand vermittelt götlicher gnaden guete vergleichung gemacht oder freylich desto leichtsamer weiter notturftiger fridlicher anstand erhalten werden mag, so ist dem allem nach an euer fstl. Gn. unßer undertönig, vleißig pitte, die geruechen, diße unßer underhandlung und yerer fstl. Gn. rhät bewilligung und annemung berierts anstands ynen gnädiklich gefallen und nit zuewider sein ze lassen.

Das wöllen um euer fstl. Gn., zuesampt dem, das söllichs von unß und euer fstl. Gn. rhäten denselben euern fstl. Gn. zum besten und um desto fueglicher erlangung willen eines bestendigen frides von unß und ynen betädigt und angenommen worden, wir iederzeit unßers besten vermögens und vleiß undertöniklich verdienen.

[US:] Gmainer etc.<sup>2</sup> ut in alio scripto ad Salzburgensem.

---

<sup>2</sup> Die US ist zu ergänzen gemäß dem Schreiben des Geldernausschusses vom selben Datum an mehrere Reichsfürsten (Nr. 237), das u.a. auch an den Ebf. von Salzburg erging: Gmainer des Hl. Reichs stendt zue der gülichischen sach verordneten ausschuss noch gegenwürtige rhät.

237 *Die in Nürnberg verbliebenen Vertreter des Geldernausschusses an verschiedene Reichsfürsten<sup>1</sup>: Abschluss eines Waffenstillstands nach dem Ende des Reichstags, Notwendigkeit weiterer Verhandlungen und Werbung beim Kaiser – Nürnberg, 1543 samstags nach Cantate (April 28)*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 678r–679v (Konz. v.d.Hd. Jonas' mit zahlreichen Korr. und Erg.); DV fol. 680v: Schreiben an die chur- und fursten, welcher rhät vor beschluss der gülchischen sach verridten.*
- B *Duisburg LVA NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 366r–368v (Kop.).*
- C *Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 360r–362v (Ausf. mit 5 Siegeln an Bf. Konrad von Würzburg); DV fol. 362v: Die reichsstende zu der gulchschen sachen verordente ausschueß und rethe.*

Wiewol in zeitten dißes alhieigen reichstags gmaine reichsstend ainen ausschuss der gülchischen kriegshandlungen halb verordnet, mittel und weg ze suechen und zue treffen, wie sy in der gueti [!] hingelegt und verglichen oder doch zue fridlichem anstand gebracht werden möchte, so hat doch durch unß und euer fstl. Gnn. rhäte, welche in söllichem ausschuß auch geweßen, angeregte kriegsiebung weder uff ainen noch den andern weg abgewendt oder angestellt werden mögen. Derwegen wir und andere, zue söllichem ausschuss verordnet, den gülchischen rädten und gesandten zueletzt mundtlich und uff yr begere auch schriftliche antwurt an yrn herren gegeben [Nr. 232], das wir unsern gnädigisten und gnädigen herren und obern gestalt aller sachen zue erster unser ankunft referieren und anbringen wolten, ungezweifelter hoffnung, yre kfl. und fstl. Gnn. wurden weiter guetliche handlung durch sich oder yere treffenliche rhät fürzenemen und ze pflegen nit underlassen.

Aber nach söllicher handlung und abvertigung, auch nachdem euer fstl. Gnn. rhät verridten, ist die sach wider also angestellt, volnfürt und so weit bracht worden, das ain fridlicher anstandt, uff form und maß, wie euer fstl. Gnn. ab beygelegter abschrift gnädiklich ze vernemen [Nr. 235], erlangt und beschlossen.

Wann nun aber gmaine stend des Hl. Reichs alhie uff dem reichstage tzum oftern mal in yrn rädten bedacht, das zue erhaltung gmaines frides im Hl. Reich und zue städtlichem widerstand unsers christenlichen glauben und namens erbfeind, des Turckens, nicht[s] fürderlichers wäre, dann das die gülchisch kriegshandlung möchte gestilt und demnach die innerlichen krieg[s]iebung im Reich teutscher nation abgestellt werden, derwegen sy um vergleichung und hinlegung söllicher schädlichen kriegsiebung anzesuechen und zue ksl. Mt. von gmainer stend wegen ze schicken in den beradtschlagungen hin und wider

<sup>1</sup> *Die Adressaten waren die am Ende des Schreibens angeführten Reichsfürsten, deren Gesandte nach Verlesung des RAb aus Nürnberg abgereist waren und in der Endphase der Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Jülich nicht mehr anwesend waren. Es handelte sich dabei um die Gesandten des Kf. von Trier, des Ebf. von Salzburg, des Bf. von Würzburg und der Hgg. von Bayern.*

für nutz und guet erwegen haben. Dieweil nun söllich schickung zue yerer Mt. ankunft in das Reich teutscher nation am fueglichisten geschechen mag und one zweiffel gmainer stend (welche in eil zue verordnung yerer gmainer potschaft nit zuesamenbracht werden köndent) gantz gefälliger, angenämer will und mainung sein wurdet, das eben diße stend zue ksl. Mt. in dißer sachen von gmainer reichsstend wegen, um guetliche vergleichung ze erlangen oder doch um weitere geraume prorogation des ietz erlangten fridlichen anstandts ze werben, yere rhät und potschaften schicken söllen, welche ietzo zue dißem gmainer ausschuss von ynen erweelt und verordnet sein.

Hierumb und diewill wir unß zue euer fstl. Gnn. undertöniglich wol getrösten, die werden zu pflanzung und erhaltung des gmainer fridens teutscher nation und unßerm gnädigen herren, dem Hg. von Gülch und Cleve etc., zue frundschaft und zue fürkomung christenlichs bluetsvergiessung nit weniger dann ander unßer gnädigist und gnädige herren wol genaigt sein, so ist an euer fstl. Gnn. unßer undertönig, vleißig pitte, euer fstl. Gnn. wöllen uff unßers gnädigisten herrns, des Kard. und Ebf. zue Mentz etc. Kf., verrer schriftlich ersuchen oder mundtlich anzaigen, so yr kfl. Gn. durch sich oder andere thuen werden, unbeschwärtd sein, yrer ansechenlichen rhät ainen uff zeit und malstadt, wie die benent werden, ungesaumpt ze schicken, mit bevelche, sich mit der andern Kff., Ff. und stend rhätten der werbung, bey ksl. Mt. dißer sachen halb ze thuen, gepürlich ze vegleichen und die sachen dahin ze befürderen helfen, das sy alsbald guetlich hingelegt oder, wo das in so kurtzer zeit der zway monat dißes anstandts durch die potschaften (wie zu besorgen) nit erhalten werden köndte, mit allem undertönigisten, gueten vleiß ze handeln und erlangen, das dißer anstand noch weiter und uff also geraume zeit erstreckt werde, das unßer gnädigist und gnädige herren samptlich oder doch etliche auß ynen, und die andern durch yre treffenliche rhät, persönlich zue yerer ksl. Mt. komen und die irrungen gantzlich hinlegen und vergleichen mögen.

Daran werden euer fstl. Gnn. sonder zweiffel ain lobwurdig und gmainer stenden ain sonder angenäm, gefällig, guet werck thuen, das wir unßers vermögens undertöniglich ze verdienen willig und beraidt sein wöllen. Und pitten, euer fstl. Gnn. geruechen, hierüber yere wilferrige<sup>a</sup>, gnädige, fürderliche antwurt in die mentzischen cantzley ze überschicken, denen wir unß hiemit zue gnaden undertöniglich bevelchen.

[US:] Gmainer des Hl. Reichs stendt zue der gülchischen sach verordneten ausschuss noch gegenwürtige rhät.

An H. Ernten, erwelten und bestädtigten zue Ebf. zue Saltzburg mutatis mutandis.

Item simili an Hg. Wilhelmen von Payrn.

---

<sup>a</sup> *BC om.*

An Bf. zue Wurtzburg<sup>2</sup>.

Nota: Idem dicendum Sturmio, ut civitas Argentinensis mittat<sup>3</sup>.

Item quod nostri domini ad se etiam assumant landtgravium Hassiae<sup>4</sup>.

Nota: Etiam mutatis mutandis ad archiepiscopum Treverensem scribendum.

238 *Nicolas de Granvelle an Karl V.: Bericht über den Abschluss eines Waffenstillstands mit den Räten Hg. Wilhelms von Jülich – Nürnberg, 1543 April 28*

A Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 90r–99v (Ausf. z. T. chiff., marg. dechiff.); DV fol. 99v: Du Sr de Grantvelle du 28e d’avril, receues à Gênes le 25e de Maii 1543.

B Brüssel AG. Papiers d’Etat et de l’Audience 92, fol. 97r–104v (Kop. chiff. mit beiliegendem Dechiffirat).

*Granvelle erhielt am 27. April gute Nachrichten vom Kaiser, der bei guter Gesundheit ist und in Palamos auf die Einschiffung von Spanien nach Italien wartet. Hoffnung Granvelles, dass der Termin der geplanten ksl. Ankunft in Genua eingehalten werden wird (7. oder 8. Mai). In Genua wird Karl V. die von Granvelle aus Nürnberg übersandte Post erhalten, worunter sich auch Briefe Kgn. Marias befinden. Durch diese Schreiben wird der Kaiser über den Ausgang des Reichstags,*

<sup>2</sup> Siehe C (Ausf.). Der Bf. von Würzburg entschuldigte sich bei Kf. Albrecht von Mainz, 1543 Mittwoch nach pfingsten (Mai 16), dass er seinen Hofmeister Heinrich Truchsess von Wetzhausen, der in Nürnberg dem Geldernausschuss angehört hatte, nicht zu weiteren Beratungen entsenden könne, da Truchsess für eine solche Reise zu entkräftet sei; seine anderen Räte würde er zur Erledigung dringender Stiftsangelegenheiten benötigen. Kf. Albrecht von Mainz antwortete dem Bischof, 1543 sonntags Trinitatis (Mai 20), dass er dessen Entschuldigung nicht annehmen könne, da es sich um einen Beschluss der im Geldernausschuss vertretenen Reichsstände handle. Bf. Konrad möge im Interesse des Reiches und zur Vermeidung der Fortsetzung des Krieges, einen seiner Räte entsenden bzw. seine Entschuldigung vor den anderen reichsständischen Gesandten vorbringen. Beide Schreiben in: Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 367rv (Kop.) und fol. 368r–369r (Ausf.).

<sup>3</sup> Jakob Sturm war am Ende der Verhandlungen der einzige städtische Vertreter im Geldernausschuss; er sollte für eine Teilnahme Straßburgs an den weiteren Beratungen sorgen.

<sup>4</sup> Die hessischen Räte waren während des RT nicht im Geldernausschuss vertreten, obwohl sie in Nürnberg auf Befehl Lgf. Philipps mehrfach bei Granvelle für Hg. Wilhelm von Jülich intervenierten und sich für eine friedliche Lösung des Geldernkonflikts einsetzten. Siehe die entsprechende Weisung Lgf. Philipps vom 6. April (Nr. 218). In B heißt es dazu: Item nota, das durch die gullische rhät mein gnediger her, Lgf. zu Hessen, auch ersucht werde zu schicken [zu den weiteren Beratungen und zu einer Werbung beim Kaiser]; dergleichen die kfl. rhät auch furdern wollen, das sein fstl. Gn. von iren gnedigsten hern auch gefordert und gebeten werden.

*die Situation in den Niederlanden und den Aufbruch Kg. Ferdinands nach Böhmen unterrichtet.*

*Vorbereitungen für das Kommen des Kaisers nach Deutschland: Truppenrekrutierungen, Verproviantierung der Soldaten, Reise des Kaisers durch Italien, geplante Zusammenkunft mit dem Papst, geeignete Heerführer.*

*Kgn. Maria wird nach wie vor militärisch durch den Kg. von Frankreich und den Hg. von Jülich bedroht. Die Verhandlungen zur Erlangung eines Waffenstillstands mit Jülich scheiterten bisher.*

[96v] Mais Dieu a voulsu que les commis des estatz sont retournéz depuis devers moy [1543 April 26] et m'ont remonstré que sans faire lesd. tresves les catholicques mesmes ne pourroient faire l'aide contre le Turcq et mesmes s'en excuseroient les électeurs de Trevis, Coulongne et aultres prélatz des environs de Clèves et Julliers pour le dommaige qu'ilz ont receu et doubtent de la guerre. Et aussi feroient aultres, tant catholicques que protestans, à l'exemple des dessusd., encores qu'ilz n'en heussent tant de cause et que la pluspart de ceste Germanye est en grant peyne et soucy de la continuation de lad. guerre<sup>1</sup>. Et que si lad. tresve se faisoit, tous presseroient led. de Clèves de se rendre à la raison et trouveroit votre Mté ceste Germanye bien encliné de l'assister contre France. Et qu'il leur sembloit que votre Mté pourroit faire ceste faveur ausd. estatz, lesquelz – à tout ce qu'ilz pouvoient entendre – trouvoient que les gens dud. de Clèves estoient cy demandans le terme plus long de lad. tresve, le faisoient de bonne fin pour avoir temps de induire les pays et subiectz dud. de Clèves à cestuy appointement, baillans lesd. estatz assez ouvertement que iceulx de Clèves se doubtoient de leurs personnes, [97r] mesmes en cas qu'ilz ne conduisissent cest affaire dextremement et qu'ilz désiroient led. appointement, pour ce qu'il emportoit à eulx mesmes, et que les estatz requéroient aussi ceste prolongation, afin de pouvoir mieulx faire leurs dilligences cependant. Et sumes [!] esté ces trois jours débatans le temps de lad. tresve plus ou moins. Et enfin ny a heu remède quelconque de pouvoir accorder lad. tresve, sinon comme votre Mté

<sup>1</sup> *Gegenüber Kgn. Maria äußerte Granvelle am 29. April 1543 den Verdacht, dass die Vertreter der katholischen Aktionspartei an einem Abschluss des Waffenstillstands mit dem Hg. von Jülich kein Interesse hätten: [...] Et comprennaie une autre suspicion que j'avoye que aucuns des électeurs et princes me voulsissent traverser lad. tresve, comme il est vray, et mesmes le cardinal de Mayence et aussi les ducz de Bavière et aucuns prélatz, pour espérer que sa Mté impériale mouveroit guerre contre l'électeur de Saxen à l'occasion de l'adhérence qu'il a à Clèves, et que par ce moyen ilz se vengeroyent de la hayne que principalement lesd. de Mayence et ducz de Bavière ont contre led. duc de Saxen et par conséquent des autres protestans. Et lesd. de Clèves, de Saxen et autres protestans tiennent pour certain que c'est la fin des dessusd., comme ilz le m'ont dit. [...]. In: Wien HHStA, Belgien PA 36/2, fol. 545r–551v, hier fol. 546r (Ausf. z. T. chiff. u. dechiff.).*

verra par la translation d'icelle en françois que va avec ceste<sup>2</sup>. Et Dieu scait les ruses qu'il m'a faillu user et la peyne que je y ay mis jour et nuyt.

Or, Sire, ce que dessus a esté suyvant l'advis du roy, et pense en ce avoir fait très bonne oeuvre, ayant regard aux susd. nécessitez et avoir conduit la chose de sorte que lesd. estatz en ont très grant contentement et s'en démontrent fort obligez. Et aura la royne tant moings affaire si led. de Clèves observe lad. tresve, comme ses gens promectent et démontrent qu'il fera, et aussi lesd. commis des estatz l'asseurent et ont dit ausd. de Clèves que aultrement leurs maistres seront totalement contre eulx. Et l'on pourra veoir briefvement la volonté dud. de Clèves en cecy, s'il délivre à la royne Sittart que sera la préservation de Heynsberg et gagnée réputation, l'ayant amené à cela et aultres pointcs contenuz en lad. tresve. Et aussi ont promis lesd. commis, tant desd. estatz que dud. de Clèves, que led. duc fera tout ce qu'il pourra, afin qu'il ne vinse gens de guerre en France sans dissimulation quelconque. Et je leur ay [97v] aussi déclaré, ce qu'ilz ont accepté, que s'il y a faulte lad. tresve ne se tiendra et d'avantaige led. duc perdra par lad. tresve crédit avec France, comme eulx-mesmes le dient, et à tout ce que j'en apperçois ilz ne si fient. Ains dient sesd. commis qu'il se maintiendra du tout durant cested. tresve, de sorte que votre Mté aura tant plus d'occasion d'user de clémence en son endroit et lesd. des estatz promectent de y tenir la main. Et certes j'eusse bien voulu que le terme de lad. tresve fut esté plus court, mais il ny a heu remède. Et ay rompu jusques à trois fois la praticque.

*Der Waffenstillstand gibt dem Kaiser Zeit und Spielraum, nach seiner Ankunft im Reich ein militärisches Vorgehen gegen den Hg. von Jülich vorzubereiten. Es wird damit auch dem Wunsch der Reichsstände Rechnung getragen, die ihre Truppen gegen die Türken und nicht innerhalb Deutschlands verwenden wollen. Der Kaiser hat die Möglichkeit, den Waffenstillstand nach seinem Ermessen aufzukündigen oder zu verlängern. Nach einer Entlassung seiner Soldaten wird der Hg. von Jülich diese nicht wieder so bald einberufen.*

*Die Antwort der Reichsstände auf die Rede Granvelles (Nr. 200) und alle anderen Beschlüsse des Reichstags verpflichten den Kaiser nur für die habsburgischen Besitzungen in den Niederlanden (Utrecht, Overijssel) zur Türkenhilfe, und selbst das ist nicht im Reichsabschied erwähnt. In Anerkennung der Tatsache, dass sich die Reichsstände zum Schutz der Niederlande gegen Angriffe von außen verpflichten, sind die Niederlande bereit, Türkenhilfe zu leisten. Mais l'on s'est excusé sur ce second point de ny estre tenu.*

*Konflikt der Erben von Denis Vrientz mit der Stadt Maastricht: die Angelegenheit wurde von den Erben abermals den Reichsständen vorgetragen.*

[PS von Granvella eighd.:] Sire, mes lettres sont tousjours fort prolixes et faicheuses, mais aussi les affaires sont de telle qualité et importance qu'il est

<sup>2</sup> Im vorliegenden Aktenbestand ist nur der franz. Entwurf des Waffenstillstands von 1543 April 24 (Nr. 230) erhalten. Der endgültige Vertragstext vom 28. April 1543 in franz. Übersetzung fehlt.

bien que votred. Mté entende le tout, tant pour s'en pouvoir mieulx résoldre que pour son informacion en venant par deçà. *Granvelle bemüht sich, in allen Angelegenheiten, den Wünschen des Kaisers gerecht zu werden.*

239 *Hg. Wilhelm von Jülich an seine Räte (Antwort auf Nr. 229): Ablehnung der bisherigen Vorschläge für einen Waffenstillstand – Roermond, 1543 Mai 1<sup>1</sup>*

A Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 54r–55v (Ausf. mit Siegel).

B Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 52rv (Konz.).

Wir haben uwer schryven vam 23. Aprilis mit der bygelachter berichtong [Nr. 229] zu disser stonden nit on geringe beswernuß verlesen, dan wir konnen ehe nit bedencken, was uch zu dem furslagen etlicher und zu annemong etlicher dainnen bestimpter mittel bewegt haben mach on unser furwissen und unserem bevelh ungemeeß, es sy dan, das unsere schriften an uch uffgehalten, verandert oder uch sunst ichtwas furkomen sy, davan wir kein wissens haben, ouch nit bedencken konnen, in sonderheit dweil etliche der mittel dermassen gestalt, das die unser frauw moder, uns und unseren landen zu unwidderbringlichem nachteil reichen wurden, zudem das wir die ouch fur eroberong der slacht<sup>2</sup> nit angenommen, sonder abgeslagen und on unse frauw moder und die unsere von den lantschaften, die dan sulichs mitbetrifft, keinswegs bewilligen konnen, wie sie dan ouch in keiner billicheit befonden, ouch nit zu erhalten syn werden.

Damit ir aver wissens haben moget, wes wir hiebevor an die gemeine stende und uch geschreven [Nr. 219, Nr. 227], so ubersenden wir uch avermals copy desselvigen, und ist nochmals unser gnedigs gesynnen, das ir die sachen uf andere wege und unserem schryven gemeeß bedencken, die stende und andere unse frunde berichten, wes in dissem fall billich und unse und der unserer hohe notturft erfordert. Wir wollen fuderlich imantz mit wyder berichtong zu uch schicken und versehen uns disses also gentzlich zu uch.

<sup>1</sup> *Hg. Wilhelm wusste zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass der Waffenstillstand zwischen Nicolas de Granvelle und seinen Räten in Nürnberg bereits am 28. April 1543 zu für ihn nicht akzeptablen Bedingungen abgeschlossen worden war.*

<sup>2</sup> *Sieg der Truppen Hg. Wilhelms gegen die Burgunder bei Sittard und Eroberung der Stadt am 24. März 1543.*

240 *Die Räte am Hof Hg. Wilhelms von Jülich an Propst Johann von Vlatten und Hofmeister Werner von Hoesteden (Antwort auf Nr. 229) – Roermond, 1543 Mai 3<sup>1</sup>*

A Duisburg LVA NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 64r–68r (Ausf.).

B Duisburg LVA NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 57r–62v (Konz.); DV: Wie dem probsten Vlatten und hoffmeister Hosteden geschrieben von dato 3. Maij.

Regest: G. BELOW, *Landtagsakten von Jülich-Berg*, Bd. 1, Nr. 131, S. 468f.

Es kan sich unser gnediger her nit verwonderen, was sich zuge drogen mach haben oder wes uch furkhomen oder zu der schrift vom dato den 23. Aprilis bewegt und zu dem furslain der sequestration [Nr. 229]. Und vermeynt syne fstl. Gn., das uch villicht vill ander angetzeigt und furhkomen syn moess, dan da syne fstl. Gn. wissens van haben. Und ist syne fstl. Gn. nit wenich beswert und besorgt, das es syner fstl. Gn. in Franckrych mit ankompst syner fstl. Gn. heyßfrauen<sup>2</sup> grossen nachteil und im Rych und sunst uffsprach gebieren wurd [= *Unruhe hervorrufen*], in sonderheit, so die sachen in Franckrych woll stain und syne fstl. Gn. entlich vertroestet syner Gn. heyßfrauen ankompst, und ist ouch avermals gelt doher geschickt worden und wyders zugesagt. Sult nu syne fstl. Gn. sulchs alles verwerfen, die stede und flecken overgeben oder sequestrieren, das doch syne fstl. Gn. fur der slacht [*von Sittard*], und doe die sachen anders und vill beswerlicher stonden, nit bewillicht und geyns bestendigen friddens versichert syn, finden wir, das syne fstl. Gn. darzu nit geneigt und besorgt, das es alleyn by syner Gn. gegendeyl gesoicht sy, das syne fstl. Gn. by Franckrych in verdacht gefoirt und da verlassen und dannoch van inen nit versichert werd. Doch begert syne fstl. Gn. und wir alle nit anders dan eynen ehrlichen, bestendigen fridden, alleyn ist die sorg, das man bedroegen oder verfurdelt werden mocht. Und ist darumb sovill zu beswerlicher die vestungen Arberg, Sittart und Heynsberg zue ubergeven oder sequestrieren zu lassen, dwyl im lande Guylch geyne anderen syn. Und hette also syne fstl. Gn. geyne vestung, daruß syne Gn. nit alleyn das lant von Guylch, sonder ouch das Overfirdell [= *Oberviertel*], derglychen Cleff und Berg beschudden [= *beschützen*] konte, wan die vyanden [= *Feinde*] mit eyner macht queemen. Und begert darumb syne fstl. Gn. genediglich, das ir die gelegenheit bedencken und uch nit wyder inlassen, dan syner fstl. Gn. und derselvigen landen ehrlich und doinlich und mit syner fstl. Gn. furwissen. Dan wa ir ichtwas bewilligen oder annemen wurden, des syne fstl. Gn. nit konte folgen, so wurd es syner fstl. Gn. grossen unglympf im Rych, wederwerdicheit [= *Widerwärtigkeit, Streitigkeiten*] bynnenlantz und nachteil in Franckrych gebieren.

<sup>1</sup> *Hg. Wilhelm und seine Räte in Roermond waren am 3. Mai 1543 noch nicht vom Ende des RT am 23. April und vom Abschluss des Waffenstillstands zwischen Nicolas de Granvelle und den jülichschen Räten am 28. April unterrichtet.*

<sup>2</sup> *Jeanne d'Albret.*



*Der Lgf. von Hessen übersandte dem Herzog Vorschläge zur Beilegung des Geldernkonflikts (Nr. 218), zu denen der Kf. von Sachsen sicher Stellung beziehen wird. Hg. Wilhelm versteht nicht, warum die Reichsstände auf sein Schreiben vom 8. April (Nr. 227) bisher noch nicht geantwortet haben; auch habe er noch keine Antwort der Räte auf seinen Brief vom 17. April erhalten. Verwunderung des Herzogs, warum die Räte mit Ausnahme der Geldernfrage über keine anderen Verhandlungen des Reichstags Bericht erstatten.*

*Schilderung der Räte Hg. Wilhelms über den weiteren Verlauf der militärischen Auseinandersetzung mit den burgundischen Streitkräften.*

**241 Werbung der jülich-schen Räte bei Kgn. Maria: Bericht über den Reichstag, Ablehnung des Waffenstillstands durch Hg. Wilhelm – Brügge, 1543 Mai 8**

A Straßburg AM, AA 504, fol. 14rv (Kop.).

B Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 304r–305v (Ausf. mit Siegeln).

C Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2752, fol. 302r–303v (Konz.).

*Die jülich-schen Räte trugen auf dem Reichstag eine Rechtfertigung Hg. Wilhelms (Nr. 204) und seine Klagen (Nr. 205a) wegen der burgundischen Kriegshandlungen vor, und darauf umb gepurliche restitution mit erstattung erlittenen costen, schaden und interesse zum fleißigsten angehalten. Und aber gemaine stende, damit weiter verlauffen und verderben baiderseits landen und underthonen hinfuro verhoit bleiben moechte, uns raitzsam angesehen, das diese hoichbeschwerliche kriegshandlung uffgehoben und abgeschafft werden möcht. Derwegen dan der ußschuß, so von den stenden verordent, zwischen dem ksl. oratoren und euer kgl. Wd. gesandten eins- und uns andertheils in guetliche handlong sich ingelaßen und doch vur endong des reichstags nichts erhalten und wir uß bewegenden ursachen wider den abscheidt protestiert, auch ain deil des bestimpten ußschuß verritten. Aber zulest, und nachdem der ußschuß und wir unserm gnedigen herrn geschriben, das nichts fruchtbars gehandelt [Nr. 229, Nr. 232], habn etlich bey dem ksl. orator und seiner kgl. Wd. gesandten eyne maeß des anstandts erlangt und uns furgestalt, dero wir uns zom hochsten beschwert und angezaigt, wie wir kainen andern bevelch hetten, dan uf einen bestendigen, ehrlichen friden oder glymeßigen, darzue dienenden anstandt<sup>a</sup> uns inzulaießen, und demnach begerth, das wir den furgestalten anstandt an sein fstl. Gn. gelangen möchten. Dweil aber sollichs bey dem ksl. orator nit zu erhalten gewest, uns dairby [!] durch den verordenten ußschus villerlay bewegung, berichtong und vertroistungen beschechen, das es unserm gnedigen herren zu guedem und zu gefallen raichen wurd, haben wir uß truwem, geneigten gemoet*

<sup>a</sup> In C folgt danach unterstr.: doch mit furwissen syner fstl. Gn.

zum friden uns dahin bewegen laissen, das wir in hoffnung der ratification solichs nit abgeslagen.

Als aber unser gnediger herr durch uns aller handlong verstendigt, hait dieselbige nit befinden konen, das die maeß des furgestalten anstandts glychmeessig oder zu ainem bestendigen friden diennlich, sonder villmehe seiner fstl. Gn. und derselviger landen und underthonen zu unwiderbringlichem nachteil, unverstandt und hochster beschweirnuß reichen wurd. Und vernemen darauf, das sein fstl. Gn. sich dergestalt dairin zu laissen nit bedacht, sonder seiner fstl. Gn. landtschaften gueten rait und bedenckhen [zu] vernemen gmeint, wilchs wir unser noitturft nach euer kgl. Wd., deßelvigen wißens zu haben, nit solten verhalten, der verhoffnung, der Almechtiger werd syn gnad verlechenen, damit diese hoichbeschweirliche sachen durch andere lydliche wege und mittel, so baiden thailen annemlich, hingelagt und vertragen mogen werden.

[US:] Hochgedachts unsers gnedigen fursten und herren Hg. zu Guilch etc. verordente rethe und gesandten, so auf jungstgehaltenem reichstag zu Nurenberg gewest.

242 *Kgn. Maria von Ungarn an Bgm. und Rat von Straßburg*<sup>1</sup>: *Klagen über Hg. Wilhelm von Jülich wegen der Ablehnung des Waffenstillstands*<sup>2</sup>, *Bitte um Unterstützung des Kaisers – Brüssel, 1543 Mai 19*

*Straßburg AM, AA 504, fol. 10r–13v (Ausf. mit Siegel); DV fol. 13v: Kgn. Maria, witwe zu Hungern etc., contra Cleve. Praes. et lectum [Straßburg], 25. Junij anno etc. 43. Zettel: Maria berichtet und überschickt mein hern, daß der Hg. zu Gülich den nurrenbergischen ahnstand nit einwilligen, sonder verner krigen wolle. Bitt, ihme so wenig als dem Franzosen furschub, sondern abbruch zu thun. Meiner hern antwort darauf.*

*Druck: O. WINCKELMANN, Politische Correspondenz, Bd. 3, Nr. 370, S. 386f.*

*Durch die Gesandten auf dem Reichstag in Nürnberg wurde der Rat von Straßburg zweifelsohne über den auf Ersuchen der Reichsstände zustande gekommenen Waffenstillstand unterrichtet, damit friden und rhue im Reich teutscher nation gefurdert, dem erbfeindt unsers cristenlichen namen und gelauben dester baß widerstanden, auch der Rheinstramb gemeinem handelsman im Hl. Reich widerumben geoffnet und die kaufmanshantirung, wie von alter heer gebraucht und geubt werden mochte, gewilligt, wie dan sollichs die dernhalben aufgerichte*

<sup>1</sup> *Kgn. Maria bevollmächtigte Dr. Johann Keck, ksl. Rat zu Luxemburg, am 21. Mai 1543 zu einer Werbung bei Bgm. und Rat von Straßburg, bei der er das obige Schreiben übergeben sollte, in: Straßburg AM, AA 504, fol. 9rv (Ausf. mit Siegel).*

<sup>2</sup> *Auch Ks. Karl V. bzw. Granvelle kritisierten die Ablehnung des Waffenstillstands durch Hg. Wilhelm auf das schärfste. Siehe dazu: Mémoire des griefs de l'empereur contre le duc de Clèves, o.D. (1543 Mai), in: C. WEISS, Papiers d'Etat du Cardinal de Granvelle, Bd. 2, Nr. 148, S. 664–668.*

und in des Reichs cantzlei verfertigte brieve, dern original wir bei unsern henden haben [Nr. 235], weitter vermogen und mit sich bringen.

*Entgegen seinen Versprechungen, keinen Krieg gegen die Niederlande zu führen, fügte Hg. Wilhelm den ksl. Erblanden bereits im vergangenen Jahr durch seine Truppen schwere Schäden zu. Da Kgn. Maria militärischen Widerstand leistete, ersuchte der Herzog den Kf. von Köln und den Lgf. von Hessen um Vermittlung eines Waffenstillstands, den Maria bei Verhandlungen in Löwen unter bestimmten Bedingungen<sup>3</sup> zugestand, die Hg. Wilhelm jedoch nicht akzeptierte. Bei weiteren Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien in Aachen bzw. Maastricht (Jan./Febr. 1543) verhielt sich Hg. Wilhelm nach angenommener frantzosischer art betruglich. Daher war Anlass zur Befürchtung, dass der Herzog auch die auf dem Reichstag in Nürnberg durch den Waffenstillstand getroffenen Vereinbarungen nicht einhalten würde.*

Als wir aber daentgegen bedacht und erwegen, das gemelter stillstandt auf des von Cleve volmechtige bevelhaber hochvleißig bitten und ansuechen durch der mererthail chur- und fursten und gemainer des Reichs stende gesanten, so domalß zu Nuernberg vorhanden und von deniehnigen, so verritten, hierzue in sonderhait erbetten gewesen, erthedingt und besloßen, das auch vilgedachts des von Cleve bevelhaber, die dan, wie uns angelangt, die furnembsten seiner rett, iren in dem fal habenden volmacht furgetragen, dartzue ir gewondliche handzeichn auf die verhandlung gestellt und mit ires herren, des Hg. von Cleve, sigill, wie dan auch alle ander gemeiner des Röm. Reichs stende gesanten, sovill das ainen jeden belangen mogen, furnemblich aber des Kf. zu Sachsen etc. rett, denselben gleichfalß mit iren handtzeichen und pedtschiren becreftigt, so haben wirs darfur gehalten und geacht, die clevischen wurden sich vileicht numehr der leer (vill zusagen und wenig halten), so sie auß der frantzosischen schuel geschopft, entslachen, und – damit ir fridbruchige handlung und of-fenbare rebellion wider ksl. Mt. bei gemeinen des Reichs stenden nit in merern abgunst khomme – demjhenigen, so also zu baider seit gewilligt und verhandlet, auf dietzmal volg und statt thun.

Und haben demselben nach, auf das meniglich spuren und abnemen mocht, das wir als ksl. Mt. nider erblande stathalterin in einichen billichen sachen nie khain beschwerung gemacht oder noch ungeren in demiehnigen, so durch irer Mt. und unsere dienner und gewalthaber gewilligt und eingangen worden, einichen fell erscheinen laßen wollten, sonder – alsbaldt uns von besluß gemelts anstants zeitttunge zukhumen (unangesehen das der bestimbt tag, an welchem der anstandt angangen sein sollt, noch nit erschienen) – allen haubtleuten und

<sup>3</sup> *Kgn. Maria erklärte sich zu einem viermonatigen Waffenstillstand bereit, wobei jedoch der gegenwärtige Besitzstand beider Kriegsparteien aufrecht erhalten bleiben sollte. Dem Vertragsentwurf Kgn. Marias von Ende Okt. 1542 (siehe Nr. 204, Beilage 4) wurde von Wilhelm jedoch nicht zugestimmt. Siehe P. HEIDRICH, Der geldrische Erbfolgestreit, S. 71–73.*

ändern über ksl. Mt. kriegsvolckh bevelhabern mit ernst auferlegt, das sie in mitlerweil die ort, so vilberurts von Cleve gebiet underworfen, unbelestigt ließen, sich allain in gueter huet und wacht enthielten. Und im fall der von Cleve iemantz von den seinen mit verer ratification, wie dan in obgedachtem vertrag des stillstandts beiderseits zu beschehen versprochen, zu uns schicken wurde, daß sie dieselben on verhinderung durchziehen laßen und sicherlichen belaitten sollten. Dartzue hetten wir unsers thails die ratification, so wir hinwider geben haben sollten, aller maßen und gestalt, wie die durch obgedachter chur- und fursten und gemainer stende gesanten zu Nuernberg verfast und uns volgent zugeschickht, fertig und berait.

Nun haben aber die clevischen in sollichem mitlerweil nit allain khain gleichheit gehaltn, sonder fur und fur nicht weniger als zuvor mit irer veindlicher handlung gegen dieser landt underthonen verfahren und nachvolgent den zehenden tag ditz gegenwurtigen monets gegen abent, als man die porten sliessen welln, ein trompetter mit ainem versloßnen brief an uns und in abwesen an ksl. Mt. bevelhaber zu Mastericht lautendt geschickt, des copei [fehlt] wir euch hirin verwart zusenden. *In diesem Schreiben verweigert Hg. Wilhelm die Ratifikation des von seinen Gesandten ausgehandelten Waffenstillstands mit fadenscheinigen Gründen, wobei es ihm in Wahrheit nur um die Aufrechterhaltung seines Bündnisses mit Frankreich gehe.*

Dieweil aber hiedurch gemeine des Hl. Reichs khaufmanßhandtierung gespert und, wie zu besorgen, dieser krieg, des der von Cleve ein anfenger und ursacher ist, gemeiner teutschen nation je lenger je beswerlicher sein mochte, und euch nit unbewust, das der von Cleve diß alles dem Frantzosen zu guetem angefangen und zu volziehen vorhat, auch ietz widerumben, des Hl. Röm. Reichs abschiden und ausgekundten mandaten zuwider, dem Frantzosen ainem gewaltigen haufen kriegsvolckh auß dem Reich teutscher nation zuzuefuegen, deßgeleichen er sich auch mit ainer tapfern antzal volcks zu sterckhen alberayt understanden, und also über das er, [der] von Cleve, durch nithalten sollichs anstandts gemeine des Röm. Reichs stende großlich veracht noch all sein gedennckhen dahin wendt, damit dieselben geschwecht, zerthailt und letstlich in des Frantzosen, seines bundtsverwanten, gewalt gebracht werden mochten.

*Kgn. Maria bittet, dass der Rat von Straßburg diesem sträflichen Verhalten des Hg. von Jülich keinen Vorschub leisten solle, da die Kriegsschuld einzig und allein bei Jülich liege. Straßburg möge zur Erhaltung des inneren Friedens im Reich die Interessen des Kaisers gegen Hg. Wilhelm und seine Verbündeten verteidigen. Die Stadt soll auch dafür Sorge tragen, dass sich ihre Untertanen weder in klevische noch in französische Kriegsdienste begeben. Sollte den ksl. Niederlanden durch den Herzog weiterer Schaden zugefügt werden, so habe das zur Folge, das dardurch des Hl. Reichs und derselben stende auctoritet, freiheit und wolfart nit allain hochlich geschmelert, sonder auch der Frantzos allen muglichen vleiß furwenden und dahin trachten, seinen fueß auch auf die anstoßende lender teutscher nation zu setzen und gegen denselbn, wie er mit allen seinen nachburen zu thun pflegt,*

handlen. Derowegen wellet die wichtigkhait dises handelß und was fur unratt teutscher nation darauß erfolgen mag, bei gueten zeiten und weilen bedenckhen und furkhommen helfen<sup>4</sup>.

---

<sup>4</sup> Das von Dr. Johann Keck übergebene Schreiben wurde von Bgm. und Rat von Straßburg am 25. Juni 1543 beantwortet; in: *Straßburg AM, AA 504, fol. 15r–16v, (Konz.): Bedauern über die Fortsetzung des Krieges, Erlass von Mandaten zum Verbot fremden Kriegsdienstes*. So hetten sie auch auf irer Reinpruken als an dem ainigen [= einzigen] paß, den sie hetten, zum offermaln sonder hut thun und das kriegsvolck, so uberzeucht, angloben lassen, wider die ksl. Mt., das Reich und deren angehörigen nit ze dienen, also das sie je gern ihres vermögens verhelfen und furdern wölten alles, das zu frid und wolfart theutscher nation dienstlich und furnemblich, das der ksl. Mt. und der kgl. Wd. [= Kgn. Maria], den landen und leuthen zu gnedigem und gutem gefallen und nutz raichen thete etc. [...].



## VII. Verhandlungen zur Regelung der Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel nach dem braunschweigischen Feldzug von 1542

*Die Eroberung des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel durch die Schmalkaldischen Bundeshauptleute und die Vertreibung Hg. Heinrichs d. J. im Aug. 1542 hatten eine Situation im Reich geschaffen, die nach Klärung verlangte. Das Fürstentum stand seit Sommer 1542 unter der einstweiligen Verwaltung durch die von Kursachsen und Hessen eingesetzten Statthalter und Räte zu Wolfenbüttel. Im Vorfeld des Reichstags und währenddessen beschäftigten sich mehrere Reichsstände wie Kursachsen, Hessen, Bayern, Württemberg, Straßburg und Frankfurt mit der Frage einer endgültigen Regelung der Verhältnisse im Herzogtum. Die Hgg. von Bayern boten sich als Vermittler zwischen den Schmalkaldenern und Hg. Heinrich in der Causa Braunschweig an<sup>1</sup>, wobei sich der Ausschuss der Schmalkaldener unter bestimmten Voraussetzungen zu gütlichen Verhandlungen am Reichstag bereit erklärte (Nr. 243). Wie das von 21. Febr. bis 10. März 1543 geführte Ausschussprotokoll (Nr. 244) zeigt, endeten die Verhandlungen ergebnislos, da die kursächsischen und hessischen Räte lediglich die Rückkehr der Kinder Heinrichs unter gewissen Bedingungen akzeptierten, nicht jedoch die von Bayern ins Spiel gebrachte Restitution des Herzogs (Nr. 245). Die Meinungen in dieser Frage waren innerhalb des Schmalkaldischen Bundes keineswegs einhellig, wie das Straßburger (Nr. 246) und Frankfurter Gutachten (Nr. 256) zeigen.*

*Die Folgen der Eroberung Braunschweigs durch die Schmalkaldener sind Gegenstand mehrerer Supplikationen, die den Reichsständen oder den Schmalkaldenern vorgelegt wurden. Der braunschweigische Kanzler Dr. Stopler versuchte, den König und die Reichsstände, wie schon auf dem Nürnberger Reichstag von 1542, von der Unschuld seines Herrn zu überzeugen und verlangte dessen Restitution (Nr. 247). Bf. Valentin von Tetteleben bemühte sich um Restitution der Hildesheimer Stiftsgüter, soweit diese nun in den Händen der Schmalkaldener lagen. Außerdem beklagte er sich über die in der Stadt Hildesheim nach der Eroberung gewaltsam eingeführte Reformation und die Vorenthaltung von geistlichen Einkünften (Nr. 248). Die altgläubigen Reichsstände und Kg. Ferdinand nahmen zur Supplikation Tettelebens*

---

<sup>1</sup> Hg. Wilhelm beauftragte Dr. Leonhard von Eck und seine anderen Räte, in Nürnberg die Vermittlungsverhandlungen zu führen, Wasserburg, 1543 Febr. 11: [...] Zudem mögen wir auch leiden, dieweil wir uns hievor gegen Sachssen und Hessen angeboten, zwischen inen und unserm vettern, dem von Braunschweig, und seinen kindern der underhandlung zu beladen, das durch dich und die andern unsere rete solhe handlung, wie dein bedengken stet, fur die hand genomen und der sachen ain anfang gemacht. Besorgen gleichwol, es werde bey dem gegentail wenig zu erheben noch außzerichten sein, yedoch kan zum wenigist sovil damit geschafft werden, das man sich ires gemuts dardurch erlernen mag. [...]. In: München HStA, KBAA 2094, fol. 145r–146v, hier fol. 145v–146r (Ausf.).

*Stellung (Nr. 249). Hg. Georg von Braunschweig-Wolfenbüttel, der Bruder Hg. Heinrichs und Dompropst von Köln und Bremen, fühlte sich durch die Eroberung Braunschweigs um seine erblichen Ansprüche auf das Fürstentum gebracht und drängte sowohl bei den Schmalkaldenern (Nr. 56) als auch bei den Reichsständen (Nr. 257) auf die Einbeziehung seiner Person in alle Verhandlungen über das weitere Schicksal des Landes Braunschweig-Wolfenbüttel. Die Schmalkaldener machten in ihrer Antwort mit Hinweis auf die nicht beendeten Verhandlungen keine Zusagen, erklärten sich aber bereit, ihre Räte und Statthalter in Wolfenbüttel zur Ausfolgung der geistlichen Gefälle an Hg. Georg anzuhalten (Nr. 252–253).*

*Als die unter Vermittlung Bayerns stattfindenden Verhandlungen am 10. März 1543 wegen Rückfragen der kursächsisch-hessischen Räte bei den Bundeshauptleuten unterbrochen wurden, schaltete sich Kg. Ferdinand ein. Er schrieb für den 1. April 1543 eine Tagsatzung nach Nürnberg aus, bei der die gütlichen Verhandlungen fortgesetzt werden sollten (Nr. 249). Hg. Heinrich war damit einverstanden und sicherte die Suspension der Kammergerichtsprozesse für die Dauer der Verhandlungen zu (Nr. 251). Ein kgl. Mandat an das Reichskammergericht ordnete die Suspension der Prozesse an (Nr. 254). Als die Tagsatzung beginnen sollte, wandten sich die kursächsischen und hessischen Räte an den König und verweigerten die Teilnahme im Namen ihrer Herren, da das Ausschreiben zu spät erfolgt sei, um vorherige Beratungen der Schmalkaldener zu ermöglichen. Sie ersuchten um Aufschub der Verhandlungen bis zur Ankunft des Kaisers im Reich (Nr. 255). Kg. Ferdinand war damit einverstanden und wies seinen Rat Lorenz von Streitberg an, den Hgg. von Bayern und Hg. Heinrich den Aufschub der Verhandlungen bekannt zu geben. Sollten die gütlichen Verhandlungen unter Leitung des Kaisers scheitern, würde die Angelegenheit wieder dem Reichskammergericht übertragen werden (Nr. 258).*



243 *Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für eine Antwort an die württembergischen Räte betr. Unterhandlung in der Causa Braunschweig – Nürnberg, 1543 Febr. 19*

Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 156r–159v (Kop.); DV fol. 159v: Vortzeichnetus, was den württembergischen rethen zu antwort [zu] geben der underhandlung halben der jungen Hn. von Braunschweig. 1543 Montag nach Reminiscere, den 19. Februarij.

Der vorschlege halben, so die württembergischen rethe Hg. Heinrichs von Braunschwig sohne halben, auf was mittel und wege dieselben widerumb zum furstenthumb Braunschweig solten gelassen werden, den gesanten dieser stende gethan<sup>1</sup>, ist bedacht, das sich die gesanten darauf vernemen lassen sollten<sup>2</sup>:

<sup>1</sup> *Ansuchen der württembergischen Räte an die Schmalkaldener um Restitution der Kinder Hg. Heinrichs am 1. und 5. Febr. 1543: siehe das CA-Protokoll Württembergs (Nr. 84b, fol. 6r, fol. 7v–8r und Anm.7) und das Heilbronner Protokoll zum 5. Febr. (Nr. 88). Hg. Ulrich von Württemberg setzte sich für die Ansprüche der Kinder Hg. Heinrichs auf ihr väterliches Erbe ein. Die Mutter der Kinder war die am 28. Dez. 1541 verstorbene Gemahlin Hg. Heinrichs, Maria von Württemberg (Halbschwester Hg. Ulrichs). Im Zuge der Annäherung zwischen Hg. Ulrich von Württemberg und seinen alten Gegnern, den Hgg. von Bayern, im Januar 1543 (Werbung des bayerischen Kammermeisters Kaspar Perndorfer bei Hg. Ulrich, in: München HStA, KBÄA 3159, fol. 513r–516r) erklärte sich der württembergische Herzog auf Bitten Bayerns bereit, zwischen der bayerischen Position und jener der Schmalkaldener in der Causa Braunschweig zu vermitteln. Siehe dazu: L. F. HEYD, *Ulrich, Hg. zu Württemberg*, Bd. 3, S. 264–267; M. LENZ, *Briefwechsel Lgf. Philipps von Hessen*, Teil 3, S. 269f.*

<sup>2</sup> *Bgmm. und Rat von Augsburg bezogen in einem Brief an ihre Gesandten vom 10. Febr. 1543 Stellung zu den württembergischen Vorschlägen: [...] Unsers genedigen herrn Hg. Ulrichs zu Wirtemberg vertragsfurschlag mit Hg. Heinrichs von Brunschweig kyndern belangend, bedunckht uns etwas weit vom ziel sein, den kyndern das land so zeitlich und bald wider einzeraumen uß viel beweglichen ursachen. Aber ye eh ain vertrag und frieden in dieser sach gemacht, ye besser es were, sonderlich wan man gewieß sein mocht, wie es mit dem vatter, als Hg. Hainrichen selber, beschehn sollt. Es gescheeh, daß man ime ain jerliche provision, usserhalb land ze pleiben, gebe oder in ander weg vergnugte. Daruff wer ze handeln. Wir hielten auch fur gut, ob sich ain bericht und vertrag des lands halb sollt zutragen, das derselb nit allain uff des von Wirtemberg underhandlung, sonder ye mehr stende – als die kgl. Mt., ksl. orator, die Ff. von Bairn etc. – sich darein schlugen, ye fürstendiger es sein möcht, vertrag ze machen. Dann wa Hg. Heinrichs aigne freund und goner zum vertrag helfen, wurd er, Hg. Heinrich, destweniger darwider ze handeln oder ichtit thetlichs furzenemen platz und fug haben. Darneben söllt ir bei andern erbern stetten der verain handeln und treulich fürbringen, was den erbarn stetten an fried und rue gelegen. Darumb möcht mit den kindern ain vertrag ze treffen sein uff mittl, das ine mit der zeit das land wider wurd. Item dem alten hertzen jürlich ain geldt zu underhaltung ze geben. Item daß evangelium im land ze predigen und dasselb in der verstentnus ze lassen. Item daß*

Sie hetten solche beschehene furschlege im pesten vermarckt, weren auch von wegen irer herrn und obern gantz gewilligt, sich darauf mit antwort vernemen zu lassen. Es were aber an deme, das die chur- und fursten Sachssen und Hessen als oberhauptleut der verein in der antwordt, so ire chur- und fstl. Gnn. den baierischen gesanten zu Braunschwig<sup>3</sup> gegeben, und dan auch in einer missiven sich erbotten, Hg. Wilhelm und Hg. Ludwigen zu Baiern etc. gutliche und unvergreifliche handlung in dieser sachen zu gewarten [= *pflegen*] lassen, wie sich dann hochgedachter fursten rethe, solche handlung alhie furzunemen, albereit erbotten. Derhalben die gesanten der stende fuglichen dartzu nicht kommen konnten, ehe und zuvorn dieselbige baierische vorstehende underhandlung iren ort bekompt, sich auf die wirtennbergische ansuchung mit entlicher antwort vernehmen zu lassen, dartzu sie doch alsdan, und so die baierische handlung ane frucht zergiegt, des sich doch die gesanten nicht versehen, willig wolten befunden werden. Dan es hetten die gesanten zu irem gnedigen herrn Hg. Ulrichen sonderlich diese underthenige zutreu, das seine fstl. Gn., als die dieser cristlichen verain zugethan, in alle wege geneigt, diese stende in diesem handel in erwegung alle gelegenheit und herrurung desselben der pillicheit nach, auch freuntlichen und gnediglichen wurde bedencken.

Und so dan, wie oben gemelt, die baierischen rethe sich zu behandlung dieser sach erbieten, so wird weiter fur gut angesehen, das die gesanten<sup>4</sup> etzlich aus irem mittel, solcher handlung abtzuwarten, verordenen, die sich mit den beierischen zeit und stell zu solcher underhandlung vergleichen und dann erstlich under anderm diß antzeigen werden: Sie hetten bericht, wes sich die oberhauptleut dieser verain dieser gutlichen underhandlung halben erboten. Darauf hetten auch ire herrn und obern in bevelh gethan, solcher underhandlung von hochgedachten fursten oder aber inen, den rethen, zu gewarten. Wusten die gesanten vor allen dingen inen diß unangetzeit nicht zu lassen, das die sachen itzo in dem stande nicht weren, wie die zur zeit, alß sich hochgedachte chur- und fursten zu dieser underhandlung erboten, gewest, sondern sich etwas geandert: Dann Hg. Heinrich hette sich understanden, diese stende irer notwendigen defension halben vor den verdecktigen und inen, den stenden, auß hievor oftmals erhoreten ursachen zu richtern unleidlichen chammergerichtspersonnen auf peen und achten furnemlich zu beclagen. Do auch in solchen sachen zu heuffelung derselbigen chammergerichtspersonnen

---

Goßlar und Brunschwig wol fursehen und irer spen verglichen werden. Item daß Hg. Heinrich personlich nit wider in das land kumme etc. Darnach wisst ir euch in eur stim von unsern wegen in raten ze richten. [...] In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.)*

<sup>3</sup> *Siehe den Abschied des Schmalkaldischen Bundestages zu Braunschweig, der sich mit der Verwaltung des von den Schmalkaldenern eroberten Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel beschäftigte, 1542 dinstags nach Nativitatis Marie (Sept. 12), in: Straßburg AM, AA 500, fol. 3r–35v (Kop.).*

<sup>4</sup> *Gemeint sind die Gesandten der Schmalkaldischen Bundesstände.*

verdechtigkeith geschwinder und mit merer eil dann sonst, auch solchs falhs an bemeltem gericht breuchlich, procedirt wurde, wiewol alles nichtiger und unpundiger weis, allein darumb, damit diese stende under dem schein solcher nichtigen processen thetlich beschwert und molestirt werden möchten. *Hg. Heinrich ging mehrmals tätzlich gegen einzelne Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes vor, wie seine Schreiben an verschiedene Reichsstände und an die Bergmeister auf dem Zellerfeld<sup>5</sup> und an die Schulmeister seiner Söhne beweisen, die derwegen und umb ired verdachts willen gefänglich enthalten wurden.*

*Sollten Hg. Heinrich während gütlicher Verhandlungen in der Causa Braunschweig versuchen, gegen einzelne Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes mit der Acht vorzugehen und sie weiter mit tätlichen Übergriffen zu belästigen, so sollten sich die Gesandten auf diese Verhandlungen nicht einlassen.* Also das die stende der verain des Hg. von Braunschwigs verursachen halb wolh ursachen hetten, die Hgg. von Baiern oder aber sie, derselbigen rethe, mit dieser underhandlung gantzlichen zu verschonnen.

Dieweil aber diese stende sich zu hochgedachten fursten alles freuntlichen, guten und gnedigen willens versehen, so wolten die gesanten solche underhandlung nicht abschlagen und ire, der rethe, furschlege anhören und sich hinwiderumb darauf vernemen lassen. Doch so konnten sie, die beierischen rethe, wolh erachten, do Hg. Heinrich mit seinen nichtigen processen am chammergericht wolte verfahren oder sich einichs tetlichen furhabens wider diese stende mitlerweil understeen, daß alßdan diese gutliche handlung nicht allein unerheblich, sondern daß sy derselbigen nicht abwarten mochten und ire notturft dargegen wurden bedencken müssen.

---

<sup>5</sup> *Bergbaustadt und -region im Oberharz südlich von Goslar.*

244 *Protokoll der Verhandlungen des Ausschusses der Schmalkaldener mit den bayerischen Unterhändlern<sup>1</sup> über die Causa Braunschweig – Nürnberg, 1543 Febr. 21 bis März 10*

- A Weimar HStA, EGA, Reg. H Pag.421–434, Nr. 154/3, fol. 201r–218v (Kop. von mehreren Händen); AS fol. 201r: Handlung der einungsvorwandten stende ausschusses mit den bayerischen rethen Hg. Heinrichs und seiner söhne restitution halben etc., Nurnberg 1543. ÜS fol. 202r: Handlung der christlichen ainungsverwandten stende ausschus mit den bayerischen rethen wegen des lands zu Braunschweig etc.
- B Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 146r–159r, fol. 164v–165r (Kop.).
- C Straßburg AM, AA 511, fol. 15r–36r (Kop.); AS fol. 15r: Bayerische underhandlung in causa Brunsvicensi uff dem reichstagh zu Nurrenberg anno Domini 1543. AS fol. 15v: Payerische underhandlung etc. Hg. Heinrichen von Braunswig belangende, zu Nurnberg uff dem richstag anno 43. Praes. et lectum [Straßburg] samstags, den 17. Martij 1543.
- D Stuttgart HStA, H 55, Bü. 78, unfol. (Kop.).

[202r] Den 21. Februarij<sup>2</sup> hat der verordente ausschuß mit den baierischen rethen der braunschweigischen sachen halben sich in underrede eingelassen.

<sup>1</sup> Die Teilnehmer an den Verhandlungen in der Causa Braunschweig sind in Überlieferung C in einem marg. AV (fol. 16r) aufgelistet: Baierische rathe: Dr. Eckhe, Dr. Stockhammer, Dr. Selde. Der protestierenden ausschuß: M[ag.] Frantz Burchart, sechsisch; Rudolf Schenck, hessisch; Jacob Sturm [Stadt Straßburg] und Dietrich Preuß, braunschwygischer secretari [Stadt Braunschweig]. Lgf. Philipp gab den hessischen Räten eine summarische Instruktion nach Nürnberg mit, falls es zu Verhandlungen in der Causar Braunschweig kommen sollte, o.O., o.D. (Fürstenberg, 1542 Dez. 6), in: Marburg StA, PA 650, fol. 17r–18a. Auch in seiner Hauptinstruktion für den Schmalkaldischen Bundestag in Schweinfurt bzw. für den RT in Nürnberg behandelte Lgf. Philipp das Thema Braunschweig ausführlich: Nr. 57a, Punkt 3. Bereits auf dem Nürnberger RT 1542 stand fest, dass die Hgg. von Bayern bzw. ihre Räte die Vermittlungsfunktion in etwaigen Verhandlungen übernehmen würden: RTA JR Bd. XIII, Nr. 138, S. 723f.

<sup>2</sup> Dr. Leonhard von Eck berichtete am 20. Febr. 1543 an Hg. Wilhelm über den Beginn der Verhandlungen: [...] An heut solle die praunschweyckisch handlung angefangen werden, darinen wir khainen vleys sparen wollen, auf das wenigist das landt auß diser leut handen zu prengen. Und ist dannoch allerley gute hoffnung, etwas zu verrichten und zu erlangen, und sonderlich diewyl die widerparthey genugsamlich bericht werden soll, das sich ire handlung in den rechten auf den angenommen landt- und gemeynen friden, auch wider ksl. Mt. als den lehnshern nit verantworten oder bestendig sein mag. So sein die stete zum theyl auch nit willig, ir vermugen darzusezten. Allein muessen eur Gn. und derselben pruder, mein gnediger herr Hg. Ludwig, bedacht sein, Hg. Heinrichen mit guten persuasionen dahin zu bringen, das sich sein fstl. Gn. auch nach gelegenheydt der zeyt in die sachen schicken wolle. [...] In: München HStA, KBAA 2030, fol. 180r–181v, hier fol. 180r (Ausf. v.d.Hd. Ecks).

Und haben die beierischen angetzeigt, das ire herrn sich in diese gutliche underhandlung eingelassen, furnemlich darumb, das sie gern wolten, das in diesen sorglichen leufften alle entporung und inlendische krig in deutscher nation abgestellt, dann ane das wurde der deutschen nation ein solche last aufwachsen, wie auch vor augen, desgleichen zuvor nihe geschehen, und entlich verderben und zerstorung derselben erfolgen<sup>3</sup>.

Und dieweil sie dan unsere gnedigsten und gnedigen herrn, die chur- und fursten zu Sachssen und Hessen, und ire mitverwanten mit freuntschaft, gnaden und allem gutem meinten, darumb weren sie auch sovil mer zu solcher handlung geneigt gewesen. Und wolten gebeten haben, ob sie bißweilen etwas als underhendler reden wurden, man wolte es nit in ungutem aufnehmen, dann man konnte in solchen sachen nicht alleweg reden, das den partheien allenthalben gefellig etc. Und wollten furschlege thun. Ob uns aber dieselben nit dinstlich sein bedunckte, so wolten sie gerne unser mittel anhorn, [202v] dann ire herrn wolten gantz gerne, das dieser handel mochte gruntlich vertragen werden. Und wolten nun anfengklich nicht disputirn, was man fur ursachen des ubertzugs wider Hg. Heinrichen gehabt, aber zur sachen. So stunden ire furschleg darauf:

Das Hg. Heinrichen das landt widerumb zugestellt. Das aller widerwill forder solte ab sein. Das des alles gnugsame versicherung und schein [= *schriftliches Dokument*] solte gemacht werden. Und solten unsere gnedigste, gnedig herrn und verwante stende betrachten, das sie mit recht das land nicht wurden erhalten mugen. Das gleichwol wider den landfrieden und regenspurgischen abschied [1541] gehandelt. Das ksl. Mt. des sonder zweivel nit wurdts gefallen

<sup>3</sup> *Die Verhandlungen der Schmalkaldener mit den bayerischen Räten in der Causa Braunschweig standen in engem Zusammenhang mit den parallel zu den RT-Verhandlungen geführten „geheimen“ Gesprächen Dr. Ecks mit Kursachsen und Hessen zur Errichtung eines Bündnisvertrags: siehe Kap. XI Varia, Nr. 306. Die bayerischen Herzöge waren in der Frage des Vorgehens gegenüber dem aus Wolfenbüttel geflüchteten Hg. Heinrich uneins. Während Hg. Ludwig, beeinflusst von seinem Rat Dr. Johann Weissenfelder, den katholischen Fürsten aus dem Norden unterstützte und ihn in Landshut aufnahm, lehnten Hg. Wilhelm und sein die bayerische Politik dominierender Rat Dr. Leonhard von Eck eine Unterstützung Heinrichs bei der Rückgewinnung von Braunschweig-Wolfenbüttel ab. Im Interesse eines Bündnisses mit Kursachsen und Hessen war Eck bestrebt, Konfliktpunkte in Zusammenhang mit der Causa Braunschweig zu vermeiden. Eine Ausweitung der Auseinandersetzung um Braunschweig bedeutete in seinen Augen eine Gefährdung des inneren Friedens und das größte Hindernis für einen wirksamen Widerstand gegen die türkische Bedrohung. Zu den Verhandlungen zwischen Bayern und den kursächsisch-hessischen Verbündeten in Nürnberg, zur dominierenden Rolle Ecks in der bayerischen Politik und zu seiner zwiespältigen Haltung gegenüber Hg. Heinrich von Braunschweig siehe: M. LENZ, Briefwechsel Lgf. Philipps von Hessen, Teil 3, S. 235f. (Dr. Gereon Sailer an Lgf. Philipp, 1542 Dez. 29), S. 241–245; J. LAUCHS, Bayern und die deutschen Protestanten, S. 233–235, S. 245–248, S. 252f.; E. METZGER, Leonhard von Eck, S. 270–275.*

haben. Darumb solte man die sachen bedencken und dieselben nach pillicheit vertragen lassen.

Antwort [*der Schmalkaldener*]<sup>4</sup>: Die rhere hetten bevelh, der chur- und fursten Sachssen etc. und Hessen etc. bewilligung nach der guetlichen handlung Hg. Heinrichs kinder halben zu gewarten. [203r] Und zweivelten auch nicht, das die Hgg. zu Bairn allem fridlichem wesen zum besten, auch unsern herrn und mitverwanten zu freuntschaft und gnaden, in solche gutliche handlung sich eingelassen, und wolten auch gebetten haben, ob sich je in reden etwas mochte zutragen, das es nicht in ungutem, sondern der sachen notturft halben vermerckt wurde. Wusten aber inen nicht zu bergen, das sich sider unser gnedigsten und gnedigen herrn zuschreiben die sachen etwas geandert, dann Hg. Heinrich hette sich understanden, diese stend mit dem nichtigen processen des chamergerichts furzunemen. Zum andern understunde er sich allerlei thetlichen practicken. Darumb wolte vonnotten sein, das solchs zuvorn abgeschafft und in einen stilstandt gebracht wurde, dann ane das wolte es ungelegen sein, der gutlichen handlung zu gewarten, konnte auch nicht wol frucht schaffen. Und dergestalt hetten sie bevelch, die mitel, sovil Hg. Heinrichs kinder belangte, unserer gnedigsten und gnedigen herrn schreiben nach antzuhorn, aber Hg. Heinrichs halben in ichtes sich einzulassen [203v] hetten sie keinen bevelh. Darumb were ane noth, seiner person halben vorschlege zu thun.

Und wiewol sie sich auch nicht in disputation einlassen wolten, so weren doch die ursachen der braunschwigischen defension aus den schriften, so ofentlich im druck ausgangen [RTA JR Bd. XIII, Nr. 134, Nr. 138], gnugsam an tag geben. Und do man fur unpartheischen richtern solcher sachen halben antworten solte, wurde man des kein scheu tragen, wie aus gemeltem gedruckten aussschreiben auch zu vernemen. Aber, wie obgemelt, so wolten sie die mitel Hg. Heinrichs kinder halben anhoren etc.

Baierische rethe: Sie weren uff beide wege abgefertigt, des vattern und der kinder halben zu handeln, aber ire herrn nach fleissiger erwegung deß handels

<sup>4</sup> Die Position Kursachsens und Hessens in der Causa Braunschweig erhellt u.a. aus ihren jeweiligen Instruktionen (Kursachsen Nr. 47c, *passim*, und Hessen Nr. 57a, Punkt 3), ferner aus einem Schreiben Lgf. Philipps an Georg von Carlowitz, 1542 Dez. 15, gedr. bei: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 413, S. 516f., sowie aus einem Schreiben Kf. Johann Friedrichs an die Räte in Nürnberg, Altenburg, 1543 Jan. 19, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 15413, fol. 49r–66v, bes. fol. 49r–51v. Zur Haltung Kf. Johann Friedrichs bzw. Lgf. Philipps gegenüber Hg. Heinrich d.J. siehe auch: G. MENTZ, *Johann Friedrich*, Teil 2, S. 335f., S. 361–364; J. LAUCHS, *Bayern und die deutschen Protestanten*, S. 242–245. Der braunschweigische Feldzug und die sich daraus ergebende Frage, wie in dem eroberten Fürstentum weiter vorzugehen sei, barg erhebliches Konfliktpotential innerhalb des Schmalkaldischen Bundes: siehe G. SCHLÜTTER-SCHINDLER, *Der Schmalkaldische Bund*, S. 237–246. So differierte etwa die Haltung der Stadt Straßburg in der Causa Braunschweig eindeutig von jener Kursachsens und Hessens, wie aus dem Straßburger Gutachten von März 1543 hervorgeht (Nr. 246).

bedunckte der erste wege besser, nutzlicher und furtreglicher zu sein, dieweil durch denselbigen die sachen in grundt mochten vertragen werden. Dann wann man sich gleich mit den kindern vertruge, so mochte Hg. Heinrich hernacher nicht allain wider diese stende, sonder auch wider die kinder etwas furnehmen. Item, der vater mochte sich mit den kindern vertragen und ins land gelassen werden.

[204r] Die ksl. Mt. mochte villeicht den vertrag mit den kindern nicht bewilligen wollen, so konnte zwischen vater und sohnen khain obligation sein, und mochte der letzte erger werden dann der erste. Darumb were es pesser, das die rechten principaln vertragen wurden, sonsten wurde allewegen der vertrag disputirlich sein und nit also bestendig, als ob der mit dem alten uffgericht.

Der proceß halben am chamengericht were er nicht zu verdencken, dieweil er seines landes entsetzt und die sachen unvertragen weren. Es konnten auch ire herrn solchs nicht woll wenden oder verkommen, aber mit dem vertrage horet es alles auf. Seiner practicken und ausschreiben halben hetten sie kein wissens, es were aber wolh zu gedencken, das er thette als einer, der sein hailh versuchte etc. In suma, solchs alles wurde durch den vertrag verkommen und abgeschnitten, darumb were besser, die sachen mit [dem] vater dan den kindern zu vertragen. Dan zu besorgen were, do sich unsere herrn und mitverwante mit den kindern vertragen, das Hg. Heinrich nichtsdestoweniger mit seinem rechten wurde verfharn wollen.

Ausschus der ainungsverwandten stende: Sie hetten abermals angehört, was die baierischen rethe der underhandlung [204v] halben angetzeigt und das sie fur bequemlicher und nutzlicher erachten, man hett sich Hg. Heinrichs als des principaln halben zum vertrag eingelassen etc.

Nun hetten sie vernohmen, das man allain der kinder halb die mittel zu solchem vertrag antzuhorn bevelh hette, doch das die nichtige processen am chamengericht, item Hg. Heinrichs thetlichen practicken abgeschafft und in ruhe gestelt etc. Darauf sie dann nochmals erbottig, dieselbige mittel von den baierischen rethen als underhendlern zu vernehmen, dann Hg. Heinrichs person halben ichtes zu handeln hetten sie keinen bevelh. Es konnten auch unser gnedigste und gnedig herrn, auch die verwanten stende nicht erachten, das es besser oder fruchtbarer, mit ime zu handeln dan der kinder halben, dann das ime weder zu trauen noch zu glauben stunde, er sagte zu oder verschriebe sich, gleich wie er wolt. Solchs hetten ire chur- und fstl. Gnn. und ire mitverwanten hiezuvorn genugsam erfarn, und befunde sich auch solches aus den briefen, so zu Wolffenbutel funden worden.

Darum so konnth man sich Hg. Heinrichs person halben mitnichten einlassen, sonder allain von wegen der kinder, wie obgehört. Doch das es der proces und thetlichen practicken halben dahin gericht, wie obangetzeigt, dann wo solches nicht beschehen solt, so konnten sie selbst bedencken, [205r] das die gutliche handlung nicht allein wenig dinstlich, sonder man derselbigen nicht wurde abwarten mugen etc.

Die bairische rethe: *Sie wiederholen die oben vorgebrachten Argumente, die für eine Restitution Braunschweigs an den Herzog und nicht an seine Söhne sprechen*, dann dardurch wurden die ursachen des widerwillens abgestellt, item alle proces abgeschnitten. So were auch schwer, das sich der vater dadurch solte schuldig geben etc. So sagt man auch vergeblich, als ob sich sein eltister sohn zum vater solt begeben haben, und mochten die sohne ane den vater das land nit wollen annemen. Darumb solte man des alten halben auf zimliche, leidliche wege handlungen gestaten.

So were auch der glaub bei Hg. Heinrichen wolh zu finden, dann seine landtschaft muste sich darfur verbürgen. Etzliche fursten musten auch versicherung thun, dartzu dann ire herrn sich erbietten thetten. Und wann Hg. Heinrich den vertrag nicht hielte, das sie alsdann [205v] wider inen helfen solten, nicht aus seinem land, sonder aus dem gantzen teutschen landt zu verjagen.

Und man solte bedencken, das der keiser schaffen mochte, dieweil es seiner Mt. eigenthumb belangte, Hg. Heinrichen das landt wider einzureumen. Item die kinder mochten ine ins land kommen lassen. In recht wurde man nichts erhalten. Item die versicherung konnte der kinder halben nit wolh so stattlich beschehen. So hette Hg. Heinrich auch nun wolh gebust und were von allem dem seinen vertrieben etc.

Und man solte bedencken, das nit alle stende dieser bundtnuß der Kf. zu Sachsen und Lgf. zu Hessen oder alle grosse commun weren. Und das in solchem handel, damit unrath und krieg im Reich ferner verhut, die privatfeindschaft hindan zu stellen, mit bit, wir wolten solchs an dy andern gelangen und persuadirn etc.

Do man aber je des alten halben zu handeln sich nit einlassen, so wolten sie der kinder halben das mittel haben furgeschlagen, das inen das land widerumb zugestellt werden sollte. [206r] Was condition aber wir dargegen haben wolten, das konnten sie nit wissen, wolten es aber von uns anhorn und kheinen vleis sparn, damit diese underhandlung fruchtbar sein mochte.

Ausschus: Warumb man sich Hg. Heinrichs halben zu handlung nit konnte einlassen, das wer zuvor angetzeigt und were ane noth, solchs hinder sich an die stende zu gelangen, vil weniger, daß man sie derhalben zu ichtes persuadirn einlassen mocht.

Was aber die versicherung anlangen thett, hetten sie auch vernohmen, das man derwegen kein vertrauen oder glauben zu Hg. Heinrichen stellen konnth, so ime das land widerumb eingereumbt. Aber wann er aus dem lande pleiben must, so hett man sich ane zweivel seinethalben destoweniger zu befarn und konte besser versichert werden, dann wann er das land inne hett.

Solte auch der kinder halben die handlung fruchtbarlich sein, so were wolh zu bedencken, das solchs ane gnugsame versicherung nit geschehen konnth, aber des haupthandels halben hetten sie zuvor vernohmen, daß man sich in disputation nicht einlassen wolt. Desgleichen, do man Hg. Heinrichs person halben aus statlichen, pillichen ursachen keiner handlung gewertig sein konnte,



und dieweil sie dan der kinder halben das mitel furschlafen, [206v] das inen das land widerumb zugestelt werden solte etc. und aber nit von ferner condition und versicherung vermeldung gethan, so were solches fast [= *sehr*] weitleufftig. Darumb wolt man es zu irem bedencken gestelt haben, ob sie sich in dieser sachen wolten weiter vernehmen lassen.

Es ist aber darbei plieben, das die baierischen mittel und condition dieser stende notturft nach von inen vernehmen wolten etc. Und also abgescheiden, das man diese stende der ding berichten wolt etc.

Den 22. Februarij haben die stende<sup>a</sup> der gepflogenen handlung mit den beierischen rethen bericht entpfangen und bedacht, daß denselbigen widerumb solte antzuzeigen sein: Dieweil Hg. Heinrich diese stende mit dem recusirten und ungleichmessigen chamargericht fur und fur turbiern und beschwern thet und darneben villerlei thetliche practicken triebe, der man zum tailh in gewisse erfharung kommen, so hetten sie, die underhender, zu bedencken, daß auch Hg. Heinrichs kinder halben sich in handlung einzulassen gantz schwer und unfruchtbar sein wolt, es were dann dieselb unruhe und gefhar zuvorn abgeschafft. Darumb so solten sie, die underhendeler, dahin handeln, das solche beide puncten des vermeinten procedirens am [207r] chamargericht und die thatliche handlung und practicken die zeit der werenden gutlichen underhandlung und ein zeit lang hernach, als ungeferlich drei monat, an- und in rhue gestelet wurden (doch vorbehaltlich dieser stend rechtmessige recusation und protestation etc.).

Und dann dieweil sie sich zu underhandlern angeboten und sie bedencken konnten, das den kindern gleich so wenig als dem vater ane gnugsame versicherung das land zuzustellen, item das ein trefflicher kriegscost uff solche defension gegangen, item das der von Goßlar und Braunschwig, von welcher wegen solche defension geschehen, beschwerung ab sein muste, sampt vil andern notwendigen puncten etc., so wolt man solche mittel von den underhendlern anhorn etc.

Solche meinung ist durch den verordenten ausschus den baierischen rethen angetzeigt, welche sich darauf vernehmen lassen, daß sie von iren herrn ein lange instruction<sup>5</sup>, die gradatim gestellt, dieser sachen halben bekommen. Darinnen wolten sie sich ersehen und sich alßdann ferner vernehmen lassen, mit bit, des vertzugs kein beschwerung zu haben etc.

Den 23. Februarij seindt der verordente ausschus mit den baierischen rethen widerumb zusammenkommen.

Und haben die beierische rhere anfenglich hinwiderumb erholt die ursachen, warumb [207v] sich ire herrn zu dieser gutlichen underhandlung einge-

<sup>a</sup> *Aus A, in BCD: die verordneten des grossen ausschuss [der Schmalkaldener].*

<sup>5</sup> *Vertragsentwurf für ein kursächsich-hessisch-bayerisches Bündnis, gedr. bei M. LENZ, Briefwechsel Lgf. Philipps von Hessen, Teil 3, S. 245f., Dieser Entwurf wurde von Eck in Nürnberg ausgearbeitet.*

lassen, als nemlich, das sie in diesen sorglichen leufften nichts hohers vonnotten sein bedechten, dann das ein gemeiner frid in deutscher nation erhalten, dann ane das were gewißlich der abfalh und verstorung deutscher nation vorhanden etc., mit bit, das man die ding dohin auch bewegen und alle privatfeindschaft hindan setzen und den friden fordern helfen wolt.

Und haben volgends angetzeigt, sovil Hg. Heinrich procedirn am chamerge-richt belangen thet, das er darumb je nicht hoch zu verdencken, dan er thet das, das menschlich were. Er were verjagt und trachtet mit recht widerumb nach dem seinen. Desgleichen, das er mit briffen gern sein land wider erlangen wolt etc. Und mocht solchs alles bald eingestalt werden, wann man zu einem pillichen vertrag mit ime trachtet etc. Aber gleichwol solt man nit erfarn, das die Hgg. von Bairn in iren furstenthumben und landen einiche unpilliche practicken Hg. Heinrichen verstadten, dann ire fstl. Gnn. hetten darumb die gutliche handlung furgenomen, damit thettliche handlung verpliebe. Man wurde auch iren fstl. Gnn. das nit verargern, das sie ime ein suppen geben, dann ire fstl. Gnn. hetten diese ursachen dartzu. Er were ir fstl. Gnn. angeborner, naher freundt und blutsverwanter. [208r] So wer er seines landes verjagt, so were er in hochster armuth. Und da Got vor sei, das es andern widerfhure, so must man auch ein mitleiden haben.

Aber ad rem: Sie hetten gemelts Hg. Heinrichs halben mittel furgeschlagen, aus ursachen, das ire herrn solchen vertrag am besten, bestendigsten und allem fridlichen wesen zum dinstlichsten sein erachten. Und haben die vorigen antzeigungen der versicherung der kinder, des rechten und ander umbstende halben repetirt und erholt. Und das er nun wol gestrafft, mit bit, man wollt sich darauf in handlung Hg. Heinrichs person halben einlassen. Und ob man derwegen nit bevelh, das man sich uff ein ratification unserer gnedigsten und gnedigen herrn in ein capitulation der mittel mit Hg. Heinrichen begeben wolt etc. Und uff solchen falh wolten sie mit Hg. Heinrichen handeln, das er die proces sollt abstellen. Wann aber solchs nit sein konnt oder mocht, so wolten sie der sohn halben zur handlung tretten und volgende mittel furschlagen.

Mittelh: Das Hg. Heinrichs furstenthumb, wie er dasselbe verlassen, [208v] den kindern widerumb frei zugestellt wurde. Das das silbergeschirr, cleinoter, geschutz, munition, auch ander vorrath sampt dem einkommen dieses jhars, welchs sich uber 100 000 fl. erstrecken thett, gegen den kriegskosten abgerechent wurde.

Das der stedt Goßlar und Braunschwig halben ein außtrag gemacht mit beider parth willen, wie dieselben irrungen und gebrechen erortert werden solten, mit bit, daß man die sachen furdern helfen wolt, dann was ire herrn, die Hgg. zu Bairn, auch sie, als die dienner, darinnen thun und furwenden konnten, damit die sachen uff pilliche, tregliche wege vertragen und hingelegt und also ruhe und fride erhalten werden mocht, daran wolten sie keinen vleis sparn.

Ausschus: Hirauf ist den baierischen angetzeigt, dieweil sie sich Hg. Heinrichs kinder halben etlicher mittel hetten vernehmen lassen, so wolt man der andern mitverwandten rethen und potschaften derselbigen berichten. Aber Hg. Heinrichs halben hetten sie bereit angehört, das man sich in gantz keine handlung konnth einlassen. So mochten auch die versicherung seiner person halben nymermer also gemacht werden, wann er das land [209r] widerumb in seinen henden hett, das ime zu glauben oder zu vertrauen were. Und betzeugten solchs vil seiner hendel, die im falh der notturft gnugsamlich darzuthun. Und ist also datzumalh von den baierischen abgeschieden, mit vermeldung, wann man der antwort entschlossen, das mans inen wolt weiter ansagen lassen etc.

Den 27. Februarij seint die baierischen rethe und der verordente ausschus der ainungsverwanten stende abermals beieinander gewesen, und hat der ausschus nach gehaltenem rath und bedencken der andern den baierischen rethen folgende summarie inhalts antzeige gethan:

*Wiederholung der früher vorgebrachten Argumente: Ablehnung der Restitution Braunschweigs an Hg. Heinrich. Bedingungen für die Übergabe des Landes an seine Söhne: Abschaffung der Kammergerichtsprozesse und Versicherung gegen tätliche Angriffe des Herzogs.*

[209v] Dan wiewol diesen stenden an solchen nichtigen, unrechtmessigen processen uber die geschehene rechtmessige recusation und protestation so vil nicht gelegen, sie auch chamerrichter und beisitzer von wegen irer partheischen handlung und verdachts zu richtern nicht zu erkennen wissen, es werde gleich durch Hg. Heinrichen stillgestanden oder nit, so wolt es inen doch zum hochsten gefharlich sein, da in stehender underhandlung etwa ein standt durch solche nichtige proces in die acht, wiewol nichtiglich, solte gesprochen und erclert oder aber durch Hg. Heinrichs thatlich practicken und vorhaben uberrascht werden.

Derhalben so were vor allen dingen vonnoten, des ein wissens zu haben, ob in gemelten beiden fellen durch die underhendeler die abschaffung bei Hg. Heinrichen [210r] erlanget werden oder erfolgen muge, dan ane das so konnth diese underhandlung wenig frucht schaffen; man konnth sich auch darein nicht lassen.

Und ob auch gemelte abschaffung und stilstandt der processen und thatlichen handlung erlangt, so hetten sie doch die nechst furgeschlagenen mittel so weitleufftig und unerheblich befunden, das sie bedencken gehabt, dieselbige an gemeine stende zu bringen, sonder allein etzlichen, so in der braunschwigischen handlung als ein grosser ausschus verordent, auch bericht gethan.

Dann erstlich, das sie furgeschlagen, das Hg. Heinrichs kindern das fursenthumb Braunschwig, wie Hg. Heinrich dasselb verlassen, widerumb frei zugestellt werden sollt etc., das solchs unmuglich ding were, dieweil es itzunder nit in dem stande were, wie man es gefunden.

Zum andern, so were es des silbergeschirres, cleinoter etc. geschutz, item aufkommen diß jhars, welchs uff 100 000 fl. angeschlagen und fur den krigskosten abzurechen sein sollt, vill anders gelegen. Dan von silbergeschir, claiden

und cleinotern etc. were das merer teilh Hg. Heinrichs sohnen und dochtern durch hochgemelte unsere gnedigst und gnedig herrn zugestellt und ubergeben worden. So were es umb das einkommen dieses jhars also gewant, das man auch ein statliche suma geldes zubussen muste etc. [210v] Nun khonten sie wol erachten als die verstendigen, was uff einen solchen treffenlichen zug fur ein kriegscosten gehorig und das gemelt ir mittel und furschlag dartzu wenig dienstlich.

Zum dritten konten sie wol erachten, nachdem sie der beider stet Goßlar und Braunschweig beschwerung halben das mittel eins gutlichen außtrags und rechtlicher erorterung vorgeschlagen, daß solches gemelten beiden stetten, derhalben diese defension geschehen, gantz beschwerlich sein wollte, sie von neuem in ein weitleufig recht zu weisen etc. Daraus auch noch allerley irrungen, do die sachen zuvorn derhalben auch nit endtlich vertragen, entstheen mochten.

Über das so were der versicherung auf solchen fhal des vertrags mit Hg. Heinrichen kindern gantz nicht gedacht. Nun konten sie aber wol erachten, das dieselb dißfah nit weniger vonnothen, dann ob man sich mit dem alten in vertrag einliesse. Und das dieselbige nit allain der kinder, sonder auch des vattern und andern halben nothwendig, wie sie selbs woll zu bedencken, welches aber sie nit darumb wolten angeregt haben, das sie einige mittel vorschlagen wolten, wie sie auch deß nit bevelch hetten, sonder allain erinnerung halben fur ire person, domit man materiam cogitandi desto mher haben mocht, wiewoll sie keinen zweivel truegen, die underhändler werden diese ding woll bewogen haben und mit andern erheblichen mittel, inmassen oberurt, sich vernehmen lassen. Die wollt man auch alsdan gern an die andere stende dieser ainung gelangen und sich der noturft darauf horen lassen, auch, do es noth, unsere gnedigsten, gnedigen herren und obern derselbigen zu berichten und bescheidts daruber zu gewarthen. Wolten auch, soviel an inen, die sachen gern gefurdert und in kain weitleufigkait getzogen sehen.

[211r] Hierauf hat Dr. Eck<sup>6</sup> alspladt geantwortt, das er zu schleuniger furderung der sachen, unbesprochen der andern seiner mitverordneten, zum handel geselliglich reden wollt.

---

<sup>6</sup> Am 28. Febr. 1543 berichtete Dr. Eck aus Nürnberg an Hg. Wilhelm von Bayern über die Verhandlungen mit Kursachsen und Hessen in Bezug auf eine zukünftige Lösung für das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel: [...] Die praunschweygisch handlung und bericht will nit vonstat geen; sten allain darauf, das den kindern das landt gegeben. [...] muessen und wollen uf andere mittl underdessem trachten, das die protestierenden das land von inen in ksl. Mt. hende stellen. Mocht das beschehen und das ir Mt. in einem jar den nechsten zwischen allen theyln guetliche handlung furnemen oder rechtlichen erkhenen solt oder das pede theyl yeder einen oder zwei fursten furschlagen und denselben das landt einantworten und sich entlichs entschids von denselben gewarten sollen. Vermeynen im ernsten, das Hg. Heinrich dahin zu bewegen sei, sich des lands zu verzyhen in ewig zeyt und ain pension zu nemen so wurde die sachen wol gericht. [...] In. München HStA, KBÄA 2094, fol. 149r–151v, hier fol. 149r (Ausf. v.d.Hd. Ecks).

Erstlich die proceß belangende, dieweil Hg. Heinrich allain rechtlich das seine suchte, so konte er nit wissen, wie es ime abgeschlagen oder gewert werden mocht, dann solches were menschlich, billich etc.

Zum andern, die thedtliche practicken belangen, do were ir bitt, man wolle sich hierinnen ercleren, alsdann wolten sie sich auch darauf vernhemem lassen. Dann deß soltt man gewiß sein, das seine herren, die Hgg. zu Baiern, ime nit verstaten, in iren furstenthumben und landen einiche thetliche practicken zu treiben. So solt er auch ausser landts zu Baiern nichts thetlichs vornhemem, dan seine herren hetten sich darumb der gutlichen underhandlung anghenomen, das die sachen furderlich mochten vertragen und begelegt werden.

Was aber ire vorgeschlagene mittel belangte, kondten sie erstlich wol geducken, das die sachen des landts zu Braunschweig in dem stande nit weren, wie Hg. Heinrich dasselb verlassen. Es were aber solches von inen dahin gemeint, daß Hg. Heinrichs sonen daß furstenthumb mit allen seinen zugehörungen, schlossen, steten, flecken, landen und leutten etc. also soltt zugestellt werden, [211v] daß nichts davon gezogen, nichts zurriessen oder zurschleift wurde etc. Dann wan man etwas villeicht vom lande wolt behalten oder aber die vestungen brechen und schleiffen etc., so hette es ein ander gelegenheit.

Des kriegscostens halben hetten sie einen ungeferlichen furschlag gethan, dann sie wüsten nit, wie hoch inen diese stende achteten, und darumb so solt man sich desselben vornehmen lassen, was man meint, daß man fur den kriegscosten haben wolt, das pillich were etc. So wolten sie sich auch darnach darauf vernhemem lassen.

<sup>b</sup>-Notum: Goßlar und Braunschweig halben hat er damals nit gedacht<sup>b</sup>.

Der versicherung halben were ir bit, man wollte inen antzeigen, wie man dieselbe begert, dann wann man mit dem alten sich in vertrag einliesse, so weren die weg zu finden, das ers halten must, aber mit den kindern het es ein ander gelegenheit, dann sie weren noch jung, undt wann sie zu irem vollkommenem alter kemen, so mochte inen der handel des vattern halben desto mehr zu hertzen geen. [212r] Dann manet alta mente repostum, wie man zu sagen pflegt, und solcher groll, der were nit leichtlich austzureißen. Es mocht uber 20, uber 30 jar ahn unsern herrn und ire verwandten, erben und nachkommen solchs wollen gerochen werden. Darumb wolten ire herrn, das mhan alle irrung, widerwill, unainigkait aus dem grunde und wurtzel vortrage. So wüsten sie auch nit, wie man die versicherung begerte, ob der vater zusampt den kindern sich verschreiben und den vertrag verwilligen solte, welchs schwerlich bei ime zu erhalten, oder ob er sich gegen den kindern verschreiben solt. Nun konte aber zwischen vater und son kain obligatio nit sein, wie mhan wuste. So wurden sich auch ire herrn, auch villeicht andere fursten schwerlich allein fur di kinder vorschreiben [212v] wollen. Und in summa, sie weren dis puncts halben irrig, das sie nit wusten, wie die versicherung der kinder halben woll zu treffen,

---

<sup>b</sup>-b *Marg. hinzugefügt.*

wan der vater den vertrag nit bewilligen wolt, und sie wolten gerne solchs von diesen stenden vernhemen. Derwegen begerten sie, mhan wolte sich obgemelter artikkel halben dieses theils ercleren, darauf dan sie sich widerumb auch wolten horen lassen, allen muglichen vleis furwenden, damit etwas fruchtbars mocht gehandelt werden. Dan wurden sie vermercken, das mhan sich der mittel nit vergleichen kont, so wollten sie die handlung nit lange aufhalten. Wolt es gehen, so were es gut und seghens gerne, wo nit, so hetten sie das ire gethan, dan was nit zu erheben were, das musten sie auch ligen lassen, wiewol ire herrn, auch sie, nichts liebers wolten, dan das diese sache entlich mocht vertragen werden.

Ausschus: *[unfol.]* Auf diese antwort hat der ausschus die obgamelte antzaigung, so den bairischen rethen beschehen, widerumb repetirt und erholt und darauf beruhet, das sich die bairischen, als die selbs angetzaigt, das sie mit ainer langen instruction dieses handels halben abgefertiget und diesen handel nach aller nodturft und die mittel wurden beratschlagt und bewogen haben, nochmals wollten vernhemen lassen. Dann warumb sich der ausschus, ehe und zuvor die abschaffung und stillstandt der baidert artikkel der nichtigen proces am chammergericht und thetlichen practicken erledigt, nit konten einlassen, zudem das die vorgeschlagene mittel gantz weidleuftig und unerheblich, das were zuvor angetzaigt. Haben sich auch erboten, die sachen, sovil an inen, vorsetzlich nit zu vertziehen noch uftzuhalten etc.

*[unfol.]* Bairisch ret haben gesagt, sie wolten sich in irer instruction ferner ersehen und sich alsdan des volgenden tags weiter vernhemen lassen.

Prima Marcij: Seind die bairische rethe und der verordente ausschus widerumb zusammenkommen und haben die bairische des fordern tags genhomenen abschid nach sich ferner horen lassen uff folgende meynung<sup>7</sup>:

Erstlich, das es ane nod were zu ertzelen, aus was gutem hertzen sich ire herrn, di Hgg. zu Baiern, *[213r]* in die gutliche underhandlung zwuschen diesen stenden und Braunschweig eingelassen, welches mhan hivor gnugsam angetzaigt etc. Nun hetten sie ire fstl. Gnn. der verloffenen handlung verschiner tag berichtet, welche auch dieselbige Hg. Heinrichen angetzeigt.

Und sovil die proces am chammergericht belangen thet, wusten sie nit aigentlich, wie es itzt darumb stunde. Do aber die sache vertragen, so wurden dieselben gentlich abgestellt. So wusten sie auch nit, was thetlicher handlung und practicken sich Hg. Heinrich understunde. Des solt mhan aber gewis sein, dieweil er, Hg. Heinrich, *[213v]* bei iren herrn, den Hgg. im lande zu Baiern, were, solt mhan sich kainer thetlichen handlung von ime besorgen, dan ire hern wurden es ime nit vorstadten, hetten es ime auch clerlich undersagen lassen. Das er aber bei irer fstl. Gnn. geduldet und sie ime ain suppen geben, des weren ire fstl. Gnn. nit zu verdencken, wie sie auch solches zuvor angetzaigt.

Und wolten kurtzlich zur sachen gehen und zwo maximas setzen:

<sup>7</sup> Zu den folgenden Vorschlägen Ecks siehe: E. METZGER, *Leonhard von Eck*, S. 275; J. LAUCHS, *Bayern und die deutschen Protestanten*, S. 253.

Erstlich, das sie besorgen, Hg. Heinrich werde sich kainswegs bereden lassen, des furstenthumbs Braunschweig zu vortzeihen [= *verzichten*]. [214r] Zum andern, das sich auch desgleichen di kinder nit wurden bereden lassen, ane den vater das furstenthumb antzunhemen. Und man solt es darfur achten, das es ire herrn so woll und gut auf dieser stende als Hg. Heinrichs seiten maintainen. Wolten gerne, das ainigkait gemacht, fried und ruhe erhalten, dan durch friede wurde dem gantzen Reich geholfen.

Hg. Heinrichs person halben, wie sich derselb gehalten, wolten sie nit disputirn, inen weder besser noch erger machen, weren auch dißfalls nichts affectionirt. Aber sie bedechten, do unser gnedigst, gnedig hern [214v] und obern einen bestendigen, guten frieden haben wolten, so solt mhan Hg. Heinrichen widerumb zum lande kommen lassen. Die ursachen hetten sie zuvor ertzelt, where ane nodt dieselben zu repetirn. So kont auch die versicherung woll beschehen und mhan solte die privataffect uff ein ort stellen und diesen weg fur die hand nhemen etc.

Do mhan aber allain der kinder halben handeln wolt, wolten sie folgenden weg entlich haben vorgeschlahen, nemblich [215r] das das land der ksl. Mt. als dem rechten aigenthumbsherrn in die hand gestelt wurde, also das ire ksl. Mt. in aigner person zwuschen allen partheien, die dieser sachen vorwandt, gutliche handlung in jarsfrist vornhemen, und, do die gute entstunde, das alsdann ksl. Mt. rechtlich erkennen solt, und das land solt mitlerweil in Hg. Heinrichs handen nit sein. Oder vor das ander mittel, das ide parthei zwen fursten ernennen und denselben das land zustellen, dieselben auch, inmassen wie itzt gemelt, gutlich und rechtlich zu handeln und zu erkennen haben solten.

Solche zwai mittel wolten sie fur das letzt vorgeschlagen haben, dan mheres wusten sie nicht zu erhalten. [215v] Und diese stende, die wurden iren vorthail und nachtail zu bedencken wissen, dan do mhan des vatters halben sich in handlung einlassen wolt, hetten sie fernern bevelch, do aber nit, so were der ander weg angetzeigt, dan sie hetten den verstandt von Hg. Heinrichen, das er nit ferner wurde zu vermugen sein.

Ausschus: Man hett der baierischen rethe antzeig und die jetzt vorgeschlagene mittel, welche auch summarie widerholt und repetirt worden, vernhomen. Und zweivelten nicht, die Hgg. zu Baiern hetten sich aus pflichten, genedigem, gutem gemuet in diese underhandlung eingelassen. Sie, auch die underhändler, hetten nun mhermals verstanden, welcher gestalt unsere gnedigsten, gnedigen herrn und obern derhalben bevelch gegeben, dan wir wisten, daß ire chur- und fstl. Gnn. und sie auch nichts hothers begirig, dann das fried und ruhe im Reich erhalten und desselben wolfarth gefurdert wurde, und daß ire chur- und fstl. Gnn. und sie Hg. Heinrichs von Braunschweig kinder halben uff erliche und billiche weg zu handeln lassen nit ungeneigt. Was aber des alten person halben fur bedencken weren, solchs hetten sie zum thail auch vorstanden.

[216r] Nun horet man aber, das sie Hg. Heinrichs halben zu handeln anhielten und daruber andere mittel, noch weitluftiger dan die vorigen, vorschlugen.

Daraus soviel zu vermercken, daß sich die gantze handlung geendert, welches man sich aber nicht versehen, were auch der angebotenen gutlichen underhandlung und zuschreiben etwas ungemeiß. [216v] Darumb so muste mhan es dahin stellen, das wir den andern stenden von diesen dingen antzeig theten und, was uns in der underhandlung begegnet und furgelassen, berichtet[en].

Als haben die bairischen rethe gebeten, solches desto furderlicher zu geschehen, auf das sie wissen mochten, ob hoffnung auf diese mittel zu haben, mit bit, man wolt ire hern in deme entschuldigt haben, dan sie als underhendler nit mher thun konten, dann bei den partheien zu erheben sein wolt. Und sein also darauf voneinander geschiden<sup>8</sup>.

[217r] Antwort, so den bayerischen rethen und verordenten uff ir letzte furschlege von diesen stenden gegeben [1543 März 10]<sup>9</sup>: Sie wusten ungetzweivelt, als ire herrn, die Hgg. zu Baiern, unther der expedition, wider Hg. Heinrichen von Braunschweig furgenommen, umb gutliche underhandlung bey dem Kf. zu Sachssen etc. und Lgf. zu Hessen etc. angesucht, welchemassen dieselb iren fstl. Gnn. bewilligt und eingereumt worden were. Zudem das sie auch zuvorsichtlich von dem, was unser gnedigst und gnedige hern Sachssen und Hessen an sie, die Hgg. zu Bayern, und hinwiderumb Bayern ane ire chur- und fstl. Gnn. solcher underhandlung halben geschrieben, bericht hetten, also das dieselb underhandlung zu keinem malh ye anderst bewilligt und eingereumt worden, dan das sie uff Hg. Heinrichs kinder gericht und furgenomen werden solte.

Daruff dan auch Sachssen und Hessen ire rethe und verordenten mit genugsamem [217v] gewalt und bevelh abgefertigt, die sich in handlung neben den

<sup>8</sup> *Christoph von Carlowitz betrachtete in einem nicht datierten Schreiben an Hg. Moritz (Ende Febr./Anfang März 1543) die Chancen für einen Erfolg der bayerischen Vermittlungsaktion bei den Schmalkaldenern als äußerst gering: [...] Die ausgegebne uneinigkeit der zweier bruder von Baiern des von Brunswig halben sol nur zum schein von etlichen also ausgebreitet werden. Und es stehen Hg. Wilhelms gesanten, als Eck, Stockheimer und Seld, alle drey doctores, itzo alhier in gutlicher handlung zwischen den einigungsverwanten und gemeltem von Brunswig. Mich sehet es aber nit dafur an, das es des einen teils ernst sey, die sache durch diese underhendler vertragen zu lassen, sonder solche underhandlung wirt villeicht von inen darumb eingeraumt, das sie sich gegen die kgl. Mt. und ksl. commissarien weiterer verhor und handlung, dazu sich sunst ire Mt. und sie erbotten, mit desto besserm schein ze schutzen vermeinen. [...]. In: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 61rv (*

<sup>9</sup> *Das Datum dieser letzten Antwort des Ausschusses der Schmalkaldener an die bayerischen Unterhändler ergibt sich aus einem eighd. AV von Dr. Hieronymus zum Lamb (Überlieferung B, fol. 159r): 10. Martij ist uff obgemelten abschiedt den bayerischen rheten antwort gegeben worden, wie die in beiligender schrift, Nr. 28 gemerckt, zu end angehenckt. Uff welche antwort die bayerischen rhet sich vernemen lassen, sie weren der zufriden, wolten die an ire herren gelangen lassen und ferner handlung gewertig sein, sich auch versehen, disse stende wurden sich in die sachen dermassen schicken, daß man möchte spuren, daß sie zu ruhe, fried und einigkheit lust etc.*



andern der stende verordneten darauf eingelassen. Und von inen, den unterhandlern, verstanden, do diesen stenden beschwerlich sein wurd, die handlung uff Hg. Heinrichs person zu richten, das sie dan der kinder halb bevelh, auch mittel und furschleg hetten, welche sie dan auch alsald furgeschlagen und angezcaigt hetten etc.

Dieweil sie aber durch die verordenten zu dieser gutlichen handlung seiderher vermarckt, das sich ire furschlege geendert und uff Hg. Heinrichs person endlich, ungeachtet vorergangner handlung und eingereumpter guett, aus ir, der underhendler, erzelten ursachen gericht werden will, so wissen dise stend inen, den bairischen rethen und verordenten, nit zu vorhalten, dieweil man davon, wie man sich dan desselben in der handlung viel maln [218r] vernemen lassen, nit bevelh hetten, so wolt die notturft erfordern, solchs zuruck gelangen zu lassen, sich bescheids zu erholen<sup>10</sup>. Was dan fur antwort und bevelh widerum-

<sup>10</sup> *Die Schmalkaldischen Bundesstände, vor allem auch die Städte, berieten eifrig, welche Lösung für das eroberte Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel anzustreben sei. Beobachtungen dazu finden sich in einem Bericht der Augsburger Gesandten Jörg von Stetten und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg vom 6. März 1543: [...]* Darbey ist es zu disem mal bliben und unsers kleinfuegigen verstands ist diser punct seer hochwichtig mit grossem ernst und vleyß zu bedencken, was gemeynen stenden zu thuen oder nit. Dann einmal das landt in die harr [= auf die Dauer] zu erhalten, das wurd mit grosser mue, arbeit, kosten, gefar und sorgen muessen geschehen. Am andern, so haben die stendt, bevorab die stett, desselben khain nutz, auch unsers erachtens und sovill wir bißher noch in der sachen befunden, alledieweyl man das land in sorgen und verwarung halten mues, ist sich kheines uberschuß zu versehen. Am dritten ist zue zweiveln, ob man auch befuegt sein werdt, der ksl. Mt. und des Reichs lehen, on ir wort und wissen und vorgeendt recht mit der gethat eingenommen, in die leng also dasselb dem lehenherren und lehenserben vorzuhalten, auf den val, wa dise stendt mit iren spruch und forderungen, dieweyl auch nun Hg. Heinrich aus dem land ist, sollten an das ordenlich recht gewisen werden. Am vierten, ob und so sondere stendt weren, denen aus ainer oder den andern ursachen aller vertrag entlegen, sonder vil lieber die sachen also anhangen und unverricht sehen wolten, was dennocht den erbarn stetten hierinn zu bedencken, zu thuen oder zu lassen sein wolt, auf den fallen, da Goßlar und Braunschweick der beschwarden, darumb sich diser krieg erhebt, erledigt, diß kriegskosten versicherung und der sachen halben alles auf erbare und leidenliche mittel gebracht werden möchten. Und wann sollichs alles abgeschlagen und nit angenommen werden wolt, ob es nit allerlei unglimpf, nachred und gedencken diser stendt halben geperen mocht, bevorab der stett halben, so es an der pillicheit zu fridlicher hinlegung diser sachen an disen stenden erwunden haben sollt. Wir wissen auch euer Ft. nit zu bergen, das die wirtenbergischen, so sich hievor vernemen lassen, ain mittel zu finden, das land den sonen einzureumen und sy in die verstandtnus zu nemmen etc., auch davon gefallen und jetzo sagen, das nit anderst dann mit Hg. Heinrichs person selber zu handeln sein woll, also das wir darfur halten, das sider gehaltenem tag der fursten zu Dillingen diß alles erst in das werck gebracht. Was nun des braunschweickischen vertrags und des angesetzten tag halben [1543 April 1] bey den einigungsstenden ferrers gehandelt und beschlossen wurd, das bleibt euer Ft. unverhalten. Diß haben wir

ben einkomen wurd, das sollt inen, den rethen und verordenten, unvorhalten pleiben, mit biett, das sie ob dem vorzug kein beschwerung tragen, noch es dahin vorstehen wolten, das sie zur handlung nicht lust oder willen hetten, sonder das inen an bevelh mangelte.

245 *Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener zum Vermittlungsvorschlag der bayerischen Unterhändler vom 1. März 1543<sup>1</sup> – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 zwischen März 1 und März 10)*

- A *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/4, fol. 71r–79v (Kop.); AS fol. 71r: Copei der cristlichen ainungsvorwandten stende ausschus bedencken der underhandlung halben mit Braunschwig und sonderlichen, wahrumb Hg. Heinrich nicht widerumb ins landt zu nehmen etc. 1543.*  
 B *Frankfurt ISG, Reichssachen II 965, fol. 160r–164r (Kop.).*  
 C *Straßburg AVCUS, AA 511, fol. 36r–42v (Kop.); ÜS fol. 36r: Bedencken der sachsichen und hessischen, warumb Hg. Heinrich nit einzulassen.*  
 D *Stuttgart HStA, H 55, Bü. 78, unfol. (Kop.).*

Es haben der aynungsvorwandten stend rethe, gesandten und bottschaften etzliche aus inen zu der underhandlung, welche der Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen den Hgg. zu Baiern Hg. Hainrichs von Braunschweigs kinder halben vor der zeit eingereumt und dero sich auch die bayerischen rethe alhie zu Nurmberg unternomen, verordent, welche den stenden nach der leng referiert, was in etzlichen vorgangenen tagen von den baierischen rethen furgeschlagen und von inen widerumb geantwort worden.

Und dieweil der letzt der baierischen furschlag uff denen zwayen <sup>a</sup>wegen und mas<sup>a</sup> berouhet hat, nemblich das sich Hg. Hainrich des furstenthumbs Braunschweig nit vortzyhen, zum andern, das sich auch desgleichen die kinder nit wurden bereden lassen, das furstenthumb ane den vatter anzunehmen, ferners inhalts derselben endtlichen furschlege, welche in der vorzcaichnuß [Nr. 244] hieneben lenger begrieffen sein, so haben sich die verordenten gemeiner stend uff solche entliche vorschlege in nichtzit weiters kondten begeben, sonder die

---

furgeschriben, euer Ft. sich desto zeitlicher und statlichen haben daruber zu bedencken. [...] In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, (Ausf.)*.

---

<sup>a-a</sup> In BCD: maximis.

---

<sup>1</sup> Am 1. März erfolgte der letzte Vorschlag der bayerischen Unterhändler zur Regelung der Verhältnisse in Braunschweig-Wolfenbüttel: siehe Nr. 244 zum 1. März, fol. 213r–215v. Eine Antwort auf den bayerischen Vorschlag, die auf Rückfragen und Verzögerung hinauslief, wurde vom Ausschuss der Schmalkaldener auf Basis des hier abgedruckten Gutachtens (Nr. 245) beraten und den bayerischen Räten am 10. März 1543 mitgeteilt (Nr. 244, fol. 217rv).

an die aynungsvorwandten gelangen lassen, ir ferner nodturft darinnen wissen zu bedencken.

Darauf haben sich die reth und verordenten aller vorergangner handlung und sonderlich der antwort baiden chur- und fursten Sachssen und Hessen, den baierischen geschickten zu Braunschweig [*Bundestag 1542 Sept.*] uff ir anbringen und bytten der gutlichen handlung halber gegeben, auch was ire chur- und fstl. Gnn. sonderlich<sup>b</sup> an die Hgg. zu Baiern geschrieben und von inen widerumb fur antwort empfangen, erinnert. Und daraus noch nit anderst befunden, dan das solche gutliche handlung allein Hg. Heinrichs kinder halben eingereumt und bewilligt worden sey, wie sich dan die verordenten der stendt desselben vor den baierischen rethen oftmals erclert und sie sich darauf der kinder halben albereit in handlung eingelassen und mittel furgeschlagen hetten, also das die stend nit erachten mogen, woher sich diße sachen uber alle vorgepflogne handlung geendert und in ein anderen standt gericht haben. Und damit die stend der ursachen, aus denen Sachssen und Hessen die handlung uf die kinder und nit uff Hg. Heinrichs person eingereumt, auch bericht wurden, so sollen sie erstlich vernehmen, das ire chur- und fstl. Gnn. nit konden fur nutzlich bedencken, es werde die versicherung uff das bestendigst gegeben, versprochen und zugesagt, wie sie immer wollten, das Hg. Hainrich widerumb zu dem land gelassen werden solt.

Dan welchermassen er, Hg. Hainrich, seiner eltern, auch sein selbst gegeben brieff und siegel in viel weg verprochen und die nicht gehalten hab, das ist aus deren von Goslar und Braunschweig oft beschehen klagen und antzaigen vormerckt worden, zudem das auch sein leichtfertigkeit und das er weder trauen noch glauben halt aus nachgemelten fellen erscheint:

*Gefangennahme und Ermordung des Goslarer Gesandten Dr. Dellinghausen auf der Heimreise vom Augsburger Reichstag 1530<sup>2</sup>. In Missachtung der in Regensburg*

---

<sup>b</sup> In BCD: seitdther.

---

<sup>2</sup> Die Stadt Goslar führte seit Sommer 1539 mit Unterstützung des Lgf. von Hessen einen Prozess gegen Hg. Heinrich d.J. in der *Causa Dellinghausen*, dem RT-Gesandten Goslars in Augsburg 1530. Er war auf der Heimreise von Augsburg im Auftrag Hg. Heinrichs gefangen genommen und in der Gefangenschaft ermordet worden. Dr. Friedrich Reifsteck und der hessische Rat Dr. Johann Fischer vertraten die Interessen Goslars in diesem Prozeß am RKG. In Folge der Goslarer Klage erhielt Hg. Heinrich Ende 1539 ein Purgationsmandat des RKG, dem er nicht nachkam. Am 25. Okt. 1540 wurde Goslar vom RKG in die Acht erklärt; diese wurde jedoch – ebenso wie die Acht gegen Minden – vom Kaiser am 28. Jan. 1541 in Regensburg suspendiert und diese Suspension am 28. Juli 1541 vorläufig verlängert. Zur *Causa Dellinghausen* und ihren Folgen am RKG siehe: G. BLUME, *Goslar und der Schmalkaldische Bund*, S. 17f und S. 60–75; O. HEINEMANN, *Geschichte von Braunschweig und Hannover*, Bd. 2, S. 346. Zum Stellenwert der Auseinandersetzung zwischen Hg. Heinrich von Braunschweig und den Städten Goslar und Braunschweig für den Schmalkaldischen Bund siehe: G. HAUG-MORITZ, *Der Schmalkaldische Bund*, S. 200–

1541 und in Speyer 1542 erlassenen ksl. und kgl. Befehle und trotz der ksl. Suspension der Goslarer Acht setzte Hg. Heinrich seine Politik der Unterdrückung und der tätlichen Angriffe gegen die Städte Goslar und Braunschweig fort. So blieb diesen Städten mit Unterstützung der Schmalkaldener nur mehr der Weg der Selbstverteidigung offen.

Solt man dan Hg. Heinrich widderumb in das landt lassen, so erkenth man sein bose und untreu art so gewislich, das er keinen glauben halten, brieff, sigel, zusagen und versprechen verbrechen, und kommen dardurch diese stende widerumb in diese grosse last und beschwerung, dardurch sie sich itzo selbst mit grossen kosten erledigt und erredt haben.

Durch die Publikation von Schmähchriften attackierte und verleumdete Hg. Heinrich mehrfach den Kf. von Sachsen und den Lgf. von Hessen<sup>3</sup>. Auch habe er sein vor Jahren gegebenes Versprechen, Hg. Ulrich von Württemberg wieder zum Besitz seines Fürstentums zu verhelfen, nicht eingehalten und zum Nachteil des württembergischen Herzogs agiert. Das beweise neben vielen anderen Vorkommnissen, dass der Braunschweiger Herzog nur seinen Vorteil im Auge habe und Zusicherungen und Bürgschaften nicht einhalte.

Die bei der Eroberung Wolfenbüttels von den Schmalkaldenern vorgefundenen Akten und Briefe aus dem Archiv Hg. Heinrichs<sup>4</sup> hätten die kriegerischen Pläne Hg. Heinrichs gegen Kursachsen und Hessen und ihre Verbündeten ans Tageslicht

---

202; G. SCHLÜTTER-SCHINDLER, *Der Schmalkaldische Bund*, S. 179–181, S. 199–236; F. PETRI, *Herzog Heinrich d. J. von Braunschweig-Wolfenbüttel*, S. 143–147; S. IBLEIB, *Philipp von Hessen, Heinrich von Braunschweig und Moritz von Sachsen*, S. 1–6.

<sup>3</sup> Zu der mit publizistischen Mitteln (Flugschriften) ausgetragenen Fehde der Kontrahenten, welche dem braunschweigischen Feldzug voranging und ihn begleitete, siehe: G. BLUME, *Goslar und der Schmalkaldische Bund*, S. 69–71; G. HAUG-MORITZ, *Der Wolfenbütteler Krieg des Schmalkaldischen Bundes*, passim; O. HEINEMANN, *Geschichte von Braunschweig und Hannover*, Bd. 2, S. 353–358.

<sup>4</sup> Es handelt sich um die sogenannte „Schmalkaldische oder braunschweigische Aktenbeute“, welche den Eroberern Einsicht in die geheimsten Pläne des braunschweigischen Herzogs bot und die Intrigen zahlreicher Fürsten, Diplomaten und Politiker (z. B. Hgg. von Bayern, bayerischer Rat Dr. Johann Weissenfelder, Nicolas de Granvelle, Matthias Held) aufdeckte und sie moralisch kompromittierte. Siehe: J. LAUCHS, *Bayern und die deutschen Protestanten*, S. 245f. Dr. Leonhard von Eck war empört, als er nach seiner Ankunft in Nürnberg erfuhr, welche brisanten Informationen den Schmalkaldenern in die Hände gefallen waren. So schrieb er am 24. Jan. 1543 an Hg. Wilhelm von Bayern: [...] In summa alle oder die meysten anschleg und handlungen, so wider sy [= die Schmalkaldener] gehandelt worden sein, haben sy durch Wyssenfelders und Dr. Helden schriften in iren henden. Und ist thorlich gehandelt, dergestalt zu sehen, und das er solch schriften nit abgethan oder in seinem abziehen zerrissen hat. [...] In: *München HStA, KBÄA 2030, fol. 174r–175v, hier fol. 175r (Ausf. v.d.Hd. Ecks)*. Am 28. Jan. 1543 ereiferte sich Dr. Eck nochmals gegenüber Hg. Wilhelm: [...] Was ye in dieser pundtnus [= Nürnberger Katholischer Bund] gehandelt und gerathschlagt worden, ist in dieser leut hende, und sonderlich hat sich Hg. Heinrich pei dem kayser angepotten, das ime der kayser gelt

*gebracht und gezeigt*, das sein gemuth gestanden ist, diese stend zu ubertziehen und also krieg und unrue anzurichten. Dartzu findet man auch aus den schriften in Wolffenbittel, das er ime furgenommen, sein religion zu handhaben, daruber sein leib und vormugen uftzusetzen und aller gefharr zu erwarten.

Solt nun Hg. Heinrich widerumb ins land genohmen werden, so wurde er sich seine vorige religion zu furdern und dieser stende lehr und ceremonien auszurotten und zu vortilgen understeen, zu viler guthertziger leuth grosser beschwerung.

Welchermassen dan Hg. Hainrich in viel weg die ksl. Mt. an irer hocheit, reputation, ehr, glimpf und achtung angegriffen, dieselbig geschmehet, verkleinert und verletzt, desgleichen die kgl. Mt., als das er anzcaigt, der kayser werdt zu lang langsam sein, bis sie alle von irer christlichen religion getrungen und umb alles, das sie haben, komen werden. Item, wan der kayser des Reichs auch irer religion ehr, nutz und wolfarth als wol als seine aigne sachen betrachten, so wurd es im Reich besser zugehen. Item, wie hoch er die ksl. Mt. und kgl. Mt. rethe geschmecht, das alles haben die stend aus verlessnen schriften auch wol vermarckt. *Um Goslar zu schaden, schonte er selbst seinen engsten Verbündeten, den Kf. von Mainz, nicht und ließ dessen Kloster Alberode niederbrennen. Wenn der Herzog selbst den Kaiser, den König und seinen engsten Verbündeten nicht schone, wie soll er dann auf die evangelischen Stände, seine Feinde, Rücksicht nehmen und wer sollte ihm Glauben schenken?* Zudem so hat Hg. Hainrich seine arme leut, desgleichen sein adel und andere also hoch beschwerdt, das sie sich dieser expedition erfreut und Got dieser erledigung gedanckt haben.

Solt man nhun diesen tyrannen widder ins land komen lassen und er die ding dermassen erfarn, so wurt den armen leuthen der vorige last noch beschwerlicher uber den halß gericht, welches diesen stenden weder vor Gott noch der welt loblich sein wurde. Aus diesen und andern mehr ursachen kondten ire chur- und fstl. Gnn. nicht finden, das die gutliche handlung uf Hg. Hainrichs person zu bewilligen nach derselb in das landt gelassen werden solt.

Nachdem sich aber die handlung der bayerischen uber alle vorgeende sachen vorendert und also nunmehr uff den endlichen furschlegen steet, so haben sich des churfursten und landgrafen rath ires bevelhs dahin erclert, das sie all und yde ergangen handlungen an ire gnedigist und gnedige hern musten gelangen lassen, wie dan auch die andern rethe, gesandten und pottschaften gleicher gestalt zu thun entschlossen haben<sup>5</sup>.

furstrecke, welle er den churfursten *[von Sachsen]* verjagen. [...]. In: *München HStA, KBÄA 2030, fol. 172r–173v, hier fol. 172r (Ausf. v.d.Hd. Ecks)*.

<sup>5</sup> *Bgmm. und Rat von Augsburg bezogen am 8. März 1543 in ihrem Schreiben an Jörg von Stetten, Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingen Stellung zum bayerischen Vorschlag vom 1. März und wiederholten ihre Aufforderung an die Gesandten, sich nicht von den anderen Schmalkaldischen Bundesverwandten abzusondern: [...] Der bairischen und wirttembergischen furschlege, uff Hg. Heinrichs von Brunschwig aigner person*

Und soll mitler zeit uff die antwort gedacht werden, wie man dise der bayerischen underhandlung in suspenso bis zu der ksl. Mt. ankunft pleiben und die sachen dieser zeit aus iren handen nit gelassen werden, dan es seind etzliche aus diesen stenden im hohem vertrauen berichtet, das es die ksl. Mt. selbst dafür achtet, das friedt und ruhe bey diesem menschen, do ime das landt wider eingethan werden solt, nicht besteen mochte.

246 *Gutachten der Straßburger Gesandten Jakob Sturm und Michel Han zum Vermittlungsvorschlag der bayerischen Unterhändler vom 1. März 1543 – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 zwischen März 1 und März 10)*<sup>1</sup>

*Straßburg AM, AA 511, fol. 43r–44r (Reinschr. v.d.Hd. Sturms); ÜS fol. 43r: Unser, der straspurgischen gesanten, bedencken uff disen reichstag.*

*Druck: O. WINCKELMANN, Politische Correspondenz, Bd. 3, Nr. 330, S. 346f.*

Es ist woll war, wan es zu erheben, das es vill besser und disen stenden rumlicher were, das man mit Hg. Heinrichs kindern ein vertrag ingieng, denselben das land wider zustelte und nit ime, Hg. Heinrichen. Derhalben wir auch raten, das man erstlich darob halte.

Wir bedencken aber daneben, das nit woll die sach mit den kindern khan versichert werden, als das man des alten sicher sey. Soll man dan mit dem alten furt und furt in uneinigkeyt und sorgen steen, will den stetten und iren wandernden und werbenden leuten beschwerlich und zum hochsten gefeherlich

einkumens in das land gestellt, haben wir uns nit versehen, dann wir hievor anders darvon gehört, darumb es auch die sachsichen und hessischen räte befrembden mag. Will uns die vertragshandlung fast fur weitleuffig ansehen. Und ob sich gleich die sach bis uff Quasimodogeniti [1543 April 1] zu der kgl. Mt. selbs underhandlung verzeucht, so synd doch die mittel der vergleichung also geschaffen, das sich der fursten halb schwerlich aines ußtrags zu verhoffen, ob es gleich den stetten not und gut, wie es dann gewießlich were, daß die sach iren ußtrag het. Gott gebe, er keme in das land oder plieb drussen, einmal wollten wir gern einen vertrag sehen, doch mit ainhellikait oder mit dem mehrer unsers tails willen, darvon wir uns nit sondern werden. Und mysen die erbern stet diser bintnus selb, auch ir und gemeiner stent notorft bedencken, aber keynswegs von andren sondern [letzter Satz v.a.Hd.]. [...] In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.)*.

<sup>1</sup> *Die Straßburger Gesandten kamen zu einer vom Ausschuss der Schmalkaldener abweichenden Meinung, wie den bayerischen Vermittlern in Bezug auf die Restitution Hg. Heinrichs zu antworten sei. Zur Datierung des Gutachtens siehe Nr. 245, Anm. 1. Ähnlich wie die Straßburger Räte argumentierte der Frankfurter Stadtadvokat Dr. Johann Fichard in seinem Gutachten (Nr. 256). Die RT-Gesandten Frankfurts wiesen in ihrem Schreiben an Bgm. und Rat vom 18. März 1543 (in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol., Ausf.) deutlich auf die Unterschiede zwischen der kursächsisch-hessischen Argumentation (Nr. 245) und jener der oberländischen Städte (z.B. Straßburgs: Nr. 246) hin.*

und schedlich sein der plackereyen halb, die nit allein er, sonder auch ander leut uff und in seinem namen thun mögen; zudem, das er mit dem rechten uff der acht volfaren mog etc.

Derhalben gedencken wir, wo die weg mit den kindern nicht mochten gefunden werden, das die handlung des alten halb nit abzuschlagen wer, domit man der sach einmall zu rug und fridden khäme. Des churfursten und landtgraven hievor ingefhurte argument [*Nr. 245*] stend vest daruff: Erstlich, ime sey nit zu vertrauen, er werd khein glauben halten. Nun ist es war, wen man im das land uff sein glauben und trauen ingeben solt, das es mißlich und torlich [= *töricht*] were. Man khunt aber im die negel also beschneyden, das, wan er schon nit glauben halten wolt, das er nit möcht [= *mächtig sei*].

Man khunt im die vestungen im land abthun und inbinden, das er sy sin leben lang nit bauen solt. Die landschaft must nit allein ime, sonder disen stenden oder yemants, dem man vertraut, mit ime geschworen sein. Sine besten freunt und daruff er sich verlassen möcht, musten mit ime verschriben sein, im fall, so er die conditiones nit hielt, das sy im nit allein nit beholfen, sonder auch disen stenden beholfen sein solten. Item, das ksl. und kgl. Mtt. die reichtung [= *rechtliche Schlichtung*] confirmierten, also wo er nit hielt, das dise stend sich selbs schirmen und bey dem vertrag hanthaben mochten und domit nit wider ir Mtt. oder den landtfridden handleten etc. Mit diser oder derglichen conditionen, so in diser eyl nit angezeygt, sonder mit gutem, zeytigem rhat bedacht möchten werden, khonte man ime die klowen also beschniden, das er nichts anfahen mochte oder, so er es anfieng, daruber erligen müst. Wolt er dan solche conditiones nit ingeen, hett man mher füge die restitution abzuschlagen, dan man hett, die handlung mit ime zu waygern.

Das dan angezogen wurt, so man im das land wider gebe, wurd er die bebstisch religion wider uffrichten<sup>2</sup>, das ist unsers achtens khein genugsam ursach, im das land vorzuhalten, dan es ist auch nit die ursach, darumb man es ingenommen, sonder, wan den beyden stetten Goslar und Braunschweig ein billicher vertrag begegnet und disen stenden ir kosten erstattet und furkhomen, das man khunftiglich nit gleiche gewaltsame von im leyden muste, so hetten wir khein anspruch an das lande oder die underthanen, die sein stamlehen und ksl. Mt. und des Hl. Reichs eygenthumb. Gieng uns nichts ane, wie die religion in solch land uffgericht, dan allein sovill wir mit fugen und gutem willen wenden oder verhuten möchten. Dan sonst möchten wir auch einem andern papistischen fursten das land nämen und das volck zu unser christlichen religion bringen und dem, so es ingehebt, verhalten. Gleicher gestalt ist es mit dem last,

---

<sup>2</sup> Dieses Argument findet sich im Gutachten der Schmalkaldener (Nr. 244). Nach der Eroberung von Braunschweig-Wolfenbüttel hatten Kursachsen und Hessen sofort mit der Einführung der Reformation im Herzogtum begonnen. Siehe dazu: E. WOLGAST, *Die Einführung der Reformation*, S. 163–171.

den er sein armen leuten ufflegen wider wurde; des mag man, sovill moglich, in der rechtung furkhomen, halt er es nicht, stett uns nit zu verantworten.

So sind auch ander sine böse thaten nicht genugsam ursach, im das land vorzuenthalten, dweyl wir nit sein oberkheyt oder richter, sonder die ksl. Mt. ist [*es*], der man es anzeigen mog. Will die in nit straffen, gebirt uns dorumb nit die straff etc.

247 *Supplikation des braunschweigischen Kanzlers Dr. Johann Stopler an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare wegen Restitution Hg. Heinrichs von Braunschweig – verlesen Nürnberg, 1543 Febr. 27/März 3<sup>1</sup>*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 581r–588v (Kop.); AV fol. 581r: Lectum in consilio statuum catholicorum 27. Februarij anno 43. Praes. 27. Februarij anno 1543.*
- B *München HStA, KBÄA 3159, fol. 241r–247r (Kop.); AS fol. 241r: Hg. Heinrichs von Praunschweigs cantzlers ubergene supplication an die röm. kgl. Mt. und ksl. comissarien seins abgedrungen furstenthumbs halb. AV fol. 242r: Lectum Nurmberg, 3. Martij post meridiem anno praesenti.*
- C *Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2275, fol. 248r–258v (Kop.); AS fol. 248r: Supplication Hg. Heinrichs von Braunschweig cantzelarii an die röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien. Lectum 3. Martij anno 43.*
- D *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 190r–198v (Kop.); DV fol. 198v: Copei Hg. Heinrichs von Braunschwigs cantzler supplicationschrift wider meine gnedigsten herrn, den Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen, und irer chur- und fstl. Gnn. ainungsverwanten, der kgl. Mt. und ksl. comissarien uff dem reichstag zu Nurmberg ubergaben, darin er seinen hern, Hg. Heinrichen, mit vielen schmachworten, so er wieder Sachssen und Hessen und die einungsverwanten ausgangen [= *ausgehen hat lassen*], zu restituiren bittet. 1543 den letzten [28.] Februarij Nurmberg.*
- E *Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 25, unfol. (Kop.); ÜS: Suplicacion an die röm. kgl. Mt. und ksl. comissarien, durch Hg. Heinrichen von Braunschweyg etc. cantzler uff jetzigem reichstag zu N. gethon. Marg. AV: Lectum den dritten Marcij anno 1543.*

Euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. werden one zweiffel aus den offenbaren geschichten und allen verlaufen hendeln vernomen haben, wasserlay gestalt der Kf. von Sachssen und Lgf. von Hessen sich understanden haben, den durchleuchtigen, hochgebornen fursten und herrn, H. Heinrichen, Hg. zu Braunschweig und Luneburg etc. den jungern, mit vilen gehessigen, erdichten und geheuften ausgegangen schmeheschriften und vilerlai abdrucken wider

<sup>1</sup> *Am 27. Febr. 1543 wurde die Supplikation Stoplers vor den katholischen Reichsständen verlesen, am 3. März 1543 erfolgte die nochmalige Verlesung des Aktenstücks zum Zweck der Abschrift durch alle Reichsstände. Siehe das Würzburger Protokoll zum 27. Febr. und zum 3. März 1543 (Nr. 81, fol. 10r, fol. 11r).*



Got, ehre und recht, an guten sitten, leymunt und herkomen, one das seine fstl. Gn. inen darzu ainiche ursach gegeben, zu schmehen und ze iniuriern<sup>2</sup>, welches bisher under den fstl. heusern nit herkomen noch gehort worden ist; zu was fromen und exempel anderer haben euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. nit unleichsam zu ermessen. Dann ye die unlaugenbarliche warhait, das zuvorn zwuschen hochgedachtem meinem gnedigen hern und inen kain sonderliche feindschaft, getzengk und widerwill furgangen oder gewesen ist, noch das sein fstl. Gn. mit inen lande und leute halben zu thun gehabt, es were dann, das sie iren gnugsamlich erwisnen neid, haß und hochmut hieraus geschopft und genomen hetten, wie es dann an ime die lauter warhait, das seine fstl. Gn. sich auf bemelter widerwertigen an sie vilfeltige beschehne practicirung und handlung von unser alten, waren, christlichen religion und geburenden gehorsam gegen ksl. und euer kgl. Mtt., auch dem Hl. Röm. Reich, nicht begeben noch ire bundtnus annemen wolten, wie seine fstl. Gn. auch ze thun nit gewust. Dann als sie sich auf der ksl. und euer kgl. Mtt. gnedig erfordern, denselben zu underthenigem gefallen, allem erbarlichem, fridlichem wesen zugut in die christlichen bundtnus<sup>3</sup>, welche höchstermelte ksl. und euer kgl. Mtt. mit etlichen Kff., Ff. und stenden des Reichs, auch seinen fstl. Gn. vor jarn aus fridlichem, gutigem ksl. und kgl. gemut zu erhaltung unserer waren, christlichen religion, fridens und rechtens im Hl. Reich und gemachter fridlicher anstend und abschide aufgericht, eingelassen, haben sie seither derselben zeit nicht gefeiert, sonder mit allem embsigem vleis getrachtet und practicirt, wie sie hochgedachten meinen gnedigen herrn und seiner fstl. Gn. kinder ires lands und furstenthumbs, ksl. und des Reichs lehen vertreiben und entsetzen möchten.

Derwegen sein fstl. Gn. erstlich getrungen worden, das sie zu errettung irer ehren und darthuung irer unschuld der gegenteil unerfindtliche, erdichte schmeheschriften haben offentlig ablainen und verantworten müssen, wie dann solches aus gutem, bestendigem, gnugsamen grund von seinen fstl. Gn. beschehen ist, dessen sie doch sunst, wo es hette one verletzung irer ehren sein können, zu ehren des fstl. namens viel lieber uberig gewesen weren. Volgends auch haben sie sich solcher zugefugten, ungutlichen beschwernussen auf negstgehaltne regenspurgischem reichstage vor ksl. Mt. beclagt und sich auf ir Mt. zu gleich ehre und recht erbotten, wie dann sollichts seiner fstl. Gn. schriftlich vor irer Mt. einkomen erbieten allenthalben mitbringt [RTA JR Bd. XI, Nr. 258], des versehens, die mehrbemelten gegenteil wurden dasselbig

<sup>2</sup> Zum Flugschriftenkrieg zwischen Hg. Heinrich und den Bundeshauptleuten des Schmalkaldischen Bundes siehe Nr. 245, Anm. 3.

<sup>3</sup> Nürnberger Bund, am 10. Juni 1538 als Bündnis katholischer Stände im Gegensatz zum protestantischen Schmalkaldischen Bund gegründet. Siehe dazu: J. LAUCHS, *Bayern und die deutschen Protestanten*, S. 104–156, S. 232–235; V. PRESS, *Die Bundespläne Kaiser Karls V.*, S. 69f.

als billich auch angenommen haben, wellliches doch von inen nit beschehen. Als aber domals die ksl. Mt. mit Kff., Ff. und stenden des Reichs zu verrichtung des hochnottwendigen wercks wider den erbfeind der christenhait, den Turcken, ainen gemainen friden im Reich auf der widersacher selbst sollicitirn und anhalten aufgericht, auch etliche acht und processen an irer Mt. und des Hl. Reichs camergericht suspendirt<sup>4</sup>, hat mein gnediger herr sich in disem nit anderst, dann ainem one rhum gehorsamen und fridlichen fursten geburt, gehalten, seiner fstl. Gn. geburende anlage wider den Turcken erlegt, sich auch aller ding fridlich bewisen.

*Trotz der rechtskräftig erklärten Acht gegen die Stadt Goslar und trotz der Verstöße der Stadt Braunschweig gegen ksl. Mandate ging der Herzog nicht gegen die beiden Städte vor. Vielmehr befahl er seinen Untertanen nach dem Regensburger Reichstag von 1541, der Stadt Goslar die Zufuhr von Lebensmitteln und sonstigem Bedarf nicht zu sperren.*

Dergleichen, als solcher fridstandt auf oftbemelter widerwertigen ferner anhalten und sollicitiren auf jungstgehaltne reichstage zu Speier widerumb verneuet worden [RAb Speyer 1542: RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 130], hat mein gnediger herr sich demselben und allem anderm, in solchem abschid begriffen, gemes gehalten, seiner fstl. Gn. auferlegt kriegßvolck zu roß und fuß wider den Turcken nach Wien abgefertigt und dasselbig mit guter betzalung one allen mangel die gantzen zeit uber underhalten, auch etlichen iren dienern dahin zu ziehen erlaubt und sich gegen meniglich fridlich gehalten. Anderst wirdet von seinen fstl. Gn. nyemands mit grund und der warhait sagen mögen, der zuversicht, die widersacher wurden sich dergleichen gegen seinen fstl. Gn. auch fridlich gehalten haben.

*Obwohl der Herzog mehrmals Gelegenheit hatte, die Acht gegen Goslar in die Tat umzusetzen, habe er auf Bitten des Kaisers und des Königs und zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens im Reich seine Rechte und Interessen hintangestellt. Die Vorwürfe der Gegner Hg. Heinrichs betr. sein Vorgehen gegen Goslar und Braunschweig entbehren jeglicher Grundlage. Obwohl die ksl. Suspension der Acht und die kgl. Prorogation für den Herzog rechtlich nicht bindend seien und er der Aufhebung der Acht nicht zustimmen werde, ging er gegen die beiden Städte nicht mit Strafmaßnahmen vor. Goslar wurde an der Einhebung des Zehnten und anderer Einkünfte nicht gehindert, die Besitzrechte der Stadt an den Bergwerken wurden respektiert und die Zufuhr von Lebensmitteln ermöglicht. Trotz dieser entgegenkommenden Haltung Hg. Heinrichs richteten die Bewohner Goslars in seinen Forstbesitzungen erhebliche Schäden an, gingen gegen seine Förster und Diener tötlich vor und nahmen diese gefangen. Der Herzog habe diese Angriffe nicht geahndet und auf Verteidigungsmaßnahmen verzichtet. Der Hass seiner Gegner führte aber schließlich dazu, dass Kursachsen und Hessen mit ihren Anhängern*

<sup>4</sup> Suspendierung der Acht gegen Goslar und Minden durch Karl V. auf dem Regensburger RT 1541.

*während des Türkenzuges sein Herzogtum angriffen. Trotz der Entsendung einer Reichsgesandtschaft zu den Kriegsfürsten im Sommer 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 125–132) und trotz der Pönalmandate des Reichskammergerichts setzten die Feinde die Eroberung des Herzogtums fort, vertrieben den Herzog und einen Teil seiner Kinder, führten die neue Religion ein, verjagten die Geistlichen und konfiszierten ihre Besitzungen. Zwei Söhne des Herzogs werden wie Gefangene gehalten, ihr Lehrer und ihre Diener sind Misshandlungen ausgesetzt. Alle diese weithin bekannten Untaten sind den Druckschriften des Herzogs zu entnehmen. Durch das sträfliche Vorgehen der Gegner erleide nicht nur die Autorität des Kaisers, des Königs und der Reichsstände einen Abbruch, sondern es entstehe auch großer Schaden für die christliche Religion.*

Demnach ist an euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und G. mein underthenigst, underthenig und vleissig bitte, euer kgl. Mt., fstl. Gnn. und Gg. wollen die grösse diser handlung und was ferner daraus ervolgen, das auch kein trau, glaub noch ainiche handlung bestendig sein, bleiben und yemands darauf sich verlassen möge, mit bestem vleis bedencken und ain sollich statlich einsehens haben, damit die ehre des Allmechtigen gefurdert, der ksl. und euer kgl. Mtt. hochhait, euer fstl. Gnn. und G., auch der Kff., Ff. und stende des Reichs achtung und auctoritet, gepflogne handlungen, aufgerichte fridstende und abschide nicht veracht und <sup>a-</sup>den yetzigen<sup>-a</sup> uberfarern noch andern kain ursach zu weitterer ungehorsam und verachtung gegeben werde, auch hochgedachtem meinem gnedigen hern und seiner fstl. Gn. kindern durch wirckliche hilf und mittel zu iren abgetrungen landen und leuten, auch was seinen fstl. Gn. durch die widerwertigen mit iren aufrurischen gewaltthatten entwendet worden, sampt erstattung erlittnen schadens widerumb zum furderlichsten verhelfen und nit zusehen, das seiner fstl. Gn. lande und leute, die sie von ksl. Mt. und dem Hl. Reich zu lehen empfangen und gegen denselben bisher, als ainem gehorsamen und getreuen fursten zusteet, yederzeit verdienet und das hinfuran zu verdienen willig sein, in der fridbrecher hende und gewalt lenger bleiben, sonder seinen fstl. Gn. dieselben einreumen und dabei schutzen und handthaben und gegen den fridbrechern sich also ertzaignen, das allen andern ain offenbar exempelp gegeben werde. Alßdann sollen die ksl. und euer kgl. Mtt., euer fstl. Gnn. und Gg. sampt den andern Kff., Ff. und stenden des Reichs hochgedachts meines gnedigen herrn, Hg. Heinrichs nicht minder, dann wie seine fstl. Gn. sich hievor mehrmals erbotten, zu ehrn, recht und aller billiheit mechtig sein.

---

<sup>a-a</sup> In DE: ein jeglichem.

248 *Supplikation Bf. Valentin Tetelebens von Hildesheim an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare – dem König übergeben Nürnberg, 1543 Febr. 25/verlesen im Reichsrat Febr. 27/abgeschrieben Febr. 28/März 1<sup>1</sup>*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 590r–607v (Kop. mit Beilagen); DV fol. 606v: Hildeshaim [supplication], gemainer reichßversamlung umb irn rat und gutbedunkhn furzebringen. Actum in consilio regis 25. Februarij 1543. Lectum in consilio catholicorum 27. Februarij anno 1543.*
- B *München HStA, KBÄA 3159, fol. 209r–226v (Kop.); AV fol. 209r: Prima Martij anno etc. 43 zu Nurnberg. ÜS fol. 209r: H. Valentins Bf. zu Hildeshaim supplication und clagschrift an die röm. kgl. Mt., ksl. commissarien und stend deß Hl. Reichs zu Nurmberg versamlt.*
- C *Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, Ostpr. Fol. 86, fol. 504r–522v (Kop. mit Beilagen); DV fol. 522v: H. Valentins Bf. zu Hyldeßheym supplication samt miteingelegtem bestlichen executorial [1540 Dez. 15] contra [Hgg. von] Braunschweyck, Sachsen und Hessen etc., verlesen im reichsrath, den 27. Februarij anno 1543. Item ist auch dabey die visitacion und reformation des closters Reyffenberg, im stift Hyldeßheim durch Sachsen und Hessen vorgenommen etc. Das bestlich executorial ist anno 1540 gedruckt worden und man kans, weyl es numehr veraltet, nit mehr alhie zu kauf bekommen etc.*
- D *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 28r–47r (Kop.); AS fol. 28r: Supplication des Bf. zu Hildensheim an die röm. kgl. Mt. und der röm. ksl. Mt. commissarien: 1. Super restitutionem bonorum ecclesiae Hildesemensis tam a statibus protestantibus quam a duce Erico juniore duce Brunsvicensi recuperandorum. 2. Super restitutionem religionis in civitate et ducatu Hildesemensi turbatae et sublatae. 3. Super etiam solutionem proventuum cleri Hildesemensi in ducatu Brunsvicensi. Marg. AV fol. 29r: Geschrieben zu Nhurmburg, den 28. Februarij.*

*Liste der Beilagen 1–3 am Ende des Aktenstücks.*

*Die Supplikation enthält drei Hauptanliegen des Hildesheimer Bf. Valentin von Teteleben<sup>2</sup>, die im Sinne einer inhaltlichen Gliederung mit entsprechender Nummerierung versehen werden: 1. Forderung nach Restitution der Stiftsgüter. 2. Klagen über die Einführung der Reformation in der Stadt Hildesheim. 3. Forderung nach Freigabe der dem Hildesheimer Klerus vorenthaltenen Renten und Gülten.*

<sup>1</sup> *Da Valentin von Teteleben auf seine den Schmalkaldischen Bundesständen am 27. Jan. 1543 übergebene Supplikation (siehe unten Anm. 5) keine Antwort erhielt, wandte er sich mit dem hier abgedruckten Ansuchen am 25. Febr. an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare, welche die Supplikation am 27. Febr. vor den katholischen Ständen im Reichsrat verlesen ließen. Am 28. Febr. und am 1. März kam es zur Abschrift des umfangreichen Aktenstücks durch die Reichsstände.*

<sup>2</sup> *Zum Werdegang Dr. Valentins von Teteleben (Bf. von Hildesheim 1538–1551), zu seinen Bemühungen um die Restitution der in der Stiftsfehde von 1519–1523 verloren gegangenen Stiftsgüter und zu seinem beharrlichen Kampf gegen die Einführung der Reformation in den von ihm beanspruchten Gebieten siehe: H. GRUNDMANN, Valentin von Teteleben, Einleitung S. 9–51; E. WOLGAST, Hochstift und Reformation, S. 125f.; E. GATZ, Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches, S. 690–692 (Beitrag von H. G. ASCHOFF).*

1. Der Bf. von Hildesheim erinnert an seine in Regensburg 1541 (RTA JR Bd. XI, Nr. 268, Nr. 273–278) und in Speyer 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 250) vorgebrachten Supplikationen wegen Restitution seiner durch die Hgg. von Braunschweig okkupierten Stiftsgüter. Diese Supplikationen wurden wegen der auf diesen Reichstagen vordringlichen Glaubensfrage und der Dringlichkeit der Türkenhilfe nicht behandelt. Allerdings beauftragte Kg. Ferdinand in Speyer den Kf. von Mainz und Kf. Ludwig von der Pfalz mit Vergleichsverhandlungen zwischen dem Bf. von Hildesheim und den Hgg. von Braunschweig<sup>3</sup>, auf die sich Hg. Heinrich jedoch nicht einließ.

Im Sommer 1542 änderte sich die Lage wegen des von Kursachsen und Hessen angekündigten Feldzugs gegen Hg. Heinrich von Braunschweig. Und mich dan kurtz darnach angelangt, wie das die obgemelthe chur- und fursten gedachten Hg. Heinrichs von Braunschweig furstenthumb, dergleichen auch die schlosse, stedte, guether und anders, mir und meinem stift Hildesheim zukhomend und durch gemelthen Hg. Heinrichen occupiert, eingenhomen hetten. Also hab ich ongesaumbt an itzgedachten churfursten und den landgraven, als sie noch in der stadt und furstenthumb Braunschweig sich mit ihrem kriegsvolck erhalten, der bemelthen meines stifts ingenhomenen guether halb geschriben, mit verinnerung der erlangten meiner urtheil<sup>4</sup> und urtheilbrive [Beilage 3] und darauf gebetten, das sie in erwegung berurther urtheil und urtheilbrive, [...] mich zu denselbigen meines stifts ingenhomenen schlossen, stedten und guethern khomen lassen wolten.

Hab volgents auch nit underlassen, gedachten churfursten und landgraven selb personlich, nachdem sie ihr kriegsvolck widrumb beurlaubt, zu ersuchen, umb die restitution der gemelthen meines stifts guether antzulangen und mit ihnen deshalb in notturftige und geburliche underreddung zu begeben. Und also in dem nichts underlassen, das mir meynes erachtens gebueren mocht und bedencken hab können.

Mir ist aber von gedachten churfursten und landgraven in antwort worden, das sie beyde sollicher sachen ingenhomenen furstenthumbs und meins stifts schlossen, stedten, gebiethen und herschaften nit allein, sonder das auch die andern der augspurgischen confession und religion ainungsverhandten stend dero mit zu thuen hetten und sie on dieselbigen hierinn nichts thuen khönten, und also auf dieselbigen ihre mitainungsverwanthen stend gewissen, gleichwoll mit freundlichem erbietten, sich mit zuthat derselbigen gegen mir in sollicher sachen geburlicher weiß zu ertzeugen.

<sup>3</sup> Kgl. Kommission an Kf Albrecht von Mainz und Kf. Ludwig von der Pfalz für eine gütliche Vermittlung zwischen dem Bf. von Hildesheim und den Hgg. von Braunschweig, Speyer, 1542 März 31, in: Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 79, fol. 600r–601r (Kop.).

<sup>4</sup> Päpstl. Urteil von 1540 Aug. 27, durch welches dem Bf. von Hildesheim die von den Hgg. von Braunschweig zu Unrecht entfremdeten Besitzungen zugesprochen wurden.

Also und demnach ich itzertzelter gestalt von dem churfürsten und landgraven beantwort, hab ich die itzgemelthe ainungsverwandte stend, als dieselbigen jungst zu Schweinfurth [*Nov. 1542*] versambleth gewest, deshalb in schriften auch ersucht. Volgents itzo alhye zu Nhurnberg [*1543*], dweyl ich jhensmals [= *damals*] von ihnen auß angetzeugter verhinderung ihres eylenden verrucken on antwort geblieben, widrumb bey ihnen, als occupatorm meines stifts guether und auch etlicher ander ursachen halber, als nhemlich der ingedrungenen ihrer predicanten und ingefurther nheuer religion in mein stadt und stift Hildesheim und dan auch der renthe, zinß und gulthe halb meiner clerisey zu Hildesheim, so ihnen durch die geordnethe stadthalter zu Wulffenbuttel furethalten und verhindert werden, mundtlichs und schriftlichs ansuchen<sup>5</sup> gethan, in zuversicht, bey denselbigen die pilliche restitution mein und meines stifts guether etc., abfurderung ihrer ingedrungenen vermeinthen predicanten in meiner stadt Hildesheim und offnung oder abstellung vermeinther onpillicher verhinderung meiner clerisey zins und einkhomen etc. zu erlangen.

Aber mir ist von denselbigen churfürsten und ainungsverwandten stenden nit allein die begerthe restitution meins stifts guether entstanden [= *entgangen*], sonder bin auch ghar on antwort von ihnen gelassen, on das sie mich derselbigen von Schweinfurth auß und auch itzo alhie vertröstet und ich lenger als monatszeit darauf gewartet, auch fur und fur vleissigs anhalten bey ihnen selb gethan und thuen lassen. Dardurch ich dan geursacht und wider meynen willen gedrungen, euer röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien dise sachen und beschwerliche handlungen clagweiß furtzupringen und als ein underthenigs, gehorsambs glid der ksl. und kgl. Mtt. und des Hl. Reichs bey euer röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien instadt der röm. ksl. Mt., meins allergnedigsten herren, als vogten, advocaten und schirmer der kirchen und beschwerthen und

<sup>5</sup> *Auf Grund der Eroberung des Fürstentums Braunschweig-Wolfenbüttel im Sommer 1542 durch die Schmalkaldener war für Bf. Teteleben eine neue Situation entstanden. Das entfremdete Hildesheimer Stiftsgut hatte seinen Besitzer gewechselt und Tetelebens Widersacher im Kampf um die Restitution der Stiftsgüter waren nun nicht mehr die Hgg. von Braunschweig, sondern die Bundeshauptleute des Schmalkaldischen Bundes. Deshalb trug Teteleben den versammelten Schmalkaldischen Bundesständen am 27. Jan. 1543 – also noch vor Eröffnung des RT – seine Supplikation persönlich vor, erhielt aber keine Antwort. Siehe dazu das Esslinger Protokoll (Nr. 85, fol. 5v) und das CA-Protokoll Lambs vom 27. Jan. (Nr. 86c, fol. 214rv). Die kursächsischen Gesandten berichteten darüber am 30. Jan. 1543 an Kf. Johann Friedrich: [...] So hat auch der Bf. von Hildesheim bei diesen stenden umb verhör angesucht und ein antzeig gethann, die darnach auch schriftlich übergeben und wir eurn kfl. Gn. davon copeien übersenden wollen. Darauf ime die antwort gegeben, mann wolle die übergeben schriften übersehen und sich gegen ime mit antwort vernehmen lassen. Und ist volgends durch die stende beratschlagt, einen ausschus zu machen, di davon reden sollen, was beide[n], den pommerischen rethen und dem bischoff, zu antwort gegeben solt werden. [...]. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 203r–210v, hier fol. 205v (Ausf.).*

ordenlichen executorn babstlicher urtheil im Hl. Reich, umb geburliche hulf underthenigst und dienstlichen antzuruffen.

2. *Entgegen den Regensburger Beschlüssen von 1541 führten Kursachsen und Hessen die Reformation in der Stadt Hildesheim ein<sup>6</sup>. Die Bürger von Hildesheim und andere geistliche Untertanen des Stifts, konvertierten zum neuen Glauben und ließen protestantische Prediger in die Stadt. Kursächsische und hessische Räte warben bei Bgm. und Rat von Hildesheim für die Annahme der evangelischen Religion und den Beitritt zum Schmalkaldischen Bund. Obwohl sich der Rat von Hildesheim anfänglich weigerte und auf das bevorstehende Konzil verwies, wurde die Stadt schließlich unter Androhung militärischen Zwanges von Seiten der Schmalkaldener und durch Intervention einiger evangelischer Städte wie Magdeburg, Braunschweig, Goslar, Einbeck und Hannover dazu gebracht, sich den Neugläubigen und dem Schmalkaldischen Bund anzuschließen<sup>7</sup>.*

*Die protestantischen Prediger schafften die alte Religion in den Kirchen ab, gingen gegen deren Anhänger vor, untersagten katholische Predigten und begingen Akte der Blasphemie. Den Untertanen Tetelebens im Domstift Hildesheim wurde der freie Kirchgang verboten, das Kleinod der Kirchen und Klöster war dem Zugriff der Neugläubigen ausgesetzt.*

---

<sup>6</sup> Zur Einführung der Reformation in der Stadt Hildesheim Ende Aug. 1542 nach dem Eroberungszug der Schmalkaldener und zu den sich daraus ergebenden Folgen für Bf. Valentin von Hildesheim siehe A. SPRENGER-RUPPENTHAL, *Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts*, Bd. 7, II. Hälfte, 2. Halbbd.:1. Teil, S. 801–812. Bf. Valentin Teteleben traf im Oktober 1542 nach längerer Abwesenheit wieder in Hildesheim ein, in der Hoffnung, die Reformation rückgängig machen zu können. Er sprach der landsässigen Stadt die Berechtigung zur eigenmächtigen Neuordnung ihres Kirchenwesens ab, doch alle Verhandlungen mit der Stadtverwaltung schlugen fehl und die Sicherheit des Bischofs wurde durch Aufläufe bewaffneter Bürger gefährdet. Deshalb verließ Teteleben am 10. Nov. 1542 seine Hildesheimer Residenz und erhob Klage gegen die Stadt am RKG. Dieses erließ am 19. Dez. 1542 ein Mandat an den Rat mit der Forderung nach Wiederherstellung des katholischen Kultus und Schonung der Stifte und Klöster. Die Stadt war jedoch nicht bereit, sich dem Mandat des RKG zu fügen und entsandte Abgeordnete zum RT nach Nürnberg (siehe die Kredenz für die Hildesheimer Gesandten Nr. 74), um den Schmalkaldenern einen Gegenbericht auf die von Teteleben vorgebrachten Anschuldigungen zu übergeben und sie um Schutz vor beschwerlichen Mandaten des RKG zu bitten. Diverse Schreiben von Bgm. und Rat von Hildesheim (dat. Hildesheim 1543 März 13, April 1, April 14) an die kursächsischen Räte bzw. an die Schmalkaldener, in: *Hildesheim StadtA*, Bestand 50, Bd. 75, fol. 376v–393v.

<sup>7</sup> Diese Darstellung der Entwicklung in Hildesheim entspricht der Sicht Tetelebens, der den erzwungenen Übertritt der Stadt zur Reformation unterstreicht. Zu der durch die Eroberer eingeführten Reformation in Braunschweig-Wolfenbüttel, das damals über eine intakte altkirchliche Struktur verfügte und nach dem Ende der fünfjährigen Besatzung durch Kursachsen und Hessen von Hg. Heinrich wieder rekatholisiert wurde, siehe: E. WOLGAST, *Die Einführung der Reformation*, S. 163–171.

*Tetleben warnte bereits vor dem Eindringen der Reformation in Hildesheim die Bürger der Stadt mehrmals schriftlich und mündlich vor den Neuerungen der Religion und verwies sie auf das Konzil. Nach Einführung der Reformation hielt er dem Rat von Hildesheim persönlich seine und des Stiftes Notsituation vor Augen, erhielt aber keine Antwort. Das unbotmäßige Verhalten der Bürger führte so weit, dass sich der Bischof und die Seinen in der Stadt bedroht fühlten.*

*Auf die durch Einführung der Reformation entstandenen Missstände machte der Bf. von Hildesheim die Verursacher des Übels, den Kf. von Sachsen und den Lgf. von Hessen, sowie die Statthalter und Räte zu Wolfenbüttel sowohl persönlich als auch durch schriftliche Eingaben mehrmals aufmerksam und ersuchte um Ausweisung der protestantischen Prediger, da er sich andernfalls mit der Bitte um Hilfe an den Kaiser wenden müsse. Auch in Nürnberg sprach Tetleben bei den Schmalkaldischen Bundesständen vor (siehe oben Anm. 5) und bat um Wegweisung der protestantischen Prediger und Aufrechterhaltung der katholischen Religion bis zu einer Entscheidung durch das Konzil. Auf dieses Ansuchen erhielt er ebenso wenig Antwort wie auf jenes um Restitution der Stiftsgüter.*

*3. Die den Domkapiteln, Stiften, Klöstern und dem Klerus im eroberten Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel zustehenden Einkünfte, Renten und Gülten werden von den Statthaltern in Wolfenbüttel eingezogen, was gegen alle Reichsordnungen und Abschiede verstoße. Dieses Vorgehen widerspreche auch den mündlichen Versprechungen des Kf. von Sachsen und des Lgf. von Hessen, die Tetleben zusagten, dass die Räte in Wolfenbüttel den Geistlichen ihre Einkommen ungehindert zukommen lassen würden. Durch Verlust seiner Einkommen und seiner Unterhaltung werde der Klerus zur Annahme der neuen Religion gezwungen. Auch diesen Klagepunkt brachte Tetleben den Schmalkaldenern in Nürnberg ohne Erfolg vor.*

*In den drei oben angeführten Klagepunkten, auf welche keine Reaktion der Schmalkaldischen Bundesstände erfolgte, wendet sich Tetleben nun an den König und die ksl. Kommissare, mit der Bitte, den unträglichen, hochbeschwerlichsten, langwirigen, onpilichen verdruck, verderb und fall meines armen stifts und desselbigen – beyd geistlich und weltlich – verwanthen und underthanen zu verhindern und ihm zur Restitution der Stiftsgüter gemäß dem päpstlichen Exekutorial (Beilage 3) zu verhelfen und sie, die protestierenden, itzige meins stifts guther occupatores und detentatores mit ernst dahin vermögen und anhalten, [dass] sie mich on ferrer aufhalten oder vertziehen zu den gemelthen meins stifts guethern khomen lassen. Sollte das nicht gelingen, so solle Kg. Ferdinand im Namen des Kaisers als Vogt der Kirche auf andere Weise für Restitution der Hildesheimer Stiftsgüter an den Bischof sorgen. Außerdem sollen König und ksl. Kommissare bei Kursachsen und Hessen die Wiedereinführung des alten Glaubens in der Stadt Hildesheim und die Ausweisung der protestantischen Prediger betreiben. Desgleichen seien den Geistlichen in Hildesheim von den Wolfenbütteler Räten ihre Renten und Gülten ungehindert auszufolgen.*

*Schlussformel.*



[US:] Euer röm. kgl. Mt. underthenichster capellan Valentin, Bf. zu Hildensemense.

<sup>8</sup>Und dweyl dann auch, allergnedigster konigk, ich und mein armer stift Hildesheim nit allein der hievor gemelthen guether durch Hg. Heinrichen von Braunschweig occupiert gewest und nhun in der obberurthen chur- und fursten Sachssen und Hessen und ihrer mitainungsverwanthen handen sein, wie obgeclagt, wider erworren urtheil und recht in mangel stehe, sonder auch dero guetter, welliche der junger Hg. Erich von Braunschweig und die vormhunder desselbigen occupiern und under handen haben, auch wider angeregts mein erworren urtheil und recht geradten mueß und gleicherweiß onpillich furenthalten werden, ist zu euer röm. kgl. Mt. und euch, den ksl. commissariis, mein unterthenigst, dienstlichs bitten, sie geruhen, bey den angeregten des jungern Hg. Erichs vhornundern, als nhemlich H. Joachim Mgf. zu Brandenburg Kf., H. Philipsen Lgf. zu Hessen und frau Elitzabethen, gepornen Mgf. zu Brandenburg, weyland Hg. Erichs nachgelassenen witwen und des gemelthen jungern Hg. Erichs mutter, allergnedigst und sonst zu beschaffen und zu bevelhen, [dass] dieselbig mich und meynen stift zu den angeregten meynes stifts guethern, durch sie mir furenthalten, on ferrer uffziehen vermöge und außweysung oft angeregter erhaltener urthel und executorialbrive restituirn und khomen lassen.

*Schlussformel.*

[US:] Euer röm. kgl. Mt. underthenigster caplan Valentin, Bf. zu Hildensemense.

*Beilagen: alle aus Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1.*

1. fol. 608r–611r (Kop.); AS fol. 608r: Des closters Reiffenberg, auch andere lutherische reformation, von den verordenten der chur- und fursten Sachssen und Hessen im stift Hildesheim vorgenommen. *Actum Goslar, 1542 Nov. 6.*

2. fol. 612r–613r (Druck): RKG-Mandat Karls V. an Bgm. und Rat von Hildesheim: Ausweisung der lutherischen Prediger und Wiedereinführung der alten Religion binnen vierzehn Tagen bei Androhung der Acht, Speyer, 1542 Dez. 19.

3. fol. 614r–623v (Druck): Päpstl. Bulle (= Exekutorial) zur Vollstreckung des päpstl. Urteils vom 27. Aug. 1540 über die Restitution der Hildesheimer Stiftsgüter durch die Hgg. von Braunschweig an den Bf. von Hildesheim, Rom, 1540 Dez. 15.

<sup>8</sup> Das folgende kurze Ansuchen folgt in allen Überlieferungen in Form eines PS auf die Hauptsupplikation. Es betrifft die von Hg. Erich I. von Braunschweig-Calenberg in der Hildesheimer Stiftsfehde okkupierten Güter, um deren Restitution Tettleben ebenfalls kämpfte. Die nach dem Tod Hg. Erichs I. von 1540 bis 1546 als Witwe und Vormund ihres minderjährigen Sohnes Erich II. regierende Hgn. Elisabeth von Brandenburg (Schwester Kf. Joachims II.) war entschlossen, die Reformation im Fürstentum einzuführen, stieß dabei jedoch auf den Widerstand ihres mächtigen Nachbarn Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel und des territorialen Adels. Zur Reformation im Fürstentum Calenberg-Göttingen und zur Vormundschaftsregierung Hgn. Elisabeths siehe: E. WOLGAST, *Die Einführung der Reformation*, S. 154–163.

249 *Gutachten der katholischen Reichsstände und Stellungnahme Kg. Ferdinands zur Supplikation Bf. Valentin Tettebens von Hildesheim (Nr. 248) – actum Nürnberg, 1543 März 9*

*Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 784, fol. 366r–368v (Kop.); AS fol. 366r:* Radschlag der kfl. rethe, fursten und stend und derselbigen rethe und bodschaften in sachen des Bf. zu Hildesheim, belangend 1. execution erlangter urtheil wider die Ff. von Braunschweig oder itzige occupatorn Sachsen und Hessen, 2. die ingefuerte nheue religion in stad und stift Hildesheim und der von Hildesheim gotlose handlungen, 3. der clerisey zu Hildesheim renthe, zins und gulthe etc., der röm. kgl. Mt. auf ihr gnedigst begher mitgeteilt, und was ihr Mt. darauf sich mit denselbigen stenden entschlossen und zu thuen erbotten. Item der stend mit der kgl. Mt. und hinwiderumb beschehen vergleichradschlag betreffen den erwellten zur Nheumburgk. Actum Nhurnberg, die 9. Martij anno 43.

Auszug, wes die churfursten, auch die fstl. gesandthen, rethe und bodschaften catholici in sachen des Bf. zu Hildesheim der kgl. Mt. geclagt und ihnen, ihr rethigs bedenckhen zu vornhemen, zu beradschlagen zugesteldt, bedacht, beradthten und, [was] der kgl. Mt. zu radthen sein soll, beschlossen:

[Ad Nr. 248, Punkt 1] Soviel betrifft die begherte execution erlangten urtheil[s] wider Hg. Heinrich und Erichen etc., wollen die Kff., Ff. und stend die ksl. Mt. aufs fleissigst bitten, ihre Mt. sich zwischen den partheien mit gutlicher handlung beladen und sie vertragen woll. Im fall aber, das soliche sach nit vertragen wurd, das alsdan die partheien an das ksl. chamergericht pro executione geweist werden sollten.

[Ad Nr. 248, Punkt 2] Betreffen abpracticierung der von Hildesheim und daselbst nheue ingefuerthe religion und predicanten und andern unlust, durch dieselbigen mit dem sacrament und in ander weg geuebt, betten die stend die kgl. Mt., sie wollten deshalb den beiden Sachsen und Hessen schreyben, soliche predicanten widerumb abzufurdern und dieselbigen wider den bischoven nit zu verthedingen.

[Ad Nr. 248, Punkt 3] Wes denn belangt verhinderung der zins, den geistlichen zu Hildesheim durch die bevelchhaber zu Wulffenbüttele entzogen, wher solichs, wie auch das vorige, dem regenspurgischen reichsabschiedt [1541] gantz und zumhal zuwider. Bitten derohalb, die gnedigste weg und befuegung bey ihnen zu thuen, das denselbigen soliche alle unverhindert gevolgen mochten etc.

Die 9. Martij referiert der meintzisch cantzler fur den catholicis stenden, wes die röm. kgl. Mt. auf der verordnethen derselbigen stend beschehener relation gehabten radschlags, in sachen der supplication H. Valentins Bf. zu Hildesheim der kgl. Mt. ubergeben und ihre Mt. an die stend ihre rethigs bedencken darauf zu vernhemen etc., zu anthwort geben hett.

Und nhemblich fur das erst, betreffen der artickul erlangter babstlicher urtheil des stifts Hildesheim guether halb gegen Hgg. Heinrichen und Erichen von Braunschweig und darauf begherte execution etc. Und wes sie desfalls

ihrer Mt. der stend bedencken und bitten angezeugt etc., hett die kgl. Mt. zu anthwort geben: Nachdem die stend die sachen dermassen beradthen und ihre Mt. willens, zwischen den protestierenden und dem von Braunschweig handlung zu pflegen, so wollt ihre Mt. zu derselbigen zeit dieser auch indenckig sein.

Was aber betrifft die andere betruebung in religion, dergleichen den angerichten ungehorsamb durch die protestierenden in der stadt Hildesheim gegen den bischoff etc., wollten ihre Mt. Sachsen und Hessen schreyben und bevelhen, ihre predicanten abzufurdern und den Bf. von Hildesheim mit denselbigen seinen underthanen walthen und gewerden lassen wie zuvor, und sonderlich wie [er] in zeiten jungst regenspurgischen reichsabschieds gethan hat. Das sie auch die von Hildesheim wider ihren herren, den bischoff, nit schutzen, schirmen oder verthedingen sollten.

Dergleichen auch geschehen sollt in dem articul betreffen verhinderung der geistlichen zins etc., das sie darin lauth des regenspurgischen abschieds unverhindert pleiben sollten.

Es wollten auch ihre Mt. denen zu Hildesheim schreyben, das sie die predicanten aus von sich und wegschaffen, sollten ihrem herren, dem bischoff, in geistlichen und zeitlichen sachen gehorsam leisten. Das sie sich auch der unchristlichen gottsesterung und faßnachtspiel enthalten sollten.

Was aber auch betrifft die abbatissin zu Stederburg und andere stiftscloster etc., wolt ihr Mt. gedachten Sachsen und Hessen schreyben, das sie dieselbigen und andere von ihren althen gottesdiensten nicht drungen noch zwungen, sonder darbey rhuig pleiben lassen sollten.

**250 Kg. Ferdinand an Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen<sup>1</sup>: Suspension der Reichskammergerichtsprozesse und Ausschreiben einer Tagsatzung nach Nürnberg in der Causa Braunschweig – Nürnberg, 1543 März 10**

Wien HHSStA, RK RTA 10/Konv. 2, fol. 266r–267v (Kop.); AV fol. 266r: Guetliche tagsatzung zwischen Braunschweig und seyner widerparth.

*Die Bundeshauptleute des Schmalkaldischen Bundes und ihre Mitverwandten erklärten vergangenen Sommer ihre Bereitschaft, sich für den braunschweigischen Feldzug vor Kaiser, König und Reichsständen zu verantworten und ihre Kriegshandlungen einzustellen (RTA JR Bd. XIII, Nr. 138, S. 723f.), wofür sie eine Friedenszusicherung Kg. Ferdinands erhielten (RTA JR Bd. XIII, Nr. 141). Für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens im Reich ist es wünschenswert, dass der im Fürstentum Braunschweig entstandene Konflikt gütlich geregelt wird oder, wo*

<sup>1</sup> Das Ausschreiben erging in abgeänderter Form auch an Hg. Heinrich von Braunschweig.

die guetlichait unverfenglich [= *wirkungslos, vergeblich*] sein, dieselb sonst zu entlichem austrag und erörtrung gefurdert werde, und darauf in bedengkhung erzelter ursachen, auch allen tailen zu frundschaft, gnaden und guetem, die derhalb angefengt rechtfertigung am ksl. camergericht diser zeit und bis auf weitem unsern bevelh oder beschaid in rue gestellt.

Solches wöllen wir anstat und im namen hochgedachter ksl. Mt. und fur uns selbs euren Ll. hiemit verkhundt und daneben ainen tag ernent und bestimbt haben, als nemlich auf Sontag Quasimodogeniti<sup>2</sup> [1543 April 1] schiristen zu abendts durch euer Ll. selbs oder derselben rathe und botschaften mit gnuegsamen gwalt alhie zu Nurnberg einzukhomben und anders tags darnach vor uns, auch den ksl. comissarien und gemainen reichsstenden oder derselben gesandten, rathen und botschaften zu erscheinen und alda guetlicher verhör und handlung und im fal, so die sach in der guete nit hingelegt oder vergleicht werden möchte, verrer gebuerender handlung und beschaidts zu gewarten.

251 *Antwort Hg. Heinrichs von Braunschweig auf das Ausschreiben Kg. Ferdinands zur Tagsatzung nach Nürnberg am 1. April 1543 (ad Nr. 250) – o.O., 1543 März 15*

Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 2, fol. 270r–271v (Kop.); DV: Braunschwich andwordt.

*Hg. Heinrich bestätigt Erhalt des kgl. Ausschreibens zur Tagsatzung in der Causa Braunschweig (Nr. 249), welches verbunden ist mit dem Befehl zum Stillstand der Reichskammergerichtsprozesse.*

Und will der gutlichen handlung euer röm. kgl. Mt., der ksl. Mt. commissarien und stende des Reichs nicht enthören [= *abschlagen*]. Und so ich in der gute dasjhenig, das mir wider Got, ehre und recht und alle bewilligte fridstende von den widertailen abgetrungen und entwöhrt [= *geraubt*] worden, wider bekommen mag, das were mir am allerliebsten, anderst wollen euer kgl. Mt. mich nit vermercken. Yedoch, das es mir in alle wege unverfenglich [= *ohne Nachteil*] sein möge, dergestalt, wo die güte alhie vor euer kgl. Mt., den ksl. commissarien und den stenden des Reichs entsteen [= *scheitern*] würde, das ich mich dann meiner angefangnen rechtfertigungen an dem ksl. camergericht weiter gebrauchen möge, das ich mir vorbehalten haben will.

Und dergestalt und so lang die gutliche handlung alhie weret, bin ich selbst genaigt, meinem procurator an dem camergericht, das er still und in rhue steen solle, bevelch zu thun. Achte darfur, euer kgl. Mt. werden an disem meinem zimblichen und miltem er bieten mit gnaden genugig sein und soliches

<sup>2</sup> *Am Sonntag Quasimodogeniti sollten die Gesandten in Nürnberg ankommen, um am Montag Quasimodogeniti mit den Beratungen zu beginnen. Siehe auch das Mandat Kg. Ferdinands an das RKG von 1543 März 25 (Nr. 254).*

von mir aufnehmen, auch bedencken, das mir, als dem spoliato, mehr oder weitters einzureumen und mit gepfendter handt zu handeln, ye beschwerlich und pfendtlich sein wolt.

252 *Antwort der Schmalkaldischen Bundesstände auf die Werbung Dr. Ludwig Falkenbergs (Nr. 56), des Gesandten Hg. Georgs von Braunschweig-Wolfenbüttel – actum Nürnberg, 1543* Mitwochen nach Judica (März 14) / *verlesen 1543 März 15*<sup>1</sup>

A Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 281r–283r (Kop.).

B Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 283, RTA 1543, unfol. (Kop.).

C Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 17r–19v (Kop.); AS fol. 17r: Der christlichen einigungsverwandten stendt antwort, Hg. Georgen von Braunschweig zu Nurenberg den 15. Martij gegeben 1543.

*Die Gesandten der Schmalkaldischen Bundesstände haben die von Dr. Ludwig Falkenberg im Namen Hg. Georgs von Braunschweig übergebene Kredenz (Nr. 56a) und die Instruktion (Nr. 56b) samt dem Memorial (Nr. 56c) erhalten und danken dafür.*

*Nachdem Hg. Georg als Miterbe in Braunschweig-Wolfenbüttel einen Anspruch auf seinen ihm gemäß Erbrecht zustehenden Anteil am Fürstentum erhebt, in der Hoffnung auf Unterstützung durch die Schmalkaldener, als zweifeln sie nicht, sein fstl. Gn. wusten sich zu erinnern, aus was unleidlichen, hochbedrengten bewegungen hochgemelte ire gnedigst, gnedig hern und obern verursacht und gedrunge, die beschehene defension zu errettung beider stette Goslar und Braunschweig wider sein fstl. Gn. bruder, Hg. Heinrichen, furtzunhemen. Und dieweil inen Gott der Almechtig solche defension zum sieg und dahin geschickt, das sie bemelts herzogen land eingenhomen und dasselb allein in seinen, Hg. Heinrichs, und nicht seiner fstl. Gn. [= Hg. Georgs] handen gefunden, so were sein fstl. Gn. damit nicht[s] genhomen, wie es auch hochgemelter unser gnedigsten und gnedigen hern und mitverwanten stende gemueth nicht gewesen noch were, sein fstl. Gn. oder imants anders, so Hg. Heinrichen nicht anhengig, ichtes mit solcher defension zu entziehen.*

*Die Bundeshauptleute Kursachsen und Hessen erklärten sich noch während des Feldzuges von 1542 bereit, sich für das Kriegsunternehmen vor König und Reichsständen zu verantworten und über das Vorgehen gegenüber den Kindern Hg. Heinrichs unter Vermittlung der Hgg. von Bayern zu verhandeln (RTA JR Bd. XIII, Nr. 138, S. 723f.), welche handlung dan uff beschehene bewilligung von den beirischen rethen und einen [!] ausschus, den diese stende dartzu*

<sup>1</sup> Laut dem CA-Protokoll Lambs trug Falkenberg den Schmalkaldenern das Ansuchen Hg. Georgs am 3. März 1543 vor (Nr. 86c, fol. 230v) und erhielt von ihnen am 15. März 1543 Antwort (Nr. 86c, fol. 234v). Zur Instruktion Falkenbergs für seine Werbung bei den Schmalkaldenern siehe Nr. 56b und Nr. 56c.

verordnet, alhie furgenhomen<sup>2</sup>. Dieweil aber dieselbig noch nicht zu ende gelauffen, sonder uff ferner bescheid beruhet und man sich auch noch nicht entschlossen, wie es mit dem land soll gehalten werden, so konten sich die rethe und gesanthen von irer hern und obern wegen jegen seiner fstl. Gn. in dem nichts entlichs vernhemen lassen.

Das aber seine fstl. Gn. des verschienen 42. jars etlich gelt von irem bruder, Hg. Heinrichen, zu behueff [= wegen] irer noth und schulden gewertig gewesen etc. Konnen ire hern und obern nicht wissen, wie es umb solch gelt gewant, zudem sie auch des lands halber, wie gemelt, noch in guetlich underhandlung stunden, auch uff dies jar zu underhaltung des lands meher uffgehen, dann nutzung darvon zu gewarten sein. So konten sie sein fstl. Gn. in dem nicht wilfaren.

Aber die arrestierung seiner fstl. Gn. gefelle, die nach einnhemung des lands zu Braunschweig an den dreien probsteien St. Blasii zu Braunschweig, in Hl. Creutz und Uff dem Berge in- und ausserhalb Hildensheim beschehen sein soll, belangende, darvon hetten rethe und gesanthen keinen bericht, zweifelten aber nicht, da seine fstl. Gn. bei den verordneten stathaltern und rethen zu Wollfenbützel ansuchen, sie werden sich jegen iren fstl. Gn. mit geburlicher verschaffung unverweislich zu halten wissen. Dergleichen mogen sein fstl. Gn. umb das gesucht gleich bei denselben auch anregen, die werden sich one zweiffel jegen seinen fstl. Gn. in dem auch aller pilligkeit betzeigen<sup>3</sup>.

Aber darneben wolten seinen fstl. Gn. die obberurten der cristlichen einigungsverwante rethe, gesanthen und potschaften etc. nicht pergen, das sie ire miteinungsverwante eins erbarn raths der stat Braunschweig anher verordente bericht hetten, wie daß sein fstl. Gn. ire hern und obern etlicher sachen halben, auf Hg. Heinrichs anreizung mit dem ksl. camergerichts furgenhomen und des orts wider sie procediren liesse, mit angehengter bitt, bei seinen fstl. Gn. zu fleissigen, von solchen processen gutwillig und gnediglich abzustehen, weil es dann an deme, das die stend und ire mitverwanten mit seinen fstl. Gn. in ungutem nichts zu thun, sich auch jegen sein fstl. Gn. die von Braunschweig aller pilligkeit erbieten. So wollen sie sich von wegen irer hern und obern versehen, sein fstl. Gn. werden von solcher rechtfertigung abstehen, wie sie auch hiemit sein fstl. Gn., in namen wie gemelt, freuntlich und dienstlich wollen gebetten haben. Do aber sein fstl. Gn. einiche beschwerung oder spruch jegen denen von Braunschweig zu haben vermeinten, thun sie sich in pillicher verhor und handlung vor diesen stenden erpieten, daran auch sein fstl. Gn. auf solchen fall nit solte mangel sein, welchs hochgemelts fursten gesanthen in namen und

<sup>2</sup> Zu den Reichsständen, die an den Verhandlungen über Braunschweig teilnahmen, siehe Nr. 244, Anm. 1.

<sup>3</sup> Die Schmalkaldener verwiesen Hg. Georg nicht nur an die Räte in Wolfenbüttel, sondern sie forderten die Räte ihrerseits dazu auf, dem Anliegen Hg. Georgs von Braunschweig nachzukommen (Nr. 253).

von wegen der ainungsverwanten stende auf seine werbung und ubergebene schariften zur antwort gegeben worden.

253 *Die Schmalkaldischen Bundesstände an Statthalter und Räte zu Wolfenbüttel betr. die Werbung Dr. Ludwig Falkenbergs (Nr. 56) – Nürnberg, 1543 März 14/verlesen 1543 März 15<sup>1</sup>*

*Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 20r–21r (Kop.).*

*Dr. Ludwig Falkenberg ersuchte die Schmalkaldener im Namen Hg. Georgs von Braunschweig, diesem seine zustehenden jährlichen Einkünfte aus den drei Kollegiatstiften<sup>2</sup> St. Blasius, Zum Hl. Kreuz und Uffm Berge zukommen zu lassen und die ihm seit der Eroberung des Fürstentums vorenthaltenen Einnahmen auszufolgen. Der Gesandte bat auch um sicheres Geleit für den Dompropst, da dieser an verschiedenen Orten des Fürstentums residiere.*

Wiewol wir nun nicht wissen mogen, auß waß ursachen solche arestirung von euch beschehen, oder wie es darumb gelegen, so achten wir es doch darfur, do ir deß nicht sondere bewegungen oder ursachen hetten, daß ire, [*iren*] fstl. Gn. solchen arrest geöffnet und ir einkhomen volgen zu lassen, verschaffen thet; dergleichen wirdet ir es mit der gesuchten vergleichung zu halten wissen. Do ir aber hierinen pillich bedencken und ursachen antzuzeygen, derhalben solchs nit beschehen sollt oder gefhar auf ime truge, so wirdet ir euch in deme auch zu halten und davon unsern gnedigsten und gnedigen hern, den chur- und fursten zu Sachssen und Hessen etc. als oberhauptleuthen der christlichen verain, bericht zu thun und euch sonderlich auch in deme, daß die beede thechant St. Blasii und Ciriaci, da fleicht [= *vielleicht*] sein fstl. Gn. dieselbigen in irem dienst gebrauchen wollt, nicht vergleichet werden zu halten wissen.

*US:* Der churfursten, fursten, graven, stett und stend der christlichen verein rhet und gesanten jetzo zu Nurnberg.

*PS:* Und do aber Hg. Jorgen die zinz und gulten von Hg. Hainrichen von Braunschweig, seinem bruder, gespert und uffgehalten, auß ursachen die nit billich, sonder unfugsam und ungebürlich weren, so wollt ime dieselben zinz und gulten, do sie uff [= *aus*] solchen unfugsamen ursachen gespert, relaxirn [= *frei machen*], entschlagen [= *frei geben*] und volgen lassen. Datum ut in litteris.

<sup>1</sup> Erwähnt im CA-Protokoll Lambs zum 15. März 1543 (Nr. 86c, fol. 234v).

<sup>2</sup> Zu den drei Kollegiatstiften siehe Nr. 56c, Anm. 5 bis 7.

254 *Mandat Kg. Ferdinands an das Reichskammergericht wegen Suspension der Reichskammergerichtsprozesse in der Causa Braunschweig – Nürnberg, 1543 März 25*

Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 2, fol. 268r–269v (Konz.); AV fol. 268r: An das ksl. camergericht. Stillstand. DV fol. 269v: Braunschweig.

*Kg. Ferdinand ruft dem Reichskammergericht in Erinnerung, dass er für den 1. April 1543 eine Tagsatzung nach Nürnberg in der Causa Braunschweig ausgeschrieben habe (Nr. 249). Und ist darneben anstat und im namen hochgedachter ksl. Mt. und für uns selbs unser erstlicher bevelh an euch, daß ir mitlerzeit und biß auf der ksl. Mt. oder unsern weittern bevelh und beschaid die rechtfertigung, so dieser sachen halber bei euch angefenget ist, in rue stellet und darinn weiter, doch yedem tail an seinen rechtn und gerechtighkhitn unverletzlich und unschedlich, nit verfaret noch ainicher parthei zu procediern gestattet.*

255 *Antwort der kursächsischen und hessischen Räte auf das Ausschreiben Kg. Ferdinands zu einer Tagsatzung in der Causa Braunschweig (ad Nr. 250) – Nürnberg, 1543 April 1*

A *Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 2, fol. 273r–278v (Kop.); ÜS fol. 273r: Der röm. kgl. Mt. und auch der röm. ksl. Mt., unsers allergnedigsten herrn, anher auf diesen reichstag verordenten comissarien ist sontags Quasimodogeniti [1543 April 1] von wegen des Kf. zu Sachssen [...] und des Lgf. zu Hessen [...] durch irer chur- und fstl. Gnn. anher verordente rethe auf sonderlichen entpfangenen bevelh und ubergebene credentzbriefe ungeverlich nachfolgende meinung angetzeigt worden.*

B *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 15r–21v (Reinkonz.); AS fol. 15r: Was an den konig des von irer kgl. Mt. zu gutlicher handlung wegen der braunschweigischen defension angesatzten tags halben mit Hg. Heinrichen durch meins gnädigsten herrn und des landgraven rethe getragen. 1543 Nurmberg. ÜS fol. 16r: Instruction, was von Gots gnaden unser Johans Friderichen [...] und Philippsen [...] rethe und lieben getreuen, Melchior von Ossa Dr., cantzler, Eberhard von der Than, amptman zu Wartburg und Hausbreitennbach, Mag. Frantz Burcharden, wolfenbuttlicher cantzler, Rudolph Schenck und Johann Walter Dr. an röm. kgl. Mt., unsern gnädigsten herren, von unserntwegen werben [sollen].*

*A und B differieren zum Teil in den Formulierungen, entsprechen sich aber inhaltlich. A resümiert die ablehnende Antwort der kursächsischen und hessischen Räte von kgl. Seite, während B die Instruktion Kf. Johann Friedrichs und Lgf. Philipps für die Räte darstellt<sup>1</sup>.*

<sup>1</sup> *Zu den Erörterungen zwischen Kf. Johann Friedrich und Lgf. Philipp über die Formulierung der Antwort an den König siehe: G. MENTZ, Johann Friedrich der Grossmütige, Teil 2, S. 364.*



*Kursachsen und Hessen bestätigen den Erhalt des Ausschreibens Kg. Ferdinands zur Tagsatzung am 1. April 1543 in der Causa Braunschweig (Nr. 250). Dass sie bereit sind, an den in Nürnberg unter bayerischer Vermittlung begonnen gütlichen Verhandlungen über die Restitution der Kinder Hg. Heinrichs teilzunehmen, haben sie bereits bewiesen. Das man aber hernach stracks uff Hg. Heinrichs person die handlung zu richten furgenohmen<sup>2</sup>, darob tragen ire chur- und fstl. Gnn. nicht wenig verwunderung, wissen auch nicht, woher sich diß also unversehenlich verursacht. Ire chur- und fstl. Gnn. hetten sich des auch sampt iren mitverwanten stenden nicht versehen, dieweil hochgemelte Hgg. zu Baiern etc. irer chur- und fstl. Gnn. gemueth vorbemelter handlung, und sonderlich auß denen derhalben ergangen schriften genugsam verstanden, das ire chur- und fstl. Gnn. aus ehrlichen, auch gemeinem nutz deutscher nation furtreglichen ursachen keiner gutlichen handlung des von Braunschwigs person, sondern allein gemelter seiner sohne halben wollten pflegen lassen<sup>3</sup>.*

*Wegen der Änderung in der bayerischen Verhandlungstaktik erstatteten die kursächsischen und hessischen Räte ihren Auftraggebern Bericht und baten um Bescheid, was aber kein Ende, sondern lediglich eine Unterbrechung der Gespräche mit Bayern bedeutete. Und sobald sie denselbigen [Bescheid] bekommen, wurden sich die gesanten gegen den bayerischen rethen in diesem handel weiter vernemen lassen. Wegen der laufenden Verhandlungen mit Bayern lehnen Kursachsen und Hessen ihre Teilnahme an der vom König für 1. April 1543 ausgeschriebenen Tagsatzung in der Causa Braunschweig ab.*

*Ein weiterer Grund für die Ablehnung des Verhörtages in der Causa Braunschweig ist, dass die Bundeshauptleute das kgl. Ausschreiben zu spät erhielten,*

<sup>2</sup> Siehe die bayerischen Vorschläge vom 23. und 27. Febr. und vom 1. März im Verhandlungsprotokoll (Nr. 244).

<sup>3</sup> *Kursachsen und Hessen fürchteten, dass die Hgg. von Bayern dem Braunschweiger Herzog zur Wiedergewinnung seines Fürstentums verhelfen könnten. Sie misstrauten Dr. Eck, da er entgegen vorheriger Abmachungen die Person Hg. Heinrichs bei den Verhandlungen ins Spiel brachte: [...] Nu het es, wie er [= Eck] selbst erachten kunte, bei uns ein seltsames ansehen, das seine hern uffgenommen [= auf sich genommen], zwuschen des von Braunschwigs kindern, uns und unsern verwanten gutlich zu handeln, aber hernachmals hetten ire Ll. solche handlung fallen lassen, dieweil wier uns beschwert, dieselbe mit des von Braunschwig selbst person pflegen zu lassen. Und wiewol wier uns zu gedachten unsern vettern [= Hgg. von Bayern], seinen hern, und irer personen halben nit versehen, das der von Braunschweig solche practicken aus irer Ll. landen triebe, so hetten wier dannoch nit unterlassen mugen, ime, Dr. Eck, solchs antzuzeigen und seinen bericht dorumb zu horen lassen. Dann solt es die meynung und der von Braunschweig zu solchen practicken bei im auch furderung haben, so wurden wier unser und unser mitverwanten bestes dargegen auch betrachten müssen. [...]. Zitiert aus einem Schreiben Kf. Johann Friedrichs von Sachsen und Lgf. Philipps von Hessen an ihre Räte in Nürnberg, o. O., 1543 (Montag nach Quasimodogeniti (April 3), in: Weimar HStA, EGA, Reg E 150, fol. 371r–372v (Ausf.).*

*nämlich Kursachsen vor dreizehn und Hessen vor sieben Tagen. Diese Tatsache hinderte sie daran, ihre Mitverwandten rechtzeitig zu informieren und sich vor der Tagsatzung in Nürnberg untereinander zu besprechen. Vor allem die Städte Braunschweig und Goslar konnten nicht zeitgerecht verständigt werden, um ihre Gesandten abzufertigen. Dieweil der kgl. Mt. tagsatzung dahin verstanden worden ist, daß Kff. Ff. und stende der cristlichen verain mit Hg. Heinrichen selbst gutlicher verhor und handlung auf diesn termin gewarten [= pflegen] sollten, des aber ire chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. aus trefflichen, grossen und pillichen ursachen noch nit entschlossen gewest, als dan auch die baierischen rethe solchs von den gesanten dieser stende in der underhandlung wol vermerckt, und derwegen aus unvermeidlicher notturft sich erst hirvon vor diesem tag semplich hetten underreden und, was ine hirinn zu thun, schliessen müssen. Die eilig erfolgte Vorladung verhinderte solche Vorberatungen, weshalb Kursachsen und Hessen an den vom König in Nürnberg anberaumten gütlichen Verhandlungen nicht teilnehmen werden. Sie und ihre Mitverwandten erklären aber nochmals ihre Bereitschaft, sich in einem öffentlichen Verhör vor Kaiser, König und Reichsständen zu verantworten. Die Ankunft des Kaisers im Reich ist abzuwarten. Er werde erkennen, dass der Herzog nicht nur den Schmalkaldenern, sondern auch Kaiser und Reich großen Schaden zufügte, wie bereits die Nachforschungen seines Kommissars 1541 ergeben hatten<sup>4</sup>.*

Hirumb weren ire chur- und fstl. Gnn. zu der kgl. Mt. der underthenigsten und verhofflichen zuversicht, kgl. Mt. wurden irer chur- und fstl. Gnn. und derselben ainungsverwanten aus ertzelten ursachen, auch groß wichtigkeit halb dieser sachen nit verdencken, sondern gnediglich entschuldigt haben, das ire chur- und fstl. Gnn. sampt iren ainungsverwanten vorberurten vorbeschied [= Vorladung] und tagsatzung dermassen und zuforderst vor ksl. Mt. personlichen ankunft ins Reich nicht mochten leisten noch solcher verhor und handlung gewertig sein. Kgl. Mt. wolt auch solche verhor und handlung biß zu ksl. Mt. personlichen ankunft, wie berurt, gnedigst anstellen und des aus berurten ursachen, wie sich ire chur- und fstl. Gnn. underthenigst versehen, kein misfallen tragen.

Und letztlich so betten ire chur- und fstl. Gnn. die kgl. Mt. underthenigst, sie wollten uff irer chur- und fstl. Gnn. erbietten bei den verdecktigen chambergerichtspersonnen die verschaffung thun, das sichs uber und wider irer chur- und fstl. Gnn. und derselben verwanten eingeworfene recusation zu procedirn gentzlich enthalte, inmassen es dann zu recht schuldig und one das ire chur- und fstl. Gnn. desselben vermeinte proceß vor gantz uncreftig und nichtig, auch was darauf understanden wurde, fur thettlich und landfridbruchig gehandelt halten musten. *Bitte, dass sich der König gnädig erzeigen möge.*

<sup>4</sup> *Mandat Karls V. an den ksl. Kommissar Christoph von Seiseneck, in Goslar und Braunschweig die steitenden Parteien zu verhören, 1541 April 12. Siehe dazu: G. BLUME, Goslar und der Schmalkaldische Bund, S. 90f.*

256 *Gutachten des Frankfurter Rechtsgelehrten Dr. Johann Fichard<sup>1</sup> zur Restitution Hg. Heinrichs von Braunschweig – (Frankfurt), o.D. (nach 1543 März 18)/empfangen Nürnberg, 1543 April 3<sup>2</sup>*

*Frankfurt ISG, Reichssachen II 963, unfol. (Kop.).*

Bey dem puncten, Hg. Heinrichen von Braunschweig belangen, fallen fur zweyerlei bedencken, nemlich, ob ratsamer sey, die ingereumbte gutliche handlung allein mit sein, Hg. Heinrichs, kindern oder aber mit ime, Hg. Heinrichen selber, one die kinder zu verfolgen und sich deßhalben einzulassen.

Dan erstlich wirdt die sach dahin bedacht, so man das erobert furstenthumb Braunschweig je wiederumb restituiren wolte, das doch solichs allein den kinder zu vervolgen were, aber er, Hg. Heinrich, keinswegs dartzu wiederumb gelassen solt werden, auß diesen ursachen:

Erstlich, das sein, Hg. Heinrichs, natur nhunmer auß vielen handlungen dermassen gespurt und befunden worden, das man sich gewißlich keines glaubens, treu, friedens noch dergleichen (es werde gleich verbrieffung und versicherung deßhalben ufgericht, zum besten als muglich ist) zu ime versehen mag, sonder man sich alweg seiner geschwinden und gefarlichen practiken gegen ime zu besorgen hette, und das sovil mehr, so er nhunmehr in sein voriges thun, wesen und gewalt wiederumb gesetzt oder gelassen wurde.

Zum andern, das also hieraus volgen wurde, das dieser handel (derhalben sein, Hg. Heinrichs, entsetzung fur notwendig angesehen und furgenhomen

<sup>1</sup> *Johann von Fichard (1512–1581): 1531 Promotion zum Dr. utriusque iuris, 1531–1533 Advokat und Prokurator am RKG, 1533–1536 und 1538 Syndikus der Stadt Frankfurt, 1536 bis 1538 Aufenthalt in Italien (Arbeit in der Kanzlei Karls V.), juristischer Ratgeber von Fürsten und Städten in ganz Deutschland. Siehe: R. VON STINTZING, *Johann von Fichard*, in: ADB 6 (1877), S. 757–759; H. F. FRIEDERICHs, *Johann von Fichard*, in: NDB 5 (1961), S. 120f.; H. O. SCHEMBS, *Johann von Fichard*, in: *Frankfurter Personenlexikon (Onlineausgabe)*; R. JUNG, *Biographischer Abriss über Dr. Johann Fichard*, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, 3. Folge, 2. Bd. (1889), S. 209–259 (bzw. Elektronische Edition Speer 2016).*

<sup>2</sup> *Das nicht datierte Gutachten ist als Reaktion auf einen Bericht der Frankfurter Räte aus Nürnberg vom 18. März 1543 (in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol., Ausf.) entstanden, in welchem die Gesandten auf die unterschiedliche Position der kursächsisch-hessischen Räte und der oberländischen Städte zur Restitution Hg. Heinrichs hinwiesen. Die Verhandlungen in der Causa Braunschweig waren damals wegen der bayerischen Forderung nach Restitution Hg. Heinrichs ins Stocken geraten und die Schmalkaldener mussten sich über die im weiteren einzuschlagende Verhandlungstaktik einigen. Bgm. und Rat von Frankfurt legten das Gutachten Fichards ihrem Schreiben vom 29. März 1543 bei (in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 963, unfol., Ausf.); dieses Schreiben samt Gutachten erhielten die Frankfurter Gesandten in Nürnberg laut einem AV Lambs am 3. April 1543. Zu den unterschiedlichen Positionen Kursachsens und Hessens (Nr. 245) sowie der Städte Straßburg (Nr. 246) und Frankfurt (Nr. 256) in der Frage der Restitution Hg. Heinrichs siehe: I. HAAS, *Reformation – Konfession – Tradition*, S. 205f.*

worden) nit allein besser oder zum wenigsten so gut als hievor, sonder gar viel erger sein wurde, dieweil sonder zweyffel er, Hg. Heinrich, zu aller unruhe und böser practiken nhunmehr in stettiger betrachtung erlittens schadens, schimpfs und spot etc. desto gefliessener sein wurde. Und damit er sich gegen diesen stenden, sonderlich aber den stetten Braunschweig und Goßlar, derenhalben er in gegenwertigen last komen, in allerlei weg rechnen [= *rächen*] mechte, an ime nicht das menschlich und muglich erwinden lassen wurde. Und ob gleich solchs in den ersten jaren oder so baldt nit geschehe, das es doch zu erster ersehener opportunitet oder bequemlichkeit (wie sich dan die felh mit der zeyt noch mancherlei zutragen könthen) gewißlich nit underpleyben wurde. Also were aber den obermelten beiden stetten nit allein nichts verholffen, sonder innen noch mehr sorg und gefarlichkeit ufgelegt und aller uncosten in sein, Hg. Heinrichs, entsetzung vergeblich ufgewent.

Zum dritten, das man sich sein, Hg. Heinrichs, so er also ausserm landt und voriges seines gewalts und vermögens entsetzt pleibt, am wenigsten zu befaren oder zu besorgen hat, dieweil vermutlich, er werde nit baldt fursten finden, so sich seiner annemen und ire landt und leuth zu ime setzen wollen, ja das auch diejhenigen, bei denen er sunst mitler zeit sein ufenthalt haben wurde, ime nit baldt aus iren furstenthumben etwas thetlichs oder gewaltlichs furtzunemen gestatten wurden, daraus denselben iren furstenthumben krieg und verderben erfolgen mochte, wie dan solichs die Hgg. zu Beyern (bei denen er sich uf diese zeyt erhelt) alberait mehrmals zusagung thun lassen, ime, Hg. Heinrichen, bei inen und auß iren landen keiner practick noch thetlichen handlungen zu gestatten. So nhun hochgedachte Hgg. zu Bayern (so doch sein, Hg. Heinrich, nechste gesybte [= *versippte, blutsverwandte*] freunt sein) also hiertzu gesyndt sein, vilmehr werden andere, so nit so vermuglich, auch ime, Hg. Heinrichen, nit so nahen zugethan sein, sich hierin sein, Hg. Heinrichs, nicht beladen wollen. Wurde aber er, Hg. Heinrich, wiederumb in sein vorigen gewalt und regiment gelassen, so ist gut zu erachten, das ime dennacht allerlei zuschub heimlichen beschehen mechte und ime desto lieber per practicas geholffen wolt werden, dasjhenig ausser seinem aigen landt zu erregen, das doch sunst dieselbigen heimlichen helfer ausser iren landen nit gern erregt sehen wolten.

Zum vierten, dieweil zu verhoffen were, die fstl. kinder, so sie wiederumb zum furstenthumb gelassen wurden, das sie nit allein das landtfolck bei dem gepflantzten evangelio wurden bleyben lassen, sunder auch selber, nachdem sie noch jung sein, dartzu gebracht werden mechten, welchs doch, so er, Hg. Heinrich, das regiment widerumb bekhomen solt, keinswegs weder des landtvolcks noch der jungen hern halber zu hoffen were.

Und entlich, so ist dennochter den gemeinen stenden cristlicher vereyn hierin nit zum geringsten zu bedencken, das sie mit gutter gewissen nit zugeben noch gestatten megen, das durch solche zustellung des furstenthumbs des arme landtvolck des anghomen evangelii beraupt und wiederumb in die alte ferfurische papisterei wider iren willen getrungen werde, welchs doch durch den

weg, so die zustellung allein den kindern beschehe, zu verkommen, aber in den andern weg gar nit zu erhalten were.

Hiergegen aber und nemlich das nutzlicher, furtreglicher und verfenglicher [= *wirksamer*] were, sich in dieser gutlichen handlung mit ime, Hg. Heinrichen, selber einzulassen und, wo muglich, zu vertragen, wirdt bedacht auß diesen folgenden ursachen:

Erstlich dieweil die warheit, das dennochter er, Hg. Heinrich, der recht principal, dem solchs furstenthumb zugestanden hat, ist und seine kinder gar nit, welchen auch bei leben ires vatters dasselbig von rechts wegen noch nit gepurt. Darumb, so man dieser sachen je grundtlich vertragen sein wolte, muß solchs notwendiglich mit ime, Hg. Heinrichen, als dem principal und nit den kindern (so noch zur zeit damit nit zu thun haben) beschehen.

Zum andern, das auch mit inen, den jungen hern, so noch aller under iren jaren und vast jung sein, so verfenglichen [= *wirksam*] nit mochte gehandelt werden als mit dem alten, und das sie sich gegen dem vertrag (ob sie inen gleich mit dem aidt bestettigen) dennochten allerlei zu behelfen hetten, welchs der alte nit thun kunthe.

Zum dritten, das auch die sicherung irenthalben vil schwerlicher zu finden sein wurde dan mit dem vatter, dieweil man inen sunder zweivel under anderm einbinden wolte, das sie iren vatter sein leben lang nit ins furstenthumb einkhomen lassen, noch bei sich wissen oder erhalten sollten. Davor sich dan freylich (dieweil es der naturlichen und angepornen naigung zuwidder) kein furst noch standt verschreyben wurde.

Zum vierten, obgleich solchs geschehe und es die jungen hern (als doch schwerlich zu vermutten ist) also zusagen und annemen, auch deßhalben andere stende sich fur dieselben verschreyben wurden, so were doch hochlich zu besorgen, das dem nit wurde geleppt werden, sunderlich in die har [= *auf die Dauer*], und das sie, die kinder, iren vatter die leng im elendt nit wurden lassen. So sie auch inen gleich wiederumb (irer zusagen entgegen) ins landt lassen wurden, das sie doch von wegen dessen, so sie also auß naturlicher und kindtlicher lieb gethan hetten, nit hoch verdacht, vil weniger mit pillicheit gescholten mochten werden. Solte nhun er, Hg. Heinrich, also beneben den kindern wiederumb one dieser stende willen und dank [= *Absicht*] ins landt komen, so were es je vil erger, als es vor je gewesen.

Zum funften ist hiemit zu bedencken, nachdem das hertzogthumb Braunschweig des Reichs eigenthumb und also sein, Hg. Heinrichs, lehen ist, das dannochter dasselbig one der ksl. Mt. verwilligung nit wircklichen noch bestendiglichen ime, Hg. Heinrichen, behomen und wider desselben willen uf seine kinder gewendt werden mechte, aber es ist schwerlich zu hoffen, das solche bewilligung bei der ksl. Mt. zu erlangen seye. Solt man dan on solch bewilligung itz einichen vertrag ufrichten, der in grundt nit kreftig noch bestendig, das were nit allein onratsam, sunder auch schimpflich. Dessen allen het man sich, so man mit dem alten handlen wurde, nit zu besorgen.

Zum sechsten, das durch diese zustellung, so den kindern geschehen solt (ob die gleich iren furgang erlangt) diesen stenden mitnichten verholffen, dardurch auch kein ruhe noch friedt geschafft were, sunder man nochmals sein, Hg. Heinrichs, halben in gefar und sorg allerlei detlicher handlungen, practik und plackereyen steen muste, gleich wie vor und sovil mehr, dieweil er alsdan scheinbarlichen sehen und versteen wurde, das man entlich gemeint were, inen niemermehr ins landt wiederumb komen zu lassen. Also het man nhun gleichwol das furstenthumb wider ubergeben und doch nichts außgericht noch erlangt, und were alle handlung, mit diesen jungen hern gepflegt, one frucht und vergeblich.

Zum siebenden, so ist dannochter nit zu verachten das argument, so die beyerische rethe under anderm angetzaigt, nemlich man solte bedencken, das nit alle stende dieser vereyn der Kf. zu Sachsen und Lgf. zu Hessen noch sie alle grosse comun seyen, dan es ja war ist, wo man sich sein, Hg. Heinrichs, zu besorgen hat (wie man dan gewißlich thun muß, so lang er ausser seinem furstenthumb und man mit ime unvertragen ist), das die einzlichen [= *einzelnen*] stede sich mehr dan diese bede chur- und fursten zu befaren haben und ongleichen neben denselben, ob sie gleich die hilf der vereyn zu hoffen haben, sitzen. Solchs bedarf nhun nit weitter außfurens, und waiß ein jeder in dem sein gelegenheit wol zu bedencken.

Damit ich aber schließlichen hierin mein gutbeduncken auch antzaig, so sag ich kurtzlich, das ich mir die meynung der oberlendischen stete aus nechstertzeltem bedencken<sup>3</sup> gefallen laß, und nemlich, das verffenglicher [= *nützlicher*] sein wurde, mit ime, Hg. Heinrichen, selber dan mit seinen kindern sich zu gutlichkeit intzulassen, uf mittel und mas, als das zuvordest bede stede Braunschweig und Goßlar irer clagen halben nach billicheit zufriede gestelt (weitter irrung kunftiglich zu verhutten) und deßhalb genugsam assecurirt wurden. Deßgleichen diesen stenden ein solche versicherung, damit sie auch fur kunftigem unrath versehen sein mechten, beschehe, und daruf die festen im landt abgethan wurden etc. [*Hg. Heinrich*] wiederumb in das furstenthumb gelassen werden mechte, dan wo solche mittel und massen, sunderlich aber mit niderwerfung der vhesten also bei ime, Hg. Heinrichen (als doch nit vermutlich), erhalten wurden, so het man sich seines wider einkomens gar wenig zu befaren, dieweil er alsdan weder Goßlar noch Braunschweig uberlestig sein noch sunderlichen schaden zufugen konnte, als der sich weither uf sein Wolffenbuttel oder andere vesten wie etwan gar nit zu verlassen hette, vil weniger mechte er alsdan gegen Sachsen, Hessen und anderen stenden der cristlichen vereyn etwas sorglichs furnemen und außrichten. Ja, ich wolt inen, Hg. Heinrichen, so die vhesten wie gemelt im landt zuvor allenthalben abgethan weren, nirgent lieber dan daselbst in seinem furstenthumb wissen, dan man sein

<sup>3</sup> Bezugnahme auf das *Straßburger Gutachten* (Nr. 246), das früher entstand und Fichard offensichtlich bereits bekannt war.

dasselbst gewiß were und alles seines thuens und furnemens (daruf man alsdan grosser ufsehens dan hievor haben wurde) am besten wissens haben mechte. So wurde er auch freylich nit mehr dieffe wunden beissen, so ime gehorter massen die zeen [= Zähne] außgebrochen weren. Und ob er gleich wiederumb die vhesten ufbauen oder sich seiner art und natur nach zur rach gern schicken welte, so weren ime doch Sachsen und Hessen und die sachsichen stede rings umher also gesessen, das er an seinem furnemen leichtlichen verhindert werden, auch fur denselben weder volck noch anders statlichen ufbringen mechte, dan mit seinem landtvolck wurde er gewißlich nit schaden thuen. Das man also sein, Hg. Heinrichs, in seinem furstenthumb (so er das obgemelter massen entbloest were) am allersichersten, auch seiner am allermechtigsten were. Und fallen hierdurch die bedencken, so hieoben erstmals antzaigt sein worden, dieweil daran wenig gelegen, ob gleich Hg. Heinrich seinem gebrauch nach nit viel glaubens zu halten gedenckt, sofer er sunst nur nit viel schaden mag, wie beß [= böse] ers gleich im syn hab.

Sovil dan belangt das letzter bedencken erhaltung halben des evangelii, ist demselbigen in der oberlendischen stet gegenbedencken [Nr. 246] genugsam (meins erachtens) geantwurt, dan allein des evangelii halben sol man niemant das sein vorhalten. Wol mecht man deßhalben muglichen vleiß furwenden, das evangelium zu erhalten, so aber da kein volg sein wolte, must mans Got befahlen, der ist mechtig genug, sein wort auch one unser zuthun oder hilf zu handhaben und zu erweiteren.

In summa, es werde gleich mit den jungen oder dem alten von Braunschweig dieser restitucion halben gehandelt, so ist doch dieselbig anders nit zu verfolgen oder zu willigen, es werden dan die vesten im landt zuvorderst abgethon, dan one das mag den stetten Goßlar und Braunschweig, auch ubrigen stenden dieser vereyn, kein gewisse versicherung beschehen. Wiewol ich warlich darvor halt, die braunschweygischen beyde, alter und junge hertzen, werden in solchs gar nit willigen, zudem das es baiden chur- und fursten Sachsen und Hessen auch nit gefellig und das derhalben – dieweil auch sonsten die mittel, so beiden theylen annemlich oder leidlich sein mechten und dan die sicherung nit wol zu finden – diese gutliche handlung vergeblich sein werde.

Johan Fichard Dr. etc.

- 257 *Supplikation Hg. Georgs von Braunschweig-Wolfenbüttel, Dompropst zu Köln und Bremen, an Kg. Ferdinand und die Reichsstände wegen seines erbrechtlichen Anspruchs auf die braunschweigischen Besitzungen<sup>1</sup> – reg. Nürnberg, 1543 April 11*

Wien HHSzA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 626r–627v (Kop.); DV fol. 627v: Supplicatio Hg. Georgen zu Braunschweig etc., thumprobst zu Cöln etc. reg. 11. Aprilis anno 43.

*Nach der Eroberung Braunschweig-Wolfenbüttels durch Kursachsen und Hessen macht Hg. Georg als ehelich geborener Sohn Hg. Heinrichs d. Ä. von Braunschweig und seiner Gattin, Hgn. Katharina von Pommern, in seiner Eigenschaft als Miterbe seine Ansprüche auf das Fürstentum geltend. Er bittet König und Reichsstände untertänigst, so euer kgl. Mt. und gemeine stendt uber kurts oder lang eyniche gutliche handelung myt Hg. Heinrich von Braunschweig, mynem lieven broderen, oder dero erben und den hoichgemelten chur- und fursten sampt deren myteynichsverwanten anderthails vornemen<sup>a</sup> wurdten, das in dem fall euer kgl. Mt. und gemeine stende mich ouch dorzu allergnedigst und gnedigst willen beschrieben und forderen laissen, damit ich myn anligend notturft, interesse und erfgerichtigkait inprengen moege, myt angehoirt und nae notturft doruff gehandelt moecht werden.*

- 258 *Instruktion Kg. Ferdinands für eine Werbung Lorenz von Streitbergs bei den Hgg. von Bayern und Hg. Heinrich von Braunschweig wegen des Aufschubs der Verhandlungen in der Causa Braunschweig bis zur Ankunft des Kaisers – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 vor April 23)<sup>1</sup>*

Wien HHSzA, RK RTA 10/Konv. 2, fol. 281r–287r (Konz.); ÜS fol. 281r: Instruction auf unsern getreuen, lieben Lorentz von Streitberg, unsern rat, was der von unsern, auch der röm. ksl. Mt., unsers lieben bruders und herrn, verordenten comissarien wegen, so auf gegenwurtigem reichstag gewest, auf beiligende unsere credentzbriefe erstlich mit den hochgebornen Willhelmen und Ludwigen gebuedern, Pfgff. bei Rein, Hgg. in Obern- und Nidernbayern, unsern lieben vettern und fursten, samentlich oder sonderlich und dann in sonderheit mit dem hochgebornen Hainrichen, Hg. zu Braunschweig und

<sup>a</sup> *In der Vorlage irrtümlich: genommen.*

<sup>1</sup> *Die Supplikation wurde von Dr. Ludwig Falkenberg, dem Gesandten Hg. Georgs, in der Mainzer Kanzlei übergeben. Vgl. die ähnlich lautende Werbung Falkenbergs im Auftrag seines Herrn an die Schmalkaldener (Nr. 56b) und deren Antwort darauf (Nr. 252).*

<sup>1</sup> *Die Instruktion wurde wahrscheinlich knapp vor Ende des RT ausgefertigt. Sie stellt eine Antwort auf die Weigerung Kursachsens und Hessens dar, den von Kg. Ferdinand für 1. April angesetzten Versammlungstag zu beschicken (Nr. 249).*



Lunenburg, unserm lieben oheim und fursten, in nachgemelter sach handeln, werben und begern solle.

*Nach Überantwortung seiner Kredenz soll Lorenz von Streitberg den Hgg. von Bayern folgende Werbung vortragen:*

*Kursachsen und Hessen weigerten sich, auf dem für 1. April 1543 nach Nürnberg anberaumten Versammlungstag (Nr. 250) zu erscheinen, mit der Begründung, dass das kgl. Ausschreiben zu spät erfolgt sei, um vorherige Beratungen mit ihren Mitverwandten zu ermöglichen. Sie ersuchten um Verschiebung der gütlichen Verhandlungen bis zur Ankunft des Kaisers im Reich (Nr. 255).*

Nun hetten wir, auch der röm. ksl. Mt. comissarien und gemaine reichsstende, gleichwol ermessen und bedacht, daß solcher verzug Hg. Heinrichen von Braunschweig, als dem der hierinn zum hochsten belaidigt, nit wenig, sonder hoch beschwerlich were. Solches auch bey meniglich, so aller erbarkhait, recht und billichait gewogen, nit weniger fur beschwerlich, auch unbillich geachtet werden möchte, das benantem Hg. Heinrichen sein furstenthumb, deß sein L. on alle vorgeende rechtliche erkenntnuß mit der tat entsetzt und vor spoliert worden, vorenthalten und seiner L. zu widererlangung desselben der ordenlich weg rechtens, dergleichen die furgenomen gutlich handlung in aufzug oder lengerung gezogen werden sollte. Derhalben wir, auch bemelte ksl. comissarien und gemaine reichsversammlung (als die mit ime, Hg. Hainrichen, gnedigs, freuntlichs und getreues mitleiden truegen) wol genaigt gwest wern, in dieser sach auf anders geraumbte zeit widerumb tag anzusetzen und die hievor furgenomen gutlich handlung in wurckhung ze bringen. Dieweil aber dasselb, aus dem daß dieser gegenwurtig reichstag gleich zu ende geloffen und gemaine reichsstende in khurzem voneinander verrucken, nit beschehen mogen, auch aus andern mer beweglichen ursachen nit hoffenlich gewest, daß auf diesmal in dieser sach ichtz erschieslichs oder fruchtpars ze handln seye, were demnach von uns, auch den ksl. comissarien und gemainen reichsstenden aus allerlai ernstlichen ursachen, und furnemblich zu verhuettung unrue und entporung im Hl. Reich, nochmalen fur retlich bedacht worden, daß die hievor furgenomen gutlich handlung biß auf der ksl. Mt. schierist oder negste personliche ankonft in das Reich verschoben. Und daß hiezwischen Hg. Hainrich von Braunschweig mit der angefangten rechtfertigung am camergericht ainen stillstandt halten, doch daß solche gutliche handlung in khain verlengerung gezogen, sonder innerhalb sechs monatn den negsten furgenomen und in das werck gebracht. Und wo die gutlichait nit verfangen, alsdan die sachen in itzbestimter zeit wiederumb an das refformiert camergericht gewisen und remittiert werden sollte, wie wir uns dann darauf mit rat der reichsstende bewilligt [Nr. 404, § 37], solches auch in ainem artiggel dieses alhieigen reichstags ainziehen lassen, das wir Hg. Hainrichen von Braunschweig dahin bringen und vermugen wollten, das sein L., allem fridlichen wesen zu wolfart und guttem, in solches wie obsteet bewilligen sollte.

*Es gilt zu bedenken, dass das Scheitern einer gütlichen Regelung und die Fortsetzung der Prozesse durch Hg. Heinrich den inneren Frieden im Reich und damit auch die Türkenhilfe gefährden. Die Reichsstände erklärten sich mit der Suspension der Prozesse einverstanden. Deshalb sollen sich die Hgg. von Bayern als enge Verbündete des Braunschweiger Herzogs bei diesem dafür einsetzen, gütlichen Verhandlungen und der Suspension der Prozesse zuzustimmen, in Anbetracht der Tatsache, dass der Kaiser in Kürze in das Reich kommen und sich der Angelegenheit annehmen werde. Dem Herzog werde durch eine gütliche Regelung schneller und besser geholfen als durch Rechtsmittel.*

*Kg. Ferdinand sichert zu, sich beim Kaiser dafür einzusetzen, dass in der Causa Braunschweig noch vor Ablauf der oben gesetzten Frist von sechs Monaten gütliche Verhandlungen stattfinden. Er ist überzeugt, dass die Hgg. von Bayern ihren Bundesgenossen Heinrich auf den rechten Weg bringen werden, da andernfalls die Türkenhilfe gefährdet sei.*

*Nach seiner Werbung bei den Hgg. von Bayern soll Streitberg seinen Kredenzbrief an Hg. Heinrich übergeben und diesem sein Anliegen vortragen<sup>2</sup>. Über den Verlauf der Werbung bei den Hgg. von Bayern und bei Hg. Heinrich soll Streitberg dem König schriftlich Bericht erstatten.*

---

<sup>2</sup> *Siehe die Antwort Hg. Heinrichs auf die Werbung Streitbergs, Landshut, 1543 Mai 4, in: Wien HHStA, RTA 10/Konv. 2, fol. 288r–291r (Kop.): Heinrich betont, dass er zu den von Kg. Ferdinand für 1. April 1543 angesetzten gütlichen Verhandlungen in Nürnberg seine Räte abgefertigt und den Stillstand der Kammergerichtsprozesse befohlen habe. Wegen der Weigerung der Schmalkaldener hätten die Verhandlungen allerdings nicht stattgefunden. Da Heinrich schon fast ein Jahr unrechtmäßig seines Landes beraubt sei, könne er der im Nürnberger RAb von 1543 verankerten Suspension der Prozesse (Nr. 404, § 37) nicht zustimmen und protestiere dagegen. Gleich nach der Ankunft des Kaisers im Reich werde er diesem seine Bitte um Restitution vortragen.*

## VIII. Verhandlungen der Schmalkaldischen Bundesverwandten

*Im Hinblick auf den Reichstag werden in Kap. VIII.A bis VIII.C jene Aktenstücke editorisch berücksichtigt, die das Verhalten der Schmalkaldener gegenüber Kaiser, König, altgläubigen Reichsständen und den Institutionen des Reiches, vor allem dem Reichskammergericht, verdeutlichen. In Kap. VIII.D. wird hingegen die interne Kommunikation der Bundesmitglieder zu ausgewählten Themen dokumentiert. Andere Bundesangelegenheiten, über die in Nürnberg beraten wurde (z.B. Gesuche um Aufnahme in den Bund, Konflikte mit anderen Bündnern, Verwaltung des eroberten Fürstentums Braunschweig-Wolfenbüttel, interne schmalkaldische Abrechnungen, Supplikationen), sind im Schmalkaldischen Bundesabschied (Kap. XIII.C, Nr. 418) erwähnt und werden, so weit möglich, in den Sachanmerkungen mit kurzen Angaben zu Inhalt und archivalischer Provenienz versehen.*

*Die in Kap. VIII abgedruckten Dokumente ermöglichen es, den Inhalt der in den Protokollen (Kap. III) und Korrespondenzen (Kap. XII) erwähnten Verhandlungen und Aktenstücke der Schmalkaldener an Hand der Querverweise zu erschließen.*

### VIII.A Die Schmalkaldener und das Reichskammergericht

*In den am 6. Jan. 1543, vier Wochen vor Eröffnung des Reichstags, beginnenden Beratungen des Ausschusses der Schmalkaldener<sup>1</sup> ging es vor allem um die Frage, wie sich die Evangelischen gegenüber dem am 4. Dez. 1542 in weltlichen und geistlichen Angelegenheiten rekusierten Reichskammergericht verhalten sollten. Der Entschluss zur Generalrekusation erfolgte, weil die von den Protestanten geforderte Visitation und Reformation des Reichskammergerichts mehrmals aufgeschoben worden war. Das Reichskammergericht verwarf die Rekusation am 13. Dez. 1542 mit gravierenden Folgen für die betroffenen Reichsstände, die sich nun je einzeln genötigt sahen, Stellung zu der von den Bundeshauptleuten vorgegebenen Linie zu beziehen<sup>2</sup>.*

*Kap. VIII.A enthält mehrere Vorschläge des Ausschusses, wie mit der durch die Rekusation entstandenen Situation umzugehen sei. Kursachsen und Hessen sollten den Gff. von Hohenlohe mitteilen, dass ihre gerichtsanhängigen Streitsachen mit*

---

<sup>1</sup> In den Ausschuss wurden die Gesandten des Kf. von Sachsen, des Lgf. von Hessen, Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg, Hg. Ulrichs von Württemberg und der Städte Straßburg, Frankfurt und Schwäbisch Hall entsandt. Siehe dazu das CA-Protokoll Lambs Nr. 86c, fol. 206r. Augsburg war ursprünglich auch als Ausschussmitglied vorgesehen gewesen, wozu es jedoch wegen Unerfahrenheit des Gesandten Jörg von Stetten nicht kam: siehe Nr. 269, Anm. 4.

<sup>2</sup> Zur den Folgen der Rekusation des RKG für die Schmalkaldener siehe R. SMEND, *Das Reichskammergericht*, 1. Teil, S. 157–160 (zu 1541–1543); ausführlich G. SCHLÜTTER-SCHINDLER, *Der Schmalkaldische Bund*, S. 216–241; I. HAAS, *Reformation-Konfession – Tradition*, S. 199–202.

dem Bundesmitglied Schwäbisch Hall wegen der Rekusation des Reichskammergerichts durch die Stadt vor unabhängigen Richtern auszutragen seien, auf die sich die Streitparteien zu einigen hätten (Nr. 259).

Über den Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen der Schmalkaldener zur Rekusation des Reichskammergerichts bis Mitte Januar 1543 liegen die Berichte von Dr. Lukas Ulstett an die Bgmm. von Augsburg (Nr. 260) sowie von Ogier von Melem und Dr. Hieronymus zum Lamb an Bgm. und Rat von Frankfurt vor (Nr. 265).

Da die Schmalkaldischen Bundesmitglieder in der Generalrekusation vom 4. Dez. 1542 nicht namentlich angeführt waren, wurde beschlossen, dass jeder rekusierende Reichsstand zur Ratifizierung der Rekusation eine eigene Gesandtschaft an das Reichskammergericht nach Speyer abfertigen sollte. Der Ausschuss verfasste Textvorlagen für die in Speyer vorzulegenden Aktenstücke, die *mutatis mutandis* zur Anwendung kommen sollten. Es waren dies eine Bevollmächtigung (Nr. 261) und eine Instruktion (Nr. 262) der Gesandten, die Ratifikation der Rekusation, verbunden mit der Revokation der Prokuratoren (Nr. 263) und Revokationsschreiben an die Prokuratoren (Nr. 264).

Am 22. Jan. 1543 beriet der Ausschuss der Schmalkaldener über weitere Artikel betr. die Rekusation des Reichskammergerichts (Nr. 266). Auch die adeligen Befehlshaber des braunschweigischen Feldzuges von 1542 sollten sich explizit der Rekusation anschließen (Nr. 267).

Bgmm. und Rat von Augsburg, deren Haltung zur Rekusation des Reichskammergerichts in geistlichen und weltlichen Angelegenheiten anfänglich zögerlich gewesen war, erklärten sich schließlich doch bereit, sich der Rekusation aller Bundesmitglieder anzuschließen, wie einer Weisung an die Gesandten zu entnehmen ist (Nr. 268). Dr. Claudius Pius Peutingen wurde zu den Verhandlungen über das Reichskammergericht nach Nürnberg entsandt (Instruktion Nr. 71b). Er berichtete seinen Auftraggebern über die Haltung der anderen evangelischen Städte zur Rekusation (Nr. 269) und bezog im Auftrag Augsburgs Stellung im Städterat (Nr. 270).

Da die Rekusation der Schmalkaldener vom Reichskammergericht nicht angenommen wurde, erließ Kf. Johann Friedrich von Sachsen am 29. Jan. 1543 ein Schreiben an mehrere Bundesstände mit Vorschlägen, wie in dieser Situation weiter vorzugehen sei (Nr. 271). Der Ausschuss der Schmalkaldener erarbeitete am 16. Febr. 1543 ein Gutachten für den Fall der Fortführung der Prozesse durch das Reichskammergericht in Missachtung der Rekusation (Nr. 272), wobei den Bundesmitgliedern zur Nichtannahme der Mandate des Reichskammergerichts geraten wurde (Nr. 273).

Ein Gutachten des Ausschusses auf eine Anfrage der Stadt Augsburg bestätigte die Gültigkeit der Rekusation nicht nur für städtische Obrigkeiten (Bgm. und Rat), sondern auch für Stadtgemeinden und Privatpersonen (Nr. 274).

259 *Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für ein Schreiben der Bundeshauptleute an die Gff. von Hohenlohe: Austragung der Streitsachen mit Schwäbisch Hall vor unparteiischen Richtern<sup>1</sup> – o.O., o.D (Nürnberg, 1543 Jan. 10 bis 12)<sup>2</sup>*

*Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); AV: Sachsen und Hessen an die Gff. von Hoenloe von wegen Schwebischen Hall. Lectum [Frankfurt] 23. Januarij 1543.*

Nachdem wir und unsere mitverwanthe stend der cristenlichen vereynigung die personen, so sich dieser zeyt als richter und beisitzer des ksl. cammergerichts anmassen, auß hochbewegenden, erbarn und rechtmessigen ursachen nit allein in religion-, sunder auch allen und jeden prophansachen recusiert, wie ir auß beiliegendem, gleichlautendem abdruck derselben recusation [1542 Dez. 4] zu vernemen habt, und aber durch die ersamen, unsere lieben besundern und mitaynigungsverwanthen stettmeister und rath der statt Schwebischen Hall an unß gelangt, wie sie mit euch und etlichen euern zugewanthen etwan vil anhangender und unerorterter rechtvertigungen, darin sie als spoliati entsetzt und (wie sie berichten) wider den landtfrieden beschwerdt, merertheils cleger an bemeltem cammergericht haben, in deren etlichen ir noch und uber furgewanthe berurte recusation bei gemelten recusirten richtern und beisitzern gegen inen mit handlung furfaren und uff sie tringen sollent. Dagegen aber inen, den von Hall, ire notturft derendes zu handeln und furzuwenden oder sich in einichen weg ferner intzulassen in ansehung beschehener recusation nit gepüren wolle etc<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> *Wegen der Rekusation des RKG war für die Schmalkaldener das Problem des Zugangs zur Rechtsprechung entstanden. Es erhob sich die Frage, wie und wo sie bei Konfliktfällen innerhalb des Bundes oder gegenüber anderen Reichsständen zu ihrem Recht gelangen sollten, weshalb der Ausschuss von beiden Streitparteien zu akzeptierende, unparteiische Richter vorschlug. Das entsprach dem Vorschlag, den Lgf. Philipp von Hessen in seiner Zusatzinstruktion in Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes (Nr. 57b) gemacht hatte: [...] Aber unterdes, da die verordnung eines neuen, unpartheyischen chambergerichts nicht so baldt erfolgte, deucht uns, were ein recht unter unsern stenden also zu ordnen, das man sich etzlicher personen vergliche, vor welchen wir, diese stende, einander zu recht stehen und dafür recht geben und nemen wollten. [...]. Siehe dazu: G. SCHLÜTTER-SCHINDLER, *Der Schmalkaldische Bund*, S. 234f.*

<sup>2</sup> *Laut dem CA-Protokoll Lambs wurde zwischen dem 6. und 12. Jan. (Nr. 86c, fol. 205r–207r) über die am RKG anhängigen Klagen von Bgm. und Rat von Schwäbisch Hall gegen die Gff. von Hohenlohe in Zusammenhang mit der Rekusation des RKG verhandelt. Offensichtlich entstand damals der Entwurf für das Schreiben der Bundeshauptleute an die Gff. von Hohenlohe.*

<sup>3</sup> *Über den Vortrag des Gesandten von Schwäbisch Hall (Matern Wurtzelmann) vor den Schmalkaldenern berichtete Dr. Lukas Ulstett am 9. Jan. 1543 an Bgmm. und Rat zu Augsburg: Auf anhalten des gesandten der stat Schwebischen Hall haben die sachssischen und hessischen räte allen ankhomenden geschickten der cristlichen verain*

Damit dan gedachte von Hall in solchen sachen durch die angeregt recusation nit rechtloß gestelt, so ist unser als fur uns selbs, auch von wegen anderer unserer mitvereynigten stende genedigs gesinnen, ir wollent uff den falh, das die gutte, deren wir, Philips Lgf. zu Hessen etc., unß zwischen euch und gedachten von Hall haltender geprechen halben allen theilen zu guttem unternomen haben, zerschlagen werden solte, des wir unß doch nit wollen versehen, euch mit gedachten von Halle etlicher unpartheyischen und beiden theilen leidlichen richtern vergleichen, dergestalt das fur denselben die berurten sachen allesampt und besonder in dem stant und terminen, darin sie vor furgewenther recusation gestanden, reassumiret und darin, so lang und viel biß das gemelt cammergericht vermog der röm. ksl. und kgl. Mtt., unser allergenedigsten herren, gegebenen declarationen und urkunden reformiret wirt, zu allen theilen eins jeden notturft nach, wie sich geburt, biß zu ende furgeschritten und volnfarende werde, wie wir dan mit gedachten von Hall deßhalben sovil und dahin gehandelt, das sie unß solchs zu irem theil auch gewilligt haben und anders nit erachten konden noch megen, dan das solcher weg an ime selbs erbar, billich, auch zu

---

uff datum dits uffs rathaus zu kumen ansagen lassen. Dasselbst der hallisch gesandt von wegen seiner hern erschinen und uns mundtlich furgetragen: Nachdem seine herrn und obern wider die Gff. zu Hohenloe und die Frhn. zu Limpurg, auch ander vom adel, ritterschaft und burgern 17 rechtsachen (darunder in zwelf sachen seine herrn cläger weren) am camergericht anhengig gemacht und unerörtert steenden, so weren seine obern endtschlossen gewesen, in denselbigen stilstueen und von wegen der itz ingelegten recusation am camergericht (darin von inen all prophansachen recusirt worden) nit ferrer procedirn oder im rechten furfaren wollen. So hab sich doch kurtzverschiner zeit zugetragen, das ire widersacher obgemelt in etlichen obbestimpten sachen am camergericht furgeschritten und in den nechstgehalten audientzen die baysitzer am camergericht seinen herrn kurtz termin angesetzt und prefigirt hetten, darin sie uff irer gegentail furwenden antwurten und im rechten furfaren, auch in etlichen sachen beschliessen sollten. Des inen hochbeschwerlich und nit thon konten, so sie das camergericht in prophansachen recusiert und derselbigen anhengig bleiben solten. Derhalben wer sein begern, dieweil obangeregte sachen vermög des schweinfurtischen abschids gemain sachen weren, die gesandten der cristlichen verstendnus wolten seinen herrn helfen und rathen, wie sie sich ferrer darin halten und was sie thun oder daruff handln solten, mit angehengtem erpietten etc. Daruff der stend gesandte den abschid geben: Dieweil die furgetragene sachen hochwichtig und der stend gesandte noch in klainer anzahl hie ankomen weren, so solt er zwen tag ungevürlich verziehen, der hoffnung, das in solher zeit mer rätthe solten kumen. Alsdan wolten sie die sachen furhanden nemen und der stat Hall ir bedencken mittailen etc. Daruff beruet dise sachen noch. Was ferrer darin gehandelt wirt, sol euer Ft. on verzug zugeschriben werden. [...]. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ulstetts)*. In ähnlicher Weise schilderten die kursächsische Räte gegenüber Kf. Johann Friedrich die Werbung des Gesandten von Schwäbisch Hall in der Schmalkaldischen Bundesversammlung, Nürnberg, 1543 Jan. 8, in: *Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 98r–105v, hier fol. 99r–101v (Ausf.)*.

gepurlichem außtrag der sachen gantz dinstlich und derwegen keinem theil beschwerlich sein solle etc.

Wollen unß demnach fur unß selbs und von wegen vorgemelter unserer mitverwanthen stende genediglich versehen, ir werden euch dessen der pillicheit nach nit weigern, dan solten gedachte von Hall, als die entsetzten und beschwerten, uber diß unser genedigs und pillichs gesynnen und suchen in solchen sachen durch euch in die leng aufgehalten und an iren herprachten freiheiten, rechten und gerechtigkeiten nochmals verhindert oder uff euer anhalten und verursachen an berurtem cammergericht bei den jetzigen partheyischen, unreformirten und recusirten richter und beisitzern in einichen schaden, nachteil oder weitherung gefurt werden, hetten ir zu erachten, das wir und unsere mitveraynigte stende sie als verwanthen und buntsgenossen in solchem der pillicheit nach nit verlassen kunthen. Darauß aber mechte ervolgen, das wir lieber vermitteln sehen wolten.

Haben wir euch, unrath und weitherung zu verhutzen, nit wollen verhalten, der genedigen zuversicht, ir werdt euch in dem der pillicheit und wilfarung ertzaigen. Sein wir hinwider gegen euch in genaden zu erkennen genaigt.

260 *Bericht von Dr. Lukas Ulstett an Bgmm.<sup>1</sup>, Baumeister und geheime Räte von Augsburg über einen Vorschlag der Schmalkaldener vom 12. Jan. 1543 zur Durchführung der Rekusation des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 Jan. 13*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ulstetts).*

Es haben der cristlichen verain der chur- und fursten gesandten den potschaften der stet, alhie ankomen, derselbigen verwandtnus den 12. Jenner furgehalten, das sie fur gut ansehe, das nit allain ain jetweder rat der ewangelischen stet, sonder auch all ir burger und ir inwoner das cammergericht recusierten, inmassen wie nachvolgt: Nemlich, das sie all ir am cammergericht angehengt sachen unerörtet und unausgefurt bleiben solten lassen. Zum andern, das sie kain neue sachen daselbst – weder in erster instantz oder durch den weg der appellation – anfahren oder am cammergericht anhengig machen solten. Zum dritten, ob sie von andern ans cammergericht geladen wurden, das sie nit erscheinen, sonder sich der beschehen recusation behelfen solten etc. Das auch die burger egemelter stet ir constituirt am cammergericht procuratores widerrueffen mochten. Und begerten obbestimt fstl. rätthe hieruber von uns ain wissen zu haben, ob wir von unsern herrn und obern hieruff zu beratschlagen und zu beschliessen abgefertigt worden weren.

<sup>1</sup> *Mit den beiden Bürgermeistern von Augsburg sind Hans Welser und Mang Seitz gemeint.*

Daruff wir mit vorgeender underred inen ainhellig anzaigten, das kainer aus uns dits furtrags halber von seinen herrn zu beschliessen gewalt het. Uff welche unsere gegebne antwurt sie, die fstl. räthe, uns freuntlich ersuchten und begerten, das wir unsern herrn solhen iren fürgewandten punct und begern zurückschreiben und inen daneben anzeygen solten, das egenanther fstl. gesandten freuntlich anlangen wer, das unsere herrn und obern ir gemuet, was inen in obbestimptem punct zu thun oder irer gelegenhait nach zu beschliessen sein wölt, uns als iren gesandten alhie zuschreiben und darin gewaldt oder bevelch geben wölten. Des wir all uff hindersichpringen bewilligt haben etc.

*Ankunft des Königs ist innerhalb der nächsten fünf Tage zu erwarten. Seit seinem letzten Schreiben (1543 Jan. 9) sind keine weiteren reichsständischen Botschaften in Nürnberg angekommen. In der Angelegenheit der Stadt Schwäbisch Hall betr. die Rekusation des Reichskammergerichts wird von den anwesenden Gesandten in etwa zwei Tagen ein Beschluss gefasst werden<sup>2</sup>.*

*Schlussformel, Datum, US Ulstetts.*

*Beiliegender Zettel: Gratulation und Glückwünsche für Hans Welser und Mang Seitz<sup>3</sup> zur Wiederwahl zum Bürgermeisteramt.*

<sup>2</sup> Der Beschluss fiel bereits am 13. Jan. 1543, offensichtlich nach Abfassung des obigen Schreibens, denn Dr. Lukas Ulstett berichtete am 14. Jan. an Bgmm., Baumeister und geheime Räte von Augsburg: [...] Auf der stat Schwebische Hall jungst den 9. Jenner von mir zugeschriben beschehen anbringen und begern haben die gesandten der cristlichen verain all demselben geschickten iren rat und gutbeduncken den 13. dits monats eröffnet und angezaigt: Nemlich, das der rat zu Hall fur sich ausserhalb der andern mitverwandten stend durch iren darzu sonderlich constituirten anwaldt uffs eehest am camergericht protestirn und die hievor aller stend inkomne recusation ratificirn und erhollen soll. Furs ander, so soll der rat zu Hall seine procuratores, die er am camergericht in seinen rechtsachen constituirte, revocirn, alles nach inhalt [der] beygesandten schriften [Nr. 260–264], welche die gesandten gemainen stenden zugut vergriffen haben. [...]. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ulstetts)*.

<sup>3</sup> Mang Seitz war zwischen 1531 und 1543 abwechselnd Bürgermeister und Baumeister des Augsburger Rates. Siehe: A. GÖBNER, *Weltliche Kirchenhoheit und reichsstädtische Reformation*, S. 68. Der Rat instruierte seine Gesandten in Nürnberg am 14. Febr. 1543, an wen sie sich mit ihren Berichten wenden sollten: [...] Wann ir hinfuran hiehere in den schwebenden der ainigung- und reichssachen schreibt, so stellets an ain erbern rat oder, wa es etwas besonders, an die 13 oder, wa es gar eng und gehaimbd, an bede unsere lieben burgermaistere im ampt, es sei durch ingelegte zedul oder sonder brieff. [...]. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.)*.



261 *Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für eine Bevollmächtigung der Gesandten zu einer Werbung am Reichskammergericht – o.O., o.D (Nürnberg, 1543 Jan. 13)*<sup>1</sup>

A *Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); AV: Forma gewalts ratificantis et revocantis. Lectum [Frankfurt] 23. Januarij 1543.*

B *Stettin AP, AKS II/10, S. 53–54 (Kop.); DV S. 60: Vollmacht an die chamergerichts personen.*

C *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); AV: Lectum 13. Januarij 1543.*

D *Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 166rv (Ausf.).*

<sup>a</sup>–Wir, burgermaister, rath und gantze gemein der stat N. –<sup>a</sup> bekennen hiemit öffentlich, daß wir gegenwertige unsere bevelchaber<sup>b</sup> N. in unserm namen und von unsern wegen an die personen, die sich des ksl. chamergerichts zu verwesen vermeintlich anmaßen, etliche werbung und furbringung unser notturft nach zu thun abgefertigt, wie sie des von unß bevelch empfangen haben. Demnach so geben wir gedachten unsern bevelhabern N. hiemit unser volkhomen macht

<sup>a–a</sup> *In B: Von Gots gnaden wir, Hg. zu N. In D: Von Gots gnaden wir, Ernst Hg. zu Braunschweig und Lunenburg.*

<sup>b</sup> *In B: rethe. In D: unsern rath und lieben getreuen Nicolaum Holstain, der rechten doctoren.*

<sup>1</sup> *Datierung des Vorschlags gemäß dem CA-Protokoll Lambs zum 13. Jan. 1543 (Nr. 86c, fol. 208r). Die Vollmachten wurden von den einzelnen evangelischen Reichsständen in den Wochen nach dem 13. Jan. 1543 entsprechend dem obigen Entwurf ausgefertigt und galten mutatis mutandis für alle Reichsstände, die sich der Rekusation des RKG angeschlossen hatten: z.B. Vollmacht Lgf. Philipps von Hessen für eine Mission seiner Gesandten beim RKG, actum Kassel, 1543 Febr. 12, in: Marburg StA, PA 650, fol. 124r (Kop.) oder Vollmacht Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg für seinen Gesandten Dr. Nikolaus Holstein, o.O., 1543 montags post Reminiscere (Febr. 19), in: Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 166rv (Ausf.). Bgmm. und Rat von Augsburg entsandten den Stadtadvokaten Dr. Konrad Hel an das RKG in Speyer und erwogen ein gemeinsames Vorgehen mit Ulm, wie sich aus einem Schreiben von Bgmm. und Rat von Augsburg an Bgm. und Rat von Ulm ergibt, (Augsburg), 1543 Febr. 19: Uff eur Ft. zugeschrieben wolgefallen, das unser bederseits gesandten, zur recusacion an das ksl. chamergericht verordent, miteinander reiten und iren actum nebeninander thun sollten, haben wir eur Ft. uß besondern ursachen bishere kein gewiesen beschaid geben können, aber yetzt unsern advocaten, H. Cunraden Heln, sampt ainem syndico und notario abgefertigt, bemelte handlung zu verrichten. Und dhweil von ansehens wegen nit unfruchtbar sein möchte, das eur Ft. und wir samentlich durch einen syndicum unsern actum theten, so stellen wir zu eur Ft., ob sie sich unsers syndici in dieser sachen auch geprauchten und iren gewalt uff ine stellen wollen oder nit, dann es unsers erachtens wol sein. [...]. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.). Dr. Hel erstellte für Bgmm. und Rat von Augsburg eine Abrechnung seiner Reise- und Aufenthaltskosten in Speyer (von 1543 Febr. 19 bis März 6), in: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

und gewaldt, in kraft diesser schrift in unsern namen und von unsern wegen vor den obgemenen personen deß chamergerichts zu erscheynen, solchen unsern bevelch und notturft furtzupringen, den aidt fur geverd daruff vermüg der reichsordnung in unser seel zu schweren<sup>c</sup>, und sonst alles anders hierin zu thun, das wir, so wir selbst gegenwertig, thun mochten, auch die recht und des Reichs ordnung und unser notturft erfordert.

Was auch durch N. obgemenete unsere bevelchhabern<sup>d</sup> hierin also gehandelt, des versprechen wir, bey verpflichtung unser hab und gutter, soviel hierzu vonnöthen, gemem und vest zu halten, one geverde. Des zu urkhunth etc.

262 *Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für eine Instruktion der Gesandten zu einer Werbung am Reichskammergericht – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan. 13)*<sup>1</sup>

A Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/1, fol. 242r–244v (Kop.); ÜS fol. 242r: Instruktion der ratificacion und revocatcion halben<sup>2</sup>.

B Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 52r–53v (Kop.).

C Stettin AP, AKS II/10, S. 47–52 (Kop.); DV S. 52: Instruktion der ratification und revocation halben.

D Ludwigsburg StA. B 189 II, Bü. 54, unfol. (Kop.).

E Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.).

Nachdem der christlichen aynungsverwandten Kff., Ff. und stende anwesenden gesandten, rath und bodschaften aus sondern bewegenden ursachen fur nodwendig angesehen, das die gemein recusacion, von bemelter stende wegen ahn dem ksl. chamergericht den 4. Decembris jungst furgewendt, uber das vermeint decret, darunder den 13. berurts monats von chammerrichtern und bei-

<sup>c</sup> In B und D folgt: auch andere anwalten und bevelhabere, einen ader mehr, von unsern wegen ferner und an ire [bzw. seine] stadt zu verordnen und zu substituiren.

<sup>d</sup> In B: unsere rethe oder ire substittuirten. In D: unsern rath und lieben getreuen Dr. Nicolaum Holstein oder seine substituirtten.

<sup>1</sup> Laut dem CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c, fol. 208r) wurde der Text für die Instruktion in der Versammlung der Schmalkaldener am 13. Jan. 1543 ausgearbeitet. Der Entwurf diente den Schmalkaldischen Bundesständen als Muster für die einige Wochen später mutatis mutandis erstellten Instruktionen für die Werbung ihrer Gesandten am RKG. Siehe z.B. die Instruktion Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg für seinen Gesandten Dr. Nikolaus Holstein, Celle, 1543 Febr. 12, in: Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 163r–164v (Ausf.); ÜS fol. 163r: Instruktion, was sich unser von Gots gnaden Ernsten, Hg. zu Brunshwig und Luneburg, rhat und lieber getreuer Nicolaus Holstein, der rechten doctor, oder seine substituirtten sollen uff unser ime zugestalte mandat und gewaldt vor denjenigen, die sich das ksl. camergericht zu verwesen anmassen, zu Speir, Wormbs oder wo sie sein antzutreffen, ze halten.

<sup>2</sup> Die ÜS ist in allen Überlieferungen gleichlautend.

sitzern eröffnet, von einem jeden stand ratificirt, daneben auch di procuratores eines jeden stands an ermeltem chammergericht revocirt werden sollen, wie dan derhalben zwo formen, eine ahn chammerrichter und beisitzer [Nr. 263], di ander an di procuratores [Nr. 264] in schriften gestelt, vorhanden.

Damit dan solcher actus von den stenden zu allen theilen gleichformig und an sondere confusion an dem chammergericht gehalten und vorrichtet werden mochte, solte sich ein ider standt in demselben nachfolgender instruction halten:

Erstlich solte von einem iden stand di schriefft an chammerrichter und beisitzer [Nr. 263] seiner gelegenhait nach mutatis mutandis (doch das in der substantz nichts vorandert wurde) in form eines gemeinen products, wie sonst schriefftliche producten ahn dem chammergericht intzulegen gepreuchlich, mit dieser intitulation „Protestacion, ratificacion und revocacion respectiva N. oder N. etc.“ gestelt und unterschrieben, aber die schriefft an die procuratores [Nr. 264] missivenweiß verfertigt und di beide einem sonderm bevelhaber, zu solchem geschickt, mit genugsamen gewaldt [Nr. 261], wie deshalb auch ein sondere form begriffen, dem chammerrichter und beisitzern, auch dem procuratori volgendermassen anzupringen und zu uberantworten aufgegeben werden.

Namlich so solte dieser gesandter oder bevelhaber zu erster des chammergerichts audientz, die er erreichen mochte, in offener audientz mit einem notarien und getzeugen (welchem notario er zuvor beide des gewalds und der schriefft ahn chammerrichter und beisitzer gleichlautende und durch ine, den notarien, selbs auscultirte copeien zustellen soll), doch derselben anfangs unvormeldet erscheinen und post publicatas sentencias in novis, so di ordnung ahn den procuratorem des stands, von deme er geschickt, keme, zufferst seinen gewaldt mit benennung des constituirenden stands ubergeben und begern, ime uff denselben den aid calumniae alsald zu deferirn und ine von wegen seiner principaln zu horen etc.

Wurd ime dann der aid alsald deferirt, solte er darauf handeln, wie hernach gemeld wurd. Wurd aber ime der aidt nit deferirt, solte er doch nitdestoweniger furfahren, den ubergebenen gewald erholen, mit antzaig, das er inhalts desselben berurten aidt zu erstaten urputtig und alsaldt daruff und in kraft desselben in nhamen und von wegen des constituirenden stands und, do es ein stad were, in nhamen des rats und der gemein obbemelt schriefftlich product an chammerrichter und beisitzer – mit ertzelung der intitulation und vormeldung, das er inhalt desselbigen, in nhamen wie vorgemeldet, protestirt, ratificirt und revocirt haben wolte etc. – gerichtlich ubergeben, und begerten, sollich schriefft an gepurende ort zu registriren etc. Und ob die nimandt von ime entpfangen oder annhemen wolte, solle er sie uber di schrancken hinein reichen, werfen, fallen oder sonst liegen lassen, wie es sich selbst am besten schigken wurd.

Im vhall aber, do er gar nicht zugelassen noch gehort werden wolte, solle er protestirn de negata audiencia und nitdestoweniger aller massen wie obgemelt

mit muntlicher handlung, sovil muglich, aber mit ubergebung oder darwerfung berurter schriefft in alle wege furfharn und sich darin nichts verhindern lassen.

Und volgends uber das alles, wie es sich zutregt, den notarium als pald vor gericht oder hernach an andern gelegenen orten (doch das der notarius und di gezeugen bei solchem actu personlich zugegen sein), wie sichs gepurt, requiriren, subarriren, ime dessen eins oder mher instrument uffzurichten begern und demnach seinen abschidt nhemen etc.

Aber di verschlossen schriefft an den procuratorem [Nr. 264] solle er vor oder nach obgemelter actu dem procuratori behandigen und zustellen. Bedarf zu demselben keiner sondern solemnitet.

**263** *Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für ein Schreiben an Kammerrichter und Beisitzer des Reichskammergerichts – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 Jan. 13)*<sup>1</sup>

- A *Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); ÜS: An die personen, die sich dieser zeit das ksl. cammergericht zu verwesen anmassen. Lectum [Frankfurt], 23. Januarij 1543.*
- B *Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Konz. mit Korr. v.d.Hd. Lambs)<sup>2</sup>; AS: Protestatio, ratificatio et revocatio respectue Bgm. und raths der stat Franckenfurt am Mayn. Lectum [Frankfurt], 23. Januarij 1543.*
- C *Stettin AP, AKS I/10, S. 55–57 (Kop.).*
- D *Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, unfol. (Kop.).*
- E *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); ÜS wie in A.*

<sup>1</sup> *Laut dem CA-Protokoll Lambs vom 13. Jan. 1543 (Nr. 86c, fol. 208rv) wurde über die Protestation an diesem Tag verhandelt und ein Textvorschlag fertiggestellt. Diesem Entwurf folgend, fertigten die einzelnen Bundesstände einige Wochen später ihre Gesandten zum RKG mit entsprechenden Schriftstücken ab. Über diesen Vorgang unterrichtet ein Schreiben Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg an seinen Gesandten Dr. Nikolaus Holstein, Celle, 1543 montags post Invocavit (Febr. 12), in: Hannover NLA, Celle Br. 3, Nr. 20 I, fol. 51r–52v (Ausf.): [...] Es ist unß ein schreiben von unserm freuntlichen, lieben vettern, dem Kf. zu Sachssen, zukomen, wie ihr ab der copey mit A zu sehen habt [Nr. 271]. Daruff haben wir ein protestacion, ratificacion und revocation [Nr. 263], auch ein instruction und mandat [Nr. 262] uff euch stellen lassen, die wir euch hineben zuschicken. So haben wir auch an unsern procuratorn Dr. Christoff Hoßen geschrieben, wie ihr auch ab beiligerender copey [Nr. 264, Anm. 3] vernehmen werdet. Und moget ihr nhun diejenigen, so von wegen der gemeinen stende in das cammergericht geschickt werden, in kraft euers mandats substituiren, damit also an unß in nichten, das zu thun vor gut angesehen, mangel erscheine.*

<sup>2</sup> *Das Konz. (B) ist im Namen von Bgm. und Rat von Frankfurt formuliert und weist einige Abweichungen zu den anderen Überlieferungen auf. Die von Dr. Hieronymus zum Lamb eighd. angebrachten Korrekturen und Ergänzungen enthalten Hinweise auf die am RKG anhängigen Prozesse der Stadt Frankfurt.*

Eß haben der churfursten, fursten, graven, stett und stendt der cristenlichen eynung reth, gesanthen und botschaften von dem vergangen tag zu Schweinfurt, im Novembri des verschienen 42. jars gehalten, uff empfangnen bevelch irer genedigsten und genedigen fursten, hern und obern auß iren grossen beschwerungen und rechtmessigen, gegrundten und bestendigen ursachen wider euch, die sich des ksl. cammergerichts zu verwesen anmassen, ein recusationslibell<sup>3</sup>, in welchem sie euch als verdecktliche, partheyliche und sorgliche richter recusiert, durch ire verordneten gewalt- und bevelchhaber ubergeben lassen, inmassen dan solichs uf den 4. tag Decembris euch gerichtlich furpracht worden und sie euch vermog desselben libels kraft empfangenen befelchs recusirt haben.

Wiewoll sich nhun dieselben und wir versehen, ir, die vorgemelten personen, solten gegen unsern zugewanthen und uns stilgehalten, verner nit procedirt, sunder die sachen, als ir dan von rechts wegen zu thun schuldig gewest, ad arbitros kumen lassen haben, so habt ir doch, wie unß glaublich angelangt, ungeacht solcher recusation vermeinlich gegen uns furgefaren und uff den 13. Decembris des verlaufnen 42. jars ein vermeint decret wider unß eroffnen lassen<sup>4</sup>.

Dieweil nhun ein solchs von euch vermeinlich und wider gemeyne beschriebene recht und billicheit beschehen, so protestirn wir hiemit von solchem euerm nichtigen proceß und decret und wollen wider dieselben alle unser vorige recusationlibell in allen und jeden seinen clauseln, puncten und meynungen, auch sunsten allen andern handlungen, so gemelte bevelchhaber vor euch derhalben gehandelt, hiemit ratificirt, beliebt, genem gehalten und widerholt haben<sup>a</sup>, ratificirn, belieben und widerholen auch dasselbig recusationlibell hiemit ge-

<sup>a</sup> *In A marg.:* Notum: Die stett sollen dieses orts solche protestation [und] ratification in namen irer und der gemeinen [stett] samenthaft thun.

<sup>3</sup> *Kf. Johann Friedrich von Sachsen war bestrebt, das Rekusationslibell vom 4. Dez. 1542 möglichst vielen Reichsständen in Nürnberg zur Kenntnis zu bringen. So schrieb er am 5. Jan. 1543 aus Torgau an seine Räte: [...] Nachdeme wier aus etzlichen bewegenden ursachen bedacht und vor gut angesehen, das die recusation, so jungst gegen und wider das cammergericht furgewant und in druck gegeben, sunderlich aber uff itzigem reichstage zu Nurmberg unter die reichsstende doselbst ausgeteilt wurde, so senden wier euch hirneben etzliche exemplaria solcher recusation. Und ist unser begern, ir wollet dieselben furder zu Nurmberg, wie ir dan werdet zu thun wissen, austeilten. Wier wollen euch auch derselben furderlich mehr hinach schicken. So haben wier auch unserm vettern und brudern, dem Lgf. zu Hessen, deren auch etzliche zugefertigt. Vorsehen uns, es werde den stenden der christlichen vorein nit misfallen. [...]. In: Weimar HStA, EGA, Reg H Pag. 421–434 Nr. 154/3, fol. 7r–8v, hier fol. 7r (Ausf.).*

<sup>4</sup> *Mit Urteil vom 13. Dez. 1542 verwarf das Kollegium des RKG die Rekusation und lud die Teilnehmer am braunschweigischen Feldzug vor das Gericht zur Verantwortung auf die Klage Hg. Heinrichs von Braunschweig wegen Landfriedensbruchs. Bei Nichtbefolgung dieser Ladung drohte auf Antrag des Klägers die Reichsacht. Siehe dazu: G. SCHLÜTTER-SCHINDLER, *Der Schmalkaldische Bund*, S. 234.*

genwertig in der allerbesten und bestendigsten form, wie solchs beschehen soll, kan oder mag etc.<sup>5</sup>

Und haben hieruff unsere constituirte procuratores N. und N.<sup>b</sup>, die wir biß doher zu verwaltung unser sachen und rechtvertigungen am cammergericht gehabt, sampt allen unsern inen derhalben gegeben mandaten und bevelhen in allen denselben sachen revocirt und widerruffen und revocirn die hiemit bester form rechtens wissentlich mit dieser protestacion, do sie sich uber diese unsere revocation weiter fur sich selbst oder sunst, wie das beschehen mecht, in unsern handlungen und sachen einlassen wurden, das wir darein keinswegs willigen, solchs auch fur genem nit halten wollen. Und haben euch solchs alles, des ein wissenschaft zu haben, nit bergen wollen.

---

<sup>b</sup> *In B ist Dr. Friedrich Reifsteck als Prokurator genannt. Es folgt danach die Auzfzählung aller Causen, welche die Stadt Frankfurt am RKG anhängig hat.*

---

<sup>5</sup> *Nicht alle Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes schlossen sich der Rekusation des RKG an. Vor allem die Hgg. von Pommern, die sich am braunschweigischen Feldzug nicht beteiligt hatten, sprachen sich gegen die Rekusation des RKG aus. Hg. Barnim schrieb dazu an Hg. Philipp von Pommern, Stettin, 1543 sonnabens nach Estomihi (Febr. 10), in: Stettin AP, AKW Sign. 14, fol. 2rv (Ausf.): [...] Was der Kf. zu Sachsen etc. von wegen der recusation des cammergerichts an euer L. und uns geschrieben [Nr. 271], desgleichen was sich die rethe, gesandten und potschaften der christlichen verein itzt zu Nurmberg deshalb ferner entschlossen, hat euer L. auß beiliegend abschriften und noteln zu erlesen, die wir euer L. hiemit übersenden, unß derselben radt und gutbeduncken darauf zu eroffnen. Weil wir aber unß bedachter der braunschweigischen vheide nicht anhengig gemacht, können wir nicht vor guth oder gelegen ansehen, das wir uns itzt mit in die recusation des cammergerichts, die zu mhern theil deshalb geschicht, einlassen, das dan nichts anders als ein ratification derselben vheide kont oder mocht angesehen und geachtet werden. So ist auch unser gelegenheit nicht, wissen auch ohn radt und furwissen unser furnehmisten landtrette in die recusation nicht zu willigen oder aber unsern rethen, so itzt zu Nurmberg seint, daruber andern bevelh, dan als sie bereit deshalb, als sie von uns gescheiden, empfangen [Nr. 63], nicht zu thun. [...] Zur Haltung Pommerns betr. die Rekusation des RKG siehe auch R. HELING, Pommerns Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund, S. 47f.*

264 *Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für ein Revokationsschreiben an die evangelischen Prokuratoren<sup>1</sup> am Reichskammergericht – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 Jan. 13)<sup>2</sup>*

A *Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); ÜS: An eins jeden stants procuratorem. AV: Lectum [Frankfurt], 23. Januarij 1543.*

B *Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, unfol. (Kop.)*

C *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); ÜS: Revocation der procuratorn. An dieselben.*

Nachdem wir von dem tag uß, welhen wir zu verrichtung unser und unser mitverwanthen gescheft und sachen des vergangen 42. jars zu Schweinfurt gehalten [1542 Nov. 15], den personen, welche sich des ksl. cammergerichts zu verwesen anmassen, ein recusationlibell durch unsere verordenten bevelchhaber ubergeben und sie in kraft desselben recusirn lassen, welche recusation wir auch von neuem ratificirn und also in allen unsern sachen, die wir bißher an dem cammergericht gehabt, im rechten vor inen als recusirten richtern zu verfahren nit schuldig, so wollen wir euch in allen und jeden unsern sachen, denen ir uß entpfangen unserm bevelch vorgewesen, hiemit sampt denselben mandaten und bevelhen revocirt und widerrufen haben. Begeren demnach, euch derselben zu ent schlagen und euch alles einlassens zu enthalten<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> *Prokuratoren und Advokaten bildeten zusammen die Anwaltschaft des RKG, wobei die Prokuratoren die unmittelbaren Prozessbevollmächtigten der Parteien waren. Außer den Prokuratoren, die dem Kaiser oder einzelnen Reichsstädten verpflichteten waren, gab es auch solche, die von Reichsfürsten bevollmächtigt wurden. Meist waren die Prokuratoren hoch qualifizierte bürgerliche Juristen, es gab unter ihnen aber auch altadelige Vertreter. Mit dem Fortschreiten der Reformation profilierten sich mehrere Prokuratoren als „protestantische Anwälte“. In dieser Zeit entwickelte sich das Prokuratorenamt von einer Nebentätigkeit zu einer Lebensstellung. Zu den protestantischen Prokuratoren zur Zeit des Nürnberger RT von 1543 zählten: Dr. Christoph Hoß/Hose (Prokurator 1517–1544); Dr. Simeon Engelhardt (Prokurator 1523–1544, vor allem Vertretung von Reichsstädten); Lic. Johann Helfmann (seit 1524 hessischer Prokurator am RKG, offenes Bekenntnis zum Protestantismus, 1535–1544 auch Prokurator für den Hg. von Württemberg, Mgf. Georg von Brandenburg-Ansbach, die Hgg. von Mecklenburg, Resignation 1544); Dr. Friedrich Reifsteck/Reifstock (Prokurator 1521–1544, enge Verbindungen zur Stadt Straßburg, ebenso zu Hamburg, Goslar, Augsburg, den Bff. von Eichstätt und den Gff. von Hohenlohe, große Kanzlei, Aufbau einer Prokuratordynastie). Allgemeine Informationen zum Prokuratorenamt und biographische Details zu den einzelnen Prokuratoren bei: A. BAUMANN, *Die Prokuratoren am RKG*, S. 161–196; R. SMEND, *Das Reichskammergericht*, Teil 1, S. 244–374 (zum Personal des RKG).*

<sup>2</sup> *Datierung laut dem CA-Protokoll Lambs zum 13. Jan. 1543: Nr. 86c, fol. 208r.*

<sup>3</sup> *Hg. Ernst von Braunschweig–Lüneburg widerrief bereits am 1. Dez. 1542 die Vollmacht für seinen Prokurator am RKG, Dr. Christoph Hoß. In: Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 168r–169r (Kop.). Im Laufe der im Jan. 1543 stattfindenden Nürnberger Verhandlungen der Schmalkaldener wurde beschlossen, dass die Protestation*

265 *Bericht der Frankfurter Gesandten Ogier von Melem und Dr. Hieronymus zum Lamb an Bgm. und Rat von Frankfurt betr. die Verhandlungen über die Rekusation des Reichskammergerichts und das Problem von Friede und Recht – Nürnberg, 1543 Jan. 15*

*Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf. mit Siegel); AS: Die freund von Nurnberg belangend Schwebisch Hall, item ratification, revocation etc. Lectum [Frankfurt], 23. Januarij 1543. DV: Die freund schreiben von Normberg, wes fur gut angesehen sei des camergerichts proceß halben belangend ratificationem, recusationem, protestationem und revocationem procuratorum.*

*Erhalt des Schreibens von Bgm. und Rat von Frankfurt vom 4. Jan. 1543<sup>1</sup> am 10. Jan. in Nürnberg.*

Und nochdem der gesanth der statt Schwebischen Hall kurtz vor ankunfft berurts euer W. schreibens umb gleicher beschwernuß und sachen willen, so seinen herren an dem ksl. cammergericht uber und wider vorgewent dieser stende recusation begeben, ursach gegeben, das die gesanthen, reth und botschaften dieser stendt, sovil der damals alhie gewesen, den 6. diß monats zusammen erfordert, von welchen erstlich gedachter gesanther gehort und volgents bedacht worden: Dieweil solche sachen nhunmehr nit allein dero von Hall weren, sunder diese stend in gemein mitbelangten, sich auch dergleichen gegen andern mehr stenden dißtheyls ungezweyffelt teglichs zutragen wurden, das derwegen ein außschuß verordnet werden solte, zu beratschlagen, was gegen solchen beschwernußen furzunemen, auch wie uf diesem tag die sachen dahin zu richten weren, damit diese stende mit den andern wiederumb ein gleichmessig, unpartheyisch recht im Reich erlangen und haben mechten, wie auch der verordnet außschuß darmit nhun etlich tag umbgangen etc., so haben wir nit underlassen, sobaldt euer W. schreiben unß behandigt worden, derselben beschwernuß dem außschuß (zu welchem ich, Dr. Hieronimuß, gleichwol als

---

*gegen das Vorgehen des RKG und die Abberufung der evangelischen Prokuratoren in Form einer gemeinsamen Aktion aller Bundesstände stattfinden sollte. Deshalb schrieb Hg. Ernst von Braunschweig am 12. Febr. 1543 aus Celle an seinen RKG-Prokurator Dr. Hofß: [...] Wiewol wir euch hiebevör [1542 Dez. 1] eine revocation euers gewalts und bevelhs, als ihr in unsern sachen am camergericht zu handeln gehapt, zugeschickt, so ist doch itz durch der christlichen verwandten stenden rethe und gesandten vor gutt angesehen, eine einhellige protestacion, ratificacion und revocation respective vor dem camergericht zu thun [Nr. 263], und das daneben ein ider standt seinem procuratori schreiben und den gewalt, als er in sachen am camergericht zu handeln hat, revociren soll [Nr. 264]. Demnach wollen wir hiemit abermals unsern gewaldt und bevelch, als wir euch in unsern sachen am camergericht zu handeln gegeben haben, revocirt und vernichtigt haben, in bester gestalt als solchs gescheen soll und kann, [...]. In: Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 170rv (Kop.).*

---

<sup>1</sup> *In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 963, unfol. (Ausf. mit Siegel).*



ein unschuldiger on das verordnet gewesen) antzupringen und darin der stende rath und guttbeduncken begert.

Daruf unß damals zu antwurt gefallen, dieweil solch sachen deren von Hall beschwernuß gleich und also ein gemeine sach dieser stende were, so dan die weg bedacht wurden, wie nit allein in deren von Hall, sunder allen dergleichen beschwernuß in gemein zu begegnen sein wolte, wie man dan deßen albereyt in arbeit stunde, so were euer W. sachen auch schon rath funden etc., welcher antwurt wir, wie pillich, gesettigt gewesen, doch begert, die handlungen zu furdern, damit durch verlengerung kein standt verseumpt oder vernachteylt wurde etc.

Und sein demnach durch den außschuß obangeregte zwen puncten, und nemlich sovil den ersten belangt, was gegen disen beschwernussen bei dem cammergericht furzunemen, bedacht worden etc. Dieweil diese stende sich mit der recusation rechtmessiger mittel geprauchet und also noch zur zeyt in dem weg des rechten stunden, das dan derselbig, obgleich cammerrichter und beisitzer daruf wenig geben, noch nit zu verlassen, sunder daruff dermassen zu verharren sein solte, damit dennoch solche handlungen uber nacht bestendig und nit nichtig geachtet wurden. Dieweil dan von etlichen gesanthen erregt und in ein zweiffel getzogen werden wolte, ob der actus jungst gethaner recusacion [1542 Dez. 4] aller stende halben creftig oder nichtig, in erwegung, das in derselben bevelchhaber gewalt die constituirenden stende, und sunderlich die stett, wider form des rechten nit außstrucklich benent weren etc., auch anderer mehr ursachen halben, derwegen dan solcher actus als nullus uber nacht cavilliert<sup>2</sup> worden und sich die stende, oder aufs wenigst deren etlich, deßhalben wider die daruber ergangnen vermeinten decreten und geubten handlungen des jetzigen cammergerichts in recht wurcklich veleicht nit geprauchet und also etwan hochlich vernachteilt werden mechten etc., warde fur nottwendig angesehen, das zu abwendung solcher cavillation und fursorg die beschehen recusation von allen stenden von neuem formlicher weiß solte ratificirt und darmit eines yeden stants procurator an dem cammergericht alsbald in allen sachen revocirt werden etc.

Und wiewoll deßhalben fur das best geachtet, das solch ratification und revocation wiederumb in gemein durch etliche dartzu verordnete in aller stende nhamen hette beschehen mogen, so hat doch solchs auß mangel bevelchs nit sein kunden, dan sich ein jeder gesanther an seinem herren und obern ererst [= zu allererst] deßhalben bevelchs hette erholen müssen. Daruff aber ein lange zeyt gangen, biß der von einem jeden gesanthen erlangt und solche ratification etc. in gemein also hette furgenhomen megen werden. Und hette aber darzwischen mancher standt, und in sonderheit die stett, derenhalben der vorig

<sup>2</sup> Vom Lateinischen „cavillari“ abgeleitet = verhöhnen, sophistisch argumentieren. Der Begriff bezieht sich auf die Rekusation des RKG vom 4. Dez. 1542, die am 13. Dez. 1542 vom RKG mit juristischen Vorwänden verworfen und abgelehnt wurde.

actus recusationis auß ertzelten mengeln veleicht nichtig sein mochte, durch der jetzigen beisitzer vermeinte decret und handlungen vernachteilt werden mogen etc. Darumb die sach zuletst dahin bedacht, das solich ratification und revocation von einem jeden standt besonder zum forderlichsten furgewent werden solte. Und damit solchs von allen stenden gleichformig und one sundere confusion beschehe, so sein deßhalben sunder instructiones [Nr. 262, Nr. 264] auch formen des gewalts [Nr. 261] und der ratification [Nr. 263] etc. gestelt und verfertigt worden, welche euer W. hieneben, mit A, B, C und D gemerckt, zu sehen. Daruff ein jeder stant solich ratification mutatis mutandis seiner gelegenheit nach furzunemen hette etc.<sup>3</sup>

Diese instruction und formen, als sie hernach von den anwesenden gesanthen dieser stende furpracht und verlesen worden, haben wir unß neben andern, doch allein fur unsere personen, gefallen lassen, mit außstrucklicher meldung, das wir deßhalben keinen sundern bevelch nit hetten, wolten aber diß alles euer W. furderlich zuschicken, die wurden sich daruff der gepur und irer gelegenheit nach zu halten wissen und unsers versehens von gemeinen stenden hierin nit sundern etc.<sup>4</sup> Diß ist, gunstigen und lieben herren, der rath und weg, den die

<sup>3</sup> *Über diese Vorschläge des Ausschusses der Schmalkaldener berichtete in ähnlicher Weise der Heilbronner Gesandten Dr. Jakob Ehinger an Bgm. und Rat von Heilbronn am 14. Jan. 1543: siehe Nr. 385.*

<sup>4</sup> *Bgm. und Rat von Frankfurt hielten die Gesandten davon ab, als erster Reichsstand die Ratifikation der Rekusation und die Revokation der Prokuratoren am RKG einzubringen. Sie sprachen sich dafür aus zuzuwarten und behielten diese abwartende Haltung während des gesamten RT bei. In der Weisung vom 26. Jan. 1543 an die Gesandten in Nürnberg heißt es dazu: [...] Der Rat erhielt das obige Schreiben der Gesandten (Nr. 265) und weiß nun, wes der anwesenden ainigungsverwandten stende räte und gesandten rat auf des verordneten ausschus bedencken, auch H. Jacob Sturmen und euer gutbeduncken sei. Und wiewol wir nach gestalt alles wesens selbs nit wol erachten kunden, das ime anderst zu thun sein wolle, so haben wir doch etwas bedencken, das wir mit der beratschlagten ratification, protestation und revocation die ersten sein solten, dweil der ainigungsverwandten stend rätte und gesandten ain geringe anzahl bei diser beratschlagung gewesen, und villeicht daruff steen mochte, das solcher ratt und beschlus nach ankunft der andern geendert werden oder uns in solchem niemant nachvolgen, dardurch der unglimpf allein uf uns erwachsen mochte. Und weren demnach bedacht, soverr es den verzug erleiden wolt, damit zu verziehen, bis wir vernemen, ob es die uberigen zu Nurmberg ankomen den gesandten bei solcher ratschlagung gelassen und imand anders solchen actum am camergericht vor uns getan hette. Darumb begeren wir, hiemit bevelhend, das ir uns zum furderlichsten verstendiget, ob inen die gesandten der ainigungsverwandten, so nach berurter beratschlagung der ratification, protestation und revocation biß uf uberantwortung dis unsers schreibens zu Normberg ankomen, dieselb gefallen lassen und versehenlich sei, das es dapei pleiben, auch deren also nachkomen werde, und sonderlich, ob ainicher standt den actum, also wie er bedacht und in seine formen gestelt ist, albereit gethan oder in kurtz zu thun gewißlich furhab, uns nach gelegenheit darin auch desto schicklicher wissen zu halten. [...]. In: Frankfurt*

anwesenden gesanthen dieser stende unß uff unser beschehen anregen und dem gesanthen der stat Halle in gleichem fal gegeben und furgeschlagen haben, den sie auch andern in gleichen fellen geben werden.

Nachdem auch euer W. unß bevolhen, deßhalben unß mit den oberlendischen vereynigten stetten sunderlich zu underreden und deren bedencken zu vernemen, weren wir dessen willig gewesen. Es ist aber von denselbigen stetten noch zur zeyt hie niemant ankomen dan Straßburgk, Dr. N. Ulstet von Augspurg (hat noch kein sundern bevelch) und Hall, welche obgelmelte handlung alle simpliciter angenhomen und bewilligt haben. Doch haben wir nit underlassen, mit H. Jacob Sturmen darvon zu reden, der unß antzaigt, er wuste euer W. anders nit zu rathen, dan das sie solchem der stende bedencken nachkemen, sie wolten sich dan von ermelten stenden in der gemeinen recusation sondern etc. Als aber euer W. auch unser bedencken hierin antzusaigen unß ufflegt, wissen wir fur unser einfalt auch anders nit zu gedencken, dan das euer W. uff Dr. Reiffstecks schreiben diese handlungen, wie sie von den gesanthen alhie bedacht worden, also furnemen und verrichten mochten. Dan dieweil wir biß anher noch nit vermerckt, das sich euer W. von berurter recusation abzusondern gedencken, wie auch auß vielen ursachen, sunderlich nachdem sich die sachen jetzundt allenthalben gefarlich ertzaigen und anlassen, euer W. nit wol anders zu rathen, so achten wir fur unser einfalt fur notwendig, das euer W. obberurtem bedencken nachkemen, damit die beschehen recusation euer W. halben nit nichtig sey, sunder forderlich rectificiert und ratificiret werden mochte etc. Doch werden euer W. solchs fur sich selbs weiter zu bedencken, auch anderer mehr rath darunder zu haben wissen. Und im falh, do euer W. obgelmelter instruction [Nr. 262] nach die handlung furnemen wolte, so haben wir die form des gewalts [Nr. 261], auch der schrift an camerrichter und beisitzer [Nr. 263] und dan der einen an den procuratorem [Nr. 264] mutatis mutandis nach gelegenheit euer W. geendert und gestelt, wie sie ungeverlich in euer W. namen zum glimpfigsten außgen mochten [...].

Damit an unserm vleyß auch hierin nichts erwynne und damit euer W. auch wissens haben, warumb in diesen schriften her und dar der stett halben auch die gemeinden mit ingetzogen worden, ist diß die ursach, dieweil dieselbigen in der braunschweigischen sachen auch vermeintlich citirt werden wollen und sie aber in der furgewenthen recusation, wie man achtet, nit begriffen sein mochten, das also durch diese handlung die recusation uff dieselben auch getzogen wurde und man irenthalben in termino comparitionis oder sunst nicht sonders furnemen dorfte etc. So dan diese handlungen also verrichtet, ließe man es aller ding dabei

---

*ISG, Reichssachen II 963, unfol. (Ausf.). Schließlich verzichtete die Stadt Frankfurt im Gegensatz zu den meisten anderen oberländischen Bundesstädten am 26. Febr. 1543 darauf, die Ratifikation der Generalrekusation am RKG in Speyer einzubringen. Siehe: I. HAAS, Reformation – Konfession – Tradition, S. 202.*

pleiben, sie erckenten oder machten am cammergericht daruber, was sie wolten, wurde man fur inen nit mehr erscheynen etc.

Dieweil man aber weiß und sicht, das das jetzig cammergericht alle diese handlung nit achtet, sunder furfaret und deßhalben diesen stenden dardurch wenig geholffen, so ist in der hallischen sachen fur gut angesehen worden, das der Kf. zu Sachsen und Lgf. zu Hessen an die Gff. von Hoenloe und etlich andere, die an dem cammergericht wider die statt Hall uber furgewent recusation in recht furfaren, schreiben solten, uf die meynung, wie euer W. auß hiebei verwarter copei mit H [Nr. 259] zu vernemen. Dardurch die sachen ein zeyt lang, und biß man allen dessen dingen andern rath funde, aufgehalten wurden etc. Ob dan euer W. fur ratsam ansehen, dergleichen furschrift an den teutschen meyster oder andere auch außzupringen, haben wir mit den sachsischen und hessischen sovil gehandelt, das es deßhalben kein noth wirt haben etc.

Nachdem sich auch der recusation halben allerlei inconvenientia und un-bequemlichkeiten bei diesen stenden kunftiglich zutragen werden<sup>5</sup>, sein derselben fell etlich und die furnembsten durch den außschuß auch bedacht und beratschlagt worden, wes man sich ungeverlich in denselben hette zu halten [Nr. 266]. Und wiewol diß des außschuß bedencken uff das papyer pracht (wie euer W. auß der copei mit I zu sehen), ist es doch den gemeinen gesanthen dieser stendt allein der ursach, das es den sachsischen rethen der privatorum

---

<sup>5</sup> *Bgm. und Rat von Frankfurt empfahlen den Gesandten in einer Weisung vom 8. Febr. 1543 in puncto der Rekusation abwartend und vorsichtig vorzugehen: [...] Befinden auch täglich, das der erbaren stett halben die hochst unvermeidlich notdurft ist, nach wegen und miteln zu trachten, wie die stend der ainigung nit allein gegen andern, sonder auch under inen selbs zu recht komen und dapei pleiben möchten, wie ir dan deshalb neben euer instruction unser sonder bedencken und bevelh durch euch, Iheronimum, gestelt von uns entphangen. So habt ir uns in euerm schreiben des datum den 15. Januarij [Nr. 265] zu erkennen gegeben, welchermassen bedacht sei, nit allein bei der kgl. Mt. und ksl. comissarien, sonder auch bei gemeinen reichsstenden umb remotion der itzigen beisitzer und neuer besetzung des cammergerichts anzuhalten und das die stende der ainigung in solchem fur ainen man steen sollen, unerlangt des allen in kein weiter hilf noch anders zu bewilligen. Das auch deshalb etlichen bevolhen, solchs in ein statliche schrift ze stellen, welche dan, wie wir aus euerm jungsten schreiben vernemen, algerait gefertigt ist [Nr. 152]. Dweil dan solch bedencken euer instruction hierin gleichmessig, so lassen wirs nachmals dapei beruhen und bevelhen euch von neuem, das ir derselben vleissig nachgeet, auch bei der oberlendischen stett gesandten anreget, damit also bei solchem suchen der remotion und neuen besetzung beharlich bestanden werde, wo das dermassen statlich und von allen stenden so treulich, als die notturft ervordert, beschicht. So zweifeln wir nit, es werde des cammergerichts halben etwas zu erhalten und dardurch die mittel und wege zum tail schon funden sein, wie diese stende under inen und gegen andern recht bekommen mogen, doch mogen wir unsers tails auch wol leiden, das mitler zeit davon unverbundtlich auch geredt werde, darin ir euch dan euer habenden instruction woll werdet wissen zu halten. [...]. In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 963, unfol. (Ausf.).*

sachen halben (doch unsers bedunckens on gutte ursachen) einig noch nit gefallen will, noch zur zeyt nit furgelalten noch durch die approbiret worden. Wir haben es aber euer W. zuschicken wollen, ob sich dergleichen fell bei inen zutragen, das sie dennoch wissens hetten, was deßhalb durch den außschuß alhie bedacht und fur gutt gemeinlich angesehen were worden etc. Und diß, sovil den einen und ersten puncten, was deßhalb am cammergericht nicht zu thun etc., belangt.

Aber den andern puncten bedreffen, wie allen diesen beschwerden uff diesem tag dermassen zu begegnen, das den stenden friedens und rechtens halben einmal wurcklich und entlich geholfen wurde etc., ist die sach in vilgemeltem außschuß nhun etlich tag her weitleuffig erwogen und bedacht worden. Dieweil durch die furgewenth recusation und alle andere handlungen, die diese stende an dem ksl. cammergericht furnemen mochten, den sachen und ermelten stenden gar nit geholfen, in betrachtung, das die beisitzer ungeachtet derselben furfaren und diese stende nitdestoweniger fur und fur beschweren werden, das dan der stende hohe notturft erfordern wolle, uf diesem tag zuvorderst die weg fur die handt zu nemen und zu suchen, dardurch man nit allein bei der kgl. Mt. und ksl. Mt. commissarien, sunder auch bei gemeinen reichstenden der jetziger beisitzer remotion und neue besetzung des cammergerichts vermog der declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] und des konigs urkunts [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] und also einmal widerumb ein unpartheyisch, gleichmessig recht im Reich mechte erlangen etc. Und solten diese stende hierin fur eynen man sten, solch ir beger und suchen gleich zu anfang des tags nach beschehener proposicion furpringen, sich auch mit andern stenden in gemeinem rath weder der turckenhilf noch einicher andern sachen halben inlassen, es were dan zuvor dieser punct gentzlich und nach notturft dieser stende jetzt alsfalt gegenwurtig wurcklich resolvirt und erledigt. Und solten sich derhalb weder uff kunftig zeyt noch brieff und siegell oder andere vertroistung, wie biß hieher beschehen, mehr verweysen, sunder ehe gar nichts willigen, dan sich von diesem puncten dringen lassen etc. Und damit solichs desto statlicher und mit mererm ansehen der kgl. Mt. und den reichstenden furpracht werden mechte, ist etlichen bevolhen worden, derhalb ein sundere schrift [Nr. 152] uff beschehen des außschuß beredung zu stellen, die alsdan diese stende furpringen und daruff verharren solten etc.

Also sten ungeverlich die sachen bei den vereynigten stenden dißmals und, wie sich alle ding ansehen lassen, auch hin und wider bedacht werden, ist zu besorgen, wo gemelte weg und mittel bei der kgl. Mt. und den stenden des andern theils nit solten zu erlangen sein, das sich kunftiglich der braunschweigischen kriegsubung und des cammergerichts halben allerlei beschwerlicher und gefarlicher weitherung in teutscher nation zutragen mechten etc., dan es sten die sachen allenthalben sorglich und gar nahe daruff, wo die stende des gegentheils sich dißmals nit etwas begeben und weysen lassen wurden, sonder wie bißher, als zu besorgen, uff irem wesen beharren, das diesen stenden einmal

zu bedencken sten wolte, wie sie ire sachen uff ein orth prechten. Was aber daruß mechte erfolgen, ist leichtlich zu erachten, und mechten derhalben wol leiden, euer W. hetten bei diesen schweren sorglichen leuftten andere geschickter dan unß. Dan wiewol wir unß euer W. zu dienen schuldig erkennen, ist unß doch hochbeschwerlich, das wir eben zu diesen geschwinden fellen, daruß ein enderung gantzer teutscher nation erfolgen mag und niemant weiß, wo hinauß sie gerathen mechten, gepraucht werden sollen etc.

Wir weren auch gantz willig gewesen, deß puncten des cammergerichts und der beschehenen recusation halben den vereynigten oberlendischen stetten euer W. bedencken entpfangnem bevelch nach antzuzaign und ire meinungen daruber auch zu horen. Dieweil aber derselben gesanthen in anderer antzall dan wie obgemelt alhie noch nit ankomen, hat das nit beschehen kunden. Und nachdem der uberigen gemeinen gesanthen dieser stende meynung mit der entsetzung der jetzigen beisitzer und neuer besetzung des gerichtts euer W. bedencken gantz gemeiß und gleichformig gewesen, haben wir es darfur gehabt, wir mechten unß uff dieselbig meynung auch on vorgeende gehabte underrede mit ermelten stetten von wegen euer W. wol inlassen, sunderlich auch der ursach, dieweil alle obvermelte weg und mittel auch den andern anwesenden gesanthen gedachter stett gefellig und annemlich gewesen sein etc.

Von der kgl. Mt. ankunft haben wir noch gar nichts gewiß. Man sagt wol, ir Mt. sol baldt komen, aber niemant weiß bestendiglich antzuzaign, wo sie ist, und macht ein grossen argwon, dieweil alle stendt des gegenbunts<sup>6</sup>, als Beyern, Meintz, Saltzburg und andere, noch niemant hie haben, daß dieser vertzug allerlei beschwerlichs auf sich tragen mechte, dan man wil darvon reden, als ob die kgl. Mt. sich bei den bayerischen herren verhindern solte. So wurd des H. Granvels nhun auch geschwiegen, allein das ime alhie die herberig verfangen ist. Von fstl. gesanthen sein seither unserm nehern schreyben unsers wissens nit mehr ankomen dan die pomerischen und Hg. Hansen von Symmern rethe, von stetten Schwebischen Hall und Rottenberg an der Tauber, also das biß anher gemeiner stett gesanthen noch kein versamlung gehabt etc. Sunst ist dißmals von neuen zeyttungen gar nichts hie.

266 *Vom Ausschuss der Schmalkaldener beratene Artikel zur Rekusation des Reichskammergerichts – o. O., o. D. (lectum Nürnberg, 1543 Jan. 22/23)*<sup>1</sup>

A *Augsburg StadtA, Lit. 1542 (!)<sup>2</sup>, unfol. (Kop.); ÜS: Evangelischer stend bedencken.*

<sup>6</sup> *D.h. des Nürnberger Bundes von 1538.*

<sup>1</sup> *Zur Datierung der Verhandlungen betr. die Rekusation des RKG siehe das CA-Protokoll Lambs: Nr. 86c, fol. 206r–210v.*

<sup>2</sup> *Das Aktenstück wurde irrtümlich unter den Lit. 1542 abgelegt, obwohl es inhaltlich zweifelsohne zu den Verhandlungen der Schmalkaldener von Jan./Febr. 1543 gehört.*

- B Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); AS: Ob sich der recusation halben inconvenientien zutragen würden, wes man sich zu halten hab. Etlich puncten, durch den ausschuß zu Nurnberg bedacht. Lectum 23. Januarij 1543.*
- C Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, unfol. (Kop.).*
- D Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); AV: Lectum 22. Januarij anno 1543.*

Primus actus: Nachdem under andern ein artickel erregt worden, ob sich in der stende landen, stetten und gebietten die underthonen und burger als privatpersonen mochten am khammergericht inlassen und desselbigen gericht on nachteil der recusation gebrauchen etc. Also ist bedacht worden, das solches on nachteil der gethanen recusation wol gescheen moge, diewil es ein andere gelegenheit mit der oberkeit und universiteten und den privatpersonen hat, und dann die recusation nicht von wegen der privatpersonen oder nomine privatorum vel causarum privatarum, sonder von wegen der oberkeit und universiteten und derselbigen sachen halben bescheen. Dann das die recusation dahin nicht zu verstehen, erscheint aus dem, das die oberkeit oder magistratus khein mandat haben, von wegen der privatperson oder derselbigen sachen zu recusiern, welches doch vermog der rechten vonnoten sein wolt eo, quod dominus non possit agere nomine subditorum absque mandato.

Es wirdet aber auch ein jede oberkeit iren underthonen anzuzeigen wissen, das sy bedencken wollen, was rechten sie bey disen partheyschen erzurten richtern zu verhoffen und, sovil muglich, sollichts uff andere wege zu richten und sich nach gelegenheit der privatpersonen sachen selbst zum besten darinn schicken.

2<sup>us</sup> actus: Wie es mit den appellationibus privatorum diser steende, so sich [= sie] an das cammergericht thun, zu halten etc. Bedenckt man, das denselbigen nicht zu deferiern sey. Wo aber daruber die partheyen voffaren und die sachen an dem cammergericht anhengig machen und inhibitiones und compulsoriales außbringen wurden, mochten alsdann die oberkeitten die acta edirn, doch anderst nicht dann mit der protestation, das sy es kheiner andern meynung thetten, dann den partheyen zugutem und gar nit in kraft der vermeinten executorial, auch dardurch von irer furgewanten recusation mitnichten gewichen noch sy, die richter und beysitzer, dardurch fur richter erkennndt oder inen ichts anderst wider die gethane recusation ingeraumbt haben wollten. Und sollt solche protestation den acten, so man den partheyen gibt, inverleibt werden.

3. actus: Belangendt die comission, wann von dem cammergericht einige an dise stend ußgeen wurden. Bedenckt der ußschutz, das dieselbigen nicht anzunemen und, wo sy daruber getrungen werden wollten, sollten sye cammerrichter und beysitzern schreiben, das sy solliche comissiones nicht wissen anzunemen, uß ursachen irer furgewanten recusation. Und wo sy daruber wolten beschwerdt werden, sollen sy von gemeinen stenden wie in andern sachen der gethonen recusation halben beschutzt und beschirmt werden.

Im val auch, da sich zutruege, das privati zu zeugen vom cammergericht ernennet und von desselbigen comissarien erfordert wurden und sy, die underthonen, deßhalben rhats by den oberkeitten suchen, mochten die oberkeiten nachgeben, das sy als fur sich selbs mit dem bedingen erscheinen, das sy allein der warheit zu steuer und den partheyen zu furderung und sonst kheiner anderen meynung erscheinen und daruff kontschafft der warheit geben wollten.

4. actus: Und wiewol in etlichen sachen bereitlan lis ist contestiert worden, ehe dann die recusation gescheen, so acht man doch, das nichtsdestweniger die recusation in sollichen sachen stathabe, diewil in der recusation auch novae causae, die auch nit gering sindt, angezogen und ferner angezogen mogen werden, sonderlich der verabscheidten, zugesagten und nicht erfolgten reformation, und das inen die stende in der kgl. urkundt [RTA JR Bd. XII, Nr. 148, S. 819] ußdruckenlich und bedingkglich vorbehalten haben, vor dem cammergericht weder in religion- noch prophansachen in recht zu steen. Item, das sy sich noch taglich mit iren vermeinten processen, decreten und handlungen verdecktig machen und erzeigen.

5. actus: Wann die gemeinden der stett citiert wurden, was man sich zu halten. Bedenckt man, diewil biß anher allenthalben üblich gewesen, das die oberkeyten in sollichen gemeynen sachen ire gemeinden verdretten haben, wurdet sich ein jede oberkheit auch dißvals nach gelegenheit zu halten wissen und es derselbigen halben by der gethonen recusation und ratification auch bleiben lassen.

267 *Vorschlag des Ausschusses der Schmalkaldener für eine Rekusationsschrift der Befehlshaber des braunschweigischen Feldzuges an das Reichskammergericht – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 Jan. 22)*<sup>1</sup>

A *Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); AV: Scribantur nomine omnium adherentium. DV: Adhesion beschehener recusation, protestacion und erpietens, so den 4. Decembris nechstverschieden 42. jars durch die gesanthen, rethe und botschaften der cristenlichen vereyn wider die personen, die sich des ksl. camergerichts zu verwesen anmassen, auß Schweinfurth ubergeben, in nhamen der sundern personen<sup>2</sup> beschehen, welche uf die in recht zugelassen*

<sup>1</sup> *Datierung laut dem CA-Protokoll Lambs zum 22. Jan. 1543 (Nr. 86c, fol. 210v).*

<sup>2</sup> *Bei diesen Personen handelt es sich um die adeligen Befehlshaber, Rittmeister und Hauptleute des braunschweigischen Feldzuges von 1542, die wegen Friedbruchs vor das RKG zitiert wurden und sich der allgemeinen Rekusation des RKG durch die evangelischen Reichsstände anschließen wollten. Dr. Lukas Ulstett berichtete dazu an Bgmm. und Rat von Augsburg, Nürnberg, 1543 Jan. 23, in: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ulstetts): [...] Nachdem und auch in der brunswickische exequirte citation etlich privat vom adel, als Bernhart von Mula [!], Herman von der Maltzburg und ander ritmaister und hauptleut mer, und erst neulich Gf. Wilhelm von Furstenberg, in ainer sondern ladung an das camergericht von wegen des obangeregten vermeinten*



defension gegen Heinrichen, der sich nennet den jungern Hg. zu Braunschweig und Luneburg etc., von dem camergericht citirt und furfordert sein.

*B Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/1, fol. 186r–187v (Kop.); DV fol. 187v: Copei, wie sich die sondern personen und bevelchsleut, die der braunschweigischen defensionshandlung halben citirt, beschehener recusation anhengig machen sollen 1543.*

*C Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); ÜS wie DV in B*

Uns ist auf N. tag ein citacion der in recht zugelaßner defension halber gegen Heinrichen, der sich nennet den jungern Hg. von Braunschweig und Luneburg etc., geantwurt und zukomen. Und dieweil wir auß solcher eurer außgangner vermeinter citacion sovil befunden, das wir eben umb der ursachen willen in recht von euch getzogen, von welcher wegen die churfursten, fursten, graven, stedt und stende der cristenlichen verstendtnuß, unserer genedigsten und genedigen herren rethe, gesanthen und botschaften, von dem vergangen tag zu Schweinfurt, im Novembri des 42. jars gehalten, auß rechtmessigen und gegrundten ursachen craft empfangens bevelchs wider euch, die sich des ksl. camergerichts zu verwesen anmassen, ein recusationlibell, in welchem sie euch als verdecktliche, partheyliche und sorgliche richter recusirt, durch ire gewalt- und bevelchhaber ubergeben lassen, inmassen dan solchs auf den 4. Decembris euch gerichtlich furpracht worden.

Und ir unß dan, fur euer personen als verdecktlichen und sorglichen richtern zu erscheinen, beschwerlich und euch auß solchen dargethanen gegrundten und rechtmessigen ursachen nicht weniger fur partheylich achten und erkennen, so wollen wir demnach – in willen und meynung, solcher vorgemelter gemeiner stende gethaner rechtmessiger recusation antzuhangen – dieselbe in allen iren puncten, clauseln und meynungen wider euch und euern partheylichen gerichtszwang repetirt und erholet und euch hiemit in der allerbesten und besten digsten form rechtens vermittelst unser aidt, den wir unsern anwelden in unser seel zu schwern sonderlichen bevelch gegeben, recusirt haben. Thun auch das alles gegenwertighen in craft dieser schrift, myt protestacion, furwenden und

---

fridpruchs citirt worden, so begern dieselbigen der stend gutbedencken, mit nebenmeldung, das sie das camergericht auch gern recusiern wolten und das inen schriftlicher bericht zugeschickt werd, wie sie sich der gethonen recusation anhengig und tailheltig machen mochten. Uff solchs begern die gesandten egemelten hauptleuthen etc. gerathen und beschlossen: Erstlich, das sie sich der stend beschehener recusation anhengig machen nach inhalt der verzeichnus Nr. 1 [= Nr. 267], auch ain gewalt irem anwaldt nach laut der copy Nr. 2 [*in Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol.; ÜS: Gewalt auf di bevelchhaber der sondern citierten personen*] ubergeben sollen und demselbigen anwaldt instruction zustellen und zu exequirn bevelhen nach ausweisung der scharften Nr. 3 signirt [*in: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol.; ÜS: Instruction der bevelhaber der sondern personen auf die adhesion beschehener recusation an das camergericht*]. *In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

erbiethen, sonderlich sovil die arbitros belangt, allermassen wie von gemelten stenden beschehen und dargethan worden ist.

Und so ir uber solche recusation ferner procedirn wurdet, so protestirn wir hiemit de nullitate und wollen demnach, so oft ir euch gegen uns mit fernern processen einlassen werden, solche protestacion und beschehene recusation als neue ursach des verdachts repetirt und widerholet haben.

N. N. N. Und sollen sich alle, die solcher recusation wollen anhangen, subscribirn.

268 *Weisung von Hans Welser und Mang Seitz, Bgmm. von Augsburg, an die Gesandten in Nürnberg betr. die Rekusation des Reichskammergerichts durch Augsburg – (Augsburg), 1543 Jan. 26*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

Nachdem die sach des chamergerichts recusation antreffend etwas [= *sehr*] wichtig und am thun und lassen viel gelegen, hat ain ersamer rat dieselben statlich erwogen und sich entlich entschlossen, bemelter recusation anzehangen, und daß nit dieselb nit allain in ains clainen und grossen rats, sonder auch in gemainer stat namen geschehen und also rat und gemain fur ainen man ungesondert und unertrennt [!] steen söllen. Dhweil aber in den vorigen gewalten und im gemain ubergeben recusationlibell [1542 Dez. 4] mangel sein soll, auch fur ratsam angesehen wurd, das die procuratores am chamergericht revocirt und diese ding nit particulariter, sonder in der evangelischen stend und aller stett oder zum wenigsten in der erbern oberlendischen stett namen gemainlich durch ainen oder mehr anwald gehandelt wurden, doch daß ain yeder stand oder stat irn aigen gewaldt fertige und die zeit der handlung am chamergericht nit mehr lang, so haben wir H. Dr. Claudi Beuttinger mit ainer instruction [Nr. 71b] abgefertigt, sampt und neben euch bei den erbern stetten yetzt zu Nurnberg zu vernemen, was sie hierin zu thun bedacht sind, und das ine unser herrn, ains ersam rats, bedencken laut der instruction eroffent und mit vleiß dahin gehandelt soll werden, damit solliche maynung ainhellig beschlossen und zu werckh gezogen wurd. Darin wisst ir euch der gebure ze halten und die sachen ze furdern. So mogt ir, herr Dr. Ulstet, bis uff weittern beschaid zu Nurenberg verziehen [= *bleiben*].

269 *Bericht von Dr. Claudius Pius Peutingen<sup>1</sup> an Hans Welser und Mang Seitz, Bgmm. von Augsburg, über die Haltung der evangelischen Reichsstädte zur Rekusation des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 Jan. 29*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Peutingers).*

Das ich, Gott hab lob, alhie wol ankommen, das haben euer Ft. aus meinem schreiben dato 28. dis<sup>2</sup> on zweifel nunmer verstanden. Siderher hat sich zuegetragen, das ich sampt den andern ain erbarn rhats gesandten<sup>3</sup> von den gesandten der stet gehört sindt, und die haben an uns begert, das wir ihnen die begerten puncten [Nr. 270] schriftlich zustellen wollten. Das haben wir gethon.

Seind heuten morgens die ainungsstendt beyainander, also das sie erst nachmittag davon reden wollen. Was erfolgt, das bleibt euer Ft. onverhalten. Die stet unsers theils seindt in geringer zal hie, ze wissen allain Straßburg, Frankfort, Ulm mit bevelch etlicher, Eßlingen und Hailprun. Und soviel ich von den straßburgischen und frankfortischen verstand, seind sie der recusation nit wol zuefriden. H. Jacob Sturm sagt, das seiner herren gesandten auf dem tag zue Schweinfurt [1542 Nov. 15] gar ain anderen bevelch gehabt; haben sich verantwort, man hab sie überhmeret [!] etc. Er vermaint, wann er dabei gewesen, er wolts nit gethon haben; sagt, wir haben uns und die unsren aus dem landtfriden und rechten gesetz[t] und seind sonst noch thauser beschwerden. Und wa nit alhie die aufhebung der proces und reformation erhalten, werde der sachen schwarlich zue helfen und fürnemblich der stett halben nit mittel sein etc.

Am andern so trag ich sorg, mein herabreiten sey wol halb umbsonst, dann es nit die mainung hat, das die gesandten hie die schriften umb bedenkens willen hinder sich geschickt, sondern das inhalt derselben ein ieder standt mit dem eisten handeln soll. Vermaint Straßburg, ire herren haben das schon also zue geschehen verordnet, also auch die andern, und auf dato große fürsorg trag, meine herren muessen in sonder recusiern. Was dann auf den fall zue handeln, wan die proces und das chamergericht nit abgeschafft noch reformiert, wie sich die stendt alsdann beyeinander erhalten wollen etc., davon handelt ietzo der außschuß, und verdriest mich, das meiner herren gesandten nit darbei sein sollen<sup>4</sup>; ist vor nit der prauch gewesen. Es mochte auch meiner herren gelegenheit bas [= besser] dann in der gemainen versammlung bedacht werden.

<sup>1</sup> *Dr. Claudius Pius Peutingen (1509–1551) war der älteste Sohn von Dr. Konrad Peutingen, 1534 wurde er Augsburger Syndikus und Stadtadvokat und avancierte in vielen amtlichen Geschäften zum Nachfolger seines Vaters. Siehe: A. GÖBNER, Weltliche Kirchenhoheit und reichsstädtische Reformation, S. 70, Anm. 34.*

<sup>2</sup> *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. eighd.).*

<sup>3</sup> *Dr. Lukas Ulstett und Jörg von Stetten.*

<sup>4</sup> *Laut dem CA-Protokoll Lambs vom 9. Jan. 1543 (Nr. 86c, fol. 206r) gehörte ein Gesandter der Stadt Augsburg dem Ausschuss an, der über die Rekusation des RKG beraten*

Und zum dritten, ob die andern stet auch für ire gemainden recusieren werden, das khan ich nit verhoffen hie verständig werden, dann außershalb Frankfort sonst niemandt die zeitung von der ladung gehabt; werden also nit wissen die gesandten, weiß sich ire herren darinn zu halten vorhaben. Aber ich will nit feyren, antwort zue haben, und so ich vernimm, das ich die sachen nit nach inhalt meiner instruction [Nr. 71b] khan verrichten, wille ich mich wider aufmachen, und versich mich noch, mit Gottes hilf bald nach disem schreiben anhaims sein. Dann wa sie der form der recusation und der andern schriften halben nichts handlen wollen, ist mein alhie von onnöten. Haben dise post also geen lassen, damit euer Ft. und ain erbar rath, was hie gehandelt, zeitung haben mochten.

1. PS: *Betr. die Session der Städte (siehe Nr. 71b, Art. 1): Die zwei Gutachten von Dr. Hel und Dr. Peutinger wurden zu einem Ratschlag zusammengefasst, der im Bedarfsfall den Städten vorgelegt werden soll.*

2. PS: Von reichssachen khan ich euer Ft. gar nichts schreiben, ist still und wenig volk hie. Bin gestern zue hoff gewesen für mich selber, mich umbzusehen; sich gar wehnig frembde leuth; es hatt gar dhain ansehen aines reichstags. Zue dem H. von Granvella will ich heuten geen. Datum ut in litteris.

**270** *Stellungnahme von Dr. Claudius Pius Peutinger im Städterat zur Recusation des Reichskammergerichts im Auftrag von Bgmm. und Rat von Augsburg – Nürnberg, 1543 Jan. 28/Jan.29<sup>1</sup>*

*Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 14r–16v (Kop.).*

Obwol ein erbar rhat der stat Augspurg uß mererlei wichtigen ursachen die recusation des ksl. cammergerichts in religion<sup>a</sup> – und prophansachen ir selber und irer zugewanten burger gelegenheit halben zum hochsten beschwarlich geacht, jedoch demnach alle stend der cristlichen einung sollichs fur gut und rhatsam angesehen, haben sy dieselben auch bewilligt aus den ursachen, wie muntlich gehordt.

*sollte. Offensichtlich kam es jedoch nicht dazu, denn Jörg von Stetten berichtete in einem Schreiben vom 4. Febr. 1543 (siehe den beigefügten Zettel) an Hans Welser und Mang Seitz: Under anderm in euerm schreiben verstand ich, das ir ein gesanten gern im ausschuß unser verwandtnus gesehen, wellichs aber von den erwelten sollichs außschuß deßhalb uberschritten [= übersprungen, ausgelassen], umb das ich meistens bey kainer handlung der verstentnus nie gewest und aber zum ausschuß gewonlich die mer wissenden fur ander angesehen werden. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

<sup>a</sup> *In der Vorlage irrtümlich: allen.*

<sup>1</sup> *Der mündliche Vortrag Peutingers im Städterat erfolgte am 28. Jan. 1543. Über die schriftliche Fassung der Stellungnahme wurde in der Sitzung der Schmalkaldener am 29. Jan. 1543 beraten: siehe Nr. 269.*

Und uff das der recusation halben am ksl. cammergericht die notturft furgewendt, auch zu vermelden, das umb nichtigkeit der handlung dißtheyls stend nit in beschwerd wachsen, ist gemelts erbarn rhats bedencken, das – obwol der Kff., Ff. und stend geschickten rhat und botschaften etlicher schriften, wie der oft angezognen recusation halben nachmaln zu handlen sein sollt, sich verglichen – das in und mit denselben nach ordnung der recht zu furwendung der recusation noch nit gnug bescheen.

Und am ersten eracht ein erbar rhat der stat Augspurg bequem sein, das alles, was hinfuran der recusation halben zu handlen, von allen stendt – oder zum wenigsten von den erbarn oberlendischen stett – sammentlich bescheen sollt. Das sich dieselben etlicher personen verglichen, uff die penalmandat nach ordnung der recht notturftigklich gestellt, auch wie dieselben und anders zu begreifen, seind der gesanten mit bevelch irer herren gefast und urbuttig, sich mit den erbarn stetten zu vergleichen.

Zum anderen, so ist ein erbar rhat bedacht, die gemelt recusation fur sich und in gemeyner stat namen<sup>2</sup> ungesondert furgeen zu lassen, deß versehens, die andern erbarn stett werden es auch also by inen verordnen, damit in disem wie in anderm allem ein stat wie die ander handle.

Zum dryten, das in betrachtung der ksl. Mt. etc. hocheit dennocht allerley zu bedencken. Und nit unratsam mocht sein, das allein die personen der verdecktigen beysitzer recusiert, so kane der cammerrichter one die beysitzer vermog des Reichs ordnung zu kheiner urteil kommen. Ist also eben ein wurcklichkeit und beleibt dennocht der ksl. Mt. gerichtszwang oningezogen und onangegriffen.

Zum vierten, als in den schriften, davon oben zu vernennen, das bedacht, das die procuratores allein durch ein missif sollten revociert werden, findt ein erbar rhat by den iren, das von deren wegen, so im rechten anhengig sachen haben, darin liß contestiert und die procuratores domini litis sindt, das die revocation apud acta gescheen mueß.

Zum funften hat ein erbar rhat darfur, das die erst recusation jetzt zu repetieren oder ratificieren den stenden zu irem vorhaben nit erheblich. Nit allein darumb, das dieselb durch das urteil verworfen, sonder auch mangel

<sup>2</sup> *Augsburg beschloss, das RKG nicht nur im Namen des Rates zu rekusieren, sondern auch im Namen der Stadtgemeinde. Dies ist einem Schreiben von Bgmm. und Rat von Augsburg an Bgm. und Rat von Ulm zu entnehmen, (Augsburg), 1543 Febr. 3, in: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.): [...] Wir haben der sachen, die recusacion des ksl. chammergerichts belangend, unserm clainen verstand und der handlung wichtigkeit nach mit vleiß bedacht und bedencken lassen, synd auch entschlossen, sollicher recusation nachzekomen. Und dhweil nit allain rat und oberkait, sonder auch darnach die gemaind in sonderhait ungezweifft nit on verdachtlich ursach citirt werden, so will unsers erachtens die notdorft erfordern, dest sicherer hierin ze handlen. Demnach seien wir bedacht, fur uns von rats und gemain wegen zu recusirn und den gewalt auch in Speir [am RKG] von rats und gemain wegen durch clainen und grossen rat ze stellen. [...].*

bevelchs halb nichtigklich interponiert, und das anfangs nichts gewesen mit repetieren oder ratificieren etwas und kreftig sein nit gemacht werden mag. Und darumb die recusation von neuem zu thun sey.

Zum sechsten, was sich also entschlossen, das daßelb mit dem ersten in das werck gebracht, dann die sachen eyl halben der cammergerichtischen proceß verzug nit leiden wollen.

Zum sibenden, laß im ein erbar rhat gevallen, das, wie bey den stenden bedacht, in kheinen reichssachen man sich inlassen soll, die reformation des cammergerichts und uffhebung der proceß in der braunschweigischen sach seyen dann zuvor ervolgt, und das die stend hierin mit ernst zusammensetzten und daran sein sollen.

Zum achten, gesetzt den val, das durch obsteend mittel die reformation und cassation der proceß nit erhalten werden mocht, das dann zum vorderlichsten beratschlagt, wie die stend sich und die iren vor gwaldt, schaden und verderben erretten wollen. Darzu sich eins erbarn rhats der statt Augspurg gesanten in kraft irs habenden bevelchs willig erbietten.

Und zum neunten, ob den stenden einem oder mer oder derselben underthonen hieruber ichts begegnet, das sollichs ein gemeine sachen heysen und sein rettung, rhat und hilf gescheen soll.

Zum zehenden, ob Kff., Ff. und stend, so nit in der einung, schriftlich oder durch botschaften zu ersuechen, weiß sich die stend in disen sachen zu inen versehen sollen.

Zum ailften, ob nit auch zu der röm. ksl. Mt. etc. ein ylende und statliche potschaft zu schicken, umb insehens zu bitten oder das zum wenigsten ein verstand und sovil zu erlangen, das, wo je das cammergericht nit in rue steen und dise stend witter beschwern wollt, das sich ire Mt. etc. der sachen nit annemm noch darinn schlagen wollte etc.

271 *Kf. Johann Friedrich von Sachsen an die Schmalkaldischen Bundesstände wegen des weiteren gemeinsamen Vorgehens in Fragen der Rekusation des Reichskammergerichts – Torgau, 1543 Jan. 29*

A *Stettin AP, AKS II/10, S. 33–42 (Ausf. an die Hgg. von Pommern); AS S. 33: Schreiben des Kf. zu Sachsen belangent die recusation des cammergerichts, überreicht den 9. Februarij anno etc. 43; DV S. 42: Exhibitum den 9. Februarij anno etc. 43 belangendt die recusation des cammergerichts.*

B *Stettin AP, AKW Sign. 14, fol. 3r–6v (Ausf. an die Hgg. von Pommern).*

C *Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 285r–287v (Kop. an Hg. Ernst von Braunschweig-Lüneburg).*

Wiewol uf nechstem tage zu Schweinfurt [1542 Nov. 15] bedacht und beschlossen, daß das partheyische und verdecktliche cammergericht auch in prophansachen von unß, den stenden der christlichen voreyn, solte recusirt werden, wie dan

durch die verordenten von Schweinfurt auß gein Speier bescheen, alß euer Ll. das one zweiffel durch die iren, so zu Schweinfurt gewest, zu irer widerkunft werden bericht worden seyn, so hat doch bemelt camergericht dieselbe recusation, alß es dieselbe angenohmen, uber etzliche tage darnach durch eyn vermeint decret reiciert<sup>1</sup> und sich daruber vermessenlich angemast und understanden, wider unß und gemeinlich alle stende der christlichen voreyn, auch wieder die bevelßleute, die sich zu dem braunschweygischen defensionzugk von wegen gemelter eynung haben gebrauchen lassen, uff anhalten Hg. Heynrichs von Braunschweig anwalden zu procediren.

Nhun wissen wir euer Ll. nit zu pergen, daß rethe, gesanthen und potschaften der christlichen vorayn, welche itzt zu Nurmbergk beyeynander sein, bedacht haben, daß alle citirte verwanten ire volmechtigen furderlich mit eyner ratification [Nr. 263] und instruction [Nr. 262] gegen Speier solten verfertigen und daselbst handeln und furwenden lassen, wie es dieselbe instruction, davon euer Ll. hieneben copeien befinden, vermag und mitbringet.

Dieweil wir dann wol erachten können, daß eynem jeden verwanthen sonderlich schwer fallen will, solche verordnung von hauß auß gein Speier<sup>a</sup> zu thun, zudem daß sich auch keyn advocat oder procurator, so am camergericht ist, auß ander beysorg und befarunge dartzu wil gebrauchen lassen, so haben wir fur guth angesehen, daß eyn jeder standt etzlichen rethen oder potschaften, die er weiß, daß sie itzo zu Nurmbergk seyn, eyn mandat und volmacht [Nr. 261] cum ratificatione und substitutione furderlich zuschicken thete, uff welche mandat alßdann von Nurmbergk auß etzliche gegen Speier uf eyn substitution abgefertiget wurden, vermuge vorberurter instruction am camergericht zu handeln. Und kan solch mandat gein Nurmbergk mit gewaldt zu substituiren uff euer Ll. rethe wol leichtlich verordnet werden, welche dieselben nuhmer gegen Nurmbergk werden verordnet haben.

Dann was wider mehrgemelts camergerichts nichtige partheyische proceß weiter rechtmessig zu handeln seyn wil, also daß ir vermeynte acht keyner execution wirdig geacht muß werden, das wirdet one zweifel von rethen und potschaften der eynung mit vleiß und zur noturft bedacht werden. So haben wir auch unser bedencken nach rath unser rechtsgelehrten unsern rethen gein Nurmbergk vor wenigen tagen in deme geschriben und inen bevohlen, dasselbe im rath gemelter rethe und potschaften mit vleiß zu erinnern.

Und nachdeme auch obgenante rethe und potschaften sich weiter vereyniget und verglichen haben, kgl. Mt. von wegen der gantzen aynung eyn formliche und glimpfliche supplication [Nr. 152] zu irer ankunfft gegen Nurmbergk, wie dann ire kgl. Mt. uff den 17. Januarij daselbst ankohmen seyn solle, mit ausfuhung der aynung noturft zu ubergeben und umb reformation des parteyischen camergerichts, auch gleichmessig recht und friden zu bitten, wie nuhmer dieselb

<sup>a</sup> *In A irrtümlich*: Schweinfurt.

<sup>1</sup> *Zum Urteil des RKG vom 13. Dez. 1542 siehe Nr. 263, Anm. 4.*

uberantwort seyn wirdet, so haben wir unsern rethen darauf wider geschrieben, daß nit alleyn umb berurte reformation und den frieden, sondern auch klar und namhaftig umb die abschaffung bemelter des camergerichts proceß solte gebethen werden. Dann wiewol berurte reformation und auch der fride ane solche abschaffung und uffhebung gemelter proceß nicht seyn noch bestehen können, so haben wir dannoch auß allerley ursachen nit fur ungut angesehen, daß umb gemelte abschaffung in sonderhayt auch im anfang gebethen und angehalten wurde [Nr. 151]. Und do solchs zu Nurmbergk also furgewant wirdet, wie dan nuhmer bescheen, alß unß unsere rethe geschrieben haben, wollen wir unß untzweifelich versehen, dieweil kgl. Mt. an diesem gegenwertigem reichstag nicht wenig der ferreren turckenhulf halben gelegen, ire Mt. werde ein eynsehen haben, damit die sachen zu einem bestendigen friden, auch reformation und visitation des camergerichts und gleichmessiger besetzung desselben gereichen, wir auch dieses theiß gleich dem papistischen theil hinfurder gleichmessig recht daran erlangen und bekohmen mugen. Und dieweil dann die andern verwanten stende bey der recusation zu pleiben sich ungeachtet etzlicher sonderlichen beschwerden vernehmen lassen, so versehen wir unß gantzlich, euer Ll. werden es an inen auch nit lassen mangeln.

Wo man auch bey ayn [= *beieinander*] pleibet und es dißmalß mit dem parteyischen camergericht und desselben ansthieftern hinauß furet, so wirdet es, ap Got will, kunftiglich in andern keyn noth haben, auch der eynung reputation dermassen erhalten werden, daß die wiederwertigen eyn bedencken entpfinden werden, sich ferrer practicken zu understehen. So ist auch unsers freuntlichen, lieben vedtern und brudern, des Lgf. zu Hessen etc., und unser gemuth, befinden es auch bey den andern, so sich der braunschweygischen sachen mit angenohmen, nit anders, dan daß wir unß bey obgemelter recusation, und was sich auß der berurten braunschweygischen defension nach dem willen des Almechtigen zutragen magk oder sich sonsten der aynung nach geburet, getreulich mit Gotts hulf wöllen schutzen, hanthaben und ayner den andern mith rath, hulf und beystandt nit zu verlassen.

272 *Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener für den Fall der Fortführung der Prozesse durch das Reichskammergericht – Nürnberg, 1543 Febr. 16<sup>1</sup>*

- A *Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); AS: Bedencken, ob ainer oder mehr stend der ainigung uber gethane recusation am camergericht mit processen oder sonst beschwert werden, wie denen zu helfen. Lectum [Frankfurt], sontags, den 4. Martij anno 43.*
- B *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 145r–148r (Kop.); DV fol. 148r: Copei des gestelten bedenckens, welcher gestalt die stende der christli-*

<sup>1</sup> Zur Datierung siehe das CA-Protokoll Lambs Nr. 86c, fol. 225r.



chen verein einander bei der geschehenen recusation schützen und handthaben sollen. 1543 Freitag, den 16. Februarij.

- C *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); DV: Cristenlicher verain geschickten rethe rath und bedencken, da ain stand über jungst beschehene recusation von den vermeinten beisitzern des ksl. camergerichts beswerdt werden wolt, wes man sich dargegen gebrauchen und erzeigen sollt. 1543 Nurmberg, den 16. Februarij. Nichts<sup>a</sup>.*

Als sich auch etliche stende beclagend, das sie von den personen, so sich das ksl. chamergericht zu verwalten anmaßen, mit proceßen, peen und acht über jungst beschehene recusation beschwerdt werden, auch eins thails sich sollicher beschwerung khunftig besorgen und derwegen der stend rath und bedencken gebetten, ist bedacht gut zu seyn, das uff den vhall, do man sich des chamergerichts halben alhie nit verglichen, die chur- und fursten Sachßen und Heßen als die oberhauptleut von wegen irer chur und fstl. Gnn. und auch derselbigen eynigungßverwanten stenden bemelten personen sunderlich schreyben wollten, mit antzeyg, mit was unpillicher beschwerung und zerruttung aller teutscher nation ir furnemen, des sie sich über alle ksl. und kgl. Mtt. gegebenen declarationen, versicherung, auch die friedstend und das rechtmeßigen mittel der recusation anmasten, gereichen wollt, mit verwarung, do sie also mit iren vermeintlichen proceßen und beschwerden wider dießer stende furthfaren wurden, das ir chur- und fstl. Gnn. sampt iren einigungsverwanthen stenden sich alles unraths und scheden, so darauß erfolgten, so viel moglich an iren leib und gutern erholen wolten. Darneben khondten ir chur- und fstl. Gnn. an rath der stat Speyer auch ein glimpfliche schrift thun, mit notturftiger erzalung und außfuerung, auß was ursachen vorgemelte angemaaßte chamergerichtspersonen solcher irer furhabenden proceßen nit befugt und zu was beschwerlichem nachtail solch ir furnemen der gantzen teutschen nation reichen werden, und darauf suchen, das bemelter rath dieße vermeinte chamergerichtspersonen – nit allain dießen stenden, sonder auch dem gantzen Reich zu nachteil – bey sich lenger nit wollten dulden<sup>2</sup>.

<sup>a</sup> *Bedeutung unklar.*

<sup>2</sup> *Frankfurt war nicht damit einverstanden, die Stadt Speyer durch ein Schreiben der Bundeshauptleute Kursachsen und Hessen in dieser Form in die Auseinandersetzung mit dem RKG hineinzuziehen und zu belasten. Deshalb erhielten die Frankfurter Gesandten von Bgm. und Rat am 5. März 1543 die Weisung, das Ansuchen an Speyer gemeinsam mit anderen Städtegesandten möglichst zu verhindern: [...] Das aber auch an die statt Speyer auf solche meynung solt geschrieben und an sie begert werden, die personen des camergerichts bey sich lenger nit zu dulden, können wir nit erachten, wie es den stetten gepurn wollt, die von Speier ires thails mit einer solchen schrift zu beschweren, dieweil den stenden der aynigung und meniglich wol bewust, das es in irer, deren von Speyer, macht nit steet, sich des cammergerichts solcher gestalt zu entschlagen. Und wissen dennoch in dieselb schrift, an die von Speyer dieser weiß zu thun, unsers theyls*

So mochten auch ir chur- und fstl. Gnn. den churfursten, so ire beisitzer nochmals am chamergericht haben, dießen handel, und was darauß erfolgen wolte, auch zu khennen geben und bey iren kfl. Gnn. freundtlichen bitten, das die allem friedtlichen wesen zum besten und vernern unrath in theutscher nation, den diese leuth verursachen mochten, zu verkumen, die iren abfordern und sonsten hierin ein geburlich einsehen im Reich haben wollten, darmit diß chamergericht in andere leichtliche [= *leidliche*] weg besetzt wurde, wie nhun ir chur- und fstl. Gnn. wol weiter werden zu betrachten wißen, welcher gestaldt und auch was maynung alle oberrente schriften zum fuglichsten gefertigt werden mugen. Weyl aber gleichwoll beisorg zu haben, das der sachen durch alle oberurte weg grundtlich und gantzlich nit mochte geholfen werden, und aber der schweinfurtische abschiedt clerlich vermag, das die stend der christlichen verein von der beschehenen recusation nicht wollten abweichen, sondern derhalben fur einen man sthen, auch eyinander darbey schutzen und handthaben, alß haben sich die gesanthen der stende von wegen irer herrn und obern, solchen abschiedt zu volgen, deß vereinicht, verglichen und entschloßen, do einer oder mher stende dießer vereyn von wegen der braunschweigischen defension oder aber nichtunderhaltung halben deß ksl. chamergerichts mit peen oder achten aber [= *oder*] sonsten mit der that beschwerdt wurde, das denselbigen dießer sachen halben beschwerden stenden nicht weniger dann in religionsachen inhalts der verfaßung und auch, do es die noturft erfordern wurde, inhalts der verstentnus hilf, schutz und rettung beschehen solle.

Wurde aber einicher standt in andern außerhalb oberurter sachen, darinn<sup>b</sup> er vor dem chamergerichts active oder passive nicht verfhert, sonder sich der vorgewenthen recusation heldet, mit proceßen, peen, achten oder sonsten mit der that beschwerdt, so sollen die oberhauptleut dem gegenthayl schreyben, das er sich mit dem beschwerden stande eins anderen gleichmeßigen außtrags außhalb des recusirten chamergerichts vor unpartheyischen commissarien oder sonsten vereynigen wollten<sup>3</sup>. Wegerte diß des beschwerden standts gegenthayl und wolle auch dießer stende erkhentnuß, do im dis angeboten wurde, nicht dulden, so sollt alsdan demselbigen beschwerden stande in dießen vhlen auch nit weniger dan sampt<sup>c</sup> were er in der religionsachen beschwerdt inhalts der verfassung und, do es noth, vermug der verstentnus hilf, rath und beystandt geleist werden.

<sup>b</sup> *In BC besser verständlich*: darumb das [= *weil*].

<sup>c</sup> *In BC*: sam [= *als*].

nit zu willigen, sunder bevelhen euch, das ir dasselb, so fuglich als es beschehen mag, neben und sampt anderer stett gesanthen understeet zu verhindern. [...] *In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 963, unfol. (Ausf.)*.

<sup>3</sup> *Ein solches Schreiben richteten Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen an die Gff. von Hohenlohe betr. deren Streitigkeiten mit Schwäbisch Hall: Nr. 259.*

Befinden aber dennoch dieße stende der christlichen vereyn, das eyner oder mher standt irem gegenthail under dem scheyn dieses schutzes der billichkhait offentlich fursein wollt, so sollen sie denselbigen darvon ab- und dahin halten, das er seinem gegenthayl, was gleich und billich, widerfaren laß. Und do er sich des wegerte, sollen die stymmen darinn, was dießem stande, so dißfhals hilf sucht, seim gegenthayl zu thun geburt oder nicht, nach genugsamen bericht erkentnuß zu thun haben. Und ihm fhall, do derselbige standt dis zu vervolgen wegerte, soll ime obangetzeigte hilf nicht gelaistet werden, sonder mag die sach auf sein abentheur hinauß furen.

Als aber auch hievor angeregt, daß zu handthabung der vorgewanthen recusation dießer der sicherst weg sein sollt, das diese stende die verein auch uff prophansachen erstreckten<sup>4</sup>, doch mit noturftiger versehung geburlicher außstreg, und aber die gesanten uff sich genomen, diß an ire herren und obern gelangen ze lassen und sich darauf beschaidts zu erholen, so soll alsdann neben oberurtem bedencken dißer artickel auch furgenommen und beratschlagt werden.

---

<sup>4</sup> *Einer Ausdehnung der Verfassung des Schmalkaldischen Bundes auf weltliche Angelegenheiten standen Bgm. und Rat von Frankfurt äußerst skeptisch gegenüber, wie sie am 8. Febr. 1543 in ihrer Weisungen an die Gesandten in Nürnberg zum Ausdruck brachten: [...] Das aber noch zur zeit, auch ehe und zuvor man wisse, was bei der kgl. Mt., den ksl. commissarien, auch gemainen reichsstenden erhalten wirdt, davon solt geredt werden, wie die verstendtnuß auch uff die prophansachen ze stellen, das bedengt uns vil zu frue und ain unzeitig dieng sein, auch ein anzeigen sein, warumb die oberhauptleutte uf gemaine recusation so heftig getrungen und das inen villeicht nit grosser ernst sein wirdt, bei der kgl. Mt., den ksl. commissarien und gemainen stenden obbemelter massen anhalten zu helfen, sonder ist hochlich zu besorgen, das hierunder ain anders gesucht werde, darauß gemainer erbarn stett, sonderlich der ainigung verwandt, ewigs verderben gewißlich ervolgen wurde. Derhalben sovil desto mehr vonnöten, das sich der oberlendischen gesandten hiruber gleichwol und ernstlich besprechen und vergleichen, damit von disem puncten noch zur zeit wenig noch vill nit geredt werde, dan bei uns hat es noch gar ainen grossen zweifel, ob einiche verstendtnuß mit den fursten in prophansachen anzunemen. Wir geschweigen, das allgeraidt davon geredt werdt, wie dieselb ze stellen sein solle, sonder wir achten hievon zu frue, unzeitig und gantz unnottig ze reden und lassen es pei vorigem bevelh nochmals pleiben. Dieweil sich auch solche unversehene ding zuetragen wollen, so seint wir unbedacht [= nicht gewillt], den actum der protestation, ratification und revocation am camergericht von unsern wegen volnpringen ze lassen, sonder gedencken hierin zum wenigsten der kgl. Mt. antwurdt zu erwarten. [...]. In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 963, unfol. (Ausf.). Die Gesandten Ogier von Melem und Dr. Hieronymus zum Lamb berichteten zu dieser Frage am 18. März 1543 an Bgm. und Rat von Frankfurt: [...] Es haben auch alle gesandten diesser stende, so der recusation*

273 *Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener zur Nichtannahme von Mandaten des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 Febr. 16*

A *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.); AS: Bedencken, wie sich ain jeder stand dieser verain gegen den camergerichtspersonen in beantwortung der mandaten etc. halten solle. 1543 Nürnberg, 16. Februarij.*

B *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 2rv (Kop.).*

Nachdem auch bei dem ausschus erregt worden, wes sich dise stend nach furgewendter recusation der jetzigen richter und beisitzer des ksl. camergerichts mit annemen oder wegern derselben mandaten, citationen und anderer proceß halten sollten, damit berurter recusation nicht preiudicirt wurde, bedenckt der ausschus, das dergleichen proceß, so von disen recusirten richtern und beisitzern wider und an dise stend nach beschehener recusation außgangen weren oder noch außgiengen, von disen stenden hinfuro nit mer angenommen, doch hierinn mit diser bescheidenheit gehandelt werden sollte: Nemblich, so solche proceß einem standt zukomen, das er dem camerpotten ließ anzeigen, nachdem er di richter und beisitzer deß camergerichts aus rechtmessigen ursachen recusirt und sie also in ine vermog der recht dhain gerichtszwang hetten, so wiste er ire vermeinte proceß nit anzunemen, sollte die auch nit annemen, sonder dem potten sagen, das er di widerumb mit sich neme etc.

Wo aber der bott dieselben sonst anzuschlahen begern wurde, sollte ime solchs nit gewilligt und, da er darüber etwas anschliege oder sonst von sich legte, dasselbig alsbald widerumb abgerissen oder sonst aber weggethon, doch dem botten darüber nichts beschwerlichs zugefuegt wurde etc.

Das wirt allain der ursach fur nottwendig bedacht, damit dise stend in solche executiones und verkundungen, so sich denselben nit widersetzten, nit willigten und also tacite aus der recusation schreiten oder derselben zuwider

---

anhenglich, ausserhalb unser, die wirs auf hintersichpringen genomen, inen dieselben als pillich und notwendig also lassen gefallen. Das aber dardurch die verstenthenus auf die prophansachen gezogen oder gestelt seye, ist keins gesandten meinong oder vorsorg nie gewesen, dan zu demselben wolte ein anders gehoren, nemlich daß diese stende sich aller ding halben von neuem miteinander verbunden, ein sondern pundtsrath und außstrag machten und in soma gahr ein andern verstandt und pundtnus miteinander hetten, dan sie bisher in der verstentnus gehapt, von welchem gleichwol die sechsischen und hessischen gehrn geredt hetten. Aber das hat die uberigen, und sonderlich der stet gesandten, gahr nyhe vor rathsam ansehen wollen, wie wir euer W. das hiebevur einmol zu erkennen geben, derhalben dan zu ende obgemelts bedenckens [*siehe den letzten Absatz des oben abgedruckten Gutachtens Nr. 272*] ein sonder artikel angehangt worden, daraus der untherschied disser beyder puncten wol abzunemen. Darumb sein obgemelte mittel und weg allein dahin bedacht, das disse stende sich dardurch in den itzt rechthengigen sachen bey gethoner recusation, bis das gericht wie sich gepurt reformirt wirt, handthaben. [...]. In: *Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Melems).*

handleten. Ob dann gleich camerrichter und beisitzer solche executiones in contumaciam fur genugsam achten und darauf furfahren wurden, musste man es lassen geschehen und dem wie andern irn handlungen mer mit der zeit begegnen etc.

274 *Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener auf eine Anfrage der Augsburger Gesandten zur Rekusation des Reichskammergerichts – o.O., o.D. (Nürnberg, ca. 1543 Febr. 22)*

*Augsburg StadtA, Lit. 1542 (!)*<sup>1</sup>, unfol. (Kop.); DV: Der evangelischen stend gesandten usschuß bedencken der privatpersonen halb, ob gut sei, daß sie am chamergericht handeln.

Die verordneten herrn des engern außschutz cristlicher verstandnus haben den gesanten der stat Augspurg uff ir furbrachte frag<sup>2</sup> und begern nachvolgendt bedencken auf verbesserung angezaigt:

Nachdem sich die stat Augspurg west zu erinnern, das ain jeder stand cristlicher verein nit allein fur sich selbs, sonder auch von wegen irer gemeind und underthanen sich in die verstandnuß eingelassen und verscriben, das auch ein rhat zu Augspurg die recusation des cammergerichts, in sachen die braunschweigische defension belangendt, nit allain fur sich, sonder auch von irer gemeindt wegen bewilligt, ratificiert und dem Kf. zu Sachssen gleicher gstat zugeschriben het, so hielten die herren des außschutz fur unzweifelich, das nit

<sup>1</sup> *Das Aktenstück wurde irrtümlich unter den Lit. 1542 abgelegt, obwohl es inhaltlich zweifelsohne zu den Verhandlungen der Schmalkaldener von Jan./Febr. 1543 gehört.*

<sup>2</sup> *Die von den Augsburger Gesandten an die Schmalkaldener gerichtete Frage wurde einem Schreiben des Rates an die Gesandten Jörg von Stetten und Dr. Lukas Ulstett vom 19. Febr. 1543 beigelegt: Zedl im namen ains ersamen rats: Daneben fuegen wir euch zu vernemen, das sich bei uns ain frag erregt, ob die privatpersonen und underthanen der evangelischen fursten, stett und stende uff die außgangen des chamergerichts citacion, ungeacht der recusacion, die von rats und gemein wegen zu thun entschlossen ist, sich mögen am chamergericht in sachen den brunschwigischen krieg belangend einlassen, fur ire personen durch exceptiones dilatorien und ander wege handeln und versuchen, sich vor der acht zu verwaren, obgleich sunst rat und gemein in die acht erclert wurden oder werden sollten etc. Welchs bei uns eines zweiffels waltet, ob es die maynung der sondern personen halb zu Nuremberg beschlossen also sei oder ob es der gemeinen recusation abpruchig und widerwertig sei. Dann wir seien sunst wol resolvirt, das ain sondere person in iren sondern sachen sich des chamergerichts wol prauchen möge, aber in diesem fall, die hauptsach – das ist den brunschwigischen krieg als ain gemeine sach der verstentnus – belangend, nit. Darumb und dhweil dieses ain articul und frag, daran uns und gemainer stat viel gelegen, so ist unser befelch, ir wollend den evangelischen stenden oder usschuß solliche frag furderlich mit vleiß furlegen, beschaid doruff bitten und, was euch doruff zu antwurt gefallt, uns dasselb so bald möglichen zukomen lassen. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

allain ain rhat zu Augspurg oder anderer stetten, sonder auch die gemeyndt und ein jeder privatburger oder underthan derselbigen stett sich der obbestimpten recusation anhengig und theilhaftig gemacht hab.

Derwegen were egemelter herren des außschutz bedencken, das ein rhat zu Augspurg oder ein jeder anderer stand seine privatburger oder underthan, die auf den prefigierten termin cum exceptionibus dilatoriis oder in ander weg fur sich selbs zu erscheinen gedachten, het fordern, ermanen und warnen lassen, das sye sich von der ingeprachten recusation und darauf erfolgte ratification nit absondern, sonder derselbigen anhengig bleiben wollten aus nachfolgenden ursachen:

Erstlich, das zu besorgen, das der privatpersonen angemaßte dilatorie exceptiones nit zugelassen, sonder von beysitzern am cammergericht als partheyschen richtern mochten verworfen und aberkannt werden, und sonderlich von wegen das an allen orten comunis vox et fama wer, das die stett nit von wegen irs magistrats, sonder auch irer gemeindt halben das in der braunschweigischen defension begriffen und das cammergericht recusiert hetten.

Furs ander, wo die privatpersonen von der bescheenen recusation abfallen sollten und inen nichts weniger nachmals von wegen der braunschweigischen defensionsach sollte einicher schaden an gelt oder iren guetern zusteen, so wird man sye auß obgehorten ursachen mit der hulf cristlicher verstantnus verlassen, der sie sonst gewertig sein mochten.

Die dritt ursach, das das cammergericht, wie es jetzt ist, nit besteen mog, sonder es mues in einer kurtz reformiert und die geschwinden proceß abgethan werden, wie dann die stend der cristlichen verwantnus solliches bey kgl. Mt. und den ksl. comissarien zu erlangen jetzt alhie in stetter ubung und handlung stuenden.

Die lest ursach, das on not were, das die angezognen privatpersonen auf den angesetzten tag, den 26. Februarij<sup>3</sup>, erschienen, sonder wol gar außbleiben mochten, dann so die assessores des cammergerichts in der braunschweigischen defensionsach via ordinaria procediern wollten, so konnten egenannte personen auf disen und auch andere mer nachfolgendt termin propter contumaciam in die peen des landtfridens nit declariert werden. Mittlerweyl mocht das cammergericht reformiert oder aufs wenigist die proceß abgeschafft werden.

Es sollt auch ein rhat zu Augspurg und ein jeder anderer standt ire burger oder underthan ernstlich ermanen, das sye sich von inen in diser recusationsach nit absondern oder, des irer oberkeit am cammergericht zugegen [= entgegen] wer, handlen sollten. Wa sy aber sollichs uberschritten, das ime ein rhat oder

---

<sup>3</sup> Am 26. Febr. 1543 sollten sich die braunschweigischen Defensionsverwandten vor dem RKG in Speyer auf die Klage Hg. Heinrichs d.J. wegen Landfriedensbruchs verantworten.

ein jeder anderer standt wider solliche ungehorsame burger, was im von rechts wegen geburet, vorbehalten wollt<sup>4</sup>.

---

<sup>4</sup> *Um die Position Augsburgs in der Frage des Zugangs von Privatpersonen zum RKG zu verdeutlichen, fertigten Bgmm. und Rat von Augsburg den Juristen Dr. Claudius Pius Peutinger abermals zu Verhandlungen mit den Schmalkaldenern in Nürnberg ab. Als Peutinger am 21. Febr. 1543 in Nürnberg ankam, erfuhr er, dass die Schmalkaldener das obige Ausschussgutachten (Nr. 274) bereits fertiggestellt und an den Rat von Augsburg geschickt hatten. Darüber berichtete er an die Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz am 22. Febr. 1543: [...] Als ich nun allhie ankummen, hab ich bey den hern gesanten befunden, das euer Ft. des außschutz antwurt schon zugeschickt und darumb all mein handlung nach demselben beschlus vergebenlich. Es bedarf auch nit fragens, wie es mit den rhatpersonen gehalten werden soll. Demnach euer Ft. verstanden, das der außschutz nit fur geraten acht, das die privaten sich in Hg. Heinrichs sach fur ir interesse einlassen sollen. Und hab mich in den allegierten ursachen ersehen, beschicht mir gar nit genug. Und wurd furnemblich deren argument, so ein ersamer rhat von Dr. Hälén [= Dr. Konrad Hel] und mir gehort, kheins angeregt: Die ungelegenheiten, so der stat Augspurg fur andern stenden daher entsteen und das der recusation nichts damit benommen noch darwider gehandelt, also das dieselb minder wurckung dann den andern weg haben sollt, und lestlich, das euer Ft. als ein burgerliche oberkeit iren burgern das recht zusperren oder weren, ordenlicher weyß nit wol darzu kommen mag, und das ein ersamer rhat in sollichem val mer dann ain gedancken haben muelf etc. Darwider des außschutz argument gar nit schliessend etc. Ob nun euer Ft. und ainen ersamen rhat fur gut ansehen wollt, aus denen jertz gehorten und andern mer argumenten, so hierzu dienlich, weytter mit den stenden zu handeln und auf sollichen weg, das, ob sye, die stendt, aus nochmaln gethanem bericht angesehen der stat Augspurg und der iren gelegenheit leiden mochten, das sich etliche der iren privatpersonen unabpruchlich der gemeinen recusation auf ir gewär in recht inlassen mochten etc., oder wie und was uber den gegebenen bescheid hierinn weyter zu handeln. Seint die andern gesanten, die ich diß schreiben lesen lassen, auch ich, bevelch gewertig und urbuttig, in dem und allem das best wir mügen zu handeln etc. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.). Bgm. und Rat erteilten den Gesandten in Nürnberg am 27. Febr. 1543 Weisung, den Artikel über die Privatpersonen durch alle Schmalkaldener beraten zu lassen und nähere Erläuterungen zu verlangen. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.)*

## VIII.B Vorrangigkeit der Forderungen zu Friede und Recht gegenüber der Türkenhilfe

*Schon bei den ersten Sitzungen der Schmalkaldener in Nürnberg im Jan. 1543 schworen die kursächsischen und hessischen Räte alle Bundesstände im Namen ihrer Herren auf eine gemeinsame Taktik gegenüber den Altgläubigen ein. Die Schmalkaldener hatten nach Überzeugung ihrer Bundeshauptleute nur dann eine Aussicht auf Durchsetzung ihrer Forderungen, wenn sie auf das wirksame Druckmittel der Bewilligung der Türkenhilfe nicht vorzeitig verzichteten. Das Bemühen um ein gemeinsames Vorgehen der Schmalkaldener und aller evangelischen Stände in dieser Frage kennzeichnet die gesamte Dauer des Reichstags. Ein nochmaliger und endgültiger Beschluss der Schmalkaldener, die Türkenhilfe nur nach Erfüllung ihrer Forderungen zu Friede und Recht zu bewilligen, fiel am 14. April 1543 (Nr. 275). Die Bundesverwandten forderten Bgmm. und Rat von Augsburg, die der Bewilligung der Türkenhilfe in Einzelverhandlungen mit Kg. Ferdinand geneigt schienen, in einem mahnenden Schreiben dezidiert auf, sich dem gemeinsamen Vorgehen der Schmalkaldener anzuschließen (Nr. 276). Daraufhin bekräftigte der Rat von Augsburg seine Absicht, sich dem gemeinsamen Vorgehen anzuschließen (Nr. 277).*

### 275 *Endgültiger Beschluss der Schmalkaldener, die Türkenhilfe nur nach Erledigung der Artikel zu Friede und Recht zu bewilligen – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 14)*<sup>1</sup>

*Wien HHStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 1, fol. 91r–93v (Reinkonz.); DV fol. 93v: Der aynungsverwanten entlicher schlus, sich in kain gemaine oder particular hülf noch sonst zu kainer handlung alhie onerledigt der püncten fridens und rechtens zu begeben.*

Die rethe, gesanten und botschaften der stende wissen sich zuvor [zu] erinnern, mit was fleis und ernst sie nuhemehr ein gute zeit her uf vilen reichstegen umb bestendigen friden und gleichmessig recht angesucht.

Und wiewol inen derselb friden und gleichmessig recht etzliche mal versprochen und gegeben, so haben sie doch desselben wirckung nit erlangen mogen, sonder befunden, das derselb friden allein uff dem papyr stunde, der auch disen stenden wenig wircklich oder nutz und dahien gericht gewest ist, das yder

---

<sup>1</sup> Der z. T. wörtlich in Art. 2 des Schmalkald. Bundesabschieds (Nr. 418) wiederholte Beschluss wurde vom Ausschuss der Schmalkaldener in der Sitzung des 14. April 1543 vor den Bundesständen verlesen. Der unmittelbare Anlass für den Beschluss war die Befürchtung, Bgmm. und Rat von Augsburg und einige andere Reichsstädte würden sich vom König zur Bewilligung der Türkenhilfe überreden lassen. Zur Datierung und zu der von der schmalkaldischen Taktik abweichenden Position der Augsburger Gesandten siehe das CA-Protokoll Lambs zum 14. April (Nr. 86c, fol. 244r).



theil denselben zu seinem vortheil getzogen und verstanden, wie dan solchs in der supplication [Nr. 152], dergleichen in der replic [Nr. 157], der kgl. Mt. und ksl. commissarien nehmals [= *neulich*] gegeben, nach der lenge usgefüert. Nichtzidesterweniger so haben dise stende ir vermogen in den hulphen wider den Turcken und in andere wege getreulich dargestreckt und an inen, das zu wolfart des Reichs und der christenheyt nutzlich sein mogen, nichts erwinden lassen.

In was gewerden nuhn dise stende des fridens und gleichmessigen rechtens halber nuhnmehr gestelt, sonderlich dieweil die partheylichen, verdecktigen und recusirten personen des camergerichts wider disse stende bis uf die acht procedirt und geschwindiglichen furfahren, das ist under dissem hiegen [!] tag vilmaln erregt, statlich bewogen und gleicher gestalt in der supplication, dergleichen auch in vorgemelter replic gnugsam ausgefüert. Also das sich diese stende dahin entschlossen, dieweil sie des bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens in alle wege versichert sein mussten, das sie sich alsdan vor erlangung desselben in kein handlung einlassen oder begeben konten.

Nachdem nun an dise stende etzlichermassen gelangt hat, das des gegentheils practicen dahin stehen, under sich selbst uff disem tag one erledigung diser stend beschwerung zu schliessen und bey etzlichen dißtheils stenden umb particular hulf antzusuchen und dardurch ir intent zu erlangen, so wöllen sich dise stend nit versehen, daß einicher stand under inen sein werd, der sich vorigem schluß zuwider von disem theil sondern und sich weder zu gemeiner noch particular hulf in einichem weg persuadieren und bewegen lassen werde, sonder sich erinnern, do diese suchung particulariter geschehen wer oder wurd, das es allein zu des gegentheils vortheil und diser stend sönderung und trennung furgenomen und gesucht wurd.

Dieweil sich dann die stend der gefahr, schaden und nachteils, so inen uß der sonderung und trennung entsteen mug, woll zu berichten wissen, und sonderlich, do sie uff irem schluß einmuetig und bestendig beyeinander verharreten, das es inen selbst zu vortheil und gutem, auch zu mehrer erhaltung bestendigs fridens und rechtens gelangen möchte, so haben sich die gesandten und reth nochmaln dohin entschlossen, daß sie uff disem tag zu erlangung bestendigs fridens und rechtens fur einen mann steen, sich voneinander nit trennen oder söndern lassen noch sich zu einicher hulf gemeinlich oder sonderlich, noch auch sonst zu keiner handlung begeben wolten, sie haben dann zuvor frid und recht wurcklich und bestendiglich erlangt und erhalten.

276 *Aufforderung der Schmalkaldischen Bundesverwandten an Bgmm. und Rat von Augsburg, sich dem gemeinsamen Vorgehen anzuschließen – Nürnberg, 1543 April 17*

A *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.); DV: Der ainigungsverwandten stende aus Nurmberg schreiben particular turkenhulf betreffend an die gesandten von A[ugsburg]. Ist im rat verlesen 21. Aprilis 1543.*

B *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/4, fol. 68r–70v (Kop.); DV fol. 70v: Copei, welcher gestalt die rethe, gesanten und potschaften der cristlichen ainung an den rath zu Augspurg, das sie sich in keine particular hulf auf den nurmbergischen abschied begeben sollen, geschrieben. 1543 Nurmberg.*

Euere gesanten, mit welchen ir diesen jegenwertigen reichstag beschickt, haben euch ungetzweifelt berichtet, welchermassen wir und andere unsere mitverwante stende der augspurgischen confession und religion bey der kgl. Mt., ksl. commissarien und den andern reichsstenden vielmahlen aus unsern dargethanen bewehrlichen [= *glaubhaften*] beschwerden umb bestendigen friden und gleichmessig recht undertheniglich und mit vleiß angesucht und was fur antwurt uns und inen darauf iderzeit gegeben.

Und dieweil wir daraus vermerckt, das die stende des andern theils von der ksl. declaration nichtzit halten, dieselben in den abschied zu setzen gewegert und die personen des ksl. cammergerichts nichtsdesterweniger gegen unsern gnedigsten, gnedigen hern und obern biß auf die acht procedirn und geschwindurfahrn, so haben wir sampt euern gesanten in unserm rath aus vielen gegrunteten, stattlichen ursachen fur rathsam oder nutzlich nit achten mögen, uns in einiche berathschlagung oder leistung der turckenhulf one erledigung fridts und rechtens einzulassen, wie dan solchs auch zu viln maln schriftlich und muntlich erregt worden.

Und haben darauf zu etlichen malen sampt euern gesanten ferner dahin geschlossen, das sich kein stand under uns hierinn von dem andern sundern und sich weder zu gemeiner oder particular hulf in einichen weg persuadiren oder bewegen lassen solt etc.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> *Die Augsburger Gesandten beriefen sich in Bezug auf eine in Sondervereinbarung mit dem König zu bewilligende Türkenhilfe (Partikularhilfe) auf Befehlsangel und wandten sich um weitere Instruktionen an Bgmm. und Rat der Stadt (Nr. 399), was die Schmalkaldener befürchten ließ, sie würden vom gemeinsamen Beschluss abweichen. Die hessischen Räte berichteten dazu am 17. April 1543 an Lgf. Philipp: [...] Zum andern, nachdem wir besorgt, es mochten etliche unserer stend particular hulf one erledigt der puncten fridens und rechtens bewilligen, so haben wir derhalben davon in unserm rath abermaln umbfrag gethan. Und ist durch gemeine stend einmüttiglich dohin beschlossen, das kein stand weder gemeine oder sonderliche hulf heimlich oder öffentlich one erlangung unsers begerns leisten oder bewilligen sölle, alles inhalt und vermög eines sondern gestelten articuls hieneben [Nr. 275], welcher dan also in unsern hieigen abschied gebracht werden soll. Allein haben sich die gesanten von Augspurg*

Nachdem nuhn daraus ervolgt ist, das die stende des andern theils die berathschlagung der turckenhulf, uber das [= *obwohl*] mit dem mehren beschlossen, das die puncten frids und rechts zuvor resolvirt und erledigt werden sollten, furgenohmen und darauf von inen, den andern stenden, ein sonderlicher abschied ohne dieser stende beysein, zuthun, wissen und bewilligen gestelt, und dan an uns gelangt ist, das die practicken dahin stehen sollen, under uns trennung und sonderung zu erwecken<sup>2</sup>, auch ohne erledigung der puncten frids und rechts bey etlichen auß uns particular hulf, wie sie sich desselben allgerait gerumpt, zu erlangen und dadurch gleichwoll ir intent zu erhalten, so haben wir uns vergangens sonnabents [1543 April 14] widerumb miteinander weiter beredt und es dafur geachtet, da die suchung der turckenhulf particulariter geschee und von etlichen uß uns geleist were oder wurde, das es allein zu des gegentheils vorthail und zu dieser stende sunderung, auch schimpf und nachteil furgenomen und gesucht wurde [Nr. 275].

Dieweil wir uns dan der gefahr, schaden und nachtheils, so uns aus der sonderung und trennung entsteen mag und hinwiderumb des vorthails, da wir auf unserm schluß einmuttig und bestendig verharthen, zu erinnern wissen, und sonderlich, das wir dardurch dester mehr zu unserm begeren fridens und rechtens kommen mochten, so haben wir aus vorgemelten ursachen in unserm

---

vernemen lassen, das sie von iren herrn und obern kein bevelch hetten, sie wollten sich aber bescheidts erholen. Dieweil wir aber besorgt, das die geheimen reth der statt Augspurgk vielleicht etwan one den rath particular hulf zusagen und leisten, dardurch vielleicht andere stett sich auch bewegen lassen möchten, so haben die gemeinen stendt an den gemeinen rath der statt Augspurg geschrieben und sie der particular hulf verwarnet, auch mit gutten ursachen erinnert, sich von gemeinen stenden nit zu sundern [Nr. 276]. Hoffen, es werdt statthaben. [...] In: *Marburg StA; PA 650, fol. 432r–438r; hier fol. 432v–433r (Ausf.)*.

<sup>2</sup> *Die Schmalkaldener befürchteten nicht ganz zu Unrecht ein drohendes Abweichen der oberdeutschen Städte vom einheitlichen protestantischen Vorgehen in der Frage der Bewilligung der Türkenhilfe. Zu Beginn des RT hatten die Hgg. von Bayern ihre Gesandten nämlich in einem Schreiben vom 27. Jan. 1543 (Nr. 327) angewiesen, in geheimen Verhandlungen mit Augsburg, Nürnberg und Ulm die Aussichten für ein gemeinsames Türkenbündnis ohne vorherige Verhandlungen über Friede und Recht zu erkunden. Die ablehnende Haltung Ecks gegenüber einem solchen Plan (siehe das Schreiben Stockhammers an Hg. Wilhelm vom 9. Febr. 1543: Nr. 331, bes. Anm. 1) sowie die Standhaftigkeit der Städte, trotz aller Überredungsversuche von habsburgischer bzw. altgläubiger Seite an der von den Schmalkaldischen Bundeshäuptern vorgegebenen gemeinsamen Linie festzuhalten, führten jedoch zum Scheitern dieser Bündnispläne mit den Städten. Kg. Ferdinand versuchte nochmals gegen Ende des RT, die Schmalkaldener zu spalten und die oberdeutschen Städte, vor allem Augsburg, mit allen möglichen Vorhaltungen zur Bewilligung der Türkenhilfe zu überreden. Siehe den Bericht Dr. Peutingers über eine Unterredung mit Kg. Ferdinand am 2. April 1543: Nr. 396.*

rath <sup>a-</sup>alle einmüttig<sup>-a</sup> dohin geschlossen, für gut angesehen und darauf einen artickel, wie der hie in unserm abschied gestelt werden solle, begriffen<sup>3</sup>: Das diese stende hierinn für einen man stehen, sich voneinander nit sundern und sich in kein handlung ohne vorgemelte puncten frids und rechts begeben. Dergleichen das sich kein stand aus uns zu keiner hulf, weder gemeinlich oder sunderlich, heimlich noch offentlich, sie werde practicirt oder gesucht wie sie wolle, bewegen lassen oder dieselbigen bewilligen oder leisten sollen, es sey dan, das wir vermög unsers oftgethanen anhaltens und bittens bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens versichert werden.

Und do einicher stand dieser christlichen aynung nichtleistung der turckenhulf oder des hieigen abschieds halben, des sich die andern stende ohne uns verglichen und vereinigt, beschwerdt wurt, so ist under uns weiter beschlossen, das wir alle in solchen vehllen abermall für einen man stehen und einander mit hulf, rath, schutz und beystande nit verlassen solle.

Und wiewoll solches alles durch uns einmüttig beschlossen und bedacht, sich auch euere gesanten vormal mit uns hierinn vereinigt, so haben sie sich doch vergangens sampstags [1543 April 14] in dem rath vernemen lassen, das sie verners bescheidts von euch gewarteten und hierinn mit zu schliessen keinen bevelch hetten.

Demnach wollen wir uns versehen, ir werden gelegenheit der sachen und unser bewegung auch für nottwendig achten, euch von uns, den andern stenden, nicht sundern noch in einiche gemeine oder sunderliche hulf, weder heimlich noch offentlich, begeben, wir seyen dan zuvor miteinander eins bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens versichert. Das wollen wir uns zu euch als zu unsern miteynungsverwanten versehen, und ir werden auch daran gemeiner christlicher verstendnus und euer selbst wollfardt furdern. So wollen wir es auch umb euch freuntlich und mit willen zu verdienen geneigt sein.

US: Der Kff., Ff., graven, stette und stend der christlichen veraynung rethe, gesanten und pottschaften itzo zu Nurmbergk.

---

<sup>a-a</sup> In A unterstr.

---

<sup>3</sup> Siehe den Schmalkaldischen Bundesabschied: Nr. 418, Art. 2, letzter Absatz.

277 *Antwort von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Schmalkaldener*<sup>1</sup> (ad Nr. 276) – (Augsburg), 1543 April 21

A *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Reinkonz.).*

B *Wien HHStA, RK RA i.g. 13ff/Konv. 4, fol. 24rv (Kop.).*

Eur schriftlich antzeigen und erinnerung, was sich zwischen euch und den bebstischen stenden der puncten fridens und rechtens, desgleichen der ksl. gegeben declaration halber bisher zugetragen, haben wir sambt angehefter bitt, uns von euch nit zu sondern noch in kain gemaine oder sonderbare hilf eintzulassen etc. [Nr. 276], alles inhalts vernomen. Und wiewol unsere gesandten sich derwegen uff weitern von uns gewartenden bevelch referirt, noch dannoch seien wir nie der maynung gewesen, uns in ainem oder mehr fälen, so gemainer, loblichen christlichen verstendtnus zu eeren, nutz und wolfart gelangen mocht, abtuzondern, wie wir auch noch nit zu thun genaigt sind. Darumb und dieweil durch alle evangelische stende ainhellig beschlossen und fur gut erwegen worden, sich in kain handlung on vorgemelte erlangte puncten fridens und rechtens zu begeben oder auch ainiche gemaine oder sonderbare hilf zu laisten, so gedenken wir, solchem eurem bedenken und beschluß in allweg antzuhangen und von euch nit abtuzondern, wie wir dann solhes unsern gesandten auch zugeschriben und antzaigt haben.

Wir wollen euch nit bergen, das uns glaublich anlangt, wie Andreas de Doria<sup>2</sup> den 7. Aprilis nach Hispania abgefaren. Und soll die ksl. Mt. ungeverlich umb den 8. oder 10. Maij, sofern sie durch widerwertigen windt nit verhindert wiert, in Italia ankommen. Dieweil wir dann durch unsere gesandte bericht, das von Germanien ainigungsverwandten stenden an ir ksl. Mt. ein potschaft solt abgefertigt werden, stellen wir zu eurem vernunftigen bedenken, ob nit gut were, die abfertigung zu furdern, damit von merers glimpfs wegen hochstgedachte ksl. Mt. nit in Teutschland, sonder in Ytalia durch die botschaft betreten wurde.

<sup>1</sup> *Der endgültigen Entscheidung von Bgmm. und Rat von Augsburg, sich den Beschlüssen der Schmalkaldener zu beugen und auf „particulare“ Hilfeleistung an Kg. Ferdinand zu verzichten, war ein längerer Briefwechsel in dieser Frage zwischen den Gesandten in Nürnberg und dem Rat der Stadt vorangegangen: siehe dazu das Schreiben der Gesandten vom 15. April 1543 (Nr. 399, Anm. 5).*

<sup>2</sup> *Genuesischer Admiral und Flottenführer der ksl. Flotte, mit der Karl V. am 1. Mai 1543 von Barcelona aus nach Italien reiste, wo er am 25. Mai 1543 in Genua an Land ging.*

## VIII.C Werbung der Schmalkaldener bei Karl V.

*Bei den Beratungen der Reichsstände und der Schmalkaldener in Nürnberg wurden zahlreiche der Lösung harrende Probleme auf die Ankunft des Kaisers in Deutschland vertagt. Nach längeren Beratungen entschieden die Bundesverwandten, dem in Italien erwarteten Kaiser nicht die lange geplante schmalkaldische Gesandtschaft entgegen zu schicken, sondern sich vorerst mit der Übersendung von zwei Schreiben zu begnügen<sup>1</sup>. Im ersten Schreiben legten sie die Gründe für die Ablehnung des Reichsabschieds und damit auch der Türkenhilfe dar (Nr. 280), während das zweite eine Rechtfertigung wegen des braunschweigischen Feldzugs von 1542 enthielt (Nr. 281). Für die Überbringung dieser Schreiben suchten die Bündner eine geeignete Person und wandten sich mit ihrer Bitte zuerst an die Stadt Augsburg (Nr. 278), die ihr Ansinnen jedoch abschlug (Nr. 279).*

### **278 Die Schmalkaldener an Bgmm. und Rat von Augsburg: Bitte, einen städtischen Gesandten zu Karl V. abzufertigen<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 24**

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

Nachdem ir numehr uß den handelungen des hieigen reichstags ungetzweiffelt werden vermerckt haben, das wir uber vilfaltig unser ansuchen zu erlangung bestendig fridens und gleichmessigs rechtens nicht kommen mogen, sondern

---

<sup>1</sup> Siehe G. MENTZ, *Johann Friedrich der Großmütige*, 2. Teil, S. 372.

---

<sup>1</sup> *Das Zustandekommen der Anfrage der Schmalkaldener an Bgmm. und Rat von Augsburg schildern die Augsburger Gesandten in ihrem Schreiben vom 24. April 1543: [...] Euer Ft. geliebe zu wissen, das sich auf heut dato diß briefs zugetragen und gemeine unsere standt ainhelliglich fur guet angesehen, das, demnach dieser zeit die gemein schickung zu der ksl. Mt. nit mocht abgefertigt werden, das dann ein schreyben mit kurztem bericht und ainem vertrauten, so von allen sachen wissen hett, mit dem ersten von hinnen aus furgeschickt, die ksl. Mt. in Italia auzutreffen und der folgenden potschaft daselbst zu erwarten. Das sollichs der gemeynen standt notturft aus mererlay ursachen erfordert, das wir dann also auch gescheen muessen lassen, des furdenckens, der oberhauptleuth gesanten sollten aus irem mittel oder bey iren herrn zu sollichen sach bequeme verordnet haben. Als man aber von der person zu reden kommen, haben sich der churfursten und fursten gesanten dahin vermercken lassen, das sollichs den nechst geseßnen standen eyl halben zu bevelhen und sich die andern stett, auch wir, entschuldigt, das sie darzue taugenliche personen, so sye darzue vermogen khonndten, nit hetten. Des aber unangesehen ist euer Ft. auch mein, Dr. Peutingers, person benennt worden. Daruff haben wir alsbald dies sachen laut unsers bevelchs abgeschlagen, und das unsere herrn mein und anderer irer diener zu disem malen anhaimisch bedurftig und nit entraten mogen. Des aber unangesehen haben sie sich entschlossen, euer Ft. zu schreyben und uns dieser stundt beyligenden brief [Nr. 278] zuegestellt, das wir denselben mit eigner post als bald sollten euer Ft. zuschicken. Das haben wir nit wissen zu weygern. [...]. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

das die stende des andern theils nichzitdestoweniger mit irem vermeinten abschiede [Nr. 404] furgefahren und uns derhalben zu einer protestation wider denselben abschied [Nr. 409] verursacht, so wil die notturft ervordern, das wir in namen und von wegen unser gnedigsten, gnedigen hern und obern ein fugliche schrift an die röm. ksl. Mt. furderlich verfertigen, wie dan alhie von derselben schrift gerathschlagt, die auch begriffen [Nr. 280-281], und furter euch unverzogenlich zugeschickt werden sol.

Dieweil nun daneben auch fur gut angesehen, das von dieser stende wegen ein vertraute person, die am ksl. hoff bekannt und dieser stende sachen und sonderlich der hie gepflogenen handelungen bericht were, sobaldt die ksl. Mt. in Italien ankeme, an irer Mt. hofe geschickt wurde, welche person solche schrieff irer Mt. uberantworten und daneben auch ein zeit lang an dem hoif verharren sollte, zu vernemen, was aldo disen stenden nachtheiligs wolt einfallen, das er dasselbe an unser gnedigst, gnedige hern und obern yderzeit furderlich gelangen lassen und bescheidts darinnen erwarten solte.

So bitten wir freundlich, ir wollet gemeiner verstantnus und euch selbst zu dem besten uf ein solche person verdacht sein, die zu dieser schickung uff gemeinen kosten der stende zu prauchen und den sachen mit vleis auswarten mochte, also das sich dieselb person furderlichst verfast und geschickt machte, wan euch solch schreiben an die ksl. Mt. sampt solcher person instruction zukeme, das sie als bald die rais und iren weg uf Genua zu der ksl. Mt. neme und die sachen zum besten verrichte. Und werden es unsere gnedigst, gnedige hern und obern umb euch in gnaden zu erkennen freuntlich und mit gutem willen zu verdienen gneigt sein, solchs auch gegen der geprachten person mit verehrung in gnaden und danckparlich erkennen.

Bitten derhalben euer furderliche schriftliche antwort und das ir uns solche person, damit wir credentz und instruction noch alhie uf sie stellen und vertigen mochten, schriftlichen benennen und antzeigen.

[US:] Der Kff., Ff., graven, stedte und stende christlicher verein rethe, gesanten und botschaften itzo zu Nurnnbergkh etc.

279 *Antwort von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Schmalkaldener (ad Nr. 278): Weigerung, die Gesandtschaft zu Karl V. zu übernehmen<sup>1</sup> – (Augsburg), 1543 April 25*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Reinkonz.).*

Eur schriftlich antzaigen, was euch neben und mit den unsern wider der stende des andern thails vermainten publicirten abschiedt zu protestirn verursacht, haben wir sambt eurem angehengten gutdunckhen und begeren schikhung

<sup>1</sup> *Dr. Claudius Pius Peutingen ersuchte Bgmm. und Rat von Augsburg in seinem Schreiben vom 24. April 1543 mit Erfolg, ihn nicht für die Gesandtschaft vorzuschlagen:*

halb ainer tauglichen person zu ksl. Mt. etc. [Nr. 278] vernomen. Und weren fur unsere personen unsers vermogens genaigt und begierig, alle und yede sachen, die gemainer christlichen verstandtnus zu wolfart, eer, nutz und gutem gelangen mochten, zum hochsten und mit bestem vleiß zu furdern und an uns nichtzit erwinden zu lassen. Dieweil wir aber diser zeit mit solchen personen, die an dise und dergleiche ort in so wichtigen sachen zu gebrauchen, nach ervorderter notdurft nit versehen, wir auch deren personen, die etwan dartzu tuglich und ir fur bequem achten mochten, obligender gemainer unser stat gescheft halben nit empären können, so ist unser gantz frundlich bitt, ir wollend uns, in betrachtung yetzt ertzelter ursachen ditzfals verschonen und unsere waigerung anderer gestalt nit, dann wie vermelt ist, vermerckhen und annemen, der trostlichen zuversicht, unser gnedigst und genedig herrn, die oberhauptleut, und gemaine stende der christlichen verain seyen dannoch gotlob mit leuten dermassen begabt und versehen, das an solcher schikung nit manglen wiert<sup>2</sup>.

280 *Entwurf für ein Schreiben der Schmalkaldischen Bundesstände an Karl V.: Gründe für die Ablehnung des Reichsabschieds – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 23/April 25)*<sup>1</sup>

*Stuttgart HStA, A 262, Bd. 23, fol. 485r–491v (Kop.); AS fol. 485r: Cristenlicher verain gesandten rethe schreiben an di röm. ksl. Mt. fridens, rechtens und der turckenhilf halben außgegangen. Nurnnberg 1543.*

[...] Dieweil ich dann sollich nach gelegenheit der leuf alhie ergangner sachen und sonst umb merer umbstend willen euer Ft. und gemeiner stat Augspurg, auch meiner person halben nit zu willigen, sonder zu dem allerhochsten beschwarlich erachte, so wille ich es darfur halten, so ferr meiner person in beiverwartem schreyben begert worden were, euer Ft. werde hierin den begerenden nit willfaren, sonder sollich abzuschlagen jee selber auch meinethalben gnugsame ursach haben, wie dann an euer Ft. als mein gunstige, gepietendt hern mein dienstlich bitt gelangt, dißfals irer selber, auch mein zu verschonen, getroster hoffnung, euer Ft. seyen selber als wenig als ich zu dieser schickung geneigt. Und bedorfe nit verrers bittens noch anmanens, es auch eyl halben und aus mangel der zeit zu disem mal nit stathaben mag, euer Ft. und mein selben ungelegenheit nach leng außzufueren, die euer Ft. fur sich selber aus hohem verstandt gnugsam zu erwegen haben. [...]. In: *Augsburg StadtA. Lit. 1543, unfol. (Ausf.)*.

<sup>2</sup> *Schließlich kamen die Schmalkaldener in Nürnberg überein, dass ein Gesandter Straßburgs die Aufgabe übernehmen sollte, die Schreiben an den Kaiser zu überbringen. Da der Straßburger Advokat Dr. Ludwig Grempe den Auftrag ablehnte, wurde im Juni 1543 schließlich der Straßburger Rechtsgelehrte Dr. Heinrich Kopp zum Kaiser nach Italien abgefertigt. Siehe dazu das CA-Protokoll Lambs zum 28. April 1543 (Nr. 86c, Anm. 42) und den Schmalkaldischen Bundesabschied (Nr. 418, Art. 5, Anm. 6).*

<sup>1</sup> *Über die beiden Schreiben der Schmalkaldener an den Kaiser wurde vom Ausschuss am 23. April beraten, am 25. April wurde der Text vor den Bundesständen verlesen. Siehe*



Es haben unsere gnedigste, gnedige herrn und obern uns zu disem alhie gehalten reichstage abgevertigt, von allem dem, das in disen beswerlichen, sorglichen zeiten gemeiner cristenheit und sonderlich der teutschen nation zu nutz und wolfart dienlich und inen immer muglich und treglich, zu ratslagen und zu schliessen.

Und wiewol wir uns mer dann ainmal alhie erbotten, mit den andern stenden von demselben gemeinen obligen, und furnemlich von den zwaien zu der hilf wider den Turcken notwendigen puncten friedens und rechtens und volgendts auch von gemelter hilf zu handlen, so haben wir doch zu solhem, ungeachtet das es in gemeinem rathe der chur- und fursten durch das mer beslossen, auß weigerung und absonderung der andern stende nit komen noch also ir beratslagte hilf und darauf gemachten abschiede annemen, bewilligen und leisten mogen.

Damit nun euer ksl. Mt. vernemen, das solhe weigerung von uns auß dhainer ungehorsam, sonder gegrundten, bestendigen und unvermeidlichen ursachen beschehen, so bitten euer ksl. Mt. wir allerunderthenigist, dieselben gnedigst und unbeswerdt anzuhoren.

Und erstlich so wissen sich euer ksl. Mt. gnedigst zu erinnern, welhermassen auf dem nechstvergangen regenspurgischen reichstage [1541] von allen stenden des Reichs in beratslagung der beharlichen hilf wider den Turcken vor allen dingen di erledigung beeder artickel bestendigs friedens und gleichmessigs rechtens also fur nottwendig angesehen, das, wo di nicht aufgerichtet, ain jeder stand billich beswerdt haben wurd, sich in solhe beharrliche hilf einzulassen, darauf dann auch der abschied [RTA JR Bd. XI, Nr. 941] daselbst gemacht und unser gnedigst, gnedig herrn und obern denselben auf gegeben euer ksl. Mt. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] angenommen und bewilligt. Und das volgendts ein reichstage zu Speir gehalten und furgenomen. Als aber auf demselben solher obgemelter zwaier artickel fridens und rechtens halber allerlai disputation hin und wider eingefallen, so haben di röm. kgl. Mt., unser allernedister her, und euer ksl. Mt. verordneten commissarien solhe irrung und disputation durch gegeben urkunt und versicherung [RTA JR Bd. XII, Nr. 148] abgewandt, darauf auch volgendts di hilf wider den Turcken von unser gnedigsten, gnedigen hern und obern bewilligt und geleist worden, der hoffnung und zuversicht, es solt darauf bestendiger frid und di vertroost visitation und reformation als vorbereitung zu gleichmessigem rechten nach inhalt und vermoge euer ksl. Mt. zu Regensburg gegeben declaration, auch hochgedachter kgl. Mt. und euer ksl. Mt. comissarien urkunt gevolgt sein.

---

*dazu das CA-Protokoll der württembergischen Gesandten zum 23. April (Nr. 84b, fol. 21v) und das CA-Protokoll Lambs zum 25. April (Nr. 86c, fol. 257v). Schließlich entschied man sich, die Briefe nicht im Namen aller Schmalkaldener von Nürnberg aus an den Kaiser zu senden, sondern sie im Namen und mit dem Siegel der Bundeshauptleute ausfertigen zu lassen.*

Es hat sich aber nach endung desselben speirischen reichstags ferner zugetragen, das nit allain di aufgerichten fridstende ungleich außgelegt und in mißverstand gezogen, sonder das auch die vertrust visitation und reformation des ksl. camergerichts verbliben und in wirckliche volnziehung nicht komen. Darauß ervolgt ist, das di personen des cammergerichts gegen unsern gnedigsten, gnedigen hern und obern vil beswerlicher dann zuvor mit processen furgefaren und sich also understanden, sie in prophan- sowol als in religionsachen so heftig zu besweren, das sie aus getrungener, unvermeidlicher notturft zu verkomung solher nachtheilliger proceß verursacht worden, diselben personen zu recusiren, doch mit der protestation, das sie durch solhe recusation di rechte und ware euer ksl. Mt. jurisdiction und ordenlichen gewalt in dhainen weg angefochten noch also euer ksl. Mt. an irer reputation, di andern stende des Reichs an irer gerechtigkeit noch auch die personen des camergerichts an iren eren verletzt haben wollten.

Und dieweil wir uns dann fridens und rechtens halben vorgehorter massen besweret erfunden, sein wir ferner aus unvermeidlicher nottuft bewegt und verursacht worden, auf disem alhie gehaltenem reichstage bei röm. kgl. Mt., auch euer ksl. Mt. commissarien, dergleichen auch bei den andern stenden zu erledigung solher mängel und wircklicher aufrichtung fridens und rechtens underthenigklich, dienstlich und vleissig anzusuchen.

Darauf und nach viler derhalb gepflogener schriftlicher und mundtlicher handlung haben sich di kgl. Mt. und euer ksl. Mt. commissarien under anderm mit gnedigster antwort vernemen lassen, das der friden, dergleichen auch die visitation und reformation des camergerichts auf euer ksl. Mt. regenspurgische declaration, der kgl. Mt. und euer ksl. Mt. commisarien speirische urkundt und versicherung furgenomen, verstanden und gedeutet werden solle. Nachdem aber solher der kgl. Mt. und der commissarien furslag und antwort an die andern stend gelangt und darunder von irer kgl. Mt. und commissarien vil zeit, vleiß, muew und arbeit zu erlangung derselben zugebracht, so hat doch solhs bei inen, den andern stenden, dhain volge gewinnen noch erhalten werden mögen, sonder haben sich solhem billichen der kgl. Mt. und commissarien furschlag widersetzt, euer ksl. Mt. declaration, dieweil sie vermerckht, das das wormisch edict [1521] und der augspurgisch abschiede [1530] durch dieselb declaration gemiltert, dhain statt geben noch dieselb in den abschied zu setzen verwilligen wollen.

Dieweil sich aber unsere gnedigst, gnedig hern und obern nicht allein solher euer ksl. Mt. declaration und kgl. Mt. urkunden nicht zu begeben, sonder auch dieselb in ainichen zweifel oder andere ungewißheit mitnichten fieren zu lassen wissen und dann der andern stende contradiction solher declaration halb offentlig vermerckht, haben wir nit erachten konnen, das unsere gnedigsten, gnedigen hern und obern sich ainichs bestendigs fridens und gleichmessigen rechtens versehen mogen.

Und wiewol sich di kgl. Mt. und euer ksl. Mt. commissarien zu ainer nebenversicherung und erstattung solher mengel und beswerung erbotten, so hat doch unsern gnedigsten, gnedigen herren und obern damit nit mogen geholfen werden, dann zwischen euer ksl. und der kgl. Mtt. und unsern gnedigsten, gnedigen herren und obern ist gottlob frides und rechtens halber dhain streit und inen derhalben euer ksl. und der kgl. Mtt. weittere versicherung oder assecuration von unnotten, sonder di irrung fridens und rechtens halber ist zwuschen beederseits stenden des Reichs und mangelt under anderm, wie vorgehört, an dem, das die andern stend berurter declaration und urkundt, durch welhe frid und ruewhen mogen erhalten werden, nit stattgeben, dieselben auch in dem abschiede nit dulden wollen, zudem das das ksl. camergericht solher declaration nicht achtet, sonder stracks auf den buchstaben der abschiede verharret und furgeet. Darumb so wurden sie auch onegezweifelt solher ietzt angebotter nebenversicherung weniger dann voriger declaration, dieweil der regenspurgisch abschid euer ksl. Mt. declaration zu thun zulass, volge thun.

Nichtsdestoweniger aber und one erledigt unser beswerung haben sich di andern stende in handlung und berattschlagung der hilf wider den Turcken, auch fridens und rechtens halben eingelassen, darinnen ane unser wissen geschlossen. Und obwoll etlich mittel frides und rechtens halben darinn begriffen, so seint sie doch disputierlich und also gestellt, das wir uns nit versehen mogen, das solhe mittel zu gleichem verstant, auch zu bestendigem friden und rechten dienen mogen. Zudem das dieselb hilf wider den Turcken auf di vorigen ungleichen alte anslage, dero sich der merer theil der stende vormaln oft beswerdt und darauf vilveltige zusage erlangt, das sie one vorgeende ringerung dieselben zu leisten nit mer schuldig sein sollten, gestelt, alles der nottel, so auf jungstgehaltenem reichstag zu Regenspurg der beharlichen hilf halben beslossen [*RTA JR Bd. XI, Nr. 204*], zuwider, in welchem under anderm lautter versehen, das ain gleichmessiger anslag gemacht sollt werden, darinnen dhain stand des anslags oder anders halben sich mit billicheit zu besweren haben moge. Auch zuwider dem nechstgehaltenem speirischen abschiede, welcher clar vermag, das diese beharliche hilf nit auf di alten reichsanslage, welcher sich der merer theil stende beswerdt, deren vergleichung auch also in eil nit zu finden und, ob sie schon gefunden, doch beswerlich sein wolt, diese hilf allain auf di reichsstend zu slagen etc., sonder auf ander wege, damit dhain stand vor dem andern beswerdt wurde, inhalt desselben speirischen abschiedts furgenomen sollt werden.

Und ob schon der andern stende jetz hie gemachter abschiede zu der ringerung hoffnung gibt, so ist doch di form und maß zu ainem gleichmessigen anslag also undienstlich gestellt, das dardurch di hievorige ungleicheit nit allain nit hingenomen, sonder vil mer und weiter eingefurt wurdet. Dardurch dann vil auß unsern gnedigsten, gnedigen herrn und obern, obschon di artickel fridens und rechtens notturftiglich resolvirt worden weren, solher ungleichen anslag halb zum hochsten beswerdt, wie dann eben auß solher beswerung vil an-

dere mer stend, geistlich und weltlich, den hieigen abschiede nicht angenommen, sonder dawider protestiert.

Da wir nun zu der beratslagung gelassen, hetten wir nach der leng und stattlich ausfieren und anzeigen mogen und weren auch willig gewest, mit und neben den andern stenden auf andere und solhe gleichmessige wege helfen zu gedencken, damit solhe hilf sovil dester fruchtbarlicher von allen stenden gemeinlich hett könnenden geleistet werden.

Dem allem nach bitten euer ksl. Mt. wir underthenigist, das sie unsere jetzt dargethane gegründte und stattliche ursachen, aus welchen uns bestendiger Friden und gleichmessig rechten mangelt, und das wir aus manglung derselben volgendts auch zu beratslagung, bewilligung und leistung der turckenhilf nit kommen, auch der andern stende one unser wissen und mitberatschlagung gemachten abschiedts nicht annemen mogen, fur gnugsam achten, uns und zuvorderst unsere gnedigste, gnedige hern und obern in dem allem allergnedigst entschuldigt halten, auch solch ir grosse notdurft zu dhainer ungehorsam versteen. Und ob sie und wir bei euer ksl. Mt. anderst eingebildet oder eingetragen wurden, demselben dhainen glauben zu geben noch inen und uns dhainen unglimpf zuzuweisen, mit dem underthenigisten erbietten, da ire chur- und fstl. Gnn. und sie bestendigs fridens und gleichmessig rechtens inhalt ires alhie oft furgewendten schriftlichen und mundtlichen bittens und ersuchens der andern stend halb versichert und di anslag auf di so oft zugesagt gleicheit gericht, darumb sie dann auch euer ksl. Mt. umb befurderung und erlangung desselben underthenigst ersuchen, das alsdann ain laistung muglicher, treglicher und gleichmessiger hilf und sonst allem anderm, das zu nutz und wolfart teutscher nation dienlich, an inen als gehorsame mitglieder des Reichs dhain mangel erscheinen soll.

Und thun euer ksl. Mt. unsere gnedigste, gnedige herrn und obern und uns etc.<sup>a</sup>

281 *Entwurf für ein Schreiben der Schmalkaldischen Bundesstände an Karl V.: Rechtfertigung wegen des braunschweigischen Feldzugs – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 25/April 26)*<sup>1</sup>

Stuttgart HStA, A 262, Bd. 23, fol. 266v–270r (Kop.); AS fol. 466v: Der ainungsverwandten stende schreiben an di röm. ksl. Mt. der braunschweigischen defension halben außgangen. Nurnnberg 1543.

<sup>a</sup> Hier endet der Text.

<sup>1</sup> Zur Datierung siehe das CA-Protokoll Lambs zum 25. April 1543 (Nr. 86c, fol. 257v–258r) und das CA-Protokoll der württembergischen Räte zum 26. April (Nr. 84b, fol. 22rv). Am 25. April wurde das Schreiben in der Sitzung der Schmalkaldener vor den Bundesständen verlesen, am 26. April erfolgte die Abschrift des Aktenstücks, das nach weiteren Beratungen schließlich im Namen und mit dem Siegel der Bundeshauptleute ausgefertigt werden sollte.

Euer ksl. Mt. sein noch ungezweifelt der ursachen genottranger defension, welhe unser gnedigst, gnedig herrn und obern wider H[g.] H[*einrich*] zu Braunsweig zu schutz und rettung der beeder stett Goslar und Braunsweig furgenomen und euer ksl. Mt. von irn chur- [und] fstl. Gnn. und inen von der statt Braunsweig auß underthenigist zugeschriben, zum theil gnedigst berichtet. Und nachdem sie sich auch, euer ksl. Mt. verners grundtlichen und warhaftigen bericht dann damaln in eil beschehen mogen durch ain pottschaft furderlich und sobaldt euer ksl. Mt. in das Reich ankome zu thun undertehnigist erbotten, so haben ire chur- und fstl. Gnn. und sie solher euer ksl. Mt. ankunft in das Reich underthenigklich erwartet und werden derhalben an solhem irem underthenigen erbietten abvertigung der pottschaft und weiters berichts halben dhain mangl erscheinen lassen, sonder solhe legation zu ehester gelegenheit zu euer ksl. Mt. verordnen.

Dieweil sich aber mitler zeit di sachen des hieigen reichstags also geschickht, das wir aus unvormeidlicher notturft bewegt worden sein, an euer ksl. Mt. solher reichshandlung halben underthenigist zu schreiben [Nr. 280], so haben wir daneben in underthenigkeit nicht konnen underlassen, euer ksl. Mt. solher sachen der defension halben fernere erinnerung und anzaig zu thun. Und wollen derhalben euer ksl. Mt. in underthenigkeit nit verhalten, das die röm. kgl. Mt. unsern gnedigsten, gnedigen herrn und obern in solher sachen der braunschweigischen defension ainen tag ernennt [Nr. 250], nemlich auf Sonntag Quasimodogeniti nechstvergangen [1543 April 1] selbst oder aber durch ire rethe und pottschaften mit gnugsamen gwalt alhie zu Nurnnberg einzukomen und alda vor irer kgl. Mt. und euer ksl. Mt. commissarien und gemeinen reichsstenden gruntlichen verhor und handlung und, im fall da di sach in der gut nit hingelegt werden mocht, ferners geburlichs bescheidts zu gewarten.

Dieweil aber irer kgl. Mt. offen brieve und furbescheidt [Nr. 250] gantz spadt, nemlich dem Kf. zu Sachsen vor 13 und dem landgraven vor 2 tagen vor dem angesetzten handlungstage Quasimodogeniti geantwortet, so ist irn chur- und fstl. Gnn. nicht muglich gewest, den andern irn ainungsverwandten stenden, di zum thail weit gesessen, vor berurtem tage in solcher eil zuzuschreiben, vil weniger haben sich ire chur- und fstl. Gnn. mit denselben irn zuverwandten stenden vor solhem termin mogen underreden und vergleichen, damit solher tage zu irer notturft stattlich und mit gnugsamen bericht were beschickt worden. Und sonderlich so haben auch di beede stett Goslar und Braunsweig, so mit H[g.] H[*einrich*] anfencklich in irrungen komen, in solher eil nit mogen erlangt werden, damit sie ir vertraute leut, di umb dise großwichtige sachen volkommenlich wissen tragen, zu disem tag hetten fertigen mogen.

Aus disen und andern erzelten ursachen konnen euer ksl. Mt. gnedigst erachten, das wir uns zu der kgl. Mt. angesetztem handlungstage nit haben begeben konnen, der underthenigsten hoffnung, euer ksl. Mt. werden unser gnedigst, gnedig herrn und obern desselben nit verdencken, sonder vilmer entschuldigt

halten. Unser gnedigst, gnedig hern und obern sein aber noch gantz geneigt und gutwillig, irem hievor gethanen erbieten nach fur euer ksl. Mt. selbst, auch der röm. kgl. Mt. personen und Kff., Ff. und stenden des Reichs sambtlich zu solher offentlicher verhor furzukomen. Thun uns auch zum uberfluß hiemit zu euer ksl. Mt. personlichen ankunft in das Hl. Reich, darzu der almechtig Gott euer ksl. Mt. gluckh und alle wolfart wolle verleihen, hierzu nochmals undertheniglich erbieten. Auf welcher verhor euer ksl. Mt. samentlich und bestendiglich befordern sollen, aus was gegrundten, rechtmessigen ursachen unser gnedigst, gnedig hern und obern zu furgenomener defension wider H[g.] H[*einrich*] genottrant sein, wie sie derselben gern vertrag gehabt und derhalben zu euer ksl. Mt. schickung gethan, supliert, umb erledigung der beswerden angesucht und derhalben auch euer ksl. Mt. jussion, mandaten, bevelh und suspension declaration, volgendts kgl. Mt. urkunt und versicherung erlangt, welhe alle di stend nicht haben furtragen mogen, wie auch bemelter H[g.] H[*einrich*] den landfriden, des Reichs ordnung, abschiede, auch erstgamelte suspension, declaration und confirmation gebrochen und under anderm angezeigt, das er sich bei des camergerichts achturtl – unangesehen der ksl. suspension – gedächt zu handthaben und dabei all sein hab, guetter und vermogen zuzesetzen, und das also sonst dhain trost der errettung mer gewesen dann der weg der defension, welhe auch, als damaln Hg. Heinrichs gelegenheit gewest ist, anderer gestalt nit dann durch furgenommen zug hat beschehen mugen. Dann da man schon particular gegenwer gethan, so were Goslar und Braunschweig damit nit geholfen gewest, sonder hett man dardurch zu beswerung, unruwe und entborung mer ursach gegeben.

Dem allem nach bitten euer ksl. Mt. wir allerunderthenigist, da unsere gnedigst, gnedig herren und obern durch H[g.] H[*einrich*] oder andere anderst eingebildt weren oder eingetragen wurden, das euer ksl. Mt. solhem anbringen dhainen glauben geben. Das auch euer ksl. Mt. vermog der assecuration, so ire chur- und fstl. Gnn. und sie von der kgl. Mt. und euer ksl. Mt. comissarien empfangen [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 141*], dhain thetliche handlung gegen inen zu furhuttung unruwe und beswerung in disen beswerlichen leuffen wolte gestatten, sonder dieselben auch bei dem andern thail abstellen und furkomen. Dergleichen das euer ksl. Mt. bei dem camergericht gnediglich verschaffen wollt, das gegen unsern gnedigsten, gnedigen hern und obern in solher sach der defension nicht procediert, sonder mit solhen iren processen stillgestanden werde. Und wollen sich euer ksl. Mt. in solhem allen gnedigst und gutwillig erzeigen.

Das werden etc.<sup>a</sup>

---

<sup>a</sup> *Hier endet der Text.*

## VIII.D Interne Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes

### VIII.D.1 Aufforderung der Bundeshauptleute zur Entsendung bevollmächtigter Gesandter nach Nürnberg

*Kursachsen und Hessen forderten die Bundesmitglieder auf, den nach Nürnberg entsandten Räten ausreichende Vollmachten zu erteilen (Nr. 282–283), worauf die Reichsstädte Goslar (Nr. 284) und Augsburg (Nr. 285) antworteten.*

**282** *Aufforderung der Bundeshauptleute Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen an verschiedene Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, ihre Gesandten mit ausreichenden Vollmachten für die Verhandlungen in Nürnberg auszustatten – o.O., 1543 Sonnabend nach Estomihi (Febr. 10)*

A *Lindau StadtA, 35,7 (Ausf.)*<sup>1</sup>.

B *Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Ausf.)*.

C *Memmingen StadtA, A Bd. 320, S. 69–70, S. 72 (Adr.), (Ausf.)*.

D *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 519–525, Nr. 175, fol. 136r–137r (Konz.)*.

Johan Friderich [...] und Philips Lgf. zu Hessen [...]. Wiewol euch ane das als einer reichsstadt den itzigen reichstag zu Nurmberg zu besuchen geburt, zudem das es auch derer sachen notturft erfordert, so von dem tage zu Schweinfurdt dohin gen Nurmberg verschoben sein, auch was der sunst mehr furfallen, so die einung betreffen mugen und mit derselben stenden davon wirt gehandelt wollen werden, so gelanget uns doch an, als sollen die oberlendischen stedte, so der christlichen einung verwandt, nit alle gein Nurmberg geschickt, sundern den gegenwertigen irenhalben aber solchen bevelh und gewalt gegeben haben, so sich zum entlichen beschlus solcher sachen nit erstrecken solle.

Dieweil dan vonnotten sein will, das ein ider furst, standt und stadt der einung die seinen mit gnugsamen und volkommenen gewalt und bevelh gein Nurmberg fertige, alle solche sachen zu handeln und dorinen entlich zu schliessen helfen, so ist unser gnediges gesinnen, ir wollet, wo es albereit nit beschehen, etzliche oder einen aus euch furderlich gein Nurmberg mit gnugsamen und volkommenen gewalt und bevelh nachmals furderlich schicken und fertigen, uff das in allen sachen die christliche verein belangende einhellig und entlich, auch

---

<sup>1</sup> *Das Schreiben der Bundeshauptleute erging nicht nur an die oberländischen Städte (siehe unten Anm. 2), sondern – geringfügig verändert – auch an verschiedene fñtl. Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, wie Hg. Ulrich von Württemberg oder die Hgg. von Pommern (Nr. 283).*

ane hintersichbringen geschlossen muge werden. Hettet ir aber beraitan etzliche ader einen aus euch dohin gein Nurmberg geschickt und doch denselben nicht gnugsamen und vollkommenen gewalt mitgegeben, so wollet inen zum forderlichsten solchen hinach schicken, damit eurnhalben darauf nit dorfe vertzogen, sundern die sachen und hendel zum besten und schleunigsten mugen gefordert werden.

*Schlussformel und Datum<sup>2</sup>.*

283 *Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen an die Hgg. Barnim und Philipp von Pommern wegen ausreichender Bevollmächtigung ihrer Gesandten für die Verhandlungen in Nürnberg – o. O., 1543 sonnabents nach Estomihi (Febr. 10)*

*Stettin AP, AKS I/10, S. 79–80, S. 90 (Adr.), (Ausf.).*

Wiewol wir keynen zweifel tragen, nachdem wir bericht empfangen, daß euer Ll. diesen gegenwertigen reichstag zu Nurmbergk durch zwene ire rethe<sup>1</sup> und diener beschickt, euer Ll. werden denselben gnugsamen und volkohmenen gewaldt und bevelh mitgegeben haben, in allen sachen, so daselbst furfallen und die christliche vorayn, auch sonderlich die sachen betreffen werden, so von dem tage zu Schweinfurt [1542 Nov. 15] dahin gein Nurmbergk verschoben seyn, von euer Ll. wegen neben und mit den andern stenden der christlichen voreyn und derselben rethen und potschaften tzu handeln und entlich zu schliessen helfen, so vermercken wir doch, daß gedachte stende nit alle gein Nurmbergk sollen geschickt, diejenigen aber, so die iren dahin gefertiget, inen nit gnugsamen und volkohmenen bevelh und gewalt der sachen halben, die christliche voreyn belangende, mitgegeben haben, darauß dan vertzug und unrichtigkeyt erfolget. Derhalben wir auch verursacht seyn worden, allen stenden der christlichen verayn derwegen zu schreyben.

Demnach ist an euer Ll. unser freuntliche bith, wo euer Ll. rethe und diener solcher der christlichen voreyn sachen halben, und die weyter zu Nurmbergk furfallen mögen, nit gnugsamen und volkohmenen gewalt und bevelh hetten, euer Ll. wollen inen den zum furderlichsten hinach schicken, damit euer Ll. halben darauf nit durfe verzogen, sondern die hendel zum besten und schleunigsten mugen gefurdert werden.

<sup>2</sup> *D datiert mit: Freitag nach Estomihi (1543 Febr. 9). Nach dem Datum folgt in D die Aufzählung der oberländischen Städte und der Fürsten, welche das Schreiben erhalten sollten: An di oberlendischen stedte, nemlich Straßburg, Augsburg, Franckfurd, Costantz, Ulm Eßlingen, Reutlingen, Memmingen, Kempten, Lindau, Bibrach, Ißni, Heilbrun, Schwebischen Hal. Fursten: Wirtembergk.*

<sup>1</sup> *Dr. Jakob Philipp Ösler und Jakob von Zitzewitz.*



284 *Antwort von Bgm. und Rat von Goslar auf die Aufforderung Kursachsens und Hessens wegen ausreichender Bevollmächtigung der Gesandten (ad Nr. 282) – Goslar, 1543 am Sontage Judica (März 11)*

Weimar StA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 295r–296v (Ausf.); DV fol. 296v: Die von Goßlar haben albereit etzliche der iren gen Nurmberg verordent, wollen inen [...] weitem bevelh und gewalt hienach schicken.

*Bestätigen Erhalt von Nr. 282.* Und darauß undter anderen ßo vihle vermerckt, das sich die sachen, unsere christliche voreyn betreffende, itzo auf dem reichstage zu Nurmberge nach gelegenheit der reichshendele, auch von wegen anderer sachen, di myth den stenden unser christlichen voreyn sollen gehandelt werden, dermassen zutragen und furfallen, das notig sein will, das eyn jeder furst, standt und stadt der eynunge die seynen myth gnugsamen und fulkomenem gewalt und bevelch dahin fertige, alle solche sachen helfen zu handeln und darynnen entlich zu schliessen, in sunderheit auch die sachen, ßo von Schweinfurt dahin gehen Nurmbergk verschoben sein worden etc. Dweyl wir aber hirbevohr auß dem braunswiegischen abschiede [1542 Sept. 12] woll verstanden, das die sechsischen stethe und hansstede, auch wir, so unser christlichen voreyn verwanth, eynen ausschus verordenen und durch denselben den itzigen reichstag besuchen lassen sollen, so haben wir demzufolge etzliche personen auß unserem mittel bereyt gehen Nurmberg abgefertigt. Wir wollen auch euer chur- und fstl. Gnn. gnedigem gesynnen nach weyter und gesamet denselbigen unseren geschickten schreiben und gnugsamen gewalt und bevelch inen unverzcogenlich zustellen und hinnach schicken erbotig.

285 *Antwort von Bgmm. und Rat von Augsburg auf die Aufforderung Kursachsens und Hessens wegen ausreichender Bevollmächtigung der Gesandten (ad Nr. 282) – (Augsburg), 1543 März 12*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

Eur kfl. und fstl. Gnn. genedig schreiben und begern, unsere gesandten uff den schweinfurtischen abschied [1542 Nov. 15] mit genugsamen gewalt ze schliessen gen Nuremberg zu dem reichstag abzufertigen [Nr. 282], haben wir am 10. tag Martij allererst empfangen, und die unsern vor 5 wuchen davor mit instruction [Nr. 71a–b], befelch und bericht dermassen abgefertigt, daß sie unsers verhoffens weiters gewalts nit notdorftig. Ob ine aber des vonnoten sein wollt, haben wir ain eylende post zwischen hye und Nuremberg, daß wir ine befelch, gewalt und alle notdorf innerhalb 13 oder 14 stund von hinnen zuschicken können<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> *Manche oberländische Städte begegneten der Aufforderung Kursachsens und Hessens (Nr. 282) mit Misstrauen. So überschickten Bgm. und Rat von N.N. (US fehlt) an Bgm. und Rat von Memmingen am 15. März 1543 das Aufforderungsschreiben der Bundeshauptleute mit folgendem Kommentar: [...] Nun wollen wir euer W. hiemit treulich und freuntlicher wolmainung nit pergen, das wir dises der beeden chur- und fursten ansuchens halben uß allerlay uns dartzu bewegenden ursachen nit gerings befrembden und verwunderung empfangen, dann es will je nit allain uns, besonder allen erbern ainungsverwandten stötten gantz beschwerlich fallen, das wir unsere gesandten und bottschaften uff die ußgeschribne tagsatzungen jederzeit nach der fursten gelegenheit abvertigen sollten. Und tragen wir nit geringe fursorg, es möchte hierunder etwas anders verporgen ligen. Daher wir verursacht werden, unsern jetzo zu Nurmberg habenden gesandten zu schreyben, das sy sich, wie hievor beschehen, irer von uns empfangnen instruction, unangesehen der chur- und fursten schreyben, halten, bey derselben beleyben und im fall, do ine die sachen zu schwer anlauffen wurden, sy uns desselben alles in schriften neben irem ratsamen bedencken und wolmainung jederzeit unverlengt und eylends berichten und verrers unsers beschaids und bevelchs erwarten sollen etc. [...] In: Memmingen StadtA, A Bd. 320, S. 191 (Ausf).*

## VIII.D.2 Konflikt der Hgg. von Pommern mit Kg. Christian III. von Dänemark um Rügen

*Kap. VIII.D.2 ist dem Konflikt zwischen zwei Bundesmitgliedern, den Hgg. von Pommern und Kg. Christian III. von Dänemark, um Besitzrechte an geistlichen Gütern des Bf. von Roeskilde auf Rügen gewidmet<sup>1</sup>. Dieser seit mehr als fünf Jahren schwelende ungelöste Streit<sup>2</sup> ließ die pommerschen Gesandten die Sitzungen der Schmalkaldener gemäß ihrer Instruktion (Nr. 63d) meiden und veranlasste die altgläubigen Reichsstände, Pommern zur Mitberatung über die Türkenhilfe im Fürstenrat aufzufordern, was jedoch erfolglos blieb. Es gelang den pommerschen Gesandten nicht, die von ihnen gewünschte Erklärung der Bündner in diesem Konfliktfall in Nürnberg herbeizuführen, da die Causa abermals auf die nächste Zusammenkunft der Schmalkaldener verschoben wurde.*

*In ihrer Eingabe vom 29. Jan. 1543 (Nr. 286) und in einem den Schmalkaldenern übergebenen ausführlichen Bericht schilderten die Gesandten im Namen der Hgg. von Pommern zum wiederholten Mal den Verlauf des Konflikts und die Nachteile, welche ihre Untertanen durch Handelssperren von Seiten des Kg. von Dänemark erleiden müssten, und baten um Hilfe und Schutz der Einungsverwandten. Die anwesenden Räte der Schmalkaldener wollten sich laut ihrer Antwort vom 4. Febr. bei den Bundeshauptleuten dafür einsetzen, dass Kg. Christian III. den zu Hamburg ausgehandelten Vertrag (1542 Aug. 27) ratifizieren bzw. seine Gesandten zur gütlichen Erledigung der Causa nach Nürnberg abfertigen sollte (Nr. 287). In ihrer mündlichen Replik vom 8. Febr. erklärten die Pommern diese Antwort für unzureichend und wenig hilfreich und lehnten eine weitere Vertröstung ab (Nr. 288).*

---

<sup>1</sup> Zu den Ursachen des Konflikts und zu dessen Einfluss auf das Verhältnis Pommerns zum Schmalkaldischen Bund siehe ausführlich: H. HEYDEN, *Zur Geschichte der Reformation in Pommern*, S. 15–19; R. HELING, *Pommerns Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund*, S. 23–67; M. WEHRMANN, *Geschichte Pommerns*, Bd. 2, S. 44f.; M. WEHRMANN, *Geschichte der Insel Rügen*, Teil 1, S. 100f; H. BRANIG, *Geschichte Pommerns*, Teil I, S. 104.

<sup>2</sup> Sowohl auf dem RT in Regensburg 1541 (RTA JR Bd. XI, Nr. 44a: Entwurf für die Instruktion Hg. Barnims von Pommern, S. 398f.; Nr. 961: Schmalkaldischer Bundesabschied, S. 3671) als auch auf dem RT in Speyer 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 120, S. 725; Nr. 298, S. 1239f.) stand der Konflikt zwischen Dänemark und Pommern auf der Tagesordnung der Beratungen der Schmalkaldener. Da es weder in Regensburg 1541 noch in Speyer 1542 zu einer Entscheidung der Bündner in dieser Causa kam, findet sich das Thema in zwei Instruktionen und einem Gutachten für den Nürnberger RT 1542 wieder: RTA JR Bd. XIII, Nr. 46, hier S. 267 (Instruktion Hg. Ulrichs von Württemberg); RTA JR Bd. XIII, Nr. 51a, hier S. 278f. (Frankfurter Gutachten); RTA JR Bd. XIII, Nr. 51b, hier S. 282 (Frankfurter Instruktion). Die pommerschen Gesandten erschienen jedoch nicht auf dem Nürnberger RT von 1542, weshalb diese Frage erst auf dem Bundestag in Braunschweig (1542 Sept. 12) weiter beraten und schließlich auf den Nürnberger RT 1543 verschoben wurde.

*Ein Gutachten des Ausschusses empfahl allen schmalkaldischen Räten, den pommerischen Bericht über den Konflikt mit Dänemark mit der Bitte um Instruktionen an ihre Auftraggeber zu schicken, damit entweder während der Versammlung in Nürnberg oder auf einem nach Ostern anzusetzenden Verhandlungstag eine Entscheidung getroffen werden könne (Nr. 289). Kf. Johann Friedrich von Sachsen forderte die Hgg. von Pommern am 14. Febr. auf, ihren Räten die Teilnahme an den Sitzungen der Schmalkaldener zu befehlen, und stellte im Falle unannehmbarer Bedingungen von Seiten des Kg. von Dänemark eine baldige Entscheidung der Bündner in Aussicht (Nr. 290). Die Hgg. von Pommern beteuerten in ihrer Antwort an Kursachsen vom 1. März, die zu Beginn des Reichstags den Räten gegebenen Instruktionen nicht abändern zu können, da sie dazu die Zustimmung der Landstände benötigen würden. (Nr. 291). Bei der Sitzung der Schmalkaldener am 12. April 1543 bat der Gesandte Hg. Philipps von Pommern, Jakob von Zitzewitz, die Bündner nochmals um eine Deklaration in der Causa Pommern gegen Dänemark (Nr. 292). Als diese nicht erfolgte, protestierte Zitzewitz am 25. April und erklärte, dass Pommern sich wegen unterlassener Hilfeleistung des Schmalkaldischen Bundes diesem nicht mehr verpflichtet fühle und künftig nicht willens sei, die Bundesanlagen zu leisten (Nr. 293).*

**286** *Eingabe der pommerischen Gesandten zum Konflikt der Hgg. von Pommern mit Kg. Christian III. von Dänemark um Besitzrechte des Bistums Roeskilde auf Rügen – Nürnberg, 1543 (Jan. 29)*<sup>1</sup>

- A *Stettin AP, AKS I/113, S. 59–66 (Kop.); ÜS S. 59: Beschwerden der Hgg. zu Pomern contra die kgl. Wd. zu Denmarcken.*
- B *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 87r–90v (Kop.); DV fol. 90v: Copei der Hgg. von Pommern rethe werbung an die stende cristlicher verain zu Nurnberg, den 29. Januarij 1543.*

*Trotz der Vermittlung Kursachsens und Hessens und der Bemühungen der Hgg. von Pommern konnte zwischen dem Kg. von Dänemark und den Hgg. von Pommern im Konflikt um Rügen<sup>2</sup> bisher keine Einigung erzielt werden. Auf dem letzten*

<sup>1</sup> Zur Datierung siehe das CA-Protokoll Lambs zum 29. Jan. 1543 (Nr. 86c fol. 215r).

<sup>2</sup> Die Beurteilung des Konflikts aus Sicht der Hgg. von Pommern erhellt aus einem Entwurf für die Instruktion Hg. Barnims IX. von Pommern für den RT Regensburg (1541 Febr. ca. 13), in: RTA JR Bd. XI, Nr. 44a, hier S. 398f.: [...] Ferrer sollen die gesanten auch berichten, das in dem konigreich Dennemarcken ein bischoflich stift und kirch ist, Roschildt genant. Diß bischofliche stift aber oder kirch hat aus altem gebrauch die geistliche jurisdition oder den sprengel über das furstenthumb Rügen, so wir ane alle mittel von dem Hl. Röm. Reich zu lehen tragen, gehabt, auch etliche dorfer und guter solcher geistlicher jurisdition halben uf dem furstenthumb Rügen besessen. Es haben aber alle und jede bischoffe zu jeder zeit irer aufnemung in das bischofthumb alwege

*Versammlungstag in Hamburg (1542 Aug. 27) einigten sich die pommerschen und dänischen Räte mit Ausnahme eines Artikels auf einen Vertrag<sup>3</sup>, der vom Kg. von Dänemark bisher nicht ratifiziert wurde, weshalb die gütliche Einigung fehlschlug.*

Dieweil nun unsere gnedigen herrn zu Stettin-Pomern ihrer beschwerden durch die guthliche handlung nicht abgeholfen und entledigt werden mugen und ihr fstl. Gnn. sich zu besorgen haben, das ihrer fstl. Gnn. undersassen von der kgl. Wd. durch hemmung und versperung der handtierung mochten beschweret, bemuhet und beleidigt werden, als den auch vorhin dieselben in viel tausent fl. beleidigt und beschedigt worden seint<sup>4</sup>, suchen und bitten wir auß habendem bevehlich gantz fleissiglich, die oberheuptleute und stende der einigung wollen numehr, als zu Regensburg<sup>5</sup> vorabscheidet, zu Speir<sup>6</sup> vertroestet,

der geistlichen jurisdiction, auch guter halben, so inen in dem furstenthumb Rugen zugestanden, unsere herrn fureltern und uns als patronen bekannt, vorehret und sich mit undertheniger erpietung gegen unsere furfaren und uns vorwandt gemacht. So seint auch von den gutern, so die bischoffe in dem furstenthumb Rugen besessen, unsern fureltern, furfaren und uns allwege die landtschoße, hilfe, dienst, auch ablager und andere bekentnußen der underthenikeit gereicht worden. Unser landtvogt uf Rugen hat auch in unserm namen über diejenigen, so unter dem Bf. zu Roschildt gesessen gewesen, die jurisdiction, appellation und andere furstliche gepott bis dohere gehabt. Nachdem aber jetzige kgl. Wd. zu Denmarcken das bischofliche stift und kirchen Roschildt in weltlichen brauch genomen, understehet dieselbe kgl. Wd. auch die guter, in unserem furstenthumb Rugen gelegen, daran wir die furstliche hoheit und die kirche Roschildt die proprietet gehabt, ane mittel an sich zu ziehen, und, nochdem nicht alleine uns, sondern auch der ksl. Mt. und dem Hl. Röm. Reich furfenglich und sorglich zu gestaten, das solch ein gewaltig konig über mehr sein fuß in das Hl. Reich und unser furstenthumb setzet [...], haben wir solchem einbrechen geweret, dasselbe nicht gestaten wollen, dawider die kgl. Wd. die unsern mit iren schiffen und gutern in der [sic!] konigreich Denmarcken arrestiren und behemmen lassen. Und ob die sache bis anhere zu einem anstandt gebracht, befaren wir uns gleichwol, wo wir in der kgl. Wd. handt die vorigen guter, so dem Hl. Reich und uns [...] tzustendig und daran die prophanerede kirche Rotschildt die propriet [sic!] gehabt, nicht zustellen wurden, das daraus kunftiglich weiterung und unrath erfolgen mocht [...].

<sup>3</sup> Zum Hamburger Verhandlungstag von 1542 Aug. 27 siehe Nr. 63d, Anm. 3.

<sup>4</sup> Kg. Christian III. ließ im Konflikt mit den Hgg. von Pommern im Mai 1538 pommersche Schiffe, die mit Getreide an Bord auf der Fahrt nach Holland unterwegs waren, beschlagnahmen. Diese für Pommern bedrohliche Maßnahme entwickelte sich zu einem Handelskrieg mit Dänemark, der mehrere Jahre andauerte und erst mit der Lösung des Konflikts um Rügen im Kieler Vertrag von 1543 Sept. 4 (siehe Nr. 293, Anm. 4) sein Ende fand. Siehe dazu: H. HEYDEN, *Untersuchungen und Anmerkungen zur Kirchengeschichte der Insel Rügen*, S. 212f.

<sup>5</sup> *Abschied der Schmalkaldischen Verbündeten, Regensburg, 1541 Aug. 1*, in: RTA JR Bd. XI, Nr. 961, hier S. 3733f.

<sup>6</sup> *Abschied des Schmalkaldischen Bundestages, Speyer, 1542 April 14*, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 298, Art. 2, S. 1239f.

zu Braunschweig [1542 Sept. 12] auch uf diesen fal der nichtbeliebung der handlung durch gemeinen der einigung rath zur negstvolgenden zusammenkunft die erklerung ergehen zu lassen beschlossen und vorabschiedet worden, ohne lengern vertzug und aufhalten endtlich erkleren, ob diese sache des schutzes der einigung geniessen solle und darein zu ziehen sey oder nicht. Und im fal, wo erklert wurde, das die vorangeregte sache des schutzes der eynigung, wie unsere gnedige hern zu Stettin und Pomern gar nichts zweifeln, geniessen solte, das alsdan die stende ferner solchs der kgl. Wd. wollten verkundigen und antzeigen, das unsere gnedigen herrn zu Pomern diese sache mit allem ihrem umstande und anhang, auch daraus hergeflossen irrungen zu endtlichen und volnkomner erkantnus und orterung der oberheuptleute und stende der einigung gestellet, mit erpietung, waß ihren fstl. Gnn. derhalben auferlegt wirt, auszufuhren und demselben nachzusetzen und darauf die kgl. Wd. verwarnen, das sie unsere gnedigen herrn zu Pomern und ihrer fstl. Gnn. undersassen mit feiden, kriegen, hemmungen oder versperrungen der handtirung oder dergleichen unruhe nicht beschweren, sondern ihr fug und recht dieser sachen auch zu erkenntnus und spruch der einigungsverwandten stellen wolt. Wo nicht, und von kgl. Wd. unsere gnedigen herrn zu Stettin-Pomern etc. oder derselben undersassen beschweret wurden, das sie, die oberheuptleute und stende, ihrer eynungsverwandtnus nach ihren fstl. Gnn. mit hulf und rath zu entschutzen, auch die zugefugte beleidigung zu widerbringen nicht unterlassen konten. Und so uber solche verwarnung die kgl. Wd. unsere gnedigen herrn zu Stettin-Pomern oder derselben undersassen und verwandten beleidigen wurde, das alsdan die oberheuptleute und stende der einigung mit wirglicher entsetzung, rettung und defension vermuge der einigung zu ihren fstl. Gnn. setzen wolten.

Wir zweifeln nicht, es werden sich unsere gnedigsten und gnedigen herrn, die oberheuptleuthe, und andere stende der einigung hirin gegen unsere gnedigen herrn zu Stettin-Pomern vermuge der einigungsverfassung dermassen ertzeigen, wie dieselben wollen, das sich ihre fstl. Gnn. hinwiderumb in sachen der einigung halten und ertzeigen sollen, damit ihre fstl. Gnn. nicht getrungen, genottigt und verursacht werden, sich der beschwerungen und neuen infuhrungen, so ihren fstl. Gnn. an den furstentumben Stettin und Rugen durch die kgl. Wd. zu Denmarcken beschicht, an geburlichen orthern zu beclagen. Solchs werden ihr fstl. Gnn. gegen die einigungsvorwandten ihrer verwandtnus nach treulich zu vordienen geflissen sein.

Und wiewol wir zweivelsanich sein, es werden die stende der einigung des schriftlichen underrichts dieser gantzen sache<sup>7</sup>, so zuvor durch unserer gnedigen

<sup>7</sup> *Ein ausführlicher schriftlicher Bericht mit historischer und juristischer Argumentation zu den Ursachen und zum Verlauf des Konflikts mit Dänemark wurde von den pommerschen Gesandten bald nach ihrer Ankunft in Nürnberg am 13. Jan. 1543 übergeben. Zu Anfang des Berichts wird der Kern der Auseinandersetzung umrissen: Die summa dieser sache stehet darauf, das kgl. Dt. zu Denmarcken unter dem nahmen der dhenischen*

herrn gesandten uberreicht ist worden, sich wissen zu erinnern, den auch bey handen haben, so sein wir dennoch in mangel desselben zu furderung der sachen erpottig, ufs furderligste eine abschrift desselben den stenden der eynung, so es vor notwendig geacht wirt, zuzustellen.

287 *Antwort der Schmalkaldener auf die Eingabe der pommerschen Gesandten betr. den Konflikt mit Dänemark (ad Nr. 286) – actum Nürnberg, 1543 sonntags Esto mihi (Febr. 4)*

A *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 71r–72r (Kop.).*

B *Stettin AP, AKW Sign. 13, fol. 31rv (Kop.).*

C *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 101r–102v (Kop.); DV fol. 102v: Antwort, den pommerischen gesanten auf ire werbung durch der stende der cristlichen ainung rethe und gesanten den 4. Februarij gegeben. 1543 Nurmberg.*

*Die schmalkaldischen Gesandten antworten den pommerschen Gesandten auf ihre Eingabe folgendermaßen<sup>1</sup>:*

Das die stende gantzlichen verhofft, die irrung zwischen der kgl. Wd. zu Denmarck und den Hgg. zu Pomern wurden durch die gepflogene underhandlung ire entliche erorterung erlangt haben. Weil aber diß gantzlich nit bescheen, so wurde fur gut erachtet, das die chur- und fursten zu Sachsen und Heßen als die oberheuptleute zum eilendesten die kgl. Wd. zu Denmarck durch ein schickung muntlich ober schriftlich ersuchten, das sein kgl. Wd. dem jungst aufgerichten vertrag in den artickeln, so sein kgl. Wd. rethe zu Hamburg [1542 Aug. 27] gewilligt, nachsetzten und die unverglichene artikel zu erorterung der stende der verein stellte oder aber, so sein kgl. Wd. den berurten vertrag zu verfolgen nicht

kirchen Roschildt die guter, so in der pomrischen insel Rhugen zu underhaltung der pomrischen kirchendiener verordnet, an das konigreich und kgl. camer Denmarcken durch hemmung, arrest und anderen drangsal und verwaltigern zu bringen willens. *Zu diesem ersten Hauptartikel lautet die Argumentation Pommerns:* Das die insula Rhugen an dem pomrischen strande und in den pomrischen strömen gelegen und zum theil von denselben strömen umbringet wirt und das dieselbe insel deutscher art, sitte und sprache ist. [...]. *In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/4, fol. 259r–330r (Kop.); AS fol. 259r: Bericht der sachen zwuschen meinen gnedigen herrn zu Pomeran contra kgl. Dt. zu Denmarck. Ebenso in: Straßburg AM, AA 504, fol. 97r–153r (Kop.).*

<sup>1</sup> *Die Antwort beruht auf einem Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener, welchem die Bundesstände wörtlich folgten. Das Ausschussgutachten enthält folgenden Anfangssatz: Auf der pomerischen gesanten werbung bedenckt der außschuß, das denselbigen gesanten nach geburlicher dancksagung des beschehenen zuentpitens diß antzuzagen sein sollte. [...]. In: Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 98rv (Kop.); ebenso in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 519–525, Nr. 175, fol. 112r–113v (Kop.).*

zu vermugen weren, das doch sein kgl. Wd. alle diese gebrechen zu erkenntnus dieser stende komen ließ, auch ernstlich verfuget, das der hochbenanten Hgg. zu Pomern underthanen an irer handlung und gewerben in Denmarck nicht gehindert, ire guter nicht angehalten, sondern das inen die schiffung der orter frey gelassen sey, alles bis zu entlicher erorterung der sachen.

Do aber dieser weg seiner kgl. Wd. auch nicht gelegen, das alsdann dieselbe forderlich und unverzuglich ire gesanten anher uf diesen reichstag fertigen und solcher irrung halben notturftigen bericht auch thun ließen, damit sich rethe und geschickten der stende der verein gegen den pomerischen gesanten uf ir suchen mit antwort dester fugliger hetten zu vernehmen lassen.

Und wollen sich rethe und gesanten gleichwol, mitlerweil bis des konigs [*von Dänemark*] antwort einkome, in den abschieden und hendeln dieser sachen ersehen und allen fleis furwenden, damit man alhie zu geburlicher declaration in dieser sachen kommen mug. Und do inen hiertzu weiters berichts vonnoten, wollen sie sich vorsehen, die pomerischen gesanten werden den zu aller zeit zu geben unbeschwert sein. Und solte hirauf bey inen gesucht werden, das sie gleich andern gesanten der obliegenden hendel der cristlichen vorein wolten abwarten<sup>2</sup>.

**288** *Mündliche Replik der pommerschen Gesandten auf die Antwort der Schmalkaldener von 1543 Febr. 4 (ad Nr. 287) – Nürnberg, 1543 Febr. 8*

A *Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 84r–87v (Kop.).*

B *Stettin AP, AKS I/113, S. 81–91 (Kop.).*

C *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 24, unfol. (Kop.).*

<sup>2</sup> *Der Kf. von Sachsen forderte seine Räte zur Zurückhaltung gegenüber den Forderungen der Hgg. von Pommern auf, die den Schmalkaldischen Bund durch den internen Konflikt mit dem Kg. von Dänemark ebenso zu schwächen drohten wie der Hg. von Württemberg durch seine Haltung in der braunschweigischen Frage. In einer Weisung aus Torgau vom 30. Jan. 1543 äußerte sich Kf. Johann Friedrich ausführlich zum Konflikt zwischen Pommern und Dänemark. Dort heißt es u.a.: [...] Unser oheimen und schweger von Pommern rethe antzeigung und bevelh belangend ist gut gewest, das ir vorkommen habt, das sie anne vorgehende sunderliche unterrede von gesanten, rethen und botschaften nit seint gehort worden. Haben auch gerne vornommen, das ir bei inen erhalten, euch ire werbung ad partem zu vormelden. Das sich aber dieselbe dohin gelendet, das sie der irrung halben zwuschen kgl. Wd. zu Dennemarcken und iren herrn umb entliche declaration und erkenntnus suchen sollen, sich auch uber euer antzeige gewegert, mitler zeit die andern furstehenden sachen der einung zu beratschlagen helfen, solchs haben wir nit gerne vornommen. Und wo sie uff berurten irem bevelh verharren, so werden sie, zudeme das sich Wirtennberg der braunschweigischen sachen auch entschlagen tut, vielen stenden der einung ein gros nachdencken machen. Hetten uns zu unserm schwager solchs bevelhs nit vorsehen. [...] In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 222r–228v, hier fol. 223v (Ausf.).*



D Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 103r–106v (Kop.); DV fol. 106v: Ungeverliche vertzeichnus des weiteren antragens der pommerischen rethe. 1543, den 8. Februarij, Nurmberg<sup>1</sup>.

Am 8. Februarij haben die gesanten den einunungsverwanthen stenden uf ir gegebene antwurdt dyße antzeyge ungeverlich widerumb gethan<sup>a</sup>: *Die Antwort der Schmalkaldener vom 4. Febr. (Nr. 287) sei ihrem Anliegen nicht dienlich und verzögere dessen Erledigung. Die Aufnahme des Kg. von Dänemark in den Schmalkaldischen Bund<sup>2</sup> sei wegen der Irrungen der Hgg. von Pommern mit Christian III. beschwerlich gewesen. Sie hofften jedoch, durch Ratifizierung der dänischen Aufnahme eine gütliche Einigung des Konflikts zu ermöglichen oder diesen dem Schiedsspruch des Bundes zu unterstellen, was jedoch bisher fehlschlug. Es sei auch nicht anzunehmen, dass Kg. Christian Gesandte auf diesen Reichstag schicken werde, da er sich im Moment nicht in Dänemark, sondern im Herzogtum Schleswig aufhalte und wenige Räte zu seiner Verfügung habe, ohne deren Bewilligung er keine Beschlüsse fassen könne. Außerdem befinde sich der Kg. von Dänemark mit Karl V. und den Erblanden [86r] in so grossen irrungen und, wie wirs bey uns bedencken, schir in öffentlicher feyde stehen, [86v] derhalben auch nicht zu glauben, das ir kgl. Wd. ane vergleytung derselben gesanthen hieher schicken wurde.*

Aus diesem allen ist offenbar, das unsern gnedigen fursten und herren mit diesen vorgeschlagenen wegen gar nichts geholten, sondern das ire fstl. Gnn., wie hie zuvor allewege bescheen, aufgehalten, vertzogen und von einer zeyt zur andern verwiesen werden, welchs iren fstl. Gnn. zum hogsten beschwerlich und nachteilig. Wollen uns derhalben nochmalen zu euern Gnn. gentzlich versehen, die werden unserm jungst gethanen suchen stadgeben und ahne weytern vertzug oder aufhalten erklerung diser sachen vermuge der einigungsverfassung ergehen lassen und, wann solchs gescheen und nicht ehr, an die kgl. Wd., das dieselbe die orterung dieser sache zu erkenthnuss der stende der christlichen verein stelde, schreiben, neben weyterm antzeigen, wie die verfassung der einigung mitbringet, wir auch am jungsten gebethen und euer Gnn. schriftlich [Nr. 286, Anm. 7] zugestellet, welchs wir hie der kurtze halben repetiert und erholet wollen haben. Wo auch euer Gnn. hiertzue uber die ubergebene bericht weyter underichts der sachen von uns begeren wurden, so sein wir erputtig, zu ieder zeyt euer Gnn. denselben, so viel wirs bericht sein, zu thuen.

Was aber das letzt ansinnen betryfft, nemlich das wir der obligenden sachen der christlichen verein abwarten wolten etc., wollen wir euer Gnn. nicht

<sup>a</sup> In B folgt danach: muntlich.

<sup>1</sup> Es handelt sich bei D um eine etwas anders formulierte Zusammenfassung der Antwort der pommerschen Räte, die von den kursächsischen und hessischen Gesandten verfasst wurde.

<sup>2</sup> Kg. Christian III. von Dänemark wurde als Inhaber des Herzogtums Holstein durch Vertrag vom 9. April 1538 assoziiertes Mitglied des Bundes.

bergen, das solchs zu thuen uns nicht geburen will, weil unser gnedigen fursten und herren uns zugestalte instruction [Nr. 63d] vermäg, das wir uns in kein handlung der einigung vor erlangter declaration lassen sollen<sup>3</sup>. Wo aber dieselbe, wie wir uns verhoffen, ergehen wurde, so haben wir von iren fstl. Gnn. bevhelich, uns in sachen, in die einigung gehorig, dermassen zu ertzeygen, das ungetzweyfelt euer Gnn. und die andern stende der christlichen verein ein benugen dran tragen werden.

Wo aber die declaration unvertzuglich nicht ergehen wurde, so wissen sich euer Gnn. zu erinnern, das ire fstl. Gnn. uf jungstgehaltenem reychstage zu Speyr durch derselben gesanthen rethe in der gemeinen versamlung der einigungsverwanthen stende<sup>4</sup> von wegen dess vilfeltigen vertzugs und aufhaltens und also von wegen der nichtleistung der gegenpflicht der einigungsverwanthnuß erlassen und derselben burde weiter zu tragen nicht schuldich, auch nicht willens wehren, wie dann ire fstl. Gnn. von der zeyt an sich in kein burden oder handlung der einigung gelassen und nochmaln zu thuen nit geneigt sein, welchs unser gnedigen fursten und herren damals vorbringen und protestation wir hieher erholet, repetiirt und verneuert wollen haben.

Und wollen zudem in sonderheit in namen und von wegen hochgedachter unser gnedigen fursten und herren hiemit gegen euer Gnn. offentlig bedingt und protestiert haben, das unsere gnedigen fursten und herren nie ursachen gesucht haben, sich aus der einigung zu begeben, sondern haben alle wege, alle mittelwege und glimpf, darinn zu pleiben, gesucht und dieselben nit erhalten mugen. Derhalben ir fstl. Gnn. genottranget sein, dieselbe zu verlassen und sich daraus zu begeben. Und zweifeln ir fstl. Gnn. nicht, sie werden derhalben gegen Gott dem Allmechtigen, euer Gg. und menniglich mehr dann gnug entschuldigt sein. Wir wollen uns aber nochmaln versehen, es werden sich euer Gnn. einer andern antwurt entschliessen und unsere gnedige fursten und herren dess geniessen lassen, das ir fstl. Gnn. vermuge der einigungsverfassung und der manigfaltigen gegebener abschiede und zusagen lengst hette widerfahren sollen. Das werden ir fstl. Gnn. ungetzweyfelt in allen gnaden und guten widerumb gedencken. Wir wollen auch hierauf euer Gnn. unvertzugliche antwurt nochmalen erwarten.

<sup>3</sup> *Die pommerschen Gesandten lehnten eine Teilnahme an den Sitzungen der Schmalkaldener vor Ergehen einer Erklärung (= declaration) der Einungsverwandten zum Konflikt mit Dänemark ab. Die katholischen Fürsten und der Mainzer Kanzler nutzten diese Situation, um die Pommern zur Teilnahme an den Beratungen über die Türkenhilfe aufzufordern. Sie erhofften sich davon ein Aufbrechen des protestantischen Junktims zwischen Friede und Recht einerseits und der Türkenhilfe andererseits. Siehe dazu die Berichte des pommerschen Gesandten Jakob von Zitzewitz: (Nr. 186–187), das Schreiben Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an die Hgg. von Pommern (Nr. 290) sowie die Ausführungen von F. EDELMAYER, Kursachsen, Hessen und der Nürnberger RT von 1543, S. 201.*

<sup>4</sup> *Siehe dazu den Abschied des Schmalkaldischen Bundestages, Speyer, 1542 April 14, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 298, Art. 2.*

289 *Antwort des Ausschusses der Schmalkaldener auf den von den pommerschen Gesandten übergebenen Bericht zum Konflikt zwischen den Hgg. von Pommern und dem Kg. von Dänemark – Nürnberg, 1543 Febr. 10*

A *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 47r–48r (Kop.).*

B *Stettin AP, AKW Sign. 13, fol. 29r–30v (Kop.); DV fol. 30v: Antwort, den pommerschen rethen auf abermals ir anzeigung den 10. Februarij gegeben. 1543 Nurmberg.*

C *Stettin AP, AKS II/113, S. 73–77 (Kop.).*

Es haben die stende der cristlichen vereyn der pomerischen rethe und geschickten übergeben bericht [*Nr. 286, Anm. 7*], auch die abschit, daruf sie sich allenthalben ziehen, vleyssig besehen<sup>1</sup>.

Und dieweil sie in dem abschit zu Speyer des vergangen 42. jars [*RTA JR Bd. XII, Nr. 298, Art. 2*] befunden, do gutliche handlung zwischen kgl. Wd. zu Denmarck und den Hgg. zu Pomern nicht solt gefunden werden, das alsdan uf der Hgg. zu Pomern weiter ersuchen ein sunderer tag derhalben furderlich und unvertzugenlich mit einleibung der irrung, wie die allenthalben gewant, außgeschriben, die stende auch erfordert, mit entlicher volmacht die iren zu schicken und abzufertigen, zu handeln, zu ratschlagen und zu schliessen, so hetten sich die stende versehen, die Hgg. zu Pomern wurden solchen iren itzigen bericht vor dieser zeyt unsern gnedigsten und gnedigen herrn, den oberhauptleuthen, überschickt haben, damit ire kfl. und fstl. Gnn. further solchen bericht den stenden und stymen dieser vereyn zusenden und sie daruf die iren mit entlichem gewalt und volmacht in dieser sach zu schliessen und zu erkennen abfertigen hetten megen.

<sup>1</sup> *Lgf. Philipp von Hessen gab seinen Räten in einer Weisung aus Kassel vom 29. Jan. 1543 eindeutig zu verstehen, dass für ihn der Konflikt zwischen den beiden Mitgliedern des Schmalkaldischen Bundes, nämlich Kg. Christian III. von Dänemark und den Hgg. von Pommern, nicht als Religionsache zu betrachten sei: [...] Wollen nun die Pommern solchs auch nit thun oder kein andern mittel, dardurch der handel in der gute entscheiden werden mocht, leiden, sonder strack uf das vodiren dringen, sovil wir dan biß auf diesen tag der sachen halben berichts empfangen haben, so können wir nicht anders erkennen, urteln oder vodirn, dan das dise angemaste beschwerung der Hgg. zu Pommern kein religionsache sey, noch von pillicheit wegen als ein religionsach von gemeiner christlichen verstendtnus beschirmpf werden mochte. Diesse meynung sollet ir den kfl. sechsischen furhalten; wollen dieselbigen dero mit euch einig sein oder mogen des churfursten und unser meynung einander tollerirn oder vergleicht werden, so handelt solchs neben und mit den churfurstischen. Wurden aber dieselbigen ein ander meynung haben, die diser unser zuwider were, als wir uns nach gestalt der sachen ghar nicht versehen, so hapt ir hie unser meynung. Dabey so müssen wir unsers gewissens halben verharren und ir von usertwegen solche unsere meynung in sonderheit also furbringen. [...]. In: Marburg, StA, PA 650, fol. 74r–79v, hier fol. 77rv (Konz.).*

Nachdem es aber nicht beschehen,<sup>a</sup>-zudem es auch etzlichen der stimstende<sup>-a</sup> nicht gegenwertig, dardurch man dieser zeyt zu begerter erkenntnuß nicht komen mag. Damit aber nhun unsere gnedigen hern von Pomern zu spuren haben, das die stende irer vertrustung mit allem vleyß gern nachsetzen wolten, so ist bedacht, das ein jeder stant dieses des pomerischen berichts copey an seinen hern und obern furderlich zuschicken soll, damit sie sich darinnen ersehen und den iren volmacht und gewalt, in dieser sach zu schliessen und zu erkennen, geben megen. Und das alsdan von unsern genedigsten und gnedigen hern, den oberhauptleuthen, kurtz nach ostern ein tag außgeschrieben, auf welchen die stende, dergleichen die stymen, mit genugsamen gewalt und bevel, hierinnen entlich zu schliessen und zu erkennen, erfordert werden. Daruff dan auch die erkenntnuß, wie sich in craft der eynung zu thun gepurt, beschehen soll.

Wurden aber die sachen dermassen furfallen, das die stende vor ostern hie nicht solten abkomen, so solt sich doch hiezwischen und des ein jeder gesanter befelchs von seinen hern und obern uff vorgemelten pomerischen bericht erholen, damit man noch hie zu erkenntnuß der sachen komen mege. Dartzu die churfursten und fursten Sachsen und Hessen, sopalt man alhie den vertzug der sach biß uff ostern wurde vernhemen, die abwesenden stimen auch hieher beschreyben sollen, und es erscheynen also uf solcher zusammenkunft oder noch hie die stimen dieser eynung all oder zum theil, so sol doch nichtsdestoweniger durch die gegenwertigen in der handlung und mit der erkantnuß furgangen werden.

Mitler zeytt so wollen die stende bey den oberhauptleuthen undertheniglich anhalten, bei dem konig und den Hgg. zu Pomern nochmals vleyssig dahin zu handeln, damit der vertrag, zu Hamburgk [1542 Aug. 27] abgeredt, ratificirt werde<sup>2</sup>. <sup>b</sup>-Und ob diß nit erhalten, soll bey kgl. Wd. gesucht werden, daß die uf angesetzten tag durch ire gesanten uff den pomerischen bericht iren gegenbericht wolten darthun lassen<sup>-b</sup>. Doch sol dieselb der chur- und fursten handlung, do die mit unfrucht abghen oder aber do die kgl. Wd. zu Denmarck uff vorgeend ersuchen, wie oben gemelt, gegenbericht nicht thun wyrd, die vorgemelt zusammenkunft der vertrusten erkantnuß nicht verhindern.

---

<sup>a-a</sup> *In BC:* zudem auch etzliche der stimstende.

<sup>b-b</sup> *In B nachträgl. erg.*

---

<sup>2</sup> *Kf. Johann Friedrich von Sachsen wandte sich nach dem Nürnberger RT in einem Schreiben an Kg. Christian III. von Dänemark (datum Altenburg, 1543 Mittwoch nach Corporis Christi Mai 30), in welchem er diesen ersuchte, seine Räte zum künftigen Bundestag nach Schmalkalden abzufertigen, den Hamburger Vertrag zu ratifizieren und einer endgültigen Einigung zwischen Dänemark und Pommern nicht im Wege zu stehen. In: Kopenhagen RA, TKUA Spec. Del, Sachsen A I 2, unfol. (Ausf.).*

290 *Kf. Johann Friedrich von Sachsen an Hg. Philipp bzw. an Hg. Barnim von Pommern wegen Teilnahme der pommerschen Gesandten an den Verhandlungen der Schmalkaldener – Torgau, 1543 mitwochs nach Invocavit (Febr. 14)*

A Stettin AP, AKW Sign. 14, fol. 23r–25v (Ausf. an Hg. Philipp).

B Stettin AP, AKS I/10, S. 67–72 (Ausf. an Hg. Barnim); DV S. 72: Exhibitum sonntags Reminiscere [Febr. 18] anno etc. 43 zu seiner L. eigenen handen.

Die kursächsische Gesandten berichteten aus Nürnberg<sup>1</sup> über die pommerschen Räte, das gedachte euer Ll. rethe, sich uff die zu Braunschweig [1542 Sept.] gegebene antwurt, auch etzliche darauf an euer Ll. gethane schreyben vernemen zu lassen von euer Ll. nit bevhel hetten, es wurden inen dan zuvorn von den stenden der christlichen verain, in sachen euer Ll. ains- und kgl. Wd. zu Dennemarck andersteils betreffende, entlicher bescheid und declaration gegeben. Darumb sie auch zum heftigsten angehalten.

Und wiewol gemelte stende derselben euer Ll. rethen ain bequeme antwurt darauf gegeben [Nr. 287], undter anderm des vermugens, das unser freuntlicher

<sup>1</sup> *Der kursächsische Kanzler Dr. Melchior von Ossa berichtete aus Nürnberg, 1543 sonabends nach Esto mihi (Febr. 10), an Kf. Johann Friedrich über das Verhalten der pommerschen Gesandten: [...] Weiter gebe euer fstl. Gn. ich zue erkennen, das ein grosse frolockung bey den papisten gewest, das sich die pommerischen rethe in radtschlegen von uns gesondert, und als in heut dato die schriftliche antwort im ausschus geben, wie euer kfl. Gn. auch mitte [= mit] überschickt wirdet [Nr. 289], haben sie siche vornemen lassen, das sie stracken bevelch hetten, nicht ehe in der vorein radt zue kommen, biß die declaracion wircklich ergangen, des musten sie sich als die dyner vorhalten. Ich habe in auch dorauf angezeigt, das es ire herrn dissimals weiter nicht brengen [!] konten [...]. Sie solten bedencken, was nachteil der einigung aus solcher trennung sollte ervulgen und sich gleich andern gesanten auf dissen guten erlangten beschildt bei der handlung der vorein finden lassen. [...] Darauf haben sich die pomerischen gesanten einer eynhelligigen antwort nicht vorgeleichen können, sondern H[g.] Philips gesanter [= Jakob von Zitzewitz] hat auf solche anzzeige gewilliget, bei den handlungen, idoch unvorpintlicher weysse, bis ehr von seinem hern uff diß schreiben antwort erlangt, zue sein; verhoffte auch, die herzogen wurden solchen beschildt annemen. Aber H[g.] Barnims geschickter, Dr. Philips [Ösler], zzeigt an, ehr were im lande Pomern ein frembder man, konte sich leichtlich vorgeiffen und mher befremdt des orts wi der ander gesante, der von Zubitz [= Zitzewitz]. Sie wollten es aber gleichwoll meniglich darvor haben lassen sein: Ginge der von Zubitz von beyder hern wegen in radt und wollten sich der angehengten condicion kegen nymands vornemen lassen, auch nicht in gemeinem radte der eynigungsverwanten, dan diß geschah alles vorm ausschus. Dis underpauen ist not gewesen auch disser stende halben, die solcher sonderung hohe beschwerung tragen. H[g.] Moritz rethe komen auch nicht zue dissen handlungen, aber gleichwoll haben sie sich in beratschlagung der ubergebenen supplication von den papisten auch gesondert. [...] In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 429r–433r; hier fol. 431r–432r (Ausf. v.d.Hd. Ossas).*

lieber vedter und bruder, der Lgf. zu Hessen, und wir kgl. Wd. nochmals zum eylendesten schreiben und sein kgl. Wd. anlangen und vermugen solten, die zu Hamburgk betedingte vertragsnotel [1542 Aug. 27] nochmals anzunemen und zu ratificiren, welche schrift auch von seiner L. [= Lgf. Philipp von Hessen] und uns an gemelte kgl. Wd. also in notturftiger form gescheen und weggeschickt worden ist<sup>2</sup>, so haben uns doch die vorgedachte unsere rethe weiter berichtet, das euer Ll. rethe des auch nit begnugig sein wollen, sundern sich derhalben von der berattschlagung gemainer christlichen verain gesonderet und darbey zu sein gewaigeret, nit zu geringer freudt und frolockung der papisten<sup>3</sup>, mit der entschuldigung, das sie von euer Ll. des also stracken bevhel hetten, des sie sich musten halten.

*Obwohl der Kf. von Sachsen nicht zweifelt, dass die Hgg. von Pommern durch ihre Gesandten über den bisherigen Schriftwechsel in der Causa Pommern gegen Dänemark Bescheid wissen, will er nicht unterlassen, den Herzögen selbst zu schreiben.*

Und nachdeme dan euer L. und ir vedter an dem letzten der aynunge bescheid [Nr. 289] dieszer zeit ane zweivel zufriden sein werden und wir uns gentlich versehen, kgl. Wd. werde die hamburgische vertragsnotel nochmals ratificiren oder die sachen zu schleuniger erkenntnus der aynunge stellen, so ist unser freuntlich bitt, euer L. wolle iren rethen gein Nurmbergk furderlichen und unvertzuglichen bevahlen, dergleichen ane zweivel euer L. vedter, des L. wir gleicher gestalt geschriben, auch thun wirdet, das sie sich von beider euer Ll. wegen uff den abschied, so euer Ll. rethe zu Braunschweig genommen [1542 Sept. 12]<sup>4</sup> und inen doselbst gegeben worden, mit freuntlicher und wilferiger antwurt wellen lassen vernemen, auch bey den berattschlagungen der sachen, so in der christlichen verain doselbst zu bewegen furfallen, sein und die zum besten furdern helfen.

*Die Hgg. von Pommern werden aus den Berichten ihrer in Nürnberg anwesenden Räte von einer Antwort des Kg. von Dänemark in der strittigen Causa erfahren. Sollten die Bedingungen Kg. Christians III. für die Hgg. von Pommern nicht annehmbar sein, wird den pommerschen Räten von den Einungsverwandten in diesem Streitfall endgültig ohne weitere Verzögerungen Bescheid gegeben werden.*

<sup>2</sup> Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen an Kg. Christian III. von Dänemark: Aufforderung zur Beilegung des Konflikts mit Pommern, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 121r–123v (Kop.).

<sup>3</sup> Siehe Nr. 288, Anm. 3.

<sup>4</sup> In: Straßburg AM, AA 500, fol. 3r–35v (Kop.).

**291 Antwort der Hgg. Barnim und Philipp von Pommern auf das Schreiben Kf. Johann Friedrichs von Sachsen vom 14. Febr. 1543 (ad Nr. 290) – Stettin, 1543 donnerstags nach Oculi (März 1)**

A Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 200rv (Ausf.).

B Stettin AP, AKS II/10, S. 75–77 (Kop.).

*Bestätigen Erhalt des Schreibens von Kf. Johann Friedrich von Sachsen (Nr. 290), in welchem sie gebeten werden, ihren Räten zu befehlen, zum braunschweigischen Bundesabschied (1542 Sept. 12) Stellung zu beziehen und an den Sitzungen der Schmalkaldener teilzunehmen. Es ist den Hgg. von Pommern nicht möglich, ihre Instruktion für die Räte in Nürnberg (Nr. 63d) abzuändern, da sie dazu der Zustimmung der Landstände bedürfen.*

Ist derhalben unser freuntlich bitt, euer L. wolle uns freuntlich entschuldigt halten, das wir dieselbig auf berurte sachen, die an im selbst hoch und wichtig, itziger zeit nicht beantworten, dan wir gneigt und willens sein, unser landtrethe zum schiersten zu beschreyben, mit ihnen dise sachen nach aller notturft zu erwegen. So wollen wir uns alsdann gegen euer L. dorauf mit gepurlicher antwort vornhemen lassen. Zweiffeln nicht, euer L. wurt des vortzugs kein mißfallen tragen.

**292 Bitte des pommerschen Gesandten Jakob von Zitzewitz an die Schmalkaldischen Bundesstände um eine Deklaration zum Konflikt der Hgg. von Pommern mit dem Kg. von Dänemark – Nürnberg, 1543 April 12**

Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 196r–197v (Kop.); AV fol. 196r: Überreicht den stenden zu Nurmberg, den 12. Aprilis anno 1543.

*Es ist nicht nötig, den Verlauf des Konflikts zwischen den Hgg. von Pommern und dem Kg. von Dänemark nochmals zu erörtern, da die pommerschen Gesandten seit mehr als fünf Jahren in dieser Causa bei den Bundeshauptleuten und den Schmalkaldischen Bundesständen vorstellig sind und auf fast allen Bundestagen darüber beraten wurde.*

Und ich auch zusampt meinem mitgesanten<sup>1</sup> im anfrage des itzigen tags euer Gg. schriftlich [Nr. 286] auch mundtlich [Nr. 288] neben zustellung eines berichts [Nr. 286, Anm. 7], der auch lengst zuvor den stenden der cristlichen verein ubergeben ist worden, der sachen und darin bis zu der zeit gepflogener handlung erinnert, auch umb die oft vertruste erklerung aus habendem bevehl angehalten, gesucht und gebethen haben.

*Der Ausschuss der Schmalkaldener antwortete darauf am 10. Febr. (Nr. 289), dass jeder Gesandte seinem Auftraggeber eine Kopie des pommerschen Berichts mit der Bitte um Vollmachten und Instruktionen zukommen lassen solle. Danach sei*

<sup>1</sup> Dr. Jakob Philipp Ösler, Gesandter Hg. Barnims von Pommern.

auf einem von den Bundeshauptleuten ausgeschriebenen Versammlungstag nach Ostern oder im Rahmen der Nürnberger Versammlung selbst ein Schiedsspruch des Bundes in der Causa Pommern gegen Dänemark zu fällen. Dartzu die chur- und fursten Sachsen und Heßen, sobaldt man alhie den vertzug der sachen bis uf ostern wurde vernehmen, die abwesenden stymmen auch hieher verschreiben solten. Und es erscheinen uf solcher zusammenkunft oder noch hie die stymmen der einigung all oder zum theil, so solte doch nichtdestoweniger durch die gegenwertigen in der handlung und mit erkantnus furgegangen werden.

Dieweil nuhn, gunstige herrn und freunde, die benante und bestimpte zeit verfloßen und hochgedachter meiner gnedigen fursten und herrn undersaßen albereit diß jhar der sachen halben mercklichen schaden genommen und, da sie iren gewhonlichen handel zu treiben sich understehen wurden, großers schadens teglichs wider alle pillichkeit, auch gegen die verwant- und buntnus von der kgl. Wd. zu Denmarcken sich befharen müssen, wil ich mich gentzlich zu euer Gg. versehen und vertrauten, es werden dieselben ane weitem vertzug und aufhalten vermuge der gegebenen antwurt [Nr. 287] und bescheenen vertroistung [Nr. 289] die erkantnus oder declaration ergehen laßen oder, was sonst euer Gg. in dieser sachen weiter alhie zu handeln oder zu thun bedacht sein, mir unverzuglich vermelden. Darumb ich auch in namen und von wegen hochgedachter meiner gnedigen fursten und herrn empsigs fleiß will gebethen haben, damit ich mich meins entpfangenen bevelchs (den ich bis doher angestellt) weiter in dieser sachen nach notturft und gelegenheit derselben zu richten habe.

Solchs werden hochgedachte meine gnedigen fursten und herrn umb die stende der cristlichen verein freuntlich beschulden und in gnaden erkennen, auch gegen euer Gg. in gutem nit vergeßen<sup>2</sup>.

[US:] Meiner gnedigen herrn zu Stettin-Pomern etc. diener Jacob Citzewitz.

<sup>2</sup> Bgm. und Rat von Straßburg reagierten auf das Drängen der pommerschen Gesandten auf eine Deklaration der Bündner in der Streitsache mit Dänemark durch Übersendung eines Rechtsgutachtens von Dr. Ludwig Bebion (datum 1543 April 20). Bebion erklärte den Streit um die geistlichen Güter auf Rügen eindeutig zur Religionssache. Jakob Sturm sollte sich bei einer Abstimmung danach richten und empfehlen, die Sache dem Schiedsspruch des Bundes zu unterbreiten. Siehe dazu: O. WINCKELMANN, *Politische Correspondenz*, Bd. 3, Nr. 330, S. 348, Anm. 4. Der letzte Absatz des Gutachtens von Bebion lautet: [...] Dieweil nuhn die sach dermassen geschaffen, gunstig, gnedig hern, bedunckt mich den rechten und einhelliger verstentnus der christlichen ainigungsverwanten nach, das dißer streit vor ein religionsach zu halten oder zum wenigsten derselbigen anhengig sey und daraus fließe. Salvo iudicio melius sentientis. In: *Straßburg AM*, ad AA 503, unfol. (Kop.); AS: Consilium Dr. Ludovici Bebionis in sachen Pommern contre Denmarck. Siehe dazu auch: G. HAUG-MORITZ, *Der Schmalkaldische Bund*, S. 78–92, S. 183f.; G. SCHLÜTTER-SCHINDLER, *Der Schmalkaldische Bund*, passim.



**293 *Protestation Jakobs von Zitzewitz wegen der nicht erfolgten Deklaration zum Konflikt Pommern gegen Dänemark – Nürnberg, 1543 April 25***

*Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 327r–332r (Kop. mit Nota von d. Hd. Zitzewitz); AS fol. 327r: Ursachen, warumb mein gnediger herr sich zu Nurmberg und sonst der eynung geeussert. AV fol. 328r: Den einigungsverwanten stenden uberreicht zu Nurmberg, den 25. Aprilis anno 1543.*

*Die gestrige Antwort der kursächsischen und hessischen Räte zum Konflikt Pommern gegen Dänemark (fehlt) verstand Zitzewitz dahingehend, dass die Schmalkaldener willens gewesen seien, in Nürnberg in der Causa Dänemark gegen Pommern eine Entscheidung zu fällen. Dieweil aber uf hieigem tage die handlungen dermassen furgelallen, das man diesen langen vertzug dieses tags nie gewislich hat vernehmen oder vermercken können, hett man die abwesenden stymstende hieher nit beschreiben mogen etc. Darumb fur gut angesehen where, das diese sache bis uf negste zusammenkunft<sup>1</sup>, des sich albereit meine gnedigen und gunstigen herrn, der Kf. zu Sachsen und Lgf. zu Hessen etc. als oberheuptleute der christlichen vorein, verglichen, verschoben und in dem hieigen abschiede ein artickel, das uf derselben zusammenkunft ane weitem vertzug oder aufschub die gepetene und gesuchte erklerung der obgedachten irrung ergehen sollte, gesatzt wurde, derhalben auch ein jeder standt die seinen mit vollkommenem gewalt, in dieser sachen zu schliessen, dohin abfertigen sollte etc.*

*Zitzewitz wurde von den Bündnern gebeten, die Verzögerung der schmalkaldischen Entscheidung in der Causa Pommern gegen Dänemark zu entschuldigen und an den Beratungen der Schmalkaldener teilzunehmen. Darauf ich euern Gg. hinwiderumb freuntlich nicht weis zu verhalten, das ich nit liebers vor mein person gesehen hette, dann das mir solche antwurt gegeben were worden, das ich eurer bitt und beger nach mich in die beratschlagung der einigungsverwanten handlung lassen konnte. Dieweil aber dieselbe dermaßen gestalt, das mir mitnichte gepuren wil wider hochgedachter meiner gnedigen fursten und herren bevelich mich einzulassen, zweivel ich nicht, euer Gg. werden mich derhalben freuntlich entschuldigt halten und wissen. Dann ich mich in nahmen und von wegen hochgedachter meiner gnedigen fursten und herren nichts gewissers versehen hette, dann das die oft gesuchte, zugesagte und vertroste erklerung alhie ane weitem verschub und aufhalten aus nachvolgenden ursachen ergangen sein sollte.*

*1. Die Herzöge verhielten sich in Bundesangelegenheiten stets wohlwollend und ratifizierten die Aufnahme des Kg. von Dänemark in den Schmalkaldischen Bund, in der Hoffnung, dass der dänische König die Streitsache mit Pommern der Entscheidung der Bundesstände anheim stellen würde.*

---

<sup>1</sup> *Laut dem Schmalkaldischen Bundesabschied (Nr. 418, Art. 3), war der nächste Bundestag in Frankfurt geplant, fand aber schließlich von 25. Juni bis 21. Juli 1543 (Abschied) in Schmalkalden statt.*

2. *Die Behandlung ihres Anliegens, das sie bereits mehr als fünf Jahre verfolgten, wurde bisher immer wieder verschoben.*

3. *Die Herzöge seien bereit, sich dem Erkenntnis der Bundesstände bzw. jenem der Theologen von Wittenberg zu unterwerfen, während der Kg. von Dänemark nie die sachen zu erkantnus haben komen laßen wollen, letztlich auch die handlung, so derselben rethe gewilligt und angenommen, abgeschlagen und retractirt.*

4. *Durch das Hinauszögern der angestrebten Erklärung durch die Bündner erlitten die Untertanen der Hgg. von Pommern schwere Verluste und Schäden, was die Gefahr von Aufruhr und Empörung in sich berge.*

5. *Eine Erklärung des Bundes in der Causa Pommern gegen Dänemark sei auf mehreren Bundestagen zugesagt und im braunschweigischen Abschied (1542 Sept. 12) für den nächsten Bundestag in Aussicht gestellt worden. Es sei für die zahlreichen in Nürnberg anwesenden Bundesstände genug Zeit gewesen, bei ihren Auftraggebern Instruktionen in dieser Causa einzuholen.*

Aus erhorten, auch andern mehr ursachen und bedencken hett ich in nahmen und von wegen hochgedachter meiner gnedigen fursten und herren mich ungetzweivelt versehen, es solte die oft vertroste und zugesagte declaration ane weitem vertzug alhie ergangen sein. Dieweil es aber nit bescheen mag, sondern ihr fstl. Gnn. uf weitere zusammenkunft, wie zu mehrmaln bescheen, vertroset werden und derselbe vertzug ihrer fstl. Gnn. und derselben undersaßen sorglich, zum hochsten nachteilig und schedlich ist, und ich mich in mangel meins bevelichs in weitere handlung nit einlaßen kan, wil ich vermoge meins habenden bevelichs von wegen meiner gnedigen fursten und herren zu Stettin-Pomern etc. die protestation, die ihre fstl. Gnn. uf jungstem tage zu Speir [1542] durch derselben gesanten haben thun und von meinem mitgesanten und mir uf den fall der nicht folgenden declaration im anfang der hieigen versammlung erholen laßen, hiermit repetirt und erholet haben:

Nemblich dieweil ihren fstl. Gnn. uf derselben vielfaltig langwirig suchen die gegenpflicht der verfassung nit geleist, sondern zu ihrer fstl. Gnn. und derselben undersaßen großen nachteil und schaden damit von einer zeit zur andern vergeblich verwiesen worden, das ihre fstl. Gnn. dardurch der einigung und der pflicht derselben verlaßen worden sein, derhalben ihre fstl. Gnn. auch hinfurder die burden der einigung zu tragen nit schuldig oder willens sein<sup>2</sup>. Und

<sup>2</sup> *Die Ablehnung der weiteren Beteiligung an den Kosten des Bundes wegen unterlassener Hilfeleistung der Bündner im Konflikt mit Dänemark war verbunden mit der Androhung des Bundesaustritts. De facto blieben die Hgg. von Pommern bis zur Auflösung des Schmalkaldischen Bundes dessen Mitglieder und scheuten vor dem entscheidenden Schritt eines Austritts zurück. Siehe: R. HELING, *Pommerns Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund*, S. 25–67. Die kompromisslos formulierte Protestation Zitzewitz' war wahrscheinlich als Druckmittel gegenüber den Schmalkaldenern gedacht; sie wurde jedoch nicht in den Schmalkaldischen Bundesabschied [Nr. 418] aufgenommen. Nicht zuletzt diente sie dazu, den unbotmäßigen Gesandten Zitzewitz, der sich entgegen dem Befehl der Herzöge in die Versammlungen des Bundes begeben hatte, vor seinen Auftraggebern zu rechtfertigen. Der*

nachdem ihre fstl. Gnn. aus vor erhorten ursachen die einigung zu verlassen genottrentg sein worden, werden ihre fstl. Gnn. ungetzweivelt aller kunftiger daraus herfließender trennung und unrichtikeit gegen Got dem Almechtigen entschuldigt sein, sich auch derhalben gegen meniglich zu entschuldigen wißen.

Und dieweil ich nach hiebevord gegebener schriftlicher antwurt, auch muntlicher vertroftung uf ansuchen des ausschuß mich alhie zu zeiten in berat-schlagung der handlungen der christlichen verein wider und gegen meinen bevelich – allein von wegen meines gnedigen fursten und herrn Hg. Philippen zu Stettin-Pomern etc. – eingelassen habe<sup>3</sup>, jedoch mit der protestation und

---

*Name Jakobs von Zitzewitz findet sich sowohl unter dem Reichsabschied (Nr. 404) als auch unter dem Schmalkaldischen Bundesabschied (Nr. 418). Ein ausführlicher Lebenslauf Zitzewitz' bei M. VON STOJENTIN, Jacob von Zitzewitz, ein Pommerscher Staatsmann aus dem Reformationszeitalter, S. 143–288, zu 1543 vor allem S. 147–149. Siehe auch M. WEHRMANN, Geschichte Pommerns, Bd. 2, S. 45f.*

<sup>3</sup> *Das Eingeständnis seines eigenmächtigen Handelns zeigt Zitzewitz einmal mehr als den führenden pommerschen Rat in Nürnberg. Am 10. Febr. und am 26. März 1543 (aus diesem Schreiben stammt das folgende Briefzitat) berichtete er Hg. Philipp von Pommern in fast gleichlautender Weise über das Drängen der Schmalkaldischen Bundeshäupter auf Teilnahme Pommerns an den Sitzungen. Die Bündner hatten sich allerdings im Konflikt zwischen Pommern und Dänemark zu der von Pommern erhofften Erklärung noch nicht durchgerungen, weshalb die Herzöge für diesen Fall in ihrer Instruktion für die Gesandten (Nr. 63d) die Teilnahme an den Versammlungen untersagt hatten: [...] Nachdem aber sie, die stende, und sunderlich Sachsen und Hessen, es darvor achteten, das iren hern an dem, ob wir mit zu rade gingen oder nicht szo viel gelegen und ich euer fstl. Gn. gemuet dahin gericht wuste, das euer fstl. Gn. nichts liebers sehe, dan das es iren kfl. und fstl. Gnn. in allen sachen wol ginge, und nichts ungners hoerte, dan das die vorfolger des gotlichen worts [d.h. die Altgläubigen] in irem vorhaben solt[en] gesterckt werden, wolte ich mich vor meine person alße euer fstl. Gn. gesanter darzu erbotten haben, das ich je zu zeitten, wan ich gefordert wurde, mit inen in die radtschlege gehen wolte, aber nichts verbindtlicherweise darzu reden oder raten, viel weniger schliessen helfen, damit das kegentheil nicht anders mercken oder spueren mochte, dan das wir mit in die radtslege uns begeben ausserhalb der brunswleichischen kreigsabung [!], darin wir zu seiner zeit (hoc est nach ergangner declaration) der sachen halben unß unsers befehels erkleren wollten. Und wolte offentlich dennoch bedingt und protestiert haben, das ich damit wider und kegen die furigen protestationes, bedingungen und vorbringen in nicht wolte gehandelt haben, welchs der ausschuß mit grosser dancksagung angenommen und sich erbotten, und in sunderheit die sechsischen, bei irem hern zu beforderen, das mich sein kfl. Gn. derhalben bey euer fstl. Gn. entschuldigen solte, wie ich den auch vormals an euer fstl. Gn. geschrieben habe, untertheniglich bittende, es wolte mir solchs euer fstl. Gn. in keinen ungnaden aufheben, sonder gnediglich vormercken. Dan ich in warheit es auf szo vielfaltig bitten, weil es euer fstl. Gn. doch unschedtlich, alleine darumb gethan, das euer fstl. Gn. szo viel meher glimpfs bey den stenden, und sonderlich Sachsen und Hessen erhielte [...]. In: Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 42r–48v, hier fol. 43r (Ausf. v.d.Hd. Zitzewitz). Siehe auch seine Berichte über die Verhandlungen mit den Altgläubigen im Reichsrat: Nr. 186–187, Nr. 193. Er war ein überzeugter Anhänger des neuen Glaubens und betrachtete die Distanzierung und den drohenden Austritt Pommerns aus*

bescheidenheit, das ich damit bis uf weitem ihrer fstl. Gn. bescheidt ihr fstl. Gn. mitnichten verhaften, verbinden oder der vorbeschehenen protestation ichts zuwider handeln wolt, sondern es allein darumb gethan, das das gegentheil keine trennung oder unrichtikeit spuren oder vermercken sollte. Und von ihrer fstl. Gn. mir bevelich zukomen, das ich mich dem vorentpfangenen bevelich nach vor ergangener und erlangter declaration der handlungen des christlichen verein enthalten solte, wie dann solchs von zeit des entpfangenen bevelichs bis daher bescheen. Wil ich dieselbige bedingung und protestation hiemit auch widerumb erholet und repetirt haben, damit von denen, so dieser bedingung kein wißenschaft haben mochten, es nit darfur geachtet und gehalten wurde, als hette ich in sachen der christlichen verein der vorbescheenen protestation zuwider ichts verbintlicherweis von wegen meines gnedigen fursten und herrn gehandelt.

*Schlussformel, US Jacobs von Zitzewitz.*

*Nota (v.d.Hd. Zitzewitz): Er lehnt das Aufschieben der Erklärung der Schmalkaldener bis zum nächsten Bundestag ab und protestiert gegen den Verzug<sup>4</sup>. Durch die zögerliche Haltung der Bündner seien die Hgg. von Pommern den Schmalkaldenern gegenüber ihrer Verpflichtungen entbunden. Der Kg. von Dänemark sei nicht bereit, den Streitfall dem Urteil der Schmalkaldener zu unterstellen.*

---

*dem Schmalkaldischen Bund kritisch, weil er befürchtete, die Altgläubigen könnten daraus Kapital schlagen. Aus diesem Grund nahm er nach der Antwort der Schmalkaldener vom 10. Febr. 1543 (Nr. 289), die eine baldige Entscheidung der Bündner in diesem Konflikt in Aussicht stellte, gelegentlich als einfacher Zuhörer an den Beratungen der Schmalkaldener teil. Im Gegensatz dazu hielt sich sein von Hg. Barnim abgefertigter Mitgesandter, Dr. Jakob Philipp Ösler, strikt an die Vorgaben der Herzöge und erschien bei den Versammlungen des Bundes nicht; sein Name findet sich auch nicht unter dem Schmalkaldischen Bundesabschied [Nr. 418], was aber auf eine frühere Abreise aus Nürnberg hindeuten könnte. Hg. Barnim war über das Verhalten Jakobs von Zitzewitz auf dem Nürnberger RT ungehalten, während Hg. Philipp das eigenmächtige Vorgehen seines Gesandten nicht tadelte, da er sich nicht aus dem Schmalkaldischen Bund zurückziehen wollte. Siehe dazu: R. HELING, *Pommerns Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund*, S. 44–52; M. VON STOJENTIN, *Jacob von Zitzewitz*, S. 147–149. Kf. Johann Friedrich von Sachsen versuchte in seinem Schreiben von 1543 Febr. 14 (Nr. 290), die Hgg. von Pommern zur Abänderung ihrer Befehle an die Räte betr. die Teilnahme an den Sitzungen der Schmalkaldener zu bewegen, allerdings vergeblich, wie der Antwort der Hgg. von Pommern von 1543 März 1 (Nr. 291) zu entnehmen ist.*

<sup>4</sup> *Ein Kompromiss im Streit zwischen Pommern und Dänemark um die geistlichen Güter auf Rügen kam erst im Vertrag von Kiel (1543 Sept. 4) zustande. Die Hgg. von Pommern verzichteten auf die Stiftsgüter und Einkünfte des Bf. von Roeskilde auf Rügen mit Ausnahme eines kleinen Restbetrags. Dafür erhielten sie das Recht, für die Insel einen Superintendenten zu bestellen. Siehe dazu: H. BRANIG, *Geschichte Pommerns, Teil I*, S. 104; R. HELING, *Pommerns Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund*, S. 52; H. HEYDEN, *Untersuchungen und Anmerkungen zur Kirchengeschichte der Insel Rügen*, S. 213.*

## IX. Sessionsstreitigkeiten

*Sessionsfragen werden in den Instruktionen, Protokollen und Korrespondenzen des Nürnberger Reichstags zwar immer wieder erwähnt<sup>1</sup>, ihre Regelung wird durch den Reichsabschied (Nr. 404, § 39) aber auf den kommenden Reichstag verschoben. Den deutlichsten Niederschlag in den Korrespondenzen finden die Sessionsstreitigkeiten zwischen den Gesandten Hg. Moritz' von Sachsen und dem Vertreter Pfgf. Johanns von Pfalz-Simmern einerseits (Nr. 294a–e) und zwischen den Gesandten der Mgff. von Brandenburg und jenem Hg. Heinrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel andererseits (Nr. 295).*

*Der Wechsel der Session im Fürstenrat zwischen Österreich und Salzburg wird ebenso wie auf den vorangegangenen und den folgenden Reichstagen bestätigt, in diesem Fall durch den ksl. Kommissar Dr. Johann von Naves (Nr. 296).*

---

<sup>1</sup> *Konrad Junge, der Gesandte des Bf. von Speyer, notierte z.B. am 13. Febr. 1543 über die Reichsratssitzung des 12. Febr. und die strittige Session zwischen den Bff. von Eichstätt und Speyer: [...] Vor der session dem aistettischen cantzler [= Dr. Matthias Luchs] angezeigt, das ich bevelh von euer fstl. Gn. [= Bf. Philipp von Speyer], mit ime zu reden der session halb. Daruf er mir geantwort, er wist kein irrung, die syn her hett. Daruf ich gesagt, er wiß sich wole zu erindern, das uf nechstgehalten reichstagen sich auch span zugetragen, da von euer fstl. Gn. wegen, dem herkommen unabbruchlich, Aistet vor euer fstl. Gn. gesessen. Mit derselben protestation wolt ich jetzt auch gescheen laßen, [dass] er fursesse. Also hat er geantwort: „Im namen Gottes.“ [...] In: Straßburg AM, AA 503, fol. 104r, 105v–108v, hier fol. 104r (Ausf. v.d.Hd. Junges). Die Hgg. von Pommern kämpften wie schon auf den vorangegangenen Reichstagen um die Session vor Württemberg, Hessen und Baden (siehe die Instruktion der pommerschen Gesandten Nr. 63c, Punkt 5 und ad 5.). In den meisten Fällen wurden diese Sessionsstreitigkeiten in Nürnberg 1543 mit einem Wechsel der Session gelöst, so wie zwischen Österreich und Salzburg (siehe Nr. 296).*

294 *Sessionsstreit Sachsen-Pfalz*<sup>1</sup>294a *Hg. Moritz von Sachsen an Kg. Ferdinand betr. die Session der sächsischen Räte – Dresden, 1543 freitags nach Invocavit (Febr. 16)*

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 38rv (Konz.).*

*Von seinen Räten in Nürnberg wurde er vom ungebührlichen Verhalten des Gesandten Pfgf. Johannis II. von Simmern, Hans Beuser von Ingelheim, in Kenntnis gesetzt (Nr. 367), der beim Vortrag des ksl. Orators Nicolas de Granvelle (Nr. 197) die Session über den sächsischen Gesandten beanspruchte, obwohl diesen der Vorsitz gebührte. So hat euer kgl. Mt. bei den gesandten aller stende gesinnen lassen, das sie geselliger weiß ungeferlich sitzen sollten, damit die reichshendel nicht vertzogen, des sich meine geschickten gehalten, und hetten es von andern auch billich zu gewarten. Darumb sich Hans Beuser der unbedecktikeyt hett enthaldden sollen, und, wie ich mich des versehen, wolte ich meyne rete mit dem befhelich abgefertigt haben, damit ime sein unbedacht nicht gestattet werden solle. Were ich auch persönlich, desgleichen obgedachter Hg. Johanß gegenwertig, szo wolde ich ime solichs keinswegs einräumen, dieweyl dan ditz meynere onverbotten gerechtikayt zue nachteyl reichen mochte und auch euer Mt. anzaigung und gesinnen zu verachtung geschehen.*

*Ist mein vleissig bit, euer kgl. Mt. wold verfügen, das es kunftig nicht mehr geschehe und sich kegen Hanß Beuser also ertzeigen, das er euer kgl. Mt. misfal[en] befinde. Solte ime aber meynere gerechtikayt zue nachteyl etwas gestattet werden, so habe ich meinen retten befholen, weiß sie sich sollen verhalten.*

294b *Die sächsischen Räte Dr. Johann Stramburger und Christoph von Carlowitz an Hg. Moritz betr. den Sessionsstreit zwischen Sachsen und Pfalz – Nürnberg, o.D. (1543 nach Febr. 19)*

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 100rv (Ausf.).*

<sup>1</sup> *Seit Beginn des 16. Jhdt. kam es immer wieder zu ernststen Differenzen in der Sessionsfrage zwischen den Fürstenhäusern Bayern (Haus Wittelsbach), Sachsen (Haus Wettin) und Brandenburg-Ansbach. Der Sessionsstreit zwischen Sachsen und einigen Mitgliedern der pfälzischen Linie der Wittelsbacher (u.a. Pfgff. von Pfalz-Simmern, Pfgff. von Pfalz-Neuburg) flammte im Laufe des 16. Jhds. immer wieder auf und wiederholte sich auf mehreren Reichstagen. Meist wird in den Protokollen und Abschieden mindestens ein Vertreter der pfälzischen Linie vor den Hgg. von Sachsen genannt. Das Problem wurde meist pragmatisch durch eine täglich alternierende Session der Kontrahenten gelöst. Siehe dazu: R. AULINGER, *Das Bild des Reichstages*, S. 242f.*

Die streitige session belangende<sup>1</sup> hat die kgl. Mt. erst den 19. Februarij, do man die osterreichische botschaft hat horen sollen, durch ire rethe mit dem hundtsruckischen geschickten<sup>2</sup> uff die wege, wie wir in unserer suplication [*fehlt*] gebeten, handeln lassen. Weil uns aber die kgl. rethe zuvorn angezeiget, das sich der gemelte geschickter durch sie nit wolde weisen lassen, sonder es wurde inen die kgl. Mt. selbst vor sich bescheiden müssen, mit beger, das wir mitler zeit gedult tragen wolden, so seind wir zu vorhuetung neues gezencks, do wir uns mit ime einlassen, oder nachteiliger einfurung, do wir ime etwas einreumen wurden, domals von der vorsamlung geblieben, auch dersider [= *seither*] nit mehr gefordert wurden.

Wir haben aber gleichwol bey den kgl. rethen vor und nach euer fstl. Gn. itzo empfangener schrift [*Nr. 370*] umb bescheit disfals angeregt, auch irer Mt. euer fstl. Gn. schreiben derhalben [*Nr. 294a*] durch den vicecantzler uberantworten lassen, aber doch noch zur zeit keinen entlichen bescheit daruff bekommen. So hat auch sider unserm jungsten schreyben Hg. Ottheinrichs geschickter<sup>3</sup> nach Hg. Hansen uffm Hundtsrucken geschickten session gehalten. Doraus wir zu besorgen, weil hochgemeltes Hg. Ottheinrichs gesanter uff vorigen zweyen reichstagen uber euer fstl. Gn. gesanten session gehabt sollen haben, das wir numehr uber den hundtsruckischen vil weniger die session erhaldden werden,

<sup>1</sup> *Zum Sessionsstreit Sachsens mit Pfalz, zu dem gegen Ende des RT auch der Sessionskonflikt mit den Gff. von Mansfeld kam, siehe u.a. die Berichte Nr. 368 und Nr. 372.*

<sup>2</sup> *Hans Beuser von Ingelheim, der Gesandte Pfgf. Johanns II. von Pfalz-Simmern.*

<sup>3</sup> *Georg Ludwig von Seinsheim. Siehe seinen Bericht über den Sessionsstreit mit Sachsen an Pfgf. Ottheinrich, Nürnberg, 1543 März 5: [...] Darbey gib euer fstl. Gn. ich undertheniglich zu vernemen, das sich irrung der session halben zwischen Hg. Hannsen Pfgf. etc. gesanten, den ich ob mir aus euer fstl. Gn. befelh sitzen laß, und an Hg. Moritzen gesanten halten. Derhalben die kgl. Mt. sich hoch darin ermuhet, mit ine, Hg. Hannsen gesanten, selbst handlung pfllegt. Nachdem aber ir Mt. nichts bey ine erhalten mogen, haben sy meinem gnedigen herrn Hg. Friderichen und dem Bf. von Augspurg, mit beden Hg. Hannsen gesanten und mit mir zu handln, bevelh geben. Darauf wir, jetzgenante bede, in Hg. Friderichs herberich furbeschaiden. Haben bede fursten, sunderlich Hg. Friderich mit entschuldigung seiner person, dan ers nit gern thet und das solhs aus hohem anhalten kgl. Mt. beschehe, mit uns gehandelt, ob wir ainiche mittl von unser obrighait wegen leiden möchten, damit die session onverpundtlich und dermassen gehalten wurde, damit der sachsich, wie er sich dann het horn lassen, nit haim verritt. Es hat aber auß vil beweglichen ursachen, und sonderlich auß den irrungen, so Hg. Hannß mit den herrn von Bayern der session halben hat, seinen gesanten khain mittl annemlich sein wollen. So hab ich mich auch auß euer fstl. Gn. gegebenen instruction in khain mittl on derselben vorwissen einlassen wollen. Derwegen bede fursten unser bedengkhen, an kgl. Mt. wider zu bringen, angenommen. Nit waiß ich, was weitter erfolgen wurd. Ich halt mich der instruction [*Nr. 61b, Punkt 2*] biß auf euer fstl. Gn. vernern beschaidt. [...]. In: *München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 89r–90v, hier fol. 89rv (Ausf.)*.*

seitmal ime dieser weichen muß, der vor uns zu sitzen hat. Aber wie dem, so wollen wir bey der kgl. Mt. nochmals vleissig umb bescheit anregen, und do wir unser suchen nit erhalten, alsdan biß zu euer fstl. Gn. weiterm befelch von des Reichs rath bleiben.

Weil wir aber in der uberschickten Hg. Georgen hochloblicher gedechtnus vorzeichnus kein exempel befinden können, das sein fstl. Gn. oder derselbigen her vater<sup>4</sup>, auch loblicher gedechtnus, imals uber einigen fursten von Beyrn, der elder dan ire fstl. Gn. gewest, gesessen hette, sonder alle darin erzelte felle dorumb gehen, das dem eldern under den beyden heusern Pfaltz und Sachssen vorzusitzen gebure, so forchten wir, seitmal diß ding allein uff dem gebrauch stehet, wo keine andere exempel ader erhebliche ursachen darzuthun, das mit solcher vorzeichnus unser intent, als nemlich das euer fstl. Gn. als dem jungern uber Hg. Hansen<sup>5</sup> ader andere fursten zu Beyrn als elderen regirenden fursten session gebure, schwerlich zu erhalten wirt sein. Dorumb wirt in alwege noth sein, das wir uff den fal mit weiterm befelch, wes wir uns alsdan vorhalten sollen, vorsehen werden. Dorumb wir dan hiemit undertheniglich gebeten wollen haben.

Post scripta hab ich, Christoff von Karlewitz, bey der kgl. Mt. vicecantzler abermals dieser sachen halben umb bescheit angeregt. Doruf er mir gesagt, das die kgl. Mt. euer fstl. Gn. schreiben derhalben vorlesen und, weil irer Mt. an euer fstl. Gn. mehr dan an Hg. Hansen gelegen, so wurde sie in alwege uff mittel bedencken, wie euer fstl. Gn. hirin wilfaren mochte werden. Und sovil ich verstunde, so wurde man villeicht mit dem hundtsruckischen handeln, das ehr sich etliche tage des radts enthielde und uns platz liesse, also das wir dasselbig hernach widerumb tethen. Wan nu solches gleich also geschege, so were dennocht der zanck mit Hg. Otheinrichen noch unvorrichtet. Darumb [be]dorffen wir in alle wege bescheidts, wie wir uns gegen desselbigen geschickten halten sollen.

Anno 1543 zu Nurmbergk.

**294c** *Die sächsischen Räte Dr. Johann Stramburger und Christoph von Carlowitz an Hg. Moritz betr. den Sessionsstreit zwischen Sachsen und Pfalz – Nürnberg, 1543 Mittwoch nach Oculi (Febr. 28)*

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 54r–56v (Ausf.).*

[...] Und soveye die irrigen session belanget, sollen euer fstl. Gn. wir undertheniglich nicht vorhalten: Nachdem wyr heutigen datum neben den andern stenden

<sup>4</sup> Hg. Albrecht der Beherzte von Sachsen (regierte 1464–1500), Vater Hg. Georgs des Bärtigen und Hg. Heinrichs des Frommen, war der Großvater von Hg. Moritz.

<sup>5</sup> Hg. Johann II. von Pfalz-Simmern regierte seit 1509, während Hg. Moritz erst 1541 die Regierung im Herzogtum Sachsen übernahm.



des Reichs erfordert und die irrungen, so sich zwischen Hg. Johansen von Beyern uffm Hundsrucken geschickten und unß der session halber zugetragen, durch des konigs darzu geordente commissarien noch nycht vorrichtet gewest, das vor der versamlung ich, Dr. Stramburger, bey der röm. kgl. Mt. durch den vicecantzler umb fernern bescheidt habe anregen lassen und folgende antwort erlanget: Das ihr Mt. allen treuen vleys selbst eygner person mit hochgedachtes hertzogen gesandten uff allerley mittel und wege diese sachen gehandelt hetten, es were aber bei itzgemelten gesanthen in der guithe nychts zu erhalten gewest, derwegen sein kgl. Mt. sich endtschuldiget zu halten und das wyr gedult tragen und uns des Reichs raths uff dises mahl endthalten wolten, gnedigst begert haben, welchs uns an dem, das ytzo von verner heuptsachen zu handeln seyn wurde, nycht beschwerlich seyn mochte. Wollen ir kgl. Mt. neben den ksl. commissarien nochmals dieser sachen nachdencken, die myt allem vleys erwegen und an irer kgl. Mt. nychts erwinden lassen, damit solche irrungen durch eyne declaration oder andere zimliche und leidliche mittel und wege aufgehoben und hingelegt werden mochten. [...]

**294d Hg. Moritz von Sachsen an Kf. Johann Friedrich von Sachsen betr. den Sessionsstreit zwischen Sachsen und Pfalz – actum Dresden, 1543 montags nach Letare (März 5)**

- A Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 33rv (Ausf. mit Siegel, Marg. der kursächs. Kanzlei); DV fol. 33r: Hg. Moritz zu Sachssen zeigt an, was seinen rethen uff itzigem reichstage zu Nurmberg begegnet von Hg. Hansen vom Hundßruken gesandten der session halben. 1543 Torgau.
- B Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 74v–76r (Konz.); DV fol. 76r: Eyn schrift an Kf. zu Sachssen, was meins gnedigen herrn rethen der session halben uff ytzigem reichstag zu Nurmbergk von Hg. Hannsen von Hundsrucken geschickten begegnet und byth umb rath [...]. Actum montags nach Letare anno etc. 43 [März 5].

Wir wollen eur L. freuntlicher mainung nicht bergen, das sich Hg. Johannsen von dem Hundsrucken geschickter auf itzo furstehendem reichstage zu Nurmberg die zeit, do der ksl. Mt. orator sein antragen [Nr. 197] gethan, unschicklich gegen unsern rethen eingelassen. Dann obwoll die röm. kgl. Mt. den stenden und derselben botschaften angetzaigt, das man die session ungerlicher und geselliger weise nemen solte, des sich unsere rethe also verhalten, so hat doch bemelter geschickter unsere rethe gröblich abgedrungen und sich vordrislicher wort vernemen lassen. Und wiewol uns vor unser person an der session dergestalt so gar vill nicht gelegen, so werden wir doch bericht, das unser grossvater Hg. Albrecht, desgleichen unser liber vetter Hg. George, baide seliger gedechtnus, die session nach dem alder der person nicht allain zwuschen den

Hgg. von Bairn<sup>1</sup>, sondern auch über sie gehalten, wie dann bemelter unser vetter Hg. George der ksl. Mt. deshalb vill felle angetzaigt und schriftlich übergeben, darauf – obwohl sein L. derhalben vortröstet – kein erkenntnis oder weisung beschen.

Dieweil wir dan dem haus zu Sachssen seine gerechtickait in nichte schmelern zu lassen, sondern – sovil an uns – zu erhalten undt zu mehren bedacht sein und auch diese sach nicht allain uns und unsere erben, sondern auch euer L. erben betreffen möchte, so ist unser freuntlich bit, eur L. wollen uns ir bedencken mittailen, ob wir nachgeben sollten, das über so öffentliche und manchfeldige [= *mannigfaltige*] felle, die unsere forfarn erhalten, wir, unsere oder auch eur L. erben under alle Ff. von Bairn und also das haus Bairn über dem haus Sachssen sitzen solle.

Wir schicken auch eur L. himit ain abschrift zu, was Hg. Georg der ksl. Mt. übergeben [RT 1530], dann es kann sich mit dem alder mit der zeit anders zutragen. Wir haben auch an die kgl. Mt. alberait ain schreiben [Nr. 294a] gethan, es ist aber bei obgedachtem geschickten<sup>2</sup> nichts erhalten. Dorumb auch unsere rete sich etzlich malh des Reichs rat geussert<sup>3</sup>.

**294e Antwort Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an Hg. Moritz von Sachsen (auf Nr. 294d) wegen des Sessionsstreits mit Pfalz – Torgau, 1543 freitags nach Letare (März 9)**

Weimar HStA, EGA, Reg. E 148, fol. 388r–390r (Konz. mit marg. inhaltl. Betreffen).

<sup>1</sup> Im Gegensatz zu den Hgg. Wilhelm und Ludwig von Bayern, deren Sessions- und Stimmrecht auf Reichstagen als unteilbar angesehen wurde, nahmen die in verschiedene Linien aufgesplitterten pfälzischen Wittelsbacher im 16. Jhd. mehrere Stimmen im Fürstenrat wahr. Zu den eng mit der kfl. Linie der Pfalz verbundenen Pfgff. bei Rhein zählten die Pfgff. von Pfalz-Simmern und Pfalz-Neuburg; sie bezeichneten sich ebenso wie die regierenden Hgg. Wilhelm und Ludwig als Hgg. von Bayern und Pfgff. bei Rhein. Siehe dazu R. AULINGER, *Das Bild des Reichstages*, S. 241.

<sup>2</sup> Hans Beuser von Ingelheim.

<sup>3</sup> An seine Räte in Nürnberg erteilte Hg. Moritz zum Verhalten in der Sessionsfrage folgende Weisung, Dresden, 1543 dinstags nach Letare (März 6): Der session halben: Weyl es unsern vettern, den Kf. zu Sachssen, mit betreffen wyl, haben wir seiner L. darumb geschryben, wollen euch zu erster gelegenheit derhalben weiter beantworten. Mittler zeit mochtet ir einß umbs ander mit Hg. Johansen geschickten session halten oder euch des rats inhalts unserer instruction biß zu unser weyter schreiben eussern. Sofyl aber Hg. Otheinrichs geschickten belanget, werdet ir euch uß der instruction und vorigem befhelch, wes ir euch verhalten sollet, wol zu berichten haben. So wollen wyr euch hernach mit weyterm befhelch versehen und besonderlich antzeigen, weß ir euch verhalten sollet. [...] In: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 96rv (Konz.)

*Bestätigt Erhalt des Schreibens von Hg. Moritz (Nr. 294d), in welchem er den Kf. von Sachsen um Stellungnahme im Sessionsstreit zwischen Sachsen und Bayern<sup>1</sup> ersuchte.* Und das eur L. nit gneigt, dem haus zu Sachssen in deme etwas zu entziehen lassen und uns derhalben solchs zu erkennen gegeben, bedancken wir uns gegen eur L. freuntlich. Und wissen uns des zweispalts, so sich der session halben zwuschen den heusern Sachssen und Baiern erheldet, auch was sich uf gehaltenen reichstegen bißhier [= *bisher*] derwegen zugetragen, wol zu erinnern.

Und wiewol es an dem ist, das unsere vedtern, eur L. großvater, vedter und vater, die session als Ff. von Sachssen bißhier fur den Ff. zu Baiern, als die zu der tzeit elder dan die von Baiern gewest, gehabt, so ist doch der haubthandel an ime selbst bißhier also hangendt und im grundt ungeörtert plieben, wie eur L. selbst auch antzaigen. Darumb unsers erachtens sich nit so gar uf das alder zu legen sein will, damit sichs dan, wie eur L. auch antzaigen, zu andern pfeget, dan bißhier seindt die fursten im haus zu Sachssen die eldern gewest, ytzo aber seint es die von Baiern.

Dieweil wir dan wissen, das es mit der session uf dem reichstag zu Augspurg [1530] zwuschen Sachssen und Baiern ungeverlich auch dermassen gehalten worden, das man damit einen tagk umb den andern umbgewechselt, so bedencken wir und seghen fur gut an, das es eur L. itzo auch also halten, nemlich das eur L. <sup>a</sup>-Hg. Willhelmen und Hg. Ludwigen von Baiern<sup>a</sup> als den eldern das fursietzen liessen<sup>b</sup>, aber des andern halben von Hundßrucken, ap er wol auch elder ist dan eur L., das durch die rethe baidter teil umbgewechselt wurde und einen tagk umb den andern vorseßen, doch eins jeden fug und rechten in deme unvorgreifenlich und allain uf dißmalh, biß das ksl. Mt. die irthumb, so der session halben uf reichstegen furfielen, irer Mt. hievor gethanen vertrostung nach endtlich wurden verglichen *oder durch eine Weisung regeln*.

Das aber eur L. sich nach allen Hgg. von Baiern<sup>2</sup> solten setzen lassen, das können wir nit fur gut ansehen, wusten es auch nit zu rathen und ist dermassen nit herkomen. Wolt aber der gesandte des von Hundtsrucken und die andern von Baiern das umbwechselln nit gescheen lassen noch bewilligen, so mochte darnach nit ungut sein, das es an die kgl. Mt. und ksl. Mt. commissarien gelangt wurde, mit vermanung, das eur L. in die handelungen nit willigen wurden, wo nit einsehen beschege. Und so es eur L. gefelligk, wollen wir unsern rethen gegen Nurnberg schreiben, das sie eur L. rethen vor kgl. Mt. und ksl. Mt.

<sup>a-a</sup> *Marg. korr. aus:* den Hgg. von Baiern.

<sup>b</sup> *Es folgt gestr.:* Und das darnach eur L. rethe dasselbe fursietzen den andern tagk hetten und also umbgewechselt wurde.

<sup>1</sup> *Gemeint ist die pfälzische Linie der Wittelsbacher, im besonderen Pfgf. Johann von Pfalz-Simmern. Der Vorsitz der regierenden Hgg. von Bayern (Wilhelm und Ludwig) auf der weltlichen Fürstenbank war damals bereits unumstritten. Siehe dazu: R. AULINGER, Das Bild des Reichstages, S. 243.*

<sup>2</sup> *Aus der pfälzischen Linie der Wittelsbacher.*

comissarien, auch sonst darinn sollen beistendig und mitretigk sein. So zweifeln wir nit, man werde darin ein einsehen haben und zu einem solchen mittel des umbwechselns halben greiffen, wie vorberurt ist, oder zu eynem andern bequemern wege, welchs auch besser were, uff das man Baiern mit solchem yetzt furgenomenen fursietzen kainen gebrauch einrheume.

295 *Sessionsstreit der Mgff. von Brandenburg mit Hg. Heinrich d. J. von Braunschweig-Wolfenbüttel: Bericht von Dr. Augustin Megerheimer an Mgff. Georg von Brandenburg – Nürnberg, 1543 am Mitwuch nach Invocavit (Febr. 14)*

*Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 136r–139v (Ausf.); DV fol. 139v: Dr. Megerßhaimer schickt, was im reichsrath zu Nurmberg eingebracht worden ist durch den H. Granvell.*

*Er überschickt die Supplikation Wolf Dietrichs von Pfirt (Nr. 127) und die Rede Granvelles (Nr. 197).*

Zum dritten, gnediger herr, kan ich eurn fstl. Gn. nit verhalten, als jungst am Montag verschieen [1543 Febr. 12] und zu der zeit, do Wolff Dieterich von Pfird sein supplication ubergeben, das sich Hg. Heinrichs von Braunschweig gesandter<sup>1</sup> understanden und die session vor euer fstl. Gn. haben hat wollen, wiewol er sich, als die supplication ubergeben ward, gar nit angemast, sonder allererst als man zusammengetreten in den furstenrath und in meinem abwesen, do ich bei den andern protestirenden stenden gewesen, understanden einzunehmen. Als aber die protestirenden stend auch in den gemainen furstenreichsrath gangen, hat er die session eingenomen und mir auf mein ansprechen, dergleichen Wilbolden von Wirsperg als Mgff. Albrechts gesandten, mitnichten cedirn wollen, sonder uns gleichwol angemutet, sovern wir mit ime abwechseln wolten, so wolte er ditsmals weichen. Das haben wir aber in kainen weg thun wollen, sonder hab darauf gedrungen, das es ime, dem von Braunschweig, mitnichte gebure, und haben derhalben kein session eingenomen, damit wir ime nit etwas einraumeten. Und als man im rath umbgefragt und an den braunschwigischen gesandten kommen, hat der reychsmarschalck<sup>2</sup> gestutzt und mich vor dem braunschwigischen gesandten fragen wollen. Da hub Dr. Eck zu dem braunschwigischen gesandten an: „Es ist an euch“, also das er votirete: „Es gefelt mir, wie vor mir davon geredt ist worden“. Und als die frag an mich kam, hab ich offentlig von wegen euer fstl. Gn. protestiret und bezeuget, das ich in die session und umbfrage nichtsnit [= ganz und gar nicht] bewilligen konthe noch wollte, mit repetirung aller hievor gethoner protestation, und hab also auch nit votiren wollen. Desgleichen als an Wilbolden von Wirsperg

<sup>1</sup> *Dr. Johann Stopler.*

<sup>2</sup> *Wolfgang von Pappenheim.*

kommen, als den negsten nach mir, hat Wirsberger gleichermaßen die session mit scherpfen Worten, dann ich gethan, auch angefochten und gleichwol votirt. Und sind diese beide gestanden und nit nach Hg. Hainrichen sitzen wollen. Und als man gar außvotiret, hat Wilbald von Wirsberg für sich selbst zu dem braunschweigischen gesandten gesagt: „Ir nembt so ungereimbte hendel für. Wan eur herr nach ain land het, so were es kain wunder, das er auch darumb keme“. Das haben etliche wol laiden mögen, allain den Ecken hat es ubel verschmahet und sind also auß dem reychsrathe gangen. So ist seithere nichts angesagt noch ain reychsrath gehalten worden<sup>3</sup>.

Nun, gnediger furst und herr, begern eurn fstl. Gn. meins raths und gutbedunckens, darauf gib ich eurn fstl. Gn. zu erkennen, das dits uber meinen verstand. Damit aber dannoch eur fstl. Gn. bevelch nach gelebt werde, so stelle ich mein gutbeduncken dahin: Wo es meer zu fellen keme, das man in rath ansagen wurde, das eur fstl. Gn. gesandter – ich oder ain ander – sovil ime immer möglich, dem braunschweigischen jedesmals die session abdrunge, welchs durch den weg mocht gescheen, das sich der gesand zu Hg. Moritzen von Sachssen (welche aber ditsmal nit im rathe gewesen) zum allernghauerten thete, wie ich dann derhalben algerait bey inen anlangen gethon, darinne sie sich gantz gutwillig erzaigt. Im fall aber das der von Braunschwig ehe kome und abermals nit cedirn wolt, das alsdann eur fstl. Gn. gesandter auß dem rath gienge, mit anzaigung, dieweil eur fstl. Gn. ire geburende session nit hett, das derselbig bevelch von euer Gn. het, im rath nit zu sitzen und in nichtes zu helligen, und das furter eur fstl. Gn. ain schreiben an kgl. Mt. und andre stend des Reychs derhalben thuen liesse. Das hab ich eurn fstl. Gn. uf mein gutbeduncken undertheniglich nit verhalten wollen, und was eur fstl. Gn. dieses stuck halben im rath finden und mir bevelhen werden, dem wil ich in underthenickait nachkommen. [...].

---

<sup>3</sup> Siehe einen ähnlich lautenden Bericht über den Sessionsstreit zwischen den Gesandten der Mgff. von Brandenburg und dem braunschweigischen Kanzler Dr. Johann Stopler in einem Brief der kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich, Nürnberg, 1543 Febr. 15, in: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 243r–258v, hier fol. 245rv (Ausf. mit mehreren PS und Beilagen).

296 *Sessionsstreit Österreich-Salzburg: Urkunde des ksl. Kommissars Dr. Johann von Naves zum Wechsel der Session zwischen Österreich und Salzburg<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 16*

A Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 254rv (Kop.).

B Wien HHStA, RK Zeremonialakten 39, unfol. (nicht ausgefert. Urkunde)<sup>2</sup>.

C Wien HHStA, RK Zeremonialakten 39, unfol. (Kop.); DV: Der ksl. commissari revers der session halb hauß Osterreich 1543.

D München HStA, Kasten schwarz 2583, unfol. (Kop.).

Ich, Johann von Naves zu Mesantzi, röm. ksl. Mt., unsers allergnedigsten herrn, rat neben weyland dem hochwirdigen Cristoffen Bf. zu Augspurg, auch dem durchleuchtigen, hochgebornen fursten und herrn, H. Fridrichen Pfgf. bey Rein, Hg. in Bayrn, meinen genedigen herrn, verordenter ksl. commissari, bekhehn offentlich mit disem brief und thue<sup>a</sup> khundt allermeniglich:

Als der allerdurchleuchtigist, großmechtigist furst und herr, H. Ferdinand<sup>b</sup>, röm. zu Hungern und Beheim etc. kunig etc., Ehg. zu Osterreich etc., mein allergnedigister herr, auf disem alhieigen reichstag auf obgemelter fursten und herrn und mein in namen der ksl. Mt. an ir kgl. Mt. beschehen begern in dem strit, so sich zwischen dem hochwirdigen, durchleuchtigen, hochgebornen

<sup>a</sup> Aus D; in ABC: thuen.

<sup>b</sup> In D wird statt Kg. Ferdinand Ebf. Ernst von Salzburg genannt.

<sup>1</sup> *Urkunden zum Wechsel der Session zwischen Österreich und Salzburg sind von mehreren Reichstagen überliefert. Auf dem RT zu Regensburg stellte Karl V. am 3. April 1541 für Ebf. Ernst von Salzburg ein ksl. Dekret wegen des Sessionswechsels mit Österreich aus (RTA JR Bd. XI, Nr. 237). Die Gültigkeit dieser Abmachung wurde auf den folgenden Reichstagen fast gleichlautend neu fixiert. In Speyer bestätigte Kg. Ferdinand am 3. März 1542 urkundlich die alternierende, d.h. täglich wechselnde Session zwischen Österreich und Salzburg (RTA JR Bd. XII, Nr. 239). In Nürnberg stellten die drei ksl. Kommissare am 3. Aug. 1542 eine Urkunde zum Sessionswechsel zwischen Österreich und Salzburg aus (RTA JR Bd. XIII, Nr. 181). In Speyer 1544 bestätigte Kg. Ferdinand die Session Salzburgs gegenüber Österreich, 1544 Juni 8 (RTA JR Bd. XIV, Nr. 527). Vom Wormser RT 1545 ist ein Salzburger Bericht über die Verhandlungen wegen des alternierenden Vorsitzes im Fürstenrat und über den mit Österreich entstandenen Sessionsstreit überliefert (RTA JR Bd. XVI, Nr. 260). Auf dem Augsburger RT von 1550 gab es eine Absprache zwischen den Gesandten Kgn. Marias und jenen des Ebf. von Salzburg über den Wechsel in der Session, 1550 Aug. 6 (RTA JR Bd. XIX, Nr. 296–297). Auch beim Augsburger RT 1555 wird die zwischen Österreich und Salzburg alternierende Stimmführung im Fürstenrat in den Protokollen immer wieder erwähnt: RTA JR Bd. XX, passim. Zu Fragen der Session zwischen Österreich und Salzburg siehe: R. AULINGER, *Das Bild des Reichstages*, S. 235–239.*

<sup>2</sup> *Der Entwurf der Urkunde (B) wurde noch vor dem Tod Bf. Christophs von Augsburg verfasst und ist im Namen beider ksl. Kommissare formuliert.*

fursten und herrn, H. Ernnten, confirmiertn zu Ebf. zu Salzburg, meinem genedigisten herrn, von wegen des haus Osterreichs an ainem und des ertzstifts Saltzburg halber anderstails von wegen des Reichs session helt, guetwilligglich (doch allain auf disem reichstag) dises mitl bewilligt, also das obberurte der kgl. Mt. als Ehg. zu Osterreich verordente botschaft den ersten tag den vorsitz der session und alsdann den andern nachfolgenden tag bemelts confirmiertn Ebf. zu Saltzburg botschaft dieselben haben und also furter, so lang diser reichstag weret, von ainem tag zu dem andern gleich abgewechselt werden soll. Das solhe guetliche handlung an <sup>c</sup>-des haus Osterreich<sup>c</sup> habenden gerechtigkeitn, alten herkhomen, wierden und freyhaiten hiedurch nichts abgebrochen oder denen unvergrifflichen [= *vorgegriffen*] sein soll.

<sup>d</sup>-Und dieweil obgemelter Pfgf. Fridrich vor verfertigung diser vergleichung in ksl. Mt. gescheften verrückht<sup>3</sup> und neulicher tag obgemelter Bf. von Augspurg mit tod auch verschiden ist<sup>4</sup>, das ich an irer fstl. Gn. stat und fur mich selbs disen brief mit meinem anhangenden insigl verfertigt hab<sup>d</sup>.

---

<sup>c-c</sup> *In D stattdessen:* des ertzstifts Salzburg.

<sup>d-d</sup> *B om.*

---

<sup>3</sup> *Laut einem Bericht der jülichischen Räte an Hg. Wilhelm vom 6. April 1543 (in: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277, fol. 26r–29v, hier fol. 29r (Ausf.) und laut dem Schreiben der kurbrandenburgischen Gesandten an Kf. Joachim II. vom selben Datum (Nr. 132, Anm. 2) verließ Pfgf. Friedrich mit seiner Gemahlin Pfgfn. Dorothea am 5. April Nürnberg und reiste nach Heidelberg.*

<sup>4</sup> *Bf. Christoph von Augsburg verstarb am 15. April 1543 in seiner Herberge im St. Egidienkloster in Nürnberg.*





## X. Supplikationen

Die in Kap. X edierten Supplikationen umfassen drei Themengruppen<sup>1</sup>: X.A Reichsstandschaft und eximierte Stände: Dazu zählen das vom Bf. von Würzburg eximierte Stift Comburg (Nr. 297a–b) und das von den Hgg. von Pommern eximierte Bistum Cammin, dessen Reichsstandschaft von den pommerschen Herzögen nicht anerkannt wurde (Nr. 298). X.B Zwischenständische Konflikte: Darunter fallen der Streit zwischen Bgm. und Rat zu Frankfurt mit dem altgläubigen Klerus der Stadt wegen Ablöse der Ewigzinsen (Nr. 299), die Bemühungen von Bf. Julius Pflug zur Inbesitznahme seines Bistums Naumburg gegen den Willen Kf Johann Friedrichs von Sachsen (Nr. 300a–d) und der Konflikt zwischen Deutschmeister Walther von Cronberg und Hg. Albrecht von Preußen um den Ordensstaat Preußen (Nr. 301a–i). X.C Jurisdiktion des Reichskammergerichts: Zu diesem Themenkreis gehören 1. Der seit mehreren Reichstagen anhängige Streit zwischen Kgn. Maria von Burgund und den Erben der Familie Vrentz um das Appellationsrecht der Stadt Maastricht an das Reichskammergericht (Nr. 302a–h). 2. Die Rechtfertigung von Kammerrichter und Beisitzern des Reichskammergerichts vor den Reichsständen gegen Vorwürfe der evangelischen Stände und ihre Forderung nach Unterhalt (Nr. 303). 3. Der Reichskammergerichtsprozess zwischen Mgf. Ernst von Baden-Durlach und der Vormundschaftsregierung der jungen Mgf. von Baden-Baden (Nr. 304a–b). 4. Die Bitte des Bf. von Würzburg, ihn mit der Funktion des Kommissars bei der künftigen Visitation des Reichskammergerichts zu verschonen (Nr. 305).

Zusätzlich zu den in Kap. X zusammengefassten Aktenstücken scheinen Supplikationen auch in vier weiteren Kapiteln des Bandes auf. Dabei bestimmt das Thema der jeweiligen Supplikation ihre Einordnung in ein bestimmtes Kapitel. Es handelt sich dabei um: Kap. IV.D Verweigerung der Türkenhilfe durch einzelne Reichsstände (Nr. 107–109), Kap. IV.E Ringerung der Anlagen (Nr. 110–114); Kap. VI.B Konflikt des Hauses Habsburg mit Hg. Wilhelm von Jülich (Nr. 205a–c); Kap. VII. Braunschweig (Kanzler Stopler Nr. 247, Bf. Valentin von Hildesheim Nr. 248, Hg. Georg von Braunschweig Nr. 257).

---

<sup>1</sup> Zum Supplikationswesen und zur Einteilung und Klassifizierung von Supplikationen siehe: H. NEUHAUS, Reichstag und Supplikationsausschuss, S. 87–147.

## X.A Reichsstandschaft und eximierte Stände

### 297 *Bf. Konrad von Würzburg und die reichsrechtliche Stellung von Stift Comburg*

297a *Supplikation der würzburgischen Räte an Kg. Ferdinand wegen unrechtmäßigen Vorgehens des ksl. Fiskals gegen Stift Comburg<sup>1</sup> – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543)*

*Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 398r–399r (Kop.).*

*Im Namen des Bf. von Würzburg wenden sich die Gesandten mit folgender Bitte an den König:*

Wiewol der stift Camberg, bey Schwebischen Hall gelegen, je und allwegen ainem regirenden Bf. zu Wirtzburg wie andere zugehörige stift und clostere in allen reichsanlagen, auch andern nöten und anligen allein contribuiert und gesteuert hab und sunst niemants anderem, auch in den vorigen alten und jungern reichsabschiden, so die recht ersehen und verlesen werden, nit befunden wurt, das Chamberg – itzt ein stift und vor etlichen jaren noch ein closter – je in ainichem reichsrathe als ein reichsstande erschienen, gesessen noch ainichen reichsanschlag oder anlage fur sich geben habe, so hat doch sollich unangesehen der fiscal des ksl. cammergerichts kurtz verruckter zeit citation und ladung an gemelts stifts verwaltere umb deswillen, das sie nechstvergangen jars ir auferlegt eylende thurckenhilf nit geschickt haben sollen, vermainlich und ungegrunter weys wider sie ausgepracht und inen insinuiieren lassen.

Und wiewoll hochgedachter unser gnediger herr gemeltem fiscal derwegen gruntlichen und gnugsamen underricht gethan und in sonderheit angezeigt, das gemelter stift nit allein bey itziger ksl. Mt., unserem allergnedigsten herren, sonder auch bei regierung weylund Ks. Maximilian und Ks. Friderichs hochlöblichster gedechtnussen in gedachts unsers gnedigen herren von Wirtzburgs reichsanschlägen und hilfen begriffen und allwegen ausgezogen worden, das were in und mit gemelter gelaisten eylenden thurckenhilf auch geschehen, mit bitt, von seinem furnemen abzustehen, sein Gn. und dero stift bey habenden beseß, recht und gerechtigkeit wie andere stende des Reichs pleiben zu lassen und mit neuerung nit zu beschweren, so ist doch sollich bey gemeltem fiscall biß anhero

---

<sup>1</sup> *Die benediktinische Reichspropstei Comburg/Camberg stand seit 1541 unter der Hoheit des Bf. von Würzburg, der auch das Recht der Steuereinhebung für sich in Anspruch nahm. Der ksl. Fiskal hingegen betrachtete Stift Comburg als reichsunmittelbaren Stand, der zur Zahlung von Reichsanlagen verpflichtet war. Bereits auf den Reichstagen des Jahres 1542 wurde die Stellung Comburgs als von Würzburg „ausgezogener Stand“ thematisiert. Siehe dazu RTA JR Bd. XII, Nr. 262, S. 1134, Anm. 1; RTA JR Bd. XIII, Nr. 33, S. 227f.; Nr. 57, S. 403, Anm. 8.*

unverfänglich erschienen, *trotz der Bestimmung des Regensburger Reichsabschieds von 1541, dass gegen die „ausgezogenen Stände“ nicht zu prozessieren sei (RTA JR Bd. XI, Nr. 941, § 48, S. 3680f.)*.

So ist demnach an euer kgl. Mt. unser undterthanigste pitt, eur kgl. Mt. wolle in craft angeregt abschiedts, sovill bei bemeltem fiscall verfuengen, von seynem unpillichen furnemen abzustehn, hochgedachtem unserm gnedigen herren und seiner Gn. stift dis orts bei altem herkomen, gebrauch und beseß wie andere stende des Hl. Reichs pleyben und mit neuerung und ungleichait unbeschwert zu lassen.

*Schlussformel mit der Bitte um Antwort.*

**297b *Supplikation der würzburgischen Räte an den Kurfürstenrat bzw. an den Reichsrat wegen unrechtmäßigen Vorgehens des ksl. Fiskals gegen das von Würzburg eximierte Stift Comburg – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543)***

*Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 401r–402v (Kop.); AV fol. 402v: Dise supplikation ist doppel, eine in churfurstlichem, die ander in gemeinem reichsrathe (doch mutatis mutandis) ubergeben worden.*

*Die würzburgischen Räte ersuchen die Reichsstände, die Beschwerden des Bf. von Würzburg betr. den ksl. Fiskal am Reichskammergericht gnädigst anzuhören und für deren Abschaffung zu sorgen.*

Wiewoll der stieft Camberg, ober der statt Schwebischen Hall am Kocher und im stift Wurtzburg gelegen, in allen und iden des Reichs gemeinen anschlegen, hilfen und raisen uff niemandts andern dann uff je zu zeiten ainen regirenden Bf. zu Wirtzburg gesehen, auch demselben zu verrichtung und laistung seines stiefts gepurenden reichshilf und anschlegen allein und sunst an kein ander ort contribuirt und gesteuert hat, allermassen und gestalt andere des stifts Wurtzburg clostere St. Benedikten ordens (deren es vor etlichen jaren ains gewesen) auch gethan haben, zudem ist es auch die bestendig, gruntlich warheit, das kein abt, probst oder jemandts anderer von berurts stifts Cambergs wegen uff ainigen reichstage oder versamlung als ain reichsstande jemals erschiennen, session noch standt darinnen gehapt noch herpracht, sonder vor unverdencklicher zeit und alter here sampt seinen leuthen und guettern in aines je zu zeiten regirenden Bf. zu Wirtzburg schutz und schirm gewesen und noch ist, welchen schutz und schirm auch Ks. Friderich der dritt gemeltem stift in ewig zeit unwiderrufflich incorporirt und bestettiget. Aber des alles unangesehen understehet sich itzunder der ksl. fiscall, gedachten stift Camberg, als ob der fur sich selbst und ein sonderer reichsstande were, in des Reichs gemeine hilf und anlagen zu pringen und hochgedachtem unserm gnedigen herren, als dem ordinario, seine vor alter je und allwegen herprachte contribution dardurch zu entziehen. Das vermuetlich aus ungleichem bericht und villedicht disem irsall geschehen mag, das vergangner jarn ain probst desselben stifts (als ob der ain reichsstand were)

bisweilen uff die reichstäge, auch zu entrichtung der reichshilfen beschriben und erfordert worden, wie dan etlichen andern abten und clostern in- und ausserhalb der statt Wurtzburg aus irsall etliche mall auch begegnet, aber auf eines je zu zeiten regirenden bischoffs als ires ordinarii begern und ansuchen solcher vorderung allwegen erlassen und in des stiefts Wurtzburg contribution bliben; sein auch daruber weitter nit beschwert noch angezogen worden.

Dieweil dann hochemelter unser gnediger her und seiner Gn. stift one das hoche dann andere stende, so an landen, leuthen und einkomen vil reicher dann sein Gn., in den reichsanlagen angeschlagen und damit beschwerdt sein, wie sich das mit bestendigem grund in anzeigung irer Gn. und dero stifts ubersetzung und beschwerung zu seiner zeit befinden soll und wirt, und dann sunst seiner fstl. Gn. bei 13 closter und stifte aus berurter herprachten contribution entzogen, deren sein fstl. Gn. etliche jar herein entberen und doch dabei ire aufgelegte reichshilf volliglich und nit anders dann ob die berurten clostere und stift noch contribuirten und seinen fstl. Gn. wie derselben vorfarn in irer anlag zu hilf kemen, bezalen muesen, ist an euer Gnn. und Gg. unser underdienstlich, freuntlich bitt, die wollen bey gedachtem fiscal solliche beschwerung und neuerung gnediglich und gunstiglich durch ein sondere schriftlichen bevelhe abschaffen und sein fstl. Gn. bey irer von rechts und alter uff dem stift Camberg herprachten gerechtigkeiten handthaben und pleiben lassen.

*Schlussformel mit der Bitte um Antwort.*

**298** *Supplikation Jakobs von Zitzewitz, des Gesandten Hg. Philipps von Pommern, an Kg. Ferdinand betr. die Reichsstandschaft des Bistums Cammin – Nürnberg, 1543 April 18*

*Stettin AP, AKW Sign. 95, fol. 308r–309r (Konz.); Marg. AV fol. 308r: Uberantwortet der röm. kgl. Mt. zu Nurmberg, den 18. Aprilis anno 1543.*

*Die Hgg. von Pommern erhofften sich vom Reichstag die endgültige Lösung des Konflikts um die Reichsstandschaft des Bistums Cammin, welches seit jeher unter der Oberhoheit der Herzöge stand, wie aus der von den Gesandten übergebenen Supplikation<sup>1</sup> hervorgeht. Und so je zu itziger zeit der beschwerungen irer fstl. Gnn. gar und gantz nit entlich abgeholfen werden solte, das dennoch euer*

<sup>1</sup> *In den einschlägigen Beständen des AP Stettin zum Nürnberger RT 1543 ist keine Supplikation betr. die Reichsstandschaft Cammins überliefert. In der RT-Instruktion der Hgg. von Pommern (Nr. 63c, ad 4., 5., 6.) werden die Gesandten angewiesen, die auf dem Speyerer RT 1542 übergebenen Supplikationen (RTA JR Bd. XII, Nr. 240, Nr. 245a–b) nochmals in Nürnberg einzureichen. Nähere Erläuterungen zur Mediatisierungspolitik der Hgg. von Pommern in RTA JR Bd. XII, Nr. 245a–b (siehe vor allem die Anmerkungen) und bei: E. WOLGAST, *Hochstift und Reformation*, S. 208–218; H. WATERSTRAAT, *Der Caminer Bistumsstreit im Reformationszeitalter*, S. 586–602.*

röm. kgl. Mt. allergnedigst vernehmung thun wurden, das ire fstl. Gnn. an irem wolhergebrachten fug, recht und possession nicht betrubet oder turbiret wurden.

So haben demnach euer röm. kgl. Mt. jungst durch derselben vicecantzlern uf die ubergebene supplication mir zur antwurt geben lassen, das euer röm. kgl. Mt. allergnedigst gneigt were, irer fstl. Gnn. beschwerden zu dieser zeit gnedigst abzuhelfen und in der sachen zu verfugen, damit sich niemants pillich zu beschweren hette. Das es aber eine gemeine sache were und sonst viel andere chur- und fursten gleiche irrungen mit graven, prelaten und stenden hetten, welche hie allenthalben aus vielertzelten ursachen, wie dieselbigen augenscheinlich furhanden, nicht konten oder mochten gehoret, viel weniger entscheiden [!] werden. Und weren demnach euer röm. kgl. Mt. des gnedigsten erprietens, das ein artickel im hieigen abschiedt solt gesetzt werden, das uf negster zusammenkunft und reichsversamblung (die sich dann nicht lange verweilen kunte) alle stende, so derhalben streit und irrung undereinander hetten, solten beruft, gehort und die sachen darnach geortert und zur entschafft gebracht werden.

*Da die Hgg. von Pommern im Besitz der fstl. Oberkeit und des iuris patronatus im Bistum Cammin waren und sind, ersuchen sie Kg. Ferdinand auf Grund der Rechtsordnung und des Landfriedens um seinen Schutz, damit ihnen fur negster reichsversamblung und orterung der sachen weiter kein eintracht oder perturbation gescheen moge und der Bf. von Cammin mit besondern mandaten, anlagen und andern des Hl. Röm. Reichs burden von hochgedachter meiner gnedigen fursten und herren furstenthumben und landen wider und gegen den alten hergebrachten brauch und gewonheit nit mogen getzogen oder beschweret werden. Dann, so der Bf. von Cammin sich von meiner gnedigen fursten und herren landtschaft zu ziehen und abtzuondern mit mandaten nit gereitzt und verursacht bleibt, wurt er sich ongetzweivelt seiner pflicht nach gegen meine gnedigen fursten und herren alles underthenigen gehorsams wissen zu verhalten.*

*Schlussformel und US des Gesandten.*

## X.B Zwischenständische Konflikte

### 299 *Konflikt zwischen Bgm. und Rat von Frankfurt und dem altgläubigen Klerus der Stadt: Supplikation der Frankfurter Gesandten an Kg. Ferdinand wegen Ablöse der Ewigzinsen der drei Frankfurter Stifter<sup>1</sup> – übergeben Nürnberg, 1543 Febr. 14*

*Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 73rv (Konz. v.d.Hd. Lambs).*

*Die Gesandten ersuchen, dass der König den Einwänden des altgläubigen Klerus der drei Stifter gegen die Ablöse der Ewigzinsen kein Gehör schenken möge, da Bgm. und Rat von Frankfurt ihr Vorgehen auf ein entsprechendes ksl. Privileg<sup>2</sup> gründen.*

Wo dan dem also, so langt an euer kgl. Mt. unsere underthenigst, hochvleyssig bith, die wollen sich dardurch zu nichten, das ermelten unseren obern an berurter irer habenden ksl. freyheynt nachtheilig oder vorhinderlich sein mochte, onverhoret derselben bewegen lassen, sonder uns copey desienen, so dergestalt an euer kgl. Mt. gelangt sein mochte, gnedigst mitthailen, unsere obern dessen haben zu verstendigen und folgens euer kgl. Mt. deren notturft nach daruff widerum underthenigst zu berichten.

*Schlussformel und US der Räte Dr. Hieronymus zum Lamb und Ogier von Melem.*

*[AV: v.d.Hd. Lambs am Ende des Aktenstücks] Dise supplication hab ich der kgl. Mt. vicecantzler Dr. Giengern den 14. Februarij anno etc. 43 uberantwort,*

---

<sup>1</sup> *Bgm. und Rat von Frankfurt waren bereits vor der Reformation bestrebt, die materiellen Vergünstigungen des Klerus in der Stadt einzuschränken und die städtische Steuerhoheit auf alle Geistlichen auszudehnen. Eine Ausnahme bildeten dabei die drei reichsunmittelbaren Stifter (Bartholomäus-, Leonhard- und Liebfrauenstift), deren altgläubiger Klerus im Besitz diverser Renten, Gefälle und unablösender Erbzinsen (= Ewigzinsen) verblieb. Auf dem Augsburger RT von 1530 wandten sich Beauftragte der drei Stifter an Karl V. um Hilfe gegen das reformatorische Vorgehen des Frankfurter Rates und erwirkten ein ksl. Privileg (1530 Sept. 15), in welchem der Kaiser den Stiftsangehörigen und ihren Nachkommen sämtliche Privilegien bestätigte und sie in seinen Schutz nahm. Siehe dazu: S. JAHNS, *Frankfurt, Reformation und Schmalkaldischer Bund*, S. 166–169. Auf dem Regensburger RT von 1541 nahmen die Frankfurter Gesandten erneut den Kampf gegen die Privilegien der Geistlichkeit auf und beantragten in einer Petition am 5. Juli 1541 in consilio imperiali die Umwandlung der Ewigzinsen, auch die der Stiftsgeistlichkeit, in wiederkäufliche Zinsen unter bestimmten Bedingungen: Siehe dazu RTA JR Bd. XI, Nr. 369. In Nürnberg 1543 befürchteten die Frankfurter Gesandten, dass die altgläubigen Stiftsgeistlichen bei Kg. Ferdinand und den Reichsständen Stimmung gegen sie machen könnten, weshalb sie sich in obiger Supplikation an Kg. Ferdinand wandten. Zum Kampf um die Ewigzinsen siehe: I. HAAS, *Reformation – Konfession – Tradition*, S. 260–276.*

<sup>2</sup> *Gemeint ist die auf dem Regensburger RT auf Grund der Frankfurter Petition (siehe oben Anm. 1) ausgestellte ksl. Urkunde vom 12. Juli 1541.*

der sie gutlich von mir angenommen, an die kgl. Mt. zu pringen, mit dem erpieten, auch sonst bey der sachen das best zu thun.

### 300 *Konflikt zwischen Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Bf. Julius Pflug um das Hochstift Naumburg*

*Da sich Bf. Julius Pflug von Naumburg bereits auf den Reichstagen von Speyer und Nürnberg 1542 an Kg. Ferdinand und die Reichsstände um Unterstützung gegen die Übergriffe Kf. Johann Friedrichs von Sachsen bei der Inbesitznahme des Hochstifts gewandt hatte, sind die Akten dieses Konflikts um die Reichsunmittelbarkeit des Hochstifts Naumburg und das Nominationsrecht des Bischofs in RTA JR Bd. XII (Nr. 249a–c) und RTA JR Bd. XIII (Nr. 185a–d) ediert mit weiterführenden Erklärungen. Die von Pflug angeführten Argumente wiederholen sich in allen Supplikationen.*

#### 300a *Supplikation von Bf. Julius Pflug an Kg. Ferdinand um Unterstützung bei der Inbesitznahme des Bischofsamtes in Naumburg<sup>1</sup> – (Mainz), 1543 Samstag Epifanie Domini (Jan. 6)/verlesen Nürnberg 1543 Febr. 27<sup>2</sup>*

A München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 193r–196v (Kop.).

B Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 9046/13, fol. 243r–247r (Kop.).

C Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 498r–501r (Kop.).<sup>3</sup>

D Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 69v–71r (Kop.).

E Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 24, unfol. (Kop.).

Franz. Regest: J. V. POLLET, *Julius Pflug, Correspondance Bd. 5/1, Doc. 23<sup>4</sup>*.

*Auf dem vergangenen Reichstag in Nürnberg (1542) wurden Pfgf. Friedrich und Mgf. Georg von Brandenburg von Kg. Ferdinand zu Vermittlern im Streit um die Besetzung des Hochstiftes Naumburg ernannt (RTA JR Bd. XIII, Nr. 185c). Die*

<sup>1</sup> Zu Vorgeschichte und Verlauf des Konflikts siehe vor allem: E. WOLGAST, *Hochstift und Reformation*, S. 240–243; E. GATZ, *Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches*, S. 528–530; H. PATZE/W. SCHLESINGER (Hrsg.), *Geschichte Thüringens*, Bd. 3, S. 122ff. (Beitrag von I. HÖB über das Bistum Naumburg); J. V. POLLET, *Julius Pflug. Correspondance Bd. 2*, S. 251–265, S. 288–306; J. HECKEL, *Die evangelischen Dom- und Kollegiatstifter Preussens: zu Naumburg bes.* S. 16f., S. 26ff.

<sup>2</sup> Zum Verlesedatum im Reichsrat am 27. Febr. 1543 siehe: würzburgisches Protokoll Nr. 81, fol. 10r; pfälz-neuburgisches Protokoll Nr. 82, fol. 10v.

<sup>3</sup> Ebd., fol. 459r, eine Aufzählung der in Nürnberg 1543 übergebenen Supplikationen. Zur Supplikation Pflugs heißt es: H. Julii Pflugs [supplicatio] pro restitutione episcopatus Naumburgensis sein allein den catholicis übergeben.

<sup>4</sup> Das Datum Samstag Epifanie Domini ist im franz. Regest irrtümlich mit 1543 Jan. 7 aufgelöst.

*für gütliche Verhandlungen anberaumte Frist verstrich jedoch ohne Verhandlungen, weshalb Pflug sich nun neuerlich um Unterstützung an den König wendet:*

*Es stehe dem Kf. von Sachsen nicht zu, Pflug als rechtmäßig erwählten Bischof in Missachtung der Wahl des Domkapitels und entgegen den Bestimmungen des Reichsrechts und der Reichsabschiede an der Inbesitznahme seines Bischofsamtes zu hindern und einen anderen Bischof<sup>5</sup> im Hochstift Naumburg einzusetzen. Da die von Kg. Ferdinand mit Hilfe von Kommissaren angestrebte gütliche Einigung bisher nicht zustande gekommen sei, ersucht Pflug den König, er möge im Namen des Kaisers und für sich selbst als oberster Schirmherr der Kirche dafür Sorge tragen, dass der Kf. von Sachsen sein gewaltsames Vorgehen beende, den zu Unrecht amtierenden Bischofentferne und Pflug ohne weitere Verzögerung als rechtmäßigen Bischof in den weltlichen und geistlichen Besitz seines Hochstiftes kommen lasse.*

Und abwol der churfurst kain ursach hat, mein person und meines thumbcapitls rechtmessige waal anzefechten, gleichwol ob er mich und dasselb mein thumbcapitl dessen ye nit erlassen wollt, bin ich zum uberfluß urbutig, nach erlangter posseß an geburlichen ortern, da dise sach ausgetragen werden soll, furzukomen und das recht geburlich ze geben und zu nemen, onzweifl, euer kgl. Mt. erkennen dann diß mein suchen und erbieten an ime selber rechtmessig, geburlich und erber, und von dem churfursten kainswegs gewaigert noch widerfochten werden soll. Und wollen sich hirauf euer kgl. Mt. dermassen gnedigst erzaigen, auf das ich und mein stift nit so jemerlich durch unrechter gewalt verdrugkt bleibe, sonder der röm. ksl. und euer kgl. Mtt., auch des Hl. Reichs rechten, schirm, schutz und handhabung geniessen mög.

**300b** *Erste Supplikation von Bf. Julius Pflug an die Reichsstände um Hilfe bei der Inbesitznahme des Hochstiftes Naumburg – verlesen Nürnberg, 1543 März 2<sup>1</sup>*

A *München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 193r–196v (Kop.).*

B *Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 9046/13, fol. 235r–242v (Kop.); AS: H. Julii erwelten zur Neumburg [!] schreiben und supplicatio an die stend des Hl. Reichs, zu Nurmberg versamblet, geschehen. Lecta 2. Martij.*

C *Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 24, unfol.; AS: H. Julii, erwelten zur Naumburg schreyben und suplicacion an di stend des Hl. Reichs, zu Nurmberg versamelt, beschehen. Marg. AV: Lectum den 2. Marcij.*

<sup>5</sup> *Der von Kf. Johann Friedrich nach irregulärer Wahl ernannte evangelische Bischof war Nikolaus von Amsdorf.*

<sup>1</sup> *Zum 2. März 1543 als Datum der Verlesung im Reichsrat siehe das würzburgische Protokoll (Nr. 81, fol. 10v). Im württembergischen RT-Protokoll (Nr. 84a, fol. 9v) wird der 1. März als Datum der Übergabe der Supplikation angeführt.*



D *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 64r–69v (Kop.); AS fol. 64r: Supplicatio domini Julii Pflug, electi Numburgensis, contra Johannem Fridericum ducem Saxoniae electorem.*

*Lat. Fassung: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 9046/13, Nr. 56, fol. 102r–105v (Konz. v.d.Hd. Pflugs).*

*Franz. Regest: J. V. POLLET, Julius Pflug, Correspondance Bd. 5/1, Doc. 24, S. 212f.*

*Da der von Kg. Ferdinand auf dem Reichstag in Nürnberg 1542 erteilte Auftrag zur gütlichen Konfliktregelung mit Kursachsen durch kgl. Kommissare (RTA JR Bd. XIII, Nr. 185c) bis zum gegenwärtigen Reichstag in der anberaumten Frist nicht zustande kam, wendet sich Pflug mit seinem Anliegen abermals an die Reichsstände. Er erinnert sie an seine auf den Reichstagen von Speyer und Nürnberg 1542 vorgebrachten Supplikationen (RTA JR Bd. XII, Nr. 249a, Nr. 249c; RTA JR Bd. XIII, Nr. 185a, Nr. 185d), ohne diese zu wiederholen, und wirft dem Kf. von Sachsen widerrechtliches Verhalten vor, da er die ihm nicht genehme Bischofswahl des Domkapitels nicht mit rechtlichen Mitteln anfocht, sondern mit Gewalt gegen den erwählten Bischof vorging. Indem der sächsische Kurfürst Pflug an der Inbesitznahme seines Bischofsamtes hinderte und einen anderen Bischof installierte, setzte er sich ins Unrecht.*

*Die Reichsstände werden ersucht, das Vorgehen des sächsischen Kurfürsten in Naumburg zu verurteilen und dem gewählten Bischof zu seinem Recht zu verhelfen. Pflug seinerseits verpflichtet sich zur verlässlichen Erfüllung seiner pastoralen Aufgaben. Sobald er in den Besitz des Hochstifts kommen werde, sei er zur rechtlichen Regelung des Konflikts mit dem sächsischen Kurfürsten vor einer ordentlichen Obrigkeit oder den kgl. Kommissaren bereit, wobei die Kommission Kg. Ferdinands vom Nürnberger Reichstag 1542 den richtigen Weg weise. Bitte an die Reichsstände um Schutz und Hilfe bei der Erlangung seines rechtmäßigen Besitzes<sup>2</sup>.*

### **300c Beschluss Kg. Ferdinands zu den beiden Supplikationen Bf. Julius Pflugs von Naumburg (ad Nr. 300a–b) – actum Nürnberg, 1543 März 9**

*Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 784, fol. 368v (Kop.); AS fol. 366r: Item der stend mit der kgl. Mt. und hinwiderumb beschehen vergleichsradschlag betreffen den erwellten zur Nheumburgk. Actum Nhurmberg, die 9. Martij anno 43.*

*In sachen des erwelthen zu Nheunburg hett die kgl. Mt. angetzeugt, das hiebevör zu vielen mhalen versucht, die sachen guthlich zu vertragen, sey aber alles vergeblich gewest. Darumb ihre Mt. itzo auch unfruchtbar achtet, dieselbig zur guthe anzustellen, sonder sehe ihr Mt. für guth an, solliche sachen biß ankunfft der ksl. Mt. ins Reich ruhen zu lassen, dan ihre Mt. wurd stadlicher und nutzlicher darin zu handeln und die zu vertragen wissen. Und ließ ihr Mt. ihr*

<sup>2</sup> *Gegen Ende des RT richtete Pflug erneut eine Supplikation an die Reichsstände (Nr. 300e), in welcher er die Vergehen des Kurfürsten in Naumburg anprangerte.*

das erbietten der stend, das sie an die ksl. Mt. der sach halb furschifte [Nr. 300d] thuen wollten, gefallen.

**300d** *Die altkirchlichen Reichsstände an Karl V.: Bitte um Einsetzung des rechtmäßig gewählten Bf. Julius Pflug in Naumburg – datum Nürnberg, 1543 April 6*

Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 644r–646v (Kop.); DV fol. 646v: Furschrift [= Fürbitte, Empfehlungsschreiben] statuum an ksl. Mt. fur den erwelten zue Bf. zue Numburg.

*Der gewählte Bf. von Naumburg, Julius Pflug, brachte auf drei Reichstagen (Speyer 1542, Nürnberg 1542 und 1543) dem König und den Reichsständen seine Beschwerden vor. Trotz rechtmäßiger Wahl des Domkapitels verweigert der Kf. von Sachsen Julius Pflug die Anerkennung als Bischof, hindert ihn an der Inbesitznahme seines Bistums und setzte Nikolaus von Amsdorf an seiner Stelle als Bischof ein.*

*Obwohl Kg. Ferdinand in Nürnberg 1542 auf Rat der Reichsstände die kgl. Kommissare Pfgf. Friedrich und Mgf. Georg von Brandenburg mit der gütlichen Regelung des Konflikts beauftragte hatte (RTA JR Bd. XIII, Nr. 185c), verstrich die für Vergleichsverhandlungen anberaumte Frist, weshalb sich Pflug auf dem jetzigen Reichstag erneut an die Reichsstände um Hilfe wandte. Die Reichsstände ersuchen den Kaiser, die beigelegten Aktenabschriften, welche die Beschwerden Pflugs und die kursächsischen Rechtfertigungsschriften umfassen, zu prüfen und dem gewählten Bischof zum Besitz seines Bistums zu verhelfen.*

*Schlussformel und Datum.*

[US:] Euer röm. ksl. Mt. underthenigen, gehorsamen, der churfursten verordente reth, fursten und stende und der abwesenden gesanten und botschaften, itz uff dem reichstag zu Nurnbergk versamlet.

**300e** *Zweite Supplikation von Bf. Julius Pflug an die Reichsstände betr. die Übergriffe Kf. Johann Friedrichs von Sachsen gegenüber dem Domkapitel des Hochstifts Naumburg – o.O., o.D. (Mainz, 1543 April 10)*<sup>1</sup>

Naumburg DomstiftsA, Tit. I, Nr. 8, fol. 37r–40r (Reinschr. v. Sekretärshd. mit einzelnen marg. Korr. v.d.Hd. Pflugs).

Franz. Regest: J. V. POLLET, *Julius Pflug, Correspondance* Bd. 5/1, Doc. 25, S. 213f.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> *Datierung laut Pollet. Es ist nicht belegt, ob die um den 10. April in Mainz verfasste Supplikation den Reichsständen noch vor dem Ende des RT bekannt gemacht wurde.*

<sup>2</sup> *Irrtümliche Angabe zur Signatur des Aktenstücks bei Pollet (Naumburg, Tit. I, Nr. 10). Die Richtigstellung der Angabe verdanke ich einem Hinweis von Herrn Matthias Ludwig, Archivar des DomstiftsA Naumburg.*

*Bezugnahme auf die in Speyer 1542 übergebene kursächsische Rechtfertigungsschrift (RTA JR Bd. XII, Nr. 249b), in welcher der Kurfürst versprach, die Rechte und Freiheiten des Hochstifts Naumburg zu respektieren. Entgegen dieser Zusage kam es seit dem Speyerer Reichstag mehrfach zu Vorfällen, die das Hochstift und den Bischof schädigten: 1. Kf. Johann Friedrich zog die dem Hochstift zustehende Türkensteuer ein. 2. Er machte dem Domherrn Felix von Beschwitz den Ertrag seiner Pfründen streitig. 3. Er ließ die Kirchenglocken der Kirche von Zeitz und des benachbarten Klosters Bosau entfernen und einschmelzen. Alle diese Eingriffe nahm der Kurfürst widerrechtlich vor.*

Weil ich dann demselben meinem stifte, dessen thumbcapitel und underthanen zum hochsten verwant und schuldig bin, dem gemeinen nachteil von inen, sovil an mir, abzutreiben, werde ich verursacht, angetzeigt mein anligen und die erregten ungerechten attentaten des curfursten an eur cur- und fstl. Gnn., Ll. und Gg. gelangen zu lassen, dienstlich und freuntlich pittend, euer cur- und fstl. Gnn., Ll. und Gg. wollen meinen stift und mich destome[r] auf meine vorige gethane supplication [Nr. 300b] in gnedigen, gunstigen und fruntlichen bevelch nemen, auch mit rath, hulf und furderung nit verlassen, damit ich zu meiner gepurenden gerechtigkeit khommen und die meinen von dem curfursten unbeschwerdt und unverdruckt pleiben. Das auch dem curfursten nit gestattet werde, seines gefallens wider recht, ksl. Mt. privilegia und sonderliche bevelch, auch die aufgerichte reichsabschide und stilstende zu handeln und das gemeine recht so freventlich zu boden zu stossen und also untregliche tyrannei in dieser unserer berumbten und freien nation zu pflantzen. In dem werden euer cur- und fstl. Gnn., Ll. und Gg. one zweyfel dem beschwerlichsten eingang, welcher sich wider andere stende gleicher gestalt zutragen mag, furkhomen, deß Reichs recht, lobliche ordenung und hocheit erhalten, den verdruckten nach Gottes willen und gefallen helfen. So will ich solichs vor mein person nach meinem hochsten vermogen zu verdienen gantz willig und vleissig befunden werden<sup>a</sup>.

---

<sup>a</sup> Der untere Teil der Seite wurde abgerissen und entfernt.

**301 *Konflikt zwischen Hoch- und Deutschmeister Walther von Cronberg und Hg. Albrecht von Preußen um den Ordensstaat Preußen***

*Die vom Hochmeister Mgf. Albrecht von Brandenburg 1525 durchgeführte Umwandlung des Ordensstaates Preußen in ein weltliches Fürstentum unter der Lehns-hoheit Kg. Sigismunds I. von Polen hatte 1527 die Ernennung des Deutschmeisters Walther von Cronberg zum Administrator des Hochmeisteramts in Preußen durch den Kaiser zur Folge. Der Konflikt um den Ordensstaat, der vor allem die Frage der Zugehörigkeit Preußens zum Reich betraf, verschärfte sich auf dem Augsburger RT 1530, als die feierliche Belehnung Cronbergs mit den Regalien des Hochmeisteramts und mit Preußen erfolgte. Hg. Albrecht war nicht bereit, das Land an den Deutschmeister abzutreten, was am 19. Jan. 1532 zur Verhängung der Reichsacht führte. Die Bemühungen Hg. Albrechts und des polnischen Königs um Suspension bzw. Aufhebung der Reichsacht auf der einen Seite und die Protestationen des Deutschmeisters gegen die Suspension der preußischen Acht auf der anderen Seite standen seit dem Regensburger Reichstag von 1532 auf der Tagesordnung der folgenden Reichstage<sup>1</sup>.*

**301a *Kf. Johann Friedrich von Sachsen an Hg. Albrecht von Preußen: Zusiche-rung von Unterstützung in der Frage der preußischen Acht, Türkenhilfe – Lochau, 1542 Dez. 1***

A Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A 2 (= Kasten 28), (Ausf.).

B Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 444–449, Nr. 159, fol. 17r–20v (Konz.); AS fol. 17r: Antwort dem Hg. in Preussen uff daß seine schreiben. 1542 Lochau.

*Bestätigt Empfang des an ihn und den Lgf. von Hessen gerichteten Schreibens betr. die Verhandlungen über die preußische Acht und die Türkenhilfe am vergangenen*

<sup>1</sup> In allen RTA-Bänden von 1532 bis 1550/51 finden sich Aktenstücke und weiterführende Erklärungen zur preußischen Frage: RT 1532: RTA JR Bd. X, Erklärungen S. 730–732 und Nr. 154–155; RT 1541: RTA JR Bd. XI, Nr. 303–328; RT Speyer 1542: RTA JR Bd. XII, Nr. 251; RT Nürnberg 1542: RTA JR Bd. XIII, Nr. 186a–b; RT 1544: RTA JR Bd. XV, Nr. 511–513; RT 1545: RTA JR Bd. XVI, Nr. 304–309; RT 1546: RTA JR Bd. XVII, Nr. 97, Punkt 10a, S. 493; RT Augsburg 1547/48: RTA JR Bd. XVIII, Nr. 364–367; RT Augsburg 1550/51: RTA JR Bd. XIX, Nr. 267–268. Zur näheren Erläuterung der Politik Hg. Albrechts von Brandenburg und des Deutschmeisters Walther von Cronberg im Konflikt um das Ordensland siehe: A. GRABMANN, *Preußen und Habsburg*, S. 109–112 (zu 1542/43); A. HERRMANN, *Der Deutsche Orden*, S. 130–132 (zu 1542/43); S. DOLEZEL, *Das preußisch-polnische Lehnsverhältnis unter Herzog Albrecht von Preußen (1525–1568)*, S. 63–68 (zu 1541–1543). *Allgem. Überblick bei:* E. WOLGAST, *Hochstift und Reformation*, S. 83–91; I. HÖB, *Das Reich und Preußen*, S. 130–157; W. HUBATSCH, *Albrecht von Brandenburg-Ansbach, passim*.

*Reichstag in Nürnberg*<sup>1</sup>. *Da der Herzog um Rat in diesen Fragen bittet, empfiehlt der Kurfürst, dass er seine Gesandten in Erwartung gütlicher Verhandlungen zum Reichstag abfertigen solle. Die kursächsischen und hessischen Räte werden den Befehl erhalten, solche euer L. sachen zum besten zu furdern und furtzusetzen helfen, auch allen vleis furtzuwenden, das uff des deutzschen meisters furbringen kgl. Wd. in Polen oder euer L. gegenbericht muge gehort werden.*

*Türkenhilfe: Nach der Niederlage des deutschen Heeres in Ungarn achten wier es doch gegen euer L. vortreulich nachmals darfur, das euer L. mit irer erbottennen turckenhulf dieser zeit gemacht thu und an sich halte, bis man sehen und erfaren wirdet, warbei es damit in gemein auf itzigem reichstage vorbleibet. So ist auch zu hoffen, do kgl. Mt., auch Kff., Ff. und stende des Reichs euer L. christlichen erbietens bericht werden, es solle euer L. zu irer sachen nit undinlich, sundern gantz furderlich sein.*

*Trotz der kgl. Aufforderung zum persönlichen Besuch des Reichstags habe sich der Kurfürst dazu noch nicht entschlossen, wie er dem kgl. Gesandten Könnerritz anlässlich seiner Werbung zu verstehen gab (Nr. 10). Sollte er persönlich zum Reichstag kommen, wird er Hg. Albrecht in seinem Anliegen unterstützen.*

**301b Entwurf für ein Schreiben Mgf. Georgs von Brandenburg an Kg. Ferdinand wegen Suspension der preußischen Acht und Bestellung von Kommissaren für gütliche Verhandlungen<sup>1</sup> – Schloss Cadolzburg, 1543 dinstags nach dem Sonntag Letare (März 5)**

*Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A 3 (= Kasten 144), (stark korr. Konz. v.d.Hd. Knobeldorffs<sup>2</sup>); DV: Eine notell, wie man schriftlich an röm. kgl. Mt. suppliciren solt, geschelt von Knobeldsdorff.*

*Der König möge sich erinnern, was seit dem Regensburger Reichstag von 1541 im Konflikt um das Herzogtum Preußen zwischen dem Kg. von Polen und dem*

<sup>1</sup> *Hg. Albrecht von Brandenburg an Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen, Königsberg, 1542 Nov. 5, in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 444–449, Nr. 159, fol. 11r–13v (Ausf.).*

<sup>1</sup> *Mgf. Georg von Brandenburg ersuchte nicht nur Kg. Ferdinand, sondern auch Hg. Moritz von Sachsen um Unterstützung seines Bruders Hg. Albrecht von Brandenburg in der preußischen Frage. Er bat Hg. Moritz, er solle, in ansehung das wir mit dem herzogthumb Preussen mitbelehnet sint, iren rethen, so dieselbige daselbst zu Nurmberg auf dem reichstag haben, bevelhen, neben andern der preusischen sachen halben das beste furdern zu helfen [...]. Siehe das Schreiben Mgf. Georgs an Hg. Moritz von Sachsen, Cadolzburg, 1543 am Suintag Oculi (Febr. 25), in: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 85rv (Ausf.).*

<sup>2</sup> *Knobeldorff war der oberste Statthalter Mgf. Georgs von Brandenburg in Franken, der auf dem RT in Nürnberg anwesend war. Zu den Kontakten Knobeldorffs mit Ahasver von Brandt während des RT siehe den Bericht Brandts: Nr. 83, passim.*

*Deutschmeister beschlossen wurde.* Do dann auf jungstgehaltenem reichstage zu Regenspurgk [1541] nit allain im reichsradt fur radtsam und gut angesehen, sonder auch volgendes von der ksl. und eurer röm. kgl. Mtt. allergnedigst bewilligt worden ist, das zu gutlicher handlung und hinlegung derselbigen irrungen von wegen der ksl. und eurer röm. kgl. Mtt. und dann der kgl. Wd. zu Polan commissarien geordnet werden und die preussische acht, wue nicht gar abgeschafft, ydoch aufs wenigst auf eine tzeit lang suspendiret werden solte<sup>3</sup>, sodann eure röm. kgl. Mt. allergnedigst zu bedencken, solte die ergangene acht wider meynen freuntlichen, lieben bruder Mgf. Albrechten, den Hg. in Preussen etc., uber kurtz oder lange tzu exequiren understanden werden, was beschwerung und weitleufigkeit zwuschen dem Hl. Reich und der loblichen cron Polen daraus entsteen mochte.

So ist an euer röm. kgl. Mt. mein underthenige biet, die wolle anstat der ksl. Mt. und fur sich selbist obangeregter bewilligung gemes die commissarien von wegen beder eurer Mtt. und des Hl. Reichs ordenen und bestymmen und mitlerweyle die acht gegen vorgeantem meinem bruder, dem Hg. in Preussen, und seinen underthanen weiter anstellen und suspendiren und sich in deme – zu verhutzen kunftige kriege und blutvergiessen – als ain christlicher konig halten und beweisen.

**301c** *Dr. Reinhard von Hausen, Gesandter des Hoch- und Deutschmeisters, an Kanzler Gregor Spieß<sup>1</sup> – (Nürnberg), 1543 März 25*

Wien DOZA, Preußen 410/2, fol. 262r–263v (Ausf.); AS v.späterer Hd. fol. 262r: Des von Hausen entschuldigung, das er beym reichsconvent die suspension der acht nicht habe verhindern können. Es gehe mit dem proponieren gar schnell zue, welches mehr andere erfahren. Ostertag anno 1543. AV fol. 262v: Belangend meins gnedigen herrn misfallen an suspension der preussischen acht 1 jar lang.

Ich weiß euch vertrauter meynung nit zu verhalten, daß unser gnedigster her unß bey meister Hanßen, dem balbirer, geschrieben [fehlt] und mit ernst bvollen hat, bewilligung halb der suspension mit rath H. Wolffens<sup>2</sup> zu volfaren

<sup>3</sup> *Karl V. lehnte in Regensburg 1541 ein Gesuch des Deutschen Ordens auf Exekution der Reichsacht ab, suspendierte die Acht für ein Jahr und sprach sich für eine friedliche Schlichtung des Konflikts durch eine aus je zwei polnischen und zwei deutschen Vertretern gebildete Kommission aus. Siehe: S. DOLEZEL, Das preußisch-polnische Lehnverhältnis, S. 64. Die Akten zu den Verhandlungen über die preußische Frage auf dem RT 1541 in: RTA JR Bd. XI, Nr. 303–328.*

<sup>1</sup> *Kanzlet Gregor Spieß und Wolfgang Schutzbar, Landkomtur der Ballei Hessen, unterzeichneten gemeinsam mit Reinhard von Hausen den Nürnberger RAb von 1543.*

<sup>2</sup> *Unklar, ob Wolff von Creutzen gemeint ist, der sich laut dem Bericht Ahasver von Brandts mit seinem Bruder Bonaventura um den 20. März 1543 in Nürnberg aufhielt: siehe Nr. 83, fol. 41r.*

etc. Und difficultirent ir fstl. Gn. die sachen zum hochsten, darab mein herr landchamenthur und ich befrembdens und beschwernus getragen, dieweil wir ire fstl. Gn. hievor verstendiget, was daß merer worden und ußerhalb unser bewilliget sey. Darumb wir diß orts nunmehr, wiewoll wir dasselbig hievor auch nit underlaßen haben, bey imants anderß kheynt raths zu pflegen gewißt. So khonden wir auch khein besonderß machen und werdent etwan die sachen, so unversehenlich proponirt und furgenomen, daß eß sich nit will mit andern zuvor disputirn laßen, wie ir dann alß der erfaren woll wißt. Und schreibent ir fstl. Gn., alß ob wir unß [durch] Bayrn oder dem Madrutzschen liessent inducirn [= *verleiten, bewegen lassen*] etc., so doch im andern irer fstl. Gn. schreiben fur guth geachtet worden, das wir unß mit andern stenden verglichen hettend, derahalten wir ir fstl. Gn. weiter hieneben geschrieben [*fehlt*] und deß auch anderer sachen halb bericht gethun.

Und dweil diese tag, alß ir uß solchem unserm an ir fstl. Gn. beschehen schreiben zu vernemen, furlauft, die ringerungen der anschleg furzunemen, so hette ich mich versehen, eß solte mir von meynem hern landtchamenthurn zu Coblentz<sup>3</sup> allerley bericht zukhomen sein. *Da aber vom Kurrheinischen Kreis, dessen Mitglied der Landkomtur von Koblenz ist, noch nicht verhandelt wurde, bleibt einstweilen alles beim Alten. Bittet um weitere Instruktionen.*

**301d *Schriftlicher Bericht des preußischen Gesandten Ahasver von Brandt über den Stand der preußischen Angelegenheit – o.O., o.D. (übergeben Nürnberg, 1543 März 31)***<sup>1</sup>

A *Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA Ha (= Kasten 867), DV: Eyn kurtzer bericht, wie die preussische sachen stehet und was fstl. Dt. zu Preussen von den chur- und fursten, auch andern seiner fstl. Dt. verwandten bytten und begern thut. Durch Aßwerum Brandt begriffen anno 1543.*

B *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/4, fol. 113r–114v (Kop.); DV fol. 114v: Bericht der preussischen acht halben und was der herzog derwegen bey den stenden suchen thut.*

*Druck: A. BEZZENBERGER, Berichte und Briefe des Asverus von Brandt, 1. Heft, Nr. 14, S. 53f.*

Röm. kgl. Mt. hat in vorgangenem 42. jare kgl. Wd. zu Polen durch sigel und brieffe zugeschriben, das röm. ksl. Mt. mitsampt den schtenden des Hl. Reichs deutscher nation die handlung, so sich tzwischen kgl. Wd. zu Polen und itzer-melten schtenden wegen der lande Preussen irrig erhalten, auf commissarios,

<sup>3</sup> *Walter von Heusenstamm bekleidete dieses Amt 1532–1547.*

<sup>1</sup> *Zur Datierung siehe den Bericht Brandts vom 31. März 1543 (Nr. 83, fol. 42v), der seine Bemühungen schildert, die Unterstützung glaubensverwandter und wohlmeinender Reichsstände für die Suspension der preußischen Acht zu erlangen.*

freundliche und sunliche entschidesrichter, gesetzt und gewilliget. Darauf die acht ein tzeit langk, die numer vorflossen, suspendirt, die süne auch noch zur tzeit nicht ins werck bracht.

Zudem hat röm. kgl. Mt. auf nechstgehaltenem reichstag, der auch hie zu Nurnbergk gehalten, auf etlicher fstl. Dt. zu Preussen verwanten emsiges anhalten disen handel bey den schtenden des Reichs erwidert, das solche obgelmelte süne etc. gewilliget, und vonnöten sein welt, wo die sune solt fuergenommen werden, das instructiones geschtelt, darauf die commissarii handeln und die sachen fortschtellen mochten. Dennoch begeret, die stende welten von dem administrator deutschen hochmaisterampts bericht einem [= *annehmen, empfangen*] und solliche instructiones schtellen lassen [RTA JR Bd. XIII, Nr. 186a].

Auf solchs erwidern und begern der röm. kgl. Mt. ist in der antwort des deutschen maisters oder des administrators [RTA JR Bd. XIII, Nr. 186b], wie fstl. Gn. zu Preussen glaubwürdiglich verschtendiget, gefunden, das er von solcher gewilligten süne und verfassung nicht allein nicht wissen wellen, bsunder zum hoesten darwider geredet, sich seines gewonnenen rechtens und urtails gefreuet, die execution von dem gantzen Hl. Röm. Reich gebeten, davon nicht abschteen wellen, und durch sein ungeschtüme anhalten sovil erlangt, das dise sachen bis auf gegenwertigen reichstag verschoben, alsdan seiner sachen gelegenheit einzubringen. Dis ist in kurtz die summa, wie der handel schteet.

Darauf bittet fstl. Dt. zu Preussen die cur- und fursten, blutvorwanten freunde, auch wolmainende schtende, diweil vormerket, das die gegebene antwort des administrators mit der handlung röm. ksl. und kgl. Mtt., auch den schtenden des Reichs ficht und widdereinander, wolten das best helfen rhaten und fuerwenden, domit noch das, wes röm. ksl. Mt. mitsampt den schtenden etc. belibet, was röm. kgl. Mt. kgl. Wd. zu Polen durch sigel und brieffe zugeschriben oder aber etwas anders hailsams, das kgl. Wd. zu Polen, fstl. Dt. zu Preussen annemlich und unvorweislich, iren landen und leuten zu nutz und bestem geraichen mochte, einen fortgangk gewinne, die acht, wa nicht gantz und gar aufgehoben, doch auf etliche jar widderumb aufgeschurtzt [= *aufgeschoben*] und notdurftige confirmation daruber gegeben, tagk und malstat ernennet, die sunliche handlung fuergenommen wurde<sup>2</sup>.

<sup>2</sup> Nach der am 3. April 1543 erfolgten Abreise Brandts aus Nürnberg berichtete Hieronymus Schürstab am 6. April 1543 an Hg. Albrecht von Preußen: [...] Und hat sich syder seinem abraysen von hynnen nichts neues zugetragen. Es haben sich auch die stende byß auf dyse stunde des frieds noch nicht vorglichen. So bin ich auch heut frue wider bey dem Rechenberger gewesen und inen gefragt, ob er noch nichts in euer fstl. Gn. sachen bey röm. kgl. Mt. außgericht. Zeigt er mir an, wie er allererst gestern bey Dr. Genger, vycecanzler, gewesen und derhalben bey im ausrichtung gethan, aber keinen entlichen beschaydt von im erlangen können. Es maynt auch der von Rechenberg, das man nichts werd außrichten oder erlangen können, diweyl kein schriefft oder botschaft von kgl. Mt. zu Polen vorhanden, und das röm. kgl. Mt. – unersucht vom Kg. von Polen



301e *Memorial Abasver von Brandts für eine Werbung einiger Reichsstände<sup>1</sup> bei Kg. Ferdinand wegen gütlicher Verhandlungen im Konflikt um Preußen – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 Ende März)*<sup>2</sup>

A Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBH Ha (= Kasten 867) (Konz. v.d.Hd. Brandts); ÜS. Memorialzedel von Asvero Brandt, den wolmainenen schtenden geantwort, was von röm. kgl. Mt. und den schtenden des Reichs zu bitten. DV: Memorialzedel, wes muntlich oder schriftlich von röm. kgl. Mt. zu bitten oder gebeten solt werden, der copeny Asverus Brandt den sechsischen, hessischen und anderen fstl. Dt. vorwanten geantwort, so er zu Nurnberg auf fstl. Dt. erfoderen vorrayset.

B Berlin GStASPK, Ostpr. Fol. 80, S. 275–277 (Kop.).

Druck: A. BEZZENBERGER, *Berichte und Briefe des Asverus von Brandt*, 1. Heft, Nr. 13 (Beilage), S. 53.

Röm. kgl. Mt. welten sich allergenedigest erinnern, das röm. ksl. und ire kgl. Mtt. mitsampt den schtenden des Hl. Reichs in cristlicher, allergenedigster etc. betrachtung, was vor widderwillen, krig und blutvorgissen vor menschen[gedenken], auch bey derselben gedenken nicht vor vilen jaren sich tzwischen dem Hl. Röm. Reich und kgl. Wd. zu Polen von wegen der lande und des hertzogtumbs Preussen zugetragen, wie irrig und schpaltig diselbe handlung noch schteet und was nochmals daraus erfolgen mocht, auf vilfeltiges ansuchen wolmainender herren und freunde, fernerer krigk und widderwillen zu vorhütten, fride, libe, treue, zusammensetzung an orten zu schtiften, dise irrig handlung auf commissarios, freundliche und sunliche entschidsrichter gesetzt. Demnach welten ire kgl. Mt., als der cristlich, fridlibende kunigk und her, mitsampt der ksl. Mt. commissarien und schtenden des Hl. Reichs darob sein und nicht underlassen, allergenedigest in obgemelter handlung inschtructiones schtellen zu lassen, commissarios zu ordenen, tzeit und malschtat zu solcher freundlichen handlung beschtimmen und zu ernennen, domit in disem val das, wes die röm. ksl. und ire kgl. Mtt. zusampt den schtenden einmal belibet und gewilliget, einen furtganck gewinnen, die handlung zu gotlichem lobe, zu

– schwerlich die acht ytzundt lenger suspendieren. Ydoch wollen wir an unserem vleyß hierynnen gar nichts erwinden lassen. [...] In: Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A 4 (= Kasten 209), (Ausf.).

<sup>1</sup> Das Memorial war für jene Reichsstände bestimmt, die die Bemühungen Hg. Albrechts von Preußen um Suspension der Reichsacht unterstützten, (Kursachsen, Sachsen, Brandenburg-Ansbach, Hessen) Tatsächlich ermöglichte der Rückhalt bei den glaubensverwandten Fürsten im Reich und deren Fürsprache bei Kaiser und König Hg. Albrecht von Preußen in den Jahren 1541 bis 1544 viermal, von der Acht suspendiert zu werden. Siehe W. HUBATSCH, *Albrecht von Brandenburg-Ansbach*; S. 223–225.

<sup>2</sup> Zur Datierung siehe den Bericht Brandts vom RT in Nürnberg, wo er in der letzten Märzwoche Gespräche mit verschiedenen Verbündeten Hg. Albrechts von Preußen führte: Nr. 83, fol. 41v–42v.

befridung bederseits potentaten angefangen, gemittelt und zu gluckßeligem, cristlichem ende gebracht werden mocht, sich die unruigen hertzen von sulchem gotlichen werck nicht abhalten lassen.

Und diweil diser schpaltung halben widder den vasallum gemelter lande Preussen und desselbigen underthanen, den die kgl. Mt. zu Polen in allen fellen als iren vassalum und lehensfursten genediglichen vortretten sollen und wollen, die acht zu unschult ergangen, die dan neben obgemelter belibung und bewilligung der sunlichen handlung ein tzeit langk suspendirt und numer vorflossen, ire röm. kgl. Mt. mitsampt hochbemelten ksl. commissarien und schtenden welten allergenedigest, in betrachtung das die acht nicht widder den, der sich des landes einen herren und erben nennet, bsunder [= *sondern*] widder den, der seinem oberherren als der vasallus und lehensfurst, auf bevellich in dem cammergericht nicht zu geschteen, underthanigen gehorsam gelaistet, ergangen, die acht gantz und gar abthun, den handel mit kgl. Mt. zu Polen freundlich, sunlich richten.

**301f** *Bericht Dr. Reinhards von Hausen, Gesandter des Hoch- und Deutschmeisters, über die Verhandlungen in der Frage der preußischen Acht – Nürnberg, 1543 April 18/April 20*

Wien DOZA, Preußen 410/2, fol. 264r–267v (*Ausf. eighd. mit marg. Korr. und Erg.*); AS v. späterer Hd. fol. 264r: Relation Dr. Reinhards von Hausen, hoch- und deutschmeister raths, was uffm reichstag zu Nurnberg der suspension der acht halben wider den abgefallenen hochmeister Mgf. Albrechten zu Brandenburg durch die röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien furgekommen. Datum 18. Aprilis anno etc. 1543. *ÜS fol. 265r*: Die suspension der erlangten acht wider den abgefalnen geweißnen hoemaister zu Preusen belangend. Relation, was uff den 18. tag Aprilis zu Norenberg uff dem reichstag durch die kgl. Mt. und ksl. commissarien furkommen anno etc. 43. *DV v. späterer Hd. fol. 267v*: Relation, was der suspension halben von wegen der preussischen acht zu Nurenberg im reichßrath gehandelt 1543.

Obermelts tags ungefarlichn umb 3 horen noch mittentag ist in gegenwirtigkait aller stend durch den maintzischen cantzler nochvolgend mainung eroffnet und furtragen worden:

Die röm. kgl. Mt. und der ksl. commissarius hetten gnedigst bevollen, gemainen stenden furzuhalten, wie das die röm. ksl. Mt. und ir kgl. Mt. uß bevelch derselbigen mit bewilligung gemainer stend uff nechstgehaltne reichstag zu Regenspurg [1541] hettend die acht zwischen dem administrator und teutschen maister etc. ains und Mgf. Albrechten zu Preusen uff ain jar lang suspendirt, und werent in willens gewessen, zu hinlegung und gutlicher underhandlungen sampt den stenden zu gryffen, wie dan auch ir Mt. volgends zu Speyr [1542] derhalben ferner handlungen pflegen wollen, alda gemaine stend die underhandlungen irer kgl. Mt. haimgestellt.

Und wiewoll ir Mt. mitteller zeyt gnedigest woll genaigt gewessen, die sachen furzunemen, so hettend aber ir Mt. vermerckt, wie das hochemelter administrator<sup>1</sup> vor etlichen tagen [1543 April 4] in Got verschiden. Darumb und uff das frid im Hl. Reich erhalten, so hettend ir Mt. bedacht, angeregte acht mit rath ir der stend ferner und noch uff ain jar zu suspendiren und allen vlyß furwenden, ob die sachen vertragen werden mochten. Darinne sie, die stend, irer kgl. Mt. ir wollmainung und bedencken hettend zu eroffnen etc.

Nach disem furtrag hab ich anstat und von wegen des ordens anzaigt, das ich ab solchem itzt gehorten der kgl. Mt. etc. beschehen ansinen nit gerings oder clains befremdens truge, hette mich auch desselbigen mitnichten nit versehen, dan sie, die stend, trugent gut wissens, wie und welchermossen die land zu Preusen durch den orden nit allain zu cristlichem glauben teutscher zungen und zum Hl. Röm. Reych vor etlichen hundert jaren werent gepracht und bey demselbigen zu gutem und wolfart gemainer ritterschaft teutscher nation mit vill blutvergissens, grossem und schwerem costen were erhalten worden; one not, solches mit der leng zu erzellen.

Welchermossen aber solch land vor etlichen jaren durch ermelten Mgf. Albrechten nit allain dem Reich, sonder auch gemainer ritterschaft und dem loblichen orden were abhendig gemacht und wider die billichait in zeytlichait verwendet und dem konigreich Poln vermainter weyß uffgetragen worden, darvon were ich zu dissem mal nit gesinet vil wort zu machen, sonder setze in khainen zweyfel, iren fstl. Gnn., Gnn. und Gg. werent solche geschichten alle in frischer gedechnuß.

Was nun von ordens wegen und in sonderhait durch den hochwirdigsten fursten und herrn, meinen gnedigsten herren, den administrator etc. hochloblicher gedechnusen zu gepurlicher widerbringung abgewenter land allenthalben, und sonderlichen an dem ksl. camergericht, mit embsigem vlyß, costen und schaden fur muhe und arbeit furgewent und letztlichen ir fstl. Gn. mit recht erlangt und außgebracht hettend und waruff die sachen diser zeyt bestanden, das were offenbar und notori, und vor langem woll recht, zimlichen und billich gewessen, das iren fstl. Gn. und dem orden zu gepurlicher execution verholffen were worden.

Derohalben ich mich glychwill wiste zu erinern, das iren fstl. Gn. etc. vermög erzelter suspension ir erlangt recht, wiewoll wider iren willen und zu nit geringem nochtail des ordens were angestellt, das auch ir fstl. Gn. werent nebet anderm gnediglichen vertröst worden, das solche suspension nit lenger dan ain jar weren solte.

Das aber itzunder angeregte execution und erlangte rechten weiter und noch uff ain jar solte suspendirt werden, das were besonder zu disen zeyten, darinne die administration und das maistertumb vacirt, nit gering lestig und beschwerlich, were auch des underthenigsten versehns, die röm. kgl. Mt., ir

---

<sup>1</sup> *Walther von Cronberg.*

fstl. Gnn., Gnn. und Gg. wurdent solches dem lobwirdigen orden zu ferner beschwernussen nit fur billich achten noch sie, die gesandten, anstat irer gunstigen und gnedigen herren irer Mt. solches rathen, mit bith, sie, die stend, wolten die kgl. Mt. fur angesonen furhaben undertheniglichen bitten und ir Mt. von solchem begern abweisen. Das wurde der orden etc.<sup>a</sup>

Dan solte solches nit beschehen und die kgl. Mt. wurde in irem furhaben furtschryten und die erlangten acht und rechten weiter suspendiren, des ich mich khainswegs versech, noch das sie, gemaine stend, irer kgl. Mt. solches billichen oder zu thun rathen solten oder wurden, so konte oder wiste ich darin mitnichten zu bewilligen noch zu gehellen, sonder wolte hiemit bester form rechtens itzunt als dan und dan als itzundt darwider offentlich de non consentiendo protestirt und mich bezeugt und in sonderhait dem orden sein recht und gerechtigkeiten, wie sich geburt, vorbehalten haben.

<sup>b</sup>–Den 20. Aprilis etc. eodem anno.

Ist in gegenwirtigkeit gemainer stend den stetten under andern obgemelter suspension halben durch den maintzischen cantzler, namlichen das solche acht in betrachtung der geschwinden, beschwerlichen leuff uff ain jar zu suspendiren sey und das mitteler zeyt underhandlungen zu pflegen furgenommen werden soll, furgehalten worden.

Dargegen ich vermeldet mit der kurtze, das ich mich solches beschluß nit versehen hette, aber wie dem, so wolte ich von ordens wegen nochmals in dieselbigen mitnichten consentirt noch bewilliget haben, sonder erholte darwider mein nechst gethune [!] protestacion, mit bith, dieselbigen in der maintzischen cantzley mit vlyß zu protocolliren<sup>b</sup>.

[US:] Reinhart von Hausen Dr.

Ich hab auch daruff ain protestation in schriften [Nr. 301g] in gerurter cantzley ubergeben.

**301g** *Protestation des Gesandten des Hoch- und Deutschmeisters, Dr. Reinhard von Hausen, vor Kg. Ferdinand und den Reichsständen gegen die Suspension der preussischen Acht – Nürnberg, 1543 April 18/April 23*<sup>1</sup>

A Wien DOZA, Preußen 410/2, fol. 255r–257r (Kop.); AS v.späterer Hd. fol. 255r: Protestation herrn hoch- und teutschmeisters Walthers wider die suspension der preussischen acht, vor gemeinen reichsständten mundlich abgelegt aufm reichstag zu Nurnberg, den 18. Aprilis anno etc. 1543, und solcher gestalt und inhalts dieses auch schriftlich zur churmaintzischen canzley ubergeben, den 23. eiusdem.

<sup>a</sup> Hier bricht der Satz ab.

<sup>b–b</sup> V.a.Hd.

<sup>1</sup> Am 18. April erfolgte die mündliche Protestation im Reichsrat, am 23. April die schriftliche Übergabe der Protestnote in der Mainzer Kanzlei.

B Wien DOZA, Preußen 396/2, fol. 390r–392v (Konz.); DV fol. 392v: Protestacion wider die suspension der preussischen acht, muntlichen beschehen vor gemeinen stenden des Reichs, den 18. tag Aprilis, und laut dieser copley in die maintzisch canzley den 23. eiusdem zu Norenberg [*ubergeben*] anno 1543.

Was die röm. kgl. Mt., unser allergenedigster herr, sampt dem ksl. commißarien an euer fstl. Gnn. und Gg. under andern von wegen der preußischen acht und suspension derselbigen itzunder genedigst haben laßen gesinnen und begeren, das hab ich als ein gesanter weilandt des hochwirdigsten furstens, meines genedigsten herrns, H. Walthers von Cronbergs, Adm. des hochmeisterthumb in Preußen und meister teutschs ordens in teutschen und welschen landen hochloblicher gedechtnus und dero ordens neben euer Gnn. und Gg. angehort. Und hett mich (besonder itzo zur zeit des abschiedts) solches ansinnens mitnichten wol vil mehr vertrust und versehen, iren fstl. Gn. und dem orden solte der billichkeit noch vor langest zu iren erlangten rechten wider ermelten marggraven zu wircklicher execution verholffen worden sein, in bedenckung, das je solcher orden biß anher gemeiner ritterschaft teutscher nation nit ein geringe uffenthaltung gewesen und noch, anfengklichs auch durch denselbigen gemelte landt zu Preußen zu unserm hl. christlichen glauben dem Hl. Röm. Reich teutscher nation mit vil bludtvergißens untzalbarer deren [*vom*] adel gebracht<sup>a</sup>, und darzu mit großem mercklichem uncosten etlich hundert jar bey dem Hl. Reich erhalten. Welchermaßen aber solch landt und leut nit allein dem Röm. Reich, sonder auch dem wirdigen orden als dem rechten naturlichen herrn vor kurtze jaren durch ermelten Mgf. Albrechten entwendt, abhendig und andern potentata underwürfflich gemacht worden, davon ist dießer zeit euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. als diejhenen, so aller solcher kunthbaren und offenbaren sachen hievor [*nach*] notturft bericht sein, one noth vil zu vermelden.

Und wiewol hochemelter mein genedigster herr loblicher gedechtnus die suspension der erlangten acht ertzelter maß gedulden mußten, so ist doch daßelbig wider ire Gn. und des ordens willen beschehen und hett sich ire fstl. Gn. mitler zeit wol versehen, dem orden wurde beschehen erbietten noch zu iren rechten und der billichkeit verholffen worden sein.

Die weil aber angeregte acht ferner und noch weitter uff ein jar zu suspendirn und anzustellen gesonnen wurdet, welches dem orden zum hochsten beschwerlich, so ist anstatt deßelbigen teutschen ordens mein underthenig bitt, euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. wollen nit allein solch beschehen ansinnen nit rathen, sonder vilmehr ir kgl. Mt. darfur undertheniglichen und wie obvermelt zu verhelpung erlangter rechten bitten.

Das werdent meine genedig und gunstig gebittende herrn des ordens umb ir kgl. Mt., euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. underthenigst, underthenig, dinst- und freuntlich zu verdienen und beschulden niemermer vergeßen.

<sup>a</sup> Aus B, in A irrtümlich: gebraucht.

Solte aber hieruber ir Mt., euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg., des ich mich von ordens wegen ganz nit versehe, die erlangte acht und proceß begerter maßen weitter anstellen werden, so weis ich in namen wie ob in solche suspension keinswegs zu bewilligen noch zu gehellen, sonder wil hiemit itzundt als dan und dan als itzundt bester form rechtens de non consentiendo darwider und dagegen vor euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. öffentlich protestirt und mich bezeugt, dem orden auch alle seine recht und gerechtigkeiten reservirt und vorbehalten haben<sup>2</sup>.

**301h Urkunde Kg. Ferdinands zur einjährigen Suspension der preußischen Acht – Nürnberg, 1543 April 23**

*Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBAA 1 (= Kasten 6), (Ausf.); AS: Röm. kgl. Mt. suspension der preussischen acht etc. noch ein jar langk etc. Actum Nurnbergk, den 27. [!] Aprilis 1543.*

Wir Ferdinand [...] bekennen mit disem offen brieff und thuen khundt alleremeniglich: Alß die röm. ksl. Mt. etc., unser lieber brueder und herr, auf dem jungstgehalten reichßtag zu Regenspurg mit rath gemainer reichßstende die acht gegen Mgf. Albrechtn von Branndenburg von wegen des landß zue Preussen auf ain jar lang suspendiert [*RTA JR Bd. XI, Nr. 326, Nr. 328*] und in zeit solcher jarßfrist durch etliche in sonderhait dartzue verordente commissarien zu guettlicher hinlegung und erörterung der sachen furgangen und gehandelt werden sollen, und aber dasselb nit beschehen, auch seidhero der Adm. des hochmaisterampts in Preussen tods abgangen<sup>1</sup>, das wir demnach abermalen mit rath und bewilligung der reichßstende solche acht noch auf ain jar lang, von dato an tzu raitn, suspendiert haben, wissentlich in kraft ditz briefs, also das in zeit solcher jarsfrist in diser sachen allermassen furgangen und

<sup>2</sup> *Da der Gesandte Dr. Reinhard von Hausen mit seinem Anliegen bei König und Reichsständen nicht durchdrang, erhielt der am 16. April zum Nachfolger Cronbergs gewählte Wolfgang Schutzbar vom RKG-Prokurator Dr. Adam Wernher von Themar nach dem Ende des RT eine Kopie des kgl. Mandats zur Suspension der Acht (Nr. 301h, Anm. 2) zugestellt. Siehe das Schreiben Dr. Adam Wernhers von Themar an Wolfgang Schutzbar, Speyer, 1543 Mai 9, in: Wien DOZA, Preußen 396/2, fol. 394rv (Ausf. mit Siegel); AV von späterer Hd. fol. 394r: Procurator zu Speyer communicirt die von röm. kgl. Mt. dem cammergericht insinuirte uff noch 1 jahr prolongirte suspension der achtexecution wider Mgf. Albrechtn von Brandenburg.*

<sup>1</sup> *Der am 6. Dez. 1527 durch Karl V. zum Adm. des Hochmeistertums in Preußen ernannte Walther von Cronberg verstarb am 4. April 1543 in Mergentheim. Sein Nachfolger Wolfgang Schutzbar, gen. Milchling, Pfennigmeister im Türkenzug 1541, wurde am 16. April 1543 zum Hochmeister gewählt; er verstarb am 11. Febr. 1566 in Mergentheim. Zur Wahl des neuen Deutschmeisters siehe: J. VOIGT, *Geschichte des Deutschen Ritterordens*, Bd. 2, S. 94-96.*

gehandelt werden, wie auf vorige der ksl. Mt. suspension beschehen sollen<sup>2</sup>. On geverde mit urkhundt ditz briefs, besigelt mit unserm zurugkh aufgetruckhtn insigel.

**301i** *Der kursächsische Gesandte und Kanzler Dr. Melchior von Ossa an Hg. Albrecht von Preußen wegen einjähriger Suspension der preußischen Acht – Nürnberg, 1543 dornstags nach Cantate (April 26)*

*Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A 4 (= Kasten 209), (Ausf.); DV: Melchior von Osse, kfl. cantzler, zeigt an, das er bey den reichsstenden neben andern vorfürdern hat helfen, damit die vermeinte acht, so man sich wider fstl. Dt. zu Preussen understanden, uff ein jar suspendirt worden. Datum Nurnberg, Dornstag nach Cantate anno etc. 43.*

Als euer fstl. Gn. durch ire dinere alhir bei der röm. kgl. Mt., auch den stenden des Hl. Reichs umb suspension der varmeinten acht, der mann sich widder euer fstl. Gn. understanden, angesucht und von deme durchlauchtigisten Kf. tzu Sachsen, meinem gnedigsten herrn etc., ich sonderlichen bevelch gehabt, solchen handel tzu euer fstl. Gn. besten tzu fordern helfen, welchem nach ich nicht underlassen, bei den gesanthen der Kff. Coln, Trier und Pfaltz<sup>1</sup>, die mit einbildung der itzigen sorglichen leufte und viler andern umbstende tzu bewilligung gesuchter suspension tzu vermogen, antzuhalden. Die sich auch hirauf dorinne fordersam ertzeiget und also im churfurstenradt und dann – in ansehung, das auch im furstenradt durch das meher – erhalten, das bemelte acht auf ein jhar langk suspendirt, ungeachtet was der gesanthe des deutzschen ordens dargegen vorgewanth. Mitlerweile kann man mit hülfe des almechtigen Gottes hirinne weither bequeme mas finden. Es haben sich auch euer fstl. Gn. gesanthe in disen euer fstl. Gn. sachen gantz fleissig ertzaigt.

<sup>2</sup> *Kg. Ferdinand adressierte auch ein Mandat an Kammerrichter und Beisitzer des RKG, in welchem er die Exekution der Acht gegen Mgf. Albrecht von Brandenburg für ein weiteres Jahr suspendierte, Nürnberg, 1543 April 22, in: Wien DOZA, Preußen 410/2, fol. 268r (AS), fol. 269r (Kop.).*

<sup>1</sup> *Es gelang dem kursächsischen Kanzler nicht nur, die glaubensverwandten und mit Hg. Albrecht verwandten Reichsstände zur Verlängerung der Suspension der Acht zu bewegen, sondern – mit Ausnahme des Kf. von Mainz – auch die anderen Kurfürsten. Somit setzte sich die Mehrheit im Kur- und im Fürstenrat zu Gunsten Hg. Albrechts und gegen den Deutschmeister ein.*

## X.C Jurisdiktion des Reichskammergerichts

### 302 *Der Streit um das Appellationsrecht der Stadt Maastricht an das Reichskammergericht und die Causa Vrentz*

*Der Prozess des Maastrichter Ehepaars Vrentz<sup>1</sup> beschäftigte die Reichsstände vom Augsburger Reichstag 1530 bis zum Speyerer Reichstag 1544. Die Stadt Maastricht, bis 1530 unter der Doppelherrschaft der Bff. von Lüttich und der Hgg. von Brabant, konnte sich Freiheiten erkämpfen, die von beiden Obrigkeiten anerkannt wurden. Durch ein Inkorporationsmandat Karls V. vom 1. Juli 1530 wurde Maastricht allerdings dem Herzogtum Brabant und der landesherrlichen Jurisdiktion des Kaisers unterstellt, wodurch den Untertanen der Stadt eine Appellation an Reichsgerichte verboten war, was nicht zuletzt auch die Rechte des Kammergerichts und des Bf. von Lüttich verletzte. Stadt und Bischof solidarisierten sich und konnten die Reichsstände im Streit um das Appellationsrecht auf ihre Seite bringen, während Kaiser Karl V. bzw. seine niederländische Statthalterin Kgn. Maria mit Hinweis auf ihre landesherrlichen Jurisdiktionsrechte die Kontrahenten in diesem Streitfall bildeten. Erst auf dem Speyerer Reichstag von 1544 konnte der Rechtsstreit, der wegen der Frage des Appellationsrechtes an das Reichskammergericht gegen die Entscheidungen territorialer Gerichte reichsrechtliche Relevanz besaß, durch kommissarische Vermittlung mit einem Vergleich beigelegt werden (RTA JR Bd. XV, Nr. 483–484).*

### 302a *Gegendarstellung der Gesandten Kgn. Marias zur Supplikation der Erben von Dionysius und Helwig Vrentz<sup>1</sup> – verlesen im Reichsrat Nürnberg, 1543 Febr. 20<sup>2</sup>*

A *München HStA, KBÄA 3159, fol. 372r–387r (Kop.); AS: Der kgl. Wd. zu Hungern und Beheim etc., regentin der röm. ksl. Mt. im Niderland, gesanten bericht an di röm. kgl. Mt. und gemaine stand deß Reichs auf supplicatzion*

---

<sup>1</sup> *Geschichte und Hintergrund der Causa Vrentz sowie Literaturangaben, Erklärungen und Aktenstücke finden sich in folgenden RTA-Bänden: zum RT 1532: RTA JR Bd. X, Nr. 157–160, S. 739–748; zum RT 1541: RTA JR Bd. XI, Nr. 363, S. 1788–1800; zum RT Speyer 1542: RTA JR Bd. XII, Nr. 272a–c, S. 1143–1146; zum RT Nürnberg 1542: RTA JR Bd. XIII, Nr. 197, S. 881f.; zum RT 1544: RTA JR Bd. XV, Nr. 479–484, S. 2077–2095.*

---

<sup>1</sup> *Die als zeitgen. Druckschrift verbreitete Supplikation der Kinder von Dionysius und Helwig Vrentz wurde am Ende des Nürnberger RT von 1542 am 26. Aug. übergeben, aber nicht mehr verlesen und behandelt; in: RTA JR Bd. XIII, Nr. 197. Die Causa Vrentz wurde damals auf den kommenden RT in Nürnberg verschoben. Die Gesandten Kgn. Marias, Dr. Viglius van Zuycchem und Weirich von Kriechingen, die sich auf ihrer Reise nach Nürnberg in Speyer aufhielten, berichteten von dort am 16. Nov. 1542 an Kgn. Maria: [...] Mais*



[!] der Vrentzen erben wider di stat Maastricht. AV: Actum Nurnberg, den 27. Februarij anno 43<sup>3</sup>.

- B Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 6, unfol. (Kop.). AS wie in A.  
 C Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 102r–120v (Kop.); AS wie in A.  
 D Amberg StA, Reichssachen 100, Prod. 19, unfol. (Kop.). Marg. AV: Lectum den 24. Februarij. ÜS wie AS in A.  
 E Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 130r–145r (Kop.). ÜS fol. 131r wie in A.  
 F Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 52r–73r (Kop.); AS fol. 52r wie in A. AV fol. 52r: Der röm. kgl. Mt. etc. zu Nuremberg am 16. tag Februarij anno 1543 uberantwort. Praes. 19. Februarij anno etc. 43 ad cancellariam Moguntinam et praes. 20. Februarij in conventu statuum.

Druck: L. GROß/R. VON LACROIX, *Urkunden*, Bd. 1, Nr. 303, S. 211–224.

Übersetzung ins Lateinische: Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 74r–88r (Kop.); AS fol. 74r: Declaratio iurium et privilegiorum ducatus Brabantiae et oppidi Traiectensis ad Mosam [...] contra liberos et haeredes Dionysii Vrentzen etc.

*Da die Kinder und Erben von Dionysius Vrentz bereits auf mehreren Reichstagen Supplikationen gegen die Stadt Maastricht vorlegten<sup>4</sup>, wollen die Gesandten Kgn.*

pour ce que entendions des aucuns que led. roy pour certaines causes avoit prorogué lad. journée, ne nous avons voulu plus eslonguer et cependant commencé de besoigner icy à Spirez ès certains affaires touchant nostre commission comme celluy de Maastricht, ayans entendu que les héritiers de Dionys Vrentz de rechief font imprimer une supplication fameuse pour présenter aux estatz de l'Empire en la diète future. Mais de nostre part ne cesserons, autant qu'il sera en nous, de diriger led. affaire à bonne fin et informer au plain les estatz des droitz et privilèges tant de la duché de Brabant comme de lad. ville de Maastricht, selon que avons charge de vostre Mté. [...]. In: Brüssel AG, *Papiers d'Etat et de l'Audience* 120, fol. 127r–130v, hier fol. 127r (nicht ausgefertigtes Or. v.d.Hd. Zuychems mit nachtr. Korr. u. Erg. v.a.Hd.).

<sup>2</sup> Die burgundische Gegendarstellung zur Supplikation der Vrentzen wurde Kg. Ferdinand bereits am 16. Febr. übergeben, am 19. Febr. erfolgte die Einreichung des Aktenstücks in der Mainzer Kanzlei und am 20. Febr. 1543 wurde es im Reichsrat verlesen. Zu diesen verschiedenen Datumsangaben siehe den AV in Überlieferung F, ferner das Württemberger RT-Protokoll zum 19. Febr. (Nr. 84a, fol. 8r), das CA-Protokoll Lambs zum 20. Febr. (Nr. 86c, fol. 270v) und das Würzburger Protokoll zum 20. Febr. (Nr. 81, fol. 9v). Laut dem Bericht der sächsischen Gesandten an Hg. Moritz vom 27. Febr. 1543 (Nr. 371) verordneten die altgläubigen Reichsstände am 23. Febr. die Bildung eines Ausschusses zur Behandlung der Causa Vrentz:

<sup>3</sup> Die Abschrift des umfangreichen Aktenstücks durch die Reichsstände erfolgte in der letzten Februarwoche, wozu offensichtlich mehrere Tage nötig waren, was die unterschiedlichen Datumsangaben der einzelnen Überlieferungen erklärt.

<sup>4</sup> Siehe die Vorbemerkung oben S. 1268. Die Kinder des Ehepaars Vrentz reichten in Nürnberg 1543 die erfolglos gebliebenen Supplikationen der vergangenen Reichstage nochmals in gedruckter Form ein. Die auf dem letzten Nürnberger RT 1542 übergebene

*Marias, ohne lange die Geschichte und die Gründe für diesen Streitfall zu wiederholen, in einem Gegenbericht auf diese Supplikationen die Rechte des Kaisers als Hg. von Brabant darlegen.*

[375v] Und diweil aber durch dise irrung di ksl. Mt. in irn gerechtigkeiten und freihaiten deß hertzogthums Bra[bant] und der stat Mastricht hochlich turbiert und di parteien selbs dise sachen an gmaine stend gelangt und das camergericht verlassen, so haben ir kgl. Wd. der ksl. Mt. gerechtigkeit gmainen stenden jetzund gruntlich zu entdeckhen auch nit wollen unterlassen. Und ist diser streit, wie von etlichen unverstendiglich davon bißher geret worden, nit, ob gemelte stat Mastricht zu dem Reich on mittl oder zum h[erzogtum] Brabant gehört, sunder nur allain von wegen ains [376r] schopfengerichts daselbs, so man sunst das brabantisch gericht nent, und ob vom selbigen soll oder mag gen Ach [= Aachen] und von dannen verrer als ain reichsstat am ksl. camergericht appellirt werden. [...].

[376v] Und erstlich ist je die lautter warhait, daß dise stat Mastricht nie fur ain frei- noch reichsstat gehalten worden noch bei jetzigen oder vorigen zeitten ye in deß Hl. Reichs registern oder anschlegen befunden noch auch diselb sich sollichs je angemast, auch kain privilegio oder freihait, so derselben stat von röm. kaisern oder konigen zu sollichem end gegeben, ye furgebracht oder yemands sich ye berumbt gehabt, sunder von allen zeitten hero fur ain furstliche stat deß h[erzogtums] Brabant von meniglichen gehalten und nichts anderst je ainich mensch mit grund hat konnen sagen (doch dem stift Luttrich seine besondere gerechtigkeit das[elbst] damit unwidersprochen).

*Anführung historischer Argumente, die belegen sollen, dass Maastricht seit den Zeiten Pippins und Karls des Großen zum Herzogtum Brabant gehörte und die Appellation an Reichsgerichte immer schon verboten war.*

[386r] Dem allem nach erholt die kgl. Wd. ir vorig vilfeltig protestation der nichtigkeit aller obgemelter durch di Vrentzen erlangten processen. Und ist ir kgl. Wd. anstat der ksl. Mt. hochvleissig pitt und begern, zu mererm und gwiserm grund comissarien zu besichtigung obangezogner privilegien

---

*Bittschrift (siehe oben Anm. 1) war wegen des Versammlungsendes nicht mehr verlesen worden und die Familie Vrentz erhielt keinen Bescheid der Reichsstände auf ihre Eingabe. Dr. Johann von Naves berichtete dazu an Kgn. Maria nach dem Ende des Nürnberger RT von 1542, dat. Speyer, 1542 Aug. 31: [...] Les héritiers de Dionisius Vrentz sont venu[s] aud. Nornberg à la fin de la journée et le jour de la publication du recez présentaient requeste au roy et aux estatz. J'aiz remémoré le chancellier de Méance du décret des estatz [Speyer, 1542 April 5, in: RTA JR Bd. XII, Nr. 272b] donné à la journée tenue en ceste cité, afin qu'on ne décerna riens contraire à icellui, lequel votre Mté entendra ensuyr et à la prochaine journée impériale, que se tiendra à Nornberg le 14 de novembre, faire desuire le droit de l'empereur. Led. chancellier en fera son devoir. Aussi veu la conclusion de la journée et le départ des estatz, l'on ne scauroit bonnement décerner quelque chose, mesmement de telle importance. [...] In: Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 120, fol. 103r–104v, hier fol. 104r (Ausf. v.d.Hd. Naves).*

[386v] und aller ander hieoben vermelter handlungen furderlich zu verordnen und di obermelten parteien auf solchen gnugsame[n] und rechtmessige[n] bericht diß schreien und nachlauffen verner nit gestatten, sunder diselben mit gepurlichem einsehen davon zu weisen und die vermainte acht und proceß als nichtig und unwerd halten und bei vorgescheen deß ksl. camergrichts cassation nochmals pleiben lassen. Und damit hinfurter di gemelte stat solches unrat uberhebt und bei gemainen rechten, ksl. freihaiten, ir bestettigtem statrecht und altem herkomen und gebrauch belangend die appellation pleiben und die ksl. Mt. (so sunst andern stenden ir freihait miltiglich bestettigt) in irn erblichen landen derselbigen hinfurter gleicherweis unturbirt gelassen und sollich unpillich verunglimpfens bei gmainen stenden uberhebt, di kgl. Mt. und gmaine stend wollen ir kgl. Wd. anstat ksl. Mt. als Hg. in Brabant und von wegen der stat Mاسترخت und vilgerurts gericht obangezogner gerechtigkeit und freihaiten geburlich urkund am ksl. camergericht und anderstwo, wo vonnoten zu gebrauchen, gnediglich mittailn und dise sach und irrung, damit di stat Mاسترخت diß mutwilligs appellirns und umbtreibns nit mer zu gewarten hab, [387r] ainmal zu entschafft und rue verschaffen. Das werden ungezweifelt di ksl. Mt. von der röm. kgl. Mt. zu freuntlichem und bruderlichem danck und von gmainen stenden zu gnedigstem willn aufnehmen und di kgl. Wd. freuntlich und gnediglich zu beschulden alzeit genaigt sein.

**302b Vortrag der Gesandten Kgn. Marias vor den Reichsständen bei Übergabe der Gegendarstellung in der Causa Vrentz (ad Nr. 302a) – Nürnberg, 1543 Febr. 20**

*Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 50r–51v (Kop.); DV fol. 51v: Mundtlich furtrag in causa Mاسترخت anno 1543 20. Februarij auf dem reichstag zu Nuremberg coram statibus imperii.*

Die röm. kgl. Mt. etc., unser allergnedigster herr, hat uns vor etlich tagen weiland Dionisii Vrentzen erben supplication wider die statt Mاسترخت [RTA JR Bd. XIII, Nr. 197], ir kgl. Mt. und gemeinen stenden uberantwurt, zustellen lassen und daruff bericht zu geben bevolhen. Nun haben wir aber auch sunst von unser gnedigste frau, der Kgn. Maria, regentin in Niderland, bevelch, sover diser sache halben ferner anregung geschehe, der<sup>a</sup> kgl. Mt. und gemeinen stenden der röm. ksl. Mt. des hertzogthumbs Brabant und der statt Mاسترخت gerechtigkeit, freihait, herkhomen und gepreuch anzusaigen, und hat ir kgl. Wd. uns deshalb genugsame, glaubwirdige schein darumb mitgeben. Dieweil wir dan auch vernomen, wie diese sach gemeinen stenden bisher vil anders, dan die in sich selbst geschaffen, furgebracht und eingebildet worden, mit verunglimpfung der ksl. Mt. regirung, auch allerlay unrath ir Mt. underthanen

<sup>a</sup> *In der Vorlage irrtümlich: die.*

in obberurter statt Mastricht zuegefüegt, haben wir nit kunnen underlassen, bey euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. umb offne audientz anzusuchen, damit solcher misverstandt erloschen und meniglich der ksl. Mt. gerechtigkeit desto besser berichtet wurde. Und haben dieselbige in einer schrift verfast [Nr. 302a], so wir hiebevord der kgl. Mt. in gleicher form wie diese zuegestellt, undertheniglich und vleissig bittend, dieselbe verlesen zu lassen und wol anzumercken.

Aus jetzt verlesener schrift haben euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. den ungrund [= *Unrecht, Rechtsirrtum*] der supplicierend erben, und wie unbillich die statt Mastricht und der ksl. Mt. regirung, auch unser gnedigste frau mit dieser sachen gemeinen stenden getragen ist, abzunehmen. Dieweil dan derselben gerechtigkeit offenbar, bitten wir, der ksl. Mt. underthanen bey ire rechten, freyhaiten und herkomen bleiben zu lassen und dasjhenig, so darin gepetten, gnediglich und gunstiglich zugeben. Es werden auch die commissari, so hierzu wie begert verordnet werden, alles wie oben gemelt befinden. Und soll auch, was sunst zu hinlegung dieser sache dienstlich ist, bey uns nichts erwinden, euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. zuverlessig und furderlich, auch gnedig und gunstig antwort undertheniglich und dienstlich begerend.

**302c *Der Verweser des Kammerrichteramtes und die Beisitzer des Reichskammergerichts an die Reichsstände in der Causa Vrentz – Speyer, 1543 März 6/verlesen Nürnberg, 1543 März 18***<sup>1</sup>

*Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 102r–104v (Kop.).*

Als euer kfl. und fstl. Gnn., Gnn., Gg. und ir vergangner tagen uns uf der kgl. Wd. zu Hungern und Behem, der röm. ksl. Mt., unsers allergnedigsten herren niedern erblanden regentin, verordnete rethe beschehen geschrieftlich anbringen [Nr. 302a] von wegen etlicher proces und achturtheiln, so weilandt Dionisi Vrentz und Helwig, sein hausfrau, an dem ksl. chambergericht erlangt und außbracht, umb notturftigen gegrundten bericht geschriben und wir uns in unserm nechtigen [= *vorigen*] schreiben dieselben, zum ehesten es muglich, zu thun erbotten, demnach haben wir alle und jede acta in berurter sache fur die handt genommen und daraus aller vor uns geubter handlung ein warhaften, bestendigen außzugk, uf das kurztest es geschehen mögen, begriffen, welchen euer kfl. [und fstl.] Gnn., Gnn., Gg. und euch wir hiebei verwart überschicken, aus welchem euer kfl. [und fstl.] Gnn., Gnn., Gg. [und] ir gnediglich und gunstighen zu vernemen, das zwischen jetzgedachtem Vrentzen und Philippsen von Lindaw, seinem widertheil<sup>2</sup>, vor uns der haubtsachen halben noch derzeit nichts

<sup>1</sup> *Verlesedatum des Schreibens vor den Reichsständen laut RT-Protokoll Lambs vom 18. März 1543: Nr. 86a, fol. 279v.*

<sup>2</sup> *Rechtsstreit der Familie Vrentz (Dionysius, seine Frau Helwig und deren Erben) gegen Maastricht wegen eines Urteils des brabantischen Gerichts zu Gunsten Philipps von Lindau betr. das Erbe eines Hauses und einiger Liegenschaften in Maastricht. Der Streitfall*

gehandelt, auch wir derselben auß mangel der gerichtsaften erster instantien khein wissens haben mögen. *Schilderung des Konflikts zwischen Schultheiß und Schöffen des brabantischen Gerichts und den Vrentzen.*

So haben dem allem nach zu jeder zeit gewessne chammerrichter und beysitzer, auch wir, den clagenden partheien uf solch beharlich ungehorsam recht und gerechtigkeit unserer schuldigen pflichten nach mitzutheilen und also uf der erscheinenden partheien anruffen wider die ungehorsame und nit erscheinende, furnemlich auch dieweil wir in casu notorii nit gewesen, auch noch nit sein, aus rechtmessigen gegrundten ursachen (die wir dieser zeit anzuzeigen von unnötten achten) angeregter massen und gestalt mit gerichtlichen processen und declaration urthailen zu handeln und zu volfaren mit keinen fugen umbgehen mögen, auch dardurch weder hochemelter konigin und regentin oder sunst jemant andern zu clagen billiche ursachen geben, sonderlich in betrachtung, das jetz angezogne des hauses Brabants freiheiten und gerechtigkeiten mit diesem urthailn nit begriffen, auch uber dieselben noch derhalben, dieweil sie (wie obangezeigt) nit fur uns khommen, khein erkanthnus geschehen.

Solchs alles euer kfl. und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. und euch uf ir gnedigs, gunstigs, freuntlichs begern wir zu underthenigem, warhaften und gruntlichem bericht nit verhalten wöllen, ungezweivelter zuversicht, euer kfl. und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. und ir werden daraus sovil befinden, das des ksl. chammergerichts process und urthailn nit nichtiglich, sonder rechtmessig erkanth und ergangen, auch begertter massen nit sollen noch mögen cassirt und ufgehoben werden. Und wollen neben dem euern kfl. und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. und euch gelegenheit des haubtstreits, ob und was dem Hl. Reich an solchen appellationen gelegen, auch wie den partheien geholfen und die [zu] rhue und frieden khommen mögen, haimgestellt und das gericht und uns denselben euren chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. in underthenigkeit bevolhen haben.

[US:] Euer kfl. und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. underthenigste, underthenig und willige cammerrichtersampts verwesers und die beysitzer ksl. chammergerichts.

### 302d *Entgegnung der Vrentzen Erben auf die Darstellung der Gesandten Kgn. Marias (ad Nr. 302a) – Nürnberg, 1543 April 1*

*Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 194r–226r (Kop.); AS fol. 194r:* Gegenbericht uff des vermeint schrieftlich furbringen, so jungst am 20. Februarij von wegen der allerdurchleuchtigsten furstin und frauen, frauen Marien, zu Hungern und Behem Kgn. etc., der röm. ksl. Mt., unsers allernedigsten herren stathalterin und regirerin in nieder erblanden, durch deren kgl. Wd. gesandten

---

*wurde von der Familie Vrentz vom brabantischen Gericht zunächst vor das Gericht in Aachen gebracht, welches die Causa wegen mangelnder Zuständigkeit an das RKG weiter verwies: siehe RTA JR Bd. XV, Nr. 479, S. 2077f., Anm. 1.*

alhie zu Nurmberg fur des Hl. Reichs stenden wider die armen, ellenden, veriaten und undergedruckten, die Vrentzen erben, on allen grundt beschehen ist, in sachen die arme Vrentzen erben contra burgermeister, geschworen gantzer rathe, auch schultheis und scheffen des brabantischen gerichts und gantze gemein der stat Mastricht erkannte, erclerte und offentliche denuntierte achtern etc. *AV v.a.Hd.* Transmissum ex cancellaria Moguntina primo [*die*] Aprilis 1543.

*Die am 20. Febr. 1543 von den Gesandten Kgn. Marias den Reichsständen übergebene Darstellung der Rechte des Hg. von Brabant und der Stadt Maastricht (Nr. 302a) widerlegen sie zum wiederholten Mal mit folgendem Fazit:*

Dieweil nu dem also, das wir uns uf alle ergangen handlung, furnemlich uf die gerichtsaften am ksl. chamengericht, darzu uf die offenbare recht ziehen, so ruffen wir trostlösen, veriaten, verderbten und vergwaltigten armen euer chur- und fstl. Gnn., Gnn., Wdd. und Gg. hiemit allerunderthenigst, umb Gottes willen bittend, die wollen als löbliche stende des Hl. Reichs und denen Gott der Almechtig am meysten und zum fordersten iren gwalt darumb verleihen hat, das sie die armen, verdruckten, vergwaltigten und tröstlosen bey recht schutzen, schirmen und erhalten sollen, unser armen sach gnedigst, gnediglich und gunstiglich zu hertzen fueren, daran sein und verhelfen, das wir bei unserm erlangten rechten bleiben mögen<sup>1</sup> und uns vermöge unser hievor ubergebner supplication unser genommen hab und guetter on entgeltung wider zu unsern h[anden] und dan in dieser sach die represalien, so euer chur- und fstl. Gnn., Gnn., Wdd. und Gg. uf nechst hievor gewesen speierischen reichstag uns einhelliglich erkhannt haben [*RTA JR Bd. XII, Nr. 272b*], on ferner hindernus in bester form mitgetheilt werden, damit wir uns deren zu unserm rechten und der notturft prauchen mögen.

*Schlussformel mit der Bitte um Antwort.*

[*US:*] Euer chur- und fstl. Gnn., Gnn., Wdd. und Gg. arme veriatge.

**302e** *Stellungnahme der Gesandten Kgn. Marias zum Schreiben des Reichskammergerichts (ad Nr. 302c) und zur Replik der Vrentzen Erben (ad Nr. 302d) vor Kg. Ferdinand und den Reichsständen – Nürnberg, 1543 April 10<sup>1</sup>*

A *Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 227r–246v (Kop.); AS fol. 227r: Anderer bericht der kgl. Wd. zu Hungern und Behem etc., regentin im Niderlande gesanten belangend ksl. Mt. als Hg. in Brabant und der stat*

<sup>1</sup> *D.h. die Exekution des Achturteils gegen die Schöffen des Brabanter Gerichts.*

<sup>1</sup> *Die Datierung ist unsicher, da der Datumsvermerk in A nur schwer zu entziffern ist. Von späterer Archivarshand findet sich der AV: 1. Aprilis 1543. Das Datum 18. April in C könnte sich auf die Abschrift des Aktenstücks oder auf den Erhalt in der Kanzlei des Bf. von Augsburg beziehen.*

Mastricht gerechtigkeit und freiheit wider Dionisius Vrentzen kyndern und erben. *AV v.a.Hd. fol. 227r*: 10. Aprilis anno 1543 Nurembergae.

- B *Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 146r–160v (Kop.)<sup>2</sup>; AS fol. 146r wie in A.*  
C *Augsburg StA, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand, Lit. 1105, unfol. (Kop.); AV: 18. Aprilis anno 43.*

*Auf das Schreiben des Reichskammergerichts an die Reichsstände in der Causa Vrentz (Nr. 302c) und auf die Replik der Vrentzen (Nr. 302d) antworten die Gesandten Kgn. Marias wie folgt:*

Wiewoll nhun unser gnedigste frau nit gedacht, mit der parthei in disputation sich weitleufig einzulassen, so können wir dannoch in ansehung des unbeständigen furgebens der Vrentzen, darin sie ihr offenbare ungerechtigkeit mit schmeheworten und der unwarheit zu verdecken understehen, diser sachen euer kgl. Mt. und gemeyne stend ferners zu berichten und derselben vermeinth ongegründ und erdicht antragen mit kurtz ausfundig zu machen nit gar underlassen.

Und haben anfenglich euer kgl. Mt., kfl. und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. auß unser vorigen schrift gnugsam verstanden, auß was hohen, rechtmessigen und onableinlichen ursachen die ksl. Mt. diser parthei mutwillig appelliren nit hat können gestatten, und das eben dasjhenig, so die Vrentzen von wol hergeprachten alten satzungen, ordnungen und gebrauchten angeben, inen selbst am meisten zuwider ist. *Es folgen weitere Argumente gegen das Appellationsrecht der Vrentzen als Maastrichter Bürger an das Reichskammergericht.*

Dem allem nach erholen wir alle in unserm vorigen und itzigem bericht angezogene ursach der nichtigkeit aller und jeder processen und urtheil obgemelts chambergerichts. Und ist darauf nochmals unser underthenigst, underthenig und dienstlich bitt, euer kgl. Mt., chur- und fstl. Gnn., Gnn. und Gg. wellen gestalt diser sachen, nach leng in unserm vorigen und disem andern bericht gnugsam entdeckt, eigentlich verstehen und daneben vermercken, welchermassen hierinn ein neuerung des appellirens gesucht, die doch kein furst im Hl. Reich wurde noch konte gestatten und, wo ime ein sollichs in seinem gepiet gleicherweiß begegnen, villeicht ein scherpfers einsehen wider die muttwilligen und ungehorsame underthanen und verursacher, dan bisher von der ksl. Mt. beschehen ist, thun wurde. Dweil dann auch mit rath, zuthun und bewilligung des Bf. von Lutlich alle sachen in der stadt Maastricht zu ruhe gestellt und darneben die belehenung, wie von alters herkhomen, vor ergangnem urtheil gehn Ach erlaubt und nie kein rechtförmig noch warhaftig appellation dahin gekhomen und das gemein recht und die reichsordnung, auch gemaine des hertzogthumbs Brabant und besondere der stat Maastricht privilegia und freiheit solcher vermeinten appellation entgegen seien und vermog derselben altzeit gehalten, geprauchet und hergepracht worden, unangesehen was die Vrentzen eyner vermeinten, doch

---

<sup>2</sup> *Auf der Titelseite fol. 146r befindet sich eine Auflistung der in der Causa Vrentz übergebenen Aktenstücke v.d.Hd. Bf. Valentin von Tetlebens.*

onbewisnen gewonheit halb haben furgeben. Und sunst durch diese parthei nichts in solcher kleinschetziger sach anderst wurd gesuecht, dann ired eigennutz halben ir vatterlandt in unfriden und verderben mutwilligklich zu pringen.

So wollen wir euer kgl. Mt. und gemaine stendt underthenigst, underthenig und dienstlich gepetten haben, die ksl. Mt. und derselben erbliche underthanen bey gemeinen des Reichs rechten und freiheiten pleiben zu lassen, derselbigen wir uns abermalen wie vor, so commisarii darzu geordnet werden, glaubwurdig schein furzulegen erpieten. Und dweil auß des ksl. chamergerichts extract [Nr. 302c], auch unserm vorigen [Nr. 302a] und jetzigem bericht [Nr. 302e] und der Vrentzen gegenbericht [Nr. 302d] gestalt diser sachen gnugsam verstanden mag werden, so bitten wir, es wollen gemeine stend dise sach furderlich fur die hand nemen und dieselbigen laut unser gnedigsten frau in vorigem bericht gethan begern zu rhue und ende schaffen.

**302f** *Resolution der Reichsstände im Maastrichter Jurisdiktionsstreit der Erben Vrentz – actum Nürnberg, 1543 Sambstag nach dem Sonntag Jubilate (April 21)*

*A* *Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 289r–290v (Kop.); DV fol. 290v: Decretum ordinum imperii in causa Maastricht. Sabbati [!] post Jubilate [April 21] anno 1543 Nurembergae.*

*B* *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 655r–656v (Konz. mit zahlreichen Korr. und Erg. v.d.Hd. Dr. Jakob Jonas); DV fol. 656v: Vrentzen sach halben abschid. Druck (laut B): L. GROß/R. VON LACROIX, *Urkunden*, Bd. 1, Nr. 304, S. 224f.*

Zu wissen: Nachdem sich zwischen Libert und Helwig, den Vrentzen, und ir mitverwanten von Maastricht gegen und wieder Bgm., rat und inwoner daselbst zu Maastricht rechtvertigung erhalten, welche gemelte Vrentzen und ire mitverwanten am ksl. camergericht furgenomen und urtheil erlangt haben, derwegen sie uff diessem reichstage alhie bey den churfurstenrethen, fursten, stenden und der abwesenden botschaften vielfaltig ansuchen gethan, das inen zu irem erlangten recht verholffen wurd. Dargegen aber der durchleuchtigsten, hochgeborne[n] furstin und frauen, frauen Marien, Kgn. zu Hungern und Behem etc. witiben, röm. ksl. Mt. nidern erblandt gubernantin, unserer gnedigsten frauen rät und gesanten zu bemelter Bgm. und rat zu Maastricht entschuldigung allerlei furgebracht.

Demnach haben gemelte reichsstent einen ausschus verordnet, angeregte irrung in der gutte hinzulegen und zu vertragen. Als aber berurte Vrentzen ein schrieflichen gewalt furbracht, darin ire mitverwanten weiter nit willigen, dan das sye umb executores und repressalien von irentwegen die zu erlangen ansuchen sollen, derhalb aus mangel gewalt der erscheinenden personen nichts fruchtbar in der gutte gehandelt mögen werden, haben der churfürsten rethe, fursten und gemeine stend obbemelten beiden theilen diessen abschit geben:



Es werden die visitatores des ksl. camergerichts den dritten tag Julij<sup>1</sup> schirst-komen zu Speier sein. Dahin sollen von hochgedachter kgl. Wd. etliche bevelchshaber verordent werden und die gedachte Frentzin und ire mitpartheien auch erscheinen oder, wo sie samptlich daran verhindert wurden, die erscheinende von den andern iren mitverwanten gnugsam schein und gewalt, sich in gutlich handlung inzulassen, furprengen. Darauf sollen die geordente visitatores macht und gewalt haben, inen auch hiemit bevolhen und ufferlegt sein, obbelmelte teil angeregt irer spruch und vorderung in der gutt zu vergleichen und zu vertragen und, wo die gut entstunt, belmelte Frentzen und ire mitverwanten ferner zu weisen, wie inen zu iren erlangten rechten nach laut des Hl. Reichs ordnung verholffen werden solt. <sup>a</sup>Und in sonderheit sollen sie camerrichtern und beisitzern des ksl. camergerichts bevellen, gedachten Frentzen vermog des Reichs ordnung verner zu verhelfen<sup>a</sup>.

Meintzische cantzlei.

**302g *Supplikation der Gesandten Kgn. Marias an Kg. Ferdinand um Aufhebung des Achturteils gegen Maastricht – Nürnberg, o.D. (1543 nach April 21)***<sup>1</sup>

Brüssel AG, *Secrétairerie d'Etat allemande* 776, fol. 321r–322v (Kop.); DV fol. 322v: Supplication an röm. kgl. Mt. kgl. Wd. zu Hungern und Beheim etc., regentin im Niderland gesandten <sup>a</sup>umb einstellung des mastrichtischen achts und execution, zu Nuremberg anno 1543 übergeben post recessum<sup>a</sup>.

*Die Gesandten übergaben im Auftrag Kgn. Marias vor einigen Wochen einen schriftlichen Bericht an Kg. Ferdinand und die Reichsstände mit Nachweis der alten Rechte des Hg. von Brabant und der Stadt Maastricht betr. das Verbot von Appellationen vom Maastrichter Gericht (Nr. 302a). Sie widerlegten auch die von den Vrentzen vorgebrachten Argumente und zeigten die Unrechtmäßigkeit des gegen Maastricht am Reichskammergericht ergangenen Achturteils auf. Obwohl die burgundischen Gesandten um Verordnung von Kommissaren ersuchten und zu einer gütlichen Regelung des Konflikts durch die Reichsstände beitragen wollten, scheiterte*

---

<sup>a-a</sup> B om.

---

<sup>1</sup> Datum des im RAb 1543 festgesetzten Termins für die Visitation des RKG (Nr. 404, § 33).

---

<sup>a-a</sup> V.a.Hd.

---

<sup>1</sup> Die Supplikation wurde nach der Resolution (= abschied, recessum) der Reichsstände in der Causa Vrentz (Nr. 302f) übergeben, die mit 21. April 1543 datiert ist (siehe den DV in Nr. 302f).

*dieses Bemühen bisher, da die Vrentzen keine ausreichende Verhandlungsvollmacht vorwiesen<sup>2</sup>.*

Dweil aber, allergnedigster herr, in schein der vermeinten nichtigen acht die scheffen, burger und inwoner der stat Mastricht allerley verdriß sich teglich von bemelten erben besorgen müssen, also das sy im Hl. Reich mit iren guettern verhyndert und nit sicher hyn und wider durfen wandern, sonder die Vrentzen deren guetter unpillicherweise anfallen, verpieten und arrestirn, und aber bei unser gnedigsten frauen, wie oben erzelt, nichts steet, das solche handlung, daher die vermeint acht entstanden, zu gebuerlichem oder guetlichem außtrag wurde gebracht, auch dieselb itzund zu eur röm. kgl. Mt. und gemeyner stenden bescheydt beruhet und dieselbe villeicht auf itzigem reichstag nit mochte zu end khomen, so ist unser undertheynigst, hochfleissigst bitt anstat hochgemelter unser gnedigsten frauen, eur kgl. Mt. wollen zu verhuettung merers unraths, nachtails und embörung, so solcher vermeinter acht halben entsteen möcht, auß röm. kgl. machtvolkhomenhait alle wirckung solcher vermeinter nichtiger acht ad cautelam biß auf nechstvolgenden reichstag und ferrer handlung der stend oder daruber itzo oder alßdann verordenten commissarien gutlichem entschide, erorterung und außtrag gnedigst anstellen und derhalben ernstlich gepieten, das nymant gegen mergemelten von Mastricht ir eer, leib, hab und guetter zu wasser oder land die obbestimpt zeit weder ausser- noch innerhalb rechtens ichts furnemen, handeln noch thun oder sollichs yemants anderm zu thun gestatten.

**302h Memorial der Gesandten Kgn. Marias zur Resolution der Reichsstände in der Causa Vrentz – Nürnberg, o.D. (1543 nach April 21)<sup>1</sup>**

*Brüssel AG, Secrétairerie d'Etat allemande 776, fol. 323r–324v (Kop.); DV fol. 324v: Memorial der Kgn. Marie gesandten belangend die mastrichische sachen, <sup>a</sup>an die reichsstend zu Nurenberg anno 1543 nach gegebne[m] abscheidt, sed redditur<sup>2</sup>.*

<sup>2</sup> *Nicolas de Granvelle berichtete an Kgn. Maria am 15. April 1543 über die Entwicklung in der Causa Vrentz am RT: [...] Davantaige la femme de Maestrich qu'est icy fait extrême poursuyte avec continuelle clameur devers les estatz, comme je tiens escript led. Viglius à votred. Mté, et que l'on est pressé très fort desd. estatz de faire appointement avec elle. [...]. In: Wien HHStA, Belgien PA 36/2, fol. 526r–528v, hier fol. 526v (Ausf. chiff. u. dechiff.).*

<sup>a</sup> *Ab hier v.a.Hd.*

<sup>1</sup> *Die Denkschrift entstand als Reaktion auf die Resolution der Reichsstände, die mit 21. April 1543 datiert ist (Nr. 302f).*

<sup>2</sup> *Offensichtlich wurde das Memorial in der Mainzer Kanzlei nicht angenommen, was den Vermerk „redditur“ erklärt.*

Es haben der kgl. Wd. zu Hungern und Beheim, regentin in Niderland gesandten den abschid, in der mastrichischen sach gegeben [*Nr. 302f*], vernomen und hetten mogen leiden, das die gantze irrung derselben auf disem reichßtag erortert und hingelegt were worden. So aber die zeit sollichs yetzund nit hat ergeben und dieselb sach an die visitatores gewißen worden, wollen die gesandten bei hochgedachter kgl. Wd. gern helfen furdern, damit auf ir kgl. Wd. seitten an der guetlichen handlung keyn mangel erscheine. Wann aber die Vrentzen alle oder zum thail sich daselbst durch die visitatores nit wolten lassen weisen noch mit billichen dingen nach gestalt der sachen vertrag gedulden und nur auf die angehengte clausel der execution sich verlassen, so ist der gesandten hochfleissigst bitten, es wollen die kgl. Mt. und gemeyne stend gemelten visitatorn darneben bevelhen, im fall, so die guete der Vrentzen halben nit stathaben konte, den haupttritt daselbst zu erortern und hierin ferner, was recht sein wurt, summarie erkennen, damit diese sach on ferner unrathe und beschwerd, so sonst daraus entsteen und ervolgen mochte, eynmal zu endschaft gepracht werde.

**303** *Supplikation des Kammerrichters Gf. Johann von Montfort und der Beisitzer am Reichskammergericht an die Reichsstände: Zurückweisung des Vorwurfs der Parteilichkeit, Forderung nach Unterhalt – Speyer, 1543 Febr. 14/actum Nürnberg, 1543 Febr. 27/28<sup>1</sup>*

- A Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 537r–542v (Kop. mit Beilagen); AV fol. 542v (v.d.Hd. Dr. Jakob Jonas): Chamerrichter und beisitzere des ksl. chambergerichts schreiben. Lectum in consilio statuum 28. Februarij anno etc. 43.
- B München HStA, KBÄA 3159, fol. 87r–92r (Kop.); AV fol. 87r: Actum ultima Februarij [28. Febr.] anno etc. 43.
- C Düsseldorf HStA, Jülich-Berg II 2275, fol. 158r–169r (Kop.); AS fol. 158r: Johansen Gf. zu Montfort etc. cammerrichters und der beisitzer ksl. chambergerichts schreiben an die stend zu Nurmberg versamlet geschehen. AV fol. 159r: Lectum 27. Feb.
- D Amberg StA, Reichssachen, Prod. 21, unfol. (Kop.).
- E Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 72r–78v (Kop. mit Beilagen fol. 79r–89v); AS fol. 72r: Camerrichters und beysitzer supplication an die stende des Reichs, sich zu entschuldighen jeghen den protestyrenden stenden ne amoveantur nisi auditi et convicti etc. In gleycher gestaldt eyne supplication auch ubergeben der kgl. Mt. und den ksl. commissarien etc. mith etlichen nebenschriften<sup>2</sup>. Marg. AV fol. 73r: Geschrieben zu Normberg, die 26. Februarij.

<sup>1</sup> Zur Verlesung und Abschrift der Supplikation finden sich in den Protokollen verschiedene Datumsangaben. Die Abschrift des umfangreichen Aktenstücks und der Beilagen benötigte offenbar mehrere Tage. Siehe dazu das Würzburger Protokoll (Nr. 81, fol. 10r) und das pfalz-neuburgische Protokoll (Nr. 82, fol. 10v).

<sup>2</sup> Die Supplikation wurde *mutatis mutandis* auch an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare übergeben.

*Liste der Beilagen 1–7 am Ende des Aktenstücks.*

*In den Reichsabschieden von Regensburg 1541 (RTA JR Bd. XI, Nr. 941, §§ 33–39) und Speyer 1542 (Nr. 285, §§ 132–135) verpflichteten sich die Reichsstände zur Aufrechterhaltung des Reichskammergerichts und zu seiner Finanzierung für drei Jahre. Im Vertrauen auf diese Zusagen übte das Reichskammergericht seine Tätigkeit weiter aus<sup>3</sup>. Die für 16. Juni 1542 angesetzte Visitation des Gerichts wurde vom Kaiser bis zu seiner Ankuft im Reich suspendiert. Der Protest der evangelischen Visitatoren gegen die Suspension, die von manchen protestantischen Ständen praktizierte Weigerung der weiteren Finanzierung des nicht reformierten Gerichts und das gerichtliche Vorgehen gegen die Schmalkaldener wegen des braunschweigischen Feldzugs führten schließlich am 4. Dez. 1542 zur Rekusation des Reichskammergerichts durch die protestantischen Reichsstände in allen geistlichen und weltlichen Angelegenheiten<sup>4</sup>, wie die beigelegten Aktenkopien zeigen*

*Kammerrichter und Beisitzer weisen die im Rekusationslibell durch die evangelischen Reichsstände erhobenen Vorwürfe gegen das Reichskammergericht aufs schärfste zurück.*

Nun ist aber anfangs euern kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. unverborgen, das wir uns nit (wie uns dann weitter zugemessen) selbst zu richtern und urteilern eingedrungen oder ufgeworfen, sonder das wir alle sampt und sonder durch die röm. ksl. und kgl. Mtt., unsere allergnedigste hern, auch eure kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. ordenlicher weiß vermoge und inhalt des Hl. Reichs ordnung dahin presentirt, geordnet und der justicien im Hl. Reich furgesetzt, auch durch berurte des Hl. Reichs ordnung uns zum hochsten eingebunden, unsern emptern außzuwarten, das gericht und recht in seinem wesen und

<sup>3</sup> Sowohl in Regensburg (RTA JR Bd. XI, Nr. 329) als auch in Speyer (RTA JR Bd. XII, Nr. 271) beschwerten sich die Angehörigen des RKG über die feindselige und verleumderische Haltung der Protestanten dem Gericht und seinen Verfahren gegenüber.

<sup>4</sup> Die Empörung Kursachsens und Hessens gegen das „parteiische“ RKG, welches die Schmalkaldener trotz Rekusation mit Achtprozessen wegen des braunschweigischen Feldzugs bedrohte, kam in verschiedenen Schreiben der Bundeshauptleute an die evangelischen Reichsstände zum Ausdruck. Diese wurden gebeten, ihren Räte in Nürnberg zu befehlen, die Visitation und Reformation des RKG und die Absetzung der verdächtigen Richter gemeinsam mit den Schmalkaldenern zu fordern, wie aus dem kursächsisch-hessischen Schreiben an Mgf. Georg von Brandenburg von 1543 sonnabents nach Reminiscere (Febr. 24) hervorgeht: [...] Dann das wir uns sunst sampt mhergedachthen unsern aynungs-verwanten vor sollichem vordechtigen chammergericht solten einlassen und die doran sitzende personen fur richter erkennen, dodurch entwichen wir nicht allain von unser recusation und protestation, sondern auch von obberurthen regenspurgischen [1541] und speierischen [1542] reichsabschieden und zuvorderst von ksl. Mt. gnedigsten declaration [1541], welchs uns in kaynem wege ratsam noch zu thun sein wolt. Wollen uns derhalben zu eurn L. gantz freuntlich vorsehen, sie werde sich in dem der pilligkait und uns zu freuntschaft guetwillig halten. In: Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 270r–272v, hier fol. 272r (Ausf.).

stracken lauf zu erhalten, welche ordnung auch biß hieher ungeendert in iren creften blieben. So ist auch zudem durch die ksl. und kgl. Mtt. neben euern kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. dem zuwider (unsers wissens) nit allain nichts statuiert und geordnet, sonder haben ir Mtt. unß mermals muntlich und schriftlich bevolhen, auch durch die iren bevelhen lassen, unsern embtern furhin wie bißheer außzuwarten, meniglichem im Reich in irer Mtt. namen, wie sich gepurt, recht und gerechtigkeit mitzutailen und das gericht in keinen stilstand kommen, auch uns keinswegs zu einem ufstand bewegen zu lossen. Uff welche obbelmelte des Reichs ordnung und abschid, auch der ksl. und kgl. Mtt. vilfeltige beschehen begeren und genedigiste erinnerung (deren wir uns dann zu gehorsamen schuldig erkennen), auch sonst aus undertheniger naigung, die wir zu unserm vatterland, dem Reich teutscher nacion, tragen und in sonderhait gemeinem nutz zugutem und damit durch verlossung des gerichts und rechtes im Reich zu weitter unruhe den beschwerten parteyen billiche ursachen nit gegeben werden, haben wir bißheer als verordnete und unwiderrufte richter und urteiler nit voneinander weichen, sonder ongeachtet allerhand beschwerden, so uns darob zugestanden, unsern bevolhenen emptern außwarten sollen.

Das aber nun die angesetzt visitacion iren furgang nit erraicht, daran sein wir nit schuldig, ist auch one alles unser zuthun und verursachen geschehen, dann die bestendig warheit, das wir ye und alwegen der visitacion zum höchsten begert, umb dieselbigen uff jungst zu Speir gehaltenem reichstag (wie dann ungezweifelt euer kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. sich wol wissen zu erinnern), vilfeltiglich supplicirt und zum embsigisten angehalten, wie wir dann noch heutigs tags dieselbig wol leiden und gern sehen wolten, das sie einmal vermoge der abschid inß werck bracht wurde, ongezweifelter hoffnung, wir wolten alßdann neben andern des gerichts und unserer personen anligen aller unser handlungen solchen bestendigen, warhaften bericht thun, das nicht allain euer kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. daran gesettigt, sonder auch die clagende parteyen selbst spuren solten, das sie uns mit irem anziehen und beschuldigen ungutlich und zuvil gethan und durch diejenigen, die inen solches wider uns mit ungrund eingebildet, verfuret worden.

*Der von den Protestanten erhobene Vorwurf der Parteilichkeit des Gerichts schadet nicht nur dem Gerichtspersonal, sondern der höchsten Gerichtsbarkeit im Reich und wird vor den Reichsständen vehement zurückgewiesen.*

Und sagen demnach, das uns an allen und yden oberzelten und dergleichen stucken, so uns unerfintlicher weiß zugemessen, ungutlich und unrecht geschehe, das sich auch zu ewigen tagen nymmer erfinden soll, das wir in einer oder mehr sachen parteilich, gefarlich oder in ander wege anderst, dann frommen, gerechten richtern geburt, auch wir unserer pflichten und bevolhenen empter halben schuldig, gehandelt haben. Und wie wir uns ye und alwegen erbotten, also sein wir noch urbutig, aller unser handlung gepurlicher und ordenlicher weiß rechenschaft, rede und antwort zu geben und gegen dem ungegrunten beschuldigen unsere unschuld und gegrunzte entschuldigung darzutun. Wollen

uns auch solches unsers ytz und hievor vilfeltigen beschehen erbietenß und angebotener verantwortung gegen euer kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. und sonst allermeniglich hiemit öffentlich bezeugt, auch solch unser erbieten den reichsactis einzuverleiben undertheniglichen gebeten haben.

*Ihre Ämter am Reichskammergericht erhielten Kammerrichter und Beisitzer laut Recht und Ordnung und sie üben diese gemäß ksl. Befehl aus, auch verwehrten sie sich nie gegen eine Visitation des Gerichts. Deshalb legen sie Protest ein, dass man ihnen ohne jegliches Verschulden ihre versprochene Bezahlung vorenthält.* Dardurch wir dann an unserm sauern erdienten lidlon [= Dienstlohn] (der uns numehr in das vierdt Quartal und also beynahe ein gantz jar unbezalt außsteet) wider alle recht und billicheit ufgehalten und derhalben mit uberrussigen processen und erkantnus zu merglicher verhinderung anderer rechthengigen sachen beladen werden, haben euer kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. leichtlich abzunehmen, zu was grosem, unleidlichem nachteil und beschwerden dem gericht und unsern personen das alles raichet. Das auch zuletzt (wo nit gepurlichs einsehens geschehen solt) kein ehrlibender lenger da bleiben oder kunftiglichen dahin zu vermögen sein wurd, wie dann auch eins graven und sonst sechs beysitzerstend ein zeit lang ledig gestanden, welche auch bißheer durch ordenliche presentacion oder auch durch uns von ampts wegen angeregter ursachen halben nit widerumb versehen und ersetzt werden mögen.

Derhalben langt an euer kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. unser underthenigist, underthenig, vleissig bit, sy wöllen neben der kgl. Mt., auch den ksl. commissarien, denen wir gleicher gestalt sollich unser anligen zu erkennen geben, die genedigiste, genedige, gunstige fursehung thun, damit die höchst ksl. jurisdiction im Hl. Reich bey gepurlicher autoritet, reputacion und ansehen bleiben, das gericht sein stracken lauf behalten, dasselbig und wir sollicher untreglichen beschwerden erledigt, auch uff yemands ansuchen oder verclagen unser unverhört nit weiter wider die billicheit beschwert, sonder bey unsern vilfeltigen, erbarn und billichen erbieten gelossen und gehandthabt werden. Das auch zu dem allem die bewilligt underhaltung bey allen stenden richtig gemacht und unß on lenger ufhalten gevolgt werde, damit wir also (soferr und lang wir und unser yder an diesem gericht sein werden) der justicien geruiglich, unverletzt und unverhindert außwarten mögen.

*Datum.*

[US:] Euer kfl., fstl. Gnn., Gnn. und Gg. underthenigiste, undertenige und willige Johans, Gf. zu Montfort, auch Gf. und H. zu Rottenfels, chamerrichter, und die beisitzer ksl. chammergerichts.

*Beilagen: alle aus Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1.*

1. fol. 544r–547r (Kop.): *Copia instrumenti protestationis visitatorum ex parte statuum protestantium deputatorum, Schweinfurt, 1542 Nov. 13.*

2. fol. 548r–552v (Kop.): *Copia instrumenti protestationis visitatorum, Speyer, 1542 Juni 25.*

3. fol. 553r–554v (Kop.): Deklaration Karls V. zum Reichsabschied für die Protestanten, Regensburg, 1541 Juli 29, gedr. RTA JR Bd. XI, Nr. 949.

4. fol. 556r–558v (Kop.): Deklaration Kg. Ferdinands zum Reichsabschied für die Protestanten, Speyer, 1542 April 10, gedr. RTA JR Bd. XII, Nr. 148.

5. fol. 559r–561v (Kop.): Mündliche Handlung der Visitation des Reichskammergerichts, Speyer, 1542 Juni 26.

6. fol. 563r–568v (Kop.): Lgf. Philipp von Hessen an Kammerrichter und Beisitzer des Reichskammergerichts, Holzminden, 1542 Donnerstag nach Jacobi (Juli 26).

7. fol. 569r–580v (Kop.): Libell der Rekusation des Reichskammergerichts durch die Protestanten, o.D. (übergeben Speyer, 1542 Dez. 4).

### 304 Konflikt zwischen Mgf. Ernst von Baden-Durlach und der Vormundschaftsregierung der jungen Mgf. von Baden-Baden

Nach dem Tod Mgf. Bernhards von Baden-Baden 1536 wurde für dessen minderjährige Söhne (Philibert und Christoph) gegen den Willen von Bernhards Bruder, Mgf. Ernst von Baden-Durlach, eine Vormundschaftsregierung<sup>1</sup> eingesetzt. Ernst beanspruchte das Erbe seines Bruders Bernhard für sich und versuchte, seinen Anspruch beim Reichskammergericht in Speyer einzuklagen. Im Prozess vor dem Reichskammergericht unterlag Mgf. Ernst und konnte sich gegen den Willen der Witwe Bernhards, Franziska von Luxemburg, und gegen Jakobäa von Baden, Hgn. von Bayern<sup>2</sup>, nicht durchsetzen. In Nürnberg ließ die badische Vormundschaftsregierung von ihrem Gesandten Varnbüler eine Eingabe im Reichsrat übergeben<sup>3</sup> und konnte die Reichsstände erfolgreich zu einem Schreiben an das Reichskammergericht bewegen, in welchem sie auf eine baldige Urteilsöffnung des Gerichts gegen Mgf. Ernst von Baden drängten (Nr. 304b).

---

<sup>1</sup> Als Vormünder wurden Pfgf. Johann II. von Simmern, Gf. Wilhelm IV. von Eberstein und Hg. Wilhelm IV. von Bayern bestellt. Zum Konflikt der badischen Vormundschaftsregierung mit Mgf. Ernst von Baden-Durlach und zum RKG-Prozess siehe: A. KOHNLE, *Kleine Geschichte der Markgrafschaft Baden*, S. 82f., S. 95–97.

<sup>2</sup> Jakobäa von Baden, die Tochter von Ernsts verstorbenem Bruder Philipp, heiratete Hg. Wilhelm IV. von Bayern, was die streng altgläubige Gesinnung der badischen Vormundschaftsregierung erklärt.

<sup>3</sup> Die Eingabe der badischen Vormundschaftsregierung im Reichsrat ist in den einschlägigen Aktenbeständen nicht erhalten.

304a *Supplikation Dr. Johann Marquardts, Gesandter Mgf. Ernsts von Baden-Durlach, an die Reichsstände: Bitte um Kopie der vom Gesandten der badischen Vormünder übergebenen Schrift – praes. Nürnberg, 1543 März 15*<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Dr. Johann Marquardt berichtete an Mgf. Ernst von Baden über die Vorgänge am RT in der badischen Angelegenheit und über seine Bemühungen, die Ziele der Vormundchaftsregierung zu vereiteln, Nürnberg, 1543 März 16: [...] Euern fstl. Gn. geb ich underthenigs vleyses zu erkennen, das der vormundschaft zu Baden gesandter, Dr. Hans Jacob Varnbuler, alhie by diser reychsversammlung den 15. des monats ain schrift in der chur- und fursten rath ubergeben [*fehlt*], welche offentlich verlesen worden, darinnen begert, das ime von wegen syner herrn die reichsstende ein furschrift an das ksl. cammergericht [*Nr. 304b*] geben wollent umb eroffnung der urtheyl, in sachen zwischen synen herrn und euer fstl. Gn. darinnen vor längst beschlossen gewesen. Sol auch daneben, wie ich ausserhalb raths von einem vertrauten verstanden, siner herrn glimpf montlichen neben bemelter schryft furtragen haben. Sobald ist desselben geret worden, byn ich zu dem mentzischen cantzler gangen und an ine der ingebrachten badischen schrift, dieweyl euer fstl. Gn. etwas darinnen angezogen syn soll, copiam begert. Darauf bemelter cantzler antwort geben: Es stände in syner macht nit, etwas hinauszugeben one bevelch gemeyner stende, ich mochte bey denselben ansuchen. Das hab ich, alsbald mir moglich gewesen, montlich und schriftlich gethan, wie euer fstl. Gn. zum theyl ab hie byligender copien [*Nr. 304a*] gnediglichen zu sehen, wiewol der montlich furtrag durch mich mit wieter erzelung des handels, myns geringen verstands es die notturft erhaysset hat, ausgefietet worden ist, dawider woll etlich gemurret. Als ich daruber antwort begert, hat mir des Reychs marschalk meyn supplication one antwort wider geben. Daraus ich wol abnemen konden, wie mir in gehaym von etlichen gesagt worden, das, dieweyl die badisch schrift alleyn das cammergericht und furderung rechtes, aber euer fstl. Gn. person nit belange, sy nit vonnöten, euer fstl. Gn. abschrift davon zu geben oder inen bericht zu schreiben und sy die furschrift an das cammergericht erkennet. Und demnach ich mich sollichs gar nit versehen hette und wie billich zum hochsten beschweret, so hab ich mich zum H. Granvel verfuget und, was mir von euer fstl. Gn. wegen begegnet, erklagt, in als ksl. Mt. commissarien, der diser handlung gut wissen, auch zu Regenspurg [*1541*] die ksl. commission und inhibition vertigt hette, um hilf, rath und handthabung angeruffen. Darauf ermelter H. Granvel mir geantwort, was ime moglich von euer fstl. Gn. wegen ze thon, wer er gantz genaigt. Die stende und camerrichter aber geben diser zeyt, wie er sorg hette, wenig uff syn sagen und schriben. Die ksl. Mt. werde bald komen, so wolte er disen sachen recht thun. Mittlerweyl mochte euer fstl. Gn. temporisiren (das wort braucht er nach syner sprach) und nach gelegenheydt diser sorgklichen zeyt und leuften sich in guttliche, fruntlich mittel und wege inlassen, ob die sach mochte mit gutem, fruntlichem willen des gegentheyls verglichen und vertragen oder zum wenigsten ein zeyt lang uffgehalten werden etc. Doch solte ich nit underlassen, den H. Naves auch darumb anzusprechen. Das ich gethon und nit viel anderst dan wie vom Granvel by im in rath befunden. Trosten alle uff ksl. Mt. selbs ankunfft, die soll uff dem weg syn. [...]. In: *Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 17, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts)*



*Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 14, unfol. (Kop.); DV: Supplication Mgf. Ernsten zu Baden und Hochberg etc. rath und potschaft jetzund alhie zu Nurnberg umb copey und abschrift jungst eingebrachter badischer schrift.*

*In der im Reichsrat öffentlich verlesenen Schrift der badischen Vormundschaftsregierung (fehlt) wurde Mgf. Ernst von Baden mehrfach erwähnt. Dieweil nun aber die recht und pilligkait vermogen und bey des Hl. Reichs stenden loblichen herkhomen geubt und gepraucht, so jemandts vor inen öffentlich in schriften oder sunst angetzogen, das derselb, so er gegenwertig, daruber gehört oder, so er abwesender, umb bericht mit übersendung des gegenthails furbringen angesucht soll werden, und in sonderhait, wann die sachen fursten, furstenthumb, landt und leuth belangen oder in weytherung getzogen werden mochten, wie in disem gegenwertigen fall. Der ursachen auch die röm. ksl. Mt., unser allernedigster herr, als das oberst haubt und lehenherr, ain besonder commission geben und darauf irer Mt. cammergericht inhibiert, in angetzogner handlung nit zu procediern, sonder stilzusteem, alles nach inhalt und außweisung berurter ksl. commission und inhibition, deren gegenthail gut wissen tregt.*

So ist hierauf hochemelts fursten, Mgf. Ernsten zu Baden und Hochberg etc., seins gnedigen herrn, raths und potschaft underthenig, hochfleissig pitt und begern, euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. wollent uff des gegenthails muntlich oder schriftlich beschehen furbringen, so ksl. Mt. commission und inhibition zuwider, ichtzit bewilligen, zulassen oder beschliessen, sonder zuvor des gegenthails ubergabner schrift copiam und abschrift, hochbemeltem fursten bericht daruber zu geben haben, übersenden und behendigen lassen.

**304b Die Reichsstände an das Reichskammergericht wegen baldiger Urteilsverkündung in Sachen der badischen Vormundschaft – Nürnberg, 1543 Montag nach Palmarum (März 19)**

*HHSStA Wien, MEA, RTA 8/Konv. 1, fol. 628r–629v (Konz. v.d.Hd. Dr. Jonas); DV v.a.Hd. fol. 629v: Furschrift von Kff., Ff. und gemeinen stenden des Reichs an chammerrichter und beisietzern des ksl. cammergerichts marggrevische vormundschaft zu Baden betreffend.*

Welchermassen der margrävischen vormundtschaft stadthalter und rhete zue Baden an uns suppliciert und gepetten haben, sy an euch vleißig ze verschreiben, damit ynen gegen dem durchleuchtigen, hochgepornen fürsten, H. Ernsten Mgf. zu Baden etc., fürderlich rechtliche erkantnuß erfolgte und mitgetailt wurden, das alles haben yr auß yrer supplication ingeschloßnen copy [fehlt] nach lengs ze vernemen. Und dieweil dann yerem anzaigen nach die sachen wol vor 25 monaten [1541 Febr.] zue rechtlicher erkantnuß gestelt worden und den unmündigen margraven mercklich vil daran gelegen, und dann yr euch wol zue erinnern wissen, das des ksl. chamergrichts ordnung und geprauch nach die eltisten beschloßnen sachen vor den neuern zue erörtern und sovil

möglich in ainer vil kürzteren zeit ausgesprochen und erledigt werden sollen, so gesynnen wir gnädigklich und pitten sonders vleiß gantz freuntlich und dienstlich, yr wöllet gedachter vormundtschaft stadthalter und rätb beschlossen sache zue rechtlicher gepürenden erledigung und erkantnuß befürderen und darinn vermög des Hl. Reichs und chammergerichts ordnung rechtliche erkantnuß und ausspruch thuen, wie yr ze thuen wol wisset und sonder zweiffel für euch selbs wol genaigt sein werdet<sup>1</sup>.

**305** *Die würzburgischen Räte an den Fürstenrat<sup>1</sup>: Bitte, den Bf. von Würzburg mit der Funktion eines Kommissars bei der Visitation des Reichskammergerichts zu verschonen – reg. Nürnberg, 1543 April 14*

- A *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 2, fol. 13r–14v (Kop.); DV fol. 14v*: An die fursten und der andern stende des Hl. Reichs bottschaften, rethe und gesanten, unsere gnedige und gunstige herren. Wirtzburgische rethe. Reg. 14. Aprilis anno 43.
- B *Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 399v–400v (Kop.); ÜS*: Die wirtzburgischen gesante rethe aufm reichstage zu Nurmberg suppliciren an die röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien von wegen der visitation des ksl. cammergerichts.

<sup>1</sup> *Am 20. März 1543 berichtete Dr. Johann Marquardt an Mgf. Ernst von Baden, was in Bezug auf den Konflikt mit der badischen Vormundschaftsregierung in Nürnberg weiter vorgefallen war: [...] Uff heuth dato hab ich gehort, wie die furschrift an das ksl. cammergericht [Nr. 304b] dem Varnbuler gegeben, dem furter zu ubersenden haben. In bemelter furschrift soll die supplicationschrift, so Varnbuler ubergeben, ingeschlossen seyn. Und dieweyl die copy von bemelter supplication von denen reychsstenden mir versagt worden und dan euer fstl. Gn. etwas daran gelegen syn mochte, so were meyn underthenig gutbeduncken, das euer fstl. Gn. durch iren procurator am cammergericht um abschrift obberurter furschrift und ingeschlosner supplication mit vleys ansuchen lassen hetten. Was ich hieneben by kgl. Mt. und ksl. commissarien zu cassirung und abtribung gemelter furschrift ausbringen kan, soll an meynrer arbeyt und vleyß nit erwinden. [...] In: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 21, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts.). Zwischen 26. März und 13. April berichtete Dr. Marquardt seinem Herrn noch mehrmals über seine Bemühungen, im Konflikt um die badische Vormundschaft ein Urteil des RKG hinauszuzögern bzw. zu verhindern. Es kam zu Verhandlungen mit den in Nürnberg anwesenden Vertretern der badischen Vormundschaftsregierung, vor allem mit Dr. Eck, aber auch mit Dr. Varnbüler und Hans Beuser von Ingelheim. Von Nicolas de Granvelle, den er abermals um Hilfe ersuchte, wurde Marquardt auf die Ankunft des Kaisers in Deutschland vertröstet. Am 11. April teilten Eck und Beuser von Ingelheim dem badischen Gesandten mit, dass am 2. April das endgültige Urteil am RKG zu Ungunsten Mgf. Ernsts ergangen sei. Siehe dazu die Berichte Marquardts in: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 23 1/2, Nr. 25, Nr. 30 (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts).*

<sup>1</sup> *Die Supplikation wurde mutatis mutandis auch an Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare sowie an die Kurfürsten übergeben (siehe B und C).*

C Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 403r–404r (Kop.); ÜS fol. 403r: An der churfürsten rethe etc.

*Sie erinnern die Reichsstände, an die im Regensburger Reichsabschied 1541 (RTA JR Bd. XI, Nr. 941, § 38) für den 14. Jan. 1542 festgesetzte Visitation des Reichskammergerichts durch ksl. und reichsständische Kommissare gemäß der im Reichsabschied von 1532 festgelegten Ordnung<sup>2</sup>. Diese Visitation wurde auf den 16. Juni 1542 verschoben.*

Wiewoll nun der hochwurdig furst, unser gnediger her von Wurtzburg, sein statt darvor – als sein Gn. zu der gemelten visitation, uff den 14. Januarij ausgeschriben, erfordert worden – mit schickung und aufwendung aines namhaften uncostens gehorsamlich vertretten und damit der gemelten ordnung, zu Regenspurg im 32. aufgericht, ain genuegen gethan, derwegen billich mit verordnung aines andern geistlichen furstens furgeschritten, wie in gleichem faal mit andern darvor auch geschehen und sein Gn. weiter damit unbeschwert pliben, sein doch sein fstl. Gn. – sollichs unbedacht – uff dem jungstgehalten reichstage zu Speier<sup>a</sup> [RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 132] wider verordnet worden. Dieweil dann sein fstl. Gn., wie beschwerlich ir das immer gewesen, der kgl. Mt., unserem allergnedigsten herren, den ksl. comissarien und euern fstl. Gnn. zu unterthannigstem, unterthännigem und freuntlichem gefallen, furderung dises wercks und gemeinen nutz solche burdin als der gehorsam wider uff sich genomen und ain andern geistlichen fursten an ir statt (nachdem sie leibs und ander ehaft halber selbst nit erscheinen mögen) zu der bemelten jungst angesätzten und ausgeschriben visitation und reformation des camergerichts mit grossem uncosten dahin vermögt und verordnet und also der ordnung des regenspurgischen und speierischen abschiedts und sonderlich der zeit des jars, darin sein fstl. Gn. die ordnung begriffen<sup>b</sup> hat, zwifach ain genuegen gethan.

Dem allem nach, damit die gleichait under den stenden und die oft gedacht regenspurgisch ordnung [von 1532] wie billig gehalten werden, ist an euer fstl. Gnn., Gnn. und Gg. unser unterthänig, unterdienstlich und freuntliche bit und gesinnen, mit verordnung und beschreibung der gaistlichen furstenpersonen zu itzet bewilligter und abgeretter visitation nach ordnung der session furzuschreit-

<sup>a</sup> In B folgt danach: zu gemelter visitation, uff den 16. Junij des 42. jars außgeschriben.

<sup>b</sup> In B: betreffen.

<sup>2</sup> Der RAB von 1532 sah vor, dass das RKG alljährlich am 1. Mai visitiert werden sollte. Neben zwei ksl. Kommissaren sollten sieben reichsständische Kommissare die Visitation durchführen: Kurmainz als Erzkanzler sollte beständiges Mitglied der Kommission sein, zusätzlich ein weiterer Kurfürst, je ein geistlicher und ein weltlicher Fürst sowie ein Vertreter von Prälaten, Grafen und Städten. Die Reichsstände sollten zur Visitation jährlich der Reihe nach, und zwar nach ihrer Session im Reich, durch den Erzkanzler berufen werden. Siehe dazu den RAB 1532, in RTA JR Bd. X, Nr. 303, S. 1068f., und K. MENCKE, Die Visitationen am Reichskammergericht, S. 49–51.

ten und unsern gnedigen herrn weiter wider die ordnung unbeschwert lassen, dan wir ane das vermog derwegen außstruckenlichen empfangen bevelchs darein nit wisten noch konten willigen oder gehellen<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> Da dem Wunsch des Bf. von Würzburg nicht stattgegeben wurde und er im RAb (Nr. 404, § 33) abermals zum Visitor bestimmt wurde, allerdings mit der Möglichkeit, sich durch einen anderen geistlichen Fürsten vertreten zu lassen, protestierten die würzburgischen Gesandten im Namen ihres Herrn gegen den RAb: siehe Nr. 412. Zur Haltung Bf. Konrads von Würzburg zu der ihm 1542 und 1543 auferlegten Funktion eines Visitors des RKG siehe: S. MÜHLHOFER, *Die Politik der fränkischen Reichsstände auf den Reichstagen von 1521–1555*, S. 68f. In der Folge ersuchte Bf. Konrad von Würzburg seinen geistlichen Mitfürsten und obersten Kommissar der Visitationskommission, Bf. Philipp von Speyer, ihn aus gesundheitlichen Gründen bei der im Nürnberger RAb für 3. Juli 1543 festgesetzten Visitation als Kommissar zu vertreten. Bf. Philipp teilte dem Kaiser in einem Schreiben am 9. Juli 1543 mit, dass er dem Wunsch des Bf. von Würzburg auf Vertretung bei der Visitation nachkommen wolle. Das Schreiben Bf. Philipps an Karl V. gedr. bei: K. LANZ, *Correspondenz des Kaisers Karl V.*, Bd. 2, Nr. 507, S. 393f.

## XI. Varia

### 306 *Resümee der kursächsischen Kanzlei zum Stand der kursächsisch-hessisch-bayerischen Bündnisverhandlungen zu Beginn des Reichstags<sup>1</sup> – o. O., o. D. (1543 Jan.)*

Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/4, fol. 337r–339v (Kop.); DV fol. 339v: Sumarisches verzeichnis, was seither dem braunschweigischen zug zwischen Sachsen, Bayern und Hessen eines freundlichen verstandnus halben vorgelaufen.

Beilage fol. 340rv: DV: Verzeichnus, was vor stendt Sachssen und Hessen in der vorstendtnus mit Bayern ausnemen müssen.

*Die informellen Bündnisverhandlungen zwischen Bayern (Dr. Eck) einerseits und den hessischen und kursächsischen Gesandten andererseits begannen bereits auf dem Speyerer RT 1542<sup>2</sup> und wurden in Nürnberg 1543 ohne Ergebnis fortgesetzt. Da diese während der gesamten Dauer des Reichstags stattfindenden Gespräche in der Literatur<sup>3</sup> ausführlich dokumentiert sind und es sich um partikulare Interessen einzelner Reichsstände handelt, werden sie der vorliegenden Edition nur am Rande berücksichtigt. Das im Folgenden abgedruckte Aktenstück soll lediglich die Themen der Bündnisverhandlungen aufzeigen, über die in den Schreiben der kursächsischen und hessischen Gesandten an ihre Auftraggeber im Detail berichtet wird<sup>4</sup>.*

<sup>1</sup> Kf. Johann Friedrich übersandte dieses Resümee an Mag. Franz Burkhard in Nürnberg, verbunden mit Überlegungen, was bei einem Bündnis mit Bayern für die Schmalkaldener alles zu bedenken sei, Altenburg, 1543 Freitag nach Erhardi (Jan. 12), in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 11r–17v (Ausf.).

<sup>2</sup> Siehe RTA JR Bd. XII, Einleitung S. 69, Anm. 97 und 98.

<sup>3</sup> Zu den bayerisch-hessisch-kursächsischen Bemühungen um ein Bündnis siehe vor allem die Edition von M. LENZ, Briefwechsel Lgf. Philipps von Hessen, Teil 3, S. 241–272. J. LAUCHS, Bayern und die deutschen Protestanten, bes. S. 242–256, weist auf die Meinungsverschiedenheiten hin, die es sowohl zwischen den Schmalkaldischen Bündnispartnern Kursachsen und Hessen als auch zwischen den bayerischen Hgg. Wilhelm und Ludwig über die Inhalte des geplanten Bündnisses gab. Auch G. MENTZ, Johann Friedrich der Großmütige, Teil 2, S. 365–368, widmete sich ausführlich den kursächsisch-hessisch-bayerischen Bündnisplänen; ebenso E. METZGER, Leonhard von Eck, S. 273–276. Siehe auch den Abdruck einiger Schreiben der involvierten Fürsten und ihrer Räte bei C. G. NEUDECKER, Merkwürdige Aktenstücke, Abt. 1, Nr. 57–62, S. 292–316.

<sup>4</sup> Von kursächsischer Seite siehe vor allem die Berichte Mag. Franz Burkhard an Kf. Johann Friedrich von 1543 Jan. 27, März 12, März 25, März 30, April 3, April 11, April 24: in: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 84r–86v, fol. 297r–299v; EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 33r–35v, fol. 57r–65r, fol. 86r–87v, fol. 155r–156v, fol. 237r–238v (Ausf.). Auch Kf. Johann Friedrich ging in seinen Weisungen an Burkhard immer wieder auf das geplante Bündnis zwischen Kursachsen, Hessen und Bayern ein: 1543 Febr. 8, Febr. 26, März 19, April 9, April 22 (in: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 216r–219v; Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 181r–

Der Lgf. zu Hessen etc. hadt Dr. Ecken verstendiget, das mit seinen hern uf itzigem reichstag zu Nurnberg der vorstendtnus halben sol gehandelt werden. Das ist mit wissen und willen des Kf. zu Sachssen etc. bescheen.

Von Dr. Ecken ist biß hier vermerckt worden, das seiner hern gemuth dohin stehe, das sie gneigt sein, sich in ein solche eynung zu begeben und davon handeln zue lassen, so zu erhaltung des Reichs freiheiten, auch der reputacion desselben fursten dienen muge.

Nun sein baide, Kf. und F. zu Sachssen und Hessen, mit Baiern in ein zimliche, erliche vorstendtnus zu gehen wol gneigt, doch zaigt der lantgraf an, das in alwege die röm. ksl. und kgl. Mtt. darinn musten ausgenomen werden.

Baider irer chur- und fstl. Gnn. bedencken ist biß hier gewest, das man von Baiern erstlich vernemen soll, waruf die eynung ruhen soll<sup>5</sup>. Dann wolten sie und andere fursten und bischove iren untherdanen die religion frei lassen, so were es ein groß ding und wol antzunemen. Aber der lantgraf zaigt darbei an, das es sein fstl. Gn. nit wol können glauben. Aber sein bedencken were, wan man mit inen den grossen verstandt nit ufrichten kondt, das sie ire untherdanen irer chur- und fstl. Gnn. religion halben nit beschweren, so solt in Baiern doch dieser wegk nit misfelligk sein, nemlich das keiner dem andern der religion halben ubertziehen noch beschweren solt. Auch solt sonsten ein teil gegen dem andern schuldig und aus craft solcher aynung vorpflicht sein, uber des Reichs freiheiten defensive und nit offensive zu halden.

Doch besorgt sich der landtgraff, das er in zeitlichen sachen und hulflicher aynung ksl. und kgl. Mtt. in alwege muß ausnemen. Und dieweil der lantgraf von solcher ausnemung Hg. Wilhelm von Baiern, auch Dr. Ecken durch ein vertraute person<sup>6</sup> hadt antzaigung thun lassen, so hadt dieselbe person dem lantgrafen antzaigen lassen, dieweil er mit Dr. Eck erstlich davon geredt, so hette sich derselbe lasssen vornemen [*betr.*] dieselbe ausnemung: Wolte sich sonsten gebueren, das der kaiser ausgenomen wurde, doch sofern auch, das er sich, wie

---

184v; EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 12r–14v, fol. 136r–139v, fol. 235r–236v (Ausf.). Von hessischer Seite berichteten Rudolf Schenk, Dr. Fischer, gen. Walter, und Sebastian Aitingen über den Stand der Bündnisverhandlungen mit Bayern. Ihr Briefwechsel mit dem Landgrafen in dieser Frage befindet sich vor allem im Bestand Marburg StA, PA 651. Siehe auch die Weisung Lgf. Philipps von Hessen an Rudolf Schenk und Dr. Walter, Kassel, 1543 April 12, in: Weimar HStA, EGA, Pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 160r–163v (Kop.).

<sup>5</sup> Am 12. Febr. 1543 übergab Dr. Leonhard von Eck dem Schmalkaldischen Bundessekretär Sebastian Aitingen den sechs Artikel umfassenden bayerischen Entwurf für das geplante Bündnis: gedr. bei M. LENZ, Briefwechsel Lgf. Philipps von Hessen, Teil 3, S. 245ff. Siehe dazu auch J. LAUCHS, Bayern und die deutschen Protestanten 1534–1546, S. 249f.

<sup>6</sup> Dr. Gereon Sailer sondierte im Auftrag Lgf. Philipps von Hessen das Terrain für die Bündnisverhandlungen mit Bayern. Siehe den Bericht Sailers an Lgf. Philipp, Augsburg, 1542 Dez. 29, in: M. LENZ, Briefwechsel Lgf. Philipps von Hessen, Teil 3, S. 235–240.

einem kaiser geburth, thett halden, und ausserhalb solcher ausnemung were das foedus nit creftigk und wider der fursten pflicht und aide.

Hg. Wilhelm hette sich lassen jegen der vertraueten personen vornemen, das sein fstl. Gn. ein instruction uf derselben rethe gegen Nurnberg hie begreifen lassen, welchermaßen die sachen, die obgelmelte veraynung belangendt, furzunemen<sup>7</sup>. Item, welcher gestalt die gutliche handlung zwuschen Hg. Heinrichs kindern und den confederaten furzunemen. Item zum dritten, was der gulischen sachen halben zu erwegen. Und zum virdten, was zu widerstand des Turcken zu Nurnberg zu handeln.

Die vertrauete person heldet es dafur, wolle der lantgraff sampt dem churfursten, so sey der wegk zur freuntschaft mit Baiern gemacht<sup>8</sup>. Allein bedenckt sie, das der lantgraf darauf achtung wolle haben, uff das uf itzigem reichstag den rethen lauter und gueter bevelich gegeben und die sachen nit verlaßt noch uffgeschoben werden, damit Hg. Wilhelm nit gedencken muge, man hette inen wollen auslernen [= *aushorchen*] und erkundigen und darnach stecken lassen<sup>9</sup>.

<sup>7</sup> *Wahrscheinlich ist der oben in Anm. 5 erwähnte bayerische Entwurf für das kursächsisch-hessisch-bayerische Bündnis gemeint. Am 11. Febr. 1543 erteilte Hg. Wilhelm seinem Rat Dr. Eck einen allgemeinen Auftrag zu Bündnisverhandlungen: [...] Sovil dann die verstantnus berurt zwischen Sachssen und Hessen, ist uns nit entgegen, uns derselben mit inen zu vergleichen und einzegeen auf wege und mittl, wie dein schreyben vermag; Nemblich, das dieselb auf den landtfriden gezogen und dahin gestellt werde, das kainer den andern befhedde, überziehe noch dess andern offne und entzagte veinde enthalte. Das auch ain yeder bey seiner religion unbetrubt und ungeirrt gelassen und kainer dem andern die seinen abwerben noch annemen wölle. Demnach ist unser meynung, das du solhes den andern unsern reten, so neben dir auf jetzigem tag geordent, anzeigest und alßdann mit den sechssischen und hessischen auf vorbeschehen ansuechen zu der handlung greiffet. [...] In: München HStA, KBÄA 2094, fol. 145r–146v, hier fol. 145v (Ausf.).*

<sup>8</sup> *Nach Rücksprache mit ihren Auftraggebern überreichten Rudolf Schenk und Mag. Franz Burkhard an Dr. Eck erst am 30. März 1543 einen Bündnisentwurf, wobei Lgf. Philipp den Kaiser und Kf. Johann Friedrich seinen Schwager, Hg. Wilhelm von Jülich, ausnahm. Am 1. April 1543 übergab Dr. Eck Gegenartikel, die sich im wesentlichen am ersten bayerischen Bündnisentwurf vom 12. Febr. 1543 orientierten. Die von Kursachsen und Hessen erhobene Forderung, dass Bayern ausdrücklich auf die Unterstützung Hg. Heinrichs von Braunschweig verzichten sollte, wurde nicht erfüllt. Die Vertragsverhandlungen waren somit endgültig gescheitert. Siehe dazu: J. LAUCHS, *Bayern und die deutschen Protestanten*, S. 254; M. LENZ, *Briefwechsel Lgf. Philipps von Hessen*, Teil 3, S. 265f.; E. METZGER, *Leonhard von Eck*, S. 273–276; C. G. NEUDECKER, *Merkwürdige Aktenstücke*, Abt. 1, Nr. 61, S. 304–311.*

<sup>9</sup> *Der kursächsische Hofrat Dr. Gregor Brück riet seinem Herrn zur Vorsicht in Bezug auf ein Bündnis mit Bayern und zeigte dessen Gefahren auf, Hain, 1543 Febr. 20: [...] Ich besorge, es muß mit Baiern nit recht zugehen, dan es sehen mich die artickel, so Dr. Eck dem Aittinger zugestelt, fur vhasst [= *sehr*] gefערlich an. Besorge, es sey zwaierlay darhinter: Ains, das man eur kfl. Gn. und den lantgrafen furnemlich umb*

---

der turckenhulf willen gern mit solcher vorstendtnus wolt einnemen, das man dieselbe dieses teils auch mitbewilligte ane frieden und reformation des chamergerichts, dan ane tzweifel besorgen sie sich des Turcken halben seher. Durch die vorstendtnus were man vorpflicht, davon dem Reich zum besten helfen zu ratschlagen und zu helfen, damit das Reich nit verdruckt, sondern bey seinen freiheiten mocht pleiben. Das ander, so dahinter zu stecken scheint, ist das, das mich bedunckt, man wollte euer kfl. Gn. und den lantgrafen der relligion halben subtieler weiß gern verknupfen uf das bebstlich concilium ader sonsten uf ein gemeine vorgleichung, do der bebstische als der grosser teil mit den haubtern darinnen schlösse. So muß Braunschweig bey Baiern gewißlich einen trost haben, das sich sein leuthe so trutzig machen und sein son Carolus Victor von ime hinaus erfordert ist worden. Wo Baiern nit baldt handeln wirdet, so will schir kein bessers sein, dan man schicke ime dem [!] jungsten [*Julius*] auch hinach, dieweil man doch nichts daran zeucht dan junge wolf und bey denen nur stete verretterische kundtschaft gehalden wirdet. [...]. In: *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 467–470, Nr. 164, fol. 65r–67v, hier fol. 65v–66r (Ausf. v.d.Hd. Brücks).*



## XII. Korrespondenzen

*Von den zahlreichen Berichten und Weisungen zum Reichstag wird nur ein geringer Teil mit eigener Aktennummer im Korrespondenzkapitel abgedruckt. Folgende Aspekte waren für die Behandlung und Zuordnung der Briefe maßgeblich: 1. Gesandtenberichte mit einem Themenschwerpunkt (z.B. Türkenhilfe, Friede und Recht, Konflikt um Geldern, Session etc.) wurden den Kapiteln entsprechenden Inhalts zugeordnet. 2. Informationen über den Reichstag aus Schreiben, die nicht als Voll- oder Teiltexat unter einer eigenen Aktennummer aufscheinen, finden sich in den Sachanmerkungen verschiedener Kapitel in Form von Briefzitatzen. Sie dienen einerseits zur Ergänzung der edierten Korrespondenzen, andererseits zur näheren Erläuterung der Genese von Verhandlungsakten, Protokollen und Supplikationen. Dagegen wurden 3. für das vorliegende Korrespondenzkapitel Schreiben ausgewählt, die einen Eindruck vom Verlauf des Reichstags vermitteln und mehrere Themen behandeln. Dazu gehören z.B. die Aktivitäten einzelner Reichsstände, die in Nürnberg mehrere Wochen auf den Reichstagsbeginn warteten; die unüberbrückbaren Differenzen zwischen Alt- und Neugläubigen; die Schilderungen der Reichsratsitzungen; die informellen Kontakte und Bündnispläne einzelner Reichsstände; deren Unterredungen mit Kg. Ferdinand, Nicolas de Granvelle oder anderen ksl. bzw. kgl. Räten und die Verhandlungen über den Reichsabschied. Textpassagen der abgedruckten Briefe, die sich nicht direkt auf den Reichstag beziehen, sind mit [...] gekennzeichnet und werden ohne weiteren Kommentar weggelassen, wobei in solchen Fällen auch Regesten entfallen.*

*Die Untergliederung des Korrespondenzkapitels erfolgte nach der konfessionellen Zugehörigkeit der Reichsstände, da mit ihr Vorerwägungen für das Verhalten am Reichstag verbunden waren. Die Reichstagsbeteiligten setzten unterschiedliche Erwartungen in die Reichsversammlung und verfolgten sowohl die macht- und religionspolitischen Ziele ihrer jeweiligen Gruppe als auch ihre partikularen Interessen. Innerhalb der Unterkapitel (Kap. XII.A bis XII.H) sind die Briefe chronologisch geordnet.*

*Die nach Reichsständen alphabetisch gegliederte Korrespondenzliste am Ende des Kapitels (Kap. XII.I) gibt einen Überblick über die in den besuchten Archiven erhaltenen Korrespondenzen zum Reichstag.*

## XII.A Habsburgische Korrespondenzen: Berichte des ksl. Generalorators Nicolas de Granvelle und Kg. Ferdinands an Karl V. und Kgn. Maria

*In der habsburgischen Familienkorrespondenz im HHStA Wien und in den AG Brüssel liegen zahlreiche Schreiben der Habsburgergeschwister und des ksl. Generalorators Nicolas de Granvelle, die sich neben anderen politischen Fragen der Zeit auch mit dem Reichstagsgeschehen von 1543 beschäftigen. Während der für die Vorbereitungsphase des Reichstags bedeutsame Briefwechsel zwischen den habsburgischen Brüdern in Kap. I.A (Vorbereitung des Reichstags) und die Berichte Granvelles zu den Geldernverhandlungen in Kap. VI.B (Der Konflikt mit Hg. Wilhelm von Jülich um Geldern) abgedruckt sind, enthält das Korrespondenzkapitel XII.A die laufenden Berichte und Einschätzungen der maßgeblichen habsburgischen Protagonisten zum Verlauf der Reichsversammlung. Als eigene Aktennummer werden nur jene Briefe abgedruckt, die ausführliche Informationen zum Reichstag enthalten. In Hinblick auf die Relevanz für das Reichstagsgeschehen wurden neun Briefe zwischen Febr. und April 1543 ausgewählt, von denen zwei von Kg. Ferdinand an seinen ksl. Bruder adressiert sind (Nr. 309, Nr. 314) und sieben von Nicolas de Granvelle an Karl V. bzw. an Kgn. Maria (Nr. 307–308, Nr. 310–313, Nr. 315). Das Übergewicht der Berichte Granvelles ergibt sich einerseits aus seiner führenden Rolle als Koordinator der offiziellen und inoffiziellen Reichstagsverhandlungen, andererseits aus seiner mit Kg. Ferdinand getroffenen Vereinbarung, die Berichterstattung an die habsburgischen Geschwister zu übernehmen, um Verdoppelungen und Wiederholungen in den Briefen zu vermeiden (siehe Nr. 309).*

### 307 Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 Febr. 5

*Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 13r–18v (Ausf. z. T. chiff. und dechiff.); DV fol. 18v: Du S<sup>r</sup> de Grantvelle du 5<sup>e</sup> de février, receues en Molin du Roy le dernier de mars 1543 après Pasques.*

[13r] Sire, j'arrivay ici le 26<sup>e</sup> du passé et – après avoir consulté sur ma charge avec le roy et aussi touchant les affaires de ceste diette – sa Mt<sup>é</sup>, le duc Frédéricq et le conseillier Naves, comme commissaires de la vôtre pour cested. diette, ont fait leur proposition aux estatz [Nr. 43], fondée sur le recès de Spire [1542], ouquel l'ayde contre le Turcq fut accordée et ce que depuis se traicta l'esté passé en celle d'icy [RT Nürnberg 1542], concluans que lesd. estatz pourveussent l'ayde pour ceste année contre led. Turcq. Et depuis les commissaires de la royne douagière de Hongrie, que sont le S<sup>r</sup> de Créanges et le docteur Viglius, qu'est fort scavant et honneste personnaige, ont fait leur proposition justificative de la guerre contre le duc de Clèves avec excuse de non avoir assisté à l'ayde de la résistance contre led. Turcq l'année passée [Nr. 202]. Et suygamment j'ay fait une autre proposicion de la part de votre Mt<sup>é</sup> [Nr. 197], offrant l'ayde d'icelle

moieissant que lesd. estatz veullent assister votred. M<sup>té</sup> contre France et led. de Clèves comme chose nécessaire avant que votred. M<sup>té</sup> puisse entendre contre led. Turcq, selon qu'il plaira à votred. M<sup>té</sup> faire veoir par la copie que je luy en envoie.

Et a semblé au roy et aux autres affectionnez au service de votred. M<sup>té</sup> que je debvraye aussi offrir libéralement l'assistance de la part de votred. M<sup>té</sup> pour les rendre plus enclins à la vôtre, mais lad. offre est bien conditionée et modifiée et de manière que en préalable il faudra que lesd. estatz déclairent, s'ilz voudront aider à votre M<sup>té</sup>, comme et de quoy, combien [13v] que je doute et tiens comme pour certain que le plus que l'on prouffitera avec lesd. estatz sera qu'ilz ont en grant plaisir la bonne et affectionnée volenté de votred. M<sup>té</sup> et démontre estre extrêmement indigné contre France pour les causes contenues en lad. proposition.

A la vérité, Sire, lesd. estatz ne pourroient pis dire qu'ilz font contre led. roy de France généralement. Et aussi s'est fecté très à propos l'aulture proposition des commis de la royne [Nr. 202]. Et se sont esbahiz les estatz de la grande meschanté et ingratitude dud. de Clèves qu'est fort bien desclairée, arraisonnée et prouvée par icelle proposition, comme, s'il plaît à votred. M<sup>té</sup>, elle pourra veoir faisant translater la coppie d'icelle que j'envoye aussi avec ceste. Et se [!] seroit très bien, afin que elle sceut les particularitez dont se démontre évidamment et inexcusablement le mesfait dud. duc. Et combien, Sire, que la chose soit telle, toutesfois nulz des princes [14r] ny de la noblesse, à tout ce que j'en ay entrepris, peult trouver bon que l'on procède par force allencontre de luy et le persuadent ainsi aux aultres estatz, et ce seulement pour non ouvrir la porte à aultres semblables chastoys.

Et quant aud. roy de France, le duc de Saxen et aultres que luy adhèrent et veullent favoriser couvertement aud. France, soit pour le respect dud. Clèves que aussi par le moyen des praticques françoises, le font soubz ombre et couleur des divisions, partialitez et différendz que sont entre les catholicques et protestans à cause de la religion et pour l'affere particulier du duc de Brunswyck et des procédures commencées, tant généralement que particulièrement, contre les protestans qu'ont esté de l'emprinse contre icelluy duc.

Et d'avantage tous les estatz se retrouvent desjà fort en arrière, comme ilz vont de ce qu'ilz ont contribué l'année passée contre led. Turcq, et me doute que ce poynt quant ores les aultres difficultez susd. se pourront [14v] moyenner que difficillement l'on pourra obtenir aide souffisante pour la deffension seulement de ceste année contre led. Turcq et que lesd. estatz s'excuseront de pouvoir plus faire quant à l'assistance requise par votred. M<sup>té</sup>, joinct que les principales villes craignent de se déclarer contre France pour l'empeschement du coustel de la marchandise.

Or, Sire, je feray tout ce que je pourray pour assentir ce que votre M<sup>té</sup> pourra espérer desd. estatz, tant généralement que particulièrement. [...].

*Entmutigung wegen der Auflösung des Heeres in Ungarn. Der Kaiser soll 10 000 spanische und 4000 italienische Soldaten schicken, dann wären die Reichsstände leichter zum Kampf gegen Frankreich und Kleve zu motivieren. Bericht über seine Verhandlungen mit Gf. Wilhelm von Fürstenberg und anderen Heerführern, die ursprünglich in französischen Diensten waren, um sie wieder an den Kaiser zu binden. Die geplanten Verhandlungen mit dem Lgf. von Hessen wurden noch nicht begonnen, da er die Entwicklungen des Reichstags und das Verhalten Frankreichs abwarten wolle. [...].*

### 308 *Nicolas de Granvelle an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Febr. 6*

Wien HHStA, Belgien PA 35/4, fol. 332r–341v (Ausf. z.T. chiff. und dechiff.).

*Er erwartet einen Boten mit Nachrichten von Kgn. Maria. Die kursächsischen Räte in Nürnberg stehen eindeutig auf der Seite Hg. Wilhelms von Jülich und verbreiten Nachrichten von dessen militärischen Erfolgen, um die Reichsstände zu beeinflussen. Kgn. Maria wurde sicher schon über die Werbung ihrer Gesandten (Nr. 202) informiert, in welcher diese die falschen Behauptungen des Hg. von Jülich widerlegten.*

*Gestern (1543 Febr. 5) hielt er im Namen des Kaisers einen Vortrag vor den Reichsständen (Nr. 197), den er mit Absicht erst einige Tage nach der Proposition des Königs und nach der Werbung der burgundischen Gesandten vorbrachte. Er forderte die Reichsstände auf, dem Kaiser gegen Frankreich und Jülich beizustehen. Nur dann werde der Kaiser dem Reich seinerseits Türkenhilfe gewähren.*

*Die Fürsten lehnen einen Krieg gegen den Hg. von Jülich ab und wollen in Nürnberg über einen Frieden oder Waffenstillstand verhandeln. Die Uneinigkeit der Reichsstände erschwert klare Lösungen. [333v] [...] combien que à mon jugement je y voy peu ou point d'apparence pour les divisions qui sont entre les catholicques et protestans touchant l'affaire de Brunswick et procédures qui se font généralement et particulièrement contre iceulx protestans. Et ceulx de Saxen et autres qui favorisent à France traverseront à ceste occasion la déclaration contre led. France. Et à ce que puis entendre, ceulx de Bavière font et feront le pys qu'ilz pourront soubz couleur de la religion.*

*Il est vray que les villes, qui quasi sont toutes luthériennes, se démontrent affectionnées à sa Mté, mais elles s'arrestent tousjours d'estre assurées préalablement contre le jugement de la chambre impériale et, que pys est, tous lesd. protestans, voyans la nécessité où l'on est contre le Turcq, aussi contre lesd. roy de France et duc de Clèves, vouldroient contraindre à accorder que leur religion se puist étendre et qu'elle se puist prescher. Et oultre ce il y aura bien affaire d'obtenir l'ayde pour Hongrie contre led. Turcq qui puisse souffire pour la seule déffension de ceste année, selon que les fraiz et impositions que pour ce l'on a fait l'année passée sont esté grandes et que plusieurs allèguent impossibilité, [334r] voyre y a crainte en aucun levé d'esmotion populaire.*

Et par dessus ce il n'y a icy aucuns électeurs et princes et cherchent tous les députez des électeurs dessus le Rhin de transférer ceste diète en ce cousté-là<sup>1</sup>, ce que le roy des Romains ne trouve faisable. Et c'est tout ce que jusques à maintenant je scauroie escrire à votre Mté touchant ceste diète.

*Gerüchte über kriegerische Vorbereitungen Hg. Heinrichs von Braunschweig zur Rückeroberung seines Landes; es soll ebensolche Rüstungen der Protestanten auf der Gegenseite geben. Zwischen Hg. Wilhelm von Bayern und Lgf. Philipp von Hessen wurde angeblich ein Abkommen über wechselseitigen Gewaltverzicht geschlossen.*

*Hg. Ludwig von Bayern macht in Nürnberg als Hauptmann des katholischen Nürnberger Bundes kein Hehl aus seinen feindlichen Absichten gegenüber den Protestanten. [334v]* Et les conseilliers desd. deux ducz qui sont icy praticquent continuellement avec le nonce du pape<sup>2</sup>, comme si eulx seulz fussent les catholicques et tous nous autres luthériens, et ne délaissent de dire que l'on ne se doit fier à l'empereur ny à ses mynistres qui ne se soucient de la perdicion de la Germanie. [...].

*Schilderung einer Unterredung Granvelles mit den vier Gesandten des Lgf. von Hessen, die das Verhalten ihres Herrn im braunschweigischen Feldzug verteidigten. Er betonte in dem Gespräch die Wertschätzung Kgn. Marias und des Kaisers für Lgf. Philipp, gleichzeitig kritisierte er Hg. Wilhelm von Jülich scharf, der sich unter dem Vorwand, dass es sich bei dem Geldernkonflikt um einen Religionskrieg handle, um die Unterstützung Kursachsens bemühe. Die Ausdehnung der Kompetenzen des Schmalkaldischen Bundes auf weltliche Angelegenheiten geschieht mit der Absicht, die protestantischen Stände dem Urteil des nicht reformierten Reichskammergerichts zu entziehen. Die hessischen Räte versicherten, dass der Landgraf höchstes Interesse an einer Unterredung mit ihm habe.*

[335r] Il est vray, M<sup>me</sup>, que comme il me semble il seroit plus à propoz si l'on remettoit ceste diète sur le Rhin et aussi pour les autres affaires, selon que je l'ay entendu des commis des électeurs, et l'ay remonstré au roy, mais sa Mté l'excuse comme dessus et que, comme il dit, [335v] il se esloingneroit d'austant plus d'Hongrie et que, si l'on ne faisoit riens avec lesd. électeurs que outre la desréputacion et malcontentement des autres des estatz, par aventure les choses tomberoient en trouble pour lequel il se trouveroit empesché à son retour, combien que à la vérité il me semble qu'il ny scauroit avoir dangier. [...].

<sup>1</sup> *Vorschläge zur Verlegung des RT in eine Stadt am Rhein in die Nähe jenes Ortes (Aachen), wo die Gesandten der vier rheinischen Kurfürsten und Hessens einen Waffenstillstand im jülichischen Konflikt zu vermitteln suchten, wurden immer wieder gemacht, aber von Kg. Ferdinand abgelehnt. Er bevorzugte Nürnberg, nicht zuletzt wegen der größeren Nähe zum ungarischen Kriegsschauplatz: siehe den letzten Absatz von Granvelles Schreiben.*

<sup>2</sup> *Hieronymus Verallo.*

309 *Kg. Ferdinand an Karl V. – Nürnberg, 1543 Febr. 18*

A Wien HHStA, Hs. blau 597/2, fol. 85v–87v (Kop.).

B Wien HHStA, Belgien PA 7/1, fol. 1r–4v (Ausf. mit Siegel, z. T. chiff. und dechiff.); Empfangsvermerk fol. 4v: Du roy des Romains du 18<sup>e</sup> de février, receues en Molin du Roy le dernier de mars 1543.

*Aufbruch aus Wien am 2. Jan., Ankunft in Nürnberg am 17. Jan. 1543.* Et y aiant trouvé bien peu d'estatz et députez, aussi pour mieulx et plus convenablement encheminer les affaires de ceste diette conforme à votre désir et avec participation et bon advis dud. de Grantvelle, j'ay différé faire la proposition jusques à son arrivée que fut le 26<sup>e</sup> ensuyvant. Et pour non attédier votre M<sup>té</sup> de longues lettres et de double lecture sur ce que jusques à présent s'est passé quant à lad. diette, circumstances et deppendance d'icelle, aussi sur les autres articles contenues en vosd. précédentes, je me suis conformé avec led. S<sup>r</sup> de Grantvelle, après avoir conféré tous affaires tant généraulx que particulières par ensemble, de m'en remectre à ce que présentement il en escript à votre M<sup>té</sup> que me gardera, Mons<sup>r</sup>, en faire redictes en cestes.

[86r] Seulement j'adjousteray deux motz quant à la ligue catholicque et que, comme entendrez, l'on est en practicque avec le nunce du pape, résident devers moy, pour attirer sa Sté en lad. ligue. *Da Granvelle es ablehne, den Beitrag des Kaisers zum Nürnberger Bund zu zahlen, ersuche Ferdinand den Bruder, seinen Bundesverpflichtungen nachzukommen.*

*Hochzeit von Kg. Ferdinands Tochter, Ehgn. Elisabeth, mit dem polnischen Thronfolger Sigismund II. August. [...].* [86v] Et quant est de toutes autres particularitez et advertissemens du cousté du Turc, affaires de Hongrie et autres, j'ay, Mons<sup>r</sup>, informé led. S<sup>r</sup> de Grantvelle de tout ce qu'en ay, lequel en advertit aussi votre M<sup>té</sup>.

Et finalement, Mons<sup>r</sup>, aiant beaucoup consulté et communicqué avec iceluy S<sup>r</sup> de Grantvelle sur l'estat présent de tous affaires de la chrestienté, je ne voys, comme aussi l'escript la royne, M<sup>me</sup> notre seur, autre moien pour remédier à toutes choses que votre présence, par laquelle se pourront redresser et effectuer beaucoup de bonnes choses au bien, non seulement de tous affaires publicques et pour le service de Dieu, mais aussi au prouffit des votres particuliers dont et du bon succès desquelz déppendent tous les autres et lesquelz, en faulte de votred. M<sup>té</sup>, se pourroient tumber en grant inconvénié, comme ne doubte entendrez plus au long par les lettres dud. S<sup>r</sup> de Grantvelle. Et à ceste cause, Mons<sup>r</sup>, suis constraint vous supplier de rechief, si très humblement qu'il m'est possible, que d'austant que désirez le redressement desd. affaires et évictér la totale confusion d'iceulx, qu'il vous plaise avancer votre passage par deçà le plustost que faisable vous sera, car à la vérité je ny voys autre moyen de remède et me pardonnera votre M<sup>té</sup> de la presse que luy en donne, car n'estoit que voys la nécessité si urgente, je m'en déporteroye d'en faicher plus avant votre M<sup>té</sup>.

*Kommentare zum Kriegsgeschehen in den Niederlanden; der Kaiser solle spanische und italienische Soldaten schicken, die der Hg. von Jülich am meisten fürchte.* [87r] Car il fault, Mons<sup>r</sup>, considérer que en faisant la guerre avec Allemans seullement, sans estre meslez d'autre bon nombre d'estrange nation, ilz sont facilitez à surmonter [...].

### 310 *Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 Febr. 19*

Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 23r–40v (Ausf. mit Siegel, z.T. chiff., marg. dechiff.); DV fol. 40v: Du S<sup>r</sup> de Grantvelle du 19<sup>e</sup> de février, receues en Molin du Roy le dernier de mars 1543.

[...] [27r] *Was die von ihm im Namen des Kaisers geforderte Hilfe gegen Frankreich und Kleve betreffe, habe sich an der zögernden Haltung der Reichsstände und an ihrem gegenseitigen Misstrauen nichts geändert.* [27v] Et plus vois avant, moins je y ay d'esperoir, tant à faulte de vouloir que de pouvoir. Et pour les divisions, partialitez et diffidences qu'ilz ont ensemble si grandes que chacun est sur sa garde et se préparent [28r] les ungs et les aultres comme actendans la guerre entre eulx-mesmes, voire les catholicques ne se fient les ungs des aultres, les luthériens encores moins, se complaignans les villes de ce que les duc de Saxen et lantgrave de Hessen les rengent et font les emprinses à leur volenté et vivent de leurs deniers sans que lesd. villes en ayent prouffit quelconque. Et lesd. de Saxen et lantgrave aussi peu se fient l'ung de l'aultre. Et si y a aultres praticques, que j'ay entendu en gros, touchant ceulx qui favorisent au duc de Brunswyck dont j'espère la certitude avant de serrer ceste pour en advertir votre M<sup>té</sup>.

Bien confessent, Sire, tous lesd. estatz généralement le tort du roy de France et le blasment tous extrêmement et avec indignation, et la pluspart d'eulx dient que l'on debvroit aider votre M<sup>té</sup> all'encontre de luy. *Wenn es allerdings wirklich darauf ankommt, zögern die Stände, sich eindeutig für den Kaiser und gegen den Kg. von Frankreich zu erklären.*

[28v] Et enfin sur tout ce qu'on s'en pourra valoir au mieulx aller, selon que je le puis appercevoir, sera de leur imprimer ceste indignation all'encontre dud. France et que l'on chastie et contraigne les cappitaines et gens de guerre qui sont en France de s'en retourner et qu'ilz n'assistent le duc de Clèves ny si meslent de luy, soyent catholicques ou protestans, ny ouvertement ny secrètement, et j'espère que cecy se conduyra. Si n'est quant à l'électeur de Saxen, lequel toutesfois, à ce que j'entend, se trouve fort empesché de soy estre si avant déclairé avec led. de Clèves et se plainct du roy de France. Et par adventure, quant il verra que votre M<sup>té</sup> s'approchera de deça, se repentira, si ce n'est plustost. Et rendra la venue de votre M<sup>té</sup> l'affere dud. de Clèves et toutes aultres choses plus favorables. Et si l'on doit espérer nul bien plus desd. estatz, généralement ou particulièrement, sera lors qu'il faudra à ceste occasion vivement solliciter tout

ce que l'on verra se pouvoir dresser et conduire avec lad. faveur et je préviendray et endresseray tout ce que je pourray pour soy aider de ceste occasion.

[fol. 29r] Bien, Sire, y a espoir que lesd. estatz accorderont l'aide déffensive pour Hongrie contre le Turcq, que ne sera peu selon les divisions et partialitez susd., et mesmes que led. duc de Saxon ne la traverse couvertement en faveur de France et Clèves. Et toutesfois, Sire, le roy désire tant la venue de votre M<sup>te</sup> et qu'elle face quelque bon exploict contre led. France et que l'on renga led. duc de Clèves à la raison, contre lequel il est aultant ou plus indigné que contre le Turcq. Qu'il tient contrepoix si juste qu'il ne voudroit empescher la fin de votre M<sup>te</sup> pour respect de son particulier, mais je tiens que ce sera au mieulx aller d'avoir lad. aide pour Hongrie.

Lesd. estatz ne sont encores venuz à praticquer sur ma proposition [Nr. 197] pour les incidens de Brunswyck et procédures du camergerrecht, et aussi qu'il fault venir au poinct de résouldre lad. aide contre le Turcq. Et en ceste conjuncture se remonstrera ce que sera à ce propos, tant du coustel de votre M<sup>te</sup> et aussi pour les Pays d'embas, et regarderay de non obliger votre M<sup>te</sup>, ny pour le présent ny advenir, contre led. Turcq et aussi avec les dépputez de la royne pour iceulx pays pour s'en mectre en raison sans toutesfois soy obliger, si l'on ne traicte le réciproque.

*Rüstungsfragen und Probleme der Versorgung mit Lebensmitteln. Granvelle bemüht sich um Unterstützung der Städte gegen Kleve und Frankreich. Lage in Italien [...].*

[35v] Et quant à l'affere de la foy, Sire, l'on a expressément respondu aux protestans de la part de votre M<sup>te</sup> que le recès de Ausbourg [1530] se garderoit, qu'a esté grande satisfaction aux catholicques et les protestans ny ont contredit. *Bedenkliche Entwicklung seit dem Regensburger Reichstag von 1541: mehrere Reichsstände wurden evangelisch.* Et voilà ce que l'on a gagné de n'avoir creu le cardinal Contareno et mesmes le confesse Eckius des ducz de Bavière.

*Granvelle gibt zu bedenken, dass in der Regensburger Deklaration (RTA JR Bd. XI, Nr. 949) ohne Wissen des Kaisers kurz vor der Unterzeichnung Änderungen angebracht wurden, welche die Lutheraner in der Folge zu ihren Gunsten nutzten. Gegenüber den altgläubigen Reichsständen wurde in Regensburg fälschlich behauptet, dass Granvelle die ksl. Deklaration ausgearbeitet habe.* [36r] Mais la vérité s'est trouvée telle que dessus, et s'en souvient très bien led. S<sup>r</sup> roy. Et que plus est, lad. déclaration fut faicte en alleman, dont led. Eckius mesmes et aultres qui l'ont sceu sont demeurez confuz de ce que l'on m'en avoit chargé.

[36v] *Es ist zu hoffen, dass bis zu einer gütlichen oder rechtlichen Einigung im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel die Prozesse des Reichskammergerichts gegen die Teilnehmer am braunschweigischen Feldzug eingestellt werden. Hg. Heinrich von Braunschweig und seine Leute lehnten Hg. Wilhelm von Bayern als Schiedsrichter ab, obwohl dessen Bruder, Hg. Ludwig von Bayern, offen den Braunschweiger Herzog unterstützte.*



[37rv] *Er wird dem Kaiser weiterhin von der Erfüllung seines Auftrags in Nürnberg berichten. [...]. Viglius van Zwychem ist als Vertreter Kgn. Marias am Reichstag und pflegt Kontakt mit Dr. Eck, dessen Lehrer er an der Universität in Bayern war.*

[38r] Docteur Eckius m'est venu trouver et déclairer que ses maistres doubtoient estre en male grâce de votre M<sup>té</sup> par mauvais rapportz que furent fait à icelle par les luthériens durant lad. diette de Ratisbone [1541], et aussi que votre M<sup>té</sup> fut pour le semblable indignée sur luy. Sur quoy je luy ay dit l'honneste office que votre M<sup>té</sup> avoit fait en l'endroit de sesd. maistres lors et encores depuis à Munich et en renvoyant par devers eulx le conseiller de Naves, nonobstant plusieurs advertissemens que votre M<sup>té</sup> avoit heu de bons personnaiges et de qualité qu'ilz ne faisoient bien le réciproque en l'endroit de votred. M<sup>té</sup> ny aussi led. Eckius. *Eck betonte die feindliche Haltung der Hgg. von Bayern gegenüber Frankreich und Jülich, aber seinen Aussagen gegenüber ist stets Vorsicht geboten.* Et il ne se fault fier dud. Eckius, sinon à ce que l'on en verra, comme dit led. S<sup>r</sup> roy, lequel mesmes baille pension aud. Eckius. Et aussi l'ont en ceste estime tous ceulx qui le congnoissent [38v] et mesmes led. Viglius et aussi ainsi en useray en son endroit. Et luy ay fait dire avec bonne conjuncture par led. Viglius que s'il faisoit quelque bonne euvre que votre M<sup>té</sup> le tiendrait pour son bon serviteur et que je le recongnaistroye. Et ce ay-je fait par l'advis dud. S<sup>r</sup> roy et pour ce que led. Eckius ne fait riens par vertu, sinon par intérêt. [...].

A ce propos des troubles de lad. Germanye et de l'espoir dud. pape le cappitaine Landenberg a descouvert aud. S<sup>r</sup> roy que lesd. ducz [de Bavière] et celluy de Brunswyck avec le duc de Wirtemberg, qui vouloient [l']attirer en l'emprinse comme oncle des enffans dud. duc de Brunswyck, avoient délibéré de, avec l'assistance de sa S<sup>té</sup>, courrir sus aux luthériens et commencer contre les villes impériales pour les destruire. [...].

[39r] *Eck versicherte ihn, dass die Hgg. von Bayern in nächster Zeit nicht mit Gewalt gegen die Lutheraner vorgehen würden. [...].* Et comme j'ay touché cy-dessus, led. duc de Brunswyck mesmes ne se fie du duc Guillaume ny dud. Eckius et aussi peu ou moings dud. de Wirtemberg, lequel vouldroit bien que ses nepveurs [!], enffans dud. de Brunswyck, fussent remis en l'estat, mais luy non, pour le mauvais traictement qu'il a fait à sa feue femme<sup>1</sup>.

Quant aud. lantgrave, à ce que j'entens il ne se fie ausd. ducz de Bavière, ne fiera jamais, mais il dit qu'il ne luy peult nuyre d'estre assuré d'eulx. Ses conseilliers m'ont encores parlé le jourd'huy, assurant fort qu'il est et sera tousiours bon serviteur de votre M<sup>té</sup> et ne fera jamais riens directement ny indirectement all'encontre d'elle [39v] et ne desfauldra à ce qu'il a promis<sup>2</sup>. *Lgf. Philipp von Hessen wird sich für eine gütliche Einigung mit dem Hg. von*

<sup>1</sup> Siehe Nr. 243, Anm. 1.

<sup>2</sup> Vertrag zwischen Karl V., Kg. Ferdinand und Lgf. Philipp, Regensburg, 1541 Juni 13, in: RTA JR Bd. XI, Nr. 400.

*Jülich einsetzen. Die Mithilfe des Landgrafen bei einer Einigung mit Kleve wäre vorteilhaft*<sup>3</sup>.

[40r] *Aktivitäten Landenbergs in Nürnberg. Granvelle wartet auf Nachrichten über Gf. Wilhelm von Fürstenberg und andere militärische Anführer, die aus Frankreich zurückkehrten*<sup>4</sup>. [...]

### 311 *Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 März 22*<sup>1</sup>

A *Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 46r–55v (Ausf. z.T. chiff. und dechiff.); DV fol. 55v: Du S<sup>r</sup> de Grandvelle du 22<sup>e</sup> de mars, receues en Barcellone le 16<sup>e</sup> d'avril 1543.*

<sup>3</sup> *Eine Woche später berichtete Nicolas de Granvelle über ein Gespräch mit den hessischen Räten an Kgn. Maria, Nürnberg, 1543 Febr. 28: Quant au lantgrave de Hessen j'ay encoires parlé depuis deux jours à ses gens très expressément tant des affaires de ceste diète que aussy touchant l'assistance à l'encontre de France et Clèves, les advertissant confidamment que je croyoye fermement que l'empereur passeroit de deça et verroit sa M<sup>te</sup> ceulx qui auront voulonté de luy faire service et l'assister avec tant de raisons qu'il y a dont ilz sont demourez pensifz, et après m'ont dit qu'ilz feroient merveilles d'advertir leurd. maistre et qu'il feroit tout ce qu'il pourroit contre France et aussy pour induyre le duc de Clèves ad se condescendre à la raison. Tant y a que ce sont ministres aussy dangereulx que leur maistre et fault regarder aux œuvres plus que aux parolles. In: Wien HHStA, Belgien PA 35/4, fol. 360r–379v, hier fol. 366v–367r (Ausf. z, T. chiff. und dechiff.).*

<sup>4</sup> *Die Unsicherheit Granvelles bez. der weiteren Entwicklung des RT hielt bis Ende Febr. an. So berichtete er am 28. Febr. 1543 an Kgn. Maria: En somme, Madame, il est encoires impossible de povoir comprendre quelle fin prendra ceste diète ne ce que l'on y pourra besoigner pour les incidens miz en avant par lesd. protestans, lesquelz à mon jugemens sont aussy durs et plus que le commencement. Et le pis est qu'ilz sont gens grossiers et obstinez en l'affere de leur religion avec les practiques couvertes de Saxon. Et l'incident de Bruynswyck est plain de difficulté. Et au regard de transférer ceste diète le roy des Romains craintd que l'on feist aussy peu sur le Rhin et que l'on n'est certain que les électeurs s'y trouvassent ny que l'on y feist myeulx. Et se rebouteroyent par adventure aulcuns de ceulx qui sont icy, joint la desréputation du changement. Mais, Madame, selon que je verray en dedans peu de jours le chemin que les affaires prendront, je pense m'en aller avec le bon plaisir du roy faire ung tour devers les électeurs du Rhin pour les persuader ad ce que semblera aud. S<sup>r</sup> roy convenir pour l'assistance contre led. Turcq et aussy contre France et Clèves. Et ad ce que j'entens du duc Frédéricq [= Pfgf. Friedrich] il me semble qu'il s'appreste pour aller devers l'électeur, son frère, et y mener M<sup>me</sup> la princesse, sa compaignon. In: Wien HHStA, Belgien PA 35/4, fol. 360r–379v, hier fol. 367rv (Ausf. z, T. chiff. und dechiff.).*

<sup>1</sup> *Ein zweites Schreiben Granvelles an Karl V. vom 22. März 1543 betrifft die Vorbereitungen für das Kommen des Kaisers ins Reich. In: Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 59r–60v.*

B Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 92, fol. 27r–40r (Kop. z. T. chiff. und deciffr.).

[46r] [...] Quant aux affaires de ceste diette l'on a jusques à ores travaillé avec très grande peyne et dilligence pour contenter les protestans de l'assurance [46v] qu'ilz requièrent de la paix et aussi touchant la visitation et réformation du camergericht, en quoy ilz sont exorbitans, mesmes comme l'on entend par les practiques de l'électeur de Saxen, et ny a l'on peu parvenir, nonobstant toutes admonitions et offres raisonnables. Et enfin ny a heu aultre expédient, sinon que les dépputez consultassent avec leurs maistres pour aultant qu'il ny a icy nulz électeurs ny princes, et que cependant les catholicques procèdent à l'accord de l'ayde contre le Turcq, forme et manière d'icelle en quoy l'on besongne, et y a espoir que l'on obtiendra d'eulx pour la provision et déffension des frontières, et que ce voyant les protestans ilz si conformeront tous ensemble ou sinon que l'on y attirera particulièrement la pluspart d'iceulx, et mesmes les électeur de Brandenbourg, marquis George et Albert<sup>2</sup>, duc Maurice et aucunes villes et que enfin les aultres suyvront, du moins quant ilz entendront plus certainement le passaige de votred. Mté qu'ilz ne veullent encores achever de croire.

Il n'est nouvelles icy des François ny de leurs praticques doiz la lettre qu'ilz ont fait présenter [Nr. 198] et la responce y baillée [Nr. 199] que j'envoye à votred. Mté. [47r] Et généralement tous les estatz se démonstrent fort indignez contre eulx et les blasment et détestent. Et les lettres de Polin, escriptes l'année passée de Constantinople [Nr. 199, Beilage 5], et celles que led. roy de France escripvit aus Souysses [Nr. 199, Beilage 6] les ont grandement indignez contre luy, et davantaige la copie qu'il envoya ausd. Souysses d'ung personnage de l'Empire qui ne se nomme, lequel luy escripvit doiz ce lieu en la dernière diette [Nr. 199, Beilage 7; siehe auch RTA JR Bd. XIII, Nr. 124, S. 667, Anm. 4], dont lesd. estatz se sont fort ressentiz et [ont] fait grande inquisition pour scavoir le personnage les ayant escript et tellement qu'il ny a personne qui ose parler ung seul mot pour led. roy de France, <sup>a</sup>-craindant d'entrer en suspition envers lesd. estatz<sup>a</sup>.

Mais, Sire, comme qu'il en soit, je ne vois apparence que l'on sceut obtenir aide desd. estatz contre led. France et aussi à la vérité ilz n'ont la pluspart de quoy le faire. Et sera assez, s'ilz peuvent assister pour Hongrie, en quoy ores qu'ilz accordent y aura beaucoup de difficultez. Mais je tiens bien pour certain qu'il ny a ny prince ny aultre qui aide ne favorise led. roy de France, si ce n'est ce malheureux conte Guillaume de Furstenberg et aucuns cappitaines que encores sont aud. France. *Fürstenberg zog sich bereits aus Frankreich zurück, gemeinsam mit einer größeren Anzahl Fußsoldaten. [...]*

---

<sup>a-a</sup> B om.

---

<sup>2</sup> Mgf. Georg von Brandenburg–Ansbach und Mgf. Albrecht Alkibiades von Brandenburg–Kulmbach.

{47v} Quant à Clèves vous pourrez entendre en quel estat sont les choses de la guerre contre luy et ses pays par les lettres de lad. royne et mesmes des deux armées, dressées l'une contre Julliers et Clèves et l'autre ou coustel de Gheldres. Et les sept<sup>3</sup> ambassadeurs que led. de Clèves a icy font très véhémence poursuyte depuis six jours en ça devers les estatz, comme contiennent les lettres à lad. royne. Et ce jourd'huy l'on baille de notre part deux escriptz ausd. estatz [Nr. 210 samt Beilagen], l'ung pour confondre celluy qu'ilz ont baillé pour justifier leur droit de Clèves et l'autre sur les grandes plainctes et doléances qu'ilz ont fait en plusieurs volumes d'environ 50 feuillets en alleman de la part dud. de Clèves, de sa mère et des subiectz pour plus aigrir lesd. estatz [Nr. 205a-c]. Et à mon advis nous n'avons riens oblié [!] en nosd. escriptz pour démonstrer ausd. estatz inexcusablement que tout ce que led. de Clèves dit quant à son tiltre aud. Gheldres est faulx et mensongier en fait et en droit, et qu'il ny a nul [48r] de si simple jugement qu'il ne le voye et congnoisse de plain sault, comme elle [= sa M<sup>te</sup>] pourra faire veoir, s'il luy plait, par la copie qui s'en envoie, et par l'autre escript la meschante ingratitude, insolence et damnable intention dud. de Clèves en tout ce qu'il a fait l'année passé et jusques à ores par la guerre. Mais cestuy escript est en alleman et contient une longue légende qui ne se peult envoyer, car nous avons esté précipité de le bailler pour empescher les poursuytes que ceulx de Clèves font jour et nuyt envers lesd. estatz. Et espérons qu'ilz n'obtiendront riens de ce qu'ilz prétendent et que en tous advénemens la chose se remectra jusques après ces Pasques. Et cependant l'on verra ce que exploicteront lesd. deux armées que cuysent extrêmement ausd. Clevois et aussi aux gens du duc de Saxon, qui font tout ce qu'ilz peuvent fere soubz main pour les favorizer et moins<sup>b</sup> de y contreminer.

Le fondement de leur principale plaincte est que la royne n'a voulsu entendre aux tresves de quatre ans [Aachen, Maastricht] et qu'elle empesche le cours de la marchandise par le Rhin, et cecy font- ilz pour capter la faveur des électeurs et aussi des villes marchandes. [48v] Mais l'on y respond pertinemment en répliquant le debvoir où lad. dame royne s'est tousiours mise pour la paix et tresve convenable à icelle en rechargeant tout le tort sur lesd. Clevois, leur faulceté, braveté, insolence et menasses et emprinses qu'ilz ont fait cest yver, dont ilz ont esté honteusement et à leur perte reboutez, tant ou coustel de Gheldres que Brabant, et qu'ilz ont contrainct par ce moyen la royne soubstenir

<sup>b</sup> Aus B, A om.

<sup>3</sup> Sowohl in der Vollmacht Hg. Wilhelms von Jülich für seine Gesandten (Nr. 59a) als auch im Waffenstillstandsvertrag mit dem Hg. von Jülich (Nr. 235) werden nur sechs jülichsche Gesandte angeführt: Johann von Vlatten, Werner von Hoesteden, Johann von Wytenborst, Gotthard von Wilach, Dr. Gotthard Gropper und Dr. Johann Faltermeyer. Wahrscheinlich handelt es sich bei der siebten Person um einen Sekretär, der den jülichschen Räten beigegeben wurde.

la guerre et soy fortifier pour y obvier, et à ce qu'iceulx Clevois se gloriffient<sup>c</sup> d'entretenir leur armée des bransatz [= *Brandschatzung*] et occuper avec l'aide du roy de France Anvers et tout ce qu'ilz avoyent failly l'année passée.

<sup>d</sup>—Et quant à lad. tresve de quatre ans votre M<sup>te</sup> pourra veoir ce que j'en ay escript à lad. dame royne. Et à dire la vérité, je tiens main devers le roy des Romains qu'il luy escrivit expressément qu'il ne luy sembloit en façon du monde qu'elle deust faire lad. tresve et ce afin qu'elle se peult excuser envers ceulx qui la pressoient de lad. tresve avec les raisons que je luy escripvoye. Et me sembloit mieulx que led. S<sup>r</sup> roy le fait absolument, car je m'apercevoye assez que lad. royne ny estoit de soy encliné et aussi ce fut [49r] esté chose honteuse et très dommageable pour les considérations contenues en mesd. lettres. Et tiens que au pis aller lesd. de Clèves seront contens d'accepter la tresve d'ung an. Et si ay espoir en Dieu que les susd. armées feront quelque bon exploit et gagneront pièces que nous demeureront pour gehenner led. de Clèves à rendre Gheldres. Et procédera l'on selon que l'on verra le progrès desd. armées<sup>d</sup>.

Et quant aux apprestes pour la venue de votre M<sup>te</sup> nous sommes besoignans, Lyère et moy, avec les gens du duc Maurice et du marquis Albert de Brandenbourg, filz du marquis Casimirus, touchant la retenue des gens de cheval, lesquelz princes ont fait demander choses trop exorbitantes, mais l'on les a gracieusement reboutté, et espérons que enfin ilz se condescendront à conditions tollérables selon l'advis du roy de l'excessiveté trop desmesuré avec laquelle l'on a fait les levées l'année passée pour l'emprinse de Hongrie. Et s'ilz ne le font, nous trouverons aultres cappitaines que desia sont sur main, mais lesd. seigneurs peuvent recouvrer les meilleurs<sup>e</sup> gens de cheval.

Aussi, Sire, avons-nous par l'advis dud. S<sup>r</sup> roy fait mectre en avant [49v] aux duc de Bavière de bailler jusques à 500 ou 600 chevaulx au jeusne duc [*Christophe*] de Wirtemberg, leur nepveu, et en attendons response en dedans trois ou quatre jours. Et si led. duc l'accepte avec leur avis l'on le retirera du tout de France, et sinon l'on aura baillé contentement ausd. de Bavière, et démontré bonne volenté en l'endroit dud. jeusne duc. Et selon la responce qu'il fera, l'on pourvoyera pour complir le nombre des 2000 chevaulx.

*Weitere Ausführungen über Rüstungsvorbereitungen gegen Frankreich und Kleve. Vorbereitungen für die Ankunft des Kaisers im Reich.*

[52r] Le duc Loys de Bavyère a esté icy avec lequel j'ay parlé suyvant l'advis du roy et par manière de confidence et soubz grant secret. Je luy ay baillé compte de l'intention et volenté que votre M<sup>te</sup> a tousiours heu de réduire à union crestienne le différend de la religion et discourru à ce propos l'erreur où son frère et luy et autres catholicques sont esté d'en fantasier aultrement et de vouloir user de violence hors de temps et sans fondement et que, quant ilz

<sup>c</sup> *In B:* gloriffioyent.

<sup>d-d</sup> *B om.*

<sup>e</sup> *Aus B, A om.*

vouldroient s'entendre, votre M<sup>té</sup> est en la mesme volenté et se pourroit trouver moyen, le temps et opportunité pour ce faire quant l'on procederoit par bonne et sincère intelligençe. Et mesmes venant votre M<sup>té</sup> au dessus dud. roy de France et temporisant gracieusement avec iceulx protestans jusques lors et que cependant l'on pourveist contre le Turcq par commune main et d'avoir argent du pape pour la lighe, asseurant led. duc Loys et son frere de l'amytié de votre M<sup>té</sup> et parfaicte intelligençe, de manière que led. duc Loys a confessé que vrayement la chose avoit esté malentendue et errée et que ce que je luy disoye estoit le seul moyen et congnoissoit bien que sans mectre le roy de France à la raison et que votre M<sup>té</sup> fut desempeché de ce coustel-là et fut présente en ceste Germanye, l'on ne viendroit jamais au boult, ny par douceur ny aultrement, desd. protestans, me faisant [52v] grans sermens qu'il demeureroit avec votre M<sup>té</sup> de [sa] personne et de son bien jusques au boult de sa vie et iroit expressément devers sond. frere pour asseurer le semblable, tenant pour certain qu'il ny auroit faulte. Et depuis, Sire, il a démontré aud. S<sup>r</sup> roy estre très satisfait de ce que je luy avoye dit et en avoir singulier plaisir reconfirmant<sup>f</sup> le mesmes qu'il m'avoit dit. Et ainsi s'est party, commandant à ses commis et enchargeant à ceulx de l'archevesque de Saltzbourg de fere entièrement tout bon office en ceste diette. Et depuis son partement est venu sond. commis<sup>4</sup> devers moy, soy offrant fort affectueusement à tout ce que je vouldroye. Et si a encores escript de chemin pour me fere ses très affectueuses recommandations et m'assurer de ce que dessus. Et je tiens, si sond. frere estoit si traictable et faisonnable, que votre M<sup>té</sup> et led. S<sup>r</sup> roy se pourroient asseurer de parfaicte amytié avec eulx. Et je verray ce que Dieu en donra et feray avec l'advis dud. S<sup>r</sup> roy au surplus selon ce.

Led. duc Loys a amené avec luy le duc de Brunswyck et l'a rammené. Et comme j'entens, icelluy Brunswyck congnoit que par sa coulpe il a perdu son estat et ne le peult recouvrer sans l'assistance et faveur de votre M<sup>té</sup>. Et combien qu'il fit d'arrivée le terrible pour estre [53r] assisté de la lighe catholicque, toutesfois led. S<sup>r</sup> roy et aussi led. duc Loys l'ont satisfait de raison, de manière qu'il s'est enfin démontré traictable.

Aussi, Sire, j'ay advisé avec led. S<sup>r</sup> roy que led. duc Frédéricq voise incontinent après les Pasques devers l'électeur, son frere, pour aultant qu'il ne fera faulte icy, mesmes que Mons<sup>r</sup> d'Ausbourg y est. Et led. duc pourra persuader à sond. frere l'électeur ce que conviendra aux afferes de ceste diette et par le moyen dud. électeur aux autres de dessus le Rhin, et par adventure viendroit en taille pour l'affère de Clèves [...].

[54v] *Zahlreiche Neuigkeiten über militärische Aktionen der Türken zu Wasser und zu Land; Unsicherheit, ob der Sultan persönlich kommen wird, da er seine Truppen gegen den „Suffi“ (= persischer König) benötigt. [...].*

---

<sup>f</sup> In B: recomptant.

<sup>4</sup> Dr. Johann Weissenfelder.

312 *Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 April 4*

Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 61r–70v (Ausf. chiff. und dechiff. mit Beilagen); DV fol. 70v: Du Sr de Grantvelle du 4<sup>e</sup> d'avril, receues en Barcellone le premier de may 1543.

*Zur Information des Kaisers übersendet er Kopien von Schreiben Kgn. Marias. Militärische Erwägungen zum Verlauf der Kämpfe zwischen den burgundischen Streitkräften und jenen des Hg. von Kleve. Vorbereitungen für die Ankunft des Kaisers in Italien und seine Reise durch Italien nach Deutschland.*

[65v] Quant aux choses de ceste diette, je ne scay encores que Dieu en donnra, car les protestans se démonstrent journellement plus [66r] en vouloir avoir toutes choses à leur appétit pour soy asseurer quant à la paix et justice de tout le mal qu'ilz ont fait jusques à ores. Et si apperçois que leur fin est de usurper plus avant et attirer à eulx aucuns catholicques que sont desjà esbranlez, si comme Mons<sup>r</sup> de Coulougne, qui laisse prescher Buscherus en son évesché, l'évesque de Munster et aultres princes et villes. Et d'aultre coustel les catholicques, qui ne le veullent entendre, sont fort durs et difficilles, comme à la vérité ilz ont grande raison en aucuns poinctz que lesd. protestans demandent, mais bien leur en ont-ilz baillé occasion pour plusieurs aigres parolles et menasses dont ilz ont usé au commencement de ceste diette avec aulcunes praticques et junctim de guerre, dressées avant icelle. Et est tout inconvenient quant à l'aide contre le Turcq que les catholicques ont accordé pour leur contingent sans lesd. protestans, et me doubte fort qu'il sera difficile de les y induyre et que à ce moyen lad. ayde sera bien petite et encores qu'elle ne se traverse du moins pour la plus grande part. Toutesfois la craincte de la venue de votre Mté sera plus cause de ranger [66v] lesd. protestans que nulle aultre cause ny raison, car ilz sont si obstinez en leur cueur et indignez contre lesd. catholicques qu'ilz ne se soucient du Turcq. Ains m'apperçois qu'ilz ne seroient malcontents que inconvenient en advint au roy et aux ducz de Bavyère. Et certes lad. venue de votre Mté baillera grande faveur à toutes choses, pourveu qu'elle soit bien accompagnée comme dessus.

Quant j'arrivay icy le roy avoit esté adverty comment lesd. de Bavyère avoient praticqué sur main pour courir sus aux protestans avec l'aide du pape, et aussi l'entendis-je de chemin qu'ilz feroient venir ung grant nombre d'Ytaliens et chevaux légers et auroient tant d'argent de sa Sté et des ecclésiasticques que ce seroit pour affoler du tout les protestans. Et Landenberg, qui estoit de ceste emprinse, ne se peult tenir d'en parler, de sorte que lesd. protestans en furent advertiz, et dès lors se commencearent [!] préparer au contraire. Et à ceste cause sont plus divers lesd. protestans et demandent tout ce qu'ilz fantasient pour leur assurance etc.

*Verhandlungen Kg. Ferdinands mit Hg. Ludwig von Bayern betr. den Katholischen Bund*<sup>1</sup>. Verweis Granvelles auf eine Denkschrift<sup>2</sup>, deren Inhalt von König und Kaiser ohne Bedenken akzeptiert werden kann. Hoffnung, dass der Papst seinen ihm gebührenden Anteil zum Nürnberger Bund beitragen wird. [67r] Et pleut à Dieu que led. Saint Père y voulsist fournir comme il pourroit et debvroit bien, car avec cela l'on pourroit réduyre lesd. protestans, lesquelz, à tout ce que puis appercevoir et comprendre, attireront toute la reste de la Germanye à leur secte, si l'on ny trouve quelque expédient avec la force en la main, non pas pour en user pour vindication, comme lesd. de Bavyère et aucuns aultres catholicques prétendent, mais pour le service de Dieu et réduction de ceste Germanye en union catholicque. [...].

### 313 *Nicolas de Granvelle an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 April 8*

Wien HHStA, Belgien PA 36/2, fol. 502r–507v (Ausf. z. T. chiff. und dechiff., Adr. mit Siegel).

*Die jülichschen Gesandten rühmen sich ihres Sieges über die Burgunder*<sup>1</sup> und streben einen Waffenstillstand an.

[504r] Et hier [1543 April 7] les estaz renvoyarent leurs députez devers le roy des Romains<sup>2</sup> et je me trouway faire instance au nom d'iceulx estaz pour led. affaire, fondans en premier lieu leur poursuyte pour la nécessité de la résistance contre le Turcq et observance de la commune paix, mectans en avant de comectre ausd. estaz de traicter aimablement le différent par aucuns des électeurs et princes qui se nommeroient et que doiz maintenant se fit la cessation des armes, sur quoy j'ay dressé avec l'advis du roy des Romains, des conseilliers de Naves et commis de votre M<sup>té</sup> la responce en latin, comme ilz proposarent, laquelle se donnera aujourd'huy, dont j'envoye la copie à votre M<sup>té</sup> [Nr. 222].

Et aussi me vint dire au soir le chancelier de Mayance que les mesmes commis d'iceulx estaz vouloient aujourd'huy venir devers moy<sup>3</sup> pour me persuader les moyens susd. et je ne desfauldray de leur dire ce que convient à leur devoir envers sa M<sup>té</sup> en chose où son droit est tant évident et irréfragable, comme aussi

<sup>1</sup> *Abschied des Katholischen Bundestages, 1543 März 21 (Nr. 414).*

<sup>2</sup> *Es handelt sich um ein Gutachten zu den vom Papst erwarteten Zahlungen für den Nürnberger Katholischen Bund, o.O., o.D. In: Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 68r–69r (Beilage zu Nr. 312).*

<sup>1</sup> *Schlacht von Sittard vom 24. März 1543: Sieg des Heeres von Hg. Wilhelm über die burgundischen Streitkräfte.*

<sup>2</sup> *Die Gesandten der Reichsstände überreichten die Denkschrift Nr. 220.*

<sup>3</sup> *Die Räte der Kff. von Mainz, Pfalz, Köln, Sachsen und Brandenburg ersuchten Granvelle am 8. April 1543 um Unterstützung bei der Beilegung des Geldernkonflikts: Nr. 221.*



est le tort et offence dud. duc de Clèves, et que ilz ne sauroient faire à icellui de Clèves meilleur faveur que de le contraindre à la restitution de Gheldres pour lui éviter plus grant inconvénient, soy acquitter envers sa Mté et pourveoir à la commune paix et à l'assistance contre le Turcq, puisque son tort et fautes sont inexcusables.

Et enfin, Madame, par tout ce que l'on peult comprendre tousiours il semble que led. de Clèves n'aura aucune assistance, [504v] soit de crainte ou par faulte de povoir, et mesmes que la nouvelle de la venue de sa Mté, que j'ay fait publier, les estonne, car ilz ne l'ont jamais voulu croire jusques à maintenant et encoires y mectent difficulté. Et qui pourroit soustenir jusques [à ce] que l'empereur arrivast à Jennes [= *Genua*], l'on tient que lesd. Clevois se rengeroient, que desia redoubtent très fort des aprestes de guerre qui se font en ce costé pour lad. venue.

Et en tous événemens a semblé au roy des Romains, à ceulx qui sont à l'entour de luy et à nous autres qu'il failloit tenir bon et nous arrester à la restitution dud. Gheldres jusques sur la fin de cested. dyète, en actendant nouvelles de votre Mté sur ce que je luy en ay dernièrement escript, et ce pour la réputation et affin qu'ilz ne pensent que l'on soit contraint par ce qu'est dernièrement advenu de notre armée et que s'en publie et pour assentir plus avant l'intencion desd. Clevois et que à la vérité ceste suspension est trop simplement et cruement proposée. Toutesfoiz je ne desfauldray de assentir tout ce que je pourray de ce à quoy pourroit attyrer lesd. de Clèves en actendant, comme dit est, le bon plaisir de votre Mté, combien que le temps est court et mesmes que le roy des Romains fait son compte de partir en dedens huyt jours, ne pouvant plus tarder pour les causes que desia par mes précédentes j'ay escript.

Et quant aux affaires de ceste dyète et mesmes de l'ayde contre le Turq, les catholicques procèdent seulz à l'accord qu'ilz ont fait de l'ayde déffensive. Et les ayons mené si avant qu'ilz sont contens que la déclaration des difficultez que se trouveroient à la visitation du camerghericht se remette à l'empereur. Mais les protestans veullent que l'on face par le recès expresse mention de la déclaration qu'ilz eurent à Ratisbonne de sa Mté [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] chose que la plus grant part des catholicque ne veullent consentir, plus par obstination que raison. Et lesd. protestans ne sont moins obstinez et se persuadent qu'ilz sont les plus fors. Et à la vérité, si n'estoit la crainte de la venue de sa Mté, je tiens pour certain qu'ilz recommenneroient le débat et que Mons<sup>r</sup> de Mayance le payeroit le premier.

[505r] Et ne voyons plus autre moyen, sinon de persuader ausd. protestans que nonobstant ceste division ilz veullent accorder lad. ayde. Ne scay que Dieu en donra, mais je doubte très fort que quant ores ilz accorderoient que l'on aura autre difficulté. *Das baldige Vorrücken des Sultans ruft höchste Besorgnis hervor.*

Les lettres que dernièrement le roy de France avoit icy fait présenter aux estaz sont estées finablement rendues au messagier, sans que ceulx desd. estaz les ayent ouvertes. Et luy a dit le chancelier de Mayance (auquel il s'estoit adressé) qu'il

ne retourna plus ny en vint plus d'autres et qu'ilz ne vouloient recevoir lettres des ennemis de l'empereur<sup>4</sup>. [...].

### 314 *Kg. Ferdinand an Karl V. – Nürnberg, 1543 April 22*

*Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 6, unfol. (Ausf.).*

Euer L. und ksl. Mt. geben wir bruederlicher und freundlicher mainung zu erkennen, das die stende des Hl. Röm. Reichs auf disem alhieigen reichßtag fur rätlich und notdwendig angesehen hat, das euer L. und ksl. Mt., sopald dieselb in Ytalia ankome, ainen andern reichßtag ausschreiben und denselben allen stenden im Hl. Reich unverzogenlich verkhönden, daneben auch des fridens halben in das Röm. Reich ain mandat außgeen lassen sollen, welliches nun von uns, auch euer L. und ksl. Mt. öbristem gehaimen rath und generaloratorn Nicolaen von Granvella gleichermassen fur hochnotdwendig bedacht worden. Demnach haben wir zu furderung der sachen mit rat und gut ansehen des von Granvell ainen vergriff des ausschreibens solhes furgenomen reichstags<sup>1</sup> und wie auch das mandat des fridenß<sup>2</sup> halben durch euer L. und ksl. Mt. gefertigt werden sollte, stellen lassen, so wir euer L. und ksl. Mt. hiemit übersenden. Darauf wirdet nun euer L. und ksl. Mt. verordnung ze thun wissen, sollich ausschreiben des kunftigen reichstags, dergleichen das mandat von wegen des fridens nach derselben gnedigistem willen und wolgefallen zu fertigen, und das in sollicher fertigung das mandat den friden betreffendt am dato umb etlich täg junger dann das ausschreiben gestellt werde<sup>3</sup>.

*Eighd. US Kg. Ferdinands.*

---

<sup>4</sup> *Siehe Nr. 80, Anm. 7.*

---

<sup>1</sup> *Ausschreiben Karls V. für den RT in Speyer am 30. Nov. 1543, o.O., o.D. (stark korr. Konz. der kgl. Kanzlei), in: Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 256r–258v, DV fol. 258v: Concept wölchermassen die röm. ksl. Mt. aynen andern gemeynen reychstag ausschreyben möcht, irer ksl. Mt. von Nurmberg zuegeschickht. Das ausgefertigte Ausschreiben Karls V. für den Speyerer RT, dat. Genua, 1543 Mai 27, gedr. in: RTA JR Bd. XV, Nr. 1.*

<sup>2</sup> *Erneuerung des Landfriedens durch Karl V., o.O., o.D. (Konz. der kgl. Kanzlei). Die gedr. Ausf. des Landfriedensgebots Karls V., dat. Genua, 1543 Juni 2, gedr. in: RTA JR Bd. XV, Nr. 2.*

<sup>3</sup> *Das Ausschreiben des RT ist mit 27. Mai 1543 datiert, das ksl. Landfriedensgebot mit 2. Juni 1543 (siehe oben Anm. 1 und 2).*

315 *Nicolas de Granvelle an Karl V. – Nürnberg, 1543 April 24*<sup>1</sup>

A Wien HHStA, Belgien PA 37/1, fol. 100r–110v (*Ausf. z.T. chiff. und dechiff.*); DV fol. 110v: Du Sr de Grandvelle du 24<sup>e</sup> d'avril, receues en Genues le 25<sup>e</sup> de may 1543.

B Brüssel AG, *Papiers d'Etat et de l'Audience* 92, fol. 69r–87v (*Kop. chiff. u. dechiff.*).

[100r] Sire, j'ay différé de dépescher devers votre Mté avec mes autres lettres cy jointes pour attendre la résolution de ceste diette en laquelle a heu incroyables difficultez, contrariétez et traverses, tant en ce de l'accord de l'ayde contre le Turcq que de la responce touchant celle que j'avoie demandé avec la déclaration de inimitié contre France et Clèves.

Et mesmes quant à lad. ayde contre le Turcq les protestans se sont démonstrez obstinez jusques au boult de non la vouloir accorder sans premièrement estre asseurez, comme ilz vouloient, de la paix et du jugement de la chambre, en quoy l'on a travaillé aultant qu'il a esté possible envers les aultres estatz et mis en la forme du recès tout ce qu'il a semblé convenir et se pouvoir faire pour leur satisfaction et les <sup>a</sup>-penser accepter<sup>a</sup> led. recès. Mais quant c'est venu à penser joindre, ilz ont mis en avant des difficultez aussi griefves que du commencement, nonobstant que par led. recès l'on eust mis expressément que quant à la réformation de la chambre – qu'est le point où ilz démonstroient s'arrester le plus – que votre Mté puist fere déclaration de toutes difficultez que surviendroient en lad. visitation, ce qu'ilz ont reffusé entièrement, disans que tousjours led. recès se réferroit aux précédens et par ainsi comprenoit celluy de Ausbourg [1530] et les édictz faitz en la précédente diette de Worms [1521] directement contre leur nouvelle religion. Et ont baillé ung [100v] escript très âpre et picquant [Nr. 183], chargeans aucuns particuliers des catholicques, baillant à entendre que ce fut le docteur Eckius des ducz de Bavière et les gens du cardinal de Mayence, et dénotans qu'ilz fussent comme contrains à soy déffendre par la force si l'on procédoit contre eulx pour lad. aide en vertu du présent recès, et aulcuns aultres prélatz. Quoy voyant j'ay remis en termes de plus déclairer le point de lad. réformation de lad. chambre et que la chose fut entièrement remise à votre Mté, non seulement de pouvoir déclairer, mais pour arbitrer, ordonner et pourveoir, comme elle verroit convenir, quant à ce que concerne lad. réformation, tant seulement ce que avec remonstrance et persuasions lesd. catholicques ont à bien grande difficulté toutesfois accordé.

<sup>a-a</sup> In B: pense attirer d'accepter.

<sup>1</sup> *Das Schreiben Granvelles enthält u.a. ausführliche Informationen zur Endphase seinr Verhandlungen mit dem Geldernausschuss für den Abschluss eines Waffenstillstands mit Hg. Wilhelm. Zu dieser Thematik siehe auch die Berichte Granvelles an Karl V. von 1543 April 25 (Nr. 231) und von 1543 April 28 (Nr. 238) in Kap. VI.B: Der Konflikt mit Hg. Wilhelm von Jülich um Geldern.*

Et cecy ay-je mis en avant et le trouve bon le roy et tous ceulx du conseil, non pas pour penser d'achever de povoir induire lesd. protestans d'accepter pour maintenant led. recès pour l'indignation qu'ilz ont prins des menasses et mauvaïses parolles que aucuns desd. catholicques ont usé, et qu'ilz se tiennent maintenant les plus puissans, et mesmes pour soy estre déclairé en leur secte Mons<sup>r</sup> de Coulongne, et occupe[nt] l'estat du duc de Brunswyck. Mais afin de regarder si du moings on les pourroit présentement [101r] induire à accorder leur contingent de lad. aide, nonobstant qu'ilz ne consentissent expressément aud. recès, et afin que s'ilz envoient ambassadeurs devers votre M<sup>té</sup>, comme ilz dient vouloir faire, qu'elle les puisse induire à observer led. recès. Mais nonobstant toutes remonstrances et persuasions lesd. protestans sont demeurez obstinez de non accepter led. recès, et seulement ont respondu qu'ilz en advertiroient leurs supérieurs, lesquelz se démontreroient envers votred. M<sup>té</sup> et led. S<sup>r</sup> roy bons serviteurs et vaissaulx du Saint Empire et affectionnez à votre M<sup>té</sup>, donnant à entendre qu'ilz contribueront<sup>b</sup> leur contingent en l'aide contre led. Turcq, comme aussi le m'ont dit en particulier ceulx de Saxen et Hessen, prétendans d'envoyer devers votre M<sup>té</sup> ambassadeur pour s'excuser touchant l'affère du duc de Brunswyck. Et s'ilz voyent et entendent que votre M<sup>té</sup> vienne puissante luy offriront aide contre le Turcq et quelque assistance contre France.

Et ont mené lesd. commis d'iceulx Saxen et Hessen grandes praticques depuis trois jours en ça, afin que tous les protestans ne accordassent lad. aide particulièrement [Nr. 276]. Mais pour ce que l'on a remonstré au contraire plusieurs leur ont reffusé et espère-l'on que les marquis de Brandenbourg, duc Maurice et aultres seigneurs et aulcunes villes furniront leur contingent, et par adventure aussi feront lesd. de Saxen et Hessen.

[101v] Suyvant les remonstrances que j'ay fait ausd. commis ce n'est chose qu'ilz<sup>c</sup> doibvent remectre à votre venue, laquelle leur scauroit plus grant grey qu'ilz le feissent dès maintenant. Et, combien qu'ilz voudroient volontiers remectre ceste contrariété sur les aultres protestans, ce sont eulx qui l'ont praticqué et soubstenu et leur greverait qu'il y eust quelque bon accord en ceste Germanye, et que durant la division ilz se entretiennent et leurs gens aux fraiz des protestans. Et sont tousjours en fantaisie de soy agrandir et extendre leur secte et est tout certain que sans la craincte de la venue de votre M<sup>té</sup> ou coustel de deça, ilz commenceroient dès maintenant la guerre au cardinal de Mayence et attireroient à leur lighe ses éveschez et archèveschez et encores d'aultres.

Aussi ay-je procuré volontiers ceste déclaration estre mise aud. recès, afin que venant fere lad. réformation votre M<sup>té</sup> aye pouvoir de bailler nouvelle loy et bride à lad. chambre impériale pour ce que concerne votre auctorité et celle du roy. Car comme led. camergericht est maintenant, votre M<sup>té</sup> ny led. S<sup>r</sup> roy ny ont pouvoir quelconque selon les ordonnances passées que sont esté observées

<sup>b</sup> *In B folgt:* pour.

<sup>c</sup> *A om., aus B.*

jusques à maintenant tant précisément et aigrement [102r], et all'encontre de voz deux M<sup>tés</sup> que à la vérité le moindre de la Germanye y a aultant de pouvoir. Et l'avons bien veu quant à l'affaire de Maestrecht, adjournements et procédures que l'on a encores dernièrement fait en faveur du duc de Clèves contre les sieurs et bons personnaiges des Pays d'embas qui ont esté l'année passée en la guerre de Julliers, en quoy ceulx de lad. chambre veullent procéder nonobstant leurs excuses et que la royne prengne le fait en main.

Quant à la responce touchant France et Clèves, elle m'a esté baillée en allemant [Nr. 200] selon que je l'envoye à votre M<sup>té</sup> et la translation en françois de mot à aultre sans y adjouster ny diminuer une sillabe. Et y a bien heu du mistère à l'obtenir, telle pour la traverse des commis de Saxen qui ont fait le pis qu'ilz ont peu pour reboutter les estatz all'encontre de votre M<sup>té</sup> et secrètement et dissimulément favoriser le roy de France pour contrequarrer quant à l'affere dud. de Clèves. Et quoy que je les aye alléguez suspectz, toutesfois se sont-ilz tousiours ingérez avec les électeurs et parmy les aultres estatz, et à la manière d'Allemaigne nulluy a voulu attacher la campane à la queue du loup, mais j'ay tellement practiqué et persuadé devers lesd. électeurs et aultres estatz<sup>d</sup> quant à France, j'à soit ce que iceulx de Clèves par véhémentes praticques luy ont voulu encores traverser [102v] dèz la conclusion, nonobstant que à leur appétit elle fut desjà esté modérée et restraincte, persuadans qu'il n'estoit convenable soy inimiter contre France.

Mais touchant Clèves iceulx de Saxen ont fait réformer ce que va soubigné en la responce<sup>2</sup>. Et aussi certes tous les aultres estatz y monstrent grande sensualité et ne peullent, quelque raison qu'il y ayt, agréer que l'on chastie led. de Clèves. Et ses huit<sup>3</sup> ambassadeurs qu'il a icy ont fait jour et nuyt poursuytes et diligences extrêmes et tiens pour certain que sans la craincte que l'on a baillé ausd. estatz de la venue de votre M<sup>té</sup> et de ses forces et la honte de ce que l'on leur a journellement remonstré et baillé par escript et fait lire, tant en latin que allemand, de l'évidente et irréfragable justice de votre M<sup>té</sup> et de l'injustice et iniquité dud. de Clèves, la plus grant part desd. estatz se fut résolue d'accepter la submission dud. de Clèves au jugement de l'Empire et en cas de reffus de votre M<sup>té</sup> de luy bailler aide. Et n'a l'on failly de me bailler par soubz main plusieurs advertissemens de ce soubz couleur de charité et affection au service de votre M<sup>té</sup> et confidence en moy. Mais aussi n'ay-je délaissé de en respondre vivement, comme les propoz s'en sont advenuez, et remectre en avant tant généralement que particulièrement aux électeurs et

<sup>d</sup> *In B folgt:* qu'ilz ont eu la patience.

<sup>2</sup> *Die endgültige Formulierung der Antwort der Reichsstände an Granvelle (Nr. 200) erfolgte offenbar im Sinne der kursächsischen Räte, welche die Interessen ihres Herrn durchsetzen und jegliche Kritik am Verhalten Hg. Wilhelms von Kleve vermeiden wollten.*

<sup>3</sup> *In der Vollmacht Hg. Wilhelms von Jülich für seine Räte in Nürnberg (Nr. 59a) werden sechs Namen genannt.*

princes leurs debvoirs, fidélitez et obligations envers votre M<sup>té</sup>, les inconvéniens [103r] où se pourroient mectre ceulx qui voudroient cheminer par ce boult. Et à ce que je puis comprendre de la volonté de tous envers votre M<sup>té</sup>, ilz voudroient qu'elle ne peult user de chastoy sur eulx, mais bien seroient-ilz induysables de aider appoincter votre M<sup>té</sup> à l'encontre de France, si cesd. afferes de Clèves se pourroient appoincter.

Quant aud. de Clèves lesd. estatz feirent dernièrement mettre en avant au roy le moyen [Nr. 220] que votre M<sup>té</sup> verra au commencement de l'escript que j'envoye avec ceste, contenant la responce que je dressay incontinent [Nr. 222], de dessus laquelle je feis à droit propos ainsi pour réduire en mémoire à tous lesd. estatz le droit et justice de votre M<sup>té</sup>, tort, iniquité et mauvaises oeuvres dud. de Clèves et le debvoir et obligation desd. estatz envers votre M<sup>té</sup> et qu'ilz ne se persuadassent que votre M<sup>té</sup> fut induysable de bailler si légèrement le sien ny se remectra à l'arbitraige et jugement desd. estatz. Et feis que lad. responce fut leute en latin et allemand publicquement ce que ceulx de Saxen et Clèves vouloient empescher.

Depuis, Sire, lesd. commis des estatz y adjoustarent par une aultre remonstrance en forme d'expédient, qu'ilz feroient aud. S<sup>r</sup> roy et depuis à moy, que led. de Clèves [103v] prieroit mercy à votre M<sup>té</sup> et envoyeroient lesd. estatz ambassadeurs pour supplier son pardon et qu'il renonceroit à tous traictez qu'il avoit avec France et demeureroit pour tousjours bon serviteur de votre M<sup>té</sup> et mesmes la serviroit avec mil chevaux pour trois mois, fut all'encontre du Turcq ou aultres ennemys d'icelle [Nr. 228]. Sur quoy led. S<sup>r</sup> roy respondit qu'il ne veoie que ce moyen fut suffisant ny fondé pour en tenir praticque. Et je dis quant ilz viendront à moy que votre M<sup>té</sup> ne voudroit bailler ny laisser son patrimoine à personne l'ayant tant griefvement offensé pour luy crier mercy. Car il failloit que sans cela il le fait et que votred. M<sup>té</sup> feroit beaucoup pour lesd. estatz de luy pardonner lors le mesfait en restituant. Et aussi ne se soucyoit tant votre M<sup>té</sup> de ses confédérations avec France et scauroit bien pourveoir contre ses ennemys sans l'assistance dud. de Clèves et qu'elle luy cousta si chier et qu'il debvroit bien faire ceste aide plus grande pour effacer son mesfait. Et que quant lesd. estatz le voudroient faire mectre à la raison et proposer dèz maintenant moyens raisonnables, ilz feroient son gros bien, comme contenoit lad. précédente responce.

Depuis, Sire, les mesmes commis des estatz retournèrent hier [1543 April 23] devers moy, disans qu'ilz [104r] avoyent encores pensé en l'appoinctement de Clèves et regardé pour expédient que l'on fait cessation d'armes et tresves pour quelque temps et que la royne retint Heynsberg et pour la sheureté de ce et de lad. cessation d'armes led. de Clèves meit Sittart et une aultre place ès mains des commis des estatz par forme de séquestre et que entretant [= *entretemps*] les électeurs regardassent de trouver aucuns moyens de paix et que après lesd. électeurs et estatz envoyassent ambassadeurs à votre M<sup>té</sup> pour supplier de l'accord.

A quoy je respondis que puisque l'on estoit si prochain du partement de ceste diette, je délaisseroye leur tenir long propos généraux et arresteroye à leur dire plainement que j'avoie congneu que dèz le commencement de ceste praticque jusques à maintenant les gens dud. de Clèves avoient tenuz termes comme s'ilz fussent esgaulx avec votre Mté et la royne sans considérer la grande et incomparable inégalité [= *inégalité*] ny aussi l'extrême tort et délit insupportable de leurd. maistre et que lesd. estatz y debvoient avoir grant regard. *Die Reichsstände sollen sich die zahlreichen Unrechts-handlungen, die sich der Hg. von Jülich in den letzten Jahren gegenüber dem Kaiser und Kgn. Maria zu Schulden kommen ließ, vergegenwärtigen. [104v]* Il failloit que led. de Clèves se humilia en premier lieu vers lad. royne, puisque elle avoit esté circumvenue avec les moyens des Srs de Coulongne et lantgrave en accordant la tresve de Louvain<sup>4</sup>. Et par ainsi seroit requis que l'on luy restitua ce que avoit esté recouvré depuis par led. de Clèves et qu'il bailla à lad. dame les assurances plustost que ausd. estatz qui n'avoient en ce que faire que du consentement de lad. dame et réparation de l'offence faite par led. de Clèves. Et au regard de submission par arbitraige ou autrement que desjà j'avoie respondu qu'il ny avoit icy personne qui s'en osa avancer sans le bon plaisir de votre Mté. Et que d'envoyer ambassadeurs devers elle c'estoit au bon plaisir desd. estatz, mais que je pensoye qu'ilz considéreroient l'exigence de cestuy affaire et ce qu'estoit convenable et requis pour satisfaire à votre Mté. Sur quoy ils [= *Mitglieder des Geldernausschusses*] se retiroient pour en faire rapport ausd. estatz et je mectray à la fin de ceste ce que s'en ensuyvra.

Le recès [Nr. 404], Sire, se fait hyer et publica environ le vespre avec le général consentement des estatz, par lequel la commune paix s'est reconformée [105r] et ordonné que la visitation de la chambre impériale se fera. Et baillent iceulx estatz à votre Mté pouvoir de ordonner, pourveoir et déterminer sur toutes difficultez et s'est accordée l'aide déffensive contre le Turcq de 20 000 hommes de pied et 4000 chevaux et qu'elle se payera en argent au roy pour se pourveoir d'Ytaliens et aultres qu'il luy plaira et faire toutes aultres choses requises pour la provision, assurance et déffences des places frontières et aultres d'importance qui se peuvent garder, remectans tous aultres affaires à la première diette que votre Mté assignera où elle soit personnellement.

Et a esté impossible d'induire lesd. protestans à consentir aud. recès, lesquelz après icelluy leu ont baillé leurs protestations par escript<sup>5</sup>, mais ilz donnent espoir de furnir leur contingent de la contribution. *Die Stadt Nürnberg erklärte sich zur Zahlung bereit, ebenso die sächsischen und die brandenburgisch-ansbachischen Gesandten. Die anderen Städte werden ihren Auftraggebern von den Ergebnissen*

<sup>4</sup> *Kgn. Maria erklärte sich Ende Okt. 1542 bei Verhandlungen in Löwen zu einem viermonatigen Waffenstillstand mit Hg. Wilhelm von Jülich bereit. Der Vertragsentwurf Kgn. Marias (Nr. 204, Beilage 4) wurde von Hg. Wilhelm jedoch abgelehnt. Siehe: P. HEIDRICH, *Der geldrische Erbfolgestreit*, S. 71–73.*

<sup>5</sup> *Siehe Kap. XIII.B: Protestationen gegen den Reichsabschied.*

*des Reichstags berichten. Auf der Durchreise durch Ulm und Augsburg wird sich Granvelle um die städtischen Zahlungen kümmern.*

[105v] Le roy a parlé depuis le recès passé aux commis des électeur de Saxen et lantgrave de Hessen, leur remonstrant incidamment et gracieusement la mauvaïse oeuvre qu'ilz ont icy voulsu faire et priant de induyre leurs maïstres à ceste contribution. Et je leur ay depuis dit qu'il m'a semblé convenir de manière qu'ilz baillent bon espoir. Toutesfois, Sire, dernièrement ilz se sont tousjours arreste et les aultres protestans ne scay s'ilz chargeront d'envoyer ambassadeur devers votre M<sup>te</sup> pour faire offre, comme ilz baillent à entendre de furnir à lad. aide en considération de votre M<sup>te</sup> et encores assistance contre France. Mais la principale cause est pour soy justifier quant au duc de Brunswyck et ce qu'ilz luy ont occupé ses estatz et afin de scavoir si votre M<sup>te</sup> est indignée all'encontre d'eulx pour prévenir et eulx fortiffier au contraire. Et je me doute que lesd. électeur et lantgrave seroient contens d'avoir quelque mauvaïse responce pour pouvoir contraindre les aultres protestans et mesmes les villes à soy colliger plus estroitement et mettre argent ensemble à l'occasion de y obvyer. Et il semble aud. S<sup>r</sup> roy que si leurd. ambassadeur va devers votre M<sup>te</sup> qu'elle doit respondre que venant en ceste Germanye elle aura bon regard sur leur exposé et remonstrances et se démontrera bon empereur et regardera ce qu'il conviendra à la quiétude [106r] et commune paix de ceste Germanye, leur recommandant cependant icelle et de vouloir, si desjà ne l'ont fait, furnir leur contingent contre le Turcq. Et s'ilz font offres contre France les accepter ou remectre aussi jusques à la venue de votre M<sup>te</sup> par deçà, selon que led. offre sera. Et, si je l'entends plus expressement, en advertiray votre M<sup>te</sup>.

Il a faillit, Sire, faire mention par led. recès que votre M<sup>te</sup> assignera aultre diette où elle se trouvera en personne et encores dire que ce sera au plustost qu'il sera possible et que dèz maintenant l'on en feroit instance devers votre M<sup>te</sup>. Et si semble aud. S<sup>r</sup> roy et aultres bons personaiges qu'elle se pourroit mectre à la St. André [30. Nov.] pour tenir en bride tous les estatz de ceste Germanye et mesmes les protestans et pour ce faire expresse mention de la présence de votre M<sup>te</sup> en icelle, et que tousiours elle pourra ou proroger lad. diette ou soy excuser comme le temps et les affaires le donneront. Et puisque les lettres de l'indiction se pourront différer jusques à la venue de votre M<sup>te</sup>, ores qu'elles soyent desjà dressées, je n'en ay voulsu disputer.

Voire plus, Sire, a il semblé aud. S<sup>r</sup> roy très requis et aussi a-t-il à moy de fere entendre aux estatz tant généralement que particulièrement que votre M<sup>te</sup> est en volonté de résider tant en ceste Germanye, [106v] Ytalie que ès Pays d'embas pour aucunes années. *Fragen der Herrschaft und Verwaltung in den spanischen Gebieten während der Abwesenheit des Kaisers aus Spanien. Um die Religionsangelegenheit in Deutschland zu bereinigen, muß der Konflikt mit Kleve geregelt werden.*

*Der König brach heute in Richtung Prag auf, wo er Samstag (1543 April 28) ankommen will, um bei der Versammlung der böhmischen Stände anwesend zu sein.*



*Er wird sich bemühen, bei der Durchreise des Kaisers in Innsbruck zu sein, allerdings hat er bis dorthin noch viel für den kommenden Reichstag und die Türkenabwehr in Ungarn vorzubereiten. Die Tochter Kg. Ferdinands, Ehgn. Elisabeth, ist in Begleitung des Mgf. Georg von Brandenburg unterwegs nach Polen zur Hochzeit mit dem polnischen Thronfolger Sigismund II. August.*

[107r] *Er, Granvelle, will nach weiteren Verhandlungen mit einzelnen Reichsständen in zwei bis drei Tagen aus Nürnberg abreisen mit dem vorgeblichen Reiseziel Speyer. Tatsächlich plane er aber, Verhandlungen in Ulm und Augsburg zu führen, anschließend wolle er zu Hg. Wilhelm von Bayern nach München reisen, wo er auch Hg. Ludwig anzutreffen hoffe. Danach wird er sich nach Innsbruck begeben und weitere Befehle des Kaisers abwarten.*

*Naves wird sich zu den Kff. von Mainz und der Pfalz begeben, um sie zur Leistung der Türkenhilfe aufzufordern und sie um Unterstützung des Kaisers gegen Frankreich und Jülich zu bitten. Auch die Ebff. von Köln und Trier will er zur Parteinahme für den Kaiser bewegen, damit der Hg. von Jülich weder direkte noch indirekte Unterstützung bei anderen Reichsständen finde. [107v] Danach will sich Naves nach München begeben und dort auf Granvelle und Lier treffen. Lier soll sich zusammen mit anderen militärischen Befehlshabern am Rhein um die Rekrutierung von Soldaten für die ksl. Armee kümmern.*

*Pläne des Papstes und der katholischen Aktionspartei unter Führung Bayerns, militärisch gegen die Protestanten vorzugehen.*

[108r] *Depuis, Sire, ce que dessus escript les estatz ont envoyé devers moy leur commis pour la cessation d'armes avec Clèves et proposé qu'il meit ès mains de la royne Sittart pour la seuretè de l'observance de la tresve et assurance de non assister directement ny indirectement le roy de France durant icelle et que l'on traicta par l'intervention d'aucuns des électeurs l'accord du principal. Et après leur avoir fait toutes remonstrances, servans en ce cas pour démonstrer que led. de Clèves avoit tant offensé qu'il ne méritoit ceste faveur de la cessation d'armes et que je doubtoye qu'elle seroit griesve à votre Mté et à lad. royne et en pourroyent estre mal contens sur moy, toutesfois que enfin pour ensuyr le bon plaisir du roy et la volenté et affection qu'il avoit démontré en ceste cessation d'armes à la réquisition et considération desd. estatz, je m'adventureray pour en ce leur faire chose agréable de cappituler lad. cessation d'armes moyennant lesd. deux conditions et aultres que de bonne foy seroient requises pour observer lad. cessation d'armes. [108v] Der Hg. von Jülich müsse sein Unrecht gut machen, indem er dem Willen des Kaisers entspreche; die Reichsstände werden den Kaiser um Milde gegenüber dem Herzog bitten.* Et selon les paroles desd. commis ilz se démonstroient très contens de ceste responce et là l'on convient, disans qu'ilz tenoient lad. cessation des armes pour accordé.

Toutesfois ilz sont retournez environ six heures après et m'ont dit qu'ilz avoyent communiqué longuement avec lesd. de Clèves, lesquelz avoient dit non avoir pouvoir de traicter de la délivrance dud. Sittart, sinon moyennant une tresve de huit mois et encores en ce cas ne vouldroient-ils accorder lad.

délivrance sinon soubz le bon plaisir de leur maistre. Sur quoy j'ay respondu que l'on n'auroit jamais consenti du coustel de votre Mté à tresve, sinon pour le temps convenable à traicter de paix. Et puisque le droit de votre Mté estoit tant cler et irréfragable [109r] et le tort et faulte dud. de Clèves évident, et le scavoient bien lesd. estatz qu'il n'estoit besoing plus longue tresve que celle à quoy j'avoie condescendu pour le respect desd. estatz, et que en cecy ilz pouvoient veoir comme lesd. commis de Clèves les avoient abusé et par eulx et leur faulte et coulpe de leurd. maistre ne se faisant lad. cessation d'armes, les priant en faire rapport ausd. estatz et prendre à bonne part ce que j'avoie voulsu faire en cest endroit à leur réquisition et que je ne pouvoie consentir à si longue tresve comme ilz prétendoient, que n'estoit que pour gagner temps et fuyr la raison.

Et ainsi nous sumes départy, ne scay s'ilz retourneront plus, et crois que non, car comme j'ay entendu lesd. de Clèves doubtent une partie des considérations que j'ay cydevant touchées, mesmes de perdre la faveur de France. *Der Hg. von Jülich zögert, seine Soldaten zu entlassen, obwohl das Geld für deren Besoldung fehlt.* Et comme qu'il en soit, ceux qui entendent l'estat dud. de Clèves et ses affaires tiennent comme pour [109v] certain que venant votre Mté il sera contraint de se humilier et venir à la raison. Et aussi, comme j'apperçois maintenant combien que lesd. estatz voudroient qu'il peult eschapper de cestuy inconvenient sans restituer ce qu'il a occupé, toutesfois l'instance qu'ilz ont fait pour luy a esté à force d'importunité et ny a guères d'eulx qui ne soit bien content d'en estre desveloppé. Et leur semble qu'ilz ont comply avec luy par ce qu'ilz ont remonstré pour luy et fait en ceste diette.

*Eighd. US Granvelles.*

## XII.B Berichte der burgundischen Gesandten Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria

*Der erste Bericht der burgundischen Gesandten an Kgn. Maria aus Nürnberg stammt vom 1. Dez. 1542, der letzte vom 24. April 1543. Die mehr als zwanzig Gesandtschaftsbriefe vom Reichstagsort decken eine Zeitspanne ab, die gekennzeichnet ist durch das lange Warten auf die Ankunft des Königs, die sich dahinschleppende Ankunft der reichsständischen Gesandten während des Monats Januar und das Scheitern gemeinsamer Verhandlungen der Konfessionsparteien zwischen dem 31. Jan. 1543 (Proposition Kg. Ferdinands) und dem 23. April 1543 (Reichsabschied). Neun Schreiben von Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen (Nr. 316–324) werden unter eigener Aktennummer in Kap. XII.B abgedruckt. Aus den verbleibenden Schreiben werden einzelne Textpassagen in den Sachanmerkungen der verschiedenen Bandkapitel zitiert.*

*Drei Themen, die am Reichstag verhandelt wurden, waren für die burgundische Politik brisant, weshalb sie die Gesandtenberichte dominieren: 1. Der militärische Konflikt zwischen Kgn. Maria und dem mit Frankreich verbündeten Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve und alle sich daraus ergebenden Rechtfertigungen, Beschuldigungen und historisch-juristischen Argumentationen der beiden Kriegsparteien. 2. Der Prozess des Maastrichter Ehepaars Vrentz bzw. ihrer Erben gegen die Schöffen des Brabanter Gerichts, der die Frage des Appellationsrechts von landesherrlichen Untertanen an das Reichskammergericht aufwarf und die dadurch bedingte Beeinträchtigung der landesherrlichen Jurisdiktionsrechte des Kaisers bzw. Kgn. Marias. 3. Die Weigerung Kgn. Marias, während der militärischen Auseinandersetzung mit Frankreich und Jülich einen Beitrag zur Türkenhilfe für das Hochstift Utrecht und den Burgundischen Kreis zu leisten (siehe dazu vor allem Kap. IV.D, Nr. 106).*

*Die Weisungen Kgn. Marias an ihre Gesandten werden nicht abgedruckt. Sie nehmen zumeist nur Bezug auf Marias Instruktion (Nr. 45) und empfehlen den Gesandten, sich in allen anstehenden Fragen an Nicolas de Granvelle zu wenden.*

### 316 *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1542 Dez. 22*

A *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 120, fol. 140r–141v (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).*

B *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 120, fol. 142rv (Kop.).*

*Die Gesandten nehmen Bezug auf ihr Schreiben vom 1. Dez. 1542<sup>1</sup>. Es gibt bisher kaum Berichtenswertes aus Nürnberg. Einer Aufforderung Pfgf. Friedrichs folgend,*

<sup>1</sup> *In: Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 120, fol. 125r–126v (Ausf. v.d.Hd. Zuychems, irrtümliche Datierung auf 1542 Nov. 1). Darin berichteten die Gesandten von ihrer Mission bei Kf. Ludwig von der Pfalz in Heidelberg, den sie im Sinne Kgn. Marias über den Defensivkrieg der Burgunder gegen den Hg. von Jülich-Kleve informiert und um*

*der ksl. Reichstagskommissar sein wird, reisten sie vor kurzem nach Neumarkt, wo sie Pfgf. Friedrich über ihre künftige Mission auf dem Reichstag informierten.*

Touchant l'advenue de la M<sup>té</sup> du roy des Romains, combien que par les fouriers et autres serviteurs de sa M<sup>té</sup> avions conceu bonne espérance qu'elle devroit estre plus tempestive, toutefois à cause des affaires d'Hongrie elle se retarde. Et n'est encores venu nul prince, mais bien les commissaires et conseillers du duc de Saxogne [= Kf. Johann Friedrich], du lantgraff et autres. Toutesfois beaucoup des princes, mesmes led. électeur de Saxogne et lantgraff ont fait prendre logis pour leur propres personnes. Mais à cause de l'absence dud. roy on n'a point encores commencé de riens besoigner. Bien est venu hier ung conseiller de la M<sup>té</sup> du roy [= *Ilung*] pour excuser le retardement de sa advenue et a monstré des lettres de sa M<sup>té</sup> qu'elle est certainement délibéré de partir avant Noël de Vienne et prendre son chemin tout droit vers ceste ville.

Entre autres est venu aussi ung qui se dit estre envoyé de par le cardinal de Lorraine<sup>2</sup> comme évesque de Metz, Tull et Verdun et par autant aussi prince de l'Empire. Et ne povons encoires entendre s'il a autre charge, sur quoy aurons l'œil tant que possible sera, puisque scavons que led. cardinal n'est point acoustumé d'envoyer aus iournées impériaies<sup>3</sup>.

---

*persönlichen Besuch des RT gebeten hatten. Danach reisten sie gemeinsam mit Vizekanzler Dr. Naves nach Nürnberg weiter, wo sie den auf 14. Dez. 1542 prorogierten RT-Beginn abwarten wollten. Sie schilderten Kgn. Maria die Situation in der Reichstagsstadt mehr als acht Wochen vor der tatsächlichen Eröffnung des RT: [...] Et ont desia plusieurs princes fait prendre logis, combien qu'il fait à craindre selon leur coustume qu'ilz tarderont assez de venir et que nous n'aurons que trop de temps pour communiquer selon nostre charge au paravant nostre instruction avec la M<sup>té</sup> dud. roy des Romains.*

<sup>2</sup> *Der Gesandte Kard. Johanns, Bf. von Metz, Toul und Verdun, war Reichsritter Philipp Jakob von Helmstatt, der auf dem RT eine Supplikation wegen Exemption des Bischofs von den Reichsanlagen übergab (Nr. 108).*

<sup>3</sup> *Über die weiteren Ankünfte der Reichsstände bzw. ihrer Räte in Nürnberg Ende Dez. 1542 heißt es in einem Schreiben der burgundischen Gesandten an Kgn. Maria vom 31. Dez. 1542: De l'advenue de la M<sup>té</sup> du roy des Romains n'avons eu autres nouvelles, sinon que hier est passé icy le S<sup>r</sup> Laurens de Streitperg, serviteur de sa M<sup>té</sup>, lequel nous a dict qu'il avoit laissé sa M<sup>té</sup> à Vienne, mais qu'il pensoit qu'elle seroit desia en chemin. Et est envoyé led. Streitperg de par sa M<sup>té</sup> pour requérir encoires les princes électeurs au Rhin de visiter ceste journée en propre personne. Les commissaires de tous les électeurs sont desia icy, exceptes ceulx de Coulogne. De ceulx de Clèves n'avons point encoires aussi de nouvelles, sinon que parcydevant ilz sont esté en chemin, mais à cause de la prorogation de ceste journée retournent. M<sup>r</sup> le vicecancillier [= *Naves*] a eu aussi nouvelles de M<sup>r</sup> de Grandvella, lequel est délibéré aussi de visiter ceste journée, de quoy en sommes bien aisés. espérons par son adresche [!] de venir tant mieulx à la fin de notre charge. Les héritiers de Dionys Vrentz sont esté icy des premiers et sollicitent et crient selon leur coustume. *Es ist Zeit, dass die Causa Vrentz endgültig geregelt und entschieden wird. Der Kf. von Trier hat folgende Gesandte nach Nürnberg geschickt: Gf. Heinrich von Nieder-Isenburg, Kanzler Enschringen und einen weiteren Siegelbewahrer**

Madame, nous avons aussi receu les lettres de vostre M<sup>te</sup> concernans ce qu'est succédé depuis nostre parlement au respect de l'abstinence de guerre, dont en sommez bien aisez avoir eu en temps cest advisement pour entre autres de ce faire mention en nostre proposition première [Nr. 202], laquelle avons à bon loysir conçue en ordre et langue allemande, le mieulx que sceu avons.

317 *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Jan. 18*

A *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 6r–7v (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).*

B *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 8r–9v (Kop.).*

*Dank für Schreiben Marias aus Gent vom 3. Jan., welches die Gesandten am 16. Jan. mit allen Instruktionen und sonstigen Unterlagen erhielten.*

En oultre, M<sup>me</sup>, vous faisons scavoir que la M<sup>te</sup> du roy des Romains arriva icy hier au soir avec les deux jeunes princes, enfans de sa M<sup>te</sup>. Et avons ce iourd'huy fait la révérence à sa M<sup>te</sup>, luy communiquant nostre instruction [Nr. 45] et le concept que avons fait en forme de proposition sur l'affaire de Clèves [Nr. 202], le remettant à la correction de sa M<sup>te</sup> et suppliant sur ce nous donner audience vers lesd. estatz avec autres propos servans à nostre instruction. Sur quoy sa M<sup>te</sup> nous a donné benigne responce, se monstrant fort content de nostre venue et a receu de nous led. concept avec le double de notre instruction, commandant que touchant les autres pointz de notre instruction feismes le semblable et que couchasmes au loing en allemand, en quoy ne fairons nulle faulte, ains avons desia tout à ce disposé.

Quant au commencement de ceste iournée, pour ce que sa M<sup>te</sup> avoit hier lettres de Mons<sup>r</sup> de Grandvella qui est en chemin pour venir icy et y sera le 25 du présent, sa M<sup>te</sup>, comme avons entendu, ne commencera point de besoigner avec lesd. estatz devant l'advenue dud. seigneur dont icy après escripverons plus amplement.

Le duc de Clèves n'a icy que ung docteur<sup>1</sup> et, comme il donne à entendre, ne ose envoyer ses principaulx commissaires sans avoir devant obtenu saulfconduit du roy des Romains, et à ceste fin a envoyé ung homme exprès vers lad. M<sup>te</sup> et entendons que led. saulfconduit luy soit accordé, combien que sa M<sup>te</sup> l'avoit différé iusques en ceste ville<sup>2</sup>.

*des erzbischöflichen Hofes. Über die zwischen der Regierung von Luxemburg und Trier anstehenden Konflikte soll in Nürnberg durch Naves und Heinrich von Nieder-Isenburg verhandelt werden. [...]. In: Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 120, fol. 143r–144v (Kop.).*

<sup>1</sup> *Dr. Johann Faltermeyer war als erster der jülichischen Gesandten in Nürnberg.*

<sup>2</sup> *Der Geleitbrief für die Gesandten Hg. Wilhelms von Jülich wurde von Kg. Ferdinand erst am 19. Jan. 1543 in Nürnberg ausgestellt (Nr. 22).*

M<sup>me</sup>, aussi il plaira scavoïr à vostre M<sup>té</sup> que moy, Viglius, ayant mis et estendu en allemant ce que touche la justification de l'affaire de Clèves [Nr. 202], depuis par l'enhort de Mons<sup>r</sup> vicecancellier Naves l'ay translaté et mis aussi en latin et envoyé copie à Mons<sup>r</sup> de Grandvella pour l'informer plus à plain dud. affaire, dont aussi pour le présent envoyons doubles à vostre M<sup>té</sup>, tant en alleman que en latin. Et après que aurons sur ce l'advis du roy et du Mons<sup>r</sup> de Grandvella le mettrons au mund<sup>a</sup> pour le communiquer aux estatz, espérans que ceulx qui ne se voudront monstrer partialz n'auront raison de se mescontenter de vostre M<sup>té</sup> et ce que contre led. duc a esté entreprins. Et soubz correction nous semble bon de communiquer lesd. doubles et conceptz à ceulx qui besoigneront aux Aix<sup>3</sup> pour déduyre led. affaire conformément icy et là.

318 *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Jan. 29*

A Wien HHStA, Belgien PA 36/4, fol. 2r–3v (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).

B Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 10rv (Kop.).

*Teilw. Druck:* L. GROß/R. VON LACROIX, *Urkunden*, Bd. 1, Nr. 292, S. 200.

M<sup>me</sup>, il plaira scavoïr à vostre M<sup>té</sup> que le 26 du présent Mons<sup>r</sup> de Grandvella arriva icy, à qui avons exposé, tant que avons peu trouver audience, ce que avons charge de par vostre M<sup>té</sup> de besoigner icy. Et touchant l'affaire et nostre concept de Clèves [Nr. 202], il en est assez content, et par son moyen avons obtenu vision de ce que le duc de Saxes [= *Kf. Johann Friedrich*] a respondu au commissaire<sup>1</sup>, envoyé vers led. duc de par le roy des Romains sur led. affaire de Clèves [Nr. 6, Nr. 10, Nr. 15, Nr. 19]. Et avons conceu quelque responce sur les argumens mis en avant par led. duc à la purgation du duc de Clèves et eussions bien voulu avoir copie de ce que le duc de Saxongne a rescript à vostre M<sup>té</sup> touchant la mesme matière, pour en temps et en une proposition povoir déduyre ce que led. affaire concerne. Nous avons aussi aujourd'huy entendu comme la mère dud. duc se complainct par lettres envers tous les princes de l'Empire des grieffz à elle inférez par les gens de vostre M<sup>té</sup> [Nr. 205b], et en somme ilz ne laissent riens pour gagner faveur, pourquoy nous en desplaist que la iournée s'est tant différé et que n'avons peu plustost faire nostre iustification, combien que espérons que après demain la proposition de par le roy se fera et que le iour après aurons audience.

<sup>a</sup> Mettre au mund = *eine Reinschrift anfertigen*.

<sup>3</sup> *In Aachen und Maastricht fanden zeitgleich mit dem RT die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich unter Vermittlung der rheinischen Kurfürsten und des Lgf. von Hessen statt.*

<sup>1</sup> *Dr. Andreas von Könnertitz.*

La M<sup>té</sup> du roy se contente assez mal de ce que avons charge touchant le circle de Bourgogne, et sommes bien aiséz de la présence de Mons<sup>r</sup> de Grandvella pour avoir en cestuy poinct support, advis et faveur de luy.

Le duc Frédéric comme commissaire de l'empereur nous monstre bon faveur et nous a requis de le recommander à vostre M<sup>té</sup>.

Ceulx de Trèves sont esté icy, mais retournez, et ne scavons s'ilz reviendront, combien que le roy a fait requérir l'archevesque de se trouver icy en personne. De par le duc de Clèves il n'y a encoires autre icy que ung docteur, toutesfois le roy a donné saufconduyt pour envoyer ses autres commissaires.

319 *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Febr. 1*

A *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 11r–12v (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).*

B *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 13r–14v (Kop.).*

Hier, le dernier iour du moys passé [1543 Jan. 31], la M<sup>té</sup> du roy des Romains devant disner a fait la proposition [Nr. 43] concernant les affaires de sa M<sup>té</sup> et de l'Empire. Et après disner le roy a fait de rechief réassembler les estatz pour nous donner audience. Ainsi en la présence du roy, des commissaires de la M<sup>té</sup> impériale et tous les estatz en grand nombre avons sommairement par bouche exposé nostre charge et après a esté leu le concept que parcy devant avons envoyé vers vostre M<sup>té</sup>, toutesfois changé en aucuns lieux selon l'advis de la M<sup>té</sup> du roy et de Mons<sup>r</sup> de Grandvella [Nr. 202], et après avons fait quelque petite répétition par bouche pour mieulx imprimer les matières contenues dedans lad. escripture. Et après s'est levé ung docteur<sup>1</sup> de par le duc de Clèves, disant s'esmerveiller de si véhémence accusation faite contre son maistre, le duc de Clèves, laquelle il n'avoit mérité. Ains estoit de tout ce dont l'avions chargé innocent et que en brief fairoit apparoir du grant tort que du costé de vostre M<sup>té</sup> luy advenoit, tant de le charger des choses dont il ne scavoit rien, comme d'avoir tant cruellement invahiz ses terres. Mais que pour pover de tant mieulx informer les estatz et respondre à ce dont l'avions chargé, requis au nom dud. duc d'avoir copie. Sur quoy respondismes que ce que par nous avoit esté proposé estoit la pure vérité et que, quant temps seroit, fairions de tout suffisamment apparoir en monstrant les lettres originalz de l'ambassadeur Serrant<sup>2</sup> et suppliant aussi de ordonner à luy de produire le contreciffre des lettres escriptes à son agent en France, Herman Cruyser. Et quant à la copie, nous resmismes ce au bon plaisir de la M<sup>té</sup> du roy et des estatz, adioustans que par vostre M<sup>té</sup> n'avoit tenu que devant longtemps les estatz ne fussent de tout ce informez et que

<sup>1</sup> *Dr. Johann Faltermeyer.*

<sup>2</sup> *Siehe Nr. 202, Beilagen 1 und 2.*

votre Mté encoires seroit contente que tout le monde entendroit cestuy affaire etc. Ainsi, après que sommez esté retirez et rappelez, nous a esté respondu en plaine audience par le cancellier de Mayence au nom du roy, des commissaires impériaulx et des estatz que, ayant entendu ce que par nous avoit esté proposé pour ce que la matière estoit grande et de importance, ilz estoient délibérez de prendre copie de l'escripture prémentionée et sur la demande de celluy du duc de Clèves de la communiquer semblablement à luy et après faire ce qu'ilz trouveront convenir.

Beaucoup des estatz et qui y sont esté présents s'en sont assez esmerveillez que, considérée chose si clere, led. duc continuoit encoires en sa négation. Et iceulx mesmes qui autrement en sont mal affectionez contre l'empereur et les Pays Bas confessent que led. duc aye tort<sup>3</sup>. Et pour mettre ceste opinion au peuple – par commandement de Mons<sup>r</sup> de Granvella – laisserons imprimer lad. escripture<sup>4</sup>. Ceulx de Saxes font tout assistance à Clèves et font courir beaucoup

<sup>3</sup> *Kgn. Maria zeigte sich in einem Schreiben vom 20. Febr. 1543 (in der Textvorlage Datierung nach dem Osterstil, d.h. 1542) an Dr. Viglius van Zuycem sehr zufrieden mit dem Erfolg des Vortrags der burgund. Gesandten vor den Reichsständen:* Ce nous a esté plaisir d'entendre par les lettres du S<sup>r</sup> de Grantvella que la proposition que avez fait en notre nom a esté bien prinse généralement de tous les estatz de l'Empire, vous requérant bien vouloir imprimer à tous que verrez convenir la grande desraison du duc de Clèves et les debvoirs qu'avons fait pour le retirer de l'emprins de Martin van Rossem, aussi ce que depuis la guerre ouverte avons fait pour venir à traittié amyable avec luy, s'il y eust voulu entendre. Mais selon les termes qu'il a tousiours tenu et tient encoires, ne voyons qu'il se renge à la raison s'il ne sent que les estatz de l'Empire veuillent adjoûter foy à ce que leur avons fait proposer et remédier à ses emprinses que ne sont seullement préjudiciables aux pays de notre gouvernement, mais généralement à toute la Germanie, laquelle se trouvera cyaprès bien empeschée, si le roy de France povoit venir à ses desseingz par moyen dud. de Clèves. Et pour ce que escripvons amplement au S<sup>r</sup> de Grantvella de toutes les occurrences de par deçà, mesmes de ce qu'est passé entre les députez des électeurs sur le Ryn et les nôtres qui sont encoires à Maestrecht, n'en ferons icy redite, nous remettant à ce que entendrez dud. S<sup>r</sup> de Grantvella, vous requérant nous advertir continuellement du succès de la présente diète. In: *Wien HHStA, Belgien PA 36/4, fol. 36rv (Ausf.)*

<sup>4</sup> *Der Vortrag der burgund. Gesandten wurde bald nach ihrem Auftritt im Reichsrat sowohl in deutscher als auch in lateinischer Sprache gedruckt: siehe Nr. 202, Überlieferung D (dort auch die Angaben zur lat. Übersetzung). Dr. Viglius van Zuycem bemühte sich intensiv, die Reichsstände vom unrechten Handeln Hg. Wilhelms zu überzeugen und sie zur Parteinahme für die habsburgische Seite zu veranlassen. Darüber berichtete er am 10. Febr. 1543 an Kgn. Maria: [...] M<sup>me</sup>, je faiz icy mon extrême devoir pour iustifier nostre cause et gaigner les couraigés et les trouve encoires assez enclins. Et me semble que si vostre Mté en fairoit ung peu de paour [!] au duc de Clèves et que endureroit pour quelque temps la guerre que pourrions venir à bonne fin et que led. duc seroit contrainct, tant par sa propre imbécillité comme par commination des princes de l'Empire autant que encoires povons apparcevoir, de se reigler [!] à la raison. Nostre*



des bruitz à leur avantaige, touchant le succès de la guerre, mais espérons que de nostre costé ny aura point tant de mal. Ceulx de Clèves, pour lesquelz le duc a demandé saufconduit [Nr. 22], comme on dict, seront en brief icy, lesquelz ne cesseront de faire leur mieulx pour gloser et confuter ce que par nous a esté mis en avant, mais, comme espérons, trouveront assez à faire.

Touchant les autres articles de nostre instruction [Nr. 45] escripvrons puis après à vostre Mté avec toutes autres choses lesquelles occureront.

**320 Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 Febr. 17**

A Wien HHStA, Belgien PA 36/4, fol. 6rv (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).

B Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 24rv (Kop.).

Teilw. Druck: L. GROß/R. VON LACROIX, *Urkunden und Aktenstücke*, Bd. 1, Nr. 296, S. 202.

*Sie bestätigen den Erhalt von Kgn. Marias Schreiben vom 3. Febr. 1543<sup>1</sup> mit Bericht zum Verlauf der Verhandlungen für einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich in Aachen und in Maastricht unter kurrheinisch-hessischer Vermittlung. Die jülichischen Gesandten sind noch nicht in Nürnberg eingetroffen. Der burgundische Vortrag (Nr. 202) ist bereits als Druckschrift erschienen, welche sie beilegen.*

Les héritiers de Dionyss Vrentz ont exhibé aux estatz une supplication imprimée<sup>2</sup>, laquelle envoyons aussi à vostre Mté, et ne cessent à crier et faire le piz que pevent [!], sur quoy avons fait une information ample et déduict au loing les droictz et privilèges de l'empereur comme duc de Brabant et tellement fondé icelle cause que espérons parvenir à nostre intention et mectre fin à cestuy affaire [Nr. 302a]<sup>3</sup>.

proposition se imprime en allemand [Nr. 202], mais n'est encoires achevée. Mons<sup>r</sup> de Grandvella a envoyé la translation en latin à l'empereur et se contente bien de ce que par commission de vostre Mté avons icy besoigné. In: *Wien HHStA, Belgien PA 36/4, fol. 8rv (Ausf. v.d.Hd. Zuychems)*.

<sup>1</sup> In: *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 20r–21v (Ausf.)*.

<sup>2</sup> *Die Supplikation der Vrentzen Erben wurde bereits gegen Ende des Nürnberger RT 1542 übergeben (RTA JR Bd. XIII, Nr. 197), ihre Behandlung jedoch auf den künftigen RT verschoben: siehe Nr. 302a, Anm. 1.*

<sup>3</sup> *Am 20. Febr. erhielten die beiden burgundischen Gesandten Audienz im Reichsrat, um ihre Gegendarstellung auf die Supplikation der Vrentzen vorzutragen. Dazu berichteten sie am 21. Febr. 1543 an Kgn. Maria: [...] Et pource que la partie ne cesse de solliciter envers ung chascun et que les estatz, par estre mal informez, sont esté mal contens de l'empereur et de vostre Mté, comme vueillans diminuer les droictz de l'Empire et empescher le ressort des appellations, avons trouvé en conseil de demander ausd. estatz*

*Die Gesandten des Ebf. von Trier sind noch nicht nach Nürnberg zurückgekehrt und es besteht wenig Hoffnung, dass die anstehenden Probleme zwischen der Regierung von Luxemburg und dem Ebf. von Trier auf dem Reichstag gelöst werden können. Sollten die Trierer den Konflikt um die Abtei Echternach<sup>4</sup> ansprechen, werden sich die Gesandten in ihrer Antwort nach den Vorgaben Granvelles richten.*

Touchant les aydes et le circle de Bourgogne on n'a riens encoires commencé, ains est-on empesché jusques à maintenant avec les protestans et est à craindre qu'on ne fera gueres icy que perdre temps. Toutesfois trouvons qu'il a esté fort bon d'avoir remonstré l'affaire de Clèves aux estatz, car beaucoup se taisent qui crioient au paravant contre vostre Mté.

**321** *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 März 2*

A *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 35r–36v (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).*

B *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 37r–38v (Kop.).*

*Die Gegendarstellung der Gesandten Kgn. Marias auf die Vorwürfe des Hg. von Jülich (Nr. 202) wurde gemäß den Wünschen Kgn. Marias und Granvelles nun auch in lateinischer Sprache gedruckt.*

M<sup>me</sup>, vous advertissons aussi que le roy de France a escript des lettres aux estatz de l'Empire contre l'empereur, lesquelles devant hier [1543 Febr. 28] sont

---

audience publique pour déduyre devant eulx le droit de la Mté de l'empereur comme duc de Brabant, sur quoy eusmes hier [1543 Febr. 20] audience et avons à toute diligence à eulx remonstré ce que dessus et aussi exhibé une information par escript en allemand [Nr. 302a], dont enverrons à vostre Mté la translation le plustost que aurons loysir. Les estatz nous ont ouys heureusement et respondu de y vouloir penser et en dedans brief temps nous donner responce. Et entendons toutesfois qu'ilz ont concluz de demander sur ce l'advis de la chambre impériale et de visiter tout ce que par cydevant a esté exhibé aux journées impériales et principalement celle de Regenspurg en l'an 1532 [RTA JR Bd. X, Nr. 157–160] où l'évesque de Liège se avoit complainct aussi. Nous espérons, Madame, que en cecy il ny aura riens préjudiciable et qu'il ne soit résolu par nostre information. Nous avons aussi à part déclaré aux aucuns que, combien que la Mté impériale n'est en riens tenue à la partie et qu'elle l'aye bien mal mérité, toutesfois en cas que penssrons estre asseurez de n'estre plus troublez par semblables procédures, vostre Mté nous a consentye de pouvoir faire quelque grâce ou aulmosne à lad. partie et de la contenter, si veult entendre à raison. [...]. In: *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 29r–30v (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).*

<sup>4</sup> *Streit um die personelle Besetzung der Reichsabtei Echternach zwischen Karl V. als Landesherrn von Luxemburg und dem auf seinem Wahlrecht beharrenden Konvent der Abtei auf den Reichstagen in Speyer und Nürnberg 1542: RTA JR Bd. XII, Nr. 252; RTA JR Bd. XIII, Nr. 190.*

esté leues au conseil des estatz, dont avons recouvert copie [Nr. 198], laquelle envoyons à vostre Mté.

Touchant les principalz affaires de ceste diète on n'a presque riens commencé à besoigner et il y a bien peu d'esperoir de venir à bonne fin et est-on encoires empesché avec les ambassadeurs des protestans, lesquels avant tout œuvre veuillent estre asseurez sur leurs demandes, desquelz le premier point est de oster les assesseurs qui sont au présent à la chambre impériale et y mettre des autres selon leur plaisir et religion.

A l'arrivée du roy des Romains ils exhibèrent une supplication [Nr. 152] sur laquelle, eu l'advis des catholiques [Nr. 154], sa Mté respondit [Nr. 155], mais depuis eulx de rechief ont donné une réplique assez longue [Nr. 157], estant du mesme effect de la supplication. Et ce que leur fait tant insister contre les iuge et assesseurs de la chambre, c'est que le duc de Brunswick a accusé lesd. protestans sur l'infracton de la paix publique et que on y procède sur la paine du ban impérial, lequel les bonnes villes, qui sont alliez avec eulx, ne scauroient souffrir.

Ainsi, M<sup>me</sup>, ne povons encoires veoir que fin y aura, car lesd. protestans disent de s'en vouloir aller si on ne leur accorde ce qu'ilz demandent et parlent bien hault. Et combien que entre autres ilz désirent avoir une paix perpétuelle touchant les différens de la religion, toutesfois l'évesque de Hildesheim [Nr. 248], l'évesque de Naumburg [Nr. 300], led. duc de Brunswych [Nr. 247] et autres se complaignent fort contre eulx comme infracteurs de icelle. Et trouvons que les catholiques en sont estonnées et craignent que cestuy an ne passera sans nouvelle commotion, combien que les nouvelles qu'on a jounellement icy de l'advènement du Turc et qu'il a publié la guerre en ses pays contre la Germanie requéroient bien qu'on fut bien d'accord pour résister au commun ennemy.

Par cecy, M<sup>me</sup>, vostre Mté peut considérer quelle espérance la Mté du roy des Romains peut avoir de obtenir la continuation de la ayde à luy promise et en que dangier sont les terres de Hongrie et celles d'Austriche.

Les capitaines qui ont servy à l'Empire l'esté passé sont icy en grand nombre demandant payement et estant bien mal content [Nr. 127]. Et combien que à la fin lesd. estatz pourroient estre d'accord d'envoyer quelque ayde contre le Turc, toutesfois le temps s'en va et à la fin ilz trouveront qu'il n'y aura autre moyen de résister aud. commun ennemy que par l'ayde de l'empereur. Et s'ilz verront la présence de sa Mté et que les affaires de la guerre se porteroient bien de nostre costé, ilz se pourroient mieulx rigler [!] à la raison.

Quant au duc de Clèves, aucuns en parlent assez bien en nostre faveur, disans que il le fault contraindre à la réstitution de la duché de Gueldres. Et nous semble qu'il n'a gueres gagné de ce que le duc de Saxes le supporte, car beaucoup qui sont mal affectionés envers led. de Saxes en pourroient tant mieulx souffrir qu'il allast mal aud. de Clèves.

322 *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 März 26*

A Brüssel AG, *Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 56r–57v* (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).

B Brüssel AG, *Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 58r–59v* (Kop.).

M<sup>me</sup>, les iours passés sommez esté très empeschez pour respondre aux queeles exhibuées par les commis du duc de Clèves, estans icy en grand nombre, lesquelz au 12 iour de ce mois furent ouys en nostre absence et ont fait une proposition prolixie et exhibué plusieurs escripts dont le principal estoit en forme de responce [Nr. 204] sur nostre justification [Nr. 202]. Et après trois queeles ou accusations en nom dud. duc [Nr. 205a], de la duchesse sa mère [Nr. 205b] et des gentilzhomes et autres [Nr. 205c] qui du temps du commencement de la guerre contre Juilliers sont esté au service de l'Empire à l'encontre du Turck et endommaigez par les gens de vostre M<sup>te</sup>, et encoires ung livre imprimé, tant en latin que en alemand, sur les droicts de la duché de Gueldres [Nr. 204, Anm. 4 und Beilage 1] avec quelques autres pièces dont envoyons copies à votre M<sup>te</sup> autant que avons peu recouvrir. Et pource que lesd. Clevois ne faisoient tous les iours autre chose que de crier et demander ayde aux estatz et que entendismes que par pratique des Saxonois les estatz estoient délibérez de consulter sur cestuy affaire, nous nous avons hasté le plus qu'il nous a esté possible pour estre prests avec nostre responce. Et ainsi ayans tout communiqué avec Mons<sup>r</sup> de Grantvelle et le S<sup>r</sup> de Naves, aussi par l'advis de la M<sup>te</sup> du roy des Romains avons fait en latin une briefve confutation contre led. livre des Clevois contenant le droict de Gueldres etc. [Nr. 210, Beilage 1], laquelle semblablement par commandement de Mons<sup>r</sup> de Grantvelle est imprimée. Et touchant les autres queeles et escriptures, avons tiré tout en une réplique [Nr. 210] et avons eu audience publique en présence desd. commis de Clèves le 21 iour du présent. Et affin que ne soions prolixs de réciter ce que de nous a esté exhibé et de l'un et l'autre ceste playdoié envoyons à vostre M<sup>te</sup> ung sommaire de ce que led. iour par nous a esté dit et proposé devant lesd. estatz de l'Empire, espérans que vostre M<sup>te</sup> se contentera et tiendra agréable ce que par nous en nom de vostre M<sup>te</sup> a esté fait.

*Ferner legten die jülichischen Gesandten, begleitet von einer Rede, den Reichsständen den Briefwechsel zwischen den kurrheinisch/hessischen Gesandten in Aachen mit den Kommissaren Kgn. Marias in Maastricht vor. Zweifel der burgundischen Gesandten an der unparteiischen Haltung der kurrheinisch/hessischen Vermittler<sup>1</sup>.*

<sup>1</sup> Die burgundischen Gesandten beziehen sich hier auf den Auftritt der jülichischen Räte im Reichsrat am 17. März 1543, als diese in einer Rede Kgn. Maria die Schuld am Scheitern der Waffenstillstandsverhandlungen gaben (Nr. 208), was sie durch Bekanntmachung des Briefwechsel zwischen den Kommissaren Kgn. Marias in Maastricht und den

Après que nous sommes esté ouys [1543 März 21], les estatz ont tenu conseil et concordamment concluz de supplier à la Mté du roy des Romains et requérir aussi Mons<sup>r</sup> de Grantvelle pour ayder à appaiser led. différent de Clèves. Ainsilz ont député jusques à douze qui sont allez vers le roy et Mons<sup>r</sup> de Grantvelle le 22<sup>e</sup> jour du présent [Nr. 212], sur quoy sa Mté a iourd'huy leur baillé responce<sup>2</sup>, laquelle vostre Mté entendra par Mons<sup>r</sup> de Grantvelle.

**323 Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 April 13**

A Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 79r–80v (Ausf.).

B Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 81r–82v (Kop.).

Sie übersandten Kgn. Maria vor kurzem die von den jülichischen Räten vor den Reichsständen vorgetragenen Aktenstücke (Nr. 204–205) und die burgundische Antwort darauf (Nr. 210). Die lateinische „Confutatio“ mit Ausführungen über die habsburgischen Rechtsansprüche auf Geldern (Nr. 210, Beilage 1) ließen sie ins Deutsche übersetzen, da die meisten der anwesenden Reichsstände des Lateinischen unkundig sind. Sur quoy les estatz – à grande instance des Clevois – s'en sont aulcunes fois délibérez et pensez pour appaiser cestuy affaire. Et au commencement sont esté d'opinion d'envoyer à vostre Mté pour demander cessation des armes et trouver dedans certain temps quelque voye amiable d'accord. Toutesfois en délaissant cela ilz ont envoyé par deux fois leurs députez vers la Mté du roy [Nr. 212, Nr. 220], ausquelz on a donné responce par escript [Nr. 214,

---

*Abgesandten der kurrheinisch/hessischen Vermittler in Aachen (Nr. 208, Beilagen 1–6) unter Beweis stellen wollten. Dr. Viglius übte in einem Bericht an Kgn. Maria vom 28. März 1543 scharfe Kritik am Vorgehen der jülichischen Räte: [...] Et combien que lesd. Clevois soient esté advertiz devant que nous du départ des députez des princes électeurs et sur ce incontinent renouvellez leurs complaincts en nostre absence en produysant les escriptures et lettres, lesquelles en communicquant, les commissaires de vostre Mté et lesd. députez ont escript l'ung à l'autre et par ce vouloir charger vostre Mté, comme si par elle tenoit que ceste dangereuse guerre ne s'appaisast et que vostre Mté donnoit cause de troubler la Germanie et empescher la négociation, et pour ce fort pressé de pourveoir incontinent, affin que led. duc ne fut constrainct de chercher [!] ayde à aultre part. Toutesfois nous, ayans ce entenduz, nous sommes hasté tant qu'il a esté possible et en demandant audience, ouvertement dict que povions souffrir que les Clevois fussent à ce appelez, nonobstant que eulx ne nous eussent voulu laisser estre présens à tous leurs propositions. Ainsilz sommes esté ouys et avons par nostre responce [Nr. 210] rebouté ce que par plusieurs escripts et iours nous [!] adversaires avoient crié contre nous, dont trouvons beaucoup des estatz assez contents. In: Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 60r–61v (Ausf. v.d.Hd. Zuychems).*

<sup>2</sup> *Mündliche Antwort des Königs; die schriftliche Antwort auf die Vermittlungsinitiative der Reichsstände vom 22. März erfolgte erst am 28. März: Nr. 214.*

*Nr. 222*], dont sans faulte Mons<sup>r</sup> de Grandvelle aura envoyé copie à vostre Mté. Après ilz ont faict aussi, comme entendons, quelque remonstrance aux Clevois pour les induire à condescendre ès quelque moyens et principalement de mettre la duché de Gueldres en sequestre [*Nr. 215--216*], lequel ilz ont par deux fois refusé. Ainsi entendons que ce jourd'huy ilz ont esté de rechief vers le roy et mis en avant ung moyen [*Nr. 225*], lequel vostre Mté entendra par les lettres de Mons<sup>r</sup> de Grandvelle. Et à cause que telles choses ne se laissent escrire que en secret, nous nous remettrons aux lettres de Mons<sup>r</sup> de Grandvelle, dont vostre Mté sera suffisamment advertie.

Touchant l'affaire de Mastricht la partie pourchasse journallement et ont ceulx de la chambre impériale envoyé ung extraict de tous les actes avec ce que à Regenspurg en l'an 1532 fur supplié par le feu évesque de Liège et ceulx de Mastricht [*RTA JR Bd. X, Nr. 157--160*]. Aussi la partie a produit une escripture deux fois si longue que est la nôtre [*Nr. 302d*], dont si tost que avons relevé les copies à la cancelerie de Mayence avons faict une réplique [*Nr. 302e*] et icelle aussi exhibée aux estatz, tendant tousjours au mesme fin de la première escripture [*Nr. 302a*] de laquelle envoyons copie à vostre Mté, tant en latin que alleman. Ainsi quant à cestuy affaire espérons avoir assez justifié le droict de l'empereur comme duc de Brabant.

*Die Reichsstände ernannten einige Vertreter, die sich in einem Ausschuss mit der Causa der Vrentzen Erben gegen Maastricht und dem von ihnen in Anspruch genommenen Berufsrecht an das Reichskammergericht beschäftigen sollten. Wahrscheinlich werden die Reichsstände die Gesandten Kgn. Marias ersuchen, einer einstweiligen gütlichen Einigung zuzustimmen und die endgültige Regelung des Problems auf eine andere Reichsversammlung zu verschieben.*

Toutesfois pour aller plus seurement avons persisté de demander aux estatz ung document à ceulx de la chambre impériale et aultres juges pour ne se mesler plus de telles appellations qui se pourroient faire de Mastricht à Aix, lequel toutesfois craignons pour maintenant qu'il sera difficile à impétrer. Et pour ce, en cas que verrions l'affaire disposé pour trouver bon et raisonnable apointement avec la partie, en cas que les estatz voudroient mectre en surcéance toutes appellations jusques à ce que l'affaire principal fust vidé, encoires à notre advis il ny auroit point de mal, car quant après on s'en tairoit lesd. estatz n'en fairoient aussi point de question. Et quant encoires ilz ne voudroient accorder lad. suspension, toutesfois quant il seroit mis la clause que tel apointement ne debvroit porter aucun préjudice et droictz de la part de la duché de Brabant et la ville de Mastricht, par nous prétenduz contre lesd. appellations, encoires il nous semble que il ne seroit à refuser afin de une fois estre deschargé de ceste malheureuse cause. Toutesfois nous nous ne mettrons point sy avant sans avoir sur ce la responce de vostre Mté ou du moins l'advis de Mons<sup>r</sup> de Grandvelle, en cas que d'aventure le temps seroit trop brief.

Car espérons que la journée prendra bientôt fin, bien avons aussi pensé de supplier à la Mté du roy, en cas que ne povions venir au bout,<sup>a</sup> pour faire une suspension du ban<sup>a</sup> jusques que aultrement à la prochaine journée sera ordonné. Mais ceulx de la chambre ne tiendront pas grand compte de telle suspension non approuvé par la partie ou les estatz. Et pour faire fin ferons le mieulx que pourrons et tout selon l'advis de Mons<sup>r</sup> de Grandvelle.

324 *Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria – Nürnberg, 1543 April 24*

A *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122. fol. 93r–94v (Ausf.).*

B *Brüssel AG, Papiers d'Etat et de l'Audience 122, fol. 95r–96v (Kop.).*

M<sup>me</sup>, hier, le 23 avril, la Mté du roy a fait publier et lire le recès de ceste journée [Nr. 404] dont envoyons à votre Mté ung sommaire et extraict. Toutesfois les protestans du commencement jusques à la fin se sont opposez et semblablement aucuns des catholicques. L'affaire de Mاسترخت est renvoyé à la visitation de la chambre impériale [Nr. 302f], laquelle se fera le 3 jour de juillet, comme à notre retour votre Mté entendra plus amplement.

En l'affaire de Clèves on ne nous a point donné aultre responce que celle que a esté donnée à Mons<sup>r</sup> de Grantvelle [Nr. 200], laquelle touchant France est assez bonne, mais quant au duc de Clèves nous en avons mis beaucoup de peine pour obtenir encoires autant à cause des grandes pratiques des Saxonois. [...]. De tout ce qu'on a besoigné icy avec les estatz pour accorder les différens de Clèves nous remettons à ce que Mons<sup>r</sup> de Grantvelle escripra à votre Mté.

La Mté du roy est party ce matin et tous les estatz s'en vont, ainsi sommes d'intention, après avoir copie du recès et congié de Mons<sup>r</sup> de Grantvelle, de nous mettre semblablement en chemin pour retourner et faire plus ample relation à votre Mté de tout notre besoingne. [...].

---

<sup>a-a</sup> *Aus B, A om.*

## XII.C Korrespondenzen altgläubiger Reichsstände

*Unter den Weisungen und Berichten von fünf ausgewählten altgläubigen Reichsständen sind an erster Stelle jene aus bayerischer Provenienz zu nennen, da die Hgg. von Bayern als Anführer der altgläubigen Aktionspartei den Verlauf des Reichstags maßgeblich beeinflussten. Ihr die bayerische Politik dominierender mächtiger Rat, Dr. Leonhard von Eck, führte die Verhandlungen am Reichstag eigenständig, zunächst sogar ohne Instruktion der Herzöge. Allerdings erhielten die bayerischen Räte nach ihrer Ankunft in Nürnberg eine Weisung ihrer herzoglichen Auftraggeber für das Verhalten in der Frage der Türkenhilfe (Nr. 327). Aus der bayerischen Korrespondenz lässt sich schließen, dass einige Berichte Ecks aus Nürnberg nicht erhalten oder archivalisch nicht einschlägig eingeordnet sind. Von den acht überlieferten eigenhändigen Schreiben Ecks vom Reichstagsort wird keines als eigene Aktennummer abgedruckt, stattdessen dienen mehrere Zitate aus seinen Briefen in den Sachanmerkungen zur Erläuterung der Hauptverhandlungsakten. Die Schreiben Dr. Georg Stockhammers (Nr. 331) und seiner Mitgesandten (Nr. 332) geben Aufschluss über die umstrittene Rolle Ecks innerhalb der bayerischen Vertretung am Reichstag.*

*Alle anderen Schreiben der Altgläubigen stammen von geistlichen Reichsständen: Vom Kurmainzer Kanzler Dr. Jakob Jonas sind vier Berichte an Kf. Albrecht von Mainz überliefert, drei davon aus der Zeit kurz vor Eröffnung des Reichstags (Nr. 326, Nr. 328–329); das letzte Schreiben schildert die Ende März stattfindenden konfliktreichen Verhandlungen zu Türkenhilfe, Friede und Recht (Nr. 336).*

*Bf. Philipp von Speyer beauftragte den Landschreiber Konrad Junge mit der Berichterstattung vom Reichstag. Nach der vorzeitigen Abreise Junges aus Nürnberg wurde er durch den Wormser Kanzler Dr. Werner Koch vertreten. Zwei Schreiben Kochs an den Bf. von Speyer (Nr. 333, Nr. 337) und eine Weisung des Bischofs an Koch (Nr. 334) werden ediert.*

*Von den fünfzehn überlieferten Berichten Dr. Christoph Welsingers an Bf. Erasmus von Straßburg wurden zwei ausgewählt (Nr. 325, Nr. 330) zusätzlich zu einer Weisung des Bischofs an Welsing (Nr. 335).*

*Auf die Wiedergabe der Schreiben der würzburgischen Gesandten an Bf. Konrad wurde auf Grund des Würzburger Berichtsprotokolls (Kap. III, Nr. 81) verzichtet.*

*Bf. Valentin Teteleben von Hildesheim, der während des Reichstags Protokoll führte (Kap. III, Nr. 80) und kurz vor Verlesung des Reichsabschieds zum Konzil nach Trient abreiste, beauftragte seinen Kanzler Dr. Johann Katzmann, ihn über die letzte Phase des Reichstags zu informieren (Nr. 338).*

*Die Berichte anderer bischöflicher Gesandter, wie Christoph Kirchbichler (Gesandter Bf. Wolfgang von Passau) und Dr. Werner Koch (in seiner Funktion als Gesandter Pfgf. Heinrichs, Bf. von Worms und Freising) sind in anderen Kapiteln des Bandes (z.B. IV.K: Doppelanlage) abgedruckt oder in den Sachanmerkungen verarbeitet.*



325 *Dr. Christoph Welsing an Bf. Erasmus von Straßburg – Nürnberg, 1543  
uff Trium regum (Jan. 6)*

*Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf.).*

Euern fstl. Gn. fueg ich zu wissen, das ich ungewitters halben allerst Sontag in vigilia Circumcisionis Domini [1542 Dez. 31] zu Nurnberg ankommen bin, der zuversicht, es sollte der reichstag schon sein anfang erlangt und die proposition furgetragen und beschehen sein. Aber ich hab von stenden niemandtz alhie dan nachvolgende potschaft befunden: Namblich von wegen der churfursten Menntz, Trier, Sachssen und Brandenburg, von fursten aber, gaistlich und weltlich, Bamberg, Wurtzburg, Metz, Pfgf. Ruprecht, Hgg. von Gulch und Wurtemberg, Hessen und von stetten Strasburg, Franckfurt und Speyer, darneben auch die potschaft von wegen deß hauß Prabant. Und wiewoll sich jederman versehen, es wurd die röm. kgl. Mt. in betrachtung der obligenden des Reichs sachen one allen verzug alhie gewesen sein, jedoch so ist ir Mt. uff heut dato noch nit ankommen, also das alle deß Reichs sachen anston und beruwen pleyben<sup>1</sup>. Und obwol ir Mt. Dr. Ilsing [= *Ilsung*] vor etlichen tagen

<sup>1</sup> *Die hessischen Räte Dr. Johann Fischer, gen. Walter, und Dr. Tielemann Gunterrodt, warteten in Kassel den verspäteten Beginn des RT ab und berichteten am 29. Nov 1542 an Lgf. Philipp von Hessen: [...] Euern fstl. Gn. mögen wir auch in underthenigkeit nit pergen, nachdem wir Clausen Waldenstein vor der zeit abgefertigt haben, uns zu Nurnberg ein gelege behausung, auch notturftiglich prophiant darein zu bestellen, wie dann beschehen, dieweil aber der reichstag seinen furgang, wie er angesatz, nit erreicht, sonder umb einen monat erlengert, haben wir bemeltem Waldenstein in unserm wegreisen von Schweinfurth bevolhen, sich widerumb nach Nurnberg zu verfuegen, alldo die fisch und andere prophiant, so villeicht verderben möchte, zu verkauffen. Als er nun diser tagen allhie wider ankomen, thut er uns disen bericht, das gantz und gar niemant usserhalb der dreyer Bff. Wurtzburg, Bamberg und Eychstett hab furieren lassen. Nun bedencken wir, das der reichstag vor den christfeirtagen schwerlich angefangen, das auch die stend vor denselbigen feirtagen versehenlich nit inkomen werden. Derwegen sehe uns underthenig vor gut an, das euer fstl. Gn. einen irn reittenden potten gehn Nurnberg mit dem bevelch abgefertigt hetten, alldo zu warten und daruff sein kuntschaft zu haben, wann der könig oder sonst etzliche stend im anzug und unterwegs gegen dem reichstag weren, das er alsdann sollichts an euer fstl. Gn. zum allerfurderrichstn gelangen ließ. Dann sollten wir ein solliche lange zeit zu Nurnberg bis uff dess königs und der stend ankunft stilligen, wurde einen grossen unkosten geperen, wellichen wir euer fstl. Gn. halben gern verhuett sehen. Und wiewol aber der schweinfurthisch abschid vermag, das gemeiner aynungsvorwanten stend, rath und pottschaften eben uff den tag, wellichen das außschreiben zu dem reichstag mit sich bringt, zu Nurnberg einkomen sollen, damit sie in den unerledigten und verschobnen puncten vor dem einkomen der andern reichsstend entlich ratschlagen und schliessen und sich darnach die reichshandlung daran dester weniger verhindern muge, so tragen wir doch dise fursorg, das, wie zu Schweinfurth auch beschehen, etzliche tag, bis das der mehrer theil der stend zusammenkomen, gewißlich verlauffen werden, sonderlich*

bey den abwesenden stenden gehapt, mit beger, das die stend nit verrucken, sonder ir Mt. alhie erwarten wollten, nitdesterweniger so liegen die stend mit beschwerden und umbsunst hie und ist jederman der langsamen handlung gar ubel zufriden. Und waißt man irer Mt. zuckunft khain aigentlich wissen, dan das ir Mt. aim rath zu Nurnberg geschriben [*Nr. 32*], das man ir wolt die vesstin [= *Festung, Burg*] zuberaiten sampt deren zwayen jungen sonnen<sup>2</sup>, dan ir Mt. gedenck, sich zum furderlichsten alhier von Wien auß zu erheben.

Dieweyl dan gar khain handlung, auch der reichstag seinen anfang nit erraicht, so waißt ich auch euern fstl. Gn. dernhalben jetzo zumall nichtz zu schreyben anders dan das ich ubel zufriden, das ich also seer geylt und alhie one ainiche handlung umbsunst vergebenlich liegen und zeren muß. Halt auch dorfur, es soll mir nit weyther begegnen, so ich noch ain reichstag besuchen solt, deß ich doch zu thun nit gedenckh.

*Er überschickt Bf. Erasmus einige Aktenstücke in Kopie.* Sunst waß fur geschrey alhie, waißt euer Gn. ich nichtz zu schreyben, dan das mir der von Navisß gesagt, wie das von der röm. ksl. Mt. der von Granvell uff diesen reichstag verordnet, welcher schon zu Trient ankommen sein solle. Darneben, das man sich irer [*ksl. Mt.*] ankunft im Reich nit ehr versehen dörf, es seye dan uff den zukunfftigen frueling und so der reichstag volendet. Und obwoll er [= *Naves*] der kgl. Mt. abwesens ubel zufriden und mir angezaigt, das die ksl. Mt. nit anders wisse, die stend des Reichs seyen in volckomner handlung, jedoch waißt man khain grundtlich ursach, worumb die kgl. Mt. die sach also prorogier und verzihe<sup>3</sup>. [...].

dieweil wir von den stetten dess sächsschen kreiß jungst zu Schweinfurth vermerckt, das sie zu Nurnberg zu erscheinen wenig lust und willens haben. Was aber euer fstl. Gn. gemut und meynung hierinnen allenthalben sein will, desselben wöllen wir uns undertheniglich, getrowlich und mit allem fleiß halten, wie wir uns dann sollichs schuldig erkennen. [...]. *In: Marburg, StA, PA 650, fol. 1r–4v (Ausf.).*

<sup>2</sup> *Ehgg. Maximilian und Ferdinand.*

<sup>3</sup> *Im Bericht Welsingers an Bf. Erasmus zwei Wochen später (20. Jan. 1543) hatte sich an der Situation in Nürnberg kaum etwas geändert und man wußte nach wie vor nicht, wann die Proposition erfolgen würde: [...] Wiewoll ich euer Gn. des gegenwertigen reichstags halben gern allerhandt zuschreyben wolt, jedoch so waißt ich noch zur zeit deren nichtz anders anzuzaiigen, dan das uff Mitwuch, den 17. diß monat, die röm. kgl. Mt. sampt zweyen deren sönnen, wie ich euer Gn. hievor angezaigt, alhie ankommen. Und dieweyl die ksl. commissarien, alß namblich Pfgf. Friderich etc. und mein herr von Augspurg, darneben auch khain furst aigner person alhie, das man noch nit waißt, wan die proposition beschehe und der reichstag seinen anfang erlangen und erraichen werden. In der Zeit des Wartens auf den RT-Beginn sei er zu den Bff. von Eichstätt und Augsburg geritten, um sie wegen der Teilnahme am Konzil zu befragen. Beide Bischöfe gaben die Auskunft, einstweilen keine Gesandte nach Trient schicken zu wollen, sondern sich durch den Bf. von Trient vertreten zu lassen. Welsinger plane auch Kontaktaufnahme mit dem Bf. von Würzburg wegen der Abfertigung von Gesandten zum Konzil.* Sunst neuer zeittung halben waißt ich euer Gn. nichtz anders anzuzaiigen, dan das jederman mit

326 *Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht von Mainz – Nürnberg, 1543 Jan. 24*

*Magdeburg LASA, A 1, Nr. 311, fol. 1r–2v (Ausf. v.d.Hd. Jonas).*

beschwerden vergebentlich und umbsunst hie ligt, das man auch gar nicht handeln, und zu besorgen aller anzaigung nach, es werde vor Purificationis [1543 Febr. 2] khain anfang dieses tags gemacht werden. [...]. Auch am 29. Jan. 1543 war Welsingers noch äußerst skeptisch betr. die Eröffnung des RT: [...] Und wiewol Pfgf. Friderich und der von Granvel den 26. berurts monats auch alhie ankommen, iedoch so hört man nach nit, wan die proposition beschehen, auch die reychshandlungen iren anfang erreychen und erlangen sollen. Und wöllen also alle sachen uf ein schedlichen und nachtheyligen verzug wie vor gespilt werden. Got der Almechtig verlyhe sein gnad, dan es hat sich ansehen, als ob man dermassen irrig sey, das es an verstand und vernunft also mangle, das man nit wol wisse, wie in solchen hochwichtigen, grossen obligen des Hl. Reychs sachen ein anfang zu machen und die mit fugen anzugreifen und anzuhaben syen. Dan wie Cicero sagt: „Res publica in eas angustias deducta esse videtur, ut nisi quis Deus vel casus aliquis subvenerit, salve esse nequeamus.“ Ich wolt euer Gn. gern die proposition zuschicken, hab auch den ein knecht umb der und andern ursachen halb also lang behalten, iedoch ie lenger ich wart, ie weniger daruss wurd. Acht auch, sye [= die Proposition] sey nach nit in rerum natura anders, dan das die not den könig dohin triibt, weitter hilf zu begeren, welche aber von stenden nit zu erhalten, es werden dan die beschwerden und obligen, die nit ein iar, sonder 20, 30 und 40 iar im Reych gewert, ietzundt erledigt. Zudem das die stet nichts thun nach willigen wollen, sye haben dan auch zu stimmen, welchs aber chur- und fursten glat abschlagen. Die protestirenden aber ein reformirt und onpartheysch recht und cammergericht, ein bestendigen friden und adprobatation und ratification aller irer gepflegten kriegsubung, violentien und anderer handlungen, die gemeine stend aber alle ringerung der anschlege, do keiner zu wenig, besonder al zu hoch angeschlagen sein, wollen. Was nun do guts zu hoffen und durch wen anders denen beschwerden, sonder in solchen nötten, krieggen und oneinnigkeytten dan dem Turcken, begegnet mög werden, haben euer Gn. leichtlich abzunemen etc. *Er entschuldigt sich beim König für das Fernbleiben seines Herrn vom RT [...].* Von fursten ist nach niemants personlich hie, und wiewol die steend sonst in zimlicher anzaal, iedoch rugt und steet man still mit aller handlung, nit weiss ich, ob man gedenck, die fursten selbs personlich nach alher zu bewegen. Bis das geschickt, sol ostern nit weit sein und darneben so vil gehandelt als vor. [...] Und domit ich euer Gn. auch von dem bequemlichsten platz, reychsversamlungen zu halten, schrib, so wiss euer Gn, das alle ding zum höchsten teuer und das des schindens wedder maas nach end, zudem das es der gemeinen kranckheyt und contagien halb nit gar schön, darneben das man in grosser sorg feuwers halben steet, dan man ingelegt wirken [= gewebte Stoffe] und pulver gefunden in strowegen, welche, alsbaldt mans in die herbrigen gefurt, haben angefangen zu brinnen. [...]. [PS:] Wie ich den brieff beschliessen wöllen, hat des Reychs marschalck uf heut dato den steenden ansagen lassen, das man bis Mittwoch [1543 Jan. 31] umb siben ur uf der veste bey dem ampt erschinen wölle und volgendts die kgl. Mt. uf das rhathaus zu beleitten etc. Got geb gnad, das es ein gutter anfang sey. *Die Schreiben Welsingers vom 20. Jan. (Ausf.) und vom 29. Jan. 1543 (Ausf. v.d.Hd. Welsingers) beide in: Straßburg AD, 15 J 18, unfol.*

An heut dato hab ich euer kfl. Gn. bevelche nach bey H. Leonharden von Egk Dr. mein werbung gethon. Daruff hat er mir angezeigt, er wölle das letst, des Hg. Hainrich von Braunschweigs sach, fur das erst nemen und wölle mir nit bergen, sein gnädiger herr hab ime einen gehaimen bevelche gethon, das er sich zue euern kfl. Gn. oder, wo die nit vorhanden, tzue derselben rhäten verfuegen und mit euer kfl. Gn. gehaimen rhäten Hg. Hainrichs, auch der religion-, bundts- und reichssachen halb communicieren, mit erpietung, söllichs ze thuen.

Und Hg. Hainrichs sachen halb hab er und ich wissen, das sich die protestantes zue verhöre erpotten vor ksl. und kgl. Mtt., und durch ain sondere potschaft haben sy sich uff seine [= *die bayerischen*] gnädigen herren erpotten zu beradtschlagung der sachen. Haben etliche rhät obenauß und niergen[*d*] an [= *übermütig, prahlerisch*] gewelt. Er hab angezeigt, wolle man meinem gnädigen herren, Hg. Hainrichen, helfen, so muesse es durch güeti oder krieg beschechen. Söllen seine herren den krieg für die hand nemen, so wissen sy, wie kaißer und könig sonst verhindert und mit andern kriegem beladen. Derwegen zue besorgen, yr Mtt. werden nichts darbey thuen. So haben seine herren nachgendts niemand dann euer kfl. Gn. und Saltzburg, und seyen ynen die protestantes überlegen, werden den nächsten euern kfl. Gn. ertzstift Magdenburg überziehen und yr fstl. Gn. vilicht auch. Sölliche gefaar zue vermeiden, und dieweil man nit könde, das man wölle, so mueß man, wie man möge. Seye besser, die guetlichait an die hand ze nemen weder [= *als*] die sachen zue ergeren [= *verschlechtern*]. Sein[*e*] gnädigen herren haben ime gevolget und Sachßen und Hessen die underhandlung zuegeschriben. Dagegen Sachßen und Hessen wider geschriben, sy wöllen es an yere bundtsverwandten gelangen und bey aigner potschaft antwurt geben. Also haben sy volgendts ungevarlich in trey wochen geantwort, sy wöllen alhie uff dißem reichstage vor Payrn guetlicher handlung pflegen zwischen ynen und Hg. Hainrichs kindern. Mit dem Hg. Hainrichen wöllen sy nichts zu schaffen haben. Und er habe dabeneben wol ad partem sovill verstanden, das sy zue bewegen wären, den kindern das land zuezustellen.

Da sagt ich ja, mit großen beschwården, und das dieselben luterisch bleiben. Gegen dem maint er: Es wurden diße und andere puncten vilicht fürfallen, aber wie man dem thädte, wäre doch besser, das land ainmal auß yren<sup>1</sup> handen ze bringen, es käme ja uff kinde oder andere. Darnach wäre der oberkait die hand nit beschlossen, möchte alsdann wol verschaffen, wohin es verwendet solt werden. Zum andern könde er nit glauben, das die protestierendens [!] willens sein solten, euer kfl. Gn. ze überziehen, sy haben des auch kain ursach und werden es nit thuen, seyen selbs nit wol ainig und ainstails der sachen mued und, wie er höre, haben die stedt Goßlar und Braunschweig nit vil gewonnen.

Des von Cöln halb könde er sich nit gnueg verwunderen, was er damit ietzo main, da das concilium vorhanden, aber er achte es nit für guet, das man der religion halb hie handle. Wir seyen überherrscht [= *in der schwächeren Position*]

<sup>1</sup> *D.h. der Schmalkaldener.*

und sey nit sicher, im churfursten- noch in yerem rhat davon ze handeln, dann da bleib nichts verschwigen, diewil die luterischen zum tail dabey sitzen.

Der kgl. Mt. hab er gesagt, diewil Granvell kome, der dann ainen harten kopf hab, sölle inne sein Mt. underhanden behalten oder er werde alles verderben, yerer Mt. sach und bonum rei publicae commune. Daruff yr Mt. geantwurt, wann man ime guete wort und guete persuasiones gebe, lasse er sich weißsen, aber Egk tregt seinethalb große sorg. So traue ich ime<sup>2</sup> (meiner aigen erfahrung nach) nit vil. Die von Augspurg haben ime ainen Fugker [*Hans Jakob*], ainen Welßer [*Hans*] und den Heerwarten wol 15 meil entgegen geschickt, damit das haitumb<sup>3</sup> nit nebenhien zuge.

Zum letzten sagt er, die kgl. Mt. hette sich der ksl. Mt. gmuet und willens halb gegen ime auch uff den Granvell referiert. Und in dem kamen die hessischen gesandten zue ime, das ich meinen abschid genomen.

327 *Weisung der Hgg. Wilhelm und Ludwig von Bayern an Dr. Leonhard von Eck, Dr. Georg Stockhammer, Dr. Georg Sigmund Seld und Dr. Johann Weissenfelder – München, 1543 Jan. 27*

*München HStA, KBÄA 3159, fol. 485r–487v (Ausf.); DV: Turckhenhilf anno etc. 43.*

Wiewol ir auf yetzigen reichstage neben andern chur- und fursten, auch gemainen stenden des Hl. Röm. Reichs und derselben potschaften die hievor der röm. ksl. und kgl. Mtt. der dreyjarigen turckhenhilf halben beschehen bewilligung ersprieslichen in das werckh zu bryngen von uns in bevelh habt und nichts underlassen sollet, was hierinnen furdersam sein kan, so tragen wir doch nicht gerynge fursorg, es werde bey vilen stenden, wie vergangen jars auch beschehen und layder befunden, allerlay auszuge, eintrege und verhynderungen gesuecht werden, dardurch angeregte bewilligung, wie pillich beschehe, nicht statlich oder auch zeitlich furgenomen und volzogen, das dieselb gemainer cristenhait, auch teutscher nation zu guetem und fruchtparlich angelegt muge werden. Und aber wir von vilen orten glaublich nicht on beschwerde erinndert, das der erbfeinde gemaines cristenlichen namens, der Turckh, entlichs vorhabens seie, in person auf könftign summer wol zu gelauben mit aller seiner macht in Hungern ze komen, sonder zweiff kainer andern ursach, dann sein tyrannisch wuetten in dem uberigen tail der cron Hungern auch zu erzaigen und volgends die anstossenden cristenlichen lender gleichsfalls zu seiner viehischen, unmenschlichen dienstperkhait ze dryngen. Dieweil wir aber nach Österreich die nechst anraynenden fursten, uns auch diser last mer als andern und zum

<sup>2</sup> *D.h. Nicolas de Granvelle.*

<sup>3</sup> *Die in Nürnberg aufbewahrten Reichskleinodien; in diesem Fall wahrscheinlich ironisch gemeint: Granvelle als „Heiltum“, d.h. als Heilsbringer.*

höchsten ob dem hals ligt, demnach wir bey uns selbs zu erhaltung unser, unsers furstenthumbs land und leute fur guet und sonder notwendig geacht, mit etlichen unsern anstossenden und genachparten fursten und stenden dises der cristenhait erbfeinds halben verstand und aynung zu machen<sup>1</sup>, auf das, so in yetzigem reichstage, wie wir verhoffen wöllen, was nutzlichs zu widerstande dem Turckhen furgenomen und gehandelt, dest fruchtbarer volzogen, uns mit nutz ins werkh gebracht wurde. Im fall aber, das solliches nit beschehe, wölliches der Allmechtig mit gnaden verhuete, und der Turckh unserer oder anderer landtgrenitzen angreifen und belaydigen wolte, das wir alsdann wissen möchten, wes wir uns zu inen zu versehen, was sy uns auch und wir hingegen fur hilf schickhn und laysten sollten.

Demnach an euch samentlich unser ernstlicher bevelh, will und maynung, ir wöllet, doch in höchster geheim, wie ir zu thuen wol wissend, mit den gesandten der stat Augspurg anfangs und dann Nurmberg und Ulm hierauf handlung furnemen<sup>2</sup>, ir gemuete in deme lautter erfarn und anders nichts, allain den Turckhen, zur ursach nemen, wie uns hierzue anders nichts bewegt. Was ir also handeln und an disen orten erfarn, euch auch fur antwurt gefallen wirdet, wollet uns ze stund an zuschreiben und verrers unsers bevelhs hierauf gewarten. So das beschehen, gedenckhen wir alsdann mit Saltzpurg, Eystet, Augspurg denen bischoven, auch andern geistlichen fursten in unserm lande, darzue dem

<sup>1</sup> Gemeint ist das geplante Bündnis zwischen den Hgg. von Bayern und Hg. Ulrich von Württemberg, die lange Zeit verfeindet waren.

<sup>2</sup> Pläne zu einem überkonfessionellen Bündnis Bayerns mit Augsburg, Nürnberg und Ulm unter Einbeziehung Hg. Ulrichs von Württemberg und des schwäbischen Ritterschaft in Form einer Erneuerung des Schwäbischen Bundes wurden von Hg. Ludwig von Bayern gegenüber Dr. Georg Stockhammer bereits am 3. Dez. 1542 geäußert: [...] Nemblich das du mit dem man [wahrscheinlich Wolfgang Reblinger aus Augsburg] weiter treulich handlest und vernembst, welche stet genaigt weren, sich in ainen solchen und sonder treulichen verstandt einzulassen, und ob der von Wiertenberg auch genaigt wär, sich darein zu begeben. Wann das also gewis und alain die zwo stett Ulm und Augspurg die sach treulich furnemen und handln, wurde es der andern swebischn stet halben khain nott haben und mit denen von Nurnnberg wol zu handln sein. So wären die prelaten, graven und ritterschaft am Podensee, im Heugay [= Hegau] und Algau leichtlich zu bewegen, dann sy wurden bei unserm fruntlichen, lieben bruedern, Hg. Wilhelm, und uns geren [!] sein und beleiben, damit wurde die gegent von der graffschaft Tirol bis in Schweitz und an Rhein mit guetem verstandt sicher gemacht. Möchten alsdann weiter handlung und practickhen beschehen, dardurch der teutschen nation ere und libertet wider in pesser ansehen und wesen möcht gebracht werden, und mocht pesser sein, die handlung wurde erstlich in der enge treulich gehandelt und nicht zu weitschwaif gemacht noch mit denen furgenomen, die uns entsessen. Dann wann die verstandt und puntnussen so weit gemacht, khumen gemainlich vil irrung, mißverstandt und nichthalten daraus, dass durch die enge und wann man sich recht vertraut pas zu furkomen, auch mer beständigkait und aufnemens zu verhoffen. [...]. In: München HStA, KBÄA 2030, fol. 147r–149v, hier fol. 147r (Ausf.).

adl in Schwaben gleichfalls handlung furzunemen, auf das wir uns, unser furstenthumb, auch die anstossenden furstn und stende sovil muglich in friden erhalten, auch vor aller dienstparkhait des tyrannischn veinds, des Turckhen, mit gnaden des Allmechtigen verhuet beleiben möchten.

328 *Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht von Mainz – Nürnberg, 1543 Jan. 29*

*Magdeburg LASA, A 1, Nr. 311, fol. 4r–8v (Ausf. v.d.Hd. Jonas).*

An heut dato früe hat Navis aber nach mir geschickt und mir angezaigt, wie Granvell allerlay bevelche mit den churfursten in sonderhait ze reden hab, und wölle sich mit dem nit verrichten lassen, das er von ainem zue dem andern zieche, er muesse sy bey ain haben. Und sein Magnificentz seche gern, das ich zue yr käme und doch ain wordt oder trey mit yre redt von euer kfl. Gn. außbleiben und schwachait, damit sy desto besser ursach hetten, mit kgl. Mt. ze reden. Es seche sy an, man werde hie nicht[s] außrichten könden. Die kfl. sächsischen und hessischen rhät haben der kgl. Mt. und ksl. commissarien anbracht, es neme der Landenberger knecht an, ain tail sagen, er say kaißerisch, die andern, er sey payerisch, mit pitte, sy söllichs ze verstendigen, ob er des kayßers diener sey oder nit etc. Nun werde man es ynen nit sagen, sy haben in irn handlungen auch das yr in gehaim gehalten.

Zum andern seyen ermelte rhät sampt andern schmalkaldischen erschinen und anbracht, das unreformiert chammergericht procediere gegen ynen uff Hg. Hainrich von Braunschweigs anhalten [*Nr. 151*]. Dieselben process sölle yr Mt. abschaffen oder die sachsische kfl. und hessische rhät haben bevelche, wider anheim ze ziehen. So seye zue bedencken, ob die von stedten bleiben könden, und wölten danoch das chammergericht reformiert haben, welches nun für sich selbs wär. Und es wären des willens auch catholici; so begerten es die beisitzer selbs. Aber der vorigen puncten halb seche es gleich, als ob nicht[s] sölle hie außgericht werden, dann man werde ynen nit sagen, was ksl. Mt. im sinn hab. So könde man Hg. Hainrichen das recht nit stopfen, welches allermeniklich söll frei sein und gedeihen.

Ich hab ime [= *Naves*] wider angezaigt, ich warte uff euer kfl. Gn. bevelche, ob und was ich mit Granvell söll handeln. Ich verseche mich, euer kfl. Gn. werden sein Gn. durch mich oder andere ansprechen lassen, wann sy etwas bey yre ze thuen haben, aber mir wölle nit gepürn, mich zuevor inzulassen und ich wurde des auch verwiss [= *Tadel*] und neid bey meinen mitgesandten erlangen. Die sechen mitsampt mir für besser an, euer kfl. Gn. bevelche unß in dem ze erwarten und gmäss ze halten. Und ist war, es hat den andern auch hievor also gefallen.

Fur mein person hab ich gern mit leuten ze schaffen, denen die heutigen handlungen und reden den gesterigen wol verglichen mogen werden und die anschleg [= *Absichten, Pläne*] zue erhaltung Gottes eer und befürderung des

gemainen nutz dienen, und man nit mir um zechen hore ainen beschaid gibt, darüber mein gegentail um zwo stund davor ain declaration empfangen, wann die seinem verstand nach außgelegt wurd, das mich mein beschaid nit um ain papelen hilft [= *nichts wert ist*]. Das ist bey mir nit modus zue regieren. Und da sich ainer gern in haimliche gesprech inlassen söll, haben aber euer kfl. Gn. und andere chur- und fürsten mit denen leuten lust, vil mundtlich ze handeln, ynen yr gemuet ze vertrauen und yrn Worten ze glauben? Das stelle ich zue yrm gnädigisten bedencken. One euer kfl. Gn. bevelche will ich mit ime [= *Granvelle*] nichts handeln, und was ich handeln solt, thädt ichs alweg lieber schriftlich dann mundtlich, und warlich, mit meinem rhat soll dißer mann euer kfl. Gn. cantzlei nimmermeer versechen<sup>1</sup>. Gott erbarme es, das er sy gehapt und in seinem seckel, aber mit außgebung viler ungereimpten ding, übel dem gmainen nutz gehaußet. Ich hab hie allererst erfahren, das er denen von Regenspurg auch ain söllich privilegium<sup>2</sup> gegeben oder geben lassen wie denen von Franckfurt. Gott sey es geklagt, der entledige die seinen und sonderlich die übersten heupter von unerbaren und ungetreuen rhäten.

Nachdem ich vom Navis abgeschiden, hat Dr. Egk, der jurist, nach mir geschickt und mir angezaigt, ynne bedunck, der Granvell bring des königs fürnemen gantz widerwärtige bevelche, und darumb hab er dem könig geradten, er söll die proposition noch nit thuen lassen. Zum andern hat er mir angezaigt, ich söll bedacht sein, die niderlendischen rhät wöllen understeen, den burgundischen kraiß gar vom Reich auszeziehen und, wo das Reich dawider wär, sölle es beweissen und anzaigen, was zue dem Reich gehörig. Fur das tridt sagt er, man mueßte ainen andern weg dann den gmainen pfennig zue widerstand des Turcken brauchen, der wurd nit meer gehen. Man sölle die anschleg ringeren und ainem jeden mit seinen undertonen sein anzahl underhalten lassen nach beschechner ringerung. Und zueletzt fragt er, ob ich euern kfl. Gn. geschriben Braunschweigs halb und ob es war were, Hg. Hainrich hette sich gegen seinen gnädigen herren [= *Hgg. von Bayern*] beriembt, euer kfl. Gn. hetten ime zuege-

<sup>1</sup> *Die Klagen über den für das Reich und die Reichsstände nachteiligen Einfluss des ksl. Generalators Nicolas de Granvelle wurden 1543 nicht zum ersten Mal erhoben. Bereits auf dem Regensburger RT 1532 beschwerten sich die Reichsstände über den Machtverlust des Mainzer Erzkanzlers zu Gunsten eines „frembden, außlendischen“, der die deutsche Reichskanzlei verwaltete und der deutschen Sprache und der Gepflogenheiten des Landes „unerfahren und unwissen“ sei. Siehe die Beschwerden der Reichsstände gegen die Regierungsweise Karls V. im Reich, Regensburg, 1532 Juni 14, in: RTA JR Bd. X, Nr. 122, hier S. 667. Mit dem „Fremden“ war offensichtlich Nicolas de Granvelle gemeint, der von 1530 bis zu seinem Tod 1550 als führender Minister beträchtlichen Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Kaiserhofes ausübte. Zur dominierenden Rolle Granvelles während des Nürnberger RT 1543 siehe Einleitung S. 96.*

<sup>2</sup> *Der Sachverhalt ist unbekannt, wird aber von Jonas zur Konkretisierung der „ungereimten Dinge“, mit denen Granvelle dem „gemeinen Nutzen“ geschadet habe, genutzt.*



sagt, mit yerem leib und guet ze helfen. Also wäre er von Hg. Ludwigen bericht worden.

Ich hab [*ge*]antwort, das ich euern kfl. Gn. zuegeschriben, das die protestantes guetlich handlung pflegen wöllen, uff das ander achtet ich nit. Das euer kfl. Gn. also schnell mit irm verhaißen geweißen, ich wißte nichts, möchte auch sein oder nit sein. Er bestädtigt es wider und sagt, wie er geredt, Meintz wurd sich ainig [= *allein*] damit inlassen, und ob sein kfl. Gn. es schon gern thädten, wurden sy es doch allain nit vermögen, dann der ertzgstift Meintz lege zuevor an Hessen und die andern baide gstifte legen under ynen. So were es auch in deren von Payrn vermögen nit, wann kaißer und könig nichts darzue thuen wolten. Wann aber die hülfen, wolten yr fstl. Gnn. gern das yr thuen, wie sy alwegen gesagt hetten.

Über das alles kompt ietzo gleich zue essenszeit des Reichs erbmarschalck<sup>3</sup> und zaigt an, die kgl. Mt. und ksl. commissarii haben ime durch den kgl. hoffmaister<sup>4</sup> sagen lassen, er sölle den stenden ansagen, namlich unß mentzischen und etlichen, biß Mitwochen [*1543 Jan. 31*] vor siben horen uff die veste und darnach mit kgl. Mt. uff das rhathauß, etlich andern allain uffs hauß<sup>5</sup>. Und diewil er wiss, das sollicher bevelche zuevor mir und darnach von mir anstadt euer kfl. Gn. ime beschechen sölle, so hab er gesagt, er neme den bevelche an, als hette den die kgl. Mt. mit aignem mund gegeben, wiewol er inne anzenemen nit schuldig wär. Da hette hoffmaister gesagt: „Nun, lieber marschalck, so thu ers“. Daruff wär ich bedacht, bey dem vicecantzler<sup>6</sup> und vilicht kgl. Mt. selbs von euer kfl. Gn. wegen mich söllicher neuerung ze beschwären und dafür ze pitten, doch will ich euer kfl. Gn. gnädigsten beschaid erwarten, eemaln ich mit kgl. Mt. derhalb rede. Gegen dem vicecantzler wurd ich mich verdierben<sup>7</sup> könden.

Und diewil dann nun die proposition geschechen soll und aber niemand von churfursten hie weder [= *als*] allain sächsisch und brandenburgische rhät, so ist mir zum höchsten beschwärllich, von den sachen ze handeln. Ob sy baide schon schliessen wurden, das man fürfaren solt, es wolte sich dann der trierisch secretari von seins herren wegen inlassen und unß mentzischen also übermeeren [= *überstimmen*]. Ich will aber understeen die sachen wol so lang fuegliche uffzehalten, biß mir von euer kfl. Gn. wider beschaid kompt. Dann wiewol ich vermög der instruction [*fehlt*] entschuldiget wär, wann die meerern

<sup>3</sup> *Wolfgang von Pappenheim.*

<sup>4</sup> *Obersthofmeister Kg. Ferdinands war von 1539 bis 1544 Leonhard von Fels. Siehe A. KOHLER, Ferdinand I., S. 144f. und T. FELLNER/H. KRETSCHMAYR, Die österreichische Zentralverwaltung, I. Abt., 1. Bd., hier S. 275 und S. 278; siehe auch I. Abt., 2. Bd., hier S. 156 und S. 161 (Hofstaatsverzeichnisse 1539/1541 und 1544/1545).*

<sup>5</sup> *Vermutlich ist das gegenüber dem Rathaus gelegene Fünferhaus gemeint, das als Sitz des Fünfergerichts diente.*

<sup>6</sup> *Dr. Georg Gienger.*

<sup>7</sup> *Gemeint ist: es sich mit dem Vizekanzler verscherzen.*

stimmen schliessen, fürzefaren sein, noch dannoch ist sich in der andern rheinischen churfürsten abweßsen inzelassen mir one euer kfl. Gn. sondern bevelche beschwärllich. Das möcht euern kfl. Gn. (die unßer lieber Herrgott in glücklicher gesundhait erhalte) ich undertönigster, getreuer mainung nit bergen. Euer kfl. Gn. werden mein schreiben wol gnädigist ze verordnen wissen, das es in geheim bleib. Ich schreib auß hochem, guetem, undertönigsten vertrauen die ungefarbte warhait und wie ich es erfare und fur mich selbs weiß und verstehe.

[Zettel:] Vom vicecantzler vernim ich, das schier die kaiserischen und königischen ab bapstlicher Hlt. ain mißfallen tragen. Er sagt, yerer Hlt. sey nit ernst, das concilium ze halten. Der könig hab yr zechen darzue verordnet von fursten, graven etc. und sy wöllen mit 300 pferden inreiden lassen, aber diewil sein Mt. seche, das es allain schimpf sey und die trey legaten zue Triendt weder mit theologen noch sunst zur sach gerust, so hab er abgeprochen und schick allain trey, doch mit dem erpieten, wann es angehe, söllen die andern und womöglich ir Mt. selbs erscheinen.

Post scripta: Bin ich bey des königs vicecantzlern geweßen und mich obangeregter neuerung beschwärdt. Der sagt, es soll nit meer beschechen; es sey error facti, welle es abstellen. Und als ich mich beclagt, das der rheinischen churfürsten rhät nit vorhanden<sup>8</sup> und besser wär, das der tag am Rhein wär, sagt er, es hat nit nodt. Wann man gwiß wär, das yr kfl. Gnn. persönlich komen wolten, so wurde der könig an den Rhein ze ziechen nit waigeren. Man wurdet aber vor sagen: „Cantzler, wiltu guet dafur sein, das dein herr alsdann persönlich komen werde?“ etc. Ob sich nun söllichs zuetragen wölt, pitt ich undertönigist, wes ich mich daruff vernemen soll lassen.

Der vicecantzler ist ängstig und betretten; besorgt, es werde übel zuegehen. In der religionsache sey concordia nit wol ze finden. Dem Frantzosen und Türcken könde man nit frid pietten. Zue der gegenweer und defension fallen vil praeiudicialia für: ainer werd die raidtung der kraißinnemer vorhaben wöllen, der ander werd ringerung der anschleg begeren. So werden sich die protestantes in nicht begeben wöllen, sy haben dann frid und recht. Daneben seyen treffentliche parteyensachen, als Braunschwig, Gulch, Hildeshaim und Neunburg [= *Naumburg*] etc. Und ist war, es solt noch ainer anheim lieber am fieber ligen dann in dißen fortunen und ungestümikaiten der schalckhaftigen welt schwimmen. Der almechtig, barmhertzig Gott gebe gnad. Meins erachtens stehet des vicecantzlers mainung ietz dahin, man solle helfen und rhaten, das man sich der protestierenden uffhalte und über die vorigen feind nit mit ynen auch ze schaffen gewinne, dann gegen ynen, auch Turcken und Frantzosen zueglich [= *zugleich, gleichzeitig*] ze handeln sey unmöglich. Daruß inferier ich

<sup>8</sup> *Gesandte der vier rheinischen Kff. und des Lgf. von Hessen waren während des Nürnberger RT in Aachen als Vermittler bei den Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich tätig.*

euer kfl. Gn. conclusion, da sy von den nachpurn nähermals geschriben. Es will auch hie desto leinser [= *sachter, langsamer*] gegangen sein. Datum ut supra.

**329 Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht von Mainz – Nürnberg, 1543 Jan. 30**

*Magdeburg LASA, A 1, Nr. 311, fol. 10r–14v (Ausf. v.d.Hd. Jonas).*

Euern kfl. Gn. gib ich undertönigist zue erkennen, das der H. Granvell heut nach dem morgenmal mich durch seinen secretarien Christoffen Kegel pitten lassen hat, zue ime ze kommen und inne anzesprechen, sein Gn. hab mit mir ze reden. Daruff bin ich mit verwilligung meins herren thumschuolmaisters<sup>1</sup> hingangen und mit gueten Worten empfangen worden und gefragt worden, wie euer kfl. Gn. leben. Hab demnach angezaigt, wie und auß was Ursachen euer kfl. Gn. nit persönlich erscheinen haben mögen, und das meine mitverordneten und ich euer kfl. Gn. also bey kgl. Mt. entschuldiget haben, und ich allain bey dem herren a Navia. Und das weder meine mitverordneten noch ich söllich bißhär bey seinen Gn. gethon, seye die Ursach, das wir auf euer kfl. Gn. bevelche und commission verzogen; pitt, mich und sy entschuldiget ze nemen.

Diewil sein Gn. aber nach mir geschickt, habe ich yre es nit unangezaigt wöllen lassen und sey sunst da, als der gehorsam sein mainung ze hören. Daruff hat er angefangen zu erzelen, das er mir alweg wol genaigt gewessen und befunden, das ich in meinen handlungen alweg gethon als ain from mann, der es der religion und andrer sachen halb wol maine, und diß gezeugniß hab er alweg von mir gegeben, auch vor ksl. Mt. *Granvelle übergibt ihm ksl. Kredenzbriefe und beteuert, dass er dem Haus Brandenburg von jeher in allen Verhandlungen wohl gesonnen und eng verbunden gewesen sei, auch auf dem Reichstag in Regensburg 1541.* In dißer seiner devotion und guetwillikait stehe er noch und habe sich herauß gebrauchen lassen. Und sey die warhait, das er ain gueter catholicus sey und gegen Gott recht stee. Was auch den glauben und religion belange, da weiche er niemand und wisse, das es niemand besser maine dann er. Wölle auch verharren, etiam usque ad offensionem sanguinis. *Die Anschuldigungen, dass er den Protestanten gegen Geld behilfflich gewesen sei, die Regensburger Deklaration vom Kaiser zu erhalten, entbehren jeder Grundlage.* Nun sag er, das ime dieselben unrecht thuen und (mit züchten zu schreiben) mentiantur. Er habe one seins herren bevelche kainen nutz auß seinem ampt gemacht et non profecerit in uno nummo. Das mache ime wol armuet, aber die armuet sey ime lieb. Und er sey hie, wisse iemand etwas von ime, er sey ain christ oder luterischer, so wölle er antwort geben. Und es werde es kainer thuen mögen, ja auch nit mit ainem zeugen bekondschaffen könden.

<sup>1</sup> *Adam Küchenmeister von Gamburg, Domschulmeister des Domstifts zu Mainz.*

Er sey dißer sachen halb desto lieber herüber<sup>2</sup> gefaren und gefärd zue wasser und land erlitten. *Granvelle berichtet über seinen Aufenthalt in Trient<sup>3</sup>, die Gespräche mit den drei anwesenden Konzilslegaten und die Tatsache, dass das Konzil wegen der fehlenden gelehrten Theologen und Geistlichen bisher nicht eröffnet werden konnte. Er bekräftigt die Absicht des Kaisers, das Konzil seinerseits zu beschicken und nötigenfalls persönlich nach Trient zu kommen. Falls er in Trient nicht gebraucht werde, wolle er den Kf. von Mainz und andere Geistliche zum Konzilsbesuch ermahnen.* Da hetten sy ime letztlich antwurt geben, er möchte noch zur zeit nit nütz da sein biß die praelaten kämen; da hette er inen gesagt, das er alsdann widerkomen wöll.

*Alle oben erwähnten Anschuldigungen gegen ihn seien ungerecht; er habe in Regensburg von der ksl. Deklaration nichts gewusst und sey bey den teutschen handlungen nit gewest. Er hab denselben tag, als sy gegeben worden, den kaißer nie gesechen, dann als yr Mt. zue tisch gehen wöllten und er sy mit ainem wort valediciert. Und er hab es auch bapstlicher Hlt. gesagt, das er davon nichts wisse, das sey die warhait. Nun sey er hie, er wölle unßerm glauben und religion nichts zewider handeln, wölle auch nichts thuen one euer kfl. Gn. und andrer praelaten radte. Er hab euer kfl. Gn. von erstem ansechen für ainen frommen herren angesechen, der die religion und andere ding gern guet seche. Und euer kfl. Gn. und der ksl. Mt. mainung sey ain ding, dann sy strecken sich baid ad eandem finem, sy pacem et tranquillitatem Germaniae et religionis restaurationem. Darumb hab er mit euern kfl. Gn. uff sein credentzbrief wol etwas mundtlich ze reden, wann es fueg möcht haben. Wolt auch desto lieber, das man mit dem reichstag näher were. Wo es dann nit stadthaben möcht, so wolt er es mir oder allen gesandten euer kfl. Gn. anzaigen, wie ich es für guet anseche.*

Und daruff wolte er mich als ainen getreuen der ksl. Mt. und euer kfl. Gn. ermanet haben, das ich wolt bedencken, wie ietzo alle sachen stuenden und das ich ain Teutscher wär und commune bonum nationis Germanicae, quae satis afflictata esset, suechen und befurderen helfen etc. Ich hab geantwurt, ich hab die ding gern gehört und wölle ime nit bergen, es hab euer kfl. Gn. mich und vil andere hoch und niderts standts angelangt, er [= *Granvelle*] hette den protestierenden söllich declaration außbracht und geben helfen. Nun sey dieselb declaration die großt ursach der beschwörungen, darinn wir ietzo stecken, und die protestierenden haben nichts, des sy sich meer gegen unß behelfen dann diße declaration. Und under dem praetext fallen vil ab, die ich woll nennen möchte. Gott welle, das nit mein herr von Cöln auch sy zue seiner reformation zum deckmantel nemen. Was ich guets thuen könd, erkenne ich mich schuldig und sey darzue willig, wie gar ich „inutilis servus“ [*Lukas 17,10*] sey.

<sup>2</sup> Überfahrt zur See von Spanien nach Italien.

<sup>3</sup> Reise Granvelles nach seiner Ankunft in Italien über den Konzilsort Trient nach Deutschland.

Daruff hat er mich gepetten, was iederzeit ze thuen, daran sölle ich inne manen; dergleichen, wann ime etwas angelegen, wölle er es thuen und guet freuntschaft mit mir haben. Ich hab mich darzue erpotten und bin abgeschiden. *Jonas bittet um weitere Befehle des Kf. von Mainz. Er rät, bei Granvelle auf Latein werben zu lassen, damit dieser den Kaiser zum Widerruf der Deklaration bewege.*

*Die Gesandten der Stadt Frankfurt kämpfen gegen das Privileg der Ewigzinsen des altgläubigen Klerus der Stadt (Nr. 299), obwohl die Angelegenheit bis zur Ankunft des Kaisers vertagt wurde.*

*Jonas bittet um Befehle, wie er sich gegenüber den Mitgliedern des Katholischen Bundes in der braunschweigischen Frage verhalten soll. Er plädiert für ein friedliches Vorgehen und Frieden mit den Nachbarn.*

*PS: Wolf von Affenstein und Hans von Wallbrunn zu Ernsthofen sind die Gesandten Kf. Ludwigs von der Pfalz in Nürnberg.*

### 330 *Dr. Christoph Welsing an Bf. Erasmus von Straßburg – Nürnberg, 1543* *Febr. 8*

*Straßburg AD, 15. J 18, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Welsingers).*

*Die würzburgischen Räte gaben ihm im Namen des Bf. von Würzburg zu verstehen, dass ihrem Herrn keine geeigneten Gesandten für das Konzil zur Verfügung stünden und dass er auch keine Vertretung anderer Reichsstände übernehmen könne. Die-weyl dan euer Gn. notturft erfordern wyl, ein gewalt zu berurtem concilio stellen zu lassen und aber der personen nit hat, die darzu zu verordnen weren, möchte euer Gn. gleich meim gnedigen herren von Augspurg ein gewalt, uf den Bf. von Trient oder H. Otho Truchsessen gestelt, zukommen lassen, bis man gewislich sehe, ob das concilium seinen furgang haben wurd oder nit. Wiewol die sag bey uns, der bapst sey entlich entschlossen, des keineswegs zu prorogiren, sonder das es seinen furgang haben und ergehen sol. Hiezwischen möge euer Gn. sehen und ein nachgedenckens haben, wie irgens ein daugenliche person zu bekommen, die euer Gn. versehe und vertrette.*

*Er überschickt die Supplikation der Protestanten (Nr. 152). Summa: Sye gedennen sich stracks in kein handlung der turkenhilf oder anderer sachen halb inzulassen, solche ire petition sey dan zuvor ires willens erlediget und bewilliget. Das aber die andere steend us hoher und obligender not begerter massen nit willigen wöllen nach könden, also das us solcher furfallender sach der protestirenden das gemein werck und alle andere des Reychs obligende sachen hinderstelt und zuruckgetriben sindt. Und wiewol der fursten gesandten uf ermelte petition sich einer antwort [Nr. 154] entschlossen, in willens, sich mit den churfursten zu verglichen, iedoch dieweyl von den churfursten niemants dan Mentz und Pfaltz vorhanden gewesen, dan Trier und Brandenburg widerumb verritten, so hat Cöln noch niemants geschickt, ist die sachen widerumb ein tag oder etlich prorogirt und ufgeschoben worden. Us welchem allem dan augenschinlich zu*

vermercken und abzunemen, das in des Reychs sachen und handlungen wedder gluck nach heyl seyn wyll<sup>1</sup>.

Den 5. Februarij hat der von Granvel vor den steenden sein werbung [Nr. 197] gethon, welche in effectu sich dohin lendet, das die steende der ksl. Mt. beystand und hilf widder den Frantzosen und den Hg. von Gulch thun wöllen. *Danach ließ Granvelle Welsing er zu sich kommen wegen der in Nürnberg kursierenden Gerüchte, dass der Bf. von Straßburg auf Bitten der Protestanten die Reformation in seinem Hochstift einführen wolle<sup>2</sup>, wobei die Protestanten dem Bischof glauben machten, dass dies mit Einverständnis des Kaisers geschehe.*

Daruff sey sein [= Granvelles] beger, das euer Gn. sich stracks mitnichten in eynichen verglichung ader handlung inlassen wölle; es sey auch der ksl. Mt. wyll und meinung, wie sye furgeben, gar und gantz nit. Und wo ir Mt. solches von euer Gn. erfare, so wurde euer Gn. sehen, das ir Mt. kein gefallens doran hette. Wer auch solches von ir Mt. usgebe, der thue ir Mt. onrecht und lueg ir Mt. an, dan ir Mt. wyll und meinung sey, nichts zu innoviren dan durch ordenliche weg, das sey durch des ietz furhaben[de] generalconcilium. Er wölle auch anstat und von wegen ksl. Mt. sich zu euern Gn. versehen, die werde nichts furnemmen oder handeln, so ir Mt. entgegen und zuwidder und dadurch der

<sup>1</sup> *Die Hoffnung auf einen Fortschritt der Verhandlungen nahm bei Welsing im Laufe des RT immer mehr ab. So berichtete er am 20. Febr. 1543 an Bf. Erasmus: [...] Vom reichstag weiß ich euer Gn. nichtz anders dan das alt lied anzuzai gen, je lenger man tagt, je ärger es wurdt, und ist gar khain hoffnung ainicher fruchtbarer handlung, die do alhie moge, werde oder konnde außgericht werden. Von fursten ist noch personlich niemandtz hie, dan wie euer Gn. vor angezaigt, und das der Bf. von Augspurg gestern vor dato diß brieffs [1543 Febr. 19] alhie anckommen etc. [...]. In: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf.)*

<sup>2</sup> *Über diesen Vorwurf berichtete Welsing bereits am 1. Febr. 1543 an Bf. Erasmus: [...] Von euer Gn. ist ein gantz geschrei hie, wie die des neuen wesens und glaubens, wie man sagt, sey. Das auch der Bf. von Cöln euer Gn. erindert und ermant haben sol, seinem exempel der furgenommener reformation halben, onangesehen das ir kfl. Gn. capittel nit dorin willigen wöllen, zu folgen und irer seelen heil und das ampt, in dem euer Gn. sey, meer zu bedencken, dan was euer Gn. eusserlichen daruss erolgen oder begegnen möchte etc. Und wiewol ich euer Gn. bey kgl. Mt. und sonst mit fuegen, auch zum theil erzelung des handels, waher euer Gn. das geschrei komme, entschuldiget, iedoch besorg ich, der Butzer geb euer Gn. mit seinen brieffen hin und widder, ie lenger ie meer us, wie dan euer Gn. zu meiner heimkunft allerley von mir vernemmen werden. [...] In: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Welsingers). Bf. Erasmus wies in einer Weisung an Welsing den Vorwurf, die Reformation im Hochstift einführen zu wollen, zurück, Zabern, 1543 Sambstag nach dem Sontag Letare (März 10): Das wir aber der lutherey und anhangs der protestirenden bey röm. kgl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, und sunst verdacht syen, müssen wir geschehen lassen. Es werde aber von uns gesagt oder geschriben, wie yedem gefellt, so wissent ir doch, das uns darob ungutlichs geschehe und wir noch bisher kein neuerung furgenommen haben. [...]. In: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Konz. mit mehreren PS und Zetteln).*

stift zu einem abfaal bewegt und verursacht wurde, mit beger, das ich solches nach lengs euer Gn. wölle zuschicken und anzeigen. Und solches furhaben ist beschehen in beysein des von Naves.

Daruff ich ime ein summarischen gegenbericht geben, wie die sachen geschaffen, namlichen das euer Gn. nit von den protestirenden, sonder allein von der stat Strasburg obberurter massen angesucht worden, welchen dan euer Gn. mit gepurlicher antwort begegnet, auch sich mit inen in kein verglichung ingelassen nach einiche innovation furgenommen, besonder das sich euer Gn. gedenck, als ein gehorsamer furst gegen der ksl. Mt. neben anderen steenden zu halten und zu erzeigen vermög des regensburgischen und anderen abschieden. Das sich auch euer Gn. mit gedenck von anderen des Reychs steenden abzusunderen, mit merer entschuldigung euer Gn. person etc. *Welsingers ersuchte Granvelle, er möge in der Frage der Reformation des Hochstifts persönlich an Bf. Erasmus schreiben, was Granvelle vorerst wegen Arbeitsüberlastung ablehnte.*

Bey den catholicis bin ich des geschreys halben, so euer Gn. halben get, etwas suspect gewesen. So halten mich die protestirenden, das ich deren einer sey, der euer Gn. an dem werck verhindere, und ist arckwönig, was ich red oder votir. So mir Got von dem reichstag hilft, so wyll ich mich alsbald in solchen odioss sachen, wyl Got, nit prauchen lassen. [...].

*Schlussformel, Datum und US Welsingers.*

[PS:] *Die Gesandten des Kard. von Lothringen<sup>3</sup> übergaben ihm einen Brief an Bf. Erasmus.* Wass ich im rhat forderen und thun künde, das irem herren zuguttem kommen möge, das welle ich von wegen euer Gn. gern thun.

### 331 Dr. Georg Stockhammer an Hg. Wilhelm von Bayern – Nürnberg, 1543 Febr. 9

*München HStA, KBÄA 3158, fol. 62r–63v (Ausf. v.d.Hd. Stockhammers); DV: Zu eigen fstl. handen.*

Als uns euer fstl. Gn. bevelch, die verstantnus [= *Bündnis mit den Städten*] etc. belangendt [Nr. 327], zugebracht worden, seien wir gleich all beieinander gwest. Hat mein her, Dr. Egkh etc., denselben erstlich geöffnet, volgends uns auch zu ersehen geben und von stund an sich, wie ich jederzeit besorgt, dergestalt vernemen lassen, das er darab wenig gefallen gehabt, auf meynung, was euer fstl. Gn. mit den stetten thun wöll<sup>1</sup>, das sey der weg nit etc. Haben also damaln,

<sup>3</sup> *Philipp Jakob von Helmstatt und sein Sekretär Johann Gerhardt.*

<sup>1</sup> *Gemeint ist das von den Hgg. von Bayern favorisierte Bündnis zur Türkenabwehr mit den Städten Augsburg, Nürnberg und Ulm unter Hinzuziehung der Bff. von Salzburg, Augsburg und Eichstätt und der schwäbischen Reichsritterschaft (Nr. 327, Anm. 2). Dr. Eck lehnte das Bündnis Bayerns mit diesen Städten ab und war bemüht, durch einen Vertrag mit Kursachsen und Hessen unter Ausschluss der Städte die fstl. Territorialgewalten gegen*

was hierauf zu handeln, nicht schliessen mögen. Die zeit her habe ich mermalen mit H. Linhart etc. [= *Leonhard von Eck*] ad partem geredt: Er sehe, wie sich alle sachen schikhen und gemainlich alle bewegung, so ich in diser sachen hab, dero euer fstl. Gn. gnedig wissen tragen, one not zu erzelen anzeigt, und das es jetz dahin khomen, so man inen, den stetten, nicht entgegenkhomen und si ainen rukhen wisten, werden si sich aus der not verner und gentzlich mit Sachsen und Hessen etc. verbinden, es treffe wen es wölle. Was daraus ervolgen muesse, sei wol zu gedenckhen.

So hat Weissenfelder, so wir beieinander, auch oft darzue geredt, das wir uns je samentlich entschliessen und euer fstl. Gn. auf angezogen gnedigen bevelch antwort geben sollen. Khan aber nicht befinden, das H. Linhart etc. hierzue genaigt oder ichts handeln werde. Vermaint, ainen gemainen friden ze machen, daran ich aber, wie mich die sachen ansehen, nicht wenig zweiff. Wölle auch mit Sachsen und Hessen verstand machen; acht ich fur guet, aber ausgenommen irer mitverwanten, der stett, wie er vorhat, wirdet euer fstl. Gn. wenig furstendig sein, Wais auch nit, wohin es gedeihen mag. Das zeig ich euern fstl. Gn. darumb an, derselben gnedig gemueth hirauf zu vernemen. Ich mues also die sachen beruen lassen, wiewol es nicht guet und vil verweilt werden mag. Man feyrt nit alhie und steen mer gefärlicheiten darauf. Bitt underthenig, mir gnedigen beschaid zuzeschreiben, wes ich mich hierin halten soll, damit auch die leut, damit bisher gehandelt, nicht also aufgehalten wurden. Euer fstl. Gn. wissen, was hievor durch langen verzug eingerisen wer. Zu besorgen, weil man beieinander, möchte sich jetz eehe zutragen.

Gnediger furst und herr. Mir ist dise tag von Augspurg und dem man<sup>2</sup> etc. ain schreiben zukhomen, welches inhalts ich euer fstl. Gn. abschrift hieneben zuschikh, dieweil ich darin zum teil anzogen wurde. Verhoff ich, euer fstl. Gn. wissen in dem auch sonst mein underthenig gemueth. Trage derhalb gotlob kheinen scheuchen; bitt, sölch schreiben gnedig und wol zu erwegen, auch zu behalten.

---

*habsburgische Machtbestrebungen zu stärken. Sein eigenmächtiges Handeln wurde von den ihn begleitenden bayerischen Räten, nämlich Seld, Stockhammer und Weissenfelder, die in Nürnberg Verbindung zu Städtevertretern aufnahmen, verurteilt. Zur führenden Rolle Ecks im altgläubigen Lager: Einleitung S. 99. Zu Dr. Georg Sigmund Seld, dem späteren Reichsvizekanzler, der zu Zeiten des RT 1543 in Diensten Hg. Ludwigs X. von Bayern stand: E. LAUBACH, Der Reichsvizekanzler Georg Sigmund Seld, hier S. 11–15.*

<sup>2</sup> *Es handelte sich wahrscheinlich um den mehrmals zum Bürgermeister gewählten Augsburger Patrizier Wolfgang Rehlinger (zur Augsburger Patrizierfamilie Rehlinger siehe M. HÄBERLEIN, in: NDB 21, S. 281f.), der in einem nicht unterfertigten Schreiben an Dr. Georg Stockhammer wissen wollte, wie es um die Bündnispläne Bayerns mit den Städten bestellt sei, und dafür plädierte, Granvelle ins Vertrauen zu ziehen und um seine Meinung bezüglich des Bündnisses mit den Städten zu fragen, Augsburg, 1543 Febr. 3. In: München HStA, KBAA 3158, fol. 64rv (Kop.). Siehe dazu auch J. LAUCHS, Bayern und die deutschen Protestanten, S. 248f.*



Weybrecht Ehinger von Ulm ist alhie ain gesanter. Und dieweil dise sachen, wie euer fstl. Gn. wissen, auch an inen hivor gelangt, hat er mich derhalb angesprochen; befindt inen hierzue underthenig genaigt. Und wiewol ich sonst mit aller handlung stillhalt, so hat sich doch Ehinger selbs erbotten, mit etlichen von Nurmberg ime vertrauen von weitem ze reden, ir gemueth hierinnen zu erlernen. *Ehinger erklärt seine Bereitschaft, jederzeit mit Stockhammer vertraulich über ein Bündnis zu verhandeln*<sup>3</sup>. Ich hab auch, gnediger furst, sonst so vil erfahrung, das ich darfurhalt, es werde sich zwischen den protestierenden ob der gulchischen sach spaltung gar nahet zutragen, derhalb jetz ze handlen zeit were.

*Klagen der kursächsischen und hessischen Räte gegenüber Eck und Stockhammer über die Werbungen von Kriegsvolk durch die Hgg. von Bayern; die Klagen werden von den bayerischen Räten zurückgewiesen.*

Die protestirenden haben irs teils den reichstag langest angefangen, sein tag und nacht beyeinander, etlichmal bei röm. Mt. gewest, ir entlich gemueth, darauf si verharrn, anzeigt, auch vor wenig tagen ain schrift vor Kff., Ff. und gemainen stenden verlesen [Nr. 152] und mehrere Beilagen dazu übergeben. *Weitere Aktenstücke des Reichstags wurden bereits durch Dr. Eck überschickt.*

Ich schikh hiemit drei meiner pferd anheims, dan die zerung alhie vast theur.

### 332 *Notizen der bayerischen Räte zur Verhandlungsführung auf dem Reichstag – o. O., o. D. (1543 ad Febr. 28)*<sup>1</sup>

*München HStA, KBÄA 2094, fol. 150r–151v (diverse Notizzetteln).*

Notum: Pundtnus etc. Hat der Egkh allain mit Hessn gehandelt, aus ursachen, daß der Sachs und Heß an ainander nit vertrauen. Und vermaint der Sachs,

<sup>3</sup> *Der Esslinger Gesandte, Lic. Johann Machtolf, berichtete am 13. März 1543 an Bgm. und Rat von Esslingen, von den Verhandlungen zur Gründung eines Bündnisses zwischen einigen Fürsten und oberdeutschen Städten (siehe oben Anm. 1) gehört zu haben: [...] Neben dem haben mir etliche gesante von den erbern oberlendischen stetten in geheim zu erkennen geben, wie an sie gelangt, das widerumben mit den oberlendischen stetten und stenden in zeitlichen sachen ein gute, satte und wol versehente verbuntnuß mit bewilligung röm. ksl. Mt. aufzurichten sein solte, alda die religion nach unserm gefallen außgenommen und versichert und auch euer fursichtig erbar W. disen jetzo obligender und auch khunftiger beschwerden mochten erledigt werden [...]. In: Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 283, RTA 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Machtolfs).*

<sup>1</sup> *Die Notizen liegen einem eigenhändigen Schreiben Dr. Leonhard von Ecks an Hg. Wilhelm von Bayern vom 28. Febr. 1543 bei; in: München HStA, KBÄA 2094, fol. 149rv. Allerdings sind die Aufzeichnungen nicht v.d.Hd. Dr. Ecks, sondern von einem der bayerischen Mitgesandten verfasst und von Sekretärshand aufgezeichnet worden. Es werden nur jene Textstellen wiedergegeben, die sich direkt auf die RT-Verhandlungen beziehen.*

Gulch und Clef auch mit einzuziehn [*in das Bündnis*]. Aber Egkh gedenkht, dieweil der kaiser entlich kome, sy peede in guetem willen zu halten, bis man sehen muge, wie sich die sachn allenthalbn anschickhn etc.

2. Hg. Heinrichs von Praunschweiggs halben: Zwen weg, das man die sach am chamergericht einstelle und der khonig itzo zu Nurmberg darinn handle ader verziehe auf der ksl. Mt. zuekhonft. Aber meinen gnedigen herrn wollen Sachsn und Hessn vor meniglich underhandlung gestattn. Und will Dr. Egkh darinnen handln, versicht sich, vertrag zu machen, das den kyndern das land eingereumpt werde.

3. Turckhnhilf: Sei der konig und Granvella noch nit ainig. So sie sich vergleichn, wil Dr. Eckh mein gnedigen herrn berichten etc. Der konig het gern hilf in Hungern. Granvella het gern hilf wider Franckhreich, das kainswegs durch die stende bewilligt werd.

Notum bene: Granvellers handlung und das er mit Dr. Eckhn gar wol zufriden ist. Haben das gehurn [= *Gehörn*] gegenainander wol abgestossen und ainer dem andern gesagt und bekhent die warhait.

Notum: Granvellers getreue dienst.

Declaration etc.

3000 taler comission convenit Egkhn.

Diser handlung hat der Granvella den konig aller bericht. Darab sein Mt. ain gnedigs gefallen getragen und Dr. Eckh danckh gesagt, und daran gehengt, es soll meinen gnedigen herrn zu allm guetm erspriessen. Daneben dem Granvella angezaigt, er muge es auch ksl. Mt. wol berichten, daß die herrn von Bairn, seine vettern, ime alles liebs und guets beweisen. Sachsn und Hessn wolln mit dem Weissenfelder nichts handeln, will aber Dr. Egkh di andern rete darzue nemen.

**333 Dr. Werner Koch, Kanzler des Bf. von Worms, an Bf. Philipp von Speyer – Nürnberg, 1543 Mittwoch nach Judica (März 14)**

*Straßburg AM<sup>1</sup>, AA 503, fol. 170r–172v (Ausf. v.d.Hd. Kochs).*

Demnach euer fstl. Gn. mich als ein onverstendigen neben deren Gn. landtschriber<sup>2</sup>, disen werenden reichstag zu Nurnberg von euer fstl. Gn. wegen zu verston, gnediglichen constituirt und aber der landtschriber, meyn mitbevelch-

<sup>1</sup> *Es ist nicht bekannt, wie die Originalkorrespondenz Bf. Philipps von Speyer mit seinen Gesandten am RT in das AM Straßburg gelangte.*

<sup>2</sup> *Es handelt sich um Konrad Junge, der vom 13. Febr. bis zum 9. März 1543 sieben Berichte über den Verlauf des RT an seinen Auftraggeber Bf. Philipp von Speyer sandte. Als Landschreiber und Einnehmer der Türkenhilfe hatte er jedoch seinen Aufgaben bei der Abrechnung der oberrheinischen Kreistrube im Rahmen der Frankfurter Fastenmesse nachzukommen und brach daher vorzeitig aus Nürnberg auf. Seine Vertretung übernahm ab Mitte März der Wormser Kanzler Dr. Werner Koch, der dann statt Konrad Junge an Bf. Philipp über den RT berichtete.*

haber, vor etlichen tagen, wie sonder zweifel euer fstl. Gn. bewust, von hinnen verritten, welcher in zeit seins anwesens euer fstl. Gn. verwesen und zweifelson nit underlassen, yederzeit euer fstl. Gn. furfallender handlungen gestalt, auch gelegenhaidt zu berichten. Dieweil nuhn in abwesen sein mir sollichs zu thun ufferlegt, so will ich darauf euer fstl. Gn. undertheniglichen nit verhalten, das uff der röm. kgl. Mt., auch ksl. commissarien vielfaltig gnedigst und gnedig gepflegte underhandlung mit den protestirenden etlich puncten – als nemlich friedtstandt und gleichmeßig recht ime Hl. Reichs uffzurichten – belangen, nicks anders dan zertrennung und zwispalt der stendt ervolgt. Und haben der protestirenden stende retht und potschaften uff Montag nach Judica [1543 März 12] den ksl. commissarien und andern gemainen der gehorsamen stende gesanten ir leste und beschlußlich antwurt gegeben, ongevarlich dises inhalts: Nemlich das sie, die gesanten, irem habenden bevelch nach, damit sie von iren gnedigsten, gnedigen hern und obern zu disem tag abgefertigedt, sich in khein verner handlung khunten noch wusten inzulassen, es weren dan zuvor baide articul fridtstandt und abschaffung iziger cammergerichtspersonen erlediget, mit semlicher [= *solcher*] angehangter protestation, wo sollichs nit beschehen solt und sie sollicher irer ob- und anliegender hochster beschwerden uff ir vleißig ersuchen und bitten nit entladen oder erhoerdt werden sollten und kunftiglich weiter beschwerung und mißverstant darauß ime Hl. Reich ervolgen wurde, das sie sich izunder fur den ksl. commissarien und den stenden protestirt und bedingt wolten haben, das sie irsthails darzu nit ursach geben, sonder viel lieber gesehen, das semlichs verhuedt worden. Verhofften auch deswegen, gegen Got entschuldigt zu sein etc.

Dieweil, gnediger furst und her, die catholische stende also durch obgemelte ursach von den protestirenden getrenndt und ein absonderung, dergleichen ime röm. Reiche nie gesehen noch gehoerdt worden, und zuversichtlich, wo durch röm. kgl. Mt. nit verner mit inen, den protestirenden, uff weg und mittel gehandelt, das sie mit andern stenden ainhelliglich nach altem praucht uff ir Mt. proposition abhandlung furnemen, das sie in kurzem von hinnen verreitten werden. So nuhn, gnediger furst und her, solchs beschehe und die andern stende nichtsdesweniger uff der röm. kgl. Mt. oder anderer fursten beger und ansinnen in den hauptpuncten, und furnemlich die bewilligt beharlich turckhenhilf berurn, furschreiten und handlung vermoeg röm. kgl. Mt. proposition furnemen wurden, will, gnediger furst und her, die hoch notturft erfordern, das mir euer fstl. Gn. uff die puncten und articul, die ich durch euer fstl. Gn. landschriber jungst uberschickt, instruction und bevelch onverzuglich zukommen laß, damit ich mich von wegen euer fstl. Gn. der gepur, auch gestalt deren gelegenhaidt nach wiß zu halten und mit bewilligung inzulassen. Hiemit undertheniglich umb furderlichen bericht bittendt.

*Er übersendet die Rechtfertigung der jülichischen Räte vor den Reichsständen (Nr. 204). Got geb sein gnade, damit die sach in der guedte beigelegt werde.*

Und will verner euer fstl. Gn. anstadt neuer zeittung nit verhalten, das baide meine gnedigen fursten und hern, Hg. Ludwig von Bayern etc. und Hg. Heinrich von Braunschwig etc., negst Dinstag post Judica [1543 März 13] alhie aigner person ankommen sein.

**334 Weisung Bf. Philipps von Speyer an Dr. Werner Koch – Udenheim, 1543 uf dem hl. osterabent (März 24)**

*Straßburg AM, AA 503, fol. 176r–178v (Konz.); DV fol. 178v: Dem ersamen, hochgelerten, unserm lieben besondern Dr. Wernhern Kochen, wormbschen cantzler, yetzo zu Nurmberg. ÜS fol. 176r: An Dr. Wernhern Kochen, wormbschen cantzler.*

*Dankt für zwei Berichte Kochs aus Nürnberg vom 14. März (Nr. 333) und vom 15. März und für die Druckschriften betr. den Geldernkonflikt. Bitte an Dr. Koch, weiterhin die Vertretung für den aus Nürnberg abgereisten Landschreiber Konrad Junge zu übernehmen.*

Sovil es nhun die heuptpunten, zertrennung mit den protestierenden und ob sich die gehormsamena stende nichtdestominder uf der kgl. Mt. und ksl. commissarien proposition wurden einlassen, wes ir euch von unserntwegen im selbigen halten bericht zu werden begert, belangt, geben wir euch darauf gnedighen zu vernemen, das wir disse zertrennung im Reich bitz anher und noch nie gern gesehen, wole befunden, wes beschwerlichen nachteils daruß ervolgt und noch ervolgen mage. Das uns auch dieselbige zertrennungen und zweyenungen diessen grossen, sorglichsten veindt, den Turcken, so weit ins Reich pracht, und derselbig dermassen verfast und gerust ist, [dass] wir samentlich, so wir aintrechtig im Reich beieinander plyben, gnug zu widdersten haben wurden. So wir nhun getrent, und so die hulf von den protestierenden außgezogen, besorgen wir, das nit allain solichs dem gantzen werck zu widderstandt dem Turcken wurd nachteilig sein, sonder das wir und andere fursten unersgleichen solichen last von unserm inkommen nit werden in die harre lyden konnen, dan zu eynem solichen gemaynen werck wil auch ein gemaine hulf sein. Sol dan nhun ein theil im Reich sein hindersassen zu widderstandt dem Turcken anlegen und der ander theil das underlassen, was es vor willen und ungemach im Reich bei diessen geschwinden leufen mocht erregen, das stet wole zu bedencken. Wir geschwigen anderer sorglichait, zwyspalten und emporungen, die sich sonst hiezwuschen im Reich zutragen und unsere gegensacher zu irem furnemen steuern mochten.

Das, auch andere hochtrefflichen beschwerde, ob- und anliegende sachen, zwyfeln wir gar nit, werden die ksl. und kgl. Mtt., auch die gehormsamende sonder zwifel notturftiglich erwegen, darvon rathschlagen und vorsehung thun, damit dem unrathe, sovil muglich, widderstanden werdt. Was dan gemaine gehormsamende in dem gemainlich beschliessen und meren werden, dem

<sup>a</sup> *Eigenheit des Schreibers, auch im Folgenden immer „gehormsam“ statt „gehorsam“.*

wollen wir, sovil uns ymmer muglich und sich unser vermogen erstreckt, gern gehormsam vollenziehung helfen thun und von gemainen gehormsamenden durchuß nit sondern. Und demnach ir von wegen unsers gnedigen herrn von Wormbs vor uns die anredt hapt und bitzher, sovil wir darbei gewesen, nit herkomen, das ein rathe oder potschaft, die mhe dan von synes herren wegen gewalt gehapt, vil die habende gewelde nach beschlus synes rathschlags angezogen und angeregt, mocht ir euch demselbigen auch gemes halten, da wurde destoweniger unsernthalben disputirt.

Verners so hat uns unser landschriber auch bericht, das sich unsers gnedigen herren pfaltzgraven rethe<sup>1</sup> itzo zu Nurnberg gutwillig erpotten, euch von unsertwegen in furfallenden schweren anliegen beraten und beholfen zu sein. Die hapt ir alwegen in zit der noit rathswyse zu befragen. Syndt ongezwifelt, die chur-, auch andere gehorsamen fursten werden uf mittel und wege gedencken, so disse zertrennung solt bescheen, wie mitler zeit ein jeder zu plyben hette.

*Bf. Philipp wurde durch den Regensburger Reichsabschied zu einem ksl. Kommissar bei der Visitation des Reichskammergerichts bestimmt (RTA JR Bd. XI, Nr. 941, § 38). Aus gesundheitlichen Gründen möchte er dieser Funktion enthoben werden, weshalb er den Gesandten bittet, ir wollent bei irer [ksl.] Mt. vicecantzler, dem Naves, und, so vonnoten, bei den ksl. commissarien unser leibs ungelegenhait anzeigen und pitten, wo deshalb withere commission uf uns gestelt wolt werden, das wir darfur underthenigst pitten und unsere ungelegenhait, zum pesten irs zu thun wist, also furwenden, damit wir dessen hinfurther erlassen<sup>2</sup>.*

### 335 Weisung Bf. Erasmus' von Straßburg an Dr. Christoph Welsing – Zabern, 1543 am hl. ostertag (März 25)

*Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Konz.).*

*Dankt für Übersendung des Schriftwechsels zu Friede und Recht zwischen Kg. Ferdinand und den Protestanten und für das Schreiben Welsingers vom 15. März 1543<sup>1</sup> und gibt seinem Gesandten zu bedenken:*

Erstlich, wie der protestirenden stende noch uff irem vorhaben beharren, also das ir besorgent, nichts statlichs ußgericht werden möge, und was beschwerden

<sup>1</sup> *In: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Welsingers).*

<sup>1</sup> *Wahrscheinlich die Gesandten Kf. Ludwigs von der Pfalz: Wolfgang von Affenstein und Hans von Wallbrunn.*

<sup>2</sup> *Der Bf. von Speyer wurde nach dem Ende des RT von dem zum reichsständischen Visitator des RKG bestellten Bf. von Würzburg, der diese Funktion nicht annehmen wollte (Nr. 305) und dagegen protestierte (Nr. 412), gebeten, ihn als Visitator zu vertreten. Dieser Bitte kam Bf. Philipp von Speyer nach, wie er dem Kaiser in einem Schreiben vom 9. Juli 1543 mitteilte; gedr. bei: K. LANZ, Correspondenz des Kaisers Karl V., Bd. 2, Nr. 507, S. 393f. Siehe auch Nr. 305, Anm. 3.*

sich sonst in aller handlung zutragen, das alles bey uns dahyn geacht werdt, das es villeycht Got der Almechtig also fur ein straff gestatten wolle. Wye dann durch solche zerstreung vil widerwertigkeyten begegnen mögen, so muß man doch Got darinn walten lassen.

Nachdem ir dann in sunderheyt der durckenhilf halb anzeigent, obschon die protestirenden darinn nit willigten, das danoch die röm. kgl. Mt. und ksl. commissarien wissen wollen, welche [*Reichsstände*] in solcher gemeiner not wider den Thurcken wollen hilf thun oder nit und darumb antwort von uns begerent<sup>2</sup>. Wiewol wir dan in unserm schryben sambstags nach Letare [*1543 März 10*]<sup>3</sup>, euch bey des reynischen kreyß gesandten botten gethon, unser bedencken und meynung angezeigt, haben wir doch seythere der sachen nachgedacht vast beschwerlich sein, in einen oder den andern wege uns zu begeben, dann so wir solche hilf bewilligten und die protestirenden deren entladen, also auch die von Straßburg und andere deren anheger nichts geben sollten, das es ein gar treffliche ungleicheyt und widerwillen bey unser stift underthanen bringen wurde<sup>4</sup>, das sie geben mussten und ire nachparn entledigt blyben sollten, also das schier ein uffrur dadurch by inen erweckt werden mocht, zu dem nachteyl, den wir darunder erleyden mussten. Sollten wir dann der röm. ksl. und kgl. Mtt. zuwider abschlagen, so wurden wir in ungnad und trefflichen verdacht des anhangs der protestirenden kommen, dadurch wir in bede wege in trefflichen sorgen stan müssen. Wo wir dann schon bewilligten und andere chur- und fursten nit bewilligen sollten oder mit underscheyd [= *Bedingung, Begrenzung*], wie vor auch geschehen, hinderhalden, so wurd unser hilf nichts mogen erschiessen sonder [= *außer*] der unsern verderben und das gelt umbsonst ußgegeben. Darumb unser notturft fordern will, zuvor zu wyssen, weiß sich andere röm. ksl. Mt. und des Hl. Rychs gehorsame chur- und fursten in disen dingen halten wollen, damit wir uns alßdan dester baß darnach mogen richten. Deshalb auch unsre meynung, das ir in solchem vall von unsern wegen nichts zusagent noch abschlagent, sunder horent, weiß sich andere halten, thun oder lassen wollen und dan unserthalb als fur euch selbs one unsern bevelch bedacht nement. *Der Bischof ist über die Verhandlungsergebnisse von Welsinger in Kenntnis zu setzen und wird ihm dann seine Entscheidung mitteilen*<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Siehe Nr. 92, Anm. 1.

<sup>3</sup> Bf. Erasmus von Straßburg an Dr. Christoph Welsinger, 1543 März 10, in: *Straßburg AD*, 15 J 18, unfol. (Konz. mit mehreren PS und Zetteln).

<sup>4</sup> D.h. die evangelische Reichsstadt Straßburg würde sich im Gegensatz zu den zur Türkenhilfe verpflichteten altgläubigen Untertanen des Hochstifts Straßburg im Vorteil befinden.

<sup>5</sup> In seiner Antwort auf das bischöfliche Schreiben berichtete Welsinger über die weiteren Verhandlungen zur Türkenhilfe am 4. April 1543: [...] Als euer Gn. mir aber schriben, wees ich mich der turckenhilf halben halten sol und wees auch hierin fur bedencken furzuwenden syen etc., gib ich euer Gn. zu erkennen, das durch andere und mich nit allein die angezogene bedencken, besonder vil meer ursachen im rhat furpracht

Das wir aber widerumb der lutherey beschreyt, haben wir euch in nechstem unserm euch gethanem schryben angezeigt, das uns daran ungutlich [= *übelwollend, böswillig*] geschehe, wie es nach die warheyt ist, daby wir es blyben lassen. [...]. So haben wir kein verenderung in unserm stift furgenommen, auch nit willens, ichtzit darinn zu andern. [...].

*Adressat:* Dr. Cristoffen Welsing zu Nurmberg, bey der herberg „Zur Guldn Gannß“ in der Riglerin hauß.

sind worden, warumb in solcher zertrennung kein statliche und fruchtbarliche hilf möge von stenden bewilliget und geleist werden. Aber solches alles onangesehen haben chur- und fursten usserthalb der protestirenden bewilliget, der hilf halben beradtschlagung zu thun, in welcher handlung man ietzunder steet, also das ich euer Gn. derhalben nichtz weiss anzuzeigen, bis ich sehe, wo die sachen hinuss schlagen wöllen. Und wiewol ich geneigt, euer Gn. schriben nach zu handeln, iedoch will es den weg nit haben, besonder muss neben anderen chur- und fursten euer Gn. halben laviren, domit ich die hilf nit stracks bewillige nach auch gar abschlage, wiewol ich in den gemeinen pfennig in solcher zertrennung der steend mitnichten hab willigen wöllen. Aber wo sonst tregliche weg nach euer Gn. und des stifts vermögen, die euer Gn. liden und ertragen mögen, furgenommen werden, darneben das die ringerung der anschleg beschehe, so hab ich mich vernemmen lassen, ich versehe mich in solcher gemeinen not neben anderen chur- und fursten und stenden des Reychs, euer Gn. werden sich als ein gehorsamer und geistlicher furst aller gepur und onverweislich halten und gegen der ksl. und kgl. Mtt. undertheniglichen erzeigen etc. Ich besorg auch, wo ich ein bedacht, iederzeit solches euer Gn. anzuzeigen, nemmen solt, ee ich dan euer Gn. schribe und ein bescheid widerumb emphienge, so wurden alle sachen am end seyn und wurd mir im rhat eben gon wie anderen, darvon ich euer Gn. anzeigung thun will, wan ich widerumb kome. Darneben kann ich nit wol gedencken, wie eyniche hilf wol geleistet möge werden, dieweil die steet sich vast all absonderen, dan allein Wormbs, Spier, Hagenaw sampt den stetten in die landtvogthei gehörig und Rotweil, die sich aber gar in kein handlung inlassen wöllen, mit anzeig, sye syen derhalben von iren obrern on die anderen etwas zu handeln und zu bewilligen nit abgefertiget. Also wo die protestirenden und die steet auch nichts thun wöllen, wol abzunemen ist, wie die hilf ein furgang haben werd. [...] *In: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Welsingers); AV: Praes. [Zabern], Samstag nach Jubilate 43 [April 21]. In seiner letzten Weisung an Welsing vom 22. April 1543 gab Bf. Erasmus die Zustimmung zur Zahlung der Türkenhilfe: [...]* Können wir wol achten, wo wir uns deren [= *der Türkenhilfe*] ußzögen oder sperrten, das wir gleych andern abgesonderten gehalten wurden und dadurch als röm. ksl. und kgl. Mtt. ungehorsame geachtet, dessen wir keinswegs verdacht sein wollen, denn wir uns ye undertheniger gehorsame gleych andern gehorsamen fursten des Reychs zu erzeigen gedencken und darumb leyden mögen, das ir von unsern wegen in dem fall antwort gebet. Was andere gehorsame chur- und fursten des Reychs thuen, darinn begern wir uns auch nit zu entziehen, sonder gehorsamlich zu erweysen, so weyt unsers stift gerings vermögen erleyden möge, doch das wir auch darinn mit notturftiger ringerung bedacht werden. Ob es dann darzu kommen, das die röm. kgl. Mt. die stende gesundert umb hilf wider den Durcken anlangen wurde, so wissent ir unsers stift unvermogen und armut wol. [...] *In: Straßburg AD, 15 J 18, unfol. (Konz.).*

336 *Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht von Mainz – Nürnberg, 1543 Samstag ultima Martii (März 31)*

*Magdeburg LASA, A 1, Nr. 311, fol. 15r–18v (Ausf. v.d.Hd. Jonas); DV: 4. Aprilis anno 43 Aschaffenburgk.*

*Bericht über eine Audienz bei Kg. Ferdinand: Ansuchen um Verlängerung der vom König gewährten jährlichen Pension von 7000 fl. für Ebf. Albrecht um ein weiteres Jahr. Dr. Andreas von Könnertitz steht in Diensten Kg. Ferdinands; falls der Kf. von Mainz Verhandlungen wegen künftiger Dienste Könnertitz' wünsche, werde Jonas mit ihm verhandeln.*

Die concept der mandata hab euern kfl. Gn. ich darumb undertänigist zuegeschickt, das sy die minderen und meeren möchten, dann der secretari Neuner, so die expedieren solt, muetet mir zue, ich solt sy selbs stellen lassen, er hett zue vil ze thuen. Geschicht vilicht darumb, das ich nichts in die cantzlei gib, achte auch billich, das archicancellarii geschäft gratis passieren. Daruff ich sy also gestelt und ime übergeben. Der hat mir gesagt, er hab nun etliche wort nach ierm stilo geendert und sy ze schreiben bevolchen, die will ich vleißig sollicitieren.

Was sich in den reichssachen zuetrage, das haben euer kfl. Gn. auß neherem langen schreiben gnädigist vernomen. Aber wie dem, damit euer kfl. Gn. underschidlicher der rhät bedencken wißten, überschicken ynen wir, yere diener, samptlich ainen excerpt der voten hieneben<sup>1</sup>. Und steet im churfürstenrhate vast daruff, das Trier den seer stracken weg gehet und von der declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] nichts einreumen will. Pfaltz laßt hand und fueß gehen und um fridlebens willen ist sy unbeschwärtdt, der declaration nach visitieren ze lassen. Brandenburg lupum auribus tenet, dann pfältzisch und andere werfen ynen offenlich für, die declaration sey durch irn herren außbracht und in seiner kfl. Gn. cantzley geschriben. Darumb behelfen sy sich mit dem, das sy von der declaration in yerer instruction<sup>2</sup> nichts haben, aber haben irm herren geschriben und biß derselb inen anders bevelche, so bleiben sy bey vorigen rädtschlagen und beschlüssen, die sy mit und neben andern churfürstenrhäten beschlossen, welche dann (wie euern kfl. Gn. zuegeschriben) wider die declaration sein. Diewil sy dann in effectu mit Trier schliessen, so bleiben euer kfl. Gn. rhät bey ynen als dem merern. Ich hab aber gleichwol ainmal gepetten, wo die weltlichen baid für die declaration schlüssen und Trier blib, also das wir vorum paritatem machen möchten mit euer kfl. Gn. voto. Was wir thuen solten, was mir wider geschriben, tragen euer kfl. Gn. sonder zweiffel gnädigist wissen, namlich ich wird es auß dem gmainen schreiben versteen, und das gmain hielt inn, euer kfl.

<sup>1</sup> *Das Votenprotokoll des Kurfürstennrates ist für den Nürnberger RT 1543 nicht erhalten.*

<sup>2</sup> *Von Kf. Joachim II. von Brandenburg ist keine Instruktion für den RT erhalten, lediglich ein Kredenzschreiben für die Räte (Nr. 46).*



Gn. hetten sich zweymal erklärt, dabey liessen sy es blaiben. Seidthär hab ich nit meer fragen bedörfen derhalb und stehe (wiß der almechtig, guetig Gott) in großer angst und sorg; zuesamt meiner gewonlichen mhue wolt ich warlich gern treulich und nutzlich dienen. Und wo ich euer kfl. Gn. mit meiner hitz und ungeschicklichait zue ungnaden bewegt vermerckt, hat es mich meer bekömbert und geschwecht dann alle mein andere mhüe und arbeit. Wolt, das ich alle sachen also geschicklich wol verrichten könd und verstuend, als treulich und guet ichs gemain, so wurd ich sicher meer schlaffen mögen alß ietzo. Meine mitverordneten und ich beveißigen unß unßers höchsten vermögen, euer kfl. Gn. bevelche (als guet wir es versteen) nachzekomen. Und von rechter sorg, weg recht ze thuen, nemen wir dann darauß etwann meer dan ainen vorstand und fallen deste meer dubia vor. Darumb schicken wir das protocoll so oft, damit wir desto lauterern beschaid empfachen.

Ains mueß ich nach schreiben, das mir die kgl. Mt. vertraulich dißen abend gesagt: Yr Mt. hab yr kundtschaft under den protestierenden, und als sy sich nehermals in die rhät außgetailt, haben sy sich zuevor verglichen, was sy votieren wöllen und deßhalb zettel außgeben. Und ietzo weren yr Mt. bericht, wann die catholici der kgl. Mt. sagten mundtlich, sie belueden sich der declaration nit, sonder stelten dieselben ksl. Mt. haim und liessen in dem abschid bey der visitation setzen, wo die stend irrig wurden der visitation halb, das die ksl. Mt. macht soll haben, sy zue entschaiden, so wurden die protestierenden daran zefriden sein und wider den Turcken helfen, auch etlich wider den Frantzosen, und sy haben also per gradus ze handeln beschlossen. Das sey der letst staffel, und wiewol ich wol merck, waß darunder steckt, so achte ich doch, die weg muessen gegangen werden oder wir werden etwann ubermeeret, das die declaration gar lauter bewilligt werden sölle. Und wo man sich hie nit vergleiche, sagt die kgl. Mt., so wollen die protestierenden unßern herren und irn capitel schreiben und ain wissen haben wöllen, was yr gmuet sey, und ob es ynen gefalle, was da gehandelt. Und söllichen anhang hat mir Hg. Friderich Pfgf. auch zueentpotten durch H. Wolffen von Affenstain, rittern.

Es haben auch yr fstl. Gn. [= Pfgf. Friedrich] vor etlichen tagen nach mir geschickt und mir angezaigt auß sonderm, freuntlichem vertrauen, so sy zue euern kfl. Gn. tragen, das die protestierenden sich beclagt, wie ich ynen seer zuewider und mich hören hab lassen in des konigs gmach gegen Dr. Egken: „Es machen konig und ksl. commissarii, was sie wöllen, so werd ich und andere catholicorum rhät es nit annemen.“ Darauf zaigt ich seinen [fstl.] Gn. mein unschuld an und das mein bevelch nit wär, zue unainikait, sonder zue frid und rhue ze radten. Es fiell mir aber gleichwol ain, man wölt schrecken oder Dr. Conrad Brauns<sup>3</sup> historien mit mir spielen. Ich batt sein fstl. Gn., mir die

---

<sup>3</sup> Dr. Konrad Braun war – mit einer kurzen Unterbrechung 1535/36 – von 1533 bis 1540 katholischer Beisitzer am RKG und von 1540 bis 1542 Leiter der RKG-Kanzlei im Dienste des Mainzer Erzkanzlers und galt als radikaler Vertreter altgläubiger Positionen.

ansagen ze benennen und mich gegen ynen ze hören, auch Dr. Egken darumb anzureden. Den wölt ich derhalb mit anreden etlich tag, da wurden yr fstl. Gn. finden, das es mir zue unschuld, allain mich in ungnad ze bringen, ufferlegt wär. Ich hab vil tag gewartet und spricht mich niemand an. So hab ich gestern Dr. Egken angeredt, der sagt, er sey nit befragt worden. Das mocht euern kfl. Gn. ich undertönigster wolmainung nit verhalten, sich in alle weg desto besser haben ze richten, auch ze vernemen, das ich dißer zeit zimlich tribulation [= *Unannehmlichkeiten*] und persequotion hab.

**337 Dr. Werner Koch an Bf. Philipp von Speyer – Nürnberg, 1543 April 3**

*Straßburg AM, AA 503, fol. 180r–184v (Ausf. v.d.Hd. Kochs mit Beilage).*

*Dankt für das Schreiben des Bf. von Speyer vom 24. März 1543 (Nr. 334), das er am 3. April erhalten hat. Er wird sich den Weisungen des Bischofs entsprechend den Beschlüssen der altgläubigen Reichsstände anschließen.*

So will ich undertheniglichen mich hinfurter, wie ich dan bitz anher auch zu thun nit underlassen, uff mir zugeschickten bericht und euer Gn. bevelch an das mehrer der gehorsamen stende hangen und dasselbig, wie des zu wolfart gemeiner cristenhaidt bedacht werden khan, gefaln lasen und mich sonst in alweg dermasen halten, das euer fstl. Gn. bei meniglich der ongehorsam oder anders in onverdacht pleibe. Und damit demnach euer fstl. Gn. abermals guet wissen moege gehalten, welchermasen diser zeit dieses gegenwurtigen tag handlungen geschaffen, so thue ich euer fstl. Gn. undertheniglichen zu wissen, das nach vielfaltiger der röm. kgl. Mt. mit den protestirenden uff ire ubergebnne supplication, replic und andere geschriften gepflegter underhandlung die sachen letztlich dahin gerathen und pracht, das daraus nichts anders dan ein zertrennung gevolgt, also und dermasen, das die gehorsamen stend zuletzt verursacht und trungen worden, sich userhalb der protestirenden stende, onverhindert irer inredt und ingefurter disputation, in ein particular hilf, der röm. kgl. Mt. zu underthenigem gefaln und teutzscher nation notturft und errettung, sich inzulassen.

Nachdem aber under den gehorsamen stenden irrung und zweifel furgefaln, wie und welcher gestalt die particular hilf der gehorsamen stende zu dem ersprislichsten mochte und khunte angestalt werden, und aber die stende sich desen under innen nit vergleichen moegen, so ist fur rathsam bedacht worden, das röm. kgl. Mt., deren Mt. dem veindt zu dem negsten gesesen, auch desen kriegshandlungsart gelegenhaidt der lande zu dem mainsten bewust, umb gnedigsten ratht durch die stende zu ersuchen sei, wie dan ir Mt. darauf ersucht

---

*Für den Speyrer RT von 1542 konzipierte der seit Febr. 1542 in Diensten Hg. Ludwigs von Bayern befindliche Jurist die Erläuterung des Gesuchs der katholischen Stände an Kg. Ferdinand um Aufhebung der Regensburger Deklaration: RTA JR Bd. XII, Nr. 145. Siehe dazu ausführlich M. B. ROSSNER, Konrad Braun, hier S. 45–83.*

worden. Und aber ir Mt. uff der stende ersuchen gnedigist bedacht, das die hoch notturft wol erfordern wolt, das die stende des Reichs sich neben irer Mt. mit einem gewaltigen her abermals in die gegenwere schickten und stelten, so trugen gleichwol ir Mt. aus allerhandt ursachen und bedenckhen gnedigist fursorg, das diser zeit aus viln verhindernusen nit wol muglich, in eil ein gewaltigen zug, wie verschienes jar gelaist worden, anzustellen. Derwegen ir Mt. fur rathtsamer und nutzer geacht, das man anfangklich und auf dismal allein von einer statlichen besatzung etlicher fleckhen und schloser, die ich hieneben in einer verzeichnus [Nr. 93] euern fstl. Gn. zusende, handlung und rede furneme, mit gnedigistem begern und gesinnen, das die stende darneben nit underlasen wolten, ime val der veindt laut teglicher kunftschaften gewaltiglichen zuzihen wurde, das man demnach mit genugsamem zuzug zu erledigung der belegerten gefast mocht sein etc. Uff sollichs der röm. kgl. Mt. bedenckhen ist uff Montag, den 2. Aprilis, ein auschutz gewelt worden, welche uff heut dato zusammenkhommen und die hilf zu gemelter besatzung in das werck zu pringen furhanden genommen. Got wol sein gnat mitthailn, damit sie die sachen zu dem nutzsten bedencken und anstellen.

Demnach, gnediger furst und her, die anzal zu ros und fues, so zu der besatzung fur notwendig geacht, in einer mercklichen summa und zal befunden und nit allein zu besorgen, sonder gewis ist, das die gehorsamen stende solliche hilf fur sich auserhalb der protestirenden zu geben oder zu underhalten nit vermoegen, so ist nachmals die röm. kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien ersucht und erbetten worden, mit den protestirenden handlung furzunemen, damit sie doch, in ansehung gemeiner christenhaidt und furnemlich teutzscher nation furstendigs verderben, sich in handlung und hilf inlasen wollten. Darauf die kgl. Mt. noch heudt mit den protestirenden gehandelt [Nr. 170] und, als man sagen wil, beinachedt verglichen. Acht meinem geringen verstandt nach, sie weren zulest mit irer declaration durchdringen oder abermals bei der röm. kgl. Mt. confirmation deren erhalten und auspringen. Wes aber die gaistlichen fursten dardurch gefurdert und bei recht gehandthapt, das haben euer fstl. Gn. aus hochfurstlichem gemuedt zu ermesen.

Soviel zulest die commision zu der visitation ksl. cammergericht belangen thuet, wil ich zu ehister gelegenhaidt bei meinem gnedigen herrn von Augspurg, ksl. commissarien und andern euer fstl. Gn. bevelch nach die sachen anbringen und soviel muglich dahin bearbeiten, damit euer fstl. Gn. gelegenhaidt bedacht und verschondt werden.

338 *Dr. Johann Katzmann an Bf. Valentin von Hildesheim nach dessen Abreise aus Nürnberg – Nürnberg, 1543 Georgii (April 23)*

*Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 855r–857v (Ausf. v.d.Hd. Katzmanns mit lat. und deutschen marg. Inhaltsvermerken v.d.Hd. Tetelebens); AV (v.d.Hd.*

*Tetlebens) fol. 857v: Praes. Tridenti<sup>1</sup>, die 16. Maij anno 43. Per vectorem ex Nornberga cum eisten [= so schnell wie möglich] missum.*

Heuth nach euer fstl. Gn. abreisen ist umb acht uhren auf dem hause zu erscheinen angesagt. Dasselbst anfanglichs durch den meintzischen cantzler angezeigt, das die stedte (nit weiß ich, was stedte er meineth) begerth hetten ein abschrift von der bestallung des commissarien im kunftigen turckenzug [Nr. 142]. Es wher aber bei den churfursten abzuschlagen sein angesehen worden, aus ursachen, das sie weitleuffig und alle merita des gantzen ratschlags mit sich brecht. *Der Bestallungsentwurf für den Kriegskommissar wurde daher nicht für gut befunden und von keinem Reichsstand abgeschrieben. Vergleich des Fürstenrates mit den kfl. Räten.*

Volgends hat er [= der Mainzer Kanzler] daselbst fur gemeynen oder allen stenden catholicorum angezeigt, wes die kgl. Mt. auf beschehene relation gestrigen gehabten radschlags, so im abschied verenderung und außlassung und auch insetzung etlicher articul belanget etc.<sup>2</sup>, zur antwort geben hett. Und nhemblich, soviel die enderung im abschid beider puncten des friddens und bei der visitation beruhret, hett ihr Mt. der stand eroffnethen radschlag in bedencken genhomen, mit den protestierenden darauf zu handeln. Es hett auch ihre Mt. mit denselbigem darauf gehandelt [Nr. 184], aber die protestierende hetten anzeigt, das ihnen mit solicher enderung, auslassung und zusatz nicht geholfen, darumb so wusten sie sich nit weither inzulassen [Nr. 185].

Auf solichs hab der vicecantzler ihme, dem meintzischen cantzler, ein zettel zu hauß geschickt, des inhalts, wes ihr Mt. mit den protestierenden gehandelt und nicht erlangen noch erhalten können. Darumb so hab er das, so ausgethon werden sollen, wider hintzu in den abschied setzen und das, so hintzu gesetzt werden sollen, aussen lassen und es darbey, wie der abschied uff vorige radschleg gestellet, pleyben lassen. Disses zufalls der kgl. Mt. haben sich churfursten und andere stende benugen lassen. Also ist da angesagt, das die kgl. Mt. den abschied heuth umb zwey nachmittag publicieren woll.

Sonst ist auch furbracht worden des Kf. zu Brandenburgs geldfurderung und bey vorigem radschlag, das er warten soll biß zu vergleichung der kreißkisten oder das die ungehorsamen gehorsamb werden.

Die preussische acht will die kgl. Mt. auf ein jhar suspendieren [Nr. 301h] und mitlerweil weg furnhemen, ob die zur guethe verglichen und beigelegt werden mocht.

Der kgl. Mt. furderung des winterlegers halb ist fur gut angesehen, dweyl Utricht ungehorsamb und die ksl. Mt. dieselbig vielleicht bas zu gehorsamb

<sup>1</sup> Bf. Valentin von Tetleben reiste von Nürnberg direkt nach Trient.

<sup>2</sup> Beschlüsse der altgläubigen Stände betr. Veränderungen und Auslassungen bei einigen Artikeln des RAb, in: Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80, fol. 854r (Notizen v.d.Hd. Dr. Katzmanns); Marg. AV: Consultatum die 22. Aprilis Domenica Cantate anno 43.

pringen moge als das chamergericht, soll man ihrer Mt. bewilligen, das sie des orths von der geburenden anlag soviel muglich sich betzale und das ihr Mt. bewilligt, ob in oder bey den kraissen etlich geld uberplibben uber die ausgaben etc., das ihr Mt. solchs fordern und empfangen mocht.

Die kgl. Mt. hat zu eynem comissarien in dissem zug ernennet Dr. Niclaus Rybeysen, saltzpurgischen cantzler. Es hat aber derselbig sich des entschlagen und darfur gebetten. Auf solichs ist man wider gefallen, das man Hg. Ludwigen von Beyern und dem Bf. zu Regenspurg, das die mit dem von Fleckenstein oder eynem andren, wenn die darzu tauglich befunden, handeln sollen [Nr. 141], dargegen gemeyne stende dieselbigen in der gestellten commission auch schadlos halten sollen.

In des armen weybs der Vrensen von Mastrich sachen will die kgl. Mt. mit dem ksl. orator und den gesandthen der Kgn. in Hungern handeln auf das, so die stend, durch die visitatorn zu Speyer furgenhomen und gehandelt werden soll, fur guth angesehen und decerniert haben. Mich dunckt, es soll soviel in der sachen seyn, als es zuvor gewesen, das ist, das dieselbig frau meher reichstäg auch besuchen soll. Und halt es darfur, sey darumb angesehen, ehe der frauen widrumb bescheidt und anthwort werd, wes die konigin gesandthen thuen wollen, so werd der könig schon verritten sein. Und ob dann die gedachte frau gleich auf den visitationtag kombt, wirdet vielleicht nyhemand da seyn, der sich mit ihr in handlung einlassen woll. Über demselbigen wirdet sie etwo widerumb auf den nehern reichstag gewissen und verschoben werden, onangesehen der stend decret [Nr. 301f], aus ursachen, das vielleicht die auch nit der katzen die schellen anbinden wollen, wie hiebevorn auch etwo geschehen.

Der munsterische gesandte hait bey dem articul hieob gemeldet – das die kgl. Mt. durch den vicecantzler dem meintzischen cantzler [überschickt], wie er den abschied auf die vorige radschleg und inmassen er begriffen gewest stellen sollte etc. ut supra – wider solchen abschiedt protestiert [fehlt], da er darinn nit willigen kann oder woll, aus ursachen, das er bevelh hab, in keinen abschied zu bewilligen, der nit mit aller stend einhelligem beschlus aufgerichtet werd.

Hora 3<sup>a</sup> post meridiem ist die kgl. Mt. herab aufs rathaus khommen, daselbst durch den vicecantzler vermanung an die stend thuen lassen, das ein jeder onwidersprechenlich dem abschied, so ihr Mt. mit rath und guthbeduncken der stend und gemeyner deutscher nation zu wolfardt in schrift verfassen lassen etc., gehorsamlich nachkhomen, auch anher einander fridlich halten wollten etc., mit mehrer worten.

Darnach so bald ist der abschied in praesentia omnium statuum verlesen worden. Und nachdem er außgelesen, hat meister Frantz Burghard, der sachsische vicecantzler, angefangen: „Allerdurchleuchtigster konig“, sed non fuit auditus, vielleicht protestieren wollen. Nach welchen worten also bald im fußstapfen der konig aufgestanden, zu dem marschalck [= Lamberg] gesagt „Weg, weg“ und gieng darmit darvon, also das der sachsische oder auch jhemands anders

zu einiger protestation noch anderm nit khomen können, sonder seind die sächsische noch jhemand anders, wie gemeldet, ghar nicht gehört worden.

Nachdem und als der konig also abgangen und sie, die protestierende, nit hören wollen, seind sie an meintzischen cantzler geradthen und daselbst protestiert ad partem, nit öffentlich, denn es gieng alle welt ab und werdt ihr zu guthem theyl woll habben gelacht.

Und hait hiermit disser reichstag sein abschied etc.

In verlesung des abschieds [Nr. 404] ist nyehmand im rad geduldet, der nit darein gehoret, und hat der konig all sein hovesind auch lassen abtreten ausserhalb dem vicecantzler und secretarien Neuner.

*Die Schriften und Briefe Tettebens übergab Katzmann dem Kurmainzer Kanzler; dieser wird sie mit der nächsten Post abschicken. [...]*<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> *Es folgen Ausführungen zu Privatangelegenheiten.*

## XII.D Korrespondenzen der Schmalkaldischen Bundeshauptleute Kursachsen und Hessen

*Der Briefwechsel zwischen den Schmalkaldischen Bundeshauptleuten Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen mit ihren Gesandten auf dem Nürnberger Reichstag ist von großer Dichte. An manchen Tagen sind zwei bis drei Berichte unterschiedlicher Räte an ihre Auftraggeber sowie mehrere wöchentliche Weisungen der Fürsten keine Seltenheit. Ein Briefwechsel dieser Umfangs kann in extenso höchstens zusätzlich und ergänzend zur Edition der Reichstagsakten ediert werden, da er deren Rahmen sprengt. Da sich bereits vor Reichstagsbeginn herausstellte, dass beide Bundeshauptleute vor allem wegen des Konflikts mit dem Reichskammergericht nicht persönlich in Nürnberg erscheinen würden, war die intensive briefliche Kommunikation für sie die einzige Möglichkeit, den Gang der Verhandlungen sowohl mit den Reichsständen als auch mit den Bundesständen zu beeinflussen. Einen umfassenden Einblick in den Inhalt und die reichs- und religionspolitischen Implikationen der Korrespondenz der Bundeshauptleute bietet die Darstellung von Friedrich Edelmayer<sup>1</sup>, auf deren Basis für dieses Kapitel jeweils neun aussagekräftige Schreiben kursächsischer und hessischer Provenienz exemplarisch ausgewählt wurden.*

*Sowohl bei Kursachsen als auch bei Hessen stand das Festhalten an den Forderungen zu Friede und Recht als Bedingung für Verhandlungen über die Türkenhilfe im Vordergrund. Abweichende Positionen innerhalb des protestantischen Lagers wurden von den Räten mit Besorgnis registriert (Nr. 339), sogar eine vorzeitige Abreise aus Nürnberg wurde erwogen, gepaart mit Klagen über die hohen, mit den Repräsentationspflichten verbundenen Aufenthaltskosten (Nr. 340). Da die Protestanten die Teilnahme an den Reichsratssitzungen ablehnten, versuchten Kg. Ferdinand, der ksl. Kommissar Naves und Granvelle die kursächsischen und hessischen Räte in Einzelgesprächen umzustimmen. Dabei kamen u.a. brisante Themen wie der habsburgische Konflikt mit dem Hg. von Jülich, die weitere Vorgehensweise in dem von den Schmalkaldenern eroberten Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel, das Vorgehen des Reichskammergerichts oder eine Geheimdeklaration des Königs und der ksl. Kommissare für die Protestanten zur Sprache (Nr. 341–342, Nr. 346, Nr. 349). Während Anfang März 1543 das Festhalten an der von Kf. Johann Friedrich vorgegebenen Taktik im Vordergrund steht (Nr. 343), kam durch die Causa Jülich in der zweiten Märzhälfte Bewegung in die festgefahrenen Fronten, die Protestanten erschienen im Reichsrat, konnten aber ihre Forderungen trotz einer Mehrheit im Fürstenrat auf Grund des Agierens der katholischen Aktionspartei, allen voran Dr. Eck, nicht durchsetzen (Nr. 344–345, Nr. 347–348). In dieser Situation konzentrierten sich der sächsische Kurfürst und der Landgraf auf interne Differenzen bzw. die Abstimmung der gemeinsamen Taktik, die Abwägung der Bedingungen und Folgen einer kgl. Geheimdeklaration und die Forderung nach*

<sup>1</sup> F. EDELMAYER, *Kursachsen, Hessen und der Nürnberger Reichstag von 1543*, S. 190–219.

*Entlassung des Kammergerichtspersonals (Nr. 350–353). Die Kompromissbereitschaft auf alt- und neugläubiger Seite machte ein Scheitern des Reichstags jedoch unausweichlich, wie aus den Gesandtenberichten in der letzten Aprilwoche hervorgeht (Nr. 354–356).*

**339 Die hessischen Räte an Lgf. Philipp von Hessen: Uneinigkeit innerhalb des Schmalkaldischen Bundes – Nürnberg, 1543 Febr. 2**

*Marburg StA, PA 650, fol. 80r–85v (Ausf.).*

*Wegen der laufenden Nachrichten über militärische Werbungen, und wegen der fortdauernden Prozesstätigkeit des Reichskammergerichts gegen verschiedene Bundesstände bildeten die Schmalkaldener zu Beginn ihrer Beratungen in Nürnberg einen Ausschuss, der u. a. über Gegenrüstungen für den Fall eines plötzlichen Angriffs der Gegner beschließen sollte. Trotz aller Bemühungen der kursächsischen und hessischen Räte kam keine Entscheidung zustande und die Angelegenheit wurde wieder an das Plenum der Stände zurück verwiesen. Wiewol nun die stend fur gut bedacht, das der churfurst und euer fstl. Gn. als oberhauptleut die kriegsräth nach beschehner des königs proposition uff ein gelegnen platz umb Nurmberg herumb beschreiben sollten, welche von disen dingen und was gemeiner aynung vonnöthen sein wolle, reden, handeln und schliessen möchten, so haben sie sich doch heut widerumb geendert, und nemblich, dieweil sich die bewerbungen uß vormercktem bericht anlassen, als so sie disen stenden nicht so nachteilig fallen sollten, das noch ein tag oder drey, bis der kgl. Mt. und der ksl. commissarien antwort uff diser stend schrift, des cammergerichts halben [Nr. 151] jungstlich ubergeben, gefiele, zu verziehen sein sollt. Nachdem man dann dieselben verneme, so könnte man abermals handeln. Dieweil aber die aynung euer fstl. Gn. und dem churfursten als den oberhauptleuten maß gibt, wann die kriegsräth sollen gevordert werden und derhalben bey der aynung die einvorderung derselben zu berathschlagen nit steet, so werden sich euer fstl. Gn. mit dem churfursten der notturft wol verner zu entschliessen wissen. Wir haben aber die stend zu reuter und knechten inhalt euer fstl. Gn. bedenckens über allem unserm vleiß nit vermögen könnenden.*

Zum andern ist auch diser punct in dem ausschuss proponiert worden, dieweil die recusation in prophansachen numehr beschehen, so wöll vonnöthen sein, davon zu reden, welchermassen und wie sich die stendt in denselben zeitlichen sachen halten wöllen. Darinnen dann der außschuss auch bedacht, das von sollichen wegen zu reden vonnöthen sein wollt und sonderlich, nachdem die verstentnus in vilen artickeln mängel hat, wie dieselb zu bessern und in richtigere ordnung gepracht wurde.

Dieweil man aber zu sollichem bedencken und berathschlagen nit komen könnde, in ansehung dess, daß sich etzliche von disen stenden sonderten und man schier nit wissen konnt, wer die stend der verstentnus weren oder welcher



bey dem andern bleiben wollt, so wollt vonnöthen sein, von erst dahin zu gedencken, wie und durch was weg dieselben gesonderten stendt zu uns zu bringen. Dann sollt aller last der verstentnus allein uff etlichen ligen und den andern freysteen, sich in die sachen zu begeben oder nit, wie ir gelegenheit stunde, so wurd darus nichtzit anders dann weitere trennung und sonderung volgen. Darumb vonnöthen, daß man vor allen dingen ein lautter wissenschaft und bericht empfahe, wer von disen stenden bey gemeiner verstentnus und derselben sachen bleiben, wer auch under disen stenden zusammensitzen oder nicht wölle, dann man hett ein zeither gesehen, wie sich Hg. Moritz von unserm rath und handlungen, item Mgf. Hanns [*von Brandenburg*] in der handlung abgesondert. So understunde sich Wurttemberg deßselben in Hg. Heinrichs sachen, welche sich neulich vor dem könig, als wir irer Mt. unser beschwerung des cammergerichts halben übergeben [*Nr. 151*] und abgegangen sein, vernemen lassen, das sie mit Hg. Heinrichs sachen nitzit zu thun hetten. So wollt Pommern zu disen stenden in die reth nit gen noch zu einicher handlung verhelfen, es were dann, das inen in den irrungen zwischen kgl. Wd. zu Dennemarck und iren herren, den Hgg. zu Pommern, die nun oft vertröste declaration und erkenntnis von disen stenden widerfuhre.

Und damit wir alles das, so dise stendt sondern und trennen, hinwegnemen und also in hieiger handlung standthaftig beyeinander steen können, so hat der außschuss verner erwogen, daß man vor allen dingen dahin trachten soll, die abgesonderten stend wider zueinander zu bringen. Derhalb mit denselben gesonderten stenden von erst zu reden, was man sich bey inen versehen sollt und sie dohin zu persuadieren, sich mit den andern stenden ongesondert einzulassen. Darumb achten die stend vor nottwendig, daß euer fstl. Gn. mit Hg. Moritzen davon vleissig gehandelt hetten, ob sich doch seine rath auch zu uns in rath begeben und mit uns fur einen mann stuenden, dann wir hörn, das sich Hg. Moritz der hulf halb gegen dem Turcken schon eingelassen und bewilligt hab. So tragen die stendt mergliche beschwerung, daß sich Hg. Moritz also von disen stenden und irem rath absondert.

So hatt Wurttemperg gebetten, die stend wollten seins gnedigen herrn erclerung in der braunschweigischen sachen hörn, truegen keinen zweiffel, die stendt wurden dess zufriden sein. Und lassen sich die gesanten rath partim vernemen, das sie achten, irs herrn erclerung werde den stenden zu gefallen reichen, welche erclerung auch von inen furderlich gehört werden soll.

Mit Pommern wurt man auch ernstlich handeln, sich in unsern rath zu den handlungen zu begeben. Und daruff sein sie heut vor genannten stenden erschienen und nach furgelegter credentz ir werben und anbringen gethon [*Nr. 286*]. Nun weren die stendt zu furkomung der sönderung und anderer beschwerden wol geneigt gewesßen, inen, den pommerischen gesanten, zu willfahren und mit der erkanntnus furtzugeen, damit nicht etwan Pommern uff den andern theil getriben und sie further mit hulf der Burgundier gegen den Kg. uß Dennemarck handlungen, ime und unser verstentnus beschwerlich, furnemen möchten. *Da*

zu wenige Stände anwesend waren bzw. Befehlsmangel vorgaben, wurde – vor allem auch mit Rücksicht auf den Kg. von Dänemark – keine Entscheidung getroffen. Der Ausschuss machte Vorschläge für eine Antwort an die pommerschen Gesandten. Und bitten daruff die stendt gantz undertheniglich, das der churfurst und euer fstl. Gn. bey dem Kg. von Dennmarck uff die weg, davon die vorgemelt verzeichnus meldet [Nr. 287], furderlich und unvertzogenlich handeln, in ansehung, was an den sachen gelegen und dass sie auch den könig zur willfahung bewegen, mit einfuhrung, das er bedencken wollt, do sich etwan Pommern uff die andern seitten und zu dem burgundischen theil begeben sollt, was ime darus erfolgen wollt. Do er aber zu den mitteln und wegen, in vorgemelter verzeichnus begriffen, nit gepracht werden konnt, das er doch in sollichen irrungen imant uff den reichstag zu dißtheils stenden hieher verordne, damit man uff ein genomen bericht zu erkanntnus der sachen komen möge. Und uff den fallh, do die erkanntnus hie beschehen sollte, will uns euer fstl. Gn. bedenckens und bevelchs not sein, wess wir uns halten sollen. Darumb werden uns euer fstl. Gn. ires gemuets furderlichen wissen zu berichten.

*Die Räte übersenden Proposition des Königs (Nr. 43). Die Gesandten Kgn. Marias und Nicolas de Granvelle ersuchten um Audienz vor den Reichsständen. Vortrag der burgundischen Gesandten (Nr. 202).*

*Die Werbung Granvelles fand noch nicht statt; die Räte werden demnächst darüber berichten.* Granvella praticiert sonderlich bey den gesanten, aber bey uns hat er noch nichtzit gesucht. So haben wir uns nicht on bevelch bey ime nit angeben wöllen.

Wir von unserm rath haben fur gut bedacht, alle stendt der confession und religion zu uns zu ziehen und sie dahin zu vermögen, das sie die suplication, an den könig und ksl. commissarien gestellt [Nr. 152], die wir euer fstl. Gn. nehermals überschickt, mit wollten helfen ubergeben. Und haben also dieselben alle guttwillig funden, usserhalb Hg. Moritzen rath und Nurmberg; haben der recusation halb bedencken. Erpieten sich Hg. Moritzen reth, sich bevelchs zu erholen, Nurmberg will sich aber neben andern stenden zu überantwortung der schrift einlassen und sich nit söndern.

Dr. Egk hat noch in keiner sachen mit uns gehandelt, dann wie wir euer fstl. Gn. nehermals bericht haben.

### 340 *Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 Febr. 26*

*Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 295r–301v (Ausf.).*

*Sie danken ihrem Herrn für seine letzten beiden Schreiben (1543 Febr. 20 und 21) und übersenden ihm die Abschrift der protestantischen Replik an Kg. Ferdinand (Nr. 157). Auf den Wunsch der Räte nach zusätzlichen Geldmitteln für den Aufenthalt in Nürnberg antwortete der Kurfürst, dass angesichts der Fortdauer*

*des Reichstags die Gesandten den Großteil der Pferde und Knechte aus Nürnberg zurückschicken sollten, um Kosten zu sparen. Sie geben jedoch zu bedenken, dass die Versammlung bald enden könnte. Falls Kg. Ferdinand ihre Replik in einer Weise beantworten sollte, das der Friede und das Recht erlangt, wirdet man darnach uff die turckenhulf tringen. Do die beschlossen, werden die andern gemeinen artickel, wie zuvor auch beschehen, uff ein andere zusammenkunft verschoben werden. Und hat sich H. Hanns Hofman gegen mir, Mag. Frantzen, vernehmen lassen, kgl. Mt. wurde in die leng auch nicht alhie verharren können, dann ire Mt. [be]khommen teglich zeitung, das der Turckh in grosser rustung steen soll. Werden aber die zwen artickel des friedens und rechtens nicht erledigt, so hat man sonderlich auf der protestirenden teilh bald alhie ausgehandelt. Aus diesen Gründen ist es wahrscheinlich billiger, die Pferde und Knechte für die Rückreise in Nürnberg zu behalten.*

Das aber auf die kuchen, keller und andere gemeine haushaltung und außgabe etwas geet, das khann warlich nicht umbgangen werden, dann wir nicht übermessig zeren oder zeren lassen, allein was die notturft ist. Und wie eur kfl. Gn. zu bedencken, do aus zufalh ehrliche leuth, als furstenrethe und andere, so bißweilen unsere taffel besuchen, sonderlichen auch bei denen man sich allerlei sachen ad partem und furnemlich der furstehenden practicken zu erlernen, zu uns kommen, daß sich nicht anders geburn will, denselben zu ehren eur kfl. Gn. ein essen, zwei von fischen oder sonst, zutzulegen lassen, und mag leichtlich sein, so gilt ein essen fisch ein gulden oder zwen. Solte man nun die taffel, wie es hievor uff andern reichstegen von eur kfl. Gn. wegen breuchlich gewesen, nicht halten, daß weren wir fur unser personen wolh zufriedn, die wir desselbigen uberfalhs [= *unvermuteter Besuch*] gern vertrag haben wolten. Ob es aber in ansehung eur kfl. Gn. zu thun, das stellen wir in derselben gnedigsten ermessen, zuzorderst weil es anderer chur- und fursten rethe alhie aus bevelh irer herrn hiran nicht lassen erwinden. So ist auch sonsten alle kuchenspeis, holtz und anders teurer dann der hafer, zudeme so müssen wir dem wirth, wie es dann mit ime erstlich gedingt, auch einen freien tisch mit allem seinem gesinde auf ein zimliche antzalh personen halten, der dann eben das essen wie wir haben will und gereicht muß werden. So gibt man den knechten auch nit ires gefallens essen und trincken, sonder gantz messig, das irenthalben die zerung auch nicht groß sein und ires abwesens den kosten gar wenig geringern kan. Auch haben eur kfl. Gn. gnedigst zu bedencken, das die leuft itzo gantz geschwind, auch auf diesem reichstag nicht fast sicher. So hat auch Hg. Heinrich, der eur kfl. Gn. abgesagter vheint ist, seine herberg gantz nahe bei uns und ist uff sein personn albereit eingekauft, das man sich seiner ankunft auch teglich versichert, wie wir dan mit ime und auch itzo mit seinen rethen und gesanten teglich frue und spat, wann wir aufs schloß aber [= *oder*] rathaus geen, zusammenstossen müssen.

Do nun unser einer nit mer dann einen knecht oder buben bei sich hett und ime ein hon begegente, das solchs nit allein demselbigen nachtheilig und zum hochsten beschwerlich, sondern auch eurn kfl. Gn. schimpflich sein wolt,

wie dann kurzlich leuth in der landgrevischen rethe herberg kommen, die niemands gekannt, und sie sich doch darinnen gantz trotzig und dermassen, das sie thetlich zu gebarn gesynnet, erzeugt, das sie irer mit guten worten kaum und mit aller marter loß werden können, auch uff diese stunde noch nicht wissen, wer sie gewest sein. Man helt es aber dafür, das es Rudolff Schenncken gegolden, der zu seinem gluck damals nicht in der herberg gewest. Derwegen und ob sie, die hessischen, gleich zuvor stercker – beide mit personen und pferden – dann wir sein, auch grossern kosten dann wir halten, so hat inen ir gnediger herr geschrieben und bevolhen, noch mer leuth, als nemlich etzliche trabanten, damit ein ander unrath, der beschwerlichen fallen mochte, verhut, antzunehmen. Sie syndt auch uff den nechsten tag gein Schweinfurt und anher gein Nurmberg under virtzig gerusten pferden starck nicht geritten, und hat inen der landgrave bevolhen, gleicher gestalt anheim zu reiten. Do wir nun unsere knecht und pferde von uns liesen, so konnten wir doch solcher befharung halben nicht umbgeen, andere und frembde leut, die die herberg bewachten und uff der gassen uff unß aufmerckung hetten, bei denen wir doch nicht wissen möchten, wes inen zu vertrauen, zu bestellen und antzunehmen. Versehen uns nicht, das eur kfl. Gn. über diesen unsern bericht, des sie an zweifel hievor unwissendt gewest, uns als derselben willige, underthenigste diennere in solcher gefhar und unbequemigkeit werden wissen wollen. Ist es aber hiruber eur kfl. Gn. wil und meinung, so müssen wir gehorsam laisten, ungeachtet wie beschwerlich es uns denmost dieser vorstehenden geferligkeit, so wir der gewertig sein sollen, fallen will.<sup>1</sup>

*Angeblich soll Kg. Ferdinand den Landtag in Prag nicht persönlich besuchen, sondern Kommissare hinschicken wollen. In der Angelegenheit der Hgg. von Pommern erwarten die Gesandten weitere Befehle des Kurfürsten. Die rundum beobachteten Truppenanwerbungen, von denen man nicht wisse, gegen wen sie gerichtet seien, werden von ihnen weiterhin mit Argwohn beobachtet, doch wurden bisher keine Gegenmaßnahmen beschlossen. Betr. die Aufnahme des Bf. von Münster in den Schmalkaldischen Bund ist bisher noch keine Entscheidung gefallen, da alle Gesandten die Befehle ihrer Auftraggeber abwarten. Zusammenkunft der Hgg. von Bayern mit Hg. Ulrich von Württemberg am vergangenen Mittwoch (21. Febr.*

<sup>1</sup> *Kf. Johann Friedrich ging in seiner Antwort, Torgau, 1543 dinstags nach Letare März 6, auf die Argumente der Räte ein und kam ihren Wünschen entgegen: [...] Wiewohl wir auch gerne gesehen, ihr hettet vorigem unserm bevehl nach tzu vorminderung und abschneidung des unchostens euere knechte und pferde zuruckgeschickt, dieweil es aber die vhar und gelegenheit, wie ihr antzaigt, haben, sich auch der reichstag wol so pald enden als in die lenge erstrecken soll, so lasen wir gescheen, das ihr dieselben euere knechte und pferde bey euch behaldet, doch werdet ihr euch, wie ihr schreibet, ane zweiffel – soviel sich leiden will – eingezogen zu halten, auch den knechten daruber zu greiffen nit zu gestaten wissen. So versehen wir uns auch, ihr werdet nunmehr das gelt, so wir euch bey unserm knaben, dem Lichtenstain, zugeschickt, empfangen haben. [...] In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 44r–47v, hier fol. 44rv (Ausf.).*

1543) in Dillingen. Ob Hg. Heinrich von Braunschweig auch dabei war, ist bisher nicht bekannt.

Und als unß eur kfl. Gn. hiebevorn eine volmacht, welcher gestalt wir ein geschickten zu ratificirung der recusation und revocirung ired advocaten an das chammergericht auf der stende gemeinen beschlus fertigen sollten [Nr. 261], ubersandt, weren wir wolh bedacht gewesen, dasselbig vor des also furwenden zu lassen. So haben uns die hessischen angetzeigt, das sie irem herrn derwegen geschrieven, wie es seine fstl. Gn. damit halten wollten, dann sie hetten hievorn vermarckt, das eur kfl. Gn. mit sein fstl. Gn. zugleich solche ratificirung furwenden lassen wolten. Darauf sie noch kein bescheid, derohalben wir bißher auf sie vertzogen. *Vor kurzem berichteten ihnen die hessischen Räte von der Abfertigung Lic. Keudels nach Speyer im Namen des Landgrafen. Die kursächsischen Räte wollen ihrerseits mit der Entsendung eines Gesandten zum Reichskammergericht zuwarten, da sie nicht wissen, ob der Kurfürst in der Zwischenzeit dem Lic. Keudel bereits einen kursächsischen Beauftragten zur Seite gestellt habe. Die Wolfenbütteler Aktenbeute soll dem Kurfürsten in Kürze zugeschickt werden.*

H. Wolff Diettrichen von Pfirt wollen wir bei den stenden sovil muglich fordern, und wissen eur kfl. Gn. underthenigst nicht zu verhalten, das durch die Kff., Ff. und stende des andern teils ein ausschus verordent, von wegen zu reden, wie die obersten und bevelchsleut irer ausstehenden besoldung mochten vergnugt werden. Dartzu wir dann von eur kfl. Gn. wegen auch erfordert. Weil aber dieselben in den gemeinen pfenning zu Speir [1542] nicht gewilligt, sonder ir krigsvolck selbs versoldet und wir nicht wissen können, was sie der bevelchsleut halben betzalt oder zu thun gesynnet, haben wir uns darein ane eur kfl. Gn. vorwissen nicht lassen wollen. Damit nun eur kfl. Gn. der unglimpf, als weren sie ursach, das die obersten und bevelchsleute aufgehalten wurden, nicht zugemessen, so wollen uns eur kfl. Gn., wes wir uns derhalben vernehmen lassen und halten sollen, und sonderlich, was eur kfl. Gn. zu betzallung der hohen empter erlegt oder noch zu erlegen willens, [wissen lassen]<sup>2</sup>. [...].

<sup>2</sup> *Darauf antwortete Kf. Johann Friedrich seinen Räten am 6. März 1543 aus Torgau: [...] Do wissen wir euch nit zu pergen, ob wir wohl den gemeinen pfenning nit gewilliget, wie es dann von etzlichen stenden des obersechssischen kraises auch bescheen, so haben wir doch sonder ruhm unser geburent kriegsfolck zu roß und fues wieder den Turcken geschickt, dasselbige auch sechs monath lang unterhalten und dartzu die betzahlung und erlegung zu den hohen emptern inhalt des speierischen abschiets dieselben sechs monath auch thun lassen. [...] Sollichs wollet furder dem ausschus, ader wo ihr es sunst bedencket, berichten, domit man des wissens hab und uns darumb unanetzogen lasse, auch uff uns zu handeln und zu schliesen nit vortzihe, wie man die obersten und bevelchsleute wil betzahlen. [...]. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 44r–47v, hier fol. 45v–46r (Ausf.).*

341 *Bericht Mag. Franz Burkhardts an Dr. Gregor Brück über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 Ende Febr./Anfang März)*<sup>1</sup>

Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 171r–177r (Kop.); AS fol. 171r: Copei Mag. Frantz Burkhardt schreiben an Dr. Brucken, was er mit dem Granvelh geredt. Und bedenckt, wie mein gnedigster her mit ksl. und kgl. Mtt. mocht itzo zu vergleichung und ainem verstandt komen.

*Wegen seines Augenleidens berichtet er nur kurz über die Unterredung mit Granvelle, der das Wohlwollen des Kaisers gegenüber dem Kurfürsten betonte.* Aber in der gulichschen sachen ist er gantz heftigk gewesen und diese wort zu etzlichen malen wiederholet: Ire Mt. wolten diese des hertzen zugefugten hohn und schmach ungestraft nicht hingehen lassen, und wan sie alle ire reich, auch iren selbst leib daran setzen sollte. Und wo der hertzogk davon nicht abstehen wurde, solt er in kurtz inne und gelernet werden, wie er sich an irer Mt. und derselben landen dergestalt solt vergreifen. Hat auch erinnert, mein gnedigster her wolte sich wieder die ksl. Mt. hierin nicht bewegen lassen, dann ire Mt. sein kfl. Gn. altzeit mit allen gnaden geneigt gewesen und wolte mit keinem fursten im Reich dan mit seiner kfl. Gn. lieber friede und einikeit haben, auch sein kfl. Gn. anstadt eins brudern halten. Dartzue habe man itzo gelegene zeit, sei auch die kgl. Mt. dartzue hochlich geneigt, und do sein kfl. [Gn.] dieser sachen halben bevehl anher geben, kundte man mit gar einem geringen und kurtzlich dartzue kohmen. So wolt er es an seinem vleiß kegen meinem gnedigsten hern nicht weniger dan kegen dem konige erwinden lassen.

Wir haben auch des veriagten von Braunschweigk gedacht. In welcher sachen zeigte er an, man kondte auch leichtlich zu friedlicher handlung kohmen, und ich kondte auß etzlichen andern seinen worten wol vermercken, das er nicht wol an dem von Braunschweigk ist. Solchs seins erpietens hab ich ime von wegen meins gnedigsten herrn gedanckt und ime ertzelt, was ir mir von der gulichschen sach geschrieben. Und in solcher ertzeltung zum oftermal wiederholet, es sei zum hochsten vonnothen, das dieser krieg gestillet und endlich beigelegt werde, dartzue dan mein gnedigster herr aufs hochst geneigt und willig, wie auß seiner kfl. Gn. schriften an die Kgn. Maria wol zu verstehen. Ich hab auch des Turcken halben erinnerung gethan, darin hat er fast die vorige meinung angetzeigt und

<sup>1</sup> Kf. Johann Friedrich nahm am 6. März 1543 gegenüber Mag. Franz Burkhard zu obigem Bericht Stellung, was das Berichtsdatum Ende Febr./Anfang März nahelegt. Der Kurfürst beauftragte Burkhard, nochmals bei Granvelle vorzusprechen und den Minister von der Lauterkeit der Absichten Johann Friedrichs gegenüber dem Kaiser zu überzeugen. Die militärische Hilfe, die der Kurfürst dem Hg. von Jülich gegen den rechtswidrigen Überfall der Burgunder auf sein Land aus verwandtschaftlicher Verbundenheit als Schwager geleistet habe, sei längst beendet. Anders lautende Behauptungen stammten von den Feinden des Kurfürsten und entsprächen nicht der Wahrheit. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 129r–135v (Ausf.).

uberauß hoch angetzogen, wie gantz zornig und bewegt die ksl. Mt. über den von Gulich were, also auch das sie all ire andere kriege und wichtige geschäft wieder den Turcken und den Kg. von Franckreich so hoch nicht achteten und sich diesen am meisten kosten lassen wollten. Und jhe bißweilen wiederholet, mein gnedigster herr solt die ksl. Mt. nicht zu zorn und unwillen bewegen, dann sein kfl. Gn. ire Mt. sonst zum freundt haben kondt. Diß ist fast die summa unser gehapten rede gewesen, darauß ir die furnembsten stuck des gantzen handels leichtlich zu ermessen.

Das hauptstück ist umbs landt zu Gellern, welchs ire Mt. nicht gedencken zu entrathen. Und so man leidliche mittel dem Hg. von Gulich finden mochte, zweivelte ich nicht, diesem krieg solt zu ende geholfen werden. Dann also wurden ire Mt. den gefasten zorn liederlich fallen lassen, sonderlich weil ire Mt. an mehr orten werden angegriffen. Zum andern, das unser gnedigster herr dem von Gulich in diesem vhall nicht lenger hulf leiste, sondern mit der ksl. und kgl. Mtt. sich in vorain und verwanthnis einlasse, dartzue sich der Granvell mit allem vleiß erpotten. Was nuhn hierin thuelich oder nicht, werden euer Acht[barkeit] ferner wol bedencken und unserm gnedigsten hern davon antzeige ze thuen wissen. Ich wolt hertzlich gerne nach meinem einfeltigen verstandt das best furdern und rathen helfen, wenn ich nuhr schliessen, was den gantzen sachen zu wolfart und meinem gnedigsten hern zum allem gueten erspriessen mochte. Es seindt aber die zeit und leuft zu geschwind und will die sach allein bei dem almechtigen Gott und in der christen gepet stehen, dann wes sich die Burgunder understehen und wie heftigk sie sich die oberhandt zu behalten bemuhen, ist offentlich am tage, zudeme das sie kleinen glauben halten und, so sie ir gelegenheit ersehen, wiederumb ausfallen. Und ist sich nicht wenig zu befahren, das sie sich des gantzen Reichs freiheit an sich bringen understehen durfen. Dann wie es mit Franckreich und iren grossen privilegien und freiheiten, derer sie sich gar hoch getrosten, nachdem inen die konige zu mechtigk worden, gangen ist, des weiß man sich nach wol zu entsinnen. Und es hat bei mir das ansehen, das diejehnigen, so in ksl. und kgl. Mtt. rethen seindt, diese exempelp fur sich haben und ire hern, denselbigen nachzuolgen, vermanen werden. Derhalb sie auch durch allerlei practicken, finanzen, list und gewalth an sich ziehen, wen sie nur konnen, auf das sie allein mochten herren sein.

Und bewegt mich nicht wenigk, wen ich an die grossen zwispalt und un-einikeit under den stenden des Reichs, sonderlich der bischove, so fur die nachkohmen wenig sorg tragen, gedencke, und wie gar wenig zu befinden (außgenohmen die religionsach, welche dannoch auch ein wenig wancket), auf welche treu und glaupe zu setzen. Solche bequemikeit wirdet der Turck nicht verachten, und wen wir uns selbst miteinander schlahen und wurgen, zu massen khomen wie der geier dem frosch und der mauß<sup>2</sup>. Dann wie es gehen werde,

---

<sup>2</sup> Im Sinne von: Wenn wir untereinander streiten, werden die Türken auf ihre

wan der gulichisch krieg nicht gestillet wirdt, ist leichtlich abzunehmen. So ist auch under den stenden der vorain niemals so viel mangels und hinderung an der defension furgefallen als eben itzo alhie. Hg. Moritz ist in denen sachen wieder kald noch warm und hat albereit dem konige one alle condition hulf und beistandt zugesagt. Der von Wirtenbergk bleibt auf voriger meinung, mit furwendung, die braunschweigische sache gehe inen gar nichts an. Die Pomern lassen sich offendlich hören, sie wollen in der ainung nicht pleiben, man thue dann die declaration in der riegischen [= *rügischen*] sachen. Weil dan die stedt sehen der fursten unbestande, zauttern sie auch und wirdet inen von dem Granvell der gulichsch krieg stets fur die oren geplauet, welchs sie auch treffen wurde, so unser gnedigster herr sich des teilhaftigk machte. Derhalben alle handlungen der einung langsamer und schlefferiger vonstadten gehen, dann ich zuvor niemals gedencke oder erfahren. Und wirdet doch nichtsdestweniger vom cammergericht teglich wieder uns procedirt und weiß niemand, wie denselbigen sachen zu helfen. Dann der konig und die andern stende haben auf unser antragen [*Nr. 157*] nach kein antwort geben, derwegen die sachen gantz sorglich und beschwerlich stehen, darauß uns allein der almechtige Gott erretten und helfen kan. So ist auch andern fursten und potentaten gar wenig zu vertrauen, dann sie nicht der gemeinen christenheit, sondern iren selbst nutz und bestes bedencken.

So wirdet auch itzo vom Kg. von Dennemargk, welchen ich fur den frombsten und rechtschaffen in der religionsach halte, alles dasjenige, so von seiner kgl. Wd. rethen in der pomerischen sache angenohmen, bewilligt und fur genehm gehalten, in vergeß gestellt, dadurch den widerwertigen grosse bequemikeit gegeben. Uber diß alles hat mein gnedigster herr andere viel mehr sachen und geschafft obliegen, welche, do Gott fur sei, in vorstehender nach ander sachen nicht wenig verpittern und hessigk machen wurden. So ist euch auch nicht unverborgn, was sein kfl. Gn. zum theil vor nachparn haben. Derhalb ich gern und von hertzen wolt, das den sachen beide, meinem gnedigsten herr und gemeinem vaterland, zu wolfart gerathen were. Und ich hielt in meiner einfald dieß fur einen weg, gemeinen frieden zu erhalten, so sich die furnembsten fursten deutscher nation in ein verpundtnis zusammen vereinigten. Aber wenn ichs hin und wieder bedenck, finde ich gar wenig oder schier keinen, welchem gantzlich zu vertrauen, dann die Baiern seindt der waren christlichen religion gantz zuwieder und achten vor eigener ehrgeitzikeit glaubens und bundtnis wenigk. Der landgraf hat sich auch mit gueten Worten bereden lassen und ist gewiß, das sie sich understehen werden, inen ired theils zu behalten. Wie es umb die andern alle, denen man vertrauen mocht, ein gelegenheit hat, kondt ir leichtlich bedencken, sonderlich denen von Gulich, so nuhn mit gar einem schweren krieg beladen. Derhalb were diß mein underthenigs bedencken und achte es den sachen sehr dienstlich, das mein gnedigster herr, wo anderst die

---

*Rechnung kommen, wie der Geier bei den Fröschen und Mäusen.*



sachen der religion in guetem stande pleyben (welchs dann allein zum hochsten vonnothen), mit ksl. und kgl. Mtt. ein bestendigk aufrichtigk verbundtnis auf erbare, gleichmessige condition und mittel beschlossen hette, darin man alles das, so zu erhaltung des Reichs ruhe, freiheit und ainikeit, auch sein kfl. Gn. und derselben erben, landen und leuthen zu wolfardt und gedeien gereichen mochte, cavirn [= *sicherstellen*], schliessen und aufrichten kondte. Und darzu were gleich itzo die gelegenste zeit, so man allein mit der geldrischen sach leidliche wege finden mochte. Dann wie ich vermercke, so ist diß der hochst und furnembste artickel auf diesem reichstage, soviel die ksl. Mt. anlangt, daran es alles stehen will. Von diesen dingen allen werdet ir meinem gnedigsten herrn wol bericht ze thun und seiner kfl. Gn. gemuet darauf zu vernehmen wissen.

*Datum fehlt, US Burkhardts.*

**342 *Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp von Hessen: Bericht über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle und mit Dr. Leonhard von Eck – Nürnberg, 1543 März 1/2***

A *Marburg StA, PA 650, fol. 226r–227v (Ausf.).*

B *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 525–529, Nr. 176, fol. 238v–241v (Kop. mit PS); AS fol. 238v: Copey Rudolff Schenncken und Dr. Walters schreiben.*

*Nach Übergabe und Verlesung einer an Granvelle gerichteten Schrift des Landgrafen begann der Minister vom braunschweigischen Feldzug zu reden, das er uns hievor samptlich und einsteils ad partem vertraulich der ksl. Mt. gemuet darin angezeigt, derwegen dörf es verner anregens nit.*

Und darnach diser nurnbergischen handlung gedacht, das nun ein gutte zeit nichts ußgericht, sondern wir hielten die sachen one alle not uff. Wir wussten des keisers gemuet zum friden geneigt. So hett sich der könig und die stend öffentlich vernemen lassen, sie wollten den friden halten. Des gleichmessigen rechtens halb were es umb die declaration zu thun, dieselbige stuende bey dem keiser, und wer vergeblich, derhalb ein ußschuß zu machen, dann dieweil der keiser sollich declaration uns gegeben, so sollten wir nit zweiffeln, ire Mt. wurden uns dieselbigen halten. Mittlerweil werden ire Mt. in das Reich komen, dann er [= *Granvelle*] wollt uns vertreulich anzeigen, das ire ksl. Mt. den andern tag nach Mathie [*1543 Febr. 26*] zu schiff gangen und nunmals uff dem weg were. Alsdann wurde man von den dingen, und sonderlich der cammergerichtspersonen halb, bestendiglich handeln. Und derhalben so wurde die handlung allhier unbillich diser puncten halb uffgezogen, und widerumb gesagt, das es allenthalb, da unser evangelium gepredigt, ein böß ansehen haben wurde und daß wir, euer fstl. Gn. gesanten, allein den vertzug ursachten, dann euer fstl. Gn. weren der stend der schmalkaldischen bundtnus gantz mechtig, hetten auch die in irn henden. Wann wir wollten, so wurden die andern uns volgen.

Und als wir dargegen euer fstl. Gn. entschuldigten, das in euer fstl. Gn. gewalt nit were, dasjhenig zu hinderziehen, was durch dise stend einmuetig beschlossen were, hat er etzwas bewegt gesagt, er verstuende die ding wol, were so lang bey den händeln herkomen, das er darbey gra [= grau] worden. Ob wir meinten, das er plindt sey, das er die ding nit sehe oder verstehe. Wann wir die sachen furdern wollten, so wurden sie wol vonstatt gehn etc. Und uns abermals der ksl. Mt. geneigten willen gegen euer fstl. Gn. angezogen, und das euer fstl. Gn., wo sie selbs wollten, ein grösser auctorität erlangen wurden, dann sie je gehapt, wie er dann mir, Dr. Walthern, vormals vertreulich angetzeigt. Derhalben so sollten sich euer fstl. Gn. also ertzeigen, das die ksl. Mt. zu irer ankunfft euer fstl. Gn. willen auch spuren konnt. Das wurde euer fstl. Gn. zum höchsten dienen.

Dieweil nun die sachen also gestallt und das der Grandvell so hart in uns dises puncts halben dringen, so bitten wir underthenig, euer fstl. Gn. wöllen uns hierauf derselben gemuet uff das allerfurdertlichst zuschreiben, dann wir sein bedacht, in allweg bey unser instruction bis uff euer fstl. Gn. verrer erclerung und resolution zu bleiben<sup>1</sup>.

Es würdet auch der H. Grandvell euer fstl. Gn., wie er uns sagt, selbst schreiben. Und dieweil wir befünden, das der H. Grandvell den uffzug der händel allhier euern fstl. Gn. zumessen will und unser person auch derhalb in verdacht genomen, so were unser underthenig bedencken, das euer fstl. Gn. ime

<sup>1</sup> *Lgf. Philipp von Hessen antwortete den Räten aus Ziegenhain am 9. März 1543: [...] Und muget Granvelle hinwider wol antzeigen, er hab gut sagen von der sacht, er redde auß voller hand, aber das wir Teutschen, di sich zum teil in rauher art enthalten, so grosse hilf wider den Turcken thun und daheimen nit frid und gleich recht haben sollten, das sey zum hochsten beschwerlich, dann uns unsersteils allein der bescheen turckenzug wol bis in di 50 000 fl. gestanden. Und darzu seien uns allein aus unserm land bis in di 20 oder 30 erlicher menner vom adel in disem zug außbliben und gestorben. Das nun einer sovilt thut, sein leut und gelt von sich schicken und wi bemelt daheimen kein friden oder gleich recht haben sollen, das sey je beschwerlich und wyr wöstens auch unsern religionsstenden nit zu raten. Und ob wirts inen schon rithen, so volgten sy uns doch deß nit, sondern sagten, wir rithen inen untreulich. [...] Das aber wir solten hirin unserer stende mechtig sein und das, wo di stend one furgeenden friden und recht nit willigten, man uns schuld geben wolt, solchs were uns zu unschulden zugemessen. [...]. Ob nun Granvella weiter in euch tringen wolt, so leget im alle ding mit besten fugen ab, gebet im gut wort und pleibet in disem und vorigen unsern bevelhen und stellet euch nit cleinnmutig, dann wir diser wort, als ob wir der andern unserer stende mechtig weren, wol ehr in Regensburg [1541] von Granvelle gehoret. Und saget dem Granvell, wann es sich in der red also zutregt, wir begerten keiner großen auctoritet, konten wir aber einen gnedigen kaiser haben, das nemen wir gern ahn. Hetten aber di geschickten der Kff., Ff., stett und stend unser christlichen vereyne oder das merer teil aus inen des fridens und gleichen rechtens halben ein ander bedencken dann wir, und daß di sechsischen mit solhem anderm bedencken mit zustimpten, solhs zeigt uns an, so wollen wir uns unsers gemuts ferner gegen euch furderlich vernemen lassen. [...] In: Marburg StA, PA 650, fol. 231r–237v, hier fol. 233r–236r (Konz.).*

selbst hett diser sachen halb geschriben, dass wurde ime mehr thun dann alles, das wir furwenden mögen. *Schlussformel.*

Datum Nurmberg, freittags den andern Martij anno etc. 43.

*US der Räte Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer.*

[*Zusätzliches Schreiben von Rudolf Schenk:*]<sup>2</sup> Es hat Eck heut nach mir geschickt und mir zue erkennen geben, er wolt noch heut zwei mittel furschlagen, di er ungern furschluge, er konnte es aber nicht umbgeen und were ime nicht daran gelegen, sie wurden gewilligt oder nicht<sup>3</sup>. Aber das er solich mittel furschlagen muß, das keme von unsern leutten und von unserm teil, di gleichwol zu ime nicht komen, sondern zu seinen mitverwanthen etc. Und zeigten diselben unser leut ahn, sie wusten wol, das Sachsen und Hessen Hg. Heinrichen nicht wollten im lande leiden, es were aber ihr gemut nicht. Sie hetten mit Hg. Heinrichen nichtzit zu thun noch davor zu thun gehapt. Sie sehen wol, das man Hg. Heinrichen gern uff sie richten und hetzen wolt. Darumb, obschon Sachsen und Hessen nicht wolten, so wolten aber sie, und man solt es in rath komen und davon schließen lassen, so wollten sie es mit dem mehrern erhalten. Darumb wer Eck und seine zuverordneten zu disem mittel gedrunge und wir wurden erfahren, das in unserm rath ein grosse trennung und sonderung sein wurd. Wir vertraueten uff unser leut zu viel, sie weren nichtzit nutz.

Und wiewol ich dise antzeig dahin verstanden, das er gern von mir vormerckt hett, ob sich soliche trennung unter uns hielte oder ob di mittel auch haften wurden, so hab ich ime dagegen geantwort, das ich dise sonderung in unserm rath nicht verstanden, sondern wir weren bis daher einmütig gewest, wurden auch desselben kunftiglich sein. Und wusten di stende in diser sachen also geneigt, das sie fur einen mann stehen wurden, aber es mochten sondere personen sein, di one bevelich irer herrn di ding dahin handeln mochten<sup>4</sup>.

<sup>2</sup> *Fehlt in A, nur in B vorhanden.*

<sup>3</sup> *Siehe das Protokoll der Verhandlungen in der Causa Braunschweig: Nr. 244 zum 1. März, fol. 212v–215v.*

<sup>4</sup> *Daraufantwortete Lgf. Philipp in seinem Schreiben an die beiden Räte vom 9. März 1543: [...] Das Eck mit euch geredt und hat gesucht, das di unterhandlung auch uff Hg. Heinrichen gericht, also das derselbige wider mocht ins land kkommen, dann er gedenck ufst land gantz nit zu vertzihen [...], solch rede vergleichet sich mit dem, so Eck euch hibevor gesagt, nicht, und ist warlich vonnötten, das man in disen sorglichen sachen one falsch wi di tauben und weiß wi di schlangen sey [Matthäus 10,16], dann wi wir Ecken alweg erkennet, also finden und vermercken wir inen noch in diser handlung, das er sich wendet wie das aprillnwetter. Und derwegen ist unser rath, das ir euch gegen im nit cleinmütig stellet oder ertzeiget, sondern wann er mit euch pochet, alßdan wider mit im hart redet, und wann er euch auch keinen boten schickt oder euch anspricht, alsdan auch zu im nit tringet. Dann wan alle unsere religionsstend unsern oder halb unsern synne hetten, so seint wir (gottlob) noch weder gepunden oder gefangen, wirdet aber der Kf. zu Sachsen und di andern unsere stende gneigt sein, handlung zu leiden, daß H[g]. H[einrich] wider ins land gelasen werde, [...] so solt irs nit abschlagen, wiwols mit*

Di mittel aber, die Eck und seine mitverordneten furschlagen, wurden dise sein: Erstlich, das Hg. Heinrich di versicherung zu dem besten thun muse. Zum andern, das das landt Braunschweig in zweier fursten hende gestelt wurde, bis di sachen zwuschen disen stenden und Hg. Heinrichen, und sonderlich der stett Goßlar und Braunschweig halben, vertragen werde oder aber, das solch landt in handen der ksl. Mt. gestelt wurd.

Und wie er mir gestern angezeigt, also were es noch di meinung, namlich das seine herrn den Gumpenberger mit einer chredentz zu Hg. Heinrichen geschickt und ime sagen lassen, woll ehr in irem landt sein, so soll er sich aller thatlichen handlung enthalten.

Gescheen am ersten tag Martij anno etc. 43 im beisein Sebastian Aitingers am morgen.

*US: Rudolf Schenk.*

### 343 *Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543* Mittwoch nach Letare (März 7)

*Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 120r–125v (Ausf.); AS fol. 120r:* Retehe zu Nurmbergkh schreiben der amotion halben des chamergerichts personen umb bevelch, item vergleichung eins andern tags halben. Item schicken H. Heinrichs cantzlers ubergeben supplication und kuntschaft des Turcken. Item des ausschus bedencken der bayerischen handlung halben. Item credentz und instruction etc. des thumbprobsts zu Coln geschickten ghen Nurmbergkh etc. Item schicken copeien der ubergeben notel dieser stendt uf des röm. konigs und ksl. commissarien triplicen und Johan Helfmanns schreiben des thumbprobsts zu Coln procedirens halben wider diese stende etc. und anderß mehr betr.

*Die Antwort des Königs und der Kommissare an die Protestanten (Nr. 158) bringt kaum neue Zugeständnisse und verweist auf die vorangegangenen Abschiede und das Konzil. Deshalb wurden alle protestantischen Reichsstände ausserhalb Hg. Moritz rethen und deren von Nurmberg, so sich dieses handels nuemals enteussern etc., gestern vor dato [1543 März 6] uffs haus erfordert, davon zu ratschlagen, was ferrer in dem furzunehmen sein möcht und darauf umbfrage gehalten.*

Und ob sie wolh alle (ausserhalb Mgf. Jorgen gesanten, welcher ime die antwort, doch wo die visitation des chamergerichts auf die ksl. declaration sollt beschehen, durchaus liesse gefallen) bedacht, das diese der kgl. Mt. und der ksl. comissarien antwort [Nr. 158] diesen stenden dermas nicht annemlich und das man derwegen auf voriger bit der supplication [Nr. 152] und replica [Nr. 157] beruchen solt, so haben sie doch dohin geschlossen, einen ausschus, die sachen weiter zu bewegen und zu beratschlagen, zu verordnenen, welchs dann beschehen. Nuen kann der ausschus auch nicht befinden, do die stende von irer

---

im, H[g]. H[einrich], sorglich, dan weder treue oder glaub bey im ist. [...] In: *Marburg StA, PA 650, fol. 231r–237v, hier fol. 231v–232r (Konz.)*.

bit abweichen und sich uff solche antworten zu handlung einlassen solten, daß damit iren beschwerung konnth oder möcht geholten werden und derwegen bedacht, uff voriger supplication, bit und erbietten zu verharren<sup>1</sup>. Doch haben sie solchs an gemeine stende noch nicht gelangen lasen. Aber wir halten es dafur, weil die stende als obgemelt solchs auch fur guth angesehen, sie werden des mit dem ausschus einig sein. Und uff den fallh, do die stende des einig und die kgl Mt. sampt den ksl. comissarien wurden auf irer antwort beruhen, wie dan zu vermuten und sie sich in solcher antwort vernehmen lassen, daß sie die abschaffung der chambergerichtspersonnen nicht willigen könnten, aus ursachen, wie eur kfl. Gn. aus überschickter notel zu befinden, und auch etzliche

<sup>1</sup> *Kf. Johann Friedrich ermutigte die kursächsischen Räte in seinem Antwortschreiben aus Torgau, 1543 März 12, kompromisslos an der Durchsetzung der Forderungen zu Friede und Recht festzuhalten und tadelte alle von dieser Linie abweichenden Bestrebungen: [...] So vormercken wir, Hg. Moritzen rethe, auch die von Nurnberg haben sich bereit an abgesondert und, wie ir euch befaret und wol zu glauben ist, so werden andere mehr wancken. Nun were es aber dem braunschweigischen [1542 Sept. 12], auch schweinfurdischen abschieden [1542 Nov. 15] nit gemeß, dadurch man sich einhelliglich vorainigt, kein turckenhulf ferner zu bewilligen, man hab dan zuvor einen bestendigen friden und gleichmessig recht und des chamengerichts reformacion erlangt. Darumb wollen wir uns vorsehen, die stende der aynung werden kein trenung unthier uns hierinnen machen. Wolt uns auch allen vhost vercleinlich und schimpflich sein, das man von dem anhang, damit man die letzere schrift [Nr. 157, Art. 9] geschlossen, nemlich das man dieses teils die turckenhulf ane erlangung bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens nit leisten kondt etc., so schimpflich von solcher antzaige, wie etzlicher meynung sein magk, solte abfallen und zum wenigsten ane sonderliche bedingungen sich zu der ratslagung der turckenhulf mit einlassen. Solt es auch beschehen, so were besser gewest, man hette die suchungen nihe gethan. Dan wirdet man in deme so cleinmüttigk dißteils befunden werden, so wirdets darnach dohin gereichen, das wir uf diesem teilh dem andern teilh nur seins gefallens und willens werden nachöhmen müssen und zu unser notturft hinfurth nichts erhalten können. So kondten wir auch nit gedencken, wie man zu gleichmessigen und unpartheischen rechten hinfurder am chamengericht werde komen mugen, dan man wirdet uns fur und fur uffziehen und endtlich keine reformacion, die uns nutzlich sein mochte, erfolgen, so wir [uns] des vorteils, der itzt der turckenhulf halben vorstehet, begeben. [...] In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 306r–320v, hier fol. 306r–307r (Ausf.). Am Ende desselben Schreibens bemerkte der Kurfürst zur Frage der Türkenhilfe in einem PS (hier fol. 319r): Wir bedencken, ob nit gut solt sein, wo man je uf der waigerung der turckenhulf, und sonderlich unser vedter und bruder, der landgraf, nit wolte beyainander bestendiglich beharren, es beschee dan dasjenige, so durch die ubergebene supplication [Nr. 152] gesucht, das man alsdan der hinstellung uf ksl. Mt. zu ir Mt. ankunfft dis mit anhinge, das man zu irer ksl. Mt. ankunfft und handlung sich wolte vornhemen lassen, ob man die bedachte turckenhulf mitbewilligen und laisten wolte ader nit. Dan ksl. Mt. mochte sich durch sinistre bericht bewegen lassen, das es uns dieses teils beschwerlich und nit antzunemen sein mochte. Doch werdet irs mit den andern rethen und botschaften weiter wissen zu bedencken. Datum ut in litteris.*

stende in sonderheit bericht worden, das sich die kgl. Mt. habe vernemen lassen, ehe die abschaffung der personen ane vorgehend erkenntnus und visitation, dermassen wie gebetten, beschehen sollt, es muste ehe das Reich zu boden gein und, do es gleich ksl. und ire kgl. Mtt. willigten, so wurden es doch Kff., Ff. und stende des andern tails nicht geschehen lassen.

Und wir aber so viel vermercken, do sich die sach allein an deme stossen solte, das diese personen des chammergerichts ane ausfindung der zugemessenen betzichtigung nicht wolten abgeschafft werden und die kgl. Mt., ksl. comissarien und stende die visitation und reformation inhalts der ksl. declaration (die dann von gantzlicher abschaffung dieser personn nicht meldet) zu geschehen willigten, daß vil von den stenden dißteils – beschwerung der proceß und achten, so vorstehen, zu verhueten – von solchen gebettenen abschaffung der chammergerichtspersonnen absteen und die sach an solcher visitation inhalts der declaration vorzunehmen begnugig sein wurden, sonderlich Wirttenberg und etzliche von stedten, wir aber von solcher gebettenen abschaffung abzusteen kein bevelh haben, so bitten wir underthenigst, uns forderlich zu berichten, wes wir uns in dem, do das merer teilh der stende aber [= *oder*] ir vilh dohin stymmen wurden, verhalten solten, dieweil doch eur kfl. Gn. am chammergericht die wenigsten sachen haben<sup>2</sup>.

Es haben uns auch die hessischen rethe bericht, das sie irem herrn geschriben, ob gut sollt sein, das die stende disteils uffn falh, do nichts weiter zu erlangen, von hynnen uff eine andere malstat verrucken oder ein ander gelegener tag forderlich außgeschriben, von diesen und andern dieser stende obligenden sachen zur notturft zu handeln und zu schliessen, damit man des fernern practicirens, das sonsten, so man alhie verharren sollt, nicht nachbleiben wurde, vertrag hette. Nachdeme wir dan disfalhs von eur kfl. Gn. auch keinen bevelh, bitten wir underthenigst, uns derselben gemuth, wes wir uns, sonderlich do gemeine der stende rethe und gesanten auf die veruckung der malstadt oder auf ein andere forderliche zusammenkunft schliessen wurden, halten solten<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> *Darauf antwortete Kf Johann Friedrich den Räten am 12. März 1543: [...] So wil auch darauf gut achtung zu geben sein, das man sich nit dermassen einlasse und an der furgeslagenen visitacion und suspension begnugig sey, als hette man sich der recusacion, auch der ratificacion und revocacion halben der procuratorm, so negst durch euch und die andern rethe bedacht und beratslagt ist worden, dodurch vertzygen [= verzichtet]. In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 306r–320v, hier fol. 30rv (Ausf.).*

<sup>3</sup> *Zur Frage der vorzeitigen Abreise der Räte aus Nürnberg antwortete Kf. Johann Friedrich am 12. März 1543 seinen Räten: [...] Wurde man aber uf die weigerung vilgemelter turckenhulf und darjegen zu der mithandellung des hauptwercks nit mitzuschreiten beharlich pleiben und der gemeinen stende rethe und botschaften des verruckens halben sich eins bedenckens vorgehen, so wollet uns solchs unverzuglichen zu erkennen geben, uf das wir uns sampt unserm vedtern, dem lantgrafen, auch darnach zu*

*Sie übersenden die Supplikation des braunschweigischen Kanzlers (Nr. 247), Kundschafterberichte vom Vorrücken der Türken (Nr. 135) und das Protokoll der Verhandlungen über das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel zwischen dem Ausschuss der Schmalkaldener und den bayerischen Vermittlern (Nr. 244) samt einem Gutachten der Schmalkaldener (Nr. 245), wozu sie um weitere Instruktionen des Kurfürsten bitten<sup>4</sup>. Ebenso ersuchen sie um weitere kfl. Befehle, wie sie sich bez. der Vollmacht und Instruktion Hg. Georgs von Braunschweig, Dompropst von Köln (Nr. 56), verhalten sollen.*

*Kursachsen und Hessen müssen sich einigen, wie mit dem Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel weiter zu verfahren sei. Einige Bundesstände gaben Gutachten ihrer Rechtsgelehrten in Auftrag (Nr. 246, Nr. 256) und sind der Meinung, dass die Bundeshauptleute das Land nicht behalten sollten. [...].*

### **344 Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 sonntags Palmarum (März 18)**

*Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 86r–93v (Ausf.); AS fol. 86v: Rethen zu Nurmbergkh schreiben, was der puncten halben friden und rechtes in rethen sich zugetragen. Item schicken der gulchischen gesandten ubergebene clag und was sie weiter furgewendt, auch ein ksl. mandat, daruber sie sich beschweren etc. Item schicken die rechnung der kleinen anlage geendert. Item copei Johan Helfmanns schreiben. Item copei der antwurt an thumprobst zu Coln uf sein werbung gegeben. Item noch mer wolffenbutlische brieff. Item zeitungen von ksl. Mt. ankunft und des Bf. von Munster entschuldigung des vordachts halben mit Franckreich.*

*Bestätigen Erhalt des kfl. Schreiben vom 12. März 1543<sup>1</sup>. In den Verhandlungen über Friede und Recht gibt es weiterhin keine Fortschritte. Und seint diese stende weiter von der kgl. Mt. und den ksl. comissarien nicht erfordert worden, allein das wir durch vertraute personen bericht, das solcher handel durch di andern stende ferner beratschlagt und sich im ratschlag zweyung zugetragen. Dann etzliche haben von der ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] nicht wissen noch dieselben zulassen wollen, etzliche gesagt, was die kgl. declaration [RTA*

*richten haben. [...] In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 306r–320v, hier fol. 312r (Ausf.).*

<sup>4</sup> *Der Kurfürst, der das ihm zugesandte Gutachten des Ausschusses der Schmalkaldener (Nr. 245) noch nicht erhalten hatte, stellte in seinem Antwortschreiben an die Räte vom 12. März 1543 ausführliche Überlegungen zur Lösung der braunschweigischen Frage an, wobei er eine Rückkehr des Herzogs in sein Fürstentum definitiv ablehnte und bei weiterer Uneinsichtigkeit der bayerischen Vermittler dafür plädierte, die Ankunft des Kaisers im Reich für weitere Verhandlungen abzuwarten. In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 306r–320v, hier fol. 313r–318r (beiliegender Zettel), (Ausf.).*

<sup>1</sup> *In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3, fol. 306r–320v (Ausf.).*

*JR Bd. XII, Nr. 148]* anlanget, das stelleten sie zu der ksl. und kgl. Mtt. und wolten dieselben in irem werth beruhen lassen. Und solle entlich durch das merer im furstenrath dohin geschlossen sein, das alle sachen, so dißteils stende am chammergericht haben, suspendirt werden sollen, darauf auch durch die kgl. Mt. und ksl. comissarien mit bewilligung bemelter reichsstende des andern teils die verschaffung solcher suspension bei dem chammergericht beschehen; die briff und bevelch derhalben heut dato von hynnen abgefertigt. So sollen auch dergleichen zwayung im churfurstenrath gewesen sein, aber nachdeme der maintzisch cantzler, Dr. Jonas, beider Kff. Pfaltz und Brandenburg rethe an ime hangen, hat er die uff seine meinung persuadirt. So hat Trier solchs allein auch nicht fechten können, Colln ist noch nicht alhie. Derwegen sie dohin, daß die declaration nicht antzenemen, gestymmet, darob doch die kgl Mt. nicht wol zufriden, sonder vil lieber gesehen, sie hetten die declaration angenommen, inen auch solchs antzeigen lassen. Nun achten wir es dafur, wann die suspension wircklich ervolgen und die ksl. declaration ire craft und wirckung der reformation des chammergerichts halben und sonst haben und solchs im abschied vorsehen wurde, es werden alßdann die stende dißteils ader ja daß merer die turckenhulf zu laisten bewilligen, dann sie werden es dafur halten, do die declaration angenommen, die suspension ervolgt und die visitation demselben nach beschehe, daß die itzigen personen an dem chammergeicht schwerlich pleiben und also die beide artickel des fridens und rechtens nach gelegenheit erledigt sein wurden. Bitten derhalben underthenigst, eur kfl. Gn. wollen uns, wes wir uns, do sichs also begeben, alßdann von derselben wegen halten sollen, gnedigst durch die post verstendigen<sup>2</sup>.

<sup>2</sup> *Darauf antwortete Kf. Johann Friedrich aus Torgau, 1543 montags in osternfeyern (März 26): [...] Wo nu sein L. [= Lgf. von Hessen], auch die andern rethe und botschaften bedacht hetten ader bedencken wurden, das man daran begnugig sein und die turckenhulf dermassen gewilligt werden solt, so haben wier in unser instruction befolhen, das ir euch in deme und anderm von inen, sunderlich aber von des landtgrafen rethen auch nicht sundern sollet. Dann wiewol ir schreibet, das ir es dohin achtet, die andere rethe und botschaften wurden daran auch gesettiget sein ader jhe der mehrer teil, so solt ir euch doch von dem landtgraffen und seiner L. rethe hirin nit sundern. Zudeme können wier auch nicht wol bedencken, das sich imands unter den andern absundern werde, dieweil ir wol hievor bereittan weich vormarckt worden. Wier begern aber, do es zu bewilligung der turckenhulf unser, dieses teils, halben auch wurde gereichen, ir wollet die bewilligung von unsern wegen mit diesem bescheid und anders nit thun: Nemlich do ein expedicion widerumb von des Reichs wegen solt furgenommen werden, das dann wier dieselbe nit anders, dann vorm jhar von uns beschehen, wolten gewilligt haben etc. Das meinen wier, das wier zu dem gemeinem pfennige, ob er gleich von den andern weiter wolt angelegt werden, wolten unverpflicht sein, sundern unsern anteil kriegsvolcks zu ros und fus vor uns selbst erhalten. Und das wier unsere prelaten, graffen und herren in unser und unser landtschaft hulf wollen getzogen und behalten haben. Allein sovil die graven belanget, welche anne mittel vom Reich lehenschaften in*



*In Kürze werden sie dem Kurfürsten die von den jülichischen Räten vorgebrachte Rechtfertigung (Nr. 204) und die drei jülichischen Supplikationen (Nr. 205a–c) übersenden. Gestern [1543 März 17] ersuchten die Gesandten Hg. Wilhelms von Jülich abermals um Audienz vor den Reichsständen und berichteten vom Scheitern der Vermittlungsbemühungen der vier rheinischen Kurfürsten und des Lgf. von Hessen im Geldernkonflikt, mit abermals angehafter bit und erbiten, das seine fstl. Gn. der Kff., Ff. und stende des Reichs gutliche und rechtliche handlung und erkenntnus leiden möchten. Die von den Jülichern übergebenen lateinischen Aktenstücke (Nr. 208 samt Beilagen) werden die Räte dem Kurfürsten in Kürze senden.*

*Die jülichischen Räte meldeten Bedenken an wegen der vom König erlassenen Mandate mit dem Verbot der Annahme fremden Kriegsdienstes (Nr. 137), weil sie dann fursorg hetten, das solchs irem gnedigen fursten und herrn an seiner fstl. Gn. gedrungehen und unmeidlichen defension schaden und nachteil, auch verhinderung bringen wurde, daß dieselben zu solcher defension volck nicht bekohmmen möcht<sup>3</sup>. So wolten sie gebeten haben, iren gnedigen herrn, auch gelegenheit der sachen in deme zu bedencken und sich dester ehr mit antwort vernehmen zu lassen. Nun ist nicht an uns; seint durch kgl. Mt. secretarien etzliche und in zimlicher antzalh solcher mandata, mit angehengtem begern, die eur kfl. Gn. publicirn zu lassen, zu übersenden zugestelt. Weil wir aber*

---

unserm furstenthumb liegen hetten, das wier geschehen lassen musten, das sie dieselbe [= die Türkenhilfe] dem Reich in diesem valh verrichten, dan ir wist, und sunderlich du, cantzler, das die graffen inen dieselbe des Reichs lehenschaften furbehalten, mit unser landschaft nicht zu voranlag, welchs wier auch haben geschehen lassen. Aber was berurter expedition ader hulf halben wider den Turcken dismals unser bedencken ist, solchs habt ir aus ingelegten zetteln zu vornehmen. Solten auch die andern stende den gemeinen pfennig weigern, so wirdet schwerlich vorbleiben. Diejenigen, so sich hievor beclagt, das sie im Reich zu hoch angeschlagen, werden vor allen dingen ringerung der anschlege widerum suchen und begern. Und ist gleichwol schwer, also in die turkenhulf zu bewilligen, dann unser schwaher von Gulich, als der in treffenliche scheden gefurt, wirdet numehr von vier furstenthumen schwerlich etwas darzuthun können. So besorgen wier, der Kf. zu Brandenburg werde vorm jare vor sich selbst auch wenig ader gar nichts dartzu gethan haben. Dergleichen sol mit der itzigen turkenhulf seiner L. [= Kf. von Brandenburg] halben abermals, wie wier uns vorduncken lassen, wol furfallen. Nun kunt nit schaden, wo es vormarckt und also befunden, das durch die gemeine stende dorumb geredt wurde. [...] In: *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 36r–42v, hier fol. 36v–38r (Ausf.)*.

<sup>3</sup> *Dazu bemerkte Kf. Johann Friedrich am 26. März 1543 gegenüber den Räten: [...] In gleichnus haben wier auch gerne vernomen, das sich seiner L. [= Hg. Wilhelm von Jülich] rethe der mandaten, wie ir schreibt, beschwert, so die kgl. Mt. in ksl. Mt. nahmen vorfertigen hat lassen, dann leichtlich ist zu gedencken, das solche mandat nit allein wider den Frantzosen, sundern auch wider unsern schwager, vielleicht auch kgl. Wd. zu Dennemarcken gewest sein. [...] In: *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 36r–42v, hier fol. 39v (Ausf.)*.*

bedencken gehabt, die eurn kfl. Gn. zu überschicken, so haben wir dieselben auch mit fugen und one verunglimpfung eur kfl. Gn. in die kgl. cantzlei nicht widerumb zu uberantworten gewust. *Die Räte schicken nun ein Exemplar des kgl. Mandats und bitten um Instruktion, wie sie sich bezüglich der Mandate verhalten sollen.*

*Am 13. März 1543 kam Hg. Ludwig von Bayern gemeinsam mit Hg. Heinrich von Braunschweig in Nürnberg an und sie reisten beide heute (1543 März 18) in der Früh um sieben Uhr wieder ab. Waß ire hendel und sachen alhie gewest, darnach haben wir vleissige erforschung gehabt, aber anders noch weiter nicht erfarn können, dann das Hg. Ludwig etzliche sachen, daran seiner fstl. Gn. und derselben bruder regalien gelegen, zu schaffen gehabt haben soll.*

*Die kursächsischen und hessischen Räte regten bei den Schmalkaldenern die Bildung eines Ausschusses an zur Anhörung der Abrechnung der kleinen Bundesanlage des Jahres 1541.*

*Der Reichskammergerichtsprokurator Lic. Johann Helfmann übersandte den Schmalkaldenern wieder einen Bericht wegen der am Reichskammergericht gegen sie anhängigen Prozesse.*

*Die Räte übersenden die Antwort der Schmalkaldener auf die Werbung Dr. Ludwig Falkenbergs, des Gesandten Hg. Georgs von Braunschweig (Nr. 252), und Kopien der Briefe aus der Wolfenbütteler Aktenbeute.*

[1. PS:] Wir wissen eur kfl. Gn. auch nicht zu bergen, das unser gnediger her, Hg. Moritz, zu den andern seiner fstl. Gn. rethen auch den alten Jorgenn von Karlwitz zu diesem reichstag anher verordent, der auch alhie ankommen. *Die Räte überschicken Neue Zeitungen betr. die baldige Ankunft des Kaisers in Deutschland.*

[2. PS:] *Sie übersenden die Rechtfertigung des Bf. von Münster gegenüber den Reichsständen (Nr. 206).*

### 345 *Die hessischen Räte an Lgf. Philipp von Hessen – Nürnberg, 1543 März 23*

*Marburg StA, PA 650, fol. 300r–305v (Ausf.).*

*Die jülichschen Räte trugen am 18. März in der Versammlung der Schmalkaldener und der evangelischen Stände ihr Anliegen vor und baten, das sich dise stendt in sollicher ires gnedigen herrn beschwerung nicht wollten absöndern, sonder neben andern stenden des Reichs daran sein und furdern, das des Reichs libertet und freyheit nicht undergee, das der hertzog bey des Reichs rechten verthädingt, vor gewalt beschutzt, das ir fstl. Gn. mit erstattung costens und schadens restituirt, das die mercatur und kaufmanschaft fur sich gee, das auch fridt und*

recht gepflantzt werden mög, verner inhalts sollichen irer bitt, davon wir euern fstl. Gn. hiemit verzeichnis zusenden<sup>1</sup>.

Und dieweil daruff die umbfrag in unserm rath beschehen, haben die protes-tierenden und aynungsverwanten dohin geschlossen, bey voriger supplication [Nr. 152], replicen [Nr. 157] und ubergeben schriften zu bleiben. Dieweil aber in unser petition begriffen, das man zu keiner turckenhulf unerledigt fridens und rechtens komen könnndt und dann derselb begert friden, do er schon mit allen furgeschlagnen conditionen erlangt, nit bestendig sein möcht, es were dann, das die gulchische sach auch hingelegt, zu vortrag oder anstandt gepracht wurde, so möchte man sich wol one verletzung unser voriger supplication, replic und ubergeben schriften in dieselb suchung, die sich in den hauptpuncten des fridens ziehen thett, einlassen.

Und nachdem wir dinstags morgen [1543 März 20] in den rath zu berathschlagung des königs proposition gevordert wern, so sollt ein ider in sein rath geen und an seiner session anzeigen, das sein gnediger herr zu der hulf auch nit ungeneigt, es konnt aber dieselb nicht berathschlagt oder furgenomen, es weren dann die puncten fridens und rechtens also erledigt, das nicht allein dise, sonder auch andere stendt des Reichs zugleich sich eines bestendigen fridens zu verträsten und also kein standt ursach haben möcht, sich unfridens halber us der turckenhulf zu ziehen.

Neben dem so sein auch unsere stend in gewisse erfahrung komen, das vil guthertziger personen in dem furstenrath wern, die leiden möchten, das auch vor allen dingen und ehe man uff des königs proposition handelt, frid und recht bestendiglich gemacht und uffgericht wurd, dero etzlich daruff geschlossen, bey dem könig dohin antzuhalten, das sein Mt. dartzu verhelfen wollt, die sich vor den andern so tröstlich nicht vernemen lassen dörfen. Do sie nun unsern rathschlag und bedencken einmuetig vernomen, so möchten uns dieselben guthertzigen beyfalth thun und wir dadurch sovil dester mehr zu dem mehrer theil der stymmen komen.

Aber der könig hat sich dartzu nicht bewegen lassen, sonder befunden, do dise stend sich zu den andern in rath begeben und sich des fridens halber bereden sollten, dass villeicht das mehrer theil der stymmen furdringen, das friden und recht vor allen dingen beratschlagt werden sollt, wie wir dann vormaln bey dem könig und commissarien sollichs clerlich befunden, das sie nicht haben wöllen zugeben, das die stend alle des fridens, der declaration und des gleichmessigen rechtens halb zusammenkomen und sich underreden sollen.

Do nun unser religion- und aynungsverwanten stende sollich guthertzigkeit bey etzlichen den andern stenden vermerckt, haben sie in, den könig, gedrun-gen, das er einen ußschuß, wölcher sich von den mängeln des fridens bereden möcht, verordnen wöllt, dieweil auch ungezweiffelt von den andern stenden

<sup>1</sup> *Die jülichsche Werbung vor den protestantischen Ständen entsprach im wesentlichen jener vor den Reichsständen am 17. März 1543: Nr. 208.*

etzliche dartzu geneigt wern. Daruff hat sich nun der könig, wie uns anlangt, vernemen lassen, er hette die andern stend alle beschickt und fende nicht einen, der zu dem ußschuß und der underred geneigt.

Damit man nun zu erfahrung der praticen und anschleg sovil dester mehr komen und man also in gemeinem rath vernemen mög, ob auch etzliche underinen wern, die guthertzig und zu unserer meynung auch geneigt sein wollten, so ist auch uß diser ursach fur gut angesehen, das ein ider in sein rath geen und nach obgemeltem bedencken votiern sollt.

Nun haben wir uns unsers bevelchs auch erinnert und wol erachten konnden, das uns uber so oft entpfangen warnung nicht gepurn wöllen, uns in einich handlung zu begeben, wir hetten dann den bestendigen friden und das gleichmessig recht erlangt. Derhalben wir dann auch mit den andern unsern stenden nicht consentiert oder bewilligt, sonder uff unserm bevelch bestanden und denselben allein den sächssischen kfl. räthen angezeigt. Dann hetten wir denselben unsern entpfangnen bevelch, namblich das wir uns auch in diser gulchischen sach nit einlassen könnten one erledigte puncten unser supplication, so hetten wir in dem gantzen ratht das mehrer umbgestossen, dann uff angezeigten unsern bevelch wurd sich ider stand auch bevelchs erholt haben. Darunder were vertzug der sachen uffgangen und möcht euer fstl. Gn. und uns von den andern stenden diser verweyl daruff gestanden sein, das wir einig die wern, welche die gulchisch sachen, das die nicht zu gutten mitteln und vergleichung gepracht wern, verhindert, wie dann Eck one das mir, Rudolf Schenncken, gesagt, das die sächssischen und ich den hertzen umb das land prechten. Und sein derhalben von den sächssischen kfl. räthen gepetten, unser votum zu verhalten und das der iren nicht umbtustossen.

Damit aber die sachen dohin gericht wurden, das wir von wegen euer fstl. Gn. bey unserm bevelch beliben und dem von Gulch dannocht geholten wurde, so wollten sie die berathschlagung, welchermassen dieselb, das sie vorigen supplicationen, replica, übergeben antwurten und unserm bevelch nicht entgegen, furgenomen werden sollt, uff den ußschus richten. Daruff so ist dem ußschus unsers raths, der sachen verner nachtzugedencken, bevelch beschehen<sup>2</sup>.

*Die hessischen Räte wurden von Kg. Ferdinand schon mehrmals, auch in Einzelgesprächen, ersucht, sich in Verhandlungen mit den anderen Reichsständen einzulassen, unbeschadet ihrer in der Supplikation formulierten Anliegen. Bisher weigerten sie sich, auf dieses Ansinnen einzugehen und beharrten auf den Befehlen des Landgrafen. Sollten sie sich nun auf die Beratungen betr. Jülich einlassen, würden sie sich dem Vorwurf aussetzen, gegen habsburgische Interessen zu agieren.*

In summa, nach lang gefurthter disputation und damit dannocht die andern disen stenden nit zulegen könnten, als ob sie Gulch an berathschlagung seiner sachen wolfarth und gutter handlung verhindert, hinwiderumb der könig,

<sup>2</sup> Siehe Nr. 209, Anm. 2.

commissarien oder nyemandt sagen möcht, das wir uns zu denen sachen, die dem keiser zugegen wern, begeben könnten und also nichtzitdesterweniger uff unserm bevelch voriger suplication, replicen und schriften beliben wurde, so hat der usschus uff dis mittel bedacht, davon wir euern fstl. Gn. hiemit copi zuschicken [Nr. 209]. So nun unsere stendt alle uff sollich bedencken geschlossen und wir zu demselben befunden, das damit us voriger supplication, replicen, ubergeben schriften und bevelch nit geschritten, sonder vilmehr der frid gefurdert worden, haben wir uns in betracht desselben und dann auch, das unser bevelch dohin gehalten, allen fleiß mit flehen und bitten (wie dann der andern stend meynung auch geweßt, sich keiner andern gestalt dann mit flehen und bitten einzulassen) furtzuwenden, dardurch die gulchisch sach zu anstandt oder vertrag gepracht werden möchte, zudem, dieweil unser stendt all geschlossen, damit uns von den andern nicht uffgelegt, als ob wir einig [= *einzig*] dis sachen verhindern wollten, sollich bedencken auch gefallen lassen. Und daruff, namblich zu berathschlagung der mittel zu erlangung bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens, hat sich ein ider standt in den rath gethon. Und ist die umbfrag auch in dem furstenrath beschehen, in wölchem der mehrer theil der stymmen dohin geschlossen, das man zu keiner hulf gegen dem Turcken komen könne, man hab dann zuvor bestendigen friden und recht.

Als man nun morgen mittwochs [1543 März 21] widerumb in den furs-tenrath angesagt und darinnen die gulchisch sach zu berathschlagen propo-niert worden, haben der fursten gesanten unsers raths all einmuetig dohin geschlossen: Es sey dinstags davor gehort, das sie sich in kein handlung der turckenhulf halb noch sonst einlassen könnten one frid und recht. Dieweil nun dis die gulchisch sach in dem hauptpuncten des fridens lauffen wöllt us den ursachen, do schon die andern conditionen fridens und rechtens erledigt und diser punct solt verpleiben, das bestendiger friden nicht sein könnte, wie des allerley ursachen furgewent sein, so wollten sie zu berathschlagung desselben puncten verhelfen, doch unbegeben irer voriger supplication, replicen und schriften, auch nit anderst, dann so further in den uberigen puncten fridens und rechtens halb furtgeschritten wurde. Und ist also mit dem mererm im kfl. und furstenrath geschlossen, nachdem diser punct in den friden gehöret und not were, das derselb zu anstandt oder vergleichung gepracht wurd, das man dann bey dem könig, ksl. oratorn und commissarien bitten solt, das ir Mt. und sie uff die weg gedencken wollten, dadurch die sachen zu anstandt, frid und vergleichung gepracht werden möchten.

Zuvor und ehe aber sollich bitt in die vollntziehung komen, hat man widerumb allen stenden, namblich idem in sein rath, angesagt, mit diser ußstruckenlicher anzeig, das man die berathschlagung der turckenhulf furnemen wöll. Daruff und namblich uff das davor erhalten mehrer, damit auch Egk und sein hauff die andern gutherzigen dester weniger uberstymmen möcht, sein wir widerumb in furstenrath komen und wie darvor angezeigt, das kein stand gern us seinem brinnenden hauß wasser zu beschirmung seiner nachpern hauß tragen

wurd. Darumb so konnt kein fruchtbarliche hulf nicht beschehen, es wurd dann zuvor ein bestendiger friden und gleichmessig recht erlangt. Und haben abermaln mit dem merer theil der stymmen fortgedruckt und das mehrer im furstenrath erhalten.

Dergleichen hat der kfl. rath dohin geschlossen, das die gulchisch sach vor allen dingen an die hand genomen und zu dem könig furbitt zu thun geordent werden sollt. Volgends so sol man auch uff die mittel und weg gedenden, damit die kfl. sächssischen und wir, die andern protestierenden auch, zur berathschlagung der hulf komen möchten. Daruff sein von dem kfl. und fstl. rath, dergleichen etzlich von stetten zu dem könig verordent, fur Gulch furbitt zu thun. Und wann wir mehr zu rath gevordert, werden wir uff unserm erlangten mehrer (welchs wir zum andern malh erhalten) verharren und uns gantz in kein hulf oder ander handlung one erlangt fridens und rechtens einlassen.

Daneben sein wir glaublich bericht, das sich der könig vil erpietten werde, die sachen bey dem keyser zu sollicitiern, damit die gülchisch handlung zu vertrag oder friden gepracht, und werd darneben begern, in der nötigern handlung, als in der turckenhulf, furtzugeen. Aber der keyser hab in rath funden und ime darneben furgesetzt, gegen Gulch furtzutrucken, und werd sich daran nicht hindern lassen, also das des königs erpietten allein ein höfliche uffhaltung sein werde, darunder die stend sovil dester mehr zur berathschlagung der hulf zu bewegen.

Wiewol in unserm rath das mehrer theil der stymmen uff die berathschlagung fridens und rechtens geschlossen, so langt uns doch daneben an, das der von Madrutz im kfl. rath das widerspil referiert, namblich der furstenrath hab geschlossen, in der turckenhulf furtzugeen, wir werden uns aber von dem mehrern nit tringen lassen<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> *Auf diesen Bericht der Räte antwortete Lgf. Philipp von Hessen am 29. März 1543 aus Kassel mit einer Warnung: [...] Und besorgen warlich, das Eck dem churfursten und uns das maul schmirer und bring uns, diese stende, also in gemeinen reichsrath. Wan solchs gescheen, darnach werden diese unsere stend durch jene ubermerert und diese handlung doch Gulch nit zugut komen. Dartzu so wirdet auch in sorg gestelt, das der Kf. zu Sachssen mocht Gulch so gneigt sein, wan er des sach konte beforderen, das er derwegen wol ein groses in der braunschwigischen sach mocht nachlassen, darauf dannost achtung zu geben sein wolt. Geritte aber die sach also, das unsere stend und der chur- und furstliche rath diese dinge fridens und rechtens halben, auch Gulch zugut beharreten, so ists sovil dester besser. Uns ist aber hirtzu wie dem esel, der einmalh zu Speyr [1542] an diesem puncten wie obbemelt gefallen hat, dan da gab man euch auch gute wort, bis man euch in reichsrath pracht und ubermerte euch darnach. Wyr mogen aber leiden, das gulchisch sach darin mog zu vertrag oder andern leidlichen wegen pracht werden. Eine Lösung des Geldernproblems würde Kaiser und König zugute kommen, da dann umso mehr Kräfte zur Verteidigung gegen die Türken zur Verfügung stünden, außerdem wäre es für den Krieg des Kaisers gegen Frankreich von Vorteil. Das*

*In der braunschweigischen Angelegenheit setzte der König einen Versammlungstag zu Quasimodogeniti (1543 April 1) an, da ihn die hessischen Räte mangels Instruktion an die Fürsten verwiesen.*

Dieweil auch euer fstl. Gn. davon bericht begert, ob Wurtemperg und Pommern mitgeschlossen hab, sich in kein gemein oder particular hulf one erledigung der puncten fridens und rechtens zu begeben, daruff sollen euer fstl. Gn. vornemen, das sie gleichsfalls mit und neben den andern zugleich einig sein und dohin geschlossen haben.

**346 Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp von Hessen: Bericht über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle – Nürnberg, 1543 März 25**

*Marburg StA, PA 650, fol. 315r–321r (Ausf.).*

*Auf Befehl des Landgrafen suchten sie am 24. März Granvelle auf und gaben ihm zu verstehen, dass ihr Herr ohne vorherige Erledigung der Artikel zu Friede und Recht die Türkenhilfe nicht bewilligen werde.*

Daruf dann er, der Granvella, im anfang vast [= sehr] beweglich und mit ernst geantwortet, er hett die schriftlich anthwort, so euer fstl. Gn. der kgl. Mt. uf die handlung, so ire Mt. in seiner gegenwertigkeit mit unß ad partem gepflegt, gegeben [Nr. 164], ired inhalts verlesen und khonte nochmals unser suchen und händel nit verstehn, dann dasjenig, das wir suchten und biß anher gesucht, des weren wir gnugsam versichert. Dann uber das, das wir die ksl. Mt. zum friden geneigt zu sein in viel wege biß anhero clerlichen befunden, so wusten wir unß ye wol zu berichten, das kgl. Mt., die ksl. commissarien und er, der Granvell, sich hetten vernehmen lassen, das die catholici sich erpotten, mit unß und menniglichen friden zu halten. Das sie auch bewilligen wolten, das alle proceß am chammergericht in glaubens- und prophansachen biß uff die reformation ingestelt und die reformation des chammergerichts uf das fuerderlichst vorgenommen werden solte.

Nuhn khönten wir ye nit sagen, das die catholici etwas thatlichs gegen unß vorgenommen hetten und, da es sich etliche understanden, das dennoch die ksl. Mt. inen sollichs nit hab wollen nachgeben, also das wir unß des mangels am

---

auch euer vorsatz und meynung ist, wan ir mehr zu rath gefordert werdet, alsdan auf dem erlangten merer (wilchs ir zum andern malh erhalten) zu verharren und euch on erlangt fridens und rechtens in kein hilf oder ander handlung einzulassen, dasselbig gefellet uns also wol. Und obschone jene stende (da meineten wir di papisten), so hirin zu erhaltung dieses merern ire vota und stymen gegeben, wolten dieselbig ire vota wider zuruckziehen und das gemacht merer umbstossen, so wollet doch ir beneben den andern unsern stenden daruff bestehen und euch zu keiner hilf ader andern handlung an erlangt gemeines fridens und gleichmessigen rechtens begeben. [...]. In: *Marburg, StA, PA 350, fol. 310r–313v, hier fol. 310r–311v (Konz.)*.

friden und rechten mit keynem grundt zu beclagen haben. Hinwider were aber wahr, das wir uber alle abschiede und bewilligte friddestende Hg. Heinrichen gewaltiglichen uberzogen, das lande ingenohmen, den hertzen veriaht und behielten uff disen tag das lande innen. Nu hetten ksl. und kgl. Mtt. die dinge hingehn lassen und biß anhero davor gewesen, das etlicher leuth vorhaben gegen unß in das werckh nit were pracht worden, wolten es auch noch nit gestatten. So hett der konnig ime, Hg. Heinrichen, alhier undersagt, das er stillstehn und mit der that nichts vornehmen, sondern die sach zu gutlicher verhore khommen lassen solt. Und da er uber solichs mit der that etwas furnehmen wolte, wurde ime solchs nit gestatt werden. Zudem, da wir in der defension zu vil gehandelt, so wurde man das passiren lassen. Er, Hg. Heinrich, must die iniurien leiden und nit allein mit der that, sondern auch dem rechten stillstehn, was sie doch mehr thun, ob sie ime ein strickh an halß solten legen.

So were die ksl. Mt., wie er oben angezeigt hett, in allwege zum friden geneigt und, da wir auch die thurckenhulf nit wurden leisten, so wurde er doch mit unß fride halten, dann es were gewiß, das der kheyser mehr uff unserm dann uff der catholicorum theil were; hett auch derhalben den bapst und viel seiner freunde und auch die catholicos zum theil uf sich geladen.

Dieweil nuh die catholici wolten fride halten und sich darzu erpotten und die ksl. Mt. darzu geneigt und der konnig und er, Granvella, in nahmen ksl. Mt. sich dergleichen auch darzu erpotten, so khonte unß an friden nichts mangeln. Dann da yemants mit der that etwaß gegen unß wurde vornehmen, so wurde der keyser unß wider den beistendig sein. Und das wir des alles nit wolten begnugig sein, das wurde khein ander ansehen bey menniglichen haben, dann das wir wolten thun, was wir wolten, auch in dem fall, da unß der fridde, wie wir den begerten, gegeben wurde.

Darzu so hetten alle stende von den catholicis, außgescheiden des munsterischen gesandten, den friden gnugsam geacht und das ohne noith, davon ferner zu handeln. Und solten derwegen euer fstl. Gn. pillich uß allerley ursachen der ksl. und kgl. Mtt., auch ime, dem Granvell, glauben und ferner in sie nit dringen. Ksl. Mt. hett unß die declaration [*RTA JR Bd. XI, Nr. 949*] gegeben, da wurde er unß bey handthaben.

Damit wir aber ye sehen, das sie unser begehrt, sovil an inen, zu erstatten gantz geneigt, so wolte er unß vertreulich anzeigen, <sup>a-</sup>das alhier mit aller stende wissen und ußdrucklicher bewilligung der fride und gleichmessig recht, auch die reformation des cammergerichts und das alle und jede proceß am cammergericht solten suspendirt sein, im abschiedt versichert werden solt, so wolten der konnig, die ksl. commissarien und er, der Grandvella, in nahmen der ksl. Mt. unß des versicherung geben, das alle beisitzer gewißlich abgeschafft und nimermehr in unsern sachen richter sein solten, das auch der fride und die reformation vermoge der ksl. declaration verstanden und vorgehomen

---

<sup>a-a</sup> *Unterstr. Textpassage.*



werden sollte<sup>a</sup>, doch so musten etlicheuß disen stenden allein von sollicher versicherung wissen, damit die vor ankunfft der ksl. Mt. nit ausgepreit werde, wie mit der vorigen declaration geschehen. Dann dieweil wir unß derselbigen gegen die catholicos beruhmet und inen die vorgeworfen, hetten wir inen ursach zu der verbitterung und zu anfechtung derselbigen gegeben. Es were unß ye gnug, das wir ksl. Mt. meynung und willen hetten, das sie der sachen, davon die declaration vermelten, mit unß zufriden<sup>1</sup>.

Solte nuhn euer fstl. Gn. solches hohes erpieten nit gesettigt sein und ferner in die ksl. und kgl. Mtt. dringen, so khont euer fstl. Gn. leichtlich erachten, das ire Mtt. es gewißlich davor halten musten, das euer fstl. Gn. inen nichts wolte vertrauen ader glauben und das euer fstl. Gn. under solchem schein die thurckenhulf gantzlichen abschlugen. Und eher die ksl. Mt. dermassen in sich wurde dringen lassen, eher wurde sie dem konnig 200 000 fl. geben und also diser stende hulf damit erstatten. Zudem so liessen sich die ansehenlichste und treffenlichsteuß den unseren öffentlich vernehmen, das sie willig weren, die hulf zu leisten, wo euer fstl. Gn. und etzliche zu der hulf möchten beredt werden.

*Die Räte antworteten Granvelle, dass die Bedingungen ihres Herrn für die Leistung der Türkenhilfe nicht erfüllt seien, worauf dieser sie unterbrach und seine Überredungsversuche fortsetzte. Bitte der Räte um Bedenkzeit, da sie sich mit etlichen vertrauten personen besprechen wollten..*

*Betr. die Unterstützung des Kaisers im Krieg gegen Frankreich wiederholten die hessischen Räte das frühere Angebot des Landgrafen. Abermalige Beteuerungen Granvelles betr. die freundliche Haltung des Kaisers gegenüber Lgf. Philipp. Bericht Granvelles über seine Bemühungen, Hg. Moritz für den ksl. Dienst gegen Frankreich zu gewinnen.* Und da euer fstl. Gn. und Hg. Moritz sich also gutwillig erzeigten, so wurden die ksl. Mt. zulassen und gestatten, das Hg. Moritz mit rath und vorwissen euer fstl. Gn. oder euer beder fstl. Gnn. samptlich die geldrische sache gutlich hinlegen und vertragen, dann er, der Granvell, wust die mittel, das die sach uff gute und beiden theil treglich und annemlich wege khonte hingelegt werden. Und darumb solten euer fstl. Gn. die jetzige bequemlichkeit aller sachen, wie er oben angezeigt, nit verseumen, sondern seinem treuen rath in dem volgen.

*Betr. die Friedensinitiative der Reichsstände in der Causa Jülich gaben die Räte Granvelle zu verstehen, dass Lgf. Philipp den Regensburger Vertrag mit dem Kaiser (1541 Juni 13: RTA JR Bd. XI, Nr. 400) nicht vergessen habe und sich dem Herrscher verbunden fühle.*

<sup>1</sup> Um die hessischen Räte zur Mitbewilligung der Türkenhilfe zu überreden, bot Granvelle ihnen sogar die Absetzung der Beisitzer des RKG, einen Friedstand und die Reform des RKG auf Basis der ksl. Deklaration von 1541 an, allerdings sollten von der entsprechenden Zusicherung, wie schon in Regensburg 1541 und in Speyer 1542, nur wenige Stände in Kenntnis gesetzt werden, um nicht den Widerstand der Altgläubigen zu provozieren.

*Befürchtungen der hessischen Räte über ein Bündnis zwischen Bayern und Württemberg wurden von Granvelle zerstreut mit dem Hinweis auf den Kaiser als engen Verbündeten Hessens, der sich an den Regensburger Vertrag halten werde.*

Und dieweil, gnediger furst und herr, disse dinge also vertreuulich zwuschen dem Granvell und unß verhandelt und dennoch groß und wichtig sein, so bedechten wir gantz undertheniger meynung, es solt nit ungut sein, das euer fstl. Gn. sollich und dergleichen dinge hinfuro dem H. Granvell in schriften angezeigt und umb schriftlich anthwort gepetten hetten, dann es hetten ye euer fstl. Gn. durch dissen weg sollicher dinge ein schein und nit allein wort, dero man gestendig sein khan ader nit. Doch stellen wir sollichs zu euer fstl. Gn. fernern und bessern bedencken.

Nachdem auch, gnediger furst und herr, die sachen fridens und gleichmessigen rechtens uff obgemelte wege, wie die oben understrichen seindt<sup>2</sup>, gepracht mochten werden und wir die sächsische und andere darzu nit ungeneigt befinden, so bitten wir underthenig, euer fstl. Gn. wollen sich uff sollich mittel und ob sie der versicherung deß khonnigs, der commissarien und des Granvels wolten begnugig sein, gnediglich resolviren und unß daruff ire endtliche meynung zuschreiben. Dann wir bedencken, wo solch erpieten nit wolt angenommen und doch zuletzt die thurckenhulf geleist werden, das man wenig danckh und dasjenig, so man jetzo bekhommen mocht, nit erlangen werden, zuvor da die andern eynungsverwandten unß abgepracticirt und in die hulf bewilligen wurden. Dann man practicirt heftig mit den gesandten der stende, bildet inen ein und persuadirt inen, das die fursten disser eynung wol leiden mögen, das sie in die acht erclert wurden, dann dardurch musten sie allewege den fursten anhenig und in ewiger dinstparkheit sein und pleiben, dann ohne daß khonten sie sich gegen die acht nit uffhalten. Welchs dann ein argument ist, daß vil leuth ohne sonderlich muhe wol zu bereden sein, welchs alles euer fstl. Gn. wir undertheniger, treuer wolmeynung unangezeigt nit haben wollen lassen. Und wollen unß in alle weg unser instruction biß uff andern euer fstl. Gn. bevelch undertheniglich zu halten wissen.

[1. PS:] Es hat unß auch heut ein person des furstenraths, uff den euer fstl. Gn. vertrauen stellen, angetzeigt, das Eck mit seinen anschlegen den konig bey der naßen umbfure und ir Mt. vertroste, es sol und muß die thurckenhulf geleist werden. Und er wolt nun gern, das innen die stette in unserm rath vernemen liessen, solche hulf, wan die geschlossen wurde, zu weigern. Und ist das sein anschlag, mit den catholicis – wie er sie nent – zu schliessen, wie er dan gestern dieselben ervordert, mit inen von der thurckenhulf zu ratschlagen. Dan wiewol etliche guthertzige stimmen in dem furstenrath sein, so konten sie doch ohne unsere religionsverwanten fursten nichts erhalten. Darumb so hett Eck unß von den andern gesondert, der meinung, mit denselben das mehrer der thurckenhulf halb zu schliessen. Und wan nun der schlus gemacht, so hab er sich selbst

<sup>2</sup> Siehe Anm. a–a.

beredt [= *eingeredet*], die uberigen müssen auch hernacher, sonderlich so sie eine execution darauf richten werden.

Zum andern, wann die hulf von dem andern theil geschlossen, so wurde erfordern, das von einer execution und hanthabung des landtfridens geratschlagt, darunder werde er Hg. Heinrichs handlung hofflich pringen und mit einziehen und sich also mit verdeckter prattic understeen, die catholicos alle in den nurnbergischen punt zu pringen, also das sich etliche under den catholicis desselben beclagt, nemlich sie sehen, das sie stilschweigende in die nurnbergisch buntnus gefuert werden. Und müssen entweder in derselben mit begriffen sein oder sich zu den protestirenden begeben. Datum ut in litteris.

[2. PS:] *Was das Kommen Granvelles zu Lgf. Philipp von Hessen betrifft, so zeigt der Generalorator an, dass die kontroversen Verhandlungen des Reichstags seine Anwesenheit am Reichstagsort erfordern. Außerdem würde es ihm von den Katholiken übel genommen werden, wenn er sich zum Landgrafen begäbe. Die Bayernherzöge forderten Granvelle ebenfalls auf, sie zu besuchen, was er jedoch ablehnte. Bei Gelegenheit werde er auf ein Treffen mit Lgf. Philipp zurückkommen.*

Der monsterischer gesandter<sup>3</sup> hat sich uberaus wol uff unser seiten im rath erzeigt, also das er auch bey den andern ein grossen abgunst und widerwillen erlangt. Derhalben wollen euer fstl. Gn. mit dem bischoff schliessen, das er mocht ingenommen werden, dan solt man inen verlassen, wurde ime zu nachteil reichen. Solchs solten euer fstl. Gn. [*wir*] in underthenigkheit auch nit verhalten. Datum ut in litteris etc.

347 *Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp von Hessen: abermaliger Bericht über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle – Nürnberg, 1543 März 27*

*Marburg StA, PA 650, fol. 333r–334v (Ausf.).*

*Die Vorschläge der Altgläubigen und der Stand der Verhandlungen sind der mitgesandten Kopie (Nr. 166) zu entnehmen. Wohlmeinende Reichsstände warnten die hessischen Räte vor dem hinterlistigen Vorgehen der Altgläubigen im Reichsrat. Deshalb baten sie um Bedenkzeit, um sich weiter untereinander zu beraten.*

Nuh hat der Grandvella von stundt nach essens zu uns geschickt und begert, zu ime zu khommen, welchs wir also gethan. Und hat uns anfenglich gefragt, wiewol er der ding vorhin gut wissens gehapt, waruff die handlung diser zeit stunden; haben wir inen summarie bericht, wes sich die catholici gegen uns hetten vernehmen lassen [Nr. 166]. Und dieweil die catholici uns beschwerlicher condition dan die kgl. Mt. und die ksl. commissarien, sonderlich von wegen der suspension der processen am chammer[ger]icht hetten vorgeschlagen, so hielten wir es davor, das solichs nit der wege sein wurde, dadurch wir zum

<sup>3</sup> *Franz von Doy.*

friden, auch gleichmessigem rechten und volgens der begerter thurckenhulf khonten khommen. Als hat er von stundt sein voriges liede angefangen, mit erzelung, was euer fstl. Gn. aus disem handel, da sie sich gutwillig erzeigten, ervolgen mochte. Und das er euer fstl. Gn. als ein vatter seinem sohne riethe, das sie disse occasion nit solte verseumen, dieweil die langsam widderkhommen wurde, und weither angezeigt, das wir des fridens in kheinen mangel stunden. So solt das cammergericht uff die declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] reformirt und die jetzigen personen des cammergerichts gewislich verlassen und beurlaupt werden und solt die ksl. Mt. inen gelt zugeben, das wurde die kgl. Mt., die ksl. commissarien und er uns versichern.

Da wir nuh fragten, wie die versicherung beschehen solt, ob uns daruber ein schriftlich urkhundt in nahmen ksl. und kgl. Mtt. solt gegeben werden, und da es die meynung hett, das dann sein Herlichhait uns ein nottel solcher assecuration, damit wir euer fstl. Gn. davon berichten und derselbigen bevelch erlangen mochten, wolten zustellen lassen, hat er sollichts abgeschlagen und gesagt, das er nit bedacht, sein leben lang einich schriftliche assecuration von sich zu geben, dann es hett die regenspurgische declaration ime also viel widerwertigkeit gemacht, das er hinfhur khein mehr von sich [zu] geben entschlossen were. Aber es wolt die kgl. Mt., die ksl. commissarien und er etzlichen personen us uns bey dem eide zusagen und versprechen, das sie die dinge also wie obgemelt verschaffen und bey der ksl. Mt. in das werckh prengen wolten.

Dieweil wir nuh den Grandvella alle weg hieavor dahin verstanden, ob er schon das ausdruecklich nit gesagt, das er uns ein schriftlich assecuration zustellen werde und aber nuhmals vermerckt, welcher gestalt die assecuration geschehen solt, so haben wir nit sollen underlassen, sollichts euer fstl. Gn. fuerdlich anzeigen, damit euer fstl. Gn. des wissenschaft haben und sich daruff resolviren möge, dann wir gedencken, ohne euer fstl. Gn. fernern bevelch von den vorigen instructionen und bevelchen nit abzustehen<sup>1</sup>.

*Schlussformel, Datum, US der Räte Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer.*

<sup>1</sup> *In seinem Antwortschreiben an die Räte vom 2. April 1543 aus Kassel riet Lgf. Philipp ihnen davon ab, sich auf die Vorschläge der Altgläubigen (Nr. 166) einzulassen und kritisierte die Weigerung Granvelles, den Protestanten schriftliche Zugeständnisse zu machen: [...] Und wie wir den handel, so euch von jenstheils stenden vorgetragen, ansehen, so wissen wir keinswegs dartzu zu rathen, zuvoran dieweil der H. Granvella spricht, er wolle kein schriftliche versicherung daruber geben, derwegen seints unsers erachtens nichts dan wort, dan weren sie willens, es zu halten, so wurden sie wol schriftliche versicherung daruber geben. Und solten wir, diese stende, solichts annemen und uns in diese ding lassen füren, das wir das chammergericht nicht solten in sachen der turckenhulf vor richter erkennen, leiden und annhemen, so weren wir schon uß unserer bescheenen recusation gegangen, gefurt und geschritten. Das ist uns, diesen stenden, keinswegs zu thun. Es folgt Kritik an einzelnen Artikeln von Nr. 166. Und derwegen*

348 *Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 März 29*

Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 253r–256v (Ausf.); DV fol. 256v: Die rethe schreiben, was zwischen kgl. Mt., ksl. commissarien undt ihnen des friden und rechtens halben, auch der gulchischen sachen wegen fur handlung furgelaufen. Item schicken copien zweier schriften, so von ihnen und den andern theil gleichfals obgesetzter puncten halben ubergeben worden und waruff es hierin allenthalben beruhe etc. Andtwurt hiebei.

*Die kursächsischen Gesandten ließen sich in Verhandlungen mit den anderen Reichsständen über die Causa Jülich ein im Interesse der Wiederherstellung des Friedens, da dieser eine Voraussetzung für die Leistung der Türkenhilfe darstelle. Dabei einigten sich die Reichsstände darauf, Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare um Vermittlung in diesem Konflikt zu bitten. Gestern (1543 März 28) ließen Kg. Ferdinand und die ksl. Kommissare dem reichsständischen Ausschuss eine lateinische Schrift Granvelles und der burgundischen Gesandten übergeben (Nr. 214), aber nach vorgehender verunglimpfung dohin gerichtet, das der hertzog Gellern dem kaiser volkmlich solte zustellen, umb krigskosten schaden solte alsdann erkannt werden.*

Diß hielten die stende den gulchischen gesanten vor und zeigten daneben an, do in[en] solche des gegenparts vorgeschlagene mittel beschwerlich, ob in dan diß leidlich, das der hertzog das landt zu Gellern und graveschaft Zutpffen in des Reichs hende stellen wollt biß zu rechtlichem außtrag, so wolten sie sich bei ksl. Mt. solche handlung und ein anstandt auf jharsfrist, in welcher die sach geortert werden solte, zu erhalten vleissigen. Aber die gulchischen rethe haben solchs abgeschlagen und ursachen furgewant, weßhalben irem gnedigen fursten und herrn solchs nicht zu thun, seine fstl. Gn. sich auch desselben nicht schuldig achten, und die stende auf vorbeschehene ire bit erinnert und ferner gebetten, die mittel zu finden, damit dieselben irrung möchten beigelegt oder auf notturftigen anstandt zu ordentlichem außtrag bracht werden. Haben sich die stende alle weiter anregung zu thun bewilligt, wie auch diß alles dem konig und ksl. comissarien nechten spat angetzeigt worden ist. Was sich nun

---

wissen wir unsers teils das nicht zu rathen, obschon der H. Granvella uns guldene berg verhiß, dann wir sehen vor augen den schaden, so uns allen daraus volgen konte. Und were viel besser, wir blieben bey unser recusation und thetten ein zimbliche hilf wider den Turcken, uf das man uns, diesen stenden, nit schult konte geben, als ob wir wider den Turcken nichts thun helfen wollten (wiewol wir dieses auch nit rathen wolten, sondern vielmehr, das unsere stend uf voriger meynung pliben), dan das wir solten uns in diese ding mit guten worten fhuren lassen. Hirus und aus vorigen unsern schriften hapt ir gnugsam resolution und bevelich. [...]. In: *Marburg StA, PA 650, fol. 335r–342v, hier fol. 335r, fol. 336r (Kop.)*.

derhalben hinfurt begeben und zutragen wirdet, das wollen eur kfl. Gn. wir in underthenigkeit auch vermelden.

*Als Vertreter der evangelischen Stände im Kurfürsten-, Fürsten- und Städterat erschienen, in der Annahme, dass zuerst die Artikel zu Friede und Recht beraten würden, so haben sie [= sich] doch die andern stende von uns und also von gemeinem beschluß des Reichs abgesondert, eine sonderliche particular handlung angefangen, sich einer meinung verglichen und uns, dißteils stenden, ehegestern vor dato muntlich gethan<sup>1</sup>, die wir vertzaichen lassen und eur kfl. Gn. hiemit underthenigst überschicken, weil wir dann befunden, daß solchs vorigen handlungen zuwider. Haben wir des, und nicht unpillich, beschwerung gehabt und uns inen darauf widerumb anzutzeigen verainigt und etzlichermaß unsere vorige supplication, bitten und erbieten zu narrirn [Nr. 168], auch darinnen die ksl. declaration antzuziehen, wie der Kurfürst den übersandten Aktenstücken entnehmen könne. Und ist unsers versehen in solchen handlungen alles dasjenige, daß eur kfl. Gn. und derselben mitverwanten zu glimpf und fug reichen mag, wie es auch an ime selbst ist, zur notturft, doch unbegeben der vorigen schriften, supplication und protestation, außgestrichen. Hetten gemeint, es sollt bei dem andern tailh solchs alles, auch die furstehend noth und fhar des Turcken halben bedacht und zu den gebetten beratschlagungen komen sein.*

Es hat aber nicht sein wollen, sonder obgleich vilh guthertziger leut in beiden rethen under inen gewest, die uns zufalh geben, seint sie doch abwesen unser und der andern dißteils rethe und gesanten uberstimpt worden und haben sich also heut dato dieser meinung vernehmen lassen, wie eur kfl. Gn. solchs auch hiebei zu befinden [Nr. 169].

Darauf wir abgetretten und kurzlich beschlossen, inen ferner zu vermelden, das wir in ansehung habendes unsers bevelhs, auch gelegenheit der sachen von unser bit und erbietung nicht absteen mochten<sup>2</sup> und antzeig gethan, welche

<sup>1</sup> Gemeint ist der mündliche Vortrag des Mainzer Kanzlers vom 26. März 1543 im Namen der altgläubigen Reichsstände vor den Augsburger Konfessionsverwandten: Nr. 166.

<sup>2</sup> In einem Schreiben vom 3. April 1543 an die Räte wiederholte Kf. Johann Friedrich nochmals die Weisung, die Türkenhilfe nur nach Erledigung der Artikel zu Friede und Recht zu bewilligen, in Absprache mit den hessischen Räten: [...] Und nachdeme wier euch in jungstem unserm schreiben, welchs euch numehr zukommen, unter anderm bevolhen, das ir die turckenhulf unerledigt der beider artickel des friden und gleichmessigen rechtens nit willigen soltet, es were dan, das unser vetter und bruder, der landtgrave, und vileicht der mehrer teil rethe und botschaften der christlichen vorein stende einer andern meinung uber alle bisher beschehen statliche furwendung sein wurden, als wier uns doch nit wollen versehen etc., so wollet euch desselben unsers bevelhs nachmals also halten, dann wier halten es gewis dafur, weil des landtgraven rethe und die andern bishere uff bestendigem friden und gleichmessigem rechten so statlich neben euch beruhet, so werde man dabei entlich bleiben. [...]. Das aber du, cantzler, in deinem sunderlichen an uns gethanen schreiben angetzeigt, dieweil Dr. Ecke sampt

antzeig eur kfl. Gn. hieneben auch zu befinden, darauf es beruhet. Wollen nicht hoffen, dieweil fast der weniger teilh stende des Reichs bei inen, das sie in solcher handlung fruchtbarlich fortschreiten mogen, doch wollen eur kfl. Gn. wir solchs in alleweg underthenigst berichten.

*Nachrichten über eine bevorstehende Zusammenkunft von Kaiser, Papst und Kg. von Frankreich, um den Krieg zwischen Habsburg und Frankreich beizulegen.* Do nun solchs beschehe und der Hg. von Gulch solt zu solcher handlung nicht mit eingezogen werden, were es dem hertzen beschwerlich, aber wir wollen hoffen, in furgang und vergleichung der frantzosischen sachen sollen auch diese irrungen verricht werden.

**349 Dr. Johann Fischer, gen. Walter, an Lgf. Philipp von Hessen: Bericht über eine Unterredung mit dem ksl. Kommissar Johann von Naves – Nürnberg, 1543 März 30**

*Marburg StA, PA 650, fol. 343r–348v (Ausf.).*

*Er hofft, dass Lgf. Philipp den Vortrag des Mainzer Kanzlers im Namen der altgläubigen Reichsstände (Nr. 166) erhalten hat. Die evangelischen Reichsstände einigten sich auf eine Antwort auf den Vortrag (Nr. 168), die er nun gemeinsam mit einem Ausschussgutachten der Evangelischen (Nr. 167) übersendet.*

Und als unsere stende im rath solcher anthwort halben versammelt gewesen, hat der H. von Naves nach mir geschickt und mich von ersten gefragt, wie doch und warauf die handlungen nuehmehr stunde. Daruf ich ime widerumb geantwort, das wir eben jetzt in handlung weren, den andern stenden auf ir neher furpringen anthwort zu geben, welche nochmaln in effectu vorigen diser stende schriften gemes gestelt weren, also do die andern stende die ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] wurden bewilligen ader die nit anfechten, further auch die personen des chambergerichts amovirt und darauf die visitation und reformation vermoge der ksl. declaration beschehen solt, so mocht man zu beratschlagung der andern puncten und sonderlich der thurckenhulf greiffen.

---

seinem anhang die turckenhulf zu beschliessen furhat und wan solchs geschehen, so wurde man gewislich darnach mit den protestirenden stenden handeln, dieselbige turckenhulf auch zu bewilligen, wie die Eck mit seiner rott geschlossen het, und der konig und Granvelh wurden ad partem brive geben, das die visitation des camergerichts der ksl. declaration nach beschehen und die suspension so lange weren solte, bis die visitation ksl. Mt. declaration gemes geschee, wie dan Dr. Walter den Granvelh also auch vorstanden. Dartzu dann, wie du vormarckt, die hessischen nit bosen [= schlechte, geringe] lust haben solten, solche particular brive und handlungen anzunehmen und darauf die turckenhulf zu bewilligen. [...]. In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 150, fol. 441r–445v, hier fol. 441v–442v (Ausf.).

Dagegen hat mir der H. Naves widerumb angezeigt, das er sich versehe, sie, die andern stende, werden die sachen der declaration halber dahin richten, das wir zufriden sein sollten, dann Pfaltz werde dieselb declaration passiren lassen und sehen fur gut ahn, das sie in abschidt gepracht und demselben einverleipt werde, dieweil sie nichts dann alle pillichait uf ir truege.

Die andern stende liessen sich offentlich vernehmen, das sie der ksl. Mt. declaration nicht wolten anfechten. So hab Meintz zugesagt, dieselb declaration auch nit anzufechten, dann es were Meintz vormahl durch die keyserische gesagt worden, wo er vorgemelter declaration nicht pariren wurde, so wurde er der sein, welcher das har darleyen muß [= *den Schaden davon habe*]. Wolten sie nuhn, die andere stende, wann es zur handlung und reformation des chammergerichts kheme, nit pariren und uber die declaration zu irer gelegenhait furfahren wollen, so wurde der keyser auf unserm theil sein und dise dinge als ein röm. keyser handhaben.

*Naves spielte auch auf das Wormser Edikt (1521) und den Augsburger Reichsabschied (1530) an, die den Protestanten den Vorwurf der Ketzerei und die Verfolgung durch das Reichskammergericht einbrachten. Trotz des Vergleichs vieler strittiger Artikel im Regensburger Religionskolloquium (1541), welche der Kaiser für Predigt und Lehre freigeben wollte, vereitelten die altgläubigen Reichsstände Bayern und Mainz eine Einigung, weil sie entgegen ihren ursprünglichen Zusagen die Entscheidung dem Papst anheim stellten. Und alß der keyser gesehen und befunden, das die vorgehorte sachen billich gewest, weren ir Mt. bewegt worden, declaration zu geben, welche auch ir Mt. noch fur pillich achten und helt. Solten sie nuhn dise declaration widerfechten, khönten sie gedencken, zu was unrichtigkeit es gelangen wurde. Durch dise handlung und declaration hett ir die ksl. Mt. die bischoff und die andern stende alle zuwider gemacht und wiste ir Mt. wol, das sie ir Mt. im hertzen feindt weren. Gleichwol sey die warheit, das die andern stende von unser declaration also redeten, namblich wan sie die declaration liessen gut sein, so wurden wir, die stende der augspurgischen confession und religion, sie, die bischoff und die andern stende, mit gewalt zu unserm glauben dringen und, do das chammergericht uf die declaration visitirt und reformirt werden soll, so wurden mit der zeyt die personen unser religion daran gefurdert und die sachen dahin khommen, das das chammergericht mit unsers glaubenß personen besetzt und sie eben zu den beschwerden, darin wir jetzo weren, khommen.*

Darauf ich ime aber geanthwort, sie hetten doch den landtfriden an der handt, so erstreckte sich auch die declaration dahin nicht. Zudem so khönt man sie jetzo in dem abschidt der ding versichern.

Verner hat auch der von Naves von dem friden und rechten weiter mit mir vertreulich geredt und sonderlich, das die visitation und reformation auf die declaration beschehen solt, das wir auch under der reformation drey commissarios unsers theilß haben wurden, namblich den Kf. von Brandenburg, Mgf. Jörgen und statt Augspurgkh. Darzu solt der keyser ire commissarien ordnen, welchen



disen bevelch gegeben werden solt, die visitation und reformation auf die ksl. declaration furzunehmen. Wolte dan Meintz oder andere auf irem vorhaben verharren, so wurden die commissarien sagen und anzeigen, das die declaration umb erhaltung willen der deutschen nation wolfart gegeben, dero auch nachgegangen werden sollte. Wurde nuhn denen, die sie anfechten, darauß etwas erfolgen, das solten sie inen selbst behalten, also das wir, die protestirenden, in unsern votis furdringen wurden. So hette Pfaltz, wie vorgehort, die ksl. declaration bewilligt, zudem das auch Cöln unsers theilß were und wir unß desterweniger nachtheilß zu befharen hetten.

*Naves kam auch auf die feindlichen Akte des Kg. von Frankreich gegen den Kaiser und auf dessen Allianz mit dem Hg. von Jülich zu sprechen. Er versicherte, dass Karl V. dieses Problem in Angriff nehmen und seine Kräfte zum Krieg gegen Frankreich und Jülich bündeln wolle, danach beabsichtige er, im Reich zu bleiben, da er die Verhältnisse in Spanien durch Einsetzung seines Sohnes geregelt habe. Der Kaiser nehme an, dass die Reichsstände die begehrte Hilfe leisten werden.*

Darauf hab ich ime, dem H. von Naves, bericht gethan, das ich dem H. von Granvell zum andern mahl anzeig gethon, was euer fstl. Gn. gemuet solcher hulf halben were: Namblich wo die sachen dohin gepracht, das die zwen puncten frids und rechts erledigt, das ir fstl. Gn. mit den andern stenden handeln und vreis haben wolt, sie zu einer hulf auch zu bewegen, also das ire[r] Mt. mit einer somma gelts geholffen werden mochte. Und obwol solche hulf eins kleinen ansehens, noch dann dieweil unserer stende ein gute anzahl were, so wurde sie auch ein gute somma tragen, welches der H. von Naves gerne gehort. *Weiters gab Dr. Fischer Naves zu bedenken, dass eine Erfüllung der protestantischen Wünsche zum Vorteil des Kaisers wäre* und das auch ir vermogen statlicher were dan der andern. So wurden auch dise stende ir volck dem Frantzosen nicht lassen zuziehen, sonder dasselb der ksl. Mt. zufurdern.

*Naves machte das Angebot, die Evangelischen bei der Erlangung von Friede und Recht weiter zu unterstützen. Betr. die Causa Jülich pochte er auf das alte Anrecht des Kaisers auf Geldern und regte die Bildung eines von ksl. Seite bewilligten Ausschusses an, dem Bayern und Kursachsen nicht angehören sollten.*

*Naves schlug folgenden Vergleich des Kaisers mit dem Hg. von Jülich vor: Übergabe Geldern durch den Herzog an den Kaiser, der ersucht werden soll, etliche unpartheyische chur- und fursten zu verordnen, welche die sachen in der gute vertragen ader, do die nit erfolgen solt, rechtlich entscheiden. Abrüstung und Verhandlungen, das ime der keyser, wo das landt nicht gar, doch uffs wenigst ein theil davon, widerfahren lassen oder die sachen sonst durch rechtliche wege erortert und verrichtet werden mochten, dann ohne das, so wurde kein mittel vorhanden sein. So mochte auch der keyser die kosten scheden fallen lassen. Und in somma, so muß die sach dahin gericht werden, das der hertzog widerumb wie vor zu gnaden des keisers kheme. Wann dann euer fstl. Gn. und Hg. Moritz khemen und den hertzogen zu der ksl. Mt. prächten und er also zu*

gnaden des keyser widerumb angenohmen, so mochten alle sachen widerumb gut werden.

Und wurde der keyser die gutlich handlung oder rechtlich erkhanntnuß in khein weg zu den stenden stellen uß obgemelten ursachen: Dann als wenig wir, die stende der augspurgischen confession und religion, die personen des ksl. chammergerichts khönten erleiden, als wenig khönt der keiser erleiden, das diß gesindt der bischoff und der andern stende in seinen sachen (namblich Gellern belangend) richter sein und ir Mt. sich irer erkhandtnuß underlassen solle. Dann wie vorgehört, so wist ir Mt., das sie ir im hertzen feindt weren.

Daruf hab ich mich zu dem probst von Flatten, dem gulchischen gesandten, verfuget und mit ime als fur mich selbst, unvermerckt woher es khomme, uß der sachen und uf das obgemelt mittel und den schein der sequestration geredt, mit anzaig, ob dis nicht ein wege zu vergleichung der sachen were. Daruf hat er mir abschlegig anthwort gegeben und solchs geweigert.

**350** *Weisung Lgf. Philipps von Hessen an Rudolf Schenk und Dr. Johann Fischer betr. eine Geheimdeklaration für die Protestanten (ad Nr. 346) – Kassel, 1543 März 30*

*Marburg StA, PA 650, fol. 322r–330r (Konz. von mehreren Händen); AS fol. 322r: Antwort an di rethe zu Nurnburg.*

*Bestätigt Erhalt des Schreibens der Räte über ihre Unterredung mit Nicolas de Granvelle (Nr. 346). Granvelles Vorwürfe betr. den Feldzug gegen Heinrich von Braunschweig sind ungerechtfertigt angesichts der Missetaten des Herzogs. Und wann ir dises dem Granvelle saget, so thuet di meuler auf und saget im, ir hettet, was er mit euch geredt, uns eroffenet, daruff wir euch bepholen, im dise meynung hin und wider zu sagen.*

*Betr. das Angebot einer Geheimdeklaration für die Protestanten durch den König, die ksl. Kommissare und den Generalorator: Daruff bedencken wir, wann solchs den verstand hette oder haben möcht, das nach solher abschaffung itziger chammergerichtspersonen tzu besetzung eines neuen chammergerichts auch solten von diser religion und also an [= ohne] unterschied von beiderseits religion andere frome menner genomen werden, das es wol etzwas were. Doch liget uns alhie dises puncts halben im weg, das kaiser, konig und jene stende hernacher sagen möchten (wan die obbemelte versicherung nur in geheim und nit öffentlich vom konig, ksl. commissarien und Granvelle und sonderlich des Reychs stend beschee etc.), man hette in iren noten und obligen dises von inen erzwungen und were es tzu halten nit schuldig<sup>1</sup>.*

<sup>1</sup> *Lgf. Philipp äußerte seine Befürchtungen, dass eine Anerkennung der ksl. Deklaration durch die Altgläubigen, insbesondere durch Dr. Eck, nicht zu erreichen sei, auch in einem späteren Schreiben an Rudolf Schenk und Dr. Fischer, gen. Walter, 1543 April 5: [...]*

Und darumb ist unser bevelch, das ir in geheim und vertrauen mit den sechsischen churfurstischen, H. Jacob Sturm und etzlichen andern mer vertraueten personen unserer verayne von disem punct redet, doch sie zu nichts beredt, sondern nur ir bedencken horet. Und wann ir befindet, daß si ausserhalb euers beredens volgender meynung tzufriden weren, so zeiget dem Granvella hinwider an: Nemlich wir hetten verstanden, was er mit euch von einer heimlichen versicherung geredt, wilch versicherung di kgl. Mt., di ksl. commissarien und er, der Granvella, geben wolten. Nun gleubten wir, dise stende, der ksl. und kgl. Mtt. und im, dem Granvella, hirin wol, aber darneben musten wir besorgen, das uns, disen stenden, mit der bemelten heimlichen versicherung nichts oder wenig geholfen werde, dann yene stende mochten sagen, es hetten di ksl. und

---

Was aber di declaration betrifft, haben wir verstanden, was harter und beschwerlicher wort Dr. Eck sich soll haben im furstenrath vernemen lassen, was er darnach derwegen gegen dir, Rudolphen, gestanden, wie er dasselb anfechten der declaration gegen dir gedeutet und beschonet, deßgleichen was der H. von Naves unter anderm solcher declaration halben mit dir, Dr. Walthern, geredt [*Nr. 349*]. Nun finden wir, das Dr. Eck, deßgleichen auch der H. Granvell und Naves euch gute wort geben, aber uns dunckt, man hab noch beim Granvell mehr glaubens dann bey Ecken gefunden. [...] Itzunder fechte bevor allen andern nimands di ksl. declaration hoher ahn dann eben ehr, Eck. [...] Nun dise ding aller, di seien eines befrembtlichen ansehens und wann wir, dise stende, schon halber plindt weren, so solten wir sie dannost noch wol sehen können, dann er, Eck, wolt uns, disen stenden, di ksl. declaration hinwegnemen und nichts bessers dargegen widdergeben. Ob nun ein solichs des ansehens sey, das man daraus viel freuntschaft abwinnen mocht, das konnte er selbst erachten. Es were diser stende meinung wol ebensowenig, das man solt einen beschwerlichen ingang dem Reich mit declariren machen. Wann nun ehr und seine stende uns, disen stenden, wolten was gegen der ksl. declaration geben, das uns besser were dann di declaration, in namen Gots, so wurde dadurch dem Reich der ingang des declarirens verhutet. Wann aber uns solt von inen und den andern di ksl. declaration genomen und nichts bessers dogegen gegeben werden, solichs were unfreuntlich und beschwerlich. Und darumb, wo ers so gut meinte, wie ers furgibt, das er dann daran sey, das uns von jenen stenden gegen der declaration was gegeben werde, das doch in der substantz sovil vermug als dise declaration, so konnte man daraus spuren, daß ers gut und treulich meine. [...] Konte es der Granvelh dahin richten, das di kgl. Mt., ksl. commissarien und er, der Granvella, uns di vorsicherung von wegen abschaffung itziger chammergerichtspersonen beneben Pfaltz, Branndenburg, Coln, di dartzue geneigt, und Meintz, so der auch darzu zu pringen sein möcht, thetten, das were zu versuchen. Wolte es aber Meintz nicht thun, das es dann di andern drei churfursten, item H[g]. Moritz und di andern fursten, [...] ob schon Beyren es nicht wolt, mitthun. [...]. *Auf einem Zettel zum Schreiben Lgf. Philipps vom 5. April findet sich folgende Anweisung an die Räte:* Es deucht uns auch, daß nit schaden kont, sondern gut were, daß yr den Granvel berichtet, was Dr. Eck der declaration halben geredt, wi er gesagt, es must er [= *ehrer*] das erdrich prechen, sie wolten ehr turckisch werden, dan di declaration eingehen. [...] *In: Marburg StA, PA 650, fol. 357r–364v, passim (Konz. von mehreren Händen).*

kgl. Mtt. und er, Granvella, solch dieng on sie und on ire bewilligung nit zu schaffen, wie dann H/[g]. Heinrich in der goßlarischen sachen auch gethan.

Und darumb so deucht uns dises ein weg sein: Dweil villeicht alle fursten und stend hirtzu nit mochten zu bewegen sein, daß es dann dohin gericht wurde, das beneben der kgl. Mt., ksl. commissarien und im, dem Granvella, solche versicherung di hernach gemelten chur- und fursten mitthetten, als nemlich Coln, Pfalz und Brandenburg, alle drei Kff., wilhe es unsers erachtens werden gern thun, auch wo muglich Thrier. So mocht auch Meintz dartzu zu pringen sein, das sie bewilligten, das alle itzige chamergerichtspersonen abgesetzt wurden. Item Hg. Mauritz, Pfgf. Fridrich, Hg. Ottheinrich, Munster, wilhers unsers erachtens gern thun wurde, der Bf. von Augspurg und andere mer bischove, so villeicht hirtzu zu bewegen sein mochten oder, wo man dise nit aller dartzu gehaben konte, das es doch dann zum wenigsten di obbemelten drei Kff. Coln, Pfalz und Brandenburg, Hg. Mauritz und Pfgf. Fridrich – nit allein als ein ksl. commissarius, sondern als fur sich selbst – mitthetten, wilch es, dafur wirs halten, nit weigern werden.

Also habt ir diser versicherung halben unser bedencken. Was aber di sechsischen churfurstischen und di andern unsere stend hirin thun, deß seint wir zufriden und ir sollet sie zu nichts persuadiren<sup>2</sup>. Und muget auch wol Granvele sagen, das ir unser stende hirin nicht wisten zu persuadiren, sondern ir hettet einen hern, der hett auch einen eigenen kopf, darumb mustet ir euch also versehen, wie es hernacher geride, das man euerm hern nit di schuld gebe, als hett er seine stend tzu disem oder jenem beredt etc. Und im fall, do ir vermercket, daß unsere stende inen wolten dise versicherung gefallen lassen, so sehet mit auf, das diselbig vom konig, ksl. commissarien und im, dem Granvelle, gnugsam gegeben und wol gestelt werde.

Desgleichen wollet wol ufsehen, wan es zum abschid komen soll, daß dan derselbig des fridens und rechts und ander sachen halben mocht gestelt werden, dann man oft wol von einem ding redt, aber wan mans ufs papir pringen sol, so felets bisweilen gantz weit. Und ist hirin sonderlich wol uftzusehen, wan dem mentzischen canzler di feder zum abschid bevollen wirdet. Und darumb so muß nit von der sach geeilet, sondern der wol abgewartet und, daß al ding recht gestelt werden, zugesehen sein, dan am scheiden liget der danck.

Sovil betrifft das heftig mit den gesanten unserer eynungswranten stett practicirt und inen eingepildet wirdet, als ob di fursten diser aynung wol leiden mugen, das sy in di acht erclert wurden etc. Daruff ist vonnöten, das sy getrostet und inen angezeigt werde, wir, di chur- und fursten, sehen solchs gantz und gar nit gern, wusten auch kaum was beschwerlicher, sondern gedechten vilmer uff

<sup>2</sup> *Die Weisung Kf. Johann Friedrichs an die Räte vom 5. April 1543 (Nr. 352) lautete, auf jeden Fall strikt an den Forderungen zu Friede und Recht festzuhalten und sich nicht durch Geheimdeklarationen von habsburgischer Seite oder Sondervereinbarungen zur Türkenhilfe überreden zu lassen.*

disen fall unser leib, gut und vermügen bei inen uftzusetzen. Das sy darum nit cleinmutig seien und solchem einpilden nit glauben geben.

Gulchs halben saget dem Granvelle wider, es gevalle uns wol, das er di mittel wisse, dadurch dise sach vertragen möcht werden, und solchs werde auch ksl. und kgl. Mtt. und dem gantzen Reich zugut komen. Derwegen begerten wir, das er vleis darin thue, das es vertragen, er werde dadurch ime ein solch groß lob und ruhm bei beiden stenden diser und jener religion machen, das wir versten, das es ksl. und kgl. Mtt. und dan im und seynen nachkomen zu allem guten gereichen und gedeihen werde. Was auch wir dartzu guts solten thun, das wolten wir gern thun, und so wir auch solch mittel wissen möchten und konten was guts darin beim churfursten handeln, den wir dan dartzu gantz geneigt wösten, so solt an uns kein vleis, muhe oder arbeit gesparet werden.

Des Granvelle und unser zusammenkunft halben lassen wirs bei dem, so er mit euch geredt haben, pleiben. *Mit dem Bf. von Münster wird der Landgraf in Kürze zusammentreffen. Sollte ein Friede zustandekommen, müssen die Städte Hildesheim und Mühlhausen mit einbezogen werden.*

*PS: Die Räte sollen Granvelle für seine guten Ratschläge zum richtigen Verhalten ihres Herrn gegenüber dem Kaiser danken, denn der Landgraf lege auf die ksl. Gnade und Freundschaft großen Wert.*

### 351 *Weisung Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an seine Räte betr. die Türkenhilfe – Torgau, 1543 freitags nach dem hl. ostertage (März 30)*

*Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 45r–54v (Ausf. mit marg. inhaltl. Zusammenfassungen); DV fol. 54v: Ir kfl. Gn. schreiben ihnen etlicher puncten halben die turckenhulf betreffend, und wie sie sich darin vorhalten sollen, ihr bedencken und meinung. Und dan antworten ihnen uf ir schreiben einer überschickten rechnung der kleinen ordinari anlag halben mit überschickung einer andern rechnung des 42. jharß, so sie den stenden thun und dieselb unterschreiben lassen sollen, und anderß mehr belangend.*

*Falls es zur Bewilligung der Türkenhilfe kommen sollte, ist zu bedenken:*

Nemlichen, nachdeme man weiß, das von vilen stenden vor einem jhar zum zuge in Hungern ire turckenhulf volkomlich nit geleistet noch erlegt worden, wie solches aus des Kf. zu Brandenburgks rethen übergebener vortzeichnus [Nr. 129] clar zu befinden, welches aber gegen den andern ein grosse ungleichheit ist, so solle vor bewilligung itziger turckenhulf dorauf gedacht und geschlossen werden, das solcher hinderstand von denselben stenden nochmals dem Reich zuguet einbracht und nach betzalunge, was man doran nochmals schuldig, zu itziger turckenhulf mit gebraucht werde.

So ist auch wissende, das die burgundischen lande kein turckenhulf geleistet, sundern sie gehen domit umb, wie man es nit wol anderst achten kan, derselben gantz freid [= *befreit*] zu werden und sich damit vom Reich abetzutziehen. Und

sie aber mit solchen und dergleichen hulpen ane mittel zum Reich gehorig, dem Reich auch nit thunlich noch gelegen sein wil, zu gestadten und nachtzuhengen [= *nachzusehen*], das gemelte burgundische lande sich vom Reich abziehen und sondern sollen. Und die weil dan ane zweivel die andern stende solches erinnern werden, so wil die notturft erfordern, das zu vorn gewiß gemacht werde, das sie, die burgundische lande, die turckenhulf wie die andern stende des Reichs auch mit thun und leisten helfen.

So wil auch wol zu gedencken sein, das unser ohaim und schwager, der Hg. von Gulich, kein turckenhulf wirdet thun können, und sonderlich do seiner L. nit furderlich solte friede gewirckt werden, wiewol zu besorgen ist, wan gleich itzt solcher friede seiner L. gewirckt wurde, das doch sein L. schwerlich widder den Turcken wurde hulf thun mugen, die weil sein L. so hart mit dem kriege und ire leuthe erschepft sein. Bedencken derhalben gut sein, das ir hievon mit seiner L. [*Räten*], und das sie ires herren notturft im reichsratt wol dringen und antzogen, [*redet*]. Wan sie sich aber von ires herren wegen zu erbieten wusten, das sein L. sorgen und vor sein muste, iren anteil zu berurter turckenhulf mitzuthun, wo sein L. uf billiche condicion fride gewirckt wurde, so mochte solches die andern stende abermals dest mher bewegen, seiner L. zuguet uff einen friden zu dringen.

Doruber muß auch uns widder erlegt oder an itziger unser hulf widder abgezogen werden, was wir zu der eylenden turckenhulf zuviel erlegt, dartzu auch die 2000 fl., so wir dem Kf. zu Brannenburgk vor ainem jhar uff die speyerische handlung furgesetzt, auch das rest, so uns noch aussenstehet und wir zu erhaltung des volcks, als die stad Munster belagert gewest [*1534/1535*], furgestreckt haben. Und die weil dan auch von zweyerley wegen werdet wollen geredt werden, nemlich ob man wider den Turcken ainen gewaldtigen zugk thun und furnemen oder allein die peß besetzen wolle etc., so ist zu besorgen, do man allein die peß solte besetzen und der Turck wurde mit aller macht doher ziehen, das dadurch leute und gelt wurde verloren sein, so die besetzungen keine entsetzung haben. Es wurde auch mit dem volck, so in den besetzungen were, weniger dann gar nichts ausgerichtet werden.

Wurde man aber bedencken, einen gewaldigen zug zu thun, so wil nit am wenigsten daran gelegen sein, das ein rechtschaffener oberster hauptman uber das volck erwelet und verordenet werde und sonderlich, der unser wharhaftigen, christlichen religion mochte sein. Dan ane zweivel wurde der Almechtige dest mher siegs und wolfart zu solchem widerstande verleyhen, ein solcher ime auch die nott der christenheit heftiger und embsiger anligen lassen, rechtschaffene prediger gebrauchen, das kriegsvolck zu entpfahunge des hochwirdigen sacraments nach gotlicher einsetzung auch zum gebet zu ermanen und zu bewegen wissen. Und nachdeme uf den vhal davon wirdet müssen geredt werden, so wollet mit den stenden unser christlichen vorain, sovil euch und inen muglich ist, darfur sein, das nit Hg. Hainrich von Braunschweigk, Hg. Ludwig von Bayern oder der Kf. zu Brandenburgk oder sonst ein unerfarner oder ungott-

furchtiger dartzu erwehet werde. Dan sol durch und mit Gottes hulf etwas widder den Turcken außgerichtet werden, so muß man oberste haben, die der dinge vorstendig sein, auch, do es die gelegenheit gibt, furtdrucken und nit zaudern noch sich selbst in schimpf und das Reich in treffenlichen unchosten und schaden aus unvorstand und zagheit furen, wie solches das exempel vorganger expedition uberflussig und genugsam ausgeweiset. Und wusten nimands dartzu vor bequemer und fuglicher, so wir zur stedte wheren, furtzuschlagen dan unsern vedtern und brudern, den landgraven, und neben seiner L. den Hg. zu Preussen. Und wiewol es allerlei bedencken haben wolte, das unser vedter und bruder, der landgrave, dartzu bewegt solte werden, so konnte doch sein L. vor andern gemeiner christenheit dorin nutze sein.

Do sichs auch zutrüge, das der gewaldtige zutzug uf di negstgesessenen wolte gerichtet werden, als uf uns und unsern vedtern Hg. Moritzen und die andern negstgesessenen stenden, wie in dem speyerischen [1542] und negsten nurmbergischen [1542] reichsabschied solches etzlicher massen auch begriffen, und das wir und sein L. dartzu auch die besetzungen entsetzen solten, solches wil unsers teils keineswegs zu bewilligen, auch in unserm vermügen nit sein, es where dan, das berurter zutzug von allen stenden zugleich oder uf gleichmessigen anschlagk beschiet oder das man die besoldunge uff reuter und knechte den negstgesessenen besondern dartzu verordenen thete, im vhal der nott zu gebrauchen.

Nachdeme auch uff das eroberte furstenthumb Braunschweigk die geburliche turckenhulf wirdet wollen gelegt werden, so müssen die stende der christlichen vorain erwegen und schliessen, wer dieselbige kunftige turckenhulf erlegen solle. Dan das wir und die stende die turckenhulf von dem eroberten lande reichen und solten von Hg. Hainrichen auch nachteiliges furnemens gewertig sein, solches wolte beschwerlich sein. Wan aber die ksl. Mt. die stende der vorain dormit gnedigist belehenen thete, solte es auch nit groß zu achten sein.

Wan man nun ein gewaldtige hulf und expedition bewilligen und dartzu schreiten wurde, so bedencken wir, das die stende dieses teils etwa fuglich anbringen, auch nach gelegenheit wol etwas dringen, das ksl. Mt. die andern kriege, und sonderlich auch mit Gulch, uff bequeme condicion gemeiner christenheit, und sonderlich deutscher nation zu wolfart und guetem, anstelle und irer Mt. kriegsvolck stadlich widder den Turcken auch schicke. Do auch ire Mt. eigener person in deutscher nation ankeme, das ire Mt. den turckentzug personlich als das oberst haubt des christlichen volckes thun wolte. Do auch ire Mt. die andern kriege wurde anstellen, konte dem Turcken, wie zu achten, dest stadlicher widerstanden werden, welches doch sonsten nit wurde mugen bescheen, dieweil auch ausserhalb des unmuglichen sein wurde, zu kriegsvolck zu komen. Dann wo so vil leute allenthalben angenommen solten werden, wie darvon geredt und geschriben wirdet, so ist nit muglich, das in Deutzschland so vil kriegsvolck ist. Sol man dan den zug mit ungeubten und solchen leuten thun, die den kriegk niehe gesehen, ist wol zu gedencken, wie es zugehen wollte,

es where dan dohin gemaint, das man die deutzsche nation zu grund und boden verderben wolte. So ist auch zu besorgen, das der furhabende turckentzug ane ksl. Mt. selbst zu thun nit allein wurde vergebenlich, sundern alles das, so darauf gewendet, verloren sein und domit nichts ausgerichtet werden.

Wo nun die hulf geschlossen, so wil vonnöten sein, mit prophand geburliche und notturftige vorsehung zu thun, auch dermassen und mit solcher verordnunge und abteilung, uf das die leute domit nit also, wie negst bescheen, beschwert werden. Es muste auch solche hulf eintrechtig bescheen und gewilliget werden und die betzalung von allen stenden unvermindert zugleich erfolgen, uff das die betzalunge jederzeit davon geschee. Und in mangel geldes abermals die beschwerunge, unrichtikeit, auch der unwillen undter den knechten furfallen mochte, wie in negster expedition bescheen. Und das solches von allen stenden vhestiglich gehalten, so solte darauf ein namhaftige peen gesetzt und domit gegen den ungehorsamen unnachlessig verfahren werden. Dann wan also die betzalunge zugleich geschiet, so kan je kein unrichtikeit derhalben furfallen, so ist auch ein ider dest williger das zu thun und zu leisten, dorumb er dienet und also ist.

Wurde auch die notturft zu sein bedacht werden, das ein jeder seinen anpart der besoldunge uf sechs monat solte hinausgeben, domit man sich der betzalunge halben destweniger verhinderung durfte befaren. So sol es an uns auch nit mangeln, doch also und dergestalt, das vom Reich vertrauete und beglaubte leute verordent wurden, welche das geld zu empfaen und darnach die betzalung widderumb davon zu thun solten haben.

Und solches alles muste vermittelt ires aides, denn [!] sie schweren solten, gescheen, dann ane das wirdet es mit partirung [= *Betrug*] und finantzen [= *List*] nit zugehen, oder das ein ider chur- und furst seinem kriegsvolck die sechs monat mitgebe, das also an der betzalung kein mangel entstehe.

Es solte auch aus vilen ursachen nit unguet sein, das die antzall der knechte, wie di vor ainem jhar gewest, geringert und darfur mher reuter bestellt wurden, doch wil solches in der verstendigen weiter erwegen und bedencken stehen.

Wir begeren aber, ir wollet mit vleis erinnern und anhalten, das dem erbmarschalambt an seiner gerechtikeit nichts entzogen, auch das haubt- und renfanens halben gehalten werde, wie solches formals herkomen ist. Und das solches im abschied verwhart, uff das wir nit wie zuvarn [!] mit weitleuftiger antwort abgewießen.

[1. PS:] *Der Kurfürst überschickt den Räten die korrigierte Rechnung der kleinen Bundesanlage von 1541 und jene von 1542 und bittet um Unterschrift durch den Ausschuss und Bezahlung der ausständigen Beträge. Der Kg. von Dänemark bezahlte seinen Beitrag zum braunschweigischen Feldzug, suchte aber seinerseits auch um Hilfe des Schmalkaldischen Bundes an. Ausführungen über die Abrechnung des braunschweigischen Feldzuges.*

[2. PS:] *Schulden der Reichsstände beim Oberbefehlshaber und den Oberleutnants des Türkenzuges von 1542 (Kf. von Brandenburg, Wolf Dietrich von Pfirt,*



*Konrad von Bimmelberg*). Die evangelischen Stände lassen sich nach Vorbringen einer Protestation gemeinsam mit den anderen Ständen in die Verhandlungen mit den Befehlshabern ein und beraten über eine Schuldenreduzierung. Das ir aber im churfürstenrath den bericht und die furwendung unsernthalben getan, solchs gereicht uns von euch zu gefallen. Begern auch, ir wollet darob beruhen und euch in nichts begeben noch einlassen, dann wirdet von idem churfürsten, fürsten und stand das statgelt uff sechs monat, wie von uns beschehen, nachmals gefallen und erlegt, so werden ane zweivel die austehende schulden domit wol können betzalt werden.

**352 Weisung Kf. Johann Friedrichs von Sachsen an seine Räte, ohne Sondervereinbarungen auf Friede und Recht zu bestehen – Weidenhain, 1543 dornstags nach Quasimodogeniti (April 5)**

*Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2, fol. 100r–104v (Ausf.); DV fol. 104v*: Schickt inen des landgraffen schreibens und wez der Granvel bei ihme deß friden und rechtens halben gesucht copeien, mit angehengtem bevelch und ursachen, warumb sie nachmalh die turckenhulf ohne vorgesetzten zweier puncten erledigung nit willigen sollen.

*Sie erhielten vom Landgrafen Unterlagen zu den Verhandlungen der hessischen Räte mit Granvelle über Friede, Recht und Türkenhilfe (Nr. 346)*. Nun wollen wir uns keinesweges versehen, dieweil ir aus etlichen unsern schriften verstanden, wie uns dan der landgrave zuvor auch zu erkennen geben, das man uff der ersten maynunge des friden und rechtens halben beruhen solle, das doruber, obgleich die stende zum teil in die particular handlung des von Granvhels bracht und dorauf fallen wollten oder auf die bedencken und furschlege, so der landgrave derhalben seinen rethen geschrieben, davon wir euch copei überschickt, sein L. auch dohin fallen und sich von uns sondern werde. Dorumb ist nochmals unser begeren, ir wollet uff voriger maynunge verharren und die turckenhulf nit willigen, es seyen dan die zwene artickel des frieden und rechten halben voriger suchunge nach erlediget. Solt aber doruber, zuvorderst des landgraven rethe halben, ain sonderung furfallen, als wir uns doch nit wollen versehen, so wollet uns dasselbige eilend und unvortzuglich berichten und dorauf unsers bescheyds gewertig sein. Doch werden ir des landgraven rethe des, wie obstehet und wes sich sein L. in deme mit uns verglichen, zu erinnern und dohin zu ermanen wissen, das sie sich doruber von euch nit absondern.

Das wir aber uf voriger maynunge beruhen, dartzu haben wir nachfolgende ursachen: Nemlich, obwol zu Nurmbergk mit aller stende wissen und ausdrücklicher bewilligung der fride und gleichmessigs recht, auch die reformation des cammergerichts und das alle und ide proceß am cammergericht suspendirt sein und soliches im abschiede vorsichert werden solle, so ist es doch ein schlecht ding, von den papistischen stenden zu bewilligen und zu gescheen lassen, dan

dem wort „reformation“ werden sie iren vorstand geben, wie sie uf den speyerischen abschied [1542], so deshalb wol clarer whar, auch gethan, dorin sie auch im grunde gestanden, das mit der itzigen besetzung des cammergerichts nit ein gleichmessig und unpartheyesch recht im Reich where. Und zu mhererm schein, das wir dieses teils es dohin solten verstehen, so wurden aus beider teil stenden zu solcher reformation etzliche zu der visitation und reformation verordnet<sup>1</sup>. Dannach sties man es umb und ksl. Mt. lis sich durch irer Mt. bevhel zu der suspension solcher reformation selbst hindter uns auch bewegen. Hierumb wil uns uff dießem teil mit solcher aufdruckung im abschiede nichts geholfen sein, dan dieweil zu dem wort „reformation“ nit gesetzt soll werden „nemlich vermuge ksl. Mt. declaration“, so werden sie das wort uff iren verstand ziehen, nemlichen vermuge voriger augsburgischen [1530] und etzlicher andern reichsabschiede, die von der visitation und reformation nach irer maynung melden.

Es geben nun der konig und der Granfelh darneben ad partem von ksl. Mt. und von irer selbst wegen erclerungen und interpretation, wie sie wollen, so ist man domit eben in den vorigen disputationen. Wen man sich uf unserm teil domit behelfen und schutzen solle, so sagt man, die andern stende haben in solchen verstand nicht gewilliget, so bringe es der itzige reichsabschied auch nicht mitte, sundern nach irer deutunge das widerspiel. Und haben auch alsdan vor sich, das sie sich ausdrücklich umb das alles gegen euch, den rethen und bottschaften dieses teils, vor dem abschiede erclert hetten, wie wir dan solchs aus den negst uns überschickten vortzechnussen vernommen.

Das aber noch mher und beschwerlicher ist, so sollen nit alle stende dieses teils von berurten nebenerclerungen wissen, welchs ane zweivel undter anderm darumb bedacht, das undter uns, den stenden, ein trennunge daraus erfolgen solte. Dann wie beschwerlichen es den andern stenden sein wolte, das wir ain particular handlung ane sie annemen solten, ist liederlichen [= leicht] zu bedencken. Dartzu können wir bey uns nit erachten, das wirs mit gewissen, fugen und ehren thun mugen, dan je unser aynunge abschiede und vertrege ain anders mitbringen. Dartzu solle man dem kayser kainen unglimpf aufladen, wie hievor mit der declaration auch bescheen where, welches eben sovil sein wilh, als wan gleich die visitation und reformation des cammergerichts ksl. Mt. vorigen declaration, auch berurten kgl. Mt. und des Granfels nebenberichten nit gemes wolt furgenomen werden, so solten wir uns doch derselben nit vermercken lassen und also ein schwert haben, das man aus der scheiden nit ziehen noch zur notturft brauchen solte.

Eben also handelte man undter dem vorigen reichstage zu Regensburgk [1532], domit man uns in die turckenhulf bracht, auch das wir der religion und religionsachen halben nit allain ainen friden, sundern auch ainen stillstand am

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um die für 16. Juni 1542 angesetzte Visitation des RKG, die vom Kaiser suspendiert wurde.

camergericht in solchen sachen haben solten, des man dan ain ksl. assecuration gab [RTA JR Bd. X, Nr. 557]<sup>2</sup>, und doch, das man die in gehaim solte halten<sup>3</sup>, dan die ksl. Mt. wolte uns dabey schutzen und handhaben. Da nun die turckenhulf gelaistet whart und ksl. Mt. aus dem Reich kam, da half es nichts, dan das camergericht erlangte zu Bononien ein gegendeclaration<sup>4</sup>. Und ab man sich wol uf berurte assecuration vor dem camergerichte zoge und sich dorauf berief, so halfe es doch nichts, da was [= war] auch keine handhabunge. Die von Minden wurden doruber geechtigt, dergleichen where denen von Hamburgk auch schier widderfaren. Wir langeten die beide Kff., als Maintz und Pfaltz, an, als die undterhendler<sup>5</sup>, das sie den stenden unsers teils bekenntnus ans cammergericht wolten geben von irer handlung und des kaysers bewilligung. Das vermochte man auch nit zu erlangen. Derhalben man sich itzt eben sovill wirdet zu versehen haben, das ksl. Mt. berurte nebenbrive widder die stende des andern teils handhaben werden, wie der Granfelh gegen den hessischen rethen furgegeben, und das ire Mt. im Reich etzliche jhar wurden verharren.

Konnen derwegen bey uns nit bedencken, das wir dadurch wurden ungefhert bleiben, wan gleich etzliche churfursten, wie der landtgrafe bedenckt, in die nebenversicherung mit bewilligten. Wan es dan auch darnach nit erfolget, so plagt man uns, die oberhauptleute, wir sollen die und jene hie und dort furwenden. Nun lest man es billich an nichts erwinden, aber man wurde sich

<sup>2</sup> Siehe auch: E. FABIAN, *Urkunden und Akten*, Bd. 1, Nr. 18. Der Kaiser ließ sich die Möglichkeit offen, die Regelung bis zu einem Konzil oder zu einer Reichsversammlung rechtskräftig bestehen zu lassen oder sie nötigenfalls aufzuheben, zu verändern oder zu verlängern. Siehe R. AULINGER, *Die Verhandlungen zum Nürnberger Anstand 1531/32*, hier S. 204.

<sup>3</sup> Karl V. beauftragte die ksl. Unterhändler Mainz und Pfalz, die übergebene Versicherung geheim zu halten und nicht zu veröffentlichen, Regensburg, 1532 Aug. 2, in: RTA JR Bd. X, Nr. 558 und E. FABIAN, *Urkunden und Akten*, Bd. 1, Nr. 19. Die Suspension der Religionsprozesse wurde nach dem Regensburger RT 1532 nicht, wie von den Protestanten erhofft, dem RKG oder dem Fiskal bekanntgegeben. Erst nach Drängen der Unterhändler erließ der Kaiser am 6. Nov. 1532 in Mantua ein Mandat an Kammerrichter Adam von Beichlingen und die Beisitzer des RKG, kraft dessen er alle Religionsprozesse bis auf ksl. Widerruf suspendierte; gedr. bei: E. FABIAN, *Urkunden und Akten*, Bd. 1, Nr. 31

<sup>4</sup> Karl V. an Kammerrichter Adam von Beichlingen und die Beisitzer des RKG, Bologna, 1533 Jan. 26: Bestätigung der Sistierung der Religionsprozesse. Eine weitere Deklaration hielt der Kaiser jedoch für unnötig und berief sich auf die in Regensburg 1532 gegebene Versicherung; gedr. bei: E. FABIAN, *Urkunden und Akten*, Bd. 1, Nr. 46.

<sup>5</sup> Die Suspension der Religionsprozesse wurde in Form einer persönlichen Erklärung des Kaisers garantiert (siehe Anm. 3), die den ksl. Unterhändler, den Kff. Mainz und Pfalz, zugestellt wurde; in: RTA JR Bd. X; Nr. 558. Die Unterhändler durften den Inhalt des Aktenstücks den Protestanten zwar mitteilen, aber keine Abschriften davon übergeben; die reichsrechtliche Verbindlichkeit der Vereinbarungen war dadurch nicht gesichert. Siehe RTA JR Bd. X, Einleitung S. 138f.

dieses teils selbst aus den recusationen in neue gefערliche hendel furen. Beschehe nun solches, so wurde man wol erfahren, wie es des camergerichts halben und sonsten gehen wurde. Darumb unser begerunge nachmals ist, ir wollet uff voriger maynung verharren und die turckenhulf, eher und zuvor die beide punct des friden und rechten halben erlediget, von unsern wegen nit willigen, wie wir dan dem landgrafen, das wir euch solches bevholen, auch zu erkennen gegeben, zweivelsan, sein L. werde bey uns bleiben, wie sie sich dan albereit in deme mit uns verglichen hat.

**353 Weisung Lgf. Philipps von Hessen an seine Räte betr. die Absetzung des Kammergerichtspersonals – Kassel, 1543 April 11**

*Marburg StA, PA 650, fol. 399r–402v (Konz. von mehreren Händen).*

*Bestätigt Erhalt des Schreibens der Räte vom 5. April 1543<sup>1</sup>. Er ist einverstanden, dass die ksl. Deklaration im Reichsabschied erwähnt und dadurch von den Altgläubigen approbiert wird. Wenn die Räte des Kf. von Sachsen und die anderen evangelischen Stände damit einverstanden sind, so lassen wirs auch dabei, das di visitation und reformation des chammergerichts uf di declaration furgenomen, und bis solhs alles geschee, di proces suspendirt werden solen. Solchs lasen wir passiren und uns wol gevalen.*

Sovil aber di amotion und abschaffung der chammergerichtspersonen betrifft, wollet anhalten, das di amotion bei den andern stenden offentlich erhalten werde, dann ye inen so vil daran nit gelegen. So ist auch unser, diser stend, meinung nit, di personen des chammergerichts dadurch zu scheuchen, sondern suchen nur dises, daß wir vor inen als denen, di von uns mer dann zu einem mal recusirt worden, aus ursachen, di jenen stenden nun vilmals angezeigt, nit können oder mugen rechtens gewertig sein noch unsere leib, hab und guter iren urteilen zu unterwerfen etc.

Könte aber di amotion bei jenen stenden nit ofentlich erhalten werden und es wolten, sovil di amotion betrifft, di sechsische churfurstische rethe zufriden sein und hetten si auch von irem hern also bevelh, von kgl. Mt., ksl. commissarien und oratore ad partem ein versicherung zu nemen, das solhe personen solten gewislich amovirt werden und es haltens di andere unsere stend dafur, das es gnugsam und anzunemen sein solt, so solt irs auch nit anfechten, sondern desfalls bei den sechsischen churfurstischen und den andern unsern stenden pleiben und kein sonders hirin suchen oder vornemen.

Konte man aber darneben etzliche chur- und fursten darzu bewegen, wi wir euch vormals geschriben [*Nr. 350*], di di versicherung der amotion halben beneben dem konig, ksl. commissarien und orators thetten, als sonderlich Pfaltz, Coln und Trier und andere fursten, so wers sovil desto besser und konte

<sup>1</sup> *In: Marburg StA, PA 650, fol. 390r–391v (Ausf.).*

auch gehalten werden, dan di heten ire personen, so si am chamengericht sitzen haben, selbs abzogen.

*Er ist damit einverstanden, dass die Behandlung des braunschweigischen Konflikts erst nach der Ankunft des Kaisers im Reich erfolgen soll. Außerdem stimmt er zu, dass bis zur Durchführung der Visitation unaufschiebbare Rechtsachen vor Kommissaren ausgetragen werden sollen, die von Kaiser oder König auf Ansuchen der Streitparteien einzusetzen sind. Dieser Beschluss ist in den Reichsabschied aufzunehmen<sup>2</sup>.*

**354 Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543 montags nach Cantate (April 23)**

Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 78r–81v (Ausf.).

*Sie berichteten dem Kurfürsten bereits, dass die altgläubigen Reichsstände entschlossen sind, den Reichsabschied ohne Bewilligung und Mitwirkung der evangelischen Stände zu beschließen.*

Und wissen eurn kfl. Gn. ferner in underthenigkeit nycht zu verhalten, das gestern vor dato<sup>1</sup> kgl. Mt. sampt dem ksl. comissario Dr. Naves alle der augspurgischen confession und religionsverwante stende erfordern und inen durch seiner Mt. vicecantzler Dr. Georgen Giennger muntliche anzeigung ungeverlich uff die meinung, wie solchs beiligender vertzaichnus mit A vermag [Nr. 180], thun und sie folgends etzlicher artickel und furschleg, darauf der abschied alhie gericht sollt werden [Nr. 178], sampt einer notel, welcher gestalt sich die andern stende des fridens und rechtens [Nr. 179], auch der hulf halben wider den Turckenn verglichen [Nr. 94], übergeben haben lassen, mit angehengtem begern etc.

Weil aber diese stende daraus vermarckt, das die andern stende uff irem furnemen beharren und die ksl. declaration in abschied nicht setzen, auch des fridens und rechtens halben nicht gnugsame versehung machen wollen, wie dann die kgl. Mt., daß die ksl. declaration bei inen nicht zu erheben, sich hat vernehmen lassen, so haben sie sich auf jungsten beschlus, welcher gestalt sie in dem beieinander fur einen mann steen wöllen, einer antwort mit antziehung etzlicher ursachen, warumb inen diese furschlege und der andern stende beschlus nicht annehmlich, verglichen und dasselbig der kgl. Mt. heut dato durch einen geordenten ausschus uberantworten, von solchen schriften und antzeigungen eurn kfl. Gn. allenthalben hieneben copeien befinden [Nr. 183].

Und dieweil wir uns vermuten, das der ander teil auf irem furnemen also werde beruhen, es werde der reichstag sich in kurtz enden, der ander teilh

<sup>2</sup> Siehe RAb Nr. 404, § 35.

<sup>1</sup> Die im Folgenden angegebenen Aktenstücke wurden den Protestanten am 20. April 1543 übergeben.

mit irem abschied furfharn und den fur einen gemeinen reichsabschied, auch wir darmit verbunden zu sein, achten und halten. Wann solchs beschicht, so seint diese stende gantzlich entschlossen, denselben nicht antzunemen, sonder dawider muntlich und schriftlich zu protestirn, und uff den falh so werden auch den merern teilh reichsstende von hynnen verrucken. Aber wir neben den rethen, gesanten und potschaften der cristlichen verain seint bedacht, nach dem gemeinen reichsabschied einen tag oder zwene alhie zu verharren und die artickel in berurtem reichsabschied, auch was sonsten mer artickel, daran gemeiner ainung gelegen, zu beratschlagen, notwendig fur die handt zu nehmen und derohalben, weil ane das die stende der ainung widerumb zusammenkomen werden, ein zuberaittung zu machen. Waß sonsten fur gemeine artickel, auch etzlicher stende beschwerung und ubergebene petition betrifft, die werden biß zu berurter weitem zusammenkunft unsers ermessens verschoben werden müssen.

Auch, gnediger churfurst und herr, wiewoll wir bedacht, diese post so balt abzufertigen, will uns aber der konig nach beschehener unser antwort der men- gel halben, die wir an des andern thails gestelten bedencken der turckenhulf und abschidt gehabt, widerumb erfordern und weiter anregung muntlich thun lassen. Darauf wir aber seiner kgl. Mt. sambt dem herrn ksl. commissari entlich, warauf unser bevelh stehet, mit abermals einfhurung etlicher ursachen, derhalben diesen stenden beschwerlich, in solche handlung zu willigen, schriftlich ubergeben, von welchen unsern kfl. verzaichnus eur kfl. Gn. wir hineben auch copeien [Nr. 183] übersenden. Und obwoll kgl. Mt. uns gestern abermals mundlich vormhanen lassen [Nr. 184], mit weiter vermeldung, dieweil ire kgl. Mt. aus berurten unsern letzten schriftlichen articulu vermercken, das wir under anderm der wort halben, do stehet, das di visitacion des chambergerichts uff vorige abeschid und handlung furgenhomen solt werden, beschwerung trugen, so solten solche wort „abschid und handlung“ gar herausen gelassen. Nachdem wir aber nit allein dieser wort, sonder etlicher mher artigkel beschwerung gehabt, so haben wir umb bedencken gebeten und auf irer kgl. Mt. begern, das wir sie nit lang aufhalten solten, uns in einer andern stuben underredet und seiner kgl. Mt. als palt anzaigen lassen, di ursachen, warumb wir bißher neben den andern stenden zu gemeiner beradschlagung nit hetten komen mugen, weren zuvor nach lengs angetzeigt. Dieweil aber ire kgl. Mt. und di ksl. commissarien bei den andern theiln keine volge hetten erlangen mugen, damit dieser stende beschwerung erledigt, so wolten ir kgl. Mt. erachten, das wir daruber und aus habendem unserm bevelch nit schreiten konnen und derwegen der ungelimpf und verhinderung des christlichen wercks der turckenhulf nit diesen, sondern den andern stenden zumessen, auch unser gnedigsten, gnedigen herrn und obern und uns als di diener gnedigst und gunstlich entschuldigt zu haben [Nr. 185]. Haben ir kgl. Mt. ferner antzaigen lassen, weil unser gemut also stund, mugen sie es dismall mit gedult uberwinden und mit den andern zum abeschidt anzuhorn angesagt.

Dieweil wir aber denselben nit bewilligt, vil weniger anzunehmen bedacht, haben wir unser protestacion verfertigt und haben nit anderst vermaint, der abschidt solt als palt erfolgn. So hat doch ir kgl. Mt. nit underlassen, abermals alle protestirende stende zu erfordern, erstlich uns, darnach di hessischen und also folgende einen nach dem andern anzusprechen, ob sie uns oder zum wenigsten etliche in den abschied zu willigen bewegen mochten. Aber wir sind uff unserm vorigen beschlus vorharret, das wir weiter one erledigung unser beschwerung nit gehen dorfen.

Darauf hat di kgl. Mt. den abschidt [Nr. 404] ufm hauß verlesen lassen. Und als wir uns zuvor der protestacion [Nr. 409] vorglichn, haben wir di nach endung des abschidts mundlich than. So hat sie doch ir Mt. nit annhemen wollen, sonder dem mainzischen canzler gesagt, diselb anzunehmen. Demnach wir ime dieselb zugestelt, mit dieser erinnerung: Dieweil ime der konig selbst bevolhen, di protestacion antzuhoren, daß er sie mit vleis registrirn wolle. Der sie angenhomen und solchs zu thun zugesagt. Dieweil wir aber wissen, es auch in erfharung haben, das alles dasjhenige, so diese stende betrifft, in der meinischen canzlei ganz gering geacht und vleis nit darbei geschicht, wiwoll sein solt, so haben wir nit underlassen, einen notarien und zeugen mit hinein, als der abschid verlesen, zu nhemen und ime copei der protestacion ubergeben und darauf gebeten, darauf ains oder mher instrument zu machen. Und thun eurn kfl. Gn. hieneben copeien der protestacion und des reichsabschidt underthenigst auch ubersenden.

Dieweil sich nun der reichstag geendet und di rethe, gesandten und podtschaften der christlichen vorein bedacht, etzlicher der aynung unerledigten und alhie beschlossenen artikeln und sonderlich der weitem zusammenkunft halben einen abschidt zu machen und einen tag oder zwen noch alhier zu verharren, so wollen wir es furdern, daß derselbt abschidt auch zum ehesten gefertigt und uns alsdann von hinnen zu reisen erheben. Wolten eur kfl. Gn. wir auch nicht bergen.

### 355 *Die hessischen Räte an Lgf. Philipp von Hessen – Nürnberg, 1543 April 26*

*Marburg StA, PA 650, fol. 465r–468v (Aufsf.).*

*Kg. Ferdinand bemühte sich bis zuletzt, die evangelischen Stände zur Bewilligung des von den Altgläubigen beschlossenen Reichsabschieds zu bewegen, wie die dem Landgrafen übersandten Aktenstücke zeigen*

Dieweil nuhn die handlungen dahin geloffen sein, das wir unß mit unsern stenden zu dem vorgemelten der andern stende abschide nicht haben begeben konnen<sup>1</sup>, so hat ir kgl. Mt. die sachen also beruhen lassen und an die pro-

<sup>1</sup> *In seinem letzten Schreiben an die Räte in Nürnberg aus Kassel am 27. April 1543*

testirenden gnediglich begehrt, ir Mt. particular hulf zu thun, in was schein die beschehen mocht, wie dann euer fstl. Gn. das alles uß irer kgl. Mt. beschluß [Nr. 184] weitter gnediglich befinden werden.

Und wiewol wir von irer kgl. Mt. abgeschaiden und unß keiner verner handlung versehen, so hat doch ir Mt. volgendts montags [1543 April 23] gleich etlich der protestirenden stende, als Sachssen, Wurtemberg und die stett Augspurg, Strasburg, Ulm und andere partim einen nach dem andern ervordert und mit einem jeden umb die particular hulf gehandelt. Und nachdem wir sonderlich von irer Mt. auch beschickt sein worden, hat ir Mt. selbst aigner person unß erinnert der gnaden, mit denen die röm. ksl. Mt. und ir kgl. Mt. euern fstl. Gn. bis daher alwegen gnediglich gemeint, und das sich ir kgl. Mt. uß demselbigen gnedigen vertrauen zu euer fstl. Gn. alß zu irem sondern, freundtlichen, lieben freundt gentzlich versehen, euer fstl. Gn. wurden ir kgl. Mt. mit hulf nit verlassen. Dann es wiste Gott, das ir Mt. und der ksl. commissarius die sachen bey den andern stenden zu unserm begehren gern gefurdert und an irer Mt. khein vleiß erwunden. Wer es aber verhindert, das wist Gott, und muß es ir Mt. mit gedult tragen.

So wurden auch die andern stende fride halten, wie wir gestern gehort hetten, zudem das auch die braunschwigisch sachen biß zu der ksl. Mt. ankunfft und further zu bewilligter verhör angestellt und befridet und gute mittel zu hinlegung derselben sachen gefunden werden solten.

Und dieweil ir Mt. die sachen je nicht weiter und besser pringen mögen und also an irem vleiß nichzit gemangelt hett, so ersuchen sein kgl. Mt. nochmaln gnediglich, das sich euer fstl. Gn. der hulf halb irer Mt. und der christenhait zugut als ein christlich mitglied wilferig erzeigen und darinnen dise höchste

---

*zog Lgf. Philipp ein bitteres Resümee aus der nicht zustandegekommenen Einigung zwischen den Religionsparteien auf dem RT und brachte eine militärische Option ins Spiel: [...] Zudem und uber das alles so sehen und befinden sy [= die Altgläubigen] wol selbst, daß man uns, disen stenden, weder friden oder recht geben wolte, sondern das der jegenteil mit seinem gemachten abschid der turckenhulf halben furzutringen unten stehe, darus unsers ermessens liderlich [= leicht] erfolgen, daß man uns, dise stende, mit der acht uff solchen abschid oder sonst beschweren möcht. Und obwol dargegen zu sagen, es were itzo di gelegenheyt des Frantzosen, Turcken und anderer halben nit darnach, das man wider uns, dise stend, mocht mit frucht und nutzen kriegem, so ist doch solcher gegenwurf ungewiß. Und darumb so deucht unß, das alle sachen so selzam sich lassen ansehen, das gemeyne unsere christliche verstentnus einen gulden oder 8000 uff etzliche gute krigsleut zu roß und fus, wilch ander krigsvolck an der hand haben, aufwendete, also daß sy gemeyner verstentnus darumb bis zu ausgang des Septembris gewarten. Fille dann unterdeß di nott fur, das man dises krigsvolcks bedurfte, so hette mans bei handen, und wer der verstentnus vast [= sehr] trostlich. Wurd mans aber nit bedurfen, so were auch dises so ein groß gelt nit, es konts di gemeyne verstentnus ye wol und an sonderlichen unstaten ertragen und erschwinden. [...] In: Marburg StA, PA 650, fol. 458r–461v, hier fol. 459rv (Konz.).*



noth der christenhait bedencken wolt, und sonderlich, das auch ein jeder standt solche hulf, do schon kein bewilligung oder abschidt gemacht oder beschehen were, uß christenlichen pflichten zu leisten schuldig. Wolten auch euer fstl. Gn., wie sich des ir Mt. gantzlich versehen, hulf thun, so begerten ir Mt. gnediglich, das es von euern fstl. Gn. furderlich beschehe und nicht uff die zeit verzogen wurde, biß sie irer Mt. nicht nutz were, wie dann ir kgl. Mt. ein eigen potschaft<sup>2</sup> zu euer fstl. Gn. von Prag auß abvertigen und sie derhalben weiter ersuchen lassen werde. Nichzitdesterweniger aber solten wir dise ding an euer fstl. Gn. furderlich langen lassen.

Wir haben alle handlung und uß was ursachen wir neben und mit andern unsern stenden den abschid und also die gemeine hulf wider den Thurcken nicht willigen mochten, wider erholt, und nachdem ir Mt. sonderlich an unsere personen begert, sollich ir Mt. handlung euern fstl. Gn. furderlich zu berichten, so wolten wir solchs in underthenigkheit mit treuen thun etc. Solche anthwurt haben, wie wir vernehmen, die andern protestirenden stende auch gegeben, aber die eynungsverwandten werden uff dem nehern endtlichen schluß beyeinander ungesondert verharren und kein particular hulf thun, inhalt des artikels, den wir euern fstl. Gn. neulich überschickt [*Nr. 275*].

Daneben sein wir von H. Jacob Sturmen bericht, das der konnig der particular hulf halb bey etlichen stetten unser eynung angesuchet, und alß sie ire beschwehrung dagegen angezeigt, warumb es inen untreglich und nicht moglich were, hett der könig selbst dise wort geredt: Sie konten wol helfen, das ein furst vertriben wurde, warumb sie dann auch zu disem christlichen werk nicht wolten verhelpen. Sie wurden wol befinden, was sie gethan hetten und noch weiter thun wurden.

Daruff die stett geanthwurt, das sie nicht lust gehapt, einichen fursten des Reichs zu vertreiben helfen, sie weren aber mit andern in einer aynung und hetten das halten und voltziehen wöllen, das sie gegen andern leuthen verpflichtet und verschriben weren. Wan nuhn ir Mt. bey Hg. Heinrichen sovil einsehens gethan, das er irer Mt. gepott und suspension [*RTA JR Bd. XII, Nr. 257f*] zu Speier bewilligt hette, so were es diser defension nicht noth gewest.

Nach dem allem ist der andern stende vermeinter abschide [*Nr. 404*] gelesen worden, wider welchen alle protestirenden stende vor notarien und gezeugen protestirt haben, inhalt der protestation [*Nr. 409*] hieneben. Dergleichen haben auch alle frey- und reichsstett wider solchen abschide protestirt [*Nr. 408*], und wie wir vernehmen, so sollen Coln, Thrier, auch Wurtzburg und Bamberg solchen abschide auch nit annehmen.

Wir, die eynungsverwandten, werden noch etliche tage alhie verharren und alle notturft und gelegenheit weiter bedencken. Und haben heut in unserm rathe geschlossen, das man ein schrift an die ksl. Mt. furderlich von wegen verloffener handlung und sachen von hie auß in Italien verfertigen [*Nr. 280-*

<sup>2</sup> *Dr. Andreas von Könnertitz: siehe Nr. 196.*

281] und ein vertraute person mitschicken soll, die des hoifs und hieiger sachen und handlungen bericht sey, welche an dem ksl. hoif der sachen, was disen stenden nachteiligß einfallen wolt, abwarten solt, biß die schickung und legation diser stende stattlicher und wie sy bedacht beschicht. So ist dem rath der statt Augspurg geschriben, nach einer solchen person zu trachten [Nr. 278].

**356** *Die kursächsischen Räte an Kf. Johann Friedrich von Sachsen – Nürnberg, 1543* *sontags Vocem jocunditatis (April 29)*

*Weimar HStA, EGA, Reg. E 149, fol. 179r–182v (Ausf.); AS fol. 179r:* Rethe zu Nurnbergk schreiben, daß sich der reichstag geendet, schicken dieser stende gemachten abschied. Man soll zu Franckfurt wider zusammenkommen. Die gulchisch sach sei zum anstand kommen. Und schicken copei, wie an ksl. Mt. der braunschweigischen defension halben uf den nurnbergischen abschied soll geschriben werden etc.

*Die Schmalkaldener blieben nach dem Ende des Reichstags noch einige Tage in Nürnberg, um über bisher nicht erledigte Artikel zu beraten. Nun übersenden sie dem Kurfürsten den Bundesabschied (Nr. 418); Näheres werden sie nach ihrer Rückkehr mündlich berichten.*

Wir wissen auch eurn kfl. Gn. in underthenigkeit nicht zu bergen, das – wiewol die gutliche handlung in der gulchischen sach sich zerschlagen und entstanden gewest – gleichwol etzlicher churfursten, fursten und stedt gesanten durch einen ausschus bei dem H. von Granvelh weitere handlung furgenomen und sovil erhalten, das die sach uff einen anstandt [Nr. 235] gericht, nemlich das solcher anstandt zwei monat lang nach ksl. Mt. ankunfft ins Reich steen und weren soll. Dagegen soll der hertzog Kgn. Maria, regentin zu Nederlanden, den fleck Sittart zu einer geisel einantworten, und mitler zeit sollen etzliche chur- und fursten und stende des Reichs zu der ksl. Mt., wan die ins Reich kompt, neben dem Hg. von Gullch schicken und bei irer Mt. umb fernern anstandt und entlichen friden handeln. Do aber weiterer anstandt und frid bei irer Mt. nicht zu erhalten, so sollen sie dem hertzen funfzehen tag nach solchen zweien monaten und vor einichem angriff vermelden und alßbald Sittart widerumb eingantwort werden. Wir wollen aber zu Got hoffen, weil einmalh der anstandt erlangt, do es zu weiter tagleistung kompt, es soll zu fernerm thetlichen furnemen nicht gedeihen und uns underthenigst vertrosten, eur kfl. Gn. werde solcher anstandt nicht missfallen. Wir weren auch underthenigst willig gewest, eur kfl. Gn. copeien solchs anstants zu schicken. So hat es doch in eilh nicht beschehen mugen, aber zu unser ankunfft wollen wir sie, so es muglich, mitbringen.

Nachdem auch eur kfl. Gn. in jungstem irem schreiben under anderm vermelden, das sie sich mit unserm gnedigen herrn, dem landgraven, der malstadt der jungsten der ainungsverwanten stende zusammenkunfft gein Schmalkalden

verglichen, so werden doch eur kfl. Gn. auß dem hieigen gemachten abschied ursachen vermercken, derwegen die stende besser achten, das dieselb zusammenkunft zu Franckfurt beschehe [*Nr. 418, Art. 3*]. Derwegen werden eur kfl. Gn. solchs weiter zu bedencken und, was hirinnen das bequemst, entlich zu schliessen und das ausschreiben darauf zu richten wissen.

Und wiewol sich rethe und gesanten alhie zweier notel an ksl. Mt., die eine belangend die braunschwigische defension gutliche underhandlung [*Nr. 281*] und die ander bestendigs fridenß und rechtens, so uff diesem reichstag nicht hat mugen erlangt werden [*Nr. 280*], verglichen und bedacht gewest, dieselben von hie aus an ksl. Mt. zu fertigen, so haben doch etzliche und das merer fur bequemer geacht, das umb merer ansehens willen solche schriften under beider eur kfl. Gn. und des landgraven secreten an ksl. Mt. gefertigt wurden, von welchen schriften eur kfl. Gn. hieneben copeien finden und dieselben gnedigst zu verfertigen lassen wissen werden.

## XII.E Korrespondenzen anderer evangelischer Reichsfürsten

*Gesandtenberichte aus vier evangelischen Fürstenhäusern wurden ausgewählt. Während die Berichte des pommerschen Gesandten Jakob von Zitzewitz an Hg. Philipp von Pommern aus inhaltlichen Gründen in anderen Kapiteln abgedruckt sind (Kap. V.B, Kap. VIII.D.2), werden hier die Eindrücke, die sein Mitgesandter Dr. Jakob Philipp Ösler vom Reichstag erhielt, wiedergegeben. Ösler zweifelte an der Sinnhaftigkeit der Reichsversammlung, prognostizierte deren drohendes Scheitern und beklagte die hohen Kosten des Aufenthalts in Nürnberg (Nr. 359).*

*Den Berichten der Gesandten Hg. Ulrichs von Württemberg (Nr. 360, Nr. 363), Mgf. Georgs von Brandenburg-Ansbach (Nr. 357, Nr. 364) und Pfgf. Ottheinrichs von Pfalz-Neuburg (Nr. 358, Nr. 361–362) ist gemeinsam, dass sie die tiefe Spaltung zwischen alt- und neugläubigen Reichsständen und die Schwierigkeiten einer Einigung zwischen den Konfessionsparteien aufzeigen.*

### 357 *Dr. Augustin Megersheimer an Mgf. Georg von Brandenburg – Nürnberg, 1543 an der Aschermitwoch (Febr. 7)*

*Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 118r–119v (Ausf. v.d.Hd. Megersheimers).*

*Er überschickt die mündliche Antwort Kg. Ferdinands (Nr. 153) auf die Supplikation der Protestanten<sup>1</sup> (Nr. 153), die schriftliche Antwort des Königs ist noch ausständig. Außerdem sendet er die Rede Gravelles (Nr. 197), welchen furtrag des Reychs versammlung in bedacht genomen, aber gleichwol noch nit beradtschlagt worden. Dieweil es aber, gnediger herr, nunmer auf dem steet, das man ksl. Mt. oratorn beantworten soll, derhalben die sach beratschlaget muß werden, darzu ich dann von euer fstl. Gn. gar nichts abgefertigt und euer fstl. Gn. gelegenheit hierinnen in diesen wichtigen hendeln gar nit wais und Rechenberger der und anderer sachen halben villeicht abgefertigt mocht sein, so ist mein underthenig bitt, eur fstl. Gn. wollen die sachen, nachdem sie hochwichtig sein, aufs furderlichst beratschlagen lassen und imand abgefertigt hirein schicken oder aber aufs*

---

<sup>1</sup> *Die Supplikation der evangelischen Reichsstände (Nr. 152) wurde wegen des großen Zeitaufwands für die Abschrift des umfangreichen Aktenstücks von Megersheimer erst am 9. Febr. 1543 an Mgf. Georg übersandt. Dieser befahl in seinem Antwortschreiben an Megersheimer, 1543 sambstags nach Esto mihi (Febr. 10), in Hinblick auf die protestantischen Forderungen: [...] So ist unser bevelich, du wollest neben anderer Kff., Ff. und stende potschaften und retten ob und bey demselbigen begeren beharren und dich one unsern ferrern beschaidt der turckenhilf halben in nichts einlassen, es seye[n] dan die drey punct, in der supplication verleiht, erledigt. [...] In: Nürnberg, StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 130rv (Konz.).*

wenigst mich berichten bis auf zukunft des Rechenbergers<sup>2</sup>, was ich bewilligen soll oder nit, damit ich recht thue und das unrecht meide<sup>3</sup>.

Ich will auch euer fstl. Gn. nit pergen, das die reychsstend sehr partirt sein, nemblich das die gaistlichen stend und diejenigen, so der augspurgischen confession nit anhengig, sich zu ainer part gemacht und dann diejenigen, so der confession anhengig, erstlich auch ain part war, aber itzund zerspalten und tztwo, nemblich aine, so dem schmalkaldischen bund anhangen, und darnach aine, so nit im schmalkaldischen bundt und doch der augspurgischen confession anhangen. Und will sich doch nit woll schicken oder leiden, das sie sich zertailn, dieweil die hendel underainander gemischt, also das sie sich nit thailen wollen lassen. Und noch zur zeit nichts anders sehen und finden kann, dan das die stend ainander nichts hertzlichs vertrauen, welchs mich fur ain bosen anfang dieses reychstags bedunckt. Gott geb, das es besser werd.

358 *Der pfalz-neuburgische Gesandte Gabriel Arnold an Pfgf. Ottheinrich – Nürnberg, 1543 Febr. 19*

München HStA, Kasten blau 271/4, unfol. (zwischen fol. 88 und fol. 89) (Konz. mit verderbten Textstellen).

*Er überschickt die schriftliche Antwort Kg. Ferdinands [Nr. 155] auf die Supplikation der Protestanten. Und fueg euer fstl. Gn. zu wißen, das sy [= die Protestanten] mit solher antwort gar nit zufriden sein wollen etc. Nun hat mein*

<sup>2</sup> *Balthasar von Rechenberg kam erst gegen Ende Febr. 1543 in Nürnberg an und übernahm ab März die Berichterstattung an Mgf. Georg von Brandenburg.*

<sup>3</sup> *Mgf. Georg übersandte umgehend eine Weisung an Megersheimer, wie er sich in der Frage des Krieges gegen den Hg. von Jülich-Kleve zu verhalten habe, Cadolzburg, 1543 Donnerstag nach Esto mihi (Febr. 8): [...] Dieweil dann noch nit ausfindig gemacht, welcher tail befuget oder aber den andern anfenglich ubertzogen und tedtlich angriffen habe oder nit, so wil bey uns zweivenlich seyn, ob man ksl. Mt. ainige hilf wider den Hg. zu Cleven noch zur tzeit zu laisten schuldig sey. Und im falh, das man solichs zu thun schuldig were, so wirdet doch bey uns fur unmoglich geachtet, wes wider den Turcken fruchtbarlichs zu handeln oder furtzenemen, wir haben dann tzuvor ruhe und friede under uns selbst. Darumb bedencken wir fur ratsam und notwendig, das zwuschen ksl. Mt. und dem Hg. zu Cleve auf aynen anstand und aine unverdeckte oder gutliche rechtliche verfassung gehandelt wurd. [...]. Dann one das solt die sache mit dem schwerdt, wie angefangen, ausgetragen werden, mochte ein gros feuer gantzer teutscher nation doraus angetzundt werden und gegen dem Turcken aynen unwiderbringlichen nachteil verursachen. Das magst und sollestu fur unser bedencken der gellerischen sachen halben im reichsradt antzaigen, doch magstu dich zuvor mit den sechsischen und hessischen retten vertreulich underreden und die von unsern wegen mit vleis ersuchen, disen handel auf fridliche wege, wie sy zu thun wol wissen, helfen zu befordern. In: Nürnberg, StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 120r–121v, hier fol. 120v–121r (Konz.).*

gnediger her, Hg. Friderich, allerlay mit mir darzu aus bevelh des H. Granvels geredt, im rat und sunst zu furdern, auch vleißig nachdengkhen zu haben, wie man dem handl helfen und der sachen alhie entschafft machen mocht. Also hab ich seinen fstl. Gn. angezaigt, das sich die stend an gegebner antwort, die in vil weg weder ja nach nain mitbringt, gar nit setigen laßn und sey zu besorgen, so die kgl. Mt., sein Gn. und ander commissarii nit anderst handeln, werden die stend verursacht, undter inen selbs ordnung und friden zu machen. *Zur Erhaltung der ksl. und kgl. Reputation im Reich hält er es für geraten, die Reichsstände zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zu bewegen, dergestalt* das jeder tail vier verordnet het, zu reden und zu ratslagen, wie man ain bestendigen friden im Reich erhalten, das sich mainigklich der religion halb sicher wißen, auch wie das camergericht geändert und reformirt, auch dem Turgken und anderm zuefal begegnet werden soll. Solher furslag will nun vilen gefallen, ist mir auch dabey bevolhen worden nachzugedengkhen, wer zu solhem ausschuß genomen werden mocht. Darauf hab ich mich bey den protestirenden stenden erkundigt, wen sy leiden mochten. Und wurde meinem gnedigen hern, Hg. Friderich, anzaigen: Dr. Egkhen, Hg. Hanns von Simern rat, Bf. von Munsters oder Bf. von Straßpurgs rat und die stat Speir; auß dem andern tail Saxen, Hessen, Wirtenberg, die stat Straßpurg. Pin gueter hoffnung, es werde Got der Almechtig gnad und frid verleyhen. Wo nit, haben wir ytzo den letsten reichßtag<sup>a</sup>.

Mgf. Joachim hat sein haubtmanschaft aufgeschriben [Nr. 128]. Die Turgkhen sollen in Ungern abermals ain großen schaden getan und vil volgkhs weggefurt haben<sup>1</sup>.

**359 Dr. Jacob Philipp Ösler an Hg. Barnim von Pommern – Nürnberg, 1543  
Sonntag Oculi (Febr. 25)**

*Stettin AP, AKS I/11, S. 21–22, PS S. 29, Adr. S. 32 (Ausf.).*

Waß bißher uf dem reychstag gehandelt, haben euer fstl. Gn. aus vorigen und jegenwertigen geschrifften gnediglichen zu vernhemen. Und kan auß allen handlungen, so furkommen, nit anders verstehen, dan das ich ahn allen nutz und ausrichtung euer fstl. Gn. gescheften hie lig mit grosser schweren unkosten und, wie ich vermerck, so wirt wenig hie ausgericht werden, sonder allain das neue anlagen und schatzungen uffgelegt, dadurch das nachstellig gelt vom ungerischen krieg betzalt werdt und ferrer berathschlagt, wie furhin dem Turcken widerstanden werdt. Und sindt all sachen uff gelt gericht.

<sup>a</sup> *Es folgen zwei verderbte Sätze.*

<sup>1</sup> *Pfjf. Ottheinrich antwortete auf das Schreiben Arnolds am 21. Febr. 1543 aus Neuburg, dass er mit dem Vorschlag zur Bildung eines Ausschusses und dessen personeller Besetzung einverstanden sei: ebd., unfol. (Konz.).*

Wir haben in sovil bißher gar nichts ausgericht und ist ein gemain geschray hie, das der reychstag vor pffingsten kein ende nhemen werdt. Es ist in zweyen tagen durch die kgl. Mt. ain post in Hispanien abgefertigt, die sollen die stendt hie abharren, alß mich etlich berichten. Weyl ich dann das allenthalben also beyfnde, bin ich bedacht, mich des muntlichen bevhelichs zu halten, so ich von euer fstl. Gn. empfangen, und in die lenge hie nit zu verziehen, dan das gelt, so wir empfangen, ist gar vertzert, und wo ich lenger hie verziehen solt, wurde ich gedrungen, etlich hundert taler ufzunhemen. Weyl dann hie wenigß fruchtbarlichß bißher außgericht, will ich noch ain zeytlang die sachen ahnsehen und, wo ich befindt, das die reychssachen nit zu gueter entschafft zu bringen und ich auch in den sachen, so euer fstl. Gn. sonderlich belangen, nichts ausrichten khan, will ich das gelt nit unnutzlich vertzeren, sonder furderlich haimziehen.

*PS: Da Ösler weder für einen längeren Aufenthalt in Nürnberg noch für die Heimreise genügend Geld besitzt, musste er bei Hans Dietz in Nürnberg einen Kredit aufnehmen. Er bittet Hg. Barnim, die Rückzahlung des Geldes an den Kreditgeber auf dem Ostermarkt in Leipzig zu veranlassen. Er weiß noch nicht, wieviel Geld er insgesamt benötigen wird.*

**360 Die württembergischen Räte an Hg. Ulrich von Württemberg über ihre Unterredung mit Kg. Ferdinand am 11. März 1543 – Nürnberg, 1543 März 12**

*Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 471r–475v (Ausf.); DV: Praes. den 15. tag Martij anno etc. 43. Zu seiner fstl. Gn. aigen handten.*

*Schilderung des Schriftwechsels zu Friede und Recht zwischen Kg. Ferdinand und den Protestanten zwischen 4. und 10. März 1543 (Nr. 158–163).*

Und haben auf gestern, den 11. Martij, di kgl. Mt. uns zu ir Mt. zu komen ervordern lassen und uns ad partem, wie dann wir bericht den sachsischen und hessischen gesandten gleichsfalls auch beschehen sein soll, in beisein des H. von Granveld durch irer Mt. selbs mund furgehalten: Nachdem wir neben andern stenden diser religion irer kgl. Mt. gemueth und entlich bedencken schriftlich und auch mundtlich vermerckht und angehört und dann ir Mt. befunden, daß dise stend der augspurgischen confession auf hievoriger irer antworten etc. nochmals beharren theten und aber ir kgl. Mt. sambt den ksl. comissarien von der ksl. Mt. volkomenhait und irer Mt. selbs wegen gnedigist und guetlich verwilligt, daß di visitation und reformation des camergerichtz vermög der ksl. declaration und der reichsabschiede auf ain gewisse zeit one ferrer aufziehen beschehen und furgenomen, und auch mitlerweil gegen disen stenden nit allain di religion-, sonder auch alle prophansachen derendtz suspendirt werden sollte, wo nun in zeit der visitation bei ainer oder mer personen ermeltz camergerichts ainicher mangel befunden, das alsdann der- oder dieselbigen nit allain entsetzt und abgeschafft werden, besonder auch ir geburliche straff entpfahen sollten,

dann one vorgehende visitation stierende es weder in der ksl. noch irer Mt. macht und gwalt nit, sie zu urlauben. Und ob gleichwoll ir Mt. solhs thon wollten, dess sie doch von der ksl. Mt. dhain bevelh, so wurden di andern stend dhainswegs hierein bewilligen.

So were auch des fridens halb in dem speirieschen reichsabschide gnugsamlich versehung beschehen, des sich dise stend billich ersettigen liessen. Zudem so wissen euer fstl. Gn. wol, das sie sich gegen der ksl. und ir kgl. Mt. in argem oder unguttem nichtz zu befarn, sonder mer aller gnaden und frundtschaft zu versehen und zu getrösten, wie dann ir kgl. Mt., als dieselb vom reichstag zu Speir verritten, mit euern fstl. Gn. deß und anders halb sonderlich vertraulich handlung und rede gepflogen hetten. Derwegen wollten ir Mt. sich unzweiffenlich versehen, wir wurden von wegen euern fstl. Gn. neben andern reichsstenden in den hauptpuncten forzuschreiten und zu schliessen helfen unbeswert sein.

Darauf irer Mt. wir in aller underthenigkeit angezeigt, es hetten euer fstl. Gn. uns mit bevelh gnediglich abgevertigt, neben andern stenden, der augspurgischen confession zugethon, bei irer kgl. Mt. und den ksl. comissarien umb ain bestendigen friden und ain gleichmessig recht in underthenigkeit zu bitten und anzuhalten. Warumb nun wir neben andern protestierenden stenden, rethen und pottschaften nit darfur achten noch halten könnnten, das durch ir Mt., auch der ksl. comissarien vilvaltigen bis anher beschehen anzaigen solher beeder puncten halben diser protestierenden stende hohe und unvermeidliche notturft nach abgeholfen möchte werden, das alles wern ir kgl. Mt. und di ksl. comissarien hiebevorn in den ubergebenen schriften gnedigist und gnugsamlich bericht und verstendigt, also das unnöttig, ir kgl. Mt. mit ferrer weitleunffiger und vertriesslichen erzelung zu bemuehen. Und wissen unserm entpfangnem und habenden bevelh – im fal, da dise beede puncten frid und rechtens nit anderst erledigt sollte werden – uns irer kgl. Mt. gnädigstem begern nach, wie dann hiebevorn in namen gemeiner protestierenden stende irer kgl. Mt. und den comissarien auch angezeigt, nit einzulassen, da wir doch sonst in keinen zweiffel stellen, wo ain bestendiger frid und ain gleichmessig recht im Hl. Reich angericht und gepflantz, euer fstl. Gn. wurden als ain gehorsamer furst des Reichs an allen treglichen und gleichmessigen dingen, so zu des Reichs nutzen und wolfart, auch zu widerstand unserm erbvheindt, dem Turcken, gereichen möcht, an ir nichtz mangel noch erwinden lassen.

Darauf di kgl. Mt. uns widerumb geantwort, es were diser beeder puncten halben uns und allen protestierenden stenden von irer kgl. Mt. und den ksl. comissarien dermassen gnädigste und gnugsame antwort und resolution widerfarn, das ir Mt. und di ksl. comissarien billich nit lenger aufgehalten, sonder auß furstehender hochster und grösster not der gantzen cristenheit in den proponirten puncten one ferrer wegerung furgeschritten solte werden, mit gnedigstem begern, das wir, di gesandten, doch solhes alles zum getreulichsten an euer fstl. Gn. gelangen wölten lassen. [...].



Es sein auch kurtzverschiner tagen von dem Lgf. zu Hessen Gf. Ludwigs von Otingen des jungern einnehmung halb in dise cristliche verain disen stenden weitter verzeichnus und bericht zukomen, davon euern fstl. Gn. wir hiemit copei ubersenden.

Und nachdem Hg. Mauritzen zu Sachssen reth und gesandten sich alhie von disen ainungsverwandten stenden enteussern, welches dann an den Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen durch ire reth und potschaften gelangt, hierauf wurdet bei hochgemelten chur- und fursten fur ratsam und gut angesehen, das von disen ainungsverwandten stenden rathen von hie aus ain stattliche schickung zu Hg. Mauritzen beschehen, di auch mit ainer instruction verfasst sein sollten, hochgedacht Hg. Mauritzen zum fueglichsten zu berichten und zu erinnern, welher gestalt irer fstl. Gn. herr vatter hochloblicher gedechtnus in dise cristenliche verstendtnus sich eingelassen etc. Wes nun von wegen euern fstl. Gn. wir uns hierin halten sollen, im faal da zu solher schickung unserainer verordent werden wellte, das haben euer fstl. Gn. uns auch genediglich zu berichten. [...].

**361** *Der pfalz-neuburgische Gesandte Gabriel Arnold an Pfgf. Ottheinrich – Nürnberg, 1543 März 26*

A *München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 131r–135r (Ausf., 2 PS); DV fol. 133v: Rentmeister bericht uns, was bisher im reichsrat gehandelt worden ist. [...].*

B *München HStA, Kasten blau 271/4, unfol. (zwischen fol. 129 und 130), (Konz.).*

Wiewol ich euer fstl. Gn., was in gemainem reichsrat gehandelt worden ist, hievor angezaigt und darauf an hut antwort und becreftigung meiner handlung, auch bevelh, Hg. Hansen rat [= *Beuser*] euer fstl. Gn. stimm ze lassen, empfangen hab, so kan ich doch derselben nit pergen, das darnach, als am Sambstag und dem ostertag [*1543 März 24 und 25*], widerumb rat in abwesen der protestirenden stendt gehalten worden ist, in welchem rat vil practigken und in summa nit allain die trenung des Reichs, sonder ander mer hendl gemergkht worden sind. Dann in abwesen gemelter stendt hat man fraidiglich [= *übermütig, kühn*] geredt, die hilf on alles hindersichsehen zu bewilligen furgenomen. Nun hab ich dazemal, damit euer fstl. Gn. nit stillschweigend durch das merer vernachtailt werd, mich ercleren und vernemen lassen muessen nachfolgender gestalt:

Wie ich hievor auf euer fstl. Gn. bevelh drey puncten angezaigt het und on erledigung derselben in kain hilf bewilligen kundt, darbey wurde ich als ain diner beruen und bleiben. Dann wiewol vil von den angenommen und bewilligten des Reichs abschiden gemeldt, so wurde doch darneben der tröstlichen zuesagung und abschidung und versprechung und das die gedachten abschiden mit solhen gedingen, wo man den versprechungen nit volziehung tue, gar nichts

darein bewilligt, sunder dawider protestirt und anderst nit angenommen zu haben vergessen.

Dieweil man nun so hart auf die abschid dring und doch im rat ytzo bekhent werde, das von vergleichung wegen vil jar geschirrn, aber man hete sich nichts darumb bekomert, sunder solh sachen zu gelegner zeit aufgeschoben, mustn euer fstl. Gn. als der belaidigt billich gewarnet sein und nach wegen trachten, damit euer Gn. die billicheit widerfaren und der nachtail den beswerdtn, wie fur das erst stugkh zu handln zugesagt worden, erledigt werden.

Und were ainmal war, das die ringerung und vergleichung, wollt man anderst wurgklich helfen, vor allen dingen geschehen must, an welcher vergleichung, ain gleiche purd ze tragen, dem Reich vil mer vortails und merung dann nachtls und minderung stund, wie im fall der not und so es zu der handlung kame, lauter darzuthun wäre.

Zum andern kundt ich nit gedengken, warumb man nit auch die craisrechnungen vergleichen, allerlay bericht daraus schöpfen und sonderlich erlernen, ob man widerumb durch den gemain pfenning oder in ander weg kriegen und wie man allen vorbegegnen schaden steurn soll.

Zum dritn, das die sonderung und trennung im Reich gut sein und ob ain Reich, in im selbs zertailt, vil ausrichten mog. Sey wol auch dabey zu bedengken, das ungeacht des treffenlichen kriegßfolgks, den vergangen sumer verordnet, dasselbig volgkh mit unuberwindlichem schaden allain darumb stillgelegen, das etlich noch nit alda gewesen sind. Was nu in diser spaltung volgen wurd, da der merer und vermoglicher tail kain hilf schigken sollten und ab nit die andern, wann sy gleich im anzug wären, irer eern notdurft nach begern wurden, ain wissen ze haben, ob sy vom Reich in besatzungen oder sonst hilf und rettung gewertig sein mochten. Und so ine aus diser spaltung mit warhait weder hilf noch trost verwendet werden köndt, wie ungeru sich auch erlich und verstendig leut brauchen lassen mochten, wäre zu bedengken. Und must aus den und andern ursachen, die mit merern bestendigeren worten von andern gnugsamlich angezaigt worden, unwidersprechlich volgen, das die kgl. Mt. und die armen cristen in Hungern und Österreich mer verfuert und vernachteilt dann gefurdert wurden.

Was sich sunst verdegkhter weis zuegetragen und was neben erlangung der turgkenhlf wunderparlich zu furdern, das man noch nit verhoft verstanden zu werden, furgenommen ist, will sich zu schreiben nit, sunder euer fstl. Gn. muntlich zu eröffnen gepurn.

Hg. Hannsen rat will ich mein stimm bevelhen, wiewol es ytz vonnoten wer, bey der sach ze sein, dann der konig wurd nit lang hie bleiben, sonder gen Prag verreiten. Wollt euer fstl. Gn. ich in undterthanigkait nit verhalten<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> *Es folgen zwei PS betr. „Partikularangelegenheiten“*

362 *Hans Beuser von Ingelheim an Pfgf. Ottheinrich von Pfalz-Neuburg – Nürnberg, 1543 Samstag nach Quasimodogeniti (April 7)*

*München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 137r–139v (Ausf.).*

Nachdem euer fstl. Gn. mir gnediglich geschriben und ufferlegt, euer fstl. Gn. gesandte rethe alhie uf gegenwerendem reichstag zu vertreten<sup>1</sup>, welchs ich euer fstl. Gn. zu underthenigkeit gern mich unternommen, so thu euer fstl. Gn. ich undertheniglich mit der kurtze zu wissen, weiß seidther alhie verhandelt. Und nemlich sovil der protestirenden stende bisher beschehen begern betrifft, ist nach gepflegner handlung dahin geraicht, das di gedachten protestirenden stende ir gmut und meynung, was si in abschide zu verleiben begern, in schriften ubergeben, laut beiliger copei [Nr. 171]. Uff solches di stende, chur- und furstlich potschaften abermals entschlossen, dasselbig begern in abschid nit einzubringen, sonder es bei hievor gebnen antworten bleiben zu lassen [Nr. 172], welchs kgl. Mt. den protestirenden stenden furzuhalten hat, wi dan auch ir Mt. thon wurd.

Aber sovil ich vernomen eusserlich, so werden es die protestirenden nicht annemen, sonder bei ksl. Mt. declaration [1541 Juli 29] besteen und daruf verharren, daruß dann wol ein ende diß reichsdags volgen möchte. Auch will euern fstl. Gn. undertheniglich nit bergen, das under den catholici ein ausschuß uf kgl. Mt. furschlag, diß jars di gegenwehr gegen dem Turcken furzunemen und der überigen ordenlichen puncten halb ein weg zu treffen sei, verricht und gemacht worden, darinn ich dann auch sein müssen, also das der abschide von bemeltem usschuß schon bedacht und verfertigt [Nr. 94], welcher heutigs sambstags [1543 April 7] den churfurstenrethen uberantwort (dan si mangl personen halb, wi si angezeigt, in obernanten usschuß nit geordent), sonder dem furstenrath solchs befohlen zu ersehen.

Ich hab aber nit underlassen, im ausschusse di anzaigung, so meins gnedigen fursten und hern, Hg. Johannis, auch euer fstl. Gn. halben hievor im rathe furgenomen und beschehen seint, uf di puncten, da es vonnöten gewest, wider eräfert und erhoben. Im fall auch euer fstl. Gn. rethen hiezzwischen publicirung deß abschids nit hie ankommen wurden, will ich mich irer verzeichnus und instruction, so si hinderlassen, gemeß halten.

Sovil aber di kriegshandlung zwischen Braband und dem Hg. zu Gulch etc. bedrifft, steet diser zeit alhie dergestalt, das gemeine stende entschlossen seint, kgl. Mt., dergleichen den ksl. oratorn und di comissarien widerumb underthenigst anzusuchen und zu vernemen, ob si von wegen ksl. Mt. sich weiter in andere mitl, dann ir kgl. Mt., der orator und comissarien hievor furgeschlagen und sich vernemen lassen, einlassen und solche mittl di stende

<sup>1</sup> *Befehl Pfgf. Ottheinrichs an Beuser von Ingelheim, die pfalz-neuburgischen Räte Arnold und Seinsheim nach deren Abreise aus Nürnberg am Reichstag zu vertreten. In: München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 129r (Konz.).*

suchen lassen wölten etc. Was aber hieruf erhalten wirdt, kan euer fstl. Gn. ich darvon nichts dißmals zuschreiben.

*Niederlage der Burgunder gegen die Soldaten Hg. Wilhelms am 24. März 1543 (bei Sittard). Auf beiden Seiten gab es große Verluste, 4000 Burgunder sollen umgekommen oder gefangen genommen worden sein.*

**363** *Die württembergischen Räte an Hg. Ulrich von Württemberg – Nürnberg, 1543 April 16*

*Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 488r–492v (Ausf.); DV: Praes. den 8. tag Aprilis anno etc. 43. Zu seiner fstl. Gn. aigen handen.*

*Die Räte bestätigen den Erhalt des Schreibens Hg. Ulrichs vom 11. April 1543<sup>1</sup>, in welchem er die Kompromissvorschläge Kg. Ferdinands ablehnt, auf Erwähnung der Regensburger Deklaration im Nürnberger Reichsabschied besteht und die gemeinsame Protestation aller evangelischen Stände gegen den Reichsabschied befürwortet.*

Dieweil nun dise stend, der augspurgischen confession und religion verwandt, noch heutigs tags nit spiren noch befinden können, das bei den stenden des andern theils zue [er]halten, das di obangeregten artickel der ksl. declaration [1541] in disen alhieigen reichsabschied gebracht oder aber, das di beed puncten fridens und rechtens auf dieselbig declaration, wie billich gedeuttet, noch gezogen werden möchten, haben sich alle ainungsverwandten rethe und pottschaften, so diser zeit alhie, außgenommen die hernachgemelten, auf gesterigen tag einhelliglich entschlossen und verainet [Nr. 275] und achten, das irer herrn und obern höchste notturft ervordern welle, wo bei den stenden des andern thail der obangeregten artickel halb und das dieselbigen also in den abschied gebracht, nichtz ferrers zu erlangen sein sollte, wider disen vermeinten abschied zu protestieren und das auch dhain particular hilf wider den Turcken weder heimlich noch öffentlich willigen noch leisten solte, so lang bis di gemelt beed puncten fridens und rechtens endtlich und wirclich resolvirt, dann wo dasselbig nit geschehe, wirdet bedacht, das man zu ainem bestendigen friden und gleichmessigen rechten beswerlich und langsam komen werde.

Es haben aber Hg. Mauritzen zu Sachssen und Mgf. Hannsen von Brandenburg<sup>2</sup> etc. rethe in disen und allen andern ainungsverwandten sachen auf disem reichstage sich von disen stenden abgesundert und furgewendt, das sie von iren gnedigen herrn hierauf mit bevelh nit abgevertigt weren. So haben auch der statt Augspurg gesandten angezeigt, wiewol sie sambt und neben gemeinen ainungsverwandten stenden obangeregte protestation von wegen irer herrn und

<sup>1</sup> In: *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 512r–513v (Ausf.)*.

<sup>2</sup> *Johann von Brandenburg, jüngerer Bruder Kf. Joachims II. von Brandenburg (regierte 1535–1571 in der Neumark), begann 1538 mit der Einführung der Reformation. Siehe: E. WOLGAST, Die Einführung der Reformation, S. 153.*

obern zu thon willig und erbittig, als sie auch von iren herrn und obern sich von den gemeinen stenden abzusondern und in ainiche particular hilf zu bewilligen diser zeit dhain bevelh hetten, so wollten sie ire herrn und obern der particular hilf halben, das sie dieselbigen laisten oder nit leisten möchten, doch unverstrickt haben. Und aber von den rethen und pottschaften diser cristenlichen verstandtnus bedacht wirdet, das disen stenden etwas beswerlich sein und fallen, auch in vil wege zu unstaten komen wirde, wo aus tringender not also wider den alhieigen reichsabschied geprotestiert mueste werden und under disen stend etlich particular hilf laisten und die andern hierinnen nichtz thon sollten.

Derwegen und nachdem di reichsstende des andern theils in dem alhieigen reichsabschiede di fursehung zu thon willens, das allen reichsstenden bei höchsten peenen auferlegt werden soll, di vorhabende turckenhilf zu leisten, wirdt bei disen stenden fur ratsam und gut angesehen, das von diser particular hilf wegen in dem nebenabschiede diser ainungsverwandten stende ain sonderlicher artickel gestellt und gebracht wurde, nemblich wo ainer oder mer aus denselbigen von nitleistung wegen der jetzo vorhabenden turckenhilf mit proceß von ungerreformirten camergericht oder in ander wege beswerdt wurde, das alsdann di andern stend di beswerden mit hilf, rath und beistand nit verlassen sollten [*Nr. 418, Art. 2, letzter Absatz*].

Und als euern fstl. Gn. wir in unserm jungsten schreiben<sup>3</sup> angezeigt, das der funf churfursten rethe, nemlich Menntz, Trier, Phaltz, Sachssen und Brannenburg, von wegen irer gnädigsten herrn sich gegen H. Connraden von Bembelberg umb di ausstendigen besoldung der hohen ambter und underbevelhsleut zu obligieren und zu verschreiben bewilliget [*Nr. 132*], so hat sich aber seidtherr zugetragen, als gedachte kfl. rethe mit H. Conraden solher verschreibung und versicherung halben sich in handlung einlassen wollen, das sie sich mit ime derselbigen nit haben konnen vergleichen, dardurch dann dise handlung zerschlagen. Dieweil dann dihenigen bevelhsleut, so von gemeinen reichsstenden auf gehaltenem reichstag zu Speir bestelt und angenommen, nunmer ain lange zeit auf gemeiner reichsstend costen, wie sie vermutten und vorhaben, alhie gelegen und von gemeinen reichsstenden bezalt sein, auch sich weder auf di ungehorsamen stende noch auf einbringung dessen, so dieselben ungehorsame stend noch zu erlegen schuldig, weisen wolten lassen und man dann aus vilerlai ursachen und bedencken fur billich und gut achtet, das sonderlich di under- und gemeine bevelhsleut alhie bezalt und zufriden gestellt wurden, welhe soma dann one die zerung bis in di 6400 fl. sich erstreckht, demselbigen nach wurdet von vilen reichsstenden fur ratsam und gut angesehen, das di obestimbte soma sambt der aufgewendten zerung under di gemeine reichsstende zugleich zu

<sup>3</sup> *Die württemberg. Räte an Hg. Ulrich, 1543 April 7, in: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21, fol. 481r–486v (Ausf.). Siehe das Zitat in Nr. 132, Anm. 1.*

bezalen zerschlagen und das di gehorsamen stend solher irer außgabe, wann der ungehorsam gelt eingebracht, widerumb vergnuegt sollten werden<sup>4</sup>.

Darauf von euern fstl. Gn. wegen wir abermals angezeigt: Nachdem euer fstl. Gn. dasjhenig gehorsamlichen erstatt und erlegt haben, so euer fstl. Gn. zu solhem gewiesenem turckenzug geburt hat, und dann di vergleichung der craißtruchen noch nit beschehen, auch di ungehorsame des orts noch zur zeit zu dhainer gehorsame gebracht, konndten wir one euer fstl. Gn. vorwissen und verwilligung in dise oder dergleichen mittel nit willigen, sonder wir wollten solhs an euer fstl. Gn. gelangen lassen und dero bescheid hierauf ferrers erwarten etc.

*Beratungen des Ausschusses der Schmalkaldener zur Supplikation der aus der Stadt Metz vertriebenen evangelischen Bürger<sup>5</sup>.*

Euern fstl. Gn. fuegen wir auch underthenigklich zu wissen, das auf gestern sonntags [15. April] umb sibem ur vormittag der Bf. von Augspurg auß diser welt todts verschiden. Und seint ir fstl. Gn. sambstags den abent darvor [14. April] bei der kgl. Mt. zu hove gewesen, also das man darfur will achten und halten, es hab ine der gewalt Gottes berurt.

So hat man auch bis anheer in der handlung zwuschen Kgn. Maria regentin etc. und dem Hg. von Gulch etc. uber vil gepflegen handlung bei dem ksl. oratorn, dem H. von Granveld, und hochgemelt Kgn. Maria gesandten rethe weder zu vertrag noch anstand nichtz fruchtbarlichs erlangen oder außrichten mögen. Es seint uns auch von den kfl. sachssischen rethen solher kriegsiebung halber neue zeittung zugestellt worden [...].

<sup>4</sup> Auf den von den Oberstleutnants vorgeschlagenen Weg zur Bezahlung der Befehlshaber des Türkenzuges (Nr. 132) konnten sich die Reichsstände letzten Endes nicht einigen. Schließlich wurde die Zahlung der aus dem Türkenzug 1542 ausständigen Besoldung an die Oberstleutnants und die hohen Ämter auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Nur die Aufenthaltskosten in Nürnberg sollten ersetzt werden, wozu jeder Reichsstand seinen Anteil gemäß der Wormser Matrikel zu leisten hatte. Siehe dazu das RT-Protokoll Württembergs zum 15./16. April (Nr. 84a fol. 17v–18v) und den Abschied der Reichsstädte (Nr. 417, Art. 2).

<sup>5</sup> Siehe das württemberg. CA-Protokoll zum 11. April 1543: Nr. 84b, fol. 17v–18r, Anm. 13–15. Zu den Auseinandersetzungen zwischen alt- und neugläubigen Bürgern in Metz siehe E. WOLGAST, *Die Wittenberger Theologie*; S. 269–272; G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 519–521.

**364 Balthasar von Rechenberg an Mgf. Georg von Brandenburg – Nürnberg  
1543 donnerstags nach Cantate (April 26)**

*Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 608r–611v (Ausf. v.d.Hd. Rechenbergs).*

*Er überschickte verschiedene Reichstagsakten an die Räte in Ansbach<sup>1</sup> zur Aufbewahrung in der Kanzlei, um Mgf. Georg damit nicht zu belasten. Den Reichsabschied will er seinem Herrn aber nicht vorenthalten und sendet ihm daher beiliegend.*

Nachdem aber die protestirenden stendt sich in kain handlung einlassen haben wollen, zuvor und ehe die bede articul friedens und rechtens halben erlediget wurden und aber daselbst kein vergleichung uber vilfeltige der kgl. Mt. grossen vleis, muhe und arbeit gefunden hat mogen werden, dieweil der ain thail die declaration [1541 Juli 29: RTA JR Bd. XI, Nr. 949] kainswegs begeben oder das wenigst darinn nit disputirn lassen haben wollen, der ander thail dern kainswegs gesteen oder die approbiern wollen, hat sich ain zertrennung zugetragen. Und haben die ainen, so sich catholicos nennen, mit kgl. Mt. beyligenden abschiedts sich verglichen, denselben auch vergangen montags [1543 April 23] publicirn lassen. Nachdem aber der one der protestirenden und sonsten viler stendt rath und beisein beschlossen und der allain auf gelt zu geben, davon wenig trosts zu gewarten, gestellt, furter auch den zuzug denen, so one das das gelt geben sollten, auch auferlegt und die sachen sonsten dermassen im Reich steen, das dieselben kraysstendt ires furstreckens oder zuziehens bei den andern nit ergetzet mogen werden und also allein doppelte purden tragen muessen, dieweil sie sich auch der vergleichung der craißtruhen nit getrosten dorfen, nachdem etlich nit aufgericht, die ubrigen aber alle mer ausgehen haben dann eingenomen, haben beder Kff. Coln und Sachssen, auch der protestirenden stendt gesandte alle samptlich, bei denen ich auch gewest, und dann Hg. Moritzen zu Sachssen, Mgf. Hansen [von Brandenburg-Küstrin] und Mgf. Albrechts [von Brandenburg-Kulmbach] gesandte, desgleichen alle stet samptlich dawider protestirt und den nit angenommen.

Wiewol die kgl. Mt. vil dernwegen ad partem practicirt hat, so hat ir Mt. nicht[s] erlangt, dann das etlich wenig stet, sonderlich Nurmberg, im fall der noth ain particular hilf ausserhalb dieses abschiedts zu thun sich erpotten haben, aber deß unangesehen, so ist kgl. Mt. dinstags frue [1543 April 24] davon geritten und schreiben den stenden in sonderhait, wie dann ir Mt. in beiliegendem brief an euer fstl. Gn. und Mgf. Albrechten [Nr. 143] auch thun. Wiewol auch ir Mt. mit mir vil ad partem gehandelt hat, das ich von euer fstl.

<sup>1</sup> *Das Schreiben Rechenbergs an die Räte in Ansbach lautet ähnlich jenem an Mgf. Georg von Brandenburg; es trägt das Datum Nürnberg, 1543 dinstags nach Cantate (April 24). In: Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23, fol. 485r–486v (Ausf. v.d.Hd. Rechenbergs).*

Gn. wegen in den abschied willigen sollt, so hab ichs doch nit thon wollen one euer fstl. Gn. vorwissen und bewilligen. Hab aber irer Mt. angezeigt, euer fstl. Gn. werden sich ausserhalb dises beschwerlichen abschiedts von irer kgl. Mt. nit sundern, die auch mit muglicher und treglicher hilf nit lassen und sich wie bisher undertheniglichen und willig ertzaigen, aber ich wolle doch nichtdestoweniger irer Mt. begern euer fstl. Gn. antzaigen und den abschied zuschicken.

Die schmalkaldischen haben sich verainigt, kain hilf particulariter zu thun [Nr. 275]. Wo sie aber alle miteinander als ein corpus ferner und ausserhalb dieses abschiedts von kgl. Mt. ersuecht werden, so werden sie hilf laisten. Es werden auch ire haupter, der Kf. von Sachssen und der Lgf. zu Hessen, in wenig tagen alle protestirende stendt aigner person beschreiben und davon handeln, ob diesem abschied nach wider sie procedirt wurde, wie sy sich halten wollten, item wie sie ain statliche botschaft ksl. Mt. in Italien entgegen schicken und sich deß unglimpfs, so inen aufgelegt werden mocht, entschuldigen mochten, beratschlagen lassen, dartzu sie euer fstl. Gn. one zweifel beschreiben werden. Und wie mich ir sachen ansehen, so hetten sie gern mer leut in irer bundtnuß.

So ist die gulchische sach noch nit vertragen, und ist der H. Grandvel seer hart, also das ich sorg, es sei unvertragen, biß ksl. Mt. aigner person vorhanden sey. Got geb, wie es mitler zeit zugee, man handelt aber noch uff ain stillstandt und ist solcher krieg nit ain claine ursach dieser zerruettung und zertrennung, so sich auf diesem reichstag zugetragen hat.

Ob dann euer fstl. Gn. fernern bericht aus den actis haben wollten, so hat Jeronimuß Schurstab, meins gnedigsten herrn in Preussen secretarius, dieselben zum thail hineingeschickt und die uberigen bey ime, wiewol alle muhe, arbeit und vleis vergebens ist gewest, dann weniger dann gar nicht[s] ausgericht ist worden. Und were vil pesser, es were kain reichstag gewest. Got geb zu ainem andern mer gnad, es lesst sich sonsten ansehen, als wollte das teutsch land zu poden geen.

Es sein der kriegsleut, so nehermaln in Hungern gewest sein, hauptleut, leutnanten und bevelchsleut ein lange zeit allhie gelegen, vil gelts noch gefordert, also das inen mer dann 50 000 fl. noch zu betzaln sein sollten. So fordert der konig fur das winterleger 197 480 fl. So man alle kraysrechnungen durchsehen hat, so ist niendert kain gelt und wurdet eben ainer zallt wie der ander, wiewol man den kriegsleuten abermaln versicherung auf ainen andern reichstag gegeben hat, also das nit allein das vorerlegt gelt verspilt, sonder auch noch ain grosse suma hinach gepusset werden sollte. Sopaldt dann ksl. Mt. in Italien komen, so soll wider ein reichstag zu Speier ernent und furgenomen werden, darauf die chur- und fursten aigner person komen sollen, damit je das teutsch landt nit allein mit ungluckhaftigen kriegem, sonder auch mit fernern pancketirn gar ausgefanget [= ausgeleert, in Armut gestürzt] werden mocht.



Meins gnedigen herrn Mgf. Albrechts zug geet noch fur sich, dann ir fstl. Gn. gestrigs tags etlich thausent fl. an der besoldung von dem H. von Lier hie empfahen haben lassen.

Auf euer fstl. Gn. schreiben an kgl. Mt. [*Nr. 301b*] hat ir Mt. allen gnedigsten vleis bei den stenden in der preussischen sachen der acht halben ertzaigt. Und haben darauf alle stendt gutlichen bewilligt, das die acht auf ein jar suspendirt ist, wiewol deß teutschen maisters gesandter dawider protestirt hat [*Nr. 301g*]. Derhalben meins gnedigsten herrn secretarius, Iheronimuß Schurstab, alle notturfftige brieff an das camergericht gefertigt und sonsten bei seinen handen hat.

## XII.F Der Sonderfall Sachsen: Weisungen Hg. Moritz' von Sachsen und Berichte der Gesandten Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger

*Die Sonderstellung Hg. Moritz' von Sachsen innerhalb des Schmalkaldischen Bundes und des protestantischen Lagers und seine Distanzierung von der Politik der Bündner während des Reichstags<sup>1</sup> lassen es gerechtfertigt erscheinen, die sächsische Korrespondenz in einem eigenen Unterkapitel zu behandeln. Trotz der Tatsache, dass im Werk von E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen, eine umfassende, modernen Ansprüchen genügende Edition des sächsischen Briefwechsels vorliegt, soll auf eine aktenmäßige Dokumentation des sächsischen Sonderweges an dieser Stelle nicht ganz verzichtet werden. Es wurden sechs Berichte der Gesandten (Nr. 365, Nr. 367–369, Nr. 371–372) und zwei Weisungen des sächsischen Herzogs (Nr. 366, Nr. 370) ausgewählt. Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen finden sich die von Brandenburg im Wortlaut abgedruckten Texte zumeist als Regest, während die bei Brandenburg regestierten Passagen im Volltext aufscheinen. Im Wesentlichen handelt es sich um vier Themen, die in Zusammenhang mit dem Reichstag den sächsischen Briefwechsel dominieren: 1. Die Weigerung der sächsischen Räte, an den Beratungen der Schmalkaldener in Nürnberg teilzunehmen, und das damit verbundene ungeklärte und distanzierte Verhältnis Hg. Moritz' zum Schmalkaldischen Bund. 2. Die sächsische Bereitschaft, in Verhandlungen über die Türkenhilfe mit den Altgläubigen einzutreten, ohne vorherige Erfüllung der protestantischen Forderungen. 3. Die Verhandlungen über die Bedingungen einer Teilnahme des sächsischen Herzogs am geplanten Feldzug Karls V. gegen Frankreich und Kleve (Dienstvertrag). 4. Sessionsstreit Sachsen-Pfalz (Kap. IX, Nr. 294).*

### 365 *Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543* Midtwochen nach Conversionis Pauli (Jan. 31)

Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 19r–20v (Ausf.).

Regest: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 422, S. 536f.

*Nach ihrer Ankunft in Nürnberg meldeten sie sich in der Mainzer Kanzlei und wurden für heute zur Anhörung der kgl. Proposition (Nr. 43) beschieden, von der sie eine Kopie überschicken. Und dieweil darauf erfolget, das der chur- und fursten,*

<sup>1</sup> Siehe E. BRANDENBURG, *Moritz von Sachsen*, Bd. 1, S. 232–246 (zum RT Nürnberg 1543); J. HERRMANN, *Moritz von Sachsen (1521–1553): vor allem S. 42–46 (Berater), S. 60–64 (evangelische Kirchenpolitik), S. 64–69 (Moritz, der Kaiser und das Reich)*; K. BLASCHKE (Hrsg.), *Moritz von Sachsen. Internationales wissenschaftl. Kolloquium 2003 in Freiberg in Sachsen (Beiträge verschiedener Autoren)*.

auch der anderen stende, so der augspurgischen confession vorwandt, geschickte potschaften uns erfordert und eine von ihnen zcum theil zcu vor beradtschlagete schrift [Nr. 152], darmit sie die röm. etc. kgl. Mt. und die ksl. commissarien undertheniglich zu ersuchen endtschlossen, vorlesen lassen, und wir daraus vormarckt, das diese nachfolgenden puncten und artigkeln furnemlich gesucht:

Nemlich und erstlich, das der christlichen religion ihr rechter lauff gelassen und die hl. gotliche geschrift lauther und rein one ver hinderung gelernet und geprediget werden mochten. Zcum andern, das ein bestendiger, ewiger fride gemacht, dhomit sich die christlichen religionis vorwanten keiner gefehrlichkeit zu befahren. Zum dritten, das das ksl. camergericht visitiret, reformiret und alle personen, so darinnen bisher gesessen, auch zu dem die proces, so nach der beschehenen und interponirten recusation erfolgen, gantzlichen abgeschafft wurden, mit diser anhangender clauseln, wo das nicht beschege und diese puncten alle nicht zu erhalten, das sie sich gahr in keine handlung, die hulf wieder den Turcken ader anders, derwegen dieser reichstag ausgeschriben, wusten einzulassen.

Haben wir in erwegung euer fstl. Gn. bevhels und instruction [Nr. 65b] darein dergestaldt, wie sie es zu suchen bedacht, nicht willigen mogen, besonder ihnen angezceigt, das den ersten artigkel und die wahre christliche religion belangende anstadt euer fstl. Gn. wir gerne neben ihnen vleissigen wolten, dhomit solcher bei der röm. kgl. Mt. und den ksl. commissarien erhalten. Desgleichen das ein ewiger oder jhe ein langwiriger fride gemacht, daran dann euer fstl. Gn. nicht weniger dann den andern stenden gelegen, doch das solche petition und suchen des frides weither nicht dann uff pure religionsachen sich erstreckete. Zcum dritten auch, das das camergericht vermoge des regenspurgischen abschidts [RTA JR Bd. XI, Nr. 941] und darauf erfolgeter ksl. declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] zcum forderlichsten und, wo es muglich, von hinnen aus visitiret und reformiret, auch mit geschickten, verstendigen personen ersetzt und das die einiger religion halber nicht recusiret werden sollten. Das wir aber, die proces nach der eingebrachten recusation, auch alle personen abzuschaffen und sunderlich mit dem beschide und anhangender condition, wo dieses alles nicht erlanget, das wir uns in gahr keine reichshandlung einzulassen wusten, suchen und bitten solten, des hetten wir noch zur zceidt keinen bevhel. Nichtsdesterweniger weren wir des erbittens, solches alles an euer fstl. Gn. zu gelangen und ferner beschidts darauf zu gewarten.

**366 Weisung Hg. Moritz' von Sachsen an seine Räte – Dresden, 1543 an der Aschermitwoch (Febr. 7)**

Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 35r–37v (Konz.); DV: Erste antwort an die rete zu Nurmberg anno 1543.

Druck: E BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 424, S. 539f.

*Bestätigt Erhalt des Schreibens der Räte vom 31. Jan. (Nr. 365) Freut sich, dass der Reichstag ohne weiteren Verzug mit der kgl. Proposition eröffnet wurde, da Eile geboten ist.*

*Session: Die Gesandten sollen sich an der Instruktion orientieren und sich rechtzeitig zum Rathaus begeben und bald nach Hg. Wilhelms und Hg. Ludwigs geschickten session nemen und vormerken, waß der andern Ff. von Bayern geschickten dokegen vorwenden wurden. Szo habet ir auch doryne desto mehr ursache, weyl die kgl. Mt. antzeigen lassen, das die session geselliger weiß und yedem an seiner gerechtikeyt unschedlich sein solte. Moritz bittet um Bericht seiner Räte, wie die Regelung der Session von den anderen Reichsständen aufgenommen wird.*

*Ihrer Instruktion entsprechend sollen die Gesandten die Supplikation der Protestanten zu Friede und Recht (Nr. 152) nur unterstützen, wenn es um einen mehrjährigen Religionsfrieden geht; auch die Visitation und Reform des Kammergerichts sollen sie gemäß den früher gefassten Beschlüssen fördern. Diese Anliegen sind jedoch nicht mit der Türkenhilfe zu verknüpfen, da diese eile und sonst scheitern könnte. Ein fünfjähriger Friede wurde bereits in Speyer 1542 beschlossen; nun stehe die Rettung der deutschen Nation im Vordergrund. Nach der Bewilligung der Türkenhilfe durch die Reichsstände werden sich Kaiser und König sicher um den Frieden bemühen und sich für die Umsetzung der früheren Beschlüsse zur Reform des Kammergerichts einsetzen. Der Anhang bei der Supplikation der Protestanten (Nr. 152, Anm. 7) soll unterbleiben. Gelingt das nicht, dann sollen sich die Gesandten gemäß ihrer Instruktion (Nr. 65b) verhalten. Sollte die Visitation des Kammergerichts verzögert werden, sollen sie um Suspendierung der gegen die Protestanten geführten Prozesse bis nach der Reform des Gerichts ansuchen. Diese Bitte soll jedoch ohne das erwähnte Junktim mit der Türkenhilfe vorgebracht werden. Sollten die Protestanten die Türkenhilfe verweigern und an den Sitzungen des Reichsrates nicht teilnehmen, haben sich die sächsischen Räte an ihre Instruktion zu halten und dem Herzog darüber zu berichten. An der sächsischen Bereitschaft zur Türkenhilfe soll es nicht mangeln.*

**367 Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543 Febr. 14**

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 27r–29v (Ausf.).*

*Druck/Regest: E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 429, S. 545f.*

*[...]. [Session] Sovil aber euer fstl. Gn. abermals gegebenen befehl der session halben belangt, hat sichs bisher noch nit zutragen wollen, wan wir uns gleich desto ehr ufs haus vorfuget, das wir dadurch die session vor den andern beyrischen geschickten erhalden hetten mogen, sonder sein mit Hg. Hansen uffm Hundtsrucken geschickten [= Beuser von Ingelheim] wie euer fstl. Gn. aus negstem schreiben vornommen, derhalben in ain gezenck gekommen und müssen*

uns besorgen, weil Hg. Otheinrichs geschickter numehr auch angekommen und sich gestern unsers abwesens mit gemelten Hg. Hansen gesanten umb die session gedrungen, so werden wir nu hinforder mit zweyen parteien derhalben zu zancken haben. Do nu die kgl. Mt. uff unsere hievorn ubergene supplication [*fehlt*] kein mittel treffen und auch euer fstl. Gn. uns uff unser itz[ig] schreiben keinen andern befehl geben wirt, so werden wir mit vorgehender notturftiger protestation diese irrung uff dißmal weiter unangeregt lassen, doch ist nochmals unser underthenige bith, euer fstl. Gn. wolle uns Hg. Georgen<sup>1</sup> seligen schrift ader vorzeichnus diesen punct belangende zuschicken lassen, doraus wir uns dißfals desto besser zu berichten.

[*Friede und Recht*] Betreffende der protestirenden suchung werden euer fstl. Gn. aus hievorn überschickter copeny irer supplication [*Nr. 152*] vornohmmen haben, das sie nit allein in religion-, sonder auch in andern sachen den friede gesucht. Item so hetten sie nit allein die visitation und reformation des cammergerichts vormoge des regenspurgischen abschieds und doruf ervolgt erclerung gebeten, sonder das auch alle personen des gerichts, die sie zum teil nit alle zu presentiren haben, abgeschafft wurden und dazu solches beydes mit der bedraung, das sie sich, ehr dan dasselbig erhalten, in keine handlung die turckenhulfe ader anders belangende einzulassen wuesten. Dorumb verhoffen wir, euer fstl. Gn. befehl dorin nit ungemeyß gethan zu haben, das wir die bith [*d.h. die Supplikation*] dergestalt mit inen zu thun, bedencken getragen. Wir haben uns aber gleichwol gegen inen sowol als den andern stenden, so oft es fug gehabt, gnugsam vornehmen lassen, das wir von euer fstl. Gn. wegen sowol als andere umb einen bestendigen ader langwierigen frieden in religionsachen, desgleichen umb visitirung und reformirung des cammergerichts zu bitten und anzuhalten befehl hetten, wie wir dan auch, wan es nu stat wirt haben, mit höchstem vleis darumb bitten und uns sunst weiter in den und andern sachen euer fstl. Gn. gnedigen befehls undertheniglich vorhalten wollen.

Und wie euer fstl. Gn. weiter begern, was im reichsrath gehandelt, von uns berichtet zu werden, als können euer fstl. Gn. wir undertheniglich nit vorhalten, das uff die proposition noch bißher nichts gehandelt noch beratschlagt ist wurden. Es seind aber die stende ausserhalb der protestirenden und uns am vorgangen Freitag, das ist den 9. Februarij, der protestirenden supplication halben abermals beyinander gewest.

Volgendes montags nach Invocavit, das ist den 12. Februarij, seind alle stende sembtlich zusammen erfordert und haben beyligende H. Wolffen Dietrichs von Pfirt supplication [*Nr. 127*], mit E gemerckt, seine und seiner underbefehlsleute ausstehende besoldung belangende angehört und beratschlagt. Weil sie [= *sich*] aber etliche der protestirenden irer vorigen bedraung nach in keinen dergleichen radtschlag haben begeben wollen, so ist man dazumal zu keinem

<sup>1</sup> Hg. Georg der Bärtige (aus der albertinischen Linie der Wettiner), regierte 1500–1539, Onkel von Hg. Moritz.

beschluß gekommen. Do es aber zu weiterem ratschlag kompt, werden wir uns ausserhalb euer fstl. Gn. sonderlichen befelchs von denen nit sondern, die doruf schliessen, das man die rechnung von H. Wolffen annehme und inen und ande-  
re ires ausstandes vorgnugen oder vorgwissen solle, und doch daneben anzeigen, das solche schult euer fstl. Gn. unsers wissen nichts angehet. Desselbigen tages nach essens seind die einigungsvorwanden aber[*mals*] beyeinander gewest.

Dinstags nach Invocavit, das ist den 13. Februarij, nach essens seind die andern stende und die einigungsvorwanten am andern [= *unterschiedlichen*] orte sonderlich zusammengekommen. Weyl wir aber abermals in den sachen, die noch zur zeit beratschlagt, wider [= *weder*] zu einem noch zum andern teyl gehören, so können wir nicht wissen, was sie beyderseits furgehabt haben. Wir spuren aber wol sovil, das die neutralitet, die wir von wegen euer fstl. Gn. hirin bisher gehalden, euern fstl. Gn. mehr gelimpfs und guttes geschreies dan den andern ir furnehmen bringet. Und lassen sich unserer gnedigen herren Mgff. Georgen und Albrechten geschickten fast also vornehmen, als hetten sie befelch, sich in den und andern sovil muglich mit uns zu vogleichen und sich dorin nach uns zu richten. Welches alles euern fstl. Gn. wir in underthenigkeit nit haben vorhalden sollen.

*Zettel: Am vergangenen Sonntag (1543 Febr. 11) ersuchte der jülichsche Gesandte (= Faltermeyer) die sächsischen Räte um ihre Unterstützung, da er die Beratungen der Reichsstände über den Geldernkonflikt bis zur Übergabe der Verteidigungsschrift Hg. Wilhelms von Jülich hinauszögern wolle. Die jülichsche Rechtfertigung werde nämlich die Anschuldigungen der burgundischen Gesandten (Nr. 202) und die Rede Granvelles (Nr. 197) entkräften. Hg. Moritz solle sich vor Anhörung der jülichschen Argumente zu keinen feindseligen Handlungen oder Bündnissen gegen Hg. Wilhelm bewegen lassen. Die sächsischen Gesandten erwiderten dem jülichschen Rat, sich für den Aufschub in der Causa Jülich einsetzen zu wollen.*

**368** *Christoph von Carlowitz an seinen Onkel Georg von Carlowitz – Nürnberg, 1543 Mittwoch nach Invocavit (Febr. 14)*<sup>1</sup>

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 150r–153v (Ausf. v.d.Hd. Carlowitz).*

*Druck: E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 431, S. 550–553.*

*1. Unterredung Christophs von Carlowitz mit Granvelle am 11. Febr. 1543: Verweis auf die Schilderung in Bericht Nr. 369. Notwendigkeit der Geheimhaltung*

<sup>1</sup> *Das eindeutig irrtümliche Datum „Mittwoch nach Jubilate“ wurde in Hinblick auf den Inhalt des Schreibens korr. in „Mittwoch nach Invocavit“ [1543 Febr. 14]. Siehe dazu E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 431, Anm. 2, S. 552f.*

der Korrespondenz<sup>2</sup>. Bitte um Übersendung eines Chiffrenschlüssels durch Hg. Moritz. Christophs Meinung nach solle Hg. Moritz nur gegen Frankreich, aber nicht gegen Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve dienen, da daraus Konflikte mit den Reichsfürsten, vor allem mit dem Kf. von Sachsen, entstehen könnten. Wunsch Granvelles nach der Gegenwart Georgs von Carlowitz bei den Verhandlungen in Nürnberg. Wegen der sächsischen Bistümer Meißen und Merseburg wird Christoph von Carlowitz bei Hans Hofmann oder bei Granvelle vorstellig werden. Er ist als Gesandter des Hg. von Sachsen bei den ksl. und kgl. Räten besser angeschrieben als alle anderen fñtl. Räte.

2. Gerard Veltwyk, ksl. Sekretär und Begleiter Granvelles, suchte Christoph von Carlowitz vor zwei Stunden in seiner Herberge auf. Er meinte, die Uneinigkeit zwischen Kaiser und Papst und die Unzuverlässigkeit der katholischen Partei stelle für die Protestanten eine große Chance einer Annäherung an den Kaiser dar, im Zuge derer auch die Reformation vorangetrieben werden könnte. Sollte sich der Kaiser wieder mit dem Kg. von Frankreich und dem Papst versöhnen, wären die Chancen für die Reformation schlechter. Veltwyk wünscht, Lgf. Philipp von Hessen solle für eine persönliche Unterredung mit Granvelle nach Nürnberg kommen und sich bei dieser Gelegenheit für seinen Schwiegersohn Hg. Moritz<sup>3</sup> einsetzen. Die Angelegenheit wäre zu wichtig, um sie mit den hessischen Räten zu besprechen. Deshalb solle sich Lgf. Philipp von Hessen oder Hg. Moritz persönlich um die Sache bemühen.

3. Veltwyk berichtete auch über ein geplantes Bündnis zwischen Lgf. Philipp von Hessen und Hg. Wilhelm von Bayern. Der bayerische Herzog solle angeblich darauf verzichten, Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel weiter zu unterstützen. Gerücheweise heißt es, dass die bayerischen Herzöge in der Frage der Behandlung des braunschweigischen Herzogs nicht einer Meinung seien. Hg. Ludwig beherberge den geflohenen Herzog, der geschworen habe, Dr. Leonhard von Eck zu töten.

4. Vertrag mit Hg. Wilhelm von Kleve nur möglich, wenn er auf die Schutzherrschaft über Geldern verzichte, dann würden sich Lgf. Philipp oder Hg. Moritz beim Kaiser für Wilhelm einsetzen. Die Unterwerfung Gelderns werde der Kaiser besorgen.

5. PS: Dr. Johannes Eck (Theologe) ist vor vier Tagen in Ingolstadt gestorben.

6. Zettel: Frage der Mitgliedschaft von Hg. Moritz im Schmalkaldischen Bund<sup>4</sup>. Die Schmalkaldener behaupten, der Herzog sei nicht aus dem Bund ausgetreten, sondern er habe sich nur aus dem braunschweigischen Feldzug herausgehalten. Die von seinem Vater Hg. Heinrich begründete Mitgliedschaft im Schmalkaldischen Bund bestehe weiterhin. Bitte um Zusendung des letzten Vertrages von Hg. Moritz

<sup>2</sup> Betr. den Eintritt von Hg. Moritz in ksl. Dienste gegen Frankreich und Kleve, Frage des Dienstvertrags.

<sup>3</sup> Der Kaiser plante, Lgf. Philipp im bevorstehenden Krieg gegen Frankreich zum Generalobersten zu machen, Hg. Moritz sollte die Position eines Regimentsführers einnehmen.

<sup>4</sup> Siehe: E BRANDENBURG, *Moritz von Sachsen*, Bd. 1, S. 233–236.

mit den Schmalkaldenern, außerdem Bitte um Zusendung der Relationen der sächsischen Gesandten von den drei vergangenen Reichstagen<sup>5</sup>.

7. Die in Nürnberg verbreitete Kritik Hg. Moritz' am feldflüchtigen Verhalten des Oberstleutnants Konrad von Bommelberg während des Türkenzuges 1542 wird von diesem strikt zurückgewiesen.

8. Session: Weil wir aus dem bericht der session halben, der uns noch zur zeit zugekommen, nit anders befinden können, dan welcher regirende furst under den beiden heusern Beiern und Sachsen elder sey, das derselbig vorsitzt, so forchte ich meinstels, das wir die angemaste session uber Hg. Hansen uffm Hundtsrucken geschickten schwerlich erhalden werden. Weil dan dersider Hg. Otheinrichs geschickter auch gekommen, der under jhenen sitzet und uber uns ane zweifel auch sitzen wirt wollen, so bedenck ich, wo wir den gethanen vorschlag der banck und des revers halben, davon wir meinem gnedigen herrn geschrieben, nit annhemen sollen, so solde besser sein, das wir uff dismal gar

<sup>5</sup> Zwei Wochen später, am 27. Febr. 1543, berichtete Christoph von Carlowitz abermals an seinen Onkel über die heikle Frage der Mitgliedschaft Hg. Moritz' im Schmalkaldischen Bund: [...] Ich bin auch mit Ossen etlich mal der bundnis halben zu rede worden; also hab er allwege gesagt, Hg. Heinrichs [= Vater und Vorgänger von Hg. Moritz] brife der bundnis halben weren noch nit gelöset, sonder die nehiste lösung were allein der braunschweigischen sachen halben gescheen, und dorumb weren etliche stende nit wol zufriden, das wir uns so gar von dem bunde zögen und desselben eusserten. Damit ich nu ime desfalls mit desto besser und grundlicher antwort beggen mochte, so wolde ich gerne den vertrag, so ir derhalben vergangnes sommers uffericht, sofern er nit heimlich sein soll, wissen oder eine abschrift davon haben. [...]. In: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 48r–49v, fol. 53/1v, hier fol. 48rv (Ausf. v.d.Hd. Carlowitz'). Gedr. bei: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 438, hier S. 563. Lgf. Philipp war es ein besonderes Anliegen, seinen Schwiegersohn Moritz von Sachsen im Schmalkaldischen Bund zu halten. Am 8. Febr. 1543 schrieb er aus Spangenberg an seine Räte in Nürnberg: [...] Aber doch wollen wir zum überfluß nit unterlassen und deßhalben ein fugsam schrift an einen mann, der Hg. Maurizen vertrauet ist, fertigen und hören, ob hoffnung vorhanden, das Hg. Mauriz bei unser verein zu behalten sein mocht. Finden wir dan ein etzwas hoffnung, so wollen wir der gern mit weiter handlung nachsetzen. Aber uns deuchte, es solte den sachen am geratensten sein, das gemeine unsere einungsverwante stend itzo von Nurnburg aus ein statliche und ansehtliche botschaft zu unserm sohn geschickt hetten, wilche botschaft dermassen wer instruiert gewesen, das sie alle argumenta und persuasions, so zu erhaltung seiner L. in diser eynung dinlich weren, hette können furwenden und sovil muglich di opposita und gegenwurf ablenen konten. [...]. In: Marburg StA, PA 650, fol. 103r–110v, hier fol. 105v–106r (Konz.). Drei Wochen nach diesem Schreiben versuchte der Landgraf den sächsischen Rat Georg von Carlowitz, der großen Einfluss auf Hg. Moritz ausübte, in einem Brief aus Kassel vom 2. März 1543 von der Unbedenklichkeit der Mitgliedschaft des Herzogs im Schmalkaldischen Bund zu überzeugen und den Schutz der evangelischen Religion als wesentlichstes Ziel des Bundes zu betonen. Gedr. bei E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 440.



vom reichsrathe geblieben und, sobald wir die andern sachen bey der kgl. Mt. und dem H. von Granvela ausgericht hetten, wider heimgezogen weren. Dan mich bedunckt es schimpflich sein, das wir dergestalt mit grossem uncosten alhier liegen und doch in keinen reichsrath gehen sollen, wie wir dan zuvorge unsers entfangnen befelhs nu in funf wochen in keinen rad haben gehen dorfen, so wie auch meine notturft sunst wol, das ich einmal wider heimzöge und zu dem meinen seghe, auch meine obligende sachen verrichtete, dan ich lige vorwar mit meinem grossen schaden alhier. Darumb bith ich, ir wollet es helfen furdern, das wir irgent uff die osterfeiertage wider heim mochten ziehen, dan wir seind doch des reichstags halben wenig alhier nutze.

**369 Christoph von Carlowitz an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543  
Mittwoch nach Invocavit (Febr. 14)**

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 30r–33v (Ausf. v.d.Hd. Carlowitz).*

*Druck: E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 430, S. 546–550.*

1. Ladung Christophs von Carlowitz vor den ksl. Generalorator Nicolas de Granvelle am 11. Febr. 1543: Granvelle bekräftigte das Wohlwollen des Kaisers und Königs gegenüber Hg. Moritz; besonderes Lob für dessen Verdienste im Türkenzug von 1542.

2. Anregung zum Eintritt des Herzogs in ksl. Dienste.

3. Abermalige Unterredung Christophs von Carlowitz mit Granvelle am 12. Febr. 1543: Freude Granvelles über die positive Haltung des Herzogs gegenüber dem Kaiser. Granvelle würde Hg. Moritz gerne besuchen und ihm mündlich über das Angebot des Kaisers berichten.

4. Frage Granvelles an Carlowitz, ob der Herzog bereit sei, mit dem Kaiser einen Dienstvertrag gegen Frankreich und Kleve abzuschließen.

5. Antwort Carlowitz': Gegen Frankreich wäre der Herzog zu dienen bereit, gegen den Hg. von Kleve nicht. Angst des Herzogs, dem Kf. von Sachsen (Schwager Hg. Wilhelms von Kleve) zu missfallen und eventuelle Feindseligkeiten auszulösen.

6. Zusicherungen Granvelles an Carlowitz für den Fall eines Angriffs des Kf. von Sachsen auf das Gebiet des Hg. Moritz (albertinische Lande).

7. Bitte Granvelles um Geheimhaltung dieser Pläne und um Entsendung des sächsischen Rates Georg von Carlowitz (Onkel Christophs) nach Nürnberg zum Reichstag.

8. Bitte Granvellas um Chiffrierung des Briefwechsels, da die Gefahr bestehe, dass dieser in Feindeshand falle. Carlowitz berichtet, das er in seinem Schreiben einzelne Namen bereits verschlüsselte.

PS: Anwesenheit des ksl. Sekretärs Gerard von Veltwyck gemeinsam mit Granvelle in Nürnberg. Der englische Gesandte (Christopher Mont) ist bereits aus Nürnberg abgereist; er wird Moritz englische Hunde schicken. Wolf Dietrich von Pfirt berichtete, dass Konrad von Bommelberg nach der Rückkehr aus Ungarn nach München

noch nicht von Hg. Wilhelm von Bayern empfangen wurde. In Worms sammelt Lier Soldaten für den Krieg in den Niederlanden. In Brüssel sollen heute 4500 Pferde gemustert worden sein.

**370 Weisung Hg. Moritz' von Sachsen an seine Räte – Dresden, 1543 freitags nach Invocavit (Febr. 16)**

Dresden HStA, GA, Loc. 10184/5, fol. 39r–40v (Konz. v.d.Hd. Komerstadts); DV: Schreiben den reichsftag zu Nurnbergk, anno 1543 gehalten, belangendt.

Druck: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 433, S. 554f.

1. Haltung der sächsischen Gesandten zur Supplikation der evangelischen Stände (Nr. 152): Es bleibt wie in der Instruktion und anderen Schreiben des Herzogs ausgeführt, d.h. die Gesandten sollen sich um Frieden und Recht bemühen. Falls in diesen Fragen jedoch keine Einigung erzielt werden könne, sollen sie die Türkenhilfe trotzdem nicht verweigern. Der Anhang zur Supplikation<sup>1</sup>, d.h. die Junktimierung der protestantischen Forderungen mit der Gewährung der Türkenhilfe, ist abzulehnen<sup>2</sup>.

2. Antwort auf Granvelles Angebot eines ksl. Dienstvertrags: Hg. Moritz ist dazu bereit<sup>3</sup>, so lange sich die Dienste nicht gegen die protestantischen Fürsten und die Religion richten. Hoffnung, dass Kaiser und König sich für Friede und Recht im deutschen Reich einsetzen werden.

3. Kritik am Verhalten des Gesandten Pfgf. Johannis von Simmern (Beuser von Ingelheim) in der Sessionsfrage: siehe Nr. 294a. Wenn die session geselliger weiß

<sup>1</sup> Siehe den letzten Absatz von Nr. 152.

<sup>2</sup> In einer Weisung an seine Räte aus Dresden von 1543 dinstags nach Letare (März 6) bemerkte Hg. Möritz zum weiteren Vorgehen bez. Friede, Recht und Türkenhilfe: [...] So habt ir auch unsere meynung der hilfen halben wider den Turken uß unseren vorigen schriften und befhelen genuksam auch zu vernemen, und ist unß nicht misfallen, das ir euch des rates beyderseits eussert, wan mit dem vorgewendeten dranksall der friden und die visitacion des cammergerichts gesucht und davon gehandelt wirdet, dan wir achten es davor, es werde in kurtz mit der hilfen wider den Turcken müssen geschlossen werden. Und do es ye nicht anders sein will, liessen wir es unsers theyls bei dem funfjerigen friden wenden. [...] In: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 96rv (Konz.).

<sup>3</sup> Die weiteren Verhandlungen über einen ksl. Dienstvertrag für Hg. Moritz, die Granvelle und Kg. Ferdinand mit Christoph von Carlowitz führten (Christoph erhielt im März Verstärkung durch seinen Onkel Georg), scheiterten, da die ksl. Seite nicht bereit war, auf die Bedingungen des Herzogs einzugehen, dessen Gesandten von Granvelle ein ksl. Mandat zu erwirken trachteten, demzufolge die Bff. von Meißen und Merseburg gegen eine jährliche Pension sofort zu resignieren hätten. Zahlreiche Aktenstücke zu diesen Verhandlungen gedr. bei: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 430, Nr. 438–439, Nr. 441 Nr. 444–447, Nr. 449–455, und kommentiert von E BRANDENBURG, *Moritz von Sachsen*, Bd. 1, S. 236–240.

nicht gestattet wird, sollen die sächsischen Gesandten dem König anzeigen, dass sie nicht mehr in den Reichsrat gehen werden. Hg. Moritz ist von der Antwort des Königs auf diese Anzeige zu informieren und wird seinen Gesandten dann die entsprechenden Instruktionen erteilen.

4. Die Eingabe der Gesandten Kgn. Marias (Nr. 202) wird Hg. Moritz verlesen lassen und den Gesandten in Nürnberg gegebenenfalls weitere Befehle erteilen. Vorerst sollen sie auf das Angebot Granvelles betr. den ksl. Dienstvertrag für Hg. Moritz reagieren. Er übersendet den Gesandten eine Schrift Hg. Georgs des Bärtigen, die dieser seinerzeit in Augsburg (RT 1530) wegen der Session an den Kaiser richtete.

**371 Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramberger an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543 dienstags frühe nach Oculi (Febr. 27)<sup>1</sup>**

Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5, fol. 45r–46v (Ausf.).

Druck: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 437, S. 559–561.

Erhalt der Weisung Hg. Moritz' von 1543 Febr. 16 (Nr. 370) am 22. Febr. Und wie euer fstl. Gn. uns darin abermals befelen, das wir erstlich neben den andern umb fride und recht mit hochstem vleis anhalten, do aber dismal nichts weiter, den wie zuvorn des funfjerigen friedes und cammergerichts halben gewilliget, zu erhalten sey, es alsdan dabey bleiben und die turckenhulfe von euer fstl. Gn. wegen nit abschlagen solden, unangesehen abgleich dieselbige von andern abschlagen wurde. Solchem euer fstl. Gn. befelch wollen wir, wan es nu zur handlung kombt, undertheniglich nachgehen, uns auch desselbigen gegen die andern stende (wie wir bereit zuvorn gegen etliche gethan) noch weiter, wan es die gelegenheit geben wirdet, deutlich also vornehmen lassen.

Weil aber die kgl. Mt. sambt den ksl. commissarien in irer antwort, so sie den andern protestirenden stenden uf die ubergebne supplication den 19. [!] Februarij gegeben [Nr. 155], sich dieser beyder puncten halben dermassen erbotten, wie euer fstl. Gn. aus zuvorn und itzo abermals zugeschickter copeyen gnediglich zu vornehmen, so hetten wir es unsers einfeltigen vorstands wol dafur geacht, wo solchem erbieten mit der that also volge geschege, so solt man daran benugig gewest sein und die andern hochwichtigen radschlege, sonderlich die turckenhilfe betreffende, derhalben nit lenger aufgehalten haben. Es haben aber die einigungsvorwanten damit nit zufriden sein wollen, sonder darauf eine replica [Nr. 157] gestelt, wie euer fstl. Gn. hernach weiter gnediglich vornhemen werden.

Den 19. Februarij seind alle stende erfordert, zu anhorung der kreißeinnehmer rechnung einen ausschus zu machen. Es ist aber dazumaln dabei gebliben, das ein ider kreiß seine rechnung besondern anhoren solde. Desselbigen tages haben auch H. Georg von Berckheim und H. Hans Weltzer [= *Welsler*] als der

<sup>1</sup> In der Vorlage irrtümliche Auflösung des Datums mit: 26. Februarij anno 43.

osterreichischen erblande gesanten, nach gemachtem muntlichen eingang beyligende werbung [Nr. 99b] und ein junger ungrischer herre, so sunst wesentlich am hoffe ist, der Balaze genent, von wegen der stende der cron Ungern hieneben vorwarthe lateinische schrift ubergeben [Nr. 98a].

Den 20. Februarij haben des Kf. zu Brandenburg gesanten von wegen ihres herrn einen langen bericht der ergangen kriegshandlung in Ungern schriftlich eingebracht [Nr. 128], dorin sich hochgedachter churfurst, das des orts so wenig ausgericht worden, hochlich entschuldigen, auch dem Reich der oberheuptmanschaft halben abdancken lest.

Desselbigen tages haben auch der Kgn. Maria gesanten, in sachen die von Mastrich als beclagte und erclerte echter an einem und der Frentzen erben als clegere an andern teil betreffende, einen bericht [Nr. 302a] ubergeben, welche beyde bericht irer lenge halben noch nit gar abgeschriben. Den 23. Februarij haben die andern ausserhalb der protestirenden zu obberurter mastrichischen sache einen ausschus geordent.

*Am 24. Febr. beriefen die Schmalkaldener die Religionsverwandten zu einer Sitzung ein, in welcher sie die Replik an Kg. Ferdinand (Nr. 157) öffentlich verlesen ließen und eine Umfrage dazu machten.* Nun hetten wir inen wol bald anzuzeigen gewust, wiefern wir disfals mit inen einig oder nit einig zu sein befelch hetten. Weil wir aber gewust, das die churfurstischen [= kursächsischen] und hessischen nit gerne segen, das wir uns des also offentlich in der andern angehör vornhemen solden lassen (villeicht aus besorgnis, das solchs den andern ein bedencken mochte machen), so haben wir dazumal irer daran vorschonet und in angehör der andern nicht mehr darauf gesagt, dan das sie unser gemut dieser artickel halben, die zuvorn in der supplication [Nr. 152] und itzo in der replica [Nr. 157] gesucht wurden, albereit hievorn vornommen hetten. *Nach abermaligem Drängen der Schmalkaldener auf eine Stellungnahme Sachsens zur Replik beriefen sich die sächsischen Räte auf ein weiteres Studium ihrer Instruktion; danach wollten sie Bescheid geben.*

*Abseits der Versammlung der Schmalkaldener gaben die sächsischen Gesandten den hessischen und kursächsischen Räten allerdings zu verstehen, dass sie mit dem in der Replik aufgestellten Junktim mit der Türkenhilfe nicht einverstanden seien. Die hessischen und kursächsischen Gesandten zeigten sich zufrieden, dass die sächsischen Räte ihre Ablehnung nicht öffentlich in der Sitzung der Schmalkaldener geäußert hatten.*

*Die Gesandten der Mgff. Georg und Albrecht von Brandenburg willigten auch nicht in die Replik ein. Was die Reichsstädte betreffe, so habe allein Regensburg die Rekusation des Kammergerichts nochmals wiederholt und bestätigt. Nürnberg habe gegen drei Punkte, nämlich die Rekusation des Kammergerichts, den braunschweigischen Krieg und das in der Replik hergestellte Junktim mit der Türkenhilfe sein Veto eingelegt. Die Nürnberger Gesandten sind – ebenso wie die sächsischen Gesandten – mit der Ausweitung der Bundesobliegen von religiösen auf weltliche Belange nicht einverstanden.*

*Am 26. Febr. wurde die Replik (Nr. 157) Kg. Ferdinand und den ksl. Kommissaren überreicht und den katholischen Ständen zugestellt. Die sächsischen Gesandten erhielten die Kopie der Replik zu spät, um sie mit diesem Schreiben dem Boten mitzugeben.*

**372 Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramberger an Hg. Moritz von Sachsen – Nürnberg, 1543 nach Jubilate (April 17 oder 18)<sup>1</sup>**

*Dresden HStA, GA, Loc. 10184/5, fol. 148r–149v (Ausf.).*

*Beilage fol. 146r–147v: Protokollartige Aufzeichnungen über die Vorgänge am Reichstag zwischen 7. und 17. April 1543.*

*Druck: E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz Bd. 1, Nr. 467, S. 616–618.*

*Bestätigen Erhalt eines Schreibens von Hg. Moritz von Dienstag nach Misericordias Domini (1543 April 10: fehlt). Obwohl sie angesichts des Verlaufs des Reichstags durch ihre Gegenwart am Reichstagsort wenig bewirken können, leisten sie dem Befehl ihres Herrn Gehorsam und bleiben in Nürnberg.*

*[Session] Und sollen euer fstl. Gn. hieneben nit bergen, das die kgl. Mt. uff euer fstl. Gn. zwifaches schreiben [Nr. 294a] und unser vilfeltiges anregen mit Hg. Hansens zu Beiern geschickten [= Beuser von Ingelheim], der letztlich Hg. Otheinrichs stimme auch gehabt, numehr sovil gehandelt, das er abgereiset ist. Welchs ire Mt. uns also anzeigen und daneben gnedigist begeren hat lassen, weil wir numehr mit niemant keine irrung mehr hetten, das wir widerumb zu rath gehen und die obligenden sachen neben andern zum ende bringen wollten helfen. Weil dan Hg. Ruprechts gesandter<sup>2</sup>, der sich sunst mit uns umbzuschitzen [!] erbotten gehabt, auch hinweg gezogen, derhalben wir uns mit niemant keiner irrung weiter zu befaren gehabt, so haben wir uns uff solch irer Mt. gnedigistes begeren uff nehist vorschinen Sonntag Jubilate, den 15. Aprilis, in gemeinem reichsrath wider eingestellt, und volgendes tages der beyrischen, desgleichen der mansfeldischen halben, die sich noch fur und fur in reichsrath zu gehen anmassen, notturftiglich protestirt. Daruff sich die mansfeldischen wider uns mit gegenprotestation eingelassen, wie euer fstl. Gn. solches alles hieneben bei den actis gnediglich weiter ze befinden haben.*

*[Friede und Recht] Die sächsischen Gesandten wurden bereits mehrmals in die allgemeine Reichsversammlung (der altgläubigen Reichsstände) bestellt, um über Türkenhilfe, Friede und Recht zu beraten. Die anderen Protestanten wurden nicht berufen, weshalb die sächsischen Gesandten nicht wußten, wie sie sich verhalten sollten; sie erschienen aus diesem Grund nicht im Reichsrat. Sollten die markgräflich-brandenburgischen und andere Gleichgesinnte ebenfalls in den Reichsrat berufen werden und dem Ruf Folge leisten, so würden die sächsischen Vertreter auch kommen*

<sup>1</sup> Datum unvollständig; aus dem Inhalt ergibt sich der 17. oder 18. April.

<sup>2</sup> Jakob Schorr von Haßel.

und sich nach Gebühr verhalten. Sollten sie nochmals um ihr Erscheinen im Reichsrat gebeten werden, möchten sich die sächsischen Räte von keiner Seite Missfallen (unglimpf) zuziehen. Sie legen einen Bericht bei (siehe unten die Beilage), wie sie bez. der verschiedenen Artikel des Reichsabschieds abzustimmen gedenken und bitten dringend um Nachricht, ob Hg. Moritz Änderungen wünsche. Der Reichstag wird in Kürze enden, da der König am 23. April abreisen will. Deshalb müssen die Gesandten spätestens bis Montag in der Früh (1543 April 23) wissen, in welchen Artikeln sie – im Gegensatz zu den anderen Protestanten – mit den Altgläubigen stimmen sollen. Falls sie keine Nachricht von Hg. Moritz erhalten, werden sie sich gemäß den früheren Instruktionen und dem beiliegenden Gutachten verhalten.

[Beilage:]<sup>3</sup> Den 7. Aprilis hat der ausschus die angehornte rechnung der leutenanten und feldtmarschalcks ausgezogen und den stenden furtragen und vorlesen lassen [Nr. 133]. Den auszog werden euer fstl. Gn. hyeneben mit LL verzeichent befinden.

Den 9. Aprilis haben die stende durch ein ausschus in der clevischen krigsachen etliche furschlege und mittel der röm. kgl. Mt., dem ksl. orator und commissarien furtragen lassen [Nr. 220]<sup>4</sup>, unter anderm und frevenlich, das der Hg. von Gulich Gellern und Zutphen abtreten, also das die ksl. Mt. die beide von dem Reiche zu lehen nehmen und alsobaldt dem hertzen leihen sollte etc.

Mitler zeit hat die röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien den gemeinen stenden ausserhalb der protestirenden etlicher artickel halber, so in diesem reichsabschidt vermeldet werden mochten, ir bedencken schriftlich [Nr. 175] ubergeben lassen.

Den 14. Aprilis haben obgemelte stende uf ein muntlich anzeigen der kgl. Mt. und der kl. commissarien die turckenhulf belangende ihre andtwort in schriften der kgl. Mt. und commissarien zugestellet [Nr. 94]. Darauf ir Mt. und commissarien folgende replicirt [Nr. 96]. Es seint aber diese drei letzte schriften bisher allen stenden noch nicht furgetragen worden; so seint wir bei beratschlagung derselbigen auch nicht gewest.

Uf den 16. Aprilis hat der ausschus ein auszog aus des pfennigmeisters, so vor zweien jharen zu der eilenden turckenhulf verordent gewest, rechnung den gemeinen stenden zugestellet [Nr. 125].

Den 16. Aprilis<sup>5</sup> hat man allen stenden eine schrift des ksl. oratorn und der Kgn. Marien gesanten, darinnen das vorgeschlagene mittel [Nr. 226] abgeschlagen wurdet, vorlesen, darvon euer fstl. Gn. wir copien, aus ursachen das die von den stenden noch nicht umbgeschrieben, uf das mahl nicht ubersenden mogen.

<sup>3</sup> Hinweise auf interne Nummerierung von Aktenstücken innerhalb der sächsischen Überlieferung werden ohne weitere Kennzeichnung weggelassen.

<sup>4</sup> Das Aktenstück ist mit 7. April 1543 datiert.

<sup>5</sup> Die Verlesung der Stellungnahme Granvelles und der burgundischen Gesandten (Nr. 226) fand im Reichsrat am 18. April 1543 statt.

Item eodem die haben wir in furstenrath ein öffentliche protestation wider die Ff. von Beiern, und sunderlich Hg. Johansen etc. vom Hundtsrucken und der Gff. von Mansfelt beschehene session gethan<sup>6</sup> und gebetten, die in des Reichs cancellei registriren zu lassen.

Eodem die hat man auch ein schreiben des Hg. von Gulich an die stende [Nr. 227]<sup>7</sup>, darinnen sein fstl. Gn. sie umb hulf, rath und beistant, mit erinnerung der pflicht, damit die glider des Reichs einander vorwant, angelanget. Darvon haben die stend noch nicht abschriften bekommen.

Und ist darauf beschlossen, das der ausschus nochmals vleis haben soll, durch bequeme mittel die clevische krigssachen zu vertrage zu bringen. Item, das der ausschus uf des ksl. oratorn erstes furtragen [Nr. 214], darvon euer fstl. Gn. wir im anfang copien zugeschickt haben, deßgleichen auch des Hg. von Gulich jungstes schreiben [Nr. 227] eine andtwort concipiren und alsdann den gemeinen stenden ferner zu beratschlagen furtragen soll. Solch schriften seint noch nit verfertigt.

[Session] Den 17. Aprilis haben Gf. Albrechts, auch Gf. Philippen und Hans Georgen zu Mansfelt etc. geschickten unsere gesterige protestation angefochten [fehlt], mit anzeigung, das ihre gnedigen herren ihrer herschaften und guither den wenigsten theil von dem hause zu Sachssen zu lehen trugen. So wehren ihre Gnn., als die an dem Hartz woneten, von dem Dhuringer lande abgesundert. Zum dritten hielten sie sich der ksl. und ihrer sunderer und nicht sechssischer rechte. Zum vierdten hetten sie auch ihre muntz vor sich. So wehren sie auch in quasi possessione und gewehr solcher session im Reich, derwegen auch ihre Gnn. uf jungstgehaltenem reichstage zu Regensburg [1541] ader Speier [1542], domals sie der Kf. von Sachsen gleicher gestalt angefochten hette, eyn decret erhalten, das sie ausserhalb rechts nichts sollten endtsatzet werden etc.

Hierauf haben wir unser zuvor gethan protestation [von 1543 April 16] widerholt und vermainet, mit vermeldung, das wir anstat euer fstl. Gn. der keines gestendigk, und das wir dem Gf. von Mansfeld dißfals wider das haus zu Sachssen nichts einreumben und uns auch mit den kfl. zu Sachssen geschickten derwegen unterreden und, itzo es not, ferner vornehmen lassen wollten. Und schlislich liessen wir ihre kegenprotestation auf ihrem unwert beruhen.

Desselbigen tages haben sich der mehrer theil der stende eins bekentnus vorglichen, darinnen den beiden leutenanten und feldtmarschalcks beschehene rechnung approbiert und das rest bekannt wirdet. Darzu haben wir gesagt, das wir solch bekentnus nicht widerfechten wollten, doch das dadurch euer fstl. Gn., die zuvor mehr dann sie zu thun schuldig gewest gethan, in keiner bezalung verpflichtet wurde.

<sup>6</sup> Die Protestation der sächsischen Räte wegen der Session ist in den einschlägigen Aktenbeständen nicht zu finden. Zum Sessionsstreit zwischen Sachsen und Pfalz siehe Kap. IX, Nr. 294a–e.

<sup>7</sup> Die Verlesung im Reichsrat fand am 18. April 1543 statt.

Gleicher gestalt, dieweil fast alle stende bewilliget, das man den gemeinen emptern, die etliche viel wochen bezalung gewarten und das doch nicht erlangt, ein 600 fl. ungevherlich zur zerung und verehrung geben sollte, haben wir darauf angezeigt mit worten, des nicht bevhel. So wehren auch euer fstl. Gn. dazu nicht verpflichtet, aber doch, do es die andern bewilligen wurden und es umb ein acht oder zehen fl. ungevherlich zu thun, wollten wir es der sachen zum besten vor unsere person und nicht anstad euer fstl. Gn. an ein solchem geringen auch nicht mangeln lassen.



## XII.G Korrespondenzen konfessionsneutraler Reichsstände

*Mgf. Ernst von Baden und die Wetterauer Grafen wollten sich nicht von einer Religionspartei vereinnahmen lassen und lehnten die Teilnahme ihrer Reichstagsgesandten an Beratungen in konfessionell getrennten Räten ab. Sie sahen sich als Vermittler zwischen den Religionsparteien, bezeichneten sich selbst als „neutral“ und praktizierten eine Politik des Offenlassens und Abwartens<sup>1</sup>.*

*Der Vertreter Mgf. Ernsts von Baden, Dr. Johann Marquardt, schilderte eindrücklich die entscheidenden Sitzungen des Reichsrates zwischen 20. und 30. März 1543, als die altgläubigen Reichsstände vorherige Beratungen zu Friede und Recht endgültig ablehnten und die Verhandlungen über die Türkenhilfe ohne die Evangelischen in Angriff nahmen (Nr. 377–379).*

*Auch der Gesandte der Wetterauer Grafen, Lic. Gregor von Nellingen, berichtete über die mehrfach gescheiterten Versuche zur Überwindung der konfessionellen Spaltung, über die Konflikte in den Reichsratssitzungen und über die Bemühungen der Altgläubigen, die konfessionsneutralen Reichsstände auf ihre Seite zu ziehen (Nr. 373–376, Nr. 380). Seinen wiederholten Bitten um Instruktion, wie er sich bei Fortdauer des Konflikts zwischen Alt- und Neugläubigen verhalten solle, kamen die Wetterauer Grafen am 7. April 1543 nach (Nr. 381), indem sie Nellingen zur Teilnahme an den Beratungen der Altgläubigen und zur Bewilligung der Türkenhilfe unter bestimmten Bedingungen aufforderten und ihm das vorzeitige Verlassen des Reichstags untersagten. Schließlich stimmte Nellingen dem Reichsabschied auf Hintersichbringen zu, zweifelte allerdings an der Effektivität der beschlossenen Türkenhilfe wegen der Blockade durch die Protestanten (Nr. 382).*

---

<sup>1</sup> Zu den Grundzügen der Politik konfessionsneutraler Reichsstände siehe: A. P. LUTTENBERGER, *Glaubenseinheit und Reichsfriede. Konzeptionen und Wege konfessionsneutraler Reichspolitik (1530–1552) (Kurpfalz, Jülich, Kurbrandenburg) hier bes. S. 93–249*. E. WOLGAST, *Die Einführung der Reformation, passim*.

373 *Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen*<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 Febr. 16

A Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 474, fol. 125r–129r (Kop.).

B Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2, unfol. (Kop.).

Beilage in A fol. 129v–130v: Liste der in Nürnberg anwesenden Reichsstände. ÜS fol. 129v: Die itzt anwesenden fursten und botschaften uf dem reichstag zu Nurenberg, den 14. Decembris anno 1542 benennt.

Meinem genummenen abschiedt zu Hoechst [*Grafentag 1542 Nov. 7*] und jungstem meinem schreiben nach, ich bei dem franckfurtischen bothen gethon, das meine gnedige herrn oder ir sich nit verlangen lassen sollten, ob ich gleich nit so baldt widder schriebe, dan ich nit gern unnotturftlich schreiben, aber do es zeit und die notturft erheischen wurde, nit unterlassen wollt. Kann meinen gnedigen herrn und euch ich nhunmher nit verhalten, das wir also sieder den 17. Januarij wie kgl. Mt. hieher kommen, gleich wenigk ausgericht. Sehen einander an und trauet keiner dem andern vill. Und helt sich die sach itzmalen daruf, das die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien, Pfgf. Fridrichen etc. und H. Johan von Naves, den letzten Januarij proponiret [*Nr. 43*], inmassen ich copiam hiebei gebunden. Dieweil dan noch bißher kein beratschlagung daruber beschehen noch antwort bedacht ist und ich aber ausser meiner instruction mich daruf wol zu halten wiste, hab ich kein sondern bothen deßwegen hinab senden wollen. Damit aber meine gnedigen herrn und ir der verhinderung nitberatschlagens bericht haben: Gleich nach entpfangner copi die stende, so der augspurgischen confession verwant, erstlich kgl. Mt., alsdan gemeiner versamlung Reichs ire anligen, beschwerden und begeren in einer langen schrift [*Nr. 152*] furpracht und sich dabeineben vernemen lassen, das sie sich uber die proposition oder einich ander handlung nit einlassen konden noch wurden, sie wheren dan zuvor dieser irer anligen und beschwerden erledigt, deren copien ich auch hieneben mit etlichen schriften, so sie darbei gelegt mit buchstaben bezeichnet, schick [*Beilagen zu Nr. 152*]. Uf solchs haben kgl. Mt., ksl. commissarien und stende des Reichs, so der augspurgischen confession nit verwant, den andern alsbaldt geantwortet, ir furpringen wher lang,

<sup>1</sup> Die Wetterauer Grafen bemühten sich, die Religionsfrage beiseite zu schieben und in Hinblick auf die Durchsetzung ihrer korporativen Interessen die konfessionellen Probleme nicht zum Thema ihrer Versammlungen oder ihrer Reichstagspolitik zu machen. Obwohl sich die Mehrheit der Mitglieder des Wetterauer Grafenvereins mit fortschreitender Reformation der evangelischen Lehre zugehörig fühlte, fanden sie einen *modus vivendi*, um mit den am alten Glauben festhaltenden Grafen gemeinsam zu agieren. Nellingen wurde angewiesen, sich für eine Beteiligung aller Reichsstände an der Türkenhilfe einzusetzen und keinesfalls vorzeitig den RT zu verlassen, wie es die Evangelischen angedroht hatten, sondern den Reichsrat auf jeden Fall zu besuchen. Siehe: G. SCHMIDT, *Der Wetterauer Grafenverein*, hier S. 228–231.

darumb gedechten sie, es abschreiben und nach gehapter beratschlag der gepure vernemen zu lassen.

Also gleich denselbigen tag, der der dritt Februarij was, hat die kgl. Mt. die stende, so der augspurgischen confession nit verwant, ghen hoff erfordern lassen. Der war ein geringer hauf, als nemlich die, so in der hieneben ligenden verzeichnus der stende mit + gemerckt seint [*siehe die Beilage in A*]. Ging ich doch auch mit zu horen, was ir Mt. furhalten wolt. Begerd ir Mt., das dieselbigen stende wolten der augspurgischen confession verwanten stende furpringen beratschlagen und ir notturft, auch kegenbeschwert rathsamlich verfassen, alsdan ir Mt. und ksl. commissarien ubergeben, sich ferner darin haben zu halten.

Demnach wurden nhun zwen rethe, als die, so nit der augspurgischen confession, der ein rath, und die andern, so derselben confession beigethon, der ander rath. Also kamen nach der faßnacht [*1543 Febr. 6*] diejhenen, so nit der augspurgischen confession, zusammen, die sach zu beratschlagen, und ward mir auch angesagt. Dieweil ich aber in meiner instruction [*Nr. 68c*] hett, mich in solcher zueiung kein teil anzuhangen, das ich dan zu solchem rath nit woll vermeiden mögen oder zu sonder disputation geraten were, nam ich ein gescheft fur, das ich nit im rath erschien, uf das sie mein abwesent iren rathschlag [*Nr. 154*] entschlossen. Also seint sie domit uf 15. Februarij fertig worden, hinuf ghen hoof zogen und kgl. Mt. ubergeben. Gleich hat kgl. Mt. und ksl. commissarien den augspurgischen confessionverwanten geantwort [*Nr. 155*], inmassen ein copei hiebei auch ligt, die hab ich von einem augspurgischen confessionverwanten zuwegen pracht, dan die andern stende die nit abgeschrieben haben.

Und gehent itzo dieselbigen augspurgischen confessionstende daruber trefflich zu rath und schicken posten von sich. Was sie sich nhun entschliessen und replicieren werden, waiß man noch nit. Sehen wir also zu und handelt man uf die proposition noch nichts. Nhun wil aber in solchem ein ufsehens sein, welcher dieser aber [= *oder*] jhener part sei. Die ein wurdt genent die gehorsamen, die andern, augspurgisch confessionstende, die ungehorsamen. Vexiret [= *ärgert, plagt*] je einer den andern und ist zu besorgen, das man sich so schlechtlich nit vergleichen mocht, dan wie ich verstehe, die augspurgischen confessionverwanten uf irem furpringen zu verharren vermein[en]. So ist zu erachten, das die gegenteil auch dagegen ratschlagen und bei kgl. Mt. handeln werden. Nhun wher ich – nach bestem verstandt ich ausser meiner instruction ziehen mag – mich also der sachen beiderseits zu enthalten, kranckheit anzunehmen oder abweg etlich tag, biß dieß sach erortert wurde, zu thun wol gesint, dan ich sehe, das die andern stende, so nit der augspurgischen confession, mich gern in iren rath haben wolten, dan sie nehermals mir nachgeschickt und nachfragen lassen. Das bisher nit geschehen, domit ich dan gantz frei gegen meinen hern unverweislich faren moge.

Dieweil auch mein instruction mir solchs uflegt, hab ich lenger nit umbgehen wollen, meinen gnedigen herrn und euch der sach zu berichten, mit dienstlicher pit, mich ufs eilest, so moglich ist, irer Gnn. gemuet zu verstendigen, ob ich in der andern stend rath dieser obgemelten sachen halb erscheinen soll oder nit<sup>2</sup>. Dan ob ich schon inhalt meiner instruction mich vernemen ließ, so machen sie ein mhers, dasselbig wurd dem konig von aller dieser stende wegen furpracht und dan den augspurgischen confessionstenden also geantwurt. So sein meine gnedigen herrn etlich derselben confession auch anhengig, das wurd mir ethwan unter die augen geweht [= *vorgehalten*]. Und in summa, wan es meinen gnedigen herrn wie mir gefiel, wolt ich mich des raths dieser sach, mit besten fugen ich immer kunt, obern [= *enthalten*], biß sie miteinander daruber eins wurden, dan alle handlung des reichstags darauf ruen will, das diese zwen teil zuvor verglichen seien. Darnach wurdt erst der recht gemeinlich reichsrath und betagte handlungen angehen. Dan wais ich mich meiner gnedigen herrn instruction nach [*Nr. 68c*] der session, stim und handlungen woll zu halten, wie ich dan die session in erster gemeiner reichsversammlung, da proponirt whardt, vor der oberlendischen graven gesanten genommen und gehalten, dan der graven keiner meins wissens selbs noch hie ist.

*Erwähnung der Rede Granvelles vor den Reichsständen (Nr. 197) und der Supplikation Wolf Dietrichs von Pfirt (Nr. 127).* Aber man lests alles ruwen biß obgemelt sach erortert wurd, dan die augspurgisch confessionverwanten sich in kain ander handlung begeben wollen, inen seien dan ir furbracht beschwerdt erledigt. Also ist es ein langweiliger reichstagk und, wie man sagt, dannoch der luft darzwischen auch nit fast gut<sup>3</sup>, das ich wolt, er hett ein ende. Aber des konigs hofgesind lassen einsteils ir weiber hieher holen, das ich gedenck, sie versehen sich, lang hie zu sein.

Es will sich die rede hie geben, die ksl. Mt. solte zu Genua ankommen und noch selbst beim reichstag werden sein, aber bei den hohen heuptern wurd nicht darvon vormeldt.

Wie ich euch nehermals geschrieben, das wir vom reinischen kraiß die inneher und kriegsrath zur rechnung beschrieben, die seint nhun hie ankommen und itztkunfts montags [*1543 Febr. 19*] zur rechnung und handlung fur die hieigen kraißstende vertagt.

Es sein so vil clagen umb aufstandt der besoldung vorhanden, aber man gibt noch niemants beschaidt. So last sich der oberst, der marggrave churfurst etc., noch nit horen. Darumb wollen meine gnedigen herrn gewarnt sein, keinem

<sup>2</sup> *Heinrich Steindecker ließ Nellingen am 25. Febr. 1543 im Auftrag der hanauischen Grafen wissen, dass er nicht in den Reichsrat gehen solle, so lange die Spaltung unter den Reichsständen bestehe. In: Marburg StA, Hanau 81 A, Nr. 181½ 2, fol. 201r–202r (Konz.).*

<sup>3</sup> *Es herrschte ständige Angst vor einem Ausbruch der Pest in Nürnberg.*

clagenden was zu antworten oder raichen, sondern thuen wie andere, weisens uf die reichstagshandlung.

*Tod des Theologen Dr. Eck in Ingolstadt*, als das nhun der Luther mher friedens hat. So hat kgl. Mt. irem hofgesind heftig verpieten lassen, die fasten kein fleisch zu essen bei verlierung ihres stadts und lehens.

374 *Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 Febr. 24*

A Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2, unfol. (Kop.).

B Wiesbaden HStA, Abt. 131 IVa 41, fol. 3v–5v (Kop.).

C Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 474, fol. 133r–138v (Kop.); DV fol. 138v: Des Lic. Nallingers letzte schrift etc.

*Seit dem Schreiben vom 16. Febr. 1543 (Nr. 373) ist der Stand der Reichsangelegenheiten unverändert.* Als nemlich, das die augspurgischen confessionverwanten stend noch in der deliberacion sein, wes sie uber kgl. Mt. und ksl. comissarien gegebenen antwurt [Nr. 155], so ich euch mitgeschickt hab, repliciern wollten. Wan dasselbig nun gescheen wil, weis ich nit, hab aber wol vermergkt, das der konig darumb anhalten lassen. Also ged man mitlerweil in kein reichsrath, wiewol also ad partem die andern stend, so nit der augspurgischen confession seind, sich fur die reichsstend und als das corpus anmassen und ist also ein Reich inter se divisum. Was guds daruß werden wil, weis Got. Draud keiner dem andern, practicierend heimlich, sein hie und sunst herumb vil hauptleud, bewerben sich umb knecht, ist ein rustung, weiß niemand, wo hinauß. Ich gedenck aber, es werd nit lang verhelten pleiben, so kriegt unser Hergot auch mit <sup>a</sup>. Mich bedunckt, es wol der leuft ye lenger ye ubler hie thun. Es gibt all tag zimlich leud, darbei mir und andern nit kurtzweilig, das ich verhof, es sol etwan dem reichstag ein entschaft machen. Zwischen solicher zwispalt der zweer parthien ist ein solch jemerlich clagen von dem konig, auch dem obersten, dem Kf. von Brandenburg, und andern bevelchsleuden, alles umb geld, das ein gantz schif vol gelds nit klecken [= *ausreichen*] moge. Ich acht, das wir etwan in oberurtem zwispalt voneinander wuschen [= *schnell auseinandergehen*] werden. Welcher dan bas mag dan der ander, der wurd vorziehen lugen [= *schauen*], wie er den andern bezal, God sei im weg. Sy lassen sich eins deils horn, sy begeren des wolfs recht.

*Die kurbrandenburgischen Gesandten trugen eine 80 Seiten umfassende Rechtfertigungsschrift (Nr. 128) im Namen ihres Herrn vor, der die Obersthauptmannschaft zurücklegte. Der Schreiber konnte diese Schrift noch nicht kopieren, da er im Moment mit der Abschrift anderer Kreis- und Reichstagsakten beschäftigt ist. Aber mit meiner relacion solt irs, ob Got will, vernemen, in welcher kfl. Gn. clagen,*

<sup>a</sup> AB om., aus C. erg.

das seinen kfl. Gn. fünf monat solt und abzug usstend, vermelt und bezalung begerd wurd. Ist ein monat das ordinarium 5062 fl.

Item so had H. Johan Hilchen uf obgemelten tag auch ein supplicacion umb sein usstand furpracht [*fehlt*], aber in suma gleich nach verlesung solcher furpringen sein die augspurgischen confessionverwanten stend alle hienaußgangen und mit den andern stenden darober in keiner radschlagung sein wollen. *Die altgläubigen Reichsstände, von denen immer mehr bischöfliche Gesandte ankommen, bereiten sich vor, ihre getrennten Ratssitzungen abzuhalten.* Und sy in sachen ausserhalb der augspurgischen confessionverwanten in sachen wollen furgehen. Geschichts, so wurden die andern hinwegreiten. Darumb wardt ich auf nechst begerten bescheid meiner gnedigen herrn<sup>1</sup>. Es sted uberzerwig [= *ungünstig*] genug, Got schicks zum besten.

*Mehrtägige Zusammenkünfte der oberrheinischen Kreisstände, um die Abrechnung der Einnehmer, des Kriegsrates und der Gegenschreiber anzuhören. Wegen der ungleichen Verhältnisse in den einzelnen Kreisen ist ein finanzieller Ausgleich unter den Kreisen unbedingt nötig. Nach dem Reichstag soll auf einem oberrheinischen Kreistag in Worms oder Speyer weiter beraten werden.*

*Zwei beiliegende Zetteln.*

**375** *Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 März 5*

A Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 474, fol. 142r–146v (Kop.).

B Wiesbaden HStA, Abt. 131 IVa 41, fol. 33v–37r (Kop.); ÜS fol. 33v: Die dritt [!] missiven deß licentiaten an die hanawischen bevelhaber uff Sontag Judica anno etc. 43 [März 11] praes.

*Er überschickt seinen vierten Bericht aus Nürnberg: In ihrer Replik an den König betr. Friede und Recht (Nr. 157) beharrten die Protestanten auf den in ihrer ersten Eingabe vorgebrachten Argumenten. Nun hat kgl. Mt. solch replick den andern stenden, die sich die catholici und gehorsamen nennen, zugestellt, irs raits daruber begert. Als sies nun beratschlagen wolten, trug sich eben zu, das*

<sup>1</sup> *Von den Gesandten des in Höchst tagenden Wetterauer Grafentages erhielt Gregor von Nellingen auf seine Bitte um Instruktion folgende Weisung, Höchst, 1543 dinstags nach Judica (März 13): [...] Nachdem sich die sachen und handlungen in zweitracht ziehen und wir derhalb aller unser gnedigen herrn gemuet nit wissen mögen, euch, mit besten fugen und gelimpf ir immer kondet, aller sachen und rats biß uf unser gnedigen herrn ferner schreiben und bescheidt zu entschlagen und keinem teil oder parthey anhengig zu machen. Und ob sichts zutragen, das etlich stende verreitten und ir von den bleibenden angesprochen, euch in rath mit einzulassen, euch alsdan, mit vermeldung, das [ir] des zugetragen zweispalts halben euern gnedigen herrn geschrieben und antwort und bescheidts wartet, wheret, mit dieser schrift zu entschuldigen und ufzuhalten. In: Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2, unfol. (Kop.).*

ein außschuß zum konig, eins frantzosischen schreibens halben [*Nr. 198*], so komen war, geen muß; damit ging ich auch. Darzwischen mein abwesendt haben sie sich endtschlossen und röm. kgl. Mt. fur ir berat angezeigt und auch underthenigst gepetten, das ir Mt. wolt es nochmalen bey vorgegebner antwort pleiben lassen, auch dieselb mit kurtz mundtlich gegen protestirenden zu erholen und sich in kein schriftlich disputacion ferner einzulassen. Daruber stet der konig und ksl. commissari itzt in bedencken.

So hait das cammergericht ein entschuldigung heruff geschickt [*Nr. 303*], aber die protestirenden wollen neben uffrichtung eins beharlichen fridstandts der itzigen personen cammergerichts keine daran wissen, auch einich underhaltung nit geben. So wollens die andern bey vorigem zu Speyer angestellten frieden pleiben lassen und die cammergerichtspersonen also nit absetzen. Sich [= *sehe*] ich itzs zu, wie es der konig angreifen wurd. Gedenck doch, es werdt uber kunftig wuochen nit vertzogen und steet also die heuptsach gantz still. Beclagt sich der konig deß Turckhen treffenlichen rustung und beschwerlichen uberzugks, wie teglich zeittung [*Nr. 135*] komen, das er in treffenlicher zubereitung sey, das wol ein sorg ist, Hungern werdt zeitlich sein sein. Also beruhet die sach warlich in dissem Reich sorgklich, alß niemals erhört, das ein solche trennung und sorgkliche anstende gewest seien.

Ich enthalt mich noch als ein neutralis, henck mit besten fugen, wie ich bisher zuwegen bringen mogen, kheim theil an. Welcher teil mich anspricht, dem geb ich antwort, das er nit weyst, woran er ist. Und furnemlich ist dis mein antwort, so ich jungst Dr. Eckhen und dem sträßburgischen bischofflichen, die mich angesprochen, gabe: Sie wisten, das disser richstag solcher spaltung halb nit angesetzt, also das meine gnedige hern sich solicher als eins zufals mitnicht[en], sonder der handlung hieher [*ver*]mög speierisch reichsabschidts furzunemen versehen und daruber mich mit instruction abgefertiget. So heit ich viel hern, deren allen gemuter ich nit dan dahin, wie ich handeln helfen mocht, das ein guter fried, wolfart, ere und nutz des Hl. Reichs mocht gefurdert werden, geneigt wust. Also were ich noch gutter hoffnung, es solten sich die stende vergleichen, damit man zu hieher verordneten handlungen komen mocht; dem sech ich noch also nach. Da es sich aber in disser spaltung ye verziehen wurd, must ichs dan meinen herrn auch zuschreiben und irs weitem bevelchs gewarten. Des waren sie zufrieden.

Dieweil man dan also zwispeltig stet und nit zu handlung komen kan und aber die obersten mit grossem costen und geschrey hie liegen, haben die augspurgischen confessionverwandten sich allererst den letzten Februarij bewilligt, doch in alle weg mit dem vorbehalt, von ir ubergeben supplicacion und replick sunsten nit zu treten, das ein ausschus gemacht wurde der obersten und bevelchsleuth, so vom Reich bestallung hetten, irer rechnung zu horen und zu sehen, wie man dieselben mit irem geschrey hinweg richtet. Dergleichen, dieweil der kreyß innemer auch mit costen hie legen, derselben rechnung von

den kreysen auch zu nemen, damit man des kostens loiß wurde. Also ist ain außschuß solchs fals gemacht und stet in handlung.

Nun hait meiner gnedigen hern bevelchsman Wilhelm Scholl (der, wie ich von im hore, lang hie gewest, aber erst kurtzlich bey mir angesucht; sagt, er hab mich nit kent) an die stende des Reichs auch supplicirt inhalt der copey, so ich hiemit sende [*fehlt*], aber ime ist kein bescheidt worden, dieweil er nit vom Reich bestellt, sonder an kreys gewießen, desweg er mir imer nachgelauffen, das ichs beim kreyß auch oft angeregt. Zugleich zeigten andere kreyßstende forderung von iren bevelchsleuten auch an, das die stende sich endtschlossen, inmassen ich euch in nechstem meynem schreiben, des datum den 24. Februarij stet, vermeldet hab und noch dabey pleiben lassen. Desweg ich, wie mir dan vom kreyß uffgelegt und andere stende auch thun, dissen Wilhelm Schollen umb vermeidung ferners costen heimwerts beschieden, von meinen gnedigen herrn bescheits zu gewarten.

*Nellingen rät, die von Hauptmann Scholl erhobenen Geldforderungen zur Bezahlung der Knechte genau zu überprüfen, da Scholl eine Zahl von 623 Knechten angab, während in den Musterregistern nur 523 Knechte aufscheinen. Auf dem künftigen Kreistag soll Rechenschaft darüber abgelegt werden. Über die Bezahlung der Reiter aus dem Türkenzug wird in Nürnberg noch verhandelt werden. Nellingen hofft, dass die noch ausstehenden Geldsummen ersetzt werden. [...].*

Das hab ich euch, meine gnedige hern, haben zu berichten abermals nit verhalten sollen, und ist mein bitt, dieweil die sorg daruff steet, da die kgl. Mt. und ksl. commissari den augspurgischen confessionverwanten mit der antwurt wie vor entgegengen werden, das sie mochten ein abscheid nemen und wegreiten, dan sie sich kurtz horen lassen, daß sie vor dem gericht, alldieweil disse person daran seien, mitnichten zu recht zu steen gedenccken noch disse personen daran gedulden wollen. So wurden villeicht dan die andern stende wollen zu rath geen und den sachen entgegen raitschlagen und handlungen schliessen wollen. Wes ich mich dan halten, auch abreitten oder bey solchen handelung pleiben und mit raitschlagen helfen solle, mir nochmaln ein lautern bevelhe darinnen, wo der nit uff dem weg mir zuzupringen ist, uffs nechst möglich zuschreiben. Will ich mich dan abermals darinn unverspart vleys erweisen, dan meinen gnedigen hern, auch euch zu underthenigen und gefelligen dinsten bin ich bereith.

Auch in sonder, her und freundt, ist die zerung hie seer hoch, das ich nit mher gelt hab und ime entlenen stehe. Dem hapt auch ein nachdencken.

*Datum, US Nallengens, 2 beiliegende Zetteln.*

*1. Zettel: Die endgültige Abrechnung über das Fußvolk des oberrheinischen Kreistages soll auf dem nächsten Kreistag stattfinden.*

*2. Zettel: Als Nellingen den obigen Brief am 4. März absenden wollte, berief der König die Augsburger Konfessionsverwandten auf die Burg, um ihnen eine endgültige Antwort (Nr. 158) auf ihre Forderungen zu übergeben, da er nicht gewillt war, sich in weitere Disputationen einzulassen. Und weren daruff der*



gnedigst, gnedig und guten hoffnung, disse stende wurden sich darob settigen und mitsampt andern stenden des Reichs helfen, in dem hochwichtigen handel teutscher nation und gemeiner cristenheit furgeen, in ansehung, darinnen kein zeit zu ersparen were, dan da sie es nit thun wurden, wolt ir Mt. und comissarii inen nit verhalten haben, das sie gedechten, mit den andern stenden furtzugehen, des versehens, was durch sie beschlossen und verordnet wurde, das disse stende dem, wie sie dan in vermoge aller hievor und sonders zu Speier uffgerichteten, zugesagten und bewilligten abschidt und aller gehorsame nach schultig weren, geleben.

Also haben die stende der augspurgischen confession die schrift [*Nr. 158*] und ir bedencken genomen, haben kgl. Mt. und ksl. comissarii bey gegeben bescheidt pleiben lassen. Dieweil dan nun daruff steet, das sich die augspurgischen confessionstende deren nit benugen wurden, wie sie sich dan merken lassen und zu besorgen, so wurd kgl. Mt. und ksl. comissarii den nechsten wollen mit den andern stenden, wie hieob angetzeigt, furgeen. Ist zu besorgen, das die augspurgischen confessionstende werden hinweg verreyten, darumb bitt ich noch bescheidts, wie in der missiven gepetten, ob ich mich dan mit den andern stenden in handlung begeben soll oder nit etc. [...].

**376 Lic. Gregor von Nellingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 März 13**

A Marburg StA, Hanau 81 A, 181½ 2, fol. 203r–207v (Ausf.).

B Wiesbaden HStA, Abt. 171 R 474, unfol. (Kop.).

*Schilderung des Schriftwechsels zwischen dem König und den evangelischen Ständen zu Friede und Recht zwischen dem 4. und 11. März 1543, der zu keinem Ergebnis führte.* Da ließ die kgl. Mt. und ksl. commissari den abent [*1543 März 11*] die andern stende<sup>1</sup> beruffen und zaiget inen sollichs an und begert, das sie wolten den hauptpunten, das ist die proposition, fur handt nemen und furschreiten, daß sich dieselben stende alßbaldt bewilligt, doch haben sie fur iren rath angesehen, das die kgl. Mt. liesse alle stendt, auch die protestirenden, zusammen fordern und muttet den furgang inen allen mitainander an. Wollicher dan plib und furgeen helfen wolt, die mocht ir Mt. und ksl. comissarii sehen.

Das hat [*sich*] ir kgl. Mt. gefallen lassen und hat uff gestern, den 12. Marcij, alle stende durchaus frue zusammen beruffen lassen, und ist ir Mt. hinweg zu Mgf. Georgen geritten. Da seindt die ksl. commissarii, Pfgf. Friderich, der Bf. von Augspurg und Johan von Naves, erschinen und Pfgf. Friderich geredt und alle stende ermant, das sie die hochst gevar, so vor augen des Turckhen halb, wollen bedenckhen und im hauptarticul mitainander ungesondert furtzugeen. Also sindt funft rädt worden: die churfursten gesanten ain; die, so catholici genent,

<sup>1</sup> D.h. die altgläubigen Stände.

der ander; die protestirenden der dritt und die stet auch zwayerlay. Die catholici haben ir bedenckhen in gehaim den ksl. commissarien antzaigt, das sie berait seyen, der kgl. Mt. und ksl. commissarien zu underthenigsten gehorsam im hauptarticul furzufarn. Die augspurgischs confessionverwanten stende haben ain langen mundtlichen furtrag durch den sechßischen churfursten cantzler<sup>2</sup> gethon, sich entschuldigt und dahin geschlossen entlich, das sie, one dan zuvor die zwen puncten stendigs fridens und unpartheischs rechtens erledigt, in khain andere handlung sich inzulassen wissen, dan sie diener und iren bevelchen geleben musten. Und begert, das man doch wollte auß allen stenden in gleicher zall von guthertzigem, fridlichen personen verordnen; weren sie gutter hofnung, es sollte gutte vergleichung funden werden.

Aber zugleich sein die ksl. commissari uff der kgl. Mt. und irem hievor gegeben schriftlich und mundtlichen beschaidt pliben, also ist man vonainander geschieden, das nun die andern stende, so die gehorsamen oder catholci genent werden, zu rath uber der hauptsach khomen. So gehen die protestirenden auch zu radt, dan sie bedunckhet, der fridenstandt sey auß. Weiß sie sich werden entschliessen, wen oder wie sie nun iren abschiedt werden nemen, wurd man innen. Die ksl. commissarien haben sie ains thails ad partem beschickt, aber sie wollen nit abweychen. Und stet warlich das Reich ubel, wan Got durch ksl. Mt. aigne zukunfft nit darein sicht. So wurd das Reyck in ultimo periculo sein, dan sollich separation darinnen nie erhört. Also gewart ich noch begerts beschaidts<sup>3</sup>, will mich auch, wie nechst geschriben, mitlerweyl enthalten<sup>4</sup>. Und het warlich darfur, das meine gnedig hern den grossen costen, dan man unß den seckel gern zum gelt nem woll ersparn mochten.

So die protestirenden abtügen, das sie mich auch von dannen liessen, dan wo schon die andern stendt furfarn und waß schließen werden, wurdts halten, wer will. Das ich nur vergebens hie ligen und gelt verthon wurd, dan die vergleichung der krayßtruchen, ringerung der anschleg oder ander puncten, daran mein hern am mainsten gelegen, nicht durch sollichen sondern radt werden furgenomen noch erledigt werden, dan der protestirenden ain nemlicher anthail ist. Und gedenckh, das es letztlich zu ainem andern reychstag, da ksl. Mt., chur- und fursten selbs ankhomen, geraten muß, dann disen hochwichtigen, speltigen sachen durch die botschaften nit geholfen wurd. Es ist numer versaumt, uff diß jar ain gweltigen zug zu thon, man muß ander mittel suchen, dan unß der Frantzöß uf dem halß und im Niderlandt ain beschwerlich sach auch ist. Got schicks alles zum besten.

Ich hab meine gwelt noch nit ubergeben, darumben seindt meine hern noch unverhaft [= *ungebunden*]. So sie mich auch abtziehen lassen, so stunde innen

<sup>2</sup> *Dr. Melchior von Ossa.*

<sup>3</sup> *Die Weisung der Wetterauer Grafen an Gregor von Nallingen betr. sein weiteres Verhalten in Nürnberg erging erst am Grafentag in Mainz am 7. April 1543: Nr. 381.*

<sup>4</sup> *D.h. an den Reichsratssitzungen nicht teilnehmen.*

auch frey, sollich der catholici handlung antzunemen oder nit. Dan sovill in unserm krayß zu handlen gewest, haben wir vast alles schon an endt gefurt, dann wir unß diß reychstags der vergleichung der krayßstruchen noch nit versehen. Es ist des Bf. von Speyer gesanter<sup>5</sup> schon haim. Wir haben noch ain zimlichen rest in der krayßstruchen, daruff hab ich und ander der reutter betzalung halb waidlich angehalten, das beschloßen ist laut hiein ligents zedels. Des wollen mein gnedig hern sich mit irem obersten und andern reuttern halten, dan sie durchauß bezalt werden sollen.

Mein gnediger her, Gf. Albrecht von Mansfeldt, ist selbs auch hie, hab aber sein Gn. noch nit ausserhalb der herberg gesehen. Aber seiner Gn. gesanter<sup>6</sup>, so er zuvor hie gehapt, der geet in protestirenden radt und hat sich noch nit gegen mir angemast.

*Er überschickt Neue Zeitungen.*

[PS:] Ich hab khein gelt mer, ich entlehene.

[Zettel:] In dem reinischen krayß beschlossen, das ein jegklicher standt mit seinen obersten und andern reuttern ufs aller nehest moglich abrechnen und uberkhomen<sup>7</sup>. Und wie er aigentlich mit inen abgerechnet und uberkhomen ist, solliches soll er uff kunftigem krayßtag, des man sich noch alhie verainigen wurdet, glimplich [!] in schriften anzaigen. Da soll ain jeder standt vor allen dingen uff sie, wie er alß obstet mit inen uberkhomen ist, entricht und betzalt werden.

### 377 *Dr. Johann Marquardt an Mgf. Ernst von Baden – Nürnberg, 1543 März 20*

*Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 22, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts).*

*Die Vollmacht Mgf. Ernsts von Baden (Nr. 53a) übergab Marquardt am 18. März in der Mainzer Kanzlei. Am selben Abend wurde er vom Reichserbmarschall aufgefordert, am 19. März im Reichsrat zu erscheinen, wo sich alle Reichsstände um acht Uhr morgens versammeln sollten.* Da hab ich von wegen euer fstl. Gn. die session ober dem badischen gesandten<sup>1</sup> ingenomen, und demnach sich derselb vormals mit Hessen und Pomern vermog unser abscheyd und kgl. Mt. alhie gegebenen bevelch einer ungefarlichen session verglichen, hab ich es daby lassen bliben, doch iedem theyl unvergriffenlich etc.

<sup>5</sup> *Landschreiber Konrad Junge. Nach seiner vorzeitigen Abreise fungierte Dr. Werner Koch als Stellvertreter des Bf. von Speyer.*

<sup>6</sup> *Johann Braun von Weimar.*

<sup>7</sup> *Siehe den Befehl der Gesandten der oberrheinischen Kreisstände an die Kreiseinnehmer wegen Bezahlung der Reiter: Nr. 122.*

<sup>1</sup> *Dr. Hans Jakob Varnbüler, Gesandter der baden-badischen Vormundschaftsregierung.*

19. März: Beratungen über die Fortsetzung der Türkenhilfe und die Rückzahlung des von Kg. Ferdinand vorgestreckten Geldes für die Unterhaltung des Winterlagers. Danach Teilnahme Marquardts an einer Versammlung der schwäbischen Kreisstände: Der schwäbische Kreisrat Gf. Wilhelm von Eberstein wird einstweilen nicht über den Türkenzug berichten, da die anderen Kreisräte bereits aus Nürnberg abgereist sind.

20. März: Abermalige Versammlung der schwäbischen Kreisstände. Den Reichsständen ist über die Abrechnungen des Schwäbischen Kreises aus dem Türkenzug 1542 Bericht zu erstatten. [...].

Uff heuth, den 20. tag des monats Marcij, synth alle stende und der abwesenden bottschaften in einem gmeynem ratht byeinander gewesen und angefangen, von dem hauptpunten, die beharlich turckenhilf belangent, zu berathschlagen. Als die umfrag an mich komen, hab ich euer fstl. Gn. bevelch dern notturft nach anzeigt, und demnach die stende und potschaften uff mer dan einerley weg beratthschlagt. Habent Osterich, Saltzburg, Baiern, meyster teuths ordens, Hildesheym, Bamberg, Wirtzburg, Costentz, Strasburg, Kempten, Murbach als die geystlichen stende und deren anhang bedacht: Dieweyl zu vorghaltenen reychstagen zu Regenspurg [1541] und Speyr [1542] und iungst alhie zu Nurnberg [1542] verabscheydt, das die turckenhilf continuiret solle werden und itzunt die not vorhanden, so bedorft es keyner disputation, ob man wider dem Turcken hilf thun wolle, sonder wie und mit was ordnung die in die wircklicheyt zu bringen. Und in sonderheyt habent etlich aus oberzelten geratthen, das die vesten, stett, schloß und päss dits iar sollent besetzt werden, alsdan mocht man uff das ander iar widerumb ein herzug thun etc. Die andren und der mher theyl habent dahin beratthschlagt, demnach wider dem Turcken nichts konde ausgericht werden, es sy dan zuvor bestendiger frid und einikeyt, auch glichmessig recht im Reych, so wollent sy sich in keyn wietere berathschlagung der turckenhilf inlassen, zuvor und ehe vorberurten puncten erledigt. Wan das bescheche, wollent sy sich der turckenhilf halb wietern vernemen lassen und durch dits ir zimlich, billich begern von wegen frides und rechts andre stende an der turckenhilf nit verhindern.

Wie nun die umfrag zweymal an mich komen, hab ich widerumb in euer fstl. Gn. namen und aus besonderm bevelch wie vormals zum theyl anzeigt: Soverr dem speyrischen abscheyd in allen articuln gelept und nachkomen und dan alle stende, die gleicherweys wie euer fstl. Gn. alher beschriben, samentlich und unzertrennet uff ksl. Mt. und kgl. Mt. beschechen furhalten des Hl. Röm. Reychs obligend sachen berathschlagen helfent, alsdan sy ich urputtig, meynem habend bevelch nach mit und neben andern stenden und bottschaften helfen handeln, berathschlagen und beschliessen, das des Reychs ehr, nutz und wolfart sey. Aber in keyn gesonderte handelung werde ich mich inlassen, in betrachtung, das wider einem sollichem erbfeindt der christenheyt und desse grosse macht mit zertheyltem ratht oder hilf nichts ausgericht oder erhalten mag werden. Und beschliesslich were meyn underthenig, einfaltig gutbeduncken, das zuvorderst

innerlicher frid und einikeyt zwischen allen stenden gemacht und nachmals mit einhelligem rath und zusammengefugter macht und hilf, glich und miteinander, unzertrennet (dieweyl das röm. Reych under einem Got, under einem haupt und keyser ist und syn solle) dise treffenliche obligen und noten von hertzen, mit anruffung gottlicher gnad wol bedacht beratthschlagt wurden. Wer ich der hoffnung, Got der Almechtig solte synen segen und sig wider dem Turcken verlichen und die christenheyt gnediglichen erhalten etc.

Der badisch gesandt und viel andre synth auch uff oberzelte meinung gefallen, und ist aber nichts entlichs zu disem mal beschlossen. Was sich wieter begeben wirt, sol euer fstl. Gn. von mir undertheniger gehorsame zugeschriben werden.

**378 Dr. Johann Marquardt an Mgf. Ernst von Baden – Nürnberg, 1543 uff den Ostermontag (März 26)**

*Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 23, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts); DV: Praes. 6. April 1543 zu seiner fstl. Gn. selbs handen.*

*Bestätigt Erhalt des markgräflichen Schreibens vom 20. März<sup>1</sup> samt den beigelegten Briefen an Dr. Eck und Nicolas de Granvelle.*

*Entwicklung der Reichsangelegenheiten: Am 21. März 1543 beschlossen die Reichsstände, sich wegen des Krieges zwischen Burgund und Jülich mit der Bitte um Konfliktbeilegung an den König zu wenden. Deshalb sprachen am 22. März Verordnete der Reichsstände bei Kg. Ferdinand vor (Nr. 212); dieser beklagte die Uneinsichtigkeit des Hg. von Jülich, der trotz aller Bemühungen von habsburgischer Seite gütliche Verhandlungen ausschlage. Der König erklärte den Reichsständen seine Bereitschaft zur Friedensvermittlung, wobei er sie an die ksl. Kommissare verwies. Diese sagten auf Bitte der Reichsstände zu, sich mit Kg. Ferdinand beraten zu wollen und den Reichsständen danach Bescheid zu geben.*

*Am 21. März 1543 übergaben die Gesandten des Bf. von Metz den Reichsständen eine Supplikation mit der Bitte um Abschaffung der Prozesse des Reichsfiskals und Exemption von den Reichsanlagen (Nr. 108a).*

Dornstags [1543 März 22] haben die verordneten by kgl. Mt. um antwort Gilch belangent angehalten, in ansehung, das zu besorgen, dieweyl beyde theyl im feld gegeneinander ligen, ein wieterer angriff beschehen mochte etc. Darauf ir Mt. antwort geben haben sol, wie oben gmeldet. Daneben wirts begert, das die stende unverbindert der gulchischen sachen vom hauptpunten der proposition, die turckenhilf belangend, furfaren wollent, dan die hochste not vor den augen moge keynen verzug leyden, glich wi zu Speyr vergangens iar auch beschach. Gulchs ein gesonderte sach, aber turckenhandlung belange die

<sup>1</sup> *Mgf. Ernst von Baden an Dr. Marquardt, Pforzheim, 1543 März 20, in: Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 19, unfol. (Konz.).*

gantz christenheyt und furnemlich die deuths nation. Wo Hungern verlassen, sy Osterich verlorn, darnach Baiern und Schwaben, an die ort der Turck ringer und belder komen moge, dan er vor iarn in Hungern komen sy. Es solten sich alle stende vereinigen und samentlichen widerstand thun dem gemeynen feinde.

Uff den Charffritag, den 23. dits monats, hat der mentzisch cantzler relacion obbeschribner antwort in gemeynem rath gethan, aber wenig behertziget, namlich die furgesessnen etc. *Marquardt brachte in Erfahrung, dass der Kf. von Sachsen, der Lgf. von Hessen und der Hg. von Württemberg von Kg. Ferdinand brieflich ermahnt worden waren, ihre Gesandten in Nürnberg zur Teilnahme an den Beratungen über die Türkenhilfe aufzufordern und die Verhandlungen nicht weiter zu verzögern.*

Es hat auch kgl. Mt. nit underlassen, etlich bottschaften, die im reychsrath sich nit glich wollen inlassen, von der hilf wider den Turcken zu berathschlagen, vor und ehe andre puncten und articuln, als nemlich ringerung der anschleg, gericht und recht belangendt, erortert worden, fur ir Mt. erfordert und begert, das sy durch oberburte auszug die vormals bewilligt hilf nit waigern oder verlengern wollent, dern ieder (wie ich bericht byn) uff synes herrn bevelch und instruction sich zogen soll haben. Versehen sich nemlich der geystlichen gesandten, kgl. Mt. werde iren herrn schriben und begern, das sy one allen anhang die beharlich begerte turkenhilf nochmals continuiren helfen etc.

Ich byn uff euer fstl. Gn. bevelch onangefochten bliben und etlichen zusaal [= *Zustimmung*] gehapt vom badischen und der [*Wetterauer*] graffen gesandten. Die uff der geystlichen banck synth abgricht, badischer wirt von Dr. Ecken auch uff syn sinn gebracht werden. Und diweyl nun Osterich, Saltzburg, Baier[n], die oben sitzent, dise zeyt hiere befunden, das ir practick nit will durchaus furgang [= *Erfolg*] haben, so suchen sy trennung zu machen zwischen der augspurgischen confession verwanten. Behalten by inen Hg. Ottheynrichs, Hg. von Gilchs, des Bf. von Munsters und des von Metz gesandten (wiewol dern ein theyl mher der augspurgischen confession und dem Kg. von Franckreych anhengig dan ksl. oder kgl. Mt.), damit sy viel stimen machen konden etc.

Uff den hl. osterabent [*1543 März 24*] synth die gemeynen stende, gehorsam genant, byeinander gewesen und erfahren wollen, welche die hilf vermog der proposition leysten wollent oder nit. Und habent sich die oben sitzende treffenlich mit raten und schreyen gebraucht, was vormals bewilligt und zugesagt – und in sonderheyt iungst uff gehaltne reychstag zu Speyr etc., daraus vorgehaltner reychstag alhie gevolgt – in kraft derselben abscheyd alle stende schuldig und pflichtig weren, one allen anhang und condition simpliciter hilf ze thon. Und ob dan wol nichts versprochen, were doch sollich not vor augen, das keyn christ sich mochte entschuldigen, nit zu helfen. Das aber etlich weren, die zum theyl durch ungegründete auszuge und faul ursachen dits christenlich, loblich, notwendig werck verhinderten; ein theyl uff andre warten wolten, untz bis mit unzertrentem rath gemeynlichen beschlossen wurde. Das diente zu uffzug der

sachen etc. Sie hetten bevelch von iren herren, die begert hilf zu bewilligen, wan wol andere stend nit wolten etc.

Von euer fstl. Gn. wegen hab ich meynen bevelch repetiret, mit wieterer meldung, wie euer fstl. Gn. bys anhär die bewilligt hilf getreulich gelayst, disse uff die innemer und zalmeyster gezogen und nit alleyn ir gut, sonder auch blut und eltesten sone, meynen gnedigen fursten und herrn, Mgf. Albrechten selliger gedechtnus<sup>2</sup>, verloren etc. Das aber euer fstl. Gn. sich itzunt ausserhalb aller anderer stende, dem Hl. Reych zugehörig, in einiche gesonderte hilf inlassen oder mit zertrentem ratth handeln helfen solte, mochte ir beschwerlich fallen, zudem es unerschiesslich. Wan aber samentlich in gemeynem ratth begertir hilf ader anderer sachen halb, darumb disser reychstag beschriben und im furhalten meldung beschehen ist, berathschlagt, het euer fstl. Gn. mir bevelch geben, mit und neben andern, in sonderheyt des schwebischen kreys verwanten fursten, bottschaften und gesandten, handeln und beschliessen helfen, alles zu des Hl. Reychs ehr, nutz und wolfart dienstlich. Dern und anderer beweglichen ursachen halb were meyn schlecht gutbeduncken, das zuzorderst die zertrennung und absonderung, so allen unrath bringt etc., quia „regnum in se divisum desolabitur etc.“ [Lukas 11, 17], abgestellt wurde und mittel und weg gesucht, damit alle stende widerumb zusammenkherent, als ein collegium samentlichen die obligende nöt zu berathschlagen und gemeinlich, wie dem gmeynem erbfeind, dem Turcken, widerstand ze thun syn mochte, aus christenlichem, vertrautem hertzen zu beschliessen, alles mistrauen hindangesetzt. Wa das beschech, wurde Got der Almechtig syn gottlich gnad, sig und segen als synem auserweltem volck mittheylen und geben, wie er denen, so irn glauben und vertrauen in inne setzen, versprochen hat und nit felen kan etc.

Disser meynung synth die weltlichen alle gewesen und zuletzt die andern auch dahyn komen, das beschlossen, der churfursten ratth daruber, wie der gebraucht, zu horen. Die mit uns anderen beschlossen, das nochmals zum glimpfigsten by der augspurgischen confession verwanten anzusuchen, das sy onebeschwert syn wollten, aus oberzelten und andern wolbegrundten ursachen, die sy selbs auch wol wissend zu erwegen, bey und neben andern des Hl. Reychs stenden und gesandten als iren mitgliedern, die ein Got und ain keyser erkhanen, was die notturft erfordert, helfen handeln.

Sollicher beschlus ist uff heuth dato [1543 März 26], diweyl uff den hl. ostertag nichts gehandelt, durch den mentzischen cantzler (doch etwas raucher und schirsten nach synem aignem oder synes herrn parthieschen affect, wie mich bedunckht) der augspurgischen confession verwanten in gegenwirtikeyt aller stende antragen [Nr. 166]. Daruber sy erstlich bedacht genomen, darnach abschrift, alleyn punctenweys begert, die inen um minder frydes willen abgeschlagen, welchs (wie ich vernim) viel disputierens und nachgedenckens

<sup>2</sup> *Ältester Sohn des Mgf. Ernst von Baden aus dessen erster Ehe; Albrecht starb auf der Rückreise vom Türkenzug am 12. Dez. 1542 in Wasserburg am Inn.*

inen bringen wirdt. Got verliche denen bessere gemuter, so bys anhär einikeyt und frid verhindert und mit irem verderben unfrid suchen. Amen. Die sachen verlengern sich mher dan sy sich bessern. Thut Got nit ein wunderwerck, ist zu besorgen, der letzt irtumb werde grosser dan der erst.

Uff heut dato byn ich zu dem schwebischen kreys erfordert. Ist der zalmeyster Besserer von Ulm abgefertiget wie andre kreyszalmeyster, doch wan die relation syner rechnung beschehen, sol er widerkomen, wie er sich gutwillig erbotten, die relation in schriften verfassen. Ist abgehoret, davon ich abschrift begert.

Des krayes geschutz soll widerumb ghen Ulm gefurt werden etc. Was sich wieter zutragen, wirdt euer fstl. Gn. in underthenikeyt von mir nit verhalten.

*PS: Marquardt übersendet einige Verhandlungsakten des Reichstags und Neue Zeitungen vom Vorrücken der Türken. Otto Truchsess von Waldburg ist in Nürnberg angekommen und berichtet, dass der Kaiser das Konzil in Trient besuchen wolle. Die Bischöfe und andere Geistliche werden von Otto Truchsess neuerlich zum persönlichen Besuch des Konzils aufgefordert.*

### 379 *Dr. Johann Marquardt an Mgf. Ernst von Baden – Nürnberg, 1543 März 30*

*Karlsruhe GLA, 50/59, Nr. 24, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Dr. Marquardts).; DV: Der gesandt allerhand verloffner sachen halben. Zu syner Gn. selbs handen.*

*Bericht über die Eingabe der evangelischen Reichsstände im Reichsrat am 29. März 1543 (Nr. 168) und die darauf erfolgte Antwort der Altgläubigen (Nr. 169).*

Und ob dise stende [= die Altgläubigen] nochmals bedacht, von friden und recht in gantzem unzerttheylten rathh oder [in] einem ausschutz von iedem theylen uff morgen umb syben uhren berathschlagen wolten, weren sy [= die Evangelischen] urpittig, mit und neben inen zu erscheynen, handeln und rathschlagen helfen etc.

Über das er bieten ist obgemelten stenden nit anderst antwurt geben dan wie vor, das uff morgen der punct die turckenhilf solle berathschlagt werden. Ob sy wollen, mogen sy auch darzu komen, als sy vormals darumb oft ersucht worden. Wo nit, werden die andern stende damit furfahren etc.

Uff heut dato [1543 März 30] synth berurte stende ausserhalb der protestirenden byeinandern gewesen und den puncten, die hilf betreffen, berathschlagen wollen. Als nun die umfrag an mich komen, hab ich meynen bevelch, wie vormals auch beschehen, geoffert [= wiederholt], mit vermeldung, diewyl ein gemeyner reychstag ausgeschriben und hiehär ernent, darauf euer fstl. Gn. mir gwaldt und bevelch ubersendet, mit und neben andern Kff., Ff. und gemeynen stenden des Hl. Reychs, so gleicherweis wie euer fstl. Gn. beschriben sein, samentlich und unzertrent uff beschehen furhalten helfen zu berathschlagen etc. Nun hort und sehe ich itzunt, das sich ein absondrung und zertrennung zutragen wolte, derenhalb ich mich nit einlassen kondte, sonder gedechte, by



euer fstl. Gn. bevelch, wie ich ze thon schuldig, als ein diener ze bleiben und daruber nit zu schritten. So und wan aber alle stende by- und miteinander, wie loblich im Hl. Reych, von alter herkomen und gebraucht, samentlich und unzertrennet versamelt und berathschlagen, wurd euer fstl. Gn., wie ich desse gnugsamen bevelch an irer stat zu erschinen, mit und neben inen, was des Hl. Röm. Reychs ehr und nutz, berathschlagen und beschliessen helfen. Sy als die hochverstendigen, so vor mir geredt, wissen sich selbs wol zu berichten, was schaden und nachtheyls aus particular handlung volgen mochte, und das vielen in einer volligen versamlung bevelchen nit solte durch ein theyl gesondert aufgericht werden. Were auch diser hilf wider den Turken gar zuwider, das der weniger theyl solte helfen und die andern stilsitzen, dan dadurch wurde das kleyn und groß verloren, wie das nun etlich mal beschehen seyn, mit grossem, verderblichen schaden offenbar am tag ligt.

Dr. Eck hat mich nit ausreden lassen, sonder etlich mal ingelauffen mit den Worten oder derglichen: „Warumb ich ein gewalt hette? Was zu Speyr vormals zugesagt, zu erstatten. Die hilf were vormals bewilligt und was hie uff vorigem reychstag beschlossen, bende auch diejhenigen, so nit hie gewesen. Warumb euer fstl. Gn. nit geschickt hette?“ Daruff ich antwort: „Euer fstl. Gn. hette alles than, sy ze thon schuldig, er hette dis nit zu rechtfertigen. Diejhenigen, so alhie gewesen, wüsten wol, wie berurter abscheyd von inen gehalten. Soviel dan itzigen reychstag belangte, wer ich gehort worden, was meyn bevelch, wieter wolte ich mich nit inlassen. Und ob gleichwol etwas durch dise particular versamlung beschlossen wolte werden oder das mher uff der andern bank gemacht, kondt und wolt ich darin keynswegs bewilligen.“

Eck widerumb: „Es wer keyn particular versamlung, sonder die gehorsamen reychsstende. Warumb die anderen nit hetten wollen by inen bliben? Leg nichts dran, ob ich wol von euer fstl. Gn. wegen nit bewilligte, man kunde die wol darzu bringen“. Hg. Johansen gesandter, Beuser gnant, sagt: „Es gilt nit, also ir dorften im wol anders, wohyn er nit gedachte, bringen etc.“ Der osterichisch Madrucz kam auch an mich, sprechende: „Das ausschriben des reychstags vermochte, das ieder personlich solte erschinen oder synen volmechtigen gewaldt schicken. Wan ich keinen andern gewalt hette, solt ich den auch nit angenommen haben. Und so der konig im ein sollichen gewalt wolte geben, neme er den nit von ime an.“ Daruber sagt ich: „Were des gewalts wol benugig. So hetten sy alle gehort, was ieder zeyt von wegen euer fstl. Gn. von mir anbracht, daby lies ich es bliben etc.“

Nun, gnediger furst und herr, wiewol sich daneben allerley reden in schimpf und ernst, wie der gebrauch ist, zugetragen, so ist doch das die substantz davon gewesen und zuletzt dahyn gerathen, das noch fruchtbar syn mochte, in samenhaftem ratth unzertrennet zu handeln, als dan die röm. kgl. Mt. und die ksl. commissarien vormals und itzunt widerumb darauf arbeyten etc. Wan euer fstl. Gn. mir nit hetten nehermals schriben lassen, das ich solte H. Ecken gutte antwort geben und selbs besorgte, das sunst die fruntlich handlung zerrittet

mochte werden, hette ich wol lust gehapt, nach begegneten dingen auch grob zu seyn. Das hab ich aber umb des besten willen underlassen und hievor euer fstl. Gn. gnedigs bescheyds erwarten wollen.

Es hat die röm. kgl. Mt. by gemeynen stenden anbringen lassen, wie der Kg. aus Franckreych by den Aidtgnosen um kriegshilf anhalten soll. Darauf begert, das der chur- und fursten bottschaften und gemeyne stende wollent ein schriben thun an bemelte Aidgnossen, wie vormals zu Speyr auch beschehen, und sy ermanen, keyne kriegsleuth dem Kg. in Franckreych zuziehen zu lassen. Die furschrift [Nr. 138] ist von allen stenden bewilligt.

In sachen Julich wider Brabandt ist dise wochen treffenlich hin und her gearbeyt worden zum friden, darauf etlich mittel furgeschlagen, aber keyn theyl noch ichts bewilligt oder angenommen.

Der augspurgischen confession verwandten halten sondere versamlungen und, wie ich gehort, werden sy in vier wochen ongefär einen eignen tag halten.

Alle handlungen stondt uff dem spitz, Got wende die zum besten. Wie sich diser reychstag enden werde, kan ich jhe lenger jhe minder wissen, ursach, das alle tag ein neues will furgenomen werden und nichts damit ausgericht.

Demnach etlich verordnet gewesen, die von Nurnberg anzusprechen um anleihung 6000 fl. zu abfertigung der kriegshauptleut etc., denen ist abschlegig antwort worden. Wan aber sy, nurnbergisch, neben andern stenden anlegt, wollent sye iren geburenden theil geben.

Die gemeyn reychsrechnung vermog speyrisch abscheyds ist noch nit ghort, auch sunst in keynem articul berurtem abscheydt gemes entliche volziehung geschehen, wiewol vleyssig von dem grossern und mehrern theyl darumb angehalten worden. Es synth nit alleyn die bottschaften, so ein theyl 12 oder 13 wochen, ein theyl lenger alhye gelegen, unwillig lenger zu bliben, sonder auch die nach mir ankomen synth, dan ellendere handlung hab ich nye by keynem reychstag gehort oder gesehen. Es ist nit moglich, alles zu schriben.

Ich hab mit grosser muhe bym schwebischen krays copien der relation und bericht beschechner raytung [Nr. 118] erhalten, die euer fstl. Gn. ich hiemit undertheniger gehorsam zuschick. Und wiewol der furstenbergisch gesandt<sup>1</sup> und ich um die bylegung, darauf sich bemelte rayttung referiret, by den wirtembergischen, als denen die krayscantzly und handlungen hinder inen habent, angesucht und begert, die uns mitzutheylen, abzuschriben lassen, ist uns doch nichts worden. So kan ich auch nit grundtlichen erfahren, wie oder wo dise trevfentliche summe gelts ausgeben worden. Wol hör ich daneben, das man viel noch schuldig sey von wegen berurts krayses hinaus zu bezalen.

---

<sup>1</sup> Dr. Matthias Rast.

**380 Lic. Gregor von Nellingen an die in Mainz versammelten Wetterauer Grafen und die Rheingrafen – Nürnberg, 1543 März 30**

- A *Marburg StA, Hanau 81 A, Nr. 181½ 2, fol. 221r–226v (Ausf.); DV fol. 226v:* Des licentiaten schriften, mir [= *Heinrich Steindecker*] in Mentz uberantwurt uff Donnerstag nach Quasimodogeniti [*April 5*] 1543. Mentzs im wirtzhauß „Zur Kron“.
- B *Wiesbaden HStA, Abt. 150 IVa 1690, unfol. (Kop.); ÜS:* Des Lic. Nallingers schriften, in Meinzt uberantwurt uff Donnerstag nach Quasimodogeniti anno etc. 43.

*Er informierte den Sekretär der Wetterauer Grafen, Heinrich Steindecker, über alle Reichstagshandlungen und sandte ihm fünf Berichte aus Nürnberg. Da sich die Grafen auf dem für 5. April 1543 geplanten Grafentag in Mainz persönlich über weitere Instruktionen für den Reichstag beraten wollen, wendet er sich nun mit folgendem Bericht aus Nürnberg direkt an sie:*

*Die Beratungen der Reichsstände sind nach wie vor durch eine Trennung der beiden Konfessionsparteien gekennzeichnet. Deßweg ich auch sollicher beratschlagung bey aim oder dem andern thail intzuegen mich gemußigt, auch da ich zuvill von den catholicis zu radt beschickt werden wollen, mich etlich tag ausser Nurnperg gethan und mein schreyber in meim gemach gelaßen, wan ain gmainer conventus aller stende ungesondert werden solte, mir eylendt zu schreyben, das ich dan den nechsten da seye, wie dan beschehen.*

*Alß man uff Dinstag jetzvergangen [1543 März 20] der gulchischen kriegsachen halb zu gmainem rath sein sollen, bin ich den montags abendts widerkhomen und morgens in gmain rath gangen. Da man denselben Dinstag und Mittwoch [1543 März 20 und 21] sollich beschwerlich kriegssachen, daruff dem Hl. Reych und gantzer cristenhait hochst gevar stet, beratschlagt und in handlung bey kgl. Mt., ksl. Mt. orator und Kgn. Marie, auch den gulchischen gesanten, ob anstellung funden werden möcht, noch ist, wiewoll es vertrags ansehen noch gantz nit haben will.*

*Am 26. März wandten sich die altgläubigen Stände abermals an die Evangelischen wegen gemeinsamer Beratungen über die Türkenhilfe (Nr. 166). Diese antworteten nach längerem Bedenken am 29. März (Nr. 168) abschlägig, da ihre Bedingung vorheriger Verhandlungen zu Friede und Recht nicht erfüllt worden war. Darüber dan die catholici geratschlagt, darbey alß gespalttem radt ich meinem bevelch nach nit gewest. Und nachmittag umb drey horn alle stende wider beruffen und den augspurgischs confessionstenden muntlichen geantwurt [...], darwider gleich die augspurgischs confessionverwanten auch muntlichen geredt [Nr. 169].*

*Seindt damit baidere thail in dem grossen mißtrauen und widerwillen vonainander geschieden und bekhennen baidere seys, das uff sollichen handlungen nit allein zertrennung, sonder gantz zerstörung des Reychs stande, und will doch der besser weg nit funden werden. Haben darober nun ain gantzs vierthail jars*

gestritten und nicht dan dises, wie euer Gnn. befinden, außgericht, das woll zu erbarmen<sup>1</sup>. Ich wölt, das ich nit eben bey dise uberzwerche [= *durcheinander geratene, gespaltene*] handlungen geraten were, dan ich sovill anstoß von baiden thailn habe und vermain[en] ye die catholici, euer Gnn. bevelch seyn, das ich inen anhangen solle. So sprechen die augspurgischs confessionstende doch ad partem, es seyen etlich euer Gnn. inen zugethan und versehen sich zu den andern auch nit widerigs, dweyl sie doch nicht anders dan frid und recht begern. So dasselb versehen, alßdan mit gmainem radt gern die turckhenhilf alß hauptsach wolten helfen angreyffen.

Nun sindt heut [1543 März 30] zu 7 horn die stende, so sich die catholici nennen, [...] zusammenkhomen und die hauptsach fur handt gnomen und furgern. Damit dan, so ich verner aussen pleyb, sie euer Gnn. gegen kgl. Mt. und ksl. commissarien nit vermelden, alß ob euer Gnn. sich von den stenden Reychs sondern, dan sie sich die gehorsamen stende Reychs nennen und ain groß verhassung ains thails gegen dem andern ist, wer dem oder jhem thail anhangt, auch wissen mogen, warumb ich verner aussen pleyb, meins gemuths zu erclern, und dannocht also erlernen kundt, euer Gnn. gewiß zu machen, ob sie in der hauptsach furgingen oder nit, bin ich in mein session gangen. Und da die frag an mich khomen, dergestalt vernemen lassen, wie von euer Gnn. ich in der zuversicht abgevertigt, das man uff disem gemainen reychstag die hochwichtig des Hl. Reychs und gmainer cristenhait sachen aintrechtiglich durch gmaine stende nach vermög speyrichs reychsabschieds furnemen, beratschlagen und beschließen werde. Desweg euer Gnn. mir bevolhen, weiß zu furderung, ere und wolfart des Hl. Reychs und gemainer cristenhait dienlich, neben und mit gemainen stenden des Hl. Reychs zu beratschlagen und schließen helfen, welliches ich dan in underthenigkait gewilt. Da sich aber jetzundt die sachen zu euer Gnn. unversehen dahin richten, das gesondert particular beratschlagung beschehen wolt, were mir obgelegen, sollichs an euer Gnn. zu gelangen und

<sup>1</sup> In einem Schreiben an Heinrich Steindecker, das ebenfalls vom 30. März 1543 stammt, beklagte sich Lic. Gregor von Nallingen noch bitterer über den unerfreulichen Verlauf des RT und die hohen Kosten des Aufenthalts in Nürnberg: [...] Und hapt mich warlich in ain unruwigen, ungeschlachten reychstag, alß khainer gewest, wie ich von andern hör, dweyl die welt gestanden, gesteckt. Got vergeb euchs und helf mir mit fugen daruß. Und bedeucht mich warlich onnot, auch vergeblich sein, wo die augspurgischs confessionverwanten stende abritten, das meine hern verner costen litten und mich hie ligen liessen, auß ursach im nebenschreyben [siehe oben] gemelt, dan man unß auch weidlich schindt. Ich hab euch nechst geschriben, das ich nit mer gelt habe, daruber ir mir wider erbern beschaidt geben. Es ist aber ain sollich wuchergrub; wo ainer aim leyhen soll, vermaint er, wucher oder – wie sies nennen – interesse davon zu haben. Also das ich von meim wiert ain fl. oder 20 entlehenet, damit und zerung halb ain fl. 40 schuldig bin. Muß ain woch 15 oder 16 fl., auch minder oder mer haben, und speysen unß wie die hundert. Gedenckh, ich werds noch woll erdarben müssen. [...]. In: *Marburg StA, Hanau 81 A, Nr. 207/3 II, unfol. (Ausf.)*.

ires weyttern bevelchs zu begern. Darumb kundt ich mich in ainich gesondert handlung nit inlassen, sonder must euer Gnn. bevelchs erwarten, mit underthenigem, dinstlichen bitten, mir darinnen nicht zu beungnadigen oder in argem zu vermerckhen, dan ich alß ain diener thon must, weiß mir bevolhen wurde. Das hett ich deßweg antzaigen wollen, damit ire fstl. Gnn., Gnn. und Gg. nit darfur hetten, da ich mich, zuvor und ehe mir weytter bevelch kheme, in gesondert handlung nit inlassen wurde, das euer Gnn. sich von stenden Reychs sondern oder ich nochmalen bevelch hette, mich den andern stenden antzuhengen, sonder allain verner beschaidts zu erwarten. Sobald derselb mir kheme, wolt ich mich demnach aber aller gepur halten. Solte aber Got der Almechtig gnad geben, das nochmalen alle stende zusammensitzen und die sachen zu beratschlagen fur handt nemen wurden, wolte ich mich dan aber meinem habenden bevelch nach erzaigen und vernemen lassen, weiß man mir und andern, so auch ungeverlich gleichmessiger maynung uff der weltlichen banckh gewest, nun darober uber die hauben gefarn<sup>2</sup>. Auch wie sich die beratschlagung gehalten und anders will euer Gnn. ich, ob Got will, in meyner kunftigen relation wol berichten, last sich nit alles schreyben. Aber sie wollen jetzs nachmittag umb drey hor schließen und kgl. Mt. ir schluß und antwort uff die proposition ubersenden; darbey gedenckh ich nit zu sein, sonder euer Gnn. weytter bevelchs zu erwarten.

Weiß sich dan die augspurgischs confessionverwanten stende halten, lenger hie vertziehen oder hinweg reyten werden, dan sie in embsiger beratschlagung auch seyen, will ich nechstdan euer Gnn. gen Hanaw meinem beschaidt nach gern zu wissen thun.

Und wollen dannoch unter den dingen allen euer Gnn. wol bedacht sein, weiß sie, da Got vor sey, sich in ainer unruh, die hochlich zu besorgen, zu jederman zu versehen, dann die augspurgischs confessionstende darfur haben wollen, so sie also abscheiden, das der fridstandt geringer wirckhung mer sein soll, und werde dan, wo ain thail uff das chamergericht geben und der ander dessen nicht achten wurd, das faustrecht das best werden.

Dieweyl dann vermutlich, das die augspurgischs confessionstende nit lang mer hie vertziehen werden, achtet ich warlich von onnotten, das euer Gnn. den costen thetten, das ich auch lenger hie ligen solt, dan sich ye ainer nach dem andern hinwegschlaicht<sup>3</sup> und andere substituirn, alß Hg. Othainrichs, baider marggraven, Bf. von Speyers [*Gesandten*]. So doch euer Gnn. am mainsten an

<sup>2</sup> Im Sinne von: attackieren, angreifen.

<sup>3</sup> Am 6. April 1543 berichtete Nellingen an Heinrich Steindecker, dass wegen der Differenzen zwischen Alt- und Neugläubigen ein abruptes Ende des RT jederzeit möglich sei: [...] Zum andern sten die sachen des reichstags heuttigs tags noch in der irrung, wie ich nechst nachainander meinen gnedigen hern und euch zugeschriben, das ich khain tag waiß, wie lang wir beyainander pleyben. Und farn die catholici fur, des wollen sich die protestirenden nit einlaßen. So halt ich mich biß uff vernern beschaidt alß ain neutralis. Wan gemaine stende durchauß, alß neben der hauptsach etwan in

erhaltung irer reputation, daran ir nunmehr mangelt, und dan an vergleichung der kreyßstruhen und ringerung der anschleg glegen, welche puncten durch sollich particular handlung nit erledigt werden mogen und, wie ich nechst geschrieben, uff ir handlung und abschied, wer will, geben wurd, das warlich nit ain gutter radt ist, wer es also angericht hat, wiewoll sie darfur haben, das alle stende irem beschluß geleben sollen und musten. Dem allem nach ist nachmalen wie hievor mein underthenig bit, euer Gnn. wollen mich, irer gemutter verglichen, verstendigen. Soll an meinem möglichen vleyß nicht erwinden.

Es haben euer Gnn. auch ausser nechstem meinem schreyben verstanden, das ich die gwelt noch nit ubergeben. Das ist zuvor auch also und gantz wol bedacht gewest, dan sie vill zu gmain stunden. Es wurd auch nit not sein, allerdweyl man in sollicher particular handlung stet, das ichs einraich. Will mich auch, so lang immer muglich, dessen uffhalten.

*Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände betr. die Bezahlung der Reiter und Knechte aus dem Türkenzug. Teilweise Erstattung der Kosten aus der in Frankfurt befindlichen Kreistrube.*

*Erneuerung des Verbots fremden Kriegsdienstes durch Mandate Kg. Ferdinands (Nr. 137), von denen Nallingen 17 Stück zur Übersendung an die Grafen erhielt. [...].*

*Der Termin für den nächsten oberrheinischen Kreistag steht noch nicht fest; die Malstatt wird Speyer oder Worms sein.*

*Neue Zeitungen vom Vorrücken der Türken.*

**381** *Weisung der Wetterauer Grafen und ihrer Gesandten am Grafentag an Lic. Gregor von Nallingen – Mainz, 1543 sampstags nach Quasimodogeniti (April 7)*

*Wiesbaden HStA, Abt. 150 IVa 1690, unfol. (Kop.).*

[Von wegen] Philips und Bernharten, Gff. zu Solms etc., von wegen der Gff. zu Hanaw, Hn. zu etc., Wilhelm Nassaws-Catzenelnbogen, Ludwig Stolberg-Khonigsteins, Johan Wieds-Runckel.

sondern fellen beschicht, zusammenkhomen, so bin ich auch zu rat. Sonst gesonderts radts enthalt ich mich und kondt euch noch unsers außrichtens nicht verstendigen, dan wir in sollicher irr durchainander, dergleichen nit erhört, und jeder des endts begert. Hör nieman, der lang hie zu sein ainich freudt hat. Got waist, wies endt nemen wurd. Ich wölt, das mir frölich potschaft von euch kheme, das mir anhaim zu reyten erlaucht wurd. Wir stehen in handlung, die gulchische kriegssachen zu fertigen. Ich sorg aber, wie michts ansicht, es wurd nicht[s] darauß. Waß sie danider mitainander gehandelt und wollicher thail das feltd behalten, wist ir sonder zweyvel auch woll. [...] In: *Marburg StA, Hanau 81 A 1/2 2, fol. 208r–209v, hier fol. 208v (Ausf.)*.

*Sie erhielten heute die von Nallingen an die Befehlshaber in Hanau übersandten Unterlagen und Berichte vom Reichstag in Nürnberg. Dem Schreiben Nallingens vom 30. März 1543 (Nr. 380) entnehmen sie, dass über eine endgültige Antwort der Reichsstände auf die Proposition verhandelt werde. Falls die Verhandlungen bis jetzt zu keinem Ergebnis gekommen sein sollten, erteilen die Wetterauer Grafen Nallingen in Bezug auf das Reichskammergericht und die Türkenhilfe folgende Weisung:*

Nemlich und zum ersten das cammergericht betreffen: Wiewoll von den augspurgischen confessionverwanten stenden mit vorwendung etlicher ursachen begert worden, alle itzige beisitzer ab- und dasselbig mit andern personen zu besetzen etc., und aber kgl. Mt. und ksl. commissarien dargegen allerhandt ansehnliche ursachen, warumb sollichs nit zu thun, laut ubergebenen schriften angetzeigt etc., sehe uns vor gut an, das man sich itzundt verglichen hette, das das gemelt cammergericht vermoge hievorigem reichsabschidt nochmals zum allerforderlichsten mit benennunge einer gewissen zeit visitirt und, so an personen oder sunst mangel darin gefunden, darnach reformirt und geendert wurde, damit allen stenden im Hl. Röm. Reich ein gleichmessig, schleunig und austreglich recht gedeien und dadurch fried und einigkeit gepflantz und erhalten werden mocht.

Am andern begeren turckenhilf belangen: Ist unser bevelch, ins Reichs rat von unser und unser gnedigen herrn wegen ferner vortzubryngen und das wir und unser gnedigen herrn als gehorsamen graven des Hl. Reichs gantz gutwillig weren, alles das zu thun und zu leisten, so zu guttem nutz und wolfart des Hl. Röm. Reichs, auch zu rettunge teutscher nation und der christenheit reichen und gelangen moge. Dieweil aber sich uff itzigem reichsdage derwegen bei solcher ein grosse zerspaltung zugetragen, hetten wir und unsere gnedigen herrn bis anher dernhalben ein hoch bedencken gehabt, doch allewege in der trostlichen hoffnung gestanden, das solicher zwispalt durch milte, gotliche verleihunge durch einen gutten, fridlichen, einheiligen verstant solte geraten sein.

*Da bisher keine Einigung zustande kam und die Gefahr eines türkischen Angriffs auf Ungarn und die angrenzenden Länder drohe,* weren wir gewilligt, in die angetzogen begerte durckenhilf zu willigen, doch das die vergleichung [!] der kreißdrugen vorgenommen und auch auf vilfaltige, den beschwerten stenden bescheen vertrostuunge die ringerunge in kheinen vergeß gestelt, und das wir und unser gnedigen herrn nit ferner oder weiter, dan unser und irer Gnn. vermogen ist, dergleichent noch bewilligent haben wollen.

Und das auch wir dis bedencken im handel horten: So die protestirenden stende sich in leistunge berurter durckenhilf nit mit einlassen und darwidder seyen, wurden das den nitprotestirenden stenden nit allein beschwerlich gefallen, sonder das auch nit woll etwas statlichs der grossen heischunge der notturft nach mocht usgericht werden. Und daruff nochmals von unser und unser gnedigen hern wegen undertheniglich zu bitten, das kgl. Mt. und ksl. commissarien und stende nochmals die mittel und wege suchen und dreffen wolten, damit alle

stende in ein friedlichen, einheiligen verstandt khommen und dem erbfeint des christlichen glaubens und namens eintrechtiger widerstandt bescheen moge.

Und nachdem wir auß euerm schreiben vernommen, das die protestirenden stende sich des reichsrats vorhin enteussern und nit darin gehen wollen, mit beger, euch zu verstendigen, wes ir euch derwegen halten solt, ist unser bevelch, ir wollet euch in rath mit einlassen<sup>1</sup> und unsere meinunge berurter zweier puncten halben wie obvermelt zum besten antzeigen und, obgleich die protestirenden sich hinweg thun wollen, ja dabei bleiben und zu erhaltunge unser und unser gnedigen hern standt der sachen laudt disser schrift und euer zuvor gehabenden instruction bei und neben den nitprotestirenden außwarten und helfen abhandlen, auch die gewelde zu bequemer zeit eingeben.

*Schlussformel, Datum.*

US: Der abwesenden graven gesandten itzunt zu Meintzs versamlet.

382 *Lic. Gregor von Nallingen an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen – Nürnberg, 1543 April 26*

*Marburg StA, Hanau 81 A, 181½ 2, fol. 216rv (Ausf.); DV: Der Lic. Nallingen schreibt und übersickt des gehalten reichsabschidt, derglichen der rheinischen stende abschit. Daruf ein grafentag angesetzt. Praes. uf den Dinstag nach pfingsten 43 [Mai 15].*

Ich fug euch meinem nechsten schreyben nach zu wissen, das uff vergangen 24. Aprilis der reichstag sich, inmassen ich mermals geschriben, geendet, also das kgl. Mt. den abschiedt, von den stenden, so sich catholici oder gehorsam genent, mit denen ich auch begriffen, verfast, publiciren lassen. Den haben die augspurgischs confessionverwanten stende mitnichten annemen wollen; sie und alle stett dawider protestirt [Nr. 408, Nr. 409], das ich an seiner wircklichait anderst dan zu grosser widerwertigkhait hoch zweyvel. Neben dem haben wir vom reinischen krayß auch ein abscheidt [Nr. 415] gemacht und ain krayßversammlung uff 27. May gen Wormbs verordnet. Will mich beduncken, das not sey, das meine gnedig hern sollicher baider abschiedt furderlich wissen haben, daruber notturftig zu bedenckhen, alßdann vor dem krayßtag zusamenzukhomen und mitainander zu beratten und mein relation anzuhorn.

Deßweg und dweyl meine acta noch nit daniden, alß ichs gen Franckhfurt verordnet, ankhomen sein mochten, hab ich nit underlaßen wollen, euch baide abschiedt [Nr. 404, Nr. 415] zu senden, die mocht ir an meine gnedig hern raichen, gefast uf ain tag – ungever vier [tage] vorm krayßtag – zu Franckfurt

<sup>1</sup> *Im Schreiben der Wetterauer Grafen an Nallingen vom 13. März 1543 lautete die Weisung noch etwas anders, nämlich dass der Gesandte zwar nicht aus Nürnberg abreisen, die Teilnahme an den Ratssitzungen jedoch vermeiden sollte: siehe Nr. 374, Anm. 1.*



oder Höest, wie euch gut ansehen wurd, zusammenzukhomen<sup>1</sup>. Bin ich willens, ob Got will, umb solliche zeyt auch derendt anzukhommen und mich bei Philips Reyfenstein, in des hauß ich die acta verordnet, zu erfarn und dan mein relation zu thon. So mochten wolgemelt mein gnedig hern dan uber meine nebenbericht dester berattener den nechsten uf den krayßtag ziehen. Das wolt ich euch alles im besten hiemit unverhalten lassen.

Und nachdem man verordnet, das der reychsabschiedt in khain gmain offenbarung kommen und also nit truckt werden soll, wist ir euch demnach mit demselben aufzuhalten. Damit euch zu dinstlichem gefallen bin ich gutwillig. Und seindt alle gesante davon geeilt, auch khains reychßtags endts, wiewoll es nit gut, doch nie fröwer = *froher, freudiger*] gewest.

Neuer zeyttung weiß ich euch verner nit dan hievor disem zu schreiben. Kgl. Mt. ist uff obgemelten 24. Aprilis frue hinweg nach Prag zu.

*Zwei PS.*

---

<sup>1</sup> *Heinrich Steindecker teilte Nallingen am 16. Mai 1543 mit, dass er in Vorbereitung für die Zusammenkunft des Oberrheinischen Kreises für den 24. Mai einen Wetterauer und oberrheinischen Grafentag nach Frankfurt ausgeschrieben habe, um Nallingens Relation vom RT, den Nürnberger RAb (Nr. 404) und den oberrheinischen Kreisabschied (Nr. 415) abzuhören, sich daruff notturtig zu bedenken und zu beratschlagen, auch – in betrachtung, [dass] allen iren Gnn. an der sachen gelegen und der reichsabschied uff hindersichbringen angenommen – in eigner person zu erscheinen. [...]. In: Marburg StA, Hanau 81 A 1/2 2, fol. 217rv, hier fol. 217r (Konz.).*

## XII.H Korrespondenzen evangelischer Reichsstädte

*Die umfangreiche städtische Korrespondenz zum Reichstag in Nürnberg zeugt von der Wichtigkeit der Reichstagsbeschlüsse für die Städte betr. die Türkenhilfe (Ringerung, Vergleich der Anschläge) sowie Friede und Recht. Die reichs- und städtepolitisch aktiven oberländischen Kommunen Frankfurt und Augsburg besitzen die inhaltlich ergiebigste Überlieferung. Ergänzend zu den Protokollen des Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb (Kap. III, Nr. 86a–c), der mehreren Ausschüssen angehörte und an den schmalkaldischen Beratungen über das Reichskammergericht teilnahm (Kap. VIII.A, Nr. 265) wurden zwei Frankfurter Berichte ausgewählt, von denen einer die Seuchengefahr vor Eröffnung des Reichstags thematisiert (Nr. 383), während der andere die Schlussrelation der Gesandten darstellt (Nr. 401). Die wichtige Rolle der Stadt Augsburg und ihres Stadtsjuristen Dr. Claudius Pius Peutingen (Kap. VIII.A, Nr. 269–270) sowie der anderen Augsburger Gesandten in allen städtischen Belangen ergibt sich aus den Ratsbüchern (Nr. 384), aus sieben Berichten der Gesandten (Nr. 388, Nr. 390, Nr. 392–393, Nr. 396, Nr. 399–400) und aus sechs Weisungen von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Gesandten (Nr. 387, Nr. 389, Nr. 391, Nr. 394–396).*

*Für die zahlreichen Briefe Jakob Sturms, des städtepolitisch höchst aktiven Straßburger Vertreters in Nürnberg, ist zum größten Teil Verlust anzuzeigen. Ihr Inhalt kann nur aus den Straßburger Ratsprotokollen erschlossen werden, die in der Edition von O. WINCKELMANN, *Politische Correspondenz*, Bd. 3, Nr. 331) zugänglich sind. Lediglich eine Schilderung Sturms über die Verhandlungen zu Friede und Recht im März 1543 (Kap. V.B, Nr. 192) sowie seine Schlussrelation vor Bgm. und Rat zu Straßburg (Nr. 402) sind erhalten.*

*Die im Stadtarchiv Memmingen liegenden Korrespondenzen zum Nürnberger Reichstag (elf Schreiben des Gesandten Christoph Zwicker, zwei Weisungen von Bgm. und Rat von Memmingen an Zwicker: in A Bd. 320) werden nicht ediert, da es sich im Wesentlichen um ein Diarium des Reichstags mit Aktenreferaten handelt.*

*Für Nürnberg und Esslingen (zwei Berichte des Esslinger Gesandten Lic. Johann Machtolf, zwei Weisungen von Bgm. und Rat von Esslingen an Machtolf) wurde auf Grund der in Kap. III abgedruckten Protokolle auf eine Edition der Briefe verzichtet. Von den drei Schreiben des Heilbronner Gesandten Jakob Ehinger wurde ein Bericht über die Verhandlungen der Schmalkaldener im Jan. 1543 vor Eröffnung des Reichstags ausgewählt (Nr., 385).*

*In anderen Kapiteln dieses Bandes finden sich ein Bericht des Nördlinger Gesandten Wolf Graff zu den Verhandlungen über Friede und Recht (Kap. V.B, Nr. 194) sowie ein Schreiben der Ravensburger Gesandten Gabriel Krötlin und Konrad Goltrich über die Beratungen des Schwäbischen Kreises während des Reichstags (Kap. IV.F, Nr. 119).*

**383** *Ogier von Melem und Dr. Hieronymus zum Lamb an Bgm. und Rat von Frankfurt: Seuchengefahr in Nürnberg – Nürnberg, 1543 Jan. 5*

*Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf.); AS: Der freund schreiben von Nurnberg. Begern die sachsich und landgrevisch rechnung inen zuzuschicken sampt der krancken knecht halben. Lectum [Frankfurt] 11. Januarij 1543.*

*Die Gesandten bitten um Zusendung der kursächsischen und hessischen Abrechnungen vom braunschweigischen Feldzug.*

Sovil die knecht betrifft, so auß Hungarn wiederumb komen, wollen wir zu seiner zeit, wan die kgl. Mt. und der oberst felthauptman hie ankomen, vleissig achtung daruff haben, wie dieselbig gantze handlung wolle verantwortt werden. Wie aber die gemeine knecht in Hungarn gehalten seien worden, davon können wir alhie anderst nichts erfahren, dan was dieselben krancken knecht her und dar selbs sagen, auch zu Franckfurt, ehe wir von dannen gereyset, geclagt haben: Nemlich das mit der prophand grosse finantz [= *Betrug*] getrieben worden sein soll und sie, die knecht, daran in zeytten nit allein mangel gehabt, sunder auch etwan dieselbig, und sunderlich den wein, nit gar zum besten haben annemen müssen, wie dan dessen auch H. Ort zum Jungen zu seiner widerkunft etlichermassen meldung gethan hat. So sagen vil vom adel und gemeinen knechten, die also kranck wiederumb komen, offentlich, es sey zu zeitten in dem brot und in dem wein kalck funden worden.

Und nachdem ein ersamer rath alhie etliche derselben verstorbnen knecht in zimlicher antzal durch ire darzu verordnete ertzet [= *Ärzte*] und barbierer uffschneyden und besichtigen lassen, hat sich befunden, das inen die lunge verwust, auch zum theil die leber angetzepft gewesen und iudicieren die ertztt, das solcher geprech bei inen durch den dranck verursacht worden sei. Und das mer ist, halten es auch darfur, obgleich etlich dißmols sich erweren und aufkomen, das doch dieselben uff den frieling hingen [= *sterben*] mechten. Haben auch gesagt, es sei ein befleckende seuchen, wie sichs hernoch alhie zu Nurmberg und anderswo, do die knecht mit hauffen hinkemen, genugsam erzeigt. Dan in dem spital alhie sein, ehe wir herkomen, sex personen, die solcher knecht gewartet und sunst gesunt gewesen, und under denselbigen auch der furbetter, bald nocheinander gestorben, dardurch ein rath verursacht worden, solche krancken auß der statt in andere heuser zu thun. So ist neulicher tag ein artzet, der sie visitiret, auch mit thodt abgangen und sein haußfrau gleichsals legenhaft worden; die sol jedoch, wie wir bericht, wider aufkomen. Und sagt man, wie es auf der gantzen strassen, die sie auß Hungarn biß hieher getzogen sein, in allen herberigen sol angefangen haben zu sterben. Und ist sorg darbei, das es auch hie in die har bestande und schon pliebe etc. Das haben euern W. wir uff deren beger nit unantzeygt lassen sollen, mehr ist unß auch dißmalß nit wissen.

Sunst stet es aller sachen halben noch wie in zeit unsers nehern schreybens, das wir den 30. Decembris nechst an euer W. gethan<sup>1</sup>, ausserhalb das seither noch die gulchischen, zweibruckischen, Mgf. Albrechten von Brandenburg, des Bf. von Munster und des Bf. von Straßburg rethe hie auch ankomen. Aber von den stetten ist noch niemandt mehr komen. Des H. Granvels ist man in wenig tagen gewertig. Aber wan die kgl. Mt. keme, ist gantz ungewiß, etlich sagen, ir Mt. seye uff dem weg, aber darvon kan man nichts bestendigs auch bei dem H. Naves erfahren. Und ist biß hieher noch kein versamlung oder rath gehalten worden etc. Haben euern W. wir gutter meynung auch vermelden wollen, derselben unß hiemit dinstlich bevelhende.

384 *Auszüge aus den Augsburger Ratsbüchern zum Nürnberger Reichstag – 1543 Jan. 11 bis März 27*

*Augsburg StadtA, Ratsbuch Nr. 17, fol. 1ar-50r (Kop.).*

[2r] 1543 Jan. 11: Uff den reichstag gen Nurmberg sind verordnet H. Georg von Stetten und Sebastian Seitz und, ob es die notdurft ervordern wurde, soll inen H. Dr. Claudi Peuttinger auch zuegeben werden.

[4r] 1543 Jan. 13: Ain ersamer rate hat verschiner tagen H. Dr. Lucas Ulstett gen Nurmberg abgefertigt, sich alda zu erkundigen, nit allain wer von den reichstenden daselbs zu Nurmberg ankomen, sonder bei den anwesenden stenden der christlichen verstandtnus rats zu pflegen, was meinen herrn der recusation des ksl. chamergerichts halben thunlich sein wolle und, was ime darauf in ain als den andern weg begegne, alsdann meine herrn furderlich zu berichten. Darauf hat Dr. Ulstett under anderm geschriben, wiewol etliche der christlichen verain zu Nurmberg ankomen, so hetten sich doch dieselben ausserhalb der andern abwesenden stende hierinn zu ratten gewaigert und [4v] die sachen uff derselben ankunfft gewisen. Und ist Dr. Ulstett weiter geschriben worden, was sich kunftiglich der recusation halben zutragen wurde, desselben vleissig wartzunemen und meinen herren sambt andern furfallenden sachen zum furderlichsten zu berichten. In sonderhait aber soll er meine herrn uff vorige mainung entschuldigen, warumb ein erbar rate ire gesandten gen Nurmberg bisher nit abgefertigt. Desgleichen soll er an ainem gelegen ort ains ersamen rats gesandten herberg bestellen.

[5r] Nachdem der H. Granvela zu Ynnsprukh ankhomen und teglich den weeg uff Nurmberg an die hand zu nemen willens, ist aus vil beweglichen ursachen bedacht und beschlossen, ime ain potschaft, nemlich H. Hanns Jacoben Fugger und Jacoben Herbrod, entgegen zu schickhen, ine in diese stat zu laden und bey gedachtem H. Fugger einkheren zu lassen.

<sup>1</sup> *Die Frankfurter Gesandten an Bgm. und Rat von Frankfurt, Nürnberg, 1542 Dez. 30, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf.).*

[5v] 1543 Jan. 16: H. Hanns Welser Bgm. hat ainem ersamen rate antzaigt, das die von Ulm verschinen sontags an meine herrn, die gehaimen rate, geschriben, wie sie glaublich anlanget, das sich die sterbenden leuff zu Nurmberg etwas gefarlich ertzaigten, darumb der ausgeschriben reichstag verlegt wurde fur ains, zum andern, das sich ain Kg. in Hungern<sup>1</sup> aufgeworfen hette etc., mit bitt, sie zu verstendigen, was inen, den herrn gehaimen, deshalben wissendt sey. Darauf haben die zwen herrn burgermaistere im ambt ir unwissenhait dieser ding furgewendt und ain geschicht, die sich zwischen etlichen gefangen Turken und ainem hungerischen herrn zugetragen, ertzelt, wie solchs in [6r] ainer copi nach lengs begriffen ist.

[6v] Die instruction, was die herrn gesandten bey H. Granvela etc. mundlich werben und handeln sollen, ist verlesen, die last ime ain rat gefallen. Dem chambergerichtischen poten ist uff sein begern vergont und zugelassen worden, ain citation der gemaind alhie, in sachen den braunschwigischen krieg belangend, am rathauß anschlagen zu lassen.

[10r] 1543 Jan. 20: Dr. Lucas Ulstett hat ainem erbarn rat aus Nurmberg geschriben<sup>2</sup>, das ime die sachssischen und hessischen räte sambt andern stenden furgelalten, wie irer gnedigsten und gnedigen herrn entlicher will und maynung sey, sich uff kaine der kgl. Mt. proposition in antwort [11v] einzulassen, es sey dann die braunschweigisch handlung suspendirt und das ksl. chambergericht vermog des jungst regenspurgischen abschiedts [1541] mit unpartheyschen richtern besetzt und reformirt, mit bitt, ine, H. Dr. Ulstett, zu verstendigen, weiß meine herren hierinn zu thun gesynndt seyen. Darauf soll ime geschriben werden, das meine herren inen der rät bedenkhen disfals gefallen lassen und gedenkhen, beharrlich dabei zu bleiben.

Dieweil H. Granvela uff morgen hie ankommen soll, ist erkannt, das er von ains ersamen rats wegen durch die herrn burgermaister, paumaister, einnemere und die gesandten, uff den reichstag gen Nurmberg verordnet, eerlich empfangen und ime ain scheuren mit 500 Augspurger goldguldin vereert werde.

[12r] 1543 Jan. 23: Es hat herr Bgm. Hanns Welser aim ersamen rat antzaigt, welchermassen der H. Granvela durch ine und die andern verordneten herrn von ains ersamen rats wegen sey empfangen und vereert worden, welche vereerung er mit dankhsagung angenommen. Gleichwol hett sein Gn. das gold im vereerten trinkhgeschir widergeben und dabei angetzaigt, wie seiner Gn. brauch, so lang sie in ksl. Mt. dienst, were nye gewesen, ainiche schankung in muntz oder gold anzunemen, mit bitt, das gold widerumb einzunemen und

<sup>1</sup> Bf. Georg Martinuzzi von Großwardein (= Bruder Georg): er übte die Vormundschaft und Regentschaft für Johann II. Sigismund Zápolya, den unmündigen Sohn des 1540 verstorbenen ungarischen Kg. Johann I. Zápolya aus.

<sup>2</sup> Sämtliche Schreiben der Augsburger Gesandten vom RT in Nürnberg und die Weisungen von Bgmm. und Rat an die Gesandten finden sich in: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (unter dem jeweiligen Datum).

ainem ersamen rate anzaigen, das die waigerung nit arger oder anderer mainung, weder sein Gn. meldet, beschehe etc.

[12v] Neben dem hett gedachter H. Granvela ain credentz von röm. ksl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, an ain ersamen rate obgedachten verordenten herrn uberantwort und darauf sumarie geworben. Die ksl. Mt. hett ine, den H. Granvela, zu furderung und erhaltung fridens, ruhe und wolfart ins Reich abgefertigt und seinen Gn. bevolhen, bei ainem ersamen rat, als die sich in jungstgehalten reichstagen zu Regenspurg, Speir und Nurmberg der turckenhilf und anderer gemainer christenhait obligen halb wol gehalten, nachfolgende maynung zu werben:

Nemlich, wiewol ir ksl. Mt. verschiner zeit umb augenscheindlicher wirklicher ertzaigung ihres genedigen genaigten vorhabens willen in iren hispanischen kunigreichen ain statliche kriegsrustung ins werkh gebracht und willens gewesen, dieselb dem Hl. Reich teutscher nation und gemainer christenhait zu gutem wider den Turcken zu genugthuung der ergangen abschieden zu gebrauchen, so hett doch solch ir Mt. notwendige christliche expedition der Kg. von Frannkreich und Hg. von Cleve verhindert, dergestalt das der Frantzöß uber den gemachten anstandt und des von Cleve unabgesagt gantz unversehner [13r] ding und on alle verursachung ir ksl. Mt. ubertzogen und an iren kunigreichen und erblendern angriffen und beschedigt. Daraus hette gevolt, das ir ksl. Mt. die turckenhilf, wie sie zu thun schuldig und gantz begierig gewest weren, nit hett laisten konnen noch mogen. Und obwol der von Cleve sich des angetzogen angriffs und beschedigung etlichermassen entschuldiget, so wer doch das widerspill am tag und gedechte ir ksl. Mt., die sachen an gegenwertigem reichstag zu Nurmberg notdurftiglich ausfuren zu lassen. Wer derhalben ir ksl. Mt. genedigst ansinnen und begern, ain ersamen rate wolt iren gesandten ufflegen und bevelhen, diese ir Mt. sachen und handlung sovil muglich underthenigst zu furdern und sich darinnen wie in andern sachen gehorsamlich und unverweislich zu ertzaigen. Solchs wolt ir ksl. Mt. gegen ainem ersamen rate und gemainer stat in allen gnaden erkennen.

Weitter hab H. Granvela fur sich selbs anbracht, wie sich etliche gemainer stat misgonstigen oftermals understanden ain ersam rate und gemaine stat Augspurg in ksl. Mt. [Mißgunst] zu tragen. Ir ksl. Mt. aber hab sich aus angeborner vernunft und tugendt nye zu ainichern ungnaden dieser stat bewegen lassen oder der widerwertigen anbringen glauben geben wollen, [13v] werde sich auch noch nit bewegen lassen, sofern sich ain ersamer rate furohin wie bisher undertheniglich und geburlich ertzaigen werde. So wolle er, H. Granvla, yederzeit ain ersam rat und gemaine stat, sovil ime muglich, bey ir ksl. Mt. furdern und sonst allen gonstigen willen ertzaigen.

Darauf die verordenten herrn burgermaistere, paumaistere und einnemere uff alle und yede notwendige articul dankh gesagt und sich beschließlich vernemen lassen, das ain ersamer rate der ksl. Mt. in allen zeitlichen sachen

alle underthenigiste gehorsam laisten und an inen, das zu ir Mt. eer, reputation und wolfart furderlich sey, nichtzit erwinden lassen werde etc.

Diese ertzelte handlung hat ime ain ersamer rat gefallen lassen.

Ain ersamer rate hat denen von der burgerschaft auf des H. Granvela furbit zugelassen und vergonstigt in schlitten zu faren von vieren an nachmittag biß uff sechs ur und lenger nit, auch weder vor noch darnach.

[15v] 1543 Jan. 25: Sovil das ksl. chamergericht zu recusiren mit allen anhangenden sachen betrifft, ist beschlossen, das Dr. Claudi Peuttinger zu den gesandten gen Nurmberg abgefertigt werde und daselbs mit inen handle, wie sein habende instruction [Nr. 71b] vermag und ausweist.

[17r] 1543 Jan. 27: H. Lucas Ulstett Dr. hat aus Nurmberg ainem ersamen rate mit zuesendung etlicher schriften antzaigt, was die evangelischen stende zu Nurmberg syder seines nechsten schreiben gehandelt. Und dieweil under anderm vermelt worden, das sich Gf. Wilhelm von Furstenberg in die verstandtnus zu nemen begert, hat ein ersamer rate aus beweglichen ursachen fur gut angesehen, den gesandten in Nurmberg zu schreiben, bei den ainigungsverwandten dahin zu handeln, damit dem graven uff sein begern uffzugige [= *hinhaltende*] antwort gegeben werde, es wer dann, das er sich der frantzosischen kriegssachen vorhin aller ding entschlagen hette.

Der Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen zaigen in irer chur- und fstl. Gnn. schreiben an, das sie ains ersamen rats schreiben, der furgenomen des ksl. chamergerichts recusation antzuhangen etc., empfangen und tragen darab genedigs gefallen, mit der genedigen vertrustung, ob aim ersamen rate und gemainer stat deshalb was beschwerlichs wolt begegnen, das ir chur- und fstl. Gnn. und die andern stende christlicher verain sie nit wollten verlassen. Darauf soll iren chur- und fstl. Gnn. schriftliche dankhsagung beschehen.

[20v] 1543 Febr. 3: H. Dr. Claudi Peuttinger hat seiner zu Nurmberg gehandelten sachen, die recusation des ksl. chamergerichts belangend [Nr. 269–270], relation gethan und beruhet die sachen uff dem, das ain grosser rate gehalten, mandatum speciale verfertigt, die vor einkomen [21r] recusation ratificirt und die procuratores am ksl. chamergericht revocirt werden. Und dieweil die herrn doctores ain form ains special mandats vergriffen und dasselb ain ersamer rate angehört, last ime ain ersamer rate solchen vergriff gefallen, doch das der punct die appellation belangend delirt und ausgelassen werde. Nachdem auch under anderm vermelt worden, ob der chamerrichter – in bedenken der ksl. Mt. hochait – mit dem camergerichtischen beysitzer zu recusirn sey oder nit, ist beschlossen, dieweil ine die andern stende recusirn, so wolle sich ain ersamer rate in dem auch nit sondern, sonder den andern stenden anhangen.

Die gesandten aus Nurmberg haben mit vermeldung etlicher furgefallen sachen der kgl. Mt. und ksl. commissarien furtrag an die stende des Reichs [Nr. 43] uberschikt. Das hat ain erbar rat angehört und ist darauf beschlossen, den gesandten zu schreiben, das sie sich in kainen wege in ainich bewilligung der

turkhenhilt noch uff andere der kgl. Mt. proposition einlassen, es werde dann die braunschweigisch sachen suspendirt und das ksl. chamerggericht reformirt. Der rechnung und anderer puncten halben, im furtrag begriffen, sollen sie sich nit irren lassen.

[21v] Das Gf. Ludwig von Ottingen begert, sich in die christlich verstandtmus zu nehmen, sollen die gesandten dem mererm anhangen. Das sie, die gesandten diser zeit der kriegsrate zusammenkunft bey Nurmberg aus villerlay ursachen nit fur ratsam geachtet und dasselb haben helfen abwenden, last ime ain ersamer rat gefallen. Des von Landenbergs halben<sup>3</sup> sollen die gesandten nochmals kundtschaft und nachfrag halten und, was sie deshalb erfahren, ainem ersamen rat in schriften antzaigen. *Der Rat heißt die Instruktion gut, die in Bezug auf die Markgrafschaft Burgau erstellt wurde.*

[22v] 1543 Febr. 8: Mein gnediger herr Lgf. zu Hessen etc. hat meinen herren ain credentz, mit antzaigung, was der frau Kgn. Maria etc. gesandter bey iren fstl. Gn. des von Landenberg bewerbung halb anbracht, überschikt. Solchs ist verlesen und darauf iren fstl. Gn. ain danksbriefflin geschriben worden.

Die gesandten aus Nurmberg haben ain supplication [Nr. 152], so die evangelischen stende [23r] der röm. kgl. Mt., den ksl. comissarien und andern stenden des Reichs abschaffung halb der am ksl. chamerggericht ubenden proceß uberantwort, ainem ersamen rate überschikt, die last ime ain ersamer rate gefallen. Und ist darauf den gesandten schriftlich bevolhen worden, von derselben nit zu weichen, sonder steuff [= stark] nachzusetzen und ob muglich die volg zu erlangen.

[27r] 1543 Febr. 14: Die gesandten aus Nurmberg haben ain schreiben am dato 13. dits monats überschikt, das ist verlesen und inen darauf antwort geben worden, wie die copi ausweist.

1543 Febr. 15: Ist ain grosser rate gehalten und darinn erkhenndt und beschlossen worden, das man ains ersamen clainen rats beschluß nach das ksl. chamerggericht neben und mit andern evangelischen stenden und stetten nit allain in religion-, sondern prophansachen recusirn solle, so lang und vill biß das chamerggericht vermog der regenspurgischen ksl. declaration und der kgl. Mt. hernach verfertigten urkund und beschehen vertroistung visitirt und reformirt wiert. [27v] Wie aber solche visitation, desgleichen die revocation meiner herrn am chamerggericht procuratorn bisher gehabter gewalde on ainich confusion soll furgewendt und den geschriben rechten in disem fall ain benugen beschehe, ist ain form und von meiner herrn gelerten gestelte schrift [Nr. 271], wie und welcher gestalt die recusation und revocation ordenlicher weiß zu handeln sey, verlesen worden, die hat ime ain ersamer grosser rate gefallen lassen. Und hat darauf ain ersamer rate fur sich selbs und anstat der gantzen gemeind in obgemelter sachen vor Niclaß Polen und Jorgen Vierekhel als offnen notarien

<sup>3</sup> Siehe Nr. 86c, Anm. 11.



H. Chunraden Helen, H. Claudio Pio Peuttinger und maister Augustin Muller volmacht und gewalt ubergeben und deshalb notdurftige instrumenta begert.

Und nachdem durch die evangelischen stende, yetzo zu Nurmberg versamblet, laut ainer schriften [Nr. 266] beschlossen ist, das privatae personae in der christlichen ainigungsverwandten gebieten und stetten ungeachtet bemelter recusation am ksl. chamergericht recht nemen und geben mogen und aber solchs vernunftigs, vleissigs nachdenckens bedarf, ist erkannt, das ain ersamer clainer rate zu erhaltung gleichait und furkomung kunftigs unrats handeln und schlissen, wie und welcher gestalt den privatpersonen am ksl. chamergericht recht zu geben und zu nemen, soll vergonndt und zugelassen werden.

[28r] 1543 Febr. 17: Den gesandten zu Nurmberg soll geschriben werden, das meine herrn angelant sey, das etliche vom adel in der marggrafschaft Burgau die zwen feurstat guldin nit bewilligt, das auch die regierung zu Ynnsprukh ain anstandt mit einbringung der bemelten feurstat guledin soll verschafft haben.

[29r] 1543 Febr. 19: Ist in ainem ersamen rate der gesandten zu Nurmberg schreiben am datum 17. Februarij mit etlichen ubersandten schriften verlesen worden. Und dieweil sich die dreytzehen des rats am Sonntag zuvor uff bemelt der gesandten schreiben zu furderung der sachen ainer antwort darauf verglichen und dieselb datzumal auch verlesen worden, hat ain ersamer rate ime solche der 13 begriffne antwort gefallen lassen.

Und nachdem uff jungst eins ersamen grossen rats ergangne erkanntnus der articul furkomen, wie und welcher gestalt privatae personae on nachtail und beschwerung der oberkait, ungeachtet furgewandter recusation am ksl. chamergericht recht nemen und geben mochten, hat ain ersamen rate nach erwegung aller umbstende fur gut und notwendig angesehen, den gesandten zu Nurmberg zu schreiben, von den ainigungsverwandten stenden declaration zu begeren, ob sich uff iren beschlossen articul privatae personae uff die braunschweigisch ausgegangen citation am ksl. chamergericht einlassen und sich vor der acht defendiren mogen oder ob dieser der stende beschlossner articul allain der privatpersonen aigne und ausserhalb der braunschweigischen sachen berur und andeute. Und was den gesandten zu antwort gefelt, sollen sie zum allerfuerderlichsten [29v] an ain ersamen rate gelangen lassen und darauf ain grosser rat gehalten und daselbst gemainer stat wolfart und notdurft gehandelt und geschlossen werden.

1543 Febr. 20: Uff meines genedigen herrn Lgf. Philips zu Hessen etc. genedig begern hat ain ersamer rate den herrn paumaister bevelch geben, die clain extraordinari anlag, nemlich 500 fl., dem H. Schertlin zu uberantwurten.

[30v] Der gesandten zu Nurmberg schreiben am dato 19. Februarij ist sambt etlichen eingeschlossen schriften verlesen und inen darauf schriftlich geantwurt, wie di copi ausweist.

Neben dem ist fur gut und notwendig angesehen H. Dr. Claudi Peuttinger an der post gen Nurmberg verreitten und H. Lucas Ulstat anhaims ervordern zu lassen. Und soll Dr. Peuttinger bey den ainigungsverwandten stenden umb

furderliche declaration der privatperson halben, wo dieselb zuvor nit erlangt were, anhalten, in sonderheit aber sich erkundigen, wann den privatpersonen zugelassen wurd, sich in der braunschweigischen sachen am ksl. chamergericht einzulassen, obs auch ain ratsperson thun konne oder nit.

[31r] Den Fuggern ist uff ir begern der von Ulm schriftlich anregen, bey den evangelischen stenden zu Nurmberg furnemung halb am ksl. chamergericht beschehen, zugestellt worden, ire geburende einreden zu thun.

[31v] 1543 Febr. 22: Der gesandten zu Nurmberg schreiben am dato 20. und 21. sind verlesen und inen darauf wider geschriben worden, wie die copi zu erkennen gibt. Und nachdem von dem ausschuß der evangelischen stend durch die gesandten der privatperson halben declaration erlangt [Nr. 274], ist Dr. Helen gen Speir geschriben worden, kainem meiner herrn burger, der sich wider die furgangen recusation am ksl. chamergericht private einlassen oder in der braunschweigischen sachen daselbst antzaigen wolt, zu dienen noch zu advocirn. Das er auch alle, die sich solcher gestalt einzulassen vermainten, auf-tzaichne und furderlich ainem ersame rat zueschikhe. Und so solchs beschicht, sollen dieselben abgesonderte burgere ervordert und inen des [33r] ausschuß gestelte schrift und warnung summarie furgehalten werden.

[49v] 1543 März 26: Sind der gesandten zu Nurmberg drey schreiben, die zwischen jungst verschinen aftermontage und disem gehaltenem ratstag hieher komen, sambt der 13 rat darauf gegeben antwort verlesen worden, welche antwort ain erbar rate zu gefallen angenommen.

[50r] Weiter hat ain ersamer rate ain copi angehört, wie dem Kg. zu Denmark zu schreiben sein mocht, damit ir kgl. Wd. meiner herrn aines ersamen rats burgern und kaufleuten uff der see und sonst mit iren leiben, hab, guttern und dienern ungeverlichen paß und durchfahrt, so ferr sie ir kgl. Wd. konigreich und gebiet antreffen, geben mocht. Solch copi ist ingrossirt und bei aignem poten mit zwaien nebenschreiben an Kf. zu Sachssen und Lgf. zu Hessen wekhgeschikt worden<sup>4</sup>.

### 385 *Dr. Jakob Ehinger an Bgm. und Rat von Heilbronn – Nürnberg, 1543 Jan. 14*

*Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, Nr. 1, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ehingers).*

Mir hat mein schwager, der statschreiber zu Hall<sup>1</sup>, bericht gethan, wes uff sein anhalten durch die einigungsverwanten stend, rath und gsanten bißher

<sup>4</sup> Siehe dazu den Schmalkaldischen Bundesabschied vom 28. April 1543: Nr. 418, Art. 10, Anm. 7.

<sup>1</sup> *Matern Wurzelmann: er brachte die Beschwerde von Bgm. und Rat von Schwäbisch Hall wegen der Rekusation des RKG vor die Schmalkaldischen Bundesverwandten. Laut dem CA-Protokoll Lambs wurde zwischen dem 6. und 12. Jan. (Nr. 86c, fol. 205r–207r)*

beratschlagt und gehandelt worden. Und dahin bedacht, dieweil diejenen, so das ksl. chambergericht recusiert, nit von allen stenden gwalt ausgedruckter weis gehabt, das die proceß, so sie ferrer wider diese stend werden ausgeen lassen, sovildestweniger mochten zur nichtikait gepracht werden, auß einichen von recht gegrunten ursachen. Darum, dieweil die recusation beschehen und durch des chambergerichts decret verworfen worden ist, so hat sie nit vir gut angesehen, dagegen stillzuschweigen, sonder vonnotten sein, das ein jeder stand, der nit ausgedruckten bevelch zu recusieren gegeben hat, die beschehen recusation nochmal ratificieren und iren procurator revocieren und widderruffen, auch durch einen oder mer bevelchhaber solh ratification, revocation und protestation wider des ergangen decret anpringen lassen soll, wie ich dann euer fursichtig W. ein copei der instruction zu ratificieren und revocieren mit A [Nr. 262] und ein copei des gwaltz mit B [Nr. 261] und ein form der missive, den procurator zu widderruffen, mit C [Nr. 264], item die schrift, dem chamerrichter und beysitzern zu ybergeben, mutatis mutandis mit D signiert [Nr. 263], zuschick.

Sovil ich nun vermerck, so werden Hall und Augspurg auß sondern ursachen furfaren und solhe schriften dem chamerrichter, beysitzer und procuratorn uberanthwurten und insinuiieren, auch die procuratores widderruffen lassen. Was aber anderer stend und stet gelegenheit sein wyrt, khann ich nit wissen, dan es seind noch weder von Ulm noch einich yberlendischer stet gsanten hie, auch niemand von den sachsichen stetten dan Einbeck, und von oberlendischen Augspurg, Straßburg, Franckfurt, Hall. Und sonst von stetten niemand hie dan Speir und Rotthenburg.

*Die diesem Schreiben beiliegenden Akten betr. die Rekusation des Reichskammergerichts sind als Entscheidungsgrundlage für Bgm. und Rat gedacht, da sich Schwäbisch Hall in dieser Frage an Heilbronn wenden wird. Die Angelegenheit sollte nicht übereilt werden, damit Heilbronn Zeit habe, sich am Verhalten der anderen evangelischen Stände zu orientieren.*

*Er überschickt auch den Entwurf eines Schreibens, das im Namen von Kursachsen und Hessen an die Gff. von Hohenlohe ausgehen soll (Nr. 259) betr. den Konflikt zwischen Schwäbisch Hall und den Gff. von Hohenlohe. Der Rat könne daraus ersehen, auf welchen weg man die sachen zu richten gedenck deren stend halb, so des chambergericht recusiert haben, dan Hall – mit hochster ungelegenheit – wirt von der recusation nit sich sondern, sonder deren anhangen; befint es auch aus ursachen in rath nach itziger gelegenheit, und doch wie obgemelt mit sonst groster ungelegenheit. Dieweil dan uf dato ein hällischer bot hie abgefertigt worden und ausgangen ist, hab ich nit underlassen wollen, euer fursichtig W. bisher tractierte handlung zu eroffnen.*

---

*verhandelt, in welcher Form der Stadt Schwäbisch Hall in der Frage ihrer gegen die Gff. von Hohenlohe abhängigen Klagen am RKG geholfen werden könnte.*

Des konigs zukunfft ist man ungewiß und die sag, das er mit Bayern und etlichen bischofen und [Hg. *Heinrich von*] Braunschweig taglaist in groster gehaim und hab wenig lust zu visitation des chamergerichts noch friden zu machen. Got wend es nach seinem willen zu erhaltung seines worts. [...].

386 *Dr. Lukas Ulstett an Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz und an Baumeister und geheime Räte von Augsburg<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 Jan. 16*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Ulstetts).*

Uff datum dits haben mir etlich nurnbergisch herrn von den eltern angezaigt, wie das ire herrn und sie nechten spat brieff empfangen, darin inen fur gewiß zugeschriben worden, wie das kgl. Mt. datum dits brieffs zu Neuenmarckt sol ankomen und mornends oder uffs lengs am Donerstag sol hie sein.

Es haben mir auch die sachssischen und hessischen rätthe furgelhalten, wie sie von iren gnedigsten und gnedigen herrn seien abgefertigt worden, das sie uff kgl. Mt. proponirn, das vor den reichsstenden anfencklich uff disem reichstag beschehen soll, kain antwurt geben sollen, es betreff solhe proposition, turckenhulf oder anders an, es beschehe dan zuvor die erkanth reformation und visitation des camergerichts oder das ir Mt. wurcklich das camergericht suspendirt und inen ain stilstand verschaff, nit allain in religion-, sonder in allen jungst beschehen recusierten sachen, so lang biß das camergericht von neuem besetzt wird. Und begeren egedachte ret, von mir ain wissen zu haben, was meiner hern und obern mainung hierin wer. Daruff ich mein unwissenhait anzaiget, dieweil ich hierin kain abfertigung het. Uff welches begerten die rätthe, ich solt ir anpringen euer Ft. zuschreiben und ir gemuet darin vernemen etc., des ich hiemit wil gethon haben, ferrers beschaidis hierin gewertig.

Von anderer reichsstend potschaften ankunfft hör ich gar nichts, aber war ist, das die trierischen gesandten am Freitag jungst vergangen [1543 Jan. 12] alhie aufprochen und hinweg geriten sein, wais aber nit, wohin oder ob sie wider uff den reichstag kumen werden. Der herrn von Ulm ist man mornends alhie gewertig, wie mich Frantz Schleicher, bey dem sie zu herberg ligen sollen, bericht hat.

<sup>1</sup> *Die meisten Berichte der Augsburger Gesandten aus Nürnberg waren an die beiden Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz adressiert. Der Rat von Augsburg bemerkte dazu in einem Schreiben an Jörg von Stetten und Dr. Lukas Ulstett vom 14. Febr. 1543: [...] Wann ir hinfuran hiehere in den schwebenden der ainigung- und reichssachen schreibt, so stellet an ain erbern rat oder, wa es etwas besonders, an die 13 oder, wa es gar eng und gehaimbd, an bede unsere lieben burgermaistere im ampt, es sei durch ingelegte zedul oder sonder brieff. [...]. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

387 *Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Räte in Nürnberg – (Augsburg), 1543 März 15*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

Uff eurn bericht des 12. dits [Nr. 191], in schriften an uns beschehen, wollen wir euch nit verhalten, das uns die lang uffzugig handlung oder die vorberaitung zu dem christlichen notwendigen werck der turckenhilf hoch beschwerdt, dann wann man von hertzen genaigt wer, die schedlichen zwyspalt und mißtrauen gemainer reichsstend hinzenemen, fried und ainikait ze pflantzen und wider den erbfeind etwas ernstlichs und furstendigs furzenemen, solt ye billich ain gemainer lauterer frieden und unparteisich recht im Reich vorgeen. Was kan und mag auch fur gluckh und heil bei den sachen sein, da es an rechtem vertrauen und freuntschaft so gar manglet. Das aber die zugesagt visitation des chamengerichts oder gleich auch endrung der gerichtspersonen, wa dieselb versprochen wurd, desgleichen der frieden, in den reichsabschieden und declaration verleipt, zu sollichem genug sei, konnen wir nit versteen, dieweil sich ain tail der abschied behulft, nichts uff die declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] halt oder giebt, den fug und glimpf allemal doruß erhalten, aber der ander in zweiffel steen muß, zudem daß auch noch zweiffelich ist, ob gleich die reformation des chamengerichts und endrung der personen zugesagt wurd, das es also erfolge. Und wa gleich unser tail, wie hievor auch beschehen, solch unbestendig mittl anneme und zu der turckenhilf und andern reichsobligen trachteten, wer es doch allain unserm tail ain gefährlicher verzug und ain ursach, das hinfuran destminder gebuerliche besserung der bemelten mangel gefurdert wurden. Dann wann die babstischen iren willen ausserhalb ainichs nachgebens allzeit erhalten möchten, was were ine not, sich in reformation einzulassen. Darumb seien wir im namen Gottes noch der maynung, wie gemaine aynigungsstende dermassen zu beharren und zu sehen, ob doch die unvermeidlich not ainsmals, was billich und doch beden tailn furstendig ist, erzaigen und herauspringen wöllet. Gedencken also, bei gemainer verainigung bschluß und dem mehren derselben ze pleiben.

Was sich dann in reden und widerreden, desgleichen in schriften obermelter puncten halb verlossen, bedarf kains verantwortens.

*Was die Ermahnung und Bitte des ksl. Kommissars Naves betrifft<sup>1</sup>, ist abzuwarten. Auf jeden Fall sollen die Gesandten Naves gegenüber die Verbundenheit Augsburgs mit dem Kaiser betonen.* Aber in dem bescheen begern wisten wir uns von unsern ainigungsverwandten nit zu sondern, underthenigster zuversicht, ir ksl. Mt. wurden uns dasselb in ungenaden nit vermercken. Und wiewol uns die eingefurte argumenta, das die kgl. Mt. und ksl. commissarien nit weitter macht sollten haben hierin ze handlen dann wie beschehen, desgleichen der

<sup>1</sup> *Es handelt sich wahrscheinlich um ein Ansuchen Naves' an Augsburg betr. Unterstützung des Kaisers gegen Frankreich bzw. den Hg. von Jülich. Ein direkter Hinweis darauf wurde in dem vorliegenden Briefwechsel nicht gefunden.*

anzug des vertrauens in dem, das die ksl. Mt. ir geschutz hie giessen lässt, allerlai gedanken macht, wohere und warumb sollichs gemeldt, auch wol underthenige antwurt doruff ze fynden were, so wöllends doch also in der federn und bei gemainer erbietlichen entschuldigung pleiben lassen und das obgemelt mit stilschweigen umbgeen.

Und dhweil wir euch im ersten puncten unser gemuet also erclert, das wir uff der ainigungsstende bschluß zu beharren gedenccken, so ist auch die frag, wa endrung der camergerichtspersonen und die visitacion etc. zugesagt wurd, ob sich alsdann in die reichshandlung einzulassen aufgelöst, dann wir synd desselben nit gesynt noch bedacht, die weil wir kainen grund noch beistand in söllichen dingen erkennen mögen. Das aber etlich der protestirenden, so nit in der ainigung sind, die reichshandlung uff die angezaigten mittl leiden möchten, geschieht nach irer gelegenheit, dann sie haben das camergericht nit recusirt, manglet ine auch vielleicht am frieden nit, dann die brunschwighisch und dergleichen sachen betreffen sie nit, ist aber mit uns ain anders.

*Frage an die Gesandten wegen Verpfändung der Markgrafschaft Burgau für weitere 15 Jahre an den Bf. von Augsburg. Bgm. und Rat warten auf Richtlinien der Schmalkaldener, ob Privatpersonen der Zugang zum rekusierten Reichskammergericht gestattet sein solle. Frage an die Gesandten, welche Beschlüsse bezüglich der Refomation in der Pfarre Mindelaltheim gefasst wurden.*

Nachdem dann ir, Jorg von Stetten, eur gescheft halb hie [= in Augsburg] ze thun vorhabt, mögt ir anhaims verreiten, aber ir, herr doctor [= Peutinger], bis uff eur, Jorgen von Stetten, widerankunft gen Nurenberg verharren. Alsdan wollen wir euch, es fieln uns dann besonder gescheft fur, auch anhaims erlauben.

*Beiliegender Zettel.*

### 388 *Dr. Claudius Pius Peutinger und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg – Nürnberg, 1543 März 19*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.); DV: Der herrn gesandten schreiben auß Nuremberg 19. Martij 1543.*

*Aus den letzten Berichten weiß der Rat über die Vorkommnisse in Nürnberg Bescheid. In der Zwischenzeit brachten die Gesandten des Hg. von Jülich wieder ihr Anliegen in der Reichsversammlung vor [Nr. 208]. Danach verließen die Gesandten der Schmalkaldener die Versammlung.*

Also habendt sich die gulchischen alsbald bey den einigungsverwandten stenden angesagt und seindt des andern tags, ist gestern vor dato diß [1543 März 18], nachmittag verhort und auf heut dato von der sachen geredt worden, wie volgt. Die gulchischen haben wider erholet die beschwarden ires herren und ain ansuchen, so ir fstl. Gn. gesanten uff dem tag zu Schweinfurt jungstgehalten [1542 Nov. 15] gethan, und die stend daselben versamblet sich erbotten, ires gnedigen fursten und herren sachen alhie auf disem reichstag auf das beste zu

furdern etc. So hetten auch die stend angehört, in was beschwarden und großem obligen ir gnediger furst und herr were, und dann diß zimblich, rechtmessig und wie daruber ir fstl. Gn. zu dem allerhochsten bedrangt und die sachen khein verzug leiden möchten, mit freuntlicher bitt, wir wollten uns, wie bißher beschehen, in der sachen hinfuran von den gemeinen stenden des Reichs nit sondern, sonder damit irem gnedigen hern verholffen und furdersam sein, das iren fstl. Gn. als einem fursten des Reichs mochte zu recht und der billichkeit geholffen werden etc.

Darauf haben Sachssen, Hessen, Lunenburg, Pommern, die stett Strasburg, Frannckfurt, Eßlingen, Hall, Haylprunn, Memmingen und Linndauw und dann die sachsische stett ausserthalben Braunschweick ainhelligklich geschlossen: Dieweyl unser ubergebne suplication [Nr. 152] dahin verlautet, das man sich in nichten konndt einlassen onerledigt der puncten rechtens und fridens, als one die man zu statlicher beratschlagung und hilf wider die Turcken nit khonndt kommen, und aber auch eben dise sachen den friden teutscher nation zum hochsten belangen thet, dieweyl durch dise kriegsrustung das haus Burgundi und Gulch und dann garnach [= *beinahe*] das halb theyl teutscher nation aufgehalten und zue der gemeinen hilf verhindert wurden, das man dann angesehen unser ubergeben suplication zu gemeiner handlung mit den andern stenden wol mochte kommen etc. Und was aber zu handeln sein sollte, haben sich etlich dahin vernemen lassen, das man die kgl. Mt. und ksl. commissarien bitten sollt, bey der ksl. Mt. zue handeln, damit gemeiner wolfart teutscher nation zuguet dise tatlichen handlungen abgestellt, der vierjarig anstandt bewilligt und der Hg. von Gulch bey seinem erbietten der guete und rechtens auf gemaine standt gelassen wurd etc.

Wirtenberg redt, er hette bevelch, sich von gemeinen reichsstenden, so die hievon handeln wollten, nit abzusondern und das seines gnedigen herrn bedencken stuendt, das die ksl. Mt. durch ain traffenliche [!] bottschaft sollte umb diser sachen willen zu ersuechen sein und wie vorsteet zu bitten etc. Wir aber und die gesanten der stat Ulm zeigten an, unser bevelch stuendt gestrack dahin, uns in kheinen reichssachen einzulassen onerledigt der artickel rechtens und fridens, wisten auch one vorwissen unserer herrn nit zu willigen, demnach man sich in den andern sachen allen bißher gesondert, an denen unwidersprechlich gemeyner teutscher nation trefflich hoch und vil gelegen. Wir hetten auch nit wenig fursorg, wafur es die kgl. Mt. und die commissarien versteen wurden, das die stendt in diser sachen, so zuwider der ksl. Mt. verstanden werden mocht, sich vereinigen und in handlung begeben und sonst in allem handlungen waigerten. Das aber unangesehen, so ist doch durch das merer furgevaren und dem außschus bevolhen zu beratschlagen, ob es besser sey, das die ainigungsverwanten standt jede in dem rhat, darin sie gehorendt, die sachen anbringen und, was ir bedencken, handeln, oder ob man das gemeinlich in aller einigungsverwanten standt namen anbringen und alle stendt fur ein man steen sollen, wie wir woll etlich gesinndt sein vermercken, und die sich

vernemen lassen, das alle hilf wider den Turcken unmuglich zu erhalten, es mues vor mit Gulch und Denmarck friden sein.

Nun seindt wir als oben auf unser antwurt verharret und die sachen an euer Ft. gelangen zu lassen uns beruempt. Darauf werden euer Ft. sich irem hohen verstandt nach haben zu entschliessen und uns bevelhen wissen, was wir thuen oder lassen. Und in derselben beratschlagung dennocht ingedenck sein, was sich eben in diser handlung hievor zu Regenspurg zugetragen und mit was grossen ungnaden die ksl. Mt. der gemeinen reichsstandt, so merertheyls in eigner person gegenwurtig, furbitt<sup>1</sup> verstanden und mit außgedenckten worten ernstlich vermelden lassen, das ir Mt. sich versehen, die stendt sollten den Hg. von Gulch zu der billicheit vermogt und nit bey ir Mt. angehalten haben, zudem das ir Mt. das ir vorgehalten, still und in ruwe zu steen etc. Nun seindt die sachen sider nit besser, sonder böser worden.

Am andern, so hat die ksl. Mt. wider Gulch hilf durch den H. von Granwella begert [*Nr. 197*], das haben die stendt nit beratschlagen wollen one erledigt fridens und rechtens. Sollte man nun jetzo auf das gulchisch anbringen sich in gemeine rhatschleg begeben, das sich dann ir Mt. nit allain der ungleicheit und diß zu beclagen hett, das dem hertzen sollte gedeyen, das ir Mt. geweigert seie, sonder auch das [*!*] preiudicii. Dann in dem, das ir Mt. gebetten wurd, den krieg in Gulch abzustellen und des rechtens vor den ständen zu gewarten etc., wurd ir Mt. gethan begern dardurch stillschweigendt abgeschlagen etc.

Am dritten, ob in diser sachen mit dem bith fur Gulch sich befinden wurd, das etliche under gemeinen stenden nit bitten wollten, ob euer Ft. denselben oder dem merern anhangen woll.

Und am vierten, ob euer Ft. mit den andern bitten und handeln wollten, ob nit dernhalben ain sondere entschuldigung bey dem H. von Granwella oder den commissarien zu thuen sein sollt.

Das demnach alle Kff., Ff. und stendt sich gemeinlich entschlossen, des Hg. von Gulchs halben und was zu hinlegung derselben kriegsrustung dienlich sein mocht, in gemein rhatschlagen und handeln, das sich dann Augspurg ainig davon nit absondern und den unwillen bey dem hertzen nit allain auf sich laden konndten, dann ire burger das furstenthumb Gulch mit wandern [= *Handel*] nicht entraten [= *missen*] mogen. So stuende es auch nichtdestominder zu ir Mt. gelegenheit, was sy thuen wurd. Und ob sich Augspurg schon gesondert hett, so were doch der ksl. Mt. wenig damit geholffen, aber wol ungnaden halben des hertzen und der andern standt zum hochsten gefarlich.

Was und wie nun hierin zu handeln, des seindt wir bevelch und furderlicher antwurt gewartig. Haben wir euer Ft. dienstlichen nit verhalten wollen.

*Zwei beiliegende Zettel.*

---

<sup>1</sup> Siehe die *Supplikation der Reichsstände an den Kaiser wegen des Konflikts um Geldern, Regensburg, (1541 Juli 21)*, in: *RTA JR Bd. XI, Nr. 233*.



389 *Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg an Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutinger – (Augsburg), 1543 März 21*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

*Bestätigen Erhalt des Schreibens vom 19. März (Nr. 388).* Möchten leiden, das gemaine evangelische stende mit den gulchischen sachen unbeladen plieben, dann sich aus der beratschlagten fürbitt, ob die gleich ainhellig von gemainen stenden beschehe, wenig frucht, aber wol merer ungnad und mißfallen der ksl. Mt. zu besorgen, furnemlich den erbern frei- und reichsstetten und vor allen andern Augspurg, Nuremberg und Ulme<sup>1</sup>. Dann obgleich die fursten als gleiche stende und merer tails plutsverwandt mit Gulch sein mögen, nit wol umbgeen können, ain underthenige furbitt ze thun, so will es doch der stett halb etwas abscheuch sein, sich als den sachen nichzit verwandt wider die ksl. Mt. einzulassen<sup>2</sup>. Hergegen ist auch wol schwer, sich von den andern stenden ze sondern und bei dem Hg. von Gulch sperrung der strassen und ander beschwerd, die dannoch etlichermaß noch in rue plieben, zu gewarten. Synd aber in vleissiger erwegung dahin bedacht, mit begern, ir wöllend die sach, so ferrs anders die zeit leiden wöll, mit etlichen oder allen erbern stetten allain ratschlagen und ine die doruß folgenden beschwerden furhalten und wol erclern, ob sie sich dahin entschlossen, dhweil es mit den erbern stetten ye ain grossen unterschied het gegen den fursten und andern stenden. Ob nit ze thun were, das sie gemaine, und sonderlich die evangelischen stende betten, sie, die stett, söllicher furgenumener furbitt, in ansehung das wenig frucht, aber viel ungnad irnhalb bei ksl. Mt. doruß erfolgen möcht etc., gunstiglich zu erlassen.

Wollt aber der merer tail der stett sollichs nit fur gut ansehen, sonder dahin schliessen, das die furbit geschehen sollt, und sich doch etlich sonderten, als wir dann erachten, es sollten sich zum wenigsten Nuremberg und Ulme nit einlassen, so ist unser befehl, das ir bei denselben plieben und euch bei den evangelischen und andern stenden uffs underthenigst und fruntlichst entschuldigend, mit vermeldung, das ye unser furbit wenig erschoessen, aber unsern burgern und kauffleuten mercklicher nachtail daruß erfolgen möcht, des ine doch nit gegonnet were, sonder vielmehr irer in diesem fall verschonet werden sollt. Wir wolten uns sonst in allem andern furanhin als bishere aller gebuer erzaigen. Und in solchem fall wer auch gut, das bei den gulchischen

<sup>1</sup> *Die drei Städte Augsburg, Nürnberg und Ulm standen in Verhandlung mit den Hgg. von Bayern wegen eines Bündnisses, das sich den Schwäbischen Bund zum Vorbild nahm und nicht zuletzt als Fortsetzung des 1544 auslaufenden Neunjährigen ksl. Bundes gedacht war. Siehe die Weisung der Hgg. von Bayern von 1543 Jan. 27: Nr. 327, Anm. 1.*

<sup>2</sup> *Die Augsburger taten alles, um den Kaiser gegen den Hg. von Jülich zu unterstützen, obwohl sie damit Rachemaßnahmen des Herzogs in Form von Sperrung der Straßen für Augsburger Kaufleute riskierten. Siehe dazu: F. ROTH, Augsburgs Reformationsgeschichte, Bd. 3, S. 95.*

gesandten höfliche und freuntliche entschuldigung geschehe, damit unser burger desselben nit entgelten müssten etc.

Und ob man, diese sach zu bedencken und die furbitt zu thun, ainen ausschuß machen und euch darein verordnen wollt, sollt ir euch desselben soviel möglich enthalten und euch in obemeltem fall, neben den stenden die furbitt ze thun, nit einlassen.

Fuegte sich aber, das Nuremberg und die stett allgemainlich in der bemelten furbitt verwandt sein wollten, so sollend ir euch auch nit waigern, sondern im namen Gottes die sach lassen furtgeen, doch das ir uns bei den Hn. Grandvela, Naves etc., wan ir deshalb angesprochen wurdet oder sunst ungefärllich glegenheit ersehen wurden, freuntlich eintredend und anzaigendt, das wir solche furbitt nit gern gesehen hetten, uns aber von gemainen stenden allein nit sondern können. Wollten uns nichtsweniger gegen der ksl. Mt. als ein gehorsam, underthenig glied irer Mt. und des Reichs wissen unverweißlich ze halten. Wurdet sich aber Nuremberg und Ulm oder der stett aine von der furbitt neben uns enthalten, so wollend desgleichen auch thun und euch mit entschuldigung erzaigen als ob laut. [...].

Die kgl. mandata der kriegsleut halb [*Nr. 137*], uns bei voriger post zukumen, haben wir uffschlagen, aber hievor ungefärllich dergleichen brieff, daß sich niemand der unsern on unser wissen und willen bestellen lassen soll etc., auch thun lassen, also das der ainigungsverwandten stende ratschlag und bedencken ditsfals durch uns auch volzogen ist.

**390** *Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutinger an Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz von Augsburg<sup>1</sup>: Bericht über eine Unterredung mit Nicolas de Granvelle – Nürnberg, 1543 März 24*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.); DV: Herr gesandten aus Nurmberg 24. Martij 1543. Des H. Granvella anbringen die gulchisch handlung betreffend. Item etliche centner pulfers.*

Euer Ft. gelieben zu wissen, das gestern nachmittag vor dato diß [*1543 März 23*] der H. von Granvella nach uns geschickt und allda in beysein des H. von Naves, vicecantzler, auch H. von Liers erstlich vermeldet, das wir straffwurdig seyn sollten, umb das wir so lange zeit alhie und nit zu ime khömen. Were gleich, als ob wir nit freuntt weren, so ime doch in Augspurg so grose eher und freuntschaft widerfaren. Das seindt nun hofwort.

<sup>1</sup> *Ursprünglich war das Schreiben nicht nur an die Bgmm. von Augsburg, sondern auch an die Dreizehn des Rats von Augsburg adressiert gewesen. Wegen der gebotenen Geheimhaltung in Fragen der Lieferung des Schießpulvers entschieden die Gesandten jedoch, den Brief nur an die Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz zu schicken: siehe PS am Ende des Schreibens.*

Am andern, so hat er uns anzeigen, mit was beschwarden er vernommen, das sich jetzo gemaine standt des Hg. von Gulch wider die ksl. Mt. wolten beladen und sich dahin vernemen liessendt, als ob sy in dem hauptpunten, darumb diser reichstag ausgeschriben und auf sein gethane werbung nicht handeln wollthen, es were dann die kriegsrustung in Niderlanden abgestellt, onangesehen das der Hg. von Gulch disen krieg selber erregt, der ksl. Mt. ir furstenthumb Geldern gwaltigklich vorenthielt, ir Mt. ir erblandt mit prandt und dem schwerdt angegriffen und verherdt und sich zu ir Mt. grosten feinden verbunden, bey denen er noch heutigs tags in buntnus verpflichtet were. Noch dennocht liessendt sich die stendt jetzo der gulchischen erstes geschrey so hoch bewegen und er [= *Nicolas de Granvelle*] wer nun so lange zeit hie gelegen, das ime khein antwurt wollt ergeen. Und zuvor, als der Kg. in Franckreich, auch der Hg. zu Gulch ir Mt. an allen orten irer erbkonigreich, furstenthumb und landen angegriffen und beschedigt, hette sich gar niemandt, auch mit dem numsten [= *nicht im Geringsten*], nit vernemmen lassen, ichts darin in der guete oder sonst furzuwenden oder doch zu versuechen, damith dieselben tatlichen handlungen hetten mugen verbleiben oder abgestellt werden. Jetzo aber, so ir Mt. widerwartigen alle ir anschleg zuruckgegangen und sich ir Mt. in die getrengt gegenwer begeben muessen, so wolte bey ir Mt. umb abstellung der kriegsrustung angehalten werden. Nun wissten wir, das ir Mt. dem Reich und teutscher nation zu aller wolfart mit gnaden geneigt und das auch der stat Augspurg wolfart und der gemein friden in ir Mt. handen und gwaldt stuendt. Ir Mt. hette auch den friden den stenden gegeben, den wolt ir Mt. vest halten und, das den auch andere halten muessen, darob sein, wie er dann beiden standen außstruckenlich alhie gesagt, Got geb, wollicher part stande, ainer oder mer, den krieg anfieng, wider denselben wolt ir Mt. sein und darumb dorfte sich niemandt vor ir Mt. besorgen. Und sonderlich sollten wir wissen, das ir Mt. die stat Augspurg mit sondern gnaden maynet und darumb uns etliche, die nit der stat Augspurg, sonder ir selber gelegenheit und nutz suchten, dahin nit bringen lassen, das wir uns mit der gulchischen handlung beladen wolten und, wo wir darbey weren, der ksl. Mt. und des Reichs eher furdern helfen. Dann ir Mt. nichts begegnete, das uns nit gleichsvhals belangen muest. Das wollt er also im besten und zu ainer warnung angezaigt haben.

*Ferner ersuchten Granvelle und die anderen ksl. Kommissare die Stadt Augsburg im Namen des Kaisers um Schießpulver gegen Barbezahlung. Auch Schießpulver, das an anderen Orten zu erhalten sei oder künftig hergestellt werde, soll die Stadt in ihrem Namen besorgen und dem Kaiser unter äußerster Geheimhaltung gegen Barzahlung überlassen.* Und dieweyl ir Mt. sollichs von denen von Augspurg begerdt, so dorften sy der fursorg nit, das ir Mt. das pulver wider ainichen protestierenden standt gebrauchen vorhabens weren oder wolten, und das wurd auch ir Mt. mit sondern gnaden gegen gemainer stat erkennen etc.

Darauf haben wir geantwurt und uns bedanckt der gnaden, so er uns angepotten, und worin wir bißher unrecht gethan, das wollten wir in kunftigen

erstatten und uns in seiner gnaden straff ergeben etc. Am andern Gulch betreffend, hette sein Gn. sich leichtlich zu erinnern, das nach gelegenheit der stat Augspurg bey gemeynen standen und in so grosser anzal, auch hohen standts derselben ichts zu furdern oder zu hindern am wenigsten gelegen. Und darumb, ob etwas furgiang, das ir Mt. lieber anderst sehen oder etwas, das gescheen sollt, verblibe, das wurden sein Gn. gemeiner stat Augspurg onzweivel nit zuemessen, dann wir wusten, das unsere herren und gemeine stat Augspurg der ksl. Mt. glucksaliger regierung und aller wollfart begirlich und die zu furdern sampt und neben andern gemeynen standen in aller underthanigkeit nit weniger geneigt als pflichtig. Was dann wir in demselben nach gelegenheit unser personen und gerings vermogen hulflich sein khondten, das hetten wir bevelch, weren es auch fur uns selber urputtig, des versehens, unsere herren würden in kunftig wie bißher gegen ir ksl. Mt. sich in allerunderthanigsten gehorsam der gepur und unverwißlich halten.

*Betr. das Schießpulver hätten sie keinen Befehl ihrer Obrigkeit. Sie wüßten nur, dass die Stadt dem Kaiser und dem König vergangenes Jahr mehr als 400 Zentner Pulver zur Verfügung gestellt habe. Sie werden in dieser Frage unverzüglich bei ihren Auftraggebern rückfragen. Damit war die Unterredung beendet.*

Was nun in der gulchischen handlung uns vermelt, halten wir ursach sein das furbitt, das auf 23. diß gemeine ständt und derselben außschus bey kgl. Mt. und dem H. von Granvella gethan [Nr. 212]. Darbey seindt wir nit gewesen, aber vernemmen aus den obgehorten und andern etlichen kaiserischen reden, das wenig glimphigs darauf erolgen werd, des wir uns wol anfangs besorgt und darumb bey den ainungsverwanten standen uns one bevelch nit einlassen wollen. So haben auch die kgl. Mt., die commissarien und der H. von Granvella der standt obgethanen werbung bedacht genommen, aber daran gehenckt, das die stendt selber die sachen bey dem Hg. von Gulch dahin sollten richten, das die also geschaffen, das die ksl. Mt. zu verzeihen ursach hett. Zweivelt inen alsdann nit, ir Mt. wurde umb der standt furbitt mer dann umb ainiches andern herren willen thuen. Also gedencken die stendt, der antwurt zu erwarten und, wo die verzogen wurd, widerumb darumb anzuhalten.

*Die letzte Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg betr. das Verhalten gegenüber Jülich (Nr. 389) kam zu spät an. Aber demnach wir bey dem ausschus nit gewesen und von dem H. von Granvella in den reden dennoch sovil verstanden, das er unsere herrn und uns in diser sachen nit verdacht, haben wir nit vermeint, viler entschuldigung vonnotten sein. Die Vermittlungsinitiative der Reichsstände im Geldernkonflikt wurde von den Städten nur bewilligt, weil Friede und Recht in Deutschland die Voraussetzung für die Türkenhilfe seien. Wir wollen aber nit underlassen, mit erster gelegenheit mit Nurmberg und Ulm dennoch vertreulich daraus zu reden, ob sich die sachen weyter dann bescheen Gulch halben erweyssen wurd, was den erbarn stetten rhatsam sein. Wolt[en] uns euer Ft. bevelch halten und, was sich ferner begibt, mit dem ersten zuschreiben.*

*Bitte um Weisung, was man Granvelle auf sein Ansuchen um Schießpulver antworten soll<sup>2</sup>. Falls die Gesandten die Bitte abschlagen sollen, müssen triftige Gründe vorgebracht oder dem Kaiser andere Möglichkeiten vorgeschlagen werden.* Allain das es dahin gestellt, das die commissarien khain mißtrauen spuren mögen, dann der H. von Granvella saget under anderm, wir sollte[n] der ksl. Mt. frey vertrauen, hetten nur sovil jar ired hertzens und gemuets vilfaltige gezeugnus und nit uber den subtiliteten halten, so uns zu wening frommen, ir Mt. aber zue grosser ungelegenheit und beschwarden wollten reichen.

[PS:] Wir haben diß schreiben an euer Ft. herren burgermeyster und die Dreytzen lassen überschreiben. Dieweyl aber uns hienach zugefallen, ob gut oder nit, das sollich schreiben umb willen des pulvers den Dreytzen geoffnet, haben wir derenhalben das copert [= *Anschrift*] an euer Ft., die hern burgermeyster, allain stellen lassen, die werden sich hierin, waß sy fur rathsam bedunck, wol zu halten wissen. Datum ut in litteris.

**391 Weisung der Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz von Augsburg an Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingen – (Augsburg), 1543 März 26**

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

*Bestätigen Erhalt des Schreibens der Gesandten vom 24. März 1543 mit dem Bericht über ihre Unterredung mit Granvelle und den ksl. Kommissaren. (Nr. 390).* Und [be]darf nit widersprechens, das gemainer reichstende gethone bitt umb fried und gleich recht, darein Gulch auch gezogen, der röm. ksl. Mt. und

<sup>2</sup> *Bgmm. und Rat von Augsburg antworteten den Gesandten Jörg von Stetten, Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingen am 5. April 1543 betr. Granvelles Ansuchen um Schießpulver: [...] Und sovil des H. Granvella weittere gepflegne handlung und ansuchen des pulfers halben belangt, hetten wir uns gleichwol versehen, unser furgewendte ursachen solten etwas merers und sovil gewurkt haben, das wir weitter deshalb nit weren angelangt worden. Und wiewol wir an solchem vorrat durch die vilfeltig darstreckung des pulfer, der ksl. und kgl. Mtt. beschehen, fast emplost, so wollen wir doch ir ksl. Mt. zu underthenigstem gefallen uber die hievor dem Hugo Engelin bewilligten 200 centner pulfers noch 200 centner gegen barer betzallung in seinem yetzigen werdt volgen lassen, der underthenigst zuversicht, ir ksl. Mt. soll und werde daran genedigst gesettig sein, angesehen das wir zu probirung ir Mt. hievor biß in 60 centner hinaußgeben und tzu besorgen ist, das zu dem ubrigen gegossen geschutz nach 10 centner mocht gebraucht werden. Und daraus unsern underthenigsten, genaigten willen gegen ir Mtt. vermerkhen. Wir wollen uns auch undertheniglich getrösten, ir Mt. werde irem gnedigsten erbieten gemeß, durch den H. Granvella euch angetzaigt, solch pulfer gegen kainem evangelischen stand gebrauchen. Das mogend ir also gegen dem H. Granvella mit glimpflichen Worten, wie ir zu thun wol wisst, eröfenen. [...]. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543 (Konz.).*

den herrn commissarien zu mißfalln raichen werde, dann daruß hat ir Mt. abzenemen, das die reichsstende des von Gulchs sachen nit unpillichen und dagegen der ksl. Mt. gerechtikait destminder gegrundet sein vermainen. Darumb wir wol hetten leiden mögen, das vermöge voriger unser schreiben [Nr. 389] sölliche fürbitt underlassen were. Und dhweil ir ondas nit bei dem fürbittlichen furtrag gewest, lassen wirs uns gefallen, wollen uns aber doch versehen, derselb sey in gemain aller dreyer puncten halb – fried, rechtens und Gulch – und gar nit gesondert geschehen. Das auch niemand in sonderhait als furbitter, sonder in gemain die reichsstende benennt worden. Also liessen wirs auch pleiben. Sollt aber in weiter handlung die sach getailt und allain des von Gulchs halb gehandelt oder uff derselben gulchischen sach neben den andern beharrt und nit wollen begeben werden, des wir uns nit versehen, daruß besonderer ungnad zu gewarten, so ist unser befelch, ir wollend vleiß ankeren, das sollichs nit geschehe und das ir etlich, furnemlich von den erbern stetten, soviel ir kont, zu bewegen vleiß ankerend, sich neben euch in kain fürbitt oder handlung Gulch halber einzulassen. Und gesetzt, das sich niemand mit euch vergleichen, sonder yederman uff der fürbitt für Gulch beharren wollt, sollt ir doch von unsern wegen euch derselben sach gar nit tailhaft machen noch anhangen.

Gleichsals bedunckt uns auch, man wol die aynigungsnotl viel zu weit uff die prophansachen ziehen und deutten, dardurch wir und ander stett beschwerdlicher gestalt uß dem verstand der aynigung in merckliche weittleuffikait gefuert werden möchten. Darumb ist unser begern, wa sich dergleichen handlungen und sachen zutruegen, das ir euch kainswegs auß der ainigungsnotl füren lassen noch auch in ichten andern, dann was sich vermöge derselben zu thun gebuert, begeben, sonder stracks darbei pleiben wöllend, des versehens, die andern stett mehrertails werden auch des synns sein. Ob aber gleich nit, so hapt ir euch doch dieses unsers befelchs ze halten.

*Auf das geheim zu haltende Ansuchen der ksl. Kommissare an Augsburg um Bereitstellung von Schießpulver für den Kaiser müssen Bgmm. und Rat von Augsburg leider eine abschlägige Antwort erteilen.* Wir wollten auch noch mit allem genaigten willen gern irer Mt. begern statthun, wir hetten uns aber an sollichem verrat so gar emplösst, das uns nit möglich, dieser zeit ain weiters hienußzegeben, wiewol wir uns vor etlichen jaren und noch gern baß versehen hetten, damit wir irer Mt. im fall der not hetten mogen zustatten komen. Es hat uns aber am salpeter gemangelt, den wir uff vielfeltig bearbaiten bei der röm. kgl. Mt., uns desselben uß Merhern ain anzal volgen ze lassen, und an andern viel orten nit bekumen mögen. Darumb betten wir undertheniglich, ir Gn. [= Granvelle] wolten uns bei der ksl. Mt. in dem genediglich entschuldigen und gewieß sein, wa wir etwas mit pulfer staffirt wern, das wir der ksl. Mt. irs begerns nit verziehen wollten<sup>1</sup>. [...].

<sup>1</sup> Am 30. März übermittelten die Augsburger Gesandten dem Generalorator Nicolas de Granvelle im Rahmen einer Unterredung die abschlägige Antwort von Bgmm. und Rat

392 *Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingen an Bgmm. und die Dreizehn des Rats von Augsburg – Nürnberg, 1543 März 27*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

*Bestätigen Erhalt der Weisung vom 26. März (Nr. 391).* Was nun belangt die zusammenhaltung mit gemaynen ainigungsverwanten stenden, sollen es euer Ft. im werck befinden, das wir ainichen zertrennung nit ursach geben, vil wenniger uns selber sondern wollen, sonder im fall und so uns begegnet, das wir erachten konnten euer Ft. und gemeyner stat gelegenheit etwas anders, merers oder minders, dann der andern stand opinion were, erfordert, das wöllen wir jederzeit zuvor an euer Ft. gelangen lassen, die werden uns alsdann die notturft wol zu bevelhen wissen. Also das euer Ft. unsernhalben diß orts wol one sorgen sein mogen, der almechtig, ewig Gott verleihe gnad, das alle unsere rhatschleg zu seins worts namen, merung unser cristlichen religion und unser seelenhail und wolfart des gemainen nutz gereichen und verhuet, das wir bey unsern zeiten nun mermaln gesehen, laider und hievor zum ofternmalen furgangen sein befunden, das die hartneggigkeit der partheyen den gemeinen nutz emploß und verderbt. Dann was bißhär gehandelt und wie beide partheyen gestracks auf irem vorhaben verharret, das haben euer Ft. aus den vilfaltigen unsern vorigen schreiben genug vermerckt. Und wissen euer Ft. noch heutigs tags nichts bessers zuzuschreyben, dann das gestern vor dato diß [1543 März 26] in reichsrhat angesagt und dasselben durch den maintzischen cantzler furgetragen worden ungerfahrlich ain maynung, als euer Ft. auß beyligender schrift zu vernemen [Nr. 166].

Und wollen euer Ft. dise sachen also versteen: Demnach man auf anhalten der ksl. Mt. commissarien angefangen zusamenzukommen, in meynung von den propositionen zu beratschlagen, seindt unsere standt in allen dreyen, und jede in iren gepurenden rhaten erschienen. Und als man angefangen, von der hilf wider die Turcken zu reden, solle, als uns anlangt, im churfursten- und im furstenrhat das mer worden sein, das one frid und recht im Hl. Reich zu einicher statlichen hilf man nit khomen mag, dahin auch die erbarn stett in irem rhat ainhelligklich geschlossen, und wir das euer Ft. hievor den 23. diß zugeschriben haben. Daruff hat ervolgt, das die andern standt sich wider in der unsern abwesen versamblet und sich einer antwurt entschlossen und uns die furhalten lassen. Das versteen die unsern, das sollichs angericht seye durch etliche, die die unsern nit gern in rhaten gesehen, dann in irem beysein villeicht nit mit ainem jeden und das, so in abwesen bescheen konndt, gehandelt werden mocht, des vorhabens, das obangeregte mer dardurch wider zuruckzutreyben und fur sich selber ain reichsabschid ires gefallens zu machen. Und obwol dise

---

*von Augsburg auf die Bitte um Schießpulver. Granvelle und Naves ersuchten die Gesandten nochmals eindringlich, im Notfall das Pulver bereitzustellen. Siehe dazu den Bericht von Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingen an die Bgmm. und den Rat der Dreizehn von Augsburg, Nürnberg, 1543 März 31, in: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

standt nit darein willigen wollten noch wurden, so sollte es doch das ainig mittel sein, etliche der iren, geistlichs und weltlichs stands, so bißher in khain buntnus oder verstand sich einlassen wollen, also in kraft diß abschids in die sach zu bringen, das sie fort muessen, sye wollten oder nit, und also ainer grossen sachen ain anfang machen. Werden auch wol etliche genänndt, von denen dise geschwindigkeit erdacht sein solle, davon aber zu anderer zeit.

Der augspurgischen confession verwante ständt haben bedacht und underredt begert. Seindt Brannenburg, Regenspurg und Nurmberg aus unserm, der protestierenden, rhat bliiben, wie vor mer auch bescheen. Ist ain außschus, davon zu reden, gemacht worden, so groß, das allain Eßlingen, Hall, Haylpron, Memmingen und Lindauw daraus bliiben. Die sachsische stett nit personen gnug gehapt, also seindt wir auch darein kommen, und hat man sich ainer antwurt verglichen, die schicken wir hiemit [*Nr. 168*]. Dann wir sein etlichermassen ainer andern meynung im außschus gewesen und uns vernemen lassen, das uns auch etliche bedencken beywoneten, das etliche personen des orts suechten, unsern stenden den last der verhinderung aufzulegen und ir vorhaben, zuwider dem erfolgten meren, dardurch zu furdern. So hielten wir doch dafur, das nit onratsam sein sollt, ob es dise standt gantz anderst verstuenden und sein aus freuntschaft bescheen, hinwiderumb den ander standen mit glimpfigen worten härkhommen der sachen und die furnembsten unsrer beschwarden vermelden. Und was nun in gethonem furschlag, das uns dienlich und annemblich, dasselb angenommen. Was uns aber unannemblich, etlich ursachen allain angezaigt weren worden, warumb obberuerte ire furschleg irem erpieten fridens und rechtens unsers erachtens angemast und uns nit annemblich, und uns darauf erpieten, davon in sondern rhaten weyther zu reden und helfen, damit frid und recht im Hl. Reich also bestellt, das ainicher ungleicheit sich billich niemandt zu beclagen und uns deß zu thuen getrosten wolten, sie wurden nit minder dann wir darzu geneigt sein.

Und ist unsers rhatschlags die ainich ursach gewest, ob man also ainer merern freuntschaft ursach geben, etlicher furgegeben verbittern ablainen und von der sachen zu reden ain anfang machen hetten mogen, dann on zweivel der merer thail der andern standt und derselben gesanten nit bevelch werden haben, sich gegen disen stenden einzulassen oder die ksl. decleration anzufechten oder zu bestreiten. Das besorgen nun etlich der andern und wollen nit, das in gemeinem reichsrhat von den artickeln fridens und rechtens mer gehandelt werd, und konnden die specification der fäll, darin wir beschwardt, nit leiden. Denselben gesellen hette hiedurch villeicht der ranck abgelauffen und zu der handlung gekhommen mogen werden. Und haben sorg gehapt, die ander stutzig antwurt, in der wir gar nichts von unsern beschwarden specificiern, sonder strack auf das erfolgt mer und die abhandlung der begerten artickel fridens und rechtens tringen wollen, wurden denen, so sich selber oder etlich gelegenhaitten mer dann das gemein suechen mochten, sovil mer raumbs geben. Hinwiderumb solliche furwendung dargegen thuen, damit sie auf ainem thayl



und wir auf dem andern thail gesondert bleiben muessen. Nun, Got wayß, was das best ist, und die zeit wurdts bringen. Wir haben allain diß umb mer berichts willen euer Ft. nach der leng geschriben, damit sie sich hernach in iren rhatschlegen der umbstendtz zu erinnern und, wie die sachen diß puncten halben alhie geschaffen, wissens mögen haben.

*Was den Konflikt mit dem Hg. von Jülich betrifft, wartet man auf eine Antwort des Königs. Die Verhandlungen betr. Goslar widersprechen dem braunschweigischen Bundesabschied (1542 Sept. 12). Eine Vertragslösung für das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel ist nicht in Sicht und den auf Quasimodogeniti (1543 April 1) vom König angesetzten Versammlungstag lehnen die Schmalkaldener ab. Die underhaltung des lands betreffend, haben wir nichts geschriben, dann was wir glaubwürdig gehört. Wann nun aber von bestellung des lands gehandelt, wurdts sich grundtlich, wie die sachen geschaffen, finden.*

*Angelegenheiten des Schmalkaldischen Bundes: Aufnahmegesuche des Bf. von Münster und Gf. Ludwigs von Oettingen. Verhandlungen betr. den Konflikt zwischen Dänemark und Pommern wurden nicht weiter fortgeführt.*

*Nachrichten über das Vordringen der Türken geben Anlass zur Besorgnis, da die deutsche Nation nicht gut darauf vorbereitet ist.*

*Zwei PS.*

### **393 Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingen an Bgmm. und die Dreizehn des Rats von Augsburg – Nürnberg, 1543 März 30**

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

*Schilderung der Vorgänge bei der Reichsratssitzung am 29. März 1543: Nr. 168–169.*

Und seindt die andern standt uff dato [1543 März 30] zu sibem uren in reichsrath und furzufaren uff die proposition beschaiden, und versteem nun, das die practicka starck geen und ainer, der eins grossen thuens ist, sich vernemen lassen haben soll, eb [= ehe] und sie in die decleration wollen bewilligen, eehe mueß der erdboden brechen etc. Und noch nit anderst vermercken, dann das dem anschlag, davon wir euer Ft. jungst geschriben, nachgesetzt werden woll, irs gefallens ein reichsabscheid zu machen und denselben handtzuhaben, sich vergleichen, also etliche standt dardurch mit gwaldt zu irer hilf tringen, die bißher sich nit einlassen, sonder still und friden haben wollen etc. Daher warlich unseglich unruwe und beschwården im Hl. Reich der trenung der standt und anderer sachen halben erfolgen mogen, bevorab in diser grosten vorstehenden nott des uberfals der Turcken etc. Es auch noch zur zeit entlich darfur halten, das ongehandlet mit disen standen die andern also fortfaren werden. Ob sich das aber endern und besser zutragen wurd, das wollen wir euer Ft. mit dem ersten berichten, und euer Ft. seien darauf bedacht, uns mit dem allerersten, so es immer möglich, satten bevelch zu geben.

Ob unsere standt von einem abscheid alhie [= *Abreise aus Nürnberg*] handlung furnemen wollten, wes wir uns alsdann halten sollten, dann ain erbar rhat hat zu mermaln alher geschriben und bevolhen, das wir uns von dem begern der stendt der augpurgischen confession verwandt nit sondern, sonder vest und bestandigklich bey den andern stenden halten sollen etc., als wir dann bis alher gethan haben. Und aber in der instruction, den gesanten alher gegeben, wir befunden, das damaln euer Ft. die sachen auch auf ain andern weg bedacht, laut des artickels, den wir euer Ft. hieneben überschicken, der instruction einverleibt<sup>1</sup>, dann wir noch von niemandts solliche mittel anregen gehort, sonder gestrack darauf verharren, das one bestendigen friden und das reformiert recht laut der ksl. declaration disen stenden mitnichten zu helfen seie. Und wir es unsers geringen verstands darfur halten, das, wo es dise weg gewinnen und unser verwante standt umb des willen, das sie zu den reichssachen nit mer gezogen, iren abscheid nemmen wollten, das es nit allain ein andere zusammenkunft der stend erfordern wurd, sonder auch wol zu furdencken sein wollt, was man alhie abschlagen wollt oder nit, auf das nit erfolge, das man dasselb hernach und mit minder, dann jetzo bescheen mag, gelegenheit thuen mueste oder auch mit andern sich also weyt vertieffen, da das halten gleichfalls schwarlich sein wollt.

*Schlussformel.*

In der gulchischen sacht ist hiezwuschen nichts gehandelt dann das die gulchischen die furgeschlagne mittel gewaigert und abgeschlagen.

394 *Weisung der Dreizehn des Rats von Augsburg an Sebastian Seitz und Dr. Claudius Pius Peutingen – (Augsburg), 1543 März 30*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

*Bestätigen Erhalt des Schreibens vom 27. März 1543 (Nr. 392) und bezweifeln nicht, dass die Gesandten ihren Instruktionen nachkommen werden.*

Sunst sehen wir im haupthandl wenig frucht oder trosts, und erfreuet uß der reichsstend uff der babstischen seiten furschlag wenig, dann es gar nichts neues, sonder eben das ist, das hievor die kgl. Mt. und die ksl. commissarien

<sup>1</sup> *Der die Türkenhilfe betr. Passus entstammt nicht der unter Nr. 71 abgedruckten Instruktion, sondern wurde den Gesandten offensichtlich später nachgesandt und liegt als Zettel dem obigen Schreiben bei:* Von der turckenhilf auf disem reichstag. Und ist zu vermueten, die evangelischen stende werden dahin arbeiten und dringen, in khein turckenhilf zu bewilligen, es seyen dann angeregte artickel vorhin erledigt und, wo sich sollichts fuegte, sollen die herrn gesanten auch mit anhangen und helfen, zu erlangung obbemelter puncten treulich handeln. Ob aber sollichts nit zu erlangen were, ee dann das nottwendig werck zurückgestellt und underlassen bleiben sollt, sollen sie ehe helfen, beruerte sachen uff einen längern fridstandt anstellen und zur hilf wider den Turcken rhaten, trostlicher zuversicht, wann wir vor dem Turcken sicher beleiben, die andern feindt werdens auch bey einem gleichen bleiben lassen.

gehandlet. Das nemmen yetzt die andern stend an die hand, und was ist es doch im grund ze reden fur richtikait, wann gleich die babstischen stende bewilligen, die uffgerichteten frieden- und stillstend, auch die ksl. declaracion ze halten, darzu das camergericht visitirn ze lassen und maß darzu ze geben, so doch dasselb alles hievor angeregter gestalt auch geschehen und furgangen, aber zum tail nit geschehen und zum tail gantz unferfenchlich gewest, und die sach ye lenger ye erger worden. Darumb wurd noch die notdorft sein, doruff zu beharren und zu begern, das ain bestendiger frieden durch ksl. und kgl. Mtt., auch gemaine reichsstende aller bis uff diese zeit verloffner handlungen halb zugesagt, die proceß abgeschafft und ain lautere maß und zeit abgeredt und bestimpt werde, welcher zeit und mit was maß die visitacion, reformation und erneuerung des chamergerichts gewießlich und on hindergang geschehen soll. Und also alle diese sach im werckh und nit in schein und worten allain erfolge, damit ain yeder tail darnach gleich recht ze suchen und ze fynden wiss. Wirdt dan yemand ungerecht befunden, der entgeldt es billich.

Das aber gemeldet wurd, wa man sich uff der stende furgeschlagen mittl nit einließ, das der ander tail beschliessen und etlich, die sunst der maynung nit wern, mit einziehen und abfuern mocht etc., das lassen wir vermutungen sein. Aber das sich yemand wider unsern tail on sein besondere bewilligung in den abschied pringen laß, wollen wir uns nit versehen. Darzu wer der sach auch nit geholfen, dann wer unserm tail yetzt genaigt ist, wurd sich ain sollich fallatz [= *Betrug*] nit hindern lassen. Man wurd auch im fall der not leichtlich erkundigen, wes gemuets ain yeder gegen den unsern were, dardurch sich der handl selbs erleutterte. Wölln uns noch besserung von Gott versehen und darumb erwarten, wie hievor geschriben ist. Was sich dann unser tail uff das obgemelt der stende anzaigen entschlossen, wollen wir von euch in schriften berichts gewertig sein.

*Bgmm. und Rat von Augsburg erwarten weitere Nachrichten der Gesandten über die Verhandlungen in Nürnberg, sowohl was die Angelegenheiten der Schmalkaldener als auch was die Reichssachen betrifft.*

*Beiliegender Zettel: Betr. die Refomation in der Pfarre Mindelaltheim benötigt der Rat innerhalb von acht Tagen Bescheid. Dr. Peutingen soll noch eine Zeit lang in Nürnberg bleiben.*

**395 Weisung der Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz von Augsburg an Dr. Claudius Pius Peutingen und Sebastian Seitz – (Augsburg), 1543 März 31**

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

An gestert habt ir uns in schriften zugesandt [*Nr. 393*], wie sich die erorterung des puncten gleichs rechtes und friedes noch stosset und dye bebstischen stende gedencken, in der hauptsach furzefarn, auch weder usschuß, darvon ze

reden noch uff maß ze handeln, wie diese wichtige ding richtig und stracks verstanden werden sollen, zu gedulden. *Die Antwort der evangelischen Stände an die Altgläubigen (Nr. 168–169) erhielten sie durch einen Boten vergangene Nacht.* Synd erschrockliche ding ze hören, dann da sieht man augenscheinlich, was der gegentail gegen uns entlich gesynt, das ist, uns fur ketzer ze halten und keines satten frieds nimmermehr zu vergönnen und also irer gelegenhait zu unserm vertilgen zu erwarten, das ine Gott verpieten wolle.

Und wiewol diese hertikait groß und sich ansehen lässt, als müsst es des gegentails kopf nach hin ausgeen, so können wir doch in unsern verstand nit bringen, das ine möglich sein werde, etwas bestendigs oder fruchtbars allain uff irn tail zu beschliessen, dann fur ains seien sie zu schwach und wird ir hilf allain nichts erschiessen. Fur das ander müssen sie danoch besorgen, ob man hernach nit von ainem jeden bäbstischen stand in sonderhait zusagung aines friedens erlangen möcht etc. Darumb wollen wir die hoffnung besserer handlung noch nit gar fallen lassen.

Im fall aber, das es je den stracken, bösen, rauhen wege geen und erlangen, auch gemaine evangelische stend oder der mehrer tail uff angeregten begerten frieden und rechten beharren und on dasselbig nichts eingeen wurden, als wir wol erachten, so wöllend stracks bei ine pleiben und erwarten, wi Gott fuegt. Dann der articul der instruction ist nit zu versteen, wa sich unser tail on erlangten frieden und recht nit einließ, das alsdan unser mainung were, sich in die turckenhilf zu begeben, sonder hat den verstand und ist auch der buchstaben an ime selbs, das ir dahin raten sollend bei unserm tail etc. Indeß möchtet ir nun sehen, ob es fruchtbar und zu thun sei on verlegung der stende. Söllt ir euch aber ungnad und verdachts befarn, so mögt ir sollichen rat auch underlassen und im namen Gottis bei dem merern der ainigung pleiben. Und darnach, wann kain ander mittl vorhanden, bei den aynigungsverwandten raten und helfen furdern, das ain statliche botschaft zu der ksl. Mt. geschickt und umb handhaben der declaracion und friedens underthenigst angesucht werde. Daß wir euch in eil nit pergen wolten.

Zedul: Wollend euch auch fleissen, wann es ye die rauhen wege erlangen sollt, das ir euch davor mit den stetten underredend, die sachen bedenckend und die hertzen helfend zusammenrichten, in allweg aber, daß kain trennung werde. Datum ut in litteris. [...].

**396** *Bericht von Dr. Claudius Pius Peutingen an Bgmm. und Rat von Augsburg über eine Unterredung mit Kg. Ferdinand – Nürnberg, 1543 April 2*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

*Druck: F. ROTH, Augsburgs Reformationsgeschichte, Bd. 3, S. 98–100, S. 119–122.*

*Audienz bei Kg. Ferdinand in einer Privatsache seines Vaters. Der König lenkte das Gespräch auf Reichsangelegenheiten und beklagte die starre und kompromiss-*

*lose Haltung der Schmalkaldener, die auf seine Vermittlungsbemühungen nicht eingingen und damit riskierten, alles zu verderben. Sie hätten Hg. Heinrich aus seinem Land vertrieben und die Besitztümer von Hochstift und Bf. von Hildesheim eingezogen. Die Städte, denen der König immer gnädig gesinnt war, sollten dieses unrechte Vorgehen nicht verteidigen und unterstützen. Peutinger rechtfertigte in seiner Antwort das Verhalten der Stadt Augsburg, die zur Türkenhilfe bereit sei, falls Friede und Recht im Reich herrschten. Die Schuld am Scheitern der bisherigen Verhandlungen sei bei den Altgläubigen zu suchen.*

**397 Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg an Dr. Claudius Pius Peutinger – (Augsburg), 1543 April 5**

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

Was gesprech die röm. kgl. Mt. mit euch gehalten und wie ir Mt. uns und andern erbern stetten allerlay beschwerdlichs zuemist, haben wir mit betrubtem gemuete aus eurem schreiben [Nr. 396] nach lengs verstanden. Spuren ye lenger ye mehr, was unsere misgonstigen bey röm. ksl. und ir kgl. Mtt. wider uns handeln und practiciren und wie unschuldiglich sie uns in ir Mtt. tragen und verbittern. Das muessen wir Got dem Almechtigen bevelhen.

Daneben aber sehe uns fur gut an, ist auch unser bevelch und maynung, wann ir ferrer durch die kgl. Mt. angesprochen wurd oder ir selbs mit guter gelegenhait zu ir Mt. komen möchten, das ir uns etwas weitleuffigers weder [= als] beschehen ist, entschuldigten, dergestalt das wier nichts liebers wolten sehen, dann das durch alle stende on sorg und mistrauen ainhelliglich zur haubtsach könnndt griffen und furgefaren werden. Ir Mt. konden aber aus kgl. hochbegabtem verstandt genedigist ermesen, dieweil die bebstischen stende in die ksl. declaration nit bewilligen wöllen, was dasselb uff ime truege. Zum andern wer ye war und unwidersprechlich, das wir uns in die christlich verstandt nus ander gestalt nit begeben, dann uns bey dem hl. evangelion und rainem wort Gottes zu erhalten. Und sonst der ksl. und ir kgl. Mtt. in allen zeitlichen sachen alle schuldige, underthenigste gehorsam zu laisten. Das wer durch uns bißher treulich beschehen, gedechten auch, solchs furter als ir beder Mtt. und des Hl. Reichs getreue, gehorsame underthanen zu thun. Wir hetten uns auch vor und nach enderung der religion, on ruem zu melden, dermassen gehalten und ertzaigt, das wir billicher weiß nit verdacht oder beschuldigt werden solten, als ob wir ainichen stand weder haller noch phennig entzogen. Dann das wer wissentlich und war, das wir von der hie gewesnen geistlichen hab und gutern weder wenig nach vill eingezogen und uns zugeaignet hetten. Das brecht die offentlich gethat mit sich. Und müssen all unser predicanten von gemainer unser stat chammergut underhalten.

Was sich aber mit Braunschweig zugetragen, wer ainem ersamen rat laid, das der hertzog den ausgangen mandata nit parirt und dardurch die ainigungsver-

wandten zu geburlicher, zuelassiger defension verursacht hette. So sollen uns auch ir Mt. des verstandts achten und gewißlich darfur halten, das wir uns von den genaden Gottes genugsamlich zu erinnern wissen, das uns weder unterm schein der religion noch sonst geburn wolt, dem von Frankreich, Gulch nach ainichen andern der ksl. oder ir kgl. Mtt. widerwertigen ainiche hilf oder furschub zu thun oder dasselb andern zu verhelfen. Dann wir wussten und erkannten die ksl. und ir kgl. Mtt. allain und sonst nyemandts fur unser rechte, ainig herrn und oberkait, denen gedechten wir auch, wie oben gemelt, in zeitlichen sachen alle underthenigste gehorsam zu laisten.

Wir konden uns auch erinnern, das uns und gemainer stat von dem loblichen hauß Osterreich altzeit guts widerfaren were. Und ob ir Mt. durch unser misgonstigen das widerspil furgetragen wurd, beten wir gantz underthenigst, demselben kainen glauben zu geben, sonder wie bisher unser gnedigster herr zu sein und bleiben. Des erbieten wir uns in aller underthenigkait zu verdinen.

Solchs zaigen wir euch zu mererm nachdenckhen und darumben an, damit ir ir Mt. dahin weisen konden, das wir die gar nit seien, wie ir Mt. uns durch einbildung unser misgonstigen verdenckhen, dann wir, wie oben gemelt, in allen handlungen die religion belangend nichts zeitlichs, sonder allain die eer Gottes gesucht haben.

**398** *Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg an die Räte in Nürnberg – (Augsburg), 1543 April 10*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

*Über den Schriftwechsel zu Friede und Recht zwischen Kg. Ferdinand, den ksl. Kommissaren und den evangelischen Ständen sind sie durch die Gesandten in Nürnberg informiert, ebenso wie über die Verhandlungen mit Nicolas de Granvelle betr. die Bereitstellung von Schießpulver durch Augsburg.*

Und wiert vonnoten sein, wie bisher untzertrent beyeinander zu bleiben und sich in ainich handlung mit dem gegentail nit einzulassen, es werde dann die ksl. declaration begertermaß in den abschied gebracht. Und wiewol sich die röm. kgl. Mt. notdurftig assecuration den unsern zu geben gnedigst erbeut, konden wir doch wie andere nit bedenken, was dieselb die evangelischen stende furtragen [= *nützen*] wurde, wann der gegentail in solch assecuration nit bewilligen wolt. Das aber vermelt wiert, ob die stende unsers tails in betrachtung varwesender [= *vorherrschender*] not sich was bewilligen wurden, was euch unsernhalb zu thun und zu willigen geburn wolle, im selben wollen wir uns gantzlich versehen, die evangelischen stende werden ir notdurft und wolfart nit minder dann bisher mit allen umbstenden und dermassen bewegen, das wir vermittels gotlicher hilf aller gefar halben versichert sein sollen. Darumb, ob durch das merer bey den unsern ain hilf wider die Turken bewilligt und beschlossen wurd, gedenken wir, uns in solchem fall von inen nit zu sondern, doch wöllend

neben andern erbarn stettgesandten helfen furdern, das alle und yede sachen, die zwischen der kgl. Mt., den ksl. commissarien und den unsern abgeredt und beschlossen, durch die ksl. Mt. ratificirt und becreftigt werde. Item, das die hilf durch ain antzall zu fueß und roß und nit durch gelt beschehe. Das auch solche hilf nit sol gelaistet werden, wo die bebstischen stende dieselb vertziehen oder gar nit thun wolten. Item, das das ksl. chammergericht uff ain bestimbte zeit vermog und inhalt der ksl. declaration visitirt und reformirt werde. Item, das alle und yede der ainigungsverwandten stende gerichtlich sachen und proceß, kaine ausgenommen, am ksl. chammergericht so lang suspendirt sein und bleiben sollen, biß die visitation und reformation des chammergerichts obberurter gestalt furgangen.

Ob aber mitlerweil so schwer und wichtige sachen furfielen, die kainen vertzug leiden oder der visitation und reformation erwarten mogen, das alsdan unpartheysch commissarii verordnet werden. Und ob schon dise articul all mit der kgl. Mt. verglichen, aber die andern stende die ksl. declaration nit bewilligen wolten, so sollen ir doch furdern und verhelfen, das die unsern den abschied nit annemen oder darein bewilligen, wie dan die ainigungsverwandte [!] stende solchs ungetzweiffelt fur sich selbs wol wissen zu bedenken. Und was in dem allen das merer wirt, von demselben wollend euch nit sondern.

*Zustimmung zu den Verhandlungen über die Geldernfrage. Was ihre Haltung zum Konflikt zwischen Dänemark und Pommern betrifft, werden sie bald Bescheid geben.*

**399 Dr. Claudius Pius Peutingen und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg – Nürnberg, 1543 April 15**

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

*Seit ihrem Bericht vom 11. April 1543 gibt es keine Neuigkeiten über im Reichsrat vorgebrachte Werbungen.* Allain langt uns glaublich an und sehen es auch taglich, das die andern standt in stätter uebung und werck seindt, iren abscheidt zu machen. Als derselb dann albereydt in das werck gebracht und den stetten, so nit protestierendt sein, furgehalten, auch ob sie wol bedacht daruber begert, so ist inen doch derselbe begerte bedacht abgeschlagen, mit dem furwort, das die kgl. Mt. so häftig darumb hette angehalten und derselb ir Mt. mueste zugestellt werden, sich darinn haben zu ersehen etc. Wir aber versteen es, das sie sorg getragen, die stett wurden davon mit den andern comunciern oder aber, demnach sie vorhin verstanden, das sie sich in hulf also nit konnnten einlassen und dann bey disem abscheidt zu beratschlagen kheine stett gebraucht, das sie, die standt, dann nachmaln den stetten sovil nit bewilligen noch bedacht gestatten davon zu reden, sonder es also haben wollen, was sie, die standt, schliessen, das nach altem harkommen die stett inen sollichs sollen und muessen lassen gefallen etc.

Derwegen gemeine stett ein außschus verordnet, darein wir auch gezogen sein, diese sachen, auch wie disen beswarden jetzo alsbald und hinfuran zu begegnen sein wollt und darwider zu handeln, zu beratschlagen<sup>1</sup>. Wann nun dasselb in das werck gebracht, soll sollichs euer Ft. mit dem ersten zugeschriben werden. Wir befinden laider in disem und mer fällen, die sachen der erbarn stett halben zum hochsten schwarlich und sorgsam und das denselben gnad von Gott, auch verstandt, weyßheit und mannhait sovil vonnoten als vor nie. Dann nit allain der gemein haß und neid dieselben will beschwarlich uberladen, sonder auch sonst mer bedencken furfallen, darinnen gefar und die not sich hauffen, davon in unser ankunft und relation, wils Gott, euer Ft. mer berichts vernemen werden. Dann wir uns entlich aller vermuetzung nach versehen, es solle hie nit lang mer weren, sonder in wenig tagen der vermeinte abscheid erfolgen. Alsdann wirdt menigklich aufbrechen, auch albereyt viler fursten potschaften sich von hinen erhept haben. Den verfolg gibt die zeit.

Weiters wolle euer Ft. wissen, das bey den einigungsverwanten auf die pottschaft, zu der ksl. Mt. zu schicken, auch von der maß derselben instruction, was und sovil die braunschweigkische defension und etlich ander der einigungsverwanten standt beschwarden belangen, beschlossen<sup>2</sup>, aber aus wichtigen ursachen bedacht, das dieselben bottschaft in gemeiner protestierenden namen der declaration und anderer alhie gepflegner handlungen halben abgefertigt und nach verrichtung derselben, was die obberurte defension und anders betrifft, ain nebenwerbung sein solle<sup>3</sup>. Weme aber dieselb bottschaft auferlegt, ist noch zu beschlissen. Ainmal wollen wir allen muglichen vleyß furkheren, das euer

<sup>1</sup> *Bgmm. und Rat von Augsburg billigten in ihrem Schreiben vom 17. April 1543 an die Gesandten in Nürnberg die Bildung eines Ausschusses der alt- und neugläubigen Reichsstädte: [...] Darumb lassen wir uns gantz wol gefallen, das gemeine stett ain ausschuß gemacht, von der sachen zu reden, wie solchen und dergleichen beschwerden zu begegnen sein mag. Und will fürwar uns, den erbern stetten, vor allen andern stenden hoch vonnoten sein, bei disen allergefarlichsten und geschwynden leufden vleissigs aufsehens zu haben, treulich zusammen zu setzen und sich in kainen weeg voneinander trennen zu lassen, dartzu ir von unsern wegen alles vleiß verhelfen sollend, wie wir euch dann ains solchen vilmals erinnert haben. [...]. In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

<sup>2</sup> *Siehe Kap. VIII.C, Nr. 280–281.*

<sup>3</sup> *Zur Abfertigung eines Gesandten der evangelischen Stände zum Kaiser äußerten sich Bgmm. und Rat von Augsburg in ihrem Schreiben vom 17. April an die Gesandten folgendermaßen: [...] Die potschaft in namen aller protestirenden stende zu ksl. Mt. zu schikken hat seinen wege. Wir achten aber, die instruction und werbungen können oder mogen vor aufrichtung und publicirung des abschiedts (weil vil daran gelegen sein wiert) nit wol verfasst werden, es geschehe aber, wann es wolle. So sind wir der untzweifelichen zuversicht, gedachte stend werden ir und aller irer mitverwanten notdurft mit vleiß bedenken und die sachen dahin richten, das nit allain die beschwerdlichen proceß am chamergericht (soferr es disen gegenwurtigen reichstag nit beschehen solt) abgeschafft, die ksl. declaration in wurkung komen, sonder auch uns, den evangelischen*



Ft. und derselben leut verschont werden mug<sup>4</sup>. Was wir aber erhalten werden khunden, gibt die zeit.

Am andern, so ist bei den ainigungsverwandten erregt, das sich zu versehen, so alle und gemeine protestierende ständt den furgenommen abscheidt nit annemen wollen, das und dawider mit protestation und in ander weg ir notturft handeln werden, auch im val, das der ksl. fiscal schon nit procediert, das dannocht die kgl. Mt. bey den standen in sonder umb particular hulf ansuechen wurd. So nun die standt in gemein in sollicher particular hulf sollten unerlangt und unvergwiß fridens und rechtens ir Mt. wilfaren, das wolte dem jetzigen vorhaben gantz zuwider sein. Ob aber etliche standt sich in hulf einlassen wollten und wurden, das wurde gleichsals dem gemeynen werck hinderlich und darzu den uberigen standen, so auf der weygerung verharthen, zue ungnaden und untraglich gereichen. Und darumb fur guet angesehen, das kheine der ainigungsverwante standt, weder offentlig noch heimlich und durch kheine mittel noch weg, in wenig oder vil particular hulf sich bewegen oder bringen sollen lassen [Nr. 276].

In welchem puncten wir diese antwurt gegeben, das wir uns allwegen bißher lassen vernemen, das unsere bevelch dahin gericht, das wir umb erlangung fridens und rechtens bey den andern standen halten und davon uns nit sondern sollten, dem wir dann bißher getreulich gelept. Das aber jetzo der particular hulf und ausserhalb der gemeinen reichshulf angeregt und wie es in kunftig damit gehalten werden sollt, davon hetten wir khain bevelch, hetten auch nit wissen, weiß euer Ft. gelegenheit sein wurd. Wollten es aber an euer Ft. mit erstem gelangen und uns alsdann mit unverwißlicher antwurt vernemen lassen, und mogen euer Ft. ires gemuets uns hieruber berichten. Dann ob sich wol die standt auf etliche abscheidt, hievor bewilligt, ziehen und refferiern, so ist doch mermaln von euer Ft. – in bedencken der nachpurschaft und das one euer Ft. burger groß verderben die osterreichische landt nit zu verlassen gewesen – ain anders und jederzeit nach gelegenheit gehandelt worden, derowegen wir uns dann noch zur zeit und ausser habenden bevelchs auf kunftig väll nichts begeben haben wollen<sup>5</sup>.

---

standen, von ir ksl. Mt. nichts unfuglichs mog zugemessen werden. [...] In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.)*.

<sup>4</sup> Ursprünglich wollten die Schmalkaldener Dr. Claudius Pius Peutingen als Gesandten zum Kaiser abfertigen. Bgmm. und Rat von Augsburg lehnten die Gesandtschaft jedoch ab (Nr. 279).

<sup>5</sup> Bgmm. und Rat von Augsburg kritisierten in ihrem Antwortschreiben an die Gesandten vom 17. April 1543, dass sich die Stadt Augsburg „partikulare“ Hilfszusagen an den König verbieten lassen sollte: [...] Der ainigungsverwandten stende bedenken, das sich kain stand unerlangt fridens und rechtens gegen der kgl. Mt. in ainich particular hulf einlassen soll, tregt allerlay bedenkens uff ime. Dann wiewol wir under anderm ermesen können, das wider einen so mechtigen feind mit particular hulf nichts fruchtbars auszurichten oder statlicher widerstandt zu thun ist, so will doch den erbern

Pommern halben werden euer Ft. aus den zugesanten schriften befinden, das, wa dieser tag alhie sich vor ostern nit enden wurden, das alsdann alhie die erkanntnus gescheen sollt. Und hat darauf der pommerisch schriftlich und mit grosem ernst angehalten und tringt haftig auf die erkantnus, damit er nunner in das funft jar aufgezogen seye. Und darumb alle begern der guetlichkeit halben unverfenglich, demnach er sich damit nit will settigen lassen<sup>6</sup>. Wurdt die notturft erfordern, das euer Ft. sich ihres gemuets vernemmen laß, ob dieselben pommerischen sachen fur religionsachen zu halten oder nit, und wir uns alsdann ferrer wissen in der erkanntnus der notturft zu halten. Wollen nichtdestominder allen vleyß furkeren und hoffen, die erkanntnus solle dißmalen verbleiben, doch muessen wir im val, da sollichs nit beschee, mit bevelch gefast sein, dann darauf die sachen biß alher angestellt worden.

*Sachsen und Hessen warnen die Einungsverwandten vor feindlichen Umtrieben Hg. Heinrichs von Braunschweig und fordern die Bündner zur Bereitstellung weiterer Gelder für die Unterhaltung von Kriegsleuten auf. Die Gesandten der Hgg. von Braunschweig-Lüneburg und Württemberg sowie jene der Städte Straßburg, Augsburg, Frankfurt und Ulm halten das einstweilen nicht für notwendig.*

*Übergriffe gegen die evangelischen Bürger von Metz am Ostersonntag (1543 März 25) im Zuge der Eroberung der Abtei Gorze (im Besitz Gf. Wilhelms von Fürstenberg) durch Soldaten der Hgg. von Guise<sup>7</sup>.*

---

stetten aus vilen wichtigen ursachen schwer fallen, die hand in solchem fall sperren zu lassen. Entgegen aber können wir nit erachten, wann durch alle evangelische stende dieser articul bewilligt [Nr. 276], das wir uns ainig und allain mit nutz oder vortail mochten absondern, wie wir auch dasselb zu thun nit entschlossen, es wer dann, das etliche und merers tails der stende in solch anbringen nit bewilligen wollten, alsdann mochten und sollend ir dest statlicher handeln und helfen furdern, damit wir ditsfals die hand offen behalten. [...]. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.)*. Am 20. April 1543 berichteten Jörg von Stetten und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg zu diesem Thema: [...] Der particular hulf halben ist es gestalt, wie wir euer Ft. jungst geschriben, das gemeine ainigungsverwante standt ainhellig entschlossen, khain particular zue laysten, wir aber haben es bey unserm furtrag bleyben lassen, das wir davon khain bevelch hetten, und sindt bedacht, wo wir nit weyter angefochten, es darbey bleyben zu lassen, euer Ft. mogen nichtsdestominder jederzeit helfen oder nit, wie es derselben gelegen sein will. [...]. In: *Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.)*. Die endgültige Weisung von Bgmm. und Rat von Augsburg ist mit 21. April 1543 datiert und lässt keinen Sonderweg der Augsburger Gesandten in der Frage der „partikularen“ Hilfe zu: [...] Sovil aber die particuar hilf belangt, habt ir in jungst unserm schreiben bevelch empfangen, wann durch alle gemaine evangelische stende beschlossen wurde, sich in ainich particular hilf unerlangt der furgeschlagnen mittel nit eintzulassen, das ir euch alsdann im selben nit absondern sollend. Dabei wirs noch beruhen lassen. [...]. In: *Augsburg, StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.)*. Dieser Weisung vom 21. April 1543 legte der Rat von Augsburg das Antwortschreiben an die Schmalkaldener bei: Nr. 277.

<sup>6</sup> Siehe dazu Kap. VIII.D, vor allem Nr. 292–293.

<sup>7</sup> Siehe Nr. 84b, Anm. 14.

400 *Dr. Claudius Pius Peutingen und Sebastian Seitz an Bgmm. und Rat von Augsburg – Nürnberg, 1543 April 23*

*Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.); DV: Die gesandten aus Nurmberg 23. und 24. Aprilis.*

*Schilderung der mündlichen Verhandlungen und des Schriftwechsels zu Friede und Recht zwischen Kg. Ferdinand und den evangelischen Reichsständen am 22. April 1543 (Nr. 184–185).*

Auf dato [1543 April 23] hat ir Mt. etliche standt beschiden, sonderlich Saxen, Hessen, stät Strasburg, Augspurg und Ulm gesanten, und mit Saxen allain, auch mit Hessen allain gehandelt. Volgendts die drey stett in ir Mt. gemach gefordert und anzeigt, wir westen, wie all sachen ergangen und das ir Mt., auch die ksl. commissarien an nichten es irenthalben erwinden lassen, damit die stend zu einhelligem beschlus mogen kommen. Wir hetten es aber gewaygert. So hette ir Mt. langer nit können verharren, und wer ir Mt. beger, das wir in bedencken der vorsteenden not, auch das ir Mt. disen standen, bevorab den stetten, mit allen gnaden geneigt und denselben von ir Mt. und derselben vorfarn vil guts widerfaren, dieselb ir Mt., teutsche nation und uns selber gegen disem gemainen feindt mit der hulf nit lassen, also das, wa wir je dieselb hulf in kraft des abschidts (das doch ir Mt. am liebsten sehen) nit laysten, jedoch sonsten ergeen lassen und sollichs bey den andern stetten zum besten furdern wollten. Das wollte sich ir Mt. zu den stetten und unsern personen aus den angehorten ursachen versehen und mit gnaden erkennen.

Darauf wir geantwurt, das die stett neben dem puncten fridens und rech- tens, auch sonst in mer fallen in dem begriffnen abschid beschwardt und aus derselben ungleichheit, auch den ursachen, so ir Mt. nunme vilfaltig angetragen, wir zu bewilligen den abschid nit bevelch noch macht hetten. Wir wollen aber diß it Mt. begern unsern herrn und obern zu unser ankunfft mit allem vleyß vermelden und zu dem besten furdern etc. Haben sich sonsten noch etliche wort hin und wider mer zugetragen, als euer Ft. zu unser ankunfft verrer wurd versteen mogen.

Dieweyl nun die reichssachen auf dato am endt, der reichsabschid publiciert ist und die standt der augspurgischen confession und die stett in gemein protestiert, haben wir disen potten mit sollicher zeytung lassen abreyten. Und als wir vernommen, muessen wir noch etlich tag in sachen der verstandtnus alhie beleiben und verharren und uns alsdann erheben und den weg anheimsch nemmen. Got geb sein gnad. Das wollten wir euer Ft. im besten nit verhalten, dieselb uns zu iren diensten wie pflichtig also auch willig hat.

*Der Rat soll einen etwaigen Beschluss in der pommerschen Angelegenheit nach Nürnberg schicken, da die Gesandten noch drei oder vier Tage in der Reichstagsstadt bleiben werden.*

401 *Schlussrelation der Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb und Ogier von Melem vor Bgm. und Rat von Frankfurt über die Verhandlungen der Reichsstände, der Schmalkaldener, der Reichsstädte und der oberrheinischen Kreisstände – Frankfurt, 1543 Mai 8*

*Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 182r–204r (Reinschrift von Sekretärshand mit einigen marg. Ergänzungen); AS fol. 182r: Relation der freund, so auf dem reichstag zu Nurnberg gewesen, uff Dinstag, den 8. Maij anno 43 beschehen.*

*Die thematisch in vier Teile gegliederte Schlussrelation beruht auf den Aufzeichnungen Lambs in den Protokollheften und auf den Folioblättern. Einerseits wird das endgültige Scheitern der Verhandlungen zu Friede und Recht zwischen Kg. Ferdinand und den evangelischen Ständen in der letzten Woche des Reichstags geschildert, andererseits handelt es sich um einen kursorischen Überblick über die Beratungen der verschiedenen ständischen Gremien (Reichsstände, Schmalkaldische Bundesstände, Reichsstädte, oberrheinische Kreisstände) im Gesamtrahmen des Reichstags. Die von Sekretärshand angefertigte Reinschrift enthält häufige Verweise auf Aktennummern (interne Nummerierung der Frankfurter Überlieferung), die hier ohne weitere Kennzeichnung weggelassen werden.*

[183r] *Die Gesandten wurden von Bgm. und Rat von Frankfurt im Dez. 1542 mit Instruktion und Befehl (Nr. 73) nach Nürnberg abgefertigt, um vom Reichstag zu berichten. Da sie bisher regelmäßig Berichte und Akten des Reichstags an ihre Auftraggeber sandten, schildern sie in ihrem Schlussbericht vor allem die Ereignisse seit ihrem letzten Schreiben vom 16. April 1543 bis zu ihrer Abreise aus Nürnberg.*

[183v] *Und damit euer W. di sachen uf das kurtzest soviel moglich und mit unterschied innemen mogen, wollen wir diß unßer relation in vier thail (wie eß dan di weg und gelegenhait der hendel selbs gibt) underscheiden.*

*Und erstlichen euer W. vermelden, wie di furnemsten puncten, nemlich friedenß und rechtens, deßgleichen der hilf widder den Thurcken, zwischen der röm. kgl. Mt., unserm allergenedigsten herren, den stenden der augspurgischen confession und religion und den stenden deß andern thails biß zum ende verhandlet worden, waß auch sonst etlicher anderer sachen halben, so in gemeinem reichsrath furgewallen, bedacht oder beschlossen.*

[184r] *Zum andern, waß bei den einigunßverwanten [!] stenden in derselben sondern sachen gehandelt worden.*

*Zum dritten, waß bei den erbarn frei- und reichsstetten sich zugetragen.*

*Zum vierdten, waß di stende deß reinischen kraiß uf den nehern wormbischen kraißabschiedt [1542 Okt. 28] und sonst nach gelegenhait der hendel, wie sie jetzt uf den tag zu Nurnberg von neuem furgewallen, gehandelt haben etc.*

*Soviel nun den ersten thail und di puncten friedenß und rechtens, auch di begert hilf wider den Thurcken betrifft, haben sich euer W. auß vorigen unsern schreiben und überschickten handlungen genugsam zu erinnern, welchermassen di stende der augspurgischen confession friedenß und rechtens halben uber ir vielfeltigs und vleissigs ansuchen, bitten, erpieten, furgewandte vernunftige,*

gegründte und statliche ursachen gar nichts erlangen und sich derwegen auß mangel bevelchs in di berathschlagung der thurckenhilf nit einlassen mogen, wie auch di stende deß andern thails fur sich selbs und on diße stende zu berathschlagung der hilf gegriffen etc., unnoth daß alleß zu erholen.

[184v] Als sich nun di gedachten stende deß andern thails mit der kgl. Mt. der hilf halben wider den Thurcken verglichen und geschlossen [Nr. 94, Nr. 96-97], hat die kgl. Mt. mit denselben auch der puncten friedens und rechtens halben allerlei handlung gehapt und di dermassen zu versehen understanden, damit sie den stenden von allen thailen annemlich sein und also auch diß thails stende zu bewilligung der berathschlagten hilf wider den Thurcken bewegt werden mochten, wie dan ir Mt. berurten stenden deß andern thails solcher puncten halben ir bedencken in schriften zustellen lassen [Nr. 178], welchs euer W. neben unserm letzten schreiben, deß datum den 16. Aprilis<sup>1</sup>, iungst entpfangen. Und als ir Mt. berurte beede puncten bei denselben stenden so weyt als muglich und ires vermeinens den stenden diß thails auch sollte annemlich gewesen sein, pracht, hat ir Mt. volgends den 18. Aprilis di gesanten der stende der augspurgischen confession zu sich erfordern und den erstlich mundtlichen antzeigen lassen, wie euer W. auß beiligender copley zu vernemen [Nr. 180], darnoch in schriften ubergeben lassen, waß di stende deß andern thails irer Mt. der hilf halben gewilliget und beschlossen hetten [Nr. 94], deßgleichen ein schrift, uf waß maß di puncten friedens und rechtens, auch etliche andere [185r] artickel in diessem reichsabschiedt sollten versehen werden etc. [Nr. 179], welche beyde schriften euer W. wir hieneben ubergeben.

Nochdem aber di gesandten gemelter stende daß alleß ersehen, bewogen und dem verordneten außschuß ferner zu berathschlagen undergeben, haben sie befunden, daß die vorgeschlagenen mittel friedens und rechtens halben inen gar nit annemlich gewesen, auß ursachen in beyligendem deß außschuß bedencken [Nr. 181] vermeldet. Und sich darauf einer kurtzen schriftlichen antwort [Nr. 182] verglichen, di auch alsbald durch etliche verordnete der kgl. Mt. den 20. Aprilis furgedracht. Uf welche ir Mt. nach kurtz gehaptem bedacht ließ widerumb antzeigen: Ir Mt. sehe dißer stende weigerung und abschleglich antwort nit gern, hette sich versehen, die gesandten sollten irer Mt. furschlags und waß sy bei den andern stenden erhalten zufrieden gewest seyn, in betrachtung, daß beyder [185v] puncten friedens und rechtens halben der effect der declaration und diesser stende beger darin begriffen und also in den abschiedt kheme, und sich ir Mt. daruber auch erpotten, dießen stenden fernere urkhundt der noturft nach genediglich mittzethailen. Ir Mt. khondte sich auch nit berichten, das dieße berathschlagung der hilf widder den Turcken den vorigen abschieden zuwider were. So hette eß dißmals nach gelegenheit

<sup>1</sup> Dr. Hieronymus zum Lamb und Ogier von Melem an Bgm. und Rat von Frankfurt, datum Nürnberg, 1543 April 16, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Lambs).

der sachen, zeit und leuft anders nit furgenomen werden mogen. Daß aber sollich berathschlagung in abweßen diesser stende beschehen, hette ir Mt. vast [= *sehr*] ungeru gesehen, auch allen möglichen vleyß (wie di stende wußten) furgewendt, damit sollich berathschlagung von gemeynen stenden samentlich und on sonderung hette furgenomen mogen werden. Darumb hette ir Mt. an solchem khain schulde, dieweyl dan ir Mt. noch anders bei ir nit ermessen khonte, dan daß dieße stende mit irer Mt. furgeschlagen mitlen friedens und rechtens halben genugsam versehen, auch ir Mt. deß genedigen erpietenß wie obgemelt. So were nochmals ir gesynnen, di gesandten wollten dessen der pillichait nach gesettigt sein und den abschiedt annemen etc.

[186r] Und redt demnach di kgl. Mt. selbs: Dieße stende sollten der ksl. Mt. als einem frommen, getreuen und milten kaiser, den sy allweg genedig und aufrichtig befunden, vertrauen und bedencken, waß ansehenß diß bey ksl. Mt. und aller welt wurde haben, wo man daß mißtrauen gegen der ksl. Mt. dermassen öffentlich spuren und das werck der hilf widder den Turcken gantzer theutschen nation zu unwiderpringlichem verderben durch diß thails stende zerruttet und verhindert werden sollte etc.

Diß der kgl. Mt. antzeig nammen di verordneten, an di ubrigen diesser stende gesandten zu pringen, und als sollichs denselben anpracht worden, haben sich di gesanten in gemein darauf widerum einer meinung und schriftlichen antwort [Nr. 183] verglichen, welche euer W. hieneben zu ersehen etc., und di der kgl. Mt. alsbaldt desselben tags samptlich ubergeben. Welche antwort di kgl. Mt. in fernern [186v] bedacht genomen und darauf mit den stenden des andern thails weither handeln lassen und bei denselben ein enderung erhalten. Darauf sy volgends den 22. Aprilis alle gesandten der augspurgischen confessionverwandte stende widerumb zu sich beruffen und den antzeigen lassen, waß ir Mt. uf obgemelt diesser stende ubergebne schrift mit den stenden deß andern thails weyther gehandelt und erhalten, mit genedigem gesynnen, dieße stende wolten dessen gesettigt seyn und den abschiedt mit den andern gehorsamlich annemen etc. [Nr. 184].

Aber darauf geben di gesandten diesser stende nach kurtz gehaptem bedacht widerumb antwort und ließen eß bei voriger irer abschlegigen antwort pleiben, doch bewilligten sy uf der kgl. Mt. genedigs gesynnen alle handlungen, so sich mit inen uf dießem reichstag zugetragen, iren herren und obern mit allem getreuen fleyß anzupringen etc., wie euer W. daß alleß auß beiligender schrift [Nr. 185] eigentlich zu vernemen haben. Und dieweyl diß di letzt handlung und der endtlich abschiedt gewesen, den di kgl. Mt. [187r] mit den gesandten diesser stende samentschaft gemacht, daß di gesandten alle solche handlungen an ire herren und obern mit vleyß und treulich pringen sollten. Und dan wir neben andern gesandten sollichs zu thun auf unß genomen. So erholen wir alle unsere hievor an euer W. gethan schreyben, bericht und uberschickte handlungen und dan dieße relation, und wollen darmit unserm bewilligen, der kgl. Mt. beschehen, statt und ein genugen gethon haben etc.

Über daß alleß hat di kgl. Mt. volgendts tags, den 23. Aprilis, die kfl. sachsischen und di hessischen räth zu sich ervordert, doch jedes theil sonderlich vor die handt genomen und denselben vast ein gleiche meynung (wie wir bericht) aigner person allain furgelalten, nemlich wie ir Mt. allen vleyß furgewandt, damit dieße stende ir beger friedensß und rechtens halben hetten mogen erlangen, eß were aber sollichts bey den andern stenden nit zu erhalten, aber an irer Mt. genedigen willen nie khain mangel gewesen. Daß sollten die gesanten bedenckhen und die handlungen iren herren treulich anpringen und befördern helfen, damit die hilf [187v] von iren herren zum furderlichsten geleist wurde, in erwegung der hochsten und eussersten noth, darin irer Mt. konigreich Hungern und andere erblender gesteltd weren etc. Und solle ir Mt. sich in solchem so hoch und flelich beclagt haben, daß die gesandten rätthe (wie sie hernach berichtet) mit irer Mt. ein sondere erbermd und mitleiden gehapt, doch auß habendem bevelch anderß nichts thun khonden, dan daß sy sich erpotten, sollichts alleß an ire genedigsten und genedigen herrn uf daß allervleissigst und treulichst zu pringen.

Gleicher gestaltd hat ir Mt. alsbald auch di gesandten der stet Straßburg, Augspurg und Ulm erfordert und inen ein gleiche meynung, doch nit so flelich, furgelalten und erzelet, waß die ksl. und ir kgl. Mtt. und dern vorfarn bey den steten allweg gethon etc., mit genedigem gesynnen, sy wollten sollichts den uberigen der stett gesandten auch antzeygen. Als aber die gesandten ermelter stett ire beschwerden, di sy auch ausserhalb der puncten friedensß und rechtens dieses neuen anschlags und der unleidenlichen ungleichheit halben in diessem abschiedt hetten, etwaß weitleuftig angetzogen und sich deß unvermögens beclagt, hat ir Mt. geantwurt, die stett khonten doch mit irem gelt unruhe im Reich helfen anrichten und [188r] fursten vertreyben. Weren sie zum selben vermuglich, sollten sie dißfhals auch helfen, diß were ein almussen etc. Und sollten nit zusehen, daß sie durch die fursten in der einigung nit einmal in ein wust spiel gefueret wurden. Daß auch der braunschweigisch krieg der stett halben ein gut end nemme etc. Letzlich und nach langer disputation ist es dabey auch plieben, daß ermelter stett gesandten sich erpotten, waß derends mit inen gehandelt, an ire obern treulich und mit vleyß zu pringen, auch sollich der kgl. Mt. furhalten an die uberigen der stett gesandten gelangen ze lassen etc.

Dem allem nach und als di kgl. Mt. gesehen, daß bey den gesandten diß thails stende weither nichts zu erhalten gewesen, ist ir Mt. mit eröfnung deß abschiedts furgelalten und denselben noch deß tags, nemlich den 23. Aprilis, ungeverlich umb drei uhren gegen abent in gemeiner reichsversamblung und irer Mt. gegenwirtighait publiciren lassen, mit diesser vorgeender ermanung: Nachdem altem gebrauch noch der abschiedt dieses reichstags verfertigt, so sollte derselbig publicirt werden, und wollte ir Mt. di stende genediglich ersucht haben, denselben gehorsamlich antzuhoren und dem in allen puncten [188v] zu geleben, auch darauf guten frieden und einighait gegeneinander zu halten

und einander von hertzen und mit rechtem treuen zu meynen etc. Daß wollte ir Mt. in genaden erkennen und in guttem nimmer vergessen etc.

Also warde der abschiedt [Nr. 404] verleßen, deß inhalts, wie wir den hiemit euer W. übergeben. Und nach verlesung deß abschiedts prach di kgl. Mt. alsbald auf, ging hinweg und gabe niemandt khain audientz mher. Aber nitdestoweniger haben di gesandten der stende der augspurgischen confession wider solchen abschiedt ein schriftlich protestation alsbald dem meintzischen cantzler öffentlich übergeben, dern copy [Nr. 409] euer W. hieneben zu sehen.

Deßgleichen ist auch beschehen von den gesandten der stende deß reynischen kreys und der erbarn frey- und reichsstett, davon hernach weither meldung beschehen soll.

So haben mundtlich protestirt die gesandten Hg. Moritzen<sup>2</sup>, deß Bf. von Munster, Hg. Otthainrichs [Nr. 411], deß probsts zu Ellwangen, [189r] on die, so nit offentlich in gemeiner versammlung, sonder darvor in rädten oder sonst protestirt haben, dern (wie wir bericht) nit wenig, und darunder auch Pfalltz, Cöln und Trier gewesen sein sollen etc.

Dergestaldt, gonstigen und lieben herren, haben sich unserß wissens berurter puncten friedenß, rechtens und der thurckenhilf halben, auch letzlich mit publicierung deß abschiedts die sachen zugetragen. Es versicht sich aber die kgl. Mt. gantzlich anderß nit, dan diß theils stende werden als christen, unverhindert irer vorgewanten protestation, in betrachtung der hochsten und eussersten noth ire hilf vermög deß abschieds gehorsamlich laysten. Es hat auch ir Mt. hernach sich vernemen lassen und etlichen gesandten dieser stende selbs gesagt, der abschiedt solle diesen stenden (unangesehen daß di gesandten den nit angenommen) nitdestoweniger in allen puncten, als mit der suspension der process an dem jetzigen ksl. chamengericht und sonst, gehalten werden.

[189v] Und ist darauf (wie unß glaublich und mit gutem bestandt angelangt) der H. Naves an das chamengericht abgefertigt, chamerrichter und beysitzern ernstlich zu untersagen und zu bevelhen, daß sy vielgemeltem abschiedt vestiglich geleben und nachkhomen und in allen diesser stende rechthenhigen und kunftigen sachen inhalt deß abschiedts stillstanden und sich alleß procediren und erkennens gantzlich enthalten etc.

Was nun hierauf diß thails stenden der hilf halben khunftiglich zu thun oder zu lassen, achten wir, das werde uf der vereinigten stende und der stett tegen, so in kurtzem gehalten werden sollen (wie euer W. auß folgenden handlungen weither zu vernemen), zu bedenckhen und zu berathschlagen sein. Und als in obgemeltem reichsabschiedt meldung beschicht, daß die peß an der Thonaw, auch sonst di bevestigungen in Hungern besetzt und verwaret werden sollen, so übergeben wir euer W. hiemit ein verzeichnuß [Nr. 93], wie die kgl. Mt. den stenden die peß und flecken zu der besatzung ernennet etc. Und wollen hiemit

<sup>2</sup> Siehe Nr. 86a, Anm. 12.



di relation berurter furnemsten puncten friedens, rechtens und der hilf wider den Thurcken beschlossen und geendet haben.

[190r] Was sonst mher puncten in vielgemeltem reichsabschiedt begriffen, als von der muntz, ringerung der anschleg, stym und session und dergleichen (di euer W. in verlesung deß abschieds genugsam zu vernemen), bedorfen khainer sondern relation. Wir wissen auch gleichwol nit, wie dieselben beratschlagt worden, dieweyl weder di einigunßverwandten stende noch die stett die iren darbey gehapt.

Soviel aber die andern sachen belangt, so auch in gemeynem reichsrath furgevallen und tractirt worden, davon wollen wir euer W. nachfolgenden summarischen und kurtzen bericht thun:

Und anfangs so haben sich euer W. auß unserm vorigen schreyben und uberschickten handlung zu erinnern, waß der röm. ksl. Mt., unserß allernedigsten herren, orator, der H. von Granvell, von wegen irer ksl. Mt. bey den reichsstenden deß Kg. in Franckreich und deß Hg. zu Gulch halben zeitlich proponirt, furpracht und begert hat [Nr. 197], welche proposition und anpringen gleichwol die stende also hinschleichen und unberathschlagt ersitzen lassen, biß zuletzt im end deß reichstags der ksl. orator umb antwurt angehalten. Haben sie sich einer antwurt verglichen und die [190v] den stetten furhalten lassen, inhalt beyligender schrift [Nr. 200], und dieselbig volgends (als wir bericht) dem ksl. oratori gegeben. Was sich aber derselbig darauf vernemen lassen, haben wir khain wissens.

Es hat auch der gewesen pfenningmeister der eylenden hilf widder den Thurckhen [= *Schutzbar*], zu Regenspurg [1541] jungst bewilligt, den stenden ferner bericht, antzeig und rechnung [Nr. 125] ubergeben, dessen wir aber letztlich in der eyl und viele der gescheften khain abschrieft bekhomen mögen.

So hat die kgl. Mt. den 20. Aprilis beyligende vertzeichnuß deßjenen, so sy uf den negsten hievor zu Nurnberg gemachten reichsabschiedt uf underhaltung deß winterlegers gewent [Nr. 136], den stenden ubergeben und erstattung desselben cösten begeren lassen. Ob aber oder waß darauf von den stenden fur ein antwurt gefallen, haben wir gar kain wissens. So ist auch nichts darvon in den abschiedt khomen.

Uf erstgemelten tag, den 20. Aprilis, ist auch ein schrift von der Kgn. Marien gesandten ubergeben worden, darin sy entschuldigen, daß der burgundisch krayß zu der nechsten thurckenhilf nichts gethon, und erpieten sich von wegen deß hauß Brabandts solcher und dergleichen reichsanlagen und steuern halben uf leidlich maß und weg, doch mit einem [191r] verstandt mit den reichsstenden zu vergleichen etc., ferners inhalts beyligender derselben schrift [Nr. 106]. Aber hierauf ist unsers wissens auch nichts weither gevolt.

Dye forderung deß Kf. zu Brandenburg, seiner kfl. Gn. außstenden schulden deß negsten zugs betreffen, ist uf obgemelten 20. Aprilis in gemeyner versamblung antzeigt worden. Die stende hetten bedacht, daß sein kfl. Gn. zu pitten were stillzusteem und geduldt zu tragen. Biß di vergleichnug deß gemeynen

pfennigs gemacht und der außstande von den ungehorsamen einpracht, sollte alsdan sein kfl. Gn. darvon betzalt werden etc. Wissen auch nit anderß, dan eß seye bey diesser antwurt plieben.

Soviel aber di vorderungen der obersten leuthenanten, bevelchs- und etlicher kriegsleuth belangt, haben euer W. auß unserm neheren und vorigen schreyben sich zu erinnern, warauf domals di sachen irer forderung halben gestanden, waran eß auch der vergleichung und vorgeschlagen mittel irenthalben erwunnen. Also ist di sach letztlich dahin geratten, daß nun dieselben zu Nurnberg auß der herberig gelösst und inen der ausssteenden [191v] summen und schulden bekhanntnussen zugestelt, mit dem vertrauten, daß sy von dem rest, der in den krayßstruhen uberigen befunden oder von demjhenigen, so der ksl. fiscal von den ungehorsamen einpringen wurd, betzalt werden sollen etc.

Damit sie aber auß der herberig geleßt werden mochten, ist bei den stenden fur gut bedacht und den stetten antzeigt worden, daß darzu ein cleine und geringe anlag under den stenden uf maß und weg, wie euer W. daß in einem sondern artickhel deß stettabschiedts vernemen werden, gemacht wurde etc., welchens inen der stett gesanten auß sonderm bedenckhen und ursachen, derselben abschiedt inverleibt, gemeinlich gefallen lassen, welchem wir allain von wegen euer W. in erwegung angeregter bewegenden ursachen und den unglimpf abzuwenden nit haben wollen zuwidder seyn. Und ist sollich anlag euer W. uf 9 fl. 45 kr. geloffen.

Weither warde uf obbenanten 20. Aprilis in gemeyner versamblung auch vermeldet, wie gemeyne stende fur rathsam angesehen, daß di acht, zwischen dem verstorbnen meister theutsch ordens und hohenmeister in Breussen und dan Mgf. Albrechten zu Brandenburg an dem ksl. chamergerecht ergangen, allem [192r] friedlichen wesen zuguttem und damit das werck der hilf widder den Thurcken desto minder verhindert wurde, uf ein jhar suspendirt sein sollte [Nr. 301h] etc. Darwider aber der gesant deß verstorbnen theutschen meysters offentlich protestirt [Nr. 301g].

So ist in der mastrichischen sachen der armen Vrentzen uber vielfaltig nachlauffen und anhalten der partheyen letztlich diesser bescheid [Nr. 302f] gefallen: Nachdem die stende in erwegung der sachen fur das best und nutzlichst bedacht, das dieselbig vertragen und die Vrentzen der gepur nach einmol zufriden gestelt wurden, so hette man aber befunden, das Libertus Vrentz und di frau, so allein gegenwirtig waren, nit bevelch hetten, sich von aller wegen zu vertragen. Darumb wäre bedacht, daß dieselben entweders alle consortes oder von aller wegen bevelch uf den angesetzten visitationtag pringen sollten, daselbst gutlicher handlung zu gewarten. Im fhall aber, do di gutte zerschlagen, sollten dan di commissarien und visitatores bevelch haben, chammerrichter und beysitzern zu iniungirn und zu bevahlen [192v] der partheyen furderlichs rathens und umb execution zu verhelfen etc.

Soviel dan den krieg zwischen Brabant und Gulch belangt, haben euer W. auß unsern schreyben zu vielmaln verstanden, waß jederzeit derselbigen

sachen halb gehandelt worden. Darauf sie aber hernach bestanden und zu waß anstandt sie letztlich pracht, werden euer W. auß beyligender verzeichnuß mit der kurtze zu vernemen haben. Wir sein der copey dieseß vertrags oder anstands [Nr. 235], wie der aufgericht worden, von H. Jacob Sturmen gewertig. So unß di zukhompt, soll sy euer W. unverhalten pleiben.

Waß sonst von den stenden fur supplicationes ringerung der anschleg und anderer beschwerden halben particulariter furpracht und ubergeben, die sein alle (dem alten geprauch nach) unbeantwort liegen pleiben und uf khonftige kreyß- oder reichsteg verschoben worden etc. Und deß soviel di gemeynen reichshendel thut belangen.

[193r] Demnach zu dem andern thail diesser relation und den sondern handlungen der einigungsverwanten stende zu khommen, wollen wir euer W. mit weithleuffiger antzeig nit ufhalten, dieweyl in dem abschiedt diesser stende [Nr. 418] alle und jede puncten, so bey inen furgefallen, unterschiedlich und noch der leng genugsamlich außgefhuert werden, sonder allain waß euer W. sonderlich belangen mochte und darinn sy uns zu zeytten in sonderhait bevelch zugeschrieben oder davon sie hievor von unß khain bericht oder copey entpfangen. Und von demjhenen, so sich seith unserm letzten schreyben zugetragen hat, kurtze meldung thun.

Und erstlich, soviel di puncten friedens und rechtenß in der gemein belangt, lassen wir eß bei obbeschehener unser antzeig, darbei ubergebenen schriften und der vereynigten stende jetz zu Nurnberg gemachten abschiedt (davon hernach ferner meldung beschehen soll) pleiben.

[193v] *Reichskammergericht: Es wurde nicht eindeutig geklärt, wie sich jene Schmalkaldischen Bundesstände zu verhalten hätten, die trotz Rekusation des Reichskammergerichts von Prozessen bedroht sind. Einige Städte (Frankfurt, Straßburg, Konstanz, Schwäbisch Hall, Esslingen) erhielten Vorladungen des Reichskammergerichts.*

[194v] *Die Gesandten erhielten von ihren Auftraggebern den Befehl, den dritten Doppelmonat der Bundesanlage nur im Notfall zu bewilligen. Mit diesem Auftrag wandten sie sich direkt an die hessischen Räte, um einen Präzedenzfall in der allgemeinen Bundesversammlung zu vermeiden. Die hessischen Räte stellten eine Urkunde für sie aus.*

[195r] *Die Forderung der kursächsischen Räte nach weittragenden Vollmachten der Gesandten bei der nächsten Schmalkaldischen Bundesversammlung wurde von den Städten abgelehnt. Kompromiss: Die Vollmachten der Gesandten sollen sich nur auf die Artikel des Schmalkaldischen Bundesabschieds von Nürnberg und die im Ausschreiben der Bundeshauptleute genannten Themen beziehen.*

[195v] *Es wurde abermals verabsäumt, die in früheren Schmalkaldischen Bundesabschieden angesprochene Konfliktregelung innerhalb des Bundes einer Lösung zuzuführen. Verschiebung auf die nächste Tagung.*

[196r] *Alle anderen von den Schmalkaldenern beratenen Themen sind dem Abschied (Nr. 418) zu entnehmen. Sonderregelung für Privatpersonen, die sich*

trotz der allgemeinen Rekusation in Prozesse am Kammergericht einlassen (siehe den Nebenabschied im Anhang zu Nr. 418). Beschlüsse betr. den Konflikt zwischen Esslingen und dem Hg. von Württemberg.

[196v–198r] Die Gesandten übersenden dem Rat von Frankfurt folgende Akten: Hessische Abrechnung über die Bundesanlagen, Konflikt zwischen dem Kg. von Dänemark und der Kgn. Maria, Konflikt der Hgg. von Pommern mit dem Kg. von Dänemark um Rügen, zwei Supplikationen der Stadt Goslar, zwei Schreiben der Schmalkaldischen Bundesverwandten an Karl V.

[198r] Und dieweyl die gesandten diesser stende in erfharung khomen, daß der H. Naves in kurtzem und den negsten von Speyer auß uf Genua der ksl. Mt. entgegenzuziehen willens were und villedicht von der kgl. Mt. solichs in bevelch hette, haben sie nit underlassen, etlich auß inen zu demselben zu verordnen und ime ein copeny irer protestation wider diessen reichsabschiedt [Nr. 409] übergeben, desselbigen ursach vermelden und bitten lassen, daß er diesse stende solches protestirens und nitannemens halben, auß erzelten ursachen beschehen, bey der ksl. Mt. zum besten wollte entschuldigen. Dartzu sich [198v] gedachter H. Naves gantz gutwillig erbotten und darneben mit etwaß vielen worten angezeigt, daß diese stende ein gantz genedigsten kayser hetten und daß ir ksl. Mt. inen, den stenden, die declaration, so inen nit heimlich, sonder mit wissen deß Ebf. von Meintz, deß Kf. zu Brandenburg und etlicher anderer fursten gegeben were, gewißlich halten und sie daruber nit beschwern lassen wurde etc. und noch andere dergleichen viel hofflicher reden getrieben. Er hat auch den gesandten ein furschrift an etliche an der ksl. Mt. hof mitgetheilt, zu forderung deßjhenigen, den diese stende mit obgemelten schriften an di ksl. Mt. abfertigen werden, ob villedicht derselbig ehe dan er, Naves, an der ksl. Mt. hoff kheme. Daß alleß die verordneten von ime zu danck angenommen.

Und wollen hiemit den andern thail diesser relation, soviel der einigungßverwante stende sonder sachen belangt, dißmals beschlossen haben. [...].

[199r] Demnach zu dem dritten thail gegenwürtiger relation und zu der erbarn freyen und reichstett handlungen zu schreiten. Die Gesandten übersenden den Abschied der Reichsstädte (Nr. 417), der eine Zusammenfassung der Verhandlungen enthält.

Betr. das Gutachten von Dr. Hieronymus zum Lamb und Dr. Grempe zu Session und Stimme der Reichsstädte: [199v] Und wir aber denselben [Ratschlag], dieweyl er ser lang, ufs letzt in der eyl nit gar ad mundum haben khonden abschreiben lassen, so sein wir desselben in kurtzem von Straßburg (do er on daß auch laut deß abschiedts getruckt werden soll) gewertig. So unß dan der zukhompt, soll er euer W. uberantwort werden.

Die Gesandten übersenden die Protestation der Reichsstädte gegen den Reichsabschied samt dem Protestationsinstrument (Nr. 408).

Nachdem auch di gesandten der stat Eßlingen abermals bey den stetten der beschwerden und trangsals halben, so ermelter stat von dem Hg. zu Wirtemberg begegnet umb rath und hilf angesucht, ist derselbigen suchung, [200r] und

waß darauf von der stett gesandten bedacht, auß bewegenden ursachen in ein sondern beyabschiedt pracht, welchen euer W. hieneben zu sehen<sup>3</sup>. Und fur rathsam angesehen worden, daß derselbig dißmals allain den außschreybenden steten mitgethaildt, aber von inen hernach im außschreyben deß negsten stetttags den überigen stetten auch überschickt wurde, die iren darauf mit bevelch haben abzufertigen etc. Dem werden euer W. wol nochzukhomen wissen.

*Antwort des Städterates an die Gesandten von Ulm wegen des Konflikts mit Überlingen.*

[200v] 26. April 1543: Beratungen über Termin und Malstatt des nächsten Städtetages.

[201r] *Ein Verbot des Kantengießers (= Metallgießer) Handwerks im Städteabschied ist nicht nötig, da sie in anderen Städten zugelassen und unter die Zünfte aufgenommen werden.*

[201v] Demnach den vierdten und letzsten thail diesser relation und di handlungen deß reinischen kreyß an di handt zu nemen und mit der kurtz zu absolviren. *Die Gesandten übersenden den Abschied des Oberrheinischen Kreises (Nr. 415) und die dazu gehörenden Akten, darunter die Protestation der oberrheinischen Kreisstände gegen den Reichsabschied (Nr. 410)*

[202v–203r] *Weitere Akten zu Privatangelegenheiten.*

[203v–204r] *Naves suchte bei den Frankfurter Gesandten nicht noch einmal um Schießpulver an, weshalb die Angelegenheit einstweilen auf sich beruht.*

*Falls es nötig sein sollte, erbierten sich die Gesandten zu weiterer Berichterstattung. Die Akten, welche sie aus der Frankfurter Kanzlei während des Reichstags erhielten, retournierten sie bereits wieder an den Rat.*

Actum et relatum den 8. Maij anno etc. 1543.

<sup>3</sup> *Zusammenfassung der Verhandlungen Esslingens mit den Gesandten der Reichsstädte (von 24. Febr. bis 9. April 1543), actum Nürnberg, 1543 April 9, in: Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 67r–68v (Konz.); DV fol. 68v: Sumarische verzeichnis, was bey der erbarn frey- und reichstett gesanten potschaften von der erbarn stat Eßlingen wegen auf dem reichstag zu Nürmperg 1543 furpracht und wider zu antwort darauf gefallen. Nota: ist den 4 außschreibenden stetten also zugestellt, den andern neben außschreibung des kunftigen stettags zu überschicken.*

402 *Schlussrelation des Straßburger Gesandten Jakob Sturm vor Bgm. und Rat von Straßburg über die Abschiede zu Ende des Reichstags – vorgetragene Straßburg, 1543 Mai 9 bis Mai 18*

*Straßburg AM, 1 R 5, 1543 (= Ratsprotokolle 1543), fol. 185rv, fol. 190v–194v, fol. 199v–200v (Reinschr. v.d.Hd. des Stadtschreibers J. Meyer und von Michel Han).*

*Teilw. Druck: O. WINCKELMANN, Politische Correspondenz, Bd. 3, Nr. 331, S. 348–350.*

[1 R 5, 1543, fol. 185r–186r, Ratssitzung 1543 Mai 9] H. Jacob Sturm, alß der uf dem reichstag gewesen, zeigt erstlich an, der abschied syen vier: Der erst die turckhenhilf belangen, deßgleichen frid und recht, den aber die andern stend hinder sich zu pringen genomen [Nr. 404]. Der reinisch kreiß und alle stet haben den gar nit angenommen. Danach sy ein abschied deß reinischen kreiß [Nr. 415], dan einer protestierenden iren sachen und auch die reichshandel belangen [Nr. 418], danach einer under den stetten [Nr. 417]. Und dieweil aber wenig herrn vorhanden, ist umbgefragt und erkhent, dieweil am reinischen abschied nit so hoch gelegen, soll man denselben jetz horen und die andern zu andern tagen, so die herrn beyeinander.

Und hat H. Jacob Sturm anzeigt, demnach man wiß, wie zu Speir die anlag und turckhenhilf bewilligt und man zu Nurnbergk wider zusammenkhomen soll, zu sehen, wie es sich umb die anlagen helt, die zu höhern oder zu mindern, und das zu Nurnbergk befunden, das etlich chur- und fursten dhain truch ufgemacht, sonder ir volck geschickt und selbs besoldet, das die vergleichung nit beschehen mogen. Derhalben man ein ander hilf bedacht, welcher abschied von allen stenden und sonderlich den steten nit angenommen, wie dieselbig relation das geben. Im selben der reinisch kreiß am mheisten beschwert und den abschied nit angenommen, sonder ein kreißtag ußgeschriben, uf demselben einhelliglich beschlossen, das rest in der truchen hinab zu schickhen [...]¹.

[1 R 5, 1543, fol. 190v–194v, Ratssitzung 1543 Mai 14] H. Jacob Sturm: Man hab nochmals gehort, was uf jungstem reichstag fur ein abschied von dem reinischen kreiß gemacht. So syen auch drey abschied, einer, den die reichsstend, so nit protestierendt sind, einer, den die protestierenden, der drit, so gemeine frey- und reichsstet gemacht. Und will er den, so die stend usserthhalb der protestierenden gemacht [Nr. 404], zum ersten furnemen.

Und also der konig sein erste proposition [Nr. 43] gethan, im den costen deß winterlegers zu bezallen und ferer hilf zu thun. Daruff haben die protestierenden ein supplication [Nr. 152] ubergeben, ein bestendigen friden und gleichmessig recht begert, wie man dasselb, wie die schriften ufeinander gangen und hieher geschickt worden [vernommen], darin dan nach lengs die mengel deß fridens und des rechtens parteilicheit erzelt. Und es zuletzt dahin komen, das man

¹ *Es folgen weitere Bestimmungen des rheinischen Kreisabschieds.*

daruff behar, der friden sey genugsam, so kund man die camergerichtspersonen nit abschaffen, aber man woll es visitieren etc. Und wiewoll dieser teil sich des benugen lassen wollen uf die beschehen vertrostung, das die ksl. Mt. die weg furnemen, das dise beysitzer urlaub haben werden, allein das man in abschid setzte, das der frid gehalten und die visitation geschehen solt nach inhalt der abschid und declaration. Es haben aber die andern stend das wort „declaration“ nit im abschid haben wollen. Syen also furgefaren in abwesen der protestierenden stend, die sich auch nit einlassen wollen. Dieweil die obgemelt meynung nit geen wollen, mit begreiffung deß abschids furgefaren.

*Schilderung der erfolglos verlaufenden Verhandlungen zwischen Kg. Ferdinand und den evangelischen Reichsständen vom 18. bis zum 23. April.* Daruff der konig gesagt, er must es gedulden, wolt sich aber versehen, so die not sich zutrieg, man wurde der christenheit zugut die hilf leisten und sie, die gesandten, sollten es bey iren herrn dahin furdern. Hab man sich erpoten, an ire herrn zu pringen, aber dhain hoffnung geben. *Danach suchte der König bei den Gesandten Württembergs, Hessens, Kursachsens und jenen der Städte Straßburg, Augsburg und Ulm nochmals einzeln an, ihre Auftraggeber zur Leistung der Türkenhilfe zu bewegen.*

Darnach sey er hinab geriten, den abschid lesen lassen und da er biß an die botschaften khomen, sey er ufgestanden, gesagt, es sey gnug und davon gegangen. Da der alt sächssisch cantzler<sup>2</sup> gesagt, er solt sie horen, dem er geantwort, sie sollten es in schriften geben. Also hetten Sachsen und Hessen von wegen der protestierenden, danach der reinisch kreiß und etlich ander stend, sodan er, H. Jacob, von wegen der stet ain protestation übergeben. Und also die von Nurnberg und Ulm zum mentzischen cantzler gesagt, er solt sie nit in abschied setzen, het der geantwort, wer sich in der cantzlei angeben, den würde er darein setzen. Daruff er, H. Jacob, gesagt: „Her cantzler, warumb wolt ir einen in abschid setzen, der den nit angenommen? Ir habt mich in jungsten [*Reichsabschied*] auch gesetzt, uber das ich den nit angenommen.“ Daruff der cantzler gesagt: „Wer wolt mir sagen, wan ir einmal gehorsam sein wolt?“ Dem er, H. Jacob, wider geantwort: „Wan ir gleichmessige abschid machen und die halten, so wollen wirs auch annemen. Ir machen abschid, die unpillich, ungleich und den vorigen zuwider und halten die darzu nit, darumb khonden wir die auch nit annemen, und ist dhein ungehorsam.“ Sey damit hinweg.

Ist der reichsabschid nach lengs gelesen worden und dan die drey protestationen, so alle protestierenden stend [*Nr. 409*], die kraißstend des reinischen kraises [*Nr. 410*] und alle reichsstett [*Nr. 408*] auf den verlesenen abschid übergeben haben.

Nach diesem hat H. Jacob in ainer summa erzelt, waß in den kriegssachen und irrungen zwischen ksl. Mt. und dem hauß Brabandt an ainem und dem Hg. von Gullch durch den verordneten ausschuß gehandelt worden, was fur mittel furgeschlagen, aber nit erhebt werden möchten etc., also das Trier, Payern

<sup>2</sup> Dr. Melchior von Ossa.

und andere mehr von den underhändlern alberaith verritten gewesen. Hab doch zuletzt Christoff von Venningen, der wirtempergisch gesandt, Collen, Meintz, Pfaltz, Sachsen<sup>3</sup> und ine, H. Jacoben, widerumb zusammenbracht, mit dem Granvellen weither gehandelt. Und sei erst am Sampstag, den 28. Aprilen, umb 10 horen ain anstand [Nr. 235] getroffen und bewilligt, der auf den 12. tag post datum angeen soll und weren, biß ksl. Mt. ins Reich teutscher nation khome, und dan von derselben zeit an zwen monath lenger weren. So ine dan die ksl. Mt. nach solchen zweyen monathen lenger erstrecken will, stee zu irer Mt.; wöll ine aber dieselb alsdann abkhunden nach außgang der zwayer monathen, mög sies thun. Doch das es dem hertzog in sein hofleger verkundet und dan 15 tag danach nichts thätlichs gegen ime gehandelt soll werden etc. Notum: Der hertzog soll der Kgn. Marien pro vadimonio das stätlin Sittart eingeben, alles lut der lateinischen copien, so vorhanden seyen etc. Item es sollen Kff., Ff. und stend (so auch meine herren mit inen) ain pottschaft zu ksl. Mt. ordnen, auf ain endtlichen friden handeln, wiewoll er, H. Jacob, solches alles nit angenommen oder bekreftigt, meine hern ze pinden, sonder allain versiglet und unterschriben als zu ainem zeugnuß. Stee zu den stenden, also auch zu meinen hern, ob sie also schiken wöllen oder nit.

Notum: Hat weither erzelt, uff was maß die andern stend des Reichs den gesandten der stett furgehalten, das sie geschlossen, dem H. Granvellen uff sein proposition [Nr. 197] der ksl. Mt. halb antwort ze geben. Da nun die stett dieselben des Kg. von Franckenreich und anderer ursachen halben beswerlich finden, haben sie zu fuglicher außflucht der beschlossnen antwort inen abschrift ze geben begert, sich darinn zu ersehen und dan irer gelegenheit zu halten [Nr. 201] etc. Haben woll gedacht, man wurd inen abschlagen. Das sei auch beschehen, und haben die stend die antwort one der stettgesandten zuthun gegeben [Nr. 200].

Neben disem, sagt er, syen noch zwen abschid der verainigten stend [Nr. 418] und aller reichsstett etc. [Nr. 417]. Sagt der H. Amann, biß Mitwoch wöll man mehr hören.

[1 R 5, 1543, fol. 199v–200r, Ratssitzung 1543 Mai 18] Hat H. Jacob Sturm further referiert. Ist nämblich der erbarn frei- und reichsstetten sonderer abschid [Nr. 417] gelesen und von ime, H. Jacoben, zu allen puncten notturftige erklärung beschehen. Dabei ist auch die begriffne nottel des ausschreibens des kunftigen stettags halben, so den 17. Junij zu Frankfurt gehalten soll werden, gelesen, umbgefragt und erklärt, herren ze ordnen, die daruber sitzen, ain außzug machen, was weither zu bedencken und sonderlich den puncten des kunftigen stettags ausschreibens halb furderlichen an die handt nehmen. Zu bedenken, ob man es bei dem ernänten termin wöll lassen pleiben oder

<sup>3</sup> Bei der Aufzählung der kfl. Gesandten, die bis zum Schluss an den Verhandlungen für einen Waffenstillstand teilnahmen und diesen unterzeichneten, fehlt irrtümlich der kurbrandenburgische Vertreter Leonhard Keller.



erstrecken, damit man die ausschreiben geen lassen oder sich mit den andern dreyen ausschreibenden stetten der erstreckung vergleichen möge. Dabei soll man auch bedencken, ob man den stetten Bisantz, Thull und Verdun solchen stettag auß bewegenden ursachen zuschreiben wöll, und namblich dieweil sie nun vil täge nit besucht und sich ir etliche an andere herschaften hencken sollen etc. Notum: Mit Frankfurt möchte man sich jetzt alhie vergleichen, wer Wormbs beschreiben solt, darmit sie nit wie hievor mehr durch meine hern und Frankfurt und also mit duppeln costen beschriben wurden.

Nach disem ist der verainigten stend abschide [*Nr. 418*] auch gelesen. Hat er, H. Jacob, abermals auf alle und jede puncten notwendigen bericht und erklärung gethan. Ist der nebenabschid auch gelesen. Eßlingen halb etc. erkent wie obgemelt. Daruber ze ordnen die puncten, so weithers bedenckens bedörfen, außzeziehen und furderlichen zu bedencken, je das nötigst zum ersten. H. Jacob Sturm, H. Mathis Geiger und H. Jacob Geyger.

Hieneben hat er auch erzelt, was ine allerseits fur vererungen geschehen, inen die von Nurmberg, der rath und sondere personen, allen guten willen bewisen haben. Gott vergelts. Amen.

## XII.I Korrespondenzliste

### 403 Korrespondenzliste

*In der Liste sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die in den besuchten Archiven vorhandenen Korrespondenzen verzeichnet, die in erster Linie den Reichstag betreffen, aber auch Einblick in die zeitgleich in Nürnberg stattfindenden Beratungen der Schmalkaldischen Bundesstände, der Reichskreise und der Reichsstädte geben. Die Anordnung ist alphabetisch nach Reichsständen, nicht nach archivalischen Fundorten gegliedert. Innerhalb der Korrespondenzen wird unterschieden in: a) Berichte der Gesandten an ihre Auftraggeber (auch im Vorfeld des Reichstags: Vorbereitung), b) Weisungen der Auftraggeber an ihre Räte, c) Korrespondenzen zwischen den Reichsständen oder mit Kg. Ferdinand. Die ungefähren Stückzahlen der Schreiben vermitteln eine Vorstellung vom Umfang des vorhandenen Aktenmaterials. Bei Kursachsen und Hessen ist wegen der Dichte der Korrespondenz und der Vielzahl der behandelten Themen eine Zählung der Schreiben nicht sinnvoll. Die Archivangaben enthalten nur Hinweise auf die Faszikel, die Korrespondenzen zum Reichstag enthalten, auf Folioangaben wurde aus Platzgründen verzichtet. Schreiben, die im vorliegenden Band (Angabe der Aktennummer) oder in anderen Editionen abgedruckt sind werden unter der Bezeichnung „Druck“ subsumiert.*

#### 1. Augsburg (Reichsstadt)

1a. *Gesandte: Dr. Lukas Ulstett, Jörg von Stetten, Dr. Claudius Pius Peutingen, Sebastian Seitz. Adressaten: Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz, Baumeister und geheime Räte von Augsburg, die Dreizehn von Augsburg.*

*10 Berichte Dr. Lukas Ulstetts; 6 Berichte Dr. Claudius Pius Peutingers; 1 Bericht Sebastian Seitz', 1 Bericht Jörgs von Stetten; 30 gemeinsame Berichte der Gesandten: 1543 Jan. 7 bis 1543 April 29.*

*Auszüge aus den Augsburger Ratsbüchern: 1543 Jan. 11 bis März 27.*

*In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf.).*

*Druck: Nr. 191, Nr. 260, Nr. 269–270, Nr. 384, Nr. 386, Nr. 390, Nr. 392–393, Nr. 396, Nr. 399–400. F. ROTH, Augsburgs Reformationsgeschichte, Bd. 3, S. 119–122.*

1b. *32 Weisungen der Bgmm. Hans Welser und Mang Seitz und des Rats von Augsburg, der geheimen Räte oder der Dreizehn von Augsburg an die Gesandten: 1543 Jan. 14 bis April 25.*

*In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

*Druck: Nr. 268, Nr. 387, Nr. 389, Nr. 391, Nr. 394–396*

1c. *Korrespondenz zwischen Bgmm. und Rat von Augsburg und den Schmalkaldischen Bundesständen: Festhalten an den Forderungen zu Friede und Recht, Verbot von partikularen Abmachungen mit Kg. Ferdinand, Gesandtschaft zu Karl V.:*

*In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Ausf. u. Reinkonz.).*

*Druck: Nr. 276–279.*

*2 Schreiben von Bgmm. und Rat von Augsburg an Bgm. und Rat von Ulm wegen gemeinsamer Gesandtschaft an das Reichskammergericht in Speyer: 1543 Febr. 3, Febr. 19.*

*In: Augsburg StadtA, Lit. 1543, unfol. (Konz.).*

2. *Baden-Durlach (Mgf. Ernst)*

2a. *Gesandter: Dr. Johann Marquardt.*

*15 Berichte Dr. Marquardts an Mgf. Ernst: 1543 März 11 bis April 13 betr. Verhandlungen im Reichsrat zum Konflikt mit Jülich und zu Friede, Recht und Türkenhilfe, Verhandlungen mit Dr. Eck und Granvelle betr. badische Vormundschaft, Beratungen der schwäbischen Kreisstände.*

*In: Karlsruhe GLA, 50/59 (Ausf.).*

*Druck: Nr. 304, Nr. 377–379.*

2b. *5 Weisungen Mgf. Ernsts an Dr. Marquardt.*

*In: Karlsruhe GLA, 50/59 (Konz.).*

3. *Bayern (Hgg. Wilhelm IV. und Ludwig X.)*

3a. *Gesandte Hg. Wilhelms: Dr. Leonhard von Eck, Dr. Georg Stockhammer.*

*Gesandte Hg. Ludwigs: Dr. Johann Weissenfelder. Dr. Georg Sigmund Seld  
10 Berichte Dr. Leonhards von Eck an Hg. Wilhelm: 1543 Jan. 12 bis April 23.*

*1 Bericht Dr. Georg Stockhammers an Hg. Wilhelm: 1543 Febr. 9.*

*Notizen der bayerischen Gesandten: 1543 ad Febr. 28.*

*In: München HStA, KBÄA 2030, KBÄA 2094; KBÄA 3158.*

*Druck: Nr. 331–332.*

3b. *5 Weisungen Hg. Wilhelms an Dr. Eck: 1543 Jan. 25 bis März 15.*

*1 Weisung der Hgg. von Bayern an die Gesandten: 1543 Febr. 27.*

*1 Weisung der Hgg. von Bayern an Dr. Eck: 1543 März 27. Betr. Türkenhilfe, Städtebündnis, Causa Braunschweig, Schulden Pfgf. Ottheinrichs.*

*In: München HStA, KBÄA 2030, KBÄA 2094, KBÄA 3159.*

*Druck: Nr. 327.*

3c. *Korrespondenz der Hgg. von Bayern mit Hg. Ulrich von Württemberg über eine mögliche Erneuerung des Schwäbischen Bundes, Zusammenkunft der Fürsten in Dillingen, Bündnis mit den Städten, Heirat Hg. Christophs von Württemberg: Jan./Febr. 1543.*

*In: München HStA, KBÄA 3159.*

4. *Brandenburg (Kf. Joachim II.)*

4a. *Gesandte: Leonhard Keller, Jakob Schilling.*

*1 Bericht betr. Beschlüsse zur Türkenhilfe und Bezahlung der Hauptleute des vergangenen Türkenzuges: 1543 April 6.*

- In: Berlin GStAPK, I. HA, Rep. 10, Nr. D, Fasz. D (Ausf.).*
- 4c. 2 Schreiben Kg. Ferdinands an Kf. Joachim betr. Feldhauptmannschaft 1542 und drohende Türkengefahr, Notwendigkeit des Zuzugs: 1543 Febr. 24, April 5.  
*In: Berlin GStAPK, I. HA, Rep. 10, Nr. D, Fasz. B (Ausf.).*
5. Brandenburg-Ansbach (Mgf. Georg)  
Brandenburg-Kulmbach (Mgf. Albrecht)
- 5a. Gesandte Mgf. Georgs: Dr. Augustin Megersheimer, Balthasar von Rechenberg; Gesandter Mgf. Albrechts: Wilbold von Wirsberg.  
3 Berichte Dr. Megersheimers an Mgf. Georg von Brandenburg: 1543 Febr. 7 bis Febr. 14.  
5 Berichte Rechenbergs an Mgf. Georg bzw. an die Räte in Ansbach: 1543 März 3 bis April 28.  
Betr. Friede und Recht, Türkenhilfe, Konflikt mit dem Hg. von Jülich, Suspension der preußischen Acht.  
*In: Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23 (Ausf.).*  
*Druck: Nr. 295, Nr. 357, Nr. 364.*
- 5b. 2 Weisungen Mgf. Georgs an Dr. Megersheimer: 1543 Febr. 8 und Febr. 10.  
1 Weisung der Räte in Ansbach an Balthasar von Rechenberg.  
*In: Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23 (Konz.).*
- 5c. Briefwechsel Mgf. Georgs mit Kf. von Sachsen und Lgf. von Hessen betr. Rekusation des Reichskammergerichts: 1543 Febr. 24, März 13.  
Kg. Ferdinand an die Mgf. von Brandenburg wegen Vorstreckung der Türkenhilfe: 1543 April 23.  
*In: Nürnberg StA, Fürstentum Ansbach, RTA 23 (Ausf. u. Konz.).*  
*Druck: Nr. 143.*
6. Braunschweig-Lüneburg (Hg. Ernst)
- 6b. 2 Weisungen Hg. Ernsts an seinen Gesandten Dr. Nikolaus Holstein: 1543 Jan. 27, Febr. 12 betr. Entsendung nach Speyer wegen Rekusation des Reichskammergerichts, Irrung zwischen den Hgg. von Pommern und dem Kg. von Dänemark.  
*In: Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22; Celle Br. 3, Nr. 20 I (Ausf.).*
7. Braunschweig (Reichsstadt)
- 7b. 9 Weisungen des Rates von Braunschweig an die Gesandten Hans Simon und Dietrich Preuß von 1543 Febr. 28 bis April 13.  
*In: Braunschweig StadtA, B IV 2a Nr. 21, fol. 21r–71v (Ausf.).*
8. Deutscher Orden (Hoch- und Deutschmeister Walther von Cronberg)
- 8a. Gesandte Dr. Reinhard von Hausen, Wolfgang Schutzbar, gen. Milchling, Gregor Spieß (Kanzler).

*Korrespondenz, Bericht und Protestation Dr. Reinhardts von Hausen: 1543 März 25 bis April 23.*

*In: Wien DOZA, Preußen 410/2.*

*Druck: Nr. 301c, 301f–g.*

9. *England (Kg. Heinrich VIII.)*

9a. *Gesandter: Christopher Mont.*

*4 Berichte Christopher Monts aus Speyer bzw. Nürnberg: 1543 Jan. 25 bis April 12.*

*1 Bericht Thomas Seymours (Nürnberg, 1542 Dez. 29).*

*Betr. Werbungen Georgs von Heideck für Kg. Heinrich VIII., allgemeine Nachrichten aus dem Reich, u.a. vom Reichstag.*

*Druck: State papers, vol. IX, part V continued, Nr. 799–800, Nr. 803, Nr. 817, Nr. 820, Nr. 830.*

10. *Esslingen (Reichsstadt)*

10a. *Gesandte: Lic. Johann Machtolf, Bechtold Bentzmann.*

*1 Bericht Lic. Johann Machtolfs an Bgm. und Rat von Esslingen: 1543 März 13 betr. Festhalten an den Forderungen zu Friede und Recht, braunschweigische Verhandlungen, Städtebündnis der oberländischen Städte.*

*In: Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 283, RTA 1543 (Ausf.).*

10b. *3 Weisungen von Bgm. und Rat von Esslingen an die Gesandten: 1543 Febr. 18 bis März 17 betr. Schmalkaldisches, Hg. Heinrich von Braunschweig, Rekusation des Reichskammergerichts.*

*In: Esslingen StadtA, Reichsstadt Fasz. 283, RTA 1543 (Ausf. u. Konz.).*

11. *Frankfurt (Reichsstadt)*

11a. *Gesandte Dr. Hieronymus zum Lamb, Ogier von Melem.*

*17 Berichte und Schlussrelation der Gesandten an Bgm. und Rat von Frankfurt: 1542 Dez. 21 bis 1543 Mai 8.*

*Betr. Schmalkaldische Angelegenheiten, Rekusation des Reichskammergerichts, Forderungen zu Friede und Recht, Türkenhilfe, Beschlüsse der Reichsstände, der Reichsstädte und der oberrheinischen Kreisstände.*

*In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 962, Reichssachen II 965, RTA 54 (Ausf.).*

*Druck: Nr. 265, Nr. 383, Nr. 401.*

11b. *11 Weisungen von Bgm. und Rat von Frankfurt an die Gesandten: 1543 Jan. 4 bis April 25.*

*In: Frankfurt ISG, Reichssachen II 963 (Ausf.), RTA 53 (Konz.).*

12. *Freising (Hochstift)*

12a. *Bericht des Gesandten Dr. Werner Koch an die Räte des Bf. von Freising über*

*seine Verhandlungen und die Supplikation zur Aufhebung der Doppelanlage, 1543 April 8*

*In: München HStA, Hochstift Freising, Kasten blau 221/6a (Kop.).*

13. *Habsburg (Ks. Karl V., Kg. Ferdinand, Kgn. Maria, ksl. Generalorator Nicolas de Granvelle, Dr. Johann von Naves, Gesandte Kgn. Marias)*

13a. *10 Schreiben Kg. Ferdinands an Karl V.: 1542 Sept. 27 bis 1543 April 22. Betr. Vorbereitungen für den Reichstag, Ernennung der ksl. Kommissare, Rückzug des Reichsheeres aus Ungarn, Schwierigkeiten der Anerkennung der ksl. Deklaration von 1541 durch die Altgläubigen, Bitte um rasches Erscheinen des Kaisers im Reich, Konflikt mit dem Hg. von Jülich, Berichterstattung über den Reichstag wird an Granvelle delegiert, Übersendung des Entwurfs eines ksl. Ausschreibens für den künftigen Reichstag.*

*In: Wien HHStA, Belgien PA 6/6; Belgien PA 7/1; RK RTA 11/Konv. 6 (Ausf.); Hs. blau 597/2 (Kop.).*

*Druck: Nr. 1, Nr. 9, Nr. 17, Nr. 309, Nr. 314.*

*8 Schreiben Kg. Ferdinands an Kgn. Maria: 1542 Okt. 17 bis 1543 März. Betr. Krieg gegen Hg. Wilhelm von Jülich in Burgund, Verweis auf die Berichte Granvelles vom Reichstag.*

*In: Wien HHStA, PA 11/3, PA 11/4 (Ausf.).*

*17 Schreiben Granvelles an Karl V.: 1542 Okt. bis 1543 April 28.*

*Überlegungen betr. seine Mission in Italien und im Reich, Berichte über offizielle und inoffizielle Gespräche mit reichsständischen Vertretern zu Friede, Recht und Türkenhilfe, Verhandlungen über eine zukünftige Lösung für das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel, Anerkennung der ksl. Deklaration von 1541, Verhandlungen für einen Waffenstillstand mit dem Hg. von Jülich.*

*In: Wien HHStA, Belgien PA 34/1, PA 35/1, PA 35/4, PA 37/1, PA 48/1 (Ausf.); Brüssel AG, Papiers d'Etat 92, Papiers d'Etat 124 (Kop.).*

*Druck: Nr. 44f, Nr. 231, Nr. 238, Nr. 307, Nr. 310–312, Nr. 315.*

*22 Schreiben Granvelles an Kgn. Maria: 1542 Dez. 17 bis 1543 April 29 betr. Reise zum Reichstag, Verhandlungen des Reichstags, vor allem Konflikt mit dem Hg. von Jülich.*

*In: Wien HHStA, Belgien PA 34/1, PA 35/4, PA 36/1, PA 36/2 (Ausf.); Brüssel AG, Papiers d'Etat 124 (Kop.).*

*Druck: Nr. 308, Nr. 313*

*1 Schreiben Granvelles an Kg. Ferdinand: 1542 Dez. 17.  
Entschuldigung für verspätete Ankunft in Italien, Depeschen für den Reichstag.*

*In: Wien HHStA, Belgien PA 34/1 (Kop.).*

*21 Berichte der burgundischen Gesandten Dr. Viglius Ayta van Zuychem und Weirich von Kriechingen an Kgn. Maria: 1542 Dez. 1 bis 1543 April 24.*

*1 Bericht von Nicolas de Granvelle und Dr. Viglius an Kgn. Maria: 1543 März 18.*

*Betr. burgundische Rechtfertigungen vor den Reichsständen im Konflikt mit dem Hg. von Jülich, Agieren der jülichischen Räte in Nürnberg, die Causa Vrentz, Verweigerung der Türkenhilfe des Burgundischen Kreises.*

*In: Brüssel AG, Papiers d'Etat 120, Papiers d'Etat 122 (Ausf.); Wien HHStA, Belgien PA 36/4 (Ausf.).*

*Druck: Nr. 316-324; L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 292, Nr. 296.*

- 13b. 6 Schreiben Karls V. an Kg. Ferdinand: 1542 Okt. 31 bis 1543 April 27.  
Kaum Informationen zum Reichstag, Kommunikation läuft über Granvelle.  
In: Wien HHStA, Belgien PA 4/3 (Konz.); Hs. blau 595, Hs. blau 596/1 (Kop.).*

*Druck: RTA JR Bd. XIV, Nr. 5.*

*6 Schreiben Karls V. an Nicolas de Granvelle: 1542 Nov. 3 bis 1543 April 23.*

*Karl V. stimmt dem Vorgehen Granvelles in Nürnberg zu.*

*In: Wien HHStA, Belgien PA 34/3, PA 35/1, PA 37/2 (Konz., Kop. aus späterer Zeit, Briefauszüge); Brüssel AG, Papiers d'Etat 92 (Kop.).*

*Druck: Nr. 44g; L. GROß/R. VON LACROIX, Urkunden, Bd. 1, Nr. 288.*

*10 Weisungen Kgn. Marias an Dr. Viglius van Zuychem und Weirich von Kriechingen: 1542 Dez. 11 bis 1543 April 23.*

*Die Weisungen entsprechen im wesentlichen der Instruktion Kgn. Marias von 1542 Okt. 21 (Nr. 45).*

*In: Brüssel AG, Papiers d'Etat 122; Wien HHStA, Belgien PA 36/4 (Ausf.).*

- 13c. Umfangreicher Briefwechsel der habsburgischen Geschwister untereinander und mit ihren Räten Nicolas de Granvelle und Dr. Johann von Naves über alle Themen habsburgischer Politik in Europa, u.a. auch über den Reichstag in Nürnberg 1543.*

*In: Wien HHStA, Belgien PA (mehrere Fasz.); Brüssel AG, Papiers d'Etat (mehrere Fasz.).*

14. *Hamburg (Reichsstadt):*

14b. 4 Weisungen von Bgm. und Rat von Hamburg an den Gesandten Martin Gobel: 1543 März 9 bis April 13.

*Schmalkaldische Angelegenheiten.*

*In: Hamburg StA, 111–1, Senat 89 (alte Signatur: Cl. I Lit. Mc 1–2), (Konz.).*

15. *Heilbronn (Reichsstadt)*

15a. 3 Berichte des Heilbronner Gesandten Dr. Jakob Ehinger an Bgm. und Rat von Heilbronn: 1543 Jan. 14 bis März 9.

*Rekusation des Reichskammergerichts, Schmalkaldische Angelegenheiten.*

*In: Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54 (Ausf.).*

*Druck: Nr. 385.*

16. *Hessen (Lgf. Philipp)*

16a. Gesandte Dr. Johann Fischer, gen. Walter, Rudolf Schenk, Sebastian Aitingen, Dr. Tielemann Gunterrodt. Mehrere Berichte pro Woche von allen Gesandten gemeinsam oder von einzelnen Räten an Lgf. Philipp: 1542 Nov. 29 bis 1543 April 28.

*Zum Inhalt siehe Kap. V.B, Kap. XI (Varia) und Kap. XII.D.*

*In: Marburg StA, PA 650, PA 651, PA 653 (Ausf.).*

*Druck: Nr. 189–190, Nr. 339, Nr. 342, Nr. 345–347, Nr. 349, Nr. 355.*

16b. Zahlreiche Weisungen Lgf. Philipps von Hessen an die Gesandten: 1542 Dez. 6 bis 1543 April 27.

*In: Marburg StA, PA 650 (Konz.); Wien HHStA, RK RA i.g. 13ffKonv.3.*

*Druck: Nr. 121, Nr. 218, Nr. 350, Nr. 353.*

16c. Briefwechsel zu den Verhandlungen Ecks mit den hessischen Räten über ein Bündnis.

*In: Marburg StA, PA 1455.*

*Korrespondenz zwischen Kg. Ferdinand und Lgf. Philipp von Hessen betr. Besuch des Reichstags, Geleit, Friede und Recht, Tagsatzung in der Causa Braunschweig.*

*In: Marburg StA, PA 1398; Weimar HStA, EGA, Reg. E 149; EGA, Reg. H pag. 519–525, Nr. 175; EGA, Reg. H pag. 536–541, Nr. 178; EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2 und Nr. 154/3; Wien HHStA, RK RA i.g. 13ffKonv. 2; RK RTA 10/Konv.2 (Kop.).*

*Druck: Nr. 12, Nr. 20, Nr. 24, Nr. 27, Nr. 164, Nr. 250, Nr. 255.*

17. *Hildesheim (Hochstift)*

17a. 1 Bericht von Dr. Johann Katzmann an Bf. Valentin von Hildeheim: 1543 April 23.

*Betr. Ereignisse rund um die Verlesung des Reichsabschieds (Notum: Tetteben*



*war während des Reichstags in Nürnberg persönlich anwesend, reiste jedoch kurz vor dem Reichsabschied ab).*

*In: Hannover NLA, Hild. Br. 1, Nr. 80 (Ausf.)*

*Druck: Nr. 338.*

18. *Hildesheim (Stadt)*

18b. *1 Weisung von Bgm. und Rat von Hildesheim an Hans Leist und Henning Blome für die Tagung der Schmalkaldener): 1543 März 15.*

18c. *3 Schreiben von Bgm. und Rat von Hildesheim an die kursächsischen Räte in Nürnberg,*

*Betr. Verteidigung gegenüber den Klagen des Bf. von Hildesheim über Einführung der Reformation in der Stadt Hildesheim.*

*In: Hildesheim StadtA, Bestand 50, Bd. 75 (Kop.).*

19. *Jülich-Kleve-Berg (Hg. Wilhelm V.)*

19a. *Gesandte Dr. Johann Faltermeyer, Johann von Vlatten, Johann von Wytenhorst, Gotthard von Wilach, Dr. Gotthard Gropper, Werner von Hoesteden. 9 Schreiben und 6 protokollartige Berichte an Hg. Wilhelm, 1 Schreiben an die Räte am Hof Hg. Wilhelms: 1543 Febr. 23 bis Mai 7.*

*Betr. Rechtfertigung und Supplikationen im Konflikt mit Kgn. Maria, Friedensinitiative der Reichsstände, Vermittlung Kg. Ferdinands und der ksl. Kommissare, Verhandlungen im Reichsrat über den Geldernkonflikt, Geldernausschuss: Verhandlungen über einen Waffenstillstand unter der Leitung von Nicolas de Granvelle, Ablehnung des ausgehandelten Waffenstillstands durch Hg. Wilhelm.*

*In: Düsseldorf LAV NRW R, Jülich-Berg II 2276, 2277, 2752 (Ausf. u. Kop.).*

*Druck: Nr. 207, Nr. 213, Nr. 215–217, Nr. 223–224, Nr. 229, Nr. 233–234; G. BELOW, Landtagsakten von Jülich-Berg, Bd. 1, Nr. 120–121, Nr. 123, Nr. 125, Nr. 129–130.*

19b. *3 Weisungen Hg. Wilhelms an die Gesandten: 1543 März 11 bis Mai 1.*

*1 Weisung der jülichschen Räte am Hof Hg. Wilhelms an die Gesandten: 1543 Mai 3.*

*In: Düsseldorf LAV NRW R, Jülich-Berg II 2277, 2752 (Ausf. u. Konz.).*

*Druck: Nr. 239–240.*

19c. *Schreiben Hg. Wilhelms an Kg. Ferdinand wegen Geleit seiner Räte zum Reichstag: 1542 Dez. 10.*

*In: Duisburg LAV NRW R, Jülich-Berg II 2748 (Reinkonz.).*

*Druck: Nr. 13.*

20. *Kempten (Fürststift)*

20a. *Gesandter Reichserbmarschall Heinrich Burkhart von Pappenheim.*

*2 Berichte Burkharths von den Verhandlungen des Reichstags an Fürstabt*

*Wolfgang von Grünenstein: 1543 Febr. 17, März 18.*

*In: Augsburg StA, Fürststift Kempten, Archiv Bände 972, fol. 156r–159v (Ausf.).*

21. *Mainz (Erzstift, Kf./Ebf. Albrecht von Brandenburg)*

21a. *4 Berichte des Mainzer Kanzlers Dr. Jakob Jonas an Kf. Albrecht: 1543 Jan. 24 bis März 31.*

*Betr. Gespräche vor der Eröffnung des Reichstags mit Dr. Eck, Granvelle, Naves und Gienger, Voten der Kurfürsten bei den Verhandlungen über die Türkenhilfe Ende März, Haltung der Altgläubigen zur ksl. Deklaration von 1541.*

*In: Magdeburg LASA, A1, Nr. 311 (Ausf.).*

*Druck: Nr. 326, Nr. 328–329, Nr. 336.*

22. *Memmingen (Reichsstadt)*

22a. *Gesandte: Christoph Zwicker, Georg Maurer (nach Zwickers Abreise).*

*11 Berichte Zwickers an Bgm. und Rat von Memmingen: 1543 Febr. 4 bis April 3.*

*Betr. Verhandlungen der Reichsstände, der Schmalkaldener und der Reichsstädte.*

*In: Memmingen StadtA, A Bd. 320 (Ausf.), S. 499–569.*

22b. *2 Weisungen von Bgm. und Rat von Memmingen an Christoph Zwicker: o.D.*

*In: Memmingen StadtA, A Bd. 320, S. 17–32, S. 35–42.*

23. *Münster (Hochstift)*

23a. *Schreiben des Gesandten Franz von Doy an Bf. Franz von Münster: 1543 April 3.*

*Betr. Rechtfertigung des Bf. von Münster vor Kg. Ferdinand und den Reichsständen in Anwesenheit der jülichischen Gesandten, Einreichung in der Mainzer Kanzlei.*

*In: Münster LAV NRW W, Fürstbistum Münster Landesarchiv, Reichssachen B 473,1 (Ausf.).*

23b. *Weisung des Bf. von Münster an Franz von Doy: 1543 März 22.*

*Betr. Rechtfertigung des Bf. gegen den Verdacht der Allianz mit Frankreich (schriftlich in dreifacher Form für Kg. Ferdinand, die ksl. Kommissare und die Reichsstände).*

*In: LAV NRW W Münster, Fürstbistum Münster Landesarchiv, Reichssachen D 476,4 (Ausf.).*

23c. *Schreiben des Bf. von Münster an Kg. Ferdinand: 1543 März 23: er weist Anschuldigungen Kgn. Marias zurück.*

*In: LAV NRW W Münster, Fürstbistum Münster Landesarchiv, Reichssachen D 476,4 (Ausf.).*

24. *Nördlingen (Reichsstadt)*
- 24a. *Bericht des Gesandten Wolf Graff an Bgm. und Rat von Nördlingen über die Verhandlungen zu Türkenhilfe, Friede und Recht im Reichsrat von 29. bis 31. März 1543.*  
*In: Augsburg StA, Reichsstadt Nördlingen, Münchner Bestand, Lit. 53 (Kop.).*  
*Druck: Nr. 194.*
25. *Passau (Bf. Wolfgang von Salm)*
- 25a. *3 Berichte des Gesandten Christoph Kirchbichler an Bf. von Passau: 1543 Febr. 18, März 2, März 16.*  
*Betr. Beschwerden der Bischöfe über die Doppelanlage.*  
*In: München HStA, HS Passau, Blechkastenarchiv 4/31 (Ausf.).*  
*Druck: Nr. 145.*
26. *Pfalz (Pfgf. Friedrich)*
- 26c. *Korrespondenz Pfgf. Friedrichs betr. seine Abfertigung als ksl. Kommissar zum Reichstag.*  
*In: Amberg StA, Reichssachen 94, Prod. 1, Prod. 2, Prod. 3, Prod. 4 (Ausf.).*  
*Druck: Nr. 4, Nr. 16, Nr. 44b–c.*
27. *Pfalz-Neuburg (Pfgf. Ottheinrich)*
- 27a. *Gesandte: Gabriel Arnold, Georg Ludwig von Seinsheim, Hans Beuser von Ingelheim (als Vertreter für die abgereisten Räte).*  
*6 Berichte Seinsheims an Pfgf. Ottheinrich: 1543 Febr. 27 bis März 15*  
*5 Berichte Arnolds: 1543 Febr. 12 bis April 23*  
*1 Bericht Beusers: 1543 April 7*  
*Betr. Schulden Pfgf. Ottheinrichs, Sessionsstreit Pfalz-Sachsen, Verhandlungen Kg. Ferdinands mit den Protestanten betr. Friede und Recht, Verhandlungen der Altgläubigen zur Türkenhilfe im Reichsrat, Scheitern des Reichstags.*  
*In: München HStA, Kasten blau 271/4 (Ausf.).*  
*Druck: Nr. 91, Nr. 358, Nr. 361–362.*
- 27b. *4 Weisungen Pfgf. Ottheinrichs an seine Räte: 1543 Ende Febr. bis April 9*  
*In: München HStA, Kasten blau 271/4 (Konz.).*
28. *Pommern (Hgg. Barnim IX, Philipp I.)*
- 28a. *Gesandter Hg. Philipps von Pommern-Wolgast: Jakob von Zitzewitz*  
*Gesandter Hg. Barnims von Pommern-Stettin: Dr. Jakob Philipp Ösler*  
*12 Berichte Jakob von Zitzewitz' an Hg. Philipp: 1543 Jan. 26 bis März 30*  
*1 gemeinsamer Bericht der Gesandten an die Hgg. von Pommern: 1543 Febr. 10*  
*1 Bericht Dr. Jakob Philipp Öslers an Hg. Barnim: 1543 Febr. 25*

*Betr. den Konflikt Pommern-Dänemark und seine Behandlung durch die Schmalkaldener, Verlangen der pommerschen Räte nach einer Deklaration der Schmalkaldener zu ihren Gunsten, Diskussion über Teilnahme der pommerschen Räte an den Sitzungen der Schmalkaldener bzw. der altgläubigen Reichsstände, Schilderung der Vorgänge im Reichsrat bei den Verhandlungen über die Türkenhilfe Ende März, Protestation Zitzewitz' vor den Schmalkaldenern.*

*In: Stettin AP, AKW Sign. 95; AKS I/11.*

*Druck: Nr. 186–187, Nr. 193, Nr. 359.*

- 28c. *Umfangreicher Briefwechsel zwischen Hg. Barnim und Hg. Philipp von Pommern zur Absprache eines gemeinsamen Vorgehens in allen Angelegenheiten des Reichstags und des Schmalkaldischen Bundes (vor allem Reichskammergericht, Deklaration im Konflikt Pommern-Dänemark): 1543 Jan. bis Juni*

*In: Stettin AP, AKW Sign. 97, AKW Sign. 14, AKS I/10, AKS I/116 (Ausf. und Konz.).*

*Briefwechsel der Schmalkaldischen Bundeshauptleute Kursachsen und Hessen mit den Hgg. von Pommern betr. den Konflikt zwischen Pommern und Dänemark, Verhalten gegenüber dem Reichskammergericht, Frage der Teilnahme der pommerschen Räte an den Sitzungen der altgläubigen Reichsstände bzw. an jenen der Schmalkaldener: 1542 Nov. bis 1543 März.*

*In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3; EGA, Reg. H pag. 444–449, Nr. 159; Stettin AP, AKS I/10, AKW Sign. 14 (Ausf. und Konz.).*

*Druck: Nr. 271, Nr. 283, Nr. 290–291.*

29. *Preußen (Hg. Albrecht, Mgf. von Brandenburg-Ansbach)*
- 29a. *Gesandte: Ahasver von Brandt, Hieronymus Schürstab (statt seines erkrankten Vaters Leo Schürstab).*  
*Beobachter des Reichstags, die an Hg. Albrecht berichten: Georg Hartmann, Leo Schürstab, Hieronymus Baumgartner, Leonhard Stockhammer*  
*1 protokollartiger Bericht Ahasver von Brandts an Hg. Albrecht über die Dauer seines Aufenthalts in Nürnberg: 1543 Febr. 2 bis April 3.*  
*4 Berichte Hieronymus Schürstabs: 1542 Dez. 4 bis 1543 April 6.*  
*5 Berichte der Beobachter: 1543 Febr. 2 bis Mai 2.*  
*Betr. Bemühungen zur Aufhebung der preußischen Acht, Neue Zeitungen aus Nürnberg, Stimmung während des Reichstags.*  
*In: Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A 4 (= Kasten 208, Kasten 209); HBH Ha (= Kasten 867); Ostpreuß. Fol. 80.*  
*Druck: Nr. 83*
- 29c. *Korrespondenz Hg. Albrechts von Preußen mit andern Fürsten (Kf. Johann Friedrich, Mgf. von Brandenburg) betr. die Suspension der preußischen Acht.*

*In: Berlin GStAPK, XX. HA, StA Königsberg, HBA A 2 (= Kasten 28); HBA A 3 (= Kasten 144); HBA Ha (= Kasten 867).*

*Druck: Nr. 301a, Nr. 301i.*

30. *Ravensburg (Reichsstadt)*

30a. *Gesandte: Gabriel Krötlin, Konrad Goltrich.*

*2 Berichte der Gesandten an Bgm. und Rat von Ravensburg: 1543 März 12, März 20.*

*Betr. Verhandlungen der schwäbischen Kreisstände und der Reichsstände.*

*In: Ravensburg StadtA, B 152b/1.6, B 152b/1.7 (Ausf.).*

*Druck: RTA JR Bd. XIV, Nr. 119.*

31. *Römische Kurie (Papst Paul III.)*

31a. *Päpstl. Nuntius bei Kg. Ferdinand: Hieronymus Verallo.*

*Päpstl. Konzilsbeauftragter: Otto Truchsess von Waldburg.*

*20 Berichte Hieronymus Veralllos an Kard. Alessandro Farnese: 1543 Jan. 25 bis April 15.*

*3 Berichte von Truchsess Otto von Waldburg an Kard. Alessandro Farnese: 1543 März 31, April 6, April 8.*

*Betr.: Verhandlungen der Reichsstände über Türkenhilfe; einseitiger Beschluss durch die altgläubigen Stände; Audienzen und Gespräche mit Kg. Ferdinand, mit Nicolas de Granvelle und dessen Sohn Antoine (Arras), mit Dr. Leonhard von Eck; Haltung der Altgläubigen gegenüber den Forderungen der Protestanten; Anerkennung der ksl. Deklaration von 1541; Verhandlungen über weiteres Vorgehen in Braunschweig-Wolfenbüttel; Fortschritte der Reformation in Deutschland: Regensburg, Stadt Hildesheim (Klagen Tetlebens), Köln, Münster; Aufforderung an die Bischöfe zum Besuch des Konzils in Trient; Bündnis Kursachsen-Hessen-Bayern; Beziehung des Kaisers zum Papst; Konflikt des Kaisers mit dem Hg. von Jülich; Beratungen des Nürnberger katholischen Bundes; Verweisung der Religionsangelegenheiten auf ein Konzil etc.*

*In: Rom AVat, Germania 60 (Kop.) (ehemals in: Neapel ASt, Carte Farnesiane, Ausf.)<sup>1</sup>; Lettere di Principi 12; AA Arm. I-XVIII, 6526.*

*Druck: L. CARDAUNS, Nuntiaturberichte, Abt. I, Bd. 7, Nr. 124–139 (Verallo an Farnese), Nr. \*20 (Truchsess Otto von Waldburg: April 6 und 8); S. EHSES, Concilium Tridentinum, Bd. 4, Teil 1, Nr. 251 (Truchsess Otto von Waldburg: März 31).*

31b. *Instruktion für Otto Truchsess von Waldburg für seine Mission in Deutschland: 1543 März 4.*

*Weisung der Kardinallegaten in Trient an Verallo: feste Konzilsabsichten des Papstes, Religionsfragen sind nicht auf dem Reichstag zu behandeln, 1543 März 14.*

*Druck: S. EHSES, Concilium Tridentinum, Bd. 4, Teil 1, Nr. 245, Nr. 247.*

<sup>1</sup> Verlust des Aktenbestandes durch Kriegsschäden.

32. *Sachsen (Kf. Johann Friedrich)*
- 32a. *Gesandte Dr. Melchior von Ossa, Mag. Franz Burkhard, Eberhard von der Thann.*  
*Mehrere Berichte pro Woche von allen Gesandten gemeinsam oder von einzelnen Räten an Kf. Johann Friedrich: 1542 Dez. bis 1543 Ende April.*  
*In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149; Reg. E 150; Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2; Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3 (Ausf.).*  
*Zum Inhalt siehe Kap. V.B, Kap. XI (Varia) und Kap. XII.D.*  
*Druck: Nr. 11, Nr. 188, Nr. 340–341, Nr. 343–344, Nr. 348, Nr. 354, Nr. 356.*
- 32b. *Zahlreiche Weisungen Kf. Johann Friedrichs an die Gesandten: 1542 Dez. bis 1543 April.*  
*In: Weimar HStA, EGA, Reg. E 149; Reg. E 150; EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/2; EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3 (Ausf.).*  
*Druck: Nr. 195, Nr. 351–352.*
- 32c. *Korrespondenz zwischen Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Lgf. Philipp von Hessen betr. gemeinsames Vorgehen der Schmalkaldener auf dem RT.*  
*In: Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 458–463, Nr. 162.*  
*Schriften Kg. Ferdinands an Kursachsen und Hessen betr. Türkenhilfe und die Causa Braunschweig, Antwort der Fürsten.*  
*In: Weimar HStA, EGA, Pag. 463–466 Nr. 163.*  
*Korrespondenz zwischen Kf. Johann Friedrich von Sachsen und Kg. Ferdinand betr. Besuch des Reichstags, Geleit, Tagsatzung in der braunschweigischen Frage.*  
*In: Weimar HStA, Reg. E 149; EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3; Wien HHStA, RK RTA 10/Konv. 2; RK, RTA 11/Konv. 2.*  
*Druck: Nr. 7, Nr. 12, Nr. 20, Nr. 250, Nr. 255.*
33. *Sachsen (Hg. Moritz)*
- 33a. *Gesandte Christoph von Carlowitz, Dr. Johann Stramburger.*  
*16 Berichte Christoph von Carlowitz' bzw. beider Räte an Hg. Moritz: 1543 Jan. 31 bis April 18.*  
*5 Berichte Christophs von Carlowitz an seinen Onkel Georg von Carlowitz: 1543 Febr. 14 bis März 13.*  
*Zum Inhalt siehe Kap. XII.F (Korrespondenz: Sonderfall Sachsen).*  
*In: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5 (Ausf.).*  
*Druck: Nr. 294b–c, Nr. 365, Nr. 367–369, Nr. 371–372;*  
*E. BRANDENBURG, Politische Korrespondenz, Bd. 1, Nr. 422–423, Nr. 429–431, Nr. 437–439, Nr. 445–446, Nr. 458, Nr. 466–467*
- 33b. *4 Weisungen Hg. Moritz' an Christoph von Carlowitz und Dr. Johann Stramburger: 1543 Febr. 7 bis März 6.*  
*3 Weisungen Hg. Moritz' an Georg von Carlowitz für seine Sendung an Kg. Ferdinand: 1543 März 10, März 16.*

2 Weisungen Georgs von Carlowitz an seinen Neffen Christoph: 1543 Febr. 23, März 4.

In: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5 (Konz.).

Druck: Nr. 366, Nr. 370; E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 424, Nr. 433, Nr. 435–436, Nr. 441, Nr. 444, Nr. 449–450.

- 33c. Briefwechsel zwischen Kg. Ferdinand und Hg. Moritz betr. Besuch des Reichstags, Sessionsstreit Sachsen-Pfalz, Verhandlungen für einen ksl. Dienstvertrag Hg. Moritz' gegen Frankreich, Bereitschaft zur Leistung der Türkenhilfe durch Hg. Moritz, Mission Georg von Carlowitz' bei Kg. Ferdinand, Partikularangelegenheiten Sachsens: 1543 Jan. 2 bis April 30.

In: Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/5 (Ausf. und Konz.).

Druck: Nr. 18, Nr. 29, Nr. 294a; E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 416, Nr. 439 (S. 565, Anm. 2), Nr. 454, Nr. 458 (S. 603, Anm. 1), Nr. 459, Nr. 466 (S. 614, Anm. 1), Nr. 468.

1 Schreiben Kg. Ferdinands an Georg von Carlowitz betr. Themen des künftigen Reichstags und persönl. Teilnahme des Herzogs: 1542 Nov. 14.

In: Wien HHStA, RK RA i.g. 11/Konv. 3 (Kop.).

Druck: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 408.

Briefwechsel zwischen Lgf. Philipp von Hessen und Georg von Carlowitz: 1543 Febr. 8 bis April 14.

Betr. Verhältnis Hg. Moritz' zum Schmalkaldischen Bund und zu den Habsburgern, Gesinnung des Kaisers und Granvelles gegenüber den Protestanten, ksl. Dienstvertrag für Hg. Moritz gegen Frankreich, Bericht über die Nürnberger Verhandlungen Georgs von Carlowitz mit Granvelle.

Druck: E. BRANDENBURG, *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, Nr. 425, Nr. 434, Nr. 440, Nr. 451, Nr. 453, Nr. 455, Nr. 461, Nr. 463.

34. Salzburg (Erzbistum, Ebf. Ernst von Bayern)

- 34a. Bericht des Salzburger Gesandten Bf. Hieronymus von Chiemsee an Ebf. Ernst von Salzburg betr. Verhandlungen über die Doppelanlage, Beschlüsse der Altgläubigen zur Türkenhilfe: 1543 März 28 (PS eines Schreibens).

In: München HStA, KBÄA 3159 (Kop.).

Bericht aus der Kanzlei des Ebf. von Salzburg über die Verhandlungen zur Doppelanlage auf den Reichstagen 1542 und 1543.

In: Salzburg LA, Geh. Archiv IV/4 1/3 (Kop.).

- 34b. Weisung Ebf. Ernsts von Salzburg an seinen Rat Dr. Nikolaus Ribeisen: Einstellung des widerrechtlichen Vorgehen der niederösterreichischen Landstände gegen Salzburger Besitzungen: 1543 April 20.

In: München HStA, KBÄA 1760 (Konz.).

35. *Speyer (Hochstift Speyer, Bf. Philipp von Flersheim)*<sup>2</sup>
- 35a. *Gesandte Konrad Junge, Dr. Werner Koch (als Vertreter Junges)*  
 7 *Berichte Junges an Bf. von Speyer: 1543 Febr. 13 bis März 9*  
 10 *Berichte Dr. Werner Kochs (als Vertreter Junges) an Bf. von Speyer: 1543*  
*März 14 bis Mai 1*  
*Betr. Schilderung der Verhandlungen zwischen König und Protestanten, Sitzungen des Reichsrates und Beschlüsse zur Türkenhilfe: Position der altgläubigen Stände, Beratungen der oberrheinischen Kreisstände.*  
*In: Straßburg AM, AA 503 (Ausf. eighd.).*  
*Druck: Nr. 333, Nr. 337.*
- 35b. *1 Weisung Bf. Philipps von Speyer an Konrad Junge: 1543 (Febr. 19)*  
*1 Weisung Bf. Philipps an Dr. Werner Koch: 1543 März 24.*  
*In: Straßburg AM, AA 503 (Konz.).*  
*Druck: Nr. 334.*
36. *Straßburg (Hochstift, Bf. Erasmus von Limpurg)*
- 36a. *13 Berichte des Gesandten Dr. Christoph Welsing an Bf. Erasmus: 1543*  
*Jan. 6 bis April 15.*  
*Betr. den allgemeinen Verlauf des Reichstags, Verhandlungen der Schmalkaldener betr. das Reichskammergericht, Gerüchte wegen Neigung des Bischofs zur Reformation, Mission von Otto Truchsess von Waldburg betr. Konzil von Trient, Bewilligung der Türkenhilfe.*  
*In: Straßburg AD, 15 J 18 (Ausf. eighd.).*  
*Druck: Nr. 325, Nr. 330.*
- 36b. *5 Weisungen Bf. Erasmus' an Dr. Welsing: 1543 März 10 bis April 29.*  
*In: Straßburg AD, 15 J 18 (Konz.).*  
*Druck: Nr. 335.*
- 36c. *Korrespondenz zwischen Bf. Erasmus, dem Domkapitel von Straßburg und Dr. Christoph Welsing betr. die bewilligte Türkenhilfe: 1543 April 29 bis Mai 19.*  
*In: Straßburg AD, 15 J 18 (Ausf. und Konz.).*
37. *Straßburg (Reichsstadt)*
- 37a. *Gesandte Jakob Sturm, Michel Han.*  
*Auszüge aus Jakob Sturms Briefen (aus den Ratsprotokollen, Originalschreiben nicht erhalten) an Bgm. und Rat von Straßburg: 1542 Dez. 24 bis 1543*  
*April 19.*  
*2 Berichte Sturms betr. die Verhandlungen zu Friede und Recht: 1543 März 20 (PS eines Schreibens), 1543 März 31*

<sup>2</sup> Die Korrespondenz liegt aus mir nicht bekannten Gründen im AM Straßburg.



*Schlussrelation Jakob Sturms über den Reichstag: Verhandlungen der Reichsstände, der Schmalkaldener, der Evangelischen und der oberrheinischen Kreisstände von Jan. bis April 1543: vorgetragen 1543 Mai 9 bis 18.*

*In: Straßburg AM, AA 509; Straßburg AM, 1 R 5, 1542 und 1 R 5, 1543 (Ratsprotokolle zu 1542 und 1543).*

*Druck: Nr. 192, Nr. 402; O. WINCKELMANN, Politische Correspondenz der Stadt Straßburg, Bd. 3, Nr. 330–331.*

- 37c. *Zusammenfassender Bericht über den Reichstag (vermutlich von Jakob Sturm) an Bgm. und Rat von Basel, o.D.*

*In: Basel StA, Fremde Staaten Deutschland B 1.*

*Die Kriegeräte von Straßburg an Bgm. und Rat von Basel: Bericht über den Reichstag, 1543 Mai 11*

*In: Basel StA, Politisches L 2.1 (Ausf.).*

38. *Ulm (Reichsstadt)*

- 38a. *Gesandte Weiprecht Ehinger und Martin Weickmann an Bgm. und Rat von Ulm: Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses der Schmalkaldener zur Rekusation des Reichskammergerichts: 1543 Jan. 24.*

*In: Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, Nr. 3 (Kop.).*

- 38c. *Bgm. und Rat von Ulm an Bgm. und Rat von Heilbronn betr. die Rekusation des Reichskammergerichts: 1543 Jan. 31.*

*In: Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, Nr. 2 (Ausf.).*

*Bgm. und Rat von Ulm an Bgm. und Rat von Nördlingen: Bericht über die Verhandlungen der Städte auf dem Reichstag, 1543 Mai 18 (Ausf.)*

*In: Augsburg StA, Reichsstadt Nördlingen, Münchner Bestand, Lit. 53 (Ausf.).*

39. *Venedig (Republik)*

- 39a. *3 Relationen des Gesandten Marino di Cavalli vom Reichstag in Nürnberg an den Senat von Venedig: 1543 Jan. 29, Febr. 12, April 21.*

*In: Venedig ASt, Capi del consiglio dei Dieci, Lettere di ambasciatori, Germania 1501–1550, busta 12 (Ausf.)*

40. *Wetterau (Grafenverein)*

- 40a. *9 Berichte des Gesandten der Wetterauer Grafen, Lic. Gregor von Nallingen, an Heinrich Steindecker, den Sekretär der Wetterauer Grafen in Hanau: 1543 Jan. 21 bis April 26.*

*1 Bericht Nallingens an alle Wetterauer Grafen und die Rheingrafen auf dem Grafentag in Mainz, 1543 März 30.*

*2 Berichte Nallingens an Gf. Wilhelm von Nassau: 1543 Febr. 16, März 30. Betr. Gang der Reichstagsverhandlungen, getrennte Beratungen der Alt- und Neugläubigen, Beschlüsse zur Türkenhilfe, Scheitern des Reichstags.*

- In: Marburg StA, Hanau 81 A, Nr. 181½ 2; Hanau 81 A, Nr. 207/3 II (Ausf.); Wiesbaden HStA, Abt. 131 IVa 41; Abt. 171 R 474; Abt. 150 IVa 1690 (Kop.); Darmstadt StA, D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2 (Kop.).*  
*Druck: Nr. 373–376, Nr. 380, Nr. 382.*
- 40b. *2 Weisungen der Wetterauer Grafen an Nallingen von den Grafentagen in Höchst und in Mainz: 1543 März 13, April 7.*  
*In: Wiesbaden HStA, Abt. 131 IVa 621; Abt. 150 IVa 1690; Darmstadt StA, E 1 G, Konv. 3, Fasz. 1; D 21 A, Konv. 15, Fasz. 2 (Kop.).*  
*Druck: Nr. 381.*  
*2 Schreiben Heinrich Steindeckers an Nallingen: 1543 Febr. 25, Mai 16.*  
*In: Marburg StA, Hanau 81 A, Nr. 181½ 2 (Konz.).*
41. *Württemberg (Hg. Ulrich)*
- 41a. *Gesandte Christoph von Venningen, Dr. Philipp Erer.*  
*9 Berichte der Räte an Hg. Ulrich: 1543 Jan. 8 bis April 16.*  
*Betr. langsame Ankunft der Reichsstände, Verhandlungen im Reichsrat, Absonderungstendenzen einiger evangelischer Reichsstände von der Verhandlungslinie der Schmalkaldener.*  
*In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21 (Ausf.).*  
*Druck: Nr. 360, Nr. 363.*
- 41b. *8 Weisungen Hg. Ulrichs an die Räte: 1543 Jan. 7 bis 23.*  
*In: Stuttgart HStA, A 262, Bd. 21 (Ausf.).*
42. *Würzburg (Hochstift, Bf. Konrad von Bibra)*
- 42a. *Gesandte Dr. Georg Farner, Heinrich Truchsess von Wetzhausen, Martin von Ussickheim.*  
*15 Berichte der Räte an Bf. Konrad: 1542 Dez. 29 bis 1543 April 17.*  
*Kurze Schilderung der Verhandlungen (siehe das ausführlichere würzburgische Berichtsprotokoll Nr. 81).*  
*In: Würzburg StA, Wzbg. RTA 21 (Kop.).*
- 42c. *Schriftwechsel zwischen Kg. Ferdinand und Bf. Konrad von Würzburg betr. den Besuch des Reichstags: 1542 Dez. 13, 1543 Jan. 20.*  
*In: Würzburg StA, Wzbg. RTA 21 (Kop.).*  
*Druck: Nr. 14, Nr. 25.*

### XIII. Abschiede und Protestationen

*Der Abschied des Nürnberger Reichstags (Nr. 404) wurde von allen protestantischen Reichsständen sowie von den alt- und neugläubigen Reichsstädten in toto abgelehnt. Die sächsischen Gesandten merkten in einem Kurzresümee die Gründe für die Ablehnung des Reichsabschieds an (Nr. 405). Da den Forderungen der Protestanten zu Friede und Recht als Bedingung für die Bewilligung der Türkenhilfe von Seiten des Königs und der Altgläubigen hinhaltender Widerstand entgegengesetzt wurde und die Wünsche der Städte nach Teilnahme an den Beratungen und nach Ringerung der Anschläge keinerlei Berücksichtigung fanden, drückten die Reichsstände ihre Unzufriedenheit mit den Reichstagsbeschlüssen in Form mehrerer Protestationen aus, wie der Gesandte des Ebf. von Salzburg festhielt (Nr. 406). Für die Gesamtheit der Reichsstädte entwarf Dr. Claudius Pius Peutingen von Augsburg eine erste Fassung einer Protestation gegen den Reichsabschied (Nr. 407), die durch den Frankfurter Gesandten Dr. Hieronymus zum Lamb später modifiziert und in eine endgültige Form gebracht wurde (Nr. 408). Neben den Reichsstädten protestierten die Augsburger Konfessionsverwandten, unter ihnen viele Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, als zweite Gruppe geschlossen gegen den Reichsabschied (Nr. 409). Drei weitere Protestationen richteten sich gegen einzelne Bestimmungen des Reichsabschieds: Die Gesandten des Oberrheinischen Kreises lehnten die Rückkehr zu den alten Anschlägen und das Abgehen vom Gemeinen Pfennig ab (Nr. 410), Pfgf. Ottheinrich protestierte gegen die zu hohe Veranlagung bei der Türkenhilfe (Nr. 411) und von altgläubiger Seite wandte sich der Bf. von Würzburg gegen seine geplante Einsetzung als Visitor bei der Visitation des Reichskammergerichts (Nr. 412).*

*Mehrere reichsständische Versammlungen tagten parallel zum Reichstag in Nürnberg und fassten ihre Beratungsergebnisse in sechs Abschieden zusammen. Einzelne Reichskreise legten gemäß dem Nürnberger Reichstagsbeschluss von 1542 ihre Abrechnungen vom Türkenzug 1542 vor. Die fränkischen Kreisstände taten dies bereits am 26. Febr. 1543 (Nr. 413), während die oberrheinischen (Nr. 415) und die schwäbischen Kreisstände (Nr. 416) ihre Versammlungen zeitgleich mit dem Reichstag beendeten. Von altgläubiger Seite hielten die Gesandten des Nürnberger Katholischen Bundes ihre Beratungen parallel zum Reichstag ab und einigten sich am 21. März 1543 auf einen Abschied (Nr. 414). Der Abschied der Reichsstädte datiert vom 24. April (Nr. 417) und jener der Schmalkaldischen Bundesstände vom 28. April (Nr. 418).*

## XIII.A Reichsabschied

### 404 *Abschied des Reichstags – Nürnberg, 1543 April 23*

- A *Wien HHStA, Allgemeine Urkundenreihe, 1543 IV 23 (handschriftl. Ausf.<sup>1</sup> mit kgl. und reichsständischen Siegeln); AS: Abschied des reichstags zu Nurnberg anno 1543.*
- B *Wien HHStA, MEA RTA 8/Konv. 1, fol. 689r–707r (Kop.)*
- C *Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 186r–218r (Kop. mit marg. Inhaltsbetreffen).*
- D *Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 160r–180v (Kop.); AS fol. 160r: Reychsabschiedt, den 23. Aprilis anno etc. 43 zu Nurnberg ufericht. Reichshandlung und abschid zu Nurnberg anno etc. 43 verhandlet und ufericht. Lectum [Frankfurt], 17. Maij anno 43.*
- E *Salzburg LA, Geh. Archiv IV/4, 1/2 (Kop.).*
- F *München HStA, KBÄA 3158, fol. 1r–23r (Kop. mit marg. Inhaltsbetreffen).*

*Druck: H. C. SENCKENBERG, Reichsabschiede, Bd. 2, S. 482–494<sup>2</sup>.*

*Bevor der Reichsabschied am Nachmittag des 23. April 1543 verlesen wurde, bemühte sich Kg. Ferdinand am Vormittag ein letztes Mal, die protestantischen Stände in Einzelgesprächen zum Einlenken, d.h. zur Bewilligung des Reichsabschieds und der Türkenhilfe zu bewegen<sup>3</sup>. Die altgläubigen Stände versammelten sich währenddessen im Reichsrat, wo der Mainzer Kanzler die wichtigsten Beschlüsse des Reichstags zusammenfasste<sup>4</sup>. Kg. Ferdinands Bemühungen, eine Bewilligung des Reichsabschieds durch die Protestanten und die altgläubigen und evangelischen Reichsstädte zu erreichen scheiterten; schließlich wurde der Reichsabschied nur von den Altgläubigen bewilligt<sup>5</sup>.*

---

<sup>1</sup> *Es ist kein offizieller zeitgenössischer Druck des RA<sub>b</sub> vorhanden (siehe dazu Einleitung S. 132).*

<sup>2</sup> *Die Paragraphenzählung von Senckenberg zur inhaltlichen Gliederung des RA<sub>b</sub> wurde beibehalten.*

<sup>3</sup> *Nähere Informationen zu den Gesprächen des Königs mit den Gesandten der protestantischen Fürsten (Kursachsen, Hessen, Württemberg) und mit einzelnen evangelischen Städtevertretern (Straßburg, Augsburg, Ulm) sowie die Schilderung der Übergabe der Protestationen nach Verlesung des RA<sub>b</sub> finden sich in der Frankfurter und in der Straßburger Schlussrelation: Nr. 401, fol. 187r–189r; Nr. 402, fol. 190v–194v.*

<sup>4</sup> *Zur Reichsratssitzung am Vormittag des 23. April und zur Verlesung des RA<sub>b</sub> am Nachmittag siehe den Bericht des Hildesheimer Kanzlers Dr. Johann Katzmann an Bf. Valentin von Tetteben, Nürnberg, 1543 April 23: Nr. 338.*

<sup>5</sup> *Laut einer Notiz aus der Reichskanzlei heißt es dazu: Als nun die protestierenden stende durch allerhand gemayn und particular schriftlich und muntliche handlungen von irem gemaßten furnemen und waygerung nit bewegt werden mugen, haben die kgl. Mt. sampt den ksl. commissarien und gemaynen gehorsamen stenden zum beschluß und abschid gegriffen, wie der hernach volgt. In: Wien HHStA, RK RTA*

Wir Ferdinand, von Gottes genaden röm. konig [...] <sup>6</sup>, bekennen öffentlich und thuen kunth meniglich: Nachdem wir und die ksl. commissarien uf dem letsten alhie zu Nurmberg [1542] gehaltenem reichstag anstatt und in namen der röm. ksl. Mt., unsers lieben bruedern und herrens, und fur uns selbs mit den kfl. rethen, fursten und stenden und der abwesenden botschaften und sie sich hinwieder mit uns vereinigt, das von wegen der furgenomen expedition wider den Turcken und anderer meer artickel und obligen des Hl. Reichs ein neuer reichstag, auf den 14. tag Novembris nechstverschieden alhie widerumb einzukomen, furgenommen und gehalten werden solt etc., inmassen solchs des obberurten letzteren hie gehaltenen reichstags abschiedt weiter mit sich bringt, so hat die ksl. Mt. an ir statt und von iere wegen die erwirdigen und hochgebornen Christoffen Bf. zu Augspurg, unsern Andechtigen, und Friderichen Pfgf. bei Rhein, Hg. in Beiern, unsern lieben schwagern und fursten, auch den ersamen, gelerten, unsern und des Reichs lieben getreuen Johann von Navis zu Messanntzi, irer Mt. rathe und commissarien, zu sollicher reichsversammlung sonderlich verordnet und abgefertigt. Und als nu wir aigner person sambt jetzbelten ksl. commissarien, dergleichen auch der churfursten verordente rethe, auch etliche fursten und stende personlich und die andern durch ire botschaften in gueter anzall erschienen, haben wir sambt den ksl. commissarien denselben erscheinenden stenden und der abwesenden rethe und botschaften furbringen und erzelen lassen [Nr. 43], wie das sich gemeine reichsstende aus den dreien nechsten reichstegen, nemlich zu Regenspurg [1541], Speier [1542] und alhie zu Nurmberg [1542] gehalten, gnugsamlich zu erinnern haben, wellichermassen von inen wider den erbfeindt gemeiner christenheit, den Turcken, ein

---

11/Konv. 1, fol. 184v (Kop.). Die Gesandten des Bf. von Würzburg bemerkten zu den Modalitäten der Verlesung des RA: [...] Disen nürnbergischen reichsabschide haben zum theil etlich der catholischen stende und derselbigen gesanten und bottschaften angenommen, aber die protestirenden gantz nicht. Es seindt auch der reichsstende und der abwesenden gesanten und pottschaften namen, wie hievor preuchlich gewesen, zu ende dises abschieds nit verlesen worden. In: *Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 429r (Kop.)*. Gabriel Arnold, *Gesandter Pfgf. Ottheinrichs, berichtete am Tag der Verlesung des RA, Nürnberg, 1543 Montag nach Cantate (April 23) an seinen Auftraggeber*: Euer fstl. Gn. gib ich in eil zu erkennen, das an hut der abschid gelesen werden soll. Und erfindt sich beslieslich, das laider das Reich zergeen und vil jamers vor augen sein wurd. Die protestirenden stendt haben an gestern dem könig irn abslag erzelt und werden heut inligende protestation [Nr. 409] ubergeben in die maintzisch cantzlei. Was daneben auf der pan ist, geburt sich, euer fstl. Gn. muntlich anzezaigen. Mit rat der kfl. Pfaltz ret wurde ich dem maintzischen cantzler euer fstl. Gn. protestation [Nr. 411], darzue euer fstl. Gn. der unvermoghichait halb gedrunge sind, auch schriftlich ubergeben. Trier und Cöln wolln den abschid auch nit annemen. Euer fstl. Gn. dorfen mir nichts schreiben, dann ich wird nit lang hie sein. [...]. In: *München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 170rv (Ausf.)*.

<sup>6</sup> Titulatur Kg. Ferdinands.

beharliche hilf bewilligt, erleutert und in volnziehung gebracht worden, und das auch dieser gegenwertiger reichstage von uns und den ksl. commissarien und gemeinen reichsstenden darumb angesetzt worden, das von wegen obberurter furgenomen christenlichen expedition wider den Turcken gehandelt, auch die notwendig vergleichung von wegen der anlage und gemeinen pfennings zu sollicher turckenhielf zwischen den kreisen gemacht und daneben in andern anhengigen puncten und artickeln auch gehandelt werden soll.

[§ 1] Und dieweil der hochgeborn Joachim, Mgf. zu Brandenburg, zu Ste-tin, Pommern, der Cassuben, Wennden und in Schlesien zu Crossaw Hg., Bgf. zu Nurmberg und F. zu Rugen, des Hl. Reichs ertzcamer<sup>a</sup> und churfurst, unser lieber oheim, oberst vheldthauptman, der ferndigen [= *vorjährrigen*] gelaisten turckenhilf halber und was sich darunder zugetragen gemeiner versamblung verordenten rethen, wie uns angelangt, ghein Regenspurg schriefftlichen bericht gethan, weliche rethe es volgends one zweiffel in alle kreis verkondt haben, so setzen wir in keinen zweiffel, gemeyne stende sein daraus und durch die verordenten kriegsrethe aus den kreisen bericht, was durch den obersten vheldthauptman und sie, die kriegsrethe, von wegen des winterlegers in Hungern auf den jungst alhie gemachten reichsabschiedts bewilligt und beschlossen, inhalt des obersten und der kriegsrethe schriefftlichn urkunt [Nr. 134], welches winterleger wir zu verhuetzung des grossen verlust und schadens, so von den vheinden (wo die besatzung solchs winterlegers nit beschehen) erfolgt were, mit unser selbst kriegsvolck ersetzt und bis uf des Reichs widerbezahlung mit der besoldung bishere erhalten haben.

[§ 2] Und nachdem sich gewislich zu versehen, das der christenheit erbefindt, der Turck, uf seinen erlangten vorteil, so er in Hungern hat, und sonderlich uf das, so seinem kriegsfolck das vergangen jhar in Hungern begegnet ist, von demselben konigreich nit absetzen, sonder dasselb und alle daran rainende lender, und sonderlich Osterreich und Merhern, davon des gantzen Reichs und anderer nationen kriegsfolck wider den Turcken profandirt werden mag, zu uberziehen und zu benottigen understeen werde, wie dann alle kuntschaften lauten und gemeine reichsstende selbs aus gueter erfahrung erinnert sein mogen, derwegen dan die stende bemelts unsers konigreichs Hungern und unsere niederosterreichen lande sambt unser fstl. grafschaft Görtz ire botschaft zu gemeinen reichsstenden alher abgefertigt und inen ir beschwerlich obligen, bedrangnus und vorsteende not eroffnet und umb ferrer und furderliche rathe und hilf undertheniglich und freuntlich angesuecht und gebetten [Nr. 99b].

[§ 3] Und als nun die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften die gedachten unserer kron Hungern und osterreichischen lande botschaft guetlich und freuntlich in iren werbungen angehort, auch von uns durch furbringung etlicher glaublichen kuntschaften bericht empfangen, wellichermassen unsers hl. christlichen namen und glaubens feindt, der Turck,

<sup>a</sup> In B: ertzcantzler.

in trefflicher zuberaitung und rustung stee, aigner person mit treffenlicher, grosser macht zum furderlichsten anzuziehen und nach eroberung unser kron Hungern di anrainende lande teutscher nation zu uberfallen, zu verwuesten und in seinen tyrannischen gewalt zu bringen, und dan auch wir dabeneben uns gegen gemeinen reichsstenden gnediglich erbotten, das wir unbedacht unser selbs, auch unserer konigreich und landen langwirigen, trefflichen ausgaben zu diesem christenlichen werck, nemlich zu widerstandt des Turcken, uns abermal stattlichen anzugreifen und an uns nichts erwinden zu lassen, wie wir uns dan mit allem dem, so wir von unser konigreich und lande wegen in diese turckenhielt über uns genommen, des vergangen jhars dermassen erzeigt und gehalten, das gemeine stende ungezweifelt an demselben woll ersettigt sein. Demnach haben obbemelte kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften dieses, des Turcken, tyrannischen furnemens und gemeiner christenheit und in sonderheit teutscher nation, des gemeinen vatterlandts, vorstehende nott und verderben mit zeittigem rathe erwegen.

[§ 4] Und dieweil aber gemeinen reichsstenden, sich mit einem gewaltigen heerzug zu rusten und diesen sommer, sonderlich vor des Turcken ankunfft in Hungern, gefasst zu werden nit woll muglich, in ansehung, das unser teutsch kriegsfolck zu ros und fues an meher orten hin und wider mit diensten behaft und in sollicher eil nit woll zu bekommen und in Hungern zu bringen sein wurd, so haben gemeine reichsstende nit fur nutz und guet ansehen konnen, das diesen sommer gegen den Turcken ein gewaltiger heerzug furgenommen werden oder das man sich gegen ime zu vheld schlagen soll, besonder aber und damit unser konigreich Hungern und andere anstossende christenlichen lender in dieser eußersten nott nit verlassen und dem Turcken in seinem tyrannischen furhaben nit statgegeben werde, sonder sollichs sein furnemen, sovill immer muglich ist, verhindert und aufgehalten werde, so haben der churfursten rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften fur ratsam und nutz angesehen, das wir die besten und ansehenlichsten befestungen an der Thonaw und andern orten in Hungern mit guetem kriegsfolck, profiant, puchsen, pulver, holtz und allem anderm, was zu der gegenpauung und wheer nottwendig sein wurdet, gnuugsamlich, stattlich und zeitlich versehen sollen. Daraus verhoffentlich erfolgen moge, das der Turck weder di straiß seinem gebrauch nach zu thun oder sich in teutsche lande zu begeben und daselbst flecken zu belegern understeen und die obberurten besetzten päß hinder inen lassen werde. Und wo er dan also uffgehalten und sich in seinem heer (wie dann in sollichen grossen heerlegern, als woll zu erachten, das der Turck mitpringen werde, leichtsam sich begeben kan) allerlei mengel und gebrechen an profiant, mit sterben der leut und viehs und dergleichen ander unrath sich zutruengen, dardurch er gedrungen wurde, mit spot und schaden abzuziehen, so mocht ime zuversichtlich nit woll mueglich sein, uf das nachvolgendt jhar mit einem solchen grossen heer wider in Hungern zu kommen.

[§ 5] Und dieweil man sich undertheniglich woll getrost, das die röm. ksl. Mt. gwislich in teutsch lande kommen und zuversichtlich einen gemeinen reichstag furderlich an ein gelegene malstatt ausschreiben werde, so mocht daselbst ferrer beratschlacht und gehandelt werden, welchermassen der Turck zu wasser und lande kunftigs jhars zeitlich, als in dem Mertzen, angegriffen und samentlich vermittelt gottlicher gnaden und hilf nit allein aus Hungern, sonder aus gantzem Europa vertrieben werden mocht, wie dan auch ratsamer und allen christlichen landen, in sonderheit aber teutscher nation, trostlicher und treglicher sein wurde, auf einmal alle macht dahin zu wenden und einen ewigen frieden zu machen, dan dergestalt mit kleinen, unansehnlichen hilfen von jhar zu jhar sich zu helligen, leut und gelt vergebenlich und mit grossem schaden zu schicken, dieselben und darzu teutscher nation reputation und ansehen, auch das hertz und mannhait gegen dem Turcken zu verlieren.

[§ 6] Dieweil aber zu sollicher besatzung der gemein teutsch kriegsman in gnuegsamer anzahl und rechter zeit beschwerlich zu bewegen sein mocht, so haben der churfursten rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften uns undertheniglich bewilliget und heimgestellt, das wir von stund an in Hungern, Beheim, Italia und andern landen umb guet kriegsfolck zu ros und fues umbsehen und werben lassen mogen. Und zu unserm gefallen und bedencken steen soll, neben demselben auch teutsche reutter und fuesfolck zu bestellen und zu gebrauchen.

[§ 7] Und demnach haben die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften sich gehorsamlich entschlossen, der ksl. Mt. und uns zu underthenigem gefallen, auch redtung des christlichen bluets und zu verhinderung und widerstandt des Turcken vermoge irer vorbeschehen bewilligungen und nach ausweisung des speierischen reichsabschiedts [1542] in ansehung vorsteender nott die ainfachen hilf, welliche nach dem romzug, der zu Wormbs [1521] ksl. Mt. bewilligt, angeschlagen und in einer somma 20 000 zu fues und 4000 zu ros macht, jetzo entlich und gewislich zu laisten und volziehen, inmassen von derselben underhaltung hernach merer anzaigung beschehen wurde. Und soll jetzbestimte anzahl kriegsvolck zu ros und fues sechs monat lang, vom ersten tag Maij an zu rechnen, erhalten werden und zu unserm willen und gefallen steen, die anzahl der reisigen in ringe pferdt zu verwenden oder zu behalten und die besatzungen nach gelegenheit der päß und des Turcken rustung notturftiglich woll zu bestellen und zum allernutzlichsten zu verordnen.

[§ 8] Gemeine reichsstende haben auch uns zugelassen und undertheniglich heimgestellt, uber sollich kriegsvolck in den besatzungen nach gelegenheit jeder nation und anzahl derselben erfarn, geschickte obersten haubt- und bevelchsleut zu verordnen, welliche hiebevord der belegerung gewonnt und sich gegen des feindts arbeiten zu schicken und mit Gottes hilf ire eingewurte flecken zu erhalten unerschrocken und erfarn sein.



[§ 9] Dieweil nun aber dieses ein notwendig christenlich werck ist, darzu die bebstlich Hlt. sonder zweiffel nit weniger zu helfen genaigt sein wurdet, dan sie des ferndigen [= *vorjährligen*] sommers irer Hlt. uf dem reichstag zu Speier gethanen erbietten und bewilligung nach auch gegen dem Turcken geholfen hat, so haben sich die churfurstenrethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften entschlossen und fur guet angesehen, die bebstlich Hlt. von hie aus von stund an durch schrieft [*Nr. 101*] zu ersuechen, irem vatterlichen erbietten und ambt nach zu dieser gegenwheer<sup>b</sup> auch ir guet kriegsfolck, ungeverlich 5000, zu schicken und underhalten, welliche wir in die besatzungen oder in ander wege zu nutz der christenheit und unser konigreich und erblande zu gebrauchen macht und gewalt haben sollen.

[§ 10] Und dieweil aber nit die geringst wolfart der besatzung, auch verhinderung und aufhaltung des Turckens an dem gelegen sein will, das wir unser armada und schieffung zeitlich und zum stercksten woll und mit aller notturftigen beraitschaft ruessten und verordnen, wie dan uf vergangnen reichstägen wir sollich uff uns genomen und derhalb unser konigreich und erblande der reichshilf erlassen<sup>c</sup> sein worden, so haben wir uf gemeiner reichsstende underthenigst bit und in ansehung vorsteender nott und gefhar abermaln gnediglich bewilliget, das wir zu redtung unserer selbs konigreichen und erblanden, auch gemeiner teutscher nation zu guet und erhaltung, an sollicher zurustung und aller zugehörigen notturft furderlich zuzurusten und zu fertigen, dergleichen in ander wege an unser bewilligten hilf keinen mangel erscheinen lassen wollen, damit des Turcken schieffung umb sovill meer verhindert und aufgehalten werden mag, also das er sein profandt, geschutz und anders nit mit sich bringen und seinen zugk und belegerung der päß nit in das werck ziehen noch auch mit seinem heer verrucken und di armada sambt dem wasserstrom verlassen bedurfe. Und das sich auch alles kriegsfolck desto williger und stattlicher in die besatzungen bewegen lasse und sich dieser unsern treffenlichen armada und verhinderung des Turckens getrosten moge.

[§ 11] Und dieweil der Turck allen kuntschaften nach auch ein starckhe armada auf das meer verordnet und one zweiffel die flecken in den windischen und andern landen, an dem mehr gelegen und uns zugehörig, heimsuchen wurdet, damit dan das mehr gegen dem vheindt stattlich besetzt und wir der besatzung an denselben orten zum theil enthebt, auch sorg, nachteil und schaden furkommen und verhuet werden moge, so wollen wir und die ksl. commissarien uf gemeiner stende und der abwesenden botschaften underthenig und vleissig bitte bei der ksl. Mt. ansuechen, bitten und verhöffentlich erlangen, das ir ksl. Mt. auf das mehr auch ir starckhe armada verordnen woll, dardurch des Turcken und seiner schieffung schedtlich furnemen vermittelst gottlicher gnaden furkommen [= *verhindert*] und angewendt [= *abgewehrt*] werde.

<sup>b</sup> *In B:* gewonheit.

<sup>c</sup> *In B:* verlassen.

[§ 12] Damit aber die ehrlichen und christlichen leut, die sich in die besetzungen begeben, nit verlassen werden und desto statlicher und trostlicher gegenweher zu thuen und sich, wie ehrlichen leuten zusteet, aufzuhalten desto mheer und sicherer ursach haben, ist fur hochnotwendig bedacht, wo der Turck überhandt nemen und di päß mit zuvill beschwerlicher belegerung tringen oder etliche päß (wellichs der Allmechtige verhuete) erobern wurde, das demnach widerumb ein gewaltiger zuzug verordnet werde und in sollichem fall beschehen soll. Derwegen haben wir und die ksl. commissarii mit den kfl. rethen, fursten und stenden und der abwesenden botschaften und sie sich hinwider mit uns verglichen und vereinigt, zu verordnen und verfuegen, das unser konigreich und lender, nemlich Hungern, Beheim, Schlesien, Merhern, auch die niederosterreichischen lande und die grafschafft Tiroll, darzu diese nachvolgende nechstgelegne kreis des Hl. Reichs, nemlich der frennckisch, beierisch, schwebisch und bede ober- und niedersechsische kreis, sich eines statlichen und benenntlichen zuzugs vergleichen, auf das sich ein jeder stande zu solchem zuzug schicken und, so die not vorhanden, zeitlich und mit gueter ordnung und fursichtigkeit diesen zuzug thuen moge.

[§ 13] Derwegen ist auch fur nutz und guet angesehen, das die gedachten unser konigreich lande und kreis ire volmechtige botschaften auf den 15. tage des monats Junij schierstkunftig zu Bassaw inzukommen verordnen. Und soll doch den andern des Reichs kreisen hiemit auch vergunt und zugelassen sein, die ierigen, ob sie wollen, auch zu sollichem tage abzufertigen und mit und neben den andern raitschlagen und schliessen zu helfen. Und di also erscheinenden sollen sich one ferrer hindersichbringen sollichs zuzugs zu vergleichen macht haben und wurcklich vergleichen. Und was auch also von den obbestimpten kreisen bewilligt und inen ufferlegt wurde, das soll uf gemeine reichsstende nach eines jeden gepure angeschlagen werden, also das einem jeden standt derselben kreis von stund an sein anzall und gepure zugeschrieben. Dergleichen, was uf sollichem tage beratschlagt und beschlossen worden, den andern nit erscheinenden, weiter gelegnen kreisen in schriefften furderlich eröffnet werden, sich darin zu ersehen und der notturft und pilligkeit nach zu vergleichn wiessen, damit alsfalt di underhaltung und bezalung an parem gelt auf reisich und fuesvolck bereidt gemacht und im fall des zuzugs und one alles verwiedern erlegt und davon das volck, so die gedachten kreis schicken werden, bezallt und also under den stenden gleichheit gehalten werden moge.

[§ 14] Also auch von uns sambt den ksl. commissarien, auch den kfl. rethen, fursten und stenden und der abwesenden botschaften bedacht und ermessen worden, das dieser expedition, wie auch andern dergleichen kriegem und gewerben, an den kuntschaften nit wenig gelegen ist, so haben wir gnediglich bewilliget, in des Turcken leger und hove guete kuntschaft zu bestellen und, was wir jederzeit erfahren, den stenden, sovill notwendig oder nutz sein mag, furderlich anzeigen zu lasen, sich darnach haben zu richten.

[§ 15] Und so also sollicher zuzug wider den Turcken beschehen wurde, soll alles volck zu ros und fues auf uns – sover wir aigner person im vheldt sein oder wenn wir daruber verordnen werden – warten, auch von allen kreisen oder stende[n] dermassen abgefertigt werden, das sie uns oder unser nachgesetzten haubtleuten, wie oben gemelt, gewertig und gehorsam sein sollen und wollen.

[§ 16] Damit nun zu underhaltung und bezalung vorberurter bewilligter hieff niemants vor dem andern beschwert, auch die ringerung und vergleichung der anschlege, davon in etlichen vill reichstegen bishere meldung und verheissung beschehen ist, in das werck gezogen und die bewilligt hilf deshalb auch desto gewisser und stattlicher geschickt und gelaist werden, und aber auß vill ursachen unmuglich ist, das solliche vergleichung jetzt alhie auf diesem tage beschehen moge und sonderlich, das solliche vergleichung und ringerung in zweien monaten oder lenger nit angefangen noch verricht werden kann, und dargegen die warheit ist, so man solliche lange zeit mit annemung des volcks und besetzung der päß verziehen sölt, das alsdann vergebenlich von den besetzungen zu handeln, sonder alle die besatzung, deßgleichen das gantz konigreich Hungern on aufhalten verloren sein, auch der Turck nit allain dasselb alles einnemen, sonder auch zeitlich und mit guetem sommer teutsch lande den merer theil durch di gewaltige straiß verderben, auch zum theil erobern mocht.

[§ 17] So ist demnach zu abwendung solchs verderbens und unrats von gemeinen reichsstenden fur notwendig bedacht und beschlossen, das alle kreis, wie die in nechster austeilung in zehen kreis abgeteilt sein, und die stende eins jeglichen kreis fur sich selbst auch, einen bequemlichen tage und an ein malstat, jedem kreis gelegen, durch di fursten, so bishere die kreistage ausgeschrieben haben, beschrieben werden sollen. Doch das sollich kreistage furderlich und uf das lengst vor St. Jacobs, des Zwolfpotten tage nechstkommende [1543 Juli 15], gewislich gehalten und beschlossen werden. Und darauf sollen dieselbigen stende eins jeden kreis vier, funf oder sechs personen aus inen erwelen, wellliche irer pflicht (wo sie einichem kreisstande verbunden weren) ledig gelassen werden, auch von neuem pflicht thuen, irem ufferlegten bevelch treulich nachzukommen und die beschwerden stende zu geburender ringerung und billicher vergleichung ires besten verstands zu befurdern und zu helfen und sich an dem nichts irren noch verhindern zu lassen. Und demnach sollen dieselben also erwelten personen zum allerfurderlichsten von allen und jeden stenden desselben kreis, di sich mit den anschlegen beschwerdt zu sein vermeynen, und von denen, so sich der anschlege nit beschweren, richtigen und gueten bericht und erkundigung ires vermogens, wellichs auch inen dieselben stende bei iren fstl. wurden und waren worten und den pflichten, damit sie dem Hl. Reich verwandt sein, anzaigen lassen sollen, mit fleiss aufnehmen und sollichn bericht und erkundigung bei inen in geheim behalten, wie inen dann auch von den kreisstenden sonderlich in ir pflicht ingebunden und vermeldet werden soll. Und demnach sollen sie, die verordenten der kreis, uf den ersten tag Augusti schirstkomendt zu Speier vor ksl. Mt. verordenten commissarien, so fursten

des Hl. Reichs sein sollen, N. und N., gewislich erscheinen, ires empfangen berichts und erkundigungen den ksl. commissarien relation thuen. Darauf auch die ksl. commissarien sambt den ernannten und erwellten personen von den kreisen alsbalt solliche erkundigung wol erwegen sollen und demnach einen anschlag, was also den stenden, und sonderlich den clagenden, fur ein hilf zu ros und fues aufzulegen, benennen und setzen, und also di pilliche ringerung der beschwerden stende, <sup>d</sup>-auch erhohung und staigerung der vermoglicheren stende<sup>d</sup> und also rechtmessige vergleichung der anschlege gwislich und entlich machen, wellichs dann von allen und jeden stenden vestiglich gehalten und volnzogen, dawider kein ein- noch ausrede gesuecht oder gebraucht noch auch jemandt daruber beschwert werden soll.

[§ 18] Doch sollen sich die ksl. commissarien und zugeordnete personen von den kreisen befeissen, sovil muglich, das die hilf, so die zeit here des wormbischen anschlags in dem Reich getragen, nach gelegenheit der stende dermassen ausgeteilt, das die gantz hilf im wesen bleiben moge oder zum wenigsten nit in hohe ringerung gesetzt werde. Und so der ksl. commissarien einer ringerung begern wurde, soll derselb die zeit, so von seiner ringerung und anschlage geredt wurdet, abtreten. Die ksl. commissarien sollen auch alsdann einem jeden standt seiner auferlegten hilf zu ros und fues ein urkundt und bekenntnus geben und zustellen, sich danach haben zu richten.

[§ 19] Damit aber mitler zeit mit der hilf zu schicken und die besatzung zu thun nit still gestanden oder die bequemligkait versaumbt oder die christenlichen lande ghar verloren werdn, so sollen alle und ide hohes und nieders standts stende durchaus zwen gantz monat soldt an grobem, guetem gelt der hilf nach, wie einem iden zu ros und fues in dem wormbischen anschlag auferlegt, nemlich fur ein pferdt zwölf fl. und fur ein fueßknecht vier fl., gewislich und entlich one alles verziehen und ausrede auf den 15. tage Maij in die steet Franckfurt am Rhein, Nurmberg oder Regenspurg, welliche dann einem jeden stande die geleginist sein wurdet, erlegen und bezallen. Und derselben stedt burgermeister und rethen auch vermoge dieses reichstags abschiedt bevolchen und ufferlegt sey, sollich gelt anzunemen und den erlegenden stenden derhalb gepuerende quittung und urkundt zu geben, und es des Reichs commissarien, so (wie hernach volget) ufgnommen und bestellt werden soll, oder desselben bevelchhabern gegen gepuerenden quittungen widder hinaus zu geben und volgen zu lassen. Derselb commissarius soll auch sollich gelt sonst zu keinem andern gebrauch ausgeben noch verwenden dan allein zu underhaltung und bezalung obbemelts der stende bewilligten kriegsfolcks und dann auch nach vollender [!] hilf alles dieses gelts einnemens und ausgebens halb den stenden furderlichen, grundtlichn bericht und rechnung thuen.

[§ 20] Dieweil man aber zu aufnemung des volcks jetzo gelts notturftig und die merern päß vor ausgang dieses monats besetzt werden muessen, soll ein jeder

---

<sup>d-d</sup> In B marg. nachgetr.

standt, und sonderlich die vermueglichsten, aus christlichem, gueten willen und in bedenckung der höchsten nott und was gemeiner christenheit an solcher eil gelegen sein wil, von stund an und als palt ir angepueer gelt erlegen oder aufbringen und keiner auf den andern verziehen noch waigern, damit diesem werck geholffen, das volck angenommen und in diese besatzungen gebracht werde, wie dann ein jeder gegen dem Almechtigen und seinem nechsten und sonderlich die armen anstossende lande und das christenlich blut zu redten schuldig und one zweiffel selbst genaigt sein soll und wurdet.

[§ 21] Gleichermassen sollen alle und jede stende obberurtem wormbischen anschlage gemes zwen monat soldt uf den 15. tage Julij und die drit bezalung uf den 15. Septembris auch gewislich und one alle ausrede in der vorbemelten stet eine, allermassen wie oben davon vermeldet ist, erlegen und bezalen, und also damit die underhaltung der sechs monat verricht sein. Were aber sach, das vor der dritten bezalung die anschlege uf vorberurter wege einen verglichen wurde und einem jeden standt zukomen were, was sein hilf sein wurde, alsdann sollen die stende sollichen anschlage und vergleichung nach dieselben dritten zalung thuen und erlegen und daruber nit gedrungen werden.

[§ 22] Auf das aber kein standt sich dieser hilf von wegen ungleicheit und beschwerung der anschlege zu verwiedern einich pillich ursach habe, so haben wir sambt den ksl. commissarien und die churfurstenrethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften uns vereinigt und bewilligt und bewilligen hiemit, wo nach endung dieser hieff etwas noch überig sein wurdet, das von demselben rest oder von dem gelt, so man von den ungehorsamen des ferndigen zugs einbringen und nach abzalung der obersten und hohen ampter desselben zugs überig sein und eingezogen wurdt, den beschwerden stenden, und denen ir anschlag geringert, ir ausgeben gelt, wievill sie uber irn neuen anschlag zu dieser hieff ausgeben hetten, widerumb von stund an erlegt und bezallt werden soll.

[§ 23] Doch soll hierin zwischen allen stenden, so dermassen in iren anlagen geringert und doch auf die alten anschlege ire bezalung zu der ersten, andern und dritten fristen bezallt hetten, gleicheit gehalten und keiner vor dem andern befördert werden. Neben dem ist bedacht, das auf rustguelt [!], den lauf der knecht, haubtleut und andere bevelchsleut, desgleichen ordinari und extraordinari soldt, darzu auf gueten schutzen, der man in den besatzungen zum hochsten notturftig und mit gemeiner besoldung in die besatzungen nit leichtlich zu bekommen sein werden, ein gros gelt lauffen und, so dasselb von obberurter erlegung genomen, das dardurch die hilf an personen nit gantzlich beschehen, sonder einen großen abgang geben wurde. Damit dann sollichen furkomen und die besatzung statlich beschehen moge, soll ein jeder stande die drei ersten monat zu einem jeden monat soldt auf ein reisigen anderthalben fl. und auf ein fuesknecht ein halben fl. bezallen.

[§ 24] Und dieweil solliche hilfe von der stende eigen chamerguettern in ansehung etlicher vill ursachen zu laisten beschwerlich und unmuglich sein

mocht, ist geordnet und zugelassen, das ein jede obrigkait alle ire underthanen, die sie vermoge der rechten und alten besitzlichen herkomen zu steuren und zu belegen hat, uf den gemeinen pfenning, wie der hievor in dem Reich bewilliget, doch allein derselben obrigkait zu guetem oder sonst durch ein steuer oder anlag, wie ein jede obrigkait fur guet ansehen wurdet, anlegen und einzihen mage. Und soll in sollicher anlage niemandt ausgeschlossen sein noch verschonnt werden, doch sollen die obrigkaiten hierin nicht anders, dan sich von rechts wegen und wie sie es in ruebigem [= *ruhigem*] gebrauch und herkomen haben, furnemen und in sonderheit den armen gemein mann, sovil muglich, fur andere nit beschweren, sonder nach eines jeden vermogen gleichheit halten.

[§ 25] Die obrigkait sollen auch zu diesem christlichen werck sich gleicher-massen wie die underthanen selbst angreifen und mitleiden tragen, dardurch der gemein mann und alle underthanen desto meer zu sollicher anlag bewegt und in gueten willen und gehorsam erhalten werden. Und sonderlich haben wir sambt den ksl. commissarien und die churfurstenrethe, fursten und stende und der abwesenden bottschaften fur pillich angesehen und beschlossen, das di capittell bei den hohen stieften und derselben underthanen iren bischoven in sollicher hielf gleiche anlage, wie die furgenomen wurde, tragen und hielf thuen sollen, ungeachtet aller vertrege, obligation und statuten, so etliche stieft mit iren bischoven haben oder haben mochten.

[§ 26] Und dieweil uns gemeine reichsstende undertheniglich ersuecht und gebetten, das wir die stende des Reichs, so in unsern osterreichischen landen beguetet sein und von denselben iren guettern nit minder dan von andern iren guettern diese und dergleichen reichshielfen und anlagen laisten musen, der anlagen in gedachten unsern osterreichischen erblanden uberheben und erlassen wollten, in betrachtung das dieselb beschwerden stende nit zwo purde oder hilf thun mogen<sup>7</sup>, das auch uns und dem gantzen werck solliche anlage bishere vill verhinderung bracht haben, so haben wir demnach gnediglich bewilligt, uns mit denselben stenden dieser bewilligung halb dermassen zu vergleichen und zu halten, darab sie sich nit zu beschwern haben werden. Aber die grafschaften, herschaften und lehenleut, so in dem schwebischen und rheinischen kreis gerechnet und dem haus Osterreich verwandt und zugethan, auch bishere von demselben gegen dem Reich vertreten worden<sup>8</sup>, sollen uns – in betrachtung, was beschwerlichen lasts wir in dieser expedition des vergangen jhars uber uns genommen und in dieser jetzigen bewilligung noch tragen und laisten muessen – zu unser hilf diennen und volgen. Doch wollen wir uns nit zuwider sein lassen, sonder hiemit bewilligt haben, das auf nechstkommenden reichstag deren und anderer halben, so auch von etlichen chur- und fursten

<sup>7</sup> *Es handelt sich um die von der Doppelanlage betroffenen Bischöfe: siehe Kap. IV.K, Nr. 144–150.*

<sup>8</sup> *Die von Österreich eximierten Reichsstände.*

gegen dem Reich vertreten und ausgezogen werden, handlung furgenommen und gepurendt einsehung beschehe. Darin wölln wir uns auch der gepuer und pillicheit also erzaigen und beweisen, das gemeine stende unsernthalb kein pilliche beschwerdt tragen sollen.

[§ 27] Kff., Ff. und andere stende sollen in dieser hilf niemants ausziehen, sonder einen jeden die vollige hilf thuen lassen oder selbs fur dieselben erlegen. Doch soll sollichs allen Kff., Ff. und stenden in andern fellen an irn hergebrachten freiheiten, gerechtigkeiten und gebreuchen unvergriffenlich und one schaden sein.

[§ 28] Und dieweil nun dieses ein notwendig, unvermeidlich redtung der christlichen volcker und lender ist, so sollen und wölln wir uf der churfurstenrethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften underthenig bitte und guetbeduncken mit den ritterschaften zu Schwaben, Franncken und am Rhein, so on mittel dem Reich zugehörig, mit gnedigem fleis suechen und begern lassen, das dieselben ir hilf und gelt auch zu gemeines Reichs gelt und underhaltung komen und antworten lassen und uns oder des Reichs verordenten commissarien oder desselbigen bevelchshabern uberantworten. Und damit die sachen befurdert und nicht versaumbt werde, so sollen und wollen wir von stund an alhie mandata an alle und jede reichsstende ausgehen lassen [Nr. 139], darinnen einem jeden sein gepuer und anlag an gelt anzaigen, mit der angehengten peen, wellicher hohes oder nieders standts sein gebuer, gelt und anlag auf jede zeit, wie hieoben gesetzt und benent worden ist, nit erlegen und also uber unser oder des Reichs verordenten commissarien ersts ersuechen ungehorsam sein wurdet, das dan der- oder dieselben, so also ungehorsam sein und ir ufferlegte gepur nit schicken werden, wo sie weltlich weren, als palt in der ksl. Mt. und des Hl. Reichs acht mit der that gefallen sein und, wo sie geistlich personen weren, alle und jede ire privilegia, freiheiten, schutz und schirm, die sie von ksl. Mt., deren voffaren und dem Hl. Reich haben, dardurch verwurckt, deren privirt und entsetzt sein, auch gegen inen sambt und sonderlich durch den ksl. fiscall zu erclerung sollicher peen und straff am ksl. chambergericht procedirt und volnfaren soll werden, inmassen in dem jungsten speierischen reichsabschiedt wider die verbrecher der daselbst gemachten ordnung weiter gesetzt und geordnet ist [RTA JR Bd. XII, Nr. 285, § 103]. Darauf auch chamerrichter und beisitzere des ksl. chambergerichts uf sommarische proces schleunig und furderlich erkantnus thuen und notwendig hilf erkennen und mittheilen sollen.

[§ 29] Die röm. ksl. Mt. und wir sollen und wollen auch sambtlich und sonderlich sollicher ungehorsam halb erclerten ächter keinen, eemaln er obberurt sein angebuer sambt allem derhalb erlitnen kosten, schaden und interesse volkommenlich und gehorsamlich erstat hat, von der acht wider absolvirn und erledigen. Und ob darwieder etwas von irer ksl. Mt. oder uns erlangt wurdet oder aus eigner bewegung ausgienge, dasselbig soll jetzt alsdan und dan als jetzt von unwurden und craftlos erkennt sein und dem also erledigten keinen

behelf<sup>e</sup> noch furschub bringen. Und uf der churfurstenrethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften ermesen und bedencken haben wir uns mit inen vereinigt und verglichen, das die sehe- und handsteet, so den fursten oder andern herschaften zugehorn und underworfen sein, bei denselben irn fursten und obrigkeiten gelassen und denen nit abgezogen, sonder angehalten werden sollen, denselben ir schuldige anlagen und hilf gehorsamlich zu laisten [Nr. 94, Art. 26].

[§ 30] Dieweil aber noch etliche stende seindt, die dem speierischen reichsabschiedt mit schickung irer angepuren den hilf oder erlegung des gemeinen pfennings, wie sich gebuert, nit gehorsam gelaist haben, welliche wir uff rathe und underthenig bitt gemeiner stende verzaichnen und dem ksl. fiscall vom neuen uberschicken lassen, und haben demnach sambt den ksl. commissarien uns mit den churfurstenrethen, fursten und stenden und der abwesenden bottschafften widerumb entschlossen und verglichen, das wider dieselben ungehorsamen durch bemelten ksl. fiscall nach sage und ausweisung des speierischen reichsabschieds strenglich und un[n]achlessig procedirt und volnfarem und darin niemandt verschont werden soll, damit die besoldungen, so die reichsstende noch schuldig seindt, unverzogenlich entricht und bezalt und ander notturften des Reichs damit verricht werden mogen.

[§ 31] Und damit solliche besatzung, verordnung und bezalung des kriegsfolcks ordenlich beschehen moge, haben die churfurstenrethe, fursten und stende und der abwesenden botschaften ein ansehenliche, verstendige person zu gemeinem commissarien furzunemen und zu bestellen fur nutz und notwendig angesehen [Nr. 141]. Und zu commissarien furgenommen und bestellt N. und in dermassen verpflichtet [Nr. 142], das er alles gelt, so vorangeregter massen erlegt werden sollen, zu seinen handen nemen, das kriegsfolck in bewilligter anzall mustern und bezalen, auch sollich gelt in kein andern wege dann zu bezalung des bewilligten volcks in die besatzungen brauchen und ausgeben wolle. Das er auch in erster musterung sollichts kriegsvolcks, sovill dem Reich zu versolden zusteet und bewilligt worden ist, auch in allen nachfolgenden musterungen selbs personlich mit sein und mustern wolle, es were dann sach, das sollich musterung der feindt halber fueglich nit beschehen mocht. Und gedachter commissarius soll auch mit geschickten diennern versehen sein und mit vleis das erlegt gelt in solcher verwarung haben, damit schad und spot verhuet, und nit mher zu ime bringen, dan jederzeit die notturft erfordern wurde, und also aller seiner handlung einnemens und ausgebens nach ausgang obberurter sechs monat zu nechster reichsversammlung erbare und richtige rechnung thuen und alsdan auch ime darumb, wie sich gepuert, gnuessamlich quittirt werden.

[§ 32] Damit aber im Hl. Reich teutscher nation frid und einigkait gepflantz und erhalten werden moge, so haben gemeine stende und der abwesenden botschaften bewilliget, zugesagt und versprochen, bewilligen, zusagen und

<sup>e</sup> In B marg. korr. aus: zweyffel.



versprechen auch hiemit uns und den ksl. commissarien anstadt und in namen der ksl. Mt. und zwischen inen selbst gegeneinander bei iren fstl. ehrn und wurden, auch gueten, waren treuen an geschwornen eidstat, das keiner den andern hohes oder nieders standts weder der religion noch anderer sachen oder ursachen halb, wie die namen haben mochten, bevheden, bekriegen, berauben, fahen, uberziehen, belegern, darzu auch weder durch sich selbs oder jemandt andern diennen noch einich schlos, stat, merckt, befestigungen, dorfer, hove oder weiler absteigen oder freventlich ein[n]emen, dergleichen keiner den andern, was religion der sey, seine zins, renthe oder inkomen vorhalten noch einziehen, besonder ein jeder sich allenthalb dem gemeinem landfrieden gemes halten sollen und wollen, bei peen und straff in den ksl. publicirten und ausgekundten landtfriden gesetzt, inmasen dann von dem friedt und friedstandt in den vorigen des Hl. Reichs abschieden und sonderlich in dem jungsten speirischen reichsabschied weiter begrieffen und verordnet ist.

[§ 33] Wan nun aber umb merer befurderung und erhaltung willen friedes und rechtens uf vorigen reichstegen fur nutz und guet angesehen worden, das das ksl. chamergericht visitirt und reformirt werden soll, so sehen die kfl. rethe, fursten und stende und der abwesenden bottschaften fur pillich an, das die visitation und reformation des ksl. chamergerichts<sup>f</sup> vermoge vorergangner reichsabschiede und handlungen<sup>f</sup> one ferrern verzug und schueb gewislich furgenommen und volnfuert werde. Und haben sich demnach verglichen, das dieselbig visitation und reformation uf den dritten tage Julij schierstkommendt zu fruere tagzeit zu Speier gewislich angefangen und nach erlangtem anfang biß an ire gepurliche endt continuirt und befurdert werden, darzu die röm. ksl. Mt. ire ansehnliche commissarien verordnen will. Und sein von gemeiner reichsstende wegen zu visitatorn furgenommen bede Kff. Meintz und Sachssen, welleche zu sollicher visitation ire treffenliche rethe schicken, der Bf. zu Wurtzburg in aigner person erscheinen oder einen andern fursten seins stants an sein statt erbietten und vermogen, und Mgf. Georg zu Brandennburg einen rath dartzu verordnen, abt zu Kempten oder abt zu Weingarten und Gf. Mertin zu Ottingen aigner personen auch erscheinen, und die stat Augspurg einen geschickten rathe schicken und die visitation und reformation als obsteet verrichten und volnfuren helfen sollen. Und daneben ist fur nottwendig erwegen und beschlossen, das die jherlich visitation des chamergerichts, wie sollichs in des Reichs abschiedt zu Regenspurg im 32. jhar der minder zall gesetzt und versehen ist [RTA JR Bd. X, Nr. 303, S. 1068f.], hinfuro gehalten und das chamergericht jherlich allwege uf den ersten tag Majj an dem ort, da es sein wurdet, visitirt und, sovill nott, reformirt werden soll.

[§ 34] Und so sich zwischen aller stende erkiesten visitatorn in volnziehung berurter visitation einicherlei misverstandt, warinn das were, zutruege, des sie sich zwischen inen selbs nit vereinen noch durch der röm. ksl. Mt. commissa-

---

<sup>f-f</sup> In A marg. nachgetr.

rien, so sie stattlich und ansehnlich darzu verordnen, nit vergleicht werden mochten, das alsdann zu irer ksl. Mt. gestellt werde, darueber entlich erkanndnus und entscheidet zu thuen, dem auch volgendts alle stende gehorsamlich geleben und nachkommen sollen, der trostlichen zuversicht, ir ksl. Mt. werden sich darinn als ein loblicher keiser dermassen zu erzeihen wissen, damit alle stende billich benuegig sein und einicher beschwerung kein fuegsame ursach haben werden.

Und damit sich mitler zeit bis zu kunftiger des ksl. chammergerichts visitation ab desselbigen gerichtprocessen und erkantnussen niemandt zu beschweren einich ursach haben moege, so haben gemeine reichsstende und der abwesenden bottschaften der röm. ksl. Mt. und uns zu underthenigen ehren und gefallen und aus treffentlichn, bewegenden ursachn zu befurderung und erhaltung frid, rhue und einichkait gehorsamlich bewilligt, das von zeit an dieses abschiedts bis zu obbestimpter visitation und reformation aller religion- und prophansachen, so sie gegen den stenden, der augspurgischen confession verwandt, und dieselben stende hinwieder gegen inen am ksl. chammergericht haben oder noch uberkommen mogen, bis zu entlichem beschlus angeregter visitation auch eingestellt und suspendiert bleiben sollen, allein die proces ausgenommen, so von wegen der nit gelaisten turckenhielf oder derselben halb schuldigen anlagen bishere angefangen oder noch kunftiglich der verfallenen oder kunftigen anlage halben furgenommen werden, und dan auch mit der bescheidenheit, das sollich visitation uff obbestimpte zeit gewislich furgehe und zum lengsten in dreien monaten den nechsten darnach folgenden geendet und beschlossen werde.

[§ 35] Wir und die ksl. commissarii setzen und ordnen auch anstat und in namen der ksl. Mt. hiemit und wollen, das mit den stenden, der augspurgischen confession verwandt, so ir angebur zu underhaltung des ksl. cammergerichts noch nit erlegt und die noch dieser zeit zu erlegen weigerung suechen, allem fridlichem wesen zuguet dieser zeit geduelte getragen und irenthalb furgenommene proces bis zu ende der visitation eingestellt werden, des versehens, das sich dieselben stende nach volnziehung angeregter visitation irer verfallen und kunftigen angepuer halber aller gehorsamen befeissen sollen.

Damit aber mitler zeit und bis zu volendung obberurter visitation des ksl. chammergerichts in nottwendigen sachen, die keinen verzug erleiden mochten, niemandt rechtlos gestellt werde, so haben wir sambt den ksl. commissarien uff rathe und guetbeduncken gemeiner reichsstende uns entschlossen, wo zwischen den stenden, welcher sachen obberurter maßen am ksl. chammergericht gegen einander eingestellt sein, sollich wichtigen sachen furfielen, die keinen verzug leiden mochten, das die röm. ksl. Mt. oder wir in demselben jederzeit uf ansuechung der partheien und nach gelegenheit der sachen richter und commissari verordnen sollen und mogen.

[§ 36] Als auch wieder etliche stende der augspurgischen confession nach irer beschehenen recusation allerhandt gerichtliche proces, handlungen und urtheil

am ksl. chambergericht ergangen und erkennt sein mochten, derhalben sie vermeinen, solch proces und urtheil aufzuheben und die sachen nach volendter visitation in dem stande, darinn sie vor beschehener recusation geschwebt, zu reassumirn, und aber sollichts bei gemeinen stenden fur beschwerlich und keinswegs thuenlich geacht worden, so haben wir sambt den ksl. commissarien aus ansehnlichen, treffenlichen ursachen unser gemuet dartzu bewegendt, gemeine stende dahin bewegt, das die erklerung solchs misverstandts der röm. ksl. Mt. gehorsamlich verdrauet und heimgestellt werden solle.

[§ 37] Und nachdem sich die stende, der braunschwei/[g]/ischen kriegsubung verwandt, derselbigen halber auf vorigem und diesem reichstage vor der röm. ksl. Mt. und uns, auch Kff., Ff. und stenden des Reichs sambtlich gegen Hg. Heinrichen zu Braunschweig zu antwurt zu steen erbotten und gebetten, diese sachs auf irer ksl. Mt. personliche ankunfft in das Hl. Reich zu verschieben und sich also dieser zeit keiner fruchtbaren noch ausdreichlichen handlung zu versehen sein mogen, so haben wir sambt den ksl. commissarien zu erhaltung mher rhue, fridts und ainigkeit im Hl. Reich bewilligt, bemelten Hg. Heinrich mit allen dienstlichen ursachen dahin zu weisen und zu vermugen, das er in gegenwertiger nott der christenheit der röm. ksl. Mt. und uns zu underthenigem, gehorsamem gefallen mit und neben den andern stenden auf obbestimt gemeine suspension seiner anhengigen rechtsachen halber auch geduldt tragen und bis zu röm. ksl. Mt. schiersten ankunfft am ksl. chambergericht stillsteen, sonder der ksl. Mt. und gemeiner stende gepurlichen handlung gehorsamlich und guetwillig erwarten wolle. Doch das solich der ksl. Mt. und gemeiner reichsstende handlung in kein verlengerung gezogen, sonder innerhalb sechs monaten den nechsten nach endung dieses reichstags furgenomen oder alsdann die sachen widerumb an das reformirt ksl. chambergericht gewisen und remitirt werden. Und wan dan die ksl. Mt., wir und gemeine stende des Hl. Reichs in sollicher braunschwei/[g]/ischen sachen handlung furnemen und pflegen wollen, so soll auch dartzu erfordert werden Valentin Bf. zu Hildesheim und von wegen sein und seines stiefts Hildesheim interesse zugelassen und gehört werdn, dergleichen Georg, Hg. zu Braunschweig und thumbprobst zu Cölln.

[§ 38] Dieweil auch under andern des Hl. Reichs obligen nit das geringst ist, ein gerecht, gleichmessig und bestendige muntz zu haben und zu erhalten, demnach so haben wir sambt den ksl. commissarien uns mit den stenden und sie sich hinwieder mit uns vergleicht, das auch dieser sachen halber auf den dritten Julij schierst ghein Speier die ksl. Mt. und wir, auch all und jede muntzgenossen stende, darzu die fursten und andere, so guldin und silbern berckwerck haben, ire muntzverstendige rethe abfertigen sollen, mit bevelch, sich mit anderer muntzgenossen verordenten gesanthen einer gueten, bestendigen muntzordnung halb auf vorige derhalben zu andern tägen gepflegen handlungen und rathschlege zu underreden und ir bedencken auf kunftigen reichstage gemeiner reichsversammlung anzubringen, da alsdan ferner

und austreglich nottwendig ein- und fursehung derhalben geschehen soll, damit im Hl. Reich teuscher nation ein zimliche, gerechte muntz aufgericht und gemacht werde.

[§ 39] Wann auch von wegen langwiriger irrung der session, auch ausziehung etlicher stende zu vill gehaltenen reichstagen allerhandt beschwerden furgefallen und je die notturft erfordern will, sollich strittigkait je zuletst zu billicher vergleichung oder erorterung zu befurdern, demnach wollen wir in namen der ksl. Mt. in kraft dis hieigen<sup>g</sup> reichsabschieds all und jede stende, so der session, standt und stym, auch ausziehung und vertretung etlicher stende halber in irrung steen, furgefordert und betagt haben, auf nechstvolgenden reichstage mit iren rechten und gerechtigkeiten gefasst zu erscheinen, allda sie notturftiglich gehort und guetlich vergleicht oder entlich entschieden werden sollen. Und dieweil etlicher fursten und stende botschaften sich uff diesem reichstage der session und umbfrage halb geirret, so wollen wir, das einem jeden dieses reichstags ungeverlich session und umbfrage, auch die subscription, zu ende dieses abschiedts beschehen, an seinem hergebrachten gebrauch und gerechtigkeit in keinen wege nachtheilig, schedlich noch vergriffenlich sein soll.

[§ 40] Sollichs alles und jedes, so obgeschrieben steet und die ksl. Mt., unsern lieben brueder und herren, und uns anrurt, gereden und versprechen wir sambt dem hernach bemelten ksl. commissarien anstatt und in namen irer ksl. Mt. und fur uns selbst steet, vhest, unverbruchenlich und aufrichtig zu halten und zu volnziehen, dem stracks und ungeweigert nachzukommen und zu geleben, sonder alle geverde.

Des zu urkhundt haben wir unser kgl. insiegel und der ksl. Mt. verordenter commissarius Johann von Naves zu Messantz neben uns sein eigen insiegell an diesen abschiedt thuen hencken. Und ich, obbemelter Johan von Naves zu Messantz, bekenne, das ich als ksl. commissarius mein insiegell an diesen abschiedt thuen hencken. Und wir, die verordenten kfl. rethe, fursten und stende, auch der abwesenden fursten, prelaten, graven und herren und des Hl. Reichs frei- und reichsstet gesandten, botschaften und gewalthaber hernach benent, bekennen auch offentlich mit diesem abschiedt, das alle und jede obgeschriebene puncten und artickel mit unserm gueten willen, wissen und rath furgenommen und beschlossen sein, willigen auch dieselbigen allesamt und sonderlich hiemit und in kraft dits briefs. Gereden und versprechen auch in gueten, waren treuen, die – sovill einen jeden, sein herschaft oder freundt, von denen er geschickt und gewalthabendt ist, betrifft oder betreffen mage – whar, steet, vhest, aufrichtig und unverbrochen zu halten, zu volnziehen und dem nach allem unsern vermugen nachzukommen und zu geleben, sonder geverde.

---

<sup>g</sup> In B: heilgen.

<sup>h</sup>Und seint dis hernach geschrieben wir, die churfurstenrethe, fursten, graven und der abwesenden stende, auch des Hl. Reichs frei- und reichsstet botschaften und gewalthaber etc.

<sup>9</sup>Von wegen der churfursten botschaften und rethe:

Albrechts, der hl. röm. kirchen cardinals und gebornen legaten, zu Meintz und Magdennburg Ebf., Kf., primaten etc., Adm. zu Halberstat, Mgf. zu Brandenburg etc.: Adam Kuche[n]meister von Gamburg, thumbscolaster des thumbstiefts zu Meintz; Jacob Jonas der rechten doctor, cantzler; Bernhart von Hartheim, amptman zu Miltennberg, und Jacob Reutter, der rechten doctor.

Johanns Ludwigs, erwelten und bestettigten zu Ebf. zu Trier, Kf. etc.: Heinrich, H. zu Niedereissennburg und Grenntzaw.

Hermans Ebf. zu Cölln, Kf., Adm. des stiefts Pade[r]born: Dietherich Gf. zu Mannerschiedt und Blanckenheim, H. zu Schleiden, Kerpen, Cronenburg und Neuburg; Degennhart Has, amptman zu Lien, und Jacob Omphalius, beiden der rechten doctor.

Ludwigs Pfgf. bei Rhein, Hg. in Beiern, Kf. etc.: Wolff von Affennstein, ritter, und Hanns von Walporn zu Ernsthoven.

Joachims Mgf. zu Brandenburg, Kf.: Leonhart Kelner, der rechten licentiat, dhumbprobst zu Havelburg, und Jacob Schilling.

Von wegen des haus Osterreichs: Hanns Gaudentz zu Madrutz, Frh. [zu] Afy und Brentonig.

Geistliche fursten persönlich:

Valentin Bf. zu Hildesheim.

Geistlicher fursten botschaften:

Von wegen Albrechts Kard. und Ebf. zu Magdennburg etc., Adm. des stiefts Halberstat und Mgf. zu Brandennburg etc.: Jacob Jonas, der rechten doctor, meintzischer cantzler.

Ernnsten, confirmirten zu Ebf. des stiefts zu Saltzburg etc., Hg. in Obern- und Niedernbeiern: Ihieronimus Bf. zu Chimsee; Welhelm [!] von Trautmansdorf; Eberhart von Hirnheim, bede thumbhern zu Saltzburg; Eustachius von der Alben, hoffmarschalck; Niclas Riebeisen Dr., pfleger zu Gmundt, und Hanns Munch [= Munich], pfleger zu Tettelheim und Halmberg.

Walthers von Cronberg, des hohemeisterampts in Preusen, meister teutsch ordens etc.: Wolfgang Schutzbear, gen. Milchling, landcomenthur der baley

<sup>h</sup> Die im Folgenden wiedergegebene Namensliste der Reichsstände bzw. ihrer Gesandten findet sich in ABE, CDF om.

<sup>9</sup> Die Namen der Reichsstände bzw. ihrer Gesandten wurden nicht, wie sonst üblich, verlesen: siehe den Vermerk der Würzburger Gesandten (oben Anm. 5). Jakob Sturm schilderte in seiner Relation an den Straßburger Rat am 14. Mai 1543 (Nr. 402, fol. 193rv) wie heftig einige protestantische Stände gegen ihre Nennung im RAb protestierten, da sie diesen nicht bewilligt hatten, und welche Antwort sie vom Mainzer Kanzler erhielten.

Hessen und commenthur zur Marpurg; Gregorius Spies, cantzler; Reichart von Haussen, der rechten doctor.

Connrads, erwelten und bestettigten zu Bf. zu Wurtzpurg: Mertin von Ussigkheim, dhumbher zu Wurtzpurg; Heinrich Truchses von Wetzhausen, hofmeister, und Georg Farner, der rechten doctor, cantzler.

Heinrichs Adm. der stieft Wormbs und Freisingen, probst und H. zu Elwangen, Pfgf. bei Rhein: Werner Koch, cantzler.

Erasmi, erwelten und bestettigten zu Bf. zu Strasburg etc.: Christof Welsing, der rechten doctor.

Philipsen Bf. zu Speier: Connradt Jung, landschreiber; Werner Coci [= Koch], wormbischer cantzler, und Christoff Welsing, der rechten doctor.

Moritzen Bf. zu Eistat: Hanns von Schaumburg und Matthes Luchs, der rechten doctor, cantzler.

Johanns Bf. zu Costentz etc.: Paulus Appetzhover, secretari.

Christofs Bf. zu Triennt und Adm. zu Brixen: Otto, des Hl. Röm. Reichs erbtruchses, Frh. zu Walpurg etc., dhumbdechant zu Triennt.

Pangratzen Bf. zu Regenspurg: Wilhelmus Sinderstetter.

Francisci Bf. zu Munster und Osnabrugk, Adm. zu Minden: Franciscus von Dey, dechant zu Quackenbruge, und Anthonius von Laer, trosten zu Horstmar.

Johanns Bf. zu Metz, Thull und Verdun: Philips Jacob von Helmestet, ritter, H. zu Velsberck, und Johan Gerhart, secretari und stathalter der Bélis<sup>10</sup>.

Wolfgangs Bf. zu Bassaw: Christof Kirchpueler, der rechten doctor.

Lutii Bf. zu Chur: Paulus Appetzhover, Costentzer secretari.

Sigismundi Bf. zu Mersenburg: Valerius Pistoris, der rechten doctor.

Wolfgangs abt zu Kempten: Heinrich Burckhart, des Hl. Röm. Reichs erbmarschalck zu Bappenheim, vogt zu Wolckenburg.

Johannsen von Hatstein, meister St. Johans ordens in teutschen landen: Georg von Hohenheim, genant Bombast, comenthur berurts ordens.

Weltlicher fursten botschaften:

Von wegen Wilhelms und Ludwigs, Pfgff. bei Rhein, Hgg. in Obern- und Niedernbeiern, gebruedern: Leonhart von Eck zu Ranndeck; Johann Weissenfelder zu Hickersbergk; Georg Stockheimer, pfleger zu Dachaw, und Georg Seldt, alle der rechten doctores.

Johannsen Pfgf. bei Rhein, Hg. in Beiern und Gf. zu Spanheim: Hanns Beuser von Ingelheim, amptman zu Creutzenach, und Carsilius Barn [= Beyer] von Belnhoven, der rechten doctor, amptman zu Neuennbamburg [= Neubamberg].

Ruprechts Pfgf. bei Rhein, Hg. in Beiern und Gf. zu Veldenntz als vormunders etc.: Jacob Schor von Hasell.

Moritzen Hg. in Sachsen, Lgf. zu Dhurringen und Mgf. zu Meissen: Christoff von Carlowitz und Johan Stramberger, der rechten doctor.

Johanns, Mgf. zu Brandenburg etc.: Hanns von Minckwitz.

<sup>10</sup> *Landschaft in der historischen Provinz Gascogne in Südfrankreich.*

Heinrich des jungern Hg. zu Braunschweig und Lunenburg: Johan Stoppler, der rechten doctor, cantzler.

Ernsten Hg. zu Braunschweig und Lunenburg: Niclas Hoelstein, der rechten doctor.

Wilhelms Hg. zu Gulch etc.: Johann von Fladen, brobst zu Ach, Xanten und Cronnberg; Werner von Höhestetten, hofmeister und amtman zu Grevenbrueg und Gladtbach; Johann von Wittenhorst; Gothart von Wilach, amtman zu Botz; Gothart Gropper und Johann Veltermeier [= *Faltermeyer*], bede der rechten doctores.

Ulrichs Hg. zu Wi[r]tenberg etc.: Christoff von Venningen und Philips Erer, der rechten doctor.

Carlen Hg. zu Sophey: Claudius Ludowicus Alardetus, abt zu Filliaten, und Ulricus Zasius, der rechten doctor.

Philipsen, Hg. zu Pommern etc.: Jacob Citzenitz [= *Zitzewitz*].

Barnymys Hg. zu Pommern etc.: Jacob Philips Osler, der rechten doctor.

Ernsten Mgf. zu Baden: Johann Marquart, der rechten doctor.

Johannsen Pfgf. bei Rhein, Hg. in Beiern und Gf. zu Spanheim, und Wilhelm, auch Pfgf. bei Rhein, Hg. in Obern- und Niederbeiern, als vormunder Philipsen und Christoffen Mgf. zu Baden: Johann Jacob Varnbueler, der rechten doctor.

Johannsen, Georgen, dhumbprobsten zu Magdennburg, und Joachimen, gebrueder, Ff. zu Anhalt etc.: Leonhart Keller, der rechten licentiat, dhumbprobst zu Havelburg.

Georgen Lgf. zu Leuchtenberg und Gf. zu Halss: Sebastian von Gich.

Prelaten botschaften:

Von wegen Johansen zu Salmweiler, Gerwircks zu Weingarten, Andrissen zu Elchingen etc., Georgen zu Ochsenhausen, Paulsen zu Irsin, Conradts zu Rode [= *Rot an der Rot*], Ulrichs zu Minderau, Johanns zu Schiessenriedt [= *Schussenriedt*], Johannsen zu Marcktaill, aller äbt, hat Heinrich Burckhart, des Hl. Röm. Reichs erbmarschalck zu Bappenheim, vogt zu Wolckenburg, als substituirt des abts zu Kempten bevelche.

Wolfgangs probst zu Bergdelsgaden [= *Berchtesgaden*]: Eberhart von Hirnheim, der stieft Saltzburg und Augspurg dhumbherr; Eustachius von der Alben zu Hipurg und Drinckpach [= *Triebenbach*] hofmeister zu Saltzburg, und Niclas Riebeisen, der rechten doctor.

Johann Rudolffen abts zu Murpach: Roch[us] Mertz zu Staffelfelden.

Johan abts zu Keisheim: Wolfgang Andreas Reme Dr., probst zu St. Mauritian zu Augspurg.

Erasmi abt zu St. Haimeran zu Regenspurg: Wilhelm Sinderstetter, des Bf. zu Regenspurg rathe.

Francisci abt zu Corfey: Jobst Ruelanddt, munsterischer cantzler.

Petri abt zu Creutzlingen: Paulus Apetzhover, Costentzer secretari.

Hanns Wernhers von Rischach [= *Reischach*], landcomenthur der balei Elsas und Burgundi teutsch ordens, des hohemeisteramts in Preussen verordente botschaft.

Walthers von Heussenstamm, landcomenthur der balei Coblantz teutsch ordens: Georg [= *Gregor*] Spies, des hohemeisters in Preussen cantzler, und Reinhart von Hausen, der rechten doctor.

Des prelaten zu Ursperg: Weiprecht Ehinger, alter Bgm. zu Ulm, und Martin Weickmann.

Von wegen Margreten, der äbtissin zu Buchen [= *Buchau*] am Federsee: Mathias Rasch, der rechten doctor, furstenbergischer cantzler.

Graven persönlich:

Philips Gf. zu Rheineck [= *Rieneck*].

Der graven botschaften:

Von wegen Gunthers Gf. zu Schwartzenburg, H. zu Arnstet und Sondershausen: Philips Kropffengans, secretari.

Von wegen der wetterawischen und etlicher graven jheset [= *jenseits*] Rheins gesessen: Philips Gf. zu Nassaw, H. zu Wisbaden und Ietzstein [= *Idstein*]; Chunen Gf. zu Leiningen, H. zu Westerbürg; Ludwigen Gf. zu Stolberg und Koenigstain etc.; Antonien des eltern von Eissenburg [= *Isenburg*] Gf. zu Budingen, auch seiner jungen vettern von Eissenberg, Gff. zu Budingen; Engelharts Gf. zu Leuninggen [= *Leiningen*] und Dagspurg als vormunder weilandt Gf. Emis [= *Emichs*] nachgelassen söne, seiner vettern Hanns Heinrichs und Emichs<sup>11</sup>; Johannsen Gf. zu Nassaw, H. zu Beilstein; Wilhelms Gf. zu Nassaw, Catzenelnbogen, Vianden und Dietz und Reicharts Gf. zu Solms, H. zu Mintzenberg, als vormunder der jungen Gff. zu Hanaw, Hn. zu Mintzenberg.

Von wegen aller Reingraven: Weirichs von Dhun Gf. zu Falckenstein und Limpurg etc.; Philipsen und Bernharten, beden Gff. zu Solms, Hn. zu Mintzenberg; Wolfgangs, Ludwigs, Albrechts, Georgen und Christoffs Gff. und Hn. zu Stolbergk und Wernigerode; Philipsen Gf. zu Hanaw, H. zu Lichtenberg; Johanns Gf. zu Wiede, H. zu Runckell; Johanns von Hohenfeels, H. zu Rappolskirchen: Georg [= *Gregor*] von Naling[en], der rechten licentiat.

Von wegen Philipsen und Hanns Georgen gebrueder, Gff. zu Mansfeldt: Philips von Rastenberg.

Albrechts Gf. zu Mansfeldt: Johann Braun von Weymar.

Mertin Gf. zu Ottingen: Sebastian Fischer, cantzler.

Ernsten Gf. zu Hoennstein, H. zu Laer und Klettenberg: Friederich Speet, der rechten licentiat.

Jacoben Gf. zu Zweienbrucken, H. zu Bitsch und Lichtenberg: Christof Welsing, der rechten doctor.

<sup>11</sup> Die Gff. Hans Heinrich und Emich waren die minderjährigen Söhne des 1541 verstorbenen Gf. Emich von Leiningen-Dagsburg.



Georgen Gf. zu Zweienbrucken, H. zu Bitsch und Ochssenstein: Christof Welsing, der rechten doctor.

Von wegen Friederichen Gf. zu Furstenberg, Heiligenberg etc.; Johannsen und Haugen Gff. zu Montpfort; Ulrichen Gf. zu Helffenstein; Johannsen, Georgen und Christoffs Gff. zu Lupfen; Jobsten Niclassen Gf. zu Hohenzollern etc.; Johann Ludwigs Gf. zu Sultz etc.; Johann Wernhers Gf. zu Zimmern; Wilhelms, des Hl. Röm. Reichs erbtruchsessens, Frh. zu Walpurg; Johansen Marquart Frh. zu Kuntzeck [= *Königsegg*]; Gangolfen und Walthers Frhn. zu Hohengeroltzeck; Schweickers von Gundelfingen Frh.; Georgen, des Hl. Röm. Reichs erbtruchsessens, Frh. zu Walpurg: Matthias Rasch, der rechten doctor, furstenburgischer cantzler.

Von wegen Wolfgangs Gf. zu Barbi und Mulingen: Sebastian Moller, der rechten licentiat.

Ulrichs Gf. zu Reinstein und Blanckenburg: Georg Braun von Weimar.

Adamen, Gottharden<sup>12</sup>, Hannsen und Bernharden Gff. zu Wolfenstein: Johan Kraft.

Georg und Eberharden Gff. zu Erbach: Joachim Has.

Georg Ludwigs von Freibergs von wegen der herschaft Justingen: Weiprecht Ehinger, alter Bgm., und Mertin Weickmann.

Von der frei- und reichsstet wegen:

Augspurg: Georg von Stetten, Sebastian Seitz und Lucas Ulstetter, der rechten doctor, mit gewalt und bevelche der stat Schwebischen Wierde [= *Donauwörth*].

Nurmberg: Hieronimus Baumgartner, Hieronimus Holtzschucher und Sebalt Haller, mit bevelche der stat Schweinfurt.

Ulm: Weiprecht Ehinger, alter Bgm., und Mertin Weickmann, mit gewalt der hernach bemelten stett: Reutlingen, Hailbronn, Biberach, Kempten, Eisni [= *Isny*], Alen, Buchaw und Wimpffen.

Rottenburg uf der Thawber: Hanns Hornburg.

Nordlingen: Wolf Graf.

Regenspurg: Johann Hiltner Dr.

Dinckelspuell: Michael Bawer.

Memmingen: Christof Zwicker, mit bevelche Leudkirchen.

Weissenburg am Norckaw: Hanns Wolf.

Kaufpeuer: Georg<sup>13</sup>Worm, Bgm. daselbst.

Ravenspurg: Conradt Goltrich und Gabriel Krottlin, der rechten licentiat, statschreiber daselbst.

Lindaw: Hanns Bentzberg<sup>14</sup>.

<sup>12</sup> *Wahrscheinlich ist Gottfried v. Wolfstein-Sulzbürg gemeint, der in Worms 1545 und in Augsburg 1555 persönlich anwesend war.*

<sup>13</sup> *Gemeint ist wohl Gordian Worm/Wurm/Wurml/Wormbs, Bgm. von Kaufbeuren.*

<sup>14</sup> *Mehrere Namensformen sind überliefert: Brentzberg/Bremsberger.*

Des zu urkundt haben wir, die churfursten meintzische und pfaltzische rethe, unserer gnedigsten herren Meintz und Pfaltz secreten von irer kfl. Gnn. und derselben mitchurfursten wegen und ich, Eustachius von der Alben, des ertzstiefts Saltzburg erbtruchsses und derzeit hofmarschalck daselbs, von meins gnedigsten herren, H. Ernsten, erwelten und bestettigten zu Ebf. zu Saltzburg etc. und der geistlichen fursten wegen, Leonhart Eck von Ranndeck, der rechten doctor, von meins gnedigen hern Hg. Wilhelms von Beiern etc. und der weltlichen fursten wegen, Heinrich Burckhart, des Hl. Röm. Reichs erbmarschalck zu Bappenheim, vogt zu Wolckenberg, von der prelaten wegen, und Mathias Rasch, der rechten doctor, furstenbergischer cantzler, von der graven und hern wegen unser insiegell an diesen abschiede thun hencken.

Geben und geschehen in unser und des Hl. Reichs stat Nurmberg, auf den 23. tage des monats Aprilis nach Christi unsers hern gebuert funfzehnhundert und im dreiundvierzigsten jhar unserer Reich des röm. im 13. und der andern im 17.

**405** *Resümee des Reichsabschieds durch die sächsischen Gesandten und Gründe für die Ablehnung desselben – o.o., o.D. (Nürnberg, ad 1543 April 23)*

*Dresden HStA, 10024, GA, Loc. 10184/6, fol. 156r–158r (Kop.); ÜS fol. 156r:* Ungeferlicher bericht der artickel des abschiedts zu Norimberg, sovill mir<sup>1</sup> auf dismal eingefallen.

[Vgl. *RAb* § 4] Das jar kein feldzug zu thun. Die peß in Hungern zu besetzen.

[Vgl. *RAb* § 6] Das volck an frembden orten zu bestellen.

[Vgl. *RAb* § 7] Die einfach hulfe zu leisten uf 6 monet.

[Vgl. *RAb* § 8] Der kgl. Mt. die bestellung und verordnung des volcks heimzustellen.

[Vgl. *RAb* § 9] Den babst umb hulf ungeferlich uf 5000 man zu ersuchen.

[Vgl. *RAb* § 10] Das die armada auf der Donaw zugeruset.

[Vgl. *RAb* § 11] Die Venediger zu bitten, das sie ein starcke armada uf das mär an den windischen landen ordnen wolten. Das die ksl. Mt. auch ire statliche armada an die ende fertigen wolde.

[Vgl. *RAb* § 12] Ob der feindt uberhandt nehmen ader die besetzten peß zu sehr dringen wurde, das ein gewaltiger zuzug verordnet solle werden.

[Vgl. *RAb* § 13] Das etliche lande und kreyß zu Passau derhalben zusammenkommen sollen.

<sup>1</sup> *Es ist nicht klar, welcher der beiden sächsischen Gesandten, Dr. Johann Stramburger oder Christoph von Carlowitz, die Kurzfassung erstellte. Beide Gesandten waren bis zum Ende des RT in Nürnberg anwesend; ihre Namen finden sich unter dem RAb.*

[Vgl. *RAb* § 14] Das die kgl. Mt. guete kuntschaften in des Turcken leger und hoffe bestellen solle.

[Vgl. *RAb* § 16] Ringerung der anschlege.

[Vgl. *RAb* § 17] Zu ringerung der anschlege in iden kreis zusammenzukommen und etliche personen zu vorordnen, die sich der stende vermögens erkunden und der ksl. Mt. commissarien hernach zu Speier davon bericht thun und neben denselbigen die ringerung machen sollen.

[Vgl. *RAb* § 19] Das ider standt 2 monet soldt seinem anteil nach auf den 15. tag Maij erlegen solle.

[Vgl. *RAb* § 20] Die vermuglichsten sollen ir gelt alsbaldt erlegen.

[Vgl. *RAb* § 21] Uff den 15. tag Julij abermals zwene monet soldt zu erlegen. Uf den 15. tag Septembris aber also.

[Vgl. *RAb* § 22] Ab nach endung der hulf etwas ubrig davon und von dem alten rest der ungehorsamen soll denen, die in den anschlegen zu hoch beschwerdt, ir zuvil ausgegeben gelt wider erlegt werden.

[Vgl. *RAb* § 23] Das zu den obersolden und anderer unkost auch auf yedes pferdt 1½ fl. und auf iden knecht ½ fl. ubermaß gegeben soll werden.

[Vgl. *RAb* § 24] Das die obrikeit derhalben ire underthanen belegen mugen.

[Vgl. *RAb* § 25] Das die obrikeit sich auch selbst angreiffen solle. Das die capittel den bischoffen gleiche anlage thun sollen ungeachtet irer freiheit.

[Vgl. *RAb* § 26] Das die kgl. Mt. die reichsstende, in Osterreich begutert, mit der anlage doselbst uf dismal vorschonon wolle.

[Vgl. *RAb* § 27] Das die stende in dieser hulfe niemants ausziehen sollen.

[Vgl. *RAb* § 28] Das solche bewilligte hulf die weltlichen bei peen der acht, die geistlichen bei vorlust ihres schutzes und freiheit leisten sollen.

[Vgl. *RAb* § 29] Und das keiner aus solcher straffe gelassen, er hab dan seine gebur, auch schaden und interesse erlegt.

[Vgl. *RAb* § 31] Das zu einnehmung des geldes, musterung und bezallung ein commissarius solle ernent werden.

[*Dieser Passus fehlt im RAb*] Das 1. Septembris zu Speier ein reichstag wider angesetzt, den ksl. Mt. eigener person besuchen werde, von den artickeln, so itzo nit gar erledigt haben konnen werden, zu handeln.

[Vgl. *RAb* § 32] Der landfride und zuvorn ufgerichte fridstende werden erneuert.

[Vgl. *RAb* § 33] Das cammergericht sol N. Julij visitirt und reformiert werden vormoge der vorigen abschidt und handlung, dabei man nach vortrostung der kgl. Mt. und ksl. commissarien die regenspurgische declaration auch vorsehen

mog, wiewol es nit in dem abschidt stehet<sup>2</sup>. Und solche visitation sol zum lengsten in 6 monet nach vorlesenem abschidt ir entschafft erreichen<sup>3</sup>.

[Vgl. RAb § 34] Mitler zeit sollen alle proceß gegenwertig und kunftig in religion- und prophansachen wider die protestirenden suspendirt werden, ausgenohmen die ungehorsamen in der vorigen eilenden und jungsten beharlichen turckenhulfe.

[Vgl. RAb § 35] Aber der ausstehenden underhaltung des cammergerichts halben sol mit den protestirenden bis nach endt der visitation gedult getragen werden.

[Vgl. RAb § 36] Ab die sachen wider die protesirenden nach gescheener visitation in dem stande, wie sie vor der jungst gethanen recusation gewest, der protestirenden bith nach reassumirt sollen werden, das sol zu ksl. Mt. erkantnus gestellt sein.

[Vgl. RAb § 37] Die kgl. Mt. wollen auch dem [!] von Brunshwig vormogen, in seiner sachen so lange stille zu stehen.

[Vgl. RAb § 35] Doch sol die ksl. Mt. in sachen, die nit vorzug leiden können, mitler zeit commissarien zu geben haben, vor den solche sachen rechtlich ader gutlich gehandelt mogen werden.

Darnach volgen etliche artickel der ungehorsamen in erlegung der vorigen zweier turckenhulfen, item den [!] kreyßrechnungen halben und dergleichen.

In solchem abschidt haben etliche aus vierlei ursachen nit willigen wollen:

1. Das sie bei beratschlagung desselbigen nit gewest.
2. Das wider die mehrern stimmen solche beratschlagung furgenohmen, so doch die mehrern stimmen gewolt, das man ane hinlegung des julischen kriegs zu keiner fruchtborn hulfe kommen konde.

[3.] Das der misvorstant frides und rechtes halben uff ir bith noch nit erledigt, sich auch die gemeinen stende gewweigert, die ksl. erklerung derselbigen artickel in den abschidt bringen zu lassen.

[4.] Das etliche zu hoch angeschlagen und die anschlege noch nit geringert.

[5.] Item die stette haben auch ane das nit willigen wollen, weil man inen keine stimme wold lassen, welches irem angeben nach wider des Reichs alt herkommen sein solde.

Aber die gemeinen stende haben des mehrer teils gewilliget, die hulfe zu leisten, doch ein yeder seine beschwerung daneben angezeigt. So vorsehet sich die kgl. Mt., die andern, so gleich dawider protestirt, werden es an irem anteil auch nit erwinden lassen.

<sup>2</sup> Die Aufnahme der Regensburger Deklaration von 1541 Juli 29 in den RAb von 1543 war eine Forderung der evangelischen Stände, welche diese gegen den Willen der Altgläubigen nicht durchsetzen konnten.

<sup>3</sup> Im RAb § 34 wird die Dauer der Visitation auf drei Monate beschränkt. Da die Visitation ungefähr drei Monate nach dem RAb beginnen sollte, macht das insgesamt sechs Monate.

### XIII.B Protestationen gegen den Reichsabschied

#### 406 *Vermerk der Gesandten des Ebf. von Salzburg betr. die Protestationen gegen den Reichsabschied – o.O., o.D. (Nürnberg, ad 1543 April 23)*

Salzburg LA, Geb. Archiv IV/4 1/2, unfol. (Vermerk zu Ende des Reichsabschieds).

Dagegen zu vermerckhen, das all protestierend, auch ettlich ander, also auch die gehorsamen stett, den abschied nit angenumen, sonder darwider, doch aus unterschiedlichen ursachen, protestiert haben. Und wengleich die zwispalt frid und rechtens erledigt, so wer doch diser abschid von den protestierenden nit angenomen worden, den[n] sy haben dagegen furgeben, das solchs den vorigen abschiden in vill weg zugegen und gar nit erschiehlich der durgkhenhilf und anders halben.

Dieweil die kgl. Mt. nach verlesung des abschiedts die protestierenden nit hören wellen, haben sy ir protestationsschrift [Nr. 409] in die maintzisch cantzley ubergeben, dergleichen die andern, so auch gegen disem abschied, die doch bei den gehorsamen stenden im reichsrath gesessen, gethan haben<sup>1</sup>.

Und wiewoll der saltzburgisch secretari der aller copeien begert, hat doch der maintzisch cantzler sollichs abgesehen. Vermaint, es sey nit geprechig abzuschreyben; sich doch erbottt, an seinen gnedigsten herrn churfursten zu gelangen, und so ir kfl. Gn. solchs zuegeb, solch unserm gnedigen herrn von Saltzburg zuzuschigkhen.

#### 407 *Entwurf für eine Protestation der Reichsstädte durch Dr. Claudius Pius Peutingen – o.D. (Nürnberg, 1543 vor April 23)*

Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 127r–133v (Kop.); AV (v.d.Hd. Lambs): Nichts. Ist hernach geendert worden.

---

<sup>1</sup> Siehe die Aufzählung der Protestationen gegen den Nürnberger RAb durch den Kanzleischreiber von Schwäbisch Hall, Leonhard Pleymair, gegenüber einem gelehrten Rat der Stadt Heilbronn (Adr. fehlt). In dem Brief (dat. 1543 Mai 5) heißt es: [...] Uff deren mir jungst zu Nurmberg gegebenen bevelch schicke derselbigen ich den abschide des jungsten zu Nurmberg gehaltenen reichstags hiemit zue, darwider dann alle der augspurgischen confession verwanthen stende [Nr. 409], deßgleichen der rheinisch kraiß [Nr. 410], Hg. Hainrich Pfgf etc. von wegen der bisthumb Wurmbs und Freisingen, auch der brobstey zu Elwangen [Nr. 146], auch Hg. Otthainrich Pfgf. etc. [Nr. 411], der Bf. von Munster [fehlt] und der erbarn frey- und reichstett gesanthen bottschaften von irer hern und obern, dann auch von wegen der andern stett, von denen sie bevelch gehabt und vertreten [Nr. 408], protestirt etc. [...] In: Ludwigsburg StA, B 189 II, Bü. 54, unfol. (Ausf. v.d.Hd. Pleymairs).

*Drei Juristen des Städteausschusses, Dr. Ludwig Grempe (Straßburg), Dr. Claudius Pius Peutingen (Augsburg) und Dr. Hieronymus zum Lamb (Frankfurt), arbeiteten die Argumentation für die Protestation gegen den Reichsabschied aus. Dr. Peutingen wurde beauftragt, auf Basis der Vorberatungen die Protestationsschrift zu verfertigen. Da der Reichsabschied zu diesem Zeitpunkt noch im Entstehen begriffen war und mehrfach geändert wurde, stellt die von Peutingen verfasste Protestation einen Entwurf dar, der später von Dr. Hieronymus zum Lamb – unter beträchtlicher Veränderung des ursprünglichen Textes – zu einer endgültigen Fassung umgearbeitet wurde (siehe Nr. 408)<sup>1</sup>. Um den Vergleich der beiden Protestationen zu erleichtern, wurde im Entwurf in eckigen Klammern eine Artikelzählung eingeführt, die jener im Endtext der Protestation entspricht.*

Alß die röm. kgl. Mt., unser allergenedigster herr, die ksl. commissarien, etliche fursten und der abwesenden Kff., Ff. und stende rätthe und botschaften, wie antzeigt wurd, einer bewilligten reichshilf wider die Thurcken sich verglichen haben sollen und sollichß der erbarn deß Hl. Reichs steten Wormbs, Speyer, Rothweyll, Hagenaw und Ravensspurg gesanten jungst freitags, den 30. Martij verschinen, vermeldt, auch obwol dieselben der stett gesanten sich hievor darüber irer noturft und habenden bevelchs genugsam schriftlich und mundtlich [Nr. 102–103] vernemen lassen, warumben sie solcher gestaldt und noch zur zeit in einig hilf zu khomen nit willigen mochten, deß aber unangesehen die vorangeregte stend und derselben rathpotschaften, unerledigt der erbarn stett beschwerden, auch unverhindert der furgewendten eehaften, wichtigen und rechtmessigen ursachen, so angeregte 5 stett und dan gemeine deß Hl. Reichs erbare frei- und reichsstett und derselben gesanten auf jungstgehaltenem reichstag alhie [RTA JR Bd. XIII, Nr. 199] eingepracht und uberflissiglich außgefuert, mit waß maß und welcher gestaldt sich wollte gepüren, in berathschlagung gemeiner reichssachen und der hilf widder den Thurcken nach alt herkhomen und gebrauch und vermög der hievor uffgerichten reichsabschiedt und der kgl. Mt. und der ksl. commissarien urkhundt und versicherung furtzufarn, das auch anderer dan derselben gestaldt den erbarn steten zum hochsten nochthailig, gantz unthunlich und den gesanthen unverantwortlich were, sich in einiche reichshandlung einzulassen, so haben doch jetzo wir, der erbarn deß Hl. Reichs stett gesanten, abermaln angehört, wie daß berurte stend sich ferrer understünden, in solchem irem vorhaben zu beharren, der erbarn stett unverhört und obangeregten beschwerden und ursachen unerledigt, zu einem angemasten abscheidt zu greiffen und denselben alß ein reichsabschiedt auf heuten verlesen und publicirn lassen.

Soviel nun unß, die gesanten der erbarn deß Hl. Reichs stett, so der augspurgischen confession, religion und protestation verwandte, belangedt, sein wir sampt und neben der Kff., Ff. und stende gesanten berurter confession, religion

<sup>1</sup> Zur Entstehung des Entwurfs und zur Endfassung der Protestation aller Reichsstädte, d.h. der altgläubigen und der evangelischen, siehe das Nürnberger Städteratsprotokoll zum 20. April 1543: Nr. 89a, fol. 31rv.

und protestation unser noturft angehort, warumb wir auß den daselbst ertzelten ursachen in einiche hilf, auch diessen publicirten abschiedt nit wusten zu bewilligen, sonder darwider protestirt haben, welche gemeyne der augspurgischen confessionverwandte stende protestation und furpringen [Nr. 409] wir, der stett derselben religion, hiemit abermaln erholt und repetirt und derselben handlung durch diß unser erscheinen und fernere handlung gemeiner deß Hl. Reichs frei- und reichßstett noturft mitnichten derogirt oder preiudicirt haben wöllen.

Am andern, waß aber die vorgenante funf stett<sup>2</sup> betreffen thut, die wir allweg willig gewesen, auch ausserhalb der augspurgischen confessionverwandte stend begern uns in handlung der reichssachen einzulassen etc. und aber nit allain nach altem gebrauch zu der berathschlagung der furgeprachten proposition weder in auschuß noch sonst ervordert noch getzogen, sonder außgeschlossen und unß volgends auch der bedacht daruber geweigert worden, alleß allen naturlichen, der folcker geschriebenen rechten, dartzu aller regimenten und pollicei vernunftigen, üblichen gewonheiten und altem herkhomen deß Hl. Reichs und gemeinß sachen zuwider, sein wir, derselben funf stett gesanten, auß unser ibergebenen schrift [Nr. 102] zuvor genugsam verstanden, daß unsere herrn und obern unß alher uf die vorige reichßabschiedt und gepflegne handlungen jungst zu Regensburg [1541] und Speyer [1542] mit bevelch abgefertigt, und dieweil die stende dieße ire handlung particulariter, in abwesen einer grossen anzall deß Hl. Reichs Kff., Ff. und derselben potschaften und unser, der stettgesanten gemeiner stende, fur sich selber furgenomen, daß dann wir, der funf erbarn stett gesanten unerledigt der ungleichait deß Reichs anschleg und anderer unserer angezeigten beschwerden in einich ferrer hilf und handlungen nicht khonten bewilligen. Dabey wir eß nochmaln pleiben und davon protestirt haben wollen, daß, wo uff die vorige reichßabschiedt nach gebrauch und altem herkhomen im Hl. Reich und der gemeinß sachen durch gemeine reichßstend samptlich die hendel furgenomen worden, an unß zu der pillichait nichts erwunden. Und waß aber daruber und anderß durch die stende gehandelt, das sollichß berurte funf stett mitnicht[en] binden sollt noch mocht.

Waß dan sunst deß Hl. Reichs stett alle in gemein belangen thut, daß dieße etlicher Kff., Ff. und stende botschaften particular handlung und bewilligung in namen aineß reichsabschiedt promulgirt und angeben oder dahin sollte getheidt [= *verhandelt*] werden, daß derselb abschiedt die erbarn deß Hl. Reichs frei- und reichsstet und derselben zugewanthen mit greiffen und binden soll etc., das wissen sie, der stet gesanten, denselben stenden mitnichten einzureummen.

[1.] Dann erstlich, soviel die gemein der erbarn stet beschwerung und das berurt, daß sich hievor Kff., Ff. und stend und der abwesenden potschaften auf etlich gehaltenen tegen – und auch jetzunder geschehen seyen befunden wurd – angemast, fur sich selber, der stett beschwerden nit allain unerledigt, sonder

---

<sup>2</sup> Es handelt sich um die altgläubigen Reichsstädte Speyer, Worms, Hagenau (samt den Städten der Landvogtei), Rottweil und Ravensburg.

auch gantz unverhort in reichshandlungen furzuschreithen und de facto wider obermelte recht, herkhomen deß Reichs und den gemeinß sachen inen selber dieße prorogativam gern schepfen und occupirn wollten, das, waß durch Kff., Ff. und dyselben stende, der stett unverhort und unbewilligt, fur gut bedacht und angesehen, die stett deß Hl. Reichs antzunemen und dem zu geleben schuldig sein sollten etc. Darwider repetirn wir, der erbarn gemeiner stett gesanten, in namen unserer herrn und obern derselben gethane protestation, jungst in dem 26. Augusti des verschinen 42. jharß in ofnem reichsrath alhie beschehen [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 199*] und dem meintzischen cantzler volgends ubergeben. Und wollen dieselben gemeiner stett protestation et narrata eiusdem tanquam in ipso eodem casu et in ipsum eundem punctum de novo alleß irs inhalts reiterirt und jetz widerumb interponirt haben, protestirn, sagen und begern wie daselbst.

[2.] Am andern, daß diesser verlesen abschiede uff gantze andere, jha widerwertige form und maß der hilfen dan hievor und uff jungsten gehaltenem tag zu Speyer durch Kff., Ff., prelaten, graven, stet und gemeine reichsstend und der abweßenden potschaften bewilligt und widerumb den gemeinen stenden, besonder den erbarn stetten, der untreglich last der ungleichen und ubermessigen anschleg auf den haß geladen wirdt, aber nit allain die so oft vertröst und jungst endtlich zugesagte ringerung der anschleg, sonder auch die vergleichung der kraiß nit furgenommen noch vollendt ist. Und demnach solchs den erbarn stetten, so mererthailß irem vermögen nach in gemein, aber alle gegen den andern stenden zu raitten mit dem römerzug gantz ubermessig uberlegt, fur allen andern stenden untreglich und unthunlich ist. Auch wir nit gesteen khonnen, daß den stenden und derselben potschaften, so sich diesser zeit allhie einig underfangen, gepuren wollt, von form und maß der vorbewilligten hilf und derselben anlage zu schreiten und dasjhenig, so gemeine stend durch vielfeltig gepflegne handlung sich endtschlossen, jetzund widerumb sturtzen und die sachen wider in den vorigen alten, ungleichen, [*un*]wirdigen standt zu fhuren.

[3.] Zum dritten, so haltet berurter angegebner reichßabschiedt under anderm auch diese unleidliche beschwerdt in sich in dem, daß derselb zu ferrer außgab und reichung der hilf schreitet, unangesehen daß die erkhante und bewilligte vergleichung der kraißkisten wie ob noch nit beschehen. Daß den erbarn steten fur andere stende so viel mher beschwerlich, daß die gemeinlich alle iren gemeinen pfenning getreulich und gehorsamlich erlegt und aber der merer thail derselben stett daruber mit betzalung der iren, so auß dem gemeinen pfennig nit betzalt worden, noch weither an gelt sich entblößt und die ubrigen, so noch nit betzalt, thäglichs von dem volck, so in deß Hl. Reichs dinst und zu jungstem zug widder den Thurcken abgefertigt und die außstehend monat besoldung täglichß angelant werden, derhalben in grossen sorgen und gefhar stehn müssen. Und desto minder in irem vermögen sein will, sich in weither hilf zu begeben, alledieweil die jungst gelaiste hilf die mittel und weg, so allen



stenden zugleich treglich, hingelegt und hingericht. Wurd auch der ungehorsamen und dern stend halben, so nach vermog deß speirischen abschiedts die gemeine kisten nit aufgericht noch ir gebur erlegt haben, solche mittel und weg furgenomen, bedacht und in das werck gebracht, damit die erbarn stett und andere gehorsame stend irer gehorsam nit entgolten.

[4.] Also wollt eß auch den erbarn deß Hl. Reichs frei- und reichsstett zum allerhöchsten entlegen, untreglich und unleidenlich sein, sich uff weither unbewiste anlage derjhenigen, so sich zu Passaw versamlet finden sollen, zu begeben. Demnach unsere herrn und obern nit allain alhie, sunder auch daselbst zu Passaw in irem abwesen und unverhort wider herkhomen deß Hl. Reichs und aller gemeinß hendel wider alle recht und pillichait von andern sollten belegt werden.

[5.] Und alß diesser anschlag, in jetzo bewilligter etlicher stend hilf auf die alte anlage gestellt, merer thail den stetten untreglich, demnach sich bey vielen erfunden, daß ir geliferter gemeiner pfenning nit 3 monat auf den anschlag deß romerzugs erreichen mogen. So ist es auch sunst mit den stetten also geschaffen, daß der mherer thail land und leuth in der andern stende handen und gewalt und die stet zu irer noturftigen underhaltung zuvor mit dem gewonlichen steuren also uberlegt [= belastet] und bey irem gemeinen man nit woll dan mererst [= noch mehr] zu erhalten wissen, auß welcher ursachen auch, das die zeit der erlegung der hilf also kurtz, der angeregten stend entschlossen hilf einzupringen unmuglich sein wurd.

[6.] Ob nun wol in verleşnem abschiedt under anderm ein punct meldung thut von einer zusammenkhunft geen Speir, allda der ringerung der anschleg halben gehandelt und beschlossen werden sollt<sup>3</sup>, so ist doch solchs hievor mher und durch gemeine stend auch geschlossen worden, aber nhie in das werck gepracht, sonder allwegen dieselben angesetzte teg one frucht abgangen. Und auch zu diessen malen die sachen also angericht, daß vor außgang der sechß monat khaineß außstrags zu verhoffen, sonder die sechß monat volliglich auf die alte anschleg erlegt werden musten. Und aber die stett, alß vor gehort, vielfeltiglich gegen andern stenden zu reiten in dem oftgenanten romerzug uberlegt und sich die bedenckhen deß abschiedts, soviell die ringerung betrifft, auch sonst also ersehen und dahin vernemen lassen, daß noch der stett erheischender noturft und gelegenheit einiger besserung deß orts nit zu gewarten etc.

[7.] So ist auch nit zu mindern beschwerden im verleşnen abschiedt gehort worden, daß die thumbcapittel den stetten, darin sie gesessen, entzogen und den bischoven zugelegt werden, demnach der vorige reichsabschiedt mit claren worten vermög, daß eineß jeden anlage sollen betzalt und erlegt werden an dem ort, da er gesessen, dan one daß (wie auch mit mergleichem [= merkli-

<sup>3</sup> Siehe Nr. 404, § 17: *die Kreisstände sollten am 1. Aug. 1543 in Speyer zusammentreten, um über die Moderation der Anschläge zu verhandeln, wozu es jedoch nicht kam.*

*chem]* schaden in jungst erlegter hilf vernomen worden) augenscheinlich und unwidersprechlich wer, [*dass*] die stett in solcher anlage uf den anschlage deß romerzugs mererthail unvermuglich, und dasselb oben genugsam angetzeigt ist und darumb mher zulage dann abnemenß bedorfen.

[8.] Und letztlich, so die jungste reichsabschiedt zu Regenspurg [1541] und Speyer [1542] und dieselben conditionen, mittel[s] welcher die dreijherige hilf bewilligt, recht ersehen, erfendt sich, daß auch sonst in viel mher puncten in laistung der hilf widder den Thurcken nit allain viel stende denselben bewilligten reichßsatzungen bißher ireß thailß nicht gelebt noch nachkhomen, sonder auch allhie in jetz gehortem abschiedt in mher wege gestreckt [= *lang*] dawider bedacht und gehandelt ist, unangesehen, daß in dem speirischen abschiedt außstruckenlich vermeldt, daß darwider nichts furgenomen werden und die röm. ksl. Mt. und kgl. Mt. daß auch nit gestatten sollen. Demnach anderer gestaldt, und wo den berurten bewilligten conditionen nit nachgesetzt, gemeine stende zu statlicher hilf wider den Thurcken nit khomen mochten.

Auß diessen ertzelten und andern mher ursachen, so wir uns sampt aller ander noturft anstat unserer herrn und obern jetzo als dan und dan als jetzo außstruckenlich furgesetzt und vorbehalten haben wollen, clerlich erfolgt, daß diesser abschiedt, durch fursten und etlichen der abwesenden Kff., Ff. und stende potschaften verglichen und sampt ein gemeiner reichsabschiedt verlesen und publicirt werden will, zuwider den vorigen reichsabschieden und bewilligten conditionen, auch der kgl. Mt. urkhundt, herkhomen deß Reichs und den gemeinß sachen, die offenbare ungleichait und vielfeltige beschwerde, damit die erbarn stett widder das recht und pillichait, irenthalben auch gantz unerhort, belegt, in sich haltet.

[9.] Und darumb wir anstat unserer herrn und obern unß darein zu begeben oder denselben in ichten zu bewilligen nit stathaben, es auch unserer personen halben gegen unsern herren und obern und derselben underthanen zu verantworten nit wissten. Derhalben den vorberurten angebnen abscheidt one unser, der stet gesanten, beysein, wissen, bewilligen und also wider alt herkhomen und gebrauch im Hl. Reich und die jungst gemachte reichßabschiedt zu Regenspurg und Speier furgenomen, hiemit offentlich und zierlich widersprechen, und daß derselb unsere herren, gemein deß Hl. Reichß frei- und reichßstett und derselben zugewanthen, mitnichten binden oder begreifen khan, moge noch solle. Und wollen unß in namen alß ob alle noturft der recht und sonst dawider bedingt und hievon zierlich protestirt, <sup>a-</sup>auch unß sonst gemeinlich alle mittel und hilf uf alle schell [= *schallend*] furgesetzt haben<sup>a-</sup>.

Und deß noch weither antzeigende, daß, wo gemeine stende die berathschlagung der hilf widder den Thurcken und ander reichßsachen nach altem herkhomen im Hl. Reich, auch uf die jungste abschiedt zu Regenspurg und

<sup>a-a</sup> Im übertragenen Sinne bedeutet die Textpassage, dass die Städte mit allen möglichen Mitteln lautstark gegen den Reichsabschied vorgehen wollen.

Speier und darin bewilligter und bedunckter maß alhie furgenomen, die gemeine stett und derselben gesandten nit gesondert, sonder der stet an- und obligen, beschwerden und gelegenhait wie der andern stende anghort und ermessen und also dieße gemeine sachen uf allen stenden leidenliche und tregliche wege samptlich bedacht und berathschlagen hetten wollen. Daß wir dan unß dartzu erbotten und nachmaln urpittig seind, daß an unsern hern und obern, auch unsern personen zu aller gepur deß Reichs und theutscher nation wolfarth nichts erwinden, mangeln noch fellen soll, euer Gnn. und Gg. bittende, daß nit anderst dann unserer herrn und obern hohen unvermeidlichen noturft nach und auß habendem bevelch beschehen zu khainen ungnaden noch anderer gestaldt vermerckhen und unsere personen darinn entschuldigt und in genedigem und gonstigem bevelch haben. Sonst protestirn, provocirn, bedingen und erbieten uns, wie wir ob gethan.

**408 Notarielles Protestationsinstrument der Reichsstädte: Gründe für die Ablehnung des Reichsabschieds<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 23**

*A Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 37r–50r (Kop.); AS fol. 37r:* Protestation der erbern frey- und reichsstett auf und wider den reichsabschide, so uf dem reichstag zu Nürnberg, den 23. Aprilen 1543 ergangen und publicirt, übergeben worden ist.

*B Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 156r–159v (Kop.); DV fol. 159v:* Instrumentum protestationis der freien- und reichsstett gesandten wider den jüngsten reichsabschied zu Nurnberg ufgericht. *Ebd.*, fol. 128–135r *Protestation der Reichsstädte.*

In dem namen unsers lieben herrn und seligmachers Jhesu Cristi amen [...]<sup>2</sup>.

Auf Montag, der do was der 23. tag deß monats Aprilis ungeferlich umb achte uff der kleinen hor vor mittemtagszeit oder nahent dabey zu Nurnberg in der loblichen reichsstat auf dem rathauß, namlich in der stueben oberhalb der cantzley daselbst, syndt aldo versammelt gewesen die ernvesten, hochgelerten, fursichtigen, ersamen und weisen herrn der erbarn hernach benannten frey- und reichstett zu abermal ytzigem reichstag alhier gehn Nurnberg gesandte botschaften und befelchhabere und haben aldo vor mir, offenbarn notario, und den ersamen gezeugen hernach bemelt ungeverlich die oder dergleichen maynung reden und anzaigen lassen, daß sie wider deß itzigen zweiten gehalten reichstage hie zu Nuremberg abschiede, so gleich an heut in der reichsversammlung eroffent werden solte, abermaln auß bewegenden ursachen ein articuliert protestation

<sup>1</sup> *Es handelt sich um die endgültige Fassung der Protestation, die auf Grundlage des Entwurfs von Dr. Peutingen (Nr. 407) von Dr. Hieronymus zum Lamb verfasst wurde. Das Aktenstück ist in vielen Archiven überliefert, allerdings meist ohne das notarielle Protestationsinstrument, in welches die Protestation eingefügt wurde.*

<sup>2</sup> *Einleitungsformel.*

verfassen<sup>a</sup> lassen hetten, die sie mir notario und den zeugen zu handt in zweien gleichlauttenden copeien (die ich auch alspladt sambt den zeugen gegeneinander auscultirt, abgelesen, collationirt und gleichs inhalts befunden habe) uberantwort, mit geburlicher requisicion, beger und erforderung, das ich sambt beden zeugen dabey und mit sein, daß sie solche protestation an heut nach publicirung und verlesung deß angezogen reichsabschyede thun und ubergeben lassen wolten etc., inmaß[en] dann auch an disem obgemelten Montag deß 23. Aprilis ungeferlich umb zway uff der klainen hor nach mittemtagszeit oder nahent darbey beschehen ist, das ire Herrlichkeiten und Gg. in der stueben auf bemeltem rathauß, aldo die röm. kgl. Mt. etc., unser allergnedigster herr, auch röm. ksl. Mt. commissari, der chur- und fursten, auch anderer des Hl. Reichs stende gesandten, rathe und potschaften, meine gnedigen und gonstige herrn, den gemelten reichsabschiede publicirn und offlich verlesen lassen etc. Alspladt nach irer Mt. aufstehn in gemainer versamblung und vor der ermelten chur- und fstl., auch anderer stende gesandten, rathe und potschaften gegenwertigkeit und beysein den einen gleichlauttenden protestationszedtel und schrift durch den edeln und ernvesten H. Jacoben Sturm, der stat Straßburg gesandten, alten stetmaister daselbst, dem erwirdigen und hochgelerten H. Dr. Jacoben Jonas, maintzischen cantzler, uberanthwurten lassen, mit offlicher bemeldung und antzaigung, das sie, die gesandten der erbern frey- und reichstet in namen und von wegen irer herrn und obern inhalts derselben aldo protestirt, daneben auch gebetten und begert haben wolten, solche ir, auch irer herrn und obern beschwerungen und protestationen zu andern dises reichstags acten und actitaten in des Reichs cantzley registrirn zu lassen etc., welchs der gedacht herr cantzler in mein, notarien, und der beden zeugen gegenwertigkeit also angenommen, die ad acta zu registrirn bewilligt und darauf seinem secretario zu verzeichnen uberraicht het. Und verlauth der inhalt derselben verlesen, auscultirten, collationirten und uberanthwurten beschwerungs- und protestationszedtel, wie vom anfang biß zum ende von worten zu worten hernach geschrieven steet<sup>3</sup>:

Die röm. zu Hungern und Behaim etc. kgl. Mt., unser allergnedigster her, sambt dem ksl. commissarien tragen one zweifel noch in gnedigster und guter gedechtnus, wie Kff., Ff. und andere stende auf negsten zu Regenspurg [1541], Speier [1542] und alhie zu Nurnberg [1542] gewesnen reichsversamlungen den naturlichen aller volcker, auch beschriebnen rechten, dartzu der Gulden Bulla, ksl. reformation, reichsordnungen aller regimenten, ublichen gewonheiten, dem im Hl. Reich von alter herkhomen geprauch der natur und eigenschaft gemayner hendel, auch pillichkeit entgegen und zuwider, der erbarn frey- und reichstett pottschaften von irem gepurenden reichstandt, stymm und berath-

<sup>a</sup> In B: verlesen.

<sup>3</sup> Der folgende Text ist die von Dr. Hieronymus zum Lamb verfasste Protestation der Reichsstädte gegen den RAb, welche auf Grundlage des Entwurfs von Dr. Peutingen (Nr. 407) erarbeitet wurde.

schlagung gemainer Reichs ob- und anligen gar außzuschliessen understanden, auch die sach dohin zu deuten vermaineten, als ob der erbarn stett gesandte von wegen irer obern, was Kff., Ff. und andere stende irer unverhört und unbewilligt beschlossen, on ainichs widersprechen anzunemen und zu volziehen schuldig sein solten etc., wie auch dargegen der erbarn stett pottschaft auf bemelten und sonderlichen den letzten zweien reichstagen in solche der Kff., Ff. und stende beschwerlichen nheurungen nit willigen wöllen, sonder irer obern notturft auch jederzeit und furnemlich jungst zu Speyr und alhie nach verlesenen reichsabschieden in gemainer der stende versamlung neben mundtlichen bedingungen schriftliche protestationes offenlich ubergeben und dieselbigen zu andern reichsacten zu registriren gepetten etc., der underthenigen und tröstlichen zuversicht, es solten churfursten und fursten nach gelegenheit diser geschwinden, hochgeferlichen leuft zu furderung gemainer sachen und ainigkeit hinfurter der erbern stett pottschaften von allen beratschlagungen deß Reichs obligenden hendel zu excludiren sich nyt mehr angemast haben.

Aber solchs alles unbedacht haben gegenwertige fursten und der abwesenden Kff., Ff. und anderer stende rathe und potschaften, so sich auf disem reichstag zu beratschlagung der turckenhilf eingelassen, der erbern stet Wormbs, Speier, Rotweil, Hagenaw sambt der andern in die landtvogtey daselbst gehorigen steten und Ravenspurg gesandten den 30. Martij jungst verruckt eroffnen und furhalten lassen, das sie ein hilf wider den Turcken zu bewilligen sich entschlossen etc. Und wiewol hernach den ersten Aprilis bemelter funf stet potschaften sich irer habenden befehl in schriften vernemen lassen [*Nr. 102*], nemlich das sie von irer herrn und obern wegen kein weitere hilf bewilligen konnten oder möchten, es wurde dann vor allen dingen die lang versprochne ringerung der anschleg und die zu Speier verabschidete vergleichung der kreißkisten zu würcklichem ende gebracht, dartzu der erbarn stet gesandte ires bedenckens jedesmals notturftiglich angehört etc. Yedoch haben die anwesenden fursten und der abwesenden Kff., Ff. und stend rethe und potschaften uber und wider der erbern stett vilfeltigs hievor gethones protestirn, auch furgewendte beschwerden, wie und welcher gestalt die bewilligte hilf zu laisten sein solt, verglichen und oberannten funf steten das bedencken solcher vergleichung furlesen lassen [*Nr. 94*]. Und wiewol uf solchs itzt angeregter stett potschaften den 14. Aprillis jungstverschienen ire beschwerden abermals schriftlich fur- und eingebracht [*Nr. 103*], auch darneben in underthenigkeit gepetten haben, ire herrn und obern in solchem gnediglich zu bedencken, yedoch haben hoch- und obgedachte stende der funf stetten beschwerden, so in gemainer versamlung abgehört worden, unerledigt, auch ire, der botschaften, unbeanthwurtet den ytzverlesnen abschyed beratschlagt, geordnet und beschlossen.

Wiewol nun nit allain der oberzelten, sonder auch der andern erbern frey- und reichsteten gesandte potschaften von iren herrn und obern dermassen abgefertigt, auch fur sich selbs zu thun genaigt, wo sie zu beratschlagung gemainer reichshandlung wie von alter herkomen gezogen und von Kff., Ff. und stenden

nit außgeschlossen, auch ein reichshilf wider den Turcken den zuvor aufgerichteten regenspurgischen und speirischen abschieden gemeiß furgenommen wurde, alsdann in alle tregliche, gleichmessige und leidliche anlagen zu bewilligen und das hochnotwendig christlich werck widerstands des Turcken, sovil an inen, zu befurdern helfen und an irem vermugen wie biß hieher nichts erwinden zu lassen etc., so seindt doch die handlungen alhie wider alt herkommen, vorige abschied und irer herrn und obern zuversicht dermassen und so beschwerlich bedacht, fur handt genomen und beschlossen, das der erbern stet potschaften zum thail auß mangel befelchs, zum thail von wegen gestrackhs widerwertiger befelch und andern nachfolgenden bestendigen, gegrundten, redlichen und trefflichen ursachen sich anstatt irer herrn und obern in solche handlung mitnichten können einlassen.

[1.] Erstlich darumben, das uff disem gegenwertigen reichstag die anwesenden fursten und der abwesenden Kff., Ff. und stende gesandte oben bemelter stet potschaften, so sich mit inen irer habenden befelchen nach einzulassen willig gewesen, von allen handlungen abgesondert und in beratschlagung der röm. kgl. Mt. und ksl. comissarien proposition gar außgeschlossen, auch zu dem ausschuß nit gezogen, dartzu begerten bedacht inen gewaigert und also den ytzverlesen abschid durchauß irer bedencken unverhört, auch one ir bewilligen, dem rechten, altem herkommen und pillichkeit zuwider, nach irer gelegenheit allein und particulariter beratschlagt, beschlossen und damit abermals wollen angezeigt haben, was von inen der stet unverhört und unbewilligt concludirt, demselbigen seyen sie, die steet, volg zu thun schuldig etc.

Derhalben köndten und wissen nit allain derselben, sonder auch der andern frey- und reichstet gesandten in gemain solchen abschid, auch andere auf disem reichstag obgehorter massen geubte handlungen mitnichten zu bewilligen noch anzunemen, sonder behalten inen dagegen bevor alle und jede dises spanns halben zuvor gepflogne acten und actitaten, furgewendte protestationes, erpieten, der kgl. Mt. und ksl. commissarien gegebne urkunt, auch derhalben beschehene vertroistung, in willen und maynung, denselben nachmalens anzuhängen und zu furderlichster gelegenheit wurcklich nachzusetzen. Des sie sich abermals hiemit offentlich thun protestirn und bedingen.

[2.] Zum andern können gemainer stet potschaften in merberurtem abschied auch derwegen nit gehellen, das die lang versprochne ringerung der anschleg (welche dem merern thail der steten hinfurter zu leisten verderblich und untreglich, auch allen steten in gemain gegen andern stenden zu rechnen ungleichmessig sein will) vor diser neuen beschwerlichen hilf und anlagen noch nit, wie pillich beschehen, furgenommen, erledigt und abgehandlet, auch sich derselbigen, wie die in gedachtem abschid angerurt wurdet, neben andern auch auß der ursach wenig zu getrösten ist, das den beschwerdten stenden ir außgegeben gelt zu diser vorhabenden hilf erst von dem rest und demjenigen, so nach endung der hilf uberig sein wierdet, oder von dem gelt, so man von den ungehorsamen des ferndigen [= *vorjährigen*] zugs einpringen und nach abzalung

der obersten und hohen ambter desselbigen zugs uberig sein und eingezogen wurd, widerumb erlegt und bezalt werden soll, wie solchs der abschid weiter außweist.

Nun ist aber leichtlich zu ermessen, wann die von neuem beschwerte stende irer ausgaben so lang müssen in mangel steen und in beschwerden pleiben, biß der reißt des überschusses und ausstandt der ungehorsamen eingeprecht, auch die obersten und hohen ambter, dartzu die unvermuglichen krais und stende, so der gewesenen expedition halben noch mit hohen und namhaften ausgeben und schulden behaft, vermug deß speirischen abschieds zuvor vergnugt, enthebt und schadlos gehalten werden, das sie nimmermer zu wircklicher bezalung werden komen mugen.

Derhalben und aus andern mer bewegenden ursachen, ytz zu erzelen von unnöten, sich auf diß vorhabende ringerung, auf maß und wege im abschid begriffen, den beschwerten stenden wenig zu verlassen ist, unangesehen das solche ringerung nun lange jar vilmals zugesagt, auch vilen stenden und in sonderheit den steten gantz notwendig, auch ein grosser thail irer gesandten darumben hieher abgefertigt worden ist.

[3.] Zum dritten können der erbern stett potschaften in vilgedachten abschid und neue hilf auch derhalben sich von wegen irer obern nit begeben, das die verhaissene und verabschiedete vergleichung der kraiskisten biß hieher zu keinem wurcklichen furgang gepracht, auch der vermugenlich oder stathaft kraiß dem unvermugenlichen mitnichten zu hilf kommen, sonder die beschwerliche ungleichheit under den stenden noch unabgeschafft verplieben. Dartzu vil steet deß negstgeweißnen turkenzugs halben noch in mercklichen und kuntlichen schulden verhafft und neben vielen betrohungen allerhandt weiterung oder gefערlichkeit von irem geschickten und unbezalten kriegsvolck gewertig seindt, alles berurtem speirischen abschied zuwider und zu hohem nachteil und beschwerung der gesandten herrn und obern, welchen on vorgeende vergleichung der kraiskisten und erledigung obgehörter hochbeschwerlicher ungleichheit sich in weitere anlagen, hilf oder rustungen fuern zu lassen zum hochsten nachteylich, verderblich und untreglich sein will, wie auf jungstgehalttem reichstag alhie der kgl. Mt. sambt den ksl. commissarien deßhalben schriftliche [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 90*] und gemainen stenden mundtliche anzaig in underthenigkeit beschehen ist, welches alles der stet gesandten hieher wider repetirt haben wöllen.

[4.] Zum vierten wissen der erbern stett potschaften den itzt beschloßnen abschid auch darumben nit einzugehn, das under anderm darinn ein punct gesetzt ist, was zu Passaw von den doselbst versammelten stenden beschlossen und einem jeden standt auferlegt und zugeschrieben wurde, das er dasselbig als bald zu bezalen und zu erlegen schuldig sein soll, ungeachtet das solche auflag auf dem tag zu Passaw den steten, als zu besorgen in irem abwesen und irer gelegenheit unverhört, untreglich fallen und auf dise alte ungleiche reichsanschleg gesetzt werden mochte. Derhalben sie dann auch auf jungstgewesenen reichsversammlungen zu Speir und alhie den puncten desselbigen abschieds, vom zuzug auf

gemeiner stende costen meldende, in sonderheit nit annemen können, sonder dagegen protestirt, auch daruber von der kgl. Mt. und den ksl. comissarien gnugsame urkhundt empfangen haben.

[5.] Zum funften können der erbern stet gesandten oft bemelten abschied auch darumben nit willigen, das die vorhabende neue hilf wider den Turcken und der darauf gesetzt anschlag vilen stetten umb ein grosses weiter auflauffen wurde dann ir gemainer pfenning, darauf angeregte hilf zu Speier gantzlichen verabschiedet worden, ertragen mage, wie sich solches in negstgethoner liferung des gemainen pfennings gnugsam befunden het.

Solten dann die stet neben den beschwerden, so sich zu irem beschirm und notwendiger underhaltung aufwenden müssen, doppelte anlagen auf ire burgere schlagen, das were der pillichkeit zum hochsten zuwider, auch bey dem gemeinen mann zu erheben unmöglich. So ist auch die zeit der erlegung also kurtz angestellt, das den gemeinen pfening darinn einzupringen den stetten nit wol muglich sein wurdet.

[6.] Zum sechsten wissen der stet potschaften in itzt publicirten abschied auch auß der ursach keinen consens zu geben, das darinn einem jeden standt zugelassen und heimgestellt ist, den gemainen pfenning, wie der hievor im Reich bewilligt oder sonst durch ein steur oder anlag, wie ein jede oberkeit fur guet ansehen wurdet, widerumb anzulegen und einzuziehen und den uberschus solchs gemainen pfennings oder steur ime selbs zu behalten und in seinen nutz zu verwenden etc., dardurch der zu Speier bewilligt und verabschiedet gemain pfenning, auch einpringung und geprauch desselben gar aufgehbt, zuruckh getrieben, dem gemainen werck und widerstandt des Turcken entzogen und zu der vermuglichen stendt vorthail geprauch wurde, dann es kan ein jeder bey ime selbs wol mutmassen und leichtlich ermessen, das die vermuglichen stendt so grosse, weite landt und statliche underthanen haben, nit den sechsten thail deß gemainen pfennings oder steur zu itziger hilf außgeben und das uberig, so ein namhafte summa sein wurde, inbehalten und also dises gemainen pfennings, so pillichen nit ine, sonder gantzer cristenheit zu guetem dienen solt, auch der maynung auferlegt und geben wirdt, grossen gewin und vorthail haben. Aber die unvermugliche stende und der merer thail der stett, als die wenig landschaft und undersessen haben, desselbigen grossen nachzug schaden und verlust tragen, auch darvon die einfache hilf gleich so wenig die sechs monat als zuvor die gedoppelte drey monat wurden erhalten mugen, alles [*in*] der regenspurgischen nottl der beharlichen turckhenhilf halben aufgericht [*RTA JR Bd. XI, Nr. 204*] und den claren worten, zusag und bewilligung im speirischen abschied [*RTA JR Bd. XII, Nr. 285*] begriffen, auch der gleich- und pillichkeit zuwider und zu erhaltung deß gemainen manns und aller unterthanen guten willens und gehorsam undienstlich und dises notwendigen, christlichen wercks und gantzer teutscher nation zu hohem verhinderlichen nachtail.

[7.] Zum siebenden ist der erbern frey- und reichsstet gesandten, so thumcapitel bey ihnen haben, solcher abschied in sonderheit beschwerlich, das berurte



thumbcapitel, wie darinnen vermeldet, ire anlagen nit den steten, sonder iren bischoffen erlegen solten, welches nit allein dem speirischen jungst aufgerichteten besigelten abschid, so mit claren worten vermag, das eines jeden anlagen an dem ort, da er gesessen, erlegt werden soll, gestracks zuwider, sonder auch den bemelten steten zum hochsten nachtaylig sein wurdet.

[8.] Zum achten wissen die gesandten der stet den vilgedachten abschid darumb nit zu willigen, das die condiciones, mit welchen zu Regenspurg und Speir die beharrlich hilf wider den Turcken zugesagt, nit allein zum merern theil noch unerledigt und unerfullet, sonder auch durch den itzigen abschid gantzlich cassirt seindt, unangesehen das in mergemeltem speirischen abschid clerlich außgetruckt wurdet, das nichts darwider furgenommen werden, auch die röm. ksl. und kgl. Mtt. solchs nit gestatten sollen, in bedacht, das anderer gestalt und on erstattung solcher condicion gemaine stende zu stattlicher hilf wider den Turcken nit kommen mugen, wie solchs die regenspurgische nottel und speirische abschide weiter außweisen und mit sich pringen thun.

[9.] Zum neunten und letzten wissen die gesandten der augspurgischen confessionverwandten stett in disen abschied auch auß denen sonderlichen ursachen nit zu consentirn, das sie uber beschehene vertröstung und daruber empfangne urkunt eines bestendigen fridens und gleichmessigen rechtens der andern stende halben nach notturft noch nit versichert noch gnugsam versehen sein, wie solches der kgl. Mt. vilmals schriftlich und den gemainen stenden mundtlich angezaigt und in der Kff., Ff., auch anderer protestirenden stende gemainer ubergebnr protestation [Nr. 409] weiter außgefuret worden ist, welche bemelter stett potschaften hieher repetirt und derselbigen mit gegenwertiger handlung nichts benommen haben wöllen.

Dem allem nach und diweil der itztgemacht abschid, der obernannten stett potschaften darundter unverhört, von den anwesenden fursten, auch der abwesenden Kff., Ff. und anderer stende rethe und gesandten particulariter furgenommen, beratschlagt und beschlossen, auch die oft versprochne ringerung der anschleg noch nit gefolgt, dartzu die vergleichung der kraisthruchen biß hieher nit beschehen und die erbern stett irer obligenden schulden, von gewesnem zug herrurendt, noch nit enthebt, dartzu den eylenden zuzug oder die rustung zu demselbigen nit willigen können, auch der gemain pfenning die anlag der merer theil stetten nit wurdet ertragen mugen, auch der uberschus des gemainen pfennings der vermuglichen stende nit dem gemainen werck, sonder inen selbs zuguetem kommen, dartzu der thumbcapitel anlag den stetten entzogen werden sollt und der augspurgischen religionsverwandte stett fridens und rechtens nit gnugsam versorgt, auch die condicion der regenspurgischen nottel und speirischen abschieds noch unerledigt sein, so können und wissen die gesandten der erbern stett von wegen irer obern disen abschid, als dem jungsten speirischen gemachten stracks zuwider, on vorgehende vergleichung der kraisthruchen und ringerung der anschleg wider alt herkommen und eigenschaft gemainer sachen particulariter bedacht, aufgericht und beschlossen, auß erzelten ursachen, auch

andern mer beschwerden, so in disem abschid begriffen, mitnichten zu bewilligen, zu gehellen noch denselben von irer herrn und obern wegen besiglen zu lassen, sonder reclamirn, widersprechen, protestirn und behalten inen dargegen bevor, alle rechtliche mittel und gutthaten in hochster und pester forma, wie das von rechts oder gewonheit wegen zum kreftigsten geschehen soll, kan oder moege, mit der fernern protestation und offenklicher bezeugung, auch angehengtem erpiethen, das ire obern dem speirischen abschid (so weit sie denselben angenommen) ired thails bis anhero gnugen und volg gehorsamlich gethan, ir anzal kriegsvolcks geschickt, den gemainen pfenning gethreulich eingesamlet und in die kraiskisten eingeschlossen haben, auch demselbigen abschid ferner gethreulich zu geleben willig und begierig gewesen und noch sein.

Und ob auß dem, das diser itzig abschid dem speirischen zuwider und nit, wie von altem im Reich herkommen, gemacht, auch allerhandt beschwerliche puncten in sich haltet, etwas nachtails, verhinderung, unraths oder beschwerdnus erfolgen wurde, das ire obern und sie daran kein ursach haben, sonder dessen vor Gott, der röm. ksl. und kgl. Mtt., gemainen reichsstenden und allermeniglich frey und entschuldigt sein wollen, auch pillich sein sollen.

Sover aber die handlung alhie den vorigen abschiden gemes angericht und furgenomen, auch sie von beratschlagungen nit ausgeschlossen, sonder angehört, ire bedencken ermessen und also deß Reichs obligende beschwerden sambtlich uff leidenliche weg weren bedacht und beschlossen worden oder noch wurden, alßdan solte an iren obern und inen in allem dem, das gleichmessig, treglich und pillich, auch zu wolfart deß Hl. Reichs und gantzer christenheit dienlich, nichts erwunden haben, auch hinfurter nichts erwinden noch mangeln, wie sie sich dann nochmals auf den speirischen abschid und vorgeende vergleichung, auch anderer oberzelter beschwerden erledigung zu aller gleichmessigen, treglichen hilf anstatt und von wegen irer obern hiemit offenklich erpotten haben wöllen, underthenigsts und dienstlichs vleisses bittende, die röm. kgl. Mt. sambt dem ksl. commissarien wolten solchs zu keinen ungnaden noch ungunen, auch anderer gestalt nit dann irer obern unvermeidlichen notturft nach beschehen sein, vermercken, auch sie, die gesandten, fur ire personen entschuldigt und sambt iren obern in gnedigsten und gunstigen befelch haben. Und pitten, dise ir protestation zu andern dises tages acten in deß Reichs cantzley registrirn zu lassen.

<sup>b</sup>-[US:] Der erbarn frey- und reichsstete zu disem reichstag gesandte pottschaften und bevelchhabere<sup>b</sup>.

Als nun nach diser oberzelten ergangen handlung und uberanthwortung die gemelten der hernach benennten erbern frey- und reichstett botschaften und bevelchhabere in obberurter stueben ob der cantzley wider zusammenkomen, haben sie aldo vor mir, notario, und den hieunden benannten gezeugen ir vorig an mich gethan begern wider erzelen lassen, mit dem ferrern anhang,

<sup>b-b</sup> *Aus B, A om.*

das sie die negst hievor verzeichent protestation, zudem das dieselbig dem meintzischen cantzler in gemainer reichsversammlung öffentlich wie oben gemelt uberanthwurt, auch widermals vor mir, notario, und den gezeugen, hieunden benannt, repetirt und erholt, auch von neuem inhalts derselben protestirt haben wolten. Über welches alles ire herrlichkeiten mich requirirten, erforderten und bathen, inen hieruber sambt und sonder ein oder mer offen instrument und urkhundt zu machen und zu geben, als oft die notturft erfordert.

<sup>c</sup>-Und seindt diß die gesandten der stet, so wie obgemelt vor mir, notario, und den gezeugen erschienen und gehandelt haben: Nemlich von wegen der statt Chohn H. Johann Heylman [= *Helmann*], der rechten licentiat; der statt Regenspurg H. Ambrosius Aman, schulthais; der statt Straspurg H. Jacob Sturm, stetmaister, H. Ludwig Grempe Dr., H. Michel Han, sindicus; der stat Augspurg, mit befelch der stet Thonawerdt und Kaufpeurn, H. Jorg von Stetten, H. Claudius Pius Peutinger Dr., H. Sebastian Seitz; der stat Wormbs H. Hanns Jungler, stetmaister; der statt Nurnberg, mit befelch der stett Rottenburg uff der Thauber, Windßheim, Schweinfurt und Weissenburg am Norckaw, H. Iheronimus Paumgartner, H. Iheronimus Holtschuhler, H. Sebald Haller; der statt Speir H. Rudolff Schellhorn, statschreiber; der statt Ulm, mit befelch der stett Reutlingen, Haylprun, Wympfen, Kempten, Eyßni, Biberach, Buchaw und Ala [= *Aalen*], H. Weyprecht Ehinger Bgm., H. Martin Weickman; der statt Franckfurt, mit befelch der statt Wetzlar, H. Ogyr von Melheim, H. Iheronimus zu Lamb Dr.; der statt Eßlingen H. Johann Machtolf Lic. und sindicus; der statt Hagenaw, mit befelch der stet Colmar, Schletzstat, Weissenburg am Rein, Landaw, Obernehenheim, Roßheim, Durckheim, Munster im St. Gregorienthal und Kayserperg, H. Johann Stemler, stetmeister; der stat Nordlingen H. Wolff Graf Bgm.; der statt Goßlar H. Johann Koch; der statt Schwebischen Hall H. Matern Wurtzelman, statschreiber; der statt Northausen, mit befelch der statt Mulhausen, H. Michel Mayenburg; der stat Rothweil H. Conrad Spreter, hofgerichts- und statschreiber daselbst; der statt Memmingen, mit befelch der stett Lyndaw und Lutkirch, H. Jorg Maurer, statschreiber; der statt Dinckelßbuhel H. Michel Baur Bgm.; der statt Ravenspurg H. Conrad Golderich, H. Gabriel Kretla [= *Krötlin*] statschreiber <sup>c</sup>.

Geschehen wie obsteet in gegenwertigkhait der ersamen Mathissen Stobels und Linharden Membarts, beede burger zu Nurnberg, alß hiertzu sonderlich beruft und gebetten getzeugen, die auch durch mich, notarien, aller diser sachen halben umb ir gezeugknus in sonderheit requirirt worden syndt.

Und wann ich, Georg Sellneckher, auß bapstlichen und ksl. gewelten offener notarius, burger zu Nurnberg, mitsambt obbenannten ersamen zweien gezeugen bey allem oberleibten personlichen gewesen bin, also gelesen, gesehen und gehort, auch gethreulich auscultirt und collationirt, hierumben hab ich

---

<sup>c-c</sup> *Vollständige Nennung der die Protetation unterzeichnenden Städtevertreter nur in A.*

gegenwürtig offen urkundt und instrument daruber gemacht, selbstn prothocolirt, in disen offen form publicirt und gepracht und anderer meiner beredlichen, ehafftlichen gescheften halben durch einen andern meinen verpflichten diener lassen beschreiben, volgends gethreulich collationirt und mit meiner aigen handt unterschrieben, auch mit meinem gewonlichen notariatzaichen, tauf- und nachnamen bezaichent und bekreftigt, dartzu wie sichs gepurt von ampts wegen requirirt, erfordert und gebetten.

[US:] Georgius Sellnecker, notarius subscripsit.

**409** *Protestation der Augsburger Konfessionsverwandten: Gründe für die Ablehnung des Reichsabschieds – o. O., o. D. (Nürnberg, 1543 April 23)*<sup>1</sup>

- A *Wien HHSStA, RK RTA 11/Konv. 1, fol. 236r–240v (Kop.); DV fol. 240v*: Gesanten der augspurgischen confession protestation wider den reichsabschid.
- B *Hannover NLA, Celle Br. 1, Nr. 22, fol. 1r–6v (Kop.); DV fol. 6v wie in A*, übergeben 23. Aprilis.
- C *Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/4, fol. 58r–63v (Kop.); AS fol. 58r*: Der christlichen ainungs- und religionsverwanten stende gethane protestation auf den nurmbergischen reichsabschiedt 1543.
- D *Weimar HStA, EGA, Urkunde Nr. 1630 (Ausf. mit Siegel); DV*: Der christlichen stende instrumentum protestationis wider den nurmbergischen reichsabscheid, daselbsten nach eroffnung desselbigen beschehen und aufgericht.

Die gesanten der augspurgischen confession und religion stende haben den itz verlesnen sonderlichen abschit der andern stende angehört und vernomen. Und zweiveln nicht, die röm. kgl. Mt., ksl. comissarien und die andern stende wusten sich gnediglich und gunstiglich zu erinnern, das sich die gesanten der augspurgischen confession und religion stende under diesem alhie gehaltenem reichstag alwegen und je auf erliche und pilliche mittel zu gleichmessiger, treglicher hulf wider den erbeint unsers christlichen glaubens und namens, dem Turcken, und sonst allem anderm, das zu nutz und wolfart teutscher nation dienlich und inen immer muglich und treglich were, als gehorsame gelider des Reichs undertheniglich erbotten, wie sie dan auch derhalben von iren gnedigsten, gnedigen hern und obern bevelch entpfangen und zu diessem reichstag abgefertigt weren.

Es konten aber doch die gesanten der augspurgischen confession und religion stende solchen itzt verlesnen abschit mitnichten verwilligen, auß gutten, gegrunten und diesen nachfolgenden und statlichen ursachen:

Erstlich, dieweil bemelter abschit one ir wissen und mitberatschlagung gemacht, uber das sie sich erbotten, mit den andern stenden von den zweien zu der hulf wider den Turcken notwendigen puncten fridens und rechtens

<sup>1</sup> *Datierung laut dem notariellen Protestationsinstrument (D), in welches die Protestation eingefügt ist.*

und volgens auch von gemelter hulf zu ratschlagen und zu schliessen, aber zu solchem, ungeachtet das es in gemeinem rath der chur- und fursten durch das merer beschlossen, durch wegerung und absonderung der andern stende nicht hetten komen mogen. Das nun die andern stende, der augspurgischen confession und religion verwant, durch ein solchen weg zu dem was inen, den andern stenden, gelegen und gefellig auch wolten verbinden. Und were zum hochsten beschwerlich und diesen stenden unleidlich, zuvorderst auch do die <sup>a-</sup>mit der<sup>a</sup> schweren peenen der acht und verlierung der privilegien und andern, so in dem abschit verleiht, solten beschwerdt und bedrängt werden.

Zum andern, das die artickel bestendigs fridens und gleichmessig rechtens, welche doch von allen stenden des Reichs auf jungstgehaltenem reichstag zu Regenspurg in beratschlagung der beharlichen turckenhulf vor allen dingen also fur notwendig angesehen, das, wo die nicht aufgericht, ein ider standt pillich beschwerdt haben wurd, sich in solch beharlich hulf einzulassen, nit erledigt. Dan wiewol es bei dem andern teillen darfur geachtet werden will, als solten der augspurgischen confession und religion verwante solches fridens und rechtens wol versehen und daran kein mangel sein, so sein doch die mengel und gebrechen vorgemelter zweyer puncten halb zu vil maln clare und verstendiglich angezeigt, warumb sie friedens und rechtens halber mitnichten versycherdt wern, alles vermog und inhalt irer supplication [*Nr. 152*], replic [*Nr. 157*] und anderer mehr ubergeben schrieften, darauß auch clar befunden und dargethan wurdet, das der mangel der nitvergleichung an den andern stenden ist.

Zum dritten, das diese itzt beratschlagte hilf nicht auf die gleichheit, sonder die alten anschleg, deren sich der merer teil stende beschwerdt, auch daruff vilfeltige zusage erlangt, das sie one vorgehent ringerung dieselben zu leisten nit mer schuldig sein solten, gestelt, alles der nottel, so auf jungstgehaltenem reichstag zu Regenspurgk der beharlichen hulf halber beschlossen [*RTA JR Bd. XI, Nr. 204*], zuwider, in welcher under anderm lautter versehen, das ein gleichmessig anschlag gemacht sol werden, darinnen die gleichheit also gehalten, das eines iden stants gelegenheit nach notturft gehort und kein standt des anschlags oder anders halben sich mit pillichkeit zu beschweren haben mag, auch zuwider dem nechstgehaltenem speirischen abschit [*1542*], welcher clar vermag, das diese beharliche hilf nit auf die alte reichsanschleg, welcher sich der merer teil stende beschwert, deren vergleichung auch also in eil nicht zu finden und, ob sie schon gefunden, doch beschwerlich sein wolt, diese hilf allein auf die reichsstende zu schlagen etc., sonder auf andere weg, damit kein standt vor dem andern beschwert wurde, inhalt desselben speirischen abschits furgenomen solt werden.

Zum virten, so ist ein beschwerlicher punct den weitgesessenen stenden des gewaltigen zugs halber gestelt, auch ein ungelegner platz [*Passau*], denselben zu beratschlagen, ernent.

---

<sup>a-a</sup> *A om.*

Zum funften, das die form und mas, wie die ringerung furgenomen sol werden, zu einem gleichmessigen anschlag nit dinstlich sein wurdet und die hievorig ungleichheit dardurch nit allein nicht hingenomen, sonder vil mer und weitter eingefurt wirdet, wie dan solche und andere mengel durch diese stende gesanten, so sie zu der beratschlagung gelassen wren worden, nach der leng und statlich hetten mugen außgefurt und angezeigt werden.

Zudem, do es je dafur wolt geacht werden, das diesse stent, so die turckenhilf vermug des speirischen abschits zugesagt und bewilligt, die zu leisten schuldig wern und das derhalb kein disputation oder ausred stathaben mocht, wissen sich die kgl. Mt., die ksl. comissarien und die andern stende gnediglich zu berichten, mit was conditionen die beharlich hilf wider den Turcken zu Regenspurgk bewilligt. Dieweil nun dieselben conditiones nit implirt [= *erfüllt*] und erstattet sein, so kan auch die stendt die volgendt speirisch bewilligung, der turckenhilf halber beschehen, je nicht binden, in bedrachtung, das die zusag und verheissung darfur gegangen nicht erfullet oder geleist ist worden.

Und ob wolte darfur geachtet werden, das in der andern stende macht steen solt, diesen abschit vermug des nehern speirischen [1542] und volgenden nurnbergischen abschits [1542] zu machen, welcher des inhalts, das sie, die stende, irer wren vil oder wenig, furschreiten und schliessen mochten und das solcher ir beschlus die abwesenden nicht weniger binden, dan ob sie selbs auch zugegen wren, so geben doch die abschit, darin die clausulen ausgedruckt wern, maß und ordnung, in was fellen solchs beschehen solt, also das dieselb volmacht und gewalt auf einen sondern fal restringirt und auf alle andere puncten nicht erstreckt oder gezogen werden mag.

Aus dem allem haben die kgl. Mt. [*und*] die ksl. comissari gnediglich abzunemen, aus was beschwerung die gesanten der augspurgischen confession stende diesen abschit, als der, wie gehort, an ir wissen und mitbewilligen gemacht, nicht annemen oder auch den von irer hern und obern wegen besigeln lassen mugen, wie sie dan auch umb solche besigelung niemant gebetten noch ersucht.

Demnach so reclamirn und protestirn die gesanten der stende der augspurgischen confession wider solchen abschit in der besten form, als die solchs thun können oder mugen, und behalten iren hern und obern dargegen zuvor alle wolthat der<sup>b</sup> recht, mit diessem angehaften erbieten, da die strittigen artickel inhalt irer hievor der kgl. Mt. und ksl. comissari gegebenen antwordt [*Nr. 183*] erledigt, das sich alsdan ire hern und obern mit beratschlagung und leistung muglicher, treglicher und gleichmessiger hulf underthenigister gebur erzeigt hetten.

Ob aber aus dem, das solche artickel nicht erledigt und die hilf wider den Turcken dermassen nicht geleist wurdet, oder aber das sich die andern stende, diesen stenden zu nachteil und beschwerung, solcher handlung und abschits

---

<sup>b</sup> In A: oder.

alhie particulariter<sup>c</sup> underfangen, etwas nachtheilligs, unrats oder beschwerung im Hl. Reich erfolgen wurd, so bezeugen die gesanten diesser stendt der augspurgischen confession, das ire hern und obern oder auch sie hiezu kein ursach geben und hieran kein schult haben. Verhoffen auch gegen Got, der röm. ksl. und kgl. Mtt., dem Hl. Reich und meniglich frei und entschuldigt zu sein.

Und thun sich die gesanten diesser stendt der ksl. und kgl. Mtt. underthenigst bevelhen. Bitten auch zu verschaffen, diese ire schriftliche protestation zu irer herren und obern notturft in des Reichs cantzlei zu registrirn.

**410 *Protestation der Gesandten des Oberrheinischen Kreises wegen der Rückkehr zu den alten Anschlägen an Stelle des Gemeinen Pfennigs – o.O., o.D. (Nürnberg, 1543 April 23)***

*Frankfurt ISG, RTA 53, fol. 77r–80r (stark korr. Konz. v.d.Hd. Lambs).*

*Die Beschwerden der Stände des Oberrheinischen Kreises wegen zu hoher Veranlagung auf dem Speyerer Reichstag 1542 (RTA JR Bd. XII, Nr. 78) sind noch in guter Erinnerung. Sie baten damals, die vergleichung der kreißtruchen und deß gemeinen pfennigs nach außweysung und inhalt berurts speyerischen abschieds furzunemen und in daß werck zu pringen. Auf dem folgenden Reichstag in Nürnberg 1542 kam es abermals zu keiner Ringerung der Anschläge, sondern es wurde vielmehr eine neue Anlage beschlossen, weshalb die Gesandten der oberrheinischen Kreisstände den Nürnberger Reichsabschied von 1542 nur mit Vorbehalt auf Hintersichbringen annahmen (RTA JR Bd. XIII, Nr. 204).*

Wiewol sich nhun unsere gnedige fursten, gnedige herren und obern nochmals anders nit versehen, dan dieweyl in dem abschiedt deß angeregten nechst alhie gehaltenen reichstags [Nürnberg 1542] widerumb außstrucklich versehen, daß obgemelt vergleichung yetz alhie auf dissem tag furgenomen werden und gewißlich iren furgang gewinnen sollte, es wurde solchem also mit dem werck nachgesetzt werden und volnzihung beschehen, damit die anlag deß gemeinen pfennigs vermog deß speyerischen abschieds zu gepurlicher gleichait hette mogen gepracht und disser kreiß der beschwerden und ungleicheit, damit er vor andern beladen, der pillichait nach erledigt werden und unß auch daruff also mit sonderem bevelch deßhalben zu gegenwurtigem reichstag abgefertigt haben, so haben wir doch zum thail hievor in den beratschlagungen und dan auß yetz verlesnem abschiedt clerlich vermerckt, daß auch dißmals alhie nit allain die vergleichung lauth voriger abschiedt wurcklichen nit erfolgen, sonder auch in disser neuen alhie furgenommen anlag von der hievor bewilligten form deß gemeinen pfennigs gar geschritten und die sachen widerum auf die untreglich ungleicheit der alten anschleg (uber daß die zu viel malen verabschiedet und

<sup>c</sup> In A: particulirt.

versprochen ringerung derselben auch noch nit in daß werck pracht, sonder abermals verschoben) gerichtet und also der speyerisch abschiedt, so uff die gleichheit deß gemeinen pfennigs gestelt, daruff sich dan gemeine reichsstende in die beharlich hilf gelassen, gantzlich aufgehoben und umbgestossen worden.

Daß auch in berurtem abschiedt im puncten deß zuzugs [Nr. 404, §§ 12–13] gesetzt wurdet, waß zu Passaw von etlicher kraiß gesanten beschlossen und einem yeden standt auferlegt und zugeschrieben wurde, daß er dasselbig alsbald bezalen und erlegen soll, ungeachtet, daß solich ufflag den stenden disses kraiß, die uff den tag gen Passaw nit khomen noch irer notturft gehoret, also uberlegt und unwissende beschwert werden möchten, daß inen soliche ufflag zu erstatten weder treglich noch muglich etc., alles zu mercklicher und hoher beschwernuß und nachthail der stende deß reinischen kraiß, welche von dem foranligenden zug her wider den Turcken noch in treffenlichen, khuntbarlichen schulden verhaftet sein und teglichen beschwerlicher weiß darumb angefordert werden. Dernhalben inen dan desto unmuglicher sein wolt, disse neue hilf und daruber gesetzten anschlag zu leysten, in erwegung, daß dieselbigen erarmbts kraiß stenden umb ein grosses weyther lauffen wurden, dan ir gemeiner pfennig (daruff doch diß werck der hilf zu Speyer gantzlich gestelt und verabschiedet worden) ertragen möchten, wie sich dan solichs in nechst geleister hilf von den stenden disses kraiß augenscheinlich und nhur zu viel befunden etc.

Dieweyl dan der verlesen abschiedt und die gelegenheit und unvermuglichkeit der stende deß rheinischen kreiß, auch sunst die sachen erzelter maßen geschaffen und dan wir von unserer genedigen fursten, genedigen hern und obern auch zu dissem tag anders nit abgefertigt sein noch weythern bevelch haben, dan nach vermug vielberurts speyerischen, auch deß jungsten nurenbergischen abschieds der vergleichung und ringerung zu gewarten (welcher ire fstl. Gnn., Gnn. und sie sich gantzlich getrostet und versehen hetten) und daruff neben und mit andern deß Hl. Reichs stenden gemaine sachen und obligen deß Reichs, und waß zu volnfulung der hilf wider den Thurcken ersprießlich oder furtreglich sein mochte, zu bedencken, zu handeln und zu schliessen helfen etc., so erholen wir obangeregert schrift, uff nechst alhie gehaltenem reichstag nach damals verlesenem abschiedt in namen und von wegen unserer gnedigen fursten, gnedigen herren und obern ubergeben [RTA JR Bd. XIII, Nr. 204]. Und wissen als die gesanten angezogenem unserm habenden bevelch und abfertigung nach dissen reichsabschiedt on vorwissen unserer gnedigen fursten, gnedigen herren und obern entlichen nit anzunemen noch darin zu willigen, sonder wollen den iren fstl. Gnn., Gnn. und Gg. anpringen und vermelden.

*Schlußformel mit der Bitte um Registrierung in der Mainzer Kanzlei.*

Und wollen die gesanten der stende diß kreiß, so der augspurgischen confession und religion zugethan sein, hirdurch der protestation, die in namen und von wegen der stende bemelter confession und religion vorbenant wider dissen abschiedt sonderlich ubergeben worden [Nr. 409], nichts zuwider gehandelt haben noch von derselben abgewichen sein, de quo protestantur.



411 *Protestation Pfgf. Ottheinrichs wegen zu hoher Veranlagung<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 April 23*

*München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 303rv (Ausf.).*

Wiewol ich hievor und im anfang diß gegenwurtigen reichstags mit der warhait erzelen und furbringen, wie ubermässig und beswerlich ich fur all ander stendt im Reich, kainen ausgenommen, uberlegt und derhalb auf etlichen reichstägen entlich und gewislich, das minderung und vergleichung vor allen dingen furgenommen werden soll, vertröst worden sey, dabey auch röm. ksl. und euer kgl. Mtt., auch dem Hl. Reich zugutem melden lassen hab, da solh vergleichung geschehe, das dardurch kains abgangs, sonder vilmer ainer erschieslichen merung zu verhoffen, und mir alsdann nit beswerlich wäre, mit hilf und in ander weg underthenige willfarung zu laisten, so hab ich doch vermergkht, das ain solh nutzber, vorversprochen, verabschidt und zugesagt wergkh<sup>2</sup> ytzo auch nit volendt, sonder neben andern hohen beswerden unerortert ansteen ze lassen und auf konftig zeit davon ze handln aufgezogen werden soll. Derhalb ich mein gesandten abermals bevelh gethan, im reichsrat anzuzaiagen, das mir in erorterung gedachter beswerden ainiche hilf zu laisten nit moglich. So aber die gleichait furgenommen, fridliche ainigkait im Reich dermassen gepflantz, dardurch alle stendt gegen dem tyrannischen veind unsers christenlichen namens mit getruem hertzen und gemut, wie die hoch notdurft erfordert, ungesondert und samentlich helfen und zesamensetzen konden, werde mir, ain gleiche purd zu tragen, gar nit beswerlich sein, mit mererm anzeigen, so meins bedungkens eurer kgl. Mt. und dem Hl. Reich hett zugutem und der hilf wider den Turgken zu furderung kumen mögen.

Wann nun unangesehen des allen ain abschid gemacht, darin ich mich nit allain beswerdt, sonder sovil befind, das mir auch derselb ytzo und hernach ain unmogliche hilf ze thun auflegt, kan ich, wie eure kgl. Mt. allergnedigst und verstendiglich zu erachten hat, denselben abschid weder annemen noch bewilligen, sonder mues (wie ungern ich es thue) hiemit offentlich dawider protestirn und mich gegen eure kgl. Mt., auch den stenden des Reichs diß abschids und aller daraus volgender beswerden halb gegenwurtig und konftiglich

<sup>1</sup> *Pfgf. Ottheinrich untersagte seinem Gesandten Georg Ludwig von Seinsheim ausdrücklich, einer neuen Türkenhilfe oder der Unterhaltung des RKG zuzustimmen, Neuburg, 1543 März 10: [...] Ob auch di protestirenden abschaiden und di beleibenden stend sich ainicher hilf, deßgleichen underhaltung halb des chamargerichts in handlung einlassen wurden, sollt [!] du von unsertwegen darein kheineswegs bewilligen, sunder neben erzelung unser ungelegenheit und der ubermeßigen anlag, auch anders in uberschikhter instruction [Nr. 61b] vermeldet, dawider offentlich protestirn und, so daruber ainicher abschid gemacht wurd, in allweg begern, das solhe protestation in den abschid oder doch zum wenigsten in di reichßacta verleibt werde. [...]. In: München HStA, Kasten blau 271/4, fol. 97r (Konz.).*

<sup>2</sup> *D.h. die Ringerung der Anschläge.*

entschuldigen, der underthanigen und trostlichen zuversicht, eure kgl. Mt., die ksl. commissarien und ander stende werden mein warhafte entschuldigung und dabey gnedigist ermesen, das mir noch andern ainiche unmöglichait weder aufzelegen noch zuzemuten sey.

412 *Protestation der würzburgischen Räte gegen die Einsetzung Bf. Konrads als Visitor bei der zukünftigen Visitation des Reichskammergerichts – Nürnberg, 1543 April 21*

*Würzburg StA, Wzbg. RTA 21, fol. 404v–405r (Kop.); ÜS: Protestation der wirtzburgischen räte der nechstkunftigen visitation und reformation des ksl. cammergerichts halber geschehen.*

Nachdem auf jetzgemeltem reichstage under anderem verabschidet worden, das des ksl. cammergericht uff nechstkomenen Visitationis Mariae [1543 Juli 2] durch der röm. ksl. Mt., unsers allergnedigsten herren, verordente commissarios und der stende zu Speier [1542] darzu erkießten visitatores, darunter hochermelter unser gnediger her von Wirtzburg etc. auch ainer gewesen, visitiert und reformirt werden soll<sup>1</sup>, und aber hochermelter unser gnediger her damit zum höchsten beschwert ist, auß der ursach, das sein fstl. Gn. hievor zu zweyen außgeschriben visitation[en]<sup>2</sup> allwegen durch ein gaistlichen fursten, den sie mit dapferem uncosten darzu verlegt, underhalten und vermogt haben, gehorsamlich erschienen und also damit ir statt noch ordnung des regenspurgischen abschieds, im 32. derwegen aufgericht, mehr dan gnugsam vertretten und gemeltem abschied und zeyt, daryn sein fstl. Gn. die ordnung begriffen, ain uberflussig genuegen gethan. Demnach so protestiern und bezeugen wir hiemit offentlich und zierlich, das wir anstatt und von wegen hochgedachts unsers gnedigen hern und auß ir Gn. sonderem bevelch in gemeltem abschied, sovill den gedachten artikel betrifft, auß erzelter ursach khainswegs gewilligt noch den angenomen haben wollen. Zu urkhundt haben wir unß ain jeder mit seyner handt namen und zunamen unterschriben.

<sup>1</sup> Siehe Nr. 404, § 33. Die Visitation wurde im RAb für 3. und nicht für 2. Juli 1543 in Aussicht genommen.

<sup>2</sup> Die für 14. Jan. 1542 und danach für 16. Juni 1542 ausgeschriebenen Visitationen des RKG kamen nicht zustande.

### XIII.C Abschiede anderer reichsständischer Versammlungen neben dem Reichstag

#### 413 *Abschied des Fränkischen Kreises*<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 am Montag nach vorbemeltem Sontag Oculi (Febr. 26)

A Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, Kreistagsakten 2, fol. 194r–204r (Kop.).

B Würzburg StA, Wzbg. Kreisakten 3, unfol. (Konz.)<sup>2</sup>; AS: Des frenckischen reichskhraiß abschid des gehaltenen andern khraystags zu Nurmberg uff Mittwoch nach Reminiscere, den 21. Februarij anno etc. 1543.

Regest: F. HARTUNG, *Geschichte des fränkischen Kreises*, Bd. 1, Nr. 66, S. 340–342<sup>3</sup>.

*Der für 21. Febr. 1543 ausgeschriebene Kreistag fasste folgende Beschlüsse:*

1. *Rechnungen des Kriegsrats über den vierten bis sechsten Monat abgehört. Überschuss von 1172 fl. 7 kr. Verwendung des Überschusses zum Teil zu Bezahlung der Zehrung für Gf. Georg Ernst von Henneberg auf den beiden letzten fränkischen Kreistagen. Den Rest des Überschusses (940 fl. 7 kr.) hat Gf. Georg Ernst den Obereinnehmern ausgehändigt. Quittung für den Kriegsrat und die Gegenschreiber (datum 1543 Febr. 23) über den Empfang ihrer Besoldung. Sie erklären keine Anforderungen mehr an den Fränkischen Kreis zu haben. Dem Gegenschreiber Sebastian West werden als Ersatz für auf der Reise erlittenen Schaden 40 fl. gegeben.*

2. *Rechnung der Obereinnehmer: Überschuss von 13 707 fl. 5 lb. 23 d. Entschädigungsansprüche einiger Kreisstände. Den Obereinnehmern wird Quittung erteilt (1543 Febr. 25). Verehrung des Kreises an die Obereinnehmer und den Schreiber.*

---

<sup>1</sup> Die fränkischen Kreisstände waren in Nürnberg bereits am 19. und 20. Jan. 1543 zusammengetreten, wobei es nur zur Anhörung der vom fränkischen Kriegsrat Georg von Henneberg vorgelegten Abrechnung des Türkenzuges 1542 kam. Sämtliche Beschlussfassungen der Kreisstände wurden auf den nächsten, für Febr. 1543 angesetzten Kreistag verschoben: siehe Nr. 115. Konrad Junge, der Gesandte des Bf. von Speyer, berichtete am 23. Febr. 1543 über die im Febr. 1543 in Nürnberg stattfindenden Versammlungen der einzelnen Reichskreise: [...] Es seint vil krais, namblich der frenckisch, bayerisch, schwabisch und rynisch krais, wie vorgemelt, disse tag alwegen beieinander gewest und rechnung von innemern und gegenschribern ingenommen. So das nhun zusammengetragen, wurd man sehen, wie ein jeder krais standt; volgt alßdan gute vergleichung, so wurd man es wole sehen. Ich besorg aber, es sy nit bei allen die meynung, dan die churfursten und der saxisch krais sollen sich vernemen haben lassen, sie haben allain mit iren kraissen zu thun, keren sich an die andere nit. Das alles muß man nhun alrerst sehen. [...] In: *Straßburg AM*, AA 503, fol. 109r–112v, hier fol. 111r (Ausf. v.d.Hd. Junges).

<sup>2</sup> Es handelt sich um eine ältere Fassung des Kreisabschieds, die laut marg. AV am 25. Febr. 1543 verlesen wurde.

<sup>3</sup> Bei F. HARTUNG weitere Akten zum fränkischen Kreistag von Febr. 1543: Nr. 63–65, Nr. 67, S. 333ff.

3. *Der nach Abzug der Zehrung der Obereinnehmer verbleibende Rest der Kreistrube wird pro rata verteilt. Übersicht, welche Beträge auf die einzelnen Kreisstände entfallen. Den Obereinnehmern wird Quittung erteilt (1543 Febr. 25).*

4. *Die Protestationen der letzten Kreisabschiede behalten ihre Gültigkeit.*

Zu urkundt haben wir, vorgedachte rethe und gesandte, zu bekreftigung und bekenntnus aller disser handlung uns zu ende mit unsern aigen handten unterschriben.

Geben und geschehen zu Nurmberg, am Montag nach vorbemeltem Suntag Oculi anno ut supra.

Von wegen meines gnedigen herrn von Bambergs: Paulus Neidecker qui supra manu propria subscripsit. Von wegen Wirtzburg: Haintz Truchseß, hoffmaister. Matheus Luchs, der rechten doctor, eistettischer cantzler und zu disem khreißtags verordenter khraißrath. Von wegen Mgf. Georgen: Lenhart Keller, probst und cammermeister zu Onoltzpach. Von wegen Mgf. Albrechten: Wilwaldt von Wirßberg, amptman zum Rauen und Schlechten Khulm. Von wegen teutschen meisters Wolfgang Schutzbars, gen. Milchling, landtcomenthur zu Marpurg, ist durch mich, Reinharden von Haußen Dr., unterschriben. Von wegen Rineck: Christoff Spradler, mit bevelh Wertheim. Von wegen H. Georgen und H. Eberharts, bede Gff. zu Erppach gebrueder: Joachim Haß, secretari, doch anderst nit, dan sover meine gnedigen herrn der prelaten halben auf irem furnemen, wie ich vor den stenden angezeigt, beharren wurden, alsdan soll diese handlung und abschiede ir Gn. gantz nit leiden. Von wegen H. Friderichs Frh. zu Schwartzenberg etc.: Melchior Scherer, secretari. Von wegen Nurmberg: Sebaldt Haller, mit bevelh Johann Hornburgers, der statt Rottenburg gesanten. Windshaim: Endresß Vockh. Weissenburg: Hans Wolff.

#### 414 *Abschied des Nürnberger Bundestags<sup>1</sup> – actum Nürnberg, 1543 März 21*

*Wien HHStA, RK RTA 11/Konv. 3, unfol. (Kop.).*

*Im letzten Nürnberger Bundesabschied vom 13. Aug. 1542 (RTA JR Bd. XIII, Nr. 207) wurde für den 10. Okt. 1542 ein neuer Bundestag angesetzt, der wegen des verspäteten Beginns des Nürnberger Reichstags schließlich auf den 2. Febr. 1543 verschoben wurde. Demnach die wolgebornen, edln, gestrengen, hochgelerten und ernvhesten herrn, Haug Gf. zu Monntfurt und Rottenfels, H. Ulrich von Schellenberg, zu Khlßlegkh ritter, Eustachius von der Albm, Bernhart von Hartheim, Johann Weissenfelder zu Hylckerspergk, der rechten licentiat, und*

<sup>1</sup> *Zu dem in Nürnberg am 10. Juni 1538 geschlossenen Katholischen Bund (= Nürnberger Bund) siehe: H. BAUMGARTEN, *Karl V. und der katholische Bund vom Jahre 1538*, S. 273–300; M. SALOMIES, *Die Pläne Kaiser Karls V. für eine Reichsreform, passim*; J. LAUCHS, *Bayern und die deutschen Protestanten*, S. 104–156, zu 1542 S. 232–235, zu 1543 S. 257f.; V. PRESS, *Die Bundespläne Kaiser Karls V.*, S. 69f.*

Johann Stopler, der rechten doctor, cantzler, auch H. Johann Marquart Frh. zu Königseckh und Aulendorf und Hans Conradt von Bodmen zu Bodmen, meine gnedig und gunstig herren, auf vermeltem tag als geordent punthsräthe erschienen.

Und erstlichen von dem von Hartheim, der von meinem gnedigsten herrn von Meintz etc. nicht als ein meintzischer, sonder von wegen der ertz- und stift Magdeburg und Halberstatt verordent, und von Dr. Johann Stopler, Hg. Heinrichs zu Braunschweig cantzler und gesandter pundtsrath, die ordentlich punthsrathspflicht inhalt der declaration, wie sich geburt, aufgenommen. Und darauf durch Dr. Johan Stopler den punthsräthen ain credentz und daneben ein instruction meines gnedigen herrn, Hg. Heinrichs obligendt beschwerdsachen betreffendt, furgebracht und derselben inhalt nach zu erkennen und voltziehung zu thun mit gepurlicher reverentz hochsts vleis gebetten worden, welche durch wolgedacht meine gnedig und gunstig herren, die puntsräthe, mit allem fleis bewogen und berathschlagt, auch durch der ksl. und kgl. Mt. pundtsräthe der kgl. Mt. furgetragen und mit derselben bedechlichem erwegen und vorwissen durch die punthsrathe dem braunschweigischen gesandten auf vermelt sein gethan furbringen nachfolgende antwort geben worden, nemblich:

Er habe vor ettlichen tagen verstanden, das man der röm. kgl. Mt. bedencken und resolution in dieser sache gewertig. Darauf sey nun weiter entschlossen, das man noch nit anderst gedechte, dann sich in der und andern sachen, wie sich vermoge der aynung und daruber aufgerichteten declaration geburt, zu halten und zu beweisen, als er zu negstgehalten puntstage [1542 Aug. 13] alhie auch wol verstanden. Diweil aber bey der kgl. Mt., auch den punthsrathen die grosse der handlung, auch was hohen, grossen und sorglichen beschwerden sonderlich dieser geferlichen zeit halben darauf stunden und das nicht allein im Hl. Reiche und des Turkhen halben, sonder auch bey allen christlichen potentaten laider viel aufruer und verderblichen geferligkaiten troendt an der handt were (wie er selbs bedencken möcht), mehr weg zu suchen, dieselben abzustellen oder denen statlich zu beegnen, dann zu noch mehrer aufrur ainiche ursach zu geben.

Und demnach bei der kgl. Mt., auch den ksl. comissarien in bestem angesehen werden, dieser handlung durch gutlich und ordenliche wege zu helfen, nemblich Hg. Heinrichen etc. und seine widersacher auf ir vorbeschehen erpieten auf diesen werenden reichstag alher zu beschaiden und die handlung zu verhör, auch geburlicher erörterung khomen zu lassen, wie er one zweifel selbs wissen empfangen. Neben dem versehe man sich, es sollte in ander wege auch guetliche handlung beschehen und also der sachen geholfen werden. Und stelten die puntsrethe in kheinen zweifel, die kgl. Mt. und di ksl. comissari wurden neben den andern Kff., Ff. und stenden des Hl. Reichs, in bedenckung das diese handlung ir Mt. und alle reichsstende gemeinlich mit betrifft, die sache mit solchem ernst furnehmen und der pillichkait nach bevelhen und einsehens haben, das hochgedachtem Hg. Heinrichen, ob gleich die guetlichkait sunst

entstunde, one krieg und aufrur widerumb zu seiner fstl. Gn. landen, leuten und allem, das demselbigen billich zugehört, zum furderlichsten geholffen, auch fried und recht im Hl. Reiche erhalten und gehandthabt werden möge<sup>2</sup>. Das alle punthsverwanten mit getreuem möglichen fleis zu befurdern gantz willig, deß versehens, hochernanter Hg. Heinrich soll und werde aus obangetzeigten ursachen, auch nach gestalt und gelegenhait der itzt vorstehenden zeit und leuffe kein beschwerdt haben, diesen der kgl. Mt. furschlag und den guetlichen handelungen stattzugeben. So ist man willig, nach endung dises reichstags oder auf seiner fstl. Gn. selbs anhalten und begern zu erster gelegenhait einen andern punthstag furzunehmen, darauf alle puntsverwanten fursten und stende, ob die selbs eigener person aus ehaften ursachen nit erscheinen möchten, ire rethe und befelchhaber so statlich abfertigen sollen, das allem, was sich vermöge der aynung und declaration geburt, stattlich möge nachvolge beschehen.

Und als der braunschweigisch gesandt yztgemelt gegebene antwort nicht annehmen wollen und daruff beharret, auch etlich viel schriftlich und mundtlich beschwerden und ursachen dagegen furgebracht [Nr. 247], wie bey den actis zu finden, die gleicherweise wie hievor beschehen an di kgl. Mt. gelangt, ist abermals mit irer kgl. Mt. vorbedencken und wissen dem braunschweigischen gesandten beschließlich angetzaigt, man wiesse von vorgegebener antwort nicht zu weichen und dieser zeit sich keines pessern zu entschliessen. Diweil er aber jetzt einen andern bunthstag zu ernennen begerte, haben die bunthsräthe solchs beden meinen gnedigen fursten und herrn, den obersten<sup>3</sup>, denselben auf die vorangeregt gegeben antwort, wann es den sachen am dienstlichsten sein moge, furtzunehmen und außzuschreiben haymgestellt.

*Verhandlungen Kg. Ferdinands mit dem päpstlichen Nuntius<sup>4</sup> betr. Beitritt des Papstes zum Nürnberger Bund. Da die Konditionen der in Regensburg 1541 in veränderter Form beschlossenen Verfassung des Katholischen Bundes<sup>5</sup> und der Re-*

<sup>2</sup> Hg. Wilhelm von Bayern war nicht bereit, seinen altgläubigen Bundesgenossen Hg. Heinrich von Braunschweig mit Waffengewalt zur Wiedererlangung seines Territoriums zu verhelfen und plädierte für gütliche Verhandlungen in der braunschweigischen Frage. So schrieb er an Dr. Leonhard von Eck, München, 1543 März 15: [...]. Doch wie deme, es seien die handlungen wie sy wollen, wann der cristenlichn pundtnus nach von ainer hilf oder zu ainem krieg geredt und geraten wollte werden, ist unser ernstlicher bevelh, das du von unsern wegen in khainen wege darein bewilligen, sonder, was menschlich und muglich, dagegen furwenden wollest, wie du zu thun wol waist. [...]. In: *München HStA, KBÄA 2094, fol. 153r–155v, hier fol. 153r (Ausf. mit Siegel)*.

<sup>3</sup> *Bundeshauptleute des Katholischen Bundes: Hg. Heinrich von Braunschweig und Hg. Ludwig von Bayern.*

<sup>4</sup> Hieronymus Verallo.

<sup>5</sup> *Zur kritischen Haltung des Papstes gegenüber dem in Regensburg 1541 auf Initiative der Hgg. von Bayern umgestalteten Nürnberger Bund siehe: L. CARDAUNS, Nuntiaturrechnungen, Abt. I, Bd. 7, Einl. S. XXVII–XXIX; S. SCHWEINZER, Nuntius Giovanni Morone, S. 140f., Anm. 16 und 17, S. 173f.*

*gensburger Reichsabschied für den Papst nicht annehmbar sind, soll ein neuer Entwurf für den Beitritt des Papstes zum Bund verfasst werden.* So soll irer bapstlichen Hlt. dagegen ein gnugsam urkundt – deß inhalts, das vermelt regenspurgischer reichsabschied irer Hlt. dißfals halben durchaus gantz unschedlich und von irer Hlt. nicht darein bewilligt noch bekannt sey – wie sich geburt verfertigt, übergeben werden. Solch der kgl. Mt. gnedigst erpieten hat nuncius mit bestem vleys an bepstlich Hlt. gelangen ze lassen und irer kgl. Mt. furderlichste resolution heraus zu pringen sich erpotten. Daneben auch vernehmen lassen, das die bepstlich Hlt. dieser punthnus mit allen treuen so wol geneigt sey, ob sich gleich in mitler zeit derselben was beschwerlichs zutragen, wurde ir Hlt. auf der bunthsverwanten ansuchen nach derselben vermogen nicht weniger alles das thun, als ob sie in der puntnus verschrieben weren.

*Die Bundessekretäre legten die Bundesabrechnung des Jahres 1542 vor. Für die Bezahlung der Schulden an die Bundeshauptleute wurde mit Wissen Kg. Ferdinands für 1543 ein neuer Bundesanschlag beschlossen. Die Gesandten der Ebff. von Salzburg und Magdeburg stimmten diesem Beschluss mit Vorbehalt auf Hintersichbringen zu. Ihre Bewilligung vorausgesetzt, soll der Anschlag spätestens bis Pfingsten 1543 bei den Bundesobersten erlegt werden. Der Kf. von Mainz soll seinen Anteil für Magdeburg und Halberstadt in den für ihn näher gelegenen Städten Frankfurt oder Nürnberg erlegen und den Bundeshauptleuten dementsprechend Bescheid geben.*

*Die Obersten sollen in ihren jeweiligen Provinzen möglichst bald die noch ausstehenden alten Anschläge von den Bundesständen einheben.*

*Die Bundesräte ersuchten Kg. Ferdinand im Namen der Erbtruchsessen und Frhn. zu Waldburg um Abschaffung ihrer Beschwerden gegen die kgl. Landvogtei in Schwaben.* Und soviel gehandelt worden, das ire kgl. Mt. sich gnedigst erpotten, hierin zum furderlichsten gnedigs einsehens zu thun und die sache zu gepürlichem außtrag und erledigung khomen zu lassen. Demnach ist bey irer kgl. Mt. auf wolgedachter herrn truchsessen verner supplicieren widerumben ansuchen beschehen, alle thätliche handlung bis zu erledigung der sachen bey dem landtvogten abzustellen und gnedigst zu verfuegen, das vermöge der aynung solch irrungen mogen furderlich abgericht und verglichen werden. Und soll daruff bey röm.kgl. Mt. umb antwort und resolution angehalten werden.

*Datum.*

*[US:] Haug Gf. zu Montfort, Ulrich von Schellenberg ritter, Bernhart von Hartheim, Joh[ann] Weissenfelder, H[ans] Marquart Frh. zu Konigßbeck etc., Johann Stopler, Hanns Conradt von Bodman.*

415 *Abschied des Oberrheinischen Kreises – Nürnberg, o.D. (1543 April 23)*<sup>1</sup>

- A *Wien, HHStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 3, fol. 8r–16r, 20v–22r (Kop.); AS fol. 8r:* Abschiedt des reinischen kreis stenden rethe und potschaften, uff gehaltenem reichstage zu Nurnberg gemacht anno 1543.
- B *Darmstadt StA, E 1 H, Konv. 7, Fasz. 1, S. 54–66 (Kop. aus späterer Zeit); ÜS S. 54:* Rheinischer creyßabschied zu Nürnberg, bey gehaltenen reichstag im April 1543 aufgerichtet.

*Die Gesandten der oberrheinischen Kreisstände vernahmen auf dem Reichstag die Abrechnungen des Kriegsrates Georg Zorn von Bulach, des Gegenschreibers Dr. Balthasar Eislinger und der fünf Kreiseinnehmer zur Türkenhilfe 1542. Abzüglich der Geldsumme, die dem Kriegsrat und dem Gegenschreiber zur Bezahlung des vierten Monats für Reiter und Fußknechte bereits geschickt wurde, sind für den vierten bis sechsten Monat samt dem Abzugsgeld<sup>2</sup> noch 64 718½ fl. ausständig<sup>3</sup>. In der Kreistrube befindet sich ein Restbetrag von 36 628 fl. 2 d. aus den Einnahmen des Gemeinen Pfennigs. Von diesem Restbetrag sollen in erster Linie die Reiter bezahlt werden, deren Sold für drei Monate samt dem Abzugsgeld 29 444 fl. beträgt. Und damit in solcher bezahlung bey den reysigen aller vorthail verkommen, solle es mit solcher abbetzahlung in massen hernach folgt gehalten werden: Nemblich soll ein yder kreisstandt, der sein kriegsfolck geschickt und den gemeinen pfening in die kreistruge ingeworfen hat, mit seinen reisigen und reutern uffs gnaust immer möglich in ansehung des kreyses unvermogen irer ausstendigen besoldung halb selbst überkomen und entlich abrechnen. Und welcher kreisstand also mit den seinen überkhommen und abgerechnet hat, derselbig soll solchs furter den geordenten funf kreisinnemern ghein Franckfurt under seinem secret oder insigell eigentlich zuschreiben und wissend machen. Alsdan einem yden kreisstandt uf solch sein zuschreiben von den innnemern gewiß unverhinderlich betzalung zu furter selbst abrichtung seiner, des stants, reuter volgen und gedeien solle, wie dan deßhalben ermelten innnemern von hie aus befelch und geheis [Nr. 122] zugeschrieben worden.*

<sup>1</sup> *Datum aus dem Kontext erschlossen, da die Protestation der oberrheinischen Kreisstände gegen den RAb erwähnt wird (Nr. 410).*

<sup>2</sup> *Die an die Truppen während des Abzugs vom ungarischen Kampfschauplatz bezahlte Besoldung.*

<sup>3</sup> *Die ersten drei Monate der Türkenhilfe von 1542 waren die einzelnen Reichsstände und Reichsstädte verpflichtet, ihre Kontingente selbst zu besolden. Die Gelder für die Aufbringung und Unterhaltung ihres Kriegsvolks sollten ihnen später aus den Erträgen des Gemeinen Pfennigs ersetzt werden. Anschließend, d.h. für den vierten bis sechsten Feldzugsmonat des Jahres 1542, übernahmen die Reichskreise die Besoldung, welche aus den Mitteln des an die Kreiseinnehmer abgelieferten Gemeinen Pfennigs stammte. Siehe dazu: W. STEGLICH, *Die Reichstürkenhilfe*, S. 51f. Zu den Ergebnissen der Verhandlungen der oberrheinischen Kreisstände während des Nürnberger RT von 1543 siehe: T. MALZAN, *Geschichte und Verfassung des Oberrheinischen Kreises*, S. 66f.*



Sovil aber die hauptleuth und bevelchaber des fueßfolcks und andere gemeine knecht betrifft, welche gleicher gestalt in anforderung gegen gemeinen kreisenden steen, haben der kreisstende rethe, gesanten und potschaften vor gut erwegen und verabschiedet, das ein yder stant dieß kreis von seinem hauptman, sovill allein sein person und besoldung betrifft, dergleichen auch von bevelchsleuten und anderen gemeinen knechten, so yemandts derselbigen bey einichem kreisstand ansuchen und umb seinen ausstandt anforderung thun wurde, bey iglichem in sonderheit eigentlichen bericht uf die musterregister und des kreysraths und gegenschreibers rechnung solchs seins ausstandts und vorderung horen, erkundigen und vernemen. Und sol doch keiner uf sein anzaigenden bericht entlicher oder volnkommener betzalung getrostet, sondern von einem yden kreisstand, wes er also bey den seinen in bericht gehort und glaublich erfahren und erfunden hat, zu schirstem kreistag [*Worms, 1543 Mai 27*] gemeinen kreisstenden angezeigt und vorbracht werden. Alsdan solle daselbst, wie sich uber obvermelte abbetzalung der kreisstende uf ir ydes reuter und andere mehr verordenten nach gemeltem ausgeben der uberschus und rest in der kreistrugen eigentlich befunden wirdet, zu berurtem des kreis kriegsfuesfolcks abrichtung und betzalung auch nottuftig vorsehung und nach gelegenheit des erfundenen rests verordnung gemacht werden.

*Georg Zorn von Bulach erhielt auf Grund seiner Abrechnung für die ihm geschuldete Besoldung, Bestallung und sonstige Auslagen von den Kreiseinnehmern 3169 fl. 10 b. zuzüglich einer Verehrung von 500 fl. Als Bulach um endgültige Quittierung aus seinem Amt ansuchte, wurde er wegen der geringen Präsenz von Kreisfürsten in Nürnberg an den kommenden Kreistag verwiesen. Auch dem Gegenschreiber Balthasar Eislinger wurden seine finanziellen Aufwände in Höhe von 462 fl. 2 b. ersetzt zuzüglich einer Verehrung von 100 fl. Die Kreiseinnehmer ersuchten nach Erledigung der Abrechnung um Quittierung, wurden aber an den nächsten Kreistag verwiesen, da ihre Dienste weiterhin benötigt würden.*

*Durch die Abrechnung der Kreiseinnehmer wurden die gehorsamen und die säumigen Kreisstände bei Ablieferung des Gemeinen Pfennigs bekannt. Lgf. Philipp von Hessen bezahlte den ihm gebührenden Anteil am Gemeinen Pfennig noch nicht vollständig, weshalb zur Besoldung seines Fußvolks Geld aus der Kreistruhe geliehen werden musste. Deshalb forderten ihn die Gesandten der Kreisstände schriftlich zur Ablieferung des ausstehenden Geldes in die Kreistruhe auf<sup>4</sup>.*

*Die hessischen Räte nahmen an den Versammlungen der oberrheinischen Kreisstände während des Reichstags in Nürnberg nicht teil; umso wichtiger sei es für den Lgf. von Hessen, seine Räte auf den künftigen Kreistag abzufertigen.*

*Folgende Punkte sollen auf dem nächsten Kreistag zu Worms behandelt werden:*

<sup>4</sup> *Die oberrheinischen Kreisstände an Lgf. Philipp von Hessen: Aufforderung, die noch fehlenden Beiträge des Gemeinen Pfennigs in die Kreistruhe einzubezahlen, 1543 März 8 (in den mir vorliegenden Aktenbeständen nicht erhalten). Es scheint sich um ein ähnliches Schreiben wie Nr. 120 zu handeln.*

1. *Rückerstattung der nicht durch den Gemeinen Pfennig abgedeckten Ausgaben für den Türkenzug an den Lgf. von Hessen aus der Kreistruhe.*

2. *Behandlung von Unregelmäßigkeiten bei der Einhebung der Türkensteuer: Forderung Lgf. Philipps nach Anerkennung der Exemption der Äbtissin von Kaufungen durch Hessen.*

3. *Beratung über das Schreiben des Lgf. von Hessen an die Gesandten der oberrheinischen Kreisstände (Nr. 123).*

4. *Differenzen des hessischen Pfennigmeisters Johann Kreuter mit dem Kriegsrat Georg Zorn von Bulach über seine Besoldung; Supplikation Kreuters.*

5. *Forderungen an den Abt zu Fulda wegen zusätzlicher Einlagen in die Kreistruhe.*

*Die Kreisräte erließen Schreiben an die ungehorsamen Kreisstände (Nr. 120).*

Weiter, nachdem auf letztgehaltenem kreistag zu Wormbs [1542 Okt. 28] beschlossen und verabschiedet worden ist, dieweil der jungst nurnbergisch reichsabschied von gemeinen reinischen kreisstenden nit angenommen, uß ursachen, das die vertroste und notwendige vergleichung noch ringerung der anschlege nit gefolgt<sup>5</sup>, das zu itzigem reichstage gemeine kreisstende die iren stattlich abvertigen und schicken solten, nochmals angeregter ringerung und vergleichung der anschlege antzuzeigen und vor allen dingen diselben zu begeren, und aber solchs nachmaln, unangesehen das disser kreis ir innemen und ausgeben sampt demjenigen, was der kreis über alle bezahlung dem kriegsfolck noch schuldig, verordentem reichsausschus vorgepracht, nit volntzogen werden wollen, sonder mit dem reichsabschid fortgeschritten, so haben die rethe und botschaften in bedenckung voriger beschwerden solchen reichsabschid von wegen irer gnedigen fursten, gnedigen hern und obern anderst nit dan uf hintersichpringen angenommen, auch desshalben ein schrift nach verlesung berurths abschiedts übergeben [Nr. 410].

*Auf dem kommenden Kreistag in Worms (Einberufungsdatum: 1543 Mai 27) sollen weitere Beratungen über die Annahme des Nürnberger Reichsabschieds erfolgen, die Bezahlung des Fußvolks aus dem Rest der Kreistruhe soll angeordnet und eine Urkunde für den Kriegsrat ausgestellt werden. Die Kreiseinnehmer und jene Kreisstände, die nicht in Nürnberg anwesend waren, sollen zum Kreistag nach Worms abgefertigt werden.*

Und seint diß der stende gesanten rethe und botschaften:

Geistlicher fursten:

Von wegen H. Heinrichs, Adm. der stift Wormbs und Freisingen, Pfgf.: Werner Koch Dr., cantzler.

Von wegen H. Philipsen Bf. zu Speir: Conrat Jung, landschreiber, und Werner Koch Dr., cantzler obgemelt als substituierter.

Von wegen H. Erasmussen, erwelten des stifts Strasburg: Christof Welsing Dr.

<sup>5</sup> Siehe den Vorbehalt der Gesandten der oberrheinischen Kreisstände gegen den Nürnberger RAb 1542: RTA JR Bd. XIII, Nr. 204, S. 914f.

Von wegen H. Johanssen Kard. in Lottringen, Bf. zu Metz, Thul und Verdun: Philips Jacob von Helmstet, ritter, und Johan Gerhardt, stathalter zu Wiche<sup>6</sup>.

Weltlicher fursten gesandten:

Von wegen Hg. Johanssen Pfgf.: Hans Beuser von Inglichein [= *Ingelheim*]; oberamptmann zu Creutznach.

Von wegen Hg. Ruprechts Pfgf.: Jacob Schor von Hasel.

Prelaten:

Von wegen des Johansses meinsters in theutsch und welsch landen: Friderich Kampf [= *Kempff*], secretari, statschreiber zu Molgh [?].

Graven:

Von nachvolgender graven hat gewalt gehabt Gregorius von Nallingen Lic., nemlich von wegen Gf. Philipsen von Nassaw, H. zu Wispaden; Gf. Chunen von Leiningen, semper Frh. zu Westerpurg und Schawmburg; Gf. Ludwigen zu Stolberg und Khonigstein; Gf. Anthoni des altern von Eissenburg und Budingen und seiner jungen vettern von Eissenburg, Gff. zu Budingen; Philipsen Gf. zu Nassaw und Saarbrucken; Johan Gf. zu Nassaw, H. zu Beilstein; der vormunder der jungen Gff. zu Hanaw, Hn. zu Mintzenberg; allen Reingraffen; Gf. Bernhart von Solms; Gf. Philips von Solms; Gf. Engelhart zu Leiningen und Dagspurg, H. zu Appermont, und als vormunder seiner jungen vettern Hans Heinrichs und Emmrichs [= *Emichs*], Gff. zu Leiningen; Weirichen von Dhaun, Gf. zu Falckenstein; Philips Gf. zu Hanaw, H. zu Lichtenberg; Johan Gf. zu Wied, H. zu Runckel und Ysenburg; H. Johan von Hohenfels, H. zu Reipoltskirchen.

Stette:

Von wegen der stat Straßburg: H. Jacob Sturm, altstetmeister, und Michael Han, sindicus,

Stat Wormbs: Hans Jungler, stetmeister.

Stat Speir: Rudolf Schelhorn, statschreiber.

Stat Franckfurt: Ohir von Mulheim [= *Ogier von Melem*] und Iheronimus zum Lamb Dr.

Von wegen der stat Hagenaw und aller anderer stette der lantvogtey Hagenaw: Johan Stembler.

#### 416 *Abschied des Schwäbischen Kreises*<sup>1</sup> – Nürnberg, 1543 zinstags nach Cantate (April 24)

*Ravensburg StadtA, Bü. 152c/2.17, unfol. (Kop.); ÜS: Des schwabischen krays abschid auf dem gehaltenen reichstag zu Nürnberg im 1543. jar.*

<sup>6</sup> Nicht identifizierbarer Ort. Laut Nr. 404, Anm. 10 könnte es sich um Bélis handeln.

<sup>1</sup> Zu den Verhandlungen der schwäbischen Kreisstände während des Nürnberger RT siehe: A. LAUFS, *Der Schwäbische Kreis*, S. 191–193.

Wir, der gaistlichen und weltlichen fursten, prelaten, graven, freyherren und stett des schwäbischen kraiß gesant, rath und bottschaffen, sovil unser auf yetz alhie zu Nurnberg werendem reichstag beyainandren versamblet und hernach geschriben sein etc., bekennen hiemit: Als die röm. kgl. Mt., unser allergnädigster herr, die verordneten oberkrayßeinnehmer des gemainen pfenings zu der turckenhilf auf ainen bestimpten tag hieher erfordert, rechnung und relation irs tragenden ampts zu thon, und darauf unser, des schwäbischen kraiß verordnete einnehmer gehorsamlich erschienen und sich bey höchstgedachter röm. kgl. Mt., deßgleichen uns, der obersten kraißfursten gesanten, angezaigt und beschehnen ervordern und begern schuldiger gehorsam nach volg zu thun erbotten, sind sey [= sie], gleich andre einnehmer zu iren kraiß, von gemainer reichsstend wegen auf uns gewisen.

Demnach und dieweil wir nun von inen solliche rechnung und relation [Nr. 118] noutturftiglich [!] angehört und sovil darauß befunden, das sy in sollichem irem tragenden ampt an iren vleys, mue und arbeit nichts manglen noch erwinden lassen, das gemainem schwäbischen kraiß zu nutz und wolfart und befurdrung des loblichen, christenlichen wercks dieser turckischen expedition mögen erschiessen, so haben wir dieselben also gantz ordenlich und on mangelhaft sampt daruber gemacht und gehalten buechern, registern, urkunden und brieffen von inen angenommen und auf begerte derwegen noutturftige quittierung und lödigzellung furgehalten, das wir fur unsre personen genaigt, wo wir befunden, das sich unsrer herren und obern uns gegeben gwält dahin erstrecken, ain sollichts von wegen derselben und der abwesenden kraisständ dermaussen [!] zu thun, das es uns gegen denselben unsern herren und obern (von deswegen dann unser der merthail nit abgeförtigt) verantwortlich, den abwesenden bintlich und inen, den einnemern, auch gnugsam sein mögen. Dieweil wir aber in dem und anderm mer diß unsers kraiß obligen yetzmalß auß erzölten und andern bewegenden ursachen nit furzuschreiten und dieselbigen in entschaft zu pringen gewusst, hetten wir fur hoch nottwendig geacht, mit dem ersten es immer fueglich sein möchte, ain gemainen kraißtag an ain gelegne malstatt außzuschreiben und zu halten, darauf ain yeder stand aigner person zu erschienen [!] oder seine gesanten mit gnugsamem gwalt auf sollichen kunftigen kraißtag abzuförtigen zu wissen, der sich dahin erstrecken, sy, die einnehmer, noutturftiglich zu quittiern und ihres tragenden ampts entlich zu entlödigen und in dem der erscheinenden handlung die abwesenden auch binden.

Als nun sy, die einnehmer, sollichen abschid doch dergestalt angenommen, wo inen hierzwischen schierists volgendts kraißtags etwas von den übergeben handlungen vonnötten, das es inen auf ir ervordern unwidersetzlich mitgethailt und darzu auch der übrig rest, so in irer übergebner rechnung clarlich vermeldet, biß zu entlicher beschliessung und erlödigung bey iren samptlichen handen in verwarung gelassen wurd, ist inen dasselbig auch bewilligt und über all sollich mit inen gepflogne handlung urkunt mitgethailt, mit verrer verrostlicher zusag, inen, auch dem stattschreiber und cantzleyverwanten zu Ulm auf sollichem

schierist angeendem kraistag zu ergötzung irer gehapten mue und arbeit ain vererung zu thun.

Deßgleichen haben wir von unserm, des schwäbischen kraiß verordnetem zaalmaister Sebastian Besserern die rechnung alles seines empfangens und außgebens sampt noutturftigem bericht angehört und sein und seins ime zugeordneten gegenschreibers gegenainander gehalten register, auch die bevelhsschriften und urkunden dermassen ordenlich, gleichmässig, beständig und getreulich sampt noutturftiger gutter relation befunden, das wir dieselben rechnung und relation [Nr. 118] gleichsals wie von den obberurten unsern verordneten kraißeinnehmern sampt den baiden gleichmässig gehalten registern, bevelhschriften und urkunden von ime angenommen und deßhalb auch noutturftige urkundt geben und zu entlicher quittierung auf nechstvolgenden kraißversammlungstag verweisen.

Aber alsbald inen, zaalmaister, vererdet und dieselbig vererung dahin fur gut angesehen und gethan, nemlich das ime die 300 fl., so ime zu der zeit der annemung sollichs zaalmaisterampts zu rustgelt an abziehung seiner besoldung geraicht und dann noch 114 fl., so ime an seiner rechnung abgangen, sampt ainem wagen, etlich zendel [= *Seidenstoff für Fahnen*] und dergleichen mer schlecht achtigen [= *missachteten*] blunder, den er bey sich hat, zur vererung inen beliben. Und dann dem gegenschreiber auß meister bewegung, das er in zeit seins tragenden ampts etwa lang krank, auch ain gutte zeit nach nit mer raichung seiner besoldung mit dem ampt beladen und gemuedt gewesen, verert mit 83 fl., so er zuvor empfangen und noch 50 fl., so ime darzu hinauß geben.

Dieweil nun vermög des speyerischen reichsabschidts zu erhaltung der gleichmässigkait billich, das die rechnung und relation von allen stenden, wie ainem yeden kraiß nach dem andern ordenlich zu volgen gepurt, volnzogen worden sein solte, so ist es doch von kainem dann erstlich dem payerischen, reinischen, fränckischen und volgendts von unserm, dem schwäbischen kraiß, vor gemainer stend verordneten außschutz – laut beyligender schrift mit A verzeichnet und signiert – und doch dergestalt von uns, den schwäbischen kraißstenden, beschehen. So alle andere kraiß (der uns billich der ordnung nach etlich, die es noch nit gethon, vorgangen sein solten) ir rechnung und relation thun, mit sollicher schrift auch gethon und wie darein gebetten, wo aber nit, dieselben widerrueft und als nit gethon protestiert haben wölten.

Und wiewol auß sollicher unserer rechnung und relation clarlich erscheint, was fur ain grouse [!] summa gelts zu bezalung des letsten monats und abzugs, auch darleichung der röm. kgl. Mt. unser, dem schwäbischen kraiß, noch ausständig und vermög des speyrischen reichsabschidts von den vermöglichen, wie gebetten, erstatt werden solte, so haben wir doch auß der obvermelten dreyer kraiß gethonen rechnung und relation nit allain nichts bevor, sunder auch ain grouse summa ausständig befunden, derhalben wir uns der entrichtung yetzmals wenig zu getrösten gehapt.

Auß dem, auch obernempton und andern mer yetzt und nach furfallenden des kraiß obligen halben, die yetzmals nit verricht werden mögen, fur nutzlich und gut angesehen, das unsre gnädige herrn, die obersten kraißfursten, zum furderlichsten gmaine kraisständ an ain gelegen malstatt zusamen beschreiben, die rechnung von dem überbelibnen rest (desse doch gar wenig nach entrichtung der einnehmer, vertrösten, vererung und weiter aufgewendten noutturftigen uncosten sein wurdet) zu machen, was ainem yeden stand hinauß geburen mag, und sonst alles anders zu handeln, zu ratschlagen und zu beschliessen, das dieses kraiß notturft erfordern wurdet<sup>2</sup>.

Und nachdem wir auch von unserm zalmaister bericht, das unsers kraiß verordnet geschutz widerumb biß gen Regenspurg kommen, haben wir auß allerlay bewegenden urachen ime, dem zalmaister, aufgelegt, dasselbig furter gen Ulm fieren und es daselbst bey ainem erbern rath gemainem kraiß zugut verwaren zu lassen.

*Datum.*

[US:] Bf. zu Costantz: Paulus Appetzhofer, secretarius.

Hg. Ulrichs zu Württemberg etc.: Christoff von Veningen und Philips Erer Dr.

Mgf. Ernsts zu Baden etc.: Johann Marquart Dr.

Der jungen vormündtschaft Baden: Hanns Jacob Varnbüler Dr.

Der prelaten: Hainrich Burckhart zu Bappenhaim, des Hl. Röm. Reichs erbmarschalck.

Der graven und herren: Mathias Rast [= *Rasch*] Dr.

Des landtcomethers der balei Elsaß: Reinhart von Hausen Dr.

Augspurg: Jörg von Stötten, Sebastian Seytz, Pius Claudius Peuttinger Dr.

Ulm: Weibrecht Ehinger, alter Bgm., Martin Weyckman.

Esslingen: Hanns Machtolff Lic. und statschreiber.

Nördlingen: Wolff Grauff [= *Graff*] Bgm.

Schwäbisch Hall: Mathern Wurtzelman, statschreiber.

Haylprunn: Jacob Ehinger Dr.

Routtweil: Conrat Sprätter.

Memingen: Jörg Maurer, statschreiber.

Dinckelspyl: Michel Paur Bgm.

Ravenspurg: Connat Göldrich, Gabriel Kröttlin Lic. und statschreiber.

Kauffpeuren: N. Wurm [= *Worm*].

<sup>2</sup> Die endgültige Abrechnung über die Kosten des Türkenzuges, die vom Reichstag auf die einzelnen Kreistage verschoben worden war, übernahm der für November 1543 nach Reutlingen ausgeschriebene Kreistag. Siehe: W. DOTZAUER, *Die deutschen Reichskreise*, S. 156.

417 *Abschied der Reichsstädte – actum Nürnberg, 1543 April 24*

A *Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 1r–9v (Kop. ohne Unterschriften der Städtevertreter).*

B *Augsburg StA, Reichsstadt Nördlingen, Münchner Bestand, Lit. 773, unfol. (Kop. mit Liste der anwesenden Städtevertreter); DV: Der erbar[n] frey- und reichstett abschied, auf dem reichstag zu Nurnberg gmacht etc. anno 1543.*

[Art. 1] Als hiebevor zum oftermal, sonderlich aber auf den beiden jungsten zu Speyer [1542] und alhie [Nürnberg 1542] gehaltenen reichstagen bei der erbern frei- und reichsstet gesandten potschaften fur hoch notwendig, nutz und gut angesehen, dermassen auch beschlossen und verabschiedet, dieweil Kff., Ff. und stende sich fur und fur, auch ye lenger ye mehr, dessen befeissen und understeen, die erbern frei- und reichsstet von irem geburendem und mit alter herbrachten reichsstand wider recht und alle billicheit zu dringen, sie auch von handlungen abzusondern, das dann in der erbern stet cantzleyen allenthalben den hievor auf reichs- und andern tügen derhalben ergangen und geubten handlungen mit vleis nachgesucht, dieselbigen außgezogen, daruber auch durch etliche der erbern stet bestelte doctores ratschleg gemacht, welche auf disem jetzt gegenwertigen reichstag alhie den erscheinenden stetgesanten furgetragen und nach notturft besichtigt, was auch den erbern stetten dinstlich darinn gefunden, zu derselben vortl und pestem gebraucht, furgenomen und gehandelt werden sollt etc., wie solchs die vorergangen stetabschid in lenger[m] zu versteen geben.

Nun aber etliche vil derselben also gesuchten und gefunden alten handlungen sambt den daruber, sonderlich aber auf die jungst alhie neben dem stetabschid gestellt und ubergeben proposition, gemachten und verfertigten ratschlegen<sup>1</sup> den erbern stetgesandten furgelegt, welche aber, angesehen, das sie etwas groß

<sup>1</sup> *Auf beiden parallel zu den Reichstagen stattfindenden städtischen Versammlungen des Jahres 1542 (1. Abschied Speyer, 1542 April 14, RTA JR Bd. XII, Nr. 299, Absatz 2, S. 1245. 2. Abschied Nürnberg, 1542 Aug. 28, RTA JR Bd. XIII, Nr. 209, Absatz 2, S. 929) wurde beschlossen, dass die städtischen Rechtsgelehrten Gutachten zur Reichsstandschaft der Städte ausarbeiten sollten, um diese dem Städtecorpus in Nürnberg 1543 vorzulegen. Zu Beginn des Jahres 1543 lagen in Nürnberg die Gutachten folgender Städte vor: Augsburg (zwei Gutachten), Frankfurt, Nürnberg und Ulm (alle in: Speyer StadtA, 1 A, Nr. 160, unfol. Kop.). Die Aufschriften der Gutachten lauten: 1. Augspurgischer ratschlag, uf den stettabschid zu Nurnberg anno 1542 uber stand, stim und session gemacht 1543. 2. Frankfurt[er] ratslag. Praes. [per] Hieronimum Agnum [= zum Lamb], die Sabbatho 10. Februarij 1543. 3. Nürnbergischer ratschlag der erbar[n] frey- und reichsstett session und stim belangendt [vom Nürnberger Juristen Dr. Gemel]. 4. Bedencken der gelehrten von wegen der erbar[n] frey- und reichsstött stand, stimmen und session im reichsrath. Ratschlag der statt Ulm der stett stym und session halben. Praes. [Nürnberg], 15. Februarij 1543. Das Straßburger Gutachten wurde erst etwas später von Dr. Ludwig Grempe in Nürnberg übergeben.*

und weitleufig, etlichen hochverstendigen und gelerten, darzu in sonders erwölten und benennten personen zusammenzuziehen und volgens solchen iren auszugk den gemeinen stetgesanten, die vernere notturft und gelegenheit darauf zu bedencken, wider furzubringen bevolhen worden. Dem auch dieselben dartzu verordenten personen mit allem getreuem vleis nit mit geringer muhe und arbeit volg gethan und noch, also das irenhalben einicher mangel hieran nit erschinen ist<sup>2</sup>.

Wiewol nun der erbern stet gesandte, sovil dern yetzo alhie versamelt, gantz wol geneigt und unbeschwerdt gewest, den vortzelten abschieden nachzugeen, uber solchen aus den bemelten ratschlegen und alten handlungen gemachten außzugk ze sitzen und der gemeinen erbern stet nutz, notturft und gelegenheit mit bestem vleis zu bedencken, so hat es aber neben dem, das es der vilfeltigen andern furgefallen gescheften muhe und arbeit halben nit wol oder fuglich geschehen konnd, auch sonst allerlei sorgfeltigkeit bey inen gewaltet, und sonderlich fur etwas hoch beschwerlich angesehen, dieweil sie, die stetgesanten, jetzo in so gar geringer anzal alhie beyeinander sich solcher hochwichtigen sachen, daran allen erbern frei- und reichsstetten in gemein ir reputation und wolfart gelegen, alleinig zu underwinden. Und darumb furs pest und nutzlichst bedacht, dieweil jetzt auf disem reichstag alhie die absonderung der erbern stett gesanten von den andern reichsstenden abermals und etwas beschwerlicher dann zuvor ye geschehen furzenemen understanden, und dann solcher der gemeinen erbern stett beschwerung halben an keinem ort fuglicher, nutz- und fruchtbarlicher handlung furtzenemen und zu pflegen dann bei der röm. ksl. Mt., unserm allergnedigsten herrn, als dem haupt im Hl. Reiche, das dann in ansehng, das ir ksl. Mt. verhoffenlich in kurztem in das Reich ankumen wurdet, furderlich ein gemeiner stetttag altem gebrauch nach außgeschriben und gehalten, darauf der obgemelt auszugs<sup>3</sup>, auch, wo vonnoten, die vorberurten ubergeben ratschleg und andere handlungen diser sachen halben fur handt genomen, aller notturft nach besichtigt und mit vleis bedacht werden sollt,

<sup>2</sup> Im Städterat wurde am 15. Febr. 1543 verabredet, dass die umfangreichen Gutachten von den Rechtsgelehrten zu einem einzigen Gutachten (= Auszug) zusammengefasst und dem städtischen Ausschuss vorgelegt werden sollten. Dr. Hieronymus zum Lamb und Dr. Gemel wurden mit der redaktionellen Arbeit betraut, wobei für den erkrankten Nürnberger Juristen Dr. Gemel bald der Straßburger Advokat Dr. Ludwig Grempe einsprang. Siehe dazu G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 281f.; I. HAAS, *Reformation – Konfession – Tradition*, S. 210, Anm. 150 sowie das Nürnberger Städteratsprotokoll Nr. 89a, fol. 13v–16v.

<sup>3</sup> Der von den städtischen Juristen Dr. zum Lamb und Dr. Grempe erstellte Auszug aus den verschiedenen Gutachten zur Reichsstandschaft der Städte wurde im Städterat am 21. April 1543 vorgelegt. Der Entwurf sollte als Diskussionsgrundlage für einen zukünftigen Städtetag dienen und in einer Auflage von 100 Exemplaren gedruckt werden. Siehe dazu: G. SCHMIDT, *Der Städtetag*, S. 282. Der Auszug trägt die AS: Summarischer außzugk der erbern stett Augspurg, Ulm, Franckfurt und Nürnberg rathschlegen. In: *Speyer StadtA*, 1 A, Nr. 160, unfol. (Kop.).



ob darauf und welcher gestalt, auch mit was instruction ein stetpotschaft zu der ksl. Mt. zu verordnen, die diser gemeinen, auch anderer sonderbarn stet beschwerden halben zu gelegner zeit bei irer ksl. Mt. handeln und werben mocht, was der erbern stet notturft und bevelch sein wurde.

Und damit aber ein jede stat sich in dem bemelten jetzt alhie gemachten außzug der notturft nach zu ersehen, ire gesanten auch auf den kunftigen stettag desto baß und mit statlichem bevelch moge wissen abzufertigen, so ist fur gut angesehen, das desselbigen außzugk ein benennte anzal exemplaria im truck verfertigt, die alßdann furderlich den erbern stetten, so das ausschreiben haben, zugeschickt, durch welche ausschreibende stet volgends auch allen andern erbern steten, so bei inen darumb ansuchen, solche exemplaria auf iren costen mitgetheilt werden, doch das dieselben disen außzugk und handlung sonst weither niemandem mitheilen noch in frembde hende kumen lassen, sonder allein bey inen selbs in bester geheimbe und guter gewarsame halten sollen.

Dieweil auch uber disen außzugk, den also ins werck zu pringen nit geringe muhe und arbeit gangen, also das die darzu verordente personen solcher irer gehabten und zum theil noch vorstenden arbeit halben von billicheit wegen auch mit geburlicher und danckbarer belonung zu bedencken, so soll auf den gedachten kunftigen stettag derhalben auch fertigung und bevelch gegeben und alsdann, wie mans damit halten woll, geschlossen werden.

[Art. 2] Zum andern, nachdem auf disem reichstag die zum nechstvergangen turckenzugk vom Reiche bestelte und geweißne leutenanten sampt einer zimbllichen anzal bevelchsleut, so die hohen empter in verwaltung gehabt, erschienen, sich bei den gemeinen reichsstenden noch allerlei ausstands an iren erdienten besoldungen beclagt, auch gantz statlich und beharrlich umb betzalung angehalten und aber die wege, dieselben bevelchsleut zufriden und unclaghafft zu stellen, durch gemeine reichsstende nit gefunden werden mugen, sonder allein zuletzt die sach dahin gelangt, dieweil sie, die bevelchsleut, als arme gesellen neben dem, das sie das ir durch solch ir hie ligen und nachlauffen versaumbt, irer alhie gethanen zerung halben auch in schuld gewachsen, das sie dann derselben von den reichsstenden, in sonderlicher betrachtung, das inen ir haubtbetzalung jetzt bis zu anderer bequemen zeit aufgeschoben, pillich enthebt und bei iren wirten schadlos gehalten. Derhalben auch auf gemeine reichsstende ein anlag nach dem wormsischen anschlag, nemblich auf ein geraisigen 9 kr. [!/] und auf ein fußknecht 3 kr. [!/] geschlagen, daran die anwesenden stende und gesanten ir gepur jetzo alsपालd alhie erlegen, davon der armen bevelchsleut zerung entricht. Und aber der abwesenden stende geburnus hernach auch erlegt werden sollt, dieselbig zu anderer notturft zu gebrauchen etc.

Hierauf so haben sich der erbern stet gesante, was inen hierinnen ze thun oder ze lassen sein möcht, aller notturft nach underredt und die sach gantz wol bewogen. Wiewol nun ire bevelch unter anderm vast durchaus dahin gestanden, das sie in kein vernere anlag willigen solten, es were dann zuvorderst dem speyrischen abschid mit versprochner vergleichung, auch ringerung der anschleg

gelept, so ist dannoch bei inen bedacht, dieweil dise bevelchsleut ein seltzam gesynd, das sich auch jetzt alhie allerlei trohewort, sonderlich der erbarn stet halben, horn lassen, das dann, wo sie mit so gar lerer handt abgewisen und inen doch aufs wenigist ir erlitten zerung nit betzalt werden, niemand mer nachteil und gefar darob besteen und gewarten must dann die erbarn stet, in betrachtung, das sie in craft der zu Speyer irenhalb geschehnen besigung desselben abschids und aufgerichter bestelbrief disen bevelchsleuten weniger nit dann andere stende verpflichtet und sie sich allwegen vermutlich ehe an die erbern stet dann andere stende hencken und halten wurden. Und darumb fur ratsam und gut angesehen, solche geringe anlag, allerlei nachteil und schaden dardurch zu furkumen, nit zu waigern, sonder neben und mit den andern stenden zu bewilligen, welche bewilligung auch darauf in massen und gestalt, wie hernach volgt, geschehen ist: Nemblich wiewol inen, der erbern stet gesanten, beschwerlich in einich verner anlag zu betzalung des kriegsfolcks zu bewilligen, uber das ire obern dem speyrischen abschid irs theils in allweg gelebt und billich gehofft, es solte die vor verabschidet vergleichung der kreistruhen gevolt sein, dardurch die obersten und bevelchsleut hetten mugen betzalt werden, so wolten sie doch gleichwol ausserhalb bevelchs, dieweils also umb ein gerings ze thun, irs theils bewilligen, das dise der bevelchsleut zerung also zerschlagen und under die anwesenden stende und gesanten getheilt wurde nach dem wormbsischen anschlag, wie vor gemelt uff ein gereisigen 9 kr. und auf ein fußknecht 3 kr., damit den yetzt hie ligenden knechten ir zerung davon bezalt und man irs clagens und nachlauffens abkomen möcht, doch aber mit der protestation, das sie, die stetgesanten, dardurch von dem speyrischen abschid nit gewichen oder in dise ungleichmessigen alten anschlege in andern fällen bewilligt haben wolten. Dergleichen den abwesenden fursten und stenden diser anschlag auch auferlegt und sovil muglich eingebracht, alsdann zu andern notturften gebraucht werden solten, mit dem er bieten, das sie, die stetgesanten, solchs den abwesenden stetten auch anzeigen und, was von denselben eingebracht, hinter einen erbern rathe alhie zu Nurmberg erlegen. Und so die jetzt abwesenden fursten und stende ir gebur also auch erlegt hetten, sich alßdann mit den gemeinen stenden, wartzu solch gelt alles zu gebrauchen, vergleichen wolten etc.

Demnach und dieweil solche anlag umbs pesten willen, ergers damit zu verhuten, durch die anwesenden stetgesanten also bewilligt, auch irer herrn und obern gebur alsपाल erlegt und zu betzalung der bevelchsleut zerung gebraucht und außgeben worden und dann bei inen fur billich und gleichmessig angesehen, das der lasst nit allein auf den anwesenden stetten ligen, sonder di andern erbern stet, so nit geschickt, ir zerung, auch vil muhe und arbeit erspart, gleicher gestalt auch zu belegen seien, so ist derhalben verabschidet, das dieselben jetzt abwesenden stet, von dernwegen alhie nichts erlegt worden, ir geburnus wie obstet aufs furderlichst hieher hinter ein erbern rathe oder, wo nit, dieselbig alßdann auf den kunftigen stettag gewisslich schicken und daselbst erlegen, daran auch nit seumig sein. Und das auch solich gelt, so dermassen

durch sie also erlegt, beyeinander pleiben soll ligen, so lang biß mit gemeiner erbern stet wissen und willen beschlossen wirt, warzu es am nutzlichsten zu gebrauchen und zu bewenden sein muge.

[Art. 3] Zum dritten, als der erbern stett gesandte potschaften den jetzt alhie irer unverhort geratschlagten und beschloßnen reichsabschid anzenemen gewaigert und irer unvermeidlichen notturft nach dawider zu protestirn nit umbgeen mugen, auß ursachen in einer sondern derhalb schriftlich gestelten und in des Reichs versamblung nach verleißnem abschid ubergebnen protestation verleibt und nach lengs gemeldet, welche protestation auch alsald instrumentirt [Nr. 408], dermassen auch hinter einen erbern rathe alhie zu Nurnberg erlegt und aldo jede zeit zu finden ist, und aber inen, den stetgesanten, dannocht die sorgfeltigkeit beygewonet, das gegen den erbern, sonderlichen aber denen steten, so der christlichen verainigung und nechstgeschehner camergerichtsrecusation nit verwandt und zugethan, durch den ksl. fiscal solcher des reichsabschids waigerung und nitlaistung halben der darin angetzogen turckenhilf die verabschideten proceß und handlung furgenomen werden mochten, so ist bei inen fur nutz und gut, auch hochnotwendig angesehen, das alsald nach endung dises reichstags zu erster der gesanten heimkunft die erbern stet Coln, Augspurg, Strasburg, Nurmberg, Franckfurt und Ulm ire hochgelerten und bestelte doctores dahin vermugen und bei inen zuwegen pringen, auf disen fall statliche ratschleg und exceptiones ze machen, wie und damit bemeltem fiscal, wo er gegen einer oder mer der erbern stet solche proceß furnemen, zu begegnen sein mochte. Und also di andern erbern stet, so etwan dermassen angefochten wurden, sich bei der nechstgesessnen obernennter stetten ainer notturftigs raths und bescheids mugen wissen zu erholen. Dahin dann dieselben andern erbarn stet auch hiemit ir notturft und gelegenheit zu suchen gewisen sein, inen auch darinn, was zu irer defension und verantwortung dinstlich sein mag, nichts versagt werden soll.

[Art. 4] Zum vierdten, dieweil auch vermutlich und zu besorgen, es mocht auf obgemelte der erbern stet protestation und waigerung des abschids sonst und ad partem bei disen stetgesanten oder iren obern allen oder eins theils noch weither angesucht werden, dise verabschidete hilf zu laisten oder doch sonst etwas derhalben ze thun. Damit dann disfals under den erbern stetten gleiche antwurt gevallen, so haben dise stettgesanten fur gut geachtet, wo sie alle oder etlich under inen dermassen angesprochen und ersucht, das sie dann dergestalt antwurdt geben sollten: Dieweil sie zu waigerung des abschids, der darin begriffen ungleichen hilf und ander mehr – in irer, der stetgesanten, ubergeben protestation [Nr. 408] verleibt – ursachen halben und sonderlich aus mangl bevelchs bewegt und getrungen worden, das sie dann solchs gern getreulich und mit allem vleis hinter sich an ire obern pringen wolten. Im fall aber, das mitlerweil des stettags bey etlichen der erbern steten selbs schriftlich ansuchen oder mundtlich werbung derhalben geschehen, das sich dann dieselben darauf dermassen verantworten und entschuldigen, dieweil der abschid

aus hochbewegenden ursachen von der erbern stett wegen gewaigert und dann bald ein gemeiner stettag gehalten wurde, das man sich dann daselbst bescheids erholen wolt etc. und dardurch die sachen also bis zum selben stettag aufzuziehen. Daneben aber sollen dieselben stet nichtsdestoweniger solchs, wie und was inen begegnet, den ausschreibenden steten zu wissen machen und alßdann der bemelt stettag desto furderlicher furgenomen und außgeschriben, mitlerweil auch bei allen erbern steten mit vleis geratschlagt, iren gesanten auch zum selben stettag gute fertigung gegeben, damit desto statlicher, was hierinn ze thun, bedacht und geschlossen werden muge. Sonderlich aber, wo sich dazwischen bei den protestirenden stenden und steten etwas weither zutragen und vergleichung hievon geschehen wurde, das dann dasselbig den andern erbarn steten, sovil vonnöten und inen dinstlich, auch unverhalten pleiben soll.

[Art. 5] Zum funften, so ist von wegen der erbarn statt Esslingen bey den stettgesandten abermals clagend furkumen, was hoher beschwerden inen und gemeiner irer burgerschaft von dem durchleuchtigen, hochgebornen fursten und herrn, H. Ulrichen, Hg. zu Wirtemberg und Tegk, Gf. zu Mumpelgart etc., unaufhorlich begegnen und zugeschoben werden, darinn sie der erbarn stet rath, hilf und vertroistung gebeten<sup>4</sup>. Darauf sie, die stetgesanten, derselben erbarn stat Esslingen gesanten ersucht, noch ein zeitlang und sonderlich bis zu dem kunftigen stettag, gedult zu tragen, mit zusag und vertroistung, das alßdann neben andern stethandlungen diser irer beschwerden auch nit vergessen werden sollt etc., nach ausweisung sonderbarer verzeichnussen<sup>5</sup>, so ime, dem esslingischen, und dann auch der vier erbern außschreibenden stett gesanten hieneben zugestellt worden, dieselben in ausschreibung des stettags allen andern erbarn steten auch mit zu uberschicken, iren gesanten dorauf notturftige fertigung und bevelch wissen zu geben.

[Art. 6] Zum sechsten, nachdem auch in namen der erbern stat Speyer bei den stettgesanten anzeig geschehen, das der durchleuchtigist, hochgeborn furst und herr, H. Ludwig, Pfgf. bei Rhein, Hg. in Bayrn, des Hl. Reichs ertztruchseß und churfurst etc., von der beschwerlichen landsteuer, so sein kfl. Gn. neben iren underthanen auch auf etlich burger zu Speyer in seiner kfl. Gn. land habende und gelegne guetere geschlagen, biß anher nit allein nit abgestanden, sonder auch auf der stetgesanten hievor zu mermaln mundtlich

<sup>4</sup> Siehe dazu das *Esslinger Protokoll* (Nr. 85, *passim*) und das *Nürnbergger Städteratsprotokoll* (Nr. 89a, *passim*).

<sup>5</sup> Es handelt sich um ein *Verzeichnis aller reichsstädtischen Verhandlungen betr. den Konflikt Esslingens mit dem Hg. von Wirtemberg (von 24. Febr. bis 9. April 1543), actum Nürnberg, 1543 April 9.* In: *Nürnberg StA, Reichsstadt Nürnberg, RTA 17a, fol. 67r–68v (Konz.)*; DV fol. 68v: Sumarische verzeichnus, was bey der erbarn frey- und reichstett gesanten potschaften von der erbarn stat Eßlingen wegen auf dem reichstag zu Nürnberg 1543 furpracht und wider zu antwort darauf gefallen. Nota: Ist den 4 außschreibenden steten also zugestellt, den andern neben außschreibung des kunftigen stettags zu uberschicken.

und schriftlich geschehen werben und ansuchen noch kein entliche satte, dann allain etliche aufzugige antwurten gegeben, welchs aber eim erbarn rathe zu Speyer, in ansehung habender freiheiten und das es von alter nit also herkumen, zum hochsten beschwerlich, mit bit, es wölten die stetgesanten nachmals zu sein kfl. Gn. ein potschaft verordnen, auf vorige werbung umb antwort anzuhalten etc. Dasselbig aber bei den gesanten der erbern stet allerlei bedenckens halben fur unfruchtbar, sonder pesser angesehen, solchs yetzo von hynnen auß durch ein schriftliche anmanung zu verrichten, wie auch also beschehen. Und von sein kfl. Gn. wider antwurt gevolgt, das ein erber rathe zu Speyer nach endung dises reichstags, so irer kfl. Gn. rethe wider anheimisch gelangten, selbs bei iren kfl. Gn. ansuchen, so solle inen antwurt widerfarn etc.<sup>6</sup>

Uff solchs ist bei den stetgesanten fur gut geachtet, dem speyrischen gesanten auch also angesagt worden, bey seinen herrn anzupringen und zu furdern, damit bemeltem kfl. schreiben und erbieten also nachgangen und gelebt. Im fall dann, so inen darauf weither aufzugig oder aber abschlegig antwurt volgen wurde, das alßdann ein erber rathe zu Speyer solchs auf dem kunftigen stetttag auch wider furtragen und darinn der gemeinen erbern stet gesanten fernern rathe, hilf und beistandt ersuchen lassen möcht.

[Art. 7] Zum sibenden, so haben di stetgesanten auch ein hohe notturft sein bedacht, von wegen der erbern stat Mulhausen auf wege zu gedencken, wie die wider zum Reich zu pringen sein möchte. Und daruff dise abred gemacht, das die erbern frei- und reichsstet hiezzwischen dem kumenden stetttag bei inen selbs der sachen mit vleis nachtrachten und iren gesandten auf demselben stetttag solche ire bedachte furschleg und wege bei den gemeinen stettgesanten furzubringen bevelch geben sollen, damit geratschlagt und geschlossen werden, was derhalben furzunemen und wie der sachen fuglich zu helfen sein muge.

[Art. 8] Zum 8., so ist dergleichen auch und nit weniger nottwendig angesehen, dieweil das aufhalten und sperren der proviand gegen den erbern frei- und reichsteten so gar uberhandt nemen und gemein werden will, das dann auch mit vleis, was dagegen ze thun, geratschlagt und zum kunftigen stetttag notturfte, gute fertigung derhalben gegeben werden soll.

*Datum.*

<sup>a</sup>Hernach volgen die namen der stettgesanten, so auf disem reichstag und bey dem beschluß dises abschids entgegen gewest:

Von der schwäbischen panck:

Regensburg: H. Ambrosius Amman, schulthayß.

---

<sup>a</sup> Die folgende Liste der bei Beschluss des Städteabschieds anwesenden Städtevertreter ist nur in B vorhanden; A om.

---

<sup>6</sup> Zum Konflikt zwischen Kf. Ludwig von der Pfalz und den Speyerer Bürgern um die Besteuerungshoheit (Pfahlbürgerstreit) siehe das Nürnberger Städteratsprotokoll zum 17. März 1543: Nr. 89a, fol. 21r–22r.

Augspurg, mit bevelch der stett Thunawwerd und Kauffpewren: H. Georg von Stetten, H. Claudius Pius Peuttinger Dr., H. Sebastian Seytz.

Nurmberg, mit bevelch der stett Rottenburg auf der Tauber, Windßhaim, Schweinfurt und Weyssenburg auf dem Norckaw: H. Hieronymus Baumbgartner, H Hieronymus Holtzschucher, H. Sebald Haller.

Ulm, mit bevelch der stett Reutlingen, Haylbronn, Wimpffen, Kempten, Yßna, Bibrach, Buchaw und Allen: H. Weyprecht Ehinger Bgm., H. Martin Weygkman.

Eßlingen: H. Johann Machtolff Lic. und syndicus.

Nördlingen: H. Wolff Graff Bgm.

Schwebischen Hall: H. Matern Wurtzelman, statschreyber.

Rotweyl: H. Conrat Spretter, hoffgerichts- und statschreyber daselbst.

Memmingen, mit bevelch der stett Lindaw und Lutkirch: H. Georg Meurer [= *Maurer*].

Dinckelspuhel: H. Michel Paur Bgm.

Ravenspurg: H. Conrad Geldrich [= *Goltrich*], H. Gabriel Krotla [= *Krötlin*], statschreyber.

Von der reinischen panck:

Coln: H. Johann Hellman Lic.

Straßburg: H. Jacob Sturmb, stettmaister, H. Ludwig Grempe Dr., H. Michel Han, syndicus.

Wormbs: H. Johann Jungler, stettmaister.

Speyr: H. Rudolff Schelnhorn, statschreyber.

Frankfurt, mit bevelch der statt Wötzler: H. Hoyer von Melheim [= *Ogier von Melem*], Hieronymus zum Lamb Dr.

Hagennaw, mit bevelch der stett Colmar, Schlettstat, Weyssenburg am Rhein, Landaw, Oberehenheim, Roßheim, Thurckhaim, Munster im St. Gregorienthall, Kaysersperg: H. Hanns Stemler, stettmaister.

Goßlar: H. Johann Koch.

Northausen, mit bevelch der statt Mulhausen: H. Michel Mayenburg.

#### 418 *Abschied und Nebenabschied der Schmalkaldischen Bundesstände – Nürnberg, 1543 April 28*

A *Stuttgart HStA, A 262, Bd. 23, fol. 270v–315r (Kop.); AS fol. 270v*: Abschiede, durch der cristlichen verain gesandten rätthe aufgericht, Nuremberg 1543, den 28. Apprillis verlesen.

B *Wien HHStA, RK RA i.g. 13f/Konv. 4, fol. 25r–32r (Ausf. mit 8 Siegeln, z.T. Wasserschäden)*.

C *Stettin AB, AKS II/116, S. 3–50, 75–121 (Kop.)*.

Wiewol die puncten des nehern braunschweigischen abschidts [1542 Sept. 12] und unserer gnedigsten und gnedigen herrn, des Kf. zu Sachssen und Lgf. zu

Hessen, als oberhauptleute christenlicher verain beschehen ausschreibens und jetzt darunder furgefallen zu dem nechstgehaltenem tage zu Schweinfurt [1542 Nov. 15] einfallender sterbender leuf halben daselbst nit gantzlich resolviert und zu erörterung gepracht werden mugen, so sein die ubrigen unerledigten sachen und was inhalt des schweinfurtischen abschidts weiter zu bedencken fur nottwendig bedacht, auf den hieigen reichstag geschoben. Und derhalben durch der Kff., Ff., graven, stett und stendt christenlicher veraynung reth, gesandten und bottschaften von denselben geredt, gerathschlagt und geschlossen, wie nachvolgt.

[Art. 1] Recusation des cammergerichts belangend:

Haben die rethe, gesandten und bottschaften der geschickten, welche von Schweinfurt auß mit dem libell der recusation und instruction an das cammergericht abgevertiget, schriftliche relation gehört und darauf, was gemainer stendt notturtf verner und weiter nach gelegenheit der sachen diser zeit ervordern wöllen, bedacht und berathschlagt.

Und erstlich ist fur nottwendig angesehen, das die beschehen gemain recusation, an dem cammergericht den 4. Decembris vergangen 42. jars furgewendt, auß sondern bewegenden ursachen uber das vermaint decret, darwider den 13. berurts monats von cammerrichter und beysitzer eröffnet, von ainem jeden standt ratificiert, darneben auch die procuratores aines jeden standts an ermeltem cammergericht revociert werden sollten [Nr. 262], wie dann derhalben zwo formen, eine an chammerrichter und beyssitzer [Nr. 263], die ander an die procuratores [Nr. 264], in schriften gestellt, vorhanden.

Als auch etliche sondere personen auf die in recht zugelassen defension gegen Hg. Hainrichen von Braunschweigkh von dem cammergericht citiert und furgevordert worden sein, so ist gleichsfaals von maß und wege, wie sich dieselben sondern personen an dem cammergericht halten sollten, geredt und gerathschlagt und derhalben ain form ainer adhesion, beschehener recusation, protestation und erbietens, auch ainer instruction und gewalts begriffen [Nr. 267].

Darneben auch ain rathschlag verfaßt worden, welchermassen sich die burger und underthonen in den stetten an dem cammergericht auf beschehen recusation einlassen mögen [Nr. 274], alles vermög der copey, welche den rethen und gesandten zugestellt sein.

Dergleichen, wes sich dann gemaine stendt und jeder in sonder nach furgewendter recusation der jetzigen richter und beysitzer des ksl. cammergerichts mit annemen oder waigern mandaten, citationen und anderer proceß halten möchten [Nr. 273].

Nachdem sich auch etliche stendt beclagt, das sie von den personen, die sich des ksl. cammergerichts zu verwalten anmassen, mit processen, peenen und achten uber jungst beschehen recusation beschwerdt werden und [sich] ains thails solcher beschwerungen kunftigklich besorgen und derwegen der stendt rath und bedencken gebetten [Nr. 272], hetten sich gemaine stendt auf die supplication

[Nr. 152], replick [Nr. 157] und ander vilfältig schriften, röm. kgl. Mt. und den ksl. commissarien, auch den andern stenden ubergeben, gentslich versehen, sie sollten willfarung irer underthenigen bit und also bestendigen friden und gleichmessig recht erlangt haben, dardurch man dann solcher beschwerung endtladen worden were.

Dwyl aber solch ir bitten und anhalten nichts verfangen und gleichwol dise stendt auß dem abschidt vermerckt, das alle des cammergerichts proceß bis zu der visitation suspendiert werden sollten [Nr. 404, § 34], so wollen sich die rethe und botschaften versehen, cammerrichter und beisitzer werden solchem abschidt parirn und mit den processen stillsteen.

Im faal aber, da sie dem hieigen gemachten abschidt nicht parirn, sonder hiezzwischen und des kunftigen versamblungtags gegen disen stenden mit processen, peenen und achten furfarn wurden, so haben die rethe und gesandten auf den faal fur gut bedacht, das unser gnedigst, gnedig herrn Sachssen und Hessen etc. als die oberhauptleut von irer chur- und fstl. Gnn., auch derselben aynigungsverwandten stende wegen den churfursten, so ire beysitzer am chammergericht haben, dise handlung und was darauß ervolgen möcht auch zu erkennen geben und bey irn kfl. Gnn. fruntlich biten, das sie, allem fridlichem wesen zugutem und verner unruw in teutscher nation, die dise leut verursachen möchten, zu furkomen, ire beysitzer abvordern und sonst hierin ain gepurlichs einsehens in dem Reich haben wöllten, damit dis cammergericht in andere leidenliche weg gesetzt wurdet, wie dann ire chur- und fstl. Gnn. wol weiter werden zu betrachten wissen, welcher gestalt und auch was maynung alle oberurte schriften zum fueglichsten gevertiget werden mugen.

So sollen auch die stendt hiezzwischen darauf verdacht sein, wie man zu presentation gemainer kraisstendt widerumb komen muge und also die sondern presentation etlicher stenden als wider die reichsordnung und andern stenden beschwerlich abgestellt werde, dardurch dann etliche personen diser stend religion an das cammergericht gepracht werden möchten.

Was nun fur weiter mittel und wege solcher beschwerung halben furtzunehmen, dergleichen was der nechstkunftigen visitation und anderer diser stendt notturft halb zu handeln, daruff soll sich hiezzwischen und des nechstkunftigen tags ain jeder standt deliberirn und furter auf nechster zusammenkunft von solchem nach notturft verner geschlossen werden.

Weyl aber gleichwol zu besorgen, das der sachen durch alle obberurte wege grundtlich und gentslich nit mög geholfen werden und aber der schweinfurtisch abschide clarlich vermag, das die stendt diser aynigung von beschehener recusation nit wollen abweichen, sonder derhalben fur ainen mann steen und ainander darbey schutzen und handthaben, also haben sich die gesandten der stendt von wegen irer herrn und obern solchem abschid zu volgen auch des veraynigt, verglichen und endtschlossen, da ainer oder mer standt diser verain von wegen der braunschweigischen defension oder aber nichtunderhaltung halben des ksl. cammergerichts mit peen oder achten oder sonst mit der that beschwerdt wurde,



das denselben diser sachen halben beschwerdt endtstienenden, nicht weniger dann in religionsachen inhalt der aynigung und verfassung hilf, schutz und rettung beschehen sollt.

Wurde aber ainicher standt in andern ausserhalb oberurten sachen, darinnen er von dem cammergericht active oder passive nicht verfert, sonder sich der furgewendten recusation haltet, mit processen, peenen, achten oder sonsten mit der that beschwerdt, so sollen die oberhauptleut dem gegenthail schreiben, das er sich mit dem beschwerdten standt ains andern gleichmessigen außtrags ausserhalb des recusierten cammergerichts vor unpartheyschen underhändler, richter oder sonsten veraynigen wöllten. Waigerte dis orts des beschwerdten standts gegenthail und wollt auch diser stendt erkenntnus, da ime das angeboten wurd, nicht dulden, so sollt alsdann denselben beschwerdten stenden in disen fellen auch nicht weniger, dann so sie in religionsachen beschwerdt weren, inhalt der aynigung und verfassung hilf, rath und beistandt geleast werden. Befinden aber die stendt der christenlichen verain, das ainer oder mer standt iren gegenthail under dem schein dises schutz der pillichait offendtlich vor sein wollte, so sollten sie denselben darvon ab- und dahin halten, das er seinem gegenthail, was gleich und pillich, widerfaren lassen. Und da er sich des waigerte, so sollten die stimmen darinnen, was disem standt, so disfaals hilf suchte, seinem gegenthail zu thun gepurret oder nicht, nach gnugsamen bericht erkendtnus zu thon haben. Und im faal, da derselbig standt dises zu vervolgen waigerte, soll ime obangetzaigte hilf nit geleist werden, sonder mag die sachen uff sein abentheur hinausß fueren.

Als aber hievor angeregt, das zu handthabung der furgewendten recusation das der sicherst weg sein sollt, das dise stendt die aynigung auch uff prophan-sachen erstrecken, doch mit notturftiger versehung gepurlicher außträge, und aber die gesandten auf sich genomen, dis an ire herrn und obern gelangen zu lassen und sich daruff beschaidts zu erholen, so soll alsdann neben obgemeltem bedencken diser articul auf die näher zusammenkunft der stendt verschoben und darinnen geschlossen werden.

Wellichermassen es dann des außtrags halben in sachen und handlungen, so sich under den aynigungsverwandten stenden wurden zutragen, soll gehalten werden, das soll ain jeder standt hiezwischen und des nechsten tags auch bedencken und sich auf demselben darinnen resolvieren.

[Art. 2] Fridens, rechtens und der hilf halben wider den Turcken:

Die rethe, gesandten und bottschaften der stendt wissen sich zu erinnern, mit was vleis und ernst sie nunmer ain gute zeit auf vilen gehaltenen reichstägen und sonst umb bestendigen friden und gleichmessig recht angesucht.

Und wiewol inen derselb friden und gleichmessig recht etlich maal versprochen und gegeben, so haben sie doch desselben wurckung vollkommenlich nit erlangen mögen, sonder vilmer befunden, das er disen stenden wenig fürträglich gwest ist, wie dann sollichs in der supplication [Nr. 152], dergleichen in der

replikh [Nr. 157], der röm. kgl. Mt. und den ksl. commissarien ubergeben, und in andern mer schriften nach der leng außgefueht.

Wahin aber die sachen letztlich gerathen und in was geferden nun dise stendt des fridens und gleichmessigen rechtens halber, sonderlich dwyl der ander thail von der ksl. declaration nichtzit haltet, dieselb in den abschide zu setzen gewaigert und die personen des ksl. cammergerichts nichtzitdestoweniger bis auf die acht procedirn und geschwindt furtfaren, nunmer steen, das ist under disem hieigen tag auch vilnmaln erregt und stattlich bewogen worden.

Derhalben dann die stendt auß vilen gegrundten, stattlichen ursachen nicht fur rathsam oder nutzlich achten mugen, sich in ainiche beratschlagung oder laistung der turckenhilf one erledigung fridts und rechts einzulassen, wie dann solchs auch zu vil maln schriftlich und mundtlich erregt worden.

Nachdem nun darauß ervolgt ist, das die stendt des andern thails die berathschlagung der turckenhilf, uber das [= *obwohl*] mit aim merern beschlossen, das die puncten fridens und rechtens zuvor resolviert und erledigt werden sollten, furgenomen und darauf ainen sondern abschide one diser stendt beysein zu thun wissen und bewilligen, darinnen zum thail der ungleichen anschläg und anderer sachen halben, in der protestation [Nr. 413] außgefurt, zu dem höchsten beschwerdt gestellt, und dann an sie gelangt ist, das die practicken dahin steen sollen, under den protestierenden stenden trennung und sonderung zu erwecken etc., auch one erledigung der puncten frids und rechts bey etlichen disen stenden particular hilf<sup>1</sup>, wie sie sich desselben allgerait geruempt, zu erlangen und dardurch gleichwoll ir intent zu erhalten.

So wöllen sich demnach die rethe, gesandten und pottschaften nit versehen, das ainicher standt under inen sey, welcher sich vorrigem schlus zuwider von disem thail söndern und sich weder zu gemainer noch particular hilf in ainichen weg persuadirn oder bewegen lassen, sonder sich erinnern werde, da dise suchung particulariter geschehen were oder wurd, das es allein zu des gegenthails vorthail und diser stendt sönderung, trennung, auch schimpf und nachthail furgenomen und gesucht wurde. Dwyl sich dann die rethe, gesandten und bottschaften der gefar, schadens und nachthails, so inen auß der sonderung und trennung entsteen mag, und hinwiderumb des vorthails, da sie auf irem schlus einmuetig und bestendig verharthen, zu berichten wissen, und sonderlich, das sie dardurch dester mer zu irem begerr fridens und rechtens komen möchten, so ist derhalben nochmaln auß vorgemelten ursachen ainmuetig beschlossen und fur gut angesehen, das dise stendt hierin fur ainen mann steen, sich vonainander nit söndern und sich in khain handlung one vorgemelte puncten fridts und rechts begeben. Dergleichen das sich khain standt zu khainer hilf, weder gemainlich oder sonderlich, haimlich noch offendtlich (sie werde gepracticiert oder gesucht wie sie wolle) bewegen lassen oder dieselbigen bewilligen oer laisten sollen, es

<sup>1</sup> Siehe Nr. 276, Anm. 1.

sey dann, das sie vermög ired oft gethonen anhaltens und bittens bestendigs fridens und gleichmessigs rechtens versichert werden.

Da nun ainicher standt diser christenlichen aynigung nitlaistung der turckenhilt oder des hieigen abschidts halben, des sich die andern one dise stendt verglichen und verainigt heten, beschwerdt wurd, so ist derhalben darbey auch weytter geschlossen, das dise stendt in solchen fellen abermaln fur ainen mann steen und ainander mit hilf, rath, schutz und beystandt vermög der aynigung und verfassung nit verlassen sollen.

[Art. 3] Die näher zusammenkunft der stendt belangendt:

Und dwyl allerlay ungleichait, mengel und beschwerden in christenlicher verstendtnus täglich befunden, dardurch, da sie also ungebessert pleiben sollten, gemaine verstendtnus in abfal und zertrennung khomen möcht, zudem auch andere mer puncten dises abschides stattlichs bedenckens ervordern und sonderlich bey jetzigen geschwinden sorglichen leuffen, dwyl sich die sachen des hieigen reichstags also zugetragen, disen stenden stattlicher beratschlagung vonnöten, so biten die stendt underthenigklich, das Sachssen und Hessen als die oberhauptleut den gemainen versammlungstage, des sich ire chur- und fstl. Gnn. mitainander außzuschreiben vergleichen, an ain gelegen platz außschreiben wöllen. Dartzu dann die statt Frannckfurt<sup>2</sup> auß disen ursachen fur gelegen bedacht wurdet:

Erstlich, das die stendt des sächssischen krais durch des Kf. von Sachssen und Lgf. zu Hessen, dergleichen die oberlendische durch des Hg. zu Wurtemperg, Pfaltz und Hessen furstenthumb und lande und also beeder thail kraisstende zu solchem platz sicher und mit wenigster gefar komen mögen, da doch sonst die oberlendischen, wa der tag gen Schmalckhalden oder dero endt gelegt werden sollt, bey disen beschwerlichen leuffen durch unsichere ort, als Bamberg, Wurtzburg und dergleichen, ziehen muessen etc.

Zum andern, das Frannckfurt der ksl. Mt. ankunft halben in das Reich ain gelegner platz, von welchem man zu der ksl. Mt. dester furderlicher zu schicken und zu schreiben het.

Zum dritten, nachdem von grossen nöten sein will, das die chur- und fursten aigner person, dergleichen auch die andern stende durch ire stattliche bottschaften solchen tag besuchen, so wurden auß der gelegenhait die stendt sovil dester mer stattlicher erscheinen mögen.

<sup>2</sup> *Anders als in Nürnberg in Aussicht genommen, fand der nächste Bundestag nicht in Frankfurt, sondern in Schmalkalden statt. Die Versammlung wurde für den 25. Juni 1543 ausgeschrieben, die Beratungen begannen am 27. Juni, der Abschied datiert vom 21. Juli. Zu den Diskussionen über den für den kommenden Bundestag am besten geeigneten Ort berichteten die hessischen Räte an Lgf. Philipp am 28. April 1543: [...] Und wiewol die kfl. sechsichen rethe und wir des platz halben Schmalkalden oder Göttingen furgeschlagen, so haben doch die rethe und gesanten darfur gebetten und Franckfurt aus etlichen angezeigten ursachen fur gelegener und bequemer bedacht. [...]. In: Marburg StA, PA 650, fol. 462r–464v, hier fol. 462r (Ausf.).*

Zum vierdten, ob man bedacht sein wurde des chammergerichts halber oder aber von wegen der visitation und reformation etwas zu handeln und furtzunemen, konndte es sovil dester furderlicher und mit guter gelegenhayt beschehen.

Demnach biten die rethe und bottschaften, das ire chur- und fstl. Gnn. den vorgemelten versamblungstage daselbst hin gen Frannckfurt benennen. Und ob alle andere protestierende stende dahin zu ervordern, dwyl sich dannocht dieselben in puncten fridens und rechtens alhie bey disen stenden verharret und sich von der declaration nicht wollen begeben, das stellten die rethe und gesandten in ir chur- und fstl. Gnn. bedencken.

*Die Bundeshauptleute sollen dafür Sorge tragen, dass möglichst viele Fürsten persönlich erscheinen bzw. ihre Gesandten mit ausreichenden Vollmachten ausstatten, damit die vorgesehenen Verhandlungsthemen und die bisher unerledigten Punkte ohne Hintersichbringen endgültig beschlossen werden können.*

[Art. 4] Schickung zu ksl. Mt.<sup>3</sup>: Auß was ursachen und bedencken die stendt diser aynigung auf dem nehern tag zu Braunschweig [1542 Sept.] ain stattlich legation zu der ksl. Mt. der braunschweigischen defension halber zu verordnen fur gut angesehen, das seindt die stendt auß dem braunschweigischen abschidt gnugsam erinnert, und sonderlich auß was eingefallner verhinderung derselb punct, als der von Braunschweig auß hernacher weiter verschoben, zu Schweinfurt [1542 Nov.] nit hat mögen resolviert werden und derhalben auf hieige zusammenkunft reserviert worden ist.

Dwyl nun alhie furgefallen, das der verhörtag, welcher von der kgl. Mt. auf vergangen Quasimodo [1543 April 1] het furgengig sein sollen, zu der ksl. Mt. ankunft zu verschieben gebetten und man sich auch solcher braunschweigischen defension halber nochmaln fur die röm. ksl. und kgl. Mtt. und die stendt des Reichs samptlich zu antwurt zu steen erbotten [Nr. 255], derhalben dann stattlicher berathschlagung und bedenckens not sein will, auf das man auf solchem verhörtag mit allem rechtmessigen grundt, fuegen und behelf angetzaigter defension halber stattlich und mit notturft gefasst seye, damit menigklich zu befinden habe, das die stendt zu solcher defension genottrant und dieselben rechtmessigklich und wie sich geburt furgenomen, die auch mitnichten haben umbgeen mögen. Wann nun diser punct stattlich und nach notturft resolviert wurd, so khann man auß demselben sovil dester geringer zu der instruction und was die gesandten diser stendt bey der ksl. Mt. werben, erbietten und biten sollten, komen, nachdem es schier ain werckh sein und auß dem andern vliessen will.

*Die Bundeshauptleute sollen demnächst eine Versammlung ihrer Rechtsgelehrten gemeinsam mit jenen der Stadt Frankfurt abhalten lassen, die über die Instruktion für die schmalkaldische Gesandtschaft zum Kaiser und die Vorbereitung des*

---

<sup>3</sup> Es handelt sich um eine geplante Gesandtschaft der Schmalkaldener an Karl V., welche gleich nach der Ankunft des Kaisers zu ihm abgefertigt werden sollte.

*braunschweigischen Abhörtages beraten sollen*<sup>4</sup>. Auf der Grundlage von *Rechtsgutachten der Gelehrten* soll das *rechtmäßige Vorgehen des Schmalkaldischen Bundes bei der braunschweigischen Defension bewiesen werden. Die zur Rechtfertigung des schmalkaldischen Vorgehens dienenden Akten und die bei der Eroberung Wolfenbüttels vorgefundenen Schriftstücke sollen den zum Kaiser zu entsendenden Räten mitgegeben werden.* Aber die principaln puncten der instruction, bey der ksl. Mt., wann sie in oder nahe zum Reich come, zu handeln, soll darauf steen, das man ir Mt. der braunschweigischen defension halber endtschuldigung, antzaig, bit und erpietten und dann zum andern, was sich frides und rechtens alhie zugetragen, grundtlich bericht thue, auch mit angehenckter bit und erpietten, wie das in den capitibus zu befinden sein wurdet.

Erstlich endtschuldigung furtzuwenden, auß was gegrundten, rechtmessigen ursachen dise stendt zu furgenomner defension wider Hg. Hainrichen genottrant sein, wie sie derselben gern vertrag gehapt und derhalben zu der ksl. Mt. schickung gethon [1541], supliciert, umb erledigung der beschwerden angesucht [RTA JR Bd. XI, Nr. 259–260], auch ksl. jussion, mandaten, bevelch, suspension und declaration, volgendts [1542] kgl. Mt. urkundt und versicherung erlangt [RTA JR Bd. XII, Nr. 148], die dise stendt alle nit heten furtragen mögen, und das sonst khain trost der errettung mer gwest dann der weg der defension, welche auch anderer gestalt nit dann durch furgenommen zug hat beschehen mögen. Dann da man schon particular gegenwör gethon, so were Goßlar damit nit geholfen gwest, sonder het man dardurch zu beschwerung, unruw und entpörrung mer ursach gegeben. So were auch Hg. Hainrich in solchem geschray gwest, das man ainen ernst gegen ime het muessen pruchen.

Warumb sie auch mit solcher defension nit wider den landtfriden oder auß ainem hass gegen Hg. Heinrichen gehandelt, sonder das er, der von Braunschweig, den landtfriden, des Reichs ordnung, abschidt, suspension, declaration und confirmation gebrochen und under anderm angetzaigt, das er sich bey des cammergerichts achturthail, unangesehen der ksl. suspension, gedacht zu handthaben und darbey all sein haab, gueter und vermögen zuzusetzen.

Und soll furter, wie die sachen in facto geschaffen, ain lautere und bestendige antzaig beschen, namblich was ubermessiger beschwerung Hg. Hainrich Goßlar und Braunschweig etlich vil jar heer, und sonderlich auch dem jungsten speirrischen reichstag, zugefuegt, und das sich sonderlich Goßlar solcher erbermblicher drangsale lenger nit mögen aufhalten. Also da man die het lassen hintziehen, so weren sie gar in kurzem zu endtlichem verderben komen.

Zu disem caput wurdet man seiner aigen bekanntnus, mit seiner handt unterschriben und versigelt, auch anderer mer brieve, darinnen er offentlich die suspension, declaration und anderer der ksl. und kgl. Mtt. mandaten,

<sup>4</sup> Die geforderte Zusammenkunft der kursächsischen, hessischen und Frankfurter Rechtsgelehrten fand im Juni 1543 in Eisenach statt. Siehe dazu: G. MENTZ, *Johann Friedrich der Großmütige*, Teil 2, S. 372f.

jussion und bevelch fur nichtig helt, denselben nicht zu parirn, sonder darwider zu handlen bevilcht, dergleichen auch volgendts der beeder stett Goßlar und Braunschweig (welche auch auf vorgemelten tage beschriben werden sollten) gegrundten, ordenlichen und bestendigen bericht, das man mit demselbigen nach notturft gefasst sey, bedörfen.

*Die in Wolfenbüttel gefundenen Schriften, welche die Untaten Hg. Heinrichs bestätigen, sowie alle Zeugenaussagen gegen ihn sollen dem Kaiser vorgelegt werden*

Und das volgendts zum andern ain erpieten von diser stendt wegen an die ksl. Mt. beschehe, das sie alles das, so sie irer Mt. Hainrichs halben mit grundt angetzaigt, auf dem verhörtag verner notturftiglich außfueren, bewertlich [= *wahrhaftig*] und beweißlich darthun wöllten, mochten auch nochmaln irem vorrigen erpieten nach in diser sachen handlung leyden.

Daruf soll die petition gericht werden, das ir ksl. Mt. vermög der assecuration, so dise stendt von der kgl. Mt. und irer ksl. Mt. commissarien empfangen [*RTA JR Bd. XIII, Nr. 141*], khain thätlich handlung gegen disen stenden wollten gestatten, sonder dieselben auch bey dem andern thail abstellen und furkomen oder was dises orts von den verordneten rethen weiter bedacht werden möchte.

Dergleichen das ir ksl. Mt. bey dem chambergericht gnediglich verschaffen wollt, das [*es*] gegen disen stenden in solcher sach der defension nicht procedierte, sonder mit solchen iren processen stillgestanden, so wöllten sie ire[r] ksl. Mt. in der verantwortung solchen stattlichen, rechtmessigen und gegrundten bericht thun, das sie underthenigster hofnung wern, die ksl. Mt. wurde ir getrungne und unvermeydliche notturft und das sie derhalben die defension rechtmessiglich furgnommen und die khainswegs heten oder konnden umbgeen, gnediglich befinden.

Truege es sich dann hiezwuschen und des zu, das das chambergericht ainen oder mer stendt in die acht sprechen und ercleren wurd, so konndte man der petition mit anhencken, das ir Mt. dieselben achten auch gnedigst abschaffen wöllte.

[*Art. 5*] Schrift an die ksl. Mt., der reichshandlung und Hg. Hainrichs defension halb gestellt<sup>5</sup>:

Dwyl sich aber die sachen dises alhie gehalten reichstags fridens, rechtens und der turckenhilf diser stendt halber beschwerlich geschickt, so ist ain schrift an die ksl. Mt. von wegen der reichssachen [*Nr. 280*] und dann Hg. Hainrichs von Braunschweigs defension [*Nr. 281*] gestellt und verfertigt und den rethen

<sup>5</sup> *Als Vorbereitung ihrer Gesandtschaft an den Kaiser entwarfen die Schmalkaldener gegen Ende des Nürnberger RT zwei Schreiben an Karl V. (Nr. 280–281), welche die für sie wichtigsten Themen betrafen, nämlich eine Rechtfertigung des braunschweigischen Feldzuges von 1542 und die Gründe der Ablehnung des Nürnberger RAb von 1543. Diese Schreiben an den Kaiser wurden schließlich nicht – wie ursprünglich geplant – im Namen aller Schmalkaldener, sondern im Namen und mit Siegel der Bundeshauptleute ausgefertigt. Siehe dazu das Schreiben der kursächsischen Gesandten an Kf. Johann Friedrich, Nürnberg, 1543 April 29: Nr. 356.*

und bottschaften darvon abschrift gegeben, welche auch furderlich und vor obgemelter schickung diser stendt abgeen hinweggeschickt werden und die legation allererst hernacher beschehen soll.

Und ist daruf bedacht, das die statt Straßburg daruff ersucht werden sollt, Dr. Grempen zu vermögen, das er sich mit den obgemelten schriften zu der ksl. Mt. verfuege, daselbst diser stendt sachen zu sollicitiern, was gmainen stenden nachthailigs und beschwerlichs fürfallen, sovil müglich abzuwenden und sie jederzeit gelegenhait der sachen zu berichten.

Da aber Grempe nicht zu vermögen<sup>6</sup>, das sie alsdann nach ainer andern person trachten und mit derselben solcher schickung halb handel und vleis thuen, dieselb zu vermögen. Welche auch under denen vermöcht und geschickt wurde, dieselb person sollt von diser stendt wegen mit danckparlicher vereerung unbedacht nit gelassen werden.

So aber vorgemelter personen khaine zu vermögen, so sollten alsdenn die schriften an die ksl. Mt. furderlich zugevertigt werden.

[Art. 6] Erlegung des dritten doppelmonats:

*Jeder Bundesstand soll den dritten Doppelmonat und allfällige Schulden aus früheren Anlagen bis nächste Ostern erlegen. Den Bundeshauptleuten sind von den Bundesständen Verzeichnisse über den Stand der Bezahlung zuzuschicken. Gegen die säumigen Stände sind Maßnahmen zu beschließen, da es sonst zu Ungerechtigkeiten zwischen gehorsamen und säumigen Ständen komme.*

[Art. 7] Veraydigung der stymmen:

*Dieser bereits im Schmalkaldischen Bundesabschied zu Speyer angesprochene Punkt (RTA JR Bd. XII, Nr. 298, Punkt 6) wird auf den nächsten Bundestag verschoben.*

[Art. 8] Die Hgg. zu Pommern betreffend:

Die pommerischen rethe und gesandten haben nach ubergabner credentz und daruff gevolgter werbung bey den stenden von wegen iren gnedigen herrn in den irrungen, die sich zwischen kgl. Wd. zu Dennmarckh und iren fstl. Gn. erhalten, dwyl ir kgl. Wd. die unverglichen articul des zu Hamburg abgeredten vertrags abgeschrieben, umb declaration, wie sie dann derselben zu etlichen maalen inhalt der abschide vertröstet, vleissig angesucht [Nr. 286]. Und wiewoll die pommerischen rethe und gesandten widerumben mit antwort versehen, inhalt solcher antwort, darvon die stendt abschrift empfangen [Nr. 287], so sein sie doch derselben nicht vergnuedig gwest, sonder nochmaln wie vor auf irer petition der declaration halben verharret [Nr. 292–293].

*Da der Gegenbericht des Kg. von Dänemark noch nicht vorliegt, soll die Angelegenheit auf dem nach Pfingsten geplanten Schmalkaldischen Bundestag behandelt und auf Grund des dänischen Gegenberichts durch die anwesenden Stände Erkenntnis gesprochen werden.*

<sup>6</sup> Im Juni 1543 wurde der Straßburger Rechtsgelehrte Dr. Heinrich Kopp zu Karl V. gesandt: siehe das CA-Protokoll Lambs zum 28. April 1543: Nr. 86c, Anm. 42.

[Art. 9] Des gegenthails und sonderlich Hg. Hainrichs rüstung und bewerbung belangendt:

*Trotz mehrfacher Nachrichten über Truppenwerbungen, die den Verdacht von Rüstungen Hg. Heinrichs von Braunschweig nahelegen, halten die Schmalkalder Gegenrüstungen derzeit für nicht nötig, dwyl sich dise stendt allein damit erschöpften und wann es hienach zu dem rechten ernst komen sollt, so stattlich wider die noth nicht zusetzen möchten. Aber nichtdesterweniger, dwyl dennoch nichtzit zu verachten, so soll daruf, und was sich disen stenden fur beschwerlichs weiter wurd zutragen, vleissig kundtschaft und uffmercken beschehen und bestellt werden.*

Darneben erachten die rethe und gesandten fur gut, das die gulchische rethe alhie diser bewerbung halb erinnert und gebeten werden sollten, bey irem gnedigen herrn dahin zu furdern, da das kriegsvolckh sollt zerlauffen, das sein fstl. Gn. darinnen fursehung thon wöllt, damit dasselb nicht in diser stendt widerwertigen handt kome.

Dergleichen soll auch unser gnediger furst und herr, der landtgrave, undertheniglich gebeten werden, das sein fstl. Gn. dise gnedige fursehung bey beeden hauffen, dem burgundischen und gulchischen, furwenden, damit dasselb in handen des gegenthails und also wider dise stendt nicht geprucht werde.

[Art. 10] Dennmarck und Burgundt:

*Der Kg. von Dänemark wandte sich an die Bundeshauptleute um Hilfe im Konflikt mit Burgund<sup>7</sup>. Die schmalkaldischen Gesandten hoffen auf gütliche Beilegung des Konflikts im Rahmen einer Tagsatzung zwischen Dänemark und Burgund. Sollte das nicht gelingen, soll die Thematik auf der nächsten Versammlung der Schmalkalder weiter behandelt werden.*

[Art. 11] Einnemung des Kg. von Schweden:

*Das Ansuchen des Kg. von Schweden um Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund und die Stellungnahme der Bundeshauptleute dazu wurden verlesen und Beratungen darüber auf den nächsten Bundestag verschoben.*

[Art. 12] Pfgf. Otthainrichen:

*Pfgf. Ottheinrich, der um Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund ansuchen will, erkundigte sich beim Ausschuss der Schmalkalder nach der Höhe seiner Bundesveranlagung. Es wurde beschlossen, ihn im Falle einer Aufnahme in den Bund wie Hg. Ernst von Lüneburg anzuschlagen.*

[Art. 13] Einnemung des Bf. von Munster:

<sup>7</sup> Es sind zwei Schreiben des dänischen Königs überliefert, die vor den Schmalkaldenern in Nürnberg am 19. März 1543 verlesen wurden: 1. Kg. Christian III. von Dänemark an Kursachsen und Hessen: Bitte um Hilfe der Schmalkalder im Konflikt mit Burgund, datum Schloß Rendsburg, 1543 Febr. 26; in: Stettin AP, AKW Sign. 9, fol. 178r–179v (Kop.). 2. Kg. Christian III. von Dänemark an Kf. Johann Friedrich von Sachsen: Zurückweisung der Vorwürfe Kgn. Marias wegen Sperre der Schifffahrt, o. O., o. D. (Beilage zum ersten Schreiben); in: Berlin GStAPK, Ostpr. Fol. 86, fol. 711r–719v (Kop.).



*Bf. Franz von Münster ersuchte um Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund<sup>8</sup>. Beratungen, ob der Bischof als einzelne Person oder gemeinsam mit seinen drei Hochstiften (Münster, Osnabrück und Minden), Städten und Landständen in den Schmalkaldischen Bund aufgenommen werden soll. Da der in Nürnberg anwesende Gesandte des Bf. von Münster keine ausreichenden Befehle hat, soll der Lgf. von Hessen mit dem Bischof verhandeln und die sachen dahin beveilissen wöllen, damit nit allein des bischoffs person, sonder auch mit ime andere mer stendt und stett der landtschaft in die verstandtnus genomen werdt.*

*Die Bundesstände sind mit dem Angebot des Bischofs einverstanden, eine Anlage in Höhe der Besoldung von 400 Reitern monatlich (5000 fl.) zu bezahlen. Sollten allerdings die drei Stifte, die Städte und Landstände ebenfalls in den Bund aufgenommen werden, ist der Bischof höher zu veranlagten.*

Und dwyl dise stendt vermercken, das der bischove mit Gulch in aynigung und der krieg, so jetzt des orts vor augen und der thur ist, so muesste in der einnehmung das außstruckenlich versehen werden, ob der bischove derselben sach halber zu krieg keme, das sich dise stendt sein, des bischofs, in solchen fellen zu beladen oder antzunemen nicht schuldig sein sollten.

*Der Beschluss über die Aufnahme des Bf. von Münster in den Schmalkaldischen Bund wird auf den nächsten Bundestag verschoben<sup>9</sup>.*

[Art. 14] Rechnungen der ordinari und extraordinari anlagen:

*Da noch von mehreren Bundesständen Anlagen ausständig sind, soll jeder Stand bis zum nächsten Bundestag die ihm auferlegten Gelder bezahlen. Über Maßnahmen gegen die säumigen Stände ist dann zu beraten. Der Stadt Straßburg sollen ihre Kosten zum Unterhalt von Fußsoldaten für den Schmalkaldischen Bund bei Vorlage der Abrechnungen ersetzt werden.*

[Art. 15] Der statt Franckfurt rechnung:

*Schulden und Guthaben der Stadt Frankfurt gegenüber dem Schmalkaldischen Bund.*

<sup>8</sup> Das Aufnahmegesuch Bf. Franz' von Münster wurde von seinem Hofmeister Friedrich von Twiste vorgetragen. Der Ausschuss der Schmalkaldener verfasste dazu zwei Gutachten: 1. Weimar HStA, EGA, Reg. H pag. 421–434, Nr. 154/3. fol. 132r–137v (Kop.); DV fol. 137v: Copei des berichts und ursachen, derhalben dem Bf. von Munster die suchung von wegen einnehmung in die verstantnus nicht abgeschlagen werden sollt. 1543 Freitag nach Invocavit, den 16. Februarij. 2. Frankfurt ISG, RTA 54, fol. 28r–29v (Kop.); AS: Des auschus bedencken des Bf. von Munster einemung halben in die cristische verstandtnuss.

<sup>9</sup> Die Aufnahmegesuche des Schöffenmeisters und der evangelischen Bürger von Metz sowie jenes von Gf. Wilhelm von Fürstenberg in den Schmalkaldischen Bund werden im Abschied der Schmalkaldener nicht erwähnt. Hinweise darauf finden sich in den Protokollen und Korrespondenzen.

[Art. 16] Rechnung der defension:

*Die Abrechnung des braunschweigischen Feldzugs soll auf dem nächsten Schmalkaldischen Bundestag stattfinden und gemeinsam mit anderen noch offenen Fragen betr. die Verwaltung des Landes Braunschweig-Wolfenbüttel behandelt werden*<sup>10</sup>.

[Art. 17] Hg. Ernsten von Braunschweig und Lunenburg:

*Die auf den vergangenen Bundestagen vorgelegten Eingaben Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg betr. seine Rechte und Herrschaftsansprüche im Fürstentum Braunschweig-Lüneburg wurden überprüft. Alle weiteren vom lüneburgischen Gesandten<sup>11</sup> in Nürnberg vorgebrachten Ansuchen sollen ebenso wie alle anderen noch offenen Fragen auf dem nächsten Bundestag behandelt werden, wobei die Bundesstände bestrebt sind, den Herzog in allen berechtigten Forderungen zu unterstützen.*

[Art. 18] Hg. Jörg von Braunschweig:

*Werbung des Gesandten Hg. Georgs von Braunschweig, Dr. Ludwig Falkenberg, vor den Schmalkaldischen Bundesständen gemäß seiner Instruktion (Nr. 56b–c). Antwort der Schmalkaldener an Falkenberg (Nr. 252).*

[Art. 19] Hg. Philipssen von Braunschweig:

*Der Gesandte der Stadt Einbeck übergab im Namen Hg. Philipps von Braunschweig-Grubenhagen eine Instruktion betr. die Rechte seines Herrn am Bergwerk in Goslar und an den Forstgebieten des Harzgebirges. Da nicht alle Schmalkaldischen Bundesstände in dieser Frage instruiert sind, soll auf dem nächsten Bundestag eine endgültige Entscheidung getroffen werden. In der Zwischenzeit soll die Stadt Goslar den 13. Teil des im Bergwerk gewonnen Erzes bis zur Klärung der Angelegenheit unangetastet lassen.*

[Art. 20] Hg. Erichs von Braunschweig-Göttingen-Grubenhagen wittib:

*Hgn. Elisabeth supplizierte an die Schmalkaldener wegen der Rechte ihres Sohnes, Hg. Erich des Jüngeren, an den Bergwerken in Zellerfeld und Wildemann. Die Angelegenheit ist auf den künftigen Bundestag verschoben worden.*

[Art. 21] Goslar berurendt:

*Beschwerde des Gesandten von Goslar, dass die Statthalter in Wolfenbüttel die Gefälle der beiden Frauenklöster Neuwerk und Frankenbergr einziehen, die Goslar zustehen. Es soll den Statthaltern und Räten zu Wolfenbüttel geschrieben werden, den Abschied des Schmalkaldischen Bundestages von Braunschweig (1542 Sept.) zu befolgen. Alle anderen offenen Fragen betr. Goslar sollen auf der nächsten Zusammenkunft geregelt werden.*

<sup>10</sup> Der Gesandte Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg und die Vertreter der oberländischen und sächsischen Städte richteten ein diesbezgl. Ansuchen an die kursächsischen und hessischen Räte in Nürnberg, 1543 März 2, in: Frankfurt ISG, Reichssachen II 964, unfol. (Kop.); AS: Antwort der sächsischen und hessischen rechnungen halben gegeben.

<sup>11</sup> Dr. Nikolaus Holstein.

[Art. 22] Braunschweig statt:

*Antwort der Schmalkaldener auf die Petition der Gesandten der Stadt Braunschweig: Die Belastungen, die den Bürgern der Stadt von Hg. Heinrich auferlegt wurden, sollen von Räten und Statthaltern in Wolfenbüttel aufgehoben werden. Auf dem nächsten Bundestag soll nicht nur über Erleichterungen für die Bürger der Stadt, sondern auch für alle Untertanen des eroberten Landes Braunschweig beraten werden.*

*Statthalter und Räte in Wolfenbüttel sollen gemeinsam mit dem Rat der Stadt Braunschweig einen Münzvergleich mit den benachbarten Städten anstreben.*

*Abbruch des Klosters Riddagshausen und Kosten des braunschweigischen Feldzugs: diese Fragen sollen auf dem nächsten Bundestag behandelt werden.*

[Art. 23] Die jungen herrn von Spiegelberg belangend:

*Die Befehlshaber von Pymont<sup>12</sup> ersuchten um Restitution der von Hg. Heinrich von Braunschweig gewaltsam eingenommenen Burg Ottenstein und aller dazu gehörenden Rechte und Einnahmen. Die Räte und Statthalter zu Wolfenbüttel sollen Erkundigungen einziehen und am nächsten Bundestag darüber berichten*

[Art. 24] Hannsen von Mingerodt [= Minnigerode] belangend:

*Supplikation des Hans von Mingerodt wegen der seinem verstorbenen Bruder von Hg. Heinrich von Braunschweig vorenthaltenen Zinsen von Burg Harzburg. Am nächsten Bundestag sollen Statthalter und Räte von Wolfenbüttel darüber berichten, damit die Bundesstände Hans Mingerodt Bescheid geben können.*

[Art. 25] Statthalter und rethe zu Wolffenbutel belangend:

*Die Bundeshauptleute sollen den Statthaltern und Räten zu Wolfenbüttel auferlegen, über die im Bundesabschied angeführten unerledigten Punkte bei der nächsten Versammlung zu berichten.*

[Art. 26] Wurtemberg:

*Protestation der württembergischen Räte gegen alle Beschlüsse der Schmalkaldener zur braunschweigischen Defension.*

[Art. 27] Gf. Ludwig zu Ottingen des jungen einnehmung belangend:

*Gf. Ludwig ersuchte um Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund, worüber auf dem nächsten Bundestag verhandelt werden soll.*

[Art. 28] Augspurg:

*Petition der Gesandten Augsburgs um Hilfe bei Einführung der Reformation im Dorf Mindelaltheim, in welchem Augsburg das Patronatsrecht und die niedere Gerichtsbarkeit zustehen. Die Schmalkaldener verweigern ihre Unterstützung, da das in der habsburgischen Markgrafschaft Burgau gelegene Dorf der fsl. Landeshoheit des Königs untersteht.*

[Art. 29] Augspurg von wegen ires burgers Anthoni Fuckers contra Bgm. und rath zu Ulm:

*Die Gesandten Augsburgs und Ulms berichteten über den Konflikt zwischen dem Augsburger Bürger Anton Fugger und der Stadt Ulm wegen der von Anton*

<sup>12</sup> Im Besitz der Gff. von Spiegelberg.

*Fugger gegen Ulm geführten Prozesse am Reichskammergericht*<sup>13</sup>. *Beschluss der Schmalkaldener: Anton Fugger soll bis zur Visitation des Reichskammergerichts mit den Prozessen gegen Ulm stillstehen. Falls er das nicht befolgt, steht Ulm ein Anrecht auf Unterstützung durch den Schmalkaldischen Bund zu.*

[Art. 30] Esselingen contra Rauscherin:

*Petition der Gesandten Esslingens wegen des am Reichskammergericht bzw. am Hofgericht zu Rottweil anhängigen Prozesses gegen Ursula Rauscher*<sup>14</sup>. *Sollten die Aufforderungen zur gütlichen Einigung der beteiligten Parteien nicht fruchten und das rekuisierte Reichskammergericht gegen Esslingen auf die Acht prozessieren, werden die Schmalkaldener Esslingen unterstützen.*

[Art. 31] Biberstain:

*Diskrepanzen in der Verrechnung zwischen dem Kf. von Sachsen und dem H. von Biberstein. Die Schmalkaldener sind bereit, dem H. von Biberstein die geforderten 800 fl. auf Kosten des Bundes zu überweisen.*

[Art. 32] Der statt Maideburg rechnung:

*Die Stadt Magdeburg soll die für Proviant verlangte Summe an ihrer ordentlichen Anlage einbehalten.*

[Art. 33] So die visitation und reformation auf die declaration [RTA JR Bd. XI, Nr. 949] soll furgenomen werden:

Und da furfallen wurde, das die visitation und reformation auf die declaration und vermög diser stendt beger sollt furgenomen werden, so soll ain jeder standt bey seinen rechtsverstendigen, auch bey ime selbst rathschlagen und bedencken, wes man sich auf solcher visitation halten und wie die zu diser stendt bestem zu wurcklicher vollziehung gebracht werden möge. Und furter dasselb bedencken, nemblich die sächssischen zu des Kf. zu Sachssen und die oberlendischen zu des Lgf. zu Hessen handen, furderlich schicken.

Und biten die rethe und gesandten underthenigklich, das sich ire chur- und fstl. Gnn. darauf auch bedencken und volgendts dasselb, dergleichen der andern stende rathschlag den rechtsverstendigen, den ire chur- und fstl. Gnn. und Franckfurt der braunschweigischen defension und der schickung halb zu ksl. Mt. kurtzlich zuainander verordnen werden [siehe oben Art. 4], zustellen und sie darauf, was gemainen stenden hierinnen furtreglich zu thun sein will, rathschlagen und schliessen lassen.

Dergleichen das inhalt vorgemachter dieser stendt abschide mit etlichen chur- und fursten abschaffung halb irer jetzigen beisitzer gehandelt, deßgleichen bey den kraissen die sachen dahin gericht und gefurdert, damit man mit den personen, die man von nuwem inhalt der declaration presentiern soll, auf zeit

<sup>13</sup> Zum Konflikt zwischen Anton Fugger und Ulm siehe das CA-Protokoll Württembergs zum 8. Febr. 1543 (Nr. 84b, fol. 9r) und das CA-Protokoll Lambs (Nr. 86c, fol. 220v).

<sup>14</sup> Siehe dazu das CA-Protokoll Lambs Nr. 86c, fol. 221r.

der visitation gefaßt sey, an welchen auf nechst vergangen visitation grosser mangel erschienen ist.

[Art. 34] Hildeshaim statt:

*Auf dem Bundestag zu Schweinfurt (1542 Nov.) beauftragten die Schmalkaldener Braunschweig, Göttingen und Goslar, mit der Stadt Hildesheim über einen Beitritt zum Bund zu verhandeln. Die kursächsischen Räte berichteten nun, dass die Aufnahme von Hildesheim in der Zwischenzeit beschlossen wurde und dass die Stadt im Bedarfsfall vom Schmalkaldischen Bund zu unterstützen sei. Denen von Hildesheim soll von den Schmalkaldenern von Nürnberg aus geschrieben werden, dass sie sich von kgl. Mandaten nicht abhalten lassen sollen, bei der angenommenen evangelischen Religion zu bleiben. Falls sie vom nicht reformierten Reichskammergericht belangt werden sollten, können sie auf die Unterstützung des Schmalkaldischen Bundes zählen.*

[Art. 35] Secretarien und substituten belangend:

*Um Engpässe zu vermeiden, soll auf dem nächsten Bundestag darüber beraten werden.*

Und haben hernach geschribene rethe und gesandten disen abschied machen und verfertigen helfen:

Von wegen des Kf. zu Sachssen: Melchior von Ossa Dr. und cantzler; Eberhart von der Thann, zu Wartburg [und] Hausbraittenbach amptmann; Franciscus Burckharden, cantzler.

Von wegen des landts zu Hessen: Rudolf Schenckh, landtvogt an der Werra, Johann Vischer, gen. Walther Dr., Thilomanus Gunterrodt Dr., Sebastian Aytinger, secretarius.

Von wegen Hg. Ernsten zu Braunschweig und Lunenburg: Nicolaus Hollstainer Dr.

Wurtemperg: Cristoff von Venningen, Philips Eerer Dr.

Pommern: Jacob Hittwitz [= Zitzewitz].

Von wegen Gf. Albrechts von Mannsfeldt: Johann Bron [= Braun von Weimar].

Von wegen der statt Straßburg: Jacob Sturm, alter stettmaister, Ludwig Grempp Dr., Michel Han, sindicus.

Augsburg: Georg von Stetten, Pius Claudius Peutinger Dr., Sebastian Seytz.

Frannckfurt: Oiger von Mulheim [= Ogier von Melem], Heronimus vom Lamb Dr.

Ulm: Weyprecht Ehinger, alter burgermaister, Martin Weickmann, mit bevelch Biberach, Reutlingen, Kempten und Eyßni.

Esselingen: Johann Machtolfft Lic.

Hall: Matern Wurtzelmann, stattschreiber.

Haylbronn: Jacob Ehinger Dr.

Memmingen: Christoff Zwickher.

Lindaw: Johann Bremsberger.

Hamburg: Martinus Gobell [= Göbel].

Magdeburg: Johann Schopf, secretarius.

Goßlar: Johann Koch.

Braunschweig: Hanns Symon, Dietherich Preutzke [= *Preuß*], secretarius.

Göttingen: Mathias Gnipping.

Einbeckh: Franntz von Ainem.

<sup>a</sup>-Zu urkunth ist dieser abschied mit unserer nachvolgender Melchior von Osse, cantzlers, Rudolff Schenncken, landvogts, Nicklaus Holstains Dr., Philips Ehrers Dr. und dan Jacob Sturms, alten stedtmeisters, Weiprecht Ehingers, alten Bgm., Johann Kochs, Dittrich Preussen, rethen, petschirn in annahmen irer gnedigsten, gnedigen herren und obern und auch von wegen der andern stend besigelt auf den 28. Aprilis anno etc. 43<sup>a</sup>.

<sup>b</sup>-Nebenabschide der rethe, gesandten und bottschaften der christenlichen aynungsverwandten stende, uber den hauptabschide zu Nurnberg 1543 bedacht:

Privatpersonen, so privatsachen an dem cammergericht haben: Sovill dann belangt, ob etlich der stende underthonen privatpersonen in der braunschweigischen sachen sich in recht auf ir selber gefar einlassen wurden, bedencken die stendt, das denselben underthonen angetzeigt werden sollt, in was gefar sie sich setzten, vor disen partheyschen richtern recht zu nehmen und von der gemain gethon recusation zu weichen, auch im faal, so sie beschwerdt wurden, das dann die oberkaiten inen weiter trost noch hilf nicht laisten wurden, inen auch all ir notturft gegen denselben vorbehalten haben wollen<sup>b</sup>.

---

<sup>a-a</sup> *Aus B, A om.*

<sup>b-b</sup> *Aus A, B om.*

## REGISTER DER PERSONEN- UND ORTSNAMEN

1. Auf ein eigenständiges Sachregister wurde verzichtet. Das Orts- und Personenverzeichnis ist jedoch bei häufig vorkommenden Stichworten im Sinne weiterführender Information durch Sachbegriffe untergliedert.
2. In einigen Fällen enthält das Register auch allgemeine Begriffe aus den Quellentexten, wie z.B. „Ausschüsse“ „Reichskreise“, „Reichsstädte“, „Reichskammergericht“, „Reichsritterschaft“, „Schmalkaldischer Bund/Schmalkaldener“ etc.
3. Die Erschließung der Verhandlungsmaterien des Reichstags wird durch das detaillierte Inhaltsverzeichnis der Quellenedition ermöglicht, das eine Liste der Titel aller edierten Aktenstücke enthält (S. 6–46).
4. Folgende Begriffe sind wegen ihres häufigen Vorkommens in den Quellentexten nicht im Register zu finden: „Deutschland“, „deutsche nation“, „Hl. Röm. Reich deutscher nation“, „Nürnberg“ als Malstatt des Reichstags 1543, „Türken“ (als Volksbezeichnung), „Türkenhilfe“, „ksl. Kommissare“ (in der formelhaften Verbindung „kgl. Mt. und ksl. Kommissare“), „Friede und Recht“, „Augsburger Konfessionsverwandte“, „Evangelische/protestierende Stände“, „Altgläubige/katholische Stände“ etc.
5. In der Einleitung und im kommentierenden Text vorkommende Autorennamen finden sich nicht im Register, wenn der betreffende Autor in das Quellen- und Literaturverzeichnis aufgenommen wurde. Namen von Personen, denen die Bearbeiterin wertvolle Unterstützung für den vorliegenden Band verdankt, scheinen im Register in Kursivdruck auf.
6. Unter ihren Vornamen zu finden sind: Karl V. (röm. deutscher Kaiser) und seine Geschwister Ferdinand (röm. König) und Maria (Kgn. von Ungarn, Statthalterin der Niederlande), ebenso die deutschen Kaiser und die Päpste.
7. Die übrigen Mitglieder des Hauses Habsburg sind unter „Habsburg, Familie“ unter ihren Vornamen zu finden.
8. Karl und Ferdinand sind wegen ihres häufigen Vorkommens ausschließlich in Verbindung mit gliedernden Unterbegriffen berücksichtigt.
9. Die Angehörigen aller anderen regierenden Häuser, Kurfürsten, Fürsten, Grafen und Herren stehen unter ihren Ländern bzw. Herrschaften. Bei Prinzessinnen findet sich bei ihrem Herkunftsland ein Verweis auf das Territorium, in das sie eingeheiratet haben. Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte und Äbtissinnen sind unter den betreffenden Hochstiften, Klöstern oder Abteien eingeordnet.
10. Geistliche und weltliche Territorien sowie die Reichsstädte stehen sowohl für den Reichsstand als auch für das betreffende geographische Gebiet.
11. Die Gesandten der Reichsstände und die ksl. bzw. kgl. Kommissare sind unter ihren Familiennamen eingeordnet, stets mit Hinweis auf ihre Auftraggeber.
12. Reichstage, Schmalkaldische Bundestage, Grafentage, Städtetage, Kreistage und andere reichsständische Versammlungen stehen unter dem Ort, an dem sie stattgefunden haben.
13. Steht „RT“, Bundestag, Städtetag oder Kreistag ohne Jahreszahl, so sind stets der Nürnberger Reichstag von 1543 bzw. die parallel dazu in Nürnberg stattfindenden reichsständischen Versammlungen gemeint.
14. Der Vermerk „Gesandter am RT“ (ohne Jahreszahl) bezieht sich nicht nur auf die Reichstagsverhandlungen von 1543, sondern auch auf die gleichzeitig mit dem Reichstag abgehaltenen Versammlungen der Reichsstädte, der Augsburger Konfessionsverwandten und der Schmalkaldener. Falls Gesandte von ihren Auftraggebern zu den zur selben Zeit in Nürnberg stattfindenden Beratungen des Fränkischen, Oberrheinischen oder Schwäbischen Kreises oder für den Bundestag des Nürnberger Bundes bevollmächtigt wurden, wird das explizit ausgewiesen.
15. Personen- und Ortsnamen finden sich meist unter der heute gebräuchlichen deutschen Bezeichnung. Hinzugefügt sind (durch einen Schrägstrich getrennt) Abweichungen der Schreibung im Quellentext und/oder entsprechende fremdsprachige Bezeichnungen. Weicht der in

der Quelle verwendete Begriff deutlich von dem heute üblichen ab, erhält er zur leichteren Verifizierung ein eigenes Stichwort mit Verweis auf das Hauptstichwort.

16. Orte und Festungen an der Militärgrenze werden in der heute landesüblichen Form wiedergegeben, danach folgt durch Schrägstrich getrennt die deutsche Bezeichnung.

- Aachen/Ach/Aich/Aix, Reichsstadt 703  
 Aachen, Bgm. und Rat 210  
 Aachen, Appellationsgericht 1270, 1273, 1275, 1330  
 Aachen, Verhandlungen für einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich (kurhheinisch-hessische Vermittlung 1543 Jan./Febr.) 125, 258, 416, 985, 1010–1012, 1014, 1018, 1019, 1043, 1044, 1103, 1297, 1322, 1325, 1328, 1329, 1342, 1055, 1103, 1297, 1304, 1305, 1322, 1325, 1328, 1329, 1342  
 Aalen, Reichsstadt 686  
 Aalen, Bgm. und Rat (am RT vertreten durch Ulm) 209, 532, 1557  
 Aapro, Jakob, Landvogt zu Baden im Aargau 643, 645  
 Aarschot, Hg. – siehe: Croy  
 Ach/Aich – siehe: Aachen  
 Aconcius, Melchior, Gesandter der Gff. von Stolberg-Wernigerode am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) 350  
 Adeltzhausen, Hans, Gesandter des Bf. von Freising am bayerischen Kreistag in Straubing (1542 Okt.) 754  
 Adrianopel, Stadt im europäischen Teil der Türkei 140  
 Affenstein, Dr. Wolf/Wolfgang von, Mitglied des kurpfälzischen Hofrates, Gesandter des Kf. von der Pfalz am RT 208, 1088, 1091, 1345, 1357, 1553  
 Agram/Zagreb, Hauptstadt Kroatiens 726  
 Ainem, Franz von, Gesandter der Stadt Einbeck am RT 530, 1618  
 Air/Ehr/Eyer, Jakob, Proviantmeister aus Speyer (Türkenzug 1542) 708  
 Aistet/Eyset – siehe: Eichstätt  
 Aitingen, Sebastian, Sekretär und Gesandter des Lgf. von Hessen am RT 202, 372, 519, 540, 1290, 1291, 1376, 1524, 1617  
 Alardetus, Claudius Ludovicus, Prokurator und Gesandter des Hg. von Savoyen am RT 656, 1555  
 Alben/Albm/Alm, Eustachius von der, Hofmarschall und Gesandter des Ebf. von Salzburg und des Propsts von Berchtesgaden (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1543), Bundesrat des Nürnberger Bundes 264–272, 752, 1553, 1555, 1558, 1584  
 Alber, Dr. Matthias, Kanzler und Gesandter des Ebf. von Salzburg und des Propsts von Berchtesgaden (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542) 269  
 Alberode, Kloster (Kf. von Mainz) 1129  
 Albret, Jeanne d', Nichte von Kg. Franz I., Tochter Kg. Heinrichs II. von Navarra, Hochzeit mit Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg 1541, spätere Kgn. von Navarra 162, 230, 990, 998, 1042, 1100  
 Alden Biesen – siehe: Deutscher Orden, Ballei Alden-Biesen  
 Aldinger, Sigismund, Kreditgeber 681  
 Algier, Feldzug Karls V. gegen Chaireddin Barbarossa (1541) 971, 975, 979  
 Alpen 963, 966  
 Altenburg, Stadt in Thüringen 500, 1114, 1224, 1289  
 Altenstein, Laurenz Truchsess von, Beauftragter Karls V. (RT Nürnberg 1542) 225  
 Alten-Stettin – siehe: Stettin  
 Amberg, Residenzstadt Pfgf. Friedrichs 968  
 Amman/Amann, Ambrosius, Schultheiß, Gesandter der Stadt Regensburg am RT 1516, 1575, 1601  
 Amsdorf, Nikolaus von, evangel. Bf. von Naumburg-Zeitz (vom Kf. von Sachsen eingesetzt) 1252, 1254  
 Anders, Peter, Gesandter der Gff. von Lupfen am schwäbischen Grafentag in Mengen (1542 Okt. 26) 339  
 Angermont, Ort im Herzogtum Berg 304  
 Anhalt, Fürstentum, Ff. 327, 700  
 Anhalt-Dessau, Ff.  
 – F. Georg, Dompropst zu Magdeburg 209, 1555  
 – F. Joachim I. 209, 1555  
 – F. Johann V. 209, 1555  
 -- Gesandter am RT 211, 328 – siehe auch: Keller  
 Ansbach, Residenzstadt der Mgff. von Brandenburg-Ansbach 441



- Antwerpen/Anvers, Stadt in Brabant 990, 991, 1305
- Appetzhofer, Paul, Sekretär und Gesandter des Bf. von Konstanz, Vollmacht des Bf. von Chur und des Abts von Kreuzlingen am RT und am schwäbischen Kreistag 208, 644, 1554, 1555, 1594
- Aragon, Königreich 145
- Arburg/Arberg, Schloss (im Jan. 1543 von Jülich besetzt) 1010, 1041, 1071, 1074, 1100
- Arnold, Gabriel, Rentmeister, Gesandter der Pfgff. von Pfalz-Neuburg am RT 118–120, 308–312, 420–429, 591, 594, 595, 1417, 1418, 1421–1423, 1527, 1537
- Árpáden, ungarische Herrscherdynastie 602
- Aschach/Aschau (Unterfranken), Residenzschloss Bf. Konrads von Würzburg 167, 411, 412, 415, 417
- Assenheim, Ort im hessischen Wetteraukreis 344
- Asten (Hochstift Würzburg) 703
- Augsburg, Bf. Christoph von Stadion, ksl. Kommissar (RT Nürnberg 1542 und 1543, gest. Nürnberg, 1543 April 15) 96, 98, 116, 143, 147, 169, 182, 196, 198, 210, 219–222, 281, 363, 367, 374, 400, 408, 417, 418, 421, 425, 427, 435, 471, 472, 506, 580, 617, 896, 902, 913, 931, 1045, 1235, 1242, 1243, 1306, 1334, 1338, 1345–1347, 1359, 1400, 1426, 1453, 1482, 1537
- Kanzlei 1274
- Augsburg, Reichsstadt 86, 88, 92, 110, 128, 194, 199, 200, 201, 202, 302, 366, 369, 375, 376, 498, 500, 516, 529, 582, 583, 681, 881, 894, 900, 1193, 1195, 1204, 1211, 1212, 1214, 1316, 1317, 1347, 1348, 1396, 1470, 1481, 1484–1489, 1497, 1501, 1518, 1549, 1595, 1596, 1599
- Bürger, Stadtgemeinde 515, 516, 526, 527, 1185, 1475, 1478, 1484, 1485
- Augsburg, Bgmm. und Rat (Vollmacht von Donauwörth und Kaufbeuren) 107, 114, 115, 124, 201, 202, 209, 210, 366–371, 495, 515, 516, 536, 553, 794, 848, 1078, 1109, 1125, 1129, 1160, 1161, 1164, 1180, 1165, 1182–1186, 1193–1196, 1198–1204, 1214, 1337, 1414, 1470, 1472–1479, 1481–1486, 1495–1504, 1518, 1519, 1557, 1575, 1594, 1602, 1615
- Gesandte am RT (im Städteausschuss) 98, 107, 109, 114, 115, 118, 119, 199–202, 207, 211, 366–371, 393, 499, 506, 513–515, 517, 523, 526, 529, 530, 536, 546, 547, 549, 551, 553, 564, 567, 572, 794, 846, 848, 1078, 1109, 1125, 1164, 1182, 1183, 1193, 1195, 1196, 1198–1202, 1338, 1412, 1424, 1470, 1472–1478, 1481–1504, 1507, 1515, 1518, 1536, 1615 – siehe auch: Peutingen (Claudius Pius), Seitz (Sebastian), Stetten, Ulstett
- Gesandte am schwäbischen Kreistag – siehe: Peutingen (Claudius Pius), Seitz (Sebastian), Stetten
- Ratsbücher 1472–1478
- Augsburg, Bgmm. 587, 848, 1163, 1182–1184, 1195, 1473, 1480, 1486–1496, 1518, 1617 – siehe auch: Seitz (Mang), Welser (Hans)
- Augsburg, Bgmm., Baumeister und geheime Räte 203, 207, 210, 504, 510, 547, 549, 555, 1163, 1199, 1477, 1480, 1518
- Augsburg, Bgmm., Baumeister und Einnehmer 1473, 1474
- Augsburg, Notare – siehe: Pol, Vierekel
- Augsburg, Rat der Dreizehn 1477, 1478, 1480, 1486, 1489, 1491–1495, 1518
- Augsburg, Reichskammergericht – siehe: Schmalkaldischer Bund, Rekusation des RKG
- Augsburg, RT 1530 (RAb 1530 Nov. 19) 102, 268, 320, 335, 349, 360, 396, 404, 594, 754, 755, 774, 775, 777, 779, 780, 795, 798, 800, 810, 813, 837, 866, 867, 870, 872, 873, 905, 911, 934, 949, 953, 1127, 1206, 1238, 1239, 1250, 1256, 1268, 1300, 1311, 1396, 1406, 1439, 1557
- Augsburg, RT 1548 (RAb 1548 Juni 30) 653, 1256
- Augsburg, RT 1550/1551 (RAb 1551 Febr. 14) 583, 601, 653, 1242, 1256
- Auggburg, RT 1555 (RAb 1555 Sept. 25) 1242, 1557
- Ayrer – siehe: Erer
- Baden im Aargau, Schweizer Tagsatzungen
- Abschied 1542 April 17 735
- Abschied 1543 Febr. 14 641–643
- Abschied 1543 April 18 644, 645
- Baden, Haus, Mgff. (Session) 282, 319, 1233
- Baden-Baden, Markgrafschaft, Mgff.
- Mgf. Bernhard III. (gest. 1536) 651, 685, 1283

- Mgf. Christoph (Sohn Mgf. Bernhards, minderjährig) 685, 1283, 1285, 1555
- Mgf. Philibert (Sohn Mgf. Bernhards, minderjährig) 210, 685, 1283, 1285, 1555
- Mgf. Philipp (gest. 1533) 1283
- Mgf. Franziska (von Luxemburg), Witwe Mgf. Bernhards 1283
- Mgf. Jakobäa, Tochter Mgf. Philipps – siehe: Bayern, Hgn.
- Vormundschaftsregierung für die jungen Mggf. 281, 1245, 1283–1286, 1519, 1555, 1594 – siehe auch: Pfalz-Simmern (Pfgf. Johann), Bayern (Hg. Wilhelm), Eberstein (Gf. Wilhelm)
- Gesandter der badischen Vormünder am RT – siehe: Varnbüler
- Baden-Durlach, Mgf. Ernst, Bruder der Mggf. Bernhard und Philipp 89, 107, 108, 118, 143, 147, 177, 178, 281–285, 651, 870, 881, 938–941, 1021, 1245, 1283–1286, 1445, 1455–1462, 1519, 1555, 1594
- Gesandter am RT und am schwäbischen Kreistag 281–285, 860 – siehe auch: Marquardt
- Konflikt mit den badischen Vormündern 1283–1286
- Baden-Durlach, Mgf. Albrecht, ältester Sohn von Mgf. Ernst (gest. 1542) 1459
- Baier, Johann, Gesandter Gf. Antons von Isenburg-Ronneburg-Büdingen am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) 350
- Baindt, Reichsabtei (Zisterzienserinnen) 685
- Balaze, Bote der ungarischen Landstände am RT 588, 623, 1440
- Balkan 726, 730, 731
- Bamberg, Hochstift, Bff. 592, 703, 747, 1607
- Domkapitel und Prälaten 751, 757, 758
- Bamberg, Bf. Weigand von Redwitz 121, 140, 143, 178, 206, 261, 262, 272, 410, 437, 598, 616, 622, 623, 663, 669, 709, 747–753, 756–759, 1045, 1584
- Gesandte am RT und am fränkischen Kreistag 121, 210, 262, 412, 417, 437, 616, 663, 664, 751–753, 756–759, 860, 921, 1333, 1413, 1456 – siehe auch: Reuter, Neidecker
- Barbarossa, Chaireddin, Oberbefehlshaber der türkischen Flotte im Mittelmeer 422, 970, 971, 975
- Barby-Mühlhingen, Gff. 685, 700
- Gf. Wolfgang/Wolf 1557
- Gesandter am RT – siehe: Moller
- Barcelona, Hauptstadt Kataloniens 96, 144, 158, 222, 228, 1201, 1302
- Basel, Hochstift, Bf. Philipp von Gundelshausen 698
- Basel, Reichsstadt (Eidgenossenschaft) 425, 482, 641–645, 698
- Basel, Bgm. und Rat 641, 687, 941, 1091, 1533
- Bauer, Michael, Bgm. und Gesandter der Stadt Dinkelsbühl am RT und am schwäbischen Kreistag 552, 1557, 1575, 1594, 1602
- Baumbach/Bambach, Ewald von, Gesandter des Kf. von Mainz am RT 1088, 1091
- Baumgartner/Paumgartner, Bernhard, Nürnberger Ratsherr, Bruder von Hieronymus Baumgartner 441, 582
- Baumgartner/Paumgartner, Hieronymus, Nürnberger Ratsherr und Gesandter am RT (im Städteausschuss) 198, 199, 203, 332, 430, 441, 546, 551, 553, 576, 578, 579, 581, 582, 1528, 1557, 1575, 1602
- Bave, Sekretär Karls V. 144
- Bayerischer Reichskreis, Kreisstände 122, 123, 276, 310, 358, 360, 455, 475, 544, 608, 706, 739, 741, 760, 1542
- Abrechnungen der Kreiseinnehmer 544, 588, 1583, 1593
- Kriegsrat – siehe: Berlichingen
- Bayern, Haus Wittelsbach (Session) 1234, 1236, 1238, 1239, 1436, 1443 – siehe auch: Pfalz, Haus
- Bayern, Herzogtum 118, 261, 360, 431, 1118, 1121, 1122, 1290, 1301, 1338, 1339, 1458
- Bayern, Hgg. Wilhelm IV. und Ludwig X. 86, 88, 89, 92, 97, 100, 101, 103, 104, 117, 123, 143, 209, 217, 268, 299, 363, 478, 498, 501, 523, 597, 632, 706, 805, 824, 832, 891, 1023, 1097, 1107–1109, 1112, 1113, 1118, 1121–1124, 1126–1128, 1149, 1152, 1156–1158, 1178, 1199, 1238, 1239, 1289, 1290, 1296, 1301, 1305, 1307, 1308, 1311, 1317, 1332, 1336–1338, 1340, 1341, 1347, 1349, 1368, 1372, 1390, 1391, 1396, 1397, 1399, 1435, 1480, 1519, 1554, 1558, 1586
- Gesandte am RT 86, 104, 107, 108, 210, 241, 270, 299, 309, 415, 455, 462, 510, 597, 860, 921, 947, 1057, 1078, 1092, 1094, 1107, 1110–1130, 1145, 1149,

- 1150, 1154, 1259, 1291, 1296, 1297, 1306, 1332, 1349, 1350, 1397, 1432, 1456, 1458, 1515, 1519 – siehe auch: Eck, Seld, Stockhammer, Weissenfelder
- Bündnis mit Kursachsen und Hessen 87, 91, 100, 130, 217, 299, 300, 1113, 1117, 1289–1292, 1347–1350, 1435, 1524, 1529 – siehe auch: Eck
- Bündnis mit Städten und Adel 1199, 1338, 1347–1349, 1485, 1519, 1521
- Unterhändler in der Causa Braunschweig 108, 139, 243–247, 298, 331, 374, 462, 510, 514, 515, 533, 535, 805, 824, 832, 1107–1130, 1145, 1149, 1291, 1336, 1350, 1375, 1376, 1379 – siehe auch: Eck
- Bayern, Hg. Ernst – siehe: Salzburg, Ebf. Ernst
- Bayern, Hg. Ludwig X., Bundeshauptmann des Nürnberger Bundes, am RT 99, 100, 416, 440, 497, 761, 786, 1112, 1113, 1297, 1300, 1305, 1306, 1308, 1317, 1338, 1341, 1347, 1348, 1352, 1358, 1361, 1382, 1402, 1435, 1519
- Gesandte am RT – siehe: Seld, Weissenfelder
- Bayern, Hg. Wilhelm IV., Vormund der jungen Mgff. von Baden-Baden 497, 688, 1045, 1081, 1091, 1095, 1107, 1112, 1113, 1120, 1124, 1128, 1199, 1283, 1290, 1291, 1297, 1300, 1301, 1305, 1306, 1317, 1336, 1338, 1347–1349, 1435, 1438, 1519, 1555, 1586
- Gesandte am RT – siehe: Eck, Stockhammer
- Bayern, Hgn. Jakobäa (von Baden), Gemahlin Hg. Wilhelms 1283
- Bebion, Dr. Ludwig, Straßburger Rechtsgelehrter 1228
- Beck von Leopoldsdorf, Markus, Gesandter Kg. Ferdinands bei den Wiener Verhandlungen über die Doppelanlage der Bischöfe (Juli 1542) 750
- Beichlingen, Gf. Adam, Kammerrichter (gest. 1538) 700, 1407
- Belgrad/Beograd/Griechisch Weißenburg (seit 1521 türkisch) 727
- Bélis, Landschaft in der Gascogne (Südfrankreich) 1554, 1591
- Bemmelberg/Bemmelburg/Boyneburg, Georg, Wachtmeister (Türkenzug 1542) 716, 723
- Bemmelberg/Bemmelburg/Boyneburg, Konrad von, (gen. „klein Heß“), Oberstleutnant über ein Regiment Fußvolk (Türkenzug 1542) 421, 426, 452, 453, 475, 480, 485, 486, 489, 512, 535, 536, 543, 545, 671, 672, 687, 688, 692, 708, 710, 713, 715, 717–720, 722, 723, 1405, 1425, 1436, 1437, 1452, 1453
- Bentheim-Steinfurt, Gff. von 686, 702
- Bentzmann, Bechtold, Zunftmeister und Gesandter der Stadt Esslingen am RT 372, 1521
- Ber, Hans, hessischer Hauptmann über das Fußvolk (Türkenzug 1542) 677
- Berching (Oberpfalz), Tagung der Hgg. von Bayern und des Ebf. von Salzburg (1542 Juli geplant, suspendiert) 269
- Berchtesgaden, Fürstpropstei, Fürstpropst Wolfgang II. Griestätter 706, 1555
- Gesandte am RT – siehe: Alben, Hirnheim, Ribeißen
- Berg, Herzogtum 573, 1100
- Bergh, Gf. Oswald II. 702
- Berlichingen, Jobst von, Kriegsrat des Bayerischen Reichskreises 724
- Besançon/Bisantz, Erzstift, Ebf. Peter de La Baume 698
- Besançon, Reichsstadt 699, 1516
- Beschwitz, Felix von, Naumburger Domherr 1255
- Besserer, Georg/Jörg, Altbgm. von Ulm, schwäbischer Kreiseinnehmer 667
- Besserer, Sebastian, Zahlmeister des Schwäbischen Reichskreises 532–534, 540, 666, 668, 671, 715, 716, 1460, 1593, 1594
- Beuser von Ingelheim, Hans, Oberamtmann zu Kreuznach, Gesandter Pfgf. Johanns II. von Pfalz-Simmern-Sponheim am RT und am oberrheinischen Kreistag, Vertretung für die Pfgff. von Pfalz-Neuburg 206, 208, 240, 595, 1234–1239, 1286, 1421–1424, 1432, 1433, 1438, 1441, 1461, 1527, 1554, 1591
- Beyer von Belichoven, Dr. Carsilius, Amtmann von Neubamberg, Gesandter Pfgf. Johanns II. von Pfalz-Simmern-Sponheim am RT 1554
- Biberach, Reichsstadt 686, 1212
- Biberach, Bgm. und Rat (am RT vertreten durch Ulm) 209, 536, 1557
- Biberstein, H. von 1616
- Bihac/Wihitsch, Schlüsselfestung in Kroatien 603
- Bisantz – siehe: Besançon

- Bitsch/Pitsch – siehe: Zweibrücken-Bitsch  
 Blankenburg/Blankenberg/Blâmont,  
 Herrschaft (Reichslehen der Hgg. von  
 Lothringen) 698  
 Blome, Henning, Gesandter der Stadt  
 Hildesheim am Schmalkaldischen  
 Bundestag 376, 377, 1525  
 Bodman zu Bodman, Hans Konrad von,  
 Bundesrat des Nürnberger Bundes 1585,  
 1587  
 Böhmen, Königreich, Bewohner von 267,  
 326, 336, 606, 608, 618, 631, 1097, 1540,  
 1542  
 – Landtag und Landstände 139, 236 – siehe  
 auch: Prag  
 Böhmen, König – siehe: Ferdinand I.  
 Böhmen, Prinzessin Anna Jagiello von  
 Böhmen und Ungarn, Gemahlin Kg.  
 Ferdinands I. – siehe: Habsburg, Familie  
 Bologna, Stadt in Italien 1407  
 Bombast von Hohenheim, Georg, Komtur,  
 Gesandter des Johannitermeisters am RT  
 208, 210, 1554  
 Bopfingen, Reichsstadt 686  
 Bosau, Benediktinerkloster bei Zeitz 1255  
 Bosnien (Provinz des Osmanischen Reiches),  
 Pascha von 726  
 Boyneburg – siehe: Bimmelberg  
 Bozen, Hauptstadt Südtirols 1089  
 Brabant, Herzogtum, Hgg. 231, 232, 305,  
 450, 453, 497, 927, 989, 990, 992, 1006–  
 1008, 1017–1019, 1026–1028, 1041,  
 1044, 1054, 1055, 1058, 1059, 1065,  
 1068, 1069, 1268–1271, 1273–1275,  
 1277, 1304, 1325, 1326, 1330, 1333,  
 1423, 1509, 1510, 1515  
 Brabant, Gericht (Schöffen) 1270, 1272–  
 1274, 1277, 1278, 1319, 1330  
 Brabant, Regierung 453, 1271, 1272  
 Brakel/Prackl, Reichsstadt 703  
 Brandenburg, Haus (Hohenzollern) 1343  
 Brandenburg, Hochstift, Bff. 700  
 Brandenburg, Kurfürstentum, Mark 692  
 Brandenburg, Kf. Joachim II., oberster  
 Feldhauptmann (Türkenzug 1542) 116,  
 137, 140, 157, 160, 206, 208, 212, 217,  
 233, 241, 255, 284, 319, 320, 327, 332,  
 426, 429, 432, 434–436, 452–455, 475,  
 489, 512, 549, 588, 592, 601, 622, 652,  
 657, 665, 671, 673, 679, 687, 688, 700,  
 707, 710, 712, 717–719, 724, 725, 728,  
 732, 776, 881, 937, 1045, 1081, 1088,  
 1141, 1243, 1303, 1356, 1360, 1381,  
 1396, 1399, 1400, 1402, 1404, 1418,  
 1448–1450, 1471, 1509, 1512, 1519,  
 1520, 1538, 1553  
 – Gesandte am RT 85, 88, 206, 208, 210,  
 233, 255, 328, 412, 426, 432, 433, 440,  
 442, 453–455, 480, 485, 488, 518, 520,  
 531, 601, 690, 696, 707, 717, 718, 786,  
 921, 1047–1049, 1057, 1078, 1092,  
 1243, 1308, 1333, 1341, 1345, 1356,  
 1380, 1401, 1425 – siehe auch: Keller,  
 Schilling  
 – Bericht (Türkenzug 1542) 343, 355, 398,  
 414, 436, 447, 532, 588, 626, 627, 690–  
 696, 1440, 1449  
 – Kanzlei 1356  
 – Sekretär 715, 716  
 Brandenburg, Prinzessin Elisabeth, Schwester  
 Kf. Joachims II. – siehe: Braunschweig-  
 Lüneburg-Calenberg, Hgn. Elisabeth  
 Brandenburg, Markgrafschaft, Mgf. 110,  
 309, 592, 1520, 1528  
 – Sessionsstreit mit Braunschweig-Wolfenbüt-  
 tel 86, 87, 129, 433, 1233, 1240, 1241  
 Brandenburg, Mgf. Albrecht, Bruder Mgf.  
 Georgs – siehe: Preußen, Hg. Albrecht  
 Brandenburg, Mgf. Albrecht – siehe: Mainz,  
 Kf. und Ebf.; Magdeburg, Ebf., Adm. von  
 Halberstadt  
 Brandenburg-Ansbach, Mgf. Georg 143,  
 217, 255, 285, 286, 333, 431, 434, 435,  
 437–442, 705, 745, 746, 784, 848, 881,  
 894, 900, 938, 950, 964, 1171, 1240,  
 1241, 1251–1254, 1257, 1258, 1261,  
 1303, 1312, 1317, 1396, 1416, 1417,  
 1427–1429, 1453, 1520, 1549, 1584  
 – Gesandte am RT 111, 211, 337, 429,  
 433–436, 440–442, 502, 514, 524,  
 826, 845, 848, 849, 1233, 1241, 1315,  
 1376, 1416, 1434, 1440, 1441, 1465,  
 1492 – siehe auch: Hausen (Endres von),  
 Megersheimer, Rechenberg  
 – Gesandter am fränkischen Kreistag 664 –  
 siehe auch: Keller  
 – Räte in Ansbach 1427, 1520  
 Brandenburg-Ansbach, Mgf. Johann Albrecht  
 – siehe: Magdeburg, Koadjutor  
 Brandenburg-Kulmbach-Bayreuth, Mgf.  
 Albrecht II. Alkibiades 143, 333, 353, 431,  
 434, 705, 745, 746, 1240, 1303, 1305,  
 1312, 1427, 1429, 1520, 1584  
 – Gesandter am RT und am fränkischen  
 Kreistag 206, 211, 432–436, 502, 524,  
 773, 784, 826, 1233, 1305, 1315, 1427,

- 1434, 1440, 1441, 1465, 1472, 1492 –  
siehe auch: Wirsberg (Wilbold)
- Brandenburg-Kulmbach-Bayreuth, Mgf.  
Kasimir, Vater von Mgf. Albrecht  
Alkibiades 1305
- Brandenburg-Küstrin, Mgf. Johann/Hans,  
Bruder Kf. Joachims II. von Brandenburg  
848, 938, 1365, 1424, 1554
- Gesandter am RT 111, 845, 848, 849,  
1365, 1424, 1427 – siehe auch: Minck-  
witz (Hans von)
- Brandt, Ahasver von, Gesandter Hg.  
Albrechts von Preußen am RT 90, 331–  
333, 395, 1257–1262, 1528
- Bericht von seiner Mission am RT 429–  
443
- Bratislava/Pressburg/Poszony, Hauptstadt des  
Königreichs Ungarn (1536-1784), Festung  
an der Donau 155, 157, 171, 184, 602,  
623, 679, 732
- ungarischer Landtag (Nov. 1542) 93, 157,  
171, 204
- Landstände, Botschaft am RT 588, 1440,  
1538 – siehe auch: Balaze
- Ansuchen an die Reichsstände 84, 413,  
414, 447, 480, 532, 588, 591, 623, 624
- Braun von Weimar, Georg, Gesandter Gf.  
Ulrichs von Regenstein-Blankenburg am  
RT 90, 1557
- Braun von Weimar, Johann, Kanzler und Ge-  
sandter Gf. Albrechts von Mansfeld (RT  
Nürnberg 1542 und 1543) 343, 345, 351,  
846, 1455, 1556, 1617
- Braun, Dr. Konrad, Beisitzer am RKG  
(1533–1540), Leiter der RKG-Kanzlei  
(1540–1542) 1357, 1358
- Braunschweig, Reichs- und Hansestadt 243,  
246, 289, 290, 295, 299, 302, 397, 498,  
504, 1127, 1131, 1134, 1139, 1150, 1155,  
1209, 1210, 1336, 1376, 1520, 1610, 1615
- Kollegiatstift Sankt Blasius 295, 504, 1146,  
1147
- Braunschweig, Bgm. und Rat 848, 1146,  
1150, 1520, 1613, 1617, 1618
- Gesandte am RT 506, 508, 510, 513, 515,  
517, 536, 847, 848, 1146, 1483, 1613 –  
siehe auch : Simon (Hans), Preuß
- Konflikt mit Hg. Heinrich von Braun-  
schweig-Wolfenbüttel – siehe Braun-  
schweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich,  
Konflikt mit den Städten Golar und  
Braunschweig
- Braunschweig, Schmalkaldischer Bundestag  
(Abschied 1542 Sept. 12) 237, 240, 245,  
256, 289, 503, 509, 1110, 1127, 1213,  
1215, 1218, 1225–1227, 1230, 1377,  
1493, 1602, 1614
- Braunschweig, Herzogtum, Hgg. (Welfen)  
88, 290, 295, 298, 1136–1138, 1141, 1142
- Braunschweig-Calenberg-Göttingen,  
Herzogtum, Hgg. 657, 1141
- Hg. Erich I. der Ältere (gest. 1540) 295,  
504, 657, 1141, 1142
- Hg. Erich II. der Jüngere 298, 657, 701,  
1141, 1614
- Vormünder: Hgn. Elisabeth von  
Braunschweig, Kf. von Brandenburg,  
Lgf. von Hessen 1141
- Hgn. Elisabeth (von Brandenburg), Witwe  
Hg. Erichs I. von Braunschweig-Calen-  
berg, Regentin und Mutter Hg. Erichs II.  
298, 423, 424, 504, 657, 1141, 1614
- Braunschweig-Grubenhagen, Hg. Philipp I.  
504, 509, 539, 701, 1614
- Braunschweig-Grubenhagen, Hg. Philipps I.  
Söhne 701
- Braunschweig-Lüneburg, Fürstentum 509,  
1614
- Braunschweig-Lüneburg-Celle, Hg. Ernst I.  
208, 287, 288, 498, 504, 646–648, 701,  
845, 848, 1045, 1165, 1166, 1168, 1171,  
1172, 1520, 1555, 1612, 1614, 1617
- Gesandter am RT 207, 208, 211, 286–  
292, 457, 493, 506, 509, 510, 511, 513,  
515, 526, 535, 845, 848, 1159, 1483,  
1502 – siehe auch: Holstein
- Räte 286–292
- Braunschweig-Lüneburg-Gifhorn, Hg. Franz,  
Bruder Hg. Ernsts I. 287, 288
- Braunschweig-Lüneburg-Harburg, Hg.  
Otto I., Bruder Hg. Ernsts I. 287, 288
- Braunschweig-Wolfenbüttel, Herzogtum,  
Hgg. 86, 107, 127, 130, 150, 161, 207,  
217, 237, 289, 290, 293, 294, 297–300,  
391, 392, 432, 460, 498, 508, 511, 513,  
514, 517, 528, 535, 536, 1107–1158,  
1300, 1312, 1345, 1379, 1403, 1529,  
1586, 1614, 1615
- Festungen 289, 298, 299, 1131, 1154, 1155
- Landstände/Landtag 508, 509, 1116, 1131
- Sessionsstreit mit den Mgf. von Brande-  
nburg – siehe: Brandenburg, Mgf., Sessi-  
onsstreit mit Braunschweig-Wolfenbüttel
- Verhandlungen nach der Eroberung durch  
die Schmalkaldener 86, 107, 108, 127,  
130, 133, 161, 243–248, 297–299, 393,

- 1107–1132, 1151–1155, 1302, 1363,  
1375, 1376, 1379, 1409, 1412, 1493,  
1519, 1521, 1522, 1530, 1586, 1609,  
1610
- Tagsatzung Kg. Ferdinands in der Causa  
Braunschweig (1543 April 1, suspendiert)  
831, 832, 841, 1108, 1125, 1130, 1143–  
1145, 1148–1150, 1156–1158, 1209,  
1387, 1209, 1493, 1524, 1530, 1608
- Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Christoph,  
Bruder Hg. Heinrichs II. – siehe: Bremen,  
Ebf.
- Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Georg,  
Bruder Hg. Heinrichs II., Dompropst  
zu Köln und Bremen, Propst dreier  
Kollegiatstifte 290, 292–295, 298, 513,  
535, 536, 901, 1108, 1145–1147, 1156,  
1245, 1376, 1379, 1551, 1614
- Gesandter am RT – siehe: Falkenberg
- Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich I.  
der Ältere, Vater der Hgg. Christoph, Georg  
und Heinrich 293, 1156
- Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich II.  
der Jüngere, Bundeshauptmann des  
Nürnberger Bundes, am RT 97, 139, 150,  
162, 209, 217, 270, 289, 293–295, 299,  
301, 312, 330, 369, 390, 416, 424, 440,  
460, 478, 497, 498, 501, 504, 511, 513,  
514, 516, 523, 533, 536, 545, 701, 786,  
793, 804, 816, 823, 868, 883, 891, 897,  
929, 936, 1169, 1210, 1240, 1241, 1291,  
1292, 1297, 1299–1301, 1306, 1316,  
1327, 1336, 1339, 1340, 1350, 1352,  
1365, 1367, 1369, 1370, 1375, 1376,  
1382, 1384, 1388, 1391, 1400, 1402,  
1403, 1413, 1480, 1497, 1498, 1502,  
1551, 1555, 1560, 1585, 1586, 1609,  
1610, 1612, 1615
- Gesandte am RT 1367 – siehe auch:  
Stopler
- Archiv (=Schmalkaldische Aktenbeute aus  
Wolfenbüttel) 87, 88, 89, 100, 113, 301,  
511, 531, 533, 798, 804, 816, 823, 875,  
907, 1115, 1128, 1129, 1369, 1379,  
1382, 1609, 1610
- Kinder 86, 107, 139, 244, 247, 289, 297–  
299, 301, 392, 459, 460, 462, 503, 504,  
510, 528, 533, 1107, 1109, 1114–1121,  
1123–1127, 1130, 1131, 1135, 1145,  
1149, 1151–1155, 1291, 1301, 1336,  
1350
- Söhne 1109, 1119, 1120, 1121, 1125,  
1135, 1149
- Hg. Julius 511, 1292
- Hg. Karl Viktor 511, 533, 1292
- Hg. Philipp Magnus 511
- Töchter 1120
- Konflikt mit dem Schmalkaldischen Bund  
(braunschweig. Feldzug und die Folgen)  
86, 87, 92–96, 100, 107, 110, 112, 113,  
127–130, 139, 150, 154, 156, 157, 161,  
169, 224, 234, 240–247, 279, 289, 295,  
297–301, 311, 315, 322, 325, 330, 333,  
336, 374, 392, 397, 415, 416, 421,  
431, 436, 448, 460, 462, 495, 496,  
516, 534, 767–770, 793, 794, 796,  
804, 816, 823, 929, 1107–1158, 1180,  
1181, 1190, 1193, 1194, 1202, 1208–  
1210, 1280, 1296, 1300, 1312, 1316,  
1342, 1373, 1388, 1398, 1436, 1497,  
1498, 1500, 1507, 1521, 1551, 1603,  
1608–1611, 1614, 1615 – siehe auch:  
Braunschweig-Wolfenbüttel, Herzogtum,  
Verhandlungen nach der Eroberung
- Konflikt mit den Städten Goslar und  
Braunschweig 245, 246, 289, 290, 299,  
325, 330, 373, 392, 469, 796, 804, 816,  
933, 950, 1110, 1117, 1118, 1120, 1121,  
1125, 1127–1129, 1134, 1145, 1152,  
1154, 1209, 1210, 1376, 1609
- Braunschweig-Wolfenbüttel, Hgn. Kathari-  
na (von Pommern), Gemahlin Hg. Hein-  
richs I., Mutter der Hgg. Heinrich II., Ge-  
org und Christoph 293, 1156
- Braunschweig-Wolfenbüttel, Hgn. Maria  
(von Württemberg-Mömpelgard),  
Gemahlin Hg. Heinrichs II., Mutter der  
Hgg. Karl Viktor, Philipp Magnus und  
Julius 460, 1109, 1301
- Bremen, Erztift, Ebf. Christoph von  
Braunschweig-Wolfenbüttel, Adm. von  
Verden 295, 501, 511, 523, 533, 701
- Bremen, Hansestadt, Bgm. und Rat 210,  
498, 510
- Bremsberger – siehe: Bentzberg
- Brickel, Dietrich, Gesandter Gf. Philipps von  
Solms am Wetterauer Grafentag in Höchst  
(1542 Nov. 7) 350
- Brie, Magdalen de, S<sup>r</sup> de Serrant, ständiger  
Gesandter des Kg. von Frankreich am Hof  
Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg 230,  
403, 428, 484, 507, 985, 988, 990, 992,  
994, 999, 1007, 1017, 1024, 1026, 1323
- Brixen, Residenz des Fürstbischofs von Brixen  
1089
- Brkiševina/Bergischovina/Brythwychowyna [?],

- befestigter Platz in Slawonien westlich von Petrinja 603
- Brlag/Warlag, befestigter Grenzort in Kroatien zwischen den Festungen Brinje und Otočac 603
- Bruck an der Leitha, Grenzstadt zwischen Österreich und Ungarn 602
- Bruck an der Mur, Pfarre in Österreich unter der Enns 272
- Brück, Dr. Gregor, Kanzler des Kf. von Sachsen 256, 1291, 1370–1373
- Brüssel, Hauptstadt des Herzogtums Brabant 89, 449, 650, 1006, 1010, 1019, 1438
- Brythwychowyna [?] – siehe Brkiševina
- Bucer, Martin, Reformator 536, 1307, 1346
- Buchau am Federsee/Buchen, Reichsabtei (Damenstift), Äbtissin Margarethe II. von Montfort 206, 209, 339, 1556
- Gesandter am RT – siehe: Rast
- Buchau am Federsee, Reichsstadt, Bgm. und Rat (am RT vertreten durch Ulm) 209, 1557
- Buda/Ofen, am rechten Ufer der Donau gelegener Stadtteil von Budapest (ab 1541 türkisch) 171, 297, 321, 356, 602, 623, 688, 726, 727, 778
- Feldlager gegenüber Alten-Ofen – siehe: Pest
- Pascha von Ofen 726
- Gellértberg/St. Gerhardsberg (mit Zitadelle) 726
- Bulach – siehe: Zorn von Bulach
- Burgau, Markgrafschaft (habsburgisch) 670, 1476, 1477, 1482, 1615
- Burget/Borgo Sacco, Ort an der Etsch bei Trient, Flössereihafen (heute Stadtteil Roveretos) 1088, 1091
- Burgund, Haus, Herzogtum, Hgg. 85, 105, 129, 136, 161, 162, 231, 232, 250, 251, 296, 319, 321, 418, 501, 962, 965, 980, 999, 1000, 1001, 1003, 1023, 1024, 1028, 1032, 1038–1042, 1052, 1058, 1065, 1069, 1084, 1085, 1483, 1522 – siehe auch: Karl V., Erblande
- Gesandte am RT – siehe: Maria Kgn., Gesandte
- Burgund, Hg. Karl von Egmond 1060, 1061
- Burgund, Hg. Karl der Kühne 1058–1060
- Burgund, Kriegsvolk, Truppen 105, 126, 153, 160–163, 166, 172, 181, 237, 304, 405, 449, 451, 649, 927, 992, 1000, 1002–1005, 1011, 1012, 1017, 1026, 1030–1032, 1038–1041, 1044, 1063, 1066, 1070, 1307, 1308, 1319, 1365, 1370, 1371, 1424, 1612
- Burgundischer Reichskreis 138, 217, 226, 229, 231, 232, 455, 489, 538, 591, 648–650, 740, 1319, 1323, 1326, 1340, 1401, 1402, 1509, 1523
- Burkhard/Burckhart, Mag. Franz, Gesandter des Kf. von Sachsen (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542 und 1543), Kanzler im eroberten Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel 131, 155, 173, 195, 207, 235, 237–258, 430, 433, 521, 1088, 1091, 1112, 1148–1150, 1289, 1291, 1361, 1367, 1370–1373, 1530, 1617
- Burkhart/Burckhard, Heinrich – siehe: Pappenheim
- Cadolzburg, Sitz der Bgff. von Nürnberg und Residenz der Mgff. von Brandenburg-Ansbach 285, 431, 438–440, 938, 1257, 1417
- Calin – siehe: Châlon-sur-Saône
- Camberg/Camburg – siehe: Comburg
- Cambrai/Camerich, Hochstift, Bf. Robert III. von Croy 702, 999
- Cambrai, Reichsstadt 703
- Cammin, Hochstift, Bf. Erasmus von Manteufel-Arnhausen, Reichsstandschaft 130, 315, 316, 318, 319, 325, 327, 437, 700, 917, 1245, 1248, 1249
- Carlowitz, Christoph von, Gesandter Hg. Moritz' von Sachsen am RT 186, 187, 208, 334–338, 490, 745, 1124, 1234–1237, 1430–1444, 1530, 1531, 1554, 1558
- Carlowitz, Georg von, Onkel Christophs von Carlowitz, Rat Hg. Moritz' von Sachsen, am RT 98, 155–157, 297, 1114, 1382, 1434–1438, 1530, 1531
- Carlsburg – siehe: Cadolzburg
- Castel Porpat [?], Festung der kroatischen Militärgrenze 603
- Castell, Gf. Wolfgang 343
- Cavalli, Marino di, Gesandter der Republik Venedig am RT 631, 633, 1533
- Celle, Residenzstadt der Hgg. von Braunschweig-Lüneburg 286, 291, 1166, 1168, 1172
- Chabot, Philippe de, S<sup>r</sup> de Brion et Aspremont, Admiral von Frankreich 507, 988, 992, 994
- Châlon-sur-Saône/Calin, Fürstentum, Fürst 698
- Châtellerault, Verhandlungen über wechsel-

- seitige Beistandspflicht zwischen Jülich und Frankreich (1541 Juni 19) 998
- Chiemsee, Hochstift, Bf. 706
- Chiemsee, Bf. Dr. Hieronymus Meitting/  
Meittinger/Meuting, Gesandter des Ebf.  
von Salzburg (RT Nürnberg 1542 und  
1543) 264–272, 597, 752, 755, 944, 1531,  
1553
- Chun/Cuen, Johann, Gesandter Gf. Philipps  
von Nassau-Weilburg am Wetterauer  
Grafentag (1542 Nov. 7) 350
- Chur, Hochstift, Bf. Lucius Iter 208, 360,  
423, 425, 535, 641–645, 651, 699, 1554
- Gesandter am RT – siehe: Appetzhofen
- Chur, Ort im Kanton Graubünden 511
- Cicero, römischer Schriftsteller und  
Philosoph 1335
- Ciriacus, Wagenführer der Hgg. von  
Pommern 314
- Coburg, Stadt und Festung in Oberfranken  
195, 390
- Colibre, spanischer Küstenort 227
- Cölln an der Spree, Residenzstadt Kf.  
Joachims von Brandenburg (heute Berlin)  
233, 690
- Colmar, Reichsstadt (Dekapolis, am RT  
vertreten durch Hagenau) 686, 697, 1575
- Comburg/Camberg, Kollegiatstift, Reichs-  
propstei (von Bf. Würzburg eximiert) 130,  
278–280, 418, 703, 1245–1248
- Contarini, Gasparo, Kardinallegat (gest.  
1542) 1300
- Corvey, Reichsabtei, Abt Franz Kettler 208,  
209, 702, 1555
- Gesandte am RT – siehe: Doy, Ruland
- Costentz/Costnitz – siehe: Konstanz
- Crabaten/Krabaten – siehe: Kroatien
- Créange/Créhange – siehe: Kriechingen
- Cremona, Stadt in Italien 527, 1099
- Cronberg, Walther von, Adm. des Hochmeis-  
teramts in Preußen und Deutschmeister  
(gest. 1543 April 4) 130, 284, 332, 881,  
1245, 1256, 1263, 1265, 1266, 1510,  
1520, 1553
- Gesandte am RT 210, 436, 437, 489, 494,  
860, 1429, 1456 – siehe auch: Hausen,  
Schutzbar, Spieß
- Croy, Philippe de, Hg. von Aarschot 1045
- Cruser, Dr. Hermann, ständiger Vertreter  
Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg am  
Hof Kg. Franz' I. von Frankreich 162,  
231, 991, 992, 999, 1000, 1017, 1024,  
1323
- Dalmatien, Küstenregion an der Adria 730
- Damitz, Moritz, designerter Gesandter der  
Hgg. von Pommern (RT Nürnberg 1542)  
314, 315, 317
- Dänemark, Königreich 327, 333, 929, 992,  
994, 999, 1216, 1219, 1221
- Dänemark, Kg. Christian III., Hg. von  
Holstein 129, 329, 333, 464, 465, 499,  
518, 526, 538, 701, 900, 1215–1232,  
1365, 1366, 1372, 1381, 1404, 1478,  
1484, 1611, 1612
- Handelskrieg 1215, 1217–1219, 1478,  
1612
- Konflikt mit Burgund/Habsburg 107, 129,  
156, 253, 296, 323, 336, 461, 464, 465,  
505, 518, 526, 538, 1221, 1512, 1612
- Konflikt mit Hgg. von Pommern – siehe:  
Pommern, Hgg., Konflikt mit Dänemark
- Dänemark, Prinzessin Christina, Tochter  
Kg. Christians II., Nichte Karls V. – siehe:  
Lothringen, Hgn.
- Dänemark, Prinzessin Dorothea, Tochter  
Kg. Christians II. – siehe: Pfalz, Pfgfn.  
Dorothea
- Degenberg, Hn. von 706
- Dekapolis (Zehnstädtebund) – siehe:  
Colmar, Hagenau, Kaysersberg, Landau  
in der Pfalz, Münster im Gregoriental,  
Oberehnheim, Rosheim, Schlettstadt,  
Türkheim, Weißenburg im Elsass
- Dellinghausen, Dr. Konrad, Syndikus und  
Gesandter der Stadt Goslar am RT 1530  
(ermordet) 247, 299, 301, 1127
- Dernotz, Andriasch, Hauptmann in Gran  
729
- Dettelbach, Stadt in Unterfranken 419
- Detzel – siehe: Tetzl
- Deutscher Orden 1258, 1263–1266, 1520,  
1521
- Administrator des Hochmeisteramts und  
Deutschmeister 178, 1176, 1257, 1258,  
1260, 1262, 1263, 1266, 1267 – siehe  
auch: Cronberg
- Ballei Alden-Biesen, Kommende Welheim  
704
- Komtur Hermann Overlacker 704
- Ballei Elsass und Burgund 1556, 1594
- Landkomtur Hans Werner von Reischach  
1556, 1594
- Gesandte am RT – siehe: Hausen,  
Schutzbar, Spieß
- Gesandter am schwäbischen Kreistag –  
siehe: Hausen



- Ballei Franken, Kommende Mergentheim 704
- Komtur Wilhelm Halber von Hergern 704
- Ballei Hessen, Landkomtur von Marburg – siehe: Schutzbar
- Ballei Koblenz 685, 704, 741
- Landkomtur Walther von Heusenstamm 706, 1259, 1556
- Gesandte am RT – siehe: Hausen, Spieß
- Ballei Koblenz, Kommende Köln 704
- Komtur Wilhelm Halber von Hergern 704
- Ballei Sachsen, Kommende Göttingen 704
- Komtur Gerhard Wolff 704
- Komturei Schlochau/Czluchów in Polen, (Bistum Pomerellen) 443
- Deutscher Orden, Konflikt mit Preußen – siehe: Preußen, Hg. Albrecht, Konflikt mit dem Deutschen Orden
- Dhaun/Dhun, Wirich/Weirich V., Gf. zu Falkenstein und Limpurg, H. zu Oberstein 350, 351, 685, 697, 698, 1591, 1556, 1591
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nallingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Landschad von Steinach
- Diepholz, Gf. Friedrich 702
- Dießen/Dissen, Inhaber der Herrschaft 699
- Dietz, Hans, Nürnberger Kreditgeber 1419
- Diffold – siehe: Diepholz
- Dillenburg, Residenz der Gff. von Nassau-Dillenburg 305, 306, 308
- Dillingen, Residenz der Bff. von Augsburg 196
- Dillingen, Zusammenkunft der Hgg. von Bayern mit Hg. Ulrich von Württemberg (1543 Febr. 21) 1125, 1368, 1369, 1519
- Dinkelsbühl, Reichsstadt 548, 555
- Dinkelsbühl, Bgm. und Rat 539, 552, 556, 557, 1557, 1575, 1594, 1602
- Gesandter am RT und am schwäbischen Kreistag 544, 552, 558 – siehe auch: Bauer
- Konflikt mit Wolf Müllner (Nördlingen) 552, 555
- Disentis/Disidis, Reichsabtei, Abt 360, 641–645, 699
- Dolcè, Ort bei Verona 1089
- Doll – siehe: Toul
- Dömös/Domos, Dominikanerkloster bei Esztergom an der Donau 601, 602, 728, 730
- Donau/Thunaw, Fluss (Festungen) 121, 140, 214, 405, 601, 605, 617, 726, 727, 732, 739, 740, 743, 1508, 1539
- Flotte gegen die Türken 355, 607, 608, 619, 630, 729, 732, 1541, 1558
- Donauwörth/Schwäbisch Wörth/Schwäbisch Werd, Reichsstadt 686, 1557
- Donauwörth/Schwäbisch Wörth/Schwäbisch Werd, Bgm. und Rat (am RT vertreten durch Augsburg) 209, 532
- Doria, Andrea, genuesischer Admiral im Dienste Karls V. 227, 1201
- Dortmund, Reichs- und Hansestadt 647, 703
- Doy/Dey, Franz von, Gesandter des Bf. von Münster und des Abts von Corvey am RT 208, 209, 1006, 1391, 1526, 1554
- Drau, Fluss 726
- Draufeld/Pettauer Feld, Flussebene in der Untersteiermark 726
- Dresden, Residenzstadt Hg. Moritz' von Sachsen 88, 172, 334, 338, 1234, 1237, 1238, 1431, 1438
- Drottin – siehe: Trott
- Ducher – siehe: Tucher
- Duisburg, Hansestadt 703
- Düren, Reichsstadt, Feldlager im Geldernfeldzug 703, 1002, 1089
- Düsseldorf, Residenzstadt der Hgg. von Jülich-Kleve-Berg 166, 994, 1089, 1092
- Eberstein, Gf. Wilhelm IV., Kriegsrat des Schwäbischen Reichskreises (Türkenzug 1542), Vormund der jungen Mgff. von Baden 485, 538, 621, 724, 1283, 1456
- Ebner, Erasmus, Nürnberger Ratsherr 577
- Echternach, Reichsabtei 702, 1326
- Konvent 1326
- Eck, Dr. Johannes, Theologe (gest. 1543 Febr. 10) 436, 1435, 1449
- Eck von Randeck, Dr. Leonhard, Rat in Diensten Hg. Wilhelms von Bayern, Gesandter der Hgg. von Bayern am RT 89, 92, 99, 100, 116, 119, 121, 209, 281, 310, 405, 436, 497, 597, 604, 688, 945, 983, 1023, 1091, 11107, 1112, 1113, 1120–1122, 1124, 1128, 1149, 1199, 1240, 1241, 1286, 1289–1291, 1300, 1301, 1311, 1332, 1336, 1337, 1340, 1341, 1347–1350, 1357, 1358, 1363, 1366, 1375, 1376, 1384–1386, 1390, 1394, 1395, 1398, 1399, 1418, 1435, 1451, 1457, 1458, 1461, 1519, 1524, 1526, 1529, 1554, 1558

- Edelmayer, Friedrich, Vorarbeiten zu RTA JR*  
*Bd. XIV* 80, 91, 478, 491, 1363
- Eerer/Ehrer/Eyer/Ayrer – siehe: Erer
- Eger/Erlau, befestigte Stadt im Komitat Heves  
 602, 726, 730, 731
- Egmond, Karl von – siehe: Burgund, Hg.
- Ehinger N., Nürnberger Quartiergeber 204
- Ehinger, Dr. Jakob, Syndikus, Gesandter  
 der Stadt Heilbronn am RT und am  
 schwäbischen Kreistag 131, 527, 529–  
 531, 533–536, 540, 541, 544, 546, 861,  
 875, 877, 1174, 1470, 1478–1480, 1524,  
 1594, 1617
- Berichtsprotokoll 527–546
- Ehinger, Weiprecht, Altbgm. und Gesandter  
 der Stadt Ulm, des Abts von Ursberg und  
 Georg Ludwig von Freibergs am RT, Ge-  
 sandter der Stadt Ulm am schwäbischen  
 Kreistag 209, 471, 1349, 1533, 1556,  
 1557, 1575, 1594, 1602, 1617, 1618
- Eichstätt, Hochstift, Bff. 196, 703, 1171
- Eichstätt, Bf. Moritz von Hutten, Dompropst  
 zu Würzburg 143, 178, 196, 206, 208,  
 616, 983, 1233, 1334, 1338, 1347, 1554,  
 1584
- Gesandte am RT 121, 210, 417, 616,  
 860 – siehe auch: Luchs, Schaumburg  
 (Hans)
- Gesandter am fränkischen Kreistag – siehe:  
 Luchs
- Eidgenossen, Eidgenossenschaft – siehe:  
 Schweiz
- Einbeck, Reichsstadt 509, 536, 1139
- Einbeck, Bgm. und Rat 494, 530, 536, 848,  
 1618
- Gesandter am RT 206, 509, 515, 530,  
 536, 546, 847, 848, 1614 – siehe auch:  
 Ainem
- Einsiedeln, Reichsabtei, Abt 360, 699
- Eisenach, Tagung der Rechtsgelehrten Kur-  
 sachsens, Hessens und Frankfurts (1543  
 Juni) 1609, 1610, 1616
- Eisenburg – siehe: Isenburg
- Eisenstadt, befestigter Ort an der Grenze  
 zwischen Ungarn und Österreich 602
- Eislinger, Balthasar, Gegenschreiber des Ober-  
 rheinischen Kreises 1588, 1589
- Eitingen, Sigmund von (Türkenzug 1542)  
 713
- Elchingen, Reichsabtei, Abt Andreas 209,  
 685, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Pappenheim  
 (Heinrich Burkhart)
- Ellwangen, Fürstpropstei 471
- Ellwangen, Fürstpropst Heinrich, Pfgf. bei  
 Rhein – siehe: Freising, Bf.
- Elsass, Landgrafschaft 390
- Elsass, Reichsritterschaft 665
- Engelhart, Gabriel, Sekretär der Stadt  
 Augsburg 199, 200
- Engelhardt, Simon/Simeon Dr., Prokurator  
 am RKG 516, 1171
- Engelin, Hugo 1489
- England, Königreich 97, 223
- England, Kg. Heinrich VIII. (Tudor) 104,  
 206, 226, 320, 431, 432, 1521
- Gesandte und Agenten am RT 206, 431 –  
 siehe: Mont, Seymour
- Enschringen, Johann von, Kanzler und Ge-  
 sandter des Ebf. von Trier am RT 1320
- Ensisheim, Sitz der Regierung von Vorderös-  
 terreich 360
- Erbach, Gff., Schenken zu 685
- Gesandter am RT und am fränkischen  
 Kreistag – siehe: Has (Joachim)
- Gf. Eberhard XVI. 1557, 1584
- Gf. Georg V. 1557, 1584
- Erer/Ehrer/Ayrer, Dr. Philipp, Gesandter  
 des Hg. von Württemberg am RT und am  
 schwäbischen Kreistag 206, 208, 352–364,  
 419, 443, 456, 534, 1088, 1091, 1534,  
 1555, 1594, 1617, 1618
- Erlach/Erla – siehe: Eger
- Esseg – siehe: Osijek
- Essen, Reichsabtei (Damenstift) 702
- Essen, Erbeinigung zwischen Bf. Franz von  
 Münster und Hg. Wilhelm von Jülich-  
 Kleve-Berg (1541 Aug. 17) 999
- Essen, Niederrheinisch-westfälischer Kreistag  
 (1542 Mai 15) 307, 1000
- Esslingen, Reichsstadt 783, 1212, 1470,  
 1511, 1521, 1616
- Esslingen, Bgm. und Rat (Vollmacht von  
 Schwäbisch Hall) 372–374, 376, 470–478,  
 529, 540, 543, 552, 572, 847, 848, 1349,  
 1470, 1521, 1575, 1594, 1602, 1617
- Gesandte am RT (im Städtausschuss) und  
 am schwäbischen Kreistag 98, 124, 211,  
 372–374, 461, 506, 513, 519, 521, 529,  
 530, 533, 536, 540, 543, 544, 546, 551,  
 552, 564, 567, 847, 848, 1183, 1483,  
 1492, 1513, 1521, 1600, 1616 – siehe  
 auch: Bentzmann, Machtolf
- Konflikt mit Hg. Ulrich von Württemberg  
 218, 363, 364, 372–374, 376, 380, 381,  
 383, 391, 392, 443, 471–478, 513, 519,

- 521, 533, 543, 551, 564, 565, 572, 590, 1512, 1513, 1517, 1600, 1601
- RT-Protokoll 470–478
  - RKG-Prozess Esslingens gegen Wilhelm Rauschers Witwe Ursula 472, 506, 529, 1616
- Esslingen, Reichsregiment 781, 783, 802, 840, 856
- Entwurf des Reichsregiments zur Türkenhilfe (1526 Dez. 11) 359
  - Münzordnung (1524) 359
  - – Pläne zur Verbesserung der Münz- und Polizeiordnung (1543) 262, 288, 289, 316, 318, 325, 326, 338, 359, 391, 892, 893, 896–898, 1551, 1552
- Esztergom/Gran, Festung am rechten Ufer der Donau, Feldlager (Türkenzug 1542), Winterlager der Reichstruppen 1542/1543 85, 93, 97, 103, 122, 135, 141, 142, 144, 149, 157, 159, 169, 173, 212, 214, 217, 240, 242, 277, 354, 355, 383, 398, 418, 455, 489, 529, 584, 589, 592, 596, 601, 602, 615, 619, 687, 693, 694, 724, 725, 728–732, 746, 1360, 1428, 1456, 1509, 1514, 1538
- Etsch, Fluss 1088
- Eucharius, Kanzleiknabe Mgf. Georgs von Brandenburg-Ansbach 285
- Europa 105, 606, 735, 1523, 1540
- Ewald – siehe: Kreutzmacher
- Fachs, Dr. Ludwig, Rat Hg. Moritz' von Sachsen, Jurist an der Universität Leipzig 315
- Falkenberg, Dr. Ludwig, Gesandter Hg. Georgs von Braunschweig-Wolfenbüttel am RT 290, 292–295, 513, 516, 517, 535, 1145–1147, 1156, 1376, 1382, 1614
- Faltermeyer/Valtermeyer, Dr. Johann, Gesandter Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg am RT 206, 303–305, 960, 995, 1002, 1083, 1086–1088, 1090, 1091, 1304, 1321, 1323, 1324, 1434, 1525, 1555
- Farel, Guillaume, protestantischer Prediger aus Metz 466
- Farner, Dr. Georg, Gesandter des Bf. von Würzburg am RT 206, 208, 273–280, 408–419, 663, 1534, 1554
- Farnese, Alessandro, Kurienkardinal 207, 1529
- Fels, Leonhard von, Obersthofmeister Kg. Ferdinands I. (1539–1544), am RT 193, 1341
- Feltheim, Achaz von, Kriegsrat des Niedersächsischen Reichskreises 724
- Ferber, Wolf, Begleiter der Augsburger Gesandten 200
- Ferdinand I., röm. Kg.
- Armada – siehe: Donau, Flotte
  - Erblande und Königreiche 103, 132, 135, 140–142, 144, 163, 204, 267, 323, 336, 598, 599, 607, 608, 618–620, 626, 627, 631, 900, 1079, 1542, 1539, 1541, 1542 – siehe auch: Böhmen, Mähren, Schlesien, Österreich, Ungarn (Kroatien)
  - Geleit zum RT – siehe: Schmalkaldener; Jülich-Kleve-Berg (Hg. Wilhelm)
  - Gemahlin, Söhne und Töchter – siehe: Habsburg, Familie
  - Gesandte bei der Schweizer Tagsatzung in Baden im Aargau (1542 April) 735 – siehe auch: Heggentzer; Hohenzollern (Jobst Nikolaus)
  - Gesandte bei den Wiener Verhandlungen über die Doppelanlage der Bischöfe (1542 Juli) 750 – siehe auch: Beck von Leopoldsdorf, Landau
  - Hof, Hofgesinde 631, 414, 1184, 1440, 1447, 1449
  - Kanzlei – siehe: Habsburg, Kanzlei
  - Kommissare in der Causa Pflug 255 – siehe auch: Brandenburg-Ansbach (Mgf. Georg), Pfgf. Friedrich
  - Königswahl 130, 131, 138, 148, 149, 152, 153, 159, 171, 217, 256, 257, 1009
  - Profos 581
  - Räte am RT 1235, 1237, 1293 – siehe auch: Fels, Gienger, Heuberger, Hofmann, Ilsung, Kinsler, Lamberg, Madruzzo (Hans Gaudenz), Neuner
  - Räte – siehe: Könnertitz (Andreas), Streitberg (Lorenz)
  - Reise zum RT 101
  - Vizekanzler – siehe: Gienger
- Fichard, Dr. Johann, Frankfurter Stadtadvokat und Rechtsgelehrter 1130, 1151–1155
- Fischer/Vischer, Dr. Johann (gen. Walter), Gesandter des Lgf. von Hessen (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542 und 1543) 114, 116, 117, 205, 301, 932–937, 1041, 1127, 1148–1150, 1290, 1333, 1373–1375, 1387–1392, 1395–1401, 1524, 1617
- Fischer, Sebastian, Kanzler und Gesandter Gf. Martins von Oettingen am RT 1556
- Fiskal (ksl.) – siehe: Reichskammergericht Flandern, Grafschaft 1000

- Flatten – siehe: Vlatten
- Fleckenstein, Heinrich von, Frh. zu Dagstuhl, Kriegsrat des Kurrheinischen Reichskreises (Türkenzug 1542) 621, 724, 1361
- Florenz, Stadt in Italien 80
- Forchheim, Tagung der Mgff. von Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Kulmbach (Jan. 1543) 285
- Franciscus N., Supplikant am RT (Türkenzug 1542) 485
- Frank, Hans, Zeugmeister über das Reichsgeschütz (Türkenzug 1542) 717
- Franken, Herzogtum, Bewohner von 435
- Franken, Reichsritterschaft 614, 1547
- Frankenberg, Frauenkloster auf dem Frankenberg in Goslar 1614
- Frankfurt am Main, Reichsstadt, Legstatt 88, 92, 328, 345, 374, 375, 470, 529, 611, 665, 673, 676, 677, 697, 738, 743, 1107, 1151, 1161, 1165, 1168, 1188, 1212, 1229, 1466, 1468, 1470, 1471, 1504, 1511, 1521, 1544, 1587, 1595, 1596, 1599, 1607, 1608, 1613, 1616
- altgläubiger Klerus (Ewigzinsen) 1245, 1250, 1345
- Fastenmesse 315, 1350
- reichsunmittelbare Stifter: Bartholomäus, Leonhard, Liebfrauen 1250
- Frankfurt, Bgm. und Rat (Vollmacht von Wetzlar) 88, 101, 111, 206, 211, 374–376, 466, 487, 489, 505, 569, 640, 660, 661, 672, 770, 848, 1130, 1160, 1168, 1170, 1172–1178, 1189, 1191, 1215, 1245, 1250, 1340, 1471, 1472, 1504–1513, 1517, 1521, 1544, 1575, 1591, 1602, 1617
- Gesandte am RT (im Ausschluß der Städte und der Schmalkaldener) und am ober-rheinischen Kreistag 88, 98, 101, 111, 124, 204, 206, 207, 374–376, 456, 457, 487, 489, 493, 506, 523, 529, 530, 546, 551, 564, 567, 574, 640, 672, 770, 846, 848, 1130, 1151, 1159, 1176, 1183, 1184, 1189, 1191, 1250, 1251, 1333, 1345, 1471, 1472, 1483, 1502, 1504–1513, 1521 – siehe auch: Lamb, Melem
- Schlussrelation 1504–1513
- Kanzlei 865, 1513
- Gesandtschaft zu Kf. Ludwig von der Pfalz 562, 563
- Frankfurt, Friedstand (Anstand) mit den Protestanten (1539 April 19) 776, 777, 796, 799, 812, 878
- Frankfurt, Städtetag (Juli 1543) 574, 1513, 1516
- Frankfurt, Schmalkaldischer Bundestag (geplant für Juni 1543, nach Schmalkalden verlegt) 1414, 1415, 1607, 1608
- Frankfurt, Wahl Karls V. (1519 Juni 28) 1063
- Frankfurt, Wetterauer und oberrheinischer Grafentag (Ausschreiben für 1543 Mai 24) 1468, 1469
- Fränkische Grafen 342, 343
- Gesandter (RT Nürnberg 1542) – siehe: Erasmus von Limpurg
- Fränkische Kreisversammlungen (Abschiede Nürnberg, 1543 Jan. 20 und Febr. 26) 105, 122, 123, 276–278, 358, 410, 415, 455, 544, 588, 592, 608, 739, 741, 1542, 1583, 1584
- Abrechnungen 663, 664, 703–705, 1535, 1583, 1584, 1593
- Gegenschreiber – siehe: West (Sebastian)
- Kriegsrat – siehe: Henneberg-Schleusingen (Gf. Georg Ernst)
- Frankreich, Königreich 162, 333, 390, 432, 436, 735, 736, 970, 971, 973–976, 978, 979, 998, 999, 1041, 1060–1062, 1100, 1302, 1303, 1305, 1312, 1531
- Frankreich, Kg. Franz I. 104, 319, 320, 322, 403, 415, 423, 426, 449, 466, 487, 501, 507, 509, 524, 531, 532, 542, 570, 577, 597, 655, 656, 736, 737, 923, 947, 959, 960, 977, 978, 982, 983, 994, 997, 999, 1000, 1007, 1024, 1026, 1097, 1100, 1295, 1296, 1299–1303, 1305, 1306, 1311, 1313, 1314, 1316–1319, 1324, 1331, 1342, 1346, 1350, 1357, 1371, 1381, 1386, 1395, 1397, 1412, 1435, 1437, 1454, 1458, 1462, 1474, 1481, 1487, 1498, 1509, 1516
- Admiral – siehe: Chabot
- Agent gegen Habsburg (RT Nürnberg 1542) 415, 422, 424, 481, 482, 736, 977, 981, 1303
- Allianzen mit Sultan Süleyman I., Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg, Bf. Franz von Münster gegen Habsburg 103, 125, 146, 156, 162, 230, 231, 277, 284, 422, 428, 437, 507, 542, 587, 588, 649, 928, 929, 959–982, 985, 990–994, 997, 999, 1000, 1006, 1007, 1013, 1017–1020, 1024, 1026, 1027, 1085, 1097, 1098, 1104, 1314, 1319, 1324, 1397, 1526
- Beauftragte am Hof Hg. Wilhelms

- von Jülich-Kleve-Berg – siehe: Brie  
 (Magdalen de), Longueval (S<sup>r</sup> de)  
 – Bote 421, 447, 487, 511, 968  
 – Flotte 422  
 – Gesandte in Konstantinopel 980 – siehe  
 auch: Rincon, Polin  
 – Gesandter in Venedig 422, 481, 980, 981  
 – Gesandtschaft (RT Speyer 1542) – siehe:  
 Olivier  
 – Hof 162, 231, 992  
 – Konflikt mit dem Haus Habsburg 86, 96–  
 99, 106, 107, 135, 137–140, 145, 146,  
 151, 154, 217, 223–227, 229–232, 237,  
 253, 276, 277, 283, 284, 296, 323, 431,  
 454, 482, 515, 523, 649, 650, 652, 656,  
 927, 959–981, 999, 1017, 1097, 1104,  
 1295, 1296, 1299, 1305, 1306, 1389,  
 1395, 1397, 1430, 1435  
 – Kriegsvolk 173, 305, 390, 656, 927, 928,  
 993, 999, 1000, 1077  
 – Schreiben an die Reichsstände und deren  
 Reaktion 398, 399, 415, 421, 422, 448,  
 449, 452, 480–482, 487, 511, 535, 542,  
 588, 959, 968–981, 1303, 1309, 1326,  
 1327, 1451  
 Fregoso, Cesare, Agent des Kg. von Frank-  
 reich (1541 ermordet) 588, 971, 975, 979  
 Freiberg, Georg Ludwig von, Inhaber der  
 Herrschaft Justingen (am RT vertreten  
 durch Ulm) 209, 1557  
 Freising, Hochstift, Bff. 259, 260, 592, 706,  
 737, 747, 754–756, 1521  
 – Domkapitel und Prälaten 751, 757, 758  
 Freising, Bf. Heinrich, Pfgf. bei Rhein, Adm.  
 von Worms, Propst zu Ellwangen 121,  
 143, 178, 259–263, 272, 651, 674, 747–  
 759, 1332, 1353, 1554, 1561, 1590  
 – Gesandter am RT und am fränkischen  
 Kreistag 210, 259–263, 490, 751–759,  
 860, 1508, 1561 – siehe auch: Koch  
 (Werner)  
 – Kanzlei 827  
 – Räte 753, 1521  
 Freising, Bf. Philipp, Pfgf. bei Rhein, Adm.  
 von Naumburg, Vorgänger und Bruder Bf.  
 Heinrichs (gest. 1541) 259  
 Friaul 603, 732  
 Friedberg in der Wetterau, Reichsstadt 699  
 Friedberg in der Wetterau, Ganerbenburg,  
 Ritterschaft 699  
 Friedland, Stadt in der Niederlausitz 331  
 Friedrich III., röm. deutscher Kaiser 1246,  
 1247  
 Friesland, Landschaft, Gff. und Hn. 999,  
 1041  
 Fugger/Fuckher, Augsburgs Kaufmannsfami-  
 lie 360, 471, 1478  
 Fugger, Anton, Augsburgs Patrizier 515–  
 517, 526, 529, 536, 1615, 1616 – siehe  
 auch: Ulm, Bgm. und Rat, Konflikt mit  
 Anton Fugger  
 Fugger, Hans Jakob, Augsburgs Patrizier  
 1337, 1472  
 Fulda, gefürstete Reichsabtei, Abt 685, 696,  
 1590  
 Fünfkirchen – siehe: Pécs  
 Fürstenberg, Gff. 685  
 – Inhaber der werdenbergischen Güter 685  
 Fürstenberg, Gf. Friedrich, Lgf. zu Baar,  
 oberster Feldhauptmann (Türkenzug 1541),  
 ksl. Kommissar (RT Nürnberg 1542 und  
 1543) 148, 219, 221, 270, 339, 340, 343,  
 670, 1557  
 – Gesandter am RT – siehe: Rast  
 Fürstenberg, Gf. Wilhelm, Lgf. zu Baar,  
 deutscher Landsknechtführer (bis 1539  
 in franz. Diensten) 129, 458, 462, 466,  
 495, 508–510, 512, 530, 531, 532, 1180,  
 1296, 1302, 1303, 1475, 1502, 1613  
 – Gesandter am RT 508–510, 512, 530, 531  
 Fürstenberg, Residenz Lgf. Philipps von  
 Hessen 297, 300  
 Gandersheim, Stadt in Niedersachsen 511  
 Gattinara, Mercuriono Arborio di, Großkanz-  
 ler Karls V. (1518–1530) 97  
 Gebwiler, Gervasius, Stadtschreiber und Ge-  
 sandter der Stadt Schlettstadt am RT 384  
 Geiger, Jakob, Straßburger Ratsherr 1517  
 Geiger, Mathis, Straßburger Ratsherr 1517  
 Geldern, Herzogtum 146, 151, 225, 226,  
 251, 354, 403, 451–453, 540, 543, 544,  
 573, 588, 650, 929, 985–987, 990, 994,  
 997, 998, 1001, 1017, 1018, 1020, 1021,  
 1023–1025, 1027–1031, 1033, 1034,  
 1036–1038, 1042–1044, 1051, 1054,  
 1057, 1058, 1060, 1065, 1066, 1068,  
 1069, 1071, 1092, 1304, 1305, 1328,  
 1329, 1371, 1393, 1397, 1435, 1442,  
 1484, 1487 – siehe auch: Jülich-Kleve-  
 Berg, Hg. Wilhelm  
 Geldernkonflikt/Krieg in Jülich zwischen dem  
 Haus Habsburg (Karl V., Kgn. Maria) und  
 Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg 80,  
 86, 90, 92, 98, 103, 106, 107, 113–115,  
 117, 118, 125–127, 130, 133, 136, 138,

- 139, 151–154, 156, 1595–163, 169, 181, 217, 225, 227, 230, 231, 233, 237, 253, 256–258, 277, 291, 299, 301, 311, 323, 331, 336, 367, 374, 402, 403, 405, 416, 428, 431, 432, 436, 443, 446, 449–456, 474, 479, 484–486, 491, 507, 510, 520, 523, 538, 539, 573, 587, 649, 650, 927–930, 942, 943, 947, 959–967, 979, 980, 985–1105, 1245, 1291, 1294–1296, 1299, 1304, 1305, 1307, 1309, 1313, 1316, 1319, 1326, 1342, 1352, 1363, 1370–1373, 1384–1386, 1398, 1401, 1403, 1430, 1434, 1457, 1519, 1520, 1522, 1523, 1525, 1529
- Ausschuss zum Geldernkonflikt –  
siehe: Nürnberg, RT 1543, Ausschüsse (Geldernkonflikt)
- Friedensinitiative der Reichsstände 86, 92, 126, 127, 181, 333, 407, 419, 427, 428, 436, 449, 451–456, 485–488, 519, 520, 524, 537–541, 543, 544, 559, 588, 943, 950, 983, 985–987, 1016, 1021–1025, 1028–1040, 1046–1049, 1052–1054, 1087, 1308, 1314, 1329, 1330, 1385, 1386, 1389, 1393, 1423, 1442, 1463, 1483–1490, 1493, 1525 – siehe auch: Aachen, Löwen, Maastricht
- Lösungsvorschläge 126, 127, 986
- Geldern als brabantisches Aferlehen 126, 986, 1041, 1042, 1057, 1058, 1059, 1065, 1066, 1068, 1069, 1442
- Hessische Vorschläge 1041–1043, 1064, 1101
- Kursächsische Vorschläge 1057
- Restitution Gelderns an Karl V. 126, 986, 1025–1027, 1036, 1051, 1054, 1066, 1309, 1327, 1393, 1397, 1442
- Restitution oder Sequestration der eroberten Plätze 127, 1066, 1070, 1071, 1073–1077, 1080, 1081, 1089, 1090, 1092, 1098, 1100, 1314, 1317
- Sequestration Gelderns und Zutphens 126, 986, 1029–1032, 1034, 1043, 1044, 1055, 1100, 1330, 1393, 1398
- Verzicht auf Kooperation mit Frankreich 1041, 1064, 1068, 1073, 1074, 1076, 1089, 1092, 1100, 1314, 1317
- Verhandlungen für einen Waffenstillstand 126, 127, 986, 987, 1042, 1043, 1046, 1047, 1059, 1065–1087, 1317, 1318, 1417, 1426, 1466, 1494, 1499, 1511, 1515, 1516, 1522, 1525
- Waffenstillstand (1543 April 28) und Folgen 1087–1105, 1304, 1414, 1511, 1516, 1525
- Gelnhausen, Reichsstadt 705, 741
- Gelnhausen, Ganerbenburg, Ritterschaft 699, 706
- Gemel, Dr. Johann, Nürnberger Jurist (im Städteausschuss) 548, 550, 551, 568, 569, 1595, 1596
- Gemmingen, Weirat von, schwäbischer Reichsritter, Leutnant unter Christoph von Landenberg 497, 498
- Genf, Hochstift, Bff. 698
- Gent, Stadt in Flandern 230, 990, 994, 1321 – Aufstand (1537–1540) 971, 975
- Gent, Verhandlungen Karls V. und Kg. Ferdinands mit Hg. Wilhelm von Jülich betr. Geldern (April 1540) 428, 450, 928, 929, 1051, 1053
- Genua, Hafenstadt in Italien 135, 147, 158, 170, 205, 1088, 1089, 1096, 1201, 1203, 1309–1311, 1449, 1512
- Georg (Bruder, Frater) – siehe: Martinuzzi
- Gera, Herrschaft, Hn. 700
- Gerhardt, Johann, Statthalter in Bélis, Sekretär und Gesandter des Bf. von Metz, Toul und Verdun am RT und am oberrheinischen Kreistag 208, 653, 1347, 1554, 1591
- Gernrode, Reichsabtei (Damenstift), Äbtissin Anna I. von Plauen 700
- Geroldseck – siehe: Hohengeroldseck
- Geuder, Hans, Nürnberger Ratsherr 577
- Ghogreff, Dr. Johann, Kanzler von Jülich-Kleve-Berg 996
- Gich, Sebastian von, Gesandter Lgf. Georgs von Leuchtenberg am RT 1555
- Giengen, Reichsstadt (am RT vertreten durch Ulm) 686
- Gienger, Dr. Georg, Vizekanzler Kg. Ferdinands, am RT 141, 143, 174, 182, 399, 410, 412, 424, 438, 439, 466, 468, 471, 472, 482, 490, 498, 656, 727, 1235–1237, 1250, 1260, 1341, 1342, 1360, 1361, 1362, 1409, 1526
- Gilch – siehe: Jülich
- Glabach, Stadt im Herzogtum Berg 1008, 1011
- Gleichen, Gff. 700
- Gmunden, Stadt in Österreich ob der Enns 729
- Gmünd – siehe: Schwäbisch Gmünd
- Gnipping, Matthias, Gesandter der Stadt Göttingen am RT 1618

- Gobel/Göbel, Jakob, Gesandter der Stadt Schweinfurt am RT 209
- Gobel/Göbel, Martin, Gesandter der Hansestadt Hamburg am RT 1524, 1617
- Goltrich, Konrad, Gesandter der Stadt Ravensburg am RT und am schwäbischen Kreistag 382, 670–672, 1470, 1529, 1557, 1575, 1594, 1602
- Görz, gefürstete Grafschaft, Gesandtschaft am RT 84, 398, 591, 625–631, 1538
- Görz/Gorizia/Gorica, Festungsstadt in Friaul 603
- Goze, Abtei und Ort bei Metz (Wilhelm von Fürstenberg) 466, 546, 1502
- Goslar, Reichsstadt 174, 289–291, 299, 301, 302, 395, 397, 701, 777, 796, 811, 1127, 1131, 1134, 1139, 1150, 1155, 1209–1211, 1213, 1336, 1376, 1493, 1512, 1609, 1610, 1614
- Acht 246, 933, 1128, 1134
- Goslar, Bgm. und Rat 210, 848, 1171, 1150, 1213, 1575, 1602, 1617, 1618
- Gesandter am RT 206, 211, 469, 470, 515, 525, 539, 576, 847, 848, 1614 – siehe auch: Koch (Johann)
- Konflikt mit Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel – siehe: Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich, Konflikt mit den Städten Goslar und Braunschweig
- Göttingen, Kommende – siehe: Deutscher Orden, Ballei Sachsen
- Göttingen, Stadt (Hgg. von Braunschweig) 657, 701, 1607
- Göttingen, Bgm. und Rat 848, 1617, 1618
- Gesandter am RT 206 – siehe auch: Gnipping
- Gotzmann, Cuntz, Kriegsrat des Obersächsischen Reichskreises (gest. während des Türkenzugs 1542) 173, 241, 320, 724
- Gradisca d'Isonzo/Gradisče ob Soči/Gradisch, Festungsstadt im östlichen Friaul 603
- Grafeneck, Klaus von, schwäbischer Kreiseinnehmer 667
- Graff/Graf, Wolf, Bgm. und Gesandter der Stadt Nördlingen am RT und am schwäbischen Kreistag 381, 382, 947, 1470, 1527, 1557, 1575, 1594, 1602
- Gran – siehe: Esztergom
- Granvelle/Granvella, Nicolas Perrenot de, Generalorator Karls V. für Italien und Deutschland, am RT 86, 88, 96, 97, 99–101, 126, 131, 135, 145–147, 158, 170, 171, 198, 203, 205, 207, 212, 222–230, 256–258, 399, 404, 411, 415, 416, 421, 423, 428, 431, 435, 438, 439, 444, 450, 451, 453, 454, 456, 474, 478, 480, 482, 486–488, 497, 511, 519, 520, 535, 539, 540, 543, 544, 559, 582, 621, 649, 650, 789, 881, 916, 942–944, 959, 960, 977–981, 985–988, 994, 995, 997, 1010, 1013, 1047, 1057, 1058, 1086, 1099, 1109, 1128, 1178, 1184, 1278, 1284, 1286, 1293–1326, 1328–1331, 1334, 1335, 1337, 1339, 1340, 1343–1348, 1350, 1361, 1366, 1395, 1398–1401, 1405–1408, 1418, 1419, 1434, 1435, 1437–1439, 1457, 1472–1475, 1484, 1486, 1490, 1491, 1519, 1522, 1523, 1526, 1529
- Hofgesinde 418
- Sekretär – siehe: Kegel
- Vortrag vor den Reichsständen und reichsständische Antwort 97, 102, 103, 107, 109, 117, 125, 223, 368, 398, 413, 446, 451, 454, 479, 523, 558, 569, 570, 587, 597, 959–967, 982–984, 995, 1098, 1234, 1237, 1240, 1294–1296, 1311, 1313, 1314, 1331, 1346, 1366, 1416, 1434, 1448, 1509, 1516
- Verhandlungen mit den kursächsischen und hessischen Gesandten 97, 113–116, 120, 520, 854, 922–936, 1297, 1302, 1363, 1370–1375, 1387–1392, 1405
- Verhandlungen zum Geldernkonflikt und zum Waffenstillstand 1023–1028, 1034–1037, 1041–1043, 1046–1055, 1058–1062, 1065–1067, 1071–1073, 1075–1092, 1096–1099, 1101, 1102, 1294, 1311, 1314, 1315, 1317, 1318, 1414, 1423, 1426, 1428, 1442, 1443, 1463, 1488, 1525
- Verhandlungen mit den Gesandten der Stadt Augsburg 1486–1489, 1498
- Granvelle, Antoine Perrenot de, Bf. von Arras, ältester Sohn von Nicolas de Granvelle, am RT 101, 444, 1529
- Granvelle, Thomas Perrenot de, H. von Chantonnay, Sohn von Nicolas de Granvelle, am RT 444
- Grempp, Dr. Ludwig, Advokat und Rechtsgelehrter, Gesandter der Stadt Straßburg am RT 124, 385, 548, 551, 561, 568, 569, 589, 635, 1204, 1512, 1562, 1575, 1595, 1596, 1602, 1611, 1617
- Griechen/Kriechen 354

- Griechisch Weissenburg – siehe: Belgrad
- Gropper, Dr. Gotthard/Godart/Godefrid, Gesandter Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg am RT 303–304, 1002, 1099, 1090, 1091, 1304, 1525, 1555
- Grundherr/Grunther, Paul, Nürnberger Ratsherr 187, 191–193, 577
- Grüninger, Dr. Joachim, Gesandter Gf. Jakobs von Zweibrücken-Bitsch und Hg. Antons von Lothringen (RT Nürnberg 1542) 661
- Gudensberg, Stadt in der Landgrafschaft Hessen 1041
- Guise, Hgg./ducs de, Claude und François, französisch-lothringische Truppenführer 466, 546, 1502
- Gumpenberger, Henslein, Proviantmeister (Türkenzug 1542), in Diensten der Hgg. von Bayern 716, 1376
- Gundelfingen, Frh. Schweicker von 339, 1557
- Gesandter am RT – siehe: Rast
- Gundelfingen, Konrad, Bgm. und Gesandter der Stadt Nördlingen am RT 339, 381, 382
- Gunterrodt, Dr. Tielemann, Gesandter des Lgf. von Hessen am RT 301, 1333, 1524, 1617
- Günzburg, Herrschaft 670
- Gutenzell, Reichsabt (Zisterzienserinnen), Äbtissin Maria I. von Landenberg 685
- Habsberg, Walter von, Reichsritter, Pfennigmeister und Kriegskommissar (1543/1544) 743
- Habsburg, Familie/Haus Österreich/Casa de Austria 100, 104–107, 109, 120, 130, 218, 301, 333, 387, 399, 443, 471, 482, 497, 614, 620, 656, 658, 735, 736, 749, 758, 929, 959, 970, 981, 994, 998, 1001, 1007, 1243, 1498, 1522, 1531, 1546 – siehe auch: Kg. Ferdinand I., Karl V., Kgn. Maria von Ungarn
- Ehg. Ferdinand, Sohn Kg. Ferdinands, am RT 101, 186, 203, 207, 408, 409, 411, 419, 439, 444, 1321, 1334
- Ehg. Maximilian, Sohn Kg. Ferdinands, am RT 101, 186, 203, 207, 408, 409, 411, 419, 439, 444, 1321, 1334
- Ehg. Philipp, Sohn Ks. Maximilians I. – siehe: Spanien, Kg. Philipp I.
- Ehg. Philipp, Sohn Ks. Karls V. – siehe: Spanien, Infant
- Ehgn. Elisabeth, Tochter Kg. Ferdinands – siehe: Polen
- Familienkorrespondenz zwischen den habsburgischen Geschwistern 80, 82, 83, 87, 88, 90, 95–97, 103, 136–140, 144–148, 157, 158, 170, 171, 1294, 1298, 1299, 1310, 1522, 1523
- Kgn. Anna (von Böhmen und Ungarn), Gemahlin Kg. Ferdinands I. 204, 205
- Kanzlei (ksl. und kgl. Aktenüberlieferung, Akten Kgn. Marias) 87, 89, 410, 418, 850, 1151, 1382
- Konflikt mit Frankreich – siehe: Frankreich, Kg. Franz I., Konflikt mit Habsburg
- Konflikt mit Hg. Wilhelm V. von Jülich-Kleve-Berg – siehe: Geldernkonflikt
- Hag/Haag, Grafschaft, Gff. 686, 706
- Gf. Ladislaus, Hauptmann (Türkenzug 1541) 681
- Hagenau/Haguenau, Reichsstadt 586, 686, 697, 1563
- Hagenau/Haguenau, Städte der Landvogtei (Dekapolis): Colmar, Hagenau, Schlettstadt, Weißenburg im Elsass/am Rhein, Landau in der Pfalz, Oberehnheim, Rosheim, Kaysersberg, Türckheim, Münster im Gregoriental) 586, 635–640, 1355, 1563, 1575, 1591, 1602
- Hagenau/Haguenau, Bgm. und Rat (Vollmacht der Städte der Landvogtei Hagenau) 635–640, 1575, 1591, 1602
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag 210, 541, 542, 561, 635–640, 1355, 1562, 1569 – siehe auch: Stemler
- Hagenau/Haguenau, Religionsgespräch (1540) 777
- Hain, thüringische Ortschaft bei Gera 1291
- Haintz/Heintz – siehe: Hirn
- Halber von Hergern, Wilhelm, Komtur der Kommenden Mergentheim und Köln 704
- Halberstadt, Hochstift, Bff. 295, 685, 1587
- Halberstadt, Adm. Albrecht von Brandenburg – siehe: Mainz, Ebf.
- Halberstadt, Niedersächsischer Kreistag (Abschied 1542 Nov. 6) 646
- Hall (am Kocher) – siehe: Schwäbisch Hall
- Haller, Martin, Nürnberger Stadtrichter, Quartiergeber 456
- Haller, Sebald, Ratsherr und Gesandter der Stadt Nürnberg am RT und am fränkisdhen Kreistag, reichsstädtischer Rat in Regensburg 546, 553, 555, 566, 576–579, 581, 692, 1557, 1575, 1584, 1602



- Hamburg, Reichs- und Hansestadt 701, 1407, 1524
- Hamburg, Bgm. und Rat 210, 848, 1171, 1524, 1617
- Gesandter am RT 515, 847, 848, 1524 – siehe auch: Gobel
- Hamburg, Vertrag zwischen Pommern und Dänemark (1542 Aug. 27) 329, 499, 500, 505, 1215, 1217, 1219, 1224, 1226, 1611
- Han, Michel, Straßburger Syndikus, Gesandter der Stadt Straßburg am RT (im Städteausschuss) 384–393, 551, 1130–1132, 1532, 1575, 1591, 1602, 1617
- Hanau, Grafschaft, Gff. 685, 1448, 1466
- Befehlshaber der Wetterauer Grafen 345, 1467
- Sekretär der Wetterauer Grafen – siehe: Steindecker
- Verwaltungssitz der Wetterauer Grafen 89, 197, 306, 350, 1465
- Hanau-Lichtenberg, Gf. Philipp IV. 350, 351 685, 697, 1556, 1591
- Gesandter am RT, am oberrheinischen Kreistag und am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Nellingen
- Hanau-Münzenberg, Gff.
- Gf. Balthasar (gest. 1534) 697
- Gf. Philipp II. (gest. 1529) 697
- Vormünder der jungen Gff. (= Kinder Gf. Philipps II. von Hanau-Münzenberg) 350, 351, 697, 1591 – siehe auch: Nassau-Dillenburg (Gf. Wilhelm), Solms-Lich (Gf. Reinhard)
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nellingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Knebel, Steindecker
- Hanen, H. von der, Hauptmann im Dienst Kgn. Marias (Krieg gegen Jülich 1543) 961
- Hannover, Stadt (Hgg. von Braunschweig) 88, 1139
- Hannover, Bgm. und Rat 848
- Gesandter am Schmalkaldischen Bundestag 494
- Hans N., Barbier, Bader (Meister) 1258
- Hanse/Hansestädte 174, 245, 287, 290–292, 387, 397, 591, 615, 646–648, 1213, 1548
- Hanxler/Hauxelter/Hanxleden, westfälisches Adelsgeschlecht mit Stammsitz Hanxleden (heute Ortsteil von Schmallingenberg im Hochsauerlandkreis) 1005
- Hanxler/Hauxelter/Hanxleden, Rittmeister im Dienst Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg (Türkenzug 1542) 1005
- Harba, Bartholomäus, Hauptmann in Gran 729
- Harderwick/Harderwijk, Hanse- und Hafenstadt in Geldern 1030
- Hartheim, Bernhard von, Rat und Gesandter des Kf. von Mainz und Ebf. von Magdeburg am RT und am Nürnberger Bundestag, reichsständischer Rat in Regensburg (Post aus dem Feldlager) 207, 692, 1553, 1584, 1585, 1587
- Hartmann, Georg, Nürnberger Berichterstatler (Hg. Albrecht von Preußen) 1528
- Harzburg, Burg in Niedersachsen bei Goslar 1615
- Harzgebirge 1614
- Harzgrafen 342, 700, 1443
- Has, Dr. Degenhard, Gesandter des Kf. von Köln am RT 1088, 1091, 1553
- Has von Laufen, Dr. Heinrich, Kanzler und Gesandter des Kf. von der Pfalz am RT 208
- Has/Haß, Joachim, Sekretär, Gesandter der Gff. von Erbach am RT und am fränkischen Kreistag 1557, 1584
- Hattstein, Johann VI. von – siehe: Johanniterorden
- Hattstein, Konrad von, Hauptmann und oberster Wachtmeister der berittenen Truppen (Türkenzug 1542, Krieg gegen Jülich 1543) 708, 961
- Hausen, Endres von, Gesandter Mgf. Georgs von Brandenburg am RT 285
- Hausen, Dr. Reinhard von, Gesandter des Hoch- und Deutschmeisters und der Balleien Elsass-Burgund und Koblenz am RT, Gesandter Schutzbars am fränkischen Kreistag, Gesandter der Ballei Elsass-Burgund am schwäbischen Kreistag 289, 1258, 1259, 1262–1267, 1520, 1521, 1554, 1556, 1584, 1594
- Havelberg/Havelburg, Hochstift, Bff. 700
- Heggbach/Heckbach, Reichsabtei (Zisterzienserinnen), Äbtissin 685
- Heggentzer, Melchior von, Gesandter Kg. Ferdinands bei der Schweizer Tagsatzung in Baden im Aargau (1542 April) 735
- Heideck, Georg von, Oberstleutnant über ein Regiment Reiter (Türkenzug 1542) 432, 433, 665, 666, 687, 707, 716, 1521
- Heidelberg, Residenzstadt der Kff. von der Pfalz 98, 562, 719, 1243, 1319,

- Heilbronn, Reichsstadt 395, 1212, 1524  
 – Kloster 522  
 Heilbronn, Bgm. und Rat (Vollmacht von Wimpfen für Reichsangelegenheiten, in Städteangelegenheiten vertreten durch Ulm) 131, 209, 516, 529–531, 544, 546, 848, 1174, 1478–1480, 1524, 1533, 1557, 1561, 1594, 1617  
 – Gesandter am RT und am schwäbischen Kreistag 98, 211, 496, 506, 522, 529, 847, 848, 1183, 1483, 1492, 1524 – siehe auch: Ehinger (Jakob)  
 – Berichtsprotokoll – siehe: Ehinger (Jakob)  
 Heinsberg, Festung und Stadt in Jülich-Berg (im Krieg 1543 zerstört) 395, 1002, 1042, 1070, 1071, 1073, 1074, 1098, 1100, 1314  
 Hel, Dr. Konrad, Augsburger Stadtadvokat 1165, 1184, 1195, 1477, 1478  
 Held, Dr. Matthias, Reichsvizekanzler (bis April 1541) 1128  
 Helfenstein, Gf. Ulrich 339, 685, 1557  
 – Gesandter am RT – siehe: Rast  
 Helfmann, Lic. Johann, Prokurator am RKG 496, 1171, 1376, 1379, 1382  
 Helmann/Helman, Lic. Johann, Kölner Stadtschreiber, Gesandter der Stadt Köln am RT 1575, 1602  
 Helmstatt/Helmstett, Philipp Jakob von, Reichsritter, Gesandter des Bf. von Metz, Toul und Verdun am RT und am ober-rheinischen Kreistag 205, 208, 653, 1320, 1347, 1554, 1591  
 Helmstedt, Niedersächsischer Kreistag (Abschied 1542 Juni 2) 646, 647  
 Henfling/Henffler, Michel, Würzburger Silberbote 410, 412, 413  
 Henlein, Würzburger Beibote 410  
 Henneberg-Aschach-Römhild, Gff. Berthold und Albrecht 704, 705  
 Henneberg-Schleusingen, Gf. Georg Ernst, Kriegsrat des Fränkischen Reichskreises 410, 663, 724, 1583  
 Henneberg-Schleusingen, Gf. Wilhelm IV. 167, 168, 704, 705  
 Herbrodt, Jakob, Augsburger Ratsherr 1472  
 Herd, Jorg von, Untermarschall Johann Hilchens (Türkenzug 1542) 708, 716, 723  
 Heresbach, Dr. Konrad, Erzieher und juristischer Berater Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg 453, 998  
 Herford, Reichsabtei (Damenstift) 702  
 Herford, Reichsstadt 703  
 Hersfeld, Reichsabtei 685, 698  
 Hertogenrade/Hertzogenrode, Herrschaft und Stadt im Burgundischen Reichskreis 1075, 1080  
 Herwart, Georg, Altbgm. von Augsburg 201, 1337  
 Herwerden – siehe: Herford  
 Hess, Cuntz, Würzburger Silberbote 413, 416  
 Hessen, Landgrafschaft, Lgff. 181, 312, 1233, 1341, 1607  
 Hessen, Lgf. Philipp I., Bundeshauptmann des Schmalkaldischen Bundes 83, 86, 88, 91, 92, 97, 98, 103, 106, 107, 114, 116, 123, 125, 135, 136, 139, 143, 148, 150, 152, 153, 158, 160, 161, 165, 166, 168, 173–176, 178, 180–182, 206, 234, 235, 240–242, 252, 258, 279, 289, 293, 296–302, 333, 363, 370, 371, 372, 374, 396, 416, 424, 431, 436, 448, 449, 461, 462, 464, 466, 476, 492, 493, 496–498, 500, 501, 507, 510–512, 516, 518, 522, 523, 526, 537, 538, 540, 674, 675, 677, 678, 696, 698, 765, 781, 783, 793, 802, 847, 854–857, 900, 932–937, 951–957, 977, 985, 986, 992, 993, 1000, 1001, 1010, 1011, 1015, 1027, 1041–1043, 1045, 1055, 1057, 1074, 1075, 1096, 1101, 1103, 1107, 1112, 1114, 1123, 1124, 1126–1150, 1154–1157, 1161, 1162, 1165, 1169, 1176, 1188, 1190, 1198, 1209–1214, 1216, 1223, 1226, 1228, 1229, 1231, 1256, 1257, 1261, 1280, 1283, 1289–1292, 1296, 1297, 1299, 1301, 1302, 1312, 1315, 1316, 1320, 1322, 1333, 1336, 1348–1350, 1364–1366, 1368, 1369, 1372–1392, 1394–1401, 1403, 1405, 1407–1409, 1411–1415, 1421, 1428, 1435, 1436, 1458, 1475–1479, 1520, 1524, 1530, 1531, 1589, 1590, 1607, 1612, 1613, 1616, 1617 – siehe auch: Schmalkaldischer Bund, Bundeshauptleute  
 – Gesandte am RT 98, 100, 101, 109, 110, 113, 115–119, 123, 174, 182, 203–207, 211, 241–244, 247, 252, 282, 283, 296–302, 333, 368, 397, 424, 429, 431, 432, 434, 436, 441, 442, 448, 457–459–461, 464, 493, 496, 497, 500–502, 506, 507, 510–513, 517–520, 523, 526, 527, 531, 533, 534, 537, 546, 554, 665, 674, 675, 677, 770, 844–847, 854, 916, 930, 938, 977, 986, 1015, 1027, 1041–1043, 1096,

- 1108, 1112, 1120, 1126–1130, 1148–1151, 1159, 1165, 1176, 1196, 1198, 1221, 1223, 1228, 1257, 1261, 1289, 1291, 1297, 1301, 1302, 1312, 1316, 1320, 1333, 1339, 1349, 1364–1366, 1368, 1369, 1378, 1380, 1382–1387, 1394, 1407–1409, 1411–1414, 1417–1419, 1421, 1435, 1436, 1440, 1455, 1473, 1480, 1483, 1502, 1503, 1507, 1515, 1524, 1536, 1589, 1607, 1614 – siehe auch: Aiting, Fischer (gen. Walter), Gunterrodt (Tielemann), Schweinsberg (Rudolf Schenk von)
- Gesandte bei den Verhandlungen für einen Waffenstillstand Burgund-Jülich (Aachen 1543 Jan./Febr.) 1010–1012, 1014, 1018, 1019, 1055, 1297, 1328, 1329, 1342
- Bündnis von Kursachsen und Hessen mit Bayern – siehe: Bayern Hgg., Bündnis mit Kursachsen und Hessen
- Kanzlei 907
- Konflikt mit Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel – siehe: Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich, Konflikt mit dem Schmalkaldischen Bund
- Heu, Kaspar/Gaspard von, evangelischer Schöffenmeister der Stadt Metz 466, 504, 505, 528, 1613
- Heuberger, Leopold, Kammerfurier Kg. Ferdinands 186, 187, 203
- Heusenstamm, Walther von – siehe: Deutscher Orden, Ballei Koblenz
- Hewen/Hohenhewen, H. von 699
- Hieronymus, Schreiber des Bf. von Straßburg am RT 196
- Hilchen/Hilchin/Hulchen von Lorch/Lerch, Johann, Feldmarschall (Türkenzug 1542) 398, 426, 447, 475, 480, 485, 489, 512, 531, 536, 665, 671, 672, 676, 687, 688, 690, 707, 710, 715–717, 720, 722, 723, 1450
- Hildesheim, Hochstift, Bff. 130, 298, 299, 498, 499, 514, 701, 891, 1139, 1142, 1497, 1524 1551
- Domkapitel, Klerus 1136, 1138, 1140, 1142, 1143
- Kollegiatstift Sankt Mauritius auf dem Zierenberg (Uffm Berge) 295, 1146, 1147
- Kollegiatstift Zum Heiligen Kreuz 295, 1146, 1147
- Stiftsfehde 295, 542, 1136, 1141
- Hildesheim, Bf. Valentin von Teteleben, am RT 80, 84, 88, 98, 116, 118, 130, 206, 208, 210, 295, 401–403, 412, 415, 423, 424, 498, 513, 542, 589, 725, 737, 772, 786, 860, 891, 901, 944, 960, 968, 1107, 1136–1144, 1245, 1275, 1327, 1332, 1336, 1342, 1359–1362, 1456, 1497, 1524, 1525, 1529, 1536, 1551, 1553
- Berichtsprotokoll 395–407
- Bevollmächtigter (nach Abreise Bf. Valentins) – siehe: Katzmann
- Hildesheim, Hansestadt 130, 331, 376, 377, 499, 1138–1140, 1142, 1143, 1401, 1525, 1529, 1617
- Hildesheim, Bgm. und Rat 295, 376, 377, 423, 424, 1139, 1140, 1143, 1525, 1617
- Gesandte am Schmalkaldischen Bundestag 1139 – siehe auch: Blome, Leist
- Hiltner, Dr. Johann, Gesandter der Stadt Regensburg am RT (im Städteausschuss) 551, 1557
- Hirn, Haintz/Heintz, Würzburger reitender Bote 408, 412, 415–417
- Hirnheim, Eberhard von, Salzburger Domherr, Gesandter des Ebf. von Salzburg und des Propsts von Berchtesgaden am RT 264–272, 752, 1553, 1555
- Hirsfeld/Hirschfeld – siehe: Hersfeld
- Hochburgund 391
- Hochkönigsburg/Hohkönigsburg/Haut-Koenigsbourg, Inhaber 698
- Höchst am Main, Wetterauer und oberrheinische Grafentage 1469
- Abschied 1542 Nov. 7 197, 344–351, 1446
- Abschied 1543 März 13 197, 1450, 1534
- Höchststadt/Höchstädt an der Aisch/Hoestett, Stadt in Mittelfranken 408, 419
- Hoesteden, Werner von, Hofmeister und Amtmann zu Grevenbroich, Gesandter Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg am RT 303–304, 1043, 1088, 1090, 1091, 1100, 1101, 1304, 1525, 1555
- Hofmann, Hans/Johann, Frh. zu Grünbüchel und Strechau, Kämmerer und geheimer Rat Kg. Ferdinands, am RT 131, 136, 153, 155, 159, 163, 164, 256–258, 437, 438, 439, 755, 1009, 1367, 1435
- Hohe Pforte, Sitz der osmanischen Regierung, Sultanspalast in Konstantinopel 422, 971
- Hohenfels-Reipoltskirchen, Johann von 1556, 1591
- Hohenfels-Reipoltskirchen, Wolf von 697, 698

- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nellingen  
 Hohengeroldseck, Frhn. von 685  
 – Gesandter am RT – siehe: Rast  
 Hohengeroldseck-Sulz, Frhn. von  
 – Frh. Gangolf II. 1557  
 – Frh. Walter 1557  
 Hohenheben – siehe: Hewen  
 Hohenkönigsberg – siehe: Hochkönigsburg  
 Hohenlohe, Gff. 457, 492, 493, 1159, 1161–1163, 1171, 1176, 1190, 1479  
 – Konflikt mit Schwäbisch Hall – siehe: Schwäbisch Hall, Bgm und Rat, Konflikt mit den Gff. von Hohenlohe  
 Hohenlohe-Neuenstein, Gff.  
 – Gf. Albrecht III. 705  
 – Gf. Georg 705  
 Hohenlohe-Schillingfürst, Gf. Wolfgang/Wolf 705  
 Hohenstein zu Vierraden, Gff. 700  
 Hohenzollern – siehe: Brandenburg, Haus  
 – Gf. Jobst Nikolaus 339, 735, 1557  
 – Gesandter am RT – siehe: Rast  
 – Gf. Karl I. 360  
 Hohnstein/Honstein, Grafschaft, Gff. 700  
 – Gf. Ernst 303, 1556  
 – Gesandter am RT – siehe: Spedt  
 Holland, Grafschaft (Teil der Niederlande) 327, 526, 1217  
 Holstein, Herzogtum, Hgg. 1221 – siehe auch: Dänemark  
 Holstein, Hg. Friedrich von 701  
 Holstein, Dr. Nikolaus, Gesandter Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg am RT 208, 286–292, 535, 845, 1165, 1166, 1168, 1520, 1555, 1614, 1617, 1618  
 Holzhausen, Justinian von, Gesandter der Stadt Frankfurt (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542) 375, 660  
 Holzminden, Stadt in Niedersachsen 1283  
 Holzschuher, Hieronymus, Ratsherr und Gesandter der Stadt Nürnberg am RT, Bundesrat des Neunjährigen ksl. Bundes 546, 576, 578, 579, 581, 583, 1557, 1575, 1602  
 Hornburg, Hans, Gesandter der Stadt Rothenburg ob der Tauber am RT 209, 548, 1557, 1584  
 Hoß, Dr. Christoph, Prokurator am RKG 1168, 1171, 1172  
 Hoya, Grafschaft, Gff. 686  
 – Gf. Jobst 702  
*Huber, Bernhard, Archivar im DOZA Wien* 704  
 Hux, Martin, St. Gallerer Ratsherr und Gesandter (RT Speyer 1542) 643  
 Iburg, Residenz der Bff. von Osnabrück 1007  
 Iller, Nebenfluss der Donau 529  
 Ilsung, Dr. Georg, Rat Kg. Ferdinands am RT 101, 1320, 1333  
 Ingolstadt, oberbayerische Stadt an der Donau 436, 1435, 1449  
 Ingolstadt, Bundestag des Neunjährigen ksl. Bundes (1543 Mai 20) 583  
 Ingolstadt, Bayerischer Kreistag (1543 Juni) 760  
 Innerösterreich 625 – siehe auch: Steiermark, Kärnten, Krain  
 Innsbruck, Residenzstadt Kg. Ferdinands, Sitz der Regierung von Oberösterreich (Tirol und die Vorlande) 565, 988, 1089, 1317, 1472, 1477  
 Irsee/Ursin/Yrsin, Reichsabtei, Abt Paul 209, 685, 1555  
 – Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)  
 Isenburg-Birstein, Gf. Johann III. 697  
 Isenburg-Ronneburg-Büdingen, Gf. Anton 350, 351, 697, 1556, 1591  
 – Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nellingen  
 – Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Baier  
 Isny/Eysni/Ysni, Reichsabtei, Abt 699  
 Isny/Eysni/Ysni, Reichsstadt 686, 1212  
 Isny/Eysni/Ysni, Bgm. und Rat (am RT vertreten durch Ulm) 209, 536, 1557  
 Istrien/Isterreich 603, 732  
 Italien 95–97, 128, 145, 146, 158, 205, 222, 223, 224, 228, 474, 527, 606, 632–634, 656, 970, 972, 976, 1086, 1096, 1151, 1201–1203, 1300, 1307, 1316, 1344, 1413, 1428, 1522, 1523, 1540  
 Italiener (Kriegsvolk, Oberbefehlshaber) 335, 618, 619, 729–731, 746, 1296, 1299, 1307, 1315  
 Jablanac/Jablonick, Festung an der Adria bei Senj 603  
 Johanniterorden, Meister Johann VI. von Hattstein, Großprior in Heitersheim 208, 696, 1554, 1591  
 – Gesandte am RT 208, 210, 860 – siehe auch: Bombast von Hohenheim, Kempf  
 – Gesandter am oberrheinischen Kreistag – siehe: Kempf

- Jonas, Dr. Jakob, Kanzler und Gesandter des Kf. von Mainz und Ebf. von Magdeburg am RT 87, 89, 99, 100, 119, 131, 132, 207, 344, 398, 399, 403, 404, 418, 421, 422, 425, 427, 446, 447, 451–454, 468, 479–483, 485, 487–489, 511, 518, 520, 521, 530, 539, 540, 542, 544, 548–550, 553, 561, 564, 569, 571, 581, 585, 595, 599, 600, 635, 718, 724, 765, 771, 789, 861–864, 868, 870, 875, 888, 891, 893, 917–919, 939, 943, 944, 968, 983, 996, 1013, 1025, 1028, 1083, 1088, 1091, 1092, 1142, 1222, 1262, 1264, 1270, 1276, 1284, 1308, 1309, 1324, 1332, 1335–1337, 1339–1345, 1356–1358, 1360, 1361, 1362, 1380, 1394, 1395, 1400, 1411, 1458, 1459, 1491, 1508, 1515, 1526, 1536, 1537, 1553, 1561, 1568, 1575
- Juden 340, 576, 577, 580, 581, 670 – siehe auch: Nürnberg, Bgm und Rat, Konflikt um das Judengeleit
- Jülich, Residenzstadt der Hgg. von Jülich-Kleve-Berg 30, 1002, 1014, 1092
- Jülich-Berg-Ravensberg, Hg. Wilhelm IV., Vater Hgn. Marias von Jülich-Kleve-Berg 1004
- Jülich-Kleve-Berg, Herzogtum, Hgg. 88, 105, 133, 162, 163, 166–168, 178, 181, 297, 304, 319, 354, 405, 573, 588, 702, 927, 929, 990, 1002, 1004, 1038, 1041, 1063, 1071, 1100, 1613
- Erbfolge 436
- Landstände 452, 540, 929, 1001, 1010, 1014
- Jülich-Kleve-Berg, Hg. Wilhelm V. (der Reiche), Sohn Hg. Marias von Jülich-Kleve-Berg 103, 115, 125, 126, 139, 146, 151, 152, 154, 158, 161, 162, 172, 176, 181, 206, 209, 225, 230, 237, 239, 270, 291, 303–305, 426, 428, 450, 484, 486, 536–540, 570, 574, 587, 588, 597, 649, 702, 882, 927–930, 942, 943, 959, 960, 972, 976, 979, 980, 982–1105, 1243, 1291, 1294–1297, 1299–1302, 1304, 1305, 1308, 1309, 1311, 1313–1315, 1317–1319, 1321–1324, 1327, 1328, 1331, 1346, 1350, 1371, 1381, 1384, 1393, 1395, 1397, 1402, 1414, 1417, 1423, 1434, 1435, 1437, 1443, 1457, 1474, 1481, 1483–1485, 1487–1490, 1498, 1509, 1510, 1515, 1516, 1525, 1555, 1612
- Gesandte am RT 86, 117, 125–127, 162, 172, 176, 210, 230, 250, 301, 303–305, 416, 446, 449, 451–456, 482, 484–489, 518, 537–540, 544, 559, 560, 573, 574, 588, 860, 882, 936, 939, 942, 985–987, 995, 996, 1007–1010, 1013, 1015, 1017, 1018, 1021, 1023–1025, 1027–1040, 1052–1057, 1063, 1065–1075, 1077–1094, 1097–1099, 1101–1103, 1243, 1304, 1308, 1313–1315, 1317, 1318, 1320, 1321, 1325, 1328, 1329, 1333, 1381, 1386, 1393, 1458, 1463, 1472, 1482, 1483, 1485, 1486, 1525, 1612 – siehe auch: Faltermeyer, Gropper (Gotthard), Hoesteden, Vlatten, Wilach, Wytenhorst
- Allianz mit Kg. Franz I. von Frankreich – siehe: Frankreich, Kg. Franz I., Allianzen
- Geleit zum RT 136, 162, 166, 167, 172, 173, 176, 1321, 1323, 1325, 1525
- Gesandter bei Kg. Franz I. von Frankreich – siehe: Cruser
- Hof und Hofräte 230, 507, 987, 990, 992, 994, 999, 1017, 1024, 1100, 1101, 1525 – siehe auch: Ghogreff, Heresbach
- Konflikt mit dem Haus Habsburg/Krieg in Jülich – siehe: Geldernkonflikt
- Kriegsvolk, Truppen 105, 161, 451, 987, 990, 1035, 1039, 1041, 1063, 1066, 1071, 1077, 1098, 1103, 1307, 1318, 1424, 1612
- Supplikationen 402, 426, 449, 484, 936, 985, 996, 1001–1006, 1008, 1009, 1011, 1017, 1304, 1322, 1328, 1379, 1381, 1525
- Werbungen vor den Reichsständen 90, 125, 402, 405, 449, 985, 986, 996–1001, 1008–1014, 1017, 1019–1021, 1037–1040, 1328, 1329, 1351, 1379, 1381–1383, 1482, 1483, 1525
- Jülich-Kleve-Berg, Hgn. Maria, Tochter Hg. Wilhelms IV., Witwe Hg. Johanns von Kleve-Mark, Mutter Hg. Wilhelms V. 162, 426, 449, 484, 929, 992, 1000, 1002, 1004, 1005, 1009, 1017, 1322, 1328
- Jülich-Kleve-Berg, Prinzessin Sibylle, Schwester Hg. Wilhelms – siehe: Sachsen, Kfn. Sibylle
- Jülich-Kleve-Berg, Rittmeister und adelige Teilnehmer am Türkenzug 1542 1005, 1017, 1328 – siehe auch: Hanxler
- Junge/Jung, Konrad, Landschreiber, Einnehmer der Türkenhilfe, Gesandter

- des Bf. von Speyer am RT und am oberrheinischen Kreistag 89, 596, 676, 687, 690, 727, 786, 806, 842, 1233, 1332, 1350–1353, 1455, 1532, 1554, 1583, 1590
- Jungler, Johann, Stettmeister, Gesandter der Stadt Worms am RT 1575, 1591, 1602
- Justingen, Herrschaft 209, 685 – siehe auch: Freiberg
- Kaisheim, Reichsabtei, Abt Johann VI. Zauer 360, 706, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Rehm
- Karl V., röm. deutscher Kaiser
- Erblande/pays patrimoniaux 145, 474, 649, 900, 989, 1006, 1007, 1024, 1221, 1271, 1487 – siehe auch: Brabant, Burgund, Luxemburg, Niederlande, Spanien
- Flotte 608, 970, 974, 1541, 1558
- Hof 222, 223, 1203, 1414, 1512
- Kanzlei – siehe: Habsburg, Kanzlei
- Konflikt mit Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg – siehe: Geldernkonflikt
- Kommissare am RT 83, 95, 96, 101, 115, 116, 120, 126, 135, 137, 145, 147, 170, 174, 182, 188, 215, 219–222, 224, 425–427, 448, 451, 463, 482–484, 535, 539, 543, 896, 913, 931, 938–941, 960, 977–981, 1308, 1351, 1353, 1453, 1454, 1487, 1488, 1490, 1491, 1522, 1527, 1537 – siehe auch: Augsburg Bf., Pfgf. Friedrich, Naves
- Kommissare bei der Visitation des RKG 284, 1582 – siehe auch: Baden (Mgf. Ernst), Brandenburg Kf.; Cronberg; Speyer Bf.
- Neunjähriger ksl. Bund (1535–1544) 582, 583, 1485
- Räte am RT 109, 112, 118, 120, 124, 1293 – siehe auch: Granvelle (Nicolas), Lier, Veltwyck
- Kärnten, Herzogtum 260, 272, 625, 748, 757, 761
- Landstände 749
- Karst, Hinterland des Küstengebiets von Triest, Kroatien und Dalmatien 603, 732
- Kassel, Hauptresidenz der Lgff. von Hessen 180, 301, 674, 677, 854, 951, 1165, 1223, 1290, 1333, 1386, 1392, 1398, 1408, 1411, 1436
- Kastilien, Königreich 145, 147
- Katzmann, Dr. Johann, Kanzler und Bevollmächtigter des Bf. von Hildesheim 396, 914, 1332, 1359–1362, 1524, 1536
- Kaufbeuren, Reichsstadt 686
- Kaufbeuren, Bgm. und Rat 1557, 1594
- Gesandter am RT und am schwäbischen Kreistag – siehe: Worm
- Kaufmanns-Saarburg/Kaufmanns-Saarbrück – siehe: Saarburg in Lothringen
- Kaufungen/Kaufingen, Reichskloster (Benediktinerinnen), Äbtissin 698, 1590
- Kaysersberg, Reichsstadt (Dekapolis, am RT vertreten durch Hagenau) 686, 697, 1575
- Keck, Dr. Johann, ksl Rat in Luxemburg 1102, 1105
- Kegel, Sekretär von Nicolas de Granvelle am RT 1343
- Keller/Kellner, Lic. Leonhard/Lienhard, Dompropst zu Havelberg, Gesandter des Kf. von Brandenburg und der Ff. von Anhalt-Dessau am RT, Gesandter Mgf. Georgs von Brandenburg-Ansbach am fränkischen Kreistag 206, 208, 209, 233, 430, 432, 690, 718, 1088, 1091, 1516, 1519, 1553, 1555, 1584
- Kempf, Friedrich, Sekretär und Gesandter des Johannitermeisters am RT und am oberrheinischen Kreistag 208, 1591
- Kempten, gefürstete Reichsabtei, Fürstabt Wolfgang von Grünenstein 209, 685, 881, 894, 900, 960, 1525, 1526, 1549, 1554, 1555
- Gesandter am RT 1456 – siehe auch: Pappenheim (Heinrich Burkhart)
- Kempten, Reichsstadt 1212
- Kempten, Bgm. und Rat (am RT vertreten durch Ulm) 209, 536, 1557
- Keudel, Lic. Johann, Gesandter des Lgf. von Hessen am RT 1369
- Kiel, Vertrag zwischen Pommern und Dänemark betr. Rügen (1543 Sept. 4) 1219, 1232
- Kienritz – siehe: Könneritz
- Kinsler, Hans, Quartiermeister Kg. Ferdinands 184
- Kirchberg, Inhaber der Grafschaft 360, 699 – siehe auch: Fugger
- Kirchberg, Heinrich Karl von, unehelicher Sohn Hg. Heinrichs II. von Braunschweig-Wolfenbüttel 295
- Kirchbichler/Kirchpuler, Dr. Christoph, Gesandter des Bf. von Passau am RT 208, 752–753, 755, 968, 1332, 1527, 1554

- Klammer, Lic. Balthasar, Kanzler Hg. Ernsts von Braunschweig-Lüneburg 286
- Kleipfel, Kaspar, Quartiermeister des Oberrheinischen Kreises (Türkenzug 1542) 676
- Kleve, Herzogtum 354, 573, 1100
- Kleve, Stadt am Niederrhein, Residenz der Hgg. von Jülich-Kleve-Berg 1089
- Kleve-Mark, Hg. Johann III. (1490–1539), verheiratet mit Hgn. Maria von Jülich-Berg 1004
- Knebel von Katzenelnbogen, Johann, Amtmann von Dillenberg, Gesandter Gf. Wilhelms von Nassau-Dillenberg, der jungen Gff. von Hanau-Münzenberg und der Gff. von Wied-Runkel am Wetterauer Grafentag in Höchst (1542 Nov. 7) 350
- Knobelsdorff, Friedrich von, oberster Statthalter Mgf. Georgs von Brandenburg-Ansbach in Franken 434–440, 442, 1257
- Koblenz – siehe: Deutscher Orden, Ballei Koblenz
- Koch, Johann, Gesandter der Stadt Goslar am RT 527, 1575, 1602, 1618
- Koch, Peter, Begleiter der Augsburger Gesandten am RT 200
- Koch, Dr. Werner, Kanzler und Gesandter des Adm. von Worms, des Bf. von Freising und des Propsts zu Ellwangen, Vollmacht des Bf. von Speyer (als Vertreter Junges) am RT und am oberrheinischen Kreistag 89, 259–263, 596, 604, 753–756, 883, 1332, 1350–1353, 1358, 1359, 1455, 1521, 1532, 1554, 1590
- Köln, Kurfürstentum, Erzstift 100, 706, 740, 1307, 1529
- Köln, Kf. und Ebf. Hermann V. von Wied, Adm. von Paderborn 116, 143, 160, 181, 217, 302, 415, 537, 701, 937, 992, 993, 1000, 1001, 1011, 1045, 1074, 1075, 1081, 1088, 1097, 1103, 1307, 1312, 1315, 1317, 1336, 1344–1346, 1399, 1400, 1408, 1553
- Gesandte am RT 88, 207, 210, 548, 1047–1049, 1057, 1078, 1092, 1267, 1308, 1320, 1380, 1397, 1413, 1427, 1508, 1516, 1537 – siehe auch: Has (Degenhart), Manderscheid, Omphalius
- Köln, Reichs- und Hansestadt 292, 294, 302, 375, 376, 583, 647, 703, 1599
- Köln, Bgm. und Rat 210, 573, 574, 1575, 1602
- Gesandter am RT (im Städteausschuß) 573 – siehe auch: Helmann
- Köln, Kommende des Deutschen Ordens – siehe: Deutscher Orden, Kommende Köln
- Komerstadt, Georg von, Rat Hg. Moritz' von Sachsen 334, 1438
- Komárom/Komorn, ungarische Festung an der Donau, Feldlager am rechten Donauufer (Türkenzug 1542) 602, 693, 728, 730
- Königsbach/Königspach, schwäbisches Rittergeschlecht 494
- Königsberg, Residenz Hg. Albrechts von Preußen 1257
- Königsbronn/Königspronn, Reichsabtei, Abt 353, 444
- Königsegg-Aulendorf, Frh. Johann/Hans Marquart, Bundesrat des Nürnberger Bundes, am RT 339, 1557, 1585, 1587
- Königstein, Gf. Ludwig, H. zu Eppstein 685, 697
- Könneritz, Dr. Andreas von, Rat Kg. Ferdinands (Werbungen bei Kursachsen und Hessen) 83, 97, 98, 135, 136, 148–153, 158–163, 165, 168, 169, 171–173, 178, 181, 238–241, 251, 253, 916, 926, 927, 951–957, 1257, 1322, 1356, 1413
- Könneritz, Erasmus von, Rat Kf. Johann Friedrichs von Sachsen 163, 164
- Konstantinopel/Istanbul, Hauptstadt des osmanischen Reiches, Sitz des Sultans 588, 963, 967, 980, 981, 1303
- Konstanz, Hochstift, Bf.
- Konstanz, Bf. Johann Weeze, Ebf. von Lund, H. der Reichenau, Adm. von Waldsassen 208, 363, 776, 1554, 1594
- Gesandter am RT und am schwäbischen Kreistag 210, 363, 534, 860, 1456 – siehe auch: Appetzhofer
- Konstanz, Reichsstadt 210, 670, 1212, 1511
- Konzil – siehe: Trient
- Kopp, Dr. Heinrich, Straßburger Rechtsgelehrter 128, 527, 1204, 1611
- Kornelimünster/Sankt Cornelimünster, Reichsabtei, Abt Rutger von Amstel 702
- Kraft, Johann, Gesandter der Gff. von Wolfstein-Sulzbürg am RT 209
- Krain, Herzogtum 260, 272, 603, 625, 726, 755, 757, 761
- Landstände 756
- Krakau/Kraków, Residenzstadt der Jagiellonen 80, 443

- Kreuter, Johann, hessischer Pfennigmeister (Türkenzug 1542) 678, 1590
- Kreutzen, Bonaventura von, Bruder des Wolf von Kreutzen 441, 1258
- Kreutzen, Wolf von, preußischer Adeliger 441, 1258
- Kreutznacher, Ewald, Rat und Sekretär des Bf. von Würzburg 411, 413
- Kreuzlingen, Reichsabtei, Abt Peter 699, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Appetzhofer
- Kriechingen/Créhange, Frh. von 698
- Frhn. Jörg und Wilhelm von 686
- Frh. Weirich von, Gesandter Kgn. Marias am RT 98, 205, 229–232, 479, 507, 649, 650, 988, 1268, 1294, 1319–1331, 1523
- Križevci/Kreuz, Schlüsselfestung in Slawonien 603
- Kroatien/Crabaten 214, 603, 726, 730, 732, 1009
- Statthalter, Ban 725
- Kropfgans, Philipp, Gesandter Gf. Günthers XL. von Schwarzburg-Arnstadt-Sondershausen am RT 341, 1556
- Krötlin, Lic. Gabriel, Stadtschreiber, Gesandter der Stadt Ravensburg am RT und am schwäbischen Kreistag 382, 670–672, 1470, 1529, 1557, 1575, 1594, 1602
- Küchenmeister von Gamburg, Adam, Domscholaster zu Mainz, Gesandter des Kf. von Mainz am RT 1088, 1091, 1343, 1553
- Kulmbach, Stadt in Oberfranken, Sitz der Burggrafen von Nürnberg und Residenz der Mgff. von Brandenburg-Kulmbach 431
- Kurrheinischer Reichskreis/Kreisstände 705–706, 740, 741, 1259, 1583
- Kriegsrat – siehe: Fleckenstein
- Kurz/Kurtz, Franz, Kammersekretär des Hg. von Württemberg, am RT 443, 445, 454, 456
- Laer, Anton von, Drost zu Horstmar, Gesandter des Bf. von Münster am RT 208, 1006, 1554
- Lamb, Dr. Hieronymus zum, Stadtadvokat, Gesandter der Stadt Frankfurt auf den Reichstagen 1542/1543 (im Ausschuss der Städte und der Schmalkaldener) und am oberrheinischen Kreistag 80, 111, 118, 124, 204, 374–376, 482, 483, 487–490, 551, 561, 568–571, 589, 635, 660, 661, 772, 861–865, 875, 898, 900, 901, 907–912, 1124, 1151, 1160, 1168, 1172–1178, 1191, 1192, 1250, 1251, 1470–1472, 1512, 1521, 1535, 1562, 1567, 1568, 1575, 1591, 1595, 1596, 1602, 1617
- Berichtsprotokolle 478–529, 664–666
- Schlussrelation 1504–1513
- Lamberg, Melchior von, Obersthofmarschall Kg. Ferdinands, am RT 188, 1361
- Lamprei, Stefan von (Türkenzug 1542) 713
- Landau in der Pfalz, Reichsstadt (Dekapolis, am RT vertreten durch Hagenau) 697, 1575
- Landau, Georg von, Gesandter Kg. Ferdinands bei den Wiener Verhandlungen über die Doppelanlage der Bischöfe (1542 Juli) 750
- Landenberg, Christoph von, schwäbischer Reichsritter, Söldnerführer 101, 497, 500, 501, 996, 1301, 1302, 1307, 1339, 1476
- Lando, Pietro, Doge von Venedig 84, 591, 608, 631–633
- Landschad von Steinach, Hans Pleicker, Gesandter Gf. Weirichs von Dhaun am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7), Leutnant Johann Hilchens (Türkenzug 1542) 350, 708, 716, 723
- Landshut, Residenz Kf. Ludwigs von Bayern 497, 1113, 1158, 1158
- Lausanne, Hochstift, Bff. 698
- Lebus, Hochstift, Bff. 700
- Lebus, Stadt in Brandenburg 651
- Leibnitz, Markt in der Steiermark, Verwaltungszentrum für die steirischen Besitzungen des Erzstiftes Salzburg 272
- Leiningen, Inhaber der Güter Gf. Weckers 698
- Leiningen-Dachsburg-Hartenburg, Gf. Emich (gest. 1541) 697, 1556
- Hans Heinrich, minderjähriger Sohn Gf. Emichs 1556, 1591
- Emich, minderjähriger Sohn Gf. Emichs 1556, 1591
- Gf. Engelhard, Vormund der Söhne Gf. Emichs 350, 351, 697, 1556, 1591
- Gesandter am RT, am oberrheinischen Kreistag und am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Nellingen
- Leiningen-Westerburg, Gf. Kuno III. 697, 703, 1556, 1591
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe auch: Nellingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Stumpf
- Leipzig, Stadt (Hgg. von Sachsen) 315, 1419



- Leisnig, Burggrafschaft, Gff. 700
- Leist, Hans, Gesandter der Stadt Hildesheim am Schmalkaldischen Bundestag 376, 377, 1525
- Lemgo, Reichsstadt 703
- Leuchtenberg, Landgrafschaft, Lgff. 706
- Lgf. Georg III. 651, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Gich
- Lgf. Johann/Hans, Supplikant am RT (Türkenzug 1542) 485
- Leutkirch, Reichsstadt 532
- Leutkirch, Bgm. und Rat (in Städtesachen vertreten durch Memmingen) 1602
- Gesandter: Bgm. N. von Leutkirch 565, 566
- Lichtenstein, Diener Kf. Johann Friedrichs von Sachsen 1368
- Lieberich, Johann, Gesandter der Gff. Bernhard von Solms, Philipp von Nassau-Wiesbaden, Johann von Nassau-Beilstein am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) 350
- Lier von Berchem, Johann, Rat und Kriegskommissar Karls V., am RT 1305, 1317, 1429, 1438, 1486
- Limburg, Herzogtum 929
- Limpurg, Erbschenken zu 686, 1162
- Erasmus/Asmus, Gesandter der fränkischen Grafen (RT Nürnberg 1542) 343, 705
- Johann/Hans 705
- Karl 705
- Wilhelm 705
- Linck, Hans, kursächsischer Kanzleischreiber am RT 194, 195
- Lindau, Reichsstadt 1212
- Lindau, Bgm. und Rat 848, 1557, 1617
- Gesandter am RT 211, 515, 847, 848, 1483, 1492 – siehe auch: Bentzberg
- Lindau, Reichsabtei (Damenstift), gefürstete Äbtissin Katharina II. von Bodmann 685
- Lindau, Philipp von, Prozessgegner der Familie Vrentz 1272
- Lippe, Simon H. zu der 703
- Lochau, Residenz des Kf. von Sachsen 153, 159, 165, 233, 234, 237, 238, 936, 1256
- Löhlin, Hieronymus, Memminger Hauptmann (Türkenzug 1541) 683
- Lohra, Grafschaft (Gff. von Hohnstein) 303
- Lombardei, Region in Oberitalien 145
- London, Hauptstadt des Königreichs England 80
- Longueval, S<sup>r</sup> de, Hofmeister, militär. Beauftragter Kg. Franz' I. bei Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve 991, 994, 999, 1044
- Lothringen, Herzogtum, Hgg. 229, 344, 391, 698
- Lothringen, Hg. Anton II. 389
- Vertrag mit Kg. Ferdinand und den Reichsständen (1542 Aug. 26) 389
- Lothringen, Hgn. Christina (von Dänemark), Nichte Karls V., zweite Ehe: Hg. Franz' I. von Lothringen 929
- Lothringen, Hg. Johann, Kard. und Bf. von Metz, Toul und Verdun 205, 206, 208, 389, 460, 466, 653–655, 673, 1320, 1347, 1554, 1591
- Gesandte am RT und am oberrheinischen Kreistag 205, 206, 210, 591, 653–655, 1320, 1333, 1457, 1458 – siehe auch: Gerhardt, Helmstatt
- Löwen/Louvain, Hauptstadt Brabants 229, 991
- Löwen/Louvain, Verhandlungen für einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich (kölnisch-hessische Vermittlung Okt. 1542) 181, 992, 993, 1000, 1001, 1010, 1011, 1018, 1026, 1078, 1103, 1315
- Lübeck, Hochstift, Bff. 701
- Lübeck, Reichs- und Hansestadt 287, 647
- Luchs, Dr. Matthias/Marthäus, Kanzler und Gesandter des Bf. von Eichstätt am RT und am fränkischen Kreistag 208, 983, 1233, 1554, 1584
- Ludwig der Deutsche, Karolinger, Kg. des Ostfrankenreiches 761
- Lund, Ebf. – siehe: Konstanz, Bf.
- Lüneburg, Hansestadt (Hgg. von Braunschweig-Lüneburg) 647
- Lupfen, Gff., Lgff. zu Stühlingen 339
- Gf. Christoph 1557
- Gf. Georg 1557
- Gf. Johann 1557
- Gesandter aller Gff. von Lupfen am RT – siehe: Rast
- Luther, Martin, Reformator 315, 1449
- Lüttich, Hochstift, Bff. 232, 1268, 1270, 1275
- Domkapitel 991, 999, 1017
- Lüttich, Bf. Erhard von der Mark (gest. 1538) 1330
- Lüttich, Bf. Cornelius von Berghes 991, 999, 1017, 1326
- Lutz, Heinrich, *Abteilungsleiter der Edition RTA JR (1971 bis 1986)* 79
- Luxemburg/Lutzelburg, Herzogtum, Hgg. 98, 152, 230, 297, 354, 650–652, 991, 999

- Luxemburg, Regierung 232, 651, 1320, 1326  
 Lyère – siehe: Lier
- Maastricht, Stadt 130, 1268–1272, 1274, 1275, 1277, 1330  
 Maastricht, Bgm. und Rat, Gemeinde 453, 1274, 1276, 1278  
 Maastricht, Gericht – siehe: Brabant, Gericht  
 Maastricht, Jurisdiktionsstreit der Familie Vrentz mit dem Brabanter Gericht 130, 217, 232, 398, 414, 446, 447, 450, 453, 480, 486, 489, 490, 532, 935, 1098, 1245, 1268–1279, 1313, 1319, 1320, 1325, 1326, 1330, 1331, 1361, 1440, 1510, 1523  
 Maastricht, Verhandlungen für einen Waffenstillstand zwischen Burgund und Jülich (kurrheinisch-hessische Vermittlung 1543 Jan./Febr.) 125, 258, 416, 985, 1010–1012, 1014, 1018, 1055, 1103, 1304, 1305, 1324, 1325, 1328, 1329  
 Machtolf, Lic. Johann, Syndikus, Gesandter der Stadt Esslingen am RT (im Städteausschuss) und am schwäbischen Kreistag 372, 373, 470–478, 551, 552, 565, 1349, 1470, 1521, 1575, 1594, 1602, 1617  
 – Berichtsprotokoll 470–478  
 Madruzzo/Madrutsch, Hans Gaudenz von, H. von Afy und Brentonig, Rat Kg. Ferdinands, Vertreter Österreichs im Fürstenrat am RT 118, 210, 403, 405, 429, 435, 756, 759, 941, 947, 1259, 1386, 1461, 1553  
 Magdeburg, Erzstift 685, 701, 1336, 1585, 1587  
 Magdeburg, Ebf. Albrecht von Brandenburg, Adm. von Halberstadt – siehe: Mainz, Kf. und Ebf. Albrecht von Brandenburg  
 – Gesandte am RT und am Nürnberger Bundestag – siehe: Jonas, Hartheim  
 Magdeburg, Koadjutor Mgf. Johann Albrecht von Brandenburg 646–648  
 Magdeburg, Hansestadt 89, 1139, 1616  
 Magdeburg, Bgm. und Rat 210, 515, 848, 1618  
 – Gesandter am RT 847, 848 – siehe auch: Schopf  
 Magnigeste/Ménigoute, Ort im Poitou 480, 968, 973, 976  
 Magyaróvár/Ungarisch Altenburg, ungarische Festungsstadt an der Grenze zu Österreich 602
- Mähren, Markgrafschaft 608, 730, 732, 1490, 1538, 1542  
 – Landtag und Landstände 204, 236  
 Maier, Michel, Angehöriger der Kanzlei des Bf. von Würzburg am RT 408  
 Mailand/Milano, Herzogtum und Stadt in Italien 311, 962, 965, 970, 971, 979  
 Mailand, Hg. Francesco II. Sforza (gest. 1535) 970, 978  
 Mailand, Kommandant, Statthalter Karls V. – siehe: Vasto  
 Mainberg, Amt und Schloss (seit 1542 Bf. von Würzburg) 168, 169  
 Mainz, Residenzstadt der Kff. von Mainz 1254, 1463, 1466, 1468  
 Mainz, Wetterauer und oberrheinischer Grafentag (Abschied 1543 April 8) 197, 1454, 1463–1468, 1533, 1534  
 Mainz, Kurfürstentum, Erzstift, Kff. 280, 321, 706, 740, 1312, 1341, 1526  
 Mainz, Kf. und Ebf. Albrecht von Brandenburg, Kardinal, Erzkanzler, Ebf. von Magdeburg, Adm. von Halberstadt 100, 116, 143, 206, 207, 217, 410, 452, 453, 475, 488, 537, 652, 718, 775, 881, 894, 900, 905, 937, 1031, 1045, 1081, 1086, 1088, 1095, 1096, 1097, 1129, 1137, 1178, 1267, 1287, 1309, 1312, 1317, 1332, 1335–1337, 1339–1345, 1356–1358, 1396, 1399, 1400, 1407, 1512, 1526, 1549, 1553, 1558, 1561, 1585, 1587  
 – siehe auch: Magdeburg Ebf.  
 – Gesandte am RT 206, 207, 210, 412, 415, 443, 453, 488, 489, 518, 718, 786, 921, 1047–1049, 1057, 1078, 1092, 1308, 1311, 1333, 1336, 1339, 1341, 1343–1345, 1356, 1357, 1396, 1397, 1425, 1516, 1558 – siehe auch: Baumbach, Jonas, Hartheim, Küchenmeister, Reuter  
 – Kanzlei/Mainzer Kanzlei/Reichskanzlei 87, 88, 100, 131, 132, 165, 206, 207, 280, 282, 285, 289, 318, 335, 346, 395, 443, 481, 492, 548, 571, 600, 631, 654, 707, 800, 813–815, 968, 991, 1010, 1013, 1095, 1103, 1156, 1264, 1269, 1277, 1278, 1330, 1340, 1356, 1411, 1430, 1443, 1455, 1515, 1526, 1536, 1537, 1561, 1568, 1579, 1580  
 – Kanzler – siehe: Jonas  
 – Sekretär am RT 409, 1568  
 Mair/Maier, Gregor 200  
 Malsburg, Hermann von der, hessischer Marschall 372, 1180

- Manderscheid, Grafschaft, Gff. 650–652  
Manderscheid-Blankenheim, Gf. Arnold I. 703  
Manderscheid-Blankenheim, Gf. Johann und seine Erben 651, 702  
Manderscheid-Kail, Gf. Jakob 702  
Manderscheid-Kail, Gf. Wilhelm und seine Erben 651  
Manderscheid-Schleiden, Gf. Dietrich IV., Gesandter des Kf. von Köln am RT 591, 650–653, 702, 1088, 1091, 1553  
Manderscheid-Schleiden, Gfn. Elisabeth 652  
Mansfeld, Grafschaft, Gff. 330, 338, 345, 490, 700, 848, 1441, 1443  
– Gesandte (RT Nürnberg 1542) 343, 345, 351  
– Sessionsstreit mit Sachsen – siehe: Sachsen, Hg. Moritz, Sessionsstreit mit Mansfeld  
Mansfeld-Bornstedt, Gf. Philipp II. 1556  
Mansfeld-Eisleben, Gf. Johann/Hans Georg I. 1556  
– Gesandter der Gff. Philipp und Johann am RT 848, 1441, 1443, 1556 – siehe auch: Rastenberg  
Mansfeld-Hinterort, Gf. Albrecht VII., am RT 350, 351, 374, 846, 1443, 1455, 1556, 1617  
– Gesandter am RT 211, 846, 848, 1441, 1443, 1556 – siehe auch: Braun von Weimar (Johann)  
Mantua, Stadt in Italien 1407  
Marchtal/Marcktal, Reichsabtei, Abt Johann 209, 1555  
– Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)  
Maria, Kgn. von Ungarn, Witwe Kg. Ludwigs II. Jagiello von Ungarn und Böhmen, Regentin der Niederlande 125, 127, 130, 145, 152, 154, 160, 162, 178, 181, 205, 212, 224–226, 229–232, 251, 257, 403, 405, 412, 418, 426, 428, 449, 450, 453, 466, 497, 500, 501, 507, 508, 510, 531, 537–539, 544, 587, 648–650, 856, 881, 926, 927, 935, 960, 961, 962, 965, 977, 985–995, 997, 1006, 1007, 1010, 1013, 1018, 1019, 1025, 1047, 1057, 1076, 1077, 1079, 1080, 1087–1092, 1096–1098, 1101–1105, 1242, 1268–1273, 1275, 1276, 1278, 1279, 1296–1298, 1302, 1304, 1308–1310, 1314, 1315, 1317, 1319–1331, 1370, 1414, 1476, 1516, 1522, 1523, 1526, 1612 – siehe auch: Burgund, Brabant, Niederlande  
– Gesandte am RT 87–89, 98, 125–127, 139, 205, 212, 398, 412, 416, 428, 446, 447, 451, 453–455, 478, 479, 480, 485–489, 507, 532, 539, 544, 559, 560, 587, 591, 592, 648–650, 935, 962, 965, 979, 985–994, 997, 1008, 1010, 1019, 1025–1028, 1033, 1035–1038, 1054, 1058–1062, 1079, 1101, 1268–1279, 1294, 1295, 1304, 1305, 1319–1331, 1333, 1340, 1361, 1426, 1440, 1442, 1463, 1509, 1522, 1523 – siehe auch: Kriechingen, Viglius van Zuycem  
– Jurisdiktionsstreit der Familie Vrentz mit Maastricht – siehe: Maastricht, Jurisdiktionsstreit  
– Kanzlei – siehe: Habsburg, Kanzlei  
– Konflikt mit Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg – siehe: Geldernkonflikt  
– Werbungen vor den Reichsständen 90, 125, 450, 985, 986, 988–997, 1008, 1017–1019, 1033, 1038, 1294–1296, 1304, 1321–1326, 1328, 1329, 1366, 1434, 1439, 1523  
Mariental, Zisterzienserklöster bei Helmstedt 509  
Mark, Gff. von der, Hn. von Arenberg, Eberhard und Ruprecht 703  
Marquardt, Dr. Johann, Gesandter des Mgf. von Baden-Durlach am RT und am schwäbischen Kreistag 107, 117, 118, 281–285, 604, 870, 938–941, 1021, 1284–1286, 1445, 1455–1462, 1519, 1555, 1594  
Marstaller, Paul, Würzburger Kammer-schreiber und Küchenmeister am RT 408, 409  
Martinuzzi/Utjesenovic, (Bruder) Georg, Bf. von Großwardein, Vormund des minder-jährigen Kg. Johann II. Sigismund von Ungarn 727, 1473  
Maurer/Meurer, Georg, Stadtschreiber, Gesandter der Stadt Memmingen am RT und am schwäbischen Kreistag, Vollmacht von Leutkirch und Lindau in Städtesachen 377, 565, 1526, 1575, 1594, 1602  
Maximilian I., röm. deutscher Kaiser 649, 1058–1060, 1246  
Mayer, Lic. Nikolaus 527  
Mecklenburg, Herzogtum, Hgg. 1171  
– Hg. Albrecht 701  
– Hg. Heinrich 701, 1045  
Megell, Hans, Würzburger reitender Bote 419

- Megersheimer, Dr. Augustin, Gesandter Mgf. Georgs von Brandenburg-Ansbach am RT 110, 285, 784, 964, 1240, 1241, 1416, 1417, 1520
- Meiningen, Stadt (seit 1542 Gff. von Henneberg-Schleusingen) 168
- Meißen, Hochstift, Bff. 168, 685, 700
- Meißen, Bf. Johann VIII. von Maltitz 1435, 1438
- Session und Reichsstandschaft 338
- Melem/Melheim, Ogier von, Gesandter der Stadt Frankfurt am RT 374–376, 470, 482, 487, 489, 505, 1160, 1172–1178, 1191, 1192, 1250, 1251, 1471, 1472, 1504–1513, 1521, 1575, 1591, 1602, 1617
- Membart/Menwart, Lenhard, Nürnberger Kanzleischreiber 570, 571, 1575
- Memmingen, Reichsstadt 683, 1212, 1526
- Memmingen, Bgm. und Rat, (Vollmacht von Leutkirch und Lindau) 377–381, 559, 848, 1214, 526, 1470, 1557, 1575, 1594, 1602, 1617
- Gesandte am RT 211, 377–382, 506, 529, 536, 546, 559, 847, 848, 1214, 1483, 1492, 1526 – siehe auch: Maurer, Zwicker
- Gesandter am schwäbischen Kreistag – siehe: Maurer
- Mengen, Schwäbischer Grafentag (Abschied 1542 Okt 26) 339–341
- Mergentheim, Amtssitz des Hoch- und Deutschmeisters 1266
- Merseburg, Hochstift, Bff. 700
- Merseburg, Bf. Sigismund von Lindenau 206, 207, 1554
- Gesandter am RT – siehe: Pistoris
- Session und Reichsstandschaft 338, 1435, 1438
- Merville/Maravillia, Agent Kg. Franz I. (hingerichtet) 970, 974, 978
- Merz von Staffelfelden, Rochus, Ritter, Gesandter des Abts von Murbach am RT 209, 1555
- Metz, Hochstift, Bff. 389, 391, 653–655, 698 – siehe auch: Lothringen, Hg. Johann
- Metz, Reichsstadt 381, 462, 466, 504, 512, 673, 699
- Metz, Bgm. und Rat 467, 546
- Metz, Altgläubige Bürger 466, 528
- Metz, Evangelische Bürger 129, 460, 462, 466, 467, 503–505, 523, 528, 534, 546, 1426, 1502, 1613
- Gesandte am Schmalkaldischen Bundestag 460, 461, 503, 506, 594
- Metz, Schöffenmeister – siehe: Heu
- Meyenburg/Mayenburg, Michael, Stadtschreiber von Nordhausen, Gesandter der Äbtissin von Quedlinburg und der Stadt Nordhausen am RT 263, 1575, 1602
- Mila, Bernhard von, Oberst und Landvogt in kursächsischen Diensten, Statthalter von Wolfenbüttel (1542–1547) 1180
- Minckwitz, Hans von, Gesandter des Mgf. Johann von Brandenburg-Küstrin am RT 848, 938, 1554
- Minckwitz, Nikolaus von (Türkenzug 1542), Supplikant am RT 485
- Mindelaltheim, Dorf und Pfarre in der Markgrafschaft Burgau (Reformation) 1482, 1495, 1615
- Minden, Hochstift, Bff. 531, 651, 702, 1613
- siehe auch: Bf. Münster
- Landstände 531, 1613
- Minden, Stadt 462, 510
- Acht 246, 776, 777, 811, 1127, 1134, 1407
- Minderau – siehe: Weißenau
- Minnigerode/Mingerodt, Hans von 1615
- Mittelmeer 90, 96, 140, 422, 603, 607, 631, 632, 696, 972, 980, 1541, 1558
- Moelenbach, Wynand von (gen. Breyll), Landkomtur 704
- Moers, Gf. Wilhelm 702
- Molins de Rei/Molin du Roy, Ort in Katalonien (bei Barcelona) 1294
- Moller, Sebastian, Gesandter des Gf. von Barby am RT 1557
- Mondsee, Amt und Vogtei 272
- Mont, Christopher, Gesandter Kg. Heinrichs VIII. von England am RT 431, 1437, 1521
- Montfort-Rothenfels, Gff.
- Gf. Hugo/Haug XVI., ksl. Kommissar (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542), Bundesrat des Nürnberger Bundes, am RT 148, 219, 221, 339, 343, 1557, 1584, 1587
- Gf. Johann II., Kammerrichter am RKG 147, 1279–1282, 1284, 1557
- Gesandter am RT – siehe: Rast
- Monzón, Stadt in Aragon 138, 139, 145, 147, 219–221, 797, 809, 981
- Morone, Giovanni, Bf. von Modena, päpstlicher Nuntius (RT Speyer 1542) 633, 809
- Mörsberg-Belfort/Beffort, Hans von 698
- Muffel, Jakob, Nürnberger Ratsherr 577

- Mühdorf, Beratungen der Hgg. von Bayern und des Ebf. von Salzburg (1542 Ende Juni) 268
- Mühlhausen in Thüringen, Reichsstadt (am RT vertreten durch Nordhausen) 80, 572, 590, 701, 1401, 1575, 1601
- Mülhausen im Elsass (im Sundgau)/Mulhouse, Reichsstadt 641–645, 658, 698
- Mülhausen im Elsass, Bgm. und Rat 641
- Müller, Augustin, Augsburgs Bürger 1477
- Müller, Udalricus, Sekretär der Mainzer Erzkanzlei 395, 600
- Müllner, Michel (gen. Zebinger), Sohn von Wolf Müllner, Gefangener der Stadt Dinkelsbühl 539, 548, 552, 555, 557
- Müllner, Wolf (gen. Zebinger), Bürger der Stadt Nördlingen 539, 548, 552, 555–558
- München, Residenzstadt Hg. Wilhelms IV. von Bayern 80, 88, 497, 597, 1023, 1301, 1317, 1337, 1437
- Münden, Residenz Hg. Erichs I. von Braunschweig-Calenberg 657
- Munich/Munch, Hans, Pfleger zu Tettelheim und Halmberg, Gesandter des Ebf. von Salzburg (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1543) 269, 1553
- Münster, Hochstift, Bf. 531, 702, 1006, 1007, 1613, 1526, 1529, 1613
- Landstände 507, 508, 531, 1613
- Domkapitel 508, 531
- Münster, Bf. Franz von Waldeck, Bf. von Minden, Adm. von Osnabrück 116, 129, 206, 208, 403, 449, 462, 507–510, 512, 513, 515, 517, 521, 522, 530, 536, 543, 997, 999, 1006, 1007, 1045, 1074, 1075, 1081, 1307, 1368, 1379, 1382, 1391, 1400, 1401, 1493, 1526, 1554, 1561, 1612, 1613
- Gesandte am RT 206, 208, 210, 403, 426, 449, 462, 465, 484, 490, 860, 936, 939, 985, 1006, 1007, 1361, 1388, 1391, 1418, 1458, 1472, 1508, 1526, 1561, 1613 – siehe auch: Doy, Laer
- Allianz mit Kg. Franz I. von Frankreich und Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve gegen Habsburg – siehe: Frankreich, Kg. Franz I., Allianzen
- Marschall, Hofmeister – siehe: Twiste
- Sekretär 507
- Münster, Belagerung des Täuferreichs (1534/1535) 1402
- Münster/Munster im Gregoriental, Reichsabtei, Abt Peter Montz 698
- Münster/Munster im Gregoriental, Reichsstadt (Dekapolis, am RT vertreten durch Hagenau) 686, 698, 1575
- Münsterschwarzach, Benediktinerabtei (Hochstift Würzburg) 408
- Murbach, Reichsabtei, Abt 698, 1555
- Gesandter am RT 1456 – siehe auch: Merz von Staffelfelden
- Muschler, Hans, Vogt zu Tettngang, schwäbischer Kreiseinnehmer 667
- Nagysáros/(Groß)-Scharoß, Festung in Ungarn 732
- Nallingen/Nallinger, Lic. Gregor von, Gesandter der Wetterauer Grafen, der Wild- und Rheingrafen, Gf. Engelhards von Leiningen-Dagsburg (Vormund der Söhne Gf. Emichs) und Gf. Philipps von Hanau-Lichtenberg am RT, am oberrheinischen Kreistag und am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) 91, 132, 197, 209, 305–308, 342–351, 657–658, 938, 1445–1455, 1458, 1463–1469, 1533, 1534, 1556, 1591
- Namur, Stadt in Wallonien 231
- Nancy, Stadt in Lothringen 389
- Nassau, Gf. 160, 302
- Nassau, Gf. Adolf, Untermarschall Johann Hilchens (Türkenzug 1542) 716, 722, 723
- Nassau-Beilstein, Gf. Johann III. 350, 351, 685, 697, 1556, 1591
- Nassau-Beilstein, Gf. Philipp 706, 740
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nallingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Lieberich
- Nassau-Dillenburg (Katzenelnbogen-Vianden-Dietz), Gf. Wilhelm I. (der Reiche), Vormund der jungen Gf. von Hanau-Münzenberg 108, 305–308, 350, 351, 657, 658, 685, 702, 1466, 1533, 1556
- Gesandter am RT – siehe: Nallingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag (Höchst 1543 Nov. 7) – siehe: Knebel
- Nassau-Saarbrücken, Gf. Johann Ludwig I. 696, 697
- Nassau-Weilburg, Gf. Philipp III. 350, 351, 685, 697, 1591
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe Nallingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Chun
- Nassau-Wiesbaden-Idstein, Gf. Philipp 350, 351, 697, 1556, 1591

- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nellingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Lieberich
- Naumburg, Hochstift, Bff. 700, 1253
- Domkapitel 1252–1255
- Naumburg, Bf. Julius Pflug, Konflikt mit Kf. von Sachsen 130, 255, 415, 421, 424, 425, 448, 1245, 1251–1255, 1327, 1342 – siehe auch: Amsdorf
- Navarra, Königreich auf der französischen und der spanischen Seite der Pyrenäen 138 – siehe auch: Albret (Jeanne d')
- Naves de Messancy, Dr. Johann von/Jean de, Reichsvicekanzler, ksl. Kommissar (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542 und 1543) 96, 98, 109, 113, 138, 145, 147, 170, 205, 219–222, 257, 399, 400, 411, 412, 413, 418, 424, 425, 456, 471, 474, 478, 482, 496, 526, 543, 544, 571, 578, 617, 621, 649, 727, 766, 884, 885, 896, 902, 904, 906–908, 912–914, 916, 931, 935–937, 950, 1009, 1057, 1083, 1233, 1242, 1243, 1270, 1284, 1294, 1301, 1308, 1317, 1320, 1322, 1328, 1334, 1339, 1340, 1343, 1347, 1353, 1409, 1412, 1446, 1453, 1472, 1481, 1486, 1491, 1508, 1512, 1513, 1522, 1523, 1526, 1537, 1552
- Sonderverhandlungen mit den kursächsischen und hessischen Gesandten 116, 117, 526, 1363, 1395–1399
- Neidecker, Paul, Gesandter des Bf. von Bamberg am fränkischen Kreistag 1584
- Neihart, Ulrich, Bgm. von Ulm, schwäbischer Kreiseinnehmer 667
- Neuburg, Residenzstadt der Pfgff. von Pfalz-Neuburg 308, 309, 594, 1418
- Neuenahr, Gf. 160, 706, 740
- Gf. Wilhelm 462, 534
- Neunkirchen, Pfarre in Österreich unter der Enns 272
- Neumark, Landesteil der Mark Brandenburg 1424
- Neumarkt in der Oberpfalz, Residenz Pfgf. Friedrichs 205, 221, 1320, 1480
- Neuner, Georg, Sekretär Kg. Ferdinands, am RT 141, 143, 182, 412, 413, 1356, 1362
- Neuwerk, Benediktinerinnenkloster in Goslar 1614
- Nieder-Isenburg, Gerlach H. zu 706, 741
- Nieder-Isenburg-Grenzau, Gf. Heinrich, Gesandter des Kf. von Trier am RT 1320, 1321, 1553
- Niederlande/niedere Erblande/Pays Bas/Pays d'embas 97, 137, 138, 145–147, 152, 161, 162, 178, 181, 223, 227–230, 274, 333, 428, 436, 450, 451, 479, 497, 595, 649–651, 719, 929, 961, 962, 964, 965, 982, 989–993, 997, 1000, 1018, 1020, 1097, 1098, 1103, 1104, 1299, 1300, 1313, 1316, 1324, 1438, 1454, 1487 – siehe auch: Karl V., Erblande
- Niederländische Städte 1018
- Niedermünster in Regensburg, gefürstete Reichsabtei (Damenstift), Fürstäbtissin Barbara II. von Aham 706
- Niederösterreichische Ländergruppe (Erblande) 608, 625, 630, 631, 726, 748, 754, 757–759, 762, 1542 – siehe auch: Österreich unter der Enns, Steiermark, Kärnten, Krain
- Landstände 747–749, 752, 754, 756, 757, 759–762, 1531
- Gesandtschaft am RT 84, 398, 413, 447, 480, 532, 588, 591, 625–631, 1235, 1538 – siehe auch: Perkheim, Wels
- Niederrheinisch/Niederländisch-Westfälischer Reichskreis, Kreisstände 306, 307, 538, 648, 649, 701–703, 741, 999, 1000 – siehe auch: Essen (Kreistag)
- Gesandte am RT 658
- Kriegsrat – siehe: Selbach
- Niedersächsischer Reichskreis, Kreisstände 288, 358, 538, 647, 608, 647, 648, 701, 739, 741, 1542, 1607 – siehe auch: Halberstadt, Helmstedt (Kreistage)
- Ausschreibende Kreisfürsten 292, 646–648 – siehe auch: Magdeburg, Koadjutor, Braunschweig-Lüneburg (Hg. Ernst)
- Kreiseinnehmer/Kreistruhe 529, 530, 646, 648
- Kriegsrat – siehe: Achaz von Feltheim
- Niederwesel, Reichsstadt 703
- Nitra/Neutra, Festungsstadt in der westlichen Slowakei 730
- Nizza, Hafenstadt, Grafschaft, Belagerung durch französische Truppen (1543 Aug.) 422, 655, 656
- Nizza, Waffenstillstand zwischen Karl. V. und Kg. Franz I. von Frankreich (1538 Juni 17/18) 146, 961, 964, 979
- Nordeuropa, Staaten 97
- Nógrád/Novigrad, ungarische Festung bei Waitzen 601

- Nordhausen, Reichsstadt 701  
 Nordhausen, Bgm. und Rat (Vollmacht von Mühlhausen in Thüringen) 1575, 1602  
 – Gesandter am RT – siehe: Meyenburg  
 Nördlingen, Reichsstadt 381, 1527  
 Nördlingen, Bgm. und Rat 381, 382, 470, 558, 947, 1527, 1533, 1557, 1575, 1594, 1602  
 – Gesandte am RT und am schwäbischen Kreistag 544, 916, 947–949, 1527 – siehe auch: Graff (Wolf), Gundelfingen  
 Nürnberg, Reichsstadt, Legstatt 88, 110, 184, 302, 375, 376, 410, 430, 470, 486–488, 501, 529, 583, 611, 682, 705, 738, 743, 783, 834, 961, 1297, 1347, 1470, 1485, 1486, 1488, 1544, 1587, 1595, 1596, 1599  
 – Burg/Festung, Wohnstätte Kg. Ferdinands und des kgl. Hofstaats 186, 410–415, 418, 581, 944, 1334, 1335, 1341, 1367, 1426, 1452  
 – Entenbach (im Wald vor Nürnberg) 409  
 – Frauentor 418  
 – Fünferhaus (Sitz des Fünfergerichts) 1341  
 – Gostenhof, südwestliche Vorstadt 185, 577  
 – Herbergen (Die 13 Burgermeister frag, Ebracher Hof, Sankt Egidien Kloster, Zum Coburger, Zum Mondschein, Zur Gulden Gans, Zur Kron) 198, 200, 205, 408, 411, 580, 617, 663, 1355, 1463  
 – Markt 187  
 – Pegnitz (Fluss) 185, 186  
 – Rathaus und Ratsstuben 187, 188, 199, 412, 418, 444, 479, 594, 597, 635, 663, 664, 854, 875–877, 938–945, 960, 1335, 1341, 1360, 1361, 1367, 1376, 1411, 1432, 1567, 1568, 1569, 1574  
 – Sankt Egidien, Kloster – siehe: Sankt Egidien, Reichsabtei  
 – Sankt Lorenz, Pfarrkirche 408  
 – Schau, öffentliches Gebäude: Überprüfung der Münzen 681  
 – Wöhrd/Weerd, östliche Vorstadt 185, 577  
 Nürnberg, Bgm. und Rat (Vollmacht von Schweinfurt in Reichssachen, Vollmacht von Rothenburg ob der Tauber, Schweinfurt, Weißenburg in Bayern und Windsheim in Städtesachen) 83, 184–189, 197–199, 203, 381, 382, 391, 395, 409–411, 418, 431, 539, 543, 555–558, 569, 571, 575–583, 719, 1199, 1334, 1517, 1544, 1557, 1575, 1584, 1598, 1602  
 – Gesandte am RT (im Städteausschuss) 109, 111, 124, 131, 211, 395, 436, 502, 529, 530, 546, 551, 553, 555, 556, 559, 564, 565, 567, 572, 574, 579, 580, 719, 773, 826, 849, 961 964, 1315, 1338, 1366, 1376, 1377, 1427, 1440, 1462, 1492, 1515 – siehe auch: Baumgartner (Hieronymus), Holzschuher (Hieronymus), Haller (Sebald)  
 – Gesandter am fränkischen Kreistag – siehe: Haller  
 – Junge und alte Herren Bürgermeister 582, 1480  
 – Kanzlei 548, 571  
 – Konflikt um das Judengeleit 83, 184, 187–193, 576, 577, 580, 581  
 – Kriegsherren 578, 582  
 – Losunger (Einnehmer der Abgaben) 114, 553, 581 – siehe auch: Tetzl, Tucher  
 – Ratsbücher (1543) 575–583  
 – Ratsherren – siehe: Baumgartner (Hieronymus), Ebner (Erasmus), Geuder, Grundherr, Haller (Sebald), Holzschuher (Hieronymus), Muffel, Nutz, Pfinzing von Henfenfeld, Schürstab (Leo), Volckamer  
 – Städteratsprotokoll 546–574  
 Nürnberg, Friedstand (Anstand) mit den Protestanten (1532 Juli 24) 775, 784, 790, 791, 795, 796, 799, 811, 812, 866, 878  
 – Verhandlungen der Unterhändler (Kff. Mainz und Pfalz) 1407  
 Nürnberg, Katholischer Bund (Abschied Nürnberg, 1543 März 21) 101, 139, 148, 207, 1128, 1133, 1178, 1298, 1306, 1308, 1345, 1391, 1529, 1535, 1584–1587  
 – Bundeshauptleute 1586, 1587 – siehe auch: Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Ludwig von Bayern  
 Nürnberg, Quartiergeber – siehe: Ehinger, Haller, Ochsenfelder, Riglerin, Schleicher  
 Nürnberg, Notar 525, 1411, 1413, 1567, 1568, 1574 – siehe auch: Seldnecker  
 Nürnberg, Reise- und Aufenthaltskosten 83, 194–202  
 Nürnberg, Städtische Zeugen 1411, 1413, 1567, 1568, 1574 – siehe auch: Membart, Strobel  
 Nürnberg, RT 1522/1523 (RAb 1523 Febr. 9) 774, 811, 835  
 Nürnberg, RT 1524 (RAb 1524 April 18) 783, 811, 835, 856  
 Nürnberg, RT 1542 (RAb 1542 Aug. 26) 80, 85, 93, 95, 98, 121, 122, 135–138, 140–

- 142, 144, 145, 151, 154, 158, 161, 162, 164, 170, 173, 180, 188–190, 211, 212, 219, 220, 226, 230, 231, 237, 238, 241, 242, 244, 255, 256, 259, 262, 264–266, 268–271, 273, 278, 279, 288, 307, 314, 317, 318, 332, 338, 343, 345, 347, 348, 352, 355, 356, 358, 359, 361, 367–369, 372, 375–377, 382, 383, 385, 386, 388, 389, 397, 402, 407, 408, 442, 478, 481, 539, 553, 560, 568, 577, 584, 594, 653, 656, 658, 660, 661, 669, 691–694, 724, 733, 734, 736, 738, 750, 751, 753, 756, 759, 769, 787, 788, 793, 804, 809, 823, 833, 858, 863, 871, 878, 891, 939, 941, 949, 962, 965, 979, 988, 989, 991, 992, 999–1001, 1020, 1026, 1107, 1112, 1114, 1135, 1145, 1210, 1215, 1246, 1456, 1461, 1537, 1562, 1564, 1568, 1571, 1578–1580, 1584, 1590, 1610
- Städtetag, Abschied (1542 Aug. 28) 367, 375, 383, 385, 560, 1595
- Nürnberg, RT 1543, Ausschüsse 339, 342, 346
- Abrechnungen der Kreiseinnehmer 455, 475, 534, 544, 564, 589, 665, 666, 786, 1439, 1451, 1452, 1593
- Abrechnungen der Schmalkaldener (braunschweigischer Feldzug, Bundesanlagen) 510, 512, 513, 517, 519, 534, 536, 1382, 1404, 1471
- Abrechnungen der Oberbefehlshaber der Türkenzüge (Besoldungen) 85, 377, 415, 421, 426, 440, 441, 448, 452, 454, 455, 481, 482, 485, 486, 512, 534–536, 552, 553, 555, 566, 589, 671, 680–684, 707, 710–723, 1369, 1442, 1451
- Altgläubige Reichsstände 399, 400, 427, 567, 604, 605, 944, 1359, 1423, 1447
- Alt- und neugläubige Reichsstände zu Friede und Recht (nicht zustande gekommen) 401, 403, 427, 604, 605, 818, 828, 829, 837, 845–847, 850–852, 865, 869, 931, 936, 937, 940, 941, 948, 1373, 1383, 1384, 1418, 1495, 1496
- Augsburger Konfessionsverwandte 433, 459, 460, 466, 467, 472, 502, 503, 514, 521, 524, 541, 543–545, 579, 765, 766, 794–805, 865–868, 885, 904, 905, 941, 1014–1016, 1384, 1385, 1483, 1492, 1505
- Causa Braunschweig (kleiner und großer Ausschuss der Schmalkaldener) 533, 535, 1107, 1109–1130, 1145, 1376, 1379
- Causa Vrentz gegen Maastricht 453, 489, 565, 1269, 1276, 1330, 1440
- Friedensvermittlung in der Causa Jülich 118, 126, 450, 451, 488, 519, 559, 560, 589, 595, 1024, 1028, 1029, 1393, 1483, 1486, 1488, 1515
- Geldernkonflikt 126, 127, 443, 453–456, 488, 986, 987, 1043, 1053–1058, 1064–1075, 1078–1087, 1091–1096, 1101, 1314, 1315, 1317, 1397, 1414, 1440, 1443, 1525
- Niedersächsische und Hansestädte 1213
- Reichsstädte 124, 470, 473, 529, 530, 540, 541, 543, 545, 548, 550, 551, 552, 564, 567, 568, 1500, 1596
- Schmalkaldener 127, 457–459, 461, 462, 476, 477, 492–496, 498, 500–525, 528, 529, 533, 536, 540, 543, 546, 1117, 1119, 1159–1163, 1165–1174, 1176–1184, 1188–1195, 1204, 1216, 1219, 1223–1225, 1227, 1231, 1364–1366, 1376, 1377, 1426, 1478, 1533, 1613
- Supplikationen (nicht zustande gekommen) 490, 1138
- Nürnberg, RT 1543, Protestationen gegen den RAB 87, 123, 125, 131–133, 418, 446, 468, 490, 524–526, 545, 567, 568, 570–572, 579, 581, 589, 954, 955–957, 1315, 1411, 1413, 1424, 1468, 1508, 1512, 1515, 1535–1537, 1561–1582
- Nürnberg, RT 1543, andere reichsständische Versammlungen – siehe: Fränkische, Schwäbische, Oberrheinische Kreisversammlungen; Nürnberg, Katholischer Bund; Reichsstädte; Schmalkaldischer Bund
- Nutzel, Wolf, Nürnberger Ratsherr 197, 198
- Oberehnheim/Obernai, Reichsstadt (Dekapolis, am RT vertreten durch Hagenau) 660, 686, 697, 1575
- Oberland 497
- Oberländisch-schmalkaldische Reichsstädte 101, 124, 131, 496, 554, 1125, 1130, 1151, 1154, 1155, 1175, 1178, 1182, 1191, 1199, 1211, 1212, 1214, 1349, 1519, 1521, 1607, 1614, 1616 – siehe auch: Augsburg, Biberach, Esslingen, Frankfurt, Heilbronn, Isny, Kempten, Konstanz, Lindau, Memmingen, Reutlingen, Schwäbisch Hall, Straßburg, Ulm
- Oberländische Grafen – siehe: Schwäbische Grafen



- Oberländische Prälaten – siehe: Schwäbische Prälaten
- Obermünster in Regensburg, gefürstete Abtei (Damenstift), Fürstäbtissin Wandula von Schaumburg 706
- Obernburger, Sekretär Karls V. für deutsche Angelegenheiten 221–223
- Oberösterreichische Ländergruppe (Erblände) 625 – siehe auch: Tirol, Vorderösterreich
- Oberrheinische Grafen – siehe: Rheingrafen
- Oberrheinische Kreisversammlung (Abschied Nürnberg, 1543 April 23) 122, 123, 131, 313, 314, 347, 348, 388, 389, 455, 475, 478, 490, 529, 530, 544, 588, 592, 614, 620, 653, 660–662, 664–666, 672–678, 687, 741, 1350, 1354, 1452, 1455, 1466, 1468, 1504, 1505, 1508, 1513–1515, 1521, 1532, 1533, 1535, 1546, 1588–1590, 1561, 1579, 1580, 1588–1591
- Abrechnungen der Kreiseinnehmer 696–699, 1448, 1450, 1452, 1455, 1583, 1588, 1589, 1593
- Gegenschreiber – siehe: Eislinger
- Kriegsrat – siehe: Zorn von Bulach
- Obersächsischer Reichskreis, Kreisstände 149, 153, 155, 160, 242, 254, 276, 358, 608, 737–739, 71369, 1542, 1583, 1607 – siehe auch: Zerbst, Obersächsischer Kreistag
- Abrechnungen der Kreiseinnehmer 700, 741
- Kreisfürsten 169
- Kreiseinnehmer/Kreistruhe 105, 235, 422, 448, 665
- Kriegsrat – siehe: Gotzmann
- Oberstein-Rüxingen/Richécourt, Gf. Philipp 685, 697, 698
- Oberviertel (Jülich) 1100
- Ochsenfelder, Sebald, Nürnberger Quartiergeber
- Ochsenhausen, Reichsabtei, Abt Georg 209, 685, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)
- Ödenburg/Sopron, Festung an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich 602
- Odenheim und Bruchsal, Reichspropstei 696
- Oettingen, Grafschaft, Gf. 1493
- Oettingen-Flochberg, Gf. Martin 881, 894, 900, 1549, 1556
- Gesandter am RT – siehe: Fischer (Sebastian)
- Oettingen-Oettingen, Gf. Ludwig XVI. (der Jüngere) 129, 459, 463, 512, 513, 536, 1476, 1421, 1476, 1493, 1615
- Ofen – siehe: Buda
- Oldenburg, Gf. Johann 702
- Olivier, François, chancelier d'Alençon, Wortführer der franz. Gesandtschaft (RT Speyer 1542) 969, 973, 980
- Omphalius, Dr. Jakob, Gesandter des Kf. von Köln am RT 1088, 1091, 1553
- Oross, Dr. András, ungarischer Archidelegierter beim HHStA Wien* 602, 729
- Ort. zum Jungen, Frankfurter Patrizier (Teilnehmer am Türkenzug 1542) 1471
- Ortenburg, Grafschaft, Gf. 706
- Osijek/Eszék/Esseg, Stadt in Ostkroatien, (ab 1526 türkisch) 726
- Ösler, Dr. Jakob Philipp, Gesandter Hg. Barnims von Pommern am RT 208, 314–331, 432, 507, 1212, 1225, 1227, 1230, 1232, 1416, 1418, 1419, 1527, 1555
- Osmanisches Reich/Osmanen. 422, 726, 729, 730, 971
- Osnabrück, Hochstift, Bff. 531, 702, 1613 – siehe auch: Bf. Münster
- Landstände 531, 1613
- Ossa, Dr. Melchior von, Kanzler und Gesandter des Kf. von Sachsen am RT 130, 131, 195, 203, 207, 237–258, 402, 433, 434, 519, 521, 579, 585, 876, 939, 941, 944, 1088, 1091, 1148–1150, 1225, 1267, 1394, 1454, 1515, 1530, 1617, 1618
- Osterode am Harz, Stadt in Niedersachsen 441
- Österreich, Erzherzogtum/Erblände 121, 213–215, 260–262, 271, 272, 323, 326, 355, 379, 386, 405, 431, 554, 593, 613, 618, 692, 730, 732, 749, 751, 752, 755, 757, 1009, 1243, 1327, 1337, 1422, 1458, 1501, 1507, 1538, 1546 – siehe auch: Niederösterreichische, Oberösterreichische Ländergruppe
- Gesandter am RT 1243, 1456, 1458 – siehe auch: Madruzzo (Hans Gaudenz)
- Österreich unter der Enns, Herzogtum 625, 748, 757, 761
- Gesandter am RT – siehe: Welser (Hans)
- Österreich ob der Enns, Herzogtum 625, 757
- Gesandter am RT – siehe: Perkheim
- Landstände 762, 763
- Österreich, Doppelveranlagung der Bischöfe 85, 121, 122, 218, 259, 261, 262, 266, 270–272, 592, 593, 613, 620, 622, 747–763, 1332, 1522, 1527, 1531, 1546, 1559 – siehe auch: Bff. von Salzburg, Bamberg, Freising, Regensburg, Passau

- Österreich, eximierte Reichsstände 104, 327, 387, 614, 620, 682, 1546, 1559  
 Österreich, Sessionswechsel mit Salzburg – siehe: Salzburg, Sessionswechsel mit Österreich  
 Österreichischer Reichskreis 740  
 – Kriegsrat – siehe: Ungnad  
 Ostfriesland, Gf. Enno 702  
 Otočac/Ottatschitz, kroatische Festung der Militärgrenze im Karst 603  
 Ottenstein, Burg in Niedersachsen 506  
 Overijssel, Herrschaft 231, 232, 1017, 1098  
 Overlacker, Hermann, Komtur der Kommande Welheim (Deutscher Orden) 704
- Paderborn, Hochstift, Bff. 701  
 Paderborn, Adm. Hermann II. von Wied – siehe: Köln, Kf.  
 Pakrac/Pokretz, Festung in Slawonien 603  
 Palamos, Hafenstadt in Katalonien 1096  
 Pappenheim, Familie (Träger des Reichserbmarschallamtes) 189  
 Pappenheim, Georg/Jörg von, Reichserbmarschall, Vertreter Wolfgangs von Pappenheim (RT Nürnberg 1542) 189–193, 577  
 Pappenheim, Heinrich Burkhard, Reichserbmarschall, Vogt zu Wolkenberg, Gesandter des Abts von Kempten und der schwäbischen Prälaten und Äbte auf den Reichstagen 1542/1543 und am schwäbischen Kreistag 209, 210, 343, 344, 860, 960, 1525, 1554, 1555, 1558, 1594  
 Pappenheim, Wolfgang von, Reichserbmarschall, am RT 117, 184, 187–193, 346, 409, 411, 412, 418, 547, 549, 558, 559, 576, 577, 580, 581, 1240, 1284, 1335, 1341, 1455  
 – Diener 582  
 – Konflikt um das Judengeleit – siehe: Nürnberg, Bgm. und Rat, Konflikt um das Judengeleit  
 – Sekretär und Untermarschall – siehe: Sommer
- Papst – siehe: Paul III.  
 Part, Leonhard/Linhart, Hauptmann von Regensburg, Proviandmeister (Türkenzug 1542) 708, 716  
 Passau, Hochstift, Bff. 592, 706, 747, 1527  
 – Domkapitel und Prälaten 751, 757, 758  
 Passau, Bf. Wolfgang I. von Salm 121, 143, 208, 261, 272, 747–753, 755–763, 968, 1332, 1527, 1554  
 – Gesandter am RT 210, 262, 751–753, 756–762, 860, 1527 – siehe auch: Kirchbichler
- Passau, Kreisversammlung (geplant für 1543 Juni 15) 132, 608, 620, 622, 638, 739, 760, 951, 1542, 1558, 1565, 1571, 1577, 1580  
 Paul III., Papst (Alessandro Farnese) 84, 132, 145, 148, 156, 207, 223, 226, 268, 274, 319, 320, 322, 336, 422, 446, 481, 591, 607, 620, 622, 631–634, 785, 797, 808, 809, 931, 970, 971, 973, 974, 979, 981, 1137, 1140–1142, 1298, 1301, 1306–1308, 1317, 1342, 1344, 1345, 1388, 1395, 1396, 1435, 1529, 1541, 1558, 1586, 1587  
 – Nuntius und Gesandter am RT – siehe: Verallò, Waldburg (Otto Erbtruchsess von)
- Paumgartner – siehe: Baumgartner  
 Pavia, Stadt in Italien 1088  
 Pays Bas/Pays d’embas – siehe: Niederlande  
 Pécs/Fünfkirchen, Festung und Stadt in Südungarn (1543 bis 1686 türkisch) 602, 727, 730, 731  
 Pegnitz, Fluss – siehe: Nürnberg, Reichsstadt  
 Penten – siehe: Bentheim  
 Perg – siehe: Bergh  
 Perkheim zu Würting, Georg von, Gesandter von Österreich ob der Enns am RT 209, 625, 1439  
 Perndorfer, Kaspar, Kammermeister der Hgg. von Bayern 104, 1109  
 Perpignan, Stadt in den franz. Pyrenäen 145  
 Persien, Schah (Suffi) 1306  
 Pesserer – siehe: Besserer  
 Pest, am linken Ufer der Donau gelegener Stadtteil von Budapest, Feldlager (Türkenzug 1542) 93, 140, 157, 171, 321, 332, 356, 688, 694, 724, 726, 728, 732  
 Petershausen in Konstanz, Reichsabtei, Abt Gebhard II. Dornsperger 699  
 Petrinja/Petrowyna, Festung in Slawonien am Fluss Kupa 603  
 Petrowitsch, Peter, Verbündeter Kg. Isabellas von Ungarn 727  
 Pettau – siehe: Ptuj  
 Peuerbach, Stadt in Österreich ob der Enns 175  
 Peutingen, Dr. Claudius Pius, Sohn Konrad Peutingers, Augsburger Stadtdvokat, Gesandter der Stadt Augsburg am RT und am schwäbischen Kreistag 91, 106, 114, 115, 366, 370, 371, 499, 551, 561, 568,

- 635, 1129, 1160, 1182–1186, 1195, 1199, 1202–1204, 1470, 1472, 1475, 1477, 1482–1504, 1518, 1535, 1561–1568, 1575, 1594, 1602, 1617
- Peutingner, Dr. Konrad, Augsburger Syndikus, Humanist 1183
- Pfäfers, Reichsabtei, Abt 699
- Pfalz, Haus (Pfälzer Linien des Hauses Wittelsbach) 88, 312, 1234, 1236, 1238
- Sessionsstreit mit Sachsen – siehe: Sachsen, Hg. Moritz, Sessionsstreit mit Pfalz
- Pfalz, Kurfürstentum, Pfalzgrafschaft bei Rhein 88, 562, 568, 740, 1238, 1600, 1607
- Pfalz, Kf. Ludwig V., Erztruchsess 98, 116, 143, 160, 208, 217, 268, 302, 312, 363, 452, 453, 475, 488, 537, 556, 557, 562, 563, 592, 705, 706, 718, 742, 743, 745, 775, 776, 781, 783, 802, 937, 1045, 1081, 1088, 1137, 1302, 1306, 1317, 1319, 1345, 1399, 1400, 1407, 1408, 1553, 1558
- Gesandte am RT 88, 210, 412, 415, 453, 488, 490, 518, 520, 718, 786, 983, 1047–1049, 1057, 1078, 1092, 1267, 1308, 1345, 1356, 1380, 1396, 1397, 1399, 1425, 1508, 1516, 1537, 1558, 1601 – siehe auch: Affenstein, Has von Laufen, Wallbrunn
- Konflikt mit Bgm. und Rat von Speyer – siehe: Speyer, Bgm. und Rat, Konflikt mit Kf. Ludwig
- Pfalz, Pfgf. Friedrich, Regent der Oberpfalz, ksl. Kommissar (RT Nürnberg 1542 und 1543) 96, 98, 109, 116, 135, 138, 143, 144, 147, 169, 170, 192, 198, 206, 208, 210, 219–222, 255, 257, 281, 302, 400, 411, 412, 421, 425, 427, 478, 483, 484, 496, 520, 617, 719, 786, 896, 913, 931, 938, 940, 941, 1009, 1235, 1242, 1243, 1251–1254, 1294, 1302, 1306, 1319, 1320, 1323, 1334, 1335, 1357, 1400, 1418, 1446, 1453, 1527, 1537
- Kanzlei 827
- Pfalz, Pfgfn. Dorothea (von Dänemark), Gemahlin Pfgf. Friedrichs 198, 719, 1243, 1302
- Pfalz, Pfgf. Heinrich – siehe: Freising, Bf., Worms, Adm.
- Pfalz-Neuburg, Pfgff. bei Rhein, Hgg. in Bayern 1238
- Pfgf. Ottheinrich 84, 88, 105, 120, 129, 143, 148, 206, 308–312, 420, 594, 595, 706, 1235, 1236, 1400, 1417, 1418, 1421–1424, 1441, 1519, 1527, 1535, 1537, 1561, 1581, 1582, 1612
- Pfgf. Philipp 308–312
- Gesandte am RT 308–312, 395, 421, 465, 490, 860, 939, 1238, 1239, 1416, 1423, 1433, 1436, 1458, 1465, 1508, 1527, 1561 – siehe auch: Arnold, Seinsheim
- RT-Protokoll 420–429
- Sessionsstreit mit Sachsen – siehe: Sachsen, Hg. Moritz, Sessionsstreit mit Pfalz
- Pfalz-Simmern-Sponheim, Pfgff. bei Rhein, Hgg. in Bayern 1238
- Pfgf. Johann II. (Hunsrück), Vormund der jungen Mgff. von Baden-Baden 206, 208, 595, 674, 696, 848, 1234–1236, 1239, 1283, 1423, 1443, 1554, 1555, 1591
- Gesandte am RT 208, 210, 309, 421, 490, 860, 1178, 1233, 1235, 1418, 1436 – siehe auch: Beuser von Ingelheim, Beyer von Belichoven
- Gesandter am oberrheinischen Kreistag – siehe: Beuser von Ingelheim
- Sessionsstreit mit Sachsen – siehe: Sachsen, Hg. Moritz, Sessionsstreit mit Pfalz
- Pfalz-Zweibrücken, Herzogtum, Pfalzgrafschaft
- Pfgf. Ludwig (gest. 1532) 698
- Pfgf. Ruprecht (ab 1543 Zweibrücken-Veldenz), Vormund Pfgf. Wolfgangs 108, 206, 208, 211, 302, 312–314, 664, 845, 1441, 1554, 1591
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag 211, 312–314, 502, 845, 1333, 1472 – siehe auch: Schorr von Haßel
- Pfgf. Wolfgang, minderjähriger Sohn Pfgf. Ludwigs, Vormundschaft Pfgf. Ruprechts 108, 208, 211
- Pfannenstill, Würzburger Bote 417
- Pfinzing von Henfenfeld, Martin, Nürnberger Ratsherr 186, 187, 577
- Pfirt, Wolf Dietrich von, Ritter, Oberstleutnant über ein Regiment Fußvolk (Türkenzug 1542), am RT 110, 398, 413, 417, 426, 431, 446, 475, 479, 480, 485, 486, 488, 503, 512, 530, 534, 536, 543, 549, 588, 665, 671, 672, 687–690, 692, 694, 709–714, 717–721, 723, 919, 1240, 1369, 1404, 1433, 1434, 1437, 1448
- Pflug, Endres/Andreas (gen. Boß), sächsischer

- Musterherr (Türkenzug 1541) 427, 485, 679, 680, 682
- Pflug, Julius – siehe: Naumburg, Bf.
- Pforzheim, Residenzstadt der Mgff. von Baden-Durlach 281, 1457
- Pfriem – siehe: Prüm
- Pfullendorf, Schwäbischer Grafentag 340
- Pistoris, Dr. Valerius, Gesandter des Bf. von Merseburg am RT 206, 207, 1554
- Planckenburg – siehe: Blankenburg
- Plato, griechischer Philosoph 530, 550
- Pleymair, Leonhard, Kanzleischreiber von Schwäbisch Hall 1561
- Plesse, Herrschaft 698
- Plintenburg – siehe; Visegrád
- Po, Fluss 971
- Pol, Nikolaus, Augsburger Notar 1476
- Polen, Königreich, Kgg. 950, 1263, 1317
- Kg. Sigismund I. (Jagiello) 319, 320, 333, 434, 437–439, 441, 1256–1262
- Kronprinz Sigismund II. August (Jagiello), Sohn Kg. Sigismunds I., polnischer Thronfolger 434, 1298, 1317
- Kronprinzessin Elisabeth (Ehgn. von Österreich), Tochter Kg. Ferdinands I., Gemahlin des Thronfolgers Sigismund II. August 434, 437, 438, 1298, 1317
- Prinzessin Isabella, Tochter Kg. Sigismunds I. – siehe: Ungarn, Kgn. Isabella
- Polin/Paulinus, Flottenkapitän (eigentlich Antoine Escalin des Aimars, Baron de la Garde), Gesandter Kg. Franz' I. von Frankreich in Konstantinopel (1541–1547) 422, 481, 977, 980, 981, 1303
- Pommern, Herzogtum 320, 920, 1225, 1249
- Landstände 1216, 1227, 1249
- Pommern, Hgg. Barnim IX von Pommern-Stettin und Philipp I. von Pommern-Wolgast 89, 103, 208, 314–331, 420, 437, 448, 461, 499, 502, 505, 525, 535, 549, 639, 700, 848, 917–922, 1170, 1186, 1211, 1212, 1233, 1245, 1248, 1249, 1366, 1368, 1372, 1527, 1617
- Gesandte am RT 86, 89, 111, 129, 208, 211, 282, 314–331, 420, 432, 436, 437, 441, 458–461, 499, 502, 505–507, 511, 513, 528, 529, 535, 545, 549, 846, 848, 917–922, 1178, 1215–1232, 1365, 1366, 1387, 1455, 1483, 1502, 1527, 1611 – siehe auch: Ösler, Zitzewitz
- Exemtion von Cammin – siehe: Cammin, Hochstift
- Konflikt mit Dänemark 86, 89, 92, 129, 316, 327–330, 458, 460, 461, 469, 499, 502, 506, 522, 528, 545, 1215–1232, 1365, 1366, 1372, 1493, 1499, 1502, 1503, 1512, 1520, 1528, 1611
- Session 319, 1233
- Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund 330, 331, 917, 921, 1170, 1220, 1222, 1226, 1229–1232, 1365, 1366, 1528
- Pommern-Stettin, Hg. Barnim IX. 1170, 1215, 1216, 1225, 1227, 1232, 1418, 1419, 1527, 1528, 1555
- Pommern-Wolgast, Hg. Philipp I. 770, 772, 945, 1170, 1225, 1231, 1232, 1248, 1416, 1527, 1528, 1555
- Pommern-Wolgast, Prinzessin Katharina – siehe: Braunschweig-Wolfenbüttel, Hgn. Katharina
- Porterius, Franz, Gesandter des Hg. von Savoyen (RT Speyer 1542) 655
- Portugal, Kg. Johann III. 474
- Portugal, Infantin Maria Manuela, Tochter Kg. Johanns III. – siehe: Spanien
- Požega/Poschegg, osmanisch verwalteter Bezirk in Slawonien 726
- Prag, Hauptstadt Böhmens, Tagungsort des böhmischen Landtags 419, 1316, 1368, 1413, 1422, 1469
- Pressburg – siehe: Bratislava
- Preuß, Dietrich, Sekretär und Gesandter der Stadt Braunschweig am RT 1112, 1520, 1618
- Preußen, Herzogtum 333, 1256, 1257, 1259, 1262, 1263, 1265, 1266
- Erbfolge 435, 437, 438
- Preußen, Hg. Albrecht, Mgff. von Brandenburg-Ansbach, Hochmeister des Deutschen Ordens (bis 1525) 84, 88, 331–333, 395, 429–443, 1256, 1257, 1260, 1267, 1403, 1528, 1529
- Gesandte am RT – siehe: Brandt (Ahasver), Schürstab (Hieronymus)
- Berichterstatte vom RT 1528, 1529 – siehe auch: Baumgartner (Hieronymus), Stockhammer (Leonhard), Hartmann (Georg), Schürstab (Leo)
- Konflikt mit dem Deutschen Orden (Suspension der Acht) 217, 331–333, 395, 429, 434, 435, 437–442, 489, 1245, 1256–1267, 1360, 1429, 1510, 1520, 1528
- Prüm, Reichsabtei, Abt Wilhelm von Manderscheid-Kayl 696

- Prunkhorst, Jobst von 702
- Ptuj/Pettau, Stadt in der Untersteiermark (Ebf. von Salzburg) 272
- Pulle, Bernhard, Hauptmann zu Nitra 702, 730, 731
- Pyrmont, Grafschaft, Herrschaft (Gff. von Spiegelberg) 1615
- Quedlinburg, Reichsabtei (Kanonissinen), Äbtissin Anna II. von Stolberg 263, 338, 685, 700
- Raab/Győr, Fluss und Stadt in Nordungarn, Feldlager (Türkenzug 1542) 693
- Rabenstein, N. 441
- Rappoltstein/Haut-Ribeaupierre, Herrschaft, Hn. von 698
- Rast/Rasch, Dr. Matthias, Kanzler Gf. Friedrichs von Fürstenberg, Gesandter der schwäbischen Grafen und der Äbtissin zu Buchau am Federsee (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542 und 1543) und am schwäbischen Kreistag 206, 209, 210, 339–341, 343, 1462, 1556–1558, 1594
- Rastenber, Philipp von, Gesandter der Gff. Philipp und Hans Georg von Mansfeld am RT 1556
- Ratzeburg, Hochstift, Bff. 685, 701
- Rauscher, Ursula (Witwe Wilhelm Rauschers) 472, 506, 529, 1616
- Ravensburg, Reichsstadt 210, 382, 586, 686, 1529, 1563
- Ravensburg, Bgm. und Rat 382–384, 1529, 1557, 1575, 1594, 1602
- Gesandte am RT und am schwäbischen Kreistag 541, 542, 561, 635, 670–672, 1529, 1562, 1569 – siehe auch: Goltrich, Krötlin
- Rechenberg, Balthasar von, Amtmann zu Gunzenhausen, Gesandter Mgf. Georgs von Brandenburg-Ansbach (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542 und 1543) 285, 286, 333, 413, 437–442, 1260, 1416, 1417, 1427–1429, 1520
- Regensburg, Hochstift, Bff. 592, 706, 747
- Domkapitel und Prälaten 751, 757, 758
- Regensburg, Bf. Pankraz Sinzenhofer, reichsständischer Rat in Regensburg (Post aus dem Feldlager) 121, 261, 272, 592, 742, 743, 745, 747–753, 756–763, 1361, 1554
- Gesandter am RT 210, 262, 751–753, 756–762, 860 – siehe auch: Sinderstetter
- Regensburg, Reichsstadt, Legstatt 110, 540, 611, 681, 682, 706, 738, 743, 1529, 1544, 1594
- Regensburg, Bgm. und Rat 1340, 1544, 1557, 1601
- Gesandte am RT (im Städreausschuß) 111, 124, 211, 502, 514, 528–530, 546, 547, 551, 567, 849, 1440, 1492 – siehe auch: Amman, Hiltner
- Regensburg, abgeordnete Räte der Reichsstände (Post aus dem Feldlager) 212, 343, 690–694, 1538 – siehe auch: Hartheim, Haller (Sebald)
- Regensburg, RT 1532 (Rab 1532 Juli 27) 248, 251, 268, 274, 275, 320, 335, 396, 594, 653, 740, 747, 755, 775, 777, 784, 795, 796, 811, 894, 900, 905, 1256, 1268, 1287, 1330, 1340, 1406, 1407, 1549, 1582
- Regensburg, RT 1541, (Rab 1541 Juli 29) 90, 106, 112, 133, 137, 139, 151, 211, 230, 238, 246, 255, 264, 268, 307, 315, 320, 322, 335, 340, 348, 349, 360, 363, 364, 386, 388, 390, 397, 406, 437, 443, 474, 499, 540, 542, 554, 556, 560, 594, 626, 652, 656, 658, 679, 681, 684, 760, 777, 787, 788, 790, 796, 799–801, 811–815, 818, 819, 821, 822, 836, 837, 838, 858, 862, 864, 866, 867, 870–874, 876, 878, 885, 887, 903, 924, 934, 937, 944–946, 948, 949, 952–954, 956, 990, 992, 997, 998, 1001, 1002, 1015, 1025, 1028, 1029, 1051, 1055, 1057, 1127, 1128, 1133, 1134, 1137, 1142, 1143, 1205, 1207, 1215–1216, 1242, 1247, 1250, 1256–1258, 1262, 1266, 1268, 1280, 1283, 1284, 1287, 1300, 1301, 1326, 1343, 1347, 1353, 1374, 1396, 1431, 1443, 1456, 1473, 1484, 1537, 1563, 1566, 1568, 1572, 1573, 1577, 1578, 1586, 1587, 1609
- Deklaration Karls V. für die evangelischen Stände (1541 Juli 29) 94–96, 106, 109, 111–113, 115–117, 119, 133, 137, 315, 322, 325, 328, 337, 390, 392, 404, 406, 407, 434, 442, 443, 499, 520, 522, 542–544, 554, 578, 579, 768, 769, 773, 777–780, 783, 784, 788, 789, 796, 798–803, 813–815, 819, 821, 822, 836–839, 843, 845, 846, 849, 850, 866, 867, 871–873, 877, 879–888, 905–912, 916, 923, 926, 931, 933–935, 937, 944–947, 949, 950, 952, 953, 955, 956, 1177, 1198, 1201, 1205–1207, 1283, 1300, 1309, 1343–

- 1345, 1356–1359, 1373, 1376, 1378–1380, 1388, 1389, 1392, 1394–1399, 1406, 1408, 1409, 1419, 1423, 1424, 1427, 1431, 1476, 1481, 1492–1495, 1497–1500, 1505, 1512, 1515, 1522, 1526, 1529, 1559, 1560, 1606, 1608, 1609, 1616
- Schmalkaldischer Bundesabschied (1541 Aug. 1) 1215, 1217
  - Vertrag zwischen Karl V. und Lgf. von Hessen (1541 Juni 13) 106, 1301, 1389, 1390
- Regensburg, RT 1546 (RAb 1546 Juli 24) 1256
- Regenstein/Reinstein und Blankenburg, Gff. 700, 701
- Gf. Ulrich 1557
  - Gesandter am RT – siehe: Braun von Weimar (Georg)
- Rehlinger, Wolfgang, Augsburg. Patrizier 1338, 1348
- Rehm/Reme, Dr. Wolfgang Andreas, Propst zu St. Moritz in Augsburg, Gesandter des Abts von Kaisheim am RT 1555
- Reich, Klaus, Einkäufer der Augsburg. Gesandten am RT 199
- Reichelsberg, Herrschaft (Bff. von Würzburg) 703
- Reichsgrafen, Session und Stimme 303, 342, 343, 345–347, 350, 351, 1380, 1381
- Reichskammergericht
- Appellationsrecht 130, 232, 458, 494, 654, 1179, 1245, 1268, 1270, 1271, 1273, 1275, 1277, 1319, 1325, 1330, 1475
  - Bote 462, 1192, 1473
  - Fiskal (Valentin Gottfried) 150, 158, 163, 239, 266, 270, 280, 375, 423, 461, 496, 506, 535, 581, 582, 591, 614, 641, 642, 644, 645, 650–653, 660, 661, 682, 683, 733, 739, 740, 775, 793, 811, 823, 1246–1248, 1407, 1501, 1510, 1547, 1548, 1599
  - Kammerrichter und Beisitzer 111, 116, 240, 249, 290, 420, 615, 682, 769, 776, 777, 787, 796, 811, 813, 818, 819, 821, 822, 838–840, 849, 867, 953, 956, 1119, 1150, 1161, 1163, 1167–1170, 1175–1178, 1180, 1181, 1185, 1189, 1190, 1192–1194, 1197, 1198, 1206, 1245, 1249, 1267, 1272, 1273, 1277, 1279–1282, 1285, 1327, 1339, 1365, 1376–1378, 1380, 1388, 1389, 1392, 1395, 1398, 1408, 1431, 1433, 1451, 1467, 1473, 1475, 1479, 1481, 1547, 1508, 1515, 1547, 1604, 1616 – siehe auch: Beichlingen (Adam), Braun (Konrad), Montfort-Rothenfels (Gf. Johann II.)
  - Prokuratoren 370, 457, 493, 494, 1171, 1182, 1185, 1187, 1286, 1475, 1476, 1479 – siehe auch: Engelhardt, Helfmann, Hoß, Reifsteck, Wernher von Themar
  - Visitationen (geplant 1542 Jan. 14, 1542 Juni 16, 1543 Juli 3, suspendiert) 147, 239, 284, 778, 788, 813, 814, 819, 822, 867, 868, 881, 892, 894, 895, 900, 905, 913, 925, 1277, 1280–1283, 1286–1288, 1315, 1331, 1359, 1361, 1376, 1378, 1380, 1395, 1396, 1406, 1408–1410, 1419, 1431, 1481, 1495, 1499, 1510, 1515, 1549–1551, 1559, 1560, 1582, 1604, 1616
  - Visitatoren 337, 490, 622, 778, 839, 840, 851, 881, 883, 889, 894, 900, 925, 1245, 1277, 1279, 1280, 1286–1288, 1353, 1361, 1396, 1510, 1535, 1549, 1582
- Reichskanzlei – siehe: Mainz, Kf. Albrecht, Kanzlei
- Reichskreise 610, 737–742, 748, 1543, 1583
- siehe auch: Bayerischer, Burgundischer, Fränkischer, Kurrheinischer, Niederrheinisch-westfälischer, Niedersächsischer, Oberrheinischer, Obersächsischer, Österreichischer, Schwäbischer Reichskreis
  - Abrechnungen der Kreiseinnehmer 83, 85, 93, 102, 103, 122, 123, 136, 179, 180, 357, 358, 367, 377, 479, 481, 482, 485, 488, 528, 530, 592, 599, 615, 696–706, 859, 860
  - Kreisfürsten 135, 140, 141, 358, 363, 610, 737, 1589, 1594
  - Kreistruhen 104, 105, 122, 235, 277, 306, 323, 337, 344, 377, 378, 383, 386, 544, 545, 558, 559, 561, 564, 567, 578, 589, 665, 670, 673, 676, 677, 687, 1035, 1350, 1466, 1514, 1584, 1588–1590, 1598
  - Kriegsräte 137, 157, 169, 212, 355, 627, 664, 679, 688, 692, 693, 696, 724, 725, 728, 732, 1538
  - Ringerung der Anschläge, Vergleich der Kreise 83, 85, 93, 102–105, 121–123, 125, 132, 136, 179, 180, 212, 214, 217, 264–266, 277, 288, 299, 306, 309–313, 347–349, 359, 360, 378, 386, 421, 425, 426, 436, 440, 441, 455, 488, 518, 592,

- 595, 599, 600, 609–612, 615, 616, 621, 661, 662, 860, 891, 1035, 1340, 1342, 1355, 1381, 1422, 1426, 1427, 1454, 1455, 1466, 1467, 1514, 1543, 1544, 1559, 1578–1581, 1590
- Zuzug der fünf „nahe gegessenen“ Reichskreise 105, 125, 132, 276, 358, 359, 379, 387, 417, 608, 609, 616, 631, 739, 1403, 1427, 1520, 1542, 1543, 1558, 1577, 1580 – siehe auch: Bayerischer, Fränkischer, Obersächsischer, Niedersächsischer, Schwäbischer Reichskreis
- Reichsritterschaft 387, 646, 665 – siehe auch: Elsass, Franken, Rhein, Schwaben
- Reichsstädte, Abschied der Reichsstädte (RT Nürnberg, 1543 April 24) 124, 125, 218, 368, 373–376, 381–386, 391, 470, 473, 490, 491, 527–546, 572, 1508, 1510, 1513, 1515–1517, 1526, 1533, 1535, 1595–1602
- Altgläubige („gehorsame“) Reichsstädte, Gesandte am RT 124, 125, 133, 529, 541, 542, 547–550, 554, 555, 561, 563, 564, 566–568, 586, 589, 597, 635–640, 1499, 1561–1563, 1569 – siehe auch: Rottweil, Speyer, Worms, Hagenau, Ravensburg
- Rechtsgelehrte 367–369, 375, 376, 382, 383, 385, 392, 529, 548, 550, 551, 561, 563, 567–569, 589, 635, 1184, 1595, 1599 – siehe auch: Bëbion, Fichard, Gemel, Grempl, Hel, Lamb, Peutingen, Kopp
- Ringerung der Anschläge, Vergleich der Kreistruhen 92, 105, 106, 360, 378, 379, 381, 384, 386–389, 559, 566, 636–638, 658–661, 1564, 1565, 1569–1571, 1573
- Session und Stimme (Gutachten) 92, 105, 124, 125, 133, 137, 217, 268, 367, 369, 375, 378, 379, 382, 383, 385, 386, 529, 548, 550, 551, 559, 563, 568, 569, 572, 590, 596, 1184, 1512, 1560, 1564, 1570, 1573, 1595–1597
- Städtebündnis – siehe: Bayern, Hgg., Bündnis mit Städten und Adel
- Städteregistratur 132, 376, 391, 395, 583–590
- Reifenberg, Kloster im Hochstift Hildesheim 1136
- Reifenstein, Philipp, Gesandter der Gff. von Stolberg-Wernigerode am Wetterauer Grafentag (1542 Nov 7) 350, 1469
- Reifferscheid, Gff., Hn. 706, 740
- Reifsteck/Reiffsteck, Dr. Friedrich, Prokurator am RKG. 652, 1127, 1170, 1171, 1175
- Rein, Johann von, Komtur zu Elbrichaim (?) 704
- Reinstein – siehe: Regenstein
- Reischach, Hans Werner von – siehe: Deutscher Orden, Ballei Elsass und Burgund
- Reitz von Hanau, Amtsträger der Wetterauer Grafen 305
- Rendsburg, Residenz des Kg. von Dänemark 1612
- Reupoltskirchen – siehe: Hohenfels-Reipoltskirchen
- Reuß-Plauen, Herrschaft 700
- Reuter/Reutter, Dr. Jakob, Gesandter des Kf. von Mainz und des Abts von Fulda am RT, reichsständischer Rat in Regensburg (1542 Sept.) 207, 1052, 1088, 1091, 1553
- Reuter, Dr. Matthias/Matthäus, Kanzler und Gesandter des Bf. von Bamberg am RT und bei den fränkischen Kreisversammlungen 410, 663
- Reutlingen, Reichsstadt 474, 1212
- Reutlingen, Bgm. und Rat (am RT vertreten durch Ulm) 209, 532, 536, 1557
- Reutlingen, Schwäbischer Kreistag (Abschied 1543 Nov. 23) 1594
- Rhein, Fluss 538, 621, 1297, 1302, 1317, 1338, 1342
- Rheinbrücke (Straßburg) 390, 1105
- Sperre der Rheinschifffahrt und des Handels 405, 573, 574, 1013, 1014, 1018, 1020, 1102, 1304
- Rhein, Reichsritterschaft 614, 1547
- Rheineck, Herrschaft (Kurrheinischer Reichskreis) 740
- Rheingrafen 209, 342–351, 662, 697, 1463–1466, 1533, 1556, 1591 – siehe auch: Frankfurt, Höchst am Main, Mainz, Worms (Grafentage)
- Rheinische Kurfürsten 125, 148, 149, 160, 225, 258, 416, 449, 537, 985, 1010, 1011, 1013, 1055, 1074, 1075, 1083, 1086, 1302, 1304, 1306, 1320, 1322, 1342, 1381 – siehe auch: Mainz, Trier, Köln, Pfalz
- Gesandte am RT 1320, 1342
- Gesandte bei den Verhandlungen für einen Waffenstillstand Burgund-Jülich (1543 Jan./Febr.) 1010–1012, 1014, 1018, 1019, 1055, 1297, 1328, 1329, 1342, 1381

- Ribeisen/Riebeisen, Dr. Nikolaus, Gesandter des Ebf. von Salzburg und des Propsts von Berchtesgaden am RT 269, 761–762, 983, 1361, 1531, 1553, 1555
- Richter, Lamprecht, kursächsischer Kanzleischreiber am RT 195
- Riddagshausen, Reichsabtei 291, 509, 1615
- Rieneck, Grafschaft, Gff. (Fränkischer Reichskreis) 1584
- Gesandter am fränkischen Kreistag – siehe: Spradler
- Gf. Philipp III., am RT 1556
- Rietberg, H. Otto zu 702
- Riglerin, Nürnberger Quartiergeberin 1355
- Rijeka/Fiume/Sankt Veit am Pflaum, kroatische Hafenstadt und Festung an der oberen Adria 603
- Rincon, Antoine de, Gesandter Kg. Franz' I. in Konstantinopel (1541 ermordet) 422, 588, 971, 975, 979
- Ripač/Repitsch, Festung in Kroatien (Militärgrenze) 603
- Rode/Rodt – siehe: Rot an der Rot
- Roermond, Hansestadt in der Provinz Limburg 987, 1043, 1062, 1079, 1099, 1100
- Roeskilde, dänisches Bistum (bis 1536 katholisch, von Kg. Christian III. säkularisiert) 129, 327, 461, 500, 1215–1217, 1219, 1232
- Roeskildische und reinfeldische geistliche Güter (auf Rügen) 316, 1215, 1228, 1232
- Roggenburg/Rockenburg, Reichsabtei, Abt Johann III. Mayer 685
- Roggendorf/Kiszsidány, im ungar. Kreis Vas, Feldlager (Türkenzug 1542) 693
- Rom, Bf. von – siehe: Paul III.
- Rom, Kurie 1529
- Rom, Stadt 89, 274, 413, 981, 1141
- Roses/Rosas, katalanische Küstenstadt 225
- Rosheim, Reichsstadt (Dekapolis, am RT vertreten durch Hagenau) 686, 697, 1575
- Rossem, Martin van, Marschall von Geldern, Verbündeter Frankreichs (Einfälle in Brabant Sommer 1542) 146, 154, 162, 225, 230, 231, 989, 990, 991, 993, 994, 997, 999, 1000, 1006, 1020, 1044, 1068, 1069
- Rot an der Rot/Münchroth, Reichsabtei, Abt Konrad Ehrmann 209, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)
- Rotenhan zu Burgebrach, Frhn. von 279
- Rothenburg ob der Tauber, Reichsstadt 529, 705
- Rothenburg ob der Tauber, Bgm. und Rat 209, 550, 1557, 1584
- Gesandter am RT 529, 530, 546–550, 587, 591, 1178 siehe auch: Hornburg
- Rottenmünster, Reichsabtei der Zisterzienserinnen, Äbtissin 685
- Rottweil, Reichsstadt 586, 658, 1563
- Rottweil, Bgm. und Rat 532, 539, 560, 635–640, 658, 659, 1575, 1594, 1602
- Gesandter am RT und am schwäbischen Kreistag 210, 539, 541, 542, 560, 561, 565, 635–640, 658, 659, 1355, 1562, 1569 – siehe auch: Spretter
- Rottweil, ksl. Hofgericht 506, 1616
- Roussillon, Provinz in Südfrankreich 138, 145
- Rovereto, Stadt im Etschtal 1089
- Rueser, Wendel, Gesandter der Äbtissin Margarethe von Buchau am Federsee am schwäbischen Grafentag in Mengen (1542 Okt. 26) 339
- Rügen, Insel vor der Ostseeküste Pommerns (ab 1354 Hgg. von Pommern) 129, 316, 327, 329, 461, 500, 1215–1219, 1228, 1232 – siehe auch: Pommern, Hgg., Konflikt mit Dänemark
- Ruland/Rueland, Dr. Jobst, Kanzler des Bf. von Münster, Gesandter des Abts von Corvey am RT 208, 209, 1555
- Ruppin, Herrschaft, Gff. 700
- Saarburg in Lothringen/Sarrebouurg, Reichsstadt 653, 654, 699
- Saalfeld, Reichsabtei, Abt 700
- Sachsen, Haus Wettin (Ernestiner und Albertiner) 312, 1234, 1236, 1238, 1239, 1436, 1443
- eximierte Bischöfe und Prälaten: Session 255, 328, 338, 1380 – siehe auch: Meißen, Merseburg, Naumburg, Quedlinburg
- eximierte Grafen 338, 1380 – siehe auch: Mansfeld, Schwarzburg
- Sachsen, Kurfürstentum (Ernestiner) 88, 685, 1607
- Landstände 173, 1010
- Sachsen, Kf. Johann Friedrich I. (der Großmütige), Bundeshauptmann des Schmalkaldischen Bundes, Reichserzmarschall 83, 86, 88, 91, 97, 98, 101, 103, 106, 111, 115, 130, 135, 136, 138, 139, 142, 143, 148–155, 158–166, 168, 169, 172–177, 181, 191, 192, 195, 205, 207, 233–258, 279, 289, 293, 297, 298, 327, 363, 370, 371,



- 372, 374, 377, 397, 409, 424, 429, 431, 433, 434, 448, 452, 453, 460, 462, 464, 469, 475, 476, 488, 493, 495, 496–500, 503, 510, 512, 516, 518, 523, 526, 538, 543, 700, 718, 737, 738, 767, 773, 793, 881, 882, 884, 885, 894, 900, 916, 922–932, 936, 950–957, 1009, 1010, 1015, 1036, 1041, 1045, 1057, 1081, 1088, 1097, 1101, 1107, 1114, 1123, 1124, 1126–1150, 1154–1157, 1160, 1162, 1168–1170, 1176, 1186, 1190, 1193, 1209–1214, 1216, 1220, 1222–1229, 1231, 1237–1241, 1256, 1257, 1261, 1267, 1280, 1289–1292, 1295, 1299, 1302, 1303, 1312, 1316, 1320, 1322, 1336, 1348–1350, 1363, 1366–1373, 1375–1382, 1386, 1393–1395, 1397, 1400–1411, 1414, 1415, 1417, 1421, 1428, 1435, 1437, 1443, 1458, 1475, 1478, 1479, 1530, 1549, 1610, 1612, 1616, 1617 – siehe auch: Schmalkaldischer Bund, Bundeshauptleute
- Gesandte am RT 88, 98, 101, 109, 111, 115, 173, 190, 192–195, 203, 205, 207, 210, 241, 328, 338, 368, 397, 409, 421, 424, 429, 430, 433, 434, 440–442, 448, 453, 457–460, 464, 488, 493, 496–498, 500, 501, 504, 508, 511–513, 515–519, 522–524, 526–528, 531, 534, 535, 537, 554, 577, 580, 718, 770, 773, 784, 859, 877, 882, 884, 885, 916, 922–932, 936, 938, 942, 950, 985, 996, 997, 1008, 1009, 1015, 1035–1037, 1041, 1045, 1047–1049, 1057, 1067, 1077, 1078, 1084, 1092, 1103, 1108, 1114, 1120, 1126–1130, 1138, 1139, 1148–1151, 1159, 1162, 1169, 1176, 1188, 1196, 1220, 1221, 1223, 1225, 1228, 1231, 1241, 1257, 1261, 1289, 1291, 1296, 1304, 1308, 1312–1314, 1316, 1320, 1324, 1327, 1328, 1333, 1339, 1341, 1349, 1361–1364, 1366–1369, 1374, 1376–1382, 1384, 1390, 1393–1395, 1399, 1400–1412, 1414, 1415, 1418, 1419, 1425, 1426, 1427, 1440, 1443, 1473, 1480, 1483, 1502, 1503, 1507, 1511, 1515, 1516, 1530, 1536, 1607, 1610, 1614, 1617 – siehe auch: Burkhard, Ossa, Thann (Eberhard)
- Gesandte (Schmalkald. Bundestag Schweinfurt 1542 Nov.) 233–237, 242
- Bündnis von Kursachsen und Hessen mit Bayern – siehe: Bayern Hgg.
- Kanzlei 468, 875, 1289
- Kanzler – siehe: Ossa
- Kanzler in Braunschweig-Wolfenbüttel – siehe: Burkhard (Franz)
- Konflikt mit Bf. Pflug von Naumburg – siehe: Naumburg, Bf. Julius Pflug, Konflikt mit Kf. von Sachsen
- Konflikt mit Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel – siehe: Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich, Konflikt mit dem Schmalkaldischen Bund
- Königswahl – siehe: Ferdinand I., Königswahl
- Räte – siehe: Brück, Könnertitz (Erasmus)
- Verhältnis zu Kg. von Frankreich und Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg 83, 155, 161–163, 171, 172, 225, 250, 251, 254, 257, 435, 436, 925–928, 930, 1057, 1097, 1291, 1295, 1296, 1297, 1299, 1300, 1313, 1324, 1327, 1370, 1371, 1386
- Sachsen, Kfn. Sibylle, Gemahlin Kf. Johann Friedrichs von Sachsen, Schwester Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg 251, 927, 1010
- Sachsen, Herzogtum, Hgg. (Albertiner) 88, 183, 1234, 1236, 1437
- Hg. Albrecht der Beherzte, Vater der Hgg. Georg und Heinrich, Großvater von Hg. Moritz 1236, 1237, 1239
- Hg. August, Bruder von Hg. Moritz 187, 950
- Hg. Georg (der Bärtige), Onkel von Hg. Moritz 1236–1239, 1433, 1439
- Hg. Heinrich (der Fromme), Bruder Hg. Georgs, Vater Hg. Moritz' 172, 461, 1236, 1239, 1421, 1435, 1436
- Hg. Moritz 89–91, 97, 104, 105, 107, 110, 116, 136, 156, 157, 172, 177, 178, 183, 187, 208, 235, 236, 254, 299, 327, 334–338, 435, 448, 461, 462, 485, 510, 512, 534, 553, 623, 625, 679, 680, 682, 700, 745, 773, 784, 834, 1124, 1234–1240, 1257, 1261, 1269, 1303, 1304, 1305, 1312, 1365, 1382, 1389, 1397, 1399, 1400, 1403, 1421, 1430–1444, 1530, 1531, 1554
- Gesandte am RT 89, 111, 172, 186, 187, 208, 211, 255, 328, 334–338, 421, 429, 434, 435, 490, 493, 502, 623, 625, 720, 773, 783, 784, 789, 826, 849, 1225, 1233–1238, 1241, 1257, 1269, 1303, 1305, 1315, 1365, 1366,

- 1372, 1376, 1377, 1382, 1421, 1424, 1427, 1430–1444, 1508, 1530, 1558 – siehe auch: Carlowitz (Christoph), Stramburger
- Dienstvertrag mit Karl V. (gegen Frankreich) 1430, 1435, 1437–1439, 1531
- Räte – siehe: Brück, Carlowitz (Georg), Komerstadt
- Sessionsstreit mit Pfalz-Simmern und Pfalz-Neuburg 86, 129, 309, 338, 421, 490, 1233–1240, 1432, 1433, 1436, 1441, 1443, 1527, 1531
- Sessionsstreit mit Gff. von Mansfeld 490, 1235, 1441, 1443
- Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund 337, 338, 510, 534, 1365, 1421, 1424, 1430, 1434–1436, 1531
- Sächsische/Niedersächsische Städte 508, 509, 1213, 1334, 1492, 1614, 1616 – siehe auch: Hansestädte
- Sailer, Dr. Gereon, Augsburger Bürger, Agent des Lgf. von Hessen 1290, 1291
- Salamanca, Stadt in Kastilien-Leon 474
- Salem, Reichsabtei, Abt Johann IV. Appenzeller von Precht 209, 685, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)
- Salm, Grafschaft, Gff. 698
- Salmansweiler – siehe: Salem
- Salzburg, Residenzstadt der Ebff. von Salzburg 80, 264, 269, 271, 750, 761
- Salzburg, Erzstift, Ebff. 271, 272, 592, 706, 747–749, 758, 761, 1243, 1531
- Domkapitel und Prälaten 751, 757, 758
- Salzburg, Ebf. Matthäus Lang von Wellenburg (gest. 1540) 748
- Salzburg, Ebf. Ernst von Bayern 105, 107, 121, 123, 143, 178, 261, 262, 264–272, 597, 747–763, 944, 1093, 1095, 1178, 1242, 1243, 1336, 1338, 1347, 1531, 1553, 1558, 1561
- Gesandte am RT 105, 107, 210, 262, 264–272, 312, 455, 597, 751, 752, 756–762, 860, 921, 1057, 1078, 1092, 1094, 1243, 1306, 1456, 1458, 1535, 1561 – siehe auch: Alben, Chiemsee Bf., Hirnheim, Munich, Ribeißen, Trautmannsdorff
- Gesandter am Nürnberger Bundestag – siehe: Alben (Eustachius)
- Kanzlei 747–752, 1531
- Sessionswechsel mit Österreich 87, 129, 264, 1233, 1242, 1243
- Salzburg, Georg/Jörg von, oberster Leutnant Konrad von Bemmelsbergs (Türkenzug 1542) 708, 714, 722
- Sankt Blasius, Kollegiatstift – siehe: Braunschweig, Reichsstadt
- Sankt Blasien im Schwarzwald, Reichsabtei, Abt 360, 699
- Sankt Egidien/Sankt Gilgen in Nürnberg, Reichsabtei, Abt Friedrich 198, 417, 418, 580, 902, 1243
- Sankt Emmeram/Heymeram in Regensburg, Reichsabtei, Abt Erasmus II. Nittenuer 685, 706, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Sinderstetter
- Sankt Gallen, Reichsabtei, Abt Diethelm 360, 535, 641–645, 699
- Sankt Gallen, Reichsstadt (Eidgenossenschaft) 641–645, 658, 699
- Sankt Gallen, Bgm. und Rat 641
- Sankt Gerhardsberg – siehe: Buda, Gellértberg
- Sankt Johann im Turital, Reichsabtei, Abt 360, 699
- Sankt Johann hinter Raab, Feldlager (Türkenzug 1542) 693
- Sankt Mauritius auf dem Zierenberg, Kollegiatstift – siehe: Hildesheim, Hochstift
- Sankt Maximin zu Trier, Reichsabtei, Abt 706, 741
- Sankt Peter im Schwarzwald, Reichsabtei, Abt 360, 699
- Savoyen, Herzogtum, Hgg. 85, 655, 656, 698, 963, 967
- Hg. Karl III. 426, 542, 655–656, 963, 967, 978, 979, 1555
- Gesandte am RT 426, 485, 592, 655–656 – siehe auch: Alardetus, Zasius
- Sayler, Jakob, Angehöriger der Kanzlei des Bf. von Würzburg am RT 415
- Sayn, Grafschaft, Gff. 685
- Sayn, Gf. Johann 702
- Schaffhausen, Reichsabtei, Abt 360
- Schaffhausen, Reichsstadt (Eidgenossenschaft) 360, 425, 641–645, 699
- Schaffhausen, Bgm. und Rat 641
- Schärding, Stadt am Inn (Wittelsbacher), Zusammenkunft der Hgg. von Bayern, mit Kg. Ferdinand (Jan. 1543) 101
- Scharoß – siehe: Nagysáros
- Schaumburg/Schauenburg, Hn. von der 700
- Schaumburg/Schaumberg, Bernhard von, Leutnant Wolf Dietrich von Pfirts (Türkenzug 1542) 709–711, 721

- Schaumburg/Schaumberg, Hans von, Gesandter des Bf. von Eichstätt am RT 208, 1554
- Schaumburg-Gemen, Grafschaft in Westfalen 685, 702
- Schaunberg, Herrschaft in Österreich ob der Enns 685
- Schellenberg, Ulrich von, Ritter zu Kißlegg, Bundesrat des Nürnberger Bundes, am RT 1584, 1587
- Schellhorn/Schelhorn/Schälhorn, Mag. Rudolf, Stadtschreiber und Gesandter der Stadt Speyer am RT (im Städteausschuss) und am oberrheinischen Kreistag 548, 550, 551, 553, 555–557, 561–565, 1575, 1591, 1602
- Schenk, Rudolf – siehe Schweinsberg
- Scherer, Melchior, Sekretär, Gesandter des Frh. Friedrich von Schwarzenberg am fränkischen Kreistag 1584
- Schertlin von Burtenbach, Sebastian, Landsknechtführer 526, 527, 1477
- Schiesser, Hermann, Stadtschreiber von Speyer und Registrator der rheinischen Städtebank 584
- Schilling, Jakob, Gesandter des Kf. von Brandenburg am RT 206, 208, 233, 432, 690, 718, 1519, 1553
- Schleicher, Franz, Nürnberger Quartiergeber 1480
- Schlenrietlein, Michel, Würzburger Beibote 409
- Schlesien, Herzogtum 358, 608, 1542
- Schleswig, Herzogtum 1221
- Schleswig, Hg. Magnus 701
- Schlettstadt/Sélestat, Reichsstadt (Dekapolis) 697
- Schlettstadt, Bgm. und Rat (am RT vertreten durch Hagenau) 1575
- Gesandter am RT – siehe: Gebwiller
- Schlieben, Fabian, Rumormeister (Türkenzug 1542) 716
- Schmal, Würzburger einspänniger Knecht 417
- Schmalkalden, Stadt in Thüringen 775, 1414, 1607
- Schmalkalden, Schmalkaldischer Bundestag (Abschied 1543 Juli 21) 1224, 1229, 1414, 1607
- Schmalkaldischer Bund/Schmalkaldener 86, 106, 109–120, 127–129, 286–302, 328–331, 372, 373, 376, 377, 380, 381, 391–393, 456–469, 491–546, 575, 580, 765, 767–772, 776, 794, 904, 917, 921, 939, 957, 1010, 1015, 1107–1135, 1138–1140, 1145–1147, 1150, 1159–1232, 1218, 1280, 1289, 1297, 1336, 1363–1415, 1417, 1428, 1440, 1470, 1482, 1483, 1493, 1501, 1502, 1504, 1511, 1512, 1521, 1524–1526, 1528, 1530, 1533, 1534
- Abschied (RT Nürnberg, 1543 April 28) 1229–1232, 1411, 1425, 1511, 1517, 1535, 1602–1618
- Aktenbeute – siehe: Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich II., Archiv
- Ausschuss – siehe: RT Nürnberg 1543, Ausschüsse (Schmalkaldener)
- Bundeshauptleute 85, 88, 89, 91, 93–95, 97, 98, 106, 107, 110, 111, 114, 128, 132, 165, 329, 330, 331, 374, 392, 457, 471, 476, 498, 501, 539, 765, 768–770, 793, 794, 805, 824, 888, 900, 916, 951, 1107, 1108, 1110, 1113, 1114, 1138, 1143, 1145, 1147, 1149, 1159, 1161, 1189–1191, 1205, 1211–1215, 1217, 1219, 1224, 1227–1229, 1231, 1280, 1363–1415, 1511, 528, 1602–1617 – siehe auch: Sachsen, Kf. Johann Friedrich, Hessen, Lgf. Philipp
- Bundestage – siehe: Braunschweig, Frankfurt, Schmalkalden, Schweinfurt
- Geleit zum RT 83, 136, 165, 166, 174–176, 245, 397, 1524, 1530
- Gesandtschaft an das RKG 516, 1165–1171, 1187, 1369, 1519
- Gesandtschaft und Schreiben an Karl V. 28, 290, 301, 371, 469, 523, 525, 1186, 1201–1210, 1312, 1316, 1413–1415, 1428, 1496, 1500, 1501, 1512, 1518, 1608–1611
- Haltung im Konflikt zwischen Habsburg und Jülich 83, 97, 106, 115, 117, 135, 136, 155, 1313, 1314, 1417
- Haltung im Konflikt zwischen Habsburg und Frankreich 97, 106, 959, 1295, 1313, 1314
- Konflikt mit Hg. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel – siehe: Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich, Konflikt mit dem Schmalkaldischen Bund
- Rekusation des RKG 106, 369–371, 493, 1159–1195, 1311, 1476–1479, 1511, 1532, 1603–1605
- Schnabel, Friedrich, Reiterprofoß (Türkenzug 1542) 716, 723

- Scholl, Wilhelm, Hauptmann (Türkenzug 1542), Supplikant am RT 421, 480, 485, 1452
- Schöningen/Schoningen, Schloß und Grenzfestung der Hgg. von Braunschweig-Wolfenbüttel gegen die Bff. von Magdeburg und Halberstadt 299
- Schopf, Johann, Sekretär und Gesandter der Stadt Magdeburg am RT 1618
- Schorr von Haßel, Jakob, Gesandter Pfgf. Ruprechts von Pfalz-Zweibrücken-Veldenz (als Vormund Pfgf. Wolfgangs) am RT und am oberrheinischen Kreistag 206, 312–314, 845, 1441, 1554, 1591
- Schotland, Kgn Maria I. (Stuart) 104
- Schottwien, Pfarre in Österreich unter der Enns 272
- Schultheiß, Georg, Beauftragter Hg. Albrechts von Preußen am RT 430
- Schurpf/Schurf, Reformationsjurist an der Universität Wittenberg 315
- Schürstab, Hieronymus, Sohn von Leo Schürstab, Sekretär und Gesandter Hg. Albrechts von Preußen am RT 331–333, 430, 432, 433, 434, 436, 440, 442, 960, 961, 1260, 1428, 1429, 1528
- Schürstab, Leo, Nürnberger Bgm. und Ratsherr 332, 430, 431, 441, 1528
- Schussenried, Reichsabtei, Abt Johann III. Wittmayer 209, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)
- Schuttern, Reichsabtei, Abt 699
- Schutzbar, Wolfgang (gen. Milchling), Landkomtur der Ballei Hessen in Marburg, Pfennigmeister (Türkenzug 1541), Hoch- und Deutschmeister (seit 1543 April 16), Gesandter des Hoch- und Deutschmeisters und des Landkomturs der Ballei Elsass-Burgund am RT 270, 417, 426, 427, 454, 485, 489, 621, 679–684, 1258, 1259, 1266, 1442, 1509, 1520, 1553, 1584
- Schwabach, Christoph Lic., Prokurator am RKG 517
- Schwaben, Herzogtum, Bewohner von 118, 1458
- Schwaben, Landvogt, Landvogtei 565, 566, 1587
- Schwaben, Reichsritterschaft 614, 670, 1338, 1339, 1347, 1547
- Kanton Hegau-Allgäu-Bodensee 1338
- Schwäbisch Gmünd, Reichsstadt 686
- Schwäbisch Hall, Reichsstadt 199, 200, 516, 1160, 1212, 1246, 1247, 1511
- Schwäbisch Hall, Bgm. und Rat 506, 516, 847, 848, 1172, 1173, 1478, 1479, 1575, 1594, 1602, 1617
- Gesandter am RT (im Ausschuss der Schmalkaldener) und am schwäbischen Kreistag 98, 207, 211, 457, 492, 493, 515, 516, 544, 848, 1159, 1161, 1162, 1164, 1172, 1175, 1178, 1483, 1492 – siehe auch: Wurtzelmann
- Konflikt mit den Gff. von Hohenlohe 457, 493, 1161–1164, 1176, 1190, 1479
- Schwäbisch Werd/Schwäbisch Wörth – siehe: Donauwörth
- Schwäbische/Oberländische Grafen 206, 207, 209, 339–342, 343, 346, 1448 – siehe auch: Fürstenberg, Gundelfingen, Helfenstein, Hohengeroldseck-Sulz, Hohenzollern, Königsegg-Aulendorf, Montfort, Lupfen, Sulz, Waldburg, Zimmern
- Gesandter am RT 342, 346, 860 – siehe: Rast
- Schwäbische Kreisversammlung (Abschied Nürnberg, 1543 April 24) 118, 122, 276, 352, 358, 360–363, 367, 377, 464, 544, 545, 592, 608, 614, 620, 739, 741, 1456, 1459, 1460, 1462, 1470, 1519, 1529, 1535, 1542, 1546, 1591–1594
- Abrechnungen der Kreiseinnehmer 455, 472, 475, 529, 532–534, 666–672, 699, 1583, 1592, 1593
- Kreiseinnehmer 667, 1592 – siehe auch: Besserer (Georg), Grafeneck, Muschler, Neithart, Westerstetten
- Kriege – siehe: Eberstein (Gf. Wilhelm)
- Zahlmeister – siehe: Besserer (Sebastian)
- Schwäbische/Oberländische Prälaten und Äbte – siehe auch: Elchingen, Irsee, Marchtal, Ochsenhausen, Rot an der Rot, Salem, Schussenried, Weingarten, Weißenau
- Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)
- Schwäbischer Bund 1485, 1519
- Schwartzach – siehe: Münsterschwarzach
- Schwarzburg/Schwarzenburg, Gff. (vier Linien) 338, 341, 685, 700
- Schwarzburg/Schwarzenburg-Arnstadt-Sondershausen, Gf. Günther XL. 341, 1556
- Gesandter am RT – siehe auch: Kropfgans, Spedt
- Gesandte (RT Nürnberg 1542: Braun von Weimar, Predis) 343

- Schwarzenberg, Frh. Friedrich von 705, 1584  
 – Gesandter am fränkischen Kreistag – siehe: Scherer
- Schweden, Königreich 333, 526
- Schweden, Kg. Gustav I. (Wasa) 129, 526, 1612
- Schweinfurt, Reichsstadt 95, 242, 247, 299, 705
- Schweinfurt, Bgm. und Rat 1557  
 – Gesandte am RT 209, 211, 502, 528 –  
 siehe auch: Gobel, Sprenger
- Schweinfurt, Schmalkaldischer Bundestag (Abschied 1542 Nov. 15) 94, 95, 98, 99, 165, 204, 233–237, 242, 245, 247, 252, 256, 296–300, 304, 328, 369, 380, 390, 392, 393, 456, 492, 496, 499, 509, 538, 1112, 1138, 1162, 1180, 1181, 1183, 1186, 1187, 1190, 1212, 1214, 1282, 1333, 1334, 1368, 1377, 1482, 1603, 1604, 1617
- Schweinfurt, Verhandlungen mit den Protestanten für einen Friedstand (1532) 775
- Schweinsberg, Rudolf Schenk von, Landvogt an der Werra. Gesandter Lgf. Philipps von Hessen auf den Reichstagen in Speyer 1542 und Nürnberg 1543 205, 436, 507, 932–937, 1041, 1112, 1148–1150, 1290, 1291, 1368, 1373–1376, 1384, 1387–1392, 1398–1401, 1524, 1617, 1618
- Schweiz (Dreizehn Orte der Eidgenossenschaft) 360, 399, 416, 422, 423, 425, 481, 482, 487, 535, 591, 641–645, 735–737, 947, 977, 980, 981, 1303, 1338, 1462  
 – Gesandte der Dreizehn Orte bei den Schweizer Tagsatzungen in Baden im Aargau (1543 Febr. und April) 641–645
- Schweiz, Bote am RT 398, 399, 421, 447, 452, 480, 482, 511, 542, 959, 968, 1309
- Schweiz, Söldnerwesen 735–737, 487, 947, 977, 981
- Schweiz, Tagsatzungen – siehe: Baden im Aargau
- Schweiz (Zugewandte Orte der Eidgenossenschaft) 641, 642, 658 – siehe auch: Mülhausen im Elsass, St. Gallen, Rottweil
- Schwerin, Hochstift, Bff. 701
- Seebach, Jost von, Amtmann des Bf. von Straßburg 665
- Seeland, Grafschaft 1000
- Sehe- und ansehestette – siehe: Hanse
- Sehmann, Hans, Würzburger einspänniger Bote 415
- Seinsheim, Georg Ludwig von, Gesandter Pfgf. Ottheinrichs von Pfalz-Neuburg am RT 308–312, 420–429, 594, 595, 1235, 1423, 1527, 1581
- Seiseneck, Christoph von, ksl. Kommissar 1150
- Seitz, Mang, Bgm. von Augsburg 210, 366, 504, 547, 549, 587, 848, 1163, 1164, 1182–1184, 1195, 1480, 1486–1496, 1518
- Seitz, Sebastian, Gesandter der Stadt Augsburg am RT und am schwäbischen Kreistag 114, 209, 366, 553, 1078, 1125, 1129, 1472, 1482–1496, 1499–1504, 1518, 1557, 1575, 1594, 1602, 1617
- Selbach, Johann von, Kriegsrat des Nieder-rheinisch-westfälischen Reichskreises 724
- Seld, Dr. Georg Sigmund, Rat in Diensten Hg. Ludwigs von Bayern, Gesandter der Hgg. von Bayern am RT 209, 1112, 1124, 1349, 1519, 1554
- Seldnecker/Sellnecker, Georg, Nürnberger Notar 570, 571, 1575, 1576
- Selz/Seltz, Reichspropstei 705, 741
- Senft, Georg, Schultheiß 714
- Senj/Zennig, kroatische Festung an der Adria, Sitz des Kapitanats der kroatischen Militärgrenze 603
- Serrant, S<sup>r</sup> de – siehe: Brie
- Seymour, Thomas, engl. Diplomat und Heerführer, Bruder der engl. Kgn. Jane Seymour 1521
- Sforza – siehe: Mailand, Hg.
- Sickingen, Hans von, fränkischer Reichsritter, Hauptmann (Krieg gegen Jülich 1543) 961
- Sigmaringen, Grafschaft 360
- Simon, Hans, Gesandter der Stadt Braunschweig am RT 1520, 1618
- Sinderstetter, Wilhelm, Gesandter des Bf. von Regensburg und des Abts von St. Emmeram in Regensburg am RT 1554, 1555
- Sittard, Festung und Stadt im Herzogtum Jülich-Kleve (Schlacht 1543 März 24/ 25) 126, 237, 451, 1002, 1041, 1066, 1070, 1071, 1073–1077, 1080, 1081, 1089, 1090, 1092, 1098, 1099, 1100, 1308, 1314, 1317, 1414, 1424, 1516
- Sitten/Siön, Hochstift, Bff. 698
- Slanje/Selnyak, befestigter Ort im Norden Slawoniens 603
- Slawonien/Windisch land, östlicher Teil Kroatiens zwischen Südungarn und Bosnien 603, 607, 619, 725, 732, 1541, 1558
- Soest, Reichsstadt 703

- Sokrates, griechischer Philosoph 530, 550  
 Solms-Braunfels, Gf. Bernhard III. 350, 351, 685, 697, 1466, 1556, 1591  
 – Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Lieberich  
 Solms-Laubach, Gf. Friedrich Magnus I. 350  
 Solms-Lich, Gf. Philipp 350, 351, 685, 697, 1466, 1556, 1591  
 – Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) – siehe: Brickel  
 Solms-Lich, Gf. Reinhard I., Vormund der jungen Gf. von Hanau-Münzenberg 1556  
 – Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nellingen  
 Solothurn, eidgenössische Stadt 398, 399, 511, 542  
 Sommer, Sixtus (gen. Hegelein), Sekretär, Stadtschreiber und Untermarschall des Reichserbmarschalls Wolfgang von Pappenheim am RT 187, 190, 191, 193, 559  
 Soplunca/Soplontza, Grenzfestung in Slawonien (Hauptmannschaft Kríževci/Kreuz) 603  
 Spangenberg, Residenz der Lgff. von Hessen 1436  
 Spanheim – siehe: Sponheim  
 Spanien, Königreich 82, 86, 96, 97, 135, 145, 155, 170, 223, 474, 962, 964, 966, 1096, 1201, 1316, 1344, 1397, 1419, 1474  
 – Infant Philipp, Stellvertreter Karls V., ab 1555 Kg. Philipp II. von Spanien 474, 1397  
 – Infantin Maria Manuela (von Portugal), Gemahlin Philipps II. 474  
 – Kg. Philipp I. (der Schöne) von Kastilien und Léon, Hg. von Burgund, Sohn Ks. Maximilians (gest. 1506) 1058–1060  
 – Kriegsvolk 1296, 1299, 1474  
 – Staatsrat („Consejo de Estado“) 97  
 Spedt, Lic. Friedrich, Gesandter des Gf. Ernst von Hohnstein-Schwarzburg und des Gf. Günther XL. von Schwarzburg-Arnstadt-Sondershausen am RT 303, 341, 1556  
 Speyer, Hochstift, Bff. 696, 1532  
 Speyer, Bf. Philipp II. von Flersheim 89, 143, 284, 596, 604, 676, 687, 690, 727, 786, 806, 842, 881, 883, 1233, 1288, 1332, 1350–1353, 1358, 1359, 1465, 1532, 1554, 1590  
 – Gesandte am RT und am oberrheinischen Kreistag 89, 1350, 1532 – siehe auch: Junge, Koch  
 Speyer, Reichsstadt, Sitz des Reichskammergerichts 95, 154, 240, 349, 436, 516, 583, 586, 621, 641, 652, 697, 698, 889, 892, 898, 925, 1165, 1166, 1175, 1185, 1187, 1189, 1194, 1266, 1268–1270, 1277, 1279, 1281–1283, 1317, 1432, 1450, 1466, 1478, 1512, 1543, 1549, 1551, 1563, 1573  
 Speyer, Bgm. und Rat 550, 556, 557, 562, 635–640, 1189, 1575, 1591, 1601, 1602  
 – Gesandter am RT (im Städteausschuss) und am oberrheinischen Kreistag 124, 206, 210, 529, 530, 537, 541, 542, 546–551, 553, 555–557, 561–565, 567, 572, 587, 591, 635–640, 1333, 1355, 1418, 1562, 1569, 1601 – siehe auch: Schellhorn  
 – Konflikt mit Kf. Ludwig von der Pfalz (Besteuerung) 537, 556, 557, 562, 563, 572, 590, 1600  
 Speyer, Moderationstag der Reichskreise (geplant für 1543 Aug. 1) 610, 611, 1543, 1544, 1559, 1565  
 Speyer, RT 1526 (Rab 1526 Aug. 28) 774, 790, 795, 807, 812, 873  
 Speyer, RT 1529 (Rab 1529 April 22) 396, 795, 812, 873  
 Speyer, RT 1542 (Rab 1542 April 11) 80, 95, 98, 102, 104, 107, 110, 120, 121, 130, 139, 155, 158, 164, 211, 212, 226, 231, 232, 235, 237–239, 249, 252, 253, 255, 259, 261, 262, 264–266, 268, 269, 271, 274, 276, 277, 282, 286, 287, 307, 310, 313, 319–322, 326, 327, 335–338, 347–349, 355, 359, 362, 372, 374, 377, 378, 382, 386–389, 402, 403, 420, 426, 427, 448, 475, 485, 512, 513, 518, 542, 545, 549, 553, 557, 567, 592, 594, 606, 607, 611, 612, 615, 617, 626, 633, 636–639, 646–648, 650, 651, 653–655, 657–659, 667–669, 673, 679–681, 683, 684, 688, 692, 720, 733–735, 738, 747, 748, 756, 778, 787, 788, 790, 791, 799–801, 809, 812–815, 818, 822, 829, 830, 835, 836, 838, 858, 862, 871, 872, 878, 879, 881–883, 887, 892, 899, 917, 918, 920, 922, 925, 939, 941, 945, 949, 961, 963, 964, 966, 969, 973, 980, 990, 992, 998–1003, 1005, 1008, 1012, 1026, 1031, 1039, 1044, 1063, 1128, 1134, 1137, 1205, 1207, 1215, 1222, 1230, 1242, 1246, 1251, 1253–1256, 1262, 1268, 1270, 1274, 1280, 1287, 1289, 1294, 1326, 1358, 1386, 1389, 1403, 1406, 1413,

- 1420, 1425, 1432, 1443, 1451, 1456, 1457, 1458, 1461, 1462, 1514, 1537, 1540, 1541, 1547, 1548, 1563, 1564, 1566–1569, 1571, 1572, 1573, 1577–1580, 1582, 1593, 1598
- Deklaration Kg. Ferdinands für die evangelischen Stände (1542 April 10) 110, 112, 133, 251, 315, 325, 328, 392, 579, 768, 778–780, 783, 784, 798, 800–803, 814, 836, 837, 839, 845, 849, 850, 866, 879, 887, 903, 906, 909, 937, 1177, 1180, 1205, 1206, 1283, 1380, 1476, 1609
- Schmalkaldische Bundesversammlung, Abschied (1542 April 14) 329, 528, 1217, 1222, 1223, 1611
- Städteversammlung, Abschied (1542 April 14) 375, 382, 383, 556, 1595
- Speyer, RT 1544 (Rab 1544 Juni 10) 653, 684, 724, 728, 743, 747, 752, 1242, 1268, 1310, 1428
- Spiegelberg, Gff. 506, 703, 1615
- Spieß, Dr. Gregor, Kanzler und Gesandter des Hoch- und Deutschmeisters Cronberg und des Komturs der Ballei Koblenz am RT 1258, 1259, 1520, 1554, 1556
- Spieß, Heinrich, Prozess gegen Schwäbisch Hall 457
- Spradler, Christoph, Gesandter der Gff. von Rieneck am fränkischen Kreistag (Vollmacht der Gff. von Wertheim) 1584
- Sprenger, Nikolaus, Gesandter der Stadt Schweinfurt am RT 209
- Spreter/Spreter, Konrad, Hofgerichts- und Stadtschreiber, Gesandter der Stadt Rottweil (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1542 und 1543) und am schwäbischen Kreistag 658, 1575, 1594, 1602
- Stablo, gefürstete Reichsabtei 702
- Stamler, Apollonia, Bürgerin der Stadt Ulm (Leibrente) 539, 560, 572, 573
- Starigrad, Festung an der kroatischen Adriaküste südlich von Senj 603
- Stauf von Ehrenfels, Frh. Anton, Überreiter zu Frankfurt (Deutscher Orden) 704
- Staufen, Herrschaft (schwäbischer Reichskreis) 360
- Staufen, H. Leos Erben 699
- Stechau, Balthasar von, Großvogt von Wolfenbüttel 523
- Steiermark/Steyr, Herzogtum 260, 272, 602, 625, 726, 730, 732, 748, 757, 761
- Landstände 749, 762, 763
- Stein am Rhein, Reichsabtei, Abt 360, 699
- Steinbrück/Steinpruck, Burg und Grenzfestung der Hgg. von Braunschweig-Wolfenbüttel gegen die Bff. von Hildesheim 299
- Steindecker, Heinrich, Sekretär der Wetterauer Grafen in Hanau, Gesandter der jungen Gff. von Hanau-Münzenberg und der Gff. von Wied-Runkel am Wetterauer Grafentag (1542 Nov. 7) 132, 194, 197, 306, 342, 344, 350, 938, 1446–1455, 1463–1466, 1468, 1469, 1533, 1534
- Steinfurt, Gf. zu (Inhaber von Bentheim) 702 – siehe auch: Bentheim-Steinfurt
- Steinfurt, Gf. Arnold zu (Inhaber der von Dortmund Güter) 702 – siehe auch: Bentheim-Steinfurt
- Stemler, Hans/Johann, Stettmeister, Gesandter der Stadt Hagenau und der Städte der Landvogtei Hagenau (Dekapolis) 1575, 1591, 1602
- Sterzing, Ort in Südtirol 1089
- Steterburg/Stederburg, Augustiner-Chorfrauenstift in Braunschweig-Wolfenbüttel, Äbtissin 1143
- Stetten, Jörg/Georg von, Gesandter der Stadt Augsburg am RT und am schwäbischen Kreistag 114, 199–202, 209, 210, 366, 504, 547, 549, 553, 587, 1078, 1125, 1129, 1159, 1183, 1184, 1193, 1482, 1489, 1490, 1502, 1518, 1557, 1575, 1594, 1602, 1617
- Stettin/Alten-Stettin, Residenzstadt der Hgg. von Pommern-Stettin, Seehafen an der Ostsee 80, 89, 314, 317, 328, 331, 1170, 1227, 1472
- Stockhammer/Stockheimer, Dr. Georg, Rat in Diensten Hg. Wilhelms von Bayern, Gesandter der Hgg. von Bayern am RT 209, 1112, 1124, 1199, 1332, 1337, 1338, 1347–1349, 1519, 1554
- Stockhammer Leonhard, Nürnberger Berichterstatter an Hg. Albrecht von Preußen 1528
- Stoffel, Paul, Würzburger Beibote 414
- Stolberg-Wernigerode, Gff. 350, 700, 1556
- Gf. Albrecht 1556
- Gf. Georg 1556
- Gf. Christoph 1556
- Gf. Wolfgang 685, 1556
- Gf. Ludwig von Stolberg-Königstein 345, 350, 351, 1466, 1556, 1591
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nellingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag

- (1542 Nov. 7) – siehe: Reifenstein, Aconcius
- Stopler, Dr. Johann, Kanzler und Gesandter Hg. Heinrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel am RT, Bundesrat des Nürnberger Bundes 130, 209, 300, 331, 433, 448, 786, 892, 1107, 1132–1135, 1233, 1240, 1241, 1245, 1376, 1379, 1555, 1585–1587
- Stramberger/Stramburger, Dr. Johann, Gesandter Hg. Moritz' von Sachsen am RT 208, 334–338, 490, 1234–1237, 1430–1434, 1439–1444, 1530, 1554, 1558
- Straßburg, Hochstift, Bff. 295, 1346, 1354, 1355, 1532
- Domkapitel. 1346, 1532
- Straßburg, Bf. Erasmus, Schenk zu Limpurg, Lgf. im Elsass 89, 143, 206, 208, 272, 273, 410, 596, 665, 676, 868, 886, 1107, 1114, 1151, 1154, 1212, 1347, 1350, 1354, 1511, 1512, 1532, 1595, 1599, 1613
- Straßburg, Bgm. und Rat 131, 384–393, 466, 509, 531, 569, 848, 941–945, 942, 987, 1088, 1096, 1102–1105, 1171, 1183, 1228, 1470, 1514–1517, 1532, 1575, 1591, 1602, 1611, 1617
- Gesandte am RT (im Ausschuss der Städte und der Schmalkaldener) 98, 114, 124, 206, 207, 384–393, 457, 493, 506, 509–511, 513, 523, 529, 530, 536, 546, 551, 553, 559, 564, 567, 572, 574, 846, 848, 916, 1057, 1130, 1159, 1175, 1183, 1204, 1333, 1412, 1418, 1483, 1502, 1503, 1507, 1515, 1536 – siehe auch: Sturm (Jakob), Han
- Gesandte am oberrheinischen Kreistag – siehe auch: Sturm (Jakob), Han
- Kriegsräte 1091, 1533
- Streitberg, Lorenz von, Rat Kg. Ferdinands 1108, 1156–1158, 1320
- Strobel, Mathis, Nürnberger Kanzleischreiber 570, 571, 1575
- Stuhlweissenburg – siehe: Székesfehérvár
- Sturm, Caspar, Reichsherold 554
- Sturm, Jakob, Altstettmeister, Gesandter der Stadt Straßburg am RT (im Ausschuss der Städte und der Schmalkaldener) 88, 89, 131, 132, 203, 204, 384–393, 458, 493–495, 497, 527, 551, 552, 560, 565, 567, 568, 570, 571, 687, 772, 941–945, 1015, 1078, 1088, 1091, 1092, 1096, 1112, 1130–1132, 1174, 1175, 1183, 1228, 1399, 1413, 1470, 1511, 1514–1517, 1532, 1533, 1553, 1568, 1575, 1591, 1602, 1617, 1618
- Schlussrelation 1514–1517
- Stuttgart, Residenzstadt der Hgg. von Württemberg 88, 131, 363, 364
- Suchotzoff – siehe: Deutscher Orden, Komturei Schlochau
- Sultan – siehe: Türkei, Sultan Süleyman I.
- Sulz, Gf. Johann Ludwig I. 339, 1557
- Gesandter am RT – siehe: Rast
- Sumerau (zu Prasberg), Herrschaft 703
- Székesfehérvár/Stuhlweissenburg, mittelalterliche ungarische Krönungsstadt (1543 von den Türken erobert) 405, 601, 729, 731
- Tardić, Murat, Befehlshaber (= Bey) der türkischen Streitkräfte und Statthalter in Pozsega 726
- Tata/Totis, ungarische Festung südöstlich von Komárom 602
- Tautenberg/Tautenburg, Herrschaft, Schenken zu 686, 700
- Tecklenburg, Grafschaft, Gff. 686
- Gf. Konrad 702
- Temeschwar – siehe: Timișoara
- Tettelbach – siehe: Dettelbach
- Tetzel/Detzel, Christoph, Losunger der Stadt Nürnberg 114, 553
- Thaman, Paul, Oberamtmann zu Klettgau, Gesandter Gf. Johann Ludwigs I. von Sulz am schwäbischen Grafentag (1542 Okt.) 339
- Thann, Eberhard von der, Amtmann zu Wartburg und Hausbreitenbach, Gesandter des Kf. von Sachsen am RT 173, 195, 203–207, 237–256, 433, 1088, 1091, 1148–1150, 1530, 1617
- Thoma, Lenhart, Faktor des Augsburgers Altbgm. Georg Herwart 201
- Thumb von Neuburg, Hans Konrad, Erbmarschall des Hg. von Württemberg 104
- Thüringen 1443
- Thüringer Wald 523
- Timișoara/Temeschwar, Stadt im rumänischen Banat 727
- Tirol, Grafschaft 360, 608, 625, 631, 1338, 1542



- Tolmezzo/Tolmeč/Tulmein, Festung in Friaul 603
- Torgau, Stadt an der Elbe, Hauptresidenz der ernestinischen Kurfürsten 153, 164, 172, 194, 195, 256–258, 409, 496, 767, 950, 1169, 1186, 1220, 1225, 1237, 1238, 1368, 1369, 1377, 1380, 1401
- Torgau, Verhandlungen Hans Hofmanns mit Kf. Johann Friedrich von Sachsen betr. Königswahl (1542 Jan. 7 bis 9) 153–155, 159, 164, 257
- Tortona, Stadt in Piemont 1088
- Toul/Tul/Toll, Hochstift, Bff. 389, 698
- Toul, Bf. – siehe: Lothringen, Hg. Johann Toul, Reichsstadt 699, 1516
- Traismauer, Markt in Österreich unter der Enns (vom Salzburger Vizedom verwaltet) 761
- Trautmannsdorff, Wilhelm, Salzburger Domherr, Gesandter des Ebf. von Salzburg (Nürnberger Reichstage 1542 und 1543) 269, 1553
- Trient, Bf. Christoph I. von Madruzzo, H. von Afy und Brentonig, Adm. von Brixen 1334, 1345, 1554
- Gesandter am RT – siehe: Waldburg (Erbruchsess Otto von)
- Trient, Konzil 97, 137, 145, 156, 207, 223, 268, 390, 396, 422, 446, 481, 576, 785, 786, 787, 797, 808, 809, 810, 828, 834, 835, 843, 845, 846, 851–853, 979, 981, 1088, 1089, 1139, 1140, 1292, 1332, 1334, 1336, 1342, 1344–1346, 1376, 1460, 1529, 1532
- Von den Protestanten gefordertes Konzil 109, 248, 338, 774, 782, 787, 797, 799, 808, 809, 811, 812, 828, 835, 845, 846
- Trient, Residenz der Fürstbischöfe von Trient 127, 396, 411, 413, 1334, 1342, 1344, 1360
- Trier, Kurfürstentum, Erzstift 706
- Trier, Kf. und Ebf. Johann IV. Ludwig von Hagen 116, 160, 206, 210, 217, 232, 452, 453, 475, 488, 537, 718, 740, 750, 781, 783, 802, 1045, 1074, 1075, 1081, 1096, 1097, 1317, 1320, 1321, 1323, 1326, 1400, 1408, 1553
- Gesandte am RT 88, 206, 207, 210, 241, 453, 455, 488, 490, 518, 520, 548, 718, 1057, 1078, 1092, 1094, 1267, 1323, 1326, 1333, 1345, 1356, 1380, 1413, 1425, 1480, 1508, 1515, 1537 – siehe auch: Enschringen, Niederisenburg-Grenzau (Heinrich)
- Sekretär 1341
- Triest, Hafen und Festungsstadt an der oberen Adria 603
- Trnava/Nagyszombat/Tyrnau, Stadt in Oberungarn (heute Slowakei) 602
- Trott, Eva, Geliebte Hg. Heinrichs II. von Braunschweig-Wolfenbüttel 247, 299, 301
- Trsat/Tersat, Festung oberhalb von Rijeka 603
- Truchsess/Truchseß, Heinrich – siehe: Wetzhausen
- Truchsess/Truchseß, Wilhelm – siehe: Waldburg
- Truchsess/Truchseß, Otto – siehe: Waldburg
- Tübingen, Gff. 699
- Tübingen, Stadt im schwäbischen Reichskreis (Hgg. von Württemberg) 360
- Tucher/Ducher, Leonhard, Losunger der Stadt Nürnberg 114, 553
- Tuncher, Jörg, Nürnberger Beibote 411
- Tunis, Feldzug Karls V. gegen Chaireddin Barbarossa (1535) 970, 974, 978
- Türken, Feldzug 1541 und 1542 – siehe: Ungarn, Türkenfeldzug 1541 und 1542
- Türken, Flotte 422, 607, 608, 962, 963, 966, 967, 971, 1541
- Türken, Kundschafterberichte 85, 111, 122, 213, 399, 416, 423, 424, 449, 482, 554, 585, 592, 598, 607, 609, 620, 623, 627, 725–727, 832, 923, 938, 1009, 1367, 1376, 1460, 1466, 1542, 1559
- Türken, Sultan Süleyman I./Soliman I. (der Prächtige, „der Türk“) 103, 104, 140, 213, 336, 422, 423, 437, 482, 486, 501, 585, 618, 623, 627, 628, 695, 725, 726, 923, 938, 969–976, 980, 981, 1009, 1022, 1306, 1309, 1327, 1337, 1342, 1371, 1412, 1538, 1539
- Türkheim/Turckheim, Reichsstadt (Dekapolis, am RT vertreten durch Hagenau) 686, 697, 1575
- Twiste zu Peckelsheim, Friedrich von, Marschall und Hofmeister des Bf. von Münster (Teilnahme an Versammlung der Schmalkaldener RT Nürnberg 1543) 507, 508, 530, 531, 1613
- Überlingen, Reichsstadt 210, 376, 383, 384, 539
- Überlingen, Bgm. und Rat 210, 376, 539, 560, 572, 573
- Konflikt mit Ulm 368, 376, 383, 391, 539, 560, 561, 572, 573, 1513

- Udenheim, Ort im Rheinland 1352
- Ulm, Reichsstadt 124, 367, 375, 377, 382, 471, 498, 500, 506, 529, 533, 540, 667, 671, 686, 1212, 1316, 1317, 1347, 1460, 1485, 1486, 1488, 1533, 1594, 1595, 1596, 1599, 1616
- Bürgerin – siehe: Stamler
- Ulm, Bgm. und Rat (Vollmacht von Aalen, Biberach, Buchau, Heilbronn, Isny, Kempten, Reutlingen, Wimpfen in Reichs- und Städtesachen; Vollmacht von Biberach, Kempten, Reutlingen und Isny in Schmalkaldischen Bundessachen, Vertretung des Abts von Ursberg und Georg Ludwig von Freibergs) 209, 382, 471, 560, 569, 573, 666, 667, 847, 848, 1165, 1185, 1199, 1473, 1519, 1533, 1557, 1575, 1594, 1602, 1617
- Gesandte am RT (im Städteausschuss) und am schwäbischen Kreistag 98, 114, 131, 209, 461, 494, 500, 505, 506, 514, 515, 517, 522, 529, 536, 539, 545, 546, 553, 560, 561, 564, 572–574, 667, 847, 848, 1183, 1338, 1412, 1480, 1483, 1502, 1503, 1507, 1515, 1533, 1536, 1615 – siehe auch: Ehinger (Weiprecht), Weickmann (Martin)
- Gesandtschaft zu Kf. Ludwig von der Pfalz 562, 563
- Konflikt mit Überlingen – siehe: Überlingen
- Konflikt mit Anton Fugger 461, 505, 506, 515, 517, 526, 529, 536, 1478, 1615, 1616
- Ulm, Oberländischer Städtetag (Abschied 1542 Okt. 28) 94, 369
- Ulm, Schwäbischer Kreistag (Abschied 1542 Mai 2) 667, 669
- Ulrich, Cuntz, Würzburger Silberbote 416
- Ulstett, Dr. Lukas, Gesandter der Stadt Augsburg am RT (im Städteausschuss) 200–203, 207, 209, 210, 366, 371, 504, 547, 549, 551, 587, 1160–1164, 1175, 1180, 1182, 1183, 1193, 1472, 1473, 1475, 1477, 1480, 1518, 1557
- Ungarn, Königreich, Bewohner von 85, 90, 93, 96, 104, 118, 137, 139–142, 144, 149, 151, 156, 158, 160, 163, 213, 214, 224, 227, 228, 236, 253, 284, 286, 313, 319, 326, 328, 333, 335, 336, 354, 379, 386, 423, 595, 598, 601, 605, 606, 608, 609, 617, 618, 623, 625, 627, 628, 630–634, 648, 688, 692, 693, 695, 696, 725, 726, 729, 732, 739, 742, 743, 745, 903, 938, 962, 964, 966, 980, 1009, 1022, 1024, 1041, 1079, 1297, 1298, 1303, 1317, 1320, 1327, 1337, 1350, 1418, 1422, 1437, 1451, 1458, 1467, 1471, 1507, 1508, 1539, 1540, 1542, 1543
- Landtag, Landstände – siehe: Pressburg
- Militärgrenze (Befestigungen) 121, 601–603, 728–732, 1539
- Ungarn, Könige
- Kg. Ferdinand I. – siehe: Ferdinand I., röm. Kg.
- Kg. Johann I. Zápolya, Woiwode von Siebenbürgen (gest. 1540) 156, 1473
- Kg. Johann II. Sigismund Zápolya, minderjähriger Sohn Kg. Johanns I. 1473
- Kgn. Maria – siehe: Maria, Kgn. von Ungarn
- Prinzessin Anna Jagiello von Böhmen und Ungarn, Gemahlin Kg. Ferdinands I. – siehe: Habsburg, Familie
- Ungarn, Türkenzug 1541/Türkenhilfe 270, 454, 485, 489, 592, 679–686
- Ausstehende Besoldungen der Obersthauptleute und anderer Ämter 85, 122, 427, 485, 592, 679–683, 1428, 1442, 1444
- Ungarn, Türkenzug 1542/Türkenhilfe 93, 101, 157, 163, 172, 173, 190, 212, 236, 254, 318, 321, 322, 332, 335, 339, 353–356, 383, 398, 410, 431, 440, 448, 480, 484, 578, 588, 590, 614, 623, 627, 663, 677, 688, 690–696, 749, 812, 814, 829, 856, 920, 982, 1026, 1257, 1296, 1305, 1401, 1436, 1437, 1471, 1520, 1522, 1538, 1588
- Abrechnung der Hohen Ämter 707–717, 720–723, 1369, 1443
- Ausstehende Besoldungen der Obersthauptleute und anderer Ämter 85, 122, 123, 310, 377, 378, 421, 425, 426, 446, 447, 455, 475, 479, 485, 486, 488, 489, 503, 532, 592, 664–666, 671, 673, 676, 677, 687–690, 693, 718–720, 1327, 1369, 1404, 1405, 1425, 1426, 1428, 1433, 1434, 1444, 1449, 1450, 1510, 1519, 1597, 1598
- Ungarn, Pläne und Beschlüsse zur Türkenabwehr 1543 85, 96, 104, 138, 214, 229, 274, 356, 357, 366, 379, 380, 386–389, 405, 598–624, 630, 631, 859, 860, 949, 1009, 1296, 1300, 1303, 1315, 1340, 1359, 1380, 1401–1405, 1539–1548, 1558, 1559
- Kriegskommissar zur Musterung und Bezahlung der Truppen (1543) 611,

- 612, 615, 616, 624, 739, 742–745, 1360, 1361, 1544, 1547, 1559
- Ungarn, Winterlager der Reichstruppen 1542/1543 – siehe: Gran
- Ungnad zu Sonneck, Frh. Hans von, Kriegsrat des Österreichischen Reichskreises, Landeshauptmann der Steiermark, Statthalter in Österreich unter der Enns 725
- Untersteiermark (zwischen der unteren Mur und der oberen Save, heute Teil Sloweniens) 726
- Urach, Stadt, Residenzschloß der Hgg. von Württemberg 352, 363
- Uri, Schweizer Kanton 643, 645
- Ursberg, Reichsabtei, Abt 209, 685, 1556  
– Gesandte am RT – siehe: Ehinger (Weiprecht), Weickmann
- Ussickheim, Martin von, Würzburger Domherr, Gesandter des Bf. von Würzburg am RT 206, 208, 273–280, 408–419, 663, 1534, 1554
- Utrecht, Hochstift, Bff. (Ober- und Niederstift) 105, 231, 232, 296, 418, 455, 592, 648–650, 702, 999, 1017, 1098, 1319, 1360
- Valencia, Hafenstadt im Königreich Aragonien 147
- Valois, franz. Herrscherdynastie 970
- Valtermayer – siehe: Faltermeyer
- Varaždin/Varasd/Warasdin, Stadt im Norden Kroatiens an der Drau 602
- Varnbüler, Dr. Johann/Hans Jakob, Gesandter der Vormünder der jungen Mgff. von Baden-Baden 210, 860, 1283–1286, 1455, 1457, 1458, 1555, 1594
- Vasto, Marchese del (eigentlich: Alfonso d'Avalos), ksl Kommandant und Statthalter von Mailand, Generalkapitän in Italien 656, 971, 975, 979
- Velika/Welickhe, Grenzfestung in Slawonien 603
- Veliki Zdenci/Isdentz, Festung in Slawonien 603
- Veltwyk, Gerard, Sekretär Karls V., Begleiter Granvelles am RT 113, 1435, 1437
- Vendenheimer, Ulrich, Nürnberger Ratsschreiber und Sekretär 203, 204
- Venedig, Republik, Bewohner von 206, 1533
- Venedig, Consiglio dei Dieci (= Rat der Zehn) 631, 633
- Venedig, Doge – siehe: Lando, Pietro
- Venedig, Flotte 608, 1558
- Venedig, Senat (= Stadtregierung) 608, 620, 633, 1533  
– Gesandter am RT 206, 1533 – siehe auch: Cavalli
- Venlo, Vertrag zwischen Karl V. und Hg. Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg (1543 Sept. 7) 987
- Venningen, Christoph von, Gesandter des Hg. von Württemberg am RT und am schwäbischen Kreistag 206, 208, 352–364, 443, 456, 497, 1088, 1091, 1092, 1516, 1534, 1555, 1617, 1594, 1617
- Verallo, Hieronymus, Bf. von Caserta, päpstlicher Nuntius bei Kg. Ferdinand (RT Nürnberg 1542 und 1543) 89, 91, 206, 207, 411, 809, 1297, 1298, 1529, 1586, 1587
- Verden, Hochstift, Bff. 702
- Verden, Adm. Christoph von Braunschweig-Wolfenbüttel – siehe: Bremen, Ebf.
- Verden an der Aller, Reichsstadt 703
- Verdun, Hochstift, Bff. 389, 698
- Verdun, Bf. – siehe: Lothringen, Hg. Johann
- Verdun, Reichsstadt 699, 1516
- Vierekel, Jörg, Augsburger Notar 1476
- Viglius van Aytta van Zuychem, Dr., Mitglied des niederländischen Geheimen Rates, Gesandter Kgn. Marias am RT 98, 139, 205, 229–232, 479, 649, 650, 960, 988, 994, 997, 1010, 1013, 1268, 1278, 1294, 1301, 1319–1331, 1523
- Virneburg, Gf. (Kurrheinischer Kreis) 705
- Virneburg, Gf. Kuno 702, 703
- Virovitica/Werowitz, Festung in Slawonien (Sandschak Požega) 603
- Visegrád/Plintenburg, Festung an der Donau im ungarischen Komitat Pest 601, 728, 730
- Viseu, Bistum in Nordportugal 979
- Viseu, Bf. Miguel da Silva, päpstlicher Legat, Friedensmission bei Kg. Franz I. und Karl V. (Sept./Okt. 1542) 979, 981
- Vitus, Mag., Prediger 435
- Vlatten/Flatten, Johann von, Propst zu Aachen, Xanten und Kranenburg, Gesandter Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg am RT 303–304, 402, 1042, 1043, 1088, 1090, 1091, 1100, 1101, 1304, 1398, 1525, 1555
- Vock, Endres/Andreas, Gesandter der Stadt Windsheim am fränkischen Kreistag 1584
- Volckamer, Georg, Nürnberger Ratsherr 582
- Vorchheim – siehe: Forchheim
- Vorderösterreich/Vorlande (= habsburgische Besitzungen westlich von Tirol und Bayern

- in Vorarlberg, Schwaben, im Elsass, Breisgau und Sundgau) 360, 625
- Vrentz/Vriends/Frentz, Ehepaar Dionysius und Helwig (verstorben) und Erben, Maastrichter Familie 1268, 1269, 1272, 1276–1278, 1319, 1320, 1325, 1330, 1361, 1440, 1510 – siehe auch: Maastricht, Jurisdiktionsstreit
- Vrentz, Libert(us) 1276, 1510
- Waitzen/Wotzen/Vác, Feldlager am rechten Ufer der Donau gegenüber der Stadt Waitzen (Türkenzug 1542) 694
- Walachei, Fürstentum (Grenzgebiet zu den Türken) 695
- Walachen/Welsche, romanisierte Bevölkerung des Balkan 731
- Walborn – siehe: Wallbrunn
- Waldburg, Frhn., Truchsessen von 1587
- Georg Frh. von, Erbtruchsess 1557
- Wilhelm Frh. von, Erbtruchsess 339, 1557
- – Gesandter der Frhn. Georg und Wilhelm am RT – siehe: Rast
- Otto Frh. von, Erbtruchsess, Domdechant von Trient, Gesandter des Bf. von Trient, päpstlicher SonderGesandter am RT 89, 91, 207, 1345, 1460, 1529, 1532, 1554
- Waldeck, Gff. Heinrich und Philipp 698
- Waldenstein, Klaus, hessischer Furier 1333
- Waldsassen, Reichskloster, Abt 705
- Walkenried, Reichsabtei, Abt Johann VIII. Holtegel 700
- Wallbrunn/Walborn zu Ernsthofen, Hans von, Gesandter Kf. Ludwigs von der Pfalz am RT 208, 1088, 1091, 1345, 1553
- Walter, Dr. Johann – siehe: Fischer
- Warburg/Wartburg, Reichsstadt 703
- Warkotsch, Georg, Hauptmann von Székesfehérvár 726
- Warschau/Warszawa, Stadt in Polen 80
- Wasserburg am Inn, Stadt in Oberbayern 497, 1107, 1459
- Weickmann, Martin, Gesandter der Stadt Ulm, des Abts von Ursberg und Georg Ludwig von Freibergs (Herrschaft Justingen) am RT, Gesandter der Stadt Ulm am schwäbischen Kreistag 209, 471, 1533, 1556, 1557, 1575, 1594, 1602, 1617
- Weil der Stadt, Reichsstadt 474, 686
- Weil der Stadt, Schwäbischer Kreistag (Abschied 1541 Nov. 22) 359
- Weimar, Residenzstadt der Kff. von Sachsen 80, 88
- Weingarten, Reichsabtei, Abt Gerwig Blarer 209, 1549, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)
- Weinsberg, Herrschaft 279
- Weißenu/Minderau, Reichsabtei, Abt Ulrich III. Sattler 209, 1555
- Gesandter am RT – siehe: Pappenheim (Heinrich Burkhart)
- Weißenburg im Elsass, gefürstete Propstei, Fürstpropst Rüdiger 696
- Weißenburg im Elsass, Reichsstadt (Dekapolis, am RT vertreten durch Hagenau) 697
- Weißenburg in Bayern/am Nordgau, Reichsstadt 583, 705
- Weißenburg in Bayern/am Nordgau, Bgm. und Rat 211, 1557, 1584
- Gesandter am RT und am fränkischen Kreistag 211 – siehe auch: Wolf
- Weissenfelder zu Hilckersberg, Dr. Johann, Rat in Diensten Hg. Ludwigs von Bayern, Gesandter der Hgg. von Bayern am RT, Bundesrat des Nürnberger Bundes 100, 209, 1113, 1128, 1306, 1337, 1348, 1350, 1519, 1554, 1584, 1587
- Welfen, Dynastie – siehe: Braunschweig, Hgg.
- Welheim, Kommende – siehe: Deutscher Orden
- Welser, Faktor der Familie Welser 411, 413, 417, 419
- Welser, Hans, Bgm. von Augsburg 210, 366, 504, 547, 549, 587, 848, 1163, 1164, 1182–1184, 1195, 1337, 1473, 1480, 1486–1496, 1518
- Welser N., Bruder von Bgm. Hans Welser 200
- Welser, Hans (österreich. Linie der Familie Welser), Gesandter von Österreich unter der Enns am RT 625, 1439
- Welsing, Dr. Christoph, Gesandter der Bff. von Straßburg und Speyer und der Gff. Jakob und Georg von Zweibrücken-Bitsch am RT und am oberrheinischen Kreistag 89, 194–197, 206, 208, 209, 272, 273, 364, 365, 596, 661, 662, 665, 676, 968, 1332–1335, 1345–1347, 1353–1355, 1532, 1554, 1556, 1557, 1590
- Werden in Westfalen, Reichsabtei 685, 702
- Werdenberger, Felix, Gesandter des Gf. Jobst Nikolaus von (Hohen)zollern am schwäbischen Grafentag in Mengen (1542 Okt. 26) 339

- Wernher von Themar, Dr. Adam, Prokurator am RKG 1266
- Wertheim, Gf. Michel III. 705
- West, Sebastian, Gegenschreiber des Fränkischen Reichskreises 1583
- Westerburg – siehe: Leiningen-Westerburg
- Westerstetten, Christoph von, Dechant des Stifts Ellwangen, schwäbischer Kreiseinnehmer 667
- Wetterauer Grafen 89, 108, 197, 209, 342–351, 698, 1445, 1446, 1448, 1451, 1454, 1455, 1463–1468, 1533, 1534, 1556 – siehe auch: Frankfurt, Höchst am Main, Mainz, Worms (Wetterauer Grafentage) – Gesandter am RT – siehe: Nellingen
- Wettiner – siehe: Sachsen, Haus
- Wetzhausen, Heinrich Truchsess von, Frh., Hofmeister, Marschall, Gesandter des Bf. von Würzburg am RT und am fränkischen Kreistag 206, 208, 273–280, 408–419, 663, 1096, 1534, 1584, 1096, 1534, 1554, 1584
- Wetzlar, Reichsstadt 661, 697
- Wetzlar, Bgm. und Rat (in Reichs- und Städteangelegenheiten am RT vertreten durch Frankfurt) 640, 660, 661
- Wied-Runkel, Grafschaft, Gff. 685, 686 – Gf. Johann 350, 351, 702, 1466, 1556, 1591
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Nellingen
- Gesandter am Wetterauer Grafentag (1542 Nov 7) – siehe: Steindecker
- Wiedertäufer 312
- Wien, Hauptstadt des Erzherzogtums Österreich unter der Enns, Musterplatz, Feldlager (Türkenzug 1542) 79, 87–89, 96, 136, 138, 140–142, 144, 148, 163, 168–170, 186, 220, 232, 339, 353, 355, 357, 377, 379, 602, 626, 692, 693, 713, 716, 744, 748, 750, 980, 1320, 1334
- Verhandlungen der Gesandten Kg. Ferdinands und der Bischöfe über die Doppelanlage (1542 Juli) 748–750 – siehe auch: Beck von Leopoldsdorf, Landau (Georg)
- Vertrag zwischen dem Ebf. von Salzburg und Kg. Ferdinand (1535 Okt. 25) 748, 749
- Vertrag zwischen dem Bf. von Bamberg und Kg. Ferdinand (1535 Jan. 37) 748, 749
- Wiener Neustadt/Neustadt, befestigte Stadt im Süden Wiens 602
- Wilach, Gotthard/Godart/Godefrid von, Gesandter Hg. Wilhelms von Jülich-Kleveberg am RT 303–304, 1088, 1090, 1091, 1304, 1525, 1555
- Wildbad/Bad Wildbad im Schwarzwald 469
- Wildemann, Bergwerksstadt im Harzgebirge 1614
- Wildenfels, Gff. von 700
- Wild- und Rheingrafen 685
- Wimpfen, Reichsstadt
- Wimpfen, Bgm. und Rat (in Reichsangelegenheiten vertreten durch Heilbronn, in Städteangelegenheiten vertreten durch Ulm) 131, 1557
- Windisch land – siehe: Slawonien
- Windsheim, Reichsstadt 583, 705
- Windsheim, Bgm. und Rat (in Reichs- und Städteangelegenheiten am RT vertreten durch Nürnberg) 1584
- Gesandter am fränkischen Kreistag – siehe: Vock
- Winneburg, H. von 703
- Wirsberg, Wilbold/Wilbald/Wilwald von, Amtmann zum Rauhen und Schlechten Kulm, Gesandter von Mgf. Albrecht Alkibiades von Brandenburg-Kulmbach am RT und am fränkischen Kreistag 432, 1240, 1241, 1520, 1584
- Wirsberg, N., Vater Wilbolds von Wirsberg, im Dienste Hg. Albrechts von Preußen 432
- Wittenberg, Residenzstadt der Kff. von Sachsen 315, 320, 920
- Wittenberg, Theologen 1230
- Wittgenstein, Gf. Wilhelm 697
- Wolf/Wolff, Hans, Gesandter der Stadt Weißenburg in Bayern am RT und am fränkischen Kreistag 1557, 1584
- Wolfenbüttel, Akten und Briefe – siehe: Braunschweig-Wolfenbüttel, Hg. Heinrich, Archiv
- Wolfenbüttel, Residenz und Festung der Hgg. von Braunschweig-Wolfenbüttel 290, 293, 295, 297, 299, 331, 509, 511, 531, 533, 536, 804, 805, 816, 1113, 1128, 1154, 1609
- Wolfenbüttel, Statthalter und Räte 516, 1107, 1108, 1138, 1140, 1142, 1146, 1147, 1614, 1615
- Wolff, Gerhard – siehe: Deutscher Orden, Kommende Göttingen
- Wolfstein-Sulzbürg/Obersulzbürg, Herrschaft, Hn. 706
- Gf. Adam 209, 1557

- Gf. Bernhard 209, 1557
- Gf. Gottfried/Gotthard 209, 1557
- Gf. Johann/Hans IV. 209, 1557
- Gesandter am RT – siehe: Kraft
- Wolgast Eike, Abteilungsleiter der Edition RTA JR seit 1989* 79
- Wollin, Ostseeinsel in Westpommern 314
- Worm/Wurm/Wurml/Wormbs, Gordian, Bgm. und Gesandter der Stadt Kaufbeuren am RT und am schwäbischen Kreistag 1557, 1594
- Worms, Hochstift, Bff. 696
- Worms, Adm. Heinrich, Pfgf. bei Rhein, Bf. von Freising – siehe: Freising Bf.
- Worms, Reichsstadt 436, 586, 621, 697, 698, 961, 1166, 1438, 1450, 1517, 1563
- Worms, Bgm. und Rat 635–640, 1575, 1591, 1602
- Gesandter am RT und am oberrheinischen Kreistag 210, 541, 542, 548, 561, 635–640, 1355, 1562, 1569 – siehe auch: Jungler
- Worms, Oberrheinischer Kreistag (Abschied 1542 Okt. 28) 312, 313, 344, 364, 376, 388, 389, 662, 664, 672, 1504, 1590
- Worms, Oberrheinischer Kreistag (Ausschreiben für 1543 Mai 27)) 1450, 1466, 1468, 1469, 1589, 1590
- Worms, Wetterauer und Oberrheinischer Grafentag (Abschied 1542 Okt. 28) 344, 348
- Worms, RT 1521 (Matrikel, Edikt) 315, 378, 402, 454, 606, 611, 612, 617, 658, 685, 738, 771, 774, 798, 810, 837, 866, 870, 872, 873, 911, 934, 948, 949, 953, 1206, 1311, 1396, 1426, 1540, 1544, 1545
- Worms, RT 1545 (RAb 1545 Aug. 4) 685, 1242, 1256, 1557, 1597
- Worms, Religionsgespräch (1540/1541) 777
- Wunstorf, Grafschaft (Hgg. von Braunschweig) 657, 701
- Württemberg, Herzogtum, Hgg. 88 319, 364, 1128, 1233, 1607
- Württemberg, Hg. Christoph, Sohn Hg. Ulrichs 1305, 1519
- Württemberg, Hg. Ulrich 86, 88, 103, 104, 143, 177, 178, 206, 208, 289, 301, 352–364, 416, 443, 444, 456, 459, 460, 466, 476, 498, 535, 543, 718, 720, 770, 833, 834, 845, 848, 854, 888, 1088, 1107, 1109, 1110, 1128, 1171, 1211, 1212, 1215, 1220, 1301, 1338, 1365, 1368, 1372, 1390, 1419–1421, 1424–1426, 1458, 1519, 1534, 1555, 1594, 1617
- Gesandte am RT und am schwäbischen Kreistag 109, 115, 206, 207, 211, 283, 312, 352–364, 395, 416, 459, 460, 471, 478, 493, 503, 504, 510, 513, 514, 523, 528, 529, 535, 546, 718, 720, 770, 833, 834, 845, 848, 854, 888, 1057, 1078, 1091, 1109–1111, 1125, 1129, 1159, 1205, 1333, 1365, 1378, 1387, 1412, 1416, 1418–1421, 1424–1426, 1462, 1483, 1502, 1515, 1534, 1536, 1615 – siehe auch: Erer, Venningen
- Konflikt mit Bgm. und Rat von Esslingen – siehe: Esslingen, Bgm. und Rat, Konflikt mit Hg. von Württemberg
- Protokoll der Beratungen der Schmalkaldener und der CA-Stände 456–469
- Räte in Stuttgart 363, 364
- RT-Protokoll 443–456
- Württemberg, Gfn. Maria, Tochter Gf. Heinrichs von Württemberg-Mömpelgard, Halbschwester Hg. Ulrichs – siehe: Braunschweig-Wolfenbüttel, Hgn. Maria Wurtzelmann, Matern, Gesandter von Schwäbisch Hall am RT (im Ausschuss der Schmalkaldener) 492, 1161, 1478, 1575, 1594, 1602, 1617
- Würzburg Hochstift, Bff. 703, 1246–1248, 1534, 1607
- Würzburg, Bf. Rudolf von Scherenberg (1466–1495) 280
- Würzburg, Bf. Konrad III. von Thüngen (1519–1540) 279
- Würzburg, Bf. Konrad IV. von Bibra 88, 89, 98, 105, 107, 130, 136, 142, 143, 167, 168, 179, 206, 208, 273–280, 302, 616, 622, 881, 894, 900, 1045, 1081, 1094, 1096, 1245–1248, 1332, 1334, 1345, 1353, 1534, 1535, 1549, 1554, 1582, 1584
- Gesandte am RT 89, 107, 121, 168, 206, 210, 273–280, 395, 455, 616, 663, 860, 1057, 1078, 1092, 1094, 1246–1248, 1286–1288, 1332, 1333, 1345, 1413, 1456, 1534, 1537, 1553, 1582 – siehe auch: Farner, Wetzhausen (Heinrich Truchseß von), Ussickheim
- Gesandter am fränkischen Kreistag – siehe auch: Wetzhausen (Heinrich Truchseß von)
- Exemtion von Comburg – siehe: Comburg
- RT-Protokoll 408–419

- Würzburg, Residenzstadt der Bff. von Würzburg 88, 89, 179, 408, 409, 412, 413, 416–419, 1248  
 Wynants, Jean Baptiste Goswin de, Generalarchivar in Brüssel (1776–1793) 144, 170, 223, 225  
 Wytenhorst, Johann von, Gesandter Hg. Wilhelms von Jülich-Kleve-Berg am RT 303–304, 1088, 1090, 1091, 1304, 1525, 1555  
 Yrsin – siehe: Irsee  
 Zabern, Residenz der Bff. von Straßburg im Elsass 272, 665, 1346, 1347, 1353, 1355  
 Zápolya – siehe: Ungarn, Kg. Johann I.  
 Zasius, Dr. Johann Ulrich, Gesandter des Hg. von Savoyen (RT Speyer 1542, RT Nürnberg 1543) 655, 656, 1555  
 Zeitz, Kirche 1255  
 Zell am See/Zell im Pinzgau, Markort, Salzburger Landgericht 271, 751, 761, 762  
 Zellerfeld, Bergbaustadt und -region im Oberharz bei Goslar 1111, 1614  
 Zerbst, Obersächsischer Kreistag, (Abschied 1542 Mai 22) 105, 234–236, 254, 321, 327, 328, 448, 920  
 – Räte am Kreistag 327, 328  
 Ziegenhain, Residenz Lgf. Philipps von Hessen 1374  
 Zigeuner 311, 340  
 Zimmern, Gf. Johann Werner II. 1557  
 – Gesandter am RT – siehe: Rast  
 Zitzewitz, Jakob von, Gesandter Hg. Philipps von Pommern am RT 208, 314–331, 406, 420, 432, 469, 507, 522, 525, 770, 772, 773, 898, 916–922, 945–947, 1212, 1216, 1222, 1225, 1227–1232, 1248, 1249, 1416, 1527, 1528, 1555, 1617  
 Zoller von Rottenstein, Philipp, berittener Begleiter der Würzburger Gesandtschaft am RT 408  
 Zollern – siehe: Hohenzollern  
 Zorn von Bulach, Georg, Kriegsrat des Oberrheinischen Reichskreises (Türkenzug 1542) 621, 664, 665, 666, 672, 675, 688, 724, 1588–1590  
 Zum Heiligen Kreuz, Kollegiatstift – siehe: Hildesheim  
 Zütphen/Zutphen, Grafschaft (Teil des Herzogtums Geldern) 126, 151, 451, 540, 543, 588, 929, 987, 990, 1017, 1020, 1025, 1027–1031, 1033, 1034, 1036–1038, 1043, 1044, 1054, 1058, 1060, 1066, 1068, 1069, 1092, 1393, 1442  
 Zuychem – siehe: Viglius  
 Zweibrücken-Bitsch, Grafschaft, Gff.  
 – Gf. Georg/Jorg 209, 697, 1557  
 – Gf. Jakob, Bruder und Nachfolger Gf. Simons V. Wecker 364, 365, 661, 662, 1556  
 – Gesandter der Gff. Georg und Jakob am RT und am oberrheinischen Kreistag – siehe: Welsingener  
 – Gf. Reinhard (gest. 1532) 661  
 – Gf. Simon V. Wecker (gest. 1540) 661  
 – Gfn. Amalie, Tochter Gf. Simons V. Wecker 661, 662  
 Zwicker, Christoph, Gesandter der Stadt Memmingen am RT 110, 377–381, 559, 1470, 1526, 1557, 1617